

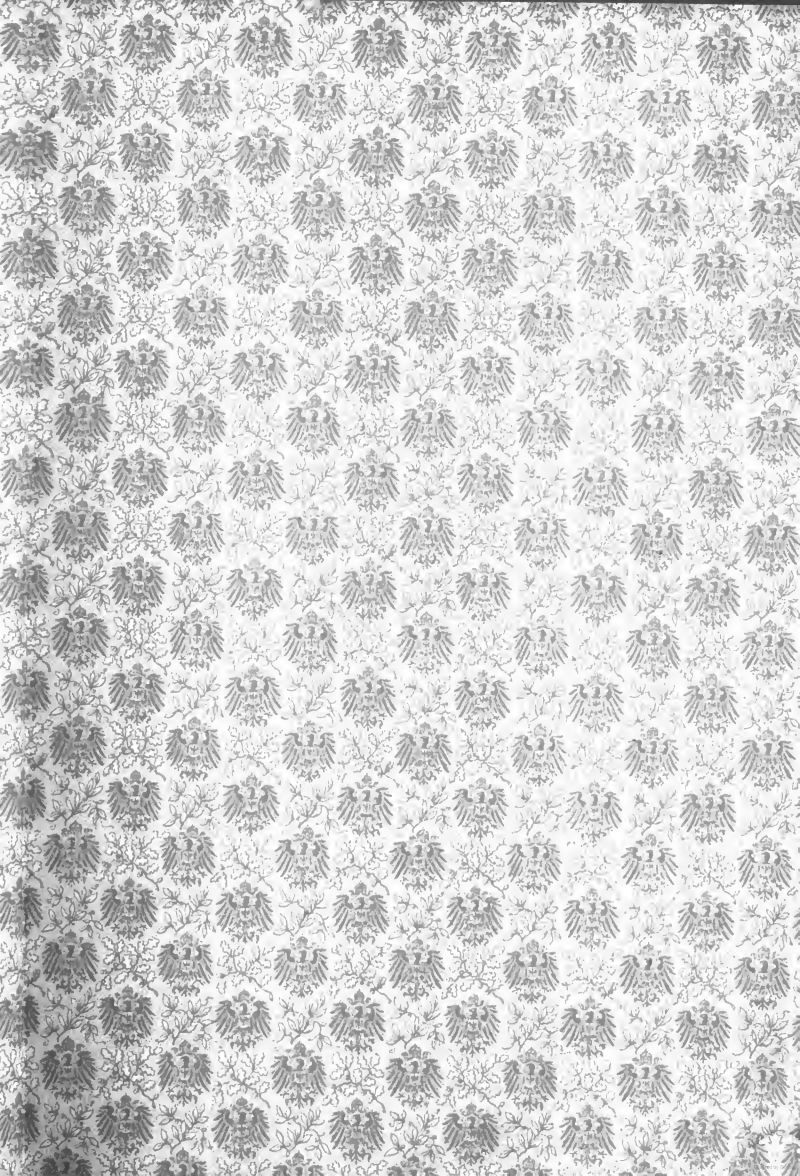


Der Gendarm



HARVARD LAW LIBRARY

Received JUN 27 1924



Der Gendarm.

Zeitschrift

für die Mitglieder der Königlich Preussischen und reichsländischen
Gendarmerie, mit den Beilagen

Der Polizeihund und Haus und Herd.

Begründer und Schriftleiter:
Direktor Robert Gersbach.

V. Jahrgang, 1907/08.

Kameradschaft
Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W. 9, Fink-Straße 11.

OCT 27 1924

Inhaltsverzeichnis.

I. Sachverzeichnis.

Hauptblatt.

Abänderung der Gewerbeordnung, f. Gewerbe-
 ordnung
 Abänderung des Pfandleihgesetzes 195
 Abbildungen, unzüchtige 83, 348, 352, 421
 Abfuhr von Müll 5
 Abgekürzte Schreibweise von „Macht“ 512
 Abgeordnete, Strafverfahren 176
 Abgeordnete, Zeugnisverweigerung 54
 Abgeordnetenhaus, Gendarmerieetat 588, 611
 Ablässe, Warenhandel auf Ablässen 135
 Ablehnung von Konfessionsgesuchen, Rechts-
 kraft 424
 Abonnement 89
 Abonnentenversicherung 349
 Abreihen von Plakaten 851
 Abreißkalender 310
 Abperrungskommando bei der Annener Roburit-
 explosion 23
 Abprungen von der Straßenbahn 229, 266
 Abstellung von Polizeibrigaden 120
 Abtätigungsarbeiten 278
 Abtreibung 542
 Abwärtsversteigern 85
 Abwässer 188
 Abzeichen für verabschiedete Unteroffiziere 571
 Adlerabzeichen der Postbeamten 113
 Afrika, Deutsch-Ostafrika 563
 Affordhuppe 645
 Altknudsensdenkmal 62
 Alkohol und Zurechnungsfähigkeit 226
 Alkoholfreie Getränke, Verfälschung 495
 Alkoholfreie Wirtschaften 133
 Almosengeben 307
 Allenburgsches Staatsministerium 184
 Amerikanische Schaulen 77
 Amnestie in Braunschweig 134
 Amt, Verwendung in einem anderen Amt 454
 Amtliches Erfordern in Impfstichen 108
 Amtsbesugnisse 4, 59
 Amtsbezirk 157
 Amtsgeheimnis 474
 Amtsgezwalt 4
 Amtshandlungen in einem fremden Kreise 858
 Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher 149
 Amtsvorsteher, Recht zur Freilassung Ge-
 fangener 538
 Anarchistisches 105, 401, 442, 475, 497, 522
 Anbieten gewerblicher Leistungen 110

Änderung der Hausnummer 259
 Anforderungen, polizeiliche, an Schankräume
 134
 Angabe eines falschen Namens 543
 Angehörige, Benachrichtigung bei Verhaftungen
 401
 Angelegenheiten, öffentliche, f. Öffentliche An-
 gelegenheiten
 Angestellte, Haftung 57
 Angestellte, Warenauslauf und Feilbieten durch
 Angestellte 234
 Animerincipen 306, 324, 326, 495
 Anlauf gestohlener Ware, f. Diebstahl
 Anündigung von Heilmitteln 448
 Anlagen, gewerbliche 85, 155, 205, 278, 447,
 545
 Anmeldepflicht des Vereinsvorstandes 108, 254,
 334
 Anmeldepflichtige Versammlung 113
 Anmeldung des Gewerbebetriebes 68
 Anmeldung Neugeborener 158
 Anmeldung, polizeiliche 110
 Anmeldung von Logiergästen 6
 Anmeldung von Sterbefällen 495
 Anmeldung zur Lustbarkeitssteuer 397
 Anordnungen, Aufforderung zum Ungehorsam
 gegen behördliche Anordnungen 134
 Anrechnung der Kriegsjahre in Deutsch-Ost-
 afrika 563
 Anrechnung der Militärdienstzeit 54, 65, 124,
 127, 285, 603
 Anrede des Oberwachmeisters 118
 Anzeiger-Händler 340
 Anschläge von Theaterzetteln 476
 f. a. Plakattafeln
 Anschuldigung, falsche 174
 Anstellungskommission in Posen 476
 Antedende Brandstiftungen 228, 473
 Anstellung als Polizeikommissar 464
 Anstellung im Post- und Eisenbahndienst 430
 Anstellung im Zivildienst 114, 282, 430, 464,
 476
 f. a. Militärantwörter
 Antragsschrift bei Dauerdelikten 7
 Antritt der Rückreise bei Dienstreisen 595
 Anvertrauen gestohlener Sachen 567
 Anwalt, Verurtheilung 185
 Anzug, 310, 358, 520, 599
 Anzug beim Weiden 310, 358, 526
 Apfelsaft, Verfälschung 495
 Apotheke 229, 288

- Arbeiter, ausländische 66, 82, 125, 442, 520, 618
 f. a. Erdarbeiter, Kroaten, Polnische Arbeiter
- Arbeiterversammlung 397
- Arbeiterbewegung 496
- Arbeiterklub 8, 54, 76, 79, 820, 350, 859, 468, 618
- Arbeitsräume 54
- Arbeitszeit in offenen Verkaufsstellen 618
- Arbeitszeit in kaufmännischen Montoren 8
- Arbeitszeit im Bergbau 850
- Ärgernis, öffentliches 203
- Armenpflegelofen 52
- Arbeitsstrafe 76, 162
- Arzneimittel 108, 162, 400
- Ärgl. Abgabe von Heilmitteln 400
- Ärgl. Verurtheilung 185
- Ärglähnlicher Titel 60
- Ärgliche Hilfe bei Unglücksfällen 408
- Ärgwang, Kaufscheln ohne Ärgwang 110, 925, 567
- Aufenthaltseinschränkung bestraffter Personen 149, 150, 156
- Aufenthaltseinschränkung bei Polizeiaufsicht 56
- Aufenthaltseinschränkung Neuzuziehender 158
- Aufforderung zum Kontraktbruch 90
- Aufforderung zum Streik 90
- Aufforderung zum Ungehorsam 85, 134, 848, 373
- Aufforderung zur Einstellung des Gewerbebetriebes 158
- Aufforderung zu strafbaren Handlungen, siehe Aufforderung zum Ungehorsam
- Aufkaufen von Waren vor dem Markt 521
- Aufkaufen von Waren von Minderjährigen 567
- Auflösung einer Versammlung 58, 108, 348, 495
- Aufnahme in den Staatsverband 156
- Aufschrift an Fuhrwerken, f. Bezeichnung der Fuhrwerke
- Aufsichtsdienst bei Truppenübungen 257
- Aufsichtspflicht der Eltern 251
- Aufstand in Deutsch-Ostafrika 563
- Aufstellen von Hausfließ 618
- Aufstellen von Schauuden 305, 618
- Aufstellen von Verkaufsbuden 618
- Auflagen von Warenbestellungen 66, 349
- Ausgang, öffentlicher 5, 102, 258, 278, 399
- Auktionskommissar 618
- Ausbeutung durch Zuhälter 203
- Ausbildungszeit im Eisenbahndienst, Einkommen 571
- Ausdehnung einer Obervang 851
- Ausführungsanordnungen, Irrtum über ihr Wesen 175
- Aushängen von Waren 57, 375
- Auskünfte an ausländische Behörden 345
- Auskünfte aus polizeilichen Meldeeregistern 807
- Ausfertigung, gewerbliche 494
- Ausländer, Ausweisung 158, 359
- Ausländerüberwachung 233
- Ausländische Arbeiter 66, 82, 125, 376, 860, 881, 442, 520, 618
 f. a. Erdarbeiter, Kroaten, Polnische Arbeiter
- Ausländische Behörden, Auskunfterkunden 345
- Ausländische Polizeiblätter 18
- Ausläuten von Waren 60
- Auslieferungsverfahren 158
- Auslieferungsverträge 258, 596
- Ausrufen von Waren 90, 421
- Ausrüstung zur Jagd 334
- Ausverkauf an Logiergäste 113, 186, 323, 333
- Ausverkauf bei Schülerfesten 234
- Ausverkauf echter Biere 8
- Ausverkauf von Brantwein, f. Brantwein-schank
- Ausstellen von Bekanntmachungen 106
- Ausschluss der Öffentlichkeit 133
- Ausspielungen 90, 132, 202, 285, 881
 f. a. Glücksspiele
- Ausstellen unzüchtiger Abbildungen 83
- Ausstellen von Waren 57, 375
- Ausstellungsmedaillen 444
- Ausübung des Dienstes, rechtmäßige bei Widerstand 635, 559, 683, 608
- Ausverkaufsschwindel 89, 170, 307, 467
 f. a. Unlauterer Wettbewerb
- Auswärtige Lotterie 567
- Auswärtige Polizeiblätter 18
- Ausweis des Jagdpächters 182
- Ausweisung bei Polizeiaufsicht 56
- Ausweisung bei Streichvergehen 6
- Ausweisung bestraffter 149, 150, 158
- Ausweisung lästiger Ausländer 156, 359
 f. a. Kroaten
- Ausweisung polnischer Arbeiter 66, 618
- Ausweisung Neuzuziehender 158
- Ausweisung bei Überweisung an die Landespolizeibehörde 218, 244, 269
- Ausweisungandrohung 618
- Außergeröthliches Zeichenbegangnis 278
- Außerordentliche Anwendung 502
- Außerpreußische Lotterie 567
- Außerfolgung bei mangelnder strafrechtlicher Einsicht 271
- Ausgaben der Dienstprämie 502
- Automaten auf Bahnhöfen 107, 206
- Automobil, f. Kraftwagen
- Automobilspitze 6
- Bädereibetrieb 76
- Badwarenderverkauf 162
- Badwarenderfälschung 423
- Bäderpolizeiverordnungen 493
- Babische und Elsoh-Lothringische Sicherheitsbeamte, Zusammenwirken 256
- Bahnhöfe, Hausdiener auf Bahnhöfen 357
- Bahnhöfe, Hausfriedensbruch 493
- Bahnhofautomaten, 107, 216
- Bahnhofstantinen 110
- Bahnhofswirtschaften 58, 305, 445, 596
- Bahnhofsaufhänge 59
- Bahnpolizeiverordnung und Hausfriedensbruch 493
- Bahnsteigautomaten 107, 139
- Bankett der Landstrafen 445
- Barbiere- und Friseurgewerbe 5, 38, 78, 254, 306
- Barrenführer 234, 502

- Bau 88
 Bauernfänger 130
 Bauten, Tierdub bei Bauten 474
 Bauunfälle, Photographieren 346
 Bayerische Gendarmen 566
 Beamte, Diener des Publikums 12
 Beamte, Haftung des Staates für seine Beamten 54, 149, 442, 539, 617
 Beamte, Unzugskosten 248
 Beamte, Verwendbarkeit zu pensionierender Beamten im andern Amt 29
 Beamte, Wirtschaftsverbot 568
 Beamte, Wohnungsgeld 88
 Beamtenbeileidigung 206, 253, 352
 Beamtenbefolgung, Zahlung 503
 Beamtenunterstützungsfonds 54
 Beamtenwohnfiß 108
 Bedürfnistage für Schankwirtschaften 198, 303
 Verdringungsfriß 113
 Befähigungsnachweis, kleiner 54
 Befriedetes Verstum 105
 Begnadigung 79
 Begünstigung 18
 Behördliche Anordnungen 134
 Belämpfung getrieblicher Vergiftungen 79
 Bekanntmachung, Nichtkenntnis 228
 Bekanntmachung, örtliche 106
 Bekanntmachung zu Polizeiverordnungen 254
 Belästigung durch überliefende Dämpfe 206
 Beleidigung, berechnigte Interessen 56, 154, 306, 325, 543
 Beleidigung durch Beamte als Privatpersonen 133
 Beleidigung durch fortdauernde Handlungen 7
 Beleidigung durch pseudonyme Eingaben 154
 Beleidigung durch Veröffentlichung eines Bildes 255
 Beleidigung einer Personenmehrheit 7
 Beleidigung eines Beamten oder einer Behörde 206, 352
 Beleidigung in Wirtschaften, Feststellung des Täters 575
 Beleuchtung der Fahrräder 186, 397
 Beleuchtung der Fußwege 83
 Beleuchtung der Wirtschaften 323
 Benachrichtigung Angehöriger bei Verhaftungen 401
 Benutzung, unberechtigte, von Kraftwagen 396
 Berechnigte Interessen 56, 154, 306, 325, 543
 Bergpolizei 278, 350
 Berichterstattung in Gnadenfachen 307
 Berichtigung, prechtliche 108
 Berittene Gendarmen, erhöhte Tagelöhler 526, 538
 Berliner Erkennungsdienst 61, 198
 Berliner Wasserwerke 326
 Berufsgeheimnis 185
 Beschimpfung der Einrichtungen der christlichen Kirche 174
 Beschlagnahme 331, 383, 493, 502
 Beschränkte Schankerlaubnis 37, 114
 Beschwerde eines Beamten über Vorgesetzte 473
 Beschwerde gegen polizeiliche Verfügungen 203, 229, 324
 Beseitigung von Freitreppen 495
 Besichtigung 62, 110, 178, 306
 Besoldungsdienstalter 54, 65, 512, 563, f. a. Militärdienstzeit
 Besoldungszahlung 563
 Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, f. Rechtskonsulenten
 Bestellgeld 526
 Bestellung, vorgängige 574
 Bestellungen, Auffuchen von Bestellungen 66, 349
 Betreten fremder Grundstücke 382
 Betreten fremder Jagdgebiete 7
 Betreten fremder Wohnungen 20, 399
 Betreten öffentlicher Wirtschaften 575
 Betriebe, gewerbliche, f. Gewerbliche Betriebe
 Betriebsfähigkeit eines Fahrzeugs 107
 Betriebsfähigkeit 175
 Betriebsstätte 177, 447
 Betrug 4, 132, 299
 Betrunkene Gäste 349
 Bettler 307, 458
 Bewerbungen um Zivilstellung 114
 Bezeichnung der Fruchtwerke 5, 382
 Bezeichnung der Kraftwagen 348, 444
 Bezugspreisbefreiung 161
 Bienenstod 162
 Bier, edles 235
 Bierdruckapparate 35
 Biermarkendiebstahl 228
 Bierverkauf über die Straße 278, 810
 Bilder, unzüchtige 83, 348
 Bilderrahmen 110
 Bildwerke, Bestellungen auf Bildwerke 66, 110
 Binnenfahrtsfahrt, Sonntagsruhe 8
 Blutnachweis 253
 Vorpräparate 231, 251
 Vohst 279, 300, 401, 567
 Brandstätte, Überwachung durch Gendarmen 526
 Brandstiftungen durch Kinder 225, 251
 Brantweinhandel 83, 283, 544
 Brantweinhandel 88, 96, 228, 283, 544
 Brantweinheben 38
 Brantweinhandel 134, 204, 255, 354, 445
 Brantweinsteuer 83
 Braunschweig, Amnestie 134
 Briefliche Krankenbehandlung 12
 Bruchbänberreife 447
 Bücherei 37, 65, 89, 112, 136, 161, 210, 259, 357, 428, 453, 525, 549, 570, 598, 622
 Buchhandel 82
 Bußenförmung 200
 Bundesfürsten, Wahlprübe 502
 Bureaubildung in Versammlungen 66
 Bürgersteig, Verfahren 58, 397
 Bürgersteiganlagen 351
 Bußtagsheligung 349
 Café chantant 58
 Cahucit als Sprengstoff 172
 Carabinier 13
 Champagner, alkoholfreier, Verälschung 495

Chauffeur 54, 346, 398, 444
 Chauffeeckenst 445
 Chauffeegeld für Krasträder 396
 Chef der Landgendarmarie 415
 Chemie im Dienst der Polizei 8
 Chemiker, öffentliche 354
 Cberch und Cberch 284
 Christliche Kirche, Beschimpfung ihrer Einrichtungen 174
 Cughaven, Stadtrechtsverletzung 134

Dampffässer 450
 Dampfkessel, bewegliche 354
 Dampfkesselreinigung durch Kinder 167
 Dänemark, Sittenpolizei 77
 Dänische Aufschriften an Fuhrwerken 382
 Darbieten von Luftbarkeiten 428
 Dauerdelikt 7
 Delegation des Polizeiverordnungsrechts, f. Übertragung
 Delegiertenversammlung 66
 Demonstrationen auf Friedhöfen 522
 Denkmal für Südwestafrikakrieger 383
 Denunziant 18
 Desinfektion 354
 Detailreisende 76
 Detektiv 444
 Deutsches Meer 250
 Deutsch-Ostafrika 563
 Deutsch-Südwestafrika 200, 271, 359, 372, 383, 400

Deutschtum und Gendarmarie 172
 Diätartikeln im Post- und Telegraphendienst 587

Diebe, Überführung durch Farbstoff 173
 Diebstahl 81, 217, 228, 396, 444
 Diebstahl, schwerer 227
 Diebstahl des Gefindes 373
 Diebstahl von Patronenhülsen 31
 Diebstahlsgut, f. Gestohlene Ware
 Diensthälter 56, 102, 124
 Diensthaltersufen 512
 f. a. Besoldungsbediensteter
 Dienstfang beim Weiden 810
 Dienstaussübung, rechtmäßige 535, 559, 588, 608

Dienstbezirk 20, 113
 Diensthöten, f. Gefinde
 Diensthöfene Gendarmen 162
 Dienstherrschaft, sozialdemokratische 401
 Dienstjubiläum 17
 Dienstlicher Wohnsitz 108
 Dienstmannsgewerbe 449
 Dienstprämie 429, 430, 502
 Dienstreisen 86, 162, 406, 430, 570
 f. a. Tagegelder und Reisekosten
 Dienstunfähigkeit 28
 Dienstverrichtungen, gemeinsame, mehrerer Gendarmen 210
 Dienstwohnung 60, 575
 Dienen, Fingerabdrücke 371
 Dienen, Heilung 68
 Dienen, strafrechtliche Behandlung 185
 Doppelter Wohnsitz 158
 Druckfehlerberichtigung 86

Druckschriften 58, 177
 Dullen von Glückspielen 8
 Dunkelheit im Sinne einer Kraftwagenverkehrsordnung 544
 Durchsuchung einer Person 154, 331
 Durchsuchung in der Wohnung eines Gendarmen 430
 Durchsuchung und Beschlagnahme 383, 430
 Durchsuchung unter Zugabe eines Polizeibeamten als Zeugen 453

Edele Biere 235
 Ehebruch 396
 Ehegatte, Fortsetzung unterjagten Klagenbierhandels 38
 Ehegatte im Schankbetriebe 106, 521, 595
 Ehrentafel 17, 64, 112, 184, 208, 267, 308, 327, 356, 378, 402, 425, 450, 475, 487, 525, 549, 569
 Ehrverletzung bei Streifergehen 108
 Eier, verdorbene 20
 Eigentum in fremdem Jagdgebiet verlorener Hasen 283
 Eizüge, Benutzung auf Militärfahrarten 89
 Einbruchsdiebstahl 227
 Eindringen in fremde Wohnungen 227
 Eingemeindung 6
 Eingetragener Verein 95
 Einkommen während der Ausbildungszeit im Eisenbahndienst 671
 Einmischung des Gendarmen in Privatstreitigkeiten 479
 Einrichtung des Mitgliederverzeichnis 106
 f. a. Vereinswesen
 Einrichtung der Sazung 106
 f. a. Vereinswesen
 Einschreiten auf Ersuchen eines Schankwirts 381
 Einschreiten bei Rietschreitigkeiten 352
 Einsetzung des Bezugspreises 161
 Einstellung von Schiffsjungen 570
 Eintrittsgeld bei Vereinsfestlichkeiten 186
 Eintrittsverbot für Juden 80
 Einziehung von Einsätzen bei Betten 325
 Einziehung von Jagdgerät 300
 Eisenbahn, Betriebsstätte 177
 Eisenbahn, Diebstähle von Genußmitteln auf Eisenbahnen 105
 Eisenbahn, Dienstreisen 89
 Eisenbahn, Erdarbeiter 380
 Eisenbahn, Gefangenentransporte 113
 Eisenbahn, Militärartef 481
 Eisenbahn, Urlaubsreisen 100
 Eisenbahndienst 430, 671
 Eisenbahnkarte 310
 Eljak-Rothringische und Badische Sicherheitsbeamte, Zusammenwirken 256
 Empfangnahme von Strafgebern 479
 Entbindung, vorzeitige, künstliche 476
 Entbindungsanstalt 278
 Enterbigung von Leichen 81
 Entgegennahme von Bestellungen 68
 Entlassene Strafgefangene 354
 Entlaufenes Gefinde 186
 Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins 19

Entstellung 174
 Entweichenlassen Gefangener 31
 Entziehung aus der Fürsorgeerziehung 254
 Entziehung der Schankerlaubnis 398, 521
 f. a. Schandweien
 Epileptiker als Verbrecher 466
 Erdarbeiten, Sicherheitsdienst 380, 418, 514
 Erdbebenmesser 114
 Erhebliche Entstellung 174
 Erkennungsdiens, Berliner 61, 198
 Erkenntnis der Strafbarkeit 271
 Erkrankte auf der Straße 375
 Erlebtes und Erfahrenes 54, 130, 276, 299,
 880, 443, 471, 542, 566
 Erlöschen der Schankerlaubnis 65
 Ermittlung einer Handschrift 283
 Ermittlung eines Bilders 471
 Ermordung eines Gendarmen 516
 Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, siehe
 Öffentliche Angelegenheiten
 Expresseversuch 567
 Ersuchen der Staatsanwaltschaft 118
 Ertrinken 463
 Erzeugnisse der Landwirtschaft 405
 Essen für Väter 233
 Etat, f. Gendarmereieat
 Etatsstärke des deutschen Heeres 250
 Etatsstärke der Marine 471
 Exerzierplätze, f. Truppenübungsplätze
 Fabrikarbeiter 350
 Fahrende Piqueur 380
 Fahrgeldschuldigkeit auf Rotstrüßen 208
 Fahrlässige Gefangenenerfreuung 31
 Fahrlässige Körperverletzung 83, 105
 Fahrlässige Tötung 105, 132, 444
 Fahrräder 58, 155, 186, 397, 425, 565, 566
 Fahrräder auf Bürgersteigen 58, 397
 Fahrräder, Beleuchtung 186, 397
 Fahrräder, Nummerchild 595, 596
 Fahrradhüh 107
 Fahrtvergünstigung für Urlauber 100, 118
 Falsche Anschulbigung 174
 Falscher Name bei Wahlen 543
 Falschspiel 154, 258
 Fälschung von Legitimationspapieren 105
 Fälschung des Militärpasses 618
 Familiennamen, polnische 440
 Familienverbände, polnische 544
 Faschstoff zur Überführung von Dieben 178
 Feiertag, f. Polizeihunde
 Feiertag, Anmeldung von Sterbefällen an
 Feiertagen 495
 Feilbieten landwirtschaftlicher Erzeugnisse 405
 Feilbieten, marktschreierisches 85
 Feilbieten von Glückspielautomaten durch
 Reisen 571
 Feilbieten von Wundertücken 260
 Feilhalten 83
 Feilbierstahl 249
 Feilwege 178
 Fernrohr als Jagdgerät 348
 Festnahme, Unterführung des Gendarmen bei
 Festnahmen 392
 Feststellung der Verantwortlichkeit auf der Straße
 und in Wirtschaften 278, 575

Feststellung der Trunkenheit 82
 Feuer durch Selbstentzündung 550
 Feuerbestattung 825
 Feuerpolizei 618
 Feuerwehrlösungen 204, 368
 Fingerabdruckverfahren 320, 371
 Firmenaufschrift 20, 88, 598
 Firmenschilder 599
 Fischereipächter 186
 Fischereipolizei 84, 188, 374
 Fischfang 2
 Fischverkauf 88
 Flaschenbierhandel 88, 188, 362
 Fleisch notgeschlachteter Tiere 331
 Fleischläden, Preistafeln 496
 Flicke, Waffengebrauch gegen Flicke,
 f. Waffengebrauch
 Flobert-Feuertaffen 197
 Flüssbare Flüsse 428
 Flugblätter 58, 60, 177, 398, 400, 422
 Flurschub 623
 Flüsse, nicht schiffbare 428
 Flüsse, Verunreinigung 204
 Folgeleiten bei privaten Ersuchen 479
 Förderung der Bäckerei und Unsitlichkeit 156,
 177, 324, 326
 Förderung verbotenen Spiels, f. Verbotenes
 Spiel
 Formulare für polizeiliche Meldungen 110
 Fortbeamte, Abzeichen 113
 Förster 543
 Fortschubeamte 86, 152, 543
 Fortschubeamte, heilige 86
 Fortbildungsschule 175
 Französische Republik 186
 Französisches Schankstättengesetz 307
 Frauen, Firmenaufschrift der Frauen 88
 Frauen in Versammlungen 20
 Freiheitsentziehung 331
 Freilassung Gefangener durch den Amtsvor-
 steher 588
 Freistellen am Potsdamer Großen Militär-
 waisenhaus 476
 Freiwillige Invalidenversicherung 118
 Fremde bewegliche Sache 227, 444
 Fremde Grundstücke 332
 Fremde Jagdgebiete 7
 Fremde Wohnungen 227
 Friedhöfe, Hausfriedensbruch 105
 Friedhöfe, Schutz gegen Demonstration 522
 Freie Tat, Verfolgung auf freier Tat 477
 Freiseigerwerbe, f. Barbier- und Friseur-
 gewerbe
 Frist der Weerdigung 118
 Fruchverkauf von Branntwein 544
 Fruchfälle 445
 Führung des Titels Auktionskommissar 618
 Fuhrverehr 85, 233, f. a. Verkehrspolizei
 Fuhrwerk, Beleuchtung 83
 Fuhrwerk, Bezeichnung 5, 332
 Fuhrwerk, öffentliches, f. Fuhrwesen
 Fuhrwerk, unbeaufsichtigt 178
 Fuhrwesen, öffentliches 109
 Fundfachen 283, 368
 Fürsorge für entlassene Strafgefangene 354
 Fürsorge für Erkrankte auf der Straße 378

Fürsorgeerziehung 8, 264
Fußgängerverkehrsordnung 11

Gast, Polizeistundenüberschreitung 560
Gäste, betrunkene 349
Gasthofsfremde 37
Gasthofspersonal 358, 359
Gastwirtschaft 6, 37, 134, 256, 269, 320, 358
Gastwirtschaftsgehilfen 358, 359
Gauerntricks 181
Gebäudeteile, Beschlagnahme 383
Gebühren für kirchliche Handlungen 359
Geburtsanzeigen 158
Gefangenenbefreiung 31
Gefangene, Freilassung durch den Amts-
vorsteher 508
Gefangene, Vorführung 333
Gefangenen, Sammeltransporte 113
Gefährdungsstufe 148
Gefährdungsstufe 95, 114, 171, 417, 571, 622
Gefährdungsregelung in Haft-Vorbringen 539, 571
Gefährdungsverhältnisse der Württembergischen
Landjäger 102
Gefährdungsstufe 358, 513, 563, f. a. Befolungs-
dienstalter
Gefährdungsverkehr 426, 499, 460, 596, f. a.
Kurzpuffer
Gefährdung 11
Geistesranke 59, 157
Geistesranke 306
Geistige Getränke 101, 178
Gemeindebeamte, Infallrente 255
Gemeindebeamte, Zeugengebühren 8
Gemeindevorsteher als Hilfsorgan des Amts-
vorstehers 149
Gemeinbewahrsrecht 526
Gemeingefährliche Geistesranke 59
Gemeingefährliche Handlungen in der Presse
416
Gemeingefährliches Verbrechen 526
Gemeinsame Dienstverrichtung mehrerer Gen-
darman 210
Gemeinschaftlich begangene Straftaten 526
Gemenge, trodene, als Arzneimittel 106, 162
Gendarman als Geschäftsvermittler 622
Gendarm als Kulturträger 172
Gendarm an der Brandstätte 526
Gendarm, Anrechnung eines Militärdienst-
jahres 54, 65
Gendarm, diensthabender 162
Gendarm, Gefährdungsstufe 95, 80
Gendarm, Rangverhältnis 491
Gendarm, Ruhegehalt 80
Gendarm, Steuerpflicht bei Probendienstleistung
19
Gendarm, Strafverfügung gegen Gendarmen
37
Gendarm, Unterstützung bei Festnahme 332
Gendarm, Verhältnis zum Kreissekretär 310
Gendarm, Verzeichnis der Gendarmen im
Gendarmeriekalender 309
Gendarmen, berittene, erhöhte Tagesgelde
523
Gendarmen, die preussischen 370

Gendarmenmord 516
Gendarmerie, bayerische 596
Gendarmerie, französische und deutsche 428
Gendarmerie, lothringische 86
Gendarmerie, Versorgung im Gendar-
merieamt 319, 370
Gendarmerieamt für Preußen 487, 588, 611
Gendarmerieamt für die Reichslande 539, 541,
571
Gendarmeriekalender 309, 310, 330, 331, 367,
359, 380, 408, 428
Gendarmeriekommando in Rominten 159
Gendarmerieschießen 159, 178
Gendarmerieschule 280
Gendarmerieschule München 496
Gendarmeriestation 326
Genußmittel, Gefährdungsstufe 148
Genußmitteldiebstahl 105
Gerichte, Zuständigkeit 574
Gerichtliche Medizin, Gesellschaft für gericht-
liche Medizin 277
Gefängnisvorstände 105, 596
Gefangenenverein 20
Gefährdungsvermittlung durch Gendarmen 622
Gefellschaft, geschlossene, f. Geschlossene Ge-
ellschaft
Geschlechtsranke Dirnen 59
Geschlossene Gesellschaft 68, 138, 186, 211, 236,
331, 348, 352, 359, 380, 405, 422, 448, 478,
599
Geschlossener Ortsteil 521
Gefinde 32, 33, 66, 70, 90, 156, 178, 186, 206,
348, 350, 373
Gefindebetrug 373
Gefindebetrugsbündel 33
Gefindevermieter 596
Gefährdungsstufe 13
Gefährdungsstufe 221
Gefährdungsstufe, Ankauf 306
Gefährdungsstufe, Unterdrückung 587
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 7, 81
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 7, 12, 228, 254
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 101, 178
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 113, 186,
323, 333
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 164
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 56
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 277, 284
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 156
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 54, 76, 320, 313
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 306, 373, 405, 445
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 85, 155, 205, 278, 447,
545
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 68
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 259
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 374
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 110
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 573
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 79
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 30, 154, 235, 325
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 525
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe 69
Gefährdungsstufe, Gefährdungsstufe, f. Maß- und Gewichts-
ordnung

Gezinkte Karten 154
 Giftlegen 454
 Giftnachweis in Leichen 81
 Giftverkehr 19
 Giftwanderung in Leichen 81
 Glüdsbuben 424
 f. a. Auspielungen, Glüdspiele
 Glüdspielautomaten 568, 571
 Glüdspiele 8, 20, 80, 110, 134, 154, 158, 230, 235, 253, 259, 279, 325, 350, 429, 447, 507, 568, 619
 Gnadenfaden 307
 Gnadenvierteljahr 563
 Gottesdienst, f. Sonntagsheiligung
 Gotteslästerung 448, 472
 Grab 4
 Grabrede 106
 Grabschändung 4
 Graugaulheber 454
 Grenzen der Polizeigewalt, f. Polizeigewalt
 Grenzpolizeigefängnis zu Emmerich 496
 Grenzpolizeikommission 354
 Grober Unfug 60, 279, 400
 Grundstücke, Betreten fremder Grundstücke 352
 Gummischeiben als Gefäßverschlüsse 148
 Haftbarkeit, strafrechtliche 397
 Haftstrafe gegen Gendarmen in polizeilichen Strafverfügungen 37
 Haftung Angeklelter 57
 Haftung der Ehefrau eines Wirts für Polizeistundenübertretungen 595
 Haftung der Strafvogabenbesitzer 54, 349, 398, 444
 Haftung des Staates für seine Beamten 54, 149, 442, 539, 617
 Haftung des Tierhalters 407, 539
 Haftung für Vollzeindrigkeiten 126, 178
 Haftung für Stellvertreter 106
 Haftung für ungeeignete Dienstwohnungen 90
 Hamburger Schuhmannschaft 127
 Handel mit medizinischen Tress 169
 Handel vor Beginn des Marktes 374
 Handelsgesellschaft, Strafantrag 396
 Händler, Anzeiger 349
 Handchristenmittlung 288
 hannoversches Jagdrecht 331
 hartnäckiger Ungehorsam des Gefindes 82, 348
 Hasen, in fremdem Jagdgebiet verlorene Hasen 253
 Hausarbeit in der Tabakindustrie 54
 Hausdiener am Bahnhof 357
 Hausfriedensbruch 105, 253, 399, 493, 550
 Hausherhandel 231
 Hauskollekten 445
 Hausnummer gewerblicher Betriebe 259
 Hausrecht 230, 399
 Hausseggen 110
 Hebamme, jährliche Tötung 132
 Heer deutsches 250
 Hehlerei 81, 203, 348, 396, 521, 567
 Heilkunde 12, 33, 161, 322, 399, 425, 447, 448
 Heilmittelabgabe durch Ärzte 400
 Heilsarmee 32, 595
 Heilung Geschlechtskrankter 59

Heimarbeit in der Tabakindustrie 54
 Heimatchein 8
 Herford, Trinkerbehandlung in Herford 80
 Herrenloses Gut 444
 Herstellung von Nahrungsmitteln 300
 Heßische Fortschubleute 86
 Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft 496
 Hilfsbedürftige Weistrafen 167
 Himmel, Verammlung unter freiem Himmel 84
 Hinterbliebenenfürsorge 54, 467
 Hirschenjagen 277
 Hochspannleitungen 305
 Höheres Kunstinteresse 133, 256, 323, 353
 Höheres wissenschaftliches Interesse 255, 323
 Homosexuelles 441
 Hunde, Anmütelung 305
 Hunde, wilde 114
 Hundebellen 473
 Hundefang 10, 90
 Hundeschutzwerte 13
 Suppe 6, 445, 545
 f. a. Strafvogaben
 Idealisierung strafbarer Handlungen 210
 Impfwesen 108, 109
 Industriegebiet, Schankstättenfluß 354
 Inhaber einer Schankwirtschaft 263
 Interesse, höheres der Kunst oder Wissenschaft, f. Höheres Kunstinteresse, Höheres wissenschaftliches Interesse
 Interessen, berechtigte 56, 154, 306, 325, 543
 Interim bei Polizeiverordnungen 378
 Internationale kriminalistische Vereinigung 153
 Invalidenversicherung 113
 Irrtum über Ausführungsvorschriften 175
 Jagd auf Kaninchen, f. Kaninchenfang
 Jagdausrüstung 334
 Jagdausübung an von Menschen besuchten Orten 33
 Jagdausübung, unbefugte 277, 349, 445
 Jagdberechtigung 331, 477, 501
 Jagdgebiete 7
 Jagdgeräte 348
 Jagdgesetze 380
 Jagdordnung 282, 380
 Jagdpächter 162
 Jagdpolizei 349, 543
 Jagdrecht 7, 13, 32, 54, 83, 85, 102, 126, 282, 283, 331, 357, 422, 445, 570
 Jagdschein 495, 550, 570
 Jagdschupbeamte 152, 543
 Jagdvergehen 277, 284, 300, 348, f. a. Wildern
 Jahrmärkte 77, 235
 Japanisches Platten- und Tauwerfen 429
 Juden, Eintrittsverbot 90
 Jugendfürsorge 225
 Jugendgerichtshof 401, 425, 617
 Jugendliche Personen, Vernehmung 272
 Jugendliche Strafgefangene 354
 Jugendliche Täter 271, 401, 539, 617
 Jugendvereine, sozialdemokratische 205
 Justizdienst, Strantenfürsorge für Rangleihen 370

Kaiserliche Marine 137
 Kammerjäger 19
 Kanalbauten, Polizei und Sicherheitsdienst
 322 343, 380, 381
 Kaninchenfang 7, 13, 83, 357, 422, 477
 Kantinen auf Bahnhöfen 110
 Kangleighilfen im Fußgängerdienst, Krankenfür-
 sorge 370
 Kangleidienst 54, 370
 Karnevals-Gesellschaft 61
 Karten- und Planwesen 13, 181
 Karussell, Aufstellung 618
 Karussellbetrieb auf Privatplätzen 85, 284
 Karussellbetrieb mit Musik 7
 Karussellbetrieb im Umherziehen 110
 Karwoche 279
 Kasinogesellschaft, Polizeistunde 405
 Kastellan oder Wirtschaftspächter 406
 Kaufmännische Betriebe, Arbeitszeit 8
 Kautionschwindel 132
 Kegelspiel, nächstliches 31, 353, 488
 Keimendes Leben, Verbrechen gegen das kei-
 mende Leben 542
 Kellereien 277, 306, 324, 328, 495
 Kinder auf Tanzböden 400
 Kinderbrandstiftungen 225, 251.
 Kindererzählung 205
 Kinderschutz 61, 134, 197
 Kinetographen 83, 176, 230, 260, 349, 545,
 568
 Kirche, Beschimpfung der Einrichtungen der
 christlichen Kirche 174
 Kirchliche Handlungen, Gebühren 359
 Kirchweihfeier 77
 Kirchesbuden am Sonntag 383
 Klage gegen polizeiliche Verfügungen 204, 324
 Kleinbahnen 450
 Kleinbahnbenutzung bei Dienststreifen 406
 Kleinhandel mit Bier 88, 138, 352
 Kleinhandel mit Branntwein 88, 66, 228
 Kleinhandel mit Eis 68
 Kleinhandel mit Metallbruch 352
 Knotenschlingen 285
 Knüttelung der Felle 305
 Koalitionsrecht 109, 619
 Kollekten 445
 Kolonien, f. Schutzgebiet
 Kolportagebuchhandel 32
 Kommandozulagen 102, 538
 Kommunalbeamte, f. Gemeinde
 Kommunalbeamte 599
 Kommunal-Beamte als Zeuge bei
 Durchsuchungen 453
 Konditorwaren 93, 256
 Konstituenten 253
 Konflikt 59, 133, 375
 König, Volksversammlungen am Aufenthalts-
 orte des Königs 19
 Konservierung durch Vorwürfe 281
 Konsulatswesen 469
 Konsuln 469
 Konstruktbruch 68, 90, 442
 Konzeptionierte Betriebe, Hausnummerände-
 rung 259

Konzeptionszwang, f. Konzeptionspflicht
 Konzeptionsbedingung 6
 Konzeptionsentziehung 107, 156, 177, 285
 Konzeptionspflicht für öffentliche Fuhrwerke
 109
 Kötterordnung 260
 Körperverletzung, fahrlässige 83, 105
 Körperverletzung, schwere 174
 Korpsschab 415
 Kosten bei Bekämpfung ansteckender Krankheiten
 473
 Kosten der Heilung Geschlechtskranker 59
 Kosten der Unterbringung Geschlechtskranker 59
 Kraftfahrzeuge, f. Kraftwagen, Kraftwagen
 Kraftmaschinen 354
 Kraftwagen 155, 396, 550
 Kraftwagen 6, 8, 54, 62, 84, 158, 159, 203,
 206, 227, 228, 256, 257, 279, 348, 349,
 396, 397, 400, 444, 445, 493, 521, 543,
 544, 545
 Kraftwagenbesitzer, Haftung 54, 349, 398, 444
 Krammeisvogelfang 449
 Kranenanstalt 177
 Krankenbehandlung, briefliche 12
 Krankenfürsorge 370, 375
 Krankenfürsorge für Fußgängerlisten 370
 Krankenversicherung 205
 Krankes Weib 32
 Krankheiten, ansteckende 228, 473
 Krebsfang 204
 Krebsschwindel 4
 Kreissekretär, Verhältnis zum Gendarmen 310
 Krematorium 325
 Kriegervereinsbegräbnis 211
 Kriegsjahre in Afrika 271, 563
 Kriegsruf der Heilsarmee 32, 595
 Kriegsteilnehmer in Deutsch-Südwestafrika 563
 Kriegsteilnehmer in Südwestafrika 271
 Kriminalistische Vereinigung, Internationale
 153
 Kriminalpsychologie 18, 221, 233
 Kriminalstatistik 193, 223
 Kroaten 376, 425, 475, 514, 522, 546
 Krugifiz 448
 Kundgebungen auf Friedhöfen 522
 Kündigung der Dienstverträge 358
 Kündigung der Mietverträge 211
 Kunstinteresse, höheres 133, 255, 323, 358
 Kunstwerke 353
 Kurantiall, Schankbetrieb 323, 333
 Kurpfuscherei 12, 33, 161, 322, 399, 425
 Ladenschluß 278, 383, 494
 Laiengrabrede 106
 Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika 200,
 359, 372, 400
 Landespolizeibehörde, Abweisung 219, 244,
 269, 359
 Landespolizeiliche Anordnung bei Viehseuchen
 349
 Landfriedensbruch 83
 Landgendarmerie, f. Gendarmerie
 Landjägerkorps, Württembergisches 102, 442
 Landschaftlich hervorragende Gegenden, Ver-
 unsäufung 322

Landtragnenbankett 445
 Landtreidectum 146, 307, 453
 Landtag, preussischer 392
 Landwirtschaftliche Erzeugnisse 405
 Lärm, ruhestörender, i. Aufsehtörung
 Lästige Ausländer 156
 Laufmädchen 860
 Lebensmittel, i. Nahrungsmittel
 Legitimationskarte für ausländische Saison-
 arbeiter 125
 Legitimationskarte für Reisende 76, 399, 671
 Legitimationspapiere, gefälschte 108
 Lehrlinge i. G. des Vereinsgesetzes 228
 Lehrlinge, Arbeitspausen 618
 Leibesstrafe 56
 Leichen, Giftmachei in Leichen 81
 Leichenbegängnis 106, 275
 Leichenpässe 425
 Leichentransport 175
 Leistungen, Anbieten gewerblicher Leistungen
 110
 Leugnen und Gestehen 221
 Leumundersuchen ausländischer Behörden 345
 Lichtbildervortrag 544
 Litzerauskauf 211
 Litzere aus Effenzen 235
 Litzehandel 66
 Logiergäste, Anmeldung 6
 Logiergäste, Verabfolgung von Getränken an
 Logiergäste 118, 186, 823, 338
 Lohnkampf, i. Streikvergehen
 Lohnzahlungsbücher 423
 Lothringische Gendarmerie 86
 Lotterie 381, 667
 Lotterieverein 208
 Löwenkopfabel 102
 Lustbarkeiten 7, 85, 133, 167, 204, 378, 393,
 397, 426, 430, 644
 i. a. Tanzlustbarkeiten, Musikaufführungen
 Lustbarkeitssteuer 7, 68, 397
 Mädchenhandel 326
 Maifesterausflug 399
 Majestätsbeleidigung 54, 104, 538, 587
 Mängel der Mietswohnung 211
 Mänoberpolizei 391
 Margarine zu Wachsware 423
 Marine 137, 471
 Mark, abgekürzte Schreibweise 512
 Marktentwerbetrieb 550
 Marktheine, trigonometrische 154
 Marktordnung 86, 90, 874, 631
 Marktschreierisches Heilbieten 85
 Marktverzeichnis 810
 Marktgebühren 538
 Maß- und Gewichtsordnung 468
 Mauern an Feldwegen 178
 Kaufscheln 110, 230, 826, 567, 619
 Mechanische Musikwerke 107, 360
 Medizinische Tese 162
 Melben, Angen beim Melben 310, 358, 629
 Meldepflicht 163
 Melbewesen 110, 158, 307
 Melbegittel 110
 Melchenmenge i. G. §§ 110, 111 StGB. 873
 Mietsfreiheit, polizeiliches Einschreiten 382
 Mietsialer 350

Mietsvertragskündigung 211
 Mietswohnung, Mängel 211
 Milch, pasteurisierte 893
 Milchaustragen am Sonntag 208
 Milchgewinnung 274
 Milchschmuckprüfer 252
 Milchverkauf 166, 253
 Milchverkehr 274, 305, 422
 Militäranwärter 54, 68, 124, 470, 671, 687
 Militärdienstzeit 54, 65, 124, 127, 286, 568
 Militärfahrarten 89, 100, 113, 282
 Militärhinterbliebene, Unterstützung 487
 Militärischer Rang ausscheidender Obermacht-
 meister und Gendarmen 491
 Militärpaß, Fälschung 618
 Militärpersonen, polizeiliche Strafverfügung
 441
 Militärtarif auf Eisenbahnen 491
 Militärverbot für Wirtschaften 424
 Militärmassenaus 476
 Minderjährige, Aufkaufen von Waren von
 Minderjährigen 667
 Minderjährige, Fürsorgeerziehung 2
 Mineralquellenschutz 417
 Mißbrauch der Konzeption zu Vereinsveran-
 staltungen 285
 Mißbrauch des Wirtsgewerbes 235, 424
 Mittagpause im Handelsgewerbe 618
 Mitgliederberufung 66
 Mitgliederverzeichnis 106
 Mittlere Beamte, Unterstützungsfonds 126
 Mord an einem Gendarmen 616
 Motore 354
 Motorrad 166, 396, 550
 Mühlenbesitzer 259
 Müllabfuhr 5
 Mundarten als Erkennungszeichen 128
 Mundraub 105
 Musikaufführungen 32, 65, 353
 Musikbegleitung beim Karnevalbetrieb 7
 Musiklehrlinge 8
 Musikwerke, mechanische 107, 350
 Nachbarbezirke, Polizeidienst 168
 Nachmachen von Nahrungsmitteln 428
 Nächstliche Ruheörtung 210, 493
 i. a. Ruheörtung
 Nächstliches Kegelspiel 31, 493
 Nächstliches Musikieren 65
 Nachtzeit 20, 227
 Nachweise, unrichtige, bei Konzeptionserteilung
 107
 Nahrungsmittel, verdorbene und verfälschte
 108, 235, 263, 281, 285, 294, 300, 388,
 423, 496
 Nahrungsmittel, Gefährlichkeits 148
 Nahrungsmittelunterstützungämter 514
 Name, falscher bei Wahlen 543
 Ramentafel an Wagen 5
 Naturalisation 168
 Nebenbeschäftigung 622
 Ne bis in idem 109, 138
 Neugeborene, Anmeldung 158
 Neuzuziehende, Ausweisung 158
 Nicht etatsmäßige Beamte 248
 Nichtpreussische Lotterie 567

Nicht rechtsfähige Vereine 98
Nichtausziehung eines Arztes 132
Niederlassung, gewerbliche 573
Nobilitäten 203
Notierung für Zivildienststellen 114
Noterschlagung 331
Notstand 178
Notwehr 535, 559, 583, 603
Nummer an Kraftwagen 348
Nummernschilder für Bahnräder 595, 596
Obdachlosenbeschäftigung 425
Oberwachmeister, Mangelverhältnis 491
Oberwachmeister, Ruhegehalt 80
Oberwachmeister auf Probe 113
Oberwäna 57, 351
Offentlich bemerkbare Arbeit 422
 f. a. Sonntagsheiligung
Offentliche Angelegenheiten 83, 84, 105, 106,
132, 175, 397, 544
Offentliche Anführung von Heilmitteln 448
Offentliche Chemiker 354
Offentliche Gottesdienstleistung 472
Offentliche Lustbarkeiten, f. Lustbarkeiten
Offentliche Orte 110
Offentliche Plage 85, 110, 157
Offentliche Tanzlustbarkeit, f. Tanzlustbarkeit
Offentliche Theatervorstellung 60, 119
Offentliche Urteilsverkündung 133
Offentliche Versammlung 96, 174, 544
Offentliche Wege 59
Offentliche Wirtschaften, Betreten zur Kamens-
feststellung 576
Offentlicher Aufzug 5, 162, 256, 278, 399
Offentlicher Augen, Gegenstände, die ihm
 dienen 154
Offentlicher Versammlungsraum 8, 544
Offentliches Ärgernis 203
Offentliches Rubricieren 31, 109
Offiziersjabel 162
Offene Schermen als Versammlungsräume 230
Offene Verkaufsstelle 60, 618
Omnibusfahrer 31
Orchestration 285
Ordnungsstrafe 498
Ortschaften, Verunsichtigung 322
Ortsdiener 628
Ortsheil, geschlossener 521
Ortsübliche Bekanntmachung 106
Ostafrika, Aufstand 563
Osterreichische Behörden, Verkehr mit diesen 306
Ostmarkenborlage 417
Ostmarkenzulage 429
Pächter einer Wirtschaft 406
Paradezug 599
Pasteurisierte Milch 383
Pasifizierung nach der Türkei 392
Patronenhüllen auf Truppenübungsplätzen 31
Peisfragen 280
Pension, Pensionierung, f. Ruhegehalt, Ruhe-
 stand
Personalveränderungen 14, 84, 62, 86, 111,
135, 160, 179, 207, 281, 287, 280, 308,
327, 355, 377, 403, 427, 450, 476, 497,
523, 546, 568, 596, 620
Personenbeförderung auf Wasserstraßen 56

Personenmehrheit, Beleidigung 7
Pfandleihegesetz 195
Pfandleihgewerbe 195, 353
Pferd, Pflege des Pferdes eines dienst-
 entbundenen Gendarmen 162
Pferdefleisch in Wurst 285
Photographenlisten 90
Photographie bei Unfällen 346
Photographie im Erkennungsdienst 8, 13, 161,
 320
Photographieren am Sonntag 238
Photographieren im Umherziehen 283, 448
Photographieren, zwangsweises 13, 106, 305,
 493
Photographische Endverständigenkammer 376
Plafattieren 351, 421, 476
Plan- und Kartenzeichen 13, 161
Plattenwerfen 429
Plätze, öffentliche 85, 157
Plünderer Tod im Wasser 463, 492, 511
Pneumatikreifen 186
Pochen ein Glückspiel 279
Pochen ein Glückspiel 568
Polernborlage 417
Politische Demonstration bei Leidenbegänge-
 nissen 278
Politische Vereine 106
Polizei im Vergewalt 278
Polizei, Pflichten der Polizei 279, 327
Polizei, Recht zu zwanngswelter Vorführung 7
Polizei, Zeitschrift „Die Polizei“ 100
Polizei und Privateigentum 351
Polizei und Publikum 4, 122, 278
Polizei und Rechtspflege 210
Polizeiaufsicht 56, 208, 359
Polizeibeamte als Zeuge bei Durchsuchungen
 453
Polizeibezirk Sichtenberg 417
Polizeibezirk Potsdam 417
Polizeiblätter, auswärtige 18
Polizeibrief, Strafantragerecht 352
Polizeidienst bei Erbarbeiten 418, 514
Polizeidienst bei Kanalbauten 322, 343
Polizeidienst in Nachbarbezirken 158
Polizeigewalt, Grenzen 327, 381, 382, 421, 405
Polizeikommissar, Anstellung 464
Polizeikosten 59, 417
Polizeiliche Anforderungen an Schankräume
 134
Polizeiliche Ausweisung 6
Polizeiliche Bekanntmachung 228
Polizeiliche Melderegister 307
Polizeiliche Strafverfügung 30, 37, 74, 110,
 441, 468
Polizeiliche Übertretungen 123
Polizeiliche Verfügungen 2, 133, 203, 204, 229,
 230, 254, 306, 324, 339
Polizeiliche Verwarnung 61
Polizeiliche Vorführung 7
Polizeiliche Vorladung 7
Polizeilicher Zwang 423, 447
Polizeiliches Einschreiten, f. Polizeigewalt,
 Grenzen
Polizeischule Gottbus 514

Polizeistunde 87, 88, 89, 107, 138, 155, 177, 205, 234, 305, 324, 353, 354, 359, 398, 399, 405, 406, 446, 476, 544, 545, 550, 576, 595, 598, 619

Polizeiverordnung 430

Polizeiverordnung bei Eingemeindung 6

Polizeiverordnung, Interim 373

Polizeiverordnung zum Schuß privater Interessen 5

Polizeiverordnung, Form der Verkündung 5, 204

Polizeiverordnung und Bekanntmachung 254

Polizeiverordnungsrecht unzuverlässig, Übertragung 396, 422

Polizeiverwalter, Vertretung 359

Polizeiverwaltung in Plauen 13

Polizeiwache als Behörde 174

Polizeiwidrigkeiten, Haftung für ihre Abstellung 126

Polnische Arbeiter 65, 125, 618

Polnische Familiennamen 430

Polnische Familienverbände 544

Polnische Straßennamen 619

Polnisches 179, 327, 522, 546

Polnische Zeichen 228

Postanwärter 161

Postbestellung 59, 526

Postdienst 430, 587

Postkarten, unzüchtige 348

Postzustellungsbefehle 376

Postdamisches Militärwaisenhaus 476

Preisaus schreiben 566

Preisrätsel 132

Preisstehlen 60, 235

Preisstafel an Fleischerläden 496

Presse als Hilfsmittel für gemeingefährliche Handlungen 416

Prehrrechtliche Vertichtigung 108

Privateigentum und Polizei 351

Privatentbindungsanstalt 278

Privatflüsse 423

Privatflagen 206

Privatfrankenanstalt 177

Privatplätze 157, 284

Privaträume, Ruhestörung 210

Privatrechte, Unterstützung durch den Gendarm 479

Privatversammlung 362

Prostitution, f. Sittenpolizei

Presse, Beleidigung durch die Presse 66

Presse, Zeugniszwang 54

Privatflüsse 67, 132

Privatinteressen, Schuß durch Polizeiverordnung 5

Privatplätze 85

Privaträume des Wirts 19

Privatversammlung 175, 362

Privatreue 20

Probedienstleistung 19

Probezeit 56

Prostituierte, f. Dirnen und Sittenpolizei

Prüfungsfahrten der Kraftwagen 400

Pseudonyme Eingaben 159

Psychologie 18, 233

Publikationen von Polizeiverordnungen 5

Publikum und Beamte 12

Publikum und Polizei 4, 122, 273

Pulver als Jagdgerät 348

Pulver als Sprengstoffe 172

Quellenforschung 417

Radfahrerfahrrad 187

Radfahrkarte 536

Radfahrerverkehr, f. Fahrräder

Rahmen, Zubehör des Bildwerks 66, 110

Rang, militärischer, der auscheidenden Oberwachstmeister und Gendarmen 491

Rasse und Verbrechen 19

Rauschen der Omnibusfahrer 31

Raumgehalt der Schanzen 98, 99

Rechtmäßige Ausübung des Dienstes bei Widerstand 633, 659, 683, 695

Rechtsangelegenheiten, fremde, f. Rechtsbeistand

Rechtsbeistand 5, 8, 109, 132, 157, 352, 567

Rechtsfähige Vereine 98

Rechtsirrtum 175

Rechtskonfликтanten 5, 8, 109, 132, 157, 352, 567, 618

Rechtskonfликтantenwohnung 5, 132

Rechtskraft und Polizeistundenseifehung 641

Rechtskraft versagender polizeilicher Befehle 645

Rechtskraft verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen 59, 424, 494, 545

Rechtsweg für Unfallrentenanprüche 256

Rebner in Versammlungen 65

Regimentsuniform Verabschiedeter 571

Rehfäller, Schonzeit 85

Reichstag 392

Reichstagsmitglieder, Strafverfahren 176

Reichstagsmitglieder, Zeugniszwang 54

Reichstagswahl, Angabe falscher Namen 643

Reichsvereinsgesetz 417, 418

Reichsviehseuchengeiß, f. Viehseuchen

Reinigen der Dampfessel durch Kinder 197

Reisegebühren innerhalb des Dienstbezirks 113

Reiseflohen und Tageselder 8, 113, 162, 283, 670, 595

Reisender 68, 76, 571

Reklame, unlautere 444

Religionsbegriffen 174, 448

Reinwörter 825

Reparaturen in Dienstwohnungen 676

Revierwache als Behörde 175

Rheinprovinz, wildernde Hunde 114

Ringwerfen 154

Roburterplosion in Annen 28

Rohe Erzeugnisse der Landwirtschaft 405

Rückreise bei Dienstreisen 595

Rücksendung von Alten 82

Rückwirkende Kraft der Gehaltsrückzahlung 622

Ruhegehalt 64, 80, 114, 810, 474, 599

Ruhe der Pension 310

Ruhestand 29, 454

Ruhestörung 7, 81, 95, 107, 155, 210, 278, 850, 874, 898, 448, 473

Ruhezeit der Gastwirtsgehilfen 359

Rummelplätze 157, 424
 Russische Schaulen 77
 Russische Terroristen 522
 f. a. Anarchistisches
 Ruthenische Arbeiter 125
 Säbelscheiden, Schwärzen 162
 Sachbesitzbürgung 154
 Saisonarbeiter, ausländische 125
 Saisonkongression 114
 Samenhandel im Umherziehen 401
 Sammeltransporte 113
 Sammlungen 445
 Sägung 106
 Schadenersatz für ungeeignete Dienstwohnungen 60
 Schadenersatz für unzulässige Versammlungsauflösung 108
 Schadenschaffung des Staates 54, 149, 442, 539
 Schankerlaubnis, f. Schankwesen
 Schankgeschäfte, Polizeistunde 575
 Schankgeschäfte 38, 90, 405
 Schanklokal 134
 Schankstättengesetz in Frankreich 307
 Schankstättenzuschuß im Industriegebiet 354
 Schankwesen 6, 7, 19, 37, 38, 58, 59, 65, 66, 85, 90, 101, 106, 107, 109, 110, 113, 114, 133, 134, 138, 155, 157, 176, 177, 178, 185, 186, 188, 204, 205, 234, 253, 256, 259, 277, 284, 285, 305, 306, 307, 320, 323, 324, 325, 326, 333, 349, 353, 354, 359, 381, 393, 398, 399, 405, 406, 424, 430, 445, 446, 447, 454, 521, 544, 545, 550, 568, 575, 595, 596, 619
 f. a. Polizeistunde, Wöllerei
 Scharlatanerie, f. Kirchhucherei
 Schatzschwindler, Spanische 307
 Schaubuden 305, 618
 Schaufenster an Sonntagen 6, 90, 449
 Schaulen 77, 373
 Schaulstellungen 305, 568
 Schelle, Bekanntmachung mittels der Schelle 106
 Schießapparat als Glückspiel 568
 Schießbudenbetrieb 156, 618
 Schifffbare Flüsse 423
 Schifffahrt 56
 Schifffahrtspolizei 56, 423
 Schifferpatent 399
 SchiffsjungenEinstellung 570
 Schiffsjungenlaufbahn 137
 Schiffschaul 373
 Schilder am Wagen 5
 Schilder an Fahrrädern 595
 Schlachttiere, notgeschlachtet 331
 Schlingenstellung 83, 371, 443
 Schlittenfahren 623
 Schlittschuhlaufen 623
 Schnellzüge, Benutzung auf Militärfahrarten 89, 100, 113
 Schnellzüge, Benutzung durch Urkanter 100, 113
 Schokoladenverkauf 66
 Schonzeit 32, 85, 175
 Schornsteinfegermeister 478
 Schreibweise, abgekürzte, von Marx 512
 Schriftfälschungen 420

Schrittfahren der Kraftwagen 203
 Schülerfeste 234
 Schülerkneiperei 19
 Schülerpolizei 229
 Schulstreik 60
 Schulversäumnis 60
 Schußverletzungen mit Flobert-Feuerwaffen 197
 Schußwaffengebrauch 103, 128
 Schuß der Mineral- und Thermalquellen 417
 Schuß der Singvögel, f. Vogelschuß
 Schützenfeste 17, 280
 Schützenvereine 185
 Schußgebiete 200, 271, 359, 372
 Schußmannsdienst, Versorgung im Schußmannsdienst 319, 370
 Schußmannsdienst, Anrechnung eines Militärsdienstjahres 54, 65
 Schußmannschaft in Bremen 198
 Schußmannschaft in Hamburg 127, 197
 Schwärzen der Säbelscheiden 161
 Schwere Diebstahl 227
 Schwindelausverkauf 89
 Seismograph 114
 Seismometer 114
 Selbstentzündung von Getreide, Heu 550
 Selbsthilfe 618
 Selbsthilfe bei Zedprellerei 233
 Seuchenpolizei 493
 Sherry oder Sherry 284
 Sicherheitsdienst bei Kanalbauten und Erarbeiten 322, 343, 418, 514
 Simulierte Trunkenheit 82
 Singvogelschuß 617
 f. a. Vogelschuß
 Sittierung zwecks Feststellung der Persönlichkeit 279
 Sittenpolizei 77, 89, 132, 185, 203, 206, 222, 519, 595
 Sittlichkeitsverbrechen 105
 Sitzung oder Versammlung 175
 Sonntagsheiligung 6, 56, 58, 89, 90, 177, 203, 204, 279, 283, 323, 349, 353, 398, 421, 422, 449, 544, 568, 575
 Sonntagsruhe 8, 38, 60, 76, 155, 162, 211, 235, 256, 278, 310, 383, 575
 Sozialdemokratie 33, 62, 205, 207, 300, 354, 376, 401, 425, 450, 498, 546, 596
 Sozialdemokratischer Jugendverein 205, 354
 Spanischer Schatzschwindel 307
 Speisewirtschaft 349
 Spiel, verbotenes, f. Verbotenes Spiel
 Spielfartenstempel 174
 Spirituosen 176
 Sprengstoffe 172, 421
 Spur, Verfolgung auf unmittelbarer Spur 477
 Staat, Haftung für seine Beamten 54, 149, 442, 539, 617
 Staatsangehörigkeit 156, 587
 Staatsanwaltschaft, Hilfsbeamte 496
 Staatsanwaltschaftserfuchen 113
 Staatsgewalt, Widerstand 157, 279, 305, 400, 490, 535, 559, 583, 608
 Staatshaushalt, preussischer 442, 487
 Stachelbrautzaun 260
 Stadterweiterung 33
 Städteverzeichnis 380

Stadtwappen 255
 Stadtschweiger 87
 Stammsiebel 405
 Standort, Verlassen des Standortes 20, 502, 526
 Statistik der Fürsorgeerziehung 9
 Statistik der Gast- und Schankwirtschaften 320
 Statistik der Verbrechen und Vergehen, siehe Kriminalstatistik
 Statistik des Erkennungsdienstes 61
 Stauanlagen 259
 Steckbrief 13
 Stehenlassen unbeaufsichtigter Fuhrwerke 178
 Stellendermittler 33, 107, 168, 626
 Stellvertreter im Schankgewerbe 56, 90, 108, 109
 Stempelsteuer 162, 174
 Stempelpflicht der Genehmigung öffentlicher Aufzüge 162
 Sterbefälle, Anmeldung an Feiertagen 495
 Steueraufsicher 454
 Steuerdienst 285, 454
 Steuerpflicht zur Probedienstleistung beurlaubter Wendarmen 19
 Stodarreiß 56
 Stodwaffen 273
 Strafantrag 105, 206, 352, 567
 Strafbare Handlungen, Aufforderung zu solchen 373
 Strafbarmachen des Almosengebers 307
 Strafgefangene, entlassene 354
 Strafgeßel, Empfangnahme 479
 Strafprozeß, Weßändnis 18
 Strafrechtlidhe Behandlung Jugendlidher 617,
 f. a. Jugendlidhe Personen, Jugendlidhe Täter, Jugendgeridhtshof
 Strafrechtlidhe Haftbarkeit 307
 Strafregißter 79
 Straftaten, gemeinsdiaftlid begangene 526
 Strafverfahren gegen Reidstagsmitglieder 176
 Strafverfolgung, Verjährung 375
 Strafverfolgung auf Ersuchen nordamerikanischer Behörden 596
 Straßverfügung 80, 37, 74, 110, 441, 468
 Straße, Warenausrufen, f. Ausrufen
 Straßenbahn 58, 86, 229, 256, 324, 406, 450
 Straßenkreuzung 85
 Straßennamen, polnische 619
 Straßenpolizei 5, 85, 86, 154, 155, 178, 233, 318, 346, 619
 Straßentäuber 566
 Straßensperrung 154
 Streiß, Aufforderung zum Streiß 90, 496
 Streißposten 5, 358, 496, 619
 Streißvergehen 6, 90, 109, 132, 176, 177, 356
 Strom- und Schiffsahrtspolizei 423
 Subalternbeamte, Anrechnung der Militärdienstzeit 124
 Südwestafrika, Kriegsteilnehmer 271, 383
 Südwestafrika, Landespolizei 200, 356, 372, 400
 Südwestafrikakrieger, Denkmal 388

Tabakindustrie, Arbeiterschutz 54
 Tagebuchführung 569
 Tagesgelber und Reisefkosten 8, 118, 162, 283, 526, 570, 595
 Tagesgelber, erhöhte, für berittene Wendarmen 526, 538
 Tangbodenbesuch durch Kinder 400
 Tanglehrer 447
 Tangluftbarkeiten 8, 37, 58, 158, 235, 367, 400, 445, 569, 623, f. a. Luftbarkeiten
 Tangschule 580
 Tasdienbiedhschule 346
 Tasdienmikroskop 19
 Tat, Verfolgung auf frischer Tat 477
 Tatermittlung durch Photographum 161
 Tatort 80
 Tauwerfen 429
 Teehandel 162
 Teichbesitzer, Jagdberechtigung 501
 Telegraphendienst 587
 Teppichklappen 325, 446
 Testament 234
 Feuerungsgulage 126
 Theatervereine 380
 Theatervorstellung 80, 380, 449
 Theaterzettell, Anschlag und Verteilen 476
 Thermalquellen-schuß 417
 Tierhalter, Haftung 467, 539
 Tierquälerei, f. Tier-schuß
 Tier-schuß 4, 12, 13, 474
 Tinkel-Tangel 58, 323
 Titel 60, 318
 Tob, plödlidher Tob im Wasser 463, 492, 511
 Tolaretwein, Warenzeidhen-schuß 396
 Tombola 449
 Tötung, fahrlässige 105, 132, 444
 Tragen der Regimentsuniform durch Verabschiedete 571
 Tragen von Zivilkleidern 479
 Tränken von Vieh 57
 Transport Gefangener 113
 Transportmittel beim Wandergewerbebetrieb 90
 Trigonometrische Marksteine 154
 Trinkerbehandlung in Dorfer 80
 Trinkelbergspreßung 567
 Trodene Gemenge als Arzneimittel 106, 162
 Trödelhandel 352, 448
 Trunkenheit 80, 101, 225
 Truppenübungen 257
 Truppenübungsplätze 31, 57
 Tschechische Arbeiter 125
 Tuberkulose 354
 Türkei, Bahnsifrierung 392
 Turnübungen am Sonntag 353
 Turnunterricht bei der bayerischen Wendarmarie 596
 Überführungsstüd 618
 Über-schreitung der Polizeistunde, f. Polizeistunde
 Übertragung, unzulässige, des Polizeiberor-nungsrechts 386, 422
 Über-tretung polizeilicher Verwarnung 61
 Über-tretung, Ver-schulden 133

Übertritt in den Kriminaldienst **599**
 Übertritt in die preußische Landgendarmarie **210**
 Überwachung der Brandstätten **526**
 Überwachung von Versammlungen **348, 353, 571**
 f. a. Versammlungsrecht
 Überweisung an die Landespolizeibehörde **219, 244, 269, 359**
 Umfang der Wirtschaftserlaubnis **508**
 Umfang des Jagdrechts **570**
 Umherziehen, Gewerbebetrieb im Umherziehen, f. Wandergewerbe
 Umzugskosten **248**
 Unbefugter Schankbetrieb, f. Schankwesen
 Unbefugte Benutzung von Kraftwagen **306**
 Unentgeltlicher Jagdschein **550, 571**
 Unfallkente Gemeinbeamter **255**
 Unfug, grober, f. Grober Unfug
 Ungehörig des Gefindes **32, 348**
 Ungehörig gegen Gesetze **85, 134, 348**
 Ungeheure Dienstwohnung **60**
 Unglücksfälle, ärztliche Hilfe **408**
 Unkenntnis polizeilicher Bekanntmachungen **228**
 Unlauterer Wettbewerb **4, 89, 170, 299, 307, 399, 444, 467**
 Unmittelbarer Zwang **230**
 Unmittelbare Spur, Verfolgung auf unmittelbarer Spur **477**
 Unreelle Ausverkäufe **89, 170, 307, 467**
 f. a. Unlauterer Wettbewerb
 Unrichtige Nachweise bei Konzessionserteilung **107**
 Unstille Abbildungen **88, 348, 352**
 Unstilleheit **156, 324**
 Unterbeamte, Arreststrafe **76**
 Unterbeamte, Anrechnung der Militärdienstzeit **124**
 Unterbrechung der Verjährung bei polizeilichen Strafverfügungen **468**
 Unterbrechung der Verjährung der Strafverfolgung **375**
 Unterbringung Geisteskranker **59**
 Unterhaltungsglückspiele **20**
 Unteroffiziere, betastbiete **571**
 Unterfugungsfrage **156, 352**
 Unterschlagung **507**
 Unterschlagung von Patronenhüllen **31**
 Unterschrift polizeilicher Verfügungen **254**
 Unterschrift von Strafanträgen **507**
 Unterstützung von Militärbinterbliebenen **467**
 Unterstützungsfonds für Beamte **64, 126**
 Unterstützungswohnsitz **54**
 Unzucht, gewerbmäßige **595**
 Unzucht, wildernatürliche **441**
 Unzüchtige Abbildungen **88, 348, 352, 421**
 Unzulässige Beschwerdeform **473**
 Unzulässige Abtragung des Polizeiverordnungsrechts **396, 422**
 Urkundenfälschung **31, 105, 595, 615**
 Urlaub, Verlassen des Standorts ohne Urlaub **20, 502, 526**
 Urlaub, Fahrvergünstigung **100, 113**
 Urlaubspass, einmalige Benutzung an Militärsfahrarten **252**
 Urteilöverfündung **133**

Wababunden, f. Landstreichertum
 Betastbiete Unteroffiziere, Regimentsuniform **571**
 Veränderung der Betriebsstätte **447**
 Veranstaltung einer Lotterie **567**
 Verantwortlicher Angestellter **57**
 Verborgene Waffen **373**
 Verbotenes Spiel **250, 447**
 f. a. Glückspiele
 Verbrechen und Mafse **19**
 Verbrechenursachen **81**
 Verbrecherspuren **15**
 Verbrechen **9, 526**
 Verbreiten unsittlicher Abbildungen **348, 421**
 Verdorrene Tier **20**
 Verdorrene Nahrungsmittel, f. Nahrungsmittel
 Vereinsfiliale **595**
 Vereinsgesetz für das Deutsche Reich **417, 418**
 Vereinsrecht **20, 26, 50, 60, 68, 93, 105, 106, 174, 176, 180, 205, 228, 236, 254, 300, 334, 348, 380, 405, 644, 595**
 f. a. Versammlungsrecht
 Vereinsvorstand **176**
 Vereinsvergütungen **235**
 Vereinsvorstellung **60, 186**
 Verfahren gegen Reichstagsabgeordnete **176**
 Verfälschte Nahrungsmittel, f. Nahrungsmittel
 Verfassung der französischen Republik **186**
 Verfassungsmäßiger Schutz des Hausrechts **230**
 Verfolgung auf frischer Tat **477**
 Verfolgung auf unmittelbarer Spur **477**
 Verfügen und Verordnen **439**
 Verfügung, polizeiliche **2, 133, 229, 230, 254, 324, 439**
 Vergiftungen, gewerbliche **79**
 Verhaftungen, Benachrichtigung Angehöriger **401**
 Verjährung bei polizeilichen Strafverfügungen **468**
 Verjährung der Verleumdung **7**
 Verjährung der Strafverfolgung **7, 375**
 Verkaufshuden **618**
 Verkaufsstelle, offene **60, 618**
 Verkehr mit Sprengstoffen **421**
 Verkehr zwischen preußischen und österreichischen Behörden **306**
 Verkehrshinderung **30**
 Verkehrsstraßen **310, 330**
 Verkehrspolizei **5, 11, 60, 64, 86, 155, 305, f. a. Straßenpolizei**
 Verkündung von Polizeiverordnungen **5, 204**
 Verlassen des Standorts **20, 502, 526**
 Vermieter, Einschreiten auf Ersuchen des Vermieters **382**
 Vermehrung der Gendarmerie in Lothringen **88**
 Vernehmung des Gendarmen durch die Ortspolizeibehörde **282**
 Vernehmung Augenblicker **272**
 Veröffentlichung der Stadtbriege **13**
 Verordnen und Verfügungen **439**
 Verurteilung, f. Strafvergehen
 Verfassung der Schankserlaubnis **59**
 Versammlungslokalitäten **445**
 Versammlungsraum, öffentlicher **8, 230**

Versammlungsrecht 5, 8, 19, 31, 58, 65, 66,
 53, 84, 85, 106, 108, 113, 174, 175, 205,
 230, 348, 352, 353, 374, 397, 398, 399, 422,
 445, 495, 544, 571
 i. a. Vereinsrecht, Öffentliche Angelegen-
 heiten, Geschlossene Gesellschaften
 Verschleierte Animierbetrieb 495
 Verschulden bei polizeilichen Übertretungen 113
 Verschwiegenheitspflicht des Arztes und An-
 walts 185
 Versicherung der Abonnenten 349
 Versorgung im Gendarmen- und Schu-
 mannsdienst 319, 370
 Verteigerung einer Gastwirtschaft 269
 Versuchte Erpressung 567
 Versuchtes Sittlichkeitsverbrechen 105
 Verteilen von Flugblättern 398, 422
 Verteilen von Theaterzetteln 476
 Vertragbrüchiges Gefinde 63, 90
 Vertretung eines Polizeiverwalters 359
 Verunreinigung der Flüsse 204
 Verunkultung von Ortschaften und Land-
 schaften 322
 Verurteilung und Begnadigung 79
 Verwaltungsbehörden, Zuständigkeit 574
 Verwaltungstreitverfahren 204, 324
 Verwahrung beschlagnahmter Sachen 388
 Verwarnung bei Übertretungen 61
 Verwendung in einem anderen Amt 454
 Verzicht auf Ruhegehalt 474
 Viehhandel 235
 Viehscheunen 349, 539, 564
 Viehtränken 57, 132
 Vierblatt als Glückspiel 134
 Vjizieren von Pässen nach der Türkei 392
 Vogelschuß 18, 54, 357, 617
 Vogelsteller 425
 Volksfeste 77, 235, 260
 Volksversammlungen am Aufenthaltsort des
 Kaisers und Königs 19
 Völlerei 156, 177, 326, 349, 398, 545
 Vorbereitung für ein Amt bei einer Zivilbe-
 hörde 282
 Vorführung Gefangener 333
 Vorführung, zwangsweise 7
 Vorgängige Bestellung 574
 Vorgarten 545
 Vormerkung für Zivildienststellen 114
 Vormundschaft als Amt 105
 Vorname in Firmenaufschriften 38
 Vorstrafenersuchen ausländischer Behörden 115
 Vorzeitige Entbindung 476
 Vorzugsberechtigung 571
 Wachs- und Schließgesellschaft 226
 Waffnen, verborgene 373
 Waffnenfund in Berlin 442
 Waffnengebrauch 102, 103, 128, 132, 279, 535,
 559, 583, 608, 617
 Waffentragen 596, 619
 Waffnenverkauf 406, 596, 619
 Wagen, Bezeichnung mit Namensaufschriften 5
 Wahl, Angabe falscher Namen bei einer Wahl
 548

Wahlagitator 421
 Wahlberechtigung in der Gemeinde 526
 Wahlfälschung 543
 Wahlflugblätter 58, 89, 177, 398
 Wahlplakate 421
 Wahlsprüche deutscher Bundesfürsten 502
 Wahlverein 422
 Wahlvorsteher, falscher Name gegenüber dem
 Wahlvorsteher 543
 Wahrnehmung berechtigter Interessen 56, 154,
 306, 325, 543
 Wahrsagerin 137
 Waldbrände 496
 Wandabreißkalender 310
 Wanderarbeiter 65
 Wanderarbeitsstättengesetz 206
 Wandergewerbe 19, 32, 66, 90, 107, 110, 138,
 155, 156, 162, 231, 260, 283, 318, 333,
 349, 354, 401, 405, 429, 447, 448, 502,
 595
 Wandergewerbebesteuer 155
 Wappensadler der Forstbeamten 13
 Wappenschuß 255
 Warte 90
 Warenaufkauf vor dem Markt 521
 Warenaufkauf und Feilbieten durch Angestellte
 234
 Warenaushängung 57, 90, 375
 Warenausläuten und -ausrufen 60, 421
 Warenauspielen, f. Auspielungen
 Warenbestellungen 66, 571
 Warenfeilbieten 138, 234, 235
 Warenhandel auf Ablaffen 138
 Warenzeichenschuß 396
 Warnungen 12, 111, 231, 281, 443
 Warnungstafeln 57, 443
 Wartefälle 58
 Wasser, plötzlicher Tod im Wasser 463, 492, 511
 Wasserstraßen 56, 256
 Wasserwerk für Berlin 326
 Wesselsfälle 299
 Weg der Gefangenentransporte 233
 Wege zum Bahnhof 59
 Wegepolizei 229, 495
 Wegnahme von Sachen aus sicherheitspolizei-
 lichen Gründen 154
 Weingesetz 158
 Werkstättenversammlung 175
 Wesentliche Veränderung der Betriebsstätte 417
 Wettbewerbs, unlauterer, f. Unlauterer Wett-
 bewerbs
 Wetten 325
 Wettfahrten 400
 Wildernatürliche Unzucht 441
 Widerstand gegen die Staatsgewalt 157, 279,
 305, 400, 496, 535, 559, 583, 608
 Wild, krankes 32
 Wilde Manieren, f. Maninchenfang
 Wilderwaffen 280
 Wildern 88, 471
 Wildernde Hunde 114
 Wildschonengesetz 32, 85, 175
 Wirtschaf, f. Schanzenwesen
 Wirtschaften, Karussellbetrieb 110
 Wirtschaftspächter 406
 Wirtschaftsausbeleuchtung 157, 568

Wissenschaftlich falsche Anschuldigung 174
 Wissenschaftliches Interesse, höheres 266, 283
 Witwen- und Waisengeld 54
 Wochenmarkt, s. Marktordnung
 Wöchnerin, s. fahrlässige Tötung 182
 Wohnort im Wandergewerbe 107, 166
 Wohnsitz 177, 178, 254
 Wohnsitz der Beamten 108
 Wohnsitz doppelter 166
 Wohnung, Betreten einer Wohnung zur Nachtzeit 20
 Wohnung der Rechtskonsulenten 5
 Wohnung der Wanderarbeiter 65
 Wohnungsgeld 88, 417
 Wurfverfälschung 285
 Württembergisches Landjägercorps 102, 442

Zahlung der Zivilpension 54
 Zäune an Feldwegen 178
 Zechprellerei 238
 Zeitschriftenvertrieb 349
 Zeitungsbestellungen, Auffuchen 349
 Zerstörung 83
 Zeuge bei Durchsuchungen 453
 Zeugengebühren der Gemeindebeamten 8
 Zeugniszwang der Presse 54
 Zeugniszwang der Reichstagsmitglieder 54
 Zigarrenheimarbeiter 54
 Zigeuner 254, 320, 380, 546
 Zigeunerweisen 9, 134, 179, 257, 280, 420, 443, 522
 Zimmervermieter, Hausrecht 399
 Zivildienst, Anstellung 114, 282, 450, 454
 Zivildienst, Vorbereitung 282
 Zivildienst, Vornutzung 114
 Zivilkleider, Tragen von Zivilkleidern 479
 Zivilpension 54
 Zivilrechtliche Angelegenheiten, Einmischung der Gendarmerie 479
 Zivilverforgungsschein 19
 f. a. Anstellung, Militärantwörter
 Zollbeamtenlaufbahn 454
 Zuckertwarenhandel 66
 Zufuhrwege zum Bahnhof 59
 Zuhälterei 203
 Zurechnungsfähigkeit 226, 386
 Zuredführung von Gefinde 186
 Zurlidnahme der Schankerlaubnis 133, 265, 447
 Zusammenkunft in Grenzbezirken 326
 Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen 210
 Zusammenwirken badischer und Elsaß-Lothringischer Sicherheitsbeamten 266
 Zusammenwirken mehrerer Gendarmen 210
 Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und Gerichte beim Wandergewerbe 514
 Zuständigkeit der Polizei auf Privatflüssen 423
 Zwangung, außerordentliche 502
 Zwang, polizeilicher 7, 13, 105, 305, 423
 Zwanglose Bepfischung 81
 Zwangsverfügung, s. polizeiliche Verfügung
 Zwangsweise Vorführung 7
 Zwangsweises Photographieren 13, 105, 305, 493
 Zügeverein 800, 384

II. Aufsätze und Abhandlungen.

Über den Begriff „Polizeiliche Verfügungen“ im Gesetz vom 11. Mai 1842. Von Bürgermeister Roehne 2. — Statistisches zur Fürsorgeziehung Minderjähriger 9. — Zur Rechtsgültigkeit einer Polizeiverordnung über den Hundefang. Von Dr. jur. Richard Treitel 10. — Fußgängerverkehrsordnung 11. — Zwangsweises Photographieren 13. — Prastische Winte bei Anwendung des Vereinsgesetzes 26, 50. — Das Annener Absperrungs-Lommando während und nach der Roburit-Explosion (mit Bild). Von Sondermann-Annen 28. — Wie keine durch Pulver geschwärzte Fäden Papier dem Täter zum Verräter wurden. Von Kam. ber. WB. Beyer in Bisthorst 55. — Polizeiliche Verwarnung bei Übertretungen. Von Stephan 61. — Statistik des Berliner Erkennungsdienstes 61. — Einige Bestimmungen über polizeiliche Strafverfügungen. Von Friedrich Jensen-Hamburg 74. — Sittenpolizei in Dänemark. Von Stephan 77. — Trinkerbehandlung in Herford 80. — Ausländische Arbeiter 82. — Nicht rechtsfähige Vereine als Mitglieder eines eingetragenen Vereins. Von Geheimrat Prof. Dr. D. Gierke-Berlin 98. — Jagdbrecht. Von Stephan 102. — Schußwaffengebrauch 103. — Majestätsbeleidigung 104. — Polizei und Publikum. Von Paul Thielmann 122. — Wer haftet der Behörde gegenüber für Abstellung von Polizeiwidrigkeiten. Von Bürgermeister Roehne = Herzberg 126. — Schußwaffengebrauch 128. — Rundarten als Erkennungszeichen. Von F. L. 128. — Bauernfänger. Von Kam. FB. Schmidt XVIII in Edenhagen 130. — Landstreichertum. Von Privatdozent Dr. Wilmanns = Heideberg 146. — Die Ausweisung als kriminalpolitische Maßnahme. Von Regierungsrat Dr. Lindenau-Berlin 150. — Der Jagd- und Forstschußbeamte als Kriminalist 152. — Unreelle Ausverkäufe. Von Polizeirat a. D. Travers-Luzern 170. — Der Gendarm als Kulturträger 172. — Überführung von Dieben durch Farbstoff. Von Prof. Dr. Hans Groß = Graz 173. — Abändernde Bestimmungen zum Psandbleichgesetz. Von P. A. L. 195. — Über Schußverletzungen mit Flobert-Feuervaffen 197. — Die Landespolizei in Deutsch-Südwesafrika 200. — Auspielungen. Von Kam. FB. Maß in Wolbed 202. — Die Überweisung an die Landespolizeibehörde und die Ausweisung. Von Joseph Weigand, Regierungsratseist in Würzburg 219, 244, 269. — Geistes und Leugnen. Vortrag des Gerichtsarztes Dr. F. Leppmann-Berlin 211. — Fürsorge für Kinder 225. — Alkohol und Zurechnungsfähigkeit. Vortrag des Prof. Dr. med. Wdassenburg-Göln 226. — Brandstiftungen durch Kinder und Aufsichtspflicht der Eltern 251. — Wie unsere Nahrungsmittel verfälscht werden (mit 24 Abbildungen und Zeichnungen) 294. — Der Wilderer. Von Kam. b. WB. Griesenlezi in Ruengörz 299. — Straßenpolizeiliche Be-

beschränkungen des Gewerbebetriebes im Umherziehen. Von R. B. Bezirksamtsassessor Dr. Steinbach in Pfaffenhofen 318. — Gast- und Schankwirtschaften in Preußen im Jahre 1906 320. — Das neue preussische Gesetz vom 16. Juli 1907 gegen die Verunkeltung von Ortschaften und landchaftlich hervorragenden Gegenden 322. — Polizei- und Sicherheitsdienst bei Kanalbauten 322. — Polizei- und Sicherheitsdienst bei Kanalbauten. Von Albert Hoppe, k. k. Gendarmen-Inspektor in Gera 343. — Die Photographie im Dienste der Polizei bei Bauunfällen. Von Ulrich Kollenhagen in Bald 346. — Friedrich von Holte, königlich preussischer Staatsminister und Minister des Innern (mit Bild). Von Rob. Gersbach 367. — Rechte und Pflichten der Polizei bei Fundstücken. Von Friedrich Jensen-Hamburg 368. — Der Schlingensteller. Von Kam. b. B. Griesenkerl in Reuengörs 371. — Kanüberpolizei 391. — Polizeiliche Beschränkungen bei Abhaltung von Geräusch verursachenden Lustfahrten in Schankwirtschaften. Von P. A. L. 393. — Die Presse als Hilfsmittel für allerlei gemeingefährliche Handlungen. Von Bürgermeister a. D. Quehl in Halle a. S. 416. — Polizei und Sicherheitsdienst bei Erbarbeiten 418. — Von den Hieroglyphen bis zur Schreibmaschine. Von Dr. jur. Hans Schneider in Berlin 420. — Verfügungen und Verordnungen. Von Bürgermeister Knoche in Herberg 439. — Der Waffensund in Berlin 442. — Der Schlingensteller. Von Kamerad Fußgängermeister Egleben in Reuengörs (8. Brigade) 443. — über den plötzlichen Tod im Wasser. Von Prof. Dr. R. Kodel in Leipzig 463, 492, 511. — Die Unterbrechung der Verjährung bei polizeilichen Strafverfügungen. Von Dr. jur. Weich-Charlottenburg 468. — Epileptiker als Verbrecher 469. — Konsulin und Konsulatwesen 469. — Ermittlung eines Bilders. Von Kam. b. B. Weiß V in Orzesche 471. — Staatsstärke der Kaiserl. Marine 471. — Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung 513. — Prüfung an der Polizeischule Cottbus 514. — Polizei- und Sicherheitsdienst bei Erbarbeiten. Von Kam. b. B. Schmidt I in Reuengörs (8. Brigade) 514. — Ein Gendarmenmord. Von Untersuchungsrichter Dr. Anton Glos in Reutisheim (Währen) 516. — Die Handhabung der Sittenpolizei 519. — Ausländische Arbeiter 520. — Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes in Verbindung mit Widerstand gegen die Staatsgewalt, Waffengebrauch und Notwehr. Von Oberst a. D. v. den Brinden, vormalig Kommandeur der Gendarmerschule in Böhlaus 535, 559, 583, 608. — Ein neues Reichsversicherungsgesetz. Vom königlichen Polizeiamtssessor G. Rohrenberg-Regensburg 539, 564. — Verbrechen gegen das fremde Leben. Von Kam. b. B. Joch in Wöllingen (8. Brigade) 542. — Straßenräuber. Von Kam. b. B. Griesenkerl in Reuengörs 566. — Max von den Brinden, Oberst und Brigadier der Land-

gendarmen a. D., weiland Kommandeur der Gendarmerschule Böhlaus (mit Bild). Von Rob. Gersbach 607.

III. Gesetze, Verordnungen, Erlasse u. Bekanntmachungen.

(Nach der Zeitfolge geordnet)

RR. vom 16. 1. 07. Legitimationskarten für ausländische Saisonarbeiter 126. — RR. vom 31. 1. 07—27. 2. 07 betreffend Feststellung der Verwendbarkeit eines zu pensionierenden Beamten in einem andern Amte 29. — RR. vom 8. 8. 07 betreffend Aufenthaltsbeschränkung bestrafter Personen 149. — RR. vom 27. 3. 07 betreffend die Polizeiverordnung über die Verabfolgung geistiger Getränke 101. — RR. vom 4. 4. 07 betreffend Vorkehrungen bei dem Vertrieb der Schaufen, insbesondere der sogenannten russischen und amerikanischen Schaufen auf den Jahrmärkten, Kirchweib und Schützenfesten und dergl. 77. — RR. vom 5. 4. 07 betreffend Gefäßbeschlüsse für Nahrungs- und Genußmittel 148. — RR. vom 12. 4. 07. Anrechnung von Kriegsjahren für die Teilnehmer der Bekämpfung des südwestafrikanischen Aufstandes 271. — RR. vom 1. 5. 07. Hinweis auf die Zeitschrift „Die Polizei“ 100. — Kriegs-RR. vom 6. 5. 07. Fahrbewilligungen für Urlauber 100. — Kriegs-RR. vom 22. 5. 07. Schußmänner in Hamburg 197. — RR. vom 31. 5. 07. Anrechnung der Militärdienstzeit 124. — RR. vom 31. 6. 07. Ausführung der im Staatshaushaltsetat für 1907 vorgesehenen Gehaltsaufbesserungen 171. — Ref. vom 20. 6. 07 betreffend Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen 172. — RR. vom 1. 7. 07 betreffend die Beschäftigung von Kindern bei der Reinigung von Dampffesseln 197. — JRR. vom 8. 7. 07 betreffend Krankenfürsorge für die im mittleren Justizdienst als vollbeschäftigte nicht ständige Hilfsarbeiter verwendeten Mangelgehilfen mit Mindesteinkommen 370. — RR. vom 17. 7. 07 betreffend Gewährung von Umzugskosten bei der Übernahme von Beamten aus einer etatsmäßigen Stelle in eine nichtetatsmäßige 248. — RR. vom 12. 8. 07 betreffend die von ausländischen an preussische Polizeibehörden gerichteten Ersuchen um Auskunft über den Reumund und etwaige Vorstrafen von nach dem Auslande ausgezogenen Personen 346. — RR. vom 12. 8. 07 betreffend die Visierung von Pässen nach der Türkei 392. — RR. vom 17. 9. 07 u. Ausf. Anw. v. 17. 7. 07 betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen 441. — RR. vom 17. 9. 07. Unterstützung von Militärhinterbliebenen 467. — RR. vom 26. 9. 07. Versorgung im Gendarmen- und Schutzmännendienst 319. — RR. vom 4. 10. 07. Die Rechtsverhältnisse der Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika 372. — Ref. RR. a. D.

vom 30. 10. 07. Versorgung im Gendarmerie- und Schutzmännendienst 370. — Rdschl. Ref. vom 30. 11. 07 betreffend Änderung der besonderen Bestimmung (13) zu Abschnitt I des Militärarbeits für Eisenbahnen 491. — Rdschl. vom 11. 12. 07. Zahlung von Marschgebühren und von erhöhten Tagegeltern bezw. Kommandozulagen an berittene Mannschaften der Landgendarmerie 538. — Rdschl. vom 18. 12. 07. Abgelürzte Schreibweise von „Marsch“ 512. — Rdschl. vom 19. 12. 07 betreffend militärischen Rang aus der Landgendarmerie ausscheidender Oberwachmeister und Gendarmen 401. — Rdschl. vom 13. 1. 08. Regelung der Gehälter nach Dienstaltersstufen 512. — Allerb. Erl. vom 14. 1. 08. Anrechnung der Jahre 1905, 1906 und 1907 als Kriegsjahre aus Anlaß des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika 563. — Rdschl. vom 17. 2. 08. Verstrafung der Majestätsbeleidigung 587. — Rdschl. vom 22. 2. 08. Zulassung der Militärantenwörter zu den Diätar- (Hilfsarbeiter-) Stellen des mittleren Post- und Telegraphendienstes 587.

IV. Erkenntnisse und Beschlüsse.

Gerecht	Datum	Gegenstand	Seite
OzG.	16. 4. 02	Abhalten ein. öffentl. Tanzunterhaltung	158
Stuttg.	30. 4. 02	Zurücknahme der Schanlerlaubnis aus Tassachen in der Person des Stellvertreters	109
Braun- schweig	3. 2. 04	Bilder in Rahmen. Hausfegen	110
OzG.	6. 4. 04	Verlegung der Wirtschaftserlaubnis weg. d. Verstrafung. des Ehegatten	109
Stuttg.	10. 8. 04	Betreten fremder Jagdgebiete in Jagdausrüstung	7
Bav.	25. 11. 04	Form polizeilicher Verfügungen	204
OzG.	9. 12. 04	Wohnsitz	254
Wöln	27. 2. 05	Fahrlässige Körperverletzung infolge Nichtbeleuchtung eines Fahrwerks	83
PrOzG.	18. 5. 05	Kantinen auf Bahnhöfen	110
Raumbg.	24. 5. 05	Unterschrift polizeilicher Verfügungen	254
PrOzG.	29. 5. 05	Zurücknahme der Schanlerlaubnis	255
Sächs.	23. 8. 05	Kinderschulein und Krankenversicherung	205
OzG.	22. -9. 05	Probezeit	56
Rdschl.	10. 10. 05	Erörterung öffentl. Angelegenheiten	105

Gerecht	Datum	Gegenstand	Seite
PrOzG.	6. 1. 06	Hilfsbedürftige Geisteskranke	157
Rdschl.	12. 1. 06	Hausrufensbruch auf dem Friedhofe	105
Rdschl.	25. 1. 06	Feilhalten im Sinne des Branntweinsteuergesetzes	83
PrOzG.	25. 1. 06	Rufstörung durch gewerbl. Anlagen	278
PrOzG.	1. 2. 06	Vorschriften f. Rechtskonjunkten. Verpflichtung zum Erscheinen im Dienstraum der Polizeibehörde	157
Bav.	1. 2. 06	Offene Verkaufsstelle	60
OzG.	3. 2. 06	Kosten der Heilung geschlechtskranker Dinnen	58
PrOzG.	5. 2. 06	Grenzen der Polizeigewalt	495
Bav.	6. 2. 06	Ärztlicher Titel	60
OzG.	13. 2. 06	Grober Unfug und Verstoßhinderung im Sinne des § 366 ^a StGB.	60
Rdschl.	15. 2. 06	Mechanische Musikinstrumente in Wirtschaften	107
PrOzG.	19. 2. 06	Polizeistunde. Verächtlichmachung anderer als in der polizeil. Verfügung angegebener Gründe im Wechselnde-u. Verwaltungsstreitverf.	324
OzG.	22. 2. 06	Karussellbetrieb im Umherziehen in Wirtschaftsgärten. Anbieten gewerblicher Leistungen	110
Dresden	23. 2. 06	Nachweis der Betriebsfähigkeit eines Fahrschuls	107
SchG.	24. 2. 06	Koststand	178
Bav.	6. 3. 06	Rufschlaufführungen im Umherziehen	32
OzG.	10. 3. 06	Kosten der Unterbringung gemeingefährlicher Geisteskranker	59
Bav.	13. 3. 06	Beleidigung durch Aufführung sinnbolischer Figuren als Dauerbelust. Beginn der Antragsfrist	7
OzG.	15. 3. 06	Tatort	60
PrOzG.	16. 3. 06	Wahlverein keine geschlossene Gesellschaft	422
Bav.	17. 3. 06	Schankwirtschaft	7

Geriht	Datum	Gegenstand	Stf.	Geriht	Datum	Gegenstand	Stf.
R.G.	27. 3. 06	Gewerbsmäßiges Glückspiel mit gezinkten Karten	154	Pr.O.V.G.	21. 6. 06	Konzeptionsentziehungssklage gegen Stellenvermittler wegen „unrichtiger Nachweise“ im Sinne des § 53 Abs. 1 Gew.O.	107
Bayr. Ob.L.G.	3. 4. 06	Beleidigung einer Personennmehrheit	7	Bayr. O.G.	21. 6. 06	Gastwirtschafts-erlaubnis ohne Branntweinschant-erlaubnis	134
R.G.	12. 4. 06	Polizeistunde	446	Bayr. O.G.	25. 6. 06	Gewerbesteuer der Bahnhofs-wirtschaften	305
R.G.	19. 4. 06	Urkundenfälschung durch Fälschung von Legitimations-papieren	105	R.G.	2. 7. 06	Gewehrschloßdiebstahl Strafantrag	105
R.G.	23. 4. 06	Sittenkontrolle. Beschwerde gegen polizeiliche Verfügungen	203	Pr.O.V.G.	3. 7. 06	Ausweisung neu zuziehender Personen	156
Bayr. Ob.L.G.	1. 5. 06	Streitvergehen	109	Bayr. O.G.	11. 7. 06	Konzeptionsierungs-zwang für öffentliches Fuhrwerk	109
Bayr. Ob.L.G.	5. 5. 06	Abgabe verdorbener Nahrungsmittel	108	R.G.	12. 7. 06	Polizeistunde	155
R.G.	8. 5. 06	Hehlerei	203	O.L.G.	26. 7. 06	Kauscheln ein Glückspiel	619
Pr.O.V.G.	10. 5. 06	Nur stöfbare, nicht schiffbare Flüsse Privatflüsse. Zuständigkeit d. Orts-polizei	423	Dresden R.G.	28. 7. 06	Polizeiaufsicht	56
R.G.	11. 5. 06	Ringwerfen im Glückspiel	154	Dresden R.G.	3. 8. 06	Froddler	448
Pr.O.V.G.	11. 5. 06	Offene Scheunen als Versammlungsräume	230	Dresden R.G.	18. 9. 06	Grabschändung	4
O.L.G. Braunsch.	15. 5. 06	Polizeiaufsicht	206	Braunsch. O.G.	19. 9. 06	Materielle Rechtskraft der Beschlüsse über Ablehnung von Konzeptions-gesuchen	424
Pr.O.V.G.	25. 5. 06	Gefunderecht	156	Baden O.G.	26. 9. 06	Wirtshausverbot	157
R.G.	1. 6. 06	Diebstahl, Unterschlagung und Hehlerei an Patronenhülsen von Truppenübungs-plätzen	81	R.G.	28. 9. 06	Wahrnehmung berechtigter Interessen bei pseudonymen Eingaben	154
Pr.O.V.G.	11. 6. 06	Anforderung zur Einstellung eines Gewerbebetriebes von Erhebung der Unterlagungs- oder Konzeptionsentziehungssklage	156	R.G.	2. 10. 06	Ausstellen unächtiger Abbildungen durch eine Kinematographenvorfüh-rung	83
Sächs. O.G.	11. 6. 06	Ausschließung gewerblicher Anlagen für einen ganzen Ort	85	R.G.	4. 10. 06	Durchführung einer Person und Beg-nahme einer Sache aus sicherheitspolizeilichen Gründen	154
Bayr. O.G.	18. 6. 06	An Schankwirtschafts-lokale zu stellende polizeiliche Anforderungen	134	Pr.O.V.G.	5. 10. 06	Beweislast bei An-sehung polizeilicher Verfügungen. Öffentliche Lustbarkeiten	204
Bayr. Ob.L.G.	20. 6. 06	Streitvergehen	177	R.G.	11. 10. 06	Rotterierverein	203
Bayr. O.G.	20. 6. 06	Gastwirtschaftsbe-trieb unter Aus-schluß des Brannt-weinschantes	255	R.G.	12. 10. 06	Vormundschaft als „Amt“ i. G. §§ 222 Abs. 2 und 230 Abs. 2 St.G.B.	106
Sächs. O.G.	20. 6. 06	Beforgung fremder Rechtsangelegenheiten	190	R.G.	15. 10. 06	Trigonometrische Marksteine	154

Bericht	Datum	Gegenstand	Seite
Sächsl. OBG.	15. 10. 06	Verordnungen im Betriebe gewerblicher Anlagen	545
Bav. OBG.	20. 10. 06	Verichtigung auf Grund des § 11 Reichspreßgef.	108
RG.	22. 10. 06	Landfriedensbruch; Zerstörung	83
Pr. OBG.	22. 10. 06	Schießbudenbetrieb bei doppeltem Wohnsitz	156
RG.	25. 10. 06	Ortsübliche Art der Bekanntmachung	106
Pr. OBG.	25. 10. 06	Rechtskraft der Polizeistundenfestsetzung	544
Pr. OBG.	26. 10. 06	Verfassungsmäßiger Schutz des Hausrechts. Unmittelbarer Zwang als polizeiliche Verfügung	230
Bav. OBG.	30. 10. 06	Öffentliche Plätze i. S. des § 33 d der Gewerbeordnung	157
Bav. OBG.	30. 10. 06	Karussellbetrieb auf Privatgrundstücken	35
Bav. OBG.	30. 10. 06	Marktordnung. Abwärtsversteigern und marktschreierisches Festhalten	85
Pr. OBG.	5. 11. 06	Polizeistunde	107
RG.	5. 11. 06	Öffentliche Ankündigung von Heilmitteln	448
RG.	8. 11. 06	Vereinsgesetz. Einreichung der Satzung	108
Bav. OBG.	8. 11. 06	Amüßliches Erfordern i. S. § 12 des Reichsimpfgesetzes	108
RG.	12. 11. 06	Jagdvergehen. Fernrohr und Pulver als Jagdgeräte	348
RG.	12. 11. 06	Troden. Gemenge als Arzneimittel	108
RG.	12. 11. 06	Automaten auf Bahnhöfen	107
Pr. OBG.	13. 11. 06	Beschwerde gegen polizeiliche Verfügungen	229
RG.	16. 11. 06	Rechtsweg für Ansprüche eines Stommanalbeamten auf eine Unfallrente	255
RG.	20. 11. 06	Privatentbindungsanstalt	278
Bav. OBG.	21. 11. 06	Nißbrauch des Betriebsgewerbes. Prüfung der Person des Gewerbers	424

Bericht	Datum	Gegenstand	Seite
Pr. OBG.	22. 11. 06	Bohnort i. S. der Vorschriften über das Bandergerwerbe	107
Pr. OBG.	22. 11. 06	Lohnzahlungsbücher. Vollzeilicher Zwang	423
RG.	24. 11. 06	Impfpflicht. Ne dis in idem	109
Düsseldorf RG.	29. 11. 06	Selbsthilfe. Überführungsstück	618
Pr. OBG.	3. 12. 06	Karussellbetrieb mit Musikbegleitung	7
Pr. OBG.	3. 12. 06	Verjagung einer Polizeistundenverlängerung	107
RG.	6. 12. 06	Verjagtes Sittlichkeitsverbrechen bei Täuschung über das Alter des gemißbrauchten Mädchens	105
Bav. OBG.	21. 12. 06	Unterjagung des Kleinhandels mit Bier	352
Bav. OBG.	3. 1. 07	Sturpfischer	399
Bav. OBG.	3. 1. 07	Ausübung der Heilmünde im Umherziehen durch Bruchbandreisen	447
RG.	8. 1. 07	Offentlich falsche Anschuldigung. Polizeiwache als Behörde i. S. des § 104 StGB.	174
Bav. OBG.	8. 1. 07	Hausfriedensbruch bei arglistigem Erschleichen der Erlaubnis zum Betreten einer Wohnung. Hausrecht des Zimmervermieters	399
RG.	11. 1. 07	Beamtenbeleidigung	253
Bav. OBG.	15. 1. 07	Verfälschung von Wadware durch Verwendung von Margarine. Nachmachen oder Verfälschen	423
Pr. OBG.	17. 1. 07	Zurücknahme der Schankerlaubnis. Förderung des botenen Spiels	447
RG.	17. 1. 07	Müttelung d. Dunde	305
Bav. OBG.	17. 1. 07	Trüdelhandel. Vergriff des Kleinhandels	352
RG.	18. 1. 07	Gewerbmäßiges Glücksspiel	30

Geriht	Datum	Gegenstand	Seite	Geriht	Datum	Gegenstand	Seite
R.G.	18. 1. 07	Waffengebrauch	617	Bay O.R.G.	28. 2. 07	Bäume und Mauern an Feldwegen	178
R.G.	21. 1. 07	Öffentliches Argerniß	268	R.G. II	2. 3. 07	Renntetten.	Ge-
Sch.G.	22. 1. 07	Straßenpolizei.		Berlin		werbshmäßiges Glückspiel	825
Hannover		Stehenlassen un- leuchteter Fuhr- werke ohne Auf- sicht. Fästung.	178	R.G.	4. 3. 07	Publication von Polizeiberord- nungen	5
R.G.	24. 1. 07	Konzeptionsbedin- gung; Ausschank echter Biere	6	R.G.	4. 3. 07	Öffentlicher Aufzug	5
R.G.	24. 1. 07	Anmeldung von Lo- giergästen an Sonntagen	6	R.G.	4. 3. 07	Schaufenster an Sonntagen	6
R.G.	28. 1. 07	Tierschutzverord- nungen	4	Pr.O.R.G.	5. 3. 07	Automobilgruppe	7
R.G.	28. 1. 07	Rechtskonkulenten- wohnung	5	Sch.G.	6. 3. 07	Glückspiel. Würfeln ohne Abzwang	110
R.G.	29. 1. 07	Gefindebiefstahl	873	R.G.	7. 3. 07	Schilder am Wagen	5
R.G.	1. 2. 07	Dauernde erhebliche Entstellung i. S. des § 224 St.G.B.	174	R.G.	7. 3. 07	Polizeiberordnungen zum Schutze pri- vater Interessen	5
R.G.	1. 2. 07	Zuhälterei. Aus- beutung im Sinne des § 181a St.G.B.	203	R.G.	7. 3. 07	Polizeiberordnungen bei Eingemein- dungen	6
R.G.	4. 2. 07	Müllabfuhr	5	Bay	7. 3. 07	Freimittiger Hol- portagebuchhandel	82
Pr.O.R.G.	7. 2. 07	Tanzlehrer	447	O.R.G.	7. 3. 07	Photographieren im Umherziehen	448
R.G.	11. 2. 07	Streitposten	5	Pr.O.R.G.	8. 3. 07	Polizeiliche Aus- weisung wegen Vergehen bei Streits	6
R.G.	14. 2. 07	Hirschenjprengen als Jagdausübung	277	O.R.G.	9. 3. 07	Dulden von Glück- spielen	8
R.G.	14. 2. 07	Verfahren der Bürger- steige mit Fahr- rädern	58	R.G.	12. 3. 07	Aufforderung zu straf- baren Handlungen. Menschenmenge	373
Bay O.R.G.	14. 2. 07	Unterjagung der ge- werbshmäßigen Ver- sorgung fremder Rechtswangelegen- heiten	352	O.R.G.	12. 3. 07	Jagdausübung an von Menschen be- suchten Orten	33
R.G.	18. 2. 07	Eindringen in eine fremde Wohnung zur Nachtzeit	227	R.G.	14. 3. 07	Betrug	4
R.G.	18. 2. 07	Straßenbahn	58	R.G.	14. 3. 07	Gewässerpolizei	56
Pr.O.R.G.	18. 2. 07	Kosten der Nach- revision einer Apothete	229	R.G.	14. 3. 07	Biehfranten	57
R.G.	19. 2. 07	Fremde bewegliche Sache. Diebstahl	227	R.G.	14. 3. 07	Obfervanz	57
R.G.	19. 2. 07	Diebstahl von Bier- marfen	228	R.G. Bonn	14. 3. 07	Zeugengebühren der Gemeindebeamten	8
R.G.	19. 2. 07	Haussriedensbruch	253	R.G.	15. 3. 07	Unlauterer Wett- bewerb	4
R.G.	21. 2. 07	Schwerer Diebstahl	227	R.G.	15. 3. 07	Unlauterer Wett- bewerb. Reflamen mit Ausstellungs- medaillen und -auszeichnungen	444
R.G.	21. 2. 07	Bahnhofswirt- schaften	58	R.G.	15. 3. 07	Verbreiten unzüch- tiger Abbildungen	421
R.G.	21. 2. 07	Bahflugsblätter.	58	R.G.	15. 3. 07	Verantwortlichkeit des Angestellten des Recht der Polzei- behörden zur zwangsweisen Vor- führung geladener Personen	57
Pr.O.R.G.	21. 2. 07	Sonntagsheiligung	59	O.R.G.	16. 3. 07	Recht der Polzei- behörden zur zwangsweisen Vor- führung geladener Personen	7
Pr.O.R.G.	21. 2. 07	Zufuhrwege zum Bahnhof	59	R.G.	18. 3. 07	Rächtliches Regelfpiel	81
Pr.O.R.G.	21. 2. 07	Bahflugsblätter.	177	R.G.	18. 3. 07	Warenaushängung	57
Pr.O.R.G.	24. 2. 07	Sonntagsheiligung	59				
Sch. a.	27. 2. 07	Glückspiel. Bierblatt ohne Kaufarten	184				
Berlin Mitte							

Geriht	Datum	Gegenstand	Seite
RG.	18. 3. 07	Warnungstafeln auf Freizeitanlagen	57
LG. Erfurt	18. 3. 07	Kraftfahrzeuge auf öffentlichen Verkehrsweegen	8
RG.	19. 3. 07	Verkehr mit Sprengstoffen	421
RG.	19. 3. 07	Versammlung	31
RG.	21. 3. 07	Polizei u. Publikum	4
PrOStG.	21. 3. 07	Polizeistunde	399
OLG. Dresden	21. 3. 07	Musikvorführungen bei öffentlichen Tanzveranstaltungen	8
RG.	22. 3. 07	Kranke im Bild	32
RG.	25. 3. 07	Fahrtafeln des Einweichenlassens eines Gefangenen	31
RG.	25. 3. 07	Urkundensälschung	31
RG.	25. 3. 07	Blanchen der Omnibusaufsicher	31
RG.	28. 3. 07	Hortnädiger Ungehörigkeit des Kindes	32
SanStG.	3. 4. 07	Erteilung einer Schanktaubnis vor Fertigstellung der Wirtschaftsräume	545
RG.	4. 4. 07	Zwanglose Vernehmung	31
RG.	4. 4. 07	Weiberbeannetung	58
RG.	4. 4. 07	Fahrgeldzwangigkeit der Kraftwagen auf Rotbrüden	203
BayOLG.	5. 4. 07	Verstümmelung eines in einem Wohnzimmer ausgehängten Kreuzfixes	448
LG. Guben	5. 4. 07	Schadenersatz für ungesunde Dienstwohnungen	50
RG.	8. 4. 07	Tanzveranstaltungen	58
RG.	8. 4. 07	Öffentliche Angelegenheiten	88
RG.	9. 4. 07	Nahrungsmittelverfälschung. Herstellen von Nahrungsmitteln	300
RG.	11. 4. 07	Sonntagsheiligung, Lingelangel	56
RG.	11. 4. 07	Strafentziehung	85
PrOStG.	11. 4. 07	Urteilsverfälschung. Zurücknahme der Schanktaubnis für mehrere Wirtschaften	133
PrOStG.	12. 4. 07	Stellvertreter im Schankgewerbe	59
OLG. Posen	12. 4. 07	Schutzverhältnis	60
RG.	15. 4. 07	Versammlungsauflösung	58

Geriht	Datum	Gegenstand	Seite
RG.	15. 4. 07	Bau	83
RG.	17. 4. 07	Wohnung	178
RG.	18. 4. 07	Wohndarstellung als Strafandrohung in alten Polizeiverordnungen	56
RG.	18. 4. 07	Risikoverordnung	84
RG.	18. 4. 07	Schönheit für Reklamer	85
RG.	18. 4. 07	Rechtsbejorger	618
PrOStG.	18. 4. 07	Zulassung als Stellvertreter nach Verfassung der Schanktaubnis. Rechtskraft der Verfassung	59
PrOStG.	18. 4. 07	Umfang der Wirtschaftsverhältnis	568
LG. Bochum	18. 4. 07	Ausrufen und Ausläuten von Waren	60
Stettin	19. 4. 07	Frühstücken für Kranke auf der Straße	375
Stettin	19. 4. 07	Öffentliche Theateraufführung	60
Stettin	19. 4. 07	Kinderschutz	61
RG.	21. 4. 07	Öffentliche Angelegenheiten	85
RG.	22. 4. 07	Versammlung unter freiem Himmel	84
RG.	23. 4. 07	Annahmen	83
Stettin	24. 4. 07	Glückspiel	158
RG.	25. 4. 07	Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse	56
RG.	25. 4. 07	Automobilverkehr	84
RG.	26. 4. 07	Verantwortlichkeit des Schankwirts für die Tätigkeit der Ehefrau als Stellvertreterin	108
OLG. Dresden	26. 4. 07	Kraftfahrzeuge	15
Stettin	27. 4. 07	Aufforderung zum Ungehörigkeit gegen Ehefrau. Polizeistunde für Versammlungen	85
PrOStG.	29. 4. 07	Förderung der Bäckerei und Unfittlichkeit	156
Stettin	29. 4. 07	Gebrauch eines Stadtwappens	255
RG.	2. 5. 07	Anmeldepflicht des Vereinsvorstehers	106
RG.	2. 5. 07	Laizen-Verbreitung	106
RG.	2. 5. 07	Schankgewerbe und Gewerbesteuerwesen	445

Bericht	Datum	Gegenstand	Seite
Rd.	3. 5. 07	Glückspiel. Inhaber einer Schankwirtschaft	263
Stk. Rd. Kiel	3. 5. 07	Beibehaltung der Formulare für polizeiliche Anmeldungen	110
Rd.	6. 5. 07	Viehtränken	132
Rd.	7. 5. 07	Zwangsweißes	106
Pr. Rd. Rd.	10. 5. 07	Photographieren	108
Pr. Rd. Rd.	10. 5. 07	Polizeilicher Schadenertrag	108
Rd.	11. 5. 07	Beamtenwohnfiß	545
Rd.	15. 5. 07	Kummerbilder für öffentliche Urkunden	396
Rd.	15. 5. 07	Strafantrag gegen eine Handelsgefellchaft	155
Rd.	16. 5. 07	Rotor- od. Fahrrad	133
Rd.	16. 5. 07	Strafenpolizei-Verordnungen	157
Pr. Rd. Rd.	17. 5. 07	Ne bis in idem	132
Pr. Rd. Rd.	17. 5. 07	Schankerlaubnis	154
Rd.	23. 5. 07	Sittenpolizei	155
Rd.	23. 5. 07	Straßenperrung	229
Rd.	23. 5. 07	Wandergewerbe-Steuer	132
Pr. Rd. Rd.	23. 5. 07	Begepolizei	133
Rd.	24. 5. 07	Preissträfeln in Zeitungen als Auspielung	177
Pr. Rd. Rd.	24. 5. 07	Konflikt	396
Pr. Rd. Rd.	24. 5. 07	Wohnfiß	133
Rd.	25. 5. 07	Gebrauch. Berechnungsfähigkeit geistesschwacher Personen	132
Rd.	26. 5. 07	Verfäulden bei polizeilichen Überretungen	155
Rd.	27. 5. 07	Wickelverkauf	132
Rd.	28. 5. 07	Kautionsfchwindel	182
Rd.	28. 5. 07	Waffengebrauch gegen fliehende	396
Rd.	28. 5. 07	Unberechtigte Benutzung von Kraftwagen	155
Rd.	30. 5. 07	Aufbeterung	132
Rd.	30. 5. 07	Rechtsbeforger	183
Rd.	30. 5. 07	Essentielle Angelegenheiten	134
Rd.	30. 5. 07	Aufforderung zum Ingehoriam gegen Geleite od. behördliche Anordnungen	299
Rd.	31. 5. 07	Unlauterer Wettbewerb	183
Pr. Rd. Rd.	31. 5. 07	Lustbarkeit	255
Pr. Rd. Rd.	31. 5. 07	Sicheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse	

Geriht	Datum	Gegenstand	Seite
St. O.	3. 6. 07	Fahrlässige Tödtung durch Nichtausübung eines Arztes	132
St. O.	3. 6. 07	Streitvergehen	132
St. O.	3. 6. 07	Sonntagsheiligung.	208
St. O.	3. 6. 07	Widuastragen	176
St. O.	3. 6. 07	Leichentransport	208
St. O.	3. 6. 07	Fortbildungsschule	176
St. O.	3. 6. 07	Geistige Getränke	176
St. O.	4. 6. 07	Widerstand gegen die Staatsgewalt	157
St. O.	4. 6. 07	Polizeistundenüberschreitung als Förderung der Fälscherei	177
St. O.	4. 6. 07	Anmeldung Neugeborener	158
St. O.	6. 6. 07	Irthum über das Bestehen von Ausföhrungsbordischriften	176
St. O.	6. 6. 07	Wirkungsverlauf	253
St. O.	6. 6. 07	Rechtsbeförger	567
St. O.	7. 6. 07	Ausweisung, Staatsangehörigkeit	156
St. O.	8. 6. 07	Diebstahl. Fremde bewegliche Sache.	444
St. O.	8. 6. 07	Verrenkloses Gut	177
St. O.	8. 6. 07	Betriebsstätte	444
St. O.	8. 6. 07	Verfolgung von Privatklagen	206
St. O.	10. 6. 07	Grenzen der Polizeigewalt	421
St. O.	10. 6. 07	Angabe eines falschen Namens gegenüber dem Wahlvorsleher bei einer Reichstagswahl.	548
St. O.	10. 6. 07	Wahlfälschung	176
St. O.	10. 6. 07	Sigung oder Versammlung	176
St. O.	10. 6. 07	Kinomatographische Vorstellungen	176
St. O.	10. 6. 07	Verfahren gegen Reichstagsabgeordnete	176
St. O.	10. 6. 07	Vereinsvorstand	176
St. O.	13. 6. 07	Spillkartenstempel	174
St. O.	13. 6. 07	Erörterung öffentlicher Angelegenheiten	176
St. O.	13. 6. 07	Verurtheilung	176
St. O.	13. 6. 07	Gewerbliche Anlagen	206
St. O.	14. 6. 07	Widerstand	158
St. O.	18. 6. 07	Unterföhlung. Anvertrauten geistlicher Ehen	567
St. O.	18. 6. 07	Mauschehen ohne Zwang	325
St. O.	20. 6. 07	Verunreinigung der Flüsse	206

Bericht	Datum	Gegenstand	Seite
R.G.	20. 6. 07	Fischfang	204
R.G.	20. 6. 07	Brantweinchant- stätte	204
R.G.	20. 6. 07	Kraftfahrzeuge	228
R.G.	20. 6. 07	Anfiedende Krank- heiten	228
R.G.	20. 6. 07	Kellnerin	277
Pr.O.R.G.	20. 6. 07	Privatkrankenanstalt. Kongressionsent- ziehung	177
Pr.O.R.G.	20. 6. 07	Polizeilicher Zwang zur Erfüllung der Genehmigungs- bedingungen einer gewerblichen An- lage bei wesent- licher Veränderung der Betriebsstätte	447
R.G.	24. 6. 07	Verordnungspubli- kation	204
R.G.	24. 6. 07	Feuertwehrrungen	204
R.G.	26. 6. 07	Wildgefaße	305
R.G.	27. 6. 07	Religionsvergehen. Öffentlichkeit einer Vereinsversam- lung	174
Pr.O.R.G.	28. 6. 07	Sozialdemokratische Jugendvereine	205
L.G. III Berlin	29. 6. 07	Kennwetten. Ge- werbsmäßiges Glückspiel. Ein- ziehung.	325
W.R. Berlin	2. 7. 07	Bedürfnisfrage für Anmietneigenen	306
R.G.	4. 7. 07	Schulpolizei	229
R.G.	4. 7. 07	Landespolizeiliche Anordnung	349
R.G.	4. 7. 07	Feuerwehr-Verord- nungen	374
Bay. O.R.G.	4. 7. 07	Gewerbsmäßige Un- zucht	595
R.G.	8. 7. 07	Polizeiverordnung und Bekannt- machung	254
R.G.	8. 7. 07	Polizei oder Verg- polizei?	278
R.G.	8. 7. 07	Schaufstellungen	305
R.G.	8. 7. 07	Kinematograph.	349
R.G.	8. 7. 07	Bußgeldbeliigung Interim bei Polizei- verordnungen	378
R.G.	8. 7. 07	Auffstellen von Ra- ruffellen, Schieß- Schauf und Ver- kaufsbuden	618
Pr.O.R.G.	8. 7. 07	Polizeistunde	205
Bay. O.R.G.	8. 7. 07	Glückspiel, Pokern	568
R.G.	9. 7. 07	Diebstahl. Ankauf ge- stohlener Ware	396
R.G.	9. 7. 07	Straßwagennummer	348
R.G.	10. 7. 07	Straßenbahnen	324

Bericht	Datum	Gegenstand	Seite
R.G.	11. 7. 07	Barbiergewerbe. Ge- sundheitspolizei- liche Vorschriften	254
R.G.	11. 7. 07	Vereinsanmelde- pflicht	254
R.G.	11. 7. 07	Unkenntnis von po- lizeilichen Bekannt- machungen	228
R.G.	11. 7. 07	Polnische Zeichen	228
R.G.	11. 7. 07	Abpringen von der Straßenbahn	229
R.G.	11. 7. 07	Außerordentliches Zeichenbegangnis. Öffentlicher Aufzug	278
R.G.	11. 7. 07	Wirtshausbeleuch- tung	323
R.G.	11. 7. 07	Jagdpolizei	349
Pr.O.R.G.	11. 7. 07	Ausdehnung einer Oberbank	351
R.G.	12. 7. 07	Lehrling im Sinne des Vereinsgesetzes	228
W.R. Breslau	15. 7. 07	Strafantrag der amtlichen Vorge- setzten	29
St.G. Rigsdorf	15. 7. 07	Kraftfahrzeuge; Be- lästigung durch übertriebene Dämpfe	206
R.G.	16. 7. 07	Reinhandel mit Brantwein	228
R.G.	16. 7. 07	Entziehung aus der Fürsorgeziehung	254
R.G.	23. 7. 07	Verunreinigte Gäste	349
R.G.	23. 7. 07	Abonnementverfälsche- rung	349
R.G.	23. 7. 07	Anreißer. Händler	349
R.G.	23. 7. 07	Unbefugter Schank- betrieb. Speise- wirtschaften	349
R.G.	26. 7. 07	Gewerbesteuer	873
O.R.G. Kiel	29. 7. 07	Beleidigung durch Veröffentlichung des Bildes eines Vertragsbrüchigen	255
R.G.	1. 8. 07	Nahrungsmittelver- fälschung	253
St.G. Brieg	1. 8. 07	Öffentlicher Aufzug auf einer Wasser- straße	256
L.G. Galle a. G.	2. 8. 07	Konfiskation und Kon- dornwaren; Sonn- tagruhe	256
R.G.	6. 8. 07	Automobilbesitzer	349
R.G.	6. 8. 07	Kaufmädchen	350
R.G.	6. 8. 07	Wildhandel	422
Pr.O.R.G.	6. 8. 07	Hochspannleitungen. Polizeiliche Ver- fügungen	306

Geriht	Datum	Gegenstand	Seite
RG.	7. 8. 07	Bonfott als unzu- lässiges Stampf- mittel. Filiale des Schneiderver- bandes als selbst- ständiger Verein	300
OLG. Eöln	8. 8. 07	Anmeldung von Steuerbesällen an Feiertagen	495
Pr.OVG.	9. 8. 07	Polizei und Privat- eigentum	351
SchG. Breslau	9. 8. 07	Abhüringen von Straßenbahn- wagen	256
LG. Neutphen D.S.	10. 8. 07	Karwoche	279
LG. Berlin I	14. 8. 07	Feststellung der Per- sönlichkeit auf der Straße. Wider- stand gegen die Staatsgewalt	279
RG.	15. 8. 07	Jagdvergehen. Ein- ziehung der Trans- portmittel	300
RG.	16. 8. 07	Sonntagsheiligung. Fingeltangel	323
RG.	16. 8. 07	Versammlungsüber- wachung. Vereins- sitzung	348
RG.	16. 8. 07	Verborgene Waffen	374
SchG. Leipzig	19. 8. 07	Bonfottierung als grober Unfug	279
RG.	20. 8. 07	Mietstaler	350
OLG. Eöln	21. 8. 07	Vierverkauf über die Straße	278
OLG. Eöln	21. 8. 07	Polizeistunde	305
LG. Halle a. S.	21. 8. 07	Bonfottierung als grober Unfug	279
RG.	23. 8. 07	Hartnäckiger Unge- horsam	348
SchG. Magdeburg	26. 8. 07	Pochen ein Glückspiel	279
RG.	27. 8. 07	Betrug. Wechselfalle	299
RG.	27. 8. 07	Heterei	348
RG.	27. 8. 07	Marktordnungen	374
RG.	30. 8. 07	Schankbetrieb in Kur- anstalten	323
RG.	30. 8. 07	Bergpolizei. Ruhe- zeit der Arbeiter	350
LG Dromberg	31. 8. 07	Bahrmehmung be- rechtigt. Interessen	325
BA Berlin	3. 9. 07	Förderung der Un- sittlichkeit in An- mierkneipen	324
BA Berlin	3. 9. 07	Polizeistunde für Ste- gelbahnen	353
SchG. Hom- burg v. d. S.	4. 9. 07	Sonntagsheiligung	353
LG. Breslau	5. 9. 07	Zwangswaises Pho- tographieren. Wi- derstand gegen die Staatsgewalt	305
RG.	6. 9. 07	Öffentliche Angele- genheit	397

SchG. Offenbach	6. 9. 07	Bahrmehmung be- rechtigt. Interessen	306
RG.	10. 9. 07	Kahrradlaterne	397
SchG. Bresbaden	12. 9. 07	Alford-Suppe für Straßfahrzeuge	545
RG.	13. 9. 07	Unzulässige Aberras- sung polizeilichen Verordnungsrechts	422
RG.	13. 9. 07	Öffentlich bemerkbare Arbeit	422
RG.	16. 9. 07	Ruhestörung durch mechanische Musik- instrumente	350
RG.	16. 9. 07	Plafatweien	351
RG.	16. 9. 07	Waglagitation	421
RG.	16. 9. 07	Wilde Mannchen	422
RG.	17. 9. 07	Versammlung	422
RG.	19. 9. 07	Straßräber	396
RG.	19. 9. 07	Teppichklopfen	446
RG.	19. 9. 07	Veranstaltung einer Lotterie und Be- teiligung an einer nichtpreussischen Lotterie	567
LG Düsseldorf	19. 9. 07	Teppichklopfen	325
RG.	20. 9. 07	Fälschung eines Mi- litärpafses als Ur- kundenfälschung	618
RG.	24. 9. 07	Straßantrag. Unterfchrift	567
RG.	24. 9. 07	Reiseflosten n. Tages- gelber. Antritt der Küchtreise	595
OLG. Colmar	24. 9. 07	Privatversammlung	352
BA.	25. 9. 07	Feuerbestattung	325
Arnsberg	26. 9. 07	Tanzlustbarkeiten	397
RG.	27. 9. 07	Konflikt	375
Pr.OVG. LG.	28. 9. 07	Unzüchtige Abbildungen	352
Berlin I	30. 9. 07	Verbreitung unzücht. Postkarten	348
RG.	30. 9. 07	Automobil	397
LG.	30. 9. 07	Abgabe v. Heilmitteln durch Ärzte	400
Göttingen	1. 10. 07	Unlauterer Wettbe- werb. Warenzeichenschuß. Totanerwein	396
LG. Berlin III	2. 10. 07	Angemessener Platz für überwachende Beamte in Ver- sammlungen	353
RG.	3. 10. 07	Strafrechtliche Gast- barkeit	397
Pr.OVG.	3. 10. 07	Anwendung der Kellnerinnenver- ordnung bei ver- schleierem An- mierbetrieb	495
OLG. Hiel	5. 10. 07	Beamtenbeleidigung Straßantrag des Polizeichefs	352

Bericht	Datum	Gegenstand	Seite
Rd.	7. 10. 07	Erpressungsversuch	567
Rd.	8. 10. 07	Aufforderung zum lin- gehoriam gegen das preussische Vereins- gesetz. Versamm- lungsausschuss	348
Rd.	10. 10. 07	Versammlungs- sollesten	445
Rd.	10. 10. 07	Dunkeleben	473
PrDd.	10. 10. 07	Ruhestörung durch gewerb. Betriebe	374
PrDd.	10. 10. 07	Schifferpatent	399
Schd.	10. 10. 07	Automobilwet- und prüfungsfahrten	400
Rd.	11. 10. 07	Fahrräder auf Bürgersteigen	397
PrDd.	11. 10. 07	Versammlungs- Präventivverbot	374
Rd.	14. 10. 07	Unzulässige Über- tragung polizeil. Verordnungsrecht	396
PrDd.	14. 10. 07	Entziehung einer Schankerlaubnis	398
Rd.	15. 10. 07	Wahrnehmung be- rechtigt. Interessen	543
Rd.	21. 10. 07	Verbot des Ausrufens auf der Straße	421
Rd.	21. 10. 07	Sonntagsheiligung	421
Wienberg	22. 10. 07	Ausstellen von Waren i. Ladenausgängen	375
Wien	24. 10. 07	Begepolizei	
		Beseitigung von Freitreppen	495
Wd.	24. 10. 07	Unterbrechung der Verjährung der Strafverfolgung	375
Rd.	28. 10. 07	Feuertochterübung am Sonntag	398
Rd.	31. 10. 07	Flugblattverteilung am Sonntag	398
Rd.	31. 10. 07	Haftung des Auto- mobilbesizers neb. dem Fahrer	398
Rd.	31. 10. 07	Verteilung von Flugblättern	398
Rd.	1. 11. 07	Versammlungseröff- nung	398
Rd.	1. 11. 07	Kauscheln ohne Zw- ang	567
Rd.	4. 11. 07	Öffentliche Tanzlust- barkeit	445
Rd.	4. 11. 07	Kraftwagenbuppe	445
Wd.	4. 11. 07	Kaiserausflug	
Wlogau	5. 11. 07	Öffentlicher Auszug Fahrrädlige Lösung. Haftung des Auto- mobilbesizers für seinen Chauffeur	399 444
PrDd.	5. 11. 07	Unzulässige Be- schwerdeform	473
PrDd.	5. 11. 07	Kosten für polizeil. liche Maßnahmen zur Bekämpfung aufstrebender Straß- beuten	473

Bericht	Datum	Gegenstand	Seite
Schd.	5. 11. 07	Flugblattverteilung und grober Unfug	400
Ründen I.	5. 11. 07	Dienstmannsgewerbe	449
Schd.	6. 11. 07	Widerstand gegen die Staatsgewalt	400
Wd.	7. 11. 07	Jagdchein, Fuchsfälle	445
Rd.	7. 11. 07	Brantwein aus- schanf	445
Rd.	11. 11. 07	Bahnhofswirt	445
Rd.	14. 11. 07	Chauffeurbankett	445
Rd.	17. 11. 07	Schornsteinfeger- meister	478
Rd.	18. 11. 07	Jagdpolizei	543
BayWd.	18. 11. 07	Verzicht auf Ruhe- gehalt	474
Rd.	21. 11. 07	Essentialität bei Gotteslästerung	472
Rd.	21. 11. 07	Defectio	444
Rd.	11. 11. 07	Kraftwagennummer	444
Rd.	21. 11. 07	Stegetspiel	494
Rd.	21. 11. 07	Marktordnung	521
Schd.	23. 11. 07	Geisloffene Bejei- schaft oder öffentl. Theateraufführung	449
Rd.	25. 11. 07	Ladenanschlag	494
Rd.	26. 11. 07	Bahnpolizeiverord- nung und Haus- friedensbruch	498
PrDd.	26. 11. 07	Ordnungsstrafe	495
Rd.	28. 11. 07	Überpolizeiverord- nungen	494
Rd.	28. 11. 07	Wohlfott	567
Rd.	2. 12. 07	Seuchenpolizei	494
Rd.	2. 12. 07	Kraftfahrzeug, Ge- schlossener Ortsteil	521
Rd.	2. 12. 07	Frühverkauf von Brantwein	544
Wd.	8. 12. 07	Nahrungsmittelver- fälschung, Alkohol- freier Champagner	495
Schd.	3. 12. 07	Umsatz der Gast- wirtschaftsberlaub- nis	568
Wd.	8. 12. 07	Nahrungsmittelver- fälschung, Alkohol- freier Apfelsaft aus getrockneten Äpfeln	495
Rd.	9. 12. 07	Kraftwagenführer	498
Rd.	12. 12. 07	Kraftfahrzeuge	543
Rd.	12. 12. 07	Dunkelheit im Sinne einer Polizeiver- ordnung für Kraft- wagen	544
Wd.	13. 12. 07	Rechtskraft versagen- der polizeilicher Bescheide. Vor- gartenbenutzung zum Schantbetriebe	545
Schd.	13. 12. 07	Preissteifen an Flei- scherläden	496
Wd.	14. 12. 07	Beschlagnahme. Wi- derstand gegen die Staatsgewalt	496

Geriht	Datum	Gegenstand	Seite
R.G.	16. 12. 07	Lichtbildervortrag als Lustbarkeit	544
Pr.O.B.G.	16. 12. 07	Förderung der Völler durch harmdige Überschreitung der Polizeistunde	545
Pr.O.B.G.	17. 12. 07	Versammlungsraum	544
Pr.O.B.G.	17. 12. 07	Sonntags-Versammlungen. Öffentlichleit	544
Pr.O.B.G.	17. 12. 07	Polnische Familienverbände	544
2.G.	17. 12. 07	Versammlungsauflösung ohne Auftrag	495
2.G.	17. 12. 07	Schießapparat als Glückspiel	568
2.G.	20. 12. 07	Zwangswaises Photographieren	498
R.G.	3. 1. 08	Versammlung zur Erörterung Angelegenheiten	544
R.G.	6. 1. 08	Straftwagenführer	543
R.G.	6. 1. 08	Aufkauf von Minderjährigen	567
Pr.O.B.G.	6. 1. 08	Polizeistundenbesetzung	619
2.G.	11. 1. 08	Kinematographenvorstellung als Schaustellung	568

Geriht	Datum	Gegenstand	Seite
Pr.O.B.G.	1. 1. 08	Konflikt Wirtshausverbot an Beamte	569
R.G.	30. 1. 08	Wandergewerbschein. Deilsarmee	595
R.G.	31. 1. 08	Haftung der Ehefrau des Wirts wegen Polizeistundenüberschreitung	595
2.G.	1. 2. 08	Gesangsvorträge	596
R.G.	6. 2. 08	Führung des Titels Auktionskommissar	618
R.G.	7. 2. 08	Gefindesermieter	595
2.G.	12. 2. 08	Streitpolenstehen. Koalitionsrecht oder Straßenpolizeiübertrittung	619
Pr.O.B.G.	18. 2. 08	Bereinsfiliale	595
2.G. Neu- wied	19. 2. 08	Polizeistunde in Bahnhofs- wirts- schaften	596
R.G.	20. 2. 08	Rittgspause der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen	618
Pr.O.B.G.	28. 2. 08	Ausweisungsan- drohung gegen ausländische polnische Arbeiter	618
Pr.O.B.G.	28. 2. 08	Polnische Straßen- namen	619

B. Der Polizeihund.

Abhandlungen.

Hamburger Polizeihunde 89 — Bedenken betreffs Führung von Polizeihunden 40 — Die Haftpflichtversicherung für die Mitglieder des Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (E. B.) 41 — Das Arbeiten des Polizeihundes auf Menschenspuren 91 — Das Revieren des Polizeihundes 115 — Dienstanweisung für die Polizeihundführer 116 — Eine rüchändige Stadt 116 — Der Anschaffungswert des Polizeihundes 187, 218 — Dienstanweisung für diejenigen Beamten, welchen die Verwendung von Polizeihunden im Dienst gestattet ist 218 — Das Arbeiten des Polizeihundes auf Menschenspuren 238 — Ein Gehilfe für den Gendarmen 285 — Neue Polizeihundgarnitur 311 — Zur Erziehung des jungen Polizeihundes 311 — Der Hund im Dienst des Transporteurs 335 — Wie man in Holland Polizeihunde beurteilt 360 — Zur Förderung der Zucht 408 —

Leinenführigkeit und Folgen bei Fuß 409 — Unsere Polizeihunde in Gegenwart Sr. K. u. K. Hoheit des Kronprinzen von Sr. Erzengel dem Herrn Minister des Innern 431 — Entwicklung und jetziger Stand der Polizeihundbewegung 455 — Die Diensthunde der Altonaer Exekutivpolizei im Jahre 1906 480 — Über Vergiftungen bei Hunden, deren Verhütung und Behandlung 481 — Echo zur Lichterfelder Prüfung 482 — Prüfungen 527 — Eine Unterredung 553 — Prüfungen 576 — Die Polizeihundbewegung 578 — Mein Hund macht alles von selbst 599 — Polizeihundbewegung — Zuchtvereine 579 — Rasenarbeit 617 — Was ist bei Anschaffung eines jungen Polizeihundes zu beachten 624 — Hamburg 626.

Ausstellungen und Prüfungen.

39, 67, 70, 86, 87, 96, 102, 103, 117, 238, 289, 553, 603.

Richterberichte.

Die Polizeihundprüfung in Heseloh am 4. und 6. Juni 1907 139, 183 — Wreda, eine internationale Polizeihundprüfung in Holland 142, 236, 261 — Die Polizeihundprüfung zu Hagen i. W. 384, 407 — Internationale Polizeihundprüfung in Bergen op Zoom 508 — Hamburg 99.

Polizeihunde im Dienst.
81, 47, 69, 87, 94, 166.

Hundpflege.

Petroleum als Heilmittel gegen Krallenräude der Hunde 117 — Petroleum als Heilmittel bei Hunden? 215 — Hundesaupenservum als Schutz- und Heilmittel gegen Hundestaupe 362 — Das Trinken 362.

Dressurmittel.

Apportieren 42, 67 — Meldungüberbringen 7, 69 — Wasserarbeit 213 — Die Straßenerziehung des Hundes 214 — Übung praktisch vormachend 263 — Fern leinenfähig und fern folgen ohne Leine bei Fuß 313 — Appell 313 — Wie man seinem Hund Appell im Freien beibringt und ihn für die Straße dressiert 361 — Wie begegnet man den Bitterungseinflüssen auf die Hundennase 362.

Merlei.

Reheim zählt Kappe Futterkosten 42 — Weber, Frankfurt a. M., hält jeden Donnerstag Dressurübungen 42 — Zur Heilbronner Dressurprüfung 117 — Der Airedale. Ein Beitrag zur Rassenfrage 118 — Im zoologischen Garten zu Berlin werden folgende Hunderrassen gehalten 118 — Die Polizeihunde im Reheimer Verwaltungsbericht 166 — Die Polizeihundprüfung in Wreda 190 — Der Polizeihund „Kang“ in Lohschütz 190 — Schmidt von Cranien 32 — Mott in Pfalz 32 — Polizeirevier 76 in Berlin 190 — Was man beim Hundezüchten erleben kann 190 — Die Polizeihundprüfung von Rouen 239 — Die Polizeischule in Reddinghausen 239 — Sonderbar 288 — Verwaltungsbericht der Polizeidirektion Harburg 289 — Polizeibehörde zu Hamburg teilt mit, daß Collie ausgeheißt 289 — Dobermannpinker Vorkmann von Jfenburg 289 — Wo Polizeihunde fehlten 289 — Der Minister des Innern stiftet einen Preis von 200 M 363 — VII. Polizeihundprüfung in Hagen 338 — Zur Eintags-Ausstellungen 363 — Die I. Ortsgruppe des P.H.V. 363 — Polizeihündin Lady 3 363 — Zweigverein für die Saargegend 410 — In Velsbert hatte sich ein Polizeihund festgebissen 410 — Zur Dobermannfrage 410 — Prüfung der Polizeihunde in Plauen 467 — Unsere Hunde 506 — Zweigverein Hamburg und Um-

gebung 530 — Der Zweigverein Banne 530 — Der gute Wille im S.V. 530 — Wer laßt da? 530 — Deutsche Polizeihunde am russischen Kaiserhofe 602 — Die Aurländische Ritterschaft führt Polizeihunde ein 602 — Die Vorführung von Polizeihunden in Karlsdorf 602 — Zweigverein der Bürgermeisterei Hamborn 608 — Zweigverein Reddinghausen-Süd und Düsseldorf 603 — Rassenkoller 603 — Schlechtes Beispiel verbirbt gute Sitten 603 — Lady-Posto 603 — Fällt ein Schaden durch Schreck vor einem Hunde unter § 333 BGB. 102 — Zweigverein Nachen 102 — Der Senat Hamburg überwiegt dem P.H.V. 300 M 102 — Polizeihunde in Riga 102.

Brief- und Fragelasten.

Wie ist der junge Polizeihund zu behandeln 42 — Hautentzündung 70 — Für welche Übung der Dressur des Jung Hundes einen abgefüllten Polizeihund mitzugeben? 190 — Wie ist einem 10 Monat alten Dobermann Appell im Freien beizubringen? 216 — Wann trennt man die Welpen von der Mutter? 314 — Haftpflichtversicherung des P.H.V. 627.

P. H. V.

Protokoll der Vorstandssitzung zu Hagen 70 — Protokoll der Generalversammlung des P.H.V. in Hagen 264 — Vorstandssitzung des P.H.V. in Hagen 434.

Kleinere Notizen.

Summe 468.

Abbildungen.

Der Hamburger Polizeihund „Collie“ stellt einen Fahrabdieb 39 — Schuttmann Kuhn, Lübeck, mit seinen Polizeihunden 91 — Vell von Keroberg, Führer Henge, Soest, vom Verbrecher zurückflehend 189 — Lucie nimmt die Sprungwand 142 — Kapi bei der Wasserarbeit 164 — Aigl. Schuttmann Steinhäuser, Berlin, mit Schmidt von Cranien 187 — Dobermannpinker Turel v. d. Saar 214 — Kopfleiste des Platzes für die Polizeihundprüfung in Wreda 236 — Polizeihund Dobermannpinker Normann v. Jfenburg 285 — Polizeihund Melac, Def. Polizeieinsatzmeister Thallmeier, Sonneberg 314 — Die Ortsgruppe Wanne des P.H.V. nach einer Übung 335 — Verg. Med., zuerkannt Reumann Schmidtthor 337 — Polizeihund Haras von Velleseur 360 — Reumann, Schmidtthor mit Lady 384 — Inoffere Polizeihunde vor dem Kronprinzen 43 433, 503, 529 — Dobermann Erbgraf Roderich von Bismarckstein 480 — Dobermann Graf Chama v. Bismarckstein 493 — Bruno v. Sichelgarten, Schäferhund 576 — Momentbild von der Hamburger Prüfung 624 — Hamburger Staatsmedaille für die Polizeihundprüfung 627.

C. Haus und Herd.

Besondere Artikel.

Vom Gelde 21 — Das Karten- und Planwesen 22, 43, 71, 118, 167, 191, 216, 240, 266, 290, 315, 338 — Eisenbahnwerte — Bank- und Industriepapiere 47 — Vom Papiergeld 95 — Ebbe und Flut 148 — Der Sternhimmel 241 — Kündigungsfrieten bei Wohnungen 364 — Fundachen 388 — Der Telegraph (Fernschreiber) 411 — Von den Wertpapieren 480 — Die Vagen am preussischen Hofe 531 — A Lied auf d'Gendarmen 507 — Die Gendarmen 531 — Unser Sonnensystem 555 — Der Gendarm 556 — Die Röntgenstrahlen 580 — Gendarmepatrouille 581 — Das Radium 604 — Das Gendarmenlied 604 — Das Lied vom braven Gendarm 628 — Der Bundesrat 628.

Recht, Ordnung und Geseh.

28, 47, 72, 66, 120, 144, 168, 192.

Rechtsbriidwörter.

28, 47, 72, 96, 120, 143, 168, 192, 217, 242, 266, 281, 316, 366, 389, 412, 436, 460, 484, 507, 556, 581, 629.

Verwaltungskunde.

Allgemeine Landesverwaltung 28 — Dienstjubiläen 47 — Die Zivilbeamten 72 — Das Dienstatte eines Beamten 95 — Armenrecht in der Rechtspflege 120 — Kommunalverbände 168 — Militärärzte 192 — Unterstaatssekretär 217 — Geschäftssprache (Gerichtssprache) 242 — Legislaturperiode 265 — Generalvollmacht 266 — Erwerb der preussischen Staatsangehörigkeit durch Reichsdeutsche 281 — Strafsammern 316 — Beamte 340 — Ministerialbeamte 364 — Bureau, Kassen- und Kangleidienst 412 — Genehmigung zu Namensänderungen 435 — Versahren bei Genehmigung von Namensänderungen 435 — Eisenbahnverwaltung und Eisenbahnbeförderung 484. Bahnpolizei 507. Beaufsichtigung von Banten 556.

Gaunersprache.

28, 48, 72.

Weltbürger-Abc.

Aristokrat, Demokrat, Monarchist 24 — Schill 72 — Punische Kriege 120 — Salier oder Salische Kaiser 120 — Argonautenzug 120 — Karlsten 120 — Piccolomini 144 — Chauvinismus 200 — Dithmarschen 266 — Gala 281 — Galanterie 316 — Galanteriewaren 340 — Speckbacher, Joseph 388 — Rappach 388 — Gerblitz 412 — Straußenpollitil 484. — Merowinger 508 — Messalina 556 — Die Titel „Dom“ und „Don“ 581.

Pferdepflege.

Wichtig ist, daß jedes Pferd lernt, im Stall den Fuß hochzuheben 24 — Ob Pferde

vor oder nach der Fütterung zu tränken sind 48 — Die Kaulke 72 — Vom Auftreten 120 — Die Kaulke 144 — Zahlreiches Auftreten des großköpfigen Spulwurms bei Pferden 207 — Gelbe Rüben kein gutes Futtermittel für Pferde 262 — Rehlwasser als Pferdefutter auf Reisen 316 — Waschen der Pferde 340 — Der Salz hunger der Pferde 365.

Allerlei Rat, Gesundheitspflege, Rüche und Keller.

Eine billige und sehr brauchbare Sitzbaderne 96 — Spinat mit ausgebackenen Eiern 96 — Ausgetrocknete Holzgesäße wasser- dicht zu machen 120 — Ein erfrischendes und durchlöschendes Getränk herzustellen 108 — Der gesundheitliche Wert des Spinats 168 — Altes Keinen ohne weiteres als Verbandzeug zu benutzen 168 — Um jähres Fleisch schnell weich zu kochen 168 — Welches Gemüse wird frisch 168 — Ein schmackhaftes Gemüse 198 — Nippschlag 198 — Die Reinlichkeit der Fingernägel 206 — Gegen Schweißhände 266 — Einlegen von sauren Gurken (Salzgurken) 206 — Steinpilze mit Rührei 281 — Wildlederhandschuhe zu reinigen 291 — Die Lage des Körpers während des Schlafes 291 — Nervöse Rücken Schmerzen 316 — Wasserdampf gegen Rotten 340 — Ein Hausmittel gegen Neuch- oder Stidhusten 340 — Zur Bekämpfung der Rattenplage 365 — Bollene Wäsche 436 — Rastgänse 436 — Feingeliebte Rüche 436 — Mehl als Heilmittel 436 — Das Fleischgewicht der verschiedenen Hühnerassen 400 — Das Paar der Kinder 460 — Feueranmachen mit altem Papier 430 — Gegen den Wandwurm 485 — Kleintee 485 — Apfelsäure 485 — Kaiserscharten 485 — Wie man das Eingieken des Fettes ins Badewerk verhindert 485 — Eine einfache und doch wirkliche Schwabenfälle 485 — Beim Räuchern des Schweinefleisches 485 — Aufstische Kartoffeln 508 — Gegen eingewandene Jchennägel 508 — Mittel gegen kalte Füße 508 — Das Auftreten der Pferde 508 — Schweine 508 — Appetitlosigkeit 532 — Gegen nervösen Kopfschmerz 532 — Verbreitung von Vogelmilben 532 — Hartnäckiger Schnupfen 557 — Als unschädliches Nistmittel 557 — Ein gutes, die Eierproduktion förderndes Winterfutter 557 — Eine hohe Forststreu im Geflügelstall 557 — Entfernung des Rostes von polierten Stahlgegenständen 557 — Ein Heftograph 557 — Räuchern 581 — Gefrorene Eier und Apfel 581 — Beim Ankauf von Ägghenlaternen 581 — Kartoffelsalat 605 — Das Bundereiben der Hände beim Waschen 605 — Selbstbereiten von Fleckseife 605 — In der Speiseröhre steden gebliebene Körper 629 — Gegen Brandwunden 628 — Kaffeesieden 628 — Gutmadeln 628.

Lukiger Winkel.

24, 341, 385.

Mundschau.

Das Geburtsjahr Christi 24 — Die Körpertemperatur 24 — Die Kesselschnüre im Heere 48 — Ritz 267 — Das Tempelhofer Feld 267 — Schema F 292 — Wie alt ist die Militärmusik 341 — Trense und Standarte 365 — Die Schreibarbeit der Berliner Magistratsbeamten 389 — Die Taschenuhr als Kompaß 412 — Leerjagd und Landratte 435 — Ähnliche Abkürzungen für Maße und Ge-

wichte 460 — Gefrieren des Wassers 484 — Vom Schnupftabak 508 — Der Uhrkalender 556 — Vom Zigarrenbrand 629.

Familiennachrichten.

193, 341.

Rätsellede.

48, 96, 144, 193, 242, 292, 389, 486, 455, 532, 605.

Auflösung der Rätsellede.

24, 72, 120, 168, 217, 267, 316, 412, 400, 508, 557, 629.

D. Balanzenliste.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 1. — 13. April 1907. — Seite 1/24. — 5. Jahrgang.

April						
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	1	2	3	4	5

Herausgeber:

Robert Gersbach,

Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, G. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“

Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Mai						
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31	1	2	3	4

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abnehmer wird die Zeitschrift am Jahresanfang aus-
gegeben geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an die
Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr M. 1.50.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die 36spalt. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.	
Über den Begriff polizeiliche Verfügungen	2
Erkenntnisse und Beschlüsse.	
I. Reichsgericht	4
II. Kammergericht	4
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	6
IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht	7
V. Oberlandesgericht Köln	7
VI. Oberlandesgericht Dresden	8
VII. Landgericht Bonn	8
VIII. Landgericht Erfurt	8
Verurteilung	8
Aus den Parlamenten	8
Kongresse und Versammlungen	8
Statistisches zur Fürsorgeerziehung Minder- jähriger	9
Zur Rechtsgültigkeit einer Polizeiverordnung über den Hundesang	10
Aus der Praxis	11
Warnungen	12
Beamtenrecht und -wesen	12
Zwangswelches Photographieren	13
Das Karten- und Planwesen (Hinweis)	13
Die Carabinieri	13

Polizeibericht	13
Personalveränderungen	14
Ehrentafel	17
Dienstjubiläen	17
Artikelschau	18
Auskunftei	19

II. Der Polizeihund.
(Erscheint mit der nächsten Nummer.)

III. Haus und Herd.

Vom Gelde	21
Das Karten- und Planwesen	22
Recht, Ordnung und Gesetz	23
Rechtsprechungswörter	23
Verwaltungskunde	23
Bannerprache	23
Weltbürger-Abc.	24
Rundschau	24
Lustiger Winkel	24
Werbepflege	24
Lösung des Räthnaders aus Nr. 26 v. J.	24

Balancenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 10. April 1907 abgeschlossen worden.

Das Inhaltsverzeichnis des abgeschlossenen Jahrgangs liegt dieser Nummer bei.

Über den Begriff „polizeiliche Verfügungen“

im Gesetz vom 11. Mai 1842. (S. S. 192.)

Von Bürgermeister Roehne in Herzberg (Erfurt).

(Nachdruck verboten.)

Wenn man den § 1 des Gesetzes vom 11. Mai 1842, betreffend den Rechtsweg in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen erläutern will, so ist es am besten, sich dessen Vorgeschichte klar zu machen. Es werden dadurch von vornherein Zweifel abgeschnitten, auf die man sonst sofort kommen würde und mußte.

Abf. 1 des § 1 lautet: „Beschwerden über polizeiliche Verfügungen jeder Art, sie mögen die Gesetzmäßigkeit, Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit derselben betreffen, gehören vor die vorgelegte Dienstbehörde (bzw. jetzt die Verwaltungsinstanzen).“

Hierbei sei nur voraus bemerkt, daß unter Umständen die Möglichkeit der Prüfung der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit fortfällt. S. § 127 f. Landesverwaltungs-gesetz (Verwaltungsstreitverfahren).

Das Gesetz von 1842 erging, um Zweifel, welche über die Auslegung der bisherigen Gesetzgebung entstanden waren, zu beseitigen (s. den Eingang des Gesetzes). Die früheren Bestimmungen befanden sich in den §§ 38—40 der Verordnung vom 28. Dezember 1808. Es werden in § 38 die Fälle des Rechtswegs erwähnt, die wir jetzt in § 6 und 2 (unrechtmäßige Verfügung und besonderer Befreiungsgrund von polizeilicher Auflage) finden, in § 40 der Fall des § 4 bezw. 2 (betreffend Entschädigung für Ausnahmehabe eines Vermögenswerths), § 39 deckt sich ungefähr mit § 3 des Ges. von 1842.

Diese Gesetzgebung handelt nur von polizeilichen Verfügungen der Regierungen, die in Gegensatz zu den Hoheitsakten gestellt werden (§§ 36, 37 Vo. v. 08). Das Recht der Majestät aus § 6 II 13 NR., allgemeine Polizeiverordnungen zu geben, ist hierdurch nicht berührt. Der Rechtsweg wird hier nicht bei Hoheitsakten ausgeschlossen, sondern er wird nur beschränkt, um die Selbstständigkeit der Verwaltung gegenüber der Justiz aufrecht zu erhalten. Die Disposition der §§ 38, 40 ist nicht sehr klar und die Deklaration durch das Gesetz von 1842 daher nötig gewesen. 1862 hat man auch dies noch deklarieren wollen; es ist aber nichts daraus geworden.

§ 38 beginnt damit, daß der Rechtsweg unter Bedingungen über polizeiliche Ver-

fügungen, von welcher Gattung sie auch sein mögen, offen stehe. Aus dieser Stelle ist zu entnehmen, daß der Ausdruck „Beschwerden über polizeiliche Verfügungen jeder Art“ in § 1 Ges. v. 1842 sich nicht auf Beschwerden beziehen kann, wie dies trotz der Vorstellung immerhin behauptet worden ist. Man hat nur den alten Gedanken wieder aufgenommen: Verfügungen jeder Art.

Das Verfügungen jeder Gattung heißen soll, ist aber auch nicht ohne weiteres klar. Der § 40 führt aber darauf hin, indem er den Polizeiverfügungen für einzelne Fälle diejenigen gleichstellt, durch welche etwas im allgemeinen festgesetzt wird, zu denen allerdings die Bestätigung der höheren Polizeibehörde eingeholt werden muß. Es sind dies die „Publikanda“ des § 45 Vo. v. 1808, jetzt die Vorschriften, Polizeiverordnungen der §§ 5, 6, 12 des Gesetzes vom 11. März 1850, welche heute einer Bestätigung nach dem Gesetz nicht mehr bedürfen. Wenn die Aufsichtsbehörde sich eine Vorrevison vorbehält, so ist dies nur eine innere Dienstangelegenheit.

Hieraus geht also hervor, daß auch gegen Polizeiverordnungen unter Umständen der Rechtsweg offen ist, und zwar schon direkt gegen die Verordnung, nicht erst nur gegen eine auf diese sich stützende Verfügung. Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, die Verordnung stehe dem Gesetz gleich. Das tut sie nicht; denn sie ist nach § 17 Pr. G. vom 11. März 1850 auf ihre Gesetzmäßigkeit hin prüfbar durch den Strafrichter wie den Zivilrichter (Reichs-Ger. Ent. Bd. 45 S. 252). Ferner ist sie unter Umständen an die Zustimmung des Gemeindevorstandes gebunden, also nicht Ausfluß eines Hoheitsrechts.

Unter polizeilichen Verfügungen sind natürlich in erster Linie diejenigen zu verstehen, welche den Rechtsmitteln des § 127 VVG. und der §§ 56 u. 66 Just. Ges. für gewöhnliche Fälle unterliegen. Unter den Voraussetzungen des Ges. von 1842 werden sie im Rechtswege auf die Gesetzmäßigkeit geprüft. Das Gegenteil ist behauptet worden, aber zu Unrecht. Die neue Verwaltungs-gesetzgebung hat hier im allgemeinen nichts geändert. RGE. Bd. 2: S. 341 (Contra Bd. 45 S. 270). Nur im Falle des § 2 Ges. v. 42 ist bei polizei-

tichen Verfügungen, wie sie § 127 VVG. im Auge hat, jetzt der Rechtsweg zugunsten des Verwaltungsstreitverfahrens beschränkt. Für andere Verfügungen polizeilicher Art (s. unten) ist er noch bestehen geblieben. Für Fälle des § 6 ist noch auf § 131 VVG. zu verweisen. Betreffend Erklärung eines Weges für einen öffentlichen s. § 56 Just. Ges. Absatz 8.

Das Nächstliegende ist nun, an die Zwangsmittel des § 132 ff. VVG. und an die Straffestsetzungen durch Strafverfügungen (sog. Strafmandate) nach Maßgabe des Ges. vom 23. April 1883 zu denken. Hier ist ein besonderes gerichtliches Verfahren geordnet; außerdem liegt nur eine Hilfsjustizpflege durch die Polizeibehörde vor. Ebensonenig ist die Festsetzung von wirklichen Ordnungstrafen und Disziplinarmaßnahmen eine Polizeisache.

Wie für polizeiliche Verfügungen, so ist auch für deren Zwangsdurchsetzung der Weg nach der Rechtsweg verschlossen. Hier besteht, wie die §§ 132 ff. VVG. angeben, ein besonderes Verfahren; indes halte ich den Rechtsweg hier, wenn sich Ausnahmefälle, wie sie das Gesetz vom 11. Mai 1842 vorsieht, bei Zwangsmahnahmen ereignen sollten, nicht für verboten, zumal wenn die Zwangsausführung mit der Anordnung (Verfügung), welche durchgeführt werden soll, in einen Akt zusammenfällt. Es liegt immer Fortführung der Verfügung vor, falls nicht der Angriff sich lediglich gegen die Zwangsmahregeln an sich richtet.

Für das Verwaltungszwangsverfahren bestehen die Bestimmungen vom 15. November 1899. Verfügungen sind auch provisorische Maßnahmen von Unterbeamten. Polizeiliche Verfügungen brauchen nicht immer schriftlich zu ergeben; sie können auch mündlich ausgerichtet werden, auch in tatsächlicher Ausführung bestehen.

Der Begriff der Polizeisache ist negativ aufzufassen; er wird in den §§ 35, 36 und § 41 B. v. 1808 begrenzt durch die Abweisung von Dohelits- und Finanzsachen. Daher gehören hierher alle polizeilichen Angelegenheiten, welche von Behörden ausgehen, die eine polizeiliche Tätigkeit entwickeln, gleichgültig ob sie auch Polizeibehörden heißen oder nicht. Man denke an Eisenbahn-, Berg- und Militärbehörden! Kommunalangelegenheiten gehören natürlich nicht zu den Polizeisachen; doch sind die Ausführungshandlungen, betreffend Bau und Unterhaltung öffentlicher Wege und die Räumung von Privatflüssen und

Gräben, wenn sie von Kommunen vorgenommen werden, dritten gegenüber als polizeiliche Handlungen anzusehen, weil sie unter der Obforge der Polizei vorgenommen werden (§§ 55, 56 Just. Ges.). Das gleiche liegt vor bei vom Ritus bei öffentlichen Flüssen vorgenommenen verkehrspolizeilichen und baulichen Maßnahmen, wenn diese dritte betreffen.

Das Wesen der polizeilichen Verfügung besteht darin, daß sie auf Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung abzielt. Ruß hierbei die Rechtssphäre jemandes beeinträchtigt werden, und kommt es durch Beschränkung Privater zum Streit, so ist die hier erfolgende Aufhebung der Rechtsverhältnisse nur Mittel zu dem genannten Zweck, d. i. Schaffung der Ordnung. Deswegen werden auch die Verfügungen bei Mißbrauch oder Erschöpfung des Instanzenzuges regelmäßig nicht „rechtskräftig“, d. h. Rechtsverhältnisse dauernd festlegend, sondern nur für das jeweilige Verfahren „unanfechtbar“.

Übrigens begründet schon immer die bloße Behauptung, daß jemand durch eine polizeiliche Verfügung in seinen rechtlichen, namentlich Vermögens-Interessen verletzt ist, die Zulässigkeit des Verfahrens. Ob das der Fall ist, soll ja durch das Verfahren erst festgestellt werden.

Eine polizeiliche Verfügung kann auch in der Genehmigung von Handlungen Privater liegen, wenn der Schutz des betreffenden Objekts der Obforge der Polizei anvertraut ist; z. B. ein vorsorglicher Mann sperrt eine Brücke in Abwesenheit der Aufsichtsperson, weil er wegen Hochwassers Gefahr durch Einsturz befürchtet, und ein Abgesperrter fühlt sich geschädigt.

Überhaupt ist der Rechtsweg der Regel nach verschlossen nicht nur gegenüber polizeilichen Verfügungen, sondern auch schon in Beziehung auf solche, welche also nur indirekt in Frage kommen.

Da es Aufgabe der Polizei ist, Gefahren und Nachteile abzuwehren und abzuwenden und daher auch Ordnungstörungen nachzugehen, so gehört die vorbereitende Tätigkeit für die Verbeistellung der Bestrafung von Übeltätern bis zum Einschreiten des Gerichts zu der eigentlichsten „polizeilichen“ Tätigkeit.

Die glatte Baukonzession ist keine Verfügung; hier „verfügt“ die Polizei nicht. Sie sagt nur negativ: „Gefahren! Es ist im öffentlichen Interesse nichts zu errinnern, wenn gebaut wird.“ Die Behörde muß

die KonzeSSION geben; denn der Bauherr macht nur von dem auf dem Eigentum beruhenden Recht Gebrauch, es zu bebauen. Anders ist es, wenn die KonzeSSION ganz oder teilweise verjagt oder an Bedingungen geknüpft wird. Hier liegt Verfügung positiven Inhalts vor.

Eine EisenbahnkonzeSSION ist Verfügung. Sie ist positiv, weil die höhere Behörde die KonzeSSION nicht zu erteilen gezwungen ist. Sie prüft Bedürfnis, Ausführbarkeit zc. Der KonzeSSIONsuchende hat keinen rechtlichen Anspruch auf die Erteilung.

Der Widerspruch gegen Erteilung der SchanzenkonzeSSION zc. ist keine Verfügung. Er hat nur den Charakter eines auf Sachkunde beruhenden Gutachtens; er bereitet

die Entscheidung vor, enthält sie aber nicht selbst.

Aus solchen Gesichtspunkten ist im Zweifel zu erkennen, ob Verfügung im Sinne des Ges. v. 1842 vorliegt.

In Abs. 2 des § 1 Ges. vom 11. Mai 1842 heißt es nun weiter, daß der Rechtsweg nur dann zulässig sei, wenn die Verletzung eines zum Privateigentum gehörenden Rechts behauptet werde, wozu auch bloße rechtlich, namentlich vermögensrechtliche Interessen, z. B. die Befugnis des Anliegers an der öffentlichen Straße zur Benützung derselben für sein Grundstück gerechnet werden, und zwar nur in den dann folgenden besonderen Fällen des Gesetzes.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

***Deutsches Reich. Polizei und Publikum.** Wenn ein Polizeibeamter befugt ist, eine Person weggehen zu heißen, und diese sich weigert, so hat er, um sich und seiner Aufforderung Autorität zu verschaffen, das Recht, sie hinwegzuziehen. Hat die Person dann um sich herumgeschlagen, so kann es natürlich auch ohne derbes Eingreifen seitens des Beamten nicht abgegangen sein. Dies alles liegt noch im Kreise seiner Amtsgewalt. Etwas anderes wäre es, wenn er sie durch Schlägen oder nicht angebrachte Stöße mißhandelt. Entsch. VI. Biv. SGO. vom 21. März 1907 VI., Nr. 5/06. — R. M. — L.

Deutsches Reich. Grabhändlung. Unter Grab im Sinne des § 168 StGB. ist die der Ruhe und dem Andenken eines Verstorbenen dienende Stätte zu verstehen mit allem, was dazu gehört, also mit allem, was mit der Ruhestätte selbst in einem wesentlichen oder künstlichen Zusammenhang steht und dauernd mit ihr verbunden ist. Der Begriff ist nicht auf den Grabhügel (den einen Sarg mit Leiche umgebenden Teil des Erdbodens) beschränkt. Wie aus der Stellung des § 168 in dem Abschnitt über die Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen, hervorgeht, soll die Totenruhe vor Störung und mit Rücksicht auf sie das fromme Ge-

fühl anderer vor Verletzung an der Stelle geschützt werden, die dem Andenken an die Verstorbenen und der Ruhe ihrer irdischen Stille gewidmet ist. Auch in der Zerstörung eines Grabdenkmals liegt mithin eine Grabhändlung. — Entsch. V. Straßf. RG. vom 18. September 1906, V 416/06. Bb. 39, 155. — St.

***Deutsches Reich. Betrug.** Wer bei einem Kaufgeschäft durch die falsche Angabe, Vermögen zu besitzen, Stundung des Kaufpreises für sofort gelieferte Ware zu erlangen weiß, macht sich eines Betruges schuldig. — Entsch. RG. vom 14. März 1907 gegen Messger Karl Schmieding. r3.

***Deutsches Reich. Unlauterer Wettbewerb.** Die Ankündigung eines „Total-Ausverkaufs“ wegen „Aufgabe des Geschäfts“ ist als unlauterer Wettbewerb zu bestrafen, wenn ein erheblicher Nachschub von Waren, durch den der „Ausverkauf“ verlängert wird, stattfindet. — Entsch. RG. vom 15. März 1907 gegen Hermann Josef Scheib. — r3.

II. Kammergericht.

***Preußen. Tierschutzverordnungen.** Die Polizeibehörden in Preußen sind nicht berechtigt, lediglich zum Zwecke des Tierschutzes Polizeiverordnungen zu erlassen. Dieser Gegenstand ist abschließend geregelt im Strafgesetzbuch, § 360, 13. Polizeiverordnungen dürfen nicht lediglich den Schutz des menschlichen Empfindens gegen Argernis betreffen. Gültig dagegen ist eine Polizeiverordnung, die neben dem

Zierchug auch andere, z. B. Straßenpolizeiliche Zwecke verfolgt. Es können leicht Menschenanfassungen entstehen, wenn kranke Pferde zum Ziehen benutzt werden, weil die Menschen sich darüber aufhalten und dabei stehen bleiben könnten. Eine solche Polizeiverordnung findet ihre rechtliche Stütze im § 6 b des Gesetzes vom 11. März 1850, nach dem die Sicherheit Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs einen Gegenstand des polizeilichen Verwaltungsrechtes bildet. — Entsch. des 1. Straßensats des Kammergerichts in Sachen Kempe-Brandenz vom 28. Januar 1907. C. v. R.

***Preußen. Schilder am Wagen.** Wenn jemand seinen Wagen in den Verkehr bringt, so ist er, der Eigentümer, für das Fehlen der Kamentafel an dem Wagen auch dann verantwortlich, wenn der Wagen von einem anderen benutzt wird. — Entsch. des 1. Straßensats des Kammergerichts in Sachen Hopwald-Biesbaden vom 7. März 1907. C. v. R.

***Preußen. Publikation von Polizeiverordnungen.** Eine Polizeiverordnung kann zwar auch stückweise in Zeitungsblättern publiziert werden. Dann muß aber zunächst der Anfang die richtige Formel haben, der Schluß die richtige Unterschrift und in den einzelnen Fortsetzungen muß klar gelegt werden, wo sich die anderen Teile befinden. Jede Polizeiverordnung kann nur dann verstanden werden, wenn man das Ganze beherrscht. Wenn den Lesern einer Zeitung eine Polizeiverordnung dergestalt stückweise vorgelegt wird, daß sie gar nicht erkennen, daß der veröffentlichte Teil eine Fortsetzung ist, wenn außerdem zwischen den einzelnen Mitteilungen mehrere Tage vergehen, dann ist die Veröffentlichung nicht in Ordnung. — Entsch. des 1. Straßensats des Kammergerichts in Sachen Steffens-Trier vom 4. März 1907. — C. v. R.

***Preußen. Müllabfuhr.** Wenn zuvor die Gemeinde durch ein Ortsstatut die Abfuhr von Kehrriht, Müll, Asche übernommen hat, dann kann die Polizei durch die Polizeiverordnung vorschreiben, daß die Eigentümer, Besitzer oder Verwalter verpflichtet seien, sich der städtischen Gemeindeanstalt im Bedarfsfalle zu bedienen. Eine solche Polizeiverordnung ist materiell rechtmäßig. Sie findet ihre gesetzliche Grundlage im § 6 f des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, wonach zu den Gegenständen des polizeilichen Verwaltungsrechtes die Sorge für Leben und

Gesundheit gehört. Die Polizeibehörde kann sehr leicht von der Auffassung ausgehen, daß die Abfuhr von Kehrriht, Müll z. B. durch eine öffentliche Anstalt in einer der Sorge für die Gesundheit besser dienenden Weise bewirkt wird als von Privatpersonen. (Entsch. des 1. Straßensats des Kammergerichts in Sachen Haacker-Belsenkirchen vom 4. Februar 1907. — C. v. R.)

***Preußen. Streikposten.** Die Auforderung an Streikposten, bestimmte Orte zu meiden oder zu verlassen, muß ein verkehrspolizeiliches Ziel haben. Sie muß sich auf die Fürsorge beschränken, daß der Verkehr in seiner augenblicklichen Art unversehrt erhalten bleibt. Allerdings kann auch die nächste Zukunft mit berücksichtigt werden: so werden Straßenabsperzungen mit Recht früher vorgenommen. Ein Aufenthaltsverbot für die Dauer des ganzen Streiks ist aber unzulässig. — Entsch. des 1. Straßensats des Kammergerichts in Sachen Domeser-Verford vom 11. Februar 1907. — C. v. R.

***Preußen. Polizeiverordnungen zum Schutze privater Interessen.** Der § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes gibt den Polizeibehörden kein Recht zum Erlaß einer Vorschrift, die die Stapelung von Holz etwa deshalb in der Nähe des Nachbargrundstückes verbietet, weil diesem die Sonne durch die zu nahe Stapelung von Holz entzogen werden könnte. Eine derartige polizeiliche Vorschrift nimmt unzulässigerweise private Interessen wahr. Sie mißt sich in privatrechtliche Verhältnisse ein. Der Nachbar kann nur im Prozeßwege zu verhindern suchen, daß das Holz zu nahe gestapelt wird. — Entsch. des 1. Straßensats des Kammergerichts in Sachen Mertelbach-Grenzhausen vom 7. März 1907. — C. v. R.

***Preußen. Öffentlicher Aufzug.** Ein öffentlicher Aufzug ist dann anzunehmen, wenn eine zu einem bestimmten Zwecke vereinigte Menschenmenge sich über die öffentliche Straße in der Weise fortbewegt, daß dadurch die öffentliche Ordnung, insbesondere der Verkehr gefährdet wird. — Entsch. des 1. Straßensats des Kammergerichts in Sachen Krapp-Weppen vom 4. März 1907. — C. v. R.

***Preußen. Rechtskonsulentenwohnung.** Rechtskonsulenten haben nach den ministeriellen Vorschriften auf jedem Schriftstück die „Wohnung“ anzugeben. Das ist mehr als der Wohnort. Allerdings ist zuzugeben, daß die Angabe der Straße und Nummer nicht in jedem Falle erforderlich ist. In

einem kleinen Orte könnte auch vielleicht das Haus nach dem Eigentümer bezeichnet werden. Aber die Wohnung muß in irgend einer Weise angegeben werden. (Urteil des 1. Straffenats Kammergerichts in Sachen Klawitter-Kogasen vom 28. Januar 1907. — E. v. R.

***Preußen. Konzessionsbedingung. Ausschank echter Biere.** Die Auslegung der polizeilichen Konzessionsurkunde und die Frage, was die Konzessionsurkunde unter „echtem“ Bier versteht, entzieht sich als auf tatsächlichen Gebieten liegend der Nachprüfung des Revisionsrichters. — Entsch. 1. Straffenats des Kammergerichts in Sachen Steinbrink und Drehler, Prenzlau, vom 24. Januar 1907. — E. v. R.

***Preußen. Anmeldung von Logiergästen an Sonntagen.** Nach § 6 c des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850 bildet einen Gegenstand des polizeilichen Verordnungsrechtes das öffentliche Interesse in bezug auf die Aufnahme und Verherbergung von Fremden. Eine Polizeiverordnung, die die polizeiliche Fremdenmeldung binnen 24 Stunden fordert, verstößt also nicht gegen Vorschriften über die Sonntagsruhe, zumal auf Gastwirtschaften die Vorschriften über die Sonntagsruhe gemäß § 105 i der Reichsgewerbeordnung überhaupt nicht Anwendung finden. Sie entbehrt aber auch nicht deswegen der Billigkeit, weil sie nicht die dem Publikum drohenden Gefahren abzuwenden bestimmt ist, sondern nur erlassen worden ist, um der Polizei die Kontrolle zu erleichtern. Es ist zwar ein bekannter Grundsatz, daß für die Erleichterung der Kontrolle der Polizei keine Vorschriften für das Publikum erlassen werden dürfen. Die Fremdenmeldeordnung soll aber die Gefahren von dem Publikum abwenden, die eintreten können, wenn unangemeldete Fremde zweifelhafter Art in Gastwirtschaften logieren und die Polizei nichts davon erfährt. — Entsch. 1. Straffenats des Kammergerichts in Sachen Kalkau-Eibing vom 24. Januar 1907. — E. v. R.

***Preußen. Schaufenster an Sonntagen.** Durch ein Ausstellen von Waren oder sonstigen Gegenständen des gewerblichen Verkehrs wird die Aufmerksamkeit des Publikums auf Dinge des alltäglichen Lebens gelenkt und von der Erbauung oder religiöser Betrachtung abgezogen. Hierdurch kann eine Störung der äußeren Heilighaltung der Sonntags- und Feiertage geschehen. — Entsch. des 1. Straffenats des Kammergerichts in Sachen Dagim-Marten vom 4. März 1907. — E. v. R.

***Preußen. Polizeiverordnungen bei Eingemeindungen.** Der Senat des Kammergerichts stellt sich auf den Standpunkt, daß Polizeiverordnungen, die für das ältere Gemeindegebiet erlassen worden sind, nicht ohne weiteres Geltung erlangen für den eingemeindeten Teil. Hierzu bedarf es einer besonderen Verfündigung für den eingemeindeten Teil. Das Kammergericht beruft sich für diese Anschauung auf Vorgänge im Reiche und im Staate; so sind für die neuermorbenen Provinzen die Gesetze, die dort gelten sollen, neuverklindet worden. Der Senat nimmt danach an, daß die Polizeiverordnung für die eingemeindete Straße keine Anwendung finde. (Eine andere Stellung nimmt das Oberverwaltungsgericht ein. Es ist der Auffassung, daß die Polizeiverordnungen im eingemeindeten Gebiet eine weitere Geltung erlangen.) — Entsch. des 1. Straffenats des Kammergerichts in Sachen Schüge-Burg vom 7. März 1907. — E. v. R.

***Preußen. Automobilhuppe.** Der § 5 der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, vom 6. Juli 1906, welcher lautet: „Jedes Kraftfahrzeug muß mit einer Huppe versehen sein, die mit ihr zu gebenden Warnungszeichen müssen laut vernehmbar sein“, ist nicht ganz deutlich. Man könnte ihn zwar so auslegen: falls die Huppe gebraucht wird, muß das Warnungszeichen mit ihr deutlich gegeben werden. Nach dem Sinn der ganzen Verordnung und der Zusammenstellung beider Sätze im § 5 kann aber nur gemeint sein, daß das Warnungszeichen mit der Huppe gegeben werden muß, nicht mit einem anderen Instrument. Es läßt sich nicht annehmen, daß die vorgeschriebene Huppe nur ein Dekorationsmoment am Kraftwagen sein soll. — Entsch. des 1. Straffenats des Kammergerichts in Sachen Banning-Königsberg vom 4. März 1907. — E. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Polizeiliche Ausweisung wegen Vergehen bei Streiks.** Der Verwaltungsrichter hat nur zu prüfen, ob mit der Ausweisungsverfügung auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 die äußersten dem polizeilichen Ermessen gezogenen Schranken überschritten werden, ob keinerlei objektive polizeiliche Motive für die Ausweisung erkennbar seien, die Ausweisungsverfügung vielmehr auf Schifane

oder Willkür beruhe. Die Zweckmäßigkeit und Angemessenheit der Ausweisungserfügung ist von dem Verwaltungsrichter nicht zu prüfen. — Entsch. des 1. Senats des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Siemka-Berlin vom 8. März 1907. —

G. v. O.

***Preußen. Lustbarkeiten.** 1. Die Gewerbeordnung steht der Erhebung von Lustbarkeitssteuern nicht entgegen. 2. Unter Lustbarkeiten sind solche Veranstaltungen zu verstehen, die nach der Absicht des Darbietenden dazu dienen sollen, das Publikum zu ergötzen und zu unterhalten. — Entsch. des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Vergmann-Rülheim (Ruhr) vom 5. März 1907. —

G. v. O.

Preußen. Rauschmittelbetrieb mit Musikbegleitung. Eine polizeiliche Verfügung, die jede Musikbegleitung verbietet, geht zu weit. Es gibt zweifellos eine Art der Musikbegleitung, durch welche eine Gesundheitsgefahr nicht entstehen kann; auch diese ungeschädliche Musik zu verbieten, ist die Polizei in Preußen nach § 10 A. R. II, 17 nicht befugt. — Entsch. III. Sen. O. V. G. vom 3. Dezember 1906. — III. 2375 III A. 13/06. —

St.

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Schankwirtschaft. Der § 147 Abs. 1 Gew. O. erfordert zwar eine tatsächliche Ausübung des Gewerbes, ein positives Handeln des Täters; Täter ist der Unternehmer des selbständigen Gewerbebetriebes, Unternehmer aber auch schon derjenige, mit dessen Wissen und Willen und auf dessen Rechnung und unter dessen Verantwortlichkeit ein anderer das Geschäft betreibt.

Schankwirtschaft setzt den Genuß auf der Stelle voraus; hierfür genügt es aber, daß sich der Platz, wo das Getränk genossen wurde, in unmittelbarer Nähe des Ausschanklokals befand und der Platz zu diesem Zwecke mit Wissen und Willen des Täters benutzt wurde. Die Gewerbmäßigkeit ist auch dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Gewinn dem das Geschäft für Rechnung des Täters betreibenden Stellvertreter verbleibt. — Entsch. Straß. Bayer. O. V. G. vom 17. März 1906. —

St. 6, 369. —

St.

Deutsches Reich. Beleidigung einer Personenzahl. Eine Beleidigung kann in der Regel gegen Sammelbegriffe nicht begangen werden, da die Ehre eine Eigenschaft der menschlichen Persönlichkeit, daher eine Ehrenkränkung nur in bezug auf

Personen denkbar ist. Dagegen kann eine Mehrheit von Personen, die durch einen Sammelnamen bezeichnet wird, beleidigt werden, wenn der Beleidiger diesen Sammelnamen wählt, um damit die sämtlichen Personen zu treffen, die unter den Sammelbegriff fallen. — Entsch. Straß. Bayer. O. V. G. vom 3. April 1906. St. 6, 405. St.

Deutsches Reich. Beleidigung durch Aufstellung symbolischer Figuren als Dauerdelikt. Beginn der Antragsfrist. Eine Beleidigung, die durch Aufstellen symbolischer Figuren begangen wird, ist zwar mit dem Zeitpunkt der Aufstellung der Figuren vollendet, aber nicht beendet. Wenn die Absicht, durch das Stehenlassen der Figuren dem Beleidigten fortdauernd Mißachtung kundzugeben, vorlag, dauert die Beleidigung vielmehr so lange fort, als die Figuren in dieser Absicht stehen gelassen werden. Erst mit der Beseitigung der Figuren würde die Antragsfrist zu laufen beginnen, wenn auch der Beleidigte von der Anstellung früher Kenntnis erlangt hat. — Entsch. Straß. Bayer. O. V. G. vom 13. März 1906, St. 6, 363. —

St.

V. Oberlandesgericht Köln.

***Preußen. Recht der Polizeibehörden zur zwangsweisen Vorführung geladener Personen.** Wenn auch die Bestimmungen der Strafprozeßordnung über den Zeugniszwang auf Polizeibehörden keine Anwendung finden, so schließt dies nicht aus, daß der Polizei diese Befugnis auf Grund landesgesetzlicher Vorschrift zustehen kann. In Preußen gibt § 132 Landesverwaltungs-gesetz den Ortspolizeibehörden das Recht, die von ihnen in Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt getroffenen Anordnungen durch Anwendung von Zwangsmitteln durchzuführen. Unter den Zwangsmitteln ist auch unmittelbarer Zwang erwähnt. Dieser darf zur Anwendung kommen, wenn die Anordnung ohne einen solchen unzulässig ist. Dies trifft bei Vorführung ausbleibender Personen in Kriminal-sachen zu.

Die Zwangsbefugnisse stehen der Polizeibehörde allgemein, also auch bei Ausübung der gerichtlichen Polizei zu, hinsichtlich deren sie der Zwangsbefugnisse in hervorragendem Maße bedarf. — Entsch. Straß. O. V. G. Köln vom 16. März 1907 gegen einen Schutzmacher zu Delbrück wegen Widerstandes. —

St.

Deutsches Reich. Betreten fremder Jagdgebiete in Jagdausrüstung. Zur Jagd

ausgerüstet im Sinne des § 368¹⁰ StGB. ist derjenige, der ein zur Jagdausübung geeignetes Werkzeug in einem solchen Zustande bei sich führt, daß er von demselben bei sich darbietender Gelegenheit sofort Gebrauch machen kann. Ein solches Werkzeug ist eine Wildfalle auch in ungespanntem Zustande, da ja nur erforderlich ist, bei sich darbietender Gelegenheit, d. h. bei Auffindung eines frischen Wildwechfels, die Falle aufzustellen. Auch eine ungeladene Jagdflinte ist eine solche Jagdausrüstung. Auch der Grundstückseigentümer, der auf seinem Grund und Boden zum Fange wilder Kaninchen — diese unterliegen bekanntlich dem freien Tierfange — berechtigt ist, darf zu diesem Fange ausgerüstet sein Grundstück nicht betreten, wenn er nicht gleichzeitig Jagdberechtigter ist. — Entsch. des Straßf. OLG. Köln vom 10. August 1904. — St.

Deutsches Reich. Dulden von Glückspielen. Der Inhaber eines öffentlichen Versammlungsortes macht sich nach § 285 StGB. auch dann strafbar, wenn er nicht in den öffentlichen Versammlungsräumen, sondern in einem Privaträume Glückspiele duldet und zu deren Verheimlichung mitwirkt. — Entsch. Straßf. OLG. Köln vom 9. März 1907. — St.

VI. Oberlandesgericht Dresden.

Sachsen. Musiklehrlinge bei öffentlichen Tanzlustbarkeiten. Soweit durch Polizeiverordnung der Besuch von öffentlichen Tanzlustbarkeiten Lehrlingen verboten ist, dürfen sich solche auch durch Aufspielen zum Tanz nicht daran beteiligen. — Entsch. Straßf. ObLG. Dresden vom 21. März 1907 gegen Musikdirektor Edenbrecht in Radeberg. — St.

VII. Landgericht Bonn.

***Deutsches Reich. Zeugengebühren der Gemeindebeamten.** Den als Zeugen oder Sachverständigen von den Gerichten zugezogenen Gemeindebeamten stehen Tagelöhner und Reisekosten nach Maßgabe der für ihre Dienststreifen in Gemeindeangelegenheiten geltenden Vorschriften zu. (So auch RG. Entsch. in Ziv. S. 41, 263.) Dagegen wäre die Vorschrift eines Ortsstatuts, die den Gemeindebeamten zum Nachteil des Justizfiskus bei Reisen zu Gerichtsterminen höhere Sätze als bei Reisen in Gemeindeangelegenheiten zuerkennt, zu beanstanden. — Beschl. Straßf. Bonn vom 14. März 1907 in der Straffache Flecken in Brühl — 4. Q. 36/07. — St.

VIII. Landgericht Erfurt.

Schwarzburg-Sondershausen. Kraftfahrzeuge auf öffentlichen Verkehrswegen. Die Polizeiverordnung, die das Befahren von Landstraßen mit Kraftfahrzeugen für die Zeit der Anwesenheit des Landesfürsten verbietet, wird für ungültig erklärt, weil Polizeiverbote nur zur Vorsehung und Verhütung von Hindernissen auf öffentlichen Verkehrswegen erlassen werden können, dies aber nicht der Zweck der Polizeiverordnung war. — Entsch. Straßf. OLG. Erfurt vom 18. März 1907. — St.

Berichtigung.

Die Kammergerichtsentscheidung vom 4. Februar 1907 über Streitposten, die in Nr. 25 des „Wendarm“ auf Seite 588 von uns veröffentlicht ist, ist nicht gegen Flenter in Dülmen, sondern gegen Flenter in Eulmen ergangen. Die Schriftleitung.

Aus den Parlamenten.

Dem Reichstage zugegangen sind ein Antrag auf Regelung der Arbeitszeit und der Sonntagsruhe der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Kontoren und solchen kaufmännischen Betrieben, die nicht mit offenen Verkaufsstellen verbunden sind, und ein anderer auf Regelung der Sonntagsruhe für die in der Innenschiffahrt beschäftigten Personen.

Der Bundesrat hat beschlossen, daß die Heimatheime künftig nach einem neuen Formular auszustellen sind. Jedoch sollen die zurzeit noch vorhandenen Formulare auch ferner verwendet werden dürfen, sofern durch einen schriftlichen Vermerk auf die nötige Unterschrift des Inhabers und die Stelle, wo sie anzubringen ist, hingewiesen wird.

Dem Reichstag zugegangene Petitionen. Der Verband Deutscher Rechtskonsulenten-Innungen in Köln bittet um Einführung der Konzessionspflicht für den Gewerbebetrieb der Rechtskonsulenten, der Bund Deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen um Einführung der Konzessionspflicht für das Barbier- und Friseurgewerbe.

Kongresse und Versammlungen.

Über die Aufdeckung von Verbrechen durch die Mittel der Chemie und Photographie sprach im Naturwissenschaftlichen Verein zu Düsseldorf Stadtkämmerer Dr. Voos. Er erläuterte an der Hand von Lichtbildern unter anderem die Möglichkeit, durch sachgemäß hergestellte Photographien Fälschungen nachzuweisen. Das verschiedene

Alter einer Schrift, den Unterschied der Tinten, Übersreibungen, Durchpaßungen und Übertragungen von Unterschriften zeigt die Photographie.

Von Kapitalverbrechen, die durch die Photographie ermittelt wurden, seien folgende erwähnt: Aus der bis ins einzelne gehenden Übereinstimmung von Wunden auf der Brust einer Ermordeten mit dem Gebiß des Mörders ergab sich dessen Überführung, ebenso aus der Zusammengehörigkeit eines Bindfadens von dem Galse einer erdrosselten Frau zu einem aufgefundenen Bindfadenfäuel.

Über Verbrechertum und Zigeunerwesen hielt Herr Polizeikommissar Zilgen in Veller (Elsah) im Vogesenklub einen Vortrag. Er schilderte die Verbrechertneipen und Gaunerherbergen der Großstadt, die Mittel und Kniffe, die von dem Verbrechertum zur gegenseitigen Verständigung, zur Vorbereitung und Ausführung der Tat und sodann der Polizei und dem Gericht gegenüber angewendet werden, so insbesondere die Gaunersprache und Gaunerschrift.

Die Zigeuner, bei uns meistens Nischlinge von echten Zigeunern und Einheimischen, schildert Redner als listig, verschlagen, frech, verlogen, schamlos, grausam und feige.

Statistisches zur Fürsorge- erziehung Minderjähriger.

Die im Ministerium des Innern bearbeitete Statistik über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger ist für das Rechnungsjahr 1904 erschienen und ergibt, daß in diesem Jahre (vom 1. April 1904 bis zum 31. März 1905) 6458 Minderjährige nach dem Gesetz vom 2. Juli 1900 in Fürsorgeerziehung genommen sind. Das ist weniger als im Vorjahre (6523), mehr als im Rechnungsjahre 1902 (6196), während die Zahl der im ersten Geltungsjahre des Gesetzes 1901 Überwiesenen (7787) nicht annähernd wieder erreicht worden ist. Das Zahlenverhältnis zwischen den Geschlechtern, nämlich zwei Drittel männliche, ein Drittel weibliche, ist im ganzen nahezu unverändert geblieben; fast unverändert ist auch die überwiegende Verteilung der höheren Altersstufen; der prozentuale Anteil der größeren Mädchen ist sogar stärker als in irgend einem vorhergehenden Jahre, während bei den Knaben eine geringe Verschiebung nach der Richtung eines jüngeren Überweisungsalters stattgefunden hat. Die erwähnte

Erscheinung deutet auf eine Zunahme der jugendlichen Prostitution und ein fortwährendes Eingreifen der Fürsorgeerziehung in diesen Schaden. Bei einem nach Altersklassen vorgenommenen Vergleich der Fürsorgezöglinge mit der gesamten Bevölkerung tritt noch eine verhältnismäßig starke Beteiligung der Dreizehnjährigen hervor; im ganzen entfallen auf 10000 Personen unter 18 Jahren 6 Fürsorgezöglinge beim männlichen, 3 beim weiblichen Geschlecht.

In den weitaus meisten Fällen erfolgte die Überweisung nach Absatz 3 des § 1 des Gesetzes, also wegen bereits eingetretener Verwahrlosung; nur in dem einen Viertel der Fälle war Gefährdung der Minderjährigen allein oder in Verbindung mit einer strafbaren Handlung des Strafmündigen der Überweisungsgrund. Die Verteilung der Überwiesenen auf Stadt und Land ergibt dasselbe bemerkenswerte Bild wie im Vorjahre. Berlin stellt doppelt so viel Fürsorgezöglinge, als seiner jugendlichen Gesamtbevölkerung nach dem allgemeinen Verhältnis entspricht; ähnlich stehen die Mittelstädte von 20000 bis 100000 Einwohnern, während für die provinziellen Großstädte das Verhältnis noch ungünstiger ist. Dagegen entspricht bei den Gemeinden von 2000 bis 20000 Einwohnern die Zahl der Fürsorgezöglinge der der jugendlichen Bevölkerung, und die kleineren Gemeinden lieferten nur zwei Fünftel des nach der Bevölkerungszahl von ihnen zu erwartenden Anteils. Trotz der besseren Schulrichtungen ist also die Gefahr der Verwahrlosung in den Großstädten unvergleichlich stärker. Mehr als ein Sechstel aller Überwiesenen sind unehelicher Geburt. Was das Religionsbekenntnis betrifft, so sind die evangelische und die katholische Bevölkerung nach dem Verhältnis ihrer Gesamtseelenzahl in der Monarchie beteiligt. Die Zahl der bei der Überweisung schon bestraften Minderjährigen ist noch immer bedauerlich hoch, Diebstahl ist der am meisten vorkommende Strafgrund; die Fälle, in denen schon Freiheitsstrafen verhängt waren, sind im Vergleich mit dem Vorjahre etwas seltener. Etwas, aber nur unwesentlich geringer ist auch die Verbreitung lasterhafter Neigungen unter den Überwiesenen.

Betrachtet man die Berufsarten, aus denen die Überwiesenen gekommen sind, so ist wiederum und noch mehr als im Vorjahre die Zahl der Beschäftigungslosen

auffallend. Es sind bei den männlichen fast 20 vH., bei den weiblichen 10 vH. der Schulentlassenen. Im übrigen sind unter den männlichen schulentlassenen Böglingen die Lehrlinge noch mehr als im Vorjahre, nämlich mit 33,2 vH., vertreten. Die verbreitete Annahme, daß die Mehrheit der in Fürsorgeerziehung Gelangenden geistig oder körperlich minderwertig sei, bestätigt sich nicht; 90,9 vH. waren geistig, 85,6 vH. körperlich gesund. Die wirklich minderwertigen Böglinge stammen übrigens zum meist von Trüffern ab.

Die 6458 Böglinge stammen aus 5637 Familien; aus 360 Familien sind je 2, aus 109 je 3, aus 39 je 4, aus 21 je 5, aus 4 je 6, aus 2 je 7, aus einer 11 Geschwister überwiesen. Seit Inkrafttreten des Fürsorgeerziehungsgeleses haben von je 10 000 preussischen Familien 33 Fürsorgezöglinge gestellt. Fast die Hälfte dieser Familien ist, wie auch diese Statistik ergibt, durch Vorstrafen eines oder beider Elternteile belastet, und in reichlich einem Viertel der Familien waren Vater oder Mutter oder beide der Trunksucht oder Unzucht ergeben. 924, das ist fast ein Sechstel der Familien, standen unter der Armenpflege, die es demnach nicht vermocht hat, ihrer Not in einer die Erziehung der Kinder gewährleistenden Weise zu steuern.

Untergebracht wurden von den Überwiesenen 4432 in Erziehungsanstalten, 899 in fremden Familien; 27 wurden in der eigenen Familie belassen, während der Rest sich unter solche verteilt, die in Stranfenhäusern, in Gefängnissen, auf der Flucht oder noch nicht untergebracht waren. Die Anstaltserziehung hat also wieder noch zugenommen, und das bei den Böglingen beider Konfessionen. Die katholischen Böglinge werden zumeist in kirchlichen Anstalten, die evangelischen ganz überwiegend, die Mädchen fast ausschließlich, in Privatanstalten untergebracht; staatliche und kommunale Anstalten nehmen nur einen kleineren Teil der Böglinge auf, die Unterbringung in besonderen Abteilungen von Arbeitshäusern geht merkbar zurück. Die Vorschriften des § 9 des Gesetzes, welche die konfessionelle Erziehung betreffen, sind überall gewahrt, und es wurde nur noch bei 73 Böglingen von der in diesem Paragraph gegebenen beschränkten Erlaubnis einer Unterbringung in Anstalten oder Familien anderen Bekenntnisses Gebrauch gemacht. Die Familienpflege wurde bei den Mädchen weniger, bei den Knaben

mehr angewendet als im Vorjahre; übrigens besteht die zunehmende Reigung, die überwiesenen Minderjährigen zuerst einer Anstalt und von dort aus später einer Familie zuzuführen.

Schließlich sei erwähnt, daß die Sterblichkeitsziffer der Fürsorgezöglinge nach wie vor derjenigen der übrigen jugendlichen Bevölkerung entspricht, daß die Entweichungen leider nur unbedeutend abgenommen haben und daß von den Böglingen der älteren Jahrgänge (1901, 1902 und 1903 überwiesenen) 25,5 vH. als gebessert, 6 vH. als verschleiert in ihrer sittlichen Verfassung bezeichnet werden. Auch unter den mit 16 und mehr Jahren erst in Fürsorgeerziehung Eingetretenen, deren Erziehungsfähigkeit vielfach bezweifelt und bestritten wird, hat ein nicht unerheblicher Bestandteil zu günstigen Verichten Anlaß gegeben.

Die Gesamtkosten der Fürsorgeerziehung im Jahre 1904 haben 5 978 021 M betragen, wovon der Staat 3 802 364 M zu tragen hatte.

Zur Rechtsgültigkeit einer Polizeiverordnung über den Hundesang.

Von Dr. jur. Richard Treitel, Berlin.

Zu der Straßenordnung für den Stadt-freis Berlin (Polizeiverordnung v. 31. Dez. 1899) heißt es im § 68:

Wer Hunde auf öffentlichen Straßen oder an Orten, wo Menschen zu verkehren pflegen, ohne Maulkorb an einer Leine mit sich führt oder frei umherlaufen läßt, ist strafbar.

Ferner lautet § 25 der Hundesteuer-Ordnung der Stadtgemeinde Berlin v. 19. Januar 1895, genehmigt vom Oberpräsidenten von Brandenburg am 23. März 1895:

„Hunde, welche ohne gültige Steuer-marke an öffentlichen Orten angetroffen werden, werden durch die vom Rgl. Polizeipräsidenten dazu ermächtigten Personen aufgegriffen und können, wenn sich der Eigentümer nicht binnen der vom Rgl. Polizeipräsidenten festgesetzten Frist meldet und die Auslösung bezw. Verstenerung bewirkt, sofern auch ein Verkauf des Hundes nicht zu ermöglichen oder aus sanitäts- oder veterinärpolizeilichen Gründen unmöglich ist, getötet werden.“

Auf Grund des Vertrages des Polizeipräsidenten mit dem Deutschen Tiersehverein v. 5. März 1899 läßt das Polizei-

präsidium den Hundefang in dem oben gekennzeichneten Umfange durch Beamte des Tierfuchvereins ausüben. Es heißt im § 1 dieses Vertrages:

„Der Deutsche Tierfuchverein hat durch die von ihm in ausreichender Anzahl anzuftellenden Fangbeamten (Hundefänger) alle im hießigen Polizeibezirke auf Straßen und Plätzen entgegen den §§ 63—65 des Straßenpolizei-Reglements vom 7. April 1867 oder ohne Steuer- bezw. Freimarke oder sonst den Bestimmungen des jeweilig geltenden Hundesteuer-Regulativs zuwider angetroffenen Hunde aufgreifen zu lassen und in einem von ihm zu unterhaltenden Gewahrsam (Depot) unterzubringen.“

Weiterhin bestimmt der Polizeipräsident in der Dienstausweisung für die Fangbeamten: des Deutschen Tierfuchvereins v. 5. März 1899, die in Gemäßheit des vom Oberpräsidenten genehmigten Hundesteuer-Regulativs vom 19. Jan. 1895 am 5. März 1899 erlassen ist:

§ 17. „Hunde, welche ohne Maulkorb oder gültige Steuermarkte in der Öffentlichkeit betroffen werden, sind aufzugreifen.“

Die Gültigkeit dieser Polizeiverordnung ist zu bestreken.

Nach § 10 ALR. II, 17 bestimmen sich die Befugnisse der Polizei: „Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahren zu treffen, ist das Amt der Polizei.“

Daß Hunde die öffentliche Sicherheit gefährden können, ist außer Zweifel. Insofern ist auch der Polizeipräsident befugt, Verordnungen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit zu erlassen. Der Polizeipräsident kann aber Hunde, die ohne Steuermarkte umherlaufen, nicht aufgreifen lassen. Die öffentliche Sicherheit kann durch solche Hunde, die zwar mit Maulkorb, aber ohne Steuermarkte umherlaufen, nicht gefährdet sein. Die Anweisung des Polizeipräsidenten an die Hundefänger, Hunde ohne Markte aufzugreifen, ist also unzulässig. Die Polizei erscheint nicht berechtigt, in dieser Form einen Zwang zur Besteuerung der Hunde auszuüben.

(Deutsche Justiz-Ztg.)

Aus der Praxis.

Fußgängerverkehrsordnung.

Die Verhältnisse verkehrsreicher Städte erfordern nicht nur eine Regelung des Verkehrs der Straßenbahnen, Omnibusse, Kraftfahrzeuge, Fahrräder, sonstiger Fuhrwerke aller Art sondern auch des Fußgängerverkehrs. Zahlreiche Unfälle durch Überfahren sind darauf zurückzuführen, daß das Straßenbahnpublikum nicht die nötige Vorsicht beim Auf- und Absteigen, der Fußgänger nicht die nötige Vorsicht beim Überfahren des Straßendamms beobachtet. In einem lehrreichen Aufsatz im „Tag“ vom 9. März 1907 macht der Dezerent für Verkehrs-polizei des Berliner Polizeipräsidiums, Regierungsrat Dr. Haasclau, auf diesen Umstand aufmerksam. Er regt den Gedanken an, durch Massenverteilung von Merkblättern das Publikum zu folgender

„Gehordnung“

zu erziehen:

1. Gehe auf dem Bürgersteig rechts und bleibe nicht an den Straßenecken stehen.

2. Überschreite den Straßendamm rechtswinklig auf dem kürzesten Wege, nicht in schräger Linie.

3. Überschreite den Straßendamm in beschleunigtem, aber nicht eiligem Schritt und richte deine volle Aufmerksamkeit auf die Fuhrwerke. Bis Mitte des Fahrdammes schaue nach links, sodann nach rechts.

4. Überschreite den Straßendamm nicht an jeder beliebigen Stelle, sondern nur an einer Straßentkreuzung und benutze den Schutz, den die in gleicher Richtung fahrenden Fuhrwerke dir bieten.

5. Kannst du den Straßendamm nicht auf einmal überschreiten, so bleibe in den Straßen ohne Straßenbahnen in der Mittelinie des Straßendamms stehen, da du dich dort verhältnismäßig sicher befindest.

6. Unterlass bei der Straßenbahn und den Kraftomnibussen das Auf- und Absteigen während der Fahrt; es ist lebensgefährlich.

7. Überschreite nicht den Straßendamm kurz vor einem sich nähernden Straßenbahnwagen oder anderen Fuhrwerk.

8. Beim Verlassen der Straßenbahn überschreite nicht unmittelbar hinter dem haltenden Straßenbahnwagen den Straßendamm, da du das zweite Gleis nicht hinreichend übersehen kannst; bleibe einen Augenblick stehen und prüfe erst das zweite Gleis.

Vielleicht, so schließt der Verfasser, findet sich eine Gemeindeverwaltung, ein gemeinnütziger Verein, ein wohlthätiger Gönner oder eine Zeitung, welche einige hunderttausend Exemplare dieses Merkblättchens stiftet und den Schulen von Groß-Berlin zur Verteilung überweist.

Vom New-Yorker Tierchutzverein.*)

In der „New-Yorker Staatszeitung“ vom 15. Juni 1906 lesen wir von folgender neuen Einrichtung des obigen Vereins:

An verschiedenen Punkten der Stadt werden Männer mit rot angestrichenen Hühnern und Eimern stationiert, um die erschöpften Pferde zu tränken. Die Männer werden mit einem Erlaubnisfahrschein des Wasserdepartements ausgerüstet sein, um zu jeder Zeit Wasser aus den Feuerhydranten entnehmen zu können. Die Leute sollen unnötige Wasservergeudung verhindern und zugleich angeschirrte Pferde, welche die Futter nicht erreichen können, mittels der Eimer tränken und ihnen nötigenfalls mit einem Schlägel eine Dusch geben. In den letzten Tagen sind bereits 20 dieser Stationen errichtet worden, und ihre Zahl wird binnen einer Woche auf 50 erhöht werden.

Nach einem anderen Beschluß werden im Hauptquartier der Tierchutzgesellschaft und vielleicht auch an den Stationen während des Sommers breitrandige Strohhüte gratis verteilt werden, die Kopf und Augen der Tiere vor den Sonnenstrahlen schützen. Diese wohlthätige Einrichtung ist durch ein Geschenk ermöglicht worden und man erwartet, daß sich noch andere Tierfreunde finden werden, um die Ausdehnung derselben bewerkstelligen zu helfen.

Rechts für Tierchutzbestrebungen.

Warnungen.

Die böhmische Stallhalterelei warnt davor, in Vädereien zum Anfeuchten des Gebäcks aus leeren Ähren bestehendes Stroh zu verwenden, wenn solches nicht zuvor ausgeföhlt, getrodnet und gut ausgeföhlt wird, da sonst die Strahlenpilzkrankheit (Mittelmungföse) und ansteckende Krankheiten durch das Gebäd übertragen werden können.

Warnung vor brieflicher Krankenbehandlung. Der Transjurier Polizeibericht veröffentlicht folgende Warnung: „Der praktische Arzt Dr. med. Emil Kahler zu Käfels (Schweiz), Besitzer der „Kuranstalt Käfels“, erbiötet sich durch Zeitungsanzeigen sowie durch Ueberleitung von Prospektten und Broschüren zur „brieflichen Behandlung“ von Geschlechtskrankheiten, Frauenleiden, Ohrenleiden, Hals-, Magenleiden, Rheumatismus, Kropf-, Bruch- und Lungenleiden, Nasenkrankheiten, Trunksucht, Wurmeiden usw. „ohne Berufsstörung“, mit unschädlichen indischen Kräutern und Pflanzenkuren“. Seine „Behandlung“ be-

steht lediglich in der Abgabe von angeblichen Heilmitteln (Kräutern usw.) zu teuren Preisen unter Verabgabe einer Gebrauchsanweisung. Auf die Gefahren der sogenannten Fernbehandlung ist schon vielfach hingewiesen worden: es ist bekannt, daß die ärztliche Behandlung unbefannter Personen ohne vorhergegangene körperliche Untersuchung derselben von gewissenhaften Ärzten nicht geübt wird und als unlauteres Geschäftsgewerbe zu bezeichnen ist. Kahler veröffentlicht in seinen Broschüren und Prospektten viele Anerkennungs- und Dankschreiben von angeblich durch ihn geheilten Personen. Die Prüfung der Echtheit von 19 dieser „Original-Dankschreiben“ hatte folgendes Ergebnis: Nicht weniger als 12 von diesen 19 „Geheilten“ konnten von der Polizeibehörde ihres angeblichen Wohnorts nicht ermittelt werden; die 7, die ermittelt wurden, haben erklärt, daß sie die angeblich von ihnen herrührenden Zeugnisse nicht geschrieben hätten, daß ihnen Kahler vielmehr gänzlich unbekannt sei. Hieraus ergibt sich zur Genüge, was von dem Kahler und seinen „indischen Kräuterkuren“ zu halten ist.“

Beamtenrecht und -wesen.

Der Beamte „Diener“ des Publikums?

Bei der Rechtsbelehrung der Geschworenen im Landfriedensbruchprozeß V�dendorf hat der Vorsitzende des Schwurgerichts nach Angabe des Kölner Tageblatts und des Kölner Stadtanzeigers unter anderem auf die Bemerkung eines Rechtsanwalts, daß die Beamten Diener des Publikums sind, etwa folgendes ausgeführt:

„Wir Beamten denken nicht daran, Diener des Publikums zu sein. Der Staat überträgt uns nach unserer Qualifikation ein Amt, und dann wäre auch das Publikum ein solcher Herr. Natürlich stellen wir unsere Geldsträfte in den Dienst aller Staatsbürger und zwischen uns und dem Publikum ist nicht etwa eine Kluft. Wenn der Vereidigte bemerkt, daß die Arbeiter auch Bürger seien, auch wenn sie wenig verdienen, so verdienen die Beamten ja auch nicht übermäßig viel und es ist rechtstättig, daß zwischen Beamten und Publikum ein Widerspruch bestände; wenn dem Publikum Anweisungen gegeben werden, so steht dabei die Polizei ihm nicht als feindliche Macht gegenüber, sondern als beamteter Bürger.“

Diese Ausführungen verdienen in weitesten Kreisen bekannt gegeben zu werden, umso mehr als in der heutigen Zeit allzusehr darauf Gewicht gelegt wird, daß die Polizeibeamten nur des Publikums wegen da seien.

* Die Gesellschaft ist es Aufgabe der Polizeibehörden, Tierquälereien zu verhindern. Wohlhabensbestrebungen zum Schutze der Tiere gehen — wenigstens in Preußen — nach der gesetzlich herrschenden Ansicht über die Aufgaben der Polizei über die Grenzen ihrer Zuständigkeit hinaus; doch ist es ihrem Beamten verwehrt, durch Bezeugung, Rat und Tat solche Bestrebungen zu fördern. Wir glauben daher als Anregung zunächst einmal obigen Reinen Bericht bringen zu sollen. Die Schriftleitung.

Zwangsweißes Photographieren.

In dritter Lesung hat bei Beratung des Gesetzes, betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie, der deutsche Reichstag noch vor seiner Auflösung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten das richterliche und polizeiliche Zwangsrecht zum Photographieren in folgendem § 24 festgelegt:

„Für Zwecke der Rechtspflege und der öffentlichen Sicherheit dürfen von den Behörden Bildnisse ohne Einwilligung des Berechtigten sowie des Abgebildeten oder seiner Angehörigen vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zur Schau gestellt werden.“

Die sozialdemokratischen Anträge, die eine Ausschließung des polizeilichen Photographieraufnahme- und verbreitungsrechts bezweckten, sind abgelehnt worden. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter, der sich mit der Literatur und Rechtspflege über die Frage eingehend beschäftigt hatte, warf die Frage auf, auf Grund welcher Bestimmung denn die Polizei berechtigt sei, Personen gegen ihren Willen zu photographieren. Er war der Ansicht, daß sich z. B. in Preußen aus § 61 des Polizeiverwaltungsgesetzes diese Befugnis nicht ergebe. Das Reichsgericht erkenne eine polizeiliche Allmacht nicht an. Unseres Erachtens ergeben sich für Preußen die Befugnisse der Polizei aus § 10 A. R. II, 17 in Verbindung mit § 6a des Pol. Verw. G. Der „Schutz der Personen und des Eigentums“, d. i. Zweck und Ziel jeder kriminalpolizeilichen Tätigkeit, ist auch Zweck und Ziel des Erkennungsdienstes, der polizeilichen Photographieraufnahme und der Aufnahme der Messungen und Fingerabdrücke. St.

Unser Karten- und Planwesen.

In der Vellage dieser Nummer beginnen wir mit einer eingehenden Darstellung unseres Plan- und Kartenwesens. — An den einen oder den anderen der Kameraden wird häufig die Notwendigkeit herantreten, zu dienstlichen Berichten und Meldungen einen Lageplan zu fertigen, so z. B. bei Berichten aus Anlaß von Gründen und der Nachforschung nach den Brandstiftern, der Auffindung von Leichen usw. Es ist daher für die Kameraden von Vorteil, sich mit diesem Gegenstand zu beschäftigen.

Die Carabinieri.

Den italienischen Carabinieri — einer etwa mit unserer Landgendarmarie zu vergleichenden Truppe — wurde in der Sitzung der römischen Kammer vom 21. Dezember 1906 lebhafter Anerkennung ausgesprochen. Gelegentlich der Beratung eines Gesetzentwurfs über ihre Verfestellung hob Sandini die Verdienste der Carabinieri im inneren und äußeren Dienst hervor. Daraus erwähnte der Berichterstatter Cottafravini ihre hervorragenden Leistungen in Areta und Mazedonien, wo ihnen die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im fremden Lande und unter fremder, schwer zu behandelnder Bevölkerung oblag und wo sie sich einen gerechten Namen gemacht haben. Allgemeiner Günstig erfreue sich das Korps, das stets seine Pflicht erfüllt und seine Disziplin gewahrt habe. Die Kammer gab ihr Einverständnis zu diesen Ausführungen durch Beifall und durch Annahme des Gesetzes. St.

Polizeibericht.

Verordnung. Hundefuhrwerke. Das von der Polizei in Nürnberg erlassene Verbot der Hundefuhrwerke (s. Polizeibericht auf Seite 567 des 3. Jahrgangs der „Polizei“) ist von der kgl. Regierung aus Grund eines bezirksärztlichen Gutachtens bestätigt worden. In dem Gutachten war u. a. ausgeführt, daß das enge Zusammenleben von Menschen und Hunden gewisse gesundheitliche Gefahren und Nachteile im Gefolge habe. Bei nassem und lattem Wetter müsse der Fuhrwerkslenker dem Hunde beim Anhalten eine Strobmatten unterbreiten und ihn mit einer Decke zudecken. Ratten und Dede können beim Weiterfahren wieder auf das — am häufigsten mit Nahrungsmitteln beladene — Fuhrwerk. Es sei ganz unvermeidlich, daß hierbei eine Verschmutzung des Wagens, der Hände und schließlich der Nahrungsmittel stattfinde.

Kaninchenfang. Für die Provinz Posen ist vom Oberpräsidenten eine Polizeiverordnung über den Kaninchenfang erlassen worden. Das Betreten fremder Grundstücke zum Zwecke des Kaninchenfanges ist von einer schriftlichen, auf bestimmte Zeit erteilten ortspolizeilich beglaubigten Erlaubnis des Eigentümers, Pächters oder sonstigen Nutzungsberechtigten abhängig. In der Zeit zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang hat nur der Jagdberechtigte das Recht zum Kaninchenfang.

Die Veröffentlichung von Stadtbriefen in auswärtigen (d. h. ausländischen) Polizeistätten soll nach einem preuß. Justizministerialerlaß vom 30. Oktober 1906 dann unterbleiben, wenn die Herdeseuerung der Auslieferung nicht beabsichtigt ist.

Polizeiverwaltung in Plauen. Die städtischen Behörden in Plauen i. Vogtl. entschieden sich dafür, daß die Stadt eine selbstständige Polizeibehörde mit einem Polizeidirektor an der Spitze erhalten soll.

Serienloschwindel. Gewarnt wird durch das Polizeiamt Darmstadt vor der „Internationalen Vereinsbank in Kopenhagen“. Warnungen vor Kurpfuschern und Heilmitteln. Der Orisgesundheitsrat zu Karlsruhe warnt vor dem Heilverfahren „Radiopathie“ des G. M. Mann zu Rochester vor dem Eultem zur Verlängerung des Körpermaßes der Carilage Company in Paris, das Großherzogt. Polizeiamt in Darmstadt vor dem „Institut Ares, Elektrotherapie“ in München, vor „Anticista-Tabletten“ sowie vor solchen Heilmitteln und Heilapparaten, die als „patentamtlich geschützt“ angekündigt werden.

Personalveränderungen.

Seine Majestät der Kaiser haben geruht, durch Allerhöchsten Erlass vom 6. 3. 07 den Fußgängerbatterie-Adjutanten Westershausen in Maritz, März in Chambrey, Höff in Kautersberg, Hölzer in Dürmenach, Burschel in Völkheim, Eridde in St. Ludwig sowie den berittenen Gendarmen-Adjutanten Volkmann in Altdorf und Tombrink in Detmold, sämtlich in der Gendarmen-Brigade in Elbfeld, das Allgemeine Ehrenzeichen zu erteilen.

Constat. Veränderungen.

1. Brigade.

H. Schode, Heinrichsdorf, Kr. Reidenburg, am 1. 4. 07 ohne Geh. beurl., als Steuer-Aufseher nach Verjähren, Kr. Heßberg. — H. Braun, Stallupönen, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Postkonv. in Emden. — H. Wimbald, Lützelstein, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — H. Barzgat, Neu-Salzdupönen b. Kulpeningen, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — H. Schaller, Hegerstein, am 1. 4. 07 zur 7. Brig. nach Ewing bei Niederding vers.

2. Brigade.

H. Peter, Eydowsaue 5. Hodejuch, am 26. 3. 07 an Magenkrebs verstorben.

3. Brigade.

H. Moritz, Koriß, am 1. 4. 07 nach Jüterbog vers. — H. Wisbar, Callaht, am 1. 4. 07 nach Sonnenwalde vers. — b. W. Zerbe, Reichenhof, am 1. 4. 07 nach Gr. Westen vers. — b. W. Daele, Liebenau, am 1. 4. 07 nach Drossen vers. — d. W. Störck, Tempelhof, am 1. 4. 07 nach Havelberg vers. — b. W. Harenbi, Havelberg, am 1. 4. 07 nach Mariendorf vers. — H. W. Palag, Manichow, am 1. 4. 07 nach Rudow H. Frankfurt a. O. vers. — H. W. Gramsch, Biesenburg, am 1. 4. 07 nach Caputh vers. — d. W. a. Pr. Lüpke, Mariendorf am 1. 4. 07 nach Tempelhof vers. — b. W. Hallmich, Löwendorf, am 1. 4. 07 nach Wittenberge H. Potsdam vers. — H. W. Schollbach, Sonnenwalde, am 1. 4. 07 nach Salzgast vers. — b. W. Serlandt, Drossen, am 1. 4. 07 als H. W. nach Eulent vers. — H. W. Zippler, Bornstedt, am 1. 4. 07 nach Halensee

vers. — H. W. Hamann, Franig, am 1. 4. 07 nach Radlow i. L. vers. — H. W. a. Pr. Niedhöfer, Wilmersdorf, am 1. 4. 07 nach Mariendorf vers. — H. W. a. Pr. Voigt II, Slamen, am 1. 4. 07 nach Friedr. Schain vers. — H. W. Hiltner, Rudow H. Frankfurt, am 1. 4. 07 nach Monichow vers. — H. W. Strud, Jüterbog, am 1. 4. 07 nach Wrig bei Berlin vers. — b. W. a. Pr. Scharke, Wittenberge, am 1. 4. 07 nach Löwendorf b. Trebbin H. Teltow vers. — H. W. Naotow, Krieschow, am 1. 4. 07 nach Franig b. Cottbus vers. — H. W. Slosedi, Halensee, am 1. 4. 07 nach Bornstedt, Mark, vers. — H. W. Hiltfinski, Radlow, am 1. 4. 07 nach Kottwig vers. — H. W. Kruppa, Wrig bei Berlin, am 1. 4. 07 unter Verlassung in seinem Rdo. nach Koriß vers. — b. W. Planert, Glogow, am 1. 4. 07 nach Reichenhof, Mark, vers. — H. W. Kösterke, Biesenfeld, nach Tempelhof b. Grünthal, Mark, Imbrt. — b. W. Klähn, Bernau, nach Hbf. Biesenfeld Imbrt. — b. W. Franke, Wrig, nach Kongsdorf Imbrt. — b. W. Wust, Rudow, nach Krieschow H. Imbrt. — b. W. Wegener II, Freienwalde, Ober, am 1. 4. 07 als Telegraphen-Amtwärter beim Hdt. Tel. Amt Berlin o. Geh. beurl. — H. W. Baumann, Neu-Regow H., am 1. 6. 06 o. Geh. beurl., ist am 1. 4. 07 in Halle (4. Brig.) wiederaufgestellt. — b. W. a. Pr. Windt, Gr. Richterfeld, ist v. f. Trupenteil zum Wiegandmeister desorbert. — O. W. Horn, Berlin, wohnt jetzt Berlin N. 39, Höcker Straße 11 l.

4. Brigade.

H. W. Schüller, Hlshoven b. Langensalza, am 1. 10. 06 o. Geh. beurl., ist am 1. 4. 07 in Welfa wieder aufgestellt. — d. W. a. Pr. Zietzen, Stendal, am 1. 4. 07 nach Hörterstedt vers. — H. W. a. Pr. Voigt, Olvenstedt, am 1. 4. 07 nach Odisfeld vers. — H. W. Stephan, Heiligenstadt, am 1. 4. 06 nach Hlshoven b. Langensalza vers. — H. W. Fohenschild, Schöned, am 1. 4. 06 nach Hlshoven (Eide) vers. — H. W. Scarpe, Odisfeld, am 1. 4. 07 nach Olvenstedt vers. — H. W. Scholler, Heraberg, am 6. 2. 07 nach Hohenbucke Imbrt., ist v. f. Rmdo. zurückgel. — b. W. Hlmbusch, Hörterstedt, am 1. 4. 07 nach Stendal vers. — H. W. a. Pr. Lüpke, Hlshoven, am 1. 4. 07 nach Heiligenstadt (Eichsfeld) vers. — H. W. Köhler II, Melbra, am 1. 4. 07 nach Sangerhausen vers. — H. W. Körner II, Sangerhausen, am 1. 4. 07 nach Reibra (Höfthäuser) vers.

5. Brigade.

O. W. a. Pr. Frahl, Lissa i. P., ist zum 1. 4. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — b. W. Schönfeld, Götchen, vom 1. 9. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus.

6. Brigade.

H. W. Jahn, Sternalt, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — H. W. Jacoby, Wrig, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — H. W. Domanehki, Wirtultau, vom 1. 12. 06 ab o. Geh. beurl., ist am 1. 4. 07 in Petersgräb b. Himmelburg wiederaufgestellt.

7. Brigade.

OW. d. F. u. Rechn. Führer Linsprecht, Münster, vom 1. 12. 06 o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Bult, Eslohe, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Lambmann, Düren, am 1. 4. 07 nach Rothensiefen verl. — F.W. Stubbe, Herne, am 1. 4. 07 nach * aufau bei Herne verl. — F.W. Wende, Engeldanz, am 1. 3. 07 nach Altenbockum, Zeche Prinz von Preußen, lmdrt. — F.W. Stubbe, Herne, lmdt. nach Altenbockum, Zeche Prinz von Preußen, am 28. 2. 07 v. f. Ambo. zur.

8. Brigade.

b. W. Trinks, Arah, vom 1. 4. 07 ab o. Geh. beurl., ist als Postanwärter nach Saalfeld (Saale) lmdrt. — b. W. Kunz, Saefeln b. Heinsberg, Rheindl., vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — b. W. Wollbold, Flammersfeld, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Minnowski, Venrath, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Windhorst, Aistaben, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Gerstner, Niedermendig, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Pabst, Kreis, Mosel, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — OW. Schliffer, Andernach, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Schwarzl, Veggdorf, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Gade, Cochem, scheidet am 1. 4. 07 aus. — b. W. Kormann, Rheindt Vg. Düsseldorf, vom 1. 1. 07 ab o. Geh. beurl., ist am 1. 4. 07 in Kalbenkirchen wieder eingestellt.

9. Brigade.

b. W. Schap, Kelsby, am 1. 4. 07 nach Heide, Holst., verl. — b. W. Schwarbt, Dänischenbagen, am 1. 4. 07 nach Bredstedt verl. — F.W. Friske, Tostlund, am 1. 4. 07 nach Oesby verl. — F.W. a. Pr. Otte, Oesby, am 1. 4. 07 nach Tostlund verl. — b. W. a. Pr. Müllensfeldt, Heide, am 1. 4. 07 nach Dänischenbagen verl. — F.W. Koch, Steinberg, am 15. 4. 07 nach Breddegatt bei Steinberg-Kirche verl. — F.W. Jäger, Horst, Holst., am 2. 4. 07 nach Bredstedt lmdrt. — F.W. Fiedte, Garding, am 1. 4. 07 nach Fönning lmdrt. — F.W. Schröder II, Fingelst, nach List bei Westerland auf Ehl lmdrt, trat am 22. 3. 07 von seinem Ambo. zur. — b. W. Mohnte, Stepping, am 14. 2. 07 nach Maistrup (Schleswig) lmdrt., trat am 30. 3. 07 von seinem Ambo. zur. — b. W. Kemmerich, Bredstedt, am 1. 4. 07 nach Hörde zur 7. Brig. als A.W. verl.

10. Brigade.

b. W. Kneps, Langwedel, Vg. Bremen, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl., ist als Postanwärter in Eyle, Vg. Bremen, stat. — b. W. Seiffert, Hermannsburg, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Wehler, Reiterstieg, vom 1. 4. 06 ab o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 07 aus. — F.W. Eickhoff, Wittmund, am 1. 4. 07 als Kangleihilfe bei der Regierung Cassel o. Geh. beurl. — F.W.

Krale, Hann.-Münden, am 29. 3. 07 an Blutvergiftung verstorben. — F.W. Günter II, Twielenfleth, am 30. 3. 07 an Magenkrebs verstorben.

11. Brigade.

b. W. Hoffmann II, Reutkirchen, Kr. Ziegenhain, am 1. 4. 07 als Grenzaufseher nach Overhettfeld bei Kalbenkirchen o. Geh. beurl.

12. Brigade.

b. W. Wehnekt, Eublau, am 1. 4. 07 nach Sobbowitz verl. — b. W. a. Pr. Möding, Siemon, am 1. 4. 07 nach Rosgarten verl. — b. W. Sneider, Pruz, am 1. 4. 07 nach Lubnia b. Pruz verl. — b. W. Fenske, Rosgarten, am 1. 4. 07 nach Siemon verl. — b. W. Giese, Sobbowitz, am 1. 4. 07 nach Eublau (Beistr.) verl. — F.W. u. Brig. Schreiber Arich, Bangsuf, am 1. 4. 07 als Bureau-Assistent beim Magistrat Danzig o. Geh. beurl. — b. W. Reumann, Neugrabia, erhält Kr. IV.

Brigade Elsf.-Vöhringen.

F.W. Staeb, Donnuclan, am 1. 4. 07 ohne Geh. beurl. — b. W. Bengert, Fünstingen, scheidet am 31. 3. 07 aus. — b. W. Weder II, Luch, hat durch W.B. v. 1. 4. 07 Kr. 007 die Erlaubnis zum Tragen des silbernen Portpees am Offiziersfabel erhalten. — W.B. der Landw. II. Aufgebots Freijde, Vg.-Ambo. Starlsruhe, am 1. 5. 07 als i. b. W. nach Busendorf zur Probdiensleistung einberufen. — W.B. Knau vom 2. Rhein. Cul.-Reg. Nr. 9 am 11. 4. 07 als i. b. W. nach Fünstingen zur Probdiensleistung einberufen. — F.W. Weising, St. Avoth, am 1. 5. 07 von St. Avoth nach Weisenburg verl. — b. W. Schwandt, Busendorf, am 1. 5. 07 von Busendorf nach St. Avoth verl. — b. W. Minks, Markolsheim, am 3. 4. 07 verstorben. — b. W. Kieger, Weisenburg, am 1. 5. 07 als F.W. nach Wörth verl.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 21. März d. Js. folgende Auszeichnungen zu verleihen geruht: das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens:

dem Gendarmerie-Oberwachmeister Philipp zu Stallpön-n, 1. Brig., dem pensionierten Fußgendarmerie-Wachmeister Müller zu Obbligschleuse, bisher in der 4. Brig., dem Fußgendarmerie-Wachmeister Nobile zu Nadevormwald, 8. Brig., dem Gendarmerie-Oberwachmeister Nowall zu Rosberg, 6. Brig.;

das Allgemeine Ehrenzeichen: den Fußgendarmerie-Wachmeistern Gadow zu Bodejnd, Fik zu Pommerndorf, Frier zu Jarmen, dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Stendel zu Pencun, diese vier in der 2. Brig., den Fußgendarmerie-Wachmeistern Wein zu Vetschau, Wid zu Groß-Mäßen, Ebel zu Künnersdorf, Feslala zu Zschewsdnow, den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Schwandt zu Forst RL, Lech zu Sorau RL, Battige zu Arnswalde, diese sieben in der 3. Brig., den Fußgendarmerie-Wachmeistern Hoase I zu Vennedensheim, Widisch zu Eolsfeld, den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern

Dannhausen zu Straußfurt, Rieter zu Ranis, diese vier in der 4. Brig., den Fußgendarmerie-Wachmeistern Rade zu Ober-Weistritz, Przibilla I zu Jena, diese zwei in der 5. Brig., dem Gendarmerie-Oberwachmeister Thomassen zu Bittburg, den Fußgendarmerie-Wachmeistern Reimann zu Dredeney, Gehm zu St. Tönis, den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Müller XVI zu Berg, Gladbach, Kotte zu Fischeln, diese fünf in der 8. Brig., dem Oberwachmeister Bahrmann zu Oldenburg i. H., 9. Brig., dem Fußgendarmerie-Wachmeister Bohn zu Mittel-Großesehn, 10. Brig., dem Gendarmerie-Oberwachmeister Merkel zu Montabaur, dem Fußgendarmerie-Wachmeister Eichhorn zu Rodheim a. L., beide in der 11. Brig., dem ritzenen Gendarmerie-Wachmeister Dorst zu Lonsorh, 12. Brig.

Am 1. 4. 07 wurden als Gendarmen a. Pr. eingestellt.

Schule Wöhlau.

1. Brigade.

Egl. Strauß, Rht.N. 33, als F. für Dlotowen bei Wesen OPr. — Eigewachm. Weide, Drag.N. 11, als b. G. für Gr. Röllen, — Egl. Reh-aum, III.N. 8, als b. G. für Keutrich OPr. — Egl. Publig, Drag.N. 1, als b. G. für Pilsfallen — Egl. Sadowski, III.N. 8, als b. G. für Gr. Kurwien bei Kurwien — San Wf. Urban, III.N. 12, als F. für Stallupönen. — Vgl. Treomann, Inf.N. 141, als F. für Grünheide OPr. — Vgw. Derzog, Train-N. 1, als b. G. für Wilsfien. — Egl. Bogelreuter, J.N. 152, als F. für Wilsen OPr. — Oberw. Waal Stadum, t. Matr. Div., als F. für Wiergflöwen.

2. Brigade.

Vgw. Schlegel, III.N. 9, als b. G. für Reinwaffer. — Vgl. Hoffmann, J.N. 21, als F. für Treptow a. Rega. — Oberw. Raat Bippis, II. Matr. Div., als F. für Neudorp. — Vgl. Gerlach, Gren.N. 3, als F. für Neudorf b. Scholtwin.

3. Brigade.

Vgw. Krelschmann, Feldart.N. 15, als b. G. für Anrig (Prignitz). — Vgl. Janowicz, Masch. u. Art. 11, als b. G. für Strassburg III. — Egl. Kosiński, Train-N. 14, als b. G. für Treptow. — Egl. Ruprecht, 2. L. Inf.N., als b. G. für Wolzow. — Egl. Nadise, Gren.N. 3. Wf. 3, als F. für Vordagen-Rummelsburg, erb. Nr. III. — Egl. Wendt, Feldart.N. 7, als F. für Panlow b. Pln. — Egl. (Tromp.) Wittelsbach, Feldart.N. 8, als b. G. für Meyenburg (Prignitz). — Vgl. Wegner, Gren.N. 1, als F. für Rosenhal b. Pln., erb. Nr. III. — Vgw. Repler, Feldart.N. 30, als b. G. für Freienwalde a. O. — Egl. Kopperichmidt, Feldart.N. 30, als b. G. für Liebenau III. — Egl. Vorleste, Feldart.N. 09, als b. G. für Neubabelsberg. — Vgw. Werner, Feldart.N. 53, als b. G. für Grunewald Bz. Pln. — Egl. Braun, J.N. 145, als F. für Oberichöneweide. — Egl. Paul, Inf.N. 10, als b. G. für Neuhardenberg. — Egl. Tüfner, G. Rht.N., als b. G. für Tschow, Prignitz.

5. Brigade.

Egl. Schepull, Feldart.N. 17, als b. G. für Rodlo. — Egl. Krobek, Rgs Jäg. a. Wf. 1, als b. G. für Labischin. — Vgw. Sperling, Feldart.N. 72, als b. G. für Kotel. — Egl. Schröder, III.N. 1, als b. G. für Kruschwitz. — Egl. Koshwald, III.N. 1, als b. G. für Refno. — Egl. Dusenbach, Inf.N. 1, als b. G. für Strelno. — Vgw. Kriemann, Feldart.N. 17, als b. G. für Wäldenhof. — Vgw. Kownagki, Feldart.N. 41, als b. G. für Kachlagora. — Egl. Fica, Rht.N. 5, als b. G. für Tannhojen b. Gr. Neudorf. — Vgl. Schmidt, Inf.N. 21, als F. für Winiew. — Egl. Wegger, Inf.N. 1, als b. G. für Wiloslaw.

6. Brigade.

Egl. Schmidt, Feldart.N. 5, als F. für Kachlowitz. — Egl. Krah, Drag.N. 4, als b. G. für Gr. Zassowitz. — Vgw. Gensle, Inf.N. 6, als b. G. für Altemnitz Hgb. — Egl. Urban, Feldart.N. 30, als b. G. für Raumburg a. Vober. — Egl. Pinskiwiz, III.N. 2, als F. für Schono-witz. — Egl. Ullrich, Feldart.N. 35, als b. G. für Pilgramsdorf. — Vgw. Hoffmann, Inf.N. 6, als b. G. für Dirschberg Schlef. — Vgw. Wiltner, Inf.N. 6, als b. G. für Paulsdorf, Kr. Jatzke. — Vgw. Preißner, Infart.N. 5, als F. für Mauer a. Vober. — Egl. Constanb, III.N. 2, als F. für Brain. — Egl. Padbarth, t. III.N., als F. für Biskupitz. — Egl. Walzowski, III.N. 1, als b. G. für Sleinan. — Vgw. Reudber, Drag.N. 4, als b. G. für Königszell. — Egl. Daulhor, Train-N. 6, als b. G. für Szczepanowitz b. Oppeln. — Vgw. Müller, Feldart.N. 42, als b. G. für Nieder-Langelsdorf. — Vgw. Wiedepohl, Feldart.N. 44, als b. G. für Löwitz OPr. — Wachm. Daus, Drag.N. 22, als b. G. für Jordansmühl. — Egl. Kusibio, III.N. 1, als b. G. für Gellendorf.

12. Brigade.

Vgw. Kroll, Feldart.N. 73, als F. für Kahlberg. — Vgw. Jung, Feldart.N. 52, als F. für Biejenia bei Ottotshain. — Egl. (Tromp.) Sanbrowski, III.N. 9, als b. G. für Lautenburg WPr. — Egl. Pfug, Rht.N. 5, als b. G. für Gr. Wöllwig.

Schule Einbed.

4. Brigade.

Egl. Probowitsch, 2. Bd. Inf.N., als b. G. für Dorbis. — Egl. Freimaid, Feldart.N. 55, als b. G. für Heringen (Helme). — Vgl. Gremmel, Inf.N. 40, als F. für Rogätz. — Egl. Schmidt, Feldart.N. 40, als F. für Krehischau b. Droyhig. — Vgl. Deißler, Inf.N. 66, als F. für Zellin. — Egl. Voigt, Inf.N. 6, als b. G. für Weisenfels. — Egl. Niede, Feldart.N. 4, als b. G. für Schortau b. Neumart, Bez. Halle.

7. Brigade.

Vgw. Hart, Feldart.N. 34, als b. G. für Hiltrop. — Egl. Wödy, Drag.N. 14, als b. G. für Burgstheinfurt. — Egl. Schult, Train-N. 16, als b. G. für Drensteinfurt. — Egl. Daniel, Feldart.N. 34, als b. G. für Gerthe. — Vgw. Steinbach, Inf.N. 7, als b. G. für Borgdorf.

— Sgt. Rothmann, III. R. 2, als b. G. für Altenberne-Riebereder. — Sgt. (Tromp.) Griebel, Gren. R. 2. Pf. 3, als b. G. für Mhaus. — Sgt. Kryn, Feldart. R. 17, als b. G. für Dortmund. — Bzw. Paegold, Train. B. 6, als b. G. für Gladbeck Wf. — Sgt. Bartelt, Inf. R. 7, als b. G. für Lütgendortmund. — Sgt. Krott, Feldart. R. 15, als b. G. für Osterfeld Wf. — Sgt. Schlut, Rür. R. 5, als b. G. für Dorst bei Dorsternmarkt. — Sgt. Dedendorf, Rür. R. 5, als b. G. für Gladbeck Wf. — Sgt. Dahn, Feldart. R. 2, als b. G. für Dorstmar. R. Dortmund. — Bzw. Thomas, Feldart. R. 55, als b. G. für Lindenhorst. — Sgt. Ruhnke, Rür. R. 3, als b. G. für Duderde. Bzw. Grau, Rür. R. 3, als b. G. für Ereden- scheid. — Sgt. Hoppe, Rür. R. 3, als b. G. für Eoftrop.

8. Brigade.

Bzw. Nebels, Rür. R. 8, als b. G. für Voertl. — Sgt. Reichelt, Train. B. 8, als b. G. für Euchenheim. — Sgt. Vultke, Inf. R. 7, als b. G. für Eühteln. — Sgt. Weber, Drag. R. 7, als b. G. für Kadebormwald. — Sgt. Rod, Feldart. R. 23, als b. G. für Eudinggen. — Sgt. Kröger, Drag. R. 13, als b. G. für Rheubdt. — Sgt. Gottschall, Drag. R. 12, als b. G. für Kray.

9. Brigade.

Sgt. Czunczeleit, Train. B. 9, als b. G. für Kastrup (Schleswig). — Sgt. Dietlow, Feldart. R. 45, als b. G. für Klesbgh, Str. Schleswig. — Bzw. Wehnert, Feldart. R. 9, als b. G. für Künning. — Sgt. Dittmer, Inf. R. 16, als b. G. für Kuffee-Holstein. — Sgt. Granborn, Feldart. R. 45, als b. G. für Karkedt. — Bzf. Farms, Inf. R. 144, als B. für Kilsdurg.

10. Brigade.

Sgt. Wiemann, Jäg. R. 2. Pf. 8, als b. G. für Kerkel. — Sgt. Buchholz, Jäg. R. 2. Pf. 8, als b. G. für Depstedt b. Langen, Bf. Bremen. — Sgt. Roder, Feldart. R. 15, als b. G. für Kückow. — Ob Sign. Maat Radba, II. Matr. Div., als B. für Defete b. Georgmariendütte. — Sgt. Kierichs, Feldart. R. 26, als B. für Hels- felde b. Leer Ostfeld. — Bzf. Hedderin, Inf. R. 74, als B. für Ederdort b. Vene. — Sgt. Wöbde, Feldart. R. 26, als B. für Sarstedt. — Sgt. Hüllmann, Inf. R. 12, als b. G. für Eulingen. — Sgt. (Tromp.) Müller, Feldart. R. 74, als B. für Wittmund. — Bzf. Raarow, Inf. R. 143, als B. für Korbhorn. — Sgt. Seefeldt, Feldart. R. 70, als B. für Vörger. — Sgt. Thormann, Train. B. 10, als B. für Derberg a. B. — Sgt. Engelmann, Feldart. R. 70, als B. für Lingen. — Sgt. Schudjatta, Inf. R. 7, als b. G. für Langwedel.

11. Brigade.

Sgt. Philipp, Königs-Jäg. 2. Pf. 1, als b. G. für Hedderheim. — Sgt. Kettelhut, Feldart. R. 67, als b. G. für Kuyellinden bei Eüchen. — Sgt. (Tromp.) Schuster, Feldart. R. 57, als b. G. für Ufingen.

Ehrentafel.

Kamerad Nothe II. †.



In Ausübung seines Dienstes am 8. August 1906 in Pskow bei Abbruch von einem polnischen Verginvaliden erschossen. (Gal. Seite 253 in Nr. 11 des Gen darm 1906/07)

Verlobungen von Kameraden.

Wegen ihres umfänglichen Benehmens bei der Aufführung und Verfolgung von Wild- dieben sind die Kameraden der. Gen darmerie- Wachtmeister Czernial und Fußgen darmerie- Wachtmeister Kaaßen der 10. Gen darmerie- Brigade von Seiner Exzellenz dem Herrn Chef der Landgen darmerie im Korpsbericht belobt worden.

Dienstjubiläen.

Das 25jährige Jubiläum als Ober- wachtmeister beging am 7. März d. J. Kamerad Oberwachtmeister Wilhelm August Horn zu Bries (6. Brigade), geboren am 4. Oktober 1844 zu Klein-Edguth, Kreis Oels.

Er war am 3. Januar 1867 bei der 4. leichten Batterie des Schles. Feld-Artillerie- Regiments Nr. 8 eingetreten, wurde am 23. März 1869 zum Unteroffizier, am 1. August 1873 zum Sergeanten und am 15. März 1877 zum Bizelebwedel befördert. Den Feldzug 1870/71 machte er als Gefchüßführer bei der genannten Batterie mit; er nahm an der Ver- schiebung von Holzburg und Teul und an der Belagerung von Paris teil.

Am 16. Dezember 1877 trat er zur 6. Gen- darmerie-Brigade über. Als interimistischer Oberwachtmeister wurde er am 1. September 1881 nach Ramlau herangezogen. Am 7. März 1882 erfolgte die Bestätigung. Am 1. Januar

1886 wurde die Station Ramlau nach Krieg verlegt.

Kamerad Horn besitzt das Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen, die Denkmünze



1870/71, die Erinnerungsmedaille und die Dienstauszeichnung 1. Klasse. An seinem Ehrentage überreichte ihm Landrat v. Böhler in Gegenwart der Kameraden des Bataillon ein Anerkennungs schreiben und eine Ehrengabe von 300 M.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum als Gendarm-Obwachmeister beging ferner am 14. März 1907 der Obwachmeister Wilhelm Krüger zu Weiburg o. Lahn (11. Brigade).

Obwachmeister Krüger ist am 8. November 1840 zu Meschede, Kreis Bitterfeld, Regierungsbezirk Magdeburg, geboren. Am 17. Oktober 1860 trat er in das Magdeburg. Kürassier-Regiment Nr. 7 ein und wurde am 1. Juli 1864 zum Unteroffizier, am 1. Februar 1869 zum Sergeanten befördert. Vom 5. November 1868 bis 31. Oktober 1871 diente er im Schleswig-Holsteinischen Dragoner-Regiment Nr. 13. Mit dem 1. November 1871 wurde er bei der 11. Gendarmen-Brigade als berittener Gendarm eingestellt und in Braunfels, Kreis Bielefeld, stationiert, am 1. September 1881 als Unter-Obwachmeister nach Weiburg a. Lahn herangezogen und am 14. März 1882 als wirklicher Obwachmeister bestätigt.

Obwachmeister Krüger besitzt das Eisene Kreuz 2. Klasse, die Kriegdenkmünze 1870/71, das Erinnerungskreuz 1868, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen, die Erinnerungsmedaille und das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens.

Der Herr Brigadier der 11. Gendarmen-Brigade erwies dem im Krieg und Frieden verdienten Kameraden die Ehre, ihm zu seinem Ehrentage in einem besonderen Schreiben die besten Glückwünsche sowie die vollste Anerkennung für seine bisherige erfolgreiche Tätig-

keit auszusprechen und der Brigade von dieser ehrenden Zusage Kenntnis zu geben.

Das 25jährige Dienstjubiläum als Gendarm beging Kamerad Fußgängermeister Böttcher in Dornburg, Kreis Stollberg, am 1. April d. J. Vom 26. Juli 1870 bis 26. Juli 1874 diente er beim Oldenburg. Dragoner-Regiment Nr. 19, vom 25. März 1876 bis 31. März 1882 beim 1. preussischen Fußartillerie-Regiment Nr. 13. Am 1. April 1882 trat er als berittener Gendarm bei der Landgendarmerie ein. Er war 21 Jahre in Preußen, 1 1/2 Jahre in Preussens Provinz stationiert. Am 1. Oktober 1904 trat er zur Fußgänger-Brigade über und wurde nach Dornburg versetzt. Er besitzt die Dienstauszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsmedaille und das Allgemeine Ehrenzeichen.

Das 25jährige Dienstjubiläum als Gendarm beging ferner am 1. April 1907 der sächsische Kamerad Gendarm Karl Kehler in Weiskirchen im Vogtlande.

Artikelschau.

Der Wert des Geständnisses im Strafprozeß. Von Landgerichtsrat Rossmir Angermann. — Österreichische Richter-Zeitung, Ausg. f. Strafr. IV, 9 —

An der Hand einiger Beispiele führt der Verfasser eine geistliche Geständnisse nach dem Richter dingende Ansicht der Wertung dieser Beweismittel an. Die angeführten Beispiele sind aus uns von der Kammergerichts-Zeitung nicht ganz überzogen. Es sind psychologisch unentbehrliche und daher wohl auch sehr vereinzelt. Es geht, die einen häufig und teilsweise zu einem bis ins einzelne gehenden Geständnis veranlassen können. Keinesfalls wird es vor und dem anderen anhängen, einem Menschen, der durch sein falsches Geständnis sich selbst hineinsetzt hat, etwas gar die Entschuldigungs für unethisch eintretende Unterdrückung oder Straftat zugestehen.

Die Handhabung der Strafbestimmungen auf dem Gebiete des Vagabundens. Von Baly. — Der Weidmann XXXVIII, 21. —

Das Ineinandergreifen von Reichrecht und Landrecht — zu letzterem gehören auch die Vagabund. Verordnungen über den Vagabund — hat mancherlei Unklarheiten geschaffen, die an der Hand geistlicher Entscheidungen beseitigt werden. Dem Wunsch des Verfassers nach einer klaren Auslegung der Gesetzgebungsstellen über den Vagabund schließen wir uns an.

Die Psychologie im Dienste der Rechtsprechung. Von Dr. phil. Adolf Henle. — Der Zeitgeist 1907, Nr. 1. —

Die logische Rechtsanschauung, sagt Verfasser, urteilt: „Was leicht ist, ist psychologisch; was leicht ist, ist leicht.“ Die Begriffe des Logikers sind geistige Anschauungen, die der Psychologe dagegen von Empfindungen. Die Begriffe des Logikers sind geistige Anschauungen, die der Psychologe dagegen von Empfindungen. Die Begriffe des Logikers sind geistige Anschauungen, die der Psychologe dagegen von Empfindungen. Die Begriffe des Logikers sind geistige Anschauungen, die der Psychologe dagegen von Empfindungen.

Vernichtung der Verbrechensspuren als Begünstigung. Von Landgerichtsdirektor Rotering, Magdeburg. — D. Groß' Archiv, 26, 27. —

Der Versteckte braucht die Strafverfolgung nicht zu befürchten, er ist dem als Straftäter bekannt. Nur die Straftat macht für erst geplante Verbrechen in der Einleitung der Verfolgung eine Ausnahme. Der Versteckte hat niemand verpflichtet, Spuren begangener Verbrechen unterworfen zu erhalten. Die Verfolgung hat trotzdem nicht für nötig gehalten.

die Herbeischleppen strafrechtlich zu schätzen, da, wie Verfasser bemerkt, die Autorität des Beamten vieles mitmacht und Spurenbefolgungen nur selten vorkommen. Das ist begreifbar, wenn man den dem Täter beizulegenden Vorwurf, ihn der Bestrafung zu entziehen, bilden ließe den Tatbestand der Begünstigung.

Das Taschensmikroskop und seine Verwendung in der kriminalistischen Praxis. Von Gerichts-Rat Dr. Erich Anuska, Charlottenburg. — *Q. Grob's* Archiv, 25, 1.

Die Mikroskopie muß noch viel weiter für die kriminalistische Praxis ausgebildet werden, als sie es jetzt ist. Bedeut eine theoretische Zusammenstellung der Ergebnisse mikroskopischer Untersuchungen noch die Bestätigung der oft nur dem Fachmann verständlichen Beobachtungen gemäß dem Verfasser. Jedoch kriminalistisch soll sein, so fordert er, mit dem Mikroskop und seiner Handhabung vertraut machen. Als Einführung in das schwer erziehbare Gebiet der Mikroskopie hat Verfasser eine eingehende Studie veröffentlicht und mit zahlreichen Abbildungen erläutert. Für können die gegebenen Anregungen nur an eigentlichen den Kriminalisten zur Beachtung empfehlen.

Kasse und Verbrechen. Von Medizinalrat Dr. P. Rade in Osnabrück. — *Q. Grob's* Archiv, 25, 64.

Der östliche Sachverständige erörtert die Einflüsse der Kasse auf die Kriminalität. Auch die Geographie der taylorischen, seitlichen und sozialen Leben der europäischen Kulturkreise ist, so sagt er, sehr nachteilig nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ durch die Kassenbesitzung mitbestimmt, und nur der Grad der Einwirkung wird vom Grad der Mischung aus den der Art des Lebens abhängen. Den eigenartigen Charakter der Juden findet Verf. unter den Juden aller Länder im wesentlichen genau so vor, wie man ihn in der Bibel findet.

Der Denunziant. Kriminalcharakterologische Studie von Dr. jur. Hans Schneider, Berlin. — *Q. Grob's* Archiv, 25, 294.

Das Wesen der anonymen Pseudonymen Denunziation wird erörtert; sodann werden die Beweggründe der Denunziation sowie die Gründe der Anonymität und die Psychologie des Denunzianten betrachtet. Die Frage der anonymen Denunziation macht es erklärlich, daß ihr Urheber meistens ein Held oder ein weltlicher Mann ist. Der anonyme Denunziant ist nicht für auszuweisen, sondern nur die verdächtigsten Personen läßt ihn doch rät auch er zu besonderer Beachtung. Jeder Kriminalist mußte die aus dem Studium des Verbrechens herrührende Fähigkeit und Geschicklichkeit besitzen, das anonyme Schreiben richtig zu lesen.

Das Verbot von Volksversammlungen am Aufenthaltsort des Kaisers und Königs sowie am Orte der Parlamente. Von Kammergerichtsrat Dr. Petrus, Berlin. — *Preuß. Verw. Bl.* XXVIII, 23.

Volksversammlungen unter freiem Himmel dürfen innerhalb einer Meile von dem Ort der kaiserlichen Residenz des Königs oder von dem Ort der kaiserlichen Residenz während der Sitzungsperiode nicht abgehalten, also auch teilweise nicht genehmigt werden. Unter Volksversammlungen versteht Verfasser mit Recht nur öffentliche. Er weist ferner darauf hin, daß sie nicht notwendig auf eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten abzielen brauchen. Auch eine Volksversammlung, die den König zur Begnadigung irgend eines Verbrechens zu veranlassen sucht, fällt unter das Verbot.

Als jeweilige Residenz stellt Verfasser auch einen vorübergehenden Aufenthalt des Königs auf einer Eisenbahnstation oder einem Schiffe an; dagegen fällt es den Reichs- auch für die ständigen Residenzen (Berlin, Potsdam) für die Dauer der Abwesenheit des Monarchen aus, da sonst im Umkreise von zwei Meilen um Berlin und Potsdam betragslose Volksversammlungen überhaupt nicht abgehalten werden können.

(Anderer Ansicht Gensper im *Preuß. Verw. Bl.* XXVI 129)

Auskunft.

Kam. G. W. F. in M. Die Ausübung des Kammerjägergewerbes stellt sich, wie Sie richtig ausüben, als Anbieten gewerblicher Leistungen dar; wenn sie ohne vorgängige Bestellung im Umherziehen stattfindet, ist die Lösung eines Kammerjägergewerbes erforderlich. Eine Legitimationskarte genügt nicht, da eine solche nur für das Geilbieten von Waren und das Aufsuchen von Warenbestellungen erteilt werden kann. Ein Geilbieten der Gifte im Umherziehen ist dem Kammerjäger wie jedem anderen Gewerbetreibenden verboten. Er muß sich darauf beschränken, die Gifte selbst auszuliegen, darf aber nicht weitere Giftvorräte an die Kunden verlaufen. (Vergl. die in Nr. 18 des 4. Jahrganges Nr. 228 Seite 425 des „Gendarm“ erteilte Auskunft.)

Nr. 457. — St.

Kamerad G. W. F. in K. Steuerpflicht der zur Probendienstleistung beurlaubten Gendarmen. In dem Einkommensteuer-Handbuch von Jofubst heißt es auf S. 48 unter Nr. 18: „Die Dienstbezüge, welche ein zur Probendienstleistung als Postverwalter ohne Gehalt beurlaubter Gendarm aus der Kasse der Kaiserlichen Post bezog, sind steuerpflichtig. Für eine Fortgewährung der als steuerfrei bestimmten Dienstbezüge des Gendarmen (Art. 8, II, 3) in irgendwelcher Form oder deren etwaigen Ersatz durch Zivilbezüge für die Dauer der Beurlaubung (nicht Kommandierung) des Gendarmen zu einer Probendienstleistung ist eine allgemeine oder besondere Vorschrift nicht vorhanden. Die Beurlaubungsvorschrift“ für das preussische Heer im Frieden v. 7. 8. 89 sowie das Reichsmilitärgesetz v. 2. 6. 74 (RGBl. S. 45) finden auf Gendarmen keine Anwendung.

Nicht anwendbar ist hier die Vst. des Fin.-Min. v. 19. 1. 78 (Stf. 7. 8. 40) wonach das Einkommen, welches ein „zu den im aktiven Dienst befindlichen Unteroffizieren gebührender“ zur Probendienstleistung im Eisenbahndienst „abkommandierter“ Feldwebel aus der Gesellschaftskasse an Stelle der ihm zustehenden militärischen Gehaltsbezüge bezog, als steuerfreies Militäreinkommen behandelt werden soll. 7. 7. 89, III 161.

Nr. 440. — Q.

Kam. G. W. A. in H. Die Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins steht nur den Militär-Invaliden zu Gendarmen haben auch im Falle ihrer Pensionierung keinen Anspruch auf diese Entschädigung. Die nach dem Zivilpensionsgesetz pensionierten Gendarmen rechnen nicht zu den Militär-Invaliden.

Nr. 460. — St.

Kam. d. W. B. in J. Revision der Privatverträge eines Gastwirts aus Anlaß von Schärferneuerungen. Nach Ihren Angaben besteht der Verdacht, daß bei einem Gastwirt in einem nicht zum Wirtschaftsbetriebe gehörigen, dem Publikum also nicht zugänglichen Räume einer Polizeiverordnung zuwider

*) Die neue Polizeiverordnung ist mittels Allerhöchster Kabinettsorder vom 10. März 1898 genehmigt (Kam.-Verordnungsblatt 1898, S. 66).

Antipetitionen von Schülern des am Ort befindlichen Gymnasiums stattfinden. Sie fragen, ob Sie selbständig, ohne dem Wirt vorher Kenntnis zu geben, in dem fraglichen Räume eine politische Revision vornehmen dürfen. Diese Frage ist unseres Erachtens zu verneinen. Mit Rücksicht auf die D. V. Ziffer 157 ist hierzu die Ermächtigung der zuständigen Ortspolizeibehörde notwendig. Nach Erteilung der Erlaubnis wird die Revision unvermutet stattfinden können. Der Wirt hat aber das Recht, zugegen zu sein; es muß also D. V. Ziff. 201 letzter Absatz stangemäß Anwendung finden.

Rr. 433. — §.

Kam. d. G. P. in B. Verlassen des Standorts. Die Befugnis zum Verlassen des Standortes (Kommandoborts) gemäß D. V. Ziff. 64 ist nach unserer Ansicht nicht allein auf den Dienstbezirk beschränkt; sie wird unseres Erachtens begrenzt durch die Rücksicht, die der Wendarm auf seine Dienstpflichten zu nehmen hat. Da er in solchen Fällen im Sinne von Ziff. 61 für jede Dienstverhinderung verantwortlich sein wird, so ergibt sich hieraus, daß er sich nicht zu weit aus seinem Dienstbereich entfernen darf, um bei unvorhergesehenen Fällen noch möglichst rechtzeitig zur Stelle zu sein. Im übrigen halten wir es für bedeutungslos, ob der betreffende Ort innerhalb oder außerhalb des Dienstbezirks und des Kreises liegt; es kommt vielmehr auf die besonderen dienstlichen und sonstigen örtlichen Verhältnisse an.

Rr. 435. — §.

Kam. F. Wachtm. K. in W. Betreten von Privatwegen. Der Wendarm darf Privatwege nur dann ohne oder gegen den Willen des Eigentümers betreten (§ 10 Feld- u. Forstpol.-Ges., § 368^a StGB.), wenn entweder die Privatwege die einzigen Zugänge zu den von ihm dienstlich zu betretenden Grundstücke bilden, oder wenn ein zwingender dienstlicher Grund (insbesondere Notstand) vorliegt. Bloß um einen Umweg zu ersparen, darf der Wendarm Privatwege auch im Dienst nicht betreten, selbst dann nicht, wenn kein Sturkschaden verursacht wird.

Rr. 396. — St.

Kam. O. Wachtm. S. in K. Gesangsvereine. Gesangsvereine unterliegen nicht dem Vereinsgesetz, da sie nicht eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken (§ 2 des Vereinsgesetzes). Sie brauchen ebensowenig wie andere geselligen Zwecken dienende Vereine ihre Gründung, ihre Satzung, ihre Mitglieder und ihren Vorstand der Polizeibehörde anzumelden; noch weniger ist von einer Genehmigung der Satzung die Rede. Auch Vereinsvergütungen, an denen nicht jedermann, sondern nur Mitglieder, deren Angehörige und eingeladene oder eingeführte Gäste teilnehmen sollen, braucht der Verein nicht anzugeben.

Rr. 316 — St.

Kam. F. Wachtm. R. in J. Frauen in Versammlungen. Sie verwechseln die Vorschrift des Vereinsgesetzes, die die Mitgliedschaft von Frauen an politischen Vereinen verbietet, mit der — durch kein Gesetz verbotenen —

Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen. Nur soweit die politischen Versammlungen von einem politischen Verein veranstaltet werden, ist auch die Teilnahme der Frauen an den Versammlungen verboten. Die Praxis hält es seit einiger Zeit für genügend, wenn die Frauen von dem eigentlichen Versammlungsraum so abgeschlossen sind — durch eine Barriere oder dgl. —, daß ihre unmittelbare Beteiligung ausgeschlossen ist. Diese Praxis ist eingeleitet durch den MinErL. vom 15. Dezember 1902.

Rr. 348. — St.

Amtsvoerst. B. in L. 1. Nachtzeit. Die Bestimmungen der Strafprozeßordnung (§ 104) beziehen sich nur auf das Betreten fremder Wohnungen aus strafprozeßlichen Gründen. Für alle sonstigen polizeilichen Gebiete ist das Gesetz vom Schuß der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 in Kraft geblieben. Während die Nachtzeit in beiden Gesetzen für die Sommermonate auf die Zeit von 9 Uhr abends bis 4 Uhr früh festgelegt ist, weichen sie bezüglich der Nachtzeit in dem Winterhalbjahr voneinander ab. Die Strafprozeßordnung setzt die Nachtzeit auf die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens, das Gesetz vom 12. Februar 1850 auf die Stunden von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens fest.

2. Firmenaufschrift. Der Vertreter einer auswärtigen Handelsfirma, Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, der weder Inhaber oder Teilhaber noch Gesellschafter ist, hat nicht die Verpflichtung, neben der Firmenaufschrift seinen eigenen Namen an dem Laden der Firma anzugeben. Verpflichtet ist die Firma, die Vorschrift des § 15 a GewO. zu befolgen; daneben gemäß § 151 GewO. auch der Vertreter, aber nur als solcher. Er ist nicht selbst Gewerbetreibender, da er nicht für eigene Rechnung und nicht im eigenen Namen Handelsgeschäfte abschließt.

Rr. 383 — St.

Kam. Ged. Wachtm. K. in H. Ersatz für verdorbene Eier. Eier sind Nahrungsmittel, bei denen die Verzehrfähigkeit im Handel davon geradezu abhängt, daß sie noch nicht verdorben sind. Wer Eier kauft, kauft in der gesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzung, daß er genießbare oder doch zur Zubereitung von Speisen noch verwendbare Ware erhalte. Der Verkäufer haftet für die Fehltauglichkeit der Ware nach §§ 459—471 BGB. Nur wenn ein größerer Kosten Eier gekauft wird und dem Käufer bekannt ist, daß die Ware nicht frisch ist, sich also auch saule Eier darunter befinden können, wird die Haftung ausgeschlossen (§ 406 BGB.).

Rr. 400. — St.

Kam. G. Wachtm. M. in H. Glücksspiel. Der Charakter eines Glücksspiels wird dadurch nicht aufgehoben, daß nur um ganz geringe Einsätze gespielt wird; auch ist nicht erforderlich, daß das Spiel aus Gewinnlust stattfindet. Auch bloße Unterhaltungsspiele fallen unter die Glücksspiele im Sinne der §§ 294 ff. StGB. So Reichsger. Entsch. 19, 253 und Kammerger. 2. Straß. vom 24. 1. 05, 2 S. 239/04.

Rr. 437. — St.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 1.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08

Vom Gelde.

(Nachdruck verboten.)

Im wirtschaftlichen Leben aller Kultur-völker ist das Geld von größter Bedeutung; denn es dient im Handels- und Erwerbsleben als Tausch- und Zahlungsmittel und als Wertmesser. In den ältesten Zeiten war aller Handel nur Tauschhandel, und man verwandte als Tauschartikel neben Naturprodukten aller Art besonders das Vieh, vorzugsweise das Kleinvieh. Dies bildete oft den ganzen Reichtum des Besitzers. Der lateinische Name für Kleinvieh heißt „pecus“ und davon ist pecunia, d. h. „Geld“, abgeleitet. Man erkannte jedoch nach und nach die erheblichen Mängel dieser Tauschmittel; denn sie waren vergänglich, im Werte sehr ungleich und nicht teilbar. Daher wandte man sich vom lebenden Geiße ab und bediente sich der Metalle, um etwas einzutauschen. Fast alle im Altertum bekannten Metalle haben anfangs als Tausch-, dann als Zahlungsmittel gedient, bis man sich endlich für Gold und Silber und im Kleinhandel für Kupfer entschied. Gold und Silber eignen sich besonders als Wertmesser und Zahlungsmittel; denn sie sind fast unempfindlich gegen äußere Einflüsse. Sie schmelzen erst bei sehr großer Hitze und kommen im Vergleich zu anderen Metallen selten vor; doch sind sie wieder in solcher Menge vorhanden, daß sie dem Bedarfe genügen. Alle diese Eigenschaften sind vereint bei keinem anderen Metall zu finden. Man verwandte die Edelmetalle anfangs nach dem Gewicht. Mit der Erfindung der Waage war ein genaues Abmessen derselben also möglich, und so wurden die Metalle nicht nur Tauschartikel, sondern Wertmesser und Zahlungsmittel. Endlich kam man dazu, runde Scheiben aus Metall herzustellen. Diesen gab man ein bestimmtes Gewicht, eine bestimmte Feinheit und eine bestimmte Ausprägung. Damit war die Münze geschaffen.

In Münzen werden Gold, Silber, Kupfer und Nickel verwendet. Die ersten beiden Metalle werden in Deutschland stets in einer Legierung von $\frac{1000}{1000}$ ausgeprägt, d. h. unter 1000 Teilen Mischung sind 900 Teile edles Metall. Das Gewicht des in die Münze vorhandenen Edelmetalles heißt Korn, das Gewicht der Münze heißt Schrot. Die Münzen zeigen eine Vorderseite („Avers“) genannt, mit dem Kopf des Landesherren oder dem Hoheitszeichen des Landes, und eine Rückseite („Revers“) mit dem Wappen des Staates. Der Münzbuchstabe bezeichnet den Ort, an welchem die Münze geprägt wurde. Durch den Münzbuchstaben sowie durch die ausgeprägte Jahreszahl läßt sich Ursprung und Alter der Münze feststellen.

*) Vor. avers.
**) Vor. revers.

Der Buchstabe A bedeutet immer die Hauptstadt des Landes. Von den früher in Deutschland bestehenden Münzstätten sind Hannover (B), Frankfurt a. M. (C) und Darmstadt (H) nicht mehr im Betriebe. D bedeutet München, E = Dresden, F = Stuttgart, G = Karlsruhe und J = Hamburg. Das Gesetz schreibt vor, welchen Feingehalt und welches Gewicht eine Münze haben muß. Es gestattet eine kleine Differenz, die sogenannte Fehlergrenze, im Feingehalt und Gewicht. Das Gewicht der Münze wird vor der Prägung der Platten auf dem Justierapparat festgestellt. Münzen, welche dem Gesetz entsprechen, haben das Passiergewicht. Durch langen Gebrauch abgenutzte Münzen, welche das Passiergewicht nicht mehr haben, werden von der Reichsbank und ihren Kassen angehalten und eingezogen. Nutzlos beschädigte Münzen werden zerschnitten und dem Eingahler zurückgegeben, der nur den Metallwert darauf erhält.

Die Namen der Münzen sind oft vom Orte der Prägung, zuweilen vom Gewicht oder von Eigennamen abgeleitet. So bedeutet der Taler eine Münze, die zuerst in Joachimsthal in Böhmen geprägt und deshalb Joachimsthaler genannt wurde. Als später in anderen Staaten ähnliche Münzen geprägt wurden, nannte man sie kurzweg Taler. Die Münze der Vereinigten Staaten von Amerika, der Dollar, ist sprachlich hiermit übereinstimmend. Der Florin oder Gulden hat seinen Namen von Florenz, weil dort zuerst goldene (mhd. guldine) Münzen geprägt wurden. Jetzt kennt man nur noch Silbergulden. Eine Benennung nach dem Gewicht findet sich z. B. in der italienischen Lira und dem englischen Pfund Sterling (Livre). Beide Namen stammen von dem lateinischen Wort libra her, das so viel wie Pfund bedeutet. Das Pfundzeichen ist eine Verbindung von dem lateinischen lb. in libra. Als Münzen, welche nach Eigennamen benannt sind, sind Friedrichsdors, Louisdors und Napoleondors zu erwähnen. Unsere Goldmünzen werden in Frankreich meist als „Guillaume“, d. h. „Wilhelm“ bezeichnet.

Man unterscheidet Kurantmünzen, Scheidemünzen und Handelsmünzen. Kurantmünzen sind Münzen, welche zur Bezahlung jeder größeren Summe verwandt werden dürfen. Ihr Metallwert entspricht bis auf einen kleinen Bruchteil dem Nennwert. In Deutschland sind nur die Goldmünzen, also 20- und 10-Markstücke Kurantmünzen. Der alte Taler war Kurantmünze, gilt aber jetzt nur als Scheidemünze. Auch alle anderen deutschen Münzen sind Scheidemünzen, auch das 5-Markstück in Silber. Der Nennwert der Scheidemünzen ist bedeutend größer als der Metallwert. Mehr als 20 Mark braucht niemand in Scheidemünze in Zahlung zu nehmen. Handelsmünzen sind solche Münzen, die ein Staat als

Zahlungsmittel für den Verkehr mit anderen Ländern prägen läßt, die aber im eigenen Lande als Zahlungsmittel nicht gebraucht werden. Eine Handelsmünze ist z. B. die von der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft herausgegebene Rupie sowie der in Abyssinien usw. benutzte österreichische Mariatherezientaler.

Jedes Land setzt durch Gesetz fest, welche Münzen in unbeschränktem Umfange als Zahlungsmittel gelten sollen, also welche Währung herrscht. Man spricht von einer Goldwährung, Silberwährung und Doppelwährung. Bei der Goldwährung gelten nur Goldmünzen als gesetzliches Zahlungsmittel in unbeschränktem Maße; Silbergeld ist als Scheidemünze nur bis zu einem bestimmten Betrage zur Zahlung zu verwenden. Deutschland hat Goldwährung. Bei der Silberwährung ist Silber die Grundlage der Zahlungsmittel und alle Werte werden aus Silber hin berechnet. Die Scheidemünzen sind besonders geringwertig. Länder mit Silberwährung sind China und Mexiko. Hat ein Land Doppelwährung, so gelten sowohl Gold als auch Silber als gesetzliches Zahlungsmittel in jedem Umfange. Beide Metalle werden aber in ihrem Werte auseinander durch Gesetz bestimmt, z. B. 1 : 15½, d. h. eine Gewichtseinheit Feingold hat einen Wert von 15½ Gewichtseinheiten Feinsilber. Die Preise beider Metalle hängen aber in Wirklichkeit von der Gesamtproduktion derselben in allen Ländern ab, und da Silber in den letzten Jahrzehnten in großen Mengen gewonnen ist, so ist der Preis für Silber so gesunken, daß auf dem Weltmarkte erst 86 Gewichtseinheiten Silber einer Gewichtseinheit in Gold gleichkommen. Durch solche Preisveränderung entstanden in Ländern mit Doppelwährung wie Italien, der Schweiz, Frankreich und Belgien große Mißstände. Spekulantien kauften das billige Silber, ließen es in den Hauptstädten dieser Länder im Verhältnis von 1 : 15½ ausprägen und sich Gold dafür zahlen, welches nun zu einem billigen Preise erworben, ins Ausland wanderte. Die freie Silberprägung wurde deshalb aufgehoben und die Länder mit Doppelwährung stehen nun dem Auslande auch als Goldwährungsländer gegenüber, während theoretisch innerhalb der Grenze dieser Länder noch die Doppelwährung, der Bimetallismus, herrscht.

Das Karten- und Planwesen.

Von Oberfeuerwerker Lemke, Berlin.

(Nachdruck verboten.)

Die Landesaufnahme, eine Abteilung des Großen Generalstabes, hat die Aufgabe, eine zuverlässige Landeskarte im Maßstab 1 : 25 000 und 1 : 100 000 herzustellen. Als Grundlage für diese Arbeit sind durch dieselbe Behörde etwa 10 trigonometrische Punkte auf eine Quadratmeile, ihrer geographischen Lage sowie ihrer Höhe über Normalnull (N. N.) nach, festgelegt.

Die Einteilung des Staatsgebietes für die Aufnahme gründet sich auf die Grabeinteilung der Erde. Für die Breitengrade, in welchen

Preußen liegt, ergibt sich ein annähernd quadratisches Rektischblatt aus einer Fläche von 8 Minuten Breite und 10 Minuten Länge. Die Blätter erhalten fortlaufende Nummern, nördlich von Memel mit R. 1 beginnend; ihre Anzahl beträgt 3899.

Ein solches Rektischblatt bildet auf der Erde ein sphärisches (kugelförmiges) Trapez, weil es der Abschnitt einer Kugeloberfläche ist und weil sich die Breitengrade nach dem Nordpol zu mehr und mehr nähern. Da im Maßstab 1 : 25 000 die Abweichung dieses sphärischen Trapezes von einer Ebene gleicher Ausdehnung verschwindend klein ist, so wird die Aufnahme wie auf einer Ebene stattfindend ausgeführt. Längen- und Breitengrade erscheinen deshalb als gerade Linien auf den Rektischblättern. Für den praktischen Gebrauch lassen sich mehrere Blätter wegen der Dehnbarkeit des Papiers trotz der Trapezform auf einer ebenen Fläche aneinander fügen. Auf diese Weise wird die unter dem Namen „Karte des Deutschen Reiches“ in 1 : 100 000 veröffentlichte Karte zusammengestellt.

Bei jeder Karte unterscheidet man:

1. den Grundriß, d. h. alles das, was sich auf der Erdoberfläche — abgesehen von den natürlichen Bodenformen — befindet, also Baulichkeiten, Wege, Gewässer, Wiesen, Wälder, Städte usw.,
2. die Bodenformen, d. h. alles das, was sich auf die natürliche Gestaltung der Erde bezieht, also Berge, Täler, Schluchten usw.

Der Grundriß muß auf einer Karte besonders hervortreten, weil er die sichersten und zahlreichsten Mittel zur Orientierung bietet. Durch die Darstellung der Bodenform darf er nicht undeutlich gemacht oder gar erdrückt werden. Die seiner Lage nach richtige Wiedergabe des Grundriffes muß in jedem Fall angestrebt werden.

Da die Gemeinverständlichkeit und Übersichtlichkeit sowie die Richtigkeit auf die Lesbarkeit einer Karte es verlangen, so muß in vielen Fällen von der richtigen Wiedergabe des Grundriffes abgesehen werden. Man wendet deshalb in solchen Fällen für die einzelnen Dinge besondere Zeichen an; diese werden Signaturen*) genannt. Natürlich ist die Signatur nur da berechtigt, wo der verjüngte Maßstab die Darstellung in der wirklichen Ausdehnung nicht gestattet.

Die Bodenformen sind nach ihren Höhen und Beschungsverhältnissen darzustellen.

Dazu dienen:

1. Schichtlinien von gleichem senkrechten Abstand,
2. Vergeltische oder Abstönung der geneigten Flächen,
3. die Verbindung beider Darstellungsarten.

Wird auf wenige Abweichungen stellt man die Bodenformen durch Schichtlinien dar, deren Entstehung sich auf die nachfolgende Betrachtung gründet:

*) Nach diesem Artikel werden nur eine Zusammenstellung der gebräuchlichsten Signaturen zum Abdruck bringen. Die Schriftsetzung.

Denkt man sich durch ein unebenes Gelände in gleichen senkrechten Abständen wagerechte Ebenen gelegt, so schneiden diese die Abhänge der Erhebungen und Senkungen in bestimmten Linien. Diese Linien verbinden mithin alle Punkte in gleicher Höhe und müssen auch allen natürlichen Aus- und Einbiegungen der Bodenformen folgen; sie kehren stets in sich zurück. Alle höheren werden von den tiefer gelegenen umflossen; eine Ausnahme findet nur bei Kesselformungen statt. Um diese kenntlich zu machen, führt man durch die am tiefsten gelegene Schichtlinie einen senkrecht zu dieser stehenden kleinen Pfeil, mit der Spitze nach der tiefsten Stelle zeigend.

Werden diese Schichtlinien nun, wie sie sich dem Auge von oben gesehen darbieten würden, und in dem gefärbten Verjüngungsverhältnis auf eine Zeichenfläche gebracht, so entsteht ein Bild, aus welchem man die Bodenform, ihre Höhe und ihren Böschungsgrad herauslesen kann.

Den senkrechten Abstand zweier aufeinander folgenden Schichtlinien nennt man Schichthöhe. Für die gebräuchlichen Arten wendet man Schichthöhen von 20, 10 und 5 m an, in ganz flachem Gelände solche von 2,5 und 1,25 m an. Für die Anzahl der Schichtlinien gilt der Grundsat, daß jede Bodenform mit so wenig Schichtlinien als möglich ausgedrückt wird, da diese nur gedachte, in der Natur nicht sichtbare, Linien sind. Wo die Form und Böschungsverhältnisse es zulassen, sind alle Schichtlinien, mit Ausnahme der 20metrigen, fortzulassen, deren Form und Lage sich durch Einschieben in die Ritze zwischen zwei andere Schichtlinien von selbst ergibt.

Die Darstellung des auszunehmenden Geländes erfolgt in der Horizontalprojektion und in dem geforderten Verjüngungsverhältnis, z. B. 1:25000. Auf eine Zeichenfläche würden also in diesem Fall alle wagerechten Längenausdehnungen 25000mal verkleinert, gegen den Horizont ansteigende Längen dagegen erst nach der Größe des Steigungswinkels verkürzt und dann 25000mal verkleinert erscheinen.

Daraus erklärt sich auch die Anfertigung der Maßstäbe für jedes gefärbte Verhältnis. Betrachtet man legeres als echten Bruch, z. B. $\frac{1}{25000}$, so braucht man nur den Zähler durch den Nenner zu dividieren, um die Ausdehnung für 1 m in der Verjüngung zu erhalten. Die Ausdehnung im Maßstab 1:25000 für 1 m beträgt also 0,00004 m, für 10 m 0,0004 m, für 100 m 0,004 m oder 4 mm, für 1000 m 0,04 m oder 4 cm.

Mit den so ermittelten Entfernungen wird ein Maßstab *) in der Weise angefertigt, daß man eine gerade Linie, je nach dem Verjüngungsverhältnis in Teile zu 10, 100 oder 1000 m teilt. Die Anzahl dieser Teile richtet sich nach der notwendigen Länge des Maßstabes. Den ersten

Teil von links teilt man nochmals in 10 gleiche Teile und nennt dieses Stück den „Kopf“ des „Maßstabes“.

Nacht, Ordnung und Gesetz.

Gute Sitte ist mehr denn Gesetz; aber Gesetze müssen sein.

(Friedr. Carl Klopstock Samml. Werke Bd. 8.)

Es bringt die Zeit ein anderes Gesetz.

(Schiller: Wilhelm Tell 4. Aufz. 2. Sz.)

Rechtsprüchwörter.

Wenn einer dem andern nicht folgen soll, Nachen 30 Tag' immer den Monat voll.

Ist ein Zeitraum nach Monaten oder Jahren in dem Sinne bestimmt, daß er nicht zusammenhängend zu verlaufen braucht, so wird der Monat immer zu 30 Tagen, das Jahr 365 Tagen gerechnet.

(Friedr. § 191. Vab: Neue deutsche Rechtsprüchwörter.)

Verjährung unterbricht,
Der Zahlung verspricht.

Wer in irgend einer Weise den Anspruch auskennt, unterbricht seine Verjährung.

(Friedr. § 206. Vab: Neue deutsche Rechtsprüchwörter.)

Verwaltungskunde.

Allgemeine Landesverwaltung ist die Bezeichnung für denjenigen Teil der inneren Verwaltung, welcher im Gegensatz zu den auf ein bestimmtes Sachgebiet beschränkten Spezialverwaltungen die Vertretung der gesamten übrigen staatlichen Verwaltungsinteressen wahrzunehmen hat. In diesem Sinne sind Behörden der allgemeinen Landesverwaltung die Oberpräsidenten, die Landesräte (Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 — § 3 —). In anderem Sinne werden unter allgemeiner Verwaltung diejenigen Behörden verstanden, welche unter der gemeinschaftlichen Aufsicht des Ministers des Innern und der Finanzen stehen und für welche die erforderlichen Mittel im Etat des Finanzministeriums ausgedrückt sind. Es sind dies die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Regierungen einschließlich der Ministerial-, Militär- und Baukommissionen zu Berlin sowie der Bezirksausschüsse, während die Landräte der Verwaltung des Innern angehören.

(Dr. von Bitter: Handwörterbuch der preussischen Verwaltung. Leipzig. Kobergische Verlagsbuchhandlung.)

Gaunersprache.

colonel = Hausherr, bei dem falsch gespielt wird;
jischuf = Ort, in dem nur einzelne Juden wohnen;

weetscher = Sicherheitsbeamter, Landjäger, Kuchhütze, Gendarm;

semmakaskero = Zuneiler, Wolschmied;

zünden, vorzünden = verraten, anzeigen;

nekel = Spalte, Einbruchsstelle, Gefängnis;

dullgoi = Schulmeister;

darisrael = Jude;

*) Mit den Signaturen wird je ein Schrift-, Linear- und Transversalmäßig aus Abdruck kommen. Die unterschiedlichen Arten der Anfertigung und Beschriftung ergeben sich durch das Studium dieser Maßstäbe.

nille = Spasmacher, Rarr;
more, moro = Eruber;
stylo = Arreftant;
fettlappchen = Zugmacher.

Weltbürger-Abc.

Aristokrat, Demokrat, Monarchist. Diese Wörter werden zum ersten Male in den gegen 1550 verfaßten „Genfer Chroniken“ Bonivards, des Genfer Geschichtschreibers und tapferen Verteidigers seiner Vaterstadt gegen die Herzöge von Savoyen, gebraucht. Die beiden ersten dieser Wörter finden sich dort in einer Stelle des zweiten Teils in folgendem Zusammenhang erstmals nachweisbar: „Alle endlich sagen, daß das Gemeinwesen, welches blühen und gedeihen soll, durch die Ordnung dieser drei in gegenseitiger Nützigung geleitet sein muß. Nämlich erstens durch einen Monarchen oder einzelnen Mann, der der Aufseher der beiden andern sein soll, damit die Aristokraten nicht ihren Vorteil aus dem gemeinen Wesen ziehen, ohne auf die anderen Teile des staatlichen Körpers Bedacht zu nehmen, noch auch die Demokraten sich von der Freiheit zur Zügellosigkeit und Willkür wenden und dem Gesetz so wenig gehorchen wollen wie dem König.“ Und das dritte Wort endlich findet sich in der Stelle: „Der Herzog sah ihn (Claude de Seyssel) oft und gebrauchte seinen Rat. Denn er war ein großer Monarchist und Verächter eines Gemeinwesens, das von mehreren geleitet war.“ Bis 1906 nahm man an, daß die so viel gebrauchten Wörter in den Pariser Salons gegen Ende des 18. Jahrhunderts entstanden wären. (H.-d.)

Hundschau.

Das Geburtsjahr Christi. Dr. Robert Herz (Wien) berichtete darüber in einem sehr interessanten Vortrag auf der „Vers. d. Naturforscher“ in Meran. Dr. Herz zeigt, daß sich eine völlig strenge astronomische Bestimmung aus dem Umstande ergibt, daß der Todesstag Christi auf einen Freitag nach dem Ostervollmonde fällt. Es findet sich hieraus, daß das Todesjahr 778 nach Erbauung der Stadt Rom, somit das Geburtsjahr Christi 743 statt 753 zu setzen ist, demnach um 10 Jahre vor dem vom Abte Dionysius Exiguus (lat., vierfilbig, gefpr. eßhgwauß, d. i. der Geringe, Kleine) angenommenen Beginn unserer Zeitrechnung. Auch die Angaben des Evangeliums Lukas und des Chronisten Tertullian stimmen damit überein oder sind leicht in Einklang damit zu bringen.

Die Körpertemperatur des Menschen ist je nach seinem Alter eine verschiedene. Neuge-

borene haben 37,91 Grad, nach 10 Tagen fällt sie auf 37,63. Der mit 30 Jahren vollkommen entwickelte Mensch zeigt eine Körpertemperatur von 38,1 bis 37,2 Grad, von da ab sinkt sie bis zum Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre auf 37 Grad, um bis zum Greifenalter wieder auf 37,5 Grad zu steigen.

Luftiger Winkel.

Unverkäuflich. Kaufmann: „Ich kann Euch den Stoff mit dem besten Willen nicht für drei Gulden die Elle geben!“ — Kunde: „Soll mir sterben Frau und Kinder, wenn ich kann mehr bezahlen!“ — Kaufmann: „Wut, schämt Euch, wie könnt Ihr Frau und Kinder so verfluchen.“ — Kunde: „Wie heißt, bin ich doch gar nicht verheiratet.“

Pflege.

Wichtig ist, daß jedes Pferd lernt, im Stall den Fuß hochzubeugen; besonders gilt das für junge Pferde. Die Tiere sollen den Fuß nicht hochgehoben bekommen; sie sollen ihn selbst heben. Zu dem Zweck darf man das Pferd nicht erschrecken. Langsam fährt man mit der rechten Hand, wenn man z. B. den linken Vorderfuß hochheben will, am Fuß von oben nach unten. Mit der linken Hand bleibt man am Pferde, um dessen Bewegungen zu verfolgen und um die Last des Tieres auf das linke Vorderbein zu schieben. Ist man mit der rechten Hand in die Gegend der Kniee gelangt, so drückt man auf diese; die Pferde geben dann meist den Fuß her. Dann hat man nur noch darauf zu achten, daß man ihn nicht zu lange und nicht zu hoch hält. Letzteres ist den Tieren unbequem: sie sträuben sich bald dagegen. Langsam läßt man dann den Fuß herunterfallen. Ähnlich verfährt man beim Hochheben des linken Hinterfußes, doch zieht man diesen etwas nach vorn, ehe man ihn hochhebt. Die meisten Pferde lassen es sich besser gefallen, wenn man den Fuß nur mit einer Hand hält, so daß er etwas Spielraum hat, als wenn ihn beide Hände umfassen.

Auflösung des Rätsels aus Nr. 26 v. J.

Lösung des Bilderrätsels:
Anstammul erreicht nicht.

Lösung des Schieberätsels
Bauach. — Hebmig.

Bildung
Kadette
Studenten
Krawalle
Brigadier
Gendarm

Lösung des Anspielrätsels:
Sigmund.

Stern, Iran, Gas, Inlet, Sau, Mail, Ubo, Weib, Damer

Lösung des Worträtsels:
Mastbau

Lösung des Bildenverderätsels
Ebbe, wenn Ebbe gebübelt.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsständischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 2. — 27. April 1907. — Seite 25/48. — 5. Jahrgang.

April						
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30					

Derausgeber:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Verein der Soldaten-
freunde, C. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Mai						
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abonnenten wird die Zeitschrift am Jahresabschluss auch
gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind nicht zu richten an die
Verlagsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr Mk. 1,50.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die gespaltelte Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Stratistische Winke bei Anwendung des Vereins- gesetzes	26
Das Annener Absperrungskommando während und nach der Kobur-Explosion (mit Abbildung)	28
M.B. vom 31. 1. 07 betr. die Feststellung der Verwendbarkeit eines zu pensionierenden Beamten in einem anderen Amte	29
Aus den Parlamenten	30

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	30
II. Kammergericht	31
III. Bayerisches Oberstes Landesgericht	32
IV. Oberlandesgericht Braunschweig	33
Polizeibericht	33
Personalveränderungen	34
Bücherchau	37
Auskunft	37

II. Der Polizeihund.

Hamburger Polizeihunde	39
Bedenken betreffs Führung von Polizei- hunden	40
Die Haftpflichtversicherung der Mitglieder des Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (E.B.)	41
Dressurtricks	42
Allerlei	42
Fragelassen	42

III. Haus und Herd.

Das Karten- und Planwesen	43
Eisenbahnwerte — Bank- und Industrie- papiere	47
Recht, Ordnung und Gesetz	47
Rechtsiprichtwörter	47
Verwaltungsflunde	47
Gaunersprache	48
Mundschau	48
Herdenflüge	48
Mätlelede	48

Vakanzliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 24. April 1907 abgeschlossen worden.

Praktische Winke bei Anwendung des Vereinsgesetzes.

Die Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechts vom 11. März 1850 ist im Parlament wie in der Presse wiederholt Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen, und zwar deshalb, weil die Verordnung als solche in den abweichendsten Formen aufgefaßt und angewendet worden ist.

Diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß die Rechtsprechung recht oft Veranlassung gehabt hat, sich mit Fragen aus dem Vereins- und Versammlungsrecht zu beschäftigen, so daß wohl kaum ein wesentlicher Punkt dieses Gesetzes unerörtert geblieben ist.

Unter einer Versammlung versteht man eine gewisse nicht allzu klein an Zahl bemessene, äußerlich irgendwie vereinigte Personenzahl oder Menschenmenge, welche auf gemeinsamen bewußten Zwecken und Zielen, also auf gemeinsamem Willen beruht. — Entsch. d. R.G. vom 22. September 1890, Bd. 21, S. 73. — Wie groß die Zahl der vereinigten Menschen sein muß, ist weder in der Verfassung noch im Vereinsgesetz gesagt. Jedenfalls darf die Zahl nicht allzu klein sein und hat das Kammergericht in seiner Entscheidung vom 16. April 1891, Johow, Bd. 11, S. 303, acht Personen für ausreichend gehalten. Nach neuerer Rechtsprechung kann die Anzahl der Teilnehmer noch geringer sein; wesentlich ist nur der gemeinsame praktische Zweck.

Demgemäß ist es auch unerheblich, ob ein Bureau gewählt und eine Rednerliste aufgestellt wird und ob die Verhandlungen eine parlamentarische Form haben. Daher fallen auch vertrauliche Besprechungen eventuell unter den Begriff einer Versammlung. — Entsch. d. KamGer. vom 30. Oktober 1885, Joh., Bd. 11, S. 249.

Eine Vereinigung mehrerer Personen in einem Privatbaue behufs Abhaltung von Andachtsübungen kann, wenn eine nicht zu kleine Personenzahl teilnimmt und jedermann freien Zutritt hat, als Versammlung angesehen werden. Dagegen ist in dem Vorlesen und Erläutern von Bibelstellen eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten nur dann zu finden, wenn sie öffentliche Angelegenheiten betreffen oder darauf angewendet werden. Ur. d. I. Str. Sen. d. KamGer. vom 27. November 1905.

Im allgemeinen versteht man unter öffentlichen Angelegenheiten alle solche, welche nicht ausschließlich einzelne physische oder juristische Personen und deren Privat-

interessen, sondern im Gegensatz hierzu die Gesamtheit des Gemeinwesens und das gesamte öffentliche Interesse berühren.

Eine Angelegenheit ist nicht schon deshalb eine öffentliche im Sinne des Vereinsgesetzes, weil sie mittelbar für die Allgemeinheit bedeutsam werden kann, sondern sie muß tatsächlich die Öffentlichkeit im weitesten Umfange interessieren. So können Vohnbewegungen bestimmter Arbeitergruppen als öffentliche nicht angesehen werden, weil sie nur einen beschränkten Interessentenkreis berühren. — Ur. d. KamGer. vom 19. Oktober 1903, Joh., Bd. 26, S. 671.

Dagegen werden solche Angelegenheiten als „öffentliche“ zu betrachten sein, welche die sittliche und materielle Hebung des Arbeiterstandes als solchen gegenüber anderen Ständen, z. B. dem Mittelstande, betreffen.

Wissenschaftliche Abhandlungen sind in der Regel keine öffentlichen Angelegenheiten, können jedoch als solche behandelt werden.

Versammlungen, in denen lediglich die persönlichen Interessen der Anwesenden behandelt werden, sind nicht als öffentliche anzusehen und unterliegen dem Vereinsgesetz nicht. — Entsch. d. R.G. vom 10. Januar 1895, Gew. Arch., Bd. 42, S. 442.

Eine Erörterung im Sinne des § 1 des Vereinsgesetzes liegt schon dann vor, wenn der Redner einen Gegenstand bespricht, ohne selbst eine eigene Meinung zu entwickeln. So ist in dem Vorlesen aus Büchern, aus Zeitungen, sogar in Gesangsvorträgen eine Erörterung gefunden worden (Entsch. d. KamGer. vom 18. April 1895, Gold. Arch., Bd. 43, S. 150). Dagegen setzt die Beratung eines Gegenstandes eine mehrseitige Meinungsäußerung voraus.

Über die Form der Anzeigen von öffentlichen Versammlungen bestehen irgendwelche Vorschriften nicht. Der Unternehmer hat nur Ort, Zeit und Beginn der Versammlung anzuzeigen und die Anzeige mit seinem Namen, Stand und Wohnort zu unterzeichnen. Es braucht weder der Zweck der Versammlung noch das voraussichtliche Ende derselben angegeben zu werden; insolgedessen ist die Dauer einer rechtzeitig angemeldeten Versammlung auch eine unbeschränkte. Sobald die Anzeige mindestens 24 Stunden vor Beginn der Versammlung bei der Polizeibehörde eingegangen ist, muß diese ohne Rücksicht auf die etwaigen Dienststunden eine Bescheinigung kostenfrei erteilen. — Min.-Erl. vom 8. Mai 1851/29. November 1868.

Wer als Unternehmer mehrere angezeigte Versammlungen veranstalten will, kann die Anzeigen in einer einzigen Zusage vereinigen. — Ur. d. Kam.-Ger. v. 18. Dezember 1905.

Die Erteilung der Bescheinigung über die erfolgte Anzeige der Versammlung hindert jedoch die Polizeibehörde nicht, die Abhaltung derselben auf Grund des § 10, Teil II, Titel 17 des A.G.-G. zu untersuchen, falls ausreichende Gründe dafür vorhanden sind. Der Umstand, daß das Gesetz den Beginn der Versammlung auf spätestens eine Stunde nach der angegebenen Zeit festsetzt, deutet darauf hin, daß später beginnende Versammlungen nicht mehr zugelassen werden dürfen, weil denselben die gesetzlichen Vorbedingungen fehlen. Wie das Kam.-Ger. in seinem Urteil v. 9. Mai 1904 ausgesprochen hat, gilt eine Versammlung nicht als begonnen, wenn dieselbe weder förmlich eröffnet noch in eine Erörterung der Tagesordnung eingetreten ist.

Unter einem Verein im Sinne des Gesetzes ist jede dauernde Vereinigung mehrerer Personen zur Verfolgung bestimmter gemeinschaftlicher Zwecke zu verstehen, und zwar auf Grund eines bestimmten Statuts oder Übereinkommens.

Ein Verein ohne Statuten ist rechtlich unmöglich. Die Statuten brauchen aber nicht schriftlich abgefaßt zu sein, um als solche zu gelten. Die Vorsteher eines Vereins, der keine schriftlichen Statuten hat, sind nach § 2 des Ver.-Ges. verpflichtet, die Statuten selbst zu bekräftigen und sie der Ortspolizeibehörde einzureichen.

Eine ausübend bedingte Vereinsgründung ist keine Stiftung im Sinne des Ver.-Ges. Denn ein Verein ist eine dauernd gewollte Vereinigung mehrerer Personen zur Verfolgung bestimmter gemeinschaftlicher Zwecke, also ein Rechtsorganismus, dessen einzelne Glieder (die Vielzahl von Personen) durch ein auf die Dauer berechnetes Band zusammengeflochten werden (vgl. R.G.-Entsch. in Str.-Sen. Bd. 21 S. 73). Ohne dieses Band, ohne Organisation, wenn auch in bester Form, ist der Organismus undenkbar.

Dieses Band wird durch das Statut geschaffen, welches mindestens die Regeln darüber geben muß, welchen Zweck der Verein hat, wer Mitglied ist und wie (d. h. durch wen) der Verein handelt. Ob diese Regeln, wie meist üblich, schon vor oder bei der Stiftung des Vereins aufgeschrieben und ob sie, wenn auch nur mündlich, genau formuliert werden, ob man diese genaue (schriftliche) Formulierung, was nicht selten

vor kommt, nur aufschreibt oder ob man sie ganz unterläßt, ist unerheblich. — Ur. d. Kam.-Ger. vom 12. März 1903, Joh. Bd. 16 S. C. 33 ff. Vgl. Caipar: Das preuß. Ver.- u. Vereinsrecht, Delius: Das preuß. Ver.- u. Ver.-Recht, Delius: Die Rechtsverhältnisse der geschlossenen Versammlungen, Gesellschaften und Vereine.

Hat der Vorsteher eines Vereins, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, das erste Mitgliederverzeichnis und die Nachträge dazu vorschriftsmäßig der Ortspolizeibehörde eingereicht, so ist diese nicht berechtigt, jederzeit nach ihrem Ermessen ein neues Verzeichnis des gegenwärtigen Mitgliederbestandes zu fordern. Dieses Recht besteht nur unter bestimmten Voraussetzungen, deren Vorhandensein im Strafverfahren durch den Richter nachzuprüfen ist. Bei Nichterfüllung der polizeilichen Forderung ist der Vereinsvorsteher nur dann strafbar, wenn er schuldhaft handelt. — Ur. des Kam.-Ger. vom 9. Februar 1905.

Die nach den §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes erforderlichen Anzeigen sind schriftlich unter Benennung des Vereins mit Unterschrift des Angezeigten zu erstatten. Eine Anzeige, die diesen Erfordernissen nicht entspricht, kommt als erfolgt auch dann nicht in Betracht, wenn die Polizeibehörde weiß, wer der Angezeigte ist und welchen Verein die Anzeige betrifft. — Ur. d. Kam.-Ger. v. 16. Juni 1904.

Die Vereinsvorsteher sind, wenn das eingereichte Mitgliederverzeichnis nur die Namen der Mitglieder nennt, verpflichtet, der Ortspolizeibehörde auf deren Verlangen Auskunft über den Verus oder Stand und über die Wohnung der Vereinsmitglieder zu erteilen. — Ur. d. Kam.-Ger. v. 8. Januar 1906.

Vereine mit religiösen oder kirchlichen Zwecken sind nicht ohne weiteres zu den Vereinen zu rechnen, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken. Denn auch Vereine, welche eine Einwirkung auf die Religion, d. h. auf die religiösen Interessen der Gesamtheit oder großer Teile der Gesamtheit bezwecken, dem Vereinsgesetz unterstehen, so ist doch die Absicht einer Einwirkung dann nicht vorhanden, wenn als Gegenstand etwa das Verhalten der Vereinsmitglieder in religiöser oder kirchlicher Beziehung zu gelten hat; denn dann stehen eben nur private Interessen der Mitglieder in Frage, während die Allgemeinheit unberührt bleibt. — Ur. d. Kam.-Ger. vom 11. November 1901 und 12. Februar 1906.

(Schluß folgt.)

Das Annener Absperungskommando während und nach der Roburit-Explosion.

Mit Abbildung.

Von **Sondermann** - Annen.

Vorbemerkung. Große Unglücksfälle, wie die Unfallschronik des letzten Halbjahrs sie leider nur zu zahlreich zu verzeichnen hatte, stellen auch an die Umsicht, Tatkraft, Ausdauer und Opferfreudigkeit der Polizeimannschaften außerordentliche Anforderungen. Wir sind heute in der Lage, in Ergänzung unserer Berichte in Nr. 22 v. J. — S. 511 ff. — über die Explosion und ihre Folgen eine Schilderung der Tätigkeit des Annener Absperungskommandos zu bringen. Die Schriftleitung.

Am 28. November 1906 abends 8 Uhr 20 Minuten war auf der im Wittenener Bezirk direkt an der Annener Grenze belegenen

wurde und wobei ich zugegen war, bekannt war, daß die Fabrik mehrere getrennt liegende Lagerräume pp. mit sprengartigem Material hatte, so nahm ich als bestimmt an, daß noch weitere Explosionen zu befürchten seien. Aus diesem Grunde riefte auch die Feuerwehr nicht zur Fabrik selbst hin. Um weiteren Unglücksfällen vorzubeugen, hielten wir mit Unterstützung der Feuerwehr die nach Laufenden zählende, herandrängende Menschenmenge zurück und führten Verletzte den Ärzten und Krankenhäusern zu. Die



Roburitätsfabrik Feuer ausgebrochen und eine Explosion erfolgt. Infolgedessen waren in Annen eine große Zahl Häuser beschädigt und viele Personen, die auf den Straßen umherliefen, verletzt. Mit den mit mir erschienenen hiesigen Polizeibeamten und dem hier stationierten Gendarmeriewachstmeister ließ ich in einer Entfernung von circa 300 bis 400 Meter von der Explosionsstätte die nach dort führenden Straßen absperren. Die Annener Feuerwehr unter Führung des Branddirektors und Amtsbaumeisters Hofe nahm ebendort Aufstellung.

Von unserem Stande aus konnten wir beobachten, daß das Feuer in kurzer Zeit immer weiter um sich griff. Da wir von einem am 30. Mai 1904 auf der vorgenannten Fabrik stattgefundenen Brande, der von der Annener Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Hofe gelöscht

Bewohner der der Roburitätsfabrik am nächsten gelegenen schon arg beschädigten Häuser ließ ich auffordern, ihre Wohnungen vorläufig zu verlassen. Das Publikum drängten wir immer weiter zurück. Genau 9 Uhr 15 Minuten erfolgte die zweite, ungleich gewaltigere Explosion. Die Polizeifergeanten Fries und Karls, die nicht weit von der Fabrik in der Druckrichtung Posten standen, wurden hierbei hochgehoben und mehrere Meter weit fortgeschleudert. Beiden wurden die Kleider völlig zerlegt. Sie erlitten Kontusionen und beide leiden heute noch am Gehör. Wir anderen mehr seitwärts der eigentlichen Druckrichtung stehenden Beamten wurden durch den Luftdruck ebenfalls zu Boden geschleudert, erlitten indes außer dem hiesigen Gendarmeriewachstmeister, welcher leicht am Kopfe verwundet wurde, keine nennenswerten Verletzungen.

Nach der zweiten Explosion entstand eine unbefriedigende Panik. Hunderte von Personen, darunter viele Frauen und Kinder, meist nur auf das Notdürftigste bekleidet, liefen kopflos auf den Straßen umher. Zunächst wurde nur für die Verletzten gesorgt, indem am den Straßen und in einigen Häusern Verbandstationen eingerichtet wurden; dann wurde für die weitere Absperzung der der Fabrik am nächsten gelegenen Straßen, in denen sich auch die am meisten beschädigten und von ihren Bewohnern verlassenen Häuser befanden, gesorgt und deren Bewachung zur Vermeidung von Diebstählen angeordnet. Ein in einem dicht an der Fabrik belegenen Hause ausgebrochener Brand wurde von der hiesigen Feuerwehr gelöscht und dann drei Tote geborgen. Die Sicherheitsbeamten verfahren unter Zuziehung einiger Feuerwehrleute dann die ganze Nacht hindurch und den anderen Tag bis zum Eintreffen auswärtiger Polizeibeamter und Gendarmen Dienst. Der Absperungs- und Patrouillendienst mußte bis zum 10. Dezember 1906 durchgeführt werden, da bis dahin noch Explosionsgefahr bestand und sich auch viel Gefindel um diese Zeit hier herumtrieb. Besonders erschwert wurde der Dienst durch die regnerische kalte Witterung. Dazu standen den Sicherheitsbeamten nur einige zu Lagern (Strohlager) hergerichtete Schlafräume zur Verfügung. Die Aufsicht über die in Annen stationierten Beamten wurde außer mit von einem auswärtigen Kommissar und drei Gendarmerie-Oberwachmeistern ausgeübt. Mit dem Wittener Kommando wurde Hand in Hand gearbeitet und es funktionierte alles vorzüglich. Besonders schwer war der Dienst am Sonntag nach dem Unglück am 2. Dezember 1906, an welchem Tage schätzungsweise über 100 000 Fremde hier waren. Der Bahnbetrieb ging an diesem Tage im wahrsten Sinne des Wortes auf die Polizei und Gendarmerie über. Nur mit deren Hilfe war es möglich geworden, ihn aufrecht zu erhalten.

Das Unglück hätte für Annen bedeutend schlimmere Verluste an Menschenleben als jetzt, wo leider auch schon fünf Tote zu beklagen sind, gebracht, wenn hier nicht sofort die Gefahr einer weiteren Explosion erkannt worden und durch Polizei und Feuerwehr die Reuigerigen zurückgehalten worden wären.

Ministerial-Erlaß.

Verfügung vom 31. Januar und 27. Februar 1907, betr. die Feststellung der Verwendbarkeit eines zu pensionierenden Beamten in einem anderen Amte.

Der Kunderlaß vom 31. Januar d. J. (Nst. a), betr. die Feststellung der Verwendbarkeit eines zu pensionierenden Beamten in einem anderen Amte,

hat auch im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern Anwendung zu finden.

Berlin, den 27. Februar 1907.

Der Minister des Innern:
Im Auftrage: v. Kising.

a.

Die königliche Oberrechnungskammer hat die Wahrnehmung gemacht, daß die mit der Pensionfestsetzung betrauten Behörden häufig die Pensionierung von Beamten allein auf Grund der Feststellung ihrer Unfähigkeit zur ferneren Verrichtung ihres bisherigen Amtes versügen, ohne die Möglichkeit ihrer anderweiten Verwendung zu prüfen, trotzdem die körperlichen und geistigen Kräfte der Beamten zur Wahrnehmung leichterer Dienstverrichtungen in anderen amtlichen Stellen noch ausreichend eiskennen. Dieses Verhalten widerspricht der Bestimmung zu Nr. 1 des Kunderlasses vom 20. Juli 1884 — MinBl. d. i. Verw. S. 194 —. Nach dieser darf die Pensionierung erst dann ausgesprochen werden, wenn feststeht, daß der Beamte wegen Schwäche seiner geistigen und körperlichen Kräfte dauernd unfähig ist, nicht nur die Pflichten des ihm übertragenen Amtes, sondern auch die Pflichten eines anderen Amtes derselben Verwaltung von nicht geringerem Range und Dienstverkommen zu erfüllen.

Ist nach dem Gesundheitszustande und dem Lebensalter eines Beamten, der für das von ihm bekleidete Amt dauernd unfähig geworden ist, Grund zu der Annahme vorhanden, daß er in einem anderen Amte noch mit Erfolg und nicht nur vorübergehend würde verwertet werden können, so ist ihm ein solches Amt zu übertragen. Diese Maßnahme wird insbesondere dann in Frage kommen, wenn ein bisher im Aufwandsdienst beschäftigter Beamter zwar die mit diesem verbundenen Anstrengungen nicht mehr ertragen oder ohne Gefahr für seine Gesundheit den Unbilden der Witterung sich nicht mehr aussetzen kann, den Anforderungen des Innendienstes aber, für welchen im allgemeinen eine geringere körperliche Kräftigkeit ausreicht, noch gewachsen erscheint.

Die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Regierungen, welchen für den Bereich mehrerer Ressorts die Anstellungs- und Pensionierungsbesugnis für bestimmte Beamtenkategorien zusteht, haben eintretendenfalls ihre Prüfung nicht nur darauf zu beschränken, ob der Beamte noch in einer anderen Stelle derselben Verwaltung zweckmäßig Verwendung finden kann, sondern auch darauf zu erstreben, ob etwa innerhalb der übrigen ihnen unterstehenden Verwaltungszweige

dem Beamten eine geeignete Stelle übertragen werden kann, wobei kein Unterschied zu machen ist, ob die Anstellungsbefugnis für die betreffende Stelle den Regierungspräsidenten oder den Regierungen zusteht, so daß für die von letzteren zu pensionierenden Beamten auch die den ersteren unterstellenden Beamtenstellen in Betracht kommen und umgekehrt. Beispielsweise ist, wenn ein Unterbeamter der Strom- und Kanalbauverwaltung für den Augen dienst nicht mehr geeignet ist, zu prüfen, ob er noch für den Dienst eines Kassendieners oder Woten bei der allgemeinen Verwaltung brauchbar ist. Erst wenn festgestellt ist, daß in dem Anstellungsbezirke überhaupt keine geeignete Stelle innerhalb der mehreren in Betracht kommenden Ressorts frei ist, darf die Pensionierung verfügt werden.

Liegen besondere Gründe für die Annahme vor, daß der Beamte in einem anderen Anstellungsbezirke des Ressorts, welchem er angehört, erfolgreich Verwendung finden kann, so wird vor seiner Pensionierung eine Anfrage bei der zuständigen Behörde in Erwägung zu nehmen sein.

Eine Anfrage bei Anstellungsbehörden eines anderen Ressorts über die Verwendbarkeit eines Beamten wird nur ganz ausnahmsweise bei besonderem Anlaß angezeigt sein.

Voraussetzung für die Überführung eines Beamten in eine andere Stelle ist, daß er die Anstellungsbedingungen für diese erfüllt. Zu berücksichtigen ist hierbei aber, daß nach § 10 Nr. 3 der Grundzüge für die Befestigung der Zuständigkeiten und Unterbeamtenstellen mit Militär-Beamten — MinBl. d. i. Verw. 1893 S. 235 — die den Militärbeamten vorbehaltenen Stellen auch nicht versorgungsberechtigte Beamten betreffen werden können, wenn diese anderenfalls wegen Unbrauchbarkeit für den Dienst in den Ruhestand versetzt werden müßten. Von solchen Verleihungen ist jedoch gemäß dem zweiten Satze der angezogenen Bestimmung dem Kriegsministerium Kenntnis zu geben.

Endlich ist zu beachten, daß der Beamte nach § 87 Disziplinar-Ges. ohne seinen Willen in ein anderes Amt nur dann versetzt werden darf, wenn dieses nicht mit geringerem Range und etwas höherem Dienstverdienst als das bisher bekleidete ausgestattet ist. Als eine Versetzung im Einkommen ist es nicht anzusehen, wenn die Gelegenheit zur Verwaltung von Nebenämtern

entzogen wird oder der Bezug der für die Dienstunkosten besonders ausgelegten Einnahmen mit diesen Unkosten selbst fortfällt. Ebensovienig liegt eine unzulässige Verachtlichung des Beamten vor, wenn dieser in dem früheren Amte eine höhere Gehaltsstufe hätte erreichen können, als es in dem neuen Amte möglich ist, da dem Beamten ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Gehaltszulagen nicht zusteht. Es genügt vielmehr, wenn ihm dasjenige pensionsfähige Dienstverdienst weiter gewährt wird, welches er im Zeitpunkt seiner Überführung in das neue Amt tatsächlich bezogen hat.

Ein Hochwohlgeborener wolle demgemäß in Zukunft verfahren und in jedem Falle der Pensionierung eines Beamten, in welchem eine Verwendung desselben in einem anderen Amte überhaupt in Frage kommen kann, attennmäßig feststellen, aus welchem Grunde eine solche anderweitige Verwendung nicht erfolgt ist.

Berlin, den 31. Januar 1907.

Der Finanz-Minister.

Rttr. v. Reinduben.

Der Minister des Innern.

v. Bethmann-Hollweg.

Aus den Parlamenten.

Das preussische Abgeordnetenhaus verhandelt in erster und zweiter Lesung über den auf Seite 533 des „Gendarm“ des vorigen Jahrgangs im Parlamentsbericht aus dem preussischen Herrenhause abgedruckten Entwurf zur Veränderung des Gesetzes, betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen vom 23. April 1883, wie folgt:

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Wir geben über zu Punkt 3 der Tagesordnung.

Erste und zweite Beratung des Gesetzesentwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen, vom 23. April 1883 (Gesetzblatt. 1883 S. 63).

Ich eröffne die allgemeine Berberatung. — Das Wort ist nicht verlangt; ich schließe die Berberatung.

Darum ist die erste Lesung beendet. Eine Kommissionsberatung ist nicht beantragt.

Ich eröffne daher die zweite Lesung, und zwar die Berberatung über den einzigen Paragraphen des Gesetzes. — Das Wort wird hier auch nicht verlangt; die Berberatung ist geschlossen. Ich darf festhalten, daß das Gesetz den einzigen Paragraphen angenommen hat. Ich eröffne die Berberatung über den Artikel und die Einleitung. — Das Wort ist nicht verlangt; die Berberatung ist geschlossen. Artikel und Einleitung sind angenommen.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstellern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schlußleitung.

I. Reichsgericht.

* Deutsches Reich. Gewerbsmäßiges Glücksspiel. Daß der gewerbsmäßige Spieler „etwas verdient hat“, gehört nicht

zum Tatbestande des Vergehens gegen § 284 StGB. Der Begriff der Gewerbsmäßigkeit wird erfüllt durch die auf wiederholtes Spiel und dadurch zu erlangenden fortgesetzten Erwerb gerichtete Absicht. — Entsch. des 5. Straffen. des RG. vom 18. Januar 1907 in Sachen Zipfle und Gen., Berlin. — 5 D 856/06. St.

Deutsches Reich. Diebstahl, Unterschlagung und Hehlerei an Patronenhülsen von Truppenübungsplätzen. Auch an den Messinghülsen von Patronen, die bei Truppenübungen verschossen sind, kann ein Diebstahl oder eine Unterschlagung (Zunbdiebstahl) und mithin Hehlerei begangen werden. Derrenlos wird eine bewegliche Sache nach § 959 BGB nur, wenn der Eigentümer in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz der Sache ausliefert. Wenn dies bei verschossener Munition zutrifft, hängt von den Umständen des einzelnen Falles ab, wobei neben ihrem Werte die Unmöglichkeit oder Schwierigkeit der Auffindung wegen Unbekanntheit mit dem Orte, wo sie sich befindet, wegen Mangels der Verfügung zum Verreten dieses Ortes, wegen vergeblicher Auffindungsversuche u. dgl. in Betracht kommt. Eine von dem Eigentümer auf seinem Grundstück gelassene Sache kommt nicht schon dadurch aus seinem Besitz, daß ihm die Stelle, wo die Sache sich gerade befindet, unbekannt ist, selbst wenn das Grundstück für jedermann frei zugänglich ist. Sie bleibt ihm erst recht unverloren, wenn das Verreten durch Warnungstafeln verboten ist. — Entsch. des 2. Straß. des RG. vom 1. Juni 1906, II 953/05. — Entsch. 39, 26. Et.

***Deutsches Reich. Jahrlässiges Entweichenlassen eines Gefangenen.** Zum Begriff der Jahrlässigkeit ist es nicht erforderlich, daß die mit der Bewachung der Gefangenen beauftragte Person alle einzelnen Umstände voraussehen konnte, unter denen die Flucht eines Gefangenen erfolgen könnte. — Entsch. RG. vom 25. März 1907 gegen den Gefangenenaufseher Christian Ulrich zu Hildesheim. rz.

***Deutsches Reich. Urkundenfälschung.** Auch ein den Formvorschriften über Testamentserrichtung nicht genügender Zettel, durch den die Erben in den Glauben versetzt werden sollten, der Erblasser habe den Zettel selbst geschrieben und damit über seine Hinterlassenschaft Bestimmung treffen wollen, ist als beweiserhebliche Privaturkunde anzusehen. Die fälschliche Anfertigung und Unterschreibung solcher Zettel ist daher als Urkundenfälschung zu bestrafen. — Entsch. RG. vom 25. März 1907 in Sachen Malwine Greve in Barl, Holsstein. rz.

II. Kammergericht.

***Preußen. Nächtliches Regelspiel.** Durch Polizeiverordnung kann eine bestimmte Schlusstunde für den Regelbahnbetrieb nicht vorgeschrieben werden. Zwar läge eine solche Verordnung an sich innerhalb des Rahmens des § 10 AR. II, 17 und des § 6e des Polizeiverwaltungsgesetzes (Wahrnehmung des öffentlichen Interesses in bezug auf die Wein-, Bier- und Kaffeewirtschaften und sonstige Einrichtungen zur Verabreichung von Speisen und Getränken). Indessen kann die Verordnung nur den Zweck haben, ruhestörenden Lärm zu verhüten; der Gegenstand der ungebührlichen Erregung ruhestörender Lärms ist aber durch § 300¹ StGB. erschöpfend geregelt. Daneben ist für eine über § 300¹ StGB. hinausgehende Strafbestimmung einer Polizeiverordnung kein Raum. Hiermit soll keineswegs gelagt werden, daß nun etwa die ganze Nacht geregelt werden darf. Der einzelne Regler kann sehr wohl aus § 300¹ StGB. bestraft werden, wenn damit ruhestörender Lärm verbunden ist. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 18. März 1907 in Sachen Bastian-Vonn. C. v. K.

***Preußen. Rauchen der Omnibusfahrer.** Das Verbot des Tabakrauchens ist nach § 37 GewO. gültig. Die Polizeibehörden haben das Recht, auch über § 6 des Polizeiverwaltungsgesetzes hinaus die Unterhaltung des öffentlichen Fußverkehrs innerhalb der Orte zu regeln. Zweck des Rauchverbots ist die Bewahrung der Fahrgäste vor Belästigung. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 25. März 1907 gegen Krämer in Reddinghausen. C. v. K.

***Preußen. Versammlung.** Dem Vereinsgesetz unterliegen politische Versammlungen auch dann, wenn sie in einer Privatwohnung stattfinden. Es ist Tatfrage, ob im einzelnen Falle anzunehmen ist, daß eine „Versammlung“ stattgefunden habe, also eine nicht allzu klein bemessene Menschenmenge vorhanden gewesen sei. Unter Umständen kann eine Versammlung bereits in der Zusammenkunft von sechs Personen erblickt werden. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 19. März 1907 in Sachen Hoffmann-Vielefeld. C. v. K.

***Preußen. Zwanglose Besprechung.** Zum Begriff der „Versammlung“ gehört es nicht notwendig, daß eine Rednerliste geführt, förmlich das Wort erteilt und ein Bureau gewählt wird. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 4. April 1907 in Sachen Wehler-Vielefeld. C. v. K.

***Preußen. Hartnäckiger Ungehorsam des Gefindes.** Hartnäckigkeit setzt nicht eine Wiederholung voraus. Auch ein einmaliger, besonders widerpenftig befundener Ungehorsam kann als hartnäckig im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 24. April 1854 gelten. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 28. März 1907 gegen Kottusch-Dauzig

E. v. R.

***Preußen. Krankes Wild.** Die Praxis des Senats nach dem alten Wildschonengesetz vom 26. Februar 1870 geht dahin: Auch ein wundes Tier darf nicht „getötet“ werden in der Schonzeit, selbst nicht vom Jagdeigentümer, und zwar auch dann nicht, wenn die Absicht nicht besteht, die Vorschriften über die Schonzeiten zu verletzen. Diese Praxis war bekannt. In der Kommission des Abgeordnetenhauses hat bei der Beratung des neuen Wildschonengesetzes ein Abgeordneter hingewiesen auf angriffsfähiges oder stummerndes Wild. Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat daraus aus „töten“ „erlegen“ gemacht. Der Senat meint allerdings: Die Tendenz des Wildschonengesetzes ist nicht die, nur den Jäger zu treffen, der in weidmännischer Ausübung der Jagd in der Schonzeit ein Tier vom Leben zum Tode befördert. Für diese Auffassung spricht vielerlei. Eine Ungerechtigkeit wäre es, wenn nur der wirkliche Jäger strafbar wäre, der andere aber, der aus reinem Übermut, aus Begier handelt, alle möglichen Verletzungen des Wildstandes vornehmen kann, ohne daß er strafbar ist. Denn wegen Sachbeschädigung kann er nicht belangt werden; ein Wild steht so lange nicht im Eigentum jemandes, als es nicht offsnipiert ist. Daß zwischen „töten“ und „erlegen“ von Wild kein Unterschied sein soll, läßt sich nicht annehmen; wenn ein Gesetz den Ausdruck so wechselt, so muß irgend ein Grund vorhanden sein. Es kann sehr wohl sein, daß der Wechsel des Ausdrucks infolge jener Bedenken des Abgeordnetenhauses in der Kommission gewählt worden ist, um möglich zu machen, daß ein Tier von seinen Qualen erlöst wird, ohne daß gegen das Wildschonengesetz verstoßen wird. „Erlegen“ heißt zu Boden strecken, zur Strecke bringen, in den Zustand bringen, daß das Tier liegt und nicht mehr umherlaufen kann. Nicht „erlegt“ sondern „getötet“ wird ein Tier, wenn das Leben einem Tier genommen wird, das wund ist, einen Schaden hat, aber doch noch herumgehen kann, noch nicht definitiv „liegt“. Man muß

nach menschlichem Ermessen sagen können: das Tier ist als „erlegbar“ nicht mehr vorhanden, wenn es auch noch atmet. Es muß in kurzem ein Kadaver sein: Es ist Tatfrage, ob ein Tier, das krank ist und von jemand getötet worden ist, „erlegt“ worden ist. Diese tatsächliche Prüfung wird den schwereren Folgen einigermaßen entgegengewogen, die daraus entstehen, daß der Mensch, wenn er ein Wild im Walde tötet, dabei allein ist, so daß seine Angaben nicht leicht widerlegt werden können. Die Rechtsprechung wird indeß nicht gut tun, gleich anzunehmen, daß es sich um ein Wild handelt, das nicht mehr lebensfähig ist. — Entsch. des 1. Straß. des RG. in Sachen Scholnecht - Grinnem vom 22. März 1907.

E. v. R.

***Preußen. Freiwilliger Kolportagebuchhandel.** Als Regel ist anzunehmen, daß nur der ein Gewerbe betreibt, der selbst einen Vorteil für sich haben will. Man kann aber auch ein Gewerbe betreiben in der Absicht, daß der Gewinn einem anderen zugewandt werde. Der Verkauf des Kriegsrufs der Heilsarmee gilt als Gewerbe, obgleich der Verkäufer des Kriegsrufs den Erlös nicht für sich erhält. Ebenso liegt Gewerbebetrieb vor, wenn jemand Volkskalender im Interesse einer bestimmten Partei vertreibt. — Entsch. des 1. Straß. des RG. in Sachen Höhle-Oberhausen vom 7. März 1907.

E. v. R.

III. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Rußkaußführungen im Umherziehen. Wer außerhalb seines Wohnortes oder des Sitzes seiner gewerblichen Niederlassung ohne vorherige Bestellung das Rußfargewerbe ausüben will, bedarf nach § 55 GewO. eines Wandergewerbecheins. Auch für den Umkreis von 15 Kilometern Entfernung von seinem Wohnort ist er von der Lösung eines Wandergewerbecheins nicht befreit; denn das Rußfargewerbe fällt nicht unter das „Anbieten gewerblicher Leistungen“. Dies geht schon daraus hervor, daß Rußkaußführungen in § 55 Ziffer 4 GewO. gesondert aufgeführt sind, nachdem in § 55 Ziffer 3 das Anbieten gewerblicher Leistungen erwähnt ist. Es b. darf daher auch seiner Erörterung, ob Rußkaußführungen im Umherziehen „landesüblich“ sind. — Entsch. Bay. OLG. vom 6. März 1906. — St. 353. — St.

IV. Oberlandesgericht Braunschweig.

Deutsches Reich. Jagdausübung an von Menschen besuchten Orten. Auch in Ausübung der Jagdberechtigung ist das Schießen mit Feuerwaffe an von Menschen besuchten Orten nach § 367^a RStGB. verboten. Auch bei Ausübung des Jagdrechts sind die allgemeinen polizeilichen Vorschriften zu beachten. § 367^a StGB. bezieht sich nicht nur auf Gefährdung von Menschenleben, sondern es soll auch Belästigungen vorgebeugt werden, so daß auch die akustischen Wirkungen des Schusses in Rücksicht gezogen werden müssen. Daß eine Straße als Ort gilt, der von Menschen besucht wird, ergibt sich schon aus dem allgemeinen Sprachgebrauch; man spricht von verkehrsreichen und verkehrsarmen Straßen. — (Entsch. Straß. Braunschweig vom 12. März 1907 gegen den Landwirt Heinrich zu Bürgerei-Thedinghausen. — St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Stellenvermittlergewerbe und Gefindedienstbücher. Am 5. März 1907 hat der preussische Handelsminister neue Vorschriften für den Geschäftsbetrieb der Gefindedermieter und Stellenvermittler (mit Ausschluß der Theateragenten) erlassen. In Anschluß daran verordnet der preussische Minister des Innern folgendes:

1. Vom 1. Juli 1907 ab sind neue Gefindedienstbücher nach dem durch die Instruction des Ministers des Innern vom 26. Februar 1872 vorgeschriebene Formular mit der durch die neuen Vorschriften bedingten Abänderung anzulegen, daß zwischen den Spalten 6 und 7 des bisherigen Modells eine neue Spalte mit der Überschrift:

„Vor- und Name und Geschäftstotal des Gefindedermieters. Datum des Vertragschlusses.“

eingesetzt wird, die jedesmal im Anschluß an das Vermittlungsgeschäft, falls ein solches stattgefunden hat, von dem Gefindedermieter auszufüllen ist.

Die vor dem 1. Juli 1907 ausgefertigten Gefindedienstbücher dürfen weiter benutzt werden. In diesen Büchern finden die im vorstehenden angeordneten Eintragungen der Gefindedermieter in Spalte 7 Platz.

2. Den neuen Gefindedienstbüchern ist der auf der Rückseite des Modells C zu dem „Ausweise“ abgedruckte Auszug aus den Vorschriften des Ministers für Handel und Gewerbe vom 5. März 1907 vorzudrucken.
3. Die Ortspolizeibehörden haben sich bei der Anmeldung der Dienstboten neben dem Gefindebuche jedesmal den von dem Gefindedermieter ausgestellten „Ausweis“ vorlegen zu lassen.

Stadterweiterungen. Durch 2 Gesetze vom 27. März 1907 ist die Landgemeinde Trohl der Stadtgemeinde und dem Stadtkreise Danzig, die Landgemeinde Kesselstadt der Stadtgemeinde und dem Stadtkreise Gnanau einverleibt worden.

Sozialdemokratisches. Wegen Verleumdung von Polizeibeamten und Volksschullehrern wurde der Schriftleiter der sozialdemokratischen „Niederrheinischen Volksztg.“ Heise von der Strafkammer zu Duisburg zu 100 M. Geldstrafe und 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Verbrechen und Vergehen. Festnahme eines als Dame verkleideten Verbrechers. Einem Kriminalbeamten gelang es, einen als Dame verkleideten tief verkleideten Verbrecher dadurch als Mann zu erkennen, daß er ihm auf einer Eisenbahnfahrt fortgesetzt Tabakrauch ins Gesicht blies. Jede Dame hätte sich solche Unverschämtheit verbeten; der Mann mußte sich davor hüten, da er sich sofort durch seine Stimme verraten hätte.

Kurpfuscher und Geheimmittel. Schwindel. Gewarnt wird durch den Städtischen Ortsgesundheitsrat zu Karlsruhe vor den Anpreisungen eines gewissen Emil L. Kahler, ferner wiederholt vor „Dr. Wagners Antipositin“ und durch das Polizeiamt Darmstadt vor dem „Menstruationspulver Geisha“. Letzteres für 8 M. angepriesene Geheimmittel besteht lediglich aus 30 Gramm römischer Kamille (Apothekenerpreis 0,30 M.)

Ein neuer Gaunertrick ist in Brüssel bei Vermietern von Pensionen versucht worden. Auf Angebote, welche Pensionshalter an ausländische Kesselfanten richteten, wurden die Pensionen — offenbar immer von ein und derselben Person — gemietet, das Eintreffen für die nächsten Tage in Aussicht gestellt und gleichzeitig um Einlösung des bereits vorausgeschickten Gepäcks gebeten, Abrechnung solle bei Ankunft des Mieters erfolgen. Das Gepäck kam aber nicht, wohl aber in jedem Falle eine Auforderung aus London von einer „Expeditionsfirma“ die Transportkosten vorher einzulösen, da nach dem Auslande nicht anders erpediert werde. Gleichzeitig wurde bemerkt, daß bei Nichteinsendung des Geldes keine Verantwortung für Verzögerung und Beschädigung übernommen werde. Eingezogene Erkundigungen offenbarten alsbald den Schwindel; denn weder bestand die „Expeditionsfirma“ zu London, noch waren die Mieter selbst später aufzufinden.

Kampf mit Einbrechern. Am 22. März früh zwischen 5 und 6 Uhr hatte Kamerad Fußgänger. Wachtm. Pärplies zu Drohl a. Rhein einen Kampf mit einer Einbrecherbande zu bestehen, bei dem er schwer verwundet wurde. Die Einbrecher waren schon seit einigen Stunden von dem Polizeidiener verfolgt worden, der sich allein der Bande gegenüber aber nicht gewachsen fühlte und den Kameraden Pärplies riefte. Pärplies jagte den Einbrechern auf dem Rade nach und holte sie auch bald am Ausgange von Drohl nach Andernach ein. Als er abprang und ihre Papiere forberte, erhielt er

von einer bei der Wunde befindlichen Frauenperson einen Schlag mit einem Stemmeisen auf die linke Schläfe, der ihn betäubte. Er fiel mit dem Kabe hin und wurde nun mit seinem eigenen Säbel, den man ihm entrißen hatte, am Kopf schwer verwundet. Als ihm der Lauf eines Revolvers in den Mund gesteckt wurde, kam er zu sich und konnte, noch ehe der Schuß abging, den Kopf wenden. Der Schuß drang ihm in die rechte Brust, prallte aber glücklicherweise an einer Rippe ab. Ein weiterer Schuß streifte ihn am Kopf. Ein Mitglied der Bande stieß ihm den Daumen ins Auge, um ihn am Sehen zu verhindern. Wäpries gab nun mit geschlossenen Augen 4 Schuß ab, scheint nach den Blutspuren auch getroffen zu haben. Festgenommen wurden die Frauenperson und ein Mann.

Personalveränderungen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben die Erlaubnis zur Anlegung erteilt:

des Großherzoglich Luxemburgischen Kommandeurkreuzes des Ordens der Ehrenkrone

dem Obersten Lehr, Brigadier der 11. Gendarmerie-Brigade, der Königlich Niederländischen Ehren-Medaille zum Orden von Oranien-Nassau in Silber mit Schwertern dem Oberwachmeister Ortmann in der 8. Gendarmerie-Brigade.

Kloß, Generalmajor und Brigadier der Gendarmerie-Brigade in Elßah-Lotzringen, ein Patent seines Dienstgrades verliehen.

v. den Brinden, Oberstleutnant und Brigadier der 8. Gendarmerie-Brigade, Geppert, Oberstleutnant und Brigadier der 2. Gendarmerie-Brigade, der Charakter als Oberst verliehen.

Jordan, Hauptmann in der 7. Gendarmerie-Brigade, in die 11. Gendarmerie-Brigade, Knur, Hauptmann in der 8. Gendarmerie-Brigade, in die 7. Gendarmerie-Brigade versetzt.

v. Eggers, Hauptmann z. D. und Bezirks-offizier beim Landwehrbezirk Wesel, von dieser Stellung entbunden und als Hauptmann in der 8. Gendarmerie-Brigade angestellt.

Döllner-Hundi, Hauptmann in der 11. Gendarmerie-Brigade, mit der Aussicht auf Anstellung im Zivildienst und der Erlaubnis zum Tragen der Armeeform, der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt.

Stab.

H. Schmidt, 2. G.-M.-R., am 1. 4. 07 als H. a. Pr. und Korps-Schreiber nach Berlin einberufen.

1. Brigade.

H. B. Quednau, Dahnen d. Schirwindt, am 1. 4. 07 nach Benslowischen d. Billupönen Kr. Stalupönen vers. — H. B. Rabitz II, Benslowischen, am 1. 4. 07 nach Dahnen d. Schirwindt vers. — H. B. Ralduan, Kraupischen Kr. Ragnit, am 1. 4. 07 nach Ruten Kr. Angerburg vers. — H. B. Pollad, Willenberg O.-Pr. am 1. 4. 07 nach Ringen b. Rheinswein vers. — H. B. Vehrenb, Radzienen b. Kr. Velschienen Kr. Ortelsbg., am 1. 4. 07 nach Wartenburg O.-Pr. vers. — H. B. Wlaschowski, Wartenburg O.-Pr., am 1. 4. 07 nach Soldau O.-Pr. vers. — H. B. Hill, Soldau O.-Pr., am 1. 4. 07 nach Radzienen b. Kr. Velschienen Kr. Ortelsburg vers. — H. B. Krüger VIII, Heilsberg, am 1. 4. 07 nach Widen vers. — H. a. Pr. Wöhl, Widen, am 1. 4. 07 nach Regerteln vers. — H. B. Adam, Grünheide O.-Pr., am 1. 4. 07 nach Heilsberg vers. — d. W. Hartmann, Schernen bei Carlsberg, am 1. 4. 07 als H. B. und Brig.-Schreiber nach Königsberg vers. — H. B. Kartosta, Proßiten O.-Pr., am 1. 4. 07 nach Ilowo Kr. Reidenburg, vers. — Regella, Ilowo Kr. Reidenburg, am 1. 4. 07 nach Proßiten O.-Pr. vers. — H. B. Schrotter, Bischofsburg, am 1. 4. 07 nach Lipowitz vers. — H. B. Schneider II, Lipowitz, am 1. 4. 07 nach Bischofsburg vers. — d. W. a. Pr. Malwitz, Grabowen, am 1. 4. 07 nach Willenberg O.-Pr. vers. — d. B. Kolberg I, Ringen b. Rheinswein, am 1. 4. 07 als H. B. nach Wallendorf b. Kallendorn vers. — H. B. Korn, Wallendorf b. Kallendorn, am 1. 4. 07 zur 6. Brigade nach Schwoitsch vers. — d. B. Kempowski, Ruten Kr. Angerburg, am 1. 4. 07 nach Trempen vers. — d. B. Kefusa, Trempen, am 1. 4. 07 nach Schmalleningken vers. — H. B. Banast, Schmalleningken, am 1. 4. 07 nach Kraupischen Kr. Ragnit vers. — H. B. a. Pr. Lupp, Ringen, am 1. 4. 07 nach Grabowen vers. — H. B. Molitor, Biengstowen b. Ruckhaken, am 1. 4. 07 nach Heinrichsdorf Kr. Reidenburg vers. — H. B. Brunau, Dronselein bei Kolleschischen, am 1. 4. 07 nach Kriegsdehnen b. Rempowitschen Kr. Tilsit vers. — H. a. Pr. Wachen, Kriegsdehnen, am 1. 4. 07 nach Dronselein bei Kolleschischen vers. — H. a. Pr. Ewald, am 1. 3. 07 nach Zapluden vers. und am 8. 4. 07 von seinem Truppenteil zum Wachenmeister bef. — H. B. Weitsch, Mistwalde, am 18. 3. 07 nach Ruckhaken d. Goleisken fndrt. — H. B. Jante, Admonischen b. Goadjuthen, am 18. 3. 07 nach Goadjuthen fndrt. — H. B. Weding, Wemel, am 16. 3. 07 nach Schernen b. Carlsberg fndrt. — H. B. Woelle, Ruckhaken, zur 5. Brigade, Lubisch, fndrt., ist vom 10. 3. 07 ab weiter fndrt. nach Krusik (5. Brigade). — H. B. Triebe, Reidenburg, zur 5. Brigade, Lojewo, fndrt., ist vom 16. 3. 07 ab weiter fndrt. nach Szymborze d. Montow (5. Brigade). H. B. Stenzel, Hermsdorf Kr. Heiligenbeil, am 10. 1. 07 nach Ruckhaken (Wojen) fndrt. trat am 24. 3. 07 von seinem Amte. zurück. — H. B. Majohr, Pölschen, am 16. 2. 07 nach Wubdelfschmen b. Carlsberg fndrt., trat

am 16. 3. 07 von seinem Ambo. zurück. — **Frz. Widley, Rofften, Kr. Pr. Eglau, am 21. 11. 06 nach Wobitzewo 5. Wobleschewo zur 5. Brig. Imbdt., am 2. 3. 07 vom Ambo. zur. — Frz. Schreiber I, Romeiten, am 31. 1. 07 nach Egidien Imbdt., am 12. 2. 07 vom Ambo. zur. — 5. B. Dibijs, Schilchen, am 13. 10. 06 nach Wernatsen Imbdt., am 1. 3. 07 vom Ambo. zur. — Frz. Lawischus, Verjeningten 5. Al.-Königsbruch, am 1. 1. 07 nach Ringstinnen 5. Drozwalbe Imbdt., am 1. 2. 07 vom Ambo. zur. — Frz. Lemse, Königsberg Pr., erb. Bez. I. — 5. B. Lemse, Mittel-Pogoben, erb. Bez. II. — Frz. Gludau, Wabbeln, erb. Bez. I. — Frz. Gludau, Wukaten, erb. Bez. II. — Frz. Lenkeit I, Altilta, Bez. I fällt fort. — Frz. v. Uria-Schreiber Nummerer, Königsberg, am 31. 3. 07 von seinem Truppreitell zum Wigetwachmeister befördert.**

2. Brigade.

5. B. Jany, Reimwasser, am 19. 3. 07 nach Wartin verl. — Frz. Wleisch, Treblin, am 1. 4. 07 nach Quadenburg verl. — Frz. Schmidt IV, Quadenburg, am 1. 4. 07 nach Treblin (Pom.) verl. — Frz. Paris, Grimmen, am 1. 4. 07 nach Rummelsburg (Pom.) verl. — Frz. Albrecht, Rummelsburg, am 1. 4. 07 nach Grimmen verl. — Frz. Ruchner, Carnig, am 1. 4. 07 nach Dorst b. Schlessen verl. — Frz. Reimann, Meischerin, am 1. 4. 07 nach Gark a. Oder verl. — Frz. Bachhoff, Gr.-Sopienthal, am 1. 4. 07 nach Wörken verl. — Frz. Schmidtle, Gingsl, am 22. 3. 07 nach Wobbin 5. Landen (Oranig) Imbdt. — Frz. Spiegel, Rimmerow, am 22. 2. 07 nach Darsband 5. Putbus Imbdt. — Frz. Wehke II, Wodejuch, am 1. 3. 07 nach Eydowdau, Kr. Greifenhagen Imbdt.

3. Brigade.

Frz. Dubiel, Dühringshof, am 1. 4. 07 nach Gröbchen 5. Breslau 3. 6. Brig. verl. — Frz. Goerich, Buch, Wz. Polab., am 1. 4. 07 als 1. verl. — Fr. a. Pr. Albrecht, Spandau, am 1. 4. 07 nach Bornstedt (Mort) als Frz. a. Pr. verl. — Frz. Teitze, Strig (Priganig), am 1. 11. 06 ohne Bef. beurl., am 1. 5. 07 in Spandau als Frz. wiederingestellt. — 5. B. a. Pr. Bleck, Tschow (Priganig), am 31. 3. 07 zur Trup. zur. — Frz. v. Uria-Schreiber Verständig (vom 1. 4. 07 ab etatsm. Wend.), wohnt jetzt Charlottenburg, Westalozjstr. 57a, v. pfr.

4. Brigade.

Frz. Körner II, Keldro, am 1. 10. 06 nach Heringen (Helme) Imbdt., ist vom Ambo. zurückgetreten.

5. Brigade.

5. B. Rohn I, Strelno, am 1. 4. 07 als Frz. nach Orkheim (Kr. Rogilno) verl. — 5. B. Schreiber, Strelno, am 1. 4. 07 nach Kaiserfeld (Kr. Rogilno) verl. — Frz. Klobblicher, Rolutow, am 1. 4. 07 nach Woguslaw (Wz. Posen) verl. — 5. B. Hiebig, Kaiserfeld, am 1. 4. 07 als Frz. nach Scharfenort verl. — 5. B. Wuk, Rolutow, am 1. 4. 07 nach Woguslaw (Wz. Posen) verl. — 5. B. Schwirten, Tirschtiegel, am 1. 4. 07 nach Samter verl. —

5. B. a. Pr. Schauer, Samter, am 1. 4. 07 nach Bräg verl. — 5. B. Sattellau, Oranowo, am 1. 4. 07 nach Schroda verl. — Frz. Schmidt VI, Rosko, am 1. 4. 07 nach Polondowo 5. Magimilianowo (Kr. Bromberg) verl. — 5. B. Holz, Labiskin, am 1. 4. 07 als Frz. nach Zedler 5. Turlo verl. — 5. B. Junke, Kales, am 1. 4. 07 nach Strelno verl. — 5. B. Salbenblatt, Kruschwig, am 1. 4. 07 als Frz. nach Paruchowo 5. Komorze verl. — 5. B. a. Pr. Biell, Schroda, am 1. 4. 07 nach Oranowo verl. — Frz. Meyer, Golefjann, am 1. 4. 07 nach Mittelwalde 5. Woieljann verl. — 5. B. Wichert, Bräg, am 1. 4. 07 nach Tirschtiegel verl. — 5. B. Nau, Dragig, am 1. 4. 07 nach Schneidemühl verl. — Frz. Woller, Paruchowo, am 1. 4. 07 nach Kulenbain verl. — Frz. Rübinkst, Gr.-Girle, am 1. 4. 07 zur 8. Brig. nach Treis (Wofel). — Frz. Winter, Jun, am 3. 1. 07 nach Al.-Laski 5. Gonsawa Imbdt., trat von seinem Kommando zurück. — Frz. Poelt, Tremejen, am 15. 11. 06 nach Orkheim (Kr. Rogilno) Imbdt., trat am 23. 2. 07 vom Ambo. zur. — Frz. Richter, Chronischewig, am 16. 1. 07 nach Wola-Geistl bei Plecken Imbdt., trat am 2. 3. 07 vom Ambo. zur. — Frz. Kofin, Rischow, am 10. 1. 07 nach Suchorow bei Plecken Imbdt., trat am 1. 3. 07 vom Ambo. zur. — 5. B. Kimpel, Opaleniga, erb. Bez. I. — Frz. Kimpel, Stralowo, erb. Bez. II. — Frz. Drehter, Langenheim 5. Ofrowo (Wz. Posen), erb. Bez. I. — Frz. Drehter, Wolfstein (Wz. Posen), erb. Bez. II. — Frz. Thomas, Opadow (Wz. Posen), erb. Bez. I. — 5. B. Thomas, Mieschischlo, erb. Bez. II. — Frz. Heinrich, Kopienno, erb. Bez. I. — Frz. Heinrich, Posen, erb. Bez. II. — 5. B. Draeger, Wiltowo, erb. Bez. I. — Frz. Dreger, Polanowo 5. Powidz, erb. Bez. II. — Frz. Road, Schwierzen, erb. Bez. I. — 5. B. Road, Margonin, erb. Bez. II. — 5. B. Grohmann, Wode, erhält Bez. I. — Frz. Grohmann, Neuborf a. B., erhält Bez. II. — Frz. Hoffmann, Neuborf a. B., erhält Bez. IV. — Frz. Holz, Marianowo, erhält Bez. III. — 5. B. Schmidt, Kruschwig, erhält Bez. VII. — 5. B. Kugner, Bromberg, erhält Bez. I. — Frz. Kugner, Dt. Rosamin, erhält Bez. II. — 5. B. Wolff, Kollietine Wz. Pol. erhält Bez. I. — Frz. Wolff, Brenno 5. Weine erhält Bez. II. — Frz. Wendland, Wachorcie 5. Kruschwig, erhält Bez. III. — Frz. Thiele, Solarz (Posen), erhält Bez. I. — 5. B. Thiele, Kröben, erhält Bez. I.

8. Brigade.

Frz. Spedmann, Trier, am 1. 4. 07 nach Hammerstein bei Oberstein verl. — Frz. Wahl, Trier, am 1. 4. 07 nach Neunkirchen, Wz. Trier verl. — Fr. a. Pr. Schmig, Krätrath, am 1. 4. 07 nach Venrath verl. — 5. B. Rüden, Wöhwinkel, am 1. 4. 07 nach Haan verl. — Frz. Müller XXIV, Braeth, am 1. 4. 07 nach Vorbed III bei Hintrop verl. — Frz. Engelmann, Wittingen, am 1. 4. 07 nach Neunkirchen, Wz. Trier verl. — Fr. a. Pr. Hansi, Vorbed III am 1. 4. 07 nach Jünkerath verl. — Frz. Wiegand, Schmachendorf, am 1. 4. 07

nach Baal verl. — b. G. a. Pr. Zahl, Alpen, am 1. 4. 07 nach Hochheide verl. — b. B. Philipps, Kupferdreh, am 1. 4. 07 nach Freudenbergrheinland verl. — b. B. a. B. Odenthal, Kreuznach, am 1. 4. 07 nach Montjoie verl. — b. B. Gledler, Montjoie, am 1. 4. 07 nach Kreuznach verl. — b. G. a. Pr. Schaneng, Rheinb., am 1. 4. 07 nach Hammerum b. Dörfum verl. — b. B. Gafch, Dingen, am 1. 4. 07 nach Dirmingen verl. — b. B. Lahmer, Krumkichen, am 1. 4. 07 nach Wütlingen, Bz. Erier, verl. — b. B. Schnörpel, Hammerum, am 1. 4. 07 nach Rheinbaben verl. — b. B. Strüning, Baal, am 1. 4. 07 nach Schmachtdorf, Kr. Ruhrort, verl. — b. B. Woforski, Hochheide, am 1. 4. 07 nach Alpen verl. — b. B. Sturm, Kempenich, am 1. 4. 07 nach Kupferdreh verl. — b. B. Hofmann VI, Kempen, am 1. 4. 07 nach Mühlhausen, Bz. Düsseldorf, verl. — b. G. a. Pr. Steinh, Burladingen, am 1. 4. 07 nach Beringensstadt verl. — b. B. Maier X, Hochheide, am 1. 4. 07 nach Burladingen, Hohenjollern, verl. — b. B. Vogt I, Hamm, am 1. 4. 07 nach Oberbieber, Kr. Neuwied, verl. — b. B. Stöwer, Daan, am 1. 4. 07 nach Vogtwinkel verl. — b. B. Mezgo, Rohrwinkel, am 1. 4. 07 nach Gräfrath, Kr. Solingen, verl. — b. G. a. Pr. Bonn, Kupferdreh, am 1. 4. 07 nach Kempenich verl. — b. B. Kantalberg, Freudenburg, am 1. 4. 07 nach Kupferdreh verl. — b. G. a. Pr. Wagenhaus, Beringensstadt, am 1. 4. 07 nach Hochheide verl. — b. B. Schüler II, Ludenburg, postm. Bezeichn. des Standorts ist jetzt Ludenburg b. Gerresheim. — O.B. Wontenacke, Palmedu, am 30. 1. 07 nach Recht lmbdt., trat am 22. 8. 07 vom Rndo. zur. — O.B. Hartmann, Merzig, am 14. 12. 06 nach Hoozraß b. Hausstadt, Kr. Merzig lmbdt., trat am 9. 3. 07 vom Rndo. zur. — b. B. Senelles, Mögen, am 6. 2. 07 nach Rodt b. St. Vith lmbdt., trat am 22. 8. 07 vom Rndo. zur. — b. B. Romberg, St. Vith, am 30. 1. 07 nach Recht lmbdt., trat am 25. 2. 07 vom Rndo. zur. — b. B. Hampe, Gemünd, am 26. 1. 07 nach Stettensheim Rds. Schleiden lmbdt., trat am 13. 3. 07 vom seinem Rndo. zur. — b. B. Brandt I, Losheim, am 12. 12. 06 nach Donsraß b. Hausstadt Rds. Merzig lmbdt., trat am 9. 3. 07 vom seinem Rndo. zur. — b. B. Robb, Ballendar, am 11. 1. 07 nach Gemünden (Dunsrüd) lmbdt., trat am 28. 2. 07 vom seinem Rndo. zur. — b. B. Minchow, Homburg Rhein, postm. Bezeichn. des Standorts ist jetzt Homburg a. Niederrhein. — b. B. Splittor, Hochheide, postm. Bezeichn. des Standorts ist jetzt Homburg-Hochheide.

9. Brigade.

b. B. Albrecht, Tönning, am 1. 4. 07 zur 8. Brig. als b. B. nach Hamm (Sieg) verl.

10. Brigade.

b. B. Beumer, Solingen, am 1. 4. 07 als O.B. a. Pr. nach Rorthheim (Hannover) verl. — O.B. Reier I, Rorthheim, am 1. 4. 07 nach Wittingen verl. — b. B. Grube, am Meine 1. 4. 07 nach Gattorf b. Hallersleben verl. — O.B. Efferg, Ratzen, am 1. 4. 07 nach Hameln verl. — b. B. Vofse, Wülen, am 1. 4. 07 nach Swingen verl. — O.B. Wähmann, Hameln, am

1. 4. 07 nach Wittmund verl. — O.B. Bienenr, Wittmund, am 1. 4. 07 nach Ratzen verl. — b. B. Weimelde, Wittingen, am 1. 4. 07 nach Halem b. Zimmer b. Hannover verl. — b. B. Bedmann, Dorum, am 1. 4. 07 nach Spiela b. Lorum verl. — b. B. Wiende, Lingen, am 1. 4. 07 nach Haleslänne verl. — b. B. Schlämmann, Gattorf, am 1. 4. 07 nach Meine verl. — b. B. Frei, Haleslänne, am 1. 4. 07 g. 6. Brig. nach Gofel b. Breslau 17 verl. — b. B. Hähg, Rordhorn, am 1. 4. 07 g. 6. Brig. nach Krieten verl. — b. B. Sorge, Hilen, am 1. 4. 07 nach Wittingen verl. — b. B. Brudhaus, Luchow, am 1. 4. 07 nach Praest als b. B. g. 8. Brig. verl. — b. B. Wöhrs, Cadenberge, am 15. 12. 06 nach Jeeva lmbdt., am 24. 3. 07 von seinem Rndo. zur.

11. Brigade.

b. B. Reischau, Kr. Almerode, am 1. 4. 07 nach Altenhau b. Weinhau verl. — b. B. Bredsch, Bundenen, am 1. 4. 07 nach Dönnigheim verl. — b. B. Becker, Rottgers, am 1. 4. 07 nach Darmuthschien verl. — b. B. Quetter, Altenhau, am 1. 4. 07 nach Rottgers b. Sterbfirg verl. — b. B. Reumann, Hilders, am 1. 4. 07 nach Kr. Almerode verl. — b. B. Weder VI, Gladenbach, am 1. 4. 07 nach Biedenkopf verl. — b. B. Jeningraf, Biedenkopf, am 1. 4. 07 nach Eppstein verl. — b. B. Wärenlänger, Ufingen, am 1. 4. 07 nach Runkel als b. B. verl. — b. B. Jochim, Darmuthschien, am 1. 4. 07 nach Bundenen verl. — b. B. Schmiot VIII, Ettwilde, am 6. 2. 07 nach Schönberg b. Hohen-Westerwald lmbdt., trat am 31. 8. 07 von seinem Rndo. zurüd. — b. B. Salzer, Griesheim, am 22. 1. 07 nach Künburg (Rahn) lmbdt., trat am 31. 8. 07 von seinem Rndo. zurüd.

12. Brigade.

Biegseldm. Gohmann, Käl. N. 88, am 15. 4. 07 als b. G. a. Pr. u. Brig.-Schreiber nach Langfuhr lmbdt.

Brigade Elbaf-Lothringen.

Biegseldm. Eisenblätter vom Inf. R. Markgraf Karl (7 Brandenb.) Kr. 60 wird am 1. 5. 07 als i. O.B. nach Rolsheim zur Probefienstleistung einberufen. — Biegseldm. Sutter vom Bayer. 2. Train-Bat. wird am 1. 5. 07 als i. b. G. nach Rolsbach, Lothr., zur Probefienstleistung einberufen. Biegseldm. Schmidt vom 10. Lothr. Inf. R. 174 wird am 11. 4. 07 als i. O.B. nach Donclan zur Probefienstleistung einberufen. — Biegseldm. Röß vom Bayer. 2. Fuhrart. R. wird am 1. 5. 07 als i. O.B. nach Regeral zur Probefienstleistung einberufen. — Sergeant Albrecht vom 2. Rhein. Inf. R. 9 wird am 15. 4. 07 als i. b. G. nach Rarolsheim zur Probefienstleistung einberufen. — b. B. Kulas, Rolsheim, am 1. 5. 07 nach Wingen verl. — b. B. Freutel, Javern, am 1. 5. 07 nach Hochfelden verl. — b. B. Probst, Regeral, am 1. 5. 07 nach Rasmünster verl. — b. B. Krebs I, Wörth (Sauer), am 30. 4. 07 penf. — b. B. Schwerdlieger I, Wingen, am 1. 5. 07 penf. — b. B. Schneider I, Rolsbach, Lothr., am 30. 4. 07 penf. — b. B. Schmal, Solane, vom 15. 4. 07 beurl. — b. B. Schmidt II, Hochfelden, am 1. 5. 07 nach Javern verl.

Bücherschau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Der lachende Jurist (homo juridicus ridens). Ein Scherzbuch. Allen Freunden frohfreier Humors zur Erbauung gewidmet von Fritz Höfner, Doktor beider Rechte (d. h. des römischen und kanonischen). E. Pierons Verlag in Dresden. Preis 1 M.

Ein Buch voll köstlichen Humors!

Unregelmäßige Destillation. Ein mnemotechnisches Hilfsmittel der deutschen Lateinschüler in Form einer Schilderung des Aufstandes der Plebejer. Von Heinrich Rühl, Darmstadt. Darmstadt 1907, Verlag von Heinrich Rühl. Preis 30 Pf.

Ein wertvolles Hilfsbuch für die Schüler, wertvoll auch als Hilfsmittel für die Eltern, selbst wenn sie nicht Latein gelernt haben, bei der Beaufsichtigung der Kinder.

Auskunft.

Kam. O. W. in L. Festsetzung einer Geldstrafe unter Androhung einer Haftstrafe gegen einen Weibarm wegen Verletzung einer Polizeiverordnung. Nach § 2 Mil. St. G. O. bleibt den bürgerlichen Behörden die Untersuchung und Entscheidung wegen Zuwiderhandlungen gegen Finanz- und Polizeigesetze, Jagd- und Fischereigesetze sowie gegen Verordnungen dieses Inhaltes überlassen, wenn die Handlung nur mit Geldstrafe und Einziehung oder mit einer dieser Strafen bedroht ist. Der Vollzug (also nur dieser) der am Stiele der Geldstrafe tretenden Haftstrafe (nicht deren Festsetzung) ist mittels Erlassens der Militärbehörde zu bewirken. Hieraus folgt, daß die Polizeibehörde dann auch für die Festsetzung einer Haftstrafe (Haftstrafe) an Stelle der Geldstrafe im Falle des Unvermögens oder für diesen Fall, und zwar nach § 1 Abs. 2 des Gef. vom 28. April 1883 von vornherein, zuständig ist, wenn die Polizei(pp.) Verordnung und ihre Verfolgung überhaupt noch dem § 2 Mil. St. G. O. in ihre Zuständigkeit fällt und die Zuwiderhandlung gegen diese nicht mahlweise auch mit Haftstrafe bedroht ist. Beides ist bei dem in Ihrer Frage angegebenen Fall wohl unzweifelhaft zutreffend. Der § 11 Satz 2 des Gef. vom 28. April 1883 kann gegenüber dem § 2 Mil. St. G. O. nicht mehr in Betracht kommen und löst man auch gegen aktive Militärpersonen die Polizeibehörden unbedenklich in obigem Sinne verfahren. Der § 74 d. V. beschäftigt sich mit dieser Frage überhaupt nicht, sondern wiederholt nur im allgemeinen die Zuständigkeit der

*) Sobald das von uns auf S. 533 des „Weibarm“ vor. Jahrg. und im Parlamentsbericht der gegenwärtigen Nummer erwähnte Gesetz in Kraft getreten sein wird, werden die Polizeibehörden auch gegen Weibarme bei Abtretungen keine Haftstrafen mehr setzen dürfen. Schon jetzt empfiehlt sich diesfalls unter Hinweis auf diesen Gesetz ein Versuch am Niederschlag der Subalternen Haftstrafe und ein Standungsgeld für die Geldstrafe.

Die Entscheidung.

bürgerlichen Behörden in Gemäßheit des § 2 der Mil. St. G. O. Nr. 488. — R.

Kam. Gen. Wachtm. D. in K. Schaft-erlaubnis. Die Bezeichnungen „halbe“ und „volle“ Schaftkonzession beruhen weder auf Gesetz noch Verordnung; sie haben sich vielmehr bei einigen Behörden lediglich gewohnheitsmäßig derart eingebürgert, daß sie diese Ausdrücke sowohl im inneren Verkehr als auch im Verkehr mit dem Publikum und mit anderen Behörden, ohne Irrtümer hervorzurufen, anwenden. Manche Behörden sprechen auch noch von einer Dreiviertelkonzession; daneben wäre auch eine Viertelkonzession denkbar und wird auch oft erteilt, wenngleich wir letzterer Bezeichnung noch nicht degenet sind. Unterschieden werden die Konzessionen je nach dem Umsatz. Vollkonzessionen umfassen den Ausschank von geistigen und nicht geistigen Getränken aller Art, die Dreiviertelkonzessionen erstrecken sich auf alle Getränke außer gewöhnlichem Brantwein und Spiritus, außer auf Wein und Bier also auch auf Rum, Arrak, Kognak und seine Mixturen, natürlich auch auf Getränke, die aus Rum, Arrak und Kognak zusammengebraut werden (Bumch, Grog). Die halbe Konzession ist die Erlaubnis zum Ausschank von Wein und Bier sowie von alkoholfreien und alkoholschwachen Getränken; die Viertelkonzession würde dann auf die Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier und alkoholarmer Getränke beschränkt sein. Ein mit Rum, Arrak oder Kognak hergestelltes Getränk (Bumch, Grog) darf nur verabfolgen, wer zum Ausschank von Rum, Arrak, Kognak oder doch von Bumch und Grog konzessioniert ist.

Nr. 331 a. — St.

Kam. Gen. Wachtm. P. in M. Tanzlust-freien. Über die Zulässigkeit von Tanzlust-darkeiten und ihre Ausdehnung (Schlußstunde) haben die Ortspolizeibehörden nach den bestehenden Polizeiverordnungen zu entscheiden. Es werden hier und da von den Aufsichtsbehörden Anweisungen erteilt, die auf eine Beschränkung der öffentlichen Tanzbelustigungen hincielen; eine für ganz Breußen gültige Anweisung ist uns aber nicht bekannt geworden. Nr. 889 a. — St.

Kam. Gen. Wachtm. P. in D. Stallschweizer. Die Stallschweizer gehören u. E. zum landwirtschaftlichen Gesinde und müssen ein Gesindebuch besigen. § 1 der G.-Indeordnung rechnet zum Gesinde nicht bloß die zur Leistung häuslicher Dienste, sondern auch die zur Leistung wirtschaftlicher Dienste angenommenen Personen. Die landwirtschaftlichen Betriebe fallen nicht unter die Gewerbeordnung. § 107, betr. Arbeitsbücher, findet also auf landwirtschaftliches Gesinde keine Anwendung. Nr. 394 a. — St.

Kam. Gen. Wachtm. P. in W. 1. Polizei-funde für Gasthofsfremde. Wenn einzelne Zimmer eines Gasthofes auch auf einige Monate an Personen demietet werden, die dienstlich oder geschäftlich so lange am Ort zu tun haben, wird die Gasthofseigenheit hierdurch nicht beseitigt. Die Regel, daß auf die im Gasthof wohnenden Logiergäste die Polizeifunde keine Anwendung

Andet, gilt auch für solche Dauergäste, nicht, dagegen für die in der Nachbarschaft wohnenden, vorübergehend anwesenden Personen. Letztere müssen mit Eintritt der Polizeikunde das Gastzimmer des Gasthofs verlassen.

2. Branntweinkneipen. Branntweinkneipen im Sinne einer den Betrieb in Branntweinkneipen während des Hauptgottesdienstes verbotenden Provinzialpolizeiverordnung sind u. E. alle Wirtschaften, in denen überwiegend gewöhnlicher Branntwein getrunken wird. Es ist von Fall zu Fall zu entscheiden. R. 383a — St.

Kam. Gen. Wachtm. F. J. in P. Raumgehalt der Schaumgläser. Die Gläser sind mit dem vorgeschriebenen Füllstich nur dann zu versehen, wenn sie zur Verabreichung von Getränken benutzt werden, nicht wenn die Getränke in Flaschen verabfolgt werden und die Gläser nur zur Benutzung beim Genuß bestimmt sind. Gleichgültig ist hierbei, um welche Getränke es sich handelt. Wird Wein, Rum, Cognac in Gläsern verabfolgt, so müssen die Gläser den Füllstich aufweisen. Auch Schnapsgläser unterliegen der Vorschrift des Gesetzes vom 20. 7. 81. Ausgenommen sind nur Gläser von $\frac{1}{30}$ Liter und weniger Raumgehalt (§ 6 des Gesetzes); mit anderen Worten: das kleinste zu bezeichnende Schaumglas ist das $\frac{1}{10}$ Liter-Glas.

2. Bierdruckapparate. Ob die Verbindung von dem Kohlensäurebehälter zum Bierapparat mittels Gummischlauchs zulässig ist, richtet sich nach den ortspolizeilichen Vorschriften.

3. Fischeverkauf. Im Fischeereigesetz vom 30. Mai 1874 § 22 ist es landesherrlicher Verordnung nach Anhörung der betreffenden Provinzialvertretung vorbehalten, provinzweise zu bestimmen, welche Fische mit Rücksicht auf ihr Maß oder Gewicht nicht gelangen werden dürfen. Solche Verordnungen sind für mehrere preussische Provinzen ergangen; ob auch für Pommern, haben wir nicht ermitteln können.

R. 890a — St.

Kam. O. Wachtm. L. in Fr. Firmenaufschrift. a) Frauen. Der § 15a Gewerbeordnung spricht nur von dem Familiennamen und Vornamen, erwähnt aber nicht den Geburtsnamen einer gewerbetreibenden Ehefrau. So sehr erwünscht es auch gewesen wäre, daß auch die Pflicht zur Angabe des Familiennamens bestünde und — wie Sie sehr zutreffend bemerken — das Publikum aus dem Schilde schon erkennen könnte, ob es sich um ein Fräulein oder eine Frau, im letztem Falle also um ein Beiseiteschieben des Ehemannes aus irgend welchen, meist unlauteren, Gründen handelt, so wenig ist leider dagegen etwas zu machen, daß eine Ehefrau den Geburtsnamen, eine Witwe die Bezeichnung „Witwe“ auf dem Firmenschilder fortläßt. Auch der Zusatz „Frau“ kann polizeilich nicht gefordert werden.

b) Vorname Fritz statt Friedrich. Fritz und Friedrich ist derselbe Vorname. Wir erinnern an den „Alten Fritz“ (König Friedrich II.) und die Depeschen des Kronprinzen Friedrich

Wilhelm (späteren Kaisers Friedrich) vom Kriegsschauplatz: „Dein Fritz.“ Wir würden daher eine Firmenaufschrift „Fritz W.“ für einen beim Geburtsregister als „Friedrich W.“ eingetragenen Gewerbetreibenden nicht beanstanden. — Erkenntnisse sind uns zu beiden vorstehenden Fragen nicht bekannt.

R. 889a — St.

Kam. Gen. Wachtm. S. in H. Kleinhandel mit Branntwein. Nach der Ausführungsanweisung zur Gewerbeordnung vom 1. Mai 1904 Rr. 45 ist Kleinhandel im Sinne des § 83 G.O. jeder Vertrieb, der anders als in Mengen (Gebinden oder Flaschen) von mindestens einem halben Anker stattfindet. Ein halber Anker enthält 17,175 Liter heutigen Maßes. Selbstverständlich muß die Ware, wenn ihr Verkauf nicht mehr unter den Begriff Kleinhandel fallen soll, mindestens 17,175 Liter von derselben Sorte aufweisen. Für jede Abweichung hiervon ist die Konzeptionspflicht vorgelesen. Es ist hierfür gleichgültig, ob der Kleinhandel in offenen Gefäßen oder in versiegelten oder versapfelten Flaschen oder in kleinen Fäßchen stattfindet.

R. 824a — St.

Kam. G. Wachtm. M. in W. Fortsetzung des unterlagten Flaschenbierhandels durch den Ehegatten. Der Ehegatte eines Flaschenbierhändlers, dem der Gewerbetrieb gemäß § 35 Abs. 4 Gew.O. unterlagt worden ist, darf den Betrieb auf eigene Rechnung, nicht aber auf Rechnung des anderen Ehegatten fortführen, wiewohl dieser Ankniff ja nur darauf hinausläuft, die Unterlagung wirkungslos zu machen. Erst wenn auch dieser Ehegatte den Flaschenbierhandel zum unzulässigen Schankbetriebe mißbraucht und wiederholt deswegen bestraft ist, kann die Polizeibehörde auch gegen ihn auf Unterlagung klagen.

R. 7a — St.

Kam. G. Wachtm. P. in K. Barbiergewerbe. Barbieren kann an allen Sonn- und Festtagen, also auch an den ersten Feiertagen der 3 großen christlichen Feste durch die höhere Verwaltungsbehörde gemäß § 106 c Abs. 1 G.O. und Ziffer 168 der Min. Anst. vzw. zur G.O. vom 1. Mai 1904 die Beschäftigung von gewerblichen Arbeitern bis 2 Uhr nachmittags unter den dort angegebenen Bedingungen gestattet werden. Der Regierungspräsident erläßt für seinen Bezirk die nötigen Bekanntmachungen. Er kann darin allerdings die Beschäftigung für die ersten Feiertage auch ganz verbieten. Die Ruhezeit muß 48 Stunden betragen. (§ 106 b Abs. 1 G.O.) Der Unternehmer selbst ist durch die Vorschriften der Gewerbeordnung zur Einstellung seiner eigenen gewerblichen Tätigkeit nicht verpflichtet. Eine solche Beschränkung besteht nur für das Handelsgewerbe, es müßte denn sein, daß ein Ortsstatut gemäß § 41 b Abs. 1 G.O. ergangen ist und daß es sich etwa um öffentlich bemerkbare — unter die Sonntagsheiligungsordnung fallende — Arbeiten handelt.

An Wochentagen ist die Ausübung des Barbiergewerbes nicht beschränkt. Die §§ 139 c—k G.O. beziehen sich nur auf das Handelsgewerbe.

R. 11a — St.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienste.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Elberfeld.

Nr. 2.

Bearbeitet v. Schriftleiter: Fritz Gerschow zu Berlin W. O. Linienstraße 11.

1907/08.

Hamburger Polizeihunde.

Bei der Hamburger Schutzmannschaft findet eine größere Anzahl von Hunden im Dienste Verwendung. Die Hunde werden von solchen Beamten geführt, die an der Peripherie des Reichsbildes stationiert und in einsamer Gegend auf sich allein angewiesen sind.

Der wesentliche Erfolg, der mit den Hunden in der verhältnismäßig kurzen Zeit seit ihrer Einführung erzielt worden ist, zeigt sich vor allem in der Tatsache, daß Gegenden in der unmittelbaren Nähe der Stadt, die früher von Strölkern und Landstreichern wimmelten, von dieser Landplage jetzt völlig befreit sind. Ein besonders erfolgreicher Vertreter der Ham-



Der Hamburger Polizeihund „Collie“ stellt einen Fahrradabdieb.

In der Regel beschaffen sich die Schutzmannen (Polizeiposten) die Hunde aus eigenen Mitteln. Die Tiere werden alle roh erworben und von ihren Besitzern für den Dienst ausgebildet. Sobald sie den Anforderungen der Behörde genügen, werden sie von dieser übernommen. Die Mehrzahl der Polizeihunde gehört der Rasse des deutschen Schäferhundes an. Jedoch sind auch mit anderen Rassen befriedigende Resultate erzielt worden.

Der Hamburger Polizeihund ist „Collie“, der Hund des Polizeipostens Hamburg-Dehnheide. Er ist ein schottischer Schäferhund, langhaarig, fuchsfarben, 4 Jahre alt und 0,62 m hoch. Nachdem sein Führer ihn roh angekauft und völlig ausgebildet hatte, übernahm ihn die Behörde. Collie ist seit über 2 Jahren „fest angestellt“ und hat sich die Zufriedenheit seiner Vorgesetzten in vollem Maße erworben. Oft hat er Leute eingeholt und festgehalten, welche aus irgend

einem Grunde die Flucht vor seinem Führer ergriffen hatten. Sogar Personen, die ihm gänzlich fremd waren, die aber auf offenem Feld angegriffen wurden, ist er zu Hilfe geeilt. Als Menschenretter hat sich Collie in Fällen erwiesen, wo er in finsterner Nacht den Beantten auf Betrunkene aufmerksam machte, die dicht am Rande eines Wasserlochs oder neben den Eisenbahnschienen schliefen. Daß er auch unter seinen Artgenossen streng auf Ordnung hält, bewies er eines Tages, als er einen kleinen Pinscher apportierte, der abfolnt nicht auf die Stimme seines Herrn hören wollte.

Seine Glanzleistung vollbrachte aber „Collie“, als er vor etwa einem Jahre zwei Diebe, die zusammen vor seinem Herrn davonliefen, gleichzeitig stellte. In die Jacke des einen Verbrechers hatte er sich festgebissen, während er mit den Vorderpfoten den Hals des anderen umklammert hielt. So ist Collie nach jeder Richtung seinen Kollegen ein löbliches Beispiel.

„Collie“ wurde im März von Einbrechern angeschossen, worüber wir folgende Mitteilungen erhielten:

„Schutzmann Laaen, der Führer von „Collie“, sah in der Nacht vom 18. zum 19. März d. Js. bald nach 1 Uhr, wie den Hof des Hauses Dehnheide 147 zwei Männer betraten, von denen der Polizeiposten wußte, daß sie nicht in das Haus gehörten. Schutzmann Laaen folgte ihnen daher auf den großen Hof, und da er dort jede Spur der beiden verloren hatte, ließ er seinen Begleiter, den erprobten Collie, nach ihnen suchen. Der Hund drehte sofort um und lief auf die Straße hinaus. Laaen folgte ihm eiligst und bemerkte neben dem Hofator Collie, wie er ausgerichtet an einem Mann hinauffrehte, den er mit den Pfoten bei den Schultern hatte. In demselben Augenblick blickte es über dem Kopf des Hundes auf; dieser fiel zu Boden und der Mann suchte eiligst das Weite. Laaen verfolgte ihn; Mantel und hohe Stiefel hinderten ihn aber so sehr, daß er endlich die Verfolgung aufgeben mußte. Als Laaen nach dem Haus Dehnheide 147 zurückkehrte, lag Collie auf der Straße und wischte sich mit den Pfoten Pulverstände aus den Augen: ein Beweis dafür, daß der Schuß dicht an seinem Kopf abgegeben worden war. Laaen machte sich umm daran, dem Tier die Augen auszuwischen und bemerkte dabei, daß ein Geschloß in das linke Hinterbein oberhalb der Kniebeuge eingedrungen war.

Dies Geschloß wurde am nächsten Vormittag operativ entfernt. — Die Wunde ist recht gut verheilt; wie aber Collie im übrigen dieses Attentat vermindert, steht noch dahin. Mit Recht mißtraut er jetzt jedem Fremden, der eine Bewegung macht, deren Zweck ihm nicht sofort erkennbar ist, und ob dieses Mißtrauen nicht zu einer im Dienst nicht immer angebrachten Schärfe führen wird, muß abgewartet werden.“

Zu übrigen veranlaßten die guten Erfolge, welche im allgemeinen mit den Polizeihunden erzielt wurden, die Hamburger Polizeibehörde, diese Frage nur um so aufmerksamer zu verfolgen.

Bedenken betreffs Führung von Polizeihunden.

Von einer größeren Polizeiverwaltung war der vorgefekten Behörde der Entwurf einer Dienstanweisung für die Polizeihundführer vorgelegt und hatte die vorgefekte Behörde dazu folgende Erinnerungen gezogen:

„Es erscheint insbesondere bedenklich, es dem Ernste des einzelnen Beantten zu überlassen, ob und in welcher Weise er den Hund in Dienst verwenden will. Um Mißbräuchen vorzubeugen, dürfte es sich empfehlen vorzuschreiben, daß der Hund nur bei bestimmten Dienstverrichtungen und sonst nur verwendet werden darf, wenn es der Vorgesetzte ausdrücklich genehmigt hat.“

Wir wurden auf Grund der gemachten Erfahrungen um Auslassung hierzu ersucht und lassen, da die Frage wohl auch weitere Kreise interessiert, unsere Antwort nachstehend folgen:

Der P. H. V. besteht aus mehreren hundert Mitgliedern nun schon seit 4 Jahren. Schon mehrmals sind Fälle, wo die Hunde ausgegriffen hatten, vor Gericht gekommen, aber noch niemals hat das Gericht Anstoß an der Verwendung genommen. Die Ansicht, daß es sich bei den Polizeihunden um besonders gefährliche Tiere handelt, beruht auf einer ganz falschen Theorie, die durch die Praxis sofort widerlegt wird. Jeder verwahrloste Fz, wie sie in den Städten und auf dem Lande zu Dugenden und Hunderten herumlanfen, ist eine viel größere Gefahr. Der Polizeihund ist ein firm dressiertes und auch in Dressur gehaltenes Tier, das auf den Wink gehorcht; eine Gefahr ist er durchaus nicht.

Es liegt ja schon in der Sache selbst, daß zur Führung der Hund e nur durchaus ruhige und zuverlässige Beamte genommen werden, da Leute, die diese Eigenschaften nicht besitzen, die Hund e schnell verderben würden. Wie eine größere Gefahr dariu liegen soll, wenn solchen Beamten ein aufs Wort gehorchender Hund beigegeben wird, als wenn den Beamten Säbel und Revolver gegeben werden, deren Gebrauch im Einzelfalle doch auch ihrem Ermessen überlassen sein muß, ist unerfindlich.

Selbstverständlich ist die Verwendung der Hund e im allgemeinen vom Vorgesetzten ausdrücklich zu genehmigen; die Dienstverrichtungen, richtiger gesagt, die Dienstzweige, bei denen die Hund e gebraucht werden sollen, lassen sich auch nur im allgemeinen bestimmen; im Einzelfalle ließe sich wohl nur bei bestimmten vorgetommenen Kapitalverbrechen bestimmen, ob man die Hund e zuziehen will oder nicht.

Von solchen, die sich noch nicht mit den Polizeihunden praktisch befaßt haben, wird die Gefahr, daß Mißbräuche vor-

kommen könnten, meist sehr überschätzt. Die Beamten müssen wissen, daß sie, wenn sie die Hund e eingreifen lassen, ebenso auf eigene Verantwortung handeln, als wenn sie Säbel und Revolver gebrauchen. Jede der vorgelegten Beamten wird es sein, den Führern dieses immer wieder vorzuhalten und durch strenge Überwachung der Einrichtung, von Zeit zu Zeit vorgenommene Festsetzungen und Dressurprüfungen im kleinen sich davon zu überzeugen, daß die Dressur, Pflege und Unterbringung der Hund e nicht vernachlässigt wird. Die Instruktionsstunden und Dienstrevisionen durch die Vorgesetzten werden sich ja auch auf die Hund e erstrecken. Für die einzelnen Führer wird es ein Ansporn sein, wenn sie wissen, daß eben nur die ruhigsten und zuverlässigsten Beamten zur Führung der Hund e herangezogen werden, daß es also eine Ehre für sie ist und daß ihre vorgesetzte Behörde gerade an ihre Ruhe und Zuverlässigkeit besondere Erwartungen knüpft, wenn sie ihnen die Führung der Diensthund e anvertraut. R.

Die Haftpflichtversicherung für die Mitglieder des Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (G. V.).

1. **Anfragen und Anmeldungen**, betreffend Haftpflicht- und Unfallversicherungen, sind zu richten an die „Kameradschaft, Wohlfahrtsgesellschaft m. b. G.“, Berlin W. 9, Linkstr. 11.

2. **Vertragsgesellschaft**. Der Vorstand hat im Interesse der Vereinsmitglieder mit der „Deutschland“, Lebensversicherungs Aktiengesellschaft zu Berlin, die auch die Haftpflicht- und Unfallversicherung pflegt, einen Vertrag geschlossen, der unseren Mitgliedern nachstehend aufgeführte Vorteile gewährt.

3. **Vorteile** haben nur unsere Mitglieder aus dem Vertrage mit der „Deutschland“. Der Verein selbst hat zugunsten seiner Mitglieder auf jegliche Einnahmen aus dem Vertrage für Vereinszwecke verzichtet.

4. **Versicherungsbedingungen**. Die „Deutschland“ übernimmt die Versicherung unserer Mitglieder gegen die Ansprüche, die gegen sie als Hundehalter aus der gesetzlichen Haftpflicht erhoben werden.

5. **Prämien und Umfang der Versicherung**. Die Prämie beträgt bei Sachschadenversicherung bis zu 10 000 M

und 80 % Schadenersatz für jeden Hund 2 M 50 Pf. für das Jahr. Bei Körperverletzung beträgt die Prämie gleichfalls 2 M 50 Pf. für Jahr und Hund bei voller Ersatzpflicht und 50 000 M Versicherungssumme, wenn eine, und 150 000 M Versicherungssumme, wenn mehrere Personen durch das Ereignis betroffen wurden.

6. **Besondere Vergünstigungen**. Auf die hiernach tarifmäßige Prämie gewährt die „Deutschland“ unseren Mitgliedern einen Extrarabatt von 10 %, so daß also sowohl für Sachschaden- wie auch Personen-schadenversicherung tatsächlich pro Jahr und Hund nur je 2,25 M zu zahlen sind.

Wird die Prämie auf fünf Jahre vorausbezahlt, dann gewährt die Gesellschaft außer dem Rabatt noch ein halbes Freijahr, wird sie auf 10 Jahre vorausbezahlt, zwei Freijahre.

7. **Zu versichernde Hund e**. Jeder Hund kann versichert werden, gleichgültig welcher Rasse er angehört und ob er als Polizeihund, Privathund usw. verwendet wird.

Wer versichert, soll seine sämtlichen Hund e versichern, damit beim Eintritt von

Schadenfällen kein Streit darüber entstehen kann, ob der beteiligte Hund versichert ist.

Im Falle des Verkaufes oder Verlustes eines Hundes geht die Versicherung ohne weiteres auf den beschafften Ersatzhund über.

8. Aufheben der Versicherung usw.

Scheidet ein Mitglied aus, dann behält er den Anspruch auf die gewährten Vergünstigungen bis zum Erlöschen seines Vertrages. Schafft ein Versicherter eine neue Hund ab, so erlischt der Versicherungsvertrag vom Tage der Bekanntgabe der Anschaffung an die Gesellschaft. War die Prämie für mehrere Jahre vorausbezahlt, so wird die Prämie, welche nach dem laufenden Versicherungsjahre ohne Vorauszahlung bis zum Ausbezahlungsstermin zu zahlen gewesen wäre, festgesetzt und der Mehrbetrag ohne Abzug zurückerstattet. — Wird die Zahl der versicherten Hunde verringert, so ermäßigt sich die Prämie vom darauffolgenden Versicherungsjahre ab entsprechend.

9. Streitigkeiten zwischen einem Versicherten und der Gesellschaft über die von dieser zu gewährenden Leistungen oder

über den Umfang des Versicherungsvertrages können auf Antrag des Versicherten einem Schiedsgericht zur Entscheidung überwiesen werden. Dieses besteht aus einem von der Gesellschaft und einem von unserem Vorstaube ernannten Mitglieder und einem von diesen beiden gewählten unparteiischen Vorsitzenden.

10. Vergünstigungen für weitere Haftpflichtversicherung. Die Gesellschaft gewährt ferner unseren Mitgliedern beim Abschluss von Haftpflichtversicherungen, durch die sie sich gegen Ansprüche decken wollen, welche gegen sie als Radfahrer, Hausbesitzer usw. erhoben werden könnten, gleichfalls einen Extrarabatt von 10% auf die Nettoprämie.

11. Vergünstigungen für Unfallversicherungen. Die Gesellschaft gewährt außerdem unseren Mitgliedern einen Extrarabatt von 10% für Unfallversicherungen.

12. Beginn und Dauer des Vertrages. Der Vertrag ist mit dem 1. April 1907 in Kraft getreten und vorläufig auf die Dauer von fünf Jahren geschlossen.

Dressurkniffe.

Apportieren.

(Zur Frage in Nr. 25)

Nehmen Sie einen gebrauchten, leichten, farbigen Gummiball, etwa 4—5 cm im Durchmesser, wie ihn Kinder zum Ballspielen benutzen, tragen ihn 1—2 Tage in der Hosentasche und spielen dann — zweckmäßig im Hausflur — vor den Augen des losen Hundes, der aber durch nichts anderes abgelenkt und nicht ermüdet sein darf, mit dem Ball, indem Sie ihn mehrmals hoch und gegen die Wand werfen und wieder auffangen. Gut ist auch, den Ball mehrmals ziemlich vor dem Kopfe des Hundes senkrecht zur Erde zu werfen und ihn wieder aufzufangen, um das Interesse des Hundes auf den Ball zu lenken. Sobald das erreicht zu sein scheint, lasse man den Ball wie unbeabsichtigt fallen und rollen. Aus Eiferlust wird der Hund, besonders wenn er frisch aus dem Zwinger kommt, dem Ball nachlaufen und ihn aufnehmen. aber nicht sehr zu denken, da er ja stark den Geruch des Herrn hat. Dann sofort den Hund loben: „Sa brav, schön brav, komm schon!“ Unter andauerndem Loben und Schmeicheln den Hund an sich zu locken suchen und ihn dann den Ball unter mehrmaligem: „Sa bravo, schön apport“ aus dem Fang nehmen. Gelingt es nicht, den Hund mit dem Ball zum Herrn zu bringen, dann muß dieser eben die ersten Male zum Hund gehen und so, wie eben angegeben, verfahren; denn die Hauptsache ist, daß der Hund erst mal den Ball aufnimmt und auf das unerwartete „Sa brav“ seht. Sollte der Hund trotz mehrmaliger Besuche den Ball überhaupt nicht aufnehmen, so wird nur übrig bleiben, ihn das Apportieren von einem anderen Hunde absehen zu lassen. Nimmt der Hund den Ball

aber auf, so ist das Spiel, aus dem langsam zu ernstlichen Übungen übergegangen wird, gewonnen.

Leutenbergl.
Pol. Kom. in Brühl b. Cöln.

Allerlei.

In Villau beschäftigt ein Gendarmenmeister sich mit Genehmigung seiner Vorgesetzten auf seine Kosten einen Polizeihund anzuschaffen. Der Hund dürfte nach den Mitteilungen des Kameraden viel zu tun bekommen.

Die Stabsratskammerbesprechung in Reheim hat beschlossen, Herrn Pol Kom Kappe für drei Hunde jährlich die Futterkosten mit je 100 M zu bewilligen. Reheim tritt damit in die Reihe derjenigen Polizeiverwaltungen, welche Hunde auf ihre Kosten in den Dienst gestellt haben.

Polizeikommissar Weber, Frankfurt a. M., hält jeden Donnerstag mit den dortigen Polizeihundführern eine Dressurabstimmung ab. In bezug der Rassenfrage steht Herr Pol. Kom. Weber auf dem Standpunkt, daß einer bestimmten Rasse zuliebe keine Agitation getrieben werden darf. Was für den Polizeidienst brauchbar ist, wird genommen. Es gibt in jeder Rasse unbrauchbare Hunde; man muß sich eben das Beste aussuchen.

Fragekasten.

Wie ist der junge, für den Polizeidienst bestimmte Hund zu behandeln und wie bereitet man denselben für den Polizeidienst bis zum Beginn der eigentlichen Dressur zweckmäßig vor?

Pol. Berwltg. A.—n. Nr. 654.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 2.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Das Karten- und Planwesen.

Von Oberfeuerwerker Lemke-Berlin.

(Nachdruck verboten.)

II.

Signaturen.

Dorf



Stadtteil



Schloß mit
1. Lustgarten
2. Park



- Kirchhof & Christen
- Begräbnisplätze für Nichtchristen
- Kopfgärten
- Kriegergärten
- Obst- und Gemüsegärten

- Laubholzgebüsch
- Einzelne Laubholzbäume
- Kirche
- Häuser
- Fabrikhofmolein
- Holländer Windmühle
- Wassermühle (M.)
- Eisengießerei (E. F.)
- Holzraum
- Eisenständer
- Wall ohne Kerke
- Kerke
- Brücken
- Kilometerstein
- Heiligenbild
- Nigermotoringher Junke (J. J.)
- Steinbruch (St. Br.)
- Lehmgrube (Lgr.)
- Kirchhof & Christen
- Einzelne Kirchhofbäume
- Kapelle (Kp.)
- Ruine (R.)
- Turm (T.)
- Röhre Windmühle
- Windmolein
- Eisengießerei (E. F.)
- Wasserwerk (W. W.)
- Mauer
- Steinhaufen
- Wall m. Kerke
- Alter Kriegerwall
- Schanze
- Donkmat
- Wegweiser
- Eisenmentenpunkt (E. M.)
- Kies- u. Sandgrube (Kgs. u. Sgr.)

Trockne Kiese



Leide



Kasse Kiese



Sand



Kultung
(Viehweide)



Laubwald



Kasser Boden



Nadelwald



Sumpf, Bruch
Moos



Teich



Niedwald



Baumochule



Waldboden



See



Schiff
Kohle



Stuhl



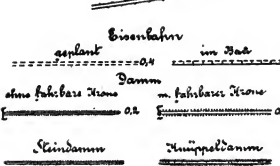
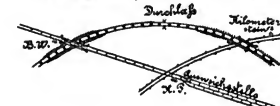
Steilfall am Wege



Hohlweg



Bahnkrümmung in verschiedenen Richtungen



es würde z. B. ein einzelner Baum oder ein Wirtschaftsweg im Maßstab 1:5000 weniger schön aussehen, wenn er 5 mal so groß dargestellt würde, als wenn man die gegebene Signatur etwa 3 mal vergrößerte. Bei kleineren Maßstäben (1:25 000 bis 1:1 000 000) werden die Signaturen dementsprechend kleiner gezeichnet.

Die Darstellung der Signaturen erfolgt in 3 Strichstärken.

Nr. 1 deutlich erkennbare Linie v. 0,05 mm Stärke

Nr. 2 " " " " 0,1 " "

Nr. 3 " " " " 0,2 " "

Die römischen Ziffern bei einzelnen Linien geben deren Strichstärke an.

Die Maße seitlich von den Wegen, Eisenbahnen u. geben die sichte Auseinanderstellung der Linien in Millimetern an.

Gestelle werden wie Wirtschaftswege dargestellt, wenn sie wenigstens 1,5 m breit sind. Erreichen sie diese Breite nicht, so zeichnet man sie als Fußweg, wobei die Zwischenräume zwischen den Strichen länger gelassen werden.

Bei den rechts neben den Flächenfiguren (Wiese, Pflanzung, Heide u.) stehenden Verhältnissen bedeutet das erste Glied die Auseinanderstellung der einzelnen Signaturen, das zweite dagegen den Abstand der Linien voneinander, auf denen die Zeichen stehen, beide in Millimetern.

Abtönung, Darstellung der Böschungsverhältnisse durch Farbenton. Unter der Annahme, daß eine wagerechte Fläche, unter senkrechter Beleuchtung gedacht, alles Licht empfängt, also hell erscheint, wird eine senkrechte Fläche unter gleichen Umständen dunkel erscheinen. Da nur Böschungswinkel bis zu 90° vorkommen, so hat man den Farbenton zwischen weiß und schwarz je nach der Größe des Winkels zu wählen. Je größer der Winkel, um so dunkler der Farbenton.)

Vergrüßte, kurze Striche, welche senkrecht auf den Schichtlinien stehen. Je nach der Steilheit des Geländes werden sie härter oder schwächer gezeichnet. Ein durch Vergrüßte dargestelltes Gelände wird daher in einiger Entfernung aussehen, als wäre es abgetönt.

Bodenform, natürliche Gestaltung der Erdoberfläche — Gebirge, Schluchten, Täler, Steilabhänge u.

Böschungsgrad (Steigungswinkel), Winkel, welcher durch die Grundlinie und Hypotenuse im Profilendreieck gebildet wird. (s. Profilendreieck.)

Böschungsverhältnis, Verhältnis der Grundlinie zur Höhe im Profilendreieck. Gewöhnlich wird dieses Verhältnis „Anlage“ genannt. (s. Profilendreieck.)

Breitengrad, Wogen aus einem Meridian, der zu einem Zenitwinkel von 1° gehört. Hält man vom Äquator ein Lot auf die Erdoberfläche und trägt im Schnittpunkt den Winkel von 1° an, so erhält man bei der Verlängerung dieses Schenkels bis zur Erdoberfläche das zu diesem Winkel gehörende Wogenstück, einen „Breitengrad“. — Allgemein genügt die Erklärung, daß

man den Abstand des einen Pols vom Äquator in 90 Teile teilt und jeden dieser zum Äquator gleichlaufenden Streifen einen „Breitengrad“ nennt.

Breitenminute, 60. Teil eines Breitengrades.

Diagonale, Verbindungslinie zweier gegenüberliegender Ecken im Viereck.

Geographische Lage eines Punktes, Lage des Punktes auf der Erdoberfläche, bestimmt durch die Gradeinteilung der Erde (Längen- und Breitengrade).

Gestell, Schneise (Durchbau) im Walde, die zur Einteilung desselben (Jagen) und zum Verkehr im Walde dient.

Grundriß, Bodenbedeckung, d. h. alles auf der Erdoberfläche mit Ausschluß der natürlichen Bodenform. Es gehören zum Grundriß: Gewässer jeder Art, Wald, Wiese, Heide, Straßen, Ortschaften u. (Im gewöhnlichen Leben versteht man unter „Grundriß“ die zeichnerische Darstellung der Grundfläche eines Körpers.)

Höhenzahl, Zahl, welche den Höhenwert einer Schichtlinie angibt.

Kessel, Vertiefung, die nach keiner Seite Abfluß hat.

Kopie, Zeichnung, welche von einem Originalplan abgezeichnet ist.

Kopieren, abzeichnen.

Kroki, Zeichnung, je nach vorhandener Zeit in Tusche oder Tinte oder Blei ausgeführt, die an Genauigkeit einer topographischen Aufnahme nicht gleichkommt; immerhin wird ein Kroki in besonderen Fällen Teile eines Messtischblattes ersetzen müssen.

Krolieren, Anfertigen einer Grundrißzeichnung nach der Natur. Dies erfolgt je nach vorhandener Zeit durch Abzeichnen, Abmessen mit Maßstab, Reßlette, Reßband u.

Landeausnahme, Abteilung des Großen Generallandes, die wiederum in 3 Unterabteilungen geteilt ist. Die erste — Trigonometrische Abteilung — legt durch trigonometrische Berechnung im ganzen Staatsgebiet Punkte fest, die nachher das Gerippe für die Ausnahme bilden. Die zweite — Topographische Abteilung — misst mit besonderen Instrumenten (Nivelliergeräten) das Gelände zwischen diesen Hauptpunkten aus und zeichnet dann das eigentliche Kartenbild. Der dritten — Kartographischen Abteilung — liegt die Vervielfältigung der so gewonnenen Aufnahmen ob.

Längengrad, Raum zwischen zwei aufeinanderfolgenden Meridianen oder Mittagslinien. Diese sind durch Teilung des Äquators in 360 Teile und Verbindung jedes dieser Teilpunkte mit beiden Polen der Erde entstanden. Der Meridian, welcher durch die zu Spanien gehörende Insel Ferro geht, bildete früher den Nullmeridian, d. h. man zählte von hier aus 180° östlicher und 180° westlicher Längen. Jetzt hat man den Nullmeridian mit einer östlichen Abweichung von 17° 39' 50" durch die Sternwarte von Greenwich (syr. grinnidsh) gelegt.

Längenminute, 60. Teil eines Längengrades.

Lesbarkeit einer Karte, Deutlichkeit derselben, so daß bei richtigem Verstandnis der Darstellungsart von Grundriss und Höhenform die Ansicht des Kartenbildes auch zu einer richtigen Vorstellung von der Natur führen muß.

Linearmassstab, Mittel zum Messen mit einer Einteilung, wie sie auf einer geraden Linie ausführbar ist.

Maßstab 1:25 000, Maßstab, dessen Einheiten 25 000 mal kleiner sind als die gleichen Entfernungen in der Natur

$$(100 \text{ m} = \frac{100}{25000} = 0,004 \text{ m}).$$

Meßtischblatt, Kartenblatt von etwa 45×45 cm Größe. Das für den Gebrauch zum Verkauf gelangende Meßtischblatt ist eine vervielfältigung der topographischen Originalaufnahme. Der Name kommt daher, daß diese Aufnahme auf einem besonderen Tisch (Meßtisch), der gleichzeitig zum Messen und Zeichnen dient, ausgeführt wird.

Mulde, Linie, welche von dem Sattel nach dem tiefsten Punkt im Gelände führt. Das Wasser nimmt auf dieser Linie seinen Lauf.

Normalnull (N.N.), Ebene, die vom Mittelpunkt der Erde überall die gleiche Entfernung hat. Früher war es die Höhe des Amsterdamer Pegels; jetzt hat man einen Punkt an der Berliner Sternwarte hierauf bezogen, von dem man bei den Höhenbestimmungen ausgeht. Die Höhe eines Berges über der durch diesen Punkt gelegten Ebene (N.N.) ist keine absolute Höhe.

Orientierung, Zurechtfinden nach Himmelsgegenben.

Orientierung mit einer Karte, Vergleich des Kartenbildes mit der Natur.

Profil, Schnitt eines Körpers in senkrechter Richtung. In der Feldmeßkunde speziell versteht man darunter einen senkrechten Schnitt des Geländes. Denkt man sich solchen Schnitt in der Ansicht, so stellt er die Form der Erdoberfläche an der betreffenden Stelle dar.



Bei der Verbindung von A und C in vorstehender Figur ergibt sich das Dreieck A, B, C, welches Profildreieck genannt wird.

Projektion, Darstellung des Gegenstandes auf einer Ebene, indem man z. B. von allen Punkten desselben Lote auf die Ebene fällt und die Fußpunkte derselben verbindet. Wenn nun die Geländeaufnahme in der Horizontalprojektion erfolgt, so versteht man darunter das Fällen von Loten von jedem Punkt des Geländes auf eine wagerechte Ebene und das Verbinden dieser Punkte zu dem eigentlichen Pläne. Hieraus erklärt sich, daß nur wagerechte Strecken in dem richtigen Verjüngungsverhältnis erscheinen, während geneigte Strecken erst

durch das Fällen der Lote gekürzt und dann noch verkleinert aufgetragen werden.

Rücken, Linie, welche den Sattel mit der Kuppe verbindet. Auf dieser Linie trennt sich das Wasser und fließt an beiden Hängen herunter.

Sattel, tiefster Punkt der Verbindungslinie zweier Kuppen, von denen das Gelände nach 2 Seiten (nach den Kuppen zu) ansteigt, während es nach den beiden anderen Seiten fällt.

Schichtlinien, Linien, welche dort entstehen, wo die wagerechten Schnitte, die man sich durch ein unebenes Gelände gelegt denkt, die Abhänge scheiden.

Schlucht, Tal mit steilen und nahe aneinander liegenden Wänden.

Signaturen, Zeichen für Gegenstände des Grundrisses, die nicht maßstabgerecht dargestellt werden können, ohne daß die Deutlichkeit der Karte darunter leidet.

Stütze, nützlichtes Krost, welches ohne technische Hilfsmittel in kürzester Zeit angefertigt wird und meist nur untergeordneten Zwecken dienen soll.

Stizzieren, Entwerfen einer Grundrisszeichnung bei wenig verfügbarer Zeit durch Abhängen, Abreiten, Abschreiben etc.

Transporteur, Kreidring aus Papier, Holz oder Metall, welcher in 360 Teile (Grade) geteilt ist. Die aus dem Handel bezogenen Transporteure sind meistens in zwei Gradebogen zu je 180° geteilt.

Transversalmassstab, Mittel zum Messen, welches in solche kleinen Teile geteilt ist, wie sie auf einer Linie nicht mehr gut erkennbar dargestellt werden können. Über dem Grundmaße befinden sich mehrere, meist zehn, parallele Linearmassstäbe; zwischen dem obersten und untersten ist durch Diagonalen im Kopf eines jedes Maßstabes ein kleinstes Maß anders zerlegt, so daß auf ihnen der Reihe nach Längen abgreifbar sind, die um einen kleinsten Bruchteil des Transversalmassstabes wachsen oder abnehmen.

Trigonometrischer Punkt, Festpunkt, dessen horizontale Lage und vertikale Höhe durch mehrfache genaue Winkelmessung bestimmt und berechnet ist. Meist wählt man hierzu Punkte, die in der Natur bereits vorhanden sind, z. B. Kirchtürme, Schornsteine, Windmühlen etc. Reichen diese zu einem vollständigen Netz nicht aus, so werden besonders hergerichtete Steine auf hochgelegenen Geländepunkten eingegraben und wie die erwähnten Gegenstände berechnet.

Verjüngt, verkleinert.

Verjüngungsverhältnis, Größenverhältnis einer Karte zur Natur. (Es bedeutet z. B. das Verjüngungsverhältnis 1:25 000: die auf der Karte zur Darstellung gebrachte Strecke der Erdoberfläche ist hier 25 000 mal kleiner als in der Natur.)

Visieren, Einrichten des anzuvisierenden Gegenstandes in die Verbindungslinie, welche durch das Auge und ein in einiger Entfernung aufgestelltes dünnes Gerät (Nadel, Faden, Haar etc.) gebildet wird.

Eisenbahnwerte — Bank- und Industriepapiere.

(Nachdruck verboten.)

Der größte Teil der Eisenbahnen wird nicht vom Staate gebaut, sondern von Gesellschaften, die man Aktiengesellschaften nennt. Der Staat übernimmt jedoch meist nach einer Reihe von Jahren solche Bahnen; sie werden verstaatlicht. Zur Gründung einer Aktiengesellschaft sind wenigstens fünf Personen erforderlich. Will eine Aktiengesellschaft eine Bahn bauen, so muß der Staat dazu seine Einwilligung oder die Konzession erteilen. Die Gesellschaft erhält damit das Enteignungsrecht, d. h. das Recht, die Bahn auf einer bestimmten Strecke zu bauen und das dazu nötige Land den Besitzern zu enteignen, natürlich gegen angemessene Entschädigung. Die Gesellschaft ist verpflichtet, die Bahn in einer vorgeschriebenen Zeit fertig zu stellen, widrigenfalls sie einer beim Staat hinterlegten Summe verurteilt geht.

Das zum Bau nötige Grundkapital wird von der Gesellschaft durch Ausgabe von Anteilsscheinen und Schuldscheinen ausgetrieben. Die Anteilsscheine heißen Stammaktien; sie bilden das Vermögen der Gesellschaft. Die Inhaber derselben heißen Aktionäre und sind Besitzer der Bahn. Sie erhalten auf ihre Anteilsscheine keine festgelegten Zinsen, sondern einen bestimmten Anteil vom jährlichen Gewinn, den man Dividende nennt. (Dividende bedeutet das, was geteilt werden soll.) Darüber werden Gewinnanteil- oder Dividendscheinebogen ausgestellt. Die Erträge in den einzelnen Jahren sind also verschieden. Andererseits müssen die Aktionäre, falls ein Gewinn nicht vorhanden ist, sondern sich ein Verlust herausstellt, diesen nach Maßgabe ihres Anteils aufbringen.

Die Aktionäre versammeln sich jährlich einmal zu einer Generalversammlung. Auf dieser müssen sie ihre Zustimmung zur Verteilung der Dividende geben, die vom Verwaltungsrat festgelegt wird. Die Direktion besteht aus drei bis fünf Mitgliedern und ist für den gesamten Betrieb der Bahn verantwortlich. Sie wird von der Kontrollbehörde, dem Verwaltungsrat, kontrolliert. Beide Behörden sind aber von der Generalversammlung abhängig.

Da das durch Aktien ausgebrachte Grundkapital zum Bau und zum Betriebe der Bahn meist nicht ausreicht, so werden von der Gesellschaft Schuldverschreibungen ausgegeben, die man Prioritäten oder Prioritätsobligationen nennt. Die Inhaber derselben sind nicht Besitzer der Bahn wie die Aktionäre, sondern Gläubiger der Gesellschaft. Sie erhalten deshalb auch keine Dividende, sondern feste Zinsen. Die Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Schuld werden aus den Einnahmen der Bahn vorweggenommen. Bedar nicht die Zinsen für die Schuldverschreibungen bezahlt sind, darf eine Dividende auf die Aktien nicht verteilt werden; daher auch der Ra-

„Prioritäten“. Das lateinische Wort „prior“ bedeutet „früher“, die Zinsen müssen zuerst, also früher als die Dividende gezahlt werden. Die Besitzer von Prioritätsobligationen haben aber auch nie Anspruch an dem eigentlichen Gewinn der Gesellschaft, und sei er noch so groß. Die Prioritätsobligationen werden ausgelöst.

Eine Verschmelzung von Stammaktien und Prioritätsobligationen sind die Stammprioritätsaktien. Es sind dies auch Anteilsscheine, welche die Bahngesellschaft ausstellt, die aber hinsichtlich der Dividendenverteilung einen Vorrang haben. Sie haben zunächst eine feste Verzinsung; bleibt aber nach Zahlung der Zinsen vom Gewinn der Gesellschaft noch ein Teil übrig, so wird dieser nach vorherbestimmtem Verhältnis, meist zu gleichen Teilen, unter die Besitzer der Stammaktien und die Besitzer der Stammprioritätsaktien verteilt.

Gerät eine Bahnaktiengesellschaft in Konkurs, so wird die Bahn versteigert. Aus der Konkursmasse erhalten zunächst die Gläubiger, also die Besitzer der Prioritätsobligationen, ihr Geld. Vom übrigbleibenden Teil werden zunächst die Inhaber der Stammprioritäten befriedigt und in letzter Reihe die Stammaktionäre.

In ähnlicher Weise wie zum Bau von Bahnen bilden sich Aktiengesellschaften für Unternehmungen aller Art, z. B. zum Bau und Betrieb von Brauereien, Maschinenfabriken, Dampfmühlen, Zuckerraffinerien, Bergwerken u. a. und zur Gründung von Hypotheken- und Zettelbanken. Man unterscheidet dabei ebenfalls Aktionäre oder Besitzer und Prioritätsobligationsinhaber oder Gläubiger der Gesellschaft. Die Geschäftshandhabung geschieht auch hierbei in der oben geschilderten Weise. Die dazu gehörigen Wertpapiere findet man im Rubrikteil unter der Rubrik „Bank- und Industriepapiere“.

Recht, Ordnung und Gesetz.

Gesetze sind wie Arzneien; sie sind gewöhnlich nur Heilung einer Krankheit durch eine geringere oder vorübergehende Krankheit.

(Kurt Otto v. Bismarck am 6. März 1872 im preussischen Herrensaal.)

Rechtspruchwörter.

Frei unmünd'ge Tochter dem Vater zum Erbgut,
Gewinnt am Vermögen der Mann keinen Rug.

(Dr. Lobe: Neue deutsche Rechtspruchwörter.)

Verwaltungskunde.

Dienstjubiläen sollen nur dann amtliche Berücksichtigung finden, wenn der betreffende Beamte 50 Jahre — nicht aber nur 25 Jahre — hindurch im Dienste gestanden und sich vorwurfsfrei geführt hat. Dabei

kommen nur wirkliche Dienstjahre (also Wartezeit nicht, Kriegsjahre nicht doppelt) zur Anrechnung, diese Zeit aber voll (also auch die vor dem 20. Lebensjahre). Auch ieszigjährige Dienstzeit kann gefeiert werden. Außer Dekorationen können auch andere angemessene Auszeichnungen vorge schlagen werden. (Allerhöchste Kabinettsorder vom 3. August 1822, 23. Februar 1839.)

(Dr. von Hüters Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung, Leipzig, Köhnersche Verlagbuchhandlung.)

Gaunersprache.

hackelneune machen = Diebstahl mit Gewalt, Raub;
glucke mit küchlein = Suppenlöffel mit Gklöffel;
strupper = Stroh, Haar;
stenzen = fohlen, hintergehen;
soriben = Schiaf;
zor, zorallg = Stärke, Kraft;
dorik = Schnur;
jaskeschaller = Kirckenbiener;
makir sein, makka sein = kennen;
liche = Gang, Fußsteig;

Hundschan.

Die Achselknüre im Meere stammen aus der Zeit des Aufstandes der Niederlande. Nachdem Alba dorthin gekommen war, verlieh eine ausgezeichnete Soldatenschar, welche bisher im Dienste Philipps II. gestanden hatte, diesen und vereinigte sich mit den Geusen wider die spanische Tyrannei. Der Herzog von Alba befahl hierauf, jeden dieser Schar, den man fangen würde, ohne Unterschied des Ranges aufzuknüpfen. Das Regiment verpötte diesen Befehl, indem es den Statthalter benachrichtigte, Offiziere und Gemeine seien lünstig mit einem Strid versehen, um das Henkerge schäft den Spaniern zu erleichtern, wenn sie ihrer einen fangen sollten. In der Tat trugen sie einen Strid an der Schulter, der nun, da jeder zweifelt, bald das Abzeichen jedes braven Kriegers wurde. Späterhin wurde der Strid aus Wolle, Seide, Silber und Gold gefertigt.

Pferdepflege.

Ob Pferde vor oder nach der Fütterung zu tränken sind, darüber sind die Ansichten geteilt. Es sind Versuche an Pferden vorgenommen worden, welche erst Hafer gefressen, dann Wasser erhalten hatten und bald darauf getölet wurden, und es erwies sich, daß der größte Teil des Hafers von dem Wasser mit in den Darmkanal geschwemmt worden, also unverdaut geblieben war. Von vier Liter Hafer war in einem Falle nur noch ein Liter im Magen. Andererseits wurde bei vorheriger Tränke um 15 Minuten später erfolglicher Fütterung noch das ganze Haferquantum im Magen vorgefunden. Hiernach ergibt sich, daß die Tränke vor der Fütterung die beste Ausnutzung des Futters gewährleisten würde.

Rätselte.

Tanzrätsel.

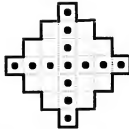
Sahne, Borste, Gleis, Reihe, Reiter, Dank, Rabe, Arm, Pest, Schrank.

Von jedem Wort ist durch Umtausch eines Buchstaben an beliebiger Stelle ein neues zu bilden, und zwar müssen die neu eingefügten Buchstaben im Zusammenhang einen modernen Staatsmann bezeichnen.

Rästel.

Ein jeder hat mich; doch ist's aum Lachen:
Wer mich will zeigen, muß mich erst machen.
Ich habe im Mittelalter promoviert,
Halbspannenlang bin ich, ein rechter Zwerg
Und doch ein großes ewiges Wert.

Diamanträtsel.



In die Felder vorsehender Figur sind die Buchstaben A, B, DD, EEE, JJ, L, OOO, OO, PP, RRR, S, TTT, U derartig einzutragen, daß die mittelfte wagerechte und senkrechte Reihe gleichlautend ist und die wagerechten Reihen bedeuten: 1. Willaut, 2. Farbe, 3. Weltstadt, 4. moderne Waffe, 5. Empfindung, 6. Vorname, 7. Selbstlaut.

Zahlenrätsel.

1 2 3 4 5 6 7 7 6 beliebtes Genußmittel,
3 2 7 6 5 Einfriedigung,
3 6 2 6 5 Raubvogel,
4 5 2 6 5 Kasse,
3 5 6 7 6 Rädchenname,
4 5 4 Vogelart,
7 5 4 7 7 6 kaufmännischer Ausdruck.

Gleichung.

$$a - (b - c) + d - (e - f) = x$$

a männlicher Vorname, b Soldat, c Verhältniswort, d Kurort in Tirol, e Zeitbestimmung, f Himmelskörper, x europäische Hauptstadt.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 3. — 11. Mai 1907. — Seite 49/72. — 5. Jahrgang.

Mai						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

Herausgeber:
Robert Gerßbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denk. Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Juni						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	1	2	3	4	5

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abbestellen wird die Zeitschrift am Jahresabschluß aus-
gegeben geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind recht zu richten an die
Verwaltung des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr M. 1.50.
Einzeln Nummern 50 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die Spaltenzeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Praktische Binde bei Anwendung des Vereins- gesetzes (Schluß)	50
Gesetz- und Verordnungsliste	54
Aus den Parlamenten	54
Beamtenrecht und -wesen	54
Erlebtes und Erfahrenes	55

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	56
II. Kammergericht	56
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	59
IV. Bundesamt für das Heimatwesen	59
V. Bayerisches Oberstes Landesgericht	60
VI. Oberlandesgericht Posen	60
VII. Landgericht Berlin I	60
VIII. Landgericht Bochum	60
IX. Landgericht Guben	60
X. Schöffengericht Köln	61
Polizeiliche Verwarnungen bei Verstößen gegen Ermittlungs- und Erkennungsdienst	61
Polizeibericht	62
Personalveränderungen	62
Ehrentafel	64

Bücherchau	65
Auskunft	65

II. Der Polizeihund.

Ausführung einer Prüfung für Polizei- hunde in Jherlsahn	67
Dressurkriege	67
Wohlfahrtsüberbringen	69
Polizeihunde im Dienst	69
Polizeihundprüfung in Breda	70
Briefkasten	70

Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins zur Förderung der Zucht und Ver- wendung von Polizeihunden	70
---	----

III. Haus und Herd.

Das Karten- und Planwesen	71
Recht, Ordnung und Gesetz	72
Rechtsprüchewörter	72
Verwaltungsstunde	72
Gaunersprache	72
Weltbürger-Abd.	72
Sterbedienst	72
Auflösung der Kasse aus Nr. 2	72

Vakanzliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 6. Mai 1907 abgeschlossen worden.

Praktische Winke bei Anwendung des Vereinsgesetzes.

(Schluß.)

Ein Vereinsorgan, durch das der Verein tätig wird, kann wiederum ein Verein sein, sobald sich das Organ durch Teilung der Geschäfte organisiert. Ob der so gegründete Unterverein nur solche Mitglieder hat und haben kann, die auch Mitglieder des Hauptvereins sind und die von einer Generalversammlung des Hauptvereins zu wählen sind, ob beide Vereine dasselbe Ziel verfolgen und ob der Unterverein von dem Hauptverein abhängig ist, kommt nicht in Betracht. Diese Tatsachen ergeben nur, daß der eine Verein zu dem anderen in einem gewissen tatsächlichen Abhängigkeitsverhältnis steht. Seine rechtliche Selbstständigkeit, die auf dem besonderen Vereinsvertrag beruht, wird dadurch nicht berührt. — Urt. d. Kam.-Ger. vom 19. Juni 1905.

Die Verhandlung eines örtlichen Zweigvereins darüber, welche Personen als Vertreter des Zweigvereins in den Hauptverein gewählt werden sollen, ist nicht schon deshalb als Erörterung öffentlicher Angelegenheiten anzusehen, weil der Hauptverein eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt.

Weiter, Unternehmer, Redner einer Versammlung, die nach ihrem Programm nicht zur Erörterung oder Beratung öffentlicher Angelegenheiten bestimmt war, sind nach dem Ver.-Ges. strafbar, sobald über das Programm hinausgehende öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden. — Urt. des Kam.-Ger. vom 19. Mai 1904, Joh. Wb. 27 S. 6. 59.

Die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 enthalten sogenannte Omissivdauerbestitte. Der Lauf der Verjährung der Strafverfolgung bei Verstößen der Vereinsvorsitzer gegen die Anzeigepflicht beginnt nicht schon mit dem Ablauf der 3 Tage. — Urt. d. Kam.-Ger. vom 28. September 1905.

Unter das Vereinsgesetz fällt ein Verein erst dann, wenn er eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt, während bei Versammlungen schon das Beraten und Erörtern solcher Angelegenheiten genügt. Ob die Satzungen des Vereins diesen Zweck enthalten oder nicht, ist für die Beurteilung unerheblich, da die Statuten niemals für den Vereinszweck maßgebend sind.

Ein Verein kann sehr wohl neben dem Privatinteresse seiner Mitglieder auch öffentliche Interessen verfolgen und durch deren Förderung gleichzeitig seinen Mitgliedern dienen.

Kirchliche und religiöse Vereine unterliegen nur dann der Anzeigepflicht, wenn sie nicht von den zuständigen Organen, sondern von einzelnen Personen in nicht-amtlicher Eigenschaft zusammenberufen werden. — Entsch. d. Kam.-Ger. v. 2. März 1885 und 9. Mai 1895. — Kirchliche und religiöse Vereine ohne Korporationsrechte unterstehen unter allen Umständen dem Vereinsgesetz.

Versammlungen nach § 3 des Gesetzes sind alle Versammlungen eines Vereins, welcher eine Einwirkung auf öffentliche Interessen verfolgt, gleichgültig ob in der Versammlung solche Angelegenheiten beraten werden oder nicht.

Die Teilnahme von Gästen an den Vereinsversammlungen ändert ebensowenig den Charakter derselben wie das Auftreten von Rednern, die nicht zum Verein gehören; allerdings muß die Vereinsversammlung unter allen Umständen als solche zu erkennen sein.

Es ist zulässig, periodisch wiederkehrende Vereinsitzungen in einer Anzeige zusammengefaßt zur Kenntnis der Polizeibehörde zu bringen; jedoch ist nicht erforderlich, den Ausfall der einen oder der anderen Vereinsversammlung anzugeben, da nach dem Kam.-Ver. II. R. Sten.-Ver. V 2772 es keine allzu große Belästigung für die Abgeordneten der Polizei ist, wenn sie sich in das Versammlungslokal begeben und dort auf den Beginn der Versammlung höchstens eine Stunde zu warten haben.

Die Polizeibehörde ist befugt, jedoch nicht verpflichtet, in jede Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten beraten werden, zwei Abgeordnete zu entsenden, welche sich durch die Uniform oder in anderer Weise zu legitimieren haben. Falls sich Polizeibeamte nicht in Dienstkleidung befinden, würde es genügen, wenn ihre amtliche Eigenschaft der Versammlung bekanntgegeben wird. Nichtbeamte müssen mit einem erkennbaren Abzeichen versehen sein.

Nach dem Kam.-Ver. der II. Kammer Verb. 1849/50 Wb. V. 2772 soll die Wahl des Plazes nicht lediglich von dem Willen

des Abgeordneten abhängen, obwohl ihm ein solcher Platz eingeräumt werden muß, welcher ihn befähigt, nicht allein die Versammlung zu übersehen, sondern auch jederzeit mit dem Leiter derselben in Verbindung zu treten. Endlich ist auch bei Eindrängung des Plazes die Würde der vertretenen Behörde zu wahren.

Die Verweigerung eines angemessenen Plazes bietet zur Auflösung der Versammlung keine Veranlassung, wohl aber zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Unternehmer, Vorsteher, Ordner oder Leiter derselben.

Der § 5 des Vereinsgesetzes befugt die Polizeibehörde, unter gewissen Voraussetzungen eine Versammlung aufzulösen, spricht jedoch eine Verpflichtung hierzu nicht aus. Neben dieser Befugnis steht den Abgeordneten der Polizei der § 10, II. 17 des A. V. zur Seite, welcher sie ermächtigt, den Vorsitzenden in der Handhabung der Geschäftsordnung zu unterstützen und gegen Ordnungsfürer amtlich einzuschreiten. — Entsch. des R. G. vom 6. Oktober 1890. Gold. Arch. Bd. 39 S. 385. — Sie können evtl. die Versammlung auf Grund desselben Paragraphen auflösen, falls die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung oder der Schutz der Personen und des Eigentums dies erfordert.

Eine Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen zu strafbaren Handlungen kann bereits in dem Vorbringen derselben gefunden werden und die Auflösung der Versammlung rechtfertigen, sobald diese dem Redner in irgend einer Weise ihre Zustimmung zu erkennen gibt.

Im Falle der Auflösung einer Versammlung haben sich die Teilnehmer sofort zu entfernen, und zwar nicht nur aus dem Versammlungsorte, sondern auch aus den angrenzenden Schankräumen, widrigenfalls sie nach § 15 des Vereinsgesetzes oder nach § 113 R. St. G. strafbar machen.

Das Verbot, mit Waffen in der Versammlung zu erscheinen, ist deswegen erlassen, weil durch die Anwesenheit Bewaffneter eine zu Gewaltthatigkeiten geneigte Versammlung leichter zu strafbaren Handlungen fortgerissen wird.

Einer ganz besonderen Beschränkung sind Vereine unterworfen, welche bezwecken, politische Gegenstände in den Versammlungen zu erörtern, indem sie weder Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen noch dieselben

in ihren Versammlungen und Sitzungen dulden dürfen. Politisch sind alle Gegenstände, welche sich auf die Gesetzgebung des Staates und auf seine Verwaltung nach innen und außen beziehen, politische Vereine also solche, welche sich mit dergleichen Sachen befassen.

Angeichts dieser recht allgemeinen Definition muß es in jedem konkreten Falle der Beurteilung des Richters überlassen bleiben, zu entscheiden, ob sich ein Verein mit politischen Gegenständen befaßt oder nicht.

Wenn ein bisher unpolitischer Verein durch Änderung seiner Zwecke zu einem politischen Verein wird, würde dies Gründung eines neuen Vereins sein. Sofern in diesen neuen politischen Verein aus dem Mitgliederbestand des bisherigen unpolitischen Vereins auch Frauen übernommen werden, kann hierin eine Übertretung des § 8 zu a und § 16 des Vereinsgesetzes gefunden werden.

Das Gesetz vom 11. März 1850 scheidet aus kriminalpolitischen Gründen die Vereine in drei Klassen:

- a) Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken (§ 2);
- b) Vereine, welche politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern bezwecken (§ 8);
- c) Vereine anderer Art, bei denen keiner dieser Zwecke vorhanden ist.

Alles kommt also auf den Vereinszweck an; je nach diesem Zwecke richten sich die Pflichten namentlich der Vorstände und die Rechte der Polizeibehörden. Während das Vereinsgesetz die anderen Vereine (c) gar nicht beachtet, unterstellt es die Vereine zu a und b ohne Rücksicht auf ihre Tätigkeit nur wegen ihres Zweckes einer polizeilichen Aufsicht. Daraus folgt, daß für das Vereinsgesetz ein Verein, der seine Zwecke ändert, zu einem anderen, d. h. neuen Verein wird, vorausgesetzt, daß diese Änderung den Übertritt des Vereins von einer der drei Klassen in eine andere bewirkt. — Urteil des R. G. vom 14. Januar 1904.

Vereine, welche neben dem Zweck politischer Erörterungen in Versammlungen noch andere Zwecke verfolgen, unterliegen als politische Vereine der Beschränkung, daß Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge Versammlungen derselben auch dann nicht beizuhören dürfen, wenn diese ausschließlich anderen Zwecken als dem politischen Erörtern dienen sollen. (Politisch, desklamatorische Abendunterhaltungen mit Tanz, Lesabende mit Damen

zum Lesen von Dramen mit verteilten Rollen u. dgl.)

Der Begriff der Versammlung und des politischen Vereins im Sinne der Verordnung vom 11. März 1850 ist durch das Endurteil des I. Senats des RG. vom 1. Oktober 1890 unbestreitbar und einwandfrei festgelegt.

Da der Absatz 3 des § 8 der Verordnung ausdrücklich bestimmt, daß Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge den Versammlungen und Sitzungen politischer Vereine nicht beizohnen dürfen, gilt dies auch für alle Vereinsversammlungen und Sitzungen, gleichgültig welchem besonderen Zwecke dieselben dienen mögen. Der Gesetzgeber wollte eben die Frauen außerhalb des Parteitreibens der politischen Vereine stellen; sie sollen an der Agitation weder aktiv noch passiv teilnehmen, auch nicht ein Mittel derselben werden. Allerdings ist in dieser Beziehung in letzter Zeit eine mildere Auffassung zur Geltung gekommen, indem man Frauen, welche den Vereinsversammlungen beizohnen, sich aber in keiner Weise aktiv oder passiv an den Verhandlungen beteiligen, Hindernisse nicht in den Weg legt.

Die Verechtigung der Ortspolizeibehörde, Vereine zu schließen, welche die Beschränkungen des § 8 überschreiten, ist zweifellos, obwohl eine Verpflchtung zur Schließung nicht besteht. Die betreffende Anordnung würde schriftlich unter Begründung zu erfolgen haben und öffentlich bekanntzumachen sein.

Auch politische Frauenvereine sind durch den § 8 verboten, da die Gesetzgebung nicht beabsichtigt haben kann, die Mitgliedschaft einzelner Frauen bei politischen Vereinen zu verbieten, die Zusammenfassung solcher Vereine aus Frauen aber zu gestatten. — Entsch. des RG. v. 18. Februar 1887. Bd. 15, S. 305.

Im übrigen ist das Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen nicht beschränkt; vielmehr steht ihnen der Beitritt und das Zusammentreten zu anderen Vereinen frei, sobald diese lediglich die Hebung der persönlichen und wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder bezwecken.

Ferner unterliegen dem Vereinsgesetz alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel mit der Erweiterung, daß dieselben der ortspolizeilichen Genehmigung bedürfen, während nichtöffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten be-

fassen, nur der Anmeldepflicht nach § 1 unterliegen, weil sie Versammlungen in geschlossenen Räumen gleich erachtet werden.

Auf den Zweck der Versammlung kommt es nicht an, so daß öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel, abgehalten von religiösen Vereinen ohne Korporationsrechte, dem § 9 des Vereinsgesetzes unterstehen, desgl. Schulsfeste, sobald sich an denselben eine unbeschränkte Anzahl Erwachsener beteiligt. Der Begriff „unter freiem Himmel“ ist wörtlich zu nehmen, d. h. der Raum, auf welchem die Versammlung abgehalten wird, darf zwar umfriedet, aber nicht überdacht sein.

Die Genehmigung der Ortspolizeibehörde muß schriftlich erteilt werden, desgl. die Verjagung, welche sich auf verkehrs-, ordnungs- und sicherheitspolizeiliche Bedenken stützen kann, abgesehen von den im Gesetz selbst aufgeführten Verjagungsgründen.

Unter einem öffentlichen Aufzug im Sinne des Vereinsgesetzes wird eine zu einem bestimmten Zweck vereinigte Menschenmenge verstanden, welche geeignet ist, durch ihre Anzahl die öffentliche Ordnung zu stören und den Verkehr zu gefährden. — Vgl. Ur. des RG. v. 27. April 1893, Goldt. Arch. Bd. 41, S. 74. Ur. des RG. v. 30. April 1903, Joh. Bd. 26, S. C. 39.

Wer an einem polizeilich genehmigten Aufzug teilnimmt und dabei die Bedingungen nicht erfüllt, die von der Polizeibehörde bei ihrer Genehmigung gestellt sind, kann aus § 17 Abs. 1. des Vereinsgesetzes nicht bestraft werden. Wenn die Behörde ihre Erlaubnis von gewissen Bedingungen abhängig macht, gibt sie damit nur zu erkennen, daß sie sich vorbehalten wolle, bei Nichtinnehaltung ihrer Bedingungen gegen den ganzen Aufzug oder einzelne Teilnehmer desselben hindernd einzuschreiten. — Ur. des RG. v. 2. Februar 1905, Joh. Bd. 29, C. 23.

Die Teilnahme an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzug ist nach dem Vereinsgesetz selbst dann strafbar, wenn die Teilnehmer in gutem Glauben handeln, d. h. wenn sie der Meinung sind, der Aufzug sei in der veranfaßten Form genehmigt. — Ur. des RG. v. 26. Oktober 1903, Joh. Bd. 26, C. 72.

Einer Anzeige oder Genehmigung der Ortspolizeibehörde bedürfen nur nicht: gewöhnliche Leichenbegängnisse, Hochzeitliche, kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Wittgänge, soweit sie an den fraglichen

Orten hergebracht und Gebrauch sind. Daher sind auch Auszüge von Innungen, Schützengilden, Studentenverbindungen, Kriegervereinen u. dgl. genehmigungspflichtig; jedoch brauchen Kriegervereine nach § 6 der Allg. Abg. Ordr. v. 22. Februar 1842 (MinBl. d. B. S. 97) von jeder militärischen Begräbnisfeier und dem damit verbundenen Auszug der Ortspolizeibehörde nur Anzeige zu erstatten.

Bei den der Genehmigungspflicht nicht unterliegenden Auszügen sind naturgemäß die für den Ort maßgebenden Vorschriften über die Sonntagsruhe zu beachten.

Wasserstraken kommen für die Anwendung des Vereinsgesetzes nur insoweit in Frage, als dieselben durch bewohnte Orte führen.

Die Erhebung von Geldbeiträgen, deren Zahlung oder Höhe dem Belieben der Teilnehmer überlassen ist, (freiwilliges Eintrittsgeld, Zellerfassungen usw.) bei Gelegenheit von öffentlichen Versammlungen bedarf einer besonderen Genehmigung nicht und kann weder durch Polizeiverordnung noch sonst verboten werden, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für ein derartiges Verbot fehlen. — Ur. d. Kam. Ber. vom 3. Oktober 1904. Zöhl. Bd. 28, S. 677.

Die Absendung der Abgeordneten der Polizei zu den öffentlichen Versammlungen politischer Vereine hat den Zweck, die Beobachtung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes durch die Unternehmern der Versammlungen sicherzustellen. Damit dies mit Sicherheit geschehen kann, muß der überwachende Beamte nicht allein mit dem Inhalt des Gesetzes, sondern auch mit den hauptsächlichsten durch die Rechtsprechung gegebenen Erläuterungen durchaus vertraut sein. Es müssen unbillige Härten einerseits, Mißgriffe anderseits tunlichst vermieden werden, damit einer unnötigen Verschärfung der Gegensätze vorgebeugt wird.

Das Gesetz läßt auch dem Überwachenden darin recht weiten Spielraum, indem es sagt, daß eine Versammlung evtl. aufgelöst werden kann, nicht muß, auch daß dem Beamten ein angenehmerer Platz eingeräumt werden soll, indem es den Begriff „angenehmen“ der verständigen und wohlwollenden Beurteilung desselben in der Hauptsache anheimstellt.

In der Regel kann der Beginn einer Versammlung erst in dem Eintritt in die Tagesordnung gefunden werden, während die Wahl des Bureaus und ähnliche Handlungen nur als eine Vorbereitung zur Versammlung betrachtet werden müssen.

Der Bericht über die Versammlung muß neben Beginn und Schluß derselben die Anzahl der Teilnehmer (Männer, Frauen), das Bureau, die Redner nach Name, Stand und Wohnung sowie sachlich das enthaltene, was gesprochen und vorgebracht wurde, Außerungen, welche den Tatbestand einer strafbaren Handlung enthalten, sind möglichst wortgetreu wiederzugeben und ist der Begleiter sofort auf die inframittierenden Stellen aufmerksam zu machen, um so einen einwandfreien Zeugen zu schaffen.

Der überwachende Beamte hat sich nur insoweit in den Gang der Verhandlungen zu mischen, als es der Überwachungsdienst unbedingt erfordert, wobei gegen Aufrechterhaltung der Ruhe zum Schutz der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850 als geeignetes Mittel zur Anwendung gebracht werden kann. Nur bei Aufrechterhaltung in größerem Umfang würde eine Auflösung der Versammlung am Platz sein, falls der Leiter derselben nicht vorziehen sollte, rechtzeitig zu schließen.

Die Auflösung der Versammlung, möglichst unter Angabe des Grundes, ist den Teilnehmern derart deutlich bekanntzugeben, daß niemand über das Veranlassende in Zweifel sein kann. Es empfiehlt sich, den Versammelten ausreichend Zeit zu lassen, sich in Ruhe zu entfernen, auch das Verbleiben einzelner in den Nebenräumen nicht zu hindern, da unnötig scharfe Maßregeln zu unliebsamen Szenen führen können, die so lange vermieden werden müssen, als nicht der ganze Charakter der Versammlung und der einzelnen Teilnehmer ein rücksichtsloses Einschreiten zur Pflicht macht.

Zum Schluß sei nochmals auf „Das preussische Versammlungs- und Vereinsrecht“ von Caspar und „Das preussische Vereins- und Versammlungsrecht“ von Delius hingewiesen, die das Vereinsrecht in durchaus erschöpfender Weise behandeln, obwohl die neueste Judikatur nicht berücksichtigt ist.

Gezetz- und Verordnungstafel.

Deutsches Reich: RG. vom 25. 3. 07 betr. Vornahme einer Verfassung- und Betriebszählung i. J. 1907. — RGBl. Stüd 14. — Ver. vom 18. 4. 07 betr. Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlenbergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken im RegBez. Opperla. — RGBl. Stüd 16. —

Preußen: AGB. vom 4. 3. 07 betr. ummittelw. Verkehr mit niederländ. Justizbehörden in Strafsachen. — JRB. 48. — G. vom 27. 3. 07 betr. Erweiterung des Landespolizeibezirks Berlin. — GS. Stüd 9. — G. vom 27. 3. 07 betr. Erweiterung des Stadtkreises Danzig. — GS. Stüd 10. — G. vom 27. 3. 07 betr. Erweiterung des Stadtkreises Hanau. — GS. Stüd 10. —

Österr.-Ungarn: AB. E. vom 25. 2. 07 und AB. vom 28. 2. 07 betr. Einschränkung der Strafbarf. wegen Majestätsbeleidigungen. — J. u. VerzAB. 43. — AB. vom 23. 2. 07 betr. Strafregistrier. — J. u. VerzAB. 43. — W. v. 4. 3. 07 betr. Zustellungen von Amts wegen. — J. u. VerzAB. 47. —

Aus den Parlamenten.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat dem Antrage der Budgetkommission gemäß beschlossen, die zu Kap. 24 Tit. 3 geforderte einmalige Ausgabe zur Verstärkung der Fonds für Unterhaltungen von Beamten von 3 000 000 M auf 3 243 800 M zu erhöhen.

Die Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am 26. April 1907 die Beratungen über das Jagdgesetz beendigt. Der Vorschlag, das bestehende Jagdrecht zu kodifizieren, wurde mit 19 gegen 2 Stimmen angenommen.

Dem Reichstage zugegangen ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Herstellung von Zigaretten in der Hausarbeit, wie solcher vom Bundesrat beschlossen worden war. Der Entwurf sieht Vorschriften über die Beschaffenheit der Arbeitsräume und über die Beschäftigung von Kindern und jungen Leuten vor.

Dem Reichstage zugegangen sind ferner folgende Gesetzesentwürfe:

1. Entwurf, betr. die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozeße,
2. Entwurf über den Unterstützungswohnort,
3. Novelle zur Gewerbeordnung (kleiner Beschäftigungsnachweis),
4. Vogelzuggesetz.

Die Kommission für den Reichshandelsrat stellt den Antrag, der Reichstag wolle beschließen, die Petition des Postassistenten Rademacher und Gen in Cassel um Anrechnung eines Militärdienstjahres auf das Beförderungsdienstalter bei denjenigen Reichsbeamten, die vorher als Gendarmen oder Schupleute angestellt waren, den verbündeten Regierungen zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dem Reichstage sind noch folgende Anträge zugegangen:

1. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen die unmittelbare Haftung des Staates und

anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihren Beamten bei Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden grundsätzlich ausgeschlossen wird.

2. Der Reichstag wolle beschließen:

den Herr n Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der Zeugniszwang gegen die Presse auf dem Gebiete des Straf- und Disziplinarrechts aufgehoben wird

3. Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzesentwurf vorzulegen, durch welchen die Reichsstaftung und die Staatsanwaltschaft dahin ergänzt werden, daß den Mitgliedern des Reichstages das Recht zusteht, in Anlehnung desjenigen, was ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut ist, das Zeugnis zu verweigern.

4. Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, der den Vertriebsuntersuchern für den bei dem Vertriebe von Wundmitteln auf öffentlichen Straßen und Plätzen erlaubten neuen Personen- und Sachen anhaltbar macht, sofern dieser nicht beweist, daß der Unfall durch eigenes Verschulden des Beschädigten beziehungsweise Sachinhabers oder durch höhere Gewalt verursacht ist.

Beamtenrecht und -wesen.

Zahlung von Zivilpensionen durch die Post. Zivilpensionen, Wartegelder, Witwen- und Waisengelder und Witwenpensionen der allgemeinen Witwenversorgungsanstalt bis zum Monatsbetrage von 800 M können innerhalb des Deutschen Reiches im Wege des Postanweisungswesens ohne Monatsquittung bezogen werden, sofern die Zahlung an den zum Bezuge Berechtigten selbst, nicht an einen Dritten (Vormund, Pfleger, Bevollmächtigten) zu erfolgen hat.

Als zum Bezuge von Waisengeldern berechtigt gilt hierbei die wittwenberechtignte Mutter der Kinder. Die Zustellung erfolgt nur auf schriftlichen Antrag des Berechtigten. Formulare zu Anträgen werden bei den zahlenden Kassen unentgeltlich verabfolgt.

Die Militärantwörter im Kanzleibienst.

Aus der am 1. April d. J. in Preußen eingeführten neuen Kanzleiordnung für die Gerichte und Staatsanwaltschaften bringen wir folgende Einzelheiten zur Kenntnis unserer Leser: Die ständigen Kanzleibeamten und die Kanzleigehilfen sind Staatsbeamte und werden als solche bezahlt. Ihre Stellen sind ausschließlich den Militärantwörtern vorbehalten. Mit nicht versorgungsberechtigten Personen dürfen solche Stellen nur besetzt werden, wenn innerhalb sechs Wochen nach der Ausschreibung in der Balanzliste Bewerbungen von Militärantwörtern bei der Anstellungsbehörde nicht eingegangen sind. Einmal angenommene Kanzleigehilfen aus dem Zivilstand dürfen durch Militärantwörter nicht verdrängt werden, erlangen aber hierdurch einen Anspruch auf Verteilung einer Kanzleibeamtenstelle nicht. Die Kanzleibeamten zerfallen in Kanzlisten und Kanzleidiätäre. Die Kanzlisten werden gegen festes Gehalt und den gesetzlichen Wohnungsgeldzuschuß auf Lebenszeit, die Kanzleidiätäre gegen Diäten unter Vorbehalt einmonatiger

Kündigung angestellt. Bewerber für den Kanglei-beamtendienst sollen das 40. Lebensjahr nicht überschritten haben. Zu den Voraussetzungen der Anstellung gehört unter anderem Fertigkeit im Raschinschreiben. Kanglei-gehilfen, die nicht unwiderstehlich angestellt sind, können mit einmonatiger Kündigung zum Monatslohn entlassen werden. Solchen Kanglei-gehilfen, die fünf Jahre ohne Unterbrechung im Justizdienst beschäftigt sind und das 25. Lebens-jahr zurückgelegt haben, wird bei befriedigendem Verhalten ein Mindesteinkommen unwiderstehlich bewilligt, Militärantwärtren binnen neun Monaten. Die im Amte befindlichen Kanglei-gehilfen führen fortan die Amtsbezeichnung „Kanglei-gehilfen“, die vorübergehend angenom-menen heißen fortan „Stillschreiber“.

Erlebtes und Erfahrenes.

Wie kleine durch Pulver geschwärmte Feten
Papier dem Täter zum Verräter wurden.

Von Kam. Ber. G. B. Vener in Bakhorst
bei Röhßen.

Als ich am 4. Januar 1904 abends gegen 8 Uhr von der 22 km entfernt ge-legenen Kreiskadt von einer Dienstver-sammlung zurückkehrte, sagte mir meine Frau: „Der Lehrer war hier; er will dich sprechen und kommt wahrscheinlich wieder.“ In demselben Augenblick kam derselbe auch herein und klagte mir sein Leid.

Ein Haufen junger Burschen habe am Abend knallende Feuerwerkskörper gegen seine Fenster geworfen und ihn bei der Erteilung des Fortbildungsunterrichts arg ge-führt. Beim Herausstreiten aus der Tür hätten sie ihm brennende Feuerwerkskörper in das Gesicht geworfen. Es seien 8 bis 10 Mann gewesen; gefasst habe er keinen.

Ich stellte am denselben Abend noch Ermittlungen an. Hierbei traf ich auf der Dorfstraße noch 2 junge Burschen, die ich von vornherein schon im Verdacht hatte. Beide lehneten ganz entschieden, irgendwie an der Tat beteiligt gewesen zu sein. Beweise hatte ich nicht; am anderen Tage stellte ich auch meine Ermittlungen als aussichtslos ein. Es waren 8 Mann, alle unzweifelhaft dänischer Gesinnung. Ich dachte nicht daran, daß aus ihnen irgend etwas herauszubekommen wäre, was zur Ermittlung führen könnte. Feuerwerks-körper wurden in dieser Zeit hehupfud-weise gekauft und jedes Schulkind besaß solche.

Am 6. Januar, abends 11 Uhr — ich saß noch am Schreibtisch — fiel auf einmal ein Kanonenschuß — so hörte es sich wenigstens an — und wedte die friedlich schlummernden Bewohner des kleinen Kirch-dorfes. Ein Unglück abend, lief ich sofort,

wie ich war, die Dorfstraße entlang. Überall in den Häusern wurde Licht ge-macht. Der Uhrmacher leuchtete, den Re-volver schüßbereit in der rechten Hand, seinen Laden ab. Der Gastwirt, ein furchterlich ängstlicher Mensch, lief im Hemd mit Laterne und Gewehr seine Zimmer durch. Hätte ich bei ihm angelockt, zählte ich heute sicherlich nicht zu den Lebenden. Weiter sah und hörte ich nichts. Eine halbe Stunde später herrschte im Dorfe wieder die gewohnte Stille.

Am 7. hatte ich anderen Dienst und mußte schon in aller Herrgottsfrühe fort. Als ich am Abend nach Hause kam, war der Lehrer wohl schon zum viertenmal in meiner Wohnung, um mich zu sprechen. Er brachte mir die Überreste einer sog. Bombe, die in der Nacht an seinem Hause zur Explosion gebracht worden war. Es waren, wie ich später erfuhr, 300 g Sprengpulver in 20 Bogen Pergamentpapier fest eingerollt und mit Bindfaden unumwunden. Auch eine Zündschnur, aber keine richtige, war mit eingelegt gewesen, durch die das Pulver ohne Gefahr für den Anleger entzündet wurde. Papier und Bindfaden waren bis auf einige Feten verbrannt.

Am kommenden Tage ging ich zunächst zu dem mir befreundeten Kaufmann B. und verglich Papier und Bindfaden mit seinem. B. sagte, er kenne die Firma, die solches Papier liefere, und sein Konkurrent, der Kaufmann J., sei der einzige Abnehmer in der Gegend. Nachdem ich mir die Er-laubnis zu einer Durchsichung verschafft hatte, nahm ich bei J. eine solche vor. Hier fand ich nun gleiches Papier und gleichen Bindfaden. An der letzten Sen-dung fehlten 300 g Pulver. J. erklärte, weder das Papier noch den Bindfaden noch Pulver in so großer Menge verkauft zu haben. Sein Kommiss wollte auch nichts verkauft haben; er war der Ver-dächtige und ein frecher Bursche.

Als ich ihm die Tat auf den Kopf zu-sagte, kam die Haushälterin des J. herein und erzählte mir in aller Seelenuhe, daß der Kommiss um 10 Uhr nach Hause ge-kommen sei und auch bis zu der Defon-ation nicht wieder das Haus verlassen habe. Da sie auf mich einen glaubwürdigen Ein-druck machte, stand ich zunächst vor einem Rätsel; dieses ließ sich aber bald lösen; die Haushälterin war die Tante des Kommiss und hatte mich schändlich belogen. Der Kommiss fing an zu verunsichern; ich mußte ihn deshalb vorläufig festnehmen. Vor dem Richter gestand er unumwunden alles ein und verriet auch die Täter.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Probezeit. Die Militär-anwärter haben nach § 22 Abs. 4*) der „Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen mit Militär-anwärtern“ vom 25. März 1882 — Pr. MBl. i. B. 226 — kein unbedingtes Recht darauf, daß bei dem System der Dienstalterszünlagen ihre Probezeit für die Berechnung des Dienstalters in Anrechnung gebracht wird. — Entsch. III. Ziv. Sen. RG. vom 22. September 1905. — St.

Deutsches Reich. Polizeiaufsicht. Die Aufenthaltsbeschränkungen des § 39 StGB. können von der Landespolizeibehörde, deren Bezirk zufällig nur einen Ort umfaßt, für diesen einen Ort, somit in diesem besonderen Falle für den ganzen Landespolizeibezirk verfügt werden. Wer diesen Beschränkungen zuwiderhandelt, ist nach § 361 StGB. strafbar. — Entsch. RG. vom 28. Juli 1906. — St.

Deutsches Reich. Wahrnehmung berechtigter Interessen durch die Presse. Eine Wahrnehmung berechtigter Interessen kann darin nicht erblickt werden, daß der Schriftleiter einer sozialdemokratischen Zeitung in seinem Blatte private Angelegenheiten von Mitgliedern seiner Partei vertritt. Es fehlt an der notwendigen individuellen Beziehung zwischen dem Schriftleiter und dem Parteigenossen. Nur eine solche würde zur Anwendung des § 193 StGB. Anlaß geben. — Entsch. RG. vom 25. April 1907 in Sachen des Redakteurs des „Volksblattes“ Ernst Köpfe in Harburg wegen Verleumdung eines Amtsanwalts in Stade. — St.

II. Kammergericht.

Preußen. Stodarreß als Strafanordnung in alten Polizeiverordnungen. Stodarreß bestand darin, daß der Delinquent „mit Händen und Füßen in den Stod eingeschlossen wurde.“ Hierin ist nicht eine Freiheitsstrafe, sondern eine bereits seit Erlaß des preussischen Strafgesetzbuches

unzulässige Leibessstrafe zu erblicken. Soweit eine Polizeiverordnung wie z. B. die Dorfpolizeiverordnung für das Herzogtum Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 1. Mai 1804 Stodarreß androht, ist die Verordnung ungültig. Eine Umwandlung des Stodarrestes in Haft ist nicht angängig, da ersterer keine Freiheitsstrafe ist. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 18. April 1907 gegen den Wächter Richter. — St.

Preußen. Sonntagsheiligung; Zingeltangel. Eine Polizeiverordnung, die für gewisse Festtage (z. B. den Karfreitag oder die ersten Feiertage) einen besonderen Schutz durch das Verbot der Café-Gantant-(Zingeltangel-) Betriebe vorschreibt, ist auf Grund der Kabinettsorder vom 7. Februar 1837, betr. den Schutz der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage, gültig. Die Auslegung des Begriffs Zingeltangel ist Sache des Richters. Der Zingeltangel unterscheidet sich von dem höheren Variété dadurch, daß durch seine Darbietungen die niederen Instinkte, namentlich die Geschlechtslust angeregt werden soll. In den Zingeltangel geht man, um sich aufzuregen, ins Variété, um über die höheren oder großartigen Darbietungen zu staunen. Ein Maßstab des Zingeltangels ist auch das Zurschaufiren der auftretenden Mädchen. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 11. April 1907 in Sachen Vöge-Berlin. — St.

Preußen. Gewässerpolizei. Der Regierungspräsident zu Stettin hat bezüglich des Verkehrs auf den Wasserstraßen unterm 22. März 1898 eine Polizeiverordnung, betr. den Gewerbebetrieb der Personenbeförderung auf in- und ausländischen Dampfern, ferner solchen Schiffen, die durch Petroleum, Benzinmotoren oder durch andere gleichartige Triebwerke fortbewegt werden, erlassen. Auf Grund des § 16 sind die Schiffsführer verpflichtet, für eine pünktliche fahrplanmäßige Abfahrt der Schiffe zu sorgen. Diese Polizeiverordnung ist nach § 6b des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, wonach Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen, Brücken, Ufern und Gewässern einen Gegenstand des polizeilichen Verwaltungsrechtes bildet, gültig. Der Verkehr auf den Wasserstraßen kann durch die Nichtinnehaltung der Abfahrtszeiten be-

*) Dieser Absatz lautet: „It für das Aufreiden in höhere Dienststellen oder für die Beförderung in höhere Dienststellen die Gesamt dienstzeit entscheidend, so wird dieselbe für Militäranwärter mindestens von dem Beginn der Probezeit in dem betreffenden Dienstzweig ab berechnet.“

einträchtigt werden. Wenn z. B. die Fahrzeit des einen Schiffes nicht innegehalten werde, dann würden andere Schiffe, die an der Anlagestelle anlegen müßten, nicht anlegen können. Dadurch würde sich der Verkehr stauen. — Entsch. des 1. Strass. des RG. in Sachen Schwengbed-Stettin vom 14. März 1907. C. v. R.

***Preußen. Vieh tränken.** In Widen-dorf bei Trier besteht eine Polizeiverordnung, wonach nicht oberhalb des Mühlenwehrs in der Rims Vieh getränkt werden darf. Diese Polizeiverordnung ist ungültig. Sie verstößt gegen das Gesetz betr. die Benutzung des Privatflusses vom 28. Februar 1843. Darin heißt es im § 1: „Jeder Uferbesitzer an Privatflüssen ist, sofern nicht jemand das ausschließliche Eigentum des Flusses hat oder Provinzial-gesetze, Lokalstatuten oder spezielle Rechtstitel eine Ausnahme begründen, berechtigt, das an seinem Grundstück vorüberfließende Wasser unter den in dem § 13 ff. enthaltenen näheren Bestimmungen zu einem besondern Vorteil zu benutzen“; und in § 2 heißt es: „Wo öffentliche Plätze oder Wege das Ufer des Privatflusses bilden, ist der Gebrauch des Wassers zum Trinken und Schöpfen sowie zum Tränken des Viehes einem jeden gestattet, sofern es nach Entscheidung der Ortspolizeibehörde ohne Gefahr für die Verschädigung des Ufers geschehen kann.“ Über diese Bestimmungen setzt sich die Polizeiverordnung hinweg, indem sie jedermann, also auch dem Eigentümer der Uferstrecke, untersagt, oberhalb des Mühlenwehrs Vieh zu tränken. Sollte aber die Gemeinde das Eigentum am Flusse haben, so könnte zu ihrem Schutze eine Polizeiverordnung nicht erlassen werden. — Entsch. des 1. Strass. des RG. in Sachen Schmitz-Widendorf vom 14. März 1907. C. v. R.

***Preußen. Warenaushängung.** Polizeiverordnungen, die verbieten, daß Waren ohne Genehmigung vor den Kaufläden und in Türöffnungen ausgehängt und ausgestellt werden, sind rechtswidrig auf Grund des § 6b des Polizeiverwaltungs-gesetzes aus verkehrspolizeilichen Gründen. Sollen gelassen wird dagegen die frühere Ansicht des Kammergerichts, daß auch § 6a des Polizeiverwaltungs-gesetzes (Schutz des Eigentums) solchen Verordnungen zur Grundlage diene. Es steht jetzt auf dem Standpunkt, daß, wenn sich jemand befehlen lassen will, die Polizei dies nicht zu verhindern hat. — Entsch. des 1. Strass. des RG. in Sachen Flöck-Mayen vom 18. März 1907. C. v. R.

***Preußen. Warnungstafeln auf Exerzier-plätzen.** § 368, 9 des Strafgesetzbuches findet keine Anwendung auf das Betreten eines nicht eingetriedigten, wenn auch mit vielen Warnungstafeln versehenen Exerzierplatzes. Es ist in § 368, 9 nicht von Plätzen die Rede, geschweige denn von öffentlichen Plätzen. Auch § 38 der Spandauer Straßenpolizeiverordnung ist nicht anwendbar. Er bestimmt, daß das Gehen, Fahren, Reiten usw. über öffent-liche Plätze, die mittels einer Warnungs-tafel geschlossen sind, verboten ist. Sind Plätze öffentlich, dann können sie nicht geschlossen werden. Sind sie keine öffent-lichen Plätze, dann können sie vielleicht durch Warnungstafeln geschlossen werden. Die Polizeiverordnung meint auch wohl nur Plätze, die im allgemeinen zugänglich sind, ohne daß sie im Rechtssinne öffent-lich sind. Aber der Richter ist nicht be-fugt, über den Wortlaut hinaus in die Polizeiverordnung eine Deutung hineinzule-gen. — Entsch. des 1. Strass. des RG. in Sachen Thomsitz-Spandau vom 18. März 1907. C. v. R.

***Preußen. Verantwortlichkeit des An-geheften.** Der Führer eines Motorbootes darf auch dem Eigentümer das Boot nicht zu polizeilich verbotenen Zwecken (z. B. zur Ausführung eines Schleppbetriebes) überlassen. Der Eigentümer ist nicht Stellvertreter des zugelassenen Motor-bootführers. Letzterer ist nach dem privaten Dienstvertrage nicht berechtigt, unter allen Umständen seinen Dienst zu tun. Solange der Eigentümer das Motorboot verbots-widrig benutzte, solange verfiel auch der Motorbootführer gegen die Verbotsbe-stimmung. — Entsch. des 1. Strass. des RG. in Sachen Sadewasser-Stettin, vom 15. März 1907. C. v. R.

***Preußen. Obervanz.** Eine Obervanz, eine gleichmäßige, auf rechtlicher Überzeugung beruhende Übung, kann dadurch nicht schwinden, daß die Verpflichteten eine Reihe von Jahren sie nicht befolgen, weil sie glauben, sie können nicht mehr bestraft werden, nachdem die Regierung aus einer vom Amtmann erlassenen Polizeiver-ordnung die Vorschriften über die Reini-gung von Bürgersteig und Rinnsteinen gestrichen hat. So wenig sich eine Ob-ervanz bilden kann unter dem Druck einer Polizeiverordnung, so wenig kann sie schwinden, weil der Druck anhört. Es muß also das Fortbestehen der Obervanz noch geprüft werden. — Entsch. des 1. Strass. des RG. in Sachen Ohle und Genossen, Blotho, vom 14. März 1907. C. v. R.

***Preußen. Bahnhofswirtschaften.** Der Bahnhofswirt ist verpflichtet, eine Polizeiverordnung über die Verabreichung geistiger Getränke in den Wartesälen auszuhängen, wenn ein solcher Aushang allgemein für Schankwirtschaften vorgeschrieben ist und die Bahnhofswirtschaft nicht lediglich zum Bahnbetriebe gehört. Es ist also festzustellen — hierin folgt das Kammergericht den zuständigen preussischen Ministerien — ob die Wartesäle innerhalb oder außerhalb der Bahnsteigperron liegen. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 21. Februar 1907 in Sachen Wingen-Vonn. — C. v. R.

***Preußen. Befahren der Bürgersteige mit Fahrrädern.** Wenn durch eine Polizeiverordnung nur das Befahren der Bürgersteige mit Fahrrädern verboten ist, dann kann das Führen eines Fahrrades daraufhin nicht bestraft werden. Befahren setzt voraus, daß der Radfahrer auf dem Rade sitzt. Zwar spricht man auch vom Befahren mit Schiebkarren und Kinderwagen; will man aber auch das Führen oder Schieben von Fahrrädern verbieten, dann muß man sich klarer ausdrücken. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 14. Februar 1907 in Sachen Kettler-Hilbesheim. — C. v. R.

***Preußen. Straßenbahn.** Eine Regierungs-Polizeiverordnung, die den Wagenführern elektrischer Straßenbahnen rechtzeitiges Bremsen oder Schellen zur Pflicht macht, wenn auf dem Geleise sich Personen, Wagen, Tiere oder andere Sachen befinden, findet ihre Stütze in § 6a des Polizeiverwaltungsgesetzes. (Schutz der Person und des Eigentums.) Wenn von Tieren allgemein die Rede ist, so können damit nur solche Tiere gemeint sein. Die Ansicht, daß die Verordnung ungültig sei, weil sie auch zum Schutz von Fröschen und Sperlingen bestimmt sei, ist unrichtig; der Vergleich trifft hinsichtlich dieser nicht im Eigentum stehenden Tiere nicht zu. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 18. Februar 1907 in Sachen Schlagmüller-Oberhausen. — C. v. R.

***Preußen. Wahlflugblätter. Sonntagsheiligung.** Das Verteilen von Wahlflugblättern auf öffentlicher Straße an Sonntagen fällt unter die Polizeiverordnungen über die äußere Heiligung der Sonntage und Feiertage, wenn auch nach § 43 GewD. das Verteilen von Wahlflugblättern während der Wahlzeit ohne polizeiliche Erlaubnis zulässig ist. Die Gewerbeordnung bezieht sich nicht auf Verordnungen, die die äußere Heiligung der Sonntage und Feiertage regeln. — Entsch. 1. Straß. RG. vom

21. Februar 1907 in Sachen Host und Kiltrop-Vommerholz. — C. v. R.

***Preußen. Versammlungsauflösung.** Auf die Erklärung des überwachenden Polizeibeamten, daß er die Versammlung auflöse, haben sich alle Anwesenden auf jeden Fall augenblicklich zu entfernen. Bei der Anwendung der §§ 6 und 15 des Preuß. Vereinsgesetzes kommt es gar nicht darauf an, ob die Auflösung mit Recht erfolgt ist. Es ist undenkbar, daß die Auffassung der Versammlung maßgebend sein soll. Nach § 6 kann ja die Auflösungs-erklärung unnotigenfalls auch mit Waffengewalt durchgeführt werden. Zusammenstöße sollen vermieden werden. Zunächst haben die Versammlungsteilnehmer zu gehorchen; wegen unberechtigter Auflösung kann Beschwerde erhoben werden. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 15. April 1907 in Sachen Baum und Gen. in Gudenberg. — Et.

***Preußen. Gewerbeanmeldung.** Eine Bestrafung wegen Nichtanmeldung eines Gewerbebetriebes aus § 70 Gewerbesteuer-gesetz ist ausgeschlossen, wenn es sich um ein nicht unter die Gewerbeordnung fallendes Gewerbe von steuerfreiem Umfang handelt. Auf den Jahrbetrieb findet die Gewerbeordnung (nach § 6) keine Anwendung; bleibt der Jahresertrag des Gewerbebetriebes unter 1500 M oder erreicht das Anlage- und Betriebskapital nicht die Höhe von 3000 M, dann ist das Gewerbe steuerfrei (§ 7 GewStG.). Wenn auch § 53 des GewStG. ganz allgemein die Verpflichtung zur Anmeldung jedes Gewerbebetriebes ausdrückt, so fehlt es doch an einer Strafbestimmung für die Unterlassung, da § 70 nur von der unterlassenen Anmeldung steuerpflichtiger Gewerbe spricht. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 4. April 1907 in Sachen Waldbausen-Vonn. — C. v. R.

***Preußen. Tanzlustbarkeiten.** Unter Veranstaltung einer Tanzlustbarkeit im Sinne der Steuerordnung ist jedes Zustandekommen einer Tanzlustbarkeit zu verstehen, ohne daß es einer längeren Vorbereitung bedarf. Es muß nur irgend eine Tätigkeit geleistet sein, die die Veranstaltung des Tanzes bezweckt. Auch der ist Veranstalter, der die Leistung einer zunächst von einem andern veranstalteten Tanzlustbarkeit übernimmt und etwa erklärt: „Es kann weiter getanzt werden.“ — Entsch. des 1. Straßensatzes des Kammergerichts in Sachen Protz-Rheine vom 8. April 1907. — C. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen.** Zufuhrwege zum Bahnhof. Zufuhrwege, die dem Verkehr des Publikums, aber nur zum und vom Bahnhof dienen, werden damit noch nicht zu öffentlichen Wegen im Sinne des Wegerechts. — Entsch. II. Sen. OVG. vom 21. Februar 1907 in Sachen Eisenbahndirektion Köln gegen Stadt Köln. — C. v. O.

***Preußen.** Stellvertreter im Schankgewerbe. Die Stadt Gelsenkirchen erhebt eine besondere Betriebsteuer für Wirte. Diese Steuerordnung sagt im § 6, Abs. 3: „Wird der Betrieb durch einen Stellvertreter ausgeübt, so wird der Besteuerung zugrunde gelegt der Ertrag, den der Wirtschaftsinhaber und sein Stellvertreter aus dem Betriebe ziehen, bezw. das Anlage- und Betriebskapital.“ Es kann Bedenken unterliegen, wie diese Bestimmung des Abs. 3 des § 6 aufzufassen ist. Ein Stellvertreter im Sinne der Gewerbeordnung kann doch nur derjenige sein, der nicht auf eigene Rechnung, sondern für Rechnung eines anderen den Gewerbebetrieb versteht. Das Ziel dieser Steuerordnung scheint jedoch die Besteuerung der Einkünfte aus dem Gewerbebetrieb ohne Rücksicht darauf zu sein, ob der KonzeSSIONAR selbst das Gewerbe ausübt oder durch einen Stellvertreter ausüben läßt. Sollte der sogen. Stellvertreter ein Angestellter sein, so hätte ja der Gewerbebetreibende Anspruch darauf, daß das Gehalt für den Angestellten als Betriebsunkosten abgezogen werde. Belanglos wäre aber auch, wenn der Betrieb ein gemeinschaftlicher, der sogen. Stellvertreter einer der Gesellschafter und der KonzeSSIONINHABER der andere ist; denn jeder der beiden Gesellschafter haftet für die Steuer im ganzen. (Urteil des OVG. in Sachen Thomas-Gelsenkirchen vom 12. April 1907.) C. v. O.

***Preußen.** Zulassung als Stellvertreter nach Verlegung der Schankerlaubnis. Rechtskraft der Verlegung. Ein Schankwirt, dem wegen Verführung der Förderung der Bäckerei vom Bezirksausschuß als letzte Instanz die Erlaubnis zum selbständigen Schankbetrieb rechtskräftig versagt worden ist, hat gleichwohl das Recht, eine auch seine Stellvertretungsbezugnis auf Grund des § 45 GO und des § 132 WGB. beanstandende polizeiliche Verfügung in einem selbständigen Klageverfahren beim Bezirksausschuß (in zweiter Instanz beim Oberverwaltungsgericht) auf ihre Verletzung nachprüfen zu lassen. In diesem neuen Verfahren ist nicht einfach die rechtskräftige Verlegung als unanfecht-

bar zugrunde zu legen. Die Verwaltungsgerichte haben nochmals selbstständig zu prüfen, ob dem beanstandeten Stellvertreter die in § 33¹ GO. vorausgesetzten Eigenschaften mangeln. Die Verlegung bezieht sich nur auf das eine Verfahren wegen Erteilung der Erlaubnis. — Entsch. des OVG. vom 18. April 1907 in Sachen des Schankwirts Krause in Fürstenwalde gegen die Polizeiverwaltung „daselbst.“ St.

***Preußen.** Konflikt. Ein Amtmann, der einen Bau fistiert, weil statt der baupolizeilich vorgeschriebenen schmiedeeisernen T-Träger solche von geringerer Stärke aus Flußeisen verwendet werden, überschreitet seine amtlichen Befugnisse nicht; er kann nach den Umständen annehmen, daß die Vorschrift der Bauordnung über die Stärke der T-Träger sich auch auf solche aus Flußeisen beziehe. — Entsch. des 2. Sen. des OVG. in Sachen Kirchhoff in Vlettenberg wider den Amtmann B. vom 24. Februar 1907. C. v. O.

IV. Bundesamt für das Heimatswesen.

Deutsches Reich. Kosten der Heilung geschlechtskranker Dirnen. Die von der Verwaltung des Arbeitshauses eines Landarmenverbandes veranlaßte Kur und Pflege einer bei der Entlassung geschlechtskranken Dirne ist, auch wenn dabei gesundheitspolizeiliche Rücksichten mitgewirkt haben, als Maßregel der Armenpflege anzusehen, wenn die Unterbringung ohne Anwendung polizeilichen Zwanges geschehen ist. — Entsch. VAGB. vom 3. Februar 1906 in Sachen Breslau gegen Schoppinitz. — Entsch. 38, 93. — St.

Deutsches Reich. Kosten der Unterbringung gemeingefährlicher Geisteskranker. Die Unterbringung gemeingefährlicher Geisteskranker erfolgt auf Polizeikosten, wenn sie lediglich wegen der Gemeingefährlichkeit erfolgt. Vorausgesetzt ist hierbei aber, daß das armenrechtliche Moment völlig anscheidet. Dagegen sind die Unterbringungskosten Armenpflegelkosten, wenn der Kranke auch außerhalb der Anstalt, sei es infolge seiner Krankheit, sei es aus anderen Gründen, seinen Lebensunterhalt nicht finden kann, desgleichen dann, wenn neben Gründen der öffentlichen Sicherheit auch das Wohl des Kranken selbst — insbesondere seine Heilung oder Besserung — in Betracht kommt. — Entsch. VAGB. vom 10. März 1906 in Sachen Geestemünde gegen Landarmenverband Hannover. — Entsch. 38, 90. — St.

V. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Tator. Eine Straftat, deren Tatbestand nicht bloß aus einer, sondern aus verschiedenen Handlungen besteht, ist erst dann begangen, wenn alle diese Handlungen ausgeführt sind. Die Gesamtheit derselben bildet das Begehen. Die Straftat muß also an jedem der Orte, an dem eine der Handlungen vorgenommen wurde, als begangen angesehen werden; dabei ist es gleichgültig, daß der Täter zur Verwirklichung seines strafbaren Vorhabens fremde Kräfte, z. B. die Post, in Bewegung setzt. Bei Drohbrieffen ist auch der Ort der Abendung als Begehungsort zu betrachten.^{*)} Hiernach richtet sich dann auch die Zuständigkeit der Gerichte. — Entsch. Straff. BayObLG. vom 15. März 1906. — St. 6, 365. — St.

Deutsches Reich. Grober Unfug und Verkehrshinderung im Sinne des § 366^a StrGB. Wenn jemand in dem Bewußtsein, das Publikum zu belästigen und zu gefährden, durch Aufstellen von Gegenständen auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen Unfug verübt, findet die Strafe des § 366 Nr. 11, nicht die mildere Strafe des § 366 Nr. 9 StrGB. Anwendung. — Entsch. Straff. BayObLG. vom 13. Februar 1906. — St. 6, 328. — St.

Deutsches Reich. Arztähnlicher Titel. Der Titel „Dentist“ mit dem Zusatz „früher Vertreter des Hofzahnarztes Dr. R. R.“ ist in seiner Gesamtheit geeignet, den Glauben zu erwecken, daß die ihn führende Person eine geprüfte Medizinalperson sei. Im Volke besteht allgemein die Ansicht, daß der Vertreter eines Arztes oder Zahnarztes die gleiche wissenschaftliche Befähigung haben und ebenso geprüft sein muß wie der von ihm vertretene Arzt oder Zahnarzt. Die Bezeichnung „Dentist“ ist keineswegs geeignet, den sprachlich nicht gebildeten Teil des Publikums eines andern zu belehren. — Entsch. Straff. BayObLG. vom 6. Februar 1906. — St. 6, 324. — St.

Deutsches Reich. Offene Verkaufsstelle. Unter offener Verkaufsstelle im Sinne des § 41a GewO. sind ständige Verkaufsstellen der Handel- und Gewerbetreibenden zu verstehen, in denen sie ihre Waren zu verkaufen pflegen. Ohne Bedeutung ist es, ob die Stelle ausschließlich dem Warenumsatz oder auch andern Zwecken dient. Der Begriff ist möglichst weit zu fassen. Erfordernis ist nur, daß der Warenumsatz

von einer festen, allgemein zugänglichen Stelle aus erfolgt; es kommt nicht darauf an, ob der Handeltreibende auf den Platz oder Raum ausschließliches Recht hat, wenn ihm nur tatsächlich die Stelle für die Ausübung seiner geschäftlichen Tätigkeit zur Verfügung steht. — Entsch. Straff. Bay. ObLG. vom 1. Februar 1906. — St. 6 317. — St.

VI. Oberlandesgericht Posen.

Preußen. Schulverhältnis. Auch die über 14 Jahre alten Kinder sind verpflichtet, so lange die Schule zu besuchen und auch die von der Schuldisziplin angeordneten Nachsichtstunden einzuhalten, bis sie von der Schulbehörde, der allein zuständigen Stelle, das Entlassungszeugnis erhalten haben. Der Ortsgeistliche ist nicht berufen, ein Gutachten darüber abzugeben, ob die Kinder die erforderlichen Schulkenntnisse erworben haben. — Entsch. Straff. OLG. Posen vom 12. April 1907. — St.

VII. Landgericht Berlin I.

Preußen. Öffentliche Theatervorstellung. Vereinsvorstellungen sind öffentlich, wenn jede beliebige Person auf Wunsch Einladungen zugelaßt erhält. — Entsch. 3. Straff. LG. Berlin I vom 19. April 1907. — St.

VIII. Landgericht Bochum.

Preußen. Ausrufen und Ansläuten von Waren. Eine Polizeiverordnung, die das Ausrufen und Ansläuten von Waren auf der Straße verbietet, ist nach § 366^a StrGB. rechtsgültig. Ihre Zweckmäßigkeit hat das Gericht nicht nachzuprüfen. — Entsch. Straff. Bochum vom 18. April 1907 gegen den Gemüsehändler Heinrich Kensing in Reddinghausen. — St.

IX. Landgericht Guben.

Deutsches Reich. Schadenersatz für ungesunde Dienstwohnungen. Ungesunde Dienstwohnungen verpflichten die Gemeinden oder den Staat zum Schadenersatz, da auf das — mittel- oder unmittelbare — Staatsdienerverhältnis die privatrechtlichen Grundsätze über die Dienstverträge, insbesondere der § 618 BGB., insoweit entsprechende Anwendung finden, als die vermögensrechtlichen Ansprüche der Beamten aus dem Dienstverhältnis in Frage stehen. Einem Lehrer, der sich durch den Aufenthalt in einer feuchten Dienstwohnung ein Halsleiden zugezogen hat, ist zur Stärkung

^{*)} Rgl. RG. Entsch. 10. 420, 37, 14, 30 190 und 11, 247.

seiner Gesundheit eine jährliche, von der Gemeinde zu zahlende Rente von 1000 M zugesprochen worden. — Entsch. Zivst. 23. Guben vom 5. April 1907 in Sachen des früheren Lehrers der Gemeinde Seblath gegen diese Gemeinde. — St.

X. Schöffengericht Cöln.

Deutsches Reich. Kinderzusch. Die Verwendung von Kindern zu kleinen Dienstleistungen oder zu Aufführungen bei Karnevalsfiguren einer Karnevals-gesellschaft fällt nicht unter das Kinderzuschlaggesetz, da dieses nur auf gewerbliche Betriebe Anwendung findet. — Entsch. SchW. Cöln vom 19. April 1907 gegen den Präsidenten einer Cölnischen Karnevals-gesellschaft. — St.

Gefechtskunde.

Polizeiliche Verwarnung bei Übertretungen.*)

Die bekannte Streitfrage, ob die Polizeibehörden und -beamten berechtigt sind, eine begangene Übertretung mit einer Verwarnung abzutun, oder ob sie sich nicht dadurch eines Amtsverbrechens im Sinne des § 346 StGB schuldig machen, ist auch von dem Städteverband Sachsen-Anhalt eingehend erörtert und zum Gegenstand einer Eingabe an den preussischen Minister des Innern gemacht worden. Dieser hat in einem Antwortschreiben vom 9. März 1906 — II a 1930 — erwidert, daß die Ausführungen der Eingabe über die Schwierigkeiten, welche den Polizeibehörden und ihren Organen in Folge der scharfen Verpöhrung des Legalitätsprinzips in der Strafrechtspflege erwachsen, seine volle Beachtung gefunden hätten; er habe sich mit den beteiligten Ressorts in Verbindung gesetzt, das Ergebnis der Erwägungen sei aber noch nicht abgeschlossen. Von den Ausführungen des Städteverbandes verdient hier besonders hervorgehoben zu werden, daß aus der einen Seite der Polizei und besonders den Polizeireisitivbeamten beim Einschreiten gegen jede Übertretung der Vorwurf unangemessenen Übereifers gemacht werde — auch der Ministerial-erlaß von 1898 an die Polizei der damals neu errichteten Polizeidirektion Kiel vertrat diesen Standpunkt, indem er von kleinlicher Verfolgung und Schikane sprach — auf der anderen Seite den Beamten das Zuchthaus drohe, wenn er diese Wei- sung der höchsten vorgelegten Dienstbehörde

befolge und beachte. Wir sind der Ansicht, daß nach Einführung der bedingten Begnadigung für schwerere Delikte nichts im Wege steht, auch für die geringeren Delikte, die Übertretungen, den Polizeibehörden ein Begnadigungs- oder Verwarnungsrecht im Gefolge oder durch Delegation von seiten der Krone zu übertragen, wie ja u. a. auch den Steuerbehörden ein solches Quaderrecht von der Krone übertragen ist. Stephan.

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Statistik des Berliner Erkennungsdienstes. Die Mehrartenregistratur der Zentralstelle des Berliner Polizeipräsidiums weist nach der neuesten Aufnahme 73 851 Nummern gegen 65 948 im Vorjahr auf. Auf die erwachsenen Männer entfallen 60 190, die erwachsenen Frauen 4000 und die Jugendlichen zusammen 9661 Karten. Karten von Fingerabdrücken sind 37 682 gegen 24 664 im Vorjahr vorhanden. Durch Vergleichung der eingegangenen Mehrarten mit dem Bestand der Zentrale wurden im vergangenen Jahre 3628 Personen, die ihren richtigen Namen angegeben hatten, festgestellt, im Vorjahre 2973; Leute mit falschen Namen 467 gegen 403. Unter diesen befanden sich 127 Personen, die schon irgendwo im Inlande gemessen oder von denen schon Fingerabdrücke aufgenommen worden waren, im Vorjahre 109. Ferner 24 Personen (gegen 18 im Jahre 1905), deren Identität durch Schriftwechsel mit dem Auslande und aus dort vorhandenen Karten festgestellt wurde. Außerdem wurden durch Körpermessung, Fingerabdrücke und Schriftwechsel 184 Personen mit falschem Namen identifiziert, durch Einsicht in das Verbrecheralbum 144 Personen als Täter ermittelt, durch den Anhang im Polizeipräsidium dagegen nur 4. Diese Einrichtung wird jetzt vielleicht etwas besser wirken, weil für jeden Fall der Ermittlung einer Person, deren Bild aushängt, eine Belohnung von 10 Mark zugesichert ist. Im photographischen Atelier des Erkennungsdienstes wurden im vergangenen Jahre 1330 Aufnahmen gemacht (gegen 1125 im Jahre 1905) und 353 Photographien nach vorhandenen Bildern hergestellt. Abzüge lieferte das Atelier nicht weniger als 45 950.

*) Regal. Preuss. Verwalt. XXV, 141, 160, 237, und 8. Arbeit: Die polizeiliche Strafverfolgung, Seite 3.

Polizeibericht.

Besichtigung. Der Chef der Landgendarmarie, Ge. E. General der Kav. v. Hennigs, besichtigte am 22. April in Torgau die Gendarmarie des dortigen Kreises und der Nachbarbezirke.

Verwaltung. Rücksendung vorbehalten. Die geschäftliche Behandlung von Befragungen und Ersuchen, die in Reinschrift oder Abschrift einer Behörde zugehen, verlangt eine Beantwortung in einem besonderen Antwortschreiben; die Anfrage geht zur Registratur der antwortenden Stelle. Nur solche Schriftsätze, die mit der Bedingung der Rücksendung (schriftlich R. v. oder Urschriftlich g. R.) übersandt werden, sind urschriftlich zurückzusenden. Auf die Beobachtung dieser Form macht das Großherzogtl. Kreiskamt zu Worms durch eine Rundverfügung aufmerksam. Um nun die Registratur der antwortenden Stellen nicht mit einem Wust von für sie völlig wertlosen Anfragen zu überlasten, empfiehlt es sich, entweder für Anfragen in weitestem Umfange von der Form der Urschrift Gebrauch zu machen, oder bei der antwortenden Stelle die — bei einigen größeren Polizeibehörden übliche Verfügung „3. v.“ — „Zu vernichten“.

Die Gendarmestation Klingenthal in Sachsis ist am 15. April aufgehoben und nach Brunnhöben verlegt. Dorthin verlegt wurde Kamerad Gendarm Herrmann von Augustsburg; der bisher in Klingenthal stationierte Kamerad Gendarm Proge wurde nach Augustsburg verlegt.

Kraftwagenbetrieb. Es ist in letzter Zeit in Berlin wiederholt vorgekommen, daß Insassen von Kraftdroschken in Lebensgefahr gerieten, weil der Führer falsch steuerte oder in der Steuerung behindert wurde. Die Insassen waren nicht in der Lage, sich durch Handhabung einer im Innern der Droschke befindlichen Bremsvorrichtung selbst außer Gefahr zu setzen. Es wird die Frage angeregt, ob im Interesse der öffentlichen Sicherheit nicht verlangt werden solle, im Innern der Droschke leicht zu handhabende Bremsenanrichtungen. Allerdings würde dies voraussichtlich bei nervösen Personen oft dazu führen, die Fahrt eigenmächtig zu unterbrechen und den Verkehr erst recht zu gefährden. Der Chauffeur bekennend sein Tempo verleiht gerade, um einem drohenden Zusammenstoß zu entgehen, während der Insasse durch das schnelle Fahren so in Schrecken versetzt wird, daß er, ohne den Grund der beschleunigten Fahrt zu kennen und ohne die Folgen seiner Handlung zu übersehen, zur Bremsen greift und nun den Zusammenstoß gerade herbeiführt.

Auch die Abwägung der Verantwortlichkeit von dem Chauffeur auf das sohtende ungeschulte Publikum wird die Gefahren des Verkehrs ins Angemessene erhöhen. Auch im Kraftwagenverkehr muß es heißen: *Εἰς ἑαυτὸν, εἰς ἑαυτὸν ἔστω!**)

*) Mäher soll Mäher, einer nur Herr sein!

Verbrechen und Vergehen. Ein Kirchenräuber ist von der Polizei in München-Gradbach festgenommen worden.

Festgenommen wurde in Metz ein Offizierburche unter der Beschuldigung, seit geraumer Zeit Frauen und Mädchen mit seinem Messer oder Radeltischen verlegt zu haben.

Wieder ist es derselbe Messerstecher, der vor fünf Jahren in Kiel sein Unwesen trieb.

Kupferdrohddiebe. Einem Kameraden aus Ritz gelang es, am Testovonl drei junge Puschken dabei abzulassen, als sie die zur Anbringung der elektrischen Freidelei bestimmten Kupferdrähte in Stücke schnitten und auf einen bereitstehenden Wagen schafften. Zwei der Diebe ließen sich festnehmen; der dritte konnte, da er zu stürken verstaute, nur dadurch gelöst werden, daß der Beamte ihn durch einen Schuß am Fuß an der Fortsetzung der Flucht verhinderte.

Wegen Verleumdung des Kameraden Gendarmierwachtmeyers Strauß in Sendenhorst wurde vom Schöffengericht Dedum ein Maurer wiederholt bestraft. Der Maurer hatte sich u. a. den grobstartigen „Wig“ geleistet, das Lied vom kleinen Gohn umzubilden: „Haben Sie nicht den Vogel Strauß gesehen?“

Von einem Landstreicher durch einen Revolverwurf verwundet wurde in der Wolscher Feldflur auf der Verfolgung ein dort stationierter Kamerad. Der Landstreicher tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in den Kopf.

Sozialdemokratisches. Beim Kartoffel-diebstahl abgefaßt wurden in Strehla von dem dortigen Gendarm zwei bekannte Sozialdemokraten. Einer der Diebe ist sozialdemokratischer Vertrauensmann für Strehla und Mitglied des Strehlaer Stadtverordnetenkollegiums.

Alkohol. Trunkenheit in der französischen Armee. Der Generalgouverneur von Paris erließ wegen der großen Zahl durch Trunkenheit verurteilter schwerer Verurteilungen laut Mil-Wochenbl. eine Anweisung an die Kommandeure, diejenigen Leute, die sich ausschreitender öffentlicher Trunkenheit schuldig machen, vor das Kriegsgericht zu bringen. Auch sollen in jedem Falle die Umstände aufgeklärt werden, unter denen sich ein Mann betrunken hat, und es soll gegen diejenigen Schankwirte vorgegangen werden, die ein Geschäft daraus machen, die Trunkenheit zu begünstigen, oder die Getränke verfälschen.

Personalveränderungen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 8. April ds. Js. dem Gendarmarie-Überwachmeister Fischer in Götting (0. Gend.-Brig.) den königlichen Kronen-Orden 4. Klasse zu verleihen geruht.

1. Brigade.

§ a Pr. Studium, Bienglowen, am 22. 4. 07 zur Truppe zurück — O.B. Philipp, Stollupönen, am 1. 5. 07 peni. — R.B. Weg

Doltowen b. Gehßen O.-Pr., am 30. 4. 07 verlorb. — b. B. Eyverred, Gr. Kurwien b. Kurwien, am 1. 5. 07 als Grenzaufseher in Dwarischken Kr. Willaßen o. Geh. beurl.

2. Brigade.

FF. Fredrich, Gr. Sophienthal bei Gr. Christinenberg Kr. Rangard, am 1. 5. 06 o. Geh. beurl., scheidet am 1. 5. 07 aus. — HJ. Kaufser, Pölschen, erhält als etatsmäß. F. die Kr. 43. — HJ. Müller XIII, Sorenbohm, erhält als etatsmäß. F. die Kr. 257. — FF. Wöttcher, Treptow a. Rega, am 1. 5. 07 pensf.

3. Brigade.

b. G. a. Pr. Rüste, Tempelhof, am 30. 4. 07 zur Truppe zurück. — b. B. Wittkühn, Rumoto b. Gr. Welle Prignitz, am 1. 11. 06 o. Geh. beurl., wird am 1. 5. 07 als O.-B. best. — FF. Jacob, Ludwigsrub, am 1. 5. 07 nach Dühringhof vers. — b. B. Schaumann, Wend. Buchholz, am 1. 5. 07 nach Jossen vers. — b. B. Gollin, Friedersdorf, am 1. 5. 07 nach Wend. Buchholz ver. — b. B. Trojahn, Jossen, am 1. 5. 07 nach Golzow Kr. F.-Belzig ver. — b. G. a. Pr. Ruprecht, Golzow, am 1. 5. 07 nach Friedersdorf Markt vers. — FF. Groch, Reudenorf, Standort heißt jetzt Rowawes. — FF. Raich, Rowawes-Reudenorf, Standort heißt jetzt Rowawes. — FF. Nischmann, Rowawes-Reudenorf, Standort heißt jetzt Rowawes. — FF. Ritter, Wanschnow Bezirk Frankfurt a. O., wohnt bis auf weiteres in Rudow. — FF. Kruppa, Karstädt, zur 5. Brig. indrt., ist von seinem Kommando zurück. — b. G. a. Pr. Streicherl, Palenke, nach Dahlem b. Gr.-Lichterfelde 3 indrt. — b. B. Wiesnack, Silberndorf, nach Pichelsberg b. Spandau-Auhleben indrt. — FF. Wieder, Brig. bei Berlin, am 1. 12. 06 ohne Geh. beurl., am 1. 5. 07 wieder eingestellt als FF. in Ludwigsrub. — b. B. Krantschid, Neubardenberg, am 1. 5. 07 pensf. — b. B. Gorder, Witthod-Dosse, am 29. 4. 07 versf. — FF. Weder IV, Friedrichsfelde b. Berlin, am 1. 5. 07 ohne Geh. beurl. als Postanwärter in Fürstenberg a. Ober. — FF. Hofling, Bornstedt i. Mark, am 1. 5. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 5. 07 aus.

4. Brigade.

FF. Schaller, Herzberg (Eifter), am 1. 5. 07 ohne Geh. beurl. als Postant. in Henkadt (Orla). — FF. Stöbener, Grätzfeld, am 1. 5. 07 pensf. — b. B. Bräuer, Eckortau, am 1. 5. 07 pensf.

5. Brigade.

O.B. Misch, Kofien (F. Polen), am 1. 5. 07 pensf. — O.B. a. Pr. Riffau, Jnin, ml. 1. 5. 07 zum Oberwachtm. ern. — b. B. Penker, Rohrlagota, am 1. 5. 07 pensf.

6. Brigade.

b. B. Wolff II, Rosenburg OS., am 11. 1. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 5. 07 aus. — O.B. a. Pr. Brunel, Lublinig, am 1. 4. 07 als b. G. nach Woblan. — O.B. Gimmler, Dahnau i. Schles., am 1. 4. 07 nach Glogau

versf. — b. B. Rührmann II, Schlawa i. Schles., am 1. 4. 07 nach Grünberg i. Schles. versf. — b. G. a. Pr. Rehmet, Grünberg i. Schles., am 1. 4. 07 nach Schlawa i. Schles. versf. — FF. Reiß, Koshlowitz, am 1. 4. 07 nach Antonienhütte versf. — b. G. a. Pr. Ranow, Koslawitz, am 1. 4. 07 nach Waidau versf. — FF. a. Pr. Ranow, Sorowetz, am 1. 4. 07 nach Koslawitz b. Guttentag versf. — b. B. Benrich, Woblan, am 1. 4. 07 als O.B. a. Pr. nach Lublinig. — b. B. Volkwein, Nordensmühl, am 1. 4. 07 als O.B. a. Pr. nach Dahnau i. Schles. — FF. Wenzel I, Sacrau, am 3. 4. 07 nach Groß-Peterwitz, Kr. Neumark, indrt. — FF. Pauler, Döhernsfurt, am 3. 4. 07 nach Beulben, Vj. Breslau, indrt. — b. B. Bed r I, Ober-Lanzenau, am 17. 4. 07 nach Wölffelsgrund indrt. — b. B. Rieger, Krummwohlan, am 3. 4. 07 nach Wolsky b. Gantß indrt. — FF. Demmig, Trebnitz, am 3. 4. 07 nach Tichammendorf b. Kofienblut indrt. — FF. Echolz III, Alt-Stabelwitz, am 3. 4. 07 nach Spillendorf b. Gantß indrt. — FF. Rosenbergl, Obernig, am 3. 4. 07 nach Sablatz b. Kofienblut indrt. — FF. Eigan II, Wistupitz-Vorsigwerf, am 1. 5. 07 pensf. — b. B. Obst I, Wollendorf, am 1. 5. 07 pensf. — FF. Rauf II, Tellowa, am 1. 5. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 5. 07 aus. — b. B. Rajtan, Lonschnit-Schelig, am 1. 5. 07 als O.B. a. Pr. nach Löwenberg i. Schles. — O.B. Wirth, Löwenberg, Schles., am 1. 5. 07 nach Wörlitz versf. — FF. a. Pr. Wehrta, Woblan, Kr. Fleß, am 1. 5. 07 nach Kr. Gehlm versf. — FF. Krawir, Kr. Gehlm, am 1. 5. 07 nach Woblan b. Gubrau, Kr. Fleß, versf. — b. G. a. Pr. Malejewski, Steinau OS., am 1. 5. 07 nach Lonschnit-Schelig, Reg. Oppeln, versf. — b. G. a. Pr. Weninde, Vorsigwerf, Standort heißt jetzt Vorsigwerf-Schlupig. — O.B. Rischer, Wörlitz, am 1. 5. 07 pensf.

7. Brigade.

b. G. a. Pr. Kühne, Niede, am 1. 5. 07 a. Truppenteil zurück. — FF. Deniel, Eidel, am 1. 5. 07 als Vollziehungsbeamter bei der Kommunalkasse Eidel o. Geh. beurl. — FF. Suchastli, Wodschkowitz, am 1. 5. 07 pensf. — FF. Rudjinski, Wiedsch, am 1. 5. 07 pensf. — FF. Dulge, Erdiebsch, am 1. 5. 07 pensf.

8. Brigade.

FF. a. Pr. Piefer, Herzogenrath, am 1. 5. 07 a. Truppe zurück. — FF. Köster, Weilenkirchen, am 1. 5. 07 als Postant. in Weilenkirchen-Pühnhoven o. Geh. beurl. — FF. Ziegler, Leidenborn, am 1. 5. 07 als Stationsaspirant in Mehlem, Vj. Eötn, o. Geh. beurl. — HJ. Sedor, Wingerbrück, als etatsm. Führgenbarm v.rj. bleibt in Wingerbrück. — HJ. Schall, Wobwinkel, am 1. 4. 07 als etatsm. Führgendarm versf. bleibt in Wobwinkel. — FF. Petrad, Dümpten, am 1. 4. 06 ohne Gehalt beurlaubt, scheidet am 1. 4. 07 aus. — FF. Schneider IV, Oberwöllingen b. Loufensthal, Saarbrücken, am 1. 4. 06 ohne Geh. beurl. scheidet am 1. 4. 07 aus. — FF. Hofe, Wilsnburg b. Plutwigerhammer, am 1. 5. 07 pensf. — FF.

Altwie, Weichlingen, am 1. 5. 07 pens. — **Frz.** Wallacke, Gersweiler, am 1. 5. 07 pens. — **Frz.** Hüblich, Corneliunmüller, am 1. 5. 07 pens. — **Frz.** Radtke I, Rabedormwald, am 1. 5. 07 pens. — **Frz.** Brodel, Reuerburg, **Frz.** Witzburg, am 1. 5. 07 ohne Geh. beurl. als Polizeiwachmeister in Püßlingen.

9. Brigade.

Frz. Kründt, Rempe, am 1. 5. 07 nach Brodtsch, **Frz.** Steinburg, Imbrt. — **Frz.** Schilling, Oster-Satrup b. Wester-Satrup (Schleswig), postmäßige Bezeichnung des Standorts ist Wester-Satrup, **Frz.** Sonderburg, — b. **Frz.** Büster, Vornhöved, am 16. 4. 07 nach Ridling, **Frz.** Segeberg, Imbrt. — **Frz.** Gills, Schlammersdorf, **Frz.** Segeberg, am 6. 2. 07 nach Ridling, **Frz.** Segeberg, Imbrt., ist am 16. 4. von j. Ambo. zurückgeführt. — **Frz.** Uhlmann, Nilsels, am 1. 5. 07 nach Leegen vers. — b. **Frz.** Vogt, Kuslee, am 1. 5. 07 nach Plön vers. — **Frz.** Schoened, Plön, am 1. 5. 07 nach Suchsdorf, **Frz.** Ostf., vers. — **Frz.** Kraemer, Osterby, am 1. 5. 07 nach Plön vers. — **Frz.** Schulz II, Ehenfeld, die **Frz.** II fällt fort — b. **Frz.** Grams, Lützenburg, am 1. 5. 07 pens. — **Frz.** Schulz I, Suchsdorf b. Kiel, am 1. 5. 07 pens.

10. Brigade.

b. **Frz.** a. **Frz.** Remmeberg, Bremerbörbe, am 1. 5. 07 zur Truppe zurück. — **Frz.** a. **Frz.** Müller, Wiltmund, am 25. 4. 07 zur Truppe zurück. — **Frz.** a. **Frz.** Bahr, Burgwedel, am 31. 3. 07 zur Truppe zurück. — b. **Frz.** Kowes, Berke, am 1. 5. 07 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 5. 07 aus. — **Frz.** a. **Frz.** Linneweh, Welschen, 24. 4. 07 v. j. Truppenteil zum Wizefeldwebel befördert. — **Frz.** Schrader III, Schöningebors bei **Frz.** Füssen, am 1. 5. 07 pens. — **Frz.** Sander I, Wittingen, am 1. 5. 07 pens.

11. Brigade.

b. **Frz.** Schobek, Weilerburg (Weilerwald), am 1. 11. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 5. 07 aus. — **Frz.** a. **Frz.** Fritzsche, Frieden, am 1. 4. 07 nach Hilders versetzt. — **Frz.** Kämpfer, Gaffel, erhält als etatsmäß. Fußgend. die **Frz.** 115. — **Frz.** Schipporeit, Schönberg, erhält als etatsmäß. Fußgend. die **Frz.** 171. — **Frz.** Winkler, Frieden, am 1. 5. 07 pens. — **Frz.** Wiernecht, Wilmars, am 1. 5. 07 ohne Geh. beurl. für den BureauDienst d. Regierung Wiesbaden. — **Frz.** Schulz, Marienburg Westpr., erhält **Frz.** I. — b. **Frz.** Schulz, Gollub, erhält **Frz.** II. — **Frz.** Brandt, **Frz.** Friedland, postm. Bezeichnung. jezt **Frz.** Friedland, **Frz.** Schlochau.

12. Brigade.

Frz. u. **Frz.** Schreiber Kirch, Langfuhr, am 1. 4. 07 als Bureauassistent beim Magistrat Danzig, ohne Geh. beurl., wieder eingestellt als **Frz.** Schreiber. — b. **Frz.** Kiedtze, Kiehof, am 1. 5. 07 als Stationsassistent in Kiehof Dir. Bez. Danzig ohne Geh. beurl. — **Frz.** Glaner, Graudenz, am 1. 4. 07 nach Ritzwalde **Frz.** Graudenz versetzt.

Brigade Elisch-Lothringen.

Frz. Sander, Montigny, am 15. 5. 07 nach Ste. Marie-aux-Écluses, Lothr., vers. — **Frz.** Ederlein, St. Privat, am 15. 5. 07 nach Ste.

Marie-aux-Écluses, Lothr., vers. — **Frz.** Schwerdtseger I, Bingen, am 24. 4. 07 vers. — **Frz.** Sander, Montigny, trat am 30. 4. 07 vom Ambo. nach Jäilly in seine Station Montigny zur. — **Frz.** Geis v. Schletw. Holst. Drag. Regt. 18 am 1. 5. 07 als I. b. **Frz.** nach Solgne zur Probienf. einber. — **Frz.** Reut. Wörth, vom 1. 6. 07 ab ohne Geh. beurl. — **Frz.** Arumoto, Loubigny, vom 1. 5. 07 ab nach Jäilly Imbrt.

Zu einem Oberwachmeister-Anwärter-Kursus auf der Gendarmerieschule in Einbeck vom 5. Mai bis 25. Juni d. J. sind kommandiert: die berittenen Gendarmerie-Wachmeister Remmij I, Neuruppin, 3. **Frz.** Barlich, Weissenfels, Preilise, Oberdorf, Müller VII, Wanzleben **Frz.** Wgd., Dieze, Mühlhausen, Thür., 4. **Frz.** Kurth, Brittlid, Wölter, Sobotta, **Frz.** Wj. Wj. 5. **Frz.** Wj. Wj. 6. **Frz.** Wj. Wj. 7. **Frz.** Wj. Wj. 8. **Frz.** Wj. Wj. 9. **Frz.** Wj. Wj. 10. **Frz.** Wj. Wj. 11. **Frz.** Wj. Wj. 12. **Frz.** Wj. Wj. 13. **Frz.** Wj. Wj. 14. **Frz.** Wj. Wj. 15. **Frz.** Wj. Wj. 16. **Frz.** Wj. Wj. 17. **Frz.** Wj. Wj. 18. **Frz.** Wj. Wj. 19. **Frz.** Wj. Wj. 20. **Frz.** Wj. Wj. 21. **Frz.** Wj. Wj. 22. **Frz.** Wj. Wj. 23. **Frz.** Wj. Wj. 24. **Frz.** Wj. Wj. 25. **Frz.** Wj. Wj. 26. **Frz.** Wj. Wj. 27. **Frz.** Wj. Wj. 28. **Frz.** Wj. Wj. 29. **Frz.** Wj. Wj. 30. **Frz.** Wj. Wj. 31. **Frz.** Wj. Wj. 32. **Frz.** Wj. Wj. 33. **Frz.** Wj. Wj. 34. **Frz.** Wj. Wj. 35. **Frz.** Wj. Wj. 36. **Frz.** Wj. Wj. 37. **Frz.** Wj. Wj. 38. **Frz.** Wj. Wj. 39. **Frz.** Wj. Wj. 40. **Frz.** Wj. Wj. 41. **Frz.** Wj. Wj. 42. **Frz.** Wj. Wj. 43. **Frz.** Wj. Wj. 44. **Frz.** Wj. Wj. 45. **Frz.** Wj. Wj. 46. **Frz.** Wj. Wj. 47. **Frz.** Wj. Wj. 48. **Frz.** Wj. Wj. 49. **Frz.** Wj. Wj. 50. **Frz.** Wj. Wj. 51. **Frz.** Wj. Wj. 52. **Frz.** Wj. Wj. 53. **Frz.** Wj. Wj. 54. **Frz.** Wj. Wj. 55. **Frz.** Wj. Wj. 56. **Frz.** Wj. Wj. 57. **Frz.** Wj. Wj. 58. **Frz.** Wj. Wj. 59. **Frz.** Wj. Wj. 60. **Frz.** Wj. Wj. 61. **Frz.** Wj. Wj. 62. **Frz.** Wj. Wj. 63. **Frz.** Wj. Wj. 64. **Frz.** Wj. Wj. 65. **Frz.** Wj. Wj. 66. **Frz.** Wj. Wj. 67. **Frz.** Wj. Wj. 68. **Frz.** Wj. Wj. 69. **Frz.** Wj. Wj. 70. **Frz.** Wj. Wj. 71. **Frz.** Wj. Wj. 72. **Frz.** Wj. Wj. 73. **Frz.** Wj. Wj. 74. **Frz.** Wj. Wj. 75. **Frz.** Wj. Wj. 76. **Frz.** Wj. Wj. 77. **Frz.** Wj. Wj. 78. **Frz.** Wj. Wj. 79. **Frz.** Wj. Wj. 80. **Frz.** Wj. Wj. 81. **Frz.** Wj. Wj. 82. **Frz.** Wj. Wj. 83. **Frz.** Wj. Wj. 84. **Frz.** Wj. Wj. 85. **Frz.** Wj. Wj. 86. **Frz.** Wj. Wj. 87. **Frz.** Wj. Wj. 88. **Frz.** Wj. Wj. 89. **Frz.** Wj. Wj. 90. **Frz.** Wj. Wj. 91. **Frz.** Wj. Wj. 92. **Frz.** Wj. Wj. 93. **Frz.** Wj. Wj. 94. **Frz.** Wj. Wj. 95. **Frz.** Wj. Wj. 96. **Frz.** Wj. Wj. 97. **Frz.** Wj. Wj. 98. **Frz.** Wj. Wj. 99. **Frz.** Wj. Wj. 100.

Chrentafel.

Nach mehr als 43 jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten ist der Kamerad Fußgendarmeer-Wachmeister Radtke I. in Rabedormwald (8. Brigade). Ihm zu Ehren fand am 19. April d. J. eine Abschiedsfeier im Hotel Kaiserhof in Lennep statt, an welcher der Herr Brigadier Oberst v. den Brinden, der Herr Distrikts-Offizier Hauptmann Wed, Herr Landrat Hengen und die Kameraden des Bezirks Lennep teilnahmen.

Herr Oberst v. den Brinden überreichte dem Scheidenden, welcher 33 Jahre dem Königs Majestät allergnädigst verlebene Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste und musterhaften Führung während seiner gesamten Dienstzeit.

Herr Landrat Hengen überreichte dem Scheidenden, welcher 33 Jahre dem Bezirk Lennep angehört hat und 30 Jahre in Rabedormwald stationiert war, das vom Kreis Lennep gestiftete Ehrenzeichen unter Worten des Dankes für die dem Kreis Lennep geleisteten Dienste und mit dem Wunsch, daß Kamerad Radtke sich noch recht lange des wohlverdienten Ruhestandes erfreuen möge. Auch Herr Hauptmann Wed widmete als Distrikts-Offizier dem Scheidenden ehrende Worte.

Das Abschiedsgeheim der Kameraden des Bezirks bestand in einem Gruppenbild.

Kamerad Radtke wurde am 29. November 1843 in Vornauden, Kreis Wehlau, geboren, trat am 1. September 1863 bei der 10. Kompanie des 3. Grenadier-Regiments in Danzig ein und machte in diesem die Feldzüge von 1864 und 1866 mit. Am 1. November 1867 lapultierte er bei der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 43 und kämpfte in deren Reihen in der Schlacht bei Colombou-Mouilly mit Aus-

zeichnung, wofür ihm das Eiserne Kreuz II. Kl. verliehen wurde. Mit dem 15. Juli 1874 zur 8. Gendarmen-Brigade einberufen und in Dahlhausen (Wupper) stationiert, wurde Kommod Radtke mit dem 1. November 1877 noch Radevormwald versetzt.

Kommod Fußgendarmen-Brigade Radtke ist Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Kl., des Kreuzes zum Allgemeinen Ehrenzeichen, des Allgemeinen Ehrenzeichens, der Kriegsdienstmedaille 1864, des Erinnerungskreuzes 1866, der Kriegsdienstmedaille 1870/71, der Erinnerungsmedaille und der Dienstauszeichnung I. Kl.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Tagebuchblätter aus dem deutsch-französischen Krieg von Generalleutnant Kurt von Einsiedel, 1870/71 Major und Bataillonskommandeur im Königl. Sächsischen 3. Infanterie-Regiment „Kronprinz“ Nr. 102 Berlin-Breslau, S. Schottländer'sche Schlesi'sche Verlags-Anstalt, G. m. b. H. Preis 5 M.

Der Verfasser darf überzeugt sein, daß sein Buch trotz der Fülle der Literatur über den Krieg von 1870/71 allen Soldaten, besonders den Teilnehmern des großen Krieges, eine willkommenes, wenn auch späte Gabe sein wird.

Rufst für Alle. Monatshefte zur Pflege volkstümlicher Musik. Redaktion: Dr. Wogumil Jexler. Berlin, Verlag IIIstein & Co. Preis pro Heft 50 Pf., vierteljährlich 1,50 M.

Die Zeitschrift steigert fortgesetzt ihre Leistungsfähigkeit: dafür wächst ihre Beliebtheit aber gleichfalls.

Ich Bühnenhaltung gewinnbringend? Von J. Schilling. Hensburg. Zweite Auflage. Hensburg, Kommissionsverlag von G. Soltan. Preis 0,80 M.

Hier gibt ein Praktiker auf Grund seiner Erfahrungen Ratsschläge. Er bringt den Beweis, daß man mit 10 Bühnern einen Reingewinn von 50 M im Jahre erzielen kann.

Auskunft.

Kam. F. W. R. in A. Gehaltsverhöhung. Beim Abschluß dieser Nummer, das ist am 6. d. Mts. abends, sind die Aussichten in der Frage folgende: 1. Der Regierungsvorschlag, das Gehalt der Gendarmen auf 1900 M zu erhöhen, das der Wachmeister auf 2400 M, darf als angenommen betrachtet werden. Die weitergehenden Anträge Voens'sch-Schmidtlein usw. sind der Budgetkommission überwiesen, die sie Dienstag, den 7. d. M., beraten und vorzuschließen dem Plenum vorschlagen wird, sie der Regierung als Material für die künftige Gehaltsregelung zu überweisen. 2. Es scheinen Aussichten vorhanden zu sein, daß die vorgeschlagene besondere Zulage von 100 M auch den Gendarmen zugestimmt wird. Nr. 83. — G.—

G. in B. Anrechnung eines Jahres der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdiensalter. Dem Vernehmen nach dürfte binnen

kurzem den in den Subalterndienst übertretenden Gendarmen, Schulheuten und Unterbeamten zukünftig ein Jahr ihrer Militärdienstzeit auf das Besoldungsdiensalter angerechnet werden.

Nr. 32. — R. G.

Amt in B. Wohnungen der Wanderarbeiter in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben. Die Polizeiverordnung v. 20. Dezember 1891, deren genaue Befolgung die Herren Minister der geistlichen usw. Angelegenheiten, der Landwirtschaft usw. und des Innern in ihrer Verfügung v. 23. April 1906 (abgedruckt in unserer Zeitschrift auf S. 221 v. J.) anordnen, ist keine Ministerial-Polizeiverordnung, sondern von dem Herrn Regierungspräsidenten von Potsdam erlassen und in Stid 5 S. 35/37 v. 1902 des Amtsblattes der königlichen Regierung zu Potsdam veröffentlicht.

Nr. 343. — G.—

An Amtsvorsteher D. in Br. Erlöschen der Schenkungsaktion. Ein Schankwirt, der von seiner Konzeßion drei Jahre lang keinen Gebrauch gemacht hat, muß von neuem um Erteilung der Konzeßion einkommen. Es ist rechtlich unerheblich, ob die Nichtausübung mit dem Willen des Konzeßionärs oder ohne oder gegen seinen Willen stattgefunden. Nichtausübung liegt auch dann vor, wenn unter dem Schein einer Stellvertretung ein Pächter auf eigene Rechnung in den letzten drei Jahren die Wirtschaft fortbetrieben hat. In diesem Sinne hat sich bereits das Preuß. OVG. in einer im Br. VBl. Jahrg. XXV, 118, abgedruckten Entscheidung vom 6. April 1903 ausgesprochen. Sie würden hiernach berechtigt sein, den nun nach mehr als 3-jähriger Pause aufgenommenen Betrieb schließen zu lassen.

Nr. 436. — n.

Kam. G. W. S. in G. Redner in Versammlungen. Es gibt keine Bestimmung, wonach dem Leiter einer Versammlung unterzogen wäre, selbst als Redner aufzutreten. Dies würde sein Amt als Leiter auch völlig in Frage stellen. Redner ist auch, wer nur einige zusammenhängende Worte spricht. Die Worte: „Ich eröffne die Versammlung“, „ich erteile A. A. das Wort“, „wir schreiten nunmehr zur Abstimmung über den Antrag“ sind als Rede im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen. Dem steht auch nicht entgegen, daß in § 12 des Br. Vereinsgesetzes zwischen Vorsitzern, Ordnern, Leitern und Rednern unterschieden wird. Eine Person kann in mehreren Eigenschaften einer Versammlung beizubören. Nr. 410a. — S.

Kam. G. W. K. in P. Nächtl. Ruhe. Wenn durch Trompetenblasen die Nachtruhe der Anwohner gestört wird, dann sind sie berechtigt, gegen den Ruhestörer mit Strafanzeige und mit der Aufforderung, das Blasen einzustellen, einzuschreiten. Was unter Nachtruhe zu verstehen ist, richtet sich nach den Ortsgewohnheiten. In kleineren Orten wird ein Trompetenblasen nach 10 Uhr abends als Ruhestörung zu gelten haben. Abhängig ist Ihr Einschreiten davon, ob anzunehmen ist, daß Anwohner sich bereits zur Nachtruhe begeben haben und tatsächlich ge-

stört werden oder aller Bahrscheinlichkeit nach gestört werden müssen. Rr. 431 a. — St.

**Kam. G.W. R. in T. Teilnahme von Nichtvereinsmitgliedern an Mitglieder-
versammlungen.** Es ist nirgends verboten, daß Nichtvereinsmitglieder an Vereinsversammlungen teilnehmen und in solchen als Redner auftreten. Es ist ausschließlich Sache des Vereins, sein Hausrecht gegen unbefugte Eindringlinge zu wahren. Unbefugt ist die Teilnahme eingeführter Nichtmitglieder keineswegs. Ein Beamtenverein bleibt Beamtenverein, auch wenn ein Nichtbeamter einmal in dem Verein einen Vortrag hält. Der Metallarbeiterverband verliert seine Eigenschaft durch die Teilnahme eines Tischlers oder Schneiders ebensowenig.

Rr. 419 a. — St.

Kam. G.W. B. in L. 1. Kleinhandel mit Arrak, Rognak und Likören. Auch der Kleinhandel in verpackten, versiegelten oder verpackelten und etikettierten Flaschen ist von einer Erlaubnis aus § 33 Gew.O. abhängig.

2. Auffuchen von Warenbestellungen.

Ein Kaufmann, der außerhalb seines Wohnortes oder Niederlassungsortes Bestellungen auf Kleinwaren nach mitgeführten Proben bei Landwirten aufsucht, bedarf nur der Legitimationskarte, nicht des Wandergewerbescheins; denn der Landwirt gehört zu den in § 44, Abs 3, erwähnten Personen, in deren Geschäftsbetrieb Waren der angebotenen Art Verwendung finden. Rr. 418 a. — n.

Kam. G.W. H. in B. Bureau-

bildung bei öffentlichen Versammlungen. Die Bildung eines Bureau (eines ersten und zweiten Vorsitzenden und eines oder zweier Schriftführer) ist nirgends vorgeschrieben. Wenn ein Einsitzer vor Eröffnung der Verhandlungen erklärt: „Wir müssen zuerst ein Bureau wählen“, so gibt er nur dem Ausdruck, was bei großen Versammlungen Gepflogenheit, bei Vereinsversammlungen vielfach Satzungsbestimmung ist. Ein gesetzlich gebotenes „Müssen“ kommt nicht in Frage. Wir machen darauf aufmerksam, daß von sozialistischen Sprengkolonnen bei den letzten Reichstagswahlen in Versammlungen anderer Parteien das völlig unberechtigte Verlangen gestellt wurde, zunächst ein Bureau wählen zu lassen. Dies geschah, um die Tätigkeit der Versammlung zu stören oder zu hintertreiben. Mit Recht wird ein Einsitzer solches Verlangen abzulehnen haben. Rr. 423 a. — O. S.

Kam. G.W. F. in S. Delegierten-

versammlung. Die Frage, ob die Delegierten eines zu einem Kartell zusammengetretenen Verbandes mehrerer Gewerkschaftsvereine selbst wieder als Vereine anzusehen sind, ist von Fall zu Fall zu prüfen und zu entscheiden. Es kommt darauf an, ob sie nur für eine oder mehrere einzelne Besprechungen abgeordnet sind, oder ob sie die ständigen Vertreter ihrer Zweigvereine sind und die Versammlung somit immer aus den gleichen Teilnehmern besteht, ferner ob sie nur die Ansichten ihrer Vereine gegenseitig zur Weiterübermittlung an die anderen Vereine austauschen, oder ob sie auch

beraten und beschließen, also organisiert sind. Das Organ braucht nicht der Vorstand (Reiter, Schriftführer etc.) zu sein; es genügt, wenn als Organ des Willens der Versammlung dauernd ein bestimmtes Stimmenverhältnis (einfache, absolute, Dreiviertelmehrheit) vorgeschrieben ist. Rr. 425 a. — St.

Kam. G.W. K. in H. Entgegennahme von Bestellungen auf Bildwerke und Rahmen. Wer auf Grund einer Legitimationskarte berechtigt ist, Bestellungen auf Bildwerke zu suchen, darf auch Bestellungen auf die dazu gewählten Rahmen entgegennehmen und zu diesem Zwecke Rahmenmuster mit sich führen; es müßte denn sein, daß die Legitimationskarte dies ausdrücklich ausschließt. Der Rahmen ist Zubehör des Bildes, selbst wenn er mitunter wertvoller ist als dieses. — Bestellungen auf Bilderrahmen ohne gleichzeitige Bestellung einzureichender Bilder darf der Reisende für Bildwerke natürlich nicht entgegennehmen.

Rr. 417 a. — St.

Kam. O.W. D. in S. Konditorwaren. Die Vorschriften über Sachwaren und Konditorwaren (Rr. 188 b. Ausf. Anm. v. 1. 5. 1904) finden keine Anwendung auf „Schokoladen“ und Zuderwarengeschäfte. Rr. 393 a. — n.

Kam. O.Wachm. S. in F. Ausländische Arbeiter. Die preussische Gesetzordnung findet auch auf ausländisches Gelande Anwendung; denn es gibt keine Vorschriften, die die Ausländer besser stellen als Inländer und sie von der Beobachtung der einheimischen Gesetzgebung befreien. An sich sind sie mißlich auch den Folgen des Kontraktbruchs ausgesetzt. (Jurüchführung, Verstrafung.) Da indessen die in dem Kontraktbruch liegende Mißachtung der einheimischen Gesetze den Ausländer als lästig charakterisiert, so hat der Staat (die Polizei) das Recht und die Pflicht, sich dieser Schmarotzer so schnell wie möglich zu entledigen. Daß bei Annahme russischer oder galizischer Posen als Arbeiter die Landwirtschaft mit der Ausweitung zu rechnen hat, ist den Arbeitgebern bekannt. Rr. 286 a. — St.

Kam. O.Wachm. Kl. in O. Polizeistunde geschlossener Gesellschaften. Nach der bestehenden Rechtprechung der höchsten Gerichte ist die Eigenschaft eines Wirtschaftsraumes als Schankstube so lange ausgeschlossen, als der Raum einer geschlossenen Gesellschaft ausschließlich zur Verfügung steht. Die Polizeistunde findet auf den von der geschlossenen Gesellschaft benutzten Raum keine Anwendung. Es ist hierbei völlig gleichgültig, ob es sich um ein dauernd gemietetes Vereinszimmer oder um sonst zum öffentlichen Schankbetriebe benutzte Räume handelt. Eine „Bestimmung“ hierüber war nicht erforderlich, ist auch nicht ergangen, da die Polizeibehörden die Begriffsbestimmung der Schankstube, wie sie die Rechtprechung gegeben hat, als richtig anerkannt haben. Der Verein bedarf also zur Tagung nach Eintritt der Polizeistunde keiner polizeilichen Erlaubnis.

Rr. 12 a. — St.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Elberfeld.

Fr. 3.

Herausgeber: Dietrich Gröbe in Berlin.

1907/08.

Ausföhrung

der 6. Prüfung für Polizeihunde. ·
Gemeinschaftlich veranstaltet vom Verein
zur Förderung der Zucht und Verwen-
dung von "Polizeihunden" und vom
Verein für Hundesport und Jagd in Herlohn am
4. Juni 1907 zu Herlohn auf der Alexanderhöhe

Leiter der Prüfung: Polizeikommissar Rapp:
Abteil. Massenfürer des P.H.V.

Vorstand: Direktor Geröbisch, Berlin,
Stellvertreter: Kommissar Müller-Wetter (Ruhr)
und Stiller, Bochum, Stabschef Stiller
Baum, Hagen i. B.

Erstarrichter: Polizei-Kommissar Tapperath,
Duisburg-Neudorf.

[illegible]

Zugelassen ist jeder reinrassige Hund, gleichviel ob im Besitz eines Mitgliedes oder nicht. Rastren brider Geschlechter sowie kranke Hunde (hautkrank) sind ausgeschlossen.

Der Einsatz beträgt für Polizeibeamtete pro Hund 5 M. für Hunde im Privatbesitz 10 M. Als Preise kommen zur Verteilung: je ein I. Preis 80 M., II. Preis 60 M., III. Preis 40 M., IV. Preis 30 M., V. Preis 20 M., VI. Preis 10 M.; ferner Ehrenpreise, soweit solche gestiftet werden. Als I. Führerpreis kommen 20 M. in bar zur Vergabe. Die offizielle Prämierungssliste wird nach der Prüfung im „Polizeibund“ Berlin bekannt gegeben.

Die Anmeldungen haben auf den von der Geschäftsstelle — Polizei-Kommissar Knappe, Reichsm-Ruhr — gratis zu verfordernenden Melde-
scheinen zu geschehen und müssen bis zum
26. Mai 1907 mit dem Einsatz an die
genannte Geschäftsstelle eingeleant
werden.

Weldungen, denen der Einsatz nicht beigefügt ist, gelten als nicht gezeichnet. — Über die Reihenfolge bei der Prüfung entscheidet die Reihenfolge des Eingangs der Meldungen mit der Mahngabe, doch zuerst sämtliche Rüden

und dann die Hündinnen geprüft werden. Sämtliche Prüflinge müssen am 4. Juni 1907 morgens 10 Uhr, auf dem Prüfungsplatz Alexanderhöhe zur Stelle sein. Der beim Aufruf fehlt, kann von der Prüfung ausgeschlossen werden. — Den Anordnungen des Prüfungsleiters, der diesem zugeteilt durch Abzeichen leinwandigen Ordner sowie der Preisrichter ist pünktlich Folge zu leisten, widrigenfalls Verweisung vom Platz und eventl. Verlust der Preise und Ausschluss aus dem Verein erfolgen. — Sämtliche Barpreise und die Ehrenpreise usw., soweit sie zur Stelle sind, werden sofort nach der Prüfung durch den Kassienführer des P. H. V., Herrn Polizeikommissar Kappe, gegen Quittung verabfolgt. Bis zur Prüfung noch nicht einetroffene Ehrenpreise werden zugefandt. — Sämtlichen Führern von Hunden ist es verboten, vor Beginn der Prüfung oder während der Mittagspause das Prüfungsterrain mit ihren Hunden zu betreten, widrigenfalls sie eventl. Preise verlustig geben. — Eine Rüdgewährung von Einsatz usw. findet in keinem Falle statt. — Die Richter richten nach freiem Ermessen unter Zugrundelegung der vom P. H. V. festgesetzten Prüfungslosa. — Das Urteil des Richters ist unantastbar. Jede ungebührliche Kritik desselben hat Verweisung vom Platz. Verlust etwaiger zuerkannter Preise, Ausschluss aus dem Verein und von allen späteren Prüfungen zur Folge. — Einem Protest, der sich niemals gegen das Urteil der Richter, sondern nur gegen tatsächliche Unrichtigkeiten wie falsche Meldung usw. richten kann, wird nur Folge gegeben, wenn er binnen 8 Tagen nach der Prüfung schriftlich beim Unterzeichneten unter gleichzeitiger Hinterlegung von 20 M eingereicht wird; die 20 M sind der Kasse des P. H. V. verfallen, wenn dem Protest nicht stattgegeben wird. Alle Proteste entscheidet der Gesamtvorstand des P. H. V.

Die Prüfungsteilung: Skappe.

Druckurtheile.

Importieren.

Herr E. G., Polizeikommissar in D., wünscht Auskunft, wie er seiner 18 Monate alten Schäferhündin, die, obwohl sonst gelehrig, nicht apportieren lernen will, dieses beibringen kann.

Es fragt sich zunächst, ob bei den bisherigen **dece**-
 übungen der **de**-Ständer mit der **er**-
Ständer **er**-Ständer vorgegangen werden ist. **Ständer**
 keinen Fall darf bei den **de**-**er**-**Ständer** **dece**-
Ständer, falls er sich widerständig zeigt, **dece**-
 und am wenigsten darf ihn durch **dece**-
Ständer und **er**-**Ständer** sein getan werden. **Ständer**
 nun die **de**-**er**-**Ständer** bei den **de**-**er**-**Ständer** **dece**-
Ständer nicht genügend beachtet worden ist,
 wird es **de**-**er**-**Ständer**, aus der **de**-**er**-**Ständer**
dece-**er**-**Ständer** zu machen. **dece**-**er**-**Ständer**
dece-**er**-**Ständer** zu machen. **dece**-**er**-**Ständer**

dieser Weise nicht verdoeben, so können verschiedene andere Ursachen vorliegen, auf welche die ablehnende Haltung der Hündin zurückzuführen ist.

Es gibt zunächst recht scheue und ängstliche deutsche Schäferhündinnen, die besonders bei den ersten Apportierübungen mit sehr großer Ruhe und Geduld unter immer wiederholtem gütlichen Zuspruch behandelt sein wollen, um mit ihnen nach Ziele zu gelangen. Es kann eine Zahnkrankheit vorliegen, ohne daß diese erkannt wird. Andere Hunde wieder haben, ohne zahnkrank zu sein, in der Jugend eine fast unüberwindliche Abneigung dagegen, einen harten Gegenstand in ihrem Rang zu halten oder einen solchen gar auf Befehl aufzunehmen.

Hier kann man helfen, wenn die ersten Apportierübungen mit einem leichten weichen Gegenstand, am besten mit einem Taschentuch oder einem Handschuh des Dressieurs vorgenommen werden. Man kniet das Taschentuch in der Mitte einmal zusammen und läßt dieses von dem Hund in stehender Stellung unter dem östern zu wiederholenden Kommando „apport“ in den Rang nehmen. Rötigenfalls öffnet man dem Hund den Rang, ohne ihm noch zu tun, und schiebt das Tuch hinein; die linke Hand unterstützt den Unterliefer und verhindert das Auswerfen des Tuches. Nach $\frac{1}{2}$ bis 1 Minute nimmt man dem Hunde, nach dem Kommando „aus“ oder „gib her“ das Tuch mit der rechten Hand aus dem Rang und macht einige Gänge mit ihm, um dann in derselben Weise von neuem zu beginnen. Sobald man merkt, daß der Hund das Tuch hält, ohne den Versuch zu machen, es auszuwerfen, so wird er hierfür ganz besonders durch schmeichelnde Worte und durch einen lederen Pfiffen belohnt. Nach einem kurzen Range Wiederholung der Übung! Daß diese Übungen kurz vorher, ehe der Hund sein Hauptfutter erhält, vorgenommen werden, hatte ich für selbstverständlich.

Zu diesen Apportierübungen verwendet man täglich $\frac{1}{2}$ Stunde, bis der Hund frei sitzend das Taschentuch einige Minuten hält. Nachdem der Hund belohnt worden, wirft man das Tuch 2 bis 8 Meter fort und fordert den Hund durch das Kommando „apport“ auf, dasselbe aufzunehmen. Meistens wird er dieses tun; versagt er, so muß so lange zur vorliegenden Übung zurückgegriffen werden, bis er das geworfene Tuch aufnimmt. Sobald der Hund das Tuch aufhebt, hat man gewonnenes Spiel. Man geht dem Hunde in der ersten Zeit entgegen, wenn er das Tuch holt, und verhindert das Falllassen desselben, indem man dem Hunde unter den Unterliefer faßt und ihn sich sofort hinlegen läßt. In dieser Stellung hat der Hund das Tuch dann noch einige Minuten zu halten; er darf es erst auf das Wort „aus“ hergeben. Diese Übung wird so lange wiederholt, bis der Hund schließlich Freude daran findet, das geworfene Tuch heranzuholen.

Erst dann geht man dazu über, auch andere weiche Gegenstände wie Taschentuch, alten Gut, Handschuhe, die nicht die Witterung des Dressieurs haben, apportieren zu lassen. Erst wenn der Hund auch hierin fest ist, beginnt

man mit dem Apportierholz, dessen Rinde, zum besseren Fassen dünner geschnitten, mit alter Leinwand fest zu umwickeln ist, damit der Hund seine Fanggähne schon und so allmählich harte Gegenstände apportieren lernt. Später, wenn der Hund das nackte Apportierholz willig holt, gewöhnt man denselben nach und nach daran, auch alle möglichen anderen Gegenstände wie Schlüssel, Taschenmesser usw. zu apportieren.

Wapp.

Apportieren. Oberländers Dressurbuch gibt eine genaue Anleitung betreffs des Apportierens. Wenn ein Hund, der genau hiernach angeleitet ist, denn noch nicht apportieren lernen will, so sind — nach Angabe des Fragenden ist und war das Tier nicht zahnkrank — drei Fälle möglich. Entweder hat die Hündin, wie es z. B. bei den englischen Vorsteherhunderassen der Fall ist, überhaupt eine Aversion gegen das Apportieren, oder sie ist verdoeben, das Apportieren ihr verleidet, oder organische Fehler, z. B. zu leichter Rang, schwache Kieferbildung, zu lange Reizen, die beim Fassen eines Gegenstandes mit eingekniffen werden und dann schmerzen, ein verletzter Zahn mit bloßliegendem Nerv usw. machen dem Hund das Apportieren unmöglich. In letzterem Falle dürfte, wenn sich der Fehler nicht beseitigen läßt, kaum zu helfen sein. Es kann auch der Fall vorliegen, daß der Hund verdoeben ist. Das könnte z. B. durch eine zu unruhige Zeit, also vom Hunde mißverstandene Tracht Wägel gesehen sein oder dadurch, daß man schon anfangs mit allzu energiegelassen Mitteln gegen das Tier vorgegangen ist, zu schwere oder dem Hunde unangenehme Sachen, z. B. Eisen (Schlüsselbund), tote Kröten, toten Fuchs — manche Hunde haben auch argen Widerwillen gegen den Geruch der Taube, der Schnepfe — zu apportieren verlangt hat. Wie leicht ein Hund verdoeben werden kann, zeigt folgender Fall. Ein Hühnerhund, ein leidenschaftlicher Apporteur, wurde von den Kindern beim Spielen oft verwundet, Knüttel, Holz oder dergl. zu holen. Mit einem Mal wollte der Hund nicht mehr und apportierte überhaupt nicht mehr. Als Grund ermittelten wir folgendes: Karo hatte einen mehr als meterlangen Fannenvrögel stolz getragen. Da hatte aus Spielerei einer der Jungen mit einem Stod auf das vom Hund getragene Holz geschlagen, ohne den Hund selbst zu berühren. Die dadurch hervorgerufene Erschütterung muß den Hund wohl arg geschmerzt haben; heulend ließ er sofort das Stüd fallen und war nicht wieder zum Apportieren zu bewegen. Auch durch allzu häufiges Apportierenlassen kann ein Hund, der nicht passionierter Apporteur ist, schon verdoeben werden. Hat der Hund überhaupt eine Abneigung gegen das Apportieren, so dürfte kaum zu helfen sein. Sollte nicht natürliche Abneigung oder ein organischer Fehler oder eine Verletzung der Grund sein, so würden wir empfehlen, den Hund vorläufig ganz in Ruhe zu lassen und erst nach längerer Zeit langsam mit den Übungen genau nach Oberländers Vorschrift von vorn zu beginnen. Man verwende als „Apportel“ Sachen, die der Hund gern nimmt, z. B. einen

größeren Knochen, den er nicht gleich verschlucken kann. Das Holzstück umwickle man an der Stelle, wo der Hund faßt, mit Zeug, Flachs o. dgl. Hat das Holzstück etwa einen starken, dem Hund widerwärtigen Geruch gehabt (Teer, Farbe)?

Meldungsüberbringen.

Wenngleich ich kein Polizeibeamter bin, so möchte ich doch als großer Anhänger der Polizeihundsache zu der im „Polizeihund“ aufgeworfenen Frage, ob der Polizeihund Meldungen überbringen soll oder nicht, Stellung nehmen.

Meines Erachtens ist diese Übung für den Polizeihund ebenso nötig wie für den Kriegshund. Die Wichtigkeit dieser Übung will ich durch einige Beispiele, wie sie jeden Tag dem Polizeibeamten begegnen können, zu beweisen suchen.

Ein Beamter muß allein, nur von seinem Hunde begleitet, seinen Nachtdienst tun. Er hat einen entlegenen Bezirk zu begehren. Nun passiert es ihm durch irgend einen Umstand, daß er sich den Fuß verstaucht oder bricht und es ihm ganz unmöglich ist, einen Schritt zu gehen. Die nächsten Häuser stehen 3 bis 400 m entfernt; es ist mitten in der Nacht. Vielleicht bekommt der Verunglückte Hilfe, wenn er seinen Hund laut geben läßt. Das ist aber noch recht fraglich und kann lange dauern. Wer weiß für einen solchen Fall schneller eine Hilfe herbeizuschaffen als durch den auf die Übung „Meldungsüberbringen“ gut geschulten Hund?

Selbstverständlich gehört eine gewisse Vorbereitung dazu, den Hund auch im Dunkeln mit einer Meldung nach der Wache zu schicken. Die Meldetasche wird dem Hund vor jedem Dienstgang am Halsband zu befestigen sein, der Beamte muß immer einige unbeschriebene lose Blätter in seinem Notizbuch haben und der Bleistift muß zum Gebrauch bereit sein. Eine kurze Meldung läßt sich wohl leicht auch im Dunkeln niederschreiben. Rasch dieselbe in die Meldetasche gesteckt und dann: „Harras, zur Wache!“ Nach wenigen Minuten ist der Hund dort und Hilfe wird nun dem Verunglückten bald gebracht werden.

Als zweites Beispiel: Der Beamte, nur von seinem Hunde begleitet, überrascht eine starke Einbrecherbande. Der Beamte ist noch unbemerkt geblieben und es läßt sich vermuten, daß er auch nicht bemerkt werden wird, wenn er nicht weiter vordringt. Ein Eingreifen würde ihm trotz seines scharfen Hundes nichts nützen; aber wenn er rasch Hilfe beläut, dann könnte man die ganze Bande, bei der sich verschiedene schwere Tungen befinden, festnehmen. Wäre es in diesem Falle nicht recht praktisch, wenn der Hund das Meldungsüberbringen nach der Wache gelernt hat? Wer könnte hier dem Beamten schneller Hilfe bringen als sein Hund?

Noch ein drittes Beispiel: Der Beamte findet des nachts auf der Straße eine Person, die durch einen Unfall oder Überfall eine gefährliche Wunde erhalten hat. Schnellste ärztliche Hilfe ist notwendig, wenn der Gefundene nicht verbluten soll; ein Arzt wohnt nicht in der Nähe. Die Einwohner der in der Nähe

stehenden Häuser zu wecken und nach Hilfe zu schicken, würde zu lange dauern. Wie rasch aber kann hier gerade der Hund die Hilfe herbeischaffen. Mit der Meldung ist er bald auf der Wache. Hier wird ihm gleich das auf einem Rotverband gehörige Verbandzeug mitgegeben, was ja ganz leicht zu bewerkstelligen ist. Von der Wache aus wird dann das zum Transport des Verunglückten Erforderliche besorgt.

Derartige Fälle mögen selten vorkommen; es hängt aber, wenn sie vorkommen, oft viel davon ab, ob der Hund Meldungen überbringen kann oder nicht. D. Henze (Soest).

Polizeihunde im Dienst.

Im 1. Polizeirevier zu Frankfurt a. M. hat sich die Verwendung der Polizeihunde kürzlich wieder einmal glänzend bewährt. In der Nacht vom 8. zum 9. April um 3 1/4 Uhr kam der Schumann Jüngling mit seinem Polizeihund Wolf (deutscher Schäferhund) auf seinem Patrouillengang durch die Fahrstraße. In der Nähe des Uhrladens von Langiner lief der Hund etwas voran. Als er an die Tür des Uhrladens kam, blieb er plötzlich stehen, schnupperte, knurrte und wurde unruhig. Schumann J. glaubte, der Hund habe eine Kage gestellt und rief den Hund zu sich heran. Doch der Hund lief wieder an die Ladentür und fragte und knurrte daran, so daß J. nachsah, was denn der Hund dort eigentlich habe. Sofort fiel ihm unten an der Türspalte ein Lichtschein auf; er drückte auf die Türklinke und fragte: „Herr Langiner, sind Sie da?“ — In demselben Augenblick ging das Licht aus; es entstand im Laden ein verdächtiges Gepolter, als wenn jemand eiligt davonlief. Schumann J. band nun seinen Hund gleichsam als Türhüter an die Ladentür und lief schleunigst nach der Hinterseite des Hauses, die frei nach einem unbebauten Platz an der neuen Frankfurterstraße liegt. Hier traf J. den Schumann Festlich und beide stiegen sofort über den Bretterzaun. Da sahen sie auch schon zwei dunkle Gestalten aus einem Fenster des 1. Stockes des Hinterhauses heraussteigen. In diesem Moment trachtete ein Schnk. Schumann J. zog in der Annahme, die Einbrecher hätten geschossen, seinen Revolver und jagte sofort eine Kugel zu ihnen hinaus. Es stellte sich später heraus, daß ein nebenan wohnender Uhrmacher, welcher glaubte, die Einbrecher wollten ihm einen nächtlichen Besuch abtun, geschossen hatte. Durch die Schüsse wurde niemand verletzt. Die Spitzbuben waren aber durch die Schüsse so eingeschüchtert, daß sie sich ohne Widerstand festnehmen ließen. Der eine hatte unter dem Arm einen Kasten, angefüllt mit goldenen Uhren, Ringen, Broschen und sonstigen Goldwaren im Werte von über 1000 M. Im andern Morgen konnten dem bestohlenen Uhrmacher sämtliche Sachen schon wieder behändigt werden. Eine ganze Anzahl Dreackwerkzeuge wie Bohrer, Zangen und Dietriche hatten die Kerle bei sich. So wurde der Uhrmacher durch die Findigkeit des braven Hundes einerseits, andererseits durch die Unerkandtheit der beiden Beamten vor erheblichem Schaden bewahrt und die Täter zur Bestrafung gebracht.

Polizeihundprüfung.

Die Polizeihundprüfung in Dreda (Holland) hat Zeit- und Terrainumstände halber bis zum 30. Juni d. J. verschoben werden müssen. Alles übrige (Richterpreise usw.) bleibt bestehen, wie wir es in Nr. 25 des „Polizeihund“ berichteten. Das Komitee hat für diese Prüfung, welche musterhaft nach den Bestimmungen des P. H. V. veranstaltet werden soll, den Militär-Exerzierplatz zur Verfügung, ein großes umfriedetes Gelände mit Tribüne, das durch Verstecke, Bosketts, Gräben usw. besonders für die Prüfung eingerichtet werden wird. Kosten sollen in keiner Weise gespart werden. Wer einmal kennen gelernt hat, in welcher generöser und muster-gültiger Weise in Holland alle kynologischen Veranstaltungen abgewickelt werden, wird gewiß stets gern wieder nach Holland fahren. Da die Prüfung besonders als ein friedlicher Wettstreit zwischen den deutschen, belgischen und französischen Polizeihunden gedacht ist und den Zweck hat, unserer Sache auch in Holland Eingang zu verschaffen, so wäre es wünschenswert, wenn von Deutschland möglichst viele Führer guter Hunde sich entschließen, sich an der Prüfung zu beteiligen. Wir werden unsere Leser über alles Wissenswerte auf dem laufenden erhalten. Die Reise nach Dreda, das an der Strecke über Alburg nach Alsfingen, nahe der deutschen und belgischen Grenze liegt und vorzügliche Schnellzugverbindungen besitzt, ist gar nicht weit, besonders für unsere rheinischen und westfälischen Polizeihundführer. R.

Briefkasten.

Pol.-Sergt. J. in K. Pantentzündung. Waschen Sie täglich Ihren Hund gründlich mit einprozentigem Kreolinwasser! Nach dem Trocknen (vorsichtig, nicht reiben) bestreichen Sie die durch das Kratzen und Beißen entstandenen Wunden Stellen mit Kassarscher Zinkpaste, die Sie sich in einer Apotheke in folgender Zusammenstellung herstellen lassen: 2 g Salizol, 24 g Zinkoxyd, 24 g Kartoffelstärke und 100 g Paraffinöl. Achten Sie darauf, daß der Hund sich nicht kratzt!

Protokoll der Vorhandlung des Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden zu Hagen, Götter Ruhmann, am 23. März. nachm. 2 Uhr.

Anwesend: Pol.-Inspektor Meyer-Hagen und Hantel-Reiberich, Pol.-Kommissar Rüdres-Nagel, Bahnst.-Büdenscheid, Müller-Wetter; Direktor Robert Werbach-Berlin, Pol.-Wachmeister Schnauz-Basse, Ruhbaum-Hagen.

Tagesordnung.

1. Satzungsänderungen,

2. Erlass von Vorschriften über Führung des Zuchtbuchführers.
3. Polizeihundprüfung zu Heseloh.
4. Haftpflichtversicherung.
5. Verschiedenes.

Zu 1. wird beschlossen, die Satzungen in der abgeänderten Form der im Anfang des Monats Mai zu Hagen tagenden Generalversammlung zur Genehmigung vorzuschlagen.

Zu 2. wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil infolge Fehlens des Zuchtbuchführers das Zuchtbuch nicht zur Stelle war.

Zu 3. Für die Anfang Mai d. J. in Heseloh im Anschluß an die dortige Hundausstellung stattfindende Polizeihundprüfung werden als Preisrichter gewählt die Herren: Direktor Rob. Werbach-Berlin, Pol.-Kom. Müller-Wetter, Pol.-Wachmstr. Ruhbaum-Hagen und als Ersatzrichter Pol.-Kom. Tappert-Reiberich.

Die Mitglieder des Vereins sollen zur Teilnahme an der Prüfung durch Schreiben besonders eingeladen werden.

Zu 4. Es wird beschlossen, mit der Versicherungsgesellschaft „Deutschland“ einen Vertrag einzugehen, wonach Mitglieder berechtigt sind, ihre Hunde gegen Zahlung einer Gebühr von 5 M gegen Personen- und Sachschaden zu versichern.

Zu 5. Dem Herrn Direktor Rob. Werbach wird die Bestellung notwendig werdender Drucksaßen übertragen.

Es wird beschlossen, die nächste Generalversammlung im Monat Mai am Samstag vor der in Heseloh stattfindenden Polizeihundprüfung abzuhalten.

Auf Anregung hin sollen die Verkäufe von Hunden in der Vereinszeitung in einer besonderen Rubrik gebracht werden.

Rüdres,

Rgl. Pol.-Kom. in Hagen, I. Schriftführer

Neu angemeldete Mitglieder:

Görlich, Pol.-Wachmstr., Vergeborend; Wätner, Pol.-Sergt., Köhlinghausen; Dabermann, Pol.-Sergt., Wanne; Schinkel, Pol.-Sergt., Wanne; Peus, Pol.-Sergt., Wanne; Schneider, Pol.-Sergt., Wanne; Kretschmar, Pol.-Sergt., Köhlinghausen; Kaminell, Pol.-Sergt., Fiedel; Götter-Tilmann, Konbitor Wanne; Abendroth, Schriftfeyer, Wanne; Strothmann, Kaufmann, Wanne; Herbesmann, Wirt, Wanne; Henke, Pol.-Kom., Düsseldorf, Parfstr. 1; Sonnen, Pol.-Sergt., Düsseldorf, Parfstr. 79; Weder, Pol.-Sergt., Düsseldorf, Ankerstr. 108; Leonhardt, Pol.-Sergt., Düsseldorf, Ankerstr. 101; Sturm, Pol.-Sergt., Düsseldorf, Callenbergstr. 47; Edardt, Pol.-Sergt., Düsseldorf, Dianastr. 9; Darmann, Pol.-Sergt., Düsseldorf, Reust. 54; Conrad, Pol.-Sergt., Düsseldorf, Edardtstr. 107; Langhork, Rgl. Schumann, Hagen, Kaiserstr. 25; Adernmann, Pol.-Sergt., Kretzen (Hollstein); Schulte, Pol.-Sergt., Werbach; Weinhold, Magistrats-Bur.-Vorsteher, Görlich; Dobermannpinnerklub, Sieg Frankfurt a. M., Kongressstr. 31.

Haas und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.
Nr. 3. Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“. 1907/08.

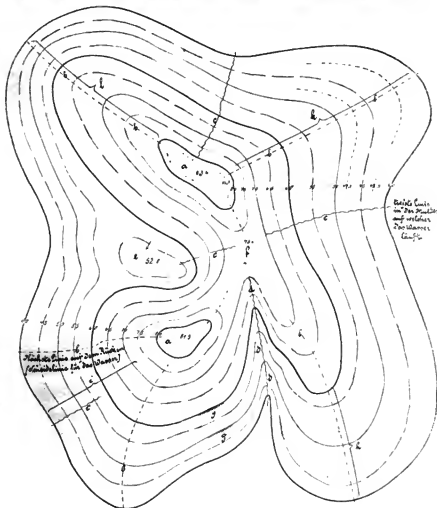
Das Karten- und Planwesen.*)

Von Oberfeuerwerker Lemke-Berlin.

(Nachdruck verboten.)

IV.

Geländedarstellung durch Schichtlinien mit allen vorkommenden Bodenformen.



Die arabischen Zahlen geben die Höhe der Linie über
N.N. an

Linie für die Schichthöhe	Höhe
—	20 m
—	10 "
—	5 "
—	2,5 m 1,25 m

a - Kuppe, Berg.
b - Rücken.
c - Mulde.
d - Schicht.
e - Kessel.
f - Hügel.
g - Steilabfälle, Feldraine, wenn sie höher als 1 m sind.
h - wechselnde Neigung.
i - gleichbleibende "
k - kahle (concreta) "
l - aufgeworfene (concreta) Rücken

Recht, Ordnung und Geseß.

Das Recht ist ein solidarisches Ganzes für alle im Lande, sowohl für die Höchsten wie für die Niedrigsten!

(Olla D. Blomard im preussischen Landtage am 24. II. 40.)

Rechtssprüchewörter.

Frei kannst von der dritten Vormundschaft dich bitten.

Die Übernahme einer Vormundschaft kann ablehnen: 1. eine Frau, 2. wer das 60. Lebensjahr vollendet hat, 3. wer mehr als vier minderjährige eheliche Kinder hat, 4. wer mit einem anderen zur gemeinschaftlichen Führung der Vormundschaft beauftragt werden soll, 5. wer mehr als eine Vormundschaft oder Pflegschaft führt usw.

(Dr. Lobe: Neue deutsche Rechtssprüchewörter.)

Verwaltungskunde.

Die Zivilbeamten werden in zum Richterstande gehörige Beamte und in nicht-richterliche Beamte eingeteilt. Die letzteren zerfallen wiederum in unmittelbare und mittelbare Beamte. Unmittelbare Staatsbeamte sind diejenigen Beamten, die ihr Amt unmittelbar und allein vom Staate erhalten haben, mittelbare dagegen diejenigen, die ihre Vererbung durch einen Kommunalverband, durch eine öffentlich rechtliche, organisch in die Verfassung des Staates eingeleitete Korporation oder durch sonstige Inhaber einer öffentlichen Gewalt oder gewisser Regierungsrechte (mediatisierte Fürsten, Standesherrn, Gutsherren usw.) erhalten haben und zu diesen in ein dem staatlichen Beamtenverhältnis entsprechendes Dienstverhältnis getreten sind. Vorausgesetzt wird aber, daß der Staat eine solche Vererbung zur Ausübung einer öffentlich rechtlichen Funktion anerkennt. Auch die mittelbaren Staatsbeamten unterliegen daher der Aufsicht des Staates, der sich vielfach vorbehalten hat, ihre Wahl oder Ernennung zu bestätigen. Ferner unterscheidet man höhere, Subaltern- und Unterbeamte. Von den höheren Beamten wird eine wissenschaftliche, von den Subalternbeamten nur eine geschäftliche Vorbildung verlangt. Die Unterbeamten sind vorzugsweise zu mechanischen Einrichtungen bestimmt.

(Dr. von Vitzthum Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung. Leipzig, Kallmeyer'sche Verlagsbuchhandlung.)

Gaunerisprache.

piz = Kommiss, Ged;
gunde, geigori, geign = Freimädchen;
witzcher kaller = Einfaltspinsel;
suzhändler = Pferdehändler;
siuf = gefälscht;
stossenspieler = der alles Gestohlene in Wausch und Wogen käuflich übernimmt;

lajenen, leinen, leimon = beobachten, lesen;
rutschen = belennen, gestehen.

Weltbürger-Abc.

Schiff, Ferdinand Baptista von, preuß. Patriot, geb. 1776 zu Wilmshorst bei Dresden, lebte seit 1780 mit seinem Vater bei Pleß in Oberschlesien und trat jung in ein preussisches Fußarenregiment. Bei Auerstedt verwundet, wartete er seine Genesung in Kolberg ab und bildete 1807 ein Freikorps von 1000 Mann, mit welchem er die Verteidigung dieser Festung durch Behauptung der Mäufühle wesentlich unterstützte. Hierfür zum Major befördert und als Kommandeur des Leibhusarenregiments nach Berlin versetzt, ward er hier der Gegenstand einer begeisterten Verehrung und Bewunderung. Im Vertrauen auf diese Volksgunst glaubte er sich berufen, eine deutsche Nationalerhebung zum Sturz der französischen Zwingherrschaft zu leiten, und zog im April 1809 an der Spitze eines Teils seines Regiments ohne Wissen des Königs aus in der Hoffnung, eine Erhebung der Nation hervorzurufen. Indessen die Stimmung war wider ihn trotz eines siegreichen Gefechts gegen die westfälischen Truppen bei Dödenberg und er warf sich daher in die Festung Stralsund, um von hier nach England zu entkommen, fand jedoch 31. Mai nach tapferer Gegenwehr seinen Tod. 500 Mann seines Korps wurden gefangen, 11 Offiziere in Wesel erschossen.

Pferdepflege.

Aus der Wauke entwickelt sich häufig der sog. Straußfuß. Derselbe zeigt an der Fessel, seltener am Schienbein und dem Kniegelenk, eigenartige Wucherungen, welche einen Ausfluß ausschlagen, der ekelhaft riecht, so ekelhaft, daß die Pferde, trotzdem meistens ihre Brauchbarkeit nur unwesentlich beeinträchtigt ist, bald abgeschafft werden. In vorgeschrittenem Stadium gelingt die Heilung nur sehr selten.

Auflösung der Rätselkreuz Nr. 2.

Lösung des Raupräzels.
Pahne, Burtte, Greis, Reise, Reiter, Band, Räde, Rtm.
Pohl, Schwanf. — Rürtt Bllow.
Lösung des Räzels.

Raut.
Lösung des Diamanträzels.

R o t
P a r i s
T o r p e d o
L i e b e
U d o
o

Lösung des Zahlenräzels.
Hagarelle. (Schlüsselwörter: Güter, Güter, Güter, Güter
Hro. Hro.)

Lösung der Gleichung.

Paris.
(a Paul, b Mar, c an, d Gies, e gestern, f Stern)

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 4 — 25. Mai 1907. — Seite 73/96. — 5. Jahrgang.

Mai						
S	M	D	M	D	F	S
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30	31	.

Derausgeber:

Robert Gerßbach,

Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal-Verein der Soldaten-
freunde, E. V.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“

Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Juni						
S	M	D	M	D	F	S
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abonnenten wird die Zeitschrift am Jahresanfang aus-
gegeben geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind hier zu richten an die
Verwaltung des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr M. 1,50.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Befellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühren:
Die 8gepalt. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Einige Bestimmungen über polizeiliche Strafverfügungen	74
Aus dem Parlamenten	76
Minist. vom 4. 4. 1907 betr. Vorträge bei dem Betriebe der Schaukeln, ins- besondere der sog. russischen und amerika- nischen Schaukeln auf den Jahrmärkten, Kirchweih- und Schützenfesten und dergl.	77
Sittenpolizei in Dänemark	77
Arbeiterkass	79
Verurteilung und Begnadigung	78
Pensionen der Gendarmen und Gendarmerie- Oberwachmeister	80
Erkrankungsbehandlung in Dorford	80
Kongresse und Versammlungen	81
Ermittlungs- und Erkennungsdienst	82
Ausländische Arbeiter	82

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	83
II. Kammergericht	83
III. Bayerisches Oberstes Landesgericht	85

IV. Sächsisches Oberverwaltungsgericht	85
V. Landgericht Berlin I	85
Druckfehlerberichtigung	86
Polizeibericht	86
Personalveränderungen	86
Artillerieschau	88
Wäckerchau	89
Hande praktisch	89
Auskunft	89

II. Der Polizeihund.

Das Arbeiten des Polizeihundes auf Menschen Spuren	91
---	----

III. Haus und Herd.

Vom Papiergeld	95
Verwaltungskunde	95
Recht, Ordnung und Gesetz	96
Rechtsprüfswörter	96
Gesundheitspflege	96
Küche und Keller	96
Räthele	96

Vakanzliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 21. Mai 1907 abgeschlossen worden.

Einige Bestimmungen über polizeiliche Strafverfügungen.

Von Friedrich Jenßen, Hamburg.

Wenn auch die Regelung des Verwaltungsstrafverfahrens gemäß § 6 Ziffer 3 des Einführungsgesetzes zur Strafprozessordnung den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Verfahren im Verwaltungswege bei Übertretungen, wegen deren die Polizeibehörden zum Erlass einer Strafverfügung befugt sind, überlassen ist, so ist doch für den Erlass und die Vollstreckung polizeilicher Strafverfügungen eine Reihe reichsgesetzlicher Vorschriften maßgebend.

§ 453 StrpO. beschränkt im Absatz 1 die Befugnis der Polizeibehörden zum Erlass von Strafverfügungen auf Übertretungen. Diese Befugnis wird im Absatz 2 a. a. O. ferner dahin eingeschränkt, daß keine andere Strafe als Haft bis zu 14 Tagen oder Geldstrafe verhängt und für eine nicht beizutreibende Geldstrafe eine entsprechende Haftstrafe „substituiert“ werden kann. Der Begriff einer Übertretung ist im § 1 Ziffer 3 StrGB. festgelegt als eine mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 150 M bedrohte Handlung. Der Höchstbetrag der Haft ist 6 Wochen, ihr Mindestbetrag 1 Tag (§§ 18 und 29 Abs. 2 StrGB.). Der Mindestbetrag einer Geldstrafe ist bei Übertretungen 1 M (§ 27 StrGB.). Die Umwandlung einer nicht-beibringlichen Geldstrafe in Haftstrafe erfolgt auf Grund § 28 StrGB. Bei dem Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen ist bezüglich der verwirkten Geldstrafen ihrem vollen Betrage nach zu erkennen; bei Umwandlungen mehrerer wegen Übertretungen erkannter Geldstrafen ist der Höchstbetrag der Haft 3 Monate (§ 78 StrGB.).

Die Form der zu erlassenden Strafverfügung ist durch § 453 Abs. 3 StrpO. vorgeschrieben. Außer den hierdurch gegebenen Erfordernissen bedarf es für die polizeiliche Strafverfügung keiner weiteren Formalitäten, insbesondere auch nicht einer Unterschrift, wenn nur der amtliche Charakter derselben aus ihrer Form für den Empfänger zweifellos ersichtlich ist. Die im § 37 StrpO. (§ 196 ff. ZPO.) erlassenen Vorschriften über das Verfahren bei Zustellungen finden auf die Zustellung polizeilicher Strafverfügungen keine Anwendung. Hier entscheidet, falls das Verfahren nicht durch besondere landesgesetzliche Vorschriften geregelt ist, das Herkommen.

Für die Zustellung von Strafverfügungen an Beschuldigte, deren Wohnsitz außerhalb des der bestrafenden Behörde eigenen Bundesstaats liegt, fehlt es an einer reichsgesetzlichen Bestimmung. Die betreffende Polizeibehörde wird, falls sie in derartigen Fällen die Zustellung nicht durch die Post bewirken läßt, die auswärtige Ortsbehörde lediglich unter Hinweis auf die zwischen den Behörden verschiedener Bundesstaaten üblichen Rücksichten der Gegenseitigkeit (Reziprozität) ersuchen können und die durch die Zustellung erwachsenen baren Auslagen erstatten müssen. Der Schriftwechsel zwischen den Behörden verschiedener Bundesstaaten unterliegt jedoch durch gesetzliche Bestimmung dem Frankierungszwange (RWB. S. 514 von 1870, vgl. auch RWB. S. 108 von 1872 und S. 232 von 1873). Diese Bestimmung hat nach der im Jahre 1896 zwischen den deutschen Bundesstaaten getroffenen Verständigung auch auf die portopflichtigen Sendungen der Kommunalbehörden Anwendung zu finden.

Gegen eine polizeiliche Strafverfügung steht dem Beschuldigten gemäß § 453 Ziffer 3 StrpO. das Rechtsmittel der Beschwerde an die höhere Polizeibehörde oder (nicht „und“) der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu. Letzterer Antrag ist jedoch nur rechtswirksam, wenn er binnen einer Woche (sieben Tage) nach der Bekanntmachung (Zustellung) der Strafverfügung bei einer der im § 45, 3 Ziffer 3 StrpO. bezeichneten Behörde mündlich zu Protokoll gebracht oder schriftlich eingegangen ist. Fällt das Ende dieser Frist auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so endet die Frist mit Ablauf des nächstfolgenden Werktages (§ 43 StrpO.). Nur wenn die im § 44 StrpO. vorgesehenen Hinderungsgründe an der Zuneckhaltung der vorgeschriebenen Frist von dem Beschuldigten geltend gemacht werden, wird die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt werden können (§ 455 StrpO.).

Da der Antrag auf gerichtliche Entscheidung als ein Akt der Verteidigung anzusehen ist, kann dieser Antrag außer von dem Beschuldigten selbst oder seinem gesetzlichen Vertreter gemäß § 138 StrpO. nur von einem Verteidiger gestellt werden. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen eine polizeiliche Strafverfügung muß von dem Antragsteller persönlich unterzeichnet

sein, widrigenfalls der Antrag als unzulässig verworfen wird.

Die strafrechtliche Verfolgung einer Übertretung, wegen deren die Polizeibehörde zum Erlass einer Strafverfügung befugt ist, unterliegt nach § 67 StGB. der Verjährung. Hiernach verfährt die Strafverfolgung von Übertretungen in drei Monaten. Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem die strafbare Handlung begangen ist, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des eingetretenen Erfolges. Bei den sogenannten „Dauerdelikten“ beginnt die Verjährung mit dem Aufhören des rechtswidrigen Zustandes, bei Unterlassungen (sogenannten „Omiffidelikten“) beginnt die Verjährung mit dem Aufhören der Verpflichtung.

Aus den gesetzlichen Bestimmungen über die Verjährung einerseits und der gesetzlichen Frist zur Einlegung der Rechtsmittel seitens des Beschuldigten andererseits (§ 453 StPO.) ergibt sich die Folgerung, daß die Strafverfügung spätestens eine Woche vor Eintritt ihrer Verjährung dem Beschuldigten zugestellt sein muß. Läßt sich die rechtzeitige Zustellung nicht ermöglichen, so kann die Polizeibehörde zwecks Unterbrechung der Verjährung die betreffende Strafsakte an das zuständige Gericht abgeben, da nach § 68 StGB. durch jede Handlung des Richters, welche wegen der begangenen Tat gegen den Täter gerichtet ist, die Verjährung unterbrochen wird. Jedoch muß die Abgabe an das Gericht vor Ablauf von drei Monaten vom Tage der Übertretung ab erfolgen, da die polizeiliche Strafverfügung, die an sich nach § 453 Abs. 4 StPO. die Verjährung unterbrochen hat, durch die Abgabe der Strafsakte an das Gericht aufgehoben wird und daher als etwas nicht mehr Bestehendes auch keine Wirkung bezüglich der Verjährung mehr ausüben kann. Die richterliche Handlung, die nimmehr an die Stelle der polizeilichen Strafverfügung tritt, muß daher noch vor Eintritt der Verjährung der Strafverfolgung hinsichtlich der Übertretung wirksam werden. Der Erlass einer neuen polizeilichen Strafverfügung zwecks Unterbrechung der Verjährung ist unzulässig.

Falls gegen die Strafverfügung binnen der gesetzlichen Frist ein Rechtsmittel nicht eingelegt wird, ist dieselbe rechtskräftig geworden und der Polizeibehörde steht, wenn der Strafverfügung nicht nachgekommen ist, die Zwangsvollstreckung zu. Wenn auch für das Verwaltungszwangsvorgehen die landesgesetzlichen Bestim-

mungen, soweit solche erlassen sind, maßgebend sind, so findet doch eine Reihe nichtgesetzlicher Bestimmungen auch hier Anwendung.

Der Umfang und die Grenzen der Zwangsvollstreckung (Pfändung) sind durch § 811 ZPO. vorgegeben. In den Nachlaß kann eine Geldstrafe nur dann vollstreckt werden, wenn die Strafverfügung bei Verzeihen des Verstraften rechtskräftig geworden ist (§ 30 StrGB.). Bei einem in einem fremden Bundesstaat wohnhaften Verstraften erfolgt die Beitreibung der verhängten Geldstrafe durch Vermittlung der auswärtigen Behörde auf Grund des Reichsgesetzes über den Vollstand bei Einziehung von Abgaben und Vollstreckung von Vermögensstrafen vom 9. Juni 1895. Gemäß § 9 dieses Gesetzes sind im Falle des Unvermögens des Verstraften nur die durch den gewährten Vollstand der eruchten Behörde tatsächlich entstandenen baren Auslagen von der ersuchenden Behörde zu erstatten.

Bei Pfändung einer Sache kann ein dritter, welcher sich nicht im Besitze der Sache befindet, gemäß § 805 ZPO. im Wege der Klage seinen Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlöse geltend machen. Die pfändende Behörde kann jedoch von vornherein das Recht des dritten auf vorzugsweise Befriedigung ohne weiteres anerkennen. Im allgemeinen begründet der Besitz einer Sache die Vermutung des Eigentums (§ 1006 BGB.). Der Gläubiger kann die Glaubhaftmachung derjenigen Tatsachen beanspruchen, welche der Zwangsvollstreckung entgegenstehen. Der Vermieter eines Grundstücks hat nach § 559 BGB. für seine Forderungen aus dem Mietverhältnis ein Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Mieters. Wird jedoch eine dem Pfandrecht des Vermieters unterliegende Sache für einen anderen Gläubiger gepfändet, so kann diesem gegenüber das Pfandrecht nicht wegen des Mietzinses für eine frühere Zeit als das letzte Jahr vor der Pfändung geltend gemacht werden (§ 563 BGB.).

Die Gläubiger des Mannes können nicht Befriedigung aus dem eingebrachten Gute der Frau verlangen (§ 1410 BGB.). Diese Bestimmung ist jedoch nur für die unter der Herrschaft des BGB. geschlossenen Ehen maßgebend. Für den Güterstand einer zur Zeit des Inkrafttretens des BGB. (1. Januar 1900) bestehenden Ehe bleiben

die bisherigen Gesetze maßgebend (Art. 200 zum Einführungsgezet zum VGB.).

Nach erfolgter Pfändung ist die Versteigerung des Pfandes erst zulässig, nachdem sie dem Vorphänder angedroht worden ist (§ 1220 VGB.). Der Verkauf des Pfandes ist im Wege öffentlicher Versteigerung zu bewirken (§ 1235 VGB.). Die Verschleppung einer amtlich gepfändeten Sache ist nach § 137 StrGB. und die Verletzung eines amtlichen Siegels nach § 136 a. a. O. strafbar. Ist im Wege der Zwangsvollstreckung die Verreibung der Geldstrafe erfolglos geblieben, so wird an dem Verkrasteten die an Stelle der unbebringlichen Geldstrafe verhängte — substituierte — Haftstrafe vollstreckt. Die Veistandleistung bei der Vollstreckung von Vermögensstrafen ist zwar durch Reichsgesetz vom 9. Juni 1895 geregelt; es fehlt jedoch an einer gesetzlichen Bestimmung, wodurch die Behörden verschiedener Bundesstaaten zur Veistandleistung bei der Vollstreckung von Haftstrafen verpflichtet sind.

Auf Grund des Gerichtsverfassungsgesetzes haben sich nur die Gerichte der Bundesstaaten Rechtsbeihilfe zu leisten (§ 157 VGB.). Wie bei dem Ersuchen um Zustellung von polizeilichen Strafverfügungen kann auch bei der Vollstreckung von Haftstrafen die Mitwirkung auswärtiger Behörden nur aus Rücksichten der Gegenseitigkeit (Reziprozität) erbeten werden, die auch allgemein gewährt wird, falls nicht ganz bestimmte rechtliche Hindernisse dieses ausschließen. Die durch die Haftvollstreckung entstehenden Kosten (Auslagen) sind der ersuchten Behörde zu erstatten. Der Verkrastete kann in allen Fällen durch Zahlung der Geldstrafe die subsidiäre Haftstrafe von sich abwenden (§ 28 StrGB.). Durch Zahlung nur eines Teilbetrags wird die Vollstreckung der Haftstrafe nicht aufgehoben; es wird jedoch nur eine entsprechende Teilhaftstrafe zur Vollstreckung gelangen können.

Gemäß § 487 StrGB. ist die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe aufzuschieben bei Geisteskrankheit oder bei anderen Krankheiten, wenn von der Vollstreckung eine nahe Lebensgefahr für den Verkrasteten zu befürchten steht, oder wenn derselbe sich in einem körperlichen Zustande befindet, bei welchem eine sofortige Vollstreckung mit der Einrichtung der Strafanstalt unvertäglich ist. Auch aus Rücksichten für die Familie des Verkrasteten kann gemäß § 488 StrGB. die Vollstreckung der Haftstrafe aufgeschoben werden.

Nach § 70 StrGB. verjährt die Vollstreckung einer wegen einer Übertretung erkannten Strafe in zwei Jahren. Die Verjährung wird durch jede auf Vollstreckung der Strafe gerichtete Handlung derjenigen Behörde unterbrochen, welcher die Vollstreckung obliegt (§ 72 StrGB.). Falls ein wegen einer Übertretung rechtskräftig Verkrasteter über zwei Jahre vom Tage des Eintritts der Rechtskraft der polizeilichen Strafverfügung hinaus eine Gefängnis- oder Zuchthausstrafe verbüßt, so kann im Falle der Unbebringlichkeit der Geldstrafe die Haftstrafe an demselben im Anschluß vollstreckt werden, da die Gefängnis- oder Zuchthausstrafe als eine fortgesetzte Unterbrechungshandlung die Verjährung der Strafvollstreckung unterbrochen hat.

Ein von einem Beschuldigten hinterlegter Geldebtrag ist auf die verhängte Geldstrafe zu verrechnen, wenn die Strafverfügung rechtskräftig geworden ist. Falls der spätere Aufenthalt des Beschuldigten unermittelt bleibt und ihm die Strafverfügung nicht zugestellt werden kann, ist bei eingetretener Verjährung der Strafverfügung der hinterlegte Betrag gemäß § 983 VGB. zu vereinnahmen.

Aus den Parlamenten.

Eine Petition um Abschaffung der Arreststrafe für untere Beamte lag der Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses zur Prüfung vor. Die Kommission beantragt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

die Petition der königlichen Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.

Dem Reichstage zugegangene weitere Petitionen:

1. Die Kandidat- und Höderinnung in Barchim bittet um Abänderung einer Polizeiverordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Barchireien.
2. Der Verein für Hausangestellte in Beldja-Reulstadt bittet um Abschaffung der Gefandordnung und rechtliche Gleichstellung des Gefandes mit den gewerblichen Arbeiter.
3. Der Verband der Arbeitergehilfen Deutschlands bittet um gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit und weiterer Ausgestaltung der Sonntagsruhe im Barchier- und Feuerwerke.
4. Der Verband vom Schatz des Detailreisens in Stuttgart bittet um Freilegung der des Detailreisens beschänkenden Bestimmungen der Gewerbeordnung (Ausgaben der Bestellungen auf Grund der Legitimationskarte).
5. Der Reichsverband deutscher Gasportierverbände in Berlin bittet um Änderung der §§ 33 und 147 der Gewerbeordnung.

Ministerial-Erlaß.

Verfügung vom 4. April 1907, betr. Vorkehrungen bei dem Betriebe der Schaufen, insbesondere der sogen. russischen und amerikanischen Schaufen auf den Jahrmärkten, Kirchweih- und Schützenfesten u. dergl.

Es ist bei mir zur Sprache gebracht worden, daß die Vorkehrungen bei dem Betriebe der Schaufen, insbesondere der sogen. russischen und amerikanischen Schaufen auf den Jahrmärkten, Kirchweih- und Schützenfesten u. dergl. nicht immer mit genügender Vorsicht getroffen werden, um Gefahren für Leben und Gesundheit der die Schaufen benutzenden Personen

sowie der Zuschauer vorzubeugen. Auch in den Beratungen des Landtags ist hierüber Klage geführt und auf eine Anzahl schwerer Unfälle hingewiesen worden, welche sich in letzter Zeit bei der Benutzung derartiger Schaufen zugetragen haben. Ich erlaube deshalb ergebenst, den unterstellten Behörden zu empfehlen, daß sie dem Betriebe der Schaufen mit Rücksicht auf seine Gefährlichkeit ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und die Anwendung aller derjenigen Sicherheitsmaßnahmen fordern, welche geeignet erscheinen, Unglücksfällen nach Möglichkeit vorzubeugen.

Berlin, den 4. April 1907.

Der Minister des Innern.

In Vertretung: v. Bischoffshausen.

Sittenpolizei in Dänemark.

Das Gesetz zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit und der verwerflichen Ansehung, das kürzlich in Dänemark in Kraft getreten ist, enthält u. a. folgende Bestimmungen:

§ 1. Die polizeiliche Gestattung der Prostitution wird aufgehoben . . .

§ 2. Wer zur Unzucht . . . auffordert . . . wird mit Gefängnis oder . . . mit Zwangsarbeit (Zuchthaus) bestraft . . . Dieselbe Strafe trifft diejenige Frauensperson, die Unzucht als Gewerbe betreibt, wenn sie . . . von männlichen Personen unter 18 Jahren Besuch zu unsittlichen Zwecken empfängt . . .

§ 3. Es ist verboten, Vordelle zu unterhalten . . . Wer des Gewinnes halber Personen beider Geschlechter zum Zwecke der Unzucht Zutritt zu seiner Wohnung gestattet, oder wer Zimmer nicht zu dauerndem Aufenthalt, sondern um Gelegenheit zur Unzucht zu geben, vermietet, oder Frauenzimmer unter 18 Jahren, die ihren Unterhalt durch unsittliche Lebensweise erwerben, ins Haus nimmt, wird mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft . . . Es ist verboten, sich durch Bekanntmachungen, Aufschriften (aus ausgehängten Schildern), Verwendungen von Beschreibungen usw. an die Öffentlichkeit oder an unbekannte oder ungenannte Personen zu wenden, Gegenstände zum Verkauf anzubieten, die dazu dienen, die Folgen des Weisklaßes zu verhindern . . .

§ 4. Die in dem § 181 des Strafgesetzes vorgesehene Strafe kommt auch zur Anwendung gegen denjenigen, der unter den in dem genannten Paragraphen angegebenen Verhältnissen geschlechtlichen Umgang mit seinem Ehegatten hat, wenn dieser dadurch angesteckt worden ist

und binnen einem Jahre, nachdem er hiervon Kenntnis erlangt hat, einen Strafantrag stellt. Wer sich gegen § 181 des Strafgesetzes oder gegen obenstehende Bestimmung vergeht, soll außerdem, wenn die Ansteckung auf einen anderen übertragen wird und dieser von der vorhandenen Ansteckungsgefahr keine Kenntnis hatte, nicht nur verpflichtet sein, dem Erkrankten die mit seiner Heilung verbundenen Kosten zu erstatten, sondern hat auch für die durch die Krankheit verursachten Leiden und Verluste eine Entschädigung zu gewähren.

§ 5. Personen, die an Geschlechtskrankheiten leiden, sind ohne Rücksicht darauf, ob sie selbst die Kosten ihrer Heilung zu bestreiten vermögen oder nicht, berechtigt ärztliche Behandlung auf öffentliche Kosten zu fordern; auch sind sie verpflichtet, sich einer derartigen Kur zu unterwerfen, sofern sie nicht den Beweis erbringen, daß sie sich in privater ärztlicher Behandlung befinden. Sind die Verhältnisse der erkrankten Personen derart, daß die Übertragung der Krankheit auf andere Personen nur durch ihre Absonderung verhindert werden kann, oder halten die Kranken die zur Verhütung der Krankheit erlassenen Vorschriften nicht inne, so sollen sie zur Kur in ein Krankenhaus gebracht werden . . . Personen, die dauernde Unterstützung aus der Armenkasse beziehen, und bei denen geschlechtliche Erkrankungen nachgewiesen sind, sind zur Kur in ein Krankenhaus zu bringen.

§ 6. Wenn bei der Behandlung der Krankheit oder nach ihrer Beendigung es im Hinblick auf die Ansteckungsgefahr für nötig erachtet wird, daß der Kranke noch weiter unter ärztlicher Aufsicht bleibt, so

ist ihm von seiten des Arztes die Verpflichtung aufzuerlegen, sich zu bestimmten Zeiten bei ihm einzufinden, oder ihm eine schriftliche Bescheinigung darüber vorzulegen, daß seine Behandlung von einem anderen autorisierten Arzte übernommen worden ist . . .

§ 7. Jeder Arzt, der eine geschlechtsfranke Person behandelt oder untersucht, ist verpflichtet, diese auf die Ansteckungsgefahr und auf die gerichtlichen Folgen aufmerksam zu machen, die eintreten würden, wenn jemand von ihr angesteckt oder der Ansteckung ausgesetzt werden sollte, insbesondere ist der Betreffende davor zu warnen, eine Ehe einzugehen, solange noch Ansteckungsgefahr vorhanden ist . . .

§ 8. Jeder Arzt ist verpflichtet, in den wöchentlichen Berichten an den zuständigen Bezirksarzt ausdrücklich hervorzuheben, daß er diese Bestimmungen genau befolgt hat, und gleichzeitig anzugeben, wie vielen Personen er die erwähnte Verpflichtung auferlegt hat . . . Wer dem Arzt einen falschen Namen angibt oder falsche Angaben über Beruf oder Wohnung macht, wird nach § 155 des Strafgesetzes bestraft.

§ 9. Ein Kind, das an Syphilis erkrankt ist, darf zum Säugen nicht an die Brust einer anderen Frau als seiner eigenen Mutter gelegt werden. Auch darf keine Amme, der es bekannt ist oder die vermutet, daß sie von der Krankheit ergriffen ist, das Kind einer anderen Frau zum Stillen an die Brust legen. Abstreutungen werden gemäß § 181 des Allgemeinen bürgerlichen Strafgesetzes bestraft, wonach der Schuldige, sofern die Krankheit übertragen wird, nicht nur verpflichtet sein soll, den Erkrankten die mit ihrer Heilung verbundenen Kosten zu ersetzen, sondern auch Entschädigung zu zahlen für die durch die Krankheit verursachten Leiden und Verluste. Dieselbe Erstattungspflicht liegt demjenigen ob, der ein Kind in Pflege gibt, von dem er weiß, daß es geschlechtskrank ist oder von dem er dies befürchtet, oder der ein solches Kind einer Amme zum Stillen übergibt, ohne daß diese oder die Pflegeeltern vorher davon unterrichtet worden sind, daß das Kind krank oder der Krankheit verdächtig ist und daß eine Ansteckungsgefahr hiermit verbunden ist. Eine solche Unterbringung des Kindes ist nicht gestattet, wenn dadurch andere Kinder der Ansteckungsgefahr ausgesetzt werden . . . Ein Kind wird als der Syphilis verdächtig angesehen, auch wenn sich bei ihm noch

keine Anzeichen davon bemerkbar gemacht haben, wenn Vater oder Mutter sich vor weniger als sieben Jahren Syphilis zugezogen haben und noch nicht drei Monate seit seiner Geburt verlossen sind.

§ 10. Jeder, der sich eines Vergehens gegen dieses Gesetz schuldig macht, kann auf Veranlassung der Polizei mit seiner ausdrücklichen Einwilligung einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden. Im Falle einer Weigerung hat das Gericht, falls der Verdacht als begründet befunden wird, zu entscheiden, daß die Untersuchung ohne Einwilligung stattfinden hat.

§ 11. . . Untersuchungen, die gegen den Willen des Kranken vorgenommen werden, sollen — falls der Betreffende nicht selbst ausdrücklich darauf verzichtet — von einem Arzt seines Geschlechtes vorgenommen werden . . .

§ 12. Die öffentlichen oder untersuchenden Ärzte haben . . . die Pflicht, jeden zu untersuchen und zu behandeln, der an venerischen Krankheiten leidet und sich an sie wendet oder an sie verwiesen wird. Es darf von dem Kranken hierfür eine Entschädigung weder gefordert noch entgegengenommen werden. Die Bezahlung erfolgt aus den öffentlichen Kassen . . .

§ 13. In jedem Falle, in dem es der Arzt mit Rücksicht auf die Ansteckungsgefahr für notwendig erachtet, hat er dem Betreffenden die Verpflichtung aufzuerlegen, sich zu einer bestimmten Zeit bei ihm einzufinden . . .

§ 14. Wer auf öffentliche Kosten in einem Krankenhaus zur Behandlung wegen Geschlechtskrankheiten untergebracht ist, darf das Krankenhaus nicht verlassen, bevor er von dem Arzt entlassen worden ist . . .

§ 15. Die Polizei, taum Hotel-, Schank- und Gastwirten verbieten, Frauenpersonen, die nach diesem Gesetze bestraft worden sind, im Hause zu haben oder solche Personen zur Unterhaltung oder Bedienung der Gäste zu verwenden . . .

§ 16. Unter dem Ausdruck „Geschlechtskrankheit“ werden in diesem Gesetze jene Krankheitsformen unbegriffen, die in der Medizin als Syphilis, Gonorrhöe, ulcus venereum bezeichnet werden. —

Besonders beachtenswert sind die §§ 1 bis 3 und § 15. § 15 in Deutschland als Verschärfung des § 41 der Gewerbeordnung eingeführt, würde wesentlich zur Be-

kämpfung des Aniniertneipenunwesens beitragen. Bekanntlich ist zurzeit jedem Schankwirt gestattet, jede beliebige Dirne als Kellnerin einzustellen; die Sittenpolizei entläßt solche „Dane“ oft aus der sittenpolizeilichen Aufsicht, weil sie nunmehr einen „ehrlichen und anständigen“ (??) Proterwerb nachweisen kann.

Auch bei uns ist bereits von verschiedenen Seiten angeregt worden, das dänische Beispiel nachzuahmen. Vielleicht empfiehlt es sich aber doch, erst die Wirkungen des Gesetzes in Dänemark abzuwarten.

Im übrigen hat jede einzelne Polizeibehörde es auch in Deutschland in der Hand, das dänische Muster nachzuahmen. Es ist ein Rechtsirrtum, anzunehmen, daß der § 361^a StrGB. die Polizeibehörden verpflichtet, jede gewerbsmäßig Unzucht treibende Frauensperson unter sittenpolizeiliche Aufsicht zu stellen, wohl gar dem Antrage dieser Weiber, dieser Aufsicht unterstellt zu werden, stattzugeben.

Die Ablehnung solcher Anträge gibt namentlich in Mittelstädten eine Sandhabe gegen die jetzt so beliebte Freizügigkeit der Dirnen. Stephan.

Arbeiterchutz.

Vorschläge zur systematischen Bekämpfung aller gewerblichen Vergiftungen (z. B. durch Blei, Quecksilber, Anilin, Arsen usw.) hat nach der „Soz. Praxis“ das Bureau der im Jahre 1904 in Basel abgehaltenen Vertreterversammlung der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterchutz ausgearbeitet und den Regierungen unterbreitet. Sie lauten: Für Ärzte und Krankenanstalten ist bei gewerblichen Vergiftungen die Anzeigepflicht an die zuständigen sanitären Aufsichtsbehörden einzuführen; den Ärzten ist für diese Arbeitsleistung ein Entgelt zu bieten. In Ländern, in denen die gesetzliche Pflicht der Krankenversicherung besteht, sind die Ärzte der Betriebe, die gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, in eine von den Betriebsinhabern unabhängige Stellung zu bringen. Die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte ist der Anzeigepflicht durch den Betriebsleiter zu unterwerfen. Den Krankenkassenleitungen ist nahe zu legen, daß den Gesundheitsverhältnissen ihrer in Giftbetrieben tätigen Mitgliedern im eigenen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist und daß sie über diese gefährdeten Betriebe besondere Morbiditätsausweise an die Gewerbebehörden zur Bekämpfung der Vergiftungskursachen vorlegen. Das Studium und die Kenntnisse gewerblicher Vergiftungen sind beim medizinischen Unterricht besonders zu fördern; die jungen Ärzte sind auf die wichtige prophylaktische Tätigkeit, die für den systematischen Gesundheitsschutz aller gewerblichen Arbeiter notwendig ist, in besonderen Kollegien aufmerksam zu machen. Mit der sachmännischen Beaufsichtigung der Betriebe, die gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, sind neben

den unabhängigen Klassenärzten gewerbehygienisch geschulte amtliche Ärzte zu betrauen. Die Arbeitszeiten der Giftarbeiter sollen nach der Schwere der Vergiftungsgefahr geregelt werden.

Verurteilung u. Begnadigung.

Eine in gleicher Weise für die Strafrechtspflege wie für das spätere Fortkommen verurteilter, demnächst aber begnadigter Personen bedeutungsvolle Verfügung hat der preußische Justizminister erlassen, indem er in Ergänzung der für die Führung des Strafregisters geltenden Vorschriften angeordnet hat, daß die Strafvollstreckungsbehörden von jedem Gnabenerweise, der eine im Strafregister vermerkte Verurteilung betrifft, der zuständigen Registerbehörde unverzüglich Mitteilung zu machen und daß die Registerführer den Gnabenerweis alsbald nach Eingang dieser Mitteilung zu vermerken, diesen Vermerk auch bei jeder Anknüpfungsteilung gleichzeitig mitzuteilen haben. Hierdurch wird erreicht, daß in einem etwaigen späteren Strafverfahren dem erkennenden Richter nicht, wie bisher, lediglich die Tatsache der früheren Verurteilung, sondern zugleich die für ihn nicht minder wichtige Tatsache der Begnadigung attennmäßig bekannt wird. Andererseits ist es für das spätere Fortkommen einer verurteilten, demnächst aber begnadigten Person von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die über sie beim Strafregister eingepollte Anknüpfung, die jeder öffentlichen Behörde auf Verlangen erteilt werden muß, fortan nicht lediglich von der Tatsache der Verurteilung, sondern auch von der Tatsache der Begnadigung Kunde gibt.

auf dem Rathause über möglichste Einschränkung des Verkaufs des Branntweins auf Borg, über Durchführung der Maßregeln gegen erklärte Trunkenbolde.

Die Polizeistunde wurde — 1 Uhr — gehandhabt und blieben zahlreiche und zum Teil strenge Strafen nicht aus. Im Jahre 1901 führte die strenge Verstrafung eines Wirts, der bereits 15 mal dieserhalb Strafen erlitten, zu ziemlich hitzigen Angriffen gegen die Behörde; wie denn überhaupt Presse und Publikum keine Sympathie für diese Einrichtung haben und im Allgemeinen verlangen, daß diese Maßregel nur in einzelnen Fällen bei Ausschreitungen gehandhabt werden soll; das widerspricht aber dem Gesetz, führt zur Willkür und zu einer im Allgemeininteresse nicht erwünschten Verstärkung des Alkoholgenußes mit Minderung der Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit für die Pflichten und Aufgaben des Lebens.

Kongresse und Versammlungen.

Über Giftwanderung in Leichen und die Möglichkeit des Giftnachweises bei späterer Enterdigung hielt Professor Dr. F. Kratter in Graz einen Vortrag, dessen durch eine Anzahl erläuternder Fälle belegter Inhalt sich aus folgenden Leitsätzen ergibt:

1. Alle der Fäulnis und chemischen Zersetzung widerstehenden organischen und anorganischen Gifte, die im Leben eingeatmet wurden, wandern in den Leichen nach den tiefer gelegenen Teilen, die leicht beweglichen Pflanzengifte rascher als die schwer beweglichen Mineralgifte.
2. Die postmortale Giftwanderung ist außer von der Art der Giftbindung, die den Grad der Beweglichkeit bedingt, von dem Gange der Leichenzersehung abhängig, mit der die Auslaugung im gleichen Sinne fortschreitet.
3. Bei späten Ausgrabungen sind daher die tiefergelegenen Teile der Leichenreste sowie Kleiderreste der Rücken- teile, Unterlagen, Sargholz und Graberde unter der Mitte des Bodenbrettes die wichtigsten, noch Erfolg versprechenden Untersuchungs- objekte.
4. Der Erfolg hängt wesentlich von einer sachkundigen Entnahme der für die chemische Untersuchung bestimmten

Teile ab. Unter dieser Voraussetzung ist die Möglichkeit des Nachweises fäulnisbeständiger Gifte fast unbegrenzt, d. h. sie besteht wenigstens für Mineralgifte so lange, als überhaupt noch Leichenreste auffindbar sind.

5. Neben der Auswanderung gibt es auch eine Einwanderung von Giften in den Leichnam. Diese mögliche Quelle eines verhängnisvollen Rechtsirrtumes ist vom sachkundigen Unternehmer unschwer aufzudecken und auszuschalten.

Das Verbrechen und seine Ursachen.

Vortrag des Privatdozenten Dr. med. Döllken in Leipzig.

Die bedenkliche Zunahme der Verbrechen erfordert, so etwa führte Dr. Döllken in einem anfangs Dezember 1906 im Kaufmännischen Verein in Leipzig gehaltenen Vortrage aus, daß man ihren Ursachen nachgehe. Man kennt einen beträchtlichen Teil dieser Ursachen. Während es im Juni doppelt so viel Selbstmorde gibt als im Dezember, im August die doppelte Zahl von Körperverletzungen gegen den Dezember, ist das Verhältnis beim Diebstahl umgekehrt. Die Ursache ist die Jahreszeit. Die Massen- zugehörigkeit bedingt die Bevorzugung mancher Verbrechen. Man braucht, um dies festzustellen, nicht nach dem Süden zu gehen. Der deutsche Osten mit seiner zahlreichen slawischen Bevölkerung weist fast dreimal so viel Verurteilungen auf als der Westen. In der Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur steigt die Zahl der Mord- verbrechen und nehmen die Diebstähle ab. Die Hälfte aller Morddelikte ist wohl dem Alkohol zuzuschreiben. Der wohltätige Einfluß der Bildung dagegen ist gering. So haben die Verbrechen seit Einführung des Schulzwanges sogar um 130 v. H. zugenommen. Erblichkeit und Erziehung sind nicht zu trennen. Man kennt Verbrecherstammbäume, die über 200 Jahre zurückgehen, und doch kann beim einzelnen zweifelhaft sein, ob Anlage oder Vorbild die Ursache der Verbrechenslaufbahn abgab. Die Gründe für die bedenkliche Zunahme der jugendlichen Verbrecher — seit 1888 30 v. H. — liegen in der allzufrühen finanziellen Selbstständigkeit der Arbeiter und im Alkohol. Fehlerhafte Bildungen des Schädels und Gehirns, die niedrige und fliehende Stirn, der große Kanapparat u. a. sind bei einem Teil der Verbrecher nachzuweisen (Verbrecherphysiognomie). Gering sind die positiven geistigen Leistungen des Verbrechers in der Politik, der Kunst wie in der Literatur. In seinem Parasitismus, seinem Egoismus, seiner Mitleidlosigkeit und Grausamkeit liegen für den echten Verbrecher die Triebfedern zu neuen Verbrechen. Man muß daher im Kampf gegen das Verbrechertum auf neue, wirksamere Mittel sinnen. St.

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Feststellung der Trunkenheit. Der Verurteilte ist von dem Trunkenheit nur Vorgespiegelnden mit Hilfe der Untersuchung der Pupillenreaktion deutlich zu unterscheiden, wie der Münchener Arzt Dr. Hans Guden an zahlreichen Versuchen festgestellt hat. Durch die Alkoholvergiftung tritt eine Lähmung des Gehirns und damit eine Herabminderung der Pupillenreaktion auf Lichteinfall statt. Es empfiehlt sich daher, berauschte Verbrecher möglichst rasch einem Arzt zur Prüfung auf Pupillenreaktion vorzuführen.

Ausländische Arbeiter.

Der Mangel an einheimischen Arbeitskräften, welcher sich in den letzten Jahrzehnten in Preußen wie in ganz Deutschland, namentlich in den landwirtschaftlichen Betrieben, immer mehr fühlbar machte, hat in stets gesteigertem Maße die Veranziehung ausländischer Arbeitskräfte zur Folge gehabt. Die Leutenot ist besonders groß im Osten der Monarchie, weil die dort einheimische Arbeiterbevölkerung, angelockt durch die besseren Löhne der westlichen Provinzen, in immer größerem Umfange alljährlich vom Frühjahr bis zum Herbst nach dem Westen auf Arbeit geht (sogenannte Sackengängerei). Den Ersatz dieses einheimischen Arbeiterdefizits stellt die slawische, insbesondere die polnische Bevölkerung der östlichen Nachbarn in Rußland und Galizien, welche bei den weniger günstigen Erwerbsverhältnissen im eigenen Lande darauf angewiesen ist, ihren Überschuß ins Ausland auf Verdienst zu schicken. Gründe nationaler Art haben es erforderlich gemacht, den Zugang der ausländischen im Inlande Arbeit suchenden polnischen Arbeiter unter besondere Kontrollvorschriften zu stellen, während die übrigen alljährlich nach Preußen kommenden ausländischen Saisonarbeiter (Italiener, Flamen, Ruthenen, Ungarn usw.) nur der allgemeinen Ausländerkontrolle und den sonstigen allgemeinen polizeilichen Vorschriften, insbesondere auf dem Gebiete der Sanitäts- und Wohnungspolizei, unterliegen. Die

besonderen, für die polnischen Arbeiter russischer und österreichischer Staatsangehörigkeit erlassenen Kontrollvorschriften verfolgen den Zweck, den Zugang aus das durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Maß zu beschränken und ihn so zu gestalten, daß eine Sechsaftmachung der Zugiehenden vermieden wird. Unter diesen Gesichtspunkten sind eine Reihe fremdenpolizeiliche Vorschriften erlassen worden, welche im wesentlichen folgendes besagen:

1. die ausländischen polnischen Saisonarbeiter dürfen nur in der Zeit vom 1. Februar bis 20. Dezember jeden Jahres beschäftigt werden und müssen nach Beendigung der Arbeitszeit das Inland wieder verlassen (für die oberschlesische Montanindustrie ist diese sechs wöchige Karenzzeit auf das Frühjahr verlegt).

2. Sie dürfen in den 4 östlichen Grenzprovinzen (Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien) in der Landwirtschaft und deren Nebenbetrieben sowie in Hüttenwerken, Bergwerken und anderen industriellen Großbetrieben, in den übrigen Landesteilen nur in landwirtschaftlichen Betrieben und deren Nebenbetrieben beschäftigt werden. Die Beschäftigung im Gefindebedienst und im Handwerk ist unzulässig. Familien sollen nur ausnahmsweise und nur insoweit zugelassen werden, als ihnen keine schulpflichtigen Kinder angehören.

3. Wegen der Legitimation der Saisonarbeiter besagt der neue deutsch-russische Handelsvertrag vom 28./15. Juli 1904, daß russische Arbeiter, welche nach Deutschland kommen, um daselbst in landwirtschaftlichen Betrieben oder Nebenbetrieben zu arbeiten, kostenfrei mit Legitimationspapieren, gültig vom 1. Februar bis 20. Dezember neuen Stils, versehen werden sollen, welche in russischer und deutscher Sprache abzufassen sind. Aber die Legitimation der österreichischen Arbeiter sind keine besonderen Bestimmungen erlassen.

4. Arbeitgeber, welche ausländische polnische Saisonarbeiter beschäftigen, haben diese von den übrigen Arbeitern abgeordnet unterzubringen und für ihre ärztliche Untersuchung, erforderlichenfalls auch für ihre Impfung Sorge zu tragen.

(Dr. v. Ritters Handwörterbuch der preussischen Verwaltung, Leipzig, Högberg'sche Verlagsbuchhandlung.)

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstellern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Zeithalten im Sinne des Branntweinsteuergesetzes. Unter Zeithalten versteht man die mit einem äußerlich erkennbaren Zugänglichmachen zum Ankauf für das Publikum verbundene Abicht des Branntweinverkaufs. — Entsch. RG. vom 25. Januar 1906. — Zeitschr. f. Rechtspf. in Bayern 164. — St.

Deutsches Reich. Ausstellen unzuchtiger Abbildungen durch eine Kinematographenvorführung. Die Vorführung von Films durch den Kinematographen fällt unter den Begriff des „Ausstellens von Abbildungen“ im Sinne des § 184 StrGB. Die Rollenfilme enthalten die bildliche Darstellung von Geschehnissen und werden durch Anwendung des Kinematographen dem die Vorstellung besuchenden Publikum vorgeführt; danach stellen sich gerade die Filme als „Abbildungen“ dar. Das Vorzeigen der Bilder durch die kinematographische Vorführung bietet eine ausreichende Grundlage für die Annahme, daß eine „Ausstellung“ stattgefunden hat. Die Annahme, daß der Begriff des Ausstellens eine längere Zeitdauer zur Voraussetzung habe, ist unbegründet. — Entsch. II. Straß. RG. vom 2. Oktober 1906. Entsch. 39, 183. — St.

Deutsches Reich. Landfriedensbruch; Zerstörung. Die Zerstörung einer Sache im Sinne des § 125 Abs. 2 StrGB. muß vollständig sein. Das ergibt sich aus dem Vergleich dieser Strafvorschrift mit den §§ 305 und 311 StrGB., die ausdrücklich von vollständiger und teilweiser Zerstörung sprechen. Hätte auch beim Landfriedensbruch die teilweise Zerstörung von Sachen den Tatbestand des § 125 Abs. 2 erfüllen sollen, dann hätte es wie im § 305 und 311 ausdrücklich gesagt werden müssen. — Entsch. III. Straß. RG. vom 22. Oktober 1906, III 406/06. — Entsch. 39, 223. — St.

Deutsches Reich. Fahrlässige Körperverletzung infolge Nichtbeleuchtung eines Fuhrwerks. Die Polizeibüßverletzung der unterlassenen Beleuchtung eines Fuhrwerks ist kein Dauerdelikt. Sie ist bereits mit

dem Zeitpunkt vollendet, in welcher die Verpflichtung zur Beleuchtung eintrat. Es kann daher neben der Bestrafung wegen fahrlässiger, durch die Unterlassung verursachter Körperverletzung Bestrafung wegen der Polizeibüßverletzung erfolgen. — Entsch. RG. vom 27. Februar 1905. — St.

II. Kammergericht.

***Preußen. Öffentliche Angelegenheiten.** Die in einer Verkauflung aufgestellte Forderung, die Agitation solle bei den Reservisten einsehen, ist als Erörterung öffentlicher Angelegenheiten anzusehen. Nur dann könnte die Frage vielleicht anders entschieden werden, wenn nur die Anforderung zu einer Agitation diesem oder jenem bestimmten Reservisten gegenüber ergangen wäre. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 8. April 1907 in Sachen Sommerfeld in Grünberg. — C. v. R.

***Preußen. Bau.** Zum Begriff des Baues ist nicht notwendig die Verbindung eines Gegenstandes mit dem Erdboden. Es genügt für den Begriff des Baues, wenn der Gegenstand schwer, nur unter Ausbietung größerer Kräfte, fortbewegt werden kann, ohne daß er in seine einzelnen Teile zerlegt wird. — Entsch. des 1. Straßsenat des Kammergerichts vom 15. April 1907 in Sachen Brennmöhl-Stettin. C. v. R.

***Preußen. Kaninchen.** Soweit in Preußen die Jagdgesetze eine Materie nicht erschöpfend regeln, ist es zulässig, Polizeiverordnungen zum Schutze des Jagdrechts zu erlassen, und zwar auf Grund des § 6a des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, wonach der Schutz des Eigentums einen Gegenstand des polizeilichen Verordnungsrechtes bildet; denn das Jagdrecht liegt im Eigentum, und nach § 6a sind Polizeiverordnungen zulässig, die den Schutz des Eigentums bezwecken, soweit in Preußen die Jagdgesetze die Materie nicht abschließend regeln. Das Vetreten fremder Grundstücke wird zwar im Interesse des Jagdschutzes durch § 368 des Strafgesetzbuches geregelt, im § 17 des Jagdpolizeigesetzes heißt es: „Wer zwar mit einem Jagdschein versehen, aber, ohne sich in Begleitung des Jagdberechtigten zu befinden oder eine schriftlich von ihm erteilte Erlaubnis bei sich zu führen, die Jagd auf fremdem Grundstück ausübt, macht sich strafbar.“ Diese Regelung erstreckt sich aber

nur so weit, als es sich um Personen handelt, die die Jagd auf jagdbares Wild ausüben wollen. Zu den jagdbaren Tieren gehört nach dem Wildschadengesetz das Kaninchen nicht. Deshalb kommen diese Bestimmungen für den Kaninchenfang nicht in Anwendung, und sind Polizeiverordnungen, die das Vortreten fremder Grundstücke zum Zwecke des Kaninchenfangs von der Zustimmung des Jagdberechtigten abhängig machen, gültig. — Entsch. des 1. Straffenats des Kammergerichts in Sachen Brüdner-Raumburg vom 23. April 1907. C. v. R.

***Preußen. Automobilverkehr.** Eine Polizeiverordnung, die für städtisch angebaute Straßen eine bestimmte Höchstgeschwindigkeit der Kraftfahrzeuge vorschreibt, bezweckt die Erhaltung der Verkehrssicherheit in Straßen mit lebhaftem Verkehr. Daß die Straßen auf beiden Seiten eine durchaus geschlossene Bebauung haben müssen, ist für den Begriff der städtisch angebauten Straßen nicht durchaus erforderlich. Ausschlaggebend ist der Schutz des Verkehrs von Fußgängern; Fußgängerverkehr besteht aber überall da, wo viele Häuser vorhanden sind. — Entsch. des 1. Straffenats des Kammergerichts vom 25. April in Sachen von Steinfurt-Nied. — C. v. R.

***Preußen. Fischereiverordnung.** Die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten in Koblenz zum Schutz der Fischerei, die auf schiffbaren Gewässern das Mitführen und Halten unverpackter Fischereigeräte nur den Fischereiberechtigten gestattet, ist ungültig. Durch das Fischereigesetz vom 30. Mai 1874 ist das allgemeine Verordnungsrecht der Polizeibehörden, soweit der Schutz der Fischerei in Betracht kommt, beseitigt worden. Wie aus den Motiven zum Entwurf des Fischereigesetzes hervorgeht, lag es in der Absicht des Gesetzgebers, ein einheitliches Fischereigesetz für das ganze Staatsgebiet zu schaffen, weil „bei aller Mannigfaltigkeit im Fischereibetriebe selbst, bei aller Verschiedenheit der Fischereiprodukte die wichtigsten Punkte, welche die Gesetzgebung im Interesse der Fischerei ins Auge zu fassen hat, die erfolgreichsten Mittel, mit denen sie der Fischerei zu Hülfe kommen kann, im ganzen Gebiete des preussischen Staates dieselben sind.“ Unter diesen Gesichtspunkt fallen nach den Motiven insbesondere auch „alle diejenigen Vorschriften, die bestimmt sind, der wilden Fischerei entgegenzutreten und das Recht zur Ausübung der Fischerei zu regeln.“ Dementsprechend enthält das Gesetz eine Reihe bestimmter ungrenzter Ermächtigungen, so im § 19 zum Erlaß einer Polizeiver-

ordnung auf dem dort bezeichneten Gebiete, in den §§ 31, 41 und 42 für den Bezirksauschuß. Durch § 52 sind alle früher erlassenen, den Bestimmungen des Fischereigesetzes entgegenstehenden Vorschriften ausdrücklich aufgehoben. Bei der genauen Regelung der den verschiedenen Behörden zustehenden Befugnisse muß es als ausgeschlossen gelten, daß das Gesetz daneben noch ein allgemeines Polizeiverordnungsrecht zum Schutze der Fischerei zulassen wollte. Diese Annahme erscheint um so mehr der Absicht des Gesetzgebers entsprechend, als die Gewässer und die Fische die verschiedensten Gebiete passieren und daher lokale Polizeiverordnungen, möglicherweise sogar widersprechenden Inhalts, dem Interesse der Fischerei nicht förderlich sein könnten. — Entsch. des 1. Straffenats des Kammergerichts in Sachen Böhm-Koblenz vom 18. April 1907. C. v. R.

***Preußen. Versammlung unter freiem Himmel.** In Roßberg ist es Sitte, daß die Bewohner sich des Mittags an Sonntagen auf der Dorfstraße zusammenfinden, auf und ab gehen, in Gruppen zusammenstehen, sich unterhalten. Der Angeklagte stieß zu ihnen, sagte einzelnen, die Vergarbeiter bekämen zu wenig Lohn. Bald bildete sich ein größerer Kreis von etwa 15 Mann. Der Angeklagte sprach nunmehr ausführlicher von den Löhnen im oberbayerischen Industriegebiet und machte Ausführungen in einer Weise, daß er einen längeren zusammenhängenden Vortrag hielt und in belehrendem Ton eine Viertel- bis eine halbe Stunde sprach. Dabei wurde von den Zuhörern ab und zu eine Zwischenbemerkung gemacht. Der Vorderrichter hat zutreffend angenommen, daß damit der Tatbestand einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel gegeben ist. Der Angeklagte hat eine Versammlung durch sein Verhalten herbeigeführt. Er hat seine soziale Weisheit zutage fördern wollen; er hat die Begierde erregt usw. — Entsch. des 1. Straffenats des Kammergerichts in Sachen Scholtysed-Deuthen, vom 22. April 1907. — C. v. R.

***Preußen. Öffentliche Angelegenheiten.** Eine für die Arbeiter einer bestimmten Fabrik einberufene Versammlung, in der nur über Mißstände dieser Fabrik, über die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in dieser und eine gefestigtere Stellung gegenüber dem Unternehmer dieser Fabrik verhandelt werden soll, fällt nicht unter das Vereinsgesetz. Die Angelegenheiten der Arbeiter einer Fabrik sind private Angelegenheiten; es handelt sich

nicht nur die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. — Entsch. I. Straff. RG. vom 21. April 1907 gegen Radau in Annen.

C. v. R.

***Preußen. Straßenzugung.** Unter Straßenzugung im Sinne der für den Fuhrverkehr an Straßenzugungen besondere Bestimmung treffenden Polizeiverordnungen hat man nicht nur Punkte zu verstehen, an denen sich Straßen in der Form eines Kreuzes schneiden. Auch wenn eine Straße in eine andere einmündet oder mehrere Straßen an einem Punkte zusammenlaufen, muß man von Straßenzugung reden; denn der Zweck der Verordnung, die durch das Zusammenstoßen mehrerer Straßenzüge erhöhten Verkehrsgefahren zu mindern, trifft auch für solche Punkte zu. — Entsch. I. Straff. RG. vom 11. April 1907 in Sachen Ohm-Künster.

C. v. R.

***Preußen. Schonzeit für Rehtälber.** Das Erlegen solcher Rehtälber zur Schonzeit, bei denen auch für einen Knidigen schwer festzustellen ist, ob es sich noch um ein Rehtalb handelt — charakteristisches Merkmal der Eigenschaft als Rehtalb ist die Zahnbildung — kann als Zwiderhandlung gegen das Wildschougeles nicht angesehen werden. — Entsch. I. Straff. RG. in Sache Mette-Silstrup vom 18. April 1907. —

C. v. R.

III. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Karussellbetrieb auf Privatgrundstücken. Nach § 33b der Gewerbeordnung bedarf der vorgängigen Erlaubnis der Ortspolizeibehörde, wer gewerbsmäßig an seinem Wohnort im stehenden Gewerbebetriebe eine Lustbarkeit, bei der ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet, auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen darbieten will. Zu den öffentlichen Plätzen gehören nicht die im Eigentum von Privaten stehenden Plätze, mag das Grundstück auch an der öffentlichen Straße gelegen sein und von ihr aus zum Zwecke der Benutzung des Karussells betreten werden können. — Entsch. Straff. Bay. OLG. vom 30. Okt. 1906. — AbI. 1907, S. 28. —

St.

Deutsches Reich. Marktforderung. Abwärtsversteigern und marktschreierisches Feilbieten. Eine Marktforderung, die das Abwärtsversteigern und das marktschreierische Feilbieten auf Jahrmärkten verbietet, ist gültig. Die Worte „mit oder ohne Ausruf“ in § 69 Gew.-Ordnung bringen lediglich zum Ausdruck, daß nach dem Willen des

Gesetzgebers im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung die für zulässig erklärten Beschränkungen beim Feilbieten im Umherziehen nicht nur dann angeordnet werden können, wenn hierbei die Waren ausgerufen werden, sondern auch dann, wenn dies nicht geschieht. Keineswegs bedeuten sie ein gesetzliches Recht zum Anrufen. Das Verbot des Ausrufs erfolgt auch nicht zum Schutz der Konkurrenz, sondern zur Aufrechterhaltung der Ordnung und allgemeinen Sicherung des Verkehrs, also auch zum Schutze der Käufer. — Entsch. Straff. Bay. OLG. vom 30. Oktober 1906. — AbI. 506. — St.

IV. Sächsisches Oberverwaltungsgericht.

Deutsches Reich. Ausschließung gewerblicher Anlagen für einen ganzen Ort. Eine Orts- und Straßenbauordnung, die die Errichtung der unter § 16 der Gewerbeordnung fallenden Anlagen für eine ganze Gemeinde verbietet, ist ungültig. Verbote oder Beschränkungen, die sich nicht gegen Anlagen jeglicher Art, sondern nur gegen gewerbliche Anlagen richten, dürfen nur im Rahmen der Gewerbe-Ordnung erlassen werden. Nach § 23 Abs. 3 der GewO. dürfen aber durch landesrechtliche Vorschriften gewerblichen Anlagen nur einzelne Ortsteile verschlossen werden. — Entsch. Sächs. OVG. vom 11. Juni 1906. — Jahrb. 9, 153. — St.

V. Landgericht Berlin I.

Deutsches Reich. Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze. Polizeistunde für Versammlungen. Die allgemeine Polizeistunde gilt auch für öffentliche Versammlungen, und zwar auch dann, wenn für die Versammlung ein Einberufer oder ein Verein den Versammlungsraum gemietet hat. Die Auflösung der Versammlung durch den zuständigen Beamten wegen Eintritts der Polizeistunde verpflichtet alle Anwesenden, auch den „Vieler“ des Versammlungsraums, sich unverzüglich zu entfernen. Die in der Presse ergehende Aufforderung an die Parteigenossen, die solche Räume mieten sollten, der Weisung des Polizeibeamten keine Folge zu geben, ist als Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze nach §§ 110 und 111 StrGB. strafbar. — Entsch. I. Straff. LG. Berlin I vom 27. April 1907 gegen den Schriftleiter des „Vorwärts“ Hans Weber zu Berlin. — St.

^{*)} Beral. Pr. OVG. Entsch. vom 24. 4. 02 — Gew.-Rech. II, 1 — und RG. vom 5. 12. 01 — Entsch. 23, C. 13

Druckfehlerberichtigung.

In der **Kammergerichtsentscheidung vom 18. Februar 1907** über die **Straßenbahn** auf Seite 58 des „**Gendarm**“ ist durch ein Versehen der Druckerei der zweite Satz unvollständig gebracht worden. Es muß heißen:

Wenn von Tieren allgemein die Rede ist, so können damit nur solche Tiere gemeint sein, die im Privateigentum stehen. Die Schriftleitung.

Polizeibericht.

Verwaltung. Straßenpolizei. Eine neue Polizeiverordnung hat der Oberpräsident der Rheinprovinz zur Erhaltung der Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen für den Umfang der Provinz erlassen. Danach ist den zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung, Ruhe und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen ergebenden Anordnungen der Polizeibeamten und Gendarmen Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 M. im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft. — Durch denselben Erlass des Oberpräsidenten wird die für den Umfang der Rheinprovinz erlassene Polizeiverordnung, betriebsunfähigen Aufenthalt in der Nähe der Betriebsstätten von Berg- und Hüttenwerken, vom 29. Dezember 1892 aufgehoben.

Verordnungen wie die letztere sind kürzlich vom Kammergericht für ungültig erklärt worden. (Vgl. **Entsch. RG.** 1. Straß. vom 17. 12. 06. „**Gendarm**“, 4. Jahrg. S. 515.)

Eine Vermehrung der Gendarmarie im industriellen Grenzgebiet Lothringens wurde nach eingehender Erörterung von dem Landesauschuß für Elßah-Lothringen beschloffen. Es sind auf der Grenze von Deutsch-Loth bis Rheintal zurzeit 51 Gendarmen im Dienst. Drei neue Stellen sollen hinzukommen.

Forstschutzleute. Von Ostern an ist für die Darmstadt umgebenen Waldungen zum zweitenmal eine Einrichtung in Wirksamkeit getreten, die im vorigen Jahre während der besseren Jahreszeit bis November versuchsweise eingeführt, sich gut bewährt hat und deshalb auch für andere größere Städte von Interesse sein dürfte. Auf Vorschlag der Forstbehörde ist durch Bewilligung der erforderlichen Mittel von städtischer und staatlicher Seite ein besonderer Waldschutzdienst ins Leben gerufen worden, der durch Aspiranten des Forstwartdienstes, die die Forstwartsschule mit gutem Erfolg besucht haben, gehandhabt wird. Diese ausgeübten, gewandten Leute in schmaler Forstdienstuniform, mit Hirschfänger, Flinte und Korbarm versehen, sind dem Großherzoglichen Polizeiamt zur besonderen Dienstleistung zugewiesen und empfangen von dort nach einheitlichem Plan ihre Tagesbefehle. Forstliche Obliegenheiten haben sie nicht wahrzunehmen, sie sind ausschließlich polizeiliche Sicherheitsorgane, aber gerade der Umstand, daß die Forstausseher im Walde zu Hause sind, daß ihr Auge und Ohr

an den Forst- und Jagdpolizeidienst gewöhnt ist, kommt ihnen zugute. Sie haben dazu beigetragen, daß lichtscheue Elemente die Darmstadt umgebenden Waldungen meiden und daß die Darmstädter Waldungen wieder den Ruf vollkommener Sicherheit für harmlose Spaziergänger erlangt haben.

Verbrechen und Vergehen. Wegen Angriffs auf den Kameraden Pfanz II wurde ein Grubenarbeiter aus Rhodlaun von der II. Strafkammer zu Deutjen (O./S.) zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Er war vom Raum Pfanz wegen Diebstahls festgenommen. Auf dem Wege zum Gerichtesgefängnis zog er plötzlich ein im Ärmel verborgen gehaltenes Rasiermesser heraus, womit er dem Beamten erhebliche Verletzungen am Hals und im Gesicht beibrachte. Kamerad Pfanz hatte 4 Wochen das Bett hüten müssen.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Kameraden Gendarmenwachtmeyers Eustipp aus Georgenburg wurde ein bereits vorbestrafter Arbeiter aus Georgenburg in der Verurteilung von der Strafkammer Jnsperburg zu drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Widerstand leistete mittels Revolvers ein Wachhalter aus Rünken bei seiner Verhaftung in Dachau dem bayerischen Kameraden Gendarm Schieder.

Personalveränderungen.

v. der Oelsnitz, Major in der 8. Wend. Brig., ein Patent seines Dienstgrades verliehen. Behmeyer, Hauptmann und Kommandeur der Gendarmarie-Schule in Walsau,

v. Willeben, Hauptmann in der Wend. Brig. in Elßah-Lothringen, zu Majoren befördert.

Dehn, Oberleutnant in der Wend. Brig. in Elßah-Lothringen, zum Hauptmann befördert.

Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Obersten Leht, Brigadier der 11. Gendarmarie-Brigade, die Erlaubnis zur Anlegung

des Kommandeurkreuzes des Großherzoglich Luxemburgischen Ordens der Eichenkrone zu erteilen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 26. April d. Js. zu verleißen geruht:

das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens dem Gendarmarie-Oberwachmeister Vlieg in Kosen, 5. Brig., sowie dem Fußgendarmerie-Wachmeister Ullrich in Carnelimünster, 8. Brig.; das Allgemeine Ehrenzeichen dem Gendarmarie-Oberwachmeister Thinius in Rauen, 3. Brig., dem Gendarmarie-Oberwachmeister Diegel in Calbe a. S., dem beurlaubten Gendarmarie-Wachmeister Reumann in Osterburg und den Fußgendarmerie-Wachmeistern Scarpe in Oelsfelde, Schramm in Barken, die vier in der 4. Brig., dem Gendarmarie-Oberwachmeister Mittelestäd in

Schroda, 5. Brig., den Fußgendarmrie-Bachtheimern Hohl in Jatzke und Frank in Königswalde, beide in der 6. Brig., den Fußgendarmrie-Bachtheimern Diesener in Rheine, Wagner II in Emsbetten, diese zwei in der 7. Brig., den Fußgendarmrie-Bachtheimern Strud in Riederdorf, Weißhaar in Hermsdorf, Witz in Wandscheid sowie dem berittenen Gendarmrie-Bachtheimern Bröncke in Straelen, diese vier in der 8. Brig., dem Fußgendarmrie-Bachtheimern Schulz I in Suchsdorf, 9. Brig., dem Gendarmrie-Oberwachtheimern Esser in Rathen, Meyer II in Klingen und den Fußgendarmrie-Bachtheimern Grunert in Bad Reiburg, Jastraw in Liebenau, Lagemann in Freiburg a. E., Petri in Alfeld, Wehring in Ebingerde, Grün in Wildemann, diese acht in der 10. Brig., dem berittenen Gendarmrie-Bachtheimern Altschmidt in Freunghausen, 11. Brig., dem berittenen Gendarmrie-Bachtheimern Pflot in Schloppe, 12. Brig.

Durch K. K. O. vom 11. Mai 1907 ist dem berittenen Gendarmrie-Bachtheimern Weller der 11. Gendarmrie-Brigade für die von ihm am 23. Dezember v. Js. ausgeführte Rettung eines Knaben vom Tode des Ertrinkens in der Rahn bei Limburg die Erinnerungs-Medaille für Rettung aus Gefahr verliehen worden.

1. Brigade.

O.B. Schirmacher, Pr. Ehlau, am 1. 5. 07 nach Stallupönen vers. — F. a. Pr. Strauß, Döhlten, am 1. 5. 07 nach Ebnowen bei Turoscheln vers. — F.B. Stud, Ebnowen bei Turoscheln Kr. Johannishg. Ostpr. am 2. 11. 06 nach Döhlten b. Gehlen Ostpr. lmbdt., am 1. 5. 07 nach Döhlten vers. — b. B. Siemens I, Mohrungen, am 20. 4. 07 nach Sonnenborn Kr. Mohrungen lmbdt. — b. B. Vohren, Memel, am 1. 5. 07 nach Schernen bei Carlsberg lmbdt. — F.B. Prossch, St. Darguizen, am 18. 4. 07 nach Wollaten bei Tulpengarten lmbdt. — F.B. Jonte, Admonischen, am 22. 4. 07 nach Kallehen bei Langhagen Kr. Elst lmbdt. — F.B. Steger, Fuchsberg Kr. Königsberg, am 9. 4. 07 nach Dorf Schönau b. Thorau lmbdt. — F.B. Weppel, Spillen, am 10. 4. 07 nach Golenikowo b. Rogowo lmbdt. — F.B. Rajchewsky, Wjssallen, am 14. 4. 07 nach Schirwinb lmbdt. — F.B. Bach III, Kr. Rattana, am 1. 4. 07 nach Wühlen O.-Pr. lmbdt. — F.B. Sebat I, Kr. Spallenen, am 7. 4. 07 nach Passenheim lmbdt. F.B. Grunau, Kriegsbednen, am 8. 4. 07 nach Langhagen Kr. Elst lmbdt. — b. B. Höfer, Wöslau, am 7. 4. 07 nach Kr. Reußhof bei Rastenburg O.-Pr. lmbdt. — F.B. Nieder, Wöslau b. Schillenen Kr. Wjssallen, am 22. 9. 06 nach Wjssallen lmbdt., trat am 20. 3. 07 von seinem Ambo. zurück. — F.B. Janzon II, Worgen b. Kögsg., am 7. 11. 06 nach Rositten Kr. Wehring lmbdt., trat am 27. 3. 07 von seinem Ambo. zurück. — F.B. Dorrang, Liebenberg,

am 8. 2. 07 nach Wühlen O.-Pr. lmbdt., trat am 31. 3. 07 von seinem Ambo. zurück. — F.B. Deutschländer, Grammen Kr. Ortelsburg, am 7. 1. 07 nach Jatzke bei Posen O. lmbdt., trat am 1. 4. 07 von seinem Ambo. zurück. — F.B. Janke, Admonischen b. Coadjuten, am 18. 3. 07 nach Coadjuten lmbdt., trat am 2. 4. 07 von seinem Ambo. zurück. — F.B. Kirstein I, Vergriede, am 16. 2. 07 nach Weierswalde lmbdt., trat am 8. 4. 07 von seinem Ambo. zurück. — F.B. Litzke, Buchwalde, am 16. 2. 07 nach Frögenau lmbdt., trat am 8. 4. 07 von seinem Ambo. zurück. — b. G. a. Pr. Safowski, Kr. Kurwien b. Kurwien, am 1. 4. 07 von seinem Truppenteil zum Wetzachtheimern ernannt.

2. Brigade.

F.B. Biesede, Rugebuh, am 1. 5. 07 nach Tempelburg vers. — F.B. Wup, Wjssmij, am 1. 5. 07 nach Kreptow a. Rega vers. — F. a. Pr. Hoffmann II, Kreptow a. Rega, am 1. 5. 07 nach Wjssmij vers. — F.B. Ruehner, Dork, am 1. 5. 07 nach Rewahl b. Schlesien vers. — F.B. Spiegel, Rimmerow, am 22. 2. 07 nach Darssand b. Putbus lmbdt., trat am 27. 3. 07 von seinem Ambo. zurück. — F.B. Schmidke, Gings, am 22. 3. 07 nach Gobbins b. Landen (Gronig) lmbdt., trat am 26. 3. 07 von seinem Ambo. zurück.

3. Brigade.

F. a. Pr. Ermisch, Marienfelde b. Berlin, am 31. 5. 07 g. Truppenteil zurück.

4. Brigade.

F.B. Bielemann, Leimbach, 1. 5. 07 nach Hettstedt vers. — b. B. Lüd, Querfurt, am 1. 5. 07 nach Schortow b. Neumark, Wez. Pöste, vers. — b. G. a. Pr. Riede, Schortow, am 1. 5. 07 nach Querfurt vers. — F.B. Stod, Salza, am 1. 4. 07 nach Lettenborn lmbdt. — F.B. Warogke, Werfelburg, am 10. 2. 07 nach Hölleben lmbdt., trat am 31. 3. 07 von f. Ambo. zurück.

5. Brigade.

b. B. Kölping, Göldehof, am 1. 5. 07 als O.B. a. Pr. nach Kosen vers. — b. G. o. Pr. Kownagki, Kobylgowa, am 1. 5. 07 nach Doruchow vers. — b. B. Gumpich, Wjsselmsort, am 12. 4. 07 nach Kr. Schittow b. Wjsselmsort vers. — b. B. Kreuer, Doruchow, am 1. 5. 07 nach Kobylgowa vers. — b. B. Käber, Wielsau, am 1. 5. 07 nach Warkichin vers. — b. B. Litzke, Luisenhain, wohnt seit 1. 4. 07 Rataj b. Posen O. 1.

6. Brigade.

F.B. Hohl, Jatzke, nach Kungenhof, Kr. Jatzke lmbdt., trat am 23. 3. 07 von f. Ambo. zurück. — F.B. Stoszewsky, Vor-Reudorf, nach Jatzke b. Jatzke lmbdt., trat am 23. 3. 07 von f. Ambo. zurück.

7. Brigade.

b. B. Prandt II, Wöslau, am 16. 4. 07 nach Galtien, Wj., lmbdt. — b. B. Reichmeyer, Courl, vom 1. 4.—30. 6. 07 nach Dorfsmor, Kr. Dorfsmund, Post Rünen, lmbdt. — F.B. Wöckermann, Wöslau, vom 19. 4.—31. 5. 07 nach Rjsschen, Kr. Wöslau, lmbdt. — b. G. a. Pr. Schröder, Laer, Kr. Wöslau, am 31. 5. 07 g. Truppenteil

jurisd. — 5. B. Sassen, Herne, am 1. 6. 07 ohne Geh. beurl. als Fußparkschalter beim Magistrat in Herne. — 5. B. Koch, Bövinghausen b. Werlünde, am 1. 10. 06 ohne Geh. beurl., schied am 1. 4. 07 aus. — 5. B. Lohmann, Bocholt, am 1. 6. 07 als F.B. nach Weiser verl. — F.B. Steinberg, Hallenberg, am 1. 5. 07 nach Allagen, Kr. Arnsberg, verl. — F.B. Hofmeister, Bönen, postmäßige Bezeichnung ist jetzt Bönen b. Altenbögge, Kr. Hamm. — F.B. Wuderm und F.B. Dormann, Hünigfeld, postmäßige Bezeichnung ist jetzt Hünigfeld, Kr. Gelsenkirchen.

8. **Brinabe.**

H. Schulz i. Edmüthen, am 1. 5. 07
 nach Bornheim, Kr. Bonn, verl. — b. **W. Krug**,
 Dären, am 1. 5. 07 nach Jülich verl. — b. **W.**
Juhn, Neufurth, am 1. 5. 07 nach Wiltgen
 verl. — **H. B. Trittenberg**, Dären, am 1. 5. 07
 nach Heilenkirchen verl. — **H. W. Schmidt XVIII**,
 Königswinter, am 1. 5. 07 nach Edmüthen,
 Kr. Waldbröl, verl. — **H. W. Schwarz II**, Schmidt-
 forst, am 1. 5. 07 nach Alfum v. Bruchhausen
 (Rhein) verl. — **F. W. a. Fr. Dörr**, Alfum, am
 1. 5. 07 nach Schmidtforst b. Neumühl, Kr.
 Ahrort, verl. — **H. W. Beber** v. Mülheim, am
 1. 5. 07 nach Rath verl. — b. **W. Leibel**, Jülich,
 am 1. 5. 07 nach Dären (Rheinl.) verl. —
H. W. Horn, Kaiserfeld, am 10. 5. 07 nach Bad
 Bertrich, Bez. Coblenz, Imbrt. — **H. B. Oepen**,
 Feldmark Wesel b. Wesel, am 1. 6. 07 ohne
 Weib, beuill. als Jagarett-Inspector in Saar-
 Louis. — b. **W. Weischer**, Ronsdorf, am 1. 5. 07
 zur Jugendg. verl., bleibt in Ronsdorf. — b. **W.**
Welpmann, Flammersfeld, nach Gebardsheim
 (Westertwald) Imbrt., trat am 10. 4. 07 von f.
Ambo. zurück. — **H. W. Hofffleisch**, Sigmaringen,
 am 9. 8. 06 nach Urladungen Imbrt., trat am
 2. 4. 07 von f. **Ambo**. zurück.

10. Brigade.

OB. Rühle, Bassum, am 1. 5. 07 nach
Neustadt a. Abg. vers. — OB. Rasten, Neu-
stadt a. Abg., am 1. 5. 07 nach Bassum vers.

11. Begriffe.

1. 5. 07 nach Hlieben
 verl. — HZ. Klöppel, Schierstein, am 15. 4. 07
 nach Hildesheim (Mein) Imndt. — b. HZ. Leim-
 weber, Montabaur, am 15. 4. 07 nach Hlingen
 Imndt. — HZ. Heßlein, Reußäufel, am 15. 4. 07
 nach Montabaur Imndt. — F. G. a. Fr.
 Schlippreit, Schönberg, am 1. 4. 07 nach
 Hdingen b. Marienberg (Westertal) verl.
 — HZ. Söller, Beßen (Lamms) vom 1. 4. bis
 31. 5. 07, Imndt. nach Wromskirchen.

Brigade Elfst-Bohringen.

Wieselsh. Krante vom 8. Württemb. Inf.-
Regt. Nr. 128 Großherzog Friedrich von Baden,
wurde am 11. 5. 07 als i. d. G. G. nach Wols-
heim zur Probefeldleistung einberufen. — 5. 5.
Stemme, Bigg, wird am 1. 6. 07 von Bigg
nach Sülzhausen vers. — FZ. Dieter, Wörchingen
(Lehr.), wird am 1. 6. 07 nach Ars-Joug, Post
Ars a. d. Mosel, vers. — FZ. Hillemeyer,
Ars-Joug, wird am 1. 6. 07 zur berittenen
Rennschiff vers. und in Bigg stationiert. —
i. 5. G. Frisliche, Eulendorf, wird am 1. 6. 07
zur Fuhrmannschaft vers. und in Wörchingen

Artikelfinan.

Die Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der Beamten. Von Conrad Bornhal-Berlin. — Soziale Praxis XII, 23.

Verfasser wendet sich gegen die geplante Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses, die nach seiner Ansicht nur den lediglich zur Mietsteigerung bereiteten Hausmitteln zugute kommen würde. Er schlägt stattdessen die Schaffung einer größeren Zahl von Dienstwohnungen vor. Der Staat als höchster Hausbesitzer gewinne dadurch Einfluss auf die Mietpreise überhaupt.

Die erste Schenkungseigener war nicht, wenn die Beamten den größten Teil der vorhandenen Mittel ausmachtem. Durch die Einkünfte der Beamten haben sich die Renteplätze im Wesentlichen erhalten. Es ist sehr, auch ohne jede Weltanschauung, festgestellt worden. Ebenso beweisen wir, ob Dienstleistungen, wenn sie nicht in ganz hervorragender Weise und in einer der Beamtenzahl annehmender gleichmässiger Anzahl zur Verfügung gestellt werden, also schon in der Zahl von mehreren Tausenden in der Zahl von mehreren Tausend - irgendwelche prädestinierte Wirkung ausüben können.

Der Herrmann selbst steht vor einem Rasenaufbau
privater Grundstücke durch den Staat, weil dadurch
der Spekulationswert der Häuser in die Höhe ge-
trieben würde. Eine ganz langsame, sich auf Jahre-
grenze verteilende Schaffung zahlreicher Dienst-
wohnungen würde mit ihrer von Jahr zu Jahr
sich merklichen Zunahme wohl ziemlich einflusslos
bleiben. Vor allem bliebe aber inwieweit der großen
Verzinsung der Beamten jede Hilfe verweigert. (S.)

Wildern mit Schlingen. Von R. Wärlin.
— Kynologische Sportwelt. V, 16. —

Der Kaiser gibt wertvolle Räte zur Aufbesserung
leibt der dem geringsten Schlingensiefel (Stadtern)
gelegten Schlingen. Ein gutes Hilfsmittel sind die
Knechtchen, die durch Stadtern möglichst unaufrichtig
an dem Siege oder Gefalle, an dem entgangene
Freiheiten, an dem Verluste, an dem Schaden
sind eingetragene Freiwörter in Stadtern abzuhandeln
befähigte Stadtern abzuhandeln und umgekehrt, keine auf den
Siege gelegte Stadtern des geringen, mit Stadtern
und Stadtern befreite Stadtern und Stadtern, zusammen-
geordnete Stadtern und Stadtern oder eingetragene
Stadtern. Stadtern sind in ihrer Räte die Stadtern, die
ja, wird man, die Stadtern, die Stadtern, die Stadtern
Stadtern, Stadtern, Stadtern, Stadtern, Stadtern, Stadtern
an der Stadtern des Stadtern für die Stadtern
Stadtern an und Stadtern sich ja.

Um dem Schlingenseiler das Handwerk zu erleichtern, wird geraten, die aufgeschlungenen Schlingen nicht wegzunehmen, sondern zuzuziehen. Gängig ist dauernd nichts, dann ist auch dem hartnäckigsten Schlingendieb das Schlingenziehen vergrämt. Als allerbestes Mittel wird das Durchziehen der Schlinge knapp an der Schlingenspitze angegeben. Die Schlinge löst dann das Bild durch, federt aber wieder in die alte Stellung zurück, so daß sie dem Schlingenseiler noch längere zu Lieben kommt.

Um dem Schlingenseiler selbst zu überlassen, ohne ihn gerade auf schräger Luft zu ertappen, wird ein Bestreichen der ausgezogenen Schlingen mit Schwefelöl empfohlen. Diese Öle dem Fährer geide Streifen in die Hand, die ein paar Wochen lang deutlich sichtbar sind. Eine bei dem hierdurch bereits vertanen Schlingenseiler vorgenommene Hausdurchsuchung ergibt dann das weitere Beweismaterial. Et.

Schwindelhafte Kundverkäufe. Von Rechtsanwalt Dr. Richard Alexander-Rag in Berlin. — Deutsche Juristenzeitung, Jahrg. XII, 532. —

Verfasser hält die Praxis, die in gewissen Grenzen und unter gewissen Umständen nach dem Vorgange des 2. Straß. R. vom 21. 9. 97 — Entsch. 30, 257 — Kundgebote der Kundverkäufe für erlaubt erachtet. Für dieselben. Auch ist es für ein höheres Strafmaß bei unantworfener Selbstverweigerung. Er befürwortet Genaufklärung der Verhältnisse die auf 10.000 M und für die schwachen und schwachen Fälle maßnahme oder neben der Geldstrafe eine Haft- oder Gefängnisstrafe etwa bis zu 3 Monaten.

Seinen Vorschlag begründet er einleitend damit, daß durch gewissenlose Kundverkaufsschwindler ganze Straßenzüge seiner Geschäfteleute schwer geschädigt werden, ehe der Richter eintrittet, eine geringe Geldstrafe aber gegenüber dem hohen Gewinn des Schwindelbetrugs nicht ausreicht, oft bereits schon in die Geschäfteleuten eingeschneit worden ist. Et.

Prostitution und Strafrecht. Von Otto Münsterberg. Ritzl. d. preuß. Abg. d. Reichs- und Staatsbeamten Zeitung Nr. 16, 183. —

Im Anschluß an die Verhandlungen im preußischen Abgeordnetenhaus vom 20. und 21. Februar 1907 fordert Verfasser, der sich an diesen Verhandlungen übrigens selbst teilhaftig beteiligt hatte, die Festsetzung des § 361 StGB, weil die Stellung unter sittenpolizeiliche Kontrolle den heutigen Anschauungen nicht mehr entspricht.

Unserer wiederholt ausgesprochenen Ansicht nach bedarf es einer Beilegung dieser Vorarbeit nicht, um die sittenpolizeiliche Aufsicht auszuheben. Die Polizei hat wohl das Recht, aber nicht die Pflicht eine gerechtmäßig Unschuld treibende Frauenverkehr unter Kontrolle zu stellen. Et.

Bücherschau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Wirtschaftsbuch für Beamte. Von H. Teut, Bergedorf. Selbstverlag des Verfassers.

Jede Beamtenfamilie sollte Buch führen; nur auf Grund einer Buchführung läßt sich gut wirtschaften. Auch bei bescheidenem Einkommen ist eine solche Buchführung notwendig. Sie ermöglicht die Feststellung, ob zuviel ausgegeben ist und wo noch gespart werden kann. Für diese Zwecke eignet sich das vorliegende Buch, wie wir gern anerkennen, gut. Das Exemplar kostet, vom Herausgeber bezogen, mit Porto 1,70 M.

Feldzeugmeister Benedek und der Krieg 1806. Neue Daten zum österreichisch-preussischen Feldzuge. Von L. I. Oberleutnant Otmars

Kobari. Mit Portrait und Brief-Faksimile. Übersichtsfiguren und Textillustrationen. Leipzig 1907, Verlag von O. Gradlauer (Richard Goldbader).

Die öffentliche Meinung hat Benedek sehr viel Unrecht zugefügt; er hat es schweigend ertragen, er wollte nicht erwidern. Der Verfasser verteidigt seinen Feldern mit Geld.

Über Asthmabehandlung. Von Dr. W. Sängner in Magdeburg. Zweite Auflage. Magdeburg 1906, Albert Rathske, Verlag.

Ein erfahrener Spezialist gibt hier Asthma-kranken eine besondere Kur an.

Handle praktisch!

Im letzten Jahre haben viele Kreis-ausschüsse die Bestellung unserer Zeitschrift „Der Gendarm“ für die Gendarmen ihres Kreises übernommen. Vielsach ist den Gendarmen aufgegeben worden, die Zeitschrift bei der Postanstalt ihres Stationsortes zu bestellen und die Postquittung zur Erstattung des Betrages einzureichen. Eine Anzahl von solchen wohlwollenden Maßregeln betroffene Gendarmen bezogen die Zeitschrift direkt, bestellten diese aber bei uns nicht ab, empfingen daher jede Nummer doppelt: eine Nummer durch die Postanstalt, eine von uns unter Kreuzband. Diese Kameraden senden uns nun unsere Rechnung zurück und spielen noch den Gefräßigten. Hier heißt es: nachdenken, praktisch handeln. Wenn zwei Exemplare derselben Nummer regelmäßig eingehen, muß etwas nicht stimmen. Wenn ich eine Zeitschrift unter Kreuzband beziehe und will sie nun durch die Post beziehen, so muß ich das unter Kreuzband vom Verlag bezogene Exemplar abbestellen; denn der Verlag erfährt doch nichts davon, ob dieser oder jener neuer Postbesteller wird. Das Postzeitungsamt in Berlin fordert vom Verlag so viel Exemplare ein, als bei ihm bestellt worden sind, bezahlt diese an den Verlag und verteilt sie an die Postämter, von denen Exemplare als bei ihnen bestellt angemeldet worden sind. G—h.

Auskunftrei.

R. B. W. 6. Die Benutzung der Schnell-(Eil-) Züge auf Militärfahrkarten ist auch nach den neuen Bestimmungen nur auf Grund der besonderen Genehmigung, wie sie bisher für die Benutzung der Schnellzüge vorgesehen war, zulässig. Nr. 56. N—n.

Kam. G. W. H. in C. Flugblattverteilung während des Gottesdiensts. Wenn die Flugblattverteiler die Flugblätter in den Häusern abgegeben haben, nicht auf öffentlicher Straße, sie auch unter dem Rod ver-

steht getragen haben, können sie nach den Vorschriften über die Heiligung der Sonn- und Feiertage nicht bestraft werden.

Rr. 432 a. — n.

Kam. G. Wachtm. B. in M. Wandergerwerbe. Ein Kassierer, der vorher bei Privatstunden anfragen läßt, ob sein Besuch genehm ist, und dann alsbald die Besuche abkündet, bedarf ganz entschieden eines Wandergerwerbscheins. Es ist, wie Sie sehr treffend ausführen, lediglich eine Umgehung der Gewerbeordnung und bereits ein Beginn des Auffuchens von Verstößen in der Anfrage enthalten. Die Anfrage und die Verhandlung mit dem Kunden muß als einheitliche Handlung aufgefaßt werden. Eine die Frage treffende Entscheidung ist uns nicht bekannt. Rr. 418 a. — O. St.

Kam. G. Wachtm. H. in W. Aufforderung zum Streik oder Kontraktbruch. Gegen die lediglich durch Versprechungen und Geschenke, nicht durch Gewalt, Drohungen oder Vertrauenserklärungen bewirkte Aufforderung zum Streik oder Kontraktbruch ist strafrechtlich und polizeilich leider nichts zu veranlassen, falls es sich um gewerbliche Arbeiter handelt. Höchstens zivilrechtlichen Entschädigungsanspruch an die Streikleitung (Streiklasse) hätte der geschädigte Arbeitgeber. Anders läge es bei Gewerkschaften. Die Aufforderung zum Kontraktbruch wäre hier Verstöße zur Übertretung des Ges. über die Dienstpflicht des Gefindes. Rr. 15 a. — S.

K. 200. Polizeistunde bei Bestellung eines Stellvertreters. Polizeistundenverlängerungen werden dem Konzeptionsinhaber erteilt, nicht dem bestellten Vertreter. Es ist mithin völlig einflußlos auf die Fortdauer einer bestehenden Polizeistundenverlängerung, ob der Konzeptionsinhaber einen Stellvertreter einsetzt. Gibt die Geschäftsführung des Stellvertreters Anlaß zu Klagen, wird z. B. durch ihn gegen bestehende Gesetze und Verordnungen verstoßen oder verschlechtert sich der Verkehr, dann ist dies leicht Anlaß gegeben, die Polizeistunde zu kürzen. Dies muß aber durch polizeiliche Verfügung und dem Konzeptionsinhaber gegenüber geschehen. Rr. 8. — n.

Kam. G. W. M. in M. Preisfischen. Preisfischen sollen nicht unter die Ausweisungen, da der Erfolg nicht wesentlich vom Zufall, sondern ganz besonders von der Geschicklichkeit der Spieler abhängt, § 286 StrGB. findet keine Anwendung; eine Erlaubnis für Veranstaltung von Preisfischen ist nicht erforderlich.

Dagegen darf und muß die Polizeibehörde darauf sehen, daß durch das Preisfischen nicht ein allgemeines Strafgesetz (z. B. das Verbot des § 307, 8 StGB. über Schließen an von Menschen besuchten Orten) übertreten oder sonst die öffentliche Sicherheit gefährdet wird. Die nötigen Sicherheitsmaßnahmen sind anzuordnen. 2b — St.

An S. in H. 1. Transportmittel beim Wandergerwerbetriebe. Die Eintragung der Transportmittel (Korbe, Pferdefuhrwerk u. a.) in den Wandergerwerbschein ist nicht vorgeschrieben, erfolgt aber der Steuerkontrolle

wegen regelmäßig. Von dem Umfang des Gewerbes, auf den die Benutzung von Transportmitteln schließen läßt, hängt die Höhe der Steuer ab. Führt nun ein Händler, der im großen Umfang mit Pferd und Wagen Handel treibt, einen Wandergerwerbschein mit einer niedrigen Steuerveranlagung bei sich, dann kann man darauf schließen, daß er bei Lösung des Scheins über den Umfang des Gewerbes zum Zwecke der Steuerhinterziehung unrichtige Angaben gemacht hat.

2. Photographenläden an Sonntagen. Wenn eine Sonntagsordnung nur das Verbot der in Schaufenstern ausgestellten „Ware“ verbietet, dann brauchen die Photographenläden, die verlässliche Ware ja in der Regel nicht enthalten, nicht verhußt zu werden. (Vgl. über den Begriff „Ware“ im Sinne der Sonntagsordnungen die RG. Entsch. vom 29. 10. 08 auf Seite 488 des „Gendarm“, Jahrg. 4.) Rr. 17 — n.

Kamerad B. in K. Raumgehalt der Schankgefäße. Unsere Auskunft auf Seite 88 des „Gendarm“ bedarf infolgedessen einer Verrichtigung, als das Gesetz über den Raumgehalt der Schankgefäße sich nur auf Schankgefäße, welche zur Verabreichung von Wein, Obstwein, Most oder Bier dienen, bezieht. Die in § 1 des Gesetzes enthaltene Beschränkung erstreckt sich auf den Gesamthalt des Gefäßes, wie Sie richtig bemerkt. Rr. 28 a — St.

Amtsvoorst. L. in K. Hundekanzel. In dem Weggang eines Hundes, den der Eigentümer einer Polizeiverordnung über den Bodenmarktverkehr zuwider auf dem Markte hatte umherlaufen lassen, liegt eine polizeiliche Verfügung und gleichzeitig die Anwendung des Zwangsmittels zu ihrer Durchführung. (Unmittelbarer Zwang.) Es ist durchaus zulässig, Verfügung und Zwangsmittel zu verbinden. Eine Polizeiverordnung, die das Umherlaufenlassen auf Wochenmärkten verbietet, ist nach einer Entscheidung des PrOSt. vom 4. März 1904 — PrVerwSt. XXV, 812 — durchaus gültig. — 22b — St.

Amtsvoorst. B. in J. Eintrittsverbot für Juden. Eine an öffentlicher Stätte an einem Hause angebrachte Aufschrift: „Juden haben keinen Zutritt“ ist geeignet, Argernis unter der jüdischen Bevölkerung zu erregen; die Polizei ist berechtigt, durch polizeiliche Verfügung die Beseitigung der Aufschrift zu fordern, wie durch die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts gegenüber der Aufschrift „judenfreies Haus“ bereits entschieden ist. Ob außerdem in dem Anbringen der Aufschrift eine Übertretung des § 380¹¹ StGB. zu erblicken ist, — Verleumdung oder Aufreizung zum Klassenhaß kommt nicht in Frage — dürfte der gerichtlichen Entscheidung vorbehalten sein. Da möglicherweise das Gericht darin einen groben Unfug erblickt, ist die Androhung der Geld- oder Haftstrafe in der polizeilichen Verfügung unzulässig. Ausführung durch einen dritten ist wohl das Zweckmäßigste.

Rr. 373 — St.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Eberfeld.

Nr. 4.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Werbach zu Berlin.

1907/08.

Das Arbeiten des Polizeihundes auf Menschenspuren.

In Nr. 25 der Zeitschrift „Der Polizeihund“ wird von der Polizeiverwaltung R., Prov. S., 1. die Frage gestellt: „Wann kann ein Polizeihund zur Ermittlung von Verbrechen, Vermissten usw. erfolgreich verwendet werden?“

Hierauf kann man nur antworten: „Wenn der Hund auf Menschenspuren gearbeitet ist!“ Wie das gemacht wird, will ich nachstehend näher ausführen. Sobald der junge Hund Appell besitzt, Hindernisse nehmen, aus dem Wasser apportieren, Meldung überbringen gelernt hat und auf den Mann dressiert ist, beginnt man, mit ihm das eigentliche Verfolgen von Menschenspuren zu üben. Als hauptsächlichste Vorübung hierzu kann man das Meldungüberbringen verwerten, vorausgesetzt daß dieses in richtiger Weise eingeübt,

d. h. wenn darauf gehalten wird, daß der Hund bei Einübung der Botengänge den Kopf gehörig nieder bekommt und mit der Nase arbeiten lernt. Es ist praktisch, wenn hiermit bereits der 5 bis 6 Monat alte Hund beginnt. Je leichter diese Übungen anfangs für den Hund gemacht werden, je besser ist es und man sollte dem jungen Hunde nicht gestatten, sich hierbei müde zu machen.

Für die ersten Übungen ist es ratsam, wenn eine dem Hunde besonders gut bekannte Person, am besten der Dresseur selbst, das Tier vor der Übung liebt.

ihm einige ledere Bissen Fleisch austut und sich dann, so daß der Hund es sieht, entfernt, zweckmäßig gegen den Wind und über Grasboden, während der Gehilfe den Hund so lange an der Leine festhält, bis der Dresseur (zuerst auf 50 bis 100 m Entfernung) sich so versteckt hat, daß er dem nachfolgenden Hunde nicht sichtbar ist.

Auf diese Weise wird der Hund gezwungen, seinen Führer mit der Nase zu suchen, weil er ihn mit dem Gesicht nicht findet. Sollte der Hund bei den ersten Übungen nicht finden, so wird die Übung wiederholt, bei der alsdann der Gehilfe, welcher die vom Führer genommene Linie genau kennen muß, mit dem Hunde an der Leine und ihn zum Suchen auffordernd, der Spur nachgeht, bis der Hund gefunden hat.

Reiche Belohnung von Seiten des Aufgeübten muß dem Hunde ganz besonders bei den ersten Übungen werden. Das mag einige Male wiederholt werden, bis der Hund die

Nase wirklich herunter bekommt. Wenn er erst einmal mit gesenktem Kopf die Spur verfolgt, so macht er schnelle Fortschritte, er findet allein und die Entfernungen können dann nach und nach bis zu 3 km und mehr vergrößert werden.

Sitzt dieses fest, so geht der Gehilfe vor und läßt sich vom Hunde suchen, auch erst wieder auf kleine Entfernungen, und schickt dann den Hund „Zurück“ zu seinem Führer, welcher denselben zuerst auf der letzten Strecke des Rückweges mit lobenden Worten entgegengeht und ihn, wenn er herangekommen ist, ebenso wie vorher der



Schumann Ragner, Eberfeld, mit seinen Polizeihunden.

Gehilfe für den Gang mit einem Wissen Fleisch belohnt.

Ist der Hund auf kleineren Wegen sicher, so werden die Entfernungen je nach den Leistungen des Hundes vergrößert; jeder Mißerfolg ist sorgsam zu vermeiden. Mehr als einen Botengang (hin und zurück) sollte man vom Hunde in der Übungsstunde nicht verlangen.

Nunmehr, falls das nicht schon früher geschehen, gebe man zu jedem Botengang dem Hunde sichtbar einen Zettel in die Meldebefehls- und schicke ihn mit dem Kommando „Vor zur Meldung“ fort. Es ist selbstverständlich, daß diejenige Person, der die Meldung überbracht werden soll, dem Hunde bekannt sein muß; auch muß der Hund vor dem Botengang auf deren Spur gesetzt werden. Ist die Meldung überbracht, so läßt man den Hund erst einige Minuten ablegen und sich ausruhen, besonders bei weiten Entfernungen und bei warmem Wetter, ehe man ihn „Mit der Meldung zurück“ schickt.

Hiermit sind die Vorübungen zum Verfolgen von Menschenspuren beendet; es beginnen alsdann die eigentlichen Übungen selbst. Man geht zunächst dazu über, den Hund auf der Spur des Gehilfen, der einen Gegenstand vorausträgt, in nicht zu großer Entfernung auf seiner Spur niederlegt und zum Führer zurückkehrt, vorzuschicken, um diesen Gegenstand zu suchen und seinem Führer zu überbringen. Sollte der Hund, der sonst „verloren“ sucht, hierin zunächst versagen, so geht der Führer mit ihm auf der Spur des Gehilfen bis zu dem Gegenstande vor und fordert den Hund auf, diesen aufzunehmen und zurückzutragen. Dann läßt der Führer diese Übung auf seiner Spur in der Weise ausführen, daß er auf einem Gang mit dem Hunde einen Gegenstand fallen läßt und den Hund nachher zurück-schickt, diesen zu holen: „Zurück, verloren, apportieren!“. Arbeitet der Hund bei dieser Übung sicher, so wird er auf der Spur des Gehilfen weiter gearbeitet, bis er auch hier nicht mehr versagt.

Nach und nach, je nach der Arbeit des Hundes, werden die Entfernungen bei diesen Übungen vergrößert; ebenso läßt man selbst wie auch der Gehilfe vom Hunde unbemerkt den Gegenstand fallen oder wirft ihn seitwärts von der Spur, zuerst gegen den Wind, dann auch mit dem Winde, um so dem Hunde die Sache allmählich schwieriger zu machen. Ist man mit der Arbeit des Hundes zufrieden, so kann man denselben auf der Spur eines ihm völlig unbekannten Gehilfen vor- oder

zurückschicken, um einen von diesem auf seine Spur gelegten oder weggenommenen Gegenstand zu holen. Der Gehilfe muß jetzt seinen Weg nicht sichtbar für den Hund nehmen. Zum Gelingen der Übung ist Voraussetzung, daß die Witterung des Gehilfen dem Hunde gegeben und er mit dem Kommando: „Vor, such, verloren!“ auf dessen Spur gesetzt wird.

Alle diese Übungen müssen zunächst auf kleinere Entfernungen und gegen den Wind vorgenommen werden, damit ein Mißerfolg ausgeschlossen ist. Erst wenn der Hund sicherer wird, vergrößert man die Entfernung und schließlich wird der Gehilfe auch mit dem Winde seinen Weg nehmen müssen, um den Hund für alle Fälle sicher zu machen.

Sollte der Hund bis dahin noch nicht fertig auf den Mann dressiert sein, so muß dieses nunmehr so lange geübt werden, bis er auf Befehl schneidig an den Gehilfen geht. Nachdem der Gehilfe einen Angriff auf den Führer unternommen und dieser den Hund zur Verteiligung angefeuert hat, ergreift der Gehilfe die Flucht, läuft möglichst dem Hunde nicht sichtbar auf eine kleine Entfernung (100 m) davon und versteckt sich am Ziel so, daß er dem Hunde nicht sichtbar ist. Erst dann läßt der Führer den Hund los und veranlaßt ihn zum Verfolgen des Gehilfen durch das Kommando: „Vor, such, fass!“ (Man wählt für das Wort „fass“ noch besser ein anderes, beliebiges Wort; so kenne ich einen Hund, der auf „Marie“, einen anderen, der auf „Geda“ zusagt.) Hierauf folgt man dem Hunde.

Findet der Hund, so hat der Gehilfe, der dem Hunde unbekannt sein muß, sich diesen mit einem Rohrstod energisch vom Leibe zu halten, so daß der Hund ihn nicht fassen kann, sondern gezwungen ist, ihn „Laut“ gebend zu umstreifen oder zu stellen, und zwar so lange, bis der Führer zur Stelle ist. Sollte der Hund vorher abbrechen wollen, so verfolgt ihn der Gehilfe und schlägt hierbei mit dem Stod auf die Erde — nicht den weichenenden Hund — um so die Aufmerksamkeit des Hundes ganz für sich in Anspruch zu nehmen.

Sobald der Führer erscheint, hat dieser den Hund zum erneuten Angriff anzu-fern, bis er den Gehilfen wieder energisch stellt. Alsdann leitet der Führer den Hund an und transportiert den Gehilfen zurück nach dem ursprünglichen Standort — wenn möglich, in ein Haus. Bei diesem Transport läßt man den Ge-

helfen einen Fluchtversuch machen und diesen vom abgeleiteten Hunde durch Einholen und Stellen vereiteln. Auch kann man mit dem Hunde auf diesem Transportweg das Abschlagen eines Angriffs auf den Führer sehr gut üben. Später wirkt der Gehilfe bei diesen Übungen auf dem Transport irgend einen Gegenstand, den er bis dahin in der Tasche getragen, zunächst dem Hunde sichtbar, fort.

Wenn nach Beendigung des Transports der Gehilfe sicher, am besten in einem Hause, untergebracht ist, schickt man den Hund „zurück, such, verloren“ und läßt sich den vom Gehilfen fortgemorfenen Gegenstand holen. Bei den weiteren Übungen werden diese Sachen vom Gehilfen auf der Flucht vom Hunde unbemerkt zu Boden geworfen und müssen dann sicher gefunden werden. Der Hund lernt hierdurch die von einem Verbrecher weggemorfenen Sachen, welche meist zu dessen Überführung dienen können, suchen und apportieren.

Bei weiteren Übungen auf der Spur des Gehilfen, zu dem man möglichst jedesmal eine andere, dem Hunde unbekannte Person wählt, läßt man diesen sich am Endpunkt möglichst sicher verstecken, im Gebüsch, in einem Graben usw., auch einige Male auf einen Baum klettern, damit der Hund ihn auch hier finden lernt; dieses letztere aber erst dann, wenn der Hund sicher mit niedriger Nase sucht. Es ist föstlich zu sehen, wie ein auf die Menschenspur gearbeiteter Hund bei dieser Übung des öfteren — sicher aber das erstmal — über den Baum hinanschießt, auf dem der von ihm Gefuchte sitzt, um bald auf der Fährte zurückfindend festzustellen, ob der Gehilfe zurückgegangen ist oder einen Seitenweg eingeschlagen hat.

Sobald der Hund festgestellt hat, daß dies nicht der Fall ist, erscheint er wieder am Endpunkt der Fährte und sucht in der nächsten Umgebung des Baumes mit doppeltem Eifer, bis ihm ein günstiger Wind die Ausdünnung des Gesuchtes, also dessen nächste Nähe verrät. Eifrige Hunde geben nunmehr „Laut“, während der Hund auf der Menschenfährte selbst still jagt. Man soll nie dulden, daß der Gehilfe sich durch Häufsperrn oder in sonst einer Weise dem Hunde bemerkbar macht, weil dies den Hund von der Nasenarbeit abbringen und er sich auf Gesicht und Gehör verlassen würde.

Verbellt der Hund den auf dem Baum Sitzenden, so soll dieser einige Platzpatronen

abschießen, damit der Hund sich auch in diesem Falle an das Schießen gewöhnt. Bei noch nicht ganz schußsicheren Hunden darf die Ladung zunächst nur ganz schwach sein und erst nach und nach vergrößert werden; auch darf bei solchen Hunden erst geschossen werden, wenn der Führer zur Stelle ist, so daß der Hund sich nicht allein sicherer fühlt, sondern vom Führer auch ermutigt werden kann.

Ist der Hund in diesen Übungen sicher, dann werden die Entfernungen, welche der Gehilfe vorläuft, vergrößert -- aber auch erst dann. Hierbei erwirkt es sich als sehr zweckmäßig, dem Gehilfen ein Bündel Stäbe mitzugeben, die ungefähr 1 m lang und an einem Ende geipßt sind, während das obere Ende weiß gestrichen sein muß. Wenn der Gehilfe eine Wendung macht oder einen Baum überklettert, hat er einen von diesen Stäben in die Erde zu stoßen und ihn nach der Richtung zu neigen, welche er zunächst einschlägt. Dieses wird dem Führer, der mit dem Hunde die Spur verfolgt, einen Anhalt für die Richtigkeit der Arbeit des Hundes geben, obgleich die besten Hunde nicht immer in nächster Nähe der Spur laufen. An einem guten Witterungstage ist es nichts Ungewöhnliches, daß der Hund 50 m und mehr unter dem Winde der Spur läuft.

Die Stäbe sollten, wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben, aufgenommen werden, damit sie bei einer anderen Gelegenheit nicht irreführen. Sie sind natürlich nicht nötig, wenn der Hund erst gelernt hat, sicher die Spur auf große Entfernungen zu halten, und Selbstvertrauen besitzt. Der Hund lernt bald selbst überlegen und, wie bereits gesagt, zurücksuchen, wenn er über die Spur hinansgeschossen ist. Man sollte daher dem Hunde auch niemals irgend welchen Beistand leisten, solange derselbe die Arbeit auf eigene Rechnung forsetzt. Es ist nämlich sehr wichtig, daß der Polizeihund selbständig wird.^{*)}

Die Spur sollte möglichst oft geändert werden. Es ist nicht zu empfehlen, den Hund wieder auf einer Strecke laufen zu lassen, auf der er bei einer früheren Gelegenheit schon die Spur verfolgt hat. Auch erzielt man die beste Dressur des Hundes stets durch Einzeldressur.

Ich kann nur wiederholt darauf hinweisen, dem jungen Hunde die einzelnen

^{*)} Selber will man in verschiedenen Kreisen dies immer noch nicht einsehen und selbst in einzelnen, sonst sogar maßgebenden Kreisen wird vor einer Selbständigkeit des Polizeihundes noch immer gewarnt; man fordert dort selber immer wieder, daß der Hund durch recht lautes und schneidiges Kommando geführt werden soll.

Übungen möglichst leicht zu machen. Die Schwierigkeiten sollten wirklich nur ganz allmählich gesteigert werden. Es muß die Hauptaufgabe des Dresseurs sein, dem jungen Hunde bei diesen Übungen einen guten Erfolg zu sichern und in ihm niemals den Gedanken aufkommen zu lassen, daß er sich irren könnte. Wenn der Gehilfe häufig gewechselt wird, so ist dies ein großer Vorteil; doch der wichtigste Punkt ist der, daß derselbe sich streng an die gegebene Instruktion hält.

Die Hunde, die wir für den Polizeidienst verwenden — Wiredaletterrier, Dobermannpinscher und deutscher Schäferhund — lernen sehr bald selbst überlegen, wenn sie einen Fehler gemacht haben, und sollten daher nie eine Unterstützung oder Einmischung erfahren, solange sie auf ihre eigene Rechnung suchen. Nichts macht einen schlechteren Eindruck und den Hund unfähiger, als wenn derselbe bei der geringsten Schwierigkeit seine Arbeit aufgibt und nach seinem Führer um Beistand anschaut.

Wenn man auch oft als sicher annehmen mag, daß der Hund die Spur verloren hat oder auf falscher Spur ist, so ist es doch auf jeden Fall besser, den Hund nicht abzurufen oder zu korrigieren, wenn man nicht ganz bestimmt weiß, daß er irrt. Der Gehilfe mag aus irgend einem Grunde, z. B. um einer Herde Vieh auszuweichen, von der ihm angegebenen Linie abgewichen sein. Es gibt aber keinen größeren Fehler, als den Hund von der richtigen Spur abzurufen.

Ein gut gearbeiteter Hund wird sich ganz auf seine Nase verlassen und wird den Gehilfen nicht eher sehen, bis er seine Körperausdünstung wittert oder auf ihn rennt. Um aber jede Möglichkeit zu vermeiden, daß der Hund in die schlechte Angewohnheit verfällt, seine Augen zu gebrauchen, ist es besser, wenn der Gehilfe sich stets am Ziele seiner Wanderung verbirgt, um so den Hund durch seine Nase identifizierungsfähig zu machen.

Aus vorstehendem kann man sich die 2. Frage: „Welche Umstände muß der Führer des Polizeihundes bei der Ermittlung von Verbrechen, Vermissten usw. beobachten?“ leicht beantworten. Es muß dem Hunde Witterung von der zu suchenden Person gegeben werden können und man muß den Hund auf die richtige Spur zu bringen instande sein; auch darf diese Spur nicht durch Spuren

anderer Personen zu sehr verwischt sein. Sollte die Spur durch Neugierige oder durch den gewöhnlichen Verkehr in der nächsten Umgebung des Tat- oder des letzten Aufenthaltsortes des zu Suchenden nicht zu finden sein, so läßt man den Hund in der weiteren Umgebung revierend suchen, bis er die Spur gefunden und aufgenommen hat.

Führt die Spur auf eine größere Strecke Wegs über eine belebte Straße und kann man die genommene Richtung feststellen, so läßt man den Hund zunächst diejenige Straßenböschung absuchen, nach deren Richtung hin der Gesuchte vermutlich die Straße verlassen hat. Findet der Hund hier die Spur nicht wieder, so läßt man auch die Böschung der anderen Straßenseite absuchen. Zweckmäßig nimmt man auf der einen Seite keine größere Strecke als 1 bis 2 km vor, um dann erst auch die andere Straßenseite absuchen zu lassen, ehe man weiter geht.

Ist die genommene Richtung nicht festzustellen, so muß die Straße in derselben Weise auch nach der entgegengesetzten Seite durch den Hund abgesucht werden, wenn man einen Erfolg erzielen will. Es kommt vor, daß Strecken Wegs bis zu 10 km und mehr nach beiden Richtungen hin abgesucht werden müssen, um Erfolg zu haben. Das gründliche Absuchen der Straßenböschung darf durch ein ungeduldiges Verhalten des Führers nicht gehindert werden. Je ruhiger und zuversichtlicher der Führer bei dieser Arbeit ist, desto sicherer arbeitet der Hund.

Auch wenn der Gesuchte ein Fuhrwerk benutzt hat und innerhalb der abgesuchten Strecke abgestiegen ist, wird der Hund, wenn die Spur durch regen Verkehr nicht ganz vertreten und verwischt worden ist, beim Absuchen von einer der beiden Böschungen Wind von der Spur bekommen und diese aufsuchen und verfolgen. Daß man bei dem abgerichteten Hunde solche schwierigen Aufgaben des öfteren, mindestens einmal wöchentlich, vorzunehmen hat, um den Hund für alle Fälle sicher zu machen und sicher zu behalten, ist selbstverständlich. Der fertige Hund muß stets in Übung bleiben, wenn er im Gebrauchsfalle sicher arbeiten soll.

Kappe, Pol.-Kom., Reheim.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 4.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Vom Papiergeld.

(Nachdruck verboten.)

In China, dem „Reich der Mitte“, ist, wie die Geschichte berichtet, schon seit mehr als tausend Jahren Papiergeld in Gebrauch. In den Kulturländern des Abendlandes fand es allgemein erst mit Anfang des 18. Jahrhunderts Eingang, wofür besonders der gegen Ende des 17. Jahrhunderts gegründeten Bank von England ein besonderes Verdienst begehrt. Um 1680 wurden schon Zettel als Geld von der Bank in Stockholm verausgabt und ähnliche Einrichtungen fanden auch vorübergehend im Mittelalter in Deutschland.

Zunächst war für die Einführung von Papiergeld wohl der Umstand ausschlaggebend, daß es für Zahlung von größeren Summen auf weitere Entfernungen hin ein äußerst bequemes Zahlungsmittel bildete, zumal in der damaligen Zeit der Silberwährung in fast allen Staaten Silbergeld im Großverkehr unpraktisch und seine Verleitung der Unsicherheit im Lande wegen mit einem gewissen Risiko verbunden war. Viele Staaten, besonders solche mit schlechter Finanzlage, führten das Papiergeld als Kreditgeld ein, d. h. sie verausgabten, da es ihnen an Gold und Silber fehlte, das Papiergeld zu einem Zwangskurs im eigenen Lande, ohne verpflichtet zu sein, es gegen Gold und Silber einzulösen. Dieser Zustand besteht noch in Rußland und der Türkei, weshalb das Papiergeld dieser Länder auch nicht in anderen Staaten zu dem Kurse angenommen wird, den es im eigenen Lande hat. Das Papiergeld ist also eine unverzinsliche Staatsschuld. Je ärmer ein Staat, um so mehr Papiergeld mit Zwangskurs hat er im Umlauf.

Das deutsche Papiergeld hat keinen Zwangskurs, hat also einen ganz anderen Charakter. Es hat nur den Zweck, die Verwendung größerer Summen zu erleichtern und das Metallgeld vor Abnutzung durch zu häufigen Gebrauch zu bewahren. Das deutsche Papiergeld wird deshalb auch von allen Staatsklassen gegen Gold umgewechselt. Vor Gründung des Deutschen Reiches hatte jedes Ländchen sein eigenes Papiergeld, welches im Nachbarlande nur gegen ein Damno, d. h. Schaden, in Zahlung genommen wurde.

Durch das Bankgesetz von 1874 und 1876 wurde diesem unergütlichen Zustand ein Ende gemacht. Das Privilegium aller Kleinstaaten, durch Noten- und Zettelbanken Papiergeld auszugeben, wurde aufgehoben oder wie bei den Banken der größeren deutschen Staaten (Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen) bis zu einem bestimmten Zeitpunkt verlängert, bei den fünf erstgenannten bis zum Jahre 1911. Die Noten dieser Banken, wie das Papiergeld heißt, haben in

den betreffenden Ländern und in großen Städten gleiche Berechtigung wie das in Deutschland vorwiegend kursierende Papiergeld.

Man unterscheidet bei diesem sogenannten Reichskassenscheine zu 5, 20 und 50 *M* und Banknoten der Reichsbank zu 100 und 1000 *M*. Dazu sind in jüngster Zeit noch Reichsbanknoten zu 5 *M* gekommen. Die Reichskassenscheine sind durch Gesetz vom Jahre 1874 im Betrage von 120 Millionen *M*, und zwar nach der damaligen Bevölkerungsziffer von 40 000 000 mit 8 *M* auf den Kopf der Einwohner ausgegeben worden. Diese 120 Millionen *M* sind also gewissermaßen eine unverzinsliche Staatsschuld des Deutschen Reiches.

Die Reichsbank ist keine Institution des Reiches, sondern vielmehr ein Aktienunternehmen, das allerdings unter Aufsicht des Reiches steht und von Reichsbeamten verwaltet wird. Sie gibt Banknoten zu 100 und 1000 *M* im Gesamtbetrage von 470 Millionen *M* ohne jede Deckung aus, ist aber bei der Ausgabe der Banknoten an keine Höhe gebunden. Für den 470 Millionen *M* übersteigenden Betrag an Banknoten, das sogenannte Notenkontingent, müssen Gegenwerte in gemünztem oder ungemünztem Gold und Silber, in Reichskassenscheinen und Noten und Werte anderer Banken vorhanden sein. Übersteigt die Höhe der verausgabten Banknoten aber die Werte des Notenkontingents des vorhandenen gemünzten und ungemünzten Goldes und Silbers, der Reichskassenscheine und Noten anderer Banken, so muß der mehr verausgabte Teil mit 5 pCt. dem Reiche versteuert werden. Die Reichsbank ist deshalb verpflichtet, wöchentlich eine Übersicht der vorhandenen und der verausgabten Werte zu veröffentlichen.

Für den Verkehr untauglich gewordene und beschädigte Reichskassenscheine und Banknoten werden eingezogen und verbrannt. Reicht man von einem beschädigten Schein mehr als die Hälfte ein, so erhält man vollen Ersatz. Für die Hälfte einer Note erhält man auch nur die Hälfte des Betrages; ist aber weniger als die Hälfte vorhanden, so erhält man keine Entschädigung.

Verwaltungsfunde.

Das Dienstalter eines Beamten wird durch den Zeitpunkt bestimmt, mit dem sein Dienstverhältnis begonnen hat oder, wenn es sich um das Dienstalter innerhalb einer bestimmten Beamtenklasse handelt, mit dem Zeitpunkt, mit dem der Beamte in diese Klasse ausgerückt ist. Die Dienstzeit im allgemeinen wird grundsätzlich nur von da ab gerechnet, wo die definitive Aufnahme des Beamten in den Staatsdienst stattgefunden hat (Erlaß vom 10. Januar 1840), also in der Regel von dem

Tage der Vereidigung oder dem Datum der Befastung, des Patents usw. Das Dienstalter bildet die Grundlage für die Entscheidung derjenigen Ansprüche der Beamten, welche nach der Dauer ihrer bestehenden Dienstverhältnisse zu beurteilen sind, z. B. für die Reihenfolge innerhalb der Rangklasse, für die Höhe der Pension, des Witwen- und Waisengeldes usw.

(Dr. von Bittors Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung, Leipzig, Neuberger Verlagsbuchhandlung.)

Recht, Ordnung und Gesetz.

Du sollst das Recht nicht beugen und sollst auch keine Person ansehen noch Geschenke nehmen; denn die Geschenke machen die Weisen blind und verkehren die Sachen der Gerechten.

(S. Moße, Kap. 16, S. 19.)

Rechtspruchwörter.

Die Mutter Vollgewalt erhält.

Wenn sie der Vaterhand entfällt.

Wenn der Vater gestorben oder für tot erklärt ist, so steht dieselbe eiserne Gewalt, die bisher dem Vater zustand, nunmehr der Mutter zu. F. H. W. S. 1834, Nr. 1.

Das minderjährige Kind braucht deshalb auch keinen Vormund.

Den Beistand, den der Vater wöhlt,

Der Richter auch der Mutter stellt.

Das Vormundschaftsgericht hat der Mutter einen Beistand zu bestellen, wenn dies der Vater letztwillig an-
geordnet hat. F. H. W. S. 1867, Nr. 1.

(Dr. Lobe: Neue deutsche Rechtspruchwörter.)

Gesundheitspflege.

Eine billige und sehr brauchbare Sitzbadewanne kann aus einem Fag hergestellt werden, wenn dasselbe in schräger Linie durchschnitten wird. Im Falle einer gleichmäßigen Teilung auf zwei Hälften enthält man zwei Sitzbadewannen. Es ist zu empfehlen, den Schnitt etwas weniger schräg zu nehmen, damit die Wanne auch entsprechend tief wird für Erwachsene. Auch Petroleumfässer eignen sich nach gründlicher Reinigung mit Kalz und Seife ganz gut zu diesem Zweck.

Küche und Keller.

Spinat mit ausgebackenen Eiern. Man kochte den rein gewaschen und gewaschenen Spinat in kochendem Wasser, lasse ihn auf einem Siebe gut abtropfen und schneide ihn ganz fein, gebe dann zu einem gehäuften Teller Spinat $\frac{1}{2}$ kg Butter, 100 g ganz fein geschnittenen Schinken, einige Eilöffel geriebenes Weißbrot, zwei Eilöffel geriebene Zwiebel, Salz, Pfeffer, Muskatnuss und vier Eier, vermische dies wohl und rühre es recht glatt, fülle es in eine bebutterte und mit Weißbrot bestreichte Form und bade es im Ofen (Höbre), stürze den Kuchen und schneide ihn in Stücke, richte ihn gehäuft an und vergiere ihn mit den Eiern.

Rätselecke.

Rätselsprung.

	die	schein	sten	mern	
nen	pring	schin	glänzt	er	sein
welt	o	her	in	Berge	es
soß	son	es	tal	im	sti
wun	im	blü	gen	blüht	die
und	auch	das	gen	den	gen
him	der	alle	ten	straß	vor
	duft	mels	famer	for	

Schraade.

Ein Erster bracht' Kühlung ins Land;
Ich sah beim Zweiten im Garten.
Rein Ganzes war davon gerannt;
Ich wollt' es hier erwarten.

Zahlenrätsel.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 6 6 10 militärischer Titel

Schlüssel:

1 2 10	mächtiger Herrscher
2 4 5 2	weiblicher Vorname
3 6 4 5	Kopfbedeckung
4 6 7 6 10	Musikinstrument
5 2 7 8	Kuppelplanke
6 4 7 8 6	weiblicher Vorname
7 4 7 2 8	altes Heilbenedict
8 2 4 1	Mineral
9 6 4 4 6 10	Gefäß
10 6 7 3 6 10	Vogel

Ergänzungsrätsel.

... sch, . . u, . . and, We . . . a . .
au, . . to

Statt der Punkte sind passende Buchstaben zu setzen, so daß bekannte Hauptwörter entstehen. Die eingefügten Buchstaben ergeben, im Zusammenhang gelesen, einen Festzug.

Geheimchrift.

1 — ? \$? = | ? . || = \$ | ? ;
= : — (? = . : —) (; ? ;

Rechenaufgabe.

Zu einer Hinterlassenschaft gehören 7 volle, 7 halbgefüllte und 7 leere Weinfässer von gleicher Größe. Diese sollen nun an die drei Erben derart verteilt werden, daß jeder Erbe gleich viel Wein und die gleiche Stückzahl Fässer erhält, ohne daß eine Ummfüllung nötig ist.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 5. — 8. Juni 1907. — Seite 97/120. — 5. Jahrgang.

Juni						
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	1	2	3	4	5

Herausgeber:
Robert Geröbach,

Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Rameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Juli						
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31	1	2	3	4

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abnehmer wird die Zeitschrift am Jahresanfang auch
gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind hier zu richten an die
Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr Mk. 1,50.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die Spaltenzeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Nicht rechtsfähige Vereine als Mitglieder eines eingetragenen Vereins	98
M.B. vom 1. Mai 1907, Hinweis auf die Zeitschrift „Die Polizei“	100
KriegsMinWf. vom 6. 5. 07, Fahrver- günstigung für Umlauber	100
M.B. vom 27. März 1907, betr. die Polizei- verordnung über Verabfolgung geistiger Getränke	101
Gesetz- und Verordnungstafel	102
Aus den Parlamenten	102
Jagdrecht	102
Schusswaffengebrauch	103
Majestätsbeleidigung	104
Erkenntnisse und Beschlässe.	

I. Reichsgericht	105
II. Kammergericht	106
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	107
IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht	108
V. Bayerisches Verwaltungsgerichtshof	109
VI. Sächsisches Oberverwaltungsgericht	109
VII. Verwaltungsgerichtshof Braun- schweig	109
VIII. Oberlandesgericht Düsseldorf	109
IX. Oberlandesgericht Rammberg	110
X. Oberlandesgericht Dresden	110
XI. Oberlandesgericht Stuttgart	110
XII. Schöffengericht Berlin-Mitte	110
XIII. Schöffengericht Kiel	110

Druckfehlerberichtigung	110
Polizeibericht	110
Personalveränderungen	111
Ehrentafel	112
Bücherchau	112
Ausfunken	113

II. Der Polizeihund.

Das Revidieren des Polizeihundes	115
Dienstanzweisung für die Polizeihundführer	116
Eine rückständige Stadt	116
Hundpflege	117
Polizeihundprüfung	117
Alerlei	117
Bücherchau	118

III. Haus und Herd.

Das Karten- und Planwesen	119
Recht, Ordnung und Gesetz	120
Rechtsprüchewörter	120
Verwaltungsfunke	120
Weltbürger-Abc.	120
Alerlei Rat	120
Pferdepflege	120
Auflösung der Rätselecke aus Nr. 4	120

Bakanzliste. — Anzeigen.

Nicht rechtsfähige Vereine als Mitglieder eines eingetragenen Vereins.

Vom Geh. Rat Professor Dr. O. Gierke, Berlin.

In dem Bericht des Ausschusses für Volksvorlesungen zu Frankfurt a. M. über das Verwaltungsjahr 1905/06 findet sich S. 7 ff. eine ausführliche Darstellung der von dem Ausschusse unternommenen vergeblichen Versuche, die Eintragung in das Vereinsregister zu erlangen. Das Amtsgericht hat durch Beschluß v. 16. Februar 1906 die Eintragung mit kurzer Begründung abgelehnt, weil nach der eingereichten Satzung Mitglieder des Vereins auch nicht rechtsfähige Vereine sein können, dies aber mit den Bestimmungen des BGB. über Vereine in Widerspruch stehe. Das Landgericht hat durch Beschluß vom 9. März 1906 die gegen den Beschluß des Amtsgerichts erhobene sofortige Beschwerde mit eingehender Begründung zurückgewiesen. Eine weitere Beschwerde an das Kammergericht ist ohne sachliche Prüfung als unzulässig verworfen. Bereits früher^{*)} habe ich die Ansicht ausgesprochen, daß ein nicht rechtsfähiger Verein Mitglied eines rechtsfähigen Vereins sein könne. Ich muß daran auch gegenüber den Frankfurter Entscheidungen festhalten.

Das Amtsgericht behauptet, aus dem BGB. ergebe sich, daß unter Mitgliedern eines Vereins nur natürliche oder juristische Personen zu verstehen seien. Dies erhelle besonders aus den Bestimmungen über die Mindestzahl der Mitglieder in §§ 56, 59² und 73. Eine wenig überzeugende Beweisführung! Denn ein Verein als kollektive Einheit die Mitgliedschaft erwirbt, zählt er natürlich nur als ein einziges Mitglied. Als solches aber muß er im Sinne der Vorschriften, die zur Sicherung eines gehörigen Vereinsbestandes die Mindestzahl von 7 Mitgliedern für die Begründung und von 3 Mitgliedern für das Recht auf Fortbestand des Vereins fordern, mindestens ein menschliches Individuum aufwiegen. Der nicht rechtsfähige Verein bietet größere Gewähr eines längeren Bestandes als die Einzelperson. Er ist durchschnittlich auch ein sichererer Beitragszahler als das Einzelmitglied. Dafür aber, daß der rechtsfähige Verein ein solches kollektives Mitglied zur Erfüllung seiner satzungsmäßigen Verbindlichkeiten flagerweise an-

halten und erforderlichenfalls auf sein Vermögen zugreifen kann, sorgen die §§ 50 und 735 der ZPO. und § 213 der KO.

Das Landgericht hält denn auch die Begründung des Amtsgerichts für „nicht sehr“ beweiskräftig. Auch gibt es zu, daß die Frage streitig sein könne und in der Literatur nicht gleichmäßig beantwortet werde. Ausdrücklich sei sie nur von mir in bejahendem Sinne, von Goldmann-Allenthal in verneinendem Sinne beantwortet worden. Doch müsse man wohl annehmen, daß alle Schriftsteller, die als mögliche Vereinsmitglieder nur natürliche und juristische Personen erwähnen, nicht rechtsfähige Vereine ausschließen wollen. Ein schwerlich zulässiges *argumentum ex silentio*! Vor allem aber glaubt das Landgericht die Richtigkeit seiner Ansicht aus allgemeinen Erwägungen herleiten zu können. Denn wenn ein eingetragener Verein nicht rechtsfähige Vereine zu Mitgliedern haben und wohl gar sich ausschließlich oder überwiegend aus solchen Mitgliedern zusammensetzen könne, so sei damit ein Mittel zur Umgehung der Vorschriften gegeben, nach denen wirtschaftliche Vereine überhaupt nicht und unerlaubte Vereine sowie Vereine für politische, sozialpolitische oder religiöse Zwecke nicht gegen den Einspruch der Verwaltungsbehörde durch Eintragung in das Vereinsregister Rechtsfähigkeit erlangen können. Es sei dann möglich, einen rechtsfähigen Zentralverein zu begründen, „der unter dem Mantel irgend eines idealen Zweckes die wirksame Durchführung der den rechtsfähigen Vereinen nicht gestatteten Zwecke der einzelnen nicht rechtsfähigen Zweigvereine errichten könnte, ohne daß der Registerrichter oder die Verwaltungsbehörde die Möglichkeit des Einschreitens wegen Umgehung der §§ 21, 61 BGB. sofort haben würde“. Bei der Zulassung von rechtsfähigen Vereinen als Mitgliedern entstehe eine solche Gefahr nicht, da jeder dieser Vereine vor der Erlangung der Rechtsfähigkeit einer Prüfung hinsichtlich der von ihm verfolgten Zwecke unterworfen worden sei. Nicht rechtsfähige Vereine dagegen seien nicht auf ihre Zwecke geprüft und würden daher, sobald sie die Majorität der Mitglieder eines rechtsfähigen Vereins bildeten, imstande sein,

^{*)} Vereine ohne Rechtsfähigkeit, 2. Aufl., Seite 30, Anm. 43 e.

dessen ideale Zwecke ihren auf nicht idealem Gebiet liegenden Zwecken unterzuordnen.

Diese allgemeinen Erwägungen scheinen mir auf einem Fehlschlusse zu beruhen. Die Zweckbestimmung eines Vereins ist unabhängig von der Zweckbestimmung seiner Mitglieder, mögen diese nun juristische Personen oder bloße kollektive Einheiten sein.

Daß juristische Personen Mitglieder eines eingetragenen Vereins sein können, ist unbestritten. Welchen Zweck aber die juristische Person für sich verfolgt, ist für ihre Zulassung als Mitglied vollkommen gleichgültig. Juristische Personen des öffentlichen Rechts können Mitglieder eines privatrechtlichen Vereins sein. Stiftungen können als Mitglieder einem Verein beitreten. So kann auch ein aus einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichteter Verein Mitglied eines für einen idealen Zweck begründeten Vereins sein, ohne daß hierdurch dessen Eintragungsfähigkeit in Frage gestellt würde. Warum sollen nicht Aktiengesellschaften oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung einen eingetragenen Verein für Fachschulunterricht bilden oder einem Wohltätigkeitsverein beitreten? Ebenso kann ein Verein für einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck, nachdem er einmal mangels Einspruchs der Verwaltungsbehörde durch Eintragung die Rechtsfähigkeit erlangt hat, als Mitglied einem Verein für einen anders gerichteten idealen Zweck angehören, ohne daß hieraus ein Einspruchsrecht der Verwaltungsbehörde gegen dessen Eintragung erwächse. Verfolgt ein rechtsfähiger Verein, der Mitglied eines eingetragenen Vereins ist, satzungswidrig einen für ihn nicht zulässigen Zweck, so kann gegen ihn auf Grund des BGB. § 43 eingeschritten werden. Dies wird unter Umständen auch möglich sein, wenn er den unzulässigen Zweck durch die ihm als Mitglied zustehende Einwirkung auf das Verhalten des weiteren Vereins zu erreichen sucht. Von diesem allem aber wird der weitere Verein als solcher nicht berührt. Gegen ihn kann nur vorgegangen werden, wenn er selbst satzungswidrig verfährt; somit erst dann, wenn von den einen Zweckverschiebung anstrebenden Gliedvereinen entsprechende Mehrheitsbeschlüsse oder Vorstandshandlungen durchgesetzt würden. Umgekehrt werden Gliedvereine als solche, sofern sie sich im Rahmen ihrer Satzungen halten, von den Maßregeln gegen den ausbreitenden Gesamtverein nicht be-

troffen. Wenn z. B. einem eingetragenen Verein, der satzungswidrig Politik treibt, die Rechtsfähigkeit entzogen wird, so kann doch einem zu seinen Mitgliedern gehörigen eingetragenen Verein, der nach seiner Satzung einen politischen Zweck hat, selbst dann nicht gleichzeitig die Rechtsfähigkeit genommen werden, wenn er das unzulässige Verhalten des Gesamtvereins mit verursacht hat.

Ganz nach denselben Gesichtspunkten aber ist das Verhältnis zwischen dem Zweck eines eingetragenen Vereins und dem Zweck eines nicht rechtsfähigen Vereins, falls man ihn als Mitglied zuläßt, zu beurteilen. Der Unterschied besteht nur darin, daß hier der Gliedverein in der eigenen Zwecksetzung nicht beschränkt ist. Er kann sich nach Belieben wirtschaftliche oder ideale, politische, sozialpolitische oder religiöse Aufgaben stellen. Verfolgt er unerlaubte oder gemeingefährliche Ziele, so kann gegen seinen Bestand nur das öffentliche Vereinsrecht reagieren. Die vom BGB. angedrohte Entziehung der Rechtsfähigkeit ist ihm gegenüber unausführbar, da man ihm nicht nehmen kann, was er nicht hat. Dagegen unterliegt die Zweckbestimmung des einzutragenden Vereins, die von der Zweckbestimmung etwaiger Gliedvereine vollkommen unabhängig ist, der Prüfung und Kontrolle nach den Vorschriften des BGB. Er darf nicht eingetragen werden, wenn er seiner Satzung gemäß auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist oder wenn er satzungsmäßig einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt und die Verwaltungsbehörde Einspruch erhebt. Ist er eingetragen, so kann ihm nach § 43 BGB. die Rechtsfähigkeit wieder entzogen werden, sobald er satzungswidrig einen für ihn unzulässigen Zweck verfolgt. Dies ist natürlich auch dann möglich, wenn er seine Rechtsfähigkeit benutzt, um behufs Gesetzesumgehung Gliedvereinen eine Wirksamkeit, die sie als eingetragene Vereine nicht entfalten dürften, ohne Eintragung zu verschaffen. Die bloße Möglichkeit aber, daß so etwas vorkommen kann, ist doch kein hinreichender Grund, um von vornherein eine derartige Vereinsbildung abzuschneiden. Das sind polizeistaatliche Erwägungen, die folgerichtig zu einem allgemeinen Vereinsverbot führen müßten! Hiernach scheint mir das Geiz der Zulassung von nicht rechtsfähigen Vereinen zur Mitgliedschaft in einem eingetragenen Verein ein Hindernis nicht zu bereiten. Es wäre in hohem Grade wünschenswert,

daß sich die Gerichte hiervon überzeugten; denn die gegenteilige Praxis schädigt in engherziger Weise das Vereinsleben. In vielen Fällen wird es für das Gedeihen eines Vereins sehr förderlich sein, wenn ihm nicht rechtsfähige Vereine als beitragspflichtige Mitglieder angehören können. So gerade bei einem Verein für Volksbildung, wie er hier in Frage steht. Man könnte dagegen anführen, daß der Bestand uneingetragener Vereine nicht zu befördern, ihnen vielmehr das Leben möglichst zu erschweren sei. Allein eine derartige Tendenz ist ungerechtfertigt. Unser bürgerliches Recht hat nun doch einmal die nicht rechtsfähigen Vereine als legitime Gebilde anerkannt und durch besondere Vorschriften dafür gesorgt, daß sie als organisierte gesellschaftliche Einheiten bestehen und wirken können. Und solange der Erwerb der Rechtsfähigkeit nicht nur mit Schwierigkeiten verbunden ist, deren Überwindung für viele Vereine den zu erwartenden Vorteil nicht aufwiegt, sondern auch zahlreichen erlaubten Vereinen schlechthin verschlossen bleibt, wäre ein anderes Verhalten der Rechtsordnung ebenso unbillig wie verkehrsfeindlich. Auf der anderen Seite schreckt man ja gerade durch solche Einschränkungen des zulässigen Satzungsinhaltes Vereine, die sich eintragen lassen wollen, von ihrem Vorhaben ab. Vielleicht könnten sie freilich auf einem Umwege ihr Ziel erreichen. Denn ich möchte wissen, was gegen eine Satzung

einzuwenden wäre, nach der die Summe der jeweiligen Mitglieder oder etwa der jeweiligen Vorstandsmitglieder eines bestimmten nicht rechtsfähigen Vereins zur Mitgliedschaft berufen würde? Die nach § 58 Z. 1 BGB. erforderliche Bestimmung der Satzung über den Eintritt und Austritt der Mitglieder könnte dahin lauten, daß die Mitgliedschaft mit der Zugehörigkeit zu dem nicht rechtsfähigen Verein erworben und mit dem Ausscheiden aus demselben verloren wird. Die Satzung könnte ferner nach §§ 25 und 40 BGB. bestimmen, daß die als jeweilige Mitglieder des nicht rechtsfähigen Vereins berufenen Mitglieder in der Vereinsversammlung zusammen nur eine Stimme führen und bei der Ausübung des Stimmrechts durch ihren Vorsteher vertreten werden. Ebenso könnte die Beitragspflicht im Sinne eines einheitlichen Kollektivbeitrages solcher Mitglieder geordnet werden. Unbequemlichkeiten, die aber überwundlich wären, erwischen dem Verein nur, wenn das Amtsgericht auf Grund des BGB. § 72 häufig die Einreichung einer Mitgliederliste verlangt. Soll nun wirklich, was sich so auf einem Umwege erreichen läßt, auf dem direkten und allein sachgemäßen Wege unerreichbar sein? Ich glaube, daß die Gerichte, wenn ihnen mehrfach solche verwickelten Vereins-satzungen überreicht würden, sich bald zur richtigen Auffassung bekehren würden.

(Deutsche Juristenzeitung, XII. Jahrg., Nr. 4.)

Ministerial-Erlaß.

Befugung vom 1. Mai 1907, Hinweis auf die Zeitschrift „Die Polizei“.

Die von dem „Kaiser-Wilhelm-Dank“ herausgegebene Zeitschrift „Die Polizei“, auf deren Gründung ich durch meinen Erlaß vom 25. April 1904 hingewiesen habe, hat in den bisherigen drei Jahren ihres Bestehens ihrem Inhalte und ihrer gesamten Haltung nach sich als ein geeignetes Hilfsmittel zur Pflege und Förderung des guten Geistes unter den Polizeibeamten und zur Erhaltung und Erweiterung ihrer dienstlichen Kenntnisse erwiesen. Die anerkanntswürdigen Bestrebungen der Herausgeber sind indessen nach mir gewordenen Mitteilungen von den Polizeibehörden einschließlich einzelner königlichen Polizeiverwaltungen nur in verhältnismäßig geringem Umfange durch Abonnements auf die Zeitschrift für die dabei in Betracht kommenden Dienststellen unterstützt worden.

Eure Hochwohlgeboren erlaube ich deshalb ergebenst, die beteiligten Behörden, besonders auch die städtischen und ländlichen Polizeiverwaltungen, in geeignet erscheinender Weise auf die Zeitschrift erneut aufmerksam zu machen.

Berlin, den 1. Mai 1907.

Der Minister des Innern.
v. Bethmann-Hollweg.

Fahrtvergünstigungen für Urlauber.

In den Festsetzungen über die Fahrtvergünstigungen — Seite 198 der Militär-Eisenbahn-Ordnung I. Teil, Heftblatt 106 — treten folgende Änderungen ein:

1. Bei der Benutzung von D-Zügen tritt an Stelle der „Lösung von Platzkarten“ die „Zahlung des Schnellzugzuschlages“. Dieser beträgt für die 3. Wagenklasse bei Entfernungen von 1—75 km 0,25 M., von 76—150 km 0,50 M., über 150 km 1 M.

2. Auf den preussisch-hessischen Staats-Eisenbahnen sind verkehrsweise den beurlaubten Militärpersonen vom Feldwebel (Dedoffizier)

abwärts die „zuschlagfreien Schnellzüge (Eilzüge)“ allgemein, also auch bei Reisen auf Entfernungen von 300 km und darunter sowie bei längerer Urlaubsbauer (bei Unteroffizieren über 14 und bei Gemeinen über 8 Tage) zum Militärfahrpreise mit Ausschluß der Festzeiten freigegeben werden.

Berlin, den 6. Mai 1907.

Kriegsministerium.

Allgemeines Kriegs-Departement.

Sitz v. Armin.

Verfügung vom 27. März 1907, betreffend die Polizeiverordnung über Verabfolgung geistiger Getränke.

Euerer Excellenz überdenken wir beifolgend Abschrift (Anlage a) der Gründe zu einem Erkenntnis des Obergerichtsverwaltungsgerichts vom 1. Februar d. J. zur gefälligen Kenntnisnahme mit dem ergebenden Ersuchen, die Polizeiverordnungen darauf hinzuweisen, daß sie bei Verfügungen an Trunkenbolde auf Grund von § 1 Abs. 2 der in Gemäßheit des Erlasses vom 18. November 1902 (Min. V. 1902, S. 228) ergangenen Polizeiverordnung, betreffend das Verabfolgen geistiger Getränke, die Einschränkung treffen, den Trunkenbolde das Betreten der Wirtschaften zum Genuß bezw. zum Mitnehmen geistiger Getränke zu unterlagen.

Berlin, den 27. März 1907.

Der Minister der geistlichen, Der
Unterrichts- u. Medizinal- Minister des Innern.
Angelegenheiten. In Vertretung:

Im Auftrage: Förster v. Bischoffshausen.

Der Minister für Handel und Gewerbe.

In Vertretung: Dr. Richter.
a.

Durch Verfügung der Polizeiverwaltung zu M. vom 19. Juni 1905 ist der Händler G. für einen Trunkenbold erklärt worden. Zugleich ist ihm das Betreten von Lokalen, die zum Ausschank geistiger Getränke bestimmt sind, unter der Androhung untersagt worden, daß er für jeden Fall der Zuwiderhandlung in eine Zwangsstrafe bis zu 50 M. an deren Stelle im Falle des Unvermögens für je fünf M. ein Tag Haft trete, verfälle. Diese Verfügung hat G., nachdem seine dagegen gerichteten Beschwerden von dem königlichen Regierungspräsidenten und von dem königlichen Oberpräsidenten, von letzterem durch Bescheid vom 27. Oktober 1905, zurückgewiesen waren, im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens angefochten und die Klage gegen die Polizeiverwaltung gerichtet. Mit einem späteren Schriftsatz hat er eine mit fünf Unterschriften verhehene Bescheinigung überreicht, in der die Unterzeichner ihm bezeugen, daß er sich in ihren Wirtschaften stets ordentlich betragen habe, daß ihm auch nichts Nachteiliges nachgesagt werden könne. Im Anschluß hieran erklärt der Kläger, daß er die Unterschriften von noch 20 bis 30 namhaften Wirten beibringen, auch Zeugen dafür benennen könne, daß er ein nüchterner und fleißiger Mann sei. Wenn die Behörden etwas anderes annähmen, so müßten sie durch falsche Gerüchte gefährdet

sein oder wahrheitswidrige Berichte der recherchierenden Beamten erhalten haben.

Der königliche Oberpräsident, dem die Rolle der beklagten Partei — nicht der Ortspolizeibehörde, wie Kläger vermeint — gemäß § 127 Abs. 2 des Landesverwaltungsgesetzes zufällt, hat von der Abgabe einer Gegenklärung Abstand genommen, aber die polizeilichen Vorgänge überreicht. Diese sowie die gerichtlichen Akten über die Verstrafungen des Klägers in den Jahren 1901, 1904 und 1905 sind im Termine zur mündlichen Verhandlung vorgelegt worden.

Hiernach war, wie gesehen, zu erkennen.

Am 25. Oktober 1904 hat der Kläger dem Polizeiergeanten A. Widerstand geleistet und ruhestörenden Lärm verübt. Er befand sich dabei, wie das Urteil der II. Strafkammer des Landgerichts zu M. vom 27. Februar 1905 besagt, in angetrunkenem Zustande. Im März 1905 beleidigte er den Polizeiergeanten A. öffentlich. Auch bei dieser Gelegenheit war er „offenbar“ angetrunken, wie das Erkenntnis des Schöffengerichts zu M. vom 30. Mai 1905 angibt. Nach der amtlichen Meldung des Polizeiergeanten M. ist Kläger am 7. April 1905 auf der Straße angetrunken gewesen und hat ihm wegen Erstattung einer Anzeige öffentlich Vorwürfe gemacht. Der Kläger wurde darauf verwahrt; auch wurde ihm eröffnet, daß, falls er den Trunk nicht meide, er zu gewärtigen habe, daß er für einen Trunkenbold erklärt werde. Gleichwohl wurde er am 13. Mai 1905, wie der Polizeiergeant S. meldete und der Polizeiergeant B. bestätigte, angetrunken angetroffen. Eine erneute Verwarnung blieb gleichfalls ohne Erfolg; denn am 13. Juni 1905 zeigte er sich abends auf der R. Straße in stark angetrunkenem Zustande, wie B. berichtet hat.

Der Kläger ist danach wiederholt, darunter viermal in einem Zeitraume von drei bis vier Monaten, angetrunken gewesen. Weder die Strafen, die er wegen der in angetrunkenem Zustande begangenen Ausschreitungen erlitten hat, noch auch die Warnungen, die ihm zuteil wurden, haben bessernd auf ihn eingewirkt. Unter diesen Umständen entbehrte die Polizeibehörde nicht bei Erlass der angefochtenen polizeilichen Verfügung, soweit sie ihn darin zum Trunkenbold erklärte, der erforderlichen tatsächlichen Unterlagen. Im Interesse der öffentlichen Ordnung, zu deren Schutz sie berufen ist, war sie zu der Erklärung auch befugt, da der Kläger dadurch, daß er mehrfach auf Straßen in angetrunkenem Zustande gesehen, auch Ausschreitungen begangen hatte, die öffentliche Ordnung gestört hatte. Gegenüber den gerichtlichen und polizeilichen Feststellungen bedarf es der Erhebung des vom Kläger angebotenen Beweises nicht. Denn auch wenn die Wirte und sonstigen, nicht näher bezeichneten Zeugen befinden sollten, daß sie den Kläger niemals trunken gesehen hätten, so wird dadurch doch die Feststellung, daß er in Fällen, die sich ihrer Wahrnehmung entzogen haben, trunken gewesen ist, nicht berührt.

Erweist sich sonach die Verfügung, soweit sie den Kläger für einen Trunkenbold erklärt, als gerechtfertigt, so gilt doch nicht dasselbe von dem an ihn gerichteten Verbote, Lokale, die zum Ausschank geistiger Getränke bestimmt sind, zu betreten. Das königliche Kammergericht hat in dem Urteile vom 20. Februar 1890 (Johanns Jahrbuch Band X Seite 275) dargelegt, daß eine Polizeiverordnung, welche den Schankwirten unterlag, einen erklärten Trunkenbold in ihren Lokalen zu dulden, nur dahin verstanden werden könne, daß der Trunkenbold nicht als Gast zu dulden sei, und daß daher eine Verordnungsbestimmung, welche den Schankwirten verbietet, einen Trunkenbolden den Aufenthalt in seinem Lokale zu gestatten, also auch, wenn dessen Verfehr sich auf Verhandlungen und Gegenstände beschränkt, die den Schankbetrieb gar nicht berühren, unzulässigerweise in das Gebiet der Handlungsfreiheit eingreife. Dieser Ansicht, der beigetreten ist, entspricht es, daß auch dem erklärten Trunkenbolde nicht ausnahmslos jedes Betreten eines zum Ausschank geistiger Getränke bestimmten Lokals untersagt werden darf. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit wird nicht gefährdet, wenn ein Trunkenbold ein solches Lokal lediglich z. B. zu dem Zwecke betritt, um dort Arbeiten, die in sein Fach schlagen, auszuführen. Das öffentliche Interesse wird erst dann beeinträchtigt, wenn er das Lokal allein oder mit zu dem Zwecke betritt, um dort geistige Getränke, sei es zum Mitnehmen oder zum Genuß, auf der Stelle, zu erwerben. Das an den Kläger gerichtete Verbot macht diese Unterscheidung nicht und unterliegt daher der Aufhebung.

Gesetz- und Verordnungsstafel.

Deutsches Reich: Reichsbeamtengegesetz vom 17. Mai 1907. — *RGBl.* Nr. 21. — Reichsbeamtenhinterbliebenen-Gesetz vom 17. Mai 1907. — *RGBl.* Nr. 21. — Militärschwerbeschädigten-Gesetz vom 17. Mai 1907. — *RGBl.* Nr. 21. — Verordn. vom 4. April 1907 betr. Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung i. J. 1907. — *ReichsBl.* 93. —

Preußen: MinF. vom 12. Februar 1907 betr. Erhaltung und Pflege der Naturdenkmäler. — *PreBl.* i. S. 85. —

Aus den Parlamenten.

Württembergischer Landtag. Bei der diesjährigen Beratung des Etats des Württembergischen Landjägerkorps im Landtage wurde die Tätigkeit dieses Korps allgemein von den Mitgliedern des Hauses wie von dem Minister des Innern Dr. v. Wischel anerkannt. Der Minister teilte mit, daß ein Gesetzentwurf über den Waffengebrauch der Landjäger fertig sei und er ihn bald einbringen zu können hoffe. Auch äußerte er sich zu den Kommissionsanträgen zustimmend, die wie folgt lauten:

1. Die Bereitwilligkeit auszusprechen, die Mittel zu bewilligen, welche erforderlich sind, um für das Warräden der Landjäger und Stationskommandanten je von der niederen in die höhere Klasse der Löhnung das Dienstalterssystem mit 3jährigen Vorrückungsfristen einzuführen.

2. Der Regierung die Vereinigung der verschiedenen Bezüge (Löhnung, Dienstalters-, Präsenzauslagen) der Landjäger und Stationskommandanten zu einem einheitlichen festen Gehalt unter Aufrundung der Bezüge zur Erwägung zu geben.

Schließlich erklärte er, daß die Arreststrafe gegen Landjäger nicht zur Anwendung komme.

Dem **Landesausschuß von Elsass-Lothringen** ist folgender Gesetzentwurf über den Waffengebrauch der Gefängnisbeamten zugegangen: Die Beamten der Gefängnisanstalten (Strafanstalten, Gefängnisse und Arbeitshäuser) sind befugt, bei Ausübung ihres Dienstes in den durch kaiserliche Verordnung zu bestimmenden Fällen von ihren Waffen Gebrauch zu machen. Den Beamten der Gefängnisanstalten stehen die zu ihrer Unterstützung tätig werden den Polizeibeamten gleich.

Jagdrecht.

Einer schwierigen, aber lohnenden Aufgabe hat sich die XIII. Kommission des Preussischen Abgeordnetenhauses über den Gesetzentwurf, betreffend die Ausübung des Jagdrechts, unterzogen, einer Modifikation des gesamten Jagdrechts. Der gesamte Stoff des Wildschonengesetzes, des Jagdverwaltungsgesetzes, des Jagdpolizeigesetzes, des Jagdscheingesetzes, des Wildschadengesetzes ist einheitlich bearbeitet. Zahlreiche Gesetze, die für einzelne Landesteile besondere Vorschriften enthielten, müssen aufgehoben werden. Der Plan der von der Kommission beschlossenen

Jagdordnung

ist folgender:

Der 1. Abschnitt handelt von dem Umfang des Jagdrechts. Es werden die jagdbaren Tiere aufgezählt (§ 1) und als Grundgesetz der Jagd aufgestellt (§ 2):

Das Jagdrecht steht jedem Eigentümer auf seinem Grund und Boden zu.

Eine Trennung des Jagdrechts von Grund und Boden kann als dingliches Recht künftig nicht stattfinden.

Dieses Grundgesetz erfährt in § 3 die einschränkende Erläuterung, daß Jagdrecht und Recht zur Ausübung der Jagd nicht dasselbe ist; die Ausübung des Jagdrechts

ist von dem Vorhandensein eines Jagdbezirks abhängig.

Aber die Bildung der Jagdbezirke (Eigenjagdbezirke und gemeinschaftliche) handelt sobann der 2. Abschnitt (§§ 4—28). Hier wird auch von Jagdgenossenschaften und Jagdpachtverträgen gehandelt. Für Festungswerte wird das alleinige Jagdrecht der Militärverwaltung anerkannt (§ 28).

Die Bestimmungen über Jagdscheine — entsprechend dem Jagdscheingesetz — enthält der 3. Abschnitt (§§ 29—38), die Schonvorschriften und die Vorschriften über Wildschadenerfolg der 4. und 5. Abschnitt (§§ 39—50 und §§ 51—60). Der nächste (6.) Abschnitt trifft dann Bestimmung über Wildschadenverhütung. Hier ist als terminologische Neuerung bemerkenswert der Ersatz des Ausdrucks Aufsichtsbehörde durch die Bezeichnung Jagdpolizeibehörde.

Abchnitt 7 regelt die Zuständigkeit der Behörden. Jagdpolizeibehörde ist der Landrat, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde. Beschwerdeinstanz ist der Bezirksausschuß, für das Verwaltungsstreitverfahren ist in erster Instanz der Kreis- und in Stadtkreisen der Bezirksausschuß zuständig.

Die Strafvorschriften und die Übergangs- und Schlussbestimmungen werden in dem 8. und 9. Abschnitt behandelt.

Besonderer Erwähnung bedarf die Bestimmung in § 32, daß Personen, welche weder Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind noch in Preußen einen Wohnsitz oder einen Grundbesitz mit einem Grundsteuerreinertrag von 150 M haben, eine erhöhte Abgabe für den Jahresjagdschein von 100 M, für den einen Tag geltenden Jagdschein von 20 M zu entrichten haben sollen. Zur Begründung dieser Vorschrift wurde hervorgehoben, daß neben der Erzielung eines hohen Pachtpreises vornehmlich darauf zu achten sei, daß durch eine pflegliche Behandlung der Jagd die Erhaltung eines angemessenen Wildstandes gesichert werde, damit den Gemeinden dauernd eine angemessene Einnahme verbleibe. Deshalb möge man dem Ausländer, welcher in Preußen eine Jagd pachten wolle, ausgeben, selbst den Nachweis zu erbringen, daß er hinsichtlich der Pflege der Jagd den Anforderungen genüge, die man in Preußen zu stellen gewohnt sei.

Unberührt geblieben sind die Bestimmungen über das Recht, wildernde Hunde oder Katzen zu töten; ihre Auf-

hebung oder Vereinheitlichung erschien schon deshalb nicht möglich, weil sie zum größten Teil nicht in den der Prüfung unterworfenen Jagdgesetzen enthalten sind, für sie vielmehr die zahlreichen Forst-, Jagd-, Holz- und Regierungen vergangener Jahrhunderte in Betracht kommen, deren Zusammenstellung einen großen Zeitaufwand erfordert und das Zustandekommen der Jagdordnung aufgehalten hätte.

Das Preussische Abgeordnetenhaus hat das Gesetz nach den Vorschlägen der Kommission in der Sitzung vom 15. Mai 1907 in 3. Lesung angenommen.

Stephan.

Schusswaffengebrauch.

Es ist ein weitverbreiteter Irrtum, daß den Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes, welche mit Schusswaffen ausgerüstet sind oder sich mit oder ohne Ermächtigung ihrer vorgesetzten Behörde zum eigenen Schutz selbst eine Schusswaffe beschafft haben, auch hinter einem flüchtigen Verbrecher her zu schießen berechtigt sind. Diese für Militärposten bestehende Vorschrift ist in § 28^{a)} der Gendarmerie-Instruktion vom 30. Dezember 1820 (GS. 1821 S. 10) nicht übernommen worden. Da aber die Vorschrift der Gendarmerie-Instruktion auch für die Polizeiregativbeamten durch Ministerial-Erlaß vom 13. Juli 1823 für anwendbar erklärt ist, haben Gendarmen und Polizeibeamte sich beim Waffengebrauch nach den Vorschriften des § 28 der Gendarmerie-Instruktion zu richten.

Es ist nicht angängig, etwa aus § 28 b eine Berechtigung herzuleiten, auch hinter einem flüchtigen Verbrecher her zu schießen. Ein tätliches Widerstande leisten oder ein Sichwiderlegen mit offener Gewalt laun in dem Fluchten auch dann nicht erblickt werden, wenn der Flüchtling sich gewalt-

^{a)} Dieser § 28 lautet: Die Gendarmen sind beauftragt, auch ohne Anrufung der vorgesetzten Behörde, sich der ihnen anvertrauten Hassen zu bedienen:

a) wenn Gewalt oder Unthätigkeit gegen sie selbst, indem sie sich in Dienstfunktion befinden, ausgeübt wird;
b) wenn auf der Tat erbeutete Verbrecher, Diebe, Schleichhändler u. dgl. ihren Anforderungen, um zur nächsten Ehrgang geführt zu werden, nicht ohne tätliches Widerstand Folge leisten, und vielmehr sich der Befehlsgewalt der ersten oder letzten und Widerworte, oder ihrer persönlichen Verhüllung mit offener Gewalt oder mit gefährlichen Drohungen widersetzen;
c) wenn sie auf andere bei den ihnen angewiesenen Hassen nicht beschlagen können.

Es liegt ihnen jedoch auch in diesen Fällen ob, die Waffen nur, nachdem gelinde Mittel fruchtlos angewandt sind, und nur, wenn der Widerstand so stark ist, daß er nicht anders als mit gewaltthätiger Hand überwinden werden kann, und auch dann noch mit möglichster Schonung zu gebrauchen. Die Schußleistung.

jam losgerissen hat. Das Widerstand-leisten mit Gewalt hatte mit dem Augen-blick sein Ende erreicht, in dem des Los-reißen, die Erlangung der Freiheit erfolgt war. (So Entsch. OVG. vom 22. De- zember 1896, Band 31, S. 438.)

Auf einen Punkt ist noch besonders aufmerksam zu machen. Der § 28 der Gendarmerie-Instruktion ermächtigt zum Gebrauch der anvertrauten Waffen. Von Schußwaffen darf in dem durch § 28 vorgesehenen Umfange also nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn die Waffe dem Beamteten von seiner vorgesetzten Be- hörde zum Dienstgebrauch überlassen ist. Ein mit einer Schußwaffe nicht aus- gestatteteter Beamter, der sich für gefähr- lichen Dienst mit einer Schußwaffe ver- sieht, bleibt auf die Benutzung für den Fall der Notwehr und Selbstverteidigung ebenso beschränkt wie jede Privatperson, wenn auch die für das Tragen selbst- beschaffter Schußwaffen nach dem Ministerial- Erlaß vom 22. November 1877 erforder- liche Genehmigung der vorgesetzten Behörde ergangen ist.

Der letztgenannte Ministerial-Erlaß erklärt die Schußwaffen als nicht zu den Waffen gehörig, deren Tragen den Polizei- beamten nach den allgemeinen Vorschriften erlaubt sei. Soweit aber neuerdings Polizeibeamte amtlich mit Schußwaffen ausgerüstet sind, gehören diese auch zu den anvertrauten Waffen. Ihre Benutzung nach § 28 der Gendarmerie-Instruktion ist also unbedenklich, sofern nicht die besondere örtliche Dienstinstruktion Einschränkungen enthält.

—n.

Majestätsbeleidigung.

Der von uns im Parlamentsbericht in Nr. 3 angekündigte Entwurf eines Gesetzes über die Einschränkung der Majestäts- beleidigungsprozesse will ein Einschreiten wegen der in den §§ 95, 97, 99 und 101 StrGW. aufgezählten Straftaten auf die „böswillig und mit Vorbedacht“ be- gangene Tat beschränken, im übrigen die allgemeinen Bestimmungen über Belei- digungen (§§ 185 ff. StrGW.) angewendet wissen.

Mit Unrecht wird von einem Teil der Presse daran Kritik geübt, daß eine bloße Unterstellung der nicht böswillig und mit Vorbedacht begangenen Straftaten unter ein anderes Strafgesetz keine „Einschränkung“ bedente, wie sie die Allerhöchste Kabinetts- order vom 27. Januar 1907 in Aussicht gestellt habe. Das Kaiserwort wird als

nicht eingelöst erachtet. Justizrat Dr. Stranz bemerkt, von gleicher Auffassung ausgehend: „Für den Bestrafen ist es kein wesent- licher Unterschied, ob er auf Grund der §§ 95 ff. oder der §§ 185 ff. Strafe er- leidet. Ob der Tisch gestossen oder ge- braten auf die Tafel kommt, ist für ihn gleich unangenehm.“ (Tsch. Jur.-Ztg. XII., 577.)

Wir finden aber doch einen gewaltigen Unterschied. Es ist erstens doch wohl nicht so ganz unwesentlich, ob man die Aussicht hat, mit einer geringfügigen Geldstrafe — es kann bis auf 1 M heruntergegangen werden — davonzukommen, oder wenn Strafantrag nicht gestellt wird, ganz un- verfolgt zu bleiben, oder ob man im Falle des § 95 eine Mindeststrafe von 2 Mo- naten Gefängnis oder Festung, im Falle der §§ 97 und 99 von 1 Monat und im Falle des § 101 von 1 Woche sicher hat, und ob das Höchststrafmaß 2 Jahre Ge- fängnis oder 5 Jahre Gefängnis mit teil- weisem Ehrverlust sind.

Nicht zu unterschätzen ist auch für jeden, der die Frage nicht vom grünen Tisch aus untersucht, die Notwendigkeit eines Straf- antrages des Beleidigten. Es dürfte doch äußerst selten vorkommen, daß eine der fürstlichen Personen, deren souveräne Stellung durch die Abschnitte 2 und 3 des StrGW. geschützt werden sollte, sich ent- schießt, einen Strafantrag zu stellen und- persönlich sich in gemeine Beleidigungs- prozesse einzulassen.

Für ausgeschlossen halten wir vor allem, daß der Deutsche Kaiser einen solchen Strafantrag stellen könnte. Jeden- falls bedürfte es wohl nur einer Abbitte, um auf alle Fälle eine Zurücknahme des Strafantrages zu erwirken.

Etwas anderes hat der Allerhöchste Erlaß vom 27. Januar 1907, als er die Nichtverfolgung der unbedachten Majestäts- beleidigungen in Aussicht stellte, keineswegs sagen wollen. Die Ausschließung der Anwendbarkeit der Majestätsbeleidigungs- paragrafen genügte vollkommen, um im großen und ganzen die Strafverfolgung selbst auszuschließen. Es ging aber nicht an, das Rechtsgut der persönlichen Ehre fürstlicher Personen theoretisch weniger zu schätzen als das Rechtsgut der Ehre des geringsten In- oder Ausländers und dem Landesfürsten ein Strafantragsrecht da zu verlagern, wo es jeder In- und Ausländer nach deutschem Recht genießt. Das hieße ein neues Ausnahmengesetz gegen Landesfürsten erlassen.

ph.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Versuchtes Sittlichkeitsverbrechen bei Täuschung über das Alter eines mißbrauchten Mädchens. Wer mit einem über 14 Jahre alten Mädchen unzüchtige Handlungen in der bestimmten Annahme vornimmt, es mit einem noch nicht vierzehnjährigen Mädchen zu tun zu haben, kann zwar nicht wegen vollendeten Verbrechens nach § 176³ StGB., wohl aber wegen Versuches bestraft werden. Sein Wille ist darauf gerichtet gewesen, an dem Mädchen in wollüstiger Absicht Handlungen vorzunehmen, die nach § 176³ StGB. strafbar sind. Die unzüchtigen Handlungen enthalten die Betätigung dieses verbrecherischen Vorsatzes. — Entsch. I Straff. RG. vom 6. Dez. 1906. I. 794.06. — Entsch. 39, 316. — St.

Deutsches Reich. Vormundschaf als „Amt“ im Sinne der §§ 222, Abs. 2, und 230, Abs. 2 StGB. Eine fahrlässige Körperverletzung, die ein Vormund unter Außerachtlassung seiner vormundschaflichen Pflichten begeht, ist nach § 230 StGB. auch ohne Strafantrag verfolgbar; denn die Vormundschaf ist ein Amt. Die Begriffe „Amt“ und „Beamter“ decken sich nicht in der Art, daß der Inhaber des Amtes auch ein Beamter im Sinne des § 359 StGB. sein müßte. Unter „Amt“ versteht man die Verwaltung eines Kreises gewisser das öffentliche Interesse angehender Geschäfte unter der Autorität des Staates oder der diesen untergeordneten Körperschaften. Dies trifft auf den Vormund zu. Der Vater übt ein Familienrecht aus, der Vormund ein durch Bestellung erlangtes Amt, das unter der Autorität des Staates ihm übertragen ist und von ihm ausgeübt wird und das dem öffentlichen Interesse dient, weil es zum Schutze der unter der Fürsorge des Staates stehenden Personen bestimmt ist. Deshalb wird der Wirkungskreis des Vormundes vom Bürgerlichen Gesetzbuch auch ausdrücklich als Amt bezeichnet. (§§ 1854, 1878, 1885, 1886, 1890, 1893). Dieselbe Bedeutung hat das Wort Amt in den §§ 222 und 230 StGB., in welchen Amt neben Beruf und Gewerbe erwähnt und in gleicher Weise wie diese

als zur Aufmerksamkeit besonders verpflichtend erachtet wird. — Entsch. II Straff. RG. vom 12. Oktober 1906. — II 779.06. — Ab. 39, 204. — St.

Deutsches Reich. Genußmitteldiebstahl. Strafantrag. Bei einem Genußmitteldiebstahl zum Nachteil der Eisenbahnverwaltung ist die für den Tatort zuständige Eisenbahndirektion strasantragsberechtigt. — Entsch. RG. vom 2. Juli 1906. — St.

Deutsches Reich. Hausfriedensbruch auf dem Friedhofe. Ein rings eingezäunter Friedhof gilt als befriedetes Besitztum und ist als solches dem Schutz des § 123 StGB. unterstellt. — Entsch. RG. vom 12. Januar 1906. — St.

Deutsches Reich. Urkundenfälschung durch Fälschung von Legitimationspapieren. Die Sonderbestimmung des § 363 StGB., die die Fälschung von Legitimationspapieren zum Zwecke besseren Fortkommens nur als Übertretung ansieht, findet keine Anwendung, wenn die Fälschung nicht zu dem Zweck begangen wurde, um dem Täter das Fortkommen im allgemeinen günstiger zu gestalten, sondern um ein bestimmtes Recht zu verlegen. — Entsch. RG. vom 19. April 1906. — St.

Preußen. Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Auch in der Form von Vorträgen oder öffentlichen Ausführungen kann eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten im Sinne des § 1 des Preuß. Vereinsgesetzes erfolgen. In humoristischen Vorträgen, die in erster Linie Unterhaltungszwecken dienen sollen, wird man die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten allerdings in der Regel auch dann nicht erblicken, wenn sie staatliche oder gesellschaftliche Zustände geißeln. — Entsch. RG. vom 10. Oktober 1905. — Ab. 38, 184. — St.

Preußen. Zwangsweises Photographieren.* Die Polizei ist berechtigt, Personen im Interesse der allgemeinen Sicherheit — auch wegen anaristischer Untriebe — zwangsweise zu photographieren. Die mit der Ausführung betrauten Beamten befinden sich daher in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes; ihnen hierbei geleisteter Widerstand ist als solcher gegen die Staatsgewalt zu bestrafen. — Entsch. RG. vom 7. Mai 1907 gegen den Maurer Ernst Witte in Berlin. — St.

*) Bgl. „Der Gendarm“, 4. Jahrg., Seite 430.

II. Kammergericht.

***Preußen. Verantwortlichkeit des Schankwirts für die Tätigkeit der Ehefrau als Stellvertreterin.** Wer sich bei Ausübung eines Gewerbes von seiner Ehefrau vertreten läßt, ist dafür verantwortlich, daß die Frau die für den Gewerbebetrieb bestehenden gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften befolgt. Der Einwand, „daß kein Mann seiner Frau das ganze Strafgesetzbuch vorzulesen brauche“, paßt nicht. Es handelt sich um die Auswahl einer zur Stellvertretung geeigneten Person. — Entsch. 1. Straff. RG. in Sachen Fuchs-Gaspe, vom 25. April 1907. C. v. R.

***Preußen. Anmeldepflicht des Vereinsvorsitzers.** Die Vorsteher von Vereinen, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind nach § 2 des Vereinsgesetzes verpflichtet, die Statuten und das Mitgliederverzeichnis binnen 3 Tagen nach Stiftung des Vereins der Ortspolizeibehörde zur Kenntnisnahme einzureichen. Weiter spricht der § 2 die Verpflichtung des Vereinsvorsitzers aus, „auch auf Erfordern der Ortspolizeibehörde Auskunft darüber (über Statut und Mitgliederverzeichnis) zu geben. Verpflichtet sind zur Einreichung der Satzung und des Mitgliederverzeichnisses nur die Personen, die innerhalb eines Zeitraums von 3 Tagen nach Begründung des Vereins als Vorsteher an der Spitze gestanden haben. Allerdings beginnt die dreimonatige Verjährungsfrist erst mit dem Zeitpunkte, zu welchem diese ersten Vorsteher tatsächlich die Einreichung bewirkt haben oder ihnen die Einreichung z. B. durch Niederlegung des Amtes als Vorsteher unmöglich geworden ist. Wenn die dreitägige Frist abgelaufen ist, kann bei den späteren Vorstehern nicht ohne weiteres die Pflicht zur Einreichung angenommen werden. — Entsch. 1. Straff. Kammergericht in Sachen Tiek-Vodum vom 2. Mai 1907. C. v. R.

***Preußen. Laien-Grabrede.** Polizeiverordnungen gegen Laienreden am Grabe, wie sie vielfach zum Schutze der äußeren kirchlichen Ordnung erlassen worden sind, widersprechen nicht dem Vereinsgesetz. Das Vereinsgesetz hat nicht das Recht zu Laienreden auf dem Kirchhofe regeln wollen. Abrigens wäre dem Angeklagten nicht damit gedient, wenn eine Laienrede unter das Vereinsgesetz fiel; denn dann läge ein ungewöhnliches Leidenbegängnis vor. Ein solches aber würde nach Maßgabe des Vereinsgesetzes eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel und als

solche genehmigungspflichtig sein. Die Folge wäre, daß dann eine schwerere Strafe eintrete, als sie in der Polizeiverordnung vorgesehen ist. Ihre rechtliche Grundlage finden solche Polizeiverordnungen im § 6d des Polizeiverwaltungs-gesetzes. Danach bildet die Ordnung und Gefährlichkeit bei einem öffentlichen Zusammentreffen einer großen Zahl Personen einen Gegenstand des polizeilichen Verwaltungsrechtes. Durch solche Laienreden kann aus Begräbnisplätzen Unruhe entstehen. Solche Reden können aufreizend auf das Publikum wirken, sie können auch in religiöser Beziehung Argernis erregen. — Entsch. 1. Straff. des Kammergerichts in Sachen Richter-Neu-Staaten vom 2. Mai 1907. C. v. R.

Deutsches Reich. Trockene Gemenge als Arzneimittel. Unter „Gemenge“ im Sinne der Nr. 4 des Verzeichnisses A zur Raff. V. vom 22. Oktober 1901 — RGVL 330 — sind nur „Gemenge von Salzen oder zerfeinerten Substanzen“, also trodrene Gemenge a) von mindestens zwei Salzen untereinander, b) von mindestens zwei zerfeinerten Substanzen, oder c) von mindestens einem Salz mit mindestens einer zerfeinerten Substanz zu verstehen. Entsch. 1. Straff. RG. vom 12. November 1906. — 1. S. 889/06. — St.

Preußen. Vereinsgesetz. Einreichung der Satzung. Wenn ein Verein auch sein Wesen ändert und neuerdingt bezweckt, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, so kann die Polizeibehörde doch nicht verlangen, daß er eine neue dieser Sachlage entsprechende Satzung aufstelle und einreicht. Ein Recht, eine Satzungsänderung zu verlangen, ist aus §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes nicht herzuleiten. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 8. November 1906 — 1. S. 890/06. — St.

Preußen. Ortsübliche Art der Bekanntmachung. Wenn es auch in einer Gegend ortsüblich gewesen sein mag, Anordnungen nur ihrem wesentlichen Inhalt nach „mittels der Schelle“ zu verkünden, so macht dies solche unvollständigen Verkündigungen noch nicht zu ortsüblichen Bekanntmachungen. Eine Bekanntmachung setzt die Verkündung des vollen Wortlauts der Anordnung voraus; die Beschränkung auf den wesentlichen Inhalt ist unzulässig. Es liegt dann eine Bekanntmachung überhaupt nicht vor. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 25. Oktober 1906 — 1. S. 822/06. — St.

Preußen. Automaten auf Bahnhöfen.

Die Bestimmungen über den Verkaufsstätten-schluß zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen finden auf Bahn-hofs-automaten keine Anwendung. Die Automaten dienen dem reisenden Publikum, gleichviel ob sie innerhalb oder außerhalb der Bahnsteigsperrre liegen. Abgesehen davon, daß die Ministerialerlasse vom 25. und 27. Juli 1905 (Min. Bl. 136 und 134), die für die Anwendbarkeit oder Nicht-anwendbarkeit der Gewerbeordnung auf den Bahn-hofsbuchhandel und die Bahn-hofswirtschaften die Lage vor oder hinter der Bahnsteigsperrre für entscheidend erachtet haben, für das Gericht nicht bindend sind, finden sie auch keine ausdehnende Geltung auf Automatenbetriebe. Im übrigen gibt es auch Bahnhöfe ohne Bahnsteigsperrre. Der Umstand, daß auch nicht-reisendes Publikum sich der Automaten bedienen kann, ist bedeutungslos. — Entsch. 1. Straßf. RG. vom 12. November 1906 — 1. S. 895/06. — St.

Preußen. Mechanische Musikinstrumente in Wirtschaften. Eine Polizeiverordnung, die für den Betrieb von mechanischen Musikinstrumenten in Schankwirtschaften die Stunden von 3 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends festsetzt, ist ungültig, da sie den Zweck hat, nicht Gefahren, sondern nur Belästigungen des Publikums abzuwenden. — Entsch. 1. Straßf. RG. vom 15. Februar 1906 — Bd. 32 C, 10. — St.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Deutsches Reich. Wohnort im Sinne der Vorschriften über Wandergewerbe. Der Begriff des Wohnsitzes bestimmt sich nach den Grundrissen des bürgerlichen Rechts. Danach gilt als Wohnsitz nicht der Ort, wo die Steuern gezahlt werden; es genügt auch zur seiner Begründung nicht schon der Besitz zum Wohnen geeigneter Räume, es kommt vielmehr darauf an, ob die Räume als örtlicher Mittelpunkt der Lebenshaltung der betreffenden Person dienen sollen und demgemäß mit einer ständigen Niederlassung zu rechnen ist. — Vorbescheid III. Sen. OVG. vom 14. Juni 1906 — III 953 — GewArch. 6, 489 — bestätigt durch Entsch. desselben Senats vom 22. November 1906 — III 2274 — GewArch. 6, 491. — St.

Deutsches Reich. Konfessionsentziehungs-klage gegen Stellenvermittler wegen „unrichtiger Nachweise“ im Sinne des § 53 Abs. 1 GewO. War vom Stadt-(Kreis-) Ausschuss eine Genehmigung zum Stellen-

vermittlergewerbe auf Grund der polizeilichen Erklärung erteilt, daß gegen den Nachsuchenden nichts Nachteiliges bekannt sei, so kann die Polizeibehörde wegen Unrichtigkeit der Nachweise — ihrer eigenen Erklärung! — Klage auf Konfessionsentziehung erheben, wenn sich nachträglich herausstellt, daß die abgegebene Erklärung unrichtig, der Nachsuchende vor Abgabe der Erklärung bestraft war. — Entsch. III. Sen. OVG. III 1296 vom 21. Juni 1906, GewArch. 6, 287. — St.

Preußen. Polizeistunde. Die Orts-polizeibehörde ist nicht berechtigt, für ein einzelnes Lokal eine kürzere Polizeistunde festzusetzen, wenn die allgemeine Polizeistundenfestsetzung durch die Landes-polizeibehörde erfolgt ist. Auch öftere Überschreitungen der allgemeinen Polizeistunde geben hierzu keinen Anlaß. — Entsch. III. Sen. OVG. vom 5. November 1906, III. 2139. — St.

Preußen. Nachweis der Betriebs-sicherheit eines Fahrstuhls. Der Nachweis der Betriebs-sicherheit eines Fahrstuhls liegt nicht dem Besitzer ob. Er hat zwar Verpflichtungen zu gestatten, diese haben aber lediglich festzustellen, ob Anlaß zu einer polizeilichen Anordnung vorliegt. Eine tätige Mitwirkung kann von dem Besitzer nur insoweit verlangt werden, als er zur Erteilung der Auskunft und Gestattung der Besichtigung angehalten werden kann. Die Polizeibehörde hat dann aber den Nachweis des nicht polizeimäßigen Zustandes zur Begründung ihres Einschreitens zu führen. Sie hat auch die Kosten solcher Besichtigungen zu tragen. — Entsch. VIII. Sen. OVG. — VIII. 335/06, — vom 23. Februar 1906. — St.

Preußen. Verfassung einer Polizei-stundenverlängerung. Der einzelne Schankwirt hat nur ein Recht auf Gewährung der allgemein festgesetzten Polizeistunde. Ein Recht auf Verlängerung ist ihm nicht eingeräumt. Vielmehr ist die Verlängerung lediglich in das Ermessen der Polizeibehörde gestellt. Wenn dieses Ermessen mit dem Ergebnis geübt wird, daß die Regel zur Anwendung gebracht wird, so bedarf eine derartige Stellungnahme der Polizeibehörde deshalb keiner besonderen Begründung, weil die Verwirklichung der mittels der Polizeiverordnung festgesetzten

*) Diese Entscheidung steht mit früheren Entscheidungen, die den § 53 Abs. 2 GewO. nur für anwendbar erklären, wenn die Handlungen oder Unterlassungen früher als die Konfessionsentziehung lagen, in schwebendem Widerspruch. (Kgl. OVG-Entsch. vom 10. 2. 19, V. 288 und v. 12. 5. 07, XV 349.) Die Schriftleitung.

Norm durch die Polizeiverordnung selbst gedeckt, also durch diejenigen Erwägungen gerechtfertigt wird, welche zur Einführung der allgemeinen Polizeistunde geführt haben. Daß die Polizeibehörde pflichtwidrig auf die persönliche Schädigung ausgegangen sei, wird weder durch das behauptete Boshverhalten des abgewiesenen Schankwirts noch dadurch dargetan, daß benachbarten Schankwirten die ihm versagte Vergünstigung gewährt ist, noch auch dadurch, daß bestimmte Privatpersonen seine Wirtschaftsführung als eine ordentliche und das Bedürfnis zu einer Verlängerung der Polizeistunde als vorliegend anerkannt haben.*) — Entsch. III. Sen. OVB. vom 3. December 1906, III. 2374. — GewArch. 6, 404. — St.

***Preußen. Polizeilicher Schadenersatz.** Der überwachende Kriminalschutzmann fand in den Worten des Redners Crispian: „Ein Streik, wie wir ihn im Auge haben, ist nicht der Streik der Anarchisten; hinter dem Generalkstreik — also dem Streik der Anarchisten — steht die blutige Revolution“ irrtümlicherweise einen Grund zur Auflösung und löste die Versammlung auf. Der Polizeipräsident erklärte auf den Bericht des Schutzmannes hin die Auflösung für nicht gerechtfertigt. Crispian erhob Beschwerde und später Zivilklage wegen Schadenersatzes in Höhe von 4 M für den Druck von Flugblättern mit der Einladung zur Versammlung und 4 M für eine Annonce. Er begründete die Klage damit, daß ja auch der Polizeipräsident selbst der Auffassung sei, daß die Auflösung der Versammlung nicht zu billigen sei. Gegen die Verfolgung dieser Zivilklage erhob die Regierung den Konflikt, weil der Kriminalschutzmann gutgläubig gehandelt und irrtümlich angenommen habe, jene Worte seien ein Grund zur Auflösung. In seinem Gutachten an das Justizministerium äußerte sich das Landgericht dahin, daß der Konflikt unbegründet sei. Das Oberverwaltungsgericht schloß sich dem an. Dem Zivilprozeß gegen den Kriminalschutzmann ist also Fortgang zu geben. Es kann nicht angenommen werden, daß der Beamte seine Amtsbefugnisse nicht überschritten habe. Entsch. des 1. Senats des Oberverwaltungsgerichts in Sachen Crispian gegen Buchhorn-Königsberg vom 10. Mai 1907. — E. v. D.

Preußen. Beamtenwohnung. Jeder Beamte hat grundsätzlich an dem Dienstorte

Wohnung zu nehmen; zum Wohnen in einem Vor- oder Nachbarort bedarf er der Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde. Eine ohne solche Genehmigung erfolgte Verlegung des Wohnsitzes nach einem anderen Orte macht den Beamten disziplinarisch strafbar. — Entsch. I. Sen. OVB. vom 10. Mai 1907 in Sachen Regierungsbaumeister E. gegen Magistrat Frankfurt a. M. — St.

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Amtliches Erfordern im Sinne des § 12 des Reichsimpfgesetzes. Das amtliche Erfordern begründet erst die Verpflichtung zur Verrichtung des Nachweises im Sinne des § 12 des Impfgesetzes. Es hat den Charakter einer Spezialauforderung; es richtet sich nicht an die Allgemeinheit oder an Kategorien derselben, sondern an einzelne, individuell bestimmte Personen. Es muß daher zur Kenntnis desjenigen, an den es gerichtet ist, gebracht sein, wenn der Ungehorsam gegen die Aufforderung strafbar sein soll. Eine in den Tageszeitungen veröffentlichte und an den Plakatafeln angeschlagene Bekanntmachung genügt nicht; denn sie macht denjenigen, welchem die Pflicht zur Verrichtung des Nachweises auferlegt werden soll, nicht namhaft und bietet keine Sicherheit dafür, daß die in Betracht kommenden Personen von der an sie gerichteten Aufforderung rechtzeitig Kenntnis erhalten. Die Fiktion, daß amtliche Bekanntmachungen durch ihre Veröffentlichung zur Kenntnis derjenigen gelangen, welche sich behufs Erfüllung ihrer öffentlich rechtlichen Pflichten von dem Inhalte solcher Kundmachungen Kenntnis zu verschaffen haben, gilt nur für allgemein obrigkeitliche Anordnungen, mangels einer besonderen Vorschrift aber nicht für Spezialverfügungen an einzelne Personen. — Entsch. des BayObVLG. vom 8. November 1906. — St. 7, 111. St.

Deutsches Reich. Verichtigung auf Grund des § 11 des Reichspreßgesetzes. Die Verichtigung muß von dem Einsender unterzeichnet sein. Die Unterschrift eines Bevollmächtigten Anwalts genügt nicht, da nach dem Wortlaut des § 11 die Vertretung des Einsenders ausgeschlossen ist. — Entsch. des Straß. BayObVLG. vom 20. Oktober 1906. — St. 7, 86. St.

Deutsches Reich. Abgabe verdorbener Nahrungsmittel. Die Bestimmung des § 367⁷ StGB. ist durch das Nahrungsmittelgesetz nicht aufgehoben; sie kann in

*) Ganz gleich hat das OVB. auf Klagen wegen veringert Benutzung eines Vorgartens zu Schankwägen in händiger Rechtsprechung entschieden.

allen den Fällen zur Anwendung kommen, in welchen die Voraussetzungen der §§ 10 oder 12 des NahrungsmittelGef. (Täuschung über Beschaffenheit oder Gesundheitschädlichkeit), nicht zutreffen.

Ein Nahrungsmittel gilt als verdorben, wenn es infolge der mit ihm vorgenommenen Veränderungen zum Genuß ungeeignet wird, was namentlich dann der Fall ist, wenn es nicht bloß bei einer einzelnen Person nach deren individuellem Geschmack, sondern nach der allgemeinen Anschauung der Bevölkerungsklasse, der der Kaufsüßige angehört, Ekel erregt. — Entsch. des Straßb. BayObLG. vom 5. Mai 1906. St. 7, 6. St.

Deutsches Reich. Streitvergehen. Ehrverletzung. Eine Aufforderung, sich an einer Arbeitseinstellung zu beteiligen unter einer für den Fall der Nichtbeteiligung ausgedrückten Verachtung stellt sich dann als Ehrverletzung im Sinne des § 153 GewO. dar, wenn der Täter es für möglich hält, daß der Aufgeforderte die Arbeit nicht einstellen werde. — Entsch. des Straßb. BayObLG. vom 1. Mai 1906. St. 7, 1. St.

V. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof.

Deutsches Reich. Verletzung der Wirtschaftserlaubnis wegen der Befragungen des Ehegatten. Eine Schankterlaubnis kann auch dann verjagt werden, wenn gegen den Ehegatten des Nachsuchenden Tatsachen im Sinne des § 33¹ Gew.-O. vorliegen. Daß der Nachsuchende von diesen Tatsachen, insbesondere von vorliegenden Befragungen Kenntnis hatte, ist nicht erforderlich. — Entsch. BayVGH. vom 6. April 1904. — Reger 25, 9. —

Deutsches Reich. Konzessionszwang für öffentlichen Fuhrwerk. Die „Regelung“ des öffentlichen Fuhrverkehrs nach § 37 Gew.-O. kann entweder so erfolgen, daß die zuständige Ortspolizeibehörde dieses Gewerbe freiläßt oder sich für gewisse Fälle ein Unterjagungsrecht vorbehält, oder daß sie den Konzessionszwang einführt und hierbei die Erstellung der erforderlichen Erlaubnis von der Erfüllung gewisser Vorbedingungen und vom Nachweis des Bedürfnisses abhängig macht, sie auf eine gewisse Zeit beschränkt oder widerruflich erfolgen läßt. Ist eine Konzessionspflicht allgemein durch Polizeiverordnung eingeführt, dann ist ein über die Verordnung hinausgehender Beschluß, Fuhrwerksbesitzer aus anderen Gemeinden nicht zu konzeffionieren, unzulässig. Konzessionsgesuche auswärtiger Unternehmer sind vielmehr

von Fall zu Fall zu prüfen. — Entsch. BayVGH. 2. Sen. vom 11. Juli 1906. — Reger 27, 42. — St.

VI. Sächsisches Oberverwaltungsgericht.

Deutsches Reich. Versorgung fremder Rechtsangelegenheiten. Unter Rechtsangelegenheiten versteht man Angelegenheiten, die dem Rechtsgute angehören und daher die rechtlichen, nicht die wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen einer Person berühren. Unter die „Versorgung fremder Rechtsangelegenheiten“ fällt die Tätigkeit eines Bücherrevisors und eines kaufmännischen Sachverständigen begrifflich nicht. Die sachverständige Beratung kann zur Versorgung fremder Rechtsangelegenheiten werden, wenn das abgegebene Gutachten als Unterlage für einen Rechtsstreit dienen soll. Die bloße Möglichkeit, daß die sachverständige Beratung gelegentlich in einer Versorgung fremder Rechtsangelegenheiten übergehen kann, berechtigt die Gewerbeaufsichtsbehörde aber noch nicht, jene Tätigkeit ohne weiteres dem § 35, Abs. 3, der GewO. zu unterstellen. — Entsch. des SächsVGH. vom 20. Juni 1906. — Jahrb. 9, 136. St.

VII. Verwaltungsgerichtshof Braunschweig.

Deutsches Reich. Zurücknahme der Schankterlaubnis aus Tatsachen in der Person des Stellvertreters. Wer für seinen Schankbetrieb einen Stellvertreter einsetzt, ist für Handlungen des Stellvertreters, durch die die Bällerei, Dehlerei, Unfittlichkeit oder das verbotene Spiel gefördert wird, nach § 151 GewO. verantwortlich. Entläßt der Inhaber der Wirtschaft einen solchen ungeeigneten Stellvertreter nicht bereits ohne Aufforderung, dann hat er seine Schankterlaubnis verwirkt. — Entsch. Braunschw. VGH. vom 30. April 1902. — Braunschw. ZfR. 49 Beil. Seit 31. — St.

VIII. Oberlandesgericht Düsseldorf.

Deutsches Reich. Zumpfsicht. Ne bis in idem. Die Bestrafung wegen unterlassener Zumpfung aus § 14 Abs. 2 des Reichsimpfgesetzes kann nur einmal erfolgen, da es sich um ein Dauerdelikt handelt. Die Zulässigkeit wiederholter Bestrafung wegen der auf erfolgte amtliche Aufforderung fortgesetzten Unterlassung der Zumpfung hätte andernfalls im Gesetz selbst zum Ausdruck gebracht werden müssen.*)

*) Die bisherige gerichtliche Praxis (vgl. z. B. OLG. Dresden vom 31. 5. 06, Fischers Zeitschr. 31, 200) erklärte die Zulässigkeit wiederholter Bestrafungen nach dem Vorgange des OLG. Frankfurt a. M. (Entsch. vom 13. Mai 1891 — 28 St. 1. S. 135) an. Die Schriftleitung.

— Entsch. Straßf. OLG. Düsseldorf vom 24. November 1906. — St.

IX. Oberlandesgericht Rammberg.

Deutsches Reich. Kantinen auf Bahnhöfen. Kantinen, die für die Eisenbahnbediensteten (Beamte und Eisenbahnarbeiter) auf Bahnhöfen aus Rücksichten auf den Bahnbetrieb errichtet werden, gehören zum Eisenbahnbetrieb und unterliegen nach § 6 GewOrdg. daher nicht der Genehmigungspflicht aus § 33 GewOrdg. — Entsch. Straßf. OLG. Rammberg vom 13. Mai 1905. — Reg. 27, 5. — St.

X. Oberlandesgericht Dresden.

Deutsches Reich. Karussellbetrieb im Umherziehen in Wirtschaftsgärten. Anbieten gewerblicher Leistungen. Zum Karussellbetrieb im Umherziehen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten bedarf es nach § 60 a OLG. der ortspolizeilichen Erlaubnis. Ein Wirtschaftsgarten gehört nun zwar nicht zu den öffentlichen Plätzen, wohl aber zu den anderen öffentlichen Orten. Die Öffentlichkeit wird auch dadurch nicht ausgeschlossen, daß dem Inhaber der Wirtschaft das Recht verbliebe, wie jeder Besitzer eines im Privateigentum stehenden öffentlichen Ortes in Ausübung seines Hausrechts mißliebige Personen wegzuweisen oder ihnen den Zutritt zu verwehren.

Unter den Begriff „Anbieten gewerblicher Leistungen“ fällt der Karussellbetrieb nicht. Es findet somit die Vorschrift des § 59² GewO. auf ihn keine Anwendung; denn in § 55 wird in Ziffer 3 das Anbieten gewerblicher Leistungen besonders genannt und von den in Ziffer 1, 2 und 4 aufgeführten anderen Gewerbebetrieben unterschieden. — Entsch. des Straßf. des OLG. Dresden vom 22. Februar 1906. — Ann. 27, 407. — St.

XI. Oberlandesgericht Stuttgart.

Deutsches Reich. Bilder in Rahmen. Hausfegen. Bildet nicht das Bild oder der Hausfegen die Hauptsache, sondern ist der Rahmen das Wesentliche, dann handelt es sich nicht um den Vertrieb von Bildwerken im Sinne des § 44 Abs. 3 der Gewerbeordnung. Das Auffuchen von Vorstellungen bei Privatkunden ist dann nur mit einem Wandergewerbefchein gestattet. — Entsch. des Straßf. des OLG. Stuttgart vom 3. Februar 1904. — St.

XII. Schöffengericht Berlin-Mitte.

*** Deutsches Reich. Glückspiel. Mausekeln ohne Zwang.** Das Kartenspiel Mausekeln ohne Zwang ist auch bei mäßigen Einsätzen — 5 bis 10 Pf. — ein Glückspiel; der Inhaber einer Schankwirtschaft, der dieses Spiel duldet, ist nach § 285 StGB. zu bestrafen. — Entsch. der 137. Abt. des SchG. Berlin-Mitte vom 6. März 1907. — 137 D. 200/07. — St.

XIII. Schöffengericht Kiel.

Preußen. Beschaffung der Formulare für polizeiliche Anmeldungen. Eine Verpflichtung, die zur Anmeldung nötigen Formulare selbst anzuschaffen, liegt für den Meldenden nicht vor. Es besteht nur die Verpflichtung, daß er sie ausfüllt. *) Eine Polizeiverordnung kann aber dem Publikum keine Kosten auferlegen. — Entsch. des SchG. Kiel vom 3. Mai 1907. — St.

Druckfehlerberichtigung.

In dem Aufsatz von Fr. Jenien: „Einige Bestimmungen über polizeiliche Strafverfügungen“ in Nr. 4 des „Gendarm“ ist auf Seite 76 rechts, 3. Zeile von oben, statt: „nichtgesetzlicher Bestimmungen“ zu lesen: „rechtsgesetzlicher Bestimmungen“ und Seite 78 links, 5. Zeile von oben, statt „Vorfänder“ „Verpänder“. Außerdem ist an letzterer Stelle hinzuzufügen: „Vgl. § 816 RPO.“.

Polizeibericht.

Befichtigung. Am 4. Mai fand die Befichtigung der Gendamerie des Kreises Götting durch den Brigadier Oberst von Puttkamer im Hofe der neuen Kaserne des Infanterie-Regiments von Courbière (2. Pz.) Nr. 10 statt.

Im Anschluß hieran kamen die Kameraden zu einer Abschiedsfeier für den in den Ruhestand getretenen Kameraden Gendamerieoberwachmeister Fischer im Hotel „Zum Stern“ zusammen. An dieser Feier beteiligten sich Oberst von Puttkamer, Hauptmann von Olearius, Landrat von Roeder und Reglementsaffessor Graf Harrnstein.

Verbrechen und Vergehen. Ein Bombenattentat auf eine Polizeiwache. In der Nacht vom 13. zum 14. Mai platzte auf dem Gefäß der Polizeiwache 1 im Hofe des Stadthauses zu Offenbach a. M. eine aus einem starken Eisenrohr gefertigte Bombe. Das dicke Sandsteingefäß an der

*) U. G. ist die Möglichkeit, Druckformulare — in der Regel zu 1 Pfennig zu haben — zu kaufen eine Erleichterung der Meldepflicht. Wenn das Gericht anerkennt, daß der Meldepflichtige die vorgeschriebenen Erhalten ausfüllen muß, dann hätte es ihn für vernünftig erklären müssen, sich Meldegettel dankbarkeitsvoll selbst herzustellen, wenn ihm der Kollenaufwand von 1 Pf. unerschwinglich war. Die Schriftleitung.

Explosionsstelle ist völlig zerfchmettert, die Fenster sind zerplittert, zahlreiche Sprengstücke flogen in die Nachstube. Die Beamten, die sich zum Glück nicht in der Nähe der Fenster aufhielten, blieben unverletzt.

Auf die Ermittlung des Täters haben die Behörden — Staatsanwaltschaft und Stadtverwaltung — eine Belohnung von 1000 M ausgelegt.

Ein bekannter Anarchist, Adam Säger, ist unter dem Verdacht der Tat bereits in Altheim, Kr. Dieburg, verhaftet.

Ein Diebs- und Hehlernest ist in Rattowitz ausgenommen worden. Es handelte sich um eine Bande von Russen, die zahlreiche Einbrüche in Goldwaren- und Uhrengeschäfte in Obersachsen verübt haben, und ihre Hehler. Bei letzteren wurden Mengen versteckter Gold- und Silberfachen gefunden.

Verwundung eines Kameraden in Warsteht. Am 21. Mai 1907, dem dritten Pfingsttage, hatte sich ein Radfahrer, der in Warsteht, Kr. Bielefeld, ein Fahrrad zunächst zu 50, dann zu 24 M zum Verkauf anbot, verächtlich gemacht, ein Fahrrad diebstahl zu sein. Der zur Feststellung seiner Persönlichkeit erichene Kamerad Bendarmeriewachmeister Kelpke fragte den Verdächtigen zuerst nach seiner Legitimation, erklärte ihn, da er sich nicht ausweisen konnte, zum Gefangenen und forderte ihn auf, ein Palet, das er bei sich führte, zu öffnen. Der Radfahrer tat so, als ob er dieser Weisung nachkäme, zog aber blitzschnell ein dolchartiges Messer aus dem Palet und stach es dem Kameraden Kelpke in die Brust. Zum Glück traf er auf eine Rippe, so daß Hoffnung besteht, den Verletzten am Leben zu erhalten. Der Täter floh; Kelpke verfolgte ihn noch etwa 200 m weit, brach aber dann ohnmächtig zusammen. Zwei Männer, die den Verbrecher weiter verfolgten, ersahen dieser. Es ist ein Arbeiter Hermann August Dujat, der auch zur Strafverbüßung in anderer Sache strafbriesslich gesucht wurde. Er ist verhaftet.

Diebenerüberfall. Eine etwa 60 Personen starke Diebenerbande mit 10 Wagen verübte in Vilgendorf Diebstähle und Plünderungen. Dem herbeigerufenen Kameraden Barchmeister Graupe gelang es, etwa die Hälfte der Bande festzunehmen. Als er sie nach Heintats- und Gehebelstein fragte, leisteten sie ihm aber Widerstand und schlugen mit Knütteln auf ihn und sein Pferd ein; doch mußte Graupe sich mit dem Revolver die Angreifer vom Leibe zu halten und sie mit Hilfe dreier Zehnter Vierfüßler abzuführen und nach Rittschütz einzufahren.

Kupferdrahtdiebe. In Ergänzung unserer Mitteilung im „Bendarm“ Nr. 3, Seite 62, teilen wir noch mit, daß die Ermittlung der Diebe — ein bei der herrschenden Finsternis schwieriges Unternehmen — dem Kameraden Oberwachmeister Großkopf in Brüg mit Hilfe von 4 Kameraden des Berichts gelungen war. Der auf einen der Täter abgegebene Schuß erfolgte durch Kam. b. G.

Kadaw aus Rudow, indessen nicht zum Zweck der Verhinderung der Flucht, sondern zur Abwehr eines tödlichen Angriffs. Der Dieb hatte mit einer etwa 1 1/2 Pfund schweren Stange Leitungsdraht auf den Kameraden Kadaw eingeschlagen. Die Täter waren nicht jugendliche Personen, sondern Männer im Alter von 36 bis 50 Jahren.

Wegen Beleidigung der Kameraden Bendarmerie - Barchmeister Liborius und Ehrenbrecht in Schmargendorf, begangen in einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung am Tage der letzten Reichstagswahlen, wurde ein Schlosser in Schmargendorf vom Schöffengericht zu Charlottenburg zu 100 M Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Warnung. Vor einem Heilmittel „Rheuma-Tabakolin“ — bestehend aus Tabakabsatz — warni das Großherzogliche Polizeiamt Darmstadt.

Ullerkel. Wegen die Jagdscheine. In Frankreich besteht, wie die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet, eine Strömung, die zum Zweck einer „Demokratisierung“ der Jägerei die Abschaffung des Jagdscheines verlangt. Aus fiskalischen Gründen widersetzt sich der Staat diesem Begehren; denn die Scheine verschaffen ihm ein jährliches Erträgnis von 16 Millionen. Sie ergeben die einzige Steuer, mit deren Erlegung sich die Interessierten beilegen. Der Berichterstatter über diese Frage, Herr Arnould, Inspektor der staatlichen Wälder, verlangt die Beibehaltung des Jagdscheines und erwähnt in seinem Rapport eine bezeichnende Erfahrung, die im Jahre 1893 in Böhmen gemacht wurde. Dort hatte man nämlich die Abschaffung der Jagdbewilligungen versucht und es ergab nach amtlichen Ziffern ein einziger Sonntag folgenden Resultat: „60 Personen wurden getötet und 3014 verwundet. Die waffenunkundigen Sonntagsjäger töteten des weiteren 24 469 Stück Haustiere und erlegten bloß 1814 Stück Wild, die erlegten Sperlinge mit inbegriffen. Für das angerichtete Unheil hatten die jagdscheinlosen Jäger an Schadenersatz 418 000 Florins, für Hilfe an die Verwundeten 638 000 und für Doktor- und Gerichtslosten 172 000 Florins zu zahlen. Außerdem hatten die Gerichte über die Unvorsichtigen 74 088 Stunden Gefängnis zu verhängen.“

Personalveränderungen.

1. Brigade.

AB. Delfus, Grammen (O.-Pr.), am 1. 6. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 6. 07 ans. — b. B. Heidemann I., Reimerowalbe b. Naunau, am 28. 5. 07 an Herzschlag verstorben.

2. Brigade.

OB. a. Pr. Scheide, Reustettin, mit 1. 6. 07 zum Oberwachmeister ernannt.

3. Brigade.

AB. Biechle, Brenzlau, nach Jährenholz b. Güterberg indrt. — AB. Wenzle, Werbelow, nach Strasburg U.-M. indrt. — AB. Kösterte, Bielefeld, nach Tempelstede b. Grünthal (Mort)

mdrt., ist von f. Ambo. zurüd. — b. B. Klähn, Bernau, nach Hbf. Biesenthal Imdrt., ist von f. Ambo. zurüd. — f. B. Steiner I, Prenzlau, nach Strassburg II. M. Imdrt., ist von f. Ambo. zurüd. — f. B. Bartel I, Schwetig, nach Pulverfrug, Kr. Belshternberg, Imdrt., ist von f. Ambo. zurüd. — b. B. Wust, Ludau, nach Strasshain, R.-L., Imdrt., ist von f. Ambo. zurüd. — f. B. Wobig, Wilsenberg b. Badingen, Kr. Templin, am 16. 12. 06 ohne Geh. beurl. als Vote beim Magistrat Charlottenburg, ist am 1. 6. 07 ausgeschieden. — f. a. Pr. Radtke III, Borchagen-Ambrg., a. Rt. auf Wend.-Schule Bohlau, ist von f. Truppenteil zum Vizewachtmeister befördert. — f. a. Pr. a. Pr. Gliese, Rantwig, am 31. 5. 07 zur Truppe zurückgetreten. — b. G. a. Pr. Reich, Rumow b. Gr.-Belle (Prignitz), am 31. 5. 07 zur Truppe zurückgetreten. — f. B. Tieg, Hermsdorf (Markt), Standort heisst jetzt Hermsdorf b. Berlin. — b. B. Pehle, Hallenberg b. Beilkensee, Standort heisst jetzt Hallenberg b. Berlin. — b. B. Meyer I, Teupitz, Standort heisst jetzt Teupitz Kr. Teltow.

4. Brigade.

b. B. Gottschall, Seringen (Helme), am 1. 6. 07 pens. — f. B. Maufsch, Seehausen (Altst.), am 25. 6. 07 an Kräfteverlust nach chronischem Magenleiden verstorben.

5. Brigade.

f. B. Krönke, Viniew, am t. 6. 07 pens. — b. G. a. Pr. Biell, Granowo, am 31. 5. 07 zur Truppe zurückgetreten.

6. Brigade.

f. B. Sabak, Gleiwitz, am 1. 6. 07 pens. — f. B. Jrgang, Siegendorf b. Arnsdorf Kr. Liegnitz, am 1. 6. 07 pens. — f. B. Reichle, Bohlau bei Wuhrau Kr. Pleß, am 23. 6. 07 an Lungenentzündung gest. — b. G. Heine, Langendorf Kr. Gleiwitz, durch Verfa. des Herrn Heise b. 22. ds. Mts. die Erlaubnis zur Anlegung des silbernen Vortieps am Offiziersfabel erteilt.

7. Brigade.

b. B. Hilster, Dombuch b. Barop, am 1. 12. 06 als Polizei-Bachtm. in Dombuch ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 6. 07 aus. — f. B. Thomas, Buchholz b. Hammerthal, am 1. 5. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 6. 07 aus. — f. B. Reimann, Schmalenberg, scheidet am 1. 7. 07 aus. — f. a. Pr. Wügel, Kplerbed, am 31. 5. 07 zur Trpp. zurückgetreten.

8. Brigade.

f. B. Schauer, Pfaffendorf (Rhein), am 1. 6. 07 als Bureau-Anwärter beim Magistrat Berlin ohne Geh. beurl. — b. B. Fischer II, Eppelborn, am 1. 6. 07 als Stations-Aspirant am Gf.-Dir.-Bog. Elberfeld ohne Geh. beurl. — f. B. Schlieper, Kirchen, am 1. 6. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am t. 6. 07 aus. — O.-B. a. Pr. Gölter, Erefeld, mit t. 6. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — O.-B. a. Pr. Clemens, Wittlich, mit t. 6. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — f. a. Pr. Schmitz, Venrath, am 31. 5. 07 zur Trpp. zurückgetreten.

10. Brigade.

b. G. a. Pr. Hilsmann, Sulingen, am 1. 6. 07 nach Wilsen vers. — f. B. Lischer,

Behldorf b. Jeven, am 10. 5. 07 nach Jeven vers. — f. B. Köfemann, Lautenthal, am 10. 6. 07 nach Hahnenflee Imdrt. — b. B. Bollweg, Budentich, am 15. 6. 07 nach Vorkum Imdrt. — f. B. Kuhl, Hage, Ostfriesland, am 1. 6. 07 als Postanwärter beim Postamt 61 Berlin ohne Geh. beurl. — b. B. Brandt, Ebstorf, am 6. 1. 07 nach Brodhöfe Imdrt., trat am 25. 4. 07 von seinem Ambo. zur. — f. B. Schlöper, Dransfeld, am 1. 6. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 6. 07 aus. — f. B. Herbst, Kirchwenke, erhält Kr. I. — b. B. Herbst, Rotenburg i. H., erhält Kr. II. — f. B. Stünkel, Berendstiel (Hann.), erhält Kr. I. — b. B. Stünkel, Schneverdingen, erhält Kr. II. — f. B. Schrader II, Sulte, die Kr. II fällt fort. — f. B. Winter I, Northeim Hann., die Kr. I fällt fort.

11. Brigade.

b. B. Kersting, Lügellinden b. Giesen, am 1. 6. 07 pens.

Brigade Elsaß-Lothringen.

f. B. Ringel, Reichenholz, am 15. 6. 07 nach Großlittersdorf vers. — b. B. Jasula, Hirsingen, am 21. 6. 07 nach Ruprechtsau vers. — f. B. Hausmann, Großlittersdorf, am 15. 6. 07 nach Reichenholz vers. — f. B. Rauscher II, Diedenhofen, am 1. 7. 07 nach Wollmeringen Kreis Diedenhofen-Ost vers. — Wiesfeldwibel Schirmann v. 2. Oberhein. Inf.-R. 99 am t. 6. 07 als i. H. nach Wörth zur Probendienstleistung einberufen. — Sergeant Burdard vom Bayer. 2. Feldart.-R. „Horn“ am 1. 6. 07 als i. H. nach Obertraubach zur Probendienstleistung einberufen. — Sergeant Appel vom Bayer. 2. Illan.-R. König am 1. 6. 07 als i. b. G. nach Rerzweiler zur Probendienstleistung einberufen.

Ehrentafel.

Von Wilderern erschossen.

In der Nacht vom 20. zum 21. Mai 1907 wurde in der Nähe des rheinischen Städtchens Gualgesheim Kamerad Bombay im Kampf mit Wildbienen erschossen.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Was soll der Privatmann und die Frau wissen? Kurzer praktischer Ratgeber in Grundbuche, Vormundschafts-, Nachlass-, Testamenten-, in Fragen des bürgerlichen Rechts sowie in Prozeß-, Zwangsversteigerungs- und Konkursachen nebst Handverlegeteile und einen Anhang, bearbeitet von Hermann Jenzschewitz, Amtsgerichtsekretär in Fischhausen Ostpr. Im Selbstverlag. Bei Einfindung von 60 Pf portofreie Zustellung.

Ein ehemaliger Unteroffizier, der seit 23 Jahren sich im Gerichtsdiens befindet, hat einen kleinen Führer durch die verschiedenen Rechtsgebiete geschaffen, der sich durch leichte

Verständlichkeit auszeichnet und dessen Brauchbarkeit durch die beigelegten Muster zu betragen usw. erhöht wird.

Bilder aus dem Erossener Obergau nebst einem Anhang: Die wichtigsten Wanderlinien bei Erossen von G. Lübbcke, Oberlehrer. Mit einer Ansicht der Stadt Erossen, 5 Kartenstücken und einem Anzeigen-Anhang. Erossen a. O. 1902. Verlag von Richard Seidler. Preis 1 M.

Wir freuen uns dieser schönen Gabe und wünschen, daß recht viele Nichterossener sie benutzen, um die Schönheit des Erossener Landes und die Güte des Erossener Weines zu studieren.

Auskunft.

Kam. Oberwachtm. P. in H. Vernehmung der Schnell-(Eil-) Züge auf Militärfahrkarten. Nach einem Erlaß des preussischen Kriegsministeriums vom 6. 5. 07, den wir in seinem Wortlaut auf Seite 100 der vorliegenden Nummer zur Kenntnis unserer Leser bringen, wird den beurlaubten Militärpersonen vom Feldwebel abwärts die Benutzung der Schnell-(Eil-) Züge auf den preussischen Staats-eisenbahnen allgemein zum Militärfahrpreise mit Ausschluss der Festzeiten freigegeben. Wiliten können auch die Mannschaften der Gendarmen zu den freigegebenen Zeiten die Schnell-(Eil-) Züge benutzen, ohne wie bisher die besondere Genehmigung vorlegen zu müssen.

Rr. 64. — Bg.

Kam. Gend. Wacht. W. in Rad K. Getränkeverabfolgung an Logiergäste. Wer nur an die bei ihm wohnenden (in Kost und Logis eingemieteten) Personen — in der Wafelkassan an seine Aurgäste — Getränke verabfolgt, bedarf keiner Schankerglaubnis. Es findet kein Ausschank statt. Jedgelage unter Beteiligung von Personen, welche nicht bei demselben Vermieter in Kost und Logis stehen, dürfen jedoch nicht oerantwaltet werden.

Rr. 42a. C—p.

Kam. F. Wachtm. M. in D. 1. Adlerabzeichen der Forstbeamten öffentlicher Anstalten. Den Forstbeamten öffentlicher Anstalten ist das Tragen des zur Uniform der königlichen Forstbeamten gehörigen fliegenden Adlers als Abzeichen an Hut oder Mütze nicht gestattet. Wie weit ihnen das Tragen des Wappensadlers mit der Krone, wie er für städtische Polizeiregierungsbeamte vorgeschrieben ist, zusteht, ergibt sich aus dem Allg. Erlaß vom 11. Oktober 1899. — W. 203. — Mit Strafanzeige gegen Forstbeamte einer öffentlichen Anstalt (A. B. Landwirtschaftskammer) auf Grund des § 300 a StGB. vorzugehen, erscheint indessen so lange bedenklich, als nicht zunächst die anstellende Stelle auf das Unzulässige hingewiesen ist und diese Veranlassung genommen hat, ihren Forstbeamten das Tragen des fliegenden Adlers zu untersagen. Sie werden zweimäßig Ihrer Zivildienstbehörde über die Angelegenheit Meldung zu erstatten haben, die sich dann wohl mit der anstellenden Anstalt in Verbindung setzen wird.

2. Gefangenen-Sammeltransporte. Die neuen Vorschriften über die Gefangenen-Sammeltransporte auf Eisenbahnen vom 8. Dezember 1906 sind mit Min. Erl. vom 22. 12. 06 auf Seite 63 des Min. Bl. i. Verw. Nr. 2 veröffentlicht. Sie können das Blatt auf dem Landratsamte einsehen.

3. Freiwillige Invalidenversicherung. Nur die in § 14 des Invalidenversicherungsgesetzes genannten nicht versicherungspflichtigen Personen sind berechtigt, sich freiwillig zu versichern. Eine Ehefrau, die keine gewerbliche Beschäftigung hat, ist danach nur dann versichert, wenn sie vorher eine Beschäftigung hatte, die sie zum Ableben berechtigte.

4. Anmeldepflichtige Verammlung. Zum Begriff der Verammlung gehört es keineswegs, daß durch einen Vorsitzenden die Verhandlungen förmlich geleitet werden. Wenn aus der Bitte der auf öffentliche Einladung hin erschienenen Personen „vom Viertische“ aus Neben über öffentliche Angelegenheiten gehalten werden, so ist sowohl der Unternehmer (Einberafer) wie der Wirt, der den Raum zur Verfügung gestellt hat, wie auch jeder Redner nach § 12 des Vereinsgesetzes zu bestrafen. Haben Sie auf die ganz richtig erstattete Strafanzeige hin nichts über die erfolgte Bestrafung erfahren, so tragen Sie der vorgesetzten Zivil-dienstbehörde den Fall vor mit der Anfrage, ob nicht oan der Staatsanwaltschaft Auskunft über das Ergebnis der Ermittlungen einzugehen wäre.

Rr. 40. — C.

Kam. 6. G. J. in F. Ersuchen der Staatsanwaltschaft. Wenn die Staatsanwaltschaft Sie ersucht, in einer bestimmten Angelegenheit selbständige Ermittlungen nicht mehr anzustellen, so müssen Sie diesem Ersuchen selbstverständlich nachkommen. Trotzdem aber werden Sie alle in Betracht kommenden Tatsachen, welche ohne Ihr Zutun zu Ihrer Kenntnis gelangt sind, der Staatsanwaltschaft mitteilen dürfen.

Rr. 34. — A.

Kam. 6. W. C. in M. Anrede des Oberwachtmeyers a. Pr. Es besteht u. E. kein Zweifel darüber, daß der Oberwachtmeyser a. Pr. von den ihm unterstellten Gendarmen mit „Herr Oberwachtmeyser“ anzureden ist.

Rr. 64. — A.

Kam. F. W. P. in J. Reisegebührenliste innerhalb des Dienstbezirks stehen nach P. 1. Ziffer 78/79 dem Gendarm nur dann zu, wenn es sich um seine gerichtliche Vernehmung als Zeuge handelt, nicht aber bei Ausföhrung von anderen Ersuchen der Gerichte.

Rr. 18. — B.

Kam. F. Wachtm. H. in D. Verordnungsfrist. Ein Reklript vom 2. März 1827 (abgedruckt in v. Kamptz' Annalen XI, 168) bestimmt für die alten Provinzen des preussischen Staats, mit Ausnahme der Rheinprovinz, für welche ein besonderes Reklript unter dem 15. Juni 1822 (v. Kamptz' Annalen VI, 415) ergangen war, folgendes:

„Die königliche Regierung hat anzuordnen:

1. daß es zwar bei der Vorschrift, nach welcher niemand vor Ablauf von 72 Stunden nach seinem Ableben beerdigt werden darf, der Regel nach verbleiben müsse;
2. daß aber ein früheres Beerdigen außer den Fällen, wo ein solches sogar geboten sei, wie z. B. bei Epidemien pp., auch in den Fällen nachgegeben werden könne, wenn:
 - a) entweder ein approbierter Arzt oder Wundarzt bezeugt, daß die Leiche alle Spuren des wirklichen Todes an sich trage,
 - b) oder an Orten, wo kein Arzt ist, der Bürgermeister oder der Dorfschulze mit zwei erfahrenen Männern mit Rücksicht auf die in dem Gutachten des Obercollegium Sanitatis vom 31. Oktober 1794 angegebenen Vorsichtsmaßregeln die Verhältnisse untersucht und die frühere Beerdigung gestattet hat.“

Für die einzelnen Regierungsbezirke sind hiernach besondere Polizeiverordnungen erlassen.

Ver. 2a. — O. S.

An Amtsvorsteher R. in B. a) Verschänte Schankerbauis. Die Bezeichnungen halber und Dreiviertelschank, die wir in Nr. 2 des „Gendarm“ auf Seite 37 erläutert haben, sind weder gesetzlich noch amtlich eingeführt. Sie entsprechen lediglich einer bei einigen Behörden, insbesondere solchen mit umfangreichem Geschäftskreise, der Rüge halber eingeführten Übung. Selbstverständlich sind alle möglichen Abstufungen zulässig. Es wäre aber unpraktisch, für all die verschiedenen Möglichkeiten, wie Sie vorschlagen, ähnliche Bezeichnungen, z. B. $\frac{1}{8}$ Schank, $\frac{1}{4}$ Schank einzuführen. Die mit Geschäften überlasteten Behörden haben die Bezeichnungen $\frac{1}{2}$ Schank und $\frac{1}{4}$ Schank für die täglich vorkommenden Arten des Schanks gewählt, um nicht täglich einige Duzend Mal schreiben zu müssen: „Ausgang von Wein, Bier und Kaffee“ oder „Ausgang von Wein, Bier, Kaffee, Rum, Arrak, Cognak und seinen Bildern“.

In Ortschaften mit weniger als 15 000 Einwohnern und in Orten, wo durch Ortsstatut auch zum Ausgang von Wein und Bier und anderen nicht zum Branntwein oder Spiritus zu zählenden geistigen Getränken (z. B. Obstwein) der Radweins ein Bedürfnis gefordert wird (§ 33 Abs. 3 b GewO.), wird im einzelnen zu prüfen sein, für welche dieser Getränke ein Bedürfnis zum Ausgang vorliegt. Man wird beispielsweise für Obstweinsorten das Bedürfnis zum Bierausgang verneinen können.

b) **Saisonkonzessionen.** Konzessionen sollen nach § 40 GewO. zwar nicht „auf Zeit“ erteilt werden. Hierunter ist aber zu verstehen, daß bei Erteilung der Konzession nicht ein bestimmter Tag des Erlöschens festgesetzt werden darf; eine für das Sommer-

oder Winterhalbjahr erteilte, mit dem Eintritt der betreffenden Jahreszeit von selbst wieder gültige Erlaubnis ist damit nicht verboten. Für ein großes Gartenlokal, das im Winter verödet ist, oder für ein Lokal, in dem vorzugsweise im Winter ein Besuch (zu Ballen, Konzerten, Theatervorstellungen, Versammlungen) zu erwarten ist, kann man auch von einem nur für die betreffende lebhaftere Saison vorliegenden Bedürfnis reden.

Nr. 34 — n.

An Kam. d. W. R. in R. 1. Gehaltsaufbesserung. Die Gehaltsaufbesserung auf 1900 M ist mit Rückwirkung vom 1. April 1907 ab in Kraft getreten. Die Zahlung des Mehrbetrages erfolgt voraussichtlich zum 1. Juli d. J.

2. **Ruhegehalt.** Allen nach dem 1. April in den Ruhestand versetzten Kameraden, die zunächst — solange die Gehaltsaufbesserung zu 1 auch nicht als Gesetz veröffentlicht war — nach ihren bisherigen Gehaltslägen pensioniert worden sind, wird der Unterschied zwischen dem alten und neuen Ruhegehalt für die Zeit von der Versetzung in den Ruhestand, außerdem das höhere Gehalt vom 1. April ab bis zum Eintritt in den Ruhestand nachgezahlt werden.

3. **Wildernde Hunde in der Rheinprovinz.** Nach einem Erbtz vom 18. August 1814 sind in der Rheinprovinz die Förster, nicht aber der Jagdberechtigte, berechtigt, wildernde ungenüpfte Hunde zu töten. Dem Jagdberechtigten steht aber nach § 65 PrAL. II, 16 die Befugnis zu, ungenüpfte gemeine Hunde, die auf seinem Jagdrevier umherlaufen, zu töten. Wertvolle Hunde sind von der Tötung ausgeschlossen.

Nr. 63. — O. S.

Kam. ber. Gen. G. in B. Verwerdungen am Anstellung im Zivildienst oder um Vornennung (Notierung) im Bewerberverzeichnis dürfen nur von solchen Personen angenommen werden, die den Zivilverorgungsschein tatsächlich bereits erworben haben. Vornennungen auf Grund einer Weiseneigung, daß der Bewerber zu einem bestimmten späteren Zeitpunkt den Zivilverorgungsschein erhalten werde, sind unzulässig. (Vahn und Rienaber, Anstellungsgrundsätze, Teil I, § 14, Anmerkung 1.)

Nr. 134. — Bg.

Kam. F. Wachtmeister G. in M. Erdmograph oder Seismometer heißt wörtlich „Erdschütterungsmesser“; das Wort kommt vom griechischen *seismos* (geirr. seismos), d. i. Erschütterung, Erdschütterung. Das Instrument dient einmal zur Messung der Richtung, wo die Erdschütterung stattfindet, dann aber auch der Stärke, in der sie auftritt. Die Konstruktion der Seismometer weicht im einzelnen etwas voneinander ab. Im allgemeinen bestehen sie aus einem nach allen Richtungen hin leicht beweglichen Pendel, das mit einem Uhrwerk in Verbindung steht oder durch elektromagnetischen Strom in Bewegung gesetzt wird und durch Striche mit Bleistift Beginn, Richtung und Stärke der Erdschütterung auf Papier zeichnet.

Nr. 116. — B. L. H.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm.“ — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Eberfeld.

Nr. 5.

Verantwortl. Schriftf. Hr. Frey Gerßbach zu Berlin.

1907/08.

Das Revieren des Polizeihundes.*)

Unter Revieren des Polizeihundes versteht man das Absuchen von Gärten, Gehöften und solchen Geländeteilen, die von den Polizeibeamten nicht zu übersehen sind, sowie auch ständiges Absuchen unsicherer und dunkler Stragenteile und Plätze zur Nachtzeit. Ein Hund, der gut reviert, ist nicht hoch genug zu schätzen; denn gerade beim Revieren ist man nicht nur auf die gute Ausbildung des Hundes, sondern auch auf dessen Intelligenz angewiesen.

Einem Hunde das Revieren beizubringen, ist gar nicht so einfach, zumal nirgend eine Anleitung dazu gegeben ist. Darum möchte ich an dieser Stelle einige kleine Winke geben, bei deren genauer Beachtung man sich einen guten Revierier heranzubilden kann.

Ist der Hund in der Dressur so weit vorgeschritten, daß er am Fuß folgt, verlorene und versteckte Gegenstände sucht und gut apportiert, so gehe man mit ihm ins freie Gelände. Dasselbst bereite man den Hund vor, daß er auf das Kommando „vornwärts“ vor dem Lehrer herläuft und auf Kommando „hierher zurück“ seinen Platz am Fuß wieder einnimmt. Macht er diese Übung willig, dann nehme man einen Gehilfen mit, welcher auf dem Weg, welchen man einschlagen will, einen gut sichtbaren Gegenstand hinlegt, etwa einen Hut, ein Taschentuch o. dgl. Darauf belege man den Weg mit dem Hund am Fuß; ist man nun etwa auf 20 bis 30 Schritt an den Gegenstand herangekommen, so erfolgt das Kommando „vornwärts revieren!“ Läuft der Hund dann vor, so treibt man ihn unter ständiger Anweisung „revieren“ und Hinzeigen mit ausgestrecktem Arm zum Suchen an.

Hat der Hund den Gegenstand bemerkt und nimmt denselben auf, dann muß er ihn apportieren. Dieses wird er wohl in

den meisten Fällen tun, wenn der Gegenstand dem Hund schon früher als Such- und Apportierstück bekannt ist. Nimmt der Hund den Gegenstand nicht auf, dann führe man den Hund an denselben und rege ihn zum Aufnehmen desselben an. Dieses wiederhole man nun so lange, bis der Hund den Gegenstand allein auf Kommando „vornwärts revieren!“ aufnimmt und seinem Herrn oder Lehrer bringt. Unter solcher Anleitung wird jeder Hund in 2—3 Wochen bei täglich einstündiger Lehrzeit lebhaft revieren.

Zeit muß zur weiteren Übung der zu suchende Gegenstand öfter gewechselt und abseits von dem Wege hingelegt werden; ferner muß man zu Kleidungsstücken fremder Personen übergehen und endlich nach Personen suchen lassen. In letzterem Falle muß man darauf achten, daß der Hund die Spur der Person aufgenommen hat, ehe er an die Person herankommt; wenn nicht, verweise man ihn darauf! Personen sowie auch große Gegenstände, welche der Hund auf seinem Reviergang antrifft, muß er verbellen, und zwar so lange, bis sein Führer am Hundort angekommen ist. Bei dem ganzen Lehrgang belobe man den Hund sehr, wenn er seine Sache richtig ausgeführt hat; er wird sich dann bei der nächsten Übung desto williger und eifriger zeigen.

Außerdem hat man von Anfang an darauf zu achten, daß der Hund sich auf seinem Reviergang nicht zu weit von seinem Herrn entfernt. Es genügen in freiem Gelände 20—30 Schritt vollkommen; sobald er weiter geht, rufe oder pfeife man ihn zurück und lasse ihn nach einer Weile von neuem vorgehen. Ein zu weites Vorgehen könnte zur Folge haben, daß er auf eine interessante Spur käme und dieser dann nachgähe. Rufen und Pfeifen seines Herrn gingen dann achtlos an ihm vorbei und er würde auf diese Art seinem Herrn aus der Hand kommen. Ist es dem Hunde in solchem Fall einmal gelungen, zu entschlipfen, dann ist er für längere Zeit sorgsam zu bewachen; denn er wird sich ständig dem Zwang zu entziehen versuchen, um auf eigene Faust operieren zu können.

*) Deren Pol.-Gerat. Breitbach hatten mir gebeten, diesen Dressurpunkt zu behandeln. Hoffentlich werden dadurch viele Führer veranlaßt, dem Revieren mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als es bisher geschehen ist. Sollte einer der Führer noch weitere Ratschläge erteilen können, so bitten wir um Mitteilung derselben. Die Förderung des einzelnen muß der Allgemeinheit zugute kommen.

Das Revieren ist eine hochwichtige Sache für den Polizeihund, ganz besonders zur Nachtzeit. Von einem Hunde aufgefundenen Kleidungsstücke, Taschmesser, Einbrecherwerkzeuge u. dgl. können oftmals bei Verbrechen und Vergehen untrügliche Beweisgegenstände sein, ohne die das Verbrechen niemals ans Licht gekommen wäre.

An der Hand dieser Ausführungen mögen die Polizeihundführer sich einmal vergewissern, ob ihre Hunde auch tatsächlich solche Gegenstände apportieren oder ihre Führer auf irgend eine Art darauf aufmerksam machen. Andernfalls mögen die Führer die hier gegebenen Ratschläge einmal einer Probe auf ihre Brauchbarkeit unterwerfen.

Freitach,
Pol.-Sergt. in Oberlahnstein.

Dienstankweisung für die Polizeihundführer.

Der Artikel „Bedenken betreffs Führung von Polizeihunden“ in der letzten Nummer hat sowohl bei vielen Polizeiverwaltungen als auch bei höheren Polizeibeamten großes Interesse für die angeregte Frage hervorgerufen. Wir wurden gebeten, möglichst bald mehrere verschiedene Dienstankweisungen für die Polizeihundführer zu veröffentlichen, damit die Verwaltungen und besonders erfahrene Beamte Stellung zu den Bestimmungen der einzelnen Anweisungen nehmen können. Auf Grund der Ansprache soll sodann ein Muster zu einer Dienstankweisung ausgearbeitet werden. Im Interesse der Sache richten wir an die Verwaltungen, die bereits eine Dienstankweisung für Polizeihundführer ausgearbeitet haben, die dringende Bitte, uns eine Abschrift senden zu wollen.

Eine rückständige Stadt.

1.

In Würzburg wurde vom Magistratskollegium der Antrag auf Einführung von Polizeihunden abgelehnt. Es ist dies umso weniger begreiflich, als Würzburg an Verjeden und Schlupfwinkeln für lichtscheues Gefindel außer vielen an der Peripherie der Stadt liegenden größeren Privatgärten und mehreren sehr ausgebreiteten öffentlichen Anlagen (103 ha) einen die Altstadt und die neueren Stadtteile trennenden Anlagenürtel von allein 39 ha Fläche besitzt, wo besonders in den letzten Monaten die größte Unsicherheit geherrscht hat und mehrfach Raubankfälle vorgekommen sind.

II.

Fälle, in denen Polizeihunde nützlich oder notwendig gewesen wären.

1. In einem ziemlich isoliert stehenden Wirtschaftsanwesen eines äußeren Stadtteils ist schon mehrmals eingebrochen worden. In einer finsternen Nacht bemerkt der Wenden patronatierende Schutzmänn einen verdächtigen Lichtschein in dem Gastzimmer. Der Schutzmänn geht an das Anwesen heran, das Licht erlischt und durch ein nach der andern Seite gegen den Hof zu liegendes Fenster springt der bis heute unbekannte Einbrecher, in einem Päckchen unter dem Arm seine Beute tragend. Der Schutzmänn verfolgt, aber der Einbrecher flüchtet und entkommt in die am Festungsberg gelegenen Ludwigsanlagen. Ein Hund als Begleiter des Schutzmänn hätte den Einbrecher nicht bis in die Anlagen entkommen lassen, zum mindesten aber in diesen den Flüchtling aufgespürt und gestellt, bis sein Führer nachgekommen, den Dieb festgenommen und demselben seinen Raub wieder abgejagt hätte.

2. Ein Schutzmänn bemerkt in einer dunklen Nacht in einer Straße der äußeren Stadt einen Mann mit einem Sad auf dem Rücken, was verdächtig schien. Auf Zuruf macht der Gestellte kehrt und eilt nach dem freien Feld zu; dem verfolgenden Schutzmänn gelingt es, näher zu kommen. Da läßt der Mann den Sad fallen und entkommt, um seine Würde erleichtert, über die den Fluß überschreitende Eisenbahnbrücke. Der Sad war gefüllt mit den schönsten in einem abgeloßenen Postraum zum Trocknen aufgehängt gewesenen Wäscheftücken.

3. Ein Schutzmänn steht an den Glacisanlagen und vernimmt einen größeren Lärm, der immer näher kommt. Der Schutzmänn stellt sich deshalb zur besseren Beobachtung hinter ein Geträuch. Da plötzlich ein Krach! Die in der Nähe brennende öffentliche Laterne ist zertrümmert. Der Täter nimmt Reißaus in die schlängelnden Anlagen, kommt in die Nähe des Verstecks des Schutzmänn und bleibt davor stehen, jedenfalls, um den Erfolg seiner Tat zu beobachten. Aber der Arm der Berechtigten ist nahe und ergreift ihn am Genick. Ein kräftiger Ruck bringt den Erschrockenen zwar aus der Obhut des Schutzmänn, dafür aber auch seinen wertesten Körperteil in den Schoß der Mutter Erde. Ein wiederholtes Zugreifen des Geseßewächters, ein Schlagen, Ringen, Sich-entwinden und Entkommen des Täters; hinter ihm her der Verfolger! Eine im Plan stehende Glacisbank wird angerannt und umgeworfen; der Flüchtling stürzt, kann sich aber sogleich wieder erheben, um auf Zimmerwiedersehen im Dunkel der Anlagen zu verschwinden. Der verfolgende Schutzmänn dagegen höft mit voller Wucht sein Schienbein gegen die umgestürzte Wand, kommt natürlich hierbei auch zu Fall und muß die weitere Verfolgung einstellen. Acht Tage Dienstunfähigkeit mahnen ihn an die Erlebnisse der schönen Maiennacht!

4. Es ist wohl besser, ein Hund fällt dem Messer oder Revolver des Dingstg zu machenden Verbrechers zum Opfer, als ein Mensch, ein Beamter, der seiner Pflicht genügen will. Und wie leicht wäre dies vor kurzem zwei Kriminalschutzeuten passiert, als sie in einer Wirtschaft einen „schweren Jungen“ ausheben und auf die Wache bringen wollten. Dieser weigerte sich, das Messer in der Hand, freiwillig mitzugeben, stieß, als Hand an ihn gelegt wurde, die schwersten Drohungen aus und schlug und stach mit seinem Messer um sich. Zu Boden gerungen, konnte ihm erst von einem zu Hilfe eilenden dritten Kriminalschutzmann das Messer entwunden werden. Jeder der drei Schutzeute hatte aber sein Teil: Schläge und Tritte, Schnittwunden und Stiche. Das hier gewiß mit volstem Recht eingreifende Geheiß eines Hundes hätte den Rasenden wohl am ehesten und ohne besondere Gefahr für das Leben des Schutzmanns zur Vernunft gebracht. Ein einziger Schutzmann hätte mit einem Hund die Festnahme schneller durchzuführen vermocht als die drei Beamten unter Gefahr ihres Lebens.

5. Ein Schutzmann, der nachts zwei auf der Straße laufende Rowdys trennte und, als der eine sich nicht beruhigen ließ, diesen verhaften wollte, wurde von demselben ohne weiteres tödlich angegriffen. Beim Ringen auf dem Boden gewann der Rowdy die Oberhand, zog dem Schutzmann den Säbel aus der Scheide und schlug ihm damit die Nase fast vollständig ab.

Solche und noch viele ähnliche Vorfälle sind passiert in einer Stadt, welche die Einführung von Polizeihunden abgelehnt hat.

Büzburg, im April 1907.

Carl Martin.

Hundepflege.

Petroleum als Heilmittel gegen Milbenräude der Hunde empfiehlt Tierarzt Altmann Gardelegen in der Berliner tierärztlichen Wochenschrift. Einzelne leicht zugängliche Erkrankungsherde wurden von ihm durch Exstirpation größerer Hautstücke erfolgreich behandelt. Aber überall konnte er diese Therapie nicht anwenden. Er hatte bei seinem eigenen Hunde 8 Monate lang die verschiedensten Medikamente zur Anwendung gebracht, mit dem Erfolge, daß die behandelten Stellen nicht nur nicht abheilten, sondern immer mehr an Umfang zunahmen und neue Stellen auftraten. Er versuchte nun noch ein letztes und verfiel dabei auf ein Hausmittel, das Petroleum. Der Erfolg war großartig. Nach zweimaligem Einreiben mit den Fingern auf die erkrankten Hautstellen war der Hund geheilt und ist bis jetzt nach 1/2 Jahren gesund geblieben. Das Heilmittel muß reines Petroleum sein. Nach 4—5 Tagen wurde der Hund in lauwarmem Wasser mit Seife gebadet. Bei nachheriger Untersuchung waren Milben nicht mehr wahrzunehmen. Altmann warnt davor, auf einmal große Hautflächen mit Petroleum ein-

zureiben, weil das Petroleum eine starke Reizung der Haut hervorruft und den Tieren große Schmerzen bereitet. Er empfiehlt daher, bei großer Ausbreitung der Marastäude erst die eine Hälfte, am andern Tage die andere Hälfte der Krankheitsherde und am dritten Tage alle Stellen noch einmal einzureiben. J. u. F.

Polizeihundprüfung.

Die Kynologische Gesellschaft des Ostens (Société Canine de l'Est) veranstaltet Ende Juli in dem bekannten französischen Badeort Vittel (Vogesen) ihre zweite internationale Polizeihundprüfung, für die Silberpreise im Werte von 5000 Franken ausgesetzt sind.

Polizeibeamte und Liebhaber, die daran teilnehmen wollen, werden gebeten, möglichst sofort von dem Sekretariat (6 rue Girardet, Nancy) das Programm und Reglement einzufordern, das ihnen dann sofort zugesandt wird.

Allerlei.

Zur Heilbronner Dressurprüfung. Herrn v. Stephanitz hat die Notiz über die Heilbronner Dressurprüfung in Nr. 1a des „Polizeihund“ anscheinend sehr aufgeregt, weil die zum Ausdruck gebrachten Annahmen wahrscheinlich den Nagel auf den Kopf getroffen haben; denn er schreibt: „Im ‚Polizeihund‘ fährt Kommissar Kappe fort, sich an den Spezialvereinen und deren Wirken für die Polizeihundsache zu reiben. Wir können den Herrn an seinem eigenartigen Vergnügen nicht hindern, glauben aber nicht, daß dies Verhalten der Sache und den Fortschritten der Polizeihundbewegung dienlich ist. Wenn aber Herr Kappe nach den Gründen forscht, die die Stuttgarter Diensthunde von einer Beteiligung an unserer Heilbronner Prüfung abgehalten — Herrn Kappes geschäftliche Verbindung zum Stuttgarter Polizeiamt ist uns wohlbekannt — und darunter folgendes anführt: „Die Stuttgarter Polizei-Verwaltung wird eben nicht den Versuch gefühlt haben, ihre Diensthunde für Parade- und Reklamezwecke zugunsten eines einzelnen Züchtervereins zur Verfügung zu stellen“, so bedeutet diese wider die Arbeit der Spezialflüß gerichtete Unterstellung aus dem Munde des Herrn Kappe eine Ungehörigkeit, die nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Als mildeßn könnte höchstens in Betracht kommen, daß die Geschäftskynologie in Herrn Kappes Gegend ihm noch keine Gelegenheit geboten, die Bestrebungen für eine Sache arbeitender Sportvereine kennen zu lernen.“

Es ist recht bezeichnend, daß der Herr v. Stephanitz auf die Sache selbst nicht eingeht, dafür aber durch unwahre Behauptungen mich persönlich herabzuwürdigen versucht; denn ich habe festzustellen:

Es ist unwahr, daß ich mich an Spezialvereinen und deren Wirken für die Polizeihundschafe reise. Wahr ist dagegen, daß ich die Polizeihundschafe, soweit mir irgend möglich, fördern helfe.

Es ist unwahr, daß ich mit dem Stuttgarter Polizeiamt in geschäftlicher Verbindung stehe oder gestanden habe.

Es ist unwahr, daß die Annahme, welche im „Polizeihund“ durch den Satz: „Die Stuttgarter Polizei wird eben nicht den Beruf geführt haben, ihre Diensthunde für Parade- und Kellamezwecke zugunsten eines einzelnen Jächtervereins zur Verfügung zu stellen“, ausgesprochen worden, eine aus meinem Munde wider die Arbeit der Spezialklubs gerichtete Unterstellung ist.

Jeder unbefangene Leser ersieht hieraus, mit welchen Mitteln der Vorfigende des S. V., Herr Rittmeister a. D. von Stephanitz, gegen meine Person zu kämpfen beliebt. Es erübrigt sich daher, auf seine weiteren Ausführungen einzugehen; nur möchte ich diesen Herrn hier öffentlich fragen, wer von uns beiden Geschäftssynologie betreibt.

Rappe, Polizei-Kommissar.

Der Wredale. Ein Beitrag zur Rassenfrage. Herr v. Otto schreibt in seiner Zeitschrift: „Bei aller Hochachtung vor dem Schäferhund, dessen Eigenart als geborener Wüter und Polizeihund selbst der Wredalesanalist nicht verkennet, bei aller Wertschätzung des so treuen Schutzhundes Boxer und des in Treue grimmtigen Rottweilers, des eleganten und flotten Dobermanns, der Schäferhund und Terrier in glücklicher Weise verbindet, muß man bekennen: es gibt nur einen Wredale. Der Schäferhund ist uns überaus nützlich, weil sein Verlangen und Instinkt mit unseren Intentionen übereinstimmt, der Boxer verbindet Kraft mit maßvoller Klugheit; aber das energische Temperament, nur durch den Wunsch gezügelt, dem Herrn zu dienen, in diesem aufzugehen, das ist unser Wredale. Man mag Bücher über ihn schreiben, seine vielseitigen Anlagen rühmen, worin ihm unter Jagd-spezialisten nur der Spaniel gleichkommt, seine Leistungen und Verwendbarkeit auf allen Gebieten preisen, alles wurzelt in der einen Kardinaltugend: sein Eifer, seine Arbeitsfreudigkeit geben auf im Herrn, den er respektiert. Nur durch diesen und für diesen gewinnen alle Dinge der Außenwelt für den Wredale an Bedeutung. Unwiderruflich, ohne Gelfitte nach Umkehr, gibt er sich mit Leib und Seele. Er verleugnet seine „hündische“ Sippe, um begreifester Diener des Herrn zu sein. Diese Kardinal-eigenschaft hatten wir schon erkannt, als wir vor 12 Jahren den Wredale als Kriegshund empfahlen. Wenn wir denselben als Kriegshund damals einzuführen suchten und ihn heute als nützlich zum Polizeihund, namentlich in der Vorstadt empfehlen (den Schäferhund auf dem Land), so war es nicht unsere Absicht eine strategische Tat zu vollbringen. Wir möchten sagen: „Im Gegenteil“, um — sonst wenig jungfräulich angelegt — mit der Jungfrau von

Orleans zu sagen: „Kümmert mich der Zwist der Völker?“ Der Kriegshund ist uns ebenso wie der Polizeihund nur Mittel zum Zweck, durch beständige Verwendung im Dienst die Intelligenz zu heben, der Rasse zur Verbreitung und Anerkennung zu verhelfen. Indirekt dienen die Polizei wie die Kriegshunde führenden Bataillone unserer Rasse und deren Hochachtung; dafür sollen sie auch billigerweise ihre Gegenleistungen erhalten.“

Zu unserer Abbildung in Nr. 4. Auch in Lübeck schenkt die Polizeibehörde den Polizeihunden immer mehr Beachtung. Der Schutzmann Kugner war einer der ersten, die sich einen Hund zum Polizeidienst abrichteten. „Greif“ hat schon oft mit Erfolg gearbeitet. Anfang Februar stellte er einen Kellnerlehrling, der in einem Wächterzimmer Feuer angelegt hatte. Besonders bewährt er sich auf Streifen. Die Hündin „Vella“ ist noch nicht ganz abgeführt; doch hat sie schon öfter gezeigt, daß in ihr ein guter Kern steckt.

Im Zoologischen Garten zu Berlin werden zurzeit folgende Hunderrassen gehalten: 1,0 Haushund, Mischling mit Wölfen, 6 deutsche Doggen verschiedener Farben, 1 Paar schwarze Keuhundländer, 12 Tibetische verschiedener Alters, 1 Paar Polarschlittenhunde von der Gauß-Expedition, 2,1 weiße sibirische Schäferpudel, 1 Collie-Hündin, 3,1 Riesländer Warden, 1 Fogo-Hündin, 1 Kamerun-Hündin, 12 Kongo-hunde verschiedener Alters, 1 Paar weiße Fafschhunde mit 5 Jungen.

Die Polizeihündin Kelly-Keil (Wredale) des Pol. Sergt. Wötter in Weimar warf nach Herrn Rappes Votico von Reheim 4,2 Welpen. Da die Eltern tadellose Polizeihunde sind, dürften die Welpen sich hervorragend zu Polizeihunden eignen.

Es erwarben junge Schäferhunde zur Ausbildung als Polizeihunde: Pol. Wachtmstr. Waffer-Effen, Wob. Wachtmstr. Hohberg-Laurahütte (Ob.-Schles.), Pol.-Sergt. Lehmann-Wonn, Schutzmann Lau-Frankfurt am Main, Pol.-Kom. Damm-Swinemünde.

Wüherschau.

Jeß, Dr. Th., Streifzüge durch die Tierwelt. In farb. Umschlag. Preis 1 M., Stuttgart, Verlag des Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde.

Auch dieses Buch ist wie die früheren Bände des so schnell bekannt gewordenen Verfassers von „Ist das Tier unvernünftig?“ und „Tierfabeln“ der Erforschung des Tieres, namentlich seiner seelischen Eigentümlichkeiten, gewidmet. Es sind meist Fragen, über die bisher so gut wie gar keine Hypothesen aufgestellt worden sind und deren Lösungsversuche deshalb jedermann interessieren werden.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 5.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Unser Garten- und Planwesen.*)

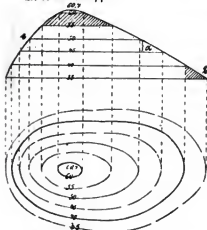
Von Oberfeuerwerker Bente-Verlin.

V.

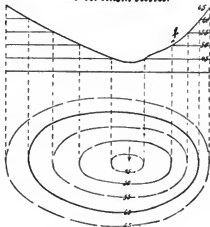
(Nachdruck verboten.)

Beispiele zur Darstellung von Schichtlinien

a. bei einem Kuppe.

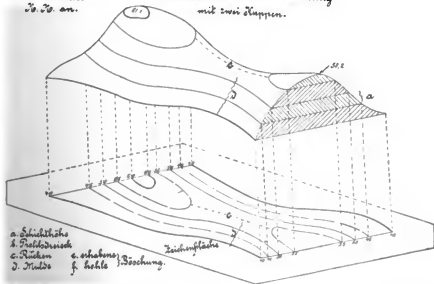


b. bei einem Kessel.



Die Zahlen geben
die Höhen an.
z. B. an.

c. bei einem Sattel in Verbindung
mit zwei Kuppen.



a. Schichthöhe
b. Profildruck
c. Rücken
d. Mulde

e. erhabene
f. hohle } Böschung.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 6. — 22. Juni 1907. — Seite 121/144. — 5. Jahrgang.

Juni						
S	M	D	M	D	F	S
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30						

Herausgeber:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wehlfahrt-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Juli						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abheften wird die Zeitschrift am Jahresabschluss nach
gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an die
Erschließung des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr M. 1,50.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Erschließungsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die Spaltenpreise für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Polizei und Publikum	122
M. vom 31. 5. 07 betr. die Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Dienstalter der in Subalternbeamtenstellen über- getretenen und noch übertretenden ver- sorgungsberechtigten Unterbeamten	124
M. vom 16. 1. 07 betr. die Ausstellung von Legitimationskarten für ausländische Saisonarbeiter	125
Aus den Parlamenten	126
Wer haftet der Behörde gegenüber für Ab- stellung von Polizeiwidrigkeiten?	126
Anstellung von Unteroffizieren mit einer längeren als sechsjährigen aktiven Militä- rdenkstufe bei der Schutzmannschaft in Domburg	127
Schusswaffengebrauch	128
Rundarten als Erkennungszeichen	128
Erlebnis und Erfahrung	130

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	132
II. Kammergericht	132
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	133
IV. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	134

V. Landgericht Krefeld	134
VI. Schöffengericht Berlin-Mitte	134
Polizeibericht	134
Berichtigung	134
Personalveränderungen	135
Bücherschau	136
Auskunft	137

II. Der Polizeihund.

Die Polizeihundprüfung in Herforn am 4. und 5. Juni 1907	139
Polizeihundprüfung	142

III. Haus und Herd.

Erbe und Blut	143
Rechtsprüfungen	143
Recht, Ordnung und Gesetz	144
Weltbürger-Kbc.	144
Hierdepflege	144
Rätsel	144

Wahrscheinliche. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 19. Juni 1907 abgeschlossen worden.

Polizei und Publikum.

Von Paul Thielemann.

(Nachdruck verboten.)

„Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahren zu treffen, ist das Amt der Polizei.“ —

Dieser bekannte § 10 im Teil II Titel 17 des Allgemeinen Landrechts gibt der Polizeibehörde die gesetzliche Pflicht und Befugnis, sowohl allgemein durch Polizeiverordnung als auch im einzelnen Falle durch Verfügung dasjenige anzuordnen, was zur Erfüllung jener Aufgaben erforderlich ist. Die Polizei hat demnach über die Befolgung der bestehenden Gesetze und Vorschriften zu wachen, zugleich aber in dem ihr zugewiesenen Dienstbereich die übrigen Staats- und Gemeindebehörden in ihren Amtshandlungen zu unterstützen, auf die Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung sowie auf die Beseitigung von Unständen hinzuwirken, weiter auch bei Unglücksfällen die erste Hilfe zu leisten. Schließlich haben nach § 161 der Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich „die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes strafbare Handlungen zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten.“ Sie würden sich sogar eines Verbrechens schuldig machen, wenn sie in der Absicht, jemanden der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterließen (RStrGB. § 346).

Man sollte meinen, daß eine Einrichtung, die ja nur das Wohl der Bevölkerung im Auge hat, sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen müßte. Daß dem nun nicht so ist, daß die Polizei sich vielmehr keiner besonderen Zuneigung des Publikums erfreut, ist leider nur zu gut bekannt.

Wenn die Polizei jenen verhaßt ist, die Grund haben, ihr aus dem Wege zu gehen, oder denen sie in ihrem unsauberen Handwerk störend entgegentritt, so ist dies wohl begreiflich. Es gibt indessen ganz ehrenwerte Leute, selbst in den vornehmsten Kreisen der Bevölkerung, die es als eine Beleidigung empfinden, wenn sich ihnen ein Polizist auch nur nähert, geschweige denn sie anspricht oder gar unabsichtlich berührt. Es ist ja freilich wahr, der Hüter der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommt nur zu oft in die Lage, in ganz

nahe Berührung mit dem Abschäum der Menschheit zu treten, er darf sich nicht scheuen, den mit Schmutz und Ungeziefer behafteten Bagabunden ganz fest anzupacken; doch das ist sein Dienst, zu dem allerdings ein sehr gesunder Magen gehört. Der Verkehr zwischen den Polizeiorganen und den Bauern und Landstreichern ist indessen keineswegs ein freundschaftlicher, während mancher, der sich scheut, einem Schutzmann, der gewissenhaft seine Pflicht erfüllt, nahe zu kommen, gewiß schon marchem Schurken freundschaftlich die Hand gedrückt hat.

Noch weitere Gründe sind es, die schuld daran sind, daß selbst der ordnungsliebende Teil der Bevölkerung keine Sympathie für die Polizei hegt. Der Hauptgrund liegt wohl darin, daß die Tätigkeit der Polizei in fast alle Lebensverhältnisse eingreift. Die Gesetze legen dem Staatsbürger mitunter schwere Pflichten auf, die er, wie es in der Natur der Sache liegt, gern vernachlässigen würde, wenn nicht eben der Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ihn an die Erfüllung seiner Obliegenheiten mahnte und nötigenfalls dazuwänge. Kein Wunder also, wenn dieser vermeintliche Störenfried nirgends gern gesehen wird; denn ein wenig Gesetzesübertretung hat selbst der beste Staatsbürger auf dem Gewissen.

Man sieht den Schutzmann daher lieber gehen als kommen, im Gegensatz zu dem allseitig so beliebten Geldbriestträger. Dieses Gefühl der Abneigung wird vielfach schon von Jugend auf großgezogen; das Kind, das auf der Straße weint und unartig ist, wird damit geschreckt, daß der Polizist es holen wird. Die heranwachsende Jugend, die in wildem Übermut die Straßen unsicher macht, kennt keinen ärgeren Feind als den Schutzmann. Er stört ihre Freuden, er verjagt sie von den besten Tummelplätzen, er führt sie der wohlverdienten Strafe zu; kurz alles Unheil kommt ihr von ihm, so daß es ihr den größten Spaß bereitet, dem Polizisten einen Schabernack anzutun, wie sie dies in Witzblättern leider oft genug abgebildet sieht.

Die Erinnerungen der Jugend bleiben im Gedächtnis und auch in reiferen Jahren wird der Staatsbürger sein von Kindheit auf großgezogenes Vorurteil gegen die Polizei bewahren, das sich in unbegründeter Mißachtung derselben, oft aber auch in be-

mußter Stellungnahme gegen sie äußert. Vielen ist die Polizei nur das Mittel, ihre Zwecke zu erreichen; sie verlangen von ihr alles mögliche und unmögliche. Gehorcht ihnen ein Diensthote nicht, ärgert sie ein böser Nachbar, sind ihnen die Kinder desselben ein Greuel, verläuft sich ihr Terrier, ist der Bürgersteig etwas glatt usw., so laufen sie zur Polizei. Doch wehe, wenn man die Wünsche solcher Räsoneure nicht auf der Stelle erfüllen kann! Dann können sie nicht genug über die Mißwirtschaft und Lausheit der Sicherheitsorgane losziehen. Zudem sind dies noch nicht die gefährlichsten Gegner der heiligen Herrmandad; die schlimmsten sind jene, die in Folge ihrer Stellung, ihres Ansees, ihres Reichthums wähen, außerhalb der Geseze zu stehen, die es aber einem Polizeiorgan gewaltig übelnehmen würden, wenn dieser auch bei „Mindervwertigen“ ein Auge zudrückt.

Die Unkenntnis der Obliegenheiten der Polizei und das sogenannte „natürliche Rechtsgefühl“, die viele Menschen, selbst den ruhigeren Teil des Publikums, bestimmen, nicht allein die Amtshandlungen der Polizeiorgane, wie sie das stürmische Leben der Großstadt mit sich bringt, oft nur auf bloße Vermutungen hin zu kritisieren, sondern vielmehr auch häufig diesen offen oder versteckt entgegenzuwirken, tragen auch sehr viel dazu bei, daß man so selten Gutes über die Hüter der öffentlichen Ordnung hört. Aus den freudigen Beifall der Menge kann der Beamte höchstens rechnen, wenn er jemanden mit Gefahr seines eigenen Lebens rettet. Sonst aber kann er zur Vermeidung der Gefahr, sonst für lässig zu gelten, bei Verhaftungen noch so gewissenhaft vorgehen, sobald er einschreitet, hat er nur zu oft das zusammenlaufende rechtshaberische, „weichherzige“ Publikum um sich und gegen sich. Später wird dann sein Verhalten in jedem Falle vom Richter oder Staatsanwalt, die sich von dem Vergang des betreffenden Vorfalles nur ein schwaches und bisweilen falsches Bild machen, an der Hand der in Betracht kommenden Gesezesbestimmungen geprüft und dabei leider nicht selten zu seinen Ungunsten entschieden. Sensationslüsterner Preßstimmen nehmen sich dann mit Behagen der Sache an und sorgen dafür, daß alles in das „richtige“ Licht gerückt wird. Was der Polizeibeamte auch tut, vor Tadel ist er nie sicher.

Freilich, wer mitten drin steht im Kampfe zwischen öffentlichen und egoistisch-privaten Interessen, der steht in einem brandenden

Meere. Daß hier und da Übergriffe vorkommen, daß mitunter sich ein gewisser barscher Kommandoton unliebsam bemerkbar macht, sei ohne weiteres zugegeben. Unablässig sind daher der Minister und die höheren Polizeibehörden bemüht, diesen herrischen Geist und seine Folgeerscheinungen durch strenge Erlasse, Strafanordnungen und ähnliches auf das energischste zu bekämpfen und die Organe der öffentlichen Sicherheit zu einer ruhigen, höflichen und zuvorkommenden Behandlung des Publikums zu erziehen.

Ein barsches, herrisches und überhaupt ein vom ersten Augenblick an scharfes Benehmen bewirkt gerade das Gegenteil dessen, was erreicht werden soll. Abmachungen und Erinnerungen sollen die Polizeibeamten in möglichst unauffälliger Weise bemerkstelligen. Das Anschreien, Drohen und Bestrafen mit der Hand, das Anfassen der Leute aus nichtigen Gründen u. dgl. ist nicht vornehm. Dieses Benehmen macht zunächst die Sicherheitsorgane lächerlich und ruft im weiteren Verlauf Widerseßlichkeit hervor, die dann gewöhnlich in Beamtenbeleidigungen ihren Abschluß findet. Nicht immer beklagt sich das Publikum über das, was angeordnet wird, sondern darüber, wie es angeordnet wird. Ein Mann kann durch unhöfliches Benehmen oft mehr verderben, als alle anderen durch das aufopferndste, ausgezeichneste Benehmen gutmachen können. Je unauffälliger der Posten Aufforderungen an jemanden richtet, je weniger er in solchen Fällen die Aufmerksamkeit der übrigen Passanten rege macht, desto williger wird der Betreffende Folge leisten. Je schonender der Beamte gegen das Publikum auftritt, je mehr er sich durch ernstes, ruhiges, würdiges, von jeder Leidenschaftlichkeit freies Benehmen als Organ des Gesezes dokumentiert, um so mehr kann er darauf rechnen, daß das Gesez in seiner Person geachtet werden wird.

Ebenso muß das Benehmen gegen Arrestanten, und seien diese noch so ausfallend, sowohl beim Transport als auch ganz besonders während der Haft stets ein ruhiges bleiben. Nie darf der Beamte sich zur Leidenschaftlichkeit gegen einen Arrestanten hinreißen lassen, da er sich sonst mit demselben auf gleiche Stufe stellen würde. Einen Arrestanten schlagen, wäre eine Noheit und Gemeinheit schon deshalb, weil jeder Arrestant wehrlos ist. Gewalttätigkeit gegen einen Wehrlosen ist aber ebenso verächtlich und eines Polizeibeamten

unwürdig wie Feigheit vor einem Bewaffneten.

Möge der Polizeibeamte nie vergessen, daß er stets unter der Kontrolle der Öffentlichkeit steht! Er darf daher bei keiner Gelegenheit dem Publikum gegenüber die Ruhe verlieren. Freilich schwer, sehr schwer wird es ihm oft gemacht, nicht nur seitens der Kreise, wo Messer, Knüttel und Steinwürfe regieren, sondern auch seitens der gebildeten Rowdys; aber jeder, der sich dem schwierigen und verantwortungsvollen Polizeidienst widmet, muß eben in hohem Grade Selbstverleugnung besitzen und darf nie vergessen, daß das Wort eines gemeinen Menschen seiner Mannesehre nie abträglich werden kann.

Die rastlos arbeitende Gesetzgebungsmaschine stellt ständig und in erster Linie die Polizei vor neue Aufgaben. Der Polizeidienst ist infolgedessen keineswegs mechanisch, sondern erfordert einen klaren,

weiten Blick, eine scharfe Auffassungsgabe und ein streng rechtliches Urteilsvermögen. Der Außendienst erfordert des weiteren auch noch große körperliche Anstrengungen. Die Polizeibeamten sind bei Ausübung ihres Dienstes allen Unbilden der Witterung ausgesetzt. Hieraus folgt, daß der Polizeidienst neben den schweren, doch vornehmen Amtspflichten bei seinen Beamten eine nicht geringe Anzahl der wertvollsten persönlichen Eigenschaften voraussetzt, die, wenn sie ihnen nicht angeboren oder im Militärdienst an-erzogen sind, nur durch strenge Mannszucht und Selbstkritik erworben werden können. Je wirdevoller, je konsequenter und taktvoller die einzelnen Polizeiorgane auftreten, desto mehr werden sie und damit auch die Gesetze geachtet werden. Dann wird auch das Publikum immer mehr zu der Erkenntnis und Einsicht gelangen, daß die Polizei in Wahrheit sein bester Freund und Beschützer ist.

Ministerial-Erlasse.

Ministerial-Verfügung vom 31. Mai 1907 betr. die Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Dienstalter der in Subalternbeamtenstellen übergetretenen und noch übertretenden versorgungsberechtigten Unterbeamten.

1. Euer Hochwohlgeboren teilen wir umseitig ergebenst Abschrift des Allerhöchsten Erlasses vom 22. April 1907 mit, durch den die Bestimmungen, betreffend die Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Zivilbeamten, auf die in Subalternbeamtenstellen übergetretenen und noch übertretenden versorgungsberechtigten Unterbeamten mit Wirkung vom 1. Januar 1907 ab ausgedehnt werden. Für die Ausführung bestimmen wir folgendes:

2. Das Befolgungsdienstalter aller seit dem 1. Januar 1892 im Subalterndienst angestellten noch aktiven zivilversorgungsberechtigten ehemaligen Unterbeamten — einschließlich der ehemaligen Gendarmen und Schutzmänner — ist nach Ziffer 3 der am 14. Dezember 1891 Allerhöchst genehmigten Bestimmungen. — Min.-Bl. f. d. i. B. 1892 S. 80 — bis zur Dauer eines Jahres vorzudatieren, sofern die Beamten sich noch in der ersten von ihnen erlangten Subalternbeamtenstelle befinden. Sind sie inzwischen in eine andere Stelle übergetreten, so ist von der nachträglichen Anrechnung von Militärdienstzeit abzusehen. Als ein solcher Übertritt ist es nicht anzusehen, wenn Beamte aus der ersten Stelle in eine solche mit den gleichen Gehaltsätzen übergeführt worden sind.

3. Die Anrechnung von Militärdienstzeit erfolgt unabhängig und neben der nach Ziffer 25 der Gehaltsvorschriften zur Vermeidung einer Gehalts einbuße stattfindenden Vorrichtung des Befolgungsdienstalters.

4. Unberührt bleibt das Befolgungsdienstalter solcher ehemaligen Gendarmen und

Schutzmänner, die vor dem Inkrafttreten des Allerhöchsten Erlasses vom 18. Dezember 1895 — Min.-Bl. f. d. i. B. 1896 S. 40 — in den Subalterndienst übergetreten sind, und ferner das Befolgungsdienstalter solcher ehemaliger Unterbeamten, die ihre etatsmäßige Unterbeamtenstelle vor dem Übertritt in den Subalterndienst aufgegeben haben, weil in diesen Fällen Militärdienstzeit auf das Befolgungsdienstalter bereits angerechnet worden ist.

5. Die Vordatierung des Befolgungsdienstalters hat Wirkung vom 1. Januar 1907 ab. Danach kann beispielsweise einem Regierungskanzlisten, dessen Befolgungsdienstalter vom 1. April 1904 auf den 1. April 1903 vordatiert wird, der Gehaltssatz von 1800 M vom 1. Januar 1907 (nicht vom 1. April 1906) ab bewilligt werden. Nachzählungen für die weiter zurückliegende Zeit finden nicht statt.

6. Für die nach dem 1. Januar 1907 in den Ruhestand getretenen ehemaligen Unterbeamten, deren pensionsfähiges Dienstfeinkommen als Subalternbeamte sich durch die jetzt nachgelassene Anrechnung von Militärdienstzeit erhöht hätte, ist unter Zugrundelegung der erhöhten Sätze eine anderweitige Festsetzung der Pension vorzunehmen oder, soweit die Pension von uns festgesetzt ist, zu beantragen. Auch ist der erhöhte Gehaltsbetrag für die Zeit vom 1. Januar 1907 bis zum Tage des Übertritts des Beamten in den Ruhestand nachzuzahlen. Soweit die Beamten am oder nach dem 1. Januar 1907 verstorben sind, ist der Gehaltsunterschied und der Mehrbetrag an Grabsbezügen nachzuzahlen und die Umrechnung des Wittven- und Waisengeldes herbeizuführen.

7. Ziffer 14 der Gehaltsvorschriften enthält folgende Fassung:

14. Militäranwärtern ist nach Ziffer 3 der Bestimmungen, betreffend die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Zivilbeamten, vom 14. Dezember 1891 bei der ersten etatsmäßigen Anstellung als mittlere

Beamte, als Zeichner aber im Rangdienst die aktive Militärdienstzeit bis zur Dauer eines Jahres mit anzurechnen. Ein gleiches hat zu geschehen, wenn die Anstellung des Militär-anwärters in einer dieser Anwärterklasse nicht vorbehaltenen Stelle des militären oder des Zeichnerdienstes erfolgt oder wenn zivilver-sorgungsberechtigte aktive oder pensionierte Unterbeamte — einschließlich der Gendarmen und Schutzmänner — im Subalterndienst etats-mäßig angestellt werden. Dagegen findet eine solche Anrechnung nicht statt bei Inhabern des Zivilversorgungsscheins, die

- a) schon vor dem Eintritt in das Heer als Zivilanwärter bei einer Behörde be-schäftigt waren, nach dem Ausscheiden aus dem Heere wieder in ihr früheres Dienstverhältnis zurücktraten und dem-nächst gemäß der auf diesem Wege — vor oder nach der Erlangung des Zivil-versorgungsscheins — erworbenen An-warschaft als Zivilanwärter etatsmäßig angestellt werden oder
- b) erst nach dem Ausscheiden aus dem Heere, aber bevor sie den Zivilversorgungsschein be-saßen, als Zivilanwärter angenommen wurden und demnach gemäß der auf diesem Wege — vor oder nach Erlangung des Zivilversorgungsscheins — erworbenen Anwartschaft als Zivilanwärter etats-mäßig angestellt werden oder
- c) erst nach dem Ausscheiden aus dem Heere und nach der Erlangung des Zivilver-sorgungsscheins für eine Laufbahn, deren Stellen zum Teil den Militärانwärttern vorbehalten sind, nicht nach den An-stellungsgrundlagen für Militärانwärtter, sondern auf ihren Wunsch unter den für Zivilanwärter vorgeschriebenen Bedin-gungen angenommen und demnach auch als Zivilanwärter etatsmäßig angestellt werden,

und bei solchen ehemaligen Militärانwärttern, die als etatsmäßige Beamte bereits pensioniert waren und von neuem etatsmäßig angestellt werden, sofern es sich nicht um die Anstellung pensionierter Unterbeamten, einschließlich der Gendarmen und Schutzmänner, im Subaltern-dienste handelt.

8. Den mit dem Zivilversorgungsschein aus der Landgendarmarie auscheidenden Ober-wachtmestern ist, wie bei dieser Gelegenheit zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerkt wird, bei der Anstellung in anderen Stellen des mittleren Zivilstaatsdienstes die Militärdienstzeit bis zur Dauer eines Jahres gleichfalls anzurechnen, wegen einer solchen Anrechnung bei der Beförderung eines Gendarmen zum Oberwachtmester unterbleibt.

Euer Hochwohlgebornen ersuchen wir er-gelbst, wegen Durchsührung der getroffenen Anordnungen das Erforderliche gefälligst zu veranlassen.

Berlin, den 31. Mai 1907.

Der Der Minister der Innern.
Finanzminister. Im Auftrage:
Freiherr von Rheinbaben. von Ritting.

Herhöchster Erlass.

Auf den Bericht vom 31. März 1907 wird Ich die Vorschrift unter Nr. 3 der von Mir unter dem 14. Dezember 1891 genehmigten Bestimmungen, betreffend die Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Zivil-beamten, unter Aufhebung Meines Erlasses vom 18. Dezember 1895, dahin erläutern, daß diese Vorschrift auch auf die im Subaltern-beamtenstellen übertretenden zivilversorgungsberechtigten Unterbeamten — einschließlich der Schutzmänner und Gendarmen — Anwendung zu finden hat. Die gegenwärtige Vorschrift erstreckt sich auf diejenigen ehemaligen Unter-beamten, die seit dem 1. Januar 1892 als Subalternbeamte angestellt worden sind und sich am 1. Januar 1907 noch in der ersten von ihnen erlangten Subalternbeamtenstelle befunden haben. Der Beginn der Wirkung des gegen-wärtigen Erlasses in bezug auf Gehalts-, Pensions- und Dinterbittenanprüche tritt mit dem 1. Januar 1907 ein.

Homburg v. d. S., den 22. April 1907.

Wilhelm R.

Fürst von Bülow. Graf von Posadowsky.
von Tirpitz. von Studt.
Freiherr von Rheinbaben. von Einem.
von Bethmann-Hollweg. Delbrück.
Feseler. Breitenbach. von Arnim
An das Staatsministerium.

Verfügung vom 16. Januar 1907, betr. die Ausstellung von Legitimationskarten für ausländische Saisonarbeiter.

Die Deutsche Feldarbeiter-Zentralstelle zu Berlin hat neben ihren Vermittlungsämtern in Neuberun, Kreis Völs, und Myslowitz, Kreis Rathenow, weitere Vermittlungsämter eingerichtet in Ralsberg, Kreis Ralsberg, Kreuzburg, Kreis Kreuzburg, Wilhelmsbrunn, Kreis Kempen, Grabow, Kreis Schilberg, Stalmitzsee und Ostrow, Kreis Ostrowa.

In allen Vermittlungsämtern werden für die vermittelten ausländischen Saisonarbeiter nach Maßgabe der an die Herren Oberpräsidenten ergangenen Runderlasse vom 12. Januar 1906 und vom 23. März 1906 von der Deutschen Feldarbeiter-Zentralstelle Legitimationskarten ausgestellt, welche von der zuständigen Orts-polizeibehörde geprüft und beglaubigt werden. Diese Legitimationskarten sind als ausreichende Ausweis-papiere im Sinne des § 3 des Passge-sezes vom 12. Oktober 1867 (RGBl. S. 33) anzusehen.

Für die polnischen und die für die Provinz Schlesien bestimmten tschechischen Arbeiter werden rote Legitimationskarten in deutscher und pol-nischer Sprache, für die ruthenischen Arbeiter gelbe Legitimationskarten in deutscher und ruthenischer Sprache, für alle übrigen aus-ländischen Arbeiter weiße Legitimationskarten in deutscher Sprache ausgestellt.

Berlin, den 16. Januar 1907.

Der Minister des Innern. J. A. Lindig.

Aus den Parlamenten.

Preussisches Abgeordnetenhaus. Einem Antrage, den Nachtragsetat zur Erhöhung des Dispositionsfonds zur Unterstützung gering besoldeter mittlerer Beamter von 8 Millionen auf 13 Millionen zu erhöhen, hat der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben zugestimmt.

Das aus dem Herrenhause wegen einiger Abänderungen an das Abgeordnetenhaus zurückverwiesene Jagdgesetz wurde im Abgeordnetenhaus nochmals durchberaten. Die vom Herrenhause vorgeschlagenen Änderungen fanden nicht die volle Zustimmung des Hauses. Das Gesetz mußte mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses daher nochmals dem Herrenhause vorgelegt werden.

Wer haftet der Behörde gegenüber für Abstellung von Polizeiwidrigkeiten?

Von Bürgermeister Roehne in Herzberg (Esther).

(Nachdruck verboten.)

Zunächst ist es naturgemäß, daß derjenige, der eine Polizeiwidrigkeit begeht, auch für die Abstellung derselben verantwortlich ist. Das hat das Oberverwaltungsgericht wiederholt ausgesprochen. Diese Pflicht ist auch als eine öffentlich-rechtliche anerkannt worden. Also an den „Urheber“ oder „Veranstalter“ kann sich die Polizei immer halten, vorausgesetzt, daß sie ihn kennt. Nun entstehen aber Polizeiwidrigkeiten nicht immer durch Menschen. Sie können durch Zufall, Naturereignisse, Tiere u. hervorgerufen werden. Auch in solchen Fällen muß der Polizei jemand von vornherein als abstellungspflichtig bekannt sein, damit sie schnell auf Abstellung dringen kann. Es ist dies der durch Gesetz öffentlich-rechtlich zur Leistung Verbundene. Nach § 73 Einleitung zum WR. ist ein jedes Mitglied des Staates verpflichtet, das Wohl und die Sicherheit des gemeinen Wesens nach dem Verhältnisse seines Standes und Vermögens zu unterstützen. Deswegen ist der Staatsbürger z. B. auch verbunden, bei gemeiner Gefahr dem Rufe der Polizei zu folgen; deswegen ist er gehalten, sich der Polizei zu stellen, um polizeiwidrige Handlungen aufzuheben, ja sich nicht nur zu stellen, sondern auch wahrheitsgetreue Angaben zu machen, widrigenfalls er in die Lage kommen kann, wegen Begünstigung verurteilt zu werden.

Die Pflicht des Staatsbürgers erstreckt sich aber nicht nur auf seine Person, sie bezieht sich auch auf sein Hab und Gut an Rechten und Vermögensobjekten. Alles dieses wird ihm von der Rechtsordnung nur unter der Bedingung als unverleßlich anerkannt, daß er davon keinen Gebrauch macht, der dem öffentlichen Wohle zuwider wäre. Danach ist jedermann pflichtig, seinen Besitz in polizeimäßigem Zustand zu erhalten. Nach der Reichsgerichtsentcheidung vom 12. November 1887 (Bd. 19

S. 355) findet die freie Entfaltung und Verwertung der persönlichen Kräfte und Fähigkeiten der einzelnen wie die freie Verwendung des Vermögens im Staate in der Gleichberechtigung aller ihre Grenze. Das Eigentum hat daher insoweit dem durch die zuständigen Staatsbehörden zu wahren öffentlichen Interesse gegenüber nur einen relativen Wert.

Die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts steht ständig auf demselben Boden. Beide Gerichtshöfe sind auch der Ansicht, daß der Eigentümer der Behörde gegenüber ohne Rücksicht auf die Entstehungsgründe der Polizeiwidrigkeit seines Eigentums diesen Zustand zu vertreten beziehungsweise ihn zu beseitigen hat. Er ist danach auch verpflichtet, seine Wohnungs- und Wirtschaftsgenossen, Kinder, Gefinde, Gehilfen an der Störung des gebotenen Zustandes zu hindern. In bezug auf Sicherheit und Ordnung macht über dessen Ver stehen die Polizeibehörde.

Im Wege der Verfügung kann sich die Polizei an jeden halten, der abstellungspflichtig ist; sie kann sich unter mehreren zu der gleichen Pflicht Verbundenen den herausuchen, der ihr am bequemsten die Hilfe herbeiführen kann. Da in einer Polizeiverordnung keine neuen Pflichten begründet werden können, so können für eine bestehende Pflicht hier auch keine neuen Pflichtigen benannt werden; wohl aber kann die Polizei in der Verordnung erklären, wen sie zunächst nur in Anspruch nehmen will, oder in welcher Reihenfolge sie sich an die Pflichtigen halten will. Wen sie in der Verordnung nicht genannt hat, den kann sie nicht strafrechtlich verantwortlich machen, sondern nur im Wege der Verfügung anhalten und nötigenfalls exekutorisch gegen ihn vorgehen. Pflichtig bleibt hiernach ein als Pflichtiger also auch dann, wenn er in der Polizeiverordnung nicht genannt ist. Die Richtnennung

in der Verordnung befreit ihn nicht. Die Polizei kann sich rechtlich gar nicht binden, jemand zur Ausübung einer Pflicht überhaupt nicht heranziehen zu wollen. Es fragt sich nur, wo wir mehrere gesetzlich zur Ableistung derselben Pflicht Verbundene im allgemeinen finden.

Der Grund für die Haftung des Eigentümers ist der, daß er die umfassendste Verfügungsmacht über die Eigentumsobjekte besitzt und ausüben kann. Neben ihm können aber noch andere Personen in Frage kommen, denen er seine Rechte zum Teil abgetreten hat, die ihr Anrecht an die Ausübung der Herrschaft aus seinem Eigentum herleiten. Bei Immobilien tritt dies besonders hervorragend zutage. So haften Mieter, Pächter, soweit ihr Recht geht.

Es haftet also der Eigentümer, soweit er noch Recht hat, sonst allgemein der Nießbraucher, Ganzmieter, bevollmächtigte Vertreter, und zwar haftet der Vertreter bei gesetzlicher und auftragsweiser Vererbung, bei juristischen und natürlichen Personen (cf. Schulzenstein im Verwaltungsarchiv Bd. XIV. S. 1 ff.) Im Zweifel bleibt die Pflicht dem Eigentümer, weil er die weitestgehende Macht am Eigentum hat.

An einer polizeiwidrigen Handlung gehindert werden kann nur der Veranstalter; für die Veseitigung der Folgen haftet aber nötigenfalls immer das Vermögen des Eigentümers. Dies ist auch dann der Fall, wenn der Eigentümer vertreten worden ist und der Vertreter sich im Rahmen seiner Befugnisse gehalten hat.

Der Eigentümer kann sich nämlich durch geeignete (erwachsene) Personen (Mieter, Verwalter) vertreten lassen. (Ratm. Ver. 11. Juni 1891 Bd. XI. S. 200.) Er muß natürlich nach Möglichkeit den Stellvertreter auch kontrollieren, und zwar so oft, als dies erforderlich erscheint. Darüber, ob der Stellvertreter eine geeignete Persönlichkeit war, hat einzig und allein das Gericht zu entscheiden. Es ist unangängig, in einer Polizeiverordnung festzusetzen, daß diese Beurteilung der Polizeibehörde vorbehalten werde.

Kann der Eigentümer vor Gericht nicht nachweisen, daß er eine geeignete Person bestellt und sie nach Möglichkeit kontrolliert habe, so muß er die Strafe für Unterlassung ihm zur Last fallender Obliegenheiten tragen. Zu bemerken ist, daß man von einem gewöhnlichen Vertreter keine besonderen technischen Kenntnisse, z. B. solche im Bauwesen, verlangen kann. Hier muß

man Sachverständige heranziehen.*) Es erscheint zulässig, durch Polizeiverordnung anzuordnen, daß die Vertreter der Polizei benannt werden müssen, damit diese weiß, an wen sie sich zur schleunigen Abstellung von Polizeiwidrigkeiten zu wenden hat, und auch von vorn herein in die Lage kommt, auf die Veseitigung ungeeigneter Stellvertreter hinzuwirken. Solche Verordnung fände wohl ihre Stütze in § 10 II 17 RM. und § 6 Pol. Verw. Ges. (Sorge für die öffentliche Ordnung). Nur zur Erleichterung der Kontrolle für die Polizei sollen nach der Rechtsprechung des Kammergerichts Verordnungen nicht ergehen dürfen; aber sie sind rechtsgültig, wenn sie die Erfüllung der Pflicht der Polizei gegenüber sichern helfen.

Aufgabe der Polizei ist hier die Verhinderung der Polizeiwidrigkeit, die Sorge für die Veseitigung der etwa noch nachwirkenden Folgen, die Fürsorge gegen Wiederholung und die Herbeiführung der Verstrafung von Übertretungen.

Während für die Veseitigung der Folgen der Grundsatz besteht, daß derjenige haftbar ist, der die rechtliche Verfügungsmacht besitzt und sie ausüben kann, so besteht für das Strafrecht der Grundsatz, daß nur natürliche Personen bestraft werden können. Für nicht strafrechtlich Verfolgbare haftet deren Vertreter (Vormund, Kuratursverwalter, Beamter, Vorstandsmitglieder). Ratm. Ver. 2. Mai 1901 Bd. 22 S. 6. 5.

Hervorzuheben bleibt noch, daß, weil es sich im Vorliegenden um Pflichten handelt, die der Polizei gegenüber zu erfüllen sind, nicht diejenigen Befreiungsgründe geltend gemacht werden können, welche auf dem Gebiete der kommunalen Leistungen z. B. nach § 68 Kom.-Abgabenges. bestehen.

Wenn niemand haftbar gemacht werden kann, sind die Kosten solche der örtlichen Polizeiverwaltung.

Verjorgungswesen.

Anstellung von Unteroffizieren mit einer kürzeren als sechsjährigen aktiven Militärdienstzeit bei der Schutzmannschaft in Hamburg.

Bei der Polizeibehörde in Hamburg gelangen jetzt auch Unteroffiziere mit kürzerer als 6 jähriger Militärdienstzeit als Schutzmann zur Einstellung. Bewerber müssen gesund und mindestens 1,67 m groß sein. Das Gehalt beträgt 1700 M für das Jahr und steigt bis

*) In Bausachen haftet zunächst der Sachverständige „Vetter“ des Werkes.

2900 M. Nach 8 Jahren erfolgt bei nachgewiesener Brauchbarkeit und guter Führung feste Anstellung auf Lebenszeit. Bei besonderer Befähigung ist Aussicht auf Beförderung in Wachmeisterstellen vorhanden. Den an die Polizeibehörde zu Hamburg zu richtenden Bewerbungsgesuchen sind beizufügen: Militärpapiere, selbstgeschriebener Lebenslauf mit Angabe der Körpergröße, ein amtliches Attest über körperliche und geistige Mäßigkeit, Schuldenfreiheitserklärung, ortspolizeiliche Führungsatteste und Zeugnisse über Beschäftigung seit dem Ausscheiden aus dem aktiven Militärverhältnis.

Schusswaffengebrauch.

Um Mißverständnissen hinsichtlich der Befugnis der Gendarmen zum Gebrauch der Schusswaffe vorzubeugen, ergänzen wir unseren Artikel auf S. 103 durch folgende Bemerkungen:

Die auf Grund der Allerhöchsten Verordnung und Dienstinstruktion vom 30. Dezember 1820 und der sonst in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen erlassene „Dienstvorschrift für die Preussische Landgendarmarie vom 20. Juli 1906“ besagt ausdrücklich: „Der Gendarm kann in rechtmäßiger Ausübung des Dienstes, falls gelinde Mittel nicht ausreichen, von den ihm anvertrauten Waffen nach pflichtmäßigem Ermessen Gebrauch machen: c. zur Vereitelung der Flucht eines ihm unter Anwendung von Gewalt gegen seine Person entspringenden Gefangenen, solange er dessen unmittelbare Spur verfolgt.“

In den weiteren Erläuterungen zu dieser Vorschrift ist gesagt: „Ein gewaltfamer Fluchtversuch liegt vor, wenn der Gefangene beim Entspringen oder während der Flucht Gewalt gegen die Person des Gendarmen anwendet. Auf unmittelbarer Spur eines flüchtigen befindet sich der Verfolger, solange er ihn sieht oder aus eigener Wahrnehmung weiß, wo sich der Verfolgte befindet, wenn er auch augenblicklich nicht sichtbar ist.“

Im übrigen ist in der D. V. bestimmt, daß der Gendarm bei solchem gewaltfamen Fluchtversuch eines Gefangenen die Schusswaffe nur dann gebrauchen soll, wenn er entweder den Gebrauch dem Gefangenen für solchen Fall bereits bei der Gefangenenerklärung angedroht hat, oder — falls der Fluchtversuch zu solcher Androhung keine Zeit ließ — wenn der Gendarm dem Fliehenden die Worte: „Stehen oder ich schieße“ erfolglos nachgerufen hat. §.

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Rundarten als Erkennungszeichen.

Von § 2.

Eine nicht unwesentliche Beihilfe bei Ermittlung eines Verbrechens kann unter Umständen das Bekanntsein seiner Mundart bilden. Unter den im Nachstehenden enthaltenen Einschränkungen sollte daher auch die Angabe des Dialektes in einem Stedbriefe, wenn irgend möglich, enthalten sein; aber auch in Arbeitsbüchern, Pässen und dgl. kann eine derartige Ergänzung der üblichen Personalbeschreibung gute Dienste tun. Infolge der persönlichen Anwesenheit des künftigen Inhabers des Ausweis-papieres wird gerade in diesem Falle ein richtiger Vortrag meist ohne Schwierigkeit möglich sein.

Dem Einwand, daß der „Geseunzeichnete“ durch längeren Aufenthalt im Gebiete anderer Mundarten den ursprünglichen Dialekt verlieren kann, braucht keine zu große Bedeutung beigelegt zu werden, da die Angewöhnung nach dieser Richtung hin überhaupt nur langsam vorstatten geht und selbst nach langer Zeit, meist sogar für das ganze Leben des Betreffenden, sich sehr merkwürdige Anfänge an die heimatliche Sprache erhalten.

Eins allerdings ist wohl zu beachten: besser kein Vortrag als ein unrichtiger. Und gerade auf diesem Gebiete ist die Gefahr des Irrtums eine große. Ein Hauptfehler ist, daß wie im allgemeinen, so auch hinsichtlich der Dialekte der Begriff der deutschen Stämme zugunsten der politischen Staatenbildungen mehr und mehr schwindet. Ich habe hierin meine persönlichen Erfahrungen gemacht. So wurde ich beispielsweise gelegentlich einer Reise durch Sachsen und Thüringen insofern meiner Sprache stets als „Bayer“ bezeichnet. Ich bemerke, daß ich mich des Hochdeutschen mit Anflug an den heimatischen Dialekt bediene. Nun, soweit das Gebiet meiner Heimat politisch in Betracht kommt, bin ich allerdings Bayer, nicht aber hinsichtlich meiner Sprache. Was spricht man denn auch nicht alles für Mundarten in Bayern! Schwäbisch, fränkisch, pfälzisch und der weitaus kleinere Teil der Bevölkerung auch — bayrisch.

Dem Norddeutschen mag vielleicht die Bezeichnung „bayrisch“ als genügend erscheinen, verbindet sich doch nicht selten im Norden der Begriff „bayrisch“ mit dem des Süddeutschen überhaupt, wobei eigen-

tümlicherweise der Umstand ganz außer Betracht gelassen wird, daß die verbreitetste süddeutsche Mundart die schwäbische ist.

Die Bezeichnung der Sprache eines bayrischen Franken oder Schwaben als „bayrisch“ ist daher nicht nur von geringem Werte, sondern kann unter Umständen — in einem Steckbrief z. B. — einen entgegengesetzten Erfolg als den beabsichtigten haben. Hätte in einem solchen Fall der Verfolgte noch ein übriges in Kleidung, Paratracht usw. getan, so könnte er in den neuen Gebietsteilen Bayerns, in Württemberg, Baden, Elsaß, Schweiz, Österreich usw. mit einer gewissen Sicherheit darauf rechnen, daß sich kein Verdacht auf ihn lenkt. Es würde ihm dort die fälschliche Mundartbezeichnung geradezu zu einem Schutzmittel werden. Hochtapfer vor allen würden diesen Umstand recht wohl zu verwerten verstehen.

Da sich nun ähnliche Verhältnisse wie in Bayern auch in anderen deutschen Staaten finden, so erhebt, mit wie großer Vorsicht und Genauigkeit die Sache behandelt werden muß.

Nun wird mancher einwenden: „Ja, die genaue Unterscheidung von Mundarten beschränkt sich für den einzelnen immer nur auf die heimatliche und die von angrenzenden Stämmen gesprochene“. Im allgemeinen ist dies richtig, und will vielleicht ein Eifriger versuchen, aus einem wissenschaftlichen Werke die deutschen Dialekte zu studieren, so wird er nur zu bald an der Möglichkeit eines Erfolges verzagen und sich sagen müssen: „Ignoramus et ignorabimus.“*)

Der Stoff ist eben für den Laien zu schwierig, um ihn auf diese Weise beherrschen zu lernen. Abgesehen von den zahlreichen sich gewissermaßen in allen Schattierungen abtufelnden Dialekten, den vielen Feinheiten und nicht zuletzt den überaus häufigen Ausnahmen von der Regel ist zu bedenken, daß manche Laute und Lautverbindungen, wie sie in der Sprache des Volks vorkommen, durch Druck oder Schrift überhaupt nicht oder wenigstens nur unvollkommen und undeutlich wiedergegeben werden können.

Dem Kriminalbeamten, für den es sich hauptsächlich um die sofortige Einreihung des gesprochenen Wortes in irgend eine unserer Mundarten handelt, wird daher ein solches Studium nur wenig nützen. Was hilft es ihm z. B. gelernt

zu haben, daß ei und au in Sachsen wie ee und oo gesprochen werden? Kommen nicht auch bei anderen Stämmen, und zwar nicht nur bei niederdeutschen, sondern z. B. auch in einem Teile Schwabens Bildungen wie Iselesch, Boom usw. vor, von der Rheinpfalz gar nicht zu reden, die, wird die dortige Sprache zu Papier gebracht, eine Menge Ähnlichkeiten und Gleichheiten mit dem Sächsischen aufweist. Ich erinnere nur an „uff der Reese, beem, bliehen“ usw. Wie ganz verschieden klugen freilich die im Drude einander so ähnlichen Worte im Munde eines Sachsen und eines Pfälzers!

Auf ein Unterscheidungsmerkmal möchte ich aber hier doch aufmerksam machen, das trotz seiner Zuverlässigkeit kaum einmal erwähnt wird: die Verkleinerungs-silbe (Diminutivum). Freilich eine Auseinanderhaltung nieder- und mitteldeutscher Dialekte wird sich auch damit nicht oder wenigstens nicht so leicht und sicher ermöglichen lassen wie eine solche oberdeutscher. Denn bei jenen ist „chen“ oder das abgekürzte „che“ (im Plattdeutschen „ken“) fast allgemein im Gebrauch. Stets wird aber ein angehängtes „le“ den eigentlichen Schwaben, ein „li“ den Alemannen, also den Schweizer und den Bewohner der Vogesen und des südlichen Schwarzwaldes (Alemannisch und Schwäbisch sind übrigens als ein und derselbe Sprachstamm zu betrachten), ein „la“ den Franken, ein „l“ oder „erl“ den Bayern vermischen lassen. Letzterem in bezug auf Sprachstamm gleichzuachten ist der Tiroler, Steiermärker und Österreicher.

Als ein untrügliches Merkmal für das Alemannische mag auch die insbesondere bei den Schweizern gebräuchliche eigentümliche Aussprache des t im Anlante gleich einem tiefen ch gelten. Hier sei bemerkt, daß in manchen Schweizer Gegenden überhaupt ein Deutsches gesprochen wird, das selbst für angrenzende Stämme fast unverständlich ist. Da sich auch der gebildete Teil der dortigen Bevölkerung in weitgehendem Umfang dieser Sprache bedient, so dürfen wir hier gewissermaßen das oberdeutsche Gegenstück zum niederdeutschen Plattdeutsch erblicken.

Wohl gäbe es noch die eine oder andere besonders hervortretende Eigentümlichkeit in unseren Dialekten; durch deren Einführung würde aber diese Abhandlung einer lehrhaften Zergliederung unserer Mundarten nahe kommen.

*) Deutsch: Wir wissen's nicht und werden's nicht wissen. Die Schreibstellung.

Zum Schluß möchte ich noch zwei Hin-
gerzeige geben, wie man sich wenigstens
mit einigen Dialekten die nötige Vertraut-
heit zu verschaffen vermag: durch Reisen
und Lesen. Nichts wird uns mit deutschen
Mundarten bekannter machen als längeres
Verweilen in einer Gegend. Denn wenn
schon das Reisen nicht nur ein schönes Ver-
gnügen, sondern auch ein überaus wichtiges
Lehrmittel ist, so gilt letzteres insbesondere
hinsichtlich des Sprachstudiums. Nur darf
man auf diesem Wege nicht zuviel auf
einmal erraffen wollen; die Beschränkung
auf einen Dialekt während eines Ur-
laubes sollte die Regel sein, der sich als
nicht minder wichtige die andere beigesellt:
Verkehr mit dem Volk zu suchen. Wer
nur mit hochdeutsch sprechenden Gasthof-
besitzern und schwarzbefradten internatio-
nalen Kellnern Unterhaltung pflegt, wird
geringen Gewinn haben.

Hand in Hand mit dem Hören der
Mundart muß aber das Lesen derselben
gehen; eins muß das andere unterstützen,
denn wie viel leichter fassen und behalten
wir den Klang des gesprochenen Wortes,
wenn wir zugleich dessen Buchstabenbild
vor Augen haben oder hatten.

Einschlägige Literatur gibt es ja ge-
nügend; kein Dialekt wird wohl ohne we-
nigstens einen Dichter oder Schriftsteller
sein. Jede Buchhandlung der betreffenden
Gegend wird einem nach dieser Richtung hin
an die Hand gehen können. Gern wird
man dann ein solches Buch auch späterhin
dann und wann aus seinem Bücherstempel
hervorholen, um zu wiederholen und sich
selbst zu prüfen, ob man sich noch auf der
Höhe des seinerzeit Gelernten befindet.

Erlebtes und Erfahrenes.

Bauernjäger.

Von Kam. H. Schmidt XVII in Edenkoben.

In der letzten Zeit machten in der Um-
gegend von Königswinter, wo ich bis jetzt
stationiert war, gewerbsmäßige Glückspieler
von sich reden, die in ganz raffinierter Weise
Touristen und andere Personen ausbeuteten.
Ich lenkte daher meine Aufmerksamkeit
zunächst auf die mit der Eisenbahn oder
den Dampfschiffen dort ankommenden
Fremden, um womöglich einem solchen
modernen „Kaubritter“ das Handwerk zu
legen.

Eines schönen Tages bemerkte ich denn
auch auf dem um 10 Uhr vormittags dort
landenden Schiffe vier elegant gekleidete
Herren, die mir durch ihr Äußeres und ihr

Benahmen auffielen. Unauffällig prägte
ich mir ihr Aussehen ein und folgte ihnen
in angemessener Entfernung. Sie gingen
jedoch nicht zusammen weiter, sondern
setzten jeder einzeln den Weg in einer andern
Richtung fort. Zwei der Herren gingen
zum Restaurant Meurer am Drachensellen-
weg, nahmen auf der Terasse an ge-
trennten Tischen Platz und tranken jeder
ein Glas Bier. Ich versuchte nun in den
Restaurationsgarten von hinten hineinzuge-
hen, bemerkte aber zu meinem Erstaunen,
daß einer der von mir beobachteten Männer
dort Schmiere stand. Bald kam auch der
vierte mit einem jungen Touristen und
kehrte gleichfalls in die Restauration ein.
Glücklicherweise hatte mich dieser nicht be-
merkt.

Da mir, der ich in Uniform war, jede
Möglichkeit fehlte, die Leute selbst weiter
zu beobachten, ging ich auf die Straße
zurück und traf dort einen 12jährigen
Knaben, dessen Dreistigkeit mir bekannt
war. Ich beauftragte ihn, unauffällig in
die Gartenwirtschaft von Meurer zu gehen
und dort nachzusehen, ob dort Herren um
Geld Karten spielten. Wenn ihn jemand
frage, was er dort suche, solle er antworten,
er suche seinen Vater. Daß der Gendarm
ihn geschickt habe, solle er unter keinen
Umständen verraten.

Bald darauf kam der Junge wieder
und meldete ganz bestimmt, daß Herren
um Goldstücke spielten. Ich war nun
meiner Sache sicher. Nachdem ich meinem
jungen Gehilfen für gut geleistete Dienste
ein Zehnpfennigstück gegeben hatte, mit der
Beijung, in der Nähe zu bleiben und im
Falle, daß einer oder der andere ausreizen
sollte, diesem nachzulaufen, schlich ich mich
durch den Weinberg bis an die dicht mit
Blättern bewachsene Laube und bemerkte
dort zwei der Ganner, von denen der eine
mit dem eben angekommenen Touristen
Kümmelblättern spielte. Mit einem Satz
war ich in der Laube, legte beide Hände
auf Geld und Karten und bot im Namen
des Gefesdes Halt. Die Bauernjäger sprangen
auf; auch der an der hinteren Tür stehende
und der im Garten bis dahin teilnahmslos
dastehende baumlange Ganner eilten herbei,
um ihren Gefossen beizustehen. Ohne mich
in irgendwelche Erörterungen einzulassen,
erklärte ich alle vier als Arrestanten und
den Gernipsten vorläufig auch. Der Größte
türschte mit den Zähnen und griff in die
Hosentasche. In bestimmtem Ton gebot
ich allen viieren, sich meinen Anordnungen
zu fügen, da ich sonst gezwungen wäre, die
schärfsten Maßregeln zu ergreifen.

Nachdem ich ihre Papiere an mich genommen und den Tatbestand festgestellt hatte, wurde mir klar, daß ich es mit Gaunern der schlimmsten Sorte zu tun hatte. Die beiden Haupttäter waren die Fleischer Wilhelm K. und Friedrich R., letzterer in Verbrechertreuen Athletenstrik genannt; der dritte war der Dachdecker Franz W., der vierte der Reitknecht Heinrich M. und das Opfer der Bureauassistent Theodor S. Die drei Erstgenannten waren außer mit Gefängnisstrafen mit 12, 9 und 5 Jahren Judthaus vorbestraft. K. und R., die beiden stärksten, nahm ich in die Kette und ließ die anderen vorweggehen. Unterwegs begegnete mir mein junger Gehilfe und teilte mir mit, daß ein auf der Terrasse sitzender alter Herr einem vorübergehenden jungen Mann zugerufen habe: „Die sind hochgegangen; der Gendarm hat sie erwischt.“ Hierauf sei der alte Herr schnell nach dem Drachensfels gegangen, während der jüngere durch die Wiesen davongelaufen sei.

Am Amtsgericht angekommen, ließen K. und W. je ein Päckchen Hundertmarkscheine fallen, die ich in Beschlag nahm. Bei der Feststellung der Personalien gab M. an, unbestraft zu sein; schließlich gab er aber zu, mit 3 Jahren Gefängnis wegen Einbruchdiebstahls bestraft zu sein.

Verschlagnahme wurden bei allen vier zusammen und dem Gericht übergeben: 16 falsche Hundertmarkscheine, 1 echte Hundertdollarnote, 40 Mk. echtes Gold (deutsch), eine Menge belgisches und englisches Geld, 4 goldene Taschenuhren und sonstige kleinere Gegenstände.

Nachdem ich die Festgenommenen vorgeführt und die beschlagnahmten Gegenstände dem Richter übergeben hatte, ging ich in die Wirtschaft Meurer zurück, um die Einzelheiten noch festzustellen. Das Ergebnis war folgendes:

Bei ihrer Verhaftung hatten die Falschspieler eine echte Hundertdollarnote in die Tasche des Gastzimmers gesteckt, ebenso Papiergeld in 2 Blumentöpfen und in einer Wasserflasche verborgen. Ich nahm das Geld an mich und übergab es dem Gericht.

Der geruppte Bureauassistent S. gab folgendes an: K. habe ihn zufällig getroffen und mit ihm den Drachensfels bestiegen. Unterwegs habe R. ihn durch allerlei Vorpiegelungen auf einfache Wege gelockt, was ihm verdächtig vorgekommen sei. Dann habe ihm R. erzählt, wieviel Geld er schon durch Kartenspielen verloren habe; das sei ihm aber gleichgültig, er werde später auch wieder gewinnen. Darauf habe er (S.)

erwidert, dem Glücksspiel sollte man nicht huldigen; es sei ja auch strafbar. Auf dem Rückweg vom Drachensfels lud der Gauner den S. zu einer Flasche Drachenblut ein und beide kehrten in die Wirtschaft Meurer, wo die Komplizen des R. schon warteten, ein. Die Gauner pflegten nach meiner Feststellung in folgender Art vorzugehen:

Einer von ihnen ging auf die Suche nach einem Opfer, indem er sich in einem Restaurant dort anwesenden Fremden anschloß, jemanden auf der Straße um Feuer ansprach oder auch vorübergehende Touristen nach dem Ausgang zum Drachensfels fragte und sich ihnen dann mit ausgefeilter Höflichkeit anschloß. Nachher beredete er sein Opfer, in eine Wirtschaft einzutreten, in der sich seine Komplizen als harmlose Gäste schon niedergelassen hatten. Unauffällig wurde dann das Gespräch auf das Kartenspiel gelenkt, und zwar in der Weise, daß einer von ihnen in einem günstigen Augenblick ein Kartenspiel in einer Zigarrentüte hinter sich auf den Boden fallen ließ. Dann wurde der Kellner darauf aufmerksam gemacht, daß jemand etwas verloren habe. Hob nun der Kellner die Karten auf und wollte sie einstechen, so bat man ihn um die Karten, da man aus Langerweile ein Spielchen GG machen wolle. Bald darauf sah dann die Gesellschaft beim Klümmelblättchen.

Nach Aussage des Kellners hatten die Gauner in letzter Zeit bereits dreimal in dieser Weise operiert. Nachdem ich hierüber Bericht erstattet hatte, führte ich die Bauernsänger dem Richter vor. Von der Strafkammer in Bonn wurde K. zu 11 Monaten, R. zu 9 Monaten und W. u. M. wegen Beihilfe zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Als ich dort durch den Gerichtsdienner nach der Kasse gerufen wurde, um meine Reisekosten zu liquidieren, hörte ich plötzlich großen Lärm und Gepolter. Ich eilte aus dem Kassenzimmer und sah eine Menge Leute hinter einem alten Mann herlaufen. Ich erfuhr, daß dieser im Sitzungssaal dem K. etwas habe zustecken wollen, jedoch von dem überwachenden Polizeibeamten dabei überrascht worden sei. Ein anderer Polizeibeamter lief dem anstreifenden Alten nach, konnte ihn jedoch leider nicht mehr einholen, da jener mit unglaublicher Schnelligkeit davonlief. Später erfuhr ich, daß dieser schon von meinem jungen Gehilfen beobachtete ehrwürdige Alte der Führer der Bande gewesen war.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

* **Deutsches Reich. Preisrätsel in Zeitungen als Auspielung.** Wer bei der Ankündigung von Druckschriften dem Vesteiler, der gleichzeitig mit der Bestellung die richtige Lösung eines Verzierbildes einwendet, einen Wertgegenstand (Fahrrad, Nähmaschine u. a.) als Prämie in Aussicht stellt, um dadurch die Zahl der Vesteiler zu erhöhen, veranstaltet eine Auspielung und ist nach § 286 Abs. 2 StGB zu bestrafen. — Entsch. RG. vom 24. Mai 1907 in Sachen gegen den Buchhändler Arthur Helbig zu Berlin. rz.

* **Deutsches Reich. Kautionschwindel.** Die übliche Form des Kautionschwindels, Annahme von Vertrauenspersonen für ein ganz unsicheres Unternehmen gegen Sicherheitsleistung und Verwendung der geleisteten Sicherheit im eigenen Nutzen, gilt als Betrug, nicht bloß als Unterschlagung. — Entsch. RG. vom 28. Mai 1907 gegen den Schriftsteller Alexander Wald in Dresden. rz.

* **Deutsches Reich. Fahrlässige Tötung durch Nichtzuziehung eines Arztes.** Eine Hebamme, die bei einer nicht normal verlaufenen Entbindung die Zuziehung eines Arztes unterläßt, macht sich der fahrlässigen Tötung schuldig, wenn infolge dieser Unterlassung Kindbettfieber eintritt und die Wöchnerin an dieser Krankheit verstorbt. — Entsch. RG. vom 3. Juni 1907 gegen die Hebamme Anna Müller in Memmingen. rz.

* **Deutsches Reich. Streitvergehen.** Der Zurns an einen Arbeiter, der sich weigert, an einem Anstand zur Erzielung besserer Arbeits- oder Lohnverhältnisse teilzunehmen: „Euch Schuft sollte man gleich nieder schlagen“ ist als Drohung im Sinne des § 153 GewD. anzusehen. — Entsch. RG. vom 3. Juni 1907 gegen den Maurer Sebastian Weiß in Augsburg. rz.

* **Deutsches Reich. Waffengebrauch gegen Fliehende.** Ein von einem Messerstecher angegriffener Polizeibeamter handelt auch dann noch in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes, wenn er dem Angreifer einen Säbelhieb erst versetzt, nach-

dem dieser sich bereits zur Flucht gewandt hat.*) Nach der Gendarmereinstruktion vom 30. Dezember 1820 — durch Kabinettsorder vom 4. Februar 1854 auf die übrigen Exekutivbeamten ausgedehnt — ist der Polizeibeamte befugt, eine Verhaftung gewaltsam herbeizuführen, wenn ihm Widerstand entgegengesetzt wird. Der nach dem Säbelhieb wiederum auf den Beamten losstehende Angreifer handelt also nicht im Zustande berechtigter Notwehr — Entsch. RG. vom 28. Mai 1907 gegen den Zuschläger Gottlieb Lemke. rz.

II. Kammergericht.

* **Preußen. Sittenpolizei.** Die Polizeibehörden sind nach § 361, 6 StGB. berechtigt anzuordnen, daß die einer sittenpolizeilichen Aufsicht unterstellten Fräulein sich mit einem Kontrollbuch mit ihrem Bilde zu versehen, daß sie ein zweites Bild zu den polizeilichen Akten einzureichen, daß sie das Kontrollbuch stets bei sich zu führen und daß sie sich an bestimmten Tagen zur sanitätspolizeilichen Untersuchung zu stellen haben. — Entsch. 1. Straff. KG. vom 23. Mai 1907 in Sachen Wallut-Zilfit. — C. v. R.

* **Preußen. Viehtränken.** Das Verbot des Waschens und Viehtränkens an einem Privatflusse durch eine Polizeiverordnung ist im Hinblick auf das Gesetz über die Benutzung der Privatflüsse vom 28. Februar 1843 ungültig.***) Auch das Seuchengesetz vom 28. August 1905 hat hieran nichts geändert. Dagegen könnte unter Umständen eine Übertretung des § 27, 3 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vorliegen. Dieser § lautet: „Mit Geldstrafe bis zu 50 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen wird bestraft, wer unbefugt, abgesehen von den Fällen des § 366 Nr. 10 StGB. Gewässer verunreinigt oder ihre Benutzung in anderer Weise erschwert oder verhindert.“ — Entsch. 1. Straff. KG. vom 6. Mai 1907 in Sachen Rolke-Vierendorf. — C. v. R.

* **Preußen. Rechtsbeforger.** Ein Rechtsbeforger muß der Ziffer 7 des Handelsministerial-Erlasses vom 28. November 1901 gemäß seinen Namen und seine Wohnung auch auf solche Schriftstücke setzen, die er

*) Diese Entscheidung steht mit der von uns in Heft 5 des „Gendarm“, Seite 103, vertretenen Ansicht im Widerspruch.

**) Bgl. die gleichartige Entsch. vom 14. 3. 07 auf Seite 57 des „Gendarm“.

durch den Auftraggeber selbst oder durch eine dritte Person aufsehen, schreiben oder unterschreiben läßt. Auch diese Schriftstücke gehen aus seinem Geschäft hervor, sind eigene Schriftstücke des Rechtsbeförers. — Entsch. 1. Straff. R. v. 30. Mai 1907 in Sachen Seppmann-Bladbed. —

C. v. R.

***Preußen. Öffentliche Angelegenheiten.** Die Erörterung über den deutschen Metallarbeiterverband kann eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten sein. Sie ist es, wenn über die Organisation des Verbandes als solche oder über die Werbung neuer Mitglieder gesprochen wird. Dagegen ist ein Verhandeln über die Antikennung der Beamten des Verbandes, über die Wahl des Sitzungslokals und der Sitzungstage und dergl. innere Angelegenheit des Vereins. — Entsch. 1. Straff. R. v. 30. Mai 1907 in Sachen Schulz-Harburg. —

C. v. R.

Preußen. Verschulden bei polizeilichen Übertretungen. Eine Polizeiverordnung, die den Eigentümer oder gerichtlich bestellten Verwalter eines Grundstücks für den Austritt von Schmutzwässern für haftbar erklärt, sofern er nicht den Schuldigen namhaft macht, ist rechtmäßig. Es widerspricht der modernen Rechtsauffassung, den für eine Handlung zu bestrafen, dem der Nachweis des wahren Täters nicht gelingt. Verstraft werden kann nur der, den ein Verschulden trifft. Der Grundstückseigentümer oder -verwalter haftet also für den Austritt der Schmutzwässer nur dann, wenn er ihn vorsätzlich oder fahrlässig verursacht hat. — Entsch. 1. Straff. R. v. 26. Mai 1907 gegen einen Grundstückseigentümer in Westerbüßen bei Magdeburg. —

St.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Konflikt.** Ein Amtsvorsteher, der einen vom Landrat auf die Amtsstube des Amtsvorstehers vorgeladenen deswegen zur Rede stellt, daß er ihm nicht wie jeder anständige Mensch beim Eintritt in sein Haus „Guten Morgen“ geboten habe, handelt nicht in Veranlassung der Ausübung seines Amtes. Verweigerung ist nicht die Wahrung der Autorität der Behörde, denn es handelte sich nicht um einen Termin vor dem Amtsvorsteher, sondern vor dem Landrat; Verweigerung ist vielmehr das Verlangen, im eigenen Hause als Hausherr — also als Privatperson — begrüßt zu werden. Konflikt ist somit unzulässig. — Entsch. O.V.G. vom 24. Mai 1907 in Sachen Westphal gegen v. Petersdorf-Borkenhagen. — C. v. D.

***Preußen. Urteilsverfälschung. Zurücknahme der Schankerlaubnis für mehrere Wirtschaften.** Wenn der Bezirksausschuß unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt hat und es versäumt, zur Urteilsverfälschung die Öffentlichkeit wiederherzustellen, so wird durch diesen Mangel des Verfahrens die Gültigkeit des Urteils selbst in keiner Weise berührt. Das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstantz hat freie Würdigung des gesamten Parteivorbringens und Beweismaterials; es bedarf daher einer Zurückverweisung der Sache in die Vorinstanz nicht. Auch einem Schankwirt die Schankerlaubnis wegen Mangels derjenigen Eigenschaften entzogen werden, die bei der Erteilung der Schankerlaubnis nach § 33 der R.Gew.O. vorausgesetzt wurden, dann gilt dies auch für diejenigen Wirtschaftsbetriebe desselben Wirts, in denen nichts Ungehöriges vorgefallen ist; denn der Mangel der gesetzlich vorausgesetzten Eigenschaften macht den Schankwirt zur Ausübung des Schankgewerbes überhaupt ungeeignet. — Entsch. III. Sen. O.V.G. vom 11. April 1907. O.V.G. III, 815. — St.

***Preußen. Ne bis in idem.** Eine bereits in einem allgemeinen Gesetz mit Strafe bedrohte Handlung kann nicht nochmals unter Androhung einer weiteren polizeilichen Geld- oder Haftstrafe auf Grund des Landesverwaltungsgesetzes verboten werden. Der unbefugte Anschanf ist durch §§ 33, 147 I der R.Gew.O. mit Strafe bedroht; die auf Grund des § 15 Gew.O. zu erlassenden polizeilichen Maßregeln zur zwangsweisen Verhinderung können daher nicht in Androhung von Strafen aus § 132 des L.V.G. bestehen. — Entsch. O.V.G. vom 17. Mai 1907 in Sachen Lustig-Vanjin. —

C. v. D.

***Preußen. Kunstbarkeit.** Eine Veranstaltung bietet kein höheres künstlerisches Interesse mehr, wenn äußere Umstände vorhanden sind, die den Kunstgenuß nicht aufkommen lassen. Es kommt danach nicht lediglich auf die Darbietung selbst an, auch die äußeren Umstände sind zu berücksichtigen. Ausgeschlossen würde das höhere künstlerische Interesse dadurch, daß während der Konzerte eine gewisse Unruhe herrschte, die den Kunstgenuß nicht zur Geltung kommen läßt, daß die sämtlichen Konzerte Gartenkonzerte sind, bei denen das Publikum an Tischen Bier trinkt, auch nach Belieben auf und ab geht, und daß aus Anlaß des Konzerts auch Feuerwerk abgebrannt wird. — Entsch. O.V.G. in Sachen Beckmann-Oberhausen vom 31. Mai 1907. — C. v. D.

IV. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof.

Deutsches Reich. Gastwirtschaftserlaubnis ohne Branntweinhandelerlaubnis. Der Begriff Gastwirtschaft umfasst die Fremdenbeherbergung und den Ausschank aller Arten von Getränken. Gleichwohl ist es zulässig, bei Erteilung der Erlaubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft in der Konzessionsurkunde einzelne Befugnisse, so auch den Ausschank von Branntwein und Spiritus, auszuschließen. — Entsch. des Bay. VGH. vom 21. Juni 1906. — St. 27, 129. St.

Bayern. An Schankwirtschaftsstale zu stellende polizeiliche Anforderungen. Ob ein Lokal den polizeilichen Anforderungen hinsichtlich seiner Lage und Beschaffenheit entspricht (§ 33² Gew.O.), ist — da reichs-gesetzliche Vorschriften fehlen — bei jedem neuen Konzessionsantrage an der Hand der jeweiligen landesgesetzlichen Bestimmungen zu prüfen. Die landesgesetzlichen Anordnungen können ihren Grund sowohl in der Fürsorge für die Gäste als in der für das Personal und die Familie des Wirtes finden. Für Bayern ist nach einer Ministerialentscheidung vom 6. August 1877 (MABl. 283) darauf zu sehen, daß genügende und gehörig gesonderte Bohn- und Schlaf-räume für die Familie des Geschäftsführers vorhanden sind. Eine Konzessionsverabreichung kann, auch wenn die Wirtschaftsräume völlig genügen, wegen mangelhafter Bohn-räume allein ausgesprochen werden. — Entsch. des Bay. VGH. vom 13. Juni 1906. — St. 27, 125. St.

V. Landgericht Krefeld.

Deutsches Reich. Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze oder behördliche Anordnungen. Ein verantwortlicher Redakteur hatte ein Kammergerichtsurteil über das Recht zur Überwachung von Versammlungen in gemieteten Räumen *) mit dem Zusatz zum Abdruck gebracht: „Trotz dieser kammergerichtlichen Entscheidung fordern wir die Mieter von Räumen auf, dem Begehre der Polizei in Fällen, die dem geschilderten Vorkommnis gleichgeartet sind, keine Folge zu leisten, vielmehr ihren Hausfrieden auch der Polizei gegenüber zu schützen.“ Diese Veröffentlichung ist als Aufforderung zum Ungehorsam im Sinne des § 110 StGB. Widerstand gegen die Staatsgewalt zu bestrafen. — Entsch. Straft. LG. Krefeld vom 30. Mai 1907 gegen den Schriftleiter der Niederrheinischen Volkstribüne. n

*) Von uns auf Seite 31 des „Wendarm“ 2. Spalte gebracht.

VI. Schöffengericht Berlin-Mitte.

Deutsches Reich. Glückspiel. Bierblatt ohne Kaufkarten. Das Spiel Bierblatt ohne Kaufkarten ist als Glückspiel anzusehen. Lediglich der Fall der Karten entscheidet über den Ausfall des Spieles, da die große Zahl der vom jedesmaligen Spiel ausgeschlossenen Karten den Spielern eine Übersicht unmöglich macht. — Entsch. des SchG. Berlin-Mitte, Abt. 139, vom 27. Februar 1907. — 139 D 161/07. n

Polizeibericht.

Verwaltung. Die Bezeichnung Herzoglich Sächsisches Ministerium in Altenburg ist in „Herzoglich Sächsisches Staatsministerium“ umgewandelt worden. Amnestie in Braunschweig. Aus Anlaß des Regimentsantritts hat der Herzog-Regent von Braunschweig eine Amnestie für Vergehen und Übertretungen erlassen, für welche Strafen bis zu sechs Wochen Gefängnis oder 150 M Geldstrafe verhängt sind.

Zur Stadt erhoben wurde der Hamburger Hafenort Lughaven. Bürgermeister Weiden wurde als Oberhaupt der neuen Stadtgemeinde feierlich eingeführt.

Kinderschutzgesetz. Das württembergische Ministerium des Innern hat die Oberämter und Ortspolizeibehörden wegen strenger Durchführung des Kinderschutzgesetzes, das nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sehr häufig übertreten wird, mit Anweisung verlesen; die Ortspolizeibehörden sollen den Gewerbeaufsichtsbeamten, insbesondere auch den Gewerbeassistentinnen, nach Kräften an die Hand gehen.

Verbrechen und Vergehen. Eine ganze Zigeunerbande hat Kamerad Wendarm Wermann in Fröbersgrün (Wogland) aufgegriffen. Bei der aus 24 Köpfen bestehenden Bande wurden falsche Pässe, leere Passformulare, leeres Stempelpapier, eine Anzahl geladene Pistolen, Dolche, Schlagseile und andere Verlastungsgegenstände vorgefunden und beschlagnahmt. Die Bande ist in das Amtsgerichtsgefängnis zu Weiz eingeliefert.

Wegen wissenschaftlich falscher Anschuldigung und verleumderischer Verleumdung des Amtsvorkebers, des Polizeiwachmeisters, des Gemeindefekretärs und zweier Polizeiergeanten des Amtsbezirks Schoppinix-Rosbald wurde ein Schneider aus Rosbald von der Deutheuer Strafkammer zu 2½ Jahren Gefängnis und 5 Jahren Eheverlust verurteilt.

Berichtigung.

Die Mitteilung in der Ehrentafel auf Seite 112, daß Kamerad Bombay erschossen worden sei, bestätigt sich erfreulicherweise nicht. Wir hatten die Nachricht aus einer rheinischen Tageszeitung in der Annahme ihrer Richtigkeit übernommen.

Personalveränderungen.

Fehr v. Maltzahn (Ulrich), Hauptmann in der 10. Gend.-Brig., zum Major befördert.

Der Charakter als Leutnant verliehen: den pens. Oberwachmeister Philipp, bisher in der 1. Gend.-Brig., Bley, bisher in der 5. Gend.-Brig., Fischer, bisher in der 6. Gend.-Brig.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 21. Mai d. J. folgende Auszeichnungen zu verleihen geruht:
das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens:

dem Fußgendarmerie-Wachmeister Stöbener in Pettstedi sowie dem ber. Gendarmerie-Wachmeister Bräuer in Schortau, beide in der 4. Brig., dem ber. Gendarmerie-Wachmeister Krönke in Witten und dem Fußgendarmerie-Wachmeister Peuser in Rodulagora, diese beiden in der 5. Brig., den Fußgendarmerie-Wachmeistern Dütge in Erdtebrück, 7. Brig., und Ballaste in Geröweiler, 8. Brig.;

das Allgemeine Ehrenzeichen:

den Fußgendarmerie-Wachmeistern Gräwe in Schweinünde, 2. Brig., und Delicat in Wetzelsdorf, 4. Brig., dem Oberwachmeister Herberg in Kolmar i. B., den ber. Gendarmerie-Wachmeistern Fabiane in Kempen, Wilke in Roschmin, den Fußgendarmerie-Wachmeistern Budel in Dopiewo, Ballaste in Montow, diese fünf in der 5. Brig., den Fußgendarmerie-Wachmeistern Hendriog in Prosslau, Hannig I in Rattowitz, beide in der 6. Brig., den Oberwachmeistern Lenking in Hamm i. B., Rosmala in Rörbede, Reineemann in Werdböl, Vogel in Belmede, Umbach in Heben, den ber. Gendarmerie-Wachmeistern Lange VI in Gelsenkirchen, Reinecke in Hattingen, diese dreizehn in der 7. Brig., dem Oberwachmeister Rühle in Bassum, dem ber. Gendarmerie-Wachmeister Simon I in Bentheim und dem Fußgendarmerie-Wachmeister Dörr in Weener, diese drei in der 10. Brig.

Durch Verfügung Sr. Excellenz des Herrn Chefs der Landgendarmerie vom 31. Mai 1907 sind die Oberwachmeister 3. R. und Rechnungsführer Sensfuß der 1. Brig., Marx der 2. Brig., Bürger der 3. Brig., Wilke der 4. Brig., Lehmann der 5. Brig., Wenzel der 6. Brig., Farchmin der 7. Brig., Bley der 8. Brig., Sängner der 9. Brig., Teschner der 10. Brig., Risch der 11. Brig., Schulz der 12. Brig. zu Hauptmeistern ihrer Brigaden ernannt.

Constige Veränderungen.

1. Brigade.

RZ. Bannert, Hagenau OBr., am 21. 5. 07 nach Ridelshagen. **Rt. Mohrungen**, versf. — **b. B. Bink III**, Ridelshagen, am 21. 5. 07 nach Hofnungstrug b. Waldeuten versf. — **RZ. Schuppe**, Wirtonischen b. Wirtupönen, **Rt. Liffit**, postm. Bezeichnung jetzt: Wirtonischen bei Traleningten. — **RZ. Wartnd**, Korulischatschen b. Gumbinnen, am 2. 5. 07 nach Kemmersdorf fmdrt. — **OZ. Krieger I**, Prüfals, am 11. 5. 07 nach Klemel fmdrt. — **d. B. Heftt**, Gr.-Weihuhnen d. Weihuhnen, am 8. 5. 07 nach Kurwien fmdrt. — **RZ. Bludau I**, Babbeln b. Bilderwellschen, am 18. 5. 07 nach Endtluhnen fmdrt. — **RZ. Beyer I**, Liebenmühl, am 1. 5. 07 nach Tharden b. Liebenmühl fmdrt. — **RZ. Andreas**, Johannisburg OBr., am 21. 5. 07 nach Wiersbinnen d. Arns fmdrt. — **RZ. Brunau**, Kriegsdehnen, am 8. 4. 07 nach Laugsjargen, **Rt. Liffit**, fmdrt., am 1. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **d. B. Weding**, Kremel, am 16. 3. 07 nach Schernen b. Carlberg fmdrt., am 1. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **RZ. Rof II**, Kaufschmen, am 21. 2. 07 nach Wozgemo bei Erpel, **Bz. Bromberg**, fmdrt., am 5. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **RZ. Triebe**, Weidenburg, am 16. 3. 07 nach Egnmborge b. Montow zur 5. Brig. fmdrt., am 9. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **RZ. Dangel**, Rohlöjen, **Rt. Liffit**, am 20. 11. 06 nach Warldin zur 5. Brig. fmdrt., am 9. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **RZ. Voelte**, Kaufschmen, am 10. 3. 07 nach Krutisch zur 5. Brig. fmdrt., am 11. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **RZ. Steger**, Ruchsborg, **Rt. Königberg**, am 9. 4. 07 nach Dorf Schönmoß b. Thorau fmdrt., am 11. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **RZ. Janke**, Admonischen, am 22. 4. 07 nach Kallehnen d. Laugsjargen, **Rt. Liffit**, fmdrt., am 18. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **RZ. Ralschewsky**, Ujzbasen, am 14. 4. 07 nach Schirwindt fmdrt., am 16. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **d. B. Rohde**, Wilsieten, am 8. 5. 07 als OZ. a. W. nach Pr. Enlau.

2. Brigade.

b. B. Rohlhoff II, Suchowo, am 1. 5. 07 nach Rugebude, Pomm., versf. — **RZ. Hauff**, Frauenbrun, am 28. 4. 07 nach Finkenwalde fmdrt. — **RZ. Krefse**, Stolpenhagen, am 28. 4. 07 nach Finkenwalde fmdrt. — **d. B. Beduhn**, Stettin, am 7. 5. 07 nach Finkenwalde fmdrt. — **RZ. Jastrow**, Jülichow, am 28. 4. 07 nach Finkenwalde fmdrt. — **RZ. Fijh**, Stettin-Pommerensdorf, am 30. 4. 07 nach Finkenwalde fmdrt. — **d. B. Anop**, Kreptow a. d. Tollense, am 29. 5. 07 an Gehirnerweichung und Gehirngefäßversf.

3. Brigade.

RZ. Weder IV, Friedrichsfelde d. Wln., am 1. 5. 07 ohne Geh. beurl. als Ausseher b. Rgl. Museum Wln., am 10. 6. 07 wieder eingestellt in Friedrichsfelde b. Wln.

4. Brigade.

RZ. Stod, Salpa, am 1. 4. 07 nach Tettensborn fmdrt., am 15. 5. 07 vom Rmdo. zur. — **RZ. Telle**, Gräfenbainichen, **Bz. Halle**, scheidet am 1. 7. 07 ohne Pensf. aus.

5. Brigade.

§B. Drehler I, Langenheim, am 10. 5. 07 nach Stalmerghe fmdrt. — §B. Sprenger I, Gräy, am 18. 4. 07 nach Sul fmdrt. — b. B. Arapos, Nitzkadt, am 6. 4. 07 nach Wislupice-Jaborhczne b. Kossokaly fmdrt. — b. B. Reim, Zerlow, am 1. 1. 07 nach Neustadt a. B. fmdrt., ist vom Ambo. zurückgekehrt. — §B. König I, Szarmarowe b. Sodelstein, Scheibet am 1. 7. 07 ohne Vers. aus.

6. Brigade.

§B. Wohl I, Kositnig b. Michowiz, postm. Bezeichnung jetzt Kositnig. — §B. Ambros, Wittichenau, am 17. 5. 07 nach Loska fmdrt. — b. B. Steiner III, Paulsdorf, am 1. 6. 07 als §B. nach Gleitwitz vers., erhält Nr. 417. — §B. Pauker, Döherfurt, am 3. 4. 07 nach Beuthen, Bg. Breslau, fmdrt., am 22. 5. 07 vom Ambo. zur. — §B. Wenzel I, Sacrau, am 3. 4. 07 nach Groß-Peterwitz, Kr. Neumarkt fmdrt., am 22. 5. vom Ambo. zur. — b. B. Fliegner, Krummwohlsau, am 3. 4. 07 nach Weisitz b. Canth fmdrt., am 22. 5. 07 vom Ambo. zur. — §B. Demmig, Trebnitz, am 3. 4. 07 nach Tichanundenorf b. Kostenblut fmdrt., am 22. 5. 07 vom Ambo. zur. — §B. Scholz III, Alt-Stabelwitz, am 3. 4. 07 nach Spillendorf b. Canth fmdrt., am 22. 5. 07 vom Ambo. zur. — §B. Rosenberger, Obernigl., am 3. 4. 07 nach Sabbath b. Kostenblut fmdrt., am 22. 5. 07 vom Ambo. zur. — § o. Pr. Krauer, Kunzendorf b. Jaborzne, am 30. 6. 07 zum Truppenteil zur.

7. Brigade.

§B. Kuhlmann, Poltern, am 1. 6. 07 nach Wocholt vers. — §B. Hülfemann, Wocholt, am 1. 6. 07 nach Poltern Bf. vers. — §. a. Pr. Berghoulen, Rächstebred b. Braden, Kr. Schwelm, postm. Bezeichnung jetzt Rächstebred, Kreis Schwelm. — §B. Wlodow, Marsberg, vom 1. 6. 07 bis 15. 7. 07 nach Rüsschen, Kr. Brilon, fmdrt. — b. B. Aliver, Waderborn, vom 1. 6. 07 bis 31. 8. 07 nach Döbelhof fmdrt.

8. Brigade.

b. B. a. Pr. Gottschalk, Kranz, am 1. 7. 07 nach Schuir b. Werden-Ruhr vers. — b. B. Gronenborn, Doun, am 24. 5. 07 nach Willensfeld, Kr. Daun, fmdrt. — §B. Bach, Schmidt-heim, am 3. 5. 07 nach Ralmedy fmdrt. — §B. Poffrath II, Wittlich, am 27. 4. 07 nach Hasborn b. Oberfeldweiler, Kr. Wittlich, fmdrt. — §B. Wolfmann II, Rorsbach, am 1. 6. 07 nach Holpe, Kr. Woldbroel, vers.

9. Brigade.

b. B. a. Pr. Schwartz, Led, vom Truppenteil zum Wigewochmeister befördert. — §B. Gutsmann, Wötrau b. Wüchen, am 16. 5. 07 nach All-Heisendorf b. Kiel fmdrt. — §B. Pfeil, Kollmor (Hollst.), am 1. 6. 07 nach Brod-stein, Kr. Steinburg, fmdrt. — b. B. Wöster, Wotzobed, am 16. 4. 07 nach Riddling, Kr. Segedeberg, fmdrt., ist vom Ambo. zurückgekehrt. — §B. Fründt, Kremppe, am 1. 5. 07 nach Brodstein, Kr. Steinburg, fmdrt., am 1. 6. 07 vom Ambo. zur. — §B. Jäger, Gorf (Hollst.), am 2. 4. 07 nach Brodstein fmdrt., am 1. 6. 07 vom Ambo. zur.

10. Brigade.

§B. Jürges, Holle, am 1. 7. 07 ohne Geh. beurl. als Eis.Stat.Kp. nach Verneburg, Bg. Magdeburg.

11. Brigade.

§B. Machold, Homburg b. d. S., am 4. 6. 07 nach Hartenroth fmdrt. — b. B. Schulz, Schlichtern, erhält Nr. I. — §B. Körner, Herborn, erhält Nr. II. — b. B. Order, Haldorf, erhält Nr. II. — b. B. Koch, Wiedenlopf, erhält Nr. III. — b. B. Voigt, Weglar, erhält Nr. V. — §B. Schulz, Krummichen, erhält Nr. II. — §B. Hofmann, Gaiger, erhält Nr. III. — b. B. Körner, Weilburg, erhält Nr. I. — §. a. Pr. Weigel, Hartenroth, am 1. 6. 07 nach Bromskirchen als Hülfsschweb. vers., erhält Nr. I S. — §B. Klöppel, Schierstein, am 15. 4. 07 nach Rüdesheim (Rhein) fmdrt., am 1. 6. 07 vom Ambo. zur.

12. Brigade.

b. B. Gneiser, Lubno b. Brüg, am 1. 6. 07 ohne Geh. beurl. als Kademeister-Aspirant in Schneidemühl. — b. B. Gronenberg, Piepmitz Bzr., postm. Bezeichnung des Standorts: Piepmitz, Kr. Schlochau.

Brigade Eisaß-Vothringen.

Die Einberufung des Serganten Bursardt vom Bajer. 2. Feldart.R. Horn zum 1. 6. 07 nach Obertraubach ist wegen Erkrankung des Bursardt aufgehoben worden. — Feldw. Niederbühl vom Inf.R. Rorgraf Lubwig Wilhelm (3. Bod.) Nr. 111 am 15. 6. 07 als i. QzG. nach Obertraubach zur Probebefehl. einb. — Wigew. Schenep vom 3. Schief. Drag.R. 15 am 21. 6. 07 als i. b. G. nach Hirsingen zur Probebefehl. einb. — §B. Kaufert II, Diebenhöfen, die Veretzung zum 1. 7. 07 nach Bollmerringen, Kreis Diebenhöfen-Ost, wird zurückgenommen. — b. B. John I, Château-Salins, am 1. 7. 07 nach Altkirch vers. — b. B. Grablich, Altkirch, am 1. 7. 07 nach Château-Salins vers.

Wüchererschau.

Alle hier beschriebenen Wücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Bezieht sich die deutsche Zivilverwaltung der Unteroffiziere in angestammten Bahnen?

Ein Beitrag zur Beantwortung dieser Frage. Vom Kartellauschuß des Verbandes der Eisenbahn-Supernumerarvereine, des Verbandes der Gemeindeg.-Zivil-Supernumerare, des Verbandes der Regiments- und Steuer-Zivil-Supernumerare Preußens und des Verbandes von Zivilanwärtern des Deutschen Reiches. Verlag der Hofbuchdruckerei vom Gebrüder Jönede.

Die Verfasser verneinen diese Frage. Sie behaupten, die Militär-Anwärter gingen daraus aus, die besten erklaffigen Stellen des mittleren Dienstes „zu erobern“. Wenn die Zivilverwaltung der Unteroffiziere weiter die Bahnen verfolge, die sie in den letzten Jahren einge-schlagen habe, so würden die Zivilanwärter in Zukunft gänzlich verschwinden. Dabei werden die Verfasser selbst zu, daß die erklaffigen Stellen, in ihrer Gesamtheit betrachtet, gegen-

Auskunftei.

wärtig noch vorwiegend mit Zivilanwärtern besetzt sind. Entspricht dies Verhältnis aber dem bestehenden Recht, haben die Zivilanwärter wirklich Anspruch darauf, daß es immer so bleibe? Durchaus nicht! Nach den Anstellungsgrundsätzen von 1882 und 1890 sind die mittleren Beamtenstellen, soweit ihre Inhaber keiner besonderen wissenschaftlichen oder technischen Kenntnisse bedürfen, mindestens zur Hälfte mit Militäranwärtern zu besetzen. Einige Ausnahmen, die in den Anstellungsgrundsätzen gemacht sind, fallen hier nicht weiter ins Gewicht. Solange die Stellenbesetzung nach nicht überall in dieser Weise durchgeführt ist, kann man den Militäranwärtern ihre Bestrebungen, wie sie in ihren Petitionen, Zeitungsorganen und Versammlungen zuwege treten, unnützlich verdammen, ganz gleichgültig, inwieweit sie wirklich oder nur vermeintlich den richtigen Voraussetzungen ausgehen. Der Vorwurf, die Militäranwärter führten einen „Erwerbungsfeldzug“, ist jedenfalls ganz unangebracht.

Mit den Zivilanwärtern wünschen auch wir, daß die Streitart zwischen den beiden Anwärterklassen baldigt begraben werde. Der Weg aber, den der Verfasser der Broschüre zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagen, ist unseres Erachtens nicht gangbar, ja überhaupt nicht diskutabel. Dieser Vorschlag läuft nämlich darauf hinaus, bei allen Behörden für die minder wichtigen Arbeiten, für Arbeiten mehr mechanischer Natur, eine Assistentsklasse einzurichten und die Stellen dieser Klasse vorwiegend mit Militäranwärtern zu besetzen, die Stellen I. Klasse (Sekretärstellen) aber im allgemeinen den Zivilanwärtern zuzuwenden, also überall ähnliche Verhältnisse zu schaffen, wie sie schon jetzt in der preussischen Justizverwaltung bestehen. Man will allerdings so gutta sein, die Stellen I. Klasse den Militäranwärtern nicht völlig zu verschließen; es sollen aber nur die tüchtigsten und fähigsten Assistenten nach Ablegung einer zweiten Prüfung die Möglichkeit des Aufstiegs haben.

Sind die Verfasser wirklich so naiv, zu glauben, daß sich die Regierung bereit finden werde, auf eine solche Verschlechterung der Zivilversorgung einzugehen? Nach unserer Ansicht ist die Broschüre ein Schlag ins Wasser und wird an unseren bewährten Anstellungsgrundsätzen nichts ändern. Anerkannt muß übrigens werden, daß sich die Verfasser eines ruhigen, maßvollen Tones befleißigt haben. Freilich ist es ihnen nicht gelungen, überall objektiv zu urteilen; hier und da begegnen wir auch einer recht schiefen Auffassung. Eigentümlich mutet u. a. die Klage an, daß in der preussischen Staatsbahnverwaltung viele der aus dem Zivilpensionsnumerariat hervorgegangenen Eisenbahnbeamten Reserveoffiziere wären und daß es von diesen schwer empfunden werde, wenn sie als dienstfähige Beamte „in Offizierstellung“ untergeordnete dienstjungerer ehemaliger Unteroffiziere sein müßten. Für unsere Leser bedarf es hierzu keiner Bemerkung.

An Kam. GW. F. in H. Wahrsagerei.
Die öffentliche Anknüpfung der Wahrsagerei (Chiramanie, Whrenologie, Palmistrie, genaue, untrügliche Deutung der Zukunft in allen Lagen des Lebens, Wahrsagen aus den Hand- und Kopfslinien unter Angabe des zu erreichenden Alters nach strengstem Wahrheitsbeweis sowie Eröffnung und Erschärkung aller Spiel-, Lotterie- und Rauletten-Geheimnisse, unfehlbare Angabe aller gewinnenden Nummern usw.) ist grader Unsinn. Werden Personen festgestellt, denen gegenüber Wahrsagerei gegen Entgelt betrieben wird, dann liegt Betrug vor, wenn die Besucher an die Wahrsagung glauben. Glauben diese Verlangen nicht daran, dann liegt verführter Betrug vor. Wegen Entgelts ist die Wahrsagerei selbst dann betrieben, wenn kein Geld gefordert, aber eine freiwillige Spende nicht zurückgewiesen wird. Die Anknüpfung der Sprechstunden für Damen und Herren läßt übrigens auch auf einen Kuppelbetrieb gefährlichster Art schließen. Unerfahrenen Mädchen wird der „Zukunftige“ durch solche modernen Degen oft in gewissermaßen Weise zugeführt. Der kriminalistischen Praxis sind solche Fälle nicht unbekannt. Also vorgehen!
Rr. 67 a. — St.

An Amtss. F. S. Rabattmarkenschwindel.
Die Nachahmung der Rabattparmarken eines Rabattspareibereins durch andere Geschäftsleute, die durch die Herausgabe Fublium zur Benachteiligung der Geschäfte des Vereins anguloden suchen, stellt sich zum mindesten als unlauterer Wettbewerb dar; ist eine Vermögensschädigung. — Einlösung der gefälschten Marken durch den Verein — eingetretten, dann liegt auch Betrug vor. Ferner dürften die Marken als Urkunden anzusehen sein; ihre Nachahmung ist als Urkundenfälschung zu bestrafen. Daß die Nachahmung mit einer ganz unwesentlichen Abweichung (Ziffer 2 statt Ziffer 1) vertrieben ist, fällt wohl kaum ins Gewicht. Rr. 30. O. S.

Kam. OW. P. in S. Schiffsjungenlaufbahn in der Kaiserlichen Marine.
Durch eine neuerdings erlassene Verfügung der Marineverwaltung ist der Einstellungstermin für Schiffsjungen der Kaiserlichen Marine vom Frühjahr auf den Herbst verlegt worden. Dem entsprechend werden Anfang Oktober d. J. 800 Schiffsjungen zur Einstellung gelangen. Das Eintrittsalter als Schiffsjunge soll durchschnittlich 15½ Jahre betragen, der einzustellende Junge darf aber nicht jünger als 14½ und nicht älter als 18 Jahre sein; die Einstellung unter 15 Jahren im Alter setzt besonders kräftige Körperentwicklung voraus. Gleichzeitig mit dieser Neuordnung des Eintritts hat auch der Ausbildungsgang der Schiffsjungen eine Veränderung erfahren. Sie werden in Zukunft für das Winterhalbjahr auf dem in Würst der Flensburger verankerten alten Panzerschiff „König Wilhelm“ untergebracht, um in die Anfangsgründe ihres neuen

Verufes eingeweiht zu werden, und treten erst im nächsten Sommer die übliche längere Auslandsreise an. Nach zweijähriger Dienstzeit als Schiffsjunge erfolgt die Ernennung zum Matrosen und nach ungefähr vier weiteren Jahren, also in einem ungefähren Lebensalter von 22 Jahren, die Beförderung zum Unteroffizier. Die Marineverwaltung übernimmt ohne Rücksicht von seiten der Eltern den vollen Augenblick der Einstellung des Jungen die Sorge für Weiterbildung, Vorsehung und Verpflegung, verlangt aber, daß der Junge sich zu einer über die gesetzliche Dienstzeit von drei Jahren hinauslaufenden weiteren Dienstzeit in der Marine als Entgelt für seine Verjahre verpflichtet. Die Anmeldungen für die Schiffsjungeneinstellung sind bis zum 1. August an die zuständigen Bezirkskommandos, die auch über die Einzelvorschriften näheren Bescheid erteilen, zu richten.

Kam. Gend. Wachtm. G. in N. Fischerei. Einem Fischpächter kann es nicht verwehrt werden, die zwischen seinen Fischbezirken liegende, von einem andern Fischereiberechtigten gepachtete Strecke eines öffentlichen Gewässers zu durchfahren. Das Befahren öffentlicher Flüsse steht jedermann frei. Weber das W.G. noch das Preussische W.R. noch das Fischereigesetz von 1874 oder die Fischereivereinbarung für die Provinz Posen vom 7. 8. 45 geben für ein Verbot eine Handhabe. In dem Fischereigesetz fehlt eine dem § 383¹⁹ StrGB. entsprechende Vorschrift über das Befahren fremder Fischereigebiete in Fischerausrüstung. Nr. 27a. — S.

An Amtsvorst. W. in K. Alkoholfreie Wirtschaften. Die Erlaubnis zum Ausschank alkoholfreier Getränke ist vom Stadt-(Kreis-)Ausschuß zu erteilen, wenn gegen die Person des Bewerbers und gegen Lage und Beschaffenheit der Wirtschaft keine erheblichen Einwendungen im Sinne des § 83¹ und ² GewO. zu erheben sind. Die Bedürfnisfrage ist in Ortschaften unter 15000 Einwohnern nach § 83³ b GewO. nur bei geistigen Getränken zu prüfen. Wie weit alkoholfreie Getränke zu den geistigen zu zählen sind, ist Frage. Zu verneinen ist es wohl für Getränke wie Pommes und dergl. Nr. 63. — Sp.

Kam. G.W. S. in A. Flaschenbierhandel von Haus zu Haus. In § 42 a GewO. ist das Verbot des Bierhandels von Haus zu Haus für den Handel mit Bier in Fässern und Flaschen ausdrücklich aufgehoben. Wer also an einem Orte berechtigt ist, im stehenden Gewerbebetrieb mit Flaschenbier Handel zu treiben, darf an demselben Orte auch von Haus zu Haus Flaschenbier feilbieten und Verkäufe darauf aufbauen. Nr. 45 a. — Sp.

An Kam. d. G.W. G. in Sch. Warenhandel auf Abfällen. Bei Abfällen oder ähnlichen kirchlichen Veranstaltungen, zu denen ein Zusammenströmen von Menschen erfolgt, ist es üblich, daß Händler mit Nahrungs- und Genussmitteln, Heiligenbildern, Gebetbüchern, Erinnerungsgeldern u. dergl. ihre Stände aufschlagen, um den Besuchern der Feier ihre

Waren feilzubieten. Die Ortspolizeibehörde kann über die Zulassung solcher Händler aus anderen Gemeinbezirken gemäß § 59⁴ der Gewerbeordnung Zustimmung treffen. Wer von der Ortspolizeibehörde des Wohnortes zugelassen ist, darf den ihm zugewiesenen Stand einnehmen — vorbehaltlich der Zustimmung des Eigentümers des Platzes — und seinen Handel beginnen, ohne daß er eines Wandergewerbebescheides oder eines sonstigen Ausweises bedarf; es müßte denn sein, daß die Ortspolizeibehörde die Vorweisung der Gewerbe-Anmelde-Bescheinigung (aus § 14 GewO.) als Bedingung der Zulassung gestellt hat — Händler aus einem nicht über 15 Kilometer entfernten Nachbarort bedürfen für solche Waren, die zu den Wochenmarktartikeln gehören, auch der ortspolizeilichen Erlaubnis nicht (§ 59 Ziffer 2 GewO.) Sie werden sich aber darüber auszuweisen haben, daß sie in einem Nachbarort von höchstens 15 Kilometern Entfernung wohnen. Das Ausstellen der Stände richtet sich nach etwaigen Bestimmungen einer örtlichen Straßenpolizeiverordnung; sonst ist im Falle des § 59⁴ GewO. nur die von der Ortspolizeibehörde etwa gestellte Bedingung maßgebend. — Der Ausschank von geistigen Getränken kann bei solchen Gelegenheiten im Falle des Bedürfnisses gemäß § 42a legt. Abs. der GewO. von der Ortspolizeibehörde genehmigt werden. Auch hier kann die Ortspolizeibehörde die ihr erforderliche scheinenden einschränkenden Bedingungen festlegen. Eine Zuwiderhandlung gegen § 388¹ StrGB. wird durch die polizeiliche Genehmigung ausgeschlossen.

Nr. 82a. — ph.

An N. 1000 P. 1. Geschlossene Gesellschaft. Vollzeithunde. Die in einer öffentlichen Wirtschaft anwesenden Schankgäste können sich nicht ohne weiteres bei Eintritt der Vollzeithunde für eine geschlossene Gesellschaft erklären. Es muß sich tatsächlich um eine von vornherein zu bestimmten gemeinsamen Zwecken zusammengetretene Personenmehrheit handeln, die in einem von den übrigen Schankgästen nicht mitbenutzten Räume sich aufhält. Im Einzelnen ist es Frage, ob die Merkmale der geschlossenen Gesellschaft vorliegen, mithin eine Anwendung der Vollzeithunde ausgeschlossen ist oder nicht.

2. Bahnsteigautomaten. Warenautomaten sind von verschiedenen Gerichtshöfen für Zubehör des Eisenbahnbetriebes erachtet worden und danach wie der gewerbliche Hauptbetrieb der Eisenbahnunternehmungen nach § 6 GewO. von der Regelung durch die Gewerbeordnung ausgenommen. (Entgegengesetzter Ansicht eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Braunschweig vom 28. 4. 03.) Wie bezüglich der Vollzeithunde, der Ruhepausen der Gastwirtschaften ph. in Wartehäusern wird man wohl jetzt auch für die Bahnsteigautomaten zu unterscheiden haben, ob sie innerhalb oder außerhalb der Bahnsteigpforte aufgestellt sind.

Nr. 20a. O. E.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.

Nr. 6.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gersbach zu Berlin.

1907/08.

Die Polizeihundprüfung in Iserlohn am 4. und 5. Juni 1907.

Die Iserlohner Prüfung darf als ein Wendepunkt in der Entwicklungsgeschichte des Polizeihundwesens und der Polizeihundprüfungen bezeichnet werden. Schon seit Jahren erstrebt der Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (PHV.), Sitz Hagen i. W., die Veranstaltung von Polizeihundprüfungen unabhängig von Hundeaussstellungen. Seine eigenen bescheidenen Mittel erlaubten ihm bisher solches nicht. Darum gebührt dem Verein für Hundesport und Jagd zu Iserlohn und an seiner Spitze seinem ebenso weidgerechten wie hundefreundlichen Vorsitzenden, Herrn Walter Wichelhoven, nicht nur der Dank des PHV., sondern auch der Behörden dafür, daß sie ihre Organisation, ihre Arbeitskraft, ihre Liebe zum Hunde und ihre Mittel zur Verfügung stellten und so uns halfen, die erste wirklich erste Polizeihundprüfung zu veranstalten.

Während sonst die Polizeihundprüfung benutzt wurde, um recht viel Eintrittsgeld zahlende Besucher heranzuziehen, und diese Einnahmen die Hauptsache bildeten, die Polizeihundprüfung aber die Nebensache, während sonst also die Polizeihundprüfung den Sportvereinen die Kasse füllte, war hier das alles vermieden: die Polizeihundprüfung fand ihrer selbst wegen statt und Aufwendungen wurden nur gemacht, um sie zu fördern.

Als Richter waren gebeten worden und erschienen: der Hauptschriftleiter der Zeitschrift „Die Polizei“, Herr Direktor Gersbach-Berlin, Herr Polizeiwachtmeister Ruppbaum-Hagen und der Unterzeichnete, der mit der Erstattung des Richterberichts beauftragt wurde. Die Leitung der Prüfung war in die sachkundige Hand des sachbegeisterten Kassensührers des PHV., des Herrn Polizeikommissar Kappe-Reheim, gelegt. Der erste Vereinsvorsitzende, Herr Polizeieinspektor Meyer-Hagen, war mit dem Nachzuge von einer anstrengenden Reise zurückgekehrt, um der Prüfung beiwohnen zu können.

Was den Prüfungsplatz anlangt, so liegt das Buchenwäldchen circa 10 Minuten von der Stadt Iserlohn entfernt, an der Chaussee nach Sundwich. Die Chaussee entlang erstreckt sich eine etwa 75 m breite hohe Buchenwaldung, zu der parallel sich eine rund 300 m lange und 90 m breite völlig eingefriedigte Weide, der eigentliche Prüfungsplatz, ausbreitet. In einer Entfernung von circa 4 Minuten befinden sich zwei schön angelegte Teiche, welche der Wasserarbeit dienen. In dem an die Weide angrenzenden weiteren Gelände ist teilweise Buschwerk vorhanden, das Terrain selbst wellenförmig, so daß sich hier vorzügliche Gelegenheit bot, die Hunde in bezug auf Meldungüberbringen



Well von Herberg, Führer Henze, Soest.
Bes.: Jagdbender, Soest, vom Verbrecher zurückföhrnd.

und in besonderen Leistungen, namentlich im Ermittlungs- und Kriminaldienst, eingehender zu prüfen als auf den bisherigen Prüfungen. Vorhanden waren auch die üblichen Sprungwände von 1,50 und 2,20 m Höhe sowie zwei besondere Verstecke für den Verbrecher.

Zur Prüfung gemeldet waren 22 Hunde, und zwar: 8 Airedaleterriers, 13 Schäferhunde und 6 Dobermannpinscher.

Die auf Seite 18/19 abgedruckte Stala zeigt, in welchen Fächern geprüft wurde und welche Verwertung die einzelnen Leistungen erzielten. Hierdurch ist es für jeden Führer ein leichtes, zu erkennen, in welchen Fächern sein Hund noch der Nachhilfe bedarf. Aus diesem Grunde glaube ich auch von der eingehenden Erörterung

Prüfungs-

Laufende Nr.	Des Hundes				Geprüft wurde:			
	Name	Rasse	Besitzer	Halter	Verunsichtigteit	Belagen hat bei Hund	a) Belagen (5 Min. lang)	b) Verunsich. von Gegenständen
Höchst erreichbare Punktzahl					4	4	4	6
1	Greif	Kirebaleterrier	W. Jherlohn	W. Bachmann	3	3	4	4
2	Walf v. d. Lippe	Schäferhund	O. Henze, Soest	Besitzer	3	3	3	3
3	Welf v. Keroberg	Dabermann-pinscher	Hr. Hahnbender, Soest	O. Henze, Soest	3	3	4	4
4	Kogi	Schäferhund	W. Altena i. W.	Schupmann Wäsch	2	2	3	6
5	Graf	Dobermann-pinscher	H. Bagener, Lohwinkel	W. Schröder, Lüdenscheid	3	3	4	0
6	Fiod v. d. raten Erde	"	W. Duisburg-Weiderich	W. Lütke-meier	3	2	4	6
7	Manfwig v. Edardstein	"	H. Bahse, Lüdenscheid	W. Schröder	3	3	2	4
8	Reg v. Edardstein	"	derselbe	Schupmann Voigt	3	3	4	6
9	Max gen. Walf	Schäferhund	W. Barbed	W. Ludwig	3	3	4	5
10	Peter	Kirebaleterrier	W. Krieg, Menden	Besitzer	3	2	2	2
11	Kaland v. Heeren	Schäferhund	W. Berthwein, Heeren	Besitzer	3	2	1	5
12	Walf	"	Krim. W. Battre, Sterkrade	Besitzer	3	2	4	0
13	Kaland	"	Schupmann Koch, Hagen i. W.	Besitzer	3	3	4	6
14	Kalf	"	W. Barbed	W. Rudolf	3	2	4	6
15	Pan	"	W. Osthaus, Dortmund	Besitzer	3	4	4	6
16	Treff	"	W. Bachmann, Jherlohn	Besitzer	—	—	—	—
17	Larb	"	W. Brudmann, Duisburg	Besitzer	3	2	4	6
18	Lucie	"	W. Duisburg-Weiderich	W. Lütke-meier	3	2	4	6
19	Marlitt v. Edardstein	Dabermann-pinscher	H. Bahse, Lüdenscheid	Schupmann Veder	3	4	4	6
20	Kofa	Schäferhund	W. Hamborn	W. Neumann, Schmidthorst	3	4	4	6
21	Herta	"	"	W. Spahn, Schmidthorst	3	4	4	6
22	Lady	Kirebaleterrier	W. Humbel, Westig	Besitzer	3			

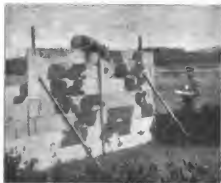
Stala.

Geprüft wurde:															Preis			
Auf Befehl laugeben	Freibung überbrüggen	a) Sportieren ge- wonnener Sachn	b) Beförderungn	c) über Hindernisse	d) aus dem Wasser (bis an das Land)	e) Bombenverbreitern.	über verlorene Sachen	Springen (mindestens 1,50 m hohe Wand)	Schussfertigkeit	Reitern u. verstellen oder vermessen, wenn erforder- lich, feilschalen	Befolgen, stellen u. laul- geben, wenn erforderlich, feilschalen	Befolgen des Führers ohne Befehl	Gefamtapfell	Def. Leistungen:				
4	6	2	6	4	6	6	4	6	8	8	8	8	6	4	8	104		
4	6	2	4	4	6	4	4	6	7	6	6	4	4	4	6	87	V.	Ehrenpr. u. Br. f. d. best. 1911. Hund
3	6	1	3	2	4	3	2	5	6	5	4	2	—	—	58	S. L. G.	Ehrenpreis	
4	5	2	5	4	3	3	4	5	7	6	4	6	—	—	72	"	"	
4	2	1	3	2	2	0	2	2	5	4	5	2	—	—	47	"	"	
0	3	2	3	2	0	5	2	0	6	6	0	3	1	6	49	"	"	
3	2	2	2	2	0	0	2	0	6	7	7	3	—	—	57	"	"	
4	4	2	3	2	5	0	3	6	7	8	7	5	—	—	68	"	"	
4	3	2	1	4	0	0	4	6	4	6	6	3	1	—	60	"	"	
4	5	2	6	3	6	6	4	6	7	8	8	6	—	8	94	II.	"	
0	2	1	5	1	2	0	2	0	5	4	4	2	—	—	37	L. G.	"	
2	3	2	5	3	6	1	2	6	4	7	6	3	—	—	61	S. L. G.	"	
4	3	2	6	2	0	6	3	4	7	8	6	6	—	—	66	"	"	
4	6	2	6	4	5	3	4	5	7	6	7	3	—	—	78	"	"	
4	5	2	6	2	5	3	2	3	6	6	7	3	—	—	69	"	"	
4	6	2	3	4	5	6	4	6	7	8	7	6	4	6	95	I.	"	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Ziel wegen Er- krankung aus.	
4	3	2	6	3	6	3	3	5	6	7	4	4	2	4	77	S. L. G.	Ehrenpreis	
—	3	2	6	3	6	4	3	6	6	7	7	3	3	6	84	VI.	"	
4	3	2	5	2	5	2	3	6	6	7	7	4	—	—	73	S. L. G.	"	
—	5	2	5	3	6	2	4	6	7	8	8	6	2	4	89	IV.	"	
4	5	2	6	4	6	2	4	6	7	8	8	6	2	6	93	III.	"	

zurückgezogen, da noch unfertig.

der einzelnen Leistungen Abstand nehmen zu können.

1. „Greif“. Der Hund ist sehr gut, sein Führer ein geborener Dressieur. Die Verteidigung seines Herrn sowie der Gesamtappell hätten besser sein können, beim Meldungüberbringen kam der Führer zu früh aus dem Versteck. Beim Suchen vom Verbrecher fortgeworfener Sachen wurde der Hund nicht sofort auf die Fährte gesetzt, wodurch die Übung für denselben erschwert wurde. Als besondere Leistung fand der Hund einen von einem Richter versteckten Gegenstand sehr sicher und schnell. Das Aufspüren des Verbrechers auf dem Boden eines Hauses, wobei der Hund über drei Leitern bis auf das Dach und dann durch die Dachluke kletterte, war eine geradezu vollendete Übung; man gewann aber den Eindruck, als ob dem Hunde diese Übung an der-



Unze, Berl.: Polizeibewertung Weidrich, nimmt die Sprungwand.

selben Stelle zu sehr eingepaukt worden sei. Daher konnte auch die Bewertung nicht so hoch erfolgen, wie anscheinend erwartet worden war.

2. „Wolf v. d. Lippe“, vorgeführt von seinem Dressieur, Herrn Kaufmann Otto Henze-Soest. Mit bewundernswerter Ruhe und Energie zeigt der Führer, was er in nur 20 Dressurstunden aus seinem Hunde gemacht hatte. Bei der nächsten Prüfung wird der Rüde sicher verstehen, den besten Hunden das Feld streitig zu machen.

3. „Bell“, gleichfalls vorgeführt von Herrn Henze. Der Rüde arbeitete als Dobermann selten ruhig; sein Führer übertrug seine Ruhe auch auf ihn. Der Rüde ist in einzelnen Punkten noch nicht ganz sicher.

4. „Rogi“. Der Hund war dergestalt aufgeregt, daß er für den ersten Tag von der Prüfung zurückgezogen wurde; am zweiten Tage zeigte er sich besser. Der Führer ist zwar ruhig, aber nicht energisch genug, um das aus dem Hunde herauszuholen, was in ihm steckt. Der Hund hat gute Anlagen und wird unter sachgemäßer Führung auch besser werden.

5. „Graf“. Versagte beim Bewachen von Gegenständen, Lautgeben sowie beim Suchen vom Verbrecher verlorener Sachen vollständig, dagegen zeigte er vorzügliche Leistungen im Apportieren geworfener Sachen; er brachte mit der größten Ruhe ein schweres Schlüsselbund, eine Weinflasche, einen scharfen Degen, einen Revolver, ein Beil und einen scharf geschliffenen Dolch. Revieren und Verbellen usw. waren gut; dagegen verlor er beim Schießen vollständig die Fassung und ließ seinen Führer im Stich. Der Hund muß schärfer angefaßt werden. Als besondere Leistung ließ sich Graf durch Winke sehr schön aus der Ferne ablegen.

(Schluß folgt.)

Polizeihundprüfung.

Betreffs der Polizeihundprüfung in Breda (Holland) am 30. Juni dieses Jahres ist noch zu berichten, daß die Preise mit Rücksicht auf die Kosten, welche den bescheidenden Beamten entstehen, nunmehr bedeutend erhöht sind.

Es stellen sich die Preise, wie folgt:

I.	Preis Vereins-Medaille und 250 M
II.	„ Silberne „ „ 167 „
III.	„ Bronzene „ „ 125 „
IV.	„ „ „ „ 85 „
V.	„ „ „ „ 42 „
VI.	„ Diplom „ „ 17 „
VII.	„ „ „ „ 17 „

Polizeibeamte zahlen kein Standgeld. Der Meldeschluß ist bis zum 24. verlängert worden. Die Anmeldungen sind an Herrn Polizeikommissar G. Bossenaar, Breda, zu senden.

Wir machen auf die Artikel „Polizeihundprüfung in Breda“ in den Nummern 25 v. J. und Nr. 1 d. J. aufmerksam und hoffen, daß bei den günstigen Bedingungen diese Polizeihundprüfung von guten deutschen Polizeihunden besichtigt wird. Bei unseren vorzüglichen Schnellzugverbindungen liegt Breda besonders für die rheinischen und westfälischen Polizeihundführer sehr bequem.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Rr. 6.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Ebbe und Flut.

(Nachdruck verboten.)

Von jeher hat das Meer mit seinen Erscheinungen eine große Anziehung auf den Menschen ausgeübt. Einen überwältigenden Eindruck macht der Anblick des weiten, unendlichen, von haushohen Wellen gepeitschten Meeres. Neben dieser von Winden und Stürmen erzeugten unregelmäßigen Bewegung des Meeres bietet sich an der Küste der offenen Meere ein sonderbares Schauspiel in dem täglich zweimal 4–6 m hohen Steigen und Fallen des Meerwassers dar. Diese regelmäßig wiederkehrenden Pulschläge des Ozeans heißen Ebbe und Flut. Jede dieser Erscheinungen währt etwas über 6 Stunden, erfolgt also täglich zweimal.

Mit Eintritt der Ebbe fällt das Meerwasser und tritt weit von der Küste zurück. Alle ins Meer mündenden Gewässer geraten in Bewegung. Aus allen Gräben, Kanälen und Flüssen strömt das Wasser mit unwiderstehlicher Gewalt ins Meer. Ein dreites Vorland umgibt die Küste und die Inseln. Die am Strande ankommenden Schiffe liegen bald trocken auf dem Meeresboden. Die Ebbe enthüllt eine Menge Geheimnisse der Tiefe. Man sieht die veranbarten Brack und Vallen der gestrandeten Schiffe. Korallen und Kräuter, die in der dunklen Tiefe des Meeres wuchsen, zeigen sich im Sonnenschein. Seetiere, Krebse, Krabben, Muscheln und Fische bleiben auf dem Grunde zurück. Ein reges Leben entfaltet sich nun; die arme Bevölkerung der Küstenorte, Muschelsammler und Krabbenfänger, halten ihre Ernte. Auch die Vögel finden ihre Tafel gedeckt. Strandläufer, Möwen, selbst Schnepfen und Störche flattern oder wandern umher, um Jagd zu machen.

Endlich kommt die rückwärtige Bewegung des Wassers zum Stillstand. Es scheint, als ob sich das Meer befähne, weiter rückwärts zu geben. Allmählich kommt aber neues Leben in die Gewässer. Das Meer drängt wieder dem Lande zu und löst mit dem aus den Gewässern stiehenden Wasser zusammen, oft mächtige Strudel bildend. Endlich drängt das Wasser des Ozeans mit Macht in die vorher entleerten Kanäle und Flußläufe. Fischer und Austernsammler ergreifen die Flucht. Das Vorland verschwindet; die Hafendämme die sich tiefen groß vom Grunde des Meeres erhoben, schrumpfen zusammen. Alle Schiffe, welche die Ebbe auf den Sand legte, heben sich. In allen Häfen wird geräuscht. Auf Schiffen aller Art werden die Segel gespannt und tragen Reisende und Waren vom Ufer zu Ufer. Die großen Seefahrer, die vor den Flußmündungen die Fluthöhe erwarteten, schwimmen mit geblähten Segeln in die Hafenside.

Worin haben nun Ebbe und Flut ihre Ursache? Schon im Altertum vermutete

Plinius dieselbe in der Anziehungskraft des Mondes. Erst Newton (spr. njuhtn) hat sie nachgewiesen. In unserem Planetensystem bildet die Sonne den Mittelpunkt, und alle Himmelskörper werden durch die Anziehungskraft derselben in ihrer Bahn gehalten. Die Himmelskörper üben aber auch gegenseitig Anziehung auf sich aus, so die Erde auf den Mond und dieser wiederum auf die Erde. Die Anziehungskraft der Mondmasse wirkt auf die Erde am stärksten bei dem unmittelbar unter dem Monde befindlichen Teil. Ist hier nun Wasser, welches als tropfbar flüssige Masse am stärksten angezogen wird, so entsteht ein Wellenberg, die Flut. Das zusammenströmende Wasser fließt von beiden Seiten der Erdoberfläche zusammen, entfernt sich also dort und es entstehen hier Ebben. Aber auch in dem der Flutwelle gegenüberliegenden, also entgegengesetzten Teil der Erdoberfläche muß dadurch ein Wellenberg, also Flut, entstehen.

So bilden sich gleichzeitig zwei Ebben und zwei Fluten. In 24 Stunden und 48 Minuten dreht sich die Erde um ihre Achse. Steht z. B. in Hamburg morgens um 6 Uhr der Mond im höchsten Punkte, so wäre dann hier die Fluthöhe. Nach 12 Stunden und 24 Minuten hätte die Erde sich zur Hälfte um ihre Achse gedreht, und Hamburg befände sich dem Monde gegenüber in der entgegengesetzten Stellung; folglich entsteht nun die zweite Flutwelle. So entstehen für jeden Ort täglich zweimal Ebbe und zweimal Flut.

Auch die Anziehungskraft der Sonne äußert sich auf das Meer, trotzdem sie 387 mal weiter von der Erde entfernt ist als der Mond. Sieben Sonne und Mond an derselben Seite der Erde (Neumond), so ziehen beide mit vereinten Kräften nach derselben Richtung und die Flut wird besonders stark; es entsteht eine Springflut, die bis 16 m Höhe erreicht. Dieselbe Erscheinung tritt bei Vollmond ein, wenn Sonne und Mond von entgegengesetzten Richtungen auf das Meer wirken, ohne sich gegenseitig zu stören. Am niedrigsten ist die Flut zur Zeit der Mondviertel, weil dann die Anziehungskraft des Mondes sich mit derjenigen der Sonne kreuzt.

Der Seemann pflegt Ebbe und Flut schlechtin Hochwasser und Niedrigwasser zu nennen. Die Zeitunterschiede zwischen Ebbe und Flut heißen Zeiten.

Rechtspruchwörter.

Veräumt der Vater seine Pflicht,
Nimmt Verwaltung und Nießbrauch das
Gericht.

Hat der Vater das Recht des Kindes auf Gemäßung des Unterhalts veräußert und ist für die Zukunft eine erhebliche Verschönerung des Unterhalts zu besorgen, so kann dem Vater die Vermögensverwaltung und Rußnehmung entzogen werden. § 1666, Abs. 2.

(Dr. Loh: Neue deutsche Rechtspruchwörter.)

Recht, Ordnung und Gesetz.

Nichts hält mehr das Gesetz in Kraft, als die allgemeine Beobachtung desselben, welche keine Ausnahme zuläßt.

(Briolo Garbi an Doge Priuli — 26. 11. 1621 —, Uebersetzung von Bozzoni.)

Weltbürger-Abc.

Piccolomini, altes italienisches Geschlecht, stammte aus Rom, ließ sich dann in Siena nieder und kam in den Besitz des Herzogtums Amalfi. Der namhafteste Sprößling ist außer Aeneas Silvius P., als Papst Pius II., besonders Octavio, Herzog von Amalfi, geb. 1599; derselbe diente erst bei den spanischen Truppen in Mailand, kam später nach Deutschland und focht als Reiteroberst bei Lützen unter Wallenstein, trug in der Folge am meisten zu dessen Sturz bei, focht hierauf mit Molani am Rhein, später gegen Daner und Torstenson in Westfalen, Sachsen und Mähren, trat aber nach seiner Niederlage bei Leipzig (1642) wieder in spanische Dienste, bis ihn der Kaiser 1648 zurückerief und zum Feldmarschall ernannte. Er starb 1666 kinderlos zu Wien. Piccolomini's Sohn Max in Schillers „Wallenstein“ ist poetische Erfindung.

Pferdepflege.

Zu dem Artikel „Die Rauke“ unter „Pferdepflege“ in Nr. 3, S. 72 des „Gen darm“ macht uns Kam. Genb.-Wachmeister Escherntner in Schönberg O./L. folgende dankenswerthe Mittheilung:

Rauke kann jedes Pferd bekommen, auch bei der besten Pflege. Zur radikalen und sicheren Beseitigung wende ich folgendes Mittel an: Ich nehme 3 Teile ungesalzenes Schweinefett (sogenanntes Tonnenfett) und 2 Teile feinstörniges Gewehrpulver (Schleppulver). Das Pulver menge ich, nachdem ich es zuvor zu Mehl zerrieben habe, in das Fett, wodurch sich eine ganz schwarze Schmiere bildet. Der an Rauke erkrankte Teil wird mit lauwarmen Wasser ausgewaschen und getrocknet, vielleicht durch Abstupfen mit einem wollenen Tuch. Dann nehme ich von dem Fett einen Teil, der so groß ist wie eine kleine Walnuß, und reibe mit der Hand das franke Kniegelenk gut ein. Dieses Verfahren ist täglich nach dem Dienst zu machen. Am 2. Tage verliert sich der ekelhafte Ausfluß, am 3. Tage fallen schon Schuppen ab und gleichzeitig bilden sich neue Haare. Am 5. Tage ist die Rauke vollständig verschwunden. Dieses Verfahren heilt jede Rauke, und wenn dieselbe noch so weit vorgeschritten ist. Ein Pferd hatte vom Kessel bis einschließlich zum Sprunggelenk Rauke. Da tierärztliche Kunst nicht half, sollte das Pferd verkauft werden. Ich wandte obiges Mittel an und heilte das Pferd in 5 Tagen vollständig aus. Erst dieses Frühjahr habe ich einem Rittergutsbesitzer meines Bezirks ein Luxuspferd von der Rauke geheilt.

Rätsellecke.

Bilderrätsel.



Taschrätsel.

Reicht strebt es durch die See ans Land.
Mit anderm Kopfe wirds geessen
Und dient zu Speisen allerhand.
Mit anderm Kopfe wirds gekessen
Und tragen wir es im Gewand.
Mit andern Kopf: der Liebe Hort
Und auch bei jener Schraube dort.

Pyramide.



Bokal
Windewort
Himmelsrichtung
Verkehrseinrichtung
Edelstein
Geistlicher

Von der Spitze beginnend ist jede weitere Reihe durch Hinzufügung eines Buchstabens unter beliebiger Stellung der andern Buchstaben zu bilden.

Wortspiel.

- | a. | b. |
|------------------|------------------|
| 1. Naturereignis | — Waffe |
| 2. Pflanzenstoff | — Haartuch |
| 3. Getränk | — Baum |
| 4. Wessltum | — Wild |
| 5. Vornahme | — Körperteil |
| 6. Metall | — Verkehrsmittel |
| 7. Werkzeug | — Körperteil. |

Es sind 7 Wörter zu suchen von der Bedeutung unter a. Von jedem Wort ist durch Umlaut eines Buchstabens ein neues Wort zu bilden von der Bedeutung unter b. Die neu eingefügten Buchstaben müssen, im Zusammenhang gelesen, den Namen einer deutschen Reibenzucht ergeben.

Zahlenrätsel.

- | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | deutscher Fluß |
| 2 | 3 | 4 | 5 | 8 | deutscher Dichter |
| 3 | 4 | 8 | 1 | | Nahrungsmittel |
| 4 | 1 | 8 | 5 | 8 | weiblicher Vorname. |
| 5 | 4 | 3 | 1 | 8 | innerer Körperteil. |

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsständischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 7. — 6. Juli 1907. — Seite 145/168. — 5. Jahrgang.

Juli						
S	M	D	M	D	F	S
-	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31	-	-	-

Herausgeber:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

August						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31	-	-	-	-

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abnehmer wird die Zeitschrift am Jahresabschluss auch
gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an die
Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr M. 1.50.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die Spalten-Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuch
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.	
Landjireichertum	146
Gefeg- und Verordnungsafel	148
PrWB. vom 5. 4. 1907 betr. Gefäßver- schlüsse für Nahrungs- und Genußmittel	148
PrWB. vom 8. 3. 1907 betr. Aufenthalts- beschränkung bestraster Personen	149
Eaffung des Staates für den von seinen Beamten zugefügten Schaden	149
Gemeindevorsteher als Hilfsorgan des Amts- vorstehers	149
Die Ausweisung als kriminalpolitische Maß- nahme	150
Der Jagd- und Forstschutzbeamte als Kriminalist	152
Kongresse und Versammlungen	153

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	154
II. Kammergericht	154
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	156
IV. Bundesamt für das Heimalwesen	157
V. Bayerisches Oberstes Landesgericht	157
VI. Badischer Verwaltungsgerichtshof	157
VII. Oberlandesgericht Breslau	157
VIII. Oberlandesgericht Dresden	158

IX. Oberlandesgericht Stuttgart	158
X. Oberlandesgericht Hamburg	158
XI. Schöffengericht Berlin-Mitte	158
XII. Schöffengericht Magdeburg	158
Polizeibericht	158
Personalveränderungen	160
Artikelschau	161
Bücherchau	161
Ausfunftei	161

II. Der Polizeihund.

Die Polizeihundprüfung in Ierlohn am 4. und 5. Juni 1907 (Schluß)	163
Polizeihunde im Dienst	166
Allerlei	166

III. Haus und Herd.

Unser Karten und Planwesen	167
Recht, Ordnung und Gesez	168
Rechtsprachwörter	168
Verwaltungskunde	168
Allerlei Rat	168
Auflösung der Rätselade aus Nr. 6	168

Bakanzensliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 8. Juli 1907 abgeschlossen worden.

Landstreichertum.

Vortrag des Privatdozenten Dr. Wilmanns, Heidelberg.

Am 23. Mai hielt in der kriminalistischen Sektion des Akademisch-juristischen Vereins zu München Herr Privatdozent Dr. Wilmanns einen Vortrag über das Landstreichertum, seine Abhilfe und seine Bekämpfung. Er verwertete hier außer seinen allgemeinen Erfahrungen, namentlich die Früchte seiner eingehenden Studien, die er an 200 Inassen des Großherzoglich Badischen Arbeitshauses in Kislau gemacht hatte. Denn abgesehen von den psychiatrischen Resultaten, die namentlich erwiesen, daß zahlreiche der Inassen psychisch minderwertig oder gar ausgesprochen geisteskrank waren, tauchte bei diesem Studium eine ganze Reihe praktisch wichtiger Fragen auf, zu deren Lösung in dem Vortrage Wege gezeigt und Vorschläge und Wünsche vorgebracht wurden.

Die einleitenden Worte betonten das Anwachsen des Landstreichertums, bedingt durch die größeren Ansprüche des Lebens und durch die immer schwereren und mühsamer zu erringenden Existenzbedingungen. Sie heben ferner die große Gefahr hervor, die in diesem Anwachsen der asozialen und antisozialen Elemente liegt, und zeigen hauptsächlich die Unzulänglichkeit der hientigen Einrichtungen, die wohl mit gutem Willen, aber mit wenig Sachkenntnis und mit geringen praktischen Erfahrungen unternommen wurden.

Die öffentliche Armenunterstützung, das Herbergswesen, die Verpflegungstationen, die Wanderarbeitstätten und auch die Arbeiterkolonien haben nicht gehalten und nicht halten können, was man von ihnen erwartete. Denn nicht nur vorübergehend arbeitslose Menschen, sondern auch besonders erwerbsunfähige und gestraubte Persönlichkeiten suchten und fanden hier Unterkunft, ohne daß auf sie ein günstiger Einfluß hätte ausgeübt werden können, während sie ihrerseits verdarben, was Mühe und Arbeit an den wenigen guten und brauchbaren Elementen erreicht hatte.

Aber ebensowenig hat die Haftstrafe den Landstreicher günstig zu beeinflussen vermocht und ihn vor Rückfällen bewahrt, und auch die Nachhaft in den Korrektionsanstalten hat nur in verschwindend wenig Fällen den gewünschten Erfolg gezeigt.

Diese Erkenntnis hat es nahegelegt, Vorschläge zur Verbesserung einzubringen; aber solche Vorschläge können nur auf

Grund eines eingehenden Studiums des Landstreichertums gemacht werden, da auf diesem Wege erst die Elemente erkannt werden, an denen gearbeitet werden muß. Daher gibt Wilmanns zunächst in kurzer Übersicht das Resultat seiner betreffenden Studien in Kislau.

Es zeigte sich, daß die Korrigenden zu einem hohen Prozentsatz körperlich minderwertige Menschen waren; namentlich kamen hier angeborene und frühzeitig erworbene Defekte in Betracht, da sie von vornherein den Befallenen auf einen mehr oder weniger eingeschränkten Wirkungskreis verwiesen. 28 Prozent der Korrigenden waren dienstuntauglich; häufiger jedoch zeigten sich erworbene Defekte, so durch Krankheiten, durch Unfälle, durch schwere unhygienische Arbeit, ferner durch mangelhafte Ernährung, durch Alkoholismus und endlich durch frühzeitige Alterschwäche.

Eine noch größere Rolle spielten die psychischen Defekte. Einen sehr hohen Prozentsatz der Korrigenden stellten geistig minderwertige Menschen und in relativ zahlreichen Fällen fanden sich ausgesprochene Geisteskrankheiten, unter denen in erster Linie Fallsucht und dementia praecox (jugendliche Verblöding) in Frage kamen. Die meisten Korrigenden waren in mehr oder weniger hohem Grade imbezill (angeboren schwachsinig) und gerade diese Imbezillen waren meist starke Alkoholiker. Der Alkoholgenuß spielte überhaupt eine bedeutende Rolle, obwohl er selten als die alleinige Ursache des sozialen Ruins angesehen werden konnte; meist trat er sekundär als Symptom bei den von Hause aus psychopathischen Persönlichkeiten auf.

Von anderen schädigenden Momenten kamen namentlich ungünstige häusliche Verhältnisse in Betracht, die eine geordnete Erziehung unmöglich machten. In vielen Fällen waren die Korrigenden uneheliche oder Waisenkinder, die in Erziehungsanstalten groß geworden waren, die keinen Beruf erlernten und sofort nach der Schule als Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter ihren Unterhalt zu erwerben suchten, Leute, die durch äußere und innere Momente außerstande waren, eine Familie zu begründen, die bereits frühzeitig durch Anlage und Gelegenheit auf die Landstraße kamen und dann nicht mehr die Kraft und die Möglichkeit fanden, wieder sozial zu werden.

oder zu bleiben. Bettel, Landstreicherei, Diebstahl, auch Alkoholvergehen führten sie immer von neuem in Haft und Gefängnis und auch das Arbeitshaus versetzte an ihnen die gewünschten Erfolge.

Diese Menschen bilden einen scharf begrenzten Typus des asozialen und antisozialen Menschen. Nur selten verirrt sich der professionelle Verbrecher in diese Menschenklasse, höchstens wenn ihn Trunksucht zu seinem „Beruf“ untauglich machen; aber ebenso selten entwickelt sich aus dem Landstreicher ein gewiegter Verbrecher.

Die meisten Korrigenden waren rückfällig. Bei vielen bedingte schon die Anlage ihre Laufbahn: physisch und psychisch beschränkt arbeitsfähig, vermochte der Landstreicher nicht mit dem gesunden Mann in Konkurrenz zu treten; auch bot sich nicht zu allen Zeiten genügende Arbeit und endlich führten Neigung, Gesellschaft und Alkohol wieder auf die alte, abschüssige Bahn. So verfielen fast alle auf die alten Wege und suchten als Knopfschalter und Säbalmacher, als Ladensetzer und Speckjäger, als Kommandoschieber, Klufthalter und Treppenreiter ihren Unterhalt, bis sie aufgegriffen wurden von neuem dem Arbeitshaus zugeführt wurden.

In kurzer Zusammenfassung ergaben sich als Hauptursachen für den sozialen Niedergang aller dieser Menschen die folgenden Momente: ungünstige häusliche Verhältnisse (oft Kinder von Trunkern!) schlechte Erziehung, mangelhafte Auszubildung, angeborene und erworbene körperliche oder geistige Defekte, ferner Alkoholismus, auch ungünstige äußere Verhältnisse. Gerade unter den erworbenen Defekten spielte neben dem Alter die Trunksucht keine unbedeutende Rolle, und zwar weniger durch die allmählich austretenden Krankheitserscheinungen als durch die Unkosten, die sie auferlegt.

Der Rückfall war in den meisten Fällen schon durch den körperlichen und geistigen Defekt bedingt, daneben aber in nicht geringem Maße durch die Schwierigkeiten, die dem entlassenen Sträfling und Korrigenden im Leben begegnen, da er als vorbestraft nicht überall ankommt, da er ferner als ein meist willensschwacher, oft imbezill, häufig der Trunksucht verfallener Mensch geradezu einer besonderen Rücksicht von seiten des Arbeitgebers bedürftig wäre, die natürlich in den meisten Fällen nicht genommen wird und nicht angenommen werden kann. Dazu kommt die Kontrolle, die es dem Korrigenden schwer macht, un-

getrübte Beziehungen zu seinen Mitarbeitern zu gewinnen.

Alle diese Erfahrungen bestimmten Wilmanns zu seinen Vorschlägen zur Verhütung und Bekämpfung des Vagabundentums. Er wünscht in erster Linie Verbesserung und Ausgestaltung des Erziehungs- und Unterrichtswesens, und ohne auf dieses umfassende Gebiet näher einzugehen, streift er als den wichtigsten Punkt die Fürsorge- oder Zwangs-erziehungsanstalten. Hier muß vor allen Dingen unter psychiatrischer Leitung eine sorgfältige Auswahl und Scheidung der Zöglinge geschaffen werden und besonders ist darauf zu achten, daß die geisteskranken und schwerer geistig abnormen Kinder als unerziehbare Elemente von den erziehbaren getrennt werden. Unter diesen sind wieder die günstigsten zur Erziehung solche, die durch äußere Umstände am meisten der Verwahrlosung ausgesetzt sind, namentlich uneheliche und Waisenkinder. Ihnen gilt in erster Linie die größte Sorgfalt, um ihnen das Beste zu ersetzen, das einem Kinde zuteil werden kann, die Familienpflege.

Ein weiteres wichtiges Moment zur Bekämpfung des Landstreichertums ist der Kampf gegen den Alkoholismus, der die wenigen ursprünglich sozialen (oft vererbten) Korrigenden in das Arbeitshaus brachte und der die meisten der übrigen zinsassen immer und immer wieder auf ihre asozialen Wege führte. Namentlich soll sich dieser Kampf gegen den Schnapskonsum richten. Unterstützung der Abstinenzvereine, gründliche Beaufsichtigung oder noch besser die Aufhebung der außerordentlich verderblichen Winkelkneipen und Pömmen sind hier die wesentlichen Angriffspunkte.

Es sind ferner die verderblichen Folgen wirtschaftlicher Krisen und des schlechten Arbeitsmarktes zu bekämpfen, in der Erwägung, daß vorübergehende Arbeitslosigkeit manchen bis dahin sozialen Menschen dem Bettel zuführte, und daß der Winterbettel oft zum Gewohnheitsbettel wird. Hier werden Notstandsarbeiten, das Verlegen großer öffentlicher Arbeiten in arbeitsarme Zeiten, die Errichtung von Schreibstuben und öffentlichen Werkstätten, der Ausbau der Arbeitsnachweise und besonders der Arbeitslosenversicherung, ferner die Errichtung von Wanderarbeitsstätten und Arbeiterkolonien und endlich eine Reform der staatlichen Fürsorge und des Unterstützungswohnstiftgesetzes allmählich ihre guten und segensreichen Dienste tun.

Zu zweiter, aber gleichgeordneter Linie handelt es sich innerhalb der Anstalten um

eine Trennung der unverbesserlichen Landstreicher von den besserungsfähigen. Die erstgenannten, deren Erkennung Sache des Psychiaters ist, sind dauernd dem öffentlichen Leben zu entziehen. Hierher gehören die psychotischen und die schwer psychopathischen Elemente und die unheilbaren Trinker. Der Besserungsfähige bedarf einer individuellen sorgfältigen Behandlung in Bezug auf Umgebung, Arbeit und etwaige Bevormundung. Der Trinker unter ihnen gehört in die Heilanstalt und diese muß ihre Beziehungen zu den Enthaltungsvereinen aufrechterhalten, denen die Hauptaufgabe bei der Rettung des Trinkers zufällt. Daher soll die Heilanstalt in der Nähe der großen Stadt und nicht abgelegen und einsam liegen. Der unverbesserliche Korrigend bedarf dauernder Internierung. Der Geistesranke kommt in die Irrenanstalt, der Idiot ins Idiotenhaus, der Epileptiker ins Epileptikerheim. Der Rest bedarf wiederum einer individuellen Behandlung und es ist der Folgezeit vorbehalten, die noch möglichen Arten von Unterbringungshäusern zu errichten und die vorhandenen (Arbeitshäuser, Strafanstalten, landwirtschaftliche und externe Kolonien) auf ihren Wert zu prüfen und zu modifizieren. Auf jeden Fall muß man die Irrenanstalt von dem gewalttätigen und gemeingefährlichen Kriminellen frei halten.

Die harmlosen Elemente werden zweckmäßig in körperlich rüstige und somit arbeitsfähige und in solche, die durch Alter und Siedtum pflegebedürftig sind, geschieden. Diese letzteren nannten mag man am besten in Kreispflegeanstalten (etwa nach dem Muster der badiischen Anstalten) unterbringen.

Die körperlich rüstigen, vermindert zu rechnungsfähigen Elemente verteilen sich unter weitestgehender entsprechender Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte am besten auf die verschiedenen Arbeiterkolonien, die dann im Laufe der Jahre den Erfordernissen mehr und mehr angepaßt werden müssen. Eventuell kann für einige Korrigenden auch die Deportation in Frage kommen.

Wilmanns schließt seinen Vortrag mit der Anmerkung, daß die Kosten des neuen Systems sicherlich nicht die des vielfach umständlichen alten übersteigen werden. Er fügt den dringenden Wunsch hinzu, daß jeder Vernunftige ernstlich leiste, was heute schon getan werden kann, in der Hoffnung, daß auf den angegebenen Wegen eine dauernde Verfolgung und Eliminierung asozialer und antisozialer Elemente angebahnt und erreicht werden wird.

Dr. A. F. Schilling,

Assistent an der psychiat. Klinik der Universität Heidelberg.

Gesetz- und Verordnungstafel.

Deutsches Reich. RG. vom 17. Mai 1907, Abänderung des Reichsbeamtengef. — RGBl. 201. — Beamten-DinterblG. vom 17. Mai 1907. — RGBl. 204. — RldDinterblG. vom 17. Mai 1907. — RGBl. 214.

Preußen. ARef. Erl. vom 25. März 1907 betr. Verwaltungsordnung für die Staatseisenbahnen und Errichtung des Eisenbahnenzentralamts. — GS. 79. — WB. vom 10. Mai 1907 zu vorstehendem ARef. — GS. 81. — WB. vom 27. April 1907, Fahrzwang für Fabriken. — GBl. 167. — G. vom 27. Mai 1907 betr. Abänderung des Pensionsgesetzes — GS. 95. — G. vom 27. Mai 1907 betr. Abänderung des Beamten-DinterblG. — GS. 99.

Elbsaß-Lothringen: WB. vom 15. Mai 1907 zur Aufh. des Gef. vom 7. Januar 1907 betr. Abänderung der Gewerbe-Ordnung. — J. u. BezBl. 91.

Ministerial-Erlasse.

Verfügung vom 5. April 1907, betr. Gefährlichkeits für Nahrungs- und Genussmittel.

Nach § 2 Abs. 1 des Reichsgesetzes, betr. die Verwendung gesundheitsgefährlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Ge-

nußmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 5. Juli 1887 (RGBl. S. 277) ist die Verwendung von antimonhaltigem Gummi zu Umhüllungen und Schutzbedeckungen, in denen Nahrungs- und Genussmittel aufbewahrt werden, als unzulässig zu erachten. Als derartige Schutzbedeckungen konnten bei Flaschenverschließungen die antimonhaltigen Kautschuk-Ringe und Scheiben in Betracht. Nach neuerdings angestellten Versuchen kann aber die Anwendung von schwefelantimonhaltigem Gummi zur Dichtung der Verschlüsse von Gefäßen, die zur Aufbewahrung von Nahrungs- und Genussmitteln dienen, als völlig unbedenklich für die Gesundheit angesehen werden, so daß einer Aufhebung des gesetzlich bestehenden Verbots an sich nichts im Wege stehen würde. Es liegt aber nicht in der Absicht, lediglich für den einen Gebrauchsgegenstand eine Änderung des Gesetzes herbeizuführen, zumal das Verbot seither ohne praktische Bedeutung geblieben zu sein scheint und uns wenigstens Fälle nicht bekannt geworden sind, in denen schwefelantimonhaltige Gummibildungen beanstandet worden wären. Um derartige Beanstandungen aber auch für die Zukunft zu vermeiden, ersuchen wir Sie, die mit der Überwachung des Nahrungsmittelverkehrs betrauten Polizeibehörden und die öffentlichen Untersuchungsanstalten des Bezirks von dem Sachverhalt in Kenntnis zu setzen und an-

zuweisen, von einer Kontrolle der zur Dichtung von Gefäßverschlässen verwendeten Kautschuk-Ringe und -Scheiben in Bezug auf ihren Antimongehalt Abstand zu nehmen.

Berlin, den 5. April 1907.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

J. A.: Förster.

Der Minister des Innern. Der Minister für
J. V.: Handel und Gewerbe.
v. Bischoffshausen. J. A.: v. d. Hagen.

Verfügung vom 8. März 1907, betreffend die Aufenthaltbeschränkung bestraffter Personen.

In meinem Erlasse vom 4. Februar d. J. (Min. Bl. 1907, S. 105) sind die Polizeibehörden angewiesen, ehe sie eine Entscheidung über die Ausweisung bestraffter Personen treffen, alle Mittel heranzuziehen, welche ein Urteil über die Individualität des aus der Strafe Entlassenen ermöglichen. Zu dem Zwecke sollen sie auch die Akten der Strafanstalt, in welcher der Verurteilte seine Strafe verbüßt hat, einsehen.

Um den Polizeibehörden im Einzelfalle ein möglichst klares Bild von der Persönlichkeit des Gefangenen zu verschaffen, ist auf Grund der in § 184 Abs. 2 der Dienstordnung für die Strafanstalten und Gefängnisse meines Geschäftsbereiches vom 14. November 1902 angeordneten Beratung der Konferenz der Oberbeamten der Anstalt eine Charakteristik des Gefangenen zu entwerfen. Darin ist kurz und klar darzulegen: aus welcher Umgebung der Bestrafte stammt, welchen Gang sein Leben genommen hat, welche persönlichen und sozialen Ursachen ihn zur Auflehnung gegen die Rechtsordnung geführt haben, welchen Eindruck die Strafe auf ihn gemacht hat, ob zu erwarten ist, daß er sein rechtswidriges Handeln aufgeben oder darin beharren wird. Ferner ist anzugeben, in welche Verhältnisse er nach verbüßter Strafe zurückkehren wird, welche Mittel und Wege sich ihm bieten, um seine Rückkehr zu einem geordneten sozialen Leben zu fördern, oder welche Hindernisse dem entgegenstehen.

Diese Charakteristik ist den Personalakten des Gefangenen einzufügen, Abschrift davon den Verichten an die Landespolizeibehörden über die Anordnung der Polizeiaufsicht oder Nachhaft (§ 185 der Dienstordnung) sowie den Anzeigen an die Polizeibehörden über die Entlassung des Gefangenen (§ 187 der Dienstordnung) beizulegen. Ob davon auch den fürsorgeorganen, welche die Fürsorge für den Entlassenen übernehmen wollen, Kenntnis gegeben werden soll, muß dem Ermessen des Anstaltsvorstehers nach Anhörung der Konferenz überlassen bleiben.

Bei Aufstellung der Charakteristiken ist zu beachten, daß sie auch dazu dienen sollen, den betreffenden Behörden die Anordnung solcher Maßnahmen zu erleichtern, welche die Rehabilitation des Entlassenen zu fördern geeignet sind.

Zugleich wird die Anfertigung von Charakteristiken einen Anlaß bieten, daß die Beamten der Anstalt über die Gestaltung und den Erfolg des Strafbefehls in ihrer Anstalt sich Rechenschaft geben.

Die Aufstellung der Charakteristiken ist Sache des Anstaltsvorstehers; sie kann auch dem Geistlichen übertragen werden, wenn dieser bereit ist, sie zu übernehmen.

Die Departementsräte haben sich bei Befichtigung der Anstalt zu überzeugen, ob und in welcher Weise diese Anordnung ausgeführt ist. Berlin, den 8. März 1907.

Der Minister des Innern.

b. Bethmann-Hollweg.

Beamtenwesen- und -recht.

Haftung des Staates für den von seinen Beamten zugefügten Schaden. Der Deutsche Bundestag gab einstimmig folgende Erklärung ab: „Die Haftung des Staates und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden ermangelt zurzeit in Deutschland der einheitlichen Regelung. Nur in einem Teil der Bundesstaaten findet eine unmittelbare Haftung statt; in einem anderen Teil wird nach Art einer Bürgschaft gehaftet; in einem dritten Teil, darunter Preußen mit Ausnahme der Rheinlande, fehlt es an jeder Haftung. Dieser Zustand steht mit der Einheit des Deutschen Reiches und den Forderungen des Rechtsbewußtseins in Widerspruch. Zu seiner Beseitigung tritt der Deutsche Bundestag in Übereinstimmung mit dem Deutschen Juristentag dafür ein, daß durch Reichsgesetz die unmittelbare Haftung des Staates und anderer juristischer Personen des öffentlichen Rechts für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden festgesetzt werde.“

Gemeindevorsteher als Hilfsorgan des Amtsvorstehers. In der Gemeindef Kommission des Preussischen Abgeordnetenhauses wurde eine Petition des Preussischen Landgemeindevorstandes in Friedenau-Berlin um Änderung der §§ 43² und 66 Abs. 1 der Kreisordnung für die Preussischen Provinzen sowie der §§ 90 und 91 Abs. 3 der Landgemeindevorstandes vom 3. Juli 1891 beraten.

Die Petition hält den Gemeindevorsteher durch Aufträge und Erläutungen anderer Behörden für überlastet und seine Stellung als untergeordnetes Organ des Amtsvorstehers für ungenügend eingeschätzt. Die Gemeindevorsteher wollen anstatt zu untergeordneten Werkzeugen zu selbständigen Stellvertretern der Amtsvorsteher mit eigener Verantwortung ernannt werden.

Einer der Vertreter des Ministeriums des Innern erklärte zu der Petition:

Soweit die Petition die Unterordnung der Gemeindevorsteher unter die Amtsvorsteher in polizeilichen Angelegenheiten betreffe, könne die

Staatsregierung keinerlei Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche in Aussicht stellen. Die Natur der Polizei erfordere ein System strenger Organisation, welches feinstmöglich sei auf dem Fundament einer Koordination von Amts- und Gemeindevorsteher.

Was die Klagen über die Belastung der Gemeindevorsteher durch Aufträge der Amtsvorsteher betreffe, so müsse erwidert werden, daß nicht nur die Gemeindevorsteher, sondern auch die Amtsvorsteher in der Regel Ehrenbeamte seien und daß nicht nur jene, sondern auch diese wegen Überlastung mit dienstlichen Aufträgen klagen. Daß das richtige Maß in der Inanspruchnahme der Gemeindevorsteher eingehalten werde, sei von der Staatsregierung seit Jahrzehnten kontrolliert worden; er verweise hier auf die Beschlüsse vom 20. März 1874 (Min. Bl. S. 99) und 28. Oktober 1903 (Min. Bl. S. 262). Auch für die Zukunft könne er

die gleiche Rücksichtnahme auf die Gemeindevorsteher in Aussicht stellen.

Zu der in der Petition weiter erbetenen Änderung der die Bildung von Amtsbezirken aus Einzelgemeinden betreffenden Bestimmung der Kreisordnung sei kein praktisches Bedürfnis hervorgetreten.

Was die Frage Allerhöchster Auszeichnungen für Gemeindevorsteher anlange, so müsse diese den Allerhöchsten Gnadenakten überlassen bleiben und eigne sich nicht zur Diskussion im Landtage.

So hoch die Staatsregierung Amt und Tätigkeit der Gemeindevorsteher einschätze, so könne er doch nach diesen Ausführungen keinen anderen Beschluß als den empfehlen, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Die Gemeindeforschungskommission beschloß einen diesen Ausführungen entsprechenden Antrag an das Haus der Abgeordneten. St.

Die Ausweisung als kriminalpolitische Maßnahme.

Vortrag des Regierungsrats Dr. Lindenau-Berlin.

Auf der 23. Jahresversammlung der Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt hielt am 14. Juni 1907 der stellvertretende Chef der Berliner Kriminalpolizei, Regierungsrat Dr. Lindenau, einen Vortrag über das seit dem Fall des „Hauptmanns von Köpenick“ viel erörterte Thema: „Die Ausweisung als kriminalpolitische Maßnahme“ etwa mit folgenden Ausführungen:

Er begründete zunächst die an ihn ergangene Aufforderung zu dem Vortrag als ein Symptom für das Verständnis der einladenden Gesellschaft dafür, daß nur durch ein Zusammenwirken der Fürsorgevereine mit den Behörden eine Lösung der schwierigen Frage möglich sei.

Ob die Ausweisung als Strafe oder als Sicherungsmaßregel anzusehen sei, sei für den Kriminalpolitiker ohne Bedeutung. Für ihn sei das alleinige Ziel der Ausweisung die Verhinderung von Rückfallverbrechen; dieses Ziel sei durch Aufenthaltseinschränkung unbedingt erreichbar; denn die örtliche Umgebung sei ein starker, bedeutungsvoller Kriminalitätsfaktor. Das Verbrechen sei ein Ergebnis der Individualität und des sozialen Milieus, sei also eine vorwiegend soziale Erscheinung. Das örtliche Milieu sei besonders wichtig; es trage viel dazu bei, ob und wie ein Mensch zum Verbrecher werde. Der Aufenthalt beeinflusse den ganzen Menschen.

Man habe den Baupernismus als Verbrechensursache hinstellen wollen. Aber es gebe keine speziellen sozialen Ursachen für Verbrechen. Entscheidend sei die allgemeine soziale Strömung, in der der Mensch schwimme. Dieselben Ursachen, die die besten und höchsten Eigenschaften eines Menschen entwickeln können, vermögen ihn unter Umständen zum Verbrecher zu machen. Es gebe Verbrecher, die mehr von Unberücksichtigten, andere, die mehr von Verheirateten begangen werden. Von Einfluß seien auch konfessionelle Strömungen, Klima, körperliche Beschaffenheit. Das Innenleben der Gedrängten und Ältesten untersehe sich ebenso merkwürdig wie das der Bewohner der Großstädte, Kleinstädte und des

platten Landes. Als erster Leitsatz sei hier nach der Say aufzustellen:

1. Die örtliche Umgebung ist einer der wichtigsten sozialen Kriminalitätsfaktoren.

Die Gründe liegen darin, daß die örtlichen Verhältnisse a) die Anschauungsweise und damit die Berufswahl bedingen, b) daß die Bevölkerungsichtigkeit den sozialen Reibungs-Koeffizienten vermehrt und c) die sogenannten „Hemmungsvorstellungen“ je nach der Dichtigkeit verschieden sind, vermindert werden und ganz verschwinden oder auch gestärkt werden. Die Statistik hat nämlich ergeben, daß jeder Beruf eine andere Kriminalitätsziffer hat. So steht die Kriminalität der landwirtschaftlichen Berufe günstig ab gegen industrielle, kaufmännische und geistige Berufe. Die allgemeine Kriminalität weist folgende Ziffern auf:

	Selbständige	Gehilfen
Landwirtschaft	0,67	1,21
Industrie	1,14	1,78
Handel, Verkehr	2,48	1,41

Die Kriminalität wächst mit der Bevölkerungsdichte; in Städten steigt die Zahl der Verurteilten mit der Größe der Städte. Der Italiener Ferri hat diesen Grundlag zuerst verfolgt. Lombroso geht sogar so weit, daß er die Dichtigkeit des Zusammenlebens sogar bei Tieren für die Kriminalität verantwortlich macht (Kavalierierpferde stellen sich lahm). Aus die Bevölkerungsdichte ist auch der nervöse neurosthenische Zug der modernen Kriminalität zurückzuführen. Gegen die Entstehung der Verbrechen wirkt eine Anzahl von Hemmungsvorstellungen. (Furcht vor Strafe, religiöse Ideen, besonders die Furcht vor der gesellschaftlichen Geringschätzung, vor schlechtem Ruf.) Diese Vorstellungen sind aus dem Lande viel mehr ausgebildet als in der Stadt; die Furcht vor Entdeckung ist in großen Städten geringer wegen der Schwierigkeit der Verfolgung.

Auf diesen Grundlagen muß sich die Tätigkeit der Fürsorgevereine aufbauen. Weil einzelne Delikte direkt lokale Ursachen haben, wird man

3. V. einen Wilderer nicht in der Nähe verlodender Jagdgründe, Bauernfänger und Wädhenshändler nicht an Bahnstationenpunkten oder Auswandererstationen ansiedeln. Aus den oben entwickelten Gesichtspunkten ergibt sich ebenso, daß man den gestrauchten Menschen in ein sozial geeignetes Milieu bringen muß. Entgegenzuwirken ist in erster Linie dem Zugewandten nach der Großstadt, die den Verbrecher magnetisch anlockt, weil er dort ein neues Milieu trifft, wo er unbekannt ist, wo er leichteren Erwerb hofft, sei es anständigen Broterwerb, sei es Gelegenheit zu Verbrechen. (Raschemmenwesen.) Drittens reizen die Genüsse der Großstadt (Genussucht war schon häufig individueller Kriminalitätsfaktor). Da also der Ort einer der wichtigsten Kriminalitätsfaktoren ist, erscheinen Ortsbeschränkungen als Sicherungsmaßnahmen gerechtfertigt, speziell die Fernhaltung von der Großstadt.

Praktisch seien hiernach die ferneren Zeitlässe:

II. Zur Bewahrung bestraffter Personen vor dem Rückfall ist ihre Entfernung aus ungeeigneter örtlicher Umgebung erforderlich.

III. Die Sorge hierfür und die Prüfung der Aufenthaltssverhältnisse bildet eine Aufgabe der Entlassenenfürsorge.

IV. Verfügt diese, so ist staatlicher Zwang in Gestalt der Ausweisung geboten.

Das berechnete Interesse des entlassenen Strafgefangenen (siehe ja nur der Ortsbeschränkung allerdings entgegen. Es müsse deshalb, um nicht durch Verletzung dieses Interesses künstlich Kriminalitätsfaktoren zu schaffen, bei der Ausweisung weise Vorsicht walten.

Man solle daher 1. den entlassenen Verbrecher, wenn möglich, nicht von dem Boden, wo er Wurzel geschlagen habe, losreißen, es müßte denn ein ganz zwingender Grund vorliegen. Man solle ihn also möglichst nicht ausweisen, sondern nur seinen Zugang verhindern. Auch solle man den Zugang möglichst da nicht verhindern, wo die Person hingehöre, sondern nur den Neuzugang.

2. Man solle wohlthätige Einflüsse nicht unterbinden, den Bestraften nicht von seiner Familie fern halten, die ein mächtiger Schutz gegen seine Rückfälligkeit sein kann, nicht von den Mittelpunkt seines einmal erwählten Verwehens. Auch ordentliche Arbeit sei ein Gegenmittel gegen den Rückfall.

3. Man solle den Bestraften nicht heimatlos machen, keinen Geadhteten aus ihm schaffen, ihm vielmehr mindestens einen geeigneten Aufenthalt belassen.

4. Die Aufenthaltssbeschränkung bedarf genauer Prüfung. Wenn möglich*, sei mit

bedingten Ausweisungsandrohungen ein Versuch zu machen, da der Schwerebeizustand von erzieherischer Bedeutung sei, sonst schaffe man Desperados, die zu allem fähig seien.

Zu der Ausweisungsfrage seien vom Minister des Innern unter dem 4. Februar und 8. März 1907 Verfügungen ergangen, in denen u. a. folgendes bestimmt sei:

„Um den Polizeibehörden im Einzelfalle ein möglichst klares Bild von der Persönlichkeit des Gefangenen zu verschaffen, ist auf Grund der im § 184 Abs. 2 der Dienstordnung für die Strafanstalten und Gefängnisse meines Geschäftsbereiches vom 14. November 1902 angeordneten Beratung der Konferenz der Oberbeamten der Anstalt eine Charakteristik des Gefangenen zu entwerfen. Darin ist kurz und klar darzustellen, aus welcher Umgebung der Bestrafte stammt, welchen Gang sein Leben genommen hat, welche persönlichen und sozialen Ursachen ihn zur Auflehnung gegen die Rechtsordnung geführt haben, welchen Eindruck die Strafe auf ihn gemacht hat, ob zu erwarten ist, daß er sein rechtswidriges Handeln aufgeben oder darin beharren wird. Ferner ist anzugeben, in welche Verhältnisse er nach verbüßter Strafe zurückkehren wird, welche Mittel und Wege sich ihm bieten, um seine Rückkehr zu einem geordneten sozialen Leben zu fördern, oder welche Hindernisse dem entgegenstehen.“

Aus diesen Tatsachen erwächst der Polizei die doppelte Aufgabe, einmal alle Maßregeln zu vermeiden, welche die Resozialisierungsversuche der einen stören würden, andererseits aber auch die Ansammlung solcher Elemente zu verhindern, welche wegen andauernder verbrecherischer Gesinnung gerade in den Großstädten besonders gefährlich sind. — Es handelt sich nicht schlechtthin darum, alle bestrafften Personen, welche an sich unter die angezogenen Gesetzesbestimmungen fallen, von den Großstädten überhaupt fern zu halten, vielmehr kommen nur Personen in Betracht, deren ungebrochene verbrecherische Neigung auf solche gemeingefährlichen Handlungen gerichtet ist, zu deren Begehung die Eigenart der großstädtischen Verhältnisse einerseits einen besonderen Anreiz gibt, und deren Entdeckung andererseits durch diese Eigenart in besonderem Maße erschwert wird. Eine zutreffende Entscheidung darüber, ob hiernach im einzelnen Falle die Ausweisung überhaupt in Erwägung zu nehmen und beabsichtigenfalls, ob trotzdem von ihr abzusehen ist, weil bei dem Betroffenen der ehrliche Wille der Rückkehr in geordnete Verhältnisse angenommen werden kann, wird nur auf Grund sorgfältiger Prüfung der konkreten Verhältnisse getroffen werden können. Endlich ist allemal festzustellen, ob sich der Bestrafte unter die Aufsicht eines Fürsorgevereins gestellt hat, eventuell ist er hierzu direkt oder durch Vermittlung des Fürsorgevereins anzulegen. Personen, die sich unter solche Aufsicht gestellt haben, sind der Regel nach nicht auszuweisen, ingleichen sind mit der Ausweisung im allgemeinen solche Personen zu verschonen, bei denen wegen des Anschlusses an zuverlässige Angehörige, des Eingehens geordneter Arbeitsverhältnisse usw. angenommen werden darf, daß

*) Dies ist allerdings in Preußen nach der Rechtsprechung des preussischen OdbG nicht möglich. Der bedingt Ausgewiesene, dem ein vorübergehender Aufenthalt einmal widerruflich gestattet war, gilt diesem Gerichtshofe nicht als Neuzugewandter. S. des OdbG vom 31. Dezember 1941. — Anhalt hat die bedingte Ausweisung.

sie entschlossen sind, sich vom verbrecherischen Wege abzulehren.“

Personen, die wieder Familien- und Arbeitsanschlüsse gefunden und sich unter den Schutz von Fürsorgevereinen gestellt haben, seien also nicht auszuweisen. Die Fürsorgevereine, deren Tätigkeit damit anerkannt werde, sei zwischen Straf-anstalt und Ausweisung offiziell eingeschoben. Ihnen erwaehle hieraus aber die Pflicht, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und bestimmte bedingte Garantien zu erfüllen. Der Fürsorgeverein habe bei jedem Entlassenen zu prüfen, ob er der Öffentlichkeit gegen-über die Verantwortung für den Verstrachten übernehmen könne, ob wirklich nach seiner gründlichen, ehrlichen Überzeugung bei Ausfenthaltsgewährung Aussicht auf Rückkehr in die menschliche Gesellschaft vorhanden sei.

Nur wenn der Fürsorgeverein die Frage verneine, solle der staatliche Zwang eintreten.

Auf diesen aber könne bei einer Reform der ganzen Gesetzgebung nicht verzichtet werden. Die Ausweisung so aufgefäht und ausgelibt, sei keine reaktionäre, veraltete, sondern eine im besten Sinne moderne, soziallogische kriminalpolitische Maßnahme.

Der Jagd- und Forstschuß-beamte als Kriminalist.

Der Jäger und Forstmann tritt mit den Beamten des allgemeinen Polizei- und Sicherheitsdienstes oft genug in Verührung und Beziehung, so daß es sich verlohnt, sich seiner kriminalistischen Aufgaben und Fähigkeiten bei Zeiten zu erinnern, sobald ein Zusammenarbeiten mit ihm erwünscht oder geboten ist. Notwendig ist die Zugiehung des Jagd- und Forstschußbeamten bei den eigentlichen in seinem Revier begangenen Jagd- und Forsttreveln. Man wird seinen Rat und seine Hilfe aber auch in vielen anderen Kriminalfällen ebenso wenig entbehren können, wie man auf der andern Seite ihm — z. B. bei Widerstand im Sinne der §§ 117—119 StGB, die polizeiliche Hilfe wird verlangen dürfen.

Sehr häufig wird man den benachbarten Jagdbeamten vor der Beschlagnahme von Wildsendungen über die mutmaßliche Zeit und Art der Tötung des Wildes, mitunter auch über Geschlecht und Alter eines Tieres, von dem nur zerlegte Teile vorliegen, hören müssen, um keinen Fehlgriß zu tun oder um Einwände des Inhabers der Sendung abschneiden zu können. Besonders wertvoll wird sich jedoch der scharfe Blick des Jägers und Forstmannes da erweisen, wo nur immer die Rettung einer Schußwaffe in Frage

kommt. Bei Tatbestandsaufnahmen wird auf seinen fachmännischen Rat zurückgegriffen werden müssen. In welchem Umfang dies von Bedeutung werden kann, ersehen wir aus einer auch für unsere Leser sehr lehrreichen Abhandlung von Otto Maritzsch^{*)} aus deren reichem Inhalt wir hier einiges verraten wollen. Der Verfasser spricht zu seinen Jagdgenossen und gibt ihnen Ratsschläge, die aber ebenfogut jeder Polizei- und Sicherheitsbeamte zu befolgen haben wird und auf deren Befolgung er insbesondere auch bei der Zugiehung eines Jägers oder Forstmannes wird zu achten haben.

Da wird als erste, dem erfahrenen Kriminalisten ja in Fleisch und Blut übergegangene Regel die Sicherung aller, auch der unscheinbarsten Spuren gefordert. Die Prüfung von Waffen, Geschossen und Geschöhpuren darf niemals so weit gehen, daß die Arbeit für spätere Sachverständige erschwert wird. Gerade der Jagdmann soll es sich angelegen sein lassen, Waffen und Geschosse in ihrem ursprünglichen Zustande zu belassen.

Selbst stark deformierte Geschosse werden dem Sachverständigen meist noch einen Schluß auf Kaliber, Zugkonstruktion und vielleicht auch auf Ursprung gestatten. Aus Holz auszufehende Geschosse werden am besten mit dem ganzen Schußkanal herauszuholen sein. Dessen Richtung, Tiefe und Beschaffenheit werden auf die Entfernung und den Standort des Schützen sowie auf die Schußstärke (Pulvermenge) Schlüsse zulassen.

Der Tattort, d. i. der Standpunkt des Schützen, soll auf das sorgfältigste nach der abgeschossenen Hülse abgefuht werden; denn trotz der ausfcheinenden Gleichheit aller modernen Hülsen finden sich sehr viele kleine Unterscheidungsmerkmale, die oft zur Überführung des Täters dienen können. Bei Schrotschüssen soll nach dem Pfropfen gesucht werden.

Bei Hausfuchungen wird dem Forstbeamten empfohlen, dafür Sorge zu tragen, daß Gewehr und Munitionreste in möglichst unversehrten Zustande der Gerichtskommission eingeliefert werden. Den Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes kann ein Gleiches nur aus eindringlichste aus Herz gelegt werden. So wird besonders davor gewarnt, die Schußwaffe zu reinigen, da gerade aus dem Zustande des Pulverrückstandes im Laufe der Chemiter oft nach-

^{*)} Der Jagd- und Forstschußbeamte als Kriminalist. Nr. 51 der Wochenchrift: Die Jagd. Die Schriftleitung.

weisen kann, wann aus dem Laufe der letzte Schuß abgefeuert wurde. Wegen zu starkes Rosten wird Einwickeln in Zeitungspapier oder trockenes Leinen angeraten, vor dem Einölen dagegen wird gewarnt, weil dadurch Spuren (Blut, Fingerabdrücke, Haare, Stoffe, mit denen die Hand des Täters in Verührung gekommen ist) leicht verwischt werden.

Sehr wertvolle Winke werden noch für die Zeit zwischen Abgabe des Schusses und Erreichung des Ziels gegeben. Es kann zur Beurteilung der Lat in Frage kommen, in welcher Stellung sich ein Erschossener befunden hat, als der tödliche Schuß auf ihn abgegeben wurde. Diese Stellung braucht gar nicht mehr die gleiche gewesen zu sein mit seiner Stellung, als das Geschöß ihn erreichte. Die oft gehörte Angabe: „Im Moment, wo ich drückte, lag mein Gegner im Anschlag gegen mich“ kann selbst dann wahr sein, wenn das Geschöß von der Seite oder von rückwärts eingedrungen ist. Der Erschossene mußte dann allerdings eine sehr unvorsichtige und einem ebenfalls im Anschlag liegenden Gegner gegenüber unwahrscheinliche Drehung gerade während der Flugzeit des Geschosses gemacht haben. Möglich wäre eine solche Drehung aber immerhin; sie kann ja durch Nebenumstände, Ausgleiten, Nachgeben des Waldbodens, Brechen einer Stütze verursacht sein; man wird dann die Untersuchung des Tatortes auch auf solche Möglichkeiten auszuweiten und vor allem die Fußspuren des Erschossenen festzustellen haben.

Als Anhaltspunkte dafür, ob eine Veränderung der Stellung des Erschossenen während des Schusses möglich war, wird folgende Übersicht der ungefähren Zeiten gegeben, welche M 88 und M 71 zur Zurücklegung von 50, 100 und 200 m gebrauchen:

Geschöß M 88:	Geschöß M 71:
Geschwindigkeit V 25 = 620 m in der Sek.	445 m in der Sek.
50 m 0,07 Sekunden	0,12 Sekunden
100 m 0,17 „	0,24 „
200 m 0,37 „	0,52 „

Diese Geschwindigkeiten ändern sich je nach dem Kaliber und müßten für die Mordwaffe besonders festgestellt werden.

So weit der Verfasser!

Wir möchten unsere auf Seite 437 des 4. Jahrgangs dieses Blattes gegebene Anregung für Beurteilung von Kleiderstücken auch auf das Zusammenarbeiten der Polizei- und Sicherheitsbeamten mit Jägern und Forstwärmern ausdehnen. Auch die Geschößwirkungen auf Stein, Metall, Erdboden, Holz, lebende Tiere wird der Kriminalist eingehend studieren müssen. Et.

Kongresse und Versammlungen.

Internationale Kriminalistische Vereinigung.

(Landesgruppe Deutsches Reich.)

In Würzburg fand am 22. Mai 1907 unter dem Vorh. des Interimsklektors z. D. Professor v. Raur (München) eine Sitzung des Vorstandes der deutschen Landesgruppe statt, in welcher die Verhandlungsgegenstände für die am 13. und 14. September d. J. in Wien abzuhaltende Landesversammlung festgestellt wurden. Am ersten Verhandlungstag wird nach den üblichen Begrüßungen zunächst der Generalbericht der von der Landesversammlung in Frankfurt eingelegten Strafprozeßkommission erstattet werden (Berichterstatler Landgerichtsdirektor a. D. Dr. Kschrott). Alsdann soll über den „Entwurf eines deutschen Auslieferungs-gesetzes“ beraten werden (Referenten Professor Dr. Frank (Tübingen) und Geh. Justizrat Professor Dr. v. Liszt (Berlin)). Den Abluß der Verhandlungen des ersten Tages bildet ein öffentlicher Vortrag von Ergenzky Dr. Baernreither (Wien) über „Jugend-Gerichtshöfe“. Dieser Vortrag stellt zugleich die Einleitung zu dem Gegenstand der Tagesordnung dar, für dessen eingehende Erörterung der ganze zweite Verhandlungstag in Aussicht genommen ist, nämlich zu der Frage: „Verfahren gegen Jugendliche“ (Referent Amtsgerichtsrat Dr. Köhne (Berlin)). — Den Verhandlungen wird ein Begrüßungsabend (am 12. September) vorhergehen; für den 15. September sind Besichtigungen bzw. Ausflüge in Aussicht genommen; das Nähere hierüber sowie über sonstige lokale Veranstaltungen aus Anlaß der Landesversammlung bleibt den Bestimmungen des Wiener Ordre-aus-schusses überlassen, dessen Ver-zu-hung Oberbürgermeister Dr. Wilms zu über-nehmen die Ehre hatte. Es ist zu wünschen, daß das große Interesse, das die Mit-glieder der deutschen Landesgruppe an den in Aussicht genommenen überaus aktuellen Ver-handlungsgegenständen nehmen, sie recht zahlreich zu dieser erstmaligen Tagung der Vereinigung in der deutschen Ostmark führen möge.

Die Internationale Kriminalistische Vereinigung wird im September 1908 in Amsterdam tagen. Einer der Hauptpunkte der Tagesordnung ist nach dem Beschluß der Hamburger Tagung von 1905 die Frage: „Wie kann für bestimmte Kategorien von Übeltätern der Begriff der Gemein-gesährlichkeit (l'état dangereux) des Täters an die Stelle des heute zu aus-schließlich angewandten Begriffs der verbrecherischen Tat gesetzt werden?“ Die Frage soll auch in Sonder-vorträgen über Rückfällige, Gewohnheits- und gewerbmäßige Verbrecher und (vom medizinischen Standpunkt) über Epileptiker, Hysteriker und Alkoholisten erörtert werden.

Weitere Gegenstände der Tagesordnung werden „Die Psychologie der Aussage“ und „Die internationale Regelung der Auslieferung“ bilden.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die aus von unseren Sonderberichterstellern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Preußen. Durchsuchung einer Person und Wegnahme einer Sache aus sicherheitspolizeilichen Gründen. Die Polizei- und Sicherheitsbeamten haben in Preußen unabhängig von ihren in § 161 StPD. geregelten kriminalpolizeilichen Aufgaben auch auf dem Gebiete der sogen. Präventivpolizei eine selbständige Tätigkeit auszuüben, die durch die Strafprozeßordnung nicht berührt wird und ihren Grund in der allgemeinen Vorschrift des § 10 ALR. II, 17 hat. Auch eine in ihrer Wirkung mit der strafprozeßualen Beschlagnahme übereinstimmende Maßnahme kann hiernach zu den Befugnissen der Polizeibeamten gehören. Eine Waffe in der Hand zu Ausschreitungen neigender Personen unter Verhältnissen, die eine nahe Gelegenheit zu solchen Ausschreitungen und damit einen Waffennutzbau befürchten lassen, ist eine gemeine Gefahr, zu deren Abwendung der Polizei- und Sicherheitsbeamte berufen ist. Das Mittel zur Beseitigung der Gefahr ist die Wegnahme der Waffe, das Mittel zur Wegnahme ist die Durchsuchung der Person, die die Waffe bei sich verborgen hält. Abzuwägen ist hierbei allerdings sorgfältig, ob überwiegende Gründe des öffentlichen Wohls oder der Sicherheit anderer Personen diesen Eingriff in die persönliche Freiheit und das Eigentum des einzelnen gebieten. — Entsch. III Straff. Rg. vom 4. Okt. 1906. — III 517/06. — Vd. 39, 189. — St.

Deutsches Reich. Ringwerfen ein Glückspiel. Das Ringwerfen ist weder als Lotterie noch als Ausspielung, sondern als Glückspiel anzusehen. Der Veranstalter ist, wenn er an dem Spiel selbst teilnimmt, wegen gewerbmäßigen Glückspiels (§ 254 StGB.), sonst wegen Haltens von Glückspielen (§ 360¹⁴ StGB.) zu bestrafen. — Entsch. Rg. vom 11. Mai 1906. — St.

Deutsches Reich. Gewerbmäßiges Glückspiel mit gezinkten Karten. Wenn Spieler zu einem gewerbmäßig betriebenen Glückspiel gezinkte Karten verwenden, die sie kennen, wenn sie also falsch spielen, so bleibt das Spiel doch Glückspiel; für den Gesamtscharakter des Spiels ist der Zufall

wesentlich ausschlaggebend, wenn auch der Ausgang durch die Geschicklichkeit des Spielers im Erkennen seiner gezeichneten Karten beeinflusst wird. Der gewerbmäßige Falschspieler ist also auch aus § 254 StGB. zu bestrafen. — Entsch. Rg. vom 27. März 1906. — St.

Preußen. Trigonometrische Marksteine. Es kann dahingestellt bleiben, ob die von der trigonometrischen Abteilung der Landesaufnahmen aufgestellten Marksteine öffentlich aufgestellte „Gegenstände der Wissenschaft“ im Sinne des § 304 StGB. sind. Jedenfalls fallen sie unter den Begriff der „dem öffentlichen Nutzen“ dienenden Gegenstände im Sinne desselben Paragraphen. Dies ergibt sich aus Wortlaut und Begründung

des Gesetzes vom 7. 10. 65, betr. die Errichtung und Erhaltung von Marksteinen, insbesondere aus der Vorschrift des § 6, daß vorsätzliche Beschädigungen der Bestrafung nach § 282 des Preuß. StGB. — im wesentlichen in § 304 RStGB. übergegangen — unterliegt. — Entsch. III Straff. Rg. vom 15. Oktober 1906. III 252/06. — Vd. 39, 206. — St.

Deutsches Reich. Wahrnehmung berechtigter Interessen bei pseudonymen Eingaben. Der § 193 StGB. findet keine Anwendung, wenn die Beleidigung in einer mit einem fremden oder erdichteten Namen — also unter Begehung einer Urkundensfälschung — unterzeichneten Strafanzeige enthalten ist. Der Inhalt pseudonymer Schriftstücke, die überhaupt nicht angefertigt und den zuständigen Dienststellen eingereicht werden dürfen, genießt nicht den Schutz des § 193 StGB.; denn der Inhalt stellt erst zusammen mit der Anfertigung und Einreichung die beleidigende Äußerung, also eine einheitliche Handlung dar. Es ist nicht gängig, dieselbe einheitliche Handlung als Urkundensfälschung für verboten und strafbar, als Beleidigung für erlaubt zu erklären.* — Entsch. V Straff. Rg. vom 28. September 1906. — V 381/06. — Vd. 39, 181. — St.

II. Kammergericht.

Preußen. Straßensperrung. Die Auflassung des Angeklagten, eine Straße sollte dem allgemeinen Verkehr dienen und ihm

¹⁴) Ähnlich III Straff. Rg. vom 28. September 1904. — III 1012/04. —

geöffnet sein, es fehle an einer gesetzlichen Befugnis für die Polizei, Straßen teilweise für einen Teil des öffentlichen Verkehrs — z. B. Kraftwagenverkehr — zu sperren, sie sei nur zu vorübergehenden Störungen befugt, ist irrig. Die Befehlsgebung braucht nicht einzugreifen, wenn einzelne Wege gesperrt werden sollen. Das kann rechtsgültig geschehen durch Polizeiverordnung, und zwar auf Grund des § 6 b des Polizeiverwaltungsgesetzes, nach dem die Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen einen Gegenstand des polizeilichen Verordnungsrechtes bilden. Die Frage, ob im einzelnen Falle es zweckmäßig oder notwendig sei, einen bestimmten Weg für den Kraftwagenverkehr zu sperren, ist der Nachprüfung durch die Gerichte nach diesem Gesetz entzogen. — Entsch. 1. Straß. RG. in Sachen Lademann-Stade vom 23. Mai 1907. —

U. v. R.

***Preußen. Milchverkauf.** Man kann nicht sagen, daß für den Handel mit Butter und Käse, weil dies Produkte der Milch sind, die Ausnahmsvorschriften, die für den Milchverkehr an Sonn- und Festtagen gelten, anwendbar sind. Durch die Sondervorschriften für den Milchhandel will man den Schwierigkeiten in der Ernährung kleiner Kinder während der heißen Jahreszeit begegnen, indem man den schnelleren Absatz der Milch zuläßt. Bei Butter und Käse aber ist eine so beschleunigte Lieferung nicht erforderlich. — Entsch. 1. Straß. RG. in Sachen Dohm-Danzig vom 27. Mai 1907. — U. v. R.

***Preußen. Wandergewerbesteuer.** Es ist zwar formell nicht gleichgültig, ob die feilgebotenen Gegenstände vom Feilbieten im Umherziehen nach der Gewerbeordnung ausgeschlossen sind oder nicht. Im ersteren Falle findet § 20 und nur im letzteren § 18 des Wandergewerbesteuer-Ges. Anwendung. Aber § 20 sagt: „Die Bestimmungen des § 18 finden, wenn die Gegenstände des Gewerbebetriebes zu denen gehören, die vom An- und Verkauf im Umherziehen ausgeschlossen sind, ebenfalls grundsätzlich Anwendung.“ Materiell ist also die Anwendung beider Paragraphen ohne jeden Unterschied. — Entsch. 1. Straß. RG. in Sachen Hippermann-Wolff in Bielefeld vom 23. Mai 1907. —

U. v. R.

Deutsches Reich. Polizeistunde. Von einer Polizeistundenverlängerung darf ein Schankwirt erst dann Gebrauch machen,

wenn die Erlaubnis zu seiner Kenntnis gebracht worden ist. Vorher ist von einer der Vergünstigung entsprechenden gebotenen Polizeistunde keine Rede. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 12. Juli 1906. —

St.

***Preußen. Motor- oder Fahrrad.** Die durch Oberpräsidialverordnungen den Ortspolizeibehörden erteilte Ermächtigung, gewisse Straßen für den Verkehr mit Fahrrädern zu sperren, findet unbedenklich und ohne daß der Motorräder besonders Erwähnung zu geschehen hat, auch auf diese Anwendung. Es ist gleichgültig, durch welche Kraft ein Rad sich fortbewegt, ob durch körperliche oder mechanische. — Entsch. 1. Straß. RG. in Sachen Winter-Essen vom 16. Mai 1907. —

U. v. R.

Preußen. Straßenpolizeiverordnungen. Eine Straßenpolizeiverordnung, welche denjenigen mit Strafe bedroht, der den zur Erhaltung der Ordnung und Sicherheit auf der Straße ergehenden Anordnungen der zuständigen Beamten nicht unbedingt Folge leistet, findet nicht bloß dann Anwendung, wenn eine Störung des Verkehrs eingetreten ist und die darauf ergangene Anordnung des Aufsichtsbeamten nicht befolgt ist. Alle derartigen Verordnungen zielen darauf ab, dem vorzubeugen, daß die Ruhe gestört wird. — Entsch. 1. Straß. RG. in Sachen Winter-Essen vom 16. Mai 1907 gegenüber der Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf vom 26. März 1906. — U. v. R.

***Preußen. Ruhestörung.** Es kann dahingestellt bleiben, ob die Polizeiverordnung gültig ist, die für gewisse Teile von Cronberg die Errichtung solcher neuen Anlagen verbietet, die bei dem Betriebe durch Erregung eines ungewöhnlichen Geräusches Belästigungen für die Nachbarschaft herbeiführen können. Auf keinen Fall findet sie Anwendung, wenn eine geräuschvolle Zerkleinerung von T-Trägern auf einem Lagerplatze nicht von dem Inhaber des Platzes vorgenommen wird und dieser auch keine Gerätschaften, sondern nur seinen Lagerplatz den Käufern für die Zerkleinerung mit deren eigenen Werkzeugen zur Verfügung stellt. Hierin liegt noch keine „Errichtung“ einer Anlage im Sinne des § 1 der Cronberger Polizeiverordnung. Der Inhaber des Platzes selbst tut ja nichts, was dem Betrieb einer Anlage gleichkommt. Daraus folgt nun aber noch nicht die Freisprechung. Es

kommt hier unter Umständen der § 360¹¹ des Strafgesetzbuches über den ungebührlichen Lärm zur Anwendung. Wenn der Angeklagte die Leute darauf hinweist, wie sie die Zerfleinerung der T-Träger auf dem Lagerplatz machen sollen, dann kann die Polizei auch gegen ihn auf Grund des § 360¹¹ vorgehen, sofern ein ungebührlicher Lärm vorhanden ist. — Entsch. 1. Straßf. RG. in Sachen Bonn-Cronberg vom 30. Mai 1907. — E. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Preußen. Aufforderung zur Einstellung eines Gewerbebetriebes vor Erhebung der Unterjagungs- oder Konzessionsentziehungs-Klage. Die Vorschrift im § 50 der Preuß. Ausführungsanweisung zur Reichsgewerbeordnung vom 24. 8. 02^{*)}, daß vor Er-

hebung der Unterjagungs- oder Konzessionsentziehungs-Klage aus §§ 30 Abs. 1, 32, 33, 33a, 34, 35, 36, 37 und 43 der GewO. der Gewerbetreibende zur Einstellung des Gewerbebetriebes von der Polizeibehörde aufzufordern ist, ist nur instruktionell, nicht zwingend. Die Klage ist auch dann zulässig, wenn die Aufforderung unterbleibt. Die Beobachtung der Vorschrift ist der Kontrolle des Verwaltungsrichters entzogen und daher für das Verwaltungsverfahren bedeutungslos. — Entsch. III. Sen. OVG. vom 11. Juni 1906, III 1193. — GewArch. 6, 266. — Et.

Preußen. Gefinderrecht. Nach § 138 der Gefindeordnung vom 8. November 1810 ist das Gefinde befugt, den Dienst ohne Aufkündigung zu verlassen, wenn die Herrschaft es hat zu Handlungen verleiten wollen, welche wider die guten Sitten laufen. Es verstößt gegen die guten Sitten, wenn einem 17-jährigen Dienstmädchen zugemutet wird, mit seinem 12-jährigen Bruder in einem Bette zu schlafen. Wenn auch nicht zu vermuten ist, daß die Dienstherrschaft die Geschwister durch Zuweisung des gemeinsamen Lagers zu unsittlichen Handlungen habe verleiten wollen, so läßt sich diese Anordnung doch nicht mit den Anforderungen der guten Sitte vereinigen. Die Möglichkeit, daß es zwischen den Geschwistern zu unsittlichen Handlungen kommen kann, ist niemals völlig ausgeschlossen; auch ist die Vermeidung des gemeinsamen Lagers geeignet, das Schamgefühl zu verletzen. — Entsch. I. Sen. OVG. vom 25. Mai 1906, 3. Nr. I 655. — Entsch. 38, 421. — Et.

^{*)} Jetzt Ziffer 60 der GewO. vom 1. Mai 1904. Die Schriftstellung.

Preußen. Ausweisung neu anziehender Personen. Die Polizeibehörde, die erst auf Grund von geraume Zeit sich hinziehenden Erkundigungen die tatsächlichen Unterlagen für die Ausweisung gemäß § 2 Ziffer 2 des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 erhält, ist auch jetzt noch berechtigt, die Ausweisung zu verfügen, wenn nur die Erkundigungen auf den Zugang und die Ausweisung auf den Abschluß der Erkundigungen unmittelbar folgen. Der von der Ausweisung nach Abschluß der Erhebungen Betroffene gilt auch dann noch als neu Anziehender, sonst würde die Handhabung des Gesetzes oft versagen. — Entsch. I. Sen. OVG. vom 3. Juli 1906. — I 858. — Et.

***Deutsches Reich. Ausweisung. Staatsangehörigkeit.** Ein Deutscher, der durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande seine Staatsangehörigkeit in einem deutschen Bundesstaate verloren hat, hat das Recht, bei der Rückkehr die Wiederaufnahme zu verlangen. Dieses Recht steht aber nach § 21^a des Staatsangehörigkeitsgesetzes nur den ehemaligen Angehörigen deutscher Bundesstaaten zu, die nicht inzwischen eine fremde Staatsangehörigkeit erworben haben. Einem Deutschen, der die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben hat, steht nur die Möglichkeit der Naturalisation zu. Auf diese hat er aber kein klagbares Recht. — Entsch. I. Sen. OVG. in Sachen Silber-Ostrowo vom 7. Juni 1907. — E. v. D.

***Deutsches Reich. Förderung der Böllerei und Unsitlichkeit.** Eine Schankwirtin fördert die Böllerei und Unsitlichkeit und vertreibt ihre Konzession, wenn sie zur Bedienung der Gäste ganz junge — 14 bis 15-jährige — Mädchen beschäftigt und es duldet, daß diese Mädchen sich von den Gästen geistige Getränke, insbesondere auch Kognat, verabfolgen lassen und in ihrer Gegenwart von männlichen Besuchern auf den Schoß nehmen lassen. Ein derartiger Geschäftsbetrieb ist geradezu gemeingefährlich.

Belanglos ist, daß seit Erhebung der Klage keine Mädchen mehr gehalten wurden, weil dieses Verhalten erst unter dem Druck des Konzessionsentziehungsverfahrens gutage getreten ist. — Entsch. III. Sen. OVG. vom 29. April 1907. — OVG. III. 950. — Et.

Deutsches Reich. Schiekbudenbetrieb bei doppeltem Wohnsitz. Ein Schiekbudenbesitzer, der unter Weibhaltung seines Wohnsitzes an einem andern Orte, an dem er sein Gewerbe ausüben will, dauernd

Wohnung nimmt, bedarf zum Betriebe des Gewerbes an dem letzteren Orte keines Wandergewerbebescheines und bei Benutzung von Privatplätzen keiner ortspolizeilichen Erlaubnis aus § 60 a GewO. Das gleichzeitige Bestehen eines Wohnsitzes an mehreren Orten ist ausdrücklich im Gesetz gestattet. — Entsch. III. Sen. OVG. vom 22. Oktober 1906 — III. 2032. — PrBl. XXVIII, 711. — St.

***Preußen. Schanlerlaubnis.** Wird eine Schanlerlaubnis auf Grund der überreichten Baugenehmigung erteilt, so beschränkt sich der Umfang der Erlaubnis auf die in der Zeichnung als Schanräume bezeichneten Räume. Nachträglich während des Baues vorgenommene Erweiterungen dürfen nicht benutzt werden. Die Polizeibehörde ist berechtigt, die Einstellung des Betriebes in solchen nicht auf der Zeichnung berücksichtigten Räumen zu fordern. — Entsch. OVG. vom 17. Mai 1907 in Sachen Lustig-Vanslu. — C. v. D.

Preußen. Vorschriften für Rechtskonsulenten. Verpflichtung zum Erscheinen im Dienstraum der Polizeibehörde. Die Vorschrift^{*)} Ziffer 9 Abs. 1 der Min. Vorschriften vom 28. November 1901 für den Gewerbebetrieb der Personen, die fremde Rechtsangelegenheiten usw. besorgen, ist rechtmäßig, da sie sich völlig im Rahmen der den Zentralbehörden durch § 38 Abs. 4 GewO. eingeräumten Befugnisse hält. Durch diese Vorschrift wird, wenn gleich es nicht zu besonderem Ausdruck gebracht ist, den Polizeibehörden das Recht beigelegt, abgesehen von Ausnahmefällen — wie z. B. bei Behinderungen durch Krankheit u. dgl. — das persönliche Erscheinen der Rechtskonsulenten im Dienstraum der Behörde zu beanpruchen. — Entsch. III. Sen. OVG. vom 1. Februar 1903. — III. 201. — PrBl. XXVIII, 709. — St.

IV. Bundesamt für das Primatwesen.

Preußen. Hilfsbedürftigen Geisteskranken. Die Unterbringung eines hilfsbedürftigen Geisteskranken in einer Irrenanstalt durch die Polizeibehörde steht einer öffentlichen Armenunterstützung gleich, wenn sie zum Wohle des Kranken dringend erforderlich war und der Armenverband seine Hilfe verweigert hatte. Der endgültig verpflichtete

^{*)} Diese Vorschrift lautet: „Die Polizeibehörde und ihre Organe können von dem Geschäftsbetriebe Kenntnis nehmen und zu diesem Zwecke die für den Betrieb bestimmten Räume jederzeit betreten und dort die Geschäftsbücher, Geld- und Urkundenbücher sowie die Gassanten einsehen. Sie können auch verlangen, daß diese Bücher und Schriftstücke im Dienstraum der Polizeibehörde vorgelegt werden und daß ihnen über den Geschäftsbetrieb Auskunft erteilt wird.“

Armenverband des Unterstützungswohnortes hat die der Polizeibehörde bezahlten Aufhaltskosten an den Armenverband zu erstatten, der zur vorläufigen Unterstützung des Hilfsbedürftigen verpflichtet war. — Entsch. PrBl. vom 6. Januar 1906. — Heft 38, 32. — St.

V. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Öffentliche Plätze im Sinne des § 33 b der Gewerbeordnung. Von einer auf einem öffentlichen Plage dargebotenen Lustbarkeit kann dann nicht gesprochen werden, wenn ein Karussell auf einem im Eigentum eines Privaten stehenden Plage aufgestellt ist, mag das Grundstück auch an der öffentlichen Straße gelegen sein und von ihr aus zum Zwecke der Benutzung des Karussells betreten werden können. Zum Betriebe des Karussells ist daher eine polizeiliche Erlaubnis aus § 33 b GewO. nicht erforderlich.

Dagegen können auch gegenüber Betrieben auf Privatplätzen landesgesetzlich Beschränkungen der Ausübung des Gewerbebetriebes eingeführt werden. — Entsch. BayObVG. vom 30. Oktober 1906. — St. 7, 99. — St.

VI. Badischer Verwaltungsgerichtshof.

Baden. Wirtshausverbot. Die polizeiliche Verfügung, durch die jemandem auf Grund des § 76 a des BadPolStGB. der Besuch von Wirtshäusern untersagt wird, soll die einzelnen Nachbargemeinden, auf die sich das Verbot miterstrecken soll, namentlich bezeichnen. Hiergegen verstoßt es, wenn das Verbot für den „Amtsbezirk“ erlassen wird; doch kann über diesen Mangel dann hinweggesehen werden, wenn nach Gestalt und Größe des Amtsbezirks nicht nur sämtliche Gemeinden dieses Bezirks als Nachbargemeinden des Wohnortes gelten dürfen, sondern auch dem von dem Verbot Betroffenen genügend bekannt sein muß, welche Orte unter der Bezeichnung „Amtsbezirk“ gemeint sind. — Entsch. Bad. VGH. vom 26. September 1906. — St.

VII. Oberlandesgericht Breslau.

Deutsches Reich. Widerstand gegen die Staatsgewalt. Es kommt nur darauf an, daß die Amtshandlung, der gegenüber Widerstand geleistet ist, rechtmäßig war, gleichviel ob der Widerstand Leistende der Ansicht war und der Ansicht sein durfte, daß die Amtshandlung rechtswidrig ist. Es genügt das Bewußtsein, daß man sich

einer Amtshandlung widersteht, zur Verurteilung. — Entsch. Straß. OLG. Breslau vom 4. Juni 1907 gegen den Kassierer Theophil Krosik in Tarnowitz. — St.

VIII. Oberlandesgericht Dresden.

Deutsches Reich. Kraftfahrzeuge. Landesrechtliche Vorschriften über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen gelten auch für Angehörige anderer Staaten und für auswärtige Kraftfahrzeuge. — Entsch. Straß. OLG. Dresden vom 26. April 1906. — Fischers Zeitschr. 31, 196. — St.

IX. Oberlandesgericht Stuttgart.

Württemberg. Abhalten einer öffentlichen Tanzunterhaltung. Der Wirt, welcher den zu einer Feier in unbestimmter Zahl erscheinenden jungen Leuten beider Geschlechter den Tanzsaal zur Verfügung stellt, obgleich er weiß, daß während der Feier auch getanzt werden soll, hält eine öffentliche Tanzlustbarkeit ab und ist nach Art. 17 Württ. Pol. StGB. zu bestrafen. — Entsch. Straß. OLG. Stuttgart vom 16. April 1902. — Jahrb. der württ. Rechtspf. 14, 178. — St.

X. Oberlandesgericht Hamburg.

Hamburg. Meldepflicht. Ein Dienstgeber hat nach § 39 der Hamburgischen Dienstbotenordnung die Pflicht zur An- und Ummeldung der Dienstboten. Zieht er also selbst um, dann muß er auch den Wohnungswechsel der Dienstboten polizeilich melden. — Entsch. Straß. OLG. Hamburg gegen Landrichter Dr. S. in Hamburg vom 14. Juni 1907. — St.

XI. Schöffengericht Berlin-Mitte.

***Deutsches Reich. Glückspiel.** Es ist die Pflicht eines Schankwirts, in dessen Wirtschaftsräumen Kartenspiele gespielt werden, sich zu erkundigen, was gespielt wird, und wenn es ein Glückspiel ist, dieses zu verbieten. Andernfalls macht er sich des Vergehens gegen § 284 StGB. schuldig. — Entsch. SchG. Berlin-Mitte, Abt. 135 vom 24. April 1907, 135 D 365/07. — St.

XII. Schöffengericht Magdeburg.

Preußen. Anmeldung Neugeborener. Eine Meldepolizeiverordnung, die den Zu- und Abzug von Personen regelt, erstreckt sich nicht auf Geburten. *) Sollte eine polizeiliche Meldepflicht für Geburten

geschaffen werden, so müßte dies in der Polizeiverordnung ausdrücklich gesagt werden. Dahingestellt bleibt aber, ob eine solche Polizeiverordnung *) angesichts des Personenstandsgesetzes, das nur die ständesamtliche Meldung vorschreibt, rechtmäßig ist. — Entsch. SchG. Magdeburg vom 4. Juni 1907. (Der Amtsanwalt hat gegen das Urteil Berufung angemeldet.) St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Auslieferungsvorhaben. Die Vorschriften über das Auslieferungsvorhaben sind abgeändert worden. Ist die vorläufige Festnahme erfolgt, so sind die Schriftstücke, die mit dem Auslieferungsantrage beigebracht werden müssen, in gehörig beglaubigter Form dem Justizminister sofort einzureichen. Sieht das Beweismaterial nach nicht vollständig aus, so ist jedenfalls unverzüglich, unter Vorlegung des gegen den Verfolgten erlassenen Haftbefehls und mindestens einer Beweisverhandlung, die Auslieferung zu beantragen, damit binnen 14 Tagen nach der vorläufigen Festnahme das bis dahin fertiggestellte Beweismaterial und tunlichst binnen 14 Tagen das nach ausstehende Beweismaterial dem Justizminister vorgelegt wird.

Ein neues Weingesez. Im Reichsamte des Innern wird der Entwurf eines neuen Weingesezes ausgearbeitet, der in den Hauptpunkten die vom Reichstage wiederholt unterstügten Wünsche berücksichtigt und dem Parlament voraussichtlich in der nächsten Tagung zugehen wird.

Kraftfahrzeuge. Der Finanzminister hat durch Verfügung vom 8. Juni 1907 die Steuerbehörden angewiesen, Besitzern von Kraftfahrzeugen, die ihr Fahrzeug zu einem gesetzlich steuerfreien Zweck in Gebrauch nehmen wollen, hierüber auf Antrag eine Bescheinigung auszustellen. Auf Grund dieser Bescheinigung können dann die Polizeibehörden die polizeiliche Erlaubnisurkunde erteilen, ohne ihrerseits in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob der Anspruch auf Steuerfreiheit begründet ist.

Dem Landkreise Kiel ist der Name „Kreis Vardesbholm“ beigelegt worden. Der Sitz des Landratsamtes ist schon bisher Vardesbholm gewesen.

Polizeibiensten in Nachbarbezirken. Der Regierungspräsident zu Düsseldorf hat folgende Anordnung ergehen lassen: Die Polizeibeamten der Städte, Landgemeinden und Bürgermeistereien sind befugt, in Ausübung des Dienstes die Grenzen ihres Bezirkes zu überschreiten und innerhalb des Bezirkes einer benachbarten Gemeinde Amtshandlungen vorzunehmen, wenn der hiesige zuständige Beamte nicht zur Stelle und ein sofortiges polizeiliches Einschreiten geboten ist. Dies gilt namentlich von der Tätigkeit der Beamten bei

*) Daselbe dürfte von Todesfällen und Verheirathungen gelten. Die Schriftleitung.

*) Eine solche besteht u. B. in Königsberg i. Pr. Die Schriftleitung.

der Verfolgung einer frischen Spur, wenn die Verfolgung besteht, die Spur werde beim Eintritt eines Zeitverlustes verfolgt werden. Auch sind die Polizeibeamten in Ausübung des Dienstes dann zur Überschreitung der Grenzen ihres Bezirkes befugt, wenn die Polizeibeamten des Nachbarbezirkes bei Ausübung des Dienstes im einzelnen Falle der Hilfe bedürfen. Jedoch bedarf es in allen Fällen eines bestimmten Anlasses zum Einschreiten, noch bevor der Beamte seinen Polizeibezirk überschritten hat.

Gendarmierkommando in Rominten. Se. Majestät der Kaiser dehnt seine Vischgänge während seines Jagdaufenthaltes in der Rominter Heide oft sehr lange aus, so daß nach der vor Tagesgrauen beginnenden Morgensfahrt die Rückkehr erst gegen Mittag erfolgt. Bei dem oft unbeständigen Herbstwetter hat der Mangel an passenden Unterkünften, besonders in den vom Jagdhaute entfernteren liegenden Reviertteilen, sich öfters fühlbar gemacht; deshalb wird, wie der Gef. mitteilt, in der Oberförsterei Rominten-Sattelmehnen an der Grenze der Beläufte Teerhude und Pludzen eine kleine Schutzhütte im Blockstil gebaut, die dem Kaiser bei schlechtem Wetter oder während der Jagdpausen einen Aufenthalt bietet. Die Jagdhütte enthält zwei Räume mit einer Koch-einrichtung und eine kleine Veranda. Ein im Walde beschäftigtes Pionierkommando führt die Arbeiten aus. Während der Kaisertage ist in Rominten ein Gendarmierkommando von 12 bis 15 Mann zusammengezogen. Der Minister des Innern hat nun erfahren, daß die Unterbringung und Verpflegung der Gendarmen im Kaiserhotel zeitweise mangelhaft gewesen ist, und läßt daher ein eigenes Quartier für sie herstellen. Es soll in nortwegischem Stil in der Nähe des Rominter Waffendepots errichtet werden, die Wohnung für einen ständig in Rominten wohnenden berittenen Gendarmierwachmeister und Wohnräume für einen Oberwachmeister und etwa 15 Gendarmen sowie einen Eschall enthalten. Ferner sollen Stallungen für Dienstpferde gebaut werden.

Zum Bürgermeister inhausen bei Frankfurt a. M. gewählt und bestätigt wurde der dort stationierte Kamerad **W. Meyer.**

Fernsprechanschluß. Der Amtsbeschuß zu Vordesholm hat beschloffen, auf Kosten der Amtskasse dem Kameraden Gendarmierwachmeister Bauer - Vordesholm einen Fernsprechanschluß einzurichten.

Gendarmertiefstehen in Großenhain. Bei dem Schießen der Gendarmier der sächsischen Amtshauptmannschaften Großenhain und Weßen, das in Gegenwart der Amtshauptleute Geh. Regierungsrat Dr. Hübemann und Löffow in Großenhain stattfand, erhielten den 1. Preis: Kamerad Gendarm Gruner in Ebersbach, den 2.: Kamerad Gendarm Meier in Gröbzig und den 3.: Kamerad Gendarm Schentrich in Pfieftewig.

Stellenvermittlungsgewerbe. Das preußische Handelsministerium hat weitere Änderungen der auf die Stellung der Stellen-

vermittler sich beziehenden Vorschriften der Gewerbeordnung beim Reichsanwalt bezw. beim Reichsamt des Innern in Anregung gebracht. Der Reichsanwalt hat sich diesen Anregungen gegenüber zustimmend verhalten. Die Neuerungen sollen sich in folgender Richtung bewegen: Fortfall des Rechts des Gewerbebetreibenden, Selbsttaten zu erlassen, und Einräumung der Befugnis an die Polizeibehörde um Erlaß obrigkeitlicher Taten; die Landespolizeibehörden sollen die Berechtigung erhalten, die Vorschriften über die gewerbmäßige Stellenvermittlung und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen auch auf nicht gewerbmäßige Stellenvermittlungen auszuweiten; der Begriff der Stellenvermittlung soll so bestimmt werden, daß auch Herausgeber von Stellenlisten als gewerbmäßige Stellenvermittler behandelt werden können; die Erlaubnis zum Betriebe des Stellenvermittlungsgewerbes soll von der Bedürfnisfrage abhängig gemacht werden, das Bedürfnis aber soll verneint werden, wenn durch gemeinnützige, insbesondere kommunale Arbeitsnachweise für ausreichende Gelegenheit zur Stellenvermittlung gesorgt ist.

Kraftfahrzeuge. Die Polizeiverwaltung zu Gösch a. M. hat eine Bekanntmachung erlassen, in der es heißt: „In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen rücksichtslose Führer von Automobilen mit unerhörter Geschwindigkeit durch die Ortsgassen fahren. Vorchrift ist, daß nur mit 15 Kilometer in der Stunde gefahren werden darf. Wegen solcher Rücksichtslosigkeiten mit aller Energie einzuschreiten, ist Pflicht der Behörde. Allein ist sie aber nicht imstande, alle Fälle zur strafrechtlichen Anzeige und Verfolgung zu bringen. Es ergeht daher an die Bürgerchaft die dringende Bitte, sich die Nummer jedes Automobils, das über die zulässige Geschwindigkeit fährt, zu merken, sich weitere Zeugen sofort zu sichern und ohne jede Rücksicht jeden Fall zur Anzeige zu bringen. Im Allgemeininteresse sollte das Publikum sich wirklich nicht scheuen, unseren Wünschen Rechnung zu tragen; denn die kleinen Unannehmlichkeiten, die eventuell durch Zeugenvernehmung entstehen können, stehen doch in gar keinem Verhältnis zu dem, was die Allgemeinheit aus dem Vorgehen einzelner Mitglieder derselben gewinnt. Im öffentlichen Interesse und zum Schutze unser selbst wird dringend gebeten, unserm Besuch Behör zu schenken.“

Verbrechen und Vergehen. Ten Vermählungen der Polizei in Hamborn ist es gelungen, eine Falschmünzerverfälschung zu enttarnen. Dank der Mithilfe der Polizeibeamten konnten mehrere Festnahmen erfolgen.

Eine Falschmünzerverfälschung wurde ferner in München enttarnet. Die Polizei fand eine große Menge Formen zur Herstellung von 5- und 2-Markstücken. Ein 20jähriger Kupferschmied und ein Monteur wurden als tatverdächtig festgenommen.

Wegen eines im Jahre 1906 in Ludwigshafen begangenen Totschlags an einem Schupmann werden der 23jährige

Arbeiter Otto Drügel aus Friedenheim und seine Begleiterin, die 19jährige Maria Schredenbergl, geb. Mantel, aus Riebertsdorf beständig verfolgt.

Die Spuren einer internationalen Eindringbande hat die Kriminalpolizei in Cassel aufgedeckt. Sie hat zwei Häupter der Bande festgenommen. Es sind Leute, die stets nach einem erfolgreichen Beutezug schleunigst ins Ausland reisen, um den Raub in Sicherheit zu bringen. Ihnen werden zahlreiche im Laufe der letzten Jahre in Süddeutschland verübte Diebstähle, insbesondere Geldschrank-, Kassetten-, Uhren- und Pretiosendiebstähle zur Last gelegt.

Merkel. Praktische Polizeiverwaltung. Ein Amtsdirektor des Kreises Griesen soll auf eine Eingabe mehrerer Bürger die Verlängerung der Polizeistunde zugestimmt haben, sofern die Bittsteller zuvor die Zustimmungserklärung ihrer Ehefrauen beibrächten. Bis jetzt soll diese Erklärung noch nicht eingereicht sein.

Personalveränderungen.

1. Brigade.

H. Neumann VII., Uelken b. Senten, am 1. 7. 07 pens. — H. Bezies, Eydtshnen, am 1. 7. 07 pens.

2. Brigade.

H. Ewerth, Siebenbollen, am 7. 6. 07 nach Treptow a. Toll. fmdt. — H. Radwig, Böllig i. Komm., am 18. 5. 07 nach Altdamm fmdt. — b. W. Blum II, Freientwalde i. Komm., am 15. 6. bis 15. 9. 07 nach Berg-Dievenow fmdt. — H. Lange II, Friedernow, am 1. 1. 07 ohne Geh. beurl. als Registratur-Diätar bei d. Landesverf.-Anstalt in Stettin, scheidet am 1. 7. 07 mit Pension aus. — b. G. a. Pr. Jagnow, Buxterow (Kr. Schlawa), am 30. 6. 07 z. Truppe zur.

3. Brigade.

H. Krüger IX., Riebershöneweide, am 1. 7. 07 nach Gr.-Veeren vers. — H. Steiner II, Friedenau, bis zu seiner Entlassung nach Augustowen (O.-Pr.) beurl. — H. Kluge, Rietig (Dorf), nach Budow (Wg. Frankfurt a. O.) fmdt. — b. W. Mattik, Ludau (Kr. L.), nach Kirchhain i. L. fmdt. — H. Biegle, Brenzlau, nach Fahrenholz b. Güttersberg fmdt., von seinem Ambo. zur. — H. Gebiolla, Lettow, am 1. 7. 07 ohne Geh. beurl. als Amtswachmeister in Grunewald. — b. W. Werth II, Strassburg (H.-R.), am 1. 2. 07 ohne Geh. beurl. als Kanzlei-Gehilfe beim Amtsgericht Köln a. Rh., scheidet am 15. 7. 07 aus. — H. Simon, Peitz, am 1. 7. 07 pens. — b. W. Haberstroß, Zehden, am 1. 7. 07 pens. — H. a. Pr. Kemp, Friedrichsfelde b. Berlin, am 1. 7. 07 zur Truppe zur.

4. Brigade.

O. a. Pr. Engler, Gentlin, wird am 1. 7. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — b. W. Heide, Eichenbarleben, am 20. 2. 07 nach Angern (Wg. Magdeburg) fmdt., tritt am

1. 7. 07 von seinem Ambo. zur. — H. a. Pr. Boigt, Obisfelde, am 1. 7. 07 nach Kallendorf b. Obisfelde vers. — b. W. Gerstenberg, Eichenbarleben, am 1. 7. 07 nach Döbberitz (Kr. Erfurt) vers. — H. Giese II., Großbadungen, am 1. 7. 07 nach Breitenworbis vers. — d. W. Heide, Eichenbarleben, am 1. 7. 07 nach Rogg vers. — b. W. Barisch, Weisenfels, am 1. 7. 07 nach Schleifungen vers. — H. a. Pr. Bremmel, Rogg, am 1. 7. 07 nach Schierke (Harg) vers. — H. Trautmann, Catharinenberg, am 1. 7. 07 nach Döbberitz (Eichsfeld) vers. — b. W. Hennig I., Döbberitz, am 1. 7. 07 nach Großbadungen vers. — H. a. Pr. Brodowski, Döbberitz, am 1. 7. 07 nach Eichen (Kr. Erfurt) vers. — H. a. Pr. Reißer, Lettin, am 1. 7. 07 nach Brachwitz b. Salzmünde vers. — H. Theel, Jüßeburg, am 1. 6. 07 nach Dröbbedt fmdt. — H. Karstke, Merseburg, am 8. 6. 07 nach Bismarck b. Halle a. S. fmdt. — H. Böhner, Jüßeburg, am 1. 7. 07 pens. — H. Schmidt IV., Hordmar b. Dackraben, am 1. 7. 07 pens. — O. W. Schmidt, Schleifungen, 1. 7. 07 pens. — H. Schmidt VII., Tangermünde, die Kr. VII. fällt fort. — H. Boigt, Kallendorf, erhält Kr. II. — b. W. Raabe, Brehmen, erhält Kr. I. — H. Boigt, Sanderode, erhält Kr. I. — H. Raabe, Krugberg, erhält Kr. II.

5. Brigade.

O. W. Flügel, Neutomischel, am 1. 7. 07 pens.

6. Brigade.

H. Brühls, Jansen, am 18. 6. 07 an Herzschlag vers. — H. Schnabel I., Landesbut i. Schles., am 1. 7. 07 pens. — b. W. Jäger, Böllig (O.-S.), am 1. 7. 07 pens. — b. W. Hellmann, Königsfeld, am 1. 7. 07 pens. — H. Wegner I., Riebershöneweide, am 1. 7. 07 ohne Geh. beurl. als Postkass. in Weisenfelde b. Berlin. — H. a. Pr. Gehlsen, Renda-Babitz, am 1. 7. 07 zur Truppe zur.

7. Brigade.

H. Dreis, Westfeld b. Wattenfeld, am 1. 7. 07 als Oberwachmeister z. H. a. Pr. nach Herien (Wstf.) vers. — H. Wendel, Eidel, am 1. 6. 07 ohne Gehalt beurl. als Vollziehungsbeamter bei der Kommunalassesse Eidel, scheidet am 1. 7. 07 mit Pension aus. — b. G. a. Pr. Bohn, Hordmar b. Dackraben, v. f. Truppenteil zum Witzewachmeister bef.

8. Brigade.

H. Böing, Wegberg, am 1. 7. 07 ohne Gehalt beurl. als Telegr.-Anwärter bei der O.-P.-Dir. Kachen. — H. Schroeder III, Rodbach, am 1. 7. 07 pens. — H. Simon, Feldartillerie-Regiment Kr. 27, am 1. 7. 07 als Fußgendarm a. Pr. und Brigadeführer in Coblenz eingest.

9. Brigade.

H. Jens, Steinburg, am 8. 6. 07 nach Schinkel b. Lägerdorf fmdt. — H. Wödenhauer, Rolsnap b. Kr. Rustrup (Schlesw.), am 11. 6. 07 nach Landkirchen a. Rehm. fmdt. — b. W. Zahn, Garstedt, am 1. 7. 07 pens. —

b. B. Holtmann, Plön, am 1. 7. 07 pensf. —
 FZB. Bred, Büchen, am 1. 7. 06 ohne Gehalt
 beurl., scheidet am 1. 7. 07 aus.

10. Brigade.

FZB. Schildewitz, Dingen (Wg. Bremen),
 am 1. 7. 07 pensf. — b. B. Stubbe, Döbstedt
 b. Langen (Wg. Bremen), am 1. 7. 07 pensf. —
 FZB. Bod, Rosdorf a. d. Leine, am 1. 7. 07
 pensf. — FZB. Oppermann, Dannenberg (Elbe),
 am 1. 7. 07 pensf. — FZB. a. Fr. Labba,
 Oesede b. Georgsmarienhütte, am 19. 6. 07 zum
 Truppenteil zur.

11. Brigade.

FZB. Maher,hausen, Kr. Frankfurt, scheidet
 am 1. 7. 07 aus beaufh. Übernahme der Bürger-
 meisterstelle inhausen. — FZB. Klein, Jesberg,
 am 1. 7. 06 ohne Gehalt beurlaubt, scheidet
 am 1. 7. 07 aus. — FZB. Lemerenz, Kirchhain
 (Weg. Cassel), am 1. 7. 07 pensf.

12. Brigade.

b. B. Krause I, Laubenburg (Wg. Fr.), am
 1. 7. 07 pensf.

Brigade Elb-Lothringen.

FZB. Wahlhäuser vom 4. Lothr.-Inf.-Reg.
 136, wird am 21. 6. 07 als i. d. F. nach
 Stahlheim (Lothr.) zur Probefienleistung ein-
 berufen. — Sergeant Hans vom Bayer.
 2. Fußart.-Regt., wird am 1. 7. 07 als i. d. F.
 nach Bollmeringen zur Probefienleistung ein-
 berufen. — Unteroffizier Hanrath vom 3. Schlei-
 Drag.-Regt. 15, wird am 1. 7. 07 als i. d. F.
 nach Oettingen (Lothr.) zur Probefienleistung
 einberufen. — FZB. Wachsen, Oettingen
 (Lothr.), wird am 1. 7. 07 nach Boll-
 meringen versf. — J. O. W. Gang, Rohrbach
 (Lothr.), wird am 1. 7. 07 zum Oberwacht-
 meister best. — Sergeant (Trompeter) Seiffert
 von der Maschinenwehr-Abt. Nr. 3, wird am
 1. 8. 07 als i. d. F. nach Mörchingen (Lothr.)
 zur Probefienleistung einberufen. — FZB.
 Boll, Mörchingen, wird am 1. 8. 07 von Mörchingen
 nach Wittich versf. — FZB. Schindler, Wittich, wird
 am 1. 8. 07 von Wittich nach Herlingen (Lothr.)
 versf. — FZB. Ulrich II, Herlingen (Lothr.) wird
 am 1. 8. 07 nach Mörchingen versf. — i. d. F.
 Frischke, Mörchingen (Lothr.), scheidet am 1. 8.
 07 aus der Gendarmmerie aus.

Artikelschau.

**Aus dem Formularmagazin unserer Kur-
 pfischer.** Von Dr. jur. Hans Schneider, Berlin.
 — D. Groß' Archiv 26, 327. —

Die verschiedensten Sammelbeurteile der „brüderlich“
 behandelnden Wahlkörper der lebenden Menschheit
 werden unter Mitwirkung des Wahlrechts zahlreicher
 Korrespondenzen, Fragebogen und Anpreisungen auf-
 gegeben.

Intermittlung durch Photographen.
 Von Privatdozent Professor Dr. Hans Reichel,
 Leipzig. — D. Groß' Archiv 26, 350.

Ein am 8. November 1906 durch dem Landgericht
 Plauen i. Vogtl. verhandelter Verfallsdeliktprozess, bei
 dem die Ermittlung eines Schreibstiftspulldiebes durch
 einen mit Offenen des Bildberichts elektrisch in Tätig-
 keit gesetzten Kammerphotographenapparat gelang.

Neue Wannertricks. Gesammelt von
 Dr. jur. Hans Schneider, Berlin. Dritte
 Folge. — D. Groß' Archiv. 26, 293. —

Eine recht lehrreiche Sammlung von 112 Fällen
 aus der Praxis. Wir beugen den Schwindlern,
 die sich durch Verleitung des Vertrauens Stante,
 auch Tiefhabungsgelegenheit zu verschaffen wissen, dem
 falschen Studenten, falschen Arminiusrechten, falschen
 Dietrich, dem Treibschwindler, falschen Wechsel-
 baren, falschen Beamten der Kassenverwaltung, dem
 Willkürschwindler, Falsch, Interkaten, Stellen- und
 Anstaltschwindler, dem Ruppelruder und Wachtlager,
 dem Rennbahn- und Versicherungsschwindler, dem
 Stationsassistentenruder, dem Beiler als Soldat und
 zahlreichen anderen Taten, wie sie das moderne
 Leben geigt.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind
 durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

**Der Harz und die Städte Veraburg,
 Braunschweig, Hildesheim.** Offizieller Führer
 des Harzer Verkehrsverbandes. Mit einem
 Geleitwort von Hans Hoffmann. 40 Routen-
 karten und 73 Ansichten aus dem Harze. Kosten-
 los zu beziehen von Rud. Stolle, Hofbuch-
 händler, Bad Harzburg.

Auskunft.

**Kam. F. W. F. in K. Einwendung des
 Bezugspreises.** Sie hatten den „Gendarm“
 zwei Jahre nicht bezahlt, trotzdem wir wieder-
 holt Rechnung gelangt hatten. Infolge der
 erhaltenen neuen Rechnung bezahlen Sie, be-
 stellen aber gleichzeitig den „Gendarm“ ab mit
 der Bemerkung. Sie würden auch bezahlt haben,
 ohne daß wir eine Rechnung gelangt hätten.
 Das ist eine falsche Auffassung. Zeitungen werden
 in der Regel im Voraus bezahlt; jedenfalls muß
 man aber auch beim direkten Bezuge, nachdem
 man sein Vierteljahr erhalten hat, bezahlen.
 Wir müssen die Mitarbeiter, den Drucker und
 den Papierlieferanten auch pünktlich bezahlen.
 Erfahrungsgemäß fällt es übrigens auch stets
 schwerer, das Bestellgeld für längere Zeit auf
 einmal als in viertel- oder halbjährlichen Raten
 zu begleichen. — G—ch.

**Kam. G. Wachtm. Sch. in B. Unser Karten-
 und Planwesen.** Ihrem Wunsch, die Artikel
 über unser Karten- und Planwesen als be-
 sonderes Heft erscheinen zu lassen, werden wir
 gern Rechnung tragen, sobald noch andere
 Kameraden sich in gleichem Sinne äußern.

Nr. 226. — G—ch.

**Kam. G. W. N. in B. Notierung als Post-
 anwärter.** Sie haben sich nach bestandener
 Vorprüfung für den mittleren Postdienst bei den
 Oberpostdirektionen Berlin, Breslau und
 Frankfurt a. M. notieren lassen und sind bei
 diesen Behörden unter dem 1. März in die Ver-
 werberliste eingetragen worden. Wenn Sie sich
 nun nachträglich aus irgend einem Grund noch
 bei einer anderen Oberpostdirektion als Anwärter
 notieren lassen wollen, so werden Sie nicht als
 unter dem 1. März notiert eingetragen, son-
 dern unter dem Tag, an dem Ihr neues Geleit
 bei der Behörde eingeht. Nr. 208. — G—ch.

Kam. v. W. T. in W. Bienenstöcke. Wie wir bereits im 8. Jahrgang des „Gendarm“ auf Seite 261 mitgeteilt haben, besaßen Vorschriften darüber, wie weit Bienenstöcke vom Rastplatzgrundstück oder von öffentlichen Straßen entfernt stehen müssen, nicht. Die Ortspolizeibehörden haben das Recht, Polizeiverordnungen zu erlassen, durch die die Entfernung von der öffentlichen Straße zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des öffentlichen Verkehrs bestimmt wird; sie können aber auch, wenn erforderlich, gegen Gefährdung der Anwohner mit polizeilichen Verfügungen einschreiten. Nr. 94 a. — O. S.

Kam. FW. W. in L. Wandergewerbeschein. Die Wandergewerbetreibenden müssen den Wandergewerbeschein bei sich führen. Sind sie hieran verhindert, sei es, daß ihnen der Schein abhanden gekommen ist oder sie einen für das neue Jahr beantragten Schein noch nicht ausgefertigt erhalten haben, müssen sie den Betrieb einstellen. Ein Handel ohne Wandergewerbeschein ist nach § 148^a–7 GewO. strafbar. Außerdem muß der unerlaubte Wandergewerbebetrieb verhindert werden. Die mitgeführten Waren müssen beschlagnahmt werden (§ 29 des Wandergewerbesteuergesetzes vom 3. Juli 1870), sofern nicht durch Hinterlegung oder auf andere Weise Sicherheit für Steuer, Strafe und Kosten geleistet wird. Nr. 93 a. — S.

An Kam. FW. II in E. Ausweis des Jagdpächters. Der Jagdpächter als Jagdberechtigter bedarf eines anderen Ausweises auf der Jagd als seines Jagdscheines nicht. Insbesondere ist es zwar zweckmäßig, wenn er sich gleich an Ort und Stelle jedem ausübenden Beamten oder dem Grundeigentümer gegenüber als Pächter durch Vorlegung des Jagdpachtvertrages oder einer das Pachtrecht bestätigenden Bescheinigung ausweisen kann, aber erforderlich ist, mangels einer gesetzlichen Vorschrift und da die Jagdpachtverträge ja bei dem Gemeindevorsteher eingesehen werden können, auch mangels einer praktischen Notwendigkeit, das Mitführen solchen Ausweises nicht. Erweist sich die mündliche Angabe des Jagdscheinhalters, daß er Jagdpächter sei, als unwahr, dann ist nachträglich mit Strafanzeige vorzugehen. Auch ist die Jagdausrüstung zu beschlagnahmen. Nr. 89 a. — n.

Kam. OW. K. in P. 1. Schwärzen der Säbelscheiden. Die Vorschrift ist nur für die Armee gegeben und wird voraussichtlich nicht auf die Gendarmen ausgedehnt werden.

2. Tragen des Offiziersfabels durch O.W. u. F. im Dienst. Soweit uns bekannt, ist in keiner Brigade eine solche Erlaubnis gegeben; sie würde auch nicht der AGO. vom 17. Mai 1906 entsprechen. Nr. 87. — S.

Kam. FG. M. in D. Tragen des Offiziersfabels. Nach der 2. Anmerkung zu Ziffer 121 des Dienstbuchs §. 1 könnte es allerdings zweifelhaft erscheinen, ob ein Fußgendarm, der vor seinem Übertritt in diese Stellung als Wiegewachmeister oder Fabel-

mel bei seinem früheren Truppenteil oder eventuell als früherer berittener Gendarm den „Löwenkopffabel“ getragen hat, diesen Fabel auch als Fußgendarm außer Dienst weiter tragen darf. — Die A. R. O. vom 17. Mai 1906 gestattet den Fußgendarmen nur das Tragen des „Offiziersfabels“. Sie dürfen also als ehemaliger Fußartillerist und nunmehriger Fußgendarm nicht mehr ihren Löwenkopffabel tragen. Nr. 76. — S.

Kam. FW. G. in H. Tagegelde neben der Kommandozulage. Nach §. 1 Ziff. 73 (2. Satz) erhalten Sie, wenn Sie von einem Orte aus, an welchem Ihnen Kommandozulage gezahlt wird, eine Dienstreise auszuführen haben, neben der Kommandozulage unverzüglich die etwa zustehenden Tagegelde. Nr. 88. — S.

Kam. GW. L. in R. 1. Pflege des Pferdes eines dienstanten Gendarmen. Der des Dienstes entbundene berittene Gendarm muß u. E. trotzdem sein Pferd weiter pflegen, falls die Vorgesetzten nichts anderes angeordnet haben.

2. Reisegebühren für dienstanten Gendarmen. Angehörigen Gendarmen stehen bei Reisen zwecks gerichtlicher Vernehmung zweifellos Reisegebühren nach §. 1 Ziff. 823 zu. — Wenn der Betreffende auch des Dienstes entbunden ist, so kann er doch zu solchen bestimmten Zwecken geladen und kommandiert werden. Seine Reisen sind daher als Dienstreisen anzusehen. Nr. 93. — S.

An Amtsvorsteher T. in H. 1. Badwarenverkauf. Die Vergütungen zum Offenhalten der Geschäfte an Sonntagen, die für den Handel mit Bad- und Kosmetikwaren erteilt sind, kommen nur denjenigen Geschäften zugute, die ausschließlich oder in der Hauptsache einen Badwarenhandel betreiben, nicht aber den Kolonial- und Materialwarenhändlern und sonstigen Händlern, die nur nebenbei auch Badwaren führen.

2. Stempelplikt der polizeilichen Genehmigung öffentlicher Auszüge. Die Genehmigung öffentlicher Auszüge ist nach Tarifstelle 89 (Zustbarkeiten) stempelplikt; denn zu den Zustbarkeiten gehören nach dem Min.-Erl. vom 15. November 1896 (Zentr.-Bl. der Abgaben-Verordnung und Verwaltung 649) alle auch von geschlossenen Gesellschaften veranstalteten Auszüge. Zu erteilen ist die Erlaubnis von der Ortspolizeibehörde für ihren Verwaltungsbezirk. Will also ein Verein über Land gehen und in geschlossenem Zuge mehrere Ortspolizeibezirke berühren, so bedarf er hierzu der Genehmigungen aller einzelnen Ortspolizeibehörden. Jede dieser Genehmigungen ist für sich stempelplikt.

3. Handel mit medizinischen Tees. Dem Verkauf in Apotheken vorbehalten sind, wenn als Heilmittel selbsterhalten, trockene Gemenge zerleinerter Substanzen. Gemenge sind Mischungen verschiedener Stoffe, nicht aber Mengen einheitlicher Art. (Kamillentee, Stiefmütterchentee oder dergl.) Nr. 44 a. — O. S.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. M. V.) zu Hagen i. W.

Nr. 7.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerdsch zu Berlin.

1907/08.

Die Polizeihundprüfung in Iserlohn am 4. und 5. Juni 1907.

(Schluß.)

6. „Hlod“. Der Hund ist sehr gut abgeführt; Apportieren und Springen scheinen seine schwachen Seiten zu sein. Bei der Wasserarbeit versagte er ganz, beim Ablegen und Bewachen von Gegenständen war er vorzüglich, ebenso Verteidigte er energisch seinen Herrn. Verloren suchte er nur mit den Augen anstatt mit der Nase, nahm daher jeden Knüttel auf, der ihm zu Gesicht kam. Als besondere Leistung sollte er kein Futter von fremder Hand nehmen, verschlang aber das ihm dargebotene belegte Butterbrot mit dem größten Behagen, ohne sich an die Zurechtweisungen seines Führers zu kehren. Der Führer hat den Hund nicht genügend in der Hand; sonst würde dieser Besseres geleistet haben.

7. „Montwig“. Der Führer war dem Hunde hinderlich bei der Ausführung der Übungen und verlor ihn aus der Hand. Der Hund ist sehr gut, besonders in der Verteidigung seines Herrn, Verfolgen und Schutzfestigkeit. Leider brach durch irgend eine Unachtsamkeit ein Schäferhund plötzlich auf den Prüfungsplatz durch, als der Hund bei der Arbeit an dem Versuchsvorbrecher war, wodurch er sehr abgelenkt wurde. Beim Suchen vom Verbrecher verlorener Sachen ging das Dobermannblut mit ihm durch, so daß diese Übung versagte. Der Gesamtappell war gut; der Führer bedarf noch mehr der Ausbildung für seine Person.

8. „Rex“. Ablegen, Bewachen von Gegenständen, Springen und Schutzfestigkeit; vorzüglich. Beim Ablegen stört den Rüden selbst das Umrufen der Richter nicht. Beim Verlorensuchen gebraucht er nicht die Nase, sondern die Augen, der Führer legt den Hund auch nicht auf die Fährte; überhaupt zeigte der Führer sich nicht von der besten Seite, er versteht es nicht, die vorzüglichen Eigenschaften des Hundes zur Geltung zu bringen. Bei sachgemäßer Führung wird der Hund Besseres leisten.

9. „Max, gen. Wolf“. Der Hund ist vorzüglich von dem bereits erwähnten Herrn Henze abgeführt und hat seine guten Eigenschaften bei seinem neuen

Herrn beibehalten. Der neue Führer hat sich die guten Seiten des Dressieurs zu eigen gemacht, weshalb zu erwarten ist, daß der Rüde bei der nächsten Prüfung etwas ganz Besonderes zeigen wird.

10. „Peter“. Der Hund ist noch unfertig; beim Folgen frei am Fuß wußte der Hund nicht, was er machen sollte, beim Bewachen von Gegenständen war er nicht aufmerksam genug; auf Befehl Lautgeben kann er nicht, ebenso ist ihm das Schießen eine unbekannte Sache, er läßt nach dem Schuß den Verbrecher laufen und verteidigt seinen Führer wenig energisch. Der Führer ist zu unruhig; der Hund hat aufsehnend viel Schläge erhalten, denn er legt sich bei jedem Mißerfolg hin und gibt Wasser. Ruhigere Behandlung des Hundes ist unbedingt am Platze.

11. „Roland“. Der Hund ist ziemlich gut abgeführt. Beim Ablegen steht er auf und folgt nach einigen Augenblicken seinem Herrn; Bewachen von Gegenständen sowie Apportieren und Verlorensuchen sind gut, Wasserarbeit vorzüglich, dagegen kann das Springen besser sein. Beim Revieren und Verbellern des Verbrechers pfeift der Führer den Hund fälschlich ab, anstatt auf dem schnellsten Wege zu dem Hunde zu gehen. Der Gesamtappell muß besser werden.

12. „Wolf“. Ein schneidiger und temperamentvoller Rüde, der sehr gut und mit Ruhe geführt wurde. Beim Bewachen von Gegenständen versagte er völlig, ebenso bei der Wasserarbeit. Beim Wadungüberbringen suchte der Führer sich selbst die Bahn an der Tribüne vorbei, wodurch der Hund versagte; auch stand dem Führer keine geeignete Hilfsperson zu dieser Übung zur Seite. Der Hund hat eine sehr gute Nase; Verlorensuchen sowie das Suchen vom Verbrecher weggeworfener Sachen wurde tadellos ausgeführt; das Schießen schien ihm noch unbekannt zu sein. Der Gesamtappell war vorzüglich, der Führer verstand es, mit Ruhe und Energie das aus dem Hunde herauszuholen, was in ihm war; der Hund verspricht gut zu werden.

13. „Roland“. Der Hund war zu Anfang etwas aufgeregt, da er schon den Verbrecher gesehen hatte. Die gesamten Leistungen waren gut, zum Teil vorzüglich.

Der Hund nahm ohne Anlauf die 2 m hohe Bretterwand. Der Führer ist zwar sehr ruhig und arbeitet mit Verständnis, jedoch muß er gegenüber dem sehr temperamentvollen Rüden mehr Energie an den Tag legen; dann wird er mehr erreichen.

14. „Kolf“. Der Hund ist faul und muß schärfer herangenommen werden; allerdings hatte er eine Wunde — Dornriß — an einer Pfote, wodurch seine Arbeit, namentlich beim Springen, nachteilig beeinflusst wurde. Das Schießen schien ihm noch fremd zu sein; er entließ zwar nicht, griff aber auch nicht sofort den Verbrecher an. Der Gesamtappell muß besser werden.

15. „Pan“. Ein vorzüglicher Hund, der bereits durch seine guten Erfolge genügend bekannt geworden ist und sich



Wogl, Bef.: Polizeiverwaltung Mitten I. B., bei der Wasserarbeit.

auch jetzt wieder von der besten Seite zeigte. Seit der Dortmunder Prüfung hat er vieles hinzugelehrt und sein Dresseur gleichfalls. In der Leinenführigkeit ist er noch nicht auf der Höhe. Seine schwache Seite ist wohl das Verlorensuchen; denn es währte ziemlich lange, bis der Hund das von dem Unterzeichneten versteckte Taschentuch seines eigenen Herrn fand. Es mußte auch auffallen, daß stets ein weißes Taschentuch zum Verstecken benutzt wurde; hierdurch werden die Hunde zum Suchen mit den Augen geradezu verleitet. Als besondere Übung wurde das Auffinden und Verfolgen eines Ermordeten und sofortiges Verfolgen des Täters, welcher einen Hut am Tatorte zurückgelassen hatte, gezeigt. Der erste Teil der Übung gelang sehr gut, auch der zweite; doch war die Übung nicht ihrem vollen Umfange nach zu bewerten, da der Hund an die Person des Täters gewöhnt war, was vor allem durch die Spielerei mit dem zurückgelassenen Hut verraten

wurde. Soll die Übung wirklichen Wert haben, dann muß sie mit vollständig fremden Personen ausgeführt werden. Öffentlich wird uns der unermüdlige Führer bei der nächsten Prüfung damit überraschen.

16. „Treff“ fiel infolge eingetretener Erkrankung aus.

17. „Lord.“ Ein schneidiger Diensthund, welcher sich seit Dortmund bedeutend gebessert hat; jedoch bedarf er noch in manchen Leistungen tüchtiger Nachhilfe, wie die Bewertungsskala zeigt. Der Führer besitzt die erforderlichen Anlagen zum Dresseur und hatte auch den Hund gut in der Hand.

18. „Lucie.“ Bezüglich des Führers gilt das zu 6 Gesagte. Lucie hat keine wesentlichen Fortschritte seit der letzten Prüfung gemacht. Beim Folgen frei bei Fuß läuft sie seitwärts ab, beim Meldungüberbringen mußte sie auf dem Rückwege angefeuert werden, der Gesamtappell genügte auch nicht. Erklärend muß erwähnt werden, daß der frühere Besitzer anwesend war, wodurch die Hündin abgelenkt wurde.

19. „Marlitt.“ Eine schneidige Dobermannhündin! Sie folgt vorzüglich frei bei Fuß, läßt sich tadellos ablegen, ist sicher im Bewachen von Gegenständen und auf Befehl Lautgeben. Die Hündin sucht mit guter Nase, verteidigt ihren Führer energisch und hat überhaupt gute Fortschritte gemacht. Leider hatte sie vorn links und auch hinten Verletzungen an den Pfoten, was ihr das Springen sehr erschwerte und auch ihre sonstigen Leistungen nachteilig beeinflusste. Der Führer zeigte sich ruhig und mit der Hündin vertraut.

20. und 21. „Rosa und Herta.“ Ein Paar tadellose Schäferhündinnen, bei denen es den Richtern schwer fiel, die eine oder andere als besser zu bezeichnen, weshalb ich auch beide Hündinnen hier gemeinschaftlich anführe. Beide Führer sind geborene Dresseure und besitzen große Ruhe, gepaart mit tadelloser Energie, gegenüber ihren Hunden. Beide Tiere arbeiteten mit einem bewundernswerten Eifer; Herta hat sich seit der letzten Prüfung vorzüglich gemacht. Ich bin überzeugt, daß beide Hunde bei der nächsten Prüfung ganz Außerordentliches leisten werden.

22. „Laby.“ Die Hündin ist noch unfertig; sie und ihr Führer betrachteten die Arbeiten als Spielerei. Auffallend war, daß die Hündin wie ein Rüde schnüffelte; sie wurde zurückgezogen.

Wie aus der Prüfungsskala ersichtlich, ist die höchst erreichbare Punktzahl 104; die bei der Prüfung erzielte Höchstzahl betrug 95. Es ist somit die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß der Fortschritt ein

sehr wesentlich ist. Außer den aus der Skala ersichtlichen Preisen und Ehrenpreisen gelangten noch folgende Führerpreise zur Verteilung:

Herr Kaufmann Otto Henze, Soest, erhielt in Anbetracht seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Dressur und Führung von Polizeihunden den Ehrenpreis der Stadt Herlohn.

Herr Pol.-Sergt. Spaßn, Schmidthorst, 20 M in bar.

Herr Pol.-Sergt. Bachmann, Herlohn, einen Ehrenfädel.

Weitere Führerpreise erhielten die Herren: Pol.-Sergt. Osthaus, Dortmund, Pol.-Wachmeister Ludwig, Vorbeck, Pol.-Sergt. Neumann, Schmidthorst, Pol.-Sergt. Vitzke meier, Duisburg-Weiderich, Schutzmann Koch, Hagen i. B., und Pol.-Sergt. Becker, Lüdenscheid.

Ich halte es für notwendig, bei dieser Gelegenheit ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß es eine grundsätzliche Auffassung ist, wenn ein Führer glaubt, er müsse einen hohen oder überhaupt einen Führerpreis erhalten, weil sein Hund mit dem höchsten oder einem hohen Preis ausgezeichnet worden ist. Bei der Verteilung der Führerpreise kommen andere Gesichtspunkte in Betracht. Ein Führer kann einen schwierigen Hund, der seinen Preis bekommen hat, doch hervorragend gut vorführen; wieder ein anderer Führer kann Fehler, die er als Dressur oder Führer früher besaß, abgelegt haben und so als Führer besser geworden sein.

Dem Verdienste keine Krone! Unparteilichkeit gegenüber den Führern, gegenüber den Rassen — das verlangt der P. H. V. in erster Linie von seinen Richtern.

Den guten Führern möchte ich nun ans Herz legen, ja nicht auf ihren Lorbeeren auszuruhen, sondern immer weiter zu arbeiten und namentlich auf dem Gebiete des Kriminaldienstes immer höheren Zielen zuzustreben. Immer und immer wieder müssen neue Ideen gefunden und verwertet werden; der Kriminaldienst mit seiner Vielseitigkeit bietet hierzu täglich Gelegenheit. Die übrigen Führer sollen aber nicht die Hölle ins Korn werfen; die Prüfung soll ihnen vielmehr ein Ansporn sein, ihren Kameraden nachzusehen. Wir müssen immer weiter schaffen, immer mehr uns dem Hunde widmen, damit wir alle auf der Höhe anlangen, die wir erstreben.

Infolge eines Beschlusses der Preisrichter, dem auch der Herr Ausstellungsleiter und der Herr Vereinsvorsitzende des P. H. V. beitraten, stelle ich hier folgendes ausdrücklich fest:

Es ist unpraktisch, unfertige Hunde an einer Polizeihundprüfung teilnehmen zu

lassen. Auf der Ausstellung machen sie überflüssige Arbeit und verzögern das Fortschreiten der Prüfung. Die Hunde werden in der Dressur verdoeben, wenn sie für die Prüfung vorbereitet werden. Die für ihren Transport und die Reise des Beamten ausgegebenen Gelder sind zwecklos angewendet worden. Der Mißerfolg des Hundes verursacht Enttäuschung bei dem Beamten, bei der Behörde, bei der Bürgerschaft; das schadet dem Hunde, dem Beamten, der Sache.

Es empfiehlt sich, recht viele Beamte als Zuschauer zu den Polizeihundprüfungen zu entsenden. Die Beamten sehen, wie gearbeitet wird, was verlangt wird und was gemacht wird. Jeder Beamte lernt aus eigener Anschauung auf jeder Ausstellung; er lernt aber außerdem auch durch den stattfindenden Meinungsaustausch. Jeder Beamte kann bei diesen Veranstaltungen sich über die mannigfaltigsten Fragen bei erfahrenen Praktikern Belehrung holen. Die den Beamten dafür gewährten Reise- und Tagegelder machen sich erfahrungsgemäß bestens bezahlt.

Um den Behörden das Entsenden vieler Beamter zu ermöglichen, war die Prüfung absichtlich auf einen Wochentag gelegt worden, weil Sonntags nur wenig, vielfach gar keine Beamten im Dienst entbehrlich sind. Die Wahl eines Wochentags geschah auch deshalb, um überflüssige Zuschauer von der Veranstaltung fern zu halten. Die Zahl der Zuschauer war infolgedessen im Vergleich zu den sonstigen Veranstaltungen erfreulicherweise klein. Sie bestanden aus den Vertretern von Behörden, Polizeibeamten aller Dienstgrade, Gendarmen, Förstern und Hundeliebhabern. Der Prüfungsplatz war streng abgesperrt; auf ihm befanden sich nur die Richter, der Führer, der Hund und der Versuchsvorbereiter. Der Ausstellungsleiter betrat den Platz nur, wenn es nötig war. Unser erster Vorsitzender und der verdiente Vorsitzende des Herlochner Vereins vergüteten auf ihre Vorrechte und mochten der Prüfung auf der Tribüne bei. Kein Beifallstafsch, keine Zusage störten die Arbeit der Hunde.

Und welche Folgen zeitigte die Veranstaltung? Ganz hervorragende Leistungen bei Führer und Hunden, so daß das Richteramt, was ich mit besonderer Freude begrüße, ein recht schwieriges war. Ein Blick in die Skala zeigt, welche harte Kämpfe ausgefochten wurden. Deshalb wurde auch die Geduld der Führer nach Beendigung des Ringens auf eine harte Probe gestellt. 2½ Stunden waren für die Richter zur Festsetzung der Preise und Ehrenpreise erforderlich. Ungeört konnten die Preisrichter dieses Amtes walten; selbst der Vorsitzende des Herlochner Vereins für

Hundesport und Jagd, Herr Wichelhoven, blieb in vornehmer Weise den Beratungen fern, geschweige denn, daß sich andere Personen, wie dieses bei einer früheren Prüfung geschah, angemacht hätten, die Richter durch ihre Anwesenheit eventuell zu beeinflussen. Mit einem um so kräftigeren Hurra wurden dann aber die Preisrichter beim Eintritt in den Saal von der anwesenden Versammlung begrüßt und laute Beifallskundgebungen bei Verlesung der Resultate lohnten die Arbeit der Richter. Durch die Stützung der vielen Ehrenpreise, namentlich auch seitens der Stadtverwaltung und der Herren Vereinsmitglieder zu Jzerlohn, war es zu unserer Freude möglich gemacht, jedem vorgeführten Hunde einen Ehrenpreis zuerkennen als Ermunterung zu frischer Weiterarbeit.

Wenn ich nun die eigentliche Prüfung verlasse und zu den geselligen Veranstaltungen übergehe, so kann ich auch nur Lobenswertes sagen. Die zwanglose Zusammenkunft des Jzerlohrner Vereins zu Ehren der bereits eingetroffenen Preisrichter und Führer am Vorabend der Prüfung gestaltete sich zu einer Fidelitas, wie sie schöner nicht gedacht werden konnte. Das am Prüfungstage in der Mittagspause veranstaltete Festessen, zu dem auch die Spitzen der Behörden erschienen waren, gestaltete sich zu einer ehrenden Rundgebung für die beteiligten beiden Vereine. Wie bei der gesamten Prüfung, so wurden auch hier mit der genauesten Pünktlichkeit die dafür angelegten Zeiten innegehalten.

Den Schluß der Prüfung bildete dann noch ein gemeinsamer Kommers, welcher bei den Klängen einer vorzüglichen Musikfabelle in vollster Harmonie verlief. Auch bei diesen außerhalb des Rahmens der eigentlichen Prüfung stehenden Veranstaltungen zeigte sich wieder die vorzügliche Sorgfalt in der vorbereitenden Tätigkeit der Jzerlohrner Herren. Mögen für die Folge sämtliche Polizeihundprüfungen von demselben Geiste beseelt sein wie die Jzerlohrner! Dem Verein für Hundesport und Jagd, Jzerlohn, auch von dieser Stelle aus der herzlichste Dank für die ebenso selbstlose wie tatkräftige Unterstützung! Für den P.H.V. aber der Wunsch, auf der nunmehr betretenen Bahn richtig weiterzuschreiten zum Wohle und Heile der gesamten Polizeihundbewegung!

Wetter-Ruhr, im Juni 1907.

Müller, Polizeikommissar.

Polizeihunde im Dienst.

Eine flotte Leistung hat „Gäsar“, ein Polizeihund der Generaldirektion der „Securitas“

In Luzern, der sich schon im Alttoner Nord hervorragend erweisen hat, neuerdings zu verzeichnen. Meldei sich eines Abends bei Herrn Direktor Steinegger eine geängstigte Frau und gibt an, ihr achtjähriges Mädchen sei nicht heimgekommen; man möchte es suchen. Nachdem man Kleidungsstücke des Kindes von Gäsar hatte berücken lassen, begann die Suche in der halben Stadt an allen möglichen Löden vorbei, ging schließlich die alte Zürichstraße hinaus, und gegen 4 Uhr morgens machte der Hund im nahen Dorfe Witzon bei einem Hause Halt. — Das Mädchen war dort; es hatte sich verirrt. Herr Major Steinegger ließ sich andern Tags von dem Kinde nach die Route in der Stadt herumzeigen, da ihm Gäsar anscheinend zu viel hin- und hergelaufen war. Gäsar war aber ganz der richtigen Spur gefolgt. (Polizeiblatt.)

Allerlei.

Die Polizeihunde im Verwaltungsbericht der Stadt Rehlm für das Jahr 1906. Jedem Nachschußmann ist ein Polizeihund auf seinen Dienstgängen mitgegeben worden, der den Beamten vor tätlichen Angriffen schütze, ihn auf Grund seiner scharfen Sinnesorgane auf leichtes Gefährdungen aufmerksam mache, die Ruhestörer, die der Beamte nicht erreichen kann, durch Stellen zur Ruhe verweisen, bei der Festnahme und dem Transport von Personen behilflich sein und den Spuren des Verbrechens folgen soll, um auf Grund der ihm in irgend einer Weise bekannt gewordenen Bitterung desselben dessen Aufenthaltsort ausfindig zu machen.

Die hiesigen Polizeihunde haben diese ihre Aufgaben zur größten Zufriedenheit der Behörde, der Beamten und des ordnungsliebenden Publikums erfüllt. Die Sicherheit, Ruhe und Ordnung auf den Straßen zur Nachtzeit ist denn auch seit der Zeit, wo die Nachschußbeamten stets Hunde mit sich führen, bedeutend erhöht worden. Nicht ein Diebstahl zur Nachtzeit ist gemeldet; Gartendiebstähle, die früher an der Tagesordnung waren, sind, nachdem die Hunde einige dieser Diebe eingeholt und gefesselt, andere nach vollbrachtem Diebstahl ausfindig gemacht haben, nur noch ganz vereinzelt und in geringem Umfange vorgekommen. Man hat hier auch Vereife dafür erhalten, daß ein geeigneter Hund einem bedrängten Beamten 3 bis 4 und mehr Angreifer vom Leibe zu halten vermag, wodurch die Gefahr, wie sie in solchen Fällen durch das Verwenden einer Schusswaffe für die Beteiligten selbst wie für die unbedeutende Umgebung vorhanden ist, vollständig vermieden wird.

Dieser Umstand allein ist schon Grund genug, den Nachschußleuten Hunde mit in den Dienst zu geben; denn es handelt sich bei der Verwendung einer Schusswaffe immer um Menschenleben. Wo aber ein Hund mitwirkt, kann höchstens ein halbwegs tätiger, aber niemals lebensgefährlicher Biß und einige zerrißene Kleidungsstücke in Frage kommen. Auf Grund dieser guten Erfahrungen werden Hunde denn auch weiter im Nachtdienst verwendet.“

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 7.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Unser Karten- und Planwesen.

Von Oberfeuerwerker Lemke-Berlin.

VI.

(Nachdruck verboten.)

Unterschied zwischen Plan (Karte), Kroki und Skizze.

Wie schon aus den Worterklärungen in Nr. 2 des „Gendarm“ hervorgeht, ist ein Plan unter Verwendung guter Instrumente und durch geschultes Personal angefertigt. Soweit also das Verhältnißverhältnis die Darstellung der Einzelheiten gestattet, wird er ein genaues, verkleinertes Bild der Wirklichkeit darstellen. Im allgemeinen wird dies bis zum Verhältniß 1:50 000 möglich sein; darüber hinaus, bis etwa 1:200 000, wird man schon vielfach von der Darstellung kleinerer Einzelheiten, welche weniger wichtig sind, absehen müssen, um das Bild nicht zu überfüllen und dadurch unübersichtlich zu machen. Bei noch kleineren Maßstäben wird der Grundriß nur in großen Zügen gegeben werden können und auch die Darstellung der Bodenformen wird sich nicht mehr so genau ausführen lassen, wie dies durch Schichtlinien möglich war. Das so gewonnene Bild wird also nur den wichtigeren Grundriß (Gewässer, Eisenbahnen, größere Verkehrsstraßen, Orte usw.) und die größeren Bodenformen enthalten und heißt dann Karte.

Gewonnen wird diese auf mechanischem Wege durch mehr oder weniger starke Verkleinerung der wirklichen Ausnahmen, wobei nur die für die Karte notwendigen Einzelheiten zur Bervielfältigung gelangen. Diese Herstellungsweise bietet eine Gewähr für die Übereinstimmung unserer Pläne und Karten mit der Natur; nicht so sicher ist dies ohne weiteres von einem Kroki zu behaupten.

Der Wert eines solchen wird von der verfügbaren Zeit sowie den für die Aufnahme zu Gebote stehenden Hilfsmitteln abhängig sein und auch oft durch Unzugänglichkeit und Unübersichtlichkeit des zu kartierenden Gebietes beeinflusst werden. Immerhin wird es bei einiger Übung möglich sein, ein kleines Stück der Erdoberfläche — und um ein solches wird es sich bei einem Kroki stets nur handeln — auch ohne Instrumente so darzustellen, daß es an Genauigkeit im Grundriß dem Plan fast, unter Umständen ganz gleichkommt.

Es sei hier nur an die schnelle Veränderung der Pläne durch die Ausführung von Bauten, besonders in stark bevölkerten Gegenden und Industriebezirken, und an die nur in größeren Zeitabständen wiederkehrende Verichtigung oder Neuansfertigung des Planmaterials erinnert. Außerdem wird der bei einem Kroki meist größer als bei einem Plan gewählte Maßstab eine besonders genaue Darstellung kleinerer Einzelheiten im Grundriß ermöglichen und dadurch die Genauigkeit fördern.

Schwieriger gestaltet sich die Darstellung der Bodenformen. Hier gibt man lieber die in Nr. 1 des „Gendarm“ für Pläne an-

geführten Darstellungsarten den Vorzug, sondern läßt der Fertigkeit des Aufnehmers in einer oder der anderen Art Spielraum. Schichtlinien im Sinne der Worterklärung (Nr. 1 des „Gendarm“) lassen sich aber nur bei Benutzung von Instrumenten genau bestimmen. Da dieser Ausdruck bei einem Kroki mithin nicht anzuwenden ist, so nennt man die Schichtlinien der schraffurweise oder durch rote Pfeilen ermittelten Schichthöhen mit den Abhängen „Formlinien“.

Soll mit dem Kroki ein besonderer Zweck erreicht werden (Ausnahme einer Bau- oder Unfallstelle, eines Flußüberganges, eines Geländebereiches für militärische Maßnahmen) so wird man auch bei der Anfertigung diesem Zweck besonders Rechnung tragen und dort an der verfügbaren Zeit sparen, wo die Anforderung an Genauigkeit geringer ist, um der eigentlichen Aufgabe mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen zu können. Wenn auch die Aufnahme eines Krokis bis in die Einzelheiten an Ort und Stelle zu erfolgen hat, so kann eine zeichnerische Vervollkommenung und die Beschreibung bei verfügbarer Zeit auch zu Hause erfolgen. Um Irrtümer zu vermeiden, sind aber erspöndliche Notizen bei der Arbeit im Freien unerlässlich. Der gegebene oder selbst ermittelte Maßstab ist bei einem Kroki genau innezuhalten:

Grundsatz: Erreichung der größtmöglichen Richtigkeit und Erzielung einer übersichtlichen Deutlichkeit, besonders in bezug auf den Zweck, welcher zu der Anfertigung Veranlassung gab.

Handelt es sich um schnelle Ermittlung von Einzelheiten zur Ergänzung von Plänen oder Krokis oder um eine Darstellung örtlicher Verhältnisse in kürzester Zeit (zu Pferd, zu Wagen, auf dem Marsch) so ist man gezwungen, die geforderten wichtigen Einzelheiten mit wenig Strichen darzustellen. Diese skizzenartige Darstellung nennt man „Skizze“. Hieraus geht schon hervor, daß die Genauigkeit derselben hinter der eines Krokis zurückbleibt. Die entbehrliche Plansignatur (Heide, Wiese usw.) wird man ganz forsähen und die notwendige in der einfachsten Form mit Erläuterungen wiedergeben. So genügt z. B. die Umgrenzung eines Waldes mit der Bemerkung: „Laubwald, viel Unterholz, ziemlich ungangbar“ oder einfacher Strich mit der Erläuterung: „Weg mit Steinsetzung, für Fuhrwerke zu jeder Jahreszeit passierbar“.

Kommt es auf die Bodenformen an, so wird man sich auf die Schätzung ihrer Richtung, Form und Höhe beschränken müssen; aber auch hier müssen Zusätze die sonst unvollkommene Arbeit wesentlich unterstützen. Eine Skizze muß stets an Ort und Stelle fertig gestellt werden.

Die Innehaltung eines Maßstabes wird vielfach nicht möglich sein; die wichtigsten Maße müssen deshalb aus den Erläuterungen hervorgehen, z. B. Fluß etwa 6 m breit.

Necht, Ordnung und Geseß.

Sobald das Geseß vorhanden ist, gibt es auch nur eins, was not tut, nur eins, was die Wohlfahrt des Staates dringend verlangt — Gehorsam.

(Friedrich von Geng, Lektation der Rechte.)

Rechtspruchwörter.

Mit Kindern gebierelt.

Mit andern halbiert.

Das ist, was dem Gatten

Von der Erbschaft gebührt.

Und ist von den Grohkellern

Keins mehr am Leben,

So wird ihm die ganze

Erbschaft gegeben

Der überlebende Ehegatte des Erblassers erhält neben Kindern und Enkeln des Erblassers, falls ein Erbe, gleichgültig, wieviel Kinder da sind, Neben Eltern, Geschwistern und Geschwisterkindern oder neben Grohkellern des Erblassers erhält der Ehegatte, falls die Hälfte der Erbschaft. Neben anderen Verwandten, z. B. Enkel und Tante des Erblassers, erhält er aber die ganze Erbschaft allein.

Prüf. § 1031.

(Dr. Loder: Neue deutsche Rechtsprechungswörter.)

Verwaltungsünde.

Kommunalverbände sind öffentliche Körperschaften, welche die Bewohner eines bestimmt abgegrenzten Teils des Staatsgebietes umfassen und für ihr Gebiet sowohl die Wahrnehmung gewisser obrigkeitlicher Angelegenheiten als auch die Wohlfahrtspflege in wirtschaftlicher, geistiger und sittlicher Hinsicht in Form der Selbstverwaltung zur Aufgabe haben. Sie sind hinsichtlich ihres Bestandes und des Umfangs ihrer Aufgaben, Rechte und Pflichten von der Staatsgewalt abhängig. Der Kreis ihrer obrigkeitlichen (politischen) Rechte und Pflichten ist durch die staatliche Gesetzgebung bestimmt. Obwohl ihr Wirkungsbereich ihnen vom Staate übertragen worden ist, sind sie innerhalb dieses Kreises doch selbständig und haben ein Recht darauf, die Staatsgewalt in den ihnen aufgetragenen Angelegenheiten zu vertreten und ihre Ausgaben durch eigene Beschlüsse, eigene Organe und Geldmittel zu erledigen. In ihrer Verwaltung sind sie der Aufsicht des Staates unterstellt. Die Kommunalverbände sind entweder solche höherer oder niedriger Ordnung. Kommunalverbände niedriger Ordnung sind die Gemeinden (Stadtgemeinden, Landgemeinden, Gutsbezirke, Gemeindeverbände, Kommunalverbände höherer Ordnung die Kreise (Oberamtsbezirke), die Provinzen und die diesen gleichstehenden Verbände. Als Kommunalverbände beider Ordnungen stellen sich die Stadtkreise dar. Im übrigen gehört jede Gemeinde einem Kreise, jeder Kreis einer Provinz an. Die Eigenschaft des Kreises und der Provinz vereinigt in sich die Stadt Berlin.

(Dr. von Bitters Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung, Leipzig, Köhnersche Verlagsbuchhandlung.)

Allerlei Rat.

Um ein erfrischendes und durstlöschendes Getränk herzustellen, benutzt man eine Mischung von 10 Teilen getrocknetem Natriumbicarbonat, 8 Teilen Weinsäure und 10 Teilen Zucker. Einen Teelöffel dieses Pulvergemisches bringt man in ein Glas Wasser, wo es sich unter starkem Aufbrausen löst. Wer die erfrischende Wirkung der Kohlensäure vollständig ausnützen will, nimmt von dem Pulvergemisch $\frac{1}{2}$ —1 Teelöffel auf die Zunge und trinkt Wasser nach. Während das erwähnte Mittel vollständig ungefährlich ist, muß vor dem beliebigen Essigwasser, das besonders auf dem Lande als Erfrischungsmittel viel getrunken wird, gewarnt werden. Essig wirkt nachteilig auf die Verdauung; er zerstört die Blutkörperchen und gibt daher zu Bleichsucht Veranlassung.

Der gesundheitsliche Wert des Spinats. Der Spinat ist ein belohnliches Gemüse und so leicht verdaulich, daß er auch für schwache Verdauungsorgane in Betracht kommt. Sein Nährwert ist auf einen Gehalt an Eisenstoffen und Kohlehydraten zurückzuführen. Infolge des Gehalts des Spinats an Eisen wird er als Heilmittel bei Bleichsucht benutzt. Auch Kinder können das Eisen in der Form, wie es im Spinat enthalten ist, vertragen. Übermäßig jedoch soll der Spinat nicht genossen werden.

Alles Leinen ohne weiteres als Verbandzeug zu benutzen, ist nicht ratsam. Vielmehr verfährt man damit folgendermaßen: Man schneidet das Leinen in Bänder von circa 5 cm Breite, umhüllt diese mit weißem Garn und brüht sie in zweiprozentiger Sodaaufguss. Dann werden die Bänder ausgepreßt, mit reinem Wasser gut ausgewaschen, getrocknet und fest zusammengerollt.

Um zähes Fleisch schnell weich zu kochen, wird uns folgendes Verfahren empfohlen: Wenn das Wasser, in dem das Fleisch gekocht wird, stark aufweilt, gieße man — auf 750 Gramm Fleisch ungefähr einen Kaffeelöffel voll — guten Kornbranntwein hinzu. Das Fleisch, selbst wenn es von einem alten Tiere ist, wird schnell weich, und von dem Geruch und Geschmack des Brantweins bleibt nicht die geringste Spur übrig.

Welches Gemüse wird frisch durch Einweichen in schwachem Natronwasser.

Auflösung der Rätselade aus Nr. 6.

Lösung des Bilderrätsels.
Gesangunterricht.

Lösung des Zauberätsels.
Mutter, Mutter, Mutter, Mutter.

Lösung der Pyramide.

So
Ost
Post
Topas
Pastor

Lösung des Wortspiels

a. Regen, Salt, Silber, Gabe, Hans, Gold, Weil.

b. Regen, Bart, Feder, Gasse, Hand, Geld, Fein.

Lösung des Zahlenrätsels.
Rhein, Selne, Vier, Zerne, Niere.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsständischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 8. — 20. Juli 1907. — Seite 169/193. — 5. Jahrgang.

Juli											
5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
29	30	31									

Herausgeber:
Robert Gerßbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

August											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31					

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abbestellen wird die Zeitschrift am Jahresabschluss aus-
gegeben geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an die
Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr Mk. 1,50.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die gespaltelte Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Unreelle Ausverkäufe	170
NR. vom 31. 5. 07. Ausführung der im Staatshaushaltetat vorgesehenen Ge- haltsaufbesserungen	171
Bef. des Reichslgl. vom 20. 6. 07 betr. das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Spreng- stoffen	172
Gesetz- und Verordnungsliste	172
Der Gendarm als Kulturträger	173
Überführung von Dieben durch Fälschstoff	173

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	174
II. Kammergericht	175
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	177
IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht	177
V. Reichsversicherungsamt	178
VI. Schöffengericht	178
VII. Schöffengericht Hamburg	178
Polizeibericht	178

Personalveränderungen	179
Ehrentafel	184
Artikelschau	185
Kurzkunftei	185

II. Der Polizeihund.

Der Anschaffungswert des Polizeihundes	187
Fragekasten	190
Allerlei	190
Verichtigung	190

III. Haus und Herd.

Unser Karten- und Planwesen	191
Recht, Ordnung und Gesetz	192
Rechtsprüchewörter	192
Verwaltungskunde	192
Allerlei	193
Familiennachrichten	193
Rätseldecke	193

Befangenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 17. Juli 1907 abgeschlossen worden.

Unreelle Ausverkäufe.

Ein Beitrag zur Revision des Reichsgesetzes über den unlauteren Wettbewerb vom 27. Mai 1896
Von Polizeirat a. D. Traversé, Luzern.

(Nachdruck verboten.)

Bereits 6 Jahre vor dem Erlaß des obigen Gesetzes hatte ich in der Nr. 22 der deutschen Gemeinde-Zeitung in Berlin vom 31. Mai 1890 einen Aufsatz mit der Überschrift: „Polizeiliche Maßnahmen gegen unreelle Ausverkäufe“ veröffentlicht, worin ich, von der Voraussetzung ausgehend, daß die Polizeibehörden auch ohne Spezialgesetze allgemein zum Ergreifen von Präventivmaßnahmen zur Verhütung strafbarer Handlungen verpflichtet sind, auf gewisse Nothelfe aufmerksam machte, um den Mißständen in dem Ausverkaufswesen so lange einzigermaßen abzuwehren, bis die Gesetzgebung Wandel schaffe.

Inzwischen ist dies durch obiges Reichsgesetz zwar geschehen, aber trotz seiner elfjährigen Wirksamkeit hat die Zahl der unreellen Ausverkäufe kaum abgenommen. Wir lesen in den Inseraten der Zeitungen und auf Plakaten an den Schaufenstern noch immer „Saisonausverkauf“, noch lange bevor die Saison ihrem Ende naht, „Ausverkauf wegen Inventur“, wozu doch jeder Kaufmann alljährlich gesetzlich verpflichtet ist und es eines Ausverkaufs keineswegs bedarf, „Räumungsausverkauf“, als ob nicht jeder Kaufmann mit seinen Waren reich räumen wollte, „Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung“, oft nur von einem Haus in ein Nachbarhaus, „Konkursausverkauf“, nicht in dem Sinne, daß der gerichtlich bestellte Konkursverwalter denselben leitet, sondern daß irgend ein Geschäftsmann einige aus einer Konkursmasse erlangene Waren zugleich mit seinen eigenen Warenbeständen zum Verkauf anbietet, um unter diesem Aushängeschild letztere besser an den Mann zu bringen, wobei nicht selten ein einziger Konkurs in ein und denselben Stadt gleichzeitig mehrere Ausverkäufe erzeugt. Diese und noch viele andere Vorwände werden gebraucht, um dem Publikum vorzutäuschen, es handle sich um reelle Ausverkäufe, bei welchen insgemein die Waren billiger, meist zum Selbstkostenpreise oder sogar noch unter demselben abgesetzt zu werden pflegen, während dies bei solchen unreellen Ausverkäufen in der Regel nicht der Fall ist, wenigstens die Beschaffenheit der Ware dem Preise nicht entspricht.

Dies alles hat in den Kreisen der Volksvertretung die Überzeugung bestärkt, daß das Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes dringend der Abänderung bedürfe, und der bisherige Staatssekretär des Innern Graf von Posadowsky hat auch bereits die Revision desselben bestimmt zugesagt und vor einiger Zeit eine Kommission zur Vorberatung in das Reichsjustizamt berufen.

Soll das Gesetz in Wahrheit verbessert werden, so muß vor allem mit dem Opportunitätsprinzip gebrochen und jede Zuwiderhandlung ohne Strafantrag ex officio verfolgt werden. Außerdem müssen in daselbe gewisse administrativ polizeiliche Bestimmungen aufgenommen werden, welche eine größere Einschränkung und schärfere Kontrolle dieser unreellen Ausverkäufe bezwecken.

Zurzeit ist nur den benachteiligten Gewerbetreibenden derselben oder einer verwandten Branche oder den Verbänden zur Förderung gewerblicher Interessen (den Innungen, kaufmännischen Vereinen usw.), soweit sie überhaupt prozeßfähig sind, ein Recht zum Strafantrag oder zur strafrechtlichen Verfolgung auf dem Wege der Privatklage gesetzlich zugestanden und von der Staatsanwaltschaft soll die öffentliche Klage nur da, wo ein öffentliches Interesse vorliegt, erhoben werden. Wir vertreten aber die Meinung, daß die Absicht des unreellen Ausverkäufers weniger darauf gerichtet ist, die Geschäftsleute derselben Branche oder die Konkurrenz als vielmehr das laufende Publikum im allgemeinen zu benachteiligen, also einen großen Interessentenkreis zu schädigen, und dementsprechend sollte die strafrechtliche Verfolgung stets von Amts wegen ohne Strafantrag einzutreten haben; mindestens aber sollte auch dem geschädigten tausenden Publikum die Stellung des Strafantrags und die Verfolgung durch Privatklage gestattet werden.

Eine strafrechtliche Verfolgung von Amts wegen würde sich schon deshalb allgemein empfehlen, weil es sich bei vielen solchen unreellen Ausverkäufen nicht selten auch um einen verschleierten Betrug handelt. Solange aber der Ausverkäufer weiß, daß er zumeist nur eine Privatklage seiner Konkurrenz zu gewärtigen hat, darf es

nicht wundernehmen, wenn solche Ausverkäufe unter allen denkbaren Ausschlagschültern weiterblühen; denn abgesehen davon, daß man sich zu einer Privatklage, weil sie Zeit und Geld kostet, nicht so leicht entschließt, steht noch zu befürchten, daß, wenn der oft schwierige Beweis mißlingt, der Beklagte den Spieß umdreht und gegen den Antragsteller eine Verleumdungsklage erhebt. Wie läge aber der Fall, wenn in einer kleineren Stadt gar kein Gewerbetreibender der gleichen oder ähnlichen Branche, also überhaupt kein Antragsberechtigter vorhanden oder die wenigen Kaufleute gleicher Branche so eng unter sich verbunden wären, daß keiner dem anderen zu nahe treten oder ihm weh tun möchte? Da wären ja die geschädigten Käufer ohne jeglichen Rechtsschutz!

Ferner werden in dem gedachten Reichsgesetz jegliche administrativen Maßnahmen zur Verhütung oder Einschränkung und zur Kontrolle solcher Ausverkäufe sehr vermißt. Das bezügliche österreichische Gesetz vom 16. Januar 1895 und das Gesetz des Kantons Luzern (Schweiz) vom 26. November 1900 enthalten beispielsweise derartige sehr praktische und nachahmenswerte Anordnungen, aus welchen wir folgende hier anführen wollen:

In diesen Ländern darf kein Ausverkauf angekündigt oder begonnen werden ohne eine vorgängige polizeiliche Erlaubnis, vor deren Erteilung ein Gutachten der Handels- und Gewerbekammer sowie der Genossenschaft, welcher der Bewerber angehört, eingeholt werden soll. Die Erlaubnis soll nur auf die Dauer von 3 Monaten erteilt und kann höchstens auf Jahresdauer verlängert werden. Sie soll verweigert werden, wenn der Bewerber sein Geschäft nicht mindestens 2 Jahre in der Gemeinde hatte; auch soll sie dem gleichen Geschäftsinhaber nur einmal

innerhalb dreier Jahre erteilt werden. Der Ausverkauf darf sich nur auf die in einem Verzeichnis aufzuführenden Waren erstrecken; die Polizeibehörde ist berechtigt, in dem Verkaufsorte entsprechende Revisionen vorzunehmen. Während des Ausverkaufs darf kein Nachschub von Waren stattfinden. Falls der Ausverkauf sich über die bewilligte Zeitdauer oder auf andere Waren erstreckt, findet Schließung des Geschäfts und Beschlagnahme der Waren statt. Die Aufkündigung des Ausverkaufs muß unter Ausschluß aller unwahren Anpreisungen erfolgen. Auch auf die sogenannten Rabattverkäufe finden diese Bestimmungen sinngemäße Anwendung. Gerade mit letzterem wird auch in Deutschland viel Schwindel getrieben, wo gerade die großen Warenhäuser und Kaufgeschäfte es sind, welche das Publikum durch die Ankündigungen: „Von heute ab verkaufen wir, um schneller zu räumen (oder wegen vorgerückter Saison), alle Waren unter Vermittlung von so und so viel Prozent Rabatt!“ anlocken. Ja, gewisse Geschäfte haben sogar allwöchentlich bestimmte sogenannte Rabatttage, welche in den Tagesblättern und durch Plakate pompös angepriesen werden. Das Publikum wird dadurch in den Glauben versetzt, billiger zu kaufen, ohne daß es irgend eine Kontrolle hat, ob dieser versprochene Rabatt auch wirklich ein solcher ist.

Schließlich sei noch bemerkt, daß das erwähnte Schweizer Gesetz auch die praktische Bestimmung trifft, daß, wer ohne Grund sich weigert, eine öffentlich angekündigte oder ausgestellte Ware zu dem angegebenen Preise abzugeben, sich strafbar macht und daß die Polizeibehörde in diesem Falle die sofortige Entfernung dieser Waren („Vordögel“) aus den Schaufenstern anordnen kann.

Ministerial-Erlasse und Bekanntmachungen.

Verfügung vom 31. Mai 1907, betr. die Ausführung der im Staatshaushaltsetat für 1907 vorgesehenen Gehaltsaufbesserungen.

1. An der diesjährigen Gehaltsaufbesserung sind Beamte der allgemeinen Verwaltung und der Verwaltung der direkten Steuern unmittelbar nicht beteiligt. Daher sind für die beiden Verwaltungen Anordnungen nur wegen derjenigen Beamten erforderlich, welche aus dem an der Gehaltsaufbesserung beteiligten Befoldungsklassen anderer Verwaltungen zum 1. April d. Js. oder vorher übernommen worden sind. Zur Regelung der Befoldungsverhältnisse dieser Beamten wird folgendes bestimmt:

2. Werden an der Gehaltsaufbesserung beteiligte Beamte zum 1. April d. Js. befördert oder aus dienstlichen Rücksichten in andere Stellen versetzt, so ist der Gehaltsbemessung in der neuen Stelle derjenige Gehaltssatz zugrunde zu legen, welcher ihnen in der früheren Klasse nach den neuen Gehaltsätzen am 1. April d. Js. zustehen würde.

3. Wenn ein Beamter, der vor dem 1. April 1907 aus einer der an der Gehaltsänderung beteiligten Beamtenklassen in eine andere Stellenklasse übergeführt ist, beim Verbleiben in der vorher von ihm bekleideten Stellenklasse nach den neuen Gehaltsätzen am 1. April d. Js. oder bei dem ersten Austritten in der früheren Stelle nach dem 1. April d. Js. ein höheres Gehalt bezogen haben oder beziehen würde, als ihm in der jetzt bekleideten Stelle nach seinem Be-

forldungsdienstalter zurecht, so ist letzteres anderweitig, und zwar in der Weise festzusetzen, daß angenommen wird, der Beamte wäre erst am 1. April 1907 in seine jetzige Staatsstelle eingerückt (Ziffer 2). Bei diesen Ermittlungen ist stets nur auf die vor der jetzigen Staatsstelle zuletzt bekleidete Stelle zurückzugehen und nicht auch eine vor dieser etwa bekleidete Stelle in Betracht zu ziehen.

4. Bei der nach Ziffer 3 erforderlichen Nachprüfung der Gehaltsverhältnisse werden in der Hauptsache vormalige Gendarmen und Schutzmänner in Frage kommen, die ohne vorausgegangene Pensionierung vor dem 1. April 1907 in ihren jetzigen Staatsstellen zur Anstellung gelangt sind. Für die Gendarmen und Schutzmänner sind die Gehaltsätze vom 1. April d. J. folgendermaßen geregelt:

Anfangsgehalt	1400 M
nach 3 Jahren	1500 "
" 6 "	1600 "
" 9 "	1700 "
" 12 "	1800 "
" 15 "	1900 "

Nach den vorstehenden Sätzen ist bei den aus der Gendarmerie oder Schutzmannschaft ohne vorherige Pensionierung vor dem 1. April 1907 übernommenen Gendarmen und Schutzmännern das am 1. April 1907 zuständige normale Gehalt der früheren Stelle in der Weise zu ermitteln, daß

- a) die Dienstzeit als Gendarm oder Schutzmann seit der Erlangung des Zivilversorgungsscheins,
- b) die Dienstzeit als selbstständiger Beamter der allgemeinen Verwaltung oder der Verwaltung der direkten Steuern bis zum 31. März 1907 und
- c) der bestimmungsgemäß anrechnungsfähige Teil der dazwischen liegenden biätarischen Beschäftigung

insgesamt als Dienstzeit in der Gendarmerie oder Schutzmannschaft zugrunde gelegt wird. Nach dem in dieser Weise ermittelten Normalgehalte der früheren Stelle sind das Besoldungsdienstalter und das Gehalt in der neuen Stelle festzusetzen.

5. Oberwachmeister der Landgendarmerie sowie Abteilungs- und Schutzmännchenmeister der Schutzmannschaft sind, welche ohne vorherige Pensionierung vor dem 1. April d. J. übernommen sind, fallen unter Ziffer 3 des vorliegenden Erlasses. Die Gehaltsätze dieser Beamten betragen vom 1. April d. J. ab:

	Für Oberwachmeister der Landgendarmerie und für Abteilungs- und Schutzmännchenmeister der Schutzmannschaft	Für Schutzmännchenmeister
Anfangsgehalt	1 700 M	1 600 M
nach 3 Jahren	1 900 "	1 750 "
" 6 "	2 100 "	1 900 "
" 9 "	2 250 "	2 000 "
" 12 "	2 400 "	2 100 "

6. Ew. Hochwohlgeboren ersuchen wir ergebenst, die nötigen Nachprüfungen baldmöglichst vornehmen zu lassen und die zu bewilligenden Gehaltzulagen vom 1. April d. J. ab anzulassen.

Berlin, den 31. Mai 1907.

Der Finanzminister. Der Minister d. Innern.
Frhr. v. Rheinbaben. J. A.: v. Rixing.

Bekanntmachung, betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen. Vom 20. Juni 1907. Auf Grund des § 1 Abs. 3 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (Reichs-Gesetzbl. S. 61) hat der Bundesrat beschlossen:

1. die Bestimmung unter Nr. 1A Ziffer 1 der Bekanntmachung vom 29. April 1903 (Reichs-Gesetzbl. S. 211), betreffend das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen, dahin zu ändern:
alle zum Schießen aus Handfeuerwaffen und Böllern sowie zur Feuerwerkerei und zum Sprengen dienenden, aus Salpeter, Schwefel und Kohle hergestellten Pulver;
2. unter Nr. 1A der erwähnten Bekanntmachung als neue Ziffer 4 aufzunehmen:
4. der Sprengstoff „Schußnit“, ein zu festen Patronen gepreßtes Gemenge von Kalisalpeter (50 bis 70 Prozent), Ruß (mindestens 8 Prozent), Schwefel, Cellulose und Eisenkulfat.

Berlin, den 20. Juni 1907.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Graf von Posadowsky.

Gesetz- und Verordnungsstafel.

Preußen. Grundzüge betr. Erstattung von Kosten der Rechtshilfe oder sonstigen Beistandsleistung in gerichtlichen Angelegenheiten. — *WBl.* i. B. 178. — *RS.* vom 24. Mai 1907 betr. den Automobilverkehr auf Straßen. — *WBl.* i. B. 176. — *G.* vom 22. Juni 1907 betr. Erlass polizeil. Strafverfügungen. — *GS.* 145. — *G.* vom 19. Juni 1907 betr. Erweiterung des Stadtkreises Hannover. — *GS.* 151. —

Elfaß-Lothringen. *RS.* v. 31. Mai 1907 betr. Gefangenen-Sammeltransport. — *Teil.* g. J. u. Weg. *WBl.* 1907, 28. —

Der Gendarm als Kulturträger.

Daß die Gendarmerie infolge des Ansehens, welches der einzelne Gendarm in einem gemischtsprachigen Landesteil bei der Bevölkerung zu gewinnen weiß, einen nicht zu unterschätzenden Einfluß zugunsten des Deutschtums ausübt, legt Herr Dr. Ruland-Eolmar in einem „Die elsaß-lothringische Frage als Kulturfrage“ betitelten,

in der Strahburger Post erschienenen Aufsatz dar, aus dem wir nachfolgend das für unsere Leser Wichtigste zum Abdruck bringen. Herr Dr. Kuland schreibt:

„Einer besonderen Erwähnung bedarf noch der günstige Einfluß, den ein Nebenzweig der Armee, die Gendarmerie, gerade im Elsaß zugunsten des „Deutschtums“ ausübt. Die Einrichtung, nur die besten Elemente des Unteroffizierkorps der Gendarmerie einzuberleiben, hat sich im Elsaß reichlich belohnt. Der „Herr Gendarm“ besitzt hier zumal auf dem Lande eine Vertrauensstellung ganz eigener Art, die dem „Deutschtum“ gerade in unserem Sinne von großem Nutzen ist. Wer Gelegenheit gehabt hat, hier Beobachtungen zu machen, wird diese Auffassung bestätigen. Der „Gendarm“ ist auf dem flachen Lande draußen wie hoch oben in den Gebirgsdörfern gewissermaßen der unparteiische Vertreter der Regierung. Er ist es meist viel mehr als der „Herr Maire“, der seine Freunde und Feinde hat, der es allen recht machen muß, wenn er wieder gewählt sein will. Alles das gibt es beim Gendarmen nicht. Er gewährt nicht nur Schutz, sondern auch Rat und Hilfe. Ganz köstliche Einblicke kann man in diese Vertrauensstellung bei Familienzwistigkeiten, besonders bei Ehescheidungen erleben, bei denen der „Herr Gendarm“ als erste Instanz angegangen worden ist. In den gerichtlichen Verhandlungen zeigt sich oftmals, daß der „Gendarm“ die Verhältnisse der Bevölkerung ausgezeichnet kennt und sich allgemeinen Vertrauens erfreut. Dazu kommt, daß die berittene Gendarmerie auch auf einem anderen Gebiet vorbildlich wirkt, welches ich nur nebenher streifen möchte. In Elsaß-Lothringen liegt — abgesehen von einigen Gegenden des Unterelsaß — die Pferdezucht noch sehr im argen. Stallungen, Wartung und Pflege der Pferde können sich mit Baden und der Schweiz, geschweige denn mit Norddeutschland, im allgemeinen nicht messen. Nun sieht der Bauer, wie der „Herr Gendarm“ für sein Pferd sorgt, wie es gewissermaßen zu seiner Familie gehört, wie gut er es behandelt und wie blitzsauber es stets

aus dem Stall kommt! Das ist ein gutes Beispiel und wirkt vorbildlich.

So erweist sich neben der Schule die Armee als hervorragender Pionier des Deutschthums im besten Sinne des Wortes. Das ist um so wichtiger, als das „Franzosenhum“ in seinem edelsten Vorstadium untrennbar ist von der Erinnerung an den Klang der Waffen und den Donner der Geschütze, als die Franzosen im Kriegshandwerk auch unsere großen Lehrmeister gewesen sind.“

Jeder, der die Verhältnisse in den östlichen preussischen Landesteilen, besonders in der Provinz Posen, näher kennt, wird uns darin recht geben, daß das hier von Elsaß-Lothringen Gesagte auch auf die Verhältnisse in unserer Ostmark zutrifft. Bg.

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Aberführung von Dieben durch Jarbshoff.

Von Professor Dr. Hans Grob, Grog.

Zu der interessanten Mitteilung des Herrn Kriminalwachtmeisters Horstmann-Bitten, die in der Nr. 23 des „Gendarm“ gebracht wurde, möchte ich eine alte Geschichte erzählen, zum Teil, weil sie lustig ist, zum Teil aber auch als Warnung.

Als ich vor 32 Jahren heiratete, hatte ich — ich war damals Gerichtsadjunkt in einem kleinen Städtchen der östlichen Steiermark — ein reizendes kleines Häuschen außerhalb des Städtchens gemietet, in dem wir prächtig wohnten. Das Häuschen gehörte zum Grundbesitz eines wohlhabenden Bürgers, der in einem Hintergebäude zur Aufsicht des Grundes ein Ehepaar untergebracht hatte. Diese beiden Leute wurden von uns zu gelegentlichen Dienstleistungen verwendet. Einmal teilte mir nun meine Frau mit gewichtiger Miene mit, der weibliche Teil des Ehepaares, sie hieß Rosa, bestühle uns, sie lasse Seife mitgeben. Die Seife wurde sehr feucht geliefert, sie wurde daher zerschnitten und auf dem Obertheil des Herdes zum Trocknen aufgeschichtet: die Rosa hatte es daher nicht schwer, wenn sie Seife naschen wollte.

Der Fall reizte mich und ich wollte mich vor meiner jungen Frau auszeichnen. Ich nahm ein Stück Seife, bohrte ein Loch hinein, füllte es mit Buchsien und schloß das Loch oben wieder mit Seife. Dann

wurde das Stück oben hingelegt, recht bequem zum Nehmen, und die Wad wurde angewiesen, dieses Stück ja nicht zu verwenden.

Kurze Zeit darauf wusch die Rosa hinter dem Hause ihre Wäsche; plötzlich ertönte ein schrecklicher Schrei, die Rosa rief: „Hilfe, Hilfe, ich verblute“ — und sank ohnmächtig dahin. Das Wasser im Waschtrog sah in der Tat aus, als ob man ein Schwein darin geschlachtet hätte. Erst nach langer Mühe gelang es, die Rosa unter Anwendung

von Essigtrömen zu sich zu bringen; sie sagte, sie habe sich mit einem Glassplitter, der unter die Wäsche geraten sein müsse, bei der Arbeit die Pulsadern durchschnitten und müsse nun sterben. Endlich konnte man sie davon überzeugen, daß sie unversehrt sei, daß es aber gut wäre, fremde Seife in Ruhe zu lassen.

Ich habe aber damals beschlossen, solche Experimente lieber nicht mehr zu machen; denn die Rosa war noch tagelang so blaß, als ob sie wirklich fürchterlich geblutet hätte.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

*Deutsches Reich. Spielkartenstempel.

Wenn die Stempelsteuer einmal bezahlt ist, kann es nicht darauf ankommen, ob der Stempel auf den Spielkarten noch sichtbar ist oder nicht. Eine Verurteilung wegen Verwendung von Spielkarten, deren Stempel verschwunden ist, kann nicht erfolgen. — Entsch. des RG. vom 13. Juni 1907 gegen Landrath und Gen. 13.

*Deutsches Reich. Religionsvergehen. Öffentlichkeit einer Vereinsversammlung. Die Behauptung, die Bibel sei ein Algenbuch, ist eine Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche, nämlich der Bibel in ihrer dogmatischen Bedeutung für die Lehre des Christentums.

Eine Vereinsversammlung, gelegentlich deren diese Beschimpfung erfolgt, ist selbst wenn sie auf die Mitglieder des Vereins beschränkt bleibt, dann nicht als geschlossene Gesellschaft anzusehen, wenn jedermann, der sich ein Mitgliedsbuch ausstellen läßt, gegen Bezahlung eines geringfügigen Eintrittsgeldes als Mitglied aufgenommen wird.

Ein Verein, der zwar auf dem Papier eine Nachprüfung der Aufnahme neuer Mitglieder durch den Vorstand vorgesehen hat, aber keine Weidung beanstandet, bildet keinen individuell bestimmten Kreis von Personen. Das zum Tatbestand des § 166 StGB. erforderliche Merkmal der Öffentlichkeit ist mithin gegeben. — Entsch. des RG. gegen den Redakteur des Harburger „Volksblattes“ Karl Zelle vom 27. Juni 1907. 13.

Deutsches Reich. Dauernde erhebliche Entstellung im Sinne des § 224 StGB. Dauern erheblich entstellt ist auch, wer infolge Verkürzung eines Oberkiefers hinkt. Das Gesetz verlangt nicht, daß die Verunstaltung bei jeder Körperhaltung des Verletzten dessen Gesamtersehung ergreift. Das Leben erfordert in seinem regelmäßigen Verlauf abwechselnd Ruhe und Bewegung des Körpers. Nicht der eine oder der andere dieser Zustände der Ruhe und Bewegung ist der regelmäßige, sondern jeder von ihnen ein regelmäßiger. Jede Körperhaltung, das Stehen, Gehen, Stehen zeigt den Menschen in seiner regelmäßigen Gesamtersehung. Eine nur beim Gehen zutage tretende Verunstaltung verliert dadurch nicht die Eigenschaft der Entstellung, daß sie beim Stehen und Gehen nicht wahrnehmbar ist.

Ist die Gesamtersehung beim Gehen durch das Hinken wesentlich beeinträchtigt, so kommt es nicht darauf an, daß der Verletzte schon an sich eine unansehnliche Persönlichkeit ist. Auch eine wesentliche Steigerung der vorhandenen Unschönheit der Gesamtersehung ist eine Entstellung im Sinne des § 224 StGB. — Entsch. 2. Straff. RG. vom 1. Februar 1907, II 56/07. Band 39, 419. St.

Deutsches Reich. Wissenlich falsche Anklage. Polizeiwache als „Behörde“ im Sinne des § 164 StGB. Es genügt zur Verurteilung aus § 164 StGB. nicht, daß die wissenlich falsche Anzeige irgend einem Beamten des Polizei- oder Sicherheitsdienstes gemacht wird. Sie muß vielmehr bei der Behörde erfolgt sein. Eine dem unteren Beamten des Polizeidienstes erstattete Anzeige gilt erst dann als „bei einer Behörde“ erstattet, wenn der Beamte sie dem Willen des An-

zeigenden entsprechend an die Behörde tatsächlich weitergegeben hat. Gleichgültig ist, ob der Beamte die Anzeige in den Diensträumen seiner Behörde entgegen genommen hat. Auch die Entgegennahme in den Diensträumen ist nur dann von Bedeutung, wenn der Beamte zwecks Entgegennahme von Anzeigen zur Vertretung seiner Behörde ermächtigt war.

Die Berliner Polizeireviere sind als bloße Unterabteilungen des Polizeipräsidiums Teile dieser Behörde selbst. Die Kriminalwachmeister und ersten Kriminalschutzleute sind zur Vertretung des Reviers hinsichtlich der Entgegennahme von Strafanzeigen ermächtigt. Eine von ihnen aufgenommene Anzeige gilt also als bei der Behörde erstattet, auch wenn sie noch nicht weitergegeben ist. Es unterliegt auch keinem rechtlichen Bedenken, eine in ihrer Gegenwart von einem anderen Beamten aufgenommene Anzeige gleich zu beurteilen. Anders liegt der Fall, wenn die Anzeige auf der Wache des Reviers in Abwesenheit der zur Vertretung der Behörde (des Reviers) ermächtigten Beamten von einem beliebigen Schutzmann aufgenommen wird. — Entsch. 5. Straß. RG. vom 8. Januar 1907, V 797/06. Wb. 39, 338. St.

II. Kammergericht.

Preußen. Leichentransport. Eine Polizeiverordnung, die aus Verkehrsrückichten vorschreibt, daß Leichen nur zu Wagen nach dem Friedhof befördert werden dürfen, ist rechtsgültig; sie findet ihre Stütze im § 6 b des Polizeiverwaltungsgesetzes, der die Ordnung, Sicherheit, Leichtigkeit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße dem polizeilichen Verwaltungsrecht unterstellt. Eine solche Polizeiverordnung stellt sich als Transportordnung dar und hat den Zweck, den öffentlichen Verkehr zu regeln. Es kann dahingestellt bleiben, ob auch § 6 f des PolVerwGes. — Sorge für Leben und Gesundheit — anwendbar ist. In der heißen Jahreszeit kann das Tragen von Leichen, besonders an aufstrebenden Krankheiten Verstorbener, für die Träger Gefahren bringen. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 3. Juni 1907 in Sachen Vonkoll-Virkenhain. C. v. R.

Preußen. Irrtum über das Bestehen von Ausführungsvorschriften. Der Irrtum über die im Wildschonengesetz selbst festgesetzten Schonzeiten ist Irrtum über ein Strafrecht, also als Rechtsirrtum nicht ent-

schuldbar, schützt nicht vor Strafe. Anders verhält es sich mit dem Irrtum über die vom Bezirksausschuß abweichend festgesetzten Schonzeiten, zu deren Regelung das Wildschonengesetz diese Behörde ermächtigt. Hier kann Verstrafung nur eintreten, wenn trotz Kenntnis der Bekanntmachungen des Bezirksausschusses oder in der irrigen Meinung, daß solche Bekanntmachungen nichts rechtsverbindlich sind, wesentlich dagegen verstoßen wird. Nicht dagegen, wenn dem Zuwiderhandelnden die Bekanntmachungen nicht bekannt sind, und er nur die Einzelanordnungen der Schonzeiten auf dem Jagdschein für maßgebend erachtet. — Entsch. des 1. Straß. des RG. vom 6. Juni 1907 in Sachen Danfert-Königsberg. C. v. R.

Preußen. Fortbildungsschule. Bei Festsetzung des Stundenplanes der Fortbildungsschule müssen nach § 142 S.W.O. die beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter gehört werden. Nur dann erhält der Stundenplan die Eigenschaft einer Rechtsnorm. § 142 a. a. O. ist zwingendes Recht und kann durch ausführende Organe nicht abgeändert werden. Nicht zu verkennen ist, daß für die Schulleitung hierin eine gewisse Erschwerung liegt; aber die Gewerbetreibenden haben ein ganz besonderes Interesse daran, wie die Stunden gelegt werden. — Entsch. des 1. Straß. des RG. vom 3. Juni 1907 in Sachen Dolling-Hamme. C. v. R.

Preußen. Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Auch eine „Betriebsstiftung“ von Angestellten einer Straßenbahn-Gesellschaft fällt unter das Vereinsgesetz wegen der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, wenn die Zusammenkunft die Gewinnung neuer Mitglieder für die gewerkschaftliche Organisation — den Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter — aus der Zahl der Straßenbahn-Angestellten und auf diesem Wege eine Besserung ihrer sozialen Verhältnisse bezweckt und wenn nicht nur die Arbeitsverhältnisse der Angestellten der einen Gesellschaft zu ihrer Direktion, sondern die allgemeinen Forderungen des ganzen Standes der Straßenbahner dargelegt werden. Die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten eines ganzen Standes sind öffentliche Angelegenheiten. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 13. Juni 1907 gegen Iffel-Miel. St.

Preußen. Sitzung oder Versammlung. Die Sitzung eines Gewerkschaftskartells wird noch nicht dadurch allein zu einer

Versammlung, daß sie von einer größeren Zahl von Personen besucht wird. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 10. Juni 1907 in Sachen Hadamitzki, Schwarz und Gomburg in Wanne. C. v. R.

***Deutsches Reich. Kinematographische Vorstellungen.** Kinematographische Vorstellungen lassen sich nicht unter den Begriff der „Schaufstellung von Personen“ oder der „theatralischen Vorstellungen“ bringen.^{*)} Der Begriff der „Schaufstellung von Personen“ setzt voraus, daß Menschen in Natur sichtbar gemacht werden. Ebenso ist der Begriff „theatralische Vorstellungen“ auf rein bildliche Darstellungen, nicht anwendbar; bei theatralischen Vorstellungen sollen Personen handeln. Entsch. 1. Straff. des RG. vom 10. Juni 1907 in Sachen Wryla-Beuthen. C. v. R.

***Preußen. Geistige Getränke.** Eine Polizeiverordnung, die den Gast- und Schankwirten sowie den Kleinhändlern mit Branntwein die Abgabe „geistiger Getränke aller Art“ vor 8 Uhr morgens verbietet, kann sich nicht auf den Verkauf von Bier beziehen. Der Begriff „geistige Getränke aller Art“ ist zu übersetzen in „Spirituosen“.^{**)} Man kann nicht annehmen, daß die Abgabe einer Flasche Bier eine strafbare Handlung im Sinne einer solchen Polizeiverordnung (es handelt sich um die Endener Polizeiverordnung vom 30. September 1896) sein sollte. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 3. Juni 1907 in Sachen Tjaden. C. v. R.

***Deutsches Reich. Verfahren gegen Reichstagsabgeordnete.** Nach Art. 31 der Reichsverfassung darf kein Reichstagsmitglied ohne Genehmigung des Reichstags während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, wenn es nicht bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird. Es darf mithin auch kein Strafbefehl gegen Reichstags-Mitglieder ergehen. Es genügt nicht, daß über einen Widerspruch gegen einen während der Sitzungsperiode erlassenen Strafbefehl erst nach Beendigung der Sitzungsperiode verhandelt wird. Es

muß vielmehr ein neuer Strafbefehl ergehen. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 10. Juni 1907 gegen Stychel und Gen. C. v. R.

***Deutsches Reich. Verrufserklärung.**

Der Straßenrat des Kammergerichts bestätigte ein Urteil des Landgerichts Berlin, worin es heißt: Das Wort Streikbrecher bedeutet objektiv genommen lediglich die Tatsache, daß jemand an einem Streik nicht teilnimmt. Von der Arbeiterklasse aber und darüber hinaus ist in das Wort ein verächtlicher Sinn hineingelegt, indem sie den damit Belegten als einen Verräter an der Arbeiterfrage bezeichnet. In diesem Sinne auf eine Person angewandt, ist es zum Schimpfwort geworden und somit schon in der Form beleidigend. Das Gericht hat aber angenommen, daß es dem Angeklagten nicht nur darauf angekommen ist, den Arbeitswilligen Richter aus Ärger über sein Verhalten in seiner Ehre zu kränken; letzteres wäre vielleicht anzunehmen, wenn es bei der Äußerung vom 1. Mai geblieben wäre. Die Häufigkeit der wiederkehrenden Sticheleien des Angeklagten mußte aber einen weitergehenden Zweck haben, und dieser konnte unter Berücksichtigung der bei vielen Arbeitern herrschenden Ansicht über Solidarität nur darin bestehen, daß der Angeklagte den Richter durch die wiederholten Ehrenkränkungen dazu bewegen wollte, sich der Lohnbewegung in der Spindlerschen Fabrik anzuschließen, um fernerhin nicht mehr als Streikbrecher bezeichnet zu werden. Damit kommt auch der § 153 (Verrufserklärung) der Gewerbeordnung in Anwendung. Für das Strafmaß kommt in Betracht, daß es eine dringende Pflicht des Staates ist, den ruhigen, zufriedenen und arbeitswilligen Arbeiter vor der Terrorisierung durch anders geartete Elemente sowie davor zu schützen, daß er durch solche Elemente gezwungen wird, seine Verpflichtungen zur Zuneckhaltung eingegangener Arbeitsverhältnisse zu verletzen und damit sich und seine Familienangehörigen der Not preiszugeben. Diese Erwägung hat das Gericht zur Festsetzung einer Gefängnisstrafe geführt. — Entsch. des 1. Straff. des RG. in Sachen Giese-Adlershof vom 13. Juni 1907. C. v. R.

***Preußen. Vereinsvorstand.** Das Kammergericht bestätigte ein Urteil des Posen Landgerichts, worin es heißt: Der Umstand, daß ein Teil der Mitglieder des Hauptvorstandes außerhalb der Provinz Posen

^{*)} Ebenso mit fast gleichem Wortlaut OStG. vom 11. Mai 1903. PrStZ. XLIII, 304. Die Christleitung.

^{**)} Diese Entscheidung steht im geraden Gegensatz zu § 33 Abs. 3b GewO. und dem Sprachgebrauch. In § 33 ist von Wein, Bier oder anderen nicht mit Branntwein und Spiritus fallenden geistigen Getränken die Rede. Der Begriff „Spirituosen“ bezieht sich mit dem Begriff „geistige Getränke“ (vgl. Landmann-Moßner, GewO. 1. 249 und 270). Immerhin wird die Polizeiverordnung durch eine Erklärung zu ergänzen sein. Die Christleitung.

wohne, befreie sie nicht von ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf dem Gebiete des § 2 des Vereinsgesetzes. Die Angeklagten können sich auch damit nicht entschuldigen, daß sie einen besonderen Schriftführer gewählt und diesem Schriftführer zur Pflicht gemacht haben, die Anmeldungen rechtzeitig zu bewirken. Abmachungen mit dem Schriftführer berühren nur das Verhältnis der einzelnen Vorstandsmitglieder zueinander, das innere Verhältnis im Vereinsvorstande. Eine derartige Abmachung erzeuge aber keine Einwirkungen nach außen dergestalt, daß dadurch die einzelnen Vorstandsmitglieder von der Erfüllung ihrer öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen entbunden werden. — Entsch. 1. Straß. RG. in Sachen v. Rosciolski und Genossen, Posen, vom 10. Juni 1907. C. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Betriebsstätte.** Im Gegensatz zu den Eisenbahnen, bei denen nach Maßgabe des Kommunalabgabengesetzes als Betriebsstätten die einzelnen Stationen anzusehen sind, müssen bei Schwebbahnen als Betriebsstätten die Schienenwege angesehen werden. Entsch. OVBG. in Sachen Continental Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg gegen Handelskammer Barmen vom 8. Juni 1907. C. v. D.

***Preußen. Wahlflugblätter. Sonntagsheiligung.** Das Verteilen von Wahlflugblättern auf öffentlicher Straße an Sonntagen fällt unter die Polizeiverordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonntage und Feiertage, wenn auch nach § 43 GewO. das Verteilen von Wahlflugblättern während der Wahlzeit ohne polizeiliche Erlaubnis zulässig ist. Die Gewerbeordnung bezieht sich nicht auf Verordnungen, die die äußere Heilighaltung der Sonntage und Feiertage regeln. — Entsch. 1. Straß. RG. vom 21. Februar 1907 in Sachen Post und Rittrop-Vommerholz. — C. v. R.

***Preußen. Wohnsitz.** Ein Wohnsitz ist aufgegeben, wenn nach polizeilicher Anmeldung die Abreise nach dem neuen Wohnorte erfolgt ist. Daß die Möbel aus der bisher benutzten Wohnung zu diesem Zeitpunkt bereits entfernt sein müssen, ist für die Aufgabe des Wohnsitzes nicht erforderlich. — Entsch. OVBG. vom 24. Mai 1907 in Sachen Loh-Dortmund. — C. v. D.

***Preußen. Polizeistundenausbreitung als Förderung der Bäckerei.** Ein Cafetier,

der die für sein Café gebotene Polizeistunde wiederholt überschreitet, macht sich hierdurch der Förderung der Bäckerei schuldig. Ihm fehlen daher die Eigenschaften, die bei der Erteilung der Konzession vorausgesetzt wurden; es ist zulässig, ihm auf Grund des § 53 GewO. die Konzession zu entziehen. Die Verurteilung auf das polizeilich nicht beanstandete gleiche Verhalten anderer Wirte hat der Verwaltungsrichter nicht zu berücksichtigen, da er keine Aufsichtsbehörde ist. — Entsch. OVBG. vom 4. Juni 1907 in Sachen des Cafetiers Marc-Altona. — St.

***Deutsches Reich. Privatkrankenanstalt; Konzessionsentziehung.** Der Leiter einer Privatkrankenanstalt verliert dadurch allein noch nicht die für seinen Gewerbebetrieb vom Gesetz verlangte Zuverlässigkeit, daß er sorgelegt unhaltbare — sei es nun verkennterisch oder durch seinen krankhaften Geisteszustand verursachte — Beschuldigungen gegen bestimmte Personen erhebt und trotz aller Zurückweisungen durch die Anklagebehörde immer wieder auf diese Beschuldigungen zurückkommt. Die falschen Anschuldigungen beschränken sich auf einen bestimmten engen Kreis und liefen alle in derselben Richtung. Wenn daneben nicht sonst krankhafte Reigungen bezüglich des Gewerbebetriebes trotz wiederholter Revisionen der Anstalt zutage getreten sind, so kann auch aus sonstigen Erfahrungen ein logischer Schluß dahin nicht gezogen werden, daß der auf den bestimmten engen Kreis beschränkte krankhafte Zustand notwendigerweise auf den Gewerbebetrieb einen Einfluß haben müßte. — Entsch. III. Sen. OVBG. vom 20. Juni 1907 gegen den Inhaber einer Privatkrankenanstalt für Nervenranke und Morphimisten Dr. Schlegel in Viebrich. — C. v. D.

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Streikvergehen. Eine Verabredung zwecks Herbeiführung der Wiedereinstellung ausgesperrter Arbeiter gilt als Verabredung zur Erlangung einer günstigen Arbeitsbedingung. Um Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen handelt es sich bei jeder dem einen oder anderen Teile vorteilhafteren Gestaltung des gegenseitigen Verhältnisses, insbesondere auch dann, wenn der Arbeitgeber in seinem Kündigungsrecht beschränkt werden soll. Die Erzwingung der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter ist aber eine Beschränkung des Kündigungsrechts, weil sie die Forderung aufstellt, daß Entlassungen von der Zu-

stimmung der ganzen Arbeiterchaft abhängig sein sollen. — Entsch. BayObLG. vom 20. Juli 1906. — St. 7, 65. — St.

Bayern. Zäune und Mauern an Feldwegen. Ungültig ist eine ortspolizeiliche Vorschrift, die unter Bezugnahme auf Art. 120 Abs. 1. Ziffer 1 und 121 Abs. 1. des BayPolStGB. sowie auf § 366 Ziffer 10 StGB. die Angrenzer öffentlicher Feldwege verpflichtet, mit ihren Zäunen und Mauern auf eine Entfernung von 2 m von der Mitte des Weges angemessen zurückzurücken. Die Anordnung dient nicht dem Schutz der Feldwege, auch nicht der Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs, sondern bezweckt die Verbreiterung der Wege auf Kosten der Angrenzer. Dies kann nur durch ein Enteignungsverfahren erreicht werden. — Entsch. BayObLG. vom 28. Februar 1907. — Zeitschr. f. Rpfl. i. Bayern 1907, 217. — St.

V. Reichsversicherungsamt.

Deutsches Reich. Wohnsitz. Für Dienstboten, die in einem ländlichen Sommeraufenthalt beschäftigt werden, sind auch während dieses Aufenthaltes die Versicherungsarten derjenigen Versicherungsanstalt zu verwenden, in deren Bezirk die Dienstherrschaft ihren dauernden Wohnsitz hat und wo der Mittelpunkt der häuslichen und wirtschaftlichen Beziehungen des Arbeitgebers liegt. Der ländliche Sommeraufenthalt, der offenbar nur der Erholung dienen soll, gilt als vorübergehender Aufenthalt, wenn auch der Arbeitgeber auf dem Lande im eigenen Hause Wohnung nimmt und den Haushalt regelmäßig alljährlich im Sommer dorthin verlegt. Un-erheblich ist, daß die Dienerschaft in der Gemeinde des Landaufenthalts zur Krankenversicherung gemeldet ist. — Entsch. RVA. Abt. f. InvVers. vom 17. April 1907. — St.

VI. Schöffengericht.

Preußen. Straßenpolizei. Stehenlassen unbeleuchteter Fuhrwerke ohne Aufsicht. Haftung. Es kann nicht zu den Aufgaben des Inhabers eines größeren Geschäfts gerechnet werden, sich persönlich um das Anordnungsstellenbringen eines Geschäftskarrens zu kümmern. Das entspricht auch nicht den Gepflogenheiten im kaufmännischen Verkehr. Wohl hat der Geschäftsinhaber die nötigen Anordnungen zu treffen; wenn diesen aber von einem Angestellten nicht nachgekommen wird, dann kann nur dieser,

nicht der Geschäftsinhaber persönlich wegen der durch das Stehenlassen des unbeleuchteten und unbeaufsichtigten Karrens verursachten Abertretung zur Bestrafung gebracht werden. — Entsch. SchG. Abt. 6B Hannover vom 22. Januar 1907 gegen den Fabrikanten Hählein. — St.

VII. Schöffengericht Hamburg.

Deutsches Reich. Notstand. Ein Raschemmenwirt in Hamburg, der nicht im Besitz der Schankerlaubnis ist, war zusammen mit seiner Ehefrau wegen unbefugten Auschanks von Bier und Schnaps und Abertretung der Polizeistunde angeklagt. Die Angeklagten machten geltend, daß sie ihr Leben wagen würden, wenn sie den Verbrechern, die dort verkehrten, nicht die verlangten Getränke verabfolgten. Auf polizeilichen Schutz hätten sie nicht zu rechnen, da sich ein Schutzmann allein in ihren Keller nicht hineinwage. Die als Zeugen vernommenen Kriminalbeamten bestätigten diese Angaben, worauf auf Grund des § 54 StGB. wegen Notstands Freisprechung erfolgte. — Entscheidung des Schöffengerichts Hamburg vom 24. Februar 1906 gegen einen Raschemmenwirt in Barkhof zu Hamburg. — St.

Polizeibericht.

Befestigungen. Se. Excellenz der Herr Chef der Landgendarmarie, Gen. d. Kav. v. Hennigs, hielt in diesem Jahre bisher Befestigungen ab: in der 4. Gend.-Brig.: am 22./4. in Torgau, am 23./4. in Erfurt, am 30./4. in Genthin; in der 11. Gend.-Brig.: am 25./4. in Eschwege, am 26./4. in Kessungen, am 27./4. in Weilburg; in der 10. Gend.-Brig.: am 29./4. in Göttingen, am 7./5. in Celle, am 8./5. in Springe, am 16./5. in Meppen, am 25./5. in Stade; in der 7. Gend.-Brig.: am 10./5. in Bielefeld, am 11./5. in Lippstadt, am 13./5. in Llnna, am 14./5. in Bochum, am 15./5. in Borken; in der 3. Gend.-Brig.: am 24./5. in Neu-Muppin, am 12./6. in Frankfurt a. O.; in der 9. Gend.-Brig.: am 27./5. in Oldenburg, am 29./5. in Hadersleben; in der 5. Gend.-Brig.: am 13./6. in Wirnbaum, am 14./6. in Kreuz, am 15./6. in Rogasen, am 18./6. in Kempen; in der 6. Gend.-Brig.: am 17./6. in Wilitzsch, am 19./6. in Oppeln, am 20./6. in Pleß, am 22./6. in Ratibor, am 24./6. in Sagan, am 25./6. in Hoverswerba.

Verwaltung. Gendarmerieschießen in Oshag. Im Weisse des Geh. Rats Merg und des Gendarmerie-Oberinspektors Clare aus Dresden sowie der Amtshauptleute von Oshag und Döbeln wurde auf dem Schießstand der Schützengesellschaft zu Oshag

das diesjährige Schießen der Gendarmen aus den Amtshauptmannschaften Eschay und Döbeln abgehalten. Aus der Eschayer Amtshauptmannschaft erschossen sich Kamerad Berger-Mügeln den ersten, Kamerad Trumbach-Strechla den zweiten und Kamerad Börner-Wermisdorf den dritten Preis.

Rigeunerunwesen. Zur wirksamen Bekämpfung des Rigeunerunwesens schlägt der Deutsche Kolonialbund die Abschiebung nach einer unserer Eilbseefeln vor.

Verbrechen und Vergehen. Selbstverrat. Bei einem Gewitter suchte ein Kamerad in einem Hause eines Ortes an der unteren Weser Schutz vor dem Unwetter. In demselben Augenblick, als er das Haus betritt, ruft ein Junge von oben herunter: „Rudder, schall id' jetzt anstehen? Dat heit so all einmal donnert!“ Die Frau, die durch das Dazwischentommen des Gendarmen an der Ausführung der geplanten Brandstiftung verhindert wurde, wurde verhaftet.

Wilderer. Dem bereits einmal von dem Allgemeinen Deutschen Jagdschützenverein für Ergreifung und Überführung von Wilddieben prämierten Kameraden Jonscher in Waldau (Oberlausitz) gelang es am 22. Juni 1907 wiederum, zwei seit längerer Zeit im Verdacht der Wildbieberei stehende Personen zu überführen und ein ganzes Lager von frischen Hasenhälsen und Rehbeden sowie einen frisch geschossenen Hasen bei ihnen zu beschlagnehmen.

Die Verhandlung gegen den Totschläger des Kameraden Kelpa zu Garstedt^{*)}, den Zuschläger Hermann Dujat, vor dem Schwurgericht zu Lüneburg am 24. Juni 1907 endete mit der Verurteilung des Täters wegen doppelten schweren Totschlags zu lebenslänglichem Zuchthaus und wegen schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu zehn Jahren Zuchthaus. Auch wurde auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt.

Brandstiftung. Ans Rache hatte ein wegen Unregelmäßigkeiten entlassener städtischer Feihschützer in Figrar auf den Besigungen von Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung zahlreiche Brandstiftungen verübt. Das Schwurgericht in Cassel verurteilte ihn am 1. Juli 1907 zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Polnisches. Polizeilich unterjagt wurde das Tragen der nationalpolnischen Vereinsmützen den Teilnehmern der Prozession nach dem Wallfahrtsort Werl. Das Verbot hat der köln. Volksz. zufolge den Erfolg gehabt, daß ein für 1800 Polen bestellter Extrazug abgesetzt werden mußte, weil 15 polnische Vereine ihre Teilnahme an der Prozession rückgängig machten. Klarer konnten die Polen nicht eingestehen, daß es ihnen nicht sowohl auf die religiöse Andacht als vielmehr auf eine nationalpolnische Demonstration ankam. Die Polizei hatte also den Nagel auf den Kopf getroffen.

^{*)} Vgl. Polizeibericht auf Seite 111.

Allerlei. Wozu die Polizei nach Ansicht des Publikums da ist. Bei einer rheinischen Polizeibehörde erscheint ein Mann mit einer färlorglich in weißes Papier eingewickelten — Fliege. Diese wollte er in der Sauce eines von ihm bezahlten Beefsteaks in einer Wirtschast gefund haben. Er verlangte, weil er keinen Fliegenbraten bestellt hätte, daß ein Polizeibeamter mitginge und dafür sorgte, daß er die gezahlten 60 Pf zurückerhielte. Die Polizeibehörde war unfreundlich genug, nicht einzusehen, daß solches zu ihren Aufgaben gehörte, und wies den Mann ab.

Personalveränderungen.

Seine Majestät der König von Preußen hat dem Großherzoglich Hessischen Oberstleutnant und Gendarmenbistritskommandeur Schmidt in Wiesden den königlichen Kronenorden 3. Klasse verliehen.

Durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 24. Juni 1907 ist dem Oberwachmeister Schumacher in Forst (Kaußitz), 3. Brig., der königliche Kronen-Orden 4. Klasse verliehen.

Des Königs Majestät haben folgende Auszeichnungen zu verleihen geruht:

das Kreuz des Allgemeinen
Ehrenzeichens:

den Fußgendarmen-Wachmeistern Wötcher in Treptow a. Rega, 2. Brig., und Sanber l in Göttingen, 10. Brig.; den Oberwachmeistern Schmidt in Schleusingen, 4. Brig., und Flügel in Reutemischel, 5. Brig.; dem Fußgendarmen-Wachmeister Schnabel l in Landeshut (Schles.), 6. Brig.; dem ber. Gendarmen-Wachmeister Jahn in Garstedt, 9. Brig., und dem Fußgendarmen-Wachmeister Bod in Rosdorf, 10. Brig.

das Allgemeine Ehrenzeichen:

den Oberwachmeistern Ludzuweit in Königsberg i. Pr. und Schirmmacher in Wr. Enlau; den ber. Gendarmen-Wachmeistern Schwidrich in Friedland, Ostpr., Fuß l in Wilbenhoff, Kr. Wr. Enlau, und Bartel III in Mühlhausen, Kr. Wr. Enlau; den Fußgendarmen-Wachmeistern Meizies in Wehlau, Weiffus in Rischwalde, Kr. Mohrungen, Mertins in Gr. Lindenau, Kr. Königsberg i. Pr., Kuforus in Bismard, Kr. Heudekrug, Kleinowski in Ramuten, Kr. Heudekrug, Pipporra in Bischofsburg, Kr. Rosfel, sämtlich in der 1. Brig.; dem Fußgendarmen-Wachmeister Groth in Göhrenauf Rügen, 2. Brig.; den Fußgendarmen-Wachmeistern Schibesser in Granshülz, Kr. Weiffensels, Arendt II in Ragna, Kr. Reiz, und Sange in Korbetha, Wahnhof, Kr. Weiffensels, sowie dem ber. Gendarmen-Wachmeister Sena in Eisleben, Mansfelder Seekreis, diese vier in der 4. Brig.; dem ber. Gendarmen-Wachmeister Schaefer in Unruhstadi, Kr. Pomst, 5. Brig.; dem Oberwachmeister Strangfeld in Liegnitz und dem Fußgendarmen-

Wachtmeister König IV in Gutschdorf, Kr. Striegau, beide in der 8. Brig.; den Fußgendarmerie-Wachtmeistern Tüllmann in Stadtlohn, Kr. Rhodau, Witt in Erle bei Buer, Landkreis Neudorf, diese zwei in der 7. Brig.; Chowaniec in Birresborn, Kr. Bräun, sowie dem ber. Gendarmerie-Wachtmeister Rühligang in Wallersangen, Kr. Saarlouis, beide in der 8. Brig.; dem Fußgendarmerie-Wachtmeister Schröder II in Linglaß, Kr. Tondern, 9. Brig.; dem Fußgendarmerie-Wachtmeister Schrader in Schöningdorf, Kr. Neppen, sowie dem ber. Gendarmerie-Wachtmeistern Kottsch II in Altkloster, Kr. Stade, und Hofst in Himmelpforten, Kr. Stade, diese drei in der 10. Brig.; dem ber. Gendarmerie-Wachtmeister Winkler in Heden, Kr. Fulda, 11. Brig.

1. Brigade.

Regt. Pommerer, Löbarden-Rauheben, am 10. 2. 07 nach Pliden lmdrt., trat am 1. 6. 07 von seinem Rmdo. zurück. — Regt. Lednial, Bogdusien b. Pliden, am 1. 6. 07 nach Ridden (O.-Pr.) lmdrt. — b. W. Parschke, Ruden, am 4. 6. 07 nach Plafchen lmdrt. — Regt. Bongies, Willau II, am 1. 6. 07 nach Reuhäuser, Kr. Hilschhausen, lmdrt. — Regt. Niebiger, Nehlauen, am 12. 6. 07 nach Labiau lmdrt. — b. W. Schelst, Wietzsch, am 1. 7. 07 nach Mesgoven umfaktiert. — b. W. Radwiz, Willenberg (Ostpr.) am 28. 6. 07 z. überz. Wiewachtm. befördert. — Regt. Weppel, Esilen, am 10. 4. 07 nach Galenscho b. Mogowo lmdrt., trat am 4. 6. 07 von seinem Rmdo. zurück. — Regt. Zink I, Vornmeisvitz, am 14. 2. 07 nach Ridden (Ostpr.) lmdrt., trat am 1. 6. 07 von seinem Rmdo. zurück. — Regt. Weitz, Wiswalde, am 18. 3. 07 nach Ridscho b. Wolzsch lmdrt., trat am 10. 6. 07 von seinem Rmdo. zurück. — Regt. Wrojschl, Al.-Dargußen, am 13. 4. 07 nach Woltelaten bei Tulpemingen lmdrt., trat am 3. 6. 07 von seinem Rmdo. zurück. — Regt. Wartinid, Noruschkatschen bei Gumbinnen, am 2. 5. 07 nach Remmersdorf lmdrt., trat am 4. 6. 07 von seinem Rmdo. zurück. — O. W. Krieger I, Profuls, am 11. 5. 07 nach Remei lmdrt., trat am 26. 6. 07 von seinem Rmdo. zurück. — b. W. Hefft, Gr.-Weigshagen bei Weigshagen, am 8. 5. 07 nach Kurwien lmdrt., trat am 23. 6. 07 von seinem Rmdo. zurück. — Regt. Neumann IX, postuafüge Bezeichnung des Standorts jetzt Wisborien, Kr. Willfallen. — Regt. Rattap, postm. Bezeichnung des Standorts jetzt Wraubjelen. — Regt. Feldmann II, Randewald, die Kr. II fällt fort. — Regt. Smannegki, Radwieschen b. Wilschwil (Remei) schreibt sich jetzt Ananiedt. — b. W. Lio II, Lautern, am 1. 7. 07 nach Gr.-Röllen (Kr. Rößel) vers. — b. W. Alsch, Schwentainen, am 1. 7. 07 nach Lautern (Kr. Rößel) vers. — b. W. Wächler, Ortelsburg, am 1. 7. 07 nach Schwentainen (Kr. Ortelsburg) vers. — b. W. a. Pr. Weide, Gr.-Röllen, am 1. 7. 07 nach Ortelsburg vers. — Regt. Böhm II, Wengstowen, am 1. 7. 07 nach Wühlen (Ostpr.) vers. — Regt. Liedtke, Baryschmen, am 1. 7.

07 nach Stallupönen vers. — Regt. Boshmann, Willshagen, am 1. 7. 07 nach Wylshagen vers. — Regt. Worm, Grünkrug b. Rautenberg, am 1. 7. 07 nach Willshagen vers. — Regt. a. Pr. Urban, Stallupönen, am 1. 7. 07 nach Grünkrug b. Rautenberg (Bez. Gumbinnen) vers. — b. W. Baehold, Reutich (O.-Pr.), am 1. 7. 07 als Regt. nach Baryschmen b. Sobargen (Kr. Stallupönen) vers. — Regt. Radtke I, Dietrichswalde, am 1. 7. 07 nach Wengstowen bei Wulshagen vers. — Regt. a. Pr. Vogelkreuter, Wühlen (Ostpr.) am 1. 7. 07 nach Dietrichswalde vers. — Regt. Gucke, Baranowen, am 1. 7. 07 nach Wühlen b. Senten vers. — Regt. Sahm, Gr.-Lemendorf, am 1. 7. 07 nach Gr.-Lefchienen b. Ortelsburg vers. — Regt. Klumbies, Gr.-Lefchienen, am 1. 7. 07 nach Baranowen b. Gr.-Dantheim (Kr. Ortelsburg) vers.

2. Brigade.

Regt. Spiegel, Rymcowo, am 1. 7. 07 nach Sagard vers. — Regt. Lange I, Sagard, am 1. 7. 07 nach Sahnitz vers. — Regt. Friele, Ufedom, am 1. 7. bis 31. 8. 07 nach Deringersdorf (Seebad) lmdrt. — Regt. Krüger VI, Rüllshagen, am 1. 7. bis 31. 8. 07 nach Wühlbed (Seebad) lmdrt. — Regt. Fik, Stettin-Pommerensdorf, am 30. 4. 07 nach Finkenwalde lmdrt., trat am 24. 6. 07 von seinem Rmdo. zur. — b. W. Beduhn, Stettin, am 24. 5. 07 nach Finkenwalde lmdrt., trat am 24. 6. 07 von seinem Rmdo. zur. — Regt. Radwiz, Wöllig in Pomm., am 18. 5. 07 nach Wiltzdam lmdrt., trat am 22. 6. 07 von seinem Rmdo. zur. — Regt. Hauff, Frauendorf, am 28. 4. 07 nach Finkenwalde lmdrt., trat am 24. 6. 07 von seinem Rmdo. zur. — Regt. Friebe, Stolpenhagen, am 28. 4. 07 nach Finkenwalde lmdrt., trat am 24. 6. 07 von seinem Rmdo. zur. — Regt. Jastrow, Rüllshagen, am 28. 4. 07 nach Finkenwalde lmdrt., trat am 24. 6. 07 von seinem Rmdo. zur. — Regt. Wehnte II, Wobesjuch, am 1. 3. 07 nach Sadowa (Kr. Greifenhagen) lmdrt., trat am 24. 6. 07 von seinem Rmdo. zur.

3. Brigade.

Regt. Herter, Sonnenburg, am 1. 8. 07 ohne Geh. beurl. — Regt. Zippler, Halensee, am 15. 7. 07 ohne Geh. beurl. — b. W. a. Pr. Werner II, Grunewald, Wz. Berlin, tritt Ende Juli zur Trupp. zur. — Regt. Bediolla, Zellow, am 1. 7. 07. ohne Geh. beurl. als Amtswachtmeister in Grunewald, am 1. 9. 07 pens. — Regt. Kirchberg, Gr. Weeren, am 1. 7. 06 nach Niederfischeneide vers. — b. W. Kleinshmidt, Laubitz, am 1. 7. 07 zur 8. Brig. vers. — O. W. Schumacher, am 1. 8. 07 pens. — Regt. a. Pr. Lemle II, Lichtenberg b. Berlin (zurzeit Sch. Wobslau), am 1. 7. 07 zum Wiewachtm. befördert.

4. Brigade.

Regt. Keigel, Reuhaldenleben, am 1. 7. 07 zum Wiewachtm. befördert. — b. W. a. Pr. Schröder, Halle a. S. (zurzeit Sch. Wobslau), am 1. 7. 07 zum Wiewachtm. befördert. — Regt. Friedrichs, Stendal, am 1. 8. 07 pens.

5. Brigade.

Regt. Sprenger I, Gräß, am 18. 4. 07 nach Rul lmdrt. trat am 24. 4. 07 vom Rmdo. zur. — b. B. Wienholz, Jaratschewo, am 1. 7. 07 nach Schildberg vers. — b. B. Kilgas, Lubatsch, am 1. 7. 07 nach Ralel (Rehe) vers. — Regt. Dähling, Grabow, am 1. 7. 07 nach Winiow (Kr. Ostrowo) vers. — b. G. a. Pr. Jisch, Tannhofen, am 1. 7. 07 nach Strelno vers. — Regt. Belusa, Bobrownit, am 1. 7. 07 nach Schudla b. Mollesruh (Kr. Pleschen) vers. — Regt. Schmidt, Winiow, am 1. 7. 07 nach Bobrownit vers. — Regt. Kleiber II, Schudla, am 1. 7. 07 nach Grabow, Bz. Posen, vers. — b. B. Kalinowski, Tannhofen, am 1. 7. 07 nach Schroda als O.B. a. Pr. — b. B. Senfner, Schildburg, am 1. 7. 07 nach Jaratschewo vers. — b. G. a. Pr. Gulenbach, Strelno, am 1. 7. 07 nach Tannhofen b. Gr. Neuborf vers. — Regt. Spidemann, Oberfiglo, am 1. 7. 07 nach Grünberg b. Oberfiglo, Station verlegt. — b. G. a. Pr. Sperling, Ralel, am 1. 7. 07 nach Lubatsch (Kr. Szarnikau) vers. — O.B. Mittelschacht, Schroda, am 1. 7. 07 nach Reutomsfel vers.

6. Brigade.

Regt. a. Pr. Liniewicz, Schonowitz, am 1. 7. 07 nach Rudnit vers. — b. B. Gottlieb, Obernigt, am 1. 7. 07 nach Gellendorf vers. — b. G. a. Pr. Ruffido, Gellendorf, am 1. 7. 07 nach Obernigt vers. — b. B. Strauß, Eusehammer, am 1. 7. 07 nach Lössen, Kr. Krieg, vers. — b. B. Trenner, Lössen, am 1. 7. 07 nach Eusehammer vers. — b. B. Förster, Wartha, am 1. 7. 07 nach Nieder-Langseifersdorf vers. — b. G. a. Pr. Müller, Nieder-Langseifersdorf, am 1. 7. 07 nach Wartha vers. — b. B. Schewerl, Landeb (Schlef.), am 1. 7. 07 nach Jordansmühl vers. — b. G. a. Pr. Paul, Jordansmühl, am 1. 7. 07 nach Landeb (Schlef.) vers. — Regt. Weinitsche, Rudnit, am 1. 7. 07 nach Schonowitz vers. — Regt. Schmidt I, Mittel-Langenöls, am 1. 7. 07 nach Maydorf vers. — Regt. Schmiegelt, Maydorf, am 1. 7. 07 nach Mittel-Langenöls b. Langenöls, Bz. Liegnitz, vers. — b. B. Kränzel, Müdenhain, am 1. 7. 07 nach Hirschberg (Schlef.) vers. — b. G. a. Pr. Hoffmann, Hirschberg, am 1. 7. 07 nach Müdenhain b. Rodersdorf vers. — Regt. Martin I, Strzischow, am 1. 7. 07 nach Wuplau b. Jastrzeb vers. — Regt. Wiatkisch, Schottowitz, am 1. 7. 07 nach Bobow vers. — b. B. Kaula, Wilhelmshütte, am 1. 7. 07 nach Janow O.B., Stationsverlegung. — Regt. Wenzel III, Wresenitz, am 1. 7. 07 nach Lubowitz, Stationsverlegung. — Regt. Hannig II, Rohwitz b. Glogau, umbenannt in Rohwitz, Kr. Glogau. — Regt. Ruhner II, Mittelwalde, am 16. 6. 07 nach Wölfsgrund lmdrt. — Regt. Rothegel, Rauer a. Pober, am 1. 7. 07 nach Siegendorf b. Arnsdorf, Kr. Liegnitz, vers. und in den Etat eingestellt. — Regt. a. Pr. Freikner, Siegendorf, am 1. 7. 07 nach Rauer a. Pober vers. und als Hilfsgeb. undesigniert. — b. B. Wolff, Bzähütte, erhält die Namensziffer „III“.

— Regt. Kirschning (Brigadeschreiber), Breslau, am 26. 6. 07 zum überg. Brigademeister beförd. — b. B. Thiel II, Hirschberg, am 1. 7. 07 nach Landeshut (Schlef.) zur Fußmannsch. vers. — b. B. Beder I, Ober-Langenau, am 17. 4. 07 nach Wölfsgrund lmdrt., am 15. 6. 07 vom Rmdo. zur. — Regt. Raschke, Eichenau, am 30. 6. 07 zum Brigadeführer beförd. — Regt. Bessler, Gr. Gelm, am 30. 6. 07 zum Brigademeister beförd.

7. Brigade.

b. B. Brandt II, Bockolt, am 16. 4. 07 nach Hallern i. Westf. lmdrt., trat am 22. 6. 07 vom Rmdo. zur. — b. B. Kugel, Kirchborch, am 1. 7. 07 nach Nordborch vers. (Stationsverlegung). — Regt. Möhring, Sobingen, am 1. 7. 07 nach Dorfsied vers. — Regt. Zimmermann, Eastrop, am 1. 7. 07 nach Bodelschwing vers. — Regt. Grabowski, Gudarbe, am 1. 7. 07 nach Brambauer b. Brechten vers. — Regt. Fulemann, Gladbeck, am 1. 7. 07 nach Remfort b. Gladbeck (Westf.) vers. — b. G. a. Pr. Bartelt, Lütgendortmund, Ende Juli zur Truppe zurück. — Regt. Zwittmann, Altenbündem, am 1. 7. 07 nach Meische vers. — Regt. Groenke, Abdenbüren, am 19. 6. 07 nach Hallern (Westf.) lmdrt. — b. G. Tomme, Anholt, am 30. 6. 07 zum Brigademeister beförd.

8. Brigade.

b. G. a. Pr. Kröger, Rheurdt, am 1. 7. 07 nach Pomberg-Hochheide (Rieberthein) vers. — b. G. a. Pr. Debelb, Baerl, am 1. 7. 07 nach Meerbed b. Roers vers. — Regt. Schmitz, Eilen, am 1. 7. 07 nach Feldmark Weiel b. Weiel vers. — Regt. Schleicher, Endern, am 18. 6. 07 nach Brunnern b. Heidentirchen lmdrt. — Regt. Kohn, Dabringhausen, heißt jetzt Dabringhausen, „Kr. Kemmer“. — b. B. Wieland, Wahn, am 1. 7. 07 nach Süchteln vers. — Regt. Bod I, Reunkirchen, am 1. 7. 07 nach Saarloungen vers. — b. B. Dannwarth, Schuir b. Werden, am 1. 7. 07 nach Vorbed IV b. Vergeborbed vers. — b. B. Rages, Immigrath, am 1. 7. 07 nach Wahn (Rheinld.) vers. — b. B. Spilitorf, Hamburg-Hochheide am 1. 7. 07 nach Kamp, Kr. Roers, vers. — b. B. Kalbertamp, Peurig, am 1. 7. 07 nach Wemmetzweiler vers. — b. B. Sudhof, Welden, am 1. 7. 07 nach Immigrath vers. — b. B. Hoffmann X, Wemmetzweiler, am 1. 7. 07 nach Eppelborn vers. — b. B. Frönide, Straelen, am 1. 7. 07 nach Welden vers. — Regt. Koch III, Saarloungen, am 1. 7. 07 nach Schwalbach, Kr. Saarlouis vers. — b. G. a. Pr. Wulste, Süchteln, am 1. 7. 07 nach Straelen (Rheinld.) vers. — b. B. Stamm, Simmern, am 1. 7. 07 nach Wallhausen, Kr. Kreuznach vers. — Regt. Olbert, Heimbach, am 1. 7. 07 nach Welschbillig vers. — b. B. Bohen, Wallhausen, am 1. 7. 07 z. Fußmannsch. nach Hirschberg (Hunsrück) vers. — b. B. Goebel, Vorbed IV, am 1. 7. 07 z. Fußmannsch. nach Altenessen vers. — b. B. Kleinschmidt, Laubnitz, am 1. 7. 07 z. Fußmannsch. und in die 8. Brig. nach Jülingen, Wez. Friedr. vers. — Regt. a. Pr. Schr. Simon, Waffendorf (Rhein), wohnt Emser Straße 149.

9. Brigade.

Regt. Gutsmann, Vötrau bei Büchen, am 16. 5. 07 nach Alt-Heidenhof bei Kiel fmdrt., trat am 15. 7. 07 von seinem Ambo. zur. — **Regt. Stegmann**, Segeberg, am 15. 7. 07 nach Alt-Heidenhof b. Kiel fmdrt. — **Regt. Mühl**, Salem, am 4. 7. 07 nach Ruffin fmdrt. — **Regt. Jenz**, Steinburg, am 8. 8. 07 nach Schinkel bei Rägerdorf fmdrt., trat am 3. 7. 07 von seinem Ambo. zur. — **Regt. a. Pr. Darms**, Glüdsburg, am 1. 7. 07 nach Tvedt b. Engelsby verl. — **Regt. Petersen**, Tvedt b. Engelsby, am 1. 7. 07 nach Schottburg verl. — **Regt. Weber**, Schottburg, am 1. 7. 07 nach Gelling verl. — **Regt. Hehle**, Garding, am 1. 4. 07 nach Tönning fmdrt., trat am 27. 6. 06 von seinem Ambo. zur. — **Regt. Wehl**, Rosmar (Holt), am 1. 6. 07 nach Brodbeckstr. Steinburg fmdrt., trat am 26. 6. 07 von seinem Ambo. zur. — **Regt. Ehling**, Rastrup, am 1. 7. 07 nach Lütjenburg verl. — **Regt. Erzebn**, Vestoft, am 1. 7. 07 nach Rastrup (Schlesw.) verl. — **Regt. a. Pr. Gumzeleit**, Rastrup, am 1. 7. 07 nach Vestoft verl. — **Regt. Hamilton**, Glüdsburg, am 1. 7. 07 nach Wedelby Str. Tondern verl. — **Regt. Jehens**, Landstet (Hsen), am 1. 7. 07 nach Glüdsburg verl. — **Regt. Jälste**, Reinbek, am 1. 7. 07 nach Ruffee (Sott.) verl. — **Regt. a. Pr. Diekow**, Neisby, am 1. 7. 07 nach Reinbek verl. — **Regt. a. Pr. Dittmer**, Ruffee, am 1. 7. 07 nach Neisby, Str. Schleswig, verl. — **Regt. Baumann**, Gelling, am 1. 7. 07 nach Wesslburen verl. — **Regt. Kramp**, Wesslburen, am 17. 07 nach Landstet (Hsen) verl.

10. Brigade.

Regt. Müller XIII, Vorbruch, am 1. 7. 07 nach Jburg verl. — **Regt. Klepe**, Achim, am 1. 7. 07 nach Langen, Bez. Bremen, verl. — **Regt. a. Pr. Raarow**, Nordhorn, am 1. 7. 07 nach Oese b. Georgsmarienhütte verl. — **Regt. Fischer I**, Jenigum, am 1. 7. 07 nach Heisfelde b. Leer, Ostfriesland, verl. — **Regt. Friedmann**, Farge, am 1. 7. 06 nach Vorbruch b. Farge verl. — **Regt. a. Pr. Frerichs**, Heisfelde b. Leer, am 1. 7. 07 nach Waddedenstedt verl. — **Regt. Koniarsti**, Nortmoor, am 1. 7. 07 nach Holstland b. Oesel, Ostfriesland, verl. — **Regt. a. Pr. Wiemann**, Scheekel, am 1. 7. 07 nach Rotenburg i. H. verl. — **Regt. Dids II**, Wumenthal i. H., am 1. 7. 07 nach Farge verl. — **Regt. Rittmeister**, Jburg, am 1. 7. 07 nach Nordhorn verl. — **Regt. a. Pr. Seefeldt**, Börger, am 1. 7. 07 nach Gr. Verel verl. — **Regt. Serde**, Frielingen, am 1. 7. 07 nach Wittmund verl. — **Regt. Rogge**, Alteschleuse, am 1. 7. 07 nach Burgwedel verl. — **Regt. Lehmann**, Wedertese, am 1. 7. 07 nach Achim verl. — **Regt. Herbst II**, Rotenburg i. H., am 1. 7. 07 nach Scheekel verl. — **Regt. Dallmann**, Emmern, am 1. 7. 07 nach Bögges verl. — **Regt. Bröler**, Reihersstieg, am 1. 7. 07 nach Anderten verl. — **Regt. Bok IV**, Gr. Verel, am 1. 7. 07 nach Emmern b. Emmertal verl. — **Regt. Sievers**, Mandelsloh, am 1. 7. 07 nach Frielingen b. Buntorf verl. — **Regt. Jahn II**, Riemsloh, am 1. 7. 07 nach Schöninge-

dorf b. Gr. Füllen verl. — **Regt. Müller XII**, Waddedenstedt, am 1. 7. 07 nach Jenigum verl. — **Regt. Hoffmann VI**, Scheekel, am 1. 7. 07 als **Regt.** nach Wedertese verl. — **Regt. a. Pr. Fride**, Clesse, am 30. 6. 07 z. Wigenachtm. befördert. — **Regt. Schmidt**, Friedeburg (Ostfriesl.), am 30. 6. 07 z. Wigenachtm. befördert. — **Regt. Endewarbt**, Einflar b. Hildesheim, am 30. 6. 07 zum Wigenachtm. befördert. — **Regt. Weinmeyer**, Gr. Lafferde, am 1. 7. 07 nach Bad Lauterberg a. Harz fmdrt. — **Regt. Jastrów**, Liebenau, am 1. 7. 07 nach Nordenney fmdrt. — **Regt. Gotopp**, Emblichheim, am 1. 7. 07 nach Nordenney fmdrt. — **Regt. Weiser**, Lemförde, am 1. 7. 07 nach Jülich fmdrt. — **Regt. Artelt**, Norden, zum 1. 9. 07 pensioniert. — **Regt. a. Pr. Midmann**, Dahlenburg, ist v. seinem Truppenteil zum Wigenachtm. befördert. — **Regt. Ulrich**, Anderten, als **Regt. a. Pr.** nach Reihersstieg.

11. Brigade.

Regt. a. Pr. Ulrich, Hersfelde, am 1. 7. 07 nach Wesse verl. — **Regt. Hampe**, Gattenhof, am 1. 7. 07 nach Heisfelde-Oldendorf verl. — **Regt. Reinhardt**, Heisfelde-Oldendorf, am 1. 7. 07 nach Gattenhof (Grafschaft Schaumburg) verl. — **Regt. a. Pr. Konke**, Eiterfeld, am 1. 7. 07 nach Hersfelde verl. — **Regt. Müller**, Großenlüber, am 1. 7. 07 nach Salzschlir fmdrt. — **Regt. Radach**, Gomburg, nicht 4. 6., sondern 17. 6. 07 nach Gartenrod fmdrt. — **Regt. a. Pr. Nagel**, Hintein, am 1. 7. 07 nach Hausen (Str. Frankfurt) umstationiert. — **Regt. a. Pr. Weinweber**, Montabaur, am 15. 4. 07 nach Hisingen fmdrt., trat am 1. 7. 07 von seinem Ambo. zur. — **Regt. Beckstein**, Neuhäusel, am 15. 4. 07 nach Montabaur fmdrt., trat am 30. 6. 07 von seinem Ambo. zur. — **Regt. a. Pr. Rettehuf**, Klügeltinden, am 1. 7. 07 Stationsverlegung nach Groß-Rechtenbach. — **Regt. Vering**, Singhofen, am 1. 7. 07 Stationsverlegung nach Kassel (Kahn). — **Regt. Jacobi**, Soden, am 1. 7. 07 Stationsverlegung nach Sulzbach (Taunus).

12. Brigade.

Regt. a. Pr. Jung, Pieczunia, am 1. 7. 07 nach Münsterwalde verl., wird Hilfsaufgabendarm a. Pr. — **Regt. a. Pr. Jendraschek**, postmäh. Bezeichnung des Standortes ist Reuhof (Str. Elbing). — **Regt. Velsch**, Graudenz, am 1. 7. 07 umstationiert nach Al.-Larpen b. Graudenz. **Brigade Elb.-Lötbring.** **Regt. a. Pr. Förster**, Sulz u. Walb, scheidet am 1. 8. 07 aus. — **Regt. a. Pr. Weber II**, Hallsenberg, am 1. 8. 07 nach Sulz u. Walb verl. — **Regt. Herbst** vom 3. Chevaul. Regt. Herzog Karl Theodor, am 1. 8. 07 als i. b. G. nach Hallsenberg (Lötbr.) zur Probefähigkeitsleistung einber.

Als Gendarmen a. Pr. werden zum 1. 7. 07 eingestellt.

Schute Wollau.

1. Brigade.

Egt. Josuweit, TrainVII. 15, als b. G. für Reimerwalde bei Maunau. — **Egt. Lorat**, Gren.H. 1, als **Regt.** für Lemförde. — **Egt. Mörkel**, Feldart.H. 15, als b. G. für Jüster-

burg. — Wf. Klawe, Inf.R. 150, als F. für
Wienstowen bei Mülhausen. — Sgt. Schmidt,
Inf.R. 16, als b. G. für Tratzheim.

2. Brigade.

Ww. Schimpf, Feldart.R. 39, als b. G.
für Treptow, Tollenie. — Wf. Eggert, Fuhr-
art.R. 2, als F. für Zuchow, Pomm. — Wf.
Nachwardt, Gren.R. 2, als F. für Sydow-
saue Nr. Greifenhagen. — Sgt. (Hob.) Erdmann III,
Uffzr. Sch. Treptow, als F. für Stolzenberg,
Reg. Möslin.

3. Brigade.

Ww. Köthe, Gd.St.R. N., als b. G. für Runow
b. Gr. Welle (Prignitz). — Sgt. Schulz, Uffzr. Sch.
Marienwerder, als F. für Peitz. — Sgt. Zemke,
Gren.R. 1, als F. für Richtenberg b. Wln. —
Wf. Finkelberg, J.R. 24, als F. für Wilmersdorf
bei Wln. — Sgt. Napierstki, Inf.R. 13, als b. G.
für Laubitz. — Ww. Werner, Feldart.R. 53,
als b. G. für Radenidel. — Sgt. Markmann,
Rür.R. 7, als b. G. für Wittstod (Dofie). — Wf.
Bieland, Gren.R. 3, als F. für Marienselde
bei Wln. — Wf. Gerlastki, Inf.R. 148, als G.R.
für Santow. — Wf. Schwent, Gren.R. 4,
als F. für Teltow. — Wf. Jagla, J.R. 151, als
F. für Manschnow. — Sgt. Vertoleit, U.R. 12,
als b. G. für Tempelhof. — Ww. Engelste,
G.M.R. 1, als b. G. für Jechen. — Sgt.
Palsche, R. Garde du Corps, als b. G. für Senften-
berg (M.R.). — Wf. Walte, J.R. 24, als F. für
Friedrichselde b. Wln.

4. Brigade.

Wf. Haud, Gren.R. 5, als F. für H. Witten-
berg. — Wf. Rigan, J.R. 57, als F. für Ver-
berg (Wfster). — Sgt. Rechner, J.R. 155, als F.
für Leimbach. — Wf. Lilienthal, Gren.R. 4,
als F. für Seebaußen (Wtm.). — Wf. Reinhardt,
J.R. 27, als F. für Gräfenhainichen (Wg. Halle
a. S.). — Sgt. Wittsching, Train-V. 18, als F.
für Doremär b. Dachrieden. — O.V. Maat
Schmidt, II. Ratr.Div., als F. für Zwochau. —
Sgt. Schröder, Feldart.R. 4, als b. G. für
Halle a. S. — Ww. Lange, U.R. 10, als b. G.
für Oberdorf. — Wf. Polet, G.R. 1, als F.
für Stendal.

5. Brigade.

Sgt. (Hob.) Schorch, Inf.R. 34, als F. für
Bronischewitz. — Wf. Rubin, Feldart.R. 75, als
b. G. für Granow. — Feldw. Jüdes, J.R. 150,
als F. für Gr. Giesle b. Vorpomm. — Sgt.
Kremer, Inf.R. 38, als F. für Spamerzow
b. Sodelshen. — Wf. Meinke, J.R. 40, als G.R.
für Langenhein b. Ostrow.

6. Brigade.

Sgt. Tollsborn, U.R. 8, als F. für Liebau
(Schles.). Wf. Burghardt, J.R. 51, als F. für
Jalenge. — Ww. Rudolph, Feldart.R. 5, als
F. für Mendz-Babig. — Wf. Rinne, Fuhrart.R. 6,
als F. für Kunaendorf b. Jaborze. — Wf.
Satzewski, Inf.R. 145, als F. für Jalenge.
— Sgt. Sprittelle, Drag.R. 4, als F. für Nieder
Lissa-Förstgen.

9. Brigade.

Sgt. (Tromp.) Kühne, Feldart.R. 9, als
b. G. für Jübed (Nr. Schleswig). — Sgt. Faus,
J.R. 103, als F. für Laboe.

12. Brigade.

Wf. Januschewski, Masch. Gew. Abt. 4, als
b. G. für Gneifer. — Sgt. Reimer, Feldart.R. 35,
als b. G. für Gr. Leitenau. — Sgt. Wagner,
Train-V. 17, als b. G. für Meßhof. — Ww.
Volduan, Feldart.R. 35, als b. G. für Gr.
Röhlwitz.

Schule Einbed.

7. Brigade.

Ww. Klemm, Inf.R. 7, als b. G. für
Hede (Wg. Münster). — Sgt. Pakulat, Gren.
R. 4, als F. für Ennigerloh. — Sgt. Kape,
Inf.R. 7, als b. G. für Laer (Nr. Bochum).
— Sgt. Steinbach, Inf.R. 11, als b. G. für
Derne. — Sgt. (Tromp.) Subl, I. G.M.R., als
b. G. für Doholt. — Wf. Deinederg, Inf.R. 15,
als F. für Schmalenberg. — Wf. Kapagnski,
Inf.R. 10, als F. für Kplerbed. — O.V. Maat
Bräuning, II. Ratr.Div., als F. für Bräuning.
— Wf. Wöhe, Inf.R. 150, als F. für Hombruch
bei Wop. — Sgt. (Hob.) Wendt, Fuhrart.R. 11,
als F. für Nmert. — Sgt. Speerhad, Drag.
R. 13, als b. G. für Sobingen (Giesenberg, W.).

8. Brigade.

Wf. Udenhorst, Inf.R. 56, als F. für
Blumenthal. — Wf. Ledig, Fuhrart.R. 9, als F.
für Viblar. — Wf. Möhring, Inf.R. 30, als F.
für Wünnigen. — Sgt. Müg, Inf.R. 30, als F.
für Necht. — Ww. Saur, Feldart.R. 59,
als F. für Cürten. — Sgt. Spriel, J.R. 30,
als F. für Westweil. — Wf. Kirck, J.R. 30,
als F. für Gerstweiler. — Sgt. (Hob.) Hoff-
mann, J.R. 70, als F. für Wülsburg. — Ww.
Woh, Feldart.R. 34, als b. G. für Weurig (Nr.
Eppelborn). — San. Wf. Mohr, Wion. V. 21, als
F. für Mosbach. — Sgt. Ripphardt, Inf.R. 7,
als b. G. für Simmern. — Sgt. Nagel, Inf.
R. 11, als b. G. für Krah. — Ww. Weierstall,
Feldart.R. 59, als b. G. für Eiten. — Sgt.
Goh, Inf.R. 7, als b. G. für Wierien. — Sgt.
Lubotta, J.R. 70, als F. für Altsahl. — Feldw.
Klich, Fuhrart.R. 8, als F. für Runkirchen. —
Ww. Neumann, Feldart.R. 34, als b. G. f.
Altenkirchen.

10. Brigade.

Sgt. (Tromp.) Ralehorn, Rür.R. 5, als F.
für Meppen. — Sgt. (Tromp.) Bedmann,
Feldart.R. 2, als F. für Reierhiesig. — O.V.
Maat Walde, II. Ratr.Div., als F. für Nid-
lingen (Hannover). — Wf. Schröder, J.R. 21,
als F. für Alteschleuse b. Reierhiesig. — Sgt.
Schmidt, J.R. 42, als F. für Hann. Münden.
— Ww. Kanoohus, Feldart.R. 70, als F. für
Riemsloh. — Sergt. (Tromp.) Gammelin,
Drag.R. 6, als F. für Göttingen. — Wf. Biddel,
J.R. 137, als F. für Mandelsloh. — Sgt.
Schumacher, U.Gd. Inf.R., als b. G. für
Bremervörde. — Wf. Schulze, Gren.G. 5, als
F. für Hage (Ostfriesl.). — Wf. Fleischer,
Inf.R. 73, als F. für Halle b. Derneburg. —
Sgt. (Tromp.) Schäfer, Feldart.R. 39, als F.
für Dannenberg. — Sgt. Sonnemann, Fuhrart.
R. 8, als F. für Rosdorf (Leine). — Ww.
Brandt, Feldart.R. 70, als F. für Norden. —
Sgt. Pogorzelski, J.R. 17, als F. für Horne-
burg. — O.V. Maat Brigat, II. Ratr.Div., als

Fr. für Georgsbeil, — Ww. Reuling, III. R. 11, als b. G. für Jeden, — Sgt. Runge, III. R. 16, als b. G. für Moringen (Solling), — Wf. Mittelstedt, I. R. 165, als Fr. für Bovenben, — Corp. O. B. Raat Road, II. Corp. Div., als Fr. für Blumenthal i. S.

11. Brigade.

Sgt. Hertel, Feldart. R. 61, als b. G. für Eiterfeld, — Wf. Schwedes, Inf. R. 60, als Fr. für Weidenhausen (Kr. Biedenkopf), — Sgt. Rostmeier, Inf. R. 14, als b. G. für Reutkirchen (Kr. Siegenhain), — Sgt. Dob. Rärmerer, I. R. 32, als Fr. für Kirchhain (Wg. Cassel), — Wf. Nagel, I. R. 166, als Fr. für Hinteln, — Ww. Wille, Train. B. 4, als Fr. für Willmar, — Sgt. Bagler, I. R. 32, als Fr. für Hartenrod (Kr. Biedenkopf), — Wf. König, I. R. 88, als Hf. für Ningen, — Sgt. (Tromp.) Kroll, Feldart. R. 42, als Hf. für Weglar, — Sgt. (Tromp.) Rätz, Feldart. R. 67, als Fr. für Somborn (Wg. Cassel).

Chrentafel.

Kamerad Leutnant Fischer.

Kamerad Fischer wurde am 12. Dezember 1843 zu Langhelwigsdorf, Kreis Vollenhain, Reg. Bez. Siegnitz, geboren, trat am 15. Oktober 1865 beim Pos. Man. Regt. Nr. 10 (jetzt Manen-Regiment Prinz August von Württemberg [Pos.] Nr. 10) ein, diente dort bis 21. 9. 69 und machte als Unteroffizier den Feldzug 1866 gegen Österreich mit. Am 1. Oktober 1869 trat er wieder beim Schles. Manen-Regt. Nr. 2 (jetzt Manen-Regiment von Kayler [Schles.] Nr. 2) ein und wurde hier am 1. 3. 47 zum Sergeanten, am 8. 5. 77 zum Wachtmeister befördert. Am 16. April 1877 erfolgte seine Einberufung zur 6. Gendarmerie-Brigade nach Schönau. Nach seiner Ernennung zum Oberwachtmeister (19. 5. 81) war er in Görtz bis zu seinem Ausscheiden stationiert. Kamerad Fischer besitzt das Erinnerungskreuz 1866, die Kriegsdenkmünze v. St. a. R. Wde. 1870/71, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen, die Russische St. Annenmedaille, die Erinnerungsmedaille, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens. Aus Anlaß seiner am 1. Mai 1907 erfolgten Verlegung in den Ruhestand ist ihm durch Allerh. Erlaß vom 8. April 1907 der Königliche Kronenorden 4. Klasse und durch Allerh. Kabinettsorder vom 15. Juni 1907 der Charakter als Leutnant verliehen worden.

Kam. Leutnant Philipp erhielt, nachdem er fast 14 Jahre als Oberwachtmeister in Stallupönen stationiert gewesen war, aus Anlaß seiner am 1. Mai d. J. erfolgten Pensionierung allseitige herzlichste Schiedegrüße der Kreiseingesessenen und der Kameraden. Besonders wohlwollend und anerkeunend waren die Worte des Landrats, jetzigen Oberregierungsrats Herrn v. Neborn. Am 10. Mai verabschiedete sich Kam. Philipp gelegentlich einer Dienstversammlung von den ihm unterstellten

Kameraden. Ein bei dieser Gelegenheit überreichtes Album mit Photographien wird ihn dauernd an seine Gendarmeriezeit und die treue Mitarbeit seiner Wachtmeister erinnern.

Kam. Leutnant Philipp trat am 1. Oktober 1876 als Vierjährig-Freiwilliger beim Garde-Dusaren-Regiment in Potsdam ein und wurde am 15. Dezember 1878 zum Sekreten befördert. Nach Ablauf seiner Dienstzeit am 23. September 1880 beim Ostpreussischen Dragoner-Regiment Nr. 10 als Kapitulant eingestellt, wurde er am 4. November desselben Jahres zum Unteroffizier und am 11. November 1885 zum etatsmäßigen Wachtmeister befördert. Er kam am 1. April 1886 mit dem Regiment nach Allenstein, wurde am 16. Februar 1887 als



ber. Gendarm in Nikolaisen O. P. angestellt, am 1. Januar 1894 als interim. Oberwachtmeister nach Stallupönen berangezogen, am 30. Juni 1894 als Oberwachtmeister bestätigt und am 1. Mai 1907 auf seinen Antrag pensioniert. Durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 15. Juni 1907 wurde ihm der Charakter als Leutnant verliehen.

An Orden und Ehrenzeichen besitzt Kam. Leutnant Philipp: die Erinnerungsmedaille von 1878 (zur Erinnerung an das Kommando zur Leibwache bei Sr. Majestät dem Hochseligen Kaiser Wilhelm I. auf Schloß Babelsberg nach dem Rübilingischen Attentat), die Erinnerungsmedaille von 1897, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen und das Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen.

Nach mehr als 42-jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten ist der Kamerad **Huf. Gendarmeriewachtmeister Dutge** in Erndtebrück (7. Brigade). Ihm zu Ehren fand am 24. April d. Js. eine Abschiedsfeier im Hotel Wald in Erndtebrück statt.

Wohl selten sind einem in den Aufstand tretenden Kameraden solche Sympathiebezeugungen zuteil geworden wie hier. Zahlreiche Teilnehmer aus dem Dienstbezirk des Scheidenden hatten den großen Saal des Hotels bis auf den letzten Platz gefüllt, um am Abschiedskommers teilzunehmen. In Vertretung des Landrats hatte sich der Kreissekretär eingefunden. Auch die Kameraden des Bezirks waren anwesend. Der Beisehl, in den man den alten Soldaten genötigt hatte, war schon bekräftigt.

Zur Rechten und Linken desselben hatten die Herren Antmann Schmidt und Kreissekretär Weber Platz genommen. In seiner Rede betonte letzterer besonders, daß Kamerad Dutge 33 Jahre lang in derselben Station tätig gewesen ist, ein Zeichen dafür, daß er es verstanden hat, sich mit allen, mit denen er dienstlich oder außerdienstlich zu tun hatte, in ein gutes Einvernehmen zu setzen.

Die ganze Feier verlief in schönster Weise, wozu namentlich der Gesangsverein Erndtebrüder durch Vortrag mehrerer passender Lieder beitrug. — Am Ausleistungstage wurde dann noch dem Scheidenden durch den Herrn Distrikts-offizier ein anerkennendes Schreiben des Herrn Chefs der Landgendarmarie überreicht.

Kam. Dutge wurde am 15. Juli 1844 zu Frauastadt geboren und trat am 16. Oktober 1864 beim 4. Posenischen Inf.-Regt. Nr. 59 in Löwenberg ein. Vom 22. Juli 1870 bis 9. Juni 1871 war er beim Ersatz-Bataillon der Rekruten kommandiert. Nach Auflösung des Ersatz-Bataillons kam er zum mobilen Regiment zurück und verblieb bei diesem bis zum 30. Juli 1874.

Am 21. Juli 1874 trat Kam. Dutge zur Gendarmarie über; bis zum 30. April d. J., dem Tage seines Ausscheidens, blieb er in Erndtebrüder stationiert. Befördert wurde Kam. Dutge, wie folgt: am 24. Oktober 1866 zum Gefreiten, 8. September 1867 zum Unteroffizier, 1. August 1870 zum Sergeanten. Den Feldzug 1866 hat er in der Main-Armee mitgemacht.

Am Orden und Ehrenzeichen besitzt Kam. Dutge das Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen, das Allgemeine Ehrenzeichen, das Erinnerungskreuz 1866, die Kriegsmünze 1870/71 von Stahl am Kombattantenbande, die Erinnerungsmedaille und die Dienstauszeichnung I. Klasse.

Das 25-jährige Dienstjubiläum beging am 16. Juli 1907 Kamerad Fußgendarmeriewachmeister Bruner in Walsch a. O. (6. Brigade). Kamerad Bruner trat am 1. Oktober 1872 beim Königs-Grenadier-Regiment Nr. 7 in Liegnitz ein. Am 16. Juli 1882 erfolgte sein Eintritt zur Gendarmarie. Er war zuerst in Piskertwig, Kreis Ohlau, stationiert, wurde am 1. Juli 1885 nach Auras, am 1. Juni 1891 nach Alt-Wilmendorf, am 1. April 1893 nach Reinerz und am 1. September 1904 nach Walsch a. O. versetzt. Er besitzt die Dienstauszeichnung I. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen und die Erinnerungsmedaille.

Artikelschau.

Über Prostituierte und ihre strafrechtliche Behandlung. Von Dr. med. Arthur Hermann Hübner, Assistenten der psychiatrie. Klinik in Bonn. — Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform. 8. Jahrg. 641.

Kerlosch befaßt vorerst auch vom psychischen Standpunkt aus die gegenwärtig von vielen Seiten geforderte Reform der strafrechtlichen und polizeilichen Behandlung der gewerbmäßigen Unzucht. Das System der Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Dirnen durch polizeiliche Kontrollvorrichtungen trage der pädagogischen Eigenart der meisten dieser Mädchen in keiner Weise Rechnung, zumal gerade in ihren Reihen außerordentlich viele pädagogisch beriefte Individuen vorkämen.

Der Umfang der Verschwiegenheitspflicht des Arztes und des Anwalts. Von Walter Jellinek in Heidelberg. — Monatschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform. 8. Jahrg. 656.

Im wesentlichen Übereinstimmung mit unserm Anschauen — vgl. „Die Polizei“, 3. Jahrg. 608 — und im Gegensatz zu einem in der Anst. Socho. 3. 13. Jahrg. 210 veröffentlichten Aufsatz: „Krieg, Folter und Verbrechen“ bezieht sich der Verfasser auf den Gesichtspunkt, daß die Schweigepflicht ihre Grenzen findet, wenn das Schweigen den guten Sitten zuwiderlaufen würde. Er hält den Arzt für berechtigt, die Braut vor der Eheschließung mit einem Geschlechtskranken zu warnen, da es unsittlich ist, von einem andern, besonders einem Kinde, zu verlangen, er soll schweigen und untätig zusehen, wie ein junges Menschenleben von der Malaria ergriffen wird. Er hält ebenso den Verteidiger eines kriegsverurteilten Angeklagten für verpflichtet, das Geheimnis des Angeklagten preiszugeben, wenn mit dadurch ein Aufstand an einem andern verhindert werden kann. Der Arzt, die Gekommene können seiner Meinung nach nie rechtmäßig handeln, wenn sie den Plan eines noch zu beachtenden Verbrechens aufdecken, soweit allein das Offenbaren eines Verurteilten ein Verurteiltes das verwerfliche Vorhaben hindern konnte. Allerdings schließt er die allgemeine Verpflichtung zur Anzeige begangener Verbrechen aus; aber er hält auch hier ein Schweigen für nicht geboten, wenn es sich gleichgültig darum handelt, dem gemeingefährlichen Verbrechen des Verbrechens in Freiheit vorzubeugen; der Arzt handle stattdessen, der dem gefährlichen Verbrecher der Polizei überliefert, auch deshalb, weil es sich um eine Präventivmaßregel handle.

Auskunft.

Kam. h. W. H. in B. **Schützenvereine; geschlossene Gesellschaft.** Ein Schützenverein, der auf dem Schützenfestplatz in seiner eigenen Halle auf eigene Kosten und unter Ausfluß aller Gäste nach Schluß der zum vorübergehenden Schanzenbetriebe freigegebenen Zeit noch ein Paß Bier auslegt, macht sich nicht strafbar. Es findet weder ein gewerbmäßiger Auskauf noch ein Verweilen in einem öffentlichen Versammlungsraum statt. Um das Tun und Treiben der Vereinsmitglieder in geschlossener Gesellschaft hat sich keine Polizeibehörde zu kümmern, solange die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit nicht gefährdet wird. Es liegt nicht der geringste Grund vor, gegen solche Darmlosigkeit „einzuschreiten“. Auch wenn für die Halle bis zu einer bestimmten Stunde ein öffentlicher Auskauf und öffentlicher Tanz mit der ausdrücklichen Bedingung gestattet sein sollte, daß ein Verweilen der Festteilnehmer nach Ablauf dieser Frist unterjagt wird, kann

diese Bedingung nur auf die unbeschränkte Teilnehmerchaft, nicht aber auf die in streng geschlossener Gesellschaft bleibenden Vereinsmitglieder — zumal wenn sie als Eigentümer der Halle die Eigenschaft des Hauswirts besitzen — Anwendung finden. Ergeben sich aus dem Nachlassen des Vereins Unguttrüglichkeiten, dann wird die Genehmigung zur Aufstellung der Halle vielleicht das nächste Mal unter der Bedingung zu erteilen sein, daß die Halle unmittelbar nach Schluß des Festes abgebrochen werden muß. Ein öffentlicher Grund zu einer solchen Maßregel liegt wohl aber kaum vor.

Rr. 101a. — p.

An Kam. FW. E. in N. Getränkeverabsolung an Logierhause Gäste. Unsere Auskunft im Wendarm, 5. Jahrg., Seite 113, ergibt sich aus dem Begriff „Schankwirtschaft“. Es besteht in Wissenschaft und Praxis keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß ein Zimmervermieter oder Hauswirt an die dauernd bei ihm wohnenden Mieter Getränke verabsorgen darf. Sonst müßte jeder, der ein möbliertes Zimmer vermietet und dem Mieter Morgenkaffee gibt, eine Schanklaubnis besitzen. Auf die Art der Getränke kommt es nicht an. Gerichtsentscheidungen dürften über diese so selbstverständliche und unbestrittene Frage wohl kaum ergangen sein.

Rr. 114a. S.—p.

Kam. FW. St. in R. Abwässer. Das Ausgießen von Flüssigkeiten ist nach § 366⁸ StrGB. dann strafbar, wenn es nach einer öffentlichen Straße hinaus in einer Weise erfolgt, daß dadurch jemand beschädigt oder verunreinigt werden kann. Das Abfließenlassen aus Hausgrundstücken in Straßenrinnele kann aber als Ausgießen nicht angesehen werden. Es kann nur durch eine Polizeiverordnung auf Grund des § 366¹⁰ StrGB. zur Erhaltung der Sicherheit (sofern es sich um gesundheitschädliche Abwässer handelt) und Reinlichkeit der öffentlichen Wege, Straßen und Plätze verboten werden.

Rr. 116a. — t.

Kam. Ob. Wachtm. H. in K. Beleuchtung der Fahrräder. Die Entscheidung des RSt. vom 21. 1. 01 erklärt nur eine bestimmte Fahrradverordnung auf geschobene Fahrräder für nicht anwendbar; es stände aber nichts im Wege, Polizeiverordnungen zu erlassen, die ihrem Wortlaute nach auch das Beleuchten geschobener Fahrräder verlangen. Vielleicht sind Verordnungen, die dies verlangen, noch berechtigt als solche, die nur das Beleuchten des Fahrrades im Fahren vordringen. Der gewandte Radfahrer wird einem Zusammenstoß mit einem ihm entgegenkommenden beleuchteten Kraftfahrzeug auf dem Rade leichter entgehen können als der ein Rad schleibende. Eine Reichsgerichtsentscheidung über die Beleuchtung geschobener Fahrräder ist uns nicht bekannt.

Rr. 40. — m.

An K. in S. Eintrittsgeld zu Vereinsfestlichkeiten. Ein Verein, der öffentliche Lustbarkeiten gegen Eintrittsgeld veranstaltet, darf selbstverständlich das Eintrittsgeld sowohl für Mitglieder und Nichtmitglieder als auch für Einheimische und Fremde verschieden festsetzen.

Das sind innere Vereinsangelegenheiten, um die sich keine Behörde zu kümmern hat. Beschweren sich Festteilnehmer über die ungleiche Behandlung, dann kann ihnen nur anhingestellt werden, solchen Festen fernzubleiben.

Rr. 94a. — n.

Kam. F. Wachtm. S. in K. Die Pneumatikreifen der Fahrräder bestehen aus Kautschuk, und zwar aus vulkanisiertem, d. h. aus solchem, der mit Schwefel durchsetzt ist. Dadurch wird Kautschuk widerstandsfähiger gegen chemische Einflüsse und behält seine Elastizität auch bei erhöhter Temperatur. Die Haltbarkeit des Reifens hängt von der Reinheit des verwendeten Kautschuks ab. Um diesen auf billiger Weise herzustellen, wird er nämlich mit Zinkweiß, Kreide, Gips usw. beigemengt, Substanzen, die ihn brüchig und weniger widerstandsfähig gegen Witterungseinflüsse machen. Notwendig ist es, den Gummi dort zu starkem Austrocknen und hauptsächlich vor Öl zu schützen.

Rr. 131. — l. u.

Kam. F. Wachtm. L. in M. Die Verfassung der französischen Republik. Frankreich ist seit dem 4. September 1870 Republik (Freistaat). Die Verfassung datiert vom 24. Februar 1875, ergänzt am 2. August und 30. November 1875, 9. Dezember 1884 und 16. Juni 1885. Die Nationalversammlung wird von zwei Kammern gebildet. Der Senat besteht aus 300 (mindestens 40 Jahre alten) Mitgliedern. Die Deputiertenkammer besteht aus 584 Mitgliedern — je 1 auf 70 000 Einwohner; zur Wahlberechtigung sind 21, zur Wählbarkeit 25 Lebensjahre erforderlich. Der Präsident der Republik wird mit absoluter Stimmenmehrheit von der Nationalversammlung auf sieben Jahre gewählt.

Rr. 82. — v. l. u.

Kam. G. Wachtm. P. in H. Fischereipächter. Wie weit das Recht der Fischereipächter einer Genossenschaft auf Befahren von anderen Fischereipächtern gepachteter Flußstreden und zum Betreten von Uferstreden geht, richtet sich nach den Pachtverträgen und den Genossenschaftsstatuten. Streitigkeiten entscheidet das Zivilgericht.

Rr. 54a. — n.

Kam. GW. Z. in L. Rückführen von Gefinde aus Ersuchen der Ortspolizeibehörde. In der DV. Ziffer 174, Absatz 2, ist ausdrücklich gesagt, daß der Wendarm Ansuchen der Ortspolizeibehörden wegen Rückführung von Gefinde Folge zu leisten hat. Dagt der Wendarm Zweifel, ob die Voraussetzungen des Abs. 1 der Ziffer 174 bei dem Ansuchen vorliegen, so kann er nötigenfalls nach der DV. Ziffer 123, Abs. 2, die Entscheidung des Landrats einholen oder ihm nachträglich berichten. Nach unserer Ansicht soll die im Abs. 1 der Ziffer 174 gegebene Einschränkung nur verhindern, daß der Wendarm sich aus eigener Entscheidung in Gefindeangelegenheiten unnötig einmischt oder von der Polizeibehörde ohne zwingenden Grund regelmäßig zu Rückführungen verwendet wird, die andere Personen ebenbürtig ausführen können.

Rr. 100. — f.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.

Nr. 8.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerßbach zu Berlin.

1907/08.

Der Anschaffungswert des Polizeihundes.

(Nachdruck verboten.)

Nicht nur in Polizeikreisen, die jetzt vor die neue Aufgabe, sich im Dienste der Fähigkeiten des Hundes zu bedienen, gestellt sind, nein, auch sonst findet man trotz der in den letzten dreißig Jahren so rasch bei uns gewachsenen Rassenzucht und Liebhaberei und trotz des ernstesten

Strebens und Wirkens der Kynologie noch oft ungefähr die Ansicht, daß der, der für einen Hund mehr als 3 Mark ausgibt, beinahe reif für das Irrenhaus sei. Daß eine Kuh, ein Schwein, ein Pferd mehr kosten, das versteht man wohl; daß aber ein Hund gerade so viel, ja noch mehr Wert haben sollte als eins der genannten Tiere, das entlockt diesen Überschlauen ein verständnisvolles Lächeln. Allenfalls kann man es ja noch verstehen, wenn mal jemand für einen Jagdhund einen „blauen Lappen“ riskiert; so'n Jagdhund ist ja etwas anderes, obwohl ein Nichtjäger immerhin einen Mann, der so viel selbst für einen Jagdhund ausgibt, für mindestens recht leichtsinnig und einen argen Verschwender ansieht.

Nun, wie so vieles, vieles andere nimmt auch der Hund heute eine ganz andere Stellung im wirtschaftlichen Leben ein als früher, vor etwa 30—40 Jahren noch. Die Rassenzucht, die sich immer neue Freunde

schaffende Kynologie, hat da eine große Umwälzung hervorgerufen. Viele Millionen sind es, die alljährlich im lieben Deutschland des Hundes wegen umgeseht werden. Viele Tausende von Menschen danken ihren Lebensunterhalt nur der Arbeit für unseren vierfüßigen Freund; denken wir nur an unsere Lederindustrie, unsere mit einem Kapital von Millionen arbeitenden Hundefuchsfabriken wie Spratt & B., die Spezialgeschäfte für Hundebedarfsartikel! Sehen wir von dem durch Kauf und Verkauf umgesetzten Gelde, von den vielen Preisjahren, Schießen usw. ab, denken wir nur daran, daß bei uns alljährlich seit einigen Jahren 30—40 größere Hundeaussstellungen stattfinden und daß jede Ausstellung, abgesehen von den Reise- und Neuananschaffungskosten dazu für Herrn und Hund, für den Veranstalter einen Umsatz von 10—25 000 M. bedeutet. Dann leuchtet es ein, daß Freund canis heute bei uns eine sehr wichtige Stellung im Leben einnimmt.

Doch wir kommen vom Thema ab; Hund und Hund ist ein Unterschied! Darüber sind wir uns heute alle klar, daß für den Polizeihund nur der Rassehund in Frage kommen kann. Rassehund und Rassehund aber ist auch ein

Unterschied. Für den Züchter gibt es nur ein Ziel und dieses Ziel, ganz Vollkommenes zu schaffen, wird in unserer eben so schönen wie unvollkommenen Welt nie erreicht. Er muß sich deshalb darauf beschränken, sein Zuchtmaterial, seine Zuchtprodukte immer wieder zu vervollkommen, dem Ideal, das unerreichbar ist, näher zu bringen.

Fehler der Elterntiere pflegen sich in der Nachzucht zu potenzieren; der Züchter muß daher vorsichtige Zuchtwahl treffen,



Kgl. Schutzmann Steinhäuser, Berlin, mit seinem
Diensthund „Schmuck v. Draußen“.

auszugleichen suchen, dem Fehler des einen Zuchtieres einen gleichartigen Vorzug beim Zuchtgatten entgegenstellen. Der Züchter muß daher nicht nur vorsichtig seine Zuchttiere nach ihrem individuellen Äußern auswählen, er muß auch den Namen, die Familie, deren Vorzüge und Mängel studieren und kennen; nur das Allerbeste ist ihm gerade gut genug, denn mit Mittelmäßigem und Mindertwertigem brächte er sich nur weiter zurück. Seine Arbeit ist immer mehr oder weniger ein Tappen im Dunkeln; zum Erfolge gehört Glück. Allererstklassiges wird daher immer nur in sehr geringer Zahl erreicht werden, die Zucht also eine sehr kostspielige sein. Allererstklassiges wird somit aber auch sehr hoch im Preise stehen müssen, seine Verwertung zur Zucht, dadurch aber auch allmähliche Abnutzung, wenn wir so sagen sollen, nicht billig sein können und nur für angemessenen Amortisationspreis zu haben sein; daher Preise von 10—20000 M. für besonders hervorragende Rassetiere und hohes Deckgeld für deren Verwertung als Zuchttiere. Geht man der Sache aber ans den Grund, so ist schließlich ein solches Tier, mit zehntausend und mehr bezahlt, billiger, als ein mit ebensoviel Hunderten bezahlter Mittelhund; der letzterer bringt die Ausgabe, die er verursacht, nicht wieder ein, erstere dagegen, meist gesuchte Deckhunde, bringen durch ihre starke Verwertung zur Zucht als Deckhunde oder durch Welpenverkauf weit mehr ein, als sie kosteten.

Zwischen Zucht und Gebrauch ist ein großer Unterschied. Ein Tier, das zur Produktion von vorzüglichen Gebrauchstieren bestens sich bewährt hat, kann selbst zum Gebrauch ganz ungeeignet sein. Der allzu tiefbrüstige Fessel kam als Jagdhund ganz unbrauchbar sein und doch kann er uns zur Zucht unentbehrlich sein. Der Fessel muß zu seiner Arbeit tiefe, ausgeübte Brust haben und Aufgabe des Züchters ist es, dem allzu tiefbrüstigen Zuchtriden, den die tiefe Brust am Laufen hindert, geeignete Stündinnen zuzuführen, deren Nachkommenhaft mit ihm dann das geeignete Gebrauchsmaterial für den Jäger abgibt. Der Fessel, um bei diesem Beispiel zu bleiben, hat das Bestreben, hochläufig und damit kleinbrüstig zu werden, seinen Typus, das für seinen Gebrauchszweck geeignete Gebäude, zu verlieren; wollen wir es ihm erhalten, so kann zu diesem Zweck auch der Hund, der diese Eigenschaften in weit übertriebenem Maße besitzt, gerade gut und nützlich sein.

Man sieht aus vorstehendem wohl schon, daß die Hundezucht heute nicht eine müßige Spielerei ist, als die sie von Unverständigen leider noch häufig angesehen wird, sondern daß sie eine ernste, mühevollen Arbeit ist, die viel Studium, viel Kenntnisse erfordert und bei dem zweifelhaften Erfolg, den vielen Fehlschlägen und Verlusten keineswegs ein billiges Vergnügen ist, und wenig geeignet ist, „ihren Mann zu ernähren!“ Sie erfordert viel Zeit, Arbeit und Geld, aber reich davon geworden ist noch niemand.

Für uns, die wir den Hund zum Polizeidienst gebrauchen wollen, kommt es nun nicht darauf an, ob der Hund mehr oder weniger kleine Fehler besitzt, die seinen Gebrauchswert nicht verringern, aber doch so groß sein können, daß sie den Hund für den Züchter unbenutzbar für seine Zuchtzwecke machen. Was wir dagegen ebenfalls unbedingt gebrauchen, ist gutes Blut, der beste Stamm der Rasse; die beste Abstammung ist auch für unsere Zwecke gerade gut genug. Wir brauchen daher zwar keine sogenannten Luxuspreise für unsere Tiere aufzuwenden. Immerhin kommen die Welpen aber nicht mit der Marke „gut“, „vorzüglich“, „mindertwertig“ auf die Welt. Erst nach Wochen und Monaten kann der Züchter, auch der routinierteste, erkennen, ob ein Jungtier sich für seine Zwecke gut oder schlecht entwickeln wird. Bis dahin sind aber die Kosten, die dem Züchter durch die Aufzucht entstanden, für gute und schlechte Tiere dieselben und wir werden sehen, daß diese Kosten gar nicht so gering sind.

Die Kosten beginnen schon mit dem Belegen der Stündin. Rechnen wir die Reise zum Deutlichen, Bahnfracht hin und zurück, jedesmaliges Abholen und Bringen zur Bahn, Teintgelder usw. dafür mit 10 M. Das Deckgeld für Hunde schwankt zwischen 25 und 100 M, manche besondere Koryphäe kostet sogar noch mehr; so z. B. werden für die deutsche Dogge „Ador-*Colonia*“ heute 200 M verlangt und gezahlt. Nehmen wir für die für uns in Frage kommenden Rassen einen mittleren Satz, etwa 50 M an! Bei dem hohen Wert der Rassetiere und dem Risiko, das die Zucht für den Züchter bedeutet, muß natürlich die ganze Angelegenheit rationell behandelt werden. Von der Pflege der tragenden Stündin hängt das Wohl und Wehe, die körperliche Ausbildung des ganzen Wurfs ab. Es ist daher einleuchtend, daß die Stündin vor allem schon, was die Fütterung angeht, besonders ge-

wartet werden muß. Mit Hausabfällen usw. ist da nicht gedient, auch ohne Rücksicht darauf, daß der Züchter gar nicht in der Lage ist, seine Hunde mit derartigem genügend zu füttern und vielleicht gar durch Beimischungen, die er nicht kontrollieren kann, Leben und Gesundheit seiner wertvollen Zuchttiere aufs Spiel zu setzen. Geeignete Futtermittel sind da Fleisch, Hundekuchen, Milch, Reis, Hafersloden und ist es wohl nicht zu hoch berechnet, wenn wir hiernach den täglichen Futterkostensatz auf 30 Pf an Mehrkosten durch den Wurf berechnen. Dieses aber umsomehr, wenn man berücksichtigt, daß nach dem Werfen die Kosten mit dem Wachsen der Welpen eher größer als geringer werden. Die Trächtigkeit dauert 63 Tage; die Säuugezeit auf 6 Wochen angenommen, betragen die Mehrkosten hierfür 34,50 M. Solch ein Wurf verursacht eben natürlich viel Mehraufwand an Arbeitslohn, Feuerung, Medikamenten für Hündin und Welpen, was mit 15 M für die ganze Zeit wohl nicht zu hoch berechnet ist. In den letzten Wochen ist auch die Hündin nicht mehr imstande, mit ihrer Milch allein die Kleinen zu sättigen; sie bedürfen etwa von der dritten Woche ab Zusatzfutter an Milch, Schabefleisch u. dergl., was wir alles in allem nur mit 3 M in Ansatz bringen wollen. So betragen also die Kosten des Wurfs bis etwa zur sechsten Lebenswoche:

10,—	M an Fracht usw. für die Hündin,
50,—	Deckgeld,
34,50	„ Mehrfutterkosten für die Hündin,
15,—	„ Mehrkosten für Feuerung, Wartung, Medikamente,
3,—	„ Extrakosten der Welpen.
<hr/>	
112,50	M.

Die Zahl der Welpen eines Wurfs ist sehr verschieden. Kein ordentlicher Züchter läßt aber wohl mehr als 4, höchstens 5 Welpen liegen, sowohl im Interesse der Mutter als der Entwicklung der Kleinen. Im Durchschnitt gehen von 5 Welpen noch mindestens 2 ein, besonders die Zahl der der Wurmlage zum Opfer fallenden kleinen Hunde ist ganz enorm. Es kann daher wohl sehr hoch gerechnet obiges nur für einen Wurf von 4 Welpen gerechnet werden, so daß also nach obiger Rechnung sich die Kosten eines jeden 6 Wochen alten Welpen auf günstigstensfalls 28 bis 30 M berechnen. Diese Kosten sind aber noch sehr gering angelegt. Wie häufig wird die alte Hündin krank, so daß Kosten für

den Tierarzt hinzukommen, auch eine Amme muß hinzugezogen werden. Ferner haben wir z. B. die Unterbringungskosten, Wurfsite, Eisenbahnverfrachtkosten, Streu für Mutter und Welpen nicht in Ansatz gebracht, die vielen Krankheitsverluste, Unfälle durch Fallen usw. kaum berücksichtigt, besonders auch nicht, daß unter den Welpen sehr viel mindertwertige, im Wachstum zurückgebliebene und Krüppel sich befinden. Je älter die Tierchen nun werden, desto mehr Kosten machen sie; kurz und gut ein 8 Wochen alter Welpen stellt sich an „Selbstkosten“ für den Züchter bereits auf mindestens 40 M.

Was sich aus einem 8 Wochen alten Tierchen nun aber entwickelt, das liegt im Schoße der Götter! Ein einigermaßen zuverlässiges Urteil über die Weiterentwicklung — immer noch mit Vorbehalt — erlaubt kaum ein halbjähriger Hund. Um sich das Gute daraus zu sichern, ist der Züchter deshalb oft gezwungen, ganze Würfe 4 bis 8 Monate zu behalten, Futter und Wartung, hohe Steuern dafür zu zahlen, und die Nachfrage nach jungen Hunden ist auch nicht immer sehr groß. Teure Hunde kann man leicht kaufen, aber nur schwer verkaufen.

Für unsere Polizeiführer kommen nun 8 Wochen alte Tiere nur wenig in Betracht; meist wird man ältere Hunde kaufen. Mit dem Alterwerden des Wurfs wachsen aber natürlich die Kosten bedeutend. Auch die Gefahren wachsen; besonders droht den Jungtieren die schlimme Staupe, die in den Zwingern unter den Junghunden gerade dieses Alters oft entseßlich aufräumt, geküßentlich sich die besten und schönsten als Opfer aus sucht. Sehen wir von all diesen drohenden Gefahren ganz ab, so erfordert solch ein Tier, das in der stärksten Entwicklung begriffen ist, doch besondere Pflege und Wartung, Schutz gegen Witterungseinfluß usw., besonders gutes Futter. Sehen wir als Kosten hierfür nur 10 M für den Monat an — sicher eher zuwenig als zuviel — rechnen wir ferner die Halbjahrsteuer mit 6 M, Bedarfsartikel wie Halsband usw. mit 4 M, so stellt sich hiernach ein halbjähriger Hund seinem Züchter, wenn wir auf die Qualität des Tieres gar keine Rücksicht nehmen, schon an reinen Vorauslagen und Kosten auf mindestens 80 M.

Man sieht, es gibt einträglichere Sachen als die Hundezucht! Für einen großen Teil seiner Zuchtprodukte kann der Züchter diesen Selbstkostenpreis nicht erzielen. Tiere,

die anfangs das Beste versprochen, entwickeln sich immer ungünstiger und doch nehmen sie denselben Platz ein, verursachen dieselben Unterhaltungskosten wie die besten und schönsten ihrer Art. Der Züchter muß also verkaufen; er muß es, um wenigstens einen Teil seiner Kosten wieder einzubekommen, er muß es, um Platz zu schaffen für weitere Würfe; denn für den Züchter, der weiterkommen will mit seiner Zucht, ist Stillstand gleichbedeutend mit Rückschritt. Unter 2, 3 oder mehr Würfen ist kaum ein Hund, der den Zuchtaufwand lohnt. Alle anderen Tiere muß der Züchter weit unter dem Selbstkostenpreis abgeben; für Hunde, die ihm, wie wir oben sahen, selbst 80 bis 90 M an Kosten verursachten, erzielt er kaum die Hälfte, ja kaum ein Drittel dieses Wertes; andere muß er sogar trotz der verursachten Ausgaben ganz umsonst abgeben, nur um den Platz frei zu bekommen, den sie einnehmen.

(Schluß folgt.)

Fragekasten.

Für welche Übungen empfiehlt es sich, bei der Dressur eines Junghundes einen fertig abgeübten Polizeihund als die Übung praktisch vornachend zu verwenden?
Pol. Rom. S. in D. (469)

Allerlei.

Die Polizeihundprüfung in Vreda ist vorzüglich verlaufen. Gemeldet waren 14 deutsche, 4 holländische und 6 belgische Hunde. Den I. Preis und die große goldene Medaille der Stadt Vreda sowie Ehrenpreis des P. H. V. erhielt Lucie von Meibrich (Pol. Rom. Tapperath) II. III., VII. Preis fielen an belgische, IV., V., VI. an deutsche Hunde. Die Königin stiftete eine goldene Medaille für besten holländischen Hund und forderte eingehenden Bericht. Anwesend waren die Vertreter des Justiz- und Kriegsministeriums, ferner viele Offiziere, die Spitzen der Staats- und der Kommunalpolizei aus allen Gegenden Hollands. — Der Richterbericht wird in der nächsten Nummer gebracht.

Der Polizeihund „Ranz“ in Loßwitz bei Dresden, ein zweijähriger altdeutscher Schäferhund, der seinem Dressieur Schumann fünf alle Ehre macht, hat schon mehrfach Gelegenheit gehabt, sich besonders durch seine Findigkeit auszuzeichnen. Abgesehen von den vielen Komplikationen, die sich dort auf dem Gelände an der Elbe und der anstoßenden Dresdener Heide des öfteren einfinden und die er aufstöbert und prompt seinem Führer meldet, leistet er auch sonst nur Gutes. Das Neue ist aber, daß „Ranz“ des Nachts seinen Radsfahrer an sich vorbeifahren läßt, der nicht sein Rad ertöntet

hat. Mit großer Geschicklichkeit zieht er den Fahrer vom Rade, ohne daß sein Führer ihn erst darauf aufmerksam zu machen braucht. Die Gemeinde Loßwitz hat zurzeit 3 Hunde — sämtlich Schäferhunde — im Dienst, wovon einer Eigentum der Gemeinde ist und zwei andere dem Wachtmeister Junghans gehören, der wöchentlich 2 M Entschädigung für sie erhält. Die Hunde leisten in der sehr weit ausgedehnten und bergigen Gemeinde Loßwitz gute Sicherheitsdienste und die Gemeindeverwaltung kommt dem Wachtmeister Junghans, unter dessen Leitung die Dressur der Hunde stattfindet, in jeder Beziehung fördernd entgegen.

Schmud von Oranien. Der erste Polizeihund im Besitz eines uniformierten Beamten in Berlin ist es, den wir heute unseren Lesern im Wilde vorführen. Der erst 1/2-jährige Rüde „Schmud v. Oranien“, dessen Ohren noch nicht ganz stehen, ist vom Schafmeister Perske aus seiner „Flora v. Buchen“ nach dem „Gaugraf v. Oranien“ gezüchtet und von Herrn Fabrikbesitzer Solger der Polizei zur Verfügung gestellt worden. Der Hund bewährt sich, nach den Aussagen seines Führers und Dresseurs, trotz seiner Jugend vortrefflich auf seinen Reviergängen in den Anlagen des Friedrichshains und säubert so manches schattige Plätzchen von lichtscheuem Gestrüch.

Dem Rgl. Polizeirevier 78 in Berlin überwies Bet. Umlauf, Hamburg, der Vorsitzende des „Nordb. Dobermannpinscher-Klubs“, zwei Dobermannpinscherwelpen (Rüde und Hündin) zur Kuzucht und Verwendung im Polizeidienst. — Der Hamburger Polizei wurden ebenfalls drei Dobermannpinscher überwiesen.

Was man oft beim Hundezüchten erleben kann. Vor Jahren besah ich zwei Fledelhündinnen, welche zu gleicher Zeit geworfen hatten. Um die Rüden der einen Hündin nicht den Hündinnen der anderen zu opfern, machte ich den Versuch, derjenigen Hündin, welche meist Hündinnen hatte, einige Rüden der anderen unterzulegen. Dieses Annehmen wurde aber zunächst mit grimmiger Miene und Zähneflischen abgewiesen. Am anderen Tage wiederholte ich den Versuch, aber vergeblich. Schließlich nahm ich die Hündin ganz von den Welpen ab und legte an Stelle zweier Hündinnen zwei Rüden und ließ die Hündin wieder in ihre Kiste. Nun wollte aber die andere Hündin ihre Jungen wiederholen; allein das wollte die Stiefmutter auch nicht, und seit jenem Augenblick nahm sich letztere der untergelegenen Kinder an. Später aber suchten beide Fledelhündinnen, sobald die eine oder die andere ihr Lager aus Minuten verließ, sich gegenseitig die Welpen wegzuholen.

— r. in „St. Hubertus“.

Berichtigung.

In dem Bericht über die Polizeihundprüfung zu Herlosn muß es auf Seite 164, Spalte 1, 16. Zeile von unten, „Täschchen“ statt Taschentuch heißen.
Die Schriftleitung.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 9. — 3. August 1907. — Seite 194/217. — 5. Jahrgang.

August											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31					

Herausgeber:
Robert Gerßbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denk, Verein der Soldaten-
freunde, E. V.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

September											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31					

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abonnenten wird die Zeitschrift am Jahresanfang auch
gebunden geliefert.

Beste und sonstige Sendungen sind stets zu richten an die
Verlagsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr Mk. 1,50.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Verlagsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die Spalten-Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Abändernde Bestimmungen zum Pfandleih- gesetz	195
Reichs- u. Ver. vom 1. Juli 1907 betr. die Beschäftigung von Kindern bei der Reinigung von Dampfesseln	197
Kriegsm. Erlass vom 22. Mai 1907. Schut- zmänner in Hamburg	197
Über Schutzverletzungen mit Robert-Feuer- waffen	197
Der Berliner Erkennungsdienst	198
Anstellung von Unteroffizieren mit einer vierjährigen aktiven Militärdienstzeit bei der Schutzmannschaft in Bremen	198
Zur Kriminalstatistik (mit Übersichtstafel)	198
Die Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika	200
Auspielungen	202

Erkenntnisse und Beschlässe.

I. Reichsgericht	203
II. Kammergericht	203
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	204
IV. Sächsisches Oberverwaltungsgericht	205
V. Oberlandesgericht Braunschweig	206
VI. Oberlandesgericht Raumburg	206
VII. Landgericht Breslau	206
VIII. Schöffengericht Rixdorf	206

Polizeibericht	206
Persönalveränderungen	207
Ehrentafel	208
Eingefandt	209
Artillerie	210
Bücherei	210
Auskunft	210

II. Der Polizeihund.

Der Anschaffungswert des Polizeihundes (Schluß)	212
Dienstankündigung für diejenigen Beamten, denen die Verwendung von Polizeihunden im Dienst gestattet ist (Brandenburg)	213
Dressurkniffe	213
Die Strohenerziehung des Hundes	214
Fragekasten	215
Polizeihunde im Dienst	215
Hundespiele	215
Allerlei	215

III. Haus und Herd.

Unser Garten- und Planwesen	216
Rechtsprüchewörter	217
Verwaltungsbeurteilung	217
Auflösung der Ratsfelle aus Nr. 8	217

Veranstaltungen. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 30. Juli 1907 abgeschlossen worden.

Abändernde Bestimmungen zum Pfandleihgesetz.

(Nachdruck verboten.)

Auf Grund des § 38 der Reichsgewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. Juli 1900, nach welchem die Zentralbehörden berechtigt sind, über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher, soweit Landesgesetze darüber nicht Bestimmungen treffen, Vorschriften zu erlassen, hat der Minister des Innern durch Bekanntmachung vom 4. Februar 1907 (Min. Bl. f. d. i. B. S. 95, 96) folgendes angeordnet:

1. Neue Sachen, die nicht zu den Gebrauchsgegenständen des Verpfänders gehören, dürfen nur auf Grund einer Bescheinigung der Ortspolizeibehörde als Pfandstücke angenommen werden.

2. Zum Zwecke der Ausstellung der Bescheinigung ist der Ortspolizeibehörde vom Verpfänder oder Pfandleiher ein Verzeichnis der zu verpfändenden neuen Sachen einzureichen. Die Ausstellung erfolgt durch Aufdrückung des Amtssiegels auf das dem Antragsteller zurückzugebende Verzeichnis.

3. Die Bescheinigung ist von der Ortspolizeibehörde des Wohnortes oder des Ortes der gewerblichen Niederlassung des Verpfänders und, wenn der Pfandleiher sein Gewerbe an einem andern als den genannten beiden Orten betreibt, außerdem auch von der Ortspolizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung des Pfandleihers auszustellen.

Hat der Verpfänder in Preußen keinen Wohnsitz und keine gewerbliche Niederlassung, so genügt die Bescheinigung der letztgenannten Ortspolizeibehörde.

4. Die Ausstellung der Bescheinigung würde von der Ortspolizeibehörde zu verlagert sein,

- a) wenn die Sachen zum Zwecke der Verpfändung angeschafft oder hergestellt sind,
- b) wenn es an einem hinreichend begründeten Anlaß für die Verpfändung fehlt, insbesondere, wenn die Verpfändung zum Zwecke des Betriebes der Sachen erfolgen soll,
- c) wenn ein nach Fälligkeit des Darlehens erfolgender Verkauf des Pfandstückes durch den Pfandleiher eine empfindliche Schädigung der angelegenen Gewerbetreibenden herbeiführen würde.

5. Bei der Verpfändung einer der in Ziffer 1 bezeichneten Sachen ist in das Pfandbuch bei der Bescheinigung des Pfandes folgende Eintragung zu machen:

Neue Sache —

Bescheinigung der Ortspolizeibehörde zu (Ortsname) vom (Datum).

6. Die Bescheinigungen sind vom Pfandleiher zusammen mit dem Pfandbuche aufzubewahren.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden, soweit nicht nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften eine höhere Strafe eintritt, gemäß § 300 Nr. 12 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 M oder mit Haft bestraft.

Zu dieser Bekanntmachung hat der Herr Minister unter demselben Datum nachstehende Verfügung erlassen:

1. Die Ortspolizeibehörden haben alle Anträge auf Ausstellung der Bescheinigung gemäß Nr. 1 der Bekanntmachung mit tunlichster Beschleunigung zu erledigen.
2. Die Entscheidung darüber, ob ein Grund zur Verlegung der Bescheinigung gemäß Nr. 4 der Vorschriften vorliegt, haben die Ortspolizeibehörden auf Grund ihrer Kenntnis der in Betracht kommenden Umstände nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen. Hat der Verpfänder in Preußen keinen Wohnsitz und keine gewerbliche Niederlassung, so ist der Polizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung des Pfandleihers glaubhaft zu machen, daß Umstände, die eine Verlegung der Bescheinigung begründen würden, auf Seiten des Verpfänders nicht vorliegen.
3. Bei den polizeilichen Revisionen des Gewerbebetriebes der Pfandleiher ist insbesondere auch darauf zu achten, daß für alle Pfandstücke der in Nr. 1 der Vorschriften bezeichneten Art die vorgeschriebene Bescheinigung vorhanden und die in Nr. 5 der Vorschriften angeordnete Eintragung in das Pfandbuch gemacht ist.

Der Inhalt der ministeriellen Bestimmungen läßt ohne Zweifel erkennen, daß dieselben in erster Reihe die bequeme Verwertung unrechtmäßig erworbenen Gutes verhindern, dann aber auch den

fehaftenden Gewerbetreibenden gegen solche Untriebe schützen sollen, für welche die bestehenden Geseze nicht ausreichen.

Aus diesem Grunde spricht die Ziffer 1 der Bekanntmachung auch nur von neuen und speziell solchen Sachen, die nicht zu den Gebrauchsgegenständen des Verpfänders gehören, trifft daher das eigentliche Pfandleihgewerbe gar nicht, welches doch nur in dem gewerbsmäßigen Leihen von Geld gegen Verpfändung von beweglichen Gebrauchsgegenständen besteht.

Zu den Geschäften des Pfandleihers würde daher das gewerbsmäßige Leihen von Geld gegen Verpfändung von Immobilien und Hypotheken nicht gehören, ebensowenig das Lombardgeschäft, dessen Zweck ausnahmslos auf Verleihung von Kreditpapieren, Edelmetallen und Handelswaren gerichtet ist.

Ein Lombardgeschäft, welches nebenbei auch auf Möbel, Kleidungsstücke u. dergl. gewerbsmäßig Geld ausleiht, wird dadurch zur Pfandleihe im Sinne des Gesetzes.

Spediture betreiben ebenfalls recht häufig Leihgeschäfte; jedoch bedarf die Frage, ob es sich hier um ein genehmigungspflichtiges Pfandleihgeschäft handelt oder nicht, in jedem einzelnen Falle der Prüfung, die sich auf die Ermittlung des tatsächlichen Haupterwerbes zu erstrecken haben würde.

Dah der Unternehmer neben dem Pfandleihgewerbe auch ein Speditiionsgeschäft betreibt, befreit ihn von der Genehmigungspflicht nicht (vgl. v. Landmann, Komm. z. GewD. 1903).

Der Pfandleiher, welcher über den Rahmen seines Gewerbebetriebes hinausgeht und andere Sachen als nur Gebrauchsgegenstände des Verpfänders in seinen Geschäftsbereich zieht, würde daher in erster Reihe zu prüfen haben, ob es sich um die Verleihung von Gegenständen der einen oder anderen Kategorie handelt. Für die Verleihung von Gebrauchsgegenständen, gleichgültig ob dieselben alt oder neu sind, gelten wie bisher die Vorschriften des Pfandleihgesetzes vom 17. März 1881 in der Fassung des Artikels 41 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerl. Gesetzbuch vom 20. September 1894, die Bekanntmachungen des Ministers des Innern über den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher vom 16. Juli 1891 und 11. Juli 1902 sowie die §§ 932 ff. und 1204 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Kommen dagegen Sachen zur Verpfändung, welche neu sind und nicht zu

den Gebrauchsgegenständen gehören, so treten die neuen Ministerialbestimmungen in Kraft.

Die Frage, ob es sich um einen neuen Gegenstand handelt, wird sich mit wenigen Ausnahmen ebenso leicht beantworten lassen wie diejenige, ob die zu beleihende Sache ein Gebrauchsgegenstand ist oder nicht; in Zweifelsfällen würde die Entscheidung des Gerichts herbeigeführt werden müssen.

Da nach § 935 des Bürgerl. Gesetzbuches der Erwerb einer Sache nicht eintritt, wenn dieselbe dem Eigentümer gestohlen worden, verloren gegangen oder sonst abhanden gekommen war, so liegt es im Interesse des Pfandleihers, sich recht genau darüber zu vergewissern, ob der Verpfänder tatsächlich unbekrittener Besitzer des zur Verleihung angebotenen Gegenstandes ist, da er ja sonst mit seinem Pfandanspruch ausfallen würde.

Gleichzeitig wird es ihm leicht sein, zu entscheiden, ob die zur Verleihung angebotenen Sachen lediglich zum Zwecke der Verpfändung angeschafft oder hergestellt sind, ob die Sachen nur deswegen verpfändet werden, damit ihr Vertrieb später im Wege der Versteigerung erfolgen kann, oder aber, ob durch eine solche Versteigerung die angefahrenen Gewerbetreibenden geschädigt werden.

Alle diese Erwägungen werden aus der Praxis heraus leicht zu bewerkstelligen sein, so daß die Ortspolizeibehörde nur selten in die Lage kommen wird, einem Antrage auf Erteilung der Bescheinigung prüfend näher treten zu müssen.

Vielmehr werden derartige Anträge zunächst an den Pfandleiher gestellt werden, da den Verpfänder kaum mit den gesetzlichen Vorschriften genügend vertraut sein werden oder dies wenigstens vorgeben.

Letztere werden naturgemäß von dem Pfandleiher erst dann zur Verbringung der Bescheinigung aufgefordert werden, wenn dieser der Ansicht ist, daß nach den einschlägigen Verhältnissen eine Verleihung zulässig ist und eine obrigkeitliche Bescheinigung erteilt werden wird. Bemerkenswert ist, daß nach Ziffer 3 der Bekanntmachung zwei Bescheinigungen erforderlich sind, wenn die gewerbliche Niederlassung des Pfandleihers sich an einem anderen Orte befindet als die Geschäftsstelle oder die Wohnung des Verleihers, und zwar würden dann die Polizeibehörden beider Orte für die Ausstellung zuständig und zu derselben verpflichtet sein.

Zu solchen neuen Sachen, welche nur auf Grund einer behördlichen Bescheinigung beliehen werden dürfen, würden z. B. gehören:

Stoffe jeder Art, ganz oder zugeschnitten, unverarbeitetes Pelzwerk, künstliche Blumen, Federn, ferner alle Rohstoffe und Futaten, welche erst durch Verarbeitung zu Gebrauchsgegenständen werden, sogenannte Partiewaren, Möbelleinrichtungen u. dgl. m.

Eine besondere Einschränkung ist in der Bekanntmachung dadurch zum Ausdruck gebracht, daß ein Unterschied zwischen Gebrauchsgegenständen des Verpfänders und Gebrauchsgegenständen überhaupt gemacht worden ist.

Der Eigentümer eines neuen Gebrauchsgegenstandes kann daher nach wie vor denselben unbeanstandet zur Verleihung bringen.

Der im letzten Satz der Ziffer 3 der Bekanntmachung aufgeführte Fall, in welchem der Verpfänder in Preußen weder einen Wohnsitz noch eine gewerbliche Niederlassung hat, dürfte wohl kaum in die Erscheinung treten.

Schließlich möge hier noch die Abänderung des Pfandleihgesetzes durch den Artikel 41 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche Erwähnung finden.

Ministerial-Erlasse und Bekanntmachungen.

Bekanntmachung, betr. die Beschäftigung von Kindern bei der Reinigung von Dampfkesseln. Vom 1. Juli 1907.

Auf Grund des § 4 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 (Reichs-Gesetzbl. S. 113) hat der Bundesrat beschlossen:

Die Beschäftigung von Kindern bei der Reinigung von Dampfkesseln ist verboten. Berlin, den 1. Juli 1907.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. von Bethmann-Hollweg.

Schutzmänner in Hamburg.*)
(Vergl. A. B. Bl. 1900 S. 297.)

Die Schutzmänner bei der Hamburgischen Polizeibehörde können zum Wachmeister, Revierwachmeister und Oberwachmeister befördert werden. Die Gehaltsätze sind erhöht worden und betragen jetzt für den Schutzmann 1850 bis 2300 M mit 3 jährigen Alterszulagen von je 90 M, für den Wachmeister 2100—2700 M mit 3 jährigen Alterszulagen von je 120 M, für den Revierwachmeister 2400—3000 M mit 3 jährigen

Hiernach werden die Abzüge 2 und 3 des § 3 des Gesetzes gestrichen, weil sie durch die allgemeinen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über Finder, unerlaubte Handlungen usw. ersetzt sind. § 9 Abs. 2 ist entbehrlich, da der Pfandverkauf ohne vollstreckbaren Titel jetzt die Regel bildet.

Es lauten in der neuen Fassung:

§ 10. Der Verkauf des Pfandes ist im Wege öffentlicher Versteigerung zu bewirken. Der Pfandleiher kann bei der Versteigerung mitbieten. Erhält er den Zuschlag, so ist der Kaufpreis als von ihm empfangen anzusehen.

§ 10 a. Hat das Pfand einen Börsen- oder Marktpreis, so kann der Pfandleiher den Verkauf aus freier Hand durch einen zu solchen Verkäufen öffentlich ermächtigten Handelsmakler oder durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person zum laufenden Preise bewirken.

§ 10 b. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerte zugeschlagen werden.

Wird ein genügendes Gebot nicht abgegeben, so kann der Verkauf durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person aus freier Hand zu einem den Gold- oder Silberwert erreichenden Preise erfolgen.
P. A. L.

Alterszulagen von je 200 M, für den Oberwachmeister 2300—3300 M mit 3 jährigen Alterszulagen von je 250 M.

Die Angaben in den §§ 6 und 10 ändern sich hiernach. Berlin, den 22. Mai 1907.

Kriegsministerium.
Versorgungs- und Justiz-Departement.
Nr. 974/5. 07. C. 2.

v. Wallet des Barres.

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Über Schußverletzungen mit Flobert-Feuerwaffen.

Wir hatten vor einiger Zeit (vgl. „Der Gendarm“ 4. Jahrg. S. 437) Anregung zu praktischen Versuchen über die verschiedenartige Schußwirkung je nach Verschiedenheit der Waffe, Munition, Entfernung, Schußrichtung und der getroffenen Gegenstände gegeben. Heute wollen wir auf einem Sondergebiete nochmals auf die kriminelle Notwendigkeit technisch und wissenschaftlich möglichst umfangreicher Versuche hinweisen.

*) Vgl. Seite 127 des „Gendarm“, 5. Jahrg.
Die Schriftleitung.

Nicht allzuhäufig wird zwar eine Verletzung mit einer Flobertbüchse einen unglücklichen Verlauf nehmen. Immerhin sind selbst Todesfälle infolge von Flobertschüssen nicht so ganz selten. Dies hat den k. u. k. österreichischen Oberarzt vom Garnisonspital Nr. 7 in Graz, Dr. Kirchenberger, veranlaßt, sich eingehend mit den Flobertschußverletzungen zu beschäftigen. Das Ergebnis seiner Forschungen hat er in Nr. 15—19 des 40. Jahrgangs der in Wien erscheinenden Zeitschrift „Der Militärarzt“ zusammengestellt.

Zunächst hat Dr. Kirchenberger festgestellt, daß die Schußwirkungen bei gleicher Waffe und gleichem Kaliber selbst bei gleicher Entfernung und gleichem Zielgegenstande ziemlich ungleich ausfallen. Bei Schüssen auf Holz von gleicher Beschaffenheit sind die Schußkanäle von ganz verschiedener Länge; dies läßt sich nur auf eine grobe Ungleichheit der Patronen zurückführen. Die Schußkanäle parallel der Faserichtung sind überall gleich weit und ziemlich glatt. Senkrecht auf die Faserichtung zeigt sich beim Durchschlagen Splittterung am Ausgange; bleibt das Geschöß aber stecken, so zeigt sich ziemlich regelmäßig eine kegelförmige Partie des Holzes in der Verlängerung des Schußkanals aus ihrer Verbindung gelöst und zusammengebrückt.

Auch Knochenschüsse zeigen Verschiedenheiten auf.

Bei den Kopfverletzungen ist das häufige Fehlen von Symptomen auch in solchen Fällen auffallend, in denen durch Röntgenstrahlendurchleuchtung die Kugel mitten im Gehirn — also nach Durchschlagung der Schädelwand — festgestellt werden kann. Bei manchen Gehirnverletzungen hat nicht einmal eine vorübergehende Bewußtlosigkeit gefunden.

Ebenso sind Darmschüsse beim Menschen oft durch das Fehlen der Symptome bemerkenswert. Et.

Der Berliner Erkennungsdienst. Die Reichsartenregistratur der Zentralstelle des Berliner Polizeipräsidiums weist nach der neuesten Aufnahme 73851 Nummern gegen 65948 im Vorjahr auf. Auf die erwachsenen Männer entfallen 60190, die erwachsenen Frauen 4000 und die Jugendlichen zusammen 9661 Karten. Karten von Fingerabdrücken sind 37682 gegen 24664 im Vorjahre vorhanden. Durch Vergleichung der eingegangenen Reicharten mit dem Bestand der Zentrale wurden im vergangenen Jahre 3628 Personen, die ihren

richtigen Namen angegeben hatten, festgestellt, im Vorjahre 2973; Leute mit falschem Namen 467 gegen 403. Unter diesen befanden sich 127 Personen, die schon irgendwo im Inlande gemessen oder von denen schon Fingerabdrücke aufgenommen worden waren, im Vorjahre 69. Ferner 24 Personen (gegen 18 im Jahre 1905), deren Identität durch Schriftwechsel mit dem Auslande und aus dort vorhandenen Karten festgestellt wurde. Außerdem wurden durch Körpermessung, Fingerabdrücke und Schriftwechsel 184 Personen mit falschem Namen identifiziert, durch Einsicht in das Brecherealbum 144 Personen als Täter ermittelt, durch den Ausgang im Polizeipräsidium dagegen nur 4. Diese Einrichtung wird jetzt vielleicht etwas besser wirken, weil für jeden Fall der Ermittlung einer Person, deren Bild abhängt, eine Belohnung von 10 M zugesichert ist. Im photographischen Atelier des Erkennungsdienstes wurden im vergangenen Jahre 1330 Aufnahmen gemacht (gegen 1125 im Jahre 1905) und 353 Photographien nach vorhandenen Bildern hergestellt. Abzüge lieferte das Atelier nicht weniger als 49950.

Verjorgungswesen.*)

Anstellung von Unteroffizieren mit einer vierjährigen aktiven Militärdienstzeit bei der Schuhmannschaft in Bremen.

Bei der Polizei-Direktion in Bremen gelangen jetzt Unteroffiziere mit einer 4—8jährigen aktiven Militärdienstzeit als Schuhmann zur Einstellung. Da augenblicklich offene Stellen vorhanden sind, haben geeignete Bewerber Aussicht, bis 1. Oktober 1907 einberufen zu werden. Sie müssen gesund und mindestens 1,70 m groß sein. Das Gehalt beträgt 1550 M jährlich und steigt bis 2200 M. Außerdem wird freie Dienstkleidung gewährt. Im übrigen sind die Bedingungen für die Einstellung von Unteroffizieren dieselben wie die im WBL. f. 01 S. 168 Nr. 124 bekannt gemachten.

Zur Kriminalstatistik.

Wie in den Vorjahren bringen wir auch diesmal auf Seite 199 das amtlich festgestellte Endergebnis der Kriminalstatistik des Jahres 1905 in einer Übersichtstafel. Man wolle hierzu die Tafeln auf Seite 354 des zweiten, auf Seite 302 des dritten und auf Seite 202 des vierten Jahrgangs des „Gendarm“ vergleichen.

*) Vgl. auch den Kriegsdienst. Wk. vom 22. Mai 1907. Schuhmänner in Hamburg, in der heutigen Nummer, Seite 197.

Kriminalstatistik.

Die im Jahre 1905 abgeurteilten Personen und Handlungen.

Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze (§§ des Strafgesetzbuchs)	Rechtskräftige Entscheidungen im Jahre 1905			Von den im Jahre 1905 Verurteilten waren			
	Angeklagte	Verurteilungen		männlich	weiblich	12 bis unter 18 Jahre alt	vorbestraft
		Verbre- chen	Hand- lungen				
Verbr. u. Vergehen geg. Reichsgesetze überhaupt	661 802	520 356	615 006	439 401	80 955	51 495	228 367
a) geg. Staat, öffentl. Ordnung, Religion	108 649	94 580	104 304	82 659	11 921	2 368	38 849
b) gegen die Person	284 490	219 068	245 010	188 913	30 155	12 650	90 027
c) gegen das Vermögen	267 241	205 547	263 580	166 729	38 818	36 462	99 253
d) Verbrechen und Vergehen im Amte	1 422	1 161	2 112	1 100	61	18	238
Insbesonderes (durch Summe oder Zahl bezeichnet):							
1. Gewalt und Drohungen gegen Beamte (113, 114, 117—119)	19 057	17 832	19 483	16 857	975	390	11 772
2. Hausfriedensbruch (123)	31 203	24 519	33 518	22 523	2 296	1 266	12 212
3. Arrestbruch (137)	2 327	1 481	1 442	1 099	382	16	692
4. Verletzungen der Eidespflicht (153 bis 155, 156, 159, 160, 162, 163)	1 954	1 064	1 126	799	265	43	516
5. Unzucht, Nötzucht (174, 176—178)	6 660	5 422	8 471	5 387	35	1 052	2 381
6. Beleidigung (185—187, 189)	81 283	59 482	85 729	43 705	15 777	1 382	19 173
7. Mord und Totschlag (211, 212—215)	318	271	287	229	42	26	146
8. Leichte Körperverletzung (223)	35 165	27 619	31 119	24 915	2 704	1 205	12 134
9. Gefährliche Körperverletzung (223a)	123 995	97 673	80 776	90 589	7 084	7 438	42 370
10. Nötigung u. Bedrohung (240, 241)	16 640	12 757	22 395	12 060	697	353	7 184
11. Diebstahl (242—244)	123 255	100 183	118 066	76 933	23 250	25 309	47 911
12. Unterschlagung (246)	29 996	23 454	33 544	19 430	4 024	2 327	12 101
13. Raub u. Raub-Erpressung (249-252, 255)	655	556	444	541	15	146	343
14. Hehlerei (258—261)	12 272	7 506	8 941	5 194	2 312	1 245	3 238
15. Betrug (263—265)	36 247	25 827	47 654	21 485	4 342	1 911	15 742
16. Fälschung öff. u. f. Urkunden (267—273)	6 524	5 747	9 727	4 678	869	661	2 796
17. Sachbeschädigung (303—305)	26 747	20 051	22 845	19 040	1 011	3 341	8 960
18. Brandstiftung (306—308 [311])	628	443	509	355	88	156	182
Von je 100 der oben genannten Galtungen kommen auf neben- stehende Verbrechen u. Vergehen:							
Verbr. u. Vergehen geg. Reichsgesetze überhaupt	100,0	100,0	100,0	84,4	15,6	9,9	43,9
a) geg. Staat, öffentl. Ordnung, Religion	16,4	18,2	17,0	87,4	12,6	2,8	41,1
b) gegen die Person	43,0	42,1	39,8	86,2	13,8	5,8	41,1
c) gegen das Vermögen	40,4	39,5	42,9	81,1	18,9	17,7	48,3
d) Verbrechen und Vergehen im Amte	0,2	0,2	0,3	94,7	5,3	1,6	20,5
1. Gewalt und Drohungen gegen Beamte	2,9	3,4	3,2	94,5	5,5	2,2	66,0
2. Hausfriedensbruch	4,7	4,8	5,5	90,7	9,3	5,1	49,2
3. Arrestbruch	0,4	0,3	0,2	74,2	25,8	1,1	46,7
4. Verletzungen der Eidespflicht	0,3	0,2	0,2	75,1	24,9	4,0	48,5
5. Unzucht, Nötzucht	1,0	1,0	1,4	99,4	0,6	19,4	43,9
6. Beleidigung	12,8	11,4	13,9	73,5	26,5	2,3	32,2
7. Mord und Totschlag	0,05	0,05	0,05	84,5	15,5	9,9	53,9
8. Leichte Körperverletzung	5,3	5,3	5,1	90,2	9,8	4,4	43,9
9. Gefährliche Körperverletzung	18,7	18,8	13,1	92,7	7,3	7,6	43,4
10. Nötigung und Bedrohung	2,8	2,5	3,6	94,5	5,5	2,8	56,3
11. Diebstahl	18,6	19,3	19,2	76,8	23,2	25,3	47,8
12. Unterschlagung	4,5	4,5	5,8	82,8	17,2	9,9	51,8
13. Raub und Räuberische Erpressung	0,1	0,1	0,07	97,3	2,7	26,3	61,7
14. Hehlerei	1,9	1,4	1,5	69,2	30,8	16,8	43,1
15. Betrug	5,5	5,0	7,7	83,2	16,8	7,4	61,0
16. Fälschung öffentlicher u. f. Urkunden	1,0	1,1	1,0	84,9	15,1	11,8	48,7
17. Sachbeschädigung	4,0	3,9	3,7	95,0	5,0	16,7	44,7
18. Brandstiftung	0,09	0,09	0,08	80,1	19,9	35,2	41,1

1) a umfasst die §§ 113, 114, 117—119, b die §§ 174—178, c die §§ 242—244, d die §§ 249—255 des Strafgesetzbuchs. Verbrechen und Vergehen gegen andere Reichsgesetze sind nach ihrer Natur auf diese 4 Gruppen verteilt. Die von Militärgerichten erlassenen Strafsachen sowie die Zivilverhandlungen gegen die Vorurtheile über die Verbrechen öffentlicher Bedenken und Vergehen sind hier ausgeschlossen. — Versuch, Anstiftung und Beihilfe werden bei den dringlichen Verbrechen und Vergehen mitberücksichtigt. — 2) Wegen schwerer Körperverletzung §§ 224—226 StGB, wurden 49 Personen verurteilt.

Die Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika.

(Nachdruck verboten.)

Solange im südwestafrikanischen Schutzgebiet eine starke militärische Machtentfaltung nötig war, konnte die Landespolizei in bescheidenen Grenzen gehalten werden. Erst mit der Niederschlagung des Aufstandes, der Heimsendung des größten Teiles der Schutztruppen und der nun wieder in ihre Rechte tretenden Zivilverwaltung mußte die Regierung daran gehen, eine erhebliche Vermehrung der Landespolizei eintreten zu lassen, deren Angehörige nun nicht mehr wie bisher durch Abkommandierung von Schutztruppenangehörigen gewonnen werden sollten. Es wurden daher in den Etat für 1907 die Mittel für 72 Polizeiwachmeister und 648 Polizeiergeanten eingestellt, die unter einem Major als Polizeinspekteur und 5 Oberleutnants als Inspektionsoffizieren tätig sein sollen.

Annahme. Die Annahme und Aufstellung der weißen Angehörigen der Landespolizei erfolgt, soweit die Meldungen im Schutzgebiet eingehen, durch den Gouverneur oder nach dessen Anweisung durch den Inspekteur; erfolgt die Meldung beim Reichskolonialamt in Berlin W. 8. Wilhelmstr. 62, so findet durch dieses auch die Annahme statt. Zur Aufstellung ist die Erfüllung folgender Erfordernisse nötig:

I. Anforderungen an die einzustellenden Polizeiergeanten: Die Bewerber müssen

1. mindestens 9 Jahre oder, falls geeignete Anwärter mit entsprechender Dienstzeit nicht vorhanden sind, mindestens 6 Jahre in einer kaiserlichen Schutztruppe, im Reichsheere oder in der Reichsmarine aktiv gedient und den Dienstgrad eines Unteroffiziers (Maaten) erreicht haben,

2. tropendiensttauglich und von starkem, gesundem Körperbau sein,

3. sich dienstlich und außerdienstlich gut geführt haben, nüchtern und schuldenfrei sein,

4. geistig gut veranlagt sein, eine ausreichende Schulbildung sowie genügende Reifertigkeit besitzen.

II. Anforderungen an die Polizeiwachmeister: Zu Polizeiwachmeistern werden in der Regel nur solche Polizeiergeanten ernannt, welche sich als besonders pflichttreu und zuverlässig erwiesen haben, ihrem Auftreten nach sich zu einer Stellung als Vorgesetzte von Polizeiergeanten eignen und Gewandtheit in der Ausrüstung schriftlicher sowie rechnerischer Arbeiten besitzen.

Zwecks Feststellung der unter I. 4 und dem am Schluß unter II geforderten Eigen-

schaften kann der Gouverneur die Vornahme einer Prüfung anordnen.

Anwärterlisten. Haben die Bewerber die vorstehenden Bedingungen erfüllt und die etwa geforderte Prüfung bestanden, so werden sie, soweit ihre Meldung, Vornennung und Annahme nicht durch das Reichskolonialamt in Berlin W. 8. Wilhelmstr. 62, erfolgt, zwecks Vornennung in eine beim Gouvernement geführte Liste eingetragen. Aber die Reihenfolge der Einberufungen entscheidet — wenn nicht das dienstliche Interesse entgegensteht — der Zeitpunkt der Eintragung in die Liste. Die Befestigung der Polizeiwachmeisterstellen erfolgt unter Berücksichtigung der unter II angegebenen Bestimmungen nach freiem Ermessen des Gouverneurs.

Disziplinar- und Unterordnungsverhältnisse. Die Angehörigen der Landespolizei sind Zivilbeamte und den für diese geltenden Disziplinarvorschriften unterworfen. Sie haben sich jedoch im Dienste unter militärischen Formen zu bewegen.

Nächst dem Gouverneur ist die Landespolizei den Bezirksamtännern und den Distriktschefs unterstellt, deren Bezirken sie überwiesen sind. Zur Überwachung der notwendigen militärischen Eigenschaften, besonders des Schieß- und Reitdienstes, sowie zur Beaufsichtigung der Bekleidung, Ausrüstung und Pferdewirtschaft sind der Landespolizei 1 Inspekteur und 5 Inspektionsoffiziere zugeteilt und ferner ein Zahlmeister für das Rechnungswesen. Zwischen den Angehörigen der Landespolizei und den Angehörigen der kaiserlichen Schutztruppen besteht keinerlei Unterordnungsverhältnis, unbeschadet jedoch der Verpflichtung, sich gegenseitig zu unterstützen.

Dienstobliegenheiten. Die weißen Angehörigen der Landespolizei sind dazu berufen, als Organe der mit der Landesverwaltung betrauten Zivilbehörden an der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit mitzuwirken, die Befolgung der zu diesem Zwecke erlassenen Befehle und Verordnungen zu überwachen sowie die Anordnungen der vorgesetzten Behörden zur Ausführung zu bringen. Sie haben die in den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der Strafprozedurordnung, den Polizeibeamten beigelegten Rechte und Pflichten.

Rechts- und Aufstellungsverhältnisse. Sämtliche für die Landesbeamten des Schutzgebietes geltenden gesetzlichen und

sonstigen Vorschriften finden, soweit nicht ausdrücklich Ausnahmen oder Abweichungen festgesetzt sind, auch auf die weißen Angehörigen der Landespolizei Anwendung. (Siehe hierzu Tesch: „Die Laufbahn der Deutschen Kolonialbeamten“, 2. Aufl., Preis 5 M. durch die Buchhandelsabteilung der „Kameradschaft“, Berlin W. 9, zu beziehen.)

Die Anstellung geschieht für die ersten vom Dienst Eintritt ab zu rechnenden sechs Monate probeweise auf jederzeitigen Widerruf, späterhin gegen Kündigung, welche für den Gouverneur und, soweit nicht eine nach Maßgabe der Anstellungsbedingungen oder der Urlaubsvorschriften übernommene Verpflichtung für eine bestimmte Dienstperiode entgegensteht, auch für den Angestellten unter Innehaltung einer dreimonatigen Frist statthaft ist. Dem Gouverneur ist vorbehalten, auch bei besonderen Gründen die Probezeit bis auf die Dauer eines Jahres zu verlängern oder von einer solchen abzusehen.

Die Ausübung des Kündigungsrechtes durch den Gouverneur hat zur Voraussetzung, daß einer der Gründe vorliegt, aus welchen das Ausscheiden eines Angehörigen der Kaiserlichen Schutztruppe vor dem Ablauf der übernommenen Dienstverpflichtung verfügt werden kann.

Solche Gründe sind:

1. Körperliche Unbrauchbarkeit, wenn die Wiederherstellung für den afrikanischen Dienst durch eine Verurlaubung nach Europa nicht erfolgt ist oder nicht in Aussicht steht;
2. Verurteilung zu einer Ehrenstrafe;
3. Ungeeignetsein des Betreffenden zur Verwendung in der Landespolizei, sobald dies durch ganz besondere und erhebliche Gründe festgestellt ist.

Die Bestimmungen über die Entlassung nach den Disziplinarvorschriften werden hierdurch nicht berührt.

Dienstlohn. Das Dienstlohn der weißen Angehörigen der Landespolizei richtet sich nach der Besoldungsordnung für die Schutzgebietsbeamten. In dieser Besoldungsordnung gehören die Polizeiergeanten zur Klasse 13 und die Polizeiwachmeister zur Klasse 12.

Die Sätze der Klasse 13 bewegen sich zwischen 3400 und 3900 M. Der Anfangssatz von 3400 M wird sofort beim Eintritt gezahlt, er erhöht sich nach $1\frac{1}{2}$ Jahren vom Ersten des folgenden Vierteljahresmonats ab um 100 M und wächst sodann weiter jährlich um je 100 M, so daß etwa $5\frac{1}{2}$ Jahre nach dem Eintritt der Höchstsatzz mit 3900 M erreicht ist.

Die Klasse 12 beginnt mit dem Satz von 3600 M, welcher jährlich um 120 M steigt bis zum Höchstsatze von 4200 M.

Neben diesem Dienstlohn erhalten sämtliche Polizeiergeanten und Polizeiwachmeister freie Wohnung zu, an deren Stelle nötigenfalls eine angemessene Mietentschädigung gewährt werden kann.

Ferner wird den Angehörigen der Landespolizei — zunächst für das Rechnungsjahr 1907 — eine Feuerungszulage gezahlt, welche bei einem Dienstlohn von über 4000 M 10 vom Hundert, bei einem Einkommen von 4000 M und darunter 15 vom Hundert dieses Einkommens beträgt.

Ausrüstung und Bekleidung. Für die einheitliche Ausrüstung und Bekleidung der Landespolizei trägt der Inspekteur die Verantwortung. Die weißen Polizisten haben sich die Bekleidung und Ausrüstung, abgesehen von der Weitausrüstung und den blanken Waffen, selbst zu beschaffen und erhalten dafür ein Bekleidungsgehalt von 350 M im ersten und von 300 M in jedem weiteren Jahre.

Ausreiseloohn. Die aus Deutschland ausreisenden Polizisten erhalten für die Reise die bestimmungsmäßigen Gebühren, die sich auf 850 M für die Person belaufen. Auch für die mit hinausreisenden Familienangehörigen werden die Reisekosten in Gestalt einer Reisebeihilfe dem Familienhaupte erstattet. Letztere beträgt für die Ehefrau etwa 400 M.

Urlaub. Jeder Angehörige der Landespolizei erhält nach einer im Schutzgebiete selbst zugebrachten Dienstperiode, welche sich auf 3 Jahre beläuft, einen Heimaturlaub von etwa 4 Monaten. Der Urlaub kann verschoben werden, wenn ein besonderes dienstliches Bedenken vorliegt, beim Mangel an geeigneter Vertretung oder wenn die Dampferverbindungen es bedingen.

Während dieses Heimaturlaubs erhalten die Verurlaubten ihre vollen Dienstbezüge, wozu in diesem Falle die Feuerungszulagen nicht rechnen.

Für die Urlaubsreise in die Heimat, und zwar sowohl für die Heimreise als auch für die Wiederausreise, wird den Verurlaubten eine Reisebeihilfe im ungefähren Betrage der Kosten einer einmaligen Reise zwischen Berlin und dem Ausfahrtsort in Südwestafrika gewährt, sie beträgt 400 M für jeden Verurlaubten. Auch für die Angehörigen der Verurlaubten wird zu demselben Zwecke eine Reisebeihilfe gezahlt, welche sich für alle mitreisenden Angehörigen zusammen auf 200 M beläuft.

Heimreisekosten. Nach beendeten Dienstverhältnis im Schutzgebiet werden die Angehörigen der Landespolizei auf Kosten des Schutzgebiets frei in die Heimat befördert. An Stelle der freien Heimbeförderung kann ihnen eine Entschädigung von 700 M gezahlt werden. Für mit heimreisende Familienmitglieder werden dieselben Beträge gezahlt wie bei der Ausreise.

Erlebtes und Erfahrenes.

Auspielungen.

Von Kam. F.W. Kay in Wolbeke.

Betreffs des Auspielens baren Geldes oder von Waren unter Vorbehalt des Rückkaufs, das ja bekanntlich unter Strafe gestellt ist, leider aber noch vielfach auf Volksfesten u. dgl. stark betrieben wird, bringe ich den Kameraden nachstehend kurz geschilderten Vorfall nebst dem hierüber ergangenen Gerichtsbeschluss vom 12. Juni 1907 zur Kenntnis.

Im September 1906 hatte ein Amtmann anlässlich der Kirmes am Sonntag und des Marktes am Dienstag drei solchen „Geschäftsinhabern“ die Erlaubnis zum Auspielen von Geld mittels Volzenschießens schriftlich erteilt. Ich machte hierauf den Amtmann auf die Unzulässigkeit und außerdem auf die vom Herrn Landrat hierüber ergangene Verfügung aufmerksam, worauf der Amtmann kurz antwortete: „Dann lassen Sie die Leute geringwertige Sachen anspielen!“ Hierauf traf ich meine Anordnungen und warnte die „Geschäftsinteressenten“, widrigenfalls ich ohne Gnade Zwangsmittel anwenden würde. Meine Warnung wurde jedoch nicht beachtet und der Betrieb begann in rastloser Tätigkeit; wenn ich zwischen den Spielern dem Treiben zusah, wurde ich sogar noch von dem Besitzer verhöhnt.

Kurz entschlossen, machte ich dem verbotenen Spiel durch polizeiliche Beschlagnahme der sogenannten Drehscheibe von 3 Schießapparaten ein Ende. Wie aus einem Runde riesen die Leute auf der Straße: „Bravo, bravo! Ich habe 3 M, ich 5, ich 2 uhm, verpielt; das ist ja eine Gaunerei!“ Die „Geschäftsliebhaber“ erhoben zwar ein großes Geschrei; da sie aber nichts mehr verkaufen konnten, nahmen sie die übrig gebliebenen Teile ihrer Apparate und zogen nach Münster, Dortmund und Cassel ab.

Das Strafverfahren mußte leider, weil aufgenommen wurde, die Leute hätten in gutem Glauben gehandelt, da sie ja auch die Erlaubnis vom Amtmann hatten, eingestellt werden. Daraufhin hat mich

alsdann der Schausteller Bergmann aus Dortmund im Zivilprozeß auf Schadenersatz verklagt; er wurde aber am 12. Juni d. Js. vom Landgericht Münster, Zivilkammer 4, abgewiesen.

Der Beschluss lautete: „Die Beweisaufnahme, insbesondere die Auskunft des Königl. Landratsamtes zu Münster vom 23. April 1907 hat nun aber ergeben, daß die Anordnung des Beklagten — die Wegnahme der Drehscheibe — keineswegs im Beschwerdewege als geschehridrig oder unzulässig aufgehoben worden ist. Die Klage ist demnach nicht gegeben und mußte abgewiesen werden.“

Für die jüngeren Kameraden, die das Treiben bei solchen Auspielungen noch nicht aus Erfahrung kennen, dürfte es von Interesse sein, das dabei in der Regel eingeschlagene Verfahren kennen zu lernen.

Einer der „Bandenführer“ erwirkt sich von der Regierung einen Wandergewerbeschein zum Handeln mit Kurz-, Krain-, Galanteriewaren usw. Dann versucht er vorerst von einem Amtmann oder Bürgermeister die Erlaubnis zum Auspielen geringwertiger Gegenstände (was ja gestattet werden kann) zu erhalten. Gelingt ihm dies, so beginnt er mit seinem Geschäft. Anstatt aber nun wirklich seine Ein- und Zweipfennigsachen auszupielen, kauft er jedesmal die Sachen zurück; denn den Spielern liegt mehr an einem Geldgewinn als an den minderwertigen Broden. Hierbei beobachtet der „Geschäftsmann“ den betreffenden Polizei- und Sicherheitsbeamten. Befürchtet sich dieser wenig oder gar nicht um sein Treiben, so versucht er das nächste Mal schon die Erlaubnis zum Auspielen von baren Geld zu erlangen, die ihm auch wieder ohne Zögern gewährt wird. Hat er auf diese Weise in seinem Erlaubnisbuch mehrere Amstempel erhalten, so versucht er es auch alsdann bei den Amtmännern größerer Ämter. Wenn diese auch erfahrener sind und auch wohl wissen, daß solche Erlaubnis zu erteilen verboten ist, lassen sie sich doch durch die Redegewandtheit solcher Leute und durch die vielen Stempel anderer Ämter verleiten, die gewünschte Erlaubnis glatt zu erteilen.

Sehr erfreulich ist es, daß die meisten Kameraden in diesem Fach Bescheid wissen und diesen „Brüdern“ ganz energisch auf die Finger sehen. Wie frisch die Leute sind, geht daraus hervor, daß ein gewisser B. aus Münster einen Amtmann in dankbarer Anerkennung für die erteilte Erlaubnis sogar noch, weil er zu wenig verdiente, verklagt hat.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unsern Sonderberichterstellern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

***Deutsches Reich. Fehlerei.** Die Feststellung, daß die Angeklagten ihres Vorteils wegen Sachen, von denen sie den Umständen nach annehmen mußten, daß sie mittels einer strafbaren Handlung erlangt waren, angekauft haben, genügt dem Gesetz; daß sie es auch tatsächlich angenommen haben, braucht nicht festgestellt zu werden. — Entsch. 2. Straff. Rg. vom 8. Mai 1906. — 2 D 922/06. — St.

Deutsches Reich. Öffentliches Argernis. Ein anstößiger Zirkus, der zwar an sich geeignet war, Argernis zu erregen, aber dem Angerufenen erst später in seiner Bedeutung klar geworden ist, kann nicht als Erzeugung öffentlichen Argernisses bestraft werden. Erforderlich ist, daß unmittelbar durch die Tat und mit ihr das Argernis eingetreten ist. — Entsch. 3. Straff. Rg. vom 21. Januar 1907. — III 1022/06. — St.

Deutsches Reich. Zuhälterei. Ausübung im Sinne des § 181 a StGB. Ein Ehemann ist als Zuhälter zu bestrafen, wenn er fortgesetzt an dem Erwerb seiner Ehefrau aus dem Unzuchtstreben Anteil nimmt, obwohl er weiß, daß der gesamte Verdienst aus dem unzüchtigen Erwerb stammt; die Strafe wird weder dadurch ausgeschlossen, daß er beschränkt arbeitsfähig ist, denn einem auch nur teilweise arbeitsfähigen Ehemann gegenüber fällt die Unterhaltungspflicht der Ehefrau (§ 1602 BGB) fort, noch auch dadurch, daß die Zuwendungen freiwillig gewährt werden. Auch die Annahme freiwilliger Zuwendungen gilt als Ausübung im Sinne des § 181 a des StGB., das heißt als bewußte Ausnutzung einer Dirne als Erwerbsquelle für den Lebensunterhalt. — Entsch. 5. Straff. Rg. vom 1. Februar 1907. — V 1184/06. — St.

II. Kammergericht.

Preußen. Fahrgeschwindigkeit der Kraftwagen auf Rotbrücken. Es ist zulässig, für das Befahren von Rotbrücken eine besondere Fahrgeschwindigkeit vorschreiben. Wenn „Schrittfahren“ durch eine öffentliche War-

nungstafel vorgeschrieben ist, gilt dies Gebot auch für Kraftfahrer. Unter Schrittfahren ist die Geschwindigkeit eines im Schritt fahrenden gewöhnlichen Wagens zu verstehen; diese Geschwindigkeit darf auch der Kraftwagen nicht übersteigen. Belanglos ist, ob eine höhere Geschwindigkeit für das Befahren von Brücken durch Oberpräsidialpolizeiverordnung allgemein festgesetzt ist; denn solche Verordnungen haben die besonderen Interessen der Erhaltung der Rotbrücke nicht zu berücksichtigen wollen. — Entsch. 1. Straff. Rg. vom 4. April 1907. — I S. 174/06. — St.

Preußen. Sittenkontrolle. Beschwerde gegen polizeiliche Verfügungen. Die sittenpolizeilichen Vorschriften sind von dem Tage der Stellung einer Frauensperson unter sittenpolizeiliche Kontrolle an zu befolgen. Die Beschwerde hat zwar aufschiebende Wirkung, aber erst von dem Zeitpunkt ihrer Anbringung. In der Zwischenzeit muß also die unter Kontrolle Gestellte zu den vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchungen erscheinen. — Entsch. 1. Straff. Rg. vom 23. April 1906. — Vb. 32 C. 69. — St.

***Preußen. Lotterieverein.** Wer lediglich aus Liebhaberei und Lust am Spiel die Gründung eines Lotterievereins übernimmt, handelt nicht gewerbsmäßig. Auf ihn ist daher das Gesetz vom 18. August 1891, betr. das Verbot des Privathandels mit Staatslotterielosen, (GS. 353) nicht anwendbar. Es bedarf auch keiner Prüfung, ob die staatliche Ernächtigung erteilt ist oder nicht.

Auch die Anwendbarkeit des § 288 StGB. ist ausgeschlossen, wenn den Teilnehmern der Spielergesellschaft nicht eine Gewinnhoffnung verkauft werden soll, sondern ein Übergang des Miteigentums an den Losen auf die einzelnen Spieler beabsichtigt und erfolgt ist. — Entsch. 1. Straff. Rg. vom 11. Oktober 1906. — I S. 746/06. — R. L.

***Preußen. Sonntagsheiligung. Wildausstragen.** Wenn durch Polizeiverordnung nicht nur mit störendem Geräusch verbundene, sondern alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten verboten sind, so ist zu prüfen, ob das Wildausstragen am Sonntag nicht eine solche öffentlich bemerkbare Arbeit ist. — Entsch. 1. Straff. Rg. vom 3. Juni 1907 in Sachen Beckmann-Viefelsfeld. —

G. v. R.

***Preußen. Verunreinigung der Flüsse.** Es handelt sich bei den §§ 43 und 50, 7 des Fischereigesetzes um ein Delikt polizeilicher Natur. Zum Tatbestande eines Polizeidelikts genügt aber Fahrlässigkeit. Es ist nicht erforderlich bewußtes rechtswidriges Verfahren. Wenn aber auf Fahrlässigkeit des Angeklagten zurückzuführen ist, daß aus seiner Imprägnieranstalt schädliche Stoffe in einen Bach gelangt sind, dann ist die Bestrafung gerechtfertigt. — Entsch. 1. Straff. KG. in Sachen Kauch-Ertler vom 20. Juni 1907. — E. v. R.

***Preußen. Verordnungspublikation.** Es folgt die Verkündung einer Polizeiverordnung in einer ganzen Reihe von Absätzen, und zwar so, daß man nicht wußte, wann die nötige Fortsetzung kommt, der Anfang der Verkündung und der Schluß durch einen größeren Zeitraum getrennt sind, dann kann man nicht annehmen, daß selbst aufmerksame Leser die Polizeiverordnung im ganzen gesehen haben. Daraus folgt, daß die Strafbestimmung nicht anwendbar ist. — Entsch. 1. Straff. KG. in Sachen Wanderingheid-Ertler vom 24. Juni 1907. — E. v. R.

***Preußen. Fischefang.** Zur Ausführung des Fischereigesetzes ist für die Provinz Pommern die königliche Verordnung vom 8. August 1887 ergangen, die im § 2 bestimmt: „Beim Fischefang in nicht geschlossenen Gewässern dürfen Krebse nicht gefangen werden, wenn sie von der Kopfspitze bis zum Schwanzende gemessen nicht mindestens 10 cm Länge haben.“ Der Einwand des Angeklagten, daß die von ihm feilgebotenen kleinen Krebse in geschlossenen Gewässern gefangen seien, verdient eine Beachtung nicht. Es dürfen auch mindermaßige Krebse, die in einem geschlossenen Gewässer gefangen worden sind, nicht feilgeboten werden. Das Gesetz will verhüten, daß untermäßige Krebse feilgeboten werden und daß dann von dem Feilbietenden gesagt werden kann, die Krebse seien in einem geschlossenen Gewässer gefangen. — Entsch. 1. Straff. KG. in Sachen Böse-Stettin vom 20. Juni 1907. — E. v. R.

***Preußen. Feuerwehrrübungen.** Es ist nicht unzulässig, Feuerwehrrübungen auf einen Sonntag anzuberaumen. Bei einer Anberaumung der Übung handelt es sich um eine Angelegenheit des öffentlichen Rechts; auf diesem Gebiete können die bezüglich der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage erlassenen Polizeiverordnungen nicht Anwendung finden. übrigens ist es auch praktisch, wenn ein-

mal Feuerwehrrübungen an einem Sonntag stattfinden, um die Mitglieder für den Fall vorzubereiten, daß ein Feuer am Sonntag ausbricht. — Entsch. 1. Straff. KG. in Sachen Mundhenke-Gronau vom 24. Juni 1907. — E. v. R.

***Preußen. Brantweinshankstättchen.** Die auf Grund der Kabinettsorder vom 7. Februar 1837 bezüglich der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage von dem Oberpräsidenten der Provinz Schlesien erlassene Polizeiverordnung bestimmt, daß an diesen Tagen Brantweinshankstättchen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes für den Verkehr geöffnet werden dürfen. Diese Verordnung ist rechtmäßig. Der Hauptgottesdienst bedarf eines besonders wirksamen Schutzes gegen Störungen; auch ist im Hinblick auf den leicht berausenden Charakter von Spirituosen und das in Brantweinshankstättchen verkehrende Publikum leicht zu befürchten, daß, wenn diese Hankstättchen nicht während des Gottesdienstes geschlossen gehalten werden, es zu Störungen des Gottesdienstes kommen kann. Allerdings sind als Brantweinshankstättchen nur solche Betriebe anzusehen, in denen ausschließlich oder überwiegend Brantwein verabfolgt wird. — Entsch. 1. Straff. KG. in Sachen Sauer-Breslau vom 20. Juni 1907. — E. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Form polizeilicher Verfügungen.** Für polizeiliche Verfügungen ist eine besondere Form im Gesetz überhaupt nicht vorgeschrieben; nur für die Androhung der Ausföhrung durch einen Dritten oder der Festsetzung von Strafen bedarf es der Schriftform. Die Polizeibehörden müssen je nach Lage der Verhältnisse oft genug unter Abhandnahme von dem Erlaß einer schriftlichen Verfügung unmittelbar tatsächlich eingreifen. Dem Beteiligten stehen hiergegen die gegen polizeiliche Verfügungen gegebenen Rechtsmittel zu. — Entsch. VIII Sen. OVG. vom 25. November 1904. — VIII 1635. — Et.

***Preußen. Beweislast bei Anfechtung polizeilicher Verfügungen.** Öffentliche Lustbarkeiten. Wer durch eine polizeiliche Verfügung betroffen ist, dem weist das Gesetz im Streitverfahren nicht die Rolle eines im Verteidigungsstande befindlichen Beklagten, sondern die Rolle des zum Angriff berufenen Klägers zu. Behauptet der Kläger, durch die Verfügung in seinen Rechten verletzt zu sein, so liegt ihm der Nachweis ob, daß die Verfügung, wenn sie auf eine namhaft

gemachte Rechtsnorm gestützt ist, nicht nur nicht in dieser, sondern überhaupt in keiner für die Beurteilung in Betracht kommenden Rechtsnorm eine Unterlage findet. Wenn also z. B. eine Lustbarkeit auf Grund einer Polizeiverordnung über die äußere Heilhaltung der Sonn- und Festtage unterjagt ist, muß der Kläger den Nachweis führen, daß weder diese Polizeiverordnung noch eine etwa bestehende über öffentliche Lustbarkeiten in Anwendung gebracht werden kann.

Eine Lustbarkeit ist, auch wenn sie von einem Verein veranstaltet wird, öffentlich, wenn eine größere Zahl Gäste nicht nur persönlich geladen, sondern auch auf den Einladungsstarten gebeten werden, ihre Angehörigen, Freunde und Bekannten mitzubringen. Dadurch, daß die geladenen Gäste ihrerseits andre Personen mitbringen können, war der Zutritt zu dem Feste einem individuell nicht begrenzten Kreise von Personen freigegeben, das Fest somit zu einem öffentlichen erklärt. *) Als „zugelassener Gast“ eines Vereins gilt nur, wer vom Verein als solchem, d. h. von seinen berufenen Organen zugelassen ist. Aber die Zulassung der von den Gästen eingeführten Personen entschied aber nicht der Vorstand, sondern das Belieben der Eingeladenen. — Entsch. I Sen. OVG. vom 5. Oktober 1906, I 1204. — PrBBl. XXVIII, 728. — St.

Sozialdemokratische Jugendvereine. Für jede von einem politischen Verein im Sinne des § 8 des Vereinsgesetzes veranstaltete Zusammenkunft besteht das Verbot der Teilnahme von Frauen, Schülern und Lehrlingen. Eine Untersuchung darüber ist daher nicht erforderlich, ob in der Versammlung politische Gegenstände hätten erörtert werden sollen. Eine Versammlung darf ferner von vornherein verboten werden, wenn feststeht, daß die Ausschließung von Frauen, Schülern und Lehrlingen von der Teilnahme an der Versammlung gar nicht beabsichtigt wird. — Entsch. OVG. vom 28. Juni 1907 in Sachen Krüger-Königsberg. — E. v. O.

***Deutsches Reich. Gewerbliche Anlagen.** In dem Verfahren auf Genehmigung gewerblicher Anlagen aus § 16 Gew.-O. werden alle möglichen polizeilichen Gesichtspunkte geprüft, auch sicherheits-, gesundheits- und feuerpolizeiliche. Zur Anordnung der bei der Genehmigung zu stellenden Bedingungen ist die Polizeibehörde nicht

zuständig, sondern ausschließlich die genehmigende Behörde. Selbstverständlich kann aber die Polizeibehörde, falls die von der genehmigenden Behörde gestellten Bedingungen und Auflagen nicht erfüllt werden, abgesehen von der strafrechtlichen Anzeige bei dem Richter die Wegschaffung der genehmigungswidrigen Anlagen fordern, wenn die Bedingungen nicht noch nachträglich erfüllt werden. Sie muß sich aber im Rahmen der Genehmigungsbedingungen halten, darf keine selbständigen Auflagen machen. — Entsch. OVG. vom 13. Juni 1907 in Sachen Wilhelm-Stralsund. E. v. O.

Preußen. Polizeistunde. Eine Verschiebung der einmal festgesetzten Polizeistunde auf eine frühere Stunde darf nicht aus allgemeinen Erwägungen erfolgen. Wenn durch Polizeiverordnung der Polizeibehörde ein Ermessen gegeben werde, die Polizeistunde festzusetzen, so liegt das doch anders, als wenn eine einmal festgesetzte Polizeistunde verändert werden soll. Eine solche Verkürzung ist nur möglich, wenn in jedem Einzelfalle bestimmte Tatsachen — objektiv polizeiliche Momente — vorliegen, auf Grund deren die Verfügung ergeht. Hiernach ist es nicht angängig, für Lokale, die mit einer an eine frühere Polizeistunde gebundenen Destillation verbunden sind, aus der allgemeinen Versorgung eine frühere Schlußstunde anzuordnen, daß diese Verbindung von Schankwirtschaft und Destillation durch ihr nahestehendes Nebeneinanderliegen im selben Hause Gästen der Destillation die Möglichkeit gebe, nach Eintritt der Polizeistunde der Destillation in die Restauration hinzübergehen. Eine solche Möglichkeit reicht für die Verkürzung der Polizeistunde nicht aus. — Entsch. I. Sen. OVG. vom 8. Juli 1907 in Sachen der Schankwirte Brocks, Schulz, Vajohr und Gen. in Königsberg gegen den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen. — St.

IV. Sächsisches Oberverwaltungsgericht.

Deutsches Reich. Kinderfräulein und Krankenversicherung. Das Reichsversicherungsamt und die Rechtsprechung rechnen zu den Dienstboten nur die zu niederen häuslichen Diensten angenommenen Personen. Personen, die zur Wartung und Pflege namentlich kleinerer Kinder angenommen werden und deren Tätigkeit sich in der körperlichen Fürsorge für die Kinder in der Hauptsache erschöpft (Kinder-mädchen) werden zwar im gewöhnlichen Leben und auch vom Reichsversicherungs-

*) Sgl. Entsch. OVG. XXXV, 440

amt zu den Dienstboten gerechnet. Ob das gleiche von den Kinderfräuleins oder Kinderpflegerinnen zu gelten hat, hängt von der Art ihrer Dienstleistungen, ihrer Vorbildung und ihrer Stellung im Haushalt der Dienstherrschaft ab. Hat das Kinderfräulein in der den besseren Kreisen angehörenden Familie Familienanschluss, nimmt es an den Mahlzeiten teil, ist auch ein GefindeDienstbuch weder verlangt noch vorgelegt, dann gehört das Kinderfräulein nicht zu den häuslichen Dienstboten und ist nicht berechtigt, der Dienstbotenkrankenkasse als freiwilliges Mitglied beizutreten. — Entsch. Schf. OLG. vom 23. August 1905. — Reger XXVI, 227. — St.

V. Oberlandesgericht Braunschweig.

Deutsches Reich. Polizeiaufsicht. Die Polizeibehörde darf die Polizeiaufsicht erst dann anordnen, wenn das Urteil, das ihre Zulässigkeit auspricht, rechtskräftig geworden ist. — Entsch. Straff. OLG. Braunschw. vom 15. Mai 1906. — 2. L. 13/06. — St.

VI. Oberlandesgericht Raumburg.

Deutsches Reich. Verfolgung von Privatklagen. Die zurückgenommene Privatklage darf laut § 432 StrPO. nicht von neuem erhoben werden. Dies bezieht sich aber nur auf solche Privatklagen, die mit dem Verzichtswillen zurückgezogen sind, nicht auf solche, die bei einem unzuständigen Gericht angebracht und nur dieses Versehens wegen zurückgezogen wurden. Der unzuständige Richter hatte von Amts wegen seine Unzuständigkeit auszusprechen, ohne daß dadurch die weitere Strafverfolgung berührt wird. — Entsch. Straff. OLG. Raumburg vom 8. Juni 1907. — St.

VII. Landgericht Breslau.

Deutsches Reich. Strafantrag der amtlichen Vorgesetzten. Der Chef einer Behörde (Polizeipräsident) ist nicht berechtigt, die ihm nach § 196 StGB zustehende Antragsbefugnis allgemein auf einen ihm unterstellten Beamten (Chef der Kriminalabteilung) zu übertragen, weil der Gesetzgeber gerade beabsichtigt habe, den Chef in jedem einzelnen Falle zur Prüfung der Sachlage und zur eigenen Entscheidung, ob ein Strafantrag erforderlich sei, zu veranlassen. Das Reichsgericht hat zwar den Chef für berechtigt erklärt, die ihm obliegenden Geschäfte einem Vertreter zu übertragen, wenn es sich um materielle Interessen handelt. Bei Verleumdungen kommt aber ein angeblicher Angriff auf die Ehre der Beamten in

Frage. Da ist eine solche Vertretung ausgeschlossen. — Entsch. II Straff. OLG. Breslau vom 12. Juli 1907 gegen Karl Mache in Breslau. — St.

VIII. Schöffengericht Kirdorf.

Preußen. Kraftfahrzeuge; Belästigung durch übertriebene Dämpfe. Wer aus einem polizeilich abgenommenen Kraftwagen übertriebene und die Vorübergehenden belästigende Dämpfe entweichen läßt, kann dieshalb nicht bestraft werden. Die Polizei kann die Mängel des Fahrzeuges, die sie selbst durch die Abnahme gewissermaßen gutgegeben hat, nicht rügen. — Entsch. Schf. Kirdorf vom 15. Juli 1907 gegen den Chauffeur Bruno Schneider-Berlin. — St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Automaten auf Bahnhöfen. In Übereinstimmung mit der von uns auf Seite 107 des „Wendarm“, Jahrg. 5, veröffentlichten Entscheidung des Kammergerichts vom 12. November 1906 haben die zuständigen preussischen Minister unter dem 30. Mai 1907 verfügt, daß die selbsttätigen Verkaufsapparate auf den Bahnhöfen einströmen allgemein ohne Rücksicht auf ihre Lage vor oder hinter der Bahnsteigpforte als von der Gewerbeordnung nach § 6 des Gesetzes ausgenommen, insonderheit als den Bestimmungen über Sonntagsruhe und Ladenschluß nicht unterworfen angesehen werden dürfen.

Sittenpolizei. Um die Wirkungen des von uns kürzlich*) veröffentlichten dänischen Sittenpolizeigesetzes und die etwaige Wertbarkeit seiner Vorschriften für preussisch-deutsche Verhältnisse kennen zu lernen, hat sich eine Studienkommission, bestehend aus dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Raubach, dem Regierungsrat Dr. Lindenau und dem Geheimen Obermedizinalrat Dr. Kirchner, nach Kopenhagen begeben.

Banderarbeitsstättengesetz. Die am 10. Juli 1907 ausgegebene Nr. 30 der Preuss. GS. veröffentlicht das auf Anregung des Abg. Pastors v. Bodelschwingh erlassene Banderarbeitsstättengesetz vom 29. Juni 1907. Das Gesetz bezweckt eine umfassende Fürsorge für die Ritter der Landtruppe. Seine wohlthätigen Wirkungen, so hofft man, werden die Landstreicherei und Bettelerei einschränken; es wird dann allen Beamten der Polizei- und Sicherheitsdienstes eine willkommene Unterstützung gewähren.

Uninformierte Schutzmänner erhält die Gemeinde Bornstedt bei Potsdam für den Sicherheitsdienst. Das Kommando steht unter einem Schutzmännswachmeister. Im übrigen

*) „Der Wendarm“, Jahrg. 5, S. 77.

behält der Amtsvorsteher die polizeilichen Befugnisse.

Sozialdemokratisches. Böse Erfahrungen hat man den Dtsch. Soz. Blätt. zufolge in London mit sozialdemokratischen Armenpflegern gemacht. Von 10 Angeklagten wurden durch das Kriminalgericht 9 bis zu zwei Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Die Verhandlungen haben in ganz England das größte Aufsehen erregt. Ein Korruptionsherd wurde enthüllt, wie er in solchem Umfang seinesgleichen auf Erden sucht. Die Beamtenstellen des Arbeitshauses wurden ganz offen gekauft und wieder verkauft. Beamte ließen sich bestechen, Freunde anzustellen, daß sie diesen gewisse Prozente von ihren Gehältern abgeben durften. Bücher wurden gefälscht, Kontrakte auf unlautere Weise abgeschlossen, Submissionsofferten heimlich geöffnet und preisgegeben. Ein Kohlenhändler zahlte den Beamten große Summen; dafür durfte er Kohlen in schlechteren Qualitäten als angegeben und zu minderwertigen liefern. Eine klägliche Rolle spielten die Angeklagten während der Verhandlung. Jeder suchte sich dadurch rein zu waschen, daß er seine Genossen anklagte. Der Leiter dieser Bande suchte sich damit auszurechen, daß er sagte, er sei ein armer Mann und „könne nicht Tag für Tag zugunsten anderer Leute ohne jede Vergütung herumlaufen.“

Wegen Beleidigung der Polizeibeamten Weisenstein, Meier und Klein in Marxloh wurde von der Strafkammer des Landgerichts Duisburg der Schriftleiter der Rieberheinschen Arbeiterzeitung, Stefan Heiß, zu 300 M Geldstrafe verurteilt. Sein Wahrheitsbeweis war völlig mißlungen. Der Staatsanwalt sah sich daher veranlaßt, den 23jährigen Angeklagten etwa mit folgenden Worten zu zeichnen: Dieser Mensch mit seiner Volksausbildung, so ein junger Bursche, der noch keine Erfahrung besitzt, setzt sich „auf den verantwortlichen Sitz“ eines Redakteurs und schreibt in unsern lieben deutschen Vaterlande hämische Artikel gegen unsere Potizei und erschwert dieser ihren Stand!

Personalveränderungen.

v. Gladiß, Major in der 3. Gend.-Brig., der Charakter als Oberstleutnant verliehen.

Führ. v. Friesen, Major in der 3. Gend.-Brig., mit der Aussicht auf Anstellung im Zivildienst und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Rür.-Regts. von Trielen (Westf.) Nr. 4 der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt.

v. Machui, Major a. D. und Bezirksoffizier beim Landw.-Bezirk Neufalg a. O., von dieser Stellung entbunden und als Major in der 3. Gend.-Brig. angestellt.

Führ. v. Lühow, Hauptmann und Komp.-Chef im 2. Lothring. Inf.-Regt. Nr. 131, in Genehmigung seines Abschiedsbegehrens mit der gesetzlichen Pension und der Aussicht auf An-

stellung in der Gendarmerie zur Disp. gestellt und zum Bezirksoffizier beim Landw.-Bezirk Diederhosen ernannt.

Flügge, pens. Oberwachmeister, bisher in der 3. Gend.-Brig.,

Guse, pens. Oberwachmeister, bisher in der Gend.-Brig. in Eßhof-Lothringen, der Charakter als Leutnant verliehen.

Durch Verfügung des Herrn Chefs der Landgendarmerie v. 6. d. Mts. ist die Erlaubnis zur Anlegung des silbernen Portepees am Offiziersäbel erteilt worden:

1. Brigade.

b. B. Grunert in Grünlinde, b. B. Kapust in Liefelschen, b. B. Reikische in Dirmitten b. Alenstein, b. B. Bauast in Kraupfischen.

2. Brigade.

b. B. Rothe in Königl. Cudtzig, b. B. Rahmow in Bergen, b. B. Hagenow in Kallies, Fz. Bachhoff in Rörchen.

3. Brigade.

b. B. Jähme in Beeth (Marx), b. B. Henning in Jerrentin a. M., b. B. Schutz Vil in Guben, b. B. Bahnermann in Catau, b. B. Harms in Königs-Busternhausen, b. B. Schmidt IV in Jantoch, b. B. Benket in Vorchagen-Rummelsburg I, b. B. Röntop in Adlershof, b. B. Schein in Schützenhof b. Schwalbe, Fz. Roeste in Behlenhof (Bannseebahn), Fz. Böhm in Steglitz.

4. Brigade.

b. B. Stegmann in Kropfstadt, b. B. Jasse in Wobitz, Fz. Leibe in Jiversgehofen.

5. Brigade.

b. B. Borowski in Dufchul, b. B. Sobrowski in Witatowen, b. B. Rowad in Stenkeowo, b. B. Kallweit in Rontowarsk.

6. Brigade.

b. B. Staguha in Deinrichau, Fz. Breslau, b. B. Gottlieb in Gellenhof, Fz. Renner II in Jellowa, Fz. Rother I in Gnosdel, b. B. Jabrge, b. B. Schenkendorf in Gonerwerda, b. B. Deese in Gnadenwalde, b. B. Reimann in Gr.-Paniow, Nr. Jabrge.

7. Brigade.

b. B. Risse in Hobeck, Fz. Rührberger in Vergkirchen, Fz. Loth in Gelohe, b. B. Feder V in Satzlothen, b. B. Wolfram in Nietberg.

8. Brigade.

b. B. Veipmann in Hammerseth, b. B. Lemke I in Zell, b. B. Schwarzer in Selsed, b. B. Sattler in Altenessen, b. B. Splittorf in Camp, b. B. Lemke II in Hochstrach, b. B. Rtinge in Cleve, b. B. Lange III in Hoch-Emmerich, Fz. Lange IV in Belbert.

9. Brigade.

b. B. Schoenwald in Schutau b. Bedel (Gothl.).

10. Brigade.

Fz. Uech in Gnarenburg, Fz. Lehnhausen in Duingen, Nr. Welf, Fz. Wentzien in Jähr b. Vegerad, b. B. Degener in Pantensbüttel.

11. Brigade.

H. Roberich in Birges, H. Frey in Oberwellmar.

12. Brigade.

b. W. Maurischat in Märk.-Friedland.

Consigne Veränderungen.

1. Brigade.

b. G. a. Pr. Reubum, Reutkirch, Ostpr., tritt Ende Juli 07 zur Truppe zurück.

3. Brigade.

b. G. a. Pr. Kopperichmidt, Liebenau, R.-M., tritt Ende Juli 07 zur Truppe zurück.

6. Brigade.

H. a. Pr. Gachbarth, Distriktp. b. Vorf. werl, O.-S., tritt Ende Juli 07 z. Truppe zur.

7. Brigade.

b. G. a. Pr. Arhn, Dortmund, tritt Ende Juli 07 z. Truppe zurück. — b. G. a. Pr. Steinbach, Borchorst, tritt Ende Juli 07 z. Truppe zurück. — H. Beder I, Heeren, zum 1. 9. 07 pensioniert.

8. Brigade.

H. a. Pr. u. Orig. - Schreiber Wilton, Coblenz, tritt Ende Juli 07 z. Truppe zurück. — H. B. Pforth, Alftaden, am 1. 8. 07 ohne Geh. beurl. — H. B. Stein, Runkirchen, Kr. Kergig, am 1. 8. 07 ohne Geh. beurl.

10. Brigade.

b. W. Helmbrecht, Dahlenburg, am 1. 7. 07 nach Gartow vers. — b. G. a. Pr. Buchholz, Dabstet, am 1. 7. 07 nach Langen, Wg. Bremen, vers. — H. W. Dinske III, Derberg a. Harz, am 1. 2. 07 ohne Geh. beurl. als Totwächter beim Reg. Salzamt Schönebeck a. d. Elbe, scheidet am 1. 8. 07 aus. — H. B. Bonath, Mellenbort, Wg. Hann., am 1. 8. 07 ohne Geh. beurlaubt, scheidet am 1. 8. 07 aus.

11. Brigade.

b. W. Loß, Oberlaufenen, zum 1. 8. 07 ohne Geh. beurl. — H. B. Brose, Lamsberg, am 1. 7. 07 nach Hedderheim umstationiert. — H. B. Dinges, Rastätten, am 15. 7. 07 nach Alftaden lndrt. — H. B. Weigel, Bromelkirchen, am 30. 6. 07 zum überz. Wizefeldwebel befördert. — H. Egert, Jesberg, am 30. 6. 07 zum überz. Wizefeldwebel befördert.

Brigade Elb.-Lothringen.

b. W. Jahn I, Hochfelben, wird am 1. 8. 07 nach Wommenheim (El.) vers. — b. W. Freutel, Hochfelben, wird am 1. 8. 07 nach Wommenheim (El.) vers. — H. B. Westhausen, Marlich, ist bis auf weiteres nach Drei-Ehren (Ober-El.) lndrt. — H. B. John II, Thann (El.), am 16. 7. 07 ohne Geh. beurlaubt.

Ehrentafel.

Kamrad Leutnant Flügel.

Am 6. Mai 1850 in Wfingberg, Kreis Templin, als Sohn des damaligen Gutspächters Albert Flügel geboren, trat Kam. Flügel am 15. Oktober 1869 als Dreijährig - Freiwilliger bei der 2. reitenden Batterie Pommerischen Jätkartillerie - Regiments Nr. 2 in Gory a. O. ein und machte als Kanonier den Feldzug

1870/71 mit. Er nahm an den Schlachten von Gravelotte und Champagne sowie an den Belagerungen von Metz und Paris teil und erhielt im Januar 1871 das Eisene Kreuz 2. Klasse. Nachdem er im Mai 1872 zum Unteroffizier, im Januar 1878 zum Sergeant und im Dezember 1878 zum Wizewachmeister befördert worden war, trat er am 1. Januar 1880 zur Gendarmerie über. In Wfingnow und in Schilberg, Wg. Posen, stationiert, wurde er



am 1. Mai 1889 als interim. Kreiswachmeister nach Gostyn herangezogen, am 1. November 1889 als solcher bestätigt und am 1. April 1890 zum Oberwachmeister befördert. Am 1. April 1900 erfolgte seine Verlegung nach Reutomsfel und am 1. Juli 1907 seine Pensionierung. An Orden und Ehrenzeichen besitzt Kam. Leutnant Flügel das Eisene Kreuz 2. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen, die Kriegsgedenkmünze 1870/71, die Erinnerungsmedaille und die Dienstauszeichnung 1. Klasse.

Nach einer Gesamtdienstzeit von 38 Jahren in den Ruhestand getreten ist Kamrad Fußgendarmerie - Wachtmeister Sander I in Göttingen.

Kam. Sander wurde am 12. März 1847 zu Dörpel, Kr. Diepholz in Hannover, geboren und am 2. Januar 1869 bei der 12. Kompanie 3. Hannoverischen Infanterie - Regiments Nr. 79 in Einber. eingestellt. Am 1. Oktober 1869 zum Gefreiten ernannt, am 27. August 1870 zum Unteroffizier, am 5. März 1875 zum Sergeant und am 29. September 1878 zum Wizefeldwebel befördert, trat er am 1. November 1878 zur Gendarmerie über und wurde in Wölmarshausen, Landkreis Göttingen, stationiert. Am 1. August 1884 erfolgte dann seine Verlegung nach Göttingen, wo er bis zu seiner am 1. Mai 1907 erfolgten Pensionierung verblieb.

Kam. Sander hat den Feldzug 1870/71 gegen Frankreich mitgemacht und an 6 Schlachten und 16 Gefechten teilgenommen. Am 27. Dezember 1870 bei einem Rekognoszierungs-

Kommando von Vendôme über Montoire gegen Tours unter Führung des Oberleutnants von Vollenstern durch eine Chassepotkugel am rechten Oberschenkel schwer verwundet, fiel er in seinem hilflosen Zustande in Feindeshand. Vom Böbel geraubt, wurde er nach dem Kloster zu Voitiers gebracht, wofolbst er bis zum 5. März 1871 in ärztlicher Behandlung war. Sodann wurde er zusammen mit noch 1800 deutschen Gefangenen in Tours ausgeliefert und traf am 16. März 1871 in Hildesheim beim Ersatzbataillon ein.

An Orden und Ehrenzeichen besitzt Kam. Sander das Eiserne Kreuz 2. Klasse, die Kriegsbentmünze 1870/71, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsmedaille, das Allgemeine Ehrenzeichen und das Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen; letzteres ist ihm laut A. R. O. vom 22. Juni 1907 verliehen worden.

Gingefandt.

Die verehrte Schriftleitung bitte ich höflichst, nachstehende Zeilen veröffentlichen zu wollen. Ich hoffe, daß mancher Kamerad mir beistimmen wird.

Wiederholt hat unsere uns so lieb gewordene Zeitschrift „Der Gendarm“ über Abschiedsfeiern berichtet, die zu Ehren von pensionierten Kameraden veranstaltet wurden; auch Tageszeitungen haben derartige Notizen gebracht.

Ich bin vollkommen damit einverstanden, daß unsere alten Kameraden, die so viele Jahre lang die Würde und Ehre ihres verantwortungsvollen Dienstes getragen, bei ihrem Übertritt in den wohlverdienten Ruhestand in hervorragender Weise geehrt werden, und weiß es hochzufügen, wenn an solchen Festlichkeiten neben den Kameraden des Veritits auch die Herren Militär- und Zivilvorgesetzten des scheidenden Kameraden sowie Bürger des betreffenden Ortes teilnehmen.

Welchen Zweck hat aber die ausführliche Schilderung des Verlaufs solcher Festlichkeiten in den Tageszeitungen? Weshalb sollen Leute, die gar kein Interesse daran haben, erfahren, welches Geschenk die Kameraden dem Scheidenden zum Andenken gewidmet haben? Wird durch solche eingehenden Schilderungen, die womöglich noch übertreiben und dem Scheidenden Kameraden in handgreiflicher Weise schmeicheln, die diesem zugebante Ehre etwa gemehrt?

Vorgelagt bitten wir um Erhöhung unseres Einkommens, seit Jahren ist auch die der Gendarmerei wohlgesinnte Presse bemüht, uns in diesen Bestrebungen zu unterstützen, und im preußischen Abgeordnetenhaus wird anerkannt, daß die Verhältnisse der Gendarmerte Verbesserung bedürftig sind und insbesondere unsere Gehälter nicht ausreichen. Bringen nun verschiedene Tageszeitungen Berichte über Festlichkeiten der Gendarmen und über kostbare Geschenke, die von Gendarmen ihren scheidenden Kameraden gestiftet sind, so müssen schließlich die maßgebenden Stellen zu der Ansicht kommen, daß unsere Verhältnisse gar nicht so schlecht,

wie behauptet wird, sein können, da sie uns derartige, nicht unbedingt notwendige Ausgaben gestatten.

Auch ich bin durchaus dafür, daß dem scheidenden Kameraden, bevor er die Uniform endgültig auszieht, Gelegenheit gegeben wird, gemeinsam mit den ihm nahestehenden bisherigen Verusgenossen, mit alten Waffengeführten und lieben Freunden noch einmal die heiteren, aber auch trüben Stunden, die unser Verus nun einmal mit sich bringt, zu durchleben. Die Erinnerung an dieses letzte Beisammensein wird ihn in den Ruhestand begleiten und er wird davon in seinen Ruhestunden zehren. Sie wird um so nachhaltiger in ihm wirken, je aufrichtiger und je herzlicher die ihm entgegengebrachten Gefühle sind. Gegönnt wird ihm diese Freier aber nur von den alten und jungen Kameraden. Andere Personen können nicht mitfühlen, was uns bewegt, da sie kein Verständnis dafür haben; ja, ein großer Teil, namentlich die Leser der der Gendarmerte nicht günstigen Presse — und leider sind das sehr viele — wird sich über uns lustig machen und sich absfällig über unsere schöne Freier äußern.

Dann das Stiften von Abschiedsgeschenken! Nicht darauf kommt es an, daß das Geschenk einen möglichst hohen Wert hat, sondern darauf, daß es gern und von Herzen gegeben wird. Ein einfaches Album mit den Bildern der Kameraden und kurze, aber ehrliche handschriftliche Widmung ist doch wirklich das schönste Geschenk, das man dem Scheidenden mitgeben kann.

Bringen aber die Tageszeitungen Berichte über solche Abschiedsfeiern und die dabei gestifteten Geschenke, so sucht schließlich jeder Veritt den anderen dadurch zu übertrumpfen, daß er ein womöglich noch wertvolleres Geschenk macht, und zwar nur, weil man es gebührt sehen will. Zuletzt artet dann die Sache aus und es werden an den Geldbeutel der einzelnen Kameraden Anforderungen gestellt, die unsere Verhältnisse übersteigen. Es werden die Beiträge zwar hergegeben, aber nicht gern, sondern mit heimlichem Murren. So verfehlt das Abschiedsgeschenk, das doch freudig und von Herzen gegeben werden soll, seinen Zweck.

Ich bin überzeugt, es wird manchem Kameraden, der ein teures Geschenk erhalten hat, peinlich sein, sich sagen zu müssen: „Hierzu haben auch Kameraden beigetragen, denen ein so hoher Beitrag wegen ihrer zahlreichen Familie, wegen Krankheiten in derselben usw. Opfer verurachte.“ Ein in besseren Verhältnissen lebender Kamerad kann ja außer seinem Beitrag zu dem vom Veritt gestifteten Geschenk noch ein persönliches Geschenk machen.

Ich bitte, daß diese aufrichtigen Worte eines alten Gendarmen, der ihre Wahrheit selbst erfahren hat, nicht mißverstanden, sondern so aufgefaßt werden, wie sie gemeint sind.

Mit kameradchaftlichem Gruß

Her. Gend. Wachtm. E. in E.

Artikelschau.

Polizei und Rechtspflege. Von Amtsgerichtsrat Lieber, Witten. — Dtsch. Jur.-Ztg. XII, 757. —

Verfasser nimmt für die Gerichte auf Grund der §§ 158—160, 163 Str. O. das durch Polizeiverordnungen nicht einschließbare Recht — entspringend aus ihrer gesetzlichen Pflicht zum Einschreiten — in Anspruch, auf polizeilich geletzten Begleitenden bei Gefahr im Verzuge die erforderlichen Untersuchungsmaßnahmen unbehindert durchzuführen. Amtsbehandlungen des Richters können nach § 306, 10 StGB keine Strafenhandlungen darstellen; sie sind als Gelegenheitshandlungen straflos. Gegenüber dem richterlichen Einschreiten ist die polizeiliche Sperrung Wirkunglos. Ein Polizeibeamter, der es gewagt hätte, den Richter durch Gewalt oder Drohung zu hindern, hätte sich nach § 114 StGB, Strafe zugezogen, es sei denn, daß er sich mit Erfolg auf mangelhafte Anweisung durch seine Dienstbehörde berufen könnte.

Bücherschau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Wie wandere ich nach deutschen Kolonien aus? Ratgeber für Auswanderungslustige von Dr. Oskar Bongard. Berlin, Wilhelm Süsserott. Preis 60 Pf.

In übersichtlicher, sachkundiger Form gibt diese Schrift Auskunft über die Aussichten für den Auswanderer in allen unseren Kolonien, wie er sich auszurüsten hat, was er drüben braucht, wie er Land erwirbt usw.

Das Wilbern, dessen verschiedene Arten und wirksame Befämpfung von Raoul Ritter von Dombrowski. Verlag des Hubertus in Göttingen i. A. Preis brosch. 3 M.

Auch der Nichtjäger wird sich beim Lesen dieses Buches eine Vorstellung machen können, auf welche verschiedenen Arten das Wilbern betrieben wird und auf was alles zu achten ist, um hinter die Schliche des Gesinbels zu kommen. Der Gendarm dürfte aus diesem Buch manche Anregung schöpfen. Die angegebenen Jagdgelege sind mehr für Österreich maßgebend.

Auskunftst.

Kam. G. W. M. in D. Gemeinsame Dienstverrichtungen mehrerer Gendarmen. Die Ziffer 182 der DB. sagt klar, daß bei gemeinsamen Dienstverrichtungen mehrerer Gendarmen der Dienstälteste die Verantwortung trägt. Wenn dieser Dienstälteste aber nach DB. Ziffer 137 oder 188 b ohne Befehl, also aus eigener Entschliebung außerhalb seines Dienstbezirks bei der Dienstverrichtung Hilfe leistet, so wird er sich selbstverständlich nur so lange beteiligen, als seine Hilfeleistung tatsächlich nötig ist. Es werden z. B. Anzeigen wegen gemeinschaftlich gegen die beteiligten Gendarmen begangenen Widerstandes im Hinblick auf DB. Ziffer 187 ff. von dem Dienstältesten zu erlassen sein, da er hier persönlich beteiligt ist. Dies gilt auch hinsichtlich der Anzeigen über gemeinschaftlich ausgeführte Festnahmen. Dagegen kann der Dienstälteste

den Transport und die Ablieferung der festgenommenen Personen dem zuständigen Bezirksgendarmen überlassen, wenn dieser einer Hilfe hierzu nicht mehr bedarf. Solange aber der Gendarm als Dienstältester Hilfe leistet, übernimmt er auch stets die Verantwortung für die gemeinschaftlich ausgeführten Diensthandlungen. Hinsichtlich der Anzeige ist auch DB. Anlage 1, Ziffer 23 zu beachten.

Rr. 90. — 3.

Kam. G. T. in D. Übertritt zur preussischen Landgendarmarie. Ihre Übernahme als berittener Gendarm der preussischen Landgendarmarie aus der sächsischen Gendarmarie ist nicht angängig, da bestimmungsmäßig nur Unteroffiziere aus den unter preussischer Verwaltung stehenden Kontingenten des Reichsheeres und aus der kaiserlichen Marine zur Anstellung gelangen dürfen.

Rr. 115. — 2.

Kam. G. W. L. in S. Nächtliche Unterbringungen in Privaträumen. Wir können Ihren Ausführungen im allgemeinen nur vollkommen beistimmen. Wenn eine Privatgesellschaft in einem befriedeten Privatgarten nächtlicherweile durch Singen und lautes Sprechen ruhestörenden Lärm verursacht, der die Nachbarn veranlaßt, sich zu beschweren und den Gendarmen um Abhilfe zu bitten, so ist der Gendarm berechtigt, das höfliche, aber dringende Ersuchen an den Gastgeber und die Gäste zu richten, sich ruhig zu verhalten. Er ist aber auf Grund dieses Sachverhalts weder verpflichtet noch berechtigt, in das befriedete Vestibulum gewaltsam einzudringen und unter Anwendung von Zwangsmitteln Ruhe zu schaffen. Ziffern 144/47 DB. beschränken diese Befugnis auf solche Fälle, in denen ein **dringendes öffentliches Interesse** oder **gegenwärtige Gefahr** für Leben, Gesundheit oder Eigentum vorliegt. Das würde aber nur dann zutreffen, wenn **besondere Verhältnisse** (z. B. die Nachbarschaft eines Krankenhauses oder einer einzelnen lebensgefährlich erkrankten Person) vorlägen. Im allgemeinen muß die Anzeige des Gendarmen genügen. Dazu kommt noch, daß die strafbare Handlung zur Nachtzeit begangen wurde und daher die weiteren Einschränkungen der Ziffer 147 Abs. 2 der DB. zutreffen. Bestände wirklich eine gegenwärtige ernstliche Gefahr für Leben oder Gesundheit einer schwer kranken Person, so ließe sich das Eindringen auch zur Nachtzeit äußerstenfalls durch **Notwehr** rechtfertigen; denn der ruhestörende Lärm stellte alsdann einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff gegen die Gesundheit dieser Person dar.

Rr. 62. — 2. B.

An G. S. in Br. Ideal- oder RealKonkurrenz. Wenn durch dieselben Personen eine Schlägerei (Körperverletzung) begangen und ruhestörender Lärm (durch Föhlen, Schreien) erregt wird, dann liegt nicht, wie Sie annehmen, Idealkonkurrenz im Sinne des § 73 StGB., sondern Real konkurrenz vor. Es werden

nicht durch dieselbe Handlung, sondern durch zwei verschiedene zwei Strafgelege verlegt. Die Mißthörung wird ebensowenig durch die ausgetheilten Schläge begangen wie die Körperverletzung durch das Zöhlen und Schreien. Es kann also in einem besonderen Verlaufe die Übertretung der Mißthörung bestraft werden, da auch § 74 StGB., der nur von dem Zusammentreffen von Verbrechen und Vergehen handelt, keine Anwendung findet. Der Satz in dem Polizeihandbuch des Staatsanwalts v. Wulffen zu § 73 StGB.: „Rechtskräftige Strafbefehle und rechtskräftige polizeiliche Strafv Verfügungen aber schließen Beurteilung wegen derselben Handlung nach schwererem Strafgeley nicht aus“, bedeutet, daß wenn durch ein und dieselbe Handlung zwei Strafgelege übertreten sind, die Strafverfolgung wegen Verletzung des schwereren Strafgesetzes auch dann noch erfolgen kann, wenn zuerst nur wegen Verletzung des milderen Gesetzes Strafe erfolgt ist. Es ist also z. B. möglich, einen Menschen, der wegen einer Schlägerei eine Strafv Verfügung wegen groben Unfugs erhalten und bezahlt hat, in einem besonderen Verfahren wegen Körperverletzung zu bestrafen, wenn nachträglich deshalb Strafantrag gestellt wird. Rr. 116 — t.

An G. A. B. Kriegervereinsbegünstigt. Die bestätigten Kriegervereine haben nach § 13 der Allerh. Kab.O. vom 22. Februar 1842 — MBl. 97 — betr. die Bildung von Vereinen ehemaliger Krieger zum militärischen Begünstigten verstorbenen Kameraden, das Recht, jedes Leichenbegängnis unter Begleitung eines Musikcorps abzuhalten. Einer polizeilichen Erlaubnis bedürfen sie hierzu nicht. Es genügt nach § 6 der Kab.O. die vorherige Anmeldung bei der Polizeibehörde, die an Garnisonorten ihrerseits dem im Orte konstant wohnenden Offizier Mitteilung zu machen hat. Die Polizeibehörde hat allerdings das Recht, alle ihr zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit nötig erscheinenden Anordnungen zu treffen. Rr. 75 a — n.

An G. W. W. in Fl. 1. Mietvertragskündigung. Die Kündigungsfrist gibt nur den letzten Zeitpunkt an, zu dem eine Kündigung erfolgen kann. Selbstverständlich kann jeder der vertragschließenden Teile auch schon viel früher, auch schon vor Beziehen der Wohnung von seinem Kündigungsrecht Gebrauch machen. § 565 BGB. sagt dies durch das Wort „spätestens“ deutlich genug; sonst hätte es heißen müssen: „nur“.

2. Mängel der Mietwohnung. Wenn sich während des Mietverhältnisses Mängel zeigen, die die Tauglichkeit der Wohnung aufheben oder mindern, dann ist der Mieter nach §§ 537, 538 BGB. berechtigt, entweder für die Dauer der Untauglichkeit die Zahlung des Mietzinses zu verweigern, für die Dauer der verminderten Tauglichkeit eine entsprechende Kürzung des Mietzinses vorzunehmen, oder er kann, wenn der Vermieter mit der Beseitigung des Mangels in Verzug gerät, Schadenersatz wegen Nichterfüllung fordern. Er kann auch

bei Verzug des Vermieters den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen.

Sie haben also ganz richtig gehandelt, daß Sie den Wirt aufforderten, die Stube, durch deren Fede es einregnete, binnen 8 Tagen auszubessern, widrigenfalls Sie selbst sie auf seine Kosten ausbessern lassen würden. Wird diese Frist nicht eingehalten, dann können Sie ohne weiteres einen Handwerker annehmen, der die Ausbesserung besorgt. Dessen Rechnung können Sie von dem Wirt erstattet verlangen. Weigert sich der Wirt, die Rechnung zu bezahlen, dann haben Sie ihn beim Amtsgericht zu verklagen. Einen Sachverständigen brauchen Sie nicht vorher zuzuziehen. Der Handwerker ist ja außerdem Sachverständiger. Rr. 77 — e.

Kam. G. W. Br. in N. Sonntagsthe in Handelsgewerbe. Es ist zu unterscheiden zwischen dem Handelsverkehr in offenen festen Verkaufsstellen und auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten sowie von Haus zu Haus. Für die offenen festen Verkaufsstellen kommen die Bestimmungen des § 105 b Abs. 2 der Gewerbeordnung und der Ziffern 127—137 der Ausf.-Anm. vom 1. Mai 1907, für den Straßenhandel (sowohl für Händlergewerbetreibende als für ortsbewässige Händler) die des § 55 a GO. und der Ziffer 138 der Ausf.-Anm. zur Anwendung. Der Regelhandel auf den Straßen und von Haus zu Haus kann von den unteren Verwaltungsbehörden danach gestattet werden für die Frühstunden bis zum Beginn des Hauptgottesdienstes, sonst nur für öffentliche Feste, Truppenaufmärschen oder sonstige außergewöhnliche Gelegenheiten sowie für solche Ortschaften, in welchen an Sonntagen regelmäßig durch Fremdenbesuch ein gesteigerter Verkehr stattfindet. Ist eine solche Zulassung des Straßenhandels nicht bekannt gemacht, dann muß Bestrafung aus § 146 a GO. erfolgen. Rr. 140 a — b.

Kam. F. W. G. in W. Geschlossene Gesellschaft. Für den Begriff der geschlossenen Gesellschaft genügt es nicht, daß eine Veranstaltung von einem Verein (einer Filiale eines größeren Verbandes) ausgeht; es ist auch erforderlich, daß die Veranstaltung auf die Mitglieder dieses Vereins, (dieser Filiale) und eine im Verhältnis zur Mitgliederzahl nicht unverhältnismäßig große Zahl eingeladener oder eingeführter Gäste beschränkt bleibt. Daß auch eine Filiale eines gewerkschaftlichen Arbeiterverbandes ein geschlossenes Tanzvergnügen veranstalten kann, ist zweifellos. Rr. 171. — c.

Kam. F. W. K. in B. B. Vorräus-schank. Wer neben dem Bier- und Weinabschank nur zum Vorräus-schank besetzt ist, darf Rum, Bral, Slogal und die gewöhnlicheren Arten von Branntwein nicht ausschänken. Was alles als Vorräus anzusehen ist, ist nach Landesgebrauch zu beurteilen. Wir würden Aquavitt, Rordhäuser und ähnliche Schnäpse nicht zu Vorräus rechnen. Rr. 149 a — t.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“, — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Jagen i. B.
Nr. 9. Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerschbach zu Berlin. 1907/08.

Der Anschaffungswert des Polizeihundes.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

Kein Sportzüchter betreibt seine Zucht des Gelderwerbes wegen. Wir haben schon, daß er dabei schlecht seine Rechnung fände; aber verkaufen muß er, um einen Teil seiner Kosten erstattet zu erhalten. Wer ist in der Lage, die fortwährenden großen Ausgaben zu tragen, ohne wenigstens teilweisen Ersatz zu erhalten? Gerade die erfolgreichsten unserer Züchter, die Kleinzüchter, sind dazu wohl am wenigsten in der Lage. Wenn nun aber der Züchter die schlechtesten seiner Zuchtprodukte, also die weitaus große Mehrzahl, weit unter Preis abgeben muß, da ist es doch wohl ganz in der Ordnung, daß er für die besseren Tiere, die kleine Minderzahl, einen Preis erhält, der in bescheidenen Grenzen, je nach Qualität der Tiere, ihren Verstellungspreis überschreitet, zumal diese Tiere für den Käufer ja auch wirklich wertvoller sind, ihm durch Ausstellungszuschüsse, Nachzucht usw. seine Ausgaben wieder einbringen. Wenn daher für solche wirklich guten Tiere, Tiere, wie unter hundert und mehr Welpen vielleicht nur einer sich findet, Preise von mehreren 100 M je nach Qualität gefordert werden, wer wollte nach vorstehendem behaupten, daß das Luxuspreise seien?

Im vorhergehenden haben wir uns nur mit dem rohen Hund beschäftigt, gesehen, daß auch für nicht gerade erstklassige Tiere ein Preis von etwa 30 M für Welpen, 60 bis 100 M für $\frac{1}{2}$ — $\frac{3}{4}$ jährige Tiere, 150 M und mehr je nach Qualität für bessere Tiere nicht Luxuspreise, sondern durchaus angemessene billige Vergütungen sind. Werden von dem gesuchten Tier vom Käufer besondere Eigenschaften verlangt, so ist es wohl selbstverständlich, daß dafür auch eine angemessene Vergütung zu zahlen ist, daß z. B. auch für einen im Äußeren nicht erstklassigen Hund, von dem aber Garantie für Schärfe, Wachsamkeit usw. verlangt wird, ein höherer Preis zu zahlen ist — also doch mindestens der volle Selbstkostenpreis — als für dasselbe Tier ohne diese Garantie zu zahlen wäre. Selbstverständlich ist auch etwaige Dressur des Tieres besonders zu vergüten. Wenn dressierten Hunde möchte ich einen Unter-

schied machen, ob man einen fertig dressierten Hund kauft, oder ob man ein Tier, das man in Besitz hat, einem Dresseur zur Ausbildung übergibt.

Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert! Die Dressur eines Hundes zum Polizeidienst ist keine leichte Arbeit und erfordert, wie mir alle unsere fleißigen Dressoure bestätigen werden, viel Geduld, viel Zeit, viel Mühe und Arbeit. Monatelang muß sich der Dresseur Tag für Tag mehrere Stunden mit dem Schüler beschäftigen. Auf Spaziergängen so nebenbei läßt sich die Dressurarbeit nicht erledigen, wie mancher glauben mag. Darf nun der gewissenhafte Dresseur nicht Ersatz für seine Mühe, die geopferte Zeit fordern? Umso mehr da durch seine Arbeit ja der Wert des Hundes erheblich wächst, da er selbst ferner auch selbst Kosten durch die Pflege und Unterbringung des Tieres, Anschaffung von Dressurbüchern, Dressurhilfsmitteln hat. Ist für diese keineswegs leichte, monatelang täglich mehrere Stunden in Anspruch nehmende Arbeit eine Vergütung von 60 bis 100 M, wie sie heute meist gefordert wird, zuviel gefordert? Ich denke, jeder Tagelöhner hätte für dieselbe Zeit weit mehr Lohn zu fordern, als hier der Dresseur für seine geistig sehr anstrengende Leistung erhält.

Fertig dressierte Polizeihunde, die wirklich Brauchbares leisten, kosten heute 150 bis 400 M und mehr. Wer einen eigenen Hund zum Dressur gibt, muß das Risiko tragen, daß der Hund nicht einschlägt und alle Kosten umsonst ausgegeben werden. Die Kosten sind deshalb nicht geringer und der Dresseur hatte gerade mit diesem Zögling vielleicht mehr Arbeit als mit einem talentvolleren Schüler. Wer einen fertig dressierten Hund kauft, hat dieses Risiko nicht; er kann sich bei Vorführung des Tieres von dessen Leistungen überzeugen. Wie viele Hunde aber werden auch beim besten Dresseur niemals das, was von ihnen erwartet wurde. Es ist daher wohl ganz in der Ordnung, daß die Preise dressierter Hunde je nach Qualität und Leistung sich ändern. Säge, wie ich sie vorstehend angab, sind keine Luxuspreise.

Ich hoffe, daß meine Ausführungen dazu beitragen, in der behandelten Frage einigermaßen Klarheit zu schaffen. Daß die angegebenen Kostensätze nicht überall

gleich sein können, ist klar; auf dem Lande ist manches umsonst zu haben, was in der Stadt teuer bezahlt werden muß, und umgekehrt manches dem Städter leicht erreichbar, was auf dem Lande entbehrt werden muß. Das aber glaube ich doch, daß unsere Leser jetzt einsehen werden, wie unverständlich es ist, zu glauben, mehr als 20 bis 40 M dürften für einen einjährigen abgeführten Hund nicht gezahlt werden.

K.

Dienstantweisung

für diejenigen Beamten, welchen die Verwendung von Polizeihunden im Dienst gestattet ist. *)

§ 1.

Auf Antrag kann Polizeibeamten zu ihrem persönlichen Schutz und zur Förderung der öffentlichen Sicherheit die Verwendung von Polizeihunden gestattet werden. Die Genehmigung erfolgt schriftlich durch den Polizeichef, nachdem der Beamte (sfr. § 2) seine praktische Befähigung zur Führung eines Hundes nachgewiesen hat.

§ 2.

Zur Verwendung im Dienst dürfen Hunde erst nach Abschluß einer planmäßigen Dressur gelangen. Befußt Feststellung der Brauchbarkeit sind Hunde nach beendeter Dressur dem Polizeieinspektor oder dem Polizeikommissar vorzuführen, auf deren Verichte hin von dem Polizeichef Entscheidung getroffen wird.

Hunde müssen so dressiert sein, daß sie nur auf besonderen Befehl des Führers in Tätigkeit treten und jedem Abruf unbedingt Folge leisten. Im besonderen werden nachstehende Anforderungen an die Brauchbarkeit eines Polizeihundes gestellt:

- a) Leinenführigkeit,
- b) Folgen frei am Fuß,
- c) Ablegen frei und zur Bewachung eines Gegenstandes,
- d) Apportieren, auch aus dem Wasser,
- e) Springen mindestens 1,50 m hoch,
- f) Lautgeben auf Befehl,
- g) Schutzfestigkeit,
- h) Mevieren und Verbellen,
- i) Verfolgen, Stellen und Lautgeben,
- k) nicht ohne Befehl lassen,
- l) Verteidigen des Führers.

§ 3.

Der Hund soll keinesfalls als Waffe dienen. Ohne Verantwortung nach § 306, 6 RStrGB darf der Hund im Dienst erst verwendet werden, wenn der Beamte mit seiner Waffe einen Widerstand nicht zu brechen oder einen Angriff nicht mit Erfolg abzuwehren vermag. Wesentlich soll der Polizeihund Verwendung finden:

1. zur persönlichen Sicherung des Beamten, namentlich bei nächtlichen Patrouillengängen,
2. zum Auffpähen, Einholen und Festhalten von Personen befußt Festnahme auf frischer Tat.

*) Wir veröffentlichen heute diese Dienstantweisung, welche von der kgl. Regierung genehmigt ist, nachdem die vorher Bedenken, wie sie in Nr. 2 angeführt sind, getragen hatte. In Nr. 8 v. 21. VII. 08 brachten wir die Dienstantweisung von Langensfeld.

Insbefondere soll die Aufgabe eines Polizeihundes dahin gehen:

1. auf Vorkommnisse und Gefahren, die dem Auge und Ohr des Menschen entgehen, aufmerksam zu machen,

2. unübersichtliche Örtlichkeiten sowie Schlupfwinkel abzusuchen,

3. die Kräfte des Beamten vornehmlich auch bei Hilfeleistungen, z. B. Rettung Ertrinkender, zu verstärken.

Bei der Verwendung der Hunde haben sich die Beamten stets gegenwärtig zu halten, daß sie für jeden Schaden verantwortlich sind, der auf fehlerhafte Führung und pflichtwidrige Verwendung zurückführt. Bei willkürlicher, unschriftsmäßiger Verwendung eines Hundes überschreitet der Beamte seine Befugnisse und kann sich dadurch sogar strafbar machen.

§ 4.

Die Hunde haben im Dienst in der Regel einen Weiskorb zu tragen und sind angeleint zu führen.

§ 5.

Ist der Hund während des Dienstes in Tätigkeit getreten, so ist hiervon in jedem Einzelfalle Meldung zu machen. Sind durch die Verwendung des Hundes Personen oder Sachen zu Schaden gekommen, hat insbesondere der Hund gebissen, so hat der Beamte eine eingehende Darstellung des Sachverhalts zu geben, damit seitens des Vorgesetzten unverzüglich eine vollständige Feststellung des Tatbestandes veranlaßt werden kann.

§ 6.

Die ständige Aufsicht über die Verwendung der Hunde im Dienst wird dem Polizeikommissar übertragen, welcher sich auch wöchentlich einmal die Hunde zwecks Prüfung, ob sie dauernd in Dressur bleiben, vorführen zu lassen hat.

Der Kommissar führt auf Grund der Meldungen der Polizeihundsführer ein Tagebuch über die Tätigkeit der Hunde.

Im übrigen haben die Beamten den vom Kommissar getroffenen Anordnungen ohne Verzug nachzukommen.

Brandenburg a. S.

Die Polizeiverwaltung.

Dressurkniffe.

Wasserarbeit. Schon vierzehn Tage versuchte ich, einer deutschen Schäferhündin das Apportieren der ausgestopften Puppe aus dem Rhein beizubringen; aber alle Mühe war vergebens. Die Hündin sprang auf meinen Wink flott in den Fluß, schwamm an die Puppe heran, kam aber stets ohne dieselbe zurück. Holzstücke usw., welche ich in den Strom warf, brachte sie mir tabellos; doch an die Puppe ging sie nicht heran.

Durch diese tägliche Übung hatte die Puppe den Kopf verloren; zum Ersatz nahm ich eine frische, mit Luft gefüllte Schweinsblase, umwickelte diese mit Sackleinen und befestigte sie als Kopf. Der Schaden war beseitigt und die gewöhnliche Übung konnte wieder beginnen. Ich lasse also die Puppe wieder in den Rhein werfen und die Hündin nachspringen. Dieselbe schwimmt an die Puppe heran, riecht am Kopf, faßt den-

selben und bringt so den ausgestopften Mann aus Land.

Hier hatte ich nun Erfolg und Mißerfolg. Die Hündin sollte den Strohmann bringen und brachte ihn auch; aber sie durfte nicht den Kopf lassen und tat dies doch. Trotzdem ließ ich die Hündin noch einige Male den Strohmann aus dem Rhein apportieren, was sie stets durch Anpöden des Kopfes tat.

Den anderen Tag nahm ich die Schweinsblase weg und steckte sie in einen Arm der Buppe. den Kopf aber füllte ich mit Korken und Stroh aus. Jetzt wieder mit dem ausgestopften Mann in den Rhein und wieder die Hündin zum Apportieren geschickt! Diese schwimmt an den Mann heran, riecht an dem Kopf, dann an den Beinen, bis sie zuletzt unter das Wasser fährt, den Arm ansieht, in welchen ich die Blase ge-

Die Straßenerziehung des Hundes.

Die Straßenerziehung der Hunde läßt im allgemeinen sehr viel zu wünschen übrig. Selten sieht man einen zur Begleitung richtig gezogenen Hund; denn die weitaus größte Mehrzahl unserer Hundebesitzer begnügt sich damit, daß der Hund die zu begleitende Person nicht verliert und nicht etwa gegen deren Willen nach Hause läuft. Deshalb sollen an dieser Stelle einige Winke gegeben werden, wie man sich einen guten Straßengeleithund ohne große Mühe heranziehen kann.

Als Grundregel muß aufgestellt werden, daß ein Hund, welcher nicht auf Ruf oder Pfiff hört, niemals ohne Leine auf die Straße kommt.



Dobermanpinscher **Tuxel v. d. Saar.** Bez.: Genl. a. D. Rgl. Pol. Kom. West, Kallstadt.

steckt hatte, und so den Strohmann aus Land bringt. Der Arm mit der Blase hatte sich bei den Hineinwerfen in das Wasser gerade auf die untere Seite gedreht, so daß der Hund tauchen mußte, um die dort versteckte Blase zu fassen.

Eine volle Woche holte nun die Hündin täglich 10 bis 15 mal diese Buppe und immer faßte das Tier den Arm, in welchem die Blase angebracht war. Ich ließ dann eine neue Buppe anfertigen, bei der ich die Blase nicht mehr benutzte, und seit drei Tagen arbeitet die Hündin vorzüglich, indem sie stets den richtigen Armgriff gebraucht.

So hatte ich durch Zufall ein Mittel gefunden, meiner Hündin diese schwierige Dressurübung — Retten eines Menschen aus dem Wasser — tadellos beizubringen.

Freitach,
Polizeiergeant, Oberlahnstein.

Hat man sich davon überzeugt, daß der Hund in allen Punkten folgsam ist, so betrete man mit ihm die Straße, indem man ihn links neben sich, zum mindestens jedoch hinter sich hat. Von dort lasse man ihn unter allen Umständen nicht weglaufen! Man wählt zuerst nicht belebte Straßen und Wege; folgt er dort leidlich, so versuche man es in belebteren Straßen. Sobald der Hund den Versuch macht, seinen angewiesenen Platz zu verlassen, verwarne man ihn und warte nicht, bis er sich entfernt hat. Ist es trotz aller Vorsicht dem Hund gelungen, sich von seinem Platz zu entfernen, dann bleibe man stehen, rufe den Hund herbei und weise ihn zurück auf seinen Platz. Unter keinen Umständen gehe man weiter, ohne daß der Hund am Fuß ist. In kurzer Zeit wird der Hund gemerkt haben, was er soll, und folgt unwillkürlich am Fuß.

Konnt man nun jemand in den Besitz eines älteren Hundes, welcher nicht am Fuß folgt, oftmals auch noch recht unangenehme Umgebungen hat wie das Umherschmüffeln an allen Ecken

und Enden, Anfahren anderer ihm begegnender Hunde oder sogar Anbellen von Personen, dann verfähre man recht vorsichtig und vermeide besonders das Schlagen; denn man kann damit nur erreichen, daß der Hund handscheu und somit wertlos wird. Lassen die vorerwähnten Litigenden sich nicht durch Verwarnungen abgewöhnen, dann greife man zur langen Leine mit Würgelsband! Sobald der Hund jetzt seinen Plag unwillkürlich verläßt, bleibt man stehen, zieht ihn mittels der Leine schleunigst mit energischem Zug ruckweise heran, weist ihn auf seinen Plag und geht dann weiter. Auf diese Weise bekommt man den störrischsten Hund in die Hand.

Die meisten Hundebesitzer machen auch den Fehler, daß sie dem Hund seinen Auslauf auf der Straße geben; dies muß selbstredend ausgeschlossen sein. Entweder läßt man schon vor dem Ausgang den Hund auf dem Hof auslaufen oder man geht mit ihm an einen Ort, wo er sich auslaufen kann. Auf Kommando „vorwärts“ muß der Hund seinen Plag am Fuß durch Vorlaufen verlassen und auf Kommando „hierher zurück“ wieder einnehmen.

Oberlahnstein, im März 1907.

Breitbach, Polizeisergeant.

Fragetafeln.

Ich besitze einen 10 Monat alten Dobermannpinscher (Hüden), welchen ich als Polizeihund anlerne. Dem Hund kann ich im Freien keinen Appell beibringen. Wie ist dieses am leichtesten möglich? Um etwas sehr kleinen Dressurraum hat der Hund einen vorzüglichen Appell. Auch sonst ist er sehr gelehrt. Pol. Sergt. G. in C.

Polizeihunde im Dienst.

Der Schäferhund „Luchs v. Stiefel“, der vom Polizeisergeanten Breitbach, Oberlahnstein, ausgebildet wird, brachte am 11. 6. 07 ein durchgehendes Pferd zum Stehen, indem er diesem mit aller Energie mehrere Male gegen die Brust sprang. Dadurch wurde auf der belebten Straße Unglück verhütet. — Ein neues Arbeitsfeld des Polizeihundes!

In Banne ist man mit den beiden seit Jahresfrist eingestellten Polizeihunden sehr zufrieden, da sie schon öfter mit Erfolg tätig waren. Der Polizeihund Orthmar verteidigte am 27. März seinen Führer gegen einen Arrestanten, der dem Beamten Widerstand entgegensetzte, derart energisch, daß der Angreifer von weiterem Widerstand abließ. Am 8. April nachts entstand auf der Bahnstation eine Schlägerei, wobei ein Bahnbeamter einen tiefen Messerstich erhielt. Als die requirierte Polizeipatrouille erschien, ergriff der Täter die Flucht. Der Polizeihund Orthmar wurde dem Messerhelden nachgefand und stellte denselben. Ohne den Hund wäre der Täter sicher unerkannt entkommen. Am 12. Mai machten sich zwei Vergewaltiger in einem Restaurant der Bechprellerei schuldig. „Fritz“, der Pittolo, ließ den beiden nach und machte unterwegs der Patrouille

Meldung. Diese nahm mit dem Hunde die Verfolgung der Täter durch die König- und Auguststraße auf und der Hund stellte einen der Ausreißer. Am 26. Mai morgens hörte eine Patrouille von der Parkstraße aus auf der Bahnhofstraße eine Fensterische klirren. Als sie auf die Bahnhofstraße kam, sah sie noch gerade drei Personen um die Ecke in die Wilhelmstraße laufen. Nachdem festgestellt war, daß eine Schaufensterscheibe mit einem Plasterstein eingeschlagen worden war, wurde der Polizeihund Orthmar auf die Spur der Täter gesetzt. Einen der Ausreißer sah Orthmar gerade in dem Augenblick, als er über eine Gartenheide setzen wollte. Kaum hatten die Beamten den Namen des Verursachers festgestellt, als auch Orthmar wieder Lärm schlug; er hatte nämlich den Augenblick benutzt und die beiden anderen Kumpans im Neubau des Feuerwehrgerätehauses, worin sich dieselben verborgen hielten, aufgespürt und gefasst. Ohne den Hund wären die Täter nicht ermittelt worden. Der zweite Hund „Bianka“ hatte wenig Gelegenheit zur „Arbeit“. Derselbe stellte am 7. April einen nächtlichen Ruhestörer, welcher die Flucht ergriffen hatte, auf freiem Felde vor der Parkstraße, einen weiteren am 22. April auf der Bahnhofstraße.

Hundepflege.

Petroleum als Heilmittel bei Hunden?

Da ich einmal damit böse Erfahrungen an einer mir sehr lieben Foxterrierhündin gemacht habe, schreibt ein Genigier in „Zwinger und Feld“, möchte ich nicht verfehlen, diese zum besten unserer Hundefreunde bekannt zu geben. Vorausgeschickt muß ich, daß mein Petroleum sogenanntes reines Brennpetroleum war. Es war im Jahre 1897, als ich eine la. Foxterrierhündin mein eigen nannte, und um das Tier von einer Menge Flöhe zu befreien, die sie während meiner Abwesenheit irgenbwao aufgesessen hatte, besprigte ich sie einigemal mit Petroleum aus einer ganz dünn zerstäubenden Blumenspraye. Die Flöhe verschwanden sofort, aber nach einigen Besprigungen, die ich auch wegen weniger haarlosen Stellen, welche mir etwas räuberdechtig schienen, fortsetzte, lag eines Morgens die arme Tiertz tot in ihrer Hütte. Meine Trauer um das Tier war groß, noch größer aber waren meine Selbstvorwürfe — und sind sie noch, wenn ich an den armen Hund denke — als mir gesagt wurde: Petroleum-einreibungen sind sehr schädlich für Hunde; sie bekommen danach acute Nierenentzündung. Dies möchte ich zur Vorsicht mitgeteilt haben.

Allerlei.

Herr Kgl. Pol. Kom. Rost in Rastatt-Burbach stellt seinen Dobermannrüden Zurel v. d. Saar den Polizeibeamten, welche die Nachzucht zu Polizeihunden ausbilden wollen, zum Deden frei. Zurel ist ein schneidiger, intelligenter Rüde, der eine hervorragende Nase besitzt. Auf Ausstellungen wurde er in offenen Klassen bei stärkster Konkurrenz hoch prämiert.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 9.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Unser Karten- und Planwesen.

Von Oberfeuerwerker Bente-Verlin.

VIII.

Anfertigung eines Krolis.

Es ist äußerst schwierig, für diese Arbeit bindende Regeln aufzustellen, da die Verhältnisse an Ort und Stelle sowie die verschiedenen Ansichten der Aufnehmer oft eine Abweichung in der Reihenfolge der Einzelarbeiten bedingen werden. Die folgenden Hinweise sollen deshalb auch nur kurz den Gang der Arbeit unter gewöhnlichen Verhältnissen darstellen und besonders dem Anfänger eine zweckmäßige Einteilung der Arbeit vor Augen führen. Eine Abweichung davon wird so lange einwandfrei bleiben, als sich der in Nr. 7 des „Gendarm“ gegebene Grundsatz für die Anfertigung eines Krolis erreichen läßt.

Zum ungestörten Fortgang der Arbeit ist folgendes Material notwendig: 1 Bleistift (nicht zu weich), 1 Lineal oder Dreieck, 1 Zeichenunterlage (Deckel einer größeren Zigarrentüte), 1 Zirkel, Papier (Zeichenpapier oder quadriertes Kropfpapier), Stabergummi, Stednadeln, 1 Transporteur aus Papier oder Metall, 1 Maßstab aus Holz (etwa 20 mm lang mit Millimeterteilung), 3—4 Holzstäbe (etwa 2 m lang), 1 Meßband, wenn die Genauigkeit der Arbeit es fordert und die verfügbare Zeit seine Anwendung zuläßt, Zinte oder Tusche und 1 Zeichensfeder mit Halter, wenn das Auszeichnen des Krolis in Zinte oder Tusche erfolgen soll.

Bevor mit der eigentlichen Arbeit begonnen wird, ist ein Transversalmastab in dem gegebenen oder in dem unter Berücksichtigung der Papiergröße selbst ermittelten Verjüngungsverhältnis anzufertigen. Bei Benutzung eines Meßbandes muß dies in Metern (m), bei Festimmung der Entfernungen durch Abstreiten in Schritt (X) erfolgen. Daß bei der Anfertigung des Maßstabes besondere Sorgfalt angewendet werden muß, ergibt sich daraus, daß derselbe die Grundlage für die Richtigkeit des Krolis bildet. Es ist zweckmäßig, diesen Maßstab auf einem besonderen, möglichst festen Stück Papier (Kartonpapier) anzufertigen, weil durch das viele Abgreifen und durch das Arbeiten im Freien die Teilung meist so leidet, daß eine Benutzung des Maßstabes nach der Fertigstellung des Krolis nicht mehr möglich ist. Vor der Anfertigung eines Schrittmaßstabes muß die eigene Schrittlänge festgestellt werden. Hierzu schreitet man auf einer Chaussee die Entfernung zwischen 2 Nummersteinen (100 m) mehrmals ab und nimmt aus der verschiedenen Anzahl der Schritte das Mittel.

Beispiel: Auf 100 m werden im Mittel $120 \times$ gemacht; $100 \times$ ergeben dann

$$\frac{100 \times 120}{120} = \frac{500}{6} = 83\frac{1}{3} \text{ m. Diese } 83\frac{1}{3} \text{ m}$$

werden durch die Einrichtung des Transversalmastabes in 100 Teile geteilt und jeder Teil entspricht dann einem Schritt (X) in der Verjüngung.

Benutzt man bei der Arbeit einen Transporteur aus Papier, so klebt man ihn und den angefertigten Maßstab am besten auf die Rückseite der Zeichenunterlage, so daß die Verbindungslinie von 0° und 180° gleichlaufend mit einer Seite der Unterlage ist.

So vorbereitet, begibt man sich in das zu kartierende Gelände und stellt bei einem Rundgang die besonderen Eigenschaften sowie die Lage und Größe des aufzunehmenden Geländestückes fest. Hierdurch gewinnt man einen Anhalt für den Ausgangspunkt und den weiteren Verlauf der Arbeit.

Jetzt werden möglichst gerade und lange Linien des Grundrisses (Eisenbahnen, Chausseen, Kanäle usw.) ausgewählt und auf das auf der Zeichenunterlage befestigte und nach Norden orientierte Blatt Papier ihrer Lage in der Natur entsprechend gezeichnet. Die Orientierung des Papiers nach Norden erfolgt durch einen Kompaß oder auf eine andere von den in Nr. 8 des „Gendarm“ erwähnten Arten. Das richtige Austragen solcher geraden Linien geschieht am einfachsten in der Weise, daß man das nach Norden orientierte Zeichenblatt über eine scharf erkennbare Linie in der Natur (Eisenbahnschiene, Chausseerand) hält und durch 2 Stednadeln bei unänderter Stellung der Zeichenunterlage die Richtung dieser Linie auf dem Zeichenblatt ausstricht. Nach Verbindung der so gewonnenen beiden Punkte hat man die Linie entsprechend ihrer natürlichen Lage aufgetragen. Einwandfrei wird sich diese Arbeit nur ausführen lassen, wenn die Zeichenunterlage in irgend einer Weise unterstützt wird. Ein Stein an der Chaussee oder ein Pfahl am Bahndamm wird daher wesentlichen Dienste bei dieser Arbeit leisten.

An die so gewonnene Stand- oder Grundlinie trägt man jetzt eine zweite Linie des Grundrisses (Baun, einmündender Weg, Kirchhofsmauer usw.) unter dem der Natur entsprechenden Horizontalwinkel an. Hierzu stellt man sich im Schnittpunkt beider Linien auf, orientiert das Zeichenblatt nach Norden und bestimmt die Richtung der zweiten Linie durch Einvisieren von 2 Stednadeln in die Richtung der Naturlinie. Man kann auch mit dem Transporteur die Größe des Winkels, welchen die zweite Linie mit der Standlinie bildet, bestimmen und diesen dann an die Standlinie antragen. Hierzu wird beim Transporteur eine Stednadel an die auf der Verbindungslinie 0° — 180° angebrachte Marke zur Bezeichnung des Mittelpunktles eingesteckt; eine zweite Nadel wird bei „ 0° “ eingesteckt. Diese beiden Nadeln

werden jetzt in die Richtung der Standlinie einvisiert. In die Richtung „Nadel im Mittelpunkt und zweite Naturlinie“ visiert man jetzt bei unveränderter Stellung der Zeichenunterlage eine dritte Nadel ein und steckt sie an der Peripherie des Transportsiers fest. Zwischen 0° und dieser Nadel ist die Größe des Winkels alsdann direkt abzulesen.

Der so gewonnene Schnittpunkt bildet den Ausgangspunkt für die Aufnahme. Empfehlenswert ist es, von hier sowie auch von allen später sicher bestimmten Punkten bei orientiertem Zeichenblatt recht viele Richtungslinien nach markanten Punkten im Gelände (Scharsteine, Brücken, Haus- und Bauneden, scharfe Begebiegungen usw.) zu ziehen. Von dem Schnittpunkt ausgehend, zählt man jetzt nacheinander auf der Standlinie und den Richtungslinien die Schritte oder mißt die Entfernungen mit dem Meßband und zeichnet alles an Grundriß ein, was sich rechts und links davon befindet. Sooft es notwendig wird, muß man sich zu diesen auf dem Zeichenblatt festgelegten Richtungen Schnittpunkten in der vorerwähnten Weise bestimmen. Besonders wird dies dann erfolgen müssen, wenn es sich um das Festlegen vieler ein- und auspringender Ecken handelt, wie dies z. B. bei Ortschaften und Gehöften der Fall sein wird.

Bietet das zu kartierende Gelände keinen Grundriß, der zu einer Standlinie benutzt werden kann, so muß man sich eine solche mit Stäben aufstellen; dies wird auch mit einer zweiten Linie, welche die Standlinie schneiden soll, der Fall sein müssen. Vorteilhaft ist es, diese Linien recht lang auszustrecken. Unter Benutzung des Transportsiers errichtet man auf diesen Linien überall Senkrechte, so daß die wichtigen Punkte des Grundrißes (Bauneden, Begebiegungen, einzelne Bäume usw.) treffen. Auf diese Weise gewinnt man dann ebenfalls, wenn auch etwas zeitraubender, eine Anzahl von Linien, welche das Gerippe für das Skizzenbild und Gewähr für seine Richtigkeit bieten.

So fährt man in der einen oder anderen Art fort, bis der gesamte Grundriß eingezeichnet ist. Bei richtiger Festlegung des Grundrißes wird man auch leicht Anhaltspunkte für die Lage der Bodenformen erhalten. Die richtige Darstellung derselben erfordert recht viel Geduld, Übung und Sorgfalt. Man geht hierzu von einer der für die Aufnahme des Grundrißes bestimmten Linien aus und legt zu dieser die allgemeine Richtung der Bodenformation fest. Zu der so gewonnenen Hauptrichtung bestimmt man die Richtung der Rücken- und Muldenlinien und zeichnet die Formlinien, nach Augenmaß geschätzt, ein. Genauere Anhalte über die Höhenunterschiede gewinnt man durch Visieren über die Enden der Holzstäbe, die dann aber gleich lang (etwa 2 m) sein müssen. Die Schichthöhen, welche durch die Formlinien dargestellt werden, werden beliebig, aber untereinander gleich gewählt.

Die Arbeit im Gelände kann als beendet angesehen werden, wenn alles, was im Bereich des Auftrages liegt, aufgenommen ist. Das Ausbessern der Arbeit, die Anfertigung eines Linearmaststabs und das Beschreiben — voraus-

gesetzt, daß die hierzu notwendigen Grundlagen an Ort und Stelle notiert sind — kann zu Hause erfolgen. Die Skizze muß nach Norden orientiert lesbar sein. Bei Wegen und Eisenbahnen muß angegeben werden, woher sie kommen und wohin sie führen, und außerdem die Entfernung von und nach den betreffenden Orten. Hierbei muß die Skizze von links nach rechts lesbar sein. Bei Wegen usw., welche von Norden nach Süden oder umgekehrt führen, muß dies der Fall sein, wenn man das Zeichenblatt um $\frac{1}{4}$ dreht, so daß der Westrand des Blattes nach Norden kommt. Ein Pfeil, welcher die Fluhrichtung angibt, darf bei einem fließenden Gewässer ebensowenig fehlen wie Höhenzahlen zur Angabe der geschätzten Höhen bei Bodenformen.

Nachdem die Erläuterungen auf dem Zeichenblatt vermerkt sind und dieses mit dem Datum der Anfertigung und dem Namen des Aufnehmers versehen ist, kann die Ablieferung erfolgen. Über äußere Ausstattung eines Skizzenblatts usw. wird ein Muster in der nächsten Nummer des „Gendarm“ Ausfunft geben.

Rechtssprüche.

Erziehest du dein Kind nicht gut,

Der Richter nimmt's aus deiner Gut.

Das Warmbischlaggericht kann insbesondere anordnen, daß das Kind zum Zwecke der Erziehung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungsanstalt oder in einer Besserungsanstalt untergebracht wird.

R. 100, § 166.

(Dr. Loh: Neue deutsche Rechtsprüche.)

In Todesnot ist der Dorfschulze Richter.

In Lebensgefahr ist der Schulze Rotor.

Man soll desorgen, daß der Erbschöner früher sterben werde, als die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder einem Notar möglich ist, so kann er das Testament vor dem Richter der Gemeinde, in der er sich aufhält, oder dem Vorsteher eines Gasthauses machen.

R. 100, § 240.

(Dr. Loh: Neue deutsche Rechtsprüche.)

Verwaltungskunde.

Unterstaatssekretäre sind die Stellvertreter der Minister in Behinderungsfällen, außer in denjenigen Obliegenheiten, mit denen verfassungsmäßig die Übernahme einer politischen Verantwortung verbunden ist. Sie sind in der Regel zugleich Leiter einer Ministerialabteilung und haben den Geschäftsgang im Ministerium zu überwachen.

(von Willers Handwörterbuch der Verwaltungskunde.)

Auflösung der Rätselkreise aus Nr. 8.

Lösung des Silberkreises:

Zweiter Kreis:

Lösung des Rasterkreises:

a) Arm, Dom, Vier, Adel, Bamber, Alt, Stern, Adel, Kiste.

b) Arm, Edom, Leiter, Gabel, Bamber, Lott, Alter, Nadel,

Bohle.

Gelend.

Lösung des Rasterkreises:

Die Hand.

Lösung des Kreuzkreises:

Na	se
Ha	gel
Rie	men

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 10. — 17. August 1907. — Seite 218/242. — 5. Jahrgang.

August						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

Herausgeber:
Robert Werbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, C. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. S. S.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

September						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30					

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Behörden wird die Zeitschrift am Jahresschluss aus-
gegeben geliefert.

Briefe und sonstige Erhebungen sind stets zu richten an die
Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr Mk. 1,50.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die Spaltenzeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Die Überweisung an die Landespolizei- behörde und die Ausweisung	219
Befragen und Zeugen	221
Sittenpolizeiliches	222
Zur Kriminalstatistik (mit Tabelle)	225
Jugendfürsorge	225
Trunksoldatenbehandlung	225
Knabenbrandstiftungen	225
Wach- und Schließgesellschaften	226
Alkohol und Zurechnungsfähigkeit	226
Verkehr mit Kraftfahrzeugen	227

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	227
II. Kammergericht	238
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	239
Polizeibericht	239
Personalveränderungen	231
Artiselfchau	233
Auskunft	233

II. Der Polizeihund.

Vreda. Eine internationale Polizeihund- prüfung in Holland	236
Das Arbeiten des Polizeihundes auf Menschenjuren	238
Auskehrung der 7. Prüfung für Polizei- hunde	238
Allerlei	239
Polizeihundprüfung in Berviers	239

III. Haus und Herd.

Unser Garten- und Plantagen	240
Der Sternhimmel	241
Rechtspruchwörter	242
Verwaltungskunde	242
Rätsel	242

Vakanzentafel. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 11. August 1907 abgeschlossen worden.

Die Überweisung an die Landespolizeibehörde und die Ausweisung.

Unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse.

Von Joseph Beigand, Regierungsrath in Würzburg.

Der Staat hat kraft seiner polizeilichen Gewalt das Recht, in die Bewegungsfreiheit des einzelnen einzugreifen; die beiden schärfsten Formen sicherheitspolizeilicher Beschränkung der Bewegungsfreiheit sind außer der Stellung unter Polizeiaufsicht die Überweisung an die Landespolizeibehörde und die Ausweisung. Bei dem allgemeinen Interesse, das diese Maßregeln bieten, sei es gestattet, etwas näher im folgenden auf das jetzt geltende Recht unter besonderer Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse einzugehen.

A. Die Überweisung an die Landespolizeibehörde.

Die Überweisung an die Landespolizeibehörde kann nur als Folge einer vom Strafgericht für zulässig erkannten Maßregel ausgeführt werden.

1. Voraussetzung.

Gemäß § 362 Abs. 2 des R.-St.-G.-B. kann bei Verurteilung zur Haft im Strafurteil erkannt werden, daß die nach § 361 Ziff. 3—8 des R.-St.-G.-B. (wegen Landstreicherei, Bettel, wenn der Verurteilte in den letzten drei Jahren wegen dieser Übertretung mehrmals rechtskräftig verurteilt worden ist, oder wenn derselbe unter Drohungen oder mit Waffen getödtet hat; durch Spiel, Trunk oder Mißthandlung verschuldeter Unterstützungsbedürftigkeit; gewerbsmäßiger Unzucht; Arbeitscheu; verschuldeter Unterkunftsllosigkeit) verurteilten Personen nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen sind.

Die Landespolizeibehörde erhält durch die Überweisung die Befugnis, die verurteilte Person bis zu zwei Jahren entweder in einem Arbeitshaus unterzubringen (sogen. forrektionelle Nachhaft) oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden. Die letztere Maßnahme wird in Bayern zurzeit nicht getroffen. (Min.-Entschl. v. 15. Jan. 1872, den Vollzug des § 362, Abs. 2, R.-St.-G.-B. betr., Ziffer 7. — Weber, Bd. 9, S. 274.)

Die Unterbringung in einem Arbeitshaus ist nur zulässig, wenn die verurteilte Person zur Zeit der Verurteilung das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. Die wegen gewerbsmäßiger Unzucht verurteilten Weibspersonen können statt in

einem Arbeitshaus auch in einer Besserungs- oder Erziehungsanstalt oder in einem Asyl untergebracht werden. (§ 362, Abs. 3, R.-St.-G.-B.).

Wenn bei einem Ausländer auf Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt wird, so kann neben oder an Stelle der Unterbringung der Überweisung aus dem Bundesgebiet eintreten. (§ 362, Abs. 4 R.-St.-G.-B.) Näheres hierüber unten.

2. Die Zuständigkeit der Landespolizeibehörde.

Die deutschen Bundesregierungen haben für das Verhältniß der einzelnen deutschen Bundesstaaten zueinander bestimmt, daß die Landespolizeibehörde desjenigen Bundesstaates ausschließlich zuständig ist, in welchem die Verurteilung erfolgt ist. (Min.-Verf. v. 9. Aug. 1872, die Ausführung der strafrechtlich erkannten Polizeiaufsicht und die Überweisung eines Verurteilten an die Landespolizeibehörde betr.; Min.-Entschl. v. 27. Juni 1883, die Zuständigkeit zur Einschaffung in Arbeitshäuser betr. — Weber, Bd. 9, S. 493 u. Note 2.)

In Bayern wird die der Landespolizeibehörde vorbehaltene Befugnis zur Unterbringung in einem Arbeitshaus durch die Distriktspolizeibehörde (Bezirksämter, unmittelbare Magistrate, Polizeidirektion München) ausgeübt, und zwar durch diejenige der wirklichen oder vorläufigen Heimat, mangels einer solchen durch die des zuständigen Aufenthaltsortes außerdem des Ortes, in welchem der Verurteilte seine Strafe erstanden hat, oder wenn im Strafurteil die erkannte Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft als getilgt erklärt wurde, durch die Distriktspolizeibehörde des Ortes der Verurteilung. (Min.-Entschl. v. 28. März 1891, Festsetzung und Vollziehung der forrektionellen Nachhaft betr. — Weber, Bd. 20, S. 567, Ziff. 1.)

3. Das Verfahren.

Das Verfahren regelt sich nach der oben zit. Min.-Entschl. v. 28. März 1891. Danach hat nach eingetretener Rechtskraft des Urteils, in dem auf Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt wird, der Staatsanwaltschaftliche Beamte den zuständigen Distriktspolizeibehörden die glaubigste Abschrift des Urteils zuzusen-

den unter Angabe des Strafverbüßungs-ortes und des Endes der Strafzeit. (Ziff. 2, zit. Min. Entschl.). Hinsichtlich der Festsetzung der korrekionellen Nachhaft sind alle Reichsangehörigen den bayerischen Staatsangehörigen gleich zu behandeln; die korrekionelle Nachhaft ist in der Regel gegen jeden der Landespolizeibehörde überwiesenen Reichsangehörigen festzusetzen; auch Ausländer können in ein Arbeitshaus eingeschafft werden, wenn durch sie die Sicherheit der Personen oder des Eigentums besonders gefährdet erscheint; anderenfalls sind sie aus dem Gebiet des Deutschen Reiches auszuweisen. (Ziff. 5 bis 7. a. a. D.)

Bei der Beschlußfassung über die Verhängung der korrekionellen Nachhaft ist zugleich die Dauer derselben festzusetzen, wobei dieselbe bei der erstmaligen Überweisung auf sechs Monate und bei jeder späteren Überweisung jedesmal entsprechend höher bis zu der gesetzlich zulässigen Maximalzeit von zwei Jahren zu bemessen ist. Die festgesetzte Detentionszeit kann bis zur Hälfte, jedoch nicht unter drei Monate ermäßigt und bei schlechter Führung nachträglich verlängert werden. (Ziff. 10, 11 a. a. D.) Die Distriktpolizeibehörde hat zugleich auch über die Ablieferung des zu Verwahrenen in das Arbeitshaus unmittelbar vom Haftort aus nötigenfalls nach den Bestimmungen über das Schubwesen (s. unten sub C.) das Geeignete vorzunehmen. (Ziff. 13 a. a. D.) Die Kosten fallen der Staatskasse zur Last (Ziff. 12, Abs. 5, a. a. D.).

4. Das Beschwerderecht.

Wenn auch die Zulässigkeit der Überweisung an die Landespolizeibehörde in dem Strafurteil ausgesprochen wird, so ist doch die wirkliche Verhängung derselben dem Verwaltungsbewiesen anheimgegeben; sie ist eine polizeiliche Anordnung die nicht beim Strafrichter angefochten werden kann, sondern gegen die nur Verwaltungsbeschwerde zulässig ist. Der Anspruch auf Verwahrung, auf Kürzung oder Verlängerung der Verwahrungsdauer hat in jedem Fall durch einen förmlichen, dem Beteiligten zu eröffnenden, mit Gründen versehenen Beschluß zu erfolgen. Gegen diesen Beschluß der Distriktpolizeibehörde steht dem Beteiligten das Recht der Beschwerde bei der kgl. Regierung, Kammer des Innern zu, welche innerhalb drei Tagen nach dem Eintreffen im Arbeitshaus und sofern sie gegen die Verlängerung der Verwahrungsdauer gericht-

et ist, innerhalb 14 Tagen von der Eröffnung an bei der Verwaltung des Arbeitshauses zu Protokoll gegeben werden kann. Aufschiebende Wirkung hat die Beschwerde nicht. (Ziff. 12 zit. Min. Entschl. vom 28. März 1891.)

B. Die Ausweisung.

Die Ausweisung ist eine selbständige Maßregel der Polizeibehörde; man unterscheidet Orts-, Landes- und Reichsverweisung.

1. Die Ortsverweisung.

1. Die Ausweisung aus einer Gemeinde ist ausgeschlossen gemäß Art. 42, 37 des bayerischen Heimatsgesetzes vom 16. April 1868 i. F. vom 13. Juli 1899 (Bayer. Gef.- u. Verordn.-Bl. 1899, S. 470) bei Angehörigen des bayerischen oder eines anderen deutschen Bundesstaates, welche

a) auf Grund einer (definitiven) Anstellung im Dienste des Staates, der Kirche (öffentliche Glaubensgesellschaften), der Gemeinde, einer öffentlichen Körperschaft oder Stiftung sich aufzuhalten ge-
rötigt sind;

b) zur Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht in einer Gemeinde sich aufhalten müssen; es kommen nur solche Anwesenheitspflichten in Betracht, die im öffentlichen Recht wurzeln, z. B. Militärdienstpflicht, Dienstleistung als Distriktsrat, Geschworener, Zeuge;

c) in der Gemeinde ihre wirkliche oder vorläufige Heimat (Art. 14, Abs. 1, litt. a Heim.-Gef.) oder das Bürgerrecht ohne Heimat haben (Art. 5, Abs. 2, Heim.-Gef.).

Der Schutz gegen die Ausweisung erstreckt sich auch auf die Ehefrau und die Kinder, die im väterlichen oder mütterlichen Unterhalt stehen, sofern es sich nicht bloß um einen vorübergehenden Aufenthalt des Familienhauptes handelt.

2. Der Kreis derjenigen Personen, welche aus einer Gemeinde ausgewiesen werden können.

a) Die Ausweisung von Deutschen (Angehörige des bayerischen oder eines anderen Bundesstaates) und Ausländern. (Art. 37, 39 Ziff. 5 und 6 des Heim.-Gef.)

Deutsche und Ausländer können aus einer bayerischen Gemeinde ausgewiesen werden:

a) wenn sie wegen Raubs, Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs, Schleret, Fälschung oder einer Zuwiderhandlung gegen die Sittlichkeit zu einer Freiheitsstrafe

(also gleichviel ob Gefängnis- oder Haftstrafe) von mehr als sechs Wochen, oder wegen einer sonstigen strafbaren Handlung zu einer Zuchthausstrafe von mehr als fünf Jahren verurteilt worden sind;

3) wenn sie innerhalb Jahresfrist wiederholt wegen Entwendung von Feldfrüchten oder wegen Feld- oder Forstfrevels oder unberechtigten Jagens verurteilt worden sind;

4) wenn sie wegen Arbeitsscheue, Landstreicherei, Bettels, Gaukelei oder gewerbmäßiger Unzucht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden sind;

5) wenn sie wegen einer im Gemeindebezirk verübten strafbaren Handlung nach § 148, Abs. 1, Ziff. 5 oder § 149, Abs. 1, Ziff. 1, 3 oder 5 der Gewerbeordnung (Zu widerhandlungen gegen Bestimmungen beim Wandergewerbebetrieb) bestraft sind;

a) bei Verurteilung nach § 284 bis 286 des R.-St.-G.-B. (wegen Glücksspiels oder Veranstaltung von Lotterien), sowie nach § 360, Ziff. 14 des R.-St.-G.-B., wegen Veranstaltung eines verbotenen Spiels;

b) bei binner Jahresfrist wiederholter Verurteilung einer im Gemeindebezirk verübten Zu widerhandlung gegen Art. 106, 155 des bayerischen Polizeistrafgesetzbuches (Übertretung der Dienstboten; fogen. Blaumontagsmachen) oder § 153 Gewerbeordnung (Übertretung bei Ausübung des gewerblichen Koalitionsrechtes.)

Die sub a bis 7 aufgeführten Handlungen müssen nicht notwendigerweise im Gemeindebezirk, aus dem die Ausweisung erfolgen soll, verübt worden sein; (Entsch. des bayerischen Verwalt.-Ger.-Hofes, Bd. 25, S. 47) ebenso wenig ist nötig, daß die Verurteilung von einem bayerischen oder selbst nur von einem deutschen Gericht erfolgt ist.

Der Verurteilung wegen eigenen Bettels steht die Verurteilung wegen Anleitens oder Auschickens von unter elterlicher Gewalt stehenden Kindern zum

Bettel oder wegen Nichtabhaltens der eigenen Kinder vom Bettel gleich (Entsch. B.-G. S., Bd. 4, S. 477); die Verstrafung der Ehefrau wegen Bettels kann aber nicht gegen deren Ehemann als Ausweisungsgrund geltend gemacht werden. (Entsch. B.-G. S., Bd. 2, S. 71.)

Es muß eine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe vorliegen, es genügt nicht bloße Freiheitsentziehung im Strafsumwandlungsverfahren an Stelle primär verhängter Geldstrafen.

Wenn im Falle des Zusammenstehens mehrerer strafbarer Handlungen eine Gesamtstrafe ausgesprochen wird, so hat als Strafzeit für jedes einzelne Reat diejenige zu gelten, welche nach den Feststellungen im Strafurteil als durch jedes Reat verwirkt erklärt wurde.

Die sub a bis 7 aufgeführten Personen können in der Zeit von der Rechtskraft des Urteils bis zum Ablauf zweier Jahre die sub 2 bis 7 bezeichneten Personen bis zum Ablauf eines Jahres nach Beendigung des Strafvollzugs für die Dauer von zwei Jahren, in welche jedoch die Zeit der Einsperrung nicht eingerechnet wird, ausgewiesen werden.

Dem Urteil steht ein in Rechtskraft erwachsener Strafbefehl gleich (vergl. § 450 Strafprozeß-Ordn.).

Innerhalb der zwei- oder einjährigen Frist muß der Ausweisungsbeschuß gefaßt und dem Auszuweisenden eröffnet sein (Entsch. B.-G. S., Bd. 25, S. 47); nicht notwendig ist, daß innerhalb dieser Frist auch etwaige gegen den Ausweisungsbeschuß erhobene Beschwerden entschieden sind (ebenda).

Ein Strafvollzug in diesem Sinne ist erst dann gegeben, wenn die ausgesprochene Strafe ihrem ganzen Umfang nach zum Vollzug gelangt ist; bei gleichzeitiger Verbüßung einer wegen mehrerer strafbaren Handlungen ausgesprochenen Gesamtstrafe ist der Strafvollzug deshalb erst dann beendet, wenn die Gesamtstrafe verbüßt ist. (Entsch. B.-G. S., Bd. 15, S. 44.)

(Fortsetzung folgt.)

Kriminalpsychologie.

Gestehen und Leugnen.

Vortrag des Gerichtsarztes Dr. F. Leppmann, Berlin.

In einem Vortrage in der Psychologischen Gesellschaft bezeichnete Dr. Leppmann Gestehen und Leugnen als die beiden dunklen Pole der Kriminaljustiz, an denen Juristen und Psychiater nicht ohne ernstes, tiefes Nachdenken vorbeugehen dürfen. Alltätig drängen sich bei

den Gerichtsverhandlungen dem psychologisch denkenden Juristen die Fragen nach dem Grunde eines auffallenden Geständnisses oder einer Selbstbeichtigung von Leuten, denen gar nichts nachzuweisen war, oder eines unverständlichen hartnäckigen Ableugnens einer sonnenklar erwiesenen Tat auf.

In den meisten Fällen ist das Geständnis ein Ergebnis der Reue oder der Furcht, sich die Milde des Richters zu verschern. Auch zeigt es sich häufig als Folge eines augenblicklichen

Affektes. Diese Beweggründe sind aber nicht immer logisch oder psychologisch nachweisbar; denn auch die „Wege der menschlichen, namentlich der Verbrecherseelen sind — ebenso wie die der Vorhebung — dunkel und unerforschlich.“

Geständnisse können auf mannigfache Weise „erzielt“ werden; doch darf man keineswegs immer glauben, daß das erzielte Geständnis auch die Wahrheit enthält. Auch heutzutage gibt es Foltermittel, seelische Foltern, die zuweilen viel schlimmer sind als die Folterqualen und Marterwerkzeuge des Mittelalters.

Drohungen, scharfe Anreden und dergl. können dem Beschuldigten Furcht einjagen, ihn einschüchtern und ein Geständnis aus ihm herauspressen, das nicht die Wahrheit sagt.

Auch die Aussicht auf mögliche Flucht oder das Verlangen nach bloßer Abwechslung in der geistigsten Langeweile des Gefängnisses, das Bedürfnis, nur einmal aus den 4 Wänden der engen Zelle herauszukommen, gaben manchem Häftling den Gedanken ein, sich einer Tat zu bezichtigen, die er gar nicht begangen hat. Gerade in letzter Zeit sind solche falschen Selbstbezichtigungen häufig vorgekommen. Ein Zuchthäusler, dem die Unwahrheit einer solchen Selbstbezichtigung nachgewiesen war, erklärte auf die Frage nach dem Beweggrunde seines auffälligen Handelns ganz naiv, er habe sich mit dem Herrn Staatsanwalt bloß einmal wieder aussprechen wollen; man verzehe sonst in der einsamen Zelle vor Langeweile.

Oft, namentlich bei Kindern, ist die falsche Selbstbezichtigung eine krankhafte Erfindung. Sie entspricht der Renommierlust, dem Sensationsbedürfnis.

Das Leugnen ist nicht immer durch die Furcht vor Strafe bedingt. Man muß auch schwaches Gedächtnis, Dummheit, Einsichtslosigkeit und Trotz als Beweggründe heranziehen. Viele leugnen im guten Glauben an ihre Unschuld, andere wieder in einem Widerstreit verschiedener sittlicher Pflichten. Typisch ist der bekannte Fall Leuß. (Meineid begangen, um eine Ehefrau, mit der der den Eid Leistende sträflichen Umgang hatte, nicht bloßzustellen.) Auch das Leugnen aus Korpsegeiz, um die Spitzdubenrede nicht ins Wanken zu bringen, ist charakteristisch.

Endlich kommt als Grund des Leugnens noch die Scham in Betracht, insbesondere bei Sittlichkeitsverbrechen.

Jedenfalls sei aus allem die Lehre zu ziehen, daß beim Geschehen wie beim Leugnen die Gesamtpersönlichkeit des Beschuldigten zu berücksichtigen ist. St.

Sittenpolizeiliches.

Die Kreisynode Berlin Stadt II hat folgende Resolutionen angenommen:

a) Die Kreisynode verurteilt die sittenpolizeiliche Kontrolle ebenso wie die Kasernierung oder Lokalisierung der

Prostitution, da diese nur scheinbar sittlich förderlichen und nur scheinbar äußerlich zweckmäßigen Maßregeln die Ehre des Weibes, die auch in dem gekünstelten Geschöpf noch zu wahren ist, dauernd vernichten, ihre Befreiung aus der Schande erschweren, statt sie herauszureißen, weiter eine wirkliche sanitäre Hilfe nicht sind, also das Übel nicht treffen und beseitigen, sondern es konservieren. Sie richtet daher an den Herrn Reichskanzler die Bitte, bei der bevorstehenden Revision des Strafgesetzbuches den § 311 des Strafgesetzbuches aufzuheben, die gewerbsmäßige Unzucht ganz allgemein unter Strafe zu stellen, dabei aber die Möglichkeit offen zu lassen, daß diejenigen Prostituierten, welche noch besserungsfähig sind, geeigneten Anstalten überwiesen werden;

b) die Synode bittet alle Behörden, dem Treiben der sogenannten Pomoferellen mit allen Mitteln, welche die Gesetzgebung an die Hand gibt, entgegenzutreten;

c) die Kreisynode bittet das Kgl. Staatsministerium und den Herrn Reichskanzler, eine Änderung der Gesetzgebung herbeizuführen, welche ein gänzliches Verbot der Animierkneipen und ähnlicher Lokale ermöglicht;

d) gegenüber der bisher gemachten gerichtlichen Erfahrung bittet die Synode den Herrn Reichskanzler, im Wege der Gesetzgebung eine Erweiterung der §§ 184 und 184a des Strafgesetzbuches herbeizuführen zu wollen, die einen wirksamen Schutz gegen den Schmutz in Wort und Bild sowie gegen unsittliche Theaterstücke ermöglicht.

e) die Synode verweist auf den von ihr in bezug auf die Nummelpflege gefaßten besonderen Beschluß.

f) die Synode richtet an das Kgl. Polizeipräsidium folgende Witten: 1. Sie bittet, mit allen Mitteln dafür Sorge tragen zu wollen, daß das schamlose Treiben der Dirnen auf den Straßen Berlins unterdrückt, der Verkehr der Dirnen in den Kaffeehäusern verhindert und ihnen das Wohnen bei Familien mit Kindern unter 18 Jahren oder mit Schlafleuten untersagt werde. 2) Sie bittet das Kgl. Polizeipräsidium, ein scharfes Auge auf die Lingeltangel, großen und kleinen Varietés, die Nummelpflege, Kabarets zu haben und insbesondere den Kabarets die Nachtkonzession ganz zu entziehen.

ph.

Die im Jahre 1905 verurteilten Personen nach

Staaten (Ort der Tat)	Die im Jahre 1905										
	Verbrechen und Vergehen gegen Reichs- gewalt überhaupt	Geheim- nis- ver- bre- chen gegen Vertrauen	Haus- friedens- bruch	Kirch- bruch	Ver- letzungen der Ehrend- pflicht	Un- gült- ig- keit	Verur- teilung	Verur- teilung	Verur- teilung	Verur- teilung	
Prov. Ostpreußen	21 633	630	1 465	121	48	95	2 832	3	6	1 414	
• Westpreußen	17 701	539	913	49	53	100	1 906	5	3	1 016	
Stadt Berlin	24 253	616	984	44	35	133	2 489	—	4	1 065	
Prov. Brandenburg	29 376	865	1 486	68	26	295	3 897	7	11	2 272	
• Pommern	15 124	423	814	34	26	94	1 946	4	1	1 202	
• Polen	20 155	471	870	67	41	88	2 275	5	3	1 426	
• Schlesien	47 762	1 705	2 484	163	95	396	6 152	3	16	3 207	
• Sachsen	20 833	594	959	68	44	254	3 098	2	10	1 180	
• Schleswig-Holstein	9 522	480	636	17	16	128	979	1	1	720	
• Hannover	19 123	554	1 239	35	22	219	2 460	2	7	1 610	
• Westfalen	27 012	1 027	1 503	81	40	388	2 981	—	14	1 467	
• Hessen-Rheinl.	13 866	539	637	42	25	98	1 962	1	3	936	
• Rheinland	58 015	2 510	2 497	180	89	665	6 564	8	14	3 462	
• Hohenzollern	234	8	10	—	—	2	58	—	1	9	
Preußen	324 908	10 961	16 497	959	560	2 955	39 599	41	94	20 966	
Baden westl. des Rheins	56 258	1 277	2 094	138	201	641	4 906	15	22	2 234	
Baden l. d. Rh. (Rh., Pfalz)	11 017	233	430	31	24	113	1 169	2	5	668	
Bayern	66 275	1 510	2 524	169	225	754	6 074	17	27	2 902	
Sachsen	30 882	1 747	1 355	61	75	444	3 531	11	10	417	
Württemberg	18 508	793	490	37	29	271	2 105	6	12	519	
Baden	17 159	413	734	46	49	308	1 899	5	8	410	
Hessen	8 703	233	299	38	17	116	1 076	3	6	562	
Mecklenburg-Schwerin	4 983	134	333	9	17	44	343	2	3	95	
Sachsen-Weimar	2 777	74	120	12	6	35	347	1	2	67	
Mecklenburg-Strelitz	679	14	26	5	6	5	65	—	—	43	
Oldenburg	3 189	56	202	16	7	41	267	—	1	185	
Braunschweig	3 882	54	244	14	16	60	377	—	—	106	
Sachsen-Meiningen	2 302	63	127	10	6	20	391	—	3	117	
Sachsen-Altenburg	1 162	37	75	1	—	18	126	1	1	23	
Sachsen-Coburg-Gotha	1 849	39	32	6	6	23	196	—	—	90	
Unfall	2 810	105	154	15	5	29	405	—	1	108	
Schwarzburg-Sondersb.	544	10	17	3	2	5	87	—	—	31	
Schwarzburg-Rudolstadt	858	18	42	1	2	3	118	—	—	51	
Waldeck	169	3	9	—	—	1	37	—	—	10	
Reuß älterer Linie	440	13	36	4	1	5	40	—	—	12	
Reuß jüngerer Linie	1 158	21	35	3	8	14	121	—	—	41	
Schaumburg-Lippe	133	7	4	—	4	1	20	—	—	3	
Lippe	586	3	27	2	1	8	57	1	—	26	
Hildesheim	667	21	50	—	1	18	59	1	—	17	
Bremen	4 374	274	400	2	3	23	314	—	1	92	
Hamburg	8 943	848	280	10	5	88	561	1	3	195	
Elb-Lothringen	12 512	377	706	58	12	133	1 462	1	8	524	
Deutsches Reich	519 952	17 828	24 818	1 481	1 063	5 422	59 477	91	180	27 612	
Ausland	404	4	1	—	1	—	5	—	—	7	
Zusammen 1905	520 356	17 832	24 819	1 481	1 064	5 422	59 482	91	180	27 619	
(Auf 100 000 (bundesl.) Ver- teiler der Bevölkerung kommen..)	1 230	42	59	4	3	13	141	0,2	0,4	65	
1904	516 976	17 493	24 701	1 800	1 200	5 453	60 913	94	179	26 775	
Dagegen	03	605 363	16 566	23 597	1 729	1 308	5 464	67 710	86	189	26 094
Verurteilte	02	612 329	17 098	23 488	1 756	1 292	5 167	58 125	103	179	27 314
im Jahre	01	497 310	17 030	22 822	1 731	1 378	5 188	55 752	84	158	27 193
(x)	469 819	16 120	22 218	1 596	1 198	4 812	52 883	89	162	26 182	
1899	478 139	17 148	22 601	1 755	1 316	4 650	55 514	79	171	26 616	

1) Strafmündige d. i. 12 Jahr und darüber alte Personen. — 2) Auch im wiederholten Rückfalle.

Staaten und Landesteilen gezählt am Ort der Tat.

Verurtheilten

Verurtheilte Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl
Verurtheilte Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl	Verurtheilung Anzahl
4 298	436	3 798	465	679	16	13	386	674	135	934	32
3 443	432	3 275	435	443	24	13	348	440	118	806	23
2 179	264	4 254	711	2 291	14	68	456	1 146	479	501	1
4 905	672	5 312	877	1 348	21	33	361	1 096	250	1 123	21
2 624	281	2 250	358	521	17	7	198	445	115	669	19
4 276	670	3 955	383	500	22	20	326	416	169	685	16
8 553	1 179	8 925	1 313	2 079	72	77	834	1 997	519	1 659	82
2 843	354	4 353	602	1 075	12	24	372	966	222	796	8
1 015	113	1 762	343	511	15	15	113	412	71	430	17
2 806	446	3 089	547	718	24	24	271	1 048	198	891	16
5 683	876	4 039	778	1 091	48	29	345	1 017	310	1 290	16
2 445	410	2 010	355	651	18	18	164	692	176	591	4
11 980	1 594	8 248	1 715	2 487	93	67	811	2 316	679	2 428	20
62	3	24	2	4	—	1	1	11	5	10	—
57 112	7 730	55 294	8 884	14 393	397	409	4 984	12 675	3 448	12 813	247
15 803	1 760	8 434	1 196	2 235	45	110	689	4 585	503	1 868	50
3 446	304	1 296	186	424	6	8	103	507	73	487	5
18 749	2 064	9 730	1 382	2 659	51	118	792	5 092	576	2 355	55
2 574	892	6 383	989	1 875	24	53	493	2 279	619	852	52
4 147	737	2 445	334	697	16	25	206	1 208	182	641	16
4 936	558	2 411	339	773	7	17	170	978	230	732	16
1 982	325	1 065	233	384	6	6	104	521	113	441	11
904	54	965	126	214	5	4	97	247	30	176	16
305	84	607	91	178	1	4	31	273	44	152	1
133	10	148	14	25	—	1	15	26	4	28	4
516	29	517	77	161	1	6	42	194	34	180	4
493	57	701	130	167	6	5	46	229	31	212	1
488	81	307	37	75	1	2	32	82	18	108	6
101	8	308	40	45	3	1	8	89	8	87	6
253	40	251	57	46	1	1	23	61	9	59	—
392	55	512	109	103	5	6	48	147	21	122	1
110	10	115	21	23	—	—	9	21	5	24	—
185	34	130	25	38	—	1	17	38	8	39	1
35	1	21	4	5	—	1	—	11	2	8	—
42	15	101	10	17	—	2	9	43	3	31	—
91	12	272	47	52	1	1	19	103	20	55	—
11	1	20	2	2	—	1	1	8	1	10	—
73	24	106	20	32	—	1	5	61	8	27	1
47	7	142	26	41	—	—	4	49	10	44	—
559	86	775	82	243	6	13	86	334	52	135	—
386	54	1 529	376	759	15	20	120	497	152	134	1
3 037	287	1 620	202	425	10	13	140	543	114	586	3
97 661	12 755	86 475	13 657	23 432	556	711	7 501	25 809	5 742	20 051	442
12	2	40	11	22	—	1	5	18	5	—	1
97 673	12 757	86 515	13 668	23 454	556	712	7 506	25 827	5 747	20 051	443
231	30	204	32	55	1	2	18	61	14	47	1
98 985	11 984	85 728	13 154	22 504	566	686	7 441	25 803	5 788	19 496	517
96 177	12 018	87 189	13 670	21 844	516	676	7 848	26 234	5 882	19 543	459
97 376	12 249	89 484	14 391	22 185	597	757	8 196	26 634	5 817	19 721	437
98 110	12 351	88 324	13 234	20 866	521	597	7 688	25 256	5 356	19 077	453
93 079	12 130	82 979	11 822	20 030	446	563	7 333	23 374	4 963	18 261	472
94 657	12 379	81 104	11 854	20 201	505	609	7 384	24 169	5 189	18 858	519

Zur Kriminalstatistik.

Wir hatten in Nr. 9 des „Gendarm“ eine statistische Übersicht der im Jahre 1905 abgeurteilten Personen und Straftaten, nach Verbrechen und Vergehen geordnet, zum Abdruck gebracht. In Ergänzung dieser Übersicht veröffentlichen wir in dieser Nummer auf Seite 223/224 eine Zusammenstellung der in dem gleichen Jahre verurteilten Personen nach ihrer Zugehörigkeit zu den einzelnen Bundesstaaten.

Zu vergleichen bitten wir die Übersichtstafeln für die Vorjahre auf Seite 444/445 des 2. Jahrgangs, auf Seite 325/326 des 3. Jahrgangs und auf Seite 226/227 des 4. Jahrgangs.

Jugendfürsorge.

Fürsorge für Kinder. Die Polizeidirektion München gibt folgendes bekannt: „Trotz fortgesetzter Überwachung der Varietés, Singspielhallen und Volkstänzerbühnen ist es bei deren ständiger Zunahme nicht möglich, unter allen Umständen auch Gewähr dafür zu leisten, daß die in den Konzessionsbedingungen vorgeschriebenen Grenzen von Sitte und Anstand bei den Produktionen tatsächlich stets eingehalten werden. Mit Rücksicht auf diesen Umstand sowie auf die Tatsache, daß dergleichen Darbietungen auch da, wo sie sich unter einer gewissen Kontrolle vollziehen, meist nicht im entferntesten einem jugendlichen Auditorium Rechnung tragen, vielmehr häufig ganz erhebliche Gefahren in sittlicher Beziehung in sich bergen, muß wie vor dem Wirtshausbesuch der Jugend im allgemeinen, so insbesondere vor dem Mitnehmen von Kindern zu Konsertervorstellungen und ähnlichen Produktionen dringend gewarnt werden. Auch auf anderen Gebieten ist da, wo nicht selten nach intensiverem Schutz der Jugend vor den Gefahren der Großstadt verlangt wird, dieser in erster Linie den Eltern und Erziehern zugewiesen. So läßt sich, was das bedenkliche Anwachsen von Schmuckzeugnissen in Schrift und Bild anlangt, auf dem Wege des § 184 StrGB. nur die Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen hemmen; bezüglich des übrigen massenhaft angehäuften Materials an ausföhligen Drucksachen und Bildwerken dagegen ist die Polizeibehörde zurzeit lediglich unter dem Gesichtspunkte des groben Unfugs (§ 300 Biff. 11 StrGB.), d. h. sofern eine schwere und unmittelbare Verletzung der öffentlichen Ordnung vorliegt, mithin nur in besonders ernsten Fällen in der Lage, der öffentlichen Ausstellung in Schaufenstern einigermaßen entgegenzutreten. Auch hier kann daher zunächst nur durch die Mittel des Kaufes und der Schule erfolgreich gewirkt werden.“

Leidet so durch Vernachlässigung der gebotenen Überwachung oder durch Gleichgültigkeit bei Ausübung derselben die moralische

Integrität der Kinder häufig genug Schaden, so ist nicht weniger selten hierdurch auch die körperliche Unversehrtheit der Kinder gefährdet. Dies letztere gilt insbesondere davon, daß nur zu häufig gebuhelt wird, daß Kinder sich unbeaufsichtigt und sich selbst überlassen auf der Straße herumtreiben. Bei dem sich immer mehr verdichtenden und beschleunigenden Fußverkehr und namentlich auch bei der Art der modernen Verkehrsmittel wie Kraftfahrzeuge und Fahrräder sind die Kinder in ihrer kindlichen Unbesonnenheit und Unerfahrenheit ständig in Gefahr, überfahren oder sonstwie verletzt zu werden, selbst wenn die Lenker der Fahrzeuge die größtmögliche Vorsicht walten lassen.

Besonders gefährlich ist in dieser Hinsicht das Duzen von Spielen aller Art auf der Straße, da durch die Spiele die Aufmerksamkeit der Kinder völlig von den sie umgebenden Gefahren abgelenkt wird.

Vorstehende Mahnungen sollten allen Eltern und Erziehungspflichtigen zur besonderen Warnung dienen; es soll jedoch schärflich nicht unerwähnt bleiben, daß dieselben, wenn sie das Tummeln der Kinder auf der Straße dulden, sich unter Umständen selbst strafbar machen.“

Aus der Praxis.

Trunkenboldbehandlung.

Von einer größeren Kommunal-Polizeiverwaltung wird zur Ausföhrung der Oberpräsidialverordnungen über Trunkenbolde ein für ihren Verwaltungsbezirk und für die Bezirke der angrenzenden Landgemeinden erprobtes Verfahren empfohlen. Jeder erklärte Trunkenbold wird photographiert. Je eine Aufnahme wird an der Zentralstelle auf jeder Revierwache und bei den Gemeindevorstehern der Orte aufbewahrt. Mit Zustellung der Trunkenboldliste wird die Photographie jedem Schankwirt zur genauen Ansicht vorgewiesen.

Kinderbrandstiftungen.

Da viele Brände durch Spielen unbeaufsichtigter Kinder mit Feuerzeug und mit besonders feuergefährlichen Stoffen wie Spiritus u. dergl. verursacht werden, bringt das Oberamt Heidenheim folgendes zur Kenntnis:

1. Den durch einen Brand an ihren Gebäuden Beschädigten wird eine Entschädigung von der Gebäudebrandversicherung nicht zuteil, wenn sie die Entstehung des Brandes selbst durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet haben. Ebenso ist den Mobiliar-Feuerversicherungsanstalten gesetzlich verboten, irgend eine Entschädigung an solche durch Verbrennen ihrer Fahrnis Beschädigten auszubehalten, denen bezüglich des ihnen zugesprochenen Brandbetrags eine Feuerverwahrlofung zur Last fällt. Eine

der Inzurechnungsfähigkeit aufzufassen und alle anderen Betrunknen zu bestrafen. Im letzteren Falle würde dem Verbrecher, im ersten der gegen Rechtsbrecher in Schutz zu nehmenden Gesellschaft Unrecht geschehen. Man muß sich aber unbedingt für den Schutz der Gesellschaft entscheiden, dem gegenüber der Anspruch des einzelnen auf Schutz seiner Persönlichkeit zurücktreten muß.

Einfacher wäre es, wenn ein Gesetz bestände, das die Persönlichkeit des Rechtsbrechers nicht nach dem, was er gerade ver schuldet, beurteilen ließe, sondern Gegenmaßregeln des Staates gegen die von seiner Person drohenden Gefahren festsetzte. Dann würde man durch die bedingte Verurteilung, die Verurteilung zum Schadenersatz, die Einweisung in Arbeitshäuser und Ernter heilstätten ausreichende Mittel finden, um in jedem Falle eine gerechte Beurteilung anzuordnen zu lassen.

Verkehr mit Kraftfahrzeugen.

Der Ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates beidlos am 9. Juli d. J., an den Bundesrat und den Herrn Reichs kanzler die Bitte zu richten, dem Reichstage den Gesetzentwurf über die Haftpflicht für den bei dem Betriebe mit Kraftfahrzeugen entstehenden Schaden wieder vorzulegen und dahin wirken zu wollen, daß von den verbün deten Regierungen gesetzliche Bestimmungen erlassen werden, durch welche der Verkehr mit Kraftfahrzeugen für Lastenbeförderung ein seitlich geregelt wird und die alten Polizei verordnungen aufgehoben werden, welche zur zeit der Benutzung dieses im höchsten Grade wirtschaftlichen Verkehrsmittels für die Land wirtschaft hindernd im Wege stehen. Dieser Antrag ist auch den deutschen Staatsregie rungen mit der Bitte um Durchführung zu unterbreiten.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Schwerer Diebstahl. Wer in ein Gebäude einsteigt, um dort zunächst die Schlüssel zu einem andern Gebäude, in dem er einen Diebstahl ver üben will, zu erlangen, begeht einen Einbruchdiebstahl dann, wenn beide Gebäude durch einen von der Straße völlig abgeschlossenen Hofraum verbunden sind und der Weg zu dem den Tatort des Diebstahls bildenden Gebäude durch das erste mittels Einsteigens betretene führt. Unter dieser Voraussetzung wäre der Diebstahl innerhalb eines einheitlichen umschlossenen Raumes verübt, der durch die äußeren Wände der Gebäude und die Einfriedigungen des Hofes begrenzt wird und beide Gebäude mitumfaßt. Anders, wenn die beiden Häuser von einander getrennte selbständige Gebäude sind. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 21. Februar 1907. — 11436/06. Bd. 40, 94. — St.

Deutsches Reich. Fremde bewegliche Sache. Diebstahl. Eine bei der Fleisch beschau beanstandete und beschlagnahmte Leber wird nicht hertenlos. Ihr Eigen tümmer gibt nicht freiwillig den Besitz in der Abicht auf, auf das Eigentum daran zu verzichten. § 959 BGB. ist also nicht

anwendbar. Die Leber blieb im Privat eigentum. — Entsch. 2. Straff. RG. vom 19. Februar 1907. — II 1077/06. — St.

Preußen. Eindringen in fremde Woh nungen zur Nachtzeit. Eine vorläufige Festnahme kann als dringende polizeiliche Vorbeugungsmaßregel in einer Wohnung auch zur Nachtzeit erfolgen, wenn sie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ruhe dringend erforderlich ist. (§ 6 des PreußGef. vom 12. Februar 1850 zum Schutze der persönlichen Freiheit.) Die Erreichung des durch diese Vorschrift gebilligten Endzweckes, Schutz der öffent lichen Sicherheit und Ruhe vor dem ver brecherischen Treiben gemeingefährlicher Personen, kann nicht davon abhängig gemacht werden, daß, falls die Festnahme in der Wohnung zu erfolgen hatte, der Polizeibeamte diese noch vor Eintritt der Nachtzeit betritt. Eine derartige Be schränkung würde den Zweck des Gesetzes in vielen Fällen überhaupt nicht erreichen lassen. Pflicht wie Recht des Staates, seine Angehörigen vor dem verbrecherischen Treiben Dritter wirksam zu schützen, hört, soweit die vorläufige Verwahrung nach § 6 des Gef. v. 12. 2. 50 in Frage kommt, mit dem Eintritt der Nachtzeit nicht auf; der Anspruch des einzelnen auf Schutz des Hausrechts (Unverletzlichkeit der Wohnung) muß ihr gegenüber zurücktreten.)

*) Das Reichsgericht erklärt, daß es keinen Anstand nehme, von einer früheren gegenständlichen Ansicht — Entsch. vom 7. 11. 1886 Bd. 37, 307 — abzuweichen.

Das gleiche gilt von der vorläufigen Festnahme auf Grund des § 127 StrPrO. — Entsch. III. Straff. RG. vom 18. Februar 1907. — III. 16/07. Bd. 40, 65. — St.

Deutsches Reich. Diebstahl von Biermarken. Ein Kellner, der in der Wirtshaft, in welcher er beschäftigt ist, Biermarken aus der Schankstichkassette wegnimmt, um damit das von ihm zu entnehmende Bier zu bezahlen, begeht einen Diebstahl. Unter der Absicht der Zueignung im § 242 StrGB. ist nicht die Absicht zu verstehen, an dem entwendeten Gegenstande Eigentum zu erwerben. Einem solchen Erfolg würde die Rechtswidrigkeit der Erwerbshandlung entgegenstehen. Es genügt, wenn der Täter beabsichtigt, die fremde bewegliche Sache ihrem Sachwerte nach nicht nur zu gebrauchen, sondern sich auch auszunutzen, in diesem Sinne für eigene Rechnung zu verwerthen. Auch daß der bestohlene Wirt die Marken selbst alsbald wieder zuriickerhalten soll, ändert hieran nichts. Anders wäre es, wenn die Marken nicht zur Zahlung, sondern nur als Zahlungsmittel*) — um festzustellen, wieviel Geld der einzelne Kellner demnächst abzuliefern hat — verwendet wären. Dann wäre nicht Nutzung, sondern nur Gebrauch der Marken erfolgt. — Entsch. V. Straff. RG. vom 19. Februar 1907. — V. 859/06. Bd. 40, 10. — St.

II. Kammergericht.

***Preußen. Kraftfahrzeuge.** Eine Polizeiverordnung, die das Befahren der öffentlichen Straßen nur mit solchen Kraftfahrzeugen gestattet, die polizeilich abgenommen sind, bezieht sich nicht bloß auf die in Betrieb genommenen, d. h. zur Beförderung von Personen oder Lasten benutzten Kraftwagen. Das Publikum soll vor der elementaren Kraft des Wagens geschützt sein. Wenn nun die polizeiliche Abnahme auf dem Hofe des Polizeidienstgebäudes erfolgt, so folgt daraus noch nicht, daß die Kraftfahrzeuge dorthin auf der Straße fahren müssen. Das Fahren dorthin kann auch anderweitig geschehen. Ausnahmen zuzulassen ist die Polizeibehörde gegenüber der Oberpräsidialpolizeiverordnung nicht ermächtigt. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 20. Juni 1907 gegen Schachtshabel in Halle a. S. — C. v. R.

***Preußen. Lehrling im Sinne des Vereinsgesetzes.** Lehrling im Sinne des

§ 8 des Preuß. Vereinsgesetzes ist ein junger Mann auch dann, wenn er in einem Gewerbe bereits angelernt hat und nun als Lehrling in einem andern Gewerbe beschäftigt wird. Freilich ist nicht jeder als Lehrling anzusehen, der später einen andern Beruf ergreift, um ihn zu erlernen. J. B. kann er dann nicht mehr als Lehrling im vereinsrechtlichen Sinne gelten, wenn er das Alter der Wahlfähigkeit erreicht hat. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 12. Juli 1907 gegen den Vorsitzenden eines politischen Turnvereins in Posen Smulski. — C. v. R.

***Preußen. Unkenntnis von polizeilichen Bekanntmachungen.** Wer von einer polizeilichen Bekanntmachung trotz ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt und mittels Schelle ohne Verschulden keine Kenntnis erhält, dem kann der die Straffreiheit gewährende § 59 StrGB. zugute kommen. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 11. Juli 1907 in Sachen Schoden-Zweifelscheid. — C. v. R.

***Preußen. Polnische Zeichen.** Die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Posen vom 17. April 1890, die das Ausstellen von Zeichen untersagt, die geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden, ist auf Inschriften, die so klein auf Schmuckgegenständen angebracht sind, daß man sie nur mit Hilfe einer Lupe entziffern kann, nicht anwendbar, da sie nicht geeignet sind, die öffentliche Ruhe zu gefährden. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 11. Juli 1907 gegen Kauprich-Östrowo. — C. v. R.

***Preußen. Kleinhandel mit Branntwein.** Für die von der Gewerbeordnung nicht beantwortete Frage, was unter Kleinhandel mit Branntwein zu verstehen ist, kommen die landesrechtlichen Verwaltungsvorschriften, für Preußen die in Ziffer 45 Abs. 2 der Ausf. Anw. vom 1. Mai 1904 gegebene Zusammenstellung in Betracht. Kleinhandel ist danach in den alten Provinzen jeder Vertrieb der anders als in Mengen von mindestens einem halben Miter (17,175 l) stattfindet. Dies gilt auch für die Abgabe von Branntwein an Wiederverkäufer (Schankwirte). — Entsch. 1. Straff. RG. vom 16. Juni 1907 in Sachen Welfkamp-Essen. — C. v. R.

***Preußen. Anstehende Krankheiten.** Aus den parlamentarischen Verhandlungen geht hervor, daß von einer Strafbarkeit des

*) Entsch. RG. 24, 22.

Arztes, der nur den Verdacht hegt, daß es sich im Einzelfalle um eine anzeigepflichtige Krankheit handele, nicht die Rede sein kann. In dem Entwurf der Regierung hieß es: daß bei verschiedenen Krankheiten die unverzügliche Anzeige erfolgen müsse, auch im Falle des Verdachts. Im Laufe der parlamentarischen Verhandlungen ist das „unverzüglich“ geändert worden in eine Frist von 24 Stunden, und die Bestimmung bezüglich der Anzeigepflicht auch im Falle des Verdachts gestrichen worden. Es ist nur die Anzeige vorgeschrieben „nach erlangter Kenntnis.“ Das ist gerade geschehen im Interesse der Ärzte, um sie davor zu bewahren, daß sie aus Grund verschiedener Auffassung über das Wesen der Krankheit und ihren Verlauf von anderer Seite mit Ungelegenheiten überhäuft werden. In der Strafbestimmung des § 35 ist die Rede von einem schuldhaften Verhalten. Das Wort „schuldhaft“ an sich könnte dahin gedeutet werden, daß eine gewisse Fahrlässigkeit genüge. Jedoch ergibt sich aus den parlamentarischen Verhandlungen das Gegenteile. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 20. Juni 1907 in Sachen Senge-Saarbrücken. — E. v. R.

***Preußen. Abpringen von der Straßenbahn.** Die Auffassung der Angeklagten, das Verbot des Auf- oder Abpringens bei einem fahrenden Straßenbahnwagen sei rechtlich unzulässig, ist irrig. Anders wäre die Sache vielleicht zu beurteilen, wenn die Polizeiverordnung den Schutz des einzelnen bezweckte, der während der Fahrt auf den Wagen steigen oder absteigen will. Die Polizeiverordnung verfolgt aber tatsächlich in erster Linie den Zweck, verkehrspolizeiliche Interessen im höchsten Sinne wahrzunehmen. Sie findet daher ihre rechtliche Stütze im § 6 b des Polizeiverwaltungsgesetzes, der die Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs regeln will. Es kann sehr leicht durch das Abpringen von einem elektrischen Straßenbahnwagen während der Fahrt ein Verkehrshindernis herbeigeführt werden. Der Schaffner ist instinktiv geneigt, den Wagen halten zu lassen, wenn er die abspringende Person in Gefahr sieht, hält aber der Wagen plötzlich außerhalb der Haltestelle, so kann ein Zusammenstoß mit dem ihm folgenden Wagen leicht eintreten. Es können auch Personen gefährdet werden, die dort mit einem Wagen oder Fahrrad heransfahren und plötzlich halten müssen. — Entsch. 1. Straff. RG. in Sachen Meierski-Düsseldorf vom 11. Juli 1907. — E. v. R.

Preußen. Schulpolizei. Wenn nicht die ortstatutarische Form bei der Feststellung des Stundenplanes der Fortbildungsschule beobachtet ist, dann kann es sich nur um eine innere Disziplinarvorchrift der Schule handeln, für die der staatliche Zwang nicht zugesichert ist. Es kann daher keine Bestrafung wegen Nichteinhalten des Stundenplanes erfolgen. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 4. Juli 1907 in Sachen Breitenbach-Derne. — E. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Begepolizei.** Durch Verjährung können im Gebiete des rheinischen Rechts ebensowenig wie im Gebiete des preussischen ALR. Rechte erworben werden, die die Verfügungsgewalt der Polizei über die öffentlichen Straßen einengen, da sie zu den Gegenständen gehören, die nicht im bürgerlichen Verkehr stehen. Allerdings sind Privatrechte auf das Begeterrain zu berücksichtigen, soweit sie vor Anlegung der Straße oder ihrer späteren Erweiterung vorhanden waren und soweit der Begestreifen mit der Ausübung dieses Privatrechts dem öffentlichen Verkehr gewidmet ist. Die Polizeibehörde kann also die Erlaubnis zur Anlegung von Trittschufen und Pflaststeinen auf einem Gelände versagen, dessen bisherige Benutzung nur auf angeblicher Verjährung beruht, es müßte denn Willkür nachzuweisen sein. Behauptete Verkehrsteigerung ist ein die Willkür ausschließender polizeilicher Grund. — Entsch. OVG. vom 23. Mai 1907 in Sachen Schütte-Düsseldorf. — E. v. D.

***Preußen. Kosten der Nachrevision einer Apotheke.** Kosten können für eine amtliche Handlung von einer Privatperson nur auf Grund einer ausdrücklichen Vorschrift verlangt werden. Es gibt kein Gesetz, wonach jemand die Kosten für eine Amtshandlung zu tragen hat, die er verschuldet hat. Den Apothekern können daher die Kosten für Nachrevisionen nicht deshalb anferlegt werden, weil sie die zweite Revision selbst verschuldet haben. — Entsch. OVG. vom 18. Februar 1907 in Sachen Blüher-Berlin. — E. v. D.

Preußen. Beschwerde gegen polizeiliche Verfügungen. Eine Eingabe kann nur dann als Beschwerde gegen eine Verfügung angesehen werden, wenn daraus ersichtlich ist, daß der Einsender mit der Verfügung unzufrieden ist, weil sie ihn verletzt, und daß er eine abändernde Entscheidung einer höheren Instanz begehrt.

nicht aber dann, wenn er nur die Milde der verfügbaren Polizeibehörde selbst anruft. — Entsch. VIII. Sen. OBG. vom 13. November 1906. — J. N. VIII 1711. — St.

Preußen. Verfassungsmäßiger Schutz des Hausrechts. Unmittelbarer Zwang als polizeiliche Verfügung. Das Betreten der Wohnung zum Zweck polizeilicher Revisionen ist nur in den gesetzlich bestimmten Fällen und Formen gestattet. (Art. 6 der Pr. Verf. Urf. und § 7 des Gef. vom 12. 2. 50 zum Schutze der pers. Freiheit — GS. 45.) Zur Wohnung gehören auch die Geschäftsräume.*) Durch die Vorschriften der §§ 102 ff. StrPrO. läßt sich das Eindringen eines Polizeibeamten in Schulräume zwecks Feststellung, ob an Minderjährige Unterricht erteilt wird, nicht rechtfertigen. Die StrPrO. ist nicht schon dann anwendbar, wenn bloß der Verdacht, daß eine strafbare Handlung begangen worden sei, begründet erscheint, und selbstverständlich erst recht dann nicht, wenn die Handlung, deren etwaige Vornahme die Behörde kontrollieren will, gar nicht strafbar ist.***) Das Unterrichtsverbot kann nur behördlich verboten und verhindert werden, ist aber nicht strafbar. (A. Rab. O. vom 10. 6. 34 GS. 135.) § 10 ALR. II, 17 ist nicht anwendbar. Zum Amte der Polizei gehört die Kontrolle, ob unbefugt Minderjährigen Unterricht erteilt wird, an sich nicht. Auch fehlt es an der Voraussetzung einer Störung der öffentlichen Ruhe oder Sicherheit oder einer Gefährdung des Publikums oder seiner Mitglieder. Es könnte höchstens in Betracht kommen, ob die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten werden sollte. Dies ist aber auf dem Gebiete des Schulwesens nicht Sache der Ortspolizeibehörden.

Als polizeiliche Verfügung stellt sich das Betreten der Wohn- und Geschäftsräume insofern dar, als im Wege unmittelbaren Zwanges gegen den Willen des Inhabers das Dulden einer Revision angeordnet und durchgeführt war. — Entsch. VIII. Sen. OBG. vom 26. Oktober 1906. — J. N. VIII 1608. — Bd. 49, 207. — St.

Preußen. Offene Scheunen als Versammlungsräume. Eine Versammlung in einer Scheune wird nicht schon dadurch zu

einer Versammlung unter freiem Himmel, daß die Scheunentore offen stehen.**) Sie geht erst dann in eine solche über, wenn infolge des Zustromens von Personen, die außerhalb des Versammlungsraumes bleiben, die Verhandlungen nicht mehr im wesentlichen innerhalb des Raumes stattfinden. Dies trifft dann zu, wenn auch nur eine außerhalb der Scheune befindliche Person aktiv in die Erörterungen eingreift. Die bloße Möglichkeit, daß die Versammlung in der Scheune in eine unter freiem Himmel ausarten könnte, rechtfertigt das polizeiliche Verbot der Versammlung nicht.

Die Feuergesährlichkeit der Scheune genügt für ein Versammlungsverbot ebenso wenig. Der etwaigen Feuersgefahr war durch sachgemäße Anordnungen, insbesondere durch Geltendmachung des Verbots des Tabakrauchens zu begegnen. Der Überfüllung des Raumes konnte durch Festsetzung einer Höchstzahl der Teilnehmer vorgebeugt werden. — Entsch. I. Sen. OBG. vom 11. Mai 1906. — J. N. I 593. — Bd. 49, 425. — St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Kinematographentheater. Dem Reichskanzler liegt ein Antrag vor, der eine Ausdehnung des § 33a der Gewerbeordnung (Konzessionspflicht) auf das Kinematographentheater bezweckt.

Königliche Polizeiverwaltung soll, wie verlautet, am 1. April 1908 im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sowie in Vichtenberg bei Berlin, demnächst — der Zeitpunkt steht noch nicht fest — auch in Pankow bei Berlin eingeführt werden.

Mauskeln ohne Abzwang. Abschlägig beschieden wurde eine Eingabe der Berliner Casiers an das königliche Polizeipräsidium im Hinblick auf die letzte Kammergerichtsentscheidung, nach der Mauskeln ohne Abzwang nicht als Glückspiel angesehen werden kann, dieses Spiel freizugeben. Die Behörde bleibt auf dem vom Reichsgericht eingenommenen Standpunkt — Entsch. vom 1. Dezember 1904 in Goldhammers Archiv 52, 267 — stehen, daß das Mauskeln auch ohne Abzwang ein Glückspiel sei, da die Entscheidung über Gewinn und Verlust hauptsächlich vom Zufall, nicht aber wesentlich von der Berechnung, dem Geschick und dem Gedächtnis der Spieler abhängt. Da nach dieser Reichsgerichtsentscheidung auch Irrtum über die Strafbarkeit des Spiels nicht entschuldigend, wird nach wie vor gegen Wirt, die dieses Spiel dulden, mit Einleitung des Strafverfahrens, daneben aber auch mit Polizei-

*) Bgl. Entsch. OBG. vom 20. 9. 1904, XXVII, 328 u. vom 18. 1. 1904, Pr. Fern. Bl. XXV 795.

**) Entsch. OBG. vom 1. 5. 1892, Pr. Fern. Bl. III, 335.

*) Entsch. OBG. vom 24. Januar 1905, Bd. 46, 435.

stundenentziehung und Konfessionsentziehung vorzugehen sein.

Warnung vor Vorpräparaten. Ein allgemeines Verbot jeder Verwendung von Vorpräparaten bei Nahrungsmitteln verlangt ein Obergutachten der königlichen Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalewesen, das auf Veranlassung des Berliner Polizeipräsidiums eingeholt worden ist. Das Obergutachten erklärt, daß Vorsäure und Borax, selbst in kleinen Mengen, einen nachteiligen Einfluß auf die menschliche Gesundheit ausüben. Die Vorpräparate sind danach ebenso dequeme als billige Mittel, das Publikum über die verdorbenen, ungenießbar gewordenen Waren zu täuschen, indem sie ihnen ein frisches, unverändertes Aussehen verleihen, selbst wenn sie längst schlecht geworden, ja teilweise der Verwesung verfallen sind. Diese Konfervierungsmittel sind, da sie den Konsumenten über den Zustand der Ware täuschen, höchst gefährlich und ihre Verwendung unter keinen Umständen zu gestatten.

Hausierhandel. Die Bayerischen Staatsministerien des königl. Hauses und des Äußern machen wegen der stets wiederkehrenden Klagen über die Verlastigungen des Publikums und die Schädigung der sesshaften Gewerbetreibenden durch den Hausierhandel und die Detailreisenden den Behörden die strengste Überwachung dieser Gewerbebetriebe zur Pflicht.

Bei den Wandergewerbeheimen soll die Ausstellung in allen gesetzlich zulässigen Fällen verlagert, insbesondere der Ausländern die Bedürfnisfrage streng geprüft werden. Auch auf das Hausierverbot an Sonn- und Feiertagen und den Handel mit verbotenen Waren wird hingewiesen. Die Kreisregierungen sind beauftragt festzustellen: 1. welche Gemeinden durch die örtlichen Verhältnisse zur Gewinnung des nötigen Lebensunterhalts auf den Hausierhandel angewiesen sind und wie viele Personen annähernd in Betracht kommen; 2. welche Industriezweige bisher mit dem Abfall ihrer Erzeugnisse auf den Hausierhandel angewiesen waren und 3. wieviel Detailreisende in den

Jahren 1906 und 1907 Wandergewerbeheime erhalten haben und welchen Geschäftszweigen sie hauptsächlich angehörten.

Unfall. Einen schweren Beinbruch erlitt Kamerad O.B. Kiebold dadurch, daß ihn sein störrisches Pferd vor die Lokomotive eines Strahndahnzuges warf. Das Pferd wurde ebenfalls schwer verletzt.

Verbrechen und Vergehen. Beleidigung zweier Gendarmen. Wegen Beleidigung zweier sächsischer Kameraden durch die Presse wurde vom Schöffengericht Chemnitz der verantwortliche Schriftleiter der „Vollstimme“ zu 250 M Geldstrafe oder 25 Tagen Gefängnis verurteilt. Er hatte in die „Vollstimme“ einen Bericht aufgenommen, in dem das Verhalten zweier Gendarmen kritisiert wurde, weil sie in Fabriken gegangen waren, um sich wegen poli-

tischer Beteiligung von Arbeitern zu erkundigen. Das war in dem Bericht eine Ungehörigkeit genannt worden, die scharf zu verurteilen sei. Außer auf die Geldstrafe erkannte das Gericht auch auf Unbrauchbarmachung der Formen und Platten und Publikationsbefugnis auf Kosten des Verurteilten im Marienberger Amtsblatt und in der „Vollstimme“.



Die Gendarmen-Brigade des 2. B. 1907 vor der Eröffnung dem Herrn Oberst, General der Kavallerie v. Hennig.

Personalveränderungen.

Ordensverleihungen.

Des königl. Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 20. Juli d. Js. nachstehende Ordensauszeichnungen zu verleihen geruht

da Anz des Allgemeinen Ehrenzeichens:

den Jugendarmen-Brigade-Meistern Simon in Weig. Nr. Cottbus, 3. Brig., Friedrichs in Stendal und Schmidt in Dorsmar, Landkreis Mühlhausen i. Th., diese zwei in der 4. Brig., dem dritten Gendarmen-Brigade-Meister Daase in Wismar, Nr. Rostenburg O.L., 6. Brig., und dem Oberwachmeister Engelmann in Schleswig, 9. Brig.

das Allgemeine Ehrenzeichen:

dem Fußgendarmarie-Wachmeister Neumann in Sudow, Landkreis Stolp, 2. Brig., dem Oberwachmeister Großhofs in Priß, Mr. Teltow, sowie den Fußgendarmarie-Wachmeistern Mollenhauer in Mittenwalde, Daberlow in Priß, Donath in Niederichdöneweide, Kreis Teltow, Schilder in Hennichsdorf, Mr. Niederbarnim, Wolf I in Marienwerder, Mr. Niederbarnim, und Richter I in Neuenhagen, Kreis Niederbarnim, und dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Blante in Templin, die acht in der 3. Brig., dem Oberwachmeister Reutisch in Rawitsch, dem Fußgendarmarie-Wachmeister Witt in Krotoschin, Mr. Schroda, und den berittenen Gendarmarie-Wachmeistern Wiedemann in Pust und Marcinial in Schubin, diese vier in der 5. Brig., dem Oberwachmeister Partsch in Oppeln, dem Fußgendarmarie-Wachmeister Jergang in Siegendorf, Mr. Goldberg-Hahnau, und dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Wirtle in Naumburg a. O., Mr. Bunzlau, diese drei in der 6. Brig., dem Fußgendarmarie-Wachmeister Sandmann in Dornberg, Kreis Heilefeld, und dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Elke in Fedelsheim, Mr. Warburg, beide in der 7. Brig., den Oberwachmeistern Peil in Eodem, Zimmermann in Altenkirchen, Jaspers in Simmeru und Fontenadels in Malmédo, sowie den Fußgendarmarie-Wachmeistern Ros in Münsterbusch, Landkreis Aachen, diese fünf in der 8. Brig., den Fußgendarmarie-Wachmeistern Böller in Süderlügum, Mr. Loderu, 9. Brig., Hoss in Warburg und Löbermann in Frankenberg, beide in der 11. Brig., Prodda in Grondzaw, Mr. Strasburg, Wpr., 12. Brig.

Heffen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben geruht, dem Fußgendarmen Pleibtren im Großherzoglichen Gend.Korps die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm von Seiner Majestät dem Kaiser und König verliehenen Kronen-Orden-Medaille zu erteilen.

Sonstige Veränderungen.

1. Brigade.

b. W. Ewert I. Tralehnen, am 1. 10. 07 pens. — b. W. Marquardt II, Jüterburg, am 1. 10. 07 pens.

2. Brigade.

b. W. Froge, Pölnow, am 24. 7. 07 nach Enstertw, Mr. Schlawe, vers. — b. W. Pönneke II, Pustamin, am 24. 7. 07 nach Pölnow vers. — b. W. Schüpke, Lauenburg, am 1. 8. 07 nach Kirchow, Wg. Adelin, vers. — b. W. Streblow, Hallsenbrg, am 1. 8. 07 nach Lauenburg (Wom.) vers. — W. Wegel, Stolpmünde, am 1. 8. 07 nach Degow vers. — W. Wendt, Degow, am 1. 8. 07 nach Stolpmünde vers. — W. Michel, Dohentrug, am 15. 7. 07 nach Endowsaue, Mr. Greifenhagen, Indrt. — W. Lange I, Eshnis, hat die Ziffer „1“ nicht mehr zu führen.

3. Brigade.

Hß. Gerlasth, Lanwig, am 1. 8. 07 nach Ruhleben b. Spandau vers. — b. W. Tzopp, Tempelhof, am 1. 8. 07 nach Teldow (Marß) Indrt. — b. W. Pönje, Zeuseuberg, am 1. 8. 07 als C. W. a. Pr. nach Kottb. (auf.). — A. a. Pr. Radtke III, Poyhagen-Kummelsburg, am 1. 8. 07 als Fußgendarm a. Pr. nach Dranienburg vers. — b. W. a. Pr. Vorlesle, Kien-Pabelsberg, tritt am 1. 8. 07 zur Truppe zurück. — W. Klinge, Menig Dorf, nach Sudow bez. Kottb. C. Indrt., trat am 1. 8. 07 von seinem Simdo. zurück. — W. Wenzle, Werbelow nach Strasburg II. W. Indrt., trat am 1. 8. 07 von seinem Simdo. zurück. — W. Werth I, Berichdöneweide, hat vom 1. 8. 07 die Nr. I. nicht mehr zu führen. — W. Voigt, Reineindorf W. hat vom 1. 8. 07 die Nr. I. zu führen. — A. Streng, Paumjadenweg, wohnt vom 1. 8. 07 in Treptow b. Berlin. — b. W. Salloth, Cottbus, wohnt vom 1. 8. 07 in Porort Ströbich b. Cottbus. — W. G. a. Pr. Wegner III, Köthen, wohnt vom 1. 8. 07 in Cröfteil Wilhelmstr. b. Berlin.

4. Brigade.

b. W. Rudolph, Freiburg a. U., am 1. 8. 07 nach Cuerfurt vers. — b. W. Neu, Cuerfurt, am 1. 8. 07 nach Freiburg a. U. vers. — W. Lehmann, Pörsch (Elbe), erhält Nummerzugab I. — b. W. Lehmann, Kirchheilingen, erhält Nummerzugab II. — W. Mareple, Merseburg, am 8. 6. 07 nach Passendorf b. Halle a. S. Indrt., trat am 24. 6. 07 von seinem Simdo. zurück. — C. W. Gramer I, am 1. 10. 07 pens.

5. Brigade.

C. W. a. Pr. Reiffer, Schildberg, am 1. 8. 07 als Oberwachmeister beurlaubt. — W. Paschel, Weichenhöhe, am 31. 5. 07 nach Regdamm b. Weichenhöhe Indrt. — W. Richter, Kronischewig, am 1. 10. 07 pens. — W. Tämde, Kornath, am 1. 2. 07 nach Wiloslaw Indrt., trat am 27. 6. 07 von seinem Simdo. zurück.

6. Brigade.

W. Röcher, Münsterberg, am 15. 7. 07 nach Teplitz Indrt. — W. Rojwil, Jabrze I, Umbenennung Jabrze II. — W. Möbler III, Ober-Madosdan, am 1. 8. 07 Standort nach Ober-Madosdan b. Czernig, Wg. Oppeln verlegt. — W. Skrawic, Wöhlau b. Gührn Mr. Fleß, nennt sich jetzt „Schneider“.

7. Brigade.

W. Hebestreit, Pottorf II, am 1. 7. 07 nach Wolltort Mr. Reddinghausen vers. — b. W. a. Pr. Mamm, Rhede, am 1. 8. 07 nach Worgborst vers. — W. Schmitt, Wisse, am 1. 8. 07 nach Hallenberg, Wg. Dortmund, Indrt. — W. Neefe, Niederwarsberg, v. 16. 7. bis 31. 8. 07 nach Jülich (Mr. Pölon) Indrt. — W. Bürger, Postm. Pegeiden, beist Hadinghorst (Mr. Dortmund). — b. W. a. Pr. Thomas, Postm. Pegeiden beist Vindenhof (Mr. Dortmund). — C. W. Weinberg, Hagen, Weisf., am 1. 10. 07 pens. — W. Menner, Grotzort, am 1. 10. 07 pens.

8. Brigade.

b. W. Mollenhauer, Elten, Mr. Rees, scheidet am 1. 10. 07 aus. — W. Preitenbach, Rath, bez. Düsseldorf, am 29. 6. 07 zum Vize-wachmeister befördert.

9. Brigade.

b. B. Scholl, Wöhl, am 1. 8. 07 Standort nach Nordur verlegt. — b. B. Schoenwald, Schulan, am 1. 8. 07 nach Weinbel verlegt. — b. B. Frigel, Wandobel, am 1. 8. 07 nach Schulan b. Wedel (Hoffstein) verlegt. — d. G. a. Fr. Tielow, Reinbel, am 1. 8. 07 nach Wandobel verlegt. — d. G. a. Fr. Tielow, Wandobel, am 2. 8. 07 nach Bramfeld Lindt. — b. B. Miers, Nidel, Mr. Schlesw., am 1. 10. 07 pens. — RSB. Hobbe, Kaboe, am 1. 10. 07 pens.

10. Brigade.

RSB. Mlepf, Achin, am 1. 7. 07 nach Dingun, Bez. Bremen, verlegt. (nicht, wie bereits mitgeteilt, nach Langen, f. S. 182, Nr. 8). — J. a. Fr. Brigat, Georgsbeil, am 15. 7. 07 als Hilfspend. nach Volprichhausen verlegt. — b. B. Aländer, Moringen (Zolling), scheidet am 1. 10. 07 aus. — RSB. Lange l. Bodenfelde, am 1. 11. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 9. 07 aus. — b. B. Schmidt, Friedeburg, erhält die Bezeichnung IX. — RSB. Fride, Springe, erhält die Bezeichnung I. — d. B. Fride, Elenze, erhält die Bezeichnung II. — RSB. Ahrend, Bodenfelde, erhält die Bezeichnung II. — b. B. Beder, Scharnbeck, erhält die Bezeichnung IV. — RSB. Ahrend, Dagen, Bz. Bremen, erhält die Bezeichnung I. — RSB. Mettler, Horneburg in Dann., am 1. 10. 07 pens.

11. Brigade.

RSB. Schubert, Somborn (Bez. Cassel), scheidet am 1. 10. 07 aus.

12. Brigade.

b. B. Rozumut, Gr. Reichenau, scheidet am 1. 10. 07 aus. — b. B. Gysel, Gersd., am 1. 8. 07 nach Lubnia b. Brühl verlegt. — b. G. a. Fr. Jauischewski, Lubnia, am 1. 8. 07 nach Gersd. verlegt.

Brigade Elsfeld-Vothringen.

RSB. Strummo, Lönigshaus, am 1. 8. 07 vom Lindo, nach Kallin in seine Stat. zur. — RSB. Koch, Gorge, am 1. 8. 07 vom Lindo, nach Kallin in seine Stat. zur.

Artikelschau.

Ein Beitrag zur Psychologie der Mörder. Aus der Braunschweigischen Strafrechtspraxis mitgeteilt vom Ersten Staatsanwalt Oberlandesgerichtsrat Pfeiler, Braunschweig. — *H. Groß' Archiv*, 27, 308. —

Aus der Praxis werden eine Anzahl bemerkenswerter Fälle von Mordern mitgeteilt. Freiwillige Selbsthilfe wurden selbst nach barockem Zeugen durch irgend einen äußerlichen Umstand herbeigeführt. Ein Mörder legte ein Geständnis ab, als ihm die Raubmaske gerade in den Augenblick dargelegt wurde, als die Aufhängeladen zu klappen begannen, ein anderer, als ihm der präparierte Schädel des Ermordeten dargelegt wurde. Auch eine der Zeugen auslagen vorkommende Ungenauigkeit vertieft den beider missenden Täter, die Sache durch ein Geständnis richtig zu stellen.

Hingewiesen wird noch auf das oft unverständliche Verhalten des geständigen Mörders, unerhebliche Nebenumstände anders darzustellen, als sie sich wirklich ereignet haben, aber sie abzutun.

Mußkunstei.

An Kam. ber. Gend. Wachtm. O. K. in B-dorf und Amisvoort. L. Selbsthilfe bei Zechprellerei. Der Gast- oder Schankwirt ist berechtigt, Zechprellern mit Gewalt üben oder sonstige pfandbare Gegenstände im Wege der Selbsthilfe — auch unter Zuziehung seines Personals — wegzunehmen, wenn obrigkeitliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist und ohne sofortiges Eingreifen die Gefahr besteht, daß die Verwirklichung des Anspruchs bereitet oder wesentlich erschwert werde. (§ 229 des RStB.) Obrigkeitliche Hilfe im Sinne dieser Vorschrift ist die des ordentlichen Gerichts, nicht die des Polizei, die zwar gern als Mädchen für alles benutzt wird, nach der Auslegung, die § 10 RStB II 17 in Wissenschaft und Rechtsprechung erfahren hat, sich aber in die Privatverhältnisse zwischen Wirt und Gast grundsätzlich nicht einzumischen hat. Nr. 64. — p.

Kamerad GW. E. in A. Ausländerüberwachung. Formulare, auf denen die Ausländer ihre Personalien in deutscher Sprache nachweisen müssen, sind uns nicht bekannt. Wir möchten vorschlagen, den Ausländern oder ihren Arbeitgeber als Bedingung für Gestattung des Aufenthalts im Lande aufzugeben, durch Vermittlung ihrer Konsulate — in Bremen, Wilhelmshaven und Oldenburg dürften die meisten europäischen Staaten durch solche vertreten sein — deutsche Übersetzungen ihrer in fremder Sprache abgefaßten Pässe und Arbeitsblätter, wenigstens soweit sie die Personalien betreffen, zu beschaffen. Die Arbeitgeber, denen die Ausweisung nicht genügt in deutscher Sprache legitimerter Arbeitskräfte droht, werden schon auf eigene Kosten für Übersetzungen oder vielleicht auch für Stellung eines Dolmetschers sorgen; sie müssen sich ja doch selbst mit den Leuten verständigen, mindestens durch ihre Zwischenmeister. Nr. 160. — St.

An K. K. 100. 1. Straßenpolizei. Durch eine Polizeiverordnung kann unferes Erachtens einem Fuhrwerkseigentümer nicht die Verpflichtung auferlegt werden, über die Person und die Wohnung des Wagenführers den Aufsichtsbeamten auf Erfordern richtige Auskunft zu erteilen. Dies wäre ein Eingriff in das richterliche Zeugniszwangsrecht. Es muß also versucht werden, den Wagenführer auf andere Weise zu ermitteln, was wir für gar nicht besonders schwierig halten. Polizeiverordnungen sind nicht dazu da, der Polizei die Auskunft zu erleichtern. Es wird gegen den Wagenführer, der gegen eine Polizeivorschrift verstoßen hat, also eine Anzeige an den Amtsanwalt unter der Marke: „Verfahren gegen Unbekannt“ und unter Benennung des Fuhrwerkseigentümers als Zeugen einzuleiten sein. Bist es genügt aber die Ankündigung dieses Vorhabens bereits, um den Fuhrwerkseigentümer zur Angabe des Schuldigen zu bestimmen, wenn ihm in angemessener höflicher Form vorge stellt wird, daß er sich und seinen Angehörigen damit die wiederholten Ge-

richtlichen Verhandlungen — zuerst im Vorermittlungsverfahren und dann in der Hauptverhandlung — sparen könnte und viel billiger davon käme, wenn eine kleine Polizeistraf bezahlt würde, als eine gerichtliche, die einmal über das von der Polizei gezogene höchste Strafmaß von 30 M oder 8 Tagen hinausgehen kann und bei etwa durch Verweigerung der Auskunft bewiesener Widerseßlichkeit auch schwerer ausfallen dürfte, und zu der noch die Gerichtskosten hinzukämen. Möglich wäre übrigens ein Verfahren gegen den Fuhrwerksbesitzer aus § 151 der Gewerbeordnung dann, wenn der Wagenführer gewerblicher Arbeiter — Führer eines Arbeits- oder Geschäftswagens oder eines gewerbmäßigen Personenbeförderung dienenden Wagens — ist und dem Unternehmer Fahrlässigkeit in der Auswahl des Wagenführers zur Last fällt. Bei Fuhrwerken zur gewerbsmäßigen Personenbeförderung wird übrigens eine Polizeivorschrift, die die Angabe der Wagenführer von dem Unternehmer fordert, gültig sein; denn sie fände ihre besondere Stütze im § 37 der Gewerbeordnung. Es ist notwendig, daß die Aufsichtsbehörde die im öffentlichen Fuhrverkehr tätigen Wagenführer (Droschkenfutcher, Omnibusfutcher, Straßenbahnwagenführer) kennt. Eine solche Polizeiverordnung müßte sich allerdings ihrem Wortlaut nach auf den öffentlichen Fuhrverkehr ausdrücklich beschränken. Die allgemeine Vorschrift für jedes Fuhrwerk ist ihrer unbestimmten Fassung wegen ungültig, und zwar auch für den öffentlichen Fuhrverkehr.

2. Polizeistunde. Ein Schankwirt, der zwar pünktlich bei Eintritt der Polizeistunde seine Wirtschaft schließt, aber nach kurzer Zeit wieder öffnet, übertritt die Polizeistunde. Das vorübergehende Schließen der Wirtschaft ist nur ein Scheinmanöver. Das Wiederöffnen zur Nachtzeit, noch ehe an ein Wiedererwaschen des neuen Tagesverkehrs zu denken ist, ist lediglich eine Fortsetzung des abendlichen Betriebes.

Rr. 113. — St.

Kam. G. W. P. in R. Warenaufkauf und Freibieten durch Angestellte. Wer ein stehendes Gewerbe betreibt, darf an Orte der Niederlassung durch jeden in seinem Geschäft Angestellten ebenso wie in eigener Person sowohl Waren freibieten wie aufkaufen, und zwar auch auf öffentlichen Straßen und von Haus zu Haus, soweit nicht auf Grund des § 42b GewO. vom Regierungspräsidenten Beschränkungen eingeführt sind. Nur sind etwaige strafenpolizeiliche Vorschriften auch von solchen Personen zu beachten. Der Geschäftsmann, der Waren an seine Kunden ansfahren läßt, kann z. B. den Kutscher oder Wagenbegleiter ermächtigen, für ihn Waren freizubieten oder aufzukaufen. Nur für einen über den Niederlassungsort ausgebreiteten Gewerbebetrieb ist Wandergewerbesein oder Legitimationskarte erforderlich.

Rr. 142. — t.

Kam. G. W. T. in Gr. T. Ausschank bei Schülerfesten. Für den Ausschank geistiger Getränke außerhalb seiner Betriebsstätte bedarf der Schankwirt bei Schülerfesten — ebenso bei

Truppenübungen, Volksfesten und ähnlichen besonderen Gelegenheiten — der ortspolizeilichen Erlaubnis aus § 41a GewO. Die Schankkonzession bezieht sich nur auf die in der Urkunde bezeichneten Wirtschaftsräume. Die Erlaubnis aus § 41a GewO. braucht indessen keineswegs nur einem anderweitig konzessionierten Wirt erteilt zu werden. Vielsach bewerben sich auch Flaschenbierhändler u. a. um eine solche Vergünstigung. Eine Prüfung der Persönlichkeit ist nicht vorgeschrieben, wird in der Regel, da die Erlaubnis selten lange vorher nachgesucht wird, auch nicht mehr durchzuführen sein. Immerhin würde aber einer Person, der die Schankkonzession für eine dauernde Wirtschaft verlagert werden mußte, auch mit Recht bei besonderen Gelegenheiten mit den Gesuchen um vorübergehende Erlaubnis abzuweisen sein.

Rr. 177a. — t.

Kam. pens. G. W. H. in Z. Form des Testamentes. Ohne Zuziehung des Richters oder Notars kann jede nicht entmündigte über 16 Jahre alte Person ein Testament nach § 2231 BGB. durch eine unter Angabe des Ortes und Tages eigenhändig geschriebene und unterschriebene Erklärung errichten. Die Unterschrift muß voll ausgeschrieben sein und unter dem gesamten Text, einschließlich Orts- und Tagesangabe, stehen. Eine Unterschrift seitlich am Rande würde die Erklärung ebenso ungültig machen wie eine Unterschrift über oder neben dem Datum. Auch das gemeinsame Testament zweier Ehegatten kann in dieser Form erfolgen. Der eine Ehegatte schreibt eigenhändig seine Erklärung nieder, versieht sie mit Orts- und Tagesangabe und unterschreibt sie; der andere Ehegatte fügt die Erklärung bei, daß das Testament auch als sein Testament gelten solle, setzt ebenfalls Ort und Tag hinzu und unterschreibt diese Erklärung. (§ 2267 BGB.)

Rr. 183a. — f.

Kam. G. W. X. in X. Warenaufkauf; Zigeuner. Die Frage, ob fürliche Untertanen, die als Warenaufkäufer im Lande herumfahren, als Zigeuner anzusehen sind, läßt sich nur nach Feststellung der Nationalität beantworten. Da ausländischen Zigeunern nach der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 27. 11. 1896 Wandergewerbeseine nicht erteilt werden dürfen, die Warenaufkäufer aber einen — die Echtheit vorausgesetzt! — für das laufende Jahr gültigen Wandergewerbesein besaßen, muß angenommen werden, daß die den Schein ausstellende Behörde festgestellt hat, daß es sich nicht um Zigeuner handelt. Wurden die Warenaufkäufer in einem Bezirk betroffen, auf den der Wandergewerbesein und Gewerbebescheinigung ausgedehnt war, dann haben sie sich nach § 21 des Hausiersteuergesetzes strafbar gemacht. Als Ausländer konnten sie in Haft genommen werden, wenn begründete Zweifel bestanden, daß sie auf Ladung vor Gericht nicht erscheinen oder einem Urteile nicht Folge leisten würden. (§ 112 Abs. 2 Nr. 3 StGB.) Auch hätte zur Sicherstellung von Steuer, Strafe und Kosten und zum Verwehre der strafbaren Handlung eine Beschlagnahme der zum Gewerbebetrieb im Um-

herziehen mitgeführten Gegenstände (der Waren) durch Polizeibergant oder Gendarm erfolgen sollen, zumal es sich um Ausländer handelte. (Zgl. MinB. vom 14. Mai 1884 — WBl. 117. —)

Rr. 180a. — St.

Kam. G. Wachtm. H. in Kl. Warenfeilbieten bei Volksfesten. Wer bei öffentlichen Festen (Kirchweib-, Blas-, Rabenweib-, Krieger-, Schützenfesten und dergl.) Waren feilhalten will, bedarf hierzu nach § 594 GewO. nur der ortspolizeilichen Erlaubnis, und zwar auch dann, wenn er fortgesetzt von einem Fest zum andern zieht. Einen Wandergeverbeschein braucht er nur dann, wenn er auch außerhalb dieser Feste Handel treiben will. Dieser Handel ist weder auf selbstgewonnene Erzeugnisse und selbstverfertigte Waren noch auf einen Umkreis bis zu 15 Kilometern vom Wohnort beschränkt. Rr. 185a. — St.

Kam. G. Wachtm. St in Z. Viehhandel im Viehstall an Sonntagen. Auch der Viehstall eines Hundlers gilt als offene Verkaufsstelle im Sinne des § 41a GO., sofern darin regelmäßig oder doch wiederholt Viehkäufe abgeschlossen werden. „Offene Verkaufsstelle“ ist ein weiterer Begriff als „offener Laden“. Wird dagegen in der Regel das Vieh auf Viehhöfen oder Viehmärkten zum Verkauf gebracht und dient der Viehstall nur zur Einstellung der Tiere, dann kann von einer offenen Verkaufsstelle nicht die Rede sein. Es liegt in einem einmaligen Kaufgeschäft im Viehstall während der Sonntagsruhe keine Zuwiderhandlung gegen § 41a GO. vor. Gerichtsentscheidungen sind uns über gleichartige Fälle noch nicht bekannt geworden; solche scheinen Ihnen aber doch vorzuliegen, denn Sie schreiben selbst, daß der frühere Amtsanwalt solche Fälle dort zur Verstrafung gebracht hat. Da es sich um Vergehen handelt, muß die Verstrafung ja gerichtlich erfolgen sein. Auch ein Urteil oder Strafbefehl der Untergerichte dürfte genügen, den jetzigen Amtsanwalt zur Erhebung der Anklage zu veranlassen. Rr. 158a. — S.

Kam. G. Wachtm. N. in N. Liföre aus Essenzen; Nahrungsmittelverfälschung? Der Gesichtspunkt der Nahrungsmittelverfälschung ist uns bei der Herstellung von Lifören aus Essenzen neu. Es scheint uns auch recht zweifelhaft, ob der Kreisarzt beim Gericht mit seiner dahin gehenden Anklage durchdringen dürfte. Es mag wohl viel für sich haben, daß jeder aus Essenzen hergestellte Liför auch nur als solcher feilgeboten und verabsolgt wird; es dürfte sich vielleicht auch eine Gesetzesvorschrift rechtfertigen lassen, die solches vorschreibt. So lange es aber noch nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, kann es auch nicht gefordert werden. Rr. 181a. — t.

Kam. O. W. T. in H. Jahrmärkte. Die Jahrmärkte sind nach § 64 GewO. allen Besuchern mit gleichen Rechten zugänglich. Dem einzelnen darf also der Verkauf solcher Waren, die nicht durch die Marktordnung überhaupt vom Jahrmärkteverkehr ausgeschlossen sind, nicht verweigert werden. Ein Italiener, der mit Ballons, Papierpistolen und ähnlichen gering-

wertigen Gegenständen den Jahrmarkt besucht, hat also das Recht, alle diese Gegenstände, ohne einer polizeilichen Erlaubnis zu bedürfen, feilzubieten. Rr. 145. — v.

Kam. G. Wachtm. G. in T. Freischießen. Ein Freischießen, an dem sich gegen Entrichtung von Schußgeld jedermann beteiligen kann, ist selbstverständlich eine öffentliche Lustbarkeit. Sollen Getränke sowohl an die Mitglieder der Schützengesellschaft als auch an andere Personen verabfolgt werden, dann ist die besondere ortspolizeiliche Erlaubnis aus § 42a GewO. einzuholen. Rr. 181a. — n.

An J. K. S. Vereinsvergägen. Ein Verein, der gegen Bezahlung von 3 M Eintrittsgeld während der Festlichkeit Gäste als Mitgänger aufnimmt und auch anderen Personen gegen Entrichtung von 10 Pf. für jeden Tanz die Beteiligung gestattet, veranstaltet eine „öffentliche“ Tanzlustbarkeit. Er bedarf hierzu ebenso wie der Schankwirt einer schriftlichen, stempelspflichtigen Erlaubnis und muß, wo dies vorgegeben ist, auch Lustbarkeitssteuer bezahlen. Von einer „geschlossenen Gesellschaft“ ist hier gar keine Rede. Hatte der Verein die Festlichkeit ohne Erlaubnis veranstaltet, dann ist mit Verstrafungen vorzugehen sowie Lustbarkeitssteuer nachträglich einzuziehen. Auch wird das Verbot für Verlegung künftiger Erlaubniserteilungen zu ähnlichen Veranstaltungen ausreichen. Rr. 68. — n.

Kam. O. W. W. in M. Echte Biere. Eine Konzession, die sich auf den Ausschank bestimmter Getränke beschränkt, ist nicht nur vom Kammergericht in der von uns in Heft 1 des „Gendarm“ auszugewiesenen mitgeteilten Entscheidung vom 24. Januar 1907, sondern auch vom ehemaligen Obertribunal (Entsch. vom 30. März 1874 Rechtspr. 15, 198) und vom Pr. Obergericht (Entsch. vom 27. März 1878, Bd. 8, 265 und vom 11. November 1882, Preuß. WBl. IV, 78) für gültig erklärt worden, weil § 33 der Gewerbeordnung einer solchen Beschränkung nicht entgegensteht. Die Verwaltungsgerichte sind daher befugt, die Konzession zum Werausschank auf den Ausschank von „echten“ Bieren zu beschränken. In dem Fall des erwähnten StG. Erkenntnisses war die Frage, ob Zuckerbier-Bier zu den echten Bieren gehöre, verneint worden. Rr. 142. — n.

Kam. O. W. L. in L. Gewerbemäßiges Glückspiel und Warenausspielen. Der § 284 StrGB. bedroht denjenigen mit Strafe, der aus dem Glückspiel als Mitspieler ein Gewerbe macht. Der § 380 Riffer 14 StrGB. und § 56c GewO. richten sich dagegen gegen diejenigen Gewerbetreibenden, die ihre Waren im Wege des Glückspiels oder der Auslosung abgeben, selbst aber nicht mitspielen. Zuständig, Ausnahmen aus § 56c GewO. zu erteilen, ist nach Riffer 73 der Ausf. Anv. vom 1. Mai 1904 die Ortspolizeibehörde. Diese hat jedoch eine allgemeine Anweisung des Landrats, solche Ausnahmen grundsätzlich nicht zu gewähren, unweigerlich zu befolgen. Rr. 168a. — n.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Werdarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Haget i. W.

Nr. 10.

Verantwortl. Schriftleiter: Felix Werthebach zu Berlin.

1907/08.

Breda.

Eine internationale Polizeihundprüfung
in Holland.

Richterbericht von Frh. v. Kleinsorgen.

Polizeihundprüfungen sollen als friedlicher Wettstreit nicht nur dem einzelnen Belehrung und eventuell Auszeichnung, sondern auch im allgemeinen für die ganze Sache Anregungen, Verbesserungen und Fortschritt bringen. Jedes Land hat seine eigene Methode; wie in allen Sachen ist dies auch in der Polizeihundsache der Fall und darum ist eine internationale Polizeihundprüfung besonders geeignet, durch



Kapelle des Platzes für die Polizeihundprüfung in Breda.
Das Platz hat eine Größe von 1,35 in Höhe und 85 cm Breite.

Vergleich der einzelnen Methoden der ganzen Einrichtung Fortschritt und Nutzen zu bringen. Eine solche internationale Polizeihundprüfung war es, die am 30. Juni dieses Jahres der Kynologen-Klub „Breda“ ausgeschrieben hatte. Der Verein hat sich die Aufgabe gestellt, Polizeihunde, etwas in Holland bis dahin noch Unbekanntes, einzuführen. Zwar war es nicht die erste Prüfung dieser Art in Holland; denn im vergangenen Jahre fand schon in Dordrecht ein wenn auch nur schwacher Versuch einer Polizeihundprüfung statt. Es waren in Breda keine Mittel gewesen, eine Veranstaltung zustande zu bringen, die, wie man sagt, Hand und Fuß hatte. Man hatte uns Deutsche eingeladen, ebenso auch die Belgier, und die holländischen Interessenten sollten nun an der Arbeit beider selbständig sich entscheiden, ob sie der deutschen oder der belgischen Methode sich anschließen wollen.

Anregungen in Menge brachte die Prüfung, das ist kein Wunder. Die Belgier haben ihre Vorzüge, aber auch ihre Nachteile; daß wir Deutschen ebenso gestellt sind, ist klar. Wenn ich es gleich hervorheben soll, so ist mir besonders folgendes im allgemeinen aufgefallen:

Der Belgier ist heißblütig, lebhaft, leicht erregt, in seinem Wesen und Bewegungen rauh und dieses zeigt sich auch bei seinen Hunden.

Im allgemeinen war die Führung der belgischen Hunde zu laut und hitzig. Es macht für den ruhigen Deutschen einen etwas komischen Eindruck, die Gestikulationen zu sehen und die fast geschrien Kommandos zu hören; es erinnert uns zu sehr an den Zirkus. In der Praxis ist solche Schreierei sehr wenig am Plage. Um den Gang tragen die belgischen Hunde einen nicht aus Riemen, sondern aus einem geschlossenen Stüd Leder, das nur ein Loch für die Nase hat, bestehenden Maulkorb, einmal des Weizens wegen, dann auch, damit sie aus der Straze nichts, also auch keine Giftbroden aufnehmen können. Die Hunde sind meist schwarz von Farbe, langhaarig und die düstere Erscheinung mit dem

stechenden Blick des leuchtenden, hellen Auges gibt dem Tier etwas Unheimliches, Teufliches. Die Angriffsweise der Belgier ist eigenartig; sie suchen dem „Verbrecher“ meist von hinten zwischen die Beine zu kommen und ihn so zu Falle zu bringen. Liegt er, so halten sie ihn unbedingt am Boden fest. Der Appell ist meist trotz des lebhaften Temperaments recht gut; sie lassen sich gut vom „Verbrecher“ abrufen. Ein

großer Mangel der belgischen Hunde ist, daß sie teilweise schüchtern sind; wenigstens wird kein Wert darauf gelegt, sie darin „fest“ zu machen. Man sollte in Belgien lieber den Weisprung über ein flach ausgebreitetes Laten lassen, der für den Polizeihund nur als Sprung über einen Graben Wert hat; so, wie es mit dem Tuch gezeigt wird, ist es ein ganz wertloses Zirkusmädchen.

Im Gegensatz zu dem frischen, flotten Wesen der belgischen Hunde zeigten unsere deutschen Hunde leider meist ein recht laues, langames, ja oft scheues, überdressedes Wesen. Mit wenigen Ausnahmen gingen die Tiere nicht so recht aus sich heraus; es machte den Eindruck, als wenn die Tiere verlegen worden wären. Die Führung war meist ruhig, nicht laut und schreierisch; aber es fehlte der rechte Zusammenhang zwischen Herr und Hund. Ich glaube

auch den Grund dieses Mangels zu kennen. Ich selbst habe schon häufiger Anlaß genommen, in unserm Blatte die Führer auf das Erziehungsmittel des „Down“-Rachens hinzuweisen, das den Hund, bei dem das „down“ festliegt, unbedingt zuverlässig in die Hand des Führers gibt.

Es scheint mir nun, daß unsere strebsamen Führer das zu genau genommen haben. Man darf auch hier nicht den Hund nach der Schablone behandeln; liebevolles Eingehen auf das Temperament des einzelnen Hundes ist auch da erste Bedingung für ein gutes Gelingen der Dressur. Das „down“ ist, so wertvoll es ist, doch ein zweischneidiges Schwert. Machen Sie nicht aus ihrem Hunde, der ihnen ein offener, stets hilfsbereiter Freund sein soll, einen unterwürfigen, triefersüßigen Knecht! Und weiter in jedem Falle: Vorsicht mit der Peitsche und dem Stod! „Man schlägt sich den Hund aus der Hand!“ Oberländers Buch bezieht sich auf Jagdhunde; auch das, was er über das „down“ sagt, gilt für den Polizeihund nur mit Modifikationen.

Auf der Reise vom Breba zurück sprach ich mit einem unserer bewährten Dressure und Führer auf der langen Fahrt so manches über unsere Hunde. Etwas lernt man stets im Austausch der Meinungen. So besprachen wir auch die Art des Ablegens. Ist es richtig, daß der Hund beim „Abgelegtsein“ den Kopf auf der Erde auf den Vorderläufen liegend hält, oder ist es richtiger, daß er ihn hoch hält? Der Jagdhund ist auch hier in anderer Lage als der Polizeihund. Der Polizeihund darf im Gegensatz zum Jagdhund — der abgelegt „außer Gefecht gesetzt“ ist und vom Wilde durch seine Kopfbewegungen nicht bemerkt werden darf — auch in dieser Stellung nicht unauffällig sein. Er würde, wenn er den Kopf auf den Pfoten liegen hat, eine Annäherung vom Wilden her kaum bemerken können, durch einen Schlag also leicht unschädlich gemacht werden können, was einem Hund, der liegend den Kopf hoch trägt, nie passieren kann. Feinde hat der Polizeihund stets und solche werden die Gelegenheit, ihm eins auszuwichen, wenn er den Kopf auf den Pfoten liegen hat, es ihnen also recht bequem gemacht ist, mit Vorliebe benutzen, während sie sich an einen den Kopf hoch tragenden, sich umschauenden Hund nicht heranwagen werden.

Mangelhaft bei fast allen belgischen, ebenso aber auch den deutschen Hunden, war ganz besonders auch das Bewachen von Gegenständen. Die meisten Hunde gingen zwar sofort auf den „Verbrecher“ los, wenn er ihnen den Gegenstand fortnehmen wollte, aber sie taten es augenscheinlich nur deshalb, weil es eben der Verbrecher war, der ihnen nahe kam; wick dieser zurück, so ließen sie sich von jedem anderen den bewachten Gegenstand ruhig wegnehmen. Der Hund, der etwas bewachen soll, darf sich unter keinen Umständen von dem bewachten Gegenstand fortlocken lassen, weder durch Lockmittel noch durch Gerren und Neden. Zwei Leute werden sonst stets den Gegenstand an sich bringen können, indem der eine den Hund beschäftigt und der andere die Sache fortnimmt.

Wenn unsere Hunde in Breba, wie ich oben sagte, so lau und langsam arbeiteten, so glaube ich, daß unser schwer gepanzerter Verbrecher daran zum Teil die Schuld trägt. Der Verbrecher kann sich kaum bewegen; die Hunde wissen das und handeln danach. Sollte es nicht richtig sein, daß man bei der Ausbildung unserer Hunde, von Zeit zu Zeit wenigstens, auch einmal einen Maulkorb benutzt und die Hunde an einem ungepanzerten Verbrecher arbeiten läßt? Seine viel figureren Bewegungen und größere Gewandtheit reizen die Hunde naturgemäß viel mehr; die Schärfe und Schnelligkeit würden also gewinnen, die Hunde aber auch zu ihrem eigenen Besten Gewandtheit und Vorsicht lernen, da die viel schnelleren Bewegungen und Angriffe des Verbrechers für sie viel gefährlicher sind als die des Mannes in der gewöhnlichen dicken Panzerung.

Die Belgier brauchen ihre Hunde nur zum Erektubiendienst; für Kriminaldienst wird der Bloodhound benutzt. Man meint, die andern, zum Erektubiendienst verwendeten Rassen hätten nicht Nase genug zu diesem Zweck. Wie das bei den belgischen Schäferhundrassen bestellt ist, kann ich natürlich nicht wissen; „Follette“ zeigte jedoch bei der Prüfung ganz vorzügliche Nase. Wir Deutschen erstreben als „Polizeihund“ ein „Mädchen für alles“, wir wollen denselben Hund für Erektubi- und Kriminalzwecke verwenden, und daß das sehr wohl möglich ist, bewiesen in Breba die Schäferhunde Wolf v. d. Rippe (Fengze-Soelt), Max (Polizeiverwaltung Vorbeck) und Lucie (Polizeiverwaltung Weidrich) mit ihrer geradezu phänomenalen Nase. Besonders Lucie zeigte Leistungen auf kriminellem Gebiete, die sie sofort aus allen übrigen Prüflingen weit hervorhoben.

Selbstverständlich ist in unserem Blatt in sehr richtiger Weise schon oft darauf hingewiesen worden, daß nicht jeder gute Erektubihund ein guter Kriminalhund wird, daß aber andererseits jeder gute Kriminalhund auch ein guter Erektubihund sein muß. Zum Kriminaldienst muß der Hund besonders veranlagt sein; wir müssen also aus den Erektubihunden die für Kriminalhundzwecke besonders veranlagten auswählen und weiterbilden.

Besondere Leistungen! Unsere Führer sollten bedenken, daß dem Preisrichter der eine Hund genau so lieb ist wie der andere; Bevorzugung einzelner Tiere ist durchaus ausgeschlossen. Man überlege sich vorher, was man zeigen will! Eine, zwei gute Sachen genügen durchaus; denn der eine Hund kann nicht mehr Prüfungszeit beanspruchen als der andere. Man wähle zur Vorführung nur wirklich gute Leistungen aus, die für den Polizeidienszt Zweck haben. Vier apportieren ist keine besondere Leistung; denn der gute Apporteur muß selbstverständlich zart und sauber anfallen, darf nicht „tauscheln“ und die Sachen zerreißen und zerbröckeln. Lieber zeige man eine leichtere Übung, die glatt gelingt,

als eine möglichst komplizierte, deren man nicht ganz sicher ist.

Die Reihenfolge, in der die Hunde geprüft werden, weiß man oder kann man doch stets leicht erfahren. Man nehme daher seinen Hund eine Viertelstunde vorher an die Leine, gehe mit ihm abseits und Sorge dafür, daß er Gelegenheit hat, sich zu reinigen. Es macht einen sehr schlechten Eindruck, wenn der Hund bei der Prüfung, oft in nächster Nähe des verurteilten „Verbrechers“, ein Bein hoch hebt oder sich löst. Jeder Grund zum Wollen für das Publikum muß bei so ernster Sache durchaus vermieden werden. (Fortsetzung folgt.)

Das Arbeiten des Polizeihundes auf Menschenspuren.

Zu diesem Artikel in Nr. 4 des „Polizeihund“ bitte ich mir als altem Dressieur einige Worte zu gestatten:

Der Polizeikommissar Knappe gibt hier eine sehr wertvolle, durchdachte und erprobte Anleitung zum Arbeiten des jungen Polizeihundes auf Menschenspuren. Allen diesen Dressiurvorschlägen kann ich mich nur anschließen.

Es ist nicht so leicht, derartige Ratsschläge, die Hand und Fuß haben, zu erteilen; man kann aus ihnen die Liebe und das Verständnis erkennen, womit Herr Polizeikommissar Knappe seine Hunde arbeitet.

Zur Polizeihunddressur selbst möchte ich nun noch bemerken, daß bei den Hunden, welche nach dem erwähnten Artikel die frische Spur schon gut halten, nun auf recht ruhiges Arbeiten der Spur an der Leine der Hauptwert gelegt werden muß. Der ältere Hund darf nicht bis 50 Meter unter dem Winde der Spur folgen, nein, er muß so weit gebracht werden, daß er dieselbe mit der Nase direkt an der Erde studiert. Folgt er immer nur flüchtig der Spur, so gewöhnt sich der Hund daran, die Witterung nicht direkt vom Abdruck der Stiefelsohle zu nehmen, und hält sich dann mehr an diejenige Witterung, welche an den Grashalmen und Sträuchern haften bleibt, sich aber eher verflüchtigt als diejenige der Stiefelsohle an der frischen Erde.

In denjenigen Fällen, wo der Hund einige Stunden nach der Tat auf die Spur des Täters gesetzt wurde, genügt die flüchtige Suche; kommt aber ein nur flüchtig suchender Hund auf eine zwei bis drei Tage alte Spur oder liegt eine Nacht mit einem starken Gewitterregen dazwischen, dann wird er gewiß leicht verlagen und faheln. Denn die geringe Witterung, welche von den Stiefelsohlen an den Abdrücken noch klebt, wird er nicht finden, diejenige aber, welche an Grashalmen haften blieb, ist verflüchtigt oder weggewaschen. Darum, wenn der junge Hund nach vieler Mühe so weit gebracht ist, daß er die frische Spur gut hält, an die Leine mit ihm! Die Stiefelabdrücke durch

sanftes Herabdrücken des Kopfes gut zeigen und immer und immer mit „ruhig, mein Hund“ seinen Eifer dämpfen!

Am besten wählt man hierzu ein Gelände, wo der Führer selbst feststellen kann, ob sein Hund auch wirklich direkt mit der Nase den Stiefelabdruck zeigt, also Stoppelfelder, Saaten usw.; auch kann ein krummer, stiller Waldweg benutzt werden. Zwischen Führer und Gehilfen müssen aber unauffällige Zeichen wie Strohhalme, hingeworfene Zweige oder Blätter verabredet werden, weil doch nicht jeder Stiefelabdruck schnell zu finden ist. Sturzäcker, wo die Spur offen daliegt und der Hund wie beim Schner sich auf sein Auge verlassen kann, werden ausgeschaltet.

Nun läßt man die Spur immer älter werden; zuletzt muß mindestens eine Nacht dazwischen liegen; auch nehme man die Strecken nie zu lang. Der Gehilfe muß jedesmal vom Hunde gefunden werden und sich desioegen dem Punkte, wo er zu finden sein soll, von der entgegengesetzten Richtung nähern, ohne die alte für den Hund bestimmte Spur zu kreuzen.

Der fertige Hund muß dahin gebracht sein, daß er jede Spur, ob frisch oder alt, ruhig an der Leine ausarbeitet, und es darf gar keiner Kraftanstrengung bedürfen, die Leine zu halten. Durch dieses Arbeiten an der Leine lernt der Hund seine Nase besser bewerten und verläßt sich nicht mehr bei dem „Suchen“ auf seine Augen.

Die Hundenaspe, richtig ausgenutzt, leistet unendlich viel! Ist der Hund an ruhiges Arbeiten gewöhnt, so wird er bei alten Spuren nie haften, sich selbst Zeit lassen, alles genau prüfen und selbst ein Atom Witterung noch ausnützen. Er wird dann dem Führer auch Blutropfen, die der Täter bei einer Verwundung verlor, zeigen und weggeworfene oder verlorene Gegenstände nie übersehen, wie dies der junge Hund, welcher seitwärts im Winde der Spur folgt, tun muß.

Ich möchte bitten, diese Reizen nur als eine Erweiterung der Ausführungen des Herrn Polizeikommissars Knappe, welche dem alten Polizeihunde erst den rechten Schliff beibringen sollen, zu betrachten.

W. G.-I. in St.

Ausschreibung

der 7. Prüfung für Polizeihunde.

Veranstaltet vom „Verein zur Förderung der Rucht und Verewbung von Polizeihunden“ (E. V.). Zu Tagen i. B., am Sonntag, den 29. September 1907 in Hagen i. B. Leiter der Prüfung: Polizei-Inspektor Meyer, Hagen, Vorsitzender des P.I.V. Preisrichter: 1. Polizei-Inspr. Hanke, Duisburg-Meiderich, 2. Polizei-Kom. Albrecht, Aachen, 3. Polizei-Kom. Weber, Frankfurt a. M.

Erschrichter: Polizei-Sergeant Schroeder, Lüdenscheid.

Geprüft wird: 1. Keimfähigkeits; 2. Folgen frei bei Zuh. 3. a) Folgen (5 Minuten lang); b) Verordnen von Gegenständen; c. Verordnen von Futter aus fremder Hand; 4. Auf Befehl „Ruh geben“; 5. Weidung überbringen; 6. a) Reparieren geworfener Sachen; b) Verleihen; c) über Hindernisse; d) aus dem Wasser (bis an das Land); e) vom Verbrecher weggerollene oder verlorene Sachen; 7. Springen (mindestens 1,50 m hohe Wand); 8. Schutzfähigkeit; 9. Reiten und Verleihen oder Verleihen, wenn erforderlich, festhalten; 10. Verleihen, stellen und lauschen, wenn erforderlich, festhalten; 11. Verleihen des Führers, ohne Befehl; 12. Gefasstappell; 13. Verleihen Verleihen. Nur Übungen, die in den Rahmen des Sicherheits- und Ermittlungsdienstes fallen, sollen bewertet werden und zwar für Verleihen des Sicherheitsdienstes insgesamt bis zu 4 Punkten, für Verleihen des Ermittlungsdienstes bis zu 8 Punkten.

Zugelassen ist jeder reintassige Hund. Aspiranten beider Geschlechter sowie kranke Hunde sind ausgeschlossen. Der Einsatz beträgt für Polizeihunde pro Hund 5 M, für Hunde im Privatbesitz 10 M. Als Preise kommen zur Verteilung: Je ein I. Preis 70 M, II. Preis 60 M, III. Preis 50 M, IV. Preis 40 M, V. Preis 30 M, VI. Preis 20 M, VII. Preis 10 M, ferner Ehrenpreise, soweit solche gestiftet werden. Als I. Führerpreis kommen 20 M in bar zur Vergebung.

Die Anmeldungen haben auf dem kostenfrei zu beziehenden Meldeschein zu geschehen und müssen bis zum 18. September 1907 mit dem Einsatz an die Geschäftsstelle, Polizei-Inspektor Meyer, Hagen i. W., eingesandt werden.

Viele wertvolle Ehrenpreise, darunter voraussichtlich ein solcher der Stadt Hagen, sind gestiftet. Freundlich zuge dachte Ehrenpreise sind mit oder ohne nähere Bestimmung an das Vorstandsmittel des Vereins Polizeiwachmeister Ruhbaum, Hagen i. W., zu senden.

Für eine ungestörte Arbeit der Hunde wird durch weitgehende zweckmäßige Absperzung in vornehmster Weise gesorgt werden. Neben der ersten Prüfungsarbeit wird aber auch die bewährte kynologische Gemütlichkeit zu ihrem Rechte kommen.

Logisnachweis durch den Vorsitzenden, Polizei-Inspektor Meyer, Hagen i. W.

Weitere Bekanntmachungen erfolgen in der am 14. September erscheinenden Nummer. Der Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden.

Meyer, Polizei-Inspektor, Vorsitzender.

Allerlei.

Die Polizeihundprüfung von Rouen. Am 16. Juni fand in Rouen eine Polizeihundprüfung statt, an der als einziger Deutscher derassenführer des P.H.V., Herr Polizeikommissar Kappe, teilnahm. Das „Journal de Rouen“ schreibt über die Prüfung folgendes:

Als Polizeikommissar Kappe aus Reims in Deutschland in seiner blauen Uni-

form mit roten Aufschlägen und der flachen Mütze, in maschinenmäßigem Gange gleich jedem guten preußischen Soldaten, auf dem Hauptplatz erschien, machte sie all gemeines Schwärmen im Kreise der Zuschauer bemerkbar.

Hinter dem Kommissar stand ein ebenfalls uniformierter Agent, bewegungslos, die Hand an der Hosennaht, das Auge auf seinen Herrn gerichtet, den er auf einen Wink, auf ein Wort verstand. Die ganze Strammheit des deutschen Militärs war in diesem Körper vereinigt, dessen Kraft nur auf Befehl eines Gehirns arbeitete, nämlich desjenigen des Polizeikommissars.

Wenn auch die belgischen Hunde große Eigenschaften im Springen an den Tag legten, haben sich ihnen die deutschen Hunde doch überlegen gezeigt. Unerkrodenheit im Angriff, scharfen Spürsinn und tadellosen Gehorsam zeigten die Hunde des Herrn Polizeikommissars Kappe, welcher sie selbst vorführte. Wunderbar dressiert, haben sie alle Eigenschaften, die sie haben müssen, um die Dienste zu verrichten, welche man von ihnen verlangt. Eiserne Zucht hat sie gelehrt gemacht, so daß sie dem geringsten Wort gehorchen. Wenn sie der Kaiser gestern gesehen hätte, er wäre mit ihnen zufrieden gewesen.

Wie kommt es nun, daß diese beiden vorzüglichen Tiere denselben Fehler machten, daß sie Fleisch fraßen, welches ihnen von fremder Hand gereicht wurde? Ein wichtiger Zuschauer schrie aus der Menge: „Das ist französisches Fleisch; das bekommen sie nicht alle Tage!“ Dieser Fehler brachte aber die Tiere, die den ersten Rang hätten einnehmen müssen, um mehrere Plätze zurück. Nichtsdestoweniger hatten sie sehr starken Erfolg. Er war verdient; denn sie zeigten sich als würdige Polizeihunde, besonders „Bosco“.

Die Polizeischule in Reddinghausen bringt der Polizeihundfrage besonderes Interesse entgegen. In der letzten Amtmänner-Versammlung ist der „Polizeihund“ Gegenstand eingehender Erörterung gewesen und ist auf Anregung des Herrn Landrats Graf v. Merwede beschlossen, in jedem Kurkurs praktische Übungen und Vorfahrungen mit Polizeihunden vorzunehmen.

Polizeihundprüfung.

Am 25. August d. J. veranstaltet der Kynologische Klub in Verviers, Belgien, eine Polizeihundprüfung. Als Richter aus Deutschland wurde Herr L. Kimmach, Düren, Mitglied des P.H.V. gewählt. An Preisen setzte der Klub Geldpreise in Gesamthöhe von 450 Frs. aus. Zahlreiche Ehrenpreise in Geld und in wertvollen Gegenständen sind gestiftet. Der P.H.V. stellt Herrn Kimmach einen Ehrenpreis von 25 M zur Verfügung. Die Beschickung der Prüfung wird empfohlen. Programme versendet der Club Kynologique de Verviers, Verviers Rue Xhavrée 9.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 11. — 31. August 1907. — Seite 243/267. — 5. Jahrgang.

September						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30

Herausgeber:
Robert Gerßbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Oktober						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abkürzen wird die Zeitschrift am Jahresabschluss aus-
gegeben geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind nicht zu richten an die
Verwaltung des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr RM. 1,50.
Einzelne Nummern 80 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
Die gespaltelte Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Die Überweisung an die Landespolizei-
behörde und die Ausweisung (Fortsetzung) 244
MinB. vom 17. Juli 1907 betr. Gewährung
von Umzugskosten bei der Übernahme von
Beamten aus einer etatsmäßigen Stelle
in eine nichtetatsmäßige 248
Felddiebstahl in Elsass-Lothringen 249
Etatstärke des deutschen Heeres (Tabelle) 250
Brandstiftungen durch Kinder und Aufsichts-
pflicht der Eltern 251
Ein neuer Richtigkeitsprüfer 252
Nachweis von Blut 253
Etatstärke des deutschen Heeres (Hinweis) 253

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht 253
II. Kammergericht 253
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht 254
IV. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof 255
V. Oberlandesgericht Kiel 255
VI. Oberlandesgericht Breslau 255
VII. Landgericht Essen 255
VIII. Landgericht Halle a. S. 256
IX. Schöffengericht Breslau 256
X. Schöffengericht Briesg 256

Polizeibericht 256
Ehrentafel 257
Personalveränderungen 257
Vollstreckung 259
Auskunft 259

II. Der Polizeihund.

Vreda. Eine internationale Polizeihund-
prüfung in Holland 261
Dressurnisse 263
Protokoll der Generalversammlung des
P.H.V. vom 16. Juli 1907 in Dagen i. B. 264

III. Haus und Herd.

Unser Karten- und Planwesen 265
Verwaltungsgebäude 265
Rechtsprüche 266
Weltbürger-Kbc 266
Gesundheitspflege 266
Merke! 266
Rundschau 267
Pferdepflege 267
Auflösung der Rätsel aus Nr. 10 267

Vorankündigung. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 26. August 1907 abgeschlossen worden.

Die Übertweisung an die Landespolizeibehörde und die Ausweisung.

Unter besonderer Berücksichtigung der bairischen Verhältnisse.
Von Joseph Weigand, Regierungsrathseist in Würzburg.

(Fortsetzung.)

b) Die Ausweisung lediglich von Ausländern.

Ausländer, d. i. Nichtdeutsche, welche in Bayern eine vorläufige Heimat haben, sind bezüglich des Aufenthalts wie Inländer zu behandeln. (Art. 37, Abs. 3, Heim.-Ges.)

Außer den sub a aufgeführten Fällen, welche für Deutsche und Nichtdeutsche gemeinsam gelten, können Nichtdeutsche in folgenden Fällen aus einer bayerischen Gemeinde ausgewiesen werden (Art. 39, Ziff. 1—4, 7—10 Heim.-Ges.):

a) Personen, welche nicht binnen vier Wochen nach ergangener Aufforderung genügenden Nachweis über ihre Heimatberechtigung liefern, kann der Aufenthalt für so lange verlagert werden, als jener Nachweis nicht geliefert wird. (Vergleiche Min.-Entschl. vom 28. Dez. 1899, Vollzug des Gesetzes über Heimat, Veredelung und Aufenthalt, Min.-Blatt S. 803, Ziff. 22, Abs. 1.)

β) Personen, die von der Aufenthaltsgemeinde Armenunterstützung beanspruchen oder erhalten, können auf Antrag der Gemeindeverwaltung für die Dauer von drei Jahren aus der Gemeinde weggewiesen werden, wenn sie nicht während der zwei unmittelbar vorhergehenden Jahre in der Gemeinde Abgaben für Armenzwecke bezahlt oder Gemeinbedienste geleistet haben, oder wenn seit dem Tage, an welchem sie zuletzt Armenunterstützung beanprucht oder erhalten haben, noch nicht volle sechs Monate verfloßen sind.

Bezüglich der Armenunterstützung kommt in Betracht das Gesetz vom 29. April 1869, die öffentliche Armen- und Krankenpflege betr., i. F. v. 30. Juli 1899, Art. 13 ff. Da bezüglich der „Abgaben für Armenzwecke“ keine spez. Umlagen für Armenzwecke mehr erhoben werden, so kommen nach dieser Richtung die Gemeindeumlagen in Betracht.

Wenn in einer Gemeinde keine Umlagen erhoben und keine Gemeinbedienste gefordert werden, so wird diese Bestimmung auch nicht existent werden können.

Will die ausgewiesene Person vor Ablauf von drei Jahren ihren Aufenthalt wieder in der Gemeinde nehmen, so hat den Besitz ausreichender Unterhalts-

mittel darzutun; ob die nachgewiesenen Mittel ausreichend sind, ist von der Ausweisungsbehörde zu würdigen.

Die gesetzliche Verbindlichkeit der Aufenthaltsgemeinde in Krankheitsfällen oder in sonstigen Fällen dringender Not die unentbehrliche Hilfe zu leisten, wird nicht aufgehoben. Den Verbindlichkeiten nach Art. 13, Ziff. 2, des zit. Arm.-Ges. kann sich schon die Aufenthaltsgemeinde durch Beantragung der Ausweisung der betreffenden Person nicht entziehen.

γ) Personen, welche mit ihren der Aufenthaltsgemeinde schuldigen Abgaben länger als ein Jahr, vom Verfalltermine an gerechnet, im Rückstande bleiben, können auf Antrag der Gemeindeverwaltung ausgewiesen werden, sind jedoch nach erfolgter Zahlung des schuldigen Betrages zur Rückkehr befugt.

δ) Personen, welche sich in einer Gemeinde aufhalten, um daselbst Dienst oder Arbeit zu suchen, können aus der Gemeinde, wenn sie innerhalb der ihnen gewährten angemessenen Frist weder ein ständiges Unterkommen oder eine ihren Unterhalt sichernde Beschäftigung finden, noch den Besitz hinreichender Unterhaltungsmittel darzutun vermögen, für die Dauer von drei Monaten weggewiesen werden, sind jedoch schon früher zur Rückkehr befugt, wenn für sie ein solches Unterkommen oder eine solche Beschäftigung gefunden ist.

Unter den Worten „ständiges Unterkommen“ ist insbesondere der Eintritt in ein Dienstverhältnis von präsumtiver Dauer oder die Beschäftigung als Gewerksgehilfe zu verstehen, während als eine den „Unterhalt sichernde Beschäftigung“ hauptsächlich die Stellung eines Fabrikarbeiters oder Tagelöhners in Betracht kommt.

Auf Personen, welche in der Gemeinde einen selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet und innerhalb der ihnen gewährten angemessenen Frist wirklich begonnen haben, ist vorstehende Bestimmung nicht anwendbar.

ε) Weibspersonen, welche offenkundig mit ihrem Körper ein unzünftiges Gewerbe treiben und die Gelegenheit hierzu auf öffentlicher Straße aufsuchen, dann jene Personen, welche offenkundig an dem Ertragnisse des unzünftigen Gewerbes Anteil haben, können für die

Dauer von zwei Jahren aus der Gemeinde weggewiesen werden.

7) Ist im Gemeindebezirk die öffentliche Sicherheit durch eine Handlung gefährdet worden, zu deren Unterdrückung das Aufgebot der bewaffneten Macht erfolgte oder gesetzlich zulässig war, so können Personen, welche an der Sicherheitsstörung oder an den Vorbereitungen hierzu teil genommen oder hierzu aufgefordert haben — unbeschadet der Strafverfolgung — für die Dauer eines Jahres aus der Gemeinde weggewiesen werden.

Die Erlassung eines solchen Aufenthaltsverbots ist aber nur statthaft, solange die Ruhestörung dauert oder deren Wiederholung zu befürchten ist.

Ebenso können Personen, welche einer Beteiligung an den Ruhestörungen dringend verdächtig sind, innerhalb desselben Zeitraumes und für die gleiche Zeitdauer ausgewiesen werden, wenn sie weder ständigen Arbeitsverdienst noch ausreichende Unterhaltsmittel haben.

7) Studierende oder Zöglinge einer Unterrichtsanstalt, welche zur Strafe entlassen werden, oder ohne Vorwissen ihrer Eltern oder Vormünder ausgetreten sind, dann entweichen oder entlassene Lehrlinge, können binnen drei Monaten nach der Entfernung von der Anstalt oder Lehre für die Dauer eines Jahres aus der Gemeinde weggewiesen werden, wenn die Familie, welcher sie angehören, nicht in dieser Gemeinde ihren Wohnsitz hat.

8) Minderjährige Personen, die sich ohne Bewilligung ihrer Eltern oder Vormünder in einer fremden Gemeinde aufhalten, können auf Antrag des Inhabers der elterlichen oder vormundschaftlichen Gewalt ausgewiesen werden.

Für die Frage, bis zu welchem Alter der Auszuweisende als minderjährig zu erachten ist, dürfte das einschlägige ausländische Gesetz in Betracht kommen.

c) Die Ausweisung lediglich von Deutschen (§ 3, Abs. 4, 5 Freizügigkeitsgesetz).

Dieselbe bemittelt sich nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867, welches mit Gesetz vom 22. April 1871 in Bayern eingeführt wurde. Danach unterscheidet man die Ausweisung aus Sicherheits- und armenpolizeilichen Gründen.

a) Die Ausweisung aus sicherheitspolizeilichen Gründen (§ 3, Abs. 1, Freiz.-Ges.).

Gemäß § 3, Abs. 1, a. a. O. behält es sein Betenden, insoweit bestrafte Personen nach den Landesgesetzen Auf-

haltsbeschränkungen durch die Polizeibehörde unterworfen werden können. Als solche Aufenthaltsbeschränkungen nach den Landesgesetzen kommen speziell in Bayern in Betracht die Bestimmungen des Heimatsgesetzes in Art. 37, Art. 39, Ziff. 5, 6; diese Bestimmungen, die auch für Ausländer gelten, sind bereits unter Ziff. 2s oben näher erörtert, weshalb hierauf Bezug genommen werden kann.

ß) Die Ausweisung aus armenpolizeilichen Gründen (§ 4, 5 Freiz.-Ges.). Diese Bestimmungen haben lediglich für Deutsche Geltung, wie überhaupt das ganze Freizügigkeitsgesetz für Ausländer nicht gilt.

aa) Das Abweisungsrecht der Gemeinde gegenüber Gemeindefremden. (§ 4 Freiz.-Ges.) Das Abweisungsrecht kann nur gegen Neuanziehende geltend gemacht werden, wenn die Gemeinde nachweisen kann, daß dieselben nicht hinreichende Kräfte besitzen, um sich und ihren nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notdürftigen Unterhalt zu verschaffen und wenn sie solchen nicht aus eigenem Vermögen bestreiten können noch von einem dazu verpflichteten Verwandten erhalten. Die Beforsung vorläufiger Verarmung berechtigt den Gemeindevorstand nicht zur Zurückweisung.

ßß) Das Ausweisungsrecht der Gemeinde gegenüber Gemeindefremden (§ 5 des Freiz.-Ges.). Die Fortsetzung des Aufenthalts in einer Gemeinde kann verweigert werden, wenn sich nach dem Anzuge, d. h. nachdem der Anziehende in einer Gemeinde endgültig seinen Aufenthalt genommen hat, die Notwendigkeit einer öffentlichen Unterstützung offenbart, bevor der Neuanziehende an dem Aufenthaltsort einen Unterstützungswohnsitz bezog. in Bayern das Heimatrecht erworben hat und die Gemeinde nachweist, daß die Unterstützung aus anderen Gründen als wegen einer nur vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit notwendig geworden ist.

3. Das Verahren.

a) In den sub 2a und b aufgeführten Fällen.

a) Die Ausweisung erstreckt sich vorbehaltlich ihrer zivilrechtlichen Folgen nur auf diejenigen Personen, gegen welche ein gesetzlicher Ausweisungsgrund vorliegt. (Art. 40 des Heim.-Ges.) Dies gilt auch dann, wenn die auszuweisende Person noch unter elterlicher Gewalt steht oder verheiratet ist. Die in den Zivilgesetzen begründete Gewalt des Familienhauptes wird demnach in den-

jenigen Fällen, in denen die Ehefrau oder ein Hauskind ausgewiesen wird, indirekt beschränkt, dagegen kann der ausgewiesene Ehemann oder Vater auch verlangen, daß ihm die Ehefrau und die Kinder nach dem neuen Aufenthaltsorte folgen. Das gegen die Ehefrau oder gegen ein im elterlichen Heimatsverbande stehendes Kind erlassene Aufenthaltsverbot erlischt, wenn der Ehemann bezw. die Eltern das Heimatsrecht in der betr. Gemeinde erworben und nach Art. 1 und 4 des Heim.-Ges. auf die ausgewiesene Person übertragen.

Die Aufenthaltsbeschränkungen des bayerischen Staates bestehen regelmäßig in dem Verbot des Aufenthalts in einer bestimmten Gemeinde, nämlich derjenigen, in welcher der Auszuweisende sich aufhält; doch kann das Aufenthaltsverbot auf benachbarte Gemeindebezirke erstreckt werden, wenn nach Ermessen der ausweisenden Behörde ohne eine solche Ausdehnung eine Vereitelung des Zwecks der Ausweisung zu befürchten wäre. (Art. 41, Abs. 1, des Heim.-Ges.) Es ist dabei gleichgültig, ob die benachbarten Gemeinden im Amtsbezirk der ausweisenden Distriktpolizeibehörden liegen oder nicht. Die Frage, ob das polizeiliche Verbot des Aufenthalts in einer fremden Gemeinde auch auf benachbarte Gemeinden zu erstrecken sei, ist von den Verwaltungsbehörden nach ihrem Ermessen zu entscheiden.

5) Die Zulässigkeit örtlicher Aufenthaltsbeschränkungen der hier in Betracht kommenden Art ist nur dann gegeben, wenn in Fällen des Art. 39, Ziff. 3—10, konstatiert ist, daß die öffentliche Sicherheit oder Sittlichkeit durch den Aufenthalt der betreffenden Person in der Gemeinde gefährdet wird (Art. 43, Abs. 2 des Heim.-Ges.) und wenn außerdem über die Heimat des Auszuweisenden keine Zweifel bestehen. (Art. 21 des Heim.-Ges.) (Ziff. 19, Abs. 2 der Vollzugs-Vorschr. z. Heim.-Ges. v. 28. Dez. 1899.)

7) Was die Zuständigkeit anlangt, so kann das Aufenthaltsverbot auf Antrag der Gemeinde oder von Amts wegen erlassen werden. (Art. 43, Abs. 1 des Heim.-Ges.) Dasselbe ist in einem förmlichen mit Gründen versehenen Beschluß auszusprechen. Zuständig ist in erster Instanz die Distriktpolizeibehörde jener Gemeinde, aus welcher die Person ausgewiesen werden soll, in München die Polizeidirektion. (Art. 45 des Heim.-Ges.) Gegen den den Beteiligten zugustellenden

Beschluß ist Beschwerde zur Königl. Regierung, Kammer des Innern, zulässig; sie ist an eine unersprechliche Frist von 14 Tagen gebunden und hat, wenn ein sofortiger Vollzug des Ausweisungsbeschlusses im öffentlichen Interesse geboten erscheint, keine aufschiebbare Wirkung (Art. 46 des Heim.-Ges.). In dritter Instanz entscheidet das Königl. Staatsministerium des Innern oder der Königl. Verwaltungsgerichtshof. (Art. 8 Ziff. 3 des Verw.-Ger.-Hof.-Ges. vom 8. Aug. 1878.) Die Zuständigkeit des letzteren ist begründet, wenn der Beschwerdeführer die gesetzliche Zulässigkeit der Ausweisung bestreitet; wendet er sich aber nur gegen die Zweckmäßigkeit der Maßregel unter Anerkennung ihrer Gesetzmäßigkeit, so ist die Beschwerde von dem Ministerium zu entscheiden. (Vergl. Art. 11, Ziff. 3 des B.-G.-S.-Ges.)

Zur Beschwerdeführung berechtigt sind einmal die Personen, deren Aufenthalt in Frage kommt, und sodann die Gemeindeverwaltungen, deren Antrag auf Abweisung einer Person abgelehnt wurde. Als Gemeindeverwaltungen kommen in Betracht: in Gemeinden mit städtischer Verfassung die Magistrate, in der Pfalz die Gemeinderäte und in den übrigen Gemeinden die Gemeindeausschüsse. Hat der Magistrat einer der Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Stadt die Ausweisung zu verfügen, so ist ein besonderer Ausweisungsantrag gemäß Art. 43, Abs. 2 des Heim.-Ges. nicht notwendig, da der Magistrat in seiner doppelten Eigenschaft als Vertreter der Gemeinde und als Distriktpolizeibehörde handelt. (Ziff. 21 der Vollzugs-Vorschr. v. 28. Dez. 1899.)

In den Fällen des Art. 39, Ziff. 2 und 3 des Heim.-Ges. hat die Gemeinde einen Rechtsanspruch auf Ausweisung, in den übrigen Fällen nicht. Deshalb ist auch nur im ersteren Fall die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes gegeben. b. In den sub 2c aufgeführten Fällen.

a) Die Abweisung und Ausweisung aus einer Gemeinde gemäß § 4, 5 des Freiz.-Ges. kann von der Gemeinde als ein Recht gefordert werden; ebenso hat der Ausgewiesene einen Rechtsanspruch auf Zuriinnahme des Verbots von dem Zeitpunkt an, wo die zur Aufenthaltsverletzung führenden Verhältnisse in Wegfall gekommen sind. (Entsch. des B.-G.-S., Bd. 24, S. 522.) Mit dem Erwerb der Heimat verliert das Verbot des Aufenthalts in der Gemeinde seine Wirkung.

Die rechtliche Wirksamkeit des Aufenthaltsverbotes beginnt erst mit der Rechtskraft des Beschlusses. (Entsch. des V.-G.-S., Bd. 26, S. 52.) Die Aufenthaltsverfügung kann in keinem Fall auf eine bestimmte Zeit erfolgen; denn das Gesetz enthält eine derartige Bestimmung nicht. Vielmehr kann der Fortgewiesene wieder anziehen, wenn ein gesetzlicher Abweilungsgrund nicht mehr entgegensteht.

7) Zuständig zur Erlassung der Verfügung, welche das Aufenthaltsverbot ausspricht, ist die Distriktpolizeibehörde; die Verfügung ergeht auf Antrag der Gemeindeverwaltung. Erl. vom 4. Mai 1871, der Vollzug des Gesetzes über die Freizügigkeit v. 1. Nov. 1867, Nr. 3974, Ziff. 5 (Weber, Bd. 9, S. 2). Ist die Distriktsverwaltungsbehörde zugleich Gemeindebehörde, so bedarf es keines gemeindlichen Antrages.

Streitigkeiten sind gemäß Art. 8, Ziff. 3 des V.-G.-S.-Ges. Verwaltungsrechtssachen, zu deren Entscheidung in zweiter Instanz die vorgesehene Kreisregierung, Kammer des Innern, in dritter Instanz der kgl. Verwaltungsgerichtshof zuständig ist.

7) Das Verfahren im speziellen.

aa) Wenn die Pflicht zur Übernahme der Fürsorge zwischen verschiedenen Gemeinden eines und desselben Bundesstaates streitig ist, so erfolgt die Entscheidung nach den Landesgesetzen. Als solches kommt in Bayern in Betracht das mehrerwähnte Armengesetz. Die tatsächliche Anweisung aus einem Orte darf niemals erfolgen, bevor nicht die Annahmeerklärung der in Anspruch genommenen Gemeinde oder eine wenigstens einstweilen vollstreckbare Entscheidung über die Fürsorgepflicht erfolgt ist. (§ 6 des Freiz.-Ges.) (Vergl. Art. 21 des Heim.-Ges.)

bb) Sind bei der Ab- bezw. Ausweisung aus einer Gemeinde verschiedene Bundesstaaten beteiligt, so regelt sich das Verfahren nach dem Vertrag wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Übernahme der Auszuweisenden d. d. Gotha, den 15. Juli 1851, sowie nach den späteren zur Ausführung dieses Vertrages getroffenen Verabredungen. (§ 7, Abs. 1, des Freiz.-Ges.) Der Gothaer Vertrag bestimmt, daß ohne Zustimmung der Behörde des zur Übernahme verpflichteten Staates diesem kein aus dem anderen Staate ausgewiesenes Individuum zugeführt werden darf, es sei denn, daß entweder der Rückkehrende sich in Besitz eines

von der Behörde seines Wohnortes ausgestatteten Passes (Wanderbuches, Passkarte), seit dessen Ablauf noch nicht ein Jahr verstrichen ist, befindet, oder daß der Ausgewiesene einem in gerader Richtung rückwärts liegenden dritten Staat angehört, dem er nicht wohl anders als durch das Gebiet des anderen Staates zugeführt werden kann. (§ 8 Goth. V.) Sollte im letzteren Fall ein Individuum von dem übernahmepflichtigen Staat nicht angenommen werden, so kann derselbe in denjenigen Staat, aus welchem er ausgewiesen worden war, wieder zurückgeführt werden. (§ 9 a. a. O.)

Die Überweisung des Ausgewiesenen geschieht in der Regel mittels Transportes und Abgabe desselben an die Polizeibehörde desjenigen Ortes, wo der Transport als von seiten des ausweisenden Staates beendet anzusehen ist. Mit den Ausgewiesenen werden zugleich die Beweistücke für den Transport übergeben. In solchen Fällen, wo keine Gefahr zu beforgen ist, können einzelne Ausgewiesene auch mittels eines Passes, in dem ihnen die zu befolgende Route genau vorgeschrieben ist, in ihr Vaterland verwiesen werden. (Näheres unten.)

Bis zur Übernahme seitens des verpflichteten Staates ist der Aufenthaltsstaat zur Fürsorge für den Auszuweisenden am Aufenthaltsorte nach den für die öffentliche Armenpflege in seinem Gebiet gesetzlich bestehenden Grundsätzen verpflichtet. Ein Anspruch auf Ersatz der für diesen Zweck verwendeten Kosten findet gegen Staats-, Gemeinde- oder andere öffentliche Kassen desjenigen Staates, dem der Hilfsbedürftige angehört, sofern nicht anderweitige Verabredungen bestehen, nur insoweit statt, als die Fürsorge für den Auszuweisenden länger als drei Monate gedauert hat. (§ 7, Abs. 2 des Freiz.-Ges.) Als eine solche „anderweitige Verabredung“ kommt die Eisenacher Übereinkunft vom 11. Juli 1853 wegen der Verpflegung erkrankter und der Beerdigung verstorbenen gegenseitiger Staatsangehörigen. Dieselbe gilt nun insbesondere zwischen Bayern einerseits und den übrigen deutschen Bundesstaaten sowie Elsaß-Lothringen, dann Österreich-Ungarn anderseits.

Nach dieser Übereinkunft soll der Aufenthaltsstaat für Ausländer, welche der Kur- und Verpflegung bedürfen, in gleicher Weise wie für seine Staatsangehörigen sorgen, bis der Erkrankte ohne Nachteil für seine oder anderer Gesundheit in

den übernahmepflichtigen Staat zurück-
kehren kann. Ein Ersatzanspruch gegen
öffentliche Kassen des übernahmepflichtigen
Staates ist überhaupt nicht gegeben.
(§ 1, 2 Eif. Übereink.) Wohl hat die
hilfsleistende Gemeinde einen Ersatzan-
spruch gemäß Art. 16, Abs. 2 bezw. Arm.-
Ges. gegen die bayerische Staatskasse. Die
Eisenacher Übereinkunft gilt nur bei Un-
terstützungen infolge Krankheitsfällen,
nicht infolge von Alter, Arbeitslosigkeit
und Gebrechen und nur bezüglich dieser
Personen so lange, als die Transport-
fähigkeit infolge einer aus Rücksicht für
den zu Transportierenden vorliegenden
Hindernisses ausgeschlossen ist.

In den Fällen, wo die genannte
Übereinkunft nicht gilt, ist ein Ersatzan-

spruch für die über drei Monate hinaus-
währende Fürsorge gegeben (§ 7, Abs. 2
des Freiz.-Ges.) Die Frist von drei Mo-
naten beginnt mit dem Tage, an dem dem
übernahmepflichtigen Staat der Über-
nahmeantrag zugegangen ist.

Mit den Staaten, für die die Eisen-
acher Übereinkunft nicht gilt, bestehen
zum Teil Staatsverträge. Ist nach diesem
ein Ersatzanspruch zulässig, so ist der baye-
rische Staat der unterstützenden Armen-
pflege gem. Art. 16 des Arm.-Ges. nur
dann ersatzpflichtig, wenn zuerst versucht
worden ist von Seiten der Armenpflege,
ihnen Ansparg gegen die öffentliche Kasse
des auswärtigen Staates geltend zu
machen, und dieser Versuch erfolglos ge-
blieben ist.

(Schluß folgt.)

Ministerial-Erlasse

**Betr. Gewährung von Umzugskosten bei der
Übernahme von Beamten aus einer etats-
mäßigen Stelle in eine nichtetatsmäßige.**

Berlin, 17. Juli 1907.

Unter Bezugnahme auf die Vorschrift im
Abschnitt C Ziffer 24 der F. O. XII wird
den Königlichen Eisenbahndirektionen der
nachstehend abgedruckte Erlaß des Herrn
Finanzministers und des Herrn Ministers
des Innern, betreffend die Gewährung von
Umzugskosten bei Übernahme von Beamten
aus einer etatsmäßigen in eine nicht etats-
mäßige Stelle, zur Kenntnis und Beachtung
mitgeteilt.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

In Vertretung:

K l e d.

An die Königlichen Eisenbahndirektionen.
B. R. 15, 368.

Berlin, den 18. Juni 1907.

Der Finanzminister.

Zur Herbeiführung eines einheitlichen
Verfahrens und zur Veseitigung von Zwei-
fein, die bei Ausführung des Erlasses vom
29. Mai, 17. Oktober 1903 (M. l. d. i. V. S.
229) über die Frage entstanden sind, wie bei
der Übernahme von Beamten aus einer etats-
mäßigen Stelle der einen Verwaltung in eine
nicht etatsmäßige Stelle der anderen Verwal-
tung hinsichtlich der Gewährung von Umzug-
kosten zu verfahren ist, wird folgendes be-
stimmt:

1. Wenn ein Beamter aus der etats-
mäßigen Stelle unmittelbar in eine diäta-
rische Stelle endgültig übernommen wird,
so stehen ihm die Umzugskosten sofort nach
Antritt der diätarischen Beschäftigung zu.

2. Wird ein Beamter zunächst zur Probe-
dienstleistung einberufen, so ist eine Zahlung
von Umzugskosten während der Zeit der
Probendienstleistung ausgeschlossen.

3. Wenn ein Beamter nach beendigter
Probendienstleistung endgültig diätarisch an-
gestellt oder in eine etatsmäßige Stellung
übernommen wird, so findet nunmehr eine

Gewährung von Umzugskosten statt, voraus-
gesetzt, daß die Probendienstleistung sich un-
mittelbar an die Beschäftigung in dem bis-
herigen Amte angeschlossen und der Beamte bis
zu der nach Abschluß der Probendienstleistung
erfolgenden endgültigen Übernahme in sein
neues Amt noch etatsmäßiger Beamter in
seiner früheren Stellung verblieben war.

4. Bei der Berechnung der Umzugskosten
zu 3 sind die Familienverhältnisse des Beam-
ten zur Zeit der endgültigen Übernahme und,
falls er während der Probendienstleistung noch
den Ort gewechselt haben sollte, der Umzug
von dem ursprünglichen Dienstorte nach dem
Orte der endgültigen Anstellung zugrunde
zu legen.

5. Erfolgt die Pensionierung des Beam-
ten in seiner bisherigen Stellung vor been-
digter Probendienstleistung in der neuen Stelle,
so muß nach dem Grundsatz, daß die Ge-
währung von Umzugskosten an pensionierte
oder ausgeschiedene Beamte unzulässig ist, die
Umzugskostenentschädigung verweigert werden.

6. Geschieht die Übernahme eines etats-
mäßigen Beamten in der Form der Anstel-
lung auf Probe, so kann, da dies nur als
bedingte Versetzung erscheint, die Gewährung
von Umzugskosten gleichfalls nur unter der
Voraussetzung, daß der Beamte bei der neuen
Verwaltung endgültig angestellt wird, und
erst mit letzterem Zeitpunkte erfolgen. Die
Umzugskosten berechnen sich in diesem Falle
aber nach den Verhältnissen zur Zeit der
Übernahme auf Probe. Erfolgt die endgültige
Anstellung nicht, so dürfen auch für die Rück-
reise Umzugskosten nicht vergütet werden.
Den Beamten ist bei ihrer Übernahme auf
Probe in jedem Fall zu eröffnen, daß ihnen
eine Umzugskostenvergütung nur unter den
vor erwähnten Bedingungen zufließen werde.

7. In Fällen, in denen ein dienstliches
Interesse an der Übernahme eines Beamten
völlig fehlt, insbesondere bei der Übernahme
höherer und mittlerer Beamter aus ihren
ausdrücklichen Wunsch, greifen die vorstehen-
den Bestimmungen nicht Platz, vielmehr
bleibt vorbehalten, in solchem Falle die Über-

nahme von der vorherigen Verzichtserklärung des Beamten auf Umzugskosten abhängig zu machen.

Em. Hochwohlgeboren erlauben wir ergebenst, nach diesen Grundsätzen in Zukunft zu verfahren.

Der Finanzminister.
In Vertretung: Domböis.
Der Minister des Innern.
Im Auftrage: v. Ritzing.

Au familiäre Herren Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten und an den Herrn Dirigenten der königlichen Ministerial-, Militär- und Bau-Kommissionen hier. J.-N. I. 7305, II. 5712, III. 9774, M. d. J. Ia. 4353.

Felddiebstahl in Elsaß-Lothringen.

In Elsaß-Lothringen ist die Verfolgung von Felddiebstählen nach dem Feldpolizeistrafgesetz vom 9. Juli 1888 von der Stellung eines Strafantrages nicht abhängig. Die Bürgermeister und Amtsanwälte werden hierauf vom Ministerium unter Mitteilung folgender Gesichtspunkte hingewiesen:

Ein Felddiebstahl im Sinne des Feldpolizeistrafgesetzes liegt vor, wenn nicht eingeheimste Gartenfrüchte, Feldfrüchte oder andere Bodenerzeugnisse aus Gartenanlagen aller Art, Weinbergen, Obstanlagen, Baumkulturen, Saatfämpfen, vor Äckern, Wiesen, Weiden, Wäldern, Gewässern, Wegen oder Gräben entnommen werden und der Wert des Entnommenen 10 Mk. nicht übersteigt (§§ 6, 9). Hiernach ist der Tatbestand des Felddiebstahls nicht gegeben, wenn Früchte oder Bodenerzeugnisse, die bereits eingeheimst oder mehr als 10 Mk. wert sind, entnommen werden. In solchen Fällen handelt es sich um einen gewöhnlichen Diebstahl, der unter das Strafgesetzbuch fällt und mit Gefängnis bestraft wird, ohne daß es eines Strafantrags des Geschädigten bedarf. Auch der Felddiebstahl ist an sich kein Antragsdelikt, das heißt, er muß von Amts wegen verfolgt werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Geschädigte Strafantrag stellt oder nicht. Nur in gewissen besonderen Fällen ist zur Verurteilung des Täters ein Strafantrag erforderlich, nämlich dann, wenn der Felddiebstahl gleichzeitig ein sogenannter Munddiebstahl (Mundraub) ist. Ein solcher Munddiebstahl liegt nach dem Gesetz nur vor, wenn Nahrungs- oder Genußmittel von unbedeutendem Wert oder in geringer Menge zum alsbaldigen Verbrauch entnommen werden (§ 15, Abs. 2 des Feldpolizeistrafgesetzes, § 370, Ziff. 5 des Strafgesetzbuches). Zum Tatbestande des Munddiebstahls gehören somit drei besondere Voraussetzungen:

1. Es muß sich um Nahrungs- oder Genußmittel handeln, d. h. um Gegenstände, die zur Ernährung des menschlichen Körpers dienen oder doch dem Körper zugeführt werden. In allen Fällen, in welchen Früchte oder Bodenerzeugnisse entnommen werden, die keine Nahrungs- oder Genußmittel sind, kann von

einem Munddiebstahl keine Rede sein und hat daher Bestrafung einzutreten, ohne daß Strafantrag gestellt wird. Somit ist das Stehlen von Bodenerzeugnissen, die als Viehfutter oder als Streu verwendet werden (z. B. Gras, Heu, Alee, Samen, Laub), sowie die Entwendung von Blumen und Sträuchern stets ohne Strafantrag strafbar.

2. Es muß sich um Nahrungs- oder Genußmittel von unbedeutendem Wert oder in geringer Menge handeln. Wann der Wert unbedeutend oder die Menge gering ist, läßt sich nicht durch eine allgemeine Regel bestimmen. Immerhin ist so viel sicher, daß das Gesetz nur die geringfügigen, meist gelegentlich begangenen Entwendungen im Auge hat. Sobald der Wert des Entnommenen nicht als „unbedeutend“ angesehen werden kann oder die Menge nicht bloß „gering“ ist, liegt kein Munddiebstahl vor, so daß auch ein Strafantrag nicht erforderlich ist.

3. Die Nahrungs- oder Genußmittel müssen zum alsbaldigen Verbrauch entnommen worden sein. Somit bedarf es keines Strafantrags, wenn die Entwendung nicht zum Zwecke des Verbrauchs, Verzehrs, sondern zu anderen Zwecken, insbesondere zum Zwecke der Weiterveräußerung (Verkaufsens, Verschenkens) oder der böswilligen Zerstörung begangen worden ist oder wenn die entnommenen Früchte nicht alsbald verzehrt werden, sondern zum Zweck späteren Verbrauchs (z. B. zur Aufsammlung eines Vorrats, zum Einmachen, Brennen und dergl.) aufbewahrt werden sollen.

Nur bei dem gleichzeitigen Vorhandensein dieser drei besonderen Voraussetzungen ist ein Munddiebstahl gegeben. Es geht daraus hervor, daß die meisten und vor allem die erheblicheren Felddiebstähle keine Munddiebstähle sind; es bleibt vielmehr nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis von geringfügigen Felddiebstählen übrig, bei denen die Verfolgbarkeit davon abhängt, ob der Geschädigte Strafantrag stellt oder nicht. Praktisch kommt es darauf hinaus, daß in den Fällen, in welchen Objt oder Gemüße oder ehbare Feldfrüchte in geringer Menge zum alsbaldigen Verzehr entnommen werden, ein Strafantrag erforderlich ist, bei den übrigen Felddiebstählen aber Verfolgung und Bestrafung ohne Strafantrag des Geschädigten einzutreten hat.

Da es im einzelnen Falle zweifelhaft sein kann, ob ein Felddiebstahl sich als Munddiebstahl kennzeichnet, empfiehlt es sich, daß die Beamten, welche Anzeigen wegen Felddiebstähle zu erstatten haben (Feldwundbeamte, Gendarmen, Polizeibeamten usw.) und ebenso die Bürgermeister, denen solche Anzeigen vorgelegt werden, die Anzeigen in allen Fällen und ohne Rücksicht darauf, ob Strafantrag gestellt ist oder nicht, an die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht (Amtsanwalt) abgeben. Der Beurteilung der Gerichtsbehörden bleibt alsdann überlassen, ob zur Verfolgung ein Strafantrag erforderlich ist oder nicht.

Brandstiftungen durch Kinder und Aufsichtspflicht der Eltern.

Den Brandstiftungen durch Kinder, insbesondere infolge Spielens mit Streichhölzern, haben sowohl einzelne deutsche öffentliche Feuerversicherungsanstalten wie auch deren Verband schon seit langen Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Auf Grund der von den beteiligten Anstalten gelieferten statistischen Nachweisungen sind in den „Mitteilungen für die öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten“ in gewissen Zeitabschnitten Abhandlungen über Brandstiftungen durch Kinder veröffentlicht worden, so

im Jahre 1872 für die 10 Jahre 1862 bis mit 1871,	
„ „ 1881 „ „ 7 „ 1872 „ „ 1878,	
„ „ 1888 „ „ 8 „ 1879 „ „ 1886,	
und zuletzt	
im Jahre 1904 „ „ 15 „ 1887 „ „ 1901.	

Bei allen diesen Ermittlungen konnte leider nur eine auffallend steigende Zunahme der Kinderbrandstiftungen festgestellt werden. Während im ersten Zeitraume von 1862 bis mit 1871 durchschnittlich pro Jahr 184 Brände durch Kinder verursacht worden waren, stieg sich die Durchschnittszahl derartiger Schadenbrände in den folgenden drei Zeiträumen jährlich auf 352 bezw. 624 und 1047. Unter Hinzurechnung der den Anstalten gemeldeten Brände ohne Schadenvergütung erhöht sich die Durchschnittszahl der Brandstiftungen durch Kinder in dem letzten 15jährigen Zeitraume von 1887 bis mit 1901 auf ungefähr 1270. In diesen letzten 15 Jahren wurden durch Kinder insgesamt 15 706 Schadenbrände verursacht, und zwar wurden davon betroffen in den Städten: 5259 Gebäude und 442 Mobilierversicherungen, auf dem Lande: 33 886 Gebäude und 2365 Mobilierversicherungen. An Schadenvergütungen erforderten diese Brände in den Städten: für Immobilien 8215138 M, für Mobiliar 127 383 M, auf dem Lande: für Immobilien 30 808 354 M, für Mobiliar 2476751 M, zusammen also 36627626 M. Bei diesen Ermittlungen und Angaben handelt es sich lediglich um die Schäden und Brände bei 41 öffentlichen Anstalten.

Auf die immer mehr zunehmende Zahl und die große Gefahr der Brandstiftungen durch Kinder, auf ihre Ursachen sowie auf die Mittel zu ihrer Verhütung und Einschränkung ist von den einzelnen deutschen öffentlichen Feuerversicherungs-Anstalten und auch in diesen „Mitteilungen“ schon wiederholt durch Bekanntmachungen oder in sonst geeigneter Weise hingewiesen worden.

Die Ursachen dieser häufigen Brände sind einmal namentlich darin zu suchen, daß in vielen Haushaltungen nicht auf die sorgfältige Aufbewahrung der Streichhölzer und auf eine sorgfame Sichtung von Feuer und Licht überhaupte gesehen wird; andererseits werden die Kinder selbst aber vielfach nicht unter der nötigen Aufsicht gehalten und die Eltern oder die sonst aufsichtspflichtigen Personen machen sich in vielen Fällen einer schweren und straf-

baren Vernachlässigung ihrer Aufsichtspflicht schuldig.

Die bisher getroffenen vorbeugenden Maßnahmen gegen die Kinderbrandstiftungen haben, wie die Brandstatistik deutlich zeigt, bisher leider nicht den gewünschten Erfolg aufzuweisen. Diese wenig erfreulichen Resultate sind wohl weniger auf die Unkenntnis der Mittel, die zur Verminderung und Verhütung derartiger Brandstiftungen dienen und empfohlen werden, zurückzuführen; es scheint vielmehr an ihrer allgemeinen und nachdrücklichen Anwendung zu fehlen, und letzteres mag seinen Grund zum großen Teil mit darin haben, daß man den Umfang und die Tragweite der Gefahr und das stetige weitere Anwachsen derselben in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht kennt oder leichtfertig außer acht läßt. Die Hauptursache der so zahlreich durch Kinder verübten Brandstiftungen wird, wie die bisherigen Ermittlungen ergeben haben, nach wie vor gerade in dem Mangel der gehörigen Beaufsichtigung der Kinder zu suchen sein. Diese innerhalb der Pflichten fürsorglicher Eltern und innerhalb einer vernünftigen Voraussicht und Überlegung liegende Notwendigkeit der Beaufsichtigung der Kinder wie auch die Fürsorge dahin, daß dieselben nicht an Zündmaterial, namentlich an Streichhölzer, gelangen können, wird deshalb immer das Wesentlichste bleiben, was zur Abwehr der das Eigentum weiter Kreise und die Gesundheit und das Leben der Kinder bedrohenden Gefahren geschehen kann. Wenn man die oft entsetzlichen Umstände berücksichtigt, welche Kinderbrandstiftungen in den meisten Fällen im Gefolge haben, und wenn man sich vor Augen führt, wie die jugendlichen Brandstifter häufig qualvoll ihr Leben ratlos und hilflos einbüßen müssen, dann wird man sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß die zur Verhütung derartiger Brandstiftungen getroffenen und empfohlenen Maßnahmen nicht nur im allgemeinen Landesinteresse überaus notwendig sind, sondern daß sie auch schon als ein Gebot der Menschenliebe und Christenpflicht dringend gefordert werden müssen.

Die ordnungsmäßige Beaufsichtigung der Kinder ist aber nicht allein eine moralische Verpflichtung der Eltern und der sonst in Frage kommenden Personen; es sei vielmehr auch darauf hingewiesen, daß die betr. Personen durch Vernachlässigung der Aufsicht (bezw. Erziehung) der Kinder und durch leichtfertige Aufbewahrung leicht entzündlicher Gegenstände sich strafbar machen und daß sie überdies für den durch die Kinderbrandstiftungen entstandenen Schaden haftbar gemacht werden können. Um für letzteren Fall ein warnendes Beispiel anzuführen, sei über eine Prozeßsade, die am 28. Februar dieses Jahres vom VI. Zivilsenat des Reichsgerichts zur endgültigen Entscheidung gebracht worden ist, nachstehendes mitgeteilt:

Am 16. Oktober 1904 wurde ein Gefäß in Nieder-Dollendorf (Königreich Bayern) durch einen siebenjährigen Jungen in Brand gesetzt,

und zwar durch eine brennende Zigarette oder mit einem Rindholz. Der brandbeschädigte Geschößbesitzer verlangte nun von der Mutter des Brandstifters den durch die Versicherung nicht gedeckten Schaden in Höhe von 4000 M. erlegt, für den sie ihm wegen Verletzung der Aufsichtspflicht über ihren Sohn hafte. Die Verletzung der Aufsichtspflicht wurde damit begründet, daß die Mutter ihrem Sohne aus dessen Witten selbst einige Zigaretten gegeben und ihm das Hantieren mit brennenden Zigaretten gestattet habe. Die Beklagte berief sich zu ihrer Verteidigung darauf, daß das Zigarettenrauchen in Nieder-Dollendorf bei den Kindern ortsüblich sei. Auch habe sie ihrem Sohne keine Rindhölzer gegeben und auch keine Kenntnis davon gehabt, daß er welche habe. Die Rindhölzer habe er sich selbst bei einem Kaufmann gekauft.

Das Landgericht Memmingen erkannte auf einen Eid der Beklagten dahin: „Ich schwöre, es ist nicht wahr, daß mir bekannt war, daß mein Sohn Rindhölzer bei sich hatte.“ Je nach Leistung oder Verweigerung dieses Eides sollte die Klage abgewiesen oder dem Grunde nach als gerechtfertigt anerkannt werden, da die Beklagte nach § 882 BGB. verpflichtet war, dem Knaben die Rindhölzer

wegzunehmen. — Auf die von beiden Parteien eingelegte Berufung gegen das Erkenntnis des Landgerichts erkannte das Oberlandesgericht Augsburg auf die Berufung des Klägers hin auf Verurteilung der Beklagten dem Grunde nach, und zwar führte das Oberlandesgericht aus, daß die Beklagte schadenersatzpflichtig sei, da sie nicht den Beweis erbringen könne, daß sie der Aufsichtspflicht über den Knaben Genüge geleistet habe. Das Hantieren des minderjährigen Knaben mit Rindhölzern sei an sich schon etwas Gefährliches und es müsse schon der Umstand als eine Vernachlässigung der Aufsichtspflicht bezeichnet werden, daß die Beklagte dem Knaben das Hantieren mit brennenden Zigaretten gestattet habe. Die Tatsache, daß der Minderjährige den Schaden herbeigeführt hat, verpflichte aber die aufsichtspflichtige Person, in diesem Falle die Mutter, auch hier ohne weiteres zum Schadenerlag.

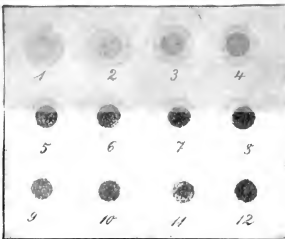
Die von der Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision hat der VI. Zivilsenat des

Reichsgerichts zurückgewiesen, indem er dazu ausführte, daß schon dadurch, daß ihm die Mutter Zigaretten gegeben habe, bei dem Knaben ein Anreiz erweckt worden sei, sich in den Besitz von Feuerzeug zu setzen. Es sei ja traurig, daß sich in einem Orte des Deutschen Reiches der Ortsgebrauch ausgebildet habe, daß Jungen von 7 Jahren bereits Zigaretten rauchten; immerhin sei das kein Entschuldigungsgrund für die Beklagte, die in keinem Maße ihrem Sohne die Zigaretten hätte geben dürfen. In diesem letzteren Umstande liege ein Verschulden der Beklagten.

(Urteil für die öffentl. Feuerverf.-Amt.)

Aus der Praxis.

Ein neuer Milchschmuprüfer ist unter dem Zeichen T. H. M. Nr. 271 354 patentiert worden.



Milchschmupproben, festgestellt durch den Ruteick-Schmupprüfer.

Die Güte der Milch wurde bisher im allgemeinen nur nach ihrem Fettgehalt beurteilt. Dies war ein Fehler. Milch muß unbedingt auch sauber gewonnen sein, da sie, die aus dem Kuhenteu bakteriell rein gewonnen werden kann, durch Staub und Futter schmutz mit gesundheits-schädlichen Keimen und Bazillen angekeimt wird.

Der Apparat ermöglicht es, in kürzester Zeit ein klares Bild über

den Schmutzgehalt der Milch zu gewinnen, so daß man auch entsprechend den Milchlieferanten oder aber den Keller usw. von der angewandten oder mangelnden Sorgfalt beim Melken oder Gewinnen der Milch überzeugen kann.

Gegen früher zu diesem Zweck hergestellte Apparate hat der neue Prüfer folgende Vorteile:

- Der Prüfer ist leicht transportabel, kann bequem in die Tasche gesteckt werden, eignet sich also auch vorzüglich zur polizeilichen Kontrolle.
- Die Untersuchung ist schnell beendet, die Milch kann gleich bei der Einkieferung geprüft werden.
- Das erhaltene „Bild“ kann aufbewahrt werden, dient später gegebenenfalls als Beweismaterial.
- Die geprüfte Milch geht nicht verloren, sie kann in die Entnahmehanne zurückfließen.

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Nachweis von Blut. In einer Versammlung norwegischer Chemiker führte nach „Den Norske Apothekerforenings Tidsskrift“ 1907 — S. 107 — L. Schmied die verschiedenen Reagenzien auf Blut vor. Das Ergebnis war, daß Wasserstoffsuperoxid alle übrigen Reagenzien an Schärfe übertraf.

Etatstärke des deutschen Heeres.

Wir glauben, daß jeder alte Soldat gern von der Übersichtstafel — Seite 250 — Kenntnis nehmen wird, auf der die Etatstärke des deutschen Heeres nach den Ergebnissen des laufenden Staatshaushaltes zusammengestellt ist.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem *Green* bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

***Deutsches Reich. Nahrungsmittelverfälschung.** Ein ekelerregendes Nahrungsmittel darf auch dann nicht in den Verkehr gebracht werden, wenn diejenigen, die das Nahrungsmittel erhalten oder genießen, den ekelerregenden Umstand nicht kannten. So ist Wurst, die in einem Kessel aufgekocht wird, in dem sich eine tote Maus befindet, unter allen Umständen ekelerregend. Der Schankwirt, der solche Wurst seinen Gästen vorsetzt, macht sich strafbar. — Entsch. RG. vom 1. August 1907.

Deutsches Reich. Beamtenbeleidigung. Der Vorwurf, daß ein Polizeibeamter als Zeuge in einem Gerichtstermin in der Auskunft über den Leumund eines Angeklagten mit dem Eide leichtfertig umgegangen sei, gilt als Beamtenbeleidigung. Zwar handelte der Beamte bei Abgabe seiner Zeugenaussage in Erfüllung der allgemeinen Zeugenpflicht und daher nicht „in Ausübung“ des polizeilichen Berufs, aber inhaltlich fiel seine Aussage mit einer polizeilichen Auskunft über den Leumund zusammen; sie stand „in Beziehung“ zu seinem Beruf. Ebenso enthält die Behauptung, der Beamte erhalte sich durch verächtliche Mittel — Dulden eines ehebrecherischen Verkehrs seiner Ehefrau mit einem Vorgesetzten — in seinem Amte, einen Angriff in Beziehung auf den Beruf. — Entsch. 2. Straff. RG. vom 11. Januar 1907, II 124/06. — Vaud 39, 361. — St.

Deutsches Reich. Hausfriedensbruch. Zum Begriff des „Eindringens“ im Sinne des § 123 StGB. ist nicht erforderlich, daß

der ganze Körper des Täters in die Wohnung eines anderen gelangt. Auch der dringt ein, der durch eine von ihm in der Eingangstür gewaltsam bewirkte Öffnung mit der einen Hand einen Revolver hält, während er mit der anderen Hand die Sicherheitskette von innen zu lösen versucht. Das Gesetz spricht nicht von Eintreten, Hineingehen. Auch durch das teilweise Eindringen wird das Hausrecht auf ungestörten Besitz der eigenen Wohnung wider den Willen des Wohnungsinhabers in unbefugter Weise gestört. — Entsch. 2. Straff. RG. vom 19. Februar 1907, II 800/06. — Vd. 39, 440. — St.

II. Kammergericht.

***Deutsches Reich. Glückspiel. Inhaber einer Schankwirtschaft.** Zum Tatbestande des Glückspiels gehört die gewinnflüchtige Absicht nicht; die Anwendung des § 285 StrGB. wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß ein Spiel in der Absicht, sich dadurch zu unterhalten, veranstaltet wurde.*)

Als Inhaber der Schankwirtschaft im Sinne des § 285 StrGB. gilt auch ein Ehemann,**) der in Abwesenheit seiner zum Schankbetriebe konzeSSIONierten Ehefrau diese in der Aufsicht und Leitung des Schankbetriebes, wenn auch nur zeitweise vertritt. — Entsch. 2. Straff. RG. vom 3. Mai 1907. — 2 S. 129/07. — St.

***Preußen. Milchverkauf.** Eine Polizeiverordnung, die für Vollmilch einen bestimmten Fruchtteil des Fettgehalts vorschreibt, kann eine reine unabgerahmte Milch, die unter diesem Fettgehalt bleibt, nicht ganz vom Verkehr ausschließen. Außerdem muß demjenigen, der solche Milch als Vollmilch in Verkehr bringt, ein

*) Bgl. Entsch. RG. vom 28. Februar 1882, Bd. 6, 70.

**) Bgl. Entsch. RG. vom 26. Mai 1893, Bd. 24, 256.

Verschulden*) nachgewiesen werden. — Entsch. 1. Straff. KG. vom 6. Juni 1907 in Sachen Van-Oberhausen. — E. v. R.

***Preußen. Polizeiverordnung und Bekanntmachung.** Eine in Ergänzung einer Polizeiverordnung erlassene polizeiliche Bekanntmachung verkündet ihre Gültigkeit mit dem Zeitpunkt, zu welchem die Polizeiverordnung selbst durch eine neue aufgehoben wird. Dies gilt besonders dann, wenn die neue Polizeiverordnung den behandelten Gegenstand nach ganz anderen Grundfätzen regelt als die alte. — Entsch.

1. Straff. KG. gegen Büdel-Emden vom 8. Juli 1907. — E. v. R.

***Preußen. Vereinsanmeldedepot.** Die Mitglieder der Ortsvereine eines großen Verbandes (Gewerkevereins) brauchen dann nicht am Sitz des Verbandes angemeldet zu werden, wenn die Ortsvereine eine gewisse Selbständigkeit, z. B. in der Kassenführung genießen und der Verband satzungsgemäß nicht physische Personen, sondern nur Ortsvereine als Mitglieder kennt. Gleichgültig ist es, ob die Ausnahme neuer Mitglieder in den Ortsverein nur unter Vorbehalt der Zustimmung des Zentralvorstandes erfolgt. Die Anmeldung der Mitglieder hat dann nur durch die Ortsvereine bei der Behörde ihres Sitzes zu erfolgen. — Entsch. 2. Straff. KG. vom 11. Juli 1907 in Sachen Ulrich-Spremburg. — E. v. R.

***Preußen. Entziehung aus der Fürsorgeerziehung.** Ein Mädchen, das gerade deshalb den Älteren entzogen und in Anstaltspflege gebracht worden ist, weil die Einwirkung der Familie nicht die nötige Gewähr bot, daß es sich moralisch halte, wird der Fürsorgeerziehung entzogen, wenn man es gegen den Willen des fürsorgeberechtigten Anstaltsleiters mit List und Gewalt entführt, um es zu einer in einem ganz andern Ort stattfindenden Hochzeit mitzunehmen. Damit wird die Fürsorgeerziehung unterbrochen, selbst wenn die Absicht besteht, das Mädchen am Tage nach der Hochzeit wieder zurückzubringen. Anders liegt es bei einem ganz vorübergehenden Mitnehmen eines Fürsorgezöglings zu einem Spaziergange. — Entsch. 3. Straff. KG. vom 16. Juli 1907. — St.

***Preußen. Barbiergewerbe. Gesundheitspolizeiliche Vorschriften. Polizeiverord-**

*) Wir halten Unterlassung der Prüfung des Arzthalters für ein ausreichendes Verschulden. Der Arzthalterschein enthält, nach sich selbst von ihrer Pflichtlosigkeit und Güte mindestens durch gelegentliche Prüfung überzeugen. Die Schriftleitung.

nungen, die gesundheitspolizeiliche Vorschriften für Barbiergehäfte geben, sind nicht ohne weiteres ungültig. Sie entbehren der Rechtsgültigkeit allgemein so weit, als sie den Schutz gegen ansteckende Krankheiten betreffen, da deren Schutz durch das Reichsseuchengesetz und das preussische Ausführungsgezet zu diesem erschöpfend und ausschließlich geregelt ist. Gültig ist aber z. B. ein Verbot des Berührens der beim Rasieren entstehenden Verletzungen mit den Fingern. Dies dient dazu, Verunreinigungen der Wunden zu verhindern; es findet seine Stütze im § 61 des Polizei-VerwG. Eine zu allgemein gehaltene die peinlichste Reinhaltung der Barbierstuben und im Betriebe gebrauchten Geräte vorschreibende Bestimmung würde dagegen unhaltbar sein, da sie nichts Greifbares enthält. Ebenso ist eine Vorschrift, die die Reinigung der Seifenschalen „nach jeder Benutzung“ anordnet, deshalb ungültig, weil sie Zweifel darüber zuläßt, ob die Reinigung unmittelbar nach jeder Benutzung, oder nur vor einer Wiedernutzung erfolgen muß. — Entsch. 1. Straff. KG. in Sachen Haub-Frankfurt a. M. vom 11. Juli 1907. — E. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Preußen. Wohnsitz. Nach § 7 Abs. 3 BGB. wird der Wohnsitz aufgehoben, wenn die Niederlassung mit dem Willen aufgehoben wird, sie aufzugeben. Dieser Wille kann auch dann vorliegen, wenn ein entgegengelegter Wille ausdrücklich erklärt wird. Wer seine umfangreiche Familienwohnung nach einem andern Ort verlegt und an seinem bisherigen Wohnsitz nur für seine Person und seinen Geschäftsbetrieb ein Arbeits-, Schlaf- und Schlafzimmer beibehält, während er im übrigen mit seiner Familie in dem neuen Wohnort zusammenwohnt und lebt, beschränkt die Niederlassung in dem bisherigen Wohnort auf den Geschäftsbetrieb. Der Mittelpunkt der gesamten Lebenshaltung ist der neue Wohnsitz. Die Beibehaltung der Räume in dem bisherigen Wohnort kann nicht als Beibehaltung eines Nebenwohnortes angesehen werden. Dies widerspricht den Tatsachen, die den Willen dattun, den bisherigen Wohnsitz aufzugeben. — Entsch. 11. Sen. OVG. vom 9. Dezember 1904. — Rep. II B 24/04. — Wd. 47, 41. — St.

Preußen. Unterschrift polizeilicher Verfügungen. Eine polizeiliche Verfügung, für

die die Schriftform im Geleß (§ 132 VGB.) vorgesehen ist, bedarf der Unterschrift des zur Vertretung der Behörde befugten Beamten. Der Empfänger der Verfügung muß aus ihr ersehen können, von welchem Beamten sie erlassen ist, um dessen Zuständigkeit prüfen zu können. Auch die Herstellung des Namens auf mechanischem Wege (Druck, Kautschukstempel) ist zulässig. Dahingestellt bleiben kann, ob der Stempel mit der Bezeichnung der Behörde, ohne Nennung des verfügenden Beamten, genügt. Ein solcher Stempel müßte dann aber unter die Verfügung, nicht an den Kopf gesetzt werden. Die nachträgliche Unterzeichnung einer bereits ausgestellten Verfügung beseitigt den Formmangel der fehlenden Unterschrift nicht. — Entsch. I. Sen. OVG. vom 24. Februar 1905. — Rep. I A. 168/04. Vb. 47, 407. St.

Preußen. Zurücknahme der Schank-erlaubnis. Für die Entscheidung der Klage auf Zurücknahme der Erlaubnis zum Gastwirtschaftsbetriebe ist dasjenige Verwaltungsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Gastwirtschaft belegen ist, wenn auch der beklagte Konzessionsinhaber seinen Wohnsitz bereits vor Erhebung der Klage in einen andern Bezirk verlegt hat. Es handelt sich um eine Angelegenheit, welche sich auf ein bestimmtes Grundstück bezieht; mithin kommt § 57 VGB. in Anwendung. Unerheblich ist, daß das Grundstück weder im Eigentum des Konzessionsinhabers steht, noch die Konzessionserteilung für diesen ein dingliches Recht im Sinne des bürgerlichen Rechts begründete. Entsch. III. Sen. OVG. vom 29. Mai 1905. — III B 131/04. — Vb. 47, 331. — St.

Preußen. Höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse. Für die Frage, ob einer Veranstaltung ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse innewohnt, kommt es auf die objektive Beschaffenheit der Veranstaltung an. Ihr Gegenstand muß nicht nur ein Erzeugnis der Kunst sein und die Darstellung den Anforderungen der Kunst entsprechen, sondern es müssen dabei auch solche Umstände ausgeschlossen bleiben, welche die künstlerische Leistung und Aufassung von vornherein erheblich schmälern oder den Genuß daran nicht auskommen lassen. Solche Umstände sind beispielsweise der Zu- und Abgang von Gästen während der Darbietung, der Genuß von Speisen und Getränken, der geringe Eintrittspreis. — Entsch. 8. Sen. OVG. vom 31. Mai 1907. — St.

IV. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof.
Deutsches Reich. Gastwirtschaftsbetrieb unter Anschluß des Branntweinschanks. Die Erlaubnis zum Betriebe der Gastwirtschaft umfaßt an sich zwar das Recht der Fremdenbeherbergung und des Ausschanks aller Arten von Getränken, auch des Branntweinschanks. Es ist aber zulässig, bei der Erteilung der Erlaubnis einzelne dieser Befugnisse, also auch die Befugnis zum Branntweinschank auszuschließen. — Entsch. 2. Sen. BayVGH. vom 20. Juni 1906. — St.

V. Oberlandesgericht Kiel.
Deutsches Reich. Beleidigung durch Veröffentlichung des Bildes eines Vertragsbrüchigen. Die Veröffentlichung eines Bildes eines vertragsbrüchigen Handlungsgehilfen in einem Fachblatte ist als Beleidigung nicht anzusehen, wenn sie zu dem Zweck erfolgt, den Aufenthaltsort des Vertragsbrüchigen zu ermitteln. Weder der das Bild veröffentlichende Arbeitgeber noch der verantwortliche Schriftleiter des Fachblattes kann deswegen bestraft werden. — Entsch. Straff. OVG. Kiel vom 29. Juli 1907. — St.

VI. Oberlandesgericht Breslau.
Preußen. Rechtsweg für Ansprüche eines Kommunalbeamten auf eine Unfallrente. Solange der Bezirksausschuß über die Frage, ob einem Kommunalbeamten ein Anspruch auf eine Unfallrente zusteht, noch nicht Beschluß gefaßt hat, ist nach § 7 des Kommunalbeamtengesetzes der Rechtsweg ausgeschlossen. — Entsch. OVG. Breslau vom 16. November 1906. — Rechtpr. des OVG. XIV. Rr. 25. — St.

VII. Landgericht Offen.
Deutsches Reich. Gebrauch eines Stadtwappens. Das Recht einer Stadtgemeinde auf ein ihr verliehenes oder von ihr seit Jahrhunderten unbeändert geführtes Wappen ist ein Personalrecht, dem der Schutz des § 12 BGB. zuteil werden muß. § 12 BGB., der allerdings nur von dem Namenschutz spricht, ist nur ein Anknüpf des allgemeinen Grundsatzes des Persönlichkeitschutzes (wie § 8 des Wettbewerbsgeß., § 16 des Warenzeichengeß. und § 22 des Kunstschutzesgeß.). Wer sich mit der Nachbildung eines Wappens geschütztes Recht anmaßt, ist zur Vereitigung dieser Vereinträchtigung verpflichtet. Ein Schauff-
wirt, der sich eines Stadtwappens über

seiner in der Nähe einer städtischen Wirtschaft belegenen Wirtschaft bedient, ist zur Befestigung des Wappens aus § 826 BGB. verpflichtet. Wenn auch § 826 nur von Schadenersatz spricht, so ist doch der Anspruch auf Unterlassung der Schädigung darin enthalten. — *Entsch. Zivl. V. G. Essen vom 29. April 1907.* — *St.*

VIII. Landgericht Halle a. S.

Deutsches Reich. Konfitüren und Konditorwaren; Sonntagstrahe. Konfitüren gehören nicht zu den Konditorwaren. Unter Konditorwaren können nur solche Zuckermassen verstanden werden, die vom Verkäufer selbst hergestellt und gleich für den Verkauf und unmittelbaren Verbrauch bestimmt sind, nicht aber Dauerwaren wie Konfitüren. Wer nur mit Konfitüren handelt, darf kein Geschäft nicht während der nur für Bäckereien und Konditoreien freigegebenen Zeit an Sonn- und Feiertagen offen halten. — *Entsch. PerStr. Halle a. S. vom 2. August 1907.* — *St.*

IX. Schöffengericht Breslau.

Preußen. Abspringen von Straßenbahnwagen. Eine Polizeiverordnung, die den Fahrgästen verbietet, den Straßenbahnwagen während der Fahrt zu verlassen, ist rechtmäßig. Sie dient nicht nur dem Schutz der abspringenden Fahrgäste, sondern dem Schutz der Allgemeinheit. Sie soll verhindern, daß der Verkehr auf den Fahrbahnen durch unermutet abspringende Fahrgäste der Straßenbahn gefährdet oder gestört werde; sie dient also hauptsächlich dem verkehrspolizeilichen Interesse. Der Ausdruck Abspringen ist gewählt, weil das Abspringen von einem in Bewegung befindlichen Wagen nur durch eine, wenn auch noch so gelinde Sprungbewegung bewerkstelligt werden kann. — *Entsch. Sch. G. Breslau vom 9. August 1907.* — *St.*

X. Schöffengericht Bries.

Preußen. Öffentlicher Auszug auf einer Wasserstrahe. Unter einem Auszuge ist eine Veranstaltung zu verstehen, die sich selbsttätig oder mechanisch fortbewegt. Letzteres ist bei einer Dampferfahrt der Fall. Das preussische Vereinsgesetz schließt bei der Festsetzung der Genehmigungspflicht für Auszüge auf öffentlichen Straßen die öffentlichen Wasserstraßen nicht aus. Der Vergleich mit der Eisenbahnfahrt trifft nicht zu, da der Bahnkörper Privateigentum des Fiskus, das Bahngeleise

mithin keine öffentliche Strahe ist. Ein Auszug auf Dampfern und sonstigen Wasserfahrzeugen bedarf daher im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der polizeilichen Genehmigung an jedem berührten Orte. — *Entsch. Sch. G. Bries vom 1. August 1907.* — *St.*

Polizeibericht.

Verwaltung. Aber den Verkehr mit Kraftfahrzeugen ist in Preußen folgende ministerielle Verfügung erlassen: Bei Abfassung der Bestimmungen, betr. den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, hat die Absicht vorgelegen, für Abgeben von Warnungszeichen bei Kraftfahrzeugen Gruppen mit verschiedenen aufeinanderfolgenden Tönen von dem Allgemeingebrauch auszuschließen. Dieser Absicht ist bei den Beratungen über die „Grundzüge“ in den Bundesratsauschüssen Ausdruck verliehen worden. Es unterliegt daher keinem Bedenken, bei Kraftfahrzeugen überall Gruppen mit Afforditionen zuzulassen, da mit diesen das Warnungszeichen in einem geschlossenen Affordition abgegeben wird. Einer Änderung der Grundzüge entsprechenden Polizeiverordnungen bedarf es hierbei nicht; es empfiehlt sich aber, die Polizeibehörden dahin zu verständigen, daß die Verwendung von Gruppen mit Afforditionen weiterhin von ihnen nicht zu beanstanden sei. Dagegen ist die Verwendung von Trompeten mit einem Ton zur Abgabe von Warnungszeichen selbst anerkannt, da der Zusammenhang gebauten Ortschaften unzulässig.

Auslieferungsvertrag zwischen Preußen und Frankreich. Im Auslieferungsvertrag zwischen Preußen und Frankreich findet auf Grund förmlicher Gegenseitigkeitserklärungen fortan die Auslieferung auch wegen des Versuchs aller in dem Auslieferungsvertrag vom 21. Juni 1845 erwähnten Straftaten statt, sofern nach der Geschehung beider Länder der Versuch strafbar ist.

Zusammenwirken badischer und elsass-lothringischer Sicherheitsbehörden. Die badische Regierung hat mit der elsass-lothringischen Landesverwaltung ein Übereinkommen über die gemeinsame Handhabung des Sicherheitsdienstes in den Grenzbezirken getroffen, dessen wesentliche Bestimmungen folgende sind: Die badischen und elsass-lothringischen Sicherheitsbeamten sind befugt, in polizeilichen und gerichtlichen Strafverfahren dringliche, keinen Verzug dulden Erhebungen und Festnahmen im Grenzgebiete des anderen Staates aus eigener Entscheidung vorzunehmen. In nicht dringlichen Fällen dürfen sie solche Amtshandlungen außerhalb des eigenen Staatsgebiets nur auf besondere schriftliche Weisung ihrer Vorgesetzten vornehmen. Die Sicherheitsbeamten haben bei Diensthandlungen außerhalb des eigenen Staates sofort und

unter Vorlage der etwa erfolgten schriftlichen Befragung die nächste Gendarmeriestation oder den Gemeindevorsteher zu verhandigen und um Unterstützung oder um Vornahme der der Sachlage entsprechenden ferneren Amtshandlungen zu ersuchen. Die in einem fremden Staate festgenommenen Personen sind unverzüglich an die nächste Gerichts- oder Polizeibehörde des Staates, in dessen Gebiet die Festnahme erfolgte, abzuliefern. Die Sicherheitsbeamten haben, wenn sie Festnahmen aus eigener Entschlieung bewirkt haben, baldigst dahin zu wirken, daß ihnen die vollzogene Vornahme von Amtshandlungen in dem fremden Gebiete und deren Erfolg von der nächsten Gerichts- oder Polizeibehörde des auswärtigen Staates bestätigt werde. Diefelben Beamten müssen sich bei den nach dieser Vereinbarung jenseits der Grenze zulässigen Handlungen nach den Bestimmungen ihrer eigenen Dienstvorschriften richten und sind nur deren Beobachtung nur der eigenen Regierung verantwortlich. Die beiderseitigen Regierungen haben sich vorbehalten, diese Übereinkunft mit der Wirkung aufzuheben, daß diese sechs Monate nach der Kündigung erlischt.

Gegen das Zigeunerunwesen wird aus Anlaß zahlreicher den bezugsziehenden Zigeunern zur Last gelegter Mäuerereien und Raubmorde das ungarische Ministerium des Inneren mit schärferen Maßregeln vorgehen. Man greift auf das alte Mittel der Zwangsansiedlung und ständigen Bewachung der aufgegriffenen Horden und die Unterbringung der Zigeunerkinder in staatlichen Kinderasylen zurück. Ein entsprechender Gesekntwurf ist in Vorbereitung. In Ungarn gibt es ungefähr 6000 umherziehende Zigeuner.

Zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens macht ferner ein Eingehand der „Straßburger Post“ einen beachtenswerten Vorschlag. Es fordert Erlass eines Gesetzes über die Schaffung eines Arbeitshauses für alle im Lande bandenmäßig umherreisenden Zigeuner. Da die Zigeuner nichts so sehr scheuen als eine geordnete Arbeit, würden sie bald ein so ungesundes Land, das ihnen Arbeit gibt, verlassen.

Aufsichtsdienst bei Truppenübungen. Bei allen größeren Truppenübungen soll ein Aufsichtsdienst eingerichtet werden, zu dessen Ausübung besondere Abteilungen zu bilden sind, welche unter Führung eines berittenen Landgendarmen stehen und außerdem je einen Unteroffizier und einen Gefreiten der an den Truppenübungen teilnehmenden Kavallerieregimenter zugewiesen erhalten. Der Zweck dieses Aufsichtsdienstes ist vornehmlich die Verhütung von Firtbekädigungen durch Zuschauer und haben zu dem Ende die Aufsichtsabteilungen die nicht zu den Truppen gehörigen Personen von dem Betreten bestellter Pluren zurückzuhalten und ihnen geeignete Aufstellungspunkte anzuweisen. Als besondere Dienstabzeichen legen die

Kanusschaften zum Waffentrock wie zum Mantel einen Ringtragen von weissem Wlech an, auf welchem sich zwei Wappen-Äbler in Wels befinden.

Verbrechen und Vergehen. Wegen eines in Klein-Durbusch verübten Raubmordes wurden bei Rayen sieben kroatische Erdarbeiter festgenommen. Drei der Verhafteten sind bereits bei der Gegenüberstellung von mehreren Zeugen wiedererkannt worden.

Raubend und stehend zog eine etwa 40—50 Köpfe starke Zigeunerbande durch die Forbacher Gegend. Eine Zigeunerin, die bei einem Diebstahl von 92 M — 90 M in Gold und 1 Zweimarstück — ertappt wurde, steckte das gestohlene Wels in den Mund und verschluckte es bis auf das Zweimarstück.

Automobilstatistik. Die zweite Vierteljahrschrift zur Statistik des Deutschen Reiches bringt eine eingehende Statistik über den Bestand an Kraftfahrzeugen im Deutschen Reich, ihren Verwendungszweck und die schädigenden Ereignisse bei ihrem Betriebe. Gezählt wurden am 1. Januar 1907 27 026 Kraftfahrzeuge. In der Zeit vom 1. April bis zum 30. September 1906 sind 2200 Unglücksfälle vorgekommen, davon 1273 in Preußen, 551 in Berlin. Ermittelt wurde der Wersher des Fahrzeugs in 2007 Fällen, nur in 283 Fällen — 12, — v. S. blieb er unermittelt. Der Feststellung durch die Flucht entzogen haben sich 381 Führer, versucht haben es 81. In den weitaus meisten Fällen ist also nicht einmal die Flucht versucht worden. Polizeistrafen wurden in 272 Fällen festgesetzt, ein gerichtliches Verfahren — einschließlich der Fälle gegen „Unbekannt“ — in 695 Fällen eingeleitet. Verletzt wurden 1519, getötet 51 Personen. Unter den Getöteten waren neun Kraftwagenführer, 9 Insassen und nur 33 andere Personen. Trotz der großen Zahl der Kraftfahrzeuge haben sie mithin nur wenig Opfer gefordert. Die Zahl wird voraussichtlich weiter abnehmen, je mehr sich das große Publikum selbst vorauseben weis.

Ghrentafel.

Leutnant Friedrich Nagel gestorben.

Aus Göttingen kommt die Trauerkunde, daß der am 1. 10. 06 in den Ruhestand getretene Kamerad Gendarmrie-Oberwachtmeister a. D. Leutnant Nagel, dessen Wlo und Lebensgang wir auf Seite 349 des letzten Jahrgangs des „Gendarm“ gebracht haben, das Beilide gefegnet hat.

Personalveränderungen.

Ordensverleihungen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlaßes vom 1. August d. Js. zu verleihen geruht:

den Kronenorden 4. Klasse:
dem Gendarmrie-Oberwachtmeister Krüger
11. Prig.,

das Allgemeine Ehrenzeichen:
den Fußgendarmarie-Wachmeistern Wagner IV
in Königslein, Weische in Schmitten, Wehme
in Rod a. d. Weil sowie den berittenen
Gendarmarie-Wachmeistern Döring in Ober-
ursel und Otto in Homburg v. d. S., 11. Brig.

Des Königs Majestät haben mittels
Allerhöchsten Erlasses vom 8. August d. J. zu
verleihen geruht:

das Kreuz des Allgemeinen
Ehrenzeichens:

den pensionierten Fußgendarmarie-Wachmeistern
Engan II in Viskupij, 6. Brig., und Schröder III
in Rossbach, 8. Brig., sowie dem pensionierten

berittenen
Gendarmarie-Wach-
meister

Hersting in
Lügelsinden,
11. Brig.;

das All-
gemeine
Ehren-
zeichen:

den berit-
tenen Gen-
darmarie-Wach-
meister

Schmuck
in Sodehnen
und Ro-

monie I in
Schirwind,
1. Brig., den

Fußgendar-
marie-Wach-
meister

Schulz VII
in Rum-
melsburg i.
Pom., 2.
Brig., Al-

ter in
Buckow an
Schwader

in Spremberg i. L., 3. Brig., dem berittenen
Gendarmarie-Wachmeister Freiling in Halle
a. S., 4. Brig., den Fußgendarmarie-Wach-
meister Thiele I in Solacz und Bogas in
Koslan, 5. Brig., dem pensionierten berittenen
Gendarmarie-Wachmeister Obstl in Gellendorf,
dem Gendarmarie-Lieutenantmeister Müller
in Remmert i. Sadl., den Fußgendarmarie-
Wachmeistern Wilczel in Ober-Schnefeldorf,
Zimmer in Reife, Järmer in Sohran,
Fietz in Groß-Weichel, 6. Brig., dem Fuß-
gendarmarie-Wachmeister Gensel in Eickel
und dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Franl
in Wicheman, 7. Brig., den berittenen Gen-
darmarie-Wachmeistern Vesel I in Trier,
Wagel in Endweiler sowie den Fußgendarmarie-
Wachmeistern Schmidt X in Widdhof,
Fetrowitz in Traben-Trarbach, Jeng in

Stirn, Bingler in Burg a. B., Grabfelder
in Aberruhr, 8. Brig., den Fußgendarmarie-
Wachmeistern Dreier in Schönkirchen und
Fründt in Krenpe, 9. Brig., Gärtner I in
Enstrop und Hauenstahl in Pittfeld, 10. Brig.,
und Grüll I in Schwandheim, 11. Brig., dem
Gendarmarie-Lieutenantmeister Bauer in
Marthaus, den Fußgendarmarie-Wachmeistern
Werschevski in Groß-Baldorf und Zimmer-
mann IV in Neuse, 12. Brig.

Sonstige Veränderungen.

2. Brigade.

H. Müller XIII, Sorenbom, scheidet am
1. 9. 07 ohne Penf. aus.

3. Brigade.

b. B.
Heide, An-

rig, vom
1. 7. 07 ab
ohne Geh.

als Sta-
tions-Aspi-
rant in Al.
Kottbel be-
url. — H. B.

Alster,
Ramschnow,

scheidet am
1. 8. 07 aus.

— R. a. Pr.
Schulz VIII,

beig. am 15.
8. 07 v. f.

Truppenteil
zum Wige-
feldwebel
beförd.

4. Brigade.

b. B. Dähne,
Kernsiedl,

am 1. 8. 06
ohne Geh.

beurl., scheidet
am 1. 8.

07 aus. —
b. B. Leh-

mann II,
Kirchhell-

gen, v. f. Truppenteil zum Wigenwachmeister be-
förd. — H. B. Waeche, Prester b. Tracau Bz.
Ragdeburg, am 1. 9. 07, ohne Geh. als Bureau-
Anwärter beim Salzamt Schnefeld beurl.

5. Brigade.

L. B. Wüßig, Strelno, am 1. 10. 07 penf.

6. Brigade.

H. B. Jänisch, Vieban, Schles., am 1. 10. 07
pensioniert

7. Brigade.

H. B. Fromm, Waltrov, am 5. 8. 07 gef.

8. Brigade.

b. B. a. Pr. Gottschall, Predenen, tritt
Ende August 07 zur Trup. zur. — H. B. Stein,
Rumficken, am 1. 11. 07 penf. — b. B. Mittag,
Vierlen, am 1. 11. 07 penf. — H. B. Zimmer,
Türwik, erhält die Nr. I. — b. B. Zimmer,
Eisenborn, erhält die Nr. II. — H. B. Zinger,



H. B. Kommerente d. B. Köhler I, H. B. Müller II,
O. B. Bahemann, d. B. Tante, d. B. Lange I, H. B. Jürs, H. B. Jensch
In der vordersten Reihe sitzen von links nach rechts:
Major v. Hagen, Distrikts-Offizier in Schleswig; Oberleutnant Siegel, Distrikts-
Offizier in Riet; General der Artillerie v. Hennig, General, Chef der Land-
gendarmarie; Oberleutnant v. Waldow, Brigadier; Hauptmann v. Raumer,
Adjutant des Herrn Chefs der Landgendarmarie.

Altstadt, am 1. 8. 07 nach Heizen (Kuh) verl.
— **H. Weher**, St. Johann-Jägerstraße, am 1. 8. 07 nach Lauterbach (H.) verl.
— **H. Watz**, L. Wiebelsrieden, am 1. 8. 07 nach Reuterburg (H. Witzburg) verl.
— **H. W. Ziefide**, Capen, am 1. 8. 07 nach Rastfeldquartier b. Wachen verl.
— **H. W. Ziefide**, Ehemaligerbrück, am 1. 8. 07 nach Reimbach (H.) verl.
— **H. W. Ziefide**, Hausmann H. Oberuhr, am 1. 8. 07 nach Eilen verl.
— **H. W. Ziefide**, Nischeln, am 1. 8. 07 nach Wittlich als L. W. a. Pr. verl.
— **H. W. Ziefide**, Clemens, Wittlich, am 1. 8. 07 in die Reihe der berittenen Gendarmen nach Lentz b. Stray zur.
— **H. W. Ziefide**, Lauterbach, am 1. 8. 07 nach Ehemaligerbrück verl.
— **H. a. Pr. Wöhr**, Rosbach, am 1. 8. 07 nach Schlöden, str. Waldbroel verl.
— **H. W. a. Pr. Wöhr**, Stray, am 1. 8. 07 nach Nischeln b. Königsberg (str. Eichen) verl.
— **H. W. Zplittori**, Camp, str. Moers, heißt postmäßig Camp, W. Düsseldorf.
— **H. W. Zplittori**, Altenkirchen (Weiterwald), am 15. 7. 07 als Hilfsbedienter b. d. Reichsbanknebenstelle Weglar ohne Geh. beurl.

9. Brigade.

H. W. Ottens, postmäßige Bezeichnung des Standortes ist Alandbühl (Schleswig).

10. Brigade.

H. W. Echarnoske, Werte, am 1. 9. 07 als Telegr.-Antwörter in Emden ohne Geh. beurl.

11. Brigade.

H. W. Nünch, Homburg b. d. Höhe, am 1. 9. 06 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 9. 07 aus.

12. Brigade.

H. W. Schmidt, Pramsdwalde, am 1. 8. 07 nach Keshhof fmdrt.
— **H. W. Reichardt**, postm. Bez. für den Standort heißt Streich (H. Reustadt, Wpr.).
— **H. W. Barlow**, postm. Bez. für den Standort heißt Hammerstein (H. Schöck).
— **H. W. Badortel**, postm. Bez. für den Standort heißt Schöneck (H. Eriksen, Wpr.).
— **H. W. Kölsch**, postm. Bez. für den Standort heißt Schöneck (H. Eriksen, Wpr.).

Brigade Elsaß-Vorbringen.

Wiesfeldweber Josef vom Vater 17. Inf. Regt. Lfr., am 1. 9. 07 als i. N. nach Lauterbach (H.) zur Probedienstleistung einberufen.
— **H. W. Schmitz**, Mettenbach, am 1. 9. 07 penf.
— **H. W. Mämpf**, Lauterbach, am 1. 9. 07 nach Mettenbach verl.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Feste Hilfe bei Unfallsfällen und Erkrankungen der Pferde von Dr. Paul Goldsch. Stabsarzt im 1. Württemberg. Dragoner-Regiment Nr. 2. Mit 7 Abbildungen im Text. Berlin 1907. Verlag der Viehischen Buchhandlung. Preis 1,20 M. Jedem Pferdebesitzer kann dieses aus der Praxis hervorgegangene und für die Praxis bekannte Büchlein nur warm empfohlen werden.

Der Bäuerkönig, Roman von Edward Zillgebauer. Berlin. Verlag von Richard Bong. Preis geh. 4 M.

Gleich Straß ist von unendlich vielen gelesen worden; ein Teil der Leser fand diesen Roman zu weitläufig. Gegen diesen Vorwurf ist der Verfaßter diesmal geschützt. Er greift in das praktische Erwerbsleben der Gegenwart hinein, er zeigt und schildert uns, wie Millionen verdient und verloren werden. Die Schilderung wirkt lebenswahr und spannend.

Ausfunkei.

Kam. OW. S. in S. b. W. K. in L. F.W. Sch. in K. Antwortung von Anfragen. Wenn Sie nicht wünschen, daß die Antwort auf Ihre Anfrage unter der Chiffre OW. S. in S. b. W. K. in L. und F.W. Sch. in K. erteilt und veröffentlicht wird, so bitten wir, gleich in der Anfrage die Buchstaben, unter denen die Antwort erfolgen soll, anzugeben, z. B. Stam. XZ, Stam. C. B. in An. ufo. Nr. 57a. — H.

An O. Wachm. B. in L. Änderung der Hausnummer bei konfessionierten Betrieben. Die bestehende Anordnung der Änderung der Hausnummern ist auf die fortwährende Gültigkeit einer gewerblichen Genehmigung völlig ohne Einfluß. Ein Gewerbetreibender, dessen Schankerglaubnis für Nr. 10 erteilt war, bedarf keiner neuen Konfessionsurkunde, wenn das Haus die Nr. 12 erhält. Auch eine Veräußerung der Urkunde ist nicht erforderlich, wenn sie auch zur Veräußerung von Weisen zweckmäßig ist. Dasselbe gilt natürlich auch von der Änderung der Straßennamen. Nr. 154b — i.

An GW. W. in B. Tausanlagen; Mühlenbesitzer. Bestige einer Mühle im Sinne des Vorstufes, vom 15. 11. 1811, also wegen Übertretung der Vorschriften über Tausanlagen zu bestrafen, ist nicht nur der Eigentümer, sondern, und zwar in erster Linie, auch der Pächter und Mühlenbesitzer. (So auch R. 14. Seite 331, Entsch. vom 15. Juni 1898 — S. 361/98.) Da es sich um eine die Ausübung des Gewerbes begangene Übertretung polizeilicher Vorschriften handelt, kann auch § 151 GewO. selbst dann Anwendung finden, wenn es sich um eine alte, vor Erlaß der Gewerbeordnung errichtete, also noch nicht nach § 16 GewO. genehmigte Tausanlage handelt. Nr. 139. — n.

Kam. F. Wachm. E. in M. Versteigerung einer Gastwirtschaft. Auf das Fortbestehen einer Gastwirtschaftskonzession ist sowohl ein freiwilliger als ein zwangsweise Verkauf des Gasthofgrundstückes ohne Einfluß. Die Verteilung der Konzession war der Person unabhängig von ihren privatrechtlichen Ansprüchen auf das Haus oder an diesem erteilt. Der Gastwirt, dem das Haus zwangsweise versteigert wird, ist daher zweifellos auf Grund seiner ursprünglichen Konzession berechtigt, auch als der vom Erster der Grundstücke eingesezte Pächter die Gastwirtschaft weiter auszuüben. Die Versteigerung hat nur privatrechtliche Wirkung. Nr. 153a. — i.

Kam. BG. Wachm. W. in F. Verbotenes Spiel. Verbotenes Spiel im Sinne des § 331 der Gewerbeordnung ist nicht nur das Glücksspiel, sondern auch jedes andere Spiel, wenn

falsch gespielt oder betrügerische Manipulationen dabei vorgenommen werden, die den Ausgang des Spiels nicht von der Geschicklichkeit aller Spieler abhängig erscheinen lassen. (Vgl. die RG-Entsch. vom 27. 3. 07 in Heft 7 dieses Jahrgangs.) Wenn z. B. einer der Spieler sich beim Sat so einem Spiegel gegenüberstellt, daß er mit dessen Hilfe den Gegnern in die Karten sehen kann, oder beim Schwebenschießen den Mitbeteiligten den Schuß ablenkende Schießwerkzeuge eingehängt, beim Kegelspiel ein Rindsfaden um die Kegel gelegt wird, so daß „alle Reun“ fallen müssen, handelt es sich um verbotenes Spiel. Der Wirt, der derlei duldet, hat keine Konzession verwirkt. Nr. 146b. — ph.

An Amtss. G. in H. Kinematographen. Die Verhinderung der Vorführung kann nicht auf das Fehlen der im § 33a GO. vorgeschriebenen Erlaubnis gestützt werden. Der Begriff „Einschaltung von Personen“ setzt voraus, daß Menschen in Natur sichtbar gemacht werden. Auch unter den Begriff „theatralische Vorstellungen“ fällt der Kinematographenbetrieb nicht, wenn auch die Unternehmer die Bezeichnung „Kinematographen-Theater“, „Autoskop-Theater“, „Vitascope-Theater“ u. dgl. wählen. (Vgl. Entsch. OVG. vom 11. Mai 1903. — PWWL XLIII, 304.) Dagegen fallen die Kinematographen unter § 33b GO., sind also auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen nur mit ortspolizeilicher Genehmigung zulässig. Sodann handelt es sich um „Bildwerke“, die der Zensur unterliegen. Zweifelhaft könnte es sein, — wir möchten die Frage aber bejahen, — ob nicht in der Einfügung der Kinematographen-Films (dies sind die Bildwerke) in Apparat ein „Anheften“ im Sinne des § 43 Abs. 1 GO. liegt. Alsdann bedarf der Vorführer der Bilder zur gewerbmäßigen Vorführung auch „an andern öffentlichen Orten“ als der öffentlichen Straße, also vor allem auch zur Vorführung in Wirtschaften, auf öffentlich zugänglichen Privatplätzen (Privatrummelplätzen) der ortspolizeilichen Erlaubnis und des über diese Erlaubnis auszustellenden, auf seinen Namen lautenden Legitimationscheines. — Es wäre uns erwünscht, wenn diese Frage zur gerichtlichen Entscheidung gebracht und uns über die Stellungnahme der Gerichte Mitteilung gemacht würde.

Nr. 77b. — n.

An Amtsvorsteher S. Bullenförderungs. Eine landrätliche Körordnung, die das Deden von Rindvieh durch den Gemeindefullen vor schreibt und es verbietet, Rindvieh zum Deden dem Bullen eines andern Gemeindebezirks zuzuführen, ist gültig. Sie bedeutet durchaus keinen unzulässigen Eingriff in Privatrechte und läuft weder dem § 56b Abs. 3 GewO. noch dem Körgegesetz für die Provinz Hessen-Nassau vom 19. August 1897 (GS. 393) zuwider. Die Gewerbeordnung kann schon deshalb solchen Polizeiverordnungen nicht entgegenstehen, weil sie nur den gewerbmäßigen Betrieb treffen könnte.

Das Körgegesetz vom 19. August 1897 aber spricht ausdrücklich von den für die Gemeinde — also für den engen örtlichen Verwaltungsbezirk — zu haltenden Bullen.

Auch das Kammergericht hat eine landrätliche Polizeiverordnung folgenden Wortlaut: „Es ist verboten, eine Kuh oder ein dcsfähiges Kind einem Bullen vorzuführen oder vorführen zu lassen, welcher nicht zu den Bullen der Gemeinde oder desjenigen Bullenhaltungsverbandes gehört, denen die zu dedende Kuh oder das Kind angehört“

durch Entsch. vom 31. Januar 1895 (Entsch. XVI, 482) für gültig erklärt, da sie ihre Stütze in § 8a, f und i des Polizeigesetzes finde.

§ 8a betrifft den Saug des Eigentums, § 6f die Sorge für Leben und Gesundheit, § 6i alles andre, was im besonderen Interesse der Gemeinden und ihrer Angehörigen geordnet werden muß. Die Ausführungen des RG. lauten etwa, wie folgt: Durch den Umstand, daß durch Polizeiverordnung den Gemeindegmitgliedern ein unter Aufsicht stehender Vulle zur Verfügung gestellt wird, soll das Eigentum der Gemeindegmitglieder geschützt werden, indem ihre Kinder vor Erkrankung bewahrt werden. Daraus ergibt sich, daß die Polizeiverordnung die Sorge für die Gesundheit der beteiligten Personen zum Gegenstand hat, indem durch Paarung gesunder Tiere gesundes Fleisch und gesunde Milch erzielt wird. Endlich liegt eine solche Körordnung im Interesse einer rationellen Viehzucht, mithin im besonderen Interesse der Gemeindegmitglieder. Nr. 102a. — S.

An Amtsvorsteher v. W. in O. K. Wildschützenkarabinern. Wir würden kein Bedenken dagegen haben, das öffentliche Feilbieten von Wildbießwaffen durch Polizeiverordnung zu verbieten, da es doch fast ausschließlich zur Förderung des Wilderns dient. Auch würde vielleicht schon eine Bestimmung, die für die Verabfolgung von Waffen nur gegen Waffenscheine und für die Führung der Geschäftsbücher über verabfolgte Waffen eine besondere Faltte, ob die Waffe eine Wildschützenwaffe ist, einführt, zum Ziele führen. Wenn der Geschäftsinhaber der Polizeibehörde die Personen, die Wildererstufen und Wildschützenkarabiner von ihm bezogen haben, namhaft machen muß, dann ist der Polizei eine wesentliche Hilfe zur Erforschung von Wildbießereien gegeben. Nr. 99. — n.

An G. W. O. H. in B. Wandergewerbe. Handel auf Schützenfesten. Wenn die Polizeibehörde Zudertwaren zu den auf dem Schützenfeste zugelassenen Waren rechnet, dann bedarf ein auswärtiger Zudertwarenhändler keines Wandergewerbescheines. Er muß aber die ortspolizeiliche Erlaubnis nachsuchen. Voraussetzung ist ferner, daß das Schützenfest als „öffentliches Fest“ im Sinne des § 59 GO. anzusehen und nicht etwa auf den Schützenverein und seine Gäste beschränkt ist.

Nr. 121. — t.

An Kam. G. Wachtm. A. in K. Stachelbrahtzäune. Die Polizeibehörde ist befugt, Stachelbrahtzäune an öffentlichen Wegen zu verbieten, wenn sie in einer Verlon und Eigentum gefährdenden Weise angebracht sind. (Vgl. Entsch. OVG. vom 21. Mai 1906. „Der Wendarin“, Jahrg. IV, S. 272.)

Nr. 179a. — ph.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Den Haag 1. B.

Nr. 11.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerschach zu Berlin.

1907/08.

Breda.

Eine internationale Polizeihundprüfung
in Holland.

Richterbericht von Frh. v. Kleinforgen.

(Schluß.)

Bei der großen Zahl der Anmeldungen, die bei der immer wachsenden Ausbreitung unserer Sache eine ganz natürliche Folge sind, werden natürlich die Leistungen auch immer besser, die Chancen, einen Preis zu erhalten, geringer, wenn man nicht einen ganz guten Hund hat. Die große Zahl der Anmeldungen verschuldet es natürlich, daß man in einem Tage, wenn die Hunde ernsthaft durchgeprüft werden sollen, unmöglich fertig werden kann. Unsere Richter sollten darum aber auch nur wirklich etwas leistende Hunde anmelden; halbfertige Tiere melden ist für die Prüfung nur Zeitverschwendung und hält die Richter nur auf, ist also eine Rücksichtslosigkeit gegen diese an sich schon genügend überlasteten Herren. Der erhoffte Preis bleibt ja doch aus! Um für die wirklich brauchbaren Hunde Zeit zu gewinnen, sollte bei Prüfungen energischer vorgegangen werden.

Breda ist ein Ort von rund 50 000 Einwohnern, nicht weit von Blissingen, Rotterdam und Antwerpen gelegen. Es ist wie alle holländischen Städte ein Muster von Sauberkeit und es lebt sich — das haben wir am eigenen Leibe erfahren — ganz vorzüglich dort. Holländische kynologische Veranstaltungen erfreuen sich bei uns des besten Rufes; unser Sport liegt dort in der Hand der besten Kreise und diese lassen es ihre Haupt Sorge sein, auch an Gastlichkeit alles aufzubieten, um dem Sportfreund den Aufenthalt angenehm zu machen. Wer einmal in Holland zu solcher Veranstaltung weilte, wird diese immer in angenehmer Erinnerung behalten und ich bin überzeugt, daß auch die ehrenvoll Unterlegenen von unseren deutschen Richtern, die in Breda weilten, wenn die erhofften Preise auch ausblieben, doch stets gern einem Rufe zu einer Polizeihundprüfung nach Holland folgen werden.

Ganz besonders hoben natürlich wir Richter die holländische Gastlichkeit kennen gelernt. Von dem Augenblick ab, wo uns am Sonntagsabend Herr Formine, Vorsitzender Richter des Rgl. Gerichts zu Breda und Mitglied des Klakomitees, am Bahnhof in Empfang nahm, bis zur Stunde, wo wir ungern nur das gastliche Breda verließen, haben die Herren alles aufgeboten, um ihre Gastfreundschaft zu beweisen. Nur eins war leider nur allzu sehr geeignet, die allgemeine Festfreude zu trüben; Herr Vossenoer, der Polizeichef von Breda, der mit so viel Interesse und Arbeitsfreudigkeit die ganzen Vorbereitungen geleitet hatte, konnte nur am

Mittag für wenige Augenblicke bei uns weilen. Bei einer Haussuchung war er vor wenigen Tagen durch ein Glasdach in eine Küche gestürzt und hatte sich eine schwere Rückenverletzung dabei zugezogen.

Außer Herrn Vossenoer als Schriftführer, der Seele des Ganzen, gehörten dem Komitee an: als Vorsitzender Herr F. C. A. Minne, Kapitän der Rgl. Marechaussee (Gendarmarie), Herr Formine, Untersuchungsrichter, der sich ganz besonders als unser gastlicher Führer bis zum frühen Morgen unermüdlich zeigte, Herr Kapitän J. D. Dommers, trotz 20 Jahren Kniehfeldzug und Knieentzündung in Indien von jugendlicher Frische, Herr Leutnant der Feld-Artillerie Kappelhoff und J. Stegns, Richter und Führer von „Germanicus“, dem schönsten heute vorhandenen holländischen Schäferhund. Aber auch die anderen Herren des Vereinsvorstandes, vom 1. Vorsitzenden Dr. P. A. Vossers bis zu dem an Jahren längsten Vereinsmitglied Baron A. J. v. d. Worch v. Vorden, der uns als nimmermüder Ordner bei der Prüfung zur Seite stand, und nicht zu vergessen unser Amateurphotograph, Herr Artillerie-lieutenant J. E. G. van Baegeningh, waren überall zur Stelle, wo es not tat.

Breda ist ein langgestreckter Ort, der einen riesigen Truppenexerzierplatz umschließt, und der größte Garnisonort Hollands. Dies war der Grund, daß es bei der Prüfung von Uniformen aller Art wimmelte. In Verbindung mit den lebhaftesten Farben der Domestikolletten gaben diese hübschen Uniformen ein lebhaftes, freundliches Bild. Auf dem etwa tausend Morgen großen Militär-Exerzierplatz, der auf der einen Seite von Gräben und Chaussees, auf der anderen von der Stadt Breda, auf der dritten von Kasernen, auf der vierten von dem Herrn Formine unterstellten als Hundel gebauten Rentlosgelände begrenzt ist, wor vor der für Wiedererennen dort erbauten großen Tribüne ein etwa 200 : 150 m großer Ploß für die Prüfung durch Drahtgitter eingedämmt und mit Postleits, Strohhäufen, Schuppen und Häuschen sowie den notwendigen Sprunggerätschaften besonders für die Prüfung hergerichtet.

Die Hunde wurden nach dem Prüfungsreglement des P. H. V. nach dessen Prüfungsstufen durchgeprüft; die Prüfungsstufen sind jedoch nicht die alleinige Grundlage zur Beurteilung der Hunde. Das ging schon deshalb nicht, weil wir uns ja an die ausgedehnten Prüfungsbedingungen halten mußten und diese nur folgendes verlangten:

1. frei bei Fuß folgen,
2. Leinenschnurlosigkeit,
3. allgemeiner Appell:
 - a) apportieren, b) Kleidungen überbringen,
 - c) frei ablegen, d) Ablegen bei Gegenständen,

4. hoch- und weitspringen,
5. klettern (1,80 m hoch),
6. revidieren und verbellern,
7. Bewachen von Gegenständen und Verteidigen derselben,

8. Verteidigen des Führers: auf Befehl angreifen und loslassen.

9. Nicht verpflichtend: Leiterklettern, totverbellern.

Für die Prämierung wurde auch der allgemeine Eindruck des Hundes in Rechnung gezogen.

Als Preisrichter fungierten neben dem Verfasser dieses Berichts Herr Camille Coenen aus Mecheln, il. Vorsitzender des club du chien pratique (Gebrauchshundclub) und Med. Ressler aus dem Haag, Redakteur des führenden holländischen Sportblattes.

Pünktlich um 1/2 11 Uhr begana programm-mäßig die Prüfung. Von den gemeldeten 24 Hunden schieden acht, so daß sich 16 zum Wettkampf um die Preise stellten. An Preisen standen folgende 7 zur Verfügung:

1. Preis = Vermeil-Medaille (vergoldet) und 250 M,
2. Preis = silberne Medaille und 167 M,
3. " = bronzene " " 125 M,
4. " = " " " 85 M,
5. " = " " " 42 M,
6. " = Diplom " 17 M,
7. " = " " 17 M.

An Ehrenpreisen standen weiter zur Verfügung:

1. eine silberne Medaille J. M. der Königin für den besten Polizeihund im Besitz eines Niederländers,

2. eine vergoldete silberne Medaille, gestiftet vom Bürgermeister von Vreda für dessen Polizeihund im Besitz eines Ausländers,

3. 25 M bar, gestiftet vom P. H. V. für den besten Hund eines Mitgliedes,

4. Ehrenpreis des holländischen Deerberghondenklub für besten holländischen Schäferhund,

5. und 6. zwei Führerpreise, gestiftet vom Verlag unseres Blattes "Der Polizeihund".

"Germanicus", Reg. 10238, geboren 12. September 1905 von Top aus Epits v. Moenbaal, dunkel gestromt, ist der schönste zurzeit lebende holländische Schäferhund, ein wirklich prächtiges Tier. Er wurde von seinem Besitzer, der ihn bei Schulter-Arbeit dressieren ließ, vorgeführt. Der Hund war nur 4 Wochen in Dressur, hat in der Zeit viel gelernt und ist vorzüglich beanlagt; aber seiner Dressur fehlt noch die Abrundung und Sicherheit. Beim Ablegen z. B. stand er nach einer Minute auf. Revidieren und verfolgen, verteidigen war noch nicht besonders. Der Hund erhielt 26 Punkte und mußte unnotiert bleiben.

Auch Telemaque, geb. 1903 von Pelz aus Topin, Besitzer Ridderbeek in Löwen, ist ein prächtiger Hund Groenendaler Rasse. Er erledigte das Programm sehr gut, wurde jedoch in Schußfestigkeit nicht geprüft und bekam mit 67 Punkten den 3. Preis.

Desselben Besitzers Passe-Partout, geb. 1905, unbekannter Abstammung, ebenfalls ein Groenendaler, wurde beim Bewachen von

Gegenständen zunächst durch den Maillford, der unrichtig angelegt war, behindert. Als das geändert ist, bewacht er wie die meisten anderen gegen den bekannten Verbrecher gut, nicht aber gegen den Gentlemanverbrecher. Er revidiert gut, saßt aber stumm, ohne einen Laut. Mit 51 Punkten erhielt er S. 2. E.

Topping, kurzhaar. belgischer Schäferhund, gew. 1904 von Top aus Vrest, Besitzer ebenfalls Ridderbeek in Löwen, erhielt mit 54 Punkten den 7. Preis. Er war nicht schußfest, ließ sich ebenfalls den bewachten Gegenstand wegnehmen, beim Verlorensuchen hummelt er viel herum, springt aber ganz vorzüglich und arbeitet am Verbrecher sehr gut. Er bringt den flüchtenden und ihn abwehrnden Verbrecher sicher zu Fall, indem er ihm fortwährend von hinten zwischen die Beine läuft. Die belgischen Hunde sind dressiert, jedem fremden Beamten, der in Rot ist, auf Guppenrufe zu Hilfe zu eilen. Topping macht das sehr gut; Herr Coenen markierte dabei den das Rot signal gebenden Beamten.

Roland, deutscher Schäferhund, geboren 20. Juni 1904 von Luz aus Gilly, Besitzer Schumann Koch in Hagen, ist ein gut veranlagter Hund, dessen Appell jedoch noch recht zu wünschen übrig läßt. Im ganzen ist der Hund zu apathisch, vermutlich wird auch an ihm herumdressiert. Der Führer lasse einmal längere Zeit jedes Dressieren beiseite und achte nur darauf, daß der Appell besser wird. Mit Loben und ab und zu einem Lederbügel zur Belohnung kommt man da weiter als mit der Peitsche und zu großer Strenge, die den Hund nur tofscheu, misshütig und teilnahmslos macht. Roland blieb mit 45 Punkten unnotiert.

Bols von der Lippe, deutscher Schäferhund, gew. 22. Januar 1908 von Doctor li von Radensberg aus Rosel von Gofelthal, Bes. O. Henge in Soest in Westfalen. Ein sehr ruhiger Hund, der nur auf Wink dressiert und geführt ist. Der Hund arbeitet alles ganz vorzüglich; seine Allgemeinstellung wird aber dadurch gedrückt, daß der Hund ebenfalls allzu teilnahmslos und lau arbeitet, wenn er auch auf den leisensten Wink gehört. Als besondere Leistung zeigt Henge, wie der Hund auf weite Entfernung down macht und herangerufen sich wieder auf den ersten Plaz zurückziehen läßt; auch folgt er sehr brav der Spur eines geflüchteten "Mörders", von dem ihm Bitterung bekannt gegeben ist, und macht diesen ausfindig. Er erhielt mit 67 Punkten den IV. Preis.

Harra, deutscher Schäferhund, Bes. Pol-Sergt. Brudmann in Duisburg, ist zu unferlig und leicht unnotiert.

Hector, holländ. Schäferhund, gew. 18. April 1905, Bes. B. van Oosten, erhielt den Ehrenpreis des holländ. Schäferhundklubs. Es ist ein zwar noch lange nicht fertiger, aber ein Hund, der gut behandelt wird und dem man anmerkt, daß es ihm Freude macht, seine Pflicht zu tun. Melbungsbringen geht sehr flott; Arbeit auf der Schleppe gerät leider nicht. Der Hund erhielt 40 Punkte.

Der schwarze Schäferhund Max der Polizeiverwaltung Vorbed, Führer Wachtmeister Ludwig,

hat sich seinen Fuß verlegt; seine Arbeit mußte darunter natürlich leiden und war zu langsam. Er erlebte sonst alles, diesen Umstand berücksichtigt, tadellos. Als besondere Leistung sucht und findet er ein von einem Fremden in die Erde einen Fuß tief vergrabenes Taschenmesser. Mit 65 Punkten konnte er den V. Preis erhalten.

Die Arbeit des belgischen Schäferhundes Flox, gew. 1904, Bes. Vanderaumera in Löwen, war am Verbrecher zwar gut, aber am Fuße folgen war nur mäßig; Apportieren usw. fiel ganz aus. Er bekam 45 Punkte.

Wolf von Sterkrade, deutscher Schäferhund, gew. 18. Nov. 1905, Bes. Krim-Wachtmeister Vottre in Sterkrade, arbeitete im ganzen recht brav, nur das Revidieren ließ zu wünschen übrig und bei den „besonderen Leistungen“, die sein Führer zeigen wollte, versagte der Hund völlig. Er erhielt 44 Punkte.

Lord, Schäferhund, Bes. Brudmann in Duisburg, ließ auch im Revidieren zu wünschen übrig. Die ganze Arbeit war zu wenig positioniert; der Appell scheint sich gegen früher gebessert zu haben. Auch „Lorb“ fiel bei „besonderen Leistungen“ durch das Fehlen, konnte aber für seine Gesamtarbeit mit 56 Punkten noch den VI. Preis erhalten.

Bell von Keroberg, Dobermannpinscher, gew. 11. Juni 1904 (von Sieger Landgraf Sieghard v. Zähringen aus Kunstgunde II. v. Zähringen), Bes. Käßberger in Esort, wurde nach der Prüfung für 400 M nach Holland verkauft. Der Hund arbeitet sehr flott und freudig, wenn er auch noch nicht in Dressur vollkommen ist. Er sucht tadellos verloren und beweist dabei keine gute Rasse, ist aber beim Verteidigen des Führers nicht energisch genug. Er macht 36 Punkte.

Der Boxer „Max“, gew. 1906, Bes. Dub. Couwenbergh in Oesich, ist der Gewinner des Ehrenpreises der Königin. Zwar ist auch er noch unsertig in mancher Beziehung und wie den Boxern in der Mehrzahl fehlt es ihm an Rasse, aber sein Führer hat das Zeug zu guten Leistungen in sich. Charakteristisch ist die Angriffsweise dieses Hundes. Er macht das, wie wir an verschiedenen Personen sahen, stets so: Wird er hinter den Verbrecher her geschickt, so umklammert er mit seinen Vorderläufen das Bein des Mannes, und zwar hält er sich so fest mit den Klauen und dem Gang, den er zu Hilfe nimmt, daß der Mann nicht los kann und unbedingt fallen muß. Mit 51 Punkten erhielt er S. P. E.

Die zweitaus beste Arbeit des Tages leistete Lucie, die bekannte Stegerin von Rheim und Dortmund. Ich habe nie einen Schäferhund gesehen, der eine so frappierend gute Rasse hat wie Lucie. Die Hündin hat sich seit vorigem Jahre sehr gebessert, obwohl sie damals schon zeigte, was in ihr steckt. Sie arbeitete in allem gut und zeigte von allen deutschen Hunden am meisten Passion und Temperament. Daß das Temperament eventuell mit ihr dazuging, sei ihr darum gern verziehen. An besonderen Leistungen suchte sie zunächst einen „Mörder“, der seine Wut verloren hatte, auf ca. 500 m tadellos, indem sie genau seiner Spur folgte. Dann

suchte sie auf dieselbe Entfernung ein Vorkommnis eines Fremden, nachdem ihr dessen Bitterung bekannt gegeben war, tadellos verlor. Alle Kastratenarbeiten machte Lucie an ihr ganz unbekannten holländischen Leuten und allen Spuren folgte sie, ohne einmal abzukommen, in flottstem Galopp. Sie erhielt wohlverdienten I. Preis, den Ehrenpreis des P. H. V. und Ehrenpreis des Bürgermeisters von Breda für besten ausländischen Hund.

Falette, belgische Schäferhündin, gew. 8. Mai 1904 von Saton aus Riga, Bes. Gustave Simeon in Brüssel, war der beste belgische Hund. An Punktzahl kam Falette Lucie gleich; diese erhielt ihr Übergewicht nur durch die kriminellen Leistungen. Falette wurde sehr gut geführt und ist in allem gut; nur das Apportieren konnte sauberer sein. Bei der Verlorene zeigt die Hündin besonders gute Rasse. Mit 69 Punkten bekam sie II. Preis.

Die beiden Führerpreise erhielten die Herren Simeon und Couwenbergh, die Führer von Falette und Max.

Der Besuch der Prüfung war, wie gesagt, enorm, das Interesse der Behörden groß. Aus allen Teilen Hollands waren höhere Polizeibeamte erschienen. Der Justizminister und der Kriegsminister hatten besondere Vertreter entsandt. Die Königin hatte einen Preis gestiftet und ausdrücklich gewünscht, daß ihr der Name des Gewinners sofort telegraphisch angezeigt würde. Bei solchem Interesse aller Kreise braucht uns um das Gelingen der Polizeihundschau bei unseren liebenswürdigen Nachbarn nicht bange zu sein.

Dressurkürse.

Übung praktisch vormachend. (Fragestufen Nr. 8.) Einen fertig abgeführten Polizeihund zum Vormachen von Übungen bei Dressur eines Junghundes zu verwenden, ist ratsam überall da, wo es gilt, den Ehrgeiz des Junghundes zu wecken, um dadurch Leistungen, zu denen er sonst nicht zu bewegen ist, oder die er nicht versteht, zu erzielen. Das ist z. B. der Fall beim Lautgeben, beim Springen, beim Schwimmen. Auch kann man einen älteren Hund zuziehen, um den Hund auf den Verbrecher einzuarbeiten, besonders, wenn der Dressurzögling anfangs zaghaft und furchtsam ist und nicht recht ansetzen will. Man hüte sich jedoch, die Dressur zur mühsigen Spielerei und Herumtallerei werden zu lassen. An den „Verbrecher“ soll ein Hund selbstredend erst, wenn er erwachsen und im Vollbesitz seiner Kräfte ist. Ein im Körperbau noch unfertiger Hund ist sich seiner Schwäche selbst mehr oder weniger stets bewußt und ein Schlag durch den „Verbrecher“ zu unrechter Zeit oder an die unrichtige Stelle kann einen jungen Hund leicht für immer verderben. Nicht zuziehen darf man einen älteren Hund bei allem, was es sich um selbständige Leistungen des Tieres, die individuell sind, z. B. um Kastratenarbeit handelt. Der junge Hund würde da, wie man es bei Jagdhunden oft beobachten kann, nur zu leicht

auf die zuverlässigere, geübtere Rasse seines Gefährten sich verlassen und stets unsicher und unselbständig bleiben. Solche Tiere richten sich bei der Zusammenarbeit oft ganz nach ihren Gefährten, kommen darin bis zum „Lügen“. Sie brauchen nur die Augen, aber nicht die Nase, und wenn der andere Irrtumsweg eine Fährte „markiert“, so machen sie das unselbständig nach. Darum auch zum „Verloren“ apportieren keine weithin sichtbaren oder auffallend gefährlichen Gegenstände! R.

Protokoll

der Generalversammlung des P. H. V. vom
16. Juli 1907 in Hagen i. W.

Die Versammlung wurde nachmittags 2½ Uhr durch den Vorsitzenden, Pol.-Insp. Meyer, Hagen, eröffnet. Es wurde beschlossen:

1. Der P.H.V. verlegt seinen Vereinssitz von Elberfeld nach Hagen i. W. und soll der Verein in Hagen i. W. in das gerichtliche Vereinsregister eingetragen werden.

2. Die vom Vorstande vorgeschlagenen Satzungsänderungen wurden mit einigen Zusätzen einstimmig angenommen. Die Satzungen sollen nach Eintragung des Vereins in tausend Exemplaren gedruckt und den Mitgliedern zugestellt werden.

3. Die vorgeschlagenen Vorschriften über die Führung des Zuchtregisters wurden angenommen.

4. In der Vereinszeitschrift „Der Polizeihund“ ist eine besondere Rubrik für Kauf- und Verkaufsgesuche einzurichten. Die Gebühr für einmalige Aufnahme eines Kauf- oder Verkaufsgesuches beträgt 1 Mk. Die Vermittlung dieser Gesuche an die Redaktion des „Polizeihund“ ist dem Zuchtbuchführer zu übertragen.

5. Alljährlich in der ersten Generalversammlung sind die Preisrichter und Sachverständigen für das laufende Jahr zu wählen. Nur die anwesenden Mitglieder sind stimmberechtigt; wählbar sind auch nicht anwesende Mitglieder.

6. Antrag Rappe, wonach alle Polizeihundprüfungen, bei denen ein vom P.H.V. aufgestellter Preisrichter durch Vermittlung des Vorstandes des P.H.V. mitrichtet, angelernt sind, wenn nach der Prüfungsordnung des P.H.V. geprüft wird, wird angenommen. Außerdem sollen diese Veranstaltungen vom P.H.V. unterstützt werden durch Bescheidung mit Hundes und durch Gewährung eines Ehrenpreises in bar.

7. Der mit der „Deutschland“ abgeschlossene Haftpflichtversicherungsvertrag betr. die Versicherung der Hunde der Mitglieder des P.H.V. wird, weil zweckmäßig und preiswürdig, für die Zeit bis zum 31. März 1912 anerkannt. Die Vereinsmitglieder sind zu ersuchen, ihre Hunde, soweit sie dieselben gegen Haftpflicht versichern wollen, möglichst bald anzumelden. Die Anmeldungen sind zu richten an die „Kameradschaft“, G. m. b. H., Berlin W. 9, Linkestraße 11.

8. Am 29. September 1907 hält der P.H.V. seine 7. Polizeihundprüfung in Hagen

i. W. ab. Es sollen zu dieser wie auch zu den zukünftigen Prüfungen zwei Klassen vorgesehen werden, und zwar:

- a) Offene Klasse, in der alle Hunde ohne Unterschied des Alters und ohne Unterschied, ob dieselben bereits einen Preis errungen haben oder nicht, gemeldet werden können.
- b) Begrenzte Klasse, in der nur Hunde gemeldet werden können, die noch keinen Geldpreis auf einer Polizeihundprüfung erhalten haben. Führerpreise, auch wenn dieselben aus barem Gelde bestanden, kommen hierbei nicht in Frage. Ungulässig ist das Melben eines Hundes in beiden Klassen.

B. Verschiedenes.

a) Dringlichkeitsantrag Rappe, den Vorstandsmitgliedern, die weit von dem Versammlungsorte entfernt wohnen, in denselben Fällen, wo das Erscheinen derselben in einer Versammlung im Interesse des Vereins vom Vorstand für unbedingt erforderlich gehalten wird, die baren Auslagen der Eisenbahnfahrt dritter Klasse aus der Vereinskasse zu erstatten, wird angenommen und ein entsprechender Zusatz zu § 11 der Satzungen aufgenommen.

b) Dringlichkeitsantrag Rappe, der P.H.V. möge im Interesse der Förderung der Polizeihundfache Ortsgruppen von Mitgliedern des Vereins zulassen, wird angenommen.

In § 6 der Satzungen soll folgender Zusatz gemacht werden: „Im Interesse der Förderung der Polizeihundfache ist es erwünscht, wenn in räumlicher Nähe wohnende Mitglieder sich zu Zweigvereinen (Ortsgruppen) zusammenschließen. Die Satzungen dieser Zweigvereine unterliegen der Bestätigung des Hauptvereins. Den Zweigvereinen können nur Mitglieder des P.H.V. angehören. Über die Vorstände der Zweigvereine siehe § 11, Abs. 1 der Satzungen.“

c) In das Prüfungsprogramm des P.H.V. soll als weiterer Dressurpunkt aufgenommen werden: „Verweigern von Futter aus fremder Hand.“ Diese Übung soll mit sechs Punkten bewertet werden.

- d) 1. die Prüfungsordnung ist als Anlage 1,
2. die Vorschriften über Führung des Zuchtregisters, über die Vermittlung der An- und Verkäufe von zum Polizeidienst geeigneten Hunden sowie über den Nachweis von Zuchtrüben sind als Anlage 2 und
3. ein Kuster zu den Satzungen für einen Zweigverein ist als Anlage 3 gedruckt den Satzungen des P.H.V. nachzulegen.

Hagen, den 16. Juli 1907.

Meyer,
Polizei-Insp., Vorsitzender.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 12. — 14. September 1907. — Seite 268/292. — 5. Jahrgang.

September													
S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7							
8	9	10	11	12	13	14							
15	16	17	18	19	20	21							
22	23	24	25	26	27	28							
29	30												

Herausgeber:

Robert Gersbach,

Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“

Berlin W. 9, Linienstr. 11.

Oktober													
S	M	D	M	D	F	S	S	M	D	M	D	F	S
							1	2	3	4	5	6	7
							8	9	10	11	12	13	14
							15	16	17	18	19	20	21
							22	23	24	25	26	27	28
							29	30	31				

„Der Gendarm“ erscheint vierspaltig.
Für Subskriptionen wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstr. 11.

Verlagspreis

für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Belegungen

nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühren:

die Spalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Die Überweisung an die Landespolizei-
behörde und die Anweisung (Schluß) 269
Allerb. Order vom 12. 4. 07, Anrechnung
von Kriegsdienstzeit für die Teilnehmer
an der Bekämpfung der Eingeborenenauf-
stände in Südwestafrika 271
Befehl- und Verordnungsstapel 271
Ramm-Einstellung des Verfahrens gegen
jugendliche Täter oder ihre Auswer-
folgungseignung beim Fehlen der zur Er-
kenntnis der Strafbarkeit erforderlichen
Einsicht erfolgen? 271
Vernehmung jugendlicher Personen im
Strafverfahren 272
Polizei und Publikum 273
Die Pflichten der Polizei 273
Betrachtungen über den Verkehr mit Misch-
und die Gewinnung von Milch 274
Erlebtes und Erfahrenes 276
Kongresse und Versammlungen 277

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht 277
II. Kammergericht 277
III. Preuss. Oberverwaltungsgericht 278
IV. Oberlandesgericht Köln 278

V. Oberlandesgericht Rostock 278
VI. Landgericht Berlin I 279
VII. Landgericht Bielefeld O.S. 279
VIII. Landgericht Halle a. S. 279
IX. Schöffengericht Leipzig 279
X. Schöffengericht Magdeburg 279
Polizeibericht 279
Personalveränderungen 280
Artiselschau 281
Anschufrei 282

II. Der Polizeihund.

Ein Gehilfe für den Gendarmen 284
Merkei 284
Polizeihundprüfung 288
Vorschau 289

III. Haus und Herd.

Unser Garten- und Planweisen 290
Rechtsprücheörter 291
Verwaltungshunde 291
Weltbürger-Abc 291
Merkei 291
Rindschau 292
Pferdepflege 292
Häufelede 292

Balanzentziff. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 10. September 1907 abgeschlossen worden.

Die Überweisung an die Landespolizeibehörde und die Ausweisung.

Unter besonderer Berücksichtigung der bairischen Verhältnisse.

Von Joseph Weigand, Regierungsrathseffizit in Würzburg.

(Schluß.)

2. Die Landesverweisung.

1. Der Kreis derjenigen Personen, welche des Landes verwiesen werden können.

a) Die Landesverweisung gegenüber Ausländern. (Art. 44 des Heim.-Ges.) Jeder Ausländer, dem auf Grund des Art. 39 des Heim.-Ges. der Aufenthalt in einer Gemeinde untersagt wird, kann für die Dauer des Aufenthaltsverbots auch aus dem Königreich Bayern verwiesen werden, wenn es im öffentlichen Interesse geboten erscheint; außerdem ist das Staatsministerium des Innern berechtigt, Ausländern aus Rücksicht auf die öffentliche Wohlfahrt den Eintritt in das Königreich zu verjagen oder dieselben aus dem Staatsgebiet zu verweisen. (Art. 44 des Heim.-Ges.) Diese Maßregel kann nicht nur gegen bestimmte einzelne Personen, sondern auch gegen Personenklassen, z. B. Zigeuner, verfügt werden, wobei Angabe von Gründen nicht erforderlich ist.

b) Die Landesverweisung gegenüber (landesfremden) Deutschen (§ 3, Abs. 2 des Freiz.-Ges.). Sie können des Landes verwiesen werden, wenn sie

a) gleichviel ob in Bayern oder in einem anderen Bundesstaat, Aufenthaltsbeschränkungen unterliegen, welchen sie durch die Polizeibehörde auf Grund erlittener Verurteilung unterworfen worden sind;

β) in Bayern oder in einem anderen Bundesstaat innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Wettels oder wegen wiederholter Landstreicherei verurteilt worden sind.

2. Das Verfahren.

a) Das Verfahren in den Fällen unter 1a ist dasselbe, wie es bereits oben unter 1. 2a behandelt wurde, weshalb an dieser Stelle darauf Bezug genommen werden kann.

b) Das Verfahren in den Fällen unter 1b.

a) Das Gesetz spricht eine zeitliche Beschränkung der Landesverweisung nicht aus. Die Ausweisung darf jedoch nicht für länger als die Dauer der Aufenthaltsbeschränkungen bezw. die Dauer der von der Verbüßung der letzten Strafe wegen Wettels oder Landstreicherei zu berechnenden 12 Monate verfügt werden.

Im übrigen sind bezüglich des Verfahrens die Bestimmungen des Gothaer Vertrages v. 15. Juli 1851 in Anwendung zu bringen, wobei jedoch die Übernahme eines Ausgewiesenen von den Behörden eines Bundesstaates nicht verweigert werden darf, wenn der Ausgewiesene in diesem Staat die Staatsangehörigkeit oder einen Unterstützungswohnsitz (Heimatrecht) besitzt, welchem er nicht wohl anders als durch das Gebiet des erstgedachten Staates zugeführt werden kann. (Min.-Entschl. vom 27. Juli 1894, die Auslegung und Anwendung des § 3, Abs. 2 des Freiz.-Ges. betr. (M.-A.-Bl. S. 277). Aus Bayern können auch solche Bundesangehörige ausgewiesen werden, welche in Bayern einer Aufenthaltsbeschränkung infolge einer vorausgegangenen Verurteilung unterliegen, oder die in Bayern eine Verurteilung wegen wiederholten Wettels oder wiederholter Landstreicherei erlitten haben. Das gilt insbesondere auch in Preußen. (Min.-Entschl. vom 9. März 1895, gl. Betr. (M.-A.-Bl. S. 187).)

β) Zuständig zur Verfügung dieser Landesverweisungen sind die Distriktsverwaltungsbehörden (Min.-Entschl. vom 16. Sept. 1879, Weber Bd. 13, S. 561.) Die Verfügung ist im Verwaltungswege anfechtbar. Die Kreisregierungen R. d. F. bilden die zweite, der Verwaltungsgerichtshof die dritte Instanz, evtl. das Ministerium des Innern, wenn die Gesetzmäßigkeit der Verfügung nicht bestritten wird.

3. Die Reichsverweisung.

Dieselbe kann nur gegen Ausländer verfügt werden in folgenden Fällen:

Ist gegen einen Ausländer auf Grund richterlicher Ermächtigung die Stellung unter Polizeiaufsicht verhängt oder die Überweisung an die Landespolizeibehörde verfügt worden, so kann er aus dem Bundesgebiet verwiesen werden und diese Ausweisung soll regelmäßig erfolgen (§ 39, Ziff. 2; § 362, Abs. 3 des R.-St.-G.-B.). Eine zeitliche Beschränkung dieser Ausweisung besteht nicht.

Weiter können Ausländer, die wegen gewerbmäßigen Glückspiels verurteilt sind, auf Grund der Tatsache dieser Verurteilung durch die Distriktspolizeibehörde

hörde aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden (§ 284. Abs. 2 des R.-St.-G.-B.).

In allen Fällen der Reichsverweisung kann die Erlaubnis zur Rückkehr erteilt werden. Zuständig ist die Behörde, die die Ausweisung verfügt hat.

C) Die polizeilichen Mittel zur Durchführung der Ausweisung.

Als solche kommen in Betracht die Abschiebung und die Anweisung einer Reise-richtung (Zwangsrouten) oder Reisezeit.

1. Die Abschiebung.

1. Zuständigkeit. Das Schubwesen obliegt den Distriktpolizeibehörden, und zwar der Polizeidirektion München und den Bezirksamtern, letzteren auch in den unmittelbaren Städten, unbeschadet der magistratlichen Kompetenz zur Anordnung der Verschiebung, wozu auch die Ausfertigung der Transportvorweise und die Erholung etwaiger Übernahmezusicherungen gehört. An jenen Amtsgerichten, an deren Sitz kein Bezirksamt oder exponierter Assessor sich befindet, ist die Beforgung des Schubwesens im Wege der Dienstinstruktion den Amtsgerichtsfunktionären übertragen, die hierfür eine besondere Remuneration empfangen.

2. Bezüglich des Schubwesens sind im allgemeinen noch die Vorschriften in Art. 21 ff. der Verordnung vom 28. November 1816, die Bettler und Landstreicher betr., maßgebend.

Bei Inländern ist die Abschiebung nur zulässig, wenn sie nach Lage der Verhältnisse, insbesondere um Fortsetzung der Landstreicherei usw. zu verhüten, erforderlich erscheint und durch einfache Ausweisung, Vorzeichnung einer Reise-richtung usw. nicht erletzt werden kann. (Min.-Entschl. vom 11. April 1880. Weber, Bd. 12, S. 519, Note 2.)

Die Ausländer sind regelmäßig in die Heimat oder über die Grenze abzuschicken. (Min.-Entschl. vom 23. März 1876, das Schubwesen betr. — Weber, Bd. 11, S. 477. — Min.-Entschl. vom 9. Dezember 1878, die Sandhabung der Sicherheitspolizei, hier das Bettler- und Vagabundenwesen betr. — Weber, Bd. 12, S. 519. — Bekanntmachung des Reichsfunktionärs vom 10. Dezember 1890, Vorschriften betr. die Vollziehung der Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet auf Grund der §§ 39, 284, 362 des St.-G.-B. — Weber, Bd. 20, S. 463.)

Bei Lieferungen, welche aus fremdem Staatsgebiet kommen oder in solches

gehen, sind die bestehenden Staatsverträge, insbesondere die Bestimmungen in § 8, 10 des Gothaer Vertrages zu berücksichtigen.

Die Abschiebung eines nicht bayerischen Reichsangehörigen kann nur erfolgen, wenn die Übernahme seitens des betreffenden Staates zugesichert oder der andere Staat zur Übernahme verpflichtet erklärt worden und wenn der Ausweisungsbeschluss rechtskräftig geworden ist. Überhaupt darf, solange bei Nichtbayern die Staatsangehörigkeit und bei Bayern die Heimat nicht feststeht, eine Weiterverschiebung nicht erfolgen. (Verordnung vom 28. November 1816, Art. 28, Freis.-Ges. § 6, Abs. 2, Heim.-Ges. Art. 21.)

Es handelt sich bei ersteren aber nur um eine Feststellung der Staatsangehörigkeit, nicht auch um Ermittlung der Heimat oder des Unterstützungswohnsitzes, der Auszuweisende wird lediglich an den nächsten Grenzort des übernahmepflichtigen Staates gebracht.

Für den Transport von Ausländern sind durch Bekanntmachung des Reichsfunktionärs vom 10. Dezember 1890 (Weber, Bd. 20, S. 466) Reichsgrenzstationen festgesetzt.

Die ärztliche Behandlung kranker Schublinge liegt auch bei Aufnahme derselben in gemeindliche Krankenhäuser den Bezirksärzten unentgeltlich ob, außer wenn ein besonderer Krankenhausarzt aufgestellt ist, in welchem Fall das Arzr auch die ärztlichen Kosten übernimmt. Bei Erkrankungen, insbesondere beim Auftreten von ansteckenden Krankheiten, ist der Transport zu unterbrechen. (Min.-Entschl. vom 25. April 1854. — Weber, Bd. 4, S. 627. — Min.-Bef. vom 10. April 1883. — Weber, Bd. 16, S. 140.)

Kein Schubling soll ohne vorherige Untersuchung und Reinigung auf den Schub gegeben werden. Die Lieferung hat in der Regel durch die Gendarmerie zu geschehen. Die Kosten der Verpflegung der Schublinge übernimmt der Staat, vorbehaltlich des Ersatzes durch die Verpflegten oder deren Angehörige.

Die Kosten der Ausweisung trägt innerhalb seines Gebiets der ausweisende Staat (§ 11 des Gothaer Vertrags). Beim Durchtransport durch einen dritten Staat trägt jeder Staat die bezüglichen Kosten für sich allein. (§ 11, Abs. 2 des Gothaer Vertrags. — Min.-Entschl. vom 9. März 1895. — M.-A.-Bl. S. 187.)

2. Die Vorschreibung einer Reiserichtung oder Reisezeit.

Zuständig sind hierzu die Distriktsverwaltungsbehörden, in München die Polizeidirektion, ferner die exponierten Bezirksamtsassessoren, an Amtsgerichten, die nicht am Sitz eines Bezirksamts oder exponierten Assessors sind, die Amtsan-

wälte, in der Pfalz die Ortspolizeibehörden.

Wer ohne genügende Entschuldigung die vorgeschriebene Reiserichtung oder Reisezeit nicht einhält, unterliegt einer Übertretungsstrafe (Art. 4, 5 des bayer. Pol.-Str.-G.).

Allerhöchste Order.

Ich bestimme im Anschluß an Meine Orders vom 12. Oktober 1906 und 27. Februar 1906: Den im Jahre 1907, bis zur Beendigung des Kriegszustandes, an der Bekämpfung der Eingeborenenaufstände in Südwestafrika beteiligten deutschen Deutschen wird das Jahr 1907 als Kriegsjahr angerechnet, sofern in diesem Jahre die Beteiligung mindestens einen Monat betragen hat oder die Teilnahme an einem Gefecht vorliegt. Im übrigen findet Meine Order vom 12. Oktober 1906 sinngemäße Anwendung.

Berlin, den 12. April 1907.

Wilhelm.

Gesetz- und Verordnungstafel.

* Deutsches Reich. Übereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich vom 8. April 1907 betr. den Schutz an Werken der Literatur und Kunst und an Photographien. — RStZ. 419.

Preußen: G. vom 15. Juli 1907 gegen die Verunfaltung von Ortsschaften und Landchaft. hervorragenden Gegenständen. — GS. 260. — Wegeordnung für die Provinz Posen vom 15. Juli 1907. — GS. 243.

Elfaß-Lothringen. RStZ. vom 14. Juni 1907 betr. Übertragung von Befugnissen der lisher. Kantonalpolizeikommissare auf die Gemeindevorstände. — Zentr. u. Bez. AB. 117. — RStZ. vom 12. Juni 1907 betr. Behandlung der Anzeigen über Felddiebstahl. Zentr. u. Bez. AB. 117. — RStZ. vom 22. Juni 1907 betr. Vereinnahmung von Ordnungsftrafen. — Zentr. u. Bez. AB. 121.

Gesetzeskunde.

Kann Einstellung des Verfahrens gegen jugendliche Täter oder ihre Anferverfolgung beim Fehlen der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht erfolgen?

Von Staatsanwalt Bachsmuth-Krefeld.

Diese Frage wird von Oshausen¹⁾ und von Oppenhoff²⁾ verneint, indem beide, an dem Wortlaut des § 58 StrGB, festhalten, die Frage nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht allein von dem erkennenden

Gericht entscheiden lassen wollen. Diese Ansicht erscheint m. E. nicht zutreffend. Nach meinem Dafürhalten muß im Gegenteil der Staatsanwalt das Vorhandensein oder Fehlen der Einsicht bereits im Vorverfahren und nach geschlossener Voruntersuchung prüfen, und er hat im Falle des Nichtvorhandenseins der Einsicht die Klageerhebung abzulehnen, das Verfahren einzustellen oder die Anferverfolgung zu beantragen.³⁾ Zwar sind positive Bestimmungen hierüber weder in der StrPO. noch sonst gegeben. Jedenfalls kann aber m. E. weder aus dem Fehlen einer solchen noch aus § 58 StrGB der Schluß gezogen werden, daß die Prüfung und Berücksichtigung der Frage nach dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der Einsicht dem Staatsanwalt im Vorverfahren nicht zustehe solle. Der § 58 StrGB behandelt nur den Fall, daß bereits Anklage erhoben und das Hauptverfahren eröffnet worden ist — ein Angekluldigter (§ 155 StrPO.) . . . ist freizusprechen — und er schreibt allein für diesen Fall für das erkennende Gericht die Freisprechung bei Annahme des Nichtvorhandenseins der Einsicht vor. Keineswegs hat aber der Gesetzgeber mit dieser Bestimmung zum Ausdruck bringen wollen, daß der Staatsanwalt unter allen Umständen, selbst wenn das Fehlen der Einsicht im Vorverfahren oder in der Voruntersuchung zweifelsfrei festgestellt ist, verpflichtet sei, die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen, um das erkennende Gericht in die Lage zu versetzen, ein freisprechendes Urteil zu erlassen. Daß die gegnerische Ansicht unzutreffend sein dürfte, ergibt sich aus den allgemeinen Grundsätzen der StrPO., und zwar zunächst aus § 158 Abs. 2 StrPO., daß der Staatsanwalt „nicht bloß die zur Belastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln hat.“ Hieraus ist m. E. nicht nur die Verpflichtung, sondern sogar die Verpflichtung des Staatsanwalts zu entnehmen, zu prüfen, ob der jugendliche Täter bei Begehung der Tat die fragliche Einsicht besessen habe oder nicht. Denn daß die Feststellung des Fehlens der Einsicht ein Umstand ist, der „zur Entlastung dient“, kann nicht im Zweifel gezogen werden. Hat aber der Staatsanwalt die Verpflichtung, in die Prüfung der Frage nach dem Vorliegen oder Fehlen der Einsicht einzutreten, dann muß er auch, falls er

¹⁾ Wir wären geneigt, selbst den Vollziehungsbehörden das Recht zuzugestehen, wenn sie von dem Nichtvorhandensein der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht überzeugt sind. Strafangelegenheiten gar nicht erst an die Anklagebehörde weiterzugeben, sondern etwa statt dessen Anferverfolgung zu beantragen. — Die Schriftst.

— Der Kommentar zu StrGB. Kuff. 5 u. 7, § 58 Note 18.

— Der Kommentar zu StrGB. Kuff. 14, § 56 Note 3.

— Der Strf.

nach pflichtgemäßer Prüfung zu der Überzeugung kommt, die Einsicht habe dem Täter gefehlt, entweder die Klageerhebung ablehnen oder das Verfahren einstellen oder die Außerverfolgung beantragen. Dies ergibt sich m. E. auch weiter aus § 168 Str.P.O. Hiernach hat der Staatsanwalt das Verfahren einzustellen, wenn die Ermittlungen keinen genügenden Anlaß zur Erhebung der Klage bieten. Da sich die Ermittlungen aber nicht bloß auf das Vorhandensein der objektiven Tatbestandsmerkmale, sondern in gleicher Weise auch auf die subjektiven Momente zu erstrecken haben, so hat der Staatsanwalt auch zu prüfen, ob der jugendliche Täter bei Begehung der Tat volle Zurechnungsfähigkeit besessen hat, und er darf die Klage nicht erheben, wenn ihm zweifellos feststeht, der Täter sei nicht vollzurechnungsfähig gewesen, weil dann eben kein genügender Anlaß zur Klageerhebung vorliegt. Fernerhin würde gegen den allgemein gültigen Grundlag, daß der Staatsanwalt, bevor er zur Klageerhebung schreitet, ihren „mutmaßlichen Erfolg“ zu prüfen und das Verfahren bei Aussichtslosigkeit einzustellen hat, verstößen werden, wenn beim zweifellosen Fehlen der Einsicht die Klage, auf welche eine Freisprechung gemäß § 56 Str.P.O. erfolgen muß, erhoben werden würde. Zu erwägen bleibt auch noch, daß Jugendliche von den Schranken des Strafgerichts, wenn es irgend geht, ferngehalten werden sollen. Nach der gegenwärtigen Ansicht müßten aber jugendliche Täter stets vor Gericht gestellt werden, nur um ihren Freispruch zu hören. Schließlich ist nicht einzusehen, weshalb dem Staatsanwalt, welcher im Vorverfahren z. B. die Schuldausschließungsgründe wie Unzurechnungsfähigkeit, Notwehr usw. zu prüfen und zu berücksichtigen hat, die Berücksichtigung der Frage nach dem Fehlen der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht hat entzogen werden sollen.

Der Einwand, Abs. 2 § 56 Str.P.O. erfordere, daß alle Strafverfahren gegen jugendliche Täter vor das erkennende Gericht gebracht werden müßten, ist m. E. hinfällig. Denn der Staatsanwalt ist auch ohne Vorliegen eines gerichtlichen Urteils jederzeit in der Lage und sogar verpflichtet, die Fürsorgeerziehung jugendlicher Täter zu veranlassen¹⁾ oder auch sonst durch Vorlage der Akten beim Vormundschaftsgericht auf eine geeignete Erziehung jugendlicher Täter hinzuwirken.

Aus vorstehendem ergibt sich, daß m. E. auch die beschließende Strafkammer für befugt zu erachten ist, beim Fehlen der fraglichen Einsicht bei jugendlichen Personen die Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen oder die Außerverfolgung auszusprechen.²⁾

Deutsche Juristen-Zeitung XII, 13.

¹⁾ S. Allg. Verf. v. 6. Febr. 1901.

²⁾ Welcher Ansicht sind Lucas, Anleitung zur Strafr. Praxis Bd. 1 S. 162, und v. Ward und Mich. Die Strafr. in Preußen S. 284, 285 — beide ohne nähere Begründung; f. auch den Beschl. des OLG. Kassel v. 23. Nov. 1893 in Goldmanns Archiv Bd. 41 S. 426.

Kriminalpsychologie.

Vernehmung jugendlicher Personen im Strafverfahren.

Es ist schon oft darauf aufmerksam gemacht worden, daß man die Zeugenansagen jugendlicher Personen, die wegen der mangelnden Reife einer Beeinflussung leicht zugänglich sind, gerade im Strafverfahren mit besonderer Vorsicht prüfen muß. Auch das österreichische Justizministerium hat sich von dieser Notwendigkeit überzeugt und am 1. Februar 1907 an die Oberlandesgerichtspräsidenten hierüber einen Erlaß gerichtet, aus dem wir hier auszugsweise einige beachtenswerte Abschnitte mitteilen wollen. Es heißt da:

„Während es seltener vorkommt, daß Jugendliche zur Verlastung eines Beschuldigten unwahre Umstände bestätigen, sind die Fälle viel häufiger, in denen sie in dem Bestreben, einen Beschuldigten vor Strafe zu bewahren oder seine Tat zu beschönigen, ohne irgend welches eigene Interesse sich einer falschen Aussage schuldig machen. Fast immer läßt sich nachweisen, daß ein Einfluß durch Angehörige, Dienst- oder Arbeitgeber oder ältere Kameraden geübt wurde, um sie zur Aussage in der einen oder anderen Richtung zu bestimmen. Unerfahrenheit, mangelnde Einsicht in die Bedeutung einer gerichtlichen Aussage, übel angebrachte Rücksichtnahme auf andere, Mitleid und geringe moralische Widerstandskraft gegen äußere Einwirkungen und Einflüsse, die gewöhnlich noch durch ein Verpflichtungs- oder Abhängigkeitsverhältnis unterstützt werden, sind die hauptsächlichlichen Ursachen dieser Verfehlungen, welche die schwersten Nachteile für das spätere Fortkommen zur Folge haben können.

Zunächst wird es sich empfehlen, die sonst vorhandenen Beweise früher aufzunehmen, bevor zur Vernehmung jugendlicher Zeugen geschritten wird. Ihre Vernehmung, die in der Regel ohnehin nur geringere Beweiswirkung besitzt, kann dadurch oft überflüssig werden; jedenfalls wird durch den Vortritt der anderen Beweise ein Überblick gewonnen, ob die Angaben der Personen, die sich auf jugendliche Zeugen berufen, einigen Anspruch auf Glaubwürdigkeit besitzen, was für die spätere Vernehmung dieser Zeugen von Wichtigkeit ist.

Bei der Vernehmung eines Jugendlichen darf sich der Richter nicht auf die einfache Wahrheits Erinnerung (§ 165 Str.P.O.) beschränken; er wird sich vielmehr zu bemühen haben, dem Zeugen die Tragweite

einer gerichtlichen Aussage und die Verantwortlichkeit, die eine falsche Aussage vor dem Strafgesetze begründet, in einer dem Bildungsgrade und der Fassungskraft des Zeugen gemäßen Weise verständlich zu machen. Da auch erwachsene Personen über ein allfälliges Entschuldigungsrecht nach § 152 StPD. nur schwer zu belehren sind und oft Verzichtserklärungen abgeben, ohne sich vollständig über die Bedeutung dieses Rechtes klar geworden zu sein, ist um so mehr bei Jugendlichen eine eingehende Belehrung über diesen Punkt geboten.

Bei Vernehmung in der Sache selbst sind die bis dahin bereits gewonnenen Erhebungsergebnisse sorgfältig zu berücksichtigen. Die Leitung des Verhörs durch einen über alle Einzelheiten der Sache wohlinformierten Richter wird den Zeugen in der Regel abhelfen, Unwahres vorzubringen, da der Zeuge sehr rasch zur Überlegung gelangen dürfte, daß er in Gefahr steht, seiner Lüge überführt zu werden. Dagegen kann sich ein Zeuge gegenüber einem Richter, der eine mangelhafte Kenntnis der Angelegenheit verrät, wohl ermutigt fühlen, Unwahrheiten zu behaupten.

Mit vollem Grunde ordnet § 167 StPD. an, den Zeugen insbesondere um den Grund seines Wissens zu befragen. Diese Frage ist einer der wichtigsten Punkte der Vernehmung und häufig der Prüfstein für die Wahrheit oder Unwahrheit der Aussage. Gesehicht sie sofort und unter Bedachtsnahme auf die sonst erhobenen Umstände, so kann sie den Zeugen zur Einsicht bringen, daß seine Behauptungen nicht haltbar sind und ihn zur Richtstellung noch während des Verhörs veranlassen.

Die Tatsache, daß in manchen der besprochenen Fälle Jugendliche bei einer zweiten Vernehmung, sobald ihnen das Unglaublichste ihrer Ansätze in eingehender Weise vor Augen geführt wurde, die Unwahrheit ihrer früheren Angaben ohne weiteres reumütig zugaben, ist ein Beleg dafür, daß die Art und Weise der Vernehmung bei jugendlichen Personen für die Erzielung wahrheitsgemäßer Ansätze von höchster Bedeutung ist, und zwar hier von einer um so größeren, als es sich meist um unverbundene, in der Lüge nicht gewandte Personen handelt, die — wenn sie schon von der Wahrheit abweichen wollen — dies nicht aus eigenem Antriebe unternehmen und nur der Ermahnung und Belehrung bedürfen, um zur Wahrheit zurückgeführt zu werden.

Polizei und Publikum.

Wir haben häufig den Ruf „Schutz für Schutzleute!“ erhoben, um darauf hinzuweisen, wie unsere wackeren Polizeibeamten allen Gefahren und Wibernärdigkeiten ihres schweren Berufes zum Trotz treu und unerschrocken ihre Pflicht erfüllen. Ganz in diesem Sinne gehalten ist eine Aufschrift, die einem Schweizer Platte, der Neuen Zürcher Zeitung, kürzlich zugeing. Sie lautet:

Man betrachtet mit Recht die Polizei als u. a. zum Schutz des Publikums bestimmt. Diese Zeiten möchten aber einmal darauf hinweisen, daß die Polizei, als sozusagen auch aus Menschen bestehend, ein gewisses Recht hat, ihrerseits auch etwas Schutz zu genießen, zumal von Seiten der Gerichte. Man schimpft so viel über die Polizei, daß sie oft nicht zur Hand sei, wo es gefährlich zugeht. Solange aber immer wieder solche Gerichtsurteile vorkommen wie dasjenige bei der Reggerbräugetrübte, daß einer, der im Sauf wütend gegen pflichttreue Polizisten eingebauen, hierfür strafflos ausgeht, so lange soll man sich doch hüten, Vorwürfe gegen die Polizei zu erheben, wenn es sie gelegentlich nicht stark treibt, ihre Haut so billig zu Markte zu tragen. Es verdient vielmehr alle Achtung, daß viele Polizisten trotzdem ihre unantastbare Pflicht tun.

Uns scheint, es wäre wirklich nicht mehr zu früh, wenn unsere Richter von weiten Kreisen längst als rückständig und revisionsbedürftig erkannte Rechtsanschauungen wie die, daß eine tote Sache mehr gilt als ein lebendiger Mensch — einer Revision unterziehen wollten. Jetzt stehen sie also noch so: Wenn einer im mutwillig angetrunkenen Rausch eine Scheibe einschlägt, so wird ihm dafür der Prozeß gemacht und er nicht bloß zu Schadenersatz und Kosten, sondern noch zu Buße und Staatsgebühr verurteilt. (Ja was für ein hohes Gut doch so eine Fenster Scheibe ist!) Wenn er hingegen sinnlos wilstend auf Menschen loshaut, dann gibt es also Richter, die sagen: O bitte, das macht gar nichts, sie hatten ja keine Uniform an! (Ob wohl diese Herren ihre eigene Haut und Knochen auch so billig einschätzen würden, und ob sie die Sünden des Alkohols auch so gütig mit dem Mantel der Liebe zudecken würden, wenn sie dieselben so am eigenen Leibe zu spüren belämen?)

Also noch einmal: Alle Achtung vor der Pflichttreue jener Polizisten in ihrem undankbaren Amt, und den Richtern, die's angeht, die Frage zur Erwägung ins Stammbuch: ob wohl Fenster Scheibenschuß oder Menschenschuß die würdigere richterliche Vernüpfung wäre?

G. B.

Die Pflichten der Polizei.

Eine bemerkenswerte Ansprache hielt der Regierungspräsident Dr. Baly gelegentlich der Einführung des Bürgermeisters Dr. Wittner in sein neues Amt

als Erster Bürgermeister der Stadt Calbe. Der Präsident sagte u. a. folgendes:

„Sie werden die Ihrer wartenden schweren Aufgaben nur mit Unterstützung der kommunalen Körperschaften, die Sie durch ihr Vertrauen gewährt haben, lösen können. Sie sind aber als Polizeibeamter auch mit großen Rechten ausgestattet. Führen Sie auch dieses Amt mit Milde und Rücksicht; denn die vornehmste Aufgabe der Polizei soll nicht sein, Vergehen und Verbrechen zu bestrafen, sondern zu verhindern. Seien Sie ferner auch eingedenk des Wortes daß wir als Beamte der Bürger wegen und nicht die Bürger der Beamten wegen da sind!“

Betrachtungen über den Verkehr mit Milch und die Gewinnung von Milch.

Von Professor Dr. A. Stayer in Königsberg.

Die polizeiliche Beaufsichtigung über den Verkehr mit Milch ist ohne Zweifel von Wichtigkeit. Ob und wie weit eine Kontrolle über die Gewinnung der Milch und besonders der eigentlichen „Kindermilch“ durchführbar erscheint, kann nicht allgemein beantwortet werden; es wird auch der von der Polizei etwa beauftragte Tierarzt nicht immer in der Lage sein, hierüber eine fortlaufende Aufsicht auszuüben. Bei der Gewinnung von Kindermilch haben wir zu unterscheiden:

1. den Gesundheitszustand der Kühe,
2. die gesunde Beschaffenheit der von den Kühen verzehrten Futtermittel,
3. die hygienisch einwandfreie Gewinnung der Milch,
4. die Beschaffenheit und den Transport der Milch bis zu den Konsumenten.

Es ist selbstverständlich, daß die zur Produktion von Kindermilch aufgestellten Kühe von Zeit zu Zeit auf ihren Gesundheitszustand von Tierärzten untersucht werden sollen, daß sie mit Tuberkulin geimpft sein müssen und keine Reaktion nach dem Impfen gezeigt haben dürfen. Diese Forderungen sind leicht durchführbar.

Hinsichtlich des zweiten Punktes der gesunden Beschaffenheit der Futtermittel ist es ebenfalls selbstverständlich, daß nur Futtermittel von tadelloser Beschaffenheit den Kühen gegeben werden dürfen. Dagegen halte ich es nicht für richtig, daß durch polizeiliche Verfügungen, beispielsweise durch eine Bekanntmachung des Po-

lizeipräsidiums zu Berlin, den Landwirten genau vorgeschrieben wird: Von tadellosten Futtermitteln dürft ihr nur die und die Futtermittel verwenden; alle anderen Futtermittel sind verboten.“ Man lasse den Landwirten in dieser Hinsicht mehr Freiheit; man schließe gewisse Gruppen von Futtermitteln aus, aber verbiete nicht solche, die vollkommen einwandfrei sind und je nach den Produktionsverhältnissen oder nach augenblicklichen Handelskonjunkturen dem Landwirt zum Gebrauche empfehlenswert erscheinen. Eine Kontrolle, ob einwandfreie, aber polizeilich verbotene Futtermittel nicht doch verwendet werden, läßt sich praktisch schwer durchführen. So sind durch eine Verfügung des Berliner Polizeipräsidiums erlaubt: Wiesenheu, Stroh von Salmfrüchten, Roggen- und Weizenkleie, Schrot von Gerste, Hafer und Roggen, Reinfuchsmehl, getrocknete Viertreber. Alle übrigen Futtermittel sind verboten. Es liegt doch aber nicht der geringste Grund vor, gutes Heu von Rotklee, Luzerne oder das zur Produktion von Kindermilch ganz vortreffliche Esparfetteheu zu verbieten. Weshalb soll der Landwirt den Kühen nicht Sonnenblumenfuchsmehl, Erdnufchuden, Kokosnufchuden, Palmkernfuchden und andere tadelloste Futtermittel geben können?

Völlig auszuschließen sind die frischen Abfälle der Gärungsindustrien, der Fabrikation von Zucker und Stärke, wie frische Viertreber, frische Schlempe, Rübenschnitzel, Pülpe, Melasse. Es würde unstatthaft sein, den Kühen Kohlblätter, Rübenschnitzel mit Köpfen, beregnetes Kleeheu und dergl. zu geben. Tadellostes Grünfutter im Sommer oder mäßige Gaben von Futterrüben im Winter sind zweifellos ein naturgemäßes Futter, bei dem die Kühe sich wohl fühlen und gute Milch liefern, und dürften gegen kleine, täglich gleich bleibende Gaben von Rüben oder gutem Grünfutter keine wesentlichen Bedenken erhoben werden können. Ich bin aber ganz damit einverstanden, daß man Grünfutter und Rüben bei der Ernährung der Kindermilchkühe ausschließt, weil es namentlich bei Gras und Klee schwer ist, den Kühen längere Zeit hindurch dieses Futter in gleichartiger Beschaffenheit zu geben, und jeder scharfe Wechsel in der Art und Beschaffenheit der Futtermittel zu vermeiden ist. Es läßt bei Grünfutter sich auch schwer feststellen, welche Menge desselben für den in Rede stehenden Zweck nicht überschritten werden soll. Also man

schließe die grünen und saftigen Futtermittel sowie die frischen industriellen oder häuslichen Abfälle aus; man gebe aber eine größere Bewegungsfreiheit in dem Gebrauch von tadellosen Heusorten oder von einwandfreien trockenen Handelsfuttermitteln.

Bei den großen Fortschritten, welche die Landwirtschaft gemacht hat, dürfte es sich empfehlen, bei dem Erlaß der Bestimmungen über die Auswahl der Futtermittel für Kindermilchkühe weniger engherzig als bisher zu verfahren. Es liegt im Interesse des Landwirts, daß er die Kühe gut und reichlich ernährt, und man kann an ihm das Vertrauen haben, daß er solche Futtermittel wählt, die keine nachteilige Wirkung auf die zu erzeugende Kindermilch haben. Es dürfte genügen, gewisse Gruppen von Futtermitteln auszuschließen.

Wenn ich in dieser Hinsicht eine Erleichterung des Landwirts befrworte, wünsche ich dies nicht bezüglich des dritten zu besprechenden Punktes, nämlich der hygienisch einwandfreien Gewinnung von Milch.

Ich bin mir wohl bewußt, daß viele größere Gutsbesitzer keine Mühe und Kosten scheuen, um die Kindermilch reinlich zu gewinnen; aber dies sind nur Ausnahmen. Im allgemeinen haben die Landwirte einen merkwürdigen Begriff von der Reinlichkeit, die im Kuhstall herrschen soll, sowie von der Reinlichkeit der Hände der Melker und Melkerinnen. Schon vor längerer Zeit schrieb einer der ersten Kenner auf dem Gebiete des Molkeerwesens, Geheimrat F l e i s c h m a n n, in seinem Buche über die Verarbeitung der Milch folgendes: „Eigentlich versteht es sich von selbst, daß man sich vor und sofort dies nötig werden sollte, während des Melkens die Hände waschen und daß man vor dem Melken auch das Futter und die Striche sorgfältig säubern muß, und nichtsdestoweniger hält man noch in der Gegenwart in den meisten größeren Wirtschaften Deutschlands, besonders Norddeutschlands, Reinlichkeit im Stalle für undurchführbar. Man findet hier Zustände, die jeder Beschreibung spotten.“

Dies trifft im wesentlichen auch heute noch zu. Welche Mängel findet der aufmerksame Beobachter bisweilen bezüglich der Einrichtungen im Stall, insbesondere des Standes der Kühe. Selten sind die nötigen Vorrichtungen getroffen, um ein Verschmutzen des Lagers der Kühe durch

recht kurze Stände mit tiefer Kot- und Jaucherinne zu hindern. Im Sommer sind Fliegen im Stall; die Kühe suchen sich derselben durch Bewegungen des Schwanzes, welcher beim Melken nicht festgebunden ist, zu erwehren und eine Verunreinigung der Milch ist dann nicht zu verhüten. Bei der Trockenfütterung wird das Futter häufig kurz vor dem Beginn des Melkens gegeben, damit die Kühe recht ruhig stehen; es ist dann Futterstaub im Stall und die an dem Staube haftenden Bakterien gelangen in die Milch. Durch eine Infektion der gemolkenen Milch mit Bakterien des Kuhfotes pflegen keine Erreger von ansteckenden Krankheiten auf die Milch übertragen zu werden; es können aber die Kotbakterien der Kühe Gärungen und Blähungen im Körper der Kinder verursachen, wenn solche durch die Milch übertragen wurden.

Wenn es möglich wäre, die Gewinnung der Milch allgemein in hygienisch einwandfreierer Weise durchzuführen, würde für die Wohlfahrt des Volkes erheblich mehr geschehen als durch die bestehenden Vorschriften über die Auswahl der Futtermittel. Es ist sehr schwierig, in dieser Hinsicht bessere Zustände ganz allgemein und nicht nur ausnahmsweise bei einzelnen Landwirten herbeizuführen. Wir können die Gewinnung der Milch nicht in ähnlicher Weise zentralisieren, wie man das Schlachten des Viehes nur in Schlachthäusern vornehmen darf. Man kann bei der Gewinnung der Milch nicht von Kleinbetrieben absehen; es läßt sich auch nicht eine wirksame Kontrolle in den Viehställen durch Aufsichtsbeamte ausführen. Dies ist praktisch unmöglich. Bessere Zustände lassen sich nur durch Belehrung und durch gute Beispiele, aber auch dadurch herbeiführen, daß derjenige Landwirt, welcher in jeder Weise dafür sorgt, daß die Gewinnung der Kindermilch hygienisch vollkommen einwandfrei geschieht, und die nötigen Garantien hierfür bietet, höhere Preise als andere Landwirte für die Kindermilch fordern darf.

In dieser Hinsicht habe ich die am weitesten gehenden Maßnahmen im südlichen Schweden gefunden. Mit Freude erinnere ich mich der Einrichtungen, die ich auf dem Gute des Freiherrn von Blizen-Sjunde in Räsbyholm kennen lernte. Das Melken geschieht dort von jungen Mädchen und von Meiereieleuten, niemals von verheirateten Frauen, auch

nicht von verheirateten Männern, da diese viel eher als Unverheiratete mit kranken Kindern in Berührung kommen können. Jeder, der mit dem Milchvieh umgeht, wird von dem Bezirksarzt von Zeit zu Zeit auf den Gesundheitszustand untersucht, auch wenn keine Anzeichen eines Unwohlseins vorliegen. Die Meiereieleben müssen die Euter der Kühe mit warmem Wasser abwaschen und sie dann mit einem Handtuch trocknen. Andere Personen besorgen das Melken und diese haben unter Aufsicht vorher die Hände zuerst mit Epsolwasser und mit sechspromzentigem Seifenwasser zu waschen; diese Seifenwaschung wird nach dem Melken jeder einzelnen Kuh wiederholt.

In ganz Südschweden herrscht auch bei den kleineren Besitzern in den Ställen die größte Reinlichkeit. Um die Übertragung ansteckender Viehkrankheiten zu vermeiden, findet man am Eingang der Ställe stets ein Solgefäß mit Epsolwasser, in welches unweigerlich jeder, der den Stall betreten will, seine Schuhsohlen eintauchen muß, um Keime von Bakterien ansteckender Krankheiten zu vernichten. Ich war erstaunt, daß so weitgehende Vorsichtsmaßregeln bei der Gewinnung von Kindermilch durchführbar und rentabel sind. Über die Rentabilität wurden mir die Nachweise erbracht; es müssen selbstverständlich die Kosten des Verfahrens in entsprechendem Verhältnis zum Preise der Milch stehen. Die Durchführbarkeit der Reinlichkeit in den Ställen ist dort nicht nur durch die gegebenen Beispiele erwiesen, sondern auch durch den durchschnittlich höheren Bildungsstand des gewöhnlichen Landvolkes in Südschweden, im Vergleich zu unserer bäuerlichen Bevölkerung ermöglicht. Dieser Unterschied ist durch die seit Jahrzehnten in Schweden und in Dänemark segensreich wirkenden Volkshochschulen auf dem Lande veranlaßt.

Wende ich mich nun zu dem vierten und letzten Punkte meiner Betrachtungen, zu der Beschaffenheit und dem Transport der Milch zu den Konsumenten, so kann ich mich sehr kurz fassen. Die Vorschriften über den Verkehr der Milch, die Beschaffenheit der Milchgefäße, die polizeiliche und chemische Kontrolle der Verkaufsmilch sind bei uns seit langer Zeit genügend ausgebildet. Man achtet auf den Fettgehalt der Milch, auf etwa vorgetommene Wässerung oder andere Verfälschungen; aber es wird nach meiner An-

sicht viel zu wenig Wert auf die Beantwortung der Frage gelegt, ob sich in der Verkaufsmilch eine hygienisch nicht einwandfreie Gewinnung der Milch nachweisen läßt. Dies ist insofern möglich, als es gelingt, den „Schmutzgehalt“ der Milch zu ermitteln und festzustellen, ob der „Schmutz“ vorzugsweise aus Kuhkot oder aus Futter besteht und wie hoch die Menge des Schmutzes in einem Liter Milch ist. In dieser Hinsicht besteht bei der Milchkontrolle eine Lücke, deren Ausfüllung wünschenswert erscheint.

Erlebtes und Erfahrenes.

Ermittlung von Mördern aus einer Stiefelabfuhrspur.

Von Kamrad Fußgendarmerie-Wachtmeister Martin Lin in Ruptau.

Am Sonntag, den 28. Juli d. J., gegen 7½ Uhr abends bemerkten der Förster Langer aus Ruptau bei Jagdgerm (Oberstschlen), dessen Lehrling David und der bei Langer auf Besuch befindliche Forstgehilfe Albert Olbrich aus Wigramsdorf, Kr. Völs, auf der Chaussee von Ruptau nach Pietrowitz (Mähren) in einer 200 m von der Landesgrenze entfernten Schlucht zwei Wilderer mit einem Gewehr, deren Verfolgung sie sofort aufnahmen. Als sie die Wildbiebe, denen die Flucht nach dem Walde und der Landesgrenze zu abgeschnitten war, auf dem Felde vor sich hertreiben, fielen zwei Schüsse. Von welcher Seite diese abgegeben wurden, war nicht festzustellen. Die Wildbiebe erreichten ein Weizenfeld und knieten dort hin. Als Olbrich sich dem Weizen näherte, fielen vier Schüsse, worauf Olbrich mit den Worten zurückkehrte: „Herr Langer, ich bin zweimal geschossen worden!“ und gleich darauf tot zu Boden stürzte. Ein Schrotkorn war ihm mitten durchs Herz gedrungen.

Als ich von dem Vorfall Kenntnis erhielt und mich sofort an den Tatort begab, fand sich der erschossene Olbrich schon auf dem Wagen, der ihn auf Anordnung des Amtsvorstehers zu den Eltern nach Wigramsdorf bringen sollte. Ich erstattete sogleich die nötigen Anzeigen und entsandte einen Eilboten zu den Gendarmerieposten nach Osterreich, von denen die Postenführer Mittel und Blischer auch bald erschienen. Wir beschichtigten nun den Tatort und dessen Umgebung auf das genaueste, fanden aber, da es gleich nach verübter Tat stark geregnet hatte, von den Tätern keine anderen Anhaltspunkte als die Spur eines großen Stiefels abjages, die ich sofort abformte.

Nach Angabe des Försters Langer war der eine Täter groß und stark, der zweite kleiner, aber auch kräftig gebaut. Die Beschreibung paßte auf die in Osterreich an der Grenze wohnenden und als Wildbiebe be-

kannten Brüder Sp. aus Piersna. Da diese am Montag und Dienstag nicht nach ihrer Arbeitsstätte kamen, sagten die österreichischen Gendarmen Blicher und Jäger in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch vor der Wohnung der beiden in Piersna Post. Als dann Albert und Josef Sp. gegen 1 Uhr nachts nach Hause kamen, wurden sie angehalten, und Josef Sp. festgenommen, während Albert Sp. in den nahen Wald flüchtete. Die sofort vorgenommene Durchsuchung bei Sp. nach dem Gewehr blieb ohne Erfolg; doch wurden ein abgezogener Hase, Hühner, Hühner- und Hasenfett sowie verschiedene Patronen vorgefunden.

Wald darauf gelang es Blicher, Albert Sp. in einem Dorfe bei Oberberg in einem Wasthaufe festzunehmen und dem Gericht in Leichen (Österreichisch-Schlesien) einzuliefern. Der dortige Gerichtsarzt fand bei Sp. unter dem Arm eingebrachte Schrotkörner vor und stellte auch durch Schrotkörner verursachte Streifungen im Gesicht fest, die jedenfalls von Schüssen Obdrichs herrührten.

Da ich gleich nach der Tat festgestellt hatte, daß sich die Brüder Sp. am 28. Juli in Gemeinschaft mit einem gewissen Josef W., ebenfalls aus Piersna, auf der Landesgrenze in dem preussischen Walde herumgetrieben hätten, wurde auf Mitteilung des von mir benachrichtigten Ersten Staatsanwalts auch Josef W. von der österreichischen Gerichtsbehörde festgenommen. Dieser gestand, daß Albert Sp. ihm aufgegeben hatte, von einem Paar Stiefel die Absätze herunterzureißen und durch neue ersetzen zu lassen; auch das

Gewehr habe er (Josef W.) beiseite schaffen sollen; doch könne er nicht angeben, wohin dasselbe gekommen sei. Die alten Stiefelabsätze wurden dagegen bei dem Schuhmacher noch vorgefunden und paßten ganz genau in die im Weizen vorgefundene und von mir abgeformte Spur.

Da auch der Förster Langer und der Lehrling Dausel bei der Gegenüberstellung mit den beiden beschuldigten Brüdern Sp. ausfragten, daß diese in bezug auf Größe, Stärke und Aussehen mit den Tätern übereinstimmten, und da ferner die Schrotkörner, welche der Arzt aus den Wunden des Albert Sp. entnommen hatte, zu den von Obdrich beim Schießen benutzten ganz genau paßten, so war jeder Zweifel an der Täterschaft der Brüder Sp. geschwunden.

Kongresse und Versammlungen.

Deutsche Gesellschaft für gerichtliche Medizin. Im Anschluß an die 79. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte tagt vom 15. bis 21. September 1907 in Dresden die Deutsche Gesellschaft für gerichtliche Medizin. II. a. gelangen folgende Gegenstände zum Vortrag: Familienmord in gerichtlich-psychiatrischer Beziehung (Berichterstatter Fritz Strahmann, Berlin), Anschuldigung wegen Ritualmord (Vortragender Renzereß-Klausenbürg), Mikroskopische Untersuchung von Blutstufen (Vortragender Rodel, Leipzig), Erwerbsfähigkeit der Bettler und Vagabunden (Vortragender Puppe, Königsberg), Säuglingssterblichkeit und gerichtl. Medizin (Vortragender Ungar, Bonn).

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unsern Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schlichtung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Hirschenjagen als Jagdausübung. Wer ohne Jagdberechtigung in der Absicht, Hirsche zum vorzeitigen Abstoßen ihrer Geweihstangen zu bringen, zur Zeit des Geweihwechsels zu einem ihm bekannten Ruheplatz des Hirschwildes aufsteigt, das Wild aufscheucht und verfolgt und hierbei Geweihstangen erbeutet, macht sich des Jagdvergehens im Sinne des § 292 StrGB. schuldig. Der Begriff des Jagens ist gegeben, wenn jemand die dem Jagdberechtigten zustehenden Befugnisse in bezug auf die Aneignung des Wildes ausübt; es fallen darunter alle Handlungen, durch welche jemand ein jagdbares Tier aufsucht, es verfolgt, ihm nachstellt, um

es in seinen Besitz zu bringen. Die Absicht braucht aber nicht auf Erlangung des ganzen Wildes gerichtet zu sein. Die Geweihstangen bilden, solange sie sich in ihrer natürlichen Verbindung mit der Hirnschale befinden, Bestandteile vom Körper des Tieres. Die Nachstellung zur Erlangung der Stangen ist also auf Erlangung eines Teiles vom Wildkörper gerichtet; somit wird also dem Wilde selbst nachgestellt. Dies ist ein Eingriff in die Befugnisse des Jagdberechtigten. — Entsch. I. Strafr. RG. vom 14. Februar 1907. — I. 1389/06. Rd. 40. 7. — Et.

II. Kammergericht.

Preußen. Keßlerin. Die Bestimmung einer Polizeiverordnung, daß Keßnerinnen überhaupt nur unter bestimmten Voraussetzungen beschäftigt werden dürfen, ist rechtmäßig; denn sie verstößt gegen § 41 der Gewerbeordnung, der bestimmt: „Die

Befugnis zum selbständigen Betriebe eines stehenden Gewerbes begreift das Recht in sich, in beliebiger Zahl Gesellen, Gehilfen, Arbeiter jeder Art und, soweit die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes nicht entgegenstehen, Lehrlinge anzunehmen. In der Wahl des Arbeits- und Hilfspersonals finden keine anderen Beschränkungen statt als die durch das gegenwärtige Gesetz festgestellten.“ (Entsch. I Straß. RS. in Sachen Müller-Rordhausen vom 20. Juni 1907.)
C. v. R.

***Preußen. Polizei oder Bergpolizei?**
Die Abteufungsarbeiten gehören zum Vergbau. Die polizeiliche Aufsicht ist möglich und wohl auch nötig. Die § 196 und 197 des allgemeinen Berggesetzes geben Anlaß, auf die Vorarbeiten einzuwirken. Der § 67 sagt: „Der Betrieb darf nur auf Grund eines Betriebsplanes geführt werden. Derselbe unterliegt der Prüfung durch die Bergbehörde und muß der letzteren zu diesem Zwecke vor der Ausführung vorgelegt werden. Die Prüfung hat sich auf die im § 196 festgestellten polizeilichen Gesichtspunkte zu beschränken.“ Es fragt sich nun, ob zum Betriebe des Vergwerkes solche Vorarbeiten gehören wie die Anlage der Feldbahn. Das ist zu verneinen. Der § 67 steht in dem Abschnitt II des allgemeinen Berggesetzes. Dieser Abschnitt II trägt die Überschrift: „Von dem Betriebe und der Verwaltung“. Alles, was in diesem Abschnitt gesagt wird, betrifft ein Vergwerk, das sich im Betriebe befindet, nicht auch Vorarbeiten wie die Abteufung eines Schachtes. — Entsch. Ier Str. Sen. RS. in Sachen Wolgemuth-Rordhausen vom 8. Juli 1907. —
C. v. R.

***Preußen. Außergewöhnliches Leichenbegängnis. Öffentlicher Aufzug.** Ein Verein, dem es nicht sowohl darauf ankommt, eine Leiche zu Grabe zu tragen, als vielmehr politische Agitation zu treiben, und der zu diesem Zweck seine Vereinsfahne entfaltet, bedarf an der Beteiligung an diesem Begräbnis, das sich hierdurch zu einem außergewöhnlichen gestaltet, der Erlaubnis als öffentlicher Aufzug. (§§ 9, 10 und 17 Abs. 1 des Vereinsgef.) — Entsch. I. Straß. RS. vom 11. Juli 1907 gegen Schulz und Gen. in Harburg. Mitglieder des Hannoverischen Clubs. —
C. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Preußen. Ruhestörung durch gewerbliche Anlagen. Die Polizeibehörde ist befugt, ein durch eine gewerbliche Anlage

hervorgerufenes Geräusch, sofern es sich dabei um eine nicht genehmigungspflichtige Anlage handelt, dann zu untersagen, wenn es für die Nachbarn eine Gesundheitsgefahr herbeiführt, nicht aber schon dann, wenn es nur eine Belästigung der letzteren zur Folge hat. Ist das Geräusch auf die Tagesstunden beschränkt und ist es für einen normalen Menschen nicht gesundheitsgefährlich, dann kann es auch dann nicht verboten werden, wenn es für einen einzelnen Leidenden (herz- und nervenkranken) Nachbarn gesundheitsgefährlich wirken sollte.

Ein Schutz mit dem Ziele, einen kranken Menschen vor einer Steigerung seines krankhaften Zustandes, also vor einer Gesundheitsgefahr zu bewahren, die ohne seine Krankheit nicht vorläge, kann nicht aus § 10 Abs. II, 17 hergeleitet werden. — Entsch. III Sen. RS. vom 25. Januar 1906. —
St.

IV. Obelandesgericht Köln.

***Deutsches Reich. Bierverkauf über die Strafe.** Der Handelsbetrieb an Sonn- und Feiertagen ist durch § 41a GewD. außerhalb der nach § 105b Abs. 2 GewD. für die Beschäftigung Angestellter freigegebenen Stunden verboten. Allerdings findet diese Vorschrift auf das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe nach § 105i GewD. keine Anwendung. Allein Voraussetzung für deren Nichtanwendbarkeit ist, daß der Wirt in Ausübung des Gast- und Schankwirtschaftsbetriebes gehandelt hat. Das ist nicht der Fall, wenn das Bier nicht zum Genuß auf der Stelle, sondern über die Straße verkauft wird. Ein solcher Verkauf ist Bierkleinhandel, auf den sich § 105i GewD. nicht mit erstreckt. Dieser Bierkleinhandel ist auch an Wochentagen gemäß § 139e GewD. nach dem abendlichen Ladenschluß nicht mehr gestattet. — Entsch. Straß. RS. Köln vom 21. August 1907 gegen einen Schankwirt in Hüttigweiler. —
St.

V. Oberlandesgericht Rostock.

Deutsches Reich. Privatentbindungsanstalt. Die gewerbsmäßige Aufnahme und Beherbergung von Schwangeren in der Wohnung einer Hebamme zum Zweck der Entbindung und Verpflegung während des Wochenbettes stellt sich auch dann noch nicht als Betrieb einer Privatentbindungsanstalt dar, wenn die Hebamme für solche Zwecke eine größere Wohnung, die im wesentlichen aber den Zwecken der

eigenen Familie dient, nimmt. Der Sprachgebrauch versteht unter einer Entbindungsanstalt eine durch bauliche oder sonstige ständige Einrichtungen für eine gewisse Dauer getroffene Veranstaltung. — Entsch. Straßf. LRG Kofod vom 20. November 1906. — St.

VI. Landgericht Berlin I.

Preußen. Feststellung der Persönlichkeit auf der Straße. Widerstand gegen die Staatsgewalt. Ein Schuhmann braucht die Prüfung der Papiere eines bei einer Übertretung betroffenen Straßenhändlers nicht auf der Straße vorzunehmen, sondern kann verlangen, daß die Feststellung der Persönlichkeit und die Prüfung der Papiere auf der Wache geschieht. Der Beamte, der einen widerständigen Händler zur Wache abführt, befindet sich in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes. — Entsch. VerStrR. LG. I Berlin vom 14. August 1907 gegen den Straßenhändler Robert Franke zu Berlin. — St.

VII. Landgericht Bentzen O.S.

Preußen. Karwoche. Durch Oberpräsidial-Polizeiverordnung kann zwar der Gewerbebetrieb von Schaustellern auch an den Vortagen der christlichen Feste eingeschränkt werden. Ein solches Verbot kann aber nur solche Veranstaltungen treffen, welche unmittelbar geeignet sind, die Feiertagsheiligung zu stören. Es besteht auch nur insoweit Rechtsgültigkeit. Eine Polizeiverordnung, welche den Schaustellern den Gewerbebetrieb am Gründonnerstag und Ostersonnabend überhaupt verbietet, geht zu weit, da die Gewerbeausübung an den Nachmittagen dieser Tage zweifellos (?! Die Schriftl.) nicht geeignet ist, die Sonntagsruhe zu stören. — Entsch. StrR. Bentzen, O.S., vom 10. August 1907. — St.

VIII. Landgericht Halle a. S.

Deutsches Reich. Voyottierung als grober Unfug. Die Voyottierung einer Wirtschaft durch einen Aufruf in der Presse kann sich als eine unmittelbare Verunruhigung des Publikums darstellen und ist dann als grober Unfug zu bestrafen. Die Voyottierung hatte nach den Tatbestandsfeststellungen die Folge, daß das Betreten des Lokals durch Aufstellen von Posten verhindert wurde. — Entsch. Ver. StrR. Halle a. S. vom 21. August 1907 gegen den Redakteur des Volksblattes Oskar Fröhlich. — St.

IX. Schöffengericht Leipzig.

Deutsches Reich. Voyottierung als grober Unfug. Die Verteilung von Zeiteln, auf denen vor dem Besuch von Wirtschaften gewarnt wird, ist eine ungebührliche Handlung, durch die das Publikum unmittelbar und allgemein belästigt wird. In dieser Belästigung liegt zugleich eine Verletzung und Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung. — Entsch. SchG. Leipzig vom 19. August 1907. — St.

X. Schöffengericht Magdeburg.

Deutsches Reich. Wachen ein Glückspiel. Wachen (auch Tippen genannt) ist ein Glückspiel, weil Gewinn und Verlust dabei hauptsächlich vom Zufall abhängen und die Geschicklichkeit des Spielers auf den Ausgang des Spieles nur von geringem Einfluß bleibt. — Entsch. SchG. Magdeburg vom 26. August 1907 gegen einen Schankwirt in Magdeburg u. Gen. — St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Zu königlichen Polizeipräsidenten erhoben wurden die königlichen Polizeidirektionen Aachen, Rixdorf und Schöneberg.

Für die gesetzliche Regelung des Automobilwesens wird die Wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages einen bemerkenswerten Antrag einbringen. Von dem Grundsatz ausgehend, daß bei den durch Automobile verursachten Unglücksfällen nicht das Automobil selbst, sondern die Automobilisten Schuld hätten, soll die gesetzliche Bestimmung erstrebt werden, jeder Automobilbesitzer müsse verpflichtet sein, dafür zu sorgen, daß sein Kraftwagen mit einem Verbandskasten ausgerüstet ist, damit bei Unfällen an Ort und Stelle Hilfe geleistet werden kann, bis ein Arzt eintrifft. Dem entsprechend müsse jeder Chauffeur einen Kursus in der Krankenpflege erfolgreich durchgemacht haben. Auch der Alkoholgenuß der Chauffeure soll eingeschränkt und der Automobilbesitzer, der den Alkoholgenuß der Chauffeure fördert, bestraft werden.

Waffengebrauch gegen Fliehende. Zu der Frage, ob der Gendarm in Gefahr, Verletzungen von seiner Schusswaffe gegen fliehende Gebräuche machen darf, hat ein Militärgericht Stellung genommen. Die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ berichtet hierüber: „Am 7. August ist der wegen Verdachts des Vambruchs und Einbruchdiebstahls durch den Gendarmenriewachmeister Bartholomai festgenommene Tagner Witz in Groß-Verdingen bei einem Fluchtversuch erschossen worden. Aus diesem Anlaß wurde das militärgerichtliche Verfahren wegen rechtswidrigen Waffengebrauchs mit tödlichem Ausgang gegen den Gendarmenriewachmeister Bartholomai eingeleitet. Die Ermittlungen am Tatort, insbesondere die Zeugenverneh-

nungen, die Vernehmung des Verdächtigen, verbunden mit dem Ergebnis der gerichtlichen Leichenöffnung, führen zu der Einstellung des militärgerichtlichen Verfahrens. Der Gebrauch der Schutzwaaffe nach rechtmäßiger Festnahme, wie sie die Dienstangeweisung für die Gendarmerie (Einschleppungsvorschrift), ersieht bei der Furcht des Wirt als durchaus gerechtfertigt."

Gendarmerieschule. Die Stadtverwaltung Einbeck hat das von dem früheren Bürgermeister Troje erbaute Haus am Fußwege zum Preise von 30000 M. angelaufen. Es wird beabsichtigt, die Villa für die Gendarmerieschule zu verwenden.

Belztragen. Den Oberwachstmeistern und Gendarmen der preussischen Landgendarmerie ist das Anlegen von einfarbigen Belztragen (braun, schwarz oder grau) genehmigt worden. Die Tragen müssen in Form und Größe denen ähneln, die von Offizieren und auch Polizeibeamten getragen werden. Das Aufhänger der Belztragen hat der Farbe des Mantelknopfes zu entsprechen.

Gegen die Zigeunerplage. Das Württembergische Ministerium des Innern bringt frühere Erlasse gegen das Zigeunerunwesen vom Jahre 1903 und 1905 mit der Bemerkung in Erinnerung, daß die Begleitung der Zigeunerhorden durch Landjäger tunsicht ununterbrochen bis zur Landesgrenze zu erfolgen habe. Betont wird zwecks Trennung der Vanden noch besonders, daß einzelne Teile einer Horde nicht gleichzeitig in ein und derselben Ortschaft gebuldet werden dürfen.

Verbrechen und Vergehen. Schwindel mit dem Vertrieb von Wertpapieren und Bezugscheinen auf solche. Die Handelskammer zu Hamburg hat kürzlich den Regierungspräsidenten zu Stade darauf aufmerksam gemacht, daß einzelne Hamburger „Bankgeschäfte“ trotz des gesetzlichen Verbots an der Unterelbe mit Wertpapieren und Bezugscheinen auf solche Häuserhandel treiben lassen. (§ 7 des Abzahlungsgesetzes und § 56 Nr. 2 G.O.) Die Angestellten der „Bankfirmen“ haben danach sogar vielfach Landbesitzer zum Abschluß von Spekulationsgeschäften zu bewegen gewußt. Infolgedessen ist es dahin gekommen, daß bei dem Zusammenbruch einer dieser Firmen eine größere Anzahl von Landbesitzern schwere Verluste erlitten hat. Einer solchen Firma soll es, dem „Hamburger Boten“ zufolge, gelungen sein, in einem einzigen Dorfe der West über 100 000 M. unter der Vorpiegelung baldiger Riesengewinne zu erbeuten. Auch in anderen Gegenden wird der Handel mit Serien- und Prämienlosen immer noch schwindhaft betrieben. Die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes würden solchen Schwindelereien wirksam vorbeugen können, wenn sie die Bewohner des platten Landes und der kleinen Städte auf diesen Schwindel aufmerksam machen wollten, nicht durch ausliche Bekanntmachungen in Amtsblättern, die das Publikum doch nicht liest, sondern durch mündliche Abmahnungen.

Eine Bande von Leitungsdrahtdieben, die am Telephonanal ihr Handwerk ausüben ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden.

Leichenfledderer. Der Polizei in Freiburg i. Br. gelang es, acht Mitglieder einer Bande von Leichenfledderern festzunehmen. Zur Erreichung dieses Zweckes hatte ein beherzogter Schuhmann den Betrunklenen gespielt und sich zunächst völlig ausplündern lassen. Bei der Festnahme der Vurichen kam es zwischen diesen und dem von den nahen Schuhmannsposten unterstützten Beamten zu einem Kampf auf Leben und Tod.

Einen Hochstapler hat die Polizei in Aich festgenommen. Im Besitz des Verhafteten, der auch Einbruchdiebstähle in Hotelzimmer verübte, fand man zahlreiche Verbrecherwerkzeuge.

Raubmörder. Ein Schleier, der am 29. August 1907 im Wermelskircher Stadtwalde ein 23jähriges Mädchen beraubt und ermordet hatte, wurde festgenommen. Die aufgeregte Menge versuchte den Mörder zu lynchen und griff den Bürgermeister und die Polizeibeamten, die den Verhafteten zu schützen suchten, tätlich an. Einige Beamte wurden durch Steinwürfe und Stochschläge verletzt.

Rasschmünzer. Dem Kameraden G.B. Hanschild gelang es in der königlichen Forst Höfen bei Darburg, einen Rasschmünzer bei der Arbeit zu ertappen.

Handmörder. Am 2. August war in Graßmatten eine Häuslerin ermordet und beraubt worden. Kamerad Gendarmerie-Wachmeister Magenböck ermittelte und verhaftete den Mörder. Der Verhaftete versuchte nun dem Beamten das Gewehr an entreißen; bei dem sich hierauf entwickelnden Kampfe wurde der Mörder durch einen Bajonettstich getötet.

Zigeunerunwesen. Bei Landenheim sollte eine Zigeunerbande über die böhmische Grenze abgeschoben werden. Die Zigeuner widerlegten sich dieser Maßregel und griffen die Gendarmerie mit Messern und Revolvern an. Mit Hilfe der Feuerwaffe einer benachbarten Ziegelei gelang es den Beamten, einen großen Teil der Bande festzunehmen.

Personalveränderungen.

1. Brigade.

b. B. Mallwig. Willenberg OPr., am 2. 8. 07 nach Köfel Indrt. — J.B. Momle. Marcinowen b. Mallinowen, am 1. 8. 07 nach Proßten OPr. Indrt. — J.B. Schreiber I. Komenen b. Endstinken, am 1. 8. 07 nach Reßlehen Indrt. — J.B. Varnick. Morut-scharfchen b. Gumbinnen, am 7. 8. 07 nach Gerswilschken, Nr. Gumbinnen Indrt. — J.B. Riedel. Prößchen b. Schillken. Nr. Willkallen, am 17. 8. 07 nach Erdgimmischen bei Schillken Indrt. — J.B. Schulz XIX. Albrechtsdorf OPr., am 14. 8. 07 nach Graug OPr. Indrt. — b. B. Brandthaler. Heinrichswalde OPr., am 16. 8. 07 nach Reutrich OPr. Indrt. — J.B. Dangel. Koblöken, am 6. 8. 07 nach Plajschken Indrt. — J.B. Sturred II.

Strassen b. Wischniewen, Str. End, Standort heisst jetzt: Hundstiege b. Wischniewen, Str. End. — **RS.** Rothmann, Tapfaden, am 1. 3. 07 ohne Geh. beurl. als Steuererheber beim Magistrat Königsberg, scheidet am 1. 9. 07 aus. — b. **W.** Tid, Gr.-Eisengirren, am 1. 11. 07 penf.

2. Brigade.

b. **W.** Kaiser, Collin, am 1. 9. 07 nach Grambow Pom. vers. — **RS.** Lant, Bartels-hagen, am 13. 8. 07 nach Treptow a. Toll. fndrt. — **R.** a. Pr. Hoffmann II, Wismig, die Nr. II fällt fort. — **RS.** Ewerth, Sieden-bollentin, am 7. 6. 07 nach Treptow a. Toll. fndrt., am 14. 8. 07 vom Stmdo. zur. — b. **W.** Hoffmann, Grambow Pom., am 24. 8. 07 an Lungen- und Darmtuberkulose verstorben.

3. Brigade.

b. **W.** Verhuf, Calau, am 1. 8. 07 nach Senftenberg i. L. fndrt. — **RS.** Koch II, Finsterwalde, am 1. 8. 07 nach Strichhain (M.-L.) fndrt. — b. **G.** a. Pr. Janowitz, Strasburg, II.-M., am 31. 8. 07 z. Truppe zur. — b. **G.** a. Pr. Huprecht, Friedersdorf (Mark), am 31. 8. 07 z. Truppe zur. — b. **W.** Bernstein, Briesen (Mark), am 19. 8. 07 an Herzschlag vers. — b. **W.** Matild, Ludau (M.-L.), nach Strichhain i. L. fndrt., am 31. 7. 07 von seinem Stmdo. zur. — **RS.** Wolf I, Marienwerder (M.-Potsd.), am 1. 2. 07 o. Geh. beurl. als Schleusenmeister in Plesse (Str. Angermünde), scheidet am 1. 8. 07 aus.

4. Brigade.

RS. Knopf, Hunsfel, am 16. 1. 07 o. Geh. beurl. als Bureau-Diätar beim Magistrat Frankfurt a. M., am 1. 9. 07 in der 4. Brigade in Prester b. Graean (M.-Magdeb.) wieder angest. — **Egt.** Dorendorf, Jellbart-Reg. 75, am 1. 9. 07 als Hüftschlagendarm a. Pr. und Brigadeschreiber in Magdeburg eingestellt. — b. **W.** Rudolph, Jrenburg a. II., b. **W.** Hen, Quersurt, die Verletzungen nach Quersurt bz. Jrenburg sind nicht ausgeführt. — **RS.** Gellner, Eilenburg, am 27. 8. 07 nach Glesien fndrt. — **RS.** Theel, Jsenburg, am 1. 6. 07 nach Drübed fndrt., am 21. 7. 07 von seinem Stmdo. zur. — **OS.** Pfund, Angern, M.-Magdeb., scheidet am 1. 11. 07 mit Pension aus. — **OS.** Schoebel, Genthin, scheidet am 1. 11. 07 mit Pension aus.

5. Brigade.

b. **G.** a. Pr. Regger, Miloslaw, am 31. 8. 07 z. Truppe zur. — b. **W.** Lehmann, Plesse, am 1. 11. 07 penf.

6. Brigade.

b. **G.** a. Pr. Ansidlo, Obernigk, am 1. 9. 07 z. Truppe zur. — **OS.** Palm, Smollna b. Anbnik, Standort ist in Anbnik eingemeindet. — b. **W.** Peling, Smollna b. Anbnik, Standort ist in Anbnik eingemeindet.

7. Brigade.

RS. Andreas, Horst, am 1. 9. 07 nach Langenbuchau, M.-Münster, Bf., vers. — **RS.** Keesje, Niedermarsberg, am 1. 9. 07 nach Jüsch, Str. Wilson, fndrt. — **RS.** Wlender, Eastrow, (zum 1. 10. 07 zur Penf. anerkannt) am 28. 8. 07 an Blutvergiftung verstorben. — **RS.** Probrowski, Jredburg, am 15. 8. 07 ohne Geh. beurl., scheidet am 15. 8. 07 aus.

8. Brigade.

Weldw. Wallrath, Garde-Grenz. 5, am 1. 9. 07 als **G.** a. Pr. u. Brigadeschreiber nach Waffendorf fndrt.

9. Brigade.

OS. a. Pr. Cyip, Lönbern, am 1. 9. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — **RS.** Ludwig, Boosfeldt, am 1. 9. 07 an Magenkrebs nach erfolgter Operation verstorben.

10. Brigade.

b. **W.** Wüde, Jzen, am 27. 9. 07 als **RS.** nach Zwielenfleis versetzt. — **RS.** Weinmeyer, Gr. Lafferde, am 1. 7. 07 nach Bad Lauterberg a. Harz fndrt., am 15. 8. 07 vom Stmdo. jurid.

11. Brigade.

RS. Knopf, Hunsfel, am 16. 1. 07 o. Geh. beurl. als Bureau-Diätar beim Magistrat Frankfurt a. M., am 1. 9. 07 in der 4. Brigade in Prester b. Graean (M.-Magdeb.) wieder angest. — **R.** Herz, Oberlahnsheim, am 22. 8. 07 nach Ulfingen fndrt. — **R.** Westheim, Neubäusel, am 20. 8. 07 nach Hartenrod fndrt. — **R.** Hein, Zulaubach erhält die Bezeichn. I. — **R.** Hein, Wenhers erhält die Bezeichn. II. — **R.** Trietshen, Holzappel, am 1. 10. 06 ohne Geh. beurl., als **R.** u. Brig.-Schreiber am 1. 9. 07 in Cassel wieder angest. — **RS.** Schmalz, Cassel, am 1. 9. 07 o. Geh. beurl. als Manjei-Schichtarbeiter bei der Zentralverwaltung des Landeshauptmanns in Hessen zu Cassel. — **RS.** Schmidt XI, Kronhausen, Bez. Cassel, am 1. 9. 07 o. Geh. beurl. als Bureau-Diätar beim Polizeipräsidium Frankfurt a. M.

12. Brigade.

RS. Brandt, Pr. Friedland, am 15. 8. 07 nach Gr. Böllwig fndrt. — **RS.** Wohlrat, Waldenburg, am 26. 8. 07 an Herzstörungen und Arterienverkalkung verstorben. — b. **W.** Raap, Kengolz, am 1. 9. 07 o. Geh. beurl. als Grenz-aufseher nach Orlotshofen.

Brigade (Kasch-Lothringen).

Bischofsweber Freund vom Vater. 8. Inf. Regt. Großherzog Friedrich v. Baden, am 1. 9. 07 als i. d. R. nach Thann Elz. zur Probefeldleistung einber. — **RS.** Hahn I, Montois la Montagne, Kreis Metz, am 1. 10. 07 nach Rombach vers. — **RS.** Klimaczewski, Rombach, am 1. 10. 07 nach Montois la Montagne, Kreis Metz vers. — **RS.** Mehle, Château Salins, am 2. 9. 04 zur Fußmannschaft vers. und in Vie (Seille) sta — **RS.** Geppert, Vie (Seille), am 2. 9. 07 zu den geritt. Gend. vers. und in Château Salins stat.

Artikelschau.

Die gerichtsarztliche Beurteilung der „Konfiskierung“ von Nahrungs- und Genussmitteln vermittelst der Vorfäure. Von Prof. Puppe-Königsberg i. Pr. — **Arch. Sachv.-J.** XIII, 300. —

Ein ausföhrliches Gutachten der Wissenschaftlichen Reputation für das Bezugsverfahren, das die Gesundheitsföhrlichkeit selbst einer geringfügigen Vorfäureung von Nahrungs- und Genussmitteln anerkennet, wird durch die Mitteilung eigener Versuche des defamanten Gerichtsarztes an Hundern bestätigt und ergänzt. Die Verabfolgung von Nahrung mit Vorfäureung bewirkt bei den Tieren Konfiskierung

Berriigerung der Freikunst und schwere Ragen und Darmtransfieren. Verfasser bezieht die Frage, ob eine Vorläuferin, wie sie sich nicht selten in den letzten Vorhänden, geringen ist, ein Versuch zu sein. Die Schlussfolgerung der ungenügenden Gefährdung dieser gewissenlosen Nahrungsmitteverfälschung für den Menschen liegt auf der Hand.

Volksbehörden, die Nahrungs- und Genussmittelhändler wegen Falschhaltens mit Vorläufer vermischter Ware zur gerichtlichen Bestrafung bringen wollen, werden auf die Staatsanwaltschaften auf das das Hof. Ruppe veröffentlicht und besprochene Gutachten der Wissenschaftlichen Reputation für das Medizinwissen aufmerksam zu machen. (Es genügt das Bild des hier besprochenen Aufhanges.) St.

Auskunstfei.

Kam. ber. Gend. 103. Die neue Jagdordnung, § 86 der neuen Jagdordnung hebt 21 Gesetze auf oder ändert sie ab. Darunter befindet sich das Jagd-Polizeigesetz, das Wildschutzesetz, das Jagdschutzesetz und auch das Wildschutzesetz. Es ist aber ein Irrtum, anzunehmen, daß alle Jagdrechtsverhältnisse nach der neuen Jagdordnung beurteilt werden müßten. Der § 84 der neuen Jagdordnung bestimmt ausdrücklich unter anderem, daß die vor dem 1. Mai 1907 abgeschlossenen Verträge über die Verpachtung eines Jagdbezirks bis zu ihrem Ablauf in Kraft bleiben. In Rücksicht auf die hervorragende Wichtigkeit der neuen Jagdordnung werden wir sie mit Auskunftsanmerkungen und Erläuterungen in den neuen „Gendarmen-Kalender“ vollständig aufnehmen.

Rt. 220. — G—h.

Kam. G.W. S. in G. Anspruch auf eine Militärjahreskarte auf Grund eines bereits benutzten Urlaubspasses besteht nicht. Die Ausgabe von Militärjahreskarten zu Urlaubsreisen hat auf Grund des vorgelegten Urlaubspasses einmal zu erfolgen. Zur Kennzeichnung, daß die Jahreskarte verabsolgt wurde, erhält der Urlaubspass den Stempel der Jahreskartenausgabestelle. (Bestimmungen des Militär-Tarifs.) Wird daher aus irgend einem Grunde eine zweite Reise erforderlich, so muß hierfür ein neuer Urlaubspass vorgelegt werden.

Rt. 211. — R—n.

Kam. Gend. Wachtm. H. in G. Vorbereitung für ein Amt bei einer Zivilverföhrung. Aufgaben, wie sie von den verschiedenen Anstellungsbehörden den Bewerbern in der Vorbereitung gestellt werden, bringen wir in jeder Nummer unserer Zeitschrift „Die Zivilverföhrung“, Zeitschrift für Militärbeamte, Unteroffiziere und Beamte. So haben wir im laufenden Jahrgang bis jetzt veröffentlicht: Vorbereitungsaufgaben für den mittleren Post- und nichttechnischen Eisenbahn- (Assistenten-) Dienst, für den Post- und Steueramtsdienst, den Magistrats-, Vergamts- und Regierungs-Bureau- dienst, den Jahreskartenausgabedienst und Gendarmen-Bureau- dienst, den oberen Lager- und Garnisonverwaltungs-Bureau- dienst, den Proviantamts-Bureau- dienst, den Felleisungsamts- und Gefängnis-Bureau- dienst usw. Die Anstellungsverhältnisse bei den verschiedenen Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden haben wir teils unter Verforgungswesen und -recht, teils in der Aus-

kunst veröffentlicht. Auch die verschiedenen Laufbahnen haben wir eingehend besprochen. Gendarmen, die Bewerber unserer Zeitschrift „Der Gendarm“ sind, haben den Vorteil, ein Exemplar der „Zivilverföhrung“ zum Vorzugspreise von vierteljährlich 1 M (statt 1,50 M) für sich zu beziehen. Rt. 171. — R—h.

Herrn Kam. Leutnant a. D. X. Anstellung im Zivildienst. Es wäre im Interesse der Verwertung Ihrer Arbeitskraft vorteilhafter gewesen, Sie hätten sich nicht den Wunsch um Verleihung des Charakters als Leutnant getan. Durch diese Charakterverleihung sind Ihnen besondere Rücksichten auferlegt und die Stellen, die zu Ihren Verleihungsanträgen Stellung zu nehmen haben, sind viel zurückhaltender und vorsichtiger, als Sie es dem Oberwachmeister a. D. gegenüber sein würden. Wir empfehlen Ihnen, die Übertragung einer kommissarischen Amtsvorsteherstelle anzustreben. Zum Majorinspektör können Sie nicht ernannt werden, auch wenn Sie noch so hohe Fürsprache besitzen; denn Sie sind nicht mehr dienstfähig, müssen zuvor den Verwaltungsdienst tun und die Prüfung bestehen usw. Rt. 228. — G—h.

Kam. FW. B. in L. Vernehmung eines Gendarmen als Zeuge durch die Ortspolizeibehörde. Es ist wohl im allgemeinen üblich und auch sachgemäß, daß die Vernehmungen der Gendarmen als Zeugen dadurch vermieden werden, daß an Stelle der Vernehmung der schriftliche Bericht tritt. Indessen steht dem Gendarmen ein gesetzliches Vorrecht allen anderen Zeugen gegenüber nicht zu, und es muß daher dem Ermessen der zuständigen Behörde überlassen bleiben, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob ein Bericht für ausreichend erachtet werden kann, oder ob die Vernehmung des Gendarmen erforderlich erscheint. Abgesehen besteht der Polizeibehörde gegenüber für niemand ein Zeugniszwang. Es kann vielmehr jedermann die Aussage verweigern. Der Gendarm, welcher verpflichtet ist, die Polizeibehörden auf dem Lande zu unterstützen und mit ihnen Hand in Hand zu arbeiten, wird aber mit Rücksicht auf seine Stellung von diesem Recht nur ganz ausnahmsweise unter besonderer Begründung Gebrauch machen und wird dies niemals tun dürfen, wenn ihm bekannt ist, daß die Vernehmung auf Grund einer Requisition der Staatsanwaltschaft erfolgt. Ziffer 122 der O.V. hat wohl nur die Anfragen der Ortspolizeibehörden im Auge, welche sich auf Verwendung des Gendarmen im Polizeidienst beziehen, und läßt sich auf Zeugenvernehmungen deshalb nicht ohne weiteres anwenden, weil die Ortspolizeibehörden das Recht haben, jedermann, also auch den Gendarmen, vorzuladen. Im übrigen muß die Vernehmung, ob eine Vernehmung eilig ist oder nicht, der Behörde überlassen bleiben. Glauben Sie aber, daß die Ortspolizeibehörde dieses ihr Recht mißbraucht und Sie unnötigerweise unter Schwädigung Ihres übrigen Dienstes gewohnheitsmäßig als Zeuge vorlader, antwortet Sie zum Bericht anzuordern, oder glauben Sie,

daß gegen die Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 24. 10. 03 verstoßen worden ist, so können wir Ihnen nur raten, den Verstoßvermerk bei der Justizbehörde zu beschreiben. Nr. 143 — R. V.

Kam. F. W. H. in St. 1. Ermittlung einer Handschrift. Wenn der Gendarm behufs Ermittlung des Schreibers eines anonymen Briefes strafbaren Inhalts sich die Handschrift eines Verdächtigen verschaffen will, so wird es meistens wohl nicht der richtige Weg sein, die betreffende Person „schreiben zu lassen“. Es wird vielmehr besser zum Ziele führen, wenn man sich durch List irgend ein Schriftstück von ihm zu verschaffen sucht. Im übrigen ist die Frage, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen Sie berechtigt seien, eine solche Person „schreiben zu lassen“, insofern gegenstandslos, als Sie naturgemäß niemand zum Schreiben zwingen können, dies vielmehr immer eine mehr oder weniger freiwillige Handlung sein wird. Die bloße Weigerung, auf Ihr Geheiß zu schreiben, ist aber ebenso wenig strafbar wie die Weigerung, Ihnen eine Auslage zu machen. Schreibt aber der Verdächtige freiwillig, so können Sie sich durch die Aufforderung dazu nur insoweit strafbar machen, als dieselbe — ohne begründeten Verdacht — in einer Form geschieht, welche sich als **Beleidigung** darstellt.

2. Eigentumsrecht an einem Hasen, der innerhals eines fremden Jagdreviers verloren wurde. Wenn ein Wildhändler beim Jagen durch ein fremdes Jagdrevier einen Hasen vom Jagen verliert, so ist der Hase lediglich als Fundsache anzusehen und danach zu behandeln. Der Jagdberechtigte kann selbstverständlich keinen Anspruch an ihn erheben, sobald der Sachverhalt überzeugend festgestellt ist. Die Bestimmung des preussischen Jagdgesetzes, daß Wege den Jagdbezirk nicht trennen, kann hier nicht in Betracht kommen; denn der Hase stellt kein jagdbares Tier dar, dem aus dem fremden Jagdrevier nachgestellt wurde (auch kein Fallwild, denn sonst müßte er auf dem fremden Jagdrevier verwendet sein), sondern lediglich eine für den Jagdberechtigten fremde bewegliche Sache, die im Besitz des Verlierers bleibt, solange er sie nicht etwa fortgeworfen hat. Der Finder (nicht der Jagdberechtigte) wird also evtl. einen Anspruch auf Finderlohn haben. Die Bestimmungen des Jagdgesetzes kommen hier überhaupt nicht in Frage und der Hase ist genau so zu behandeln wie irgend ein anderer beliebiger Gegenstand, den jemand verloren hat. Sie haben also vollkommen richtig gehandelt, wenn Sie die Herausgabe des Hasen an A. „veranlaßten“. Zwang anzuwenden, wären Sie allerdings nicht berechtigt gewesen, da es sich hier um eine Privatstreitigkeit handelte. Sie haben daher auch richtig gehandelt, daß Sie den B. auf den Weg der Zivilklage (nicht Privatklage, wie Sie schreiben) verwiesen. — Findet dagegen jemand ein Stüd Wild auf öffentlichem Wege, dessen Eigentümer nicht bekannt ist, so spricht die Ver-

mutung bis zum Beweis des Gegenteils dafür, daß das Wild dort liegt, wo es verendet ist. Es handelt sich also um ein Stüd Fallwild, welches, da Wege den Jagdbezirk nicht trennen, dem Jagdberechtigten gehört. Eigenet sich daher der nicht jagdberechtigte Finder das Stüd Wild an, so macht er sich eines Jagdvergehens schuldig. Von einer Fundsache kann hier keine Rede sein (vgl. Art. strafb. Gbl. S. 160). Wenn ein von dem Jagdberechtigten angeschossenes Stüd Wild auf dem Gleise einer Bahn, die seinen Bezirk durchschneidet, verendet, so gehört das Stüd Wild ihm. Durch Betreten des Bahnkörpers würde er ja allerdings gegen die bahnpolizeilichen Bestimmungen verstoßen und er müßte sich streng genommen an den zuständigen Bahnwärter wegen Herausgabe des Wildes wenden. Andererseits wird wohl auch die Bahnpolizei geneigt sein, in solchem Falle darüber hinwegzusehen, wenn der Jagdberechtigte sich das Stüd Wild sogleich selbst holt, zumal sie auch ein Interesse daran hat, daß der Körper des Wildes baldmöglichst von den Schienen entfernt wird.

3. Reiseflostengebühren. Mit der Rangserhöhung der Gendarmen ist nicht ohne weiteres eine Erhöhung der Reiseflostenfäge verbunden (vgl. „Gendarm“ vom 7. Juli 1900 S. 149). Ob und wann eine solche Erhöhung etwa in Aussicht steht, ist nicht bekannt. Wenn übrigens der betreffende Beamte die Worte: „Ach so, Sie zählen ja zu den untersten Beamten!“ ironisch und in einer Art und Weise gesagt hat, die die Absicht erkennen ließ und geeignet war, Sie in den Augen der Anwesenden herabzusetzen, so hatten Sie die Vernehmung, den Verhörweg — Jiffer 188, Adf. 3 — einzuschlagen.

Nr. 130 — R. V.

Kam. Gen. W. D. in T. Branntweinverkauf in Apotheken. Die Apotheker sind nach einer Ministerialverfügung vom 2. November 1868 (MBl. 293) in Preußen für besagt erachtet worden Spiritus von 80° Tralles und darüber im Kleinhandel zu verkaufen, ohne hierzu einer besonderen Konzession zum Branntweinkleinhandel zu bedürfen. (Vgl. auch Entsch. OTrlb. vom 5. Oktober 1872 — Rechtspr. XIII, 503 —) Durch die Reichsgewerbeordnung ist hieran nichts geändert. Nr. 147 a — pß.

Kam. G. W. in W. Photographieren am Sonntag und im Umherziehen. Wer zu Zwecken seines Gewerbebetriebes am Sonntag auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen photographische Aufnahmen macht, verrichtet damit „offensichtlich bemerkbare Arbeiten“; er macht sich also einer Übertretung einer etwa solche Arbeiten verbietenden Polizeiverordnung über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage schuldig. Eines Wandergewerbebetriebs bedarf er nur insoweit, als er im Umherziehen „gewerbliche Leistungen anbietet“. Dies ist der Fall, wenn er Versionen auffordert, sich oder ihre Behausung sogleich an Ort und Stelle gegen Bezahlung photographieren zu lassen. Photographiert er nur für seine eigenen gewerblichen Zwecke Landschaften,

Gruppen oder Einzelpersonen, dann bietet er seine gewerblichen Leistungen im Umherziehen an.

Rr. 142 a — 1.

Kam. O. W. D. in L. Sherry und Sherry. Vorforschung. Schankwirte, die zum Ausschank von Wein, aber nicht von Vörforschung befugt sind, dürfen zwar Sherry (Zerfchwein) ausschütten, nicht aber Chery (Cherry-Brand). Es ist ein weit verbreiteter Trid der Schankwirte, die einmal läuten gehört haben, daß Sherry ein Wein ist, es mit der Rechtschreibung nicht so genau zu nehmen. Es wird sich jedenfalls empfehlen, jeden Wirt, der mit dem Einwand kommt, er habe nur Sherry, seinen Vörforschung, verkennt, über den Unterschied von Sherry und Chery aufzuklären und die Unrichtigkeit seiner Angabe durch Beschlagnahme des Chery nachzuweisen.

Rr. 90 b. — Et.

Kam. F. Wachtm. K. in V. Unbefugte Aneignung von Fallwild und Geweihen. Die Frage, ob der Jäger eines Stirkgeweihes berechtigt sei, sich dasselbe als eine herrenlose Sache anzueignen, läßt sich von der Frage der Aneignung von totem Wild (Fallwild) nicht trennen. Alle hierauf bezüglichen reichsgerichtlichen Entscheidungen stimmen darin überein, daß ein Jagdvergehen (§ 292 StrGB.) nicht allein dadurch begangen wird, daß ein Unbefugter dem lebenden Wilde nachstellt, sondern auch dadurch, daß er sich totes Wild aneignet, ganz gleichgültig ob dasselbe gelegentlich der Jagd angeschossen oder ob es infolge von Krankheit verendet ist. Voraussetzung ist dabei allerdings, daß der Kadaver noch nicht derartig in Verwesung übergegangen ist, daß er einen Wert überhaupt nicht mehr besitzt; denn solche wertlosen Überreste können als „jagdbares Wild“ nicht mehr angesehen werden und die Aneignung derartiger Kadaver ist überhaupt nicht strafbar (RG. v. 11. 8. 95). Andererseits ist es gleichgültig, ob die Aneignung sich auf das ganze Stilk oder nur Teile des Wildes erstreckt. Insbesondere betont die Reichsgerichtsentcheidung vom 19. November 1885, daß nur der Jagdberechtigte befugt ist, sich das Geweih eines im Reviere erlegten oder gefallen Stirkes anzueignen, solange es einen zugehörigen Teil des Stirkes (oder eines Teiles desselben) bildet, daß aber ein nach dem Befehl der Natur abgeworfenes Geweih eine für sich bestehende Sache sei, welche dem Jagdrecht nur durch besondere gesetzliche Vorschriften unterworfen werden kann. Dagegen sagt dieselbe Entscheidung ausdrücklich, es komme in diesem Falle nicht darauf an, ob der Kadaver des Stirkes bereits vollständig in Verwesung übergegangen sei, da der Wert des Geweihes als zugehörigen Teils des verendeten Stirkes durch die Verwesung des Kadavers nicht berührt wird. — Hiernach begehrt zweifellos derjenige ein Jagdvergehen, der an Orten, an denen zu jagen er nicht berechtigt ist, das Gelekt eines Stirkkopfes findet, mit dem das Ge-

weih noch fest verbunden ist, und sich das ganze aneignet, gleichgültig ob und wieviel von den übrigen Teilen des Kadavers noch vorhanden ist. — Was dagegen die unbefugte Aneignung von abgeworfenen Stirkstangen anbelangt, so ist dieselbe nach den älteren Provinzial-Jagdordnungen bzw. den neuerdings erlassenen Polizeiverordnungen nur strafbar in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Sachsen (mit Ausnahme der ehemals Königl. Sächsischen Landesteile), im Reg. Bez. Posen und Teilen des Reg. Bez. Bromberg (ehem. Ned. Forst. Gneisen, Pomm. und Bognowice) sowie in den ehemals Kurhessischen und Großherzoglich Hessischen Teilen der Provinz Hessen-Nassau. — Die unbefugte Aneignung von abgeworfenen Stirkstangen ist nirgend verboten. (Rabtle, Handb. d. preuß. Forst. S. 370.) Vgl. ferner die in heutiger Rr. zum Abdruck gelangte RG. Entscheidung vom 14. 2. 07 über Stirkstangen als Jagdausübung. Rr. 198 — R. S.

Kam. O. W. H. in T. Karussellbetrieb auf Privatplätzen. Der § 33b der Gewerbeordnung ist nach der zurzeit herrschenden Ansicht auf Betriebe, die sich auf Privatplätzen befinden, nicht anwendbar; ein ortsanfänglicher Karussellbesitzer bedarf also keiner polizeilichen Erlaubnis, der Besitzer des Platzes nur für die unter § 33a GO. fallenden Betriebsarten. Nur auswärtige Unternehmer sind an die Genehmigung der Dispolizeibehörde gebunden (§ 60a GO.). Denn wenn auch Privatplätze nicht zu den öffentlichen „Plätzen“ zählen, gehören sie doch zu den „anderen öffentlichen Orten“. Regler im § 60a vorkommende Begriff fehlt im § 33b.

Selbstverständlich kann die Dispolizeibehörde gegen polizeiwidrige Veranstaltungen auch dann einschreiten, wenn sie auf Privatplätze beschränkt bleiben. Sie hat also ruhestörenden Lärm zu verbieten; sie hat die betriebsmäßigere Ausstellung des Karussells, die Feuerficherheit zu prüfen und darf auch einschreiten, wenn auf solchen Rummelplätzen Ausschreitungen vorkommen. Ob und in welchem Umfange sie gegen Rummelveranstaltungen auf die Beschwerde eines einzelnen Anwohners hin bereits vorgehen kann, richtet sich danach, ob und inwieweit auch dieser einzelne durch die Rummel in seiner Gesundheit gefährdet wird. Rummeln in der Nähe der Wohnungen Schwerkranker würde den Veranstalter der Rummel dann der fahrlässigen Körperverletzung oder fahrlässigen Tötung schuldig werden lassen, wenn er von dem Zustande der Kranken Kenntnis hatte und durch das trotzdem fortgesetzte Rummeln eine Verschlimmerung des Zustandes oder der Tod des Kranken herbeigeführt wird. Da fahrlässige Körperverletzung auch ohne Strafantrag eine strafbare Handlung ist, zu deren Verhütung die Polizei berufen ist, so darf das Rummeln u. E. verboten werden, sobald der Arzt die Gefahr bescheinigt. Im übrigen ist es Sache der nur deliktigen, nicht aber gefährdeten Anwohner, gegen die

Verstärkung durch betäubende Gerüche im bürgerlichen Rechtsstreit vorzugehen.

Rr. 89a. — 5.

Kam. O. W. Kr. in M. Nachweis von Pferdefleisch in der Wurst. Ein sicherer Nachweis von Pferdefleisch in der Wurst ist mit Hilfe des Professor Uhlenhuthschen Serumverfahrens zu erbringen, wie es bei der Feststellung, ob Blutfleck von Menschenblut oder von Tierblut herrühren und von dem Blute welcher Tiergattung sie herrühren, zur Anwendung gelangt. Dies Verfahren besteht darin, daß Pferdeblutserum einem Kaminden eingemengt wird, dessen Körper ein Gegenmittel, ein Pferdeblutantikserum, erzeugt. Gibt nun ein Ausguß eines fein zerleinerten Stückes Wurst durch den Zusatz von Pferdeblutantikserum einen Niederschlag, dann enthält die Wurst Pferdefleisch, da ein Antikserum irgend einer andern Tiergattung keinen Niederschlag bewirkt. Jeder geprüfte Nahrungsmittelchemiker wird Ihnen diese Untersuchungen bewirken können.

Rr. 85b. — 1.

An Amts-Verwaltung J. Orchestration. Unter Orchestration versteht man ein mechanisch (durch Dampfkraft, Elektrizität, ein Uhrwerk, Luftdruck u. o.) betriebenes Musikinstrument, das eine Anzahl von Musikinstrumenten mit verschiedener Klangfarbe (Flas- und Schlaginstrumente) gleichzeitig erklingen läßt und die Wirkung von Orchestermusik hervorruft. Nicht jeder betriebene Musikautomat fällt darunter. Hat eine Lustbarkeitssteuerordnung nur die Besteuerung von Orchestermusik vorgesehen, dann behält es dabei sein Bewenden. Rr. 88. — 1.

An Amtsvorst. zu R. Konzessionsentziehung wegen Mißbrauchs der Schank-erlaubnis zu Vereinsveranstaltungen. Es ist richtig, daß der Minister des Innern durch Erlaß vom 13. Mai 1892 (MVL i. B. 228) angeordnet hat, daß gegen Wirte, welche ihre zur Schankwirtschaft konzessionierten Räume ganz oder doch so häufig an geschlossene Gesellschaften zum ausschließlichen Gebrauch überlassen, daß die dem öffentlichen Verkehr dienenden Lokale nicht mehr den bei Erteilung der Konzession vorausgesetzten Anforderungen entsprechen, daß Konzessionsentziehungsverfahren einzuleiten sei. Dieser Erlaß steht aber im Widerspruch mit § 33 der Gewerbe-Ordnung und wird wohl auch von den Polizeibehörden nicht befolgt. Die Verwaltungsgerichte müßten eine Konzessionsentziehungsklage so unweigerlich zurückweisen; denn die Klage ist nur zulässig, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß der Konzessionsinhaber das Gewerbe zur Förderung der Wöllerei, der Hehlerei, der Unsitlichkeit oder des verbotenen Spiels mißbrauchen werde, oder wenn die Unrichtigkeit der Nachweise dargetan wird, auf Grund deren die Konzession erteilt ist, oder wenn dem Konzessionsinhaber die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind. Unter den Begriff „Unrichtigkeit der Nachweise“ fällt eine spätere bei der Konzessionserteilung nicht vorausgesetzte Benutzungsart nicht.

Ist einem Wirt durch die Konzessionsurkunde ausdrücklich zur Pflicht gemocht, seine Räume dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung zu halten, — eine u. E. übrigens kaum haltbare Bedingung — dann kann höchstens mit Strafanzeige aus § 147¹ GO. und mit polizeilichen Verfügungen vorgegangen werden.

Ergibt sich freilich, daß die angeblichen Vereinsveranstaltungen öffentlich sind und nur als Deckmantel für Polizeistundenübertretungen oder Abhaltung von Lustbarkeiten ohne polizeiliche Erlaubnis dienen, und wird fortgesetzt gegen die polizeilichen Vorschriften verstoßen, dann kann von dem Gesichtspunkte der Förderung der Wöllerei aus eingeschritten werden.

Rr. 86b. — p.

Kam. Gen. Wachtm. L. in R. Anrechnung von Militärdienstzeit. Nur denjenigen Unterbeamten, welche als militäre oder kanzleibeamte im preussischen Staatsdienst, und zwar auf Grund des Zivilversorgungs-scheins, Anstellung finden, wird bei der ersten eintausendjährigen Anstellung als militärer oder kanzleibeamter die aktive Militärdienstzeit bis zur Dauer eines Jahres auf das Verdiensts-bienzialalter angerechnet. Auf die in den mittleren Postdienst übertretenden Unterbeamten bezieht sich diese Vorschrift nicht. Bezüglich dieser schwaben jedoch zwischen den Reichs- und Militärbehörden Ermäugungen, deren endgültige Regelung sich aber nicht absehen läßt.

Rr. 106. — Bg.

Kam. Gen. Wachtm. R. in R. Knoten-schlungen. Sie machen mit Recht aus die — übrigens den Kriminalisten längst bekannte — Tatsache aufmerksam, daß die Art und Weise, wie Knoten geschlungen werden, auf den Verus des Knotenschlingers Schlüsse zulassen. So ist unseres Erinnerns vor einer Reihe von Jahren ein schweres Verbrechen dadurch aufgekärt worden, daß ein dabei benutztes Tau einen Dachbederknoten aufwies. Es wurde auch ein Dachbeder schließlich der Tat überführt. Wer in seinem Verus eine bestimmte Art der Knoten-schlingung gelernt hat, wird diese bei jeder Gelegenheit anwenden und nicht plötzlich etwa laienhaft verfahren. Man achte also auf Knoten bei allen zu Verbrechen verwendeten Seilen, Striden, Fäden, Bändern usw. Auch bei dem Aufhinden Erhängter kann man sofort an dem Knoten erkennen, daß kein Selbstmord vorliegt, wenn der Erhängte einem Verus angehörte, bei dem eine andere Art der Knotenschlingung üblich ist z. B. wenn ein Seemann mit einem Dachbederknoten aufgeschnürt ist. Rr. 80a. — pb.

Kam. b. G. W. S. in M. Steuerdienst. Ihr Provinzialsteuerdirektion in Magdeburg werden Anwärter für den Grenzaufseherdienst nicht einberufen, da dieser Bezirk nirgendwo an das Hollandsland grenzt. Wer im Magdeburger Bezirk angenommen ist, wird einer anderen Direktion überwiesen und kann erst später als Steueranfänger dorthin zurückkommen. Die Aus-sichten auf Einberufung sind in den Bezirken Köln, Münster, Hannover günstig; Genoueres läßt sich von hier nicht feststellen. Rr. 388. — ML.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienste.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.

Nr. 12.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerschach zu Berlin.

1907/08.

Ein Gehilfe für den Gendarmen.

Von Dr. Hans Groß, o. ö. Professor an der
deutschen Universität Prag.

Vorbemerkung der Schriftleitung.
Wir erachten es aus mehr als einem
Grunde für die Polizeihundfrage für wichtig
festzustellen, wann der Gedanke, den
Hund im Dienste der Polizei zu verwenden,
zuerst auftauchte; denn nur, wenn man
den Entwicklungsgang der Polizeihundfrage
kennt, ist

man imstande,
sich ein
Urteil dar-
über zu bil-
den. Kürzlich
sanden wir
nur in dem
„Jahrbuch
für die öster-
reichische
Gendarme-
rie“ von 1897
unter der
wenig her-
vortreten-
den Über-
schrift „Ein
Gehilfe für
den Gendar-
men“ einen
Artikel von
dem bekann-
ten hervor-
ragenden
Kriminalist.
Professor Dr.
Hans Groß

in Prag. Wir vermochten ältere Anregungen
zur Verwendung des Hundes im Sicherheits-
dienst bisher nicht zu ermitteln und
Professor Dr. Groß, der doch als einer
der intimsten Kenner sowohl der deutschen
wie der fremdländischen kriminalistischen
Literatur anzusehen ist, bestätigt uns, daß
auch er sowohl zu der Zeit, als ihm zuerst
der Gedanke kam, die Verwendung des
Hundes im Polizeidienst anzuregen, als
auch späterhin vergebens nach Quellen-
material geforscht hat. Wir glauben mithin
Herrn Professor Dr. Groß als den eigent-

lichen Erfinder des Polizeihundes
bezeichnen zu dürfen und lassen seine inter-
essanten Anregungen hier folgen:

Wer daran denkt, wie man unsere
Gendarmerie immer noch nützlicher für
Staat und Gesellschaft machen könnte, darf
dies nicht in der Weise tun, daß er immer
noch mehr vom Gendarmen verlangt
und ihm eine Aufgabe nach der anderen
aufhalszt; der Gendarm hat ohnehin genug
zu tun. Der richtige Weg in dieser
Richtung ist nur der, daß man dem Gen-
darmen seine

Aufgabe er-
leichtert;
dann tut er
gewiß nicht
weniger.

Sondern
mehr, und er
leistet, was
er zu leisten
imstande ist.
Eine solche
Erleichter-
ung befin-
de vielleicht
darin, daß
man dem
Gendarmen
einen Gehil-
fen in der
Gestalt eines
Begleit-
hundes gibt
oder wenig-
stens vorläu-
fig gestattet.

Ich habe
schon vor

mehreren Jahren, als es noch keine Kriegs-
hunde gab, darauf hingewiesen, daß ein gut
abgerichteter Hund in Begleitung des Gen-
darmen für diesen in vielen Fällen eine ganz
vortreffliche Hilfe sein müßte; seither hat man
die Kriegshunde erfunden und keiner, der
die Verhältnisse kennt, zweifelt daran, daß
sich dieselben sehr gut bewähren. Für den
Gendarmen wäre ein Begleithund aber noch
weit verwendbarer und viel leichter abzurich-
ten, da die Benützung des Hundes für diesen
Zweck seiner Natur und seiner Leistungsfähig-
keit beträchtlich mehr entsprechen würde.



Polizeihund Dobermannpinscher Hermann v. Jänsburg
Bes. H. Kuhner, Neu-Jänsburg. Zücht. E. Wittmann, Mainz.

Wenn man von einem Hunde des Gendarmen sprechen hört, so wird vielleicht mancher glauben, es sei einer jener Hundehunde gemeint, wie man sie vor zweihundert Jahren auf der Insel Kuba züchtete und dann in Amerika einführte, um damit eintausende Regersklaven zu verfolgen und einzufangen. Man könnte ja allerdings auch den Hund des Gendarmen dazu benützen, daß man ihn z. B. auf die Spur eines Verbrechers leitet oder ihn ein Kleidungsstück des Betreffenden betriecken läßt ufw.; aber der Hauptzweck eines solchen Tieres wäre ein ganz anderer. Es sollte vor allem ein treuer, immer wachsam und aufmerksamer Begleiter des Gendarmen auf seinen schweren Dienstgängen sein, ein Begleiter, der mit weit schärferen Sinnen als der Mensch ausgestattet, viel mehr wahrnimmt als dieser und ihn so auf Gefahren, auf Anwesenheit von Personen, auf das Finden von Gegenständen und auf hundert andere Umstände aufmerksam machen kann, die der Mensch übersehen hätte.

Ich habe seinerzeit gerade zu dieser Frage auf den Tod des braven Gendarmen Rally hingewiesen, der vor vielen Jahren in der Gegend von Weiz in Steiermark nachts von Zigeunern aus dem Hinterhalt überfallen und ermordet wurde. Man muß zugeben, daß dies gewiß angeblieben wäre, wenn der Gendarm Rally damals einen Hund bei sich gehabt hätte, von dem er zuverlässig zur rechten Zeit gewarnt worden wäre. Freilich muß vorausgesetzt werden, daß ein solcher Hund vor allem auf zwei Dinge abgerichtet sein müßte: er darf wie der Kriegshund eben nicht bellen, sondern nur knurren, um keinen überflüssigen und schädlichen Lärm zu machen, und weiter, er muß unbedingt dort bleiben und warten, wo es sein Herr befiehlt. Hat der Gendarm z. B. eine Amtshandlung in einem Privathause, bei einer Behörde, in einem Gasthause ufw., so würde es in vielen Fällen unpassend oder nachtheilig sein, wenn er in viertheimiger Begleitung erscheint; in solchen Fällen muß der Hund vor dem Hause, oder wo es der Gendarm sonst wünscht, ruhig warten, bis sein Herr wiederkommt oder ihn ruft. Ist der Hund darauf dressirt, so kann man sich durchaus keinen Fall denken, wo der Hund den Gendarmen in seinen Dienstverrichtungen stören könnte.

Eine weitere Kunst, die der Begleithund unbedingt verstehen müßte und die schon die Kriegshunde unbegreiflich leicht erlernen,

ist die, unter allen Bedingungen und von überallher vom Herrn weg nach Hause zu finden, damit er Meldungen des Gendarmen an seinen Posten überbringen kann. Wir wollen uns denken, daß der Hund immer am Halsband eine zylindrische kleine Büchse aus dem leichtesten Aluminiumblech trägt, in welcher der Gendarm einen kleinen Zettel mit der betreffenden Meldung verwahrt und mit der der Hund auf Befehl seines Herrn heimbringt. Die Fälle, in welchen ein solcher Vorgang angezeigt wäre, sind zahlreich.

Der Gendarm erfährt z. B. unterwegs von einem Verbrechen, welches ihn längere Zeit fern halten wird, wovon er aber die Meldung erstatten möchte; er muß eine Verfolgung einleiten, er braucht Entfuss. Oder es muß jemand in verdächtigen Richtungen verfolgt werden, der Gendarm kann dies aber nur in einer Richtung tun, die andere muß durch jemanden vom Posten aus besetzt werden; es ist ein Verbrechen verübt worden, wovon das Bezirksgericht verständigt werden muß, der Gendarm will aber an Ort und Stelle weitere Erhebungen pflegen; es ist ein größerer Unfall oder ein Unglück geschehen, welches die Anwesenheit des Gendarmen erfordert, aber auch gemeldet werden soll; endlich: es ist dem Gendarmen selbst in einsamer, verlassenem Gegend ein Unglück geschehen und er will den Hund um Hilfe senden — kurz, solche Fälle, wo eine durch den Hund überbrachte Post von größter Wichtigkeit sein kann, lassen sich unzählige denken. Man wird vielleicht denken, daß einem solchen Hunde mancherlei Gefahren durch böswillige Menschen drohen; ich glaube aber an solche Gefahren nicht, da ich weiß, wie beliebt und geachtet der Gendarm in der Bevölkerung ist, und deshalb wird auch sein Hund, den bald jedermann an der silberweißen Büchse am Halsband kennen wird, sehr rasch unter dem Schutze der Bevölkerung stehen; kein Mensch wird ihm etwas zuleide thun.

Man denken wir uns aber andere Hilseleistungen des Hundes in der eigentlichen Dienstverrichtung des Gendarmen; ich selbst kenne eine Anzahl von Fällen, wo man mit Hilfe von Hunden durch Nachforschung oder zufällig die Leichen von Ermordeten gefunden hat. Erst vor ganz kurzem teilte mir der Herr Staatsanwalt von Erfurt mit, daß man mit Hilfe eines Hundes die Leiche eines Mädchens gefunden hat, die von ihrem Liebhaber ermordet und im Walde versteckt wurde; ohne die Leiche

wäre in diesem Falle niemals ein Beweis herzustellen gewesen. Solche Fälle sind übrigens jedem von uns ebenso bekannt wie jene, in welchen durch einen Hund Blutspuren verfolgt oder verborgenes gestohlenes Bild oder sonstige corpora delicti aufgetrieben und entdeckt wurden, oder wo man den in einem Gebäude versteckten Verbrecher auf diese Art fand. Ebenso läßt es sich denken, daß man verlorene Kinder oder sonst hilflose Personen mit einem Hunde findet, den man auf ihre Spur gebracht hat. Die wichtigsten Hilfeleistungen des Begleithundes werden immer bleiben: Schutz des Gendarmen durch Wachsamkeit, Überbringen von Meldungen und Auffuchen von Menschen und Gegenständen; außerdem aber würden sich zahllose Hilfen von selbst finden, wenn der Gendarm nur erst einen Hund hätte.

Die Kostenfrage könnte nicht von Bedeutung sein, da teuer nur die schönen Hunde sind und hier nur Tugend und nicht Schönheit in Betracht käme. Wenn man die Kriegshunde ansieht, so wird man beobachten, daß gerade jene, deren Talente und Verwendbarkeit am meisten gepriesen werden, oft die abscheulichsten Köter sind, die, abgesehen von der Abrichtung, gar keinen Wert haben. Selbstverständlich brauchen die Begleithunde auch nicht viel-fressende große Tiere zu sein; auf die Kraft derselben kommt es ja gar nicht an. Der Hund braucht nur so groß zu sein, daß er dem Gendarmen folgen kann; mehr ist nicht nötig.

Ich besaß einmal einen winzigen Rattler, der eigentlich ganz von selbst und ohne besondere Abrichtung alles das konnte, was man von einem Gendarmierhund verlangen müßte. Dieser Hund hatte einmal Junge, lief aber trotzdem in angeborenem Leichtsinn mit mir in die Kanglei; wenn ich nun meinte, daß er die Jungen säugen sollte, so wimmerte ich ihm so vor, wie es hungrige junge Hunde machen, und öffnete die Tür. Dann erinnerte er sich seiner Pflicht und lief spornstreichs heim. Von da an konnte ich ihn immer dazu verwenden, ihn mit einer Nachricht, die am Halsband befestigt war, nach Hause zu senden. Ich brauchte nur zu wimmern und ihn hinauszulassen, so lief er heim. Dasselbe gelang auch, wenn ich ihn anderswoher heimfenden wollte.

Ich stelle mir also die Abrichtung solcher Hunde weder schwierig noch teuer vor; man muß nur auf besondere Anlage derselben und auf gewisse Zufälligkeiten Rücksicht nehmen. Im allgemeinen würden

sich Weibchen am besten empfehlen, weil sie weitaus anhänglicher, aufmerksamer und weicher, d. h. leichter abzurichten sind; außerdem werden sie nicht durch galante Ideen abgelenkt und sind Angrissen durch andere böse Hunde nicht ausgesetzt. Freilich sind sie zur Zeit der Läufigkeit und wenn sie Junge haben, vollkommen unbenutzbar.

Denkt man daran, die Sache etwa probeweise zu versuchen, so könnte dies nicht gut von der Seite der höchsten Kommandanten aus geschehen, da zu einer solchen Abrichtung durch einen Gendarmen besondere Anlage, Lust und Liebe gehört, die unter hundert kaum einer besitzt und die zu haben man niemandem befehlen kann. Es wäre nur so zu denken, daß die Sache von unten nach oben versucht würde, d. h. daß irgend ein oder mehrere Gendarmen, welche glauben, daß sie Geschick und Geduld haben, um einen Begleithund zu erziehen, bei ihrem vorgesetzten Kommando um die Erlaubnis bitten, sich einen Hund zu dem gedachten Zweck abzurichten.

Die Bewilligung würde sicher erteilt werden, da keine Behörde der Welt das Interesse des Dienstes und ihrer Untergebenen mehr und genauer im Auge behält als die höchsten Kommandanten unserer Gendarmen, und ist einmal der Versuch gemacht, so wird er auch gelingen, da guter Wille und geeignete Kräfte vorausgesetzt werden können. Gelingt aber der Versuch an einer Stelle, so wird er seinen Weg finden bis zum letzten Posten und ein Gendarm, der Geschick gezeigt hat, Begleithunde für seine Kameraden abzurichten, wäre bald ein gesuchter und gut stinierter Mann. Kein Mensch verlangt, daß noch in diesem Jahre jeder österreichische Gendarm seinen Begleithund hat; aber einige Versuche, von glücklicher Hand geleitet, wären baldigst zu wünschen. Der Erfolg bleibt sicher nicht aus.

Allelei.

Sonderbar. Herr Fabrikbesitzer O. Rahm in Wohlen (Schweiz), der kürzlich in Gemeinschaft mit Herrn von Stephanitz aus Grafrath, einem französischen Hauptmann und einem belgischen Herrn als Preisrichter auf einer in Bittel (Vogesen) abgehaltenen Polizeihundprüfung war, berichtet über diese Prüfung im „Centralblatt für Jagd- und Hundeliebhaber“. Herr Rahm ist Vorsitzender des Schweizer Klubs für deutsche Schäferhunde und vertritt als solcher den Verein beim Deutschen Schäferhundverein (Sitz München). Unseres Wissens ist er auch größerer Züchter von Schäferhunden.

Er führt in seinem Bericht unter anderem aus: „Hier sollte durch den internationalen Charakter der Prüfung und des Richterkollegiums überdies festgestellt werden, welche Rasse sich zum Polizeihund am besten eignet. Leider waren keine Airedale-terriers und Dobermannpinscher erschienen.“ Erschienen waren nämlich nach seinem Bericht 31 Schäferhunde und ein Neufundländer.

Der Gedanke ist gar zu töricht, daß ein ausschließlich aus Kynologen, von denen drei Richter und Besitzer von Schäferhunden und zwei Vorsitzende von Schäferhundvereinen sind, bestehendes Richterkollegium sich berufen fühlen könnte, für die Polizeiverwaltungen, deren Bedürfnisse es nicht kennt, eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Rasse sich am besten zum Polizeihund eignet. Der vierte — französische — Richter ist Mitglied des „Vereins für deutsche Schäferhunde Sitz München“ und dürfte demnach wohl auch Schäferhundbesitzer sein. Daß man die Rassenfrage nicht auf den Prüfungsplätzen lösen kann, darüber ist man sich in Fachkreisen schon längst einig.

Die deutschen Polizeibeamten, die Airedale-terriers und Dobermannpinscher führen, scheinen von vornherein mißtrauisch gewesen zu sein und nach diesen Ausführungen eines Preisrichters kann man ihre Zurückhaltung verstehen. Wir möchten daher den deutschen Polizeiverwaltungen und den deutschen Polizeibeamten nahelegen, sich auch künftig von Prüfungen fern zu halten, wo sie und ihre Hunde vorwiegen und fast ausschließlich von Herren beurteilt werden sollen, die weder Polizeifachleute sind noch die Bedürfnisse des Polizeidienstes kennen.

Im Verwaltungsbericht der Polizeidirektion Harburg a. E. vom 1. 1. 1904 bis 31. 12. 1903 wird mitgeteilt, daß im Frühjahr 1903 8 Dobermänner als Polizeihunde angelauft und in den Dienst gestellt worden sind. Ebenso haben verschiedene Polizeibeamte sich auf eigene Kosten Polizeihunde angeschafft. Die Tiere haben sich ausnahmslos gut bewährt und sind ein wirklicher Schutz für die Beamten.

Von der Polizeibehörde zu Hamburg erhielten wir Mitteilung, daß der Polizeihund „Collie“, welcher im März d. J. von Eindringern angeschossen wurde — siehe Nr. 1 — ohne körperlichen Nachteil wieder ausgeheilt ist. Sein Mißtrauen besteht zwar noch, macht ihn aber zur Verwendung als Polizeihund nicht ungeeignet; doch wird der brave Hund zurzeit noch mit wenig Arbeit belastet.

Der Dobermannpinscher „Normann von Jsenburg“ des Herrn Albert Sühner, Neuenburg, wurde von dem Schumann J. Brecht in Würzburg zum Polizeihund ausgebildet und machte seinem Dressieur alle Ehre. Er ist geboren am 16. März 1905 aus „Hertha von Frauenlob“ nach „Peter von Frauenlob“ und gezüchtet von Herrn Karl Birnmann, Rainz. Im Kopf und Gesichtsausdruck ist er das Ideal eines Dobermanns, ebenso im Charakter. Für Hündinnen von Polizeibeamten steht Normann für 15 M zum Decken frei, wobei Herr Sühner

die Hündin franco zutrifft. Es wäre zu wünschen, daß Herr Sühner seinen Dobermann auf einer Polizeihundprüfung des P. H. V. vorführt.

So Polizeihunde fehlten. Unter dem 30. Juli d. J. bringt die Schlesische Zeitung folgende Notiz:

„Deuthen O./Schl. Als in der verfloffenen Nacht gegen 12 Uhr zwei Polizeifergeanten mit der Laterne die Promenadenanlagen absuchten, wurden drei Schüsse auf dieselben abgegeben, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Alle drei Kugeln schlugen aber in unmittelbarer Nähe der Beamten ein.“

Der Polizeihundführer hat es nicht nötig, nachts mit einer Laterne die Anlagen abzusuchen, sein revierender Hund macht ihn schon von weiten aufmerksam, wo etwas nicht stimmt. Er kann die Strolche überraschen, nicht die Strolche ihn, und Anlagen, die ständig vom Polizeihund abreviert werden, meiden lichtscheue Gestalten. Diese Erfahrung hat man auch in Berlin gemacht.

Nachstehende Polizeiverwaltungen oder deren Beamte erwarben Junghunde, um diese zu Polizeihunden auszubilden: Ziegel 5. Berlin; Charlottenburg; Abnail und Deuthen (Oberchlesien); Wiedenlopf; Weidenburg in Bayern; St. Mauriz bei Münster; Rüdlingen; Harburg; Triest; Rangig in Frankreich; Reindendorf; Warndorf.

Polizeihundprüfung.

Der VII. Polizeihundprüfung des P. H. V. am 29. September in Jagen i. B. wird überall großes Interesse entgegengebracht. Viele kynologische Vereine und zahlreiche Fremde der Polizeihundfrage haben Ehrenpreise gestiftet oder zugesagt. Der noch nicht gemeldet hat, tue dies sofort! Anmeldungen sind an Herrn Pol. Insp. Meyer, Jagen i. B., zu richten.

Bücherchau.

Wie heißt der Hund? Internationales Hundennamenbuch von Dr. Rudolph Klein-paul. Leipzig, Verlag von P. Schmidt und C. Günther. Preis 1 M.

Für diese fesselnde und interessante Gabe danken wir dem Herrn Verfasser im Namen aller Hundefreunde, denen wir empfehlen, sich das Buch umgehend zu beschaffen. Sie werden sehr viel Aufklärung in ihm finden, sehr viel Anregung aus ihm erfahren und sehr viel Stoff für Unterhaltung in Sportkreisen ihm entnehmen.

Straußenpolitik. Neue Tierfabeln von Dr. Th. Zell. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Geschäftsstelle Brändsche Verlagshandlung. Preis 1 M.

Der geistreiche Verfasser gibt seinen Lesern hier wieder einmal eine Anzahl interessanter Artikel. Unter anderem behandelt er in dem Buch die Fragen: Schämen sich manche Tiere? — Gibt es Tiere, die sich spiegeln? — Schüttsstellen als Rettungsmittel. — Das Wiedererlernungsvermögen bei Menschen und bei Tieren.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 12.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Unser Karten- und Planwesen.

Von Oberfeuerwerker Lemke-Berlin.

(Nachdruck verboten.)

XI.

Kartenlesen und Anwendung der Karten und Pläne.

Nachdem die Anfertigung des Planmaterials in großen Zügen besprochen ist, erscheint es vielleicht überflüssig, die Aufmerksamkeit noch einmal auf das Verständnis des Kartenmaterials zu lenken. Hier steht aber die Notwendigkeit ein, den Unterschied zwischen der Theorie bei der Anfertigung eines Planes und der praktischen Verwendung eines solchen hervorzuheben. Bei genügender Zeit und womöglich an Sand von Vorlagen und Mustern einen Plan anzu fertigen oder abzuzeichnen, wird jedem, der sich mit den gegebenen Erklärungen beschäftigt hat, keine große Schwierigkeit bereiten. Sich aber in das fertige Bild hineinzudenken und alles, was die einzelnen Zeichen auf dem Plane bedeuten, im Geiste vor Augen zu haben, erfordert Beschäftigung mit dem Stoff und Verständnis desselben.

Man muß hier noch einmal den Unterschied zwischen Grundriß und Bodenform hervorheben; den ersteren richtig zu erkennen und sich darin zurechtzufinden, wird immer noch viel leichter sein als die Beurteilung der Bodenformen. Die mechanische Übung bei der Bestimmung des Grundrisses und der Signaturen wird schon Erfolge zeitigen, die hinreichend sind, einen Plan in vielen Fällen (Wärsche, Ausflüge, Wanderungen) auszunutzen. Aber gerade im praktischen Leben kommt es oft vor, daß bei Ausnutzung der Bodenverhältnisse Zeit und Kosten gespart werden können. Wenn sich auch ein Studium der Bodenverhältnisse an Ort und Stelle bei der Beurteilung dieser beiden so wichtigen Faktoren nicht umgehen läßt, so ist doch das Verständnis für die zeichnerische Darstellung derselben nicht zu unterschätzen. Zweck der vorliegenden Zeilen soll es deshalb sein, die Lösung solcher Fragen wirksam zu unterstützen.

Wenn auch durch Text und Skizze in den Nummern 2, 8 und 4 der „Zivilversorgung“ das Notwendigste über die Darstellung der Bodenformen durch Schichtlinien gesagt ist, so sollen hier doch noch einmal die einzelnen Unterschiede, welche zunächst die Art der Böschung behandeln, geordnet zusammengestellt werden.

1. Liegen auf dem Plan die Schichtlinien überall gleich weit voneinander entfernt, so ist die Böschung an dieser Stelle stetig, d. h. man hat es mit einem gleichmäßigen Fall des Ganges zu tun. (Zeichnung Heft 4, südwestl. Ecke bei dem Buchstaben b.)

2. Sind die Abstände der Schichtlinien bald größer, bald kleiner, so wechselt die Böschung; sie ist also bald flacher, bald steiler. (Zeichnung Heft 4, südöstl. Ecke bei dem Buchstaben h.)

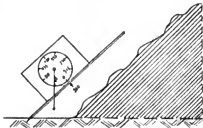
3. Werden die Abstände der Schichtlinien von einer Kuppe nach dem Fußpunkt derselben zu kleiner, so ist die Böschung aufgewölbt. (Zeichnung a, Heft 5, bei dem Buchstaben e.)

4. Vergrößert sich der Abstand der Schichtlinien von oben nach unten, so ist die Böschung höhl. (Zeichnung a, Heft 5, bei dem Buchstaben f.)

Für die Steilheit der Böschung gilt allgemein, daß sie dort größer ist, wo die Schichtlinien auf dem Plan näher zusammenliegen.

Vielach wird man aber im praktischen Leben vor die Notwendigkeit gestellt, die Größe einer Böschung in Graden oder auch eine ansteigende Strecke in ihrer Projektion zu ermitteln. Hierbei wird auf den Schnitt A-B-C in Heft 5 der „Zivilversorgung“ verwiesen, wobei die Größe der Böschung gleich der Größe des Winkels B-A-C in Graden und die Projektion der Strecke A-C gleich A-B ist.

Die Bestimmung des Böschungsgrades kann nun ohne Instrumente in der Weise erfolgen, daß man einen in 90° geteilten Kreis aus Papier so auf den Deckel einer Zigarettenkiste klebt, daß die Verbindungslinie von 0° und 180° auf diesem Papierkreis gleichlaufend mit den kurzen Seiten des Deckels ist. Jetzt stellt man den Deckel mit einer langen Seite (derjenigen, an welcher der Beginn der Teilung liegt) auf einen in Richtung der Böschung gehaltenen Stab und lotet von der Mitte des Kreises hinunter; die von dem Lot getroffene Gradzahl gibt den Böschungsgrad an, welcher im gegebenen Falle etwas über 45° beträgt.



Die Genauigkeit dieser Winkelmessung genügt für das Bedürfnis des praktischen Lebens. Bei Schätzungen des Böschungs winkels wird seine Größe in den weitaus meisten Fällen viel zu groß angenommen. Eine Chauffee, die unter einem Winkel von 5° ansteigt, gehört zu den Seltenheiten.

(Fortsetzung folgt.)

Rechtspruchwörter.

Wer lebt als Lump und Niederjahn,
Sieht der Vater nicht als Erben an.

Wenn der Adelsmännling einen ehelichen oder unehelichen Lebensmangel führt oder den Erblasser schwer betrügt, so kann der Erblasser dem Adelsmännling auch den Adelsstand entziehen. *Preuss. § 1333.*

(Dr. Lobe: Neue deutsche Rechtspruchwörter.)

Verwaltungskunde.

Erwerb der preussischen Staatsangehörigkeit durch Reichsdeutsche. Nach dem Reichsgesetz, betr. die Erwerbung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit, vom 1. Juli 1870 wird die preussische Staatsangehörigkeit von den Angehörigen eines anderen deutschen Bundesstaates durch Aufnahme erworben.

Die Aufnahme erfolgt auf Antrag des Aufzunehmenden durch den zuständigen Regierungspräsidenten. (Für Berlin tritt an dessen Stelle der Polizeipräsident.)

Der Antragsteller hat

1. Durch Vorlegung eines auf seinen Namen lautenden Staatsangehörigkeitsausweises darzutun, daß er Angehöriger eines deutschen Bundesstaates ist;

2. im Falle seiner Minderjährigkeit die väterliche (vormundschaftliche) Erlaubnis beizubringen;

3. nachzuweisen, daß er in Preußen sich niedergelassen hat und insbände ist, am Orte seiner Niederlassung sich eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen zu beschaffen. Vgl. § 1 Position 1 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867.

Der Aufzunehmende darf keiner polizeilichen Aufenthaltsbeschränkung unterliegen und nicht innerhalb der letzten zwölf Monate wegen wiederholten Bettelns oder Landstreichens (§ 3 d) bestraft worden sein; er muß hinreichende Kräfte besitzen, seinen nicht arbeitsfähigen Angehörigen den notwendigen Lebensunterhalt zu gewähren, oder solchen aus eigenem Vermögen bestreiten oder von einem dazu verpflichteten Verwandten erhalten (§ 4 d).

Endlich dürfen die Voraussetzungen des § 5 des Freizügigkeitsgesetzes nicht vorliegen, unter welchem dem Nachsuchenden der Aufenthalt untersagt werden kann. Dies ist dann der Fall, wenn nach dem Zugzuge die Notwendigkeit einer öffentlichen Unterstützung eintritt, ehe der Zugzuge an dem Aufenthaltsort — Unterstützungswohnort — das Heimatrecht erworben hat.

In dem Reichsgesetz über die Erwerbung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juli 1870 ist für die hier behandelten Fragen ein Unterschied zwischen Zivil- und Militärpersonen nicht gemacht.

Für die Angehörigen des Heeres und der Marine haben insoweit die vorstehenden Bestimmungen ebenfalls Geltung. Ein aktiver Soldat hat den Aufnahmeantrag auf dem Dienstwege an den Regierungspräsidenten des betreffenden Regierungsbezirks zu

richten und wird diesem Antrag am besten einen Stammtollenauszug oder doch wenigstens an Stelle des zu § 3 geforderten Nachweises eine Bescheinigung der vorgesetzten, zur Führung eines Dienstfiegl. berechtigten Kommandostelle, daß der die Aufnahme Nachsuchende aktiver Soldat ist, beifügen.

Durch den Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit wird die bisherige Staatsangehörigkeit nicht verloren, es sei denn, daß die Entlassung aus dem bisherigen Staatsverbande nachgesucht ist. So kann ein Oldenburger zugleich die preussische und hessische Staatsangehörigkeit besitzen.

Weltbürger-Abc.

Gala, feierlicher Anzug, insbesondere die feierliche, eitelteilmäßige Hoftracht. Der Gebrauch, bei besonderen Festlichkeiten in bestimmt vorgeschriebenem Kostüm zu erscheinen, kam an dem zeremonienreichen spanischen Hof auf, wo nicht nur die hoffähigen Herren und Damen sich ihm fügen mußten, sondern auch die Diener, ja selbst Pferde und Wagen ihm unterworfen waren. Jetzt besteht die Galatracht bei den Zivilbeamten meist in gestrichelten, bei den übrigen Herren in schwarzen Fracks (dazu am deutschen Kaiserhof Knieflos und Glatpins, bei den Damen in Kleidern von reichem Seiden- oder Samstoff mit langen Schleiern. Weitere werden bedingt durch den Charakter der feierlichen Anlässe, je nachdem Court-, Tafel-, Ball-, Ordens- oder Trauerfeste begangen werden. Der Ausdruck Gala wird am richtigsten vom arabischen *halj* (Schmuck) abgeleitet.

(Reyers großes Konversations-Lexikon. 6. Auflage)

Allerlei.

Steinpilze mit Rübrei. Die Steinpilze werden gut gereinigt und in Butter und Sahne weich gedünstet. Dann bereitet man ein Rübrei, legt die Pilze in die Mitte einer Schüssel und umgibt sie mit dem Rübrei. Man kann diese Speise auch noch mit gedämpften Tomaten verzieren.

Widderhandschuhe zu reinigen. Zuerst wäscht man die Handschuhe in einer Mischung von fünf Teilen kaltem Wasser und einem Teil Salmiakgeist, spült sie dann in lauwarmem Seifenwasser nach, legt sie in ein reines Tuch, drückt tüchtig aus und trocknet sie an der Luft, aber nicht in der Sonne. Sind die Handschuhe trocken, so kommen sie zwischen zwei feuchte Tücher, damit das Leder wieder weich wird. Dann reibt man sie tüchtig in den Händen, dehnt sie aus und büstelt sie mit einer reinen Bürste.

Die Lage des Körpers während des Schlafes darf niemals so beschaffen sein, daß eine Beengung der Brust und infolge dessen eine Hemmung der Atmung eintritt. Der Kopf liege deshalb nur 5—7 cm höher als der übrige Körper. So wird der natürliche Blutlauf nicht behindert und Herz und Lungen können ihre Tätigkeit ausüben.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 13. — 28. September 1907. — Seite 293/316. — 5. Jahrgang.

Oktober													
S	M	D	M	D	F	S							
	1	2	3	4	5								
6	7	8	9	10	11	12							
13	14	15	16	17	18	19							
20	21	22	23	24	25	26							
27	28	29	30	31									

Herausgeber:
Robert Gerlach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denk. Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

November													
S	M	D	M	D	F	S							
	1	2	3	4	5	6							
7	8	9	10	11	12	13							
14	15	16	17	18	19	20							
21	22	23	24	25	26	27							
28	29	30											

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Bäckereien wird die Zeitschrift an Jahresabnahme
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzeln. Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühren:
die Abspalt. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Wie unsere Nahrungsmittel verfälscht werden.
(Mit 24 Abbildungen und 6 Zeichnungen) 294
Erfolgreich und Erfahrungslos. 299

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht 300
II. Kammergericht. 300
III. Preuss. Oberverwaltungsgericht. . 305
IV. Sächsisches Oberverwaltungsgericht 305
V. Oberlandesgericht Köln. 305
VI. Landgericht Breslau. 305
VII. Bezirksamt Berlin. 306
VIII. Schöffengericht Offenbach. . . 306
Polizeibericht 306
Personalveränderungen 308
Ehrenlohn 309
Auskunft 309

II. Der Polizeihund.

Neue Polizeihundgarnitur 311
Zur Erziehung des jungen Polizeihundes . 311
Trennung 313
Polizeihunde im Dienst 314
Allerlei 314
Tragelassen 314
Verein zur Förderung der Zucht und Ver-
wendung von Polizeihunden. Sieh Sagen 314

III. Haus und Herd.

Unser Garten- und Planwesen 315
Redensprichwörter 316
Verwaltungsstunden 316
Weltbürger-Akte 316
Allerlei 316
Pferdepflege 316
Auflösung der Kasseleide aus Nr. 12 . 316

Balkenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 25. September 1907 abgeschlossen worden.

Wie unsere Nahrungsmittel verfälscht werden.

Hierzu 24 Abbildungen nach mikroskopischen Photographien und 6 Zeichnungen.

Die Menschheit jeden Standes hat es heute nicht mehr so leicht wie ehemals. | man früher gerade in dem Tüchtig-Sand-
Die Ansprüche sind außerordentlich ge- | werfmäßigen seine Befriedigung fand.
Von diesem Wechsel ist auch eine Sippe



Teelblatt

Hainbuchenblatt
unter dem Mikroskop.

Hainbuchenblatt

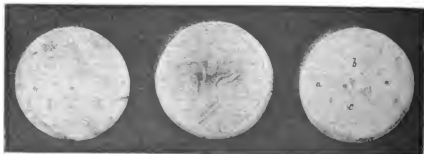
Seidenblatt



Reiner Kaffee unter dem Mikroskop.

Kaffee mit Sibirische.

Kaffee mit Löwenwurzmehl.



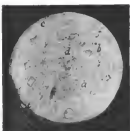
Kaffee mit geößelten Feigen.

Kaffee mit geößelten Fäulen.

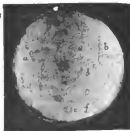
Kaffee mit geößelten Fäulen.

wachsen. Das Einfache, Solide in den | betroffen worden, deren Dienste freilich
Leistungen aller Art genügt nicht mehr; | von niemand verlangt werden außer von
man will Blendendes, Künstlerisches, wo | ihr selbst, wir meinen die Nahrungsmittel-

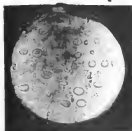
fälscher. Auch für diese Rottte gab es eine „gute alte Zeit“, da noch ein wenig Farbstoff hinreichte, um einem verdorbenen Gemüse seine grüne Farbe in genügender Frische wiederzugeben und es, sparsamen, guten Hausfrauen, die sehr auf ein gutes Aussehen und auf billigen Preis sehen, als „junge Erbsen“ oder anderes anzuhängen. Heute kommt man mit solchen plumpen Scherzen nicht mehr durch. Die Fälscher sind notgedrungen unter die Künstler gegangen und arbeiten mit einem großartigen Aufwand wissenschaftlicher Kenntnisse. Und noch in einer anderen Hinsicht haben sie sich vervollkommen; sie sind humaner geworden. Wenn ihre umfangreichen Studien ihnen ein Mittel zeigen, einen ordentlichen Profit durch den



Haselnuttmehl mit Gestein gefälscht.



Linsen mit Kartoffelmehl gefälscht.



Weizenmehl verfälscht mit Kalk.
Mikroskopische Aufnahme.

Vertrieb verfälschter Waren einzustreichen, ohne die Betroffenen gleichzeitig noch in ihrer Gesundheit zu schädigen, so wählen sie ein solches Mittel gern. Ausnahmen bestätigen nur die Regel. Es kommen wohl auch heute noch recht ungeschickte, unfünftlerische Nahrungsmittelverfälschungen

vor, gelegentlich auch solche ziemlich gefährlicher Art, aber im großen und ganzen muß doch ein wesentlicher „Fortschritt“ in jeder Beziehung anerkannt werden.

Run aber die Rehrseite der Medaille! Die Wächter der Ordnung, des Rechts und der Gesundheit sind auch nicht faul gewesen und haben sich mit den fahnen Waffnen gegen jene Unholde geschmiedet, gegen die der Witz des größten Wiffstifters unter ihnen machtlos wird — freilich oft erst, nachdem er seinen Gewinn, wenigstens zum guten Teil, eingestekt hat.

Schon der Kakao, der unsern ersten Morgentrunck liefert, ist häufig durch starke Zutaten von Pfeilwurzmehl und Zucker verfälscht. Die Kakaobohnen besitzen in ihrem natürlichen Zustand einen sehr bedeutenden Fettgehalt bis zur Hälfte des ganzen Gewichts und müssen daher teilweise entölt werden, um für den menschlichen Magen bekömmlich zu werden. Die gewöhnlichste und leichteste Art der Verfälschung besteht nun darin, daß das Fett ganz ausgezogen, und der dadurch entstehende Gewichtsverlust durch minderwertige Zutaten ersetzt wird. Unter dem Mikroskop ist eine solche Fälschung leicht zu entdecken; in der auf S. 294 stehenden Wiedergabe des mikroskopischen Bildes

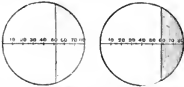


Reiner Pfeffer und Kidneybohnen unter dem Mikroskop.

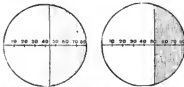
treten die runden Körner des Pfeilwurzmehls ganz deutlich aus den unregelmäßig umrandeten Kakao-Körnern hervor. Abgesehen gibt es Sorten von Kakao, die bis zu vier Fünfteln mit Stärke und Zucker verfälscht sind.

Der Tee, den wir gemeinlich zu kaufen bekommen, ist nicht selten mit einem nur recht geringen Teil von wirklichen Teeblättern in Verführung gekommen; der

größte Teil des Krautes besteht aus Blättern anderer Bäume, vorzugsweise von Holunder, Schlehdorn und Weide. Eine solche Fälschung des Tees macht dem Chemiker aber wenig Mühe, er braucht die Blätter nur in Wasser aufzuweichen und dann genau miteinander zu vergleichen. Wie auf unsern Abbildungen tritt dann die Verschiedenheit der echten Teeblätter von andern Blättern (Holunder, Schlehdorn, Weide) in der Form und Aderung ganz deutlich hervor.



Keiner Speck und Mindertalg auf ihre Lichtbrechung durch den Refraktometer untersucht.



Butter und Butter mit Margarine durch den Refraktometer untersucht.



Keiner Honig und Honig mit Zuckersirup durch Einwirkung von Licht untersucht.

Übrigens kann man stark angeführt werden, auch wenn man wirkliche Teeblätter als Tee kauft. Es gibt — Gott sei Dank sehr selten — unsolide Kaufleute, die sich die bereits benutzten Teeblätter für Spottpreise aus den Restaurants holen, um sie zu trocknen und dann unter frische Teeblätter zu mischen. Früher gab man solchem Tee noch gewisse Rodelfarben durch Anwendung von Preussischblau, Indigo und ähnlichen Farben; doch ist diese giftige Praxis jetzt abgekommen.

Beim Kaffee ist die Beimischung von Sichorie zum gemahlten Kaffee noch das geringste Übel. Schlimmer schon sind ge-

mahlene Eicheln, Feigen und Datteln, zerstoßene Dattelskerne, Löwenzahn und weiße Ribben. Solche Mischungen können einem ja nur dann angeschmiert werden, wenn man den Kaffee gemahlen kauft. Man glaube aber ja nicht, daß man in gerösteten und grünen Bohnen stets reinen Kaffee bekommt! Ungebrannte Kaffeebohnen bestehen gelegentlich zum guten Teil aus ganz minderwertigen Sorten, die nur in geeigneter Weise gefärbt sind, um ihren besseren Geschmacks zu ähneln. Es werden aber auch kunstvoll Kaffeebohnen aus Ton getnetet, sorgfältig gefärbt und dann unter die echte Frucht gemischt. Geröstete Bohnen werden auch künstlich aus Kaffeesatz hergestellt mit Zusatz von gebadenem Mehl, die dann durch Behandlung mit etwas Fett, Eiweiß, Zucker und Sirup ein wohlgefälliges Aussehen erhalten.

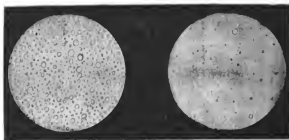
Unsere Abbildungen zeigen die gewöhnlichsten Verfälschungen des Brotmehls: Weizenmehl mit Mais, Hafermehl mit Gerste und die zum Backen benutzte Gese mit Kartoffelstärke verfälscht. Es ist ersichtlich, mit wie wenig Mühe durch das Mikroskop derartige unsaubere Gemische ihre wahre Natur ausdecken. Auch diese Verfälschungen sind noch verhältnismäßig harmlos.

Schlimmer ist es schon, wenn schlechtes Brotmehl, vielleicht gar noch nach erfolgter Verfälschung mit minderwertigem Mehl, einen Zusatz von Alaun erhält, damit es schön weiß aussieht und ein recht zartes Brot gibt. Dieser Zusatz stellt an die Verdauungstätigkeit unseres Magens recht bedenkliche Anforderungen. In Frankreich wurde eine Fälschung von Brotmehl in geradezu großartigem Maßstabe festgestellt: es bestanden von einem großen Mehlvorrat zwei Fünftel aus mineralischen Stoffen, unter denen sicher der Stehrich der Mehlspeicher nicht den geringsten Bestandteil ausmachte. Die Röntgenphotographie hat sich übrigens ebenfalls als ein ausgezeichnetes Mittel zur Entdeckung solcher Fälschungen erwiesen, da sie das kleinste Mineralstäubchen in einem Nahrungsstoff deutlich erkennen läßt.

Die Butter zu unserm Brot zeigt bisweilen eine wenig erfreuliche Zusammensetzung; sie enthält erstens oft zu viel Wasser, zweitens ist sie nicht selten mit Margarine vermischt und drittens bei etwas hohem Alter noch mit einem konfervierenden Zusatz von Borax versehen. Eine gute Butter darf zu nicht mehr als dem zehnten Teil des Gewichts aus Wasser

bestehen; aber Verfälschungen durch größeren Wasserzusatz sind leider recht häufig, da der Profit für den Verkäufer auf der Hand liegt, wenn er unbemerkt in Gestalt eines Pfundes Butter $\frac{1}{2}$ Pfund oder gar noch mehr Wasser an das Publikum verkauft.

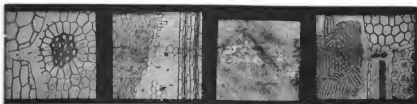
Die Verfälschung mit Margarine wird von dem Nahrungsmittelchemiker dadurch entdeckt, daß er die fragliche Butter in einem besonderen Apparate, dem Butterspektrometer, auf ihre



Reine Milch

unter dem Mikroskop.

Abgerahmte Milch



Stachelbeermus.

Himbeermus.

Pfäulenmus.

Apfelmus.

Lichtbrechung untersucht, die bei reiner Butter eine andere ist als bei der mit andern Fettstoffen verfälschten.

Gegen die Margarine wird ja jetzt scharf vorgegangen; wir fragen aber: was würden ihre Feinde vorziehen, Butter, mit Margarine gefälscht, oder Butter mit Paraffinwachs? Die letztere abfcheuliche Mischung ist tatsächlich bei einem Kaufmann in London entdeckt und beschlagnahmt worden; man kann sich denken, wie ihr Geschmack gewesen sein muß.

Auch der Honig wird oft gefälscht, und zwar durch einen ziemlich reichlichen Zusatz von Zuckersirup. Leider findet sich dieser Zusatz sehr häufig in der als reiner

Honig verkauften Ware. Der verfälschte Honig wird vom reinen durch denselben Apparat und auf ähnliche Weise unterschieden, wie es bei der Butter beschrieben wurde.

Die Makkaroni erhalten ihre schöne gelbe Farbe recht häufig durch Zusatz von Martinsgelb.

Von den Omelettes aux confitures wollen wir gar nicht erst viel reden. Eingelb häufig mit Salznß konserviert, der Zucker bis zu einem Fünftel mit Sirup versetzt, die Marmelade oft aus weißen Rüben, andern Obst, Gelatine, Farbstoff und etwas Bor säure zubereitet!



Pfäulen- und Apfelmus mit Runkelrüben gefälscht.

Kostlich mit Wehl gefälscht.

Ingwer mit Wehl gefälscht.

Von unsern Gewürzen wird der Senf oft mit Weizenmehl vermischt und mit Gelbwurz gefärbt, der Pfeffer bis zur Hälfte mit Weizenmehl gemengt und der Ingwer mit Gips und etwas Sand vermischt.

Die Fälschungen der Milch brauchen hier eigentlich gar nicht genannt zu werden: das Zugießen von Wasser und das Abschöpfen des Rahmes ist leider, trotz der dankenswerten polizeilichen Kontrolle mit dem Laktometer, so leicht geschehen und, wenn die Verfälschung nicht gar zu arg getrieben wird, bei oberflächlicher Betrachtung so schwer zu entdecken, daß die Milch, trotz ihrer großen Bedeutung für die Ernährung, gerade dasjenige Nahrungsmittel ist, das man am festesten in reinem Nährzustand kauft. In einigen Ländern, z. B. in der Schweiz und in Ungarn, haben sich zeitweise von den untersuchten Milchproben nicht weniger als ein Drittel, sogar die Hälfte als gefälscht erwiesen. Das Mikroskop läßt reine Milch von abgerahmter oder wasserverdünnter mit einem Blick unterscheiden, wie unsere Abbildungen beweisen.

Der Käse wird am häufigsten mit Hammelfett und Baumwollsaamenöl vermischt.

Eines der schlimmsten Nahrungsmittel kann unter Umständen das Schweineschmalz sein. Verfälschungen mit Sesam- und Baumwollsaamenöl im Grade von 20 bis zu 70 (!) Prozent sind zwar nicht gerade häufig, aber doch leider nachgewiesene Tatsachen.

Daß auch noch andere Stoffe mit Schweineschmalz und andern Fettarten vermischt werden, läßt sich denken. Es gibt vielleicht keine andere Gruppe von Nahrungsmitteln, wo dem Fälscher so viele Kombinationen zur Verfügung stehen, wie gerade bei den Fetten. Unsere zwei mikroskopischen Bilder zeigen den Unterschied zwischen dem reinen Schweineschmalz und Rindertalg. Mehr Schwierigkeit als die Trennung dieser beiden Fettstoffe muß dem Chemiker z. B. eine Mischung bieten, die ein dreister Händler aus Kakaofett, Baumwollsaamenöl, Rindertalg, Hammeltalg und Kartoffelmehl komponiert hatte.

Der spanische Rosinenmost, der jetzt in vielen Familien kredenzet wird, ist nicht selten mit schwefliger Säure konserviert; der Chemiker sagte uns, wir könnten statt dessen auch Salzsäure erwarten.

Der heute so populär gewordene Weißwein ist häufig nichts anderes als

ein verkappter Rotwein, der durch einen nicht unwesentlichen Zusatz von übermanganlaurem Kali entfärbt wird. Das hat man nun davon! Man hat sich den Rotwein allmählich abgewöhnt, weil er gar zu oft seine schöne Farbe dem Fuchsin oder andern Stoffen verdankt, und nun bekommt man unter irgend einem wohlklingenden Weißweinnamen entfärbtes Rotwein vorgesetzt, weil die Besitzer von Rotweinträuben ihr in den letzten Jahren unmodern und unbeliebt gewordenes Produkt sonst nicht mehr los werden. Diese Art der Weinfälschung ist besonders in Frankreich gegenwärtig sehr im Schwange.

Der Likör besteht gelegentlich aus Rohspiritus, verläßt durch Rübenzucker und schmachhaft gemacht durch eines der vielen Produkte des Steinsolenteers. Der Likör unterliegt zurzeit wohl am meisten der Verfälschung.

Auch mit manchen Waren, die wir vom Apotheker oder Drogisten erhalten, müssen wir vorsichtig sein. Natürlich sind wir weit davon entfernt, diesen ehrenwerten Ständen, die ja ihre Waren erst aus anderen Quellen beziehen, irgend etwas Ehrenrühriges nachzusagen. Tatsache ist es aber leider, daß wenigstens in einigen fremden Ländern, aus denen eine gute Statistik vorliegt, über ein Zehntel der Drogen gefälscht werden. Vor allem ist vor pulverisiertem Khabarber zu warnen, in dem sich zuweilen Stärkeröhrer, oxalsaurer Kalk, Chrysothansäure und Canaigre vorfinden.

Bei solcher dichtgedrängten Zusammenstellung empfindet der Leser wohl ein etwas unheimliches Gefühl und sieht sich geneigt, gegenüber jeder einzelnen Speise argwöhnisch zu werden. Ganz so schlimm ist es aber nicht, wenigstens glücklicherweise in Deutschland nicht, wo den Nahrungsmittelverfälschern rajch das Handwerk gelegt wird. Freilich ist es gewiß, daß es kein einziges Nahrungsmittel gibt, das der Fälschungskunst nicht schon einmal irgend wie und irgendwo unterlegen hätte. Aber Gesetze und Wissenschaft sehen bei uns dem Gefindel eifrig und erfolgreich auf die Finger und wehe dem, der ihnen in die Hände fällt!

Jedenfalls ist im neuen Deutschen Reich die Reinheit unserer Nahrungsmittel heute mehr gesichert als je, und wir dürfen daher hoffen, daß sich unsere Leser täglich getroßt eine „Gefegnete Mahlzeit“ wünschen können.

(Aus der „Woche“.)

Erlebtes und Erfahrenes.

Der Bildner.

Von Mamerad G. H. Griepentert in Neuenbürg.

Im Februar 1896 erhielt ich von einem Einwohner des 6 km von meiner Station entfernten Ortes Z. bei A. die interessante Mitteilung, daß der dort wohnhafte frühere Antiquar, jetzige Händler D. die Wildddieberei im großen betriebe und fast alle Woche nach der 26 km entfernten Stadt L. mit seinem einspännigen Fuhrwerk fahre, um dort das erbeutete Wild an einen unbekannten Abnehmer zu verkaufen. D. bringe sich von L. dann grüne Feringe usw. mit, mit denen er in der Umgebung von Z. handle; im Wirtshaus prahle er offen mit seiner Wildddieberei.

Da S. nicht in meinem Dienstbezirk gehörte, ich auch D. nicht kannte, so ließ ich mir seine Persönlichkeit und sein Fuhrwerk genau beschreiben, um für den Fall gerüstet zu sein, daß ich D., der auf der Straße nach L. etwa 8 km weit meinen Dienstbezirk berühren mußte, bei einer meiner Nachtpatrouillen traf. Es gelang mir, D. einige Male innerhalb meines Dienstbezirks mit seinem Kestertwagen bei Tage anzutreffen und hierbei näher kennen zu lernen; sein Wagen war stets leer. Einmal machte ich D., um ihn zu warnen, darauf aufmerksam, daß er in dem Verdacht des Wilderns stehe. Er wies aber den Verdacht von sich und lächelte. Es war mir selbstverständlich klar, daß D. die Nacht nach L. mit erlegten Wilden nur während der Nacht ausführe; die Ermittlungen ergaben denn auch, daß D. meist in der Nacht vom Sonntag zum Montag bald nach Mitternacht von S. wegfahre.

Nach mehreren vergeblichen Versuchen konnte ich D. endlich in der Nacht vom 13. zum 14. Mai im Weichbild der Stadt A. stellen. In jener Nacht habe ich ein Tanzfest übernacht, nach dessen Beendigung ich den Wäldmarich zu Pferde antrat. Gegen 2 1/2 Uhr nachts führte mich mein Weg wieder auf die Landstraße von A. nach L. Es war ruhiges, schönes Wetter. Da vernahm ich von weitem das langsame Fahren eines Wagens und dachte unwillkürlich sofort an den Handbesmann D. Mir darauf näherte sich ein Fuhrwerk, in dessen Führer ich trotz der noch vorherrschenden Morgendämmerung den D. erkannte. Ich gebot ihm, mit meinem Fuhrwerk zu halten; er fuhr aber ruhig weiter und hielt erst

auf einen zweiten Kastraf; auf meine Frage ob er Wild auf seinem Wagen habe, schweig er stutz entschlossen sprang ich vom Pferd, um mich verständig zu überzeugen; ich sahte über die Wagenleiter, griff in die nächsten Säde und fühlte dort sofort Wild. Dies leitete ich D. an und befahl ihm, lehr zu machen und vor die Stache des Postillons in A. zu fahren. Nachdem wir dort angekommen waren, ließ ich mit Hilfe einiger erbetener Mannschaften die Säde abladen, in denen ich fünf Stück geschossenes Neuwild vorand. Da D. sich über den rechtmäßigen Erwerb nicht ausweisen konnte, beschlagnahmte ich das Wild und überließerte es der Polizeiverwaltung in A. mit Anzeige. D. wurde, da er in Z. festen Wohnsig hatte und nicht fluchtverdächtig erschien, mit seinem Fuhrwerk entlassen.

Meine fortgesetzten Ermittlungen ergaben, daß D. bereits zweimal wegen Jagdvergehens vorbestraft war, daß er auf seinem Fuhrwerk beim Handel eine Jagdstute, und zwar im Dorfe D. . . . , mitgeführt und in letzter Zeit dem Auhauer S. in Z. einmal einen großen erlegten Rebbo in seiner Wohnung gezeigt hatte. Die darauf vom Amtsgericht A. vorgenommene Durchsuchung in der Wohnung des D. förderte noch mehrere schweißdurchtränkte Säde zutage, in denen Wild vorgetastet war.

In der Gerichtsverhandlung wurde der Händler D. aus Z. am 1. September 1896 von der 1. Strafkammer des Landgerichts zu A. wegen gewerbmäßiger Wildddieberei zu einer Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahre verurteilt und, da wegen der Höhe der Strafe fluchtverdächtig betrachtet erschien, seine sofortige Verhaftung verfügt. Der Staatsanwalt hatte 2 Jahre Gefängnis beantragt und in seiner Rede der Gefängnisstrafe Ausdruck gegeben, daß die hier gefährliche Bildner nun durch den Weidarn unbedenklich gemacht worden sei. Auch erhielt ich vom Allgemeinen Deutschen Jagdschützenverein sowie vom Jagdschützenverein zu L. je ein Diplom für Verdienst um den Jagdsig und ein Ehrengeld von insgesamt hundert Mark.

Druckfehlerberichtigung.

Auf Seite 292 des „Genarm“, 5. Jahrgang, muß es auf Seite 11 von unten in der linken Spalte „Geschäftsinhaber“ statt „Geschäftsführer“ heißen.

Die Schriftleitung.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die aus von unseren Sonderberichterstellern geleitet sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht

* Deutsches Reich. Betrug, Wechsellage

Wer ein größeres Geldstück hinlegt, um es sich wechseln zu lassen, es unter Ablenkung

der Aufmerksamkeit des Wechselnden wieder einsetzt, macht sich eines Betruges schuldig. Die falsche Vorspiegelung wird in dem Einlegen des Geldstückes erblickt. — Entsch. 1. Senat. RG. vom 27. August 1907 gegen Tischler Ernst Frielingsdorf. — 13.

Deutsches Reich. Unlauterer Wettbewerb. Die Bezeichnung eines nicht gemälzten Getreidekaffees als „feinster Malzkaffee“

allein stellt sich bereits als unlauterer Wettbewerb im Sinne des § 1 des WettbewerbsG. dar. Das Gesetz würde seinen Zweck verfehlen, wenn die „Bekanntmachung“ oder „Mitteilung“, von der § 1 spricht, auch notwendig alle Umstände, die für die Beurteilung der Frage, ob der „Anschein eines besonders günstigen Angebots“ vorliege, in Betracht kommen, selbst enthalten müßte. Es müssen alle dem Publikum bekannten Umstände berücksichtigt werden, gleichviel ob der Täter ihre Kenntnis vermittelt hat oder nicht. Im übrigen enthält das Wort Malzaffee für sich allein schon die Angabe einer vom Publikum besonders geschätzten Sorte des Getreidekaffees. — Entsch. 2. Zivils. RG. vom 31. Mai 1907, II, 34.07. — St.

Deutsches Reich. Nahrungsmittelverfälschung. Verfehlen von Nahrungsmitteln. „Hergestellt“ werden Waren durch denjenigen, der den Teig mengt, wenn auch das Baden selbst durch andere Personen erfolgt. Wer also in den Teig Stoffe hineinmengt, die die fertige Backware als verfälscht oder verdorben erscheinen lassen (Zusatz von Zundersäure zu einer Sandlorte), ist wegen Herstellung verfälschter oder verdorbener Nahrungs- oder Genussmittel zu bestrafen. — Entsch. 2. Strafs. RG. vom 9. April 1907, II 1257/06. — St.

Deutsches Reich. Jagdvergehen. Einziehung der Transportmittel. Wenn zur Fortschaffung des mittels Schlingen eingefangenen Wildes Säcke benutzt werden, so ist deren Einziehung gesetzlich zulässig. — Entsch. 1. Strafs. RG. vom 15. August 1907 gegen Lorenz und Gen. — rz.

II. Kammergericht.

***Deutsches Reich. Boykott als unzulässiges Kampfmittel. Filiale des Schneiderverbandes als selbständiger Verein.** Auf die Klage einer Berliner Konfektionsfirma gegen die dortige Filiale des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen und gegen die offene Handelsgesellschaft „Vorwärts“, Buchdruckerei und Verlagsanstalt B. Singer & Co. in Berlin, Inhaber August Bebel, Paul Singer und Oskar Gentsch, auf Unterlassung einer Boykottierung hat das Kammergericht zugunsten der klagenden Firma entschieden. Das sowohl für die Beurteilung der im Klassenkampf angewandten verwerflichen Kampfmittel als auch für die Behandlung der Filialen als selbständige Vereine lehrreiche Urteil geben wir seiner

einschneidenden Bedeutung wegen mit dem vollen Wortlaut der Entscheidungsgründe hier wieder:

Entscheidungsgründe.

Nach dem vorgelegten Statut des „Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“ bildet dieser Verband einen nicht eingetragenen Verein mit dem Sitz in Berlin; er hat nach der Satzung „den Zweck, möglichst alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Schneiderei und verwandten Berufe zu organisieren und die Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu fördern mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen“ sowie „günstige Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege zu erzielen.“ Nach § 16 besteht der Vorstand aus neun Personen, er „vertritt den Verband nach innen und außen“; nach § 18 erfordert die rechtsverbindliche Zeichnung für den Verbandsvorstand die Unterschrift des Vorsitzenden und zweier anderer Mitglieder des Vorstandes. Die Wahl des Vorsitzenden und der übrigen Vorstandsbeamten erfolgt nach § 17 durch den Verbandstag, welcher — § 23 — aus den Delegierten der einzelnen „Mitgliedschaften“ gebildet wird.

Nach der dem Statut beigefügten Geschäftsordnung bestehen die örtlichen (Lokal-) „Verwaltungen“ (die „Mitgliedschaften“) aus mindestens je 10 Mitgliedern, ihr aus drei Bevollmächtigten bestehender Vorstand wird vom Verbandsvorstand ernannt. Die von der Genehmigung des Verbandsvorstandes abhängige Errichtung einer Mitgliedschaft ist der Ortspolizeibehörde mitzuteilen. Der erste Bevollmächtigte der Mitgliedschaft „führt in allen Sitzungen und Versammlungen den Vorsitz und übt in der Mitgliedschaft dieselbe Funktion aus wie der Vorsitzende des Verbandes und ist somit dessen aktiver Stellvertreter.“ Er leitet die Korrespondenzen mit dem Verbandsvorstand und der Agitationskommission des Bezirks und hat dessen Anordnungen im allgemeinen Interesse zur Ausführung zu bringen, wogegen der zweite Bevollmächtigte nur die Klassenangelegenheiten zu besorgen und der dritte Bevollmächtigte das Protokoll zu führen und Berichte zu erstatten hat.“

Ferner bestimmt die Geschäftsordnung: „Sobald Differenzen zwischen Behörden und den vom Vorstand eingesetzten Vertretern unserer örtlichen Verwaltungen entstehen sollten, haben die

Bevollmächtigten die Behörden stets darauf aufmerksam zu machen, daß alle die Organisation betreffenden Maßnahmen von Seiten der Behörden an den Vorstand zu verweisen sind. Es sind die einzelnen Bevollmächtigten nicht berechtigt, irgendwelche Zugeständnisse oder für den Verband verbindliche Vereinbarungen zu treffen (§ 16)".

Nach dem dem Statut beigelegten „Streifreglement“ unterliegen sämtliche Abwehr- und Angriffsstreife innerhalb des Verbandes der Oberleitung des Verbandsvorstandes, die beteiligten Kollegen und Kolleginnen treten unter Zuziehung der Ortsverwaltung, bezw. des zuständigen Vertrauensmannes zur Beratung der Sachlage zusammen, eine einzuberufende Mitgliederversammlung beschließt mit $\frac{2}{3}$ -Majorität „über eine eventuelle Arbeitseinstellung“, über welche der Verbandsvorstand zu befinden hat, gegen dessen Entscheidung die Beschwerde an den „Ausschuß“ zulässig ist.

Faßt man diese Bestimmungen und namentlich die Vorschriften, welche in den §§ 11, 12 und 13 des Statuts über die Organisation und die Verwaltung der örtlichen Mitgliedschaften enthalten sind, zusammen, so ergibt sich, daß die einzelnen Mitgliedschaften als besondere Vereine zu behandeln sind, welche sich mit den anderen Mitgliedschaften Deutschlands zu einem gemeinschaftlichen Verbande zusammengeschlossen haben. Durch diese Zusammenschließung haben die Einzelverbände ihre wirtschaftliche Existenz nicht aufgegeben; denn von ihnen werden die Delegierten bestimmt, die im Verbandstag den Vorstand des allgemeinen Verbandes wählen. Sie sind zwar ebenso wenig wie der allgemeine Verband in das Vereinsregister eingetragen, müssen aber nach dem Statut polizeilich angemeldet werden; sie sind besonders organisiert und werden durch einen Vorstand vertreten. Diese eigene, dauernde Organisation ist das wesentlichste Moment, welches den Einzelverband zu einem Gebilde des § 50 BGB. mit Soziätscharakter macht und ihn nach § 50 Abs. 2 BGB. befähigt, verklagt zu werden. Hieran wird auch durch die wiedergegebene allgemeine Vorschrift der Geschäftsordnung über die „Differenzen mit der Behörde“ nichts geändert. Denn ein Verein kann sich den Folgen der von ihm vorgenommenen Handlungen dritten gegenüber nicht durch Vernunft auf seine

Satzungen entziehen; überdies handelt der erwähnte Satz der Geschäftsordnung nur von den hier nicht in Betracht kommenden „die Organisation betreffenden Maßnahmen“.

Zum vorliegenden Fall sind die Veröffentlichungen in den Flugblättern und Inseraten des „Vorwärts“ von der „Mitgliedschaft“ oder „Filiale“ Berlin vorgenommen; diese Mitgliedschaft hat daher die Folgen ihrer Handlung zu vertreten, auch wenn — was hier nicht zu erörtern ist — der allgemeine Verband ebenfalls dafür verantwortlich ist. Der Kläger konnte daher seinen Antrag auf Erlassung der einstweiligen Verfügung gegen die „Mitgliedschaft“ oder „Filiale“ Berlin richten. Gegen diesen Einzelverband hat er auch seinen Antrag ausdrücklich gerichtet: im vorliegenden Rechtsstreit ist daher nur dieser Einzelverband als verklagte Partei anzusehen. Zwar sind auf dem gegen „den Verband deutscher Schneider, Filiale Berlin, vertreten durch das Vorstandsmitglied Hr. Kunze jr., Michaeliskirchplatz 1, parterre“ gerichteten Antrag, in der einstweiligen Verfügung und im Urteil des Landgerichts die Worte „Filiale Berlin“ ausgelassen, dadurch ist aber die Beklagte nur unvollständig bezeichnet, ohne daß im vorliegenden Fall die Unvollständigkeit auf das Verfahren von Einfluß ist. Denn die Worte: „Vertreten durch das Vorstandsmitglied“ usw. enthält auch die einstweilige Verfügung, diese einstweilige Verfügung ist dem Vertreter der Filiale Berlin, Kunze, also dem Vertreter der vom Kläger gemeinten Beklagten, zugestellt und für sie hat der von Kunze bevollmächtigte Prozeßvertreter Widerspruch erhoben. Auch der jetzige Prozeßbevollmächtigte des Beklagten zu I hat nicht erklärt, daß er lediglich für den Schneiderverband als solchen auftreten wolle; seine Erklärungen, die er für die Beklagte zu I — also für die Filiale — abgegeben hat, gehen vielmehr bloß dahin, daß nach seiner Meinung der Antrag und das Verfahren als gegen den allgemeinen Schneiderverband gerichtet angesehen werden müsse. Dieser Standpunkt ist aber nicht richtig.

Die wiedergegebenen Bestimmungen der Geschäftsordnung ergeben mit hinreichender Deutlichkeit, daß der erste Bevollmächtigte der Mitgliedschaft Berlin als deren Bevollmächtigter anzusehen ist, da für den zweiten und dritten Bevollmächtigten eine eigene Vertretungsbe-

signis oder die Teilnahme an der Vertretung nicht vorgegeben ist. Erster Bevollmächtigter ist unstreitig Hr. Kunze, welchem die einstweilige Verfügung zu- geschickt worden ist.

Hiernach erledigen sich die formellen Bedenken, welche die Beklagte zu 1 gegen die ordnungsmäßige Zustellung der einstweiligen Verfügung und den Mangel der ordnungsmäßigen Vertretung erhoben hat.

In der Sache selbst ist davon auszu- gehen, daß der Boykott, der Streik und die Aussperrung an sich nach der Ansicht des Reichsgerichts nicht unerlaubte Kampf- mittel im gewerblichen Leben sind, wenn sie zur Erzielung günstiger Arbeitsbedin- gungen unternommen werden. (Entsch. des Reichsgerichts Vd. 51, S. 369 ff.; Vd. 54, S. 255 ff.; Vd. 56, S. 171 ff.; Vd. 57, S. 418 ff.; Vd. 64, S. 52 ff.)

Aber — auch nach der Judikatur des Reichsgerichts — ist es nicht zulässig, den Boykott, den Streik und die Aus- sperrung 1. zu jedem beliebigen Zweck, 2. mit jedem beliebigen Mittel und 3. ohne Rücksicht auf den Erfolg anzuneh- men. (Entsch. des Reichsgerichts Vd. 51, S. 381; Vd. 57, S. 427.) Ob hiernach ein sich als eine unerlaubte Handlung dar- stellender Erzech verläßt ist, ist nach den gesamten Umständen des einzelnen Falles festzustellen, wobei alle in Betracht kom- menden Interessen zu prüfen und gegen- einander abzuwägen sind und zu erörtern ist, ob die unternommene Maßregel den allgemein bestehenden sittlichen und recht- lichen Anschauungen widerspricht, wenn auch andererseits die Frage nicht zu beant- worten ist, ob das von der einen Seite erstrebte Ziel aus sozialen, wirtschaft- lichen oder sittlichen Rücksichten mehr Bei- fall verdient als der auf der anderen Seite durch die Maßregel bekämpfte Widerspruch des anderen Teils. Im vor- liegenden Fall ist von den Beklagten jede der drei angegebenen Grenzen über- schritten.

1. Die Beklagte zu 1 fordert durch von ihr vorgenommene Veröffentlichungen von den Konfektionsären Verlin's die Ein- richtung von Betriebswerkstätten und die unbedingte Abschaffung der Heimarbeit. Die zur Erreichung dieses Zweckes un- ternommene Geschäftsperre mit der von den gesamten Publikum, jedenfalls von allen Heimarbeitern verlangten Teilnahme ist eine unzulässige. Diese enthält einen zu weit gehenden Eingriff von Privatperso- nen in die Geschäftstätigkeit dritter. Die

Beseitigung oder Beschränkung der Heim- arbeit muß mit volkswirtschaftlichen Vorteilen und Nachteilen verbunden sein. Durch die Heimarbeit kann der Lohn der Arbeiter gedrückt und können die Arbeits- kräfte in unerlaubter Weise ausgenutzt werden. Andererseits verschafft die Heim- arbeit zahlreichen Personen, auch verarm- ten Verionen höherer Stände (Mädchen, Ehefrauen und Witwen) eine angemessene Erwerbsgelegenheit, durch deren Beseiti- gung sie mehr oder weniger brotlos werden würden; das Verbot der Heim- arbeit würde den in eigener Werkstatt arbeitenden Handwerksmeistern die Auf- träge der Geschäfte entziehen oder diese Meister in den Dienst der Kaufgeschäfte zwingen. Die Beklagten behaupten selbst, daß die meisten Heimarbeiter der Besei- tigung dieser Arbeit widersprechen. Wie der Kläger durch das Gutachten des ge- richtlichen Sachverständigen Rosenbaum ferner glaubhaft gemacht hat, ist ohne die Heimarbeit der Betrieb zahlreicher kleiner und mittlerer Konfektionsgeschäfte nicht möglich, eine Annahme, die dadurch nicht erschüttert wird, daß, wie die Beklagten unter Beweisverboten behaupten, einzelne Geschäfte sich zur Errichtung eigener Be- triebswerkstätten entschlossen haben. Das Verbot der Heimarbeit würde daher die volkswirtschaftliche erwünschte Erhaltung der kleineren und mittleren Geschäfte dieser Art zugunsten der sich noch mehr erweiternden großen Geschäfte beseitigen. Die Frage nach der Beseitigung oder Be- schränkung der Heimarbeit ist daher von außerordentlicher Bedeutung für das wirtschaftliche Leben. Die Entscheidung einer solchen Frage darf nicht der Ent- scheidung der beteiligten Arbeiter und noch weniger einer Organisation überlassen werden, welche, wie aus Kunze's eigenen Angaben hervorgeht, nur zu einem Teil aus Interessenten besteht und welche über- haupt nicht die beteiligten Arbeiter ver- tritt, sondern sich nur zu ihren Vertretern ausgeworfen hat. Ein solcher Verband darf nicht zur Entscheidung einer Frage von so großer Tragweite durch einseitige Verfügungen in das Wirtschaftsleben ein- greifen, während, wie der Vertreter des Klägers mit Recht hervorhebt, die be- rufenen staatlichen Organe vor jedem be- hördlichen oder gesetzlichen Eingriff in die Produktionsverhältnisse die Verhältnisse und die voraussetzlichen Folgen der be- absichtigten Maßnahmen jahrelang auf das sorgfältigste prüfen. Die Frage, die die Beklagte zu entscheiden sich annimmt,

darf auch nicht auf gleiche Stufe mit der Frage nach der Lohnerhöhung oder der Verkürzung der Arbeitszeit gestellt werden; denn sie betrifft die Art und Weise des Gewerbebetriebes und die Einrichtung der kaufmännischen Geschäfte.

Selbstverständlich darf die Beklagte wie jede berufene oder unberufene Person auch zu Fragen dieser Art Stellung nehmen, sie darf ihre Ansicht empfehlen, befürworten, auch für sie agitieren, sie darf ihre Ansicht aber nicht durch Verhängung der Geschäftsperre mit der Aufforderung an alle Handarbeiter zur Teilnahme zu erzwingen suchen. Durch ein solches Unterfangen verstößt sie gegen das zulässige Maß der wirtschaftlichen Freiheit und befindet sich daher auf ungesetzlichem Boden. Eine solche Annahme ist, wenn die Geschäftsperre ein Recht ist, ein großer Rechtsmißbrauch, welcher dem Kläger gegenüber umfoweniger gerechtfertigt ist, als die Beklagte nicht einmal behauptet hat, daß er die Arbeitskräfte seiner Arbeiter mißbraucht oder ihren Lohn herabgedrückt habe, und der Kläger glaubhaft gemacht hat, daß seine Arbeiter sich über ihn nicht einmal beklagt haben.

2. Die durch die Flugblätter und die Veröffentlichungen im „Vorwärts“ unternommene Geschäftsperre überschreitet ferner durch die angewendeten Mittel, durch die Art und Weise, in welcher sie unternommen ist, das zulässige Maß. Ist die Verabredung der Geschäftsperre nicht unerlaubt und ist auch das durch Flugblätter und durch die Presse kundgegebene Ersuchen an das Publikum, den Boykott zu unterstützen, gestattet, so ist doch eine auf die Geschäftsperre abzielende Aufforderung, welche dem Publikum nicht mehr die freie Willensbetätigung gestattet, sondern seinen Beitritt erforderlichenfalls durch Gewaltmaßregeln zu erzwingen beabsichtigt, nicht zulässig. In den Flugblättern ist durch Sperrdruck hervorgehoben, daß der Boykott „die Zustimmung der in Betracht kommenden Instanzen“ erhalten habe, den Flugblättern ist durch die Unterschrift „Die Ortsverwaltung“ eine Art der behördlichen Form gegeben. In den Veröffentlichungen im „Vorwärts“ ist hervorgehoben, daß die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission dem Antrag auf Boykottklärung ihre Zustimmung erteilt hätten und die Parteigenossen von Groß-Berlin diesem Beschluß beigetreten seien.

Hierdurch wird ein unzulässiger Druck auf die Kreise auszuüben versucht, auf die die streitigen Veröffentlichungen berechnet sind und auf welche das Geschäft des Klägers im wesentlichen angewiesen ist oder war. Die Zustimmung „aller in Betracht kommenden“ Instanzen und die Zustimmung der Parteigenossen (d. h. der Sozialdemokraten) von Groß-Berlin befehlen jeden Handarbeiter, daß die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Organisationen, die sich die Gewalt über die Handarbeiter anmaßen, den Ankauf im Geschäft des Klägers verbieten, und diese Belehrung muß jeden Handarbeiter, der sich nicht den Tadeln ausliefern will, die die Zuwiderhandlung gegen die Gebote dieser Verbände zur Folge zu haben pflegt, von dem Verkehr im Geschäft des Klägers abhalten. Diese Wirkung ist auch tatsächlich erzielt, da mehrere Personen nach den Bescheinigungen von Ida Göbel und Lehmann den Angestellten des Klägers erklärt haben, sie dürften nicht kaufen, solange Böhm in der schwarzen Liste stehe. Die auf diese Weise unternommene Geschäftsperre ist unzulässig; denn die Gewerbfreiheit hebt die Freiheit des Publikums nicht auf und unterwirft die Handarbeiter nicht dem Terrorismus einer Anzahl von Personen, die sich zu einem Verbände vereinigt haben.

Im vorliegenden Falle kommt hinzu, daß die Flugblätter von „Schundlösen“, von „jämmerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen“, von „Tendenz des Lohndrucks“, von „Verlängerung der Arbeitszeit“, „bis zur Erschöpfung intensiver gestalteter Arbeitsweise“ sprechen. Aus der Wahl einer derart gehässigen Ausdrucksweise geht hervor, daß es den Beklagten nicht allein darauf angekommen ist, den Boykott öffentlich bekannt zu machen, sondern daß sie auch beabsichtigt haben, die Sperre durch persönliche Beleidigungen gegen die Gegner, darunter gegen den Kläger, welcher in seiner Weise angenommen ist, wirksam zu machen. Daß die Tatsachen, welche in diesen auch den Kläger beleidigenden Äußerungen enthalten sind, auch nur teilweise wahr seien, hat die Beklagte nicht behauptet; sie hat daher zur Erwirkung des Boykotts nicht erweisliche Tatsachen aufgestellt und verbreitet, welche den Kläger verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen geeignet sind, und sie hat dies, wenn dem Kläger nicht beizutreten ist, der ihr in dieser Beziehung Vorpflicht zur Last legt, mindestens in leicht

fertiger Weise getan. Die gegen den Kläger verübte Rechtswidrigkeit gerichtet der Beklagten umsomehr zum Vorwurf, als sie ihm, wie er glaubhaft gemacht hat, vor der Veröffentlichung des Boykotts nicht einmal eine Aufforderung hat zugehen lassen, dem Verlangen nach Einrichtung einer eigenen Betriebswerkstätte nachzukommen. Die eidesstattliche Versicherung von Runge, wonach er im März 1907 ein diese Aufforderung enthaltendes Schreiben an den Kläger subvertiert und abgeschickt habe, kann umfoweniger in Betracht kommen, als dieses Schreiben nach den vom Kläger in zweiter Instanz beigebrachten Bescheinigungsmitteln nicht an den Kläger, sondern an dessen Geschäftsnachfolger hinsichtlich des Geschäfts in der Kommandantenstraße, den Kaufmann Bliß, gerichtet ist; zudem hat Runge in der mündlichen Verhandlung vor dem Berufungsgericht zugegeben, daß es sich in dem Schreiben nicht um eine besondere Aufforderung zur Errichtung von Betriebswerkstätten, sondern um einen etwa 30 Seiten langen Tarif gehandelt habe, in welchem die in Frage stehende Forderung mit enthalten sei.

3. Endlich ergibt die eidesstattliche Versicherung von Budde und Ida Göbel, daß seit Bekanntmachung des Boykotts der Umsatz des bisherigen Geschäfts des Klägers in der Staliger Straße bis auf ein Drittel zurückgegangen ist. Da es für die Annahme, daß dieser Rückgang auf irgend eine andere Ursache als die Boykottklärung zurückzuführen wäre, an jedem Anlaß fehlt, so erscheint die Behauptung des Klägers glaubhaft, daß es ihm unmöglich gewesen ist, dieses Geschäft fortzuführen, und daß das gesamte in dies Geschäft gesteckte Anlagekapital verloren ist. Die Annahme des ersten Richters, daß der Kläger noch ein zweites Geschäft in der Kommandantenstraße befehen habe, ist nach den in zweiter Instanz beigebrachten Bescheinigungsmitteln unzutreffend; der Kläger hat das zweite Geschäft in der Kommandantenstraße schon vor der Boykottklärung der Firma Bliß veräußert und hat erst, nachdem der Boykott gegen das Geschäft in der Staliger Straße seine volle Wirkung getan hatte, begonnen, sich durch Errichtung eines neuen Geschäfts in dem Hause des früheren Geschäfts in der Kommandantenstraße eine neue Existenz zu suchen. Auch dies Ergebnis des Kampfes macht das Vorgehen der Beklagten zu 1 zu einem unzulässigen. Denn der Boykott darf nicht in einer

Weise betrieben werden, daß er zum Ruin des Gegners führt.

Hiernach ist das Verlangen des Klägers, der Beklagten die Veröffentlichung der den Boykott betreffenden Besanntmachungen zu verbieten, sowohl nach § 823 als nach § 826 BGB. gerechtfertigt; denn sie hat unbefugterweise den Gewerbebetrieb des Klägers, ein Recht des § 823 BGB., verletzt (vergl. auch Entsch. des RG. Bd. 58, S. 30) und hat dem Kläger in einer die guten Sitten verletzenden Weise vorsätzlich einen bedeutenden Vermögensschaden zugefügt, § 826 BGB. Die einstweilige Verfügung war daher wieder herzustellen. Die Fassung der einstweiligen Verfügung geht nur insofern zu weit, als sie zu der Annahme führen kann, daß der Beklagten zu 1 die Verbreitung von Boykott-Flugblättern überhaupt zu unterlagen sei. Dem Kläger fehlt die Befugnis, diese Unterlassung hinsichtlich anderer Gewerbetreibenden zu verlangen; er ist nur berechtigt, einer gegen ihn selbst gerichteten unzulässigen Boykottklärung entgegenzutreten. Diese Beschränkung der einstweiligen Verfügung ist durch die Streichung der auf andere Geschäfte als das des Klägers bezüglichen Worte zum Ausdruck zu bringen.

Die einstweilige Verfügung ist endlich mit Recht auch gegen die Beklagte zu 2 gerichtet. Diese Beklagte hat die Flugblätter, wie dieselben ergeben, in ihrer Druderei hergestellt, sie hat auch die Boykottklärung in der in ihrem Verlage erscheinenden Zeitung veröffentlicht. Wie oben erörtert ist, ist gerade diese Mitwirkung der Beklagten zu 2 für den Erfolg des von der Beklagten zu 1 eingeschlagenen Vorgehens wesentlich. Es liegt also ein gemeinschaftliches Zusammenwirken vor, jedenfalls hat die Beklagte zu 2 der Beklagten zu 1 wissentlich Beihilfe geleistet (§ 830 BGB.); der Unterlassungsanspruch ist deshalb gegen beide Beklagten gegeben. Es versteht sich von selbst, daß durch das Verbot der Veröffentlichung auch Anzeigen in der Form getrossen werden, wie sie in den überreichten Nummern des „Vorwärts“ vom 12. und 17. Mai 1907 enthalten sind, in welchen unter Wiederholung der Aufforderung zur Geschäftssperre mitgeteilt ist, daß der Kläger eine einstweilige Verfügung auf Unterjagung seiner Erhöhung in der Liste der boykottierten Firmen erwirkt habe und daß der Verband der Schneider in Ausführung dieses Beschlusses die Firma gestrichen habe; denn

eine solche Mitteilung ist nichts anderes als eine die Bekanntmachung der Geschäftssperre wiederholende Kundgebung. — Entsch. 2. HerzivSenK. v. 7. August 1907, 19 U 5152/07. —

Mitgeteilt von H. Dr. Söniger.

***Preußen. Schaustellungen.** Eine Polizeiverordnung, die das Aufstellen von Karussells, Schießbuden, Schaubuden bei Karussells, Schießbuden und anderen Gelegenheiten auf oder an der dem öffentlichen Verkehr dienenden Straße ohne Erlaubnis der Polizeibehörde verbietet, ist rechtsgültig. Die Polizeiverordnung will verhüten, daß Gegenstände auf einem Plage aufgestellt werden, die unter Umständen für den Verkehr sehr bedrohlich werden können. Eine solche Verbotsvorschrift kann die Polizeibehörde erlassen unbeschadet des § 33b der Gewerbeordnung. — Entsch. I. Straß. K. in Sachen Ermrich-Küngsten vom 8. Juli 1907. — E. v. K.

***Preußen. Milchgefäße.** Eine Polizeiverordnung, die für Gefäße, in denen Milch in den Handel gebracht wird, die deutlich lesbare, nicht entfernbare Bezeichnung der Milchsorte in schwarzer Schrift auf weißem Grunde fordert, findet ihre Stütze im § 6 des PolVerwGes., wonach der Schutz des Eigentums, das öffentliche Festhalten von Nahrungsmitteln und die Sorge für Leben und Gesundheit der Einwohner Gegenstände des polizeilichen Verordnungsrechtes bilden. Zu den Milchgefäßen, die solchen Vorschriften unterworfen sind, gehören auch die Kannen, in denen Milch in die Häuser der einzelnen Kunden gebracht wird. Ebenso sind die Kannen, in die vom Milchwagen aus Milch abgelassen wird, um diese an Kunden weiter abzumessen, Gefäße, in denen Milch in den Handel gebracht wird. — Entsch. I. Straß. K. v. 26. Juni 1907 in Sachen Rallow-Frankfurt a. D. — E. v. K.

Preußen. Knüttelung der Hunde. Eine Polizeiverordnung, die fordert, daß Hunde, für die nicht der Maulkorbzwang vorgeschrieben ist, festgelegt oder mit einem am Hals befestigten Knüttel versehen werden müssen, ist ihrer zu allgemeinen Fassung wegen rechtsgültig. Sie wäre rechtsverbindlich, wenn sie die Knüttelung nur für solche Hunde vorschriebe, die auf der öffentlichen Straße oder sonst an Orten, wo Menschen zu verkehren pflegen, herumlaufen, nicht aber dem Wortlaut nach auf solche anwendbar wäre, die auf geschlossenen Gehöften oder selbst im Zimmer

gehalten werden. — Entsch. I. Straß. K. v. 17. Januar 1907. — St.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Hochspannungen. Polizeiliche Verfügungen.** Die Polizei ist befugt, bei solchen gewerblichen Anlagen, die einer Genehmigung aus § 16 GewO. nicht bedürfen, die Befestigung polizeiwidriger Zustände zu fordern. Sie darf aber nicht bestimmte Anlagen machen, wenn die Befestigung des polizeiwidrigen Zustandes auch mit andern Mitteln zu erreichen ist. Sie darf also für die Hochspannung eines Elektrizitätswerkes nicht die Andringung von Regen, die ein Herabfallen losgerissener Drähte verhüten sollen, vorschreiben, wenn Gefahren für das Publikum auch anderweitig abgewendet werden können, z. B. durch Höberlegung der Leitung, die es bewirken würde, daß abgerissene Drähte nicht so weit hinabreichen, daß daruntergehende Personen berührt werden können. Auch kann herabfallender Draht spannungslos, also unschädlich gemacht werden. — Entsch., P. O. v. 6. August 1907 in Sachen Taunus-Elektrizitätswerks in Soden. — E. v. O.

IV. Sächsisches Oberverwaltungsgericht.

Sachsen. Gewerbesteuer der Bahnhofswirtschaften. Der Pächter einer Bahnhofswirtschaft betreibt für eigene Rechnung das Schankgewerbe; er unterliegt daher der örtlichen Gewerbesteuer. — Entsch. vom 25. Juni 1906. — II, 145. — St.

V. Oberlandesgericht Köln.

***Deutsches Reich. Polizeistunde.** Ein Wirt kann wegen Überschreitung der Polizeistunde auch dann bestraft werden, wenn die Übertretung in seiner Abwesenheit durch einen Stellvertreter begangen ist. Das Dulden über die Polizeistunde setzt nicht voraus, daß der Wirt um das Verweilen seiner Gäste weiß, vielmehr kann der Wirt, da es sich um ein Polizeidelikt handelt, auch durch fahrlässiges Dulden sich strafbar machen, wenn er beispielsweise für den Fall seiner Abwesenheit seinen Vertreter nicht mit genügender Weisung in betreff der Zuneigung der Polizeistunde versehen hat. — Entsch. JrStrSen. O. v. Köln vom 21. August 1907 gegen einen Schankwirt zu Morsbad bei Waldbrohl. — St.

VI. Landgericht Breslau.

Preußen. Zwangswises Photographieren. Widerstand gegen die Staats

gewalt. Die Polizei ist in Preußen berechtigt, zu kriminalpolizeilichen Zwecken Personen zwangsweise zu photographieren. Ein hierbei geleiteter Widerstand ist als Widerstand gegen die Staatsgewalt zu bestrafen, da die Beamten bei der Durchföhrung des Zwanges sich in berechtigter Ausübung ihres Amtes befinden — Entsch. RStR 166. Breslau vom 5. September 1907 gegen Schmittmachergefeßen Josef Birtner. —

VII. Bezirksaussschuß Berlin.

***Deutsches Reich. Bedürfnisfrage für Animierkneipen.** Die Frage, ob ein Bedürfnis für den Ausschank von Branntwein vorhanden ist, ist stets auf Grund der vorhandenen besonderen Umstände zu entscheiden. Hierbei kann die Tatsache, daß in dem Lokal früher der Branntweinausschank erlaubt war, in Verbindung damit, daß in einem bestimmten Umkreise ältere Bewerber nicht vorhanden sind, allein nicht entscheidend sein. Es kommt auf die Art des Lokals und die Beschaffenheit des dort verkehrenden Publikums an. Nach der Erfahrung des Gerichts ist für ausgesprochene „Weiberkneipen mit Animierbetrieb“ ein Bedürfnis für Branntweinausschank in der Regel nicht vorhanden, da die Gäste diese Lokale aufsuchen, nicht um ein Trinksbedürfnis zu befriedigen, sondern um sich dort zu „vergütigen“. — Entsch. RM. Berlin Abt. I vom 2. Juli 1907. — R. 42/07. —

VIII. Schöffengericht Offenbach.

Deutsches Reich. Wahrnehmung berechtigter Interessen. Ein Streikleiter, der die Aufgabe übernommen hat, Ordnung zu halten, handelt nach Ansicht des Gerichts in Wahrnehmung berechtigter Interessen, wenn er einen Schutzmann, der verkehrshörende Ansammlungen Streikender zerstreuen will, beleidigt. — Entsch. SchG. Offenbach vom 6. September 1907 in Sachen R. Sabicht. —

Druckfehlerberichtigung.

In dem Kammergerichtsurteil vom 11. Juli 1907 **Barbiergewerbe, Gesundheitspolizeiliche Vorschriften** auf Seite 251 des „Wendarm“ muß es in Zeile 14 statt § 61 heißen 64. Die Schriftleitung.

*) Wir halten diese Entscheidung, die der Streikorganisationen, nach wenn sie im Gegensatz zu den Anforderungen der Ordnung und Verkehrspolizei den Verkehr über, für eine berechnete Einschüchterung, für unheilvoll bedenklich. Die Schriftleitung.

Polizeibericht.

Besichtigungen. Außer den 2. 178 mitgeteilten Besichtigungen hielt solche Se. Excellenz der Herr Chef der Landgendarmarie, Gen. d. Maj. v. Hennigsd., noch ab: in der 2. Wend.-Brig. am 20. 8 in Zwinenwinde, am 20. 8. in Lauenburg i. P.; in der 3. Wend.-Brig. am 21. 8. in Arnswalde; in der 12. Wend.-Brig. am 22. 8. in Schwy, am 23. 8. in Thorn, am 24. 8. in Elbing; in der 1. Wend.-Brig. am 24. 8. in Reidenburg, am 24. 8. in Remel, am 27. 8. in Braunsberg; in der 8. Wend.-Brig. am 5. 9. in Wesel, am 6. 9. in Cleve, am 7. 9. in Schleiden, am 9. 9. in Wittlich, am 10. 9. in Cochem.

Verwaltung. Kellnerinnenverordnung. Die Polizeibehörde in Glogau hat am 3. Juli 1907 eine Polizeiverordnung über die Ausübung des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes mit Kellnerinnen-Erbenennung erlassen, die sich im wesentlichen an die andernorts bestehenden Kellnerinnenverordnungen anschließt. Bemerkenswert sind uns folgende Vorschriften erschienen (Schlußsatz des § 2): „Nach Eintritt der Polizeistunde haben die Kellnerinnen die Schankställe ungesäumt zu verlassen und dürfen dieselbe vor 7 Uhr morgens nicht betreten“ und (§ 6): „Minderjährige weibliche Personen dürfen als Kellnerinnen nur angenommen werden bezw. dienen, wenn sie außer den vorbezeichneten Zeugnissen noch die schriftliche, obrigkeitlich beglaubigte Vereinbarung des Vaters bezw. des Vormundes darüber besitzen, daß dieser mit ihrer Beschäftigung als Kellnerin einverstanden ist. Solange diese Papiere nicht vorgelegt sind, darf die betreffende Person als Kellnerin nicht beschäftigt werden.“ Ob die letztere Bestimmung rechtsgültig ist, scheint uns im Hinblick auf § 41 Gew.O. freilich zweifelhaft. (Vgl. hierzu die Kammergerichtsurteile vom 20. Juni 1907 „Der Wendarm“, 5. Jahrg., S. 277.)

Königliche Polizei in Vichtenberg. Die am 1. April 1908 neu zu errichtende königliche Polizeiverwaltung soll, wie verlautet, etwa 120 Schuhmänner erhalten. Den Vichtenberger Gendarmen ist bereits mitgeteilt worden, wohin sie am 1. April 1908 versetzt werden.

Verkehr zwischen preussischen und österreichischen Behörden. Im Amtsblatt der k. k. Bezirkshauptmannschaft Ansfing vom 29. März 1907 werden die Bürgermeister- und Gemeindevorstände der Hauptmannschaft darauf aufmerksam gemacht, daß nach den bestehenden Vorschriften der unmittelbare Verkehr der Gemeinden mit ausländischen Behörden nicht zulässig ist

und daß preussische Behörden mit Recht Ersuchen der Gemeinden, die ihnen nicht durch Vermittlung der politischen Bezirksbehörde zugehen, ablehnen oder der Zentralstelle zurücksenden.

Auskünfte aus polizeilichen Melderegistern. Den öffentlichen Behörden und Beamten einschließlich der Notare haben die Meldämter der königlichen Polizeiverwaltungen in Preußen unentgeltlich Auskunft zu geben. Dagegen haben laut ministerieller Anweisung die Rechtsanwält, die in Armensachen als Prozeßbevollmächtigte bestellt sind, keinen Anspruch auf unentgeltliche Auskunft.

Strafbarmachen des Almosengebens. Die Polizeiverwaltung zu Altenburg hat eine Bekanntmachung erlassen, die das Almosengeben (Verabreichen von Geld und verwertbaren Sachen) an Bettler und Landstreicher bei Strafe verbietet. Es wird angedeutet, daß die Zunahme des Bettler- und Landstreicherumwens durch das planlose Verabreichen von Geld und Kleinigkeiten an die Ansprechenden hervorgerufen werde, von denen gerade die frechen Vurschen in der Regel die besten Geschäfte machen. Eine ältere Polizeiverordnung über den gleichen Gegenstand besteht unseres Wissens in Magdeburg.

Ausverkaufsnunwesen. Die Handelskammer Münden-Glabach sprach sich einstimmig für Erlass eines Gesetzes zur Einschränkung des Ausverkaufsnunwesens aus.

Verichterstattung in Gnaden-sachen. Der Preussische Justizminister hat folgendes verfügt: „Bei der Verichterstattung in Gnaden-sachen bedarf es künftig der Verfügnng von Altemauszügen und Urteilsabschriften nicht a) in den Fällen, in denen, von Nebenstrafen abgesehen, lediglich auf Geldstrafe, auf Haft oder auf Festungshaft oder Gefängnis bis zu einem Jahre allein oder in Verbindung miteinander erlaubt ist, wenn entweder der erforderliche Bericht nicht Allerhöchsten Ortes angeordnet ist oder auf einen Allerhöchsten Berichtsbefehl der Erste Staatsanwalt, gegebenenfalls auch der Oberstaatsanwalt, kein Bedenken trägt, einen Gnadenbeweis zu bestürmen; b) in den Fällen, in denen auf Zuchthaus oder auf Festungshaft oder Gefängnis von über einem Jahre erlaubt ist, wenn der erforderliche Bericht nicht Allerhöchsten Ortes angeordnet ist und der Erste Staatsanwalt, gegebenenfalls auch der Oberstaatsanwalt, es nach Prüfung der Sachlage für unzweifelhaft hält, daß auf einen Gnadenbeweis nicht anzutragen ist.“

Verbrechen und Vergehen. Die spanischen Schatzschwindler treiben immer noch, wie neuere Nachrichten aus dem In- und Auslande beweisen, ihr Unwesen.

Merkei. Schankstätten-gesetz in Frankreich. Die freie französische Republik hat ein Gesetz erlassen, das eine sehr weitgehende Beschränkung des Schankgewerbes zur Folge haben wird. Es sollen auf je

(100 Einwohner*) in Städten nur 3 Wirtschaften oder Verkaufsstellen für alkoholhaltige Getränke kommen und keine neuen Konzessionen erteilt werden, bis die Zahl der Schankstätten entsprechend herabgedrückt ist. Ferner muß die Erlaubnis ver-sagt werden: 1. den wegen eines Ver-brechens verurteilten Gewerbern, 2. Gewerbern, die mit Gefängnis von 1 Monat oder mehr wegen Diebstahls, Betrugs, Schlerci, Erregung öffentlichen Argernisses, Verleitung Minderjähriger zu Ausschweifungen, Ver-lauf gefälschter oder gesundheitsschädlicher Nahrungs- oder Genußmittel, Haltens von Spielhöhlen, Widerstands gegen die Staatsge-walt, Körperverletzung oder Trunkenheit im Rückfalle bestraft oder die unabhängig von der Höhe der Strafe im Rückfall sich der Zoll- oder Steuerhinterziehung oder der Weinver-fälschung schuldig gemacht haben. Den Po-lizeibehörden ist es überlassen, die Abstände der einzelnen Schankstätten voneinander fest-zusetzen und zu bestimmen, daß in der Nähe öffentlicher Anstalten Schankstätten nicht er-richtet werden dürfen. Schankkontraven-tionen können durch Schließung verhindert werden; sie sind ferner mit Geldstrafen von 16—200 Fr., im Rückfalle der doppelten Strafe bedroht; neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis von 7 Tagen bis zu 1 Monat und muß stets auf Schließung des Betriebes erkannt werden. Wirte, die die Prostitution in irgend einer Form fördern, sind mit Ge-fängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren und 50—5000 Fr. Geldstrafe sowie mit Schließung des Betriebes zu bestrafen.

Uniformierung der Londoner Polizeibeamten. Die englischen Po-lizeibeamten trugen bisher einen engen Paletot, dessen Schnitt ihnen keine genügende Bewegungsfreiheit im Ringkampf mit Ver-brechern gewährte. Im November 1907 er-halten nun zunächst die höheren Beamten der City-Polizei einen neuen Paletot nach dem Muster der Kavalleriepaletots; die Konstabler (Schutzmänner) sollen zunächst die diesmal noch ausgegebenen Winteruniformen nach altem Schnitt (den bisherigen enganliegenden „Albert“ mit steifem, hohem Kragen) auf-tragen, um dann ebenfalls solche bequemen warmen Paletots zu erhalten. An Stelle des steifen Kragens tritt ein Klappekragen; auch wird ein Gürtel eingeführt. Der Stoff zu den neuen Überziehern ist blaues Tuch, warm und wasserdicht.

Unnütziges Sprechen. Infolge des Attentats auf einen Schnellzug bei Straus-berg hat ein Mitarbeiter des Berliner Tage-blatts* im Eisenbahn-Ministerium Erkundigungen erzwungen. Die ihm dort erteilte Auskunft gibt er im Beiblatt seiner Zeitung vom 4. September, Spalte 3, wieder. Am Schluß dieser Auskunft heißt es nun: „And-erkmal liegt der besondere Glücksumstand

*) In Berlin kommen auf 100 Einwohner 3 Schankstätten.

vor, daß das beschädigte Schienenstück nicht in der Kurve, sondern auf freier Strecke lag. Es ist zu vermuten, daß der Zug, der zu den schnellsten gehört, die aus dem Osten nach Berlin kommen, infolge der geradlinig wirkenden Wehrung zunächst auf die Gleisschwellen geraten ist und erst dort allmählich seine lebendige Kraft verzehrt hat. Wäre das Unglück in der Kurve geschehen, dann hätte eine zentrifugal vor sich gehende Entgleisung unberechenbare Folgen haben können. Es ist eine alte Tatsache, daß Schädigungen im geraden Gleise fast nie ein folgenschweres Unglück verursachen, sondern von der Angemessenheit kompensiert werden. Hier liegt auch der Unterschied zwischen diesem Eisenbahnunfall und dem von Tremeßen, der nur deshalb so furchtbare Folgen gehabt hat, weil er sich in freventlichem Gelände zutrug.“ Ist man nicht berechtigt, auch hier einmal wieder dem Auskunftsleiter zuzurufen: „Weniger wäre mehr gewesen!“ Hat denn der Auskunftsleiter nicht überlegt, daß seine Auskunft den zufälligen Verbrechern zeigt, wie die Sache besser gemacht werden kann?

Österreichische Gendarmerie. beim in England. Während seines diesjährigen Aufenthalts in Böhmen äußerte König Edward von England den Wunsch, einen Helm, wie er in der österreichischen Gendarmerie eingeführt ist, zu erhalten, um ihn in England bei der Gendarmerie einführen zu lassen. Bezirkshauptmann Prinz Liechtenstein überreichte daraufhin dem Könige einen Gendarmehelm, an welchem der König viel Gefallen gefunden haben soll.

Aber die loadere Tat des bayrischen Kameraden Knoll in Augsburg berichtet die „Augsb. Abendzeitung“, wie folgt: „Der bei der Pferde-Ischäckerwitwe Anna Zimmermann in Ptersee bedienstete Fuhrknecht Georg Fischer kehrte gestern mittag vom Tausfahren heim und wollte in der gegenwärtig hochgehenden Vertach seinen Wagen reinigen, zu welchem Zweck er die Pferde auf eine ihm bekannte Sandbaal, die aber vom Hochwasser überflutet wurde, zutrieb. Die Pferde wurden jedoch von der Strömung erfasst und verloren den Halt, so daß das ganze Gefährt von den Wellen mit fortgerissen wurde. Dabei kippte der Wagen um und überfüllte sich mehrere Male, die Pferde wurden in die Stränge verwickelt und der Fuhrknecht selbst blieb mit seinem Schurz an einem Wagenteil hängen und war nicht mehr imstande, sich selbst in Sicherheit zu bringen. Man sah schließlich nur noch die Köpfe der Pferde über Wasser ragen und dahintreiben. Auf der Vertachbrücke standen wohl 250 Personen, die aber nicht einen Finger zur Rettung der Untergehenden rührten, ja man hörte sogar Bemerkungen wie: „Wär der dumme Seel net neig'fahren, dann wär 's ihm net passiert; der soll nur verkaufen, dem g'schicht 's ganz recht.“ Da kam, vom einem Patronillengang

von Tentrungen zurückkehrend, der Gendarm Knoll, der die Situation kaum überblickt hatte, als er auch schon in die hochgehenden Fluten sprang, dem Sattelpferd den Kopf in die Höhe hob und mit seinem Taschenmesser die Stränge abschnitt. Inzwischen tauchte auch der Knecht wieder aus dem Wasser auf, dem Knoll das Messer reichte, damit er die Stränge des Sandgauls durchschneiden konnte. Ein weiterer Reiter in der Person des Wäckermeisters Reitmeier warf dann von der Brücke aus ein Seil hinab und ging dann selbst noch ins Wasser, um das Rettungswerk vollenden zu helfen. Mit weiteren Seilen wurde dann später auch noch der Wagen an das Land gezogen. Ohne das energische, entschlossene Eingreifen des Gendarmen Knoll wäre ein großes Unglück unvermeidlich gewesen.“

Personalveränderungen.

Ordensverleihungen.

- v. Asmuth, Oberstleutnant und Brigadier der 7. Gendarmen-Brigade, den Königlich Preussischen-Orden 3. Klasse, Simon, Weiß, Hauptleutnant in der 7. Gendarmen-Brigade.
- v. Wintersfeldt, Hauptmann in der 10. Gendarmen-Brigade.
- Ehrlke, Rechnungsrat, Zahlmeister des Korpsstabes der Landgendarmarie, den Roten Adler-Orden vierter Klasse verliehen erhalten.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 30. 8. 07 den Aufgendarmerie- und Wachtmeistern Dentrach und Wilsch, beide in der 7. Gend.-Brig.,

das Allgemeine Ehrenzeichen Allergrnädigst zu verleihen geruht.

Beförderungen.

- v. Blumröder, Hauptmann in der 8. Gendarmen-Brigade, zum Major,
- Seutter, Oberstleutnant in der 12. Gendarmen-Brigade, zum Hauptmann befördert.

Sonstige Veränderungen.

1. Brigade.

H. Schade, Heinrichsdorf, St. Reidenburg, am 1. 4. 07 als Steuer-Anseher nach Verjassen, St. Hedelung, ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 10. 07 aus.

3. Brigade.

H. a. Pr. Brann II, Oberschnurweide, am 4. 9. 07 v. f. Truppenteil zum Witzfeldweibel bef. — H. a. Pr. Tilsner, Tschow, Prignitz, am 11. 9. 07 v. f. Truppenteil zum Witzfeldweibel bef. — H. Peter, Mariendorf, am 1. 4. 07 als Bureau-Anwärter b. Magistrat Berlin o. Geh. beurl., scheidet am 1. 10. 07 aus. — b. St. Sedle, Sturig, Prignitz, am 1. 7. 07 als Stations-Aspirant in St.-Althoff o. Geh. beurl., wird am 1. 10. 07 als H. in Voghen-Hummelsburg wiederernannt.

4. Brigade.

b. W. Preiting, Halle a. S., am 1. 9. 07 pensioniert.

5. Brigade.

W. Weig, Stroschitz, am 1. 12. 07 penf. — W. Barballa und Schorsch, Kronschewitz. Standort heißt jetzt Marienbromm. — b. W. Marcinial (Schubert) nennt sich jetzt Martini.

6. Brigade.

b. W. a. Fr. Biehoff, Lüdwig O.-S., am 30. 9. 07 zur Truppe zurück.

7. Brigade.

b. W. Raube, Dartum, am 1. 10. 07 als L.W. a. Fr. nach Hagen.

8. Brigade.

W. a. Fr. n. Wrig, Schreiber Wallrath, Coblenz, am 30. 9. 07 zur Truppe zurück.

9. Brigade.

W. Stegmann, Segeberg, am 15. 7. 07 fmdrt. nach Altbeinendorf b. Biel, am 15. 9. 07 vom Ado. zurück. — W. Kroß, Vöhl, am 7. 9. 07 fmdrt. nach Gottfried (Schleswig). — b. W. a. Fr. Dielow, Wandsbeck, am 2. 8. 07 fmdrt. nach Bramfeld, am 31. 8. 07 vom Ado. zurück.

10. Brigade.

L.W. a. Fr. Beumer, Rothelm (Hannover), mit 1. 10. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — W. Eickhoff, Wittmund, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Kanzlei-Gehilfe bei der Regierung in Cassel, scheidet am 1. 10. 07 aus. — W. Ostenburger, Hr. Buchholz b. Al. Buchholz (Str. Hannover), am 1. 10. 07 penf.

11. Brigade.

W. Schmidt XI, Kronhanen Pl. Cassel, am 1. 9. 07 o. Geh. beurl. als Bureau-Diätar beim Polizei-Präsidium Frankfurt a. M. scheidet am 1. 10. 07 aus. — b. W. Hef, Weismungen, am 1. 10. 06 o. Geh. beurl., scheidet am 1. 10. 07 aus. — W. Hübner, Limburg a. d. Lahn, am 9. 9. 07 verstorben.

12. Brigade.

W. Ulrich, Schnatenburg, am 4. 9. 07 nach Einlage bei Schiwenhorst fmdrt. — W. Babin, Wehtusen, am 4. 9. 07 nach Einlage bei Schiwenhorst fmdrt. — W. Böhm, feldt, Boglaß, am 4. 9. 07 nach Einlage bei Schiwenhorst fmdrt. — W. Gerschewski, Waldorf, am 4. 9. 07 nach Einlage bei Schiwenhorst fmdrt. — L.W. Sauer, Remmatt (Weistr.), am 1. 11. 07 penf. — b. W. Stein, Fr. Starzard, am 1. 10. 07 penf. — b. W. Aumann, Hr. Keistenau, am 10. 9. 07 an Magen- und Verleiden gestorben.

Brigade Elßaß-Vorheingen.

Der Brigadewachmeister Liebezog vom 2. Unter-Elßaß. Feldart. Regt. Nr. 67, am 10. 9. 07 als i. b. W. nach Rohrbach Vohr. zur Probefriedensleistung einberufen. — i. b. W. Zutter, Rohrbach Vohr. am 15. 9. 07 zur Truppe zurück.

Chrentafel.

Das 25 jährige Dienstjubiläum beging am 1. September Kam. Oberwachmeister Wandach 1 in Waldenburg. Am 3. September fand daselbst gelegentlich einer Dienstversammlung in der

Deinsdorfischen Bierhalle die Feier dieses Gedentages statt, zu der außer den Kameraden (4 Oberwachmeistern des Distrikts und 17 Gendarmewachmeistern des Bezirks) ungefähr 40 Bürger, zum Teil mit ihren Damen, erschienen waren. Zahlreiche Glückwunschkarten und -telegramme, auch von ehemaligen und jetzigen Vorgesetzten, legten Zeugnis von der Achtung und Verehrung ab, die sich der Jubilar zu erwerben verstanden hat. Besonders erfreut wurde er durch das Erscheinen des Kam. Gendarmewachmeisters a. D. Reisthaner, seines ehemaligen Korporalschüßlers, der als Sergeant ihm die erste militärische Ausbildung hatte zu teil werden lassen.

Kam. Wandach trat am 1. Januar 1873 als Dreijährig-Freiwilliger bei der 3. schweren Batterie Niederschlesischen Feldartillerie-Regiments Nr. 5 ein und wurde am 9. 1. 75 Unteroffizier und am 1. 2. 78 Sergeant. Am 1. 9. 82 trat er zur 6. Gendarmewach-Brigade über und wurde in Poslau L. S. stationiert. Nachdem er am 1. 10. 87 als interim. Oberwachmeister nach Friedberg berangezogen war, wurde er am 11. 4. 88 bestätigt und am 1. 10. 96 nach Waldenburg versetzt. Er besitzt die Dienstauszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsmedaille, das Kaiserliche Ehrenzeichen und das Kreuz zu diesem.

Auskunft.

Kam. O. W. W. Gendarmewachkalender. Wir werden den Kalender so billig wie möglich liefern; vergessen Sie aber nicht, daß die neue Jagdordnung mit Ausfühungsbestimmungen und den Erläuterungen im Buchhandel allein schon 1,60 M kostet. Wir können einen so gediegenen Kalender, der in Ganzleinen gebunden sein muß und dessen Einband durch die Anbringung einer Einladungsöffnung für das auswechselbare Notizbuch noch verteuert wird, nur zu dem vorgezeichneten Preise ohne Verlust liefern, wenn die Mehrzahl der Kameraden je ein Exemplar selbst bestellt. Nr. 253. G.-Ch.

Kam. F. W. S. II. und andere. Verzeichnis der Gendarmen. Ein Verzeichnis der Gendarmen mit Angabe des Standorts wird der Gendarmewach-Kalender für 1908 noch nicht enthalten. Gegen ein solches Verzeichnis wird eingewandt, daß es am Tage des Erscheinens des Kalenders schon teilweise unrichtig sein würde, weil durch Versetzungen, Pensionierungen, Abkommandierungen, Entlassungen, Neueinstellungen zu große Veränderungen kämen. Abgesehen von dem Verzeichnis so viel Raum in Anspruch nehmen, daß der Kalender dann in zwei Teilen erscheinen und mindestens 2,50 M kosten müßte.

Nr. 259. G.-Ch.

Kam. b. G. D. Gendarmewachkalender für 1908. Die Armee-Einrichtung des Kalenders gibt selbstredend bei jedem Regiment an, zu welchem Armeekorps, welcher Division und welcher Brigade es gehört, in welcher Garnison es steht und zu welcher Dienstklasse die Garnison gehört. Wir gehen sogar noch weiter und geben bei jedem Regiment das Stiftungsjahr an. Trotzdem nimmt die Quartierliste nicht viel

Raum ein, weil dieser in sorgfältigster Weise ausgenutzt wird. Nr. 245. — G.—d.

Kam. OW. R. Gendarmerialender für 1908. Wir selbst hatten die Absicht, die Bestimmungen über Arbeitsentziehung, Zurücksetzung und Weisungnahme aufzunehmen, und das entspricht auch den Wünschen mehrerer Kameraden; eine größere Anzahl behauptet nun aber, diese Bestimmungen hätte jeder Gendarm im Kopf. Wir sind jedoch nicht abgeneigt, diese Bestimmungen noch aufzunehmen, sofern eine größere Zahl von Bestellern dies wünscht. Nr. 221. — G.—d.

Kam. G. Wachtm. C. in L. Das Verhältnis des Kreissekretärs zum Gendarm. Aus der Dienstvorschrift Ziffer 115 und 116 können Sie ersehen, daß der Kreissekretär nur so lange Vorgesetzter der Gendarmen ist, als er ausdrücklich mit der Vertretung des Landrats beauftragt oder in dessen Auftrag in den Bezirk der Gendarmen einmündet wird. Den Gendarmen muß es selbstverständlich bekannt gegeben werden, wenn eine solche Vertretung eintritt. Eine bestimmte Form der Bekanntgabe ist in der Dienstvorschrift nicht vorgesehen. Das Verhältnis der Gendarmen zum Kreissekretär in der übrigen Zeit ist aus Dienstvorschrift Ziffer 118 leuchtend klar und Ziffer 100 zu ersehen. Nr. 238. — A.

Kam. FW. W. in E. Marktverzeichnis. Ein Verzeichnis der Märkte würde den Umfang des Malenders bedeutend vermindern und seinen Preis erhöhen; denn wir müßten das gesamte Verzeichnis aufheben. Dadurch würde jeder Weigerer des Malenders gezwungen, das Material für ganz Preußen bei sich zu führen, während er es nur für einen oder zwei Kreise braucht. Es empfiehlt sich, die Märkte in die Werttafel einzutragen nach einem Malender, den man einträgt, und dann im Notizkalender unter dem betreffenden Monatstag gleichfalls einen entsprechenden Vermerk zu machen. Nr. 257. G.—d.

Kam. G. W. L. in H. Bierverkauf über die Straße an Sonn- und Feiertagen. Den Gast- und Schankwirten ist der Verkauf von Bier über die Straße an Sonn- und Feiertagen während der für den Bierhandel geschlossenen Zeit nicht gestattet. Zwischen Bier in Gläsern oder in Krügen und zwischen Brauwein besteht hier kein Unterschied. (Bgl. auch die Entscheidung des LG. Köln vom 21. August 1907 in Nr. 12 dieses Jahrs.) Nr. 198 a. — u.

Kam. FW. B. in R. Wand-Abreißkalender. Die Beigabe der großen Verkehrskarte legt und schon sehr große Opfer auf; daneben auch noch einen Wand-Abreißkalender dem Gendarmerialender beizufügen, ist unmöglich. Allerdings dürfte der Notizkalender, der auf zwei gegenüberliegenden Seiten die sieben Tage der Woche und für jeden Tag den nötigen Notizraum aufweist, für Erinnerungszwecke besser sein, sobald man sich daran gewöhnt, den Malender des Abends aufgeschlagen an den Nachtschlaf zu legen und regelmäßig des Morgens zuerst einen Blick in den Notizkalender zu werfen. Nr. 258. G.—d.

Kam. OW. H. in T. 1. Nutzen der Pension. Das Recht auf den Bezug der Pension

ruht, wenn und solange ein Pensionär im Reichs- oder Staatsdienste ein Dienstverhältnis bezieht, insofern als der Betrag dieses neuen Dienstverhältnisses unter Zuzurechnung der Pension den Betrag des von dem Beamten vor der Pensionierung bezogenen Dienstverhältnisses übersteigt. Als Reichs- oder Staatsdienst im Sinne dieser Vorschrift gilt außer dem Militär- und Gendarmerialdienste jede Anstellung oder Beschäftigung als Beamter oder in der Eigenschaft eines Beamten im Dienste des Deutschen Reichs, eines Bundesstaates, eines deutschen Kommunalverbandes, der Versicherungsanstalten für die Invalidenversicherung und ständischer oder solcher Institute, welche ganz oder zum Teil aus Mitteln des Reichs, eines Bundesstaats oder eines deutschen Kommunalverbandes unterhalten werden. Bei Berechnung des früheren und des neuen Dienstverhältnisses sind diejenigen Beträge, welche für die Vorsehung von Repräsentations- oder Dienstaufwandkosten sowie zur Entschädigung für außergewöhnliche Feuerungsverhältnisse gewährt werden, und die Dienstzulagen der Auslandsbeamten nicht in Ansatz zu bringen; die Dienstwohnung ist mit dem pensionsfähigen oder sonst hierfür festgesetzten Wert, der Wohnungsgeldzuschuß oder eine dementsprechende Zulage mit dem pensionsfähigen Betrage oder, sofern er nicht pensionsfähig ist, mit dem Durchschnittssatz anzurechnen. Ist jedoch bei dem neuen Dienstverhältnis der wirkliche Betrag des Wohnungsgeldzuschusses oder der Zulage geringer, so ist hier dieser anzurechnen.

2. Anzug beim Weiden. Wenn der Oberwachmeister zu einem Dienst in seinem Standort befohlen wird, sich also bei dem betreffenden Vorgesetzten melden muß, so hat er gemäß R 1 Ziffer 95, Anmerkung 1 hierzu im Helm zu erscheinen, falls der Vorgesetzte es nicht anders bestimmt. Wenn der Oberwachmeister sich in dienstlichen Angelegenheiten zu dem vorgelegten Standort begibt, so hat er, da doch in der Regel hierbei Meldungen zu erhalten sind, im Helm zu erscheinen, wenn nicht der Vorgesetzte ihn hiervon etwa dauernd entbunden hat. Meinungslos bezieht sich das Tragen des Helms zur Meldung im Standort gemäß R 1, Ziffer 95, Anmerkung 1 nur auf die in der D. V. Ziffer 30 aufgeführten Fälle. Hier sind nur die Veranlassungen angegeben, aus denen der Oberwachmeister ohne besonderen Befehl persönlich Meldung zu erstatten hat. Nr. 216. — A.

Kam. OW. Ch. Die Eisenbahn- und Verkehrs-karte von Mitteleuropa. Die wir kostenfrei dem Gendarmerial- Malender begeben, weist sämtliche Eisenbahnlinien (Sammlzüge und Nebenlinien) und die Hauptstellen — die wichtigsten mit Angabe der Entfernungen in km — auf. Die streifschäden sind durch besonderen Druck hervorgehoben. Die Karte reicht im Norden bis Kristianstad (Schweden), im Süden bis Venedig (Italien), im Osten bis Warschau (Rußland) und im Westen bis Châlons (Frankreich).

Nr. 200. G.—d.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.

Nr. 13.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerschbach zu Berlin.

1907/08.

Neue Polizeihundgarnitur.

Für alle, welche mit Aufmerksamkeit die Bestrebungen verfolgen, Hunde im öffentlichen Sicherheitsdienst zur Verwendung zu bringen, war sicherlich nicht nur die ungelöste Streitfrage, welche Hunderrasse für den Polizeidienst am geeignetsten sei, die einzige, welche Interesse bot. Speziell Kynologen bot die Art der Dressur und Verwendungsmöglichkeit viel des Wissenswerten und ganz natürlich unterhielt man sich auch über die Frage, was zur Ausrüstung eines „Polizeihundes“ gehört und wie diese beschaffen sein soll.

Dass die Ausrüstung in erster Linie aus Halsband und Führleine, dann aber auch notwendigerweise aus einem Maulkorb bestehen muß, bedarf keiner weiteren Erörterung, ebenso wenig wie die allgemeinen Forderungen, die man an gute Halsbänder, Leinen und Maulkörbe stellen muß.

Für die Verwendung als Polizeihundgarnitur sind aber bei den Ausrüstungsartikeln noch spezielle Bedingungen zu erfüllen, Bedingungen, deren Erfüllung bis heute noch nicht zu erreichen war, nämlich die Möglichkeit, durch einen einzigen Druck der Hand den Hund zugleich von Halsband und Maulkorb zu lösen. Warum vom Maulkorb, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Die Lösung vom Halsband aber soll bezwecken, dem sich stellenden Verfolgte keine Abwehr- und Zugreifmöglichkeit zu bieten.

Dass man zur Erfüllung des Zweckes nur eine einzige Handbewegung für wünschenswert hält, dürfte begreiflich sein; gleichzeitig aber erscheint es notwendig, daß diese einzige Handbewegung im Ru und ohne daß sich der Führer zum Hunde wenden oder gar niederbeugen muß, in jeder Stellung des Hundes und Hundekopfes zum Führer den Hund von Halsband und Maulkorb gleichzeitig frei macht.

Alle bisherigen Systeme entsprechen diesen Bedingungen nicht; auch das in Nr. 26 vom 30. 3. 07 des „Polizeihund“ abgebildete und beschriebene Ausrüstungsstück erfüllt nicht ganz die Bedingungen, wie ich sie oben skizziert habe, wenn auch diese Dessauer Garnitur einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Meine Bedenken aber gegen diese Garnitur sind nachstehende:

1. Die Kette, die den Maulkorb mit der Leine verbindet, scheint mir praktisch und auch nicht gefällig im Aussehen. Unpraktisch deshalb, weil der Hund sich beim Stehen in darin verfangen und auch an Gegenständen, an denen er angelehnt vorüber muß, hängen bleiben kann; endlich ist auch der Metallklang der Kette an sich sowie der bei Verührung mit

Metallstücken des Halsbandes und Maulkorbes verursachte Klang kaum wünschenswert.

2. Die in dem Artikel angegebene Möglichkeit, daß mit dem Öffnen des Halsbandes ohne weiteres mit dem Halsband auch der Maulkorb abfällt, ist meines Erachtens nur dann möglich, wenn der Hund gerade zufällig seinen Kopf zur Erde senkt, nicht aber, wenn er, bereits auf etwas aufmerksam geworden, schon in einer gewissen Erregung oder bereits in Verteidigung oder zum Angriff bereit, Haltung eingenommen hat. In diesem Fall muß bei der Dessauer Ausrüstung unbedingt der Führer nach dem Öffnen der Schließzange noch eine weitere Bewegung machen oder gar die zweite Hand benutzen, um den Maulkorb nach vorn über die Schnauze des Hundes zu streifen. Damit komme ich zu gleich

3. zu dem Hauptnachteil dieser Haltung, daß nämlich der Führer notwendigerweise sich zum Hunde wenden oder gar niederbeugen muß und mit der Hand erst nach der Zange zu tasten gezwungen ist.

Nun wird mir aber vor einigen Tagen eine bereits zum Patent angemeldete Erfindung des Herrn Ratssassessors Carl Zimmermann in Würzburg vorgeführt und praktisch an einem als Polizeihund ausgebildeten Miredaleterrier gezeigt und hier muß ich sagen, daß der Erfinder eine Polizeihundgarnitur geschaffen hat, die wirklich ideal zu nennen ist. Einfach konstruiert, erfüllt sie alle Bedingungen, wie ich sie oben skizziert habe, und bietet vor allem den Vorzug, daß durch eine einzige kurze Bewegung im Augenblick, und zwar von der Hand des Führers aus, ohne daß dieser sich zum Hunde wenden oder niederbeugen muß und gleichviel in welcher Stellung sich der Hund befindet, dieser zuverlässig und leicht von Halsband und Maulkorb gleichzeitig befreit wird.

Vollendetes kann ich mir nicht denken, überlasse aber die nähere Beschreibung befähigten Federn, da ich keine Reklame für die Zimmermannsche Garnitur machen will, sondern nur meine Meinung zur Ausrüstung des Polizeihundes äußern wollte.

Hoffentlich läßt Herr Assessor Zimmermann bald die Polizeihundführer aus seiner Erfindung Nutzen ziehen. Es wäre wünschenswert, zu erfahren, wo man diese Haltung, die auch für den Jäger äußerst wertvoll ist, erhalten kann.
Würzburg. Carl Martin.

Zur Erziehung des jungen Polizeihundes.

Hat eine Polizeiverwaltung oder ein Polizeibeamter einen Welpen irgend einer unserer Polizeihundrassen erworben, so tritt

die brennende Frage sofort heran: „Wie behandelt man das junge Tier richtig, um einen brauchbaren Polizeihund aus ihm zu formen?“ Diese Frage wird und muß sich jeder vorlegen, der zum erstenmal in die Lage kommt, einen Polizeihund erziehen und später dressieren zu müssen, und gewiß ist dieselbe sehr berechtigt; denn Fehler, welche am jungen Hunde gemacht werden, hängen dem Tiere stets an und verursachen dem Führer des Hundes später viel Arbeit und Ärger. Gewiß erfordert die richtige Erziehung des jungen Tieres viel Mühe, viel Arbeit und vor allem viel Ausdauer und Geduld, aber bei Lust und Liebe zur Sache und dem richtig eingeschlagenen Wege wird der gut erzogene Hund dem Dressur dies später alles erleichtern und so die schon bei der Erziehung angewendete Mühe belohnen. Ich will nun streng unterscheiden zwischen Erziehung und Dressur des Hundes. In der Erziehung müssen wie bei der Dressur alle Fehler des Tieres gerügt werden; nur muß der Erzieher des jungen Welpen viel vorsichtiger sein, damit derselbe ja nicht handfäul oder ängstlich gemacht wird, und darf die Ruhe und Geduld des Erziehers nie erlahmen. Doch nun zur Sache!

Ist der Welpe vier Monate alt geworden, so beginnt die eigentliche Erziehung. Man nimmt sich das junge Tier täglich etwa eine halbe Stunde in einem geschlossenen Raume vor und versucht zuerst, ihn an der kurzen Leine führig zu machen. Immer muß man recht vorsichtig den sich sträubenden Hund an die linke Körperseite bringen, an welcher er später, angeleint, ausschließlich zu laufen hat. Bei freundlichem Ruf wird es bald gelingen, daß das junge Tier an der linken Seite bleibt und sein Sträuben aufgibt. Nun beginnt man damit, den Hund in geschlossenem Raum an die Kette zu legen, an welcher er dann weder winseln noch heulen darf; auch führt man ihn des Nachts öfters in den Hof oder auf die Straße, aber stets nur an der Leine. Dadurch, daß der Welpe nie ohne Leine ausgehen darf, wird demselben fest eingeprägt: du hast keinen eigenen Willen, du hast nur der Leine zu folgen, ganz gleich, ob dieselbe sich am Führer befindet oder an einen Gegenstand gebunden ist. Es wird dadurch dem jungen Tiere der Gehorsam so fest eingeprägt, daß es später eine Freude ist, einen so erzogenen Hund zu dressieren.

Nach jeder Übung muß der Hund durchaus in den Zwinger zurück, damit er nicht in die Lage kommt, irgendwo Unarten zu lernen, die seine Erziehung nur erschweren.

Hat der Hund sich nun so ziemlich an die kurze Leine gewöhnt, so kann man ihn sich hinsetzen, hinlegen, meinetwegen auch über niedere Gegenstände springen lassen, doch immer und immer nur an der Leine.

Nach der Hund alle diese Übungen zur Zufriedenheit, dann legt man ihn an die lange Leine und beginnt zu wiederholen.

Man wird sich jetzt, wenn man den Hund sich hat hinsetzen oder hinlegen lassen, weiter von dem Tiere entfernen können, ohne die Leine aus der Hand zu geben. Diese lange Leine wird den Gehorsam des Schülers erst recht befestigen. Nur halte man sich stets vor Augen, daß dies alles durchaus noch keine ernste Dressur ist, daß der Welpe nie überanstrengt werden, dem Erzieher die Geduld nie ausgehen und er den Hund nie schroff anfahren oder gar schlagen darf. Man steigert diese Übungen mit dem zunehmenden Alter und Kräften des Schülers.

Es ist bekannt, wie gern Hunde in das freie Gelände gehen. Auch diese Freude mache man dem jungen Bögling, sei aber dabei recht vorsichtig. Man führe den Hund an der Leine an einen stillen, menschenleeren Ort, der auch Verstecke bietet, die der Führer später benutzen kann, wo aber möglichst wenig Wild zu finden ist. Hier löse man den Hund von der Leine und lasse ihn tüchtig herumspitzgungen. Hat sich nun der Bögling einmal etwas weiter von dem Führer entfernt, so benutze man dieses Augenblick, um schnell in ein Versteck zu springen und dort ruhig stehen zu bleiben. Der Hund, der bei den Gängen an der Leine gewöhnt ist, sich stets nach dem Führer zu richten und auf ihn zu achten, wird sich jetzt auch öfter nach seinem Herrn umsehen und auf einmal diesen nicht mehr erblicken. Schnell läuft er nun zurück nach der Stelle, an welcher er ihn zuletzt sah, und wird nun die Nase auf die Erde nehmen und den verschwundenen Führer suchen, sei es auch nur ein paar Sprünge weit. Damit aber hat man schon viel gewonnen; man hat dem Hunde gezeigt, daß er sich auf seine Augen allein beim Finden von verloren gegangenen Sachen nicht verlassen kann, daß er dabei unbedingt der Nase bedarf und daß er seinen Herrn nie aus den Augen lassen darf.

Hat der Führer des jungen Hundes eine zweite Person zur Verfügung, so kann er dies „dem Herrn folgen“ noch weiter ausbilden. Der Gehilfe muß den Hund halten und sein Herr entfernt sich von ihm, zuerst allerdings so, daß der Hund mit den Augen folgen kann. In einer Entfernung von circa 100 Schritten läßt der Gehilfe nun den Hund los und wird derselbe nun gewiß seinem Herrn in langen Sprüngen nachellen. Dort angekommen, wird der Hund brav gelobt und sofort wieder angeleint. Täglich vergrößert man die Entfernung; bald sucht auch der Führer dem Hund aus dem Gesicht zu kommen, schlägt hier einige Pafen und versteckt sich dann; auch jetzt wird der Bögling wieder seine Nase gebrauchen. Durch diese Übungen wird zweierlei erzielt: erstens lernt der Hund die Spur seines Führers festhalten und zweitens schnell zu seinem Herrn zurückkehren.

Mit dem Apportieren beginnt man bei der Erziehung des Hundes besser noch nicht; dies

fällt erst in die ernste Dressur, welche beginnt, wenn der Bögling ungefähr 10 Monate alt geworden ist. Dann aber keine Spielerei mehr! Ruhig und vor allem nicht laut erteilt der Führer seine Befehle, rügt in Ruhe jeden Fehler. Lobt nicht zuviel und benutzt am besten ein gutes Dressurbuch, um dem Hunde Appell und Apportieren beizubringen. Je gründlicher und wir wollen sagen „geduldiger“ die Jugendausbildung des Hundes gewesen, desto leichter wird er dann in der Dressur lernen und seinem Herrn Freude bereiten. W. in L.

Dressurkniffe.

Ferm seinenführig und ferm folgen ohne Leine am Fuß, daß die Nase des Hundes bei jeder auch noch so schnellen Bewegung am linken Knie des Führers „steht“, ist eine Dressurleistung, welche einzuüben viel Arbeit bereitet. Will man aber einen in jeder Lage folgamen Polizeihund haben, so ist diese Übung — auch bei dem alten dressierten und vielleicht auch schon prämierten Polizeihund — immer und immer zu wiederholen und täglich zu üben; denn nur diese Übung bebingt den eisernen Appell, der nie versagt. Geschieht dies nicht, so wird sich die Disziplin des Hundes bald lockern und man wird ihn nicht stets in der Hand haben.

Um nun dieses Ziel zu erreichen, ist als Schliff bei jüngeren und zur Auffrischung des Gehorsams bei älteren Tieren folgendes Mittel zu empfehlen: Der junge Hund ist leinenführig, vergißt sich aber noch manchmal, der ältere Hund wird nachlässig und kommt mit seinem Kopfe locker vor, geht auch nicht mehr so dicht am Knie des Führers. Mit solchen Hunden gehe man in ein ziemlich licht beständenes Stangenholz (auch ein Obstkarten oder Wäschetrockenplatz genügen), lasse die kurze Leine recht lose und gehe ruhigen Schrittes auf einen Stamm oder Pfahl so zu, als ob man mit dem Hunde recht dicht an diesem links vorbeigehen wolle. Unmittelbar am Stamm aber macht man einen schnellen Schritt nach rechts, so daß der Führer rechts am Stamm vorbeikommt, aber so nahe, daß zwischen Knie und Stamm der Hundekopf nicht Platz hat. Der Hund, welcher nun nicht genau dem Knie des Führers folgt, wird mit der lockeren Leine gewiß diesen kurzen Schritt nach rechts nicht mitmachen, geradeaus gehen und mit einem Male befindet sich der Hund links, der Führer rechts vom Stamm. Nun lasse man die Leine ja nicht los, kummere sich auch nicht um den Hund, sondern gehe ruhig weiter, so daß der Hund durch den kleinen Stoß, den er sich selbst beibringt, gemahnt wird, seinen Platz nicht zu verlassen. Diese Übung wiederhole man später in immer schnellerem Schritt, löse auch öfters die Leine, nehme aber den Hund sofort wieder an, wenn er den schnellen Schritt nach rechts nicht mitmacht.

Ein Hund, welcher oft auf diese Weise übt, wird seinen Platz am linken Knie des Führers nie verlassen, ganz gleich, ob mit oder ohne Leine, und der Führer darf auch bei den schnellsten Bewegungen nicht das kleinste Zucken an der Leine spüren; aber auch beim Suchen usw. wird ein so gearbeiteter Hund seinen Führer nie aus dem Gesichte verlieren und das wird allein durch solche Übung in der Leinenführigkeit erreicht. Im dichtesten Gedränge auf der Straße, kurz, überall und immer wird ein so gearbeiteter Hund sich nur nach seinem Herrn richten.

Oft traf ich Belamte, bei denen der Diensthund bald vor, bald hinter ihnen an der Leine zerrte. Ich fragte diese Beamten, wie sie mit einem so gearbeiteten Hund denn durch das Getöse der Straße kamen und wie der Appell des Hundes sei. Die Herren gestanden mir offen, daß beides viel zu wünschen übrig lasse.

Ein gut dressierter Hund muß eben „leinenführig“ sein und darunter verstehe ich, daß der Hund mit dem Kopf am linken Knie des Führers jeder Bewegung in jedem Tempo genau folgt, daß der Hund, wenn er am Fuße des Führers geht, auf nichts anderes bedacht ist als darauf, seinen vorgeschriebenen Platz genau innezuhalten. Ein so gearbeiteter Hund wird den Gehorsam nie versagen und dies erreicht man nur auf oben beschriebene Weise und durch fast tägliche Wiederholung. W. G.—L. in St.

Appell. (Fragekasten Nr. 9.) Wenn der junge Hund in Dressurausgang gehorcht, nicht a/er im Freien, so kommt es darauf an, ob der Hund handfeste, also verprügelt ist, oder ob sein Temperament mit ihm durchgeht. In beiden Fällen: weg mit der Peitsche! Ist der Hund verprügelt und deshalb handfest, so ist natürlich nur durch Geduld, Geduld und nochmals Geduld und liebevolle, freundliche Behandlung etwas zu erreichen. Auch bei begangenen Ungezogenheiten darf der Hund nicht geschlagen werden, vielmehr muß man mit Strafen sehr vorsichtig sein. Liegt der mangelnde Appell am Temperament des Hundes oder ist es Eigensinn, so muß der Hund fühlen, daß sein Herr auch in der Entfernung Macht hat, seinen Befehlen Geltung zu verschaffen, und daß eine gewisse Distanz nicht vor Strafe schützt. Man nehme also einmal die Gummischleuder zu Hilfe, aus der man einige Schrotkörner verschießt. Man muß selbstredend auch da mit der Entfernung rechnen und sich hüten, etwas zu befehlen, wo man nicht sicher ist, mit seinem Befehl durchzubringen. Ehe man daher mit dem Hund ganz ins Freie geht, läßt man mit ihm auf einem größeren Hofe oder sonstigen sicheren Platz, wo der Schüler nicht so leicht austräfen kann. Manchmal helfen auch schon die Rotalien mit einer langen Leine daran, auf die man schnell den Fuß setzt und „down“ ruft, um dem Schüler beizubringen, daß schnelle Leine nicht unbedingt straflos dem Macht-

Bereich des Herrn entführen. Keinesfalls aber darf man den Hund, wenn er ungehorsam war, nachher verprügeln, wenn man ihn in die Gewalt bekommt. Eine Strafe, die der Tat nicht auf dem Fuße folgt, ist nicht nur nutzlos, sondern oft sehr schädlich. Einfache Gehorsamsübungen wie setzen, frei folgen, Leinenführigkeit, down, hereinkommen auf Befehl usw. müssen natürlich festigen, ehe man mit dem Tier ins Freie geht. Man übe also erst im Dressurraum, dann auf einem größeren Platz, wobei man dem Hund an einen langen Leine (20—30 Meter etwa) und lose umhängten Korallen zwar Spielraum läßt, aber ihn doch in der Gewalt hält. Auch im Freien lasse man ihm anfangs die Korallen und die Leine. Auch wenn man deren Ende nicht in der Hand hält, wird ihr Vorhandensein den Hund oft schon an seine Pflicht mahnen. Allenfalls kann man am Ende der Leine einen Knüppel befestigen, so daß derselbe sich beim Laufen des Hundes durch Gras oder dergl. quer stellt und so die Korallen zur Wirkung bringt. R.

Polizeihunde im Dienst.

Die Airedaleterrierhündin des Polizeisergeanten Neumann aus Schmidthorst wurde in der Nacht vom 4. zum 5. Juni d. J. von seinem Kollegen Wämmen im Dienst geführt. Der Beamte trifft um 11 Uhr nachts das Dienst-



Polizeihund „Melac“ (Airedale). Besitzer: Polizeiwachmeister Thalmeier, Sonneberg (S.-M.).

mädchen Anna Stiefer weinend an und hört, daß dieselbe auf dem Wege zur Bahn ihre Geldtasche mit ungefähr 36 M Inhalt verloren habe. Wämmen läßt die Hündin von dem Mädchen Bitterung nehmen und auf das Kommando „such“ verloren“ geht dieselbe die Spur zurück und auf beinahe 400 m Entfernung, nach Übersetzung eines Bahnübergangs, findet das Tier die Tasche und bringt sie zurück.

In Frankfurt a. M. fing Ende Juli d. J. ein Schutzmann mit seinem deutschen Schäfer-

hund zwei Verbrecher, welche unter Anwendung eines Nachschlüssels in einen Fleischerladen einbrechen wollten.

In Etendal fing ein Polizeihund einen bereits verhafteten und wieder entprungenen Einbrecher und entdeckte zwei wollene Pferdebeden, welche einem Gärtnerreibesiger vom Wagen gestohlen und versteckt waren. Auch die Spur dieser Diebe hielt er bis in die Stadt fest, wo zwei Arbeiter als die Täter verhaftet werden konnten.

Das Zuchthaus zu Lichtenburg entließ den schweren Einbrecher Stein, welcher noch in derselben Nacht in Dessau in einen Fleischerladen einbrach und durch einen Polizeihund gestellt wurde.

Am 16. August d. J. wurde in Hamburg mit Hilfe eines Polizeihundes ein entprungener Verbrecher entdeckt und festgenommen, welcher an einem Einbruch in eine Trinkhalle sich beteiligt hatte.

Die Schäferhündin Lucie, welche der Polizeiverwaltung Meierich gehört, unterstügte auf einem Patrouillengang einen Beamten äußerst tatkräftig. Sechs Arbeiter hatten mit demselben Streit angefangen, als Lucie eingriff und vier davon bis zu deren Unterbringung in sicherem Gewahrsam in Schach hielt. Hierauf brachte man die Hündin an den Tatort zurück; dieselbe nahm sofort die Spur auf und führte den Beamten bis in eine dichtbesetzte Schenke, wo die anderen beiden Arbeiter dann verhaftet wurden.

Merlei.

„Melac“, reinrassiger Airedale-Terrier größeren Schlages, wurde von der Gemeinde Sonneberg in Sachsen-Meiningen angekauft. Bisheriger Besitzer und Dressur ist der Polizeiwachmeister Thalmeier, welcher aus Melac einen vorzüglichen Polizeihund gemacht hat. Der Hund ist in Sonneberg bekannt und hat dort in seiner 1½-jährigen Laufbahn als Polizeihund schon verschiedene Verrichtungen geleistet. Wir freuen uns, daß Melac seinem alten Wirkungstreife erhalten bleibt.

Fragekasten.

Wann trennt man die selbstgezüchteten Junghunde am besten von der Mutter und wo wird der angekaufte junge Polizeihund am zweckmäßigsten gehalten, im Zwinger oder in der Familie seines Erziehers und späteren Dresseurs?

Nr. 675. Polizeiverwaltung D—m.

Berein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden. Sie Hagen.

Neue Mitglieder:

H. Lübede, Kommerzienrat, Berlin SW.; F. Raßbender, Soest i. W.; G. Blum, Buchdruckerbesitzer, Niddorf; „Berein Deutscher Schäferhund“ Berlin, die Polizeisergeanten Tichelbeders, Bröders, Krahe, Baashaus, die Polizeiwachmeister Kempe, Blasche, sämtlich zu Krefeld; Keul, Feldwebel, Montigny.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 13.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Unser Karten- und Planwesen.

Von Oberfeuerwerker Lemke-Bertin.

(Nachdruck verboten.)

XI.

Kartenlesen und Anwendung der Karten und Pläne.

(Fortsetzung und Schluß.)

Hat man den Böschungsgrad ermittelt, so läßt sich auch die Projektion einer Strecke bestimmen, von der man den Höhenunterschied des Anfangs- und Endpunktes kennt. In unserem Profildreieck wäre bei der Projektion von A-C der Höhenunterschied B-C; auf den Plänen ist es die Schichthöhe von der betreffenden Stelle. Nennt man die Grundlinie (A-B im Profildreieck) g und die Höhe (B-C im Profildreieck) h, so hat man durch Rechnung gefunden, daß

$$g \text{ bei } 1^\circ = \frac{57}{1} h$$

$$g \text{ „ } 2^\circ = \frac{57}{2} h$$

$$g \text{ „ } 3^\circ = \frac{57}{3} h$$

$$g \text{ „ } 4^\circ = \frac{57}{4} h$$

$$g \text{ „ } 19^\circ = \frac{57}{19} h$$

$$g \text{ „ } 20^\circ = \frac{57}{21} h$$

$$g \text{ „ } 25^\circ = \frac{57}{27} h$$

$$g \text{ „ } 30^\circ = \frac{57}{33} h$$

$$g \text{ „ } 35^\circ = \frac{57}{40} h$$

$$g \text{ „ } 40^\circ = \frac{57}{48} h$$

$$g \text{ „ } 45^\circ = \frac{57}{57} h$$

im letzten Falle also gleich „h“ ist. Bei Böschungsgraden, welche zwischen den angegebenen Werten liegen, muß man den Kenner des Bruches entsprechend interpolieren.

Wenn auch diese Formeln, besonders bei Winkeln über 20° , nicht mehr mathematisch genau stimmen, so ist doch die Fehlerquelle bei ihrer Anwendung ziemlich klein und kommt deshalb nicht in Betracht; zudem hat man es auch selten, außer in Gebirgsgegenden, mit Böschungswinkeln über 20° zu tun.

Von diesen Formeln lassen sich noch solche für die Berechnung des Winkels:

$$\text{Winkel in Grad} = \frac{57 h}{g}$$

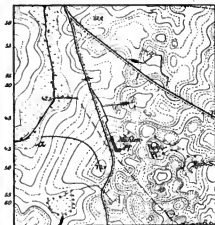
und der Höhe im Profildreieck ableiten:

$$h, \text{ g. Böschungswinkel in Grad} = \frac{57 g}{57}$$

Es geht daraus hervor, daß bei der Anwendung dieser einfachen Formeln immer zwei Stücke bekannt sein müssen. Bei den Plänen ist dies auch stets der Fall; denn aus

dem Abstand der Schichtlinien voneinander ist die Grundlinie (g) nach dem Maßstab des betreffenden Plans zu ermitteln und die Höhe (h) ergibt sich aus der Schichthöhe, d. h. aus dem senkrechten Abstand zweier aufeinander folgenden Schichtlinien. Da bei den Plänen die Darstellung verschiedener Schichthöhen durch verschiedene Arten von Schichtlinien erfolgt, so sei hierbei noch einmal auf die Zusätze zur „Geländedarstellung durch Schichtlinien“ usw. in Heft 4 der „Zweitverförmung“ hingewiesen.

Die Kenntnis vorstehender Erklärung läßt nun die mannigfachen Anwendungen zu, aus deren Fülle hier nur ein paar praktische Beispiele herausgegriffen werden sollen.



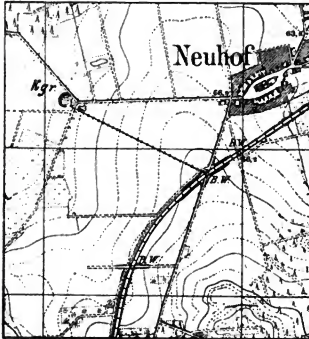
In vorstehende Skizze 1:25 000 ist nach dem in der Nord-Südrichtung führenden Verbindungsweg über den Punkt „a“ über die Höhe 70,7 ein Weg einzutragen, der nicht über $2\frac{1}{2}$ Steigung haben darf.

Da Punkt „a“ (s. Skizze) auf der Schichtlinie 45 liegt, so beträgt der Höhenunterschied $70,7 - 45 = 25,7$ m. Nach den ersten Formeln muß also die Grundlinie

$$57 \cdot 25,7 = 1464,9$$

$\frac{1464,9}{25} = 58,6$ m sein. Die kürzeste Verbindung zwischen den beiden gegebenen Punkten beträgt aber nach dem Maßstab 1:25 000 nur 515 m. Der eingezeichnete Weg muß deshalb im Bogen (wie die Skizze zeigt) geführt werden, damit die zu dem Steigungs-

winkel von $2\frac{1}{2}^\circ$ gehörende Grundriß-Entfernung erreicht wird. Wäre die kürzeste Entfernung zwischen den beiden Punkten nun größer als 588 m, so würde die Steigung nicht voll $2\frac{1}{2}^\circ$ betragen und der verlangte Weg könnte ohne weiteres auf der kürzesten Entfernung geführt werden; bei einer Entfernung von weniger als 515 m müßte aber der Bogen, den der Weg machen muß, noch größer als in dem gegebenen Fall sein.



2. Von der Kiesgrube bei der Wegegabel in vorstehender Skizze 1:25 000 ist eine Förderbahn nach dem Bahnwärterhaus südwestlich der Höhenzahl 68,2 gelegt; ihre Steigung soll ermittelt werden.

Nach den Schichtlinien liegt der Beginn der Förderbahn etwa 62,7, das Bahnwärterhaus 70,7 über M. N. Der Höhenunterschied beträgt also 8 m und die Grundriß-Entfernung nach dem Maßstab 1:25 000 770 m. Der Steigungswinkel beträgt mithin:

$$\frac{57.8}{770} = \frac{456}{770} = \text{rund } \frac{3}{5}^\circ.$$

Rechtsprichwörter.

Versetzung bringt dem Hauswirt Plag',
Löst die Beamten Mietvertrag.

Militärpersonen, Beamte, Geistliche und Lehrer an öffentlichen Unterrichtsanstalten können im Falle der Versetzung nach einem andern Ort das Mietverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin erfolgen, für den sie sonst anständig ist. (BGB, § 570.)

(Dr. Lobe: Neue deutsche Rechtsprichwörter.)

Verwaltungskunde.

Strafammern bestehen bei den Landgerichten, sie werden aus 5 Richtern gebildet. Eine Verurteilung des Angeklagten erfolgt nur, wenn sich eine Mehrheit von 4 Stimmen dafür auspricht. Die Strafkammer ist zuständig für alle Vergehen, die nicht dem Schöffengericht überwiesen sind, sowie für verschiedene Verbrechen, die nicht dem Schwurgericht zu überweisen sind. (Ger. Verf. G.)

Welthürger-Abc.

Galanterie, eigentlich das achtungsvolle ritterliche Betragen gegen Frauen, das zur Zeit der Troubadours Ehrensache war. Dann im schlimmeren Sinne der feine, leichte, trügerische Schein der Liebe, ein Liebesverhältnis, das nicht auf wirklicher Neigung des Herzens oder sinnlicher Leidenschaft beruht, sondern bloß Ergebnis des gefälligen Umganges, der Eitelkeit oder der Gefallsucht ist; daher ist Galanterie auch Bezeichnung für Liebeshandel und lockeres Leben, so daß der Franzose jetzt sogar die unbecommene Folgen der sinnlichen Ausschweifungen eine galanterie (ähn galantrie) oder galante Krankheit nennt.

Allerlei.

Nervöse Rückenschmerzen treten an bestimmten Gegenden der Wirbelsäule, in der Nähe der Schulterblätter oder in der Lendengegend auf. Die Betroffenen fürchten häufig ein unheilbares Rückenmarkleiden zu haben. Diese Annahme ist aber glücklicherweise in sehr vielen Fällen falsch. In der Regel leisten Duschen und Umschläge, auch nasse Abreibungen und Übergießungen gute Dienste. Ferner hat sich die Massage meistens bewährt.

Pferdepflege.

Mehlwasser als Pferdefutter auf Reisen. Ein höchst einfaches, aber sehr praktisches und empfehlenswertes Pferdefutter ist Roggenmehl, mit Wasser gemischt, welches in der Schweiz und Italien vielfach, anstatt des hiesigen üblichen Brotes, dann gefüttert wird, wenn die betr. Pferde auf starken Touren nur kurze Zeit zum Ausruhen haben. Solches Mehlwasser ist dem Brot dann bei weitem vorzuziehen; Pferde, die ermüdet und durstig sind, bedürfen zu viel Zeit, um Brot zu kauen. Mehlwasser wirkt dagegen sofort erfrischend und ist zuträglich als Hafer, auch wenn es unmittelbar nach großen Anstrengungen gefüttert wird.

Auflösung der Rätselle aus Nr. 12.

Lösung des Bilderrätsels:
Frisch begonnen, ist halb vollbracht.

Lösung des Rhythmusrätsels:
Dreslau; Hebe; Eha; Salbe; Laura; Abel. Ural.

Lösung des Füllrätsels:
Karpfen, Ratte, Penne.
Karpaten.

Lösung des Gabendiamants:

N
R e h
E r w i n
N e w y o r k
N i o b e
O r t
k

Lösung des Quadraträtsels:

T R O P F E N
R O M A N Z E
B A L L I N A
P A L E R M O
F L O R I A N
T R O M M E L
B A R O N E T

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 14. — 12. Oktober 1907. — Seite 317/341. — 5. Jahrgang.

Oktober						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5		
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30	31		

Herausgeber:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. G.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

November						
S	M	D	M	D	F	S
	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30						

„Der Gendarm“ erscheint **vierzehntäglich**.
Für Subskriptionen wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die 3gespalt. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Straßenpolizeiliche Beschränkungen des Ge- werbetriebs im Umherziehen	318
Gesetz- und Verordnungsstafel	319
KriegsM. vom 26. 9. 07. Versorgung im Gendarmerie- und Schutzmannsdienst	319
Aus den Parlamenten	320
Dalklosophie bei Ingenieuren	320
Gast- und Schankwirtschaften in Preußen im Jahre 1905	320
Kongresse und Versammlungen	322
Das neue preussische Gesetz vom 15. Juli 1907 gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden	322
Polizei- und Sicherheitsdienst bei Kanal- bauten	322

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Kammergericht	323
II. Preuss. Oberverwaltungsgericht	324
III. Bezirksausschuß Berlin	324
IV. Bezirksausschuß Arnberg	325
V. Landgericht II Berlin	325
VI. Landgericht III Berlin	325

VII. Landgericht Bromberg	325
VIII. Landgericht Düsseldorf	325
IX. Schöffengericht Berlin-Mitte	325
Zusammenkunft preussischer, belgischer und holländischer Gendarmen (mit Bild)	326
Polizeibericht	326
Ehrentafel	327
Artikelschau	327
Personalveränderungen	327
Auskünfte	330

II. Der Polizeihund.

Der Hund im Dienst des Transporteurs	335
Allerlei	338

III. Haus und Herd.

Unser Karteu- und Planwesen	339
Verwaltungsstunde	340
Weltbürger-Abe	340
Allerlei Rat	340
Pferdepflege	340
Auflager Winkel	341
Rundschau	341
Familiennachrichten	341

Befangenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 9. Oktober 1907 abgeschlossen worden.

Straßenpolizeiliche Beschränkungen des Gewerbebetriebes im Umherziehen.

Vom R. V. Bezirksamtsassessor Dr. Steinbach in Pfaffenhofen.

Die Klagen der ortsanfässigen Gewerbetreibenden über Beeinträchtigung ihres Geschäfts durch den Hausierhandel sind in neuerer Zeit immer lauter geworden. — Dies hat zu einer strengen Handhabung jener Bestimmungen der Gew.O., die auf eine Einschränkung des Gewerbebetriebes im Umherziehen abzielen, geführt. Der Freiheit des Gewerbebetriebes im Umherziehen sind durch die Gew.O. in mehrfacher Beziehung Schranken gezogen. Gewissen Personen kann oder muß die Zulassung zu diesem Gewerbebetrieb verweigert werden; ferner dürfen gewisse Waren im Hausierhandel nicht feilgeboten werden; endlich besteht die Pflicht zur Führung eines Wandergewerbescheins.

Im übrigen gilt auch für den Gewerbebetrieb im Umherziehen der in § 1 der Gew.O. aufgestellte allgemeine Grundsatz der Gewerbefreiheit, der besagt, daß weitere rein gewerbepolizeiliche Beschränkungen nach Landesrecht neben der Gew.O. ohne reichsgerichtliche Ermächtigung nicht bestehen können. (Seydel, bayr. Staatsrecht, Bd. 3, S. 398.) Andererseits hat dieser Grundsatz nicht die Bedeutung, daß nach ihm der Gewerbetreibende bei Ausübung seines Gewerbes zu allen Handlungen berechtigt ist die nicht ausdrücklich in der Gew.O. verboten sind; er bleibt vielmehr den allgemeinen polizeilichen Vorschriften unterworfen^{*)}. Den Charakter der Allgemeinheit haben solche Vorschriften, wenn sie nicht ausschließlich gegen den Gewerbetreibenden sich richten, sondern, wenn ihr Tatbestand gegeben ist, jedermann gleichmäßig treffen. Ist aber dies der Fall, so können sie unter Umständen nicht bloß zu einer Einschränkung, sondern zu einer vollständigen Unterdrückung des Gewerbebetriebes führen.

Derartige polizeiliche Vorschriften bieten so eine wirksame Handhabe zur Bekämpfung des Gewerbebetriebes im Umherziehen. Voraussetzung ist nur, daß dieser Endzweck in ihrem Wortlaut nicht zum Ausdruck gelangt, daß vielmehr ihr Verbot sich auf allgemeine polizeiliche Erwägungen gründet.

Der Hausierhandel bereitet dem an-

jässigen Gewerbebetrieb eine besonders unangenehme Konkurrenz bei allen Gelegenheiten, bei welchen größere Menschenmassen zusammenzukommen pflegen, insbesondere also auf Märkten aller Art, bei Kirchweihen, Patrozinien und anderen besonderen kirchlichen Anlässen (Wallfahrten u. dgl.), bei größeren Truppenansammlungen usw. Hier dürfte der feilhafte Gewerbetreibende auf Erzielung eines größeren Gewinns hoffen, wenn dieser ihm nicht durch den Hausierhandel regelmäßig vereitelt würde. Denn die Hausierer finden sich bei solchen Gelegenheiten massenhaft ein und sie haben gegenüber dem ortsanfässigen Gewerbetreibenden den wichtigen Vorteil, daß sie das Publikum aufsuchen und so die Kauflust antregen, während der letztere darauf warten muß, daß die Kunden ihn aufsuchen.

In solchen Fällen nun ist die Möglichkeit gegeben, den Hausierhandel, der die ohnehin stark benutzten öffentlichen Straßen und Plätze erheblich für sich in Anspruch nimmt, aus verkehrspolizeilichen Gründen fernzuhalten. Die Handhabe hierzu bietet der § 366 Ziff. 10 RStGB., in Bayern auch Art. 44 PolStGB.^{*)}

Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, hierzu einige Beispiele aus der Rechtsprechung der bayerischen obersten Gerichte anzuführen.

Das LG München hat in einem Urteil vom 20. Juli 1897 die distriktspolizeiliche Anordnung, daß während der Dauer der Mission in der zur Gemeinde A gehörigen Ortschaft B das Feilbieten von Waren im Umherziehen im Gemeindebezirk A ausnahmslos bei Strafe verboten sei, für gültig erklärt, da diese distriktspolizeiliche Anordnung nicht die Zulassung zum Gewerbebetrieb im Gemeindebezirk A, sondern nur die Ausübung desselben hinsichtlich des im § 366 Ziff. 10 RStGB. und Art. 44 PolStGB. erwähnten Zweckes einer zeitlichen Beschränkung unterwerfe.

^{*)} Dieser lautet in Abs. 1: „An Geld bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer außer den Fällen des § 306 Ziff. 10 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich den besonders befehlsmächtig polizeilichen Anordnungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit bei Volksfesten, religiösen Feiertagen, Truppenbewegungen, Eisenbahnbauten und sonstigen außerordentlichen Ansammlungen größerer Menschenmassen zuwiderhandelt.“

^{*)} Sgl. Urteil des Kammergerichts vom 23. 1. 1902; Meyer, Bd. 34, S. 6.

Ähnlich hat das Bayerische Oberste Landesgericht in einem Urteil vom 29. November 1902¹⁾ die polizeiliche Vorschrift, wonach „für die beiden Hauptviehmärkte des Jahres 1902 das Gausieren mit Waren aller Art sowie musikalische Produktionen auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in öffentlichen Gastlokalen der Stadtgemeinde Landsberg“ verboten wurde, für rechtswirksam erklärt.

Aus der Begründung ist hervorzuheben, daß in der Gewerbeausübung der Gewerbetreibende sogar so weit beschränkt werden könne, daß ihm zeitweise die Ausübung des Gewerbes unmöglich gemacht werde. „Als Wirkung der Vorschrift konnte vorausgesehen werden, daß sie nicht nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in den Gastlokalen beitragen, sondern auch durch die Fernhaltung der Gausierer den in Landsberg ansässigen Gewerbetreibenden von Vorteil sein werde. Aber wenn auch beide Wirkungen vom Stadtmagistrat gewollt waren, verlor dadurch die Vorschrift nicht die Eigenschaft einer sicherheitspolizeilichen, durch den Art. 44 des PolStGB. zugelassenen Anordnung.“

Endlich ist in einem Urteil des Obersten Landesgerichts vom gleichen Tage²⁾ eine ortspolizeiliche zu § 366 Ziff. 10. StGB. erlassene Vorschrift, in welcher das Feilbieten von Waren im Umherziehen und fahren auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, dann das Umhertragen und -fahren von Waren auf

öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen zum Zwecke des Feilbietens von Haus zu Haus ohne vorhergehende Bestellung im Stadtbezirk Pfaffenhofen an den Jahrmärkten, Schrammen- und Viehmarkttagen verboten wurde, für statthaft erklärt worden.

Die Annahme der Revision, daß dieses Verbot sich nur gegen die Gausierer richte, wurde damit zurückgewiesen, daß die Vorschrift ganz allgemein das Umhertragen der Waren zum Zweck des Feilbietens von Haus zu Haus verbiete und daher ebenso wohl für die einheimischen wie für die auswärtigen Gausierer gelte. (Man wird hierzu bemerken können, daß nicht nur das gewerbemäßige Umhertragen der Waren unter das Verbot fällt, sondern auch das nur gelegentliche, nicht berufsmäßige Umhertragen, das als Gewerbe überhaupt nicht zu erachten ist, z. B. das Gausieren von Bauern mit Waldbeeren, Pilzen usw.)

Die Begründung bemerkt noch, daß der Beweggrund, der den Stadtmagistrat Pfaffenhofen zur Erlassung der Vorschrift veranlaßt habe, für ihre Gültigkeit ohne Pelang sei. Auch wenn dieselbe nach Ansicht des Stadtmagistrats Pfaffenhofen aus strafenpolizeilichen Gründen nicht geboten gewesen und nur zum Schutze des einheimischen Gewerbes erlassen worden wäre, bleibe doch die Tatsache bestehen, daß eine den gesetzlichen Vorschriften genügende ortspolizeiliche Vorschrift erlassen worden sei, die sich nicht nur durch ihre Bezugnahme auf den § 366 StGB. als strafenpolizeiliche Anordnung bezeichne, sondern dies auch nach ihrem Inhalt sei.

¹⁾ Abgedruckt in Reger Bd. 24, S. 6.
²⁾ Reger Bd. 24, S. 7.

Gesetz- und Verordnungstafel.

Deutsches Reich. Ausl. Betr. mit Griechenland 12. März 1907. RGBl. 545. — Internat. Übereinkunft, betr. Maßregeln gegen Pest, Cholera und Gelbfieber, vom 3. Dezember 1903. — RGBl. 1907, 425. — Kaiserl. Bef. vom 29. August 1907, Vorschriften des Bundesrats über die gesundheitliche Behandlung der Seeschiffe in den deutschen Häfen nebst Desinfektionsanweisung. — RGBl. 563. — Übereink. zw. Deutschland und Frankreich vom 8. April 1907 betr. Schutz an Werken der Literatur und Kunst und an Photographien. — RGBl. 419. — W. vom 6. August 1907 betr. Zahlung von Ruhegehaltern an Reichsdeutsche im Großherzogtum Luxemburg. — WBl. des Großh. 191. —

Preußen: W. vom 12. August 1907 betr. die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatl. Betrieben beschäftigt sind, und von gering besold. Staatsbeamten. — GZ. 267. —

Essen-Lothringen: W. vom 24. Juli 1907 betr. die Lohn- und Befoldungssteuer. — GBl. 94. — Vo. vom 1. August 1907 betr. Waffengebrauch der Beamten der Gefangenenanstalten. — GBl. 100. —

Ministerial-Erlaß.

Versorgung im Gesundheits- und Schulmannsdienst.

Nach der Allerhöchsten Kabinetts-Ordnung vom 9. November 1906 (R. Bl. S. 349) dürfen Unteroffiziere mit mindestens sechs-jähriger aktiver Dienstzeit im Heer oder in der Marine in die königlichen Schulmannschaften nur bis Ende September 1907 eingestellt werden. Vom 1. Oktober 1907 ab tritt daher Absatz 1 der preussischen Zusatzbestimmung 2 zu § 1 der Grundsätze für die Beschaffung der mittleren, Kanzlei- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäramtern und Inhabern des Anstellungsscheins vom 20. Juni 1907 — A. G. I, S. 5 — voll in Wirksamkeit.

wonach zum Eintritt in die Landgendarmarie oder in die Schutzmannschaft nur solche Unteroffiziere zugelassen sind, welche 9 Jahre aktiv im Heere, in den Schutztruppen oder in der kaiserlichen Marine gedient haben.

Dementsprechend werden auch die Erlasse vom 8. Oktober 1903 Nr. 310. 03. B. 1 (A. B. H. S. 268) und vom 6. Januar 1906 Nr. 481/11. 06. B. 1 (A. B. H. S. 2) dahin abgeändert, daß vom 1. Oktober 1907 ab Unteroffiziere des Heeres, welche vor Vollendung einer neunjährigen aktiven Dienstzeit im Heere, in den Schutztruppen oder in der Marine in eine militärisch organisierte Gendarmerie (Landjägerkorps) oder Schutzmannschaft eines außerpreussischen Bundesstaates übertreten wollen, zu diesem Zweck nicht kommandiert werden dürfen, sondern vor ihrer — wenn auch nur probeweisen — Einstellung von der Truppe ausscheiden müssen.

Im § 59, 1, Zeile 1 (Nachtrag VIII 225) der Friedensabfertigungsordnung ist das Wort „sechsjährigen“ in „neunjährigen“ umzuwandeln. Berlin, D. 9. 07.

Kriegsministerium.
Nr. 341/8. 07. B. 1.

v. Einem.

Aus den Parlamenten.

Abänderung der Gewerbeordnung. Dem Bundesrat ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, zugegangen. Er enthält insbesondere Bestimmungen zur Ausföhrung der Verner Konvention über die Nachtrube der gewerblichen Arbeiterinnen und Vorschriften über die Herabsetzung der elstündigen Höchstarbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen auf eine zehnstündige Dauer. Ferner werden in ihm Bestimmungen zur Regelung der Hausarbeit getroffen.

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Daktyloskopie der Zigeuner. Auf die Frage, ob es zweckmäßiger sei, die Zigeuner zu photographieren oder ihre Fingerabdrücke aufzunehmen, erklärt ein Gutachten des Krader Staatsanwalts, daß Zigeuner nur photographisch aufgenommen werden können, da sie ein Mittel gefunden haben, ihre Fingerabdrücke zu vernichten. Durch Verbrennen und Veräßen wissen sie die Papiarklinien derart unkenntlich zu machen, daß diese bei einer daktyloskopischen Aufnahme entweder nur ganz schwach oder gar nicht zum Vorschein kommen. Das ungarische Justizministerium hat darauf angeordnet, daß Zigeuner nur photographisch*) aufgenommen werden sollen.

*) Sollte die Besondere Ruffung nicht anwendbar sein? Die Schriftleitung.

Gast- und Schankwirtschaften in Preußen im Jahre 1905.

Im Jahre 1905 waren Gast- und Schankwirtschaften einschließlich Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus vorhanden, und zwar

in der Provinz	insgesamt			mit Auskauf geistiger Getränke			auf dem Lande		
	überhaupt	in den Städten	in den ländlichen	überhaupt	in den Städten	in den ländlichen	überhaupt	in den Städten	in den ländlichen
	Städte	Land	Städte	Land	Städte	Land	Städte	Land	Städte
Ostpreußen	7 080	8 741	3 938	7 682	3 703	3 559	8 929	3 808	9 124
Westpreußen	6 188	2 986	8 202	6 082	2 894	2 796	8 188	—	—
Stadtfreis Berlin	15 267	15 267	—	15 115	15 115	15 115	—	—	—
Brandenburg	23 784	11 193	10 270	22 288	10 905	10 044	11 923	10 149	8 492
Pommern	9 892	5 228	4 767	9 269	8 195	4 703	4 141	2 937	11 942
Posen	7 931	4 208	3 939	7 697	3 998	3 746	8 090	7 771	4 941
Schlesien	21 944	9 959	11 985	20 919	9 218	8 785	11 701	10 690	8 508
Sachsen	18 882	9 740	10 142	18 857	10 424	9 431	9 090	8 398	10 859
Schleswig-Holstein	10 928	4 919	5 904	10 197	9 145	4 658	4 204	12 298	18 248
Hannover	19 614	7 219	12 395	19 297	10 918	8 989	9 401	7 124	6 579
Westfalen	17 463	7 614	9 949	16 818	15 114	8 557	9 401	10 859	18 248
Stettin	14 418	7 224	7 194	14 149	12 940	7 025	6 532	18 248	18 248
Mecklenburg	30 928	17 466	18 902	34 087	19 104	15 748	18 248	18 248	18 248
Sachsen-Altenburg	856	77	579	856	77	579	77	100 872	90 554
im Staate	200 320	108 789	102 581	202 243	186 914	101 871	90 860	—	—

Hiernach gab es im Berichtsjahre in Preußen insgesamt 209 320 ständig oder nur vorübergehend bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (Festen, Truppenaufmärschen u. dergl.) betriebene Gast- und Schankwirtschaften einschließlich Kleinhandlungen mit Branntwein oder Spiritus, wovon die größere Hälfte (51, v. H.) auf das Stadtgebiet entfiel. Nur 15 731 = 7, v. H. aller Betriebsstätten waren vorübergehender Natur und nur in 7077 = 3, v. H. wurden ausschließlich nicht geistige Getränke verabsolgt. Die ständigen Wirtschaften mit Ausschank geistiger Getränke, also die eigentlichen „Wirtshäuser“, im ganzen 186 914, machten nahezu neun Zehntel der Gesamtzahl der Betriebsstätten aus; über die Hälfte jener (51, v. H.) befand sich in den Städten.

Provinzweise befinden sich die meisten Gast- und Schankwirtschaften u. überhaupt wie in Stadt und Land im Rheinlande. Im Stadtgebiete folgt der Rheinprovinz — namentlich in betreff der ständigen Betriebsstätten mit Ausschank geistiger Getränke — ohne bedeutenden Abstand die Stadt Berlin, hierauf die Provinz Brandenburg, auf dem Lande mit größerem Unterschiede die Provinzen Schlesien, Hannover und Brandenburg.

Es zeigt sich also, daß 1905 im Gesamtstaate überhaupt auf je 173, insbesondere im Stadtgebiete schon auf je 152, auf dem Lande dagegen erst auf je 195 Einwohner eine ständige oder vorübergehende Betriebsstätte mit Ausschank geistiger oder nicht geistiger Getränke bezw. mit Branntweinleinhandel entfiel. Betrachtet wir nur die ständigen Wirtschaften, so sehen wir, daß eine solche mit Ausschank geistiger Getränke in ganz Preußen auf 194, in den Städten auf 169, auf dem Lande auf 221, hingegen eine solche mit ausschließlichem Ausschank nicht-geistiger Getränke auf 5434 bezw. 3529 und 9680 Bewohner kommt. Die „alkoholfreien“ Gast- und Schankwirtschaften sind also noch

sehr schwach vertreten. Im einzelnen sind im Verhältnisse zur Bevölkerung, wenn man von Hohenzollern*) abzieht, die Gast- und Schankwirtschaften u. bei weitem am zahlreichsten in Berlin, und zwar sowohl im ganzen wie insbesondere auch, soweit der ständige Betrieb mit Ausschank geistiger Getränke in Frage kommt. In letzterer Beziehung folgen die Städte Posen, Rastatt, Pommerns und Brandenburgs, während auf dem Lande Hannover und Schleswig-Holstein die ersten Stellen einnehmen. Umgekehrt sind die ständigen Betriebsstätten, in denen geistige Getränke verabsolgt werden, im Stadtgebiete der stark bevölkerten Provinzen Westfalen und Rheinland bezw. im Landgebiete der Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen verhältnismäßig am wenigsten verbreitet, insbesondere in der Rheinprovinz, wie übrigens auch in Hannover in den Städten sogar weniger als auf dem platten Lande. Andererseits finden wir in den Stadtbezirken der obengenannten Provinzen Rheinland und Westfalen die größte Häufigkeit der alkoholfreien Wirtschaften; in den Landbezirken hingegen sind letztere in der Provinz Schleswig-Holstein verhältnismäßig noch wesentlich stärker als in der Rheinprovinz und Westfalen vertreten. Die wenigsten Betriebsstätten dieser Art weisen im Verhältnisse zur Bevölkerung für das Stadtgebiet Ostpreußen und demnächst Berlin, für das Landgebiet hingegen Ostpreußen, sodann Posen und Westpreußen auf, welche letzteren drei Landesteile, wie wir gesehen haben, auch mit ländlichen, geistigen Getränken versehenen Betriebsstätten am schwächsten besetzt sind.

Pr. St. L. N. 3.

*) In Hohenzollern besteht die Betriebssteuer nicht, vielmehr werden dort Wirtschaftsabgaben erhoben, diese indes — abweichend von der Betriebssteuer — auch vom Kleinhandel mit Wein, Obstwein oder Bier, aber nicht von den Betrieben mit ausschließlichem Ausschank nicht-geistiger Getränke. Demgemäß sind die Ziffern Hohenzollerns mit denjenigen der übrigen Landesteile nicht recht vergleichbar; die Staatssumme wird durch die Einbeziehung jener nicht wesentlich beeinflusst.

Die Zahl der Betriebsstätten im Verhältnis zur Bevölkerung.

Es entfiel 1905 eine ständige Gast- oder Schankwirtschaft usw.

eine ständige oder vorübergehende Gast- oder Schankwirtschaft usw. mit oder ohne Ausschank geistiger Getränke

in der Provinz	mit			ohne			Ausschank geistiger Getränke			auf Einwohner		
	überhaupt	in den Städten	auf dem Lande	überhaupt	in den Städten	auf dem Lande	überhaupt	in den Städten	auf dem Lande	überhaupt	in den Städten	auf dem Lande
Ostpreußen	268	161	367	45 881	15 940	199 835	257	153	355			
Westpreußen	270	187	344	15 508	5 881	76 710	258	175	335			
Stadtkreis Berlin	129	129	—	12 813	12 813	—	128	128	—			
Brandenburg	166	153	179	7 066	7 496	8 415	148	138	157			
Pommern	201	149	272	14 473	7 458	47 441	176	134	228			
Posen	294	173	448	9 858	3 306	131 665	245	154	353			
Schlesien	241	189	282	5 878	2 491	13 473	221	167	266			
Sachsen	177	161	196	12 897	7 374	33 032	154	143	166			
Schleswig-Holstein . . .	159	158	161	2 371	2 605	2 205	135	155	134			
Hannover	159	162	150	8 999	4 916	13 140	137	140	135			
Westfalen	232	225	237	3 114	2 318	4 170	201	198	203			
Heffen-Rastatt	157	141	174	7 889	4 786	17 102	141	128	155			
Rheinland	195	208	183	2 841	1 879	5 984	172	181	164			
Hohenzollern	106	113	105	—	—	—	106	113	105			
im Staate	194	169	221	5 484	3 529	9 680	173	152	195			

Kongresse und Versammlungen.

Sitzung des internationalen Komitees zur Bekämpfung der Scharlatanerie. In der am 24. September 1907 in Berlin abgehaltenen Versammlung wurde die Gründung eines Verbandes der in der Sitzung vertretenen Vereine beschlossen, zu dessen Geschäftsjahre die Niederländische „Vereniging tegen de swaakzalverij“ gewählt wurde. Am folgenden Tage fand ein Besuch der aus Anlaß des Kongresskongresses veranstalteten Ausstellung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung des Sturpfüchters im Reichstagsgebäude statt. Die Ausstellung zerfällt in zehn Abteilungen, die einen Überblick über das gemeingefährliche Treiben der Sturpfücher und über die Mittel zu seiner Bekämpfung bieten. Uner anderem sind auch die Bannungen und Verordnungen, die die Polizeibehörden von Berlin, Breslau und Darmstadt und der Landesgesundheitsrat zu Karlsruhe veröffentlicht haben, ausgestellt.

Gejekeskunde.

Das neue preussische Gesetz vom 15. Juli 1907 gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden.

Die rücksichtslose Benützung des Eigentums, besonders zu gewerblichen Zwecken, hat ganze Ortschaften und Ortsteile sowie landschaftlich hervorragende oder geschichtlich bedeutsame Punkte im Laufe der Jahre derart verunstaltet, daß ästhetisch empfindende Menschen geradezu einen körperlichen Schmerz bei solchem Anblick empfinden müssen. Zwar gab schon das Preuss. Allg. Landrecht den Baupolizeibehörden die Möglichkeit, Bauten, die die öffentlichen Straßen gröblich verunstalten, zu verbieten. Doch war diese Bestimmung, soweit sie überhaupt gehandhabt wurde, nur in vereinzelten Fällen geeignet, der Verunstaltung vorzubeugen. Auch erstreckte sich die Vorbeugungsmöglichkeit nur auf das Straßenbild, nicht auf das gesamte Ortsbild, auch nicht auf die außerhalb der Ortschaften belegenen landschaftlich hervorragenden Punkte. Endlich war das Geltungsgebiet des Preussischen Landrechts auf einen Teil der Monarchie beschränkt.

Das neue Gesetz verpflichtet nun zunächst die Baupolizeibehörden — die Aufsichtsbehörden werden diese Pflicht überwachen — die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen zu versagen, wenn dadurch Straßen oder Plätze der Ortschaft oder das Ortsbild gröblich verunstaltet werden würden. Durch Ortsstatut kann nun aber für bestimmte Straßen und Plätze der geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung auch vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen zu versagen ist, wenn dadurch die Eigenart des Orts- oder Straßenbildes

beeinträchtigt werden würde. Es ist also ein weitergehender Zams als der gegen „gröbliche Verunstaltung“ möglich. Ferner kann durch Ortsstatut vorgeschrieben werden, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung baulicher Änderungen an einzelnen Bauwerken von geschichtlicher oder künstlerischer Bedeutung und zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen in der Umgebung solcher Bauwerke zu versagen ist, wenn deren Eigenart oder der Eindruck, den sie hervorrufen, durch die Bauausführung beeinträchtigt werden würde. Ebenso kann durch Ortsstatut die Anbringung von Kellamtschildern, Schaukästen, Auffrischen und Abbildungen von der baupolizeilichen Genehmigung abhängig gemacht werden; auch können für die Bebauung bestimmter abgegrenzter Flächen, z. B. Badeorte, Landhausviertel, Prachtstraßen, noch weitere baupolizeiliche Anforderungen vorgesehn werden.

Im Schutze landschaftlich hervorragender Teile eines Regierungsbezirks kann endlich der Regierungspräsident mit Zustimmung des Bezirksausschusses vorschreiben, daß die baupolizeiliche Genehmigung zur Ausführung von Bauten und baulichen Änderungen auch außerhalb der Ortschaften verlangt werden kann, wenn dadurch das Landschaftsbild gröblich verunstaltet werden würde und dies durch die Wahl eines anderen Bauplatzes oder eine andere Baugestaltung oder die Verwendung anderen Baumaterials vermieden werden kann. ph.

Polizei- und Sicherheitsdienst bei Kanalbauten.

Bei umfangreichen Erdbarbeiten, ganz besonders aber bei Kanalneubauten, werden zum weitaus größten Teil ausländische Arbeiter, vorwiegend Russen, Galizier, Kroaten, Slowaken, Vojniaken und Italiener, beschäftigt. Die anzuhaltende polizeiliche Kontrolle ist naturgemäß bei diesem zusammengewürfelten Volk eine ganz andere und muß ungleich schärfer geübt werden als bei unseren einheimischen Arbeitern. Der Umstand, daß diese Leute nur ihr heimatliches Idiom beherrschen, eine Verständigung mit ihnen, namentlich von seiten des kontrollierenden Beamten, also unmöglich ist, wird diese Kontrolle sehr erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen; denn welcher Polizeibeamte oder Gendarm kann den russischen oder ruthenischen Wortlaut der Pässe entziffern? Schon die kyrillischen Schriftzeichen machen ihm dies unmöglich. Auch nicht einmal die Pässe der Italiener, Galizier und Kroaten wird er auf ihre Richtigkeit prüfen können, weil das Formular in fremder Sprache ausgestellt ist, der Beamte diese Sprache nicht beherrscht und

sich demzufolge nicht die Überzeugung verschaffen kann, ob die in dem Pat. enthaltene Personalbeschreibung auch tatsächlich auf den angeblichen Pashinhaber zutrifft. So werden unsere Behörden und Beamten fortgesetzt auf Schwierigkeiten stoßen.

Um nun übersehen zu können, in welchem Umfang einerseits eine Verstärkung und Verbesserung des Polizei- und Sicherheitsdienstes an den Kanalbauwerken erforderlich ist, in welcher Richtung andererseits aber auch schon mit den vorhandenen Hilfskräften und Hilfsmitteln gegen schwere Schädigungen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Gesundheit eingegriffen werden kann und auf welche Maßnahmen die unteren Behörden und Dienststellen immer und immer wieder hingewiesen werden müssen, wäre es uns dringend erwünscht, so bald wie möglich die Erfahrungen, die bei früheren ähnlichen Gelegenheiten gesammelt sind, zu erhalten. Wir gedenken die uns freundlichst zur Verfügung gestellten Mitteilungen in nächster Zeit in einer weiteren Besprechung zu verwerten.

Ebenso bitten wir um Mitteilung von Verordnungen und Verfügungen, die für landes- und ortspolizeiliche Zwecke in Betracht kommen können. Neben den Vorschriften gegen die von den Ansammlungen dieser zusammengewürfelten, zum großen Teil ausländischen Arbeiter ausgehenden Gefahren werden auch Vorschriften und Einrichtungen zum Schutze dieser Leute (Arbeiterschutzbestimmungen, Unterkunftsräume, Wohlfahrtseinrichtungen wie öffentliche Bäder, Schutz gegen Ausbeutung durch gewissenlose Stellenvermittler, Armenfürsorge, Schulunterricht für etwa mitgebrachte Kinder) zu berücksichtigen sein.

Schon aus dieser Anregung allein mögen die beteiligten Behörden ersichen, daß ihnen für die Tauer der Kanalarbeiten mancherlei schwierige Aufgaben zufallen werden. Mögen die Gemeinden durch rechtzeitige Bewilligung der hierfür erforderlichen Mittel beizeiten vorbeugen. Regierung und Parlament werden, soweit staatliche Mittel nötig sind, ihrerseits auf dem Posten sein müssen.

Die Schriftleitung

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderdruckverlagern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden.

Die Schriftleitung.

I. Kammergericht.

***Preußen. Sonntagsheiligung. Tingeltangel.** Ein wesentliches Merkmal der sogenannten Tingeltangel*) ist, daß bei ihren Darbietungen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht obwaltet und daß sie geeignet sind, sei es durch ihren Inhalt, sei es durch die Art der Ausführung, die niederen Triebe, insbesondere die Geschlechtslust der Zuschauer, zu erregen. Hiernach genügt der Mangel eines höheren künstlerischen Interesses der Darbietungen noch nicht, um einem Lokal den Stempel eines Tingeltangels aufzudrücken. — Entsch. I. d. 1. S. 724/07.

***Deutsches Reich. Schankbetrieb in Kuranstalten.** Der Inhaber einer Kuran-

stalt, der gewerbsmäßig Getränke wie Wein und Bier an die Angehörigen der bei ihm verkehrenden Kurgäste und an die Teilnehmer sowie Veranstalter von Bodelnfesten verabfolgt und ferner auch Wein an einen Teil der Kurgäste nicht als Heil-, sondern als Genußmittel abgibt, macht sich des Schankvergehens schuldig. Es genügt, daß der Ausschank sich auf gewisse Gesellschaftsklassen oder auf bestimmte Personenkreise, nämlich die Kurgäste und deren Angehörige, beschränkt. Anders läge der Fall, wenn es sich lediglich um den Ausfluß des zwischen dem Kuranstaltsbesitzer und den in seiner Anstalt untergebrachten Kurgästen abgeschlossenen Aufnahmevertrages*) gehandelt hätte. — Entsch. I. d. 1. S. 768/07 gegen Dr. Radendorf, St. Andreasberg.

***Preußen. Wirtshausbeleuchtung.** Eine polizeiliche Vorschrift, die die Beleuchtung des Raumes vor der Wirtshausstür vorschreibt, findet an sich ihre rechtliche Stütze in § 6 und 1 des Gesetzes über die

*) Vgl. A. V. Entsch. vom 22. 9. 04, Gew.-Rech. IV 239, und vom 11. 4. 07, „Der Genossin“, Jahrg. 1907, Nr. 3. Die Schriftleitung.

*) Vgl. Entsch. III. 6. vom 22. April 1905, Bd. 27, 173, und vom 30. Dezember 1898, 2. H. d. Just.-Ztg. II, 394. Die Schriftleitung.

Polizeiverwaltung vom 11. März 1850, wonach dem polizeilichen Verordnungsrecht unterstellt sind die Wein-, Bier- und Kaffee-wirtschaften bezw. die Sorge für Leben und Gesundheit. Der Einwand, daß diese Polizeivorschrift nur dazu dienen solle, der Gemeinde die Straßenbeleuchtung abzu-nehmen, ist hinfällig, wenn die Polizei-verordnung ausdrücklich vorschreibt, daß nur solange der Eingang zur Wirtschaft zu beleuchten ist, solange der Betrieb dauert. Die Straßenbeleuchtungspflicht der Ge-meinde geht darüber hinaus. — Entsch. 1 Straff. RG. in Sachen Hasselbach-Kastellaun vom 11. Juli 1907. — C. v. R.

*Preußen. Straßenbahnen. Die Polizei-verordnung des Regierungspräsidenten zu Breslau, betr. den Betrieb öffentlicher elektrischer Straßenbahnen im Stadt- und Landkreise Breslau, vom 29. Juli 1901 bestimmt im § 17: „Den auf den Straßen-verkehr bezüglichen Weisungen — nicht eisenbahntechnischer Natur — der Polizei-beamten hat das Betriebspersonal unbeding-t nachzukommen.“ Der § 21 lautet, soweit er hier in Betracht kommt: „Der Schaffner darf nur an den vorgesehenen Haltestellen halten lassen, wenn Fahrgäste ein- und aussteigen wollen.“ Ein Wider-spruch zwischen dem § 17 und dem § 21 besteht nicht. Der § 21 regelt die Pflichten der Schaffner; nach ihm darf der Schaffner außerhalb der Haltestelle nicht halten lassen, wenn es auch von den Fahrgästen verlangt werden sollte. Dem Schaffner ist ein diskretionäres Ermessen nicht über-lassen. Der § 17 der Polizeiverordnung dagegen verfolgt einen verkehrspolizeilichen Zweck. Abgesehen ist es abwegig, daß der Angeklagte in keinem Falle die Weisung des Polizeikommissars zu befolgen brauchte, weil sie an ihn nicht von der Straße aus gerichtet war. Die Weisungen gemäß § 17 können auch sehr wohl von mitfahrenden Polizeibeamten erfolgen. Es kommt nicht darauf an, ob hier die Weisung des Polizeikommissars objektiv im Verkehrs-interesse notwendig oder überhaupt nur zweckmäßig war; es genügt, daß der Po-lizeikommissar annahm, daß im verkehrs-polizeilichen Interesse seine Weisung ge-boten gewesen sei. Der Schaffner mußte gehorchen. Die gleichen Grundsätze kommen hier zur Anwendung, die der Senat den Streitpartei gegenüber ausgesprochen hat. Wenn Polizeiverordnungen bestimmen, daß den zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf der öffentlichen Straße ergehenden Anordnungen der Polizeibe-

amten unbedingt Folge zu leisten ist, macht sich jemand bei Nichtbefolgung einer solchen Anordnung strafbar, wenn der Exekutiv-beamte diese Aufforderung im verkehrs-polizeilichen Interesse für erforderlich er-achtet hat. Der Senat hat nicht nachzu-prüfen, ob hier das Haltenlassen des Wagens außerhalb der Haltestelle eine größere Störung des Verkehrs herbeiführte. — Entsch. 1. Straff. RG. in Sachen Langer-Breslau vom 10. Juli 1907.

C. v. R.

II. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

*Preußen. Polizeistunde. Berücksichtigung anderer als in der polizeilichen Verfügung ausgegebener Gründe im Beschwerde- und Verwaltungsstreitverfahren. Die Beschwerde-instanzen sind nach gleichmäßiger Recht-sprechung des OVG. befugt, die tatsäch-lichen Ausführungen in einer aufgedruckten polizeilichen Verfügung zu ergänzen, und der Verwaltungsrichter hat bei einer Klage gegen Beschwerdebeide alle zur Be-gründung der polizeilichen Verfügung vom Beklagten vorgebrachten Tatsachen zu be-rücksichtigen, besonders wenn schon die Polizeibehörde selbst sich durch solche Tat-sachen mit zum Erlaß ihrer Verfügung hatte bestimmen lassen.

Die Polizeistunde bezweckt die Beschrän-kung der übermäßigen Ausdehnung des Genußes von Spirituosen und der Ver-längerung von Festgelagen bis in die Nacht hinein. Sie ist daher eine Maßnahme im Interesse der Zerrhaltung der Völlerei. Wiederholte Übertretungen der Polizei-stunde sind daher geeignet, die Verabsenkung der Polizeistunde zu rechtfertigen.* — Entsch. III. Sen. vom 19. Februar 1906, III 352. — Et.

III. Bezirksauschuß Berlin.

*Deutsches Reich. Förderung der Unfittlichkeit in Animierkneipen. För-derung der Unfittlichkeit liegt darin, daß die weibliche Bedienung, mag diese von der Wirtin oder von Kellnerinnen ge-leistet sein, die Gäste zu geschlechtlichem Verkehr durch Wort- oder Handlungen anreizt, auch wenn es zu einem geschlecht-lichen Verkehr selbst nicht kommt. Unter Unfittlichkeit im Sinne des § 33 GemD. ist allgemein „Unzucht“ zu verstehen, d. h. ein unfittliches Verhalten in geschlecht-

* Wenn Übertretungen innerhalb 9 Jahren be-gangen (in seinem Jahre mehr als 2 solcher Übertretungen) erachtete das OVG. für ausreichend, eine Herabsetzung der Polizeistunde von 11 auf 9 Uhr zu rechtfertigen.

licher Beziehung. Von einer Wirtin, die sich selbst unsittlich benimmt, ist überdies zu entnehmen, daß sie von dem gleichen Verhalten ihrer Kellnerinnen Kenntnis gehabt hat und trotzdem nicht dagegen eingeschritten ist. Zum mindesten hat sie ihre Aufsichtspflicht versäumt. — Entsch. I. Abt. VII. Berlin vom 3. September 1907. I. A. 1907 Nr. 25. St.

IV. Bezirksauschuß Arnberg.

Breußen. Feuerbestattung. Für ungültig erklärt wird die polizeiliche Verfügung, die die Inbetriebnahme des neu errichteten Hagener Krematoriums untersagt. — Entsch. VII. Arnberg vom 25. September 1907. St.

V. Landgericht II Berlin.

„Deutsches Reich. Rennwetten. Gewerbsmäßiges Glückspiel. Ein Wirt, der aus einem unbestimmten Personenkreise Wettersätze annimmt, macht sich des gewerbsmäßigen Glückspiels schuldig, sofern es weder ihm noch den scheidenden Personen darauf ankommt, im Sportinteresse Behauptungen aufzustellen und deren Wahrheit gegenüber entgegengesetzten Behauptungen aufrecht zu erhalten, ihre Absicht vielmehr nur auf das Gewinnen gerichtet ist. Für den Wirt, der bei jedem Rennen auch auf mehrere Pferde Einsätze entgegennimmt, hängt die Frage, ob er bei diesem Rennen im ganzen genommen einen Gewinn oder Verlust hatte, davon ab, ob ein bei ihm nicht oder doch weniger besetztes Pferd oder ob das am meisten besetzte Pferd siegt; es hängt also für ihn Gewinn oder Verlust lediglich von einem Zufall ab; denn auf die Entscheidung haben weder er noch die scheidenden Personen Einfluß; es steht nicht in ihrer Macht, ob ein Pferd gerade gut oder schlecht läuft. Es liegt also Glückspiel vor. Zeht der Wirt ein derartiges Handeln in der Absicht fort, Gewinn zu ziehen und diesen mit zur Bestreitung des Lebensunterhaltes zu verwenden, so macht er aus dem Glückspiel ein Gewerbe. — Entsch. I. Str. LG. II Berlin vom 2. März 1907 in Sachen Paul Pieper-Berlin, W 2c 3. 167/07. — St.

VI. Landgericht III Berlin.

„Deutsches Reich. Rennwetten. Gewerbsmäßiges Glückspiel. Einziehung. Wer für eigene Rechnung bei öffentlichen Pferderennen auf der Rennbahn auf die

laufenden Pferde Wettersätze annimmt, ohne diese am Totalisator anzulegen, macht sich des gewerbsmäßigen Glückspiels schuldig, sofern aus der Wiederholung dieser Handlungsweise auf die Absicht und das Bewußtsein zu schließen ist, aus der Annahme der Einsätze eine gewisse Einnahme in fortgesetzter auf Erwerb gerichteter Tätigkeit zu erzielen. Auf Einziehung der angenommenen Einsätze kann indessen nicht erkannt werden, da sie nicht durch das vorsätzliche Vergehen des gewerbsmäßigen Glückspiels hervorgerufen sind, wenn nicht festzustellen ist, daß sie zur Begehung dieses vorsätzlichen Vergehens bestimmt gewesen sind. — Entsch. 3 Str. LG. III Berlin vom 29. Juni 1907. B. 6 3. 460/07. St.

VII. Landgericht Bromberg.

„Deutsches Reich. Wahrnehmung berechtigter Interessen. Die Wahrnehmung berechtigter Interessen wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Beweis der Wahrheit der behaupteten Tatsachen mißlingt; es genügt, wenn derjenige, der sie behauptet, von ihrer Richtigkeit überzeugt sein konnte. — Entsch. 1. Str. LG. Bromberg in der Privatklage des Vikars Pukowski in Wollstein gegen den Chefredakteur der „Nid. Rundschau“, Girschel, vom 31. August 1907. St.

VIII. Landgericht Düsseldorf.

„Preußen. Teppichklopfen. Eine das Teppichklopfen innerhalb gewisser Tagesstunden untersagende Polizeiverordnung ist rechtmäßig. Es läßt sich eine dem Publikum bedrohende Gefahr für Leben und Gesundheit nicht erkennen; zum Schutz des Publikums gegen bloße Belästigungen Verordnungen zu erlassen, ist die Polizei nicht befugt. Soweit Ruhestörung in Frage kommt, greift § 360 Nr. 11 StGB ein. — Entsch. 1. Str. LG. Düsseldorf vom 19. September 1907 gegenüber der Düsseldorf-Polizeiverordnung vom 1. Juli 1906. St.

IX. Schöffengericht Berlin-Mitte.

„Deutsches Reich. Mautheln ohne Zwang. Mautheln ohne Zwang ist als Glückspiel anzusehen. Ein Schankwirt, der dieses Spiel in seinen Räumen duldet, ist nach § 285 StGB zu bestrafen. — Entsch. SchG. Berlin-Mitte, Abt. 140, vom 18. Juni 1907. — 140 D. 542/07. St.

Zusammenkunft

preussischer, belgischer und holländischer Gendarmen.



Stehend von links nach rechts: Gerbing, pr. **WZ.**; Bourgeois, belg. **Wd. Kommandant**; Spietde, pr. **WZ.**; J. den Oeder, holl. **WZ.**; Rumbier, pr. **WZ.**; Binand, belg. **Wd. Kommandant**.

Sitzend von links nach rechts: Lenh, holl. **Wd.**; Jachau, pr. **WZ.**; Aßelbarn, belg. **Wd.**; Sewelles, pr. **WZ.**; Derouffaux, pr. **Pol. Zergt.**; Bles, belg. **Wd.**; Hanauer, pr. **WZ.**

Nachdem die regelmäßigen Dienstversammlungen von preussischen, belgischen und holländischen Gendarmen aufgehoben sind und es den betreffenden Organen des Sicherheitsdienstes an der Grenze überlassen bleibt, sich nach Erfordernis an der Grenze zu treffen, wurde eine solche Zusammenkunft auch für den 8. Juli d. J. in Herbesthal vereinbart. Es waren dort erschienen: die beiden belgischen Brigadiere aus Wellenraedt und Anbel mit zwei Gendarmen aus erstem Ort, der holländische Wachmeister mit einem Gendarmen aus Vaals und die Gendarmen des an der Grenze gelegenen preussischen Streifens Eupen sowie zwei Gendarmen des Perits Eupen aus dem Streife

Montjoie und der Polizeiergeant aus Herbesthal.

Das freundschaftliche und kameradschaftliche Verhältnis unter den Sicherheitsbeamten an der Grenze war die Veranlassung, daß sich sämtliche Teilnehmer an der Zusammenkunft zu obiger Gruppenaufnahme vereinigten.

Erfreulich ist die Rücksichtnahme der beiden Nachbarstaaten Belgien und Holland, welche stets deutschsprechende Gendarmen an der Grenze stationieren.

Mumbier,

Jugendarmeerie-Wachmeister in Herbesthal
(8. Brigade).

Polizeibericht.

Verwaltung. Wasserwerke für Berlin. Die gesamten polizeilichen Befugnisse hinsichtlich der in den Streifen Teltow und Niederbarnim gelegenen Wasserwerke, welche in überwiegendem Maße der Versorgung der Bewohner des Landespolizeibezirks Berlin dienen, nämlich der Wasserwerke in Tegel, Kreis Niederbarnim (der Stadt Berlin gehörig), in Friedrichshagen am Müggelsee (der Stadt Berlin gehörig), am Tenselsee, Kreis Teltow (der Stadt Charlottenburg gehörig), an der Jungfernheide, Kreis Niederbarnim (der Stadt Charlottenburg gehörig), und in Johannisthal, Kreis Teltow (der Aktien-Gesellschaft m. b. H. Charlottenburger Wasserwerke gehörig) sind vom 1. September 1907 ab dem Polizeipräsidenten in Berlin übertragen

worden. Dem Regierungspräsidenten in Potsdam verbleiben bis auf weiteres die polizeilichen Befugnisse hinsichtlich des Wasserwerks zu Beelichhof.

Gendarmeriestation. Aus Anlaß der in letzter Zeit ungewöhnlich häufigen Brandstiftungen wurde in Zuljemoos bei Tachau (Böhmen) eine provisorische Gendarmeriestation errichtet.

Provision an Melknerinnen als Förderung der Völlererei. Das Stadtpolizeiamt in Stuttgart hat den Schankwirten bekannt gegeben, daß die Entlohnung der Melknerinnen durch Provision für verkaufte Getränke als Völlererei angesehen werden und daraufhin Entziehung der Konzession erfolgen könne.

Mädchenhandel. Dem zu Paris am 18. Mai 1904 unterzeichneten Abkommen über

Verwaltungsmaßregeln zur Gewährung wirklichen Schutzes gegen den Mädchenhandel ist das Deutsche Reich nunmehr für alle deutschen Schutzgebiete beigegeben.

Polnisches. Über einen schweren Fall von Landfriedensbruch durch einen Polenklub berichtet das *Völk.* folgendes: Der polnische Banjoniunklub hielt in Hochstraß bei Moers in einem Gasthause eine Versammlung ab. Von der Polizei aufgefordert, den Saal zu räumen, verließ der größte Teil der Anwesenden das Lokal; nur etwa acht Mann von diesen widerlegten sich der Aufforderung. Einer von ihnen zog in der Erregung einen Revolver und schuß. Das war das Signal zu einer allgemeinen Schießerei und Schlägerei. Die Polen stürzten auf die Schenkele, von denen einer durch drei Stiche über den Kopf und ein anderer durch einen Messerstich, in den Rücken, der die Lunge traf, schwer verletzt wurden. Die Schenkele feuerten aus ihren Revolvern auf die Menge. Zwei polnische Arbeiter wurden getötet und 14 Personen zum Teil sehr schwer verwundet. Nach der Schlägerei wurden über 40 abgeschossene Revolverpatronen gefunden. Infolge dieser Anschreieung ist die Abhaltung einer polnischen Festlichkeit in Hochhemmerich von der Polizei untersagt worden.

Ehrentafel.

Nach fast 44-jähriger Dienstzeit in den wohlverdienten Ruhestand getreten ist der Kamerad Fußgendarmerie-Wachtmeister Schroeder III in Rosbach a. d. Sieg (8. Brigabel).

Ihm zu Ehren fand nach der Dienstversammlung eine Abschiedsfeier im Hotel Römer zu Waldbröl statt, an welcher der Distrikts-Offizier Major Hübener, Landrat Gerdes, Bürgermeister Major a. D. Petri und die Kameraden des Veritts Gummertsbach teilnahmen.

Major Hübener widmete dem Scheidenden anerkennende Worte für seine langjährigen treuen Dienste und seine musterhafte Führung während seiner gesamten Dienstzeit. Landrat Gerdes überreichte dem Scheidenden ein vom Kreise Waldbröl gestiftetes Ehrengeheim mit dem Wunsche, daß sich Kamerad Schroeder noch recht lange der wohlverdienten Ruhe erfreuen möge. Bürgermeister Petri sprach im eigenen Namen und im Namen der Stadt dem Scheidenden die Kameraden Anerkennung aus. — Das Abschiedsgeschenk der Kameraden des Veritts bestand in einem Gruppenbild.

Kamerad Schroeder wurde am 10. April 1845 zu Trier geboren, trat am 1. Oktober 1863 bei dem 3. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 29 in Trier ein und machte in demselben den Feldzug 1866 mit. Am 1. Oktober 1868 trat er zu dem Hohenzollernschen Inf.-Regt. Nr. 40 über und nahm in diesem Regiment am Feldzug 1870/71 teil. Am 1. Oktober 1873 zur 8. Gendarmerie-Brigade einberufen und in Münsterfeld stationiert, wurde er am 1. Juni 1890 nach Rosbach a. d. Sieg versetzt.

Kamerad Schroeder ist Inhaber des Strenzes zum Allgemeinen Ehrenzeichens, des Allgemeinen

Ehrenzeichens, des Erinnerungsstrenzes 1866, der Kriegsdenkmünze 1870/71, der Erinnerungsmedaille und der Dienstauszeichnung 1. Klasse. Bei Ausbändigung der Entlassungspapiere durch seinen Verittsführer wurde dem Scheidenden ein Anerkennungs schreiben des Herrn Chefs der Landgendarmerie überreicht.

Artikelschau.

Grenzen der Polizeigewalt. Von Bürgermeister Koebe, Herzberg. — *PrWBl.* XXVIII, 850. —

Nur und überhaupt werden die verschiedenen Streitfragen zur Auslegung des § 10 Abs. II, 17 und des § 6 des PolG. belpochen. Eine dieser Fragen, ob die Rechtsprechung auf dem rechten Wege ist, wenn sie Verordnungen zum Zwecke einer erleichterten polizeilichen Kontrolle für ungültig erklärt, wird vom Verfasser mit einer markanten, klaren Begründung, wie es uns scheint, mit vollem Recht verneint; wir geben sie hier inhaltlich wieder. Ob der Richter die Frage überhaupt zu entscheiden habe, ist Lausage; jedenfalls begreife sich der Polizeibeamtete nicht, nicht auf ein ihm verschlossenes Weib, wenn er die Durchführung der ihm gestellten Aufgaben zu sichern suche. Er überschreite seine Aufgaben nur, wenn er sich oder seinen Beamten die Ausführung nur bequem machen wolle, nicht dagegen, wenn dem Bedürfnis der Sicherung oder doch besseren Sicherung wirklich abgeholfen werde. Die Polizei müsse alles durchsetzen können, dessen sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirklich bedürfe; sonst wäre ein wesentliches staatliches Interesse benachteiligt.

Personalveränderungen.

Ordensverleihungen.

Verger, Hauptmann in der 5. GendBrig., den Roten Adler-Orden 4. Klasse verliehen erhalten.

Seine Majestät der Kaiser und König haben das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen gerührt den ber. Gendarmerie-Wachtmeistern Wolff II in Jünstingen, Niebold in Rappoltsweiler, sowie den Fußgendarmerie-Wachtmeistern Tripmacher in Brunnstatt, Lempert in Markkirch, Benevise in Gebweiler und Rimnich in Rufach, sämtlich in der Gendarmerie-Brigade in Elsaß-Lothringen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 14. September d. Js. zu verleihen gerührt: das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens: dem pensionierten Fußgendarmerie-Wachtmeister Bezjes in Ebnethuhen, 1. Brig., den Fußgendarmerie-Wachtmeistern Szabai in Gleiwitz und Jämsich in Liebau, 6. Brig., dem Gendarmerie-Überwachtmeister Weinberg in Sagen und dem berittenen Gendarmerie-Wachtmeister Dielow in Albeda, 7. Brig., sowie dem berittenen Gendarmerie-Wachtmeister Allers in Jüdel, 9. Brig.; das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Fußgendarmerie-Wachtmeister Rebiolla in Teltow, 3. Brig., und dem berittenen Gendarmerie-Wachtmeister a. D. Zellmann in Königszell, 6. Brig.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 25. September d. Js. zu verleihen gerührt: den Königlich-kronenorden 4. Klasse: dem Gendarmerie-Überwacht-

meister Jwisti in Strehno, 5. Brig.; das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens: dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Marquardt II in Jüterburg, 1. Brig.

Des Königs Majestät haben aus Anlaß der diesjährigen Kaisermanöver das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen geruht den Fußgendarmerie-Wachmeistern Hall in Goltzerbäumen, Zimmermann I in Bodelschwingh, Andehm in Güntersfeld sowie dem ber. Gendarmarie-Wachmeister Knode in Wattencheid, sämtlich in der 7. Brigade.

Sonstige Veränderungen.

Stab.

Zahlmeister Rechnungsrat Thiele zum 1. 10. 07 pens. — Kalkulator Mlingebiel zum Zahlmeister ernannt. — Fußgendarmer Tröblich als Kalkulator a. Pr. herangezogen.

1. Brigade.

Reg. Zell, Neu-Vappienen, am 1. 10. 07 nach Gollus-Wilprien b. Rastfischen ver. — Reg. Pawlad, Gollus-Wilprien, am 1. 10. 07 nach Neu-Vappienen b. Vappienen ver. — Reg. Szaga, Mlowo, Mr. Reidenburg, am 1. 10. 07 nach Wientstowen b. Mischaten ver. — Reg. a. Pr. Klawe, Wientstowen, am 1. 10. 07 nach Mlowo, Mr. Reidenburg, ver. — b. St. Schildbauer, Mattenau, am 1. 10. 07 nach Trakehnen ver. — b. St. Dobrindt, Allenstein, am 1. 10. 07 nach Stabigotten ver. — b. St. Reich, Stabigotten, am 1. 10. 07 nach Allenstein ver. — b. St. Grzesch, Mr. Puhainen, am 1. 10. 07 nach Goldap ver. — b. St. Borowin, Goldap, am 1. 10. 07 nach Jüterburg ver. — b. St. a. Pr. Mörchel, Jüterburg, am 1. 10. 07 nach Mr. Puhainen ver. — b. St. Feuerjäger, Schimonen, am 1. 10. 07 nach Königsböbe bei Salza, O.-Pr., ver. — b. St. Reich, Königsböbe, am 1. 10. 07 nach Troddowen bei Dombrowen, Pz. Gumb., ver. — b. St. Heintz, Troddowen, am 1. 10. 07 nach Schimonen ver. — b. St. Moxus, Denderfing, am 1. 10. 07 nach Reutlich, O.-Pr., ver. — b. St. Vorlauf, Hlslöthen, am 1. 10. 07 nach Denderfing ver. — b. St. a. Pr. Schmidt, Reutlich, O.-Pr., am 1. 10. 07 nach Hlslöthen ver. — Reg. Michel, Jungferndorf, am 1. 10. 07 nach Arnau (Pregel) ver. — Reg. Stenzel, Derrnsdorf, am 1. 10. 07 nach Jüden ver. — b. St. Grunert, Grünlande, am 1. 10. 07 nach Nidelsdorf b. Grünbahn, Mr. Wehlan, ver. — b. St. Herrmann, Miesjowen, am 1. 10. 07 nach Miesjowen ver. — Reg. Schröder III, Janellen, am 1. 10. 07 nach Wendheim ver. — Reg. Stürstein II, Witzleben-Hlshöhen, am 1. 10. 07 nach Witzleben-Schillehen b. Compoden ver. — Reg. Klein I, Marienfelde, am 1. 9. 07 nach Tharden b. Liebenmühl fndrt. — Reg. Nawroth, Wilschwill, am 21. 9. 07 nach Schmalkenlanten fndrt. — b. St. Lupp, Grabowen, am 21. 9. 07 nach Kominten fndrt. — Reg. Janke, Admonischen b. Goadjuthen, am 14. 9. 07 nach Mellerischen b. Schreierlangen ver. — Reg. Kobijs, Nemei, am 2. 9. 07 nach Witten, O.-Pr., fndrt. — Reg. Pludau I, Babbeln b. Witterweithen, am

29. 8. 07 nach Endfuhnen fndrt. — Reg. Schreiber I, Komenten b. Endfuhnen, am 1. 8. 07 nach Wehlstehen fndrt. — am 1. 9. 07 vom Mndo. zur. — Reg. Vesniaf, Wondauen b. Wieden, am 1. 6. 07 nach Witten, O.-Pr., fndrt. — am 1. 9. 07 vom Mndo. zur. — Reg. Andreas, Johannsburg, O.-Pr., am 21. 5. 07 nach Wierobinnen b. Wras fndrt. — am 1. 9. 07 vom Mndo. zur. — b. St. Brandhäder, Heinrichswalde, O.-Pr., am 10. 8. 07 nach Reutlich, O.-Pr., fndrt. — am 1. 9. 07 vom Mndo. zur. — Reg. Bartnid, Morurichatschen b. Gumbinnen, am 7. 8. 07 nach Gerwischfnehen, Mr. Gumbinnen, fndrt. — am 1. 9. 07 vom Mndo. zur. — Reg. Schulz XIX, Albrechtsdorf, O.-Pr., am 14. 8. 07 nach Franz, O.-Pr., fndrt. — am 10. 9. 07 vom Mndo. zur. — Reg. Nidel, Pröbizen b. Schillehen, Mr. Bistfallen, am 17. 8. 07 nach Endgimmischen b. Schillehen fndrt. — am 21. 9. 07 vom Mndo. zur. — Reg. Bongles, Willan II, am 1. 6. 07 nach Neuhäuser, Mr. Rischhausen, fndrt. — am 30. 9. 07 vom Mndo. zur. — Reg. Ewert II, Alt-Berthausen, fällt II fort. — b. St. Eins III, Hoffnungsfrenz b. Waldeuten, Standort heißt jetzt „Hoffnung“ b. Waldeuten. — Reg. a. Pr. Vogelkreuter, Dietrichswalde, am 21. 9. 07 v. f. Truppenteil zum Sitzfeldwebel beordert.

2. Brigade.

Ost. Grunze, Krangburg, am 1. 10. 07 nach Stralfund ver. — b. St. Ulrich, Sanfin, am 1. 10. 07 nach Zeebad Panfin ver. — Reg. Mollisch, Großrambin, am 1. 10. 07 nach Kleinrambin bei Großrambin ver. — b. St. a. Pr. Schimpf, Treptow a. Tollene, am 1. 10. 07 nach Collin Romm, ver.

3. Brigade.

b. St. a. Pr. Baische, Zersfentber, am 1. 10. 07 nach Neuhäuser Mr. Motzsch ver. — Reg. a. Pr. Jagla, Rastnow, am 1. 10. 07 nach Gollow Oederbruch ver. — b. St. Müller VII, Rhinow, am 1. 10. 07 nach Baumshulenberg b. Berlin ver. — b. St. Verinch, Calau, am 1. 10. 07 nach Tenstenberg H. ver. — b. St. Wirlsch, Baumshulenberg, am 1. 10. 07 nach Rhinow ver. — b. St. Henning, Jerrenthin, am 1. 10. 07 nach Strassburg H. ver. — b. St. a. Pr. Marlmann, Wittstot, am 1. 10. 07 nach Menz ver. — b. St. Plagemann, Altheesig, am 1. 10. 07 nach Liebenau H. ver. — b. St. Grzeschowaf, Bad Schönlich, am 1. 10. 07 nach Jechen ver. — b. St. a. Pr. Engelle, Jechen, am 1. 10. 07 nach Bad Schönlich H. ver. — b. St. Boepfe, Menz, am 1. 10. 07 nach Wittstot Doffe ver. — b. St. Soballe, Neuhäuser, am 1. 10. 07 nach Calau ver. — b. St. a. Pr. Bartoleit, Tempelhof, am 1. 10. 07 nach Neubabelsberg ver. — Reg. Lehmann II, Kampig, am 1. 10. 07 nach Sonnenburg H. ver. — Reg. Maruth, Tempelhof, am 1. 10. 07 nach Marienfelde b. Berlin ver. — Reg. Heinen, Dergfelde, am 1. 10. 07 nach Oberichowenweide ver. — Reg. a. Pr. Wieland, Marienfelde, am 1. 10. 07 nach Tempelhof ver. — b. St. Wiesnad, Wilmersdorf, am 1. 10. 07 nach Schmaragenhof b. Berlin ver. — Reg. a. Pr. Leute II, Lichtenberg, am 1. 10. 07 als

§ 8. nach Stolpe (Ober) verj. — **§ 9.** Müller IV, Niederchöneweide, am 1. 10. 07 nach Mariendorf verj. — **§ 10.** Müller VIII, Mariendorf, am 1. 10. 07 nach Niederchöneweide verj. — b. W. Friedrich, Schmargendorf, am 1. 10. 07 nach Friedersdorf Markt verj. — **§ 11.** a. Pr. Braun II, Oberchöneweide, am 1. 10. 07 nach Herzfelde Str. R. Varnum verj. — **§ 12.** a. Pr. Kintelsberg, Wilmersdorf, am 1. 10. 07 nach Friedenau fmdrt. — **§ 13.** Zeile, Jossen wohnt jetzt im Chausseehaus, nächst Renendorf b. Jossen. — nach Braun, Pfaffendorf, erhält Nr. I. — b. G. a. Pr. Kofinski, Treptow, wohnt in Baumfantenweg b. Berlin. — **§ 14.** a. Pr. Cerlaski, Ruhleben, wohnt in Spandan, Teletowerstr. 1. — **§ 15.** Moth II, Künsterwalde, am 1. 8. 07 nach Kirchhain N. fmdrt., ist vom Stommando zurück.

4. Brigade.

§ 1. Strähmer, Ahlsdorf, am 1. 10. 07 nach Dergisdorf b. Ahlsdorf Str. Mansfeld verj. — **§ 2.** Gremmel, Schierke, am 1. 10. 07 nach Eidenbarleben, Str. Wolmirstedt verj. — **§ 3.** Jünke, Heidersbad, am 1. 10. 07 nach Goldlanter verj. — **§ 4.** Grobe, Bad Sachsa, am 1. 10. 07 nach Horsmar b. Dachrieden verj. **§ 5.** a. Pr. Mitshing, Horsmar, am 1. 10. 07 nach Lettenborn verj. — **§ 6.** Seinemann, Witterfeld, am 1. 10. 07 nach Kösa Str. Witterfeld verj. — **§ 7.** Maltwasser, Kösa, am 1. 10. 07 nach Gräfenhainichen Bz. Halle verj. — **§ 8.** a. Pr. Reinhardt, Gräfenhainichen, am 1. 10. 07 nach Witterfeld verj. — b. W. Skobille, Grünungen, am 1. 10. 07 nach Obertopfsiedt b. Grenken verj. — **§ 9.** Schröder VII, Renden, Standort heißt Renden-Predel. — **§ 10.** Ergleben, Lancha, am 24. 9. 07 nach Döbritz b. Deuben Bz. Halle, fmdrt. — **§ 11.** Stöck, Salza, am 8. 9. 07 nach Volkstramshausen fmdrt. — **§ 12.** Göring, Falkenberg, am 22. 9. 07 nach Müdenberg, Str. Liebenwerda fmdrt. — b. W. Pfeißle, Oberdorf, am 1. 10. 07 als O. a. Pr. nach Duerfurt fmdrt. — **§ 13.** Stramer II, Herzberg, am 1. 10. 07 fällt Nr. I fort. — **§ 14.** Schmidt, Tangernünde, erhält Nr. I. — **§ 15.** Schmidt, Stregshain, erhält Nr. II. — b. W. Voigt, Weißenfels, erhält Nr. III.

5. Brigade.

b. W. Köstling, Tütze, am 1. 10. 07 nach Stempen Bz. Poien verj. — b. W. Nabinke, Stempen, am 1. 10. 07 nach Jutroichin verj. — b. W. Borowski, Dufchnitt, am 1. 10. 07 nach Granowo verj. — **§ 2.** Wufch, Eheluwe, am 1. 10. 07 nach Amice verj. — **§ 3.** Bachale, Szamarszewo, am 1. 10. 07 nach Stokaczkowo b. Wozyskowo verj. — b. G. a. Pr. Brandt, Miłosław, am 1. 10. 07 nach Szamarszewo b. Sodelstein Str. Breschen verj. — **§ 4.** Starge, Amice, am 1. 10. 07 nach Eheluwe verj. — b. G. a. Pr. Rubin, Granowo, am 1. 10. 07 nach Dufchnitt Bz. Poien verj. — b. W. Steinmey, Jutroichin, am 1. 10. 07 nach Stempen Bz. Poien verj. — b. W. Warkusdat, Szamarszewo, am 1. 10. 07 nach Miłosław verj. — **§ 5.** a. Pr. Jüdes, Gr. Ciesle, am 1. 10. 07 nach Szamarszewo b. Sodelstein Str. Breschen verj. — b. G. a. Pr. Nisch, Strelno, am 1. 10. 07

nach Welnan II verj. — b. W. Stühr, Welnan, am 1. 10. 07 nach Strelno verj. — **§ 6.** a. Pr. Reine, Langenbeim, am 1. 10. 07 nach Stalmierzsee verj. — b. W. Nisch, Strotzschin, erhält Nr. I. — b. W. Zähröder, Sobotta, erhält Nr. I. — b. G. a. Pr. Schröter, Strunshwitz, erhält Nr. II. — **§ 7.** a. Pr. Schmidt, Bobrownit, erhält Nr. IX. — **§ 8.** Wabler, Bromberg, am 20. 8. 07 nach Schults fmdrt. — **§ 9.** W. Langer, Gr. Kenedorf, am 21. 8. 07 nach Weichselhof b. Schults fmdrt. — **§ 10.** Roepke, Bromberg, am 27. 8. 07 nach Schults fmdrt. — **§ 11.** W. Dreßler I, Langenbeim, am 10. 5. 07 nach Stalmierzsee fmdrt., trat am 9. 9. 07 von seinem Stand. zur. — b. W. Wiekert, Tirschtiegel, am 1. 10. 07 als O. a. Pr. nach Strelno fmdrt.

6. Brigade.

§ 1. Moth IV, Penzig O.-L., am 1. 10. 07 nach Nieder-Lissa b. Nörtingen, Bez. Liegnitz verj. — **§ 2.** a. Pr. Sprinulle, Nieder-Lissa, am 1. 10. 07 nach Penzig O.-L. verj. — **§ 3.** Schlieper, Müttlig-treiben, am 1. 10. 07 nach Lieban i. Schles. verj. — **§ 4.** W. Pischke, Alt-Warthan, am 1. 10. 07 nach Müttlig-treiben verj. — **§ 5.** a. Pr. Tollsborn, Lieban i. Schles., am 1. 10. 07 nach Alt-Warthan verj. — b. W. Seeliger, Malapane, am 1. 10. 07 nach Hüttendorf b. Malapane verj. — **§ 6.** Guth, Dtsch.-Pielar b. Scharlen, am 1. 10. 07 nach Städtchen verj. — **§ 7.** Schmidt XI, Myslowitz, am 1. 10. 07 nach Dtsch.-Pielar b. Scharlen verj. — **§ 8.** Chowaniec, Grzendzin, am 1. 10. 07 nach Myslowitz verj. — **§ 9.** W. Gaska, Dtsch.-Strawarn, am 1. 10. 07 nach Grzendzin b. Bromin verj. — **§ 10.** Hein II, Luban O.-Schles., am 1. 10. 07 nach Dtsch.-Strawarn verj. — **§ 11.** Zintkewicz, Rudnit, am 1. 10. 07 nach Luban O.-Schles. verj. — **§ 12.** Klein IV, Matfcher, am 1. 10. 07 nach Preiswitz verj. — **§ 13.** Stepper, Preiswitz, am 1. 10. 07 nach Möberwitz Bez. Oppeln verj. — **§ 14.** Daischowski, Möberwitz, am 1. 10. 07 nach Woblan, Post Gubran, Str. Pleß verj. — **§ 15.** Seidel II, Morgenroth, am 1. 10. 07 nach Wiskupis mit Vorsigwerk verj. — **§ 16.** Burghardt, Jalenze, am 1. 10. 07 nach Morgenroth verj. — b. W. Wagner I, Kintan, am 1. 10. 07 nach Obernigt verj. — b. W. Diers, Roischwitz, am 1. 10. 07 nach Greibitz b. Zeifersdorf Str. Liegnitz verj. — **§ 17.** Schmidt, Kahlowitz, erhält Nr. II. — b. W. Hoffmann, Müdenhain, erhält Nr. VI. — b. W. Müller, Wartha, erhält Nr. II. — b. W. Gennle, Alt-Stemmitz, schreibt sich „Gennle“. — **§ 18.** a. Pr. Volkwein, Dahnau, mit 1. 10. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — **§ 19.** a. Pr. Genrich, Lublinis, mit 1. 10. 07 zum Oberwachmeister ernannt.

7. Brigade.

§ 1. W. Hein, Kirschenberg, am 1. 10. 07 nach Güterloß verj. — b. W. Gerats, Ennigloß, am 1. 10. 07 nach Berl. Bez. Minden verj. — b. W. Beder III, Berl., am 1. 10. 07 nach Ennigloß b. Wunde Wf. verj. — **§ 2.** W. Freie, Münster, am 1. 10. 07 nach Spratel b. Minderhans verj. — **§ 3.** Rudolph, Winterberg, am 1. 10. 07 nach Jhmert verj. — **§ 4.** a. Pr. Wendt, Jhmert, am 1. 10. 07 nach Winterberg Wf. verj. — b. W. Weiß, Telbrück, am 1. 10. 07 nach Minden verj.

— b. St. Jacob, Minden, am 1. 10. 07 nach
Wobden Mr. Vühede verli. — b. St. strancoed,
Wobden, am 1. 10. 07 nach Telbrück verli.
— St. Lambmann, Rothensiefen, am 1. 10. 07
nach Minden verli. — St. Centrich, Minden,
am 1. 10. 07 nach Rothensiefen verli. — b. St.
Kur, Prilon, am 1. 10. 07 als St. nach Deeren
verli. — St. Nothe, Barendorf, am 3. 9. 07
nach Everowinkel lndrt. — b. St. Weiland,
Barendorf, am 10. 9. 07 nach Everowinkel
lndrt.

8. Brigade.

b. G. a. Fr. Ksh, Nieren, am 1. 10. 07
nach Wreden b. Schmir b. Werden verli.
— St. Zauer, Werden Mühr, am 1. 10. 07 nach
Dettingen (Hohenjollern) verli. — St. Mielhorn,
Esterath, am 1. 10. 07 nach Dimpfen verli.
— St. Kangerbein, Dimpfen, am 1. 10. 07 nach
Harweiler Mr. Früm verli. — St. Zagner,
Dettingen, am 1. 10. 07 nach Dettingen verli.
— St. Ros, Münsterbusch, am 1. 10. 07 nach Muhl-
busch b. Zwißberg Mbeind. verli. — St. Thonagen,
Wiburg, am 1. 10. 07 nach Altesien verli.
— St. Schneider III, Gammertingen, am 1. 10. 07
nach Gschardshain Westertwald verli. — St.
Schlarch, Brühlhausen, am 1. 10. 07 nach
Meisenheim a. Gl. verli. — St. Sieg, Altesien,
am 1. 10. 07 nach Wiburg verli. — St.
Schroder VII, Meisenheim a. Gl., am 1. 10. 07
nach Esterath verli. — St. Schamberg, War-
weiler, am 1. 10. 07 nach Saarbrücken verli.
— St. Pelzer, Dettingen, am 1. 10. 07 nach
Werden Mühr verli. — St. Kabbie II, Zelle, „H“
fällt fort. — b. St. Yang, Elze, am 28. 8. 07 nach
Barbeuen Mr. Cleve lndrt. — b. St. Melemener,
Eronenburg, am 28. 8. 07 nach Meeden b. Cleve
lndrt. — St. Horn, Staßelsfeld, am 10. 9. 07
nach Bad Herrich Bez. Coblenz lndrt., am
16. 9. 07 von seinem Mudo. zurück.

9. Brigade.

St. Prandt, Künzenburg, am 1. 10. 07
nach Laboe verli. — St. Nhlmann, Leegen,
am 1. 10. 07 nach Künzenburg verli. — St. a.
Fr. Ksh, Laboe, am 1. 10. 07 nach Leegen
verli. — b. St. Rohuse, Stepping, am 1. 10. 07
nach Jübed Kreis Schleswig verli. — b. G. a.
Fr. Mübne, Jübed, am 1. 10. 07 nach Stepping
verli. — St. Mühl, Zalem, am 4. 7. 07 nach
Mukin lndrt., am 16. 9. 07 von seinem Mudo.
zurück.

10. Brigade.

St. a. Fr. Zammern, Rodorf, am
1. 10. 07 nach Schönbagen, Hannov. verli.
— St. Schomburg, Dardogien, am 1. 10. 07
nach Weende verli. — St. a. Fr. Pogor-
jelski, Dorneburg, am 1. 10. 07 nach Blumen-
thal i. H. verli. — St. Währ, Wüßleth, am
1. 10. 07 nach Dorneburg, Hann., verli. —
St. Janion, Schönbagen, am 1. 10. 07 nach
Fovenden verli. — St. Fischer, Jeven, am
1. 10. 07 nach Zitzenen verli. — St. a. Fr.
Koad, Blumenthal, am 1. 10. 07 nach Wüßleth
verli. — St. Mriege, Wovenden, am 1. 10. 07
nach Münden, Hannov. verli. — St. a. Fr.
Schmidt, Münden, am 1. 10. nach Dorte bei
Göttingen verli. — St. Gammelin, Göttingen,

am 1. 10. 07 nach Herle verli. — St.
Zschöggermann, Etelsen, am 1. 10. 07 nach
Taverden, b. Langwedel, Bez. Bremen, verli. —
St. a. Fr. Mittelstedt, Wovenden, am 1. 10. 07 nach
Dardogien verli. — St. Jaström, Liebenau, am
1. 7. 07 nach Worderne lndrt., trat am 15. 9. 07
vom Mudo. zur. — St. Dotoyp, Emlichheim, am
1. 7. 07 nach Worderne lndrt., trat am 15. 9. 07
vom Mudo. zurück. — St. Weiser, Vemörbe,
am 1. 7. 07 nach Jüßi lndrt., trat am 15. 9. 07
vom Mudo. zurück. — b. St. Hellweg, Boden-
teich, am 15. 8. 07 nach Portum lndrt., trat
am 20. 9. 07 vom Mudo. zurück. — St. Müse-
mann, Lautenthal, am 10. 9. 07 nach Hahnen-
fleed lndrt., trat am 30. 9. 07 vom Mudo. zurück.
— b. G. Kader, Vichow, b. G. Willmann, Vilsen,
b. G. Zausdiarra, Langwedel, Bez. Bremen,
v. ihren Truppenteilen zu Vizehauptmeistern be-
fördert.

11. Brigade.

b. St. Wünger, Dersfeld, am 1. 10. 07 nach
Eberhausen, Bez. Cassel verli. — St. Meineri,
Biebrich, am 1. 10. 07 nach Kausbach, Wester-
wald verli. — St. Kroland II, Kausbach, am
1. 10. 07 nach Biebrich verli. — St. Melckau,
Altenhaslau, am 1. 10. 07 nach Weinhaußen
verli. — St. Nothe, Hohenfolms, am 16. 9. 07
nach Stroßdorf b. Weglar lndrt. — St. Möller,
Großenluder, am 1. 7. 07 nach Zalgiluf lndrt.,
trat am 1. 9. 07 vom Mudo. zurück. — St.
Machold, Hamburg, am 17. 6. 07 nach Hartenrod
lndrt., trat am 20. 8. 07 von seinem Mudo. zurück.

12. Brigade.

b. St. Reichardt, Strepsch, 1. am 10. 07 nach
Fr. Stargard verli. — b. St. Wille III, Lohau,
am 1. 10. 07 nach Grabau b. Roienalt, Bez.
Tanzig, verli. — b. St. Vogler, Roienberg, am
1. 10. 07 nach Zimlenstein verli. — b. St. Viedle,
o. Geh. beurl., am 1. 10. 07 in Strepsch, Mr.
Neustadt, St.-Pr., wiederingestellt. — b. G.
a. Fr. Meiner, St. Veltman, am 1. 9. 07 nach
Kempitz verli. — St. Zehr, Chra, am 13. 9. 07
nach Einlage b. Zchiewenhorst lndrt. — St.
Thierfeldt, Neustadt, am 8. 9. 07 nach Einlage
b. Zchiewenhorst lndrt. — St. Ledias, Elbing,
am 7. 9. 07 nach Einlage b. Zchiewenhorst
lndrt. — St. Kuntel, Grentau, am 12. 9. 07
nach Einlage b. Zchiewenhorst lndrt. — St.
Ulrich, Schmalenburg, am 4. 9. 07 nach Einlage
4. Zchiewenhorst lndrt., trat am 8. 9. 07 vom
Mudo. zur. — St. Wöhmfeldt, Soglaß, am
b. 9. 07 nach Einlage b. Zchiewenhorst lndrt.,
trat am 9. 9. 07 von seinem Mudo. zur.

Ausfunftei.

*Kam. ber. Wachtm. Bercksrolarte zum
Kalenber.* Selbstverständlich liefern wir ent-
sprechend unserer Bekanntmachung zu jedem be-
stimmten Kalender die Eisenbahn- und Verkehrs-
karte von Mitteleuropa. Rt. 257. — G—d.

*Kam. Ob. Wachtm. M. Sammelbestellung
für den Kalender.* Selbstredend ist es für uns
angenehmer und verbilligt den Bezug, wenn die
Materaden eines Verlags den Kalender zusammen
bestellen. Rt. 261. — G—d.

Kam. F. Wachtm. 10. Brigade. Hannover. **Jagdrecht.** Die Jagdordnung für Hannover, das Wildschadengezei, die Ausübungsbestimmung vom 11. März 1850, das Gezei vom 7. August 1899 usw. werden wir gleichfalls im ständiger bringen, nicht nur in Rücksicht auf die Mameraden der 10., sondern auch der angrenzenden Brigaden. — **Freiheitsentziehung, Durchsuchung, Beschlagnahme.** Angezählte Mameraden haben schriftlich die Annahme dieser Bestimmungen gefordert. In dieselben nur wenig Mann einnehmen und im ganzen nur drei Mameraden die Aufnahme als überflüssig bezeichnet haben, haben wir uns in ihrem Abtand entschlossen.

Rt. 280. — G. d.

Kam. FW. M. in D. **Jagdberechtigung auf Grund eines Erlaubnissscheines.** Wenn jemand auf Grund der mündlichen Erlaubnis des Jagdberechtigten auf dessen Jagdrevier jagt, ohne einen schriftlichen Erlaubnissschein bei sich zu führen, so kann er nicht wegen Jagdvergehens, sondern nur wegen Übertretung bestraft werden. Die mündliche Erlaubnis kann aber selbstredend nur von einer Person erteilt werden, die selbst als Grundbesitzer oder Jagdpächter jagdberechtigt ist, nicht aber von einer solchen, deren Jagdberechtigung sich selbst nur auf einen Erlaubnissschein stützt. Ebensonenig kann derjenige Grundbesitzer, dessen Grundstück zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk (Gemeindejagd) gehört, eine solche Erlaubnis erteilen; hierzu ist vielmehr lediglich der Gemeindevorsteher als der Vertreter des gemeinschaftlichen Jagdbezirks berechtigt. Die Zahl der auszufüllenden Jagderlaubnissscheine ist durch das Gezei nicht beschränkt, dieses Recht also, von dem Inhalt des betreffenden Jagdpachtvertrages abhängig. Enthält derselbe keine einschränkende Bestimmung, so steht auch dem Pächter das Recht zur Verteilung von Jagderlaubnissscheinen uneingeschränkt zu. Im übrigen entzieht es sich unserer Beurteilung, ob das von Ihnen erwähnte Separatabkommen rechtliche Gültigkeit hat, da wir weder die näheren Umstände kennen noch in der Lage sind, in das Abkommen Einsicht zu nehmen. Die Jagdberechtigung beginnt nicht mit dem Kauf eines Grundstücks, sondern mit dessen Eintragung in das Grundbuch auf den Namen des neuen Besitzers. Rt. 150. — R. V.

Kam. M. V. K. **Verwendung des Fleisches notgeschlachteter Schlachttiere.** Per § 2 des Gez. v. 3. VI 00, betr. Schlachtvieh und Fleischbeschau gestattet in seinem Abs. 1 das Untertassen der in § 1 vorgeschriebenen Untersuchung, allerdings nur bei solchen Schlachtieren, deren Fleisch in eigenen Hausalt des Besitzers „verwendet werden soll!“ Absatz 2 desselben Paragraphen bestimmt aber ausdrücklich, daß nur die „gewerbsmäßige“ Verwendung derartigen Fleisches außerhalb des Hausalt verboten ist, und § 27 Ziffer 4 desselben Gesetzes setzt eine Strafe nur für Inzwisehandlungen gegen

§ 2 Abs. 2 fest. Wenn also jemand von dem notgeschlachteten Tier Fleisch übrig behält und dieses verschluckt, so kann er mangels einer solche Handlungsweise mit Strafe bedrohten gesetzl. Bestimmung auch nicht bestraft werden. Auch die Ausdrucksweise des § 2 Abs. 1 „verwendet werden soll“ deutet darauf hin, daß es sich hier um ein absolutes Verbot handelt, sondern nur zum Ausdruck gebracht werden soll, daß der Zweck der Notgeschlachtungen, die Absicht des Schlachtiers, nicht dahin gehen darf, das Fleisch im Publikum zu verbreiten, sondern im wesentlichen innerhalb seines Hausalt zu verwenden. Dieser Zweck des Gesetzes wird durch das Verbot der „gewerbsmäßigen“ Verwendung vollst. erreicht. Der Thnen von Ihrer vorgelegten Zivildienstbehörde erteilte Bescheid ist also keineswegs ein „eieiger“, entspricht vielmehr durchaus der laenen Bescheide des Gesetzes! Rt. 174. — R. V.

Kam. h. W. F. in D. **Was versteht man unter einer geschlossenen Gesellschaft?** Ihre Behauptung, in den verschiedenen Jahrgängen des „Wendarm“ sei viel von dem Begriff „geschlossene Gesellschaft“ die Rede, man finde aber nirgend eine Erläuterung, wie eine geschlossene Gesellschaft aussehen müsse, ist ganz gewiß nicht zutreffend. Im Gegenteil ist dieser Begriff in der Auskunftszeit so oft und so eingehend erörtert worden, daß man füglich dieses Thema als erschöpft bezeichnen kann. Indessen wollen wir in Ihrem und im Interesse jüngerer Anmeraden und neuer Abonnenten gern nochmals auf eine Erörterung dieses Begriffs eingehen, während wir gleichzeitig zur weiteren Orientierung auf v. d. Brinken, Die richt. Best. des RGC. S. 2627 verweisen. Was dort von „Tangstufbarkeit“ gesagt ist, gilt auch für alle sonstigen Veranstaltungen „geschlossener Gesellschaften“. Derartige Veranstaltungen bedürfen der polizeilichen Genehmigung nicht und unterliegen nicht der Polizeistunde. Die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsrechts finden auf sie nur dann Anwendung, wenn die Veranstaltung entweder von einem politischen Verein, d. h. von einem Verein nstgeht, dessen statutenmäßiger Zweck darin besteht, politische Angelegenheiten in Versammlungen zu erörtern, ganz gleichgültig, ob die in Rede stehende Veranstaltung diesem Zweck tatsächlich dient, oder wenn die in Rede stehende Veranstaltung, ganz gleichgültig, von wem sie ausgeht, den Zweck verfolgt, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern. Krieger-, Gesang- usw. Vereine fallen mithin im allgemeinen nicht unter das Vereins- und Versammlungsrecht; ihre Veranstaltungen bedürfen aber der polizeilichen Genehmigung und unterliegen der Polizeistunde, sobald sie den Charakter einer „geschlossenen Gesellschaft“ verlieren und zu einer „öffentlichen“ Veranstaltung werden. Die einfachste und unaufschubbarste Form einer nichtöffentlichen

Veranstaltung ist ohne Zweifel diejenige, welche bei einer Privatperson in deren Privatwohnung stattfindet und zu welcher nur im voraus geladene Gäste Zutritt haben. Aber auch sie kann den Charakter einer „geschlossenen Gesellschaft“ verlieren, wenn im Laufe des Festes aus Nachgiebigkeit oder Fähllosigkeit fremde Personen zugelassen, nicht aber, wenn zufällig eintreffende Freunde oder Bekannte des Wirtes nachträglich eingeladen werden. Auch dann, wenn der Gastgeber die Festlichkeit nicht in seinen Privaträumen, sondern in den sonst öffentlichen Räumen eines Gast- oder Wirtshauses veranstaltet, wird dadurch die Festlichkeit unter den obigen Voraussetzungen noch nicht zu einer öffentlichen. Die Räume des Gast- und Wirtshauses sind vielmehr, solange sie einer Privatgesellschaft allein zur Verfügung stehen, den Privatwohnungen gleich zu erachten, welche von der Polizei nur in den durch das Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit ausdrücklich gestatteten Fällen betreten werden dürfen. — Die Veranstaltung einer „geschlossenen Gesellschaft“ kann nun auch von einem durch individuelle Beziehungen eng verbundenen Personenteile, einem Verein ausgehen, der seine Mitglieder zur Teilnahme — auch gegen Eintrittsgeld — anfordert. Ein solcher Personenteil (Verein) darf aber nicht eine beratige Ausdehnung haben (z. B. über ganz Preußen und Deutschland), daß persönliche Beziehungen fehlen. Er darf auch nicht so lose organisiert sein, daß jede beliebige Person jeden Augenblick durch Zahlung eines geringfügigen Beitrags Mitglied werden kann, und er darf endlich auch nicht erst lediglich zum Zweck der gegenwärtigen Veranstaltung, also nur zum Schein, befristet umgehung des Gesetzes, zusammengetreten sein. Wohl aber kann ein Verein dauernd den alleinigen Zweck verfolgen, nichtöffentliche Veranstaltungen (Zustand) zu veranstalten. — Die Mitglieder ganzer Gesellschaften, Parteien usw. (z. B. die Maurer, die Fleischer, die Sozialdemokraten, die Juden usw.) bilden noch nicht ohne weiteres eine geschlossene Gesellschaft, ebensowenig wie die Ausschließung solcher Gesellschaften aus einer im übrigen öffentlichen Veranstaltung der letzteren diesen Charakter nehmen kann. Eine geschlossene Gesellschaft verliert ihren Charakter auch nicht dadurch, daß einzelne ihrer Mitglieder Gäste einführen, zu denen sie persönliche Beziehungen irgendwelcher Art pflegen, selbst dann nicht, wenn die Zahl der Gäste diejenige der anwesenden Mitglieder übersteigt. Ausschlaggebend bleibt immer nur, daß persönliche Beziehungen der Mitglieder untereinander und einzelner von ihnen zu den von diesen eingeführten Gästen schon bestanden, nicht etwa erst zum Zweck der Teilnahme an der Festlichkeit bei oder nach Beginn derselben angeknüpft wurden. (M. G. E.)

b. 2. 7. 88.) Die Einführung einer Person, welche sich einem Mitglied des Vereins am Vormittag mit der Bitte vorstellt, ihn bei dem am Abend desselben Tages stattfindenden Kriegervereinsfest als Gast einzuführen, stört mithin nicht die „Geschlossenheit“ des Festes, wobei es ganz gleichgültig ist, ob diese Person überhaupt gebiet hat oder nicht. — In keinem Fall ist das Erheben von Eintrittsgeld ausschlaggebend, sondern immer nur der Umstand, ob diejenigen Räume, in welchen die Veranstaltung stattfindet, jedermann zugänglich sind oder nicht. — Aus vorstehenden Erörterungen ergibt sich ohne weiteres, daß die Mitglieder eines Kriegervereins, welche in einem Gasthause zusammenzutreten, um über die Veranstaltung eines Sommerfestes zu beraten, nur so lange eine geschlossene Gesellschaft bilden, als sie zu diesem Zweck in besonderer, fremden Personen nicht zugängliches Zimmer benutzen, gleichgültig ob die Beratung beendet ist und eine Aneignung sich anschließt oder nicht. Sobald aber die Vereinsmitglieder das besondere Zimmer verlassen, sich in die übrigen, dem Publikum offenen stehenden Räume verteilen und dort trinken, bilden sie selbstverständlich keine geschlossene Gesellschaft mehr, sondern unterliegen wie alle übrigen Gäste der Polizeistunde. — Sie hatten also vollkommen recht einzutreten und, falls der Wirt dies nicht selbst tat, Weiterabend zu bieten. Allerdings berechtigte Sie die Nichtachtung dieser Anforderung allein noch nicht dazu, zur gewaltsamen Räumung des Lokals zu schreiten, sondern nur zur Feststellung der Persönlichkeiten und zur Anzeige. Sie haben also, wenn Sie hiernach gehandelt, nicht nur nichts „Großes begangen“, sondern lediglich ihre Pflicht getan. — Erwacht mag schließlich noch werden, daß es auch unschäfflich ist, wenn, wie es öfters versucht wird, am Schluß eines öffentlichen Vereinsfestes die Mitglieder nach Entfernung aller nicht dazu gehörigen Personen als geschlossene Gesellschaft über die Polizeistunde hinaus weitergehen wollen. Es handelt sich auch hierbei um eine Umgehung des Gesetzes. Eine geschlossene Gesellschaft kann sich niemals aus einer öffentlichen Veranstaltung entwickeln. Sie ist nur dann von der Polizeistunde befreit, wenn sie während der ganzen Veranstaltung den Charakter einer geschlossenen Gesellschaft keinen Augenblick ausgegeben hat. R. 191. — R. B.

Kam. d. W. K. in N. Hilseistung dritter Personen bei Vornahme einer Festnahme durch den Wendenarmen. Zwar ist jedermann verpflichtet, den Anordnungen und Anweisungen des Wendenarmen Folge zu leisten, indessen kennt das Gesetz für den bloßen Ungehorsam keine Strafen, so daß derjenige, welcher einer solchen Anweisung nicht nachkommt, sich lediglich dem Anscheit, daß der Wendenarm seine Anordnung, insofern er nach seiner

D. = B. dazu berechtigt ist, unter Anwendung unmittelbaren Zwanges zur Durchführung bringt. Daß sich hiermit nichts anfangen läßt, wenn die Anordnung des Gendarmen darin bestand, der betreffende solle ihm bei Festnahme eines Widerpenigen Hilfe leisten, leuchtet ohne weiteres ein. Nur bei Unglücksfällen oder allgemeiner Gefahr oder Not tritt Verhaftung des die geforderte Hilfe Verweigernden ein, wenn er die Hilfe ohne erhebliche eigene Gefahr zu leisten imstande gewesen wäre. Unter „eigener Gefahr“ ist aber hier nicht nur Gefahr für Leib oder Leben, sondern auch für Eigentum usw. zu verstehen (§ 390, 10 MStGB.). So braucht z. B. derjenige bei einem großen Feuer keine Hilfe zu leisten, der damit beschäftigt ist, sein eigenes Hab und Gut in Sicherheit zu bringen, und einen wütenden oder wahn sinnigen Menschen, der mit einem Revolver bewaffnet, die Allgemeinheit bedroht, festzunehmen, kann keine Privatperson verpflichtet werden, solange dabei die Gefahr für sie besteht, selbst verwundet zu werden. Bei der Festnahme eines die Allgemeinheit gegenwärtig nicht bedrohenden Menschen behüßlich zu sein, ist aber niemand verpflichtet, auch dann nicht, wenn er solches ohne irgendwelche eigene Gefahr tun könnte.

Rr. 197. — M. V.

An Kam. C. in B. Getränkeverabfolgung an Logiergäste. Sie von Ihnen nach einer Kammergerichts-Morrepondenz mitgeteilte Kammergerichtsentscheidung über Schankbetrieb in Kuranstalten ist nicht deshalb zu einer Verurteilung gekommen, weil das Kammergericht in der Verabfolgung von Getränken an die Logiergäste der Anstalt einen gewerbmäßigen Ausverkauf erblickte, sondern gerade weil die Verabfolgung sich nicht auf diese beschränkte und weil die Getränkeverabfolgung nicht mehr Ausfluß des Miet-Aufnahme-Vertrages war. Es waren auch außerhalb der Anstalt wohnende Kurgäste und deren Angehörige und Veranstanter von Bewirtungen bedient worden. Wir nehmen auf die von unserem Zt. Morrepondenten in der vorliegenden Nummer mitgeteilte Entscheidung vom 30. August 1907 Bezug und verweisen auf die zu gleichartigem Ergebnis kommenden in der Fußnote angezogenen NO. Entscheidungen von 1895 und 1896.

Rr. 248a — Zt.

Kam. FW. J. in G. Nächster Weg bei Vorführung eines Gefangenen. Für die genaue Antwortung Ihrer Frage wäre es von Wichtigkeit zu wissen, ob Sie den Gefangenen selbst festgenommen haben oder ob Ihnen derselbe mit dem Auftrage übergeben worden ist, ihn in G. abzuliefern, und ferner, ob es sich um einen „vorläufig“ oder „polizeilich“ festgenommenen handelt; endlich ob G. der Sie des zuständigen Amtsgerichts oder der zuständigen Ortspolizeibehörde ist. Von alledem enthält aber Ihre Fragestellung nichts. Sie sprechen nur von einem „Transportierten“ und wählen damit ein veraltetes und heute

fremdartig kummiendes Wort, welches die in Rede stehenden Fragen offen läßt, und bezeichnen G. lediglich als „Ablieferungs-ort“. Wir wollen es trotzdem verändern, Ihnen möglichst erschöpfende Auskunft zu geben. Handelt es sich um einen von Ihnen polizeilich festgenommenen, so ist Ablieferung an die Ortspolizeibehörde G. geboten, wenn die Ortspolizeibehörde G. außerhalb Ihres Dienstbezirks gelegen ist (ZB. Ziffer 234 Abs. 3, letzter Satz). Handelt es sich um einen von Ihnen vorläufig festgenommenen, so läßt ZB. Ziffer 234 Abs. 2 Ihrem Ermessen einen gewissen Spielraum, ob Sie den Gefangenen an die Ortsbehörde, die Ortspolizeibehörde oder das nächst gelegene Amtsgericht abliefern wollen. Es ist dies hauptsächlich davon abhängig, inwieweit der Gefangene als gefährlich zu bezeichnen ist und auf welchem Wege sich die Ablieferung am sichersten ausführen läßt, d. h. wo die geringste Gelegenheit zu einem Fluchtversuch geboten wird. Verlassen Sie hierbei die Grenzen Ihres Dienstbezirks, so stehen Ihnen Meilestrecken usw. nur dann zu, wenn die Notwendigkeit der Überführung des Gefangenen durch Sie von der zuständigen Behörde nachträglich anerkannt wird. Schon aus diesem Grunde wird es sich daher in der Regel empfehlen, eine Überführung auf der Eisenbahn zu vermeiden. — Handelt es sich dagegen um die Überführung eines Gefangenen, der Ihnen von der zuständigen Behörde mit dem ausdrücklichen Auftrag übergeben wurde, ihn in G. abzuliefern, ohne daß Ihnen der Reisetweg näher bezeichnet wurde, so müssen Sie den Weg wählen, auf welchem sich die Überführung am schnellsten und billigsten ausführen läßt, ohne ihre Sicherheit zu gefährden. Sie haben z. B. von Z. bis E. 5 km Landweg und dann von E. bis G. Eisenbahn, von Z. nach G. 3 km Landweg und dann von G. nach D. Eisenbahn. Aber G. führt der weitere Weg, aber der kürzere Landweg; es wird also der Weg über G. zu benutzen sein, wenn er billiger ist, und schneller zum Ziele führt, es sei denn, daß die Verhältnisse in G. einen Fluchtversuch besonders begünstigen. Glauben Sie hiernach, daß Ihnen von der zuständigen Behörde zu wenig Meilestrecken gezahlt wurden, so raten wir Ihnen, den durch die Dienstvorschrift vorgeschriebenen Reisetweg einzuschlagen.

Rr. 148. — M. V.

Kam. GW. V. in Sch. Legitimationskarte oder Handwerkerbescheinigung. Ihre Angaben sind zu ungenau, um daraus bestimmte Schlüsse ziehen zu können. Der Besitz einer Legitimationskarte setzt doch voraus, daß der betreffende „Lehrer“ für Tierkrankheiten irgendwo ein stehendes Gewerbe betreibt. Es würde nun für die Antwortung Ihrer Frage von besonderer Wichtigkeit sein, zu wissen, welches stehende Gewerbe er angelernt hat, wo sein Wohnsitz sich befindet und ob etwa die Orte, an welchen er seine Vorträge hielt, seine Bücher und Instrumente verkaufte, zu dem Gemeindebezirk

seines Wohnortes gehörten. Auch ob der Betreffende etwa ein staatlich geprüfter Tierarzt ist, wäre von Wichtigkeit, da seine „wissenschaftlichen“ Vorträge alsdann seine „gewerbliche Tätigkeit“ darstellen und überhaupt nicht unter die Gewerbeordnung fielen. Von alledem enthält Ihre Fragestellung nichts. Nehmen wir also an, es handelt sich um keinen staatlich geprüften Tierarzt, sondern um eine Privatperson, so braucht dieselbe, um außerhalb des Gemeindebezirks ihres Wohnortes oder ihrer gewerblichen Niederlassung (d. h. des Ortes, an welchem sich der „Lehrer für Tierkrankheiten“ niedergelassen hat) Vorträge zu halten, einen Wandergewerbeschein; denn die Legitimationskarte ist nur für Handlungsreisende bestimmt und berechtigt bekanntlich nur zum „Aufkaufen von Waren und zum Auffuchen von Bestellungen auf Waren.“ Wenn Sie daher ferner sagen: „Er hat einzelne Sachen und Bücher, welche er selbst im Verlag zu haben scheint, verkauft und den Käufern „aufgehandelt“, so ist zwischen „Sachen“ und „Büchern“ ein Unterschied zu machen. Denn derjenige Gewerbetreibende, welcher Bestellungen auf Bücher aussucht, kann dies ohne jede Einschränkung überall (jedoch unter Berücksichtigung des § 56 Abs. 3, Ziffer 12 RGO.) tun, während er Bestellungen auf „Sachen“, hier also wohl „tierärztliche Instrumente“ nur bei solchen Personen aussuchen darf, in deren Geschäftsbetrieb Waren der angegebenen Art Verwendung finden. Nun kommt aber noch hinzu, daß der betreffende Lehrer seine Vorträge lediglich vor einer Versammlung von Landwirten gehalten und Bestellungen nur bei solchen Personen ausgesucht hat, die er vorher hierzu eingeladen, die also durch ihr Erscheinen ihre Zustimmung zu der Tätigkeit des R. R. gegeben hatten. Eine solche Tätigkeit ist aber unseres Erachtens einer vorgängigen Aufforderung oder Bestellung gleich zu erachten und fällt daher gemäß § 55 RGO. überhaupt nicht unter den Begriff des Gewerbebetriebs im Umhergehen, so daß der Lehrer hierzu weder einer Legitimationskarte noch eines Wandergewerbescheins bedarf. Voransetzung ist dabei allerdings, daß er nicht nur die Vorträge, sondern auch das Auffuchen von Bestellungen vorher mitgeteilt hatte. War dies nicht der Fall, so bränte er, falls er die mitgebrachten Instrumente ufm. sofort an Ort und Stelle verkaufte, eines Wandergewerbescheins, falls er sie aber nur als Proben und Muster vorlegte, Bestellungen entgegennahm und die Ware selbst dann später durch die Post überhandelt, einer Legitimationskarte. Die Sie sehen, liegt Ihr Fall nicht einfach und ist selbst für den Richter nicht ohne weiteres und leicht, sondern erst nach genauester Prüfung aller Legitimationsstände zu entscheiden. In

solchen zweifelhaften Fällen empfiehlt es sich für den Gendarmen **dingens**, sich eines jeden Zwangsmittels an Ort und Stelle (Beschlagnahme der Waren) unter allen Umständen zu enthalten. Liegt der Verdacht einer Ungefährlichkeit vor, so erstatet er Anzeige und schildert hierbei den genauen Vorgang. Allerdings muß er hierzu wissen, worauf es ankommt. Dazu aber empfehlen wir Ihnen das eingehende Studium des in unserem Verlag käuflichen Büchleins: v. d. Prinden, Die wichtigsten Bestimmungen der RGO. Nr. 188. — R. V.

Kam. 6. G. W. H. in J. Wann ist jemand zur Jagd ausgerüstet? Im allgemeinen gibt „Erf. strafb. Vdl.“ Z. 16364 erschöpfende Auskunft, was unter dem Begriff „zur Jagd ausgerüstet“ zu verstehen ist. Wenn der von Ihnen betroffene Spaziergänger tatsächlich keine Patronen bei sich führte, so kann er auch als zur Jagd ausgerüstet nicht angesehen werden, wenn er auch ein ungeladenes Jagdgewehr über der Schulter trug; denn ein solches ist als ein zur Jagdausübung geeignetes Werkzeug nicht anzusehen. Es fragt sich also, ob der Verdacht begründet war, daß der Betreffende Ihnen die Unwahrheit sagte. In solchem Falle konnten Sie den Nachweis der Richtigkeit seiner Behauptung verlangen, und zwar dadurch, daß er sich freiwillig einer Durchsuchung an seinem Körper unterzog. Wollte er dies nicht, so verstärkte er den Verdacht, daß er dennoch Patronen bei sich führte, und die Anzeige war gerechtfertigt. Denn die Vermutung spricht an sich schon dafür, daß jemand, der mit umgehängter Jagdflinte im Walde spazieren geht, auch Patronen bei sich führt. Unseres Erachtens stand übrigens der Mann nicht nur im Verdacht, gegen § 388 Ziffer 10, sondern sogar gegen §§ 202/03 StrGB. gefehlt zu haben. Sehen Sie solchen Verdacht, was von der Persönlichkeit und den näheren Umständen abhängig zu machen war, so konnten Sie die Flinte polizeilich beschlagnahmen und den Mann sogar nötigenfalls festnehmen. Indessen sind Ihre Angaben gar zu dürftig, um danach mit Sicherheit bestimmte Verhaltensmaßregeln geben zu können. Nr. 178. — R. V.

Kam. G. W. V. in R. Zweigverein. Anmeldepflicht. Ein örtlicher Zweigverein eines Verbandes, der ohne Mitwirkung des Verbandes oder eines Gau- oder Kreisvereins Vorstandsmitglieder wählt, für seine eigenen Zwecke Sonderbeiträge zur Befolgung der Rasterer und der eigenen Bibliothek erhebt und selbständig über die Ausschließung einzelner Mitglieder zu verfügen berechtigt ist, gilt zweifellos als selbständiger Verein im Sinne des Vereinsgesetzes. Handelt es sich wie bei einem sozialdemokratischen Wahlverein um einen politischen Verein, dann ist das Vereinsgesetz anwendbar. Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens wegen der unterlassenen Anmeldung der Mitglieder ist u. E. zweifellos erfolgversprechend. Nr. 161a. — n.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. M. V.) zu Jagen i. B.
Nr. 14. Verantwortl. Schriftleiter: Reich Werbdach zu Berlin. 1907/08.

Der Hund im Dienst des Transporteurs.

Von Polizeinspektor O. V. in Gr.

Zunmer wieder liest man in den Tageszeitungen, daß Gefangene ihren Transporteur entwichen sind. An diese kurzen Mitteilungen knüpfen sich in der Regel noch möglichst romanhafte Schilderungen, um den Fall für die Leser so interessant als möglich zu gestalten. Ganz

gleiter und selber sein würde. Diese meine Annahme sollte ich denn auch bald bestätigt finden.

Gelegentlich des Transportes einer Kindesmörderin an den etwa zwei Meilen vom Stadtgebiet entfernt gelegenen Tatort wurden zur Auffindung der Kindesleiche Polizeihunde verwendet. Als die ersten Leichenteile zum Vorschein kamen, suchte der Transporteur dem die Ausgrabung leitenden Arzt mit zur Hand



Die Gräbgruppe Wanne des P. M. V. nach einer Übung.

abgesehen davon, daß der Transporteur bei solchen Gelegenheiten nicht am besten wegkommt, sind derartige Artikel oft geeignet, die Bevölkerung zu bennrubigen, und sie schießen vielfach über das gesteckte Ziel, die Mitarbeit zur Wiederergreifung des Flüchtigen, hinaus.

Wenn ich nun auch weit davon entfernt bin, in unserem Diensthund, der bisher im Sicherheits- und Kriminaldienst Vorzügliches geleistet hat, ein Allheilmittel zu suchen, so hat sich mir doch der Gedanke aufgedrängt, daß der Hund auch dem Transporteur ein unerfleklicher Be-

gehen und ließ die Täterin ungefesselt einige Meter vom Grabe entfernt stehen. Man hielt eine Flucht der ruhigen Täterin für ausgeschlossen und alles richtete die Blicke auf die soeben bloßgelegte Leiche, ohne zu bemerken, daß die Täterin im Dickicht des Waldes verschwand. Zur Auffindung eines sicheren Versteckes durfte sie nur weniger Augenblicke; daher war sie, als man sich nach ihr umfah, verschwunden. Bei der in kurzer Zeit hereinbrechenden Dunkelheit hätte ein Mensch die Täterin nicht so leicht gefunden und diesmal wäre außer dem Trans-

porteur der Untersuchungsrichter, der Arzt usw. mit in den Zeitungsroman gekommen, wenn nicht einer der Hundstunde die Flüchtlinge in wenigen Minuten aufgespürt und gestellt hätte.

Den erneuten Beweis für die Tüchtigkeit des Hundes beim Stellen eines Flüchtigen hatte ich kurze Zeit danach. Ein Beschuldigter entsprang während der Vernehmung aus dem Dienstzimmer eines Polizeibeamten. Zufällig auf dem Gang anwesende Beamte brachten den Flüchtigen zurück, dem man bedeutete, daß der Hund losgelassen würde, wenn er noch einmal zu entkommen versuchte. Kaum hatte der Beamte aufs neue mit der Vernehmung begonnen, da entsprang der Beschuldigte schon wieder und entkam diesmal tatsächlich auf die Straße. Aber weit kam er nicht; denn der betreffende Beamte schickte dem Flüchtigen den in dem Dienstzimmer befindlichen Hund nach, der ihn mit Schneid stellte und zurückbrachte. Der Flüchtige hatte mehrfach dem Hund Fährnisse zu versehen versucht, erhielt aber dafür einen Wadenkneifer, der ihm den nötigen Respekt vor dem Hund einflößte.

Aus diesen beiden Fällen ergibt sich schon die Brauchbarkeit des Hundes bei Wiederergreifung Flüchtiger und sind sich darüber die Freunde der Hundesache wohl auch einig. Der Dienst, der der öffentlichen Sicherheit durch die Benutzung eines Hundes beim Transport geleistet würde, ist nicht zu unterschätzen. Es würde bei Benutzung des Hundes fast nicht mehr passieren, daß, wie es in der Nähe von Danzig der Fall war, ein Fuchthäusler seinem Transporteur entspringt und dann zwei Menschen durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt oder daß andere entsprungene Verbrecher ganze Gegenden unsicher machen.

Und würde der Hund dem Transporteur selbst nicht einen noch viel größeren Dienst leisten? Man denke nur an die Sorge und den Kummer, wenn es ihm passiert, daß sein Transportat entweicht. Auflage, Bestrafung, Entlassung aus seiner Brotstelle sind häufig die Folgen, ganz abgesehen von den Verletzungen, die ihm womöglich von seinem Transportaten zugefügt werden oder die er bei der versuchten Wiederergreifung des Entwichenen erhält.

Man wird mir entgegenhalten, der Transporteur trage in den meisten derartigen Fällen selbst die Schuld; denn entweder habe er den Gefangenen nicht

ordentlich geschlossen, oder er habe diesen oder jenen Fehler bei der Beaufsichtigung begangen. Das könnte man auch gelten lassen, wenn nicht in Betracht gezogen werden müßte, daß der Transporteur es oft mit Leuten zu tun hat, die ihm an Verschlagenheit, körperlicher Gewandtheit und Kraft überlegen sind, und daß ihnen meist bei der Flucht günstige Momente zu Hilfe kommen. Schon ein plötzlicher Zutritt ist geeignet, den Transporteur unter Umständen augenblicklich unfähig zu machen, die Verfolgung des Entlassenen aufzunehmen. Da bliebe nur übrig, den Transportaten so zu schließen, daß er sich überhaupt nur schwer von der Stelle zu bewegen vermag, was aber, insbesondere beim Transport zu Fuß, ganz ausscheidet.

Mit der Fesselung ist es überhaupt eine eigene Sache, denn einmal darf nicht jeder Transportat geschlossen werden; ist es aber angeordnet, so geschieht es möglichst unauffällig und schonend und vielfach auch mit recht mangelhaften Schließzeugen, die sich bei der nötigen Ausfesselung des Gefesselten mit Leichtigkeit abstreifen lassen. Ich erinnere hier nur an einen Fuchthäusler, zurzeit in der Strafanstalt in Untermaßfeld, welcher im Gerichtssaal und auf dem Transport keine besonders starken Bandfesseln abstreifte und sie lächelnd den ihn überwachenden Gendarmen überreichte, die einfach sprachlos darüber waren.

Auch kleine Kniffe wie Abnehmen der Hosenträger usw. halten einen gewandten Verbrecher nicht von der Flucht ab, ja, hindern ihn unter Umständen nicht einmal dabei.

Nun wird man behaupten, daß derartige Leute sich auch durch die Anwesenheit des Hundes nicht zurückhalten lassen werden. Das ist aber irrig. Die Furcht vor einem kräftigen Wadenbiß wird auch dem schwersten Tünnern zunächst den Mut zur Flucht nehmen; somit es dennoch zu einem solchen, so bin ich fest überzeugt, daß der Flüchtling nur kurze Zeit die Freiheit genießen wird.

Es fragt sich nun:

1. Gibt es irgend eine gesetzliche Grundlage für die Verwendung eines Hundes zur Ergreifung eines Flüchtigen?
2. Bei welcher Art von Transporten läßt sich ein Hund verwenden?
3. Ist eine besondere Dressur des für den Transport bestimmten Hundes erforderlich?

Die erste Frage ist zweifellos zu verneinen. Aber es muß hier auch festgestellt werden, daß eine Bestimmung, die die Verwendung des Hundes beim Transport verbietet, ebenfalls fehlt.

In der für alle Transporte grundlegenden Bestimmung, der Transport-Instruktion von 1816, heißt es:

„Wenn einer der Gefangenen die Flucht versucht oder entspringt, so ist Gewalt zu gebrauchen, um ihn daran zu verhindern oder wieder zu ergreifen.“ Hiernach ist die Anwendung von Gewalt bei der Verhinderung der Flucht oder bei der Wiederergreifung des Flüchtlings gesetzlich angeordnet. Welche Gewaltakte gestattet sind, wird nicht erwähnt und es muß demnach lediglich in das Ermessen des Transporteurs gestellt bleiben, welche Gewaltmittel zur Anwendung zu bringen er für notwendig erachtet.

Frage Stellung zu nehmen hat. Er erklärte mir, bei Beurteilung dieser Frage komme es darauf an, daß die Benutzung des Hundes zur Verhinderung der Flucht oder zur Wiederergreifung des Flüchtlings auch tatsächlich notwendig und der Flüchtlige nicht auf eine andere, leichtere Weise festzuhalten war. Im ersteren Falle sei es unbedenklich, den Hund in Tätigkeit treten zu lassen; denn der Angriff des Hundes sei immer noch humaner als ein bestiger Stockschlag auf den Kopf des Transportaten, zu welchem der Transporteur unter Umständen ebenfalls berechtigt ist. Hiernach erscheint eine Klage gegen den Beamten im Zivilwege aussichtslos.

Die jetzt vielumstrittenen Bestimmungen der §§ 833 und 834 des BGB. zu erweitern, muß ich im übrigen einem Referenten überlassen.



Vergoldete Medaille, gestiftet von der „Vereinigung der Polizei-Oberbeamten für den weissen Industriebezirk, Abteilung Hagen“
Zurkannt dem Polizeileutnanten Aumann, Schmidhorst.

Ein Sehen des Hundes, auf Kommando oder durch Dressur anezogen, ist im allgemeinen zwar strafrechtlich verboten; aus zahlreichen Gerichtsentscheidungen geht aber klar hervor, daß man von einem Sehen im Sinne des Strafgesetzes nicht reden kann, wenn es gilt, einen fliehenden Verbrecher, gleichgültig ob auf frischer Tat oder während der Flucht auf dem Transport, festzunehmen. Sollte der Hund den Fliehenden nun gar körperlich verletzen — er bleibt immer ein nicht lebloses, daher unberechenbares Werkzeug in der Hand des Transporteurs und der beste Hund kann im Ernstfalle von seinen Zähnen Gebrauch machen — so würde nach meiner Überzeugung kein Gericht den Beamten wegen fahrlässiger oder gar vorsätzlicher Körperverletzung anklagen.

Photo. Ansicht teilte mit mir auch

Was nun die Art der Transporte, bei denen Hunde Verwendung finden können, anbetrifft, so läßt sich wohl sagen, daß der Hund bei Transporten zu Fuß, zu Wagen und auch mit der Eisenbahn niemals überflüssig sein wird. Er ließe sich dennach bei allen Transporten verwenden.

Bei der Prüfung, ob ein Hund überhaupt zur Verwendung kommen soll oder nicht, wird natürlich die Persönlichkeit des Transportaten die wichtigste Rolle spielen. Es wird keinem Menschen einfallen, einem Transporteur, der einen entlaufenen Diensthunden der Dienstherrschaft zuführt, einen Hund mitzugeben, während bei Vorführungen von Strafanstaltsinsassen der Hund geradezu erforderlich erscheint, weil derartige Personen nur zu oft die Vorführungen herbeizuführen wissen, um Gelegenheit zur

Obgleich nun unser Hund ein äußerst anspruchsloser Transportbegleiter ist, entstehen durch seine Benutzung doch Kosten und die ließen sich vielleicht zunächst nur dann rechtfertigen, wenn durch die Mitnahme des Hundes ein zweiter Transporteur erspart würde. Soudelt es sich um einen Transport zu Wagen oder zu Fuß, so entstehen nur geringe Kosten für Futter; umg aber die Bahn benutzt werden, so ist für das Kilometer $1\frac{1}{2}$ 3 Fahrpeld zu entrichten und es hängt augenblicklich noch von der Liebenswürdigkeit des Zugführers, Schaffners usw. ab, daß der Hund überhaupt mit in den Abteil darf, den der Transporteur mit dem Verbrecher bestiegt.

Hunde müssen nach den für die Eisenbahn geltenden Bestimmungen in den Hundeabteil. Ausnahmen werden nur bei Schoßhunden und im Winter bei Jagdhunden gemacht. Letztere dürfen während des Winterhalbjahres mit in dazu bestimmte Abteile genommen werden. Warum sollte da die Bahn nicht auch Abteile für Transporteure mit ihren Hunden zur Verfügung stellen können? Wird einmal die Zweckmäßigkeit des Hundes beim Transport höheren Orts anerkannt, so wird auch die Eisenbahnverwaltung Entgegenkommen in dieser Sache zeigen müssen.

Was die Dressur eines sogenannten Transporthundes anbetrifft, so läßt sich wohl mit Bestimmtheit behaupten, daß ein fertig abgeführter Polizeihund beim Transport mit Erfolg Verwendung finden kann. Man würde ihn vielleicht speziell auf den fliehenden Verbrecher abrichten, wobei Angriff, Laufen, Klettern, Springen, Schwimmen usw. besonders wichtig erscheinen.

Ich persönlich halte den Angriff im Rücken des Transportaten für den zweckmäßigsten, zumal ich die Wahrnehmung gemacht habe, daß schon das bloße Anspringen genügt, eine im Laufen befindliche Person zu Fall zu bringen.

Das Verfolgen des Flüchtigen durch eine Menschenmenge hindurch und das Abspringen aus einem in voller Fahrt befindlichen Wagen dürfte vielleicht etwas mehr als bei den übrigen Polizeihunden geübt werden; denn es erfolgen die meisten Fluchtversuche auf Bahnhöfen in dem Augenblick, in dem sich der Transporteur nach einem Abteil umsieht, oder während der Fahrt. Bevor der Transporteur sich durch die Menschenmassen hindurchdrängt oder der Zug durch das Ziehen der Notleine zum Stehen gebracht wird, ist der Verbrecher über alle Berge. Das Ab-

springen des Hundes läßt sich am besten von einem in voller Fahrt befindlichen elektrischen Straßenbahnwagen üben.

Die beliebtesten Arten, einem Transporteur zu entkommen, seien hier nur kurz erwähnt. Flucht durchs Abortfenster, Durchsprung durch das Abteifenster und Öffnen der Abteiltür, indem das ganze Körpergewicht gegen dieselbe geworfen wird, und viele andere raffinierte Manöver, bei denen ein zuverlässiger Transporthund nie versagen wird. Dafür sprechen auch die bisher gemachten Erfahrungen bei Verfolgung von Tätern durch Diensthunde. Ich würde es daher für einen Segen sowohl für die Öffentlichkeit als auch für den Transporteur halten, wenn unser Diensthund als Transportbegleiter in Zukunft Verwendung fände.

Allerlei.

VII. Polizeihundprüfung des P. H. V. zu Hagen i. W. Gemeldet waren in der „offenen Klasse“ 25 Rüden, 5 Hündinnen; in der „begrenzten Klasse“ 7 Rüden und 8 Hündinnen. Mehrere Meldungen mußten wegen zu späten Eingangs unberücksichtigt bleiben. Die Leistungen der Hunde waren durchweg vorzügliche. In der „offenen Klasse“ erhielten den

I. Preis: Airedalehündin Lady von Schmidt-horst, Bes. und Führer Polizeiergt. Neumann, Schmidt-horst.

II. Preis: Schäferhündin Janna, Bes. und Führer A. Voss, Merlohn.

III. Preis: Schäferhund Max gen. Wolf, Bes. Pol.-Verwaltg. Vorbeck, Führer Strim-Wachm. Endwig.

IV. Preis: Dobermann Wotan, Bes. und Führer Pol.-Stom. Wagner, Rohrwinkel.

V. Preis: Dobermann Montwig v. Ederstein, Bes. Pol.-Jusp. Bahne, Lützencheid; Führer Schugmann Schroeder III.

VI. Preis: Schäferhund Roland v. Decren, Bes. und Führer Pol.-Sergt. Berthwein, Decren.

VII. Preis: Dobermannhündin Maritit v. Ederstein, Bes. Pol.-Jusp. Bahne, Lützencheid; Führer Pol.-Sergt. Schroeder II.

Begrenzte Klasse.

I. Preis: Schäferhund Rolf, Bes. Pol. Verw. Vorbeck, Führer Pol.-Sergt. Rudolf.

II. Preis: Schäferhündin Lilly, Bes. und Führer Pol.-Sergt. Schmalenbach, Hagen.

III. Preis: Schäferhund Cäsar, Bes. Pol. Stom. Donnerstag, Cierfeld; Führer Pol.-Sergt. Neumann, Schmidt-horst.

In der begrenzten Klasse wurden mit Ausnahme einer Airedalehündin nur Schäferhunde vorgeführt. Ehrenpreise waren über 60 gestiftet, vornehme und wertvolle, wie sie nur wenige Hundeanstellungen aufweisen können. Der Richterbericht wird in der nächsten Nummer veröffentlicht.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 14.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Unser Karten- und Planwesen.

Von Oberfeuerwerker Lemke-Berlin.

(Nachdruck verboten.)

XII.

Das Profil.

Die in letzter Nummer des „Gendarm“ gegebenen Erklärungen werden oft zur Beurteilung der Bodenformen und zur Lösung der in diesem Sinne gestellten Aufgaben ausreichen; aber trotzdem wird es noch viele Fälle geben, in denen diese allgemeinen Hinweise nicht genügen. So wird z. B. bei der Anlage von Wegen, Straßen, Eisenbahnen usw. die Bestimmung der Bodenunebenheiten in der geplanten Richtung recht genau erfolgen müssen, weil gerade diese Ermittlung eine wesentliche Grundlage bei der Aufstellung des Kostenanschlags bildet. Erfahrungsgemäß fordern die Erdarbeiten bei solchen Anlagen die Hauptopfer in finanzieller Hinsicht.

Die Darstellung der Bodenverhältnisse in einer bestimmten Richtung erfolgt durch das Profil. Eine umständliche Beschreibung seiner Anfertigung läßt sich durch ein Beispiel mit einigen Erläuterungen am besten vermeiden.

Aufgabe: In der folgenden Skizze 1:25 000 soll in Richtung des von Süd-Südwest nach Wredow führenden und bei den Galtseeen unterbrochenen Feldweges ein befestigter Weg gebaut werden. Durch ein Profil sind die Bodenverhältnisse für die Strecke der Unterbrechung (a—b) zu bestimmen.

Zur Lösung der Aufgabe gibt die Skizze die beiden notwendigen Anhalte. Erstens ist die Grundrißentfernung von Schichtlinie zu Schichtlinie in der Richtung a—b ohne weiteres mit dem Zirkel abzugreifen und nach einem Maßstab 1:25 000 zu bestimmen und zweitens ist die Höhenlage jeder Schichtlinie durch ihre Darstellungsart in Verbindung mit den auf der Skizze sich befindenden Höhenzahlen gegeben.

Beispiel ist das Verhältnis 1:5000 angenommen. Auf einer geraden Linie werden jetzt die Grundrißentfernungen der einzelnen Schichtlinien, von a beginnend, unter Berücksichtigung des gewählten Maßstabes (im Beispiel fünfmal)



so groß als in der Skizze) abgetragen. Zur Kontrolle sind die einzelnen Maße auf der Grundlinie vermerkt. In den durch das Abtragen gewonnenen Punkten errichtet man Lote

Profil in der Linie a—b/s. Skizze/.



Für die eigentliche Anfertigung des Profils wählt man einen größeren Maßstab, damit auch die kleineren Höhenunterschiede deutlich zum Ausdruck kommen. Für das vorliegende

und macht diese gleich den Höhen der Schichtlinien über N. N. An jedes Lot schreibt man seinen Höhenwert. Werden jetzt die Höhen der einzelnen Schichtlinien, also die oberen End-

punkte der Lote, entsprechend der Bodenform durch eine Linie verbunden, so stellt diese Verbindungslinie die Form der Erdoberfläche in der Richtung a—b dar.

Zuweilen kann es vorkommen, daß einzelne Punkte eines Planes seinen genauen Höhenwert aufweisen, wie dies z. B. zwischen dem St. und Gr. Gallisee der Fall ist. Der tiefsten Verbindungslinie beider Seen nähern sich von beiden Seiten die Schichtlinien 75 über N. N. und ein geübtes Auge wird auch noch die Schichtlinien 72,5 (s. Pfeilstriche) wahrnehmen, die am Gr. Gallisee gerade durch die Profilinie a—b berührt wird. Läge letztere dem St. Gallisee näher, so würde sie über 72,5 und unter 75 über N. N. anzuweisen sein. In solchen Fällen wird ein Mittelwert schätzungsweise aufgetragen.

Zu jedem Profil gehört schließlich ein Transversalmastab (hier 1:5000), der aus Mangel und weil seine Anfertigung schon besprochen, in Fortfall gekommen ist.

In die Grundrisskarte usw. ist die Profilinie in einer sich von der Zeichnung deutlich abhebenden Farbe einzuzichnen. Angaben über Gangbarkeit des Geländes, über geologische Verhältnisse desselben usw. sind unter Bemerkungen aufzunehmen.

Die Beschreibung ist aus dem Beispiel ersichtlich.

Verwaltungskunde.

Beamte. Unmittelbare Staatsbeamte sind diejenigen Beamten, welche im direkten Dienste des Staates stehen. Die Gemeindebeamten sind nur mittelbare Staatsbeamte. Öffentliche Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienste sind, dürfen über Umstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde oder der ihnen zuletzt vorgesetzt gewesen Dienstbehörde vernommen werden. (§ 53 StrPrO.)

(Aus der Zeitschrift „Die Bibliothekswelt“, Berlin W. 9)

Weltbürger-Abc.

Galanteriewaren heißen die zum Putz und Schmuck gehörenden Luxusartikel, mit Ausnahme der Schnittwaren, als seidene Bänder, kleine Tücher, Fichus, Handschuhe, Fächer, Bijouteriewaren, Dosen, feine Gegenstände aus Gold, Silber, Bronze, Zinn, Messing, Leder, Holz, Elfenbein, Hartgummi, Knochen, Zelluloid, Glas, Stein und dergl., also etwa gleichbedeutend mit Luxuswaren. Die Franzosen, die den Ausdruck Galanteriewaren gar nicht kennen, sagen dafür: articles de nouveauté et de modes, (Artikel de nouveauté et de modes), Artikel von Neuheit und von Moden, Neuheiten und Modeartikel, objets de bijouterie, (objets de bijouterie, Objekte von Schmuck, Schmuckwaren), articles de Paris (Artikel de Paris), Artikel von Paris, Pariser Artikel) u. dgl.

(Recherches Großes Conversations-Lexikon, 6. Auflage.)

Allerlei Rat.

Wasserdampf gegen Motten. Folgendes Mittel, Motten aus Möbeln und Teppichen zu vertreiben, wird der „Parole“ von einer freundlichen Leserin mitgeteilt: Dieses Langzifer wird am besten dadurch getötet, daß man über den von den Motten heimgejuchter Gegenstand ein feuchtes Tuch ausbreitet und mit einem hinreichend heißen Bolzen darüber fährt. Der sich entwickelnde Wasserdampf dringt in den Gegenstand ein und vernichtet nicht nur die Insekten selbst, sondern auch ihre Brut. Zum Schutz von Polsterungen gegen Motten soll sich ein Zusatz von frisch aufgeblühtem Hanf zum Polsterstoff am besten bewährt haben.

Ein Hausmittel gegen Keuch- oder Stiefhusten. Man gieße in ein irdenes Gefäß ein halbes Liter Weineßig bester Qualität, lege ein frisches Hühnerrei mit Schale, nachdem man diese gesäubert hat, so hinein, daß es von dem Essig vollständig bedeckt wird, verschließe das Gefäß hierauf luftdicht und stelle es an einen kühlen Ort. Nachdem das Ei etwa 21 Stunden von dem Essig durchgezogen worden ist, nehme man es heraus, öffne es, da es inzwischen die Schale verloren hat, vorsichtig, lasse das Gelbe des Eies, weil es unbrauchbar geworden ist, fort, tue dagegen das Weiße desselben nebst einigen Eßlöffeln voll Kochzucker wieder in die Flüssigkeit zurück und zerleiße beides, Zucker und Eiweiß, durch Rührühren der Flüssigkeit. Von letzterer, die nicht zu süß sein darf, sondern nur angenehm säuerlich schmecken und in einer Flasche aufbewahrt werden muß, wird dem erkrankten Kinde wenigstens morgens, mittags und abends ein Eßlöffel voll verabreicht. Bei starkem Husten kann auch häufiger davon gegeben werden.

Pferdepflege.

Beim Waschen der Pferde sollte man stets dafür sorgen, daß aus den Haaren der dünnsten Fäden das überschüssige Wasser mit der Hand abgestreift wird, damit nicht durch allmähliches Abfließen die Streu genährt und durch die langsame Verdunstung einer größeren Menge von Feuchtigkeit, namentlich bei Pferden mit langem Haarbehang an den Ästen, die Haut zu stark und zu lange abgelenkt wird. Ein Landwirt berichtet, daß er die nassen Beine der Pferde mit Sägespänen abreibt, um sie zu trocknen.

Wo Sägespäne billig zu haben sind, ist dies Verfahren zu empfehlen. Die Sägespäne nehmen die Feuchtigkeit schneller in sich auf und die Gliedmaßen werden schneller trocken, als wenn sie mit Stroh oder Lappen abgerieben werden. Man vermeidet durch solche Behandlung Entzündungen und hauptsächlich das Sprühen und Nässewerden der Fesselgelenke. Nimmt man eine flache Kiste, gefüllt mit Sägemehl, stellt den Fuß des Pferdes hinein, so wird man finden, daß die Arbeit schnell und gut zu erledigen ist.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 15. — 26. Oktober 1907. — Seite 342/365. — 5. Jahrgang.

November													
S	M	D	M	D	F	S							
						1	2						
3	4	5	6	7	8								
10	11	12	13	14	15	16							
17	18	19	20	21	22	23							
24	25	26	27	28	29	30							

Herausgeber:

Robert Gersbach,

Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Daal, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“

Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Dezember													
S	M	D	M	D	F	S							
1	2	3	4	5	6	7							
8	9	10	11	12	13	14							
15	16	17	18	19	20	21							
22	23	24	25	26	27	28							
29	30	31											

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Buchereien wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis

für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen

nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:

die gespalt. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Polizei- und Sicherheitsdienst bei Anstalts- bauten	343
M. B. vom 12. 8. 07 betr. die von an- ländischen an preussische Polizeibehörden gerichteten Ersuchen um Auskunft über den Leumund und etwaige Vorstrafen von nach dem Auslande zugezogenen Personen	345
Taschendiebstahlschule	346
Die Photographie im Dienste der Polizei bei Vorfällen	346

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	348
II. Kammergericht	348
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	351
IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht	352
V. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	352
VI. Oberlandesgericht Colmar	352
VII. Oberlandesgericht Kiel	352
VIII. Landgericht I Berlin	352
IX. Landgericht III Berlin	353
X. Bezirksauschuss Berlin	353
XI. Schöffengericht Homburg v. d. H.	353

Polizeibericht	353
Personalveränderungen	355
Ehrentafel	356
Bücherschau	357
Ankündigungen	357

II. Der Polizeihund.

Wie man in Holland Polizeihundprüfungen beurteilt	360
Dressierkniffe	361
Hundestauferferum als Schutz- und Heil- mittel gegen Hundestaupe	362
Hundepflege	362
Allertei	363

III. Haus und Herd.

Räumigungsfristen bei Wohnungen	364
Verwaltungsfristen	364
Rechtsprüfungen	365
Lustiger Winkel	365
Altelei Rat	365
Rundschau	365
Hierbeifüge	365

Balanzliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 23. Oktober 1907 abgeschlossen worden.

Polizei- und Sicherheitsdienst bei Kanalbauten.*)

Von Albert Hoppe, Fürstl. Gendarmerie-Inspektor in Gera.

Seit September 1906 wird im hiesigen Lande eine Eisenbahn gebaut. Die Strecke, welche unser Landesgebiet, das Fürstentum Reuß J. L., berührt, betrug annähernd 14 Kilometer stark bewaldetes und bergiges Gelände, wobei ausschließlich in Felsen gearbeitet werden mußte.

Die Neubahnstrecke war an drei Eisenbahnunternehmer vergeben worden, welche zeitweise bis 2000 fremde Arbeiter beschäftigten. Noch heute werden an diesem Eisenbahnbau ungefähr 1000 fremde Arbeiter beschäftigt. Zur Aufsichtsführung standen zunächst nur die 4 Stationsgendarmen, deren Bezirke berührt werden, zur Verfügung. Beschäftigt wurden hauptsächlich Böhmen, Italiener, Kroaten, Kissen, Galizier und Bosniaken, daneben Menschen aus aller Herren Ländern. Anfangs schien es, als ob der Bau wie bei früheren Gelegenheiten ohne erhebliche Beschädigungen vor sich gehen würde; aber bald wurde man eines anderen belehrt. Kurz nach Ankunft der Kroaten kam es zu erheblichen Ausschreitungen, Raub, Sittlichkeitsverbrechen, schwerer Diebstahl, Zerschlag, schwere Körperverletzungen waren gewissermaßen an der Tagesordnung und zur Kränkung des Ganzen wurde dann noch zur Mittagsstunde auf einer lebhaft begangenen Landstraße ein Raubmord ausgeführt.

Durch alle diese Vorkommnisse war die öffentliche Ordnung und Sicherheit in ganz erheblicher Weise gefährdet worden. Schon gleich bei Beginn der Ausschreitungen war die vorhandene Gendarmerie durch 3 Mann verstärkt worden. Diese ungesicherten Verhältnisse hatten sich in wenig Wochen entwickelt und nun galt es, durch energisches Eingreifen wieder geordnete Zustände zu schaffen. Dies ist der Gendarmerie des Fürstentums in kurzer Zeit gelungen und seit 10 Monaten sind keine erheblichen Ausschreitungen mehr zu verzeichnen gewesen. Auf welche Weise dies bewerkstelligt wurde, soll hier kurz geschildert werden.

Vom Fürstlichen Landratsamt war eine Polizeiverordnung dahin erlassen, daß die beim Eisenbahnbau beschäftigten Arbeiter, welche in einer Gemeinde des Bezirks Wohnung nehmen, sich innerhalb 24 Stunden nach ihrem Zugzug bei dem Gemeindevorstand des betreffenden Ortes unter Vorlegung ihrer Ausweis-papiere an- sowie vor ihrem Wegzuge oder längstens 24 Stunden nach demselben wieder abzumelden haben. Die Verpflichtung zur An- und Abmeldung innerhalb der angegebenen Fristen lag auch denjenigen Haus-haltungsvorständen (insbesondere auch den Kantinenwirten) ob, welche Arbeiter der gedachten Art in Wohnung oder Schlafstelle nahmen, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob

die betreffenden Arbeiter ihrer Meldepflicht selbst nachkamen oder nicht. Die Arbeitgeber der Eisenbahnarbeiter hatten allmählich, spätestens am Sonnabend, ein Verzeichnis der bei ihnen in Zu- oder Abgang gekommenen Arbeiter den Gemeindevorständen des Wohn- oder Aufenthaltsortes unter Angabe des Namens, Geburtsorts und Geburtstags der betreffenden Arbeiter und, soweit es sich um Ausländer handelte, der Zeit, seit welcher sie sich im Deutschen Reiche befanden, zu über-senden.

Diese Polizeiverordnung wurde streng ge-handhabt, und zwar ohne Rücksicht auf die Einwendungen der Arbeiter, Einwohner und Arbeitgeber, und kann ich nur raten, überall in solchen Fällen eine gleiche Verordnung zu erlassen, dann aber auch streng zu handhaben. Eine solche Maßnahme bildet die Grundlage zu einer sachgemäßen Überwachung der Ar-beiter.

Dann wurde für die Ortschaften, welche von Eisenbahnarbeitern belegt waren, die Po-licezeitunde auf 11 Uhr nachts festgesetzt; die Kantinen hatten schon um 9 Uhr abends zu schließen. Auch diese Maßnahme hat sich als sehr praktisch erwiesen; sie muß ebenfalls streng und rücksichtslos gehandhabt werden, und zwar auch in Hinsicht auf die einheimische Bevölkerung.

Um eine scharfe Beaussichtigung der Bau-strecke zu ermöglichen, wurden als Stations-orte der Gendarmen dicht an der Bau-strecke belegene Ortschaften, welche gleichzeitig stark mit Eisenbahnarbeitern belegt waren, gewählt. Hierdurch wurde erzielt, daß die Arbeiter auch außerhalb der Arbeitszeit besser beobach-tet und überwacht werden konnten. An ganz gefährlichen Punkten wurden zwei Beamte stationiert.

Ferner waren Verkehren getroffen worden, daß die beim Bahnbau tätigen Po-licebeamten bei vorkommenden Fällen durch Fernsprecher oder Boten sich schnell verständigen konnten. Hierdurch wurde hauptsächlich erzielt, daß erforderlichenfalls schnell eine größere Anzahl von Polizeibeamten versam-melt werden konnte. Dies ist unbedingt nötig; denn der einzelne Beamte ist grö-ßeren Ansammlungen gegenüber machtlos und sehr gefährdet. Auf die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung ist wenig oder gar nicht zu rechnen.

Die Bewaffnung der Gendarmerie be-stand aus Seitengewehr und Revolver; die Seitengewehre hatte ich scharf nachsehen lassen. Außerdem waren die Gendarmen noch im Be-sitz eines doppellängigen Gewehrs (Schrot- und Kugellauf), welches namentlich bei Nachpatrouillen mitgeführt werden sollte. Nachpatrouillen wurden stets von zwei Beamten ausgeführt. Auch diese letztere Einrichtung möchte ich dringend empfehlen; außerdem

*) Sgl. unsere Anregung zu dieser Frage in Nr. 14. Die Schriftleitung.

dürfte es gut sein, die Beamten mit einem oder zwei guten Schließzeugen auszurüsten. In Ermangelung eines zweiten Schließzeugs genügt auch ein guter, aber nicht zu harter Strid; letzterer sollte daher niemals fehlen. Bedarfs Austausch der gemachten Erfahrungen und Wahrnehmungen kamen die Beamten allwöchentlich einmal zu einer kurzen Dienstbesprechung zusammen, welche gewöhnlich in einer Stunde beendet war.

Ein erheblicher Fehler war darin zu erblicken, daß den Krankenläsen der Eisenbahnbauunternehmer die Verrechnung zugestanden werden war, den Arbeitern Alters- und Invalidenversicherungskassen anzustellen. Ohne daß irgendwelcher Nachweis erbracht wurde, sicßen die Krankenläsen auf die einfachen mündlichen Angaben der Arbeiter hin Karten aus. Hierdurch kam es, daß bei vielen Arbeitern mehrere Karten, auf verschiedene Namen lautend, vorgefunden wurden. Es war das einzige Legitimationspapier, das die Arbeiter in Händen hatten, und meistens waren es solche, welche etwas auf dem Kerbholz hatten. Die Ausstellung dieser Karten mühte nur in die Hände der Gemeindevorstände gelegt werden, und zwar dürften solche nur unter Vorlegung ordnungsmäßiger Legitimationspapiere der Heimatsbehörde des Arbeiters ausgestellt werden. Den Arbeitgeberm mühte unter Strafandrohung verboten werden, Arbeiter ohne ordentliche Legitimationspapiere überhaupt einzustellen.

Unter den Kantenenwirten befand sich eine Anzahl sehr zweifelhafter Elemente. Bei Erteilung der Konzession mühten von der zuständigen Behörde die Bestimmungen des § 33 der Gewerbeordnung ganz scharf gehandhabt werden. Die Kantenen bedürfen einer scharfen polizeilichen Aufsicht und müssen täglich revidiert werden. Auch darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß ein auswärtiger Unternehmer sich das Recht zur Erbauung von Kantenen längs der ganzen Strecke von der Bauleitung und den Unternehmern gesichert hatte. Dieser Unternehmer erbaute dann an der ganzen Baustrecke zahlreiche Kantenen. Es waren dies nur leichte Bretterbuden, die für den Winter nicht genühten. Hieraus trat der Unternehmer in Unterhandlungen mit Frauereien. Derjenigen Frauerei, welche die größte Summe an den Unternehmer zahlte, wurde die Bierlieferung für sämtliche Kantenen übertragen. Dann verpachtete oder verkaufte er die Kantenen für hohe Preise; außerdem mühte der Pächter oder Käufer außer dem Pachtzins oder Kaufpreis noch eine besondere Abgabe für das Gekollter ausgedenktes Bier an den Unternehmer zahlen. Der Unternehmer verdiente eine ganz erhebliche Summe; die Pächter oder Käufer waren übervorteilt und haben meist nichts verdient. Die zuständige Behörde möge auf solche Manipulationen ein scharfes Auge richten. Ich meine, daß man zunächst einheimische Personen beim Betrieb von Kantenenwirtschaften berücksichtigen sollte.

Unter den fremdländischen Arbeitern wird stark Kasard gespielt. Es befinden sich unter ihnen ganz geriebene Männer, welche durch Faltschpiel jungen und angetrunkenen Arbeitern in kurzer Zeit die ganze Barschaft abnehmen. Hierbei kommt es dann auch gewöhnlich zu schweren Körperverletzungen und sonstigen Auschreitungen. Wegen dieses Abstands muß die Polizei scharf einspringen und, wenn den Spielern das Falsch- oder gewerbmäßige Spiel nicht nachzuweisen ist, gegen die Wirte vorgehen, welche derartiges Spiel in ihren Lokalen dulden.

Die fremdländischen Arbeiter führen auch zumeist Stich- oder Schußwaffen. Hier bei uns wurde eine allgemeine Entwaffnung der Arbeiter vorgenommen, wozu die polizeilichen Verordnungen eine genügende Grundlage boten. Ist eine solche gesetzliche Bestimmung nicht vorhanden, so kann sie ja für die Dauer des Baues geschaffen werden.

Bei Auszahlung der Löhne ist stets ein Polizeibeamter zugegen gewesen, weil es hierbei oft zu Aufritten kam. In die Lohnstretigkeiten zwischen Arbeiter und Arbeitgeber soll sich aber der Polizeibeamte grundsätzlich nicht mischen; diese gehören vor die zuständigen Gerichte.

Als schwerer Abstand wurde das sogenannte „Raumachen“ empfunden. Unter den Arbeitern befindet sich eine große Anzahl sogenannter „Monarchen“. Es sind dies solche, welche immer nur einige Tage in der Woche und erst dann arbeiten, wenn sie den letzten Groschen verlan haben. Diese Menschen lungern dann am Eisenbahnbau herum und stören die anderen Arbeiter, oder sie liegen an den Straßen und belästigen Vorübergehende. Es läßt sich allerdings hiergegen nicht viel machen; aber man kann den Arbeitgebern ans Herz legen, daß sie solche Elemente aus der Arbeit entlassen.

Bei vorkommenden Verbrechen ist es schwer, mit den fremdländischen Arbeitern eine Verständigung herbeizuführen; ohne Dolmetsch ist dies gar nicht möglich. Wenn man auch die Gewisheit hat, der Mann versteht so viel Deutsch, daß auch nur einigermaßen eine Verständigung herbeigeführt werden könnte, erklärt er kurz, daß er nicht Deutsch versteht. Man hüte sich, solchen Personen gegenüber Worte fallen zu lassen, welche verhängnisvoll für die Untersuchung werden können. Die fremdländischen Arbeiter verraten einander nie, sagen sich aber gegenseitig alles wieder, was sie in Erfahrung gebracht haben. Am geeignetsten als Dolmetscher erscheinen noch die Schachtmeister, durch welche ich fast ausnahmslos eine Verständigung erzielte. Hierbei ist aber nicht außer acht zu lassen, daß es auch unter den Schachtmeistern eine große Anzahl zweifelhafter und schwer vorbestrafter Menschen gibt und daß man bei Auswahl solcher Personen sehr vorsichtig sein muß. Hier bei uns wurden eine ganze Anzahl Schachtmeister wegen Anstif-

tung oder wegen Verübung schwerer Delikte bestraft.

Als eine sehr zweckmäßige Maßregel hat sich die Ausweisung fremdlandischer Arbeiter, welche wegen begangener Gesetzwidrigkeiten als lästige Ausländer angesehen werden konnten, erwiesen. Man soll von dieser Maßregel den weitgehendsten Gebrauch machen. Die Ausweisungen gingen auch ohne Schwierigkeiten vor sich; meistens verließen die Arbeiter nach Aushändigung des Ausweisungsbefehls die Gegend sofort.

Bei Auswahl der zu einem derartigen Bau zu kommandierenden Polizeimannschaften sei man recht vorsichtig. Man nehme zunächst nicht zu junge und auch nicht zu alte Beamte, vielleicht Leute zwischen 35 und 45 Jahren. Weitere Bedingung ist dann eine eiserne Gesundheit zur Ertragung der Strapazen bei Tag und Nacht und bei jeglicher Witterung. Die Beamten müssen zuverlässig, energisch, aber human, nüchtern und umfichtig sein und gute kriminalpolizeiliche Kenntnisse besitzen. Damit die Tätigkeit der Beamten nicht zersplittert wird, stelle man sie unter die einheitliche Leitung und Beaufsichtigung eines älteren erfahrenen Polizeibeamten. Zu den Schutzwaffen liefere man frische und gute Munition; denn im Ernstfalle kann ein Verlegen das Leben des Beamten kosten. Für den anstrengenden und verantwortungsvollen Dienst, den die Beamten meist fern von ihren Familien leisten müssen, entschädige man sie in ausreichender Weise.

Unter den fremdlandischen Arbeitern sind die Kroaten die gefährlichsten; sie neigen sehr zu Verbrechen und Gewalttätigkeiten. Sie verschwinden auch sofort, sobald sie etwas begangen haben. Der Kroat ist der geborene Verbrecher; er bedarf einer besonders scharfen Polizeiaufsicht. Meiner Ansicht nach müßten Kroaten als Arbeiter nicht eingestellt werden, wenn sie nicht nachweisen können, daß sie sich schon längere Zeit in Deutschland aufhalten und sich während dieser Zeit nichts zuschulden haben kommen lassen. Kroatische Arbeiter besitzen auch vielfach mehrere, auf verschiedene Namen lautende Legitimationspapiere. Der böhmische Arbeiter neigt leicht zu Diebereien und Betrügereien; Logischwindel ist bei ihm an der Tagesordnung. Man warne auch die einheimische Bevölkerung vor unnötigem Kreditgeben. Auch unter Russen und Polen sind sehr viel zweifelhafte Elemente. Gute Erfahrungen hat man hier mit Italienern, Galiziern und Bosniaken gemacht.

Ministerial-Erlass.

Ministerial-Verfügung vom 12. August 1907, betr. die von ausländischen an preussische Polizeibehörden gerichteten Ersuchen um Auskunft über den Leumund und etwaige Vorstrafen von nach dem Auslande zugezogenen Personen.

In den Berichten, mit denen dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemäß Nr. 3 des Bundesgesetzes vom 10. Juni

An Sonn- und katholischen Feiertagen sowie an Regentagen müssen die Polizeibeamten scharf auf dem Posten sein, weil sich die Arbeiter dann in die Wirtshäuser und Kantinen drängen. In der Trunkenheit kommt es dort manchmal zu erheblichen Ausschreitungen. Ich hatte hier einen Fall zu verzeichnen, wo es in einer mitten im Ort belegenen Gastwirtschaft zu Streitigkeiten kam, welche zuletzt so ausarteten, daß scharf aufeinander geschossen wurde. Wenigstens fünfzig scharfe Schüsse sind hierbei gefallen und mehrere Personen erheblich verletzt worden.

Was nun die Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter anbelangt, so gibt, soweit hier bekannt, schon die Bauleitung, insofern sie eine staatliche ist, die nötigen Vorschriften an die Unternehmer und beauftragt wohl auch die Durchföhrung derselben (Bau von Baracken, Kantinen, Unterfunstäumen). Bei Erteilung der Bauerlaubnis kann die zuständige Baupolizeibehörde ihre Bedingungen daran knüpfen. Die örtlichen Polizeiorgame müssen dann darauf achten, daß in solchen Räumen die nötige Reinlichkeit herrscht und die Arbeiter gegen äußere Witterungseinflüsse geschützt sind. Müssen die Arbeiter in dem Ortschaften untergebracht werden, so ist darauf zu sehen, daß die Belegung der einzelnen Räume nicht zu dicht erfolgt und mit Feuer und Licht vorsichtig umgegangen wird. Treffen Arbeiter mit ihren Familien ein, was aber nur ganz selten der Fall ist, so muß die Ortpolizeibehörde dafür sorgen, daß Kinder im schulpflichtigen Alter die Schule besuchen, sofern sie der deutschen Sprache mächtig sind.

Sehr wichtig ist es, daß in unmittelbarer Nähe der Baracken die Räumlichkeiten bereitgestellt sind, worin verunglückte Arbeiter sofort untergebracht werden können, bis zu ihrer Überführung in ein Krankenhaus oder eine Klinik. Die Krankentafeln der Bauunternehmer sind zu veranlassen, daß sie schon vorher Verträge mit Krankenhäusern bezugs Unterbringung ihrer Kranken abschließen, damit der Abtransport ohne Zeitverlust erfolgen kann. Dann müssen auch Räumlichkeiten bereitgestellt werden, worin mit anstehenden Krankheiten befallene Arbeiter sofort isoliert werden können.

Meine Ausführungen sind keinesfalls als erschöpfend anzusehen und würde ich mich sehr freuen, wenn auch andere Beamte sich zur Sache äußerten. Der Allgemeinheit dürfte dadurch nur gedient werden.

1894 (M. f. d. i. R. S. 102 ff.) die von ausländischen an preussische Polizeibehörden unmittelbar gerichteten Ersuchen um Auskunft über den Leumund und etwaige Vorstrafen von nach dem Auslande zugezogenen Personen eingereicht werden, wird häufig mitgeteilt, daß die betreffende Person in Deutschland strafrechtlich verfolgt wird oder sich der Vollstreckung einer hier gegen sie erlassenen Strafe entzieht. Da sich indes aus den Berichten in der Regel nicht

ergibt, ob der verfolgenden inländischen Behörde von dem gegenwärtigen Aufenthalt des Flüchtlings Kenntnis gegeben worden ist, so wird seitens des Auswärtigen Amtes in dieser Hinsicht das Weitere veranlaßt und festgesetzt, ob etwa die Auslieferung des Verfolgten oder Verurteilten herbeizuführen sein wird.

Im Interesse der Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens erlaube ich Eure Hochwohlgeboren ergebenst, gefälligst zu veranlassen, daß unsere Behörden in allen Fällen, in denen sie durch Antragen ausländischer Behörden von dem Aufenthalt eines in Deutschland strafrechtlich Verfolgten im Auslande Kenntnis erhalten, ohne Verzug der verfolgenden inländischen Behörde hiervon Mitteilung machen. Daß dies geschehen, ist dann in den eingangs erwähnten Berichten zum Ausdruck zu bringen.

Berlin, den 12. August 1907.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: Lindig.

(MinBl. 258.)

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Taschendiebstahlschule. Der Staatsanwalt in Köln machte in der Strafkammerverhandlung gegen einen Taschendieb die Mitteilung, daß der Angeklagte, wie die Ermittlungen ergeben hätten, auf der Essener Taschendiebstahlschule ausgebildet worden sei. Die Schüler dieser Anstalt genießen einen Unterricht, wie ihn Dickens in seinem *Oliver Twist* schildert, und werden erst dann auf das Publikum losgelassen, wenn sie die Befähigung nachgewiesen haben.

Die Photographie im Dienste der Polizei bei Baunfällen.

Von Ulrich Rollenhagen in Wald, Rheinl.

Aber den unersehbaren Wert photographischer Aufnahmen auf verschiedenen Gebieten krimineller Rechtspflege, insbesondere auf dem Gebiet der Dactyloskopie, der Schriftvergleichung usw. sind schon von anderer Seite hinreichend Untersuchungen angestellt worden. Es ist nachgewiesen worden, daß Vergleiche und Feststellungen an der Hand der Photographie durchaus zuverlässige, unschätzbare Beweismittel in jedem Falle sind. Auch ist von allen Verfassern dargelegt worden, daß es von ungemeiner Wichtigkeit ist, ein möglichst naturgetreues Bild der inframinierenden Beweismittel zu haben. Nachfolgend wollen wir einmal unteruchen, inwieweit die Photographie für die Beurteilung der strafrechtlichen Fahrlässigkeit bei Baunfällen von ausgangsgewöhnlicher Bedeutung sein kann.

Während mit Rücksicht auf Rechtsverletzungen die Polizei nur vorbeugend selbsttätig in Aktion tritt, zumal sie bei abweichender Bekämpfung der Gesetzeswidrigkeiten lediglich als Gehilfin der Justiz auftritt, ist ihr Einschreiten, sobald sie

die Kunde von einem Unfall erhält, an eine solche Schranke nicht gebunden. Die Polizei hat möglichst durch vorbeugende Maßregeln Unfälle zu verhüten und, laßt solche dennoch eintreten, sind, die veranlassenden Zustände genau und möglichst spruchreif klarzustellen.

Wenn die zuständige Ortspolizeibehörde die Anzeige über einen Unfall erhält, hat sie gemäß § 64 des Gewerbeunfallgesetzes vom 30. Juni 1900 sofort die Untersuchung in die Wege zu leiten. Aus den drei Tage nach dem Unfall einlaufenden Unfallsanzeigen sollen die durch den Unfall hervorgerufenen Körperverletzungen oder tödlichen Verletzungen und die sie hervorruhenden Momente angegeben werden. Der Polizeideamte wird mithin aus der Unfallsanzeige, falls er nicht schon von dritter Seite Nachricht über das Wissenswerte erhalten hat, sofort ersehen können, ob eine photographische Aufnahme im einzelnen Falle angebracht ist oder nicht. Um für den Fall, daß eine strafbare Handlung beim Unfall im Spiele ist, deren Spur unterwischt zu erhalten, ist für die Polizei die Herstellung einer Photographie von sehr großem Nutzen.

Bei allen Unfällen, kann die Ursache des Unfalls eine zweifache sein. Ihre Veranlassung ist nämlich entweder in der Person des vom Unfall Betroffenen oder in anderen mitwirkenden Momenten, die im letzten Grunde in der Person des Bauleitenden gipfeln, zu suchen. Wenn auch in den Fällen ersterer Art ein Verschulden einer anderen Person schlichtweg ausgeschlossen ist, so dürfte es doch für die spätere Beweislast, hauptsächlich auch für die Verurteilungsentscheidung, von weitgehender Bedeutung sein, daß auf Grund einer Photographie die Fehlerlosigkeit sowohl des Baues im allgemeinen als auch des Gerüsts im besonderen und mithin die Schuldlosigkeit des Bauherrn oder dritter Personen nachgewiesen werden kann.

Da wir uns hier nur mit den Unfällen, in denen eine strafrechtliche Fahrlässigkeit des Bauherrn oder dritter Personen vorliegt und in denen mithin die Polizeiverwaltung die Verhandlungen einzuleiten hat, beschäftigen wollen, so sind die Fälle zivilrechtlicher Haftung aus dieser Betrachtung von vornherein ausgeschlossen.

Fahrlässigkeit im strafrechtlichen Sinne liegt bekanntlich in allen Fällen vor, in denen ein rechtswidriger Zustand hervorgerufen worden ist, der vom Handelnden zwar nicht gewollt wurde, aber als möglich vorausgesehen werden konnte und bei Anwendung gehöriger Sorgfalt hätte vorausgesehen werden müssen.

Wenn wir nun die Fälle einer strafrechtlich verfolgbaren Fahrlässigkeit seitens des Bauherrn oder eines dritten bei einem Unfälle näher ins Auge fassen, so werden wir an der Hand der im Reich bestehenden Baupolizeivorschriften, die bekanntlich sowohl für Provinzen oder Bezirke und innerhalb dieser für große Städte, die Stadt- und Landgemeinden, erlassen sind, feststellen können, daß gerade in neuerer Zeit die

Sicherheitsmaßregeln zum Schutze der Bauhandwerker außerordentlich verschärft und erhöht wurden.

Insbesondere ist die Sicherheit der Baugerüste allgemein angestrebt worden, teilweise sogar durch den Erlass von speziellen Verordnungen, in denen ein gleichmäßig tragendes Gerüst und gleichmäßig starke Befestigungen der Gerüstbretter an den Bauten den Bauunternehmern unter Strafanandrohung zur Pflicht gemacht wurden. Außer den besonderen Strafbestimmungen in den Baupolizeiordnungen und im Bauunfallversicherungsgesetz unterliegen im Falle eines Unfalles die Bauunternehmer oder deren Vertreter, wie wir unten sehen werden, auch verschiedenen Bestimmungen des Strafgesetzbuches, nach denen den Bauherren zum mindesten Fahrlässigkeit, unter Umständen sogar seine volle Verantwortlichkeit nachgewiesen werden kann.

Wie es nun unverkennbar Sache der Polizei ist, die durch Naturereignisse und Rechtsverletzungen verursachten Gefahren und Nachteile zu beseitigen, und besonders die Baupolizei dafür zu sorgen hat, daß Fürsorge und Einrichtungen getroffen werden, die nicht allein das Leben, die Gesundheit und das Eigentum der Staatsbürger im allgemeinen und der Bauhandwerker im besonderen vor drohenden Gefahren und Unglücksfällen schützen, so sind auch in gewisser Hinsicht durch die Baupolizeiordnungen die sonstigen öffentlichen Interessen sichergestellt.

Eine ganz allgemein anerkannte und in Juristenkreisen unbestrittene Tatsache ist es, daß der Photographie als gerichtlichem Beweismittel in vielen Fällen eine ausschlaggebende Beweiskraft beizumessen ist. Garantiert doch die absolut zuverlässige Zeichnung der Photographie nicht nur eine völlig objektive Wiedergabe, sondern sie bildet auch den zuverlässigsten dokumentarischen Beweis der Michtigkeit. Diese Vorteile, nämlich der objektiven Bildwiedergabe, verbunden mit der Möglichkeit, unter Berücksichtigung der zur Verwendung kommenden Optik genaue Größenverhältnisse festzustellen, haben an manchen Orten schon die Einrichtung hervorgerufen, daß bei schweren Bauunfällen, wo ein beweiskräftiges, klars Bild von Wichtigkeit ist, ein mit diesem Dienst betrauter Beamter der zuständigen Polizeibehörde sich mitläng dem photographischen Apparat und vielleicht einem Gehilfen für die Handreichungen an Ort und Stelle begibt, um die Teile des Gerüsts und Baues, an denen der Unfall sich ereignet hat und die näher in Augenschein zu nehmen daher von großem Interesse ist, möglichst von zwei verschiedenen Seiten aus zu photographieren.

Auf dem entwickelten Bilde wird man dann ganz genau feststellen können, ob die Balkenlage die vorgeschriebmäßige Stärke hatte und die Gerüstbretter stark genug waren, ob die eingestürzte Mauer den gesetzlichen Vorschriften der Bauordnung entsprach usw. Unter Zugrundelegung der eingeleiteten Verhandlungen

in Verbindung mit der vorliegenden Photographie wird es der Staatsanwaltschaft dann auch leichter sein, darüber zu befinden, ob im gegebenen Falle die Anklage aus § 222 des Strafgesetzbuches zu erheben ist, und zwar aus dem Absatz 1, der da lautet:

Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft;

oder aus dem Absatz 2, der folgenden Wortlaut hat:

Wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war, so kann die Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis erhöht werden.

Häufig wird auch im Falle, daß ein Gerüstbruch eintritt, dem Leiter des Baues eine schuldhaftige Außerachtlassung der allgemeinen Bauregeln vorzuerwerfen sein und an der Hand des gewonnenen Bildes nachgewiesen werden können. In diesem Falle würde die Staatsanwaltschaft die Anklage auf Grund des § 330 des Strafgesetzbuches erheben:

Wer bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt handelt, daß hieraus für andere Gefahr entsteht, wird mit Geldstrafe bis zu 900 M oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Auch wird sich an der Hand der Photographie der Grad der Fahrlässigkeit — ob z. B. die Tragebalken viel zu dünn waren usw. — mit absoluter Sicherheit feststellen lassen.

Aus dem Gesagten erhellet wohl hinreichend, daß es, um ein in jeder Beziehung vollständiges und erschöpfendes Beweismaterial über den Unfall zu gewinnen, in erster Linie von großem Nutzen ist, eine naturgetreue Abbildung der durch den Unfall verursachten Beschädigungen zu besitzen. Auch kann man leicht erkennen, wie ungemein wichtig es ist, sofort beim Eintritt eines Unfalles die Unfallstelle zu photographieren. Bei dem hier vorliegenden Allgemeininteresse sollte daher keine Polizeiverwaltung die Kosten der Anschaffung eines photographischen Apparates scheuen, der auch sonst zur Herstellung von Photographien, die als Beweismittel dienen können, verwendbar wäre. Man setze sich mit einem Fachmann zwecks Anschaffung eines Apparates in Verbindung und lasse sich von einem ausgebildeten Photographen den ersten Unterricht in der Kunst des Photographierens erteilen. Schon an der ersten selbstangefertigten, wenn auch mehr oder weniger fehlerhaften Photographie wird man seine Freude haben und, wenn die Bilder dann immer vollkommener werden, lebhafte Genugtuung empfinden. Schon nach ganz kurzer Zeit kann man es bei einigem Verneiner zu einer gewissen Virtuosität in dieser Kunst bringen.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden.

I. Reichsgericht.

***Deutsches Reich. Verbreitung unzüchtiger Postkarten.** Ein Photograph, der eine Dirne ohne Kleidung in unzüchtigen Stellungen aufnimmt und ihr auf ihre Bestellung hin Postkarten mit diesen Aufnahmen liefert, verbreitet unzüchtige Postkarten, weil er sich sagen muß, daß die gelieferte Ware dazu bestimmt ist, an Besucher der Dirne verteilt zu werden. — Entsch. RG. vom 30. September 1907 gegen den Photographen Hermann Ahrens in Enabrück. —

Deutsches Reich und Preußen. Anforderung zum Ungehorsam gegen das preussische Vereinsgesetz. Versammlungsauflösung. Ein Vorwärtsartikel hatte an der Rechtsprechung des Kammergerichts¹⁾, der die Teilnehmer einer Versammlung zum Verlassen des Versammlungsraumes bei polizeilicher Auflösung unbedingt, also auch dann verpflichtet, wenn die Auflösung zu Unrecht erfolgt ist, Kritik geübt und dazu aufgefodert, künftig solchen Auflösungen keine Folge zu leisten, damit das Kammergericht von seiner Rechtsprechung abgebracht werde. Diese Aufforderung stellt sich als Aufforderung zum Ungehorsam gegen das preussische Vereinsgesetz dar. — Entsch. 2. Strafsen. RG. vom 8. Oktober 1907 in Sachen Hans Weber, Berlin. —

Deutsches Reich. Jagdvergehen. Fernrohr und Pulver als Jagdgeräte. Als Jagdgerät gelten alle Gegenstände, welche vermöge ihrer Beschaffenheit sich zum Gebrauch bei Ausübung der Jagd eignen und welche dazu dauernd zu verwenden der Eigentümer oder Besitzer entschlossen ist. Es gehören dazu auch Fernrohr und Pulver. Auf diese erstreckt sich auch die nach § 235 StGB. vorgedruckte Einziehung, sofern sie zur unbefugten Jagdausübung bestimmt und benutzt sind.²⁾ — Entsch. 1. Strafsen. RG. vom 12. November 1906. —

***Deutsches Reich. Hehlerei.** Für den Tatbestand der Hehlerei bedarf es der Feststellung, ob die rechtswidrig angeeignete

Sache durch Diebstahl, Unterschlagung oder durch welche sonstige Straftat erlangt war. — Entsch. 1. Strafsen. RG. vom 27. August 1907 gegen einen Bonner Studenten. —

II. Kammergericht.

***Preußen. Hartnäckiger Ungehorsam.** Der angeklagte Gutstellmacher hat geltend gemacht, er habe des ihm verweigerten und darauf ohne Genehmigung angetretenen Urlaubs dringend bedurft, um sich nach einer neuen Stelle umzusehen. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Allerdings bestimmt § 629 des Bürgerlichen Gesetzbuches, daß nach der Kündigung eines dauernden Dienstverhältnisses der Dienstberechtigte dem Verpflichteten auf Verlangen angemessene Zeit zum Aufsuchen eines anderen Dienstverhältnisses zu gewähren hat. Der Angeklagte hätte jedoch einen Grund dafür, weshalb er dem Dienst fernbleiben wollte, angeben und abwarten müssen, für welche Zeit ihn die Herrschaft beurlauben wollte. — Entsch. 1. Strafsen. RG. vom 23. August 1907 in Sachen Neumann-Stolz. —

***Preußen. Versammlungsüberwachung. Vereinslösung.** Daraus, daß ein Verband sachungsgemäß eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten beweckt, ist noch nicht ohne weiteres der Schluß zu ziehen, daß jede Versammlung von Mitgliedern dieses Verbandes der Erörterung oder Beratung öffentlicher Angelegenheiten diene. Nur in solche Versammlungen darf die Polizeibehörde Abgeordnete zur Überwachung entsenden, in denen tatsächlich öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen.³⁾ — Entsch. 1. Strafsen. RG. vom 16. August 1907 in Sachen Danisch-Ratibor. —

***Preußen. Kraftwagennummer.** Die Bestimmung einer Oberpräsidial-Polizeiverordnung: „Das Kennzeichen an den Kraftwagen muß jederzeit lesbar sein“ ist rechtsgültig. Denn sie wird gehalten durch § 6a, b und f des Gesetzes über die Polizeiverwaltung, die vom Schutz der Personen und des Eigentums, von der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und von der Sorge für Leben

¹⁾ Pal. Entsch. RG. vom 15. 4. 07 in Nr. 3 des Jahrg.

²⁾ Ebenso Entsch. IV. Strafsen. RG. vom 21. Febr. 1906.

³⁾ Pal. Entsch. RG. vom 22. 5. 02 XXIV, C 64 und Entsch. C 808 vom 9. Juli 1902, XXIII, 405.

Die Schriftleitung.

und Gesundheit sprechen. Weiter verwirft der Senat den Einwand des Angeklagten, es sei nicht möglich, das Kennzeichen bei Regenwetter sauber zu halten. Es muß dann eben vor der Einfahrt in die Stadt gereinigt werden. Wenn der Fahrer aber das Kennzeichen nicht rein halten kann, dann darf er überhaupt nicht fahren. — Entsch. I. Straß. KG. in Sachen Lubs-Verden vom 9. Juli 1907. — E. v. R.

***Preußen. Kinematograph; Unkegelsheiligung.** Eine Sonntagspolizeiverordnung, die am Pusttage Välle und ähnliche Lustbarkeiten verbietet, kann nicht auf die kinematographischen Vorführungen angewendet werden. Unter ähnlichen Lustbarkeiten kann man nur ballähnliche Veranstaltungen verstehen. Möglich und zulässig wäre eine Polizeiverordnung, die auch andere Lustbarkeiten verbiete. — Entsch. I. Straß. KG. vom 8. Juli 1907 in Sachen Pruch-Eberfeld. — E. v. R.

***Preußen. Betrunkene Gäste.** Eine Polizeiverordnung, die den Schankwirten verbietet, angetrunkene Personen in ihren Schankräumen zu dulden, kann nicht einschränkend ausgelegt werden. Dieses Verbot wird durch eine Pflicht des Wirtes, angetrunkene Leute nicht ohne weiteres auf die Straße zu setzen und sich selbst zu überlassen, keineswegs aufgehoben. Eine derartige Einschränkung, die nur auf Gründe der Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit gestützt werden könnte, steht dem Strafrichter nicht zu. Selbst wenn man eine derartige Pflicht des Wirtes, Angetrunkene zu beschützen, anerkennen wollte, könnte der Wirt ihr doch auf andere Weise als gerade durch Duldung in seinen Schankräumen genügen. — Entsch. I. Straß. KG. vom 23. Juli 1907 in Sachen Koschowitz-Soldau. — E. v. R.

***Preußen. Automobilbesitzer.** Der Automobilbesitzer ist neben dem Chauffeur wegen zu schnellen Fahrens strafbar, wenn er während der Fahrt neben dem Chauffeur gefahren hat. — Entsch. I. Straß. KG. vom 6. August 1907 in Sachen Friede und Weder in Hamm. — E. v. R.

***Preußen. Abonnentenverpflichtung.** Das Auffuchen von Bestellern auf eine Zeitschrift im Umhergehen ist nach § 56 Abs. 3 Ziffer 12 GewO. verboten, wenn ein Gewinn oder Vorteil irgend einer Art dabei in Aussicht gestellt wird. Ein solcher Vorteil liegt in der Verbindung des Abonnements mit einer Versicherung der Person des Bestellers. — Entsch. I. Straß. KG. vom 23. Juli 1907 in Sachen Freudenberg-Siegen. — E. v. R.

***Preußen. Jagdpolizei.** Wer von dem Jagdpächter die schriftliche Erlaubnis erhalten hat, auf seinem Jagdgebiet zu jagen, darf hiervon nur in eigener Person Gebrauch machen; er darf nicht andere Personen als Begleiter mitnehmen. Anders läge es, wenn der Jagdpächter selbst an der Jagd teilnähme. Dessen Begleiter bedürfen einer schriftlichen Erlaubnis nicht. Der Jagdschein des Begleiters ersetzt die Erlaubnis des Jagdpächters nicht. — Entsch. I. Straß. KG. vom 11. Juli 1907 in Sachen Pieske-Beuthen OS. — E. v. R.

***Preußen. Anreißer-Händler.** Eine Bestimmung, die das Anrufen von Käufern verbietet, ist rechtsgültig. Durch das Anrufen und Einladen zum Kauf seitens der Verkäufer kann leicht eine Verkehrsstörung hervorgerufen werden. Die Bestimmung wird danach gestützt durch § 6b des Gesetzes vom 11. März 1850, wonach Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf Straßen Gegenstand des polizeilichen Ordnungsrechtes sind. Wenn der Angeklagte in seiner Revision geltend macht, es handle sich hier um eine Maßregel gegen den Wettbewerb der einzelnen Kaufleute, so ist das nicht zutreffend. Aus dem Wortlaut dieser in einer Straßenpolizeiverordnung befindlichen Bestimmung kann das nicht entnommen werden. Die Vorschrift verstößt aber auch nicht gegen § 1 der Reichsgewerbeordnung. Dieser § 1 regelt nur die Zulassung zum Gewerbebetrieb, schließt aber nicht den Erlaß von Vorschriften aus, die im öffentlichen Interesse die Ausübung des Gewerbes regeln. Auch solche Vorschriften, die sich lediglich gegen Gewerbetreibende richten, sind für rechtsgültig zu erachten. — Entsch. I. Straß. KG. in Sachen Pocuch-Ostrowo vom 23. Juli 1907. — E. v. R.

***Preußen. Unbefugter Schankbetrieb. Speisewirtschaften.** Die Verabfolgung von Bier an Kostgänger, die im Speiseraum, der in unmittelbarer Verbindung mit dem Verkaufsraum steht, trinken, ist unbefugter Anschlag. Der Umstand, daß den Käufern des Flaschenbieres Gläser nicht übergeben werden, schließt nicht aus, daß das Bier zum Genuß auf der Stelle abgegeben worden ist. — Entsch. I. Straß. KG. in Sachen Trodenbach-Düßeldorf vom 23. Juli 1907. — E. v. R.

***Preußen. Landespolizeiliche Anordnung. Viehsuchen.** Die landespolizeiliche Anordnung des Regierungspräsidenten zu Posen vom 11. August 1904 leitet sich mit den Worten ein, daß mit Rücksicht auf die zurzeit im Regierungsbezirk und

in den benachbarten Regierungsbezirken herrschende Schweinepeste in Gemäßheit des Reichsviehseuchengesetzes vom 23. Juli 1880/1. Mai 1891 zur Verhütung der Verbreitung der Seuchen durch Händler-schweine die nachstehenden Maßregeln angeordnet werden. Eine solche landespolizeiliche Anordnung ist rechtsgültig. Die in der landespolizeilichen Anordnung geforderte Untersuchung der Händler-schweine ist im Hinblick auf § 20 des Reichsviehseuchengesetzes als zu Recht bestehend anzusehen. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Rusch-Ostrowo vom 4. Juli 1907. C. v. R.

***Preußen. Mietstaler.** Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch bedarf es in der Regel für Verträge aller Art nicht mehr der Schriftform. Die schleswig-holsteinische Gefindeordnung erfordert für einen rechtswirksamen Mietvertrag entweder den schriftlichen Dienstvertrag oder den mündlichen Vertrag, wenn zugleich ein Handgeld gegeben wird. Die schleswig-holsteinische Gefindeordnung hat das Mietsgeld bestimmt, um den gebräuchlichen schriftlichen Vertrag zu ersetzen. Da jetzt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch eine Schriftform nicht erforderlich ist, bedarf es eines Mietsgeldes nicht mehr. Jedensfalls würde der Mangel eines an sich rechtswirksamen Mietvertrages durch den Dienstantritt behoben. Diese Entscheidung findet gleichmäßige Anwendung für das Geltungsgebiet der für den größten Teil der Monarchie geltenden Gefindeordnung vom 8. November 1810. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Döhring-Nyebroe vom 20. August 1907. C. v. R.

***Preußen. Bergpolizei. Ruhezeit der Arbeiter.** Das Landgericht hat den Begriff Ruhezeit im Sinne des § 93b der Novelle zum Allgemeinen Berggesetz vom 14. Juli 1905 unrichtig verstanden. Es nimmt an, daß eine regelmäßige Schicht und Nebenschicht identisch ist mit der Zeit, die im § 93b Absatz 2 dahin begrenzt ist: „Als Arbeitszeit gilt die Zeit von der Beendigung der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn.“ In Absatz 2 heißt es: Die regelmäßige Arbeitszeit darf für den einzelnen Arbeiter durch die Ein- und Ausfahrt nicht um mehr als eine halbe Stunde verlängert werden. Ein etwaiges Mehr der Ein- und Ausfahrt ist auf die Arbeitszeit einzurechnen. Der § 93b bestimmt nur die Frage, für welche Zeit der Arbeiter Bezahlung verlangen kann, und

ist in dieser Beziehung dahin zu verstehen, daß, wenn die Seilfahrt länger als eine halbe Stunde dauert, für die überschüssige Arbeitszeit Bezahlung zu leisten ist. Die Seilfahrt, soweit sie nicht die Dauer von ½ Stunde übersteigt, ist umsonst. Nun heißt es im § 93d Absatz 2: „Vor dem Beginn sowohl einer regelmäßigen Schicht als einer Nebenschicht muß für den einzelnen Arbeiter eine mindestens 8stündige Ruhezeit liegen.“ Aus den Motiven und den sonstigen Materialien ist nicht zu entnehmen, daß hier mit „Schicht“ eine Arbeitszeit gemeint ist, wie sie im § 93b begrenzt worden ist. Wenn im § 93d Absatz 2 hinzugefügt worden ist, daß zwischen den Schichten eine mindestens 8stündige Ruhepause liegen muß, so ist das dahin zu verstehen, daß diese Zeit außerhalb der im § 93b begrenzten Arbeitszeit liegen muß. Unter Ruhezeit ist eine Zeit (§ 93d, 2) zu verstehen, in der der Arbeiter von allem Zwange, den ihm die Arbeit auferlegt, losgelöst ist. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 30. August 1907 in Sachen Rößen-Kray. C. v. R.

***Preußen. Laufmädchen.** Unter den Begriff der Fabrikarbeiter fallen nicht nur solche Personen, die unmittelbar mit den Erzeugnissen einer Fabrik beschäftigt sind, sondern auch solche Personen, die nur mittelbar für die Zwecke der Fabrik dienstbar sind. So ist hier ein Laufmädchen als Fabrikarbeiterin anzusehen, wenn ihr Arbeitgeber Inhaber einer Fabrik ist. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 6. August 1907 in Sachen Cohn-Berlin. C. v. R.

Preußen. Ruhestörung durch mechanische Musikinstrumente. Eine Polizeiverordnung, die das Spielen mechanischer Musikinstrumente nur für bestimmte Tagesstunden gestattet, ist ungültig, weil sie nicht bezweckt, eine Anreizung der Gäste zum erhöhten Alkoholgenuß, die möglicherweise durch das Spielen der Musik hervorgerufen wird, einzuschränken und dadurch möglichen Schädigungen von Personen und Eigentum durch Trunkene vorzubeugen, sondern weil ihr einziger erkennbarer Zweck der Schutz gegen Belästigungen durch ruhestörenden Lärm ist.**) Der strafrechtliche Gegenstand des ruhestörenden Lärms aber ist im § 360, 11 StGB erschöpfend geregelt und daher nach § 2

*) Wir bringen diese zunächst nur die Bergarbeiter betreffende Entscheidung deshalb zum Abdruck, weil der hier aufgestellte Begriff Ruhezeit auch für andere Berufe maßgebend sein dürfte. Die Schriftleitung.

**) Bgl. hierzu die RG. Entsch. vom 17. September 1905 im 3. Jahrg. des „Gerichtsm.“, Seite 297.

EinfG. zum StrGB. vom 31. 5. 70 der Regelung durch das Landstrafrecht so weit entzogen, als nicht anderweitige reichsgesetzliche Vorschriften (wie z. B. § 366, 10 StrGB. hinsichtlich der Ruhe auf öffentlichen Straßen) Ausnahmen zulassen. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 16. September 1907 gegenüber einer Krefelder Polizeiverordnung über mechanische Musikinstrumente. St.

Preußen. Plakatwesen. Rechtsgültig ist eine Polizeiverordnung, die das Aufschlagen und Wiederabnehmen von öffentlichen Plakaten nur den von der Gemeinde ermächtigten Personen gestattet. Sie findet als Verkehrsvorschrift ihre rechtliche Grundlage im § 6 b des Polizeigesetzes; denn sie dient der Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße. Das Abreißen von Plakaten, deren Anheftung nach dem preussischen Preßgesetz § 9 Abs. 1 überhaupt verboten ist, kann indessen nicht bestraft werden, da die Plakatpolizeiverordnung nur das befugte Anheften von Plakaten zu schützen berufen ist. Gestattet ist im Preßgesetz nur das Aufschlagen, Anheften oder sonstige öffentliche Ausstellen von Aufschlagzetteln und Plakaten mit Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über Vergnügen, über gestohlene, verlorene oder gesunde Sachen und über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr. Nicht zulässig dagegen ist die Anheftung von Wahlausrufen.* — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 16. September 1907 gegen zwei Arbeiter in Eltville. St.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Preußen. Polizei und Privateigentum. Die Polizei hat die Einfriedigung eines Platzes verlangt, weil sich darauf Unebenheiten, Löcher und Gruben infolge von Erdarbeiten gezeigt haben. Das Betreten des Platzes hätte für die Passanten bei diesem Zustande, insbesondere in der Dunkelheit, Gefahren mit sich gebracht. Da das Betreten des Grundstücks des Klägers durch das Publizum erlaubt ist, darauf kommt es nicht an. Die Polizei hat die Pflicht, für Abstellung der Gefahren zu sorgen. Der Grundstückseigentümer betont insbesondere, die Polizei hätte

nicht ihn, sondern den Bauunternehmer E. in Anspruch nehmen müssen. Allerdings hat der Kläger vor Erlaß der polizeilichen Verfügung durch notariellen Vertrag sein Grundstück an E. verkauft, wenn auch die Auslösung erst mit der Zahlung des Kaufpreises erfolgen sollte. Für jeden Eigentümer besteht die Pflicht, sein Grundstück so zu erhalten, daß potizilich zu schützende Interessen nicht gefährdet werden. Diese Pflicht liegt auch jedem anderen ob, sofern er tatsächlich die Herrschaft über das Grundstück ausübt. Die Polizei ist aber berechtigt, darüber zu entscheiden, an wen sie sich wegen Beseitigung des polizeiwidrigen Zustandes halten will. — Entsch. OVG. in Sachen König-Deynhauen vom 9. August 1907. G. v. D.

Preußen. Ausdehnung einer Obervanz. Durch eine Polizeiverordnung darf nicht ohne weiteres den Grundstückseigentümern die Anlegung des Bürgersteiges aufgebürdet werden. Es kann aber, wenn die Verpflichtung zur Anlegung für die Eigentümer auf Grund einer Obervanz besteht, eine Polizeiverordnung näher bestimmen, wie von ihnen der Bürgersteig einzurichten ist. Gegenüber dem Einwande, daß die Obervanz, die sich in der Innenstadt gebildet hat, nicht auf Straßen Anwendung finde, die dem Außenbezirk der Stadt außerhalb der ehemaligen Ringmauern angehörten, ist zu sagen: Die ausdehnende Kraft des Gewohnheitsrechtes ist dieselbe wie die des geschriebenen Gesetzes; sie wirkt als eine allgemeine Rechtsnorm für alle Mitglieder des Verbandes, die sich in gleicher Lage befinden, wenn diese auch später entsteht. Deshalb findet eine Obervanz, welche die Anwohner zur Unterhaltung der Bürgersteige verpflichtet, nicht nur auf die neuangelegten Straßen innerhalb der ursprünglichen Ortslage, sondern auch auf alle Straßen neu entstehender Ortsteile Anwendung. Ob diese Ortsteile durch Eingemeindung dem alten Gemeindebezirk angegliedert werden oder sich in der zum bisherigen Gemeindebezirk gehörigen Feldmark bilden, ist gleichgültig. Desgleichen kann nicht geteilt gemacht werden, daß die Lage der Grundbesitzer in den Außenbezirken nicht die gleiche sei wie in der Innenstadt, weil die Bebauung dort einen anderen Charakter trage, eine ausgedehntere und

*) Die bei der letzten Reichstagswahl von allen Parteien angeklagten Wahlausrufe waren samt und sonders ungeleglich. Die Schriftleitung.

*) Das Schöffengericht Bonn hat kürzlich im entgegengelegten Sinne entschieden. Die Schriftleitung.

größere Flächen in Anspruch nehmte, wodurch die Bürgersteuerglast außerordentlich erschwert werde. Auf alles dies kommt es nicht an. Besteht vielmehr die Verantwortung für die Zuzahlung zu Recht, so überläßt sie sich auch trotz der damit etwa für die Verpflichteten verbundenen Ersparungen auf die Außenstadt; es mußte sich denn zunungunsten der Stadt eine Gegenüberwindung entwickelt haben, die die Anwohner der Außenstadt von ihrer Verpflichtung befreit. — Entsch. OLG. vom 11. Jyli 1907 in Sachen Kref. Herford. C. v. D.

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Trödelhandel. Begriff des Kleinhandels. Für die Bestimmung des Begriffes „Kleinhandel“ im Sinne des § 35 Abs. 2 GewD. ist es entscheidend, ob der Einkauf im Kleinen erfolgt; es ist belanglos, ob der Absatz der im Kleinen eingekauften Gegenstände etwa nur im Großen erfolgt. Wer altes Eisen jeder Art von Kleinhändlern, Kindern, Samulern und Fabrikbesitzern im Kleinen aufkauft und im Großen weiter veräußert, ist Trödler und hat das durch Bekanntn. des Bay. Staatsministeriums des Innern vom 16. Februar 1878 vorgeschriebene Geschäftsbuch zu führen. — Entsch. Bay. OLG. vom 17. Januar 1907. — St. 7, 184. — St.

Deutsches Reich. Unterfagung der gewerbmäßigen Versorgung fremder Rechtsangelegenheiten. Eine in der letzten Instanz verkündete Unterfagung der gewerbmäßigen Versorgung fremder Rechtsgeschäfte erlangt Rechtskraft mit dem Zeitpunkt der Verkündung, nicht erst mit der Zustellung der Entscheidung. Der Rechtsbegehrer, der von der Entscheidung Kenntnis hat, ist daher nicht mehr befugt, fremde Rechtsgeschäfte weiter zu erledigen. Die gesetzliche Bestimmung, daß die in Verwaltungsrechtssachen ergangenen Entscheidungen den Beteiligten in schriftlicher Ausfertigung anzustellen sind, gilt zwar auch für die in letzter Instanz erlassenen Entscheidungen, macht aber deren Wirksamkeit nicht von der Zustellung abhängig, sondern dient nur dem Interesse, das die Beteiligten daran haben, sich über den Wortlaut der Entscheidung und ihrer Begründung zu unterrichten. — Entsch. Bayr. OLG. vom 14. Februar 1907. — St. 7, 222. — St.

V. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof.
Deutsches Reich. Unterfagung des Kleinhandels mit Bier. Nach dem klaren Wort-

laut des § 35 Abs. 4 GewD. genügt zur Unterfagung des Flaschenbierhandels, daß der Gewerbetreibende wiederholt, also seit dem 1. Januar 1897 (der Geltungsdauer der Gesetzesvorschrift) mindestens zweimal wegen Zuwiderhandlungen gegen § 33 GewD. rechtskräftig gerichtlich bestraft worden ist, wenn auch nur durch Strafbefehl. Eine Nachprüfung, ob die Bestrafung nicht zu Unrecht erfolgt ist, steht dem Verwaltungsrichter nicht zu. — Entsch. 2. Sen. Bayr. OLG. vom 31. Dezember 1906. — St.

VI. Oberlandesgericht Colmar.

Elßaß-Lothringen. Privatversammlung. Die Form der Einladung durch besondere Rundschreiben an einen bestimmt begrenzten Personenkreis genügt für sich allein noch nicht, einer Versammlung die Eigenschaft einer nach reichsländischem Recht nicht anmeldspflichtigen Privatversammlung zu verleihen; es muß auch ein gewisses inneres Band die Teilnehmer verbinden. Diese Forderung ist erfüllt durch die beschränkte Zahl der Einladungen sowie dadurch, daß bei der Einladung eine gewisse gleichartige Gefinnung maßgebend war. — Entsch. Str. Sen. OLG. Colmar vom 24. September 1907 gegen Fries-Mühlhausen. — St.

VII. Oberlandesgericht Kiel.

***Deutsches Reich. Beamtenbeleidigung. Strafantrag des Polizeichefs.** Ein Zigarrenhändler hatte in einer öffentlichen Wirtshaft in Hamburg geäußert, die Altonaer Schutzmannen seien alle meiwidige Stroche; wenn man für jeden von ihnen geleisteten Meineid einen Groschen bekäme, hätte man genug, um zu leben. Auf Antrag des Polizeichefs erfolgte durch die Strafkammer Altona Verurteilung wegen Beamtenbeleidigung. Der Polizeichef wurde zur Stellung des Strafantrages für befugt erachtet, da die Beleidigung in bezug auf die amtliche Tätigkeit der Schutzmannschaft getan war. Die Revision wurde verworfen, weil der Einwand der Unzuständigkeit des Polizeichefs nur prozessualer Natur sei und in der Revisionsinstanz der Nachprüfung nicht unterliege. — Entsch. Straff. OLG. Kiel vom 5. Oktober 1907 gegen Kommerstisch-Altona. — St.

VIII. Landgericht I Berlin.

Deutsches Reich. Unzüchtige Abbildungen. Die Darstellung des Nackten an sich ist als strafbar nicht zu erachten, sondern nur, wenn die ganze Sachlage oder die ganzen

Umstände, unter denen es dargestellt wird, das Scham- oder Sittlichkeitsgefühl zu verletzen geeignet sind. — Entsch. 4. Straßf. LG. I Berlin vom 28. September 1907 gegen Karl Banjelow. — St.

IX. Landgericht III Berlin.

*Preußen. Angemessener Platz für überwachende Beamte in Versammlungen. In den Versammlungen, deren Überwachung der Polizei zusteht, ist den überwachenden Beamten auch dann, wenn sie erst nach Beginn der Versammlung erscheinen, ein angemessener Platz zur Verfügung zu stellen. Die Weigerung mit der Begründung, daß die Beamten zu spät gekommen seien, ist unzulässig und zieht nicht. — Entsch. 1. Straßf. LG. III Berlin vom 2. Oktober 1907 gegen den Schlosser Paul Guttbier in Schmargendorf. — St.

X. Bezirksamt Berlin.

Preußen. Polizeistunde für Regelbahnen. Die Regelung bzw. allgemeine Festsetzung der Polizeistunde gehört zunächst ausschließlich zur Befugnis der Polizeibehörde und es unterliegt auch lediglich dem freien Ermessen der letzteren, einzelnen Schankwirten ausnahmsweise die Überschreitung der regelmäßigen Polizeistunde ein für allemal zu gestatten. Nun unterliegen zwar Verfügungen der Polizeibehörde, welche in Ausübung jenes Ermessens Ausnahmen zulassen oder verlagern, als polizeiliche Verfügungen der Rechtskontrolle durch die Verwaltungsgerichte) auf ihre Gesetzmäßigkeit und das Vorhandensein der erforderlichen tatsächlichen Voraussetzungen, namentlich auch dahin, ob die Verlängerung der Polizeistunde im Einzelfalle aus Willkür verlagert worden ist. Der Verwaltungsrichter hat aber nur zu prüfen, ob das Vorgehen der Polizeibehörde durch erkennbare objektive polizeiliche Gründe gerechtfertigt erscheint. Ein solcher Grund ist die grundsätzliche Verfassung von Ausnahmen für Regelbahnen. Diese Maßnahme ist zweifellos in der Rücksicht auf die Ruhe des Publikums zur Nachtzeit, also auf einem ordnungspolizeilichen Gesichtspunkt begründet. — Entsch. 1. Abt. VA. vom 3. September 1907. — I. A. 7./07. — St.

XI. Schöffengericht Homburg v. d. H.

*Preußen. Sonntagsheiligung. Für den Regierungsbezirk Wiesbaden sind während

des Hauptgottesdienstes durch Polizeiverordnung alle mit Geräusch verbundenen gesellschaftlichen Vereinigungen und Vergnügungen an öffentlichen Orten, namentlich das Regelspielen, Scheiben- oder Bogelschießen, desgleichen alle die Sonntagsruhe störenden Belästigungen in Privaträumen oder Privatgärten verboten. Ein Turnverein, der außerhalb der Ortschaft auf einem offenen Turnplatz während des Hauptgottesdienstes seine Turnübungen abhält, ohne*) daß dabei Lärm verursacht oder die Sonntagsandacht irgend eines Gemeindeangehörigen gestört wird, macht sich hiernach nicht strafbar. — Entsch. SchG. Homburg v. d. H. vom 4. September 1907 gegen Mitglieder eines Turnvereins in Weiskirchen. P. Rp.

Polizeibericht.

Verwaltung. Höheres Kunstinteresse. Das höhere Kunstinteresse bei Musikunternehmungen ist, wie eine MinVerf. vom 18. Juli 1907 (MinV. 263) ausführt, stets nach den besonders zu prüfenden Umständen des einzelnen Falles zu beantworten. Entscheidend ist in erster Linie dabei nicht sowohl die subjektive künstlerische Befähigung des einzelnen Musikunternehmers, als vielmehr der objektive Charakter seines Unternehmens. Bisher war es vielfach üblich, daß Musikunternehmer, die ihre subjektive Befähigung zu Darbietungen von höherem Kunstinteresse vor einem Sachverständigen nachgewiesen hatten und denen auf Grund dieser Prüfung ein behördlicher Kunstschein ausgestellt war, auf Grund dieses Kunstscheins von allen Vorschriften der Gewerbeordnung befreit waren. Hierbei wurde übersehen, daß solche Kunstscheineinhaber auch ein rein gewerbliches Musikunternehmen, dem ein höheres Kunstinteresse nicht innewohnt, betreiben können und auch oft betreiben. So liegt kein höheres Kunstinteresse vor, wenn nur bei Fällern, Tanzorkestern, Konfekten, Festessen oder ähnlichen Vergnügungen, bei Umzügen und bei Singpielvorstellungen u. dergl. Musik gemacht wird. Einzelstehende Musiker (sich in dieser Beziehung den mit Gehilfen (Kapellen) arbeitenden Unternehmern gleich und fallen dann unter die Gewerbeordnung.

Pfandleihgewerbe. Neue Sachen, die nicht zu den Gebrauchsgegenständen des Verpfänders gehören, darf der Pfandleiher nur auf Grund einer Genehmigung der Ortspolizeibehörde als Pfandstücke annehmen. (Ziffer 1 der MinVerf. vom 4. 2. 07, MinV. 96). Zur Behebung von Zweifeln macht eine MinVerf. vom 31. 7. 07 (MinV. 264) darauf aufmerksam,

*) Die Tagespresse hatte die Entscheidung unrichtig wiedergegeben. Es war der Schluß gezogen worden, daß die Regierungs- Polizeiverordnung selbst ungültig sei. Dies ist nicht der Fall; nur die Anwendung auf nicht störende Betanstellungen mußte dement werden.

*) Rgl. OStG. § 114, vom 27. 4. 81, §§. 7, 304 und vom 16. 6. 04, PreStG. XXVI, 307.

daß, wenn unter den zum Verzug gebrachten neuen Sachen sich unverarbeitete Sachen wie Leinen, Kleiderstoffe usw. befinden und der Verpfänder glaubhaft machen kann, daß diese Stoffe für seinen Gebrauch bestimmt sind, von der Beibringung der ortspolizeilichen Bescheinigung abgesehen ist.

Jugendliche entlassene Strafgefangene werden jezt zur See gebracht. Eine ganze Anzahl ist bereits auf Nord- und Ostseelegeln tätig. Ob diese Beschäftigung Erfolg haben wird, muß abgewartet werden.

Entwurf einer Polizeiverordnung über bewegliche Dampfessel und Motore. Auf Grund einer im Handelsministerium abgehaltenen Sachverständigenberatung ist der Entwurf einer Polizeiverordnung, betreffend Aufstellung, Beschaffenheit und Betrieb von beweglichen Kraftmaschinen (beweglichen Dampfesseln und Motoren), fertiggestellt worden.

Für die Desinfektion der Wohnungen der an Tuberkulose verstorbenen Eisenbahnbediensteten sind von der preussischen Eisenbahnverwaltung besondere Desinfektoren angestellt worden. Die Vornahme der Desinfektion durch diese ist ausreichend. Voraussetzung ist jedoch, daß die zuständige Polizeibehörde in jedem Falle rechtzeitig vorher von der Zeit und dem Umfange der Desinfektion, von dem Namen und der Wohnung des Eisenbahnbediensteten in Kenntnis gesetzt wird.

Schankstättenschluß in Industriegebieten. Für den Industriebezirk Waldenburg i. Schl. ist am 1. Oktober 1907 eine Polizeiverordnung erlassen, die den Anschlag gewöhnlichen Branntweins an Lohntagen von 3 Uhr ab verbietet. Dem Erlass der Polizeiverordnung mußte zunächst die Festsetzung eines einheitlichen Lohntages durch die Bergwerksverwaltungen vorausgehen. Wie bekannt, besteht für den Industriebezirk des Regierungsbezirks Oppeln eine gleichartige, den Anschlag von 4 Uhr ab verbietende Polizeiverordnung, die in allen Zuständen zur rechtsverbindlich erklärt worden ist. (Derartige Polizeiverordnungen sind vielleicht für die Mannbanntreden zu empfehlen. Die Schriftleitung.)

Wandergewerbebescheine. Die neuen Wandergewerbebescheine sind vom Stalenderjahre 1908 ab ausschließlich zu verwenden, weil durch das Nebeneinanderbenutzen alter und neuer Formulare die Prüfung auf die Echtheit erschwert wird und Irrige Veranlassungen und Zeitläufigkeiten dabei nicht ausgeschlossen sind.

Öffentliche Chemiker. Das Agl. Polizeipräsidium in Berlin hat die Leiter mehrerer chemischer Laboratorien ersucht, die Bezeichnung „öffentliche chemisches Laboratorium“ zu unterlassen, und zwar mit folgender Begründung: „Die Bezeichnung, sein gewerbliches Unternehmen als „öffentliche Anstalt“ oder gleichbedeutend damit als öffentliches Laboratorium oder „öffentliche Station“ zu bezeichnen, kann seinem Privatchemiker, auch nicht dem auf Grund des § 36 der Reichsgewerbeordnung angestellten, angestande werden. Denn unter

einer öffentlichen Anstalt für chemische Untersuchungs-zwecke ist nach dem herrschenden Sprachgebrauch nicht etwa eine Anstalt zu verstehen, die wie eine „öffentliche Verkaufsstelle“ im Sinne des § 139 e ff. der Gewerbeordnung für jedermann aus dem Publikum zugänglich ist, vielmehr wird durch die Bezeichnung „öffentlich“ in diesem Zusammenhange zum Ausdruck gebracht, daß die Anstalt von einem Verbande des öffentlichen Rechts (dem Staate, einer Stadt, einem Kreise u. a. m.) errichtet worden ist. Diejem Sprachgebrauch ist auch der Gesetzgeber im § 17 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 gefolgt. Nach den Motiven zu diesem Gesetze kann es nicht zweifelhaft sein, daß dort unter einer „öffentlichen Anstalt“ zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln“ lediglich eine von einem Privatmann errichtete Anstalt zu verstehen ist. Diese Rechtsauffassung ist auch seitens der Herren Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten und für Handel und Gewerbe, denen ich über die Frage Vortrag gehalten habe, gebilligt worden.“

Grenzpolizeikommissare in den Reichsländern. Die Dienstbezirke der Grenzpolizeikommissare sind durch MinVerf. vom 17. September 1907 neu geregelt worden. Im Elsaß sind 4, in Lothringen 5 Grenzpolizeikommissariate vorhanden. Ihre Dienstbezirke sind ganz erheblich vergrößert worden, da die Gemeinden, die sonst den ausgehobenen Kontrollkommissaren unterstellt waren, nunmehr den Grenzkommissaren überwiesen sind, soweit sie nicht allzu weit von ihrem Wohnsitz entfernt liegen. An fünf Stellen ist die nächstgelegene Kontrollpolizeistelle mit dem Grenzkommissariat verbunden worden, an den übrigen ist dem Grenzbezirk eine Anzahl von vier bis zu zwölf Gemeinden hinzugefügt worden. Die vermehrte Arbeit wird die Überweisung eines Anwärters nötig machen und die Reisefkosten der Beamten dürften sich nicht unerheblich vermehren. In dem Dienstbetriebe der Polizeikommissare ist Wesentliches nicht geändert worden. In den Gemeinden, die nicht den Grenzkommissaren überwiesen wurden, werden die Polizeigeschäfte von der Kreisdirektion geregelt, denen dann die überflüssig gewordenen Mannalkommissare überwiesen sind.

Sozialdemokratisches. Abfertigung eines sozialdemokratischen Lehrlingsvereins. Auf die „naive“ Beschwerde eines Lehrlings über eine aufgelöste Versammlung eines sozialdemokratischen Lehrlingsvereins hat der Agl. Landrat des Kreises Teltow, v. Stubenrauch, nachstehende Abfertigung erteilt, die sicherlich bei allen einigermaßen verständigen Leuten lebhaften Beifall finden wird: „Der Landrat des Kreises Teltow. Die Beschwerde vom 6. August d. J. über die Verfügung des Herrn Amtsvorstehers von Friedenau vom 24. August d. J. weise ich als unbegründet zurück. Über die in der Beschwerde erörterten Fragen, „ob die Zahlfolge der Herren Amtsvorstehers eine

irrtümliche und mit der Sprechpraxis der Gerichte im Widerspruch stehende ist“, ob „es nicht richtig ist, daß eine staatliche Einrichtung mit dem Begriff politischer Gegenstand identisch ist“, ob „der Standpunkt des Herrn Amtsvorstehers sowohl in rechtlicher Beziehung als in seinen Konsequenzen inhaltbar ist“, habe ich keine Meinung, mich mit einem Vorgehen zu unterhalten. Auch habe ich nicht die Absicht, „den Herrn Amtsvorsteher dahingehend zu belehren, daß derartige Maßnahmen seitens der behördlichen Organe in Zukunft nicht mehr vorkommen dürfen, wohl aber habe ich die Absicht, Ihren Meister zu bitten, daß er Sie belehrt, wie sehr Ihre rednerische und schriftstellerische Tätigkeit geeignet ist, Sie von einer ordentlichen und rechtshaffenen Erlernung Ihres Handwerks abzuhalten.“

Personalveränderungen.

Ordensverleihungen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 4. Oktober 1907 zu verleißen geruht: das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens: dem Gendarmerie-Oberwachmeister Cramer u. dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Schöbel, beide in der 4. Brig., dem Fußgendarmerie-Wachmeister Rohde, 9. Brig., den pensionierten Fußgendarmerie-Wachmeistern Artelt und Schiblenzki sowie dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Stubbe, diese 3 in der 10. Brig.; das Allgemeine Ehrenzeichen: den Gendarmerie-Oberwachmeistern Behling und Gnadt, den Fußgendarmerie-Wachmeistern Vorn und Lindenau sowie den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Küffel und Schwarz II, diese 6 in der 1. Brig., dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Gille, 4. Brig., den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Reimmüller, Dietrich, Linke II, Mölte und Zingel, diese 5 in der 5. Brig., dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Schnabel II und den Fußgendarmerie-Wachmeistern Grallert und Wolf I, diese 3 in der 6. Brig., dem Fußgendarmerie-Wachmeister Forner, 9. Brig., dem Gendarmerie-Oberwachmeister Obermeyer, 10. Brig., dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Kessler, 11. Brig., den Gendarmerie-Oberwachmeistern Sauer und Mathejat sowie den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Kühn II und Arndt, diese 4 in der 12. Brig.

Des Königs Majestät haben aus Anlaß der diesjährigen Kaisermanöver zu verleißen geruht: das Allgemeine Ehrenzeichen den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Rothmann, Rüsen und Voigt I der 7. Brig.

Sonstige Veränderungen.

v. Bonin, Major a. D., zuletzt in der 3. Gendarmerie-Brigade, mit seiner Pension und der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Inf.-Regts. Nr. 78 der Abschied bewilligt.

Der Charakter als Leutnant verliehen den pensionierten Oberwachmeistern Schubmacher, bisher in der 3. Gend.-Brig., Zwigli, bisher in der 5. Gend.-Brig., Weinberg, bisher in der 7. Gend.-Brig.

1. Brigade.

b. W. Cannerred, Gr. Murvion b. Murvion, am 1. 5. 07 als Grenz-Aufsicher in Dwarischten, Mr. Willkall, ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 11. 07 aus. — C. W. a. Fr. Rohde, Fr. Enlan, am 1. 11. 07 zum Oberwachmeister ernannt.

2. Brigade.

b. W. Drewes, Roggaw A. Wez. Stettin, am 1. 12. 07 pens. — F. a. Fr. Gerlach, Neundorf-Schulwin, am 1. 10. 07 3. Truppe zurück.

3. Brigade.

b. W. Lehmann I, Weisenje b. Pln., am 10. 10. 07 an Kierentzündung verstorben. — F. W. Strich, Alt-Glienide, Wz. Pln., scheidet am 1. 11. 07 aus.

4. Brigade.

F. W. n. Brigadefreiber Hartmann II, Magdeburg, am 11. 10. 07 zum Magistrat Magdeburg o. Geh. beurl. — b. W. Voigt III, Weisenfels, v. dem Truppenteil zum Vizewachmeister befördert. — b. W. Prodnowski, Elzeben, Mr. Erfurt, v. d. Truppenteil zum Vizewachmeister befördert.

5. Brigade.

b. W. Neumann, Kostow b. Tursko, am 1. 10. 06 o. Geh. beurl., scheidet am 1. 10. 07 aus. — F. W. Senisch, Siemianice, am 1. 12. 07 pensioniert.

6. Brigade.

C. W. a. Fr. Rastian, Löwenberg, Schles., am 1. 11. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — b. W. Rieger III, Hartan, nach Arnadebrunn b. Rüdendalban ludert., trat am 30. 9. 07 v. i. Stnd. zurück. — C. W. Scheife, Gleiwitz, am 7. 10. 07 an Schlaganfall verstorben. — b. W. Strahl, Gr. Laffowitz, v. dem Truppenteil zum Vizewachmeister ernannt. — F. W. Constand, Prasin, v. dem Truppenteil 3. Vizewachmeister ernannt.

7. Brigade.

b. W. Schaper, Lidinghausen, am 1. 11. 07 als Stationsaspirant in Halle i. Westf. o. Geh. beurl. — b. W. a. Fr. Maun, Borschorst, am 31. 10. 07 zur Truppe zurück. — Sgt. n. W. Stiefelbach, 4. Wz. a. Fr., am 15. 10. 07 als Hilfsfußgendarmerie-Brigadefreiber in Münster i. W. eingestellt. — F. W. Hoppe, Welver, erhält Nr. 1. — b. W. Hoppe, Castrop, erhält Nr. 11.

8. Brigade.

b. W. Stoffer, Frechen, am 1. 10. 07 nach Großkühnsdorf, Kreis Eöln, vers. — b. W. Weierstall, Eilen, am 15. 10. 07 nach Rees vers. — b. W. Krieg, Rees, am 15. 10. 07 nach Eilen vers.

10. Brigade.

F. Engelman, Vingen, v. dem Truppenteil zum Vizewachmeister befördert. — F. Thormann, Herzberg, Harz, v. dem Truppenteil 3. Vizewachmeister befördert. — F. Fricke, Waddesfeldt, v. dem Truppenteil 3. Vizewachmeister befördert. — F. a. Fr. Götcke, Zarstedt, am 1. 10. 07 3. Truppe zurück.

11. Brigade.

H. Fruch, Tamm, Rhöngebirge, am 1. 10. 06 o. Geh. beurl., schied am 1. 10. 07 nach Beziehen der Postassistenten-Prüfung aus. — b. H. Hoffmann H. Kestrichen, Mr. Regenbain, am 1. 4. 07 als Grenzaufseher nach Oberseid b. Maldenkirchen o. Geh. beurl., schied am 1. 10. 07 aus.

Brigade Gießh-Lothringen.

Feldwebel Parich vom Inf. H. Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Bad.) Nr. 111, am 1. 11. 07 als i. H. zur Probefienstleistung nach Cneulen, Post Plantières = Luculen, einberufen. — H. Seidt, Cneulen, schied am 31. 10. 07 aus.

Als Gendarmen a. Fr. wurden am 1. 10. 07 eingestellt:

Schule Einbed.

1. Brigade.

Egt. Vagdorwig, Feldart. H. 1, als b. G. für den Standort Plaischen. — W. Kiselewski, Inf. H. 1, als b. G. für den Standort Mr. Staisgirren. — Egt. Rouquet, Feldart. H. 1, als b. G. für den Standort Mattenan.

2. Brigade.

W. Lüdte, Feldart. H. 2, als b. G. für den Standort Collin (Komm.). — W. Radke, Feldart. H. 60, als b. G. für den Standort Kustamin. — Tromp. Egt. Düwel, Feldart. H. 35, als b. G. für den Standort Roggow A. — Egt. Ange, Inf. H. 60, als H. für den Standort Prigig.

3. Brigade.

Egt. Hantenberg, Inf. H. 11, als b. G. für den Standort Briesen, Marl. — W. Voeler, Trag. H. 2, als b. G. für den Standort Jerrenthin H. M. — Egt. Venscha, Train. H. 5, als H. für den Standort Kämpf. — Egt. (Tromp.) Zumpi, Feldart. H. 30, als b. G. für den Standort Alt-Beelby b. Vordamm. — Egt. Müller, i. G. H. H. 1, als b. G. für den Standort Wilmersdorf b. Vln. — Schim. Berno, H. H. 3, als b. G. für den Standort Tempelhof. — W. Dein, Inf. H. 15, als b. G. für den Standort Grunewald H. Vln. — H. Zeidenberg, Gren. H. 1, als H. für den Standort Lankwieg. — W. Wnioki, Feldart. H. 71, als b. G. für den Standort Tiffenden b. Cottbus.

4. Brigade.

W. Behrend, Inf. H. 10, als b. G. für den Standort Angera Weg. Magdeb. — W. Lindstedt, Mag.-Zug. 3. Pl. 1, als b. G. für den Standort Viere.

5. Brigade.

W. Gümther, Feldart. H. 20, als b. G. für den Standort Vomit. — W. Hfro, Trag. H. 12, als b. G. für den Standort Trichtiegel. — Egt. (Hob.) Howe, Inf. H. 61, als H. für den Standort Krotoschin. — Egt. Grapentin, Feldart. H. 35, als b. G. für den Standort Plesien H. Vosen. — Egt. Brandt, Inf. H. 2, als b. G. für den Standort Samargewo b. Sodelstein Str. Dresden.

6. Brigade.

Egt. Leistig, Train. H. 6, als b. G. für den Standort Olap. — W. Kroschalla, H. H. 2,

als b. G. für den Standort Vogantschwig. — W. Wesche, H. H. 2, als b. G. für den Standort Wintan. — W. Meiner, Inf. H. 4, als b. G. für den Standort Löwig. — W. Meinholt, H. H. 2, als b. G. für den Standort Brinken-dorf bei Reuhof Str. Viegny.

7. Brigade.

Egt. Nagel, 2. G. Trag. H., als b. G. für den Standort Brilon. — Egt. Koegel, Feldart. H. 1, als b. G. für den Standort Lütgendortmund. — Egt. Willotat, H. St. See-Vln., als H. für den Standort Altesa Pl. — Egt. (Tromp.) Ernst, Inf. H. 9, als H. für den Standort Westenseld.

8. Brigade.

Egt. Koielt, Feldart. H. 7, als H. für den Standort Alstaden. — W. Ehrlich, H. H. 2, als b. G. für den Standort Enpen.

9. Brigade.

W. Hosten, Train. H. 9, als H. für den Standort Karbn.

10. Brigade.

W. Reides, Train. H. 10, als H. für den Standort Echte Mr. Listerode a. Harz.

11. Brigade.

Egt. (Tromp.) Desse, Feldart. H. 51, als H. für den Standort Kronhausen, H. Cassel. — W. Utrcht, Feldart. H. 67, als b. G. für den Standort Hersfeld.

12. Brigade.

W. Schmidmann, Feldart. H. 73, als b. G. für den Standort T. Enlan. — W. Mhdenowig, Trag. H. 15, als b. G. für den Standort Schloß Hagenhausen. — H. Plüchte, Inf. H. 21, als H. für den Standort Hötenstein. — W. Pipahl, Feldart. H. 60, als b. G. für den Standort Rosenbergr. Fr.

Chrentafel.

Das 25 jährige Dienstjubiläum als Gendarm beging am 16. Oktober Mamerad Gendarmerie-Regimentsmeister Winter (3. Brigade). Mamerad Winter wurde am 4. Oktober 1853 zu Promberg geboren und diente vom 1. April 1871 bis zum 30. September 1875 bei der 12. Kompanie Leib- Grenadier-Regiments (1. Brandenb.) Nr. 8 zu Landsberg a. S., vom 1. Oktober 1876 bis 15. Oktober 1882 bei der 6. Kompanie 3. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 71 in Erfurt und war während dieser Zeit zum Leib-Infanterie-Bataillon in Potsdam und zur Infanterie-Schischule in Spandau-Mühlleben kommandiert. Am 16. Oktober 1882 erfolgte seine Einstellung als Fußgendarmerie bei der 10. Brigade; als Station wurde ihm zunächst Herren, Mr. Vingen, und mit dem 1. Oktober 1890 Salzbergen, Mr. Vingen, angewiesen. Zur 5. Gendarmerie-Brigade versetzt, stand er vom 1. August 1893 bis 31. März 1903 in Janowicz, Mr. Jün, vom 1. April 1903 bis 31. März 1904 in Ken-berlin, Mr. Etrelno, und vom 1. April 1904 bis jetzt in Jün. — Leider ist Mamerad Winter am 8. September d. J. auf Patrouille mit dem Fahrrad gestürzt, wobei er sich am linken Fuß,

einen doppelten Stachelbruch zugezogen hat. Wir wünschen dem verdienten Kameraden möglichst schnelle und vollständige Heilung, damit



er dem zwar schweren, aber desto ehrenvolleren Gendarmereidienst noch recht lange erhalten bleibt.

Das 40 jährige Dienstjubiläum beging am 10. Oktober Kamerad Aufgendarmeriewachmeister Frommelt in Hansleben, Rausfelder Seefreis (4. Brigade).

Kamerad Frommelt trat am 10. Oktober 1867 bei der Unteroffizierschule in Viebich ein und wurde am 20. Juli 1870 dem 5. Thüringischen Infanterie Regiment Nr. 94 (Großherzog von Sachsen) zugeteilt, bei welchem er den Feldzug 1870/71 mitmachte. Am 1. Januar 1881 trat er zur 4. Gendarmereibrigade über und wurde in Liebenwerda stationiert; am 1. Mai 1885 erfolgte seine Verlegung nach Hühstedt und am 1. Juli 1904 nach Hansleben, W. Halle.

Kamerad Frommelt besitzt die Kriegsdenkmünze von 1870/71, die Erinnerungsmedaille, die Deutschenzeichnung 1. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen und die Großherzoglich Sachsisch-silberne Verdienstmedaille mit Schwertern.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Die Obstweinbereitung. Anleitung zum Mestern des Apfelweines und der anderen Obst- und Beerenweine, zur Pilze des Weines auf dem Faße und in der Kasse. Von Johannes Böttner, Frankfurt a. O. 1907, Verlag von Fromwig & Sohn. Preis 1,50 M.

Der verdiente Chefredakteur des praktischen Ratgebers im Obst- und Gartenbau hat mit seinem Buch eine mustergültige Anleitung zur Obstweinbereitung gegeben, die es auch dem Neuling ermöglicht, einwandfreie und gute Obstweine zu bereiten.

Ausfunftei.

Sag, was du willst, kurz und bestimmt;

Laß alle leichten Schwärze fallen!

Wer umhulst unsrer Zeit uns nimmt,

Beistehst uns — und du sollst nicht fehlen.

Ritterhaus.

Verschiedene Kameraden. Vorausbestellung des Gendarmereikalenders. Auf Vorschlag mehrerer Oberwachmeister haben wir den Schlußtermin für die Vorausbestellungen auf den 5. November festgesetzt. Später eingehende Bestellungen können nur erledigt werden, soweit der Vorrat reicht, und zu dem erhöhten Preise. Wir müssen am 6. November mit dem Druck der ersten Bogen anfangen und können dann nur eine beschränkte Zahl über die eingegangenen Vorausbestellungen hinaus drucken lassen. Nr. 271. — G—ch.

Kam. FW. G. in K. Einforderung des Bezugspreises für den Kalender. In Rücksicht darauf, daß die Kameraden zu Weihnachten immer größere Ausgaben haben, und dann auch, um ihnen unnötige Portoaussgaben zu ersparen, haben wir festgesetzt, daß der Betrag für den Kalender erst im Januar einzulösen ist. Nr. 258. — G—ch.

Kam. b. W. N. in W. Vogelschutzgesetz. Das Reichsgesetz, betreffend den Schutz von Vögeln, wird in den Gendarmereikalender für 1908 aufgenommen, weil es gewissermaßen zu den jagdrechtlichen Bestimmungen gehört. Nr. 240. — G—ch.

Kam. Obw. R. in O. Berechtigung des Grundbesizers zum Schießen von Kaninchen. Der Absatz 2 des § 23 Jagdpolizei-Gesetzes vom 7. März 1850, wonach der Grundbesitzer auch für das Erlegen von Kaninchen auf seinem Grund und Boden der Genehmigung des Landrats bedarf, ist durch den § 15 des Wildschadengesetzes vom 11. Juli 1891 aufgehoben, wonach die wilden Kaninchen dem freien Tierfang unterliegen. § 4 des Wildschadengesetzes vom 14. Juli 1904 verbietet wohl das Aufstellen von Schlingen, in welchen sich jagdbare Tiere oder Kaninchen fangen können, nicht aber das Schießen der letzteren. Wenn daher der Grundbesitzer die Kaninchen mit Erlaubnis des Jagdberechtigten schießt, er also auch nicht gegen § 308¹⁰ RStGB. verstößt, so ist er nicht strafbar und bedarf weder eines Jagdscheins noch einer Legitimation des Landrats. (Bgl. Erf. Nr. 301. S. 184 und 197, wobei mir zu beachten ist, daß das Wildschadengesetz v. 14. Juli 1904 in dem 1903 erschienenen Buch keine Berücksichtigung finden konnte.) Nr. 192. — W. B.

Kam. GW. B. in W. 1. Hausdiener am Bahnhof. Die von Logierhausbesitzern angestellten Hausdiener, die in Badeorten

ankommenden Fremden in Empfang nehmen, fallen nicht unter § 87 der Gewerbe-Ordnung. Doch kann durch Straßen- und verkehrspolizeiliche Vorschriften eine Ordnung erlassen werden, durch die das Aufstellen der Hausdiener geregelt und das „Anreihen“ verboten wird.

2. Kündigungsstellen auf Trinkgelder angestellten Personal. Die Kündigungsstellen von Hausdienern, Kammersoldaten und sonstigen Personen, die ohne Lohn nur auf Trinkgelder angestellt sind, regelt sich, falls nichts anderes vereinbart ist, nach den Bestimmungen der Gewerbe-Ordnungen oder — wenn es sich um Gewerbegehilfen handelt — nach der Vorschrift der Gewerbeordnung. (§ 122 GewO.)

3. Gasthofpersonal. Die Zimmer- und Küchenmädchen in Hotels gelten ebenso als Gewerbegehilfen wie die Kellner. Auch auf sie finden die Vorschriften über Ruhepausen (Vgl. vom 12. 2. 03) Anwendung. Das Personal der nicht als Gastwirtschaften anzusehenden Privatlogierhäuser gehört zwar auch zu den Gewerbegehilfen, jedoch nicht zu den Gastwirtschaftsgehilfen. Arbeits- und Ruhepausen sind für sie gesetzlich noch nicht eingeführt.

Ar. 139. — n.

An Kam. G. W. U. in Z. Streit. Die öffentliche Anforderung zum Streit ist straflos, wenn der Streit unter Einhaltung der vertragsmäßigen Kündigungsfristen vor sich geht, dagegen als Vergehen gegen § 110 Z 169a (Anforderung zum Ungehorsam gegen Gesehe) zu bestrafen, wenn die Arbeiter zum Vertragsbruch aufgefordert werden. Das Reichsgericht erklärt in dem Urteil vom 3. Dezember 1889 Rep. 2478/89 — Entsch. 20, 63 — auch die Aufforderung zum Ungehorsam gegen bürgerliche Gesetze für strafbar. Der Streit selbst ist ebenso wenig strafbar wie das Streikpostenstehen; nur dürfen die Ausständigen und die von ihnen gestellten Posten weder durch Anwendung körperlichen Zwanges noch durch Drohungen, Ehrverletzung oder durch Verunsicherungen andere bestimmen oder zu bestimmen suchen, am dem Ausstand ebenfalls teilzunehmen (§ 153 GewO.)

Die Polizei- und Sicherheitsbehörden sind weiter berechtigt, unmittelbare Verkehrsstörungen oder Verkehrsgefährdungen durch ihr Einschreiten zu verhindern. Den Arbeitgeber allein schädigende oder gefährdende Auffstellung von Posten darf der Anstandsbeamte nicht hindern. Besteht für den Ort, wo der Ausstand stattfindet, eine Straßensicherheitsordnung, die jedermann verpflichtet, den Weisungen der Anstandsbeamten, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit an ihn ergeben, unbedingt Folge zu leisten, dann kann dem verkehrspolizeilichen Einschreiten noch durch Festsetzungen aus § 166¹⁰ Z 169a Nachdruck verliehen werden.

Entscheidungen brachten wir über Streit im letzten Jahrgang des „Gendarm“ vom Landesgericht vom 3. Juni 1907 — Seite 132, vom Kammergericht vom 11. Februar 1907 — Seite 5 — und vom 13. Juni 1907 —

Seite 176 — sowie vom Kaiserlichen Obersten Landesgericht vom 1. Mai 1906 — Seite 108 — und vom 28. Februar 1907 — Seite 177. — (Zu vergleichen bitten wir auch unsere Auskunfts Nr. 15a auf Seite 90.) Die Frage, ob das Aufstellen von 6–8 Leuten mit diesen Knütteln, die Arbeitswillige zur Beteiligung an dem Ausstand auffordern, bereits als „Drohung“ im Sinne des § 153 GewO. aufzufassen ist, möchten wir bejahen. Zu welchem andern Zweck als zum Zwecke der Einschüchterung bewaffnen sich die Trupps mit diesen Knütteln? Doch es umt zur Verteidigung geschieht, glaubt ihnen doch kein Richter. Tagegen halten wir an sich die Aufforderung: „Hier ist Streit!“, falls uns doch nicht in den Rücken“ für erlaubt.

Ar. 276a. — z.

Kam. F. W. H. in D. Gehaltszahlung. Nach unserer Ansicht haben Sie Anspruch auf pünktliche Zahlung der Gehaltsruhe am 1. Tage des Vierteljahres. Wir raten Ihnen, sich zunächst womöglich bei sich bietender Gelegenheit mündlich mit einer entsprechenden Bitte an die das Gehalt zahlende Kasse zu wenden. Vielleicht übernimmt es Ihr Vorgesetzter, dies zu tun. Falls auf diese Weise sich der Mangel nicht abstellen läßt, so können Sie u. U. die Bitte auf dem militärischen Dienstwege vortragen.

Ar. 275. — z.

Kam. O. W. M. in L. Anzug beim Weiden. Nach den allgemeinen Bestimmungen der T. V. und P. 1 hätten sich nach unserer Ansicht auch die zum Pferdeanfaß kommandierten Gendarmen bei dem am Anfaßort befindlichen Vorgelegten im Reith zu melden. Wenn dies in Ihrem Dienstbereich seit Jahren in Ruhe geschieht, so wird das wohl zu der Zeit aus praktischen Gründen so angeordnet oder wenigstens von den Vorgesetzten nicht beanstandet werden sein. Wer ein junges Pferd transportieren soll, dem ist der Helm leicht hinderlich. Wie wir errieten, erfolgen Weidungen in solchen Fällen auch anderwärts in Ruhe. Eine Veranlassung des Oberwachmeisters können wir hierin nicht finden; denn er würde ja in gleicher Lage selbstverständlich auch die Ruhe tragen können wie der Gendarm.

Ar. 234. — z.

Kam. G. W. H. in R. Antschandlungen in einem fremden Kreise auf Ersuchen des Staatsanwalts. Sie waren außerhalb des Streites, zu dem Ihr Standort gehört, in einer Sache vor Gericht als Zeuge geladen und wurden bei dieser Gelegenheit von einem Staatsanwalt zum Abführen einer in anderer Sache angeklagten Frauensperson erzwungen. Nach unserer Ansicht mußten Sie im vorliegenden Falle dem Ersuchen des Staatsanwalts Folge geben, wenn dieser darauf bestand, trotzdem Sie ihn antwortend gemacht hatten, daß Sie nach T. V. Ziffer 134 in R. nicht örtlich zuständig seien. Würden Sie durch Ausföhrung des Aufsuchens an der Wahrnehmung anderer Dienstverrichtungen oder an rechtzeitiger Mithilfe in Ihrem Standort behindert worden sein, so konnten Sie vorher auch diese Bedenken geltend machen; im übrigen

waren Sie aber als Gendarm nicht befugt, die Rechtmäßigkeit des Ansehens des Staatsanwalts zu prüfen, sondern vielmehr zur prüfungslosen Ausführung desselben verpflichtet. Ihre Zuständigkeit war namentlich nach D. V. Ziffer 138a gegeben. Es stand Ihnen indessen frei, nachträglich den Vorfall Ihrem Vorgesetzten zu berichten, wenn Sie glaubten, zu Unrecht und ohne Notwendigkeit vom Staatsanwalt requiriert zu sein. Was die nach Ihren Angaben ungehörliche Form anlangt, in der Ihnen der Gerichtsdienster mündlich das Ansuchen des Staatsanwalts übermittelte, so konnten Sie n. G. hiergegen auf dem Beschwerdewege (D. V. Ziffer 128 und 245) vorgehen, was Ihnen ja auch der Staatsanwalt anscheinend nahegelegt hat. Nr. 266. — §.

Kam. FW. F. in S. Gebühren für kirchliche Handlungen. Einzel stationierte Personen des Soldatenstandes, welche die Verrichtung kirchlicher Akte bei einem zu der Militär-Seelsorge in keiner Beziehung stehenden Zivilgeistlichen nachgesucht, haben die Stolzgebühren nach der für die bürgerliche Gemeinde bestehenden Norm zu entrichten. Diese Norm richtet sich nach der für die betreffende Gemeinde bestehenden Gebührenrate. Die Gebührenraten werden von den kirchlichen Gemeindeorganen beschlossen und bedürfen nach Art. 24 des Gesetzes vom 3. Juni 1876, betr. die evangelische Kirchenverwaltung, der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörden. — Eine allgemeine Gebührenrate, nach welcher die Gebühr für einen Taufschein nur 50 Pf. beträgt, besteht nicht. Die Gebührenfreiheit für Kirchenbuchsätze bezieht sich auf Militärgemeinden. Das Porto für Übersendung kirchlicher Akte ist vom Empfänger zu tragen. Wenn der Taufschein als portopflichtige Dienstsache gefandt worden ist, so war dies den Vorschriften entsprechend und der Empfänger hat nicht „Strafporto“, sondern das von ihm zu tragende „Porto“ entrichtet. Nr. 205. — Sdt.

Kam. GW. J. in L. Geschlossene Gesellschaft, Polizeistunde. Wenn die Mitglieder eines Vereins von vornherein das Recht eingeräumt erhalten haben, über bestimmte — oder alle — Wirtschaftsräume ausschließlich zu verfügen, dann sind sie einer Polizeistunde nicht unterworfen; die Räume müssen dann für das Publikum aber geschlossen bleiben. Die Vereinsmitglieder können die ihnen überlassenen Räume auch nach Eintritt der Polizeistunde betreten. Was die Vereinsmitglieder dort treiben, ist gleichgültig. Eine geschlossene Gesellschaft verliert dadurch nicht diesen Charakter, daß nur getrunken wird. Nur dann würde eine Polizeistundenübertretung vorliegen, wenn einige Vereinsmitglieder ohne zuvorige Anmeldung und Vereinbarung in einer Wirtschaft nach Eintritt der Polizeistunde verweilen würden. Nr. 191. — t.

An Amtsvorstand K. in F. Vertretung eines Polizeiverwalters. Ein Polizeiverwalter ist nicht berechtigt, während eines längeren Urlaubes seinem Stellvertreter die Bearbeitung

irgendwelcher Dienstfachen vorzunehmen. Er kann ihm für diese oder jene Sache die Weisung erteilen, in welchem Sinne er ihre Erledigung wünscht; der Stellvertreter könnte aber schadenersatzpflichtig werden, wenn er laufende Sachen in der Vertretungszeit nicht erledigt, sondern einer Weisung, die Sache liegen zu lassen, nachkäme. Das gilt ganz besonders von Bauakten. Hat doch erst kürzlich ein Gericht einen Regierungspräsidenten wegen Verschleppung einer Bauakte zu einem hohen Schadenersatz verurteilt. Nr. 196. — p.

An A. L. in B. Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika. Von den zahlreich sich zur Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika Meldenden werden stets die geeignetsten ausgewählt. Der Zeitpunkt der Einberufung läßt sich nicht voraussehen. Die Unterfindung muß von einem älteren Militärarzt oder einem Kreisarzt erfolgen. Nähere Bestimmung trifft darüber das Reichs-Kolonialamt nach der Meldung. Die Verpflichtung muß auf längere Zeit erfolgen, für Südwestafrika auf 3 Jahre. Die Dienstzeit zählt doppelt, sofern sie mindestens ein Jahr gewährt hat. Der Beschäftigungsort wird erst nach Ankunft im Schutzgebiet bestimmt. Ob Sie die Bedingungen für einen Wachmeisterposten erfüllen, entscheidet erst der Gouverneur des Schutzgebiets. Nr. 167. — T.

Kam. GW. R. in S. Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiet. Die auf Grund des § 39 StrGB. (Polizeiaufsicht) oder des § 302 StrGB. (Überweisung an die Landespolizeibehörde) von der höheren Verwaltungsbehörde etwa beschlossene Ausweisung wird regelmäßig im Zentralblatt für das Deutsche Reich (herausgegeben im Reichsamte des Innern) unter dem Abschnitt „Polizeiwesen“ veröffentlicht. Nr. 165. — a.

Kam. G. W. Z. in A. Ruhezeit der Gastwirtsgehilfen. Nach Ziffer 7 der Bekanntmachung des Reichsanwalters vom 23. Januar 1902 gelten als Gehilfen und Lehrlinge solche Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts, welche im Betriebe der Gast- und Schankwirtschaften als Oberkellner, Kellner oder Kellnerlehrlinge, als Köche oder Kochlehrlinge, am Küchentisch oder mit dem Fertigmachen latter Speisen beschäftigt werden. Ein Mädchen, das teilweise mit dem Bedienen der Gäste (als Kellnerin), teilweise in der Küche (als Köchin) beschäftigt wird, fällt in beiden Beziehungen unter die Gastwirtsgehilfen, hat also Anspruch auf die vorgezeichneten Ruhezeiten. Daß dies Mädchen daneben vielleicht auch andere — häusliche — Dienste verrichtet, ist belanglos; ebenso daß es ein Gesindedienstjüngling besitzt. Nr. 186. — u.

Kam. FW. K. in K. Späterer Wert des Gendarmen-Kalenders. Der Kalender behält auch über 1908 hinaus noch Jahre hindurch einen bleibenden Wert durch seinen Inhalt wie z. B. die Jagdgesetze, Anstellungsgrundsätze usw., zu denen die späteren Jahrgänge erst. Deckblätter bringen sollen. Nr. 270. — G.-dt.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. B.

Nr. 15.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Werbach zu Berlin.

1907/08

Wie man in Holland Polizeihundprüfungen beurteilt.

„Onze Donden“ brachte vor einiger Zeit einen Artikel eines Herrn Steijns aus Roosendaal über die am 30. 6. 07 zu Preda abgehaltene Polizeihundprüfung. Der Verfasser desselben zeigt sich als ein durchaus scharf beobachtender Freund des Polizeihundes. Be-



Polizeihund „Garcas v. Beeksteur“ (Schäferhund).
Bef. u. Führer Pol. Wachtmeister Rastke, Bernau b. Berlin.

wiesen hat er, daß er versteht, einen Polizeihund gut auszubilden. Seine Ausführungen lassen wir nachstehend im Auszuge folgen:

„Barum wurde nicht der Sprung über eine Mauer oder dergleichen und der Weitsprung über einen Graben gezeigt? Hier war der Weitsprung ein kleines Kunststück, eine Zirkusnummer. Veinache alle Hunde hatten Angst vor dem statternden Tuch und begriffen dessen Bedeutung nicht. Es ist doch nicht anzunehmen, daß kein einziger von all den Hunden noch keine zwei Meter weit springen kann. Das Nehmen einer Bretterwand von 2 Meter Höhe gelang den meisten Hunden, sei es sofort oder nach 2 bis 3maliger Probe; dies ist jedoch nicht das Richtige. Der größte Fehler der meisten Hunde war, daß sie einen zu großen Anlauf

nahmen und deshalb durch den Rückschlag niederfielen. Der Hund muß an der Wand hochklettern und nicht springen. Im Programm stand ja auch „Klettern“. Der Hund darf höchstens 1½ Meter von der Wand entfernt sein und muß dann seinen Satz machen.

Bei dem Überbringen von Mel-dungen war die deutsche Methode die beste. Diese Hunde trugen ein Band mit einer Tasche, in welcher die Nachricht untergebracht werden kann. Von Verlieren oder Beschädigen derselben kann keine Rede sein. Das ins Maul Nehmen des einen oder anderen Verichts ist nicht wünschenswert. Auf diese Weise wird der Vericht beschädigt und der Hund muß denselben fallen lassen, wenn er unterwegs angegriffen wird. Auch beim Überschwimmen eines Grabens oder Flusses wird dann die Meldung nach und unlesbar. Von vornherein waren die deutschen Hunde Meister im Apportieren und im Aufsuchen von Menschen oder Gegenständen. Die belgischen und holländischen Hunde waren durchgehends zu wild, zu spicklerig und nicht ruhig genug.

Auch beim Bewachen und Verteidigen von Gegenständen haben wir nicht das, was wir gewünscht hätten. Der Hund muß bei dem zu bewachenden Gegenstand liegen bleiben, darf seinen Platz nicht verlassen und muß allein durch Knurren und kleine Ausfälle denselben verteidigen. Auch waren die Hunde zu sehr auf das Fassen des Diebes abgerichtet, so daß eine andere Person ohne jede Mühe den Gegenstand fortnehmen konnte. Bei der Dressur auf den Angreifer sahen wir den Hund des Feldjägers Louwenbergh sehr hübsch arbeiten. Rag machte keinen Unterschied zwischen einem Strolch und einem Baron. Beide Personen stiel er wütend an, klemmte sich fest an ein Bein und von einem Fortkommen war keine Rede mehr. Wie schon Rag auch arbeitete, so halte ich diese Methode auch nicht für praktisch. Der Dieb hat bei dieser Art Angriff zuviel Gelegenheit, den Hund zu erstechen oder totzuschießen. Meiner Ansicht nach ist die belgische Methode vorzuziehen. Diese Hunde springen fortwährend um den Dieb herum, entziehen sich jedem Angriff, beißen von Zeit zu Zeit, wenn sie sicher sind, und laufen zum Schluß dem Dieb zwischen die Beine, so daß er fallen muß. So muß es sein. Die Hunde müssen den Dieb fortwährend in Bewegung halten und ihn durch plötzliche Angriffe ermatten und unschädlich machen. Das Abrichten auf das Signal eines Horns hat auch seine Schattenseiten. Durch das Geben eines einfachen Hornsignals kann der Hund nach einer entgegengesetzten Seile gelockt werden und der Dieb hat Zeit, seine Tat auszuführen.

Der praktische Wert des Nehmens einer Bretterwand kann mir nicht einleuchten. Angenommen, der Polizeibeamte kommt nachts an eine Wand. Es ist dunkel. Der Hund muß über das Hindernis, er klettert oben auf der Bretterwand befinden sich Glascherben — Stacheldraht — eiserne Spitzen, oder hinter der Schutzwand hat sich der Eindrehler verdeckt aufgestellt und sobald der Hund mit seinem Kopf oben auftaucht klatsch, ein Schlag mit einem eisernen Gegenstand und — R. L. P.*) Ein vorsichtiger Polizeibeamter wird seinen Hund auch nicht über die Bretterwand schiden, bevor er nicht sicher weiß, daß der Dieb vorher hinübergeklert ist. Jederzeit bleibt das Nehmen einer unbekannten Schutzwand gefährlich, da man nicht weiß, was hinter der Wand verborgen ist."

Wir enthalten uns einer Kritik dieser Ausführungen, damit zu den aufgeworfenen Fragen möglichst viele Beamte, die Polizeihunde dressieren, führen oder führen lassen, sich äußern.

Dressurkniffe.

(Nachdruck verboten.)

Wie man seinem Hund Appell im Freien beibringt und ihn für die Strafe dressiert. Die Stubendressur soll man dem Hunde in einem abgeschlossenen Raum erteilen, weil der Schüler hier durch nichts abgelenkt werden kann. Der Dressier, welcher jedoch über einen Dressierraum nicht verfügt, mache sich deshalb seinen Mummer; denn der Hund erlernt die Stubendressur auch im Freien.

Wir stand niemals ein geschlossener Raum zur Verfügung, in welchem ich meinen Hunden die Anfangsgründe der Dressur beibringen konnte. Kommt man mit dem in einem geschlossenen Raum vorgearbeiteten Hunde ins Freie, dann muß man gewöhnlich so wie so erst wieder das ganze bisher Gelehrte von vorn durcharbeiten, ehe alle Punkte vom Hunde so geläufig erfüllt werden, wie er es im Dressierraum getan hat. Diese Arbeit fällt ganz fort, wenn man seinen Hund gleich daran gewöhnt, im Freien aufmerksam zu sein. Selbstverständlich wählt man eine möglichst ruhige Stelle zum Dressieren.

Im dem Hund im Freien einen guten Appell beizubringen, verfähre man, wie folgt: Dem an einer im langen Leine (eine längere Leine kann nur hinderlich sein) angeleinten Hund gebe man Gelegenheit, an einen anderen Hund heranzukommen. Dem Schüler läßt man die Leine locker, damit er gar nicht merkt, daß er angeleint ist. Die Hunde werden sich nach Hundart begrüßen, vielleicht auch gleich ans Freuden über die gemachte Bekanntschaft zu spielen beginnen. Jetzt ist für den Dressier der geeignete Moment gekommen. Er tritt langsam so weit zurück, als die Leine reicht, und gibt

so laut das Kommando zum Hereinkommen, daß es der Hund hören kann. Der Schüler gehorcht natürlich nicht, das Kommando wird nun nochmals gegeben; folgt dann der Hund noch nicht, so bekommt er einen äußerst kräftigen Ruck. Wenn er sich dabei auch überhastet, das schadet nichts; es ist im Gegenteil sehr wirkungsvoll. Der Dressier merke sich überhaupt, wenn er strakt, strafe er scharf, aber kurz.

Nach dem Ruck wiederhole man sogleich das Kommando, und zwar spreche man nicht etwa lauter, sondern noch leiser, nur so laut, daß es der Hund versteht. Ein Zuhörer, welcher 5 m entfernt steht, darf gar nicht verstehen, was man mit seinem Hund spricht. Der Hund wird natürlich nach dem Ruck herankommen; dann tritt man rückwärts und läßt den Hund mit dem Kommando eine Zeitlang folgen. Am besten ist es, wenn man ihn sich legen läßt und, soweit die Leine reicht, von ihm zurücktritt und ihn dann heran besieht. Weigert er sich, oder sieht er sich nach dem anderen Hund um, so gibt es wieder einen Ruck; macht er aber seine Sache gut, dann lobe man ihn. Oft wird man um dieses Experiment nicht machen brauchen, da der Hund sich die Lehre merken wird.

Anders wird es sein, wenn der Hund von der Leine frei ist; dann wird er jedenfalls erst versagen. Gleichwohl dieses, so versuche man sich dem Hunde unbemerkt zu nähern und versetze ihm einen tüchtigen Dief. Man schlage nur ruhig mit der Leine, wenn man gerade nichts anderes zur Hand hat; ich nehme selten eine Gerte mit und strafe meine Hunde, wenn ich es muß, mit der Leine. Verzeihen ist mir deshalb noch kein Hund geworden. Nachdem der Hund durch den Schlag auf seine Unachtsamkeit aufmerksam gemacht worden ist, verfähre man mit ihm wie zuerst: legen lassen — herankommen lassen.

Empfehlenswert ist es, wenn man, um an dem frei laufenden Hund den Appell zu üben, mit ihm in eine wenig begangene Straße geht. Hier erregt doch allerlei sein Interesse, wodurch seine Aufmerksamkeit von seinem Herrn abgelenkt wird. Nehmen wir an, der Hund beschauelt eine Gede. Der Dressier hat sich mit einem Gegenstand bewaffnet, womit er nach dem Hund werfen kann, ohne ihn aber zu verletzen. Am besten eignet sich hierzu eine Kette, welche nicht zu schwer und nicht zu leicht sein darf. Derselbe wird leicht zusammengeknorrt, so daß die Enden frei bleiben. Nun gehe man bis auf Distanzweite an den Hund heran und rufe ihn herein. Folgt er nicht sofort, so wirft man ihm die Kette kräftig zwischen die Beine. Im die Kette flimmere man sich erst gar nicht, sondern bleibe ruhig stehen, bis der Hund herangekommen ist. Dann gehe man, als sei nichts geschehen, weiter, lasse den Hund aber erst einige Meter bei Fuß folgen, schide ihn dann wieder vor und hebe nun erst die Kette wieder auf. Ich lasse meine Hunde gewöhnlich die Kette apportieren. Dieses Experiment ist äußerst wirkungsvoll.

Sehr schöne Erfolge habe ich auch mit der Schleuder gehabt; doch kann ich das Schießen mit derselben auf der Strafe nicht empfehlen,

*) D. L. requiescat in pace (ist verstorben), er tube in Frieden!

weil die Schrote auf dem Pflaster abprallen
nach leicht Vorübergehende treffen können.
Wenn man den Hund recht oft von ihn inter-
essierenden Sachen abruft, beschäftigt man seinen
Appell in hohem Maße. So z. B., wenn er
zu einem anderen Hunde will oder hinter einer
Mauer her ist. Man bleibe dann nach gegebenem
Kommando stehen und warte, bis der Hund
herangelommen ist. Auch lasse man den Hund,
wenn man ihn herangerufen hat, stets einige
Meter am Fuße folgen oder ihn sich setzen oder
Laut geben, damit der Hund merkt, daß man
ihn zu irgend einem Zweck heranruft. Er wird
dadurch williger dem Pfiff oder Ruf folgen.
Die Kette halte man immer zum Wurf bereit.
Auch achte man darauf, daß man nicht allzuweit
vom Hunde abkommt, damit man, wenn der
Augenblick zum Werfen gekommen ist, in Wurf-
weite ist. Die Wurfweite des Werfens ist eine so gute,
daß, wenn man es fertig gebracht hat, den
Hund nur einige Male im geeigneten Moment
zu treffen, sich derselbe dieses für immer merkt
und bald einen tadellosen Appell zeigt.

Ich möchte hier die Dressur noch auf
etwas aufmerksam machen, und zwar darauf,
daß, wenn man den Hund herabbesohlen hat,
man nicht etwa demselben entgegengeht, sondern
stets stehen bleibt, bis der Hund heran ist.
Manche Hunde, namentlich träge, gewöhnen es
sich zu leicht an, wenn sie gerufen oder ge-
piffen werden, einfach stehen zu bleiben, bis
der Herr herangelommen ist. Henze, Zoet.

Wie begegnet man den Witterungsein-
flüssen auf die Hundenasen? Der Führer
des Poliehundes wird oft die Bemerkung
machen, daß die Witterung einen großen Ein-
fluß auf die Hundenasen ausübt. Schon Morgen-
tau oder Regentropfen, welche an Gräsern und
Zweigen hängen und in die Nase des suchenden
Hundes dringen, wirken hemmend auf die
Geruchsnerven; noch viel mehr aber zeigt es
sich, daß große Kälte lähmend auf diese
wirkt. Ein Hund, welcher bei anhaltender Kälte
revidiert, eine kalte Spur arbeiten muß, wird oft
faulen, oft erst Gegenstände ganz in der Nähe
finden, welche er bei feuchtwärmer Luft in
bedeutend weiterer Entfernung gefunden hätte.
Vor allem merkt man dies, wenn man den
Poliehund ältere Spuren arbeiten läßt, welche
vielleicht noch über trockenen Sand oder Stein-
geröll führen.

Hier kann nur dauernde Übung helfen.
Der Beamte muß bei jeglicher Witterung seinen
Hund arbeiten, sei es auf kalter Spur, sei
es beim Suchen verlorengegangener Gegen-
stände. Dadurch stärken sich die Geruchsnerven
des Hundes und lernen, auch mit geringster
Witterung zufrieden zu sein. Ein Hund, der
nicht bloß an windstillen, schönen, schattigen
Sommertagen, sondern auch bei Sturm und
Regen, beim stärksten Sonnenbrand in der
Mittagszeit ebensofort gearbeitet wurde, wird
findiger und stets sicher arbeiten und auf dessen
Nase wird der Beamte sich immer verlassen
können. B. G.

Hundestaupenserum als Schutz- und Heilmittel gegen Hundestaupe.

Seit einem Jahre ist Herr Dr. Bior-
tolowski, Berlin NW 6, Luisenstraße 43, in
seinem bakteriologischen Institut bemüht,
ein Serum gegen Hundestaupe herzustellen.
Dies scheint ihm nun mit dem als „Hund-
staupe-Serum-Biortowski“ bezeichneten Serum
vollständig gelungen zu sein.

Sämtliche Immunisierungen sind gut
ausgefallen. Bedingung für den Erfolg
ist, daß jede Wundinfektion ausgeschlossen und
daß das Serum so frühzeitig wie möglich ein-
gespritzt wird. 85 % Heilungen wurden er-
zielt, gewiß ein großartiger Erfolg.

Zur Immunisierung genügen 5–10 ccm;
zur Heilung sind 10, 15, 20, auch 50 ccm —
je nach der Größe des Hundes und der
Schwere des Falles — notwendig.

Viele Kreisärzte und Tierärzte er-
proben dieses neue Mittel in einer sehr
großen Zahl von Fällen und befanden es als
außerordentlich wirksam und sich durchaus be-
während.

Nach Dr. Bioritolowski Angaben ist die
Unschädlichkeit des Serums durch dessen
sieberlose Aufnahme und durch Ausbleiben
jeder Nebenwirkung erwiesen; dazu ist das
Serum dauernd haltbar und die Wirksamkeit
ist mindestens ein Jahr unverändert. Hier-
nach scheint endlich ein Mittel gefunden zu
sein, die Staupe, diesen Erbfeind unserer
Hunde, erfolgreich zu bekämpfen, und wie
machen deshalb die Hundebesitzer darauf auf-
merksam; das Serum muß aber beim er-
krankten Hunde sofort angewendet werden,
wenn man Erfolg haben will.

Unsere Polizeihundführern raten wir,
sich Prospekte direkt von Dr. Bioritolowski fen-
den zu lassen.

Hundepflege.

„Das Trinken.“ Es ist die Pflicht jedes
Hundebesizers, sich um das Trinkenbedürfnis
seines treuen Begleiters zu kümmern, sich zu
vergewissern, ob und wie oft sein Hund trinken
soll und wie und was. Regel ist, daß mindestens
zu jeder Mahlzeit dem Tier ein Trank geboten
wird, ohne Rücksicht auf die Jahreszeit. Man
reicht dem Hund den Trank nicht ganz kalt,
auch nicht heiß. Beides bewirkt, in größeren
Mengen genossen, eine schleunige Überführung
des Mageninhalts nach dem Darm; es wird
hier also die Magenverdauung abgeköstet und
mit einem Wort, das Futter nicht genügend
ausgenutzt. Auch verhindert man, daß der
Hund Schnee frisst oder aus Pfützen und
Tümpeln Wasser aufnimmt, da dies dem Tier
gefährlich werden kann.

Auf der Tour benutze man jede Gelegen-
heit, den Hund an reines, gutes Wasser zu
bringen, oder lasse ihn Milch in jeder Gasse
trinken; dann wird er nicht aus abgestandenen

Zümpeln aufnehmen. Läßt man aber seinen Begleiter überdauern, dann nimmt er bei Gelegenheit Lungenen von Wasser jeder Qualität mit, überfällt damit den Magen und bricht es wieder aus.

Ein heißer Punkt ist die Reinigung der Futter- und Trinkschale. Wie beim Menschen, so sollen auch beim Hunde Schüsseln usw., welche bei der Nahrungsaufnahme benutzt werden, peinlichst sauber gehalten werden, damit am Rande faulender Belag dem Tier nicht Schaden zufügt. Der Durst des Hundes richtet sich nach dem aufgenommenen Futter. Rohes Fleisch, welches viel Wasser enthält, und flüssiges Futter in Suppenform bewirken, daß der Hund weniger Durst bekommt als bei trockener Fütterung.

Merke.

2c. Erstellen der Herr Minister des Innern hat dem „Verein zur Förderung der Jagd und Verwendung von Polizeihunden“ (P. H. V.) zu Dagen i. B. in Anerkennung der Verdienste des Vereins für die Jagd und Ausbildung der Polizeihunde 200 M für die Veranstaltung von Polizeihundprüfungen bewilligt.

Die Stadt Dagen i. B. überwies dem „Verein zur Förderung der Jagd und Verwendung von Polizeihunden“ (P. H. V.) zur Unterstützung der Bestrebungen des Vereins 200 M.

Nur Einigungsanstellungen! In unserer Zeitgeschichte haben wir wiederholt darauf hingewiesen, wie nachteilig für die Gesundheit und Tätigkeit des Polizeihundes die länger als einen Tag andauernden Ausstellungen sind. Jetzt treten erlenklicherweise Jagdliebhaber ebenfalls dafür ein, wie der Artikel des „Reformer“ in „Auser Jagdhund“ zeigt. Und mit Recht! Man muß nur sehen, in welcher Verfassung solch armer Hund zu Hause ankommt, nachdem er eine reichliche Woche in der Transportkiste oder in der Ausstellungsbox lagte und jammerte. In Dänke als Liebhaber der Familie an Liebe gewöhnt, mußte er sich demütigsten gefallen lassen. Solche Behandlung ist doch wirklich nicht notwendig. Gewiß müssen Ausstellungen abgehalten werden, um Vergleiche zu ermöglichen, um zu prüfen; aber man mußte diese Ausstellungen nur auf einen einzigen Tag beschränken. An demselben Abend noch könnten die Tiere auf die Bahn gebracht werden und am anderen Morgen in aller Frühe schon wieder zu Hause sein. Deswegen sagt uns auch die Schan, wie sie in Süddeutschland abgehalten zu werden pflegt, am meisten zu.

Versehen können wir ferner nicht recht, warum man denselben Hund auf ein Duzend und mehr Ausstellungen schickt. Es genügt, daß der Hund eine oder zwei große Ausstellungen besucht, wo er von Fachmännern begutachtet wird. Ausstellungen schaffen keine Gebrauchshunde, welche wir nötig haben; Prüfungen aber, von

Polizeibeamten geleitet und gerichtet, bringen uns Gebrauchshunde und die Polizeihundbände auf einen guten Weg. Der Polizeihundführer muß sich auch mit den Grundrissen der Anatomie vertraut machen. Einen tüchtigen Polizeihundstamm können wir uns nur heranzüchten, wenn wir auch die anatomischen Gegebenheiten in Verbindung mit den Leistungen der Polizeihunde beachten. Daher ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß wir auf den Prüfungen des P. H. V. die Hunde auf Körperbau und Schönheit richten werden. Dieses Urteil hat jedoch auf die Bewertungslafte der Leistungen keinen Einfluß.

Wir würden uns im Interesse der guten Sache freuen, wenn wahre Freunde des Polizeihundes uns zusammentreten und energisch für Einzelausstellungen eintreten wollten.

Die 1. Ortsgruppe des P. H. V. Am 2. August d. Js. wurden vom Polizeiwachmeister Schwanz die Führer von Polizeihunden sowie Förderer der Sache aus Wanne und Umgebung zu einer Besprechung, zwecks Gründung einer Ortsgruppe des Vereins für Polizeihunde eingeladen. In der gut besetzten Versammlung wurde die Gründung einer Ortsgruppe beschlossen und erklärten sofort 20 Herren ihren Beitritt.

In den Vorstand wurden gewählt: Polizeiwachmeister Schwanz, Wanne 1. Vorsitzender, Redakteur Abendroth-Wanne Schriftführer, Polizeizeitungsm. Böttcher-Röhlingshausen Kassierer.

Jeden Freitag nachmittags werden auf einem geeigneten Platz Dressurübungen abgehalten und ist es eine Freude, zu sehen, mit welcher Begeisterung die Mitglieder bei der Sache sind. Vorzügliche Fortschritte sämtlicher Hunde sind durch die händigen Übungen zu verzeichnen. Die erforderlichen Geräte, Sprunggestell, Verbrecheranzug pp. wurden von Mitgliedern geholt, wofür den Gebern auch an dieser Stelle gedankt sei. Mögen dieser ersten Ortsgruppe noch recht bald andere folgen!

Polizeihündin Lady †. In der Nacht vom 30. zum 31. August er. ist die berühmte Polizeihündin „Lady“ von Langersfeld an einer Magen- und Darmentzündung eingegangen. Im August 1903 wurde dieselbe angekauft und hat sie als Polizeihund ganz Hervorragendes geleistet. Nicht allein daß sie sich auf den Polizeihundprüfungen bewährt hat; sie war vielmehr ihrem Führer, dem Polizeikommissar Streuber, ein guter Begleiter und Beschützer. Sie war so vorzüglich dressiert, daß sie ihren Dienst auf Wink ausführte. „Lady“ gehörte der Rasse der Kiredaleterrier an. Sie war am 16. August 1899 nach Champion-Wild-Tad aus Mei' Derge geworfen und wurde gezüchtet von Bülow-Gardelegen.

Garras v. Bellefleur, im Besitz des Pol.-Wachmeisters Kasten, Bernau, hat schon oft gezeigt, daß er ein guter Polizeihund ist. Als Dachhund hat er sich auch gut bewährt.

Haas und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 15.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Kündigungsfristen bei Wohnungen.

Bei der Miete, d. i. der vertragsmäßigen Gewährung des Gebrauchs einer beweglichen oder unbeweglichen Sache gegen Entgelt, spielt die Kündigung des Mietverhältnisses durch vertragsmäßige, beim Mangel einer Vereinbarung gesetzlich geregelte Kündigung eine große Rolle. Für die Miete von Grundstücken und für die von Wohnungen und anderen Räumen (RGO. § 540) gelten nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch zum Teil besondere, von den sonstigen abweichende gesetzliche Kündigungsfristen. Es kommt darauf an, nach welchen Zeitabschnitten der Mietzins bemessen ist. Bei Vermietung nach Tagen ist wie bei der Miete von beweglichen Sachen am Tage vorher zu kündigen, bei der nach Wochen am ersten Werktag einer Woche für deren Schluß, bei der nach Monaten spätestens am 15. eines Monats für dessen Schluß, in anderen Fällen spätestens am dritten Werktag eines Kalendermonats für den Schluß desselben (RGO. § 565 Abs. 1 u. 3). Die gesetzliche Kündigungsfrist tritt auch ein, wenn ein Mietvertrag an mehr als ein Jahr nicht schriftlich abgefaßt ist, jedoch nicht für eine frühere Zeit als den Schluß des ersten Jahres, so daß der Vertrag mindestens auf ein Jahr gilt (§ 566), ferner bei einem länger als 30 Jahre, jedoch nicht für Lebenszeit des Vermieters oder des Mieters geschlossenen Mietvertrage nach 30 Jahren (§ 567). Bei einer der Gesundheit erheblich gefährdenden Beschaffenheit der Wohnung oder des Raumes kann der Mieter das Mietverhältnis ohne Einhaltung einer Frist kündigen (§ 544). Militärpersonen, Beamte — d. h. nur öffentliche Beamte, nicht auch Angestellte privater Unternehmungen —, Geistliche und Lehrer an öffentlichen Unterrichtsanstalten können bei einer Verlegung, insbesondere auch bei einer solchen auf vorherige Bewerbung, nach einem anderen Orte ihre Wohnung mit der gesetzlichen Frist kündigen, jedoch nur für den ersten zulässigen Termin (§ 570). Das gleiche gilt, wenn der Mieter stirbt, zugunsten des Erben und des Vermieters (§ 569). Der Tod des Vermieters hat keine entsprechende Wirkung. Die Veräußerung des Grundstücks hat nach dem Grundgesetz „Kauf bricht nicht Miete“ ebenfalls keinen Einfluß auf das Kündigungsrecht, ausgenommen die im Wege der Zwangsvollstreckung, wo der Ersteller des Mietverhältnisses für den ersten gesetzlich zulässigen Termin unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist kündigen kann, und die von dem Konkursverwalter vorgenommene freiwillige Veräußerung, die, wenn das Grundstück dem Mieter vor der Eröffnung des Konkursverfahrens überlassen war, wie eine Zwangsversteigerung wirkt. Verweigert der Vermieter

dem Mieter die Erlaubnis, den Gebrauch der gemieteten Wohnung einem Dritten zu überlassen, insbesondere die Wohnung weiter zu vermieten, so kann der Mieter ebenso wie überhaupt bei der Miete das Mietverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist kündigen, sofern nicht in der Person des Dritten ein wichtiger Grund vorliegt (§ 540 Abs. 3). Ferner kann in derselben Art wie sonst auch die Wohnungsmiete außerordentlichweise durch sofortige Kündigung beendet werden, von dem Mieter, wenn ihm der vertragsmäßige Gebrauch nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gewährt wird (§§ 542, 543), von dem Vermieter bei vertragswidrigem Gebrauche der Sache durch den Mieter (§ 553) und wenn der Mieter mit dem Mietzins oder einem Teile davon für zwei aufeinander folgende Termine im Verzug ist (§ 554). Auch bei der Pacht eines Grundstücks oder eines Hauses ist die Kündigung besonders geregelt (§§ 565, 566). In allen Fällen hat der Miündigende dafür zu sorgen, daß die Kündigung dem anderen Teile rechtzeitig angeht. Haben Eheleute gemeinsam gemietet, so ist Kündigung durch den Mann allein ausreichend.

(Dr. v. Sitters Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung.)

Verwaltungskunde.

Ministerialbeamte. Die höheren Beamten der Ministerien zerfallen nach § 1 der Verordnung vom 7. Februar 1817 in die Ober- und Direktoren der Abteilungen (Unterstaatssekretäre, Ministerialdirektoren, Oberbauräte, Generaldirektor der indirekten und Generaldirektor der direkten Steuern) und in vorzuziehende Räte. Die ersten gehören zu den Räten I. Klasse (Wirklicher Geheimher Oberregierungsrat, Wirklicher Geheimher Oberfinanzrat usw.), die letzteren, soweit ihnen nicht für ihre Person der Rang der Räte I. Klasse beilegt ist, zu den Räten II. (Geheimer Oberregierungsrat usw.) oder III. Klasse (Geheimer Regierungsrat usw.). Die Subalternbeamten der Ministerien zerfallen in der Regel in Beamte für den Registratordienst (Geheime Registratoren) und für den Expeditionsdienst (Geheime expedierende Sekretäre und Kassakalender), zu denen der Geheime Kasseidirektor als Vorsteher der Kasselei hinzutritt. Sie gehören sämtlich zu den Subalternbeamten I. Klasse und rangieren mit den Beamten der V. Rangklasse der höheren Beamten (§ 6 B der Verordnung). Soweit ihnen für ihre Person der Titel Rechnungsrat oder Kasseleirat (seither eingeführt durch Allerhöchste Verordnung vom 1. Dezember 1843) bzw. Geheimer Rechnungsrat oder Kasseleirat beigelegt ist, rangieren sie nach § 6 A a. a. O. zwischen der IV. und V., bzw. III. und IV. Rangklasse der höheren Beamten.

(Dr. v. Sitters Handwörterbuch.)

Rechtsprüchwörter.

Bei Esel, Pferd, Kind, Schaf und Schwein
Nutz immer der Fehler gefeßlich sein.

Zeigt er sich nicht in Wochen zwei,

Wist du von jeder Haftung frei.

Beim Zuchtschwein nur mußt du einstehn
Für Schweinepest der Tage zehn.

Die Gewährfrist beginnt mit dem Ablauf des Tages
an dem die Abgabe erfolgte. Kaiserl. Verordnung vom
27. März 1893. T. H. G. B. §§ 481, 482, 483.

Beim Zuchtschwein hört für Kastrat

Am vierten Tag die Hast auf.

Wenn Nutz- und Zuchtvieh ist das Kind,
Vier Wochen für Lungenseuch' haßbar sind.

Kaiserl. Verordnung vom 27. März 1893.

Nach der Gewährfrist zweitem Tag

Den Mangel stets man melden mag.

Sonst verliert der Käufer das Recht der Wandelung.
T. H. G. B. § 485.

Wenn alle die Gewährfrist 14 Tage dauert und sich
während dieser Zeit ein Fehler gezeigt hat, so muß man
ihn spätestens am 16. Tage nach der Übergabe des Tieres
anzeigen.

Lustiger Winkel.

Serenissimus besucht eine Volksschule. Der
Lehrer prüft und alles klappt vorzüglich.
Serenissimus sagt leise zu Kindermann:
„Aber Kindermann, wozu haben wir denn den
Menschen hier angestellt? Die Kinder können
ja alles!“

Allerlei Rat.

Zur Bekämpfung der Mattenplage
empfehlen ein Freiwoolder Bürger folgendes
Mittel: Ich habe, so schreibt der Herr, in die
Statten- und Käufelöcher Stednadeln, zer-
brochene Nägel und sonstige spitze und scharf-
kantige Metallstücke hineingelegt und die
Löcher dann verstopft. Der Erfolg war der,
daß Matten und Käuse vollständig ver-
schwanden. Daß das Mittel hilft, ist ja augen-
scheinlich: Die Tiere verwunden sich und
können in die Wohnräume nicht eindringen.
Eines Tages fand ich in einem Zimmer eine
offenbar kranke Maus, die auch bald kre-
pierte, weil sie sich an den Metallstücken ver-
wundet hatte. Durch diese Tatsache war
meine Annahme bestätigt. Wist ich nie
gelegt. Besonders eignen sich zum Hinein-
legen in die Löcher die jetzt so sehr gebräuch-
lichen feineren Drahtstücke, mit denen Bro-
schüren usw. zusammengeheftet zu werden
pflegen.

Hundschau.

Trense und Kandare. Jedem Reiter sind
die Ausdrücke Trense und Kandare für die
Reitriemen am Pferdegebiss und am Stan-
genbaum geläufig; nur wenige aber werden
sich darüber Rechenschaft zu geben wissen,
woher diese Wörter kommen. Trense stammt
aus dem Niederdeutschen, wo es im Hollän-
dischen trens lautet; man weiß über die Ur-

geschichte des Wortes keinen rechten Bescheid,
vermutet aber, daß es aus dem Spanischen
entlehnt ist, wo trenza die Flechte, besonders
Haarflechte bedeutet. Dieses ist dasselbe Wort
wie italienisch treccia und französisch tresse
(unser Tresse) und gehört zum Stamme tre
(drei); aus drei Teilen geflochten. Kandare
aber ist ein Lehnwort, das wohl aus dem
Ungarischen (kántár, das Leisteil) zu uns ge-
kommen ist. Andere allerdings schreiben es
Kantare und wollen es zum lateinischen
cantarius stellen; dieses bedeutet: 1. Ballach,
Gaul; 2. Hochgeländer, Weinsahl; 3. Dach-
sparrenmoert; 4. Gestell zum Einhängen
kranker Pferde. (M. D. S. V.)

Pferdepflege.

Der Salzunger der Pferde macht sich zu-
weilen in deutlicher Weise bemerkbar. Zunächst
bedecken die Tiere die Wände, die ja häufig mit
Salzkrusten überzogen sind, dann lutschen sie
Erde, besonders Streu, die mit salzhaltigem
Harn durchtränkt ist, aufzunehmen, wodurch sie
sich erhebliche Erkrankungen (Kolik) zuziehen
können. Nicht selten kann man die Beobachtung
machen, daß Tiere, denen mit der Nahrung
nicht genügend Salz geboten wurde, dauernd
abmagern. Werden die Erscheinungen des
Salzhungers dann berücksichtigt und wird ihnen
eine regelmäßige Salzmenge gegeben, so steigt
bald der Appetit, das Haar wird glatter,
glänzender, der ganze Eindruck wird frischer,
die Pferde sind wie neugeboren. Aber den
Tieren das gewünschte Salz in das Futter
hineinzustreuen, ist unzuverlässig. Empfehlens-
werter ist es, das Salz in Form von gepreßten
„Vedrollen“ an der Wand anzubringen oder
einen festen Salzstein zum Lecken in die Strippe
zu legen. Auch kann man das Salz neben der
Strippe auf den sogenannten Strippentisch zur
beliebigen Aufnahme hinstreuen. Ob man das
für Menschen übliche Stochsalz oder das sogen.
Viehsalz verwendet, ist bezüglich der Wirkung
gleichgültig. Da Viehsalz billiger ist, dürfte
dieses hauptsächlich in Frage kommen. Natür-
lich wird durch den Salzgenuss der Appetit auf
Wasser vermehrt, was jedoch als unvorteilhaft
nicht bezeichnet werden kann. Die höhere
Wasserannahme bedingt einen lebhafteren
Stoffwechsel und ein besseres Wohlbefinden der
Tiere. Wenn die Anwendung des Salzes in der
angegebenen Weise geschieht, werden die Tiere
nicht mehr aufsuchen, als ihrer Gesundheit
zuträglich ist. Wird dagegen den Tieren das
Salz direkt in das Futter gestreut, so kann die
Gabe leicht übermäßig groß werden. Es liegen
praktische Beobachtungen vor, daß säugenden
Tieren zuviel Salz im Futter verabreicht worden
ist, in der Absicht, dadurch eine größere Milch-
menge zu erzeugen. Hierbei zeigte sich, daß
bei Pferden schon nach 1 bis 1½ Kilo Stoch-
salz schwere, zuweilen tödliche Vergiftungen
vorliefen. Die Tiere zeigten lebhaften Kolik,
der Bauch erschien aufgetrieben und unter an-
gestrengtem Atmen, unter Zittern und Aufstehen
von Krämpfen erfolgte der Tod.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 16. — 9. November 1907. — Seite 366/389. — 5. Jahrgang.

November													
S	M	D	M	D	F	S							
3	4	5	6	7	8	9	1	2					
10	11	12	13	14	15	16							
17	18	19	20	21	22	23							
24	25	26	27	28	29	30							

Herausgeber:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Verein der Soldaten-
freunde, G. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Dezember													
S	M	D	M	D	F	S							
1	2	3	4	5	6	7							
8	9	10	11	12	13	14							
15	16	17	18	19	20	21							
22	23	24	25	26	27	28							
29	30	31											

„Der Gendarm“ erscheint vierteljährlich.
Für Subskriptionen wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die Spalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Friedrich von Koltze, Königlich Preussischer Staatsminister und Minister des Innern (Mit Bild)	367
Rechte und Pflichten der Polizei bei Fund- sachen	368
Ref. des RMarA. vom 30. Oktober 1907. Verordnung im Gendarmerie- und Schutz- mannsdienst	370
AME. vom 3. Juli 1907. Krankenfürsorge für die im mittleren Justizdienst als voll- beschäftigte nicht ständige Hilfsarbeiter verwendeten Kanglei-Gehtenen mit Mindest- einkommen	370
Die preussischen Gendarmen	370
Fingerabdrücke bei Prostitutionen	371
Erlebtes und Erlebbares	371
Die Rechtsverhältnisse der Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika	372

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	373
II. Kammergericht	373
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	374
IV. Bezirksauschuss Arnberg	375

V. Bezirksauschuss Stettin	375
VI. Landgericht I Berlin	375
Polizeibericht	376
Personalveränderungen	377
Ehrentafel	378
Kritikschau	380
Auskunft	380
Aufruf zur Stiftung eines Denkmalsfonds zu Ehren der während des Aufstandes 1903 bis 1907 Gefallenen und Gestorbenen der kaiserlichen Schutztruppe in Südwest- afrika und der kaiserlichen Marine	383

II. Der Polizeihund.

Die Polizeihundprüfung zu Hagen i. B. am 29. und 30. September 1907	384
--	-----

III. Haus und Herd.

Fundfachen	388
Rechtsprechungswörter	388
Erleienes	389
Weltbürger-Abc	389
Rundschau	389
Rätseldecke	389

Satzanzahl. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 6. November 1907 abgeschlossen worden.

Friedrich von Moltke,

Königlich Preussischer Staatsminister und Minister des Innern.

Friedrich Ludwig Elisa von Moltke, Herr auf Klein-Vresja im Kreise Strehlen, wurde am 1. Mai 1852 auf Rangau in Holstein als dritter Sohn des 1871 verstorbenen königlich Preussischen Landrats Adolf von Moltke und seiner Gemahlin Auguste, geb. v. Krohn, geboren. Sein Vater war ein jüngerer Bruder des verstorbenen Feldmarschalls Grafen von Moltke, von dem der älteste Bruder des jetzigen Ministers den Grafentitel und das Majorat Kreissan erbt.

Das Geschlecht derer von Moltke gehört dem mecklenburgischen Uradel an und erscheint urkundlich zuerst am 13. Juni 1283 mit „Reddagus, Johannes, Fridericus et Conradus, fratres, dicti Molteke, et Georgius Molteke, milites“.

Friedrich von Moltke erhielt den ersten Unterricht im Elternhause, kam dann auf das Gymnasium in Flensburg und später auf das Catharinum in Lübeck. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften auf den Universitäten in Straßburg und Berlin und trat 1877 als Kammergerichtsreferendar in den Justizdienst. Drei Jahre später ging er zur Verwaltung über und wurde am 6. Februar

1883 zum Regierungsassessor befördert. Als solcher arbeitete er bei der Regierung zu Oppeln, von wo er 1885 als Landrat nach Gleiwitz versetzt wurde.

1890 wurde von Moltke unter Ernennung zum Regierungsrat als Hilfsarbeiter in das Kultusministerium berufen und 1893 zum Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat, 1895 zum Geheimen Oberregierungsrat ernannt. Er war hier unter anderem Deputierter für Kunstangelegenheiten und gleichzeitig Justizrat und Mitglied des Senats der Akademie der Künste.

1898 erfolgte seine Ernennung zum Regierungspräsidenten in Oppeln, welches Amt er im Jahre 1900 mit dem gleichen in Potsdam vertauschte. 1903, also im Lebensalter von 51 Jahren, wurde von Moltke zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen mit dem Sitz in Königsberg ernannt, von wo ihn 1907 sein König in das aufgabenreiche und verantwortungsschwere Amt eines Staatsministers und Ministers des Innern nach Berlin berief.

Friedrich von Moltke hat seiner militärischen Dienstpflicht im 2. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 47 genügt, gehörte später als Reserve-Offizier dem 1. Garderegiment zu Fuß an und ist jetzt Hauptmann der Reserve a. D.

Am 27. März 1883 führte von Moltke die am 26. September 1862 geborene Magdeburger Patrizierochter Julie Juchaczewski heim. Dieser Ehe sind drei Kinder entsprossen: Julie-Margarete, geb. am 23. Januar 1884, verheiratet mit dem Oberleutnant Freiherrn von Mirbach; Hans-Adolf, geb. am 29. November 1884; Maria, geb. am 1. Dezember 1889.

Es ist eine glänzende Laufbahn, die der Minister von Moltke zurückgelegt hat; aber wo er gestanden hat seit seiner Ernennung zum Regierungsassessor, da hieß es: arbeiten, da hieß es: lehrn, vielfach, gründlich und ein Staatsmann sein.

Möchten alle Beamten des gewaltigen Geschäftsbereiches des Ministeriums des Innern danach streben, daß ihnen von ihren Untergebenen und von der Bevölkerung, mit der sie dienstlich in Verkehr kommen, das gleiche nachgerühmt werde wie ihrem vorgesetzten Minister



Ruhe, Sachlichkeit, Gerechtigkeit!

Rob. Gersbach.

Rechte und Pflichten der Polizei bei Fundfachen.

Von Friedrich Jensen, Hamburg.

(Nachdruck verboten.)

Über die rechtlichen Verhältnisse des Fundes sind zwar schon wiederholt Abhandlungen erschienen; trotzdem erscheint es nicht unannehmlich, auch an dieser Stelle diesen Gegenstand zu behandeln und im großen und ganzen ein Bild zu geben von den Rechten und Pflichten der Polizei in Sachen des Fundes und der dazugehörigen Materien. Der in den §§ 965—984 das Fundrecht behandelnde Abschnitt des bürgerlichen Gesetzbuches zerfällt in 4 Unterabteilungen.

1. §§ 965—977 behandeln das eigentliche Fundrecht;

2. §§ 978—982 betreffen die Behandlung der in Geschäftsräumen einer öffentlichen Behörde und in Verkehrsanstalten gefundenen Gegenstände;

3. § 983 enthält die Vorschriften über die Behandlung der in den Besitz einer öffentlichen Behörde gelangten Gegenstände, zu deren Herausgabe sie verpflichtet ist, ohne daß diese Verpflichtung auf Vertrag beruht;

4. § 984 handelt von dem Schabfunde. In dem ersten Teile (§§ 965—977) werden die Rechtsverhältnisse des Verlierers und des Finders festgestellt sowie die Stellung und die Befugnisse der Polizei in Sachen des allgemeinen Fundrechtes geregelt.

Die Polizeibehörde hat einen Anspruch darauf, daß ihr der Finder die Anzeige von dem Funde — falls dieser mehr als 3 M wert ist — bzw. der beabsichtigten Versteigerung desselben erstattet, wenn dem Finder der Empfangsberechtigte oder dessen Aufenthalt nicht bekannt ist (§ 965 bis 966), und zwar hat diese Anzeige unverzüglich zu geschehen, d. h. ohne schuldhaftes Zögern (Vgl. § 121 BGB.). Diese Frage ist insofern wichtig, als durch Verletzung der Anzeigepflicht der Anspruch auf Finderlohn ausgeschlossen wird (§ 971). Das Recht auf Erwerb des Eigentums (§ 973) wird durch die Verletzung der Anzeigepflicht zwar nicht berührt, jedoch muß die Anzeige als solche bei der Polizeibehörde tatsächlich erstattet sein. Dieses folgt aus dem Wortlaut des § 973: „Mit dem Ablauf eines Jahres nach der Anzeige des Fundes bei der Polizeibehörde erwirbt der Finder das Eigentum an der Sache“ usw. Die Polizeibehörde ist dem Finder gegenüber zu der Anordnung berechtigt, die Fundsache oder

den Verkaufserlös an sie abzuliefern (§ 967). Das bürgerliche Gesetzbuch enthält keine Bestimmungen darüber, wie die Polizeibehörde mit der Verwaltung der an sie abgelieferten Fundfachen zu verfahren hat. Falls hierüber keine landesgesetzlichen Vorschriften ergangen sind, wird die Polizeibehörde in diesen Fällen nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen handeln müssen. Da jedoch mit der Entgegennahme der Fundsache die Polizeibehörde den Finder — dessen Rechte indes durch die Ablieferung an die Behörde nicht berührt werden (§ 975) — gewissermaßen vertritt, so wird auch § 968 auf die Polizeibehörde Anwendung finden, und zwar dem Empfangsberechtigten wie dem Finder gegenüber.

Die Polizeibehörde hat ferner dem Finder gegenüber die Verpflichtung, die Fundsache (bzw. den Verkaufserlös) nicht ohne dessen Zustimmung herauszugeben (§ 975, letzter Satz). Der Finder hat zwar dem Empfangsberechtigten gegenüber an der Fundsache kein Zurückbehaltungsrecht, jedoch kann er die Herausgabe der Sache von der Erhaltung der etwa im Interesse des Empfangsberechtigten erforderlich gehaltenen Aufwendungen (§ 970) sowie von der Erlegung eines Finderlohnes (§ 971) abhängig machen. Sollte in dieser Sache zwischen dem Finder und dem Empfangsberechtigten eine Einigung nicht erzielt werden können, so würde die Polizeibehörde die Parteien lediglich auf den Weg der Zivilklage verweisen können.

Die Polizeibehörde ist ferner befugt, dem Finder, der an einer ihr abgelieferten Fundsache gem. §§ 973, 974 das Eigentum erworben hat, eine Frist zu bestimmen, innerhalb welcher er die Herausgabe des Fundes verlangen kann. (§ 976 2 Abs.)

Man kann die Tätigkeit der Polizei in Fundfachen in eine fakultative und eine obligatorische einteilen. Die obligatorische bezieht sich auf nachstehende Verpflichtungen: Entgegennahme der den Fund betreffenden Anzeigen; Annahme der von dem Finder freiwillig eingelieferten Fundfachen (Versteigerungserlös) sowie deren Verwaltung; Wahrnehmung der Rechte des Finders.

Die fakultative Tätigkeit bezieht sich auf die Befugnis, den Finder zur Ein-

lieferung der Fundfachen aufzufordern evtl. zu zwingen. Der jeweiligen Handhabung dieser Befugnis entsprechend wird der Wirkungskreis der Polizeibehörde nach dieser Richtung hin ein eng begrenzter oder ausgedehnter sein.

Überall wird jedoch auf dem Gebiete des Fundrechtes die Polizeibehörde ihre vornehmste Aufgabe in der Fürsorge erblicken, möglichst die ihr eingelieferten oder angezeigten Fundfachen wieder in den Besitz der Empfangsberechtigten gelangen zu lassen.

Hinsichtlich der im 2. Teile (§ 978—982) behandelten Materie wird die Tätigkeit der Polizei dann eintreten, wenn in den der Polizeiverwaltung selbst gehörenden Geschäftsräumen und Beförderungsmitteln eine Sache gefunden wird. Auf diese Sachen finden die allgemeinen Fundrechte (§§ 965—977) keine Anwendung. Es kann daher in derartigen Fällen weder Finderlohn beansprucht noch das Eigentum erworben werden.

Auf die Ablieferung der in „Verkehrsanstalten“ und den Geschäftsräumen oder Beförderungsmitteln anderer Behörden gefundenen Gegenstände hat die Polizeibehörde keinen Anspruch, da diese gemäß den gesetzlichen Vorschriften die Fundfachen selbst verwalten. Die Behandlung und Verwaltung derartigen Fundfachen erfolgt entsprechend den in §§ 979—982 enthaltenen Vorschriften. Bemerkt mag hierbei nur werden, daß der Zeitpunkt der gemäß § 980 zu erlassenden Bekanntmachung nicht ausdrücklich angegeben ist. Hinsichtlich der gewöhnlichen Fundfachen (§§ 965—977) schreibt das Bürgerliche Gesetzbuch eine Bekanntmachung überhaupt nicht vor.

Schwierigkeit bietet oft die Frage über den Begriff „Verkehrsanstalt“.*) Wenn auch die Ansichten über diesen Punkt nicht überall übereinstimmen, so darf als feststehend angenommen werden, daß unter „Verkehrsanstalten“ im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches Räume verstanden werden, die einer besonderen organisierten Aufsicht unterstehen, bei denen eine gehörige Aufbewahrung und weitere Behandlung der gefundenen Gegenstände vorausgesetzt werden darf. Diese Aufsicht bildet das den „Verkehrsanstalten“ eigene Merkmal; dieses Moment wird daher bei der Beantwortung der Frage, ob es sich um eine „Verkehrsanstalt“ handelt, zugrunde zu legen sein.

*) Die in diesem Aufsatze enthaltene Erklärung der Begriffe „Verkehrsanstalt“ und „Fund“ stützt sich auf Ausführungen in gerichtlichen Entscheidungen.

Der 3. Teil der Abschnitte handelt im § 983 von denjenigen Sachen, die in den Besitz einer Behörde gelangt sind und zu deren Herausgabe sie verpflichtet ist, ohne daß diese Verpflichtung auf Vertrag beruht. Zu einer derartigen Sache gehört z. B. ein Geldebtrag, der von einem Kontrahenten gelegentlich einer Übertretung bei der Polizeibehörde freiwillig hinterlegt und an diesen zurückzuzahlen ist, wenn die wegen der Übertretung erlassene Strafverfügung infolge des unbekannten Aufenthaltes des Beschuldigten nicht hat rechtskräftig werden können. Hierzu wird ferner u. a. der von einem Troschkutscher an die Polizeibehörde abgelieferte Geldebtrag gehören, den der Kutscher aus Versehen von einem unbekannt gebliebenen Fahrgaste als Fuhrlohn zuviel erhalten hat. An diesem Betrage hat der Kutscher kein Eigentumsrecht, da es sich nicht um eine Fundsache handelt. Für derartige Fälle kommen die Vorschriften der §§ 979—982 in Anwendung.

Der 4. Teil dieses Abschnittes handelt im § 984 von der Behandlung eines Schahfundes. Die allgemeinen Bestimmungen über Fundrechte finden auch hier keine Anwendung. Eine direkte Mitwirkung der Polizeibehörde bei diesem Rechtsverhältnisse sieht das Gesetz nicht vor. Hier könnten evtl. privatrechtliche Forderungen im Wege der Zivilklage zum Austrag gelangen.

Eine dem Funde ähnliche Materie ist die des „herrenlosen Gutes“. — Vgl. §§ 958 ff. BGB. — Auch hierbei kann die Mitwirkung der Polizei in Frage kommen. Es wird jedoch nicht immer ohne weiteres feststehen, ob eine der Polizeibehörde eingelieferte Sache als herrenloses Gut, als Fundsache oder als eine gemäß § 983 BGB. zu behandelnde anzusehen ist. Hierbei werden die näheren Umstände, unter denen die betr. Sache aufgefunden bzw. in den Besitz der Behörde gelangt ist, den Ausschlag geben müssen.

Voraussetzung eines Fundes ist nicht nur der Verlust einer Sache, d. h. das Abhandenkommen derselben, ohne daß der Besitzer weiß, wo sie geblieben ist, sondern auch, daß die Sache im Augenblicke des Findens sich im Besitze eines Menschen befindet.

Zum Schlusse sei noch auf die Frage hingewiesen, ob die eigenen Beamten der Polizei — besonders die Exekutivbeamten — an den bei Ausübung ihres Dienstes gefundenen Sachen Fundrechte geltend machen können. Diese Frage wird in

allen denjenigen Fällen zu bejahen sein, wo der Beamte keine dienstliche Verpflichtung hat, die gesunde Sache an sich zu nehmen, und zu verneinen in den Fällen, wo diese Verpflichtung besteht; 3. B. wenn der betr. Gegenstand ein Verkehrshindernis darstellt, zu dessen Beseitigung der Beamte während der Ausübung seines Dienstes verpflichtet ist (ohne Aussicht angetroffenes Fuhrwerk, führerlose Zugtiere u. dergl.).

Ministerial-Erlasse.

Verordnung im Gendarmen- und Schutzmännchen-

Nach der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 9. November 1905 (Marineverordnungsblatt Seite 373) dürfen Unteroffiziere mit mindestens 6jähriger aktiver Dienstzeit im Meer oder in der Marine in die Königlich Schutzmännchen nur bis Ende September 1907 eingestellt werden. Vom 1. Oktober 1907 ab ist daher Absatz 1 der preussischen Inassbestimmung 2 zu § 1 der Grundzüge für die Verlegung der mittleren, Kanzlei- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militär-anwärtern und Inhabern des Aufstellungsscheins vom 20. Juni 1907 voll in Wirksamkeit, wonach zum Eintritt in die Landgendarmen oder Schutzmännchen nur solche Unteroffiziere zugelassen sind, welche 9 Jahre aktiv im Meer, in den Schutztruppen oder in der Kaiserlichen Marine gedient haben. Im § 26 Zeile 2 der „Verordnungsvorschrift für die Kaiserliche Marine im Frieden“ ist das Wort „sechsjährigen“ in „neunjährigen“ unanwendbar.

Berlin, den 30. Oktober 1907.

Der Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts.

Im Auftrage.

A. Vllb. 7788.

Meier.

Krankenfürsorge für die im mittleren Justizdienst als vollbeschäftigte nicht ständige Hilfsarbeiter verwendeten Rangleichgehilfen mit Mindesteinkommen.

Im Falle der Erkrankung eines Rangleichgehilfen mit Mindesteinkommen, der als vollbeschäftigter nicht ständiger Hilfsarbeiter im mittleren Justizdienste bestellt ist, finden vom 1. Juli 1907 ab in Ansehung der Fortzahlung der Dienstbezüge für die Zeit der Erkrankung an Stelle der Nr. 44 der Etatsvorschriften vom 31. März 1900 (JustizBl. 300) die folgenden Vorschriften Anwendung:

Dauert die Erkrankung nicht länger als bis zum Beginne des zweiten auf den Monat der Erkrankung folgenden Kalendermonats, so sind dem Rangleichgehilfen die Hilfsarbeiterbezüge auch für die Zeit der Erkrankung am Schlusse eines jeden Monats ohne weitere Genehmigung fortzuzahlen.

Dauert die Dienstbehinderung infolge der Erkrankung dagegen über den auf den Monat der Erkrankung folgenden Kalendermonat hinaus, so ist dem Rangleichgehilfen

über die eigentliche Verwaltung der Fundsachen enthält das Bürgerliche Gesetzbuch, wie bereits erwähnt, keine Bestimmungen. Hier werden, in Ermangelung landesgesetzlicher Verordnungen, die Dienstangelegenheiten der einzelnen Polizeibehörden maßgebend sein müssen. Das Gebiet der „technischen“ Fundsachenverwaltung ist jedoch so ausgedehnt, daß es zu dessen Schilderung eines besonderen Aufsatze bedarf.

ohne weitere Genehmigung die ihm als Hilfsarbeiter bewilligte Vergütung für den Monat der Erkrankung, für die weitere Dauer der Krankheit aber das Mindesteinkommen nach den Vorschriften der Kangleiordnung zu zahlen. Der Rangleichgehilfe gilt dann als mit Ablauf des Monats der Erkrankung aus der Hilfsarbeiterstelle abberufen.

Diese Bestimmungen greifen auch im Falle der Bewilligung eines Urlaubs zur Wiederherstellung der Gesundheit Platz.

Im Anschlusse hieran wird bemerkt, daß als vollbeschäftigte Hilfsarbeiter im Sinne des § 6 Abs. 6 der Kangleiordnung diejenigen Hilfsarbeiter anzusehen sind, die als solche während der vollen Dienststunden beschäftigt werden. Die Art der Entlohnung (laufende Entschädigung, stundenweise Vergütung) ist gleichgültig.

Berlin, 3. Juli 1907.

Der Justizminister.

Dr. Weseler.

Die preussischen Gendarmen.

Unter dieser Überschrift druckt die Zeitschrift „Der deutsche Zoll- und Steuer-Beamte“ folgendes eigenümlich annuliertes Eingefandte ab.

„In meinem Bezirk kenne ich 4 Gendarmen, von denen 3 ihr Gehalt beim Steueramt abheben, das diese Gehaltszahlungen für die Regierungshauptkasse leistet. Aus diesem Umstand weiß ich über den Gehaltsbezug der Gendarmen folgende Aufklärung zu geben:

Es ist zunächst ein Irrtum, wenn angenommen wird, daß die Gendarmen keine Stellenzulagen mehr beziehen. Zwei von den angeführten Gendarmen bezogen vor dem 1. April 1907 noch keine Stellenzulage, seit dem 1. April aber je 150 M jährlich, zahlbar vierteljährlich im Voraus. Der Gendarm erhält ferner eine Dienstauswandsentschädigung von jährlich 180 M und als Schreibmaterialienvergütung 12 M. Weiter zahlen die Gendarmen keine Steuern, sie erhalten freie Kleidung und jährlich wenigstens 100 M Neiegelbanschlüsse durchschnittlich. Dann noch einen Geldbetrag als Vergütung für Etiefel; dieser Betrag ist verschieden und kann nicht genau angegeben werden. Daß die Gendarmen das gleiche Gehalt und den gleichen Wohnungsgeldzuschuß wie wir erhalten, ist wohl bekannt. Der Gendarm steht sich also besser wie wir um

jährlich 150 *M* Stellenzulage, 180 *M* Dienstaufwandsentschädigung, 12 *b* Schreibmaterialienentschädigung, um den von uns zu zahlenden Steuerbetrag, rund 50 *M*, um die Differenz, die unsere Kleidung mehr kostet wie 80 *M*, also durchschnittlich 40 *M*, 100 *M* Reisegeldzuschüsse und noch mehrere andere Beträge, zusammen durchschnittlich jährlich um 500 bis 600 *M*. Dabei braucht er nur 9 Jahre zu dienen, wir 12. Woher kommt das? Der Gendarm ist Soldat; für ihn wird daher georgt.

Ein Steueranfseher."

Ermittlungs- und Erkennungsdienst.

Fingerabdrücke bei Prostituierten.

Die Lombrososche Degenerationstheorie glaubt Dr. Ascarelli mit Hilfe des Fingerabdruckverfahrens weiter unterstützen zu können. Er hat gefunden, daß körperliche Degenerationszeichen in den Papillarlينien der Finger von 100 von ihm untersuchten Dirnen verhältnismäßig häufiger vorkamen als bei 200 einfachen Arbeiterinnen oder Landbewohnerinnen. Wir glauben, daß auch Dr. Ascarelli den Lombrososchen Trugschlüssen verfällt. St.

Erlebtes und Erfahrenes.

Der Schlingensteller.

Von Kam. b. W. Griepkerl in Neuenbürgs.

Am späten Abend des 3. Januar 1897 erhielt ich in Magdeburg durch einen mir bekannten glaubwürdigen Einwohner aus dem 5 km entfernten Dorfe Schm. die überraschende Mitteilung, daß ein Schlingensteller in der Feldmark, sowie ihren Buschloppeln, welche an die Kreisforsten grenzen, sein Unwesen treibe. Die Möglichkeit sei vorhanden, den der Tat verdächtigen Schachtmeister Sch. auf frischer Tat abzufassen.

Auf diese Nachricht hin ritt ich sofort nach Schm. Dort stellte ich zunächst durch unauffällige Beobachtungen fest, daß Schachtmeister Sch. sich in seiner Wohnung befand, also sich nicht in der Feldmark umhertrieb, um die ausgelegten Schlingen nachzusehen. Nunmehr stellte ich Ermittlungen an, um Beweismaterial zur Überführung des verdächtigen Sch. zu sammeln. Ich stellte fest, daß der Bahnarbeiter N. aus W. mehrmals bei Sch. sauer gekochtes Fleisch von Rehwild gegessen hatte. Ferner ermittelte ich noch, daß dieser Bahnarbeiter den Sch. einige Male auf dessen Wunsch beim Legen der Drahtschlingen für Rehe und Hasen in der etwa 2 km entfernten Buschloppel und den angrenzenden Amds begleitet hatte. Bahnarbeiter N., darauf als Zeuge von mir eingehend befragt, gab offen und frei den Sachverhalt zu, wie die Ermittlungen ihn ergeben hatten. Da Schacht-

meister Sch. während der Nachtzeit seine Wohnung, wie die weiteren Beobachtungen ergaben, nicht verlassen hatte, begab ich mich bei Anbruch des Tages mit dem Zeugen N. und dem Einwohner W. nach den Amds und der Buschloppel. Hier ließ ich mir die Stellen zeigen, wo Sch. die Hasen- und Rehschlingen auszustellen pflegte. Es gelang mir nun, nach längerem aufmerksamen Suchen etwa ½ Dugend ausgelegte Hasenschlingen in den Amds und darauf in der Buschloppel eine ausgelegte Drahtschlinge für Rehe zwischen zwei Nischen vorzufinden; diese Schlingen wurden sämtlich von mir beschlagnahmt.

An den Amds entlang, besonders aber auf dem freiden Fahrwege nach der Buschloppel entdeckte ich eine Fußspur, die ich weiter in die Buschloppel hinein verfolgen konnte, da sie noch sehr gut erhalten war. Von dieser Fußspur nahm ich genaues Maß, da sie zur Überführung des Täters wesentlich beitragen konnte. Diefelbe Fußspur fand ich besonders deutlich vor der ausgelegten Rehschlinge vor; in dieser Schlinge hatte, wie die Spuren auf dem Boden deutlich erkennen ließen, erst vor kurzer Zeit ein Stück Rehwild gegessen. Das Maß der hier vorgefundenen Fußspur stimmte genau mit der auf dem Wege und an den Amds gefundenen Spur überein.

Auf Grund der Ermittlungen nahm ich nunmehr bei dem der Tat dringend verdächtigen Schachtmeister Sch. mit Ermächtigung des Gemeindevorstandes, unter Zuziehung von zwei Jengen, eine Durchsuchung vor. Diese hatte den Erfolg, daß noch etwas eingelochtes Rehfleisch sowie etwa ein Dugend Hasenschlingen gefunden wurden, welche letzteren ich aber erst nach längerem Suchen oben auf dem Ofen entdeckte. Die Schlingen wurden ebenfalls als Beweismittel beschlagnahmt; auch paßte das Maß von der aufgefundenen Fußspur genau auf die Stiefel des Sch., indessen trotz aller dieser Beweise die Tat in Abrede stellte.

Der Schachtmeister Sch. wurde nun wegen dringenden Verdachts des schweren Jagdvergehens vorläufig festgenommen, weil er fluchtverdächtig war. Darauf wurde er mit schriftlicher Anzeige nebst den beschlagnahmten Drahtschlingen dem Amtsgerichtsgefängnis zu Magdeburg überliefert. Sch. wurde in Untersuchungshaft genommen und am 5. Februar 1897 vom Schöffengericht zu Magdeburg wegen Jagdvergehens zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die von ihm eingelegte Berufung wurde am 4. März 1897 von der Strafkammer I des Landgerichts in Altona verworfen. Bei dieser Verhandlung wurde Sch. insbesondere auch durch das Maß der aufgefundenen Fußspur, in das seine Stiefel genau paßten, für überführt erachtet, daß er tatsächlich Schlingen ausgelegt hatte.

Vom Jagdschutverein Lübeck erhielt ich später ein Prämie für erfolgreiche Tätigkeit im Jagdschutz.

Die Rechtsverhältnisse der Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika.

In Nr. 9 d. J. haben wir die Anstellungsverhältnisse bei der Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika behandelt. Im Anschluß hieran bringen wir heute die Rechtsverhältnisse der dortigen Landespolizei zur Kenntnis unserer Leser, nachdem dieselben durch Allerhöchste Verordnung vom 4. Oktober 1907 geregelt worden sind. Diese Verordnung lautet:

§ 1. Der Reichskanzler regelt die Einrichtung der Landespolizei in Deutsch-Südwestafrika. Die Angehörigen der Landespolizei haben, soweit sie nicht Eingeborene sind, die Rechte und Pflichten der Landesbeamten des Schutzgebiets und sind den für die letzteren geltenden Vorschriften unterworfen, jedoch mit den aus dem Nachstehenden sich ergebenden Abweichungen.

§ 2. Der Reichskanzler bestimmt die Bewaffnung und Uniformierung der Landespolizei sowie die Form und Art der Anstellung ihrer Angehörigen und deren Titel und Rang.

§ 3. Im Falle des Ausscheidens aus dem Dienste steht den Angehörigen der Unterlassen der Landespolizei und im Falle des Todes ihren Hinterbliebenen ein Anspruch auf Versorgung gegen den Landesfiskus unter denselben Voraussetzungen und in dem gleichen Umfange zu wie den aus dem Reichsheer übernommenen Personen der Unterlassen der kaiserlichen Schutztruppen desselben Dienstgrads und deren Hinterbliebenen. Die über die Versorgung dieser ergangenen Vorschriften finden entsprechende Anwendung, wobei als Dienstzeit sowohl diejenige in der Landespolizei als auch die Dienstzeit im Reichsheer, in der kaiserlichen Marine und bei den kaiserlichen Schutztruppen sowie außerdem eine sonst im Polizeidienste zugebrachte Zeit anzusehen ist. Jedoch ist ein Anspruch auf Rente ohne den Nachweis vermindelter Erwerbsfähigkeit (§ 1 Abs. 3 des Mannschaftsversorgungsgesetzes) frühestens nach einer wirtlichen Dienstzeit von drei Jahren in der Landespolizei begründet.

Die Angehörigen der Landespolizei sind bei Anwendung der im Abs. 1 Satz 2 erwähnten Vorschriften als Gehaltsempfänger zu behandeln. Den Betrag des pensionsfähigen Dienstentlohens (§ 10 Abs. 2 des Mannschaftsversorgungsgesetzes) bestimmt der Reichskanzler.

Steht einem ausgeschiedenen Angehörigen der Unterlassen der Landespolizei ein Anspruch auf Versorgung aus Abs. 1 mangels entsprechender Voraussetzungen nicht zu und ist sein Ausscheiden wegen eingetretener Tropendienstunfähigkeit erfolgt, so können ihm Gehaltsrente bis zu der Höhe bewilligt werden, wie sie einem Landesbeamten gewährt werden könnten.

§ 4. Die im § 3 Abs. 1 Satz 2 erwähnten Bestimmungen bleiben außer Anwendung, soweit sie einen Anspruch auf Zivilversorgung gewähren. Doch kann einem ausscheidenden Angehörigen der Unterlassen der Landespolizei, welcher nach

den für die letztere geltenden Grundätzen den Zivilversorgungsschein erhalten könnte, indes für den Wehrdienst in der Heimat nicht mehr brauchbar ist, eine Zivilversorgungsentfädigung oder einmalige Abfindung nach Maßgabe jener — gegebenenfalls auch hinsichtlich der Verpflichtung zur Rückzahlung der Abfindung und des Schadens der Entfädigung entsprechend anzuwendenden — Bestimmungen gewährt werden.

§ 5. Der Reichskanzler bestimmt, welche Angehörigen der Landespolizei zu den Unterlassen gehören, und erläßt die weiteren zur Ausführung der §§ 3 und 4 erforderlichen Anordnungen.

§ 6. Was in den im § 1 und im § 3 Abs. 1 Satz 2 erwähnten Vorschriften hinsichtlich der militärischen Unternehmungen bestimmt ist, gilt auch hinsichtlich der entsprechenden Unternehmungen der Landespolizei.

§ 7. Sofern für einen ausscheidenden Angehörigen der Landespolizei ein Anspruch auf Offizierspension (§ 75 des Offizierspensionsgesetzes) begründet ist, fallen die Versorgungsansprüche aus dieser Verordnung fort.

§ 8. Gegen die Angehörigen der Unterlassen der Landespolizei kann als Ordnungsstrafe auch Arreststrafe auf die Dauer von höchstens 8 Tagen verhängt werden, welche jedoch nur in solchen Räumen zu vollstrecken ist, die den Verhältnissen der zu bestrafenden Beamten angemessen sind.

Zur Verbhängung von Arreststrafen sind das Reichscolonialamt und der Gouverneur berechtigt. Der Gouverneur kann seine Befugnis mit Ermächtigung des Reichscolonialamts an andere Behörden oder Beamte weiter übertragen.

§ 9. Personen, welche auf Probe in die Landespolizei eingestellt sind, haben Beamten-eigenschaft und sind durch Handschlag an Eidesstatt auf gewissenhafte Ausführung zu verpflichten. Sie unterliegen den Vorschriften der §§ 1 bis 7 dieser Verordnung nur hinsichtlich der Verpflichtung zur Amtsverantwortlichkeit, der Disziplin, der Beirafung der Dienstvergehen sowie der Verfolgung ihrer vermögensrechtlichen Ansprüche. Jedoch können ihnen und ihren Hinterbliebenen diejenigen Versorgungsgebihrnisse bewilligt werden, welche im Falle der Anstellung gewährt werden könnten. Die gleichen Bestimmungen gelten für Personen, welche zu vorübergehenden Dienstleistungen in der Landespolizei verwendet werden.

§ 10. Die Befugnisse, welche nach dieser Verordnung dem Reichskanzler zustehen, können durch das Reichscolonialamt oder mit dessen Ermächtigung durch den Gouverneur wahrgenommen werden.

§ 11. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1907 ab in Kraft.

RGBl. 736.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die aus dem untern Sonderbroschürenkatalogen geliebert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gedruckt werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Aufforderung zu strafbaren Handlungen. Menschenmenge. Der Begriff Menschenmenge in den §§ 110, 111 StGB. setzt nur voraus, daß die Aufforderung zum Ungehörigem gegen Gesehe und behördliche Anordnungen vor einer Vielheit von Menschen stattgefunden habe. Daß diese Vielheit eine ungeordnete und zusammengewürfelte sein muß, ist im Gesetz nicht vorgesehen. Die äußere Ordnung der Versammelten, etwa des auf die vorhandenen Plätze verteilten Publikums in einem Theater, kann nach dem Zweck der Strafvorschrift kein Umstand sein, durch den die Strafbarkeit beseitigt wird. Es ist nicht abzusehen, warum nicht unter der Arbeiter-schaft einer Fabrik oder einer Versammlung politisch gleichgesinnter Männer eine Menschenmenge verstanden werden sollte. Auch eine Vereinsversammlung, bei der die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen ist, ist eine Menschenmenge. Ob die Menge schwer oder leicht zu zählen ist, ist auch nicht ausschlaggebend. — Entsch. II Straßf. RG. vom 12. März 1907 — II. 1112/06. — Abd. 40, 76. — Et.

Deutsches Reich. Gefindepdiebstahl. Gefinde, das einen Diebstahl gegen Mit-gefinde verübt, ist ohne den im § 247 StrGB. vorgesehenen Strafantrag zu bestrafen. Der Wortlaut des § 247 StrGB. macht nicht die Verfolgung des Diebstahls eines Diensthofen gegen den andern, der sich „mit ihm in häuslicher Gemeinschaft“ befindet, von dem Strafantrag des be-stohlenen Mitgefindes abhängig; er fordert nur dann einen Strafantrag, wenn ein Diensthofe gegen die Personen, „in deren häuslicher Gemeinschaft“ er als Gefinde steht, einen Diebstahl begeht. In der häuslichen Gemeinschaft des Mitgefindes steht der Diensthofe nicht. Allerdings würde ein Diebstahl gegen Angehörige der Dienstherrschaft unter Umständen von der Stellung des Strafantrages abhängig sein. — Entsch. IV. Straßf. RG. vom 21. Januar 1907. — IV 933/06, Abd. 40, 1. — Et.

II. Kammergericht.

***Preußen. Gewerbesteuer.** Wer in einem Wirtschaftsgarten eine Schiffschankel unter der Vereinbarung mit dem Wirt aufstellt, daß ihm 75 v. H. der Einnahme gebühre, ist als ein am Betriebe der Schankel beteiligter Unternehmer anzusehen und muß einen Gewerbeschein besitzen. Anders wäre die Rechtslage, wenn nur der Wirt als Unternehmer der Veranstaltung zu gelten hätte und der Aufsteller der Schankel nur als sein Gehilfe beim Betriebe erdiente. — Entsch. 2er. Straßf. Sen. RG. vom 26. Juli 1907 in Sachen Klassen und Haus in Siegburg. C. v. A.

***Preußen. Interim bei Polizeiverordnungen.** Die Stölper Paupolizei-verordnung vom 26. Februar 1903 ist zu einer Zeit erlassen worden, wo die durch eine spätere Paupolizei-Verordnung auf-gehobene Paupolizeiverordnung des Oberpräsidenten noch in Kraft war. Trotzdem läßt sich das nicht bemängeln, weil die neue, am 1. Juni 1903 in Kraft getretene Polizeiverordnung des Oberpräsidenten für die Stadt Stölper keine Weltergänzung er-halten sollte. Wenn am 1. Juni 1903 das Stölper frei war für eine Lokalanordnung, dann konnte diese auch schon früher er-lassen werden. Überhaupt empfiehlt sich ein solcher Vorgang, wie wir ihn hier in Stölper finden. Eine Polizei, die sorg-fältig verfährt, muß daran denken, daß kein gefeßelter Zustand eintritt und daß es nicht eine Zeit gibt, wo eine Paupolizei-verordnung überhaupt nicht besteht. — Entsch. Str. S. RG. vom 8. Juli 1907 in Sachen Homuth-Stölper. C. v. A.

***Preußen. Verborgene Waffen.** § 345 Ziffer 7 des alten preußischen Strafgesetzbuches, nach dem sich derjenige strafbar macht, der Stöß-, Stieb- oder Schußwaffen, die in Stößen oder Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen sind, feilhält oder mit sich führt, besteht noch zu Recht. In § 367 Ziffer 9 StStGB. wird mit Strafe der bedroht, der einem gefeßlichen Verbot zuwider derartige Waffen feilhält oder mit sich führt. Dieses gefeßliche Verbot ist gegeben in dem preußischen Strafgesetzbuch im § 345, 7. Der Begriff der Waffe ist zwar nur im technischen Sinne zu verstehen, in dessen sind Gummistäbe auch im technischen Sinne als Stiebwaffen anzu-sehen. — Entsch. 2er. Straßf. Sen. RG. vom

16. August 1907 in Sachen Seligmann-Banne.
C. v. R.

***Preußen. Marktverordnungen.** Eine Polizeiverordnung, die den Handel vor Beginn des Marktes verbietet, ist ungültig; sie geht über den Rahmen des § 6 des Gesetzes vom 11. März 1890 hinaus. Gültig wäre die Vorschrift nur dann, wenn sie nur Verkaufsverhandlungen auf der Straße verbieten wollte. Es könnte ja erwogen werden, ob die Polizeiverordnung nicht dahin einzuschränken sei, daß sie nur Verkaufsverhandlungen auf der Straße treffen will. Indessen die ganz allgemeine Fassung läßt eine solche Auslegung nicht zu. — Entsch. PerStr. Sen RG. vom 27. August 1907 in Sachen Spychalski-Krone an der Brabe.
C. v. R.

***Preußen. Fischerei-Verordnungen.** Die aus den Motiven zum Entwurf des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 hervorgeht, lag es in der Absicht des Gesetzgebers, ein einheitliches Fischereigesetz für das ganze Staatsgebiet zu schaffen, weil „bei aller Mannigfaltigkeit im Fischereibetrieb selbst, bei aller Verschiedenheit der Fischereiprodukte die wichtigsten Punkte, die die Gesetzgebung im Interesse der Fischerei ins Auge zu fassen hat, die erfolgreichsten Mittel, mit denen sie der Fischerei zu Hilfe kommen kann, im ganzen Gebiet des preussischen Staates dieselben sind.“ Unter diese Gesichtspunkte fallen nach den Motiven insbesondere auch alle diejenigen Vorschriften, die bestimmt sind, der wilden Fischerei entgegenzutreten und das Recht zur Ausübung der Fischerei zu regeln. Dementsprechend kennt das Gesetz eine Reihe bestimmt umgrenzter Ermächtigungen, so im § 19 zum Erlass einer Polizeiverordnung auf dem dort bezeichneten Gebiet, im § 22 für den Landesherrn, im § 29 für den Landwirtschaftsminister, in den §§ 31, 41 und 42 für den Bezirksausschuß. Bei der genauen Regelung der den verschiedenen Behörden zustehenden Befugnisse muß es als ausgeschlossen gelten, daß das Gesetz daneben noch ein allgemeines polizeiliches Verordnungsrecht zum Schutz der Fischerei zulassen wollte. Solche Polizeiverordnungen haben keinen Anspruch auf Rechtsgültigkeit. — Entsch. 1. StrSenkR. in Sachen Volk-Cassel vom 4. Juli 1907.
C. v. R.

III. Preussisches Obergerichtsgericht.

***Preußen. Versammlungs-Präventivverbot.** Die Rechte der Polizei bezüglich

des Einschreitens gegenüber Versammlungen sind eingengt, einmal durch die Verfassung, sodann durch die Verordnung betreffend Verhütung des Mißbrauches der gesetzlichen Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit vom 11. März 1850 (preussisches Vereinsgesetz). Daß die zu erwartende Erörterung die Gefahr bedingen hätte, es könnten Störungen der öffentlichen Ordnung eintreten, rechtfertigt ein Präventivverbot der Versammlung nicht. Die Annahme, daß Erörterungen in den Versammlungen gepflogen werden sollten, die zu Ausdehnungen führen könnten, berechtigt allgemein noch nicht zu einem vorausgehenden Verbot auf Grund des § 10 WR II, 17, wonach es das Amt der Polizei ist, für die öffentliche Ruhe und Ordnung zu sorgen und Anstalten zu treffen, um von dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern drohende Gefahren abzuwenden. Denn die Befugnisse der Polizei haben eine Einschränkung gegenüber Versammlungen erfahren. Ein Verbot ist allerdings bei Versammlungen zulässig, die offenbar „einen gegen die Strafgesetze verstoßenden Zweck verfolgen.“ — Entsch. OVR. in Sachen Reinfisch-Breslau vom 11. Oktober 1907. —
C. v. R.

***Preußen. Ruhestörung durch gewerbliche Betriebe.** Zur Abwendung von Gesundheitsgefahren ist das dauernde Geschlossenhalten der Fenster während des Betriebes nicht erforderlich. Wenn ein geräuschvoller Gewerbebetrieb nur bedingte Gesundheitschädigung hervorruft, hat die Polizeibehörde die Pflicht, die gegenseitigen Interessen des Publikums und des Unternehmers (auch seiner Arbeiter) abzuwägen. Sie hat sich mit dem Unternehmer und den Umwohnern in Verbindung zu setzen und danach die Zeit zu bestimmen, während deren die Fenster geschlossen zu halten sind und während deren sie geöffnet werden dürfen. Der Unternehmer darf nicht weiter als durchaus notwendig im Gewerbebetrieb eingeschränkt werden. Die Auswahl der Stunden darf nicht ohne Anhörung des Unternehmers erfolgen. So ist in allen Fällen zu verfahren, in denen es sich darum handelt, bestimmte Zeiträume, die für die polizeiliche Zulassung oder das Verbot Geltung haben sollen, frei auszuwählen. Die Bestimmung solcher Zeiträume darf nur dem der Polizei obliegenden Ausgleich einander widersprechender Interessen dienen. Um hierbei Willkür auszuschließen, ist die vorherige Feststellung der beiderseitigen Interessen unerlässlich. Besonders notwendig ist ein solches Vor-

gehen, wenn es sich um die Beschränkung von Gewerbebetrieben handelt, damit nicht durch die Wahl ungeeigneter Zeiträume Schädigungen hervorgerufen oder vermehrt werden. — Entsch. 3. Sen. OVB. vom 10. Oktober 1907 in Sachen Heilborn-Frankfurt a. O. C. v. D.

***Brenken. Konflikt.** Gegenüber einer Zivilklage des früheren Gastwirts Weste gegen den Oberbürgermeister in Gelsenkirchen hat die Regierung zu Arnberg den Konflikt erhoben. Der 1. Senat des Oberverwaltungsgerichts hat auch dahin erkannt, daß der Konflikt begründet und demgemäß das gerichtliche Verfahren gegen den Oberbürgermeister endgültig einzustellen sei. In der Klage hatte Weste den Oberbürgermeister verantwortlich gemacht für den Schaden, den er nach seiner Behauptung erlitten hat durch eine frühere Verlegung der Schankkonzession. In der Heinrichstraße 26 in Gelsenkirchen wird eine Wirtschaft betrieben. In der Nähe ist außerdem noch eine andere Schankwirtschaft. Weste kam darauf um eine Konzession für sein neugebautes Haus Nr. 22 ein. Der Stadtausschuß verweigerte die Konzession. Der Bürgermeister als Polizeiverwalter hatte sich dagegen ausgesprochen. Es sei ein Bedürfnis nicht vorhanden. Nach der Gewerbeordnung muß in Städten von mehr als 15 000 Einwohnern die „halbe Konzession“ jedermann erteilt werden ohne Rücksicht auf die Bedürfnisfrage, doch kann durch Ortsstatut bestimmt werden, daß auch in solchen Städten diese Konzession von dem Bedürfnis abhängig gemacht wird. Daraus hat sich Weste mit dem Brennereibesitzer, dem das Haus Heinrichstraße 26 gehört, in Verbindung gesetzt und er hat diesen veranlaßt, die Konzession aufzugeben. Daraus wurde ihm die Konzession für sein Haus Heinrichstraße 22 erteilt. Nunmehr klagte Weste den Vertrag ein, den er dem Brennereibesitzer für den Verzicht auf seine Konzession gegeben hat. In dem zweiten Konzeptionsverfahren hat der Oberbürgermeister keinen Widerspruch erhoben, weil die Zahl der Schankwirtschaften ja jetzt keine Vermehrung erfahren habe. In der Klage behauptete B., der Oberbürgermeister habe ihm gewisse Versprechungen gemacht dahin, daß er die Konzession für den Neubau Heinrichstraße Nr. 22 erhalten werde. Das Oberverwaltungsgericht erkannte dahin, daß der Konflikt begründet sei und daß demgemäß das Verfahren gegen den Oberbürgermeister einzustellen sei. Begründung:

Der Oberbürgermeister hat ja nicht einmal an der Sitzung des Stadtausschusses teilgenommen, in der dem B. das erste Mal die Konzession für das Heim Heinrichstraße 22 verweigert worden sei. Er habe damals ganz außerhalb des Stadtausschusses gestanden, er sei nur Vertreter der Polizei gewesen. Seine persönliche Tätigkeit habe sich auf die Abgabe der Erklärung beschränkt, daß das Bedürfnis für eine neue Schankstätte zu verneinen sei. In dieser Erklärung war der Oberbürgermeister natürlich berechtigt. — Entsch. 1. Sen. OVB. in Sachen Weste-Gelsenkirchen vom 27. September 1907. — C. v. D.

IV. Bezirksausschuß Arnberg.

Brenken. Ausstellen von Waren in Ladenansgängen. Eine Polizeiverordnung, die das Ausstellen von Waren in den Ladenansgängen verbietet, ist rechtsungültig. — Entsch. VII. Arnberg vom 22. Okt. 1907 gegenüber einer Polizeiverordnung der Stadt Witten a. R. — Et.

V. Bezirksausschuß Stettin.

Brenken. Fürsorge für Erkrankte auf der Straße. Es ist Sache der Polizeibehörde, sich eines Menschen, der auf der Straße ohnmächtig zusammenbricht, anzunehmen und seine Persönlichkeit festzustellen. Ein Eingreifen des Ortsarmenverbandes ist nicht erforderlich. Lediglich die Polizei hat Ausgaben gehabt, zu deren Erstattung aber nicht der Ortsarmenverband verpflichtet war. Dieser hatte also kein Recht, zur Deckung der Ausgaben sich an die Invalidenrente des von der Polizeibehörde in Obhut Genommenen zu halten. — Entsch. VII. Stettin vom 19. April 1907. — JNr. A 460/06. — Et.

VI. Landgericht I Berlin.

Deutsches Reich. Unterbrechung der Verjährung der Strafverfolgung. Ein Amtsrichter, der auf ein Ersuchen des Staatsanwalts, die Ermittlungsakten zwecks Unterbrechung der Verjährung an die Polizeibehörde zur Vernehmung von Zeugen weiter zu geben, lediglich verfügt, die Akten sind der Polizeibehörde „nach Abgabe des Antrages“ des Staatsanwalts zu überreichen, unterbricht den Lauf der Verjährung nicht, denn er befaßt sich nicht selbst mit der Sache, vermittelt nur die Weitergabe der Akten als Durchgangsstation. — Entsch. der Verf. StrRG I Berlin gegen Bädermeister S. vom 24. Okt. 1907. — Et.

Polizeibericht.

Verwaltung. Postzustellungsurlunden. Nach einer Mitteilung des Staatssekretärs des Reichspostamts ist es den Briefträgern vom 1. Okt. 1907 ab gestattet, zur Ausfüllung der Postzustellungsurlunden und deren Abschriften statt der Tinte geeignete Tintenstifte zu verwenden.

Photographische Sachverständigenkammer. Auf Grund des § 46 des Ges. vom 9. 1. 07 betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie ist nach einer Bekanntmachung des Kultusministers vom 21. 9. 07 an Stelle des bisherigen Photographischen Sachverständigenvereins eine Photographische Sachverständigenkammer gebildet worden.

Verbrechen und Vergehen. Zum Tode verurteilt wurden wegen Mordes fünf kroatische Arbeiter vom Bonner Schwurgericht. Der Erste Staatsanwalt Vull faßte sich veranlaßt, auf die von kroatischen Arbeitern ausgehende Gefahr^{*)} hinzuweisen. Er führte u. a. folgendes aus:

Der Prozeß hat ein helles Licht auf eine furchtbare Gefahr geworfen: auf die Kroatengefahr. Diese Kroaten zerfallen in zwei Parteien: in fleißige, brave Leute auf der einen Seite und in Parasiten, wie es im kroatischen heißt, auf der andern Seite. Es ist das nicht bloß vom Hörensagen festgestellt; zunächst hat es uns bekundet unser erfahrener Kriminalbeamter unseres Bezirks, Polizei-Inspektor Bittangel. Er hat sich viele Tage hindurch in den Räumen dieser Leute aufgehalten, hat ganz Deutschland durchstreift und hat das Leben und Treiben der Kroaten studiert. Die einen leben in den kümmerlichsten Verhältnissen, die andern in Wohlleben und sind jederzeit bereit, sich durch Verbrechen in den Besitz von Geld zu setzen. Die Aussagen des Polizei-Inspektors sind bestätigt worden von zwei Kroaten: Dercel und Mhlenbusch. Diese Parasiten sind eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, und da sie sich ausdehnen über ganz Deutschland, so ist diese Gefahr nicht ernst genug zu nehmen. . . . Es kann nicht meines Amtes sein, auf die großen politischen und wirtschaftlichen Gefahren hinzuweisen, die eine planlose und stempellose Einführung fremder Nationalitäten mit sich bringt; aber als Vertreter der Staatsanwaltschaft, deren oberste und erhabenste Aufgabe es ist, den ehrlichen Bürger zu schützen in seinen wichtigsten Gütern: Ehre, Leben, Freiheit, Eigentum, zu schämen dadurch, daß die Verbrecher schnell und sicher zur Rechenschaft gezogen werden, bin ich berechtigt zu sagen, eine stempellose Einführung der Parasiten darf nicht stattfinden. Und dieser Prozeß wird dazu beitragen, daß die Behörden und Arbeitgeber das Erforderliche tun, um uns vor weiteren Schäden zu bewahren. Namentlich wird es Sache der Arbeitgeber sein,

^{*)} Auch für die kommenden Eisenbahn- und Kanalarbeiten sei darauf hingewiesen. Biedrich wird auch noch über die Parasiten weiteres mitteilen.

Die Schriftleitung.

daß sie nicht ohne weiteres jeden einstellen, der nur ein paar kräftige Arme hat. Wenn das erreicht wird, dann hat auch unsere Arbeit ihr Gutes gehabt!

Kroaten als Mörder. Die in der vorerwähnten Nordfacke sind auch bei dem im Herbst 1906 in Heinersdorf bei Gera verübten Raubmord kroatische Täter. Einer von ihnen verbüßt bereits eine zwölfjährige Zuchthausstrafe; jetzt ist es der Polizei in Solingen gelungen, einen seiner Tatgenossen, der dort beim Bahnbau tätig war, zu verhaften.

Ein anderer kroatischer Arbeiter, der in Solingen einen Schachtmeister erstochen hat, ist in Hagen i. W. verhaftet worden.

Beim Einschreiten gegen eine Schlägerei wurde in Kennep Kam. GWM. Wohlfahrt von zwei Burtschen mit Wagenschwengeln angegriffen. Er mußte von seiner Schutzwaffe Gebrauch machen.

Einbrecher und Brandstifter. Dem Kameraden EWM. Opiz in Tondern ist es gelungen, einen gemeingefährlichen Burtschen, unschädlich zu machen. Schon bei der Abführung zur Haft gestand der übrigens erst 23jährige Mensch dem Kameraden Opiz elf Einbruchsdiebstähle und 2 Brandstiftungen zu. Dem Beamten ist es inzwischen gelungen, ihm noch 13 weitere Einbruchsdiebstähle nachzuweisen. Die Verbrechen sind u. a. in den holsteinischen und schleswighischen Kreisen Pordesholm, Neumünster, Segeberg, Tondern und Hadersleben verübt worden. Die Brandstiftungen hat er zum Teil auch nur verübt, um an anderer Stelle ungestört einbrechen zu können.

Einen Hochstapler von der Art des Hauptmanns von Köpenick, der in Schwisting, Schwaben, als „Oberregierungsrat“ Schwindeleien beim Bürgermeister und einigen Einwohnern verübt hatte, hat der bayerische Kamerad Wendarm Friedrich aus Landsberg festgenommen.

Sozialdemokratisches. Die Wiener Arbeiter-Zeitung hatte vor einiger Zeit einen der wahren Tatsachen vollständig verkehrenden Bericht über einen Gefangenentransport und über die grausame Behandlung des „armen Gefangenen“ (eines „Reuchelmörders“) durch „barbarische Gendarmen“ veröffentlicht. Sie ist jetzt auf Grund des österreichischen Pressgesetzes gezwungen, eine Berichtigung des Hrn. Landes-Gendarmen-Monnomdos zu Karlsbad abzu drucken, nach der sich der aufwärtige erste Bericht als von Anfang bis zu Ende erlogen herausstellt.

Fahrtermäßigung für pensionierte Gendarmen in Österreich. Das k. österreichische Eisenbahn-Ministerium hat die Fahrtermäßigung, die die Staatsbeamten und Staatsdiener auf allen Linien der österreichischen Staatsbahnen haben, auch auf den von der Staatsbahn betriebenen Nebenbahnen auf die pensionierten Gendarmen ausgedehnt.

Personalveränderungen.

1. Brigade.

b. B. Haasler, Stallupönen, am 1. 11. 07 nach Gr.-Aulowöhnen b. Aulowöhnen vers. — b. B. Blauett II, Gr.-Aulowöhnen b. Aulowöhnen, am 1. 11. 07 nach Stallupönen vers. — *z. B.* Kurjane, Königsberg i. Pr., am 24. 10. 07 nach Godeinen b. Kalgen lmdrt. — *z. B.* Gernan, Kriegsdehnen b. Kampowillen, am 16. 10. 07 nach Jorkowen b. Gietwen lmdrt. — b. B. Eder, Wilderweischen, am 8. 10. 07 nach Kattenau lmdrt. — *z. B.* Kämereit, Gr.-Zodehnen, am 8. 10. 07 nach Endtuhnen lmdrt. — *z. B.* Liebe, Rillewen, am 15. 10. 07 nach Proßten lmdrt. — *z. B.* Rohnert, Bondolled, am 22. 10. 07 nach Witten b. Stomilso lmdrt. — *z. B.* Meijies, Wehau, am 25. 10. 07 nach Goldbach lmdrt. — *z. B.* Cuednau, Wenslowischen, am 1. 11. 07 nach Endtuhnen lmdrt. — b. B. Lupp, Grabowen, am 21. 9. 07 nach Rominten lmdrt, trat am 6. 10. 07 vom Stmdo. zur. — *z. B.* Windau I, Wabbeln b. Wilderweischen, am 29. 8. 07 nach Endtuhnen lmdrt, trat am 9. 10. 07 vom Stmdo. zur. — *z. B.* Klonke, Marcinowen b. Mallinowen, am 1. 8. 07 nach Proßten lmdrt, trat am 10. 10. 07 vom Stmdo. zur. — *z. B.* Jante, Adamowischen b. Godejuthen, am 14. 9. 07 nach Kellerschden b. Schreilangen lmdrt., trat am 15. 10. 07 vom Stmdo. zur. — *z. B.* Kleinseld, Jorkowen b. Zienzen, nach Lasdehnen lmdrt., trat am 18. 10. 07 vom Stmdo. zur. — b. B. Goerte I, Plajtschen, am 1. 1. 08 pens.

2. Brigade.

z. B. Maaffe, Lübbmannsdorf b. Buddenhagen am 21. 10. 07 an Tarmfeds gest.

3. Brigade.

z. B. Wid, Gr. Mädchen, am 1. 10. 07 nach M. Mädchen bei Gr. Mädchen vers. — *z. B.* Gotz, Wildenberg bei Wadingen Kreis Templin, Adresse jetzt Wildenberg, Kreis Templin.

4. Brigade.

b. B. Junge, Varen, am 1. 11. 07 nach Altenplathow b. Genthin vers. — b. B. Niemann, Piere, am 1. 11. 07 nach Varen vers. — *z. B.* Görgel, Schmiedeberg, am 1. 11. 07 nach Piesitz b. Wittenberg W. Halle vers. — b. B. Sen, Cuertfurt, am 1. 11. 07 nach Arenburg a. H. vers. — b. B. Alente, Merjeburg, am 1. 11. 07 nach Cuertfurt vers. — *z. B.* Jüdling, Tölan, am 13. 10. 07 nach Cönnern, Saale lmdrt. — *z. B.* Göring, Jallenberg, am 22. 4. 07 nach Wüdenburg, Kr. Liebenwerda, lmdrt., trat am 26. 9. 07 von seinem Stmdo. zur. — *z. B.* Wellner, Eilenburg, am 27. 8. 07 nach Glesien lmdrt., trat am 30. 9. 07 von seinem Stmdo. zur. — b. B. Berwid, Worbis, am 3. 10. 07 gest. — b. B. Helmholz, Kirchheilingen, am 1. 11. 08 ohne Gehalt beurl., scheidet am 1. 11. 07 aus. — *z. a. Pr.* Rand, M. Wittenberg, am 31. 10. 07 zur Truppe zur. — *Ww.* Nebel, Jäl.-M. 34, am 21. 10. 07 als *z. a. Pr. u. Brig.* Schreiber nach Magdeburg einber. — *z. a. Pr. u. Brig.* Schreiber Torenndorf, Magdeburg, am 21. 10. 07 zum *z. a. Pr.* ernannt.

5. Brigade.

z. B. a. *Pr.* Rüping, Kösten, am 1. 11. 07 zum Oberwachmeister ernannt. — *z. B.* Wiedemann, Bomsf, am 1. 12. 07 pens.

6. Brigade.

b. B. Raasch, Keurode, am 1. 11. 07 nach Rungenzendorf, Kr. Keurode vers. — *z. B.* Krause IV, Ludwigzowig, Standort heißt jetzt Ludgerstol. — *z. B.* Wartsch V, Ludwigzowig, Standort heißt jetzt Ludgerstol. — *z. B.* Wolff I, Breslau, am 1. 1. 07 ohne Geh. beurl. zur Direktion der Rentenbank f. d. Prov. Schlesien, scheidet am 1. 11. 07 aus. — *z. B.* Frieliß, Tarnowig, am 1. 12. 07 pens. — b. B. Kupper, Wlag, am 1. 1. 08 pens.

7. Brigade.

b. B. Schwarzhofe, Alenderne-Niederbeder b. Derne, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Postanwärter in Dortmund, am 1. 11. 07 wieder eingestellt als *z. B.* in Wäldrop. — *z. B.* Alenau, Scherfede, am 1. 1. 08 pens. — *z. B.* Eichwald, Dapen, am 1. 1. 08 pens. — *z. B.* Jhle, Cuernburg b. Bodum, am 1. 1. 08 pens.

8. Brigade.

z. B. Goebel, Altenesien, am 1. 11. 07 zur 6. Brig. nach Rindnit vers. — *Sgt.* Braunsdorf, Inf. 68, am 1. 12. 07 als *z. a. Pr.* und Brigade-Schreiber nach Coblenz vers.

9. Brigade.

z. B. Jentsch, Burg a. Nehmarn, am 1. 11. 07 nach Woorst vers. — *z. B.* Bödenhauer, Kolsnap am 11. 6. 07 nach Landkirchen a. Nehm. lmdrt., trat v. f. Stdo. zur. — *z. B.* Kroos, Wöl, am 7. 9. 07 nach Hantstiedt (Schleswig) lmdrt., trat v. f. Stdo. zur. — *z. B.* Wagner, Brunsbüttelkoog, am 1. 11. 07 a. Probendienstleistung, als Postanw. in Wreslau o. Geh. beurl.

10. Brigade.

z. B. Judt, Wälich, am 1. 11. 07 nach Hschlag, Kr. Dann, Wänden, vers. — b. B. Schiebel, Osterlappen, am 23. 10. 07 an Schlaganfall verstorben. — *z. B.* Kiehoff, Eche, Kr. Osterode a. H., am 1. 1. 08 pens. — b. G. a. *Pr.* Bedmann, Reibersieg, am 31. 10. 07 a. Truppe zurück.

11. Brigade.

z. B. Adertmeit, Wilmor, am 2. 5. 07 f. d. Bureaudienst d. Regierung Wiesbaden o. Geh. beurl., scheidet am 1. 11. 07 aus.

12. Brigade.

z. B. Worm, Stawoschm, am 29. 10. 07 nach Einlage b. Schiewenhof lmdrt. — *z. B.* Brandt, *Pr.* Friedland, am 15. 8. 07 nach Gr. Wölwig lmdrt., trat v. f. Stdo. zur. — *z. B.* Babin, Weßlinken, am 4. 6. 07 nach Einlage, Kr. Schiewenhof, lmdrt, trat von f. Stdo. zur. — b. G. Schmidt, Braunswalde, am 1. 8. 07 nach Rehhsf lmdrt., trat v. f. Stdo. zur.

Brigade-Etsch-Vertrigen.

b. B. Rudolph, Zaarburg, am 15. 11. 07 nach Reudorf, Post Strahburg-Reudorf vers. — *Wizelwibel* Daufinger vom Bayer. 2. Inf. Rgt., am 1. 11. 07 als i. *z. a. Pr.* nach Vemberg (Lothr.) zur Probendienstleistung einberufen. — *Wizelwachtmeister* Dsch vom Bayer. 5. Feldart.-Rgt., am 1. 11. 07 als i. *z. a. Pr.* nach Obertraubach zur

Probefriedenleistung einberufen. — b. St. Langenhagen, Reudorf, am 1. 11. 07 o. Meh. beurt. — H. S. Sahmann, Lemberg, scheidet am 31. 10. 07 aus. — i. St. Niedeßühl, Obertraubach, am 31. 10. 07 z. Truppe zurück. — St. Vips, Mey (Van St. Martin) Post Devant les Ponts, ist am 29. 10. 07 verstorben. — b. St. Herrmann, Sundhausen, am 10. 11. 07 als inter. Oberwachmeister nach Mey herangezogen.

Ehrentafel.



Rechnungsrat Wilhelm Thiele,
der langjährige Zahlmeister beim Stabsstab der Landgendarmarie, trat nach fast 40jähriger Dienstzeit am 1. Oktober 1907 in den Ruhestand.

Geboren am 31. Oktober 1848 zu Soldin, wurde Wilhelm Thiele am 10. Januar 1869 in das 5. Brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 48 eingestellt, das in dem Feldzug 1870/71 so viele Schlachten und Gefechte zu bestehen hatte. Am 14. Oktober 1876, also schon im achten Jahre seit seiner Einstellung, kam er als Fußgendarmer zum Stabsstab der Landgendarmarie, von wo er am 1. September 1882 als Rechnungsführer zur 1. Gendarmariebrigade versetzt wurde. Am 1. Mai 1885 beim 4. Niederschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 51 wieder in die Armee eingetreten, wurde er am 22. August 1885 zum Zahlmeister ernannt und am 10. Dezember 1890 als solcher in das 4. Oberschlesische Infanterie-Regiment Nr. 63 versetzt. Nachdem er in gleicher Eigenschaft am 1. April 1896 zum Stabsstab der Landgendarmarie zurückgekehrt war, wurde ihm am 14. Juli 1903 der Charakter als Rechnungsrat Allerhöchst verliehen. An Orden und Ehrenzeichen besitzt Rechnungsrat Thiele den Roten Adlerorden 4. Klasse, den Kronen-Orden 4. Klasse, die Kriegsdenkmünze 1870/71, die Erinnerungsmedaille und die Dienstauszeichnung 2. Klasse.

Röge Rechnungsrat Thiele, der sowohl im Kriege wie im Frieden stets auf das treueste und gewissenhafteste seine Pflicht getan, sich noch lange des wohlverdienten Ruhestandes erfreuen!

Das 40 jährige Dienstjubiläum und das 30 jährige Gendarmarie-Dienstjubiläum beging Kamerad berittener Gendarmarie-wachmeister T o r n o w in Led (9. Brigade). Am 21. Februar 1847 zu Wdd. Kr. Randow, geboren, trat er am 1. November 1867 freiwillig beim Neumärkischen Dragoner-Regiment Nr. 3 zu Treptow a. N. ein. Zwei Jahre darauf wurde er zur Reitschule (Kavallerie-Unteroffizierschule) nach Hannover und am 27. Juli 1870 nach Ausbruch des Krieges



zur Kavallerie-Stabswache Sr. Majestät des Königs Wilhelm von Preußen kommandiert. So war es ihm vergönnt, der Schlacht bei Gravelotte, den Schlachten von Billiers und am Mont Valérien während der Belagerung von Paris und der Kaiserproklamation zu Versailles am 18. Januar 1871 beizuwohnen. Am 28. Mai 1871 lehrte er nach Hannover zur Reitschule und am 1. November 1871 zum Regiment zurück. Nachdem er am 31. Dezember 1871 zum Unteroffizier und am 11. Februar 1875 zum Sergeanten befördert war, trat er am 1. Oktober 1877 zur Gendarmarie (9. Brigade) über und wurde in Rastorf, Kr. Lauburg, stationiert, von wo er am 1. Januar 1884 nach Led versetzt wurde. — Kamerad T o r n o w besitzt die Rote Adler-Medaille, die Kriegsdenkmünze 1870/71 für Kombattanten, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsmedaille und das Allgemeine Ehrenzeichen.

Auch der ebenfalls dem Verit Londern angehörende Kamerad Fußgendarmeriewacht-

meister Hamilton in Medelbn konnte in diesen Tagen sein 40jähriges Dienstjubiläum begehen. Er trat vor vier Jahrzehnten in das Infanterie-Regiment Nr. 84 ein, bei dem er den Feldzug gegen Frankreich mitmachte; nach 12jähriger Dienstzeit trat er zur Gendarmerie über.

Zur Feier der Dienstjubiläen der Kameraden Tornoto und Hamilton hatten sich am 28. Oktober nach beendeter Dienstversammlung die jetzigen und viele frühere Kameraden des Veritts Tondern, meist mit ihren Damen, zu einem Festessen vereinigt. Der Verittsführer, Kamerad Oberwachmeister Optig, brachte in einer zu Herzen gehenden Ansprache ein Hoch auf die beiden im Dienst ergrauten Jubilare aus und überreichte dann dem Kameraden Tornoto als Geschenk des Veritts ein schönes Gemälde der Kaiserproklamation zu Versailles. Während des Festes liefen zahlreiche Telegramme und schriftliche Glückwünsche ein und zum Schluss fand eine photographische Aufnahme sämtlicher Teilnehmer statt.

Das 40jährige Dienstjubiläum beging am 1. November d. J. Kamerad b. Gendarmerie-wachmeister Paulus in Hohenfalza (5. Brigade). Kamerad Paulus trat am 1. November 1867 bei dem Wittbauischen Mauen-Regiment Nr. 12 ein und wurde am 1. Oktober



1868 zum Gefreiten, am 8. Februar 1871 zum Unteroffizier und am 24. September 1873 zum Sergeanten befördert. Am 16. Oktober 1872 kapitulirte er mit dem Mauen-Regiment König Wilhelm I. (2. Würtemb.) Nr. 20 und am 1. Oktober 1878 mit dem Westfälischen Mauen-Regiment Nr. 5. Am 1. Juli 1879 zur Gendarmerie (5. Brigade) übergetreten, hatte er bisher als Standorte: Gembitz, Kaiserfeldsee, Kruschwitz und Hohenfalza. — Kamerad Paulus besitzt die Kriegsdenkmünze 1870-71 für Nichtkombattanten, die Erinnerungsmedaille, das Allgemeine Ehrenzeichen und die Dienstauszeichnung 1. Klasse.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum beging am 8. November d. J. Kamerad Gendarmerie-Oberwachmeister Böttger in Hohenfalza (5. Brigade). Er trat am 8. November 1867 bei dem Dragoner-Regiment Prinz Albrecht von Preußen (Wittbauischen) Nr. 1 ein und wurde am 8. April 1870 zum Gefreiten, am 16. Juli 1870 zum etatsmäßigen Trompeter und am 27. November 1877 zum Sergeanten befördert. Am 1. Dezember 1877 zur 5. Gendarmerie-Brigade nach Pommern einberufen,



wurde er am 16. November 1887 als interimistischer Hilfskreiswachmeister nach der neuen Kreisstadt Jahn versetzt und am 1. Mai 1888 als Kreiswachmeister bestätigt. Nachdem er am 1. April 1890 wie alle Kreiswachmeister zum Oberwachmeister ernannt worden war, erfolgte am 1. Juli 1890 seine Versetzung nach Hohenfalza. — Kam. Böttger, der den Feldzug 1870-71 mitgemacht hat, besitzt die Kriegsdenkmünze für 1870-71, die Erinnerungsmedaille, das Allgemeine Ehrenzeichen und die Dienstauszeichnung 1. Klasse.

Das 25jährige Dienstjubiläum beging am 1. Oktober d. J. Kamerad b. Gendarmerie-wachmeister Griepentferl in Neuenbürg (9. Brigade). Er war von 1881 bis 1882 auf der Unteroffizierschule Weilburg, von 1882 bis 1884 auf der Unteroffizierschule Potsdam und diente 1884 bis 1892 beim Feld-Artillerie-Regiment von Scharnhorst (1. Hannoverischen) Nr. 10 in Hannover und Celle. Seit dem 1. Oktober 1892 zur 9. Gendarmeriebrigade übergetreten, tat er bis 1. Oktober 1904 im Kreise Launenburg und von da ab im Kreise Segeberg Dienst; seine Stationsorte waren Hakeburg, Friedrichsruh und Neuenbürg. An Ehrenzeichen besitzt Kamerad Griepentferl die Erinnerungsmedaille und die Dienstauszeichnung 1. Klasse.

Kamerad Leutnant Zwißki.

Kamerad Zwißki wurde am 16. März 1845 zu Bielno, Kreis Bromberg, geboren und am 5. September 1868 in das 1. Pommersche Ulanen-Regiment Nr. 4 eingestellt. Einige Jahre darauf zur Reitschule in Hannover und bei Ausbruch des Krieges 1870-71 zur Stabswache Sr. Majestät des Königs Wilhelm kommandiert, war er Augenzeuge bei den großen Entscheidungen jenes Feldzuges und besonders auch bei der Kaiserproklamation zu Versailles. Am 17. Oktober 1871 trat er in das Westfälische Ulanen-Regiment Nr. 5, bei dem er nach zwei Tagen zum Unteroffizier und am 1. August 1873 zum Sergeanten befördert wurde. Am 1. Juli 1876 erfolgte seine Einberufung zur 5. Gendarmier-Brigade nach Miloslaw. Nach zwei Jahren als Kreiswachmeister nach Schubin und später nach Wologda versetzt, wurde er am 1. April 1890 zum Oberwachmeister ernannt und in Strelno stationiert. Am 2. Juli v. J. beging Kamerad Zwißki sein 25jähriges Dienstjubiläum als Kreis- oder Oberwachmeister, bei welcher Gelegenheit dem Jubilar vielfache Ehrungen zuteil wurden, über die wir in Nr. 11 v. J. auf Seite 256 ausführlich berichteten. Aus Anlaß seiner am 1. Oktober 1907 erfolgten Versetzung in den Ruhestand ist dem Kameraden Zwißki durch Allerhöchsten Erlass vom 25. September der königliche Kronenorden 4. Klasse und durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 18. Oktober 1907 der Charakter als Leutnant verliehen worden. Kamerad Leutnant Zwißki besitzt an sonstigen Auszeichnungen die Kriegsdenkmünze 1870-71, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsmedaille, das Allgemeine Ehrenzeichen, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens und die Rote Adler-Medaille. — Leider ist Kamerad Zwißki infolge eines Schlaganfalls zurzeit an das Krankenlager gefesselt. Wir wünschen dem verdienten Kameraden eine baldige und vollständige Genesung.

Artikelschan.

Die fahrenden Zigeuner. Von Gregor Freiherrn v. Niesenhof, D.-Szeplaf. — Bester Lloyd vom 28. 7. 07.

Verfasser schildert die verschiedenen Arten der Zigeuner. Als die eusebische Landplag; gegen die rassistische und ausgiebige Hölle abholen sei. bezeichnet er die in Gorden untervergehenden Zigeuner. Diese fahren in mehrer-n, oft vielen Wagen im Lande umher und finden sich, wenn sie sich einmal trennen, durch Zeichen an Bäumen immer wieder zusammen. (Dies dürfte auch bei uns in Deutschland alle Verluste, die Bänder aufzulösen, ins Wasser fallen lassen) Sie treiben Pferdehandel; ihr Gewerbe ist aber nur ein Vorwand für Diebstahl. Häufig der Wanne der Zigeunerkinder und ihrer Erziehung auf Staatskosten gibt es nach Ansicht des annehmend sehr sachkundigen Verfassers kein Mittel, den Romadentrieb erfolgreich zu bekämpfen. Et.

Auskunft.

Kam. OW. F. in O. Jagdgesetze im Gendarmier-Kalender. Wo es zum Verständnis der Bestimmungen der Jagdordnung notwendig erschien, da sind die erforderlichen Paragraphen aus anderen Gesetzen — es handelt sich um 29 Paragraphen aus 9 verschiedenen Gesetzen — im Anschluß an die Paragraphen der Jagdordnung n. v. eingeschaltet worden.

Nr. 280. — G.-Ch.

Kam OW. K. Städteverzeichnis. Wir hoffen bestimmt, im Gendarmier-Kalender ein Stadverzeichnis, das Angaben über Kreis, Regierungsbezirk, Einwohner, Bürgermeister, Schulen n. v. enthält, bringen zu können.

Nr. 242. — G.-Ch.

Amtsverst. W. Theatervereinsvorstellungen.

Die auf die Mitglieder beschränkten Theater-vorstellungen eines Theatervereins können als öffentliche angesehen werden, wenn die Mitgliederzahl des Vereins so groß, die Organisation so lose, der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an so geringe Voraussetzungen geknüpft und so wechselnd ist, daß von dem Verein nicht mehr gesagt werden kann, seine Mitglieder bildeten einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen. (So Pr. OVG. Entsch. vom 4. 1. 1895. Bd. 27, 428; ähnlich Hanseat. OVG. vom 28. 1. 1897 in Saden Oldorf. Dr. Paul Vogt, Entsch. des OVG. aus den Jahren 1879—1897 Seite 156.) Dieser Auffassung getreu hat die Hamburger Polizeibehörde die Aufführung eines Dramas durch die „Neue Freie Volksbühne“ bei einem Unterhaltungabend der Verbandsfiliale Hamburg-Altona des über 4000 Mitglieder zählenden Staats- und Gemeindebeamtenverbandes verboten.

Nr. 73 b. — St.

F. F. 1000. Erlebtes und Erfahrenes.

Sie waren zur Wahrnehmung des Sicherheitsdienstes nach X. kommandiert, wo bei den dortigen Erdarbeiten ausländische Arbeiter beschäftigt waren und wollen wissen, ob Sie Ihre bei dieser Gelegenheit gemachten Wahrnehmungen und Erfahrungen uns unter „Erlebtes und Erfahrenes“ mitteilen können. — Gewiß! Ebenso können Sie gleichzeitig Vorschläge machen, in welcher Weise den Gendarmen die Überwachung und Kontrolle der Arbeiter, Revision ihrer Legitimationspapiere n. v. nach Ihren Erfahrungen erleichtert werden kann. Ein solche Erleichterung herbeizuführen, dem Gendarm mehr persönlichen Schutz zu verschaffen, ist ja der Zweck unserer Anregung. Deshalb sind uns Ihre Mitteilungen willkommen.

Nr. 300. — Vg.

Kam. OW. T. in H. und Kam. FW. L. in S. Ausländische Arbeiter in gewerblichen Betrieben.

Wenn es auch in Nr. 14, Seite 322 f. heißt: „Polizei- und Sicherheitsdienst bei Bauarbeitern“, so handelt es sich doch auch um solche ausländischen Arbeiter, welche bei Eisenbahnarbeitern, bei Erdarbeiten und in gewerblichen Betrieben überhaupt in Massen beschäftigt werden. Wir sind für jede Mitteilung

über Maßnahmen, welche aus Veranlassung solcher Ansammlungen ausländischer Arbeiter notwendig geworden sind, dankbar, denn nur unter Berücksichtigung aller Verordnungen, Einrichtungen und in der Praxis gemachten Erfahrungen auf diesem Gebiet kann dieses schwierige Thema zweckdienlich bearbeitet werden.

Rr. 225. — Vg.

X. Y. Z. 999. und Kam. ber. W. S. in G. Unterbringung ausländischer Erdarbeiter. Teilen Sie uns doch ruhig mit, was Ihnen in bezug auf Prüfung der Legitimationspapiere und auf die Unterbringung ausländischer Erdarbeiter aufgefallen ist und was Sie zur Vereinfachung gewisser Abetstände vorschlagen. Jeder Fingerzeig ist für die Sache wertvoll.

Rr. 229. — Vg.

Kam OW. F. in B. Glückspiel, Lotterie und Auspielung. Glückspiel ist jedes Spiel um einen Vermögenswert (also nicht bloß um Geld), dessen Ausgang wesentlich vom Zufall abhängt. Auch Lotterien und Auspielungen gehören an sich mit dazu. Indessen versteht das StGB. in den §§ 284 und 285 sowie im § 360¹⁴ unter Glückspielen nur solche Spiele, welche nicht unter den Begriff Lotterie oder Auspielung fallen. Das ergibt sich unmittelbar aus § 286 StGB., der die Veranstaltung jeder obrigkeitlich genehmigten Lotterie oder Auspielung für strafflos erklärt und andernfalls im Widerspruch mit den übrigen Strafbestimmungen stünde. Unter Auspielung versteht man zunächst das Auslegen einer Sache als Gewinn gegen einen bestimmten Einsatz an eine Personeneinheit unter der Bedingung, daß diejenige der mehreren Personen den Gewinn erhalten soll, welche aus einem künftigen Spiele nach dem festgesetzten Spielplane als Sieger hervorgeht. Die Lotterie ist eine Unterart der Auspielung. Bei ihr besteht der Gewinn oder bestehen die Gewinne in Geld und die Entscheidung darüber, welchem der mehreren Mitspieler die Gewinne zufallen, wird durch eine Losziehung getroffen. Der Begriff Auspielung ist indessen ein weiterer. Auch die Spiele, wie sie auf Jahrmärkten und sonstigen Volksversammlungen (in den sog. Glücksbuden) gespielt zu werden pflegen, fallen darunter, obwohl diese Spiele sich regelmäßig zwischen dem Inhaber und je einem Spieler vollziehen. Voraussetzung bei den Auspielungen ist, daß der Gewinn nicht in Geld, sondern in anderen (beweglichen oder unbeweglichen) Sachen besteht. Hierin liegt der wesentliche Unterschied von der Lotterie. Eine Losziehung kann selbstverständlich auch bei der Auspielung erfolgen; doch können auch andere Zufallsspiele (Glücksrad, Würfel u. a.) angewendet werden, um über Gewinn oder Verlust zu entscheiden. Hieraus ergibt sich nun weiter, daß unter den Begriff Glückspiel im Sinne der §§ 284 und 360¹⁴ StGB. die Auspielung von Waren nicht fällt. Insbesondere „hält“ der Inhaber einer „Glücksbude“ nicht „Glückspiel“, sondern veranstaltet eine Auspielung. Glückspiele hält dagegen, wer um Geld ein Zufallspiel veranstaltet, an dem er anderen die Beteiligung zugänglich macht.

Er muß eine bereit gestellte Spieleinrichtung (z. B. einen Spieltisch, Spielautomaten) zum Mitspielen darbieten. Der Mitspieler ist nach § 360¹⁴ nicht strafbar. Ebenso ist die Bestimmung unanwendbar, wenn die Mitspieler sich alle mit gleichen Rechten und Pflichten gegenüberstehen; dann „hält“ keiner das Spiel, es wird nur „gespielt“. Der Spielhalter verliert diese seine Eigenschaft nicht, wird also nicht zum bloßen Mitspieler, wenn er auch regelmäßig mitspielt. Ein wechselndes „Vanhalten“ macht sämtliche Vanhalter zu Spielhaltern. Das in letzter Zeit vielfach beliebte Aufstellen von Spielautomaten in Wirtschaften fällt unter den Begriff des „Haltens von Glückspielen“, bezw. der Veranstaltung einer Auspielung, je nachdem ein Geldgewinn oder der Gewinn einer andern Sache ausgelegt ist. Das Halten von Geldspielautomaten sehen einige Gerichte und Anklagebehörden als „Lotterie“ an. Vorausgesetzt ist hierbei, daß der Erfolg lediglich oder im wesentlichen vom Zufall abhängt. Daß der Veranstalter persönlich zugegen ist, ist für den Begriff Spielhalten oder Auspielen nicht erforderlich. Geschicklichkeitsspiele sind Lustbarkeiten, die nicht unter die Glückspiele oder Auspielungen fallen. Rr. 236a. — ph.

Kam. H. F. G. P. 1. Einschreiten des Polizeibeamten auf Grund eines Schankwirts. Von vornherein muß festgestellt werden, daß der Polizeibeamte keineswegs verpflichtet ist, dem Wirt den Hausdiener zu ersetzen und sich zum Hinauswerfer degradieren zu lassen. — Es ist nach § 10 Abs. allerdings die Aufgabe der Polizei, diejenigen Anstalten zu treffen, die geeignet und notwendig sind, die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese Gesetzesstelle spricht aber deutlich von der öffentlichen Ruhe usw.; es muß somit ein öffentliches Interesse (d. h. ein Interesse der Allgemeinheit) vorliegen, wenn der Polizeibeamte dem Gast den weiteren Aufenthalt im Lokal auch nur zu verbieten, und ein dringendes öffentliches Interesse muß vorliegen, wenn er präventiv vorzugehen und ihn gewaltsam hinausbringen berechtigt sein soll. Der Polizeibeamte muß daher nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen von Fall zu Fall entscheiden, wie er sich solchen — meist ganz unberechtigten — Anforderungen eines Wirtes gegenüber zu verhalten hat. Hat der Gast, wie Sie in der Frage annehmen, lange im Lokal geizet und will ihn der Wirt auf eine bequeme Art loswerden, weil er in seinem angeheiterten Zustande den übrigen Gästen lästig wird, eine strafbare Handlung aber noch gar nicht vorliegt, dann ist der Beamte, wenn er der Aufforderung des Wirtes Folge gibt, nicht in rechtmäßiger Ausübung des Dienstes und ein vom Gast etwa geleisteter Widerstand wäre kein Widerstand gegen die Staatsgewalt im Sinne des § 113 Abs. 1 StGB. Wenn also ein Wirt in solchem Falle den Beamten zur Hilfeleistung auffordern sollte, dann ist er vom Beamten dahin zu betheuern, daß er die Entfernung des Gastes in gutem selbst vornehmen oder durch sein Personal vor-

nehmen lassen soll. Sollte der Wirt indes einen sich unanständig benehmenden, die Ruhe und Ordnung im Lokal stark störenden Gast rechtmäßiger- und billigerweise auffordern, das Lokal zu verlassen, und läme dieser der Aufforderung nicht nach, dann läge der Tatbestand des Hausfriedensbruchs vor. Doch auch in diesem Falle hat erst der Wirt mit seinen Kuten zu versuchen, den lästigen Gast aus seinem Lokal zu entfernen und erst, wenn diese Personen mit dem tabiaten Gaste nicht fertig werden, haben sie das Recht, polizeilichen Schutz zu fordern; der Beamte aber hat zu prüfen, ob dieser Schutz notwendig ist oder nicht. Kommt er zu der Überzeugung, daß es erforderlich ist, dem Wirt beizustehen, dann muß er auch erst den Tatbestand der vorliegenden strafbaren Handlung (Hausfriedensbruch) feststellen und, da dieser im allgemeinen nur auf Antrag verfolgt wird, dem Wirt auch noch die Frage stellen, ob er den erforderlichen Strafantrag stellen will. Nur wenn Gefahr im Verzuge ist, kann er auch schon, ehe er diese Frage gestellt hat, einschreiten, da dieses von der Stellung des Strafantrages nicht abhängig ist. Wenn der Täter der jetzt rechtmäßigen Aufforderung des Beamten zum Verlassen des Lokals keine Folge gibt, dann erst ist der Augenblick gekommen, in dem der Beamte gegen den Täter Zwangsmittel (Dinansführer, evtl. auch polizeiliche Festnahme) anwenden kann, um ihn an der Fortsetzung der strafbaren Handlung durch Zwangsmittel zu hindern. Auch der eine Versammlung überwachende Beamte hat zu berücksichtigen, daß dem Wirt des Lokals und dem Einrufer der Versammlung das Hausrecht zusteht, daß er aber auch hier berufen ist, diese Personen in Ausübung genannten Rechtes zu unterstützen. Immer aber wird er auch hier erst den Tatbestand einer strafbaren Handlung klar festzustellen haben, ehe er zur Anwendung von Zwangsmitteln schreitet; denn er persönlich hat (evtl. vor Gericht) nachzuweisen, auf welche Befehlsstellen er sich stützte, als er gegen die in Rede stehende Person Gewalt anwandte. — Es wird immer Eade des einzelnen Beamten bleiben, sich durch Höflichkeit, Zuvorkommenheit, aber auch ganz bestimmtes, nur auf gesetzliche Bestimmungen sich stützendes Einschreiten beim Publikum und nicht zuletzt bei den Gastwitten diejenige Achtung zu verschaffen, die es den Beteiligten unmöglich macht, in dem Polizeibeamten den Dinanswerter zu sehen.

2. Einschreiten des Polizeibeamten auf Ersuchen eines Vermieters. Hier liegt die Sache für den Polizeibeamten noch schwieriger, weil die Mietsstreitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter privatrechtliche Angelegenheiten sind, die nach dem BGB. behandelt werden müssen. Die Verletzung des Zurückbehaltungsrechts ist allerdings nach § 280 Nr. 28. strafbar und schon, um die Vollendung einer Straftat zu verhindern, kann der Beamte einschreiten; es wird sich aber in der Praxis vom Beamten nicht immer feststellen lassen, auf welcher Seite

das Recht steht, da meist beim Vermieter und Mieter Auslage gegen Auslage stehen wird und eine Entscheidung nur vom Zivilrichter möglich ist. Wird der Vermieter, der sein gesetzliches Pfand- und Zurückbehaltungsrecht ausübt, seitens des Mieters darin durch Anwendung oder Androhung gewaltthamer Maßregeln gestört, so kann der Vermieter die Hilfe der Polizei anrufen, welche verpflichtet ist, ihn gegen diese Gewalt einstweilen zu schützen. (MGE. II. 23. 10. 88.) Der Polizeibeamte muß dabei in der Praxis in erster Linie Gewalttätigkeiten zwischen Vermieter und Mieter verhindern. Die Möbelstücke bleiben da, wo sie sich im Augenblick des Dinansommens des Beamten befinden; befinden sie sich also noch im befriedeten Besitztum (im Hause, auf dem Grundstück) des Vermieters, dann bleiben sie einstweilen in diesem, andernfalls nimmt sie der ausziehende Mieter einstweilen mit; das Weitere entscheidet der Zivilrichter. Der Mieter, welcher unter Verletzung seiner zivilrechtlichen Kammungsverbindlichkeiten über die Tauer des Mietsvertrages hinaus in der Mietwohnung verbleibt und sie trotz Anforderung des Vermieters, sie zu räumen, nicht verläßt, macht sich eines Hausfriedensbruchs nicht schuldig (MGE. v. 16. 6. 03). In solchen Fällen ist ein Einschreiten des Polizeibeamten nicht gerechtfertigt. Dem Vermieter muß vielmehr aufgeingestellt werden, die gerichtliche Kammungsfrage gegen den Mieter anzustrengen. Nr. 207. — 44.

Kam. G. W. R. in T. Dänische Aufschriften an Fuhrwerken. Wenn durch Polizeiverordnung nur angeordnet ist, daß die Bezeichnung der Fuhrwerke in deutscher Sprache erfolgen muß, dann kann zwar das daneben erfolgte Anbringen einer dänischen Aufschrift nicht auf Grund der Verordnung mit Strafe belegt werden, hierzu wäre das ausdrückliche Verbot der fremden Sprache (wie in der Posener Polizeiverordnung über die Verwendung der polnischen Sprache) geboten. Indessen kann die Ortspolizeibehörde durch polizeiliche Zwangsverfügungen darauf dringen, daß die dänische Ortsbezeichnung weggelassen, wenn sie irreführt, wenn der dänische Ortsname z. B. größere Ähnlichkeit mit einem anderweitig in der Gegend vorkommenden Ortsnamen als mit dem offiziellen deutschen Ortsnamen hat; sie kann aber auch weiter darauf dringen, daß die maßgebende deutsche Aufschrift mindestens gleich groß, gleich deutlich und gleich augenfällig angebracht wird wie die dänische. Wir wurden als Zwangsmittel Ausführung durch einen dritten auf Kosten des Fuhrwerksbesizers für geeignet erachtet. Nr. 156 a. — 51.

An Kam. O. W. L. in K. Betreten fremder Grundstücke zur Vorbereitung polizeilichen Einschreitens. Liegt die Annahme vor, daß sich ein Grundstück im polizeiwidrigen Zustande befindet, dann ist die Ortspolizeibehörde berechtigt, für ihre Einschließungen eine Verächtigung des Grundstücks vornehmen zu lassen und dem Grundstückseigentümer unter Strafandrohung aufzugeben, daß er den mit der Einnahme des Augenscheins beauftragten Beamten den Zutritt

zu einer Zeit gestattet, deren Wahl nicht ihm, sondern der Polizei zustehen soll. (Vgl. Entsch. I. Sen. C. 66. vom 31. 3. 03, Bd. 43, 413.)

Rr. 174 b. — p.

Kam. GW. K. in K. Verwahrung der bei Durchsuchungen beschlagnahmten Sachen. Der Polizei- oder Sicherheitsbeamte, der im Auftrage eines Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft eine Durchsuchung nach gestohlenen Türen vornimmt und diese ganz oder auseinandergeschlagen in dem Hausgrundstück des Diebes verwendet findet, handelt durchaus rechtmäßig, wenn er die gestohlenen Türen oder Türteile beschlagnahmt. Wie er die Beschlagnahme ausführt, durch Entfernung und Ablieferung an den Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft (bzw. an das Gericht) oder durch bloße Anlegung von Siegeln, ist rechtlich gleichgültig; es fragt sich nur, was im Einzelfalle zweckmäßiger ist. Die Anlegung von Siegeln wird, besonders wenn die Türen dem Regen und Wind ausgesetzt sind, nicht gerade zu empfehlen sein, da das Wetter die Siegel leicht beschädigen oder vernichten kann. Ohne Einfluß ist es für das Recht der Beschlagnahme, daß die gestohlenen Stücke Teile des Gebäudes geworden sind, durch Diebstahl kann niemals Eigentum erworben werden. Es kann also auch den zusammengebrochenen Zubehörteilen eines Hauses niemals die rechtliche Eigenschaft als Zubehörteile des Gebäudes — der unbeweglichen Sache — zuteil werden. Wäre dies der Fall, dann würde auch die Beschlagnahme durch Anlegung von Siegeln nicht zulässig sein. Zweckmäßig ist die Mitnahme der Türen endlich auch deshalb, weil die Gerichte oder die Staatsanwaltschaft dann über die Rückgabe an den Verstorbenen ohne weiteres verfügen können, ohne daß es einer — sonst kaum zu vermeidenden — Klage auf Herausgabe oder Schadenersatz bedarf.

Rr. 240. — St.

An Amtschr. S. in B. Pasteurisierte Milch. Die Verwendung pasteurisierter Milch begegnet allerdings erheblichen gesundheitspolizeilichen Bedenken. So weist v. O. Oster tag in der Zeitschr. für Fleisch- und Milchhygiene 15, 293 ff. 1905 bereits darauf hin, daß pasteurisierte Milch besonders dann, wenn sie im Haushalt nochmals aufgekocht wird, die Paratuberkulosekrankheit begünstigt, da die nicht abgetöteten peptonisierenden Bakterien die Milch zerlegen und leicht Fäulnis eintritt. Das Pasteurisieren ist auch geeignet, vorher bereits vorhanden gewesene Zerlegungsvorgänge zu verdecken. Die pasteurisierte Milch ist dann ein bereits verdorbenes Nahrungsmittel und vom Verleß überhaupt auszuschließen.

Rr. 177. — n.

An Kam. GW. C. in M. Gewerbebetrieb in Kirmesbuden an Sonntagen. Nach § 55 a Gew.Ordg. und Ziffer 138 c der Ausf. Anw. vom 1. Mai 1904 sind die unteren Verwaltungsbehörden, d. i. in Städten über 10000 Einwohner die Ortspolizeibehörden, im übrigen der Landrat (Ziffer 3 c Ausf. Anw.), befugt, bei öffentlichen Feiern, also auch bei einer Kirmes das Feilbieten von Waren, Blumen, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinne-

rungszeichen und ähnlichen Gegenständen an Sonn- und Feiertagen zu gestatten, mit Ausnahme der Stunden des Vor- und Nachmittags-gottesdienstes. Die zuständige Behörde darf also das Feilbieten bis 12 Uhr nachts zulassen. Die Vorschriften über den Ladenschluß stehen dieser Ermächtigung nicht im Wege, da sie sich auf Sonn- und Feiertage überhaupt nicht erstrecken. (Vgl. Ziffer 266 Abs. 2 der Ausf. Anw.)

Rr. 223 a. — St.

Aufruf

zur Stiftung eines Denkmalsfonds zu Ehren der während des Aufstandes 1903 bis 1907 Gefallenen und Gestorbenen der Kaiserlichen Schutztruppe in Südwestafrika und der Kaiserlichen Marine.

Wir beabsichtigen unseren tapferen Kameraden, die während des vergangenen Feldzuges für Deutschlands Ehre gefallen oder durch Krankheit dahingerafft sind — insgesamt 106 Offiziere, Sanitäts-Offiziere, und Beamte sowie 1658 Mannschaften der Schutztruppe und der Marine — in Windhut ein Denkmal zu setzen.

Wir wenden uns daher an die Deutsche Armee und Marine und unsere Deutschen Mitbürger, welche unserem schweren Kampfe warmes Interesse entgegengebracht haben, mit der Bitte, uns durch Geldpenden die Errichtung eines würdigen Denkmals zu ermöglichen.

v. Eschhoff,

Oberstleutnant und Kommandeur der Schutztruppe für Südwestafrika.

Indem wir vorstehenden Aufruf an dieser Stelle veröffentlichen, teilen wir gleichzeitig mit, daß wir eine Sammelstelle errichtet haben und bereit sind, Geldpenden von unseren Lesern in Empfang zu nehmen. Beträge unter 1 Mark stellen wir anheim in Briefmarken einzusenden. Die kleinste Gabe ist willkommen. Eine Liste der Beitragsleister überreichen wir dem Kommando der Schutztruppen, Berlin W. 8, bei Absendung der gesammelten Gelder. Es kommt nicht auf die Höhe der Beiträge an, sondern darauf, daß die Zahl der Beitragsleister groß ist. Die Sendungen bitten wir zu bezeichnen: Beitrag zum Denkmalsfonds für Windhut.

Kameradschaft,

Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. H.

Verlag der Zeitschriften:

„Die Zivilversorgung“, „Die Polizei“, „Der Genarm“,
Berlin W. 9, Linkestraße Nr. 11.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienste.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.

Nr. 16.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerzbach zu Berlin.

1907/08.

Die Polizeihundprüfung zu Hagen i. W.

am 29. und 30. September 1907.

Der Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) hat mit seiner 7. Polizeihundprüfung einen vollen Erfolg errungen. Alle bisher veranstalteten Prüfungen hat er bei weitem mit der Hagener Prüfung übertroffen. Darauf kann der P. H. V. und vor allem der an seiner Spitze stehende tatkräftige und zielbewusste I. Vorsitzende, unser allverehrter Herr Polizei-Inspektor Meher i. Hagen, der auch der Leiter der Prüfung war, mit Recht stolz sein.

Was bisher nicht möglich war, ist diesmal erreicht worden. Der P. H. V. hat unabhängig von einer Hundeausstellung, unabhängig von einem anderen Verein diesmal aus eigener Kraft und aus eigenen Mitteln eine Prüfung veranstaltet.

Die Hagener Prüfung ist der Polizeihundfacha wegen veranstaltet worden und nicht als Lockmittel für eine sensationsbedürftige Hundeausstellung, auch nicht als Reklamemittel im Schlepptau eines Spezialvereins, um dessen Masse als die geborenen Polizeihunde herauszustreichen. Auch ist auf seiner Prüfung besseres Hundematerial bisher gezeigt worden.

Die Leistungen waren durchweg ganz vorzügliche. Wenn auch die höchst erreichbare Punktzahl (110) von keinem Hunde erreicht wurde, so haben sich die Dressurleistungen doch bedeutend gebessert. Während noch im vorigen Herbst in Dortmund die Punktzahl 76 als die beste Leistung galt, in Iserlohn in diesem Sommer die Höchstzahl auf 95 stieg, mußte in Hagen der I. Preis mit 104 Punkten erstritten werden.

Die Prüfung wurde tadellos vorbereitet und durchgeführt. Die Ordnung und Absperzung war mustergerichtig, der Prüfungsplan gut gewählt und bequem gelegen. Er bestand aus einem geräumigen Wiefengelände, das der ganzen Länge nach durch eine Einfriedigung abgesperrt war, so daß die Zuschauer sich bequem verteilen und die Dressurarbeiten genau verfolgen konnten. Für die Ehrengäste war eine besondere Tribüne aufgebaut.

Auf dem Prüfungsplatz waren die beiden üblichen Sprungwände und Verstecke für den Versuchsverbrecher vorhanden, in unmittelbarer Nähe auch ein leider etwas kleiner Teich. Jedoch ist ein solcher Nachbehelf in nächster Nähe immer einem fernab gelegenen größeren Wasser vorzuziehen, da dadurch die

Prüfung jedes einzelnen Hundes ungehindert und ohne Zeitverlust vor sich gehen kann.

Als Richter waren ausgelost worden und amtiert: Herr Pol.-Insp. Hanke-Duisburg-Weidenich; Herr Rgl. Pol.-Kom. Mörsch-Nachen und der Unterzeichnete, welcher mit der Abfassung dieses Richterberichts beauftragt wurde.



Polizeileitendant Neumann, Schmitthorst mit „Laby v. Schmitthorst“ (Airedaleterrierhündin), der Siegerin von Hagen i. W.

Zur Prüfung waren gemeldet:

- a) für die offene Klasse:
24 Rüden (6 Airedaleterriers, 11 deutsche Schäferhunde und 7 Dobermänner) und 5 Hündinnen (2 Airedaleterriers, 1 deutsche Schäferhündin, 2 Dobermannhündinnen);
- b) für die begrenzte Klasse:
8 Rüden (deutsche Schäferhunde) und 8 Hündinnen (2 Airedaleterriers, 3 deutsche Schäferhündinnen und 1 schottische Schäferhündin).

Von den gemeldeten 43 Hunden fehlten 5, so daß 38 Hunde geprüft wurden. Diese noch nicht dagewesene große Zahl von Meldungen zu einer Polizeihundprüfung beweist,

Contende. Nr.	Name	Rasse	Besitzer	Führer	Lebensalter folgen frei bei Hüh.
des Hundes					
Höchst erreichbare Punktzahl					4 4
Offene Klasse.					
1	Bosco	Ard. Terr.	P.-H. Knappe, Reheim.	Wei.	4 2
2	Wolff	Dtsch. Schäf.	Kr.-W. Battre, Stertrade.	Wei.	4 4
3	Prinz von Grönland	Doberm.	Fritz Gersbach, Berlin.	P.-S. Spahn, Schmidthorst	3 3
4	Wolff Enstata	Dtsch. Schäf.	Otto Henze, Soest.	Wei.	—
5	Roland	Dtsch. Schäf.	P.-S. Koch, Hagen.	Wei.	3 4
6	Max gen. Wolf	Dtsch. Schäf.	P.-W. Vorbed.	Kr.-P.-W. Ludwig, Vorbed.	3 4
7	Roland von Heeren	Dtsch. Schäf.	P.-S. Werthwein, Heeren.	Wei.	3 3
8	Günter v. d. Wacht	Dtsch. Schäf.	Karl Friedr. Gudelberger, Düsseldorf.	Wei.	3 3
9	Siegfried	Dtsch. Schäf.	P.-S. Osthaus, Dortmund.	Wei.	3 4
10	Montwig v. Edardstein	Doberm.	P.-J. Pahnke, Lüdenscheid.	Schym. Schröder III, Lüdenscheid.	4 4
11	Lov	Ard. Terr.	J.-W. Schoppmann, Hagen.	Wei.	2 2
12	Lady	Ard. Terr.	C. Kähler, Barmen.	P.-S. Wilhelm, Barmen.	3 3
13	Reg v. Reichlingen	Dtsch. Schäf.	P.-S. Hülsewig, Witten.	Wei.	4 2
14	Flocl v. d. roten Erde	Doberm.	P. V. Meiderich.	P.-S. Lütkenmeier, Duisb.-Meiderich.	3 4
15	Normann v. Jsenburg	Doberm.	Euhner, Neu-Jsenburg.	Schym. Freißl, Würzburg.	4 4
16	Dober	Doberm.	Max Kettler, Halpe.	P.-S. Daeget, Halpe.	4 3
17	Fannu	Deutsche Schäferhünd.	—	—	—
18	Harras	Dtsch. Schäf.	—	—	—
19	Prinz	Dtsch. Schäf.	Louis Pfänder, Hagen.	Helmich, Hagen.	3 1
20	Graf	Doberm.	P.-H. Wagner, Rohwinkel	Wei.	4 4
21	Wotan	Doberm.	do.	Wei.	4 4
22	Schufi	Ard. Terr.	Schym. Meiners, Frankfurt a. M.	Wei.	4 4
23	Greif	Ard. Terr.	P.-W. Herlohn.	—	—
24	Zahn	Dtsch. Schäf.	Hugo Schaffland, Halpe.	Wei.	4 2
25	Prinz von Halpe	Ard. Terr.	P.-W. Halpe.	P.-S. Hager, Halpe.	4 4
26	Prinz Arthur v. Dyberg	Dtsch. Schäf.	Schym. Lügow, Frankfurt a. M.	Wei.	2 0
Offene Klasse.					
1	Gula von Langerfeld	Ard. Terr.	P.-W. Fleischhauer, Barmen.	Wei.	4 4
2	Nora von Edardstein	Doberm.	P.-J. Pahnke, Lüdenscheid.	P.-S. Schröder II, Lüdenscheid.	4 4
3	Marlitt v. Edardstein	Doberm.	do.	Wei.	4 4
4	Lady v. Schmidthorst	Ard. Terr.	P.-S. Neumann, Schmidthorst.	Wei.	4 4
5	Fannu	Dtsch. Schäf.	Fritz Voß, Herlohn.	Wei.	3 4
Begrenzte Klasse.					
1	Blücher	Dtsch. Schäf.	P.-S. Hegeler, Soest.	—	—
2	Harras	Dtsch. Schäf.	Zul. Braun, Berghofen.	Wei.	2 1
3	Reg	Dtsch. Schäf.	Schym. Schmidt, Hagen.	Wei.	3 0
4	Siegfried	Dtsch. Schäf.	do.	—	—
5	Bruno v. Eichelgarten	Dtsch. Schäf.	P.-W., Hagen.	Schym. Karmann I., Hagen.	4 4
6	Caesar	Dtsch. Schäf.	P.-H. Doumerstag, Osterfeld.	P.-H. Neumann, Osterfeld.	4 2
7	Hof	Dtsch. Schäf.	P.-W. Vorbed.	P.-S. Rudolf, Vorbed.	4 4
8	Waldin	Dtsch. Schäf.	P.-S. Josting, Witten.	Wei.	3 1
9	Harras	Dtsch. Schäf.	P.-W. Schröder II., Duisb.-Meiderich.	Wei.	4 4
Begrenzte Klasse.					
1	Beate v. Mühlenbruch	Ard. Terr.	P.-W. Fleischhauer, Barmen.	Wei.	3 4
2	Immo v. d. Haupe	Dtsch. Schäf.	P.-S. Eisenbach, Hagen.	Wei.	4 2
3	Gilly	Dtsch. Schäf.	P.-S. Schmalenbach, Hagen.	Wei.	4 4
4	Gertha	Ard. Terr.	P.-S. Schulte, Werdohl.	Wei.	—
5	Minla von Duisburg	Dtsch. Schäf.	P.-W. Joswig, Hagen.	Wei.	—
6	Lizht	Schott. Schäf.	Kr.-P.-S. Klein, Hagen.	Wei.	4 3

daß der P.H.V. sich auf dem richtigen Wege befindet, das Ziel zu erreichen, das er sich gesteckt hat, und daß Rörgler und unzufriedene Leute dem P.H.V. keinen Abbruch tun können.

Die heiliegende Prüfungsskala gibt eine Übersicht über die Fächer, in welchen geprüft wurde, und enthält für jedes Fach die Bewertungspunkte, die erreichte Gesamtpunktzahl und die anerkannten Preise. An der Hand dieser Übersicht ist es jedem Führer möglich, zu sehen, in welchem Dressurfach er nachzuholen hat und an welchen Stellen sein Hund noch der Weiterausbildung bedarf.

Die Aufgabe der Preisrichter war diesmal bei der großen Zahl der Hunde und bei den ganz hervorragenden Leistungen eine besonders schwierige, die zu erfüllen uns Preisrichtern zu besonderer Vergnügung gereichte. Das Preisrichterkollegium hat sich der strengen Unparteilichkeit, der strengsten sachlichen Beurteilung sowohl gegenüber den Führern wie gegenüber den Hassen beiseigigt.

Wegen der großen Zahl der gemeldeten Hunde mußte an 2 Tagen geprüft werden. Die Prüfungsleitung hatte das vorausgesehen und bereits vorher diejenigen Führer benachrichtigt, die erst am zweiten Tag zur Prüfung herankamen. Trotzdem waren die meisten Führer, die erst am zweiten Tag hätten zu erscheinen brauchen, bereits am ersten Tag aufweisend.

Zu bewundern war auch die Ausdauer und das Interesse des überaus zahlreich erschienenen Publikums von nah und fern, besonders der Gagner Bevölkerung, die sich mit Begeisterung und reger Anteilnahme der Polizeihundprüfung widmete. Ein sprechender Beweis dafür ist die stattliche Zahl der gestifteten Ehrenpreise, vornehmer und wertvoller, wie sie nur wenige Hundausstellungen aufweisen können.

Am ganzen waren 63 Ehrenpreise zu vergeben. Hierbei ist hervorzuheben, daß Se. Erzellenz der Herr Minister dem P.H.V. in Anerkennung der Verdienste des Vereins um dieucht und Ausbildung der Polizeihunde 200 M für die Veranstaltung von Polizeihundprüfungen bewilligt hat. Ferner hat die Stadt Hagen i. W. dem P.H.V. zur Unterstützung der Bestrebungen des Vereins 200 M überwiesen. Allen gütigen Gebern von Geld und Ehrenpreisen sei an dieser Stelle nochmals herzlichster Dank ausgesprochen.

Nun einige Bemerkungen über die einzelnen Führer und Hunde selbst:

1. Offene Klasse, Rüden.

1. Bosco. Der gute Bosco v. Rheim, der schon 1905 in Aachen als noch nicht einjähriger Hund bei starker Konkurrenz mit dem 1. Preis siegte, hatte einen schlechten Tag. Der an den beiden Tagen morgens früh reichlich vorhandene Tau beeinträchtigte sehr die Nasenarbeit der zuerst gedrückten Hunde. Hierunter hatte auch Bosco zu leiden, denn im Verlorensuchen klappte es

stark. Das Frühbad schien ihm auch wenig zuzusagen, die Wasserarbeit wollte ihm nicht recht gelingen. Die Arbeit am Verbrecher war gut.

2. Wolf arbeitete am Verbrecher gut, zeigte schönen Gesamtpapell, versagte aber beim Apportieren über Hindernisse; auch die Nasenarbeit war nicht zufriedenstellend.

3. Prinz v. Grönland, ein Dobermann mit guter Nase, ist noch nicht vollständig durchgedressiert. Beim Bewachen von Gegenständen ist er sehr scharf, seine Arbeit am Verbrecher noch schwach.

4. Wolf Susatia fehlt.

5. Roland leistete eine sehr gute Wasserarbeit und zog die Puppe prompt und schnell aus dem Wasser ans Ufer. Er ist ein tüchtiger Springer, hat dafür aber wenig Appell. Das Auffuchen vergrabener Schlüssel gelang nicht vollkommen; ebenso mangelte es im Verlorensuchen. Am Verbrecher arbeitete er gut und ist ein starrer Verteidiger. Der Führer muß dem temperamentvollen Rüden gegenüber mehr Energie zeigen.

6. Max, gen. Wolf, der beste Hund des ersten Prüfungstages, vorzüglich dressiert und sehr gut geführt, ein sicherer Verlorensucher, labellos im Revieren, Verbessern, Verfolgen, ein guter Beschützer seines Herrn, prima Appell, stiel im Wasser, gewandter Springer, mit einem Wort: ein vollendeter Polizeihund.

7. Roland v. Deeren sucht gut mit der Nase, springt auch sehr gut, verliert jedoch beim Verbrecher den Appell und versagt bei Werdungüberbringen ganz. Bewachen von Gegenständen und Ablegen ist gut; der Gesamtpapell muß besser werden.

8. Günter v. d. Wacht. Der Hund hat noch sehr viel zu lernen, Springen, Apportieren über Hindernisse, Verlorensuchen, Werdungüberbringen ist gleich Null; dagegen leistet er am Verbrecher Gutes, ist schärfst und bewacht sehr gut.

9. Siegfried, deutscher Schäferhund, angeblich erst acht Wochen in der Dressur. In der kurzen Dressurzeit ist dem Hunde sehr viel beigebracht worden; er verspricht ein sehr brauchbarer Polizeihund zu werden.

10. Montik v. Ehardstein, ein sehr guter Dobermann, sehr gut durchgedressiert, hätte jedoch am Verbrecher besser arbeiten können, auch konnte der Gesamtpapell besser sein.

11. Low, ein Airedaleterrier, der noch nicht recht weiß, was er soll, ebenso der Führer. Beide müssen noch viel lernen, bis sie etwas leisten. Der Hund hat gute Anlagen zum Springen.

12. Tadh, ein ebenso unfertiger Airedaleterrier wie der vorige.

13. Rex v. Leichlingen, ein schöner, deutscher Schäferhund, gut veranlagt, aber gegen seine guten Leistungen auf früheren Prüfungen abgefallen.

(Schluß folgt.)

Haas und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 16.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Fundfachen.

Wer eine verlorene Sache findet und an sich nimmt, hat dem Verlierer oder dem Eigentümer oder einem sonstigen Empfangsberechtigten unverzüglich Anzeige zu machen. Kennt der Finder den Empfangsberechtigten oder seinen Aufenthalt nicht, so hat er den Fund und die für die Ermittlung des Empfangsberechtigten erheblichen Umstände der Ortspolizeibehörde anzuzeigen. Ist die Sache nicht mehr als 3 Mark wert, so bedarf es der Anzeige nicht (§ 903. *) Die Behandlung der Fundfachen durch die Ortspolizeibehörden erfolgt nach Maßgabe der Dienstanweisung vom 27. Oktober 1899 (MBl. 122). Danach sind die Ortspolizeibehörden verpflichtet, auf Verlangen des Finders die gesundene Sache oder, wenn der Finder die Sache wegen leichter Verderblichkeit hat versteigern lassen, ihren Erlös anzunehmen und zu verwahren; sie haben die Ablieferung der Sache oder ihres Erlöses anzuordnen, wenn nach ihrem Ermessen die polizeiliche Verwahrung im Interesse der Empfangsberechtigten liegt, insbesondere wenn eine Unterablage zu besorgen ist. Der Finder ist nach § 907 BGB. zur Ablieferung der Fundsache oder ihres Erlöses berechtigt und verpflichtet. Die Polizeibehörden sind verpflichtet, die Fundfachen öffentlich versteigern zu lassen, wenn der Verderb der Fundsache zu befürchten oder die Aufbewahrung mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist. Sie haben über die Funde ein Verzeichnis nach vorgeschriebenem Muster zu führen. Ein den Gegenstand des Fundes bezeichnender Auszug aus dem Verzeichnis ist in den Geschäftsräumen der Polizeibehörde während einer Woche anzuhängen. Übersteigt der Wert der Fundsache den Betrag von 3 Mark, so ist der Auszug auch in den für die Bekanntmachungen der Polizeibehörde bestimmten Blättern und bei Gegenständen von besonderem Wert nach den Umständen wiederholt und noch in anderen Blättern bekanntzumachen. Die Ortspolizeibehörden haben Anmeldungen von Ansprüchen auf die Fundsache entgegenzunehmen und die erforderliche Auskunft zu erteilen. Der Finder hat nach § 971 BGB. gegenüber dem Empfangsberechtigten Anspruch auf Finderlohn, der von dem Werte der Fundsache bis zu 300 Mark 5 %, von dem Mehrwert 1 % und bei Tieren überhaupt 1 % beträgt. Hat die Sache einen besonderen Wert, so wird der Finderlohn nach billigem Ermessen bestimmt (§ 971 BGB.). Mit dem Ablauf eines Jahres nach der Anzeige des Fundes, bei Funden im Wert unter 3 Mark nach Ablauf eines Jahres nach dem Fund, erwirbt der Finder das Eigentum, sofern nicht vorher ein Empfangsberechtigter

dem Finder bekannt geworden ist. Der Finder hat alsdann die Empfangsberechtigten zur Erklärung über die ihm zustehenden Ansprüche aufzufordern. Mit dem Ablauf der hierfür bestimmten Frist erwirbt der Finder das Eigentum, wenn nicht die Empfangsberechtigten sich rechtzeitig zur Befriedigung der Ansprüche bereit erklärt haben (§§ 973, 974 BGB.). Die Polizeibehörde darf die Fundfachen oder ihren Erlös nur mit Zustimmung des Finders an den Empfangsberechtigten herausgeben. Verzichtet der Finder auf sein Eigentum, so geht sein Recht auf die Gemeinde des Fundortes über. Wer eine Sache in den Geschäftsräumen oder den Beförderungsmitteln einer öffentlichen Behörde oder einer dem öffentlichen Verkehr dienenden Verkehrsanstalt findet und an sich nimmt, hat die Sache unverzüglich an die Behörde oder die Verkehrsanstalt, die in der Regel Fundbüreaus eingerichtet haben, oder an einen ihrer Angestellten abzuliefern (§ 978 BGB.). Für die Behandlung der im Bereich der Staats- eisenbahnverwaltung zurückgelassenen und aufgefundenen Gegenstände ist eine Fundordnung, in ihrer jetzigen Fassung vom 17. November 1904 (EVB. 356), erlassen. Hiernach sind neun Fundbüreaus errichtet, an die die gefundenen Gegenstände, wenn der Verlierer sich nicht innerhalb einer bestimmten Frist meldet, abzuliefern sind. Außerdem besteht in Berlin eine Zentralfundstelle, die auf Grund von Anzeigen der Fundbüreaus über gefundene und verlorene Gegenstände den Eigentümer zu ermitteln vermag. Die Behörde oder die Verkehrsanstalt kann die Fundfachen öffentlich versteigern lassen, nachdem die Empfangsberechtigten in einer öffentlichen Bekanntmachung zur Anmeldung ihrer Rechte unter Bestimmung einer Frist aufgefordert sind und die Frist verstrichen ist (§ 980 BGB.). Die Bekanntmachung erfolgt bei den Reichsbehörden, preuß. Behörden oder Verkehrsanstalten gemäß Art. 106. vom 16. Juni 1898 (MBl. 912), Erlaß vom 18. November 1899 (JMBL. 379; MBl. 1900, 35) durch Aushang an der Amtsstelle, oder an der für Bekanntmachungen bestimmten Stelle. Zwischen Aushang und Formahme der Bekanntmachung soll mindestens eine Frist von sechs Wochen verstrichen sein. Sind seit dem Ablaufe der in der öffentlichen Bekanntmachung bestimmten Frist drei Jahre verstrichen, so fällt der Versteigerungserlös, wenn nicht ein Empfangsberechtigter sein Recht angemeldet hat, bei Reichsbehörden und Reichsanstalten an den Reichsfiskus, bei Landesbehörden und Landesanstalten an den Staatsfiskus, bei Gemeindebehörden und Gemeindegemeinschaften an die Gemeinde, bei Verkehrsanstalten, die von Privaten betrieben werden, an diese (§ 981 BGB.).

(Dr. v. Bittorf's Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung.)

*) Abkürzungen: BGB. = Bürgerliches Gesetzbuch. MBl. = Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung. EMBL. = Eisenbahnverordnungsblatt. Art. 106. = Reichsanstaltsbekanntmachung. JMBL. = Justizministerialblatt. Die Schriftleitung.

Rechtspruchwörter.

Wird dein Diensthote krank,
Pflege ihn sechs Wochen lang!

Ja bei einem dauernden Dienstverhältnisse, das die Erwerbsfähigkeit des Verpflichteten vollständig oder hauptsächlich in Anspruch nimmt, der Verpflichtete in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen, so hat der Dienstberechtigte ihn im Falle der Erkrankung die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von 6 Wochen, jedoch nicht über die Beendigung des Dienstverhältnisses hinaus, zu gewähren. Reichs-Gesetz, § 617.

Auf den Lohn können die Verpflegungskosten angerechnet werden.

(Dr. Lohde: Neue deutsche Rechtspruchwörter.)

Erlesenes.

Preis unserer Muttersprache. Ein Volk, das seine eigene Sprache verlernt, gibt sein Stimmrecht in der Menschheit auf und ist zur stummen Rolle auf der Völkerbühne verurteilt.

(Friedrich Ludwigs Sohn.)

Weltbürger-Abc.

Speckbacher, Joseph, einer der Anführer des Tiroler Aufstands 1809, geb. 1767, verbrachte seine Jugend teils als Wildschütz, teils als Landwirt, überfiel als einer der Vertrauten Hofers am 12. April 1809, dem Tage des Ausbruchs des Aufstandes, die bayerische Garnison zu Hall und nahm sie gefangen, bereitete sich nebst seinem zehnjährigen Sohn an fast allen Kämpfen bis zur siegreichen Schlacht am Ziel (13. Aug.) wurde aber durch die Niederlage bei Mellef (16. Okt.) zur Flucht genötigt. Nach mannigfachen Abenteuern, von Alp zu Alp verfolgt, gelangte er endlich im Mai 1810 nach Wien, leistete 1813 wiederum vortreffliche Dienste in Tirol, wurde zum Major ernannt und starb 1820 zu Hall.

Kaybach, Nebenkuh der Eder auf der linken Seite, an dem in der Nähe von Wiegeln 20. Aug. 1813 die schlesische Armee unter Wücher die Franzosen unter Radonals glänzend besiegte; letztere verloren 30 000 Mann, darunter 18 000 Gefangene, 103 Kanonen und 2 Adler, die Verbündeten nur 3400 Mann.

Mundschau.

Die Schreibarbeit der Berliner Magistratsbeamten. Nach dem Bericht der Berliner städtischen Verwaltung wurden im letzten Geschäftsjahr verbraucht: 98 000 Bogen Aktendeckel, 250 000 Bogen Kanzlei-, 879 000 Bogen Konzept-, 285 000 Bogen Brief- und 101 747 Bogen Vordruckpapier, 4104 Gros = 590 976 Stahlfedern, 33 200 Bleistifte, 11 510 farbige Stifte, 16 336 Federhalter, 3138 Liter Tinte, 52 000 Bogen Vordruckpapier, 275 Stück Federposen, 983 000 Briefumschläge, 875 Kilo Einbinden, 388 Kilo Siegelband und 79 Kilo Oblaten. — Alle Achtung vor den Leistungen der städtischen Beamten Berlins, unter denen sich so viele alte Kameraden befinden!

Mätselcke.

Bilderrätsel.



Höflichkeit.

gen	näch	wenn	auch	schon	bei	vor
du	der	mor	ner	gen	ben	leicht
jet	ent	vor	gan	ben	den	nem
zweit	in	le	bei	viel	le	
ho	bist	das	ist	ge	ei	er
groß	und	den	al	zweit	den	daß
so	ben	und	mit	se	ler	mit

Wortspiel.

Eule — Ast — Leander — Acker — Turn
Raum — Stern — Elle — Reis.

Aus jedem Wort ist durch Voranfügung eines passenden Buchstabens ein neues bekanntes Hauptwort zu bilden, z. B. Kart — Abart. Die vorangestellten Buchstaben müssen im Zusammenhang einen deutschen Dichter der klassischen Zeit benennen.

Kapselrätsel.

Werkmeister, Ordensfest, Tropfen, Königreich,
Nichte, Gewehrmaske, Meister, Huiaden,
Talsperre, Tischler, Vernichtung, Schwerl.

Es ist ein Sprichwort zu suchen, dessen einzelne Silben der Reihe nach versteckt sind in vorstehenden Wörtern ohne Rücksicht auf deren Silbenteilung.

Scharade.

Das Erste schlägt, das Zweite bindet
Wohl dem, der Trost im Ganzen findet.

Scherzgrätzl.

Ich bin's, sprach Frig, der Gymnasialist,
Ich hatt' schon drauf verzichtet fast.
Ich hab's, sprach Hans, der Studio,
Vorn Ersten geht's mir immer so.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsständischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 17. — 23. November 1907. — Seite 390/413. — 5. Jahrgang.

November						
S	M	D	M	D	F	S
3	4	5	6	7	8	9
10	11	12	13	14	15	16
17	18	19	20	21	22	23
24	25	26	27	28	29	30

Herausgeber:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Pant, Verein der Soldaten-
freunde, C. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Dezember						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31

„Der Gendarm“ erscheint vierteljährlich.
Für Mitglieder wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die Spalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Manöverpolizei	391
M. v. vom 12. 8. 07. Vifferung von Wäffen nach der Türkei	392
Aus den Parlamenten	392
Polizeiliche Beschränkungen bei Abhaltung von Geräusch verursachenden Luftbarkeiten in Schankwirtschaften	393
Erkenntnisse und Weisungen.	
I. Reichsgericht	396
II. Kammergericht	396
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	398
IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht	399
V. Landgericht Glogau	399
VI. Landgericht Göttingen	400
VII. Schöffengericht München I.	400
VIII. Schöffengericht Gießen	400
Polizeibericht	400

Ehrentafel (mit 3 Bildern)	402
Personalveränderungen	403
Auskmstei	405

II. Der Polizeihund.

Die Polizeihundprüfung zu Hagen i. W. am 29. und 30. September 1907	407
Zur Förderung der Rucht	408
Leinenführigkeit und Folgen bei Fuß	409
Allertei	410

III. Haus und Herd.

Der Telegraph (Fernschreiber)	411
Rechtspruchwörter	412
Weltbürger-Abe	412
Verwaltungsaknde	412
Rundschau	412
Auflösung der Käselede aus Nr. 16	412

Satzungenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 19. November 1907 abgeschlossen worden.

Manöverpolizei.

Die Nr. 66 der Neuen Gesellschaftlichen Correspondenz vom 18. September 1907 brachte unter der Überschrift „Die Manöverpolizei. Eine Glosse“ folgende Vorwürfe gegen das Auftreten der Feldgendarmarie im diesjährigen Kaisermanöver: Leider seien die klugen und besonnenen Gendarmen in der Minderzahl gegenüber denjenigen ihrer Amtsgenossen, die sich angesichts der praktischen Bedeutung ihrer subalternen Stellung der Pflicht überhoben glauben, stets höflich zu sein, d. h. in dem unter deutschen Bürgern üblichen Umgangston ihren Dienst auszuüben. Man hätte leben können, wie von Gendarmen regelrechte Attaken gegen Sanften harmloser Zuschauer geritten wurden, wobei von ihnen so gebrüllt worden sei, daß kein Mensch ein Wort verstehen konnte. Ferner sei die Gendarmarie nie da gewesen, wo man sie wirklich brauchte. Hierfür wurde ein Vorgang vom 10. September bei Tietelsen angeführt, wo Seine Majestät selbst habe Ordnung schaffen müssen, da kein Gendarm zur Stelle gewesen sei. Hieran wurde die Bemerkung geknüpft: Allerdings war es noch früh am Tage. Möglich, daß ihre Kraftvergeudung am Tage vorher die „Gerren von der Landstrasse“ zu sehr ermüdet hatte, als daß sie schon in den ersten Stunden des Morgenrauens wieder hätten auf dem Posten sein können.

Dieser Artikel der N. G. C. hat seinerzeit ganz oder teilweise auch in anderen Zeitungen Aufnahme gefunden. Wir sind heute in der Lage, erklären zu können, daß die darin gemachten Angaben nach den an zuständiger Stelle gemachten Erhebungen nicht zutreffen.

Die Äußerungen und Berichte der beteiligten Behörden, Gendarmarie-Offiziere und Oberwachmeister stimmen darin überein, daß während der letzten Kaisermanöver nirgend gemeldet oder wahrgenommen wurde, daß die als Feldgendarmen verwendeten Landgendarmen ihre Schuldigkeit nicht getan haben oder ungebührlich gegen das Publikum eingegriffen sind.

An maßgebender hoher Stelle hat man sich dahin geäußert, daß der Eifer und die Pflichttreue der Feldgendarmen auch in diesem Kaisermanöver in hohem Grade anerkannt werden müsse. Wenn hier und da vielleicht etwas zu viel Dienst-

eifer vorgekommen sein möge, so sei darüber nachsichtig zu urteilen, weil das Publikum in den dicht besiedelten Gegenden den Feldgendarmen ihre Aufgabe sehr schwer machte.

Eine andere beteiligte hohe Behörde schreibt: „Im letzten Kaisermanöver sind keine Tatsachen bekannt geworden, die den Vorwurf mangelnder Pflichterfüllung oder ungebührlichen Benehmens von Feldgendarmen rechtfertigen könnten. Die Zurückhaltung des Publikums vom kaiserlichen Hauptquartier ist dem damit betrauten Gendarmeriekommando außerordentlich erschwert, seitdem Seine Majestät der Kaiser das Automobil zum Wechsel des Standortes im Gelände zu benutzen pflegt. Außer den Ankunfts- und Abfahrtsbahnhöfen und -straßen, dem Wagenhalte- und Sattelplatz vermag die Manöverleitung dem Kommandoführer keine Punkte anzugeben, an denen er Patronen vorrätig bereitstellen könnte. Die Gendarmeriepatronen müssen vielmehr mit den kaiserlichen Pferden nachgezogen werden und treffen erheblich später ein als Seine Majestät. Sowohl in dem angeführten Fall bei Tietelsen als bei anderen Gelegenheiten mußten daher Offiziere des kaiserlichen Hauptquartiers oder der Manöverleitung eingreifen, bis Gendarmen zur Stelle waren. Zuzugeben ist, daß das Publikum sich in verständiger Weise solchen Anordnungen fügte; ganz unverständlich war es aber, wenn es sich um Leistungen zur Verhütung von Flurschäden handelte. Da in diesem Jahr noch außergewöhnlich viel Getreide auf dem Feld stand und das Publikum oft ohne Rücksicht auf bestellte Felder dem Standort Seiner Majestät zutrebte, war energisches Einschreiten von Gendarmeriepatronen in einzelnen Fällen geboten.“

Nach mehrfach wird von anderer Seite hervorgehoben, daß die Gendarmen ihre Aufgabe vorschriftsmäßig und ohne unnötige Schroffheit gelöst haben, auch dort, wo sie ihnen durch die aus weitem Umkreis in Massen zusammenströmenden Zuschauer sehr erschwert wurde.

Abgesehen davon auch die beteiligten Gendarmen berichtet, daß das Publikum sich im allgemeinen verständig gezeigt habe: „Attaken mit Gebärde auf harmlose Zuschauer“ sind schon deshalb nicht geritten worden. Nicht verständig sollen sich leider mehrfach einzelne, auscheinend den

besseren Ständen angehörende Herren verhalten haben. Teils ohne, teils mit Possierchein, der in der Umgebung des Standorts Seiner Majestät des Kaisers ungütig war, sollen sie immer wieder versucht haben, im Automobil oder zu Fuß die Abperrungslinie zu durchbrechen oder sich in die Dienstmagen hineinzudrängen. Solche Herren hätten es hiernach ihrem eigenen Verhalten zuzuschreiben gehabt, wenn die Gendarmen unerwünscht energisch gegen sie einschreiten mußten.

Was den Vorfall bei Zietelsen am 10. September betrifft, so hat das Gendarmierkommando den Befehl der Leitung, auf den Sattelplatz nach Auenhausen zu rufen, 12 Uhr nachts erhalten und ist dort zuerst auf dem Platz um 3.20 Uhr vrn. eingetroffen. Von hier wurde es durch einen Generalstabsoffizier nach einem zweiten entfernten Punkt geschickt. Als es diesen in schneller Gangart erreichte, fuhrn bereits die Automobile Seiner Majestät und der Leitung in Richtung Zietelsen (8 km) ab und dorthin find die Gendarmen, so schnell es das bergige Gelände erlaubte, nachgeritten. Hier

war durch einen Offizier des kaiserlichen Gefolges die Anordnung getroffen, daß die im kaiserlichen Dienst befindlichen Automobile auf der Chaussee halten bleiben, Privatautomobile aber auf einem Rasenplatz neben ihr sich aufstellen sollten. Der mit Überwachung der Ausführung dieses Befehls betraute — natürlich später eingetroffene — Feldgendarm hat nun gemeldet: „Unter den Privatautomobilisten befand sich einer, der angab, er gehöre der Presse an und könne sich überall bewegen, wo er wolle, und der erst auf wiederholte, zuletzt sehr energische Aufforderungen (des Gendarmen) dem Befehl, die Chaussee zu verlassen, Folge leistete.“ Sollte etwa dieser den „Herren von der Landstraße“ abgeneigte Herr dem Verfasser der „Klöße“ nahestehen?

Zum Schluß können wir noch versichern, daß zur Feldgendarmrie nur ältere, besonders ruhige und besonnene Landgendarmen kommandiert waren, welche die Gewähr boten, daß sie den ihnen obliegenden schwierigen Dienst nicht allein eifrig, sondern auch taftvoll ausführten.

Ministerial-Erlaß.

Ministerial-Befugung vom 12. August 1907, betr. die Visierung von Pässen nach der Türkei.

Es ist zur Sprache gebracht worden, daß Pässe für Reisen nach der Türkei sowohl von Behörden als auch von Privat-Personen zwecks Visierung häufig der hiesigen kaiserl. Ottomanischen Botschaft überhandt werden. Ich bitte, die in Betracht kommenden Behörden gefälligst darauf hinzuweisen und auch in geeigneter Weise zur allgemeinen Kenntnis bringen zu lassen, daß die Visierung der Pässe zur Zuständigkeit der türkischen Konsulate bzw. General-Konsulate gehört, und daher entsprechende Anträge direkt an diejenige Konsularbehörde zu richten sind, in deren Bezirk der betreffende Passinhaber wohnt.

Berlin, den 12. August 1907.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: Lindig.

WBl. 278.

Aus den Parlamenten.

Dem Reichstage sind u. a. folgende Vorlagen zugegangen:

1. über die Herstellung von Zigaretten in der Hausarbeit,
 2. über die Bestrafung der Majestätsbeleidigung,
 3. über den Unterstützungswohnsitz,
 4. über Abänderung der Gewerbeordnung,
 5. über den Schutz von Vögeln.
- Ferner liegen u. a. Resolutionen vor:

1. zur Stempelabgabe von Erlaubnisarten für Kraftfahrzeuge betr. die Berechnung der Stempelabgabe nach den indizierten Pferdekräften der Kraftfahrzeuge,

2. auf Einführung einer Hundszwanzigpfeunigmilne,

3. auf Wlberung der Bedingungen für Gewährung der Kriegsteilnehmerbeihilfen.

Von Interpellationen seien erwähnt:

1. zwei Interpellationen betr. Abänderung des Beingeleges,

2. zwei betr. Grabenkatastrophen und Maßnahmen zu deren Verhütung.

Endlich seien folgende Petitionen erwähnt, die zum Teil bereits auf die Tagesordnung des 22. November 1907 gesetzt sind:

1. um Unterstützungswohnsitz,
2. betr. den Verkehr mit Zelluloidwaren,
3. betr. Schaffung eines Reichsvereins und Verarmungsrechts,

4. betr. Arbeiterwitwen- und -waisen sowie Arbeitslosenversicherung,

5. betr. Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes,

6. betr. Aufhebung der Gemeindeordnung und Gewährung des Koalitionsrechts an die ländlichen Arbeiter,

7. betr. Verkehr mit Arzneimitteln,

8. betr. Abänderung des § 300^{II} ZGB.,

9. betr. Mutterdienst (Zuschuß für arbeitende Mütter).

Der Preussische Landtag ist am 26. November 1907 einberufen worden.

Polizeiliche Beschränkungen bei Abhaltung von Geräusch verursachenden Lustbarkeiten in Schankwirtschaften.

(Nachdruck verboten.)

Der Gebrauch, in Schanklokalen zur Unterhaltung der Gäste nicht nur Ravellen konzertieren zu lassen, sondern auch Musikinstrumente jeder Größe und Art aufzustellen, hat eine große Anzahl von Beschwerden aus der Mitte des Publikums gezeitigt, welche mehr oder minder berechtigt waren und in vielen Fällen zu einem Einschreiten der Aufsichtsbehörden Anlaß gegeben haben.

Diese polizeilichen Verfügungen und Verordnungen haben nun ihrerseits wieder den betroffenen Wirten Angriffspunkte gegeben, die vor dem Obergerichtswaltungsgericht, dem Kammer- und Reichsgericht zur Erörterung gelangt sind.

Die Rechtsprechung aller Gerichtshöfe findet ihre Grundlage in der Erörterung der Frage, ob eine polizeiliche Verfügung objektiv dem bestehenden Recht entspricht, d. h. ob sie als das Ergebnis einer sachgemäßen Abwägung der gewerblichen Sonderinteressen des Wirtes gegen die polizeilich zu schützenden Interessen der Allgemeinheit anerkannt werden kann.

Unzweifelhaft ist, daß gesundheitspolizeiliche Gründe dazu führen können, das Verursachen bestimmter durch Musizieren oder auf anderem Wege hervorgerufener störender Geräusche schlechthin zu unterlagen. Zulässig ist auch die zeitliche Beschränkung geräuschvoller Veranstaltungen, sei es auf eine bestimmte Zeitdauer, z. B. 3 Stunden für jeden Tag*) sei es durch Festsetzung eines Schlußtermins, z. B. 10 Uhr abends, sofern die Überschreitung jener Zeitdauer oder jenes Schlußtermins die der Polizei anvertrauten Interessen, namentlich die der menschlichen Gesundheit gefährdet. In allen diesen Fällen ist der Urheber des Geräusches gehalten, sein Interesse dem der Allgemeinheit in der bezeichneten Weise unterzuordnen. Weil aber die Polizei dem einzelnen nur die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Einschränkungen auferlegen darf, so bleibt es für die Zulässigkeit ihrer Anordnungen bei der Voraussetzung, daß das an den Urheber des Geräusches gestellte Ansinnen zur Erreichung des polizeilichen Zweckes unentbehrlich ist, von ihm also auch gegenüber dem

Widerspruch des Betroffenen nicht abgesehen werden kann.

Wenn demnach die Einschränkung des Musizierens auf bestimmte Tagesstunden zur Wahrung der polizeilich zu schützenden Interessen unentbehrlich erscheint, soll die Auswahl dieser Stunden keinesfalls ohne zuvorige Anhörung des Wirtes erfolgen; denn die Bestimmung solcher oder anderer Zeiträume darf nur dem der Polizei obliegenden Ausgleich einander widerstrebender Interessen dienen und ist daher eine vorherige Feststellung der beiderseitigen Interessen unerlässlich. Dazu gehört unter anderem die Kenntnis der Bedeutung, welche die in die Verfügung aufzunehmenden Zeiträume für den davon Betroffenen haben. Diese Kenntnis muß sich also die Polizeibehörde verschaffen, was in der Regel durch einfache Befragung des Betroffenen geschehen kann.

Besonders notwendig ist ein solches Vorgehen in den Fällen, in welchen es sich um die Beschränkung von Gewerbebetrieben handelt, weil es zum Schutze des Gewerbes gehört, zu verhindern, daß lediglich durch die Wahl ungeeigneter Zeiträume Schädigungen hervorgerufen werden.

Aber auch ein Verbot, welches sich lediglich auf Gesundheitsgefährdung stützt, ist nicht ohne weiteres rechtmäßig, weil die Gefährdung eines besonderen Nachweises bedarf.

Die Tatsache, daß ein durch Musikinstrumente verursachtes anhaltendes Getöse in hohem Grade belästigend und unter Umständen gesundheitstötend wirken kann, würde ein Verbot um so weniger rechtfertigen, als eine Störung der Nachtruhe nicht in Betracht kommt.

Auch die Erwägung, daß in der Nachbarschaft wohnende Kranke besondere Rücksichten wünschenswert erscheinen lassen, kann die Polizei nicht zu so weit gehenden Verböten veranlassen, abgesehen von Fällen eines Notstandes, also namentlich von Fällen, in denen sie zur Abwendung einer unmittelbaren Lebensgefahr eingreift. — Entsch. d. OBG. vom 11. Oktober 1906. GewArch. Bd. VI (S. 379. *)

*) Bgl. Entsch. OBG. vom 4. 2. 07. „Der Weinarm“, 4. Jahrg. S. 589.

*) Auch von uns bereits veröffentlicht. Bgl. „Der Weinarm“, 4. Jahrg. S. 535.

In demselben Sinne hat das Kammergericht durch Urf. v. 15. Februar 1906 (Rd. 32 G. S. 10) eine Polizeiverordnung über die zeitliche Beschränkung des Betriebes mechanischer Musikinstrumente in Schanklokalen für ungültig erklärt, desgleichen eine Polizeiverordnung, welche vorschreibt, daß der Betrieb von mechanischen Musikinstrumenten in Schankwirtschaften nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen und nicht nach 9 Uhr abends fortgesetzt werden darf.

Wenn auch das Kammergericht in mehreren Urteilen angenommen hat, daß Beginn und Schluß der Instrumentalmusik in Wirtschaften durch Polizeiverordnungen festgesetzt werden dürfen, so ist doch allgemein anerkannt, daß auf Grund der §§ 6 und 12 des PolVerwGef. polizeiliche Vorschriften nur auf Grund des § 10 II 17 RRG. und innerhalb der Grenzen desselben erlassen werden dürfen, also „zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Anwendung der dem Publiko oder einzelnen Mitgliedern bevorstehenden Gefahren“, wobei Erhaltung der Ruhe nicht etwa Schutz des Publikums gegen störende Geräusche, sondern Verhütung von Unruhen bedeutet.“)

Es kann sich hier also nicht um Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung handeln, welche durch Aufstellung eines mechanischen Musikinstrumentes nicht bedroht wird, sondern um Abwendung bevorstehender Gefahren, welche die Verordnung abwenden will. Es sind dies Belästigungen, welche für das Publikum, insbesondere die Straßenpassanten und die Untwohner, durch die beständige Wiederholung derselben Melodie entstehen. Derartige Belästigungen sind aber keine Gefahren und zu ihrer Abwendung kann eine Polizeiverordnung nicht erlassen werden. Eine solche findet daher im Landrecht keine ausreichende Stütze; sie ist aber auch schon deshalb ungültig, weil die Strafbarkeit der Belästigung des Publikums durch Erregung von Lärm durch den Unjugparagrafen im RStGB. erschöpfend geregelt ist, soweit nicht reichsrechtlich andere Vorschriften gegeben oder zugelassen sind. (Entsch. RG. vom 15. 2. 06, Rd. 32 G. 10.)

Die Störung derjenigen Ruhe, welche ein herz- und nervenkranker Nachbar während der Tageszeit bedarf, und die

Abwehr der Gesundheitsgefahr, welche darin besteht, daß er durch das Geräusch der Instrumente in eine schädliche Aufregung versetzt und in dieser erhalten wird, ermächtigt die Polizeibehörden nicht zu einem aus § 10 Teil II Titel 17 RRG. hergeleiteten Verbot, hingegen die Störung der Nachtruhe stets unter den Schutz dieses Paragraphen gestellt sein würde. (Entsch. d. OBG. vom 25. Januar 1906.)

Durch Erkenntnis des Schöffengerichts wie der Strafkammer in der Berufungsinstanz ist ein Schankwirt wegen Erregung ruhestörenden Lärms verurteilt worden, weil er geduldet hat, daß in seiner zum Teil offenen Regelbahn nach 11 Uhr abends von den Gästen gefeelt und übermäßig laut gesungen, hierdurch aber die Nachtruhe gestört wurde. Auf die von dem Schankwirt eingelegte Revision hat das Kammergericht durch Erkenntnis vom 9. Dezember 1895 das Urteil der Strafkammer aufgehoben und den Angeklagten aus folgenden Gründen freigesprochen:

„Tatsächlich ist festgestellt worden, daß die Gäste den ruhestörenden Lärm erregt haben. Jemand erregt den Lärm nur dann, wenn er ihn verursacht, entweder selbst unmittelbar oder mittelbar durch leblose Instrumente oder durch lebende Werkzeuge, z. B. Hunde. Das lebende Wesen, durch welches jemand ruhestörenden Lärm erregt, muß aber willenlos sein, weil es sonst aufhört, ein Werkzeug zu sein. Hat das lebende Wesen, welches den Lärm erregt, einen eigenen Willen, dann macht dieses Wesen aus eigenem Willen den Lärm und derjenige, der dieses Wesen veranlaßt, den Lärm zu machen, kann nur als Anstifter in Frage kommen. Eine Erregung ruhestörenden Lärms aus Fahrlässigkeit durch einen anderen Menschen ist demnach nicht denkbar. Im vorliegenden Fall hat der Wirt nichts getan, wodurch er den ruhestörenden Lärm veranlaßt haben könnte. Wenn er den Lärm seiner Gäste nicht verhindert hat, so kann in diesem Verhalten noch vorstehend eine Erregung ruhestörenden Lärms nicht gefunden werden.“

Dagegen ist ein an den Schankwirt gerichtetes polizeiliches Verbot, die Regelbahn nach 11 Uhr abends benutzen zu lassen, weil durch das Regelschießen die Nachtruhe der Hausbewohner gestört werde, gerechtfertigt. Da nach dem Gutachten der Medizinalbeamten die Störung

*) Vgl. Entsch. RG. vom 18. 8. 07 „Ter Rendarm“, 5. Jahrg. Nr. 2.

der Nachtruhe geeignet ist, die Gesundheit der Anwohner zu gefährden, und festgestellt worden ist, daß durch das Regeln die Nachtruhe mehrerer Hausbewohner gestört wurde.

Die Annahme, daß die Polizeibehörde nur zum Schutze des Publikums und nicht auch einzelner Personen einschreiten befugt sei, ist irrig und wird durch den Wortlaut des § 10 Teil II Titel 17 RM. nicht bestätigt; vielmehr wären durch die Feststellungen, daß einzelne Personen in der Nachtruhe tatsächlich gestört wurden und diese Störungen geeignet waren, die menschliche Gesundheit zu gefährden, die Voraussetzungen für den Erlass des polizeilichen Verbots in vollem Umfang gegeben. Daß es sich hierbei nicht um die Öffentlichkeit, sondern nur etwa um den engbegrenzten Kreis der Hausbewohner handelt, ändert an der Sache nichts. (Entsch. OBG. v. 2. März 1905. Gew. Arch. Bd. 6, S. 197.)*

Zu dieser Frage hat auch das Sachliche Oberverwaltungsgericht in seinen Entscheidungen vom 27. April 1901 und 1. März 1902 Stellung genommen, indem es ausführt, daß Belästigungen Dritter durch eine wirtschaftliche oder gewerbliche Tätigkeit nur dann Anlaß zu polizeilichem Einschreiten geben können, wenn sie über das Maß dessen hinausgehen, was die Allgemeinheit und jeder einzelne als unvermeidliche Folge des Gesellschaftslebens ertragen muß, und zugleich eine Störung der öffentlichen Ordnung der Allgemeinheit enthalten.

Unter dem 2. April 1903 hat das Preussische Oberverwaltungsgericht entschieden, daß die Veranstaltung von Instrumentalmusik in Wirtschaften nicht von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig gemacht werden darf und ein polizeiliches Verbot an einen Gastwirt, ein Orchestrion in Betrieb zu setzen, welches der Gesundheit nervöser Nachbarn der Gastwirtschaft durch übermäßigen Lärm Gefahr bringe, unwirksam sei, weil die Benutzung eines solchen Instruments nicht unbedingt und ohne weiteres mit gesundheitsgefährlichem Geräusch verbunden, dies namentlich dann nicht immer der Fall ist, wenn das Orchestrion nur zeitweise und in Zwischenräumen sowie nur bei Tage, also ohne Störung der Nachtruhe spielt. Das polizeiliche Verbot, das Orchestrion ohne Erlaubnis in Betrieb zu setzen, geht somit über die der

Behörde durch § 10, Teil II, Titel 17 RM. eingeräumte Befugnis hinaus. (Gew. Arch. Bd. 3, S. 190.)

Nachdem nunmehr der rechtliche Teil der Streitfrage genügend aufgeklärt erscheint, dürfte es am Platze sein, jetzt auch die praktische Seite derselben zu beleuchten.

Wenn ein Schankwirt zur Unterhaltung seiner Gäste Musikinstrumente auf- und zur Benutzung stellt, tut er dies zweifellos in dem Bestreben, nicht nur seine Gäste seinem Lokal zu erhalten, sondern einen weiteren Kreis für daselbe zu interessieren, was er naturgemäß nicht dadurch erreicht, daß er die Allgemeinheit belästigt und unwillig macht. Am schlechtesten dient er aber seinen Interessen, wenn er seine Geschäftsführung selbst in ein ungünstiges Licht stellt und den ruhigen, soliden Bürger seiner Wirtschaft entfremdet, was sicher durch geräuschvolle Musikaufführungen und lärmende Kundgebungen jeder Art erreicht wird.

Durch eine solche Geschäftspraxis wird der Schankwirt bald einen Kreis von Gästen um sich versammeln, die das Lokal auf die niedrigste Stufe heruntersinken und ihm jede Aussicht auf sich steigenden Gewinn nehmen.)* Hand in Hand hiermit geht naturgemäß auch der Verlust der verlängerten Polizeistunde oder die Unmöglichkeit, jemals auf eine solche Vergünstigung Anspruch zu erheben.

Mag in einem gegebenen Falle der Wirt auch mit seiner Remonstration gegen eine Verfügung oder Anordnung der Ortspolizeibehörde aus dem einen oder dem anderen Grunde durchdringen, immerhin bleibt das Odium für ihn bestehen, daß er das Publikum, ob in der Allgemeinheit oder in der Nachbarschaft, belästigt und zur Erhebung von Beschwerden und damit ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde veranlaßt hat, ohne daß dies zur Förderung seines wirtschaftlichen Interesses irgendwie geboten oder auch nur erwünscht erschien.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen wird es sich daher stets empfehlen, wenn der Wirt den Wünschen der Allgemeinheit tunlichst entgegenkommt und sich nicht auf einen einseitigen Standpunkt stellt, dessen Wahrung seine wirtschaftliche Entwicklung nachteilig beeinflussen muß.

P. M. L.

*) Trifft wohl nicht immer zu. Viele „Muskulanten“ verlieren sich durch den erboben Anlaß von Getränken außerordentlich. Die Schriftleitung.

*) „Der Weinbau“ 4. Jahrg. S. 345.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, hören ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Unberechtigter Benützung von Kraftwagen. Wer einen Kraftwagen aus einem verschlossenen Raume mittels Nachschlüssels entfernt, um ihn zu Spazierfahrten zu benutzen, macht sich des schweren Diebstahls — an dem verbrauchten Benzin — schuldig.*) Zweignungsabsicht liegt auch dann vor, wenn jemand eine Sache ihrer wirtschaftlichen Bestimmung gemäß verbrauchen will. Daß der Hauptzweck, die widerrechtliche Benützung des Kraftwagens nicht strafrechtlich verboten ist, ändert an der rechtlichen Beurteilung der Sache nichts. — Entsch. RG. vom 28. Mai 1907. — St.

Deutsches Reich. Hehlerei. Ankauf gestohlener Ware. Der Tatbestand des § 259 StGB. ist nicht schon dann gegeben, wenn ein Kaufabschluß über die gestohlene Ware zustande kommt, sondern erst, wenn der Kaufvertrag durch Übergabe und Annahme der verkauften Sache erfüllt wird. — Entsch. 5 StrSen. RG. vom 9. Juli 1907. — V. 203/07. — St.

Deutsches Reich. Ehebruch. Zurechnungsfähigkeit geisteschwacher Personen. Auch bei den Geisteschwachen kann von einer dauernden geistigen Erkrankung vom ärztlichen Standpunkt die Rede sein. Diese Erkrankung gilt aber nicht als Geisteskrankheit im Sinne des § 6 WGB. und nicht ohne weiteres als krankhafte Störung der Geistestätigkeit im Sinne des § 51 StGB. Es ist vielmehr zu prüfen, ob eine solche vorlag. Der Tatbestand des Ehebruchs im Entscheidungsverfahren und im Strafverfahren ist der gleiche. — Entsch. RG. vom 25. Mai 1907 in einer Ehebeschuldigung. — St.

Deutsches Reich. Unlauterer Wettbewerb. Warenzeichensch. Tokayerwein. Der Ausdruck Tokayer ist eine Herkunftsbezeichnung im strengsten Sinne des Wortes. Als Tokayerwein dürfen nur solche Weine verkauft werden, die aus dem Tokayer Weinbezirk stammen. Die zu diesem gehörigen Gemeinden gibt der Zusatzver-

*) Hier eigens Benzin zu solchen widerrechtlichen Spazierfahrten mildern und aufhört, bleibt straflos. Die Schriftleitung.

trag zu dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag an. — Entsch. RG. vom 1. Oktober 1907. — St.

Deutsches Reich. Strafantrag gegen eine Handelsgesellschaft. Wenngleich ein Strafverfahren nur gegen bestimmte physische Personen zulässig ist, so ist doch ein gegen die Firma gerichteter Strafantrag — es handelt sich um unlauteren Wettbewerb — gültig. Die Stellung des Strafantrages konnte selbstverständlich nur den Sinn haben, daß der Antrag gegen die Personen gerichtet sein sollte, welche im Betriebe des mit der Firma bezeichneten Geschäfts die auf Antrag zu verfolgenden Straftaten begangen haben. Es war nicht notwendig, diese Personen im Strafantrage namentlich zu bezeichnen. — Entsch. 1. Straf. Sen. RG. vom 15. Mai 1907. — I 175/07. — St.

II. Kammergericht.

***Preußen. Krafträder.** Der § 2 der zusätzlichen Vorschriften zum Chausseegeldtarif vom 29. Februar 1840, nach welchem jeder bei den Befestigten anhalten muß, findet nach dem Allerhöchsten Erlaß vom 16. Juni 1904 nur für das Befahren der Chausseen mit Kraftwagen Anwendung. Wenn die Minister in den Ausführungsbestimmungen zu diesem Erlaß sagen, daß von ihm auch Krafträder getroffen werden sollen, so ist das nicht entscheidend. Die Ausführungsbestimmungen sind nicht verbindlich worden. Es fehlt aber auch an einer Ermächtigung an die Minister den Allerhöchsten Erlaß in der bezeichneten Richtung zu deuten. Es ist also anzunehmen, daß Krafträder nicht unter den Chausseegeldtarif fallen. — Entsch. 1. Str. Sen. RG. in Sachen Maske-Preßlau vom 19. September 1907. — C. v. A.

***Preußen. Unzulässige Übertragung polizeilichen Verordnungsrechts.** Der Regierungspräsident regelt die Polizeistunde durch eine Polizeiverordnung, bestimmt aber weiter: „Der Landrat ist beauftragt, für ganze Ortsschaften oder für bestimmte Lokale die Polizeistunde auf eine frühere Zeit als die im § 2 angegebene festzusetzen, sowie unter Vorbehalt des Widerrufs einen späteren Beginn derselben zu gestatten. Eine spätere Polizeistunde darf nur für einzelne genau zu bestimmende Lokale unter Kamphastmachung des Wirtes und

für bestimmte Tage und Stunden zugelassen werden.“ Der Regierungspräsident mag berechtigt gewesen sein, dem Landrat die Befugnis, eine anderweite Polizeistunde vorzunehmen, zu übertragen. Keineswegs hat mit einer solchen Übertragung der Landrat die Berechtigung empfangen, seine Befugnisse auf die Ortspolizeibehörde weiter zu übertragen. Daraus ergibt sich, daß die Festsetzung der Polizeistunde durch die Ortspolizeibehörde rechtswirksam ist. — Entsch. 1. Str.Sen. R.G. in Sachen Mühle-Danzig vom 14. Oktober 1907. — C. v. R.

***Preußen. Strafrechtliche Haftbarkeit.** Haftet nach einer Luftbarkeitssteuerordnung für die Entrichtung der Steuer neben den Veranstaltungen der Luftbarkeit derjenige, der den Platz für sie hergegeben hat, so haften neben dem Veranstalter einer Luftbarkeit auch der Wirt für die zuvorige Anmeldung zur Steuer. Man darf nicht annehmen, daß die solidarische Haftung für die Zahlung der Steuer nur eine zivilrechtliche Wirkung habe. — Entsch. 1. Str.Sen. R.G. in Sachen Esch-Vonn vom 3. Oktober 1907. — C. v. R.

***Preußen. Tanzlustbarkeiten.** Die Verordnung des Regierungspräsidenten zu Gumbinnen vom 23. November 1904, die da bestimmt, daß alle Tanzvergügen in Gastlokalen und Häusern der polizeilichen Genehmigung bedürfen, kann als zu weitgehend nicht als rechtsgültig angesehen werden. Nur öffentliche Tanzlustbarkeiten können von der Genehmigung abhängig gemacht werden. Für den Begriff der öffentlichen Tanzlustbarkeiten ist noch immer maßgebend ein Zirkularerkenntnis des Prinzregenten vom 26. November 1859. Unter öffentlichen Tanzlustbarkeiten versteht man danach solche Lustbarkeiten, bei denen die Teilnahme nicht beschränkt ist auf einen individuell begrenzten nach außen abgeschlossenen Kreis. Dieses Zirkularerkenntnis sagt: „Mit einer privaten Lustbarkeit sei da zu rechnen, wo eine Gesellschaft, die nicht zu dem Zwecke zusammentritt, um Tanzvergügen zu veranstalten, neben ihrem sonstigen Zwecke für ihre Mitglieder und eingeladenen Gäste einen Tanz veranstaltet, auch wenn Eintrittsgeld erhoben wird.“ Bei dieser Rechtslage braucht nicht untersucht zu werden, ob es sich hier vielleicht um eine öffentliche Tanzlustbarkeit gehandelt habe; denn die Polizeiverordnung kann als rechtsgültig auch nicht extra insoweit anerkannt werden, als sie rechtswirksam erlassen werden durfte. —

Entsch. 1. Str.Sen. R.G. in Sachen Binder-Gumbinnen vom 26. September 1907. — C. v. R.

***Preußen. Automobil.** Es ist selbstverständlich, daß bei einer Probefahrt mit einem Automobil alle Vorschriften der Polizeiverordnung über die Beschaffenheit des Wagens, über die Befähigung der Führer beobachtet sein müssen. Bei den Probefahrten kann es viel gefährlicher zugehen als bei gewöhnlichen Fahrten, und da ist es erst recht am Platze, wenn sich der Führer gegenwärtig hält: Mein Fahrzeug hat ein polizeilich gestempeltes Kennzeichen, ich kann daran erkannt werden. Er wird dadurch gewarnt, daß er nicht machen darf, was er will, da sonst seine Persönlichkeit festgesetzt wird. — Entsch. 1. Str.Sen. R.G. in Sachen Bohl-Koburg vom 30. September 1907. — C. v. R.

***Preußen. Öffentliche Angelegenheit.** Bei der Wahl eines Arbeiterausschusses eines Betriebes handelt es sich nicht um öffentliche Angelegenheiten. Zu öffentlichen Angelegenheiten im Sinne des Vereinsgesetzes gehören solche Angelegenheiten, die nicht lediglich einzelne physische oder juristische Personen, sondern im Gegensatz hierzu das gesamte öffentliche Interesse, die Gesamtheit des Gemeinwesens betreffen. — Entsch. 1. Str.Sen. R.G. in Sachen Nachtigal-Bromberg vom 6. September 1907. — C. v. R.

***Preußen. Fahrradlaterne.** Die Bestimmung der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten von Schlesien: „Während der Dunkelheit sind die Fahrräder mit einer heißbrennenden Laterne zu versehen“, findet nur auf Fahrräder Anwendung, die als solche benutzt werden, also nicht auf Fahrräder, die geschoben werden. — Entsch. 1. Str.Sen. R.G. in Sachen Kubiga-Breslau vom 10. September 1907. — C. v. R.

***Preußen. Fahrräder auf Bürgersteigen.** Ist durch Polizeiverordnung das Verbot der Bürgersteige und Promenaden, die dem Fußgängerverkehr vorbehalten sind, allgemein verboten, und im Anschluß daran verordnet: „Demnach sollen dort nicht Karren und Handwagen geschoben werden“, so ist zu prüfen, ob das Führen von Fahrrädern die Wege „verkeimert.“ Das ausdrücklich aufgeführte Verbot des Schiebens von Karren und Handwagen schließt die Unzulässigkeit des Schiebens von Fahrrädern, soweit es verkehrshindernd ist, nicht aus. — Entsch. 1. Str.Sen. R.G. vom 11. Oktober 1907 in Sachen Koch-Scheutb. — C. v. R.

***Preußen. Flugblattverteilung am Sonntag.** Es ist rechtsirrig, wenn das Landgericht meint, die Flugblattverteilung habe kurz vor den letzten Reichstagswahlen stattgefunden. Die Bewohner seien damals an eine solche Verteilung gewöhnt gewesen und darum könne nicht gesagt werden, daß die Verteilung mit Ansehen verbunden gewesen sei. Der Staatsanwaltschaft ist beizutreten, wenn sie meint, daß der Vorderrichter den Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit verkannt habe, daß vielmehr eine öffentlich bemerkbare Arbeit im Sinne der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten dann vorliege, wenn es sich um eine mit einer gewissen Anstrengung verbundene Tätigkeit handle, die in die äußere Erscheinung so trete, daß sie durch die Sinne des Publikums wahrgenommen werden könne. Es kommt eben nur darauf an, ob eine Arbeit stattgefunden hat, die öffentlich bemerkbar gewesen ist. — Entsch. 1. Str.Sen. RG. in Sachen Schenk-Ostersfeld vom 31. Oktober 1907. C. v. R.

***Preußen. Versammlungsöffnung.** Wer eine Versammlung einberuft, ist als Unternehmer anzusehen. Er handelt fahrlässig, wenn er sich nicht darum kümmert, ob die Bescheinigung vorliegt. Liegt sie nicht vor, so hat er rechtzeitig die Versammlung zu verhindern. Strafbar macht sich als Leiter auch der, der die Versammlung durch die Worte: „Ich eröffne die Versammlung“, zu leiten beginnt, auch wenn er dann sofort die Versammlung wegen der Nichtanmeldung auflöst. Auch er durfte nicht die Leitertätigkeit übernehmen, bevor er sich überzeugt hatte, ob die Bescheinigung der Anmeldung vorlag. — Entsch. 2. Str.Sen. RG. in Sachen Luttrapp und Riedel-Dorfmund vom 1. November 1907. C. v. R.

***Preußen. Haftung des Automobilbesizers neben dem Fahrer.** Zweifellos kann auch der Eigentümer des Wagens, der neben dem Chauffeur sitzt, dadurch, daß er es unterläßt, ihn von dem verbotswidrigen Fahren abzuhalten, fahrlässig handeln. Es genügt nicht, daß er sich von der Zuverlässigkeit seines Chauffeurs überzeugt hat; er darf dem Chauffeur nicht allein überlassen, wie er zu fahren hat. Unter Umständen darf der Eigentümer, wenn auch ein geprüfter Chauffeur das Fahrzeug führt, nicht widerspruchlos zusehen. Auch ein geprüfter Chauffeur kann durch Trunk und andere Einwirkungen in eine Verfassung

geraten, in der man ihm nicht ein Kraftfahrzeug anvertrauen kann. — Entsch. 1. Str.Sen. RG. in Sachen Daederich-Berlin vom 31. Oktober 1907.

C. v. R.

***Preußen. Feuerwehrrübung am Sonntag.** Die Polizeiverordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage verbieten nicht solche Veranstaltungen, die von autoritativer Seite veranlaßt werden, sei es von staatlichen Organen, sei es von Organen der Selbstverwaltung. Die Feuerwehrleute müssen auch gewöhnt werden, an Sonntagen zu üben. Ihr Dienst verlangt, daß sie zu jeder Tages- und Wochenzeit zusammenzutreten können. Auch früh morgens muß geübt werden, was die Mitglieder der Wehr leisten können und wie schnell sie zusammentreten. — Entsch. 1. Str.Sen. RG. in Sachen Bieregge-Ampen vom 28. Oktober 1907. — C. v. R.

***Preußen. „Verteilung“ von Flugblättern.** Schon in dem Hineingeben eines einzelnen Flugblattes in ein Wagenabteil der Eisenbahn kann ein Verteilen erblickt werden. Denn dadurch kann das Flugblatt einem größeren Kreise zugänglich gemacht werden. Tatsächlich wandert doch ein solches Flugblatt von Hand zu Hand. Ein Verteilen liegt aber unjomehr vor, als augenscheinlich nur durch das Tagwischentreten des Beamten die weitere Abgabe des Flugblattes verhindert worden ist. Es liegt auch ein Verteilen an einem öffentlichen Orte vor. Zwar kann man auf den Bahnhof nur gelangen durch die Bahnsteigsperrre; indessen wird durch die Bahnsteigsperrre dem Bahnsteige immer noch nicht der Charakter eines öffentlichen Ortes genommen. Aus dem § 30, Abs. 2, des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 erbellt nun aber, daß der § 10 des preussischen Preßgesetzes, der für das öffentliche Verteilen einer Druckschrift die polizeiliche Genehmigung erfordert, nur mit der Maßgabe aufrecht erhalten ist, daß erstens es sich um eine Druckschrift handeln muß, die einen Aufruf oder eine Bekanntmachung enthält, und zweitens, daß die Verteilung unentgeltlich erfolgt. Beides muß geprüßt werden. — Entsch. 1. Str.-Sen. RG. in Sache Söltge-Bandschel vom 31. Oktober 1907. — C. v. R.

I. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Entziehung einer Schank-erlaubnis.** Die Festsetzung einer Polizeistunde verfolgt den Zweck, der Unmäßigkeit

feil im Genuße von geistigen Getränken vorzubeugen. Aus dem gleichen Grunde wird nur die sogenannte halbe Konzession erteilt, wo ein Bedürfnis zum Branntweinausschank fehlt. Das ist auch eine Maßregel, die der Böllerei vorbeugen soll. Ein Gastwirt, der hartnäckig die Polizeistunde übertritt und die bezüglich des Ausschankes von Getränken gestellten Konzessionsbedingungen mißachtet, zu dem kann man nicht das Vertrauen haben, daß er gewarnt durch ein gegen ihn schwebendes Konzessionsentziehungsverfahren, in Zukunft sich als ordentlicher Wirt erweist, und nicht mehr das Gewerbe zur Förderung der Böllerei mißbraucht. Wenn der Beklagte auf den Vermögensschaden hinweist, den er durch die Entziehung der Konzession erleidet, so ist das ein von ihm selbst verschuldeter Umstand, der vom Richter nicht berücksichtigt werden darf. — Entsch. 3. Sen. OVB. in Sachen Eisner-Breslau vom 14. Oktober 1907. — C. v. D.

***Preußen. Schifferpatent.** Ein Schiffsführer, der sich zweimal an der ihm anvertrauten Schiffsleitung vergiffen hat, ist für das Gewerbe als Schiffsführer ungeeignet; daß der Mann sich inzwischen, seit dem Jahre 1904, nichts mehr hat zu Schulden kommen lassen, ist nicht durchgreifend. Es ist begreiflich, daß der Schiffer unter der Drohung des gegenwärtigen Verfahrens auf Entziehung des Patenties sich in Acht nimmt. Auch ist die Zeit, von seinen Verfehlungen gerechnet, viel zu kurz, um daraus den Schluß zu ziehen, daß er in dieser Beziehung ein anderer Mensch geworden ist. — Entsch. des 3. Sen. des OVB. in Sachen Polizeipräsident in Magdeburg gegen Karthäuser—Alten vom 10. Oktober 1907. — C. v. D.

***Preußen. Polizeistunde.** Wenn bei Erteilung einer Polizeistundenverlängerung der Polizeibehörde bereits bekannt war, daß in der Wirtschaft Dinenverkehr herrscht und in der Stadtgegend, in der die Wirtschaft liegt, sich ein zu Ausschreitungen geneigtes Publikum zusammenfindet, dann können diese Umstände eine Polizeistundenherabsetzung nicht begründen. Eine Kürzung darf nur erfolgen, wenn der Inhaber der Wirtschaft es entweder an der gehörigen Aufsicht fehlen läßt und hierauf die eingetretene Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit zurückzuführen ist, oder wenn mit einer solchen Störung trotz seiner gehörigen Aufsicht als einer sich gewöhnlich wiederholenden Tatsache im Hinblick auf die Art des die Wirtschaft be-

suchenden Publikums zu rechnen ist. Ausschreitungen, die unabhängig von dem Verkehr in der Wirtschaft sich auf der Straße vollziehen, bleiben außer Betracht, auch wenn sie auf eine Ansammlung von Menschen vor dem Wirtschaftslokal zurückzuführen sind und den Umständen nach anzunehmen ist, daß den Anlaß zur Ansammlung die Offenhaltung der Wirtschaft gegeben, diese also die Leute angelockt hat. — Entsch. 3. Sen. OVB. vom 21. März 1907, III 685. — St.

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Hausfriedensbruch bei arglistigem Erschleichen der Erlaubnis zum Betreten einer Wohnung. Hausrecht des Zimmervermieters. Ein Eindringen im Sinne des § 123 Abs. 1 StGB ist nicht nur dann anzunehmen, wenn dem Eintritt entgegenstehende äußere Hindernisse überwunden oder ein ausdrückliches Verbot des Wohnungsinhabers nicht beachtet wird, sondern auch dann, wenn der Eintritt bewußterweise wider den erkennbaren Willen des Wohnungsinhabers geschieht. Der wahre Wille des Wohnungsinhabers kommt in einer Einladung zum Eintreten nicht zum Ausdruck, wenn die Einladung auf einem wesentlichen Irrtum (z. B. auf der vorgetäuschten Annahme der Familienzugehörigkeit zu dem abwesenden Untermieter) beruht. Berechtigt zur Wahrung des Hausrechts ist der Vermieter möblierter Zimmer in diesen bei Abwesenheit der Zimmerbewohner. Ihm ist die Obhut über die Zimmer anvertraut; sein Wille ist maßgebend. — Entsch. BayObLG vom 8. Januar 1907. — St. 7, 173. — St.

Bayern. Ausrufschrei. Die Bestimmungen des Bayer. PolStGB. Art. 128 und § 1 der Bayer. AB. vom 11. August 1873 die Ausübung der Heilkunde betreffend, durch welche den Ärzten zur Pflicht gemacht wird, von der Wahl ihres Wohnortes an die Distriktpolizeibehörde, vor Ausübung der Heilkunde Anzeige zu erstatten, findet auf Ausrufschrei keine Anwendung. Das PolStGB. versteht ebenso wie die ABG. unter Ärzten nur approbierte Medizinalpersonen. — Entsch. BayObLG vom 3. Januar 1907. — St. 7, 167. — St.

V. Landgericht Glogau.

***Preußen. Mäßeierausslug. Öffentlicher Aufzug.** Es ist allgemein bekannt, daß der 1. Mai ein politischer Feiertag der Arbeiter ist und daß die Feier dieses Tages den Zweck der Demonstration gegen

Unterdrückung hat. Wenn nun auch ein geschlossener Aufzug in militärischer Form wegen des Einschreitens der Beamten nicht stattfindet, so ist doch ein nach dem Vereinsgesetz genehmigungspflichtiger Aufzug dann anzunehmen, wenn der Verkehr auf der Straße durch die Ausflugs Teilnehmer gestört werden kann und die Leute nur teilweise in Gruppen gehen, sich dann aber immer wieder zusammen schließen. Die Frage, ob hierdurch die Ordnung gefährdet wird, ist zu bejahen. Die Teilnehmer sind durch den Demonstrations- und Zusammengehörigkeitsgedanken bewegt und es kann sehr leicht in Ortschaften und Schenken zu Auseinandersetzungen mit anderen Leuten kommen. Wenn bei Kriegervereinsveranstaltungen etwa nicht immer die polizeiliche Genehmigung nachgefragt sein sollte, so ist das belanglos. Bei Kriegervereinen weiß man genau, um was es sich handelt; das weiß man bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften keineswegs. — Entsch. III. Strk. LG. Olgan vom 4. November 1907 in Sachen Scholz und Gen. — St.

VI. Landgericht Göttingen.

Deutsches Reich. Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die im Publikum verbreitete Ansicht, daß man einem nicht uniformierten Polizeibeamten nicht zu gehorchen brauche, macht den, der dieser Ansicht folgend, sich tötlich widersetzt, nicht straflos. — Entsch. Strk. LG. Göttingen gegen den Kutscher Michaelis aus Grono und Gen. vom 6. November 1907. St.

Deutsches Reich. Abgabe von Heilmitteln durch Ärzte. Ein Arzt, der einem Kranken die Hälfte eines Pulvers eingibt und die andere Hälfte mit der Beiwung jurksläßt, sie dem Kranken ebenfalls einzugeben, verstößt hinsichtlich des Ablassens des angebrochenen Pulvers gegen § 367 Ziffer 3 RStGB. Es ist unzulässig die zweite Hälfte des Pulvers den Angehörigen eines Kranken zur freien selbständigen Verwendung zu überlassen. — Entsch. Strk. LG. Göttingen vom 30. September 1907 gegen den Arzt Dr. H. in Dransfeld. — St.

VII. Schöffengericht München I. Bayern. Flugblattverteilung und grober Unfug. Das Verteilen von antikerischen Flugblättern vor Beginn des Gottesdienstes vor den Kirchen ohne poli-

zeiliche Erlaubnis ist als Übertretung des Art. 12 des Bay. AusfG. zur RStPrD. in rechtlchem Zusammentreffen mit einer Übertretung des § 360¹¹ RStGB. (grober Unfug) zu bestrafen. Eine solche Handlungsweise stellt sich als Belästigung des Publikums dar und gefährdet somit den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung. Damit ist der Tatbestand des groben Unfugs erfüllt. — Entsch. SchG. München I gegen Joseph Sonthheimer vom 5. November 1907.

VIII. Schöffengericht Graunee.

Preußen. Automobilwett- und -prüfungsfahrten. Der § 22 der Oberpräsidialverordnung für die Mark Brandenburg vom 26. 9. 06, der die Veranstaltung einer Automobilwettfahrt oder Automobilprüfungsfahrt von der Genehmigung des Regierungspräsidenten abhängig macht, ist aus Gründen der Verkehrssicherheit auf öffentlichen Straßen ergangen und bezieht sich daher nur auf Schnelligkeits- und Zuberlässigkeitsfahrten, bei denen eine hohe Geschwindigkeit wesentliches Erfordernis zur Erzielung eines günstigen Ergebnisses ist, eben wegen der durch diese Geschwindigkeit dem Publikum erwachenden Gefahr. Er erstreckt sich aber nicht auf Wirtschaftlichkeits-Prüfungsfahrten, bei denen die Schnelligkeit belanglos ist. — Entsch. SchG. Graunee vom 10. Oktober 1907 in Sachen Dr. Martin u. Gen. Berlin. — St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Kinder auf Tanzböden. Der Regierungspräsident zu Aukich veröffentlicht eine Polizeiverordnung, die es verbietet, schulpflichtige und noch nicht schulpflichtige Kinder zu öffentlichen Tanzlustbarkeiten mitzunehmen oder zuzulassen.

Landespolizei in Südwestafrika. An der Spitze der für Südwestafrika neu gebildeten Landespolizei wird als Inspekteur Major v. Sehdebreck stehen, dem als Adjutant Leutnant Frehtag zugeteilt ist. Die vier Polizeibezirke sind wie folgt eingeteilt: 1. Polizeibezirk (Oberleutnant Hildebrandt), zu dem das Depot 1 Waterberg gehört, umfasst die Bezirke Grootfontein und Ontjo und den Distrikt Omaruru; 2. Polizeibezirk umfasst die Bezirke Swakopmund, Karibib, Windhuk und die Distrikte Otahandja und Gobabis; 3. Polizeibezirk (Leutnant Müller) erstreckt sich über den Distrikt Neeoboth, Bezirk Gibeon und Distrikt Rastahöhe; 4. Polizeibezirk Rastfontein-Süd, umfasst den Bezirk Keetmanshoop und die Distrikte Bethanien und Warmbad. Die

Stellen der Inspektionsoffiziere für den 2. und 4. Polizeibezirk sind noch nicht besetzt. Dem Vernehmen der „Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung“ nach ist für die eine Stelle Oberleutnant Hirsberg in Aussicht genommen.

Gewerbebetrieb mit Samen im Umherziehen. Die zuständigen preussischen Minister haben durch Rundverfügung vom 7. 10. 07 — RM. 371 — einen Antrag des Ausschusses der Handelskammern im Regierungsbezirk Liegnitz auf Ausschließung des Handels mit Gemüse- und Blumenamen vom Wandergewerbe an die Regierungspräsidenten zur gütachtlichen Äußerung mitgeteilt. Der Ausschuss weist zur Begründung seines Antrages darauf hin, daß sich unzuverlässige Elemente in großer Zahl die Ausnahmebestimmung des § 56 Ziffer 10 zunutze machten. Alljährlich durchzogen sie die Dörfer und löten die verküdenlichen Gemüse- und Blumenamen in auffallend buntenfarbigen Tüten feil. Diese Tüten, welche fest verschlossen seien, enthielten vielfach eine ganz andere, und zwar minderwertigere Sorte als auf der Außenseite der Tüte angegeben sei. Die feilgebotenen Sämereien hätten oft durch langes Liegen ihre Keimfähigkeit ganz oder zum Teil verloren und seien wertlos. Auf diese Weise würden große Bestände von Samen, die in einer Saison unverkäuflich geblieben wären, in der nächsten Saison wieder in den Handel gebracht. Die Käufer, Landleute, kleine Gartenbesitzer und Arbeiter, wären um das Kaufgeld betrogen und wendeten Zeit und Arbeit auf Bestellung des Landes unnütz auf.

Jugendgerichtshof. Mit der Einrichtung eines Gerichtshofes zur Aburteilung Jugendlicher soll in Frankfurt a. M. ein Versuch gemacht werden. Alle Strafsachen gegen Jugendliche werden dem Vormundschaftsrichter überwiesen.

Königliche Polizei soll am 1. April 1908 zunächst von den Städten des rheinisch-westfälischen Industriegebiets die Stadt Belsenkirchen erhalten.

Benachrichtigung der Angehörigen bei Verhaftungen. Die Dresdner Stadtverordnetenversammlung hat an den Rat den Antrag gerichtet, daß die königliche Polizeidirektion ersucht werde, von jeder Verhaftung den Angehörigen Kenntnis zu geben. Dieser Antrag entspricht nur der bisherigen regelmäßigen Übung. In allen hierzu geeigneten Fällen wurden schon bisher die Angehörigen benachrichtigt, damit sie sich nicht unnötig beunruhigen sollten. Solche Benachrichtigungen sind aber dem Verhafteten selbst oft nicht gerade erwünscht.

Sozialdemokratisches. **Wokkottiert** hat die sozialdemokratische Partei ein Berliner Warenhaus. Vor den Geschäftseingängen werden Flugblätter verteilt, durch die die Arbeiter vor den Einkäufen gewarnt werden sollen. Zwischen Flugblattverteiler und dem verstärkten Schutzmannaufgebot kommt es täglich zu Zusammenstößen. Im Anzeigen-

teil der sozialdemokratischen Zeitungen sind trotz des an anderer Stelle dieser Blätter verkündeten Boykotts große, teuer bezahlte Ankündigungen desselben Warenhauses nach wie vor zu finden. Geschäft ist Geschäft.

Sozialdemokraten als Dienstherrschafft. Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Ein Mann, namens Benig, beabsichtigte seine Tochter bei dem Genossen Edardt in Dienst zu geben und hatte bereits mit Edardt einen dahin gehenden Vertrag abgeschlossen. Er hat jedoch den Vertrag wieder gelöst und dabei an Edardt ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Da Sie als Sozialdemokrat ein Gegner der staatlichen Ordnung und jedenfalls auch der Religion sind, mache ich von dem mir nach § 113, Absatz 2, des Bürgerlichen Gesetzbuches zustehenden Rechte Gebrauch und ziehe meine Ermächtigung für meine minderjährige Tochter, Dienstverhältnisse einzugehen, hiermit zurück, um dieselbe vor Gefahren zu schützen, die sich aus ihrer Unersahrenheit ergeben. Ich gestatte deshalb nicht, daß dieselbe bei Ihnen in Dienst tritt.“

Anarchistisches. Der Schriftleiter des anarchistischen Blattes „Skorpion“ in Mopenhagen schloß einem Polizeibeamten, der ihn verhaften sollte, eine Revolverkugel in den Kopf und erschloß sich dann selbst.

Verbrechen und Vergehen. **Falsches Geld.** In Parnen wurde ein feingekleideter Mann festgenommen, der falsche Zwanzigmarkstücke in Umlauf gesetzt hatte. Man fand bei ihm noch mehrere hundert Mark falsches Geld. Es handelt sich anscheinend um einen internationalen Gauner.

Ein Hochstapler, der sich Dr. med. Erich v. Brandt nennt, aber noch drei auf andere Namen lautende Pässe und fünf Sorten Visitenkarten besaß, ist von der Münchner Polizei festgenommen worden. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung fand man eine Masse Damenphotographien, ein Beweis, daß der Verhaftete als Spezialist Heiratschwindler ist.

Ein Mädchenhändler, ein angeblicher Viconte de Valiganes, ist in Saarburg festgenommen worden.

Wegen zweier Morde verfolgt wird ein Zigeuner namens Raimund Buriansky aus Strzipp.

Wegen Veleidigung des Kameraden Karl in Lauchhammer wurde der Schriftleiter des „Vollschblatt“ in Halle a. S. vom Schöffengericht daselbst zu 300 M verurteilt.

Wegen Taschendiebstahls wurde vom Schwurgericht Augsburg ein Dienstmagd zu 5 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Unfähigkeit der Polizeiauskunft verurteilt; der Verurteilte hatte im Mai 1905 in Gablingen einen Einbruch verübt; er wurde verurteilt. Bei der Flucht feuerte er aus einem Revolver auf den zufällig des Weges kommenden in Gablingen stationierten bayerischen Kameraden einen Schuß ab, der jedoch fehlging.

Einen Kampf mit 6 Zigeunern hatte in dem böhmischen Dorfe Welen ein österreichischer Kamerad zu bestehen. Die 6 Zigeuner schossen auf den Gendarmen; diesem gelang es Dedung zu gewinnen und sich mit Erfolg zu verteidigen. Ein Zigeuner wurde getölet, einer schwer verletzt, die übrigen vier leicht verwundet.

Merkt. Diebeschule in Paris. In Paris wurde kürzlich ein elfjähriger Ladendieb abgefaßt. Bei seinem Verhör stellte sich heraus, daß er im Auftrage eines Belgiers Alexandre Durstin gearbeitet hatte. Dieser befahl sich, wie die weitere Untersuchung ergab, mit der Ausbildung von Knaben bis zum Alter von 14 Jahren zu Ladendieben. Als Entgelt mußten sie ihm die Hälfte der Beute ablassen. Durstin führte von diesen Einnahmen ein sehr üppiges Leben, ging feingekleidet und hatte mehrere Geliebte aus den besseren Kreisen der Halbwelt.

Chrentafel.



Kamerad Leutnant Weinberg.

Am 10. Oktober 1856 zu Oederseelehen im Kreise Aschersleben geboren, trat Kamerad Weinberg am 1. Oktober 1875 als Vierjährig-Freiwilliger in das Thüringische Mlanen-Regiment Nr. 6 ein, bei dem er am 3. Oktober 1878 zum Unteroffizier befördert wurde. Zwei Jahre darauf trat er zum Westfälischen Kürassier-Regiment Nr. 4 über, seine Beförderung zum Sergeanten erfolgte am 23. Juli 1883. Nachdem er am 10. Juli 1885 als Gendarm nach Königssteele (7. Brigade) einberufen und am 1. November 1885 nach Hattingen (Ruhr) versetzt worden war, erfolgte am 1. Februar 1885 seine Veranziehung als Oberwachmeister auf Probe nach Hagen i. B., und am 9. August 1893 die Be-

stätigung. Aus Anlaß seiner am 1. Oktober 1907 erfolgten Versetzung in den Ruhestand wurde ihm durch Allerhöchste Kabinettsorder vom 18. Oktober 1907 der Charakter als Leutnant verliehen. Kamerad Leutnant Weinberg besitzt die Dienstanszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsmedaille, das Allgemeine Ehrenzeichen und das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens.

Zu Ehren des scheidenden Kameraden Lt. Weinberg vereinigten sich auf Einladung des Kreises am 30. September die Kameraden des Veritts im Hohenjollerhotel in Hagen i. B. Es nahmen an der Feier noch die nächsten Militär- und Zivilvorgesetzten Weinbergs sowie eine Anzahl anderer Beamter, die ihm besonders nahe gestanden hatten, teil. Der Distrikts-Offizier überreichte dem scheidenden Verittsführer das ihm verliehene Kreuz zum Allgemeinen Ehrenzeichen, woran sich ein Hoch auf Sr. Majestät den Kaiser schloß. Alsdann sprach sich Landrat Hartmann in anerkennendster Weise über die Dienstführung des Scheidenden aus und überreichte ihm ein vom Kreise gestiftetes vortreffliches Majerbild. Auch die Kameraden des Veritts hatten es sich nicht nehmen lassen, ihrem bisherigen Vorgesetzten ein Abschiedsgeldent zu stiften, mit dem Wunsche, daß er sich noch recht viele Jahre des wohlverdienten Ansehndes erfreuen möge. In seiner Dankrede wies sodann Kamerad Weinberg darauf hin, wie schwer es ihm würde, aus den ihm lieb gewordenen Verhältnissen zu scheiden und des Königs Tod, den er volle 32 Jahre in Ehren getragen habe, nimmehr endgültig auszuscheiden, aber sein angegriffener Gesundheitszustand zwänge ihn gebieterisch dazu. Später wurde noch manches ehrende und humorvolle Wort gesprochen; die schöne Feier wird allen Teilnehmern in angenehmer Erinnerung bleiben.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum beging am 4. November Kamerad ber. Gendarmereiwachmeister Panz in Quakenbrück (10. Brigade). Er diente vom 4. November 1867 bis Ende Januar 1878 beim 2. Hannoverischen Mlanen-Regiment Nr. 14 und wurde am 1. Februar 1878 als i. b. Gendarm nach Bittmund (10. Brigade) einberufen. Vor nimmehr 25 Jahren wurde er nach Quakenbrück versetzt. An Erden und Ehrenzeichen besitzt Kam. Panz das Eisene Kreuz 2. Klasse, die Kriegsdenkmalnize von 1870/71, das Allgemeine Ehrenzeichen, die Erinnerungsmedaille und die Dienstanszeichnung 1. Klasse.

Das 40jährige Dienstjubiläum beging am 1. November Kamerad Fußgendarmerie-Wachmeister Schlimm in Trier. Er trat am 1. November 1867 als Dreijährig-Freiwilliger bei der 1. schweren Batterie Rheinischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 8 in Köln ein und wurde am 14. August 1869 zum Unteroffizier, am 1. März 1873 zum Sergeanten und am 1. Oktober 1877 zum Wizewachmeister befördert. Am 1. März 1878 erfolgte seine Einberufung als berittener Gendarm zur 8. Gendarmerie-Brigade nach Trier, wo er noch jetzt, nach fast 30 Jahren, tätig ist, ein Zeichen dafür, daß er es verstanden

hat, sich mit allen, mit denen er dienstlich oder außerdienstlich zu tun hatte, in ein gutes Einvernehmen zu setzen. Am 1. April 1900 trat er wegen seiner Schwere (250 Pfund) zur Fuß-



Kamerad Fußgendarmerie-Wachmeister Schlömm.

gendarmarie über. Den Feldzug gegen Frankreich 1870/71 machte er bei dem obengenannten Regiment mit. An Orden und Ehrenzeichen besitzt Kamerad Schlömm das Allgemeine Ehrenzeichen, die Kriegsgedenkmünze 1870/71, die Erinnerungsmedaille und die Dienstauszeichnung 1. Klasse.

Das 40jährige Dienstjubiläum beging am 2. November Kamerad Oberwachmeister Kasch



Kamerad Oberwachmeister Kasch.

zu Birnbaum (5. Brigade). Am 24. Oktober 1848 zu Landsberg a. B. geboren, diente Kam. Kasch vom 2. November 1867 bis 11. September 1871 bei der 4. Eskadron 2. Brandenburgischen Drag.-Rgt. Nr. 12 in Frankfurt a. O., bei welcher er den Feldzug 1870/71 mitmachte. Er nahm an den Schlachten bei Spicheren, Blonville-Mars la Tour, Gravelotte-St. Privat, Beaume la Rolande und an der Belagerung von Metz teil. Vom 18. September 1871 bis 31. Januar 1878 diente er bei der 1. Eskadron 2. Leib.-Fus.-Rgt. Nr. 2, wurde am 1. August 1872 zum Unteroffizier, am 1. Februar 1876 zum Sergeanten befördert und trat am 1. Februar 1878 zur Gendarmarie über. In Klempen, Bez. Polen, als berittener Gendarm stationiert, wurde er am 1. April 1886 als interim. Streiswachtmeister nach Birnbaum herangezogen, am 13. Oktober 1886 als wirklicher Streiswachtmeister bestätigt und am 1. April 1890 zum Oberwachmeister befördert. Kam. Kasch besitzt das Allgemeine Ehrenzeichen, die Kriegsgedenkmünze 1870/71, die Erinnerungsmedaille und die Dienstauszeichnung 1. Klasse.

Zur 40jährigen Dienstjubiläum begingen die Kameraden Oberwachmeister von Fritsch in Remel und Bredenfelder in Gensburg (1. Brigade), ersterer am 1. Oktober, letzterer am 6. November d. J.

Das 40jährige Dienstjubiläum beging der Oldenburgische Kamerad G.B. Scherer in Reuenfelde. Er ist seit 27 Jahren in Reuenfelde stationiert.

Personalveränderungen.

Ordensverleihungen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben durch K. M. O. vom 2. 9. 07 dem b. W. Stephan II und den F.W. Weständig und Scharke, 3. Brig., dem F. Breitenbach, 8. Brig., den O.W. Müller und Döring, sowie den b. W. Anulle und Nilsson, 10. Brig., die Südwestafrika-Denkmünze aus Stahl zu verleihen geruht.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 30. Oktober d. J. zu verleihen geruht: das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens: dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Schwertl in Trofchen, 1. Brig., dem Gendarmarie-Oberwachmeister Wenzel in Sangerhausen, 4. Brig., dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Lehmann in Vleson, 5. Brig., dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Aländer in Moringen, 10. Brig., dem pensionierten Fußgendarmerie-Wachmeister Ortenburger in Groß-Buchholz, bisher 10. Brig., dem Gendarmarie-Oberwachmeister Ott in Rinteln, 11. Brig., das Allgemeine Ehrenzeichen: den berittenen Gendarmarie-Wachmeistern Haale in Drossen, Mattia in Ludan, Marquardt in Spremberg, Mittag in Jülichau, 3. Brig., dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Ehrenberg in Sangerhausen sowie den Fußgendarmerie-Wachmeistern Stoya in Kengottersleben, Trautmann in Diedorf und Blant in Bad Kösen, 4. Brig.

den berittenen Gendarmen Wachmeister Lüdke in Frankfurt und Lorek in Kleiden sowie dem Fußgendarmerie-Wachmeister Wenzel in Obornitz, 5. Brig., den berittenen Gendarmen Wachmeister Hesse in Rothenburg O.-L., Schmidt VIII in Pölsnitz und Rose in Charlottenbrunn sowie dem Fußgendarmerie-Wachmeister Wadermann in Neubrunn, 6. Brig., dem pensionierten Fußgendarmerie-Wachmeister Verder in Heeren, bisher 7. Brig., den Gendarmen-Oberwachmeister Dietrich in Ottweiler und Hartmann II in Merzig sowie dem berittenen Gendarmen Wachmeister Knoch in Tönsheid, 8. Brig., dem Gendarmen-Oberwachmeister Wöhl in Alsenburg, dem Fußgendarmerie-Wachmeister Kelpke in Salzhausen, 10. Brig., den berittenen Gendarmen Wachmeister Schmidt in Braunsvalde und Conrad in Platon, 12. Brig.

Hessen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben zu verleihen geruht: die Krone zum Silbernen Kreuz des Verdienst-Ordens Philipps des Großmütigen dem aus dem Dienst scheidenden Wachmeister Laumann vom Großherzoglich Hessischen Gendarmen-Korps.

Sonstige Veränderungen.

2. Brigade.

Regt. Steink 1, Rathsdammnig, am 1. 11. 07 nach Schürvor vers. — Regt. Kisch, Schürvor, am 1. 11. 07 nach Rathsdammnig vers. — Regt. Wille, Neu-Eimenhorst, am 1. 11. 07 nach Woodbagen b. Eimenhorst vers. — b. St. Mölchow, Duderow, am 1. 11. 07 zur 8. Brig. nach Merzig vers. — Regt. Michel, Hohenkrug, am 15. 7. 07 nach Schönowau, Mr. Greisenhagen fmdrt., am 1. 10. 07 vom Ambo. zur. — Regt. Taut, Bartelsbagen, am 13. 8. 07 nach Treptow a. Toll. fmdrt., am 17. 10. 07 vom Ambo. zur. — b. St. Grünhaupt, Vorbed III, 8. Brig., am 1. 11. 07 zur 2. Brig. nach Duderow vers.

4. Brigade.

b. St. Rudolph, Freyburg, am 1. 11. 07 zur 7. Brig. nach Altenbunden oerf. erhält Weg. I.

5. Brigade.

b. St. Kraft, Trempen, am 1. 11. 07 zur 8. Brig. als Regt. nach Venrath vers. — b. St. Laumen, Vorbed — 8. Brig. — am 1. 11. 07 zur 5. Brig. nach Trempen vers.

7. Brigade.

Regt. Wende, Crengeldanz, am 1. 3. 07 nach Altenbunden, Jecher Prinz von Preußen, fmdrt., trat am 30. 9. 07 von seinem Ambo. zur. — b. St. Rudolph, Freyburg — 4. Brig. — am 1. 11. 07 zur 7. Brig. nach Altenbunden vers., erhält die Nr. I. — Regt. Rudolph, Ihmert, erhält die Nr. II. — b. St. Weiland, Warendorf, am 10. 9. 07 nach Everswinkel fmdrt., am 17. 10. 07 vom Ambo. zur. — Regt. Nolte, Warendorf, am 3. 9. 07 nach Everswinkel fmdrt., am 29. 10. 07

vom Ambo. zur. — b. St. Meiner I, Vocholt, am 1. 11. 08 ohne Geh. beurl., am 1. 8. 07 als b. St. in Vorken i. St. wieder angestellt. — Regt. Venbed, Ahns, am 1. 10. 07 nach Cronau Wf. (Glauerbrück) fmdrt. — Regt. Wolter, Berne, am 1. 10. 07 nach Altenbunden, Jecher Prinz von Preußen fmdrt. — Regt. Corbed, Vorken, am 9. 10. 07 nach Vocholt fmdrt. — b. St. Schröder, Greven, am 9. 10. 07 nach Gr. Burlo b. Bejeke fmdrt. — Regt. Brögmann, Münster, am 9. 10. 07 nach Suderwid, Mr. Vorken fmdrt. — Regt. Lange I, Ahlen, am 9. 10. 07 nach Hemden b. Vocholt fmdrt. — b. St. Pösch, Burgsteinfurt, am 21. 10. 07 nach Greven, Jech. Münster fmdrt. — Regt. Diejeuer, Rheine, am 21. 10. 07 nach Alstätte fmdrt. — Regt. Tüllmann, Stadthohn, am 23. 10. 07 nach Oeding fmdrt. — b. St. Griebel, Ahns, am 23. 10. 07 nach Alstätte fmdrt. — b. St. Gille, Quer am 23. 10. 07 nach Carlo, St. Münster, fmdrt. — Regt. Schuber, Hahlinghausen, von 18. 10. — 31. 12. 07 nach Allena Wf. fmdrt. — b. St. Heinrich, Vottrop, am 23. 10. 07 nach Spork b. Vocholt fmdrt. — Regt. Hülsemann, Haltern, am 23. 10. 07 nach Lovid b. Vocholt fmdrt. — b. St. Voller, Reddinghausen, am 29. 10. 07 nach Vardingholt b. Rhede, Jech. Münster fmdrt. — b. St. Meiner I, Vorken, am 2. 11. 07 nach Vardingholt b. Rhede, Jech. Münster fmdrt. — b. St. Brandt II, Vocholt, am 2. 11. 07 nach Hemden b. Vocholt fmdrt.

8. Brigade.

b. St. Kohn, Vorbed IV, am 1. 11. 07 nach Castellau vers. — b. St. Schay, Castellau, am 1. 11. 07 nach Remagen vers. — Regt. a. Br. Hoffmann, Willenburg, am 1. 11. 07 nach Fluwig Mr. Frier vers. — b. St. Engel, Remagen, am 1. 11. 07 nach Vorbed IV vers. — b. St. Lorenz, Merzig, am 1. 11. 07 nach Vorbed IV vers. — Regt. Schneider III, Gammertingen, am 1. 11. 07 nach Gledhardsbain, Mr. Altentirchen vers. — b. St. Laumen, Vorbed IV, am 1. 11. 07 nach Trempen, 5. Brigade, vers. — b. St. Kraft, Trempen, 5. Brigade, am 1. 11. 07 zur 8. Brigade nach Venrath vers. — b. St. Grünhaupt, Vorbed III, am 1. 11. 07 zur 2. Brigade nach Duderow vers. — Regt. Schmidt X, Wildhof, am 1. 10. 07 nach Friedrichsthal, Mr. Saarbrücken, vers. — b. St. Mölchow, Duderow, 2. Brigade, am 1. 11. 07 zur 8. Brigade nach Merzig vers. — Regt. Journee, Werden, am 23. 9. 07 nach Heisterbrod, Mr. Strahlen Wld., fmdrt. — Regt. Schmidt XVI, Gschweiler, am 12. 10. 07 nach Mölsheid fmdrt. — Regt. Hausmann I, Hideswogen, am 24. 9. 07 nach Proeff, Mr. Rees, fmdrt. — Regt. Pösch II, Cleve, am 28. 9. 07 nach Spyd b. Griethuizen fmdrt. — Regt. Büchler, Steele, am 24. 9. 07 nach Stempen Wld. fmdrt. — Regt. Siewert, Stevelaer, am 26. 9. 07 nach Lindenbosch b. Wemb, Post Weeze fmdrt. — Regt. Domanowski, Wdeler, am 26. 9. 07 nach Naal b. Weeze fmdrt. — Regt. Weich II, Ertelenz, am 23. 9. 07 nach Dalheim Wld. fmdrt. — Regt. Ortman, Kempen Wld., am 19. 10. 07 nach Aldentkirchen Wld. fmdrt. — Regt. Thun, Rheindahlen, am 24. 9. 07 nach Schenkenkhanz b. Düsseldorf,

Mr. Kleve, Imbdt. — *H. S.* Heimann, Ratingen, am 24. 9. 07 nach Louisenburg, Mr. Geldern, Imbdt. — *H. S.* Hartmann, Schiebusch, am 24. 9. 07 nach Mülhingen, Mr. Rees, Imbdt. — *H. S.* Hejzioroff, Calcar, am 24. 9. 07 nach Griethausen Imbdt. — *H. S.* Maba, Dabringhausen, am 24. 9. 07 nach Cammerich, Mr. Rees, Imbdt. — *C. S.* Gildemeister, Lennep, am 24. 9. 07 nach Wylter, Mr. Cleve, Imbdt. — *H. S.* Breitenbach, Rath, am 24. 9. 07 nach Leuth, Mr. Geldern, Imbdt. — *H. S.* Schulz II, Revisges, am 24. 9. 07 nach Hütthum, Mr. Rees, Imbdt. — *H. S.* Wäner, Denderfchen, am 22. 9. 07 nach Meeden, Mr. Cleve, Imbdt. — *H. S.* Landsberg, Eller, am 24. 9. 07 nach Höfflich, Mr. Cleve, Imbdt. — *C. S.* Armacher, Huhrot, am 22. 9. 07 nach Straelen Rhld., Imbdt. — *H. S.* Bohlöder, Kettwig, am 23. 9. 07 nach Dant b. Straelen Rhld., Imbdt. — *H. S.* Matschke, Cronenburg, am 24. 9. 07 nach Hütthum, Mr. Rees, Imbdt.

H. S. Wegger, Siebenboomskaffen, am 23. 9. 07 nach Hans Steprat b. Walben Rhld., Imbdt. — *H. S.* Käßbenber, Anrath, am 28. 9. 07 nach Heselburg, Mr. Rees, Imbdt. — *H. S.* Lange IV, Weibert, am 24. 9. 07 nach Cammerich, Mr. Rees, Imbdt. — *C. S.* Jährmann, Düsseldorf, am 24. 9. 07 nach Empel, Mr. Rees, Imbdt. — *H. S.* Abeling, Dillen, am 28. 9. 07 nach Genholt-Prüggen, Rhld., Imbdt. — *H. S.* Oberdief, Oberburg-Wupper, am 24. 9. 07 nach Bertherbruch, Mr. Rees, Imbdt. — *H. S.* Simon II, Ohligs, am 24. 9. 07 nach Mülhingen, Mr. Rees, Imbdt. — *H. S.* Lütjck, Kant, am 24. 9. 07 nach Spyl b. Griethausen Imbdt. — *H. S.* Teichen-dorf, Offenbach a. GL, am 15. 10. 07 nach Nab-bollendorf, Mr. St. Wendel, Imbdt. — *H. S.* Herling, Heverath, am 1. 10. 07 nach Klein, Mr. Wirtlich, Imbdt. — *H. S.* Frann, Aldenhoven, am 18. 10. 07 nach Bongenerich b. Derbesthal Imbdt. — *H. S.* Bach, Schmidtheim, am 18. 10. 07 nach Walhorn Imbdt. — *H. S.* Danauer, Fr. Morebniet, am 18. 10. 07 nach Walhorn Imbdt. — *H. S.* Schweifer, Koberich, am 20. 10. 07 nach Prüggen, Rhld., Imbdt. — *H. S.* Ehrlich, Lennep, am 24. 9. 07 nach Bertherbruch, Mr. Rees, Imbdt. — *H. S.* Weber VII, Ertrath, am 24. 9. 07 nach Hilin, Mr. Cleve, Imbdt. — *H. S.* Boffrath I, Würig, am 24. 9. 07 nach Hieselburg, Mr. Rees Imbdt. — *b. S.* Lang, Cleve, am 28. 8. 07 nach Warbechen, Mr. Cleve, Imbdt., am 27. 9. 07 vom Nmdo. zur. — *b. S.* Kefemeyer, Crandenburg, am 28. 8. 07 nach Meeden b. Cleve Imbdt., am 27. 9. 07 vom Nmdo. zur.

10. Brigade.

H. a. Fr. Schmidt, Harste bei Göttingen, v. J. Truppenteil zum Riezfeldwebel befördert.

11. Brigade.

H. S. Marx, Oberlabenstein, am 22. 8. 07 nach Hisingen Imbdt., am 30. 9. 07 vom Nmdo. zur.

12. Brigade.

H. S. Leitus, Mielau, am 6. 11. 07 nach Einlage bei Schiewenhorst Imbdt. — *H. S.* Worm, Elawoschin, am 21. 10. 07 nach Einlage bei Schiewenhorst Imbdt., trat am 8. 11. 07 vom Nmdo. zurück.

Brigade Eljah-Rothringen.

i. b. G. Luz, Pusendorf, am 20. 11. 07 von Pusendorf nach Sundhagen vers. — *b. S.* Attig, Großtändchen, am 30. 11. 07 von Großtändchen nach Teime vers. — *b. S.* Klinder, Delme, scheidet am 14. 11. 07 aus. — Sergt. Demange vom Schlesw.-Holst. Drag.-R. 13 zum 15. 11. 07 als i. b. G. nach Saarburg zur Probendienstleistung einber. — Sergt. Knappe vom 2. Rhein. Inf.-Rgt. 9 zum 20. 11. 07 als i. b. S. nach Pusendorf zur Probendienstleistung einber. — *W. S.* Rott vom 1. Unter-Elb.-Feldart.-Rgt 31 zum 1. 12. 07 als i. b. S. nach Großtändchen zur Probendienstleistung einber.

Auskunftstei.

An Kam. ber. GWM. Schl. in N. M. Schankgefäße. Stammsel. Die Bestimmung über Bezeichnung der Schankgefäße erstreckt sich auf alle Gefäße, die der Wirt in der öffentlichen Wirtschaft zum Verabfolgen von Bier, Wein, Koff und Obstwein verwendet, auch auf die Stammschoppen. So hat u. a. das OLG. Darmstadt am 20. März 1885 entschieden. Allerdings möchte es zweifelhaft sein, ob die Vorschriften auch auf Gläser Anwendung finden, die die Gäste in der Wirtschaft unter eigenem Verschluss aufbewahren, z. B. in einem Vereinskrant, und die nur bestimmten Zwecken dienen oder einem besonderen Gast ausschließlich zur Verfügung stehen. z. B. Humpen, aus denen ein Vereinsvorsitzender etwa einen Begrüßungsstrunk spendet. Nicht zu bezeichnen sind selbstverständlich Ehrenhumpen, die ein Verein als Siegespreis errangen und in seinem Vereinszimmer aufgestellt hat.

Nr. 218. — H. —

Kam. GW. S. in S. Zellbieten roher Erzeugnisse der Landwirtschaft im Umherziehen. Der rohe Erzeugnisse der Landwirtschaft, z. B. Kartoffeln, feilbieten will, bedarf, wie in den Auskünften S. 210 und 257 des „Gendarm“, 4. Jahrg., erschöpfend aneinandergelegt ist, keines Wandergewerbescheins. Dagegen bedarf ein Zwischenhändler, wie ebenda ausgeführt ist, eines Gewerbesteuerfcheins. Deshalb der Regierungspräsident — doch auf Vorford der Polizeibehörden — dennoch Wandergewerbescheine für diesen Gewerbebetrieb ausstellt und weshalb die Gerichte die Kartoffelhändler, die keinen Wandergewerbeschein besitzen, bestrafen, ist uns unerfindlich. Taß aber auch Sie, der Sie doch selbst die oben erwähnte Auskunft auf Seite 257 anziehen, Kartoffelhändler wegen Wandergewerbeübertretung anzeigen können, ohne auf die die Straffreiheit gewährenden Vorschriften dabei aufmerksam zu machen, verstehen wir erst recht nicht. Nr. 296 a. — n.

An B. in O. 1. Polizeistunde für Vereine. Wenn die Mitglieder eines Vereins nach Vornahme der nicht öffentlichen Vereinsübungen (Gefangübung, Turnstunden) im Vereinslokal verweilen und von Schluß der Sitzung völlig unter sich bleiben,

also nach wie vor eine geschlossene Gesellschaft bilden, dann findet die Polizeistunde auf sie keine Anwendung.

2. Form des Feierabendbieten. Der Wirt hat, um sich selbst vor Strafe wegen Polizeistundenübertretung zu schützen, alles zu tun, um die Gäste aus der Wirtschaft hinauszubringen. Das bloße Feierabendbieten befreit ihn nicht. Dagegen macht sich jeder Gast strafbar, der trotz Feierabendbieten in der Wirtschaft verbleibt. In welcher Form das Feierabendbieten zu geschehen hat, ist gleichgültig. Das eine den Gästen deutlich verkündete „Feierabend“ genügt vollkommen; es ist jedem verständlich und allgemein bekannt, daß darin eine Aufforderung zum Verlassen der Wirtschaft liegt. Eine ausdrückliche Aufforderung ist nicht geboten.

3. Polizeistunde für Wirtschaften einer Kaffinogellschaft. Eine Kaffinogellschaft ist an und für sich in ihrem Hause nur dann und nur soweit an die Polizeistunde gebunden, als sie die Wirtschaftsräume dem öffentlichen Verkehr zur Verfügung stellt.

Rt. 217. — t. —

Kam. GW. B. in G. Ärztliche Hilfe bei Unfällen. Ein Arzt, der bei Unfällen von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter aufgesordert wird, einem Verletzten zur Verhütung einer Verblutung schleunigst einen Verband anzulegen, macht sich unbedingt strafbar, wenn er der Aufforderung keine Folge leistet. Die Frage, wer die Kosten zu tragen hat, ist nach der Hilfeleistung zu entscheiden. Von einer vorherigen Zustimmung der Erstattung darf der Arzt die Hilfe unter keinen Umständen abhängig machen. Dies gilt als Verweigerung der Hilfeleistung. Es dürfte wohl auch nur wenig Ärzte geben, die die Gewissenlosigkeit so auf die Spitze treiben, um einiger Pfennige willen ein Menschenleben zu gefährden. Erstatte die Strafanzüge aus § 360¹⁰ StGB. Voraussetzung ist nur, daß dem Arzt die Gefahr des Verblutens bei der Aufforderung zur Hilfeleistung mitgeteilt worden ist.

Rt. 277. — n.

Kam. ber. GW. G. in Bl. Kaffellan oder Wirtschaftspächter. Ein Schankwirt, der von dem Eigentümer einer Wirtschaft mit der Verpflichtung in diese eingesetzt wird, von den Einnahmen für ausgeschenkte Getränke bestimmte Beträge abzuliefern, gilt als Pächter, wenn auch der dem Pächter gebührende Überschuß aus dem erzielten Erlös als „Lohn“ bezeichnet wird. Es kommt im Rechts- und Verlehrsleben heutzutage nicht auf den toten Buchstaben, sondern auf den lebendigen Inhalt eines Rechtsverhältnisses an. Wie die Parteien den Vertrag und ihre gegenseitigen Beziehungen bezeichnen, ist völlig gleichgültig. Der Mann bedarf der Schankerlaubnis. Schenkt er, ohne eine solche nachgesucht zu haben, bereits aus, dann ist schleunigst ein Strafverfahren wegen Vergehens gegen § 147¹ der Gewerbeordnung gegen ihn und wegen Beihilfe zu diesem Vergehen — wenn nicht gar wegen Anstiftung

(Mißbrauchs des Ansehens des wirtschaftlich Stärkeren) — gegen den Verpächter einzuleiten. Bekrafung beider ist uns nicht zweifelhaft. Daneben kann gemäß § 15 GewO. und Ziff. 8 der Ausf.-Anw. z. GewO. vom 1. Mai 1904 mit Verhinderung des unbefugten Schankbetriebes vorgegangen werden.

Rt. 128. — n.

Kam. v. Z. 103. Wundarmeriekalender 1908. Der Kalender wird kurzzeitig gedruckt und gelangt im Dezember zur Verendung. Reklamationen sind daher nicht nötig. Rt. 211. — R. G.

Amtsvorst. R. 1. Waffenverkauf. Eine Polizeiverordnung, die den Verkauf von Revolvern, Pistolen und ähnlichen Schusswaffen nur gegen Vorzeigung eines Waffenscheines gestattet, versteht unter „ähnlichen“ Schusswaffen u. E. Schusswaffen, die sich in gleicher Weise leicht in einer Tasche oder unter einem Kleidungsstück verbergen lassen wie ein Revolver oder eine Pistole. Die Kleinheit der Waffe, die ein verdecktes Tragen erleichtert, macht sie gefährlicher als die Pistolen und Flinten mit langem Lauf. Revolverschusswaffen werden danach so weit unter das Verbot fallen, als sie in Pistolenform angefertigt sind, es müßte denn aus dem Wortlaut oder Inhalt der Polizeiverordnung etwas anderes hervorgehen.

2. Dienststreifen mit Klein- und Straßenbahnen. Klein- und Straßenbahnen sollen bei Dienststreifen tadellos benutzt werden, es müßte denn sein, daß ihre Benutzung einer angemessenen Erledigung der Reise nicht förderlich ist. Als Beispiele für Unzulässigkeit der Nichtbenutzung der Klein- und Straßenbahnen gibt der Staatsministerialbeschuß vom 11. 11. 03 folgende Fälle an:

- a) wenn durch die Benutzung eines andern Beförderungsmittels als der Kleinbahn eine erhebliche, im dienstlichen Interesse liegende Zeitersparnis erzielt wird;
- b) wenn dadurch eine zweckmäßigere Zeiteinteilung hinsichtlich der zu erledigenden auswärtigen Dienstgeschäfte ermöglicht wird;
- c) wenn die Kleinbahn (Straßenbahn) sich zur Beförderung notwendig mitzuführenden Gepäcks nicht eignet;
- d) wenn die Kleinbahn (Straßenbahn) mit Rücksicht auf die dienstliche Stellung des Beamten als ein angemessenes Beförderungsmittel nicht zu erachten ist.

Dieselben Ausnahmefälle wird man, wenn dies auch nicht ausdrücklich angegeben ist, in dem Verhältnis der Straßenbahn zu einer Kleinbahn mit nebenbahnähnlichem Betriebe gelten lassen müssen. Ist die Fahrzeit auf der 15 Kilometer betragenden Straßenbahn also so erheblich länger als die Fahrzeit auf der 8 Kilometer langen Kleinbahn, daß dadurch die Dienstgeschäfte am Amtssitz oder an dem Ziel der Dienstreise erheblich geschwächt werden, dann darf der Beamte das schnellere Beförderungsmittel wählen. Die Gründe für Nichtbenutzung der Straßenbahn sind dann in der Reisekostenberechnung auseinanderzusetzen. Rt. 214. — t.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.
Nr. 17. Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Werbach zu Berlin. 1907/08.

Die Polizeihundprüfung zu Hagen i. W.

am 20. und 30. September 1907.

(Schluß.)

14. Flod v. d. roten Erde, ein gut abgeführter Dobermann, hat sich seit Zierlohn im Apportieren und Springen verbessert, in der Wasserarbeit ist er aber auf Null geblieben. Seine Verbrecherarbeit war gut, seine Suche mit der Nase jedoch nur halb; er sucht mehr mit den Augen. Diesmal verschmähte er den ihm von fremder Hand dargebotenen Lederbissen und blieb in dieser Beziehung standhaft. Der Führer muß dem Hunde gegenüber energischer auftreten.

15. Normann v. Isenburg, ein Dobermann von guter Anleitung, der bei weiterer, geschickter Dressur, zu welcher der Führer das Zeug hat, ein tüchtiger Polizeihund zu werden verspricht.

16. Dober, ein Dobermann mit guter Nasenarbeit, fern im Verlorensuchen, energischer Verteidiger, schüffst und guter Springer. Als besondere Leistung zeigte er das Auffinden von Schlüsseln, die sein Führer vergraben.

17. Fanny, siehe Hündinnen, offene Klasse.

18. Haras, siehe Rüden, begr. Klasse.

19. Prinz, ein Hund ohne Leben, schlecht im Futter, sein Führer noch nicht fundig genug. Angeblich erst 24 Tage in der Dressur, hat er schon ziemlich viel gelernt; vom Verbrecher weggeworfene Sachen bringt er tadellos, ebenso bringt er einwandfrei die Wippe aus dem Wasser ans Land. Im Meldungüberbringen ist er gut, aber zu langsam. Die Arbeit am Verbrecher befriedigt.

20. und 21. Graf und Wotan, zwei prächtige Dobermänner, Besitzer und Führer Herr Pol.-Kom. Wagner-Vohwinkel. Beide Hunde zeigten sich von der besten Seite und sind sehr gut abgeführt. Besonders hervorzuheben ist ihre Zusammenarbeit am Verbrecher, wobei sie Vortreffliches leisteten und einen bewundernswerten Gesamteffekt zeigten. Herr Pol.-Kom. Wagner ist ein sehr ruhiger und geschickter Führer, so wie man sich ihn wünscht.

22. Schuft, ein gut durchdressierter und hauptsächlich zur Nasenarbeit sehr gut beanlagter Airbalesterrier. Der Hund versprach in die höchsten Punktzahlen zu kommen, doch war die Arbeit am Verbrecher und im Wasser leider nicht befriedigend. Beim Revieren gibt er beim Verbrecher erst Laut, als ihn sein Führer dazu anreizt. Im Verfolgen ist er wohl gut, sagt aber nicht recht zu.

Vom Verbrecher weggeworfene Sachen bringt er tadellos, springt und sucht verloren sehr gut.

23. Greif, Airbalesterrier, fehlt.

24. Jahn, der Hund ist durch die Anwesenheit seines früheren Herrn in der Arbeit abgelenkt worden. Gleich beim Ab-leinen zum Folgen frei bei Fuß geht er ab und sucht seinen früheren Herrn. Sein jetziger Führer muß den Hund mehr in seine Gewalt bringen. Am Verbrecher arbeitete er sehr gut, Revieren war mäßig, Gesamteffekt schlecht. Der Hund muß noch gründlich vorgenommen werden.

25. Prinz v. Haspe, ein Airbalesterrier ohne Feuer, bedächtig in seiner Arbeit, am Verbrecher wird er lebhafter, verteidigt und verfolgt sehr gut, verliert dagegen im Bewachen von Gegenständen und bringt auch den vom Verbrecher weggeworfenen Revolver nicht, apportiert überhaupt keinen Gegenstand ans Metall. Als besondere Leistung wird das Bewachen, selbständige Verfolgen und Stellen des Verbrechers sehr gut vorgeführt.

26. Prinz Artus v. Otzberg, ein mehrfach auf seine guten Leistungen prämiierter Schäferhund. Ich habe den Hund schon besser arbeiten sehen. Er ist sonst ein sehr gut durchdressierter Hund, ein sicherer Verteidiger seines Herrn, flott und zuverlässig für Wasserarbeit; sein Führer ist ein guter Dressur.

2. Offene Klasse, Hündinnen.

1. Gula von Langerfeld, eine Airbalesterhündin mit sehr guter Nase, im Apportieren etwas lässig, muß noch in allen Fächern gehörig vorgenommen werden. Das Beste, was sie leistete, war Meldungüberbringen, worin sie vollständig sicher ist.

2. Nora v. Edardstein, eine gut abgeführte Lüdenschneider Dobermannhündin, mit vorzüglicher Nase, sucht sehr gut, würde sich besonders zur weiteren Ausbildung als Kriminalhund eignen.

3. Marlitt v. Edardstein, eine ebenfalls tadellose Lüdenschneider Dobermannhündin, die am Verbrecher schneidiger arbeitete als die vorige, überhaupt eine gute Gesamtarbeit leistete.

4. Lady v. Schmidthorst, die Siegerin der Prüfung. Ein Airbalesterrier, wie ich ihn mir bisher stets vorgestellt habe. Schade, daß der Hündin die Wasserarbeit und das Apportieren über die Bretterwand nicht besser gelang, sonst hätte sie mühelos und mit Glanz die Höchstzahl von 110 Punkten erreicht. Wer das wackerere Tier arbeiten sah, mußte seine helle Freude daran haben. Als besondere Leistung im Sicherheitsdienst zeigte sie das Bewachen und selbständige Verfolgen

und Stellen des Verbrechers mit großer Brau-
vour. Als besondere Leistung im Kriminal-
dienst suchte und fand sie sehr schnell und
sicher den von einer fremden Person ver-
grabenen Gegenstand. Die Hündin machte
ihrem Führer und Dressleur alle Ehre.

5. **Jenny**, eine deutsche Schäferhündin,
die der Lady beim Kampf um die Sieges-
palme scharf im Nacken saß, ihr aber in der
Gesamtarbeit nicht gleichzustellen ist. Ein
ganz vorzüglich dressierter Hund, sehr gute,
flotte Rajenarbeit, Schneid und Tempera-
ment sehr gut, ein geborener Polizeihund.
Schade, daß der Hund nicht im Polizeidienst
steht!

In der begrenzten Klasse waren
drei ganz vorzügliche Schäferhunde, Rolf,
Cilly und César, die sehr wohl in der
offenen Klasse hatten konkurrieren können; sie
erreichten 88, 84 und 81 Punkte. Das übrige
Material der begrenzten Klasse zeigte sich
gut ausgebildet bis auf eine Airedalehündin,
die Beate v. Mühlenbruch, die ganz
gerüstet und nicht bei der Sache war, wenig
Temperament besitzt, beim Schießen und An-
griff des Verbrechers fortläuft. Dagegen hat
sie gute Anlagen zur Rajenarbeit, findet beim
Suchverloren den Gegenstand, bringt ihn aber
nicht. Der deutsche Schäferhund Waldin
steht noch ganz in den Kinderschuhen und
wurde während der Prüfung zurückgezogen.

Wie ich schon weiter oben anführte, hat
der Herr Minister des Innern sein Interesse
und seine Anerkennung der Polizeihundsache
auch bei dieser Prüfung bekundet. Der Herr
Regierungspräsident zu Amsberg hatte den
Herrn Regierungsassessor Klein als seinen
Stellvertreter entsandt. Ferner waren als
Ehrengäste erschienen die Herren Oberbürger-
meister Guno, Bürgermeister Wille, Bürger-
meister Wortmann, Pol.-Insp. Hauptmann
Klaeber-Altona, Kreim.-Insp. Deutsch-Dam-
burg, als Vertreter der Königl. Polizei-
direktion Saarbrücken der Königl. Polizei-
kommissar Rost, Vertreter der Gerichts-
und Staatsanwaltschaftsbehörden, Amtmän-
ner und Bürgermeister der Landkreise Hagen,
Schwelm usw., Stadtverordnete, viele Polizei-
inspektoren, Polizeikommissare und sonstige
Polizeibeamte und auch verschiedene Gendar-
meriewachmeister. Zur Freude aller Polizei-
hundleute waren auch die um die Entwicklung
des Polizeihundwesens hochverdienten Herren
Direktor Robert Gersbach und der Schrift-
leiter unserer Zeitschrift „Der Polizeihund“,
Fritz Gersbach, aus Berlin erschienen.

Selbst das Ausland hatte Vertreter ent-
sendet, und zwar die Herren Derfens, In-
spekteur van Politie aus 'sGravenhage (Hol-
land) und Rebatteur van het Weefblad
„Onze Honden“ W. Reijler aus 'sGra-
venhage. Auch Herr Krupp von Bohlen-
Salbach aus Essen besuchte die Prüfung.

Um zum Schluß nun auch den gefälligen
Teil des Programms zu berühren, so will

ich mich darin ganz kurz fassen und sagen,
es war alles tadellos arrangiert und alles
verlief in der schönsten Weise. Sämtlichen
Herren, die zu dem guten Gelingen der
Hagener Polizeihundprüfung beigetragen
haben, herzlichen Dank!

Mit dem Wunsch, daß alle Teilnehmer
an dieser Prüfung eine Fülle von Anregun-
gen, Belehrungen und guten Erfahrungen in
sich aufgenommen haben und zu ihrem und
zum allgemeinen Nutzen verwenden mögen,
hoffe ich, daß der P.H.V. auf dem nun einge-
schlagenen Wege kräftig weiter wachsen,
blühen und gedeihen wird.

Frankfurt a. M., im Oktober 1907.

Weber, Königl. Polizeikommissar.

Zur Förderung der Zucht.

Die 7. Polizeihundprüfung zu Hagen i.
W. lieferte den untrüglichen Beweis eines
großen Fortschritts in der Tüchtigkeit unserer
Führer und somit in der Tressur der Hunde.
Die große Anzahl der Prüflinge ließ ferner
die mächtig anwachsende Bewegung für unsere
Sache erkennen. Der glückliche Gedanke,
Zweigvereine zuzulassen, wird sicherlich das
Seine tun; neue geistige Mittelpunkte wer-
den entstehen und fördernd wirken.

Heute sei mir erlaubt, die Worte zu be-
handeln, die wir als Devise auch auf unserm
Schilde führen: die „Förderung der
Zucht“. Es ist ein interessantes Thema und
ein schier unerschöpfliches, auf das hier nur
einige Schlaglichter fallen sollen.

Wozu mag der Mensch der Urzeit den
Hund wohl zuerst benützt haben? Als Hüter
der Herden oder als Jagdhelfer? Wir
wissen es nicht; doch so viel steht fest, daß
der Mensch zu besonderen Zwecken sich be-
sonders geeignete Hunde wählte, diese sich
hengen ließ, und aus deren Nachzucht wieder
die geeigneten paarte. So entstand durch
planmäßige Zuchtwohl der körperlich und
geistig hervorragenden Tiere die Rasse.

Inbegriff des Wortes „rasserein“ ist
also: Fixierung körperlich und geistig hervor-
ragender Eigenschaften durch Ererbung. Einen
typischen Vertreter seiner Rasse nennt man
den Hund, der alle für den ihm zukommenden
Sonderzweck erforderlichen Eigenschaften in
hohem Maße in sich vereinigt. Es liegt in
der Natur der Sache, daß man Jagd-, Schäfer-
und auch Wachhunde seit alters rasserein
erzüchtet — der Polizeihund harret noch dieser
Aufgabe.

Der Beweis für diese Behauptung sei da-
durch erbracht, daß z. B. unter 100 Schäfer-
hunden (des Gebrauchshundschlages) sicherlich
99 zum Hüten geeignet sind und daß unter
100 Pointers 99 die Rasse, die Suche und das
Bangwerk haben, die sie zu so hervorragenden
Spezialisten für die Dühnerjagd machen.

Wir dagegen müssen uns noch innerhalb verschiedener Rassen mühsam das geeignete Material ausfinden, da die für den Polizeidienst erforderlichen Eigenschaften eben nicht durch Vererbung festgelegt sind. Um dies nun wenigstens in einem Stamm von Hunden zu ermöglichen, ist eine Beschränkung der für den Polizeidienst zuzulassenden Rassen ein unumgängliches Erfordernis.

Möge die Zukunft dieser Tatsache immer mehr Rechnung tragen, möge sie den so wichtigen Zuchtfragen gesteigerte Anregung und Förderung bringen! Nicht nur gute Führer und Dressiere sind Daseinsbedingung für unsere Sache, sondern vor allem auch Züchter und Kynologen, deren wir unter den Polizeihundmännern schon viele haben.

Einen Blick nun auf die Ausstellungen, deren guter Zweck ja oft verkannt wird. Gemeinhin sagt man, dort würden die Hunde nur auf Schönheit gerichtet. Gewiß! Schönheit bedeutet aber Masseneinheit in körperlicher Beziehung. Das anatomisch gesuchte Auge des Richters prüft, ob der Hund auf Grund der Beschaffenheit seiner Brust, Schultern, Anagen, Läufe, Beine, seines Haarkleides usw. den Anstrengungen, die der Dienst an ihn stellt, gewachsen ist. Die Beurteilung rein äußerlicher Schönheitspunkte kommt erst in zweiter Linie.

Ein Vergleich erscheint hier am Platze: Bevor der Staat die Rekruten ins Heer einstellt, ordnet er ihre Untersuchung auf körperliche Tauglichkeit an; er prüft die „Felddienstfähigkeit“. Nur die Felddienstfähigen werden Soldaten und erst unter Letzteren wird durch Beförderung die geistige Auslese getroffen. Dies, auf unsere Verhältnisse übertragen, heißt: nur die körperlich tauglichsten, nach dieser Seite hin typischsten Vertreter ihrer Rasse sollten Polizeihunde werden. Gelegentlich der Prüfungen wird unter diesen die geistige Auslese gehalten und — wir haben den Tieren gegenüber mehr Nachmittel in der Hand als der Staat für die Menschen — nur die intelligentesten zur Zucht benutzt.

Solche der körperlichen und geistigen Seite genügende Zuchtwahl wird Erfolge zeitigen und uns immer näher bringen dem zu erstrebenden Ziel: Festlegung der für den Polizeidienst erforderlichen Eigenschaften und Erzüchtung geborener Polizeihunde. An diesem großen Werk hilft jeder mit, der nur rasseeigne und typische Hunde — sagen wir, um die so nötige Einschränkung der Rassen zu ziehen, Akredales, deutsche Schäferhunde oder Dobermannpincher — für den Dienst beschafft und einstellt, die dann nach Prüfung ihrer Intelligenz erst Zuchtwert erlangen und so die für den Sonderzweck erworbenen Eigenschaften vererben helfen.

In diesem Sinne wenigstens Züchter zu sein, sollte jeder Polizeihundführer sich anlegen sein lassen.

Rast,

Agl. Pol.-Kom. in Malskatt-Burbach.

Leinensführigkeit und Folgen bei Fuß.

Jeder Hundebesitzer, der seinen Mörter schon einmal an der Leine über die Straße schleifte, spricht über Leinensführigkeit und Folgen bei Fuß, als ob die ernstbaste Dressurleistung einfach eine Spielerei und selbstverständlich von jedem Hunde ausgeführt würde. Und doch weiß nur ein Prozentsatz der Dressiere, was ferne Leinensführigkeit ist und bezweckt. Das Wort „Leinensführigkeit“ hört sich auch so einfach an. Man schleppt ja den Mörter nur an der Leine, damit er sich vom Führer nicht entfernen kann. Dazu ist doch die Struppe nur da! Ich meine aber, die Leinensführigkeit hat dem doch noch einen anderen Zweck und ist auch noch etwas anderes als das oben erwähnte kurze Verfahren.

Fern leinensfähig sein und fern folgen bei Fuß ist die Creme der Stubendressur und auf beiden Leistungen basiert zum größten Teil der unbedingte Gehorsam des Hundes. Es bedarf einer unenüchlichen Mühe und Geduld, den Hund so weit zu bringen, daß er in diesen Arbeiten mit „fern“ zu zensieren ist. Ich verstehe darunter, daß der Hund, an die kurze Leine gelegt, dem Führer so folgen muß, daß die Hundenahe stets am linken Arie des Führers bleibt, daß die Leine dabei stets lose hängen bleibt und der Führer auch nicht den geringsten Auf verspiirt, wenn er blickschnell bald rechts, bald links sich dreht und wendet, wenn er schnell durch dichtes Stangenholz sich windet oder in der belebtesten Straße fast laufend seinen Weg verfolgt. Das ist Leinensführigkeit und genau ja hat der Hund sich bei Fuß zu verhalten, das heißt, er hat unangeleimt genau so zu folgen und jede Bewegung des Führers mitzumachen, als ob dieser ihn noch durch die Leine in seiner Gewalt hätte.

Was soll denn aber diese Leistung bezwecken und nützen? Dem jungen Hunde soll nahegemacht werden, daß er seinen Willen dem des Führers unterzuordnen hat, und da gibt es eben nur das Mittel, denselben an die Leine zu nehmen. Hier lernt er das Abc des Gehorsams und später, viel später erst den letzten Buchstaben seines Gehorsamsalphabets. Dadurch, daß ich mich langsam vorwärts bewege und den jungen Hund an der Leine mitnehme, zeige ich demselben, daß er mir zu folgen, zu gehorchen hat. Seine Naahriematur bekommt hier den ersten Stoß. Später, wenn ich mit den Wägen und Wendungen beginne, wird ihm immer mehr eingeprägt, daß er sich anständig zu verhalten hat. Der Mops des geistigten Hundes gehört an das linke Arie des Führers und es wird ihm durch die kleinen Arie, welche er bei der geringsten Unachtsamkeit erhält, stets kurzzerhand eine Strafe für sein Verhalten erteilt. Der Hund lernt bald einsehen, daß er an der Leine seine ungeteilte Aufmerksamkeit seinem Führer zuzuwenden hat, und daß Unachtsamkeit und etwa anzustellende Beobachtungen hier nicht am Platze sind und sich durch den Auf an der Leine selbst strafen. Nun lernt der Schüler seinen Herrn erst als solchen erkennen und achten; er lernt auch, seine Aufmerksamkeit nur

auf diesen allein zu richten und alle Ablenkungen und Verwendungen auf der Strafe unbeachtet zu lassen.

Damit hat man erreicht, was man wollte: der Hund beobachtet und beschützt seinen Herrn und ist so ganz und gar für seinen Dienst geworden; denn die Erfüllung dieser Aufgabe ist doch nur der Zweck des Polizeihundes. Nur das andauernde regelrechte Führen an der Leine brachte eben den Hund so weit, daß er, wenn er seinem Herrn an derselben folgt, seine ganze Aufmerksamkeit diesem allein widmet.

Wir ist nichts unangenehmer als wenn ich mit einem halbproben Miter losziehen soll, der absolut keine Ahnung hat, ob er vor oder hinter mir, rechts oder links zu gehen hat, ja auf den man noch Rücksicht nehmen muß, damit nur die verordneten Kräfte nicht verwechselt werden. Darunter muß selbstverständlich der Dienst leiden. Wie ganz anders gestaltet sich ein Dienstgänger mit einem fernu leinenfähigen Hunde! Diesen merkt man gar nicht an der linken Seite; die Leine hängt stets lose herunter und belästigt auch nicht durch den geringsten Auf. So wird durch das vorchriftsmäßige Führen an der Leine dem Hunde der unbedingte Gehorsam beigebracht, der Grundstein zum Aufbau der ganzen Dressur gelegt. Auch die andere Stubendressur sowie die Fährung ohne Leine usw. erzielt den Gehorsam des Hundes zum großen Teil aus der fernu leinenfähigkeit. Denn nach Vorchrift hat jeder Dresseur vor und nach jeder Dressurübung Gänge des Hundes an der Leine zu üben. Nur ist beim jungen Hund sowie beim alten stets mit größter Vorsicht darauf zu achten, daß er ganz vorchriftsmäßig folgt und sich nie erlaubt, seinen vorgeschriebenen Platz auch nur um eine Kopflänge zu verlassen.

Genau wie nur der ferne Reiter dem Reitpferd seinen Schneid erhalten und steigern kann, so wird auch nur der fleißige, unermüdete Führer gute Hunde haben. Ohne viele Mühe und Arbeit kann weder ein gutes Reitpferd noch ein guter Polizeihund ausgebildet werden. Dem Reiter aber empfehle ich, einmal mit seinem Hund die Probe zu machen. Er wird, wenn er diese Zeilen gelesen hat, sofort wissen, ob sein verlängerter Genosse leinenfähig ist oder nicht.

W. 68—7.

Allerlei.

Zweigverein für die Saargegend des PHV. In Kallstatt-Burbach hat sich am 14. Oktober ein Zweigverein des PHV. gebildet, dem sofort 29 Mitglieder beitraten. Zum Vorsitzenden wurde der kgl. Polizei-Kommissar Rost und zum Schriftführer der kgl. Schutzmanns-machtmeister Wärdian gewählt. Es ist erfreulich, daß pol.-Kom. Rost sein Versprechen in Tagen so schnell ausgeführt hat. Wir hoffen, daß der neue Zweigverein recht kräftig den Stammverein in seinen Aufgaben unterstützt.

In Welbert hatte sich ein Polizeihund an einem anderen Hund festgebissen. Der Beamte, der die Tiere auseinander bringen

wollte, erhielt hierbei von dem einen Hunde am Arm eine leichte Verletzung. Er hat den Dienst nicht unterbrochen. Dies ist aufmerksam festgestellt, Tageszeitungen, die über den Fall berichteten, haben die Sache entstellend und aufgebauscht.

Zur Dobermannfrage. Rittmeister von Stephanitz, der Vorsitzende des Vereins für deutsche Schäferhunde, Sitz München, pflegt neuerdings vom Dobermannpinscher nur immer als dem „Dober-tier“ zu sprechen und bekämpft den Dobermann, wo er nur kann. Weil wir aber im Interesse der Polizeiverwaltungen und der Polizeihundfahre nicht einseitig zugunsten einer einzelnen Hundearasse Stellung nehmen können, sondern im Gegenteil wünschen, daß mehrere Klassen konkurrieren, halten wir es für nützlich, unseren Lesern ein Urteil vorzuführen, das der bekannte Kynologe E. v. Otto in Bensheim a. d. B., der Schriftleiter der Zeitschrift „Hundesport und Jagd“, in Nr. 43 auf Seite 858 dieser Zeitschrift über den Dobermann veröffentlicht:

„Auf der Ausstellung in Dresden sahen wir in engerem Kreise mit Schäferhund-, Voger- und Airedaleleuten, alle natürlich „preisend mit viel schönen Reden“ ihrer Rasse Vorrang; jeder nahm die Zukunft schlechthin für seine Rasse in Anspruch. Da gab es erstaunte und entrüstete Anrufe, als wir behaupteten: die Zukunft gehört dem Dobermann. Nicht als ob er die anderen Rassen nicht würde, aber er wird sie in Beliebtheit, Zahl, Hochzüchtung dereinst alle weit übertreffen. Niemand glaubte uns; nun, in einigen Jahren wollen wir uns wieder sprechen. Unsere Diagnose stützt sich darauf, daß der Dobermann die vorzüglichen Charaktereigenschaften von Schäferhund und Terrier verbindet, die nur noch mehr veredelt werden müssen, ferner daß die elegante kurzhaarige Varietät, bei bequemer Haarpflege (vergl. Fiedel, kurzhaariger Vorstehhund) vorgezogen wird, endlich daß bei ihr mehr Adel und insolge einer Farbenvarietät mehr Ausgeglichenheit herausgesehen ist.“

Denselben Weg, den Deutschland mit Glück beschritten hat, versuchte Frankreich, nämlich eine Luxusform aus dem Schäferhundschlag herzustellen; es besteht sogar so viel Ähnlichkeit, daß man manchem Beauveron nur die Rute und Astersklauen zu tupieren brauchte, um ihn als noch ganz guten Dobermannpinscher herauszubringen. Mit unseren edelsten und besten Vertretern könnte allerdings der französische Luxusschlag, der gleichfalls schwarzrot, kurzhaarig ist und tupierte Ohren zeigt, nicht konkurrieren. Das ist wohl auch der Grund, weshalb der Dobermannpinscher sich in Frankreich ebenso einzuführen beginnt wie in Holland und der Schweiz. Österreich wird sicher folgen, während Belgien sich spröde verhält und auf seine Schäferhundschläge allein schwört.“

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.
Nr. 17. Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“. 1907/08.

Der Telegraph (Fernschreiber).

Die Erfindung des Telegraphen grenzt an das Wunderbare: der Draht selbst ist tot und unbeweglich; kaum werden aber an seinem einen Ende gewisse Handlungen vorgenommen und ihm gewisse Zeichen übermittelt, so beginnt mit Bliseschnelle auch das andere, vielleicht Hunderte von Meilen entfernte Ende sich zu betätigen. Ein dort aufgestellter Apparat wiederholt getreulich, was wir hier aufgegeben haben.

Der Telegraph, wie ihn der Amerikaner Morse (morch) hergestellt hat, besteht im wesentlichen aus vier Teilen: Batterie, Leitung, Schlüssel und Schreibvorrichtung.

1. Die Batterie besteht aus mehreren Elementen und dient zur Erzeugung des elektrischen Stroms.

2. Die Leitung geschieht durch Drähte, welche die einzelnen Stationen miteinander verbinden. Auf der Anfangsstation führt der negative Pol, auf der Endstation der positive Pol in die Erde und diese schließt durch ihre Fortleitung den elektrischen Strom. Gleichzeitig wird durch das Ableiten der Elektrizität in die Erde die Bildung immer neuer Ströme befördert.

3. Der Schlüssel soll die Verbindung des Stroms herstellen und unterbrechen. Er besteht aus einem zweiarmligen Messinghebel, der durch eine Feder auf- und abwärts bewegt werden kann und in seinem Unterstützungspunkt mit dem Leitungsdraht verbunden ist. Die Enden sind an ihren Unterseiten mit Stiften versehen, die durch ihre Spitze das Auf- und Einsinken der elektrischen Kraft begünstigen. Genau unter jedem der beiden Stifte befindet sich auf einer Holzplatte ein Messingcylinder, das mit der Leitung verbunden ist. Auf der Oberseite des einen Endes des Hebels ist ein Knopf angebracht, auf den beim Telegraphieren gedrückt wird. Gewöhnlich steht dies Ende höher, so daß der Stift an diesem Ende das Cylindchen nicht berührt, während der andere Stift auf seinem Säulchen ruht. Dies ist daher der Ruhetontakt, während der andere der Arbeitskontakt ist. In der Ruhe ist der Strom unterbrochen, da die Batterie nur mit einem Pol verbunden ist.

4. Die Schreibvorrichtung setzt sich wiederum aus dem Elektromagneten und dem Uhrwerk zusammen. Wenn man ein hufeisenförmiges weiches Eisen mit seidenüberzogenem Kupferdraht umwickelt und die beiden Drahtenden mit den Polen eines Elements oder gar einer Batterie verbindet, so umkreist der elektrische Strom durch den Draht das weiche Eisen und übt dadurch auf dieses eine eigenartige Wirkung aus: ein anderes kleines Stück Eisen (Anker) wird nämlich von dem Eisen angezogen und festgehalten. Der galvanische (elektrische) Strom hat das hufeisenförmige Stück Eisen mag-

netisch gemacht. Sobald der Strom jedoch unterbrochen wird, fällt der Anker sofort wieder ab. Die magnetische Kraft bleibt also nur so lange im Eisen bemerkbar, als es vom elektrischen Strom umkreist wird. Ein solches weiches Stück Eisen, das durch den elektrischen Strom magnetisch gemacht werden kann, heißt Elektromagnet.

Solch ein Elektromagnet wird auch bei der Schreibvorrichtung des Telegraphen angewendet. Vom Räderwerk werden zwei Walzen gedreht, zwischen welchen sich dadurch ein schmaler Papierstreifen fortbewegt. Über dem Elektromagnet befindet sich ein Anker, an dem ein zweiarmliger Hebel mit einem Arm befestigt ist. Der andere Arm trägt einen Stift. Sobald nun der Strom den Elektromagneten umkreist, zieht dieser den Anker an und somit das Ende des Hebels nach unten. Dadurch hebt sich der Arm mit dem Stift, der gegen den abrollenden Papierstreifen drückt. Hält der Strom nur kurze Zeit an, so währt auch der Druck nur einen Augenblick: es entsteht ein Punkt. Bei längerer Wirkung zeichnet der Stift einen Strich. Durch die mannigfaltigste Gruppierung dieser Punkte und Striche hat man sich Alphabet und Zeichen und Ziffern zusammengebaut.

Auf großen Ämtern benutzt man meistens den Buchstaben- und Zifferntelegraphen; denn er ermöglicht ein fünfmal so schnelles Telegraphieren als der Zeichentelegraph. Er erspart das Umdeuten der Zeichen und das Aufschreiben des Telegramms durch einen Beamten. Er hat als Zeichengeber für die Buchstaben, Ziffern und Zeichen Tasten wie ein Klavier oder auch wie eine Schreibmaschine. Der Empfänger (der andere Schlüssel) oder Schreiber besteht aus dem Elektromagneten und einem Rad, an dessen Rand die Zeichen angebracht sind. Das Rad druckt die Depeche sofort in kleinen lateinischen Buchstaben auf einen Papierstreifen.

Zu den Leitungen in der Luft benutzt man etwa 4 mm starken verzinkten Eisendraht, der durch isolierende Porzellanpfähle von hohen Holzstangen getragen wird. Die Leitungen in der Erde isoliert man durch Baumwolle und Guttapercha und schützt sie durch Eisen- und Bleirohren.

Die durch das Meer gelegten Telegraphenleitungen nennt man Kabel. Ein solches Kabel besteht aus sieben dünnen Kupferdrähten, die mit einer dickflüssigen Lösung von Guttapercha und Harz umschlossen sind. Um diese wieder sind mehrere Guttaperchageschichten gelegt, dann folgt eine Lage von geteertem Hanfgarn. Darüber wieder folgen Eisendrahte, die zum Schutze gegen Kriech mit geteertem Hanf umspunnen sind.

Da das Legen der Leitung oft schwierig und kostspielig ist, ist eine neuere Erfindung, die Telegraphie ohne Draht, von umwälzender Bedeutung. Diese Art der Telegraphie wollen wir das nächste Mal erläutern.

Rechtssprichwörter.

Bei Bette, Kuppelpelz und Spiel
Gilt dir der Richter auch nicht viel.

Schmalkterlohn. Schulden aus Bette und Spiel sind nicht einbringbar. D. M. B. 88 66, 702.
Sind sie aber einmal bezahlt, können sie nicht zurückgefordert werden.

(Dr. Robt: Neue deutsche Rechtssprichwörter.)

Weltbürger-Abe.

Schulitz, Friedrich Wilhelm von, preuß. General, geb. 3. Februar 1721 zu Kallar bei Alstedt, trat 1739 in die Armee ein und zeichnete sich schon im ersten Schlesischen, namentlich aber im zweiten Schlesischen Krieg bei Hohenfriedberg und Soor aus. Den höchsten Ruhm als Reiteranführer erlangte er im Siebenjährigen Krieg. Bei Molin erwarb er sich den Rang als Generalmajor, schlug darauf am 7. Septbr. 1767 in einem kühnen Gefecht die österreichische Kavallerie bei Bogau, nahm 19. September Gotha und erhielt kurz vor der Schlacht bei Rossbach als jüngster General den Oberbefehl über die gesamte Reiterei. Er rechtfertigte das in ihn gesetzte Vertrauen durch den glänzenden Reiterangriff, der den Sieg bei Rossbach entschied, deckte 1768 den Rückzug aus Wärsen, zwang bei Jorndorf die Russen zum Rückzug, wurde aber 1769 bei Kunersdorf, wo er gegen seinen Willen in die Schlacht eingreifen mußte, schwer verwundet und mußte sich zur Wiederherstellung seiner Gesundheit längere Zeit vom Krieg zurückziehen. An der Verteidigung Berlins (im Herbst 1760) hatte er wesentlichen Anteil, wurde 1767 zum General der Kavallerie ernannt und starb 7. November 1773.

Aus der Zeitschrift „Die Silberfurgung“, Berlin W. 9.)

Verwaltungsfunde.

Bureau-, Rassen- und Kanzleidiens. Bureau- oder Bureaudienst ist die Bezeichnung für die der ordnungsmäßigen Führung des Geschäftsganges bei den Behörden dienenden Einrichtungen. Er zerfällt in den Registratordienst — Eintragen der ein- und ausgehenden Sachen in ein Tagebuch (Journal), Vorlegung der eingehenden Sachen mit Aktenvorgängen zur weiteren Bearbeitung an die hierfür bestimmten Beamten, Führung der Aktenverzeichnisse (Repertorien), der Sach- und Personalregister usw. — und den Expeditionsdienst zur Vorbereitung und Entwerfung der erforderlichen Verfügungen und Berichte nach Anleitung und Anweisung des für dieselben hierfür zunächst verantwortlichen höheren Beamten. Im weiteren Sinne gehört zum Bureaudienst auch der Kanzleidiens — Fertigung der Reinschriften von den bei den Akten verbleibenden Urkunden der Verfügungen, Entscheidungen, Verträge (Konzepte), Vergleichung (Kollationierung) der Reinschriften mit den Urschriften und Abfendung der gehörig voll-

zogenen Reinschriften sowie der urschriftlichen Verfügungen. — Als etatsmäßige Kanzleibeamte (Kanzleisekretäre, Kanzlisten, Kanzleidiatäre und Kanzleigeheilen) dürfen im Staats- und Kommunaldienst nur Militäranwärter angestellt werden. Auch bei der Annahme von Lohnschreibern ist die Beschäftigung von Militäranwärtern möglichst zu berücksichtigen. An der Spitze der Kanzlisten bei den Ministerien und Zentralbehörden steht ein Kanzleidirektor (Kanzleivorsteher), bei anderen größeren Behörden ein Kanzleinspektor. Der Geschäftsgang bei den Kanzleien ist durch besondere Geschäftsanweisungen (Kanzleifordnungen) geregelt. — Getrennt vom dem Bureaudienst ist der Kassendienst. Für den Registratordienst bestehen keine einheitlichen Vorschriften; seine Einrichtung ist verschieden nach dem Bedürfnisse und den vorhandenen Arbeitskräften. Die Beamten des staatlichen Bureau- und des Kassendienstes bilden die mittleren Beamten, während die Beamten des Kanzleidiens eine besondere Beamtenkategorie für sich bilden.

(Aus der Zeitschrift „Die Silberfurgung“, Berlin W. 9.)

Rundschau.

Die Taschenuhr als Kompaß. Jede richtig gehende Taschenuhr ist ein untrüglicher Kompaß, wie wir schon in Nr. 8, S. 191, rechte Spalte Mitte, darlegten. Man braucht die Taschenuhr nur so zu halten oder hinzulegen, daß der kleine Zeiger nach der Sonne zeigt. Die Mitte zwischen dem kleinen Zeiger und der Zahl XII des Zifferblattes bezeichnet dann die Richtung nach Süden. Steht z. B. der kleine Zeiger um 10 Uhr auf die Sonne gerichtet, so wird die Zahl XI auf dem Zifferblatt nach Süden zeigen. Da stets die Mitte zwischen der betreffenden Zahl des Zifferblattes und der Zahl XII nach Süden zeigt, wird man vormittags diese Mitte nach vornwärts, nachmittags nach rückwärts stellen müssen. Hat man erst die Himmelsrichtung nach Süden ermittelt, so ergeben sich die anderen Himmelsrichtungen natürlich von selbst. P—r.

Äußerung der Rätselkraft aus Nr. 16.

Lösung des Rätselrätsels:

Die Schule des Lebens.

Lösung des Rätselrätsels:

Wenn du in Groll und Zorn

Mit einem deiner Nächsten bist,

So denke, daß vielleicht schon morgen

Entweden aller Erdenleut

Derel das ganze Leben ist

Und mit dem Leben auch — der Zorn!

Lösung des Rätselrätsels:

Reule, Zall, Cleander, Voder, Sturm, Traum, Citer,

Gelle, Krele.

Lösung des Rätselrätsels:

Der den Fleming nicht eht, ist den Zoler nicht wert.

Lösung des Rätselrätsels:

Beileib (Beil, Eil).

Lösung des Rätselrätsels

Beleg.

Vakanzliste für Militärämterwärter.

Der im Auftrage des Königlich Preussischen Kriegsministeriums alljährlich veröffentlichten „Vakanzliste für Militärämterwärter“ entnommen.

Eine Zusammenstellung der den Militärämterwärtern bei den Königl., Staats- und Kommunalbehörden in sämtlichen Bundesstaaten vorbehaltenen und zur Beförderung angezeigten besseren Subaltern- und Unterbeamtenstellen.

- a) Kautende Nummer. 2) Die Stellung tritt ein, wann? wo? bei welcher Behörde? 3) Nähere Bezeichnung der Stelle. 4) Bezeichnung der Anforderungen, welche an die Bewerber gestellt werden. 5) Dauer der etwa der Anstellung vorausgehenden Probezeit. 6) Ob die Anstellung auf Lebenszeit oder auf Kündigung erfolgt. 7) Betrag der zu bestellenden Rantion und ob dieselbe durch Gehaltsabgabe gedeckt werden kann. 8) Einkommen der Stelle. 9) Ob Aussicht auf Verbesserungen vorhanden. 10) Bemerkungen.

Bei Bewerbungen bitten wir auf unsere Zeitschrift Bezug zu nehmen.

1. 2) sofort, der Dienort wird bei der Einberufung bestimmt, im Bezirk der Eisenbahndirektion Magdeburg, Bewerbungen aber sind an die Königl. Eisenbahndirektion in Breslau zu richten, 3) 60 Stationsassistenten, 4) Lebensalter nicht über 40 Jahre, Gesundheit, namentlich ausreichendes Hör-, Seh- und Farbennurtheilungsvermögen besitzend, gute Volksschulbildung, Fertigkeit im Gebrauch einer bewährten Kurzschrift ist erwünscht, 5) 1 Jahr, nach dessen Ablauf die Prüfung zum Eisenbahnassistenten abgelegt werden muß, 6) —, 7) —, 8) beim Eintritt 1140 M. diätetische Jahresbesoldung, steigend bis 1500 M. und, wenn auch die Fachprüfung 1. Klasse bestanden ist, bis 1800 M., daneben, während des Bezuges der beiden untersten Besoldungsstufen an bestimmten teuren Orten bis 180 M. jährliche Zulage, 9) ja, durch Antraden, besteht Bewerber die Fachprüfung 1. Klasse, so unterbleibt seine Anstellung als Assistent, er wird zum Eisenbahnpraktikanten ernannt, wobei er die Anwartschaft auf die Stellen der Bahnhofsvorsteher, Gütervorsteher oder Klassenvorsteher, der Eisenbahnsekretäre, Oberbahnhofs- vorsteher, Obergütervorsteher oder Oberlassen- vorsteher erlangt, außer dem Wohnungsgeld- zuwisse (jährlich 216 bis 540 M.) beziehen die Eisenbahnassistenten ein Jahresgehalt von 1500 bis 3000 M., Bahnhofsvorsteher, Gütervorsteher und Klassenvorsteher von 1800 bis 3600 M., Eisenbahnsekretäre von 1800 bis 4200 M., Oberbahnhofs- vorsteher, Obergüter- vorsteher und Oberlassen- vorsteher von 2400 bis 4200 M., Hauptkassentassistenten und Be- triebkontrollanten von 3000 bis 4200 M., 10) vor der Annahme ist eine Vorprüfung abzu- legen, in welcher die Bewerber darzutun haben, daß sie die notwendige allgemeine Vor- bildung besitzen (die in einer solchen Vor- prüfung gestellten Aufgaben sind nebst voll- ständigen Lösungen dieser Aufgaben regem- mäßig in den einzelnen Nummern unserer Zeitschrift „Die Zivilversorgung“ enthalten. Mameraden, die Besteller des „Cen d a r m“ sind, haben das Recht, 1 Exem- plar der „Zivilversorgung“ zum Vor- zugspreise von 1 M. statt 1.50 M. vierteljährlich für sich zu beziehen. Die Schriftleitung.); die Eisenbahndirektion oder -Inspektion, bei der die Vorprüfung erfolgt, wird den Bewer- bern bezeichnen werden, für die Reise dorthin wird freie Fahrt bewilligt; der Bewerbung sind beizufügen: ein beantworteter Frage- bogen, ein von einem Beamten der Staats-

eisenbahndirektion oder von einem Staats- medizinbeamten angestelltes Zeugnis und die im Fragebogen bezeichneten Ansätze; Vordrucke zum Fragebogen und zum ärzt- lichen Zeugnis sind vom Zentralbureau der Königl. Eisenbahndirektion zu erbitten.

2. 2) sofort, Höchst n. M., Polizeiverwal- tung, 3) Polizeiwachmeister, 4) —, 5) 6 Mo- nate, 6) auf Monatl. Kündigung mit Pen- sionsberechtigung, 7) —, 8) 1620 M. Gehalt einschließl. Wohnungsgeld, außerdem freie Dienstkleidung, sowie 150 M. Funktionszu- lage, 9) das Gehalt steigt bis 2340 M., 10) Umzugskosten werden in normalen Grenzen ersetzt, Meldefrist 1. Dezember 1907.

3. 2) bald, Herbergen, Stadtverwaltung, 3) Mathausstellan und Polizeibeamter, 4) —, 5) 6 Monate, 6) nach endgültiger An- stellung pensionsberechtigt, 7) 150 M. beim Dienstantritt, 8) als Stellan 900 M., steigend bis 1220 M., dazu freie Wohnung im Werte von 210 M. und freier Brand, als. Voll- ziehungsbeamter die Gebühren des Beir- zungsverfahrens, etwa 600 M. im Jahre, 9) —, 10) Bewerbungen mit selbstgeschriebenem Lebensanl., Zivilversorgungsschein, Zeugnis- abschriften und Gesundheitsattest sofort an das Bürgermeisteramt in Herbergen.

4. 2) bald, Glatz, Kreis- und Schul-, 3) Re- gistrator und Kanzlist, 4) —, 5) 3 Monate, 6) auf Kündigung, 7) —, 8) 1050 M., steigend bis 1500 M., 10) Ruhegehaltsberechtigung.

5. 2) sofort, Benthen, D.-S., Amtsgericht, 3) Kanzleihilfe, 4) Bewerber muß in der Handhabung der Schreibmaschine bewandert sein oder sich verpflichten, innerhalb einer an- gemessenen Frist sich die erforderliche Übung anzueignen, 5) —, 6) mit monatlicher Mün- digung, später unwiderruflich, 7) —, 8) 6 s für die Seite, 9) kann bis auf 16 s erhöht werden, 10) Bewerbungsgesuche an den Auf- sichtsrichter des Amtsgerichts in Benthen, Ober-Schlef.

6. 2) bald, Kattowik, Amtsgericht, 3) Kanzleihilfen, 4) bis 9) wie bei lfd. Nr. 5, 10) Bewerbungsgesuche an den Aufsichtsrichter des Amtsgerichts in Kattowik.

7. 2) sofort, Zabrze, Amtsgericht, 3) Kanz- leihilfe, 4) bis 9) wie bei lfd. Nr. 5, 10) Bewerbungsgesuche an den Aufsichtsrichter des Amtsgerichts in Zabrze.

8. 2) alsbald, Prieß, Bez. Breslau, Amts- gericht, 3) Kanzleihilfe, 4) bis 9) wie bei lfd. Nr. 5, 10) Bewerbungsgesuche an den Aufsichtsrichter des Amtsgerichts in Prieß

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 18. — 7. Dezember 1907. — Seite 414/437. — 5. Jahrgang.

Dezember													
S	M	D	M	D	F	S							
1	2	3	4	5	6	7							
8	9	10	11	12	13	14							
15	16	17	18	19	20	21							
22	23	24	25	26	27	28							
29	30	31							

Herausgeber:
Robert Gerßbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Daal, Verein der Soldaten-
freunde, E. V.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linstraße 11.

Januar													
S	M	D	M	D	F	S							
.	.	.	1	2	3	4							
5	6	7	8	9	10	11							
12	13	14	15	16	17	18							
19	20	21	22	23	24	25							
26	27	28	29	30	31	.							

„Der Gendarm“ erscheint wöchentlich.
Für Abzählungen wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linstraße 11.

Verlagspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die Spalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

Seine Excellenz der Herr Chef der Land-
gendarmerie mit dem Korpsstabe . . . 415

I. Hauptblatt.

Die Presse als Hilfsmittel für allerlei ge-
meinschädliche Handlungen . . . 416
Geleit- und Verordnungsstafel . . . 417
Aus den Parlamenten . . . 417
Polizei- und Sicherheitsdienst bei Erd-
arbeiten . . . 418
Das Reichsvereinsgesetz . . . 418
Zur Bekämpfung des Nagerunwesens . . 420
Von den Hieroglyphen bis zur Schreibmaschine 420

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht . . . 421
II. Kammergericht . . . 421
III. Preussisches Obergerverwaltungsgericht 422
IV. Preussisches Oberstes Landesgericht 423
V. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof 424
VI. Braunschweigischer Verwaltungs-
gerichtshof . . . 424
Polizeibericht . . . 424
Ehrentafel (mit 2 Bildern) . . . 425

Personalveränderungen . . . 427
Gendarmenkalender 1908 . . . 428
Artillerie . . . 428
Wiederholung . . . 428
Sprechsaal . . . 429
Auskunft . . . 429

II. Der Polizeihund.

Unsere Polizeihunde in Gegenwart Sr.
M. u. M. Hoheit des Kronprinzen von
Sr. Excellenz dem Herrn Minister des
Innern . . . 431
Protokoll der Vorstandssitzung des P.H.V.
am 24. September 1907 in Hagen i. W. 434

III. Haus und Herd.

Rechtsprachwörter . . . 435
Verwaltungsstunde . . . 435
Rundschau . . . 435
Allerlei Rat . . . 436
Rätsel . . . 436

Batzentziffer. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 3. Dezember 1907 abgeschlossen worden.

Die Presse als Hilfsmittel für allerlei gemeingefährliche Handlungen.

Von Bürgermeister a. D. Ducheil in Halle a. S. (Nachdruck verboten.)

Täglich und in Tausenden von Druck-
schriften bieten seit geraumer Zeit auffällige
und unscheinbare Bekanntmachungen des In-
und Auslandes der leidenden Menschheit Rat
und Hilfe in den verschiedenartigsten Lebens-
lagen an. Nicht minder groß ist die Zahl
der Schuttmittel mit ihren vermeintlichen
Sicherungen und Erfolgen für alle möglichen
der Menschheit drohenden Gefahren und schäd-
lichen Einwirkungen. Tiefgehend und weit-
verbreitet scheinen die Krankheiten finan-
zieller und leiblicher Art zu sein; außer-
ordentlich groß ist die Zahl der mitleidigen
Helfer. Vielsach kann man nach der Art und
Weise des Angebots glauben, selbstloses
Böhmwollen und edle Menschenfreundlichkeit
wetteiferten, um augenblickliche Verlegen-
heiten, Geldnöte, Krankheiten u. a. m. aus
der Welt zu schaffen, Wohlergehen, Glück,
Gesundheit und Zufriedenheit auszubreiten.

Für die Tageszeitungen mag es einer-
seits schwer sein, dergleichen Inserate, die
nebenbei gut und pünktlich bezahlt werden,
auf ihren Wert zu prüfen und gegebenenfalls
deren Aufnahme abzulehnen; andererseits muß
auch die Presse durch Vermeidung von schein-
barer Bevormundung des Publikums es unter-
lassen, sich ohne Auftrag in eine weit-
gehende Prüfung und Förderung von Emp-
fehlungen und Anpreisungen einzulassen und
in fremde Angelegenheiten zu mischen. Immer-
hin berührt es angenehm, wenn öffentliche
Blätter sich rein halten von Bekanntmachungen,
die in zartem oder verblühtem Aus-
druck den Stempel der Unehrlichkeit, der Un-
sittlichkeit, der Übervorteilung und sonstigen
Ausbeutung Unkundiger und Vertauens-
seliger erkennen lassen. Nur so sehr wird
Jugend, Unerfahrenheit, seelische und leib-
liche Furcht von gewissenlosen Leuten rüd-
sichtslos ausgenutzt.

Die Anerbietungen erfolgen offen und
verdeckt, mit Nennung des Namens, unter
Chiffre, als eingetragene Genossenschaft mit
voller oder beschränkter Haftung, fast aus-
schließlich in einer Form, die ein behördliches
Einschreiten nicht ermöglicht, wenngleich bei
der Durchsichtigkeit des Unternehmens berech-
tigte Bedenken an Zuverlässigkeit und Rech-
tigkeit aufkloßen, Übervorteilung und
Schwindel durchleuchten.

Mehr oder weniger gehören hierher die
besonders günstigen Anerbietungen der ge-
werbsmäßigen Geldverleiher. Sie stellen
schleunige und nachhaltige Hilfe in Aussicht;
daß sich jedoch ein Geldbedürftiger auf ein
solches Geschäft eingelassen, so muß er nur
zu bald erkennen, daß es äußerst schwierig
ist, Geld überhaupt zu erlangen, und die
Kosten eines solchen Unternehmens sich sehr
hoch stellen. Das ist dadurch leicht erklärlich,
daß dergleichen Geldleiher entweder selbst

keine oder nur geringe Mittel besitzen, diese
vielsach selbst erst aussuchen müssen oder nur
als Zuteiler wirken, durch die Bekannt-
machungen, Auskunfteinholung usw. erheb-
liche Kosten haben und nebenbei an ein gutes
Leben gewöhnt sind.

In der Regel genügen solchen Geschäfts-
leuten schon die ersten Leistungen auf diesem
Gebiet, für welche die Geldsuchenden Kosten-
vorschüsse zahlen müssen, die vielsach bei
deren Verstärkung die Aufgabe des zu teuer
erscheinenden Geldgeschäftes nach sich ziehen.
Neue Opfer nehmen die Stellen der Ab-
gesprungenen ein. Wie tief betäubend sonst
dergleichen Geldbeschaffung verläuft und
endet, haben in letzterer Zeit die vielsachen
Wechsel-, Bucher-, Urkundenfälschungs-, Ver-
trugs- und Reineidsprozesse bewiesen.

Im Gegensatz hierzu stehen die vielen
kleinen Darlehnsgefuche hilfbedürftiger
Mädchen, anständiger, besserer Damen und
Frauen, die unter den wunderbaren An-
gaben Gelder von 10 M an aufwärts gegen
hohe Zinsen mit Teilzahlungen recht eilig
brauchen. Sie sind vielsach an reiche, edel-
denkende ältere Herren gerichtet, füllen
ständig die Spalten großstädtischer Blätter
und lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen
übrig.

Geschäftsmäßig betrieben wird die Er-
langung von Vosslieferanten- und Kommer-
zialtiteln, von Konsul- und Generalkon-
sulstellen und die Verleihung von Orden,
gleichviel ob die vermeintliche Auszeichnung
von den Kalkantanten oder einer südamerika-
nischen Republik kommt. Modern wird auch
die Adoption Bürgerlicher durch Grafen, Bar-
one, Adlige, obwohl hierbei in den meisten
Fällen die hohen Kosten das Erwünschte recht-
lich doch nicht erreichbar machen.

Außerordentlich groß ist die Zahl und
verschiedenartig die Art der Anpreisungen
zum Schutze, zur Erhaltung, Vesserung der
menschlichen Gesundheit und der Verlänge-
rung des Lebens. Die Anerbietungen er-
gehen ohne oder gegen Entgelt, gegen un-
entgeltliche Probefungung von Heilmitteln,
denen allerdings Postnachnahme in ent-
sprechender Höhe auf dem Fuße folgt, unter
Garantie des Erfolges, von so verbürgungs-
vollen Worten, von Zeugnisabschriften und
Dankschreiben begleitet, daß die Zahl der
Hilfsuchenden eine ungeheuer große sein
müßte. Immer neue Volksretter entstehen und
bieten in den Zeitungen ihre Kräfte und
Mittel an; die lauesten und ausbrüchlichsten
kommen aus London. Fast könnte es scheinen,
als ob für gewisse Leiden und Krankheiten
die fast allerorten reichlich vorhandenen Ärzte
gar nicht mehr nötig wären. Und welche un-
glaublich hohen Summen werden für solche
Mittel hier nutzlos aufgewendet! Allerdings

wird für Sturpfuscher- und ähnliche Mittel das Geld im voraus eingezahlt; der bisher behandelnde Arzt dagegen muß auf Bezahlung warten oder auch ganz darauf verzichten. Und während sonst der Kranke dem Arzt seinen Zustand nicht ausführlich und kläglich genug beschreiben kann und ausreichendes Vertrauen nicht immer vorhanden ist, wird dem gebildeten und ungebildeten Sturpfuscher und Heilmittelanpreisler ohne Untersuchung, Mitteilung eines Krankheitsbildes oder eines sonstigen Anhalts blindes Vertrauen und Glauben an Linderung oder Genesung entgegengebracht.

Es würde zu weit führen, die Krankheiten und Heilmittel aufzuzählen, deren Beseitigung oder Anwendung durch die Presse der Bevölkerung in marktschreierischer und verlockendster Weise angeboten wird, fortgesetzt, eindringlich, hinweisend auf schwere Folgen, Gefahren, selbst auf ein vorzeitiges Ende. Täglich bieten große und kleine Zeitungen reichen Stoff hierfür. Die meisten der vorerwähnten Bekanntmachungen bilden mehr oder weniger eine ständige Gefahr für das große Publikum, einerseits für das leichtfertige, gennußsüchtige und verschwenderische, andererseits für das leicht zu behörende, vertrauensfelle und trotz geringer, sauer verdienster Mittel opferwillige. Das Gebaren dieser Volksbegleiter in Zeitungsinseraten dauert leider schon zu lange an, groß und schwer schädigend sind bereits die Wirkungen in den verschiedensten Klassen der Gesellschaft. Immer weitere Opfer fordern die auf menschliche Leichtgläubigkeit und Einfalt rechnenden Industrieritter und Hochstapler neuerer Art.

Auf die Dauer wird man derartigen auf Ausbeutung abzielenden Unternehmungen gegenüber nicht mehr teilnahmslos bleiben können. Die Bevölkerung bedarf nach dieser Richtung hin der Warnung, Belehrung, Aufklärung, des Schutzes, und es wird hohe Zeit, Leuten, die nur auf die Leichtgläubigkeit und

Einfalt ihrer Mitmenschen rechnen, ehrliche Arbeit aber scheuen, das unsaubere Handwerk gründlich zu legen.

Veringelt wird bereits von Polizeibehörden vor Fälschern und Schwindlern gewarnt; dies dankenswerte Verfahren reicht jedoch nicht aus. Die Wachsamkeit und Tätigkeit der Polizei und Staatsanwaltschaft in diesen öffentlichen Dingen könnte zwar zur Aufdeckung mancher strafbaren Handlungen führen; doch dürfte, um gegen die Masse dieser schreienden Übel- und Mißstände erfolgreich vorzugehen und andauernde Hilfe zu bringen, ein durchgreifender Volksschutz angebracht sein.

Die Schaffung einer besonderen Amtsstelle, etwa in den Provinzialhauptstädten, könnte durch Überwachung und Verfolgung gefährlicher, schädlicher und schmutziger Zeitungsreklame viel Gutes stiften und sich den Dank weiter Kreise verdienen, auch ohne unbequemes oder lästiges Eindringen in Privat- und Geschäftsverhältnisse.

Eine solche Tätigkeit ist ebenso notwendig wie die segensreich wirkenden Ämter für Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln sowie Gebrauchsgegenständen. Die Bevölkerung eines großen und vorbildlichen Kulturstaates hat einen sittlich-berechtigten Anspruch darauf, gegen unwürdige Anmodungen und Anpreisungen geschützt zu werden, die nicht ohne weiteres unter Strafverordnungen und Strafgesetze fallen, diese aber fortgesetzt streifen, Unwillen und Ekel hervorufen und fast ausschließlich dazu dienen, den Unternehmern auf leichte Weise die Taschen zu füllen. Die oben geforderten Amtsstellen sind vom Standpunkt der Sozialpolitik aus berechtigt, und seitdem die Zeugnisse der Presse in Haus und Familie ungehindert Eingang gefunden haben und in der Öffentlichkeit zu jedermanns Einsicht ausliegen, auch zeitgemäß.

Gesetz- und Verordnungstafel.

Preußen. Nr. vom 15. Juni 1907. Verpflichtung der kgl. Polizeiverwaltungen, Behörden und öffentlichen Beamten unentgeltliche Auskunft zu erteilen. — Nr. i. V. 247.

— G. vom 12. August 1907. Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten. — G. S. 267.

Aus den Parlamenten.

Zugegangen sind dem preußischen Herrnhause Gesandtschaften über Erweiterung des Polizeibezirks Potsdam und über Errichtung der königlichen Polizeidirektion Lichtenberg.

Die Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtags kündigt in erster Linie trotz der

weniger günstigen Finanzlage des Staates die Durchführung der im Staatshaushalt-Gesetz für 1907 begonnenen Aufbesserung der Beamtengehälter und eine Neuordnung der Vorschriften über den Wohnungsgeldzuschuß an. An weiteren wichtigen Vorlagen erwähnt die Thronrede den unerledigt gebliebenen Entwurf eines Gesetzes zum Schutze gemeinnütziger Mineral- und Thermalquellen, eine Ostmarken-Vorlage und einen Abänderungsentwurf zum Polizeistrafengesetz. Auch werden einige kleinere die Umgestaltung der polizeilichen Organisationen in einzelnen Bezirken bezweckende Vorlagen (über Errichtung königlicher Polizeiverwaltungen) in Aussicht gestellt.

Dem Reichstage ist der Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes zugegangen. Der Wortlaut des Entwurfs, dessen eingehendere Besprechung wir uns vorbehalten, folgt auf S. 418 f.

hergebracht sind, bedürfen einer Genehmigung nicht.

§ 5. Jede Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, muß einen Leiter haben. Der Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, der Veranstalter hat für Ruhe und Ordnung in der Versammlung zu sorgen. Er ist befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 6. Niemand darf in einer öffentlichen Versammlung oder einem Aufzuge, der auf öffentlichen Straßen oder Plätzen stattfinden soll, bewaffnet erscheinen, es sei denn, daß er vermöge öffentlichen Berufs zum Waffentragen berechtigt oder zum Erscheinen mit Waffen behördlich ermächtigt ist.

§ 7. Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.

§ 8. Die Polizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, zwei Beauftragte zu senden.

Die Beauftragten haben sich unter Aushabung ihrer Eigenschaft dem Leiter oder solange dieser nicht bestellt ist, dem Veranstalter der Versammlung zu erkennen zu geben.

Den Beauftragten muß nach ihrer Wahl ein angemessener Platz eingeräumt werden.

§ 9. Die Beauftragten der Polizeibehörde sind befugt, von dem Leiter oder, solange dieser nicht bestellt ist, von dem Veranstalter einer Versammlung, für die es einer Anzeige, Bekanntmachung oder Genehmigung bedarf, unter Angabe des Grundes die Auflösung der Versammlung zu verlangen:

1. wenn die Genehmigung nicht erteilt ist (§ 4 Abs. 1 bis 3);
2. wenn die ordnungsmäßige Zulasung der Beauftragten der Polizeibehörde verweigert wird (§ 8 Abs. 1, 3);
3. wenn Bewaffnete, die unbefugt in der Versammlung anwesend sind, nicht entfernt werden (§ 6);
4. wenn Rednern, deren Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten oder die sich verbotswidrig einer nicht-deutschen Sprache bedienen (§ 7), auf Aufforderung der Beauftragten der Polizeibehörde von dem Leiter oder dem Veranstalter der Versammlung das Wort nicht entzogen wird.

Wird dem Verlangen nicht entsprochen, so sind die Beauftragten befugt, die Versammlung für aufgelöst zu erklären.

§ 10. Sobald eine Versammlung für aufgelöst erklärt ist, sind alle Anwesenden verpflichtet, sich sofort zu entfernen.

§ 11. Mit Geldstrafe bis zu 600 M, an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft tritt, oder mit Haft wird bestraft:

1. wer als Vorhand oder als Mitglied des Vorstandes eines Vereins den Vorschriften über die Einreichung von Satzungen und Verzeichnissen (§ 2 Abs. 2 bis 4) zuwiderhandelt;

2. wer eine Versammlung oder einen Aufzug ohne die vorgeschriebene Anzeige oder Genehmigung (§§ 3, 4, 5, 7) veranstaltet oder leitet;

3. wer unbefugt in einer Versammlung oder einem Aufzuge bewaffnet erscheint oder sich nach ausgesprochener Auflösung einer Versammlung nicht sofort entfernt (§§ 6, 10).

§ 12. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf die durch das Gesetz oder die zuständigen Behörden angeordneten Versammlungen.

§ 13. Welche Behörden unter der Bezeichnung „Polizeibehörde“ zu verstehen sind, bestimmt die Landeszentralbehörde.

§ 14. An die Stelle des § 72 des Vürgerlichen Gesetzbuches tritt folgende Vorschrift:

Der Vorstand hat dem Amtsgericht auf dessen Verlangen jederzeit eine von ihm vollzogene Versammlung über die Zahl der Vereinsmitglieder einzureichen.

§ 15. Aufgehoben werden:

der § 17 Abs. 2 des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 31. Mai 1869 (Bundes-Gesetzb. S. 145, Reichs-Gesetzb. 1873, S. 163);

der § 2 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom 31. Mai 1870 (Bundes-Gesetzb. S. 195, Reichs-Gesetzb. 1871, S. 127), soweit er sich auf die besonderen Vorschriften des Landesstrafrechts über Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts bezieht;

der § 6 Abs. 2 Nr. 2 des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung vom 1. Februar 1877 (Reichs-Gesetzb. S. 340).

Die sonstigen reichsgesetzlichen Vorschriften über Vereine und Versammlungen bleiben in Kraft.

§ 16. Unberührt bleiben:

die Vorschriften des Landesrechts über kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Wittgänge sowie für geistliche Orden und Kongregationen,

die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Vereine und Versammlungen für die Zeiten der Kriegsgefahr, des Krieges, des erklärten Kriegs- (Belagerungs-) Zustandes oder innerer Unruhen (Aufstands),

die Vorschriften des Landesrechts in bezug auf Verbindungen und Bezugsbeziehungen ländlicher Arbeiter und Dienstboten,

die Vorschriften des Landesrechts zum Gange der Feiern der Sonn- und Festtage; jedoch sind für Sonntage, die nicht zugleich Festtage sind, Beschränkungen des Versammlungsrechts nur bis zur Vermeidung des vornehmlichen Hauptgottesdienstes zulässig.

Zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens.

Seit Erlass der Anweisung des Ministers des Innern zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens vom 17. Februar 1906 hat die Zigeunerplage nach den übereinstimmenden Berichten der Provinzialbehörden in Preußen erheblich nachgelassen. Nicht nur, daß überall ein geringeres Auftreten von Zigeunern, und zwar meist in kleineren Trupps als bisher, festgestellt wurde, es hat sich auch in einzelnen Fällen ein Streben nach Gehäuftwerden unter ihnen bemerkbar gemacht.

Diese günstigen Wirkungen der Verordnung sollen dadurch noch erweitert und befestigt werden, daß Vereinbarungen mit den übrigen Bundesstaaten wegen gleichmäßiger Behandlung der Zigeuner im ganzen Deutschen Reiche angebahnt werden.

Die in dieser Hinsicht schwebenden Verhandlungen streben insbesondere an, daß die Ausweisung nicht reichsangehöriger Zigeuner in allen Staaten gleichmäßig über die Reichsgrenze und nicht nur über die Landesgrenze zu erfolgen hat, und daß die Verfolgung vagabondierender Zigeunerbanden durch Polizeibeamte auch über die Grenze eines Bundesstaates hinaus gestattet werden soll.

Die Durchführung der zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens in Preußen erlassenen Bestimmungen ist im übrigen nur insofern auf Schwierigkeiten gestoßen, als manche Ortspolizeiverwaltungen die Kosten scheuen, welche ihnen möglicherweise durch ihr Einschreiten gegen die Zigeuner erwachsen können. Einige Kreisverwaltungen haben sich infolgedessen bereit erklärt, derartige Kosten, soweit sie nicht vom Staate zu tragen sind, aus Kreismitteln zu decken.

Von den Hieroglyphen bis zur Schreibmaschine.

Aber dieses Thema hielt der Chemiker Richard Knast der bekannten Tintenfabrik Eduard Peyer, Chemnitz, am 11. Oktober d. J. in der „Ausstellung für Bürobbedarf“ in Berlin einen interessanten Lichtbildervortrag.

Der erste Teil dieses Vortrages war der Geschichte des Schreibmaterials (Steinplatte, Papir, Tinte und Schreibgeräte) gewidmet, die auch in der „Festschrift zum 50-jährigen Jubiläum der Firma Eduard Peyer in Chemnitz“ (1906) von dem Vortragenden dargestellt wurde.

Der zweite Teil des Vortrages behandelte die modernen Schriftfälschungen, die ebenfalls durch eine Reihe von Lichtbildern den Zuhörern vor

Augen geführt wurden. So wurde u. a. das Bild eines Wechfels gezeigt, auf dem der Romanus des Bezogenen mit einem chlorhaltigen Radierwasser (sogen. „Tintentod“) zunächst entfernt und durch einen anderen ersetzt wurde, eine Fälschung, die auf dem Original kaum zu sehen war. Bei der Behandlung mit Joddämpfen hatte dann das Papier des Wechfels die bekannte tiefblaue Farbe der Jodstärke angenommen, nur nicht an der radierten Stelle, weil dort das Radierwasser die Stärke (des Papierleims) zerstört hatte. Ein anderes Bild zeigte, besonders in der Vergrößerung, die verschiedene Tische in der Schwärze der Originalschrift gegenüber der Schwärze der vom Fälscher mit anderer Tinte aus der Urkunde vorgenommenen Änderungen. Auch wie sich Fälschungen bei der Vergrößerung der Urkunde durch den unsicheren Schriftstiftus weniger geschädigter Fälscher verraten, wurde im Bilde gezeigt. Besonders instruktiv waren die nach dem Lumiereschen photographischen Verfahren in natürlichen Farben aufgenommenen Tüpfelreaktionen auf mit Blauholztinten ausgefertigten und nachträglich mit Eisengallustinten gefälschten Wechfeln. Die gleichmäßig schwarz erscheinenden Schriftzüge waren an den verdächtigen Stellen zunächst mit verdünnter Salzsäure und dann mit Blutlängensalzlösung besprüht worden. Die eisenfreie Blauholztintenschrift wurde dadurch schön hellrot gefärbt, während die mit Eisengallustinte hergestellte Fälscherschrift in der prächtigen Farbe des Berliner Blaus erschien. Die farbigen Lichtbilder gaben diese Reaktionen originalgetreu wieder.

Der Vortragende hat durch seine Ausführungen und Enthüllungen der Fälschergeheimnisse durch die modernsten Darstellungsmittel das Publikum davon überzeugt, daß die Wissenschaft mit den Fortschritten des Verbrechertums in unablässigem Kampfe weilt.

In einer besonderen Abhandlung im zweiten Teil des von dem Schriftsachverständigen Dr. Georg Meyer und dem Unterzeichneten neu gegründeten „Archiv für gerichtliche Schriftuntersuchungen und verwandte Gebiete“ wird Knast die mehr für Kriminalisten und Schriftsachverständige bestimmten neueren chemischen Untersuchungsmethoden bei Schriftfälschungen zur Darstellung bringen.

Dr. jur. Hans Schneider, Berlin.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderverrichtungen geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schlichtung.

I. Reichsgericht.

Preußen. Grenzen der Polizeigewalt

Ein Polizeibeamter, der durch sein Eingreifen in einen Privatrechtsstreit das Recht der einen Partei im Zwangswege durchzuführen sucht, befindet sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes, wenn er auch auf Grund eines Dienstbefehls seines Vorgesetzten handelt und die von ihm unterstützte Partei die Stadtgemeinde ist, in deren Diensten er steht. — Entsch. III. StrSen. RG. vom 10. Juni 1907. — III 13417. — St.

Deutsches Reich. Verbreiten unzüchtiger Abbildungen. Als Verbreiten kann die Abgabe unzüchtiger Bilder an einen oder an einige wenige, individuell bestimmte Personen noch nicht angesehen werden. Andererseits ist eine Abgabe auch an einen nach Zahl und Individualität genau bestimmten größeren Personenkreis ebenso als Verbreiten anzusehen wie die Verteilung an eine unbestimmte Personenmehrheit. — Entsch. V. Straff. RG. vom 15. März 1907. — V. 1192/06. — St.

Deutsches Reich. Verkehr mit Sprengstoffen. Der § 367 Nr. 5 StGB. ist, soweit er die Zuwiderhandlung gegen Polizeiverordnungen über Aufbewahrung, Beförderung, Verausgabung oder Verwendung von Sprengstoffen und anderen explodierbaren Stoffen oder über die Zubereitung und Feilhaltung dieser Gegenstände mit Strafe bedroht, durch das Sprengstoffgesetz vom 9. Juni 1884 außer Kraft gesetzt. Die Polizeibehörden in Preußen sind, da Zuwiderhandlungen gegen das Sprengstoffgesetz Verbrechen oder Vergehen, nicht Übertretungen sind, nach § 10 des Preussischen Gesetzes vom 23. April 1883, betr. den Erlass polizeilicher Verfügungen wegen Übertretungen, nicht befugt, auf Grund solcher Polizeiverordnungen und des § 367 Nr. 5 StGB. Strafverfügungen zu erlassen. — Entsch. 5 Straff. RG. vom 19. März 1907. — St.

II. Kammergericht.

Preußen. Verbot des Ausrufens auf der Straße. Das Verbot des Ausrufens

und Anpreisens von verkäuflichen Gegenständen auf der Straße durch Polizeiverordnung aus akustischen Gründen wäre nicht zulässig. Sie ist aber zulässig, wenn erhehlt, daß sie verkehrspolizeiliche Rücksichten verfolgt. Wenn das Landgericht angenommen hat, daß das der Fall ist und somit die polizeiliche Vorschrift im § 6b ihre rechtliche Grundlage finde, so kann dem nicht entgegengetreten werden. Durch Schreien und Rufen der Verkäufer kann leicht ein Anlauf bewirkt werden und dadurch kann ein Verkehrshindernis entstehen. Es können aber auch Tiere scheu werden. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Hegemann-Reddinghausen vom 21. Oktober 1907. — St.

U. v. A.

Preußen. Sonntagsheiligung. Ist durch Provinzialpolizeiverordnung sowohl der öffentliche Tanz an Sonn- und Feiertagen vor 3 Uhr nachmittags, als auch an den ersten Feiertagen der drei großen christlichen Feste jeder öffentliche Tanz verboten, dann darf nicht etwa nach Ablauf des ersten Feiertages von Mitternacht an in den zweiten Feiertag hineingetanzt werden. Wenn auch in früheren Entscheidungen anerkannt war, daß eine in den Sonntag hinein fortgesetzte Tanzlustbarkeit nicht gehindert werden dürfe, weil der Schutz der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage erst mit dem Erwachen der Bevölkerung in Betracht kommen könnte, so gilt dies nur für Tanzereien, die am Sonnabend begonnen hatten. Am 1. Weihnachtsfeiertage darf aber hier überhaupt nicht getanzt werden. Man kann dann auch einen Tanz von 12 Uhr ab nicht zulassen. — Entsch. 1 StrSen. RG. in Sachen Wendt-Köslin vom 21. Oktober 1907. — St.

U. v. A.

Preußen. Wahlagitation. Die von dem Angeklagten am Tage der Reichstagswahl in Teltow vor dem Wahllokal herumgetragene Tafel mit der Aufschrift „Wählt Zubeil!“ ist ein Plakat im Sinne des § 9 des preussischen Wahlgesezes von 1851. Sie hatte eine Aufschrift, die eine für das Publikum unabhängig von äußeren Umständen verständliche Mitteilung enthielt. Das Plakat ist auch öffentlich ausgestellt worden. Der Begriff der öffentlichen Ausstellung erfordert nicht, daß die Plakate in feste Verbindung mit Mauern oder sonstigen Gegenständen gebracht würden. Auch umhergetragene Besannmachungen sind als Plakate im Sinne

des § 9 aufzufassen. Der § 43 der Reichsgewerbeordnung steht nicht der Beurteilung des Angeklagten entgegen. Dieser schließt nur für das Verteilen von Wahlaufrufen von der Zeit der amtlichen Bekanntmachung des Wahltermins bis zur Erledigung des Wahlgeschäfts das Erfordernis einer polizeilichen Erlaubnis aus. Allerdings mag zu dem § 43 der Gewerbeordnung die Bestimmung des § 9 des preussischen Preßgesetzes nicht ganz passen. Der § 9 steht aber selbständig da und muß angewandt werden. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Prast-Teltow vom 16. September 1907. — C. v. R.

***Preußen. Versammlung.** Zum Begriff der Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes ist nicht erforderlich, daß ein besonderer Leiter für die Versammlungen bestellt werde. Allerdings erfordert dieser Begriff das Vorhandensein einer an Zahl nicht zu klein bemessenen Personennmenge, in dessen ist die Frage, ob im einzelnen Falle die Zahl der Anwesenden ausreicht, um das Vorhandensein einer Versammlung anzunehmen, tatsächlicher Natur und daher der Nachprüfung durch Revisionsrichter entzogen. Aber wollte man auch nicht annehmen, daß die Zahl der Teilnehmer für die Versammlungsbegriff ausgereicht habe, so kommt doch in Betracht, in welcher Absicht zur Zusammenkunft eingeladen worden ist. War gewollt, daß eine größere Zahl von Personen sich zur Besprechung zusammenfindet, und haben auch in der Zusammenkunft öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, nicht nur die Lohnverhältnisse eines bestimmten Betriebes, sondern die eines unbegrenzten Bezirks, so mußte die Versammlung angemeldet werden. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Peuskert-Ratibor vom 17. September 1907. — C. v. R.

***Preußen. Milchhandel.** Ein Milchhändler, der Verdacht bezüglich des Fettgehaltes der Milch hegen muß, hat die Pflicht, die Milch aus ihren Fettgehalt untersuchen zu lassen, bevor er sie als Vollmilch feilbält. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Brünner-Hamm vom 6. August 1907. — C. v. R.

***Preußen. Unzulässige Übertragung polizeilichen Verordnungsrechts.** Die Kabinettsorder vom 7. Februar 1837 ermächtigt die Regierungen, Bestimmungen zur Wahrung der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Festtage zu treffen. Gemäß § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 sind

jetzt die Regierungspräsidenten und die Oberpräsidenten berufen, derartige Bestimmungen zu erlassen. Es ist aber unzulässig, dieses Bestimmungsrecht zu delegieren auf nachgeordnete Behörden. Demgemäß ist eine Bestimmung, die den Ortspolizeibehörden überläßt, die Vorschriften über den Schluß öffentlicher Tanzlustbarkeiten, Tanzmusiken, Pälle und ähnliche Lustbarkeiten auf private Lustbarkeiten auszudehnen, ungültig. Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Walter-Cuedlinburg vom 13. September 1907. — C. v. R.

***Preußen. Öffentlich bemerkbare Arbeit.** Das Verteilen der Flugblätter, das nicht lediglich des Vergnügens oder der Erholung wegen erfolgt, erfordert eine gewisse Kraftanstrengung; es ist auch öffentlich bemerkbar, wenn der Verteiler sich von Haus zu Haus bewegt, um die Flugblätter hineinzubringen. Es läßt sich nicht bezweifeln, daß solche Tätigkeit die andächtige Stimmung der Vorübergehenden wie der Hausbewohner stören konnte. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Brenzel-Söhscheid vom 13. September 1907. — C. v. R.

***Preußen. Wilde Kaninchen.** Eine Polizeiverordnung, die bestimmt: „Wer unbefugt auf fremden Grundstücken ohne die schriftliche von der Ortspolizeibehörde beglaubigte Erlaubnis des Nutzungsberechtigten bei sich zu führen, wilde Kaninchen fängt oder zu fangen versucht, wird mit Geldstrafe bis zu 60 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft belegt,“ ist rechtswirksam im Hinblick auf § 6a des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, denn sie dient dem Schutz des Eigentums. Rechtsgültig ist auch eine polizeiliche Vorschrift, die neben der Genehmigung des Nutzungsberechtigten die des Jagdberechtigten für das Betreten fremder Grundstücke zum Zwecke des Fangens wilder Kaninchen für erforderlich hält, und zwar ebenfalls auf Grund des § 6a des Polizeiverwaltungs-Gesetzes, denn das Jagdrecht liegt im Eigentum, ist ein Ausfluß des Eigentums. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Raas-Pomm vom 16. September 1907. — C. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Preußen. Wahlverein keine geschlossene Gesellschaft. Bei einem Wahlvereine, der seinem Wesen nach auf breiter Grundlage organisiert und auf möglichste Erweiterung seiner Mitgliederzahl angewiesen

ist, liegt von vornherein die Vermutung nahe, daß er einen abgeschlossenen Personenkreis nicht bilde.“ Wird diese Annahme durch die satzungsgemäße Gestaltung des Vereinszwecks und die Annahmbedingungen bestätigt, dann kann von einem in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis individuell untereinander verbundener Personen, d. h. von einer geschlossenen Gesellschaft keine Rede sein. — Entsch. I. Sen. OVB. vom 16. März 1906. Et

Preußen. Lohnzahlungsbücher. Polizeilicher Zwang. Die Befolgung der Vorschrift des § 134 Abs. 3 der Gewerbeordnung über die Einrichtung von Lohnzahlungsbüchern ist zwar nicht auf Grund einer im Gesetz vorgesehenen Strafvorschrift erzwingbar, sie ist aber auch nicht in das Belieben der Arbeitgeber gestellt; vielmehr ist die Einrichtung und Führung der Lohnzahlungsbücher mit bestimmten Worten („ist einzurichten“, „ist einzutragen“) vorgeschrieben. Der somit begründeten Verpflichtung des Arbeitgebers zur Einrichtung und Eintragung entspricht die gesetzliche Verpflichtung des Empfängers, das Buch „vor der nächsten Lohnzahlung“ zurückzugeben“. In Preußen ist die Ortspolizeibehörde zur Aufsicht über die Ausführung des § 134 GewO. berufen. Sie hat, da die Vorschrift eine zwingende ist, mit den ihr nach § 132 VBG zustehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß die Lohnzahlungsbücher vom Arbeitgeber auf dessen Kosten eingerichtet und vorschriftsmäßig geführt werden. Das entspricht auch der in § 10 ALN. II, 17 der Polizei übertragenen Aufgabe, die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu treffen. Denn die Erhaltung der öffentlichen Ordnung begreift auch die Erhaltung der gewerblichen öffentlichen Ordnung in sich. Daß die Vorschrift nicht unter eine Strafbestimmung gestellt ist, ist für die Aufgabe und Verpflichtung der Polizei, ihre Ausführung zu überwachen und nötigenfalls zu erzwingen, ohne jeden Einfluß. Von der Unmöglichkeit der Einrichtung der Lohnzahlungsbücher kann keine Rede sein. In großen Betrieben mag sie vielleicht schwierig sein, aber der Arbeitgeber hat, da der Lohnempfänger das Buch vor der nächsten Lohnzahlung zurückgeben muß, das Recht, die Auszahlung von der Rückreichung des Buches abhängig zu machen. Hierbei bedarf es hier einer Erörterung

nicht, welche Grundsätze in Ausnahmefällen (bei Verlust des Buches u. a.) zur Anwendung zu bringen sind. — Entsch. III. Sen. OVB. vom 22. November 1900, III 2064, Bd. 49, 307. — Et

Preußen. Nur flößbare, nicht schiffbare Flüsse Privatflüsse. Zuständigkeit der Ortspolizei. Nach dem Pr. Allg. Landrecht und dem Privatflußgesetz vom 28. Februar 1843 sind Flüsse oder Flußstreden, die nur flößbar, aber nicht schiffbar sind, keine öffentlichen Flüsse, sondern Privatflüsse. (§§ 38 ff. AllgLR. II, 15.) Ein Privatfluß kann zwar durch Schiffbarmachung zum öffentlichen Fluße werden, nicht aber dadurch, daß der Staat den Eigentümer nötigt, den Gebrauch des Flusses zum Holzflößen zu gestatten. Der flößbar gemachte, nicht schiffbare Fluß bleibt vielmehr nach wie vor Privatfluß. Die Ausübung der Polizeigewalt auf Privatflüssen steht ferner grundsätzlich der Ortspolizeibehörde, nicht der Landespolizeibehörde (Strom- und Schiffsärztepolizeibehörde) zu. — Entsch. III. Sen. OVB. vom 10. Mai 1906, III 955, Bd. 49, 267. Et

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Verfälschung von Backware durch Verwendung von Margarine. Nachmachen oder Verfälschen. Auch wenn es Geschäftsgebrauch der meisten Bäckereien sein sollte, für gewisse zugleich als Nahrungsmittel dienende Backwaren (Kaffeehörndchen) Margarine zu verwenden, ist diese Verwendung doch an solchen Orten als Verfälschung anzusehen, wo das Publikum diesen Geschäftsgebrauch nicht kennt, sondern darauf rechnet, daß die Hörndchen aus Mehl und Schmalz oder Butterfett bestehen. Das Publikum schätzt Geschmack und Nährwert der mit Butter oder Butterschmalz hergestellten Hörndchen höher als den von Hörndchen, die unter Verwendung der dem allgemeinen Mißtrauen bezeugenden Margarine hergestellt werden und die es bei Kenntnis der Herstellungsart zurückweisen würde. Die Herstellung von Hörndchen mit Margarine stellt sich als Verfälschung, nicht als Nachmachen dar. Nachmachen ist Herstellen einer Ware, die den Anschein hat, etwas anderes zu sein, als sie in der Tat ist. Verfälschung die Herstellung einer Ware, die das, was sie dem äußeren Anschein nach sein soll, auch ist, jedoch durch Zusätze oder Verwendung von anderen, insbesondere minderwertigeren Stoffen, als das Publikum erwartet, einen geringeren Verkaufs- oder Gebrauchswert hat. Im

*) Vgl. Entsch. OVB. in Straßf. 21, 256.

Vergleich mit dem Schmalz oder dem Butterfett erscheint die Margarine als ein minderwertiger Stoff; dies ergibt sich aus dem Inhalt des Margarinegesetzes vom 15. Juni 1897 und dessen Begründung. Geschäftsgebräuche können, wenn sie den Zwecken des Gesetzes zuwiderlaufen, auch wenn sie in größtem Umfange geübt werden, dadurch niemals eine Berechtigung auf Bestehen oder Fortbestand erlangen.“)
— Entsch. BayObStG. vom 15. Januar 1907. — St. 7, 181. — St.

V. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof.

Deutsches Reich. Mißbrauch des Gewerbes. Prüfung der Person des Gewerbers. Nach § 33 Abs. 2 Ziffer 1 GewO. kommt es nicht sowohl auf gerichtliche Feststellungen als auf Tatsachen bestimmter Art an. Als solche Tatsachen sind die dem Strafgerichtlichen Urteil zugrunde liegenden Handlungen ins Auge zu fassen und ist unter Berücksichtigung sonstiger einschlägiger Umstände zu prüfen, welche Bedeutung ihnen für die Beurteilung der Persönlichkeit des Geschäftstellers und für die Annahme des Mißbrauchs des Gewerbes zukommt. Dagegen ist nicht der Verstrafung allein und ihrer „Geringfügigkeit“ ein auslaggebendes Gewicht beizulegen.
— Entsch. 2. Sen. BayVStG. vom 21. November 1906. — Reger, 27, 192. — St.

VI. Braunschweigischer Verwaltungsgerichtshof.

Deutsches Reich. Materielle Rechtskraft der Beschlüsse über Ablehnung von Konzessionsgesuchen. Ein stichhaltiger Grund, weshalb Bescheide, die über Konzessionsgesuche ergehen, der materiellen Rechtskraft entbehren sollen, während sie im allgemeinen den Entscheidungen der Verwaltungsbehörden, insbesondere auch den ein Gebot oder Verbot enthaltenden polizeilichen Verfügungen, zukommt, ist nicht zu erkennen.“) Selbstverständlich steht die rechtskräftige Entscheidung dem Erfolge einer neuen Klage dann nicht entgegen, wenn die tatsächlichen Verhältnisse sich inzwischen geändert haben. Ist dagegen eine solche Änderung nach dem Erlasse des früheren Bescheides nicht eingetreten, ist sie sogar von dem Antragsteller gar nicht behauptet, so kann die Verwaltungsbehörde das neue Gesuch unter Hinweis auf die Rechtskraft der früheren Entscheidung zurückweisen

und das angerufene Verwaltungsgericht ist dann nur zur Nachprüfung befugt, ob sich tatsächlich die Verhältnisse seit dem früheren Bescheide nicht geändert haben. ob die Sachlage noch dieselbe ist. Diese Prüfung wird häufig nicht leicht sein. Ist sie nicht angängig, so geht die Rechtskraft der praktischen Wirkung verlustig. Auch wird in vielen Fällen anzunehmen sein, daß bereits mit dem Ablauf einer kürzeren oder längeren Spanne Zeit eine Änderung der tatsächlichen Verhältnisse, z. B. bezüglich der Bedürfnisfrage in Schaustellen eingetreten ist. Ist die Sachlage dagegen noch die gleiche, dann kann ein neues Gesuch unter Hinweis auf die rechtskräftig entschiedene Sache abgewiesen werden.
— Entsch. BraunschVStG. vom 19. September 1906. (Reg. 27, 184.) St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Glücksbuden auf Kummertagen. Das Berliner Polizeipräsidium verbietet das Halten von Glücksbuden auf den Privatrummelplätzen. Dieses Verbot ist angesichts des § 360 Ziffer 14 StGB. durchaus zulässig. Wenn auch für die in § 33b StG. aufgeführten Gewerbebetriebe die Privatrummelplätze eine Freistatt wurden, so gilt gleiches nicht von dem Halten der Glücksbuden, § 33b StG. erfordert die Genehmigung nur, wenn eines der dort genannten Gewerbe auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen ausgeübt werden soll; § 360 Ziffer 14 StGB. aber verbietet das unbefugte Halten von Glücksspielen nicht nur auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen, sondern auch in öffentlichen Versammlungsorten. Hierzu gehören öffentliche Wirtschaften, Schützenplätze, Privatrummelplätze und dergl.

Das Militärverbot droht die Kaiserliche Kommandantur den Saalbesitzern in Dietrichsdorf an, die nachstehende „Verpflichtung“ nicht unterzeichnen:

„Ich, Enkesunterzeichneter, nehme hierdurch die mir in den folgenden Nummern anserlegten Verpflichtungen an und bestätige gleichzeitig, daß mir ausdrücklich bekanntgegeben ist, daß ein Verbot gegen diese Verpflichtungen ein Militärverbot für mein Lokal zur Folge hat. Ich verpflichte mich:

1. Meine sozialdemokratischen Schriften in meinem Lokal offen auszuliegen.

2. An den Tagen, an denen öffentliche Versammlungen in meinem Lokal stattfinden, eine Stunde vor deren Beginn Plakate an allen Eingängen und gut sichtbar anzubringen, die in deutlich lesbarer Schrift die Worte enthalten: „Öffentliche Versammlung“ und diese Plakate bis zum Schluß des Lokals (Polizeistunde) an diesem Tage hängen zu lassen.

3. Militärpersonen, die schon vor dem Aushängen der Plakate oder sonst in Unkenntnis

*) Rgl. Entsch. 300. 14, 441 und 30. 5.

**) Anderer Ansicht Br. O 804 5, 291, ferner 39, 361 und 362 und BayObStG., Reger 11, 132.

über die Abhaltung der Versammlung mein Lokal betreten oder sich in ihm befinden, aufmerksam zu machen, daß eine öffentliche Versammlung stattfindet, und sie zum Verlassen meines Lokals aufzufordern."

Der Offizierdistrikt Hadersleben ist mit dem 1. Oktober 1907 nach Hensborg verlegt worden.

Durch einen Revolverschuß bei einer nächtlichen Streife tödlich verletzt wurde in Kroisau bei Randhofen der bayerische Kammerad Gendarm Schönberger aus Mittersfeld. Er war im Begriff gewesen einen des Einbruchsdiebstahls verdächtigen Burischen festzunehmen, als einer von dessen Genossen den tödlichen Schuß abgab. Der Täter ist bald nach der Tat zugleich mit seinem Bruder, dem wegen Einbruchs von Schönberger verfolgten Burischen, von der Gendarmserie unter der umsichtigen Führung des Gendarmseriehauptmanns Eberhard am 19. November bereits dingfest gemacht worden.

Der Jugendgerichtshof in Frankfurt a. M., über dessen Errichtung wir in Nr. 17 berichtet haben, wird bereits am 1. Januar 1908 seine Tätigkeit beginnen. Er wird einer Abteilung des Schöffengerichts angegliedert und erhält als Vorsitzenden im Hauptsaal einen Vormundschaftsrichter. Alle Strafsachen gegen Jugendliche im Alter von 12—18 Jahren werden diesem Gerichte überwiesen. Die Öffentlichkeit wird nur in befristeter Nähe zugelassen.

Kabfahrverkehr. Eine landesrechtliche Regelung des Kabfahrverkehrs durch einheitliche Polizeivorschriften nach Maßgabe der vom Bundesrat beschlossenen Grundzüge soll in allen Bundesstaaten zum 1. Januar 1908 in Kraft treten. Der Bundesrat hat die Regierungen der Einzelstaaten um Erlaß entsprechender Vorschriften erludt.

Beschäftigung Obdachloser durch polizeiliche Vermittlung. Seit dem März 1906 wird in Stuttgart den mittel- und untenommenlos angegriffenen Personen eine vorübergehende Beschäftigung bei der städtischen Beschäftigungsanstalt, beim Straßenreinigungsamte oder beim Elektrizitätswerk durch Vermittlung des Stadtpolizeiamts angeboten. In der Zeit vom 19. März 1906 bis 1. Mai 1907 haben von 2485 arbeits-, obdach- und mittellosen Personen nur 277 von dem Anerbieten Gebrauch gemacht; die übrigen lehnten mit dem Bemerkten ab: „sie reisen weiter“, „sie finden selbst Arbeit“, „sie können nicht arbeiten“ oder „sie wollen nicht arbeiten“. Zimmerhin hat auch dieser geringe Erfolg doch zur Beibehaltung dieser Wohlfahrts-einrichtung geführt.

Sozialdemokratisches. Ein umfangreiches Waffenlager russischer Terroristen wurde in Berlin bei einem sozialdemokratischen Schantwirt beschlagnahmt.

Kroatenausweisung. Durch Verfügung vom 20. November 1907 sind im Ruhrgebiet 105 Kroaten als lästige Ausländer ausgewiesen worden. Innerhalb einer einzigen Woche sind dort wieder neun schwere Raubanfälle durch Kroaten verübt worden.

Verbrechen und Vergehen. Vogelsteller.

Wie die Stettower Zeitung meldet, wurden in Königsblüte bei einer polizeilichen Streife auf Vogelsteller diese selbst nicht mehr erwischt; doch fand man die Lodvögel und Hängebauer vor. Die Lodvögel wurden in Freiheit gesetzt, die Gebauer — zerbrochen. — Wir fragen, ob es nicht viel zweckmäßiger gewesen wäre, die Gebauer, die vielleicht zur Ermittlung der Täter hätten führen können, als Überführungsgäste sicher zu stellen.

Wieder ein Paar kroatischer Raubmörder. In Reuenschleuse bei Stade wurde die Rentiere Vollmer ermordet und am Kopf verstümmelt aufgefunden. Das Haus war vollständig ausgeraubt; alle Wert- und Geldsachen fehlten. Der Tat verdächtig sind zwei Kroaten.

Geheimmittelschwindel. Der Berliner Polizeipräsident warnt vor einem unter dem Namen Albulola angepriesenen wertlosen Kräftigungsmittel für schwache Frauen. Das Mittel wird gleichzeitig gegen Magerteit und Fettigkeit angetündigt!

Leichenschäße. Das Zentralblatt für das Deutsche Reich bringt in Nr. 49 ein Verzeichnis der zur Anstellung von Leichenschäßen in den einzelnen Bundesstaaten zuständigen Behörden und Dienststellen.

Kroatischen Arbeitern, die in rheinisch-westfälischen Hüttenwerken beschäftigt waren, wurde aus Anlaß der gefährlichen Ausschreitungen ihrer Volksgenossen in der Bonner Gegend in größerem Umfange gekündigt.

Ehrentafel.



Kamerad Leutnant Schumacher.

Kamerad Schumacher wurde am 22. Juni 1848 zu Seldow, W. Bromberg, geboren und trat am 29. November 1867 als

Vierjährig-Freiwilliger beim 2. Garde-Mann-Regiment in Berlin ein. Am 20. Juni 1870 zum Unteroffizier befördert, nahm er in diesem Regiment während des Feldzugs 1870 an den Schlachten bei Gravelotte-St. Privat, Beaumont, Sedan, an der Belagerung von Paris (Gefecht bei Le Bourget) und an den Schlachten bei Bapaume und St. Quentin gegen die französische Nordarmee teil. Bei Fle. Marie-aux-Ébènes am 18. August 1870 erwarb er sich das Eisene Kreuz. Am 10. September 1871 zur Reserve übergetreten, wurde er am 1. Oktober 1873 als Kapitulant wieder in die Armee eingestellt, und zwar in das Garde-Train-Bataillon, bei dem er am 18. Juni 1875 zum Sergeanten befördert wurde. Nachdem er am 1. Juni 1878 zum Stabschef der Landgendarmarie nach Berlin einberufen worden war, wurde er auf sein Gesuch am 1. Juni 1878 als berittener Gendarm in die 3. Brigade versetzt und in Fürstentwerder, Kreis Breslau, stationiert. Am 11. Mai 1888 als Oberwachmeister nach Rathenow herangezogen, wurde er am 1. Oktober 1889 nach Calau und am 1. November 1890 nach Forst i. V. versetzt. Aus Anlaß seiner am 1. August 1907 erfolgten Versetzung in den Ruhestand wurde dem Kameraden Schumacher durch Allerhöchsten Erlaß vom 24. Juni 1907 der Königl. Kronenorden 4. Klasse und durch Allerhöchste Kabinetts-Befehl vom 18. Oktober 1907 der Charakter als Leutnant verliehen. Außer dem Kronenorden besitzt Kamerad Leutnant Schumacher an Orden und Ehrenzeichen: das Eisene Kreuz 2. Klasse, die Kriegsdienstmünze 1870/71, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsmedaille, das Allgemeine Ehrenzeichen und das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens.

Nach 46-jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten ist am 31. Oktober 1907 Polizeikommissar August Bartel in Altona. Am 6. Oktober 1842 zu Nedenbin, Kr. Ostprignitz, geboren, besuchte Bartel nach seiner Konfirmation 4 Jahre die Russische Schule in Neustadt a. T. und trat dann am 6. April 1861 als Trompeter freiwillig beim 2. Brandenburgischen Mann-Regiment Nr. 11 in Verleberg ein; er machte bei diesem Regiment die Feldzüge 1864 gegen Dänemark, 1866 gegen Österreich und 1870/71 gegen Frankreich mit und nahm 1864 an den Gefechten bei Wilsdorf, Radobill und Allen, 1866 an den Gefechten bei Nachod, Münchengrätz, Gitschin und an der Schlacht bei Königgrätz, 1870/71 an den Gefechten bei Metz, Orléans, Amiens und Vernois teil. Bartel besitzt die Denkmünze und das Alsenkreuz für 1864, das Erinnerungskreuz für 1866, die Denkmünze für 1870/71, die Dienstauszeichnung 2. Klasse, die Kaiser-Wilhelm-Erinnerungsmedaille, das Allgemeine Ehrenzeichen sowie das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens. — Am 1. Oktober 1872 bei der 9. Gendarmarie-Brigade, Station Reinfeld einberufen, wurde Bartel am 1. Oktober 1876 nach Sande, Kr. Stettin,

versetzt, stürzte im März 1877 bei der Verfolgung eines Diebes mit dem Pferde und zog sich eine Verletzung der rechten Schulter zu, was zur Folge hatte, daß er am 1. August 1877 als Gendarm pensioniert wurde. Am 12. Januar



Polizeikommissar Bartel.

1878 trat Bartel dann als Polizeiergeant bei dem Polizeikorps in Altona ein, wurde am 1. Juni 1883 zum Oberpolizeiergeanten und Reviervorsteher und am 15. Juli 1895 zum Polizeikommissar gewählt.

Kamerad Leutnant Cramer.

Kamerad Cramer wurde am 19. Oktober 1847 zu Jrenburg a. H. geboren, trat am 10. November 1867 beim Altmärkischen Mann-Regiment Nr. 16 ein, nahm an dem Feldzuge 1870/71, besonders auch am Todesritt von Mars-la-Tour teil und wurde am 11. September 1871 zum Unteroffizier, am 1. Februar 1875 zum Sergeanten und am 6. April 1880 zum Vizewachmeister befördert. Am 1. April 1882 erfolgte seine Einberufung zur 4. Gendarmarie-Brigade nach Nordhausen und am 1. Juni 1888 seine Veranziehung als Kreiswachmeister nach Quersfur, worauf er am 1. April 1890 zum Oberwachmeister ernannt wurde. Aus Anlaß seiner am 1. Oktober 1907 erfolgten Versetzung in den Ruhestand wurde ihm durch Allerhöchste Kabinetts-Befehl vom 18. November 1907 der Charakter als Leutnant verliehen. Kamerad Leutnant Cramer besitzt die Kriegsdienstmünze 1870/71, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen, die Erinnerungsmedaille und das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens.

Sein 40-jähriges Dienstjubiläum beging am 1. Dezember d. J. Kamerad Fußgendarmeriewachmeister Müller V in Pößzeiten (1. Brigade). Er wurde am 1. Dezember 1867 in das Grenadier-

Regiment Nr. 3 eingestellt, bei dem er den Feldzug 1870/71 mitmachte, trat am 1. Oktober 1873 zum Infanterie-Regiment Nr. 43 und am 1. August 1878 zur 1. Gendarmarie-Brigade über. Kamerad Müller besitzt die Kriegsgedenkmünze 1870/71, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsgemedaillen und das Allgemeine Ehrenzeichen.

Sein 25-jähriges Dienstjubiläum beging am 1. Oktober d. J. Kamerad Fußgendarmerie-Wachmeister Werker in Gadow (3. Brigade). Am 8. Dezember 1862 zu Cnerfurt geboren, trat Kamerad Werker am 1. Oktober 1882 bei der 9. Stompagnie Füsilier-Regiments Nr. 36 in Halle a. S. ein, wurde im Jahre darauf zum Lehr-Infanterie-Bataillon nach Potsdam kommandiert und am 5. Oktober 1885 zum Unteroffizier, am 18. August 1888 zum Sergeanten befördert. Am 1. März 1893 in die 3. Gendarmarie-Brigade eingestellt, erhielt er zunächst Lustenwart, dann Vornstedt (Markt) und seit 6 Jahren Gadow (Havel) als Standort. — Dem Jubilär, bei dem zahlreiche Glückwünsche einliefen, wurde von den Gemeinden seines Dienstbezirks sowie den Kameraden des Veritiss-Kanien je ein schönes Geschenk zum Andenken überreicht, welche Ehrungen dafür zeugen, daß sich Kamerad Werker des besten Einvernehmens mit den Bezirksbewohnern sowie den Kameraden rühmen darf.

Die Rettungsgemedaillen wurde dem bayerischen Kameraden Heinrich Eder in Wieselfür für eine in Wilsbosen am 29. Juni 1907 vollzogene Rettung eines Kindes vom Tode des Ertrinkens verliehen.

Personalveränderungen.

Ordensverleihungen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben die Erlaubnis zur Anlegung erteilt: des Herzoglich Anhaltischen Albrecht des Varen Ordens Komtur 2. Kl.: dem Oberst Lebr, Brigadier der 11. Gend.-Brig., der Kaiserlich Russischen großen silbernen Medaille am Bande des St. Stanislaus Ordens; dem Oberwachmeister Hübener in der 2. Gend.-Brig., der Kaiserlich Russischen kleinen silbernen Medaille am Bande des St. Stanislaus Ordens; den Fußgendarmerie-Wachmeistern Gräwe und Stresow in der 2. Gend.-Brig.

Seine Majestät der König haben dem Fußgendarmerie-Wachmeister Storbed I der 7. Gend.-Brig. das Allgemeine Ehrenzeichen Allerhöchstdigt zu verleihen geruht.

Sonstige Veränderungen.

Führ. v. Vinde, Major in der 10. Gend.-Brig., in die 7. Gend.-Brig. versetzt (Münster i. B.), v. Bassewiz, Hauptm. 3. D. und Bez.-Offiz. b. Landw.-Bezirk Andernach, von dieser Stellung entbunden und als Hauptmann mit seinem Patent vom 24. Mai 1898 I t in der 10. Gend.-Brig. ausgestellt (Donaubrück).

Weiß, Hauptm. a. D., zuletzt Stomp.-Chef im Füß.-Regt. von Steinweg (Westpr.) Nr. 37, als Hauptmann mit seinem Patent vom 15. Februar 1896 B in der 4. Gend.-Brig. angestellt (Halle a. S.).

Der Abschied mit der gesetzlichen Pension wird bewilligt:

v. Limburg, Major in der 7. Gend.-Brig., mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 2. Kurhess. Inf.-Regts. Nr. 82.

v. Suerro, Hauptmann in der 4. Gend.-Brig., unter Verleihung des Charakters als Major, mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Feldart.-Regts. von Holtendorff (1. Rhein.) Nr. 8.

Cramer, pens. Oberwachm., bisher in der 4. Gend.-Brig., der Charakter als Leutnant verliehen.

Die Aussicht auf Anstellung in der Gendarmarie erteilt in Genehmigung ihres Abschiedsgesuchs unter Gewährung der gesetzlichen Pension und Stellung zur Disposition:

Koeppel, Hauptmann und Stomp.-Chef im Inf.-Regt. Graf Kirchbach (1. Niederschl.) Nr. 46, unter Ernennung zum Bezirksoffizier beim Landw.-Bezirk Raumburg a. S.

Progen, Hauptmann und Stomp.-Chef im Meyer Inf.-Regt. Nr. 98, unter Ernennung zum Bezirksoffizier beim Landw.-Bezirk Donauerschingen.

1. Brigade.

b. B. Kollat, Posenheim, am 1. 12. 07 als FZB. nach Kirchdorf vers. — b. G. a. Fr. Josuweit, Reimerowalde bei Mannau, am 30. 11. 07 3. Truppe zurück. — Fr. a. Fr. Korat, Gr. Lemkenhof, am 30. 11. 07 3. Truppe zurück.

3. Brigade.

FZB. Nau, Cöpenick, am 1. 12. 07 nach Adlershof vers. — FZB. Schmidt IV, Gr. Dölln, am 1. 12. 07 nach Kirchhain RL. vers. — FZB. Waltersdorf, Kirchhain RL., am 1. 12. 07 nach Passow RL. vers. — FZB. Kinnett, Deeg, am 1. 12. 07 nach Cöpenick vers. — FZB. Strümpf, Passow, am 1. 12. 07 nach Gr. Dölln RL. vers. — FZB. Lippert, Adlershof, am 1. 12. 07 nach Deeg a. d. Havel vers. — FZB. a. Fr. Seidenberg, Ranthwig, am 10. 11. 07 3. Truppe zurück.

5. Brigade.

b. B. Paepke, Letno, am 1. 4. 07 o. Geh. als Postanwärter nach Erin beurl., am 1. 12. 07 als b. B. in Luisenfelde, Str. Hohenfalta, wieder-eingestellt. — b. B. Woschnewski, Luisenfelde, am 1. 12. 07 o. Geh. als Stations-Aspirant in Zeig, Eisenb.-Dir.-Bez. Erfurt, beurl. — b. B. Birtel, Adelnau, am 1. 1. 08 pens. — b. G. a. Fr. Rubin, Tufschil, Bez. Polen, am 30. 11. 07 3. Truppe zurück.

7. Brigade.

b. B. Saffen, Herne, am 1. 6. 07 o. Geh. als Hauptverwalter beim Magistrat in Herne beurl., scheidet am 1. 12. 07 aus. — F. a. Fr. Reineberg, Schmalleberg, am 30. 11. 07 zur Truppe zurück.

8. Brigade.

F. B. Weber IV, Pfaffenborn, Rhein, am 6. 11. 07 an tuberkul. Nierenvereiterung und chron. Mastenarthritis verstorben. — F. B. Cyben, Feldmark Weisel bei Weisel, am 1. 6. 07 o. Geh. als Lazarett-Inspektor in Saarbrücken beurlandt, scheidet am 1. 12. 07 aus. — F. B. und Brig.-Schreiber Schener, Pfaffenborn, Rhein, am 1. 6. 07 o. Geh. als Bureau-Amtwärter beim Magistrat Berlin beurl., am 1. 12. 07 als F. in Koblen, Mr. Mabbach, wiederingestellt. — O. B. Pajewski, Eimaringen, am 1. 1. 08 pens. — F. a. Fr. Tidenborn, Mumenthal, am 30. 11. 07 j. Truppe zurück.

9. Brigade.

F. a. Fr. Hanz, Leezan, am 22. 11. 07 v. f. Truppenteil zum Witzfeldweibel befördert.

10. Brigade.

b. B. Harnisch, Rethem Aler, am 1. 1. 08 pens. — F. a. Fr. Schäfer, Dammberg (Elbe), am 24. 11. 07 j. Truppe zur.

11. Brigade.

F. B. Mandel, Grefenhein, am 1. 12. 07 o. Geh. beurl. als Hilfskreditgeber b. d. Staatsanwaltschaft Essen. — F. a. Fr. Wäje, Somborn, Bez. Cassel, am 30. 11. 07 j. Truppe zur.

12. Brigade.

b. B. Stadler, Salzh. Roggenhausen, am 1. 11. 07 als O. B. a. Fr. nach Kienmar, Westph. Indrt. — F. B. Eyber, Odra, am 13. 9. 07 nach Einlage b. Schiewenhorst Indrt., trat am 11. 11. 07 von seinem Ambo. zur. — F. B. Thierfeldt, Neustadt, am 8. 9. 07 nach Einlage b. Schiewenhorst Indrt., trat am 11. 11. 07 von seinem Ambo. zur. — F. B. Vedzias, Etbing, am 7. 9. 07 nach Einlage b. Schiewenhorst Indrt., trat am 11. 11. 07 von seinem Ambo. zur. — F. B. Kuntel, Bremen, am 12. 9. 07 nach Einlage b. Schiewenhorst Indrt., trat am 11. 11. 07 von seinem Ambo. zur. — F. B. Gerdienski, Walldorf, am 4. 9. 07 nach Einlage b. Schiewenhorst Indrt., trat am 11. 11. 07 von seinem Ambo. zur. — b. B. Koch, Schwabbe b. Hbno, am 10. 11. 07 an Herzgerweiterung verst. — b. B. Zimmermann III, Höttenstein, am 1. 1. 08 pens. — F. B. Weiss, Arian, am 6. 11. 07 nach Einlage bei Schiewenhorst Indrt., trat am 11. 11. 07 von seinem Ambo. zur.

Brigade Elßaß-Lothringen.

Witzfeldweibel Wöhmeler, v. 2. Unter-Elß. Inf.-R. 137, am 1. 12. 07 als i. H. nach Manfjersberg zur Probendienleistung einberufen. — Witzfeldweibel Münch von 1. Lothr. Pion. Bat. 16, am 1. 12. 07 als i. H. nach Vemberg (Lothr.) zur Probendienleistung einberufen. — F. B. Verre, Manfjersberg, scheidet am 30. 11. 07 aus. — i. H. Danfinger, Vemberg, trat am 30. 11. 07 zur Truppe zur.

Gendarmerie-Kalender 1908.

Es bestand die Absicht, den Gendarmerie-Kalender am 1. Dezember zu versenden. Diese Versendung wird sich um einige Tage verzögern, weil sich in der Druckerei einige technische Schwierigkeiten infolge der von uns vorgeschriebenen Darstellung ergeben haben. Wir bitten also, nicht an die Zustellung zu erinnern. Sobald der Kalender fertig ist, erfolgt seine Zuwendung in Paketform, weil wir eine Weisfeder beifügen wollen und dieses bei Druckmaschinen nicht möglich ist. Paketadresse und Paketzeitel liegen für jeden Bestseller bereit.

Kameradschaft,

Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. S.,
Berlin W. 9., Linsstraße 11.

Artikelschau.

La gendarmerie française et la gendarmerie allemande. Von Pierre Lagarde.

Le Populaire, Nantes, vom 5. 11. 07. —

Verfasser berichtet die Verhältnisse der französischen und deutschen Gendarmen an Friedenssamstag, 1. November, und Schicksalen und Aussehen von einander aus kommt zu dem Ergebnis, daß der französische Gendarm, dessen Dienst der bei uns schwerer ist, in jeder Beziehung schlechter ausfällt als der deutsche. Der deutsche französische Gendarm gleicht außer der Bewaffnung: 36 Lt. 10 monatlich — 73 20 M und hat davon Wohnung, Kleidung, Essen, Unterhaltung usw. selbst zu beschaffen, „deno das Pferd, die Kleidung und persönliche Ausrüstung. Der französische Gendarm gleicht nur 4 Lt. 30 — 67,4 M monatlich. Seine Gehaltsanforderung hält er für sehr gering, um die alten Überlieferungen und den guten Willen dieser Truppe aufrecht zu erhalten. Wenn — so sagt er. — die Reorganisation der Gendarmerie langsam wird, während die des Heeres rascher mit rascher Entwicklung geht. Auch hält er es für an der Zeit, die Gendarmen ihrem eigentlichen Dienst, der Überwachung der Landstraßen und des ganzen Landes zu lassen; kein Wandern, keine Zappenschau, keine Parade. Brauche man Kugelbolzen, dann möge man solche schaffen, nur nicht die der nationalen Gendarmerie; sie habe zu viel zu tun.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Hefterschriften aus Süd-West. Gesamtwerk von A. v. Lilienron, Oldenburg i. Gr. Verlag von Gerhard Stalling. Preis 1,40 M.

Der Herausgeberin, Frau Adda von Lilienron, geb. Frein von Brangel, in Schwerin danken wir herzlich für die herrliche Gabe. Durch diese Auswahl von Briefen und Gedichten, die sie von unseren Süd-West-Afrikanern erhielt, hat sie diesen und dem deutschen Soldatengeste, der sie besetzte, ein herrliches Denkmal gesetzt. Der dieses Buch verbreiten hilft, dient dem vaterländischen Gedanken.

Diplomatische Entwürfe aus der Vorkriegszeit des Barons von Rohrenheim. Von Jules Hansen. Autorisierte Übersetzung von Christoph Lnerot. Oldenburg i. Gr., Gerhard Stalling. Preis 2 M.

Der ehemalige russische Vortschafter in Paris, Baron von Mohrenheim, war uns das Gegenteil von einem Fremden. Er hat seine ganze Arbeitskraft während der langen Jahre seiner Vortschafterwürdigkeit dem Zustandekommen des russisch-französischen Bündnisses gewidmet, und das vorliegende Buch läßt uns einen tiefen Blick hinter die Kulissen tun, hinter denen Baron von Mohrenheim und seine Leute arbeiteten.

Rhen- und Deutschfisch alender für Deutschlands Frauen. 1908. Leipzig, B. Vobach & Co. Eins der am praktischsten eingerichteten Wirtschaftsbücher.

Kalender des Deutschen Flotten-Vereins. Jahrgang 1908. Berlin, Verlag des Deutschen Flotten-Vereins. Preis 50 Pf.

Wir freuen uns, daß der Flotten-Verein sich entschlossen hat, an Stelle seines Abreißkalenders einen Kalender in Buchform herauszugeben. Dieser ist billig, sein Inhalt reichhaltig und mit Sorgfalt gewöhlt.

Sprechsaal.

Japanisches Flottenwerfen und Tauwerfen als Glücksspiel.

Ein Leser unseres Blattes übersendet uns die nachfolgende Mundverfügung des Großherzoglich Hessischen Ministeriums des Innern und der Justiz an die Kreisämter vom 28. Juli 1896 — Nr. 3. 21 933 —, die sich ebenso wie ähnliche Verfügungen preussischer Behörden gegen sogenannte Gesellschaftsspiele wendet, bei denen ein Erfolg fast ausschließlich vom Zufall abhängt:

Durch Amtsblatt vom 16. Februar 1872 (Nr. 4) ist darauf hingewiesen worden, daß das Regelspiel, Augenspiel, Drehscheibenspiel, Plattenschießen und Ringwerfen bei Wessen, Jahrmärkten und dergl. grundsätzlich nicht zugelassen werden sollen. Neuerdings wird nun bei dergleichen Gelegenheiten öfters um die Erlaubnis zur Veranstaltung von Spielen nachgesucht, die mit den obengenannten Ähnlichkeit zeigen, wie z. B. das sogenannte japanische Flottenwerfen und das Tauwerfen. Ersteres verlangt, daß der Spielende mit einer Anzahl runden dünnen Platten einen Kreis von einem Durchmesser einer Platte völlig deckt. Die Kreise sind meistens auf einem Tische ausgezeichnet. Bei dem Tauwerfen handelt es sich um Tauchlingen in gewisser Anzahl um die in einiger Entfernung aufgestellten Stöße zu werfen.

Wenn auch diese Spiele von den Spielenden eine gewisse Geschäftlichkeit verlangen, so hängt der Gewinn doch im großen und ganzen wesentlich vom Zufall ab und es sind deshalb derartige Spiele, welche mit Rücksicht auf die zunehmende Leichtigkeit der Erwerbung eines Gewinnes die Spiellust des Publikums besonders anregen, als Glücksspiele zu betrachten und von der Zulassung bei Wessen, Jahrmärkten und ähnlichen Veranstaltungen auszuschließen.

gez. Finger.

Auskunft.

Kam. F.W. R. in O. Dienstprämie. Den Anspruch auf die außerordentliche Geldzuwendung von 1000 M. erwerben Sie als Gendarm nach Vollendung einer Gesamtdienstzeit von 18 Jahren. Hierbei rechnet die Dienstzeit vom Tage des Dienstintritts ab. Die Dienstzeit vor vollendetem 17. Lebensjahre wird hierbei noch unserer Ansicht nicht abzurechnen sein. Tagegen wird nach § 1 Ziff. 114 d die Zeit der Verurlaubung ohne Gehalt nicht mit in Anschlag kommen.

Nr. 285. — R.

Kam. F.W. S. in P. Schmartzenzulage. Bestimmungsgemäß wird die 5jährige Wartzeit für die Schmartzenzulage nach vollen Kalendervierteljahren berechnet, also nicht vom 1. 5. 00 ab, sondern vom Beginn des nächsten Vierteljahrs d. i. vom 1. 7. 00 ab, so daß Sie die Zulage nicht vor dem 1. 7. 05 beziehen konnten.

Nr. 288. — Rd.

Kam. ber. W H in G. Vorteile für Gendarmerie-Wachmeister. Alle Angehörigen des Gendarmerietorps, soweit sie Besteller unserer Zeitschrift „Der Gendarm“ sind, erhalten für ihre Periode die gleichfalls in unserem Verlage erscheinende Zeitschrift „Die Zivilversorgung“, Zeitschrift für Militäranwärter, Unteroffiziere und Beamte, zum Vorzugspreise von 1.— M. (statt 1,50 M.) vierteljährlich. Die Bestellung muß in diesem Fall direkt bei uns erfolgen.

Nr. 341. — Rg.

Kam. F.W. H. in E. Vorbehalten von Lustbarkeiten im Umherziehen. Ein Schausteller, Schaubindenbesitzer, Karnevalbesitzer, oder sonstiger Veranstalter von Lustbarkeiten muß, wenn er ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bestellung im Umherziehen Lustbarkeiten auf öffentlichen Plätzen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten darbieten will, bedarf nicht nur des Sondergewerbebescheines nach § 55a G.O., sondern auch der ortspolizeilichen Erlaubnis nach § 60a. „In den öffentlichen Orten“ gehören in erster Linie die öffentlichen Gast- und Schankwirtschaften. Dies ergibt sich aus den Reichstagsverhandlungen gelegentlich des § 33b G.O. In letzterer Vorschrift ist gerade der Zusatz „oder an anderen öffentlichen Orten“ deshalb weggelassen, weil im stehenden Gewerbebetrieb die Wirte nicht weiter beschränkt werden sollten, als es durch § 33a G.O. geschehen ist.

Für das Sondergewerbe ist dagegen der Zusatz beibehalten worden. In den „andern öffentlichen Orten“ rechnet das k. k. Oberverwaltungsgericht in einer Entscheidung vom 19. August 1902 alle Räume, die überhaupt jedermann und wenigstens den Angehörigen bestimmter Gesellschaftskreise, sei es auch unter gewissen Bedingungen (Eintrittsgeld) zugänglich sind. Die Verneinung aus Kammergerichtsentscheidungen, die etwas Gegenteiliges ausgesprochen haben sollen, ist verfehlt. Der Schausteller befindet sich in einem großen Irrtum. Die Entscheidungen, die er im Auge zu haben scheint, beziehen sich nicht auf § 60a, sondern auf § 33b. Nr. 314a. — t.

Kam. FW. B. in K. Anstellung im Post- und Eisenbahndienst. Die Anstellungsverhältnisse der Militärämter im mittleren Postdienst finden Sie in unserer Broschüre „Die mittleren Beamten des Reichs-Post- und Telegraphendienstes“ (Preis 50 P.); in der Nr. 24 unserer Zeitschrift „Die Zivilversorgung“ 8. Jahrg. haben wir die Laufbahn der Beamten im mittleren nichttechnischen Eisenbahndienst ausführlich besprochen. Aufgaben, wie sie in der Vorprüfung für den mittleren Post- und nichttechnischen Eisenbahndienst gestellt werden, bringen wir abwechselnd mit Vorprüfungsaufgaben für den Dienst bei anderen Verwaltungsbehörden in unserer Zeitschrift „Die Zivilversorgung“.

Nr. 340. — Vg.

Kam. GWachtm. F in B. Öffentliche Lustbarkeiten. Steiner Genehmigung bedürfen nach der Gewerbeordnung das Preisfestlegen, das Preisbilliarbilden, das Preisstatistiken, das Preisradfahren, gymnastische oder turnerische Vorstellungen, lineomatographische Vorstellungen und sonstige der Belustigung oder Ergozung dienende Veranstaltungen, deren Genehmigungspflicht nicht durch Gesetz ausdrücklich vorgegeben ist. Genehmigungspflichtig sind nach § 32 oder § 33a (40). Theatervorstellungen von Privatvereinen, wenn sie öffentlich sind; ferner Tanzlustbarkeiten nach § 33c (40.), sofern landesgesetzlich — auch durch Polizeiverordnung — die Genehmigungspflicht eingeführt ist, und das Abbrennen von Feuerwerken nach § 307¹ StGB. Durch Polizeiverordnung kann für die gewerbsmäßige Veranstaltung nicht genehmigungspflichtiger Veranstaltungen im Hinblick auf § 1 (40). (Gewerbefreiheit) die Genehmigungspflicht nicht eingeführt werden, wohl aber die Anzeigepflicht. Die Genehmigungspflicht kann aber unbedenklich für nicht gewerbsmäßige Veranstaltungen durch Polizeiverordnung eingeführt werden. Auch für die gewerbsmäßigen Veranstaltungen, selbstverständlich erst recht für nicht gewerbsmäßige, können gewisse im Rahmen des § 6 des PolVerwGes. und des § 10 Abs. II, 17 gebaltene Beschränkungen der Ausübung der Veranstaltungen durch Polizeiverordnung sowohl, wie durch polizeiliche Verfügung erfolgen. So wird z. B. die Benutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze für ein Preisradfahren oder für gymnastisch: Vorstellungen überhaupt verboten werden können (§ 306¹ StGB.). Ebenso werden für lineomatographische Vorstellungen, Feuertorvorstellungen, Bau- und feuerpolizeiliche Vorschriften, Verbote des Störbesuchs, Einführungen einer Schlusshunde u. a. ergeben dürfen.

Nr. 296a. — St.

Kam. GW. W.-k. Polnische Familiennamen. Wenn Sie an Stelle Ihres polnischen Familiennamens einen deutschen annehmen wollen, so müssen Sie auf dem Dienstwege die hierzu erforderliche Genehmigung des Regierungspräsidenten nachsuchen. Zu dem Antrage ist gleichzeitig anzugeben, welchen deutschen Namen Sie künftig zu führen beabsichtigen. Jemand-

welche Kosten entstehen durch die Namensänderung nicht. Senden Sie sich nur an Ihren Vertriebsführer, welcher das Weitere veranlassen wird. Im übrigen verweisen wir auf die „Verwaltungsstunde“, Seite 435 dieser Nummer.

Nr. 339. — Vg.

Kam. FG. T. in H. Besitz mehrerer Wirtschaftskonzessionen. Es steht nichts im Wege, einer Person für mehrere Wirtschaftskonzessionen zu erteilen. Dies geschieht allertö häufig. (Vgl. z. B. die Adinger-Viertelquellen in Berlin.) Daß die Wirtschaften in zwei verschiedenen Orten liegen, ist belanglos. Wirtschaften, die ein Hauseinsitzer in eigener Person nicht ständig bewirtschaften kann, hat er durch Stellvertreter oder Mithalter zu bewirtschaften.

Nr. 195. — 1.

Kam. FW. H. in N. Berechnung der Entfernung bei Dienstreisen. Nach unserer Ansicht hat die Bestimmung der Weg-Sammlung 1870, Seite 108, § 7 (bei Berechnung der Entfernungen wird jedes angefangene Kilometer für ein volles Kilometer gerechnet, bei Reisen von nicht weniger als 2 km, aber unter 8 km sind die Fahrkosten für 8 km zu gewähren) auch auf Reisen der Gendarmen zur Wahrnehmung von Terminen vor den Militärgerichten Gültigkeit. Wir raten Ihnen, sich bei dem betreffenden Gericht auf diese Bestimmung zu berufen oder auf dem militärischen Dienstwege die Sache zu melden und unter Bezugnahme auf Dienstbuch P. I, Ziffer 66 um Veranlassung einer anderen Gebührenfestsetzung zu bitten.

Nr. 281. — A.

Kam. X. Y. 9107. 1. Flehprämie. Im laufenden Rechnungsjahr erhalten zunächst die ältesten der vor dem 1. 4. 03 eingestellten Oberwachmeister und Gendarmen die zuständige Geldprämie von 1000 M ausgezahlt. Die Anzahlung der Geldzuwendung an die übrigen hierbei in Betracht kommenden Oberwachmeister und Gendarmen wird voranschließlich gruppenweise im Laufe der nächsten Jahre erfolgen.

2. Durchsuchung in der Wohnung eines Gendarmen. In einem strafgerichtlichen Verfahren gegen einen Gendarmen ist das Amtsgericht ohne Ersuchen des zuständigen Militärgerichts nicht befugt, eine Durchsuchung in der Wohnung des Gendarmen vorzunehmen. Nichtsich das Strafverfahren aber gegen die Ehefrau des Gendarmen oder eine andere der bürgerlichen Gerichtsbarkeit unterstehende, zum Haushalt des Gendarmen gehörende Person, so kann das Amtsgericht eine Durchsuchung in der Wohnung des Gendarmen selbstständig anordnen, auch wenn dieser eine Dienstwohnung innehat.

Nr. 312. — A.

Kam. b. W. S. in W. Durchsuchungen. Der Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft kann nicht einen Gendarmen allgemein ermitteln, nach seinem Ermessen Durchsuchungen vorzunehmen. Der Gendarm muß nach D. R. Ziffer 192 in jedem einzelnen Fall die Ermächtigung des zuständigen Hilfsbeamten einholen.

Nr. 290. — A.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.
Nr. 18. Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gersbach zu Berlin. 1907/08.

Unsere Polizeihunde in Gegenwart Sr. K. u. K. Hoheit des Kronprinzen vor Sr. Excellenz dem Herrn Minister des Innern.

Bei Gelegenheit der Polizeihundprüfung in Hagen i. W. hatte Herr Direktor Gersbach den Gedanken angeregt, den Versuch zu machen, dem Herrn Minister des Innern einige ausgebildete Polizeihunde vorzuführen. Er erklärte, daß einen Teil der durch die Vorführung entstehenden Kosten die „Kameradschaft“ als Verleger der „Polizei“ tragen würde.

Der Gedanke fand Beifall und wurde der Vorschlagende ermächtigt, die zur Ver-

1.
Der Herr Minister bestimmte bezüglich der Vorführung, daß diese am 11. November, vormittags 10 Uhr stattfinden sollte, daß dazu keine Einladungen ergehen und über ihr Stattfinden auch keine Notizen in die Presse gegeben werden sollten, weil er wünsche, daß der Zweck der Prüfung nicht durch die Anwesenheit vieler Personen beeinträchtigt werde.

Unter Berücksichtigung der in Hagen



Von links nach rechts: Geh. Ob. Reg. Rat o. Falkenhayn, Oberkreuz o. Oppen, Erz. o. Mohr, Kondr. o. Stubenrauch, Oberleut. i. d. D., o. Dangern, S. K. u. K. Hoheit des Kronprinzen, Dir. R. Gersbach, Pol. Insp. Arnold, Pol. Insp. Meyer, Geh. Reg. Rat v. Gersdorff, Pol. Kom. Kupper, S. Gersbach.

wirkung des Gedankens nötigen Schritte zu unternehmen.

Nach eingehender Besprechung mit dem Vorsitzenden des Vereins, Herrn Polizeinspektor Meyer, Hagen i. W., unterbreitete Direktor Gersbach den Gedanken dem Dezernenten für Kommunal-Polizeiwesen im Ministerium des Innern Herrn Geheimen Regierungsrat von Gersdorff, der sich sofort bereit erklärte, dem Wunsch dem Herrn Minister befürwortend vorzutragen.

Kurze Zeit darauf wurde Direktor Gersbach zum Herrn Minister zum Vortrag befohlen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Herr Minister, daß er bereit sei, sich 6 Polizeihunde, und zwar 2 Airedaleterriers, 2 Dobermannpinscher und 2 deutsche Schäferhunde anzusehen, und daß zu der Vorführung voraussichtlich S. K. u. K. Hoheit des Kronprinzen erscheinen würde.

festgelegten Gesichtspunkte wurden folgende Hunde zur Vorführung bestimmt:

1. Airedaleterriers:
 - a) Bosco von Reheim, Besitzer Polizeikommissar Kappe, Reheim;
 - b) Lado von Schmidtorst, Besitzer Polizeiergeant Reumann in Schmidtorst (Hamborn).
2. Dobermannpinscher:
 - a) Prinz von Grönland, Besitzer Fritz Gersbach in Berlin, Dressur und Führer Polizeiergeant Spahn in Schmidtorst;
 - b) Montois von Eardstein, Besitzer Polizeinspektor Bahne in Lüdenscheid, Führer Polizeikommissar Müller, Wetter (Ruhr).
3. Deutsche Schäferhunde:
 - a) Herta vom Niebertheim, Besitzer Polizeiverwaltung Hamborn;

b) Cuhn von der Schanze, Besitzer Polizeiergeant Schmalenbach in Hagen i. W.

4. Reihe:

a) Kax, genannt Wolf, Deutscher Schäferhund, Besitzer Polizeiverwaltung Vorbeck.

b) Wanda, genannt Rosa vom Niederrhein, Deutsche Schäferhündin, Besitzer Polizeiverwaltung Hamborn.

Als Prüfungsplatz war das in Grob-Lichterfelde südlich des Sportplatzes der Haupt-Kadettenanstalt gelegene Gelände gewählt worden. Dieses dacht sich nach Süden ab, ist circa 80 Morgen groß, von tiefen Gräben teilweise durchschnitten und mit Gruben versehen. Im Süden wird das Gelände durch ein mit Unterholz bestandenes Terrain begrenzt.

Um 9 1/2 Uhr waren die an der Vorführung beteiligten Personen und Hunde auf dem Platz. Direktor Gerßbach erwartete am Südportal der Hauptkadettenanstalt den Herrn Minister, der im Automobil 20 Minuten vor 10 Uhr eintraf. In seiner Begleitung befanden sich Herr Geheimer Oberregierungsrat von Falkenhayn, der im Ministerium des Innern Sr. K. u. K. Hoheit dem Kronprinzen zugeteilt ist, der Degenerent für Kommunal-Polizeiwesen Herr Geheimer Regierungsrat von Gerßdorff und Herr Polizei-Präsident Dr. von Borries.

10 Minuten vor 10 Uhr traf S. K. u. K. Hoheit der Kronprinz im Automobil von Potsdam aus ein. In seiner Begleitung befanden sich die Herren Adjutanten Oberstleutnant von Eppen, Hauptmann von Stülpmagel und Oberleutnant Freih. von Dungen.

Erschienen waren ferner der Landrat des Kreises Teltow Herr von Stubenrauch und Bürgermeister Schulz von Grob-Lichterfelde.

Nachdem der hohe Herr die Anwesenden begrüßt hatte, hielt Direktor Gerßbach einen Vortrag über die Entwicklung des Polizeihundwesens und führte dabei den Kronprinzen und den Herrn Minister zum Übungsplatz. Am Eingang desselben hatten sich die beteiligten Herren angestellt:

Polizeinspektor Meyer, Hagen, als Vorsitzender des Polizeihund-Vereins,

Polizeinspektor Arnold, Hamborn,

Polizeinspektor Rahne, Lüdenscheid,

Polizeinspektor Knappe, Arheim,

Polizeinspektor Müller, Wetter, Ruhr (als Führer von Montwiß),

Polizeiwachmeister Ruhbaum, Hagen i. W.,

Kriminal-Polizeiwachmeister Ludwig, Vorbeck (als Führer von Kax, genannt Wolf),

Polizeiergeant Spahn, Schmidtthorst (als Führer von Prinz von Grönland und Herta vom Niederrhein),

Polizeiergeant Neumann, Schmidtthorst (als Führer von Lady von Schmidtthorst und Wanda, genannt Rosa vom Niederrhein).

In zwei Schritt Abstand vom rechten Flügel stand der Schriftleiter des „Polizeihund“, Redakteur Fritz Gerßbach.

Direktor Gerßbach stellte Sr. K. u. K. Hoheit seinen Sohn und dann Herrn Polizeinspektor Meyer vor, worauf dieser die übrigen Herren vorstellte. Jeden Vorgestellten begrüßte der Kronprinz durch Händedruck.

Es war ein prächtiger klarer Herbsttag, der es ermöglichte, die Arbeit der Hunde bis auf weiteste Entfernung genau zu verfolgen.

Es wurden vorgeführt abwechselnd ein Airedalierterrier, ein Schäferhund, ein Dobermann und zuletzt zwei Schäferhunde, so daß alle 8 Hunde vorgeführt wurden. Es geschah dies, weil S. K. u. K. Hoheit den Wunsch geäußert hatte, sämtliche erschienenen Hunde zu sehen.

Die Vorführung selbst gelang vorzüglich dank der ruhigen Leitung der Führer. Polizeinspektor Meyer, Hagen, leitete die Vorführung, sagte jede Übung an und erklärte eingehend den Zweck derselben, während Direktor Gerßbach sich stets in der Nähe Sr. K. u. K. Hoheit des Kronprinzen und des Herrn Ministers aufhielt, um die gewünschten Auskünfte zu geben.

Zum Springen war zum erstenmal auch eine lebende Decke von 1,50 m hergestellt, die von sämtlichen Hunden tadellos genommen wurde. Zum Schluß veranlaßte S. K. u. K. Hoheit der Kronprinz den Herrn Oberleutnant Freiherrn von Dungen, im Fluge über den Prüfungsplatz, dann durch das mit Unterholz bestandene angrenzende Terrain und zurück über den weichen Platz zu gehen. Diese Fahrt sollte die Airedalierterrierhündin Lady arbeiten. Zu diesem Zweck wurde ihr mit den Handschuhen des Herrn von Dungen eine Leine gegeben und sie dann auf die Fahrt gesetzt, die sie tadellos arbeitete.

Der Herr Minister, der als passionierter Weidmann ein großer Hundefreund ist und der die Schwierigkeiten und Dressurleistungen als Sachverständiger zu beurteilen vermag, ließ sich über alle möglichen auf das Polizeihundwesen Bezug habenden Fragen Auskunft erteilen. Ganz besonders interessierte er sich für die Frage der Unterbringung und Verpflegung der Hunde sowie für die Höhe der den Beamten, die die Hunde verpflegen, hierfür gezahlten Entschädigungen.

Am Schluß der Vorführung dankte S. K. u. K. Hoheit der Kronprinz für das Gesehene und sprach den Führern seine Anerkennung für die Leistungen der Hunde aus. Seine Ergzellen der Herr Minister dankte den Herren Polizeinspektor Meyer und Direktor Gerßbach für die Vorführung, die er als für ihn besonders interessant deshalb bezeichnet, weil sie ihm die Möglichkeit verschafft habe, sich auch über die Rassenfrage aus eigener Anschauung ein Urteil zu bilden. Der Herr Minister äußerte sich dahin, daß für die Frage, ob der Schäferhund,

Kiredale oder Dobermann verwendet werden solle, die Liebhaberei und die Preisfrage entscheidend bleiben würden.

Herr Geheimrat von Gersdorff, der die Entwicklung der Polizeihundfrage bis in ihre Einzelheiten studiert hat und kennt, dankte für die ihm durch die Vorführung gebotene Gelegenheit zu praktischen Studien der Rassenfrage.

Nach der Vorführung sah Direktor Gersbach die Herren des P.H.V. in seinem Heim zu Groß-Vichterfelde zum Mittagessen vereint, bei dem manche freudig bewegte Rede gehalten wurde. Abends folgten die Herren einer Einladung der Direktion des Zirkus Busch, um einer Vorstellung bei-zuwohnen.

Schrader, Dessau, den Amtsvorsteher von Bornstedt Hauptmann Freiherr von Klei.

Nachdem Direktor Gersbach den erschienenen Herren einen kurzen Vortrag über die Entwicklung und den derzeitigen Stand der Polizeihundbewegung gehalten hatte, begann unter Leitung des Herrn Polizeinspektors Meyer, Hagen i. W., die Vorführung der Hunde.

Die Vorführung wich selbstverständlich von den Vorführungen bei den Polizeihundprüfungen wesentlich ab, da es ja nicht galt, die Hunde und ihre Leistungen zu prüfen und zu bewerten, sondern den erschienenen Herren, insbesondere dem Herrn Chef der Landgendarmarie, den Herren Polizei-Präsidenten,



Von links nach rechts: Oberstun. Schr. v. Dungen, Pol.Kom. Kopp, S. K. u. K. Einheit der Kronprinz, Direkt. Aub. Gersbach, Berger-Rt. Schulz, Geh. Ob. Reg. Rat v. Isenbagen, Geh. Reg. Rat v. Gersdorff, Pol. Col. Dr. v. Borries, Egg. v. Mohle, Pol.Insp. Meyer, Pol.Insp. Arnold, Oberleutn. v. Oppen, Pol.Insp. J. v. Hake, Pol.Kom. Müller.

II.

Für Dienstag, den 12. November d. J., vormittags 11 Uhr, war eine Vorführung der Hunde vor geladenen Herren vorgesehen. Von den außerordentlich zahlreich erschienenen Herren nennen wir nur Se. Erzcellenz den Herrn Chef der Landgendarmarie General der Kavallerie von Hennigs, Polizei-Präsident von Glasenapp, Gersdorff, Polizei-Präsident Graf Westarp, Schöneberg, Oberregierungsrat Durnath und Regierungsrat Dr. Haselau vom Berliner Polizei-Präsidium, Major Klein, dem die Berliner Polizeihunde unterstellt sind, den Direktor des Zoologischen Gartens Prof. Dr. Hed, den Leiter der Polizeischule des Zeltower Kreises Herr Hauptmann Baifert, Polizeinspektor Durs, Cottbus, Polizeinspektor Wittner, den Leiter der Cottbusser Polizeischule, Polizeinspektor

dem Major Klein und den Herren Leitern der Polizeischulen Gelegenheit zu geben, sich ein eigenes Urteil zu bilden über die zu fordernden Leistungen sowohl wie auch über die Rassenfrage.

Abichtlich wurden auch heute wieder alle 8 Hunde vorgeführt, also 2 Kiredales, 2 Dobermänner und 4 Schäferhunde, und abichtlich wurden auch sonst noch die Schäferhunde in möglichst günstige Situationen gebracht, damit etwaige Heißsporne nicht den Vorwurf erheben konnten, der Schäferhund sei unterdrückt worden.

Die Hunde arbeiteten durchweg vorzüglich. Für den Eingeweihten war es bemerkbar, daß die Rüden nicht abgeneigt waren, den Liebesdurst der Lady zu befriedigen. Sie hatten mit dieser 2 Tage das Quartier geteilt und fanden schnell auf dem Platz ihre vortägige Spur wieder.

Zum Schlusse wurde Lady vorgeführt, die trotz ihres Liebesstummers tadellos arbeitete und alle Anwesenden durch ihre Leistungen entzückte. Dafür erlebte sie dann auch nachher die Freude, daß sich der ehrenfesteste Vöscos ihr vermählen durfte. Hossentlich entzünden dieser Vereinigung tüchtige Polizeihunde.

Den maßgebenden Herren wurden während der Vorführung durch Polizeinspektor Meyer, Hagen, und Direktor Gersbach fortgesetzt Erläuterungen zu den Vortragsungen gegeben und Auskunft erteilt. Alle Herren waren von der Vorführung sehr befriedigt und dankten den Veranstaltern derselben.

Herr Polizeinspektor Meyer, Hagen, führte auch einen von dem Kassasessor Zimmermann, Würzburg, erfundenen Raulkorb für Polizeihunde vor, der so eingerichtet ist, daß der Führer mit einem Fingerdruck den Hund von Leine, Halsband und Raulkorb befreien kann. Der Raulkorb wurde allgemein als sehr brauchbar bezeichnet.

Nach der Veranstaltung folgten die Teilnehmer einer Einladung der Gemeinde Grob-Lichterfelde zu einem Frühstück in Hertels Festsaal, zu dem auch Herr Schöffle Lange, der Polizei-Dezernent von Grob-Lichterfelde, sowie Herr Polizeikommissar Mohr und Polizei-Wachmeister Richter erschienen.

Einig waren die Teilnehmer darüber, daß der Polizeihundverein stolz auf die veranstalteten Vorführungen sein darf, von denen er hoffen darf, daß sie zur Förderung der Polizeihundbewegung nicht wenig beitragen werden.

Erheitend wirkt es, daß auch jetzt schon wieder einige übereifrige Schäferhundleute versuchen, auf Kosten der beiden anderen beteiligten Rassen aus diesen Vorführungen und ihren Erfolgen zu beweisen, daß nur der Schäferhund der richtige Polizeihund sei.

So leistet ein Herr Adolph Hilpert sich

in der „Kynologischen Sportwelt“ eine Besprechung der Vorführung, die erkennen läßt, daß ihr Verfasser vollständiger Neuling auf dem Gebiet der Polizeihundfrage ist und nicht gewußt hat, zu welchem Zwecke und unter welchen Gesichtspunkten die einzelnen Hunde vorgeführt wurden.

Der schneidige „Montwiß“ ist diesem Herrn zu klein, seine Leistungen haben ihn nicht beredigt; daß dieser Dobermann mehr als scharf ist, scheint dem Herrn vollständig entgangen zu sein. Fast sollte man wünschen, daß „Montwiß“ einmal Gelegenheit fände, dem vorwichtigen Kritiker seine Brauchbarkeit dienlich zu beweisen.

Vöscos vollbrachte eine Glanzleistung im „Ablegen“, „Apportieren“ und „Aus“. Diese Vorführung war angeordnet; Herr Hilpert nimmt in seiner Ahnungslosigkeit an, der Führer hätte diese Vorführungen von dem Hüden ausführen lassen, um ihn zu beruhigen!

Hätte Herr Hilpert, wie es eigentlich selbstverständlich war, sich den Veranstalter als Vorsekretär vorgestellt, so würde er die erforderlichen Aufklärungen erhalten haben; er hätte sich dann seine laienhaften Ausstellungen erspart. Verschwiegen soll es nicht werden, daß er als wohlgeschulter Nachbeter den Lesern der „Kynologischen Sportwelt“ das Märchen „Gersbach bevorzugte die Dobermänner“ auch vorbetet.

Die Redaktion der „Kynologischen Sportwelt“ ist unparteiisch genug, im Anschluß an den Hilpertischen Bericht den Gersbachschen Vortrag vollständig zu veröffentlichen. Vielleicht liebt diesen Herr Hilpert einmal und überzeugt sich dadurch, wie hoch Gersbach den Schäferhund als Polizeihund schätzt und wie es ihm gar nicht einfällt, den Dobermann zu bevorzugen. Ein Kritiker soll nicht nachbeten, sondern selbständig urteilen, notabene — wenn er kann!

Protokoll der Vorstandssitzung des P. H. V. am 28. September 1907 in Hagen i. W.

Es sind anwesend: Die Polizei-Inspektoren Meyer-Hagen i. W., Danke-Meidrich, Direktor Gersbach-Berlin, die Polizeikommissare Weber-Frankfurt a. M., Möres-Maden, Kappeler-Berlin, Müller-Wetter a. Ruhr., Polizeiwachmeister Kuhbaum-Hagen i. W., Schumann-Lübnow-Frankfurt a. M., als Gäste Polizeinspektor Dersgens-Grabenhage (Gollaud), Fritz Gersbach-Berlin.

1. Polizeinspektor Meyer teilt mit, daß das Ministerium des Innern sowie die Stadt Hagen dem P. H. V. je 200 M zur Unterstützung seiner Bestrebungen überwiesen haben.

2. Es wird beschlossen, die nächste Polizeihundprüfung möglichst in Essen abzuhalten. Der 1. Vorsitzende wird mit den Verhandlungen betraut.

3. Der Vorstand hält es für wünschenswert, daß die auf Polizeihundprüfungen vorgeschriebenen Hunde eine Schönheitsnote erhalten, jedoch soll

dieses Urteil auf die Leistungsprüfung keinen Einfluß haben.

4. Der Antrag des Mitgliedes Henze-Soest, in jedem Jahre den Siegetitel zu verleihen, wird abgelehnt, da ein derartiger Titel in der Praxis gar keinen Wert hat.

5. Es wird beschlossen, vorstandseinig zukünftig Angriffe, Äußerungen usw., die in der „Zeitung des Vereins für deutsche Schäferhunde“ erscheinen und gleichgültig, ob sie von Herrn v. Stephanitz, Grafstich oder von vorgeschobenen Persönlichkeiten gezeichnet sind, unbeachtet und unentwidert zu lassen, weil für den P. H. V. die einseitigen Ansichten von Schäferhundzüchtern, die an der Polizeihundfrage nur geschäftliches Interesse haben und deren Verständnis für die Polizeihundfrage doch nur ein beschränktes ist und sein kann, zum mindesten unwichtig sind.

Meyer, Möres, Polizeinspektor. Mgl. Polizeikommissar.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 18.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Rechtsprüchwörter.

Der Fremde froh zur Ruhe geht,

Der Gastwirt fürs Gepäc ihm steht.

Ein Anschlag, durch den der Wirtsmann die Gastung ablehnt, ist ohne Wirkung. ZBZB. § 701.

Ein tausend Mark stets hastet dir

Der Wirt für Schmutz, Geld, Wertpapier
auch ohne daß man es ihm zur besondern Bewahrung übergeben hat.

(Dr. Köber: Neue deutsche Rechtsprüchwörter.)

Verwaltungskunde.

Genehmigung zu Namensänderungen.

(Allerhöchster Erlaß vom 12. 7. 1887.)

Auf den Bericht des Staatsministeriums bestimme Ich hierdurch für den gesamten Umfang der Monarchie, daß die nach den gesetzlichen Bestimmungen erforderliche Genehmigung zu Namensänderungen, abgesehen von denjenigen Fällen, in denen es sich um die Änderung eines abligen Namens oder um die Annahme abligen Prädikate handelt, in welchen Fällen Meine Entscheidung einzuholen ist, fortan von den Bezirksamtsregierungen¹⁾ erteilt werden soll.

Verfahren bei Genehmigung von Namensänderungen. (Zirkular-Erlaß des Ministers des Innern vom 9. 8. 1887.)

Ich finde mich veranlaßt, in bezug auf die Gesichtspunkte, welche bei der nunmehr der Königlichen Regierung²⁾ obliegenden Entscheidung über die eingehenden Anträge auf Genehmigung von Namensänderungen zu beachten sind, folgendes zu bemerken:

1) Die Genehmigung wird nicht zu erteilen sein, ohne daß hinreichende Gründe für den betreffenden Antrag sprechen.

2) In den alten Landesstellen galt bisher die Allerhöchste Order vom 15. April 1822 (W. S. 108), wonach es niemand gestattet sein soll, ohne unmittelbare landesherrliche Erlaubnis seinen Familiennamen oder Geschlechtsnamen zu ändern. Konform der Fassung dieser Allerhöchsten Order hat die gerichtliche Praxis angenommen, daß auch der § 105 des Strafgesetzbuches³⁾ nur den Gebrauch eines unrichtigen Familiennamens verpönte, daß dagegen die — nicht in betrügerischer Absicht erfolgende — Änderung des Vornamens straflos sei. Mit Rücksicht hierauf wird sich die Königliche Regierung lediglich mit der Änderung von Familiennamen zu befassen, dagegen Anträge auf Genehmigung zur Änderung von Vornamen einfach durch Hinweisung auf jene gerichtliche Praxis, solange sich diese nicht ändert oder nicht durch gesetzliche Vorschriften aufgehoben wird, zu erledigen haben.⁴⁾

3) Die Kontrolle der Führung fester Familiennamen erfolgt wesentlich im polizeilichen Interesse. Es ist daher bei Prüfung der betreffenden Anträge vorzugsweise darauf das Augenmerk zu richten, ob denselben Bedenken polizeilicher Natur entgegenstehen, namentlich ob die Gewährung zu Verdunkelungen von Familiennamen führen könnte, ob mit Rücksicht auf die Führung des Betreffenden ein Mißbrauch der nachgesuchten Erlaubnis zu besorgen sein möchte u. dgl. Indes ist daneben auch auf das Privatinteresse der beteiligten Familie insofern Rücksicht zu nehmen, als da, wo ein solches ersichtlich ist, die nächsten Angehörigen desjenigen, von dem oder für den die Genehmigung nachgesucht wird, darüber zu hören sind, ob sie dem Antrage ihrerseits zustimmen.

4) In denjenigen Fällen, wo es sich um die Änderung des Namens von Minorennen handelt, ist die Erklärung der Vormundschaftsbehörde über den Antrag einzuholen.

5) Wird die Annahme des Namens einer bestimmten Familie beabsichtigt, so ist dazu die Genehmigung nur dann zu erteilen, wenn da, wo ein Privatinteresse der beteiligten Familie ersichtlich ist, festgestellt wird, daß von dieser nicht ein begründeter Widerspruch erhoben werden kann, und es sind deshalb die nächsten männlichen Mitglieder über diesen Antrag zu hören.

6) Durch die Allerhöchste Order vom 18. Mai 1822 ist der Minister des Innern ermächtigt worden, die von den zum Christentum über tretenden Juden bei der Taufe anzunehmenden Familiennamen ohne weiteres zu bestätigen.⁵⁾ Diese Ermächtigung geht nunmehr auf die Königl. Regierung⁶⁾ über, so daß die Genehmigung in solchen Fällen nur dann zu verweigern sein wird, wenn sich etwa aus der Wahl des Namens selbst besondere Bedenken ergeben.

7) Dagegen können Fälle eintreten, welche geeignet erscheinen, der ministeriellen Kognition unterworfen zu werden. Hierher gehören z. B. Anträge, welche darauf gerichtet sind, einem im Ehebruch erzeugten Kinde den Familiennamen des unehelichen Vaters beizulegen. In dergleichen Fällen ist dem Antrage nicht zu willfahren, ohne vorher meine Ermächtigung einzuholen.

Mundschau.

Teerjade und Landratte. Teerjade als scherzhafter Bezeichnung eines Seemanns ist unzweifelhaft aus England zu uns herübergekommen. Schon Shakespeare (schekspier), der 1564—1616 lebte, gebraucht in seinen Dramen für den Matrosen den Ausdruck „Jack Tar“ (bischaf tahr, d. i. Hans Teer), der dann

¹⁾ Jetzt den Regierungspräsidenten.

²⁾ Bergl. MdB. Ref. vom 12. Juli 1887.

³⁾ § 300 St. G. B. (ZBZB).

⁴⁾ Bergl. MdB. Ref. vom 15. August 1888.

⁵⁾ Nach den neueren Erlassen vom 18. 6. 60 und 25. 9. 63 darf diese Festlegung nicht ohne Genehmigung des Ministers des Innern erfolgen.

⁶⁾ Jetzt Regierungspräsident.

in den Seeromanen von Cooper (super, d. i. stürzt) und Kapitän Marryat (marrett) sehr oft wiederkehrt. Durch Umstellung beider Wörter (also aus „Tar Jad“) entstand dann das deutsche „Teerjade“. — Vandratte wird von einigen ebenfalls auf das Englische zurückgeführt, und zwar auf das Wort „landlubber“ (ländläbber). So hießen nämlich früher auf den englischen Kriegsschiffen die armen Teufel, welche von den Verbern für die Flotte bei Nacht und Nebel aufgegriffen waren und dann durch ihre Unbeholfenheit zeigten, daß sie keine Seeleute waren, trotzdem aber nicht entlassen wurden, sondern auf den Kriegsschiffen dienen mußten. Da lubber aber nicht „Matte“ heißt, sondern eher mit dem deutschen Wort „Läufer“ zusammenhängt, und da sich ferner im Deutschen noch ähnliche Spitznamen wie Vandratte, z. B. Feldtrappe, finden, so wird es sich bei dem Ausdruck „Vandratte“ schwerlich um Herkunft aus dem Englischen handeln. H. - r.

Allerlei Rat.

Wollene Wäsche, auf folgende Weise behandelt, läuft nicht ein: Zehn Liter heißes Wasser werden mit 150 Gramm Salmiakgeist vermischt. In diese etwas abgekühlte Mischung weicht man die Woll Sachen ein, läßt sie zwei Stunden darin stehen, um sie dann auszuwringen und noch einmal in einer milden Seifenlauge auszuwaschen. Zuletzt spült man sie noch einmal in lauwarmem Salmiakwasser und hängt sie zum Trocknen auf.

Den Mastgäusen ist das Futter täglich drei- oder viermal zu reichen, und zwar in Krippen, die von allen Futterresten gesäubert sind. Außer dem Futtergefäß ist den Tieren eine besondere Schüssel mit grobem Sand vorzusetzen, dessen sie zur besseren Verdauung dringend bedürfen.

Feingesteelte Asche ist als Einstreu für Geflügelställe verwertbar. Sie saugt die Feuchtigkeit des Düngers auf und gibt den Tieren, wenn sie längere Zeit im Stalle bleiben müssen, Scharrelegenheit. Die Asche kann bei oftmaligem dünnen Nachstreuen den ganzen Winter liegen bleiben und kommt dann mit dem aufgenommenen Dünger auf den Komposthaufen.

Wehl als Heilmittel. Bei Verbrühungen hat man im Wehl ein zweckmäßiges Heilmittel. Es ist bequem und augenblicklich wirkend, hilft jedoch nur dann, wenn man es sofort nach dem Unfall anwendet. In diesem Falle aber ist die Wirkung des Wehls ganz außerordentlich. Eine Schicht Wehl, etwa messerrückenstark auf die verbrannte Stelle gebracht, beseitigt nicht nur jeden Schmerz, sondern verhindert auch die Bildung von Brandblasen. Bei Abnahme der Wehlschicht, die schon nach einer Stunde geschehen kann, ist kaum noch eine schwache Rote an der verletzten Stelle zu bemerken und auch diese verschwindet in sehr kurzer Zeit, so daß nicht die geringste Spur von dem Unfall zurückbleibt.

Rätsellecke.

Bilderrätsel.



Zifferblattsrätsel.

I II III IV V VI VII VIII IX X XI XII

An Stelle der Ziffern des Zifferblattes einer Uhr sind die Buchstaben AA, E, H, M, NN, OO, RR, T derart zu setzen, daß die Zeiger bei ihrer Umdrehung Wörter von folgender Bedeutung ergeben:

- 1—4 tierische Wasse
- 2—9 Hierat
- 4—7 Wezelungung
- 5—8 religiöser Ausdrud
- 6—11 Erzieber
- 9—11 Zugang.
- 12—4 bekannter Baum

Logogriph.

Sechsmal laun's den Kopf vertauschen.
Sechsmal anders zeigt es sich.
Wenn durchs Eins die Wasser rauschen,
Schredt's den Schiffer sicherlich.

Kommt ein Zwei mit stolzem Brangen,
Spott und Hohn dem eitten Fant!
Wist Du auf das Drei gegangen,
Winkst Du Grüze nach dem Land.

Turner pflegen Vier zu brauchen,
Fünf ist muntere Jugend meist.
Und der Sechz versteht zu tauchen,
Denn er ist — ein Wassergeist.

Zahlschrift.

1 2 3 4 5 6 7 8 9 2 7 10
— 11 12 3 5 10 — 13 14 15 —
13 7 2 6.

Schlüssel:

- 1 2 8 3 2 5 Gefäß
- 3 4 5 13 Gebirge in Deutschland.
- 5 14 15 Getränk
- 6 7 10 2 5 Raß
- 9 12 3 2 Haustiere
- 11 2 7 6 2 Werkzeug.

Delphischer Spruch.

Schneidend schaff' ich dir Segen, doch ändre
mein Haupt und begrab' mich,
Dann, o Wunder, empor sproß' ich als mäch-
tiger Baum

Vakanzliste für Militärämter.

Bei im Auftrage des Königlich Preussischen Kriegsministeriums allmählich veröffentlichten „Vakanzliste für Militärämter“ entnommen.

Eine Zusammenstellung der den Militärämtern bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in sämtlichen Bundesstaaten nachstehenden und zur Verlegung ausgeschriebenen besseren Stellen- und Unterbeamtenstellen.

1) Rangstufe 2) Die Stelle tritt ein: wann? wo? bei welcher Behörde? 3) Höhere Beurteilung der Stelle 4) Bezeichnung der Anforderungen, welche an die Bewerber gestellt werden. 5) Zeit der Stellung nach nachstehendem Probestell. 6) Ob die Anstellung auf Lebenszeit oder auf Kündigung erfolgt. 7) Betrag der zu leistenden Pension oder ob derselbe durch die Anstellung gedeckt werden kann. 8) Einkommen der Stelle. 9) Ob Aussicht auf Beförderung vorhanden. 10) Bemerkungen.

1. 2) bald, Königsbühne, D.-S., Magistrat, 3) Kriminalpolizeikommissar, 4) Kenntnis der polnischen Sprache, 5) 6 Monate, 6) auf dreimonatige Kündigung, nach zurückgelegtem 4. Dienstjahre auf Lebenszeit, 7) —, 8) und 9) a Anfangsgehalt 2000 M, b Wohnungsgehalt 300 M (15 % des Gehalts), c Dienstkleidungsgehalt 150 M, d Dienstauswandsgehalt 300 M, das Gehalt steigt bis 3400 M und Wohnungsgehalt 510 M, neben den Beiträgen zu c und d 450 M, Klagskosten werden gewährt, 10) Ruhegehaltsberechtigt.

2. 2) 1. Januar, Braun, H.-L., Magistrat, 3) Polizeiwachmeister, 4) —, 5) 6 Monate, 6) auf 3monatige Kündigung, nach dreijähriger Dienstzeit auf Lebenszeit, Stelle ist Ruhegehaltsberechtigt, 7) —, 8) 1500 M, steigend bis 2400 M, außerdem jährliches Kleidergeld 150 M, Ausrüstungsstücke werden geliefert, 9) —, 10) auswärtige Dienstzeit kann angerechnet werden.

3. 2) 1. April, Hohenleide, Amtsvorstand, 3) Polizeiwachmeister, 4) Kenntnis der polnischen Sprache, 5) 6 Monate, 6) vorläufig auf 3monatige Kündigung, 7) —, 8) 1400 M Gehalt, 250 M Wohnungs- und 120 M Kleidergeld, Unversehrte 3/4 des Wohnungsgehalts, 9) Gehalt steigt bis 2000 M, 10) pensionsberechtigt mit Wittensversorgung. Bewerbungen mit Lebenslauf und mit beglaubigten Zeugnisabschriften bis 15. Dezember.

4. 2) sofort, Breslau, Amtsgericht, 3) 5 Kanzleigehilfen, 4) Handhabung der Schreibmaschine oder Verpflichtung, die erforderliche Übung sich anzueignen, 5) —, 6) mit 1monatiger Kündigung, später auf Lebenszeit, 7) —, 8) 6 bis 17 3/4 für die Stelle, 9) —, 10) Bewerbungen an den Aufstichtsrichter.

5. 2) sofort, Dortmund, Städtisches Wasserwerk, 3) 2 Kassenboten, 4) —, 5) sechs Monate, 6) auf Kündigung, 7) —, 8) 1600 M, 9) steigt bis 2200 M, 10) auf Lebenszeit mit Ruhegehalt.

6. 2) sofort, Hagen i. W., Stadtverwaltung, 3) Straßenaufseher, 4) —, 5) 6 Monate, 6) 5 Jahre auf Kündigung, alsdann

auf Lebenszeit, 7) —, 8) 1800 M Gehalt und 110 M Kleidergeld, 9) das Gehalt steigt bis 2600 M, 10) Ruhegehalt.

7. 2) 1. Dezember oder später, Höchst a. M., Magistrat, 3) Bureauassistent, 4) im Bureaudienst praktische Erfahrung, 5) 6 Monate, 6) auf 3monatige Kündigung mit Pensionsberechtigung, 7) —, 8) 1620 M, 9) steigt bis 2340 M, Aufrufen nicht ausgeschlossen, 10) auswärtige Dienstjahre können bis 10 Jahre angerechnet werden.

8. 2) 1. Januar, Bielefeld, Gemeindevorstand, 3) Vollziehungsbeamter, 4) —, 5) 6 Monate, 6) zunächst auf Kündigung, 7) 500 M, 8) 1200 M jährlich, 100 M Nebeneinkommen, 9) ja, Befoldungsordnung in Aussicht genommen, 10) pensionsberechtigt.

9. 2) 1. Februar, Rastatt, Magistrat, 3) Vollziehungsbeamter, 4) —, 5) 6 Monate, 6) auf Kündigung, mit Pensionsberechtigung, 7) 600 M, 8) 1200 M Gehalt, 200 M Wohnungsgehaltzuschuß und 100 M Kleidergeld, außerdem Wohn- und Exekutionsgebühren jährlich 200 bis 300 M, während der Probezeit monatliche Remuneration 100 M, 9) —, 10) Lebenslauf, Abschrift des Zivilverforgungsscheins und Kreisarzttest.

10. 2) sofort, Glin, Städtische Verwaltung, 3) Museumsaufseher, 4) Elementarschulbildung und körperliche Mäßigkeit, sowie völlige Nüchternheit, 5) 6 Monate, 6) auf gegenseitige, dreimonatige Kündigung, jedoch mit Ruhegehaltsberechtigung und Anspruch auf Witwen- und Waisenversorgung, während der Probezeit auf 4wöchige Kündigung, 7) keine, 8) Anfangsgehalt 1280 M, steigend alle 3 Jahre, und zwar zweimal um 100 M und fünfmal um 60 M, bis zum Höchstbetrage von 1780 M und freie Dienstwohnung, 9) nein, 10) die Militärzeit kommt bei der Berechnung des Ruhegehalts nach Maßgabe der beschaffigen Bestimmungen in Anrechnung, Bewerber dürfen nicht über 35 Jahre alt sein; Bedingungen mit Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs und der Abschrift des Zivilverforgungsscheins sowie etwaigen Zeugnisabschriften baldigst an den Herrn Bürgermeister.

Bei Bewerbungen bitten wir auf unsere Zeitschrift Bezug zu nehmen.

Probenummern unserer Zeitschrift „Die Zivilversorgung“, Zeitschrift für Militärämter, Unteroffiziere und Beamte, mit den Beilagen Deutsche Träne und Vakanzliste für Militärämter, Geschäftsstelle Berlin W. 9, Linienstraße 11, werden auf Wunsch kostenfrei übersandt. Man beachte die Bekanntmachung „Vorteile benutzen!“ auf Seite I in Nr. 8 des „Gendarm“.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 19. — 21. Dezember 1907. — Seite 438/461. — 5. Jahrgang.

Dezember											
8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31

Herausgeber:
Robert Gerschach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Dank, Verein der Soldaten-
freunde, E. V.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Januar											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31					

„Der Gendarm“ erscheint vierteljährlich.
Für Blätterzeit wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die Spalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Verfügen und Verordnen	439
RB. vom 14. 9. 07 und Ausf. vom 17. 7. 07 betr. den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen	441
Gesetz- und Verordnungsliste	441
Aus den Parlamenten	441
Hundertjahrfeier	442
Der Waffensund in Berlin	442
Zigeunerumwesen	443
Erlebtes und Erfahrenes	443
Zur Warnung	443

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	444
II. Kammergericht	444
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	447
IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht	447
V. Oberlandesgericht Karlsruhe	448
VI. Oberlandesgericht Dresden	448
VII. Schöffengericht Berlin-Mitte	449
VIII. Schöffengericht Sonneberg	449
Polizeibericht	449
Grenztafel	450

Personalveränderungen	451
Artillerie	453
Bücherei	453
Auskunft	453

II. Der Polizeihund.

Entwicklung und jetziger Stand der Polizeihundbewegung	455
Allerlei	457
Bücherei	458
Humor	458
Verein zur Förderung der Zucht und Ver- wendung von Polizeihunden (P. H. V.) E. V., Sig. Hagen	458

III. Haus und Herd.

Von den Wertpapieren	459
Rechtsprechung	460
Allerlei Rat	460
Rundschau	460
Auflösung der Rätseldecke aus Nr. 18	460

Bilanzliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 18. Dezember 1907 abgeschlossen worden.

Verfügen und Verordnen.

Von Bürgermeister Kochne in Bergberg.

(Nachdruck verboten.)

Daß Polizeiverfügung und Polizeiverordnung sich in ihren Zwecken wesentlich ähneln, ist zweifellos; unrichtig ist es aber, wenn behauptet wird, daß Verfügungsgewalt und Ordnungsgewalt sich decken. Zunächst weiß schon jedermann, daß die Verfügung sich mit den augenblicklich gegebenen Fällen beschäftigt, die Verordnung mit den als zukünftig auftretend vorausgesetzten. Aus diesen Unterschieden ergeben sich, wie wir später sehen werden, Folgerungen von Bedeutung.

Zunächst ist es ja richtig, daß sich beide Ausflüsse der Polizeigewalt damit befassen, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu dienen. Ordnung im weiteren Sinne bezweckt die Sicherheit (Fernsein von wesentlichem Schaden oder Gefahr), die erste Voraussetzung der Ordnung in sich; Ordnung im engeren Sinne ist das Fernsein auch von geringeren Nachteilen für die Öffentlichkeit.

Der Begriff der Ordnung wird schon in § 3 Vo. vom 25. 12. 1808 auseinandergelegt. Hier heißt es: die Landespolizeibehörden seien verpflichtet, allem vorzubeugen und solches zu entfernen, was dem Staat und seinen Bürgern Gefahr und Nachteil bringen kann, mithin die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu treffen. (Rabe, Samml. Bd. 9, S. 415) cf. § 10 II 17 MR. In § 2 II 13 MR. sind für dieselben Begriffe noch andere Ausdrücke gebraucht: „Gewalt“ und „Störungen“.

Die Polizeigewalt zwingt die Privaten nötigenfalls zu einer Beschränkung der sonst bestehenden individuellen Handlungsfreiheit im Interesse dieser öffentlichen Ordnung. Der einzelne muß sich dem allgemeinen Besten unterordnen, wenn die Interessen beider in Konflikt kommen. Der Staatsbürger unterscheidet sich von Wilden dadurch, daß mit ihm die Pflicht geboren wird, sich dem öffentlichen Interesse unterzuordnen. Dafür genießt er selbst den Schutz der öffentlichen Ordnung. Zu ihrem Werden und Bestehen muß jeder an seinem Teile beitragen; aber er erntet auch seinerseits den Vorteil davon.

Freilich ist zum Schutze des einzelnen und bestimmter Kreise, Gruppen,

die Polizeibehörde nicht immer verpflichtet. In der Regel muß sich jeder selbst schützen; wo er dies nicht kann, ist er angewiesen, sich an den Schutz der geordneten Behörden, der Gerichte usw., zu wenden. Nur dann, wenn diese ausnahmsweise versagen sollten oder wegen Kürze der Zeit, dringend bevorstehender Gefahr nicht mehr erreichbar sind, dann ist es Aufgabe des Staates, auch hier wie immer für Schutz zu sorgen. Dafür hat der Staat die Polizei geordnet, die immer am ehesten zu haben ist. Sie springt mit ihren weitgehabten Mitteln für den Privaten statt der ordentlichen Behörden ein, um die drohende Gefahr abzuwenden, den eingetretenen Schaden zu beseitigen. Aber Abwehr und Abwendung sind eben ihre Aufgabe zum Schutze des einzelnen nur so lange, als dies nötig ist. Sobald der Private sich wieder selbst helfen kann, sobald die Hilfe der Gerichte erreichbar ist, hört die Tätigkeit der Polizei hier auf.

Es handelt sich also um Ausnahmefälle und um Fälle von augenblicklicher Bedeutung. Es sind dies die Fälle des Abs. 2 im § 10 II 17 MR., während Abs. 1 a. a. O. von der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, also vom Schutze der Öffentlichkeit (des unbestimmten Publikums), im Gegenfalle zum Schutze der individuell bestimmten Privaten handelt.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen Abs. 1 und 2 besteht hier darin, daß, wie oben ausgeführt, der Schutz der Ordnung Schaden (Gefahren) und Nachteile umfaßt, während nach Abs. 2 der einzelne die Gruppe, den Ausnahmeschutz nur bei wesentlichem Schaden oder Drohen eines solchen (Gefahr) genießt. Kommt der Private in die mißliche Lage, sich nicht selbst helfen zu können, so soll der Staat durch die Polizei nur dann zur Hilfeleistung verbunden sein, wenn es sich um etwas Wesentliches handelt. Sonst hätte der Staat sich um vieles zu kümmern, wenn er den Privaten vor jedem Nachteil bewahren müßte, der ihn schuldlos trifft.

Soweit der Private als ein Stück des allgemeinen unbestimmten Publikums in Betracht kommt, steht ihm der Schutz zu, den die Öffentlichkeit genießt, weil er eben ein Teil derselben ist. Liegt also in der Benachteiligung des Privaten

zugleich eine Benachteiligung des Publikums, der allgemeinen öffentlichen Interessen, so ist der Private auch gegen Nachteil geschützt.

Da es sich bei der Verfügung um Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden, handelt, so ist es klar, daß die Polizei sich um sogenannte *Belästigungen*, das heißt Nachteile, die ganz unbedeutend sind, nicht zu kümmern braucht. Die Schädigung ist hier wegen ihres vorübergehenden Charakters als so geringfügig anzusehen, daß sie behördlich nicht beachtet zu werden braucht (Staub auf einem öffentlichen Wege usw.).

So liegt die Sache beim augenblicklichen Falle; anders dann, wenn man es statt mit einem Nadelstich mit einer Summe solcher zu tun hat. Es gibt im Alltagsleben so viel kleine Belästigungen, Störungen, die durch Rauch, Ausdünstungen, Geräusche, schlechten Luftabzug usw. hervorgerufen werden, die, gehäuft, das Leben unbequem machen, dessen Annehmlichkeit unangenehm beeinflussen. Die Polizei würde, wenn sie bei einer Vorsorge gegenüber künftigen Gefahren und Nachteilen, wie sie solche besonders auf dem Gebiete des Bauperordnungsrechts handhabt, den Bedürfnissen des Publikums, den Anforderungen der Zweckmäßigkeit — Gesichtspunkten, welche für die Ausübung des Verordnungsrechts mit maßgebend sind (s. § 17 PG. vom 11. März 1850) — nicht entsprechen, wenn sie dergleichen Belästigungen, die in ihrer Häufung zu wirklichen, nicht mehr zu übersehenden *Nachteilen* werden, nicht vorbeugen wollte. Ja, es ist anerkannt, daß sich aus der Häufung von solchen Unannehmlichkeiten nicht nur Nachteile für die Gesundheit, sondern sogar wirkliche Gefahren für diese ergeben können, zumal bei der allgemeinen Verbreitung nervöser Gesundheitsbeeinträchtigungen. Danach erstreckt sich, sobald hier ein polizeilich wahrzunehmendes Interesse des Publikums hervorgetreten ist, das Verordnungsrecht auch auf die Beseitigung einer Häufung von Belästigungen.

Das Verordnungsrecht geht also weiter als das Verfügungsrecht. Es ist nur zu beachten, daß wir es hier immer noch mit etwas *Polizeilichem* zu tun haben. Allerdings rührt dieses Gebiet an dasjenige der „Wirtschaft“ oder der „Wohlfahrtspflege“. Aber wo, wie in den Polizeiverordnungen für Villenvororte Bestimmungen im Kleinen getroffen werden, z. B. über die Höhe der Stod-

werke, Tiefe der Zimmer, Größe der Fenster, Weite der Flure, die dem Anschein nach nur auf Wohlfahrt, Wohlleben, Annehmlichkeiten hinauslaufen, da ist immer zu bedenken, daß auch diese Einzelheiten aus großen Gesichtspunkten, Sorge für Leben, Gesundheit herausdiktiert sind, d. h. also, daß diese Bestimmungen immerhin noch eine *polizeiliche Seite* haben. Solange aber ein Ding noch ein, wenn auch geringes polizeiliches Interesse weckt, ist auch die Polizei zur Regelung ermächtigt, weil das öffentliche Interesse, das sie vertritt, allem vorangeht. Sonach ist die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts betriebs jener Bauperordnungen, die es für gültig erklärt hat, berechtigt, weil eben noch polizeilichen Bedürfnissen entsprochen wird.

Ganz abwegig ist daher die Behauptung, daß Polizeiverordnungen nur dann gültig sind, wenn sie sich mit Gefahrbewendung (Abs. 2 § 10 II 17) beschäftigen; denn dieser Absatz bezieht sich nur auf akute Fälle, die Verordnung begrifflich auf zukünftig gedachte. Dagegen decken sich Verordnung und Verfügung darin, daß sie beide die Erhaltung oder den Ausbau der öffentlichen Ordnung bezwecken.

Eine Ergänzung der *Al. a—h* im § 6 PG. durch Rückbeziehung auf § 10 II 17 Abs. 2 ist also ausgeschlossen. *Al. i*, das von „polizeilicher Ordnung“ spricht, wird nämlich so gedeutet, als ob der § 10 a. a. D. zur Erläuterung des *Al. a—h* dienen solle. *Al. i* deutet aber nur an, daß die in *Al. a—h* aufgeführten Materialien insofern nicht erschöpfend sind, als hier noch nicht allen — nicht bekannten — lokalen oder bezirksseitigen Verhältnissen Rechnung getragen werden konnte. Deren Bedürfnisse sind im Rahmen von *Al. a—h* zu befriedigen (*Al. i* des § 6 und § 12). Was unter „Polizei“ im Sinne des Verordnungsrechts zu verstehen sein soll, ist in *Al. a—h* zur Genüge ausgeführt: es in das öffentliche Interesse in bezug auf Leben, Gesundheit, Verkehr, Nahrungsmittel usw. Eine Ergänzung durch § 10 II 17 ist sogar wörtlich ausgeschlossen; denn es heißt im § 20 PG. vom 11. März 1850: „Die den Polizeibehörden nach den bisherigen Gesetzen zustehende Exekutionsgewalt wird durch die bestehenden Vorschriften nicht berührt.“ Nach einem Absatz heißt es dann weiter, daß die Behörden berechtigt sind, ihre „Verfügungen“ durch *Swangs* mittel durchzusetzen.

Da auch das **MR.** keinen Hinweis darauf enthält, daß ein Gesetz zur Erläuterung des § 10 II 17 ergehen werde, so ist es irrtümlich, wenn behauptet wird, dieser § und § 6 des Gesetzes von 1850 ergänzten sich gegenseitig. Sie haben vielmehr offiziell miteinander nichts zu tun; nur enthalten sie beide nebeneinander den Schutz und die Förderung der öffentlichen Ordnung.

Ministerial-Erlasse.

Verfügung vom 14. September 1907 und Ausführungsanweisung vom 17. Juli 1907, betr. den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen.

Anbei übersenden wir einen Abdruck (Anl. a.) der von uns auf Grund des Gesetzes vom 22. Juni 1907 zur Abänderung des Gesetzes vom 23. April 1883, betr. den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen, erlassenen Ausführungsanweisung vom 17. Juli d. Js. zur gefälligen Kenntnisnahme.

Die Herren Regierungspräsidenten ersuchen wir, die Anweisung durch die Amtsblätter zu veröffentlichen und die Polizeibehörden noch besonders darauf aufmerksam zu machen.

Berlin, den 14. September 1907.

Der Justizminister.

In Vertretung: **Kühnel.**

Der Minister des Innern.

Im Auftrage: **Lindig.**

a.

Durch das Gesetz vom 22. Juni 1907 zur Abänderung des Gesetzes, betr. den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Übertretungen vom 23. April 1883 (G. S. 1883, S. 65 und 1907, S. 146), haben die Polizeibehörden die Befugnis erlangt, auch in den Strafverfügungen gegen Militärpersonen für den Fall des Unvermögens zur Zahlung der ausgesprochenen Geldstrafen Haft festzusetzen.

Der § 22 Absatz 3 der Ausführungsanweisung vom 8. Juni 1883 (Min. Bl. für die innere Verwaltung S. 152, Justizministerialblatt S. 223) erhält deshalb nachstehende Fassung:

„Wird die gegen eine aktive Militärperson erlassene Strafverfügung vollstreckbar, so ist die Vollstreckung bei dem betreffenden Militärgerichte zu beantragen und in dem Requisitionsschreiben stets zu bemerken, wohin die Geldstrafe oder die einbezogene Sache abgeliefert werden soll.“

Der zweite Satz des Absatzes kommt in Fortfall. Die Vorschrift des § 9, Absatz 3, Satz 2, ist künftig auch bei der Festsetzung von Strafen gegen Militärpersonen in Anwendung zu bringen.

Berlin, den 17. Juli 1907.

Der Justizminister.

Befiehlt.

Der Minister des Innern.
von **Moltke.**

Wenn § 3 der Verordnung von 1808 für die Landespolizei auch noch Wohlfahrtsberührung in Aussicht nahm, so wird diese Aufgabe in moderner Zeit nicht mehr als Polizeiaufgabe angesehen; das ist nicht „Polizei“. Wohl aber kann man aus praktischen Gründen auch die Polizeibehörde mit der Aufgabe der Wohlfahrtsanbahnung betrauen.

Gesetz- und Verordnungstafel.

Deutsches Reich. Bel. vom 31. Oktober 1907 betr. das Verzeichnis der zur Ausstellung von Leichenpässen zuständigen Behörden und Dienststellen. — **Bl.** 541.

Elsaß-Lothringen. B. vom 19. Oktober 1907 betr. die landesrechtliche Anwendung des Reichsbeamtengesetzes in Elsaß-Lothringen. — **Bl.** 113.

Aus den Parlamenten.

Der § 175 des **StrGB.***) Die Petitionskommission des Reichstages hatte sich mit einer Petition des wissenschaftlich-humanitären Komitees — Leiter Dr. Magnus Hirschfeld in Charlottenburg — wegen Abänderung des § 175 **StGB.** zu befassen. Erfreulicherweise wurde einstimmig beschlossen, dem Reichstage Übergang über die Petition zur Tagesordnung vorzuschlagen. Einmütig wurde ferner folgende Resolution angenommen:

a) die Zivil- und Militärbehörden anzuweisen, den bestehenden Gesetzesvorschriften ohne Ansehen der Person unausgesprochen die Geltung zu verschaffen,

b) dem Reichstag alsbald eine Vorlage zugehen zu lassen, durch welche die Ausübung des Abhängigkeitsverhältnisses (durch Vorgesetzte, Arbeitgeber usw.) zu unsittlichen Töden nach § 175 **StGB.** unter erhöhte Strafen gestellt wird.

c) das **Schulalter** auf 18 Jahre zu erhöhen.

Zum **Reichsimpfgesetz** waren dem Reichstage zahlreiche Petitionen mit dem Antrage der Aufhebung oder Abänderung des Gesetzes zugegangen. Die Kommission für die Petitionen hatte sich mit diesen Eingaben eingehend beschäftigt. Zu den Kommissionsberatungen überreichte Regierungsrat Dr. Wegner vom Kaiserlichen Gesundheitsamt eine statistische Tafel über die Pockensterblichkeit der Zivil- und Militärbevölkerung in Preußen aus der Zeit vor und seit Einführung des Impfweges und erörterte die segensreichen Wirkungen des Gesetzes. Die Kommission faßte den Beschluß, zu beantragen, der Reichstag wolle beschließen, über die Petitionen we-

*) Die Prozesse Graf **Moltke-Garden** und **Baron Bülow-Brand** haben endlich dem anmaßenden Ton der Homosexuellen einen Dämpfer aufgelegt. Neben zahlreichen anderen Stimmen hat sich auch fürzlich die des **Herrn** **Edw. Kais. Dr. Gamm**, Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. zu Bonn, gegen diese „**Seuche**“ erhoben. (**Stich. Jur. Ztg.** S. 1269.) Die **Schlichtung.**

gen Aufhebung oder Abänderung des Impfgesetzes zur Tagesordnung überzugehen.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist folgender Antrag der Abgeordneten Bachmann und Gen. zugegangen:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung um alsbaldige Vorlegung eines Gelegenheitsgesetzes an ersuchen, durch den die Haftung des Staates, der Gemeinden und anderer Kommunalverbände (Provinzial-, Kreis-, Amtsverbände) für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden einheitlich und in einer den Rechtsansprüchen der Gegenwart entsprechenden Weise geregelt wird.

Kontraktbruch ausländischer Arbeiter. Im preussischen Abgeordnetenhaus gelangten am 12. Dezember 1907 die Interpellation des Abg. v. Pappenheim über Wahrgeln gegen Rechtsverletzungen durch ausländische Arbeiter und gegen Kontraktbruch in Arbeitsverhältnissen, sowie die Interpellation des Abg. Böder über Wahrgeln gegen den Kontraktbruch ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter zur Erörterung. Landwirtschaftsminister v. Arnim erklärte eine Vorlage über Bestrafung des Kontraktbruches ländlicher Arbeiter für aussichtslos und teilte mit, daß Legitimationskarten für ausländische industrielle und landwirtschaftliche Arbeiter eingeführt werden sollen, die auch die Angabe der neuen Arbeitsstelle enthalten. Ohne die Karte dürfe keine Arbeit angetreten werden; sonst erfolgt Ausweisung. Längs der Grenze sei ein Netz von Legitimationsämtern angelegt. Der Legitimationszwang werde am 1. Februar 1908 eingeführt werden. Die Wirkung dieser Wahrgeln sei vor weiteren Wahrgeln abzuwarten.

Der preussische Staatshaushalt 1908 wird dem Landtage nach den Weihnachtsserien am 8. Januar zugehen.

Hundertjahrfeier.

Hundertjähriges Bestehen des württembergischen Landjägerskorps. Das württembergische Landjägerskorps feierte am 30. November 1907 in Gegenwart des Königs und des Ministers des Innern sein hundertjähriges Bestehen. Der König verlieh den Offizieren des Korps Spauletten mit seinem Namenszug und der Krone, den Mannschaften Abzeichen mit den gleichen Abzeichen.

Der Waffensfund in Berlin.

Zu dem Waffensfunde, über den wir in Nr. 18 im Polizeibericht kurze Mitteilung gebracht haben, wird amtlich folgendes bekannt gegeben:

Am 25. November cr. ist hier, Bankstraße 32b, im Hause des früheren sozial-

demokratischen Stadtverordneten Emil Kerfin ein umfangreiches Lager des Zentral-Komitees der russisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei entdeckt worden. Es wurden u. a. in Verwahrung genommen:

a) etwa zehn Zentner russischer Zeitungen und Druckschriften sozialdemokratischer Tendenz mit zwei unter der Verwandung zu tragenden weiskleinernen Schmuggelschürzen;

b) drei Ballen (19 000 Bogen) weißen, mit geraden Wasserzeichen versehenen Papiers;

c) zwei Kisten mit 14 Parabellum-Pistolen und 300 dazu gehörige 9-mm.-Dolipistpatronen;

d) ein Elektromotor und mehrere hundert starke Eisenschrauben für Eisen-teile.

Die Zeitungen und Druckschriften sind zum Teil gestempelt: „Zentral-Komitee — Russisch sozialdemokratische Arbeiterpartei“. Die 19 000 Bogen weißen Papiers sind in einer großen deutschen Fabrik auf Bestellung des Buchhalters Wilhelm Günsel vom „Vorwärts“ hergestellt und eignen sich zur Nachmachung von russischen Dreirubelnnoten. Die Waffen stammen gleichfalls aus einer großen deutschen Fabrik und sind auf Bestellung von Lüttich her an eine hiesige Mittelperson, den Schlosser Albert Oberhoffel, Mitglied des 6. sozialdemokratischen Wahlvereins, gefandt. Über die Bedeutung des Elektromotors und der Eisenschrauben ließ sich noch keine Gewißheit erlangen. Mieter des betreffenden Lagerraums soll ein Russe Freitag sein, der bis jetzt aber noch nicht ermittelt werden konnte. Wahrscheinlich ist derselbe identisch mit einem im Mai dieses Jahres hier ausgewiesenen Russen, der bei dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Wilhelm Bäumler in Schöneberg eine Geschäftsstelle des Zentral-Komitees der russisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei unterhielt und bei dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Ernst Obst in Schöneberg wohnte. Bericht an den Herrn Minister des Innern ist von dem Herrn Polizeipräsidenten erstattet.“

Das beschlagnahmte Papier entspricht genau dem Papier, das zur Herstellung der russischen Dreirubelnoten dient; es hätte zur Anfertigung von 152 000 Scheinen gereicht. Ob die Anfertigung des Papiers bereits nach §§ 146 ff. StGB. als strafbare Vorbereitungshandlung zum Münzverbrechen anzusehen ist, könnte zweifelhaft sein. Zweifellos ist aber die Polizeibehörde berechtigt und

verpflichtet, zur Verhinderung strafbarer Handlungen vorbeugend das Papier so lange einzubehalten, als eine strafbare Verwendung noch möglich ist. (Zu vergleichen sind auch §§ 40, 151, 152 StrGB.)

Zigeunerumwejen.

Im Reichsausschuss des Innern werden Vorbereitungen für ein Reichszigeunergesetz getroffen. Zwischen den deutschen Bundesstaaten, von denen einzelne sehr scharfe Sondermaßregeln gegen die Zigeunerplage ergriffen haben, schweben zurzeit Verhandlungen.

Wir haben schon wiederholt von Vorschlägen für ein solches Gesetz Mitteilungen gebracht, auch berichtet, daß von einer Seite (der Schweiz) die internationale Regelung der Zigeunerfrage angeregt war. Von den Vorschlägen neuer Kampfmittel seien hier wiederholt die Errichtung von Arbeitshäusern, die Zwangsansiedelung und die Abschiebung nach einer Südeinfahrt. Das Arbeitshaus müßte nicht bloß bei Straftaten, sondern auch als Vorbeugungsmaßregel bei bandenmäßigem Umherziehen verhängt werden.

Erlebtes und Erfahrenes.

Der Schlingenheller.

Von Kamerad Fußgendarmeriewachmeister Erleben in Reustadt (S. Brigade).

Der sich durch Romantik auszeichnende Westerwald mit seinen an den Bergen hängenden schönen und waldbereichen Wäldern hat wiederum auch eine andere, dem Nimrod gerade nicht angenehme Seite. Die vielen Täler, durchrieselt von silberklaren Gebirgsbächen, an denen sich das Wild so gern zum labenden Trunk einfindet, werden vielfach von den die Jagd vernichtenden Schlingenhellern zum Einfangen des Wildes aufgesucht.

Es war im Monat Januar 1904, im zweiten Jahre meiner Stationierung in Reustadt-Wied, als mir bei bitterer Kälte und hohem Schnee auf der Streife über Berge und durch Täler in den Wäldern eine Fußspur verdächtig erschien. In der Annahme, daß diese nur von einem Wildbich herrühren könnte, verfolgte ich dieselbe, bis ich zu meinem großen Erstaunen die erste Hasenschlinge entdeckte. Ich trat vorsichtig in die schon vorhandenen Fußspuren, um den Wilderer nicht auf freude Fußspuren aufmerksam zu machen, und fand unter Benutzung einiger vom Schnee freigebiebener Stellen noch weitere 4 Schlingen. Vier Tage hindurch bewachte ich die Schlingen, trotz der herrschenden Kälte, aber leider vergeblich. Ich band dieselben daher ab und nahm sie mit.

Der Schlingenheller, der dem Fuchse an List nicht nachzustehen pflegt, versucht immer wieder, sobald er glaubt, es sei Gras über

die Sache gewachsen, sein Handwerk von neuem aufzunehmen. So kam es denn, daß ich durch Zufall auf einem Streifzuge im Monat März 1904 in den Wäldern des nördlichen Rheins in einem vom Berge herunterführenden Wildwegel einen Hasen in der Schlinge und bei näherer Umschau noch einen zweiten in einem Nebenzweigel 20 Schritte davon entdeckte, welche sich erst kurz vorher gefangen hatten. Da bekanntlich der Schlingenheller seine Revisionen morgens, früh, vorzunehmen pflegt, so kehrte ich nach Hause zurück und marschierte des Nachts um 2 Uhr wieder ab, war gegen 4 Uhr am Ziel, nahm Posto und wartete der Dinge, die da kommen sollten.

Es war ein regnerischer Tag; doch ließ ich mich nicht aus der Fassung bringen. Nachdem ich über 5 Stunden gewartet und gelauscht hatte, erschien endlich der Schlingenheller, hob den in dem Hauptzweigel liegenden Hasen empor und prüfte ihn auf sein Gewicht. Er war wie von der Natter gehoben, als ich plötzlich vor ihm stand, und warf schnell den Hasen hin; an ein Entkommen war aber nicht zu denken. Ich fragte ihn nach seinem Namen, den er mir erst nach längerem Zögern nannte. Es war ein Steinbrucharbeiter H. aus dem in der Nähe liegenden Bergbüschchen H. Da er kein besonders arbeitssamer Mann war, feierte er gerade wieder, bezog Branfengelder und benutzte diese Zeit, um dem Wilde nachzustellen. Nachdem ich ihn die Schlingen mit den Hasen sich hatte über die Schulter hängen lassen, ging ich mit ihm in sein Dorf, damit er auch den übrigen Einwohnern, unter denen auch andere Personen der Wildbiederei verdächtig waren, als abschreckendes Beispiel diene.

Es kam zur Verhandlung beim Amtsgericht A., wo H. jedoch bestritt, die Schlingen gestellt zu haben; er sei nur zufällig an den Schlingen vorbeigekommen, um nach der Stadt A. zu gehen. Dabei wurde zum 4. 6. 04 vom Gericht ein Erschweren anberaumt, in dem genau festgestellt wurde, daß H. sonst nicht den Wald, sondern den entgegengesetzten Weg nach A. benutzte. Hierauf wurde er in der nachmaligen Verhandlung am 22. 6. 04 vom Amtsgericht zu 4 Wochen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Mir wurde vom Kreis Neuviad und vom Jagdschutzberein eine Prämie zuerkannt.

Zur Warnung.

Einer Zeitungsmeldung zufolge soll einem Beamten der Berliner politischen Polizei gelegentlich einer Hausdurchsuchung das Notizbuch aus der Tasche gefallen sein. Ein Anarchistenblatt, dem das Notizbuch zugestellt wurde, veröffentlicht seinen Inhalt. Es wird sich empfehlen, daß die Beamten Schriftstücke und Notizbücher in zugeknöpften Innentaschen bei sich tragen, aus denen sie nicht herausfallen können.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geteilt sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schlichtung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Fahrlässige Tötung. Haftung des Automobilbesizers für seinen Chauffeur. Der Besitzer eines Kraftwagens, der an einer Fahrt teilnimmt, ist für die Gefährdung, die der Lenker durch unvorschriftsmäßiges Fahren herbeiführt, verantwortlich, und zwar unter allen Umständen dann, wenn der Lenker sich als unzuverlässig erwiesen hat, z. B. wegen zu schnellen Fahrens bereits wiederholt bestraft ist. — Entsch. RG. vom 5. November 1907 in Sachen des Rechtsanwalts Dr. Willy Abrahamsohn und Gen. — St.

Deutsches Reich. Diebstahl. Fremde bewegliche Sache. Herrenloses Gut. Der in einer Kaffeerösterei beim Röstten verschüttete Kaffee wird nicht herrenloses Gut. Herrenlos wird eine bewegliche Sache nur, wenn der Eigentümer, in der Absicht, auf das Eigentum zu verzichten, den Besitz der Sache aufgibt. (§ 959 BGB.) Wer sich gegen den Willen des Eigentümers den verschütteten Kaffee zweignet, eignet sich eine fremde bewegliche Sache rechtswidrig zu, macht sich also eines Diebstahls schuldig. — Entsch. 5. StrSen. RG. vom 8. Juni 1907 in Sachen Conrad-Rixdorf und Gen. — 5 D 177/06. St.

Deutsches Reich. Unlauterer Wettbewerb. Marken mit Ausstellungsmedaillen und -auszeichnungen. Die Angaben über Besitz der „goldenen Medaille Berlin 1896“ und des „Ehrenkreuzes und der goldenen Medaille Düsseldorf 1902“ erregen in dem Publikum, dem bekannt ist, daß im Jahre 1896 die große Berliner Gewerbe-Ausstellung und 1902 eine ähnliche Ausstellung in Düsseldorf stattgefunden hat, den Glauben, daß die Auszeichnungen auf diesen beiden großen Ausstellungen erworben seien. Waren sie von kleineren, unbekannt gebliebenen Unternehmungen verliehen, ohne daß dieses durch einen Zusatz kenntlich gemacht wird, dann liegt eine unrichtige Angabe tatsächlicher Art vor, die nach § 1 des Gesetzes über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes in den für einen größeren Kreis von Personen bestimmten Mitteilungen ver-

boten sind. Hieran ändert die Tatsache nichts, daß die auf den Mitteilungen abgedruckten Medaillen von denen der großen Ausstellungen abwichen; denn das Publikum pflegt die Verschiedenheiten in den Medaillen nicht zu kennen. Das Gesetz will verhüten, daß die Auszeichnungen kleinerer Ausstellungen so angesehen werden, als seien sie auf großen Ausstellungen erworben.

Durch solchen Irrtum wird für das Publikum der Anschein eines besonders günstigen Angebots hervorgerufen. — Entsch. II. Zivilsen. RG. v. 15. März 1907. S. 351. — St.

II. Kammergericht.

Deutsches Reich. Detektiv. Das Gewerbe des Detektivs besteht im Erteilen von Auskunft über persönliche Verhältnisse. Er wird beauftragt, Beobachtungen vorzunehmen, natürlich nur zu dem Zwecke, das Ergebnis dem Auftraggeber mitzuteilen. Es muß daher neben der Anmeldung des Gewerbebetriebes bei der Steuerbehörde die polizeiliche Anmeldung aus § 35 der Gewerbeordnung erfolgen. Wurde das Gewerbe bereits zu einer Zeit betrieben, wo im § 35 der Gewerbeordnung noch nicht die Bestimmung eingefügt war, daß jemand, der Auskünfte über persönliche Angelegenheiten gewerbmäßig erteilen wolle, von diesem Gewerbebetrieb der Polizeibehörde Anzeige zu machen habe, so hat das Reichsgericht entschieden und das Kammergericht schließt sich dem an, daß diese Gewerbetreibenden eben Anzeige machen müßten, nachdem die neuen Bestimmungen in Kraft getreten waren. — Entsch. 1. Str. Sen. SG. in Sachen Fischer-Berlin vom 21. November 1907. C. v. R.

Preußen. Kraftwagennummer. Der Einwand des Angeklagten, daß nach Maßgabe der Vorschriften der Polizeiverordnung die Nummer des Kraftwagens nicht gesehen zu werden brauche, wenn dieser sich nicht in Bewegung befinde, ist zu verwerfen. Ein Kraftfahrzeug bleibt auch dann im Verkehr, wenn es auf der Landstraße liegen bleibt, weil es Scharie erlitten hat. Auch während dieser Zeit muß also die Erkennungsnummer sichtbar sein. — Entsch. 1. Str. Sen. RG. in Sachen Sonnenburg-Marburg vom 21. November 1907. C. v. R.

***Preußen. Bahnhofswirt.** Ein Wirt, der in der Nähe einer Eisenbahnhaltstelle mit Zustimmung der Eisenbahnbehörde eine Wirtschaft errichtet und diese als Warteraum zur Verfügung stellt, wird dadurch noch nicht zum Bahnhofswirt, auch wenn ihm noch der Verkauf der Fahrkarten übertragen wird. Der Eisenbahnbehörde mußte ein Einfluß auf den Wirtschaftsbetrieb eingeräumt werden, wenn die Wirtschaft als Bahnhofswirtschaft hätte gelten sollen. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 11. November 1907 in Sachen Jarwid-Münster. —

C. v. R.

***Preußen. Chausseebankett.** Bankette sind Teile öffentlich befestigter Wege, die für das Lagern von Materialien bestimmt sind, aber auch dem Fußgängerkehr dienen. Immer ist es ein Teil des Chausseebankettes, und muß immer in dem gleichen Niveau liegen. Gegenüber ist ein Hochbord neben der Chaussee nicht ein Teil der Chaussee, sondern ein Fußweg für sich. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 14. November 1907 in Sachen Rutsche-Raumburg. —

C. v. R.

***Preußen. Öffentliche Tanzbarkeit.** Eine Tanzbarkeit eines Vereins ist öffentlich, wenn den Mitgliedern eine beliebige Anzahl nicht auf Namen lautender Eintrittskarten zur Weiterverteilung überlassen wird, die Teilnahme an dem Vergnügen mithin einer nach Zahl, Art und Individualität unbestimmten Mehrheit von Personen freigestanden hat. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 4. November 1907 gegen den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins in Teuchern. — St.

***Preußen. Jagdschein. Fuchsfalle.** Wer in einer Falle einen Fuchs findet und ihn nur an sich nimmt, um ihn dem Jagdberechtigten zu überbringen, sibt nicht selbst die Jagd aus. Er bedarf keines Jagdscheines. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Cassel-Marburg vom 7. November 1907. —

C. v. R.

***Preußen. Kraftwagenhuppe.** Die Polizeivorschrift, daß Warnungssignale der Kraftfahrzeuge mit einer eintönigen Huppe abgegeben werden müssen und nicht langgezogen werden dürfen, so daß sie mit einem Feuerwehrsinal verwechselt werden könnten, will für Kraftfahrzeuge die ausschließliche Benutzung der eintönigen Huppe anordnen, ebenso wie in Fahrradordnungen für Fahrräder die Glockenzeichen ausschließlich zulassen. Der Zweck ist, daß jeder Fußgänger aus dem Signal erkennt,

was ihn gefährdet. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Schwenzow-Bonn vom 4. November 1907. —

C. v. R.

***Preußen. Brantweinabschank.** Die Polizeiverordnung des Oberpräsidenten von Ostpreußen, wonach der Betrieb des Schaufgewerbes an Sonn- und Feiertagen bis nach Beendigung des Hauptgottesdienstes nur insoweit stattfinden darf, als er nicht geräuschvoll und äußerlich nicht bemerkbar ist, und der Betrieb der Brantweinabschanken an diesen Tagen bis nach Beendigung des Hauptgottesdienstes gänzlich untersagt ist, ist rechtswirksam. Der Schaftbetrieb ist zwar im allgemeinen nicht geeignet, die Sonntagsfeier zu beeinträchtigen. Das gilt aber nicht von dem Brantweinabschank. Bei den in Brantweinabschanken verkehrenden Personen ist im Hinblick auf die stark berauschenden Getränke leicht zu beforgen, daß es zu Störungen der Sonntagsruhe kommt. Soll die Zeit des Hauptgottesdienstes, der eines besonders wirksamen Schutzes gegen Störungen bedarf, vor solchen bewahrt bleiben, so ist es ein geeignetes Mittel, wenn auch bereits vor Beginn des Gottesdienstes die Brantweinabschankstätten nicht geöffnet sein dürfen. Vorschriften wie hier finden sich auch in den für andere Landesteile bezüglich der äußeren Heilighaltung der Sonn- und Feiertage erlassenen Polizeiverordnungen. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Kehler-Tilfit vom 7. November 1907. —

C. v. R.

***Preußen. Schaftgewerbe und Gewerbe-feuervergehen.** Der Beginn der Schaftwirtschaft in einer Betriebsstätte, die örtlich von der genehmigten und nach § 59 des Gewerbesteuerergesetzes besteuerten Betriebsstätte verschieden und als besondere Betriebsstätte anzusehen ist, ist als der Anfang eines der Betriebssteuer unterliegenden, also steuerpflichtigen Gewerbes anzusehen: nach § 60 GewStG. wird die Betriebssteuer für jede Betriebsstätte besonders erhoben. Die unterlassene Anmeldung eines solchen steuerpflichtigen Gewerbes ist im § 70 in Verbindung mit § 52 mit Strafe bedroht. — Entsch. 1. Straff. RG. vom 2. Mai 1907. — 1 S. 345/07 in Sachen Zippel-Berlin. —

St.

***Preußen. Versammlungssteuern.** Nur Haussteuern — für Kirchensteuern gelten in Preußen andere Bestimmungen — dürfen in Preußen von einer Genehmigung abhängig gemacht werden, also Sammlungen von Haus zu Haus. Das bloße

*) Bgl. Entsch. RG. vom 29. April 1906, 20 B. 304.

Sammeln in einer Wirtschaft kann nicht der Genehmigungspflicht unterstellt werden. Zanden sich aber bereits einige Einzelnungen in der Liste, als sie aufgelegt wurde, so muß des näheren festgestellt werden, wann und wie diese Einzelnungen zustande gekommen sind. Die Möglichkeit ist ja nicht ausgeschlossen, daß der Angeklagte anderswo in einem anderen Hause die Einzelnungen erlangt hat. Darni würde eine Kollekte von Haus zu Haus vorliegen und zwar eine öffentliche, die der Genehmigung bedarf. — Entsch. 1 Str. Sen. KG. in Sachen Dreger-Dagen vom 10. Oktober 1907. — E. v. R.

***Preußen. Teppichklopfen.** Wenn die Straßenpolizeiverordnung für Frankfurt am Main im § 63 bestimmt: Das Klopfen und Ausstäuben von Teppichen, Zellen, Tischdecken, Betten, Matrasen und dergleichen Gegenständen Straßenwärts ist nicht gestattet, das Ausklopfen von Teppichen darf nur an Wochentagen während der Stunden 8—12 Uhr stattfinden, so soll nicht verkannt werden, daß diese Bestimmung einen ganz sympathischen Eindruck macht. Gleichwohl könnte eine solche Polizeiverordnung nur für Kurorte gültig erlassen werden. Das Kammergericht hat solche Polizeiverordnung als gültig erachtet für Wiesbaden und für Zoppot, und zwar aus den folgenden Gründen: „In dem besonderen Interesse einer solchen (das ist Kur-) Stadt und ihrer Angehörigen liegt es, die kranken Personen, die fortgesetzt in großer Zahl wegen ihrer erschütterten Gesundheit in der Stadt Aufenthalt nehmen, nach Möglichkeit gegen Belästigungen, die auf ihren Gesundheitszustand schädlich einwirken können, zu sichern und durch diesen Schutz der Kurgäste zugleich den für die Einwohner wichtigen Fremdenverkehr zu erhalten und zu heben. Als eine gesundheitschädliche Belästigung aber stellt sich das Ausklopfen von Teppichen und ähnlichen Gegenständen dar.“ Aus den Materialien aus der Frankfurter Polizeiverordnung ist nun nicht zu ersehen, daß sie vorzugsweise aus sanitätspolizeilichen Erwägungen erlassen worden ist, und wenn die Polizeiverordnung aus sich selbst erklärt wird, so ist es klar, daß, wenn an den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr das Ausklopfen der Teppiche zugelassen sein soll, die Polizeivorschrift den Zweck verfolgt, die Ruhe der Einwohner zu sichern, denn sonst ist nicht zu ersehen, warum gerade diese Zeit gewählt ist, wo doch eigentlich, nachdem die Nachtzeit vorbei ist, die Fenster gerade geöffnet

sein müssen. Was nun den Lärm betrifft, so sind dagegen einzuschreiten nicht die Voraussetzungen des — allerdings im ganzen Staatsgebiet geltenden — § 1011, 17 des Allgemeinen Landrechts gegeben, wonach es das Amt der Polizei ist, bevorstehende Gefahren vom Publikum oder einzelnen seiner Mitglieder abzuwehren. Auf Einzelpersonen, die besonders nervös sind, kann selbstverständlich im Betriebe der Großstadt keine Rücksicht genommen werden. Man könnte sagen, daß eine gefährliche Staubverbreitung vermindert ist, wenn bestimmt ist, daß nur zu bestimmten Stunden geklopft wird; aber es ist zu erwägen, daß bloßer Staub, der nicht verweht ist mit Bazillen, keine Gefährdung, sondern nur Belästigungen herbeiführt. Viele Menschen müssen im Staube einhergehen. Daß nun Staub aus Krankentischen Bazillen mitklopft und entwidelt und daß das gefährlich werden kann, ist nicht zu übersehen. Aber hier ist wieder ein Mangel vorgeschoben durch § 37 des preussischen Gesetzes betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905. Da heißt es: „Mit dem Zeitpunkte des Inkrafttretens des, gegenwärtigen Gesetzes werden die zurzeit bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Bekämpfung ansteckender Krankheiten aufgehoben. Insbesondere treten die Vorschriften des Regulativs vom 8. August 1835 (Gesetzamml. S. 240) jedoch unbeschadet der Bestimmung des § 10, 3 des Gesetzes, betr. die Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen, vom 16. September 1899 (Gesetzamml. S. 172) über die Befassung der Sanitätskommissionen in größeren Städten anher Kraft.“ Das Kammergericht hat daher segensreiche Bestimmungen einer Barbierordnung aufheben müssen. Alle die wichtigen Momente, die für eine solche Polizeiverordnung geltend gemacht werden, können nicht auskommen gegenüber dem Wortlaut dieses Gesetzes. — Entsch. 1 Str. Sen. KG. in Sachen Müller-Frankfurt vom 19. September 1907. — E. v. R.

***Preußen. Polizeistunde.** Die Polizeistunde kann nicht für Einheimische und Auswärtige verschieden festgelegt werden. Eine Polizeiverordnung, die die Bewirtung Einheimischer in Morgenstunden, in denen die Wirtschaften für Auswärtige bereits geöffnet werden dürfen, verbietet, ist rechtswidrig. Ebenso unzulässig ist eine für einzelne Lokale festgesetzte Polizeistunde, die diese beiden Arten von Publikum ver-

schieden behandelt sehen will. — Entsch. 1. St. Sen. RG. vom 12. April 1906. — St.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Deutsches Reich. Zurücknahme der Schankerlaubnis. Förderung des verbotenen Spiels. Die Annahme, daß der Gewerbebetrieb zur Förderung verbotenen Spiels mißbraucht wird, ist nicht davon abhängig, daß in wiederholten, nach bestimmten Zeitabschnitten regelmäßig wiederkehrenden Zusammenkünften gespielt wird. Das Erfordernis der Regelmäßigkeit kennt der § 33 der Gew.O. nicht; vielmehr ist in jedem gegebenen Falle nach der Anzahl und der besonderen Art der Umstände, unter denen Duldung verbotenen Spiels festgestellt worden ist, zu prüfen, ob nach dem gesamten Sachverhalt die Annahme eines künftigen Mißbrauches des Gewerbes gerechtfertigt ist. Ein Schankwirt, der verbotene Spiele nicht nur vereinzelt in einem solchen Falle, in welchem ihm besondere Entschuldigungsgründe hätten zur Seite stehen können, sondern wiederholt, je nach Gelegenheit, Glückspiele geduldet, sich auch gar selbst daran beteiligt hat, hat die Schankerlaubnis verwirkt, besonders wenn er nach einer gerichtlichen Verurteilung aus § 285 StGB. wiederum Glückspiele duldet. Ob das verbotene Spiel sich an ein erlaubtes anschließt, ist ebenso belanglos wie der Umstand, daß nur um geringfügige Einsätze gespielt wird. Entsch. III. Sen. OVG. vom 17. Januar 1907. III, 139. — Gew.-Arch. VI, 629. — St.

Deutsches Reich. Tanzlehrer. Die wiederholte Veranstaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten durch einen Tanzlehrer ohne die vorgeschriebene polizeiliche Erlaubnis ist als eine „Tatfache“ im Sinne des § 35 Gew.-O. anzusehen, durch die die „Unzuverlässigkeit in bezug auf den Gewerbebetrieb“ als Tanzlehrer dargetan wird. — Entsch. OVG. vom 7. Februar 1907. — St.

Preußen. Polizeilicher Zwang zur Erfüllung der Genehmigungbedingungen einer gewerblichen Anlage bei wesentlicher Veränderung der Betriebsstätte. Die Befugnis der Polizeibehörden, die Erfüllung der Konzessionsbedingungen bei Errichtung der genehmigungspflichtigen gewerblichen Anlagen durch Zwangsmittel durchzusetzen, ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Strafrichter von der Anlage aus § 147 Nr. 2 GO. freigesprochen hat. Nr. 9 der Ausf. Anw. vom 1. 5. 04, der vor Anwendung von

Zwangsmitteln Einleitung des Strafverfahrens vorschreibt, verlangt nicht, daß eine Verurteilung erfolgen müsse. Zwangsmittel sind zulässig, wenn tatsächlich eine Verletzung wesentlicher Bedingungen der Genehmigung vorlag. Zu der genehmigten Anlage gehört als integrierender Bestandteil auch das Dach. Ob eine Veränderung wesentlich ist, ist nach den Umständen zu bemessen. Maßgebend ist, ob die Veränderung auf diejenigen Rücksichten einwirken kann, deren Schutz durch die Konzessionspflicht erstrebt wird, also wenn sie Anlagen und Einrichtungen betrifft, welche Gefahren, Nachteile oder Belästigungen für Nachbarn, Publikum und die im Betriebe beschäftigten Arbeiter herbeiführen können. Derartige wesentliche Veränderungen werden auch nicht dadurch zu unwesentlichen, daß sie durch andere gleichwertige Einrichtungen ersetzt werden. Es kommt nur darauf an, welche Einrichtungen die konzessionierende Behörde tatsächlich genehmigt hat. Andernfalls könnte jemand an Stelle einer genehmigten Anlage nebst Betrieb eine völlig anders gestaltete gleicher Kategorie setzen dürfen. — Entsch. OVG. vom 20. Juni 1907. S. 335. — St.

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Ausübung der Heilkunde im Umherziehen durch Bruchbandreisende. Die Ausübung der Heilkunde besteht nicht nur in der Heilung von Krankheiten, sondern Aufgabe der Ärzte ist vorzüglich auch die Feststellung (Diagnose) der Leiden und neben der Beseitigung dieser auch die Milderung der vorhandenen Schmerzen und Leiden, sowie die Verhütung der Verschlimmerung von solchen. Jede berufsmäßige Tätigkeit nach einer dieser Richtungen ist als Ausübung der Heilkunde zu erachten. Hiernach ist es einem Wandtagisten nicht erlaubt, im Wandergewerbebetriebe das Vorhandensein eines Bruches festzustellen und zu bestimmen, welches Bruchband zur Linderung der Schmerzen und Verhütung der Verschlimmerung des Leidens geeignet ist. Nach den Motiven zu § 6 der Gewerbeordnungs-Novelle vom 30. Juni 1901 (Druck. des RT. 1898/1900 Nr. 165) greifen derartige Maßnahmen in das Gebiet der Heilkunde hinüber, die nach § 56a Ziff. 1 GO. von Personen, die für dieselbe nicht approbiert sind, im Umherziehen nicht ausgeübt werden darf. Die

ichienbar entgegengesetzten Entscheidungen des OLG. Darmstadt vom 31. Oktober 1902 (Reger, Entsch. 23, 385) und des OLG. Celle vom 26. Oktober 1903 (Gew.-Arch. 5, 619) haben tatsächlich anders liegende Fälle zur Grundlage. Es handelte sich nur um bloßes Anpassen oder Anmessen von Druckbändern. OLG. Celle erkennt auch ausdrücklich an, daß Ausübung der Heilmunde vorläge, wenn der Bandagist über die Untersuchung des Bruches nach seiner Lage und Gestaltung hinausginge, insbesondere, wenn er eine Untersuchung dahin vornähme, ob der Hilfesuchende überhaupt an einem Bruche leidet oder nicht. — Entsch. BayObLG. vom 3. Januar, c. St. 7, 169. — St.

Deutsches Reich. Verhummelung eines in einem Wohnzimmer aufgehängten Kreuzfries. Ein in einer Privatwohnung aufgehängtes Kreuzfries ist nicht als Gegenstand der Verehrung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft im Sinne des § 304 StGB. anzusehen, da das Merkmal der Öffentlichkeit, das nach der Entscheidungsgeschichte*) des § 304 StGB. erforderlich ist, mangelt. Es gilt aber auch nicht als eine dem Gottesdienst gewidmete Sache, da der Begriff Gottesdienst voransetzt, daß es sich um einen solchen nach Aufgabe des Ritus einer Religionsgesellschaft handelt. Ein Religionsvergehen im Sinne des § 166 StGB. kommt bei der Verhummelung des Kreuzfries auch nicht in Frage, da auch dieses eine öffentliche Verübung voraussetzt. Die Verhummelung des Kreuzfries könnte nur, wenn Straftrag gestellt ist, als einfache vorsätzliche Sachbeschädigung bestraft werden. — Beschl. BayObLG. vom 5. April 1907 — St. 7, 284. — St.

Deutsches Reich. Photographieren im Umherziehen. Ein Photograph, der sich bereit erklärt, im Umherziehen Photographien unter Vermittlung des mitgeführten Bandapparates herzustellen und die negativen Platten an Ort und Stelle sofort anzufertigen, bietet gewerbliche Leistungen im Sinne des § 35 Ziffer 3 GewD. an oder, wie es gleichbedeutend im Bayerischen Wandergewerbesteuergeles vom 20. 12. 97 Art. 1 Ziff. 4 heißt, bietet gewerbliche Leistungen dar. Die Anfertigung der Negativplatten bildet einen wesentlichen Bestandteil der Herstellung der Photographien, ist daher

als gewerbliche Leistung anzusehen. Dieses Charakters wird sie auch nicht dadurch entkleidet, daß die endgültige Fertigstellung der Photographie im Atelier am Orte der gewerblichen Niederlassung erfolgt. — Entsch. BayObLG. vom 7. März 1907. — St. 7, 258. — St.

V. Oberlandesgericht Karlsruhe.

Baden. Öffentliche Ankündigung von Heilmitteln. Öffentlich ankündigen heißt derart ankündigen, daß beliebige Personen, auf deren Auswahl der Wille des Ankündigenden nicht einwirkt, davon Kenntnis nehmen können. Eine Ankündigung in öffentlichen Blättern ist eine solche öffentliche Ankündigung, da die Blätter von jedem Beliebigen gekauft und gelesen werden können. Die Ankündigung wendet sich an jeden, der sie lesen will. Anders bei Broschüren und Drucksachen, die von dem Ankündiger oder einem damit Beauftragten versendet werden.*). Hier ist der Kreis derjenigen, die von der Druckschrift Kenntnis nehmen, durch den Willen des Ankündigers begrenzt. Eine etwaige gelegentliche Kenntnisnahme durch andre von ihm nicht in Betracht gezogene Personen läßt die Frage der Öffentlichkeit in der Regel unberührt. Auch daß die Zahl der Personen, an die die Drucksachen versandt werden, sehr groß ist und diese Personen weder zueinander noch zu dem Ankündiger in Beziehung stehen, ist belanglos. — Entsch. Straff. OLG. Karlsruhe vom 5/10. November 1906. — Angien. 24. 1907, 188. —

VI. Oberlandesgericht Dresden.

Deutsches Reich. Trödler. Wer Alteien und Maschinenteile auch in kleinen Mengen einkauft, um diese Gegenstände weiter zu verkaufen, hat die durch die Landeszentralbehörde gemäß § 34 GewD. vorgeschriebenen Trödlerbücher auch dann zu führen, wenn er im übrigen als Vollkaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs anzusehen ist und dessen Vorschriften entsprechend Bücher führt; denn soweit er altes Eisen und gebrauchte Maschinenteile im kleinen einkauft, ist er zugleich Trödler. — Entsch. 1. Inst. Sen. OLG. Dresden vom 3. September 1906. — St.

*) Freilich darf das Versehen nicht in Massen zum Zwecke der Werbung als Anzeigepapier erfolgen. Die bekannten Broschüren, in die Apotheken und Drogerien die Ware einpacken, sind auch für jeden beliebigen zufälligen Käufer zugänglich. Die Schriftleitung.

*) Vgl. Goldammer's Archiv 10, 708.

VII. Schöffengericht Berlin-Mitte.

***Deutsches Reich. Geschlossene Gesellschaft oder öffentliche Theateraufführung.** Direktor Ferdinand Bonn vom Berliner Theater hatte, um sein zur öffentlichen Aufführung nicht zugelassenes Schauspiel „Der junge Friß“ einem größeren Publikum vorzuführen, eine „Generalprobe“ dazu angekündigt und zur Teilnahme seine „Freunde und Gönner“ öffentlich eingeladen mit der Aufforderung sich vorher eine auf den Namen ausgestellte Karte aus dem Theaterbureau zu beschaffen. Die Gesuche um Karten gingen so zahlreich ein, daß nicht nur alle Plätze besetzt wurden, sondern auch etwa 5000 Gesuche abgewiesen werden mußten. Das Schöffengericht erlaubte im Gegenzug zu den Entscheidungen der höchsten Gerichte eine solche Veranstaltung für nicht öffentlich. Voraussetzungslos wird die Angelegenheit die höheren Instanzen noch beschäftigen. — Entsch. Schö. Berlin Mitte vom 23. November 1907 gegen Ferdinand Bonn. — St.

VIII. Schöffengericht Sonneberg.

***Deutsches Reich. Dienstmannsgewerbe.** Für ungültig zu erachten ist der § 12 der Dienstmannsordnung von Sonneberg (Sachsen-Meiningen) vom 28. Mai 1895, der nicht nur das gewerbliche Anbieten von Diensten (Tragen von Gepäck usw.) auf öffentlichen Straßen und Plätzen, sondern auch das Entgegennehmen und Ausführen von Aufträgen zu solchen Diensten den als Dienstmänner verpflichteten und zugelassenen Personen ausschließlich vorbehält; die Polizeiverordnung geht weiter, als der polizeilichen Regelung nach § 37 Gew.O. zusteht. Hier ist nur das Anbieten*) von Diensten einer polizeilichen Regelung unterworfen. — Entsch. Schö. Sonneberg-Sachsen-Meiningen vom 5. November 1907 gegen die Dienstmannswitwe Charlotte Probst-Sonneberg. — Th.

Polizeibericht.

Verwaltung. Geheimmittelverleht. Für den Landespolizeibezirk Berlin ist am 14. Nov. 1907 eine Polizeiverordnung über den Verkehr mit Geheimmitteln und ähnlichen Geheimnissen ergangen. Der Verordnung sind zwei umfangreiche Verzeichnisse von Mitteln beigelegt, auf die die Verordnung Anwendung

*) Als Korbelen ist auch das Entnehmen eines Standplatzes auf öffentlichen Plätzen usw. anzusehen. Wer aber nur auf Befehlsgewalt Boten- oder Gefährdungsangelegenheiten, kann nach § 1 Gew.O. das Gewerbe frei betreiben. Die Zweifelsstellung

findet. Die Mittel dürfen nur in Gefäßen oder Umhüllungen abgegeben werden, auf denen der Name des Mittels und der Name oder die Firma des Herstellers deutlich zu erkennen ist. Außerdem muß die Aufschrift auf den Gefäßen oder den äußeren Umhüllungen den Namen oder die Firma des Geschäftes, in welchem das Mittel verabsolgt wird, und die Höhe des Preises enthalten. Verboten sind Anpreisungen auf den Gefäßen oder Umhüllungen, insbesondere Empfehlungen, Verhätigungen von Heilerfolgen, Gutachten oder Dankungen. Verboten ist ferner die öffentliche Ankündigung oder Anpreisung der aufgezählten Mittel. Als Ankündigung oder Anpreisung gilt der Hinweis auf sonstige Mitteilungen, welche eine Anpreisung der Mittel bereits enthalten. Hierunter würden also z. B. die beliebigen Ankündigungen fallen, die jedem sich meldenden Leidenden kostenlos eine Abhandlung über seine Krankheit zur Belehrung und Hilfe zulegen, wenn diese Abhandlung ihrerseits eine Anpreisung des Mittels enthält.

Krautmetzvogelsang. Für den Regierungsbezirk Danzig ist folgendes verordnet worden: Die zum Zwecke des Krautmetzvogelsanges aufgestellten Dohnen dürfen nur in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember jedes Jahres eingeebnet und fängisch gestellt sein. In der übrigen Zeit müssen die Dohnen ausgeebnet und sämtliche Schlingen aus ihnen gezogen sein. Die Anbringung von Unterschalgen (das heißt Schlingen unter der Aute der Dohne) ist verboten. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden, wenn sie nicht nach allgemeinem Rechts- und Landesstrafrecht mit größerer Strafe zu belegen sind, mit Geldstrafen bis zu 60 M. bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnismäßige Haft tritt.

Über die ähnlere Heilighaltung der Sonn- und Festtage ist für die Abteiprovint eine neue Polizeiverordnung erlassen, die am 1. Januar 1908 in Kraft tritt. Die besonders von Handel- und Gewerbetreibenden geltend gemachten Wünsche sind darin nach Möglichkeit berücksichtigt, insbesondere hat man das Verbot des Offenhaltens der Schaufenster fallen lassen.

Tombola. Der Polizeibericht des Frankfurter Polizeipräsidiums gibt folgendes bekannt: „Aus mehreren Eingaben in letzter Zeit ist entnommen worden, daß im Publikum Zweifel darüber bestehen, unter welchen Umständen die Genehmigung zur Veranstaltung einer Tombola einzubolen ist. Es wird daher darauf hingewiesen, daß zu einer öffentlichen Veranstaltung einer Tombola die Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten erforderlich ist, die aber zur Ausübung privater Zwecke nicht erteilt wird. Beschränkt sich jedoch die Veranstaltung einer Tombola auf einen bestimmten, durch eine Individualbezeichnung des Verfalls, der persönlichen Bekanntschaft, ge-

menntlicher Interessen oder durch andere ähnliche Begrenzungen fest abgeschlossenen Personenkreise, so ist eine Genehmigung überhaupt nicht erforderlich. Die letztgenannte Voraussetzung fehlt insbesondere immer bei allen feierlichen Gelegenheiten, zu denen jedermann oder eine völlig unbestimmte Zahl von Personen freien oder unentgeltlichen Zutritt hat."

Über die Einrichtung und den Vertrieb von Dampfmaschinen sowie über den Verkehr mit Geheimmitteln und ähnlichen Arzneimitteln hat der Oberpräsident der Provinz Westfalen neue Polizeiverordnungen erlassen, die am 1. Januar 1905 in Kraft treten sollen. Ähnliche Verordnungen werden wohl auch in den übrigen Teilen Preussens jezt ergangen sein, da u. a. die Muster von den Zentralbehörden aufgestellt worden sind.

Eine Polizeiverordnung für alle mit Maschinen betriebenen Straßenbahnen (städtische Straßenbahnen und dergleichen Kleinbahnen) hat der Regierungspräsident zu Magdeburg am 28. Oktober 1907 mit Geltung vom 2. Dezember 1907 ab erlassen.

Sozialdemokratisches. Wegen schwerer hinterlistiger Kibhandlung eines Arbeitswilligen, die eine achtwöchige Strafbefehl des Verlehten zur Folge hatte, ist am 2. Dezember 1907 ein zwanzigjähriger Schlächtergeselle aus Linden vom Schöffengericht zu Hannover zu acht Monaten Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet worden.

Verbrechen und Vergehen. Kohlen- diebstähle auf Rheinschiffen. Die Polizei in Duisburg hat sieben Personen, darunter den Kapitän eines größeren Rheinschiffes, des Diebstahls von Kohlen überführt. Die Kohlen waren stets nachts auf ein anderes Schiff übernommen und an Land gebracht. Der Wert der Kohlen beträgt über 6000 M.

Eine Verbrecherbande, deren Mitglieder in einzelnen Städten des Ruhrgebiets zahlreiche Straftaten verübten, Einbruchs- diebstähle und Sittlichkeitsdelikte begingen — 16 halbwüchsigc Burschen und ein 18jähriges Mädchen — ist von der Kölner Polizei ermittelt und festgenommen worden.

Mädchenhändler. Die hantowitzer Polizei verhaftete zwei Mädchenhändler aus Lublin. Sie führten zwei Mädchen mit, die sie nach New-York verschleppen wollten und die sie auf Grund gefälschter jüdischer Trau- briefe für ihre eigenen Ehefrauen ausgaben.

Durch Revolvererschüsse verletzt wurde der Stellvertreter des Gendarmeriewartmeisters zu Graßhof in Sachsen, Kamerad Völschführer Kratzmann, durch einen Mann, den er angehalten und nach seinen Ausweispapieren gefragt hatte.

Einen Kampf um Leben und Tod hatte in dem Dorfe Klein Kuntzsch bei Rietel Kamerad Hilipel aus Rietel mit einem festzunehmenden Verbrecher zu bestehen.

Hilipel war gezwungen, von seiner Waffe Gebrauch zu machen.

Alterlei. Nachträgliche Verleihung der Kriegsgedenkmünze. Ein Veteran von 1870-71 hatte kürzlich um nachträgliche Verleihung der Kriegsgedenkmünze 1870-71 durch Seine Majestät den Kaiser nachgesucht; die Kriegsgedenkmünze konnte er seinerzeit nicht erhalten, weil er während des Krieges wegen schwerer Insubordination zu der Festungsarbeitsstrafe von 1 Jahr 6 Monaten verurteilt worden war, eine Strafe, die nach den damals geltenden Gesetzen des betreffenden Bundesstaats den dauernden Verlust der bürgerlichen Ehren- und Dienstrechte zur Folge hatte. Der Gesuchsteller wurde dahin beschieden, daß ihm zunächst durch einen Gnadenakt seines Landesherren die aberkannt- en bürgerlichen Ehren- und Dienstrechte wiederhergestellt sein müssen und daß weiterhin der Nachweis einer zehnjährigen vorwurfsfreien Führung, berechnet vom Zeitpunkt der Wiedererlangung der bürgerlichen Ehrenrechte an, unerläßliches Erfordernis sei.

Weibliche Polikisten. In Christiania, der Hauptstadt Norwegens, tritt ein Polizeikorps in Tätigkeit, das nur weibliche Mitglieder aufweisen wird. Sein Zweck ist der Schutz der Frauen, Mädchen und Kinder. Der Gedanke zur Schaffung dieser Truppe geht von der norwegischen Frauenvereinigung aus.

Ausgewiesene Mormonenmissionäre. Das Polizeiamt zu Leipzig hat vier Mormonenmissionäre als lästige Ausländer aus dem Königreich Sachsen ausgewiesen.

Ein dauerhaftes Fahrrad. Ein Mühlenbesitzer Pöschel in Sperenberg kaufte im Juli 1906 von dem Fahrradhändler Heutig in Jossen ein Zweirad, Marke „Prennabor“, das ihm aber schon nach sehr kurzer Zeit gestohlen wurde. Da der Dieb sich nicht sicher fühlte, versenkte er das Fahrrad in den Mellener See, aus dem es in diesen Tagen von Fischern gehoben wurde. Trotzdem es fast anderthalb Jahr im Wasser gelegen, hat es nicht im geringsten gelitten. Räder und Schläuche sowie die gegen Stahms und Wasser abgedichteten Lager und Naben sind völlig unverletzt, so daß das Rad sofort wieder tadellos lief.

Ehrentafel.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum feierte am 29. November Kamerad Aufgabendarmierie Badmünster Merker in Karlsruhe, Kreis Gendekrug (1. Brigade). Er wurde am 5. März 1848 in Engarren, Kreis Willstallen, geboren und trat am 29. November 1867 als Dreijährig-Freiwilliger bei der 3. Kompagnie Infanterie-Regiments Nr. 43 in Mönchsberg ein. Im Juli 1870 zum Unteroffizier befördert, machte er bei diesem Regiment den Feldzug gegen Frankreich mit und wurde am 1. September 1870 in der Schlacht bei Roisse-

vüle (nonantahl) verwundet. Mitte Oktober kehrte er geheilt zur Truppe zurück und nahm wieder an der Belagerung von Mes und dem übrigen Feldzug teil. Am 1. Januar 1874 zum Sergeanten befördert, trat er am 16. Oktober 1879 zur 1. Gendarmerie-Brigade



über und wurde zunächst in Alt-Schaden, Kreis Tilsit, und seit 1. April 1886 in seinem jetzigen Standort Markeln stationiert. Kamerad K e r b e r besitzt die Kriegsdienstmedaille 1870-71, das Allgemeine Ehrenzeichen, die Erinnerungsmedaille und die Dienstauszeichnung 1. Klasse.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum beging am 8. November d. J. Kamerad Fußgendarmerie-Wachmeister Ballerstaedt in Eiche bei Bildpark (3. Brigade). Er trat am 8. November 1862 bei der 10. Kompanie 4. Garde-Regiments z. A. ein und wurde am 22. März 1885 zum Unteroffizier, am 1. Januar 1889 zum Sergeanten und am 26. November 1890 zum Vizefeldwebel befördert. Am 1. April 1892 trat er zur Gendarmerie über und erhielt zum Standort Eiche bei Potsdam, wo er noch jetzt stationiert ist — der beste Beweis, daß er es verstanden hat, sich das Vertrauen der Bezirksangehörigen zu erwerben. — Kamerad Ballerstaedt, dem zu seinem Jubiläum zahlreiche Glückwünsche von fern und nah zugehingen, erhielt von den Kameraden des Bezirks zu bleibender Erinnerung ein Ehrenzeichen.

Personalveränderungen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Fußgendarmerie-Wachmeister Otto Pierling in der Gendarmerie-Brigade in Eichen Vorbringen die Rettungsmedaille am Bande Allerhöchstdig zu verleihen geruht.

Seine Majestät der König von Württemberg haben anlässlich der Jahrhundertfeier des Königlich Württembergischen Landjägerkorps Allerhöchstdig zu verleihen geruht: dem Obersten z. T. v. Haag, Kommandeur des Landjägerkorps, das Kommandeurkreuz zweiter Klasse des Friedrichs-Ordens; dem Hauptmann z. T. Freiherrn v. Reichenstein, Kommandeur des Landjägerbezirks 3, das Ritterkreuz erster Klasse des Friedrichs-Ordens; dem Oberleutnant z. T. Wiest, Kommandeur des Landjägerbezirks 1, die Löwen zum Ritterkreuz des Ordens der Württembergischen Krone.

v. Fischer-Weiterthal, Generalmajor z. T., zuletzt Kommandeur des Königlich Württembergischen Landjägerkorps, anlässlich der Jahrhundertfeier des Landjägerkorps ein Patent seines Dienstgrades verliehen.

v. d. Brinden, Oberst und Brigadier der 8. Gendarmerie-Brigade, Geyper, Oberst und Brigadier der 2. Gendarmerie-Brigade, ein Patent ihres Dienstgrades verliehen.

Kommel, Stern, bisher Oberwachmeister im Großherzoglich Hessischen Gendarmeriekorps, den Charakter als Rentant verliehen erhalten.

Seine Exzellenz der Herr Chef der Landgendarmerie hat dem Fußgendarmerie-Wachmeister Näder in der 8. Gendarmerie-Brigade die Genehmigung zur Anlegung des silbernen Porteees am Offiziersäbel erteilt.

1. Brigade.

b. B. Bagdowig, Pläschten, am 1. 12. 07 nach Paffenheim vers. — H. B. Jeggels, Proßten, am 1. 12. 07 nach Orloven vers. — H. B. Stellmacher, Orloven, am 1. 12. 07 nach Willersdorf vers. — H. B. Liebe, Willersdorf, am 1. 12. 07 nach Proßten, O.-Pr. vers. — b. B. Herrmann, Möwen, am 22. 11. 07 nach Buchowlen b. Möwen lmdrt. — H. B. John II, Eumehnen, am 1. 11. 07 nach Kottiten, Mür. Rehring, lmdrt. — H. B. Vantulub, Sereden b. Gitt-leschen, am 2. 11. 07 nach Redden b. Gitt-leschen lmdrt. — H. B. Schütz VIII, Böben, am 24. 11. 07 nach Widmitten lmdrt. — b. B. Knobel, Mantuslaufen b. Rugeleit, am 20. 11. 07 nach Gr. Eisigirren b. Eisigirren lmdrt. — H. B. Blome, Marzinowen b. Stallinowen, am 20. 11. 07 nach Zwafchen b. Stallinowen lmdrt. — H. B. Reben, Orlovsburg, am 27. 11. 07 nach Rajudowlen b. Widmitten lmdrt. — H. B. Stolberg I, Wallendorf, am 15. 11. 07 nach Scharnau-Wühle b. Scharnau lmdrt. — H. B. Zappa, Wenzelowen, am 21. 11. 07 nach Zoffronen b. Reidenburg lmdrt. — H. B. Sedat I, Gr. Spalienen b. Friedrichshof, O.-Pr., am 1. 11. 07 nach Neu Stenhub bei Jablonen, O.-Pr., lmdrt. — b. B. Schwaner I, Kottiten, am 20. 11. 07 nach Nizbunzen b. Haderballen O.-Pr., lmdrt.

22. Schüld. Gärnen b. Gärnen, Mr. Goldap, am 11. 11. 07 nach Pöbbeln b. Sittlesheim fmdrt. — **23.** Mahle, Lnd, am 14. 11. 07 nach Supitten b. Pissanigen fmdrt. — **24.** Mauch-ning, Vorjannnen, am 14. 11. 07 nach Stagen bei Pissanigen fmdrt. — **25.** Madte II, Tannen b. Schirwindt, am 14. 11. 07 nach Urbanatischen b. Soderagen fmdrt. — **26.** Triebe, Weidenburg, am 15. 11. 07 nach Ml. Elchan b. Weidenburg fmdrt. — **27.** Kämereil, Gr. Sodehnen, am 8. 10. 07 nach Eydtshnen fmdrt., trat am 1. 11. 07 vom Stndo. zur. — **28.** Eder, Wilderweitschen, am 8. 10. 07 nach Mattenan fmdrt., trat am 1. 11. 07 vom Stndo. zur. — **29.** Antjus, Königberg i. Pr., am 24. 10. 07 nach Godebenen b. Malgen fmdrt., trat am 6. 11. 07 vom Stndo. zur. — **30.** Klawroth, Weidwill, am 24. 10. 07 nach Schmalleningen fmdrt., trat am 10. 11. 07 vom Stndo. zur. — **31.** Liebe, Willewen, am 15. 10. 07 nach Profften, Lstpr. fmdrt., trat am 13. 11. 07 vom Stndo. zur. — **32.** Siemens I, Mohrunen, am 20. 4. 07 nach Sonnenborn, Mr. Mohrunen fmdrt., trat am 13. 11. 07 vom Stndo. zur. — **33.** Sturck II, Mohrunen b. Widsniewen, Mr. Lnd, am 25. 7. 07 nach Santoppen b. Hschdorf, Mr. Kößel fmdrt., trat am 26. 11. 07 vom Stndo. zur. — **34.** Klein I, Marienfelde, am 1. 9. 07 nach Tharden b. Liebemühl fmdrt. am 1. 11. 07 nach Liebemühl fmdrt. — **35.** a. Fr. Mörkel, Gr. Puhainen, am 30. 11. 07 zur Truppe zurückgetreten.

2. Brigade.

1. a. Fr. Eggert, Juchow, am 11. 12. 07 als **1.** a. Fr. nach Tschelassow b. Cremerbruch (Mr. Hummelsburg) fmdrt. — **2.** Helle, Kügenwalde, am 15. 11. 07 nach Garzin (Mr. Schlawa) fmdrt.

3. Brigade.

1. Jartsch, Angermünde, am 1. 1. 08 penj. — **2.** Steiner II, Friedenau, beurl. nach Angknapönen Ostpr., am 1. 1. 08 penj. — **3.** a. Fr. Bartolcit, Neubabelsberg, am 31. 12. 07 zur Truppe zur.

4. Brigade.

1. Erleben, Taucha, am 16. 11. 07 nach Großtauna fmdrt. — **2.** Erleben, Taucha, am 24. 9. 07, nach Dobris b. Deuben (Pez. Halle) fmdrt., trat am 3. 10. 07 vom Stndo. zur. — **3.** Stod, Salja, am 8. 9. 07 nach Wolftramsbäumen fmdrt., trat am 31. 10. 07 vom Stndo. zur.

5. Brigade.

1. Sindermann, Nadaracie, am 8. 10. 07 nach Strohle b. Murschwig fmdrt. — **2.** Schönnacht, Pirnbau, am 23. 10. 07 nach Tirschniegel fmdrt. — **3.** Noeple, Promberg, am 27. 8. 07 nach Schulig fmdrt., am 26. 10. 07 vom Stndo. zurück. — **4.** Mahler, Promberg, am 20. 8. 07 nach Schulig fmdrt., am 13. 11. 07 vom Stndo. zurück. — **5.** Vanger, Gr. Rendori, am 21. 8. 07 nach Weichselhof b. Schulig fmdrt., am 13. 11. 07 vom Stndo. zurück.

6. Brigade.

1. a. Fr. Groich, Bogutisch, am 1. 12. 07 nach Kleinwig als **1.** a. Fr. fmdrt. — **2.** a. Fr. Brunzel, Pöbldan, am 1. 12. 07 nach Nicolai als **1.** a. Fr.

fmdrt. — **3.** a. Fr. Nicolai, am 1. 12. 07 nach Tarnowitz verlegt. — **4.** a. Fr. Moschalla, Bogutisch, am 1. 12. 07 nach Pöbldan verlegt. — **5.** a. Fr. Möcher, Rünsterberg, am 15. 7. 07 nach Tepliwoda fmdrt., am 18. 11. 07 vom Stndo. zurück. — **6.** a. Fr. Mühlert II, Witzelwalde (Schlei.), am 16. 6. 07 nach Wölfsgrub fmdrt., am 1. 12. 07 vom Stndo. zurück.

7. Brigade.

1. a. Fr. Nigon, Attendorf, am 1. 12. 07 nach Ebermagen b. Wägen Pez. Dormund, verl. — **2.** a. Fr. Nienig, Ebermagen, am 1. 12. 07 nach Attendorf verl. — **3.** a. Fr. Mrogall, Hochlarmart, am 6. 11. 07 nach Epe fmdrt. — **4.** a. Fr. Gommila, Döbern, am 8. 11. 07 nach Ottenstein Stf. fmdrt. — **5.** a. Fr. Schölze, Sorstel, am 7. 11. 07 nach Anneloe b. Breben Pez. Münster fmdrt. — **6.** a. Fr. Hart, Diltrop, am 7. 11. 07 nach Stadthohn fmdrt. — **7.** a. Fr. Schmidt II, Erle, am 6. 11. 07 nach Altdite fmdrt. — **8.** a. Fr. Weiland, Warendori, am 7. 11. 07 nach Deel fmdrt. — **9.** a. Fr. Daake, Somborn, am 1. 12. 07 nach Altenbodum Jede Prinz von Preußen fmdrt. — **10.** a. Fr. Hndt, Mönig Lndwig, am 7. 11. 07 nach Endlohn fmdrt. — **11.** a. Fr. Preuhahn, Quer, am 7. 11. 07 nach Neuenstein Stf. fmdrt. — **12.** a. Fr. Junge, Difteln, am 7. 11. 07 nach Ding fmdrt. — **13.** a. Fr. Guder, Ostbevern, am 22. 11. 07 nach Ellwid b. Breben Pez. Münster fmdrt. — **14.** a. Fr. Remerling, Hohne, am 7. 11. 07 nach Abaus fmdrt. — **15.** a. Fr. Gail, Ertenichwid, am 7. 11. 07 nach Endlohn fmdrt. — **16.** a. Fr. Strauß, Zendenhorst, am 8. 11. 07 nach Ellwid b. Breben Pez. Münster fmdrt. — **17.** a. Fr. Schneider II, Ebe, am 7. 11. 07 nach Anneloe b. Breben Pez. Münster fmdrt. — **18.** a. Fr. Parfmacht, Coesfeld, am 7. 11. 07 nach Gronau Stf. fmdrt. — **19.** a. Fr. Teuter, Reddinghausen, am 7. 11. 07 nach Stadthohn fmdrt. — **20.** a. Fr. Maurer, Osterfeld, am 7. 11. 07 nach Borken Stf. fmdrt. — **21.** a. Fr. Schweers, Gladbeck, am 7. 11. 07 nach Carlo Stf. Münster fmdrt. — **22.** a. Fr. van Wajen, Bortrop, am 7. 11. 07 nach Anholt fmdrt. — **23.** a. Fr. Quernmann, Reutfort, am 7. 11. 07 nach Enderswid Mr. Borken fmdrt. — **24.** a. Fr. Weilepp, Derten, am 8. 11. 07 nach Carlo b. Wejele fmdrt. — **25.** a. Fr. Wöller, Werne, am 1. 11. 07, nach Altenbodum Jede Prinz von Preußen fmdrt., trat am 30. 11. 07 vom Stndo. zur. — **26.** a. Fr. Meie, Riedermarsberg, am 1. 9. 07 nach Jnschen (Mr. Prilon) fmdrt., trat am 1. 12. 07 vom Stndo. zur. — **27.** a. Fr. Nigge, Hovestadt, vom 10. 12. 07 ab o. Wech. als Steuer Anführer nach Carlo Prov. Steuerektion (Münster) beurl.

8. Brigade.

1. a. Fr. Weich II, Erteleuz, fmdrt. nach Talbeim, Rhld., am 29. 10. 07 nach Einbud b. Deinsberg, Rhld., fmdrt. — **2.** a. Fr. Schmidt XVI, Eichweiler, fmdrt. nach Hohlsheldt, am 11. 07 nach Dörsch bei Richterich fmdrt. — **3.** a. Fr. Abeling, Dülten, fmdrt. nach Gensholt, am 7. 11. 07 nach Weidhausen b. Bracht fmdrt. — **4.** a. Fr. Hausmann I, Nüderstagen, fmdrt. nach Knefel, am 8. 11. 07 nach Dülthum, Mr. Kees, fmdrt. — **5.** a. Fr. Stephan, Pannstrot, am:

29. 10. 07 n. Vümbach b. Heinsberg Abl. Indr. —
 22. Ehrlich, Vennep, Indr. nach Wertherbruch,
 am 8. 11. 07 nach Hühum, Mr. Nees, Indr. —
 b. W. Schoenenborn, Wittenbach, am 21. 11. 07
 nach Montanau Indr. — 22. Weher IX,
 Elbersberg, am 1. 12. 07 nach Speicher, Eifel,
 verl. — b. W. Schiebur, Ahweiler, am 1. 12. 07
 nach Lutzerath verl. — b. W. von Bonn,
 Lutzerath, am 1. 12. 07 nach Ahweiler verl.
 — 22. Stürmer, Neumagen, am 1. 12. 07
 nach Mettendorf, Mr. Witzburg, verl. — 22.
 Wainer, Mettendorf, am 1. 12. 07 nach Weis-
 lichen, Mr. Merzig, verl. — 22. Schöning,
 Duldorf, am 1. 12. 07 nach Neumagen, Mosel,
 verl. — 22. Franz, Speicher, Eifel, am 1. 12. 07
 nach Elbersberg, Mr. Ottweiler, verl. — 22.
 Ahrens, Puffert, am 1. 12. 07 nach Oberweis,
 Mr. Witzburg, verl. — 22. Runge, Weislchen,
 am 1. 12. 07 nach Wicbelskirchen, Mr. Ottweiler,
 verl. — 22. Mahn, Dabringhausen, am
 24. 9. 07 nach Emmerich, Mr. Nees, Indr., trat
 am 29. 10. 07 vom Ambo. zur. — 22. Schulz II,
 Neveges, am 24. 9. 07 nach Hühum, Mr. Nees,
 Indr., trat am 8. 11. 07 vom Ambo. zur. —
 22. Matschel, Cronenburg, am 25. 9. 07 nach
 Hühum, Mr. Nees, Indr., trat am 8. 11. 07
 vom Ambo. zur. — 22. Bach, Schmidtheim,
 am 18. 10. 07 nach Hühum Indr., trat am
 17. 11. 07 vom Ambo. zur. — 22. Probel,
 Neuenburg, Mr. Witzburg, am 1. 6. 07 als Polizei-
 wachmeister in Püttlingen o. Geh. beurl.,
 schied am 30. 11. 07 aus. — b. W. Huppel,
 Altenkirchen, Weierwald, am 15. 7. 07 als
 Hilfsassistent bei der Reichsbanknebenstelle
 Neular o. Geh. beurl., schied am 1. 12. 08 aus.
 — A. a. Fr. Rüb. Recht, am 1. 12. 07 zur
 Truppe zurückgew. — b. W. Vange III,
 Hochemerich, postm. Bezeichnung des Stand-
 ortes ist jetzt Hochemerich, Kreis Mörs.

9. Brigade.

22. Japp, Marbn, am t. 4. 08 penf. —
 10. Brigade.
 22. Piening, Vorchel b. Jork, am 7. 4. 07
 nach Twiefelsheld Indr., trat am 1. 10. 07
 von seinem Ambo. zur. — b. W. Simon I,
 Penthelm, am 18. 11. 07 nach Gilsbehaus
 Indr., trat am 15. 11. 08 von seinem Ambo.
 zur. — A. Henze, Frezen, am 1. 12. 06 als
 Stations-Apirant bei der Eisenbahn-Direktion
 Münster ohne Geh. beurl., schied am 1. 12. 07
 aus. — A. a. Fr. Pogorzelski, Plumenthal i.
 Hamm, am 30. 11. 07 A. Truppe zurückgetr. —

11. Brigade.

A. Korte, Hohenfels, am 16. 9. 07 nach
 strodorf b. Weilar Indr., trat am 16. 10. 07
 vom Ambo. zur.

12. Brigade.

A. Werchewski, Gr. Walldorf b. Danzig,
 am 1. 11. 07 nach Danzig, Wollaner Gasse 10/11,
 verl. — b. W. Wülfelsfeld, Rothenberg, Westpr.,
 am 1. 1. 08 penf.

Brigade Elsch-Lothringen.

22. Verdelmann, Ober-Niederjepp, am
 15. 12. 07 nach Bingenheim, Kreis Colmar
 (El.) verl. — 22. Hermann, Bingenheim, Kreis
 Colmar (El.) am 15. 12. 07 nach Ober-Niederjepp
 verl.

Artikelschau.

Vorschläge zur Bämpfung des Bettels und
 der Landheizererei. Von Amtsrichter E. Dolien-
 heimer in Ludwigsbafen a. Rh. — Wader.
 Gemeindegzeitung 17. 569. —

Verfasser erklärt die heutigen Mittel zur Bämpfung des Bettels und der Landheizererei für ungeeignet und unzureichend. Kurze Haftstrafen gegen Gewohnheitsbettel seien zwecklos; Altschhaus löune aber nur gegen arbeitsfähige, arbeitsfähige Menschen verhängt werden. Er verlangt weiteren Ausbau des preußischen Wandearbeitsstättenwesens und seine Ausdehnung auf das Reich. Die Wandearbeitsstätten und Arbeitskolonien, sowie die früheren Arbeitshäuser müssen erst brant ausgebaut zu sein, daß sie auch zur Aufnahme arbeitsfähiger Menschen nicht bloß für eine beschränkte, sondern für längere Zeit, namentlich für immer dienen würden. Die Arbeitskolonien, die jetzt eine gemeine Gefahr bieten, könnten dann vereint, immerhin nach nützlich verwendet werden und wenigstens den nützlichen Lebensunterhalt erwerben. Sodann verlangt Verfasser, daß dem Richter unmittelbar die Befugnis zuleben müßte, Bettler und Landheizer einer Wandearbeitsstätte, einer Arbeiterkolonie usw. oder einer Armenanstalt zu überweisen, nicht erst der Landespolizeibehörde, die diese keine nicht aus der Hauptverbandung, sondern nur aus den Räten kennt. Die Haftstrafe neben der Überweisung hält Verfasser mit Recht für überflüssig. Durch Überweisung der rufsfähigen Bettler und Landheizer auf Lebenszeit würde diesen eine sichere Lebensstellung ermöglicht und die Weisfahst gegen Schädlinge, die sich der Ordnung nicht fügen können oder wollen, bawert gelockt werden. Möglich müßte aber ein Aufnahmeverfahren sein, ähnlich wie bei Entmündigungen.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. find durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Lebensfragen. Die Vorgänge des Stoffwechsels von Dr. Felix B. Ahrens. Leipzig, Quelle u. Neper. Preis geb. t M., geb. 1.25 M.

Aus diesem Buch kann jedermann lernen, wie er sich zweckmäßig nähren, welche Fehler er vermeiden, welche Vorteile er beachten soll.

Aus meiner Mutter Märchenschatz von Theodor Krausbauer. Stuttgart, Verlag von Th. Benzinger. Geb. 1.50 M.

Es gibt für Eltern, besonders für Mütter, keine schäwerere Kunst, als gute Märchen gut zu erzählen. Der Verfasser versteht diese Kunst, sein Buch darf warm empfohlen werden.

Knallbonbons. Humoristisches Raschwerk für Keltäre und zum Vortrag in gefelligen Kreisen von E. Bauermann, Herzogl. Hofschauspieler. Stuttgart, Schwabacherische Verlagsbuchhandlung. Preis brosch. 1 M., geb. 1.50 M.

Ausfunftei.

Kam. FW. II. in K. Ein kommunaler Polizeibeamter als Zeuge bei einer Durchsuchung. Die von Ihnen angeworfene Frage ist schon öfters erörtert worden, da ähnliche Zweifel immer wieder aufstehen. Riffer 201 der ZF. sagt aber ganz deutlich: „Die a f s

Gemeindemitglieder hinzugezogenen Zeugen dürfen nicht Polizei- und Sicherheitsbeamte sein.“ Dieje Einschätzung bezieht sich also allein auf den Fall, in welchem der Gendarm keine Gemeindebeamten, sondern 2 Gemeindemitglieder als Zeugen hinzuzieht, während im übrigen jeder Gemeindebeamte als Zeuge zulässig ist. Unter den Gemeindebeamten erscheint aber der kommunale Polizeiergeant für diesen Zweck ganz besonders gut geeignet. Ausgeschlossen von der Verwendung als Zeuge bei einer Durchsuchung sind mithin nur königliche Polizei- und Sicherheitsbeamte (Gendarmen, Schutzleute, Förster u. dgl. m.) und solche Polizeibeamte, welche nicht im Gemeindedienst, sondern im Dienste der Ortspolizeibehörde stehen (in Städten fällt bekanntlich meist beides zusammen, ebenso auch im Reg. Bez. Düsseldorf, wo die Land-Bürgermeisterei gleichzeitig die Gemeinden bilden und es besondere Gemeindevorsteher nicht gibt, und in der Provinz Hessen-Rhein, wo die Gemeindevorsteher gleichzeitig Ortspolizeibehörden sind).

Rr. 284. — R. B.

Kam. d. W. B. in T. 1. Gistegen. Wir halten niemanden für berechtigt, in seinem Garten Gift zu legen, um damit fremde Hühner, Tauben oder sonstige Haustiere, die etwa hineingelangen, zu vergiften. Nach § 228 P.O.B. darf man eine fremde Sache — also auch ein Tier — nur dann zerstören, wenn von der Sache eine Gefahr droht, die Zerstörung (Tötung des Tieres) zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist und der Schaden nicht außer Verhältnis zu der Gefahr steht. Nach § 230 P.O.B. darf die Selbsthilfe nicht weiter gehen, als zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist. Der Gartenbesitzer mag also seinen Zaun dichten, Hühner und Tauben verschenden und wegfangen (auch bis zum Schadenfall einbehalten), aber er darf ebenfowenig Gift legen, wie er fremde Tiere nicht vergiften darf.

2. Getränkeverweigerung durch Schankwirte. Die Erteilung der Erlaubnis zum Ausfchank berechtigt den Wirt, von der Erlaubnis Gebrauch zu machen, verpflichtet ihn aber keineswegs, jedermann zu bewirten. Es kann zwar in der Verweigerung von Getränken an einwandfreie Personen unter Umständen eine Verleumdung — wenn in Gegenwart anderer Gäste erfolgt, eine öffentliche Verleumdung — erblickt werden, einen Rechtsanspruch, bewirtet zu werden, hat aber niemand. Rr. 356a. — n.

Kam. G.W. H. in F. Pensionierung zum 1. April 1908. Gendarmen, die bei ihrer Pensionierung die Vorteile einer mit dem neuen Rechnungsjahr etwa eintretenden Gehaltsaufbesserung genießen wollen, müssen nach dem 1. April 1908 ausscheiden, also frühestens am 1. Mai 1908. Sie müssen die höheren Gehaltsstufen mindestens einen Monat bezogen haben. Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß

die Gehalts-Erhöhung, wie wohl als wahrscheinlich angenommen werden kann, mit dem 1. April 1908 in Kraft tritt. Rr. 307. — A.

Kam. O.W. Y. in Y. Anstellung als Polizeikommissar. In den Rr. 13 und 14 v. J. sowie 14 und 15 d. J. unserer Zeitschrift „Die Zivilversorgung“ haben wir die Kaubahn der Polizei-Inspeloren, -Kommissare, -Bureau-, -Kellereis- und -Mangelleisanten bei nichtköniglichen und bei königlichen Behörden eingehend geschildert und finden Sie darin auch die Einkommens- und Pensionsfrage behandelt. Ihr Sohn kann sich mit Hilfe der „Zivilversorgung“ selbstverständlich auf eine Zivilstellung vorbereiten; uns stehen zahlreiche Anerkennungsschreiben zur Seite. Rr. 348. — Vg.

Kam. G.W. W. in N. Die Kaubahn der Grenz- und Steuerzuschauer, der Zoll- und Steuer-Assistenten, -Einnahmer, -Sekretäre usw. finden Sie in der Rr. 25 der „Zivilversorgung“ vom 9. März 1907 dargestellt. Wir haben Ihnen diese Nummer als Probeexemplar überfandt. Aufgaben, wie sie den Bewerbern in der verschärften Vorprüfung gestellt worden sind, haben wir in den Rr. 3, 8 und 17 der „Zivilversorgung“ d. J. gebracht. Diese Nummern überfanden wir Ihnen ebenfalls kostenlos, nachdem Sie Besteller der „Zivilversorgung“ geworden sind. Sonst kosten Einzelnummern 30 Pf. „Die Zivilversorgung“ beziehen Sie für Ihre Perion zum Preise von 1. — M. vierteljährlich. Rr. 343. — Vg.

Kam. F.W. W. in E. Verwendung in einem anderen Amt. Die im Gendarm 1907/08, Rr. 2 Seite 21, abgedruckten Ministerialerlasse vom 31. 1. und 27. 2. 07 betreffend Verwendung dienstunfähiger Beamten in einem anderen Amt, für das sie noch geeignet sind, gelten grundsätzlich auch für die Gendarmen. Im Bereich der Gendarmen gibt es aber, abgesehen von den wenigen Brigadeschreiberstellen, keine Stellen, in denen ein für den praktischen Dienst unfähiger Gendarm Verwendung finden könnte. Auch zur Verlegung in eine Brigadeschreiberstelle müßte der Betreffende besondere Befähigung besitzen. Nach dem Ministerial-Erlass soll aber eine Anfrage bei Anstellungsbehörden eines anderen Ressorts nur ganz ausnahmsweise erfolgen. Daß von Ihnen beabsichtigte Gesuch um Verlegung in ein anderes Amt dürfte daher, wenn Sie nicht etwa Brigadeschreiber werden wollten und hierzu geeignet sind, keine Aussicht auf Erfolg haben. Wir möchten Ihnen daher raten, sich lieber selbst nach einer anderen leichteren Stellung im Staats- oder Kommunaldienst umzusehen, wobei Ihnen Ihre Militär-Vorgesehten gewiß gern helfen werden. Haben Sie eine Stellung gefunden, so müßten Sie Pensionierung und nötigenfalls Urlaub ohne Gehalt nachsuchen. Sollte das neue Amt mit einem geringeren Dienstfeinkommen verbunden sein als Ihr bisheriges, so beziehen Sie daneben die Pension bis zu der Höhe Ihres früheren Dienstfeinkommens als Gendarm. Rr. 200. — A.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage des Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. M. V.) zu Hagen i. B.
Nr. 19. Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerschach zu Berlin. 1907/08.

Entwicklung und jetziger Stand der Polizeihundbewegung.

Nach einem im Beisein Sr. K. u. K. Hoheit des Kronprinzen von dem Herrn Minister des Innern von
Rolle am 11. November und vor den geladenen Polizeileitern usw. am 12. November gelegentlich der
Vorführung von Polizeihunden durch den Polizeihund-Verein in Gieß-Lichterfelde gehaltenen Vortrag
von Robert Gerschach.

Der Hund war der erste Polizeidiener, der erste Nachtwächter, der erste Leibgarde, der erste Detektiv. Nicht aus Liebhaberei gefellte sich der Mensch den Hund zu; allein der Selbsthaltungstrieb bestimmte ihn. Sollte er sich erhalten und durchsetzen, wollte er sich die Tiere seiner Umgebung untertan und nutzbar machen,

Pferd 6, der Weithund 12 Schilling. Als die Römer die Einbern geschlagen hatten, da hatten sie noch einen schweren Kampf mit deren Hunden zu bestehen, die das Gepäc verteidigten und erst niedergemacht werden mußten.

Der Hund hat den Völkern der Alten Welt wertvolle Dienste bei der Unterwerfung fremder Völker geleistet. Der große Vollenbeiger war der beste Helfer des Spanier gegen die Indianer bei der Eroberung Mexikos und die Engländer haben auf Jamaika den Schweifhund gründlich als Kriegshund und Diebesjäger benützt.

Von allen Haustieren steht der Hund dem Menschen am nächsten, weil er die größten geistigen Fähigkeiten besitzt. Er hat seit ungezählten Jahrtausenden dem Menschen treu und selbstlos gedient. Die größte Zahl diene und dient noch heute dem Menschen als Wachhund.

Der Polizeihund, d. h. ein Hund, der dazu ausgebildet ist, mit seinen feineren Sinnen des Gehörs, des Geruchs und seiner Schnelligkeit dem ihn führenden Polizeibeamten zu dienen, damit dieser im Interesse der öffentlichen Sicherheit vollkommene Dienste leisten kann: dieser Polizeihund ist eine Erfindung des zwanzigsten Jahrhunderts.

Die erste Anregung zur Einführung und Ausbildung von Polizeihunden gab der bekannte Kriminalist Professor Dr. Hans Groh, zu jener Zeit an der Universität Prag, jetzt an der Universität in Graz, mit seinem im Jahre 1896 für das „Jahrbuch für die österreichische Gendarmerie“ geschriebenen Artikel „Ein Gehilfe des Gendarmen“. Er sagt in diesem Artikel u. a.: „Der Hund sollte vor allem ein treuer, immer wachsender und immer aufmerksamer Begleiter des Gendarmen auf seinen schweren Dienstgängen sein, ein Begleiter, der mit weit schärferen Sinnen als der Mensch ausgestattet, viel mehr wahrnimmt als dieser und ihn so auf Gefahren, auf die Anwesenheit von Personen und das Finden von Gegenständen, sowie auf hundert andere Umstände aufmerksam machen kann, die der Mensch allein übersehen hätte.“

Die ersten Polizeihunde, und zwar zwölf, wurden in Europa in Süddeutschland, wo bekanntlich der hervorragende Polizeischriststeller Senator Dr. Gerland als Polizei-Direktor amtierte, im November 1896 in den Nachtwachdienst eingestellt.

Erst einige Jahre später, im April 1899, kam der Polizeikommissar von Backsmiel in Gent auf den Gedanken, den Nachtpolizeibeamten Hunde mitzugeben. Die erste An-



„Hofa“ und „Berta“, Diensthunde der Hamburger Polizeiverwaltung, gleichzeitig die 2,10 m hohe Sprungwand nehmend.

sich ihrer Angriffe erwehren, so brauchte er einen Gehilfen, der geeignet war, ihn und seine Fähigkeiten zu ergänzen.

Der Hund eignete sich allein hierzu. Seine feine Nase, sein feines Gehör, seine Schnelligkeit waren das, was der Mensch brauchte. Mit Hilfe des Hundes ist der Mensch emporgestiegen; dieser wurde bald sein unentbehrlicher Genosse.

Auf ägyptischen Denkmälern, die vor mehr als dreitausend Jahren vor Christo errichtet wurden, sehen wir bereits Hunde verschiedener Rassen. Homer besang den Hund des Odysseus, der diesen noch erkannte, als er von Troja nach zwanzigjähriger Abwesenheit heimkehrte. Manche Völker haben den Hund als heilig verehrt. Unsere Vorfahren hielten den Hund nicht nur als Haushund; sie waren schon Hundeliebhaber. Man vergleiche die Erzählung Gottfrieds von Straphagen im „Tristan“ bezüglich des Hundes Petterlin. Bei den alten Deutschen galt das

regung bei den deutschen Polizeibehörden zur Einführung von Polizeihunden gab dann der damalige Polizeikommissar Käufer in Schwelm in seinem Buche „Unsere Polizei“, das im Mai 1901 zur Verfassung kam. Käufer hatte auch bereits in den Monaten März und April 1901 an 2000 Polizeiverwaltungen Deutschlands eine Anfrage gerichtet, ob und wo Polizeihunde zur Verwendung kämen. Am 1. Oktober 1901 stellte dann auch die Polizeiverwaltung Schwelm den ersten Polizeihund ein. Später, und zwar im November 1901, fandte auch der „Verein für deutsche Schäferhunde“ ein Rundschreiben an die deutschen Polizei- und Stadtverwaltungen, in dem er gleichfalls die Verwendung von Polizeihunden anregte.

Die Bewegung mußte natürlich die Hindernisse durchmachen. Daß die Polizeihundbewegung durchgedrungen ist, das ist das große Verdienst der unter schwierigen Verhältnissen amtierenden Polizei-Oberbeamten des Rheinisch-Westfälischen Industriebezirks. Diese griffen zuerst die Sache auf und gründeten am 28. Juni 1902 den „Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden“ (Polizeihundverein, abgekürzt P. H. V.). Da sie auch den Airedale-Terrier als Polizeihund empfahlen und verwendeten, zogen sie sich die Gegnerschaft des Vorstehenden des deutschen Schäferhundvereins Herrn v. Stephanis zu, der allein den Schäferhund als Polizeihund anerkannt sehen wollte. Dieser schrieb den P. H. V. Männern 1903 in einer Verächtung, es sei fehlerhaft, daß der Verein verschiedene Rassen in die Bewegung einführe, und fuhr dann wörtlich fort: „Die Verechtigung, zur Klärung der Frage beizutragen, welche Rasse sich zur Verwendung im Polizeidienst nach jeder Richtung hin am geeignetsten erweist, wird dem P. H. V. von niemand abgestritten. Aber diese Frage mußte für den P. H. V. gellärt sein in dem Augenblicke, in dem er mit Rat und Tat an die Öffentlichkeit trat.“

Die Bewegung wollte jedoch nicht recht in Fluß kommen. Die Anregungen des Herrn Käufer und des Schäferhundvereins rührten in den Ästen der Verwaltungen und waren wohl nur in wenigen Fällen überhaupt gelesen worden. Der Polizeihundverein gab ein Blatt heraus, das alle 8 bis 10 Wochen in geringem Umfange erschien und nur an die kleine Zahl der Mitglieder zur Verfassung kam. Nun hatte ich in meiner Eigenschaft als Begründer und Schriftleiter der Zeitschrift „Der Hundarm“ die Polizeihundfrage gründlich studiert, und als ich am 1. April 1904 nun auch noch die Zeitschrift „Die Polizei“ gründete, da gab ich nach vorheriger Rücksprache mit maßgebenden Persönlichkeiten beiden Blättern eine Sonderbeilage bei, die nur dem Polizeihundwesen diene und bestimmt war, das Verständnis für die Wichtigkeit dieser Sache in die weitesten Kreise zu tragen. Das Beiblatt erschien alle vierzehn Tage und berichtete über alle Veranstaltungen von Polizeihundprüfungen. Meine Propaganda erstreckte sich natürlich auch auf die Staatsanwaltschaften und Gerichte des ganzen Deutschen Reiches und da ich das Dargebotene auch durch

Illustrationen belebte, so kam mehr Leben in die Bewegung. Ich durfte die Polizeihundfrage nun nicht als Kennologie oder Liebhaber behandeln, sondern ich mußte sie von dem Interessenstandpunkte der Polizeiverwaltungen betrachten. Im finanziellen Interesse der Polizeiverwaltungen lag es und liegt es noch heute, daß möglichst viele Rassen als Polizeihunde verwertet werden; denn je beschränkter die Auswahl, je größer wird die Nachfrage für die einzelne Rasse sein und daher die geforderten Preise desto höher steigen. In Frage konnten nur die Mittelrassen kommen und von diesen in erster Linie der Schäferhund, und zwar der deutsche Schäferhund, wie ihn zielbewußt und opferwillig seine Liebhaber in den letzten Jahrzehnten herangezüchtet haben. Ihm gleichberechtigt mußte unbedingt der Airedaleterrier erachtet werden, den seine Liebhaber über ganz Deutschland verbreitet und fortgesetzt verbessert haben. Auch er war an harte Arbeit gewöhnt, denn in seiner englischen Heimat war er besonders zur schweren Wasserjagd verwendet worden. Aber trotz eifrigen Suchens fand ich nur noch einen dritten Hund, der mit gutem Gewissen für den Polizeidienst empfohlen werden konnte, und das war der Dobermannpinscher, von dem ich wußte, daß er in den thüringischen Staaten schon der Gendarmand genannt wurde, bevor der heutige deutsche Schäferhund planmäßig gezüchtet wurde. Für die Kennologie entbeht hat ihn kein anderer als der Altmeister Hegenwald, unter welchem Namen der verstorbene Freiherr v. Zedlitz schrieb. Er sagte damals in der Deutschen Jägerzeitung: „Dobermänner, aus altdeutschem Schäferhund und deutschem Pinscher gezüchtet, zeichnen sich durch phänomenale Wachsamkeit in Haus, Hof und Gebäuden aus, verteidigen ihren Herrn mit Löwenmut, sind vorzüglichste Begleitthunde bei Pferd, Wagen, Fahrrad oder einem Spaziergängen und werden, da äußerst intelligent, auch als Jagdhunde und zum Viehstreifen vorteilhaft verwandt; sie leisten, weil ansonstende Schnellläufer ersten Ranges, zum Apportieren kranker Haken bei Feldtreibjagden vorzügliche Dienste, stören meist laut im Holz und dürfen sich ihrer vielseitigen Anselligkeit halber so eigentlich recht als Kriegshunde eignen. Der energische deutsche Dobermann ist ein sehr kluger Geistle und bildet den Mittelpunkt auf jeder Anstellung.“

Kernerdings tritt von Otto, Wensheim, sehr lebhaft für den Dobermann ein, indem er erklärt: „Die Zukunft gehört dem Dobermann; nicht als ob er die anderen Rassen töten würde, aber er wird sie an Beliebtheit, Zahl und Höhengätzung weit übertreffen.“

Alle drei Rassen sind im großen und ganzen von gleichen Größen, die Hündinnen 50 bis 55, die Rüden 50 bis 60 cm hoch. Mut, Wachsamkeit, Mißtrauen gegen Fremde, Treue gegen den Herrn, Klugheit, diese Eigenschaften sind allen drei Rassen eigen. An Schnelligkeit ist der Dobermann den anderen überlegen. Er rangiert in bezug auf Schnelligkeit hinter dem Windhund. Welcher Hund der schönste ist, das ist Sache der Liebhaberei. In bezug

auf Dressurfähigkeit kann man gleichfalls seiner Klasse den Vorzug geben, wenngleich zugegeben werden muß, daß der Airedale-Terrier sehr leicht lernt. Es gibt in jeder Klasse dumme und in jeder Klasse hervorragend befähigte Hunde und selten sind die schönsten Vertreter ihrer Klasse die klügsten und damit die am besten für den Polizeidienst geeigneten. Nach meinen persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen glaube ich auch aussprechen zu können, daß der Dobermannrüde erst etwas später als die Rüden der beiden anderen Rassen erfolgreich dressiert werden kann, weil in seiner Jugend seine Wildheit dem Dresseur viele Schwierigkeiten bereitet. Auf dem Prüfungsplatz können leicht Schäferhund und Dobermann am besten absteichnen. Der Schäferhund nimmt nämlich auch die Übungen so ernst wie den wirklichen Dienst, er regt sich auf Befehl auf, und der Dobermann geht mit demselben Feuer ins Renöver wie ins Gefecht, weil er der geborene Kämpfer ist. Der Airedale dagegen macht auf dem Prüfungsplatz öfter den Eindruck der Weichheit; nur der Eingeweihte weiß, daß der Hund die Sache gewissermaßen durchschaut und es ablehnt, sich künstlich aufzuregen, tatsächlich ist er aber in der Praxis scharf und schneidig.

Deutschland steht ebensowohl in Bezug auf die Zahl der vorhandenen ausgebildeten Polizeihunde wie auch bezüglich der Leistungen der Hunde anerkanntermaßen an der Spitze der Polizeihundbewegung. Belgien, von dem kürzlich wieder in den Zeitungen so viel berichtet wurde, kommt hierneben gar nicht in Frage. Die belgischen Hunde werden nach dem unparteiischen Urteil hervorragender Sachverständiger der Schweiz und Hollands zu sehr für die Schaustellung dressiert. Es wird zu viel Wert auf hohes Springen gelegt. Ihr Appell, das Wichtigste beim Polizeihunde, wird als mangelhaft bezeichnet. In der Schweiz und Holland wird mit ruhigem Ernst gearbeitet. In Frankreich macht die Bewegung gute Fortschritte, sie ist von Deutschland besonders stark befruchtet worden. In Deutschland sind zurzeit rund 300 Polizeiverwaltungen vorhanden, welche Polizeihunde halten. Bei vielen anderen Verwaltungen ist dem Beamten die Führung eines Polizeihundes gestattet. Der deutsche Polizeihundverein (Sip Hagen) zählt bereits

400 Mitglieder, darunter eine große Anzahl von Polizeiverwaltungen. Dank seiner zielbewußten Leitung, dank der Unterstützung und dem Wohlwollen der vielen und auch höchsten Behörden ist der Verein jetzt in der Lage, seine Prüfungen unabhängig von Hundeausstellungen zu veranstalten, wodurch sie nicht mehr als uebensächliches Anhängsel erscheinen und nicht mehr unter dem Einfluß der Ausstellungspolitik stehen; auf den Prüfungen des P.H.V. sind jetzt auch ausschließlich Richter tätig, die der P.H.V. ernannt und die seine Rassen-Interessen zu vertreten haben. Hierdurch wird auch vermieden, daß die Polizeihunde in die Gefahr kommen, auf den Hundeausstellungen angepöbelt zu werden.

Der P.H.V. betrachtet als selbstverständlich, daß keine Polizeiverwaltung und kein Polizeibeamter in Zukunft Polizeihunde noch durch einen Richter, welcher von ihm nicht anerkannt ist, auf Ausstellungen prüfen läßt, wo die Polizeihundprüfungen nur Kellame sind. Sowohl für Polizeiverwaltungen als auch für Polizeibeamte ist es nun auch leicht, Mißgriffe beim Anlauf von Polizeihunden zu vermeiden, wenn sie verlangen, daß ihnen das von den Richtern des P.H.V. erteilte Prüfungszeugnis vorgelegt wird. Aus diesem können sie sehen, was der Hund leistet, wie er von Sachverständigen beurteilt worden ist.

Freilich muß immer wieder betont werden, daß die Polizeihundfrage in eine Menschen- und eine Hundefrage zu teilen ist. Der beste Polizeihund kann durch einen ungeeigneten Führer in acht Tagen verdorben und damit wertlos gemacht werden. Der P.H.V. sowie auch die Schriftleitung des Vereinsorgans sind jederzeit bereit, Auskünfte und Rat zu erteilen. Sie haben dies bereits seit Jahren mit vielem Erfolg getan.

Welch hoher Wert jetzt bei den deutschen Polizeihunden auf den Appell gelegt wird, das werden die hier vorgeführten Hunde zeigen. Man wird sehen, daß das, was an den vor zwei Jahren in der Dafenheide vorgeführten Braunschwärzer Hunden noch getadelt wurde, die vollständige Unmöglichkeit, sie vom Verfallsverbrecher loszubekommen, an keinem der hier vorgeführten Hunde mehr gerügt werden kann.

Allerlei.

Derren Polizeikommissar Voos in Diebrich ist es gelungen, die städtischen Körperschaften von der Zweckmäßigkeit der Polizeihunde zu überzeugen. 950 M sind für dieses Jahr zur Anschaffung von Polizeihunden erteilt, bewilligt, worin die Kosten des Züngers nicht enthalten sind. Der Führer eines Diensthundes erhält in Zukunft pro Jahr 120 M Futter- bezw. Pilegegeld.

Prüfung der Polizeihunde in Flauen. Am 20. Oktober d. J. hielt der Verein der Hundesfreunde des Vogtland eine Prüfung der Polizeihunde ab, die sich im Besitz der dortigen Polizeiverwaltung oder der Beamten befanden.

Der B. d. S. B. wollte durch die Ableitung der Prüfung dazu beitragen, daß die Polizeihund-Bewegung auch in der Stadt Flauen die geeignete Unterstützung findet. In allererster Linie sollte durch die Prüfung an der Hand von Beispielen gezeigt werden, was in Flauen auf diesem Gebiet bisher erreicht worden ist, und es sollte durch die Prüfung den Führern der Hunde eine anerkennende Aufmunterung für die bis jetzt angewandte Mühe zuteil werden. Die Prüfung selbst hat hinacgen gezeigt, daß von seiten der Führer mit Unterstützung des Polizeiamtes mit großem Fleiß und Verständnis gearbeitet worden ist. Infolgedessen ging auch der Abschluß der Prüfung weit

über die gehegten Erwartungen hinaus. Die Leistungsprüfung erfolgte auf Grund der durch den Verein für Polizeihunde festgelegten Prüfungsordnung.

Die Herren Amtshauptmann Dr. Jund, Stadtrat Schurig und Polizeinspektor Seitmänn wohnen der Prüfung bis zum Schluß bei.

Folgende Preise wurden vergeben:

1. Preis, mit 80 Punkten: „Gez vom Sgratal“, Airedale-Terrier-Hündin, Führ. und Bes. Schumann Wülfert; 2. Preis, mit 74 Punkten: „Lotte“, Dobermann-Pinscher-Hündin, Führ. Schumann Barthel, Bes. Polizeiamt Plauen; 3. Preis, 70 Punkte, „Lord“, Dobermann-Pinscher-Hüde, Führ. Polizeiwachtmeister Hager, Bes. Polizeiamt Plauen; 4. Preis, mit 67 Punkten, „Luz“, Dobermann-Pinscher-Hüde, Führ. Schumann Hildebrand, Bes. Polizeiamt Plauen; 5. Preis, mit 67 Punkten: „Kessa“, Dobermann-Pinscher-Hündin, Führ. und Bes. Schumann Wülfert; 6. Preis, mit 65 Punkten, Trostpreis: „Blücher“, Dobermann-Pinscher-Hüde, Führ. und Bes. Schumann Taubert; 7. Preis, mit 39 Punkten, Trostpreis: „Hlin“, Dobermann-Pinscher-Hüde, Führ. Schumann Barthel, Bes. Polizeiamt Plauen; 8. Preis, mit 29 Punkten, Ehrenpreis des „Frankfurter Airedale-Terrier-Klubs“: „Strid vom Sgratal“, Führ. und Bes. Schumann Wülfert.

Die Gesamtzahl der in der Prüfung zu erreichenden Punkte betrug 100. Berücksichtigt man nun, daß die Polizeihund-Bewegung in Plauen noch verhältnismäßig jüngeren Datums ist, und das Alter der geprüften Hunde mit nur zwei Ausnahmen ein Jahr betrug, so ist aus den oben angegebenen erreichten Punkten ohne weiteres ersichtlich, daß die Leistungen der Prüflinge ein sehr zufriedenstellendes Ergebnis zeigten. Ganz besonders muß hervorgehoben werden, daß die in der Hauptsache in der Praxis vorkommenden Übungen, Revieren, Verbellen oder Verweisen, Verfolgen und Festhalten von Personen und die Verteidigung des Führers ohne Befehl, fast durchweg bei allen Hunden mit gut, bezw. sehr gut bewertet werden konnten.

Jeder Polizeihundmann wird sich freuen, daß mit solchem Eifer in Plauen gearbeitet wird. Zu wünschen wäre es, schon im Interesse der dortigen Polizeihundführer, daß sich in Plauen bald ein „Zweigverein des P.H.V. bilden möchte.

„Vereinte Kräfte führen zum Ziel.“

Bücherschau.

Wenn die Natur ruft. Von Jack London. Deutsche Uebersetzung von L. Löns, Hannover, Adolf Sponholz Verlag, G. m. b. H.

Jeder Hundebesitzer wird diese Geschichte eines Schlittenhundes mit großem Interesse lesen. Meisterhaft ist der Stoff behandelt.

Humor.

Aristokratie. „Rein“, sagte mein Freund begeistert, „etwas Schöneres kannst du dir nicht denken! Gestern wurde mir Gilly von der Schanze und Lady von Schmidhorst vorgestellt. Diese Eleganz in allen Bewegungen! Diese echt aristokratische Art, das Haupt zu tragen! Und wie sie gleich zutraulich waren und mir die Wade beschmupperten!“

„Was?“ rief ich erschreckt, „zwei Damen aus den besten Kreisen und beschmupperten deine Wade!“

„Schaflos!“ sagte mein Freund. Du sprichst von Damen, ich aber spreche von den Polizeihunden, die neulich auch dem Kronprinzen vorgeschikt wurden.“

„Mr. Nr. 48.“

Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P.H.V.) e.B., Sitz Hagen.

Neue Mitglieder.

Böttcher, Agl. Landrat und Polizeidirektor, Saarbrücken; v. Hagen, Reg.-Assessor bei der Agl. Pol.-Dir. Saarbrücken; Polizeiverwaltung Gottbus; Polizeiamt Attona, vertreten durch Pol.-Insp. Hauptmann Ktacher; Steinhäuser, Schumann, Berlin; Bährcke, Pol.-Kom., Dortmund; Pfeiffer, Kaufmann, Rastl.-Burbach; Mohr, Gefangenaufl., Saarbrücken; Brähler, Schumann, Wilhelmshaven; Seibel, Steiger, Wanne; Bennholz, Gend.-Wachmstr., Großenkneten; Traumann, Gendarmerie-Wachmeister, Goldenstedt; Sohn, Gendarmerie-Wachmeister, Sande; Gaedede, Gendarmerie-Wachmeister, Betel; Fischer, Gendarmerie-Wachmeister, Kloppeburg; Schaffland, Jagdausscher, Dasppe; Büttner, Pol.-Sergeant, Röllinghausen; Kuhn, Schumann, Lübeck; R. Junger, Plantagenbesitzer, Varnau; Bohnei, Schumann, Frankfurt a. M.; Welterdorff, Rentner, Altenessen; Wefendorf, Steinbude; Kaasch, Pol.-Sergeant, Greisdorf; Krahberg, Krim.-Wachmeister, Elberfeld; Benjell, Krim.-Pol.-Sergeant, Barmen; Wode, Polizeiwachmeister, Elberfeld; Amt Apferbed; Schuh, Pol.-Kom., Schwelm; Ritsch, Pol.-Kommissar, Heidelsberg; Ehrmann, Pol.-Sergeant, Hufen; Hofferber, Reg.-Assistent, Vergeedorf; Verein für Polizei- und Kriegshunde, Essen, Ruhr; Koob, Rastl.-Burbach; Leiner, Rastl.-Burbach; Roth, Saarbrücken; Kleber, Anton, Rastl.-Burbach; die Königl. Schutzmänner Röper, Dörfer, Rastl.-Burbach; Dorred, Pol.-Sergl., Wehrden-Völlingen; Dangela, Schumann, Saarbrücken; Resele, Agl. Pol.-Kom., Rastl.-Burbach; Schumann, Kaufm.; Pades, Schumann; Thielhorn, Schum., Stiening, Rastl., sämtl. zu Rastl.-Burbach; Arn. Kornell, Ww., Saarbrücken; Berfah, Lehrer, Prebach; Schleijner, Pol.-Kom. b. d. Agl. Pol.-Dir. Saarbrücken; Hager, Pol.-Sergl., Dasppe; Müller, Direktor, Wien.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Rr. 19.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Von den Wertpapieren.

(Nachdruck verboten.)

In jeder größeren Zeitung findet sich eine tabellarische Übersicht, die mit der Überschrift „Kurszettel der R. R. Börse“ versehen ist. Nun wissen wohl alle Zeitungseifer, daß hier die an der Börse gehandelten Wertpapiere nach Preis und Zinsfuß aufgeführt sind; wer aber nicht selbst in der glücklichen Lage ist, Befiger von Wertpapieren zu sein, oder durch seinen Beruf mit der Sache vertraut ist, wird selten verstehen, was der Kurszettel besagt und noch weniger eine Kenntnis von dem Wesen der Wertpapiere haben. Es soll deshalb im folgenden eine gemeinverständliche Darstellung von den Wertpapieren gegeben werden, wie sie auch der Nichtfachmann, der Anspruch auf Allgemeinwissen macht, haben muß.

Entstehung und Wesen der Staatspapiere.

Man unterscheidet bei den Wertpapieren Staats- und Kommunalpapiere, Eisenbahnpapiere, Industriepapiere und Bankpapiere. Gehen wir uns zunächst an die Staatspapiere! Jeder einzelne nicht mit Glücksgütern begabte kann durch große unvorhergesehene Ausgaben oder durch Unternehmenspläne, die seine geldliche Leistungsfähigkeit übersteigen, gezwungen werden, eine Anleihe zu machen. Er wird damit „Schuldner“ und muß dem Darleiher, der glaubt, das Geld wieder zu erhalten — hoher „Gläubiger“ genannt — einen Schuldschein ausstellen. In diesem muß 1. die Höhe der Schuld, 2. der Name des Gläubigers und Schuldners, 3. die Höhe der Verzinsung und 4. die Art der Rückzahlung angegeben sein. Auch bei dem Staat reichen die laufend erhöhten Steuern und Abgaben nicht aus für außerordentliche Ausgaben; er muß dann auch Schulden machen. Anlaß dazu kann sein ein bevorstehender Krieg (Kriegsanleihe), Ausrüstung von Heeren, Bau von Kriegsschiffen, Kriegshäfen, Festungen, Stützgebäuden, Kanälen und Eisenbahnen. Der Staat wendet sich dann entweder an ein Konfortium von Bankiers^{*)}, erhält von diesen das Geld und läßt durch dieselben die Schuldscheine — also Staatsschuldsscheine oder Staatsanleihe-scheine — verkaufen, oder er läßt in Zeitungen bekanntmachen, daß eine Anleihe aufgenommen werden soll. In letzterem Falle werden bei öffentlichen Auktionen Listen — Subscriptionslisten — ausgelegt, in welche jeder, der dem Staate leihen will, seinen Namen einträgt, subskribiert. Die Schuldsscheine lauten meist über Summen von 100, 500, 1000 M. Zuweilen sind Zuteilungen von 20, 30, 40 usw. v. d. S. zulässig. Der Darleiher erhält dann einen soge-

nannten Interimsschein. Nach genügender Zeichnung der Anleihe werden die Subscriptionslisten geschlossen. Es kommt vor, daß Anleihen, besonders wenn der Patriotismus des Volkes in Mitleidenschaft gezogen wird wie bei Kriegsanleihen, fünf- bis zehnmal überzeichnet werden. Natürlich wird die Anleihe nur so weit erhoben, als sie nötig ist. Die Staatsschuld- oder Staatsanleihe-scheine müssen wie jeder Schuldschein enthalten: 1. die Höhe der Schuld, 2. den Namen des Schuldners, 3. die Art der Verzinsung und 4. den Zeitpunkt der Rückzahlung, der Amortifikation, d. h. Tilgung der Schuld. Der Name des Gläubigers fehlt; denn die Schuldsscheine können gekauft und verkauft werden, wechseln also den Inhaber und tragen den Vermerk: Inhaber dieses. Daher werden sie auch Inhaberschuldscheine genannt.

In welcher Weise zahlt nun der Staat seinen Gläubigern die Zinsen? Während sonst ein Schuldner seinem Gläubiger die Zinsen überbringt oder zusehnd, muß hier der Gläubiger, der Befiger eines Staatsschuldsscheins, die Zinsen einfordern. Zu diesem Zwecke ist jedem Staatsschuldsschein ein zweites Papier beigegeben, der Zinscheinbogen, bestehend aus Talon^{**)} oder Zinscheineiste und meist 20 Coupons^{***)} oder Zinscheineinschnitten, die, da die Zinsen halbjährlich fällig sind, für 10 Jahre reichen.

Nach Ablauf des Halbjahrs wird der t. Zinschein, auf dem auch die Nummer und der Betrag des Staatsschuldsscheins steht, abgeschnitten; er kann dann bei jeder Staatslotterie in Zahlung gegeben werden. Zinscheine von sicheren Staatspapieren werden von jedermann als Vorgegeld angenommen, oft schon lange vor der Fälligkeit. Ist nach Ablauf von zehn Jahren der letzte Zinschein abgeschnitten, so erhält man gegen Einreichung des alten Talons einen neuen mit 20 Zinscheinen.

Bei der Aufnahme der Schuld muß der Staat auch auf die Amortisation oder Tilgung derselben bedacht sein. Sie kann auf zweifache Weise erfolgen; entweder werden jährlich eine Anzahl Schuldsscheine ausgelöst und diese dann eingelöst, oder sie werden unter der Hand von dazu beauftragten Bankiers aufgelaufen. Im letzteren Falle werden die Papiere nach dem Rennwert bezahlt, im letzteren Falle aber so, wie der Kurs, d. h. Preis ist. Die Staatspapiere wie überhaupt alle Wertpapiere können verschiedenes auf dem Kurse sein:

1. al pari oder kurz pari, wenn das Papier gerade seinen nominellen Wert hat.

2. unter pari, wenn der Kurs geringer ist als der Rennwert, z. B. statt 100 nur 97,40 M.

3. über pari, wenn der Kurs höher ist als der Rennwert, z. B. 101,50 statt 100 M.

*) spr. bankjeh.

**) spr. talon.

***) spr. kupon.

Der Kurs des Papiers hängt von Angebot und Nachfrage ab. Diese richten sich nach der Sicherheit, die der Staat für die Einlösung der Schuld bietet. Staatspapiere von Staaten mit schlechter oder unsicherer Finanzlage haben einen geringen Kurswert, stehen also weit unter pari wie z. B. türkische Staatspapiere. Auch die Höhe des Zinsfußes und die Art der Amortisation ist von Einfluß auf den Kurs des Papiers; dieser ist aus dem Kurszettel ersichtlich. Die Zusage neben der Kursnotierung haben folgende Bedeutung:

®. = Geld. Die Nachfrage nach dem betreffenden Papier war wegen Mangels an Angeboten vergeblich:

bez. u. ®. = bezahlt und Geld. Umsätze fanden statt, doch konnte die Nachfrage nicht befriedigt werden.

bez. = bezahlt. Angebot und Nachfrage waren in gleichem Maße vorhanden.

bez. u. B. = bezahlt und Brief. Das Angebot der Papiere war stärker als die Nachfrage; die Verkäufe wurden nur teilweise ausgeführt.

B. = Brief bedeutet das Gegenteil von ®. Zum notierten Kurse wurden Papiere ausbezahlt, ohne daß sich ein Abnehmer dazu gefunden hätte.

Die Staatspapiere haben die Namen Staatsschuldcheine, Staatsanleihscheine und Prämienanleihscheine; sie unterscheiden sich hauptsächlich im Zinsfuß. Die Prämienanleihscheine haben einen geringen Zinsfuß. Mit ihrer Auslösung ist aber eine Art Lotterie verbunden; denn auf eine bestimmte Anzahl entfällt eine Prämie, die manchem den Ankauf dieser Papiere verlockend erscheinen läßt.

Rechtsprüfswörter.

Lehnt Aufbewahrung ab der Wirt,
Er doch fürs Ganze hafter wird.

Der Wirt hat eben die Pflicht, die Sachen zur besonderen Verwahrung anzunehmen. Will er doch nicht, darf er den Gast nicht aufnehmen. D. R. G. B. § 702.

(Dr. Loh: Neue deutsche Rechtsprüfswörter.)

Allerlei Rat.

Das Fleischgewicht der verschiedenen Hühnerrassen soll bei normalen, erwachsenen Tieren im Durchschnitt betragen: Bei Brahmaputra Hahn 5—7 kg, Henne 3½—6 kg, bei Dorking Hahn 4½—7 kg, Henne 3½—4½ kg, Houdan Hahn 3½—4½ kg, Henne 2,8 bis 3½ kg, Malaien Hahn 3½—4 kg, Henne 2½ bis 2½ kg, Brabanter Hahn 2½—3 kg, Henne 1½—2½ kg, Italiener Hahn 2½ bis 3½ kg, Henne 2—2½ kg, Leghorn Hahn 2½ bis 3½ kg, Henne 2½—2½ kg, Hamburger Laub Hahn 2½—2½ kg, Henne etwa 2 kg, Hamburger Sprenkel Hahn 1½—2 kg, Henne etwa 1½ Kilogramm.

Das Haar der Kinder muß mindestens in jeder Woche einmal gründlich mit lauem Wasser und milder Seife gut ausgewaschen werden. Im Winter geschieht dies am besten vor Schlafengehen. Nach dem Waschen wird

der Kopf gut abgetrocknet mit erwärmten Tüchern und die Kopfhaut mit Brantwein eingerieben.

Feueranmachen mit altem Papier gelingt nur dann, wenn die dazu verwendeten Zeitungspapierstücke losgedreht und zu runden Strängen zusammengelegt werden. Oder man schichtet die festgedrehten Zeitungspapierstücke übereinander. Zum Feueranmachen können auch leere Streichholzschachteln, zertrümmerte Spankörbe und getrocknete Kartoffelschalen verwendet werden.

Schmucksteine aus Samt entfernt man durch Abreiben mit einer frischen, halb durchgeschnittenen Zwiebel, und zwar reibt man gegen den Strich. Danach zieht man den Samt linksseitig über ein nicht zu heißes Eisen und bürstet ihn rechtsseitig danach mit einer weichen Bürste ab.

Hundschau.

Kuntliche Abkürzungen für Maße und Gewichte. Nach Beschluß des Bundesrats vom 8. Oktober 1877 sind für die Maße- und Gewichtsbezeichnungen folgende Abkürzungen anzuwenden: m für Meter, cm für Zentimeter, mm für Millimeter, km für Kilometer, qm für Quadratmeter, qcm für Quadratcentimeter, qmm für Quadratmillimeter, qkm für Quadratkilometer, a für Ar, ha für Hektar, ebm für Kubikmeter, ebcm für Kubikcentimeter, ebmm für Kubikmillimeter, l für Liter, hl für Hektoliter, g für Gramm, mg für Milligramm, kg für Kilogramm, Dz für Doppelcentner, t für Tonne. Den Buchstaben werden Schlüsselpunkte nicht beigefügt. Die Buchstaben werden an das Ende der vollständigen Zahlensausdrücke — nicht über das Dezimal komma — gesetzt, es ist also zu schreiben, 5,38 m, nicht 5 m 38 cm. Nach dem Bundesratsbeschluß hat ferner zur Trennung der Einerstellen von den Dezimalstellen das Komma, nicht der Punkt zu dienen. Sonst soll das Komma bei Maß- und Gewichtszahlen nicht angewendet werden, insbesondere nicht zur Abtheilung mehrstelliger Zahlensausdrücke. Solche Abtheilung ist durch Anordnung der Zahlen in Gruppen zu je drei Ziffern, vom Komma aus gerechnet, mit angemessenem Zwischenraum zwischen den Gruppen zu bewirken.

Auflösung der Rätsel aus Nr. 18.

Lösung des Bilderrätsels:

Ein Mann, ein Wort.

Lösung des Zifferblattträtsels:

I H II IV V VI VII VIII IX X XI XII

M O R N A M E N T O R A

Fort, Ornament, Name, Namen, Rentor, Tot, Whom.

Lösung des Logogriffs:

Red, Wed, Ded, Hed, led, Ard.

Lösung der Zahlenkräft:

Beharrlichkeit führt zum Ziel

Schlüssel:

Becher, Satz, Raum, Alter, Ruhe, Stelle

Lösung des Doppelbildes Spruch:

Sichel, Eichel.

Vakanzenliste für Militärantenwärter.

Der im Auftrage des Königlich Preussischen Kriegsministeriums allmählich veröffentlichten „Vakanzliste für Militärantenwärter“ entnommen.

Eine Zusammenstellung der den Militärantenwärtern bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in sämtlichen Bundesstaaten vorzuhaltenden und zur Befugung ausgeschriebenen besseren Subaltern- und Unterbeamtenstellen.

- 1) Laufende Nummer. 2) Die Vakanz tritt ein: wann? wo? bei welcher Bedeute? 3) Adressat Bezeichnung der Stelle. 4) Bezeichnung der Anforderungen, welche an die Bewerber gestellt werden. 5) Dauer der eina. der Kündigung desangehenden Probezeit. 6) Ob die Kündigung auf Lebenszeit oder auf Kündigung erfolgt. 7) Betrag der zu behebenden Pension oder ob dieselbe durch Gehaltsabzüge gedeckt werden kann. 8) Einkommen der Stelle. 9) Ob Aussicht auf Beförderung vorhanden. 10) Bemerkungen.

1. 2) 1. Januar, Düsseldorf, Stadtverwaltung, 3) Fuhrpaffassistent, 4) Lebensalter nicht über 35 Jahre, Befähigung für den Bureaudienst, im Fuhrwesen, in der Revision und Instandsetzung von Fahrzeugen und Geschirren, der Geräte und Materialverwaltung sowie im Rechnungswesen erfahren, zeichnerische Fertigkeit, 5) 6 Monate, 6) auf 3 monatige Kündigung, 7) —, 8) 2400 M pro Jahr, 9) steigend bis 3800 M, 10) Meldung mit sämtlichen Papieren; pensionsberechtigt.

2. 2) sofort, der Dienort wird bei der Einberufung bestimmt, Königliche Eisenbahndirektionen Altona und Ebn, 3) 25 bzw. 60 Stationsassistenten, 4) bis 10) wie f. d. Nr. 1 der Vakanzliste in Nr. 17 des „Gendarm“.

3. 2) 1. April, Steglitz, Kreis Teltow, Amts- und Gemeindevorsteher, 3) Polizeiwachmeister, 4) Größe nicht unter 1 m 72 cm, Alter nicht über 35 Jahre, 5) 6 Monate, 6) zunächst 5 Jahre auf 3 monatige Kündigung, sodann auf Lebenszeit, 7) —, 8) Anfangsgehalt 1900 M, steigend bis 2800 M, freie Dienstkleidung, 9) —, 10) Pensionsberechtigung.

4. 2) 1. Januar, Eibersfeld, Polizeiverwaltung, 3) Polizeiwachmeister, 4) —, 5) 6 Monate, 6) auf 3 monatige Kündigung, 7) —, 8) Gehalt 1800 M, steigend bis 2700 M, Kleidergeld 200 M, Ausrüstungsstücke werden geliefert, 9) —, 10) Ruhegehaltsberechtigt.

5. 2) Januar, Schwein, Magistrat, 3) Polizeiwachmeister, 4) —, 5) 6 Monate, 6) auf 3 monatige Kündigung, nach 5 Jahren auf Lebenszeit, 7) —, 8) 1800 M, steigend bis 2700 M, außerdem 180 M Kleidergeld, Ausrüstungsstücke werden geliefert, Umzugskosten werden zur Hälfte erstattet, 9) —, 10) pensionsberechtigt.

6. 2) 1. Januar, Landsberg a. W., Landarmen- und Korrigendenanstalt, 3) Wirtschaftsaufsesser, 4) —, 5) 6 Monate, 6) auf 3 monatige Kündigung, 7) keine, 8) 900 M, steigend bis 1500 M, Dienstwohnung, 45 M Dienstkaufwand für Uniform, Pensionsberechtigung, 9) —, 10) Bewerber müssen die Landwirtschaft, besonders auch die Drillkultur gründlich verstehen, in der Wirtschaft

und Rindvieh- und Schweinegucht genügende Kenntnisse nachweisen.

7. 2) 1. Februar, Liegnitz, Magistrat, 3) Kanzlist in der Standesamtskanzlei, 4) gute Handschrift, 5) 6 Monate, 6) auf Kündigung, 7) —, 8) 1200 M, 9) steigt bis 1850 M, 10) pensionsberechtigt.

8. 2) sofort, Sennef, Sieg, Bürgermeisterrat, 3) Bürgermeistereisekretär und Bureauvorsteher, 4) muß sämtliche vorfindenden Arbeiten — einschl. Standesamt — selbstständig erledigen bzw. sich die Befähigung hierzu innerhalb der Probezeit aneignen können, 5) 6 Monate, 6) auf Kündigung, 7) —, 8) Gehalt 1800 M, steigt bis 2550 M, Wertschadigung 250 M, 9) nein, 10) pensionsberechtigt.

9. 2) 1. April, Rengede, Amt, 3) Amtsassistent, 4) Fähigkeit, während der Probezeit die geforderten Kenntnisse sich anzueignen, 5) 6 Monate, 6) nach 5 Jahren auf Lebenszeit, bis dahin auf 1/2 jährige Kündigung, 7) —, 8) Gehalt 1350 M, steigt bis 2100 M, Wohnungsgeld 300 M bzw. 125 M, 9) —, 10) —.

10. 2) 1. März, Reuthen a. O., Bezirk Liegnitz, Magistrat, 3) Stadtwachmeister und Polizeibeamter, 4) —, 5) 6 Monate, 6) auf Lebenszeit, 7) —, 8) Gehalt 900 M, steigend bis 1200 M, Kleidergeld 50 M, Rahn- und Exekutionsgebühren durchschnittlich 48 M jährlich, 9) —, 10) pensionsberechtigt, schriftliche Bewerbungen binnen 6 Wochen einzureichen.

11. 2) 1. April, Rheine i. W., Amtsverwaltung, 3) Amtsbote und Polizeibeamter, 4) —, 5) 6 Monate, 6) vorläufig auf Kündigung ohne Pensionsberechtigung, 7) —, 8) an Pfandungsgebühren werden 600 M jährlich garantiert, außerdem 600 M als Amtsbote, ferner freie Wohnung, freie Beleuchtung und freie Heizung, 9) —, 10) Reinigung und Heizung der Bureaus zu übernehmen.

12. 2) bald, 3) Bunzlau, Magistrat, 3) Kanzlist, 4) gute Handschrift, 5) 6 Monate, 6) auf 3 monatige Kündigung, 7) —, 8) 900 M, 9) steigt bis 1200 M, 10) pensionsberechtigt.

Bei Bewerbungen bitten wir auf unsere Zeitschrift Bezug zu nehmen.

Probenummern unserer Zeitschrift „Die Zivilversorgung“, Zeitschrift für Militärantenwärter, Unteroffiziere und Beamte, mit den Beilagen Deutsche Treue und Vakanzliste für Militärantenwärter, Geschäftsstelle Berlin W. 9, Bismarckstraße 11, werden auf Wunsch kostenfrei übersandt. Man beachte die Bekanntmachung „Vorteile benutzen!“ auf Seite 1 in Nr. 8 des „Gendarm“.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsständischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 20. — 4. Januar 1908. — Seite 462/485. — 5. Jahrgang.

Januar						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

Herausgeber:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Baal, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Februar						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29						

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Buchereien wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die Zeigspalt. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Aber den plötzlichen Tod im Wasser . . .	463
KriegsMinisterialErl. vom 17. 9. 07 betr. Unterstützung von Militärbinterbliebenen	467
Aus den Parlamenten	467
Arbeiterschutz	468
Die Unterbrechung der Verjährung bei polizeilichen Strafverfügungen	468
Epileptiker als Verbrecher	469
Konsuln und Konsulatwesen	469
Erlebtes und Erfahrenes	471
Etatstärke der Kaiserlichen Marine	471

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	472
II. Kammergericht	473
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	473
IV. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof	474
Polizeibericht	474
Ehrentafel	475
Personalveränderungen	475
Verschiedenes	476
Auskaufte	476

II. Der Polizeihund.

Die Diensthunde der Altonaer Exekutiv- polizei im Jahre 1906	480
Aber Vergiftungen bei Hunden, deren Ver- hütung und Behandlung	481
Echo zur Richterfelder Prüfung	482

III. Haus und Herd.

Verwaltungskunde	484
Rechtspruchwörter	484
Weltbürger-Abc.	484
Rundschau	484
Allerlei Rat	485
Rätselle	485

Balancenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 30. Dezember 1907 abgeschlossen worden.

Über den plötzlichen Tod im Wasser.

Von Prof. Dr. R. Kodel in Leipzig.*)

Es ist eine bekannte Tatsache, daß nicht selten gute, ja vortreffliche Schwimmer im Wasser plötzlich untergehen und erst als Leichen wiedergefunden werden.

Die Veranlassung für das unvermutete Unterinken begiu. Nichtwiederauftauchen solcher Leute ist in vielen Fällen völlig dunkel, nicht zuletzt mit deshalb, weil die Sektion der Verstorbenen häufig unterbleibt. Man begnügt sich dann gewöhnlich, wie Nägeli**) bemerkt, mit der Annahme, daß der Verstorbene im Kampf von einem Schlagfluß oder einem Krampf oder von plötzlicher Ermüdung befallen wurde und infolgedessen ertrant.

Daß mit derartigen vagen Vorstellungen Aufklärung nicht geschaffen werden kann, bedarf keiner näheren Begründung. Und doch ist es ein unabweisbares Bedürfnis, die Ursachen des plötzlichen Todes im Wasser, besonders soweit gute Schwimmer davon betroffen werden, zu kennen. Wahgebend für das Bestreben, Licht in das Dunkel zu bringen, das meist über derartigen Fällen schwebt, ist keineswegs nur das theoretisch-wissenschaftliche Interesse, sondern, wie überall in der gerichtlichen Medizin, hauptsächlich das Erfordernis, wissenschaftliche Erfahrungen auf die Praxis des täglichen Lebens nutzbringend anzuwenden. Denn recht häufig sind Leute, die auf die erwähnte Art den Tod finden, gegen Unfall versichert, und es wird dann, wenn es sich um die staatliche Unfallversicherung handelt, festzustellen sein, ob ein Selbstmord auszusprechen ist. War der Verstorbene aber bei einer Privatgesellschaft gegen Unfall versichert, so hat der Arzt an der Hand der einschlägigen Versicherungsbedingungen zu prüfen, ob ein Unfall im Sinne dieser Bedingungen vorliegt oder nicht, und ob die Erscheinungen, die beim Unfall begiu. bei der Obduktion zutage traten, derart waren, daß vom ärztlichen Standpunkt aus der Tod als durch die Versicherung gedeckt anzusehen ist.

Nach den Versicherungsbedingungen, die wohl bei sämtlichen für deutsche Verhältnisse in Frage kommenden Unfallversicherungsgesellschaften seit November 1904 einheitlich gestaltet sind, sind Unfälle bei Wasserfahrten ohne Begleitung eines Bootsführers usw. sowie beim Baden nur insoweit in die Versicherung eingeschlossen, als sie nicht den Tod zur Folge haben. Derselbe oder eine mit ihr im wesentlichen übereinstimmende Klausel findet sich auch in den vor November 1904 gültig gewesenem Versicherungsbedingungen einer größeren Anzahl von Unfallversicherungsgesellschaften.

Es könnte nun vielleicht überflüssig erscheinen, angesichts der neuen, bei den Versicherungsgesellschaften allgemein eingeführten Versicherungsbedingungen auf die Frage des Unfalldodes im Wasser näher einzugehen. Diese Annahme würde jedoch nicht berechtigt sein, da einige Versicherungsgesellschaften früher für den Tod im Wasser besondere Vereinbarungen vorgesehen, andere wieder diese Todesart gar nicht ausdrücklich erwähnt hatten, und da noch Tausende von Menschen existieren, die bei diesen Gesellschaften auf Grund der früher gültigen Bedingungen gegen Unfall versichert sind. Es kann sonach sehr wohl jederzeit ein ärztliches Gutachten darüber, ob der Tod eines Menschen beim Baden usw. in die Versicherung eingeschlossen ist, erfordert werden.

Für die sachverständige Beurteilung solcher Fälle ist es naturgemäß notwendig, die Versicherungsbedingungen der betreffenden Gesellschaft zu kennen. Es sollen im folgenden aus den früher bei einigen Gesellschaften gültigen Versicherungsbedingungen die den Tod im Wasser betreffenden Bestimmungen angeführt werden als Beispiele dafür, nach welcher Richtung in den eingangs erwähnten Fällen gelegentlich ärztliche Gutachten zu erstaten sein würden.

Versicherungsgesellschaft A.

§ 3, Abs. 2. Unfälle bei Wasserfahrten . . . sind in die Versicherung eingeschlossen, ebenso der Tod beim Baden oder Schwimmen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß derselbe infolge zufälliger Einwirkung äußerer mechanischer Gewalt und nicht etwa durch Schlagfluß, Krampfanfall oder sonstige innere Veranlassung herbeigeführt worden ist.

Versicherungsgesellschaft B.

§ 3. Durch die Versicherung ist gedeckt der Tod beim Baden oder Schwimmen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß derselbe infolge zufälliger Einwirkung äußerer mechanischer Gewalt (nicht etwa durch Schlagfluß, Krampfanfall oder sonstige innere Veranlassung) herbeigeführt worden ist.

Versicherungsgesellschaft C.

§ 5. Von der Versicherung sind ausgeschlossen: d) . . . das Ertrinken beim Baden, wenn dasselbe nicht die Folge einer Unfallverletzung ist.

Versicherungsgesellschaft D.

§ 2, Abs. 6. Auf Unfälle beim Baden, Schwimmen, Fischen und Eislaufen erstreckt sich die Versicherung nur, soweit dieselben nicht den Tod des Versicherten durch Ertrinken zur Folge haben, sondern äußerliche Verletzungen verursachen.

Versicherungsgesellschaft E.

§ 2, Abs. 2. . . . auf Unfälle beim Baden sowie beim Schwimmen erstreckt sich die Versicherung nur, soweit die-

*) Aus der Zeitschrift zur Gründung des neuen Instituts für gerichtliche Medizin der Universität Leipzig mit allgemeiner Genehmigung des Herrn Verfassers.

**) Nägeli, Ein Beitrag zur Ätiologie des Ertrinkungstodes. — Arch.-Bl. f. Schweizer Ärzte 1880.

selben nicht den Tod durch Ertrinken zur Folge haben. —

Aber dies würden noch vom begutachtenden Ärzte zu berücksichtigen sein die früher von den einzelnen Gesellschaften gegebenen Definitionen des Begriffes der Unfallverletzung und die durchweg vorhandene Klausel, nach der Schlag- und Krampfanfälle, Schwindel, Schwäche, Ohnmacht, epileptische und epileptiforme Anfälle, sowie deren Folgen nicht als Unfälle im Sinne der Versicherung zu betrachten sind, ebensowenig als Überanstrengungen und die Folgen von Witterungs- einflüssen und Temperaturverhältnissen.

Überblickt man die Bestimmungen, besonders soweit sie Ereignisse und deren Folgen betreffen, die nicht in die Versicherung eingeschlossen sind, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß die Momente, die als Ursachen des unvermuteten Todes guter Schwimmer im Wasser in Frage kommen, ziemlich vollständig angefaßt sind, wenn auch meist so, daß sie außerhalb der Versicherung liegen.

Die Begründung für diese Auffassung ergibt sich, wenn man ohne jede Rücksicht auf die soeben berührten praktischen Interessen sich gegenwärtig, welches die Ursachen für das plötzliche Sterben guter Schwimmer im Wasser sind.

In erster Linie ist es zweifellos, daß Überanstrengungen und dadurch herbeigeführte schwere Ermüdungszustände ein plötzliches Untergehen auch ausgezeichneten Schwimmer bedingen können. Die Obduktion wird in solchen Fällen außer den Zeichen des Erstickungstodes nichts für die weitere Aufklärung Verwertbares zutage fördern. Dagegen vermag man wohl meist durch Befragung von Zeugen hier wichtige Aufschlüsse zu erhalten, da derartige plötzliche Todesfälle am häufigsten bei Rettungsversuchen, bei Wettschwimmen usw. vorkommen; auch die Mehrzahl der Todesfälle in der See, soweit gute Schwimmer davon betroffen werden, gehört hierher.

Ist durch anamnestiche Ermittlungen die Sachlage nach der eben erwähnten Richtung aufgeklärt, so scheidet der Fall unter allen Umständen aus den durch die Versicherung gedeckten Unfällen aus, da die Folgen von Überanstrengungen nicht nur nach den jetzt, sondern auch nach den früher gültigen Versicherungsbedingungen der Gesellschaften nicht als Unfälle gelten.

Weitaus schwieriger, ja in den meisten Fällen unmöglich ist es, festzustellen, ob ein ertrunkener Schwimmer durch das Auftreten von Muskelkrämpfen (Crampi) am weiteren Schwimmen behindert und so zugrunde gegangen war. Das Auftreten von Muskelkrämpfen beim Schwimmen ist etwas nicht Seltenes; so wird die Muskulatur der Beine, vor allen der Waden öfter davon befallen. Ob jedoch ein perfekter Schwimmer durch solche Krämpfe einzelner Muskelgruppen am Weiterschwimmen behindert werden kann, muß zweifelhaft erscheinen. Man gewinnt

vielmehr den Eindruck, als ob die Crampi nur dann verderblich werden, wenn der Schwimmende schon längere Zeit im Wasser und sonach mehr oder weniger körperlich ermüdet und überanstrengt war. Bei alledem ist die Bedeutung der Muskelcrampi für den plötzlichen Tod im Wasser unklar, und sie kommen deshalb, und weil sie sich objektiv und durch Zeugenbeobachtungen nicht feststellen lassen, als beachtenswertes Moment bei Begutachtungen der in Rede stehenden Unfälle nicht in Frage, selbst nicht in Hinblick darauf, daß die Versicherungsbedingungen durchweg zwischen „Krampfanfällen“ und „epileptischen Anfällen“ unterscheiden und demnach sehr wahrscheinlich unter Krampfanfällen die bezeichneten Crampi verstanden wissen wollen.

Etwas günstiger für die tatsächlichen Feststellungen ist wenigstens ein Teil der Fälle, wo ein Schock die Ursache des unvermuteten Untergehens und anschließenden Ertrinkens Badender und Schwimmender darstellt. Der sensible Reiz, der den Symptomkomplex des Schocks, insbesondere die Erlassung der Herzstätigkeit und die verhängnisvolle motorische Schwäche hervorruft, wird hier manchmal durch plattes Aufschlagen des Kopfes und speziell des Unterleibes auf die Wasseroberfläche repräsentiert. Vor allem bei ungeschickt ausgeführtem „Kopfsprung“ ist dieses Aufschlagen auf das Wasser etwas nicht Seltenes, und die sich anschließenden Störungen im Organismus entsprechen völlig den Erscheinungen, die beim gewöhnlichen Kopfsprung zutage treten. War das durch den Fall aus Wasser entstandene Trauma ein schwereres, so kann der davon Betroffene sofort versinken oder doch in die schwerste Ertrinkungsgefahr kommen, und so mancher Schwimmer weh von den unheimlichen Momenten zu berichten, die er nach einem mißglückten Kopfsprung im Wasser durchzumachen hatte.

Die objektive Feststellung des auf diese Weise herbeigeführten Ertrinkungstodes ist durch die Sektion allein nicht möglich, es werden hier vielmehr die Aussagen von Zeugen, die den Vorgang beobachtet hatten, die wesentliche Aufklärung bieten, wie das ja ganz allgemein für Schock-Todesfälle gilt.

Die Beziehung der eben angeführten Ertrinkungsfälle infolge von Schock durch Aufschlagen des Körpers aufs Wasser zu den Versicherungsbedingungen der beiden oben angeführten Gesellschaften A und B erscheint auf den ersten Blick insofern klar, als der Tod infolge zufälliger Einwirkung äußerer mechanischer Gewalt (Aufschlagen auf die Wasseroberfläche) herbeigeführt worden ist. Es würden hier wohl auch einige andere Gesellschaften den Tod eines auf Grund ihrer früheren Bedingungen Versicherten, in denen der Tod im Wasser nicht ausdrücklich erwähnt wird, als durch die Versicherung gedeckt anerkennen. Die oben angeführten Versicherungsbedingungen der Gesellschaften A und B verlangen es jedoch, daß in solchen

Hallen noch darauf eingegangen wird, ob der Tod als infolge eines „Schlagflusses“ eingetreten aufzufassen ist.

Was wir heutzutage unter einem „Schlagfluß“ oder „Schlaganfall“ zu verstehen haben, läßt sich nicht mit einem Wort ausdrücken, denn es sind recht verschiedenartige krankhafte Störungen, auf welche die Bezeichnungen Schlagfluß oder Schlaganfall von den Laien angewendet werden.

Untrennbar vom Begriff des Schlagflusses scheint zunächst die Plötzlichkeit zu sein, mit welcher die Krankheitserscheinungen eintreten. Diese selbst können dabei sehr verschiedenartig sein, je nachdem es sich um einen Gehirn- oder Nerven- oder Herz- oder Lungen Schlag bezw. „Schlagfluß“ handelt. Die anatomischen Grundlagen des Gehirn-Schlags sind intrakranielle Blutungen, Thrombose und Embolie von Hirngefäßen, in seltenen Fällen Tumoren oder akutes Ödem des Gehirns oder seiner Hülle. Der Begriff des Lungen-Schlags deckt sich mit dem der Lungenembolie, nicht etwa mit dem des Lungenödems, der Herzschlag entspricht den jetzt mehr gebräuchlichen Ausdrücken der Herzlähmung oder Entsope, während Schod (Neuroparalyse) — das Wort bedeutet im Englischen weiter nichts als „Schlaganfall“ — in der bei uns üblichen Anwendung ungefähr gleichbedeutend mit Nervenschlag ist.

Hält man hieran fest, so würden die in Rede stehenden, durch mechanischen Schod herbeigeführten Todesfälle im Wasser, die nach den Bedingungen der beiden Gesellschaften A und B zunächst in die Versicherung eingeschlossen erscheinen, deshalb, weil sie durch Nervenschlag, d. h. Schlagfluß herbeigeführt sind, andererseits wieder nicht durch die Versicherung gedeckt sein.

Aus diesem Dilemma einen Ausweg zu finden, kann sehr schwierig sein, doch wird man wohl richtig verfahren, wenn man den Hauptwert auf das Wesentliche, d. h. das mechanische Moment legt, nämlich den Fall auf die Wasseroberfläche, und ihm das weniger Wesentliche, das ist die Begriffsbestimmung des Wortes Schod unterordnet.

Ein Schod kann auch dadurch hervorgerufen werden, daß in dem Augenblick, in dem ein Mensch zum Baden ins Wasser sich begibt, dieser auf die Hautoberfläche einen Reiz ausübt. Dieser Reiz wird um so intensiver sein, je niedriger die Temperatur des Wassers und je höher die Temperatur der Hautoberfläche war. Die letztere ist immer dann verhältnismäßig hoch, wenn der Mensch „erhitzt“ ist, h. h. wenn infolge erheblicher körperlicher Anstrengungen die Haut stärker durchblutet wird. Die Gefahr des Eintretens eines derartigen Schods beim Baden nimmt in demselben Verhältnis ab, als die Oberflächentemperatur des Körpers sinkt, eine Tatsache, die allgemein bekannt ist und zur Aufstellung der Regel Veranlassung gegeben hat, daß man, bevor man ein Bad nimmt, sich an der Luft erst etwas „abtühlen“ soll. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß eine große

Anzahl von Todesfällen im Wasser von Gebirgsflüssen und Seen, wie sie nicht selten bei jugendlichen Wanderern vorkommen, auf die eben besprochene Weise durch Schod herbeigeführt wird.

Auch hier sind die hauptsächlichsten Aufklärungen zum Tatbestand nicht aus der Section, sondern aus den Beobachtungen Anwesender zu erwarten.

War einer der auf die letztgedachte Weise infolge Schod Ertrunkenen gegen Unfall bei einer der beiden obengenannten Gesellschaften A und B auf Grund der älteren Bedingungen versichert, so würde die Gesellschaft mit Recht die Auszahlung der Versicherungssumme verweigern. Denn nach § 2 dieser Bedingungen sind die Folgen von Temperatureinflüssen — und zu diesen würde hier der Schod wohl zu rechnen sein — durch die Versicherung nicht gedeckt.

Prouardel und Lohé (Arch. de Physiol. 1889) haben versucht, diese Art plötzlicher Todesfälle im Wasser auf experimentellem Wege aufzuklären. Nach dem Vorgang von Brown-Sequard, der durch Reizung der Kehlkopfgegend Stillstand der Atmung und Zirkulation sowie Schwinden des Bewußtseins hervorrufen konnte, haben die beiden Forscher gezeigt, daß der Stillstand der Atmung, der bei Versuchstieren (Hunden) unmittelbar nach dem Untertuchen zu beobachten ist, zum Teil zwar willkürlich, zum Teil jedoch reflektorisch herbeigeführt ist, und zwar letzteres durch den Reiz, den das Wasser auf die sensiblen Nerven der Haut und besonders der oberen Luftwege ausübt. Prouardel und Lohé halten den Tod durch „Entsope“ im Wasser für weiter nichts, als für eine außerordentliche Verlängerung des initialen Respirationsstillstandes, für das Ergebnis einer Reizung der oberen Luftwege durch aspiriertes Wasser; dieser Respirationsstillstand sei dann nicht wie gewöhnlich ein vorübergehender, sondern ein definitiver, der direkt zum Tode führe und es ausschließe, daß an den so verendeten Tieren die Lungen die Kennzeichen des Ertrinkungstodes darbieten (vergl. hierzu auch die Versuche Corins, Ann. de la soc. méd. lég. Belgique 1900, der bei mit Chloralhydrat und Strichnin vergifteten Hunden den Tod im Wasser plötzlich durch Atmungs- oder Herzlähmung eintreten sah, die Lungen dann nicht balloniert und die Bronchialwände trocken fand).

Wird unter diesen Umständen das in die oberen Luftwege eingebrungene Wasser auf deren Schleimhäute in derselben Weise reflektorisch herzählämend, wie ein in den Kehlkopf aspirierter Fremdkörper, so konnten doch andererseits Prouardel und Lohé auch feststellen, daß schon allein der Reiz, den das Wasser auf die Hautnerven ausübt, imstande ist, den definitiven Atmungsstillstand herbeizuführen. Leider finden sich bei den beiden Forschern keine Angaben darüber, ob hier je nach der Temperatur des benutzten Wassers Unterschiede in den Versuchsergebnissen bestehen. Das muß aber als sehr wahrschein-

lich angenommen werden, und zwar besonders in Hinblick auf die weiter oben berührten, beim Menschen vorkommenden plötzlichen Todesfälle in niedrig temperierten Gewässern.

Fall (Birchows Arch. Bd. 47, 1860, wofelbst auch die ältere Literatur besprochen ist) und mit ihm Berl (Vierteljahrschr. f. ger. Med. 26, 1877) hält die „Apoplexia nervosa“, d. h. den Schock, beim Menschen für eine mindestens sehr seltene Ursache des Todes im Wasser und hat auch unter seinen Versuchstieren (Kaninchen) trotz Anwendung kühlen Wassers (10 Grad C) und trotz Abstreifens der Haare keins auf diese Weise verenden sehen: es war zwar der primäre Atmungsstillstand sehr deutlich, doch schlossen sich dann stets die gewöhnlichen Erstickenerscheinungen an.

Trotz dieser Untersuchungen falls wird man indessen daran festhalten müssen, daß Menschen im Wasser infolge des durch daselbe ausgeübten Genußes plötzlich sterben können; der Tod ist auch in diesen Fällen durch Ersticken bedingt, nur verläuft die Ersticken wegen des gleich von Anfang an reflektorisch herbeigeführten definitiven Atmungsstillstandes eigenartig und wahrscheinlich rascher, als das sonst beim Ertrinken der Fall ist.

Es ergibt sich hieraus, daß Fälle dieser Art, falls es sich um Ansprüche aus einer Versicherung handelt, nach den früheren Verbindungen der beiden Gesellschaften A und B durch die Versicherungen nicht gedeckt sein würden.

Es schliessen sich hier jene Fälle von plötzlichem Tod im Wasser an, in denen Erbrechen als Ursache des Ersticken^s bezw. Ertrinkungstodes anzusehen ist. Zwei herbeigehörte Beobachtungen werden von Nägeli (Morr.-Bl. f. Schweizer Ärzte 1880) mitgeteilt. Die eine betrifft einen 14jährigen Knaben, einen vorzüglichen Schwimmer, der nach dem Abendbrot badete und vor den Augen seines Freundes plötzlich versank. Nägeli, der zufällig vorüberging, konnte bei dem nach höchstens 3–4 Minuten bewußtlos aus dem Wasser Gezogenen noch die Tracheotomie ausführen, wobei aus der Trachealöffnung Speisemassen hervorquollen. — Bei der nachherigen Sektion fand Nägeli die Lungen nicht balloniert, die Bronchien waren bis in die feinsten Verzweigungen mit Kartoffelbröckchen vollgestopft.

Im zweiten Fall Nägelis handelt es sich um einen 19jährigen Mann, der, ein vortrefflicher Schwimmer, gleich nach dem Abendbrot baden ging, ein Stüd weit schwamm und dann plötzlich mit einem gurgelnden Laut versank. Bei der Sektion der bald danach gelandeten Leiche fanden sich Mundhöhle, Röhrlapp, Luftröhre und die Bronchien bis in die feinsten Verzweigungen mit Mageninhalt erfüllt. Die Lungen waren nicht balloniert.

Einen weiteren Fall sah Verfasser. Dier hatte ein 27jähriger, kräftiger Mann, der als

guter Schwimmer bekannt war, unmittelbar nach dem Mittagessen in dem Wassertümpel einer Sandgrube ein Bad genommen und war sofort untergesunken. Die Obduktion der äußerlich stark, innerlich nur mäßig gesaulten Leiche ergab eine völlige Obstruktion des Kehlkopfes, der Luftröhre und der Bronchien durch Mageninhalt, der mikroskopisch auch in den feinsten Bronchien nachweisbar war. Die Lungen waren stark balloniert.

Die drei Beobachtungen sind klassische Beispiele für den plötzlichen Tod guter Schwimmer infolge von Erbrechen im bezw. unterm Wasser. Wie dabei der Vorgang sich abspielt, ist nicht völlig sicher, doch kann man wohl unbedenklich mit Nägeli annehmen, daß bei Wadenden, die mit gefülltem Magen ins Wasser gehen, einerseits der Druck des Wassers auf die Magenwand, andererseits die Schwimmbewegung als solche (ober, wie Nägeli will, die kleinen beim Schwimmen entstehenden Wellen) naufose Zustände hervorrufen, die bis zum Erbrechen sich steigern. Die beim Erbrechen regelmäßig auftretende Erschlaffung der Körpermuskulatur ist weiterhin die Ursache für das Sinken der Leute, die dann unter Wasser erbrechen und die in den Mund gelangten Speisemassen aspirieren. Mit Recht hebt Nägeli hervor, wie beachtenswert hiernach die alte Mahnung ist: Nicht mit vollem Magen baden!

Von Interesse ist, daß in den beiden Fällen Nägelis die Lungen nicht balloniert waren, während in dem Falle des Verfassers ein ausgesprochenes Ballonement bestand. Die Ursache für diese abweichenden Befunde ist nicht mit Sicherheit festzustellen: vielleicht liegt sie darin, daß in dem Falle, den Verfasser beobachtete, die aspirierten Speisemassen bis in die mikroskopisch feinsten Bronchien eingedrungen waren und so in ähnlicher Weise den Lungenkollaps verhinderten, wie wenn Wasser aspiriert worden wäre.

Die Relationen der durch Erbrechen bedingten Todesfälle im Wasser zu den eingangs angeführten früheren Versicherungsbedingungen mehrerer Versicherungsgesellschaften sind insofern einfache, als hier der Unfall durch die Versicherung zweifellos nicht gedeckt sein würde. Denn es wäre weder der Nachweis zu erbringen, daß der Tod durch zufällige Einwirkung äußerer mechanischer Gewalt herbeigeführt wurde, noch ließe sich ernstlich bestreiten, daß die Betroffenen durch Ertrinken, d. h. durch Ersticken im Wasser zugrunde gingen (Gesellschaften D und E), selbst wenn man berücksichtigen wollte, daß eigentlich das stattgehabte Erbrechen der verderbbringende Vorgang war. Aberdies würden die nach den früher gültigen Bedingungen der Gesellschaft D verlangten äußerlichen Verletzungen fehlen. Es wurde daher in dem vom Verfasser mitgeteilten Falle den Hinterbliebenen aus abgeraten, irgendwelche Ansprüche auf Auszahlung der Versicherungssumme geltend zu machen. (Schluß folgt.)

Ministerial-Erlaß

Unterstützung von Militärhinterbliebenen.

Auf Grund von nachträglichen Vereinbarungen mit dem Herrn Reichsfinanzler (Reichsschatkanzler) wird der Erlaß vom 22. Juli 1907 (A. V. Bl. S. 341) wie folgt ergänzt:

1. Auf die unter § 52 des neuen Militär- oder § 20 des Beamtenhinterbliebenengesetzes fallenden Hinterbliebenen von Offizieren und Seeeresbeamten findet Nr. 1 des Erlasses vom 22. Juli 1907 entsprechende Anwendung.

2. Die Hinterbliebenen der vor dem Eintritt der Wirksamkeit des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Juni 1887 und 13. Juni 1896 — (also vor dem 1. April 1882 (Offiziere Seeeresbeamte, Zeugfeldwebel, Zeugorganen, Waldmeister, Registratoren bei den Generalkommandos usw., Verwalter bei den Kadettenkorps) oder dem 1. April 1895 (Unteroffiziere und Mannschaften)) gestorbenen Heeresangehörigen sind bisher, sofern die sonstigen Bedingungen für den Anspruch auf Witwen- und Waisengeld erfüllt waren, im Falle des Bedürfnisses mit einer fortlaufenden Unterstützung aus Kapitel 74 Titel 7 bedacht worden. Dies darf auch in Zukunft geschehen.

Ferner haben die Witwen- und waisengeldberechtigten Hinterbliebenen der vor dem 1. April 1897 gestorbenen Heeresangehörigen im Falle des Bedürfnisses eine fortlaufende Unterstützung aus Kapitel 74 Titel 7 zum Ausgleich dafür erhalten, daß das Gesetz wegen anderweitiger Vermessung der Witwen- und Waisengelder vom 17. Mai 1897 auf sie keine Anwendung fand.

Alle diese Hinterbliebenen dürfen nach Maßgabe der Nr. 1 des Erlasses vom 22. Juli 1907 unterstützt werden.

3. Im Falle des Bedürfnisses darf den Witwen von solchen nicht für Kriegsinvalide erklärten Kriegsteilnehmern, die an den Folgen einer inneren Kriegsdienstbeschädigung in der Zeit vom Ablauf des ersten bis zum Ablauf des zehnten Jahres nach dem Friedensschlusse gestorben sind, auf Antrag eine fortlaufende Unterstützung aus Kapitel 74 Titel 5 (Oberklassen) oder Titel 8 (Unterlassen) nötigenfalls unter Überschreitung der Etatssummen zur Erzielung eines Jahresgesamttrinkommens in Höhe der im § 27 des Militärhinterbliebenengesetzes vom 17. Mai 1907 vorgesehenen Sätze gewährt werden.

Vor Feststellung des ursächlichen Zusammenhangs zwischen Tod und innerer Kriegsdienstbeschädigung ist bei der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums über das Vorhandensein etwaiger Vorgänge anzufragen.

4. Die etwa früher anderweit gewährten fortlaufenden Unterstützungen dürfen nicht zurückgezogen werden, ausgenommen die aus Kapitel 68 Titel 1 und Kapitel 74 Titel 7 bewilligten Wträge, die vom Zeitpunkte der Zahlung der neuen Unterstützung an und bis zu ihrer Höhe zurückgezogen sind.

Die betreffende Korps-Intendantur hat von Zahlungsanstellungen dieser Art der Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums Anzeige zu erstatten.

S. Nr. 23 des Erlasses vom 22. Juli 1907 (A. V. Bl. S. 344) ist zu streichen.

Kriegsministerium. Berlin, 17. 9. 07.

Re. 334/9. 07. C. 2.

v. C i n e m.

Aus den Parlamenten.

Stattung des Tierhalters. Dem deutschen Reichstage ist nachstehender Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugegangen:

Wie Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnet im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Der § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erhält folgenden zweiten Satz:

Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Beruf*, der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter bei der Beaufichtigung des Tiers die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde.

Dieser Entwurf entspricht dem Inhalt nach einem Beschluß des Reichstages vom 24. Mai 1905 und im wesentlichen der später vom Reichstage abgeordneten Fassung des Regierungsentwurfs zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Vri der Anlegung des gegenwärtigen, eine strenge Stattung des Tierhalters festsethenden § 833 BGB. hat nach der dem neuen Entwurf beigegebenen Zusammenstellung das Reichsgericht Rechtsgrundsätze entwickelt, auf die wir in einer späteren Nummer zurückkommen werden.

Unlauterer Wettbewerb. Den Regierungen der Bundesstaaten ist der Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Wettbewerbsgesetz von 1896 zugegangen, der außer einigen kleineren Änderungen folgende neue Bestimmungen vorsehen will:

§ 2. Werden die im § 1 Abs. 1 bezeichneten unwichtigen Angaben von einem Angestellten zugunsten des Geschäftsherrn gemacht, so ist der Unterlassungsanspruch auch gegen diesen begründet.

§ 5. Wird auf Grund des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wegen einer zu Zwecken des Wettbewerbes vorgenommenen Handlung, die gegen die guten Sitten verstößt, der Anspruch auf Unterlassung der Handlung geltend gemacht, so finden in Ansehung des Erlasses

* Hierin gehören auch Vollzeithunde und Diensthunde. Das Gesetz enthält mitbin auch einen großen Teil unserer Väter persönlich. Die Schlichtung.

einstweiliger Verfügungen und der öffentlichen Bekanntmachung des Urteils die Vorschriften des § 4 und des § 21 Abs. 4 Anwendung.

Zur gerichtlichen Geltendmachung des Anspruchs sind, außer dem durch die Handlung Verletzten, auch die im § 1 Abs. 1 bezeichneten Verbände befugt.

§ 7. Eine Ankündigung, die den Anschein hervorruft, daß es sich um den Verkauf von Waren handelt, die den Bestandteil einer Konkursmasse bilden, gilt als unrichtige Angabe im Sinne der §§ 1, 6, wenn der Verkauf nicht für Rechnung der Konkursmasse vorgenommen wird.

§ 9. Wer in öffentlichen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, den Verkauf von Waren unter der Bezeichnung eines Ausverkaufs ankündigt, ist gehalten, in der Ankündigung die Gründe anzugeben, die zu dem Ausverkauf Anlaß gegeben haben.

Durch die höhere Verwaltungsbehörde kann für bestimmte Arten von Ausverkäufen angeordnet werden, daß vor der Ankündigung des Ausverkaufs bei der von ihr zu bezeichnenden Stelle Anzeige über den Grund des Ausverkaufs und den Zeitpunkt seines Beginns zu erstatten sowie ein Verzeichnis der auszuverkauften Waren einzureichen ist.

§ 10. Mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre wird bestraft, wer im Falle der Ankündigung eines Ausverkaufs Waren zum Verkaufe stellt, die den durch die Ankündigung betroffenen Waren nachträglich hinzugefügt worden sind, oder für deren Verkauf der bei der Ankündigung angegebene Grund des Ausverkaufs nicht zutrifft.

§ 11. Mit Geldstrafe bis zu einhundert- und fünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer der Vorschrift des § 9 Abs. 1 zuwider es unterläßt, in der Ankündigung eines Ausverkaufs die Gründe anzugeben, die zu dem Ausverkauf Anlaß gegeben haben,
2. wer den auf Grund des § 9 Abs. 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt, oder bei Befolgung dieser Anordnungen unrichtige Angaben macht.

§ 12. Der Ankündigung eines Ausverkaufs im Sinne des § 9 Abs. 2, des § 10 und des § 11 Nr. 2 steht jede sonstige Ankündigung gleich, welche den Verkauf von Waren wegen Beendigung des Geschäftsbetriebs, Aufgabe einer einzelnen Warengattung oder Räumung eines bestimmten Warenvorrats aus dem vorhandenen Bestande betrifft.

§ 14. Der Verletzte kann auch den Anspruch geltend machen, daß die Wiederholung oder Verbreitung der Behauptung unterbleibe. Hat der Mitteilende oder der Empfänger der Mitteilung an ihr ein berechtigtes Interesse, so ist dieser Anspruch nur zulässig, wenn die Behauptung der Wahrheit zuwider aufgestellt oder verbreitet ist.

§ 16. Der besonderen Bezeichnung eines Erwerbsgeschäfts stehen solche Geschäftsabzeichen und sonstigen zur Unterscheidung des Geschäfts von anderen Geschäften bestimmten Einrichtungen gleich, welche innerhalb beteiligter Verkehrskreise

als Kennzeichen des Erwerbsgeschäfts gelten. Auf den Schutz von Warenzeichen und Ausstattungen (§§ 1, 16 des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894; Reichs-Gesetzbl. S. 441) finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Maß- und Gewichtsordnung. Dem Reichstag ist der Entwurf einer neuen Maß- und Gewichtsordnung entsprechend den früheren Beschlüssen der Reichstagskommission zugegangen. Neu ist die Bezeichnung Dekagramm für den zehnten Teil des Millogramms. In § 6 des Entwurfs ferner ist bestimmt, daß zum öffentlichen Verkehr, in dem nur geeichte Maße, Gewichte und Bagen angewendet und bereit gehalten werden dürfen, der Handelsverkehr auch in nicht offenen Verkaufsstellen gehört. Auch zur Ermittlung des Arbeitslohnes in fabrikmäßigen Betrieben sollen nur geeichte Maße, Gewichte und Bagen angewendet und bereit gehalten werden dürfen.

Arbeiterchutz.

Von den beteiligten preussischen Ressortministern sind unterm 17. Juli v. Js. neue Grundzüge für Polizeiverordnungen, betr. die Arbeiterfürsorge auf Bauen, erlassen worden, die den Wünschen der in Betracht kommenden Kreise in weitgehendem Maße Rechnung tragen und namentlich über die Anlage und Einrichtung der Baubuden und deren Erwärmung in der kälteren Jahreszeit, die Schaffung von Gelegenheiten zum Wärmen von Speisen und Getränken, sowie auch über die Anlage und Beschaffenheit der Bedürfniskostalen wesentlich schärfere Bestimmungen enthalten als die bisher maßgebenden „Grundzüge“ vom 7. Juli 1899. Die Provinzialbehörden sollen Sorge tragen, daß beim Erlasse neuer und der Abänderung bestehender, weniger ausführlicher Arbeiterchutzverordnungen die neuen Grundzüge nach Möglichkeit Berücksichtigung finden.

Die Unterbrechung der Verjährung bei polizeilichen Strafverfügungen.

Von Dr. jur. Weig-Charlottenburg.

(Nachdruck verboten.)

Der § 453 Abs. 4 Strafprozeßordnung bestimmt hierüber: „Die Strafverfügung wirkt in betreff der Unterbrechung der Verjährung wie eine richterliche Handlung, d. h. durch die polizeiliche Strafverfügung wird die Verjährung unterbrochen (§ 68 StGB). Die Rechtsprechung hat nun eine rechtswirksame Unterbrechung der Verjährung bereits mit dem Zeitpunkt angenommen, in dem die polizeiliche Originalverfügung in den Akten ergangen ist (vgl. insbesondere Urteil des RG. v. 29. 3. 94 — Johow 15, 272 — ferner Rechtsprechung

des RG. in Strafsachen 4. S. 398, Entscheidungen des RG. in Strafsachen 6. S. 212). Diese Auffassung entspricht zwar dem Wortlaut des § 453 Abs. 4 StPD., aber nicht den in der Strafprozeßordnung sonst vorherrschenden allgemeinen Rechtsgrundsätzen. Es entspricht der allgemeinen Billigkeit, Rechtswirkungen erst mit dem Bekanntwerden einer Verfügung an den Beschuldigten eintreten zu lassen. Dieser Grundlag findet sich insbesondere im § 355 Abs. 2 StPD.:

Hat die Verkündung des Urteils nicht in Anwesenheit des Angeklagten stattgefunden, so beginnt für diesen die Frist (scil. zur Einlegung der Revision) mit der Zustellung (scil. des Urteils)

und die gleiche Vorschrift sieht § 381 Abs. 2 a. a. O. bei Einlegung der Revision vor. Von diesen Erwägungen mögen auch die beiden hervorragenden Kenner des Strafrechts Löwe-Hellweg ausgegangen sein; denn sie legen den vorerwähnten § 453 Abs. 4 a. a. O. dahin aus: „Bedeutung hat in dieser Beziehung die Strafverfügung erst mit ihrer Bekanntmachung an den Beschuldigten.“*)

Diese Auffassung deckt sich mit den eben angedeuteten Grundsätzen der StPD. Auch die Anlegung des § 453 Abs. 4 a. a. O. steht dem nicht im Wege. Die Vorschrift lautet: „Die Strafverfügung wirkt . . .“ läßt sich sehr wohl dahin verstehen: „Die angeordnete Strafverfügung wirkt“. Es dürfte sich daher aus den erörterten Gründen empfehlen, die Rechtswirkungen der Unterbrechung der Verjährung einer polizeilichen Strafverfügung erst mit der Zustellung derselben an den Beschuldigten eintreten zu lassen und den § 453 Abs. 4 a. a. O. in der vorgeschlagenen Weise zu ergänzen.

Epileptiker als Verbrecher.

In Berlin waren im Juli 1907 zahlreiche Lustmorde an Kindern vorgekommen. Ein zweieinzwanzigjähriger Epileptiker bezichtigte sich der Verübung dieser Taten. Das „Berl. Tagebl.“ hat nun ein Gutachten des Gerichtsarztes Medizinalrates Dr. Störmer eingeholt, das sich hierzu wie folgt äußert:

Ein gleich schauriger Fall wie der vorliegende ist mir in meiner Praxis noch nicht vorgekommen, wohl aber sind mir ähnliche Fälle begegnet, in denen solche Kranke, nur um ihren Willen durchzusetzen, ihre Ange-

hörigen durch Begehung von Diebstählen und Brandstiftungen blamierten. Mit der Epilepsie geht gewöhnlich eine derartige Verschlechterung des Charakters einher, daß man direkt von einem epileptischen Charakter spricht. Ein ausgezeichnete Kenner der Epilepsie hat den Ausdruck getan: „Der Epileptiker hat den lieben Gott auf der Zunge, das Gebetbuch in der Hand und die Kanaille im Herzen.“ Und dieser Ausdruck trifft nach meinen Erfahrungen durchaus zu. Es kommt häufig vor, daß Epileptiker selbst wegen Verletzung eines Wunsches zu den brutalsten Gemeinheiten und Gewalttaten schreiten. Ramentlich ist die ungemessene Bosheit und die egoistische Rachsucht solcher Leute mit Recht gefürchtet. Auch vollständig bestialische Handlungen von Epileptikern sind zahlreich bekannt, wie beispielsweise die Verstückelung ihrer Opfer, das Ausschlagen und sogar Aufessen von Körperteilen und dergleichen mehr, ferner Brandstiftungen aus Rachsucht und Vernichtung von Eigentum in planlos wütender Weise. Wenn der Verhaftete selbst angibt, daß er die Missetaten einzig und allein aus Rachsucht gegen seine Mutter und Schwester verübt habe, so scheint mir dies nach dem schon Gesagten durchaus plausibel. Die Frage der Zurechnungsfähigkeit muß in jedem Einzelfall von Epilepsie besonders genau geprüft werden, auch ist unbedingt dabei zu erörtern, ob es sich nur um Epilepsie handelt oder um eine Kombination von Epilepsie mit Schwachsinn und mit allgemeiner Degeneration. Dieser Fall setzt uns nur, daß man mit der Entlassung von Epileptikern wie überhaupt von notorisch Geistesgestörten viel vorsichtiger sein sollte. Es scheint mir sehr an der Zeit, daß die maßgebenden Behörden sich zusammen, Maßregeln zu erfinden, die eine gewalttätige Festhaltung irrer Verbrecher in viel höherem Grade garantieren, als dies bisher überhaupt möglich ist. Dadurch würde die öffentliche Sicherheit wesentlich gewinnen und es würden den Behörden, namentlich den Gerichten, außerordentlich viel Arbeit und große Kosten erspart bleiben.

Konsuln und Konsulatwesen.

Das Konsulatwesen in seiner jetzigen Gestalt ist modernen Ursprungs; es verdankt seine Ausbildung der stetig zunehmenden Ausbreitung des internationalen Verkehrs. Die Konsuln sind wie die Gesandten Vertreter des Reichs im Auslande. Während indessen jenen in erster Linie die unmittelbare Pflege der allgemeinen völkerrechtlichen Beziehungen des Reichs zu den fremden Staaten anvertraut ist, liegt den Konsuln im besonderen der Schutz von Handel und Seeschifffahrt im Auslande und die Fürsorge für die Reichsangehörigen in ihren Amtsbereichen ob. Sie sind, wie dies § 1 des Konsulatsgesetzes vom 8. November 1867 auspricht, berufen, die Interessen des Reichs, namentlich in bezug auf Handel, Verkehr

*) Löwe-Hellweg, Kommentar zur StPD., VIII. 12 § 453 Note 8 zu § 453.

und Schifffahrt tunlichst zu schützen und zu fördern, die Beobachtung der Staatsverträge zu überwachen und den Angehörigen der Bundesstaaten sowie anderer befreundeter Staaten in ihren Angelegenheiten Rat und Beistand zu gewähren. Zur Durchführung dieser Aufgaben sind den Konsuln ausgedehnte Befugnisse beigelegt; bei Ausübung derselben haben sie die durch die Gesetze und Gewohnheiten ihres Amtsbezirktes gebotenen Schranken innezuhalten. Voraussetzung für die Ausübung der Tätigkeit als Konsul ist die ausdrückliche Zustimmung des betreffenden Staates in bezug auf die Person des Konsuls und den Ort, wo er seinen amtlichen Wohnsitz nimmt (sog. Exequatur). Das Maß und der Umfang der konsularischen Tätigkeit selbst ist mit zahlreichen außerdeutschen Staaten vertragsmäßig geregelt.

Die Anstellung der Konsuln erfolgt nach Vornehmung des Bundesratsausschusses für Handel und Verkehr durch den Kaiser. Ihrer äußeren Stellung nach sind die Konsuln in Generalkonsuln, Konsuln und Vizekonsuln geschieden. Von den Generalkonsulaten, deren Geschäfte zum Teil mit Stellen diplomatischen Charakters verbunden sind, ressortieren die im Bezirke der ersteren befindlichen Konsulate. Die Vizekonsuln sind teils selbständig, teils sind sie Generalkonsuln oder Konsuln zugeordnet. Ihrem Verufe nach zerfallen die Konsuln in Verufskonsuln und Wahlkonsuln. Die Verufskonsuln unterstehen dem Reichsbeamtenge-setz und müssen eine bestimmte Vorbildung besitzen. Verufskonsul kann nur werden, wer entweder die zur juristischen Laufbahn erforderliche erste Prüfung bestanden hat und außerdem mindestens drei Jahre im inneren Dienst oder in der Advokatur und mindestens zwei Jahre im Konsulatsdienst des Reiches oder eines Bundesstaates beschäftigt gewesen ist oder aber eine besondere Prüfung für die Befleidung des Amtes eines Verufskonsuls bestanden hat. In der Praxis werden zu Verufskonsuln hauptsächlich zum höheren Justiz- oder Verwaltungsdienst befähigte Bewerber nach einer Vorbereitungszeit im Auswärtigen Amte verwendet. Zu Wahlkonsuln sollen vorzugsweise Kaufleute ernannt werden, welchen das Reichsindigenat zusteht. Die Wahlkonsuln erhalten keine Besoldung, beziehen aber die nach dem Konsulartarif zu erhebenden Gebühren für sich. Ihre Anstellung ist jederzeit ohne Entschädigung widerruflich. Die Konsuln können mit Genehmigung des Reichskanzlers in ihrem Amtsbezirk Privatbevollmächtigte (Konsularagenten) bestellen, welchen indessen die selbständige Ausübung der den Konsuln beigelegten Rechte nicht zukommt. Das Deutsche Reich zählt gegenwärtig einschließlich der Konsularagenten 772 Konsularämter, darunter 148 Verufskonsulate (von diesen 8 Generalkonsulate, 101 Konsulate und 6 Vizekonsulate) sowie 626 Wahlkonsulate und Konsulatsagenten.

Zu den Amtspflichten der Konsuln gehört zunächst die Führung einer Matrifel

über die in ihren Amtsbezirkten wohnenden und zu diesem Behuf bei ihnen angemeldeten Reichsangehörigen. Die Eintragung in die Matrifel bewirkt die Erhaltung des heimatischen Staatsbürgerrechts für den Eingetragenen. Die Konsula können ferner durch den Reichskanzler zur Vornahme bürgerlich gültiger Eheschließungen sowie zur Beurkundung von Geburten, Heiraten und Sterbefällen von Reichsangehörigen ihres Amtsbezirktes ermächtigt werden. Sie sind zur Legalisation von in ihrem Amtsbezirk ausgestellten oder beglaubigten Urkunden befugt; ihre über amtliche Handlungen und bei Ausübung ihres Amtes wahrgenommene Tatsachen unter Siegel und Unterschrift ausgestellten Zeugnisse haben Beweisraft öffentlicher Urkunden; innerhalb ihres Amtsbezirktes steht ihnen in Ansehung der Rechtsgeschäfte, welche Reichsangehörige errichten, insbesondere auch derjenigen, welche sie mit Fremden abschließen, das Recht der Rotare zu, bei Errichtung einer Verfügung von Todes wegen einem Wahlkonsul jedoch nur dann, wenn ihm das Recht hierzu vom Reichskanzler ausdrücklich beigelegt ist. Die Konsuln haben ferner sich der Verlassenschaften in ihrem Bezirk verstorbener Reichsangehöriger anzunehmen, sofern ein amtliches Einschreiten wegen Abwesenheit der nächsten Erben oder aus ähnlichen Gründen geboten ist; sie können an in ihrem Amtsbezirk sich aufhaltende Reichsangehörige Zustellungen aller Art bewirken, Zeugen abhören und Eide abnehmen, sofern sie hierzu vom Reichskanzler ermächtigt sind, bei Rechtsstreitigkeiten der Reichsangehörigen unter sich und mit Fremden auf Antrag der Parteien den Abschluß von Vergleichs vermitteln, auch das Schiedsrichteramte übernehmen; endlich steht ihnen in Ländern, in welchen dies durch Vorkommen oder Staatsverträge gestattet ist, die Ausübung der vollen Gerichtsbarkeit zu. Im weiteren sind die Konsuln befugt, an die in ihrem Amtsbezirk sich aufhaltenden Reichsangehörigen Pässe auszustellen und Pässe zu visieren, die Pässe fremder Behörden jedoch nur zum Eintritt in das Bundesgebiet; sie haben hilfbedürftigen Deutschen die Mittel zur Wiederung augenblicklicher Not oder zur Rückkehr in die Heimat nach Maßgabe ihrer Instruktion zu gewähren; den Schiffen der Reichsflottenmarine sowie der Besatzung derselben Beistand und Unterstützung zu leisten, wie sie ihrerseits die Befehlshaber der Kriegsschiffe zum Schutze der ihnen anvertrauten Interessen in Anspruch nehmen können. Die Konsuln haben die Innehaltung der wegen Führung der Reichsflagge ergangenen Vorschriften zu überwachen, die Meldung der Schiffsführer entgegenzunehmen und bilden für die Schiffe der Bundeshandelsmarine im Hafen ihrer Residenz die Musterungsbehörde; sie sind befugt, über diese Schiffe die Polizeigewalt auszuüben und fungieren für den Hafen ihrer Residenz als Seemannsamt mit allen diesem aufgetriebenen Obliegenheiten und Befugnissen.

(Dr. v. Dietrich Handwörterbuch der Strafkassen Verwaltung.)

Erlebtes und Erfahrenes.

Ermittlung eines Wilderers.

Von Kam. d. G.B. Weig V in Erzsee
(H. Brigade).

Silvester 1906 wurde mir von dem in meinem Standort angestellten Förster F. die Mitteilung, daß er am Vormittag in seinem Revier ein frisch erlegtes Reh, das unter Reifig in einer Schonung versteckt sei, gefunden habe.

Die weit ausgedehnten Forsten, zu welchem das Revier des F. gehört, sind Eigentum des Grajen v. Tiele-Windler und sehr wildreich; daher ist dort das Wildern ein sehr beliebtes Handwerk. Ich begab mich gegen Mittag auf Untwegen und umgesehen an die Stelle, wo mir F. den Versteck des Rehcs zeigte. Er befand sich unweit einer delediten Chauffee und einiger abseits gelegener Häuser, in deren einem ich den Wilderer gleich vermutete.

Am Tatort fand ich eine starke Kide, deren vier Käuse mit einem Halstuch zusammengebunden waren. Letzteres nahm ich genau in Augenschein und machte daran mit meinem Taschenspiegel ein Zeichen, das nur beim genauen Hinsehen zu bemerken war. Nach der Fundstelle führte im Schnee die deutlich sichtbare Fußspur eines Mannes; ich ging derselben nach und kam auch bald an den Ort, wo das Reh geschossen wurde. Nachdem ich die Fußspur sichergestellt hatte, beschloß ich mit dem Förster F., dem Wilderer, der vermutlich seine Beute nach Eintritt der Dunkelheit abholen beabsichtigte, aufzulauern. Nachdem wir die von uns hinterlassenen Fußspuren, eine Strecke rückwärts gehend, sorgfältig mit Reifig vermischt hatten, legten wir uns vor Eintritt der Dunkelheit bei 20° Kälte auf die Kauer. Da der Wilderer aber noch längerem vergeblichen Warten nicht erliden und es der strengen Kälte wegen nicht länger auszuhalten war, verließen wir kurz vor Mondausgang unser Versteck, um nach Monduntergang, am frühen Vorjahrmorgen, abermals unser Glück zu versuchen.

Bei meiner Rückkehr fand ich zu meiner Überraschung, daß das Reh inzwischen fortgeschafft war. Zum Glück war über Nacht wieder Schnee gefallen und der Täter hatte eine neue Fußspur, welche aber stark verweht war, hinterlassen. Diese ließ ich bis auf die nahe Chauffee verfolgen, wo sie sich unter vielen anderen auf glatter Fahrbahn verlor. Diese Fußspur war genau dieselbe wie die am Tage vorher von mir sichergestellte.

Mein Verdacht richtete sich auf den Bergmann G., welcher des Wildbiefstahls stark verdächtig war und von mir beheimendeten Förstern als verächtigster Wildbief bezeichnet wurde. Die Bechaffung des G. lag unweit der Chauffee auf freiem Felde in einem der schon erwähnten Häuser. Ich begab mich umsonstlich in die Nähe der Wohnung des G. Nach kurzem eifrigen Suchen fand ich die von einem Fußsteige kommende verlorene Spur wieder, die mich bis kurz vor das Haus des Verdächtigen führte. Ich winkte sofort den sich ebenfalls suchend in der Nähe aufhaltenden Förster F.

heran und ersuchte ihn, mir umgebend von dem in einiger Entfernung wohnenden Gemeindevorsteher die Ernächtigung zur Durchsuchung einzubolen und, wenn möglich, diesen selbst mitzubringen. Ich begab mich unverzüglich nach der Bechaffung des G., wo schon der am frühen Morgen im Hausflur zu verspürende Wildbratengeruch mich in meinem Verdacht bestärkte.

Als ich nun so plötzlich die Küche des G. betrat, konnte ich kaum meine Freude unterdrücken über die verblüfften Gesichter des daselbst anwesenden G., seiner Ehefrau und einiger zum Feiertagsbesuch eingetroffener Verwandter, zu deren Ehren das gewilderte Reh die Feiertagsstafel zieren sollte. Auf dem Herde kochten bereits in Töpfen Herz, Leber u. a. m., und als bald darauf der Förster F. in Begleitung des Gemeindevorstehers zurückkehrte, fand ich bei der nun vorgenommenen Durchsuchung in einem Schaf unter dem Ben das ausgewilderte Reh. Die Decke desselben war angeblich von der Ehefrau des G. schon verbrannt worden. In verschiedenen Verstecken fand ich außerdem zwei Flinten mit dazu gehöriger Munition; aus einer der Flinten war kurz vorher geschossen. In der Wiege, in welcher ein Kind schlief, fand ich im Stroh das von mir gezeichnete Halstuch und auch die Stiefel des G. stimmten genau mit den sichergestellten Abmessungen überein. Sämtliche Beweismittel nahm ich in Beschlag, während G. hartnäckig bestritt, daß er das Reh erlegt habe. Sein anwesender Bruder gab an, daß er das Reh am Silvesterabend verendet auf dem Felde gefunden und zu seinem Bruder getragen habe.

Trotzdem G. und dessen Bruder ihre Verhauptungen in dem Termin vor der Strafammer in G., zu dem ich als Zeuge geladen war, aufrecht erhielten, wurde G. auf Grund des herbeigebrachten Beweismaterials zu 50 M Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt; die Gewehre wurden eingezogen.

Auf diese Weise gelang es zum erstenmal, den G. der Silbidgeberei zu überführen; er war bereits mehrmals wegen Jagdbergehen angeklagt, mußte aber immer wegen mangelnder Beweise freigesprochen werden.

Vom Schlesischen Jagdschützenverein erhielt ich zum dritten Male eine Prämie für Ermittlung von Wilderern.

Etatstärke der Kaiserlichen Marine.

Nachdem wir in Nr. 11 auf Seite 250 über die Etatstärke des deutschen Heeres eine Zusammenstellung gegeben haben, die allgemeinen Verfall gefunden hat, bringen wir in der heutigen Nummer auf Seite 472 eine Tabelle über die Etatstärke der Kaiserlichen Marine, welche ebenfalls für unsere Leser von Interesse sein dürfte.

Staatsstärke der Kaiserlichen Marine.

Staatsstärke im Rechnungsjahr 1907.										
a. Offiziere, Sanitätsoffiziere und Marinezahlmeister.										
Staatssekretär des Reichs-										
Marine-Amts	1	Marine-Sanitäts-Offizier-								189
Admirale	26	korps	234							42
Geoffizierkorps	1 519	Feuerwerks- und Zengoffiziere	78							2
Offizierkorps der Marine-		Torpedroffiziere und								
infanterie	50	Torpedoeingenieure	71							
Marineingenieur-Personal ..	293	In ganzen Offiziere und								
		Sanitäts-Offiziere	2 272							Summe zu a. 2 505
b. Seeoffiziersaspiranten.										
Fähnriche zur See	378	Seefabelten	175							Summe zu b. 553
c. Dedoffiziere, Unteroffiziere, Mannschaften, Schiffsjungen usw.										
Dienstliche Stellung	3 Marine- hofknechte zu je 2 Küchen- abteilungen mit 1 Schiff- jungen- knecht	2 Unter- offiziere zu je 2 Abteilungen und je 1 Sanitäts- offizier	2 Tor- pedo- abteilungen und 1 Torpedo- abteilung	4 Marine- hofknechte abteilungen und 1 Marine- hofknecht	2 See- hofknechte zu je 4 Kom- pagnien	der Verwal- tungs- abteilung	des Torpedo- wesens	des Minen- wesens	des Ver- waltungs- wesens	des Ver- waltungs- wesens
Dedoffiziere	321	988	298	69	—	103	112	35	28	—
Unteroffiziere	2 876	3 763	1 293	409	171	1 60	48	55	—	25
Gefreite und Gemeine	14 049	8 605	3 924	2 745	1 003	—	—	—	—	—
Stabschefs	8	—	—	3	2	—	—	—	—	—
Hofknechte (Unteroffiziere, Gefreite und Gemeine) ..	293	—	—	39	53	—	—	—	—	—
Ökonomiehandwerker	—	—	—	—	—	—	—	—	—	200
Sanitätsmannschaften und Marinekrankenwärter ..	—	472	—	—	—	—	—	—	—	—
Zahlmeistersaspiranten und aspiranten, Verwal- tungsbeamten	—	329	—	—	—	—	—	—	—	—
Büchsenmacher	4	2	2	4	2	—	—	—	—	—
Schiffsjungenunteroffiziere und Schiffsjungen	1 500	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe zu c.	19 051	14 159	5 517	3 269	1 231	163	160	90	28	225
Gesamtstärke (Summe a bis c)										46 951

1) Depotseifeelweber.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

*Deutsches Reich. Öffentlichkeit bei Gotteslästerung. Der Angeklagte sah eines abends mit vier anderen Männern in einer Wirtschaft. Es wurde vom Sterben gesprochen und der Angeklagte tat hierbei die inkriminierte rohe Äußerung. Auf Vorhalt eines Gastes sagte der Angeklagte: ach ja, es sitzen da zwei grüne Jungen, womit er zwei Gäste

meinte, die nicht zu seiner Gesellschaft gehörten. Der Wirt und mehrere Gäste nahmen Argernis an der Äußerung des Angeklagten über Gott. Das Landgericht hat Öffentlichkeit festgestellt; es habe sich nicht um einen abgeschlossenen Personenkreis gehandelt, da jederzeit ein Fremder eintreten konnte; auch die vier Gäste seien nur zufällig beisammen gewesen. Die Revision des Angeklagten bestritt das Vorhandensein der Öffentlichkeit. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils und führte aus: Die Öffentlichkeit ist lediglich aus der Natur des Lokals ge-

folgt worden. Es ist nicht festgestellt, daß ein neuer Gast die Ankerung hätte hören können, und daß der Angeklagte sich dessen bewußt war. Die Ankerung scheint lediglich im Gesprächston gegenüber den vier Gästen gefallen zu sein. Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision. Die Öffentlichkeit sei nicht bloß aus dem Rosale hergeleitet und daraus, daß jeden Augenblick andere Personen hereintreten könnten, sondern es sei außerdem festgestellt, daß der Personenkreis, der hier als geschlossener bezeichnet worden sei, durch keinerlei Bande zusammengehalten war, und daß insbesondere die beiden Personen, die an der Ankerung Argernis genommen haben, nicht dazu gehört haben. — Entsch. RG. vom 21. November 1907 in Sachen Johann Thiem. — 13.

II. Kammergericht.

*Preußen. Schornsteinfegerregister.

Die §§ 35 und 38 der Gewerbeordnung regeln die Führung von Büchern bei bestimmten Arten von Gewerbetreibenden nicht ausschließlich, dies ergibt sich aus § 144 der Gewerbeordnung. Es ist also den Polizeibehörden überlassen, zu regeln, soweit es die einzelnen Staatsgesetze erlauben. Deswegen ist eine Polizeiverordnung über Schornsteinfegerregister rechtlich möglich und zulässig. Daß die §§ 35 und 38 nicht allein entscheidend sind, hat der Senat schon früher auf einem anderen Gebiete angenommen. So ist eine Polizeiverordnung für rechtsgültig erklärt, die den Waffenhändlern vorschreibt, Bücher über den Verkauf von Waffen zu führen. Wenn der Grundsatz richtig wäre, daß nur die Bücher geführt werden müssen, die die Gewerbeordnung vorschreibt, dann würde es auch nicht möglich sein, den Gastwirten die Führung von Fremdenbüchern vorzuschreiben. Die Polizeiverordnung über die Schornsteinfegerregister findet ihre rechtliche Stütze im Gesetz vom 11. März 1850, im § 6. Die Feuerficherheit der Stadt macht es erforderlich, daß bestimmte Gewerbe die Feuerficherheit gewährleisten. Die Buchführung ist ein sehr geeignetes Mittel zur Erhöhung der Feuerficherheit. Nun hat der Senat zwar in ständiger Rechtsprechung angenommen, daß polizeiliche Vorschriften nicht erlassen werden dürfen und das Publikum nicht belastet werden darf, um die der Polizei obliegende Kontrolle zu erleichtern. Diese Polizeiver-

ordnung dient hierzu aber nicht. Sie will, daß der Schornsteinfegermeister sich darüber klar wird, ob er den Vertrag erfüllt hat. Mit der Führung dieses Register wird auch dem Schornsteinfegermeister etwas Unmögliches aufgebürdet. Auch wird die Rechtsgültigkeit der Verordnung nicht dadurch beeinträchtigt, daß keine Mehrbezirke aufgeführt sind. Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Trohn-Danzig vom 17. November 1907. E. v. R.

*Preußen. Hundebellen. Der Gegenstand der ungebührlichen Erregung ruhestörenden Lärmes wird lediglich gewahrt durch § 360¹¹ des Strafgesetzbuches, der den Gegenstand ausschließlich regelt. Die Polizeibehörden sind nicht berechtigt, neben dem § 360¹¹ des Strafgesetzbuches polizeiliche Vorschriften zu erlassen, die etwas anderes bestimmen. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Goldberg-Cassel vom 10. Oktober 1907. E. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

*Preußen. Unzulässige Beschwerdeform.

Es steht einem Beamten natürlich frei, sich über einen Vorgesetzten zu beschweren. Er kann dabei auch solche Handlungen zur Sprache bringen, die ihm bedenklich erschienen. Er muß aber die Form wahren und sich davor in Acht nehmen, mehr zu behaupten, als er erweisen kann. Er darf nicht Ausdrücke einflechten lassen, wie z. B. er würde zu einer Hundennatur erniedrigt, es sei ein unerhörtes Benehmen eines Vorgesetzten, wie der Amtmann sich ihm gegenüber zeige. — Entsch. OVG. in Sachen Mansel-Datteln vom 5. November 1907. E. v. D.

*Preußen. Kosten für polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten. Nicht zutreffend ist die Ansicht des klagenden Berliner Magistrats, daß die Kosten für Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung im unter Landespolizeikosten und daher vom Staate zu tragen seien. Wenn es sich nur um polizeiliche Maßnahmen handelt, die vorzugsweise den Schutz der örtlichen Interessen bezwecken, wenn es sich also um die Bekämpfung einer Seuche innerhalb eines Ortes handelt, dann sind die entstehenden Kosten mittelbar ortspolizeiliche Kosten und nach dem Polizeikostengesetz in Städten mit königlichen Polizeiverwaltungen von den Gemeinden zu tragen. Handelt es sich aber um Maßnahmen zum Schutze weiterer Kreise, also z. B. um die Verhütung des Überspringens der Seuche von einem Staatsgebiet auf das andere, von einer Gemeinde

zur andern, dann sind die Kosten als Landespolizeikosten vom Staate zu tragen. — Entsch. 1. Sen. O.B. vom 5. November 1907 in Sachen Magistrat Berlin gegen Oberpräsident Potsdam auf Aufhebung einer Zwangseinstellungs.

IV. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof.

Bayern. Verzicht auf Ruhegehalt. Ein wegen Krankheit ausgeschiedener Schutzmann hatte, nachdem seine Gesuche um Ruhegehalt wiederholt abschlägig beschieden worden waren, die Rückzahlung seiner Pensionskassenbeiträge und seiner Ration verlangt. Bei Anszahlung dieser Beträge bestätigte er zu Protokoll der städtischen Oberbuchhaltung unterschriftlich, „daß er weitere Forderungen weder an die Stadtgemeinde noch an die städtische Pensionsanstalt zu machen habe“. Später wiederholte er seine Ruhegehaltsansprüche. Diese wurden für berechtigt anerkannt, weil er zur Zeit seines Ausscheidens aus dem Dienst ein Ruhegehalt verdient hatte. Das Protokoll wurde als ein rechtsgültiger Verzicht auf das Ruhegehalt nicht angesehen. Verzichte sind wörtlich auszulegen. Nach dem hier anzuwendenden gemeinen Rechte ist es für die Annahme des Verzichts unerlässlich, daß aus den Worten des Verzichtenden oder doch aus schlüssigen Handlungen ein durchaus bündiger Schluß darauf sich ziehen läßt, daß seine wirkliche Absicht auf Aufgabe des fraglichen Rechtes ging und daß dieser Verzicht von dem Verpflichteten angenommen wurde. Das Protokoll bestätigt lediglich den Rückempfang der Beiträge und die durch Abweisung der Ruhegehaltsansprüche geschaffene Sachlage. Auch aus der Rückforderung der Pensionskassenbeiträge kann ein solcher Verzicht nicht gefolgert werden; denn nachdem seit der Entlassung des Beamten mehrere Monate verstrichen waren, ohne daß ein Ruhegehaltsanspruch anerkannt war, war es erklärlich, daß er wenigstens erst einmal seine Beiträge zurückverlangen suchte. Sollte von dem Verzicht auf das Ruhegehalt die Rückerstattung der Beiträge abhängig gemacht werden, dann hätte dies zum Ausdruck gebracht werden müssen. — Entsch. Bay.O.B. vom 18. November 1907 in Sachen des Schutzmannes Jakob Dauernheim zu Nürnberg gegen die Stadtgemeinde Nürnberg. — St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Zur Verhütung der Tierquälerei bei Bauten hat die Großherzogliche Bürgermeisterei zu Mainz folgende Vorschriften erlassen:

§ 1. Zum Abfahren von Baumrund, Gestein, Lehm, Kies, Schutt, Sand oder dergl. aus tiefergelegenen Stellen und Gruben, ferner zum Anfahren von Baummaterialien bei Neubauten und bei Auffüllungen mit bespannten Fuhrwerken muß von der Ab- und Anfahrstelle bis zur nächsten befestigten Straße für die Räderspuren der Fuhrwerke eine feste, aus Stein-, Holz- oder Eisenbelag bestehende Fahrbahn, in welche die Räder nicht eindringen können, hergestellt, für die Zeit der Arbeiten in dauerhaftem Zustande erhalten und ausschließlich benutzt werden.

§ 2. Ausnahmen von der Bestimmung des § 1 können von der Baupolizeibehörde auf Antrag zugelassen werden, wenn nachgewiesen wird, daß die Verletzung der Fahrbahn mit überwiegenden Schwierigkeiten verbunden ist und anderweitig Vorkehrungen zur Verhütung von Überanstrengung und Mißhandlung der Zugtiere getroffen werden.

§ 3. Verantwortlich für die Beachtung dieser Vorschriften sind die Grundstückseigentümer, sowie die Unternehmer der Ausgrabung, des Neubaus oder der Auffüllung und hinsichtlich der ordnungsmäßigen Benutzung der Fahrbahn auch der Führer des Fuhrwerks. Hat der Grundstückseigentümer die Arbeiten einem Unternehmer zur selbständigen Ausführung übertragen, so fällt für ersteren die Verantwortung weg.

Über die Wahrung des Amtsgeheimnisses hat der bayerische Verkehrsminister v. Frauendorfer an seine Beamten folgenden Erlass gerichtet: „Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß Mitglieder des Landtages sich mitunter an das Personal wenden, um Aufschlüsse über dienstliche Verhältnisse, Abdrude von Dienstanweisungen und dergleichen zu erhalten. Ich sehe mich daher veranlaßt, unter Hinweis auf § 10 der allgemeinen Dienstvorschriften (Amtsverschwiegenheit) die Erteilung solcher Aufschlüsse oder die Abgabe von Dienstvorschriften usw. durch das den Ministerialreferenten, Ämtern und Bureaus zugeteilte Personal ausdrücklich zu untersagen. Ich ordne an, daß Abgeordnete, die dienstliche Auskünfte wünschen, ohne weiteres an die zuständigen Ministerialreferenten oder an die Vorstände der Ämter zu verweisen sind, die je nach den Umständen den Aufschluß erteilen, mit dem Abteilungsvorstand ins Benehmen treten oder den Fragesteller an mich verweisen werden. Aktenstücke oder Abschriften und Auszüge aus den Akten dürfen nicht abgegeben werden.“ — Auf eine Interpellation im Finanzausschuß des Landtages erwiderte der Minister, er müsse wissen, welche Auskünfte erteilt werden; der Landtag habe eben mit ihm, dem Minister, zu verkehren.

Auszeichnungen an Angehörige der französischen Gendarmerie. Der Reichs- und Staatsanzeiger berichtet:

Se. Majestät der König haben Allerhöchste geruht, dem französischen Gendarmeriehauptmann Pierre Bacault zu Brich den Orden Adlerorden vierter Klasse sowie dem französischen Gendarmeriewachmeister Lucien Lantenois zu Villers das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Kroatien. Die Polizei in Vuchum hat 20 Kroaten aus Preußen ausgewiesen.

Anarchistisches. Verhaftet wurden von der Berliner Kriminalpolizei zwei Anarchisten. Sie sind dringend verdächtig, sich mit dem Vertrieb falschen Geldes zu befassen. Bei einem von ihnen fand man 180 M. in falschen 5- und 10 M.-Stücken.

Verbrechen und Vergehen. Kaiserliche Josef der preussischen Klassenlotterie. Wegen Massendruckes von Loosen der preussischen Klassenlotterie wurde ein Druckermeister in Pogorz bei Amlau und dessen Sohn verhaftet. Mehrere Zentner Papier mit Wasserzeichen und Blatten von Typen der Josef wurden von Polen aus Russisch-Polen bestellt und dann nach Anhalt geschmuggelt.

Auf die Ergreifung des Mörders, der am 15. Nov. 1907 den Kantonspolizisten Roman Staub in Zug (Schweiz) erschossen hat, ist eine Belohnung von 300 Frs. angesetzt. Der Täter ist 45-50 Jahre alt, von abgerissenem Aussehen, groß, mit breitem Mund und biden aufgeworfenen Lippen, dunklem Schnurrbart, magerem bleichen Gesicht, verschliffener Hose und braunem Pelerinenmantel. Der Tat verdächtig ist ein Hausierer Karl Ebner, 48 Jahre alt, aus Unterlangenen, ein gefährlicher Aus- und Einbrecher, der sich auch Max Reichowitsch, Karl Sigel, Heinrich Koch und Adolf Mugler nennt.

Ehrentafel.

Das 25 jährige Dienstjubiläum als Gendarm feierte am 1. Dezember v. J. der zu Landwehr im Kreise Solingen stationierte Kamerad F. W. Klant (8. Brigade). Johann Pomsatus Klant wurde am 9. Juni 1849 in Langendambach, Kreis Oberlahn, Reg.-Bez. Wiesbaden, geboren und trat am 15. November 1871 beim 2. heftigen Inf.-Regt. Nr. 68 in Mainz ein. Am 1. Juli 1873 zum Unteroffizier, und 1. März 1875 zum Sergeanten befördert, wurde er am 1. Dezember 1882 als interimslicher Fußgendarman nach Auderhöhe im Kreise Solingen einberufen. Am 21. November 1896 wurde er nach Hadhausen und am 3. November 1904 nach Landwehr versetzt. Alle 3 Standorte befinden sich innerhalb der Gemeinde Hühlscheid, so daß Kamerad Klant während seiner 25-jährigen Dienstzeit als Gendarm nur einen Dienstbezirk gehabt hat. Infolgedessen gestallte sich auch sein Jubiläum zu einer stundengung, an der sich die Bürgerschaft von nah und fern beteiligte. Am 3. Dezember hatten sich die Kameraden des Peritts mit dem Oberwach-

meister im Vereinslokal, Hotel Monhoff in Solingen, nachdem die Dienstversammlung beendet war, zu einer kameradschaftlichen Feier versammelt, um den Jubilar zu beglückwünschen. Schon vorher war dies durch den Herrn Di-



strittsoffizier, Hauptmann Beck aus Düsseldorf, und durch den Herrn Landrat Dr. Luras gesehen. Replerer hatte dem Jubilar schon telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt und ihm ein Geldgeschenk überwiesen. Von den Kameraden des Peritts wurde dem Jubilar eine Wanduhr als Ehrengeschenk überreicht.

Personalveränderungen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 19. Dezember v. J. zu verleißen geruht:

den Kronen-Orden 4. Klasse: dem Gendarmerie-Oberwachmeister Baiewaldt, 8. Brigade.

2. Brigade.

H. a. Pr. Auge, Prißig, am 20. 12. 07 nach Kleinwasier vers.

3. Brigade.

F. W. Deter, Sonnenburg, am 1. 8. 07 ohne Gehalt beurlaubt, scheidet am 1. 1. 08 aus.

4. Brigade.

F. W. Körner H. Melbra (Ruffhäuser), am 1. 1. 08 ohne Gehalt beurlaubt als Kanzleibüchler bei der Intendantur 10. Art.-Korps. — F. W. Hindling, Dölan, am 18. 10. 07 nach Gönnern Gasse kndrt., trat am 27. 10. 07 vom kndrt. zur. — H. G. a. Pr. Schröder, Halle a. S., am 31. 12. 07 zur Truppe zur.

5. Brigade.

Ost. a. Pr. Rafinowski, Schroda, am 1. 1. 08 zum Oberwachmeister ernannt.

8. Brigade.

b. B. Reepschläger, Wermelskirchen am 1. 4. 07 pensioniert.

10. Brigade.

Ost. z. B. a. Pr. Ulrich, Reiberstieg, am 1. 1. 08 zum Oberwachmeister ernannt. — Ost. Klaasen, Wijnen a. d. Ruhe, am 1. 1. 08 o. Geh. beurl. als Kanzleidiätar bei der Regierung Bidesheim. — Ost. Garbe, Dörmelungen, am 1. 1. 08 o. Geh. beurl. als Stations-Aspirant in Wülfrath, Gf. Dir. Bez. Elberfeld.

11. Brigade.

Ost. Weisflog, Eppstein, 1. 1. 07 o. Geh. beurl. als Stations-Aspirant, scheidet am 1. 1. 08 aus. — Ost. a. Pr. Nagel,hausen Str. Frankfurt, am St. 12. 07 zur Truppe zur.

12. Brigade.

b. B. a. Pr. Schmidtmann, Dt. Enlan, am 1. 1. 08 nach Gr. Keislaun versetzt.

Brigade Elßa-Lothringen.

Ost. Panrath, Dettlingen, am 1. 1. 08 zur herritonen Mannschaft vers. und in Hallsenberg stationiert. — J. b. B. Herbert, Hallsenberg, am b. 1. 08 zur Truppe zurück.

Verschiedenes.

Unbesetzte Freistellen im Potsdamschen Großen Militärwaisenhaus. Im Großen Militärwaisenhaus in Potsdam und im Schloß Preßch bleiben nach amtlicher Mitteilung seit Jahren Stellen unbesetzt. In Potsdam werden evangelische Knaben, in Preßch Mädchen aufgenommen. Die Gesamtsittung gibt bedürftigen ehe-lichen Kindern verstorbener Soldaten vom Feldweibel abwärts. Die unbesetzten Stellen sind um so merkwürdiger, als die Zöglinge in beiden Anstalten nicht nur völlig kostenlos einschließlich der Kleidung usw. erzogen, sondern außerdem noch bei ihrer ordnungsgemäßen Entlassung nach der Einsegnung eine vollständige Ausstattung, sowie bei der Einstellung und Entlassung freie Reise erhalten. Bevorzugt werden Kinder, deren Vater zur Zeit der Geburt aktiv diente oder während des Dienstes oder an den Folgen einer Kriegsbeschädigung gestorben ist, ferner Waisen, deren Vater einen Feldzug mitgemacht oder längere Zeit weitergedient hat oder als invalide anerkannt ist. Die Aufnahme findet vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre an Ostern und Michaelis statt. U. a. gewährt die Anstalt auch ein Pflegegeld von 90 M. für Vollwaisen von 108 M.

Auskunft.

Zum Jahreswechsel

statten wir allen hohen und verehrten Gönnern, geschätzten Mitarbeitern und allen Lesern unserer Zeitschrift die verbindlichsten Glückwünsche ab.

Die Schriftleitung.

Kam. O. W. K. in H. Vorzeitige künstliche Entbindung. Ein praktischer Arzt darf eine vorzeitige künstliche Entbindung herbeiführen, wenn der Zustand der Schwangeren dies dringend erfordert. Die Verabsäumung einer notwendigen vorzeitigen Entbindung, die den Tod der Mutter zur Folge hätte, könnte dem Arzt als fahrlässige Tötung zur Last gelegt werden. Wann ein solcher Eingriff nötig ist, kann nur vom Arzt beurteilt werden. Rr. 240. — n.

Kam. Gend. W. L. in W. Militärärzter. Die Stelle, die abwechselnd mit Militär- und Zivilärztern zu besetzen ist, kann erst dann einem Zivilärzter übertragen werden, wenn sie dem Militärärzter, der sie bisher verwaltete, rüchigülig übertragen gewesen war. Eine nur probeweise Beschäftigung des Militärärzters gilt nicht als „Anstellung“ im Sinne des Gesetzes vom 21. Juni 1892.

Rr. 251 b. — et.

Kam. G. W. in O. Anschläge und Vertheilen von Theaterzetteln. Das Ansetzen, Anschlagen und unentgeltliche Vertheilen von Theaterzetteln auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ohne polizeiliche Erlaubnis ist nach §§ 10, 41 Preuss. Presch. vom 12. 5. 51 mit Strafe bedroht. Einer besondern Plakatordnung bedarf es nicht.

Rr. 241. a.

Kam. Gend. W. K. in W. Polzeistunde. Geschlossene Gesellschaft. Geschlossene Gesellschaft und Verein sind zwei verschiedene Begriffe. Weder braucht die geschlossene Gesellschaft ein Verein zu sein, noch der Verein eine geschlossene Gesellschaft. Wenn nun einzelne einem Kreislauf angehörende Personen den Beschluß fassen, völlig unter sich zum Kartenspielen in einem ihnen ausschließlich zur Verfügung gestellten Zimmer zusammenzukommen, so sind sie, wenn sie auch keinen Verein bilden und wenn das Kartenspielen nicht zu den Vereinszwecken gehört, doch eine geschlossene Gesellschaft und als solche nicht an die Polzeistunde gebunden.

Rr. 247. — n.

Kam. b. G. W. H. in S. Die Aufsehlungskommission in Polen ist durch das preussische Gesetz vom 26. April 1886 geschaffen, um in den Provinzen Westpreußen und Polen kleinere deutsche Grundbesitzer anzusiedeln, die, wie Fürst Bismard in seiner Polenrede vom 22. Januar 1886 ausführte, „die Gewißheit oder doch die Wahrscheinlichkeit gewähren,

daß sie Deutsche bleiben, also Deutsche mit deutschen Frauen, nicht mit polnischen." Der Kommission wurden durch das Gesetz 100 Millionen *M* bis zum Jahre 1907 zur Verfügung gestellt, um Güter polnischer und anderer Besitzer anzukaufen, sie zu parzellieren und an deutsche Kolonisten zu verkaufen oder zu verpachten. Das Gesetz vom 26. April 1886 hat am 20. April 1888 eine teilweise Änderung erfahren. Nr. 572. — Vg.

Kam. d. W. S. in A. Ist zum Ansuchen des Grundbesizers oder auch diejenige des Jagdberechtigten erforderlich? Da Kaninchen nicht zu den jagdbaren Tieren gehören, so fällt ihr Rang auch nicht unter den Begriff der „Jagdausübung“. An gesetzlichen Bestimmungen kommen mithin für den Kaninchenfang nur der § 368, 10 Str.G.B. und die §§ 9 und 10 Feld- und Forstpolizeigesetzes in Betracht. Was den § 368, 10 Str.G.B. anbetrifft, so entsteht die Frage, ob die zum Jettieren erforderliche Ausrüstung als eine „Jagdausrüstung“ angesehen werden kann. Es kommt hierbei in Betracht, daß als „zur Jagd ausgerüstet“ nicht nur derjenige anzusehen ist, der ein Schießgewehr, sondern auch derjenige, welcher ein zur Ausübung der Jagd geeignetes Werkzeug bei sich führt. Die Genehmigung des Jagdberechtigten erscheint daher unbedingt erforderlich, da der Begriff eines „zur Ausübung der Jagd erforderlichen Werkzeuges“ in jedem einzelnen Falle von der Beurteilung des zuständigen Richters abhängig ist. Was die §§ 9 und 10 des Feld- und Forstpolizeigesetzes anbetrifft, so bedroht der letztere nur denjenigen mit Strafe, der (abgesehen von den Fällen des § 123 Str.G.B., Eindringen in befriedetes Besitztum; Hausfriedensbruch), von einem Grundstücke, aus dem er ohne Befugnis sich befindet, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, während § 10 auch denjenigen mit Strafe bedroht, der unbefugt über Grundstücke reitet, fahrt, fährt, Vieh treibt, Holz schleift, den Pflug loendet oder über Ader, deren Bestellung vorbereitet oder in Angriff genommen ist, geht. Hiernach liegt sich derjenige, welcher ohne Erlaubnis des Grundbesizers jettiert, der Gefahr aus, jederzeit von dem letzteren heruntergewiesen zu werden oder auch, falls er bestellt oder zur Bestellung vorbereitete Ader betritt, sich schon ohne eine solche Aufforderung strafbar zu machen. Diese Übertretungen sind allerdings nur auf Antrag verfolgbar, und das Gesetz schreibt nirgends einen schriftlichen Erlaubnischein des Grundbesizers vor. Da indessen die Polizei- und Sicherheitsbeamten (Gendarmen) schon einschreiten können, wenn der Verdacht einer auch nur auf Antrag verfolgbaren strafbaren Handlung vorliegt, so wird derjenige, welcher auf fremdem Grundstücke jettieren will, jedenfalls gut tun, einen schriftlichen Erlaubnischein bei sich zu führen,

um jederzeit die erhaltene Erlaubnis nachweisen zu können und sich unangenehme Weiterungen zu ersparen. Dazu kommt nun aber noch, daß die Verwaltungsbehörden die Befugnis haben, den freien Tierfang durch Polizei-Verordnungen einzufchränken, und hiervon vielfach Gebrauch gemacht haben. So lautet § 2. eine uns zufällig vorliegende Polizei-Verordnung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen in ihrem § 2:

Der Grundstücke zum Zwecke des Fangens von wilden Kaninchen betritt, bedarf außer der Zustimmung des Jagdberechtigten einer schriftlich auf bestimmte Zeit zu ertheilenden Erlaubnis des Eigentümers oder Ausnießers der betreffenden Grundstücke.

Der Jagdberechtigte bedarf dieser Erlaubnis nicht.

Durch eine betriege Bestimmung ist dann jeder Zweifel ausgeschlossen. Es fragt sich, ob bei Ihnen nicht eine Polizei-Verordnung ähnlichen Inhalts zu Recht besteht, was wir unbedingt annehmen möchten und was Sie an Ort und Stelle leicht feststellen können, falls dies nicht aus der Ihnen doch wohl bildungsfähig gelieferten Sammlung von Polizei-Verordnungen pp. ohne weiteres hervorgehen sollte. Vergl. auch Entsch. 1. Str.Sen. R.G. in Sachen Raas-Vonn vom 16. September 1907 in Rr. 18. S. 422 I. 3.

Rr. 358. — R. B.

N. in N. „Verfolgung auf frischer Tat“ und „Verfolgung auf unmittelbarer Spur“. § 127 der Str. Pr. O. I. Absatz lautet: „Wird jemand auf frischer Tat betroffen oder verfolgt, so ist, wenn er der Flucht verdächtig ist, jedermann befugt, ihn auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen“. Hier kommt also die Verfolgung auf frischer Tat in Betracht und es fragt sich, wie lange dieselbe dauert. Nach allgemein anerkanntem Rechtsgrundsatz sind für den Begriff der „Verfolgung auf frischer Tat“ 3 Vorbedingungen erforderlich: 1. die Tat muß gleich danach entdeckt worden sein, 2. der Verdächtige muß sich sofort auf eine bestimmte Person lenken, 3. die Verfolgung muß sogleich aufgenommen worden sein. Zu 1. Die Tat wird als „gleich danach entdeckt“ anzusehen sein, wenn dies geschah, sobald es nach Lage der Umstände überhaupt möglich war. 3. B. Einbrecher räumen in der Nacht eine Kastenlade aus; der Ladeninhaber bemerkt dies sogleich, als er am anderen Morgen den Laden betritt. Hätte der Einbruch dagegen in einer Bodenlampe stattgefunden, die nur selten betreten wird, würde derselbe daher erst nach einigen Tagen entdeckt worden sein, so würde dieser Begriff fehlen und es könnte von „Verfolgung auf frischer Tat“ auch dann keine Rede mehr sein, wenn der Verdacht sich auf eine bestimmte Person lenkte und die Verfolgung numehr sogleich aufgenommen würde. Zu 2. Die Person, auf welche der Verdacht sich lenkt, braucht nicht notwendigerweise nach Name, Stand und Wohnort bekannt zu sein. Es genügt, wenn eine unbekannte Person gesehen

worden ist und beschrieben werden kann, die der Tat verdächtig erscheint. In 3. Hier genügt jede Verfolgungshandlung. Es ist nicht notwendig, daß jemand hinter dem Verdächtigen herläuft, ihm so zu sagen auf den Fersen sitzt (das wäre Verfolgung auf unmittelbarer Spur), es genügt vielmehr schon, wenn die benachbarten Polizeibehörden, die Eisenbahnstationen benachrichtigt, ein Steckbrief erlassen wird. Die Verfolgung auf frischer Tat dauert dann so lange, bis der Verfolgte ergriffen wird oder die Tat verjährt ist. Es ist durchaus nicht erforderlich, daß die Polizei in der Zwischenzeit irgend welche Spur von dem Verleib des Verdächtigen hat. Ein Beispiel möge das bisher Gesagte veranschaulichen. Ein Kassierer geht nächtlicherweise mit der Kasse durch. Am anderen Morgen bei Beginn der Dienststunden bemerken die übrigen Beamten das Fehlen der Kasse. Da auch der Kassierer fehlt und auch in seiner Wohnung nicht aufzufinden ist, seine Angehörigen keine Auskunft über seinen Verbleib machen können, so lenkt sich der Verdacht auf ihn. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft werden sogleich benachrichtigt, ein Steckbrief erlassen und alle Maßnahmen zur Ergreifung des Verdächtigen getroffen. Die Verfolgung auf frischer Tat hat damit begonnen. Der Flüchtling bleibt indessen verschollen, es fehlt jede Spur von ihm. Nach 20 Jahren — der Steckbrief ist rechtzeitig erneuert, die Tat also nicht verjährt — taucht er mit ganz verändertem Aussehen in seiner Heimat unter falschem Namen wieder auf. Niemand erkennt ihn, der in der Zwischenzeit in Amerika war, als den ehemaligen Kassierer. Da trifft er plötzlich mit einem derjenigen Beamten zusammen, die mit ihm auf einem Kontor gearbeitet hatten. Dieser erkennt ihn unzweifelhaft wieder und nimmt ihn ohne weiteres auf Grund des § 127, Absatz 1, Str.Pr.O. fest; denn der Kassierer wurde immer noch auf frischer Tat verfolgt. —

Etwas ganz anderes bedeutet die „Verfolgung auf unmittelbarer Spur“. Diese setzt voraus, daß der Verfolger dem Flüchtling unmittelbar auf den Fersen sitzt. Sie kann mit der Verfolgung auf frischer Tat zusammenreffen, aber auch ganz unabhängig von dieser stattfinden. Z. B. jemand hat einen Mord begangen und den Leichnam verscharrt. Erst nach Jahren wird letzterer gefunden und nach abermaliger geraumer Zeit lenkt sich der Verdacht, die Tat begangen zu haben, auf den Schuldigen. Der Gendarm erhält einen richterlichen Haftbefehl, der Schuldige entspringt durch ein Fenster, als der Gendarm seine Wohnung betritt. Der Gendarm springt hinterher, um ihn zu ergreifen. Jetzt dauert die Verfolgung auf unmittelbarer Spur so lange, als der Gendarm den Schuldigen sieht oder doch genau weiß, wo dieser sich befindet. Z. B. der Flüchtling verschwindet in einem Graben. Der Gendarm sieht ihn augenblicklich nicht,

er weiß aber, daß er in dem Graben steht, und sieht ihn nach wenigen Minuten wieder. Die Verfolgung auf unmittelbarer Spur ist nicht unterbrochen. Sie ist aber unterbrochen, wenn der Flüchtling z. B. in einem Walde verschwindet und der Verfolger nicht mehr weiß, nach welcher Richtung er gelaufen ist. Sie ist nicht unterbrochen, wenn der Flüchtling in ein Haus läuft, in welchem nur eine Partei wohnt, so daß nur ein Hausfrieden in Betracht kommt; sie ist unterbrochen, wenn er in ein Haus läuft, in welchem mehrere Parteien wohnen, und der Verfolger nun nicht mehr weiß, innerhalb welches Hausfriedens der Flüchtling sich verborgen hält.

Was nun die Rechte anbetrifft, die dem Gendarmen in dem einen und in dem anderen Falle zuzuwenden, so gewährt ihm die Verfolgung auf frischer Tat so gut wie gar keine besondern Vorrechte. Denn die Festnahme kann er als Polizei- und Sicherheitsbeamter auf Grund des Abs. 2 § 127 Str.Pr.O. schon dann vornehmen, wenn ein Grundzweck nicht rechtlicher Haftbefehl vorliegt und gleichzeitig Gefahr im Verzuge vorhanden ist. Diese Voraussetzungen liegen aber bei einer Verfolgung auf frischer Tat stets vor. Außerdem gewährt allerdings die Verfolgung auf frischer Tat dem Gendarmen auch noch das Recht, eine Durchsuchung zur Nachtzeit zu beginnen. Da er indessen auch in diesem Falle der Ermächtigung eines Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bedarf und andererseits dieselbe Befugnis ihm auch dann zusteht, wenn es sich um die Wiederergreifung eines entsprungenen Gefangenen handelt oder wenn Gefahr im Verzuge obwaltet, letzteres aber so wie so schon Vorbedingung für jede Durchsuchung ist, die nicht vom Richter selbst angeordnet wurde, so ist diese Befugnis in der Praxis gänzlich belanglos. Für das wichtigste Recht des Gendarmen, den Waffengebrauch, kommt die Verfolgung auf frischer Tat überhaupt nicht in Betracht. Dagegen gewährt die Verfolgung auf unmittelbarer Spur dem Gendarmen das Recht, überall, also auch in das beschränkte Verbot eines Unbeteiligten, ohne weiteres gewalttham einzudringen, wohin die unmittelbare Spur ihn führt. Er kann zu diesem Zweck erforderlichenfalls, d. h. wenn das öffentliche Interesse solches dringend erfordert, Türen und Fenster einschlagen und ohne langes Besinnen gegen jeden die Waffe gebrauchen, der sich ihm hindernd in den Weg stellt. Denn ein solches An-den-Weg-Stellen ist bereits als tätlicher Widerstand anzusehen und jedes Zögern würde den Gendarmen in die Gefahr bringen, die unmittelbare Spur zu verlieren und so seiner Rechte verlustig zu geben. Der Gendarm wird hierbei um so rücksichtloser verfahren, je schwächer die Tat

und x gemeingefährlicher der Verbrecher ist. Er wird bei geringfügigen Straftaten, ruhestörendem Lärm und dergleichen mehr von diesem Recht überhaupt keinen Gebrauch machen. Denn die Ursache der Festnahme ist durch Entweichen des Aufseherers in ein Haus beseitigt und die Persönlichkeit läßt sich auch auf andere Weise feststellen. Ist der Verbrecher in ein Haus entflohen, in dem mehrere Parteien wohnen, und weiß der Gendarm nicht, innerhalb welches Hausfriedens er sich verborgen hält, so hat er die unmittelbare Spur verloren. Jetzt wird eine Durchsuchung erforderlich, zu der er nach dem Gesetz die Ermächtigung eines Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bedarf. In wie weit er bei dringender Gefahr im Verzuge und wenn es sich um die Ergreifung eines gemeingefährlichen Verbrechers handelt, sich auch über diese Formalität hinwegsetzen darf und soll, läßt sich theoretisch nicht erörtern. Weist er gegebenenfalls den Mut dazu, so hat evtl. das Kriegsgericht über sein Tun zu entscheiden. Es wird ihn „vielleicht“ (!) freisprechen können, wenn es anerkennt, daß der Beweggrund seines Handelns nicht darin bestand, seine Befugnisse zu überschreiten und sich leichtfertig über das Gesetz hinwegzusetzen, sondern lediglich darin, seine Person für das allgemeine Wohl einzusetzen.

Handelt es sich bei der Verfolgung auf unmittelbarer Spur um einen unter Anwendung von Gewalt gegen die Person des Gendarmen entspringenden Gefangenen, so kann der Gendarm anßerdem zur Vereitelung der Flucht von der Schusswaffe Gebrauch machen, nachdem er diese dem Gefangenen angedroht hat. Im Notfall genügt ein schnell nachgerufenes „Stehen, oder ich schieße“. Voraussetzung ist dabei 1. daß die Schwere der Straftat bezw. die Gemeingefährlichkeit des Gefangenen im richtigen Verhältnis zu der Schärfe des Mittels steht; 2. daß die Wiederergriffung auf andere Art nicht möglich erscheint, 3. daß Unbeteiligte nicht in Gefahr geraten. — Hat der Gendarm die unmittelbare Spur verloren, so hört das Recht des Schießens zum Zweck der Wiederergriffung auf, auch wenn er sie später wieder auffindet. Der Gefangene ist entsprungen, er „hat sich selbst befreit“ und wird erst wieder ein „Gefangener“, nachdem er von neuem festgenommen und zum Gefangenen erklärt worden ist. Das Recht der Notwehr, falls der Fliehende Front gegen den Gendarmen macht und ihn tödlich angreift oder mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben bedroht, bleibt selbstverständlich hiervon unberührt.

Nr. 321. — R. B.

Kam. OW. R. in R. Tragen von Zivilkleidern. Die Bestimmung im Dienstbuch R. 1, Ziffer 136 schließt zwar das Tragen von Zivilkleidern zur Teilnahme an Privatfestlichkeiten im Standort und innerhalb des Dienstbezirks

nicht ausdrücklich aus, wir glauben aber nicht, daß Sie hierzu die erforderliche Genehmigung Ihrer vorgesetzten Brigade erhalten werden. Auch andere Militärpersonen dürfen nur bei Urlaubstreifen Zivil tragen, dagegen innerhalb ihres Standortes nur in anderen begründeten Fällen, z. B. zu Ausgängen im Standortsfall.

Nr. 283. — R.

Kam. FW. in B. Empfangnahme von Strafgebern. Die Gendarmen sind nicht befugt, Strafgebern irgend welcher Art in Empfang zu nehmen, es sei denn, daß für einzelne Ausnahmefälle seitens der Vorgesetzten andere Bestimmungen getroffen sein sollten. Die Polizeibehörde kann daher nach unserer Ansicht den Gendarm nicht um Einziehung vollstreckter Geldstrafen ersuchen. Bei Strafvollstreckungsverfügungen, wo an Stelle von Geldstrafen in zweiter Linie eine Haftstrafe festgesetzt ist, kann der Gendarm nur zur Festnahme und Vorführung der betreffenden Person requiriert werden. Es wird das u. E. erst geschehen können, wenn die Polizeibehörde durch ihren Vollziehungsbeamten — nicht durch den Gendarm — festgestellt hat, daß der Verurteilte zahlungsunfähig und eine Pfändung nicht möglich ist. Wenn dann der Verurteilte dem zur Festnahme schreitenden Gendarmen erklärt, daß er nunmehr die Geldstrafe zahlen wolle, so wird ihn der Gendarm trotz seiner Zahlungsbereitschaft der Polizeibehörde zuführen müssen, wenn der Gendarm nicht in geeigneten Fällen dem Verurteilten Zeit lassen will, die erfolgte Zahlung nachzuweisen. Keinesfalls darf der Gendarm die Geldstrafe selbst einziehen. Ihre Auffassung der Sachlage ist also nach unserer Ansicht eine irrige.

Nr. 297. — R.

Kam. FW. H. in C. Folgeleihen bei Requisitionen von privater Seite. Der Gendarm ist verpflichtet, auch auf Ersuchen von Privatpersonen in den Grenzen seiner allgemeinen Dienstpflichten (D. B. Ziff. 129) einzutreten. Einmischung in Privatstreitigkeiten hat der Gendarm dagegen abzulehnen (D. B. Ziff. 135, 2. Absatz). Sie hätten daher nach unserer Ansicht einer Bitte um Hilfe, wie sie der Stuhlbauer durch sein Kind an Sie gelangen ließ, im allgemeinen Folge zu leisten und zwar ohne unnötige Verzögerung. Die Streitigkeiten des Stuhlbauers mit seinem Nachbarn hinsichtlich der Benutzung des Zufahrtsweges sind indessen zivilrechtlicher Natur. Da der Mann auch nicht behaupten konnte, daß sein Haus vorzüglich beschädigt wurde, so lag auch keine strafbare Handlung vor. Nach unserer Ansicht konnten Sie ein Einschreiten Ihrerseits ablehnen und dem Stuhlbauer anheimstellen, selbst Anzeige zu erstatten oder den Alagemweg zu beschreiten. Wenn Sie der Stuhlbauer wiederholt unnötig bei Privatstreitigkeiten hat rufen lassen, so können Sie ihm u. E. eröffnen, daß Sie künftig seiner Bitte nur Folge leisten würden, wenn er Ihnen gleichzeitig den Grund mitteilen läßt und Sie Ihr Einschreiten für nötig halten. Im Hinblick auf etwa daraufhin eingehende Beschwerden des Mannes über Sie werden Sie gut tun, Ihrem Verittführer und vielleicht auch dem vorgelegten Landrat den Sachverhalt bei nächster Gelegenheit zu melden und deren Rat zu erbitten.

Nr. 293. — R.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.
Nr. 20. Verantwortl. Schriftleiter: Felix Gersbach zu Berlin. 1907/08.

Die Diensthunde der Altonaer Exekutivpolizei im Jahre 1906.

Von Hauptmann a. D. E. Kläber, Polizei-
inspektor in Altona.

Die hiesigen Polizeihunde haben auch im verfloßenen Jahre den in sie gesetzten Erwartungen entsprochen. Es waren am Schlusse des Jahres vorhanden: 4 deutsche Schäferhunde, 2 Wireddaleterriers, 1 russischer Schäferhund, 5 Mischhunde und 2 holländische Bracken. Davon waren im Laufe des Jahres beschafft: 1 deutscher Schäferhund und die beiden Bracken. Austrangiert mußten in demselben Zeitraum werden die beiden seinerzeit vom Zoologischen Garten Berlin geschenkten Welpen als für den Polizeidienst ungeeignet, während der Mischhund Peter auf seither noch nicht aufgeklärte Weise verschwand und infolgedessen in den Verlußtlisten als „vermißt“ aufgeführt wird. Ziffernmäßig ist der Bestand mithin der gleiche geblieben. Von diesen 14 Hunden kommen für den Dienst nicht in Betracht die beiden Welpen sowie ein deutscher Schäferhund, der noch zu jung war, so daß also nur mit 11 Hunden zu rechnen ist. Diese haben ein nachweisbares Resultat aufzuweisen von 168 Fällen gegen 132 im Vorjahr und 74 im Vorvorjahr, bei annähernd etwa gleichem Bestande. Organisations- oder sonst einschneidende Änderungen wurden nicht vorgenommen.

Der Hundeunterricht, behufs Prüfung der Leistungen der Hunde und zur Herstellung einer einheitlichen Erziehungs- und Ausbildungsmethode, fand wiederholt auf dem dem Hundedressur Herrn Lüd gehörenden Grundstück statt, unter Aufsicht des Verfassers. Im übrigen lag die Ausbildung jedes einzelnen Hundes lediglich in den Händen seines Führers.

Neben ihrer Verwendung als Begleiter usw. der Beamten ließ der Verfasser die Hunde noch mitarbeiten beim Absuchen der Bachrenfelder Feldmark, unmittelbar nach Auffindung der Leiche der ermordeten Burmeister, außerdem mehrfach auf Requisition auswärtiger Polizei- oder Gerichtsbehörden, behufs Auffindung vermißter Personen, Entdeckung von Spuren eines Mörders und zur

Unterstützung bei Ermittlung von Einbrechern und größeren Diebstählen.

Auf besonderes Interesse aus der Tätigkeitsnachweisung dürften folgende Fälle Anspruch machen können:

Der Diensthund Ajax, deutscher Schäferhund, begleitete am 27. Januar seinen Führer, Schuhmann Lohmann, nachdem der Dienst beendet war, nach Hause. Gegen 6¼ Uhr beim Passieren des städtischen Parks, verbellte Ajax in einem Gebüsch einen



Polizeihund: Dobermannpinscher „Erzgraf Roderich v. Bismarckstein“
Bel.: Jg. Wagner, Hamburg.

Menschen. Lohmann, dorthin eilend, fand den Kommiss E. vor, der im betrunkenen Zustande im Begriffe war, sich durch Erhängen das Leben zu nehmen.

Der selbe Hund trug in der Nacht zum 12. Juli nochmals dazu bei, einen beabsichtigten Selbstmord zu verhindern. Frau W. aus Gr. Vorstel war nämlich wegen Familiengewissligkeiten in selbstmörderischer Absicht vor Develgönne in die Elbe gesprungen, durch Wellenschlag aber an den Strand geworfen, woselbst sie betrunken liegen blieb, ständig der Gefahr ausgesetzt, von der nächsten Welle vom Lande wieder fortgeschwemmt zu werden. Es war stößtfinstere Nacht, so daß Schuhmann Lohmann selbst keine Wahrnehmung machen konnte. Ajax hat indes die Person sofort bemerkt und ihr Vorhan-

den sein durch Verbellern gemeldet, worauf der hingewillende Schuhmann Lohmann die Frau in Sicherheit bringen konnte. Die W. erholte sich später wieder und wurde durch Verwandte von der Wache abgeholt.

Dem Schuhmann W., in dessen Begleitung L. (Mischhund) sich befand fuhr in der Nacht zum 2. August ein kontravenierender Radfahrer davon. L., der nachgeschickt wurde, stellte den Radfahrer, so daß seine Feststellung erfolgen konnte.

R., ein äußerst eifriger und intelligenter Mischhund, starbte in der Nacht zum 7. Februar den Arbeiter H. in der Feldmark Stellingen-Langenfelde als Obdachlosen auf. H., welcher durch den Führer des R., Schuhmann H., nach dem Vollzeigefängnis geführt wurde, entfloß. R., den diesmal seine Intelligenz im Stich ließ, verfolgte zwar zunächst den Flüchtling, ließ sich aber, als dieser seinen Überzieher von sich warf, beirren und überbrachte stolz den Überzieher, statt dem Flüchtling weiter nachzulaufen und ihn zu stellen.

T. r., deutscher Schäferhund, der mit seinen Resultaten an der Spitze marschiert — er hat nicht weniger als 39 Obdachlose aufgegriffen — fand in der Nacht zum 21. April in einem auf dem Geleise am Hafen stehenden Eisenbahnwagen etwas nicht geheuer. Als guter Kletterer erstieg er sogleich die Leiter zum Bremsergeleise, aus welchem er den Arbeiter M., der dort unbefugt nächtigte, herausholte. M. wurde vom Führer, Schuhmann G., in Haft genommen.

B., deutscher Schäferhund, Führer Schuhmann Müller, trug zur Festnahme des aus dem Siechenhause entsprungenen Arbeiters F. bei. Der Sachverhalt war folgender: Müller befand sich am 25. Mai, früh, nach Beendigung des Dienstes auf dem Nachhausewege. In der Herderstraße ergriff F., als er den Schuhmann sah, die Flucht. B. wurde hinterher geschickt und stellte ihn auf dem Boden des Hauses Lagerstraße 142 (zwei Etagen hoch), wohin sich F. geflüchtet hatte.

Man wird, wie schon früher erwähnt, nicht außer Betracht lassen dürfen, daß es nicht allein die nachweisbaren Resultate sind, nach welchen der Wert der Dienstthue einzuschätzen ist. Weit größeren Vorteil bietet ihr Vorhandensein überhaupt, einerseits durch das moralische Element, das dem Beamten durch das Gefühl erhöhter Sicherheit innewohnt, andererseits durch den Umstand, daß das vorhandene Gesinde aus Furcht vor den Hunden erfahrungsgemäß diejenigen Bezirke meiden, in denen vierbeinige Polizisten mit tätig sind.

Wenn die Hunde hierzuland sich dauernd als nützlich erweisen und betrießende Leistungen aufzuweisen haben, so soll an dieser Stelle auch anerkennend derjenigen Führer gedacht werden, welche durch Fleiß, Geschick und Verständnis ihre Pflegebefohlenen auf eine Stufe besonderer Entwicklung und In-

telligenz haben bringen können. Es ist geradezu erstaunlich, was aus einem entsprechend veranlagten Hunde durch fleißige und geschickte Arbeit sich herausholen läßt, und deshalb ist bei Zuteilung der Hunde das Hauptaugenmerk! darauf zu richten, Mann und Hund passend zusammenzustellen, andernfalls wird man vergeblich auf Erfolge warten. Bei der hiesigen Gegendpolizei wird dem Institut der Hunde auch künftig besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge gewidmet und wird angestrebt werden, dasselbe in gleicher Weise wie seither nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ immer weiter auszubauen und zu fördern.

über Vergiftungen bei Hunden, deren Verhütung und Behandlung.*)

Der traurige Fall, der den Tod einer von Herrn Rischke erworbenen deutschen Schäferhündin, „Banda v. Thüringen“, herbeiführte (sie nahm einen für Ratten bestimmten Giftdosen auf und war binnen 10 Minuten tot), dürfte, so schreibt uns Herr Polizeiarzt Dr. Hopfner, willkommenen Anlaß geben, uns mit den Vergiftungen, deren Verhütung und Behandlung einmal näher zu beschäftigen.

Vergiftungen kommen bei unseren Haustieren nicht selten vor. Sie können zufällig erfolgen durch ausgelegte Ratten- oder Mäusegifte, Fuchsschillen, durch giftige Farben, bei unseren pflanzenfressenden Haustieren durch giftige Pflanzen und Gräser auf Wiesen und Weiden; ferner durch fehlerhafte medikamentöse Behandlung, zu scharfe Purgiermittel (Salomel, Aloe, Aroton), durch antiparasitische Mittel wie Quecksilber, Arsenik, Sublimat, Karbol, Tabakblöckchen, wenn diese über den ganzen Körper eingerieben oder von den Tieren abgeleckt werden, oder auch durch Abreiben scharfer Salben. Nicht selten kommen auch Vergiftungen vor durch Versetzen bei Anfertigung oder Verabreichung von Arzneien; absichtliche und böswillige Vergiftungen werden meist mit schnell und sicher tödlich wirkenden Giften wie Arsenik, Strichnium, Phosphor ausgeführt. Schließlich seien auch noch die Vergiftungen durch Schlangenbisse erwähnt.

Was verstehen wir nun eigentlich unter Gift? Der bekannte Professor Jäger sagt: „Gift ist alles und nichts, da fast jeder Stoff in einer Quantität dem Körper einverleibt werden kann, welcher für ihn schädlich, ja tödlich ist, und da es andererseits kein noch so heftiges Gift gibt, das man nicht in einer gewissen Verdünnung oder Minimalmenge ohne Gesundheitsstörung zu sich nehmen kann.“ Zu den Giften im engeren Sinne zählen wir

*) Mit Genehmigung des Züchter- und Verhändlervereins „Deutsch e Schäferhund“ (eig. Berlin) den Mitteilungen des Vereins entnommen.

jedoch nur solche Substanzen, die in kleinen Gaben tödlich wirken.

Jedem Gifte nun kommt eine spezifische Wirkung auf den tierischen Organismus zu, und danach teilt man die Gifte ein in:

1. scharfe Gifte, mit ausgesprochener Wirkung auf die Haut, Schleimhaut und den Verdauungsapparat. Hierher gehören besonders Quecksilber, Kupfer, Arsenik, Karbolsäure, Aloe, Krotton, Terpentin, Stauharidin, sowie alle Mineralsäuren (wie Schwefel-, Salz-, Salpetersäure);

2. narotische oder Nervengifte, mit Wirkung auf das Nervensystem und das Blut. Hierzu gehören: Opium, Morphinum, Cyanalium, Curare (Pfeilgift), Strchnin;

3. scharf-narotische Gifte, mit gleichzeitiger Affektion der Schleimhäute und des Nervensystems. Hierzu zählt man: Digitalis, Tabak, die Giftpilze, Phosphor, Spiritus, Ather.

Es würde über den Nahmen dieser Abhandlung hinausgehen, wenn hier alle Vergiftungen besprochen würden; darum seien nur die am häufigsten vorkommenden Vergiftungen bei den uns hier allein interessierenden Hunden erwähnt.

Arsenik. Vergiftungen hierdurch kommen meist durch ausgelegtes Gift vor. Die Symptome sind hauptsächlich: Erbrechen, Speichelfluß, Unruhe, beschleunigtes Atmen, Kälte der Ohren und Füßen, schwankender Gang, Zittern, kalter Schweiß. Hunde sterben schon nach wenigen Gramm, Pferde und Rinder nach 20–40 Gramm, der Mensch sicher bei zwei Gramm des Pulvers, innerlich genommen. Fein pulverisiert auf frische Wunden gebracht, wird das Gift leicht aufgesogen und ins Blut übergeführt, und genügt meist schon der vierte Teil obiger Gaben zur tödlichen Wirkung.

Kupfer besonders eisiglaures Kupferoxyd (Grünspan). Vergiftungen entstehen durch Rückenabfälle, wenn Säuren und Salze enthaltene Nahrungsmittel längere Zeit in kuppernen Gefäßen stehen. Symptome: Entzündung der Schleimhäute, Kolik, Zittern, Krämpfe.

Phosphor. Hunde sterben von 0.03–0.06 Gramm. Symptome sind: Erbrechen, Kolik, Rötung der Augenschleimhäute, beschleunigtes Atmen, Schwäche, Zittern, Abstumpfung.

Strchnin. Gehört zu den intensiven Giften, besonders für Fleischfresser. Hunde sterben von 0.03 Gramm Strchnin. Es ist ein Rückenmarksgift und äußert sich durch heftige, stoßweise auftretende Krämpfe, die Sekunden bis Minuten dauern und dann ebenso lange wieder nachlassen. Jedes kleine Geräusch ruft neue Anfälle hervor.

Was nun die Behandlung bei Vergiftungen anbelangt, so wird man gut tun, in jedem Falle unverzüglich einen Arzt herbeizurufen. Bei der Schnelligkeit jedoch, mit der die Gifte dem Leben ein Ende setzen, muß man sich fragen: Was kann ich bis zur Ankunft des Tierarztes tun, um meinen Hund noch zu retten?

Ein Universalmittel gegen Vergiftungen gibt es nicht, bestimmte Gifte erfordern auch besondere Gegengifte. Aber der Laie, und oft auch der Sachverständige, ist im ersten Augenblick bei den häufig gleichartigen Symptomen nicht insfande, die Natur des Giftes zu bestimmen, und da gibt es denn eine Reihe von Haus- und Notmitteln, die überall und schnell zu haben und leicht anzuwenden sind. Hierher gehören: Eiweiß, Milch, Seife, gebrannte Magnesia, Kreide (geschabt), Tannin.

Da das Eiweiß sehr rasche und unschädliche Verbindungen mit fast allen Giften eingeht und die Gerbsäure (Tannin) die wichtigsten Gifte, nämlich die Alkaloide, neutralisiert, so greift man zum Eiweiß und Tannin zuerst, und namentlich dann, wenn die Natur der Vergiftung unbekannt ist.

Ist die Natur des Giftes bekannt dann empfehlen sich folgende Mittel:

Bei Arsenikvergiftungen gibt man Milch, gebrannte Magnesia (ein Löffel bis einen Eßlöffel voll) oder das spezielle, in jeder Apotheke vorrätig gehaltene Gegengift Antidotum arsenici, das in der Hauptsache auch aus Magnesia besteht.

Kupfervergiftungen (Grünspan) bekämpft man am besten mit Milch, Magnesia, Tannin.

Bei den Säurevergiftungen wendet man Eiweiß, Milch, Soda, Pottasche, Kreide an.

Phosphorvergiftungen werden behandelt mit Eiweiß, Magnesia, Kupferpulver, altes Terpentinöl – keine Milch, kein Öl.

Bei Strchninvergiftungen empfiehlt sich neben der Vermeidung jeden Geräusches sowie grellen Lichtes besonders das Tannin, Chloroform-Inhalationen, Atropin, Chloralhydrat, Bromkalium.

Bei Schlangenbissen ist das Ausdrücken der Wunde zuerst vorgzunehmen und hinterher reichlich Alkohol bis zur Betäubung zu geben.

Außerdem geschieht die Entfernung des Giftes noch am wirksamsten durch Brech- oder Abführmittel. Ein Brechmittel hat man häufig nicht gleich zur Hand, und das genügt es, wenn man dem Hunde lauwarmes Wasser oder einen Löffel voll Salz eingibt und den Gaumen kitzelt. In Ermangelung eines Abführmittels tut eine Portion Öl vorläufig auch gute Dienste.

Vorstehende Angaben können und sollen nicht erschöpfend sein, aber sie sollen den Besitzer bei schweren Vergiftungen seines Lieblingen wenigstens nicht ganz ratlos dastehen lassen. Besser als Heilen ist natürlich Vorhüten, und darum möge jeder seinen Hund wenigstens so erziehen, daß er nicht alles auf der Straße frisst; denn dadurch kam schon manche Vergiftung zustande.

Echo zur Richterfelder Prüfung.

Der Fanatismus, gleichviel ob Religions-, Sytem- oder Rassenfanatismus, ist immer eine krankhafte Ercheinung. Der von ihm Befallene vermag nicht objektiv zu denken und zu urteilen; er wittert überall Gegner und bringt es

sogar fertig, aus den Ausführungen anderer etwas ganz Verheerendes herauszufehen. Das kann man jetzt wieder bei einigen Schäferhund-leuten beobachten.

Herr Hilpert hat Herrn von Stephanig, Märchen gelesen, Gersbach bevorzugte die Dober-männer. Von der Verichtigung, die in der S.V. Zeitung erschienen ist, hat er anscheinend keine Notiz genommen; er hat vielmehr das Märchen in der „Kynologischen Sportwelt“ nach-gebetet. Dafür wird ihm die Ehre zuteil, daß nun Herr von Stephanig ihn wieder als Kron-zeugen zitiert und ausdrücklich die ihm selbst nachgebetete Behauptung: „der (von ihm bevor-zugte) Dobermann“ siegesfremd abdruckt.

Warum druckt Herr von Stephanig nicht ob, daß ich in meinem Richterfeld der Vorträge ausdrücklich gesagt habe: „In Frage konnten nur die Mittelkrassen kommen und von diesen in erster Linie der Schäferhund, und zwar der deutsche Schäferhund, wie ihn zielbewußt und opferwillig seine Liebhaber in den letzten Jahrzehnten herangezogen haben. Ihm gleich-berechtigt mußte unbedingt der Airedaleterrier erachtet werden, den seine Liebhaber über ganz

Deutschland verbreitet und fortgesetzt verbessert haben.“

Besüglich des Dober-manns habe ich dann gesagt: „Nach meinen persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen glaube ich auch aus-

es: „Dobermänner, aus altheidischem Schäfer-hund und deutschem Pinscher gezüchtet usw.“ Was Herr von Stephanig da herausgelesen hat, zeigen seine Ausführungen auf Seite 554 der S.V. Zeitung: „An anderer Stelle läßt Herr Gersbach den Dobermann wieder aus einer Kreuzung von Pinschern mit altheidischen Schäfer-hunde hervorgehen. Wirklich mit zotthaarigen, hängeohrigen altheidischen, Herr Gersbach?“ Wo habe ich in meinem Vortrag selbst zu dieser Frage Stellung genommen?

Herr Dr. Schend leitet seinen Bericht ein: „Der deutsche Schäferhund ein jüngeres Zucht-produkt als der Dobermannpinscher — ein ungeheuerlicher Ausdruck!“ Gefagt habe ich: „..... der Dobermannpinscher, von dem ich wußte, daß er in den thüringischen Staaten schon der Gendarmhund genannt wurde, bevor der heutige deutsche Schäferhund plan-mäßig gezüchtet wurde.“ Ja, wenn Herr Dr. Schend das nicht weiß, dann sollte er seine kynologische Befähigung doch nicht so stolz betonen! Dann kennt er eben weder die Geschichte der von ihm bevorzugten Rasse noch die des Dobermanns.

Diese kurze Auslese dürfte genügen zur Beurteilung der Frage, auf welcher Seite unparteiisch gehandelt, gedacht und geschrieben wird. Zwei Phantasiestücke sind mir gezwungen festzumagnen. Auf Seite 554 berichtet Herr v. Stephanig: „Wie wir hören, hat auch der



Vollzeithund: Dobermannpinscher „Wesf Chama“, v. Blomardstein“
Bes. Jun. Wager, Hamburg

sprechen zu können, daß der Dobermannrüde erst etwas später als die Rüden der beiden anderen Rassen erfolgreich dressiert werden kann, weil in seiner Jugend seine Wildheit dem Dressur viele Schwierigkeiten bereitet.“

Kann ein nüchtern denkender Mensch aus diesen Ausführungen wirklich folgern, daß ich den Dobermann bevorzuge, protegiere und daß ich „einseitig“ den Schäferhund be-kämpfe? Läßt sich aus diesen Ausführungen herauslesen, daß ich das Wirken der Sport-kynologie und der Spezialclubs verächtlich mache, wie es Herr von Stephanig auf Seite 552 der S.V. Zeitung behauptet.

Besüglich des Dobermanns hatte ich in meinem Vortrag das angeführt, was seinerzeit der verstorbene Freiherr von Zedlitz, der Altmeister der Kynologie, in der Deutschen Jägerzeitung geschrieben hatte (es ist zwischen Anführungszeichen abgedruckt). Da heißt

Kronprinz: „Der sich die Hunde am Vortage vorführen ließ, den Schäferhund den sein ganz besonderes Interesse entgegengebracht“ und auf Seite 550 führt er uns: „..... nahm der Kronprinz, als der veranstaltende Herr seine einleitenden Auseinandersetzungen beendet hatte, von vornherein Stellung zu der Sache. Seine kaiserliche Hoheit sah sich die Hunde an und sagte: „Das sind die deutschen Schäferhund; die kenne ich schon. Sie sind am besten geeignet dafür.“ Würde Herr v. Stephanig vielleicht die Liebde-würdigkeit haben, uns seinen Gewöhrsmann für diese Behauptung zu nennen? Welcher Schall hat ihm diesen Wären aufgebunden? Vielleicht ober ist es auch nur der Traum eines Schäferhundfanatikers. Etwas mehr Zurück-haltung solchen hohen Herren gegenüber sollte man aber auf alle Fälle erwarten dürfen.

Robert Gersbach.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 20.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Verwaltungskunde.

Eisenbahnverwaltung und Eisenbahnbehörden.
Für die Verwaltung der Staatseisenbahnen besteht eine besondere Verwaltungsordnung vom 16. Dez. 1894 (RG. *) 1896, 11), die durch eine auf Grund des RG. vom 23. Dez. 1901 ergangene Vf. vom 17. Mai 1902 (RG. 1902) neu gefaßt und in einigen Punkten geändert ist. Danach erfolgt unter der oberen Leitung des RbM. die Verwaltung der im Betriebe, sowie der im Bau befindlichen Staatseisenbahnen und der vom Staate verwalteten Privateisenbahnen durch unmittelbar dem Minister unterstellte Eisenbahndirektionen. Werden für besonders umfangreiche Bauausführungen durch landesherrlichen Erlaß (gl. Eisenbahnbaukommissionen) errichtet, so trifft der Minister über deren Geschäftsordnung und Besetzung nähere Bestimmung. Den Eisenbahndirektionen sind für die Ausführung und Überwachung des örtlichen Dienstes Betriebs-, Maschinen-, Verkehrs-, und Werkstätteninspektionen, sowie für die Leitung der Neubauten, soweit hiermit nicht Beamte der Betriebsverwaltungen betraut werden können, Bauabteilungen unterstellt. Den Betriebsinspektionen (sugest 259) untersteht die Ausführung und Überwachung des Betriebsdienstes soweit dieselbe nicht in einzelnen Zweigen den anderen vorgenannten Inspektionen überwiesen ist; ferner die Unterhaltung und Beaufsichtigung der im Betriebe befindlichen Strecken einschließlich der Signal- und Telegraphenanlagen, sowie der sonstigen zur Sicherung des Eisenbahnbetriebes dienenden Einrichtungen; endlich die Verwaltung der Bahnpolizei. Den Maschineninspektionen (89) unterliegt die Ausführung und Überwachung des Maschinen- und Betriebswerkstättendienstes, den Verkehrsinspektionen (88) die Ausführung und Überwachung des Verkehrs-, Abfertigungs- und Stossendienstes, den Werkstätteninspektionen (92) die Ausführung und Überwachung des Werkstätten- und Werkstättenmaterialienendienstes und den Bauabteilungen die Leitung der Bauausführungen. Die Inspektionen bestehen aus dem Vorstande und dem nötigen Bureaupersonal. Den Betriebs-, Maschinen- und Werkstätteninspektionen sind nach Bedarf Regierungsbaumeister und Eisenbahnbetriebsingenieure, den Verkehrsinspektionen Maschinenkontrollenre beigegeben. Für die Ausübung des äußeren Dienstes bestehen als Dienststellen Stationen, Abfertigungsstellen, Bahnmeistereien, Werkmeistereien und Magazine. Die Dienststellen sind je nach dem Geschäftsumfange in Klassen eingeteilt.

(Aus der Zeitschrift „Die Zivilversorgung“, Berlin W. 9.)

Rechtsprechungswörter.

Laß dich auf bloße Worte nicht ein,
Die Bürgschaft muß stets schriftlich sein.

Zur Gültigkeit des Bürgschaftsvertrags ist schriftliche
Erteilung des Bürgschaftsverprechens (nicht aus der An-
nahme) erforderlich. RG. 8. 708.

Nur wenn dieses ein Handelsgeschäft ist bedarf es
nicht der schriftlichen Form. RG. 8. 350.

(Dr. Lobe: Neue deutsche Rechtsprechungswörter.)

Weltbürger-Abc.

Strassenpolitik treibt, wer versucht, unangenehmen Situationen auszuweichen, sie einfach ignoriert und glaubt, sie dadurch zu beseitigen oder unschädlich zu machen. — Entstanden ist dieser Ausdruck aus der irtümlichen Annahme, daß der Strauß seinen Kopf in einen Busch oder den Sand versteckt, weil er sich einbilde, vom Feinde, den er nun doch auch nicht sieht, auch nicht gesehen zu werden. Tatsächlich steckt der Strauß seinen Kopf in den Busch, wenn er von seinem Feinde eingeholt wird und sich zur Verteidigung nicht mehr fähig fühlt, um so seinen edelsten und am wenigsten geschützten Teil den Angriffen des Gegners zu entziehen. Die gleiche Verteidigungsart benutzen übrigens noch andere Vögel.

(Aus der Zeitschrift „Die Zivilversorgung“, Berlin W. 9.)

Hundschau.

Gefrieren des Wassers. Nach den Naturgesetzen dehnen sich in der Wärme alle Körper aus und ziehen sich in der Kälte zusammen. Von diesem physikalischen Gesetz macht das Wasser eine Ausnahme: es zieht sich bei der Abkühlung wohl zusammen, aber nur bis + 3,7 Grad C.; wird es tiefer abgekühlt, so dehnt es sich wieder aus. Der Physiker sagt: Wasser hat seine größte Dichtigkeit bei + 3,7 Grad C. Deswegen zerfriert mit Wasser gefüllte Gläser und unsere Gewichtseinheit, d. h. das Gramm, ist gleich dem Gewicht eines Kubikzentimeters Wasser bei + 4 Grad C. — Kühlt man nun das Wasser weiter ab, so erstarrt es unter bestimmten Verhältnissen zu Eis, jedoch braucht dies gar nicht bei einer bestimmten Temperatur vor sich zu gehen; denn Wasser, das in einem Gefäß mit glatten Wänden ruhig steht, kann man weit unter 0 Grad abkühlen, ohne daß es gefriert. Bewegt man das Wasser aber auch nur ganz wenig, so ist ganz urplötzlich der Inhalt zu einem festen Eistumpen erstarrt. Deswegen kann man als Nullpunkt unserer Thermometerskala die Gefrier- und Erstarrungstemperatur des Wassers nicht gebrauchen, hat vielmehr die Schmelztemperatur des Eises mit der Be-

*) Abkürzungen: RG. = Gesetzesammlung, RG. = Reichsgesetzblatt, Vf. = Verfügung, RbM. = Minister (Ministerium) der öffentlichen Arbeiten, gl. = ähnliche.

zeichnung 0 Grad versehen. Wenn wir also sagen: Das Thermometer zeigt 0 Grad, so sagen wir mit anderen Worten: Draußen ist eine Temperatur, bei der das Eis schmilzt, aber nicht, wie fälschlich gewöhnlich gesagt wird, das Wasser gefriert.

Merkei Rat.

Gegen den Bandwurm. Man esse jeden Morgen, etwa 30 Tage hindurch, 4 bis 5 Kürbiskerne; dieses sehr einfache Mittel soll sich schon in vielen Fällen als sehr wirksam erwiesen haben.

Kleintee. Ein sehr wohlfeiles und nützliches Getränk bei Erkältungen, Fiebern und ziehenden Schmerzen in den Gliedern ist der Kleintee. Derselbe wird hergestellt, indem man $1\frac{1}{2}$ Liter Wasser und eine Handvoll Weizenkleie aufs Feuer bringt und diese Mischung eine halbe Stunde kochen läßt. Als dann seihe man sie durch ein leinenes Tuch und trinke sie entweder ohne allen Zusatz oder verführe sie zuvor mit Zucker oder Honig. Dieser Tee ist auch allen jenen zu empfehlen, die an Verstopfung leiden.

Apfeltee. Gute Borsdorfer Äpfel mit der Schale werden in Stücke geschnitten und mit kochendem Wasser übergossen, dazu können einige recht braun gebadene Stüchgen Zwieback kommen. Dieser Tee wird kühl getrunken und gewährt namentlich nachts große Erquickung.

Kaiserschmarren stellt man her, indem man $\frac{1}{2}$ Liter Wehl, $\frac{1}{2}$ Liter Milch und 5 Eigelbe verquirlt, einen Löffel Zucker, ebensoviel gereinigte Korinthen und feingehackte Mandeln, eine Prise Salz und den Schner der Eier hinzugibt, die Masse gleich Eierstücken auf einer Seite schön braun bakt, den Kuchen umdreht, ihn mit einer Gabel in größere Stücke reißt und diese auf den anderen Seiten ebenfalls bräunen läßt. Der fertige Kaiserschmarren wird mit Vanille- oder bestreut zu Tisch gegeben.

Wie man das Einziehen des Fettes ins Backweil verhütet. Man legt in das Fett, worin man Kuchen baden will, ein Stück weißen Ingwer und gießt ein klein wenig Rum hinzu.

Eine einfache und doch wirksame Schwabensalbe läßt sich herstellen, indem man je zwei dünne Bretchen, z. B. von Zigarrenstücken, mit einem Zwischenraum von fünf Millimetern aufeinandernagelt und die so hergestellte Kasse an die von Schwaben am meisten heimgejudeten Orte legt. Die Tiere haben diesen neuen Schlupfwinkel bald entdeckt, und man wird morgens den Raum zwischen beiden Bretchen stets mit Schwaben angefüllt finden. Klopft man jeden Morgen die Kasse im Hühnerhofe aus, so werden die Hühner die Schwaben schnell verschleppen.

Beim Räuchernd des Schweinefleisches ist besonders der Wacholderstrauch als Räucherergungsmaterial sehr geschätzt.

Rätsellecke.

Bilderrätsel.



Wortspielrätsel.

Man suche 6 Hauptwörter der Bedeutung unter a. Von jedem dieser Wörter ist durch Voransetzung eines passenden Buchstabens ein neues Wort zu bilden von der Bedeutung unter b. (z. B.: a. Egel, b. Regel.) Sind die richtigen Wörter gefunden, so ergeben die Anfangsbuchstaben der Wörter unter b einen we blichen Vornamen.

- | | |
|------------------------|----------------------------------|
| a | b |
| 1. nordische Götter | — Schmut der Flur |
| 2. schmachhafter Fisch | — sinnbildlicher Schmut. |
| 3. wichtiger Nahrungs- | — Raubvogel. |
| mittel | — |
| 4. Erdschicht | — altes Heldeugebicht. |
| 5. biblischer Name | — Teil des menschlichen Körpers. |
| 6. Haartouchs | — Einteilungsbegriff. |

Rätsel.

Kommt Weihnacht erst, die holde Zeit,
Da muß die Gattin daß sich plagen,
Sie muß erraten still und fein
Die Wünsche all des teuren Gatten.

Run ratet, was zum Fest er wünscht,
Und ratet, wie er selber heißet.
Das Erste muß zum heiligen Fest
Als Braten stets er auf der Tisel.

Das Zweite liebt zu spielen er
Ich laß ihm ein besonders schönes.
Das Dritte trägt' er längst schon gern,
Doch eins von Gold und das ist teuer.

Das Vierte braucht er wirklich auch
Für seine vielen Ansichtstatten.
Das Fünfte jieret ihm die Hand,
Das Sechste dienet seiner Nase.

Dabt Ihr gefunden diese Sechs,
Die Anfangszeichen auch verbunden,
Wißt Ihr, was sich mein Gatte wünscht
Und habt den Namen auch gefunden.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der.

Königlich Preussischen und reichsständischen Gendarmerie, mit den Beilagen

Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 21. — 18. Januar 1908. — Seite 486/509. — 5. Jahrgang.

Januar											
S	M	D	M	D	F	S					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31					

Herausgeber:

Robert Gersbach,

Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Verein der Soldatenfreunde, E. V.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. H.“

Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Februar											
S	M	D	M	D	F	S					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24
25	26	27	28	29	30	31					

„Der Gendarm“ erscheint wöchentlich.
Für Bützerlein wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühren:
die Spalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

- Etat für das Ministerium des Innern für
das Etatsjahr 1908 (Auszug) . . . 487
W. vom 19. 12. 07. Militärischer Rang
aus der Landgendarmerie ausscheidender
Oberwachtmeister und Gendarmen . . 491
Ministerial-Erlasse.
Urn. d. Reichst. vom 30. November 1907
betr. Änderung der besonderen Be-
stimmung (13) zu Abschnitt I des
Militärtarifs für Eisenbahnen . . . 491
Über den plötzlichen Tod im Wasser . . 492

Erkenntnisse und Beschlüsse.

- I. Reichsgericht . . . 493
II. Kammergericht . . . 493
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht 495
IV. Oberlandesgericht Köln . . . 495
V. Bezirksausfuss Minden . . . 495
VI. Landgericht Bochum . . . 495
VII. Landgericht Dresden . . . 495
VIII. Landgericht II Berlin . . . 496
IX. Schöffengericht Leipzig . . . 496

- Polizeibericht . . . 496
Ehrentafel . . . 497
Personalveränderungen . . . 497
Auskunft . . . 501

II. Der Polizeihund.

- Internationale Polizeihundprüfung in
Bergen op Zoom . . . 503
Allerlei . . . 506

III. Haus und Herd.

- Rechtspruchwörter . . . 507
A Lied auf d'Gendarmerie . . . 507
Verwaltungsstunde . . . 507
Weltbürger-Abc. . . 508
Rundschau . . . 508
Allerlei Rat . . . 508
Auflösung der Käselede aus Nr. 20 . . 508

Satzungenliste. — Anzeigen.

Etat für das Ministerium des Innern für das Etatsjahr 1908.

(Anszug.)

Einnahme.

Kapitel 31.

Landgendarmarie.

Tit. 5. Einnahmen aus dem Verlaufe abgängiger Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände der Gendarmarie-Mannschaften 34 420 M; erstattete Besoldungen usw. für 4 Fußgendarmen, welche lediglich im Interesse einer Privatgesellschaft angestellt und deshalb von dieser zu unterhalten sind, 12 048 M 64 $\frac{1}{2}$; desgleichen für 10 berittene Oberwachmeister, 21 berittene und 164 Fußgendarmen, welche zur Verhinderung des Einfuhrzollens von Vieh an der russischen und österreichischen Grenze für Rechnung des Deutschen Reiches angestellt sind, 647 878 M 73 $\frac{1}{2}$; erstattete Entschädigungen für vermehrten Dienstaufwand derjenigen Gendarmarie-Offiziere, denen die Aufsicht über die für Rechnung des Deutschen Reiches eingestellten Gendarmen übertragen ist, 12 600 M; Landpacht und Miete 191 M 50 $\frac{1}{2}$; Einnahmen der Offizier-Darlehnskasse 3000 M; sonstige Einnahmen 15 663 M 13 $\frac{1}{2}$ = 725 802 M. Summe Tit. 5 für sich.

Bemerkungen. Von den hier nachgewiesenen Einnahmen erheben wieder in Ausgabe des Kap. 94 dieses Etats: a) von dem Betrage von 12 048 M 64 $\frac{1}{2}$ für die im Interesse einer Privatgesellschaft angestellten 4 Fußgendarmen: 7 600 M. unter Titel 2, 444 M. unter Titel 5, 708 M. unter Titel 7. Der weitere Betrag von 3230 M. 64 $\frac{1}{2}$ bezieht aus den in Höhe von 44 Prozent des pensionierten Dienstverdienstes der 4 Gendarmen zu zahlenden Entschädigungen für die berechnete aus Staatsfonds den Waisenkassen zu zahlenden Pensionen und ihren Hinterbliebenen zu zahlenden Witwen- und Waisengelder, sind 12 048 M. 64 $\frac{1}{2}$ b) von dem Betrage von 647 878 M. 73 $\frac{1}{2}$ für die für Rechnung des Deutschen Reiches eingestellten 195 Oberwachmeister und Gendarmen: 322 400 M. unter Titel 2, 5 920 M. unter Titel 3, 16 120 M. unter Titel 4, 23 453 M. unter Titel 5a, 120 M. unter Titel 6, 51 060 M. unter Titel 7, 3054 M. unter Titel 8, 25 979 M. unter Titel 9, 20 000 M. unter Abschnitt B Kap. 28, Titel 11. Einen weiteren Betrag von 160 153 M. 40 $\frac{1}{2}$ bilden die in Höhe von 44 Prozent des pensionierten Dienstverdienstes der 105 Mann zu zahlenden Entschädigungen für die berechnete aus Staatsfonds den Waisenkassen zu zahlenden Pensionen und ihren Hinterbliebenen zu zahlenden Witwen- und Waisengelder. Der Rest von 15 067 M. 33 $\frac{1}{2}$ bezieht aus der Entschädigung für Beteiligung staatlicher Dienstwohngebäude für 26 Gendarmen, sind 647 878 M. 73 $\frac{1}{2}$. c) 12 000 M. Dienstaufwandszuschüsse für Offiziere unter Titel 7.

A. Dauernde Ausgaben.

Kapitel 94.

Landgendarmarie.

Besoldungen.

Tit. 1. 12 Brigadiers mit je 6000 bis 8000 M, im Durchschnitt 7000 M, und zwar: a) 6 Brigadiers in den Gehaltsklassen von 8000 M und 7300 M mit dem Dienstgrade eines Stabsoffiziers als Regimentskommandeur, b) 6 Brigadiers in den Gehaltsklassen von 6700 M und 6000 M mit dem Dienstgrade eines Stabsoffiziers als Bataillons-

kommandeur; 2 Adjutanten und 58 Discretis-offiziere mit 3300 bis 5700 M, im Durchschnitt 4500 M, und zwar: a) 20 Stellen mit je 5700 M mit dem Dienstgrade eines Majors, b) 20 Stellen mit je 4500 M mit dem Dienstgrade eines Hauptmanns I. Klasse, c) 20 Stellen mit je 3300 M mit dem Dienstgrade eines Hauptmanns II. Klasse = 354 000 M. (2 Discretis-offiziere haben als Kommandeure der Gendarmerschulen Dienstwohnung.)

Tit. 2. 1 Zahlmeister mit (1800 bis 4800 M) = 3200 M. Nach dem Ausscheiden des gegenwärtigen Inhabers dieser Stelle wird letztere in eine solche mit 1800 bis 4200 M umgewandelt. 13 Zahlmeister und 3 Bureaubeamte mit (1800 bis 4200 M) = 36 800 M. 435 Oberwachmeister mit (1700 bis 2400 M) = 925 700 M. Hier von ab für 6 ohne Gehalt beurlaubte Oberwachmeister 10 200 M = 915 500 M. 5145 Gendarmen mit (1400 bis 1900 M) = 8 468 100 M. Hier von ab für 94 ohne Gehalt beurlaubte Gendarmen = 131 600 M = 8 336 500 M. 3 Portiers mit (1000 bis 1500 M) = 3320 M = 9 295 320 M. (1 Zahlmeister, die Portiers, 89 Oberwachmeister und 1387 Gendarmen, welche für preussische Rechnung, sowie 5 Oberwachmeister und 159 Gendarmen, welche auf Kosten des Deutschen Reiches fungieren, haben Dienstwohnung; 1 auf preussische Rechnung, sowie 4 auf private Rechnung fungierende Gendarmen haben freie Wohnung. Die Portiers sind berechtigt, das Feuerungsmaterial zu ihrem eigenen Bedarf gegen die bestimmungsmäßige Entschädigung aus den Vorräten der Behörde zu entnehmen.) Summe Tit. 1 und 2 = 9 649 320 M.

Tit. 3. Wohnungszuschüsse 634 236 M. Hier von ab für die ohne Gehalt beurlaubten 6 Oberwachmeister und 94 Gendarmen 17 028 M = 617 208 M.

Bemerkungen. Die unter Kap. 94 mit nachgewiesenen persönlichen und sachlichen Aufwendungen für 4 auf private Rechnung angestellte Fußgendarmen, sowie für 10 Oberwachmeister, 21 berittene und 164 Fußgendarmen, welche für Rechnung des Reiches angestellt sind, werden von der beteiligten Privatgesellschaft bzw. dem Reiche erstattet. Die betreffenden Beträge sind unter Kap. 31 Titel 5 in Einnahme nachgewiesen. 2 Gendarmen beziehen an Lebensentlohn als Wohnungswärter eines königlichen Polizeigefängnisses je 30 M, und 1 Gendarm für Vornahme der politischen Aufsicht in der Enklave Hahberg, Kreiserziehungsbezirk Sigmaringen, 270 M.

Sächliche Ausgaben.

Tit. 4. Futragelosten, 2504 Rationen je 520 M = 1 302 080 M. Den Gendarmarie-Offizieren ist für wirklich vorhandene Dienstpferde, an Stelle der Naturallieferung, der etatsmäßige Betrag der Ration zur Selbstbeschaffung der Rationen voll zu zahlen.

Tit. 5. Montierungs-, Leber- und Reitzeuggelder, Verwaltungskosten der Ökonomie-

kommission, sowie Beschaffung und Kompletierung der Waffen = 787 010 M.

Tit. 5a. Pferdeabnutzungs-Entschädigung und Beihilfe zur Pferdeausrüstung für die wirklich gehaltenen Dienstpferde der Offiziere, je 180 M für 1 Pferd, höchstens für 136 Pferde = 24 480 M. Die Zahlung dieser Entschädigung und Beihilfe erfolgt — ebenso wie die Genährung des etatsmäßigen Betrages der Rationen unter **Tit. 4** — nur für die wirklich gehaltenen Pferde.

Die zeitigen Inhaber von Stellen, denen seither für nicht vorhandene Pferde der Geldwert der Rationen nach dem Marktpreise bis zur Höhe von 28 M monatlich für die Ration vergütet wurde, haben die Wahl zwischen der bisherigen Vergütung — unter Verzicht auf die Pferdeabnutzungs-Entschädigung und Beihilfe zur Pferdeausrüstung — und den vorstehenden Befolgungen. Bei eintretendem Stellenwechsel ist nach den letzteren zu verfahren.

Remontegeld für 382 Oberwachmeister und 1886 Gendarmen, je 150 M = 355 200 M = 379 680 M.

Tit. 6. Schreibmaterialien und Bureaubedürfnisse, Riententschädigungen für Diensträume, nicht aberionierte Postporto- und Gebührenbeträge und sonstige Frachtgebühren für dienstliche Sendungen, Telegrammgebühren der Offiziere = 20 875 M. Summe **Tit. 4 bis 6** = 2 489 645 M.

Sonstige Ausgaben.

Tit. 7. Funktionszulagen und Reisekostenzuschüsse, Beschaffung und Unterhaltung von Fahrrädern, Lokalzulagen 120 M (künftig wegfallend), Dienstaufwands-Entschädigungen für Oberwachmeister zu Fuß je 564 M, für berittene Oberwachmeister je 384 M und für Gendarmen je 102 M, außerordentliche Zuwendungen von je 1000 M an Oberwachmeister und Gendarmen nach 18jähriger bzw. 24jähriger Gesamtdienstzeit, Remunerationen für die Verarbeitung der Justizgeschäfte der Landgendarmarie; ferner Stellenzulagen für Oberwachmeister und Gendarmen bis zu 200 M, und für 1 Gendarmen auf Helgoland bis zu 300 M, im ganzen 126 000 M = 1 660 583 M.

Im Todesfalle ist die außerordentliche Zuwendung den gesetzlichen Erben zu zahlen.

Tit. 8. Außerordentliche Remunerationen und Unterstützungen für Oberwachmeister, Gendarmen und Unterbeamte = 188 180 M.

Tit. 8a. Außerordentliche Unterstützungen für Offiziere und mittlere Beamte, ausnahmsweise auch Remunerationen für mittlere Beamte = 1750 M.

Tit. 8b. Ausgaben der Offizier-Darlehnskasse = 3000 M.

Das Soll des **Tit. 8b** ermäßigt sich um den Betrag der ausgebenen Darlehen.

Tit. 9. Umzugs- und Stellvertretungskosten, Gerichtskosten, Dienstkleidungszuschüsse, für 3 Portiere je 30 M, Erfah der im Dienste verlorenen oder beschädigten

Pferde, Riemen, Beihilfen zur Stallmiete sowie zu den Fußbeschlagskosten, laufende Unterhaltungskosten für die aus dem Heere abkommandierten Wurschen der Gendarmerie-Offiziere und sonstige vermischte Ausgaben = 904 999 M.

Tit. 10. Für die Gendarmerieschulen, und zwar Funktionszulagen, Remunerationen für die Zivillehrer, Geschäftsbedürfnisse sowie zur Einrichtung von Rufen für die zur Beförderung zum Oberwachmeister in Aussicht genommenen Gendarmen und für verabschiedete Offiziere = 52 424 M.

Tit. 11. Unterhaltung der Dienstgebäude = 13 063 M.

Summe **Tit. 7 bis 11** = 2 883 999 M. Summe **Kap. 94** = 15 640 172 M.

Bemerkungen. 1. Hierunter befinden sich 12 600 M. zu Entschädigungen für vermehrte Dienstaufwand beteiligten Offiziere, denen die Aussicht über die für Rechnung des Reiches angestellten Mannschaften übertragen ist. Dieser Betrag ist unter **Kap. 31 Titel 5** in Einnahme gestellt. 2. Der künftig wegfallende Betrag erscheint zuerst im Etat für 1891/92.

B. Einmalige und außerordentliche Ausgaben.

Kapitel 28.

Landgendarmarie.

Tit. 11. Zur Auszahlung der außerordentlichen Zuwendung von 1000 M an vor dem 1. April 1903 eingetretene Gendarmariemannschaften vor dem Dienstauftritte = 375 000 M.

Tit. 12. Neubau bzw. Ankauf von Dienstwohngebäuden für Oberwachmeister und Gendarmen = 462 862 M. Die einzelnen Kaufsummen einschließliche derjenigen aus Vorjahren übertragen sich gegenseitig. Summe **Tit. 11 und 12** = 837 862 M.

Bemerkungen. Vergl. die Erläuterung zu **Kap. 28 Titel 13** des Etats für 1907. Die Zuwendung soll im Einjahre 1908 den 375 dienstalteten Oberwachmeistern und Gendarmen geschüttelt werden. Das in der Erläuterung zu **Ans. 9 Tit. 14** des Etats für 1902 dargelegte Bedürfnis zur Beschaffung von Wohnungen für Gendarmariemannschaften seitens des Staates macht es erforderlich, weitere fiskalische Dienstwohngebäude herzustellen. Nach Maßgabe der aufgestellten Kostenaufschläge werden hier vorgelesen für die Erbauung eines Dienstwohngebäudes für: 1. einen berittenen Oberwachmeister in Gochum, Kreis Gochum 15 400 M., 2. einen berittenen und einen Fußgendarmen in Gochum, Kreis Gochum 18 500 M., einen berittenen Gendarmen in Wilsdorf, Kreis Hoya 12 000 M., 4. einen Fußgendarmen in Rosslau, Kreis Lauenburg 11 500 M., 5. einen Fußgendarmen in Ebnau, Kreis Salzwedel 9800 M., 6. einen berittenen Gendarmen in Gr. Poppienen, Kreis Lüneburg 13 050 M., 7. einen berittenen Gendarmen in Rominten, Kreis Heilsberg, nebst Unterunterstützungen 39 000 M., 8. einen berittenen Gendarmen in Dohnau, Kreis Rastenburg 14 850 M., 9. einen berittenen Oberwachmeister und einen berittenen Gendarmen in Bräusell, Kreis Rastenburg, je 15 500 M., 31 000 M., 10. einen in Stubben, Kreis Stubben, je 11 450 M., 22 900 M., 11. einen berittenen Gendarmen in Tobdewitz, Kreis Bismarck 11 650 M., 12. einen berittenen Gendarmen in Ebnau, Kreis Pr. Stargard 14 300 M., 13. einen berittenen Gendarmen in Pabau, Kreis Pr. Stargard 13 900 M., 14. einen berittenen Gendarmen in Gr. Ankershagen, Kreis Salzwedel 11 850 M., 15. einen berittenen Gendarmen in Rastenburg, Kreis Rastenburg 11 650 M., 16. einen berittenen Gendarmen in Dornau, Kreis Rastenburg 11 650 M., 17. einen berittenden Gendarmen in Gr. Rastenburg, Kreis Rastenburg, 12 550 M., 18. einen Fußgendarmen in Ebnau, Kreis Stubben 11 100 M., 19. einen Fußgendarmen

in Kojonitz, Kreis Pilsnetz 10 000 M., 20. einen Fuß-Gendarmen in Gießen, Kreis Johannisburg 11 800 M., 21. einen Fuß-Gendarmen in Gredlitz, Kreis Reichenburg 11 000 M., 22. einen berittenen Gendarmen in Gr.-Mühlau, Kreis Reichenburg 11 450 M., 23. zwei berittene Gendarmen in Dolsitz, Kreis Egerland 24 430 M., 24. einen Fuß-Gendarmen in Eislitz, Kreis Egerland 11 130 M., 25. einen Fuß-Gendarmen in Dominow, Kreis Egerland 12 800 M., 26. einen Fuß-Gendarmen in Wiesenfeld, Kreis Hochheim 11 930 M., 27. einen Fuß-Gendarmen in Stalmiergüt, Kreis Litomitz 14 000 M., 28. einen Fuß-Gendarmen in Ebelitz, Kreis Samter 11 382 M., 29. zwei Fuß-Gendarmen in Stomitz, Kreis Joritzsch 22 200 M., 30. drei Fuß-Gendarmen in Wilhelmsbrunn, Kreis Reichenburg 29 000 M., ferner sind angekauft für den Ankauf eines Dienstwohngebäudes für 31. einen Fuß-Gendarmen in Biebrich, Kreis El. Wendel 9500 M., 32. einen Fuß-Gendarmen in Troskau, Kreis Rottorf 9000 M., 33. einen Fuß-Gendarmen in Aichau, Kreis Reichenburg 8500 M., 34. zwei Fuß-Gendarmen in Kapitzsch, Kreis Reichenburg 11 700 M., zusammen 507 662 M. Davon gehen ab die durch den Etat für 1907 für je ein Gendarmenmehrfach in Preußen und Elben bereitgestellten, nicht zur Verwendung gelangenden Beträge von 24 400 und 20 400 M., zusammen 44 800 M., bleiben 462 862 M. Zu Nr. 7 wird bemerkt, daß bei dem Dienstwohngebäude in Kojonitz gleichzeitig Unterfunkstellen für die am 1. April 1907 dem Reichsamt für die Verwaltung des Eisenbahnwesens nach Kojonitz zu kommandierenden Gendarmenmehrfachen verliehen werden sollen. Der Gendarm in Gredlitz — Nr. 21 —, ein Gendarm in Kojonitz — Nr. 29 — sowie zwei Gendarmen in Wilhelmsbrunn — Nr. 30 — sind auf Kosten des Reichs angesetzt. Die Erbauung der Wohnungen für diese Gendarmen erfolgt nach einer mit der Reichsverwaltung getroffenen abgemessenen Vereinbarung auf Rechnung Preußens, welches hierfür vom Reich eine jährliche Entschädigung von 5,7 Prozent des aufzuwendenden Kapitals erhält.

Erläuterungen zur Einnahme.

Kapitel 31.

Tit. 5. Nr. 1. Infolge Wegfalls des bisher auf Kosten der Arenbergischen Aktien-Gesellschaft zu Schacht Prosper angestellt gewesen Fußgendarmen kommen in Abgang 2452 M 16 $\frac{1}{2}$. (Vgl. Erläuterung zu Kap. 94 Tit. 2 der Ausgabe.) Nr. 2. An Besoldungen sind nach dem Dienstalter der Beamten a) von Privatpersonen mehr zu erstatten 200 M. b) vom Reich weniger 730 M. Nr. 3. Vom Deutschen Reich sind weniger zu erstatten infolge Überweisung von Dienstwohnungen an 7 Gendarmen die Wohnungsgeldzuschüsse für diese mit 758 M. (Vgl. Erläuterung zu Kap. 94 Tit. 3 Nr. 3b der Ausgabe.) Nr. 4. An Entschädigung für die Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung sind infolge Erhöhung des Gehaltes der Oberwachtmänner und Gendarmen vom 1. April 1907 ab (vgl. Erläuterung zu Kap. 94 Tit. 2 Nr. 4 der Ausgabe des Etats für 1907) mehr zu zahlen a) von Privatpersonen 440 M. b) vom Reich 21 670 M. Nr. 5. An Entschädigung für Bereitstellung von Dienstwohnungen in fiskalischen Gebäuden für 9 Gendarmen sowie infolge Erhöhung der Entschädigung für 1 Dienstgebäude sind vom Reich mehr zu zahlen 4425 M. Nr. 6. Vom Deutschen Reich sind ferner zu erstatten infolge Auszahlung der außerordentlichen Zuwendung (Dienstprämie) von 1000 M an im Dienste befindliche Mannschaften 20 000 M (vgl. Abschnitt B. Kap. 28 Tit. 13 des Etats für 1907) und Nr. 7. an Beihilfe zu den Aufbeschlagskosten für 10 berittene Oberwach-

meister und 21 berittene Gendarmen, zusammen 31 Mann, je 30 M = 930 M. (Vgl. Erläuterung zu Kap. 94 Tit. 3 Nr. 3b der Ausgabe.) Nr. 8. Infolge Erneuerung einzelner Spezialsets sind vom Reich mehr zu erstatten an Umzugskosten usw. 1605 M. (Vgl. Erläuterung zu Kap. 94 Tit. 3 Nr. 4b der Ausgabe.) Nr. 9. An sonstigen Einnahmen nach dem zweijährigen Durchschnitt in denjenigen Regierungsbezirken, deren Kassensatz vom 1. April 1908 ab erneuert werden 3982 M. 10. Zur Abrundung der Titelsumme 16 M = Summe mehr 53 252 M 16 $\frac{1}{2}$, weniger 3938 M 16 $\frac{1}{2}$, mithin mehr 49 314 M.

Erläuterungen zur Ausgabe.

Kapitel 94.

Tit. 2. Nr. 1. Nach dem Dienstalter 38 140 M. Nr. 2. Zur ordnungsmäßigen Wahrnehmung des Sicherheitsdienstes sind neu einzustellen:

im Kreise	Station	berittene Oberwachtmänner	Oberwachtmänner zu Fuß	berittene Gendarmen	Fuß-Gendarmen
Heiligenbeil	Balg	—	—	—	1
Labiau	Alt-Suffmiken	—	—	—	1
Stallupönen	Endfluhnen	—	—	—	1
Insterburg	Insterburg	—	—	—	1
Goldap	Kominten	—	—	1	—
Niederung	Pöschken	—	—	—	1
Sensburg	Reichsdorf	—	—	—	1
Marientburg	Kunzenhof	—	—	—	1
Indel	Reichau	—	—	—	1
Königs	Welle	—	—	—	1
Deutsch-Krone	Wichler	—	—	1	—
Teltow	Friedenau	—	—	—	1
"	Niederflämenweide	—	—	1	—
"	Kantow	—	—	—	1
"	Stahnsdorf	—	—	1	—
"	Stubben	—	—	—	1
Beestow	Storow	—	—	—	1
Templin	Göllin	—	—	1	—
Kottbus	Miling	—	—	—	1
Calau	Senftenberg	—	—	—	1
Lebus	Rintenberd	—	—	—	1
Regenwalde	Stargardt (Gut)	—	—	1	—
Cammin	Tribrow	—	—	—	1
Neustettin	Ragdenbr.	—	—	1	—
	gegen Wegfall eines Fußgendarmen	—	—	—	1
Rauisch	Wilhelmgrund	—	—	—	1
Kösten	Konrad	—	—	1	—
Kochlin	Pogorzela	—	—	—	1
Schwerina	Klein-Krebbel	—	—	—	1
Ostrowo	Stalmierz	—	—	—	1
Zinn	Mittelwalde	—	—	—	1
	gegen Wegfall eines Fußgendarmen	—	—	—	1

im Kreise	Station	berittene Oberwachmeister nicht mehr zu Fuß	berittene Oberwachmeister zu Fuß	berittene Gendarmen	Fuß-Gendarmen
Klethe	Dravig	—	—	—	1
Garnisau	Lubold	—	—	—	1
Bromberg	Jägerhof	—	—	—	1
Hoherswerda	Burghammer	—	—	—	1
Grünberg	Grünberg	1	—	—	—
Plek	Neubrun	—	—	—	1
Kattowitz	Slupna	—	—	—	1
Neuhaldens-					
leben	Hörsleben	—	—	—	1
Merseburg	Möhschau	—	—	—	1
Querfurt	Hofleben	—	—	1	—
Bitterfeld	Sandersdorf	—	—	—	1
Reiz	Rehmsdorf	—	—	—	1
Saalkreis	Reesenlaubingen	—	—	—	1
Weißenfels	Thelßen	—	—	—	1
Hörsleben	Gramm	1	—	—	—
Steinburg	Vogstedter Lager (Winjeldorf)	—	—	—	1
Linden	Bemiggen	—	—	1	—
Hoya	Wendorf	—	—	1	—
Uslar	Volpriebshausen	—	—	—	1
Burgdorf	Sievershausen	—	—	1	—
Leven	Sittenien	—	—	—	1
Notenburg	Notenburg	—	—	—	1
Wilm	Wemlingen	—	—	—	1
Emden	Pewsum	—	—	—	1
	gegen Wegfall eines berittenen Gendarmen	—	—	—	1
Wüdinghausen	Wodum	—	—	—	1
Recklinghausen	Vottrop (Schacht Prosper)	—	—	—	1
Bielefeld	Nelhorst	—	—	—	1
	Nollenbeck	—	—	—	1
Arnsberg	Arnsberg	—	—	1	—
Dortmund	Pönnig	—	—	—	1
Hamm	Wilmersich	—	—	—	1
	Wetsum	—	—	—	1
	gegen Wegfall eines Fuß- gendarmen	—	—	—	1
Lochem	Vertrich	—	—	—	1
Weglar	Weglar	—	—	—	1
Düsseldorf	Vohausen	—	—	—	1
Ruhrort	Schmachtenorf (Dieselb.)	—	—	—	1
	gegen Wegfall eines Fuß- gendarmen	—	—	—	1
Moers	Baerl	—	—	—	1
	Essenberg	—	—	—	1
Weldern	Weldern	—	—	—	1
Eusirchen	Hüllich	—	—	—	1
Siegkreis	Friedrich- Wilhelms-Hütte	—	—	—	1
Ferner sind neu einzustellen:					
als Schreiber bei der 4. und					
7. Brigade					
		—	—	—	2
zusammen		2	1	19	48

	berittene Oberwachmeister nicht mehr zu Fuß	berittene Oberwachmeister zu Fuß	Fuß-Gendarmen
In Wegfall kommen:			
a) der bisher auf Kosten der Artenbergischen Kriegerfesi- schaft zu Schacht Prosper bei Vottrop angestellt ge- wesene Fußgendarm;	—	—	—
b) infolge Erweiterung des Stadtkreises Hannover 2 berittene und 3 Fuß- gendarmen im Landreise Hannover;	—	—	—
c) infolge Neuerrichtung einer königlichen Polizeidirektion in Lichtenberg 1 berittener und 6 Fußgendarmen; im ganzen	—	—	3 10
bleiben	2	1	16 36

Hiernach sind neu auszubringen die Rin-
desgehälter für 3 Oberwachmeister mit je
1700 M = 5100 M, 52 Gendarmen mit je
1400 M = 72 800 M = 72 800 M Summe
118 040 M.

Zit. 3. Nr. 1. An Wohnungsgeldzu-
schüssen für die unter Zit. 2 neu vorzuse-
henden Stellen 8892 M Winderausgabe. Nr. 2.
Desgleichen für die daselbst als wegfallend
bezeichneten Stellen 2430 M Winderausgabe.
Nr. 3. Wegfallende Wohnungsgeldzuschüsse
insolge Überweisung von Dienstwohnungen:
a) an 19 Oberwachmeister und 209 Gendar-
men, welche auf preussische Rechnung funk-
tionieren 40 548 M Winderausgabe, b) an 7 Gen-
darmen, die auf Kosten des Reichs angestellt
sind (vgl. Erläuterung zu Kap. 31 Zit. 5
Nr. 3 der Einnahme) 758 M Winderausgabe.
Nr. 4. Nach den gegenwärtigen Stations-
orten sind weniger erforderlich für preussische
Rechnung 2508 M Winderausgabe. Wüthin
8892 M Mehr-, 46 332 M Winderausgaben,
Summe 37 440 M.

Zit. 4. An Jouragelosten kommen hinzu
für 2 berittene Oberwachmeister und 16 be-
rittene Gendarmen, zusammen für 18 Mann-
schaften je 520 M = 9360 M Summe für sich.

Zit. 5. Nr. 1. Laufende Montierungs-,
Leber- und Reitzzeuggelder für die nach der
Erläuterung zu Zit. 2 Nr. 2 neu anzustellen-
den Mannschaften: 2 berittene Oberwach-
meister je 170 M = 340 M, 1 Oberwach-
meister zu Fuß 111 M, 16 berittene Gen-
darmen je 169 M = 2704 M, 38 Fußgendar-
men je 111 M = 3906 M, zusammen 7151 M.
Nr. 2. Kosten der ersten Einkleidung und
Ausrüstung einschließlich Verwahrung für die
neu zu errichtenden Stellen, soweit sie nicht
bereits mit Völsmannschaften besetzt sind,
und zwar: für 2 berittene Oberwachmeister
je 435 M = 870 M, für 1 Oberwachmeister
zu Fuß 190 M, für 16 berittene Gendarmen

je 485 M = 7760 M, für 26 Fußgendarmen je 234 M = 6084 M, zusammen 14 004 M. Rr. 3. In Abgang kommen die Kosten der ersten Einweisung und Ausrüstung für diejenigen Mannschaften, deren Stellen vom 1. April 1907 ab neu bewilligt worden sind, mit zusammen 19 194 M. Wtshin 22 056 M. Mehr, 19 194 M. Rinderabgabe. Summe: 2661 M.

Tit. 5a. An Remontegeld sind neu auszubringen für 2 berittene Oberwachmeister und 16 berittene Gendarmen, zusammen für 18 Mannschaften je 150 M = 2700 M Summe für sich.

Tit. 6. Zu nicht aberfionierten Postporto- und Gebührenbeträgen usw. nach zweijährigem Durchschnitt in einzelnen Regierungsbezirken, deren Kasfienetats vom 1. April 1908 ab zu erneuern sind, für preußische Rechnung 100 M Summe für sich.

Tit. 7. Rr. 1. An Entschädigung für Beschaffung und Unterhaltung von Fahrrädern für 150 neu mit Fahrrädern auszustattende Fußgendarmen, für 1 Oberwachmeister zu Fuß, zusammen 151 Mannschaften, je 100 M = 15 100 M. Rr. 2. Zu Dienstaufwandsentschädigungen für 2 berittene Oberwachmeister je 384 M = 768 M, für 1 Oberwachmeister zu Fuß 564 M, für 50 Gendarmen je 192 M = 9600 M, zusammen 10 932 M. Rr. 3. An Stellengulagen mehr für 11 Gendarmen 1650 M. Summe 27 682 M. Mehrabgabe.

Tit. 8. Zur Erhöhung des Fonds nach Abgabe der Stellenvermehrung und des Bedürfnisses 51 650 M. Summe für sich.

Tit. 9. Rr. 1. Zur weiteren Anmietung von Dienstwohnungen für Gendarmereimannschaften 130 000 M. Rr. 3. Infolge Erhöhung der Unterhaltungskosten für die Durschen der Gendarmereioffiziere 470 M.

Allerhöchste Verordnung.

Willkürlicher Rang aus der Landgendarmarie auscheidender Oberwachmeister und Gendarmen.

Auf den Wir gehaltenen Vortrag bestimme Ich:

Beim Auscheiden aus der Landgendarmarie und Übertritt zum Weurlaubtenstande der Armee oder zum Landsturm haben

1. die Oberwachmeister ohne weiteres den Rang der Feldwebel — Wachmeister —,
2. die Gendarmen, welche erst während ihrer Dienstzeit bei der Gendarmarie das silberne Portepée verliehen erhalten haben und nach Abgabe meiner Ordre vom 17. Mai 1906*) den Titel „Wachmeister“ führen, den Rang der Bizefeldwebel — Bizewachmeister —.

Das Kriegsministerium hat das Weitere zu veranlassen.

Kenes Palais, den 19. Dezember 1907.
Wilhelm.

b. Einem.

*) Den uns abgedruckt in Nr. 7, S. 140 des „Gendarm“ 4 Jahrg.
Die Schriftleitung.

Rr. 3. Die berittenen Mannschaften der Landgendarmarie haben die Kosten des Aufbeschlages ihrer Dienstpferde bisher in voller Höhe aus eigenen Mitteln bestreiten müssen. Um sie mit den Fußmannschaften, welchen derartige Kosten nicht erwachsen, möglichst gleich zu stellen, erscheint es notwendig, den berittenen Mannschaften aus den Kosten des Aufbeschlages aus der Staatskasse eine Beihilfe zu gewähren, die mit jährlich 30 M als angemessen zu erachten ist. Es kommen daher in Ansaß: a) für 372 Oberwachmeister und 1965 Gendarmen, zusammen 2337 Mannschaften, welche auf preussische Rechnung fungieren, je 30 M = 70 110 M, b) für 10 Oberwachmeister und 21 Gendarmen, zusammen 31 Mannschaften, die auf Kosten des Reichs angestellt sind, je 30 M = 930 M. (Vgl. Erläuterung zu Kap. 31 Tit. 5 Rr. 7 der Einnahme.) Rr. 4. An Umzugslosten usw. nach zweijährigem Durchschnitt in denjenigen Regierungsbezirken, deren Kasfienetats erneuert werden a) für preussische Rechnung 14 650 M, b) für Rechnung des Deutschen Reichs 1605 M. (Vgl. Erläuterung zu Kap. 31 Tit. 5 Rr. 8 der Einnahme.) Rr. 5. Einem hervorgetretenen Bedürfnisse entsprechend und in Folge der neu hinzugekommenen Ausgabe unter Rr. 3 ist die Zweckbestimmung des Fonds durch Eingufugung der Worte „und Stellvertretungskosten“, ferner durch den Zufuß „sowie Beihilfen zu den Aufbeschlageslosten“ erweitert worden. Summe 217 765 M.

Tit. 10. Infolge Anbringung einer Abzuleiteranlage an dem Gendarmereifufgebäude in Bohlau sind an Richte mehr zu zahlen 50 M. Summe für sich.

Tit. 11. Für die bauliche Unterhaltung sind infolge Einzutritts weiterer Gendarmereidienstwohngebäude mehr erforderlich 650 M. Summe für sich.

Ministerial-Erlasse.

Bekanntmachung des Reichskanzlers, betr. Änderung der besonderen Bestimmung (13) zu Abschnitt I des Militärtarifs für Eisenbahnen. Vom 30. November 1907.

(R.-G.-Bl. S. 763.)

Auf Grund des § 29 (2. Absatz) des Gesetzes über die Kriegseleistungen vom 13. Juni 1873 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) sowie des § 15 des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden vom 13. Februar 1875 (Reichs-Gesetzbl. S. 52) hat der Bundesrat beschloffen: 1. Die besondere Bestimmung (13) zu Abschnitt I des Militärtarifs für Eisenbahnen erhält folgende Fassung: (13) Keinen Anspruch auf Militärfahrkarten haben: a) Militärmusiker bei Reisen zu Erwerbszwecken, b) Wehrpflichtige bei Reisen zur Musterung, Aushebung und Kontrollverfammlung. 2. Die Änderung tritt am 1. Januar 1908 in Kraft.

Berlin, den 30. November 1907.

Der Reichskanzler. Fürst von Bülow.

über den plötzlichen Tod im Wasser.

Von Prof. Dr. R. Rodel in Leipzig.

(Fortsetzung.)

Es mag im Anschluß hieran noch über einen weiteren Fall berichtet werden, der vom Verfasser beobachtet und auf Ansuchen der Witwe des Verstorbenen nach verschiedenen Richtungen eingehender untersucht wurde.

Ein 22jähriger Arbeiter K., der immer gesund gewesen war und insbesondere nie an epileptischen Anfällen gelitten hatte, nahm an einem heißen Tage mit einigen Begleitern ein Flußbad. Nachdem K., ein sehr guter Schwimmer, bereits im Wasser gewesen und wider herausgegangen war, führte er an einer anderen Stelle einen sogenannten Sechsprung in kunstgerechter Weise aus. Nach wenigen Augenblicken tauchte K. in einiger Entfernung von der Stelle, an der er ins Wasser gekommen war, mit dem behaarten Teile des Kopfes wieder auf, schüttelte etwas mit dem Kopf, tauchte dann unter und kam nicht mehr zum Vorschein.

Die Leiche des K. wurde 36 Stunden nach dem Unfall, ganz im Flußschlamm vergraben, in nächster Nähe der Einsprungsstelle gefunden und einige Tage später beerdigt. Da die Witwe Anspruch auf eine kleine Versicherungssumme erhob, wurde die Leiche drei Monate später behufs Vornahme der Obduktion exhumiert. Angesichts der negativen Ergebnisse bei der Obduktion der noch ziemlich wohl erhaltenen Leiche mußte der Versuch gemacht werden, auf andere Weise zu ermitteln, ob der Tod des K. durch die Versicherung gedeckt war oder nicht. Nach den in Frage kommenden Versicherungsbedingungen wäre die Versicherungssumme nur dann zahlbar gewesen, wenn der Nachweis erbracht wurde, daß der Tod infolge zufälliger Einwirkung äußerer mechanischer Gewalt und nicht etwa durch Schlagfluß, Krampfanfall oder sonstige innere Veranlassung herbeigeführt worden war (Gesellschaft A und B).

In Rücksicht auf den negativen Gehirnbefund und das als normal noch gut erkennbare Herz ließ sich zunächst der Tod durch Gehirn- oder Herzschlag ausschließen, ebenso mußte verneint werden, daß K. einem durch die Kälte des Wassers hervorgerufenen Schock erlegen sei, da K. vor dem verhängnisvollen Sechsprung bereits im Wasser gewesen und dieses während des außergewöhnlich heißen Sommers relativ hoch temperiert war. Ebenso war es auszuschließen, daß K. infolge eines epileptischen Anfalles zugrunde ging. Denn einerseits hatte K. vordem nie an derartigen Anfällen gelitten, andererseits aber war er nach Vollendung des Sechsprunges regelrecht wieder aufgetaucht und hatte sogar mit dem Kopf geschüttelt, erst dann versank er. Es wurde hierzu angenommen, daß K., wenn er während des Sechsprunges von einem Krampf- bezw. epileptischen Anfall oder einem Schlagfluß

betroffen worden wäre, er nicht imstande gewesen sein würde, das turnerische Kunststück zu vollenden. Denn die Durchführung eines Sechsprunges erfordere eine so sorgfältig berechnete Haltung des Gesamtkörpers, daß durch die schweren Störungen der normalen Muskelstätigkeit, wie sie bei einem „Schlagfluß“ oder einem epileptischen Anfall momentan auftreten, eine Vollendung des Schwimmkunststückes vollkommen ausgeschlossen sei. K. aber sei regelrecht wieder aufgetaucht und habe sogar mit dem Kopf geschüttelt, ein Beweis dafür, daß in diesem Zeitabschnitt das Bewußtsein bei K. noch erhalten gewesen sei.

Daß irgend eine „sonstige innere Ursache“ den Tod des K. herbeigeführt hatte, mußte in Rücksicht auf das jugendliche Alter und den nachweislich guten Gesundheitszustand, sowie in Hinblick auf die negativen Ergebnisse der Sektion bestimmt in Abrede gestellt werden.

Um nun den Vorgang beim Tode des K. klarzulegen, war es erforderlich, die Ortlichkeit, wo der Unfall sich ereignete, näher zu untersuchen. Das war aus äußeren Gründen erst mehrere Monate später im Frühjahr möglich, und zwar zu einer Zeit, nachdem bedeutende Hochwasserfluten vorübergegangen waren. Trotzdem ließ sich ermitteln, daß an der Unfallstelle am Grunde des hier 1—1,5 Meter tiefen Flusses eine 15 cm mächtige Schlammfahne vorhanden war. Daß am Tage des Unfalls bei dem zu dieser Zeit sehr niedrigen Wasserstande die Schlammablagerung an der Unfallstelle eine weitaus reichlichere gewesen sein mußte, ging daraus hervor, daß die Leiche des K. in nächster Nähe der Einsprungsstelle ganz im Flußschlamm vergraben aufgefunden wurde.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände und da andere ursächliche Momente für den Tod des K., wie oben bemerkt, auszuschließen waren, wurde angenommen, daß K., als er den Sechsprung ausführte, mit dem Kopf in die den Grund an der Einsprungsstelle hoch bedeckenden, breiigen Schlammfahnen geriet, die sich hierbei dem Gesicht auflagerten und überdies in Mund und Nase eindrangten. Es konnte so dem K. nicht gelingen, die erstirrenden Schlammfahnen durch Bewegungen (Schütteln) mit dem Kopfe abzuspielen und zu befeitigen: er mußte ersticken.

Hierzu wurde hinzugefügt, daß sonach der Tod des K. durch die zufällige Einwirkung einer äußeren mechanischen Gewalt erfolgt sei, und zwar insofern, als die Schlammfahnen, in die K. bei der Ausführung des Sechsprunges zufällig geriet, auf gewaltsame, mechanische Weise den Verschlus der Atmungsöffnungen hervorriefen.

Der Vespredung weiterer Ursachen des plötzlichen Todes im Wasser ist vorauszu-

scheiden, daß, wie v. Hofmann-Poliesio (Lehrbuch, 9. Aufl.) bemerkt, jemand, der aus irgend einem Grunde zusammenstürzt, unter Wasser geraten und in diesem sterben kann, und daß alle jene Ursachen, die in natürlicher Weise plötzliche Bewußtlosigkeit oder plötzlichen Tod herbeiführen, auch wirksam werden können, während jemand am oder im Wasser sich befindet. Es werden dann an solchen Leichen, da die Agonie in der Flüssigkeit sich abspielt, die Zeichen des Ertrinkungstodes nachweisbar sein, und es kann mitunter recht schwer werden, die Frage zu beantworten, woran der Untersuchte zunächst gestorben ist.

Es ist hier nicht der Ort, auf die Ursachen plötzlich eintretender schwerer Ertränkung bezu. Bewußtlosigkeit, die sich im wesentlichen decken mit den Ursachen des sogenannten spontanen plötzlichen Todes, näher einzugehen; dagegen erfordert die Epilepsie als Ursache des unermuteten Todes im Wasser eine kurze Besprechung.

Es hat den Anschein, als ob durch das Auftreten eines epileptischen Anfalles nicht

allzu selten plötzliches Unterhinken und Ertrinken herbeigeführt werde. Die hierbei erforderlichen Aufschlüsse erhält man entweder von den Angehörigen, oder bei der Obduktion. Verfasser untersuchte die Leiche eines 14-jährigen Arbeitsburschen, der beim Schwimmen außerhalb des Bades ertrunken war. Die Eltern berichteten auf Befragen, daß der Verstorbene während des seinem Tode vorausgegangenen Halbjahres mehrfach leichte Krampfanfälle und schon früher einmal einen schwereren gehabt hatte. Bei der Sektion, die ein starkes Ballonement der Lungen und reichliche, schaumige Flüssigkeit in Trachea und Bronchien ergab, fand sich am linken Zungenrande eine frische Bißverletzung mit geringer Blutung in die Zungenmuskulatur. — Ist man nicht in der Lage, jemanden befragen zu können, oder fehlen frische Zungenbißse, so bieten gegebenenfalls die Narben von Zungenbißverletzungen wichtige, ja so gut wie sichere Anhaltspunkte dafür, daß der Verstorbene Epileptiker war und infolge eines epileptischen Anfalles den Ertrinkungstod fand. (Schluß folgt.)

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die aus unserer Landesrechtssprechung abgeleitet sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Preußen. Zwangsgewisses Photographieren. Die Polizeibeamten, die auf Anweisung ihres Chefs den Teilnehmer an einer Anarchistenversammlung gelegentlich eines Vorermittlungsverfahrens zwangsweise photographieren, befinden sich in rechtmäßiger Ausübung ihres Amtes. Tätlicher Widerstand hierbei ist als solcher gegen die Staatsgewalt zu bestrafen. — Entsch. RG. vom 20. Dezember 1907 gegen den Schuhmachergefellen Josef Bickner. — St.

II. Kammergericht.

***Preußen. Kraftwagenführer.** Eine Polizeiverordnung, die den Führer eines Kraftwagens verpflichtet, nach einem Zusammenstoß mit Personen oder Sachen sofort zu halten, ist gültig. Sie dient nicht dazu, der Polizei die ihr obliegende Aufsicht zu erleichtern; denn durch die Aufsicht kann die Polizei die Täter nicht feststellen. Die Bestimmung verfolgt den gleichen Zweck wie die Einführung des Nummerzwanges. Die Nummer beraubt die Kraftwagenführer der Möglichkeit, unentdeckt fortzufahren. Er muß sich sagen, daß die Nummer auch noch beim schnellen Fahren gesehen werden kann;

deshalb nützt ihm ein eine neue Sicherheitsgefährdung einschließendes schnelles Davonfahren nichts. Genau so liegt es bei der Haltepflicht. Der Kraftwagenführer soll sich sagen: Ich kann beim Halten erkannt werden; deswegen muß ich mich vor allen Zusammenstößen, die mich zum Halten verpflichten, hüten. Die Vorschrift wirkt also vorbeugend zum Schutze von Leben, Gesundheit und Eigentum des Publikums. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 9. Dezember 1907 in Sachen Wader-Magdeburg. —

C. v. R.

***Preußen. Bahnpolizeiverordnung und Hausfriedensbruch.** Durch eine Bahnpolizeiverordnung kann zwar bestimmt werden, in welchen Fällen die Bahnpolizeibeamten Personen vom Bahngelände verweisen können. Die Bestimmung aber, daß derjenige sich strafbar macht, der einer Aufforderung, das Bahngelände zu verlassen, nicht Folge leistet, ist lediglich eine Erweiterung der Hausfriedensbruchvorschrift des RStrGB. Der Stoß des Hausfriedensbruchs ist im RStrGB. ausschließlich geregelt. Es kann also nur Bestrafung wegen Hausfriedensbruchs erfolgen; die Bestrafung ist von Stellung eines Strafankrages abhängig. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 26. November 1907 in Sachen Fliegel-Berlin. —

C. v. R.

***Preußen. Ladenschluß.** Auch wenn nur ein einzelner Mann in den Laden hineingelassen wird, findet hier ein gewerblicher Verkehr im Hinblick auf diesen Einzelnen statt. Der Laden ist dann „offen“ für den gewerblichen Verkehr, den der Einzelne pflegen will. Zu berücksichtigen wäre aber, ob die Anprobe in einem Raum stattfinden sollte, der nicht dem öffentlichen Verkehr dient. Es gibt ja in solchen Betrieben verschwiegene Orte, wo man sich umkleiden kann. Dann ist es ganz gleichgültig, ob er durch den Laden gegangen ist, um diesen Ort zu erreichen. Wenn aber die Anprobe stattfinden sollte an einem Orte, der dem gewerblichen Verkehr diene, dann war die Ladenöffnung unzulässig. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Silber-Stettin vom 25. November 1907. — C. v. R.

***Preußen. Väterpolizeiverordnungen.** Die Polizeiverordnung, die in einem Badeorte das Rauchen im Palmenhause verbietet, ist rechtsgültig und zwar mit Rücksicht auf § 61 des Polizeiverwaltungsgesetzes. Danach unterliegt der polizeilichen Regelung alles andere, was neben den einzelnen Punkten der früheren Bestimmungen des § 6 im Interesse der Angehörigen der Gemeinde polizeilich geregelt werden muß. Entscheidend ist, daß Reinerz ein Kurort ist, an dem Hals- und Lungenkranke sich aufhalten. Für Kurorte sind eben strengere polizeiliche Vorschriften erforderlich, um die dort sich aufhaltenden Personen vor Belästigung zu schützen. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Demut und Freund-Reinerz vom 28. November 1907. C. v. R.

***Preußen. Seuchenpolizei.** Nach § 7 des Reichsviehseuchengesetzes kann eine Anordnung nur erlassen werden, wenn in einem für den inländischen Viehbestand bedrohlichen Umfange eine Seuche im Auslande herrscht. Steht hiervon im Texte der landespolizeilichen Anordnung nichts, ist vielmehr nur in den einleitenden Worten gesagt, es solle mit diesen Anordnungen die Einschleppung von Viehkrankheiten aus Rußland nach Deutschland verhindert werden, so ist die Anordnung ungültig. Das Gesetz sagt mit Vorbedacht: „Wenn im Nachbarstaat im bedrohlichen Umfange die Seuche herrscht.“ Man muß sich immer gegenwärtig halten, daß es sich bei solchen Anordnungen um eine für den Verkehr einschneidende Maßnahme handelt. Ob tatsächlich eine Seuche in

Rußland herrscht, wie sie nach § 7 des Viehseuchengesetzes die Voraussetzung sein soll, hat der Richter nicht festzustellen. In Polizeiverordnungen, Anordnungen und Bekanntmachungen usw. müssen alle die Voraussetzungen konstatiert werden, von deren Erfüllung die Rechtswirksamkeit bedingt ist. Das Publikum soll in die Lage gebracht werden, sich darüber zu unterrichten, ob den gesetzlichen Anordnungen bei Erlaß der Polizeiverordnung genügt ist. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Hermstein-Rattowitz vom 2. Dezember 1907. — C. v. R.

***Preußen. Regelspiel.** Es ist nicht Sache einer Polizeiverordnung, das Regelschießen zur Nachtzeit zu verbieten. Es würde hier der § 360,11 des Strafgesetzbuches in Betracht kommen, der diesen Gegenstand erschöpfend geregelt hat. Nach § 360,11 macht sich derjenige strafbar, der ungebührlicherweise ruhestörenden Lärm verursacht. Auch auf Grund dieser Bestimmung könnte der Angeklagte nicht bestraft werden; denn zur Bestrafung eines Wirtes wäre zum mindesten erforderlich, daß er am Regelspiel teilgenommen hätte, vorausgesetzt den Fall, daß eben durch das Regelspiel ungebührlicherweise ruhestörender Lärm erregt worden ist. Die Staatsanwaltschaft verweist auf die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts und folgert aus ihr die Rechtsgültigkeit der hier fraglichen Polizeiverordnung. Das Oberverwaltungsgericht hat indessen nur die Gültigkeit einer einzelnen polizeilichen Verfügung angenommen, durch die einem Wirt: die Benutzung der Regelbahn verboten worden ist. Zweifelloß ist es das Recht der Polizei, dann, wenn durch Lärm irgendwelche Störungen tatsächlich erfolgen, auf Grund des § 10, II, 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach das Amt der Polizei ist, Vorkehrungen zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu treffen und Gefahren vom Publikum abzuwenden, mit einem Verbote oder mit einer entsprechenden Regelung der Regelei in dem betreffenden Lokal vorzugeben. Das macht schon an sich eine Polizeiverordnung überflüssig. Aber hier handelt es sich um eine Verordnung, die für den ganzen Bezirk ohne Prüfung des Einzelfalles erlassen worden ist. Eine solche Verordnung ist in keinem Falle rechtsgültig. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 21. November 1907 in Sachen Droullier-Cöln. C. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Ordnungsstrafe.** Ein Polizeikommissar, der in eine Prämienliste das von anderen Beamten beschlagnahmte Wald als seine eigenen Ermittlungen einträgt, um die Prämie dafür für sich zu erhalten, macht sich disziplinarisch strafbar. Wenn er auch später noch eigenen Ermittlungen über die näheren Umstände anstellt, so gebührt die Prämie doch dem Beamten, der vorher die Beschlagnahme ausgeführt hatte. — Entsch. Pr. OVG. vom 26. November 1907 in Sachen Kleinert-König.

C. v. D.

Preußen. Grenzen der Polizeigewalt. Die Polizei darf nur im Falle eines Notstandes — bei nicht rechtzeitig zu erlangender gerichtlicher Hilfe — auf Grund des § 10 RM. II, 17 Handlungen verbieten, die das Ver mö g e n dritter Personen zu schädigen geeignet sind. Ihr Recht, strafbare Handlungen zu verbieten oder ihre Ausführung zu verhindern, wird hierdurch nicht berührt. Hier hat sie aber nicht einzuschreiten, um Vermögensschädigungen, sondern um das Begehen strafbarer Handlungen und eine Verletzung der öffentlichen Ordnung zu verhindern. — Entsch. III. Sen. OVG. vom 5. Februar 1906. St.

***Preußen. Anwendung der Kellnerinnenverordnung bei verschleiertem Animierbetrieb.** Die Polizeiverordnung über die Wirtschaften mit Kellnerinnenbedienung ist auch dann noch anwendbar, wenn die weibliche Bedienung abgemeldet ist und die Bedienung im wesentlichen durch einen Kellner besorgt wird, neben dem eine als „Dienstmädchen“ bezeichnete weibliche Person mit der Entgegennahme von Aufträgen der Gäste, gelegentlich auch mit dem Entschenken und Vorlegen von Getränken betraut ist. Ein solches Dienstmädchen gilt als Kellnerin, wenn die Bezahlung auch regelmäßig an den Kellner erfolgt. — Entsch. 3. Sen. OVG. vom 3. Oktober 1907, III. 1927. St.

IV. Oberlandesgericht Köln.

Deutsches Reich. Nahrungsmittelverfälschung. Alkoholfreier Apfelsaft aus getrockneten Äpfeln. Das kaufende Publikum versteht unter Apfelsaft einen aus frischen Äpfeln gewonnenen Saft. Ein aus getrockneten Äpfeln gezogener Saft darf daher nicht als Apfelsaft in Verkehr gebracht werden. Das Festhalten stellt sich als

Nahrungsmittelvergehen dar. — Entsch. StrSen. OLG. Köln vom 8. Dez. 1907. — St.

Deutsches Reich. Anmeldung von Sterbefällen an Feiertagen. Das Personenstandsgezeß bestimmt in § 56, daß die Anmeldung von Sterbefällen am nächstfolgenden Wochentage zu erfolgen hat. Wochentag ist auch der Feiertag, der nicht auf einen Sonntag fällt. Die Anmeldepflicht an solchen nicht auf einen Sonntag fallenden Feiertagen wird auch dadurch nicht aufgehoben, daß das Standesamt an solchen Tagen nur beschränkten Dienst hat. Wie jede Behörde hat auch das Standesamt seine Geschäftsstunden, da es nicht Tag und Nacht geöffnet sein kann. Ob die Stunden zweckmäßig gewählt sind, ist nicht Sache richterlicher Nachprüfung. Es könnte gegen eine un zweckmäßige Geschäftsstundenfestsetzung nur mit Beschwerde an die Aufsichtsbehörde vorgegangen werden. — Entsch. StrSen. OLG. Köln vom 8. August 1907. — St.

V. Bezirksamt Sankt Minden.

Preußen. Wegepolizei. Beseitigung von Freitreppen. Die Wegepolizeibehörde kann verlangen, daß eine den Verkehr hindernde in das Straßenland vorspringende Freitreppe nach ihrem Ermessen ganz oder teilweise beseitigt werde. — Entsch. VA. Minden vom 24. Oktober 1907. — St.

VI. Landgericht Bochum.

Preußen. Versammlungsauflösung ohne Auftrag. Nach § 4 des Preussischen Vereinsgesetzes hat die Polizeibehörde das Recht, in eine Versammlung ein bis zwei Beamte zur Überwachung zu entsenden. Ein Polizeibeamter oder Werdarm, der von der zuständigen Ortspolizeibehörde keinen Auftrag hat, darf eine nicht angemeldete, anmeldepflichtige Versammlung nicht auflösen. Zum Einschreiten gegen Versammlungen ist nur derjenige Beamte befugt, der eigens zur Beaufsichtigung entsandt ist. — Entsch. StrK. Bochum vom 17. Dezember 1907 gegen Karl Geh. Dortmund und Gen. — St.

VII. Landgericht Dresden.

Deutsches Reich. Nahrungsmittelverfälschung. Alkoholfreier Champagner. Die Bezeichnung alkoholfreier Champagner berechtigt zu der Annahme, daß es sich um ein Getränk handelt, das aus Wein hergestellt und dem der Alkohol entzogen ist. Das Festhalten eines künstlich hergestellten

Getränkes unter dieser Bezeichnung stellt sich als Nahrungsmittelvergehen dar. — Entsch. Strk. LG. Dresden vom 8. Dezember 1907 gegen den Fabrikanten Rielow. —

VIII. Landgericht II Berlin.

Deutsches Reich. Beschlagnahme. Widerstand gegen die Staatsgewalt. Zur Beschlagnahme von Überführungsstücken sind nur diejenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten befugt, welche zu Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt sind. Ein Beamter, der, ohne Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft zu sein, zu einer Beschlagnahme schreitet, handelt nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes; ein ihm bei der Beschlagnahme geleisteter tätlicher Widerstand kann daher nicht als Widerstand gegen die Staatsgewalt verfolgt werden. — Entsch. 1 Strk. LG. II Berlin vom 14. Dezember 1907 gegen den Schlächtermeister Hermann Barta zu Treptow bei Berlin. —

IX. Schöffengericht Leipzig.

Deutsches Reich. Preistafeln an Fleischerläden. Für ungültig erklärt wird die Polizeiverordnung des Rats der Stadt Leipzig vom 12. September 1907, die die Fleischermeister verpflichtet, in ihren Läden von der Strafe aus lesbare Preistafeln ihrer Waren auszuhängen. — Entsch. SchG. Leipzig vom 13. Dezember 1907. —

Polizeibericht.

Verwaltung. Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft. Durch Erlass der Minister der Justiz und des Innern vom 24. 10. 07 (RMBl. 547) ist der mit der Leitung der Wache in Vornstedt beauftragte Schuhmannswachtmeister der königlichen Polizeiverwaltung in Potsdam, zum Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft bestellt.

Arbeiterbewegung. Durch einstweilige gerichtliche Verfügung wurde am 27. Dezember 1907 auf die Klage des Hamburger Hafenbetriebsvereins dem Hafenarbeiterverbande verboten: 1. den Zugang von Hafenarbeitern nach Hamburg irgendwie, sei es unmittelbar oder mittelbar, zu fördern, insbesondere öffentliche Warnungen vor solchem Zugang zu erlassen oder zu veranlassen; 2. die vom Kläger angenommenen Kontraktarbeiter als Streikbrecher zu bezeichnen, sonst verächtlich zu machen oder im Sinne der Aufgabelösung ihres Kontraktes zu beeinflussen. Grenzpolizeigefängnis zu Emmerich. Zur Errichtung eines neuen Polizeigefängnisses, das zur Unterbringung der von Holland ausgewiesenen und ausgelieferten Personen bestimmt ist, bewilligten die Stadtverordneten zu Emmerich 12000 Ml.

Waldbrände. Eine soeben in Kraft getretene Polizeiverordnung für den Kreis Teltow schreibt vor, daß Waldbrände sofort bei der nächsten Gemeinde- oder Gutsbehörde zu melden sind, die dann unverzüglich der Forstbehörde und den Nachbarorten Anzeige zu erstatten hat. Der Bürgermeister, Gemeinde- oder Gutsvorsteher oder dessen Stellvertreter hat zugleich den Ort zu alarmieren und eine Anzahl arbeitsfähiger Männer aus der Zahl der Wäschpflichtigen abzuordnen, die sich mit Hacken, Spaten, Schaufeln, Äxten usw. nach der Brandstelle zu begeben und nach den Befehlen des zuständigen Forstbeamten, dem unbedingt Folge zu leisten ist, durch Ausschlagen, Aussteden des Waldbodens, Gräbenziehung und in anderer geeigneter Weise das Feuer zu bekämpfen haben.

Erweiterung des Stadtkreises Magdeburg. Dem preussischen Herrenhause ist ein Entwurf zu einem Gesetz über Eingemeindung der Landgemeinde Rothensee, Landkreis Wolmirstadt, nach Magdeburg zugegangen. Die Eingemeindung soll am 1. April 1908 in Kraft treten.

Münchener Gendarmerschule. Am 31. Dezember 1907 fand die Prüfung von 66 Bewerbern an der Gendarmerschule zu München statt. Die sämtlichen Bewerber, die seit drei Monaten die Schule besuchten, haben diese Prüfung bestanden und wurden sofort den einzelnen Gendarmeskompanien und der Münchener Schuhmannschaft zugeteilt. An die Kompanie Oberbahren wurden 15, an Niederbahren 8, an die Piaz 8, an die Oberpiaz 4, an Oberfranken 3, an Mittelfranken 5, an Unterfranken 1 und an Schwaben 9 Gendarmen abgegeben, an die Münchener Schuhmannschaft 18 Mann.

Verbrechen und Vergehen. Verhaftete Juwelendiebe. In Ebernau wurde ein rumänisches Gaunerpaar, ein Mann und eine Frau, verhaftet, das in Berlin wertvolle Perlen gestohlen hatte. Die Frauensperson hatte einige Perlen verschluckt; sie kamen mit Hilfe von Abführ- und Brechmitteln zum Vorschein; die übrigen hatte sie sonst an ihrem Körper versteckt.

Falschmünzer. Die Kriminalpolizei zu Hannover hat Falschmünzer ermittelt, die in der Gegend von Hannover falsche Zweimarkstücke in Verkehr zu bringen getauft hatten. Bei einem Mitglied der Bande, einem bereits wegen Münzverbrechens bestraften Schlosser, fand man 29 falsche Zweimarkstücke, Formen, Schmelztiegel und sonstige zur Falschmünzerei dienliche Gerätschaften.

Sozialdemokratisches. Vorwärts. Berichterstattung über Überfälle auf Schuhmänner. Der „Vorwärts“ berichtet aus Hannover, daß der Schuhmann Lorent, als er einen Arbeiter verhaften wollte, von vier hinzukommenden Fremden des Verhafteten niedergeschlagen und mißhandelt worden sei, er habe schließlich von seiner Waffe Gebrauch gemacht und seine Angreifer zum Teil erheblich verletzt. So weit ganz schön. Diese rohen Ausschreitungen der „Freunde des Verhafteten“

hausen str. Fr. Eylau, am 18. 7. 07 nach
 Tharau Bf. fmdrt., trat am 5. 12. 07 vom
 Ambo. zur. — **H. B.** Niesling, Puchdorf, am
 26. 3. 04 nach Jüterburg fmdrt., trat am
 11. 12. 07 vom Ambo. zur. — **H. B.** Panlufahn,
 Serieden b. Güttheshmen, am 2. 11. 07 nach
 Redbiden bei Güttheshmen fmdrt., trat am
 12. 12. 07 vom Ambo. zur. — **H. B.** Herrmann,
 Kriwen, am 22. 11. 07 nach Puchowfen bei
 Kriwen fmdrt., trat am 12. 12. 07 vom Ambo.
 zur. — **H. B.** Spaga, Biengfowen, am 21. 11. 07
 nach Soffernfen b. Reidenburg fmdrt., trat am
 15. 12. 07 vom Ambo. zur. — **H. B.** Sedat I,
 Gr. Spallenen b. Friedrichshof, am 1. 11. 07
 nach Neu Kestulb b. Jabloufen, Oflpr. fmdrt.,
 trat am 16. 12. 07 vom Ambo. zur. — **H. B.**
 Schulz VIII, Löwen, am 24. 11. 07 nach Wid-
 minnen fmdrt., trat am 22. 12. 07 vom Ambo.
 zur. — **H. B.** Mohrt, Wondolde, am 22. 10. 07
 nach Lüffen b. Komilolo fmdrt., trat am
 25. 12. 07 vom Ambo. zur. — **H. B.** Hoepner,
 Allenstein, am 21. 12. 07 nach Kuchienen bei
 Soldau Oflpr. fmdrt. — **H. B.** Orzeski, Goldap,
 am 15. 12. 07 nach Rabfen b. Sziclosfen fmdrt.
H. B. Lemke I, Königsberg, am 18. 12. 07
 nach Enthienen b. Kistafhaafen fmdrt. — **H. B.**
 Riedel, Brühlzen, am 11. 12. 07 nach Schil-
 lingen b. Sodargen str. Stallauföfen fmdrt. —
H. B. Böhm II, Rühlfen Oflpr., am 26. 12. 07
 nach Lofhainen str. Köffel fmdrt. — **H. B.** Jeggla,
 Orlowen, am 7. 12. 07 nach Lipowen b. Orlowen
 fmdrt. — **H. B.** Stein, Wischniwen, am 12. 12. 07
 nach Mollschmitfen b. Mallinowen fmdrt. — **H. B.**
 Glinla, Rapiden b. Wallutten, am 15. 12. 07
 nach Vorchersdorf b. Soldau Oflpr. fmdrt. —
H. B. Michel, Arnau a. Fregel, am 8. 12. 07
 nach Corrennen b. Povunden fmdrt. — **H. B.**
 Schmolzi, Willan I, am 13. 12. 07 nach Steinbed
 b. Gutenfeld fmdrt. — **H. B.** Weinberg, Ja-
 lubben b. Komilolo, am 4. 12. 07 nach Klein-
 Bengowen b. Efersberg fmdrt. — **H. B.**
 Gueyt II, Marggrabowa, am 1. 12. 07 nach
 Seerandenomäne b. Marggrabowa fmdrt. —
H. B. Heims, Gerdauen, am 3. 12. 07 nach
 Dietrichsdorf str. Gerdauen fmdrt. — **H. B.**
 Schoenice, Gurtschl., am 4. 12. 07 nach Pundien
 b. Roggenhausen Oflpr. fmdrt. — **H. B.** Wenk I,
 Walterseshmen, am 7. 12. 07 nach Sodehnen
 str. Gumbinnen fmdrt. — **H. B.** Petrif, Jundzen
 b. Vergilshfen, am 7. 12. 07 nach Pfaffen bei
 Puchdorf fmdrt. — **H. B.** Schmidt III, Zitt-
 shemen, am 12. 12. 07 nach Dagutshmen bei
 Zittshemen fmdrt. — **H. B.** Deutschlän.,
 Strammen str. Ortelburg, am 1. 12. 07 nach
 Voffenheim fmdrt. — **H. B.** Tiedmann, Grün-
 heide Oflpr., am 1. 12. 07 nach Gr. Bubainen
 fmdrt. — **H. B.** Hamann, Garboffen, bei
 Bierumfen, am 29. 11. 07 nach Wittowen bei
 Sziclosfen fmdrt. — **H. B.** Kieselbach, Bierun-
 fen, am 1. 12. 07 nach Pfaffen b. Bierunfen
 fmdrt. — **H. B.** Stombrowski, Lnd., am 23. 12. 07
 nach Carfen b. Reuendorf str. Lnd. fmdrt. —
H. B. Bach III, Gr. Kattana, am 21. 12. 07
 nach Thaluffen b. Lnd. fmdrt. — **H. B.** Kahlfeld,
 Dirichsdorf Oflpr., am 21. 12. 07 nach Veddritzen
 b. Quednau fmdrt. — **H. B.** Sommeren, Eich-
 holz b. Lichtenfeld, am 17. 12. 07 nach König-
 baum b. Schuppenheil fmdrt. — **H. B.** Jähle,

Bornditt, am 17. 12. 07 nach Bögen bei Domnau
 fmdrt. — **H. B.** Lütke, Buchwalde b. Osterode
 Oflpr., am 21. 12. 07 nach Canienen fmdrt. —
H. B. Boulia, Balandigen b. Puttluhnen, am
 11. 12. 07 nach Jüterburg fmdrt. — **H. B.**
 Baldzun, Kuster str. Angerburg, am 6. 12. 07
 nach Sobiechen bei Launingfen fmdrt. — **H. B.**
 Janowsta, Ragutshemen, am 11. 12. 07
 nach Redbiden bei Güttheshmen fmdrt. —
H. B. Kolberg I, Ballendorf, bisher nach Schar-
 nau-Wühle fmdrt., ist vom 31. 12. 07 nach
 Scharnau (str. Reidenburg) fmdrt. — **H. B.**
 Grünau, Kriegsdehnen, bisher nach Jodowen
 fmdrt., vom 29. 11. 07 ab nach Sollmahnen b.
 Siewen fmdrt.

2. Brigade.

H. B. Ruge, Reintaffel, am 11. 1. 08 nach
 Kummelsburg i. Pomm. vers. — **H. B.** Heiden-
 reich, Niepars, am 1. 1. 08 nach Treptow a. Toll.
 vers. — **H. B.** a. Fr. Lüdtke, Collin, am 1. 1. 08
 nach Niepars Pomm. vers. — **H. B.** Gwerth,
 Siedenbollentin, am 1. 1. 08 nach Kühmannsdorf
 b. Buddenhagen vers. — **H. B.** Fiedle, Stolz-
 hagen, am 1. 1. 08 nach Siedenbollentin
 str. Demmin vers. — **H. B.** Scharffe, Schlaue,
 am 24. 11. 07 nach Alt Schlavin b. Carls-
 fmdrt. — **H. B.** Jiele, Rügenwalde, am 15. 11. 07
 nach Carzin str. Schlaue fmdrt., trat am
 28. 12. 07 vom Ambo. zur.

3. Brigade.

H. B. Steinke, Dissenden, als OSt. a. Fr.
 nach Angermünde. — **H. B.** Thörner, Adlershof,
 am 1. 1. 08 nach Tempelhof vers. — **H. B.** a. Fr.
 Doerfer, Jerrentshin, am 1. 1. 08 nach Alt Lands-
 berg vers. — **H. B.** Sommer, Olafow, am
 1. 1. 08 nach Adlershof vers. — **H. B.** Selting,
 Reustadt, am 1. 1. 08 nach Jerrentshin II. M.
 vers. — **H. B.** Kabele, Wollersdorf, am 1. 1. 08
 nach Reindendorf-Ost vers. — **H. B.** Schent,
 Reindendorf-Ost, am 1. 1. 08 nach Wollersdorf
 b. Erhner vers. — **H. B.** Tropp, Tempelhof,
 am 1. 1. 08 nach Olafow str. Wolsd. vers. —
H. B. a. Fr. Schwent, Teltow, am 1. 1. 08 nach
 Schmüdow str. Teltow vers. — **H. B.** Daase,
 Schmüdow, am 1. 1. 08 nach Teltow vers. —
H. B. Kempa, Oberg, am 1. 1. 08 nach Brig
 str. Angermünde vers. — **H. B.** Wacker, Alt
 Landsberg, am 1. 1. 08 nach Reustadt Doffe
 vers. — **H. B.** a. Fr. Verno, Tempelhof,
 am 1. 1. 08 nach Neubabelsberg vers. — **H. B.** a. Fr.
 Müller IX, Wilmersdorf, am 1. 1. 08 nach
 Tempelhof vers. — **H. B.** Albrecht, Bornstedt,
 am 1. 1. 08 nach Lankw vers. — **H. B.**
 Tropp, Tempelhof, am 1. 8. 07 nach Selchow
 (Markt) fmdrt., trat am 1. 1. 08 vom Ambo.
 zur. — **H. B.** Gutzelt, Köllshfen, am 21. 12. 07
 nach Michelau str. Rosenburg zur 12. Brigade
 fmdrt. — **H. B.** a. Fr. Cersaht wohnt jetzt in
 Ruhleben b. Spandau. — **H. B.** Wafke, Neu-
 hausen, vom Truppenteil zum Vizewachtm. be-
 fördert. — **H. B.** a. Fr. Papierst, Lankw, vom
 Truppenteil zum Vizewachtm. befördert. —
H. B. Steiner I, Brenslau, die Kr. I fällt fort.
 — **H. B.** a. Fr. Werner III, Rabenide, erhält
 die Kr. II. — **H. B.** Werner, Güttrin 2, erhält
 die Kr. I. — **H. B.** Lemke, Kr. Buchholz, erhält
 die Kr. I.

4. Brigade.

b. W. Diege, Mühlhausen i. Th., am 1. 1. 08 als O. a. Pr. nach Schleusingen. — **W.** Lautenroth, Laderburg, am 21. 12. 07 zur 12. Brigade nach Hr. Brudau b. Hr. Kruschin fmdrt. — **W.** Knopf, Pfester, am 21. 12. 07 zur 12. Brigade nach Lemberg b. Monjod fmdrt. — **O. W.** a. Pr. Warlich, Schleusingen, am 1. 1. 08 als b. W. nach Mühlhausen i. Th. vers. — **W.** Schmidt III, Zwischau, am 1. 1. 08 nach Wippra vers. — b. W. Denny II, Kirchheim, am 1. 1. 08 nach Rügleben b. Al. Kurra vers. — **W.** Amelung, Wippra, am 1. 1. 08 nach Zwischau vers. — b. W. Ritter II, Rügleben, am 1. 1. 08 nach Vorbiß vers. — b. W. Lange, Oberdorf, erhält die Nr. II. — **W.** Schmidt, Wippra, erhält die Nr. III. — **W.** Reinhardt, Witterfeld, erhält die Nr. III. — **W.** Lange, Wladau, erhält die Nr. I. — **W.** Rechner, Leimbach, v. f. Truppenteil zum Wieselbweibel befördert.

5. Brigade.

W. a. Pr. Dowe, Krottschin, am 1. 1. 08 nach Simianice vers. — **W.** Trochins, Jaratschin, am 1. 1. 08 nach Krottschin vers. — b. W. Bayle, Gorzbre, am 1. 1. 08 nach Megla Nr. Onesen vers. — b. W. Kleinschmidt, Megla, am 1. 1. 08 nach Gorzbre vers. — **W.** Scharf, Schubin, am 1. 1. 08 nach Chelme vers. — **W.** Bortmann, Chelme, am 1. 1. 08 nach Schubin vers. — **W.** Schudrowitz, Siemianice, am 1. 1. 08 nach Jaratschin vers. — **W.** Frank, b. W. Wader, H. H. Reine, Stalmierzsee, Standort heißt jetzt Neu-Stalmierzschütz.

6. Brigade.

b. W. Glomblawski, Kladnig, am 1. 1. 08 nach Löwitz O. S. vers. — **W.** Slania, Radzionlau, am 1. 1. 08 nach Diehja vers. — b. W. a. Pr. Kleiner, Löwitz, am 1. 1. 08 nach Kladnig vers. — **W.** Dettmer, Lubchau, am 1. 1. 08 nach Radzionlau vers. — **W.** Perschke, Diehja, am 1. 1. 08 nach Lamsdorf vers. — **W.** Wjantel, Lamsdorf, am 1. 1. 08 nach Lubchau vers. — b. W. a. Pr. Reinhold, Brinwendorf, am 1. 1. 08 nach Bogutschiß (Nr. Kattowitz) vers. — **O. W.** Mühl, Neurobe, am 1. 1. 08 nach Kladnig b. Neurobe vers. — **W.** Rudolph, Kenda-Labig, erhält die Nr. V. — **W.** Tolkendorf, Al-Barthau, v. f. Truppenteil zum Wieselbweibel bef. — **W.** Dettmer, Lubchau, am 15. 12. 07 nach Kattowitz fmdrt. — **W.** Sprintzke, Rengig O. L., v. f. Truppenteil zum Wieselbweibel bef.

7. Brigade.

W. a. Pr. Ernst, Westersfeld, am 1. 1. 08 nach Münnigfeld (Nr. Gelsenkirchen) vers. — b. W. Gappe II, Gattingen, am 1. 1. 08 nach Darßfeld vers. — **W.** Altmann, Radrodt, am 1. 1. 08 nach Castrop vers. — **W.** Gnadt, Dahl, am 1. 1. 08 nach Nordbügge vers. — b. W. Lübede, Dorstfeld, am 1. 1. 08 nach Alenderne-Riederbeder b. Derne (Nr. Dortmund) vers. — **W.** Dornmann, Münnigfeld, am 1. 1. 08 nach Kierspe vers. — b. W. Rothmann, Alenderne-Riederbeder, am 1. 1. 08 nach Gattingen (Ruhr) vers. — **W.** Schölbe, Dorstfeld, am 7. 11. 07 nach Kammeloe b. Vreden fmdrt., trat am 20. 12. 07

vom Kmdo. zur. — **W.** Hemterling, Ahau, am 5. 12. 07 nach Eilermart b. Gronau (Weißf.) fmdrt. — b. W. Pfeil, Olsberg, am 5. 12. 07 nach Rüschden (Nr. Brilon) fmdrt. — **W.** Hebestreit, Waltrop, am 11. 12. 07 nach Ahau fmdrt. — **W.** Stodkamp, Weiercappeln, am 20. 12. 07 nach Kammeloe b. Vreden (Wez. Münster) fmdrt. — **W.** Witt, postm. Weizchen, jetzt Erle b. Quer (Weißf.) — b. W. Steinbach, Derne, am 31. 12. 07 v. f. Truppenteil zum Wieselbweibel bef. — b. W. Pape, Loer, am 31. 12. 07 v. f. Truppenteil zum Wieselbweibel bef.

8. Brigade.

b. W. Lohmann, Jßum, am 1. 1. 08 als O. a. Pr. nach Bitburg. — b. W. Schinker, Wiebelskirchen, am 1. 1. 08 als O. a. Pr. nach Sigmaringen. — **W.** Holzhauser, Emmerich, am 1. 1. 08 nach Feldmark Wiesel b. Wiesel vers. — **W.** Heilmann, Verßen, am 1. 1. 08 nach Dudenbark-Eifel vers. — **W.** Schmitz, Feldmark Wiesel, am 1. 1. 08 nach Emmerich vers. — **W.** Scharra, Vingerbrück, am 1. 1. 08 nach Oberwesel-Cablitz vers. — **W.** Krugfeld, Polch, am 1. 1. 08 nach Wünnigen (Rafel) vers. — **W.** Albrecht, Hamm-Sieg, am 1. 1. 08 nach Pfaffenborn b. Cablitz vers. — b. W. Peigmann, Pfaffenborn, am 1. 1. 08 nach Altkirchen vers. — **W.** Murt, Dierdorf, am 1. 1. 08 nach Heimbach vers. — **W.** Jaedel, Oberwesel, am 1. 1. 08 nach Vingerbrück vers. — b. W. a. Pr. Reumann, Altkirchen, am 1. 1. 08 nach Pfaffenborn vers. — **W.** Wegm, St. Lönis, am 1. 1. 08 nach Altkirchen vers. — **W.** a. Pr. Wöhring, Wünnigen, am 1. 1. 08 nach Polch vers. — **W.** Meher VII, Temmels, 15. 12. 07 nach Wessm (Rafel) vers. — **W.** Scheuer, Doven, am 1. 1. 08 z. Sturfs a. Schule Einbeid fmdrt. — **W.** Hanauer, Walharn, am 7. 12. 07 nach Dervenroth fmdrt. — **W.** Birg, Wanderscheid, am 27. 12. 07 nach Edfeld b. Hauderscheid fmdrt. — b. W. Proß, Moers, am 28. 12. 07 nach Bettentamp b. Capellen (Nr. Moers) vers. — b. W. Thiesen, Moers, am 28. 12. 07 nach Bettentamp b. Capellen (Nr. Moers) fmdrt. — **W.** Etade, Wittlich, am 1. 1. 08 nach Klein b. Wittlich fmdrt. — **W.** Schmidt XVI, Dorbach, am 28. 12. 07 nach Mölsheid fmdrt. — **W.** Monjane, Voss, am 25. 12. 07 nach Hostenbach-Saar fmdrt. — **W.** Lange I, Düren, am 4. 12. 07 nach Scherpenfeel (Wez. Aachen) fmdrt. — **W.** Teichendorf, Offenbach a. Gl., am 15. 10. 07 nach Kabbollendorf (Nr. St. Wendel) fmdrt., trat am 1. 12. 07 vom Kmdo. zur. — **W.** Schmeißer, Lobberich, am 10. 10. 07 nach Brüggen (Rhld.) fmdrt., trat am 29. 12. 07 vom Kmdo. zur.

9. Brigade.

W. Stephan, Hadersleben, am 1. 1. 08 nach Sammerstedt vers. — **W.** Thomsen, Sammerstedt, am 1. 1. 08 nach Hadersleben (Schlesw.) vers. — **W.** Ruchß, Helgoland, am 1. 1. 08 nach Prunsbüttelkoog vers.

10. Brigade.

b. W. Schiefer, Wünnigen, am 1. 1. 08 nach Kellern a. Aller vers. — **W.** Rademacher, Wülfel, am 1. 1. 08 nach Bisburg vers. — b. W. Pantole, Süden, am 1. 1. 08 nach

Vimhorth b. Hannover-Gainholz verfi. — *3. B.* Eggerting, vom 1. — 31. 1. 07 nach Dannenberg (Elbe) lndrt. — *3. B.* Koad, Völsfeld, v. f. Truppenteil zum Vizefeldwebel befördert. — *3. B.* Gammelin, Berle, b. G. Schumacher, Bremerwörde, *3. B.* Kasehorn, Meppen, von ihren Truppenteilen zu Vizewachmeister befördert.

11. Brigade.

3. B. Jacobi, Zülzbach, am 1. 1. 08 nach Westerborg verfi. — *3. B.* Lewes, Westerborg, am 1. 1. 08 nach Döckst a. M. verfi. — *3. B.* Pandener, Hess. Vichtenau, am 1. 1. 08 nach Somborn verfi. — *3. B.* Schlütz, Somborn v. d. S., am 1. 1. 08 nach Hadenburg, Westerbald. verfi. — b. W. Hilorsta, Marienberg, am 1. 1. 08 als *3. B.* nach Somborn v. d. S. verfi. — *3. B.* Kärsten, Hadenburg, am 1. 1. 08 nach Limburg a. L. verfi. — *3. B.* Hoos, Liebenau, am 1. 12. 07 nach Gredenstein lndrt. — *3. B.* Böhm, Gilsesberg, am 21. 12. 07 nach Wega b. Wildungen lndrt. — b. W. Bornleffel, Frankenburg, am 21. 12. 07 nach Berghheim b. Wildungen lndrt. — *3. B.* Wille, Wilhelmshöhe, am 21. 12. 07 nach Wahlen b. Wildungen lndrt.

12. Brigade.

3. B. Abendroth, Vogtstein, am 1. 1. 08 nach Brentau b. Langsfuhr verfi. — *3. B.* Glaudzun, Pogorsch, am 1. 1. 08 nach Vogtstein verfi. — b. G. a. Fr. Wipahl, Rosenburg, am 1. 1. 08 nach Schillno verfi. — b. W. Drewello, Schillno, am 1. 1. 08 nach Rosenberg W.-Fr. verfi. — *3. B.* Kunkel, Brentau, am 1. 1. 08 nach Pogorsch b. Mielau verfi. — *3. B.* Nidel, Standort Kol. Brinck heißt jetzt Langendorf Str. Strassburg W.-Fr.

Brigade Gfals-Lothringen.

Vizefeldw. Schweimann vom 2. Lotbr. Inf. Regt. 181 ist am 1. 1. 08 als i. d. R. nach Orlingen (Lothr.) zur 6monatigen Probefienstleistung einber.

Als Gendarmen a. P. wurden am 2. Januar 1908 eingestellt:

Schule Wohlau.

1. Brigade.

Egt. Meimer, Drag. N. 1, als b. G. Willkallen. — Egt. Kadle, Drag. N. 1, als b. G. Komnten Jagdschloß. — Egt. Schaefer, Drag. N. 1, als *3. B.* Alt-Suffemillen, Kr. Labian. — Ww. Gubdrt. Duf. N. 6, als b. G. Fr. Pubamen. — Egt. Sabrowski, Drag. N. 11, als b. G. Mitwitten. — Ww. Wannonius, III. N. 8, als b. G. Neidenburg. — Egt. Lehmann, III. N. 12, als b. G. Glasklen. — Egt. Wiltsch, III. N. 12, als *3. B.* Endtschuen. — W. Kausels, N. 43, als *3. B.* Romeken b. Endtschuen. — Egt. Engelhardt, J. N. 140, als *3. B.* Walga.

2. Brigade.

W. Kupper, Gren. N. 2, als *3. B.* Stolzenhagen b. Krugwied. — Egt. Kofin, Gren. N. 2, als *3. B.* Neuenborn b. Scholwin. — Egt. Staads, J. N. 33, als *3. B.* Sorenbohm. — Egt. Feuerherm, Duf. N. 5, als b. G. Stargard (Wst), Kr. Regenwalde. — Egt. Kloth, Train. N. 2, als b. G. Tuchow, Pomm.

3. Brigade.

Feldw. Dymle, 4. G. N. 3, als *3. B.* Friedenau. — W. Pule, J. N. 147, als *3. B.* Dalensee. — Egt. Schulz (IX), Drag. N. 2, als b. G. Wilmersdorf b. Pln. — Egt. Weider, III. N. 3, als b. G. Stahnsdorf. — Egt. Krebs, III. N. 3, als b. G. Gollin b. Neiersdorf, III. N. — Egt. Speun, 4. G. Feldart. N. 1, als *3. B.* Alt Glienide, W. Pln. — Egt. Mönning, Feldart. N. 8, als b. G. Weisenice b. Pln. — W. Armbrst, Ruffart. N. 4, als *3. B.* Lichtenberg b. Pln.

4. Brigade.

W. Stettinmer, J. N. 27, als *3. B.* Dötensleben. — W. Weistermann, J. N. 27, als *3. B.* Rehmsdorf. — Egt. Brecht, J. N. 72, als *3. B.* Zandersdorf b. Witterfeld. — W. Baum, Stür. N. 7, als *3. B.* Krelbra, Stütz. — Ww. Schmelskop, Stür. N. 7, als *3. B.* Stetschau. — San. W. Neundorf, J. N. 2, als *3. B.* Theßen. — Ww. Wille, Feldart. N. 4, als b. G. Halle a. S. — Ww. Haarnagel, Feldart. N. 30, als b. G. Merieburg. — Ww. Matton, Feldart. N. 34, als b. G. Mirkheim b. Jätershausen. — Egt. Wächler, Feldart. N. 55, als *3. B.* Schmiedeberg, W. Halle.

5. Brigade.

Egt. Krüger, Gren. N. 5, als *3. B.* Siemianice. — San. W. Müller, J. N. 21, als *3. B.* Drabig. — W. Schubert, J. N. 34, als *3. B.* Wilhelmgrund b. Katowitz. — Egt. Rantowski, III. N. 15, als b. G. Mittelwalde b. Gofcielann. — Egt. Witt, Feldart. N. 56, als b. G. Adelnau. — Egt. Waberg, Feldart. N. 17, als b. G. Duschail, W. Posen. — Egt. Karaschewski, Feldart. N. 37, als *3. B.* Pogorzela, Kr. Moßmin. — Egt. Duholz, Feldart. N. 17, als *3. B.* M. Kriebel b. Waize, W. Pof. — Egt. Sagromski, Feldart. N. 71, als b. G. Konrad b. Porthof. — San. W. Sterne, Ruffart. N. 2, als *3. B.* Jägerhof, W. Bromberg.

6. Brigade.

W. Kadecker, J. N. 62, als *3. B.* Slupna b. Pnolowis. — Egt. Scholz, Jag. N. 2, als *3. B.* Neubrun. — Egt. Naase, Ruffart. N. 6, als *3. B.* Purghammer. — Ww. Klad, Drag. N. 2, als b. G. Maffow b. Birfental.

7. Brigade.

Feldw. Kener, J. N. 15, als *3. B.* Medebach.

8. Brigade.

Egt. Tietelwisch, Pion. N. 17, als *3. B.* Obergandershausen. — Egt. Kirchherr, J. N. 61, als *3. B.* Rellach b. Merga.

9. Brigade.

Egt. Finne, Feldart. N. 9, als b. G. Neustadt, Holfstein. — W. Benjemann, J. N. 85, als *3. B.* Burg b. Nehmarn. — W. Saxe, J. N. 84, als *3. B.* Steinburg b. Hohenfelde (Kr. Steinburg). — Egt. Grimm, J. N. 103, als *3. B.* Hoffstedter Lager (b. Wiefeldorf).

10. Brigade.

Ww. Dannenberg, Feldart. N. 40, als b. G. Kethen a. Aller. — Egt. Deinge, J. N. 20, als *3. B.* Neiherting b. Wilhelmshagen (Elbe). — Egt. Riedja, III. N. 13, als *3. B.* Plumenthal i. S. — Egt. Müller, Duf. N. 7, als *3. B.* Demeligen. — Egt. Treuer, J. N. 115, als *3. B.*

Sargfeld. — Sgt. Steinkamp, J.N. 75, als F., Dannenberg, Elbe.

12. Brigade.

Hv. Dreier, Feldart.N. 71, als b. G., Eichwalde b. Rhano. — Sgt. Stalender, Kür.N. 6, als b. G., Eichler, Kr. Di. Krone. — Wf. Krebs, Gren.N. 5, als F., Balzenburg. — Wf. Witz, Gren.N. 5, als F., Stenau. — Wf. Deyle, J.N. 61, als F., Welle.

Schule Einbed.

7. Brigade.

Sgt. Lange, Inf.N. 8, als b. G., Lüdinghausen. — Hv. Heitmeier, Feldart.N. 22, als b. G., HobeStadt. — Sgt. Hiemann, Kür.N. 4, als b. G., Dartum Kr. Minden (Wf.). — Sgt. Freitag, Feldart.N. 22, als b. G., Borghorst. — Hv. Schmidt, Feldart.N. 59, als b. G., Dortmund. — Sgt. Traue, Feldart.N. 58, als b. G., Börniz b. Sodingen (Wf.). — Feldw. Theel, Bion.N. 10, als F., Dorst b. Dorsternmark. — Hob.Sgt. Gümme, J.N. 77, als F., Nachrodt.

Wf. Groh, J.N. 87, als b. F., Raesfeld.

Wf. Dettmer, J.N. 15, als F., Dalpe. — Wf. Cuednau, J.N. 13, als F., Harpen. — Tromp. Sgt. Hövermann, Train.N. 9, als F., Wetter (Kühr). — Wf. Kruse, Weh.N. 10 M.M., als F., Dahl Kr. Dagen. — Sgt. Hilgenast, Gren.N. 6, als F., Luerenburg b. Rodum VII. — Sgt. Zander, Bion.N. 17, als b. F., Deel. — Sgt. Groh, III.N. 12, als F., Datteln. — Sgt. Bröck, Drag.N. 6, als F., Berne bz. Münster. — Wf. Siegelmann, J.N. 74, als F., Böder b. Vatenbrod. — Wf. Schnell, Gren.N. 5, als F., Egen b. Vottrop. — Sgt. Leidecker, Feldart.N. 7, als F., Rödter b. Kuer (Wf.). — Tromp.Sgt. Sperling, Feldart.N. 72, als F., Marl. — Hob.Sgt. Eggers, Gren.N. 5, als F., Berglamm. — Hv. Bruns, Feldart.N. 69, als F., Scherfede. — Sgt. Dillshütter, J.N. 137, als F., Föndenberg. — Wf. Volland, J.N. 132, als F., Buchholz b. Dammertal. — Wf. Ebeling, Inf.N. 89, als F., Annen. — Hv. Schütz, Feldart.N. 73, als F., Wellingshofen. — Sgt. Kottvedel, J.N. 77, als F., Schmalenberg bz. Dortmund. — Sgt. Gardeweg, J.N. 68, als F., Gullenberg bz. Dortmund. — Sgt. Log, Feldart.N. 73, als F., Balve. — Sgt. Heine, Feldart.N. 70, als F., Ramsbeck. — Sgt. Otto, J.N. 74, als F., Westensfeld b. Wattenheid. — Sgt. Jaban, I. Garde Feldart.N., als F., Ernstebrück. — Hv. Kleinke, 2. Garde Feldart.N., als F., Fiddel. — Hob.Sgt. Fischer, J.N. 85, als F., Dalpe. — Sgt. Duden, J.N. 69, als F., Bradel Kr. Dortmund.

8. Brigade.

Wf. Grulle, J.N. 42, als F., Gaardt Kr. Gladbach. — Wf. Raab, Festf. Köln, als F., Blumenthal (Hld.). — Wf. Raab, J.N. 132, als F., Daigerloch. — Wf. Schiebe, J.N. 30, als F., Cochem (Rofel). — Sgt. Rörster, Fußart.N. 4, als F., Bruchhausen (Rhein). — Wf. Wöhlke, Feldart.N. 8, als F., Dillen. — Sgt. Tromp. Fehmel, Feldart.N. 44, als F., Weidlingen b. Obersiegen (Kr. Wittburg). — Sgt. Kavalowski, I. Matr.Div., als F., Antweiler Kr. — San.Sgt. Kavalowski, Matr.N. 8, als F., Detsgenrath. —

Wf. Schäfers, 4. G.N. 3 F., als F., Königswinter (Hld.). — Sgt. Walter, Train.N. 10, als F., Vorbed II b. Rintrop. — Feldw. Morgensthal, J.N. 132, als F., Jemmer. — Wf. Vorges, II. Matr.Div., als F., Odenspiel. — Sgt. Seitz, Feldart.N. 44, als b. G., Vorbed III b. Rintrop. — Sgt. Viemann, Kür.N. 8, als b. G., Wiebelskirchen. — Sgt. Luven, Feldart.N. 43, als b. G., Wiersen. — Sgt. Meier, Inf.N. 11, als b. G., Wermelskirchen. — Sgt. Majert, Feldart.N. 43, als b. G., Nümm. — Tromp.Sgt. Flew, Feldart.N. 72, als F., Recht str. Ralmeby. — Wf. Deutsch, J.N. 100, als F., Rheinböllen. — Sgt. Warten, J.N. 70, als F., Gammertingen. — Feldw. Pernagli, J.N. 40, als F., Wegberg. — Feldw. Rödiger, Arb.Abt. Ehrenbreitstein, als F., Oppenlampsolonie b. Marzloch. — Wf. Kliech, Fußart.N. 8, als F., Merdweiler. — Wf. Keller, Fußart.N. 8, als F., Mladan. — Wf. Wittfogel, J.N. 77, als F., Ulbricht Kr. Effen. — Sgt. Gräber, Inf.N. 11, als F., Wersten. — Feldw. Krings, Betr.Abt. d. Eisenb.Frig., als F., Rommweiler (Hld.). — Sgt. Wipig, Fußart.N. 14 Weip.Abt., als F., Runkirchen b. Rerzig. — Sgt. Deuburger, Train.N. 18, als F., Leidenborn. — Sgt. Buchholz, Feldart.N. 51, als F., Dören. — Wf. Haupt, Fußart.N. 7, als F., Gangelt b. Weilenkirchen. — Sgt. Tromp. Zage, III.N. 13, als F., Corneliusmünster. — Wf. Dahlhausen, J.N. 100, als F., Sechtem. — Sgt. Knud, III.N. 13, als F., Eitlingen, als F., Kall.

11. Brigade.

Sgt. Hartmann, Train.N. 11, als b. G., Marienberg (Westertal). — Wf. Schütz, J.N. 83, als F., Gredentinn. — Sgt. Stründ, J.N. 137, als F., Heß, Nichtenau.

Auskünfte.

Kam. FW. F. in M. Nordbaur der Jagdberechtigung eines Teichbesizers unter 300 Morgen nach Eintritt der Wirkksamkeit der Jagdordnung vom 15. Juli 1907. § 84 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 bestimmt in seinem ersten Absatz, daß die vor dem 1. Mai 1907 abgeschlossenen Verträge über die Verpachtung eines Jagdbezirks bis zu ihrem Ablauf in Kraft bleiben. Absatz 2 desselben Paragraphen bestimmt ferner, daß während der Dauer dieser Pachtverträge die in dem betreffenden Gemeinde(Guts)-Bezirk belegenen, nach den bisherigen Vorschriften gebildeten Eigenjagdbezirke auch dann bestehen bleiben können, wenn sie nicht einen land- und forstwirtschaftlich benutzten Flächenraum von wenigstens 75 Hektar einnehmen. Hiernach steht gesetzlich nicht im Wege, daß der Besitzer eines Teiches unter 300 Morgen, auf welchem er bis dahin die Jagd ausgeübt hat, der also einen Eigenjagdbezirk im Sinne der neuen Jagdordnung bildete, die Jagd auch fernerhin bis zum Ablauf des gegenwärtig noch in Kraft befindlichen Gemeindejagdbesitzes ausübt, vorausgesetzt, daß der letztere vor dem 1. Mai 1907 abgeschlossen wurde.

Kam. GW. L. S. in L. Verlassen des Standorts aus dienstlichen Gründen. Nach D. V. Ziffer 44 hat der Gendarm Verlassen seines Bezirks aus dienstlichen Gründen auf dem militärischen Dienstwege zu melden. Ausnahmen sind nicht vorgelesen. Der Gendarm wird daher nach unsrer Ansicht auch zu melden haben, wenn er nach D. V. Ziffer 137, Absatz 3b seinen Bezirk zur Rücksprache mit einer außerhalb befindlichen Ortspolizeibehörde verläßt. Nach D. V. Ziffer 119 ist das dienstliche Verlassen des Bezirks der Zivildienstbehörde nur zu melden, wenn es auf Ansuchen zuständiger Behörden erfolgt. Es würde daher u. E. eine Meldung an den Landrat im Falle der Ziffer 137 Absatz 3b nicht nötig sein, falls der Vorgesetzte sie nicht besonders wünscht.

Nr. 388. — R.

Kam. GW. K. in O. Außerordentliche Zuwendung von 1000 M. Die vor dem 1. 4. 03 in den Gendarmendienst eingetretenen Oberwachmeister und Gendarmen erhalten die zuständige außerordentliche Gelbzumwendung von 1000 M erst bei ihrem Ausscheiden aus dem Gendarmendienst. Im laufenden Rechnungsjahr haben indessen die 500 ältesten noch im Dienst befindlichen Oberwachmeister und Gendarmen die Zuwendung ausbezahlt erhalten und es steht wohl zu erwarten, daß in den kommenden Jahren die Auszahlung in gleichen Raten erfolgen wird. Zu welchem Zeitpunkt Sie bei jezt 28jähriger Dienstzeit die 1000 M erhalten werden können, wissen wir zurzeit auch nicht annähernd zu sagen. Die Gendarmen erhalten den Zivilversorgungsschein nicht auf Grund der Militärpensionsgesetze, sondern nach § 14 der Grundzüge für die Belegung der mittleren Kanzlei- und Unterbeamtenstellen. Hiernach besteht kein Anspruch auf eine laufende oder einmalige Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivilversorgungsscheins bei Ausscheiden aus dem Gendarmendienst.

Nr. 372. — R.

Kam. GW. W. in S. Auszahlen der Dienstprämie. Die Gelbzumwendung von 1000 M wird im Laufe des Rechnungsjahres an die 500 ältesten Gendarmen gruppenweise gezahlt. Sie gehören, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, zur letzten Gruppe und erhalten die 1000 M voransichtlich im März 1908.

Nr. 330. — R.

Kam. Obw D in L. Beschlagnahme von Wären. Sie fordern zu einem Vergleich der auf Seite 113 des 3. Jahrganges dem Nam. Obw. D. in 2. und der auf S. 234 des 4. Jahrganges dem Nam. O. W. K. in 3. erteilten Auskunft auf und bitten um weitere Auskunft. Wir müssen die erstere Auskunft als unbedingt richtig aufrecht erhalten. Der Schlusssatz der zweiten Auskunft ist nicht glücklich gefaßt. Es ist vorher ganz richtig gesagt, daß die Wärendführer als unsichere Ausländer inhaft genommen werden konnten, wenn sie sich nach § 2t des Hausiersteuergesetzes (Gesetz betr. die Besteuerung des Gewerbetriebs im Umherziehen) strafbar gemacht hätten. Wäre dies geschehen, so wären die Wären pp., die sich in ihrem Gewahrsam befanden, ohne weiteres mit in den Gewahrsam des Gendarmen bzw. der Polizeibehörde,

an welche die Führer abgeliefert wurden, übergegangen. Ob und inwieweit alsdann die Ortspolizeibehörde oder das Gericht zur Sicherstellung der Strafe, Steuer und Kosten auch auf die Wären Beschlag legen, sie pfänden oder einziehen konnte, ist eine Frage, die den Gendarmen gar nicht interessiert, die er vielmehr ruhig der Behörde überlassen kann. Galt aber der Gendarm die Festnahme der Wärendführer nicht für begründet, so kann er auch keinesfalls zur Sicherstellung von Steuer, Strafe und Kosten zur Beschlagnahme der Wären schreiten. Erscheint diese Beschlagnahme zum Zwecke für die strafbare Handlung erforderlich, so ist diese keine polizeiliche Beschlagnahme mehr, sondern eine förmliche, die mit den Bestimmungen der WStG. nichts zu tun hat und die der Gendarm, auch bei Gefahr im Verzuge, nur mit der Ermächtigung eines Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft vornehmen darf. Es bleibt also, falls ein solcher Hilfsbeamter nicht rechtzeitig zu erreichen ist, in solchen Fällen nur die Festnahme übrig, die aber nur mit Fluchtverdacht, nicht mit Verurteilungsgefahr begründet werden kann, da letztere allein dann zur Begründung einer Festnahme dienen kann, wenn es sich um ein Verbrechen oder ein mit Gefängnis oder Festungshaft bedrohtes Vergehen handelt (D. V. Ziffer 212).

Nr. 254. — R. S.

Kam. FW. T. in G. Die Wahlprühe der regierenden deutschen Bundesfürsten. Soweit wir feststellen konnten, sind die Wahlprühe der regierenden deutschen Bundesfürsten folgende: Preußen: „Saum cutque“ (Jedem das Seine). Königreich Bayern: „In Treue fest“. Königreich Sachsen: „Providentiae memor“ (der Vorsehung eingedenk). Königreich Württemberg: „Fürchtlos und treu (treu). Großherzogtum Baden: „Fidelitas“ (Treue). Großherzogtum Oldenburg: „Ein Gott, ein Recht, eine Wahrheit“. Großherzogtum Hessen: „Gott, Ehre, Vaterland“. Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin: „Per aspera ad astra“ (aus rauhen [Widen] zu den Sternen, d. h. durch Nacht zum Licht). Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz: „Avito viret honore“ (es grünt in angestammter Ehre). Großherzogtum Sachsen-Weimar: „Vigilando ascendimus“ (durch Wachsamkeit steigen wir empor). Herzogtum Braunschweig: „Inmota fides“ (unerwackende Treue). Herzogtum Anhalt: „Fürchte Gott und befolge seine Gebote“. Sächsischer Herzogtümer: „Fideliter et constanter“ (treu und beständig). Als allgemeiner deutscher Wahlspruch ist „Gott mit uns“ anzusehen, der sich nach dem Vorbild des alten, erst kirchlich verschwundenen Talers nicht nur auf den Rändern der 5- und 20-Markstücke Preußens, sondern auch auf denen von Sachsen, Baden usw. befindet. Für Hessen kommt noch ein zweiter Wahlspruch in Betracht: „Si Deus nobiscum quis contra nos“ (wenn Gott mit uns ist, wer ist gegen uns?) Nr. 331. — Rg.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.
Nr. 21. Verantwortl. Schriftleiter: Artz. Werbach zu Berlin. 1907/08

Internationale Polizeihund- prüfung in Bergen op Zoom.

Zum zweiten Male im vorigen Jahre wurde in Holland eine internationale Polizeihundprüfung abgehalten, und zwar am 15. September in dem idyllisch an der Osterscheide gelegenen Städtchen Bergen op Zoom.

darunter Vertreter der höchsten Behörden. Mehrere höhere Polizeibeamte waren erschienen, um sich an der Hand der Prüfung darüber klar zu werden, ob die Einführung von Polizeihunden für Holland zweckmäßig sei.

Als Preisrichter fungierten neben dem Unterzeichneten die Herren Roberfroid aus Brüssel und M. Kehler aus dem Haag. Herr Kehler ist wohl als die treibende Kraft der



Der Kronprinz, auf der Berliner Polizeihundvorführung des P. H. V. und der Zeitschrift „Die Polizei“ am 11. 11. 07.
Von links nach rechts: Reg.-Präsident v. Borries, G. R. u. A. Hohel, der Kronprinz, Direktor Rob. Werbach,
Minister v. Moltke, Polizei-Präsident v. Stubenrauch, Erb. Ob. Reg. Rat v. Gallenbach, Hauptm. v. Stalpmagel,
Oberstleutn. v. Oppen.

Dieser mit seinen 15 000 Einwohnern zwischen Roosendaal und Blijssingen gelegene Ort zeigt sich, wie man das bei allen holländischen Städten gewohnt ist, als ein Muster von Sauberkeit. Der Sport, insbesondere der Hundesport, ruht dort in den ersten Kreisen. So hatte auch das ausführende Komitee alles aufgeboten, um nicht nur uns Richtern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen, sondern auch die Prüfung zu einem wirklichen Glanzpunkt zu gestalten. Keine Kosten und Mühen waren gescheut worden und ganz besonderes Lob verdienen die Herren Verquy und La Fontijn, unter deren vorzüglicher Leitung sich das gesamte Programm der Prüfung so glatt abwickeln ließ. Eine große Zuschauermenge hatte sich eingefunden,

Polizeihundbewegung in Holland anzusehen. Mit großem Verständnis und unermüdlichem Fleiße sucht dieser Herr an der Hand der Prüfungen diejenigen Erfahrungen zu sammeln, welche für eine erfolgreiche Einführung der Polizeihunde in Holland, unter Berücksichtigung der eigenartigen Verhältnisse der holländischen Bevölkerung, erforderlich sind. Welch großen Wert man hierbei in Holland auf die deutsche Polizeihundbewegung und auf deutschen Anteil legt, zeigt der Umstand, daß zu der großen Polizeihundprüfung, die vom PHV. in Hagen i. W. veranstaltet wurde, ein höherer Polizeibeamter aus dem Haag entsandt wurde.

Was nun den äußeren Rahmen der Veranstaltung anlangt, so kann ich nur Lobens-

wertes sagen. Der Prüfungsplan, sehr geräumig und wie zu einer Polizeihundprüfung geschaffen, war mit den üblichen Fäden, Gräben, Beständen usw. versehen. Seine vollständige Einsriedigung ermöglichte ein ungehörter Arbeit. Die Unterbringung der Hunde war eine vorzügliche und sehr geschickte, und war vor allem von dem so störenden Geßel der festliegenden Hunde aus dem Prüfungsplan nichts zu merken.

An Preisen standen zur Verfügung:

- | | | |
|----------|-------|------------------------|
| 1. | Preis | 100 Gulden und Diptom. |
| 2. | " | 75 " " " |
| 3. | " | 50 " " " |
| 4. | " | 25 " " " |
| 5. | " | 15 " " " |
| 6. | " | 10 " " " |
| 7. 8. 9. | " | je ein Diplom. |

Außerdem für besondere Leistungen: 25 Gulden und Diplom.

An Ehrenpreisen waren gestiftet: 1 silberne Medaille von J. R. der Königin für den ersten Preisträger, 1 silberne Medaille von J. R. der Königin-Mutter für den besten niederländischen Polizeihund; 1 silberne Medaille von S. A. O. dem Prinzen Heinrich der Niederlande für den besten ausländischen Polizeihund.

Die Prüfungsfächer und die Bewertungsstala geben aus der auf S. 505/506 abgedruckten Prüfungsstala hervor. Zur Erläuterung diene nur, daß bei dem Sprung von 1,80 m mit 4 Punkten, 2 m mit 5 Punkten und von da ab je 10 cm höher mit einem Punkt mehr bewertet wurde. Besondere Leistungen mußten außerhalb des eigentlichen Programms gezeigt und bewertet werden.

Gemeldet waren 11, erschienen 9 Hunde, und zwar 4 belgische, 3 holländische und 2 deutsche. Punkt 1½ Uhr nachmittags begann programmäßig die Prüfung. Welche Bewertung jeder einzelnen Hund in den einzelnen Prüfungsfächern erzielte, geht ebenfalls aus der Stala auf S. 505/506 hervor. Jeder Führer ist somit in der Lage festzustellen, in welchen Fächern sein Hund noch der Nachhilfe und der Vervollkommenung bedarf.

Weiterer Ausführungen über die Leistungen jedes einzelnen Hundes muß ich mich wegen Raummangels enthalten. In bezug auf die Qualität usw. schicke ich mich den Ausführungen des Herrn Freiherrn von Kleinsorgen in Nr. 10 dieser Zeitschrift an, da sämtliche Hunde bereits bei der Polizeihundprüfung in Wreda konfirmierten. Einzelne Führer haben die Lehren dieser Prüfung sich sehr gut zu eigen gemacht und ihre Hunde zu bedeutend besseren Leistungen herangebildet, so daß ihre Bewertung auch dementsprechend steigen mußte. Dieser Umstand ist jedenfalls das erfreulichste Zeichen der Prüfung in Bergen op Zoom.

Besonders war es der Hund des Herrn J. Steijns aus Moosendaal, welcher ganz bedeutende Fortschritte gemacht hatte, so daß er mit dem 5. Preise ausgezeichnet werden konnte. Ich gehe nicht zu weit, wenn ich den

Hund als den schönsten der anwesenden Tiere bezeichne. Bei fortgesetzter Dressur wird er Hervorragendes leisten können, zumal seine Nase vorzüglich ist.

Wenn ich jetzt zu der unvermeidlichen Kritik übergehe, dann geschieht es in erster Linie im Interesse der Polizeihundbewegung in Holland selbst, in zweiter aber auch für die deutschen Polizeihunde. Wie ich schon anführte, steckt die Polizeihundbewegung in Holland noch in den Kinderschuhen. Durch die Prüfungen will man den noch fernstehenden Kreisen zeigen, daß der Hund den Menschen nicht gleich in Stude zerreiht oder sonstiges Unheil anstiftet; man will aber auch an den fremden Hunden lernen, ein Urteil über die Leistungen, die Fähigkeiten und die Ausbildung gewinnen, um dann für die eigenen Hunde das Beste von allem herauszunehmen und zur Anwendung zu bringen.

Der Gedanke ist ja sehr schön; zu seiner Verwirklichung aber gehört mehr. Ein Blick in die Prüfungs- und Bewertungsstala muß bei jedem deutschen Sachmann ein Kopfschütteln, bei den deutschen Hundeführern arge Enttäuschung hervorrufen, und so ging es auch mir. Viele wichtige Fächer wie Folgen bei Fuß, Schußfestigkeit, Revieren usw. sind überhaupt nicht angeführt. Die schwierigen Übungen auf dem Gebiet des Ermittlungs- und Sicherheitsdienstes schieden aus dem Programm ganz aus. Wohl wünschte man dieselben zu sehen, stiftete auch einen besonderen Preis dazu, aber an eine Bewertung innerhalb der Stala war nicht zu denken.

Demgegenüber sind fast belanglose Übungen wie Springen mit den höchsten Punktzahlen bewertet. Beim Springen war die höchst erreichbare Punktzahl 16, bei sämtlichen Übungen auf dem Gebiet des Sicherheits- und Ermittlungsdienstes dagegen nur 12. Welch eigenartiger Begriff von der Dressur eines Hundes, wird jeder deutsche Polizeihundführer fagen.

Das eigentliche Programm enthielt in Wirklichkeit mehr Zirkuskunststücke als noch Übungen, deren Erlernung keine besonderen Schwierigkeiten bereitet, als Übungen ernster Natur. Welchen Wert hat z. B. der Sprung über eine Barriere? Wird in der Praxis der einen Verbrecher verfolgende Hund nicht den bequemen und schnelleren Weg unter der Barriere hinwegnehmen, anstatt über dieselbe zu springen. Wird er nicht ebenso bestimmt um eine schmale Wand laufen, wenn sich ihm die Möglichkeit bietet? Doch wohl ganz sicher und auch mit Recht! Ebenso soll es auch bei Prüfungen sein und es sollen dort nur Übungen gezeigt werden, welche einen wirklichen Wert haben und der Praxis entsprechen. Für den Haus- und Gleithund mag es ja recht schön sein, wenn er über den hingehaltene Stod seines Herrn springt; für den ersten Polizeidienst aber gelten solche Übungen nichts. Darum fort mit allen Kunststücken!

Ein weiterer Mangel war, daß für die Führer nicht die erforderliche Zeit vor-

Prüfungs-

Laufende Nr.	Des Hundes			Ablegen	Sachen:							
	Name	Rasse	Führer		Der Hund soll ohne Gewicht des Führers nach oben beladen werden	a) ohne Verzicht auf der Erde verbleiben	b) Gegenstände unter der Erde verbleiben	Brennen, Zerkleinern von Gegenständen	Zerkleinern des Führers ohne Verzicht	Verfolgen, liegen und lauschen	a) energiegelich strecken	b) auf Befehl los-ablassen
Höchst erreichbare Punktzahl				3	6	10	8	8	10	8		
1	Rax	Doger	JughConvenberg in Deetsch (Nord-brabant)	3	5	8	8	8	10	6		
2	Pector	Holländischer Schäferhund	W. v. Oosten, Rhodvijk	3	4	9	2	5	2	0		
3	Germanicus	"	J. Steijns Roosendaal	3	5	9	2	5	5	4		
4	Athos	Belgischer Schäferhund	Jean v. d. Auvera Brüssel	3	3	0	6	8	10	6		
5	Fris	"	H. van Dinter Brüssel	3	3	0	3	8	10	8		
6	Turlos gen. Porthos	"	J. Semal, Brüssel	3	6	10	0	0	2	2		
7	Holette	"	G. Siméons, Brüssel	3	4	0	4	8	10	6		
8	Roland	Deutscher Schäferhund	PolSergt. Koch Jagen i. B.	3	5	9	2	7	8	4		
9	Lady von Schmidthorst	Kiredaleterrier	PolSergt. Neumann, Schmidthorst.	3	6	10	0	8	10	4		

händen war, um alle Leistungen ihrer Hunde zeigen zu können. Bei den Sprungübungen durfte bei jedem Hindernis nur zweimal der Versuch gemacht werden; mißglückten die Versuche, so konnte nur die Bewertung mit einer Null erfolgen. Zu wech geradezu lächerlicher Bewertung ein solches Verfahren führen muß, zeigt am schlagendsten die Prüfung bei dem deutschen Schäferhund „Roland“. Der Hund ist mir von früheren Prüfungen als ein vorzüglicher Springer bekannt. Vermutlich wegen der unbegreiflichen Aufregung seines Führers versagte „Roland“ bei der großen Sprungwand in Höhe von 1,80 m; auch der zweite Versuch mißlang, mithin Bewertung „Null“. Der Führer nahm nun erst eine andere Übung vor und versuchte es dann nochmals an der Sprungwand — und siehe da, „Roland“ sprang mehrere Male hintereinander die stattliche Höhe von 2,70 m, so daß ihm der Preis für den höchstspringenden Hund zuerkannt werden mußte. Und nun dieser Gegensatz: auf der einen Seite eine „Null“, auf der anderen ein Ehrenpreis für beste Leistungen in demselben Fach!

Keine Vorstellungen gegen derartige unverständliche Bewertung waren erfolglos; es wurde mir bedeutet, daß man den belgischen Hundeführern die Zusage gemacht habe, die Bewertung in der geschilderten Weise vorzunehmen, da andernfalls dieselben zur Prüfung nicht erschienen sein würden. Für ein derartiges Vorgehen finde ich keine Begründung. Haben die Herren aus Belgien die deutsche Konkurrenz so sehr gefürchtet, daß sie zu einem so unverständlichen Verlangen ihre Zuflucht nehmen mußten? Fast will es mir so scheinen!

Man wird sich in Holland in den beruflichen Kreisen die Lehren dieser Prüfung sicher nicht entgehen lassen und den nunmehr eingeschlagenen Weg klar vor Augen haben. Es ist mir auch die Zusicherung gemacht worden, daß für die evtl. später stattfindende, ebenfalls internationale Polizeihundprüfung ein Programm mit einer Bewertungsskala zur Anwendung kommen soll, die allen Anforderungen entspricht.

Dem einmal festgesetzten und vor allem zeitig bekannt gegebenen Programm hat sich

Stala.

Ebringen über:					Gesamtpunkt		Weiss	Ehrenpreise
a) eine Portiere	b) ein Ziegelsack	c) eine Decke mit einem Graben von 1 1/2 m	d) eine Hand von 1,80 m	e) eine Hand von 1,80 m	Gesamtpunkt	Gesamtpunkt der Punkte		
3	3	4	10	8	77	12		
2	0	7	4	55	2	II.	Silberne Medaille Ihrer Majestät der Königin-Mutter von Holland, dazu mehrere besonders geehrte Ehrenpreise.	
3	3	7	4	42	2	IX.		
3	3	8	5	52	2	V.		
3	3	10	7	59	2	I.	Silberne Medaille Ihrer Majestät der Königin von Holland.	
3	0	7	6	51	4	VI.		
3	3	10	4	43	—	VII.		
3	3	7	6	54	4	III.		
1	0	0	4	43	10	VIII.	Preis für die besten besonderen Leistungen, sowie für den höchsten Sprung	
2	0	4	6 1/2	53 1/2	10	IV.		
							Silberne Medaille Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich der Niederlande und 1 Führerpreis.	

jeder zu fügen; wer dies nicht will, muß mit seinem Hunde zu Hause bleiben und nicht versuchen, durch besondere Konzessionen und auf Kosten anderer sich in den Vordergrund zu drängen.

Wenn auch die belgischen Hunde große Gewandtheit im Springen zeigten und fast nur hierdurch ihre Preise errangen — die Leistungen waren ja hier sehr gute, was ich rückhaltlos anerkenne — so haben sich ihnen die deutschen Hunde dennoch überlegen gezeigt. Unerfunden und scharf, tadellos in der Hand ihrer Führer, vorzügliche Spürhunde, so zeigten sie, was von einem guten Polizeihund verlangt werden muß. Deshalb ist ihnen auch die Anerkennung des Publikums in so reichem Maße zuteil geworden.

Geradezu Bewunderung erregte es und jauchzender Beifall wurde gezollt, als die Airedaleterrierhündin „Laby“ die von dem Verbrecher fortgeworfenen Sachen in wenigen Augenblicken ihrem Herrn brachte. Wie dann der deutsche Schäferhund „Moland“ ein Messer, ein Schlüsselbund und eine Schließkette seines Herrn, welche zu gleicher Zeit versteckt worden waren, auf Kommando und nach Wunsch einzeln hervorholte und seinem Führer

zurückbrachte! Das sind wahrlich keine Zirkusnummern, aber das Resultat ernster und mühevoller Arbeit. Unerfunden war dabei auch das Lob für unsere Hunde und allseitig wurde es lebhaft bewundert, daß durch die ungünstig festgelegte Stala eine höhere Bewertung nicht möglich war.

Mit einer einzigen Ausnahme besaßen sämtliche belgischen Hunde nicht die Spur einer guten Nase. Zu meiner Freude kann ich das Gegenteil bei den holländischen Hunden feststellen und werden deren Führer sich wohl des großen Vorteils bewußt sein, den ein Hund mit guter Nase bedeutet.

Will man in Holland von uns lernen, dann muß man uns auch Gelegenheiten geben, dasjenige zu zeigen, was unsere Hunde wirklich leisten. Nur dadurch ist es möglich, sich von dem Wesen des Polizeihundes ein richtiges Bild zu machen und dessen allgemeine Einführung zu fördern. Nicht halbe, sondern gleich ganze Arbeit muß gemacht werden. Den holländischen Führern möchte ich ans Herz legen, den schon beschrittenen Weg mit Ausdauer weiter zu verfolgen und dadurch die noch fernstehenden Kreise zu der Überzeugung zu bringen, daß unsere Hunde kein Spielzeug, sondern treue Begleiter und Beschützer ihrer Führer und der Schrecken der Verbrechertwelt sind.

Wetter-Ruhr.

Müller, Polizei-Kommissar.

Allerlei.

Der Kreis Saarbrücken bewilligte dem „Zweigverein für die Saargegend des P.H.V.“ eine jährliche namhafte Unterstützung. Mit solcher Hilfe wird der „Zweigverein“ rasch vorwärts kommen.

In der Zeitschrift „Unsere Hunde“ (Schriftleiter Silvester Frey) wurde kürzlich ein sehr interessanter Artikel „Rugbunde“ veröffentlicht, den wir vielleicht einmal abdrucken werden. Den Schlusssatz möchten wir unseren Lesern schon jetzt mitteilen, da er zeigt, welches Interesse die Hundezüchter an der Polizeihundbewegung haben. Er lautet: „Ich möchte den verschiedenen Vereinen — Leitern sowohl wie Mitgliedern — noch recht nahe legen, sich mit Militär und Polizei auf guten Fuß zu stellen. Sie sind in diesem Falle das tausende Element. Und ein sehr gut zahlendes außerdem. Zahlend noch dazu ohne viel Handeln und Mäkeln. Ein solcher Käufer hat lange genug auf dem Hundemarkt geseht. Nun er vorhanden, darf man ihn aber auch nicht die Lust am Kaufen verflümmern durch gar zu großes Selbstbewußtsein und nicht zu dämpfen. Eigenwillen. Jeder Käufer hat das Recht, daß Wünsche, die er anspricht, gehört werden. Schon die Klugheit verbietet, daß man ihn auf irgend eine Weise vor den Kopf stoßt. Hier kommt eben die materiell-wirtschaftliche Frage in Betracht. Und sie ist eine wesentliche für jeden, der Hunde züchtet und an den Mann zu bringen sucht.“

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 21. Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Rechtspruchwörter.

Wer schädigte in Trunkenheit,
Sei nüchtern zum Ersatz bereit.

Hat sich jemand durch geistige Getränke oder ähnliche Mittel in einen vorübergehenden Zustand verlieht, der die freie Willensbestimmung ausschließt, so ist er für den Schaden, den er in diesem Zustande widerrechtlich verursacht, in gleicher Weise verantwortlich, wie wenn ihm Fahrlässigkeit zur Last käme. Er ist nur dann nicht verantwortlich, wenn er ohne Verschulden in diesen Zustand geraten ist. TSG 88, § 327.

(Dr. Robt. Reut deutsche Rechtspruchwörter.)

A Lied auf d'Gendarmerie.

In oberösterreichischer Mundart von H. H. Kallner.

'o G'wehr über d'Wäsel,
A Messinghaub'n auf,
Und an Ewig, der Respekt verschafft,
Überfri drauf —
Über d'Brust gelbe Fangschmür'
Und schneeweiße Ream
Schier an jeder Kreuzgauer,
Stoan Wäsel an eahm —
Leut as wia d'Lannabam,
Kreuzgaleidi!
Stenkt es schon — flagt es dort?
D'Gendarmerie!

Hat sie loaner nôt z'fürchten,
Den 's G'wissen nôt bruch;
Do — i glaub's schon 'm Slumpet,
Daß's d'Haut a weng judt.
Is loan Kauer mehr sicher
Im tiefsten Wald!
Sô titzelt'n jära
Derwischent'n bald.
Wen hat ma denn sunst dazur?
Leicht di ober mi?
Ja, flagt es, da braucht ma halt
D'Gendarmerie.

Wer schreit denn da änt
Bei der Wehr gar so schiach?
Schlagt d'Hand über'n Kopf g'amm —
A Weib, wir i fiach!
„Um Gottes will'n“, schreit's,
„Memento ma g'Diß — es dertrinkt!“
Schau — a Handel, a Köpferl —
G'wind nach — es sinkt!
A Kind is ins Wasser g'fall'n,
Kinnst schon dahi —
Und es traut si neam eini,
Als — d'Gendarmerie.

Es kimmt wo a Feur'r aus,
Wiei brennt das ganz' Haus!
Drin saß'n s' aus'n Schlaf auf,
Und reimen all aus; —
„Wein Jefas“ — schreit wauer,
„Es brunt nunabum!
Und a strants is vergessen worn.

Sint in der Stubm!
Und es traut si neam eini,
Rôt du und nôt i —
Ja, da braucht ma halt wieder
Wein — Gendarmerie.

Laßt's ent d'Rüch nôt verdrähen
Es kreuzbraben Leut!
Und bleib't's ma sein allweil
So schön bei der Schneid!
Werd't's allweil g'toan ham,
Bald dös und bald das;
Zum an Handel für ent
Kind's si allweil was.
Und auf d'Leut — mit Verkauf:
— Weil i durst' jußt bi —
Daß i ausbring' mein Wäsel
Auf d'Gendarmerie!

Verwaltungskunde.

Baupolizei. Die Baupolizei ist derjenige Zweig der allgemeinen Polizei, welchem die Anwendung der Rechtsgrundsätze des Baupolizei-rechtes dem bauenden Publikum und den Bauten gegenüber obliegt. Zuständig zur Handhabung der Baupolizei ist die Ortspolizeibehörde. Bestehen in einer Ortschaft nebeneinander königliche und kommunale Polizeiverwaltungen, so richtet sich die Zuständigkeit zur Ausübung der Baupolizei nach den vom Minister des Innern und Minister der öffentlichen Arbeiten erlassenen Regulativen. Bei Bant an Chausseen ist die Ortspolizeibehörde an die Mitwirkung des Landrats gebunden, soweit chausseepolizeiliche Interessen in Betracht kommen. Beschränkt oder verweigert der Landrat die Bauerlaubnis, so gilt der Baubehscheid als eine polizeiliche Verfügung des Landrates auch bezüglich der Rechtsmittel. Die Erteilung der Bauerlaubnis zur Errichtung von Gebäuden auf dem Reichsforst gehört zur Zuständigkeit der örtlichen Reichspolizei.

Die Tätigkeit der Baupolizei betrifft in der Hauptsache die Hochbauten; doch können auch Brücken-, Straßen- und Tiefbauten baupolizeiliche Interessen berühren und die Beteiligung der Baupolizei fordern. Überhaupt ist die sachliche Abgrenzung des Gebietes der Baupolizei ungemein schwierig, weil letztere zahlreiche und innige Berührungspunkte mit anderen Polizeizweigen, insbesondere der Wege- (Verkehrs-), Sicherheits-, Gesundheits- und Feuerpolizei hat. Entscheidend für die sachliche Zuständigkeit ist das überwiegende polizeiliche Motiv; so kommt z. B. einer polizeilichen Verfügung nicht schon deshalb der Charakter einer baupolizeilichen Verfügung zu, weil sie eine bauliche Maßnahme fordert, zumal die Notwendigkeit einer solchen sich auf Gebieten ergeben kann, die nicht zur Baupolizei gehören, z. B. auf dem Gebiete der Gesundheitspolizei.

Ist die Ortspolizeibehörde den Polizeizweigen nach unter verschiedene Behörden geteilt, wird

insbesondere die Baupolizeibehörde von einer besonderen Behörde verwaltet und konfiscieren die notwendigen polizeilichen Einschreiten die Interessen der Baupolizei mit anderen Zweigen der Polizei, so ist dennoch regelmäßig nur eine der in Betracht kommenden Behörden zum Erlass einer einheitlichen ortspolizeilichen Verfügung zuständig. Wichtig wegen der Wahl der Rechtsmittel ist die Unterscheidung, ob eine polizeiliche Anordnung den Charakter einer baupolizeilichen oder straßenbaupolizeilichen (wegepolizeilichen) Verfügung hat; im ersteren Falle greifen die Rechtsmittel aus §§ 127 ff. LWO., im letzteren Falle die Rechtsmittel aus § 68 ZG. Flag. Zum Amt der Baupolizei gehört in erster Linie die Prüfung und Genehmigung der Baugesuche und die Beaufsichtigung der Bauten.

Weltbürger-Mc.

Merowinger, fränkisches Königsgeschlecht, welches Geschlecht und Namen von Merobäus (Merowig), angeblich einem Sohn des Chlodio und König der salischen Franken (448—457), abstammte. Die Merowinger beherrschten das Frankenreich 481—751, schwächten sich aber durch blutige Familienkriegerien und verloren zuletzt alle Macht an den Majordomus (Hausmeier).

Rundschau.

Vom Schnupftabak. Während die mehr oder weniger angenehmen Geruchseigenschaften des Tabaks und der Zigaretten eigentlich erst durch den Rauchprozeß dem Genußmad erschlossen werden, ist das Aroma der Schnupftabake durch eine 18 Monate lang währende Vorbereitungsart, durch die im Verlauf derselben stattfindenden Oxidationsprozesse, bereits in ganzer Vollständigkeit entwickelt. Hauptsächlich erleiden bei dieser Schnupftabakgärung die Pflanzensäuren, die Äpfel- und Zitronensäure sowie das Nikotin eine teilweise Zerstörung. Es entwickelt sich reichlich Ammoniak nebst Schwärzen, den Tabak dunkelbraun färbenden Substanzen von saurer Beschaffenheit und es tritt ein angenehmes Aroma auf, dessen Parfüm in Verbindung mit dem des Nikotins und Ammoniaks den charakteristischen Grundgeruch aller Schnupftabake erzeugt. Zur Entwicklung eines möglichst schönen Aromas werden die Blätter befeuchtet und mit einer Sauce gebeizt; jede Fabrik und jedes Fabrikat hat seine eigene Sauce, deren Zusammensetzung als Geheimnis betrachtet wird. Aromatische Kräuter und Wurzeln, Kalmus, Pomeranzenschalen, ja selbst Spirituosen wie Arrak, Rum, Rheinwein spielen eine große Rolle dabei. Die mit der Sauce gebeizten aromatischen Blätter werden zerfeinert und dann gemahlen oder rapiert; daher heißt der auf den Tabaksmühlen oder Rapiermaschinen gemahlene Schnupftabak auch Rapé oder Rappen. Währenden werden auch dem Schnupftabak Stoffe zugesetzt, die eine stark zum Niesen reizende Wirkung haben, so z. B. die zerriebene Wurde der Maiglöckchen. Der nur aus aromatischen Kräu-

tern in einer Apotheke bereitete Schneeberger Schnupftabak hat eine grüne Farbe und wird in kleinen Holzschachteln verkauft, was für den Versand des eigentlichen Tabaks nicht vorteilhaft wäre, da Schnupftabak an heißen Sommertagen leicht umschlägt und an Güte verliert. Früher schnupften in Deutschland auch Frauen viel; ein von den Damen, selbst bei Hofe, damals sehr bevorzugter Schnupftabak war die Sorte Spaniol. Ein leidenschaftlicher Schnupfer war bekanntlich auch Friedrich der Große.

Allerlei Rat.

Auflösung der Kartoffeln. Roh geschälte Kartoffeln werden in dünne Scheiben geschnitten; in einer Kasserole läßt man eigroß Butter zergehen, gibt die gewaschenen Kartoffeln, das nötige Salz, etwas Pfeffer und 1 Tasse sauren Rahm darunter, vermischt das Ganze gut miteinander und läßt es zugedeckt in der Hölze eine halbe Stunde dünken.

Gegen eingewachsene Zehennägel ist eine starke Tanninlösung, die zweimal täglich in die leidende Stelle der Zehe eingepinselt wird, sehr wirksam. Nach zwei- bis dreiwöchiger Behandlung erlangt der Nagel seine richtige Länge und Breite, ohne daß irgend welche sonstige Maßregel notwendig wäre.

Als Mittel gegen kalte Füße wird eine Einlage von Schaumolle in die Strümpfe empfohlen; dieselbe muß jedoch nach mehreren Tagen durch neue ersetzt werden. Die Wölle läßt sich waschen und anderweitig verwenden.

Das Auftreten der Pferde wird sehr oft falsch gemacht, da meistens dem Pferde so lange mit dem Eisenteil der Trense gegen das Maul gestochen wird, bis es dieses öffnet. Oft genug werden dem Pferde dadurch Schmerzen verursacht und es bekommt Furcht vor dem Anlegen der Trense oder es wird böswillig und sucht zu beißen. Empfohlen wird, beim Auftrennen die Trense in die rechte Hand zu nehmen und mit zwei Fingern der linken Hand seitlich vom Maulwinkel in das Pferdemaul zu schieben. Die Finger gelangen dann an den zahlosen Rand des Kiefers, an dem man sich nicht verletzen kann, und das Pferd macht dann ohne weiteres das Maul auf, so daß sich die Trense mühelos einführen läßt.

Schweine sind für Jucker sehr empfänglich; er kann insbesondere bei jungen Ferkeln, die künstlich aufgezogen werden, als Nahrungsmittel Verwendung finden. Leiden sie an Durchfall, so gibt man etwas weniger Jucker auf das Liter Milch, bei Verstopfung etwas mehr.

Ankündigung der Rätselrunde aus Nr. 20.

Lösung des Bilderrätses:

Aberglaube.

Lösung des Wortspielrätsels:

a. Hen, Dering, Eier, Glas, Apfel, Bart.

b. Haken, Überling, Geier, Atlas, Nabel, Wbart.

Lösung des Rätsels:

Enter, Domino, Uhr, Album, Ring, Dose. — Schwarz

Befandenliste für Militäranwärter.

Der im Auftrage des Königlich Preussischen Kriegsministeriums allmählich veröffentlichten „Befandenliste für Militäranwärter“ entnommen.

Eine Zusammenstellung der den Militäranwärtern bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in sämtlichen Bundesstaaten vorbehaltenen und zur Beflegung ausgeschriebenem besseren Subaltern- und Unterbeamtenstellen.

1) Laufende Nummer. 2) Die Befanden tritt ein: wann? wo? bei welcher Behörde? 3) Nähere Bezeichnung der Stelle. 4) Bezeichnung der Anforderung, welche an die Bewerber gestellt werden. 5) Dauer der etwa bei Befanden vorübergehenden Probezeit. 6) Ob die Befanden auf Lebenszeit oder auf Kündigung erfolgt. 7) Betrag der zu bestellenden Kautions oder ob dieselbe durch Gehaltsabzüge gedeckt werden kann. 8) Einkommen der Stelle. 9) Ob Aussicht auf Verbesserungen vorhanden. 10) Bemerkungen.

1. 2) sofort, Bortrop, Amt, 3) Klassenassistent 1. Klasse, 4. Befähigung, sich während der Probezeit vollständig einzuarbeiten, 5) 6 Monate, endgültige Befanden ist von dem Bestehen eines Examens abhängig, 6) auf 3monatige Kündigung, 7) —, 8) 1500 M steigend in 20 Jahren bis 2500 M Gehalt, Mietsentschädigung 300 M, Unverheiratete $\frac{1}{2}$ weniger, 9) —, 10) —.

2. 2) 1. April, Ravensburg i. P., Kreisassistent, 3) 2. Kreisassistent, 4) Befähigung zur Ausübung der notwendigen Kenntnisse innerhalb der Probezeit, 5) 6 Monate, 6) auf Lebenszeit, 7) —, 8) 1500 M, steigt bis 2500 M jährlich und 300 M Wohnungsgeldzuschuß, 9) —, 10) pensionsberechtigt.

3. 2) 1. April, Tempelburg (bei Danzig-Schiffb.), Provinzialverwaltung, 3) Bauvater, 4) Bewerber muß befähigt sein, innerhalb der Probezeit sich die erforderlichen Kenntnisse anzueignen; einzureichen sind: Lebenslauf, Zivilverorgungsschein, Militärgenugnisse, Gesundheitsattest des Kreisarztes, 5) 3monatige informatorische Befanden, demnach 6monatige Probefähigung, 6) auf 3monatige Kündigung, 7) —, 8) 1200 M bis 2000 M Gehalt, daneben Dienstwohnung, Heizung, Beleuchtung und Gartenbenutzung im Werte von 125 M, 9) —, 10) pensionsberechtigt.

4. 2) 1. April, im Dienstbereich der Kaiserlichen Generaldirektion der Eisenbahnen in Glatz-Lothringen zu Straßburg, 3) 30 Rademeisteraspiranten, 4) Bewerber dürfen das 40. Lebensjahr nicht überschritten haben, gute Volksschulbildung, Gesundheit, gutes Sehvermögen, 5) 1 Jahr, 6) auf Kündigung, später auf Lebenszeit, 7) —, 8) je 1170 M, steigend bis 1410 M, 9) durch Anstufen in die etatsmäßige Stelle der Rademeister mit 1590 bis 1990 M Gehalt, 170 M Zulage jährlich, 10) —.

5. 2) 1. April, Westlinghausen, Amt, 3) Vollziehungsbeamter, 4) —, 5) 6 Monate, 6) auf Kündigung, später auf Lebenszeit, 7) —, 8) Grundgehalt 1200 M, Wohnungsgeldzuschuß 300 bzw. 200 M, Dienstunfallentschädigung und Kleidergeld 140 M, 9) Alterszulagen 10mal 80 M alle 2 Jahre.

6. 2) sofort, Hamburg, Krankenhauskollegium, 3) Note und Einklassierer am Allgemeinen Krankenhaus Eppendorf, 4) bevorzugt werden Bewerber, welche Ortskenntnis in Hamburg haben, 5) 6 Monate, 6) auf Lebenszeit, 7) —, 8) während der Probezeit 125 M pro Monat und Dienstkleidung, 9) bei Festanstellung 1850 bis 2300 M, 10) Bewerber

nebst Lebenslauf, beglaubigten Abschriften des Zivilverorgungsscheins und der Führungsatteste sind bei der Senatskanzlei einzureichen.

7. 2) alsbald, Diebstahl a. Rh., Magistrat und Polizeiverwaltung, 3) mehrere Polizeierganten, Größe mindestens 1 m 70 cm, 5) 6 Monate, 6) nach 10 Jahren auf Lebenszeit, bis dahin auf 3monatige Kündigung, 7) —, 8) Anfangsgehalt 1400 M, steigend 1mal nach 1 Jahr um 100 M, 2mal von 2 zu 2 Jahren um je 100 M und 5mal nach je 3 Jahren um je 60 M bis zu 2000 M, außerdem freie Dienstkleidung und per Jahr 30 M Stiefelgeld, 9) —, 10) Bewerber ist verpflichtet, der Kollektivunfallversicherung beizutreten, zu welcher die Stadt die Hälfte der Beiträge zahlt, mit der Stelle ist Ruhegehalt und Witwen- und Waisenversorgung verbunden.

8. 2) 1. April, Osnabrück, Polizeidirektion, 3) mehrere Polizeierganten, 4) nicht unter 1 m 70 cm groß, nicht über 35 Jahre alt, Bewerber muß mindestens 6 Jahre aktiv gedient haben und Unteroffizier gewesen sein, Polizeischüler werden bevorzugt, 5) 6 Monate, 6) auf Lebenszeit unter Vorbehalt einer 3monatigen Dienstkündigung, 7) —, 8) 1500 bis 2000 M pensionsfähiges Gehalt, 9) —, 10) die Stellen sind pensionsberechtigt.

9. 2) 1. Januar und später, Hamburg, Polizeibehörde, 3) 102 Schutzmannen infolge Stellenvermehrung, 4) Unteroffiziere mit mindestens 6jähriger Dienstzeit, Alter nicht über 35 Jahre, 5) 6 Monate, 6) auf Lebenszeit, 7) —, 8) pro Jahr 1850 M, steigend bis 2300 M, abgültig 50 M pro Jahr für Dienstkleidung, 9) —, 10) Bewerbungsgesuche an die Senatskanzlei in Hamburg.

Gersbach, 130 Aufsätze

nebst der

Anleitung zur Anfertigung von Aufsätzen.

Der ersten Auflage ist schnell

die zweite und noch schneller

die dritte gefolgt, jetzt befindet sich bereits

die 4. Auflage

im Druck.

Diese Tatsachen beweisen am besten, wie sehr das Buch von den Militäranwärtern als Hilfsmittel für ihren Selbstunterricht geschätzt wird.

Bei Bewerbungen bitten wir auf unsere Zeitschrift Bezug zu nehmen.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 22. — 1. Februar 1908. — Seite 510/533. — 5. Jahrgang.

Februar						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28

Herausgeber:

Robert Gerßbach,

Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“

Berlin W. 9, Linienstraße 11.

März						
N	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

„Der Gendarm“ erscheint wöchentlich.
Für Buchereien wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11

Bezugspreis

für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzeln Nummern 30 Pf.

Bestellungen

nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigenachricht:

die Spalt. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Über den plötzlichen Tod im Wasser (Schluß) 511	
MrMinSt. vom 13. Januar 1908. Regelung der Gehälter nach Dienstaltersstufen . . . 512	
MrMinSt. vom 18. 12. 07. Abgesetzte Schreibweise von „Marl“ 512	
Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung . . . 513	
Prüfung an der Polizeischule Cottbus . . 514	
Nahrungsmittel - Untersuchungsämter in Preußen 514	
Polizei- und Sicherheitsdienst bei Erdarbeiten 514	
Ein Gendarmenmord 516	
Zur Handhabung der Sittenpolizei . . . 519	
Ausländische Arbeiter 520	

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Kammergericht 521	
II. Preussischer Verwaltungsgerichtshof 521	
Polizeibericht 522	

Personalveränderungen 523	
Ehrentafel 525	
Artikelschau 525	
Bücherschau 525	
Auskunfts- 525	

II. Der Polizeihund.

Prüfungen 527	
Nomenbild von der Polizeihundvorführung des P.H.V. in Gr. Lichterfelde . . . 529	
Allerlei 530	
Der Polizeihund 530	
Bücherschau 530	

III. Haus und Herd.

Die Pagen am preussischen Hofe . . . 531	
Die Gendarmerie 531	
Allerlei Rat 532	
Rätselende 532	

Balanzliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 29. Januar 1908 abgeschlossen worden.

über den plötzlichen Tod im Wasser.

Von Prof. Dr. R. Rodel in Leipzig.

(Schluß.)

Wurde bei einem gegen Unfall versicherten Ertrunkenen durch die Anamnese oder durch die Obduktion ermittelt, daß er Epileptiker war, so würde eine Zahlungsverpflichtung der Versicherungsgesellschaft nicht vorliegen; denn es werden in den Versicherungsbedingungen sämtlicher Gesellschaften die Folgen von epileptischen bezw. Krampfanfällen ausdrücklich von der Versicherung ausgeschlossen.

Es erübrigt noch, einzugehen auf diejenigen Ertrinkungsfälle, in denen grobe mechanische Momente bezw. durch sie hervorgerufene Verletzungen den Tod im Wasser verursachen.

Dierher sind zunächst zu zählen jene Fälle, in denen die Schwimmenden oder Badenden in Wasserpflanzen, Schilf usw. sich so verwickelten, daß sie nicht wieder an die Oberfläche des Wassers zu gelangen vermochten. Die Feststellung dieser Fälle von Ertrinkungstod, die zweifellos nach den früheren Versicherungsbedingungen der oben genannten Gesellschaften A und B durch die Versicherung gedeckt sein würden, wird naturgemäß nur möglich sein durch genaue Untersuchungen der Verhältnisse am Fundort der Leiche und durch Befragung derer, die die Leiche gefunden hatten.

Zu den nicht allzu häufigen Ereignissen ist es zu rechnen, wenn jemand, der einen sogenannten Kopfsprung in leichtes Wasser, dessen geringe Tiefe ihm unbekannt ist, ausführt und sich dabei Verletzungen am Kopf oder an der Halswirbelsäule zuzieht. Kanzler (Wierteljahrschr. f. ger. Med. 2, 1852) hält derartige Unfälle, die entweder zu intracranialen Blutungen oder zu Gehirnerschütterungen führen, für möglich. Verfasser kennt drei hierher gehörige Fälle. Der eine betraf einen Herrn, der in einer Badeanstalt bei abnorm niedrigem Wasserstand den Kopfsprung ausführte und sich dabei einen Schädelbruch zuzog, der indessen nicht mit Bewußtseinsverlust verbunden war und somit auch nicht zum Tode durch Ertrinken führte. In einem zweiten Falle war ein Herr, der unter denselben Verhältnissen den Kopfsprung ausführte, mit dem Gesicht auf den Grund geraten und hatte hierbei eine derartige Rückwärtsbeugung der Halswirbelsäule erfahren, daß er, wie er selbst berichtete, das Empfinden hatte, „als bräche ihm das Genick“; glücklicherweise bewendete es bei einer tiefen, bis auf den Knochen reichenden Rißwunde am Halsrücken.

Im dritten Fall handelte es sich um einen 56jährigen Bahnarbeiter, der unterleidet als Leiche aus einem kaum 1 Meter tiefen Wasser gezogen worden war. Es fanden sich bei der Sektion starke Vollonierung der Lungen und reichliche schaumige Flüssigkeit in den Luftwegen, außerdem jedoch eine Zerreißung der Bandscheibe zwischen dem 5. und 6. Hals-

wirbel mit blutiger Unterlaufung der umgebenden Muskulatur und lädigenhaftem, extraduralem Bluterguß in der Höhe des 4. bis 6. Halswirbels; das Halsmark war makroskopisch frei von Veränderungen.

Trotz des Mangels jeglicher anamnestischer Daten war auch hier anzunehmen, daß der Verstorbene durch Kopfsprung in unermutet leichtes Wasser, der zu einer Zerreißung der Halswirbelsäule führte, den Tod fand, und zwar dadurch, daß er, durch die Verletzung bewußtlos oder doch zu Schwebbewegungen unfähig geworden, ertrank. Wenn dieser Verstorbenen bei einer der eingangs angeführten Gesellschaften auf Grund von deren früher gültigen Bedingungen versichert gewesen wäre, so würden die Gesellschaften A, B und C zweifellos die Versicherungssumme ausgezahlt haben, während die Gesellschaften D und E hierzu keine Veranlassung gehabt hätten. Denn der Verstorbene hatte zwar eine Luxation der Halswirbelsäule erlitten, bot jedoch bei der Obduktion die Merkmale des Ertrinkungstodes dar, war also in letzter Linie infolge von Ertrinken gestorben.

Es ist nicht zu verkennen, daß die vorstehenden Erörterungen über die Ursachen des plötzlichen Todes im Wasser an praktischer Bedeutung für die private Unfallversicherung in dem Maße verlieren werden, in dem der Stamm jener Versicherten abnimmt, die auf Grund älterer, den Ertrinkungstod nicht ohne weiteres ausschließender Bedingungen versichert worden waren. Ein theoretischer Wert wird indessen solchen und ähnlichen, auf Grund tatsächlicher Beobachtungen erfolgten Klärungen immer innewohnen, sei es auch nur, daß sie dazu beitragen, die Motive aufzuklären, die schon früher viele und jetzt fast alle deutschen Unfall-Versicherungsgesellschaften bestimmt haben, den Tod im Wasser von der Versicherung überhaupt auszuschließen. Denn es ist nicht zu bezweifeln, daß den Versicherungsgesellschaften schon aus einer bedingten Anerkennung tödlicher Unfälle im Wasser wegen der überaus schwierigen Aufklärung des Sachverhaltes häufig nicht nur Differenzen, sondern selbst langwierige und kostspielige Prozesse mit den Erben der Verstorbenen erwuchsen, und daß bei einem bedingungslosen Einschluss dieser Unfälle in die Versicherung die noch viel kompliziertere und häufigere Frage erwachsen mußte, ob ein Selbstmord mit Sicherheit zu verneinen ist oder nicht. Nach alledem ist es nicht zu verargen, wenn die Versicherungsgesellschaften, die doch im Interesse der bei ihnen Versicherten auch die Pflicht haben, ihre Rentabilität und damit ihren dauernden Bestand zu gewährleisten, nach den seit November 1904 in Kraft befindlichen Versicherungsbedingungen Unfälle bei Wasserfahrten, sowie beim Baden und Schwimmen nur insoweit in die Versicherung einschließen, als sie nicht den Tod zur Folge haben.

Ministerial-Erlasse.

Regelung der Gehälter nach Dienstaltersstufen.

1. Vom 1. April 1907 ab ist in Preußen das Gehalt

a) der Schutzmänner und Gendarmen auf 1400 bis 1900 M.,

b) der Schutzmannswachtmeister auf 1600 bis 2100 M. und

c) der Oberwachtmeister der Landgen-darmmerie und der Abteilungs-wachtmeister der Schutzmannschaft auf 1700 bis 2400 M. erhöht mit einer Steigerung

zu a) von 1400 auf 1500, 1600, 1700, 1800 und 1900 M.,

zu b) von 1600 auf 1750, 1900, 2000 und 2100 M.,

zu c) von 1700 auf 1900, 2100, 2250 und 2400 M.

nach je 3 Jahren.

Der Erlaß vom 14. Dezember 1893 (A. V. Bl. S. 324) ändert sich dementsprechend, wo-gegen Ziffer 1 des Erlasses vom 18. Oktober 1899 (A. V. Bl. S. 437) außer Kraft tritt.

Sofern im laufenden Rechnungsjahre Schutzmänner, Gendarmen usw. bei der Seeresverwaltung etatsmäßig zur Anstellung gelangt sind, würde deren Befoldungsdienst-alter nach Maßgabe der neuen Gehaltsätze zu regeln sein.

2. Nachdem Allerhöchsten Orts für Preu-ßen eine Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Dienstalter der Zivilbeamten auch für die seit dem 1. Januar 1892 in Sub-alternbeamtenstellen übergetretenen und in Zukunft noch übertretenden versorgungsberech-tigten Unterbeamten mit Wirkung vom 1. Januar 1907 zugelassen ist, hat diese Maß-nahme auch auf die gleichartigen Reichs-beamten Anwendung zu finden.

Demgemäß wird unter Aufhebung der Festsetzung im 1. Absatz der Verfügung vom 28. Februar 1896 (A. V. Bl. S. 67) folgendes bestimmt:

a) Das Befoldungsdienstalter aller seit dem 1. Januar 1892 im Subalterndienst an-gestellten, noch im Dienst befindlichen zivil-versorgungsberechtigten ehemaligen Unter-beamten — einschließlich der ehemaligen Schutzmänner und Gendarmen — ist nach Maßgabe des letzten Abzuges von Ziffer 4 der Bestimmungen, betreffend Regelung der Gehälter der etatsmäßigen mittleren und Anglei-beamten nach Dienstaltersstufen, vom 19. März 1895 (A. V. Bl. S. 112) bis zur Dauer eines Jahres vorzudatieren, sofern die Beamten sich noch in der ersten von ihnen erlangten Subalternbeamtenstelle befinden. Sind sie inzwischen in eine andere Stelle übergetreten, so ist von der nachträglichen Anrechnung von Militärdienstzeit abzusehen.

Als ein solcher Abtritt ist es nicht an-zusehen, wenn Beamte aus der ersten Stelle in eine solche mit den gleichen Gehaltsätzen übergeführt worden sind.

b) Die Anrechnung von Militärdienstzeit erfolgt unabhängig und neben der nach dem 4. Absatz der Ziffer 5 der Verfügung vom

5. April 1893 (A. V. Bl. S. 111) zur Vermeidung einer Gehaltskainbuße stattfindenden Verrückung des Befoldungsdienstalters.

c) Unverändert bleibt das Befoldungsdienst-alter aller solcher ehemaligen Schutzmänner und Gendarmen, die vor dem Erlasse der Ver-fügung vom 28. Februar 1896 (A. V. Bl. S. 67) in den Subalterndienst übergetreten sind, und ferner das Befoldungsdienstalter solcher ehemaligen Unterbeamten, die ihre etatsmäßige Unterbeamtenstelle vor dem Abtritt in den Subalterndienst aufgegeben haben, weil in diesen Fällen Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter bereits ange-rechnet worden ist.

d) Die Vordatierung des Befoldungs-dienstalters hat Wirkung vom 1. Januar 1907 ab. Danach kann z. B. einem Intendantur-lanzknecht, dessen Befoldungsdienstalter vom 1. April 1904 auf den 1. April 1903 vordatiert wird, der Gehaltsatz von 1950 M. vom 1. Janu-ar 1907 (nicht vom 1. April 1906 ab be-willigt werden.

Nachzahlungen für die weiter zurücklie-gende Zeit finden nicht statt.

Erfolgt die Festsetzung des Befoldungs-dienstalters der Beamten von hier aus, so würden die etwaigen Anträge auf Vordatie-rung hierher zu richten sein.

e) Für die nach dem 1. Januar 1907 in den Ruhestand getretenen ehemaligen Unter-beamten, deren pensionsfähiges Dienst-einkommen als Subalternbeamte sich durch die jetzt nachgelassene Anrechnung von Militärdienst-zeit erhöht hätte, ist unter Zugrundelegung der erhöhten Sätze eine anderweite Festsetzung der Pension vorzunehmen oder, soweit die Pension hiefür festgesetzt ist, hier zu bean-tragen. Auch ist der erhöhte Gehaltsbetrag für die Zeit vom 1. Januar 1907 bis zum Tage des Abtritts des Beamten in den Ruhestand nachzuzahlen. Soweit die Beamten am oder nach dem 1. Januar 1907 verstorben sind, ist der Gehaltsunterschied und der Mehr-betrag an Gnabenbezügen nachzuzahlen und die Umrechnung des Witwen- und Waisen-geldes herbeizuführen.

f) Den mit dem Zivilversorgungsschein aus der Landgen-darmmerie auscheidenden Oberwachtmeistern ist, wie zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerkt wird, bei der Anstellung in Subalternbeamtenstellen der Seeresverwaltung die Militärdienstzeit bis zur Dauer eines Jahres gleichfalls anzu-rechnen.

v. E i n e m.

Kriegsministerium. Berlin, 13. 1. 1908.
Nr. 337/12. 07. B. 1.

Abgekürzte Schreibweise von „Mati“.

Nach einem Beschlusse des Bundesrates hat als amtliche abgekürzte Schreibweise von „Mati“ wie bisher das liegende lateinische „M“, jedoch ohne Einzufügung eines P u n k t e s zu gelten.

Kriegsministerium. Berlin, 18. 12. 07.
Nr. 293/12. 07. B. 1.

v. E i n e m.

Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.

Ein umfangreicher Gesetzentwurf nach den Beschlüssen des Bundesrats über die gewerblichen Arbeiter ist im Dezember 1907 dem Reichstage zugegangen.

Vorgesehen ist zunächst die Berechtigung der Arbeiter, im Fall der Kündigung ihres Dienstverhältnisses schon vom Zeitpunkt der Kündigung an ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen (§ 113). Eine Erweiterung soll der Inhalt der für bestimmte Gewerbe vom Bundesrat vorzuschreibenden Lohnbücher erhalten; es soll künftig auch der Zeitpunkt der Arbeitsübertragung, der Ablieferung der Arbeit und Art und Umfang der abgetieferten Arbeit, desgleichen der auszahlende Lohnbetrag und der Lohnzahlungstag eingetragen werden (§ 114a).

Für Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, sollen durch Beschluß des Bundesrats oder durch Anordnung der Landesregimentalbehörden oder auch durch Polizeibehörden die Dauer, Beginn und Ende der zulässigen täglichen Arbeitszeit und der zu gewährenden Pausen vorgeschrieben und die zur Durchführung erforderlichen Anordnungen erlassen werden können. Auch sollen die Polizeibehörden solche Vorschriften durch Verfügung für einzelne Betriebe anordnen berechtigt sein (§ 120e und f).

Es folgen dann Abänderungsvorschläge zu den §§ 133c—f über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, die für unsere Leser von untergeordneter Bedeutung sind.

Wichtig ist dann wiederum die Abänderung des § 134. Schon die Überschrift des IV. Abschnittes des VII. Titels (bisher: Verhältnisse der Fabrikarbeiter) soll die Fassung erhalten: Besondere Bestimmungen für Betriebe, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden.

Der Begriff Fabrik ist im Leben, in Wissenschaft und Rechtsprechung schwer festzustellen. Es gibt so viele Merkmale: Umfang des Betriebes, Arbeiterzahl, Maschinen, Arbeiten aus Vorrat für Wiederverkäufer, die aber bei den auf der Grenze zwischen Fabrik und Handwerk stehenden Betrieben so leicht wechseln, daß die Festlegung auf ein bestimmtes Begriffsmerkmal — die Arbeiterzahl — geboten erscheint. Zunächst folgen Bestimmungen für Betriebe, in denen in der Regel mindestens zwanzig Arbeiter beschäftigt werden (§§ 133k—134h).

Aufgehoben werden soll sodann die Vorschrift über Lohnzahlungsbücher (bisher § 134 Abs. 3), die, wie bekannt, ohne Strafvorschrift geblieben ist und entgegen dem damaligen Regierungsentwurf im Jahre 1900 vom Reichstage aufgenommen worden war. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind wohl heute einig, daß die erzehliche Wirkung, die sich

der Reichstag von der Vorschrift versprach, ausgeblieben ist. Es ist daher sicherlich verfehlt, etwa jetzt noch mit polizeilichem Zwange die Befolgung der papierernen Vorschriften durchsetzen zu wollen, wie es das Pr. Oberverwaltungsgericht fordert.*)

Für Betriebe mit mindestens 10 regelmäßigen Arbeitern (§§ 134i—139aa) ist vor allem die Einführung einer ununterbrochenen Nachtruhe für jugendliche (§ 136 Abs. 3) und für weibliche Arbeiter (§ 137 Abs. 4), sowie vom 1. Januar 1910 an die Beschränkung der Arbeitszeit auf täglich zehn Stunden für Arbeiterinnen (§ 137 Abs. 2) den Beschlüssen des internationalen Werner Übereinkommens vom 26. 9. 06 entsprechend vorgesehen. Entsprechende Beschränkungen der Arbeitszeit müßten für ausnahmsweise Zulassung von Überarbeit in §§ 138a und 139 und 139a ausgenommen werden.

In einem besonderen Titel VIIa Hausarbeit werden dann die Verhältnisse der Heimarbeiter behandelt (§§ 139n—y). Die Mißstände in der Hausindustrie sollen hierdurch bekämpft werden. Vor allem soll den Mißständen in solchen Gewerbebezügen abgeholfen werden, die mit besonderen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Arbeiter verbunden sind. Der Bundesrat und die Polizeibehörden werden sich darüber schlüssig zu machen haben, wie weit sie die allgemeinen Schutzvorschriften auf die Heimarbeit auszuweiten haben. Den Polizeibehörden insbesondere ist vorbehalten, für Gewerbebezüge, die mit besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit verbunden sind im Wege der Verfügung für einzelne Betriebsstätten Maßnahmen zur Durchführung nachstehender Grundsätze (§ 139q) zu treffen:

1. Die Betriebsstätten, einschließlich der Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften, müssen so eingerichtet und unterhalten werden, daß die Hausarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Insbesondere ist für genügendes Licht, ausreichenden Luftstrom und Luftwechsel, Beseitigung des bei den Betrieb entstehenden Staubes, der dabei entwickelten Dünste und Gase sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutze gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte liegende Gefahren erforderlich sind.

2. Auf die Gesundheit der Hausarbeiter unter achtzehn Jahren müssen diejenigen be-

*) Entsch. vom 22. 11. 06, III 2064, 39, 40, 507, von uns ausgenommen mitgeteilt in Nr. 18 dieses Jahrganges. Die Schriftleitung.

sonderen Rücksichten genommen werden, welche durch das Alter dieser Arbeiter geboten sind.

3. Arbeiten, bei denen dies zur Verhütung der sonst mit ihnen verbundenen Gefahren für Leben oder Gesundheit erforderlich erscheint, dürfen nur in solchen Räumen verrichtet werden, welche ausschließlich hierfür benützt werden.

Ebenso sollen durch Verfügung gesundheitspolizeiliche Anordnungen für Gewerbezweige der Nahrungsmittelindustrie zulässig sein (§ 139r). Der Bundesrat soll die Hausarbeit für Arbeiten verbieten, die mit erheblichen Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sittlichkeit der Hausarbeiter oder für die öffentliche Gesundheit verbunden sind. Soweit Bundesratsvorschriften nicht bestehen, sollen Anordnungen der Landeszentralbehörde und Polizeiverordnungen zulässig sein (§ 139t).

Die Gewerbetreibenden, die Hausarbeiter beschäftigen, sollen hierüber Verzeichnisse führen und sich selbst dauernd von der vorschriftsmäßigen Beschaffenheit der zur Hausarbeit benutzten Betriebsstätten überzeugen (§ 139x).

Entsprechende Änderungen mußten schließlich die Straf- und Schlussbestimmungen der Gewerbeordnung erfahren. St.

Prüfung an der Polizeischule Cottbus.

Am 21. Dezember d. J. fand die Schlussprüfung des von 34 Schülern besuchten 9. Kurses an der Polizeischule in Cottbus statt. An derselben haben wie immer Vertreter der die Schule mit Schülern besuchenden Behörden, ferner der Richter A. Wobe aus Einnam, der zurzeit auf einer Studienreise in Europa weilt, als Gäste teilgenommen. — Der Gang der Prüfung war folgender: Schlachthofdirektor Domann führte aus dem Thema „Marktpolizei“ die Revision der Fleischverkaufsstellen vor und zeigte an etwa einem Duzend Kassileisproben, daß die Schüler gelernt haben und imstande sind, den Grad der Beschaffenheit des Fleisches, soweit es für sie bei der von ihnen auszuführenden Revision notwendig ist, zu beurteilen. Als weiterer Prüfungsgegenstand war Deutsch vorgelesen. Der Unterricht in diesem Fache erstreckt sich in der hiesigen Polizeischule auf Rechtschreibung, Satz- und Satzzeichenlehre; im Anschluß daran wird eine Anzahl sogenannter Musteranzeigen besprochen und dann von den Schülern gefertigt. Demnächst wurde das Wesen einer Person und die Beschreibung derselben nach dem Vertilgungschen Verfahren vorgeführt und zum Schluß der theoretischen Prüfung das Thema „Gastwirtschaften, Schankwirtschaften sowie Kleinhandel mit Branntwein, Spiritus und Flaschenbier und die Betätigung des Polizeibeamten bei der Überwachung dieser Gewerbebetriebe“ in allen Phasen vom Schulleiter mit den Schülern erörtert. Hieraus führte Herr Polizei-

inspektor Burt mit einigen Beamten des Nachdienstes 3 Polizeihunde in den auf Polizeihundprüfungen geforderten Leistungen vor und mit der üblichen Besichtigung im Turnen wurde die zu allseitiger Befriedigung ausgefallene Prüfung geschlossen. H.

Nahrungsmitteluntersuchungs- ämter in Preußen.

Die Bemühungen der königlichen Staatsregierung, durch Schaffung einer genügenden Zahl unabhängiger, zuverlässiger Nahrungsmitteluntersuchungsämter eine einheitliche und allgemeine Nahrungsmittelüberwachung in Preußen durchzuführen, sind von Erfolg gewesen, so daß voraussichtlich im Jahre 1908 bereits das erstrebte Ziel überall erreicht sein wird. Es besteht ferner die Absicht, in den wichtigsten Weinbaugebieten Preußens (den Regierungsbezirken Arier, Koblenz und Wiesbaden) Weinkellerkontrollen im Hauptberuf anzustellen. Zur Gewährung von Staatsbeihilfen für ihre Besoldung sind in den Staatshaushaltetat für 1908 entsprechende Mittel eingestellt.

Polizei- und Sicherheitsdienst bei Erdarbeiten.

Von Hrn. R. Schmidt I in Baydorf
(6. Brigade).

In Nr. 14, Seite 322/323, und in Nr. 18, Seite 418, ersucht die Schriftleitung alle im praktischen Dienst stehenden Kameraden um Mitteilung der Erfahrungen, die sie auf dem in der Überschrift erwähnten Gebiet gemacht haben.

Bezugnehmend hierauf teile ich der geehrten Schriftleitung mit, daß meine Kameraden und ich in erhöhtem Maße unser Verittsführer, Herr Oberwachmeister Bastian, sämtlich aus dem Kreise Wittenberg in Schlesien, in Ausübung unseres Dienstes fast täglich Gelegenheit haben, mit Kroaten, Galizern, Russen usw. in Berührung zu kommen, da bei und eine Talssperre im Bau begriffen ist, die nach Fertigstellung die größte ganz Deutschlands sein wird.

Speziell aus meiner eigenen Praxis erlaube ich mir als Erlebtes und Erfahrenes auf diesem Gebiete einen Fall herauszugreifen und Ihnen mit der Bitte zu unterbreiten, ihn in unserer Fachzeitschrift zu veröffentlichen.

Im September 1907 hatte der den Bau der Talssperre Rauer a. Rober leitende Oberingenieur 120 Kroaten aus Budapest nach hier gebracht und nach Bekanntgabe der Arbeitsordnung eingestellt. Kurze Zeit jedoch nach

ihrem Eintreffen an der Talsperre, die von meinem Standort eine halbe Stunde entfernt liegt, sah sich der zu der Sperre kommandierte Kamerad F. W. Wajse, Standort Bad Hilsenberg, durch die drohende Kaltung, die die eben angekommenen Kroaten einnahmen, genötigt, an den Kameraden F. F. W. Freizner, Standort Rauer a. Rober, b. W. Anders, Standort Rahn, und an mich zu telefonieren, daß wir ihm schnell zu Hilfe kommen möchten.

Zufällig war gerade der Herr Oberwachmeister Bastian, Standort Löwenberg in Schlesien, bei mir zur Revision. Wir begaben uns über Rauer nach dem Baubureau der Talsperre. Unser Herr Oberwachmeister benutzte den Moment, als die vor dem Fretan stehenden 120 Kroaten bei unserem Erscheinen stuhnten, sich nach der Sachlage zu erkundigen und den Konflikt beizulegen.

Was war nun der Grund zu der Aufregung der Kroaten? Sie waren auf Rechnung der Talsperre bauenden Firma hierhergebracht worden und sollten jeder, ehe sie eine Schippe Erde aus der Baugrube geholt hatten, 5 M Vorschuß erhalten. Dieses zusammengelaufene Gefindel ließ jedoch der Firma und auch dem Herrn Oberwachmeister durch ihre Führer sagen, sie müßten sofort 20 M Vorschuß haben. Wie schon erwähnt, gelang es durch das Einschreiten unseres Herrn Oberwachmeisters, den Konflikt beizulegen und die draußen der Dinge harrenden 120 Kroaten in ihre Schlafstellen zu jagen, worauf die Firma jedem die bewilligten 5 M Vorschuß zahlte.

Zwei Tage später, wovon einer ein Sonntag, waren 34 Mann über alle Berge. Wieder zwei Tage später — ich war gerade einige Minuten von meinem Quartier abmarschiert, um in Rauer eine Tanzmusik zu überwachen — übermittelte mir ein Briefträger den telefonischen Anruf: „Sofort nach der Talsperre kommen! Kamerad F. F. W. Freizner in Gefahr mit Kroaten.“ Ich eilte sofort auf dem kürzesten Wege nach der Talsperre und kam meinem Kameraden noch rechtzeitig zu Hilfe. Bei meinem Eintreffen war die Sachlage folgende: Die übrig gebliebenen 86 Kroaten, hatten abermals versucht, weitere 20 M Vorschuß von der Firma zu erhalten. Da dies ihnen rundweg abge schlagen wurde, legten plötzlich alle auf einen als Reichen verabredeten Pfiff die Arbeit nieder. Die sie zurechtweisenden Aufseher und Beamten der Firma bedrohten sie mit Säden und Schaufeln; auch Steine flogen.

Es gelang dem Kameraden Freizner und mir, die Ruhe, allerdings nur mit schußbreitem Revolver, vorläufig wieder herzustellen. Da mein Quartier eine halbe Stunde entfernt war, blieb ich die Nacht hindurch mit dem Kameraden Freizner bei der Talsperre. Am nächsten Morgen um 5 Uhr standen schon wieder 13 Kroaten vor dem Baubureau. Da ich weitere Ergesse befürchtete, telefonierte ich zwei Stunden darauf meinem Herrn Landrat den Vorfall und bat um Befehl. Als

dann Kamerad Freizner und ich den Befehl erhielten, im Einverständnis mit der Firma die Fühlerführer abzuschieben, ging der Ingenieur unter unserem Schutz an das Aussehen der Anstifter; es waren ihrer neun. Diese erhielten, soweit wir uns verständigen konnten, die Weisung, die Baugrube zu verlassen und mit uns zu kommen.

Obgleich wir in der Baugrube nur neun ausgesucht hatten, traten zu unserem Erlaunen noch 40 andere Arbeiter zu ihnen und erklärten: „Wenn einer geht, gehen alle!“ Ich als älterer Kamerad drängte nunmehr zum Abmarsch, um nicht noch unter den zurückbleibenden 200 älteren, zum Teil einheimischen Arbeitern Verwirrung hervorzurufen. Damit die Firma nun nicht ganz den Schaden hatte, wurden die aufständischen Kroaten nicht nach der Grenze gebracht, sondern wir erhielten zunächst Befehl, dieselben nach Hirschberg, 13 km von der Talsperre entfernt, zu transportieren.

Ich trat, unterstützt von Kamerad Freizner, den Transport in der Richtung Hirschberg an. Hierbei bemerkte ich, daß wir keinen zum Gefangenen erklärt, mithin auch nicht auf Waffen usw. untersucht hatten, weil es unserer Meinung nach, da sie ja nicht ins Ausland abgeschoben wurden, keine Gefangenen waren. Nachdem wir 5 km marschiert waren, mußten wir an einem an der Hauptstraße gelegenen Gasthause vorbei. Sofort hielt der ganze Trupp dort still und einige verlangten Essen und Trinken. Ich ließ diejenigen, die noch Geld hatten, sich etwas zu essen aus dem Gasthause kaufen; geistige Getränke ließ ich nicht verabfolgen. Hier ging es auf diese Weise noch gut ab und wir marschierten weiter.

3 km weiter kamen wir an dem Bahnhof Rober-Röhrsdorf vorbei. In diesem Dorf — es war inzwischen Mittag geworden — legte sich plötzlich der ganze Trupp hin und erklärte, nicht mehr laufen zu können. Während ich nun bei den sich wohlgenut im Schatten lagernden Kroaten zurückblieb, ging mein Kamerad ins Dorf, um auf Rechnung der Firma zwei Wagen zu bestellen. Er kehrte aber nach zirka anderthalbzig Minuten vergeblichen Suchen zurück mit der nicht sehr erfreulichen Mitteilung, es wolle kein Bauer in der Gegend, zumal mit solchem Gefindel, fahren. Da inzwischen der Mittag vorüber war und der Hunger sich bei den Kroaten einstellte, wurden sie immer unruhiger und aufständiger. Plötzlich kamen mehrere von den stärksten auf mich zu und riefen mir mit hochgehobenen Fäusten grimmig zu: „Wenn 20 Gendarmen da, wir nicht gehen oder warmes Essen haben oder alles todschlagen; wir nicht Spießhüben, sondern Kroat!“

Schon unterwegs waren mein Kamerad und ich uns darüber klar geworden, daß, wenn wir ausgegriffen würden, uns nur der Notwehrparagraf zur Seite stände. In dem eben erwähnten kritischen Moment griff ich nach meinem Säbel, trat zurück, um rücken-

frei zu sein und beruhigte die Menge, indem ich einem jeden Essen versprach. In diesem Augenblick kam ein Beamter der Firma, welcher in Hirschberg den Transport übernehmen und dann nach Langendrück bei Dresden bringen sollte. Da er mich schon längst in Hirschberg wählte, erklärte ich ihm die Lage, worauf er mir erwiderte, er habe für Essen keinen Pfenning, sondern nur das Jahrgeld für jeden Mann bis Dresden erhalten. Darauf telephonierte mein Kamerad um telegraphische Anweisung von Mitteln zur Beschaffung von Essen für die Leute und um unsere Verstärkung durch noch einen Kameraden. Der bei uns anwesende Beamte der Firma erhielt nunmehr für jeden Mann 50 $\frac{1}{2}$ für Wittagsbrot angewiesen. Hierfür kaufte ich jedem Wurst und Brot, wiederum unter Ausschluß von geistigen Getränken. Der Gastwirt stellte sodann auch ein Gewann.

Inzwischen kam auch noch der vom Landrat zur Unterstützung befohlene berittene W. Kamerad Anders auf dem Rade schweißtreisend an. Nun brachten Kamerad Anders und ich einen Teil der Kroaten auf dem Wagen und Kamerad Freißner den andern Teil mit der Bahn nach Hirschberg. Dort angekommen, ließen wir die Leute einzeln durch die Bahnsteigsperrre. Gleich einige von den vordersten, die zuerst in den Wartesaal konnten, zeigten sich wieder sehr rentient und wollten dem dort bedienenden Oberkellner zu Leibe gehen, weil noch kein warmes Essen für sie auf den Tischen stand. Wir waren daher gezwungen, die Kroaten alle in eine Ecke zu drängen und sie während der Stunde bis zur Abfahrt des Zuges, um weiteren Ausschreitungen vorzubeugen, scharf zu bewachen. Eigenes Geld hatten jetzt nur noch ganz wenige.

Da unser Befehl, die Leute bis Hirschberg zu begleiten, nun ausgeführt war, ging ich zum Bahnhofsvorsteher und teilte ihm mit, daß die sämtlichen Kroaten unter Leitung des Beamten der Firma nach Dresden führen. Der Bahnhofsvorsteher aber, der das aufstößige Benehmen und die drohende Haltung der Leute bereits bemerkt hatte, sagte mir, wenn er die Leute ohne uniformierte Beamte — der Beamte der Firma war ein erst 22 Jahre alter, schwächlicher Herr — mitnehmen müßte, so würde er Anweisung erteilen, daß die Kroaten bei den geringsten Ausschreitungen aufgefangen würden, und wenn es auf freiem Felde wäre.

Was tun? Wir telephonierten den Geisprach unserem Herrn Landrat. Da die Kroaten inzwischen immer größeren Lärm machten, erklärte sich der Bahnhofsvorsteher außerstande, dieselben überhaupt noch ohne Begleitung von uniformierten Beamten mitzunehmen. Wir erhielten denn auch inzwischen Befehl von unserm Herrn Landrat, weiter mitzufahren, nötigenfalls bis Dresden, und unter allen Umständen Ausschreitungen und Gefahren für die Öffentlichkeit zu verhindern.

So ging es denn mit dieser Kotte, die wir in einem vom Bahnhofsvorsteher hierzu erteilten Wagen einschlossen, nach Dresden. In Langen hatten wir eine Viertelstunde Aufenthalt; da es inzwischen 7 Uhr abends geworden war, schrien und tobten die Leute wieder nach Essen. Kamerad Anders bestellte deshalb telephonisch bei dem Bahnhofswirt in Görlitz, wo wir nach einer Stunde eintreffen mußten, für 30 $\frac{1}{2}$ Wurst und Brot für jeden Mann. In Görlitz hatten wir 2 Stunden Aufenthalt und verteilten die bestellten Waren. Einige warfen uns aber die Wurst und das Brot vor die Füße mit den Worten, sie wollten warmes Essen haben; sie seien doch keine Sträflinge.

Nur dadurch gelang es uns, die Ruhe wieder herzustellen, daß wir die Bahnpolizei und Bahnbeamte zu Hilfe riefen. Trotzdem wäre es noch zu Ausschreitungen gekommen, wenn ich nicht den tobenden Leuten, soweit es eben möglich war, zugerufen hätte, in Dresden erhielten sie bestimmt warmes Essen. Die Kroaten wurden dann von uns wieder in einen besonderen Wagen eingeschlossen und nun ging es endlich dem Endziel, Dresden, zu, wo sie von Beamten der dortigen Firma in Empfang genommen wurden.

So war der Transport und die Fahrt glimpflicher abgegangen, als wir gedacht hatten; wir waren aber drei volle Tage von Hause fort gewesen. Dies war der eine Fall, den ich zu Auf- und Grommen der Kameraden ausführlich schildern zu sollen glaubte.

Ein sehr interessanter Dynamiteinbruchdiebstahl im hiesigen Talperrengebiet, eine Verhaftung mit tödlichem Ausgang für den Kroaten, ferner ein Fall, wobei einem Kameraden gelegentlich einer Verhaftung ein Finger von einem Kroaten abgebissen wurde, alles dies steht mir noch deutlich in Erinnerung und liefert einen neuen Beleg für die Gemeingefährlichkeit der Kroaten. Den leichtverletzlichen Fall schwerer Ausschreitung gegen einen Kameraden werde ich, wenn es der geehrten Schriftleitung erwünscht ist und es mir meine Zeit erlaubt, später einmal schildern.

Ein Wendarmenmord.

Mitgeteilt vom
Untersuchungsrichter Dr. Anton Glos
in Reuttschein (Mähren).

Am Mitternacht des 13. April 1906 meldete der Probegendarm J. B. auf seinem Posten in S., daß der mit ihm patrolirrende Postenkommandant H. J. auf der Bezirksstraße zwischen S. und Dr. etwa 250 m von dem Ortseingange von S. von einem Unbekannten erschossen worden sei. Man fand auch tatsächlich den H. J. etwa 5 m abseits der Straße als Leiche vor, sein Karabiner samt Bajonett fehlte, sonst nichts.

Die Obduktion ergab als Todesursache Verblutung infolge einer Durchbohrung der großen Schlagader und der Lungenvene des Herzens

durch ein Projektil von 7—9 mm Durchmesser; der Schuß wurde aus großer Nähe in der Richtung von oben und außen nach innen und unten abgefeuert; außerdem war am linken Oberschenkel ein Streifschuß und am rechten Oberschenkel ein Prellschuß. Der Tatzeuge Obergebarm V. schiedert den Vorfall wie folgt:

Beide Gendarmen patrouillierten um 11 Uhr nachts auf der durch die Gemeinde Hr. führenden Bezirksstraße in der Richtung gegen S.; etwa 250 m vor S. hörten sie jemand hinter sich gehen, sie blieben auf der Straße stehen und ließen den Unbekannten durchgehen; als er 2 m vor ihnen war, forderte ihn J. zum Stehenbleiben zweimal auf, der Unbekannte blieb stehen, die Gendarmen traten auf 3 m an ihn heran. Nann hatte der Unbekannte einige seitens J. an ihn gestellte Fragen beantwortet, als er zwei Schüsse gegen die Gendarmen abfeuerte und die Flucht ergriff. J. sprang ihm nach, kurz hernach fiel ein dritter Schuß, durch den J. jedenfalls getötet wurde. Eine verlässliche Personenschilderung des Täters vermochte der Tatzeuge nicht zu geben, einerseits weil es finster war, andererseits weil ihn das Attentat aus der Fassung brachte.

Abends lenkte sich der Verdacht der Täterschaft gegen den 18jährigen in Hr. wohnhaften Hüttenarbeiter J. B.; dieser verließ am 19. April 1906 die Gemeinde Hr., um sich nach Preußen zu begeben; unweit der Grenze eröffnete er seinem Bekannten Fr. M., den er dahin beschieden hatte, es brenne ihm der Boden unter den Füßen, weil er den Gendarmen erschossen habe, er müsse fort; warum er dies getan, sagte er nicht.

So schilderte die Sache Fr. M., welcher nach seiner Heimkehr hiervon der Gendarmerie in der Nacht noch die Anzeige erstattete. Der Verdacht, J. Fr. sei der Täter, wurde auch später erwiesen. Das Motiv der Tat war jedoch nicht sofort klar; da aber gerade das Motiv im vorliegenden Straffalle bemerkenswert ist, erscheint es nötig, das Ätiolog. in dem J. B. lebte, sowie seine Persönlichkeit näher zu schildern.

Gendarmenmord, überhaupt Mord von Sicherheitsorganen, ist mehr oder weniger eine Seltenheit; es kommt ab und zu vor, daß ein vertwegener auf der Flucht befindlicher Verbrecher, wenn angehalten, sich mit der Waffe in der Hand seiner Verhaftung zu entziehen sucht und auch den Mord nicht scheut; vorbedachter Gendarmenmord ist immerhin selten, selbst dort, wo der Gendarm sehr häufig in die Lage kommt, die Spuren des Verbrechens und des Verbrechers zu verfolgen.

Die Gemeinde Hr. ist an der Peripherie eines größeren, im steten unaufhaltenden Wachstum begriffenen Industrieortes gelegen, welcher eine überaus lebhaft fluktuierende Arbeiterbevölkerung hat und dessen Kriminalität, insbesondere was Kapitalfälle anbelangt, eine ganz beträchtliche ist. Häufige Streiks, Demonstrationen und dergl. bringen

es mit sich, daß die Sicherheitsorgane, insbesondere die Gendarmerie häufig genug in die Lage kommen, einzuschreiten.

B. Eltern sind vermögenslos; sie besaßen wohl einst einen Grundbesitz, um welchen sie jedoch durch schuldhaftes Wirtschaften kamen, die Ehegatten lebten in Unfrieden, oft getrennt voneinander und ernährten sich kümmerlich; B. besuchte die Volksschule, lernte lesen und schreiben, frühzeitig kam er in den Dienst unter fremde Leute, begann ein Hauswerk zu lernen, schließlich wurde er Hüttenarbeiter, doch blieb er nirgends lange. Er zeigte mehr ein verschlossenes Wesen, hatte Vorliebe für Waffen und abenteuerliche Lektüre; insbesondere schwärmte er für Rinaldo Rinaldini, dessen Taten er rühmte, Rusotino und ähnliche Helden.

Den „Stuttroman“ Rinaldo Rinaldini von A. Gendemann hatte er ganz gelesen; die Einflüsse dieser Lektüre spiegeln sich deutlich in seinen Briefen wieder, in denen er sich „Graf Nero“, „Szandor“ (Mosa Szandor war ein ung. Räuber) nennt; ebenso wie Rinaldo will er ein gefährliches Leben beginnen, wenn das von ihm angebetete Mädchen ihm nicht nach Amerika, wohin er dann später flüchtete, folgen sollte. Außer Rinaldoromanen las er auch Indianaerschichten, Romane von May und E. A. Boes abenteuerliche Erzählungen u. dergl.

Bemerkenswert ist, daß B. schon den 2. Tag nach seiner Flucht von Preußen heimlich zurückkehrte und sich dann in der Umgebung von Hr. einige Tage herumtrieb und sich da und dort zeigte; auch dies scheint nachgeahmt zu sein.*)

Es gelang ihm später, unter einem fremden Namen und Arbeitsbuch Arbeit zu finden und dann nach einiger Zeit mit Unterstützung eines Kameraden nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu flüchten.

Die von ihm aus Amerika an seine Kameraden gesandten, gerichtlich beschlagnahmten Briefe zeigen, daß B. für seine neue Umgebung offene Augen hat, aber auch hier denkt er an abenteuerliche Unternehmungen, ja er will sogar einen Roman aus seinem Leben schreiben, er selbst fühlt sich als der Held eines Romans. Seine Verhaftung macht jedoch seine Pläne zunichte; nach Abwicklung der im diplomatischen Wege eingeleiteten Auslieferungsverhandlung erfolgt B.'s Auslieferung an das kompetente Gericht.

Die gegen B. erhobene Anklageschrift beschuldigt ihn des an dem Gendarmen J. B. vollbrachten Raubmordes, sowie zweier vor dieser Tat in Gesellschaft eines zweiten flüchtigen Komplizen verübter schwerer Raubfälle, deren B. erst nach seiner Auslieferung überwiesen wurde, weshalb erst die nachträgliche Zustimmung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zur Ver-

*) Bgl. Hans Groß, *Öst. f. d. A. 4. Aufl. Bd. 2. 110*

folgung dieser neu hervorgekommenen Delikte eingeholt werden mußte. — Der Umstand, daß V. schon vor der Ermordung zwei schwere Raubfälle beging, ist wohl sehr bezeichnend für seine verbrecherische Anlage sowie für die Wählung des Motivs des Mordes an dem Gendarmen.

Den ersten Raub beging V. am 9. März 1906; dazumal war er über 16 Jahre alt; desselben Tages, vormittags, erschien er im Postamt der Gemeinde B., verlangte eine Trudfsorte und im Momente, als sich die Postmeisterin bückte, um das Verlangte auszuliefern, versetzte er ihr mit einem Anüttel drei wichtige Stöße auf den Kopf, so daß diese bewußtlos zu Boden fiel. Der Raub des Geldes mißlang jedoch durch einen Zufall. Sein Komplize war Aufpaffer; V. wollte freilich glaubhaft machen, daß ihm hierbei die Aufpassertolle zufiel, doch wurde diese seine Angabe vollends entkräftet. Die Verübung der Tat scheint wohl durchdacht gewesen zu sein, da einige Tage zuvor die Ortschaften usw. genau seitens beider angefunkelt wurde.

Ebenso betrogen war auch der zweite Raub. Am 17. Februar 1906 kam der oben erwähnte Komplize des V. um ¼ 6 Uhr früh in das Geschäftsbau eines Kaufmanns in B., verlangte um 20 Heller Wurst, zahlte mit einem Guldenstück; in dem Moment, als der Kaufmann das Guldenstück wechselte, versetzte ihm der Komplize mit einem aus hartem Draht angefertigten Anüttel einige wichtige Stöße auf den Kopf, so daß der Kaufmann blutüberströmt und bewußtlos zu Boden fiel. Aus einer im Geschäftslotale befindlichen Werttheimkassa, welche der Kaufmann heußt Entnahme des Kleingeldes öffnete, raubte der Täter einen Betrag von mehr als 600 K.

V., welcher gleichfalls mit einem Anüttel bewaffnet war, hielt vor dem Geschäftslotale Wache und erhielt die Hälfte des Raubes. T. hatte bei Verübung der Tat einen falschen Bart sich angemacht.

Bezeichnend ist, daß V. und T. untereinander ein Bündnis abgeschlossen haben dahin, daß jeder eine Sache auszuführen übernahm und daß sie dann nach Amerika flüchten wollten; T. entkam. V. blieb noch, zehete bald seinen Anteil vom Raub auf und plante dann jedenfalls eine neue Tat, da er sich am 14. März 1906 um 55 Aronen eine sogenannte Magazin-Boxardpistole kaufte; es scheint auch, daß er die Absicht hatte, nach Amerika auszuwandern, da er einem Bekannten, der sich zur Abreise dorthin rüstete, sagte, er warte auch mit ihm gefahren, werde aber noch warten.

Aber das Motiv des an dem Gendarmen verübten Mordes liegen mehrere außergerichtliche Äußerungen des V., die er vor der Flucht machte, sowie seine Verantwortung vor, die er wiederholt wechselte; es macht geradezu den Eindruck, daß V. nicht gesonnen war, das Motiv vollkommen aufzuklären; vielleicht

hätte er da sein Seelenleben bloß legen müssen, und da er jetzt durch die Verfolgungen, durch seine Flucht und seine neue Umgebung das Leben auch von der ersten Seite kennen lernte, empfand er vielleicht eine gewisse Scham, sich voll und ganz einzubekennen und offen zu sagen, daß er der verbrecherische Laufbahn durch abenteuerliche Lustre verleiht betrat und sich die Welt doch ganz anders vorstellte als andere Leute seines Schlages. Ein gewisser jüdischer Jüngling, der insbesondere jugendlichen Verbrechern eigen ist, machte sich bei ihm bemerkbar und dies hielt ihn zurück, in aufrichtiger Reue über seine Taten nachzudenken. Er unternahm auch einen ganz ernst gemeinten und durch Zufall vereitelten Selbstmordversuch in der Gefangenschaft; doch fehlten Anzeichen einer Geistesstörung, die bei es früher bestanden, sei es erst in der Haft sich entwickelt hätte. Ungekünstelte Gleichgültigkeit trug er auch bei der Verhandlung zur Schau.

Nach den seinen Freunden gegenüber gemachten Äußerungen hätte er nicht beabsichtigt, die Gendarmen zu ermorden, er wollte sie bloß durch abgegebene Schüsse erschrecken, weil sie Fuhrleute, die ihr Fuhrwerk aufschlüsslos auf der Straße stehen ließen, zur Anzeige brachten; als er sich verfolgt sah, wehrte er sich, wobei der Gendarm getroffen wurde.

Unmittelbar vor seiner Flucht gestand er jedoch seiner Mutter, daß seine Absicht darauf gerichtet war, die beiden Gendarmen zu ermorden, sich der Montur und Rüstung zu bemächtigen, da er noch mit einem Komplizen als Gendarm verkleidet einen verlogenen Diebstahl im Postamt B. auszuführen gedachte; ein solches Geständnis legte er auch bei Gericht im Laufe der Untersuchung ab, widerrief es wieder und blieb schließlich dabei, daß er aus Lebensüberdruß den Entschluß faßte, seinem Leben ein Ende zu machen, da er aber einen Selbstmord scheute, habe er gewollt, daß ihm diesen Dienst die Gendarmen erweisen; er wollte sie angreifen und von ihnen erschossen werden.

Bemerkenswert ist, daß im Rinaldo Rinaldini ausführlich eine Episode geschildert wird, wie Rinaldo mit seinen Komplizen die zu ihrer Festnahme entsandenen Jäger absäng, sie in die Kleider der Räuber stieß und seine Leute mit den Kleidern und der Rüstung der Jäger versetzte und sodann die Jäger als die vermeintlichen Räuber ins Gefängnis abliefern. Diese Episode mag immerhin die Phantasie des V. angeregt haben, wofür der Umstand spricht, daß er mit Vorliebe davon sprach, ob man auch heutzutage solche Taten, wie sie Rinaldo ausführte, noch wagen könnte.

V. wurde wegen Verbrechens des an dem Gendarmen verübten Raubmordes und zweier Fälle von Raub zu 15jährigem schwerem Kerker verurteilt.

(Dr. Groß, Heft 1.)

Zur Handhabung der Sittenpolizei.

Ein gemeinschaftlicher Erlaß der Minister des Innern und der Reichsanlagenangelegenheiten vom 11. Dezember 1907 stellt eine Reihe neuer Gesichtspunkte für die Handhabung der Sittenpolizei auf. Der Erlaß weist einleitend darauf hin, daß in das preussische Gesetz, betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, vom 28. August 1905, auch die Schutzmassregeln aufgenommen worden sind, die gegen die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch Gewerbsunzucht treibende Personen ergriffen werden sollen. Die Behörden sind dadurch in den Stand gesetzt, von diesen Massregeln ganz unabhängig von der Frage Gebrauch zu machen, ob gemäß § 361 Ziffer 6 Str. G. B. eine sittenpolizeiliche Aufsicht zu verhängen ist. Sie können die gesundheitsliche Überwachung der Prostituierten als vorwiegend ärztliche Einrichtung von den besonderen zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit erforderlichen Massnahmen trennen, sie dadurch von monotonen lästigen Nebenwirkungen befreien und doch gleichzeitig zum Vollen der Volksgesundheit in weiterem Umfange zur Durchführung bringen.

In allen Orten, in welchen eine Überwachung der Prostituierten erforderlich ist, soll unterzüglich ermittelt werden, ob Gelegenheit zur unentgeltlichen ärztlichen Behandlung Geschlechtskranker vorhanden ist. Wo solche fehlt, ist Sorge zu tragen, daß durch Vereinbarungen mit geeigneten Ärzten oder Krankenhäusern öffentliche ärztliche Sprechstunden zu diesem Zweck eingerichtet werden.

Die zum ersten Male wegen des Verdachts der Gewerbsunzucht polizeilich angehaltenen Personen sollen künftig unter Ausbändigung eines Verzeichnisses der vorhandenen öffentlichen Sprechstunden mit der Auflage entlassen werden, sich dort vorzustellen und entweder unterzüglich ein Gesundheitsattest vorzulegen oder bis zur Heilung einer vorhandenen geschlechtlichen Erkrankung den Nachweis zu erbringen, daß sie in ausreichender ärztlicher Behandlung stehen oder der erhaltenen ärztlichen Anweisung entsprechend ein Krankenhausbau aufgesucht haben. Die polizeiärztliche Untersuchung und die zwangsweise Behandlung im Krankenhause werden auf solche Fälle beschränkt, in denen begründeter Verdacht besteht, daß die Patienten sich der freien ärztlichen Behandlung entziehen oder noch vor bewirkter Heilung wieder der Unzucht nachgehen werden. Ähnliche Erleichterungen dürfen künftig auch den Personen, welche der sittenpolizeilichen Aufsicht unterstehen, gewährt werden, sofern ihre persönlichen und sonstigen Verhältnisse einige Sicherheit dafür bieten, daß sie den ärztlichen Verordnungen nachkommen und während der Erkrankung nicht weiter Gewerbsunzucht treiben.

Die bestehenden eingehenden Vorschriften über die Behandlung von Prostituierten,

welche das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, im Wege der Fürsorgeerziehung und der vormundschaftsgerichtlichen Anordnungen, bleiben unberührt. Für die Versorgung geisteskranter Minderjähriger wird die Angliederung von Krankenabteilungen an Erziehungsanstalten empfohlen, in denen die zöglinge Erziehung und Heilung zugleich finden.

Der Erlaß stellt weiter die Anordnung der sittenpolizeilichen Aufsicht über erkrankte Prostituierte rechtlich auf eine neue Grundlage. Da das Gesetz vom 28. August 1905 den Prostituierten gegenüber ausgedehnte Befugnisse zur Sicherung der Gesundheit auch ohne Verhängung der sittenpolizeilichen Aufsicht gewährt, so erscheint vor Anordnung dieser einschneidenden und ersten Massnahme ein besonders gründliches und vorsichtiges Verfahren geboten und trotz damit verbundener Verzögerung unbedenklich. Die Stellung unter polizeiliche Aufsicht gemäß § 361 Ziffer 6 Str. G. B. wird daher in Zukunft nur verfügt werden, wenn die Voraussetzungen durch gerichtliche Verurteilung wegen strafbarer Gewerbsunzucht zweifelsfrei dargetan sind. Von dieser Einschränkung soll nur bei solchen Personen abgesehen werden, welche nach Entlassung aus der sittenpolizeilichen Aufsicht wieder der Prostitution anheimgefallen sind.

Um gefallenen Frauen und Mädchen die Ausreise zu anständigem Lebenswandel zu erleichtern, empfiehlt der Erlaß den Polizeiverwaltungen, die dauernde Mitwirkung einer mit den Vertretern der Rettungsvereine vertrauten Dame herbeizuführen, welcher täglich Zutritt und freier Verkehr mit den eingelieferten weiblichen Personen zu gestatten ist.

Für die Durchführung der sittenpolizeilichen Aufsicht im einzelnen werden folgende Hinweise erteilt: Grundsätzlich ist von allen den Rückkehr zu geordnetem Leben erschwerenden polizeilichen Massnahmen abzusehen, Bestrafungen wegen unerheblicher Verstöße gegen die polizeilichen Bestimmungen sollen vermieden, dagegen Zuwiderhandlungen gegen die ärztlichen Vorschriften nachdrücklich geahndet werden, möglichst durch Verweisung der Überwiesenen in das Arbeitshaus. Um dem verderblichen Einfluß der Prostituierten und ihres Anhangs auf jugendliche Personen entgegenzuwirken, sollen die sittenpolizeilichen Vorschriften ihnen verboten, in Familien mit schulpflichtigen Kindern Wohnung zu nehmen. Den Polizeiverwaltungen wird ferner zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, daß die Prostituierten zu den Wirtin, in deren Häusern oder Wohnungen sie Unterkunft finden, nur in mietrechtliche Beziehungen treten, daß dagegen jeder weitere Einfluß der Vermieter auf die Prostituierten, jede Beteiligung an deren Einnahmen, jede Erschwerung des Ausganges sowie die Verhinderung von Genußmitteln an die Miete-

rinnen oder deren Besucher unbedingt verhindert wird. Die unnachlässigliche Durchführung dieser Vorschriften wird die Unterdrückung auch verfehlter Vordellbetriebe ermöglichen.

Der Erfolg lenkt schließlich die Aufmerksamkeit der Behörden auf die gefährliche Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch Personen, die nicht Gewerbsunzucht treiben. Er empfiehlt die Unterbringung solcher Patienten in Krankenhäusern — geeigneten Falles unter Mitwirkung der Gemeinde- und Kasienvorsteher sowie der Kasienärzte — herbeizuführen. Geschlechtskranke, welche trotz Kenntnis ihres Zustandes durch Geschlechtsverkehr eine Ansteckung verursachen, sollen für ihr unverantwortliches und gemeingefährliches Verhalten auf Grund der §§ 223 ff. 230 Str. G. B. zur Bestrafung gebracht werden, wenn der gefehliche Tatbestand irgend einweisbar ist.

Ausländische Arbeiter.

Bei dem in den letzten Jahren stark vermehrten Andränge ausländischer Arbeiter zur Arbeit in der Landwirtschaft und in den gewerblichen Betrieben in Deutschland haben sich die in Preußen bestehenden fremdenpolizeilichen Vorschriften als nicht ausreichend erwiesen. Die in der Heimatssprache abgesetzten Ausweisapapiere der ausländischen Arbeiter sind den hiesigen Behörden durchgehends schwer verständlich, außerdem führen große Massen von Arbeitern erfahrungsgemäß gefälschte oder doppelte Papiere mit sich, wodurch eine ordnungsmäßige Kontrolle wesentlich erschwert, ja teilweise unmöglich gemacht wird. Begünstigt hierdurch haben unter den ausländischen Arbeitern in letzterer Zeit Unbotmäßigkeiten, Gewalttätigkeiten und vor allem Kontraktbrüche in bedenklicher Weise zugenommen, wozu sie vielfach durch gewissenlose, nur ihr eigenes Geschäftsinteresse berücksichtigende Agenten verleitet sind.

Die Klagen der Arbeitgeber über die teilweise geradezu unhaltbar gewordenen Zustände sind immer lebhafter geworden und haben den berufenen Vertretungen der Landwirtschaft, nämlich dem königlichen Landesökonomikollegium und den Landwirtschaftskammern Veranlassung gegeben, bei der königlichen Staatsregierung wegen der Einführung inländischer, in deutscher Sprache abgesetzter Ausweisapapiere für die ausländischen Arbeiter vorstellig zu werden. Diesem Vorgehen haben sich namhafte industrielle Verbände angeschlossen.

Nachdem diese Anregung dann auch noch im Abgeordnetenhaus gelegentlich der Verlesung der konservativen und freikonservativen Interpellation über den Kontraktbruch ausländischer Arbeiter allseitige Zustimmung gefunden hatte, ist nunmehr von dem Minister des Innern eine entsprechende Anordnung getroffen, um dadurch, wie es in der Verfügung heißt, die Polizeibehörden in den

Stand zu setzen, an der Hand der deutschen Legitimationspapiere die ausländischen Arbeiter einerseits besser zu überwachen und zu gesetzmäßigem Verhalten anzuhalten, andererseits ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, falls sie der obrigkeitlichen Hilfe bedürfen.

Durch die Verfügung ist angedeutet, daß vom 1. Februar 1908 ab zunächst für die aus Rußland und Österreich-Ungarn und deren südöstlichen Hinterländern kommenden Arbeiter Inlandsausweisapapiere — Arbeiterlegitimationskarten — in besonderen, zu dem Zwecke an der österreichischen und russischen Grenze errichteten Grenzämtern der Deutschen Feldarbeiterzentrale in Berlin auszufertigen sind.

Die Legitimationskarten werden nach einem einheitlichen Muster auf Grund der Heimatssapapiere durch sprachkundige Beamte der Deutschen Feldarbeiterzentrale in deutscher Sprache ausgefüllt und von den für das betreffende Grenzamt zuständigen Ortspolizeibehörden amtlich geprüft und ausgestellt. Für diejenigen Arbeiter, welche es etwa aus Unkenntnis der neuen Einrichtungen oder aus anderen Gründen unterlassen haben, sich an der Grenze die Karte zu verschaffen, ist die nachträgliche Ausstellung an der Arbeitsstelle vorgesehen. Dabei sind für die Grenzkreise und für diejenigen Arbeiter, welche sich bei dem Inkrafttreten der neuen Anordnung bereits in Preußen befinden, gewisse Erleichterungen zugestanden.

Da die Arbeiterlegitimationskarten stets einen bestimmten Arbeitgeber angeben, so kann der Arbeiter die Arbeitsstätte nur wechseln, wenn die Ortspolizeibehörde die Karte auf den neuen Arbeitgeber umgeschrieben hat. Entsteht über die Umschreibung Streit, so geht die Sache an den Landrat. Dieser hat, soweit erforderlich und möglich, nach Anhörung von Vertrauenspersonen, z. B. von solchen der Deutschen Feldarbeiterzentrale, der Berufsgenossenschaften oder, sofern es sich um dem Vergesetz unterstehende Arbeiter handelt, nach Anhörung der Revierbeamten, schleunigst die Entscheidung darüber zu treffen, ob die Karte umzuschreiben ist oder nicht. Der Landrat ist dabei an eine etwa in der Sache bereits ergangene richterliche oder schiedsrichterliche Entscheidung gebunden, im übrigen trifft er seine Anordnungen vorbehaltlich derartiger Entscheidungen. Die Verfügung spricht die Erwartung aus, daß sich die Landräte dieser schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit mit besonderer Sorgfalt unterziehen und bei Abgabe der Entscheidungen sowohl die Rechte der Arbeitgeber als auch diejenigen der Arbeiter in objektiver und ausgeglichener Weise gegeneinander abwägen und berücksichtigen.

Arbeiter, welche, ohne im Besitz der vorgeschriebenen Legitimationskarte zu sein, in Arbeit treten wollen oder in Arbeit getreten sind und sich eine solche auch nachträglich nicht beschaffen können, sollen ausgewiesen und in den dazu geeigneten Fällen über die

heimatliche Grenze zurückbefördert werden. Die Ausweisung soll nicht stattfinden, wenn kontraktbrüchige Arbeiter in das aus der Legitimationskarte sich ergebende frühere Arbeitsverhältnis zurückkehren.

Die Polizeibehörden sind angewiesen, bei Durchführung der Anordnungen zwar mit dem nötigen Nachdruck vorzugehen, dabei aber alle eventuellen Maßnahmen zu vermeiden, die zur Erreichung des Zieles nicht geboten sind. Mit Rücksicht auf die Neuheit der Einrichtungen sollen insbesondere zunächst in schärfender Weise angemessene Fristen für die Beschaffung der Karten an der Arbeitsstätte festgesetzt werden. Ferner sollen die Arbeitgeber über den Zweck der Anordnung belehrt und auch die Arbeiter, namentlich an den Grenzübergängen, nach Möglichkeit über die Bedeutung der Karten und über die Nachteile, welche die Nichtbeschaffung zur Folge hat, aufgeklärt werden. Ein Zwang zur Karten-

beschaffung soll dagegen an der Grenze und vor dem Eintreffen an der Arbeitsstätte nicht ausgeübt werden.

Wie die Arbeiter durch die Einführung der Inlandsausweise einerseits zur Aufrechterhaltung geordneter Arbeitsverhältnisse einer strengeren Kontrolle unterworfen werden, so sollen die Polizeibehörden ihnen andererseits auch in allen Fällen mit Rat und Tat zur Seite stehen, in denen sie ihre Beschwerden und Wünsche infolge der Unkenntnis der Einrichtungen und der Sprache des Landes in einer ihren Interessen entsprechenden Weise zur Geltung zu bringen behindert sind. Hierbei können sich die Polizeibehörden der Mitwirkung und Vermittlung der sprachkundigen Beamten der Deutschen Feldarbeiterzentrale bedienen.

Die Ausdehnung dieser Vorschriften auf die übrigen ausländischen Arbeiter ist vorbehalten.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die aus von unseren Sonderberichterstattern geliefert sind, können ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Kammergericht.

***Kreuzen. Marktordnung.** Das Kammergericht hat zwar eine Polizeiverordnung, die allgemein den Aufkaufen des Marktes des Marktes verbietet, im Hinblick auf § 64 der Gewerbeordnung für ungültig erklärt,*) da der Besuch der Märkte allen Personen mit gleichen Rechten zusteht. Dagegen kann, wie bereits in einer Entscheidung zugestanden ist, aus verkehrspolizeilichen Gründen die Beengung des Marktplatzes durch Aufstellung der Aufkauferwagen sehr wohl durch Polizeiverordnung verboten werden. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 21. November 1907 in Sachen Mariani-Kaufleuten. —

E. v. R.

***Kreuzen. Kraftfahrzeug.** Geschlossener Ortsteil. Ein geschlossener Ortsteil ist der Teil einer Ortschaft, der sich deutlich von der Feldmark abhebt, der auch den Kraftwagenfahrer darüber klar werden läßt, daß ein geschlossener Ortsteil vor ihm liegt. Ein geschlossener Ortsteil im Sinne der Kraftfahrzeug-Verordnungen ist nicht etwa anzunehmen, wenn an der Chaussee ein paar

Häuser liegen und im übrigen Felder. — Entsch. 1. StrSen. RG. in Sachen Steinide-Halle vom 2. Dezember 1907. E. v. R.

II. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof. Deutsches Reich. Entziehung der Wirtschaftserlaubnis wegen der Bestrafung eines Ehegatten.*) Es entspricht dem Sinne des Gesetzes, daß bei verheirateten Besuchstlern auch der Reumund des Ehegatten regelmäßig mit in Betracht gezogen werde. Jedoch ist hierbei, unbeschadet der bei den Verhältnissen des Wirtschaftsgewerbes, zumal in großen Städten, grundsätzlich gebotenen Strenge, jeweils sorgfältig zu prüfen, ob jene Annahme nach dem individuellen Verschulden und allen sonstigen Umständen des Einzelfalles durch die vorliegenden Tatsachen auch wirklich hinreichend gerechtfertigt ist.

Eine solche nicht geringfügige und unter Mißbrauch des Vertrauens begangene Verfehlung gegen fremdes Eigentum konnte wohl an sich die Befürchtung der Förderung der Hehlerei im Wirtschaftsbetriebe begründen. Wenn auch der Betrieb zunächst vom Manne geführt wird, so ist doch auch die Frau in der Regel darin tätig und namentlich beim Einkauf von Lebensmitteln der Verführung von Hehlerei ausgesetzt. Dies

*) Auf Wunsch mehrerer unserer Leser bringen wir diese in Nr. 6 des „Gerichtsm.“, Jahrg. 1907/08 kurz mitgeteilte Entscheidung noch einmal mit ausführlicher Entscheidungsgründen. Die Schriftleitung.

*) Sgl. Entsch. 1. StrSen. RG. vom 4. Februar 1907 „Der Weinbau“, 1. Jahrg. S. 66. Die Schriftleitung.

wird selbstverständlich dadurch nicht ausgeschlossen, daß dem Geschädigten die frühere Bestrafung der Frau bei der Eheschließung unbekannt war. Dieser Umstand sowie der aus der Verfassung der Gemeinschaft dem Geschädigten und seiner Familie entstehende Nachteil hat daher bei Würdigung der Sache außer Betracht zu bleiben.

Andererseits sind aber im gegenwärtigen Falle Umstände vorhanden, welche einer hinreichend sicheren Annahme, daß der Wirtschaftsbetrieb zur Förderung der Hehlerei mißbraucht werde, entgegenstehen. V. R. war bei Verübung des Diebstahls***) kaum 17 Jahre alt. Ihre Handlung, welche deshalb auch strafrechtlich milde zu beurteilen war (StrGB. § 56, 57), beruhte offenbar auf jugendlichem Reizsinn und läßt schon darum keine sichere Folgerung aus dem Verhalten nach erlangter Reife und nach Verheiratung mit einem unbefleckten Manne zu. Aus der Tatsache, daß sich die Genannte in dem inzwischen verfloffenen längeren Zeitraum von 4½ Jahren von Verfehlungen gegen das Eigentum freigehalten hat, darf vielmehr auf eingetretene Besserung geschlossen werden (vgl. Samml. von Entsch. Bd. 18, S. 238). Insbesondere aber darf angenommen werden, daß der Geschädigte selbst, welcher nicht bestraft und gut beleumdet ist, welcher nach glaubhafter Versicherung 5 Jahre als Soldat und Unteroffizier mit guter Führung gedient hat und der über seine bisherige Tätigkeit im Wirtschaftsgewerbe und zwar als gelernter Kellner in bezug auf Treue und Redlichkeit günstige Zeugnisse vorgelegt hat, jede Unredlichkeit in der Wirtschaftsführung nicht bloß selbst streng vermeiden, sondern auch solche auf Seiten der Uebersaß nicht zulassen werde.

Sollten diese Erwartungen getäuscht werden, so könnte von der Polizeibehörde die Zurücknahme der Wirtschaftsf.-Erlaubnis nach § 53 Abs. 2 GewO. jederzeit in Erwägung gezogen werden. — Entsch. 2. Sen. Bay. OGS. vom 6. April 1904.

*) Der Diebstahl wurde von der nunmehrigen Ehefrau im Jahre 1891 dadurch verübt, daß sie einer im Hause ihres Vaters wohnenden Frau, die ihr bei Ausgängen den Wohnungsschlüssel übergeben hatte, mehrmals Geldbeträge von zusammen 40 M entwendet hatte.

Polizeibericht.

Bewaltung. Eine Verordnung gegen Demonstrationen bei Leichenbegängnissen auf evangelisch-lutherischen Friedhöfen haben die sächsischen Ministerien des Innern und des Kultus erlassen. Sie verbietet:

1. Die Veranstaltung von Leichenkundtzen, welche nicht sowohl eine Kundgebung der persönlichen Liebe und Achtung für die Verstorbenen als die Demonstration einer der Kirche sowie der staatlichen Ordnung feindlichen Gesinnung bezwecken;
 2. das dieser Absicht entsprechende Führen und Tragen von Fahnen und Abzeichen bei Leichenbestattungen und
 3. das Neben am Grabe ohne vorherige Zustimmung des Ortsgeistlichen.
- Zutwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen eine härtere Strafe bewirkt ist, mit Geldstrafen bis zu 150 M oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Bekämpfung der Zigeunerplage. Wie wir wiederholt erklärt haben, ist gegen das Zigeunerunwesen nur im Wege eines internationalen Vorgehens etwas zu erreichen. Das „Echo de Paris“ teilt nunmehr mit, daß zwischen der Schweiz und Frankreich bereits Unterhandlungen über die Behandlung solcher wandernden Zigeunerbanden im Gange sind, die kein Staat in seinem Gebiet dulden will. Zu der auf Anregung der französischen und schweizerischen Regierung für den Sommer 1908 in Aussicht genommenen internationalen Konferenz sollen Deutschland, Österreich-Ungarn, England und Italien ihre Teilnahme bereits zugesagt haben.

Polnisches. Aussuchungen bei Mitgliedern polnischer Sotolovereine in Zabrze, Biskupin, Vorsigloetz und Ruda förderten eine große Menge zu beanstandender Schriften zu Tage. Diese wurden polizeilich beschlagnahmt.

Anarchistisches. Russische Terroristen sind in München und Paris verhaftet worden.

Kroatisches. Ausgewiesen wurden mit 24stündiger Frist sämtliche Kroaten, die in Kreuzthal mit dem Abtragen einer Schlachthalbe beschäftigt waren, wegen der seit ihrer Ankunft verübten zahlreichen Ausschreitungen.

Zu einem Zusammenstoß zwischen ausschreitenden Kroaten und der Polizei kam es am 5. Januar 1908 in Kreuzthal bei Siegen.

Verbrechen und Vergehen. Vogelsteller. Drei Berliner Vogelsteller, die in Gemeinschaft mit einem dritten Genossen seit einiger Zeit in den Waldungen zwischen Erkner und Wilhelmshagen den Vogelsfang betrieben und in den Vitherrgen Böglingen, Leimruten und Schlagnetze aufstellten, hat

der Kamerad GBR. Kadite mit Hilfe von Wilhelmshäger Einwohnern erwischt. Mord. Vom Tode des Ertrinkens wurden in Tönning zwei auf dem Eise eingebrochene Knaben von dem Kameraden Behnert und den Polizeiergeanten Hinrichs und Halje errettet.

Personalveränderungen.

A. Offiziere.

v. dem Kneisebed, Oberst und Brigadier der 12. Gendarmerie-Brigade.

Caemmerer, Oberst und Brigadier der 5. Gendarmerie-Brigade.

Sorowski, Oberst und Brigadier der 1. Gendarmerie-Brigade.

den Roten Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife.

Löwe, Hauptmann beim Korpsstabe der Landgendarmarie und Lehrer an der Gendarmerschule in Koblenz.

Kommallein, Hauptmann in der 6. Gendarmerie-Brigade.

v. Eggers, Hauptmann in der 8. Gendarmerie-Brigade.

Siemert, Hauptmann in der 4. Gendarmerie-Brigade.

Sorjewski, Hauptmann in der 6. Gendarmerie-Brigade.

Arhr. v. Eichendorff, Hauptmann in der 11. Gendarmerie-Brigade.

den Roten Adler-Orden 4. Klasse.

v. Gerstein-Hohenstein, Oberstleutnant und Brigadier der 4. Gendarmerie-Brigade.

v. Baldow, Oberstleutnant und Brigadier der 9. Gendarmerie-Brigade.

den königlichen Kronen-Orden 3. Klasse verliehen erhalten.

v. den Brinden, Oberst und Brigadier der 8. Gendarmerie-Brigade, mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 3. Thüring. Inf.-Regts. Nr. 71 der Abschied mit der gesetzlichen Pension bewilligt.

Klaeber, Oberstleutnant beim Korpsstabe der Landgendarmarie und Kommandeur der Gendarmerschule in Einbeid, unter Verleihung eines Patents seines Dienstgrades, zum Brigadier der 8. Gendarmerie-Brigade.

v. Hagen, Major in der 9. Gendarmerie-Brigade, unter Verleihung zum Korpsstabe der Landgendarmarie zum Kommandeur der Gendarmerschule in Einbeid ernannt.

Weiß, Hauptmann in der 4. Gendarmerie-Brigade.

Schmidt, Hauptmann in der 2. Gendarmerie-Brigade.

Ludendorff, Hauptmann beim Korpsstabe der Landgendarmarie und Lehrer an der Gendarmerschule in Einbeid.

Beck, Hauptmann in der 8. Gendarmerie-Brigade.

zu Majoren befördert.

v. Rasseow, Rittmeister i. D., kommandiert zur Dienstleistung als Bezirksamtschef beim Landwehr-Bezirk Minden, von diesem Kommando entlassen und als Hauptmann mit seinem Patent vom 14. September 1900 Tdt in der 9. Gendarmerie-Brigade angestellt.

Arndt, Hauptmann und Kompanie-Chef im Inf.-Regl. Nr. 141, mit der Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie und unter Ernennung zum Bezirksamtschef beim Landwehr-Bezirk Schirmm (Meldeamt Flecken).

v. Treschow, Hauptmann und Kompanie-Chef im Inf.-Regl. Nr. 145, mit der Aussicht auf Anstellung in der Gendarmerie und unter Ernennung zum Bezirksamtschef beim Landwehr-Bezirk I. Berlin.

in Genehmigung ihrer Abschiedsgesuche mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt.

Die pensionierten Oberwachmeister:¹
Jarisch, bisher in der 3. Gendarmerie-Brigade.

Kriely, bisher in der 6. Gendarmerie-Brigade.

Rasewaldt, bisher in der 8. Gendarmerie-Brigade.

den Charakter als Leutnant verliehen erhalten.

B. Mannschaften.

Des Königs Majestät haben bei dem diesjährigen Krönungs- und Ordensfeste zu verleihen geruht: das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens: dem Fußgendarmarie-Wachmeister Degener beim Korpsstabe der Landgendarmarie, dem Gendarmerie-Oberwachmeister Heister in Friedrichshagen, 3. Brig.; dem Gendarmerie-Oberwachmeister Winkelmann in Munsfeld, 4. Brig. und dem Gendarmerie-Oberwachmeister Mose in Landesheim, 6. Brig.; den Oberwachmeistern Mückmann in Saarburg und Meyer II in Colmar i. E. sowie dem Fußgendarmarie-Wachmeister Spis in Reg. Gend.-Brig. in Elag-Lotbringen; das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Gendarmerie-Oberwachmeister Krüger, Lehrer an der Gendarmerieschule in Einbeid, ferner dem Gendarmerie-Oberwachmeister Laurat in Heinrichswalde, den Fußgendarmarie-Wachmeistern Murrus in Königsberg i. Pr., Ros. I in Schwirgallen, Kadite I in Wengertowen, Goffe in Kadowen, Guse in Ebelken, Bonita in Ballandigen, Kern in Neuendorf, Kirckert in Bergriede, Juncker in Kapieren und den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Deaner in Rhein, Jarzewski in Lauffischen, Kreyer in Galtuporen, Wagner in Scharnau, sämtlich in der 1. Brig.; dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Ridel II in Schmöllen, 3. Brig.; den Fußgendarmarie-Wachmeistern Krosch in Wöl, Glosier in Oldesloe und dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Schwarz in Wredfeldt, 9. Brig., sowie dem Fußgendarmarie-Wachmeister Renfer, Gend.-Brig. in Elag-Lotbringen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlässes vom 30. Dezember 1907 zu verleißen geruht: das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens: dem Gendarmerie-Oberwachmeister Jarkisch in Angermünde, 3. Brig.; dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Zirkel in Adelnau, 5. Brig.; den Fußgendarmerie-Wachmeistern Eichwald in Harpen, 9. Brig. in Luerenburg, dem penj. Fußgendarmerie-Wachmeister Budzinski in Johannesburg, 7. Brig.; dem penj. berittenen Gendarmerie-Wachmeister Wollenhauer in Senabrid, dem Gendarmerie-Oberwachmeister Ringeb in Köln-Kindenthal, 8. Brig.; dem penj. Fußgendarmerie-Wachmeister Schubert, in Somborn, 11. Brig.; das Allgemeine Ehrenzeichen: den Fußgendarmerie-Wachmeistern Wladzun in Endow, Erdmann I in Kretow, Reinitz in Fiddichow, Wiesede in Tempelburg, Sitz in Köstlin, den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Buntrod in Zwine-münde, Nieders in Vublig, Scharffe in Schlawa, Bröderdörp in Belgard, Rühlow in Köstlin, 2. Brig.; den Gendarmerie-Oberwachmeistern Klawe in Freienwalde a. O., Nowitzk in Templin, den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Schinz in Rheinsberg, Bauer I in Staaken, dem Fußgendarmerie-Wachmeister Schaffrath in Friedrichshagen, 3. Brig.; den Fußgendarmerie-Wachmeistern Bräggemann in Teuchern, Pahl in Land-hammer, den berittenen Gendarmerie-Wachmeistern Meyer I in Roitzsch, Bachmann in Ermsleben, 4. Brig.; dem Fußgendarmerie-Wachmeister Henschel in Siemianice, 5. Brig.; dem Gendarmerie-Oberwachmeister Hoffmeister in Strehlen, dem Fußgendarmerie-Wachmeister Spaethe in Mendorf, 6. Brig.; dem Gendarmerie-Oberwachmeister Wardenne in Brilon, 7. Brig.; dem Fußgendarmerie-Wachmeister Ewen in Strah, dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Vollmann I in Ottweiler, 8. Brig.; dem Fußgendarmerie-Wachmeister Wunderlich in Dillenburg, dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Gilden-pfennig in Diez, 11. Brig.; dem Fußgendarmerie-Wachmeister Giergen in Gr. Jünder und dem berittenen Gendarmerie-Wachmeister Vertulat in Zinaczel, 12. Brig.

Durch Verfügung des Herrn Chefs der Land-gendarmerie haben die Erlaubnis zum Tragen des silbernen Portrees am Offiziersäbel erhalten:

Die berittenen Gendarmen Dittloff, Feisterling, Karlich, Woop, der Fuß-gendarm Korn, 1. Brig.; die berittenen Gendarmen Schütt, Andrzejewski, Müller XIV, der Hilfs-Fußgendarm Kaufeisen, 2. Brig.; die berittenen Gendarmen Hagmann, Schulze, Streichert, Degler, Wiesnad, Scharke, die Fußgendarmen Kiedhäfer, Voigt II, Solg, der Hilfs-Fußgendarm Albrecht, 3. Brig.; der berittene Gendarm Tietzen, die Fußgendarmen Voigt II, Raabe II, Blanken-burg, 4. Brig.; die berittenen Gendarmen Krüger II, Schulz V, Pirntke, der Fuß-

gendarm Voldt, 5. Brig.; die berittenen Gendarmen Bengert, Stomm, Weber, Stanow, die Fußgendarmen Kalow, Michalski, 6. Brig.; die berittenen Gendarmen Bachmann, Hoffmann IV, Feders, Graes, Lener, die Fußgendarmen Berghausen, Howe, Lux, Ringerning, Klügling, Krufe, 7. Brig.; die berittenen Gendarmen Schaefer, Schiebur, Schüttel, Liebenow, Denthall, Zabl, Radzeika, die Fußgendarmen Boun, Becker, Stahn, Wagenhaus, 8. Brig.; der berittene Gendarm Mühlenfeldt, 9. Brig.; die berittenen Gendarmen Bollgast, Becker IV, Pantole, 10. Brig.; die berittenen Gendarmen Vollmann, Gleib, Ebner, die Fußgendarmen Hein II, Rothe, Meilert, Krittische, 11. Brig.; die berittenen Gendarmen Thiede, Rüdiger, Renmann IV, 12. Brig.

1. Brigade.

OB. Schulz, Biella O.-Fr., am 1. 3. 08 penj. — OB. Böhmfeld II, Fr. Enlan, am 1. 2. 08 als RZ. nach Wondulzen b. Pletten verj. — RZ. Vesniat, Wondulzen, am 1. 2. 08 als b. W. nach Nordenburg verj. — b. W. Allenstein, Nordenburg, am 1. 2. 08 nach Fr. Enlan verj. — b. W. Ilffat, Fr. Staisgirren, am 1. 2. 08 als Grenzaufseher in Mioden, Zoll-amt Memel, o. Geh. beurl.

2. Brigade.

RZ. Spleritlöcher, Eggegin, am 1. 1. 07 als Postamtwärter nach Freienwalde i. Pommer. o. Geh. beurl., scheidet am 1. 1. 08 aus.

3. Brigade.

OB. a. Fr. Wonne, Forst (Vamj.) am 1. 2. 08 zum Oberwachmeister ernannt. — b. W. Gollin, Wend. Buchholz, am 1. 2. 08 als Hilfs-Voll-ziehungsbeamter beim Magistrat Berlin o. Geh. beurl. — F. Jippier, Salensee, am 15. 7. 07 o. Geh. beurl., scheidet am 16. 1. 08 aus.

5. Brigade.

RZ. Veruhardt, Mieltschin, am 15. 1. 08 als Stations-Aspirant in Mogilno o. Geh. beurl.

7. Brigade.

RZ. Loebermann, Münster, Wf., am 15. 1. 07 als Eisenb.-Stat.-Aspirant in Appelbühlens o. Geh. beurl., scheidet am 15. 1. 08 aus. — RZ. Andreas, Langenbochum, Wz. Münster, Wf., scheidet am 1. 2. 08 aus.

8. Brigade.

OB. a. Fr. Kotte, Bittlich, am 1. 2. 08 zum Oberwachmeister ernannt. — RZ. Reich II, Ertelez, RZ. Zimmer I, Dürrich, RZ. Stephann, am 11. 1. 08 nach Werberen b. Gangelt fmdrt. — RZ. Schmidt XVI, Hordach, am 28. 12. 07 nach Koblisch, am 11. 1. 08 nach Straß bei Herzogenrath fmdrt. — RZ. Busch II, Cleve, am 28. 9. 07 nach Spnd b. Griethausen, jetzt nach Griethausen fmdrt. — RZ. Thun, Rhein-dahlen, am 24. 9. 07 nach Schenkenschanz b. Düsseldorf, Kr. Cleve, jetzt nach Krefen am Niederrhein fmdrt. — RZ. Heimann, Ratingen, am 24. 9. 07 nach Vonnigberg, Kr. Geldern, jetzt nach Serongen fmdrt. — RZ. Laßk, Lauf, am 26. 9. 07 nach Spnd b. Griethausen, jetzt nach Grafwegen b. Graenburg fmdrt. — RZ.

Cverdiel, Oberburg a. Supper, am 24. 9. 07 nach Herberbruch. Hr. Rees, jetzt nach Eumrich indrt. — RZ Tournee, Werden, am 23. 9. 07 nach Westerbrock. Hr. Straelen, Rhld., indrt., am 23. 12. 07 vom Rndo. jurid. — RZ, Lange 1, Türen, am 4. 12. 07 nach Scherpen- seel, W. Kaden, indrt., am 5. 1. 08 vom Rndo. jurid. — b. W. Räder 11. Eppelhorn, am 1. 6. 07 als Stations-Aspirant im EßirGeg. Elberfeld o. Geh. beurl., am 1. 2. 08 als b. W. in Pforten wieder eingestellt. — RZ, Pfort, Aistaden, am 1. 8. 07 o. Geh. beurl., scheidet am 1. 2. 08 aus. — RZ, Brinckmann, Adenau, Rhld., am 1. 3. 08 penf. — RZ, Horingklee, Witten, Sieg, am 6. 1. 08 an Rippenfellentzündung gestorben. — b. W. a. Fr. Lünen, Pforten, erhält Nr. 691.

10. Brigade.

RZ, Melepe, Tingen, v. Bremen, am 1. 2. 08 penf.

11. Brigade.

RZ, Hörner II, Dornborn, W. Wiesbaden, am 31. 12. 07 an Gehirnschlag gestorben.

Ehrentafel.

Sein 25 jähriges Dienstjubiläum als Wendantm beging am 1. Januar d. J. Kamerad brittischer Wendantmeriewachmeister Mose zu Großsee, Nr. Strelno (5. Brig.). Geboren am 7. September 1851 zu Wandritsch, Kreis Steinau, Regierungsbereich Breslau, trat Mose am 11. September 1871 als Freiwilliger in das Infanterie-Regiment Prinz August von Württemberg (Schle.) Nr. 10 ein und wurde hier, nachdem er im Jahre 1873 an einem sechsmonatigen Studium der Lehramtskurse zu Berlin teilgenommen hatte, bei der 3. Eskadron zum Rabunenschnied und Unteroffizier befördert. Am 11. Januar 1875 wurde er Sergeant und Oberführerschnied, in welcher Eigenschaft er bis nach Vollendung seiner 12 jährigen Dienstzeit fungierte. Seine Laufbahn als Wendantm begann mit der am 1. Januar 1883 seitens der 5. Wendantmerie-Brigade erfolgten Einberufung als be- rittener Wendantm nach Groß-Trönten im Kreise Rilehne. Hier war es ihm vergönnt, fast 14 Jahre zu wirken, und in seiner zweiten Station, Wogrowitz, wiederum über 10 Jahre. In seinem gegenwärtigen Standort befindet er sich seit dem 1. Dezember 1904.

Ans Anlaß des Jubiläums wurde dem Kameraden Mose von den Kameraden des Bezirks in danderndem Andenken ein silberner Pokal nebst Widmung überreicht. Möge es dem alten, allseitig verehrten Kameraden noch lange vergönnt sein, des Königs Rod, an dem er nach allem Soldatenbrauch mit zäher Liebe hängt, in Ehren zu tragen!

Artikelschau.

Legislatorische Erwägungen zum Kampf gegen das gemeingefährliche Verbrechen. Von Rechtsanwalt Weinberg, Berlin. — Tsch. Jur.-Ztg. XI, 1051. —

Das gemeingefährliche Verbrechen muß abschließend gemacht, die Möglichkeit, Angriffe auf

die menschliche Gesellschaft auszuführen, beseitigt werden. Der Staat muß sich der Verhütung der gemeingefährlichen Verbrechen verschreiben und sie der menschlichen Gesellschaft fernhalten. Nach Verhängung der eigentlichen Strafe, bei einer fortwährenden Nachhaft, den unbestimmten, natürlichen Lebensbedingungen der Dauer zu beginnen. Die Verhängung dieser Maßregel soll dem Richter obliegen. Der Verfasser schlägt den Erlass folgender gesetzlicher Bestimmungen vor:

§ 1. Wird auf Grund eines Verbrechens gegen die §§ 146, 147, 176, 1 und 3, 177, 181, 211, 212, 219, 221 Abs. 3, 224, 226, 226, 229, 243, 244, 249, 262, 260, 264, 268, 269, 270, 306, 312, 315, 316, 322, 323 StrGB. unter Verneinung des Vorliegens mildernder Umstände auf Strafe erkannt oder erfolgt Freisprechung lediglich wegen Vorliegens eines Strafausschließungsgrundes gemäß § 51 StrGB., so ist im Urteil festzustellen, ob der Täter als gemeingefährlich anzusehen ist.

Ergibt sich der Erkennung des Hauptver- fahrens, daß eine strafbare Handlung wegen Vor- liegens eines Strafausschließungsgrundes gemäß § 51 StrGB. nicht vorzulegen ist, so ist die Staatsanwaltschaft, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß der Täter gemeingefährlich sei, den Antrag auf Erkennung des Hauptverfahrens nebst Entscheidung über die Gemeingefährlichkeit zu stellen.

§ 2. Die Feststellung der Gemeingefähr- lichkeit muß mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen erfolgen.

§ 3. Ist für die Aburteilung der Straf- sache das Schwurgericht zuständig, so erfolgt die Feststellung in den Fällen des § 1 Abs. 1 durch die Geschworenen, sonst durch die Strafkammer.

§ 4. Gegen die Verneinung der Gemein- gefährlichkeit findet kein Rechtsmittel, gegen die Bejahung das Rechtsmittel der Berufung statt. Die Entscheidung über die Berufung wird den Oberlandesgerichten übertragen. Sie ist in den Fällen des § 1 Abs. 1 bis zur Rechtskraft des Urteils der Straftat selbst ergangenen Urteils auszusprechen.

§ 5. Wird die Gemeingefährlichkeit festge- stellt, so ist durch Urteil auszusprechen, daß der Täter, falls in den Fällen des § 1 Abs. 1 auf Strafe erkannt ist, zur korrekionalen Nachhaft, in den anderen Fällen zur Sicherungshaft der Anstaltspolizei übergeben zu werden sei.

§ 6. Die näheren Bestimmungen über die Nachhaft bezw. Sicherungshaft bleiben der Ver- ordnung des Bundesrats überlassen. St.

Bücherschau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Der Freuze. Ein Lehr- und Lernbuch für Schule, Haus und Meer. Von Walter von Prittwitz und Gaffron, weiland Generalleutnant z. D. Neu bearbeitet und erweitert in sechzehnter Auflage von E. Th. Müller, Divisionsopiarer der 2. Garde- Division, Berlin. Verlag der Liebeschen Buchhandlung. Preis 15 J.

Wir freuen uns, daß ein so berufener Mann wie der Divisionsopiarer Müller es unternommen hat, das kleine Büchlein auf dem laufenden zu erhalten.

Kriegsereignisse. 1866 und 1870-71. Von G. v. Bismarck. Dessau. Verlag von E. Dünhaupt. Preis 2,50 M., geb. 3,50 M.

Der so bescheiden von seinen Erzählungen lebende Verfasser zählt unstreitig zu den besten Schilderern von Kriegsereignissen; er ist ein humorbegabter, scharfer Beobachter, der mehr sieht als die große Masse. Wir empfeh- len sein Buch mit gutem Gewissen.

Das Duxrower Königsschießen und andere Humoresken. Von Johannes Trojan. Stuttgart. J. W. Gottsche Buchhandlung. Nachfolger. Preis 2 M.

Trojan zählt zu der kleinen Zahl wirklicher Humoristen; liest man seine Erzählungen, dann freut man sich und nimmt gleichzeitig eine Annahme neuer Erfahrungen auf.

Den Korbpol erreicht. Schilderungen aus dem artistischen Leben für die reifere Jugend von A. Oskar Klaufmann. Rattowitz. Phönix-Verlag. Preis geb. 3 M.

Klaufmann ist als Schriftsteller in allen Sätzen gerecht; er verfügt über eine große Vielseitigkeit, die auch dem vorliegenden Buch zugute kommt.

Auskunft.

Kam. GW. D. 100. Verlassen des Standorts ohne Urlaub. Nach D. V. Ziff. 64 kann der Gendarm ausnahmsweise ohne Urlaub seinen Standort bis zur Dauer von 12 Stunden verlassen. Sie können u. E. hieraus nicht folgern, daß Sie stets ohne Urlaub den Standort verlassen dürfen, wenn Sie innerhalb 12 Stunden zurückkehren. In der Regel werden Sie in solchen Fällen auch zur Entlastung eigener Verantwortung für etwaige Dienstver säumnisse Urlaub nach Ziffer 65 beantragen müssen und von der Befugnis in Ziffer 64 wohl nur ausnahmsweise dann Gebrauch machen, wenn Zeit und Gelegenheit zu einem Urlaubsantrage nicht vorhanden und wenn Dienstver säumnisse aus geschlossen erscheint.

Rt. 357. — R.

Kam. GW. S. in S. Erhöhte Tagegelber für berittene Gendarmen. Einberittener Gendarm, der beauftragt wird, innerhalb seines Dienstbezirks unter Mitnahme seines Dienstpferdes an einem anderen Orte zeitweilig Wohnung zu nehmen (S. P. 1 Ziff. 64a), hat nach unserer Ansicht aus Grund des Ministerial-Erlasses vom 11. 8. 07 II c 1228, Ziffer 2 Anspruch auf die um 1 M erhöhte Tagegelber. Wie wir hören, liegt ein ähnlicher Fall zurzeit dem Herrn Minister des Innern zur Entscheidung vor.

Rt. 324. — R.

Kam. GW. H. in T. Der Gendarm an der Brandstätte. Nach T. V. Ziffer 168 hat der Gendarm bei einem Braude allerdings die Leitung der Löscharbeiten nur so lange zu überwachen, bis die zuständige Ortpolizei oder Ortsbehörde oder eine Berufsfeuerwehr eingetroffen ist. Diese Bestimmung nimmt ihm aber nach unserer Ansicht nicht das Recht und die Pflicht, dienstlich auf der Brandstätte tätig zu sein, indem er den die Löscharbeiten Leitenden unterstützt. Der Gendarm ist also auch befugt, Zuschauer zur Löschhilfe aufzufordern, wenn dies zur Beilegung einer plötzlich entstehenden neuen, zunächst von dem Verurden nicht bemerzten Gefahr nötig wird. Auch würden sich u. E. die betreffenden Personen nach § 300, 10 strafbar machen, wenn sie den Aufforderungen des hierfür zuständigen Gendarmen ohne genügenden Grund keine Folge leisteten.

Rt. 335. — R.

Kam. GW. S. in E. Bestellgeld. Der Vermerk „Bestellgeld bezahlt“ auf Postpalet adressen bedeutet, daß das Bestellgeld vom Absender bezahlt ist. Wenn die Post von ihnen trotzdem 30 Pf. Bestellgeld erhoben hat, so liegt das vermutlich daran, daß sie im Landbestellbezirk wohnen und das Bestellgeld nur für den Ortsbezirk vorausbezahlt wurde. Wir raten Ihnen, die Sache der Ökonomie-Kommission zu melden, die dann wohl für weitere Aufklärung Sorge tragen wird. Aus eigener Tasche brauchen Sie das Bestellgeld auf keinen Fall zu bezahlen; fordern Sie den bezahlten Betrag bei der Zivildienstbehörde! (S. P. 1, Ziff. 234.)

Rt. 336. — R.

Kam. GW. E. in R. Gemeinshaftlich begangene Straftaten. Der zweite Absatz in Ziffer 22 auf Seite 123 der D. V. bezieht sich nach unserer Ansicht nur auf solche Fälle, wo Personen an einer und derselben Handlung gemeinshaftlich beteiligt waren. Wenn der Gendarm auf einer Patrouille zufällig mehrere Personen trifft, welche gleiche strafbare Handlungen, aber nicht gemeinshaftlich begehen, so findet u. E. obengenannte Bestimmung keine Anwendung.

Rt. 334. — R.

Kam. GW. M. in S. Wahlberechtigungs. Der Gendarm ist nur dann wahlberechtigt zur Gemeindevertretung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen. Wenn sie der Gemeinde weder Steuern zahlen noch Grundbesitz in ihr haben, so sind Sie nicht wahlberechtigt.

Rt. 325. — R.

Kam. GW. S. in S. Verlassen des Standorts aus nichtdienstlichen Gründen. Die Befugnis der Gendarmen, ihren Standort aus nichtdienstlichen Gründen zu verlassen, ist nach unserer Ansicht bei Ziffer 64 T. V. nicht auf bestimmte Fälle z. B. wegen plötzlicher Erkrankung näher Angehöriger und dergl. beschränkt. Der Gendarm wird auch zu anderen Zwecken, welcher Art sie auch seien, unter den in Ziffer 64 gegebenen Voraussetzungen seinen Standort ohne Urlaub verlassen können. Es wird aber zu beachten sein, daß dies nur „ausnahmsweise“ und, wie wir annehmen, hauptsächlich nur in solchen Fällen geschehen kann, wo die Einholung von Urlaub den Umständen nach nicht möglich ist. Andersfalls halten wir die vorübergehende Bitte um Urlaub, auch im Interesse des Gendarmen, für angezeigt; denn die Verurteilung entlastet ihn mit Sicherheit von dem Vorwurf einer Dienstver säumnisse, für die er sonst nach Ziffer 64 verantwortlich ist.

Rt. 322. — R.

Kam. b. W. L. in K. Anzug beim Wehren. Sie haben recht. Durch die Bestimmung R. 1, Ziffer 124 ist jeder Zweifel ausgeschlossen, daß der berittene Gendarm und selbstverständlich auch der Oberwachtmeister auf Reiten zum Zwecke seiner Remontierung die Mütze trägt und sich auch in diesem Anzug bei den betreffenden Vorgefällen melden kann. Die in unserer dem Stammtafel D. V. M. in V. auf Seite 358 erteilte Auskunft als vorhanden vorausgesetzte Bestimmung besteht also tatsächlich ganz allgemein im Korpobereich.

Rt. 310. — R.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Wundarzt“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Jagen I. B.

Nr. 22.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerdschach zu Berlin.

1907/08.

Prüfungen.

Als die Polizeihundbewegung noch im Entstehen war und die meisten Beamten noch nicht wußten, was man von einem Hunde, der im Polizeidienst als Gehilfe tätig sein sollte, verlangen müsse, da war es wohl erklärlich, daß manchmal Hunde zu den Prüfungen erschienen, die in die Öffentlichkeit nicht gehörten, da ihre Dressur noch recht mangelhaft war. Man wollte hier die Führer nicht vor den Kopf stoßen, die Liebe und Lust zur entstehenden Sache nicht dämpfen und zugleich dem Beamten Gelegenheit geben, gute Polizeihunde arbeiten zu sehen.

Jetzt aber liegt die Sache doch ganz anders! Der P. H. V. hat durch seine Polizeihundprüfungen überallhin belehrend gewirkt, und heute muß jeder Beamte, welcher sich für Polizeihunde interessiert, wissen, was ein Hund im Polizeidienst leisten kann und soll.

Deshalb meine ich, es sollte bei den Prüfungen durchaus keine Miße mehr walten. Der unfertige Hund muß von der weiteren Prüfung ausgeschlossen und seine Zeit mehr unnütz an ihn verschwendet werden. Die Preisrichter können sich dann eingehender mit den wirklich fertig dressierten Tieren beschäftigen und diese hier gewonnene Zeit läßt nun wieder der ganzen Polizeihundzucht zugute; denn dann würde man klarer sehen und die Spreu von dem Weizen sichten können und nur aus fernem Polizeihunden wählen.

Es ist bekannt, daß sich Nachkommen aus gut dressierten und abgeführten Hunden besser dressieren lassen als Nachkommen roher Eltern; ein Dressurist weiß dies zu schätzen. Und in diesem Sinne sollte von nun an jede Polizeihundprüfung abgehalten werden, wenn die Polizeihundfrage gefördert werden soll.

Es müßte von den Preisrichtern zur Regel erhoben werden, jeden Hund von der Prüfung auszuscheiden, wenn z. B. sein Appell in irgend einem Maße versagt. Ohne Rücksicht auf etwaige frühere Prämierungen sollte gerade der bereits für Leistungen prämierte Hund recht streng gerichtet werden. Hier sollte man keinerlei Ausreden gelten lassen, etwa: daß eine Hündin heiß geworden und ein Miße sich dabei ereignet habe, daß jubel geschossen oder Lärm gemacht worden und dadurch der Hund aus der Hand gekommen sei, der doch sonst so vorzüglich arbeite usw. Das sind keine fern dressierten Hunde, wenn sie sich bei jeder Gelegenheit der Freiheit bewußt werden und sich nicht mehr um das

Kommando ihrer Herren kümmern. Solch ein glücklicher Hundebesitzer legte seinem Köter wohl irgend einmal ein Dressurbuch unter den Kopf und glaubte damit genug getan zu haben. Solch ein Führer behauptet, sein Hund müsse alles von selbst machen. Er sollte belehrt werden, daß sein Hund weit hinter anderen, gut dressierten Hunden zurücksteht und, wenn er auch den besten Stammbaum aufweist, in den Zwinger und den Dressurraum gehört, aber nicht unter ferne Polizeihunde.

Die Hunde sind zuerst auf Weinenführigkeit. Folgen bei Fuß und in der ganzen Stubendressur gründlich zu prüfen. Man kann z. B. sämtliche Prüflinge ganz gut auf einmal an verschiedenen Stellen ablegen lassen, nimmt einen Hund nach dem anderen vor und läßt den geprüften wieder ablegen, bis mit allen Hunden die Stubendressur gründlich durchgenommen ist.

Hier wird sich bald zeigen, wessen Hund sicher ist. Auf Weinenführigkeit und Folgen bei Fuß legen die Richter einen sehr großen Wert. Der Führer des Hundes hat nicht nur einfach 10 Schritt hin mit Leine und 10 Schritt zurück ohne Leine mit dem Tiere zu machen, sondern er geht mit ganz loser Leine in den verschiedensten Bindungen hin und her, auch durch das aufschauende Publikum und an den abgelegten Hunden vorüber. Es würde gleiche Chancen für alle Hunde geben, wenn der Weg des Führers genau abgesteckt oder durch irgend etwas bezeichnet würde. Denselben Weg haben dann alle Führer mit den Hunden zu machen.

Der Hund hat mit und ohne Leine genau mit der Nase am Knie des Führers zu bleiben, nicht vor den Füßen desselben zu bummeln oder weiter zurückzubleiben. Kann er dies nicht, dann scheidet der Hund von dieser Prüfung sofort aus. Denn wie will der Beamte mit seinem nicht fern leinführenden Hunde durch das Publikum auf seinen Gängen kommen, ohne dieses zu belästigen, da sein Hund doch weder Dressur noch Appell hat. Also zurück mit ihm, bis er fern dressiert ist!

Apportieren. Auch dies muß anders als bisher geübt werden. Der Hund bleibt sitzen oder liegen und sein Führer wirft den Gegenstand weit weg. Der Prüfling hat sich dabei ganz ruhig zu verhalten und erst nach einer Pause erschallt ganz leise das Kommando: „Apport“ und wie der Witz fährt der Hund los, sucht, findet, jaßt blitzschnell und kommt im Galopp zu seinem

Herrn zurück. Hier setzt er sich sofort direkt vor denselben hin, den Gegenstand weiter im Fange haltend. Erst auf Kommando „aus“ läßt der Hund den Gegenstand fallen oder gibt ihn dem Führer in die Hand. Unter keiner Bedingung aber darf der Hund erst einige Male mit dem gebrachten Gegenstand im Fange um den Führer herumlaufen, ehe er sich hinstellt. Ein solcher Hund ist auch schlecht dressiert. Ferner muß der Prüfling zeigen, daß er auch einen bis 8 Pfund schweren Gegenstand apportieren und mit diesem noch über eine 1 m hohe Hede springen kann. Ein guter Apporteur muß auf ebenem Terrain bis 16 Pfund schwere Sachen tragen; aber auch dies muß der Hund öffentlich zeigen.

Auch das „Haltsgeben“ muß besser geübt werden. Es genügt durchaus nicht, daß bei dem Kommando „gib Hals“ oder „Lautgeben“ nur einige Töne vom Hunde hervorbracht werden, sondern das Lautgeben hat ausgiebig zu erfolgen, vor allem beim gefundenen oder gestellten Verbrecher. Hier muß das Lautgeben so lange erfolgen, bis der Führer langsam herangekommen ist, ganz gleich, wie lange dies dauert. Wie soll denn auch in der Wirklichkeit, z. B. in finsterner, stürmischer Nacht, der Führer zu seinem Hunde herantreten, wenn dieser ihn nicht durch „Lautgeben“ ruft?

Das Springen über Brettergäune von 2,40 m Höhe ist nicht mehr zu verlangen; es kann dem Hunde Schaden zufügen, vor allem einer gedekten Hündin. Dasselbe hat auch wirklich keinen rechten Zweck und im Dienst hat der Hund kaum Gelegenheit dazu. Verfolgt er einmal einen fliehenden Verbrecher, dann wird ihm sein Schweiß gewiß darüber hinweghelfen. Es genügt wenn der Hund bis 1,50 m hoch über Gänge und lebende Heden springt. Auch darf diese Übung nicht so hoch bewertet werden, wie dies jetzt geschieht, weil sie doch immer eine Dressurübung ist.

Und nun zu der Arbeit am Verbrecher! Wird der Hund geholt oder faßt der Strolch den Führer, dann hat der Hund ganz energisch anzugreifen, und zwar stets von hinten im Rücken. Bei dieser Angriffsweise setzt sich der Hund nicht so den Schlägen und eventuell Stichen des Verbrechers aus, kann aber dessen Beweglichkeit bedeutend wirksamer hemmen. Wird dann der Hund abgerufen, so muß ein einziger kurzer Pfiff oder leiser Ruf genügen, den Hund sofort zu seinem Herrn zurückzubringen. Der Hund soll eben nicht seinen eigenen Willen haben, er soll denselben vielmehr völlig seinem Herrn unterordnen; nur dadurch wird er zum berechtigten Gehilfen. So soll es auch beim Transport des Verbrechers gehandhabt werden. Der Hund hat unangelehnt hinter seinem Herrn zu gehen, hat unter keinen Umständen den Verbrecher zu kneifen und

nur auf Kommando zuzufassen oder dann, wenn der Verbrecher sich auf seinen Herrn wirft. Hier zeigt der Hund, ob er fernleinenfähig ist, oder ob seine Dressur nur Spielerei war. Hunde, welche noch auf dem Transport bei jeder Gelegenheit kneifen, welche trotz strengen Verbotes immer wieder den Verbrecher fassen, dürfen im Polizeidienst nicht geführt werden. Solche unfertigen Köter diskreditieren nur den braven Polizeihund.

Der im Kriminaldienst tätige Polizeihund wird zuletzt noch im Halten von Spuren geprüft. Da habe ich recht hübsche Leistungen schon gesehen. Aber — es wurden stets nur ganz frische Spuren verfolgt, die auch von anderen noch nicht gekreuzt wurden. Eine solche Prüfung entspricht nicht der Wirklichkeit! Nie oder nur äußerst selten kommt der Beamte mit seinem Hunde in die glückliche Lage, den Verbrecher nach verübter Tat schon in den ersten fünf Minuten seiner Flucht verfolgen zu können. Gewöhnlich liegen viele Stunden, ja Tage dazwischen.

Nach dieser feststehenden Tatsache ist auch die Prüfung zuzuschneiden, will man nicht seine Hunde unnötig hoch hinstellen. Denn es ist ein gewaltiger Unterschied, eine fünf Minuten alte oder eine wenigstens 4 Stunden alte Spur zu verfolgen und auszuarbeiten, zumal die alte Spur doch schon von vielen anderen gekreuzt worden ist. Die Prüfung der Hunde auf diesem Gebiet würde sich um folgendermaßen zu gestalten haben:

Junge, weniger ferne Hunde lasse man wie bisher nur auf ganz frischen Spuren arbeiten. Hier können die Hunde ruhig ohne Leine folgen; denn eine frische Spur zu arbeiten, macht der Hundenase durchaus keine Schwierigkeit. Ganz verschieden ist die Arbeit, welche ein fertiger Hund zu leisten hat. Hier sollte für jeden zu prüfenden Hund eine wenigstens vier Stunden alte und 800 bis 1000 m lange Spur vorbereitet werden.

Die Arbeit auf der kalten Spur hat aber jeder Prüfling am langen Riemen auszuführen. Der Hund muß durchaus ruhig und sicher, mit der Nase auf der Spur, arbeiten, darf sich nicht überhasten oder am Riemen zeren. Diese Arbeit muß die ganze Prüfung tröden und es darf unter keinen Umständen der erste Preis vergeben werden, wenn nicht alle ausgeführten Arbeiten erstklassig sind. Von solchen Tieren ist dann zu züchten; das gibt Polizeihunde!

Die Wasserarbeit wird an den Prüfungstagen stets zuletzt gezeigt, und ganz mit Recht, weil diese Arbeit große körperliche Anstrengung an den Hund stellt und derselbe nach dieser zu ermüdet sein würde, noch etwas Gutes leisten zu können. Doch auch hier möchte ich etwas mehr verlangen. Der Hund hat auf Kommando und nicht hinter dem geworfenen Apportierholz hineinzuspringen, hat nicht etwa vorher sich satt zu trinken und dann erst sich gemütlich

ins flüchtige Element zu begeben. Beim Retten der Puppe — leider ist diese nur ein recht unvollkommenes Dressurhilfsmittel und könnte derjenige, welcher etwas Besseres erfindet, sich sehr um die Dressur der Polizeihunde verdient machen — ist jedenfalls schnell zu verfahren und soll der Hund nicht bald

den; denn ein Hund, welcher auf leise Kommandos tadellos folgt, hat guten Appell. Sollte er einmal erregt werden, dann hilft ihm ein etwas lauter gegebenes Signal sofort wieder zurecht. Was aber will in solchem Falle ein Führer anfangen, der seinen Hund nur an laute Befehle gewöhnte?



**Momentbild von der Polizeihundvorführung des P. H. V.
in Hr. Lichterfelde.**

E. K. u. K. Hoheit der Kronprinz im Gespräch mit dem jetzigen Berliner
Polizeipräsidenten Herrn v. Stubenrauch.

an diesem, bald an jenem Körperteil anfasien, sondern derselbe muß den richtigen Griff fassen und stets nur dort anfasien.

Noch auf etwas möchte ich hinweisen: Es muß durchaus gerügt werden, wenn ein Führer die Kommandos seinem Hunde laut gibt. Jedenfalls aber muß ein Hund, welcher auf leise erteilte Befehle ebenso gut gehorcht wie ein anderer auf laute, diesem vorgezogen wer-

Diese Bemerkungen haben nur den Zweck, anzuregen und die praktischen Polizeihundführer und -Dressiere aufzufordern, ebenfalls Vorschläge zu machen. Nur auf diese Weise kann sich etwas Vollkommenes entwickeln aus unseren künftigen Polizeihundprüfungen und das wollen wir doch alle nur.

W. G 2. i. St.

Allerlei.

Zweigverein Hamburg und Umgegend des P. H. V. Auf Anregung des Kriminalinspektors Hirsch versammelten sich am 4. Januar 1908, abends 8 Uhr, im Konferenzsaale des Stadthauses Hamburg Polizeibeamte aus der Stadt und dem Landgebiete Hamburg, aus Vergeborf, aus Harburg und aus Wandsbek sowie einige Privatpersonen zur Gründung eines „Zweigvereins des Vereins zur Förderung derucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.)“. Inspektor Hirsch legte in längerer Rede den Zweck des Vereins dar und gesteuerte die in der Diskussion vorgebrachten Bedenken, worauf für den Hauptverein 73 neue Mitglieder gewonnen wurden. Dem konstituierten Zweigverein schlossen sich sofort 82 Mitglieder an. Als Vorsitzender des Zweigvereins wurde auf alleseitigen Wunsch Kriminalinspektor Hirsch — Adresse Hamburg, Stadthaus, Zimmer 85 — gewählt, an den etwaige Korrespondenzen zu richten sind. Nachdem der Vorsitzende bezüglich der vom P. H. V. in Hamburg beabsichtigten Polizeihundprüfung, welche im Zusammenhang mit einer vom „Verein der Hundefreunde“ in Hamburg am 14. und 15. März 1908 abzuhaltenden internationalen Hundeausstellung stattfinden wird, noch einige Mitteilungen gemacht hatte, wurde die Versammlung um 11 Uhr abends geschlossen.

Der Zweigverein Wanne des P. H. V. hielt Ende November eine Schlussprüfung seiner Polizeihunde ab. Geprüft wurden neun Hunde, die sämtlich tadellos arbeiteten. Auf die Leistungen können wir nicht näher eingehen. Alles in allem war die Prüfung, die Polizeiwachmeister Schwarz leitete, eine wohlgeleitete. — Im Laufe dieses Jahres soll in Wanne eine größere Polizeihundprüfung abgehalten werden.

Mit Genehmigung des Großherzoglich Badischen Ministeriums des Innern erwarb die Polizeidirektion Mannheim die Mitgliedschaft des P. H. V.

Der gute Wille im S. V. In einer der letzten Vorstandssitzungen des „Vereins der Hundefreunde“ Hamburg wurde das Zusammengehen mit dem P. H. V. in der Hamburger Polizeihundprüfung erörtert. Auch der Vorsitzende des „Hamburger Zweigvereins des Deutschen Schäferhundvereins“ S. V. war anwesend und er stimmte als einziger gegen ein Zusammengehen mit dem P. H. V.

Wer laßt da? Der Wiener „Neuen Freien Presse“ entnehmen wir nachstehende Notiz. „Ein Polizeihund in Wien. Das Wiener Internationale Privatdetektiv-Institut „Oelios“, Wien, 1. Bezirk, Bräunerstr. 3, hat den ersten hochprämiierten deutschen Polizeihund „Detektus“ erworben; derselbe wird in Zukunft ansuchenden Privatpersonen zur Aufsuchung Verschwindender zur Verfügung gestellt. „Detektus“ sucht entlaufene Kinder, vermiste Personen u. dergl. und be-

schützt auch Wohnungen usw. als treuer Wächter.“ Ist das etwa der erste große Erfolg der vorjährigen Wiener Polizeihundprüfung?

Der Polizeihund.

Wer macht zur Nachtzeit so spät die Rund?
Es ist der Schutzmann mit seinem Hund?
Er hält den Stöter nicht an der Schnur,
Er zügelt mit scharfen Blick ihn nur.

Es schnuppert in Winkeln und Ecken das Tier,
Sucht Röschen und im ganzen Revier
Und gibt, wenn er irgendeinem nicht traut,
Als bald, wie's seine Pflicht ist, Laut.

Der Hund verschleicht auch die schlimmen
Rägen,
Die, statt zu jagen nach Mäusen und Ragen,
Die Vöglein, die in den Zweigen singen,
Zu haschen suchen und zu verschlingen.

Ist mal ein Gefangener ausgekniffen,
Wird dem Polizeihund kurz gepfiffen,
Und flugs haut er den scharfen Zahn
Ins Bein des Mannes, der was getan.

Oder er hält den Schelm, den losen,
Rutig fest am Bein der Hosen,
Springt ihm dazu auch nötigenfalls
Zähnefleischend an den Hals.

Run fragst du, nachdem ich dies ausgemalt,
Wer denn den Prachthund wohl bezahlt?
Da geb' ich die Antwort ohn' zu spaßen:
Das wird dem Schutzmann überlassen.

Und wenn der Hund einem was zerreißt
Oder sogar ihn empfindlich beißt,
Solch Mißo in allen Lagen
Ruh wiederum der Schutzmann tragen.

Der Hund muß fein von edlem Blut,
Ein rassischer Kriegshund voller Mut;
Er wird auch vorgestellt darum
Vorerst dem hohen Präsidium.

Und findet dies nichts zu monieren,
Darf ihn der Schutzmann halten, führen.
Er darf ihn wohl verwerten schon;
Doch zahlt man keinen Hundelohn.

Kuß der „Wiensburger Zeitung“.

Bücherschau.

Wild- und Hund-Kalender. Taschenbuch für deutsche Jäger. Herausgegeben von der illustrierten Jagdzeitung „Wild und Hund“. Achter Jahrgang 1908. Preis 2 M. Verlag von Paul Parey in Berlin SW. — Der „Wild- und Hund-Kalender“ ist längst der vertraute Freund unserer Jägerwelt geworden.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 22.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Die Pagen am preussischen Hofe.

Mit den Hofstellenheiten hat auch die Tätigkeit der Pagen eine Färbung; sie geben den Pagen reichliche Gelegenheit, ihren Dienst auszuüben.

Seit dem Jahre 1795 werden die Pagen dem Kadettenkorps entnommen. Heutzutage stammen sie aus den Ekelianern und Oberprimanern der Hauptkadettenanstalt in Groß-Lichterfelde; Verbindung ist adlige Geburt. Man unterscheidet Leibpagen und Hofpagen. Die Leibpagen werden zum persönlichen Dienst der Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften befohlen, von diesen aus Grund einer vorgelegten Liste ausgewählt, wobei natürlich der Kaiser und die Kaiserin zunächst ihre Wahl treffen. Die beiden Majestäten und die Fürstlichkeiten, denen Leibpagen zusehen, haben je 2 Pagen zu ihrer Verfügung. Die Hofpagen, 24 an der Zahl, welche vom Kommando des Kadettenkorps bestimmt werden, versehen ihren Dienst im allgemeinen geschlossen bei Vortritt und bei Spalierbildung oder werden solchen Fürstlichkeiten zugeteilt, die keine Leibpagen haben.

Sämtliche Pagen sind dem Pagenobern unterstellt. Diese Stellung, welche seit dem Jahre 1820 besteht, versteht der zweite Adjutant beim Kommando des Kadettenkorps, der keine besondere Uniform hat, sondern in Militäruniform (Hofgalaanzug) erscheint. Die Dauer des PagenDienstes beträgt ein Jahr und umfasst das Jahr, in dem der Pagen der Selektion oder der Oberprima angehört.

Der Anzug der Pagen steht sich aus dem reichbordierten roten Rock, den Kniehosen, Wadenstrümpfen, Säuben, Pagenhut, Degen und Handschuhen zusammen; hierzu treten Hals- und Handkrausen und das Jabot (habba). Der Rock der Leibpagen ist reicher verziert als der der Hofpagen, und die Kaiser- und Kaiserinpagen sind noch durch das besondere Zeichen der Doppelkroone kenntlich. Der Dienst des Pagenobern besteht darin, die Pagen in ihren Dienstobliegenheiten zu unterrichten und sie in deren Ausführung zu überwachen. Für die Hofstellenheiten finden, mit Ausnahme des Kapitellfestes des hohen Ordens vom Schwarzen Adler, im Schlosse für die Pagen keine Proben statt. Die Unterweisung ist bereits in der Hauptkadettenanstalt erfolgt; im Schlosse wird den Pagen kurz vor dem Feste an Ort und Stelle nur ein kurzer Überblick gegeben. Für das Ordenskapitel findet einige Tage vorher im Weissen des Kaisers eine Probe statt, weil die Pagen die Kleinodien tragen und verschiedene für die Feier notwendige Handreichungen machen müssen.

Bei einem sogenannten großen Vortritt gehen die Pagen unter der Führung des

Pagenobern paarweise an der Spitze des Zuges, und zwar in der Reihenfolge: Kaiser-, Kaiserinpagen, Leibpagen, Hofpagen. Erscheinen die kaiserlichen Damen mit der Hofschleppe, so tragen die befohlenen Hofpagen die Schleppe, welche zu diesem Zwecke mit vier Handgriffen versehen ist. Dieses Schleppentragen erfordert eine große Gewandtheit der Pagen, besonders wenn sich die Dame bewegt. Beim Gehen wird die Schleppe, mehrfach gefaltet, über die Stuhllehne gelegt. Beim Auftragen der Speisen an der Galatafel stehen die Pagen hinter den Stühlen ihrer Fürstlichkeiten. Sie empfangen die Speisen von den Koffizieren und reichen sie ihrer Herrschaft zu. Bei den Defilieren bilden die Pagen Spalier, d. h. sie grenzen den für die Allerhöchsten Herrschaften und deren Gefolge bestimmten Raum ab und bezeichnen den Weg, den die Vorgesetzten nehmen müssen. Die kaiserlichen Pagen stehen hinter den Thronen.

Zur Erinnerung an ihre Pagenzeit und als Belohnung für ihre Dienste erhalten die zum persönlichen Dienst befohlenen Pagen von den kaiserlichen Fürstlichkeiten kostbare Geschenke. Unter diesen Geschenken befinden sich Uhren, die das Wappen oder den Namenszug des hohen Spenders in Brillanten tragen, ferner Manschettenknöpfe in ähnlicher Art; sehr beliebt ist auch ein Ehrensäbel. Die verewigte Kaiserin Augusta schenkte ihren Leibpagen gewöhnlich eine Prachtblase. Auch die Stiftung einer namhaften Geldsumme als Ausrüstungshilfe erscheint bisweilen unter diesen Geschenken. So wird das Andenken an die Pagenzeit durch das Geschenk stets von neuem lebendig.

Die Gendarmserie.

Von Braun von Braundthal.

Die herrliche Waffenmacht.

Die Palast und Stille bewacht,

Um Thron und Herd in geschlossener Reih.

Voll kriegerischen Mutes und friedlich dabei:

Sagt an, wie nennt man sie?

Die Gendarmserie!

Nur Krieger, die treu gebient,

Und Männer nur, wohlgeübt,

Erblickt ihr in diesem mächtigen Korps;

Drum hebt auch ihr Haupt so edel empor.

Vom Ziel ablenkend nie,

Die Gendarmserie!

Was lichtscheu, zittert vor ihr,

Die, ein Witz bald dort, bald hier.

Zur Ordnung, zur Disziplin, zum Schutz dem Gele.

Willkommen dem Rechtlichen überall und stets.

Verhakt nur der Anarchie,

Die Gendarmserie!

Abstreifen von ihrer Pflicht

Sie Muten und Glut nicht;

Batzenliste für Militäranwärter.

Das im Auftrage des Königlich Preussischen Kriegsministeriums allmähentlich veröffentlichten „Votumsentwurf“ für Ullrichsbrunnener entnommen.

Eine Zusammenfassung der den Währungsarten bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in sämtlichen Bundesstaaten vorbehalten und zur Veranschaulichung anzuordnenden besseren Subaltern- und Unterbeamtenstellen.

2) Ausländische Ausländer. 3) Als Ausland gilt ein Wohnort außerhalb der Reichs-Grenzen. 4) Häufige Begründung der Siele. 5) Bezeichnung der Anforderungen, welche an die Bewerber gestellt werden. 6) Bezieht sich auf die Stellung darangehörigen Probedienstes. 7) Ob die Anstellung auf Lebenszeit oder auf Kündigung erfolgt. 8) Betrag der zu erfüllenden Aufgaben und die dabei durch den Bewerber zu leistende Dienste. 9) Ob die Anstellung auf Probezeitungen vorzuziehen. 10) Bemerkungen.

1) 2) 1. April, Schreda, Kreisaußschuß, 3) Kreisaußschußaffilient, 4) Verabfolgung zur selbständigen Verarbeitung der Kreisfeuerwerk-anlagen, landwirtschaftlichen Unfallversicherung, Landgemeindegemeinschaften, Standesamtsfachen und zur Aueignung der notwendigen Kenntniffe innerhalb der Probezeit, eintägige Anstellung nach Befinden einer Prüfung, 5) 6 Monate, 6) auf 3monatige Kündigung, 7) —, 8) 1200 M jährlich, steigend von 3 zu 3 Jahren um 300 M bis 2400 M, und 200 M Wohnungsgeldaufschuß, 9) —, 10) penfionsberechtigt; einzutreten find: Lebenslauf, Zivilverfolgungsfache, Militärgewinniffe, Gefundheitsattest des Kreisärztes

2. 2) sofort, Wandsbeck, Polizeibehörde, 3) 2 Bureauassistenten, 4) Kenntnis der Polizeiverwaltung, 5) 6 Monate, 6) auf Mündigung, 7) —, 8) 1400 M., iteigend bis 2600 M., außerdem Wohnungsgeldzuschuß von 5% des Gehalts, mindestens aber 100 M., 9) —, 10) pensionberechtigt.

3. 2) 1. **Kai. Kirchhausen**, Magistral, 3) **Stanzl**, 4) Ausbildung im Maschinen-schreiben, Alter nicht über 35 Jahre, 5) 6 Monate, 6) auf Kündigung, 7) —, 8) Anfangsgehalt 1150 M, steigend bis 1750 M, Wohnungsvergütung 250 M jährlich, 9) —, 10) pensionsberechtigt. Meldungen mit Lebenslauf sowie in beglaubigter Abschrift Führungszeugnisse, Schulungszeugnisse und Zivildienstzeugnisse.

4. 2) sofort, Stiel, Magistrat, 3) Konstanz, 4) Gewandtheit im Maschinenreiben und im Stenographieieren, 5) 6 Monate, 6) auf 3monatige Kündigung mit Anspruch auf Ruhegehalt und Witwen- und Waisenversorgung, 7) —, 8) 1400 M, auch während der Probezeit, 9) steigt bis 2300 M, 10) Gefundes nebst Lebenslauf, Zeugnisse, freibildendem Schulbesuchzeugnis und Urskrift des Zivilvertrauenssachseins alsbald einzureichen.

5. 2) 1. März, Köln, Bürgermeisterrat,
3) Förster des Schlachthof- und Viehhofes,
4) —, 5) 6 Monate, 6) auf Antragsfrist Kündigung,
nach der Probezeit Anstellung mit
Ruhegehaltsberechtigung und Witwen-
und Waisenversorgung, 7) —, 8) Anfangsgehalt
1:80 M jährlich, steigend bis 1880 M, wäh-
rend der Probezeit 110 M monatliche Diäten,
9) nein, 10) Redungen mit Lebenslauf, Ab-
schriften der Zeugnisse und des Zivildienst-
ausweises, Alter nicht über 35 Jahre.

Die Zivilversorgung

Zeitschrift für Militäranwärter, Unteroffiziere u. Beamte,
mit den Beilagen „Deutsche Treue“ und „Vakanzblätter
für Militäranwärter.“

Verlag: Berlin W. 9, Linkstr. 11.

Inhalt der Nr. 21 vom 11. Januar.

Verfälschungsmittel sind nicht.

Kus dem Reichsbauhaußrat 1908. — Überliefert der im IV. Dienstjahr 1907 bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung zur mittleren Laufbahn angenommenen Militär anwärter. — Der Militärämter im Rangstufung 1. Unterbeamtenstand beim Reichsbauhaußrat. — (Winterfeldt, Wladimir.)

Wörterbuch: Übungsmenü[illegible]

Deutsche Eisen.

Erlebens. — Sprachwissenschaftliche Redensarten. — Lebensfähigkeit. — Schremsel. — Weisheitskunde. — Rechtskenntnis. — Anbau. — Geschlechts. — Personal- und Familienkassen. — Preisausschreibung. — Auflösung der Preisausschreibung nach Nr. 19. — Auflösung der Preisausschreibung nach Nr. 20.

Waffenkunde. — Einzeign.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 23. — 15. Februar 1908. — Seite 534/557. — 5. Jahrgang.

Februar						
S	M	D	M	D	F	S
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29

Verleger:
Robert Gerschach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal-Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

März						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31				

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Abnehmer wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzelne Nummern 50 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die Spalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes in Verbindung mit Widerstand gegen die Staatsgewalt, Waffengebrauch und Rotte	536
MR. vom 11. 12. 07 betr. die Zahlung von Marschgebühren und von erhöhten Tagegeldern bezw. Kommandobezügen an berittene Mannschaften der Land- gendarmerie	538
Aus den Parlamenten	538
Ein neues Reichsviehseuchengesetz	539
Aus dem Landeshaushalts-Etat von Elsaß- Lothringen für das Rechnungsjahr 1908	541
Erlebtes und Erfahrenes	542

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	543
II. Kammergericht	543
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	544
IV. Bayerisches Verwaltungsgerichtshof	545
V. Sächsisches Oberverwaltungsgericht	545
VI. Bezirksauschuß Berlin	545
VII. Schöffengericht Wiesbaden	545
Polizeibericht	545
Personalveränderungen	546

Ehrentafel	549
Vorschau	549
Ankündigung	550

II. Der Polizeihund.

Eine Unterredung	551
Ausführung	553
Einladung zur Generalversammlung des Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden	554
Verein zur Förderung der Zucht und Ver- wendung von Polizeihunden (P.H.V.) Sitzungen i. B., E. B.	554

III. Haus und Herd.

Unser Sonnensystem	555
Der Gendarm	556
Verwaltungshunde	556
Rechtsprüfungen	556
Weltbürger-Abc.	556
Rundschau	556
Allerlei Rat	557
Auflösung der Räufel aus Nr. 22.	557

Balangenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 12. Februar 1908 abgeschlossen worden.

Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes in Verbindung mit Widerstand gegen die Staatsgewalt, Waffengebrauch und Nothwehr*).

Von Oberst a. D. v. den Brinken, vormalig Kommandeur der Gendarmerschule Wöhlau.

(Nachdruck verboten.)

Einführung.

Die Rechtsgrundlage und Voraussetzung für das gesamte dienstliche Auftreten des Gendarmen bildet bekanntlich der Umstand, daß er sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befindet. Insbesondere ist auch der Begriff des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ von dieser Voraussetzung abhängig, ein Begriff, der zu den wichtigsten gehört, welche dem Gendarmen in der Ausübung seines mannigfaltigen Berufes überhaupt vorkommen können; denn er berechtigt ihn zu den stärksten Zwangsmitteln, die ihm überhaupt zu Gebote stehen, zur Fesselung eines Gefangenen, zum Binden eines Menschen und zum Gebrauch der ihm anvertrauten Waffen, einschließlich der Schusswaffen.

Derjenige, welcher dem in rechtmäßiger Ausübung seines Dienstes befindlichen Gendarmen tätlichen Widerstand leistet, liefert also gewissermaßen seine Person dem letzteren aus und macht diesen so unter Umständen zum Herrn über Leib und Leben. Eine derartige Machtbefugnis steht aber nicht nur Ruhe, Kaltblütigkeit und Besonnenheit bei dem Gendarmen voraus, sondern verpflichtet ihn auch vor allen Dingen, die Begriffe der Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes, des Widerstandes gegen die Staatsgewalt sowie auch das Gesetz über den Waffengebrauch so vollkommen zu beherrschen, daß er über die dabei in Betracht kommenden vielfach feinen und verwinkelten Grenzen dieser Begriffe und seiner Befugnisse selbst unter den schwierigsten Verhältnissen, wenn ihm zum Überlegen nur wenig Zeit bleibt und niemand um Rat zu fragen in der Lage ist, auch nicht einen Augenblick im Zweifel sein kann.

Der Gendarm ist zudem verpflichtet, jeden Fall von Widerstand gegen die Staatsgewalt der Staatsanwaltschaft direkt anzuzeigen und den Vorgesetzten entsprechende Meldung zu erstatten, auch dann, wenn von irgend welcher Gefahr für ihn keine Rede sein konnte, er vielmehr den Widerstand spielend überwand und nur einen noch so kleinen Teil der ihm zur Verfügung stehenden

Körperkraft einzusetzen brauchte. Auch diese Verpflichtung weist ihn mit Notwendigkeit darauf hin, sich die Merkmale des Begriffs so fest und erschöpfend einzuprägen, daß er nicht mehr im Zweifel sein kann. Denn die Unterlassung einer solchen Anzeige legt stets die Vermutung nahe, daß der Gendarm seine Befugnisse überschritten, daß er sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befunden habe.

Fehlt aber diese Grundlage, so geht der Gendarm seiner Vorrechte als Polizei- und Sicherheitsbeamter verlustig. Er kann sich nur noch auf seine allgemeinen Menschenrechte berufen und macht sich strafbar, sobald er weitergehende Rechte in Anspruch nimmt, als sie jedermann zustehen. Diese letzteren stehen ihm freilich jederzeit und unter allen Umständen zu, ganz gleichgültig, ob er sich überhaupt im Dienst oder außerhalb desselben befindet.

Die Nothwehr ist das hauptsächlich in Betracht kommende allgemeine Menschenrecht, welches anwendbar ist, sobald der Gendarm selbst oder irgendeine andere Person sich einem gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff gegenübersieht. Jedes Mittel ist alsdann auch dem im Dienst befindlichen Gendarmen erlaubt, welches erforderlich ist, einen solchen Angriff abzuwehren. Zur Abwehr eines tätlichen Angriffs ist zwar der dorschristsmäßige Gebrauch der ihm anvertrauten Waffe das in erster Linie gebotene Mittel, falls seine eigene und die Körperkraft anderer ihm etwa zur Hilfeleistung zur Verfügung stehender Personen offenbar nicht ausreicht.

Andererseits ist aber der Gendarm in der Nothwehr an diejenigen einengenden Bestimmungen, welche das Gesetz über den Waffengebrauch und der § 55¹ MilStGB ihm auferlegen, bei Gebrauch im Verzuge nicht mehr gebunden; er kann vielmehr erforderlichenfalls jedes andere sich ihm im Augenblick anbietende Mittel anwenden, um den Angriff abzuwehren. Die Nothwehr gibt ihm also in diesem Sinne weitergehende Rechte als das Gesetz über den Waffengebrauch. Er befindet sich aber keinem rechtswidrigen Angriff gegenüber, der Fall der Nothwehr ist also nicht gegeben, falls sein Einschreiten von vornherein rechtswidrig war, der Angriff also nur eine Abwehr dieses rechtswidrigen Angriffs in die Rechte des Staatsbürgers darstellte, d. h. mit anderen Worten, wenn der Gendarm bei seinem dienstlichen Einschreiten sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befand.

* Falls die nachfolgenden für den Gendarmen so wichtigen Erörterungen bei dem einzelnen nach irgendwelche Zweifel übrig lassen sollten, so ist der Verfasser gern bereit, solche durch Beantwortung entsprechender an die Schriftleitung zu richtender Fragen in der nächsten Folge zu klären.

Andererseits gibt das Gesetz über den Waffengebrauch dem Gendarmen das Recht, nicht nur den tätlichen Angriff abzuwehren, sondern vor allem auch den **tätlichen Widerstand zu brechen**. Es gibt ihm also in diesem Sinne wiederum sehr viel weiter gehende Rechte als die Notwehr. Oder mit anderen Worten ausgedrückt: die Rechte der Notwehr und des Waffengebrauchs decken sich teilweise, aber nicht vollständig; auf beiden Seiten bleiben erhebliche Rechte übrig, die allein durch die Notwehr oder durch das Gesetz über den Waffengebrauch begründet werden. Wir kommen auf diese Ausführungen später noch eingehender an der Hand von praktischen Beispielen zurück und wenden uns jetzt zunächst der Frage zu, wann der Gendarm sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befindet.

1. Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes.

Wie schon die Dienstvorschrift ausführt, ist Vorbedingung für die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes, daß der Gendarm **örtlich und sachlich zuständig** sei. Mangelhafter Anzug kann seine Rechte wohl angebennfalls dadurch beeinträchtigen, daß der Widerpenstige dem Richter mit Erfolg glaubhaft macht, er habe den Gendarmen als solchen nicht erkannt, es habe ihm also das Bewußtsein der Strafbarkeit seines Handelns gefehlt. In solchem Falle erzielt der Angeklagte zwar unter Umständen seine Freisprechung, das Einschreiten des Gendarmen wird aber dadurch allein noch keineswegs ein rechtswidriges. Denn an sich ist die Zuständigkeit des Gendarmen durchaus nicht vom Anzug abhängig, selbst dann nicht, wenn er sich wegen vorchriftswidrigen Anzuges disziplinarisch strafbar gemacht hat, da die Bestimmungen über den Anzug lediglich den Zweck verfolgen, seine militärische Erscheinung und damit sein Ansehen zu heben, Freisprechungen aus oben geschilderten Gründen nach Möglichkeit einzuschränken, nicht aber seine Zuständigkeit zu begründen.

Kindet z. B. ein Gendarm, der unbescholten aus dem Vade kommt, der höchsten Gefahr im Verzuge innerhalb seiner örtlichen Zuständigkeit Veranlassung und Gelegenheit, einen auf der Tat betroffenen Verbrecher zu ergreifen und festzuhalten, so hat er diesem gegenüber alle Rechte eines Polizei- und Sicherheitsbeamten, sobald er sich als solcher zu erkennen gibt. Er kann ihn vorläufig festnehmen und festhalten; der Festgenommene wird dadurch sein „Gefangener“ mit allen Folgen, die sich aus einem solchen Verhältnis ergeben, und unabhängig davon, ob der Gefangene das Bewußtsein hatte, einem Polizei- und Sicherheitsbeamten gegenüber zu stehen, oder nicht. Widersteht sich der Gefangene dabei dem Gendarmen, so wird er hierfür allerdings nur dann bestraft, wenn der Richter nach Lage

der besonderen Umstände annimmt, er habe dieses Bewußtsein gehabt. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn dem Widerpenstigen nachgewiesen werden kann, daß er den Gendarmen persönlich kannte. Andererseits kann aber der Gendarm ohne Rücksicht auf dieses Bewußtsein auf den etwa gewaltsam entspringenden Gefangenen schließen, sobald alle sonstigen gefelichen Vorbedingungen hierfür gegeben sind.

Ebenso wenig wie von dem Anzug ist auch die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes davon abhängig, daß der Gendarm denjenigen, gegen den er einzuschreiten genötigt ist, vorchriftsmäßig behandelt. Gewiß ist Höflichkeit gegen jedermann eine der bormannlichen Pflichten des Gendarmen und er darf sich selbst einem gemeinesfährlichen Verhalten gegenüber, der ihn auf das unerhörteste beschimpft und mißhandelt, niemals zur Distanz und zu Schimpfworten oder gar Rißhandlungen hinreißn lassen. Jede Zivilperson, gegen welche der Gendarm denjenigen, gegen den er einzuschreiten verpflichtet ist, gilt insoweit als sein militärischer Untergebener, als dem Gendarmen die strengen Strafen der §§ 121/22 RStGB. treffen, falls er eine solche Person beleidigt, vorchriftswidrig behandelt oder gar mißhandelt. Eine derartige Verletzung ist ohne Antrag strafbar und unterliegt in leichteren Fällen von Beleidigung oder vorchriftswidriger Behandlung der Disziplinarstrafbarkeit.

Nichts aber ist mehr geeignet, das öffentliche Ansehen und den guten Ruf des Korps herabzusetzen, als derartige Verletzungen, nichts mehr geeignet, dieses Ansehen zu heben und sich angebennfalls die tatkräftige Unterstützung des wohlmeinenden Publikums zu sichern, als wenn der Gendarm es versteht, sich den Ruf eines höflichen, stets hilfsbereiten und gebildeten Mannes zu verschaffen, der angebennfalls ohne vieles Nachdenken ruhig und besonnen, selbstbewußt, sicher und richtig zu handeln und energisch einzuschreiten versteht, ohne die Rechte des Staatsbürgers zu verletzen. Denn der Gendarm steht im Dienst der Allgemeinheit, des anständigen Publikums und dieses hat einen wohlbegründeten Anspruch auf seinen Beistand und auf die ausgesetzte Höflichkeit von seiner Seite. Der Gendarm soll daher seinen Ehrgeiz nicht in der Erhaltung einer möglichst großen Anzahl kleinlicher polizeilicher Anzeigen suchen, sondern darin, dem Anlaß zu solchen durch rechtzeitige und angemessene höfliche Belehrung des Publikums vorzubeugen. Mit einem Worte, er soll klar darüber sein, daß er nicht dazu da ist, das Publikum zu disziplinieren, sondern die Personen und das Eigentum zu

schützen, wenn es sein muß, unter Einwirkung seines eigenen Lebens, daher also als braver Soldat mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln an Intelligenz, aber auch an Mut und Entschlossenheit den inneren Feind bekämpfen wie die Armee den äußeren.

So dringend notwendig es auch ist, daß diese Grundsätze von jedem Gendarmen hochgehalten und strengstens befolgt werden, daß er jede überflüssige Verschwendung und jede aufwallende Verftigkeit sowie auch jede Neigung zur Überhebung und Anmaßung erfolgreich bekämpft, damit Übergriffe und Verletzungen von seiner Seite immer seltener werden, die mit dem Fortschreiten der Volksbildung und dem damit verbundenen strengeren Rechtsbewußtsein des großen Publikums dem Ansehen der Staatsgewalt immer empfindlichere Wunden zu schlagen durchaus geeignet sind, so wenig kann doch die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes an sich ohne weiteres von der Befolgung dieser Grundsätze abhängig gemacht werden. Liegen z. B. die gesetzlichen Voraussetzungen für eine vorläufige Festnahme vor und der Gendarm läßt sich bei Ausführung derselben zu Schimpfworten und Mißhandlungen hinführen, so wird die Festnahme dadurch nicht unrechtmäßig, und der Mißhandelte bleibt ein Gefangener. Allerdings handelt der Gefangene in der Notwehr, wenn er sich gegen solche Mißhandlungen verteidigt. Dieser Zustand ist aber sofort befeitigt, wenn der rechtswidrige Angriff des Gendarmen nicht mehr gegenwärtig ist, d. h. wenn der letztere seine Mißhandlungen einstellt und zu einer vorchriftsmäßigen Behandlung des Gefangenen übergeht.

Höchst bedenklich wäre es hiernach freilich für den Gendarmen, auf einen entsprechenden Gefangenen zu schließen, der sich während und, wie anzunehmen wäre, lediglich infolge der ihm widerfahrenen Mißhandlungen gewaltsam losgerissen hätte. Die Rechte des Gendarmen werden also auch in solchem Falle durch sein strafbares Verhalten immerhin ganz erheblich beeinträchtigt, seine Bewegungsfreiheit gehemmt und eingeschränkt, wenn auch die Rechtmäßigkeit der vorgenommenen Diensthandlung an sich keineswegs dadurch allein aufgehoben werden kann. Letztere ist vielmehr unter allen Umständen lediglich und allein von der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit abhängig.

1. Die örtliche Zuständigkeit.

Der Gendarm ist unter allen Umständen innerhalb desjenigen landrätlichen Kreises örtlich zuständig, in welchem er stationiert, dessen Landrat er also zivilrechtlich unterstellt ist, in allen eiligen und dringenden Fällen aber auch an jedem Punkte innerhalb der Grenzen des preussischen Staates, an welchem er sich, ganz gleichgültig aus wel-

chem dienstlichen oder außerdienstlichen Grunde, zufällig befindet, oder den er von seinem jeweiligen Aufenthaltsort rechtzeitig erreichen kann, um wirksame Hilfe zu bringen. Das Recht zum dienstlichen Einschreiten ist also in dringenden und eiligen Fällen weder durch eine Verurteilung noch durch Krankheit eingeschränkt; wohl aber wird die Verpflichtung dazu in diesen Fällen nur eine beschränkte sein können und davon abhängig gemacht werden müssen, inwieweit eine etwaige Verletzung der berechtigten persönlichen Interessen des Gendarmen gegenüber der Wichtigkeit seiner Hilfeleistung ins Gewicht fallen darf.

Im Krankheitsfalle insbesondere wird der Gendarm selbst wohl zu ermessen haben, ob er allen sich aus seinem Einschreiten etwa ergebenden Folgen körperlich gewachsen sein wird. Die Verpflichtung zum Einschreiten kann daher in den Fällen der Verurteilung wegen Verurteilung niemals eine absolute, sondern immer nur eine moralische und von den näheren Umständen abhängige sein. Die Nichterfüllung dieser Verpflichtung kann dem Gendarmen unter Umständen sehr wohl Schädigung seines Ansehens, abfällige Beurteilung und gerechtes Tadel seiner Vorgesetzten, wenn auch keine Bestrafung einbringen. —

Außerhalb der Grenzen des preussischen Staates steht dagegen die örtliche Zuständigkeit vollkommen auf; denn die Gendarmen sind lediglich ein preussisches Corps, welches zu dem Deutschen Reiche in keinerlei Beziehung steht. Das Gerichtsverfallungsgebot gestattet zwar dem Gendarmen, die Verfolgung eines Gefangenen über die Grenzen eines anderen deutschen Bundesstaates hinaus fortzusetzen — das setzt voraus, daß die Verfolgung bereits in Preußen begonnen hatte, also nicht erst jenseits der Grenze aufgenommen wurde — er muß aber den jenseits der preussischen Grenze festgenommenen an die örtliche ausländische Behörde des betreffenden Bundesstaates abliefern. Entsprang ihm ein Gefangener gewaltsam jenseits dieser Grenzen, oder gelang es dem diesseits Entspringenen, die Grenze zu überschreiten, so erscheint das Schicksal auf den fliehenden behufs Vereitelung der Flucht unter allen Umständen unstatthaft. Denn es handelt sich hierbei lediglich um die Ausübung eines Rechtes, welches dem Gendarmen auf Grund des preussischen Gesetzes über den Waffengebrauch und in seiner Eigenschaft als preussischer Polizei- und Sicherheitsbeamter zusteht. In dem fremden Bundesstaate gelten aber weder die preussischen Gesetze, noch hat der Gendarm dort die Rechte eines Polizeis- und Sicherheitsbeamten.^{*)}

^{*)} Die Nähe der Grenze wird aber unter Umständen genügende Veranlassung sein, den Schutz rechtzeitig auf den fliehenden Gefangenen abzugeben, weil der Gendarm einfließt, daß er letzteren auf andere Art nicht wieder ergreifen kann.

Das Gerichtsverfassungsgeſetz ändert hieran nur inſofern etwas, als es den Polizei- und Sicherheitsbeamten das Recht gibt, eine Verſolgun g über die Grenze eines fremden Bundesſtaates hinaus fortzuſetzen und zur Feſtnahme zu ſchreiten.

Nach vorſtehenden Anſführungen läßt die örtliche Zuſtändigkeit im allgemeinen ſo vielfache Ausnahmen zu, daß der Gendarm in der Praxis ſich innerhalb der Grenzen des preußiſchen Staates durch ſie kaum jemals wird beengt fühlen können, ſobald ſein Einſchreiten

nach Lage der Umſtände überhaupt notwendig oder auch nur dringend wünſchenswert erſcheint. Schwierigkeiten können nur an den Landes- und Reichsgrenzen entſtehen. An letzteren ſind für ſein Verhalten die beſonderen Abmachungen maßgebend, welche mit den betreffenden Staaten getroffen worden ſind.

Als wichtigſte Vorbedingung für die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienſtes bleibt mithin nur die ſachliche Zuſtändigkeit übrig.
(Fortſetzung folgt.)

Minifterial-Erlaſſe.

Verfügung vom 11. Dezember 1907, betr. die Zahlung von Marſchgebühren und von erhöhten Tagegelbern bzw. Kommandozulagen an berittene Mannſchaften der Landgendarmarie.

Bei Sandhabung der Beſtimmungen des Runderlaſſes vom 11. Auguſt d. Js., betreffend die Zahlung von Marſchgebühren und von erhöhten Tagegelbern bzw. Kommando- zulagen an berittene Mannſchaften der Landgendarmarie, ſind nach vorliegenden Berichten Zweifel darüber entſtanden, ob die Gewährung erhöhter Tagegelber bzw. Kommando- zulagen auch dann zuläſſig iſt, wenn der betreffende Oberwachmeiſter oder Gendarm den Auftrag erhalten hat, an einem innerhalb ſeines Geſchäftsbezirks belegenen, von ſeinem Stationsorte mindedeſtens 2 Kilometer entfernten Orte zeitweilig Wohnung zu nehmen, und ihm für dieſes Kommando nach Maßgabe des Runderlaſſes vom 5. März 1879 (Min. Bl. f. d. i. V. S. 138/9) an ſich Tagegelber zuſtehen.

Durch die Gewährung der erhöhten Bezüge ſoll den berittenen Mannſchaften ein Erſatz geboten werden für die Koſten, die ihnen durch die Unterbringung ihres Dienſtperdes an denjenigen Tagen erwachſen, für welche Marſchgebühren gemäß § 4 Abſ. 4 der Allerhöchſten Verordnung vom 1. April 1874 nicht gezahlt werden können. Da ſolche Koſten an Kommandoorten innerhalb des Geſchäftsbezirks in der Regel in derſelben Höhe entſtehen werden wie an Orten außerhalb deſſelben, ſo würde es unbillig erſcheinen, hiñſichtlich der Gewährung erhöhter Tagegelber bzw. Kommando- zulagen für beide Fälle verſchieden zu verfahren. Soweit daher die Zahlung von Tagegelbern an berittene Gendarmarie-Mannſchaften für Kommandos innerhalb ihres Geſchäftsbezirks, bei denen ſie ſich ihrer Dienſtpferde zu bedienen haben, überhaupt zuläſſig ſein wird, findet die Beſtimmung unter Nr. 2 des Erlaſſes vom 11. Auguſt d. Js. entſprechende Anwendung.

Falls dagegen am Kommandoorte, ſei es außerhalb oder innerhalb des Geſchäfts- bezirks, den Mannſchaften ein Pferdſtall zur unentgeltlichen Benutzung überwieſen wird,

z. B. bei Vertretung eines Gendarmen, wenn der zu deſſen Dienſtwohnung gehörige Stall für den Vertreter zur Verfügung ſteht, ſo findet eine Zahlung der erhöhten Tagegelber bzw. Kommando- zulagen nicht ſtatt.

Enere (Tit.) erſuche ich ergebenſt, hienach gefälligſt verfahren zu wollen.

Ferner weiſe ich darauf hin, daß alle dem Erlaß vom 11. Auguſt d. Js. entgegenſtehenden Beſtimmungen, inbeſondere die Verfügung vom 2. Oktober 1884 (Min. Bl. S. 246), betr. die Gewährung von Marſchgebühren an die aus Anlaß von Truppenübungen beordneten berittenen Gendarmariemannſchaften, mit dem 1. April 1907 außer Kraft getreten ſind.

Berlin, den 11. Dezember 1907.

Der Miniſter des Innern.
Im Auftrage: v. Rißing.

Aus den Parlamenten.

Majeſtätsbeleidigung. In zweiter Leſung wurde der Geſetzentwurf, betreffend die Verſtrafung der Majeſtätsbeleidigung, vom Reichstage in der folgenden, von der Reichstagskommiſſion vorgeschlagenen Faſſung angenommen: Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutſcher Kaiſer, König von Preußen ꝛc. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zuſtimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt: Für die Verſolgung und Verſtrafung der in den §§ 95, 97, 99, 101 des Strafgeſetzbuchs bezeichneten Vergehen gelten nachſtehende Vorſchriften:

Die Beleidigung iſt nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 ſtrafbar, wenn ſie in der Abſicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Überlegung begangen wird. Sind in den Fällen der §§ 95, 97, 99 mildernde Umſtände vorhanden, ſo kann die Gefängnißſtrafe oder die Feſtungsgeſtaſt bis auf eine Woche ermäßigt werden.

Im Falle des § 95 kann neben der Gefängnißſtrafe auf Verluſt der beſleideten öffentlichen Ämter erkannt werden.

Die Verſolgung verjährt in ſechs Monaten. Iſt die Strafbarkeit nach Abſ. 2 ausgeſchloſſen, ſo finden die Vorſchriften des vierzehnten Abſchnitts des Strafgeſetzbuchs Anwendung.

Jugendliche Personen im Strafrecht. Zum Etat der Justizverwaltung ist dem Abgeordnetenhaus folgender Antrag gegangen:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

die königliche Staatsregierung zu ersuchen,

1. im Bundesrat für die schleimige Einbringung eines Gesetzesentwurfs über das Strafrecht, das Strafverfahren und den Strafvollzug in Beziehung auf jugendliche Personen einzutreten,

2. bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes die bereits angestellten Versuche, auf dem Boden des bestehenden Rechts im Wege der Verwaltung und der Geschäftsvorteilung das Strafverfahren gegen jugendliche Personen in einer ihrer Eigenart entsprechenden Weise zu gestalten, nach Möglichkeit zu fördern und zu verallgemeinern.

Haftung des Tierhalters. In dem von uns in Nr. 20 veröffentlichten Gesetzesentwurf ist u. a. nachstehender Abänderungsantrag gestellt:

Der Reichstag wolle beschließen:

der § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erhält folgenden zweiten Satz:

Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Schaden durch ein Haustier verursacht wird, das dem Verursacher der Erwerbstätigkeit oder dem Unterhalte des Tierhalters zu dienen bestimmt ist, und entweder der Tierhalter die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beobachtet hat, oder der Schaden auch bei Anwendung dieser Sorgfalt entstanden sein würde. Der Reichstag überwiegt den Entwurf mit Abänderungsentwürfen einer Kommission zur Vorberatung.

Haftung des Staates, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften für den von ihren Beamten verursachten Schaden. Aus der Mitte des Reichstags war zu der Haftpflichtfrage ein Antrag zur Beratung gestellt, der aber zurückgezogen wurde, als der preussische Justizminister

*) Der Entwurf hatte hier die Einschränkung auf die Sorgfalt bei der Beaufsichtigung.

Die Sachleitung.

Dr. Bessler die nachstehende Erklärung abgegeben hatte:

Die Staatsregierung erkennt an, daß die im § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelte Haftpflicht eines Beamten wegen Verletzung seiner Amtspflicht in erster Linie vom Staate oder Kommunalverbände zu übernehmen sei. Aber einen bereits fertig ausgearbeiteten, diesem Grundgedanken entsprechenden Gesetzesentwurf herrscht innerhalb der Staatsregierung volles Einverständnis. Der Entwurf hat nur noch die letzten Stadien zu durchlaufen, um als Vorlage bei dem Landtage eingebracht werden zu können. Es bedurfte zuvor noch einer Verständigung mit den Reichsämtern, weil die Absicht besteht, auch für das Reich ein solches Haftungsgesetz in Vorschlag zu bringen, und weil dieses mit einem für Preußen zu erlassenden übereinstimmend zu gestalten sein wird. Diese Verständigung ist nach einer mir gewordenen Mitteilung nunmehr erfolgt, und die preussische Staatsregierung wird deshalb voraussichtlich noch während der jetzigen Tagung die Gesetzesvorlage dem Landtage zur Beschlußfassung übergeben.

Gendarmarie-Etat für Elsaß-Lothringen 1908.

Dem Landesauschuß ist eine Denkschrift betreffend Wiederherstellung der Gleichheit in den pensionsberechtigten Dienstbezügen der Unterbeamten und Gendarmarie-Oberwachmeister mit den entsprechenden Beamtenkategorien im Reich und in Preußen zugegangen. Danach wird vorgeesehen, die Bezüge der Gendarmen und Gendarmarie-Oberwachmeister, wie folgt, zu erhöhen:

1. der Gendarmen auf die Dienstaltersstufen 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100 M (bisher einschließlich nicht pensionsfähiger Zulagen 1440, 1496, 1540, 1640, 1720 und 1800 M),

II. der Gendarmarie-Oberwachmeister auf 2090, 2230, 2430, 2580, 2730 M (bisher 1827, 1977, 2127, 2227 und 2327 M).

Ein neues Reichsviehseuchengesetz.

Von Königl. Polizeialexessor G. Rohrenberg, Magdeburg.

(Nachdruck verboten.)

Dem Reichstag ist vom Bundesrat der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen* (Gef. v. 23. 6. 1880/1. 5. 1894) zugegangen. Die betreffende Druckschrift — Nr. 484 — bringt zunächst den Entwurf selbst, sodann eine eingehende Begründung, demnächst eine leicht orientierende Gegenüberstellung des alten und des neu vorgeschlagenen Gesetzeswortes. Daran schließt sich eine im Kaiserl. Gesundheitsamt bearbeitete veterinärtechnische Denkschrift zu dem Ent-

wurf.*) Als Anhang ist beigelegt eine auszugswise Wiedergabe von höchst richterlichen Entscheidungen, die zu einzelnen Bestimmungen (nämlich den §§ 17—20, 22 Abs. 1, 30, 32, 65—67) ergangen sind, sowie eine Übersicht

*) Die Denkschrift bringt in der Hauptsache eine mit reichem statistischen Material belegte Geschichte der Viehseuchendämpfung seit den letzten 25 Jahren und ihres derzeitigen Standes, sodann eine wieder durch zahlreiche statistische Tabellen und graphische Darstellungen erläuterte Schilderung der einzelnen Seuchen und der zu ihrer Bekämpfung zu ergreifenden Maßnahmen.

über die Verbreitung von Viehseuchen im Deutschen Reich in den Jahren 1886—1905.

Der Entwurf wird ganz allgemein mit der Tatsache begründet, daß die Viehseuchen unter der Herrschaft des bisherigen Gesetzes trotz einiger günstiger Erfolge (z. B. bei Lungenseuche des Rindviehs, Schafpocken und Rost) doch nicht in dem wünschenswerten Maße zurückgegangen sind und daß eine Reihe von Seuchen bei Erlaß des Gesetzes vom 23. 8. 80/1. 5. 94 noch nicht so im Vordergrund des wirtschaftlichen Interesses gestanden haben wie jetzt. Es sind daher in dem Entwurf, der durchweg eine die veterinärpolizeilichen Maßnahmen verschärfende Tendenz hat, einmal solche Maßnahmen vorgesehen, die im Rahmen des Gesetzes von 80/94 nicht oder nur zum Teil ausführbar sind, und es ist ferner der Kreis der angezeigepflichtigen Krankheiten des Viehs erheblich erweitert. Eine Reihe von interessierten Vertretungen, Berufsständen und Städten ist zu dem Entwurf gutachtlich gehört worden.

Zu den einzelnen Änderungen sei folgendes bemerkt: In den einleitenden Paragraphen ist die selbständige Stellung der Militärverwaltung gegenüber den Zivilveterinärbehörden erweitert: sie ist von den „Pferden und Provianttieren“ ausgedehnt auf die „eigenen Viehbestände“ (also auch auf die Kriegshunde und Vrieftauben) und ausgedehnt auf das Kaiserliche Gesundheitsamt und die mit der wissenschaftlichen Viehseuchenerforschung betrauten staatlichen Anstalten.

In dem „Die Abwehr der Einschleppung aus dem Ausland“ behandelnden 1. Abschnitt ist bemerkenswert die Ausdehnung des Einfuhrverbots von seuchenkranken Tieren auf seuchenverdächtige Tiere sowie auf Kadaver und Teile von Tieren, die an einer übertragbaren Seuche gefallen sind oder zur Zeit des Todes an einer solchen gelitten haben oder seuchenverdächtig gewesen sind“, sowie auf sonstige Träger von Ansteckstoffen. Voraussetzung der Einfuhrverbote ist der Ausbruch der Seuche im Ausland nicht nur wie bisher bei den „Haustieren“, sondern überhaupt bei „den Tieren“, da auch nicht zu den Haustieren gehörige Tiere von ansteckenden Seuchen betroffen werden können (z. B. Wild von Milzbrand).

Von den in dem zweiten von der „Bekämpfung von Viehseuchen im Inland“ handelnden Abschnitt vorgenommenen Erweiterungen sind zwei besonders wesentlich:

a) Der Kreis der zur Anzeige verpflichteten Personen ist erweitert durch Aufnahme desjenigen, der „Vieh in Obhut hat (Wirt, Schäfer, Schweizer, Viehpfleger usw.) und der mit der Aufsicht beauftragt ist“, sowie einzelner hieher gehöriger Gewerbetreibender

(Schlächter, Trichinenschauer). Eine besonders wohl für ländliche Verhältnisse wertvolle Erleichterung der Anzeigepflicht ist dadurch vorgesehen, daß, abgesehen von der Polizeibehörde, auch einer „anderen von der Landesregierung zu bezeichnenden Stelle“ die Anzeige soll erstattet werden können.

b) Der Kreis der angezeigepflichtigen Seuchen ist erweitert durch Aufnahme des Rauschbrands, der Wild- und Rinderseuche, der Schweinepeste und Schweinepest, des Rotlaufs der Schweine, der Geflügelcholera und Pöbnerpest und der gefährlichen Formen der Tuberkulose des Rindviehs.

In den „Die Ermittlung der Seuchenausbrüche“ behandelnden folgenden Paragraphen sind die Befugnisse sowohl des beamteten Tierarztes als auch der Polizeibehörde erweitert. Letztere kann u. a., abgesehen von der Tötung, die Entnahme einer Impf- oder Blutprobe eines seuchenverdächtigen Tieres anordnen. Demgegenüber ist dem Besitzer des Tieres das Recht eingeräumt, das Gutachten eines anderen, nicht beamteten Tierarztes einzuholen, in welchem Fall dann gewisse Teile des Tieres ausbewahrt werden müssen. Eine amtstierärztliche Aufsicht der Viehhöfe und Schlachthöfe wird obligatorisch gemacht, eine solche der Betriebe von Viehhändlern und Abdeckern fakultativ eingeführt.

In dem Abschnitt „Schutzmaßnahmen gegen Seuchengefahr“ ist besonders wichtig ein neu eingeführter § 17a, welcher in 18 Ziffern im einzelnen die Maßnahmen angibt, die zum Schutze gegen die ständige Gefährdung der Viehbestände durch Viehseuchen angeordnet werden können. Diese Neuierung hat ihren Grund darin, daß die Gerichte angenommen haben, Maßnahmen, die auf Grund des § 18 des Gesetzes von 80/94 angeordnet wurden, müßten zur Voraussetzung eine ganz bestimmte Seuchengefahr haben und es müsse in Anordnungen, deren Verletzung nach § 328 StrGB. geahndet werden könne, das Vorhandensein dieser Voraussetzung in deutlicher Weise angegeben sein. Bei dieser Auffassung der Gerichte sind wiederholt (bei dem Fehlen der genannten Voraussetzung) Zuwohnerhandlungen gegen die betreffenden Anordnungen für straffrei erklärt und die Anordnungen selbst für ungültig erklärt worden. Um diesen Mißständen entgegenzutreten, ist der Veterinärpolizei in dem genannten Paragraphen eine Reihe von Präventivmaßnahmen an die Hand gegeben. Ein Teil dieser Schutzmaßnahmen bezieht sich übrigens auf gewerbliche Unternehmungen und Betriebe, für die in der Gewerbeordnung bereits einschränkende Vorschriften enthalten sind. Diese Vorschriften sollen durch die hier vorgesehenen veterinärpolizeilichen unberührt bleiben.

(Schluß folgt.)

Aus dem Landeshaushalts-Etat von Elsaß-Lothringen für das Rechnungsjahr 1908.

Gendarmerie.

Fortdauernde Ausgaben.

Kapitel 19.

Befolgungen.

Tit. 1. 1 Brigadier mit 10280 M, darunter 2760 M künftig wegfallend. Außerdem 1500 M Reisekostenabfindung.

Tit. 2. 6 Offiziere, darunter 1 Adjutant beim Brigadestabe, mit 3000 bis 5100 M, durchschnittlich 4050 M und Zulagen von durchschnittlich 1200 M. Außerdem erhalten die 5 Distrikts-offiziere je durchschnittlich 500 M Reisekostenabfindung.

Tit. 3. 1 Rentant der Brigadefasse mit 4730 bis 5930 M.

Bemerkungen. Zu Tit. 3. Der Rentant besteht für Vortragsnehmung der Befolgungsgeschäfte eine nichtpersönliche Zulage von 300 M aus dem Befolgungs-Ersparisfonds, welche mit dem Zeitpunkt des Austritts des jetzigen Stelleninhabers in das Höchstmaß von 6000 M oder beim Eintritt eines Wechsels in der Person des Stelleninhabers in Bezug kommt.

Tit. 4. 20 Oberwachmeister zu Pferde und 3 Oberwachmeister zu Fuß mit 2080, 2330, 2430, 2580 und 2730 M Gehalt. Außerdem erhalten die Oberwachmeister zu Pferde je 360 M Reisekostenabfindung und 150 M Remontefassenbeiträge, 2 Oberwachmeister zu Fuß je 540 M Reisekostenabfindung aus Titel 12 bezw. 17.

Tit. 5. 150 berittene und 266 Fußgendarmen, zusammen 416 Mann, mit 1600, 1700, 1800, 1900, 2000 und 2100 M. Die berittenen Gendarmen erhalten außerdem je 180 M Reisekostenabfindung und 150 M Remontefassenbeiträge, von den Fußgendarmen beziehen 257 die Reisekostenabfindung von je 180 M aus Titel 12 bezw. 17.

Andere persönliche Ausgaben.

Tit. 6. Vergütung für juristischen Beistand 00 M.

Tit. 7. Vergütung für Wahrnehmung der Geschäfte als Gerichtsoffizier bei der Gendarmerie-Brigade 84 M.

Zu Tit. 7. Die den Gerichtsoffizieren bei den Gerichten der niederen Gerichtsbarkeit 1. Instanz zu gemöhnlicher Zulage 18 M infolge der kürzlichen Erber vom 17. Mai 1907 allgemein auf den Jahresbetrag von 84 M festgesetzt worden.

Sächtige und vermischte Ausgaben.

Tit. 8. Pferde-Unterhaltungskosten: für 1 Brigadier 3 Rationen, für 6 Offiziere je 2 Rationen 12 Rationen, für 20 berittene Oberwachmeister 20 Rationen, für 150 Gendarmen 150 Rationen; zusammen 185 Rationen zu 530 M. Aus den Pferdeunterhaltungsgeldern müssen den Gendarmen Beihilfen für Fußbeschlage und Sturkosten gegeben werden.

Tit. 9. Zuschuß zu den Kosten der Pferdeunterhaltung für die Offiziere 2250 M.

Zu Tit. 9. Für den Brigadier 3 Pferde, für 6 Offiziere 12 Pferde, zusammen 15 Pferde, je 150 M.

Tit. 10. Bekleidung und Ausrüstung:

a) Montierungsgelder 20 berittene Oberwachmeister je 178,90 M, 3579,80 M; 150 be-

rittene Gendarmen je 165,74 M, 24 861 M; 2 Oberwachmeister zu Fuß und 257 nicht im Bureaudienst beschäftigte Fußgendarmen je 111,03 M, 28 758,77 M; 1 Oberwachmeister zu Fuß und 9 Fußgendarmen im Bureaudienst beschäftigt je 110,29 M, 1102,90 M.

b) Vesteidungs-Rebentkosten 400 M.

Tit. 11. Reisekostenabfindungen für die Offiziere:

a) für den Brigadier 1500 M.

b) für die 5 Distrikts-offiziere durchschnittlich 500 M.

Tit. 12. Reisekostenabfindungen für Reisen innerhalb des Dienstbezirks: 20 berittene Oberwachmeister je 360 M, 2 unberittene Oberwachmeister je 540 M und 407 Gendarmen je 180 M.

Tit. 13. Mieten für Dienstgebäude und Geschäftsräume 2400 M.

Tit. 14. Unterhaltung der Dienstgebäude und Geschäftsräume 40 M. Bestände sind auf das folgende Jahr übertragbar.

Tit. 15. Ausstattung, Heizung und Reinigung der Amtsräume der Brigade, einschl. der Kammeräume (Räume zur Verwahrung von Vesteidungs- und Ausrüstungsgegenständen) 680 M.

Tit. 16. Bureaugelder: 1. für den Brigadier 500 M; 2. für 5 Distrikts-offiziere je 200 M, 1000 M; 3. für 22 Oberwachmeister je 24 M, 528 M; 4. für 415 Gendarmen je 18 M, 7470 M.

Tit. 17. Remontefassen-Beiträge für 20 Oberwachmeister zu Pferd und für 150 berittene Gendarmen, zusammen für 170 Mann je 150 M.

Tit. 18. Sonstige Ausgaben (zur Verfügung des Ministeriums):

1. Vergütungen für außerordentliche Leistungen und Unterzählungen an hilfsbedürftige Gendarmen 3000 M.

2. Zur Einstellung von 27 Hilfs-gendarmen 51 544 M. Aus diesem Fonds werden die Befolgungen, Reisekostenabfindungen, Bureaugelder und die Montierungsgelder der Hilfs-gendarmen gezahlt; die letzteren beziehen das Mindesteinkommen der Gendarmen von jährlich 1800 M, 180 M Reisekostenabfindung und 18 M Bureaugeld.

Zu Tit. 18 Ziff. 2. Der Haushalts-Ertrag aus der Änderung der Dienstbezüge der Gendarmen und der Einstellung von weiteren 3 Hilfs-gendarmen infolge Vermehrung der Gendarmen im lothringischen Grenz- und Industriegebiet.

3. Unterhaltung der Munition, der Waffen, der im Besitze der Oberwachmeister und Gendarmen befindlichen Dienstfahräder und der zum Dienstgebrauch benutzten eigenen Fahrräder 1800 M.

Zu Tit. 18 Ziff. 3. 3000 M sind hier abgesetzt und bei Titel 18 Ziffer 1 in Zugang gebracht worden.

4. Reisekosten, Tagelöhner, Umzugskosten und Kommandozulagen 18 190 M.

Zu Tit. 18 Ziff. 4. Der Betrag entspricht dem zweijährigen Durchschnitt.

5. Porto, Post-, Telegraphen- und Telephongebühren, sowie Frachten dienstlicher Sendungen 80 M.

6. Ertrag der Kosten für die zu Gendarmerie-Offizieren kommandierten Pächter 2163 M.
Zu Tit. 18. Jiff. 6. Mehrbedarf infolge allgemeiner Erhöhung der Unterhaltungsstellen für die Pächter.

7. Zur Gewährung von Rietszulagen für 237 Oberwachmeister und Gendarmen in den Stationen Albersweiler, Altringen, Altlisch, Altmünster, Ars a. d. W., Kumes, Pensefeld, Wendorf, Bischweiler, Bilsch, Polchen, Bollweiler, Brunkast, Büsendorf, Chäneau-Salins, Colmar, Dammerkirch, Delme, Diedenhofen, Dieuze, Erstein, Kallenberg, Jentsch, Jinsingen, Gebweiler, Gravelotte, Großbittersdorf, Großhettlingen, GroßRosenau, Großröthen, Habsheim, Haguenau, Haringen, Herlingen, Illrich, Illzach, Kientingen, Kreuzwald, Kuzel, Lutterbach, Matzies b. Weg, Markkirch, Masmünster, Reg, Rörchingen, Montigny b. Weg, Montois-la-Montagne, Mühlhausen, Münster, Neubersbach, Niederbrom, Novant, Palsburg, Neuellen bei Weg, Rappoltsweiler, Remilly, Rohrbach, Rombach-Stahlheim, Rothau, Saaralben, Saarburg, Saargemünd, Saarunion, Schiltigheim, Schirmied, Schlettstadt, Tennenheim, Tiercé, Sierens, St. Amarin, St. Avold, St. Ludwig, Strassburg, Sultz, Thann, Uedingen, Vendenheim, Vigny, Wallingen, Weißenburg, Wolmeringen und Jauern in der Höhe von 25 bis 75 M. durchschnittlich 50 M. 11 850 M.

Zu Tit. 18. Jiff. 7. Die Höhe der Wohnungsmieten und die Leistung der Lebensmittel in den Gemeinden Kuzel, Masmünster und Wolmeringen läßt die Gewährung von Rietszulagen in diesen Gemeinden als geboten erscheinen.

8. Zu außerordentlichen Zuwendungen an Oberwachmeister und Gendarmen, welche nach mehr als 30jähriger Dienstzeit (die aktive Militärdienstzeit mitgerechnet) aus der Gendarmerie ausscheiden, 10 000 M. Oberwachmeister und Gendarmen, welche eine Gefängniszeit von 30 Jahren zurückgelegt haben, erhalten für jedes weitere Dienstjahr eine Prämie von 100 M. bis zum Höchstbetrage von 1000 M. Die Prämien werden gezahlt, wenn der Berechtigte mit Pension ausscheidet. Auf Verzinsung haben die Berechtigten keinen Anspruch.

9. Zur Vergütung für Rechnungsgeschäfte und für unvorhergesehene Ausgaben 2500 M.

Einmalige Ausgaben. Verwaltung des Innern. Gendarmerie.

Kapitel 19.

Zur Beschaffung von weiteren 20 Fahrrädern für den Gendarmeriedienst 4000 M.

Zu Kapitel 19. Die Beschaffung von weiteren 20 Fahrrädern ist im Interesse des Gendarmeriedienstes in hohem Grade wünschenswert. Der Einkaufspreis hat sich von 230 auf 280 M. für das Rad erhöht.

Erlebtes und Erfahrenes.

Verbrechen gegen das leibende Leben.

Von Kam. R. B. Jech in Wöllingen (S. Wrg.).

Im August 1906 war bei den Einwohnern meines Standorts ein Gerücht im Umlauf, daß sich einige Mädchen, welche in anderen Umständen waren, von einer Mannsperson die Leibesfrucht hätten abtreiben lassen. Ich forschte sofort nach, konnte aber zu keinem Ergebnis kommen, da alle diejenigen Leute, welche wohl Angaben machen konnten, sich ganz still verhielten.

Zwischen war auf dem Polizeiamt Anzeige eingegangen und die Mädchen F. und B. als diejenigen bezeichnet worden, denen die Leibesfrucht abgetrieben war. Die Anzeige wurde der königlichen Staatsanwaltschaft in Saarbrücken eingeliefert, welche eine strenge Untersuchung einleitete, aber die Mannsperson nicht ermitteln konnte, weil die Mädchen angaben, von einer solchen nichts zu wissen, und auch den Eltern und dem Arzt über ihre plötzlichen Erkrankungen alle möglichen lügenhaften Angaben machten. So verlief die Untersuchung bis zum Februar 1907 vergeblich.

Da lam eines Abends der Arbeiter F., der Vater des beschuldigten Mädchens, in mein Quartier und übergab mir einen von der königlichen Staatsanwaltschaft Saarbrücken erhaltenen Brief mit der Bitte, ihm über den Inhalt Auskunft zu erteilen, da er nicht begreifen konnte, was die königliche Staatsanwaltschaft von ihm wolle. Nachdem ich den Brief gelesen hatte — es war eine Anklageschrift — beehrte ich den F. und bat, den Brief bis zum andern Abend besorgen zu dürfen; ich würde ihm den Brief in seine Wohnung bringen und er möge auch die B. dorthin bestellen, da ich die beiden Mädchen zu sprechen wünschte.

Ich machte mir aus der Anklageschrift Notizen und hörte später die beiden Mädchen eingehend ab, konnte aber auch jetzt den Mann nicht ermitteln, da ihnen sein Name unbekannt war. So viel konnte ich aber feststellen, daß er eine große Person gewesen sei, helle Kleider angehabt habe und Bäder sein müsse.

Auf dem Heimweg sah ich in einem Bäderladen noch Nicht, ging hinein und traf dort die Tochter des Meisters, die ich fragte, ob irgend ein Mann in derselben Straße wohne, welcher früher Bäder gewesen sei. Das junge Mädchen dachte nach und teilte mir dann mit, daß im Rebenhause ein Mann in einem Dachzimmer wohne, der Bäder sei und in einem Orte bei Saarlouis arbeite; er läme aber jeden Sonntag vormittag nach Hause.

In meinem Quartier schrieb ich zu später Nachtstunde die Anzeige über meine Ermittlungen und ging damit am Sonntagvormittag zu dem Kameraden R. B. Schmidt, den ich mit mir zu kommen bat, da ich eine wichtige Sache zu ermitteln sei. Wir begaben uns zu den beiden Mädchen und ersuchten dieselben, in den oben erwähnten Bäderladen zu gehen. Schmidt blieb bei ihnen im Laden, während ich selbst mich zu dem im Dachzimmer wohnenden Bäder F. begab und ihn ersuchte, mit mir zu kommen.

Als ich mit demselben in den Laden hineinkam, winkte mir die B. zu, daß er die gesuchte Person sei. F. wurde sogleich festgenommen und der Polizeiverwaltung übergeben; er wollte sein Verbrechen nicht gleich angeben, tat es aber später.

Nicht nur F. und die beiden Mädchen F. und B. kamen in Untersuchung, sondern noch drei andere Mädchen, welche von der Strafammer in Saarbrücken zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. F. dagegen erhielt 4 Jahre Zuchthaus wegen Verbrechen gegen das leibende Leben.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderbeisitzern geteilt sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Wahrnehmung berechtigter Interessen. Soweit die Form einer Äußerung notwendig ist, um den Gedanken sachgemäß wiederzugeben, kann die Bestrafung einer zur Wahrnehmung berechtigter Interessen vorzubeachtenden Verleumdung „aus der Form“ nicht erfolgen. Erst dann, wenn diese Grenze überschritten wird, ist ein Befall der Strafschuld möglich. Die zur Strafbarkeit führende Absicht der Verleumdung kann erst dann aus der Form hervorgehen, wenn die gewählten Worte einzeln oder in ihrer Zusammenstellung oder in ihrer äußeren Erscheinung zur Äußerung des Gedankens nicht erforderlich sind. Die Verleumdungsabsicht muß aber nicht unbedingt daraus gefolgert werden. Bei der tatsächlichen Würdigung des in der Überschreitung der Grenzen des Notwendigen liegenden Beweisgrundes ist die Persönlichkeit des Täters in Betracht zu ziehen; Fähigkeit im sprachlichen Ausdruck, Gemütszustand, Erregung durch den Anlaß zur Wahrnehmung berechtigter Interessen und Absehung in deren Verfolgung verdienen Berücksichtigung. Auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse kann der Richter zu der Ansicht gelangen, daß der Täter, welcher seine Beleidigung — sachlich unnötig — übertrieben, verstärkt oder vergrößert, dies nur in dem Glauben getan hat, die von ihm gewählte Form sei zur Wahrung seiner berechtigten Interessen erforderlich, so daß er sich nicht bewußt gemeien ist, die durch diesen Zweck bestimmten Grenzen zu überschreiten. — Entsch. 11. StrSen. RG. vom 15. Oktober 1907, II 520/07, Bd. 40, 317. —

Deutsches Reich. Angabe eines falschen Namens gegenüber dem Wahlvorsteher bei einer Reichstagswahl. Wahlfälschung. Wer dem Wahlvorsteher gegenüber sich für einen anderen Wahlberechtigten ausgibt, macht sich einer Übertretung nach § 360, 8 StGB. schuldig, denn das Amt des Wahlvorstehers ist nach § 9 Abs. 2 des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 ein unentgeltliches Ehrenamt, der Wahlvorsteher als Organ der Staatsgewalt unter öffentlicher Autorität für die Zwecke des Staates tätig und deshalb Beamter im Sinne des §§ 359, 360, 8 StGB.*) Auch gehört es zu den Pflichten des Wahlvorstehers, die Identität der sich meldenden Wähler festzustellen. Wird durch die falsche Namensangabe das Ergebnis der Wahlhandlung verfälscht gefälscht, dann liegt Idealkonkurrenz

mit § 108 Abs. 2 StGB. vor. Gelangt aber die Wahlfälschung nicht zur Vollendung, so bleibt die falsche Namensangabe aus § 108 StGB. kraftlos, da der Versuch der Wahlfälschung nicht unter Strafe gestellt ist. Es tritt aber Bestrafung aus § 360, 8 StGB. ein. Denn eine an sich strafbare Handlung wird nicht dadurch kraftlos, daß sie bestimmt war, als Mittel zu einer anderen Straftat zu dienen, dazu aber schließlich nicht gebient hat. — Entsch. RG. vom 10. Juni 1907, III 386/07, Bd. 40, 201. —

II. Kammergericht.

***Preußen. Kraftfahrzeuge.** Durch Polizeiverordnung kann rechtsgültig vorgeschrieben werden, daß Kraftfahrzeuge so einzurichten seien, daß die Verlastigung von Personen durch Rauch oder Dampf möglichst ausgeschlossen wird. Eine solche Vorschrift bezweckt die Regelung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Straße im Sinne des § 30 PolVerwGes. Rauchentwicklung kann leicht Ursache zum Scheuen bringen und die Absicht der Strafe bezweckt beeinträchtigen, daß dadurch Zusammenstöße herbeigeführt werden. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 12. Dezember 1907 in Sachen Müller-Weelin. C. v. R.

***Preußen. Jagdpolizei.** Ein Förster erlangt durch seine Verleihung auf das Forst- und Jagdgesetz die Rechte eines öffentlichen Beamten. Aber seine Befugnisse gehen damit nicht über die der königlichen Forstbeamten hinaus. Abweichend von der Rechtsprechung des Reichsgerichts nimmt das Kammergericht an, daß diese Beamten nicht berechtigt sind, in einem Privatjagdbezirk, des ihrem Schutz nicht ausdehnlich unterstellt ist, forst- und jagdpolizeiliche Funktionen wahrzunehmen. Die §§ 37 und 40 des Dienstinstruktion für die königlichen Förster vom 23. Oktober 1888 sind dahin auszulegen, daß die königlichen Förster über Straftaten in Privatjagdbezirken zwar Anzeige machen müssen, daß ihnen aber in solchen Bezirken die jagdpolizeilichen Befugnisse nicht zustehen. Dieser Auffassung ist auch der Landwirtschaftsminister. Wäre der Privatförster nicht befugt, den Jagdschutz an der Gemeindefang auszuüben und hat sich der gegen ihn gerichtete tätliche Angriff in der Gemeindefang zugetragen, so liegt der Tatbestand des Vergehens gegen § 117 nicht vor. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 18. November 1907 gegen Kocawitz-Nischline. C. v. R.

***Preußen. Kraftwagenführer.** Führer eines Kraftwagens im Sinne der Kraftwagenverordnungen und für unterlassene Beleuchtung verantwortlich ist auch der Eigentümer des Fahrzeugs, selbst wenn er den Wagen nicht leitet. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 6. Januar 1908 in Sachen Fischer-Freienhagen. — C. v. R.

*) Vgl. Entsch. II. StrSen. RG. vom 25. Oktober 1897, Ollendorfs Archiv 15, 324.

*Preußen. Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Die Bildung eines Bureaus und eine förmliche Leitung ist zum Begriff der Versammlung nicht unbedingt erforderlich. Auch dann liegt eine Versammlung vor, wenn eine Anzahl Leute zusammenkommen und zwanglos an einzelnen Tischen Platz nehmen, um die Redner anzuhören. Die Aufforderung, der Organisation der christlichen Bergarbeiter beizutreten, an die sich eine Schilderung der Vorteile der Organisation in Lohn- und Streikfragen knüpft, ist eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Eine solche Versammlung war angemessen. — Entsch. 2. StrSen. RG. vom 3. Januar 1908 in Sachen Hodel-Saarbrücken. — C. v. R.

*Preußen. Lichtbildervortrag als Lustbarkeit. Ein Lichtbildervortrag gilt als Lustbarkeit, wenn der Hauptzweck der Veranstaltung die Erregung und Unterhaltung der Zuschauer ist. Welche Zwecke die Besucher verfolgen, ist ebenso wenig entscheidend wie ein etwaiger Nebenzweck des Veranstalters. Ist aber die Absicht, zu unterrichten, zu bilden, religiös zu erbauen oder den Absatz im Lichtbilde vorgeführter Kunstgegenstände zu fördern, der Hauptzweck, dann ist die Vorführung keine Lustbarkeit, mag auch mancher Besucher lediglich der Unterhaltung wegen hingehen. Zum Begriff der Lustbarkeit gehört es nicht, daß es sehr lustig zugeht. Ein Lichtbildervortrag kann auch dann eine Lustbarkeit sein, wenn er nicht auf Erregung der Heiterkeit abzielt. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 18. Dezember 1907 in Sachen Eghertski und Dr. Senba-Kattowich. — C. v. R.

*Preußen. Dunkelheit im Sinne einer Polizeiverordnung für Kraftwagen. Dunkelheit im Sinne einer der Beleuchtung des Kraftwagen während der Dunkelheit anordnenden Vorschrift ist das Fehlen des Tageslichtes. Daß Mondschein herrscht, schließt die Beleuchtungspflicht nicht aus. Beleuchtet muß ein Kraftwagen auch dann sein, wenn er auf der Straße vor einem Gasthaus hält und auch dann, wenn der Motor abgeschaltet ist. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 12. Dezember 1907 in Sachen Fischer-Dagen. — C. v. R.

*Preußen. Frühverkauf von Branntwein. Eine Polizeiverordnung, die den Branntweinverkauf in den frühen Morgenstunden verbietet, will es verhindern, daß die Bevölkerung schon früh morgens in den Besitz von Branntwein gelangt. Sie wird auch dadurch übertritten, daß der Branntweinhändler den Branntwein auf seinem Hofe zur Abholung am Morgen bereit stellt. — Entsch. 1. StrSen. RG. vom 2. Dezember 1907 in Sachen Hölzel-Düffeldorf. — C. v. R.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

*Preußen. Versammlungsraum. Ein unbedingtes Verbot, an Sonntagen Versamm-

lungen in einem bestimmten Raum abzuhalten, läßt sich nicht damit rechtfertigen, daß der Hinterausgang, dessen Vorhandensein nach der Polizeiverordnung über die bauliche Anlage und innere Einrichtung von öffentlichen Versammlungsräumen Bedingung ist, in der Regel an Sonntagen verschlossen gehalten wird. Das Verschlossenhalten beweist nicht, daß die Tür nicht offen gehalten werden kann. — Entsch. OVG. vom 17. Dezember 1907 in Sachen von 4 Knappschaftsmitgliedern in Dorst. — C. v. O.

*Preußen. Sonntags-Versammlungen. Öffentlichkeit. Im Gegensatz zum Kammergericht vertritt der Senat die Ansicht, daß Polizeiverordnungen auch öffentliche, nicht gottesdienstliche Versammlungen einer den Schutz der äußeren Verhüllung der Sonn- und Festtage bezweckenden Regelung unterwerfen dürfen, sofern die Bestimmungen darüber nicht auf eine ausnahmsweise Beschränkung des Versammlungsrechtes allein abzielen. Die Oberpräsidialverordnung für Westfalen vom 21. Juli 1897 verbietet während der Zeit des Gottesdienstes nicht nur öffentliche Versammlungen, sondern auch andere, die Anse der Sonn- und Feiertage beeinträchtigenden Veranstaltungen und ist deshalb als rechtmäßig anzusehen. Waren zu der Versammlung alle Mitglieder des Knappschaftsvereins eingeladen, der sämtliche Vergleute des Oberbergamts umfaßt, so ist die Versammlung öffentlich, denn eine solche Anzahl von Personen bildet nicht mehr einen durch persönliche Beziehungen zusammengehaltenen, nach außen abgeschlossenen Kreis. — Entsch. OVG. in Sachen von 4 Knappschaftsmitgliedern in Dorst vom 17. Dezember 1907. — C. v. O.

*Preußen. Polnische Familienverbände. Zugugeben ist, daß die Satzung eines Familienverbandes, die die Handhabe dazu gibt, den Übergang seines Grundbesitzes in deutsche Hände zu verhindern, insoweit auch den Interessen des Staates, den Übergang polnischen Grundbesitzes in deutsche Hände zu fördern, entgegenarbeitet. Die Durchführung des Vereinszwecks berührt in der Wirkung ein Staatsinteresse. Indessen genügt das nicht zu der Feststellung, daß der Verein mit seinen Satzungen nationalpolnischer Zwecke verfolge. Davon könnte nur die Rede sein, wenn dadurch nachweislich unmittelbar die Gesetzgebung oder die Verwaltung des Staates beeinflusst werden sollte. — Entsch. OVG. in Sachen Arensta-Posen vom 17. Dezember 1907. — C. v. O.

*Preußen. Rechtskraft der Polizeikundenfestsetzung. Wenn für eine Wirtschaft ausnahmsweise eine frühere als die durch Polizeiverordnung allgemein vorgesehene Polizeikunde durch unanfechtbar gewordene Verfügung festgesetzt ist, so erlangt diese Festsetzung nicht die Bedeutung einer dauernd unter allen Umständen unabänderlichen Maßregel. Der Ausnahmezustand kann vielmehr

nur so lange aufrecht erhalten werden, als tatsächliche Voraussetzungen, welche die Polizeibehörde zu dem Einschreiten berechtigt hatten, vorliegen. — Entsch. III. Sen. OBG. vom 26. Oktober 1906, III 2065, Bd. 50, 364. St.

Preußen. Förderung der Bällerei durch hartnäckige Überschreitung der Polizeistunde. Die hartnäckige Überschreitung der Polizeistunde durch einen Schankwirt rechtfertigt die Befolgung, daß er, wenn er im Besitz der Schanklerlaubnis belassen würde, auch in Zukunft das Gewerbe zur Förderung der Bällerei mißbrauchen werde; denn die Festsetzung einer Polizeistunde erfolgt, um der Bällerei vorzubeugen. — Entsch. III. Sen. OBG. vom 16. Dezember 1907 gegen einen Schankwirt in Porey. St.

IV. Bayerischer Verwaltungsgerichtshof.

Deutsches Reich. Erteilung einer Schank-erlaubnis vor Fertigstellung der Wirtschaftsräume. Wesentlich ist die Annahme, daß eine Schanklerlaubnis nur auf ein fertig gebautes Haus verliehen werden könne. Wie in Theorie und Praxis feststeht, ist nicht erforderlich, daß der Bewerber um eine Schank-erlaubnis bereits zur Zeit der Gewuchstellung im Besitz von passenden Räumlichkeiten sich befinde. Was auf Grund der Reichsgewerbeordnung gefordert werden darf, beschränkt sich darauf, daß das vom Unternehmer bezeichnete Lokal in bezug auf Weschaffenheit und Lage den polizeilichen Anforderungen in dem Zeitpunkt entspricht, in welchem der Wirtschaftsbetrieb eröffnet werden soll. Es kann deshalb die Erteilung der Erlaubnis unter der Auflage erfolgen, daß der Nachsuchende an den zum Wirtschaftsbetrieb bestimmten Räumlichkeiten vor Beginn der Ausübung die von der Behörde als notwendig bezeichneten Änderungen vornehme. Sie kann aber auch vor Fertigstellung der Wirtschaft auf Grund der vorgelegten baupolizeilich genehmigten Baupläne erfolgen, wenn letztere die Weschaffenheit und Lage der Wirtschaftsräume zur Genüge erkennen lassen. In letzterem Falle ist die rechtliche Wirksamkeit der erteilten Erlaubnis von der entsprechenden Herstellung der Räume abhängig. — Entsch. VobOGH. vom 3. April 1907, Gl. 28, 96. St.

V. Sächsisches Oberverwaltungsgericht.

Deutsches Reich. Veränderungen im Betriebe gewerblicher Anlagen. Eine neue Genehmigung aus §§ 16 ff. GewO. ist bei Betriebsänderungen nur dann erforderlich, wenn mit der Änderung gleichzeitig eine Änderung der Voraussetzungen erfolgt, unter denen die erste Genehmigung erteilt war. Andernfalls schließt die erste Genehmigung bereits die Genehmigung für alle späteren Betriebsänderungen in sich. — Entsch. II. Sen. SächsVOG. vom 10. Oktober 1903. — II, 128. — Jahrb. 9, 332. — St.

VI. Bezirksausschuß Berlin.

***Preußen.** Rechtskraft verjagender polizeilicher Bescheide. Vorgartenbenutzung zum Schankbetriebe. Die nachgeforderte Erlaubnis zur Benutzung eines Vorgartens zu Ausschankzwecken bedeutet eine Ausnahme von der durch Polizeiverordnung gegebenen Regel, daß Vorgärten ihrer gärtnerischen Bestimmung dienen sollen. Es kann daher nicht materiell auf die Rechtskraft einer früheren, das gleiche Gesicht zurückweisenden Verfügung Bezug genommen werden. Jederzeit können Gründe, welche die Bewilligung einer Ausnahme der Polizeibehörde richtig erscheinen lassen, entstehen; deshalb kann trotz früherer Zurückweisung jederzeit der Antrag erneuert werden. Die Ablehnung ist jedoch nur anfechtbar, wenn der Nachweis erfolgt, daß ohne das Vorhandensein polizeilicher Erwägungen, somit willkürlich die Verfolgung erfolgt ist. Abgesehen davon, ob überhaupt die Bewilligung einer anderen Ausnahme die Ablehnung einer zweiten Bewilligung als willkürlich erscheinen lassen könnte, würden lediglich wohlletztogene polizeiliche Rücksichten dann befolgt sein, wenn grundsätzlich neue Ausnahmen nicht mehr erteilt, sondern nur noch für die Nachfolger in solchen Vorgärten, für die Ausnahmen früher bestanden, eine solche belassen würde. Wesentlich andere Gesichtspunkte kommen für die Verlängerung eines bisherigen Bestandes als für die neue Gewährung einer Ausnahme in Betracht. — Entsch. WB. Berlin Abt. I vom 13. Dezember 1907, I A 68/1907 in Sachen Gienke. — St.

VII. Schöffengericht Wiesbaden.

Preußen. Alford-Guppe für Kraftfahrzeuge. Die Benutzung einer mehrtönigen Guppe, die die Töne nur gleichzeitig zu Gehör bringt, ist zulässig, auch wenn sie neben der eintönigen am Kraftwagen besetzten Guppe und wenn sie nicht mit dem für diese vorgeschriebenen Gummiball, sondern mit dem Rinde in Wirksamkeit gesetzt wird. — Entsch. SchG. Wiesbaden vom 12. September 1907. — St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Kinematographen. Mit Rücksicht einerseits auf die Feuergefährlichkeit der kinematographischen Vorrichtungen, andererseits auf ihre vielfach höchst bedenkliche ethische Wirkung besonders auf jugendliche Zuschauer macht der preussische Minister des Innern auf die für Berlin ergangene Polizeiverordnung vom 30. September 1907 aufmerksam. Er überläßt aber den Provinzialbehörden und Ortpolizeiverwaltungen die Erwägung, ob und inwieweit die örtlichen Verhältnisse den Erlaß ähnlicher Vorschriften erfordern.

Zum Polizeiwachtmeister in Kosten wurde Kam. Gb. Kautz aus Jülichau gewählt. Verbrechen und Vergehen. Verhaftung eines Mörders durch einen Gendarmen.

Dem Kametaben W.S. Poberosi zu Nicolai gelang es, bei einem Inspektionsritt den wegen eines vor zwei Jahren in Ermannellegen begangenen Mordes geinachten Zigenner Eurlanski zu verhaften.

Schwere Ausbrechungen begingen in Krat vier Vergleute dem Kam. W.S. Kranz gegenüber. Der Vermeite sah sich genötigt, die Angreifer, die ihm sein Seitengewehr entziffen hatten, mit der Schußwaffe abzuwehren.

Zigenner. Eine diebische Zigennerin wußte Kametab Raasch aus Kunzendorf nach einem heftigen Kampf mit der Wande, die die Diebin verborgen hielt, festzunehmen. Der Kametab der Gendarmeriestation Schlegel leistete ihm hierbei Hilfe.

Der Gendarmenmord von Froschau vor dem Schwurgericht. Wir hatten in Nr. 19 des „Gendarm“ von dem Totschlag des bayerischen Kametaben Johann Schönbberger des Votens Witterfeld durch die Brüder Probit berichtet. Die Totschläger sind nunmehr vom Schwurgericht zu Straubing verurteilt worden, der eine der Brüder wegen Totschlags und Raubes zu 15 Jahren Zuchthaus der andere wegen Beihilfe zu 6 Jahren Zuchthaus. Außerdem wurden beiden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre aberkannt.

Politisches. Polenprozeß in Bochum. Vor der Strafkammer zu Bochum fand in der Berufungsinstanz eine Verhandlung gegen zwei Polen wegen Verleumdung der Wattenfelder Polizeiverwaltung statt. Der Vorliegende warf in der Urteilsbegründung den Polen Fanatismus, unerhörte Urteilslosigkeit und Verblendung vor. Ihr Vorgehen richtete sich gegen den preussischen Staat, welcher sie aus halbasiatischer Kultur herausgeholt und zu gestiteten Menschen emporgehoben habe. Statt diesem Staate dankbar zu sein, würden die Polenmassen verführt, sich gegen die preussische Verwaltung aufzulehnen.

Kroatisches. Ausgewiesen wurden die Kroaten aus mehreren Orten der Sieggegend wegen der von ihren Landsleuten verübten wiederholten Überfälle und Mordtaten. Den Schankwirten wurde die Verabsolung geistiger Getränke an Kroaten untersagt.^{*)}

Sozialdemokratisches. Wegen Verleumdung der Ebersfelder Polizei wurde der Schriftleiter der sozialdemokratischen „Freien Presse“ zu Ebersfeld zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte berichtet, daß Mißhandlungen Gefangener durch Ebersfelder Polizeibeamte und Wächter so an der Tagesordnung wären, daß es die Spagen von den Dächern pfließen. Die Spagen ließen ihn bei seinem Wahrheitsbeweis aber gründlich im Stich.

Wahlrechtskundgebungen veranstalteten die Sozialdemokraten am 26. Januar in Solingen. Nach Schluß einer Versammlung zogen etwa 1500 Personen unter Abzingen des Wahlrechts-

liedes dem Rathause zu, wurden aber von der Polizei auseinandergetrieben. Besonders widerpenstig benahm sich eine Horde junger, für die Reichstagswahlen noch gar nicht wahlberechtigter Burichen.

Streikunruhen bei Burglengensfeld. Auf der Warhütte bei Burglengensfeld kam es anlässlich eines Streiks zu wüsten Szenen. Es wurde eine Verhaftung der Gendarmerie im Streikgebiet auf über 100 Mann erforderlich. Gegen eine größere Anzahl Arbeiter wird wegen Landfriedensbruchs Anklage erhoben werden müssen; andere haben polizeiliche Strafverfügungen in Höhe von 5—14 M erhalten.

Personalveränderungen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Oberst Leht, Brigadier der 11. Gendarmerie-Brigade, die Erlaubnis zur Anlegung des Fürstlich Waldeckischen Verdienstkreuzes 2. Kl. zu erteilen geruht.

Seine Majestät der Kaiser und König haben die Erlaubnis zur Anlegung zu erteilen geruht: des Herzoglich Braunschweigischen Ehrenzeichens: dem Fußgendarmerie-Wachmeister Peters in der 4. Brig.; des Königlich Rumänischen goldenen Ehrenzeichens für treue Dienste: dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Schröder V in der 8. Brig.; des Königlich Sächsischen Allgemeinen Ehrenzeichens: den Fußgendarmerie-Wachmeistern Elger und Raaser in der 10. Brig.

Ordensauszeichnungen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 18. Januar d. J. zu verleihen geruht: das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens: dem Gendarmarie-Oberwachmeister J. F. Ammes in Blumenthal, 10. Brig.; das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Gendarmarie-Oberwachmeister Viermann in Witterfeld und dem Fußgendarmerie-Wachmeister Brandt in Dürrenberg, beide in der 4. Brig.; dem Gendarmarie-Oberwachmeister Walter in Kempen i. P., 5. Brig.; den Fußgendarmerie-Wachmeistern Köcher in Münsterberg, Krongel in Friedenshütte, und Pfstanzl in Tambrau, 8. Brig.; den Fußgendarmerie-Wachmeistern Strohmenger in Werne a. L., Klemm in Ebersfeld und dem berittenen Gendarmarie-Wachmeister Böde in Osen, 7. Brig.; den Fußgendarmerie-Wachmeistern Lucas in Siegburg, Schöning in Dudenborn, Buttard in Coblenz sowie den berittenen Gendarmarie-Wachmeistern Spieckel in Rastierquartier, Schläger in Cronenberg und Stalberkamp in Wemmetweiler, 8. Brig.; dem Fußgendarmerie-Wachmeister Feidelberger in Dirschlag, 9. Brig.; den Fußgendarmerie-Wachmeistern Eißert in Niederrhauen, Behrmann in Orb, Klee in Oberuhl, Köller in Großenmündorf und Paridon in Alendorf, 11. Brig.; dem Gendarmarie-Oberwachmeister Nicolano in Verent sowie den Fußgendarmerie-

^{*)} Eine solche Unterlegung ist zweifellos rechtmäßig und zweckmäßig. Einem Wirt, der einem solchen Verbot wiederholt zuwiderhandelt, kann wegen Förderung der Böhler die Polizeistunde verfürzt und die Schenkerlaubnis entzogen werden. Die Schriftleitung.

Postmeistern Rafalewsky in Eulmsee und
Rutkowski in Gofsin; 12. Brig.

Sonstige Veränderungen.

1. Brigade.

b. B. Schreiber II, Heilsberg, die Nr. II fällt fort. — b. G. a. Fr. Radtke, Rominten, am 1. 2. 08 nach Kr. Staisgirren vers. — b. G. a. Fr. Lehmann wird nicht in Plätschen, sondern in Rautschken stationiert. — b. B. Matowla, Heiligenthal i. Fr., am 1. 2. 08 nach Kivitten vers. — b. G. a. Fr. Sabrowski, Kivitten, am 1. 2. 08 nach Heiligenthal, OPr., vers. — b. B. Krämer, Heiligenbeil, am 14. 1. 08 nach Guntzenen b. Bistokaafen fmdrt. — Bz. Paulschin, Serfelen, am 9. 1. 08 nach Prohlauen b. Spittschmen fmdrt. — Bz. Haase, Willfallen, am 9. 1. 08 nach Schirwindt fmdrt. — Bz. Janson I, Königsberg i. Fr., am 2. 1. 08 nach Correnen b. Potunden (Kro. Königsberg Fr.) vers. — Bz. Riesling, Puschdorf, am 23. 1. 08 nach Jänkerburg fmdrt. — Bz. Steinte, Hgl. Schmell, am 1. 1. 08 nach Kivitten OPr. fmdrt. — Bz. Graetich, Zimmerbude, am 1. 1. 08 nach Bistokaafen fmdrt. — Bz. John II, Cumebuen, am 27. 1. 08 nach Bistokaafen fmdrt. — Bz. John II, Cumebuen, am 1. 11. 07 nach Hofitten zur. — Bz. Kehrung fmdrt., am 16. 12. 07 vom Ambo. zur. — Bz. Radtke II, Dannen b. Ezigwindt, am 14. 11. 07 nach Urbantatschen b. Sobargen fmdrt., am 25. 12. 07 vom Ambo. zur. — Bz. Mahnte, Rud., am 14. 11. 07 nach Cunttitten b. Paffanigen fmdrt., am 26. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Weinberg, Jalsubben b. Kumierto, am 4. 12. 07 nach Hl. Ebengowen b. Ederberg fmdrt., am 26. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Deutschklämer, Grammen, Kr. Ortelsburg, am 1. 12. 07 nach Paffenheim fmdrt., am 28. 12. 07 vom Ambo. zur. — Bz. Jegella, Erlowen, am 7. 12. 07 nach Lipowen b. Erlowen fmdrt., am 31. 12. 07 vom Ambo. zur. — Bz. Rodfus, Memel, am 2. 9. 07 nach Kivitten OPr. fmdrt., am 1. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Dangel, Kobljoen, am 6. 8. 07 nach Plätschen fmdrt., am 2. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Redien, Ortelsburg, am 27. 11. 07 nach Plätschen b. Widminnen fmdrt., am 3. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Widel, Arnau, Pregel., am 8. 12. 07 nach Correnen b. Potunden fmdrt., am 4. 1. 08 vom Ambo. zur. — b. B. Kübbel, Manfinslaufen b. Kugeleit, am 20. 11. 07 nach Kr. Staisgirren b. Staisgirren fmdrt., am 4. 1. 08 vom Ambo. zur. — b. B. Walzmann, Kuten, Kr. Angerberg, am 6. 12. 07 nach Sobieden b. Baumingen fmdrt., am 13. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Brunau, Kriegsbeunen b. Stampowillen, am 29. 11. 07 nach Seilmahnen b. Seilen fmdrt., am 14. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Friebe, Reibenburg, am 15. 11. 07 nach Hl. Etschau b. Reibenburg fmdrt., am 16. 1. 08 vom Ambo. zur. — b. B. Gutzeit II, Marggrabowa, am 1. 12. 07 nach Seidranfendomäne b. Marggrabowa fmdrt., am 19. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Samann, Warbassen b. Wiermissen, am 29. 1. 07 nach Wittlowen b. Ezielsen fmdrt., am 19. 1. 08

vom Ambo. zur. — Bz. Chiffel, Egarren b. Gurnen, Kr. Golbap, am 11. 11. 07 nach Pabbeln b. Spittschmen fmdrt., am 20. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Schoenfee, Guttstadt, am 4. 11. 07 nach Bunden b. Roggenhausen OPr. fmdrt., am 23. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Janowsta, Matzschmen, am 1. 12. 07 nach Reddien b. Spittschmen fmdrt., am 23. 1. 08 vom Ambo. zur. — b. B. Klauert I, Korfitten, am 20. 11. 07 nach Hlzbundzen b. Iderbassen OPr. fmdrt., am 24. 1. 08 vom Ambo. zur. — b. B. Went I, Wattenfemen, am 7. 12. 07 nach Zodeham, Kr. Gumbinnen, fmdrt., am 21. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Bontta, Gelandzen b. Wittfahnen, am 11. 12. 07 nach Jänkerburg fmdrt., am 24. 1. 08 vom Ambo. zur. — b. B. Schmidt III, Spittschmen, am 12. 12. 07 nach Tagutischen b. Spittschmen fmdrt., am 26. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Grafhunder, Kr. Friedrichsdorf OPr., am 1. 2. 08 an Jadertraufheit gestorben.

2. Brigade.

b. B. Scharffe, Schlawe, am 24. 11. 07 nach Hl. Schlawin b. Carwig fmdrt., am 9. 1. 08 vom Ambo. zur.

3. Brigade.

Oz. Tilsch, Eöpenid, am 1. 2. 08 nach Berlin W. 10, Bendlerstr. 27, fmdrt. — b. B. Samierski, Kremen, am 1. 2. 08 nach Eöpschin, Kr. Teltow, vers. — b. B. Radtke II, Eöpschin, am 1. 2. 08 nach Kremen vers. — b. B. Radt., postm. Verzeichn. jetzt Kauen, Markt.

4. Brigade.

Bz. Ernst, Burgörner, am 8. 1. 08 nach Ermsleben fmdrt. — Bz. Koch II, Stahfurt, am 27. 1. 08 an Blutburg gestorben.

5. Brigade.

Bz. Kolassa, Riedyna-Grzawa, am 1. 2. 08 nach Krappitz fmdrt. — b. B. Kollad, Punglau, vom 31. 1. — 25. 3. 08 nach Gremsdorf Bez. Riegnitz fmdrt.

6. Brigade.

Bz. Hundt, König Ludwig, am 7. 11. 07 nach Eüblohn fmdrt., am 14. 1. 08 vom Ambo. zur. — b. B. Preuhahn, Quer., am 7. 11. 07 nach Ottenstein Weiss. fmdrt., am 15. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Guder, Oidewern, am 22. 11. 07 nach Eüblohn b. Breben Bez. Münster fmdrt., am 15. 1. 08 vom Ambo. zur. — Bz. Willemann, fmdrt. nach Vorid, am 20. 1. 08 nach Bodolt fmdrt. — b. B. Wilmel, Goresfeld, am 21. 1. 08 nach Eue fmdrt. — Bz. Mobabe, Grüne, am 1. 2. 08 nach Gertlingen b. Hierlohn fmdrt. — b. B. Lange VII, Vortrop, am 12. 1. 08 nach Eport b. Bodolt fmdrt. — Bz. Koeffe, Eherfeld, am 12. 1. 08 nach Eubertwid Kr. Vorken fmdrt. — Bz. Seidel, Hugo, am 12. 1. 08 nach Eubertwid Kr. Vorken fmdrt. — Bz. Schiffbauer, Kr. Kelen, am 1. 2. 08 nach Dingden Hl. vers. — Bz. Weßling, Dingden, am 1. 2. 08 nach Kr. Kelen vers. — Bz. Stodlamp, Ammeloe, am 1. 1. 08 nach Breben Bez. Münster fmdrt. — Bz. Schneider II, Ammeloe, am 1. 1. 08 nach Breben Bez. Münster fmdrt. — Bz. Epler, Wadersloh, am 12. 1. 08 nach Eüblohn fmdrt. — b. B. Holzappel, Vortrop, am 12. 1. 08 nach

Sport b. Vochohl fndrt. — **18.** Grochtreis, Glabed-Prambauer, am 12. 1. 08 nach Hemden b. Vochohl fndrt. — **b. B.** Krüger lt. Forsten, am 12. 1. 08 nach Ottenstein Wf. fndrt. — **19.** Raguschewski, Forstermarkt, am 12. 1. 08 nach Anholt fndrt. — **20.** Strauß, Ellersvold, am 14. 1. 08 nach Breben Weg. Münster fndrt. — **21.** Wülb, Forstewinkel, am 15. 1. 08 nach Breben Weg. Münster fndrt. — **b. B.** Ninken, Münster, am 16. 1. 08 nach Ellersvold b. Gronau Wf. fndrt. — **22.** Brögmann, Münster, am 9. 10. 07 nach Endervold Str. Vorken fndrt., am 14. 1. 08 vom Amdo. zur. — **23.** Rauter, Osterfeld, am 7. 11. 07 nach Vorken Wf. fndrt., am 14. 1. 08 vom Amdo. zur. — **b. B.** van Zaken, Vottrop, am 7. 11. 07 nach Anholt fndrt., am 14. 1. 08 vom Amdo. zur. — **24.** Dufemann, Rentfort, am 7. 11. 07 nach Endervold Str. Vorken fndrt., am 14. 1. 08 vom Amdo. zur. — **b. B.** Heinrich, Vottrop, am 23. 10. 07 nach Sport b. Vochohl fndrt., am 14. 1. 08 vom Amdo. zur. — **25.** Barthaedt, Goesfeld, am 7. 11. 07 nach Gronau Wf. fndrt., am 15. 1. 08 vom Amdo. zur. — **26.** Strogull, Doelarmarkt, am 6. 11. 07 nach Epe fndrt., am 21. 1. 08 vom Amdo. zur. — **27.** Lange l. Ahlen, am 9. 10. 07 nach Hemden b. Vochohl fndrt., am 14. 1. 08 vom Amdo. zur. — **28.** Heunig, Attendorn, scheidet am 1. 3. 08 ohne Pension aus, zur Übernahme einer Stelle als Gerichtsschreibergehilfe in Mülheim a. Rhein.

8. Brigade.

1. Hausmann l. Südeswagen, am 8. 11. 07 nach Hütum, Str. Rees, fndrt., am 25. 1. 08 vom Amdo. zur. — **2.** Hanauer, Str. Moresnet, am 7. 12. 07 nach Dervenrath fndrt., am 25. 1. 08 vom Amdo. zur. — **3.** Heumann, Ratingen, nach Derongen fndrt., am 25. 1. 08 vom Amdo. zur. — **4.** Fuhrmann, Düsseldorf, am 24. 9. 07 nach Empel, Str. Rees, fndrt., am 25. 1. 08 vom Amdo. zur. — **5.** Passraht l. Vürrig, am 24. 9. 07 nach Jüßelburg, Str. Rees, fndrt., am 25. 1. 08 vom Amdo. zur. — **6.** Kloster, Goll, am 12. 1. 07 nach Kettensheim, Str. Schleiden fndrt., am 14. 2. 07 vom Amdo. zur. — **7.** u. Brig. Schreiber Puttaria, Koblenz, am 1. 2. 08 als **18.** nach Wils Str. Koblenz vers. — **8.** Breitenbach, Rath, am 1. 2. 08 nach Venrath vers. — **9.** Kraft, Venrath, am 1. 2. 08 nach Rath vers. — **10.** v. P. Dehmeit, Weichlingen, am 1. 2. 08 nach Holz, Str. Saarbrücken vers. — **11.** Krämer l. Holz, am 1. 2. 08 nach Marpingen vers. — **b. B.** a. Pr. Vewen, Viersen, am 1. 2. 08 nach Essenberg b. Homberg-Essenberg Niederrein vers. — **12.** Schmidt XVI, fndrt. nach Stobisch, am 20. 1. 08 nach Vorbach b. Richterich fndrt. — **13.** Amberg, Wald Hild., am 24. 1. 08 nach Jüßelburg fndrt. — **14.** Wenscher, Honsdorf, am 23. 1. 08 nach Hütum b. Gummerich fndrt. — **15.** Lange l. Scherpenfeel Weg. Aachen, am 25. 1. 08 nach Abach fndrt. — **16.** Schön, Ratingen, am 1. 2. 08 nach Derongen fndrt. — **17.** Abeling, Heibhausen, am 14. 1. 08 nach Vürrig Hild. fndrt. — **18.** Jabel, Seitenkirchen, am 18. 1. 08 nach Hovershof, Post Abach b. Der-

ogenrath fndrt. — **b. B.** a. Pr. Ehrlich, am 1. 2. 08 z. Truppe zur.

10. Brigade.

1. Piening, Vorfeld b. Jork, nach Reuen- schleuse b. Jork vers. — **2.** Schmidt, Harkle b. Göttingen, erhält Nr. X. — **3.** Schulze, Hage-Offriesland, erhält Nr. XIX. — **4.** Brandt, Korden, erhält Nr. II. — **b. B.** Brandt, Ebstorf i. Hamm., erhält Nr. I. — **5.** Schröder, Alteschleuse b. Reiberstieg, erhält Nr. IV. — **6.** Dederding, Bramsche b. Osnaabrück am 1. 3. 08 ohne Geh. beurl. als Postanwärter in Leer Ostriesld. — **7.** Odenburg, — **b. B.** Rodefeld, Meppen, am 1. 4. 08 ohne Geh. beurl. als Postanwärter in W.-Glabach — **8.** Düsseldorf. — **9.** Bröler, Auderten, scheidet am 1. 4. 08 mit Pension aus.

11. Brigade.

1. Pienert, Cronberg, am 1. 1. 08 nach Herborn, Str. Dill, fndrt. — **2.** Prinz, Dooß, am 22. 1. 08 nach Wega b. Wüdingen, Fürstent. Waldeck, fndrt. — **3.** Trost, Marburg, am 22. 1. 08 nach Rehlen b. Wüdingen, Fürstent. Waldeck, fndrt. — **4.** Böhm, Gillerberg, am 21. 12. 07 nach Wega b. Wüdingen fndrt., am 21. 1. 08 vom Amdo. zur. — **b. B.** Vornkessel, Frankenberg, am 21. 12. 07 nach Vergehheim bei Wüdingen fndrt., am 21. 1. 08 vom Amdo. zur. — **5.** Wille, Wilhelmshöhe, am 21. 12. 07 nach Rehlen b. Wüdingen fndrt., am 21. 1. 08 vom Amdo. zur.

12. Brigade.

1. Schweinert, Schmiele, am 22. 1. 08 Plinawitz b. Jelen Str. Vriesen WPr. fndrt. — **2.** Radtke, Löhlan, am 14. 1. 08 nach Reumünsterberg, Weichelsdorf-Kanal, fndrt. — **3.** Vinder, Elbing, am 23. 1. 08 nach Fürstenau, Str. Elbing, fndrt. — **4.** Vlandum, Bogutten, am 25. 1. 08 nach Welschwig b. Roßenberg WPr. fndrt. — **5.** Leisig, Stielan, am 25. 1. 08 nach Fürstenau, Str. Elbing, fndrt. — **b. B.** Reichardt, Pr. Stargard, am 23. 1. 08 nach Offied WPr. fndrt. — **6.** B. Schefski, Sandhof, am 23. 1. 08 nach Schabwalde b. Marienburg WPr. fndrt. — **b. B.** Wölke, Gergno, am 20. 1. 08 nach Hermannsruhe b. Broyk fndrt. — **7.** Teckner, Neden, am 14. 1. 08 nach Schwes, Str. Graudenz, fndrt. — **8.** Prehler, Elgiszewo, am 20. 1. 08 nach Gollub fndrt. — **b. B.** Duchański, Marienwerder, am 7. 1. 08 nach Gr. Krebs fndrt. — **9.** Krenbt, Moder, am 20. 1. 08 nach Wörthau b. Chaszewo, Str. Thorn, fndrt. — **10.** Knebel, Mosofow, am 20. 1. 08 nach Groß-Naumb b. Roßenberg WPr. fndrt. — **11.** Klaboff, Altmart, am 20. 12. 07 nach Gr. Plautz WPr. fndrt. — **12.** Langner, Kurzgrad, am 1. 12. 07 nach St. Grabow, Str. Marienwerder WPr. fndrt. — **13.** Plautz, Strasburg, am 20. 12. 07 nach Pfalsgraf b. Strasburg WPr. fndrt. — **14.** Ilrban, Gardau, am 25. 1. 08 nach Gollub fndrt. — **15.** Trener, Reuhof, am 23. 12. 07 nach Hohenlinden bei Strasburg WPr. fndrt. — **b. B.** Neumann Hl. Dymianen, am 10. 12. 07 nach Schönd WPr. fndrt. — **b. B.** Welschhof, Wandau, am 17. 12. 07 nach Gollman b. Gr. Plautz WPr. fndrt. —

H. Borm, Slavoschin, am 23. 1. 08 nach Lindenau b. Großmansdorf fmdrt. — H. Kroll, Kahlberg, am 13. 1. 08 nach Liegenhof fmdrt. — H. Rabalowski, Wandsburg, am 20. 1. 08 nach Gr. Radowisch fmdrt. — b. B. Volkmann, Culm Spr., 19. 1. 08 an Herzschwäche nach Blutvergiftung gestorben.

Zu einem Oberwachmeister - Anwärter - Kursus auf dem Gendarmen-Schule in Wöhlau vom 30. Januar bis 25. März 1908 sind kommandiert:

Die berittenen Nachtmeister Kielau, Allenburg, 1. Brig., Nadau, Rudow, 3. Brig., Giefeler, Zeig, 4. Brig., Faxe, Zaroschin, 5. Brig., Samfate II, Wroslawitz, und Dobat I, Gremsdorf, Bez. Kiegnitz, 6. Brig., Jaeger II, Merzenich, 8. Brig., Parbs, Scherrebef, 9. Brig., Möffing, Rodewald, und Orlan, Burgdorf in Hannover, 10. Brigade, Engelle, Königsmoor bei Dobrau, 12. Brig., und der Fußgendarmerie-Nachtmeister Puttarich, Galls, Nr. Coblenz, 8. Brigade.

Ehrentafel.

Kamerad Leutnant Jarlsch.

Kamerad Jarlsch wurde am 1. Dezember 1858 zu Friedland, Kreis Lüben, Reg. Bez. Frankfurt, geboren, trat am 1. Oktober 1877 beim 1. Brandenburg. Feldart.-Regt. Nr. 3 (Generalfeldzeugmeister) ein, diente dann vom 1. Oktober 1880 bis 31. März 1887 beim 2. Brandenburg. Feldart.-Regt. Nr. 18 (Generalfeldzeugmeister) und wurde am 20. April 1884 zum Unteroffizier und am 1. April 1886 zum Sergeanten befördert. Am 1. April 1887 erfolgte seine Einberufung zum 3. Gendarmen-Brigade nach Tadsort; später war er in Müdersdorf und nach seiner Ernennung zum Oberwachmeister (1. Juni 1896) in Angermünde stationiert.

Kamerad Jarlsch besitzt die Dienstauszeichnung 1. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen und die Erinnerungsmedaille. Aus Anlaß seiner am 1. Januar 1908 erfolgten Veretzung in den Ruhestand ist ihm durch Allerhöchsten Erlaß vom 30. Dezember 1907 das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens und durch Allerhöchste Kabinetts-Order vom 27. Januar 1908 der Charakter als Leutnant verliehen worden.

Kamerad Leutnant Bajewaldt.

Kamerad Bajewaldt wurde am 21. Nov. 1846 zu Wust, Kreis Jerichow II, Reg. Bez. Magdeburg, geboren, diente vom 15. September 1866 bis 15. September 1880 beim Thüring. Inf.-Regt. Nr. 6, vom 22. Juli 1870 bis 24. Juni 1871 bei der II. Feld-Pionier Komp. IV. Armee-Korps, vom 16. November 1871 bis 31. Dezember 1877 beim Westf. Inf.-Regt. Nr. 5 und wurde am 30. Juli 1870 zum Unteroffizier, am 23. Oktober 1873 zum Sergeanten befördert. Den Feldzug 1870/71 machte er bei der Schanzengolonne mit und mit dieser die Schlachten bei Beaumont und Sedan sowie die Einschließung von Paris. Am 1. Januar 1878 erfolgte seine Einberufung zur 8. Gendarmen-

Brigade nach Coblenz. Später war er stationiert in Lügeln-Coblenz und nach seiner Ernennung zum Oberwachmeister (1884) in Sigmaringen.

Kamerad Bajewaldt besitzt die Kriegsbefähigung 1870/71, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen, die Erinnerungsmedaille, das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens, die Hohenzollernsche goldene Ehrenmedaille, die Rumänische Verdienstmedaille in Silber und Rumänische goldene Ehrenzeichen für treue Dienste. Aus Anlaß seiner am 1. Januar 1908 erfolgten Veretzung in den Ruhestand ist ihm durch Allerhöchsten Erlaß vom 19. Dezember 1907 der königliche Kronen-Orden 4. Klasse und durch Allerhöchste Kabinetts-Order vom 27. Januar 1908 der Charakter als Leutnant verliehen worden.

Kamerad Leutnant Frielitz.

Kamerad Frielitz wurde am 15. Februar 1851 zu Selbelang, Kreis Westbavelland, Reg. Bez. Potsdam, geboren, trat am 4. November 1872 beim 1. Brandenburgischen Dragoner-Regiment Nr. 2 ein und wurde am 1. Oktober 1876 zum Unteroffizier und am 1. Dezember 1880 zum Sergeanten befördert. Am 1. Februar 1883 erfolgte seine Einberufung zur 9. Gendarmen-Brigade nach Vollerleben; dann war er als ber. Gendarm in Kiel, als Kreiswachmeister in Ederstörbe und als ber. Gendarm in Vahlen und Melbort sowie nach seiner am 1. Juli 1890 erfolgten Ernennung zum Oberwachmeister in Tonbern, Sulum und Habersleben stationiert. Am 1. Oktober 1906 wurde er zur 6. Brigade nach Tarnowitz veretzt.

Kamerad Frielitz besitzt die Dienstauszeichnung 1. Klasse, das Allgemeine Ehrenzeichen und die Erinnerungsmedaille. Aus Anlaß seiner am 1. Dezember 1907 erfolgten Veretzung in den Ruhestand ist ihm durch Allerh. Kabinetts-Order vom 27. Januar 1908 der Charakter als Leutnant verliehen.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

„Schuß und Waffe“. Halbmonatsschrift für das Schießwesen. Herausgegeben von der Versuchsstation Neumannswalde-Neudamm, Verlag von J. Neumann in Neudamm.

Die Schießtechnik hat in den letzten Jahren so rasende Fortschritte gemacht, daß sie sich den Luxus eines erschließigen Fachblattes gestatten kann. In der ersten Nummer des Blattes fährt sich dessen Schriftleiter mit einem sehr interessanten Artikel über die Schwindelarten der „Kunstschützen“ ein, während andere gediegene Abhandlungen die Versuchsanstalt und die rauschschwachen Pulver behandeln. Das, schon der Art seiner Entstehung nach gediegene Blatt sei allen, die sich für jagdliches, militärisches oder sportliches Schießwesen interessieren, bestens empfohlen.

Auskunftfei.

Kam. F.W. N. in S. Strafbarkeit eines Wafes, der über die gebotene Polizeistunde hinaus in einer Schankstube usw. verweilt. Der Fortlaut des § 365 StrGBch. läßt nicht den geringsten Zweifel darüber, daß der Gast erst dann strafbar ist, wenn er der Aufforderung des Wirtes, seines Vertreters oder eines Polizeibeamten zum Fortgehen keine Folge leistet. Der Wirt ist dagegen schon dann strafbar, wenn er das Verweilen seiner Gäste über die gebotene Polizeistunde hinaus duldet, d. h. von denjenigen Mitteln, welche ihm, um solches zu verhindern, zu Gebote stehen, keinen Gebrauch macht. Zu diesen Mitteln gehört zunächst die wiederholte Aufforderung zum Fortgehen unter Verweigerung weiteren Ausbittels, demnächst aber auch die Geltendmachung des Hausrechts, nötigenfalls unter Anwendung körperlichen Zwanges. Der Nächstberechtigte zu der im § 365 vorgesehene Aufforderung ist der Wirt selbst oder dessen Vertreter. Erst wenn diese sich weigern, eine solche Aufforderung ergehen zu lassen, tritt der Polizeibeamte (Gendarm) an ihre Stelle, der dann aber berechtigt ist, den Wirt wegen Duldens der Gäste anzuzeigen. Wird der Aufforderung keine Folge geleistet, so zeigt der Gendarm auch den Gast an. Ist die Feststellung der Persönlichkeit auf keine andere Weise zu erreichen, so kann er außerorts (!) zur vorläufigen Festnahme schreiten. Ist aber die Persönlichkeit festgestellt, so hat er nicht das Recht, die Räumung des Lokals unter Anwendung von Zwangsmitteln selbständig gegen den Willen des Wirts durchzuführen, es sei denn, daß eine solche Maßnahme aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit dringend geboten erschiene. Ohne diese Vorbedingung kann er zu Zwangsmitteln nur schreiten, wenn der Wirt von seinem Hausrecht Gebrauch machen will und ausdrücklich damit einverstanden ist, daß der Gendarm ihn in Ausübung dieses Rechtes unterstützt. Der Gast, welcher der Aufforderung des Gendarmen zum Fortgehen keine Folge leistet, wird nach § 365 StrGBch. bestraft. Hat auch der Wirt oder dessen Vertreter eine solche Aufforderung vergeblich ergehen lassen, so kommt neben dem § 365 das Vergehen des Hausfriedensbruchs nur dann in Frage, wenn der Wirt Strafantrag stellt, wozu er wohl aus Geschäftsrücksichten kaum bereit sein dürfte. Nur wenn die betreffende Person mit einer Waffe versehen oder wenn der Hausfriedensbruch von mehreren gemeinschaftlich begangen worden, wäre der Strafantrag nicht erforderlich. Zur Erfüllung dieses letzteren Tatbestandes würde es gehören,

daß die in Betracht kommenden Personen sich zu gemeinschaftlichem Handeln verbunden haben. Es müssen also Mittäter vorhanden sein. Nötig ist hierbei nicht, daß das gegenseitige Einvernehmen durch Verabredung, also durch Worte hergestellt wurde, es genügt vielmehr, daß die Täter sich durch Betonen usw. ins Einvernehmen gesetzt haben, RG-Entscheid. v. 18. 6. 81. Im übrigen vgl. hierüber: Erf. Strfb. BdL. S. 38/39.

Rr. 411. — R. B.

Kam. F.W. W. in H. H. Unrechtmäßige Jagdscheine, welche auf Grund des § 33 der Jagdordnung an Forstbeamte erteilt werden, berechtigen diese nicht zur Ausübung der Jagd außerhalb ihres Dienstbezirks, also auch nicht als sogenannte Jagdgäste und auch nicht als Pächter einer Jagd. Werden sie dort ohne bezahlten Jagdschein betroffen, so sind sie wegen Vergehen gegen § 73 der Jagdordnung: „Wer, ohne den vorgeschriebenen Jagdschein zu besitzen, die Jagd ausübt“ usw. zu bestrafen. Vgl. Gendarmen-Kalender S. 145 und 165 Anm. 3 zu § 73.

Rr. 882. — G.

An Kam. F.W. K. in W. Die Selbstentzündungen von Getreide, Heu usw. können durch die verschiedensten Ursachen hervorgerufen sein, während der eigentliche Selbstentzündungsprozeß stets auf biologischen Vorgängen beruht. Zu letzteren Vorgängen gehören namentlich zwei Faktoren, nämlich Feuchtigkeit und Wärme. Die Wärme ist von vornherein fast nie vorhanden, sondern bildet sich erst meistens durch den starken Druck der gelagerten feuchten Substanzen. Die Feuchtigkeit hingegen kann schon beim Einbringen des Getreides von der Vegetationszeit her noch vorhanden sein, oder sie ist in die bereits ausgetrockneten Produkte durch Tau, Nebel, Reif, Schnee, Regen, Überschwemmungswasser u. dgl. gelangt.

Durch Experimente die Zeit, innerhalb welcher derartige Selbstentzündungen zustande kommen, feststellen zu wollen, würde einmal sehr schwierig und andererseits, um allgemeine Schlüsse daraus zu ziehen, zweifellos sein, da die begleitenden Umstände für die einzelnen Selbstentzündungen meist grundverschieden sind.

Rr. 311. — G.

K. in M. 1. Marktenüberbetrieb. Ein von einem Truppenteil während der Herbstübungen angenommener Marktenber, der auch an Zivilpersonen Bier, Zigaretten usw. verkauft, bedarf der ordnungsgemäßen Erlaubnis zum Ausbitteln geistiger Getränke und hat außerdem den Gewerbebetrieb zur Steuer anzumelden.

Rr. 72. Motorräder. Das Erlernungsbedürfnis des Motorrades und die Verschonung über die Abnahme des Fahrzeuges wird dem Verkehr erteilt. Dieser darf das Rad auch seinen Angestellten zur Benutzung überlassen, sofern diese als Fahrer geprüft und zugelassen sind. Der Fahrer hat neben der Prüfungsbescheinigung für das Fahrzeug seinen Ausweis als geprüfter Fahrer bei sich zu führen. Rr. 249. — S.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Jagen I. B.

Nr. 23.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerlach zu Berlin W. 9.

1907/08.

Eine Unterredung*).

Die Zugehörigkeit zu einer Partei trübt vielen Leuten den Blick und macht sie einseitig. Das Ding an sich läßt sich besser übersehen und geistig erfassen, wenn man es über den Parteien stehend betrachtet. —

Kommen Sie, lieber Herr Junger, einmal mit mir diesen Pfad, der auf eine Anhöhe führt, welche uns gute Übersicht gestattet. Da hinaus geht der Weg, wo die Küraffierpatrouille reitet. Wie die Reiter im Sattel sitzen und die feurigen Tiere meistern! Was müssen das für hervorragende Hippologen und Pferdezüchter sein, da sie so gut reiten können!

Was hat denn Hippologie und Pferdezug mit gutem Reiten zu tun?

Aber, lieber Herr Junger. Sie sagten doch selbst in Nr. 51 der kynologischen Sportwelt, daß gerade die Züchter die berufensten Kreise . . .

Erlauben Sie, ich rede doch von Hunden!

Ja, ganz recht, von Polizeihunden; Sie sagten . . . Doch sehen wir uns mal erst gemütlich auf diese Bank. Stehen Sie sich Ihr Weisagen an und legen Sie für ein paar Minuten die Parteibrille ab, die Ihren Blick so trübt. Doch bevor wir Ihre Ausführungen besprechen, will ich versuchen, Ihre Augen wieder blank zu machen; reiben Sie sie mit diesem Wässerchen ein:

„Die Kynologie war in Deutschland mächtig emporgeblüht. Hochzucht und Verbreitung der Jagd- und Luxushunde waren im ständigen Zunehmen begriffen. Die höhere Vereinerung der Jagdhunde als unentbehrliche Gehilfen des Menschen beim Weidwerk ließ das Streben bei einsichtigen Züchtern erwachen, auch die Luxushunde einem bestimmten Zwecke dienstbar zu machen, einzelne geeignete Rassen planmäßig zu dressieren und so ihre Intelligenz und ihren Fährsinn zu heben. Mitten in dieses gesunde Streben fiel der Gedanke, den Hund zur Ergänzung unserer Sinne und körperlichen Fähigkeiten für den modernen Polizeidienst abzurichten.“

Anmerkung. In Nr. 51 der nunmehr verbliebenen „kynologischen Sportwelt“ über den Planungsbesitzer Herr Max Junger-Bernau Kritik an dem in Nr. 18 des „Polizeihund“ veröffentlichten Protokoll des P. H. V. vom 23. X. 07. Herr Junger, der von ganz falschen Voraussetzungen ausgeht, behauptet unter anderem, daß vornehmlich der Züchter der berufenste Mann zur Lösung der Polizeihundfrage wäre. Natürlich braucht der Züchter nicht etwa Fachmann zu sein. Wie bei fast allen Sachverständigen gibt es für Herrn Junger nur „die“ Polizeihundfrage. Er lebt der Hoffnung, daß sich diese Wahrheit auch einst dem P. H. V. Bahn brechen wird.

Der Verfasser.

Gleichgültig, wer zuerst darauf kam, Hauptsache bleibt — es muß von vornherein hervorgehoben werden —, daß die Dressur oder, sagen wir allgemeiner, die neue Wissenschaft vom Polizeihunde für die Zuchtvereine Sport, für den Fachmann dagegen, also für den Polizeibeamten, Dienst wurde.

Was dahin hatten die aus Privatleuten bestehenden Zuchtvereine ihre Rassen wohl zu allen anderen Zwecken, nur nicht als Polizeihunde angezüchtet. Nun ergriffen sie natürlich mit Freuden die Gelegenheit, ihre Lieblinge in die Gruppe der Hunde einzureihen, die große Zukunft für sich in Anspruch nehmen kann. Wer sollte ihnen das verdenken?

Die Auslese der für den Polizeidienst geeigneten Rassen hieß dann Akropolis, deutsche Schäferhunde und Dobermannpinscher in den engeren Wettbewerb eintreten. Jeder hoffte für seine Rasse den großen Preis zu erringen oder vielmehr nahm ihn für sie in Anspruch. Noch heute werden für ein und dieselbe Jagdart verschiedene Rassen verwandt. Der Parteigeist wollte bereits nur eine Polizeihundrasse kennen, als die Bewegung noch in den Kinderschuhen stand. Die Polizeihundfrage war etwas so Unentworfenes und Neues, daß sie viele Köpfe verwirrte und — unter den bestehenden Verhältnissen — Zuständigkeitszwänge entstehen ließ.

In welchen Händen liegt die Wissenschaft vom Jagdhunde? Sie kann nur bei den Jägern liegen, die aus der Praxis heraus die Erfordernisse kennen, die an Leib und Geist des Jagdhundes zu stellen sind. Jäger ist aber nicht nur der Forstbeamte, jeder Privatmann kann es sein; jeder Privatmann kann aus der Praxis heraus sich ein eigenes Urteil über die Wissenschaft vom Jagdhunde bilden und ein wichtiges Wort mitreden. Aufgepaßt! Jetzt kommt die Trennung.

Kann ein Privatmann auch Polizeibeamter sein? Kann er sich aus der Praxis heraus in Ausbildung des Polizeidienstes ein eigenes Urteil über die Polizeihundfragen bilden? Hier blüht der grüne Baum der Praxis nur dem Fachmann, ihm allein fließt die Quelle der Wissenschaft und der Kern ihres Wesens bleibt für den Laien nur Theorie. So kristallisierte sich die neue Wissenschaft um den „Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden“, der aus Fachleuten bestehend, fern von der Parteien Hock und Gunk, Rasse- und Dressurfragen nicht durch theoretische Kynologie, sondern auf dem gesunden Boden der Praxis, in Ausbildung des Polizeidienstes selbst, löste.

Und nicht nur die Fachleute, sondern auch alle einsichtigen Laien stehen hinter dem F. S. B. und müssen für ihn das Recht, als Bildner der neuen Wissenschaft in erster Linie zuständig zu sein, natürlich in Anspruch nehmen.

Run lassen Sie uns die von Ihnen in der „Kynologischen Sportwelt“ gemachten Ausführungen besprechen, die, vergehen Sie, sogleich mit einem Tertium beginnen. Woraus entnehmen Sie, daß vom F. S. B. „der Stab über die Schäferhundzüchter gebrochen“ sei? Die betreffende Stelle im „Polizeihund“ spricht nur davon, „künftig alle Angriffe und Äußerungen der F. S. B. Zeitung unberücksichtigt zu lassen“.

Den Beweis für die Behauptung, das Verständnis des Laien an der Polizeihundssache könne nur beschränkt sein, wird Ihnen mein Wäckerchen von vornhin wohl erbracht haben. Gewiß, ein allgemeines Verständnis für die Sache laßt sich jedermann aneignen. Niemand soll die Freude an der Mitarbeit vergällt werden. Doch eine Kompetenz in Polizeihundfragen kann der Laie sicherlich nicht in Anspruch nehmen. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, ich werde mich genauer ausdrücken.

Die Wissenschaft vom Polizeihunde gerfällt in die Zucht, Dressur und Föhrung. Als die Bewegung einsetzte, lag erstere allein in den Händen der Zuchtvereine. Niemand wird behaupten, daß dies heute immer noch der Fall ist: niemand wird aber abstreiten, daß das überwiegende Verständnis für Zuchtfragen auch heute noch besonders den Zuchtvereinen zukommt. Ihr Verdienst ist und bleibt es, das Instrument geschaffen zu haben, wann auch nicht mit der löblichen Absicht zur Verwendung für seinen heutigen Zweck.

Für die Fachleute wurde zuzörderst Föhrung und Dressur das Brot des Lebens, zumal da die Zuchtvereine in dem Streben nach dem großen Preis ihr möglichstes taten. Natürlicher Lauf der Dinge! —

Eine Bewegung ist es aber, worin wir uns befinden. Sie schreitet rüstig vorwärts und wird naturgemäß auch die Zucht des Polizeihundes in die Hand der Fachleute gleiten lassen. Bedenken Sie eins: den Jagdhund schuf nicht in erster Linie der Züchter, nicht der Dresseur, sondern die Jagd selbst gebat ihn und sein erster Geburtshelfer wurde der Jäger, der zugleich wohl sein Züchter und Dresseur war. Seien Sie versichert, auch dem Polizeibeamten gibt der Beruf den Vorzug in die Hand, den geborenen Polizeihund zu erzüchten. Das sind eigentlich alles Selbstverständlichkeiten. Stellen Sie auf die Akrobaten- und Dobermannleute, die in richtiger Erkenntnis die Beantwortung der Polizeihundfragen den Fachleuten überlassen. Sie mögen nicht die Rolle des Witters spielen. Wir brauchen aber die Hoffnung nicht über Bord zu werfen,

daß auch bei den Schäferhundleuten Nicht werde. Es dämmert schon; man ist auf dem Wege zur richtigen Quelle. Woraus ich schließe? Haben Sie in Nr. 2 der F. S. B. Zeitung die beiden Artikel gelesen: „Aus der Praxis“ und „Die Vorbereitung des jungen Hundes für seinen späteren Beruf“? Beide sind verfaßt von — Polizeibeamten!! —

Mit der im Protokoll des F. S. B. erwähnten Äußerung vom „geschäftlichen Interesse“, über die Sie sich so erregen, war niemals der einzelne opferwillige Züchter, von denen Sie ohne Zweifel einer sind, gemeint. Nehmen wir dagegen die Gesamtheit der Züchter oder, um innerhalb Ihrer Ausführungen zu bleiben, der Schäferhundzüchter, seien wir ganz real, setzen wir ein Gleichnis und sagen: auch der Geschäftsmann verteilt in reicher Fülle „Probepfoten gratis“. Damit er für seine hervorragende Ware recht viele Käufer finde, so werden wir ohne allen Zweifel dies Gleichnis auf einen großen Teil der Schäferhundzüchter übertragen können.

Darf ich Ihnen mit einer gleichen Anschauung aus Ihren eigenen Reihen dienen, so hören Sie, was Herr von Stephanitz in Nr. 25/26 Jahrg. 1905/06 auf Seite 52 des „Polizeihund“ sagt: „Dah ich aber besonders für den Gebrauchshund der Schäfer als Diensthund (gemeint ist Polizeihund) eintrete, ist bekannt. Von meinen Gründen sei nur einer kurz gestreift, weil er bei allen Züchtern Verständnis finden wird. Wollen wir uns unseren Schäferhund auch in Zukunft in seinem Wesen, seinen Eigenschaften so erhalten, wie er sich seinen ausgebreiteten Verehrerkreis erobert hat, so müssen wir dafür sorgen, die Folgen einseitiger Liebhabhaltung und -züchtung von ihm fernzuhalten, müssen wir unseren Zuchtstämmen immer von neuem gesundes, frisches und unverästeltes Blut zuföhren. Um das ohne Schaden für erreichte Zuchtfortschritte tun zu können, müssen wir solche auch bei den Gebrauchsstämmen fördern, auf die wir zurückgreifen wollen, müssen wir unsere Schäfer zum Züchten, zum eifrigen und zielbetruhten Züchten anhalten. Geschicht das, so ist es aber auch Vereinspflicht, den Schäfern Abnahmelmöglichkeit für ein Zubiel ihres Züchterfleißes, insbesondere für in äußerlichen Punkten minder Geratenes(!) zu verschaffen.“ Sehen Sie, Herr Junger, es sollte gar nicht gemeint sein, dies geschäftliche Interesse sei etwas unfair. Nur wird doch jedermann zugeben, daß es der Wissenschaft vom Polizeihund nicht dient und ihr nicht förderlich ist. Daber war es Pflicht des F. S. B., sich unbedingt von solchem Einfluß zu befreien, um nicht im Parteigetriebe den freien Blick zu verlieren. —

Die Schäferhundleute laßen sich in ihren Blättern die Augen wund. Ihnen wurde stän-

dig suggeriert: „Eure Rasse ist die einzige.“ So vermachten sie nicht mehr klar in die Welt zu schauen; Ereignisse gehen spurlos an ihnen vorüber und können dann nicht in Erfahrungen umgesetzt werden.

Seitdem der „Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden“ in Gegenwart S. R. u. R. S. des Kronprinzen dem Herrn Minister des Innern drei zum Polizeidienst geeignete Rassen vorführte, gibt es für die Welt eben drei zum Polizeidienst geeignete Rassen — mit Ausnahme des Krähwinkels der Schäferhundleute. Damit Sie mir nicht gleich mit der Erwiderung kommen, Sie hätten ja die meisten Mitglieder, sage ich — des geistigen Krähwinkels. — So hat sich also jener Gemüt verfinstert! Der Verfolgungswahn läßt sie nur noch die schwarzen Teufel, die Dobermann Noch ein Weildchen, Herr Junger, bleiben Sie sitzen! Ich gebe ja zu, daß Sie diese Rasse nervös machen muß, da die Dobermänner trotz ihrer wenigen guten Eigenschaften“ die Frechheit hatten, auf der letzten Polizeihundprüfung zu Hagen i. W. zu siegen. Sie glauben nicht? Hier der Beweis: Im Durchschnitt der Gesamtpunktzahl erzielten die Dobermänner 73,26 Punkte, während es die Schäferhunde auf 73,26, die Alcedales auf 68,37 Punkte brachten.

Aber Ihre weiteren irtümlichen Ausführungen hinsichtlich des Dressieurs und Führers werden wir bald im klaren sein. Sie selbst sagen: „Die Spezialausbildung wird der Hund wohl immer noch zuletzt durch einen verständnisvollen Führer erhalten.“ Darin pflichte ich Ihnen vollkommen bei, muß Sie aber darauf aufmerksam machen, daß der Führer eines Polizeihundes nur ein Polizeibeamter sein kann. Und dieser allein konnte in Ausübung seines Berufes die Erfahrungen sammeln, die Ihnen heute in bezug auf des Polizeihundes Verwendung die vom R. S. W. festgelegte Prüfungsskala wiedergibt, „nach der, wie Sie zugeben, der Dressieur erst arbeiten kann.“ Es ist nicht einzusehen, meinen Sie ferner, warum zur Abrichtung eines Polizeihundes gerade ein Polizeibeamter qualifizierter sein soll.

Der Privatdressieur bleibt immer ein Notbehelf. Er verdanft seine Existenz dem Zeitmangel und der Unlust der Hundebesitzer, ihre Tiere selbst abzurichten. Während nun die Jagdhunde nach beendeter Dressur (die meistens von Förstern ausgeübt wird!) von ihren Besitzern der Jagd, also ihrem Beruf, zugeführt werden, kann ein im Privatbesitz befindliches „zum Polizeihund“ dressiertes Tier seinen Beruf nicht ausüben. Ja es hat von letzterem überhaupt noch nichts gesehen, wenn ein Privatdressieur das arme Tier in seine Schule nahm. Der Beruf gibt auch hier dem Fachmann den Vorzug in die Hand, der qualifiziertste Dressieur eines Polizeihundes zu sein, da er die Schule mit dem Beruf verbinden kann.

Ganz einzig wird jeder mit Ihnen gehen, wenn Sie sagen: „Die hнологische Wissenschaft erwirbt sich nicht (allein — Der Verf.) durch Vektüre, nicht auf dem Bureaustuhl, nicht durch ein Amt, wohl gar nicht auf Ergerplatz, wohl aber durch den Verkehr des Züchters (und des Dressieurs! Der Verf.) mit einem reichen Hundematerial, durch die dornenbolle Tätigkeit eines Dressieurs“ (die alle Polizeibeamten, die Diensthunde haben, wohl in erster Linie ausüben. Der Verf.).

Und jetzt, Herr Junger, fügen Sie wohl selbst hinzu: Die neue Wissenschaft, welche Anforderungen an Leib, Geist und Verwendung des Polizeihundes zu stellen sind“, erwirbt sich nicht der Züchter, auch nicht der Dressieur, sondern einzig und allein der, der den Hund in der Praxis, im Polizeidienst führt — der Fachmann.“ — Er wird jedoch stets durch den Mund des R. S. W. berechtigt sein, den Laien an dieser Wissenschaft teilnehmen zu lassen. —

Leben Sie wohl, Herr Junger, denken Sie an das Erlebnis mit der Küraffierpatrouille, erinnern Sie sich stets daran, daß allein der Fachmann den Vorzug haben kann, zugleich Züchter, Dressieur und — Führer des Polizeihundes zu sein, und halten Sie sich dessen versichert, daß der R. S. W. opferwilligen Züchtern der drei Polizeihundrassen seinen Dank und die Anerkennung nie verlagern wird. —

Auf Wiedersehen bei der nächsten Polizeihundprüfung, die Ihnen einige Beweise der heute aufgestellten Behauptungen geben wird. Doch ich wünsche Ihnen, daß Ihre Hunde gut abschnitten. Sonst legt uns vielleicht Friß Reuter einen Schalk in den Sinn, der Ihnen und Ihren Hunden zusetzen könnte:

„Gah man taurügg nach Hahnen-Heepen,
Du kannst der wedder Lämmer gripen.“

Möst, Kgl. Polizeikommissar,
Leutnant a. D.

Ausschreibung

der 8. Prüfung für Polizeihunde in Hamburg.
Veranstaltet vom „Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden“ (E. W.), St. Hagen i. W., am 14. und 15. März d. J. in Hamburg.

Protector der Prüfung: Polizeiherr Senator Dr. Schröder, Hamburg.

Leiter der Prüfung: Polizei-Inspektor Reher, Hagen, Vorsitzender des P.H.V.

Beisitzer: Polizei-Inspektor Danke, Duisburg-Weiderich, Polizei-Kommissar Rapp, Rheim und Polizei-Kommissar Müller, Wetter.

Erschlichter: Polizei-Inspektor Reher, Hagen, Polizei-Kommissar Tapperath, Duisburg-Weiderich.

Gespräch wird: 1. Reinenfährigkeit; 2. Folgen frei der Fähr; 3. a) Kriegen, b) Verwachen von Gefangenen, c) Verwachen von Hülft aus fremd'r Hand; 4. Auf Befehl „Rout geben“; 5. Meldung überbringen; 6. a) Reporieren gemessener Sachen, b) Reitorienladen, c) über Hindernisse, d) vom Seherer gemessene oder verlorene Sachen; 7. Springen (mindestens 1,50 m hohe Hind; 8. Schußfestigkeit; 9. Reiten und verbelln oder verstellen, wenn erforderlich, festhalten; 10. Verfolgen, Stehen und Lauf geben, wenn erforderlich, festhalten; 11. Reiterblagen des Führers, ohne Befehl; 12. Gesamtappell; 13. Besondere Leistungen. Nur Übungen, die in den Rahmen des Sicherheits- und Ermittlungslehres fallen, sollen demerkt werden.

Zugelassen ist jeder reinrassige Hund, Rastren sowie kranke Hunde sind ausgeschlossen. Der Einfaß beträgt für Polizeihunde pro Hund 5 M, für Hunde im Privatbesitz 10 M.

Als Preise kommen zur Verteilung in der offenen Klasse: ein 1. Preis 100 M, 2. Preis 80 M, 3. Preis 70 M, 4. Preis 60 M, 5. Preis 50 M. In der begrenzten Klasse: ein 1. Preis 40 M, 2. Preis 30 M, 3. Preis 20 M, ferner Ehrenpreise. Als 1. Führerpreis kommen 20 M in bar zur Vergebung. Der Hamburger Senat dürfte dem P.H.V. mehrere Staatspreise bewilligen.

Viele wertvolle Ehrenpreise sind bereits gestiftet. Freundschaftsgedachte Ehrenpreise sind mit oder ohne nähere Bestimmung an den Vorsitzenden des Zweigvereins des P.H.V. Herrn Kriminal-Inspktor Hirsch in Hamburg einzufenden.

Für eine weitgehende, zweckmäßige Absperung des Prüfungsplatzes gesorgt werden, ebenso auch für die Unterbringung der Hunde.

Reisefkosten - Unterstützungen zahlt der P.H.V. für jedes Vereinsmitglied, welches einen Hund in Hamburg vorführt, nach dem Ermessen des Vorstandes, jedoch nicht über 25 M. Führer, deren Hunde Geldpreise erzielen, sind hiervon ausgeschlossen.

Die Anmeldungen haben auf dem kostenfrei zu beziehenden Meldeschein zu geschehen und müssen bis zum 1. März er. mit dem Einfaß an die Geschäftsstelle, Polizei-Inspktor Meyer, Hagen i. W., eingesandt werden. Weitere Bekanntmachungen erfolgen in der am 29. Februar erscheinenden Nummer. Der Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden.

Meyer, Polizei-Inspktor, Vorsitzender.

Einladung zur General-Versammlung des Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (E. W.)

am Sonnabend, den 22. Februar d. J. nachm. 2 Uhr im Hotel Rükmann, gegenüber dem Bahnhofe, in Hagen Westf.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes (§ 13 der Satzungen).
2. Kasienbericht des Kassierers, Wahl von Kasienrevisoren, eventl. Dechargeerteilung (§ 12 der Satzungen).

3. Anträge Kost, betreffend a) Die Zulassung von nur reinrassigen Hunden der 3 Arten „Airedale“, „Deutscher Schäferhund“ und „Dobermann“ zu den Polizeihundprüfungen.

b) Beurteilung der Hunde auf körperliche Tauglichkeit und Schönheit bei den Prüfungen.

c) Vergabung von Zucht- und Schönheitspreisen.

d) e) und f) Bedingungen für die Eintragungen in das Zuchtbuch.

g) Hinweise für die Richter bei Polizeihundprüfungen.

4. Polizeihundprüfung in Hamburg.

5. Verschiedenes.

Entl. Anträge zur Generalversammlung sind gemäß § 13 Abs. 4 der Satzungen, zur Vermeidung der Nichtaufnahme in die Tagesordnung, mindestens 10 Tage vor der Mitgliederversammlung dem Vorsitzenden einzuzeigen.

Hagen Westf., 10. Januar 1908.

Meyer, Polizei-Inspktor, Vorsitzender.

Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P.H.V.), Sitz Hagen i. W., E. W.

Neue Mitglieder: Die Polizeidirektion Mannheim; Polizeidirektion Stöttingen; Polizeiverwaltung Dessau; Roehl, Pol.-Insp., die Polizeiergeanten Bose, Went, Lange, Jacobs, sämtlich in Duisburg-Ruhrort; Hoing, Pol.-Sergt., Neiges; Behm, Schuhm., Berlin; Holte, Oberst. a. D. u. Agl. Pol.-Kom., M.-Burbach; Müller, Kaufm., St. Johann; Holz, Kaufm., M.-Burbach; Sachs, Inhb. d. Wagh- u. Schließges. St. Johann; A. Sußner, Fabrik., Neu-Isenburg; Vorchert, Krim.-Schuhmann, Saarbrücken; Scher, Spandau; Schrödlkamp, Pol.-Sergt., Verge-Worbed; Klub für Airedale-Terrier, Sitz Berlin; Bäumer, Kaufm., Unna; Amt Wanne; Willmhagen, Pol.-Offiziant, Sager, Pol.-Wachtmstr., die Schuhmänner Albers, Holmauquitt, Rörting, Ramm, Schildau, sämtl. in Vergeboef; Diebe, Pol.-Wachtmstr., Treptow b. Berl.; Dienst, Pol.-Sergt., Grünberg; die Polizeiergeanten Madusch, Hahn, Diedrich in Oarburg (Elbe); Schulz, Gutsbesitzer, Vergeboef; Conn, Kaufm., Vergeboef; Daberbed, Pol.-Feizer, Ostrowo; Gerlach, Ing., M.-Burbach; Schuster, Pol.-Sergt., Fürstenhausen; Sehne, Pol.-Sergt., Wöllingen; Ernst, Schuhm., M.-Burbach; Stern, Kaufm., Knod, Kaufmann, beide M.-Burbach; Brudmann, Pol.-Sergt., Duisburg; Eties, Dalse; Träger, Pol.-Wachtmstr., Oberplanitz; Nachener Kennologenkub; Hoff, Stadtwaldwärter, Erefeld. Es sind noch 112 Mitglieder angemeldet, deren Namen demnächst veröffentlicht werden.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 23.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Unser Sonnensystem.

(Nachdruck verboten)

Unter den vielen Sternen, die wir am Himmel beobachten können, ziehen in erster Linie diejenigen unser Interesse auf sich, die mit unserer Erde zu einer Gruppe, einem System vereinigt sind. Im Mittelpunkt dieses Systems steht unsere Sonne; dazu gehören zahlreiche Planeten mit ihren Monden, viele Kometen und mehrere Sternschnuppenschwärme.

Da die Sonne, von jedem beliebigen Punkte der Erde aus betrachtet, dem Beobachter als kreisrunde Scheibe erscheint, so hat sie die Form einer Kugel. Ihr Durchmesser ist gleich 108 Erddurchmessern, ihr Körperinhalt gleich $1\frac{1}{4}$ Millionen Erdbugeln. Ihre Entfernung wird mit rund 20 Millionen Meilen (148 Millionen Kilometern) berechnet. Denkt man sich die Größe der Sonne durch eine Kugel von einem Meter Durchmesser dargestellt, so ist die Größe der Erde gleich einer Erbse, die des Mondes gleich einem Stecknadelkopf. Und denkt man sich die Sonne von der Erde 100 Meter weit entfernt, so würde der Mond von der Erde in nur 25 Zentimetern Entfernung stehen.

Ihrer Natur nach ist die Sonne ein selbstleuchtender Himmelskörper, der sein Licht allen zu unserem Sonnensystem gehörigen anderen Sternen teilt. Untersuchungen ihres jetzigen Zustandes haben als wahrscheinlich ergeben, daß sich die Sonne in feurig-flüssigem Zustande befindet und von einem Dunstkreise glühender Gase umgeben ist. Ausbrüche glühender Massen aus der Sonnenoberfläche (feuerspeiende Venge!) verursachen hellere Flecken, die sogenannten Sonnenfackeln. Verdichtungen der feurig-flüssigen Masse (Art Vab!) bewirken die Entstehung dunkler Sonnenflecken.

Die Bewegung der Sonne ist durch Beobachtung der Sonnenflecken erkannt worden. Die Lage derselben wechselt in der Art, daß stets nach 25 Tagen dieselben Flecken an derselben Stelle der Sonne wieder erscheinen. Das beweist, daß sich die Sonne in 25 Tagen einmal um ihre Achse dreht, und zwar geschieht die Drehung von Westen nach Osten. Aber die Sonne bewegt sich auch durch den Himmelsraum fort. Sie treibt wahrscheinlich um einen von der Erde aus nicht sichtbaren Zentralkörper, dessen Standort die Astronomen im Sternbilde des Siebengefüßtes vermuten.

Die Planeten. Gegenwärtig sind etwa 300 Planeten bekannt, darunter acht größere; die übrigen sind kleine (Planetoiden), die sich auf die Mitte verteilen. Innerhalb der Planetoiden und des Standes der Sonne stehen Merkur, Venus, Erde,

Mars. Außerhalb derselben stehen die vier größten Planeten: Jupiter, Saturn, Uranus, Neptun. Stellen wir uns zur Veranschaulichung der Größe dieser Planeten bekannte Gegenstände vor! Angenommen, die Sonne wäre durch eine Kugel von einem m Durchmesser dargestellt. Für den Merkur genügte ein Senfkörnlein, Venus wäre dann durch eine Erbse, die Erde durch eine etwas größere Erbse richtig gekennzeichnet. Für die verhältnismäßige Darstellung der Planetoiden müßten wir zu äußerst feinen Stäubchen, die man mit dem bloßen Auge kaum sehen kann, unsere Zuflucht nehmen. Der größte Planet, der Jupiter, beansprucht für sich schon eine Kugel in Größe eines Pfirsichs. Der Saturn ist eine Kugel, welche frei in einem flachen Ringe schwebt. Eine Kirsche ist seiner Größe angemessen, um das Verhältnis richtig zu veranschaulichen. Denken wir uns dazu zwei lange Kirschenstiele, die wir zu einem Ringe verweben, den wir irgendwie haltbar um die Kirsche legen, so können wir uns vom Saturn ein richtiges Bild machen. Für Uranus nehmen wir eine recht kleine Haselnuß. Für den erst im Jahre 1846 entdeckten Neptun brauchen wir eine Kugel von der Größe einer Quitt.

Ihrer Natur nach sind die Planeten dunkle Körper, welche ihr Licht von der Sonne empfangen. Ihre Bahnen sind Ellipsen (ähnlich den Eiformen); in dem einen der beiden Brennpunkte steht die Sonne. Sie drehen sich um ihre eigenen Achsen und haben daher Tag und Nacht. Während ihres Umlaufs um die Sonne stehen sie bald der Sonne näher, bald ferner. Dadurch entstehen die verschiedenen Jahreszeiten. Die Zeit, in der sich die Planeten und die Sonne bewegen, ist bei den einzelnen Planeten verschieden. Es brauchen: Merkur 88 Tage, Venus 224 Tage, Erde 365 Tage, Mars 687 Tage, die Planetoiden 3—8 Jahre, Jupiter 11 Jahre, Saturn 29 Jahre, Uranus 84 Jahre, Neptun 165 Jahre.

Die Kometen. Sie bestehen aus einem leuchtenden Kern, welcher von einer Dichthülle umgeben ist und einem von der Sonne abgekehrten, lichtnebelartigen Schweif. Die Dichtheit ist so gering, daß Durchgänge von Planeten durch Kometenschweife ohne geringste Störung für die Planetenbahnen stattfinden haben. Sie durchziehen peifschneell und in nicht vorauszubestimmender Zeit die Lüste. Nur bei etwa zehn hat man eine gewisse regelmäßige Dauer ihres Umlaufs um die Sonne feststellen können.

Die Sternschnuppenschwärme sind in allen strahlenden Nächten zu beobachten; besonders häufig in der Nacht zum 10. August und am 13. November. Sie sind gasförmige Bestandteile von Kometen und

bewegen sich in langgestreckten Bahnen um die Sonne. Treten sie in die Bahn der Erde ein, so werden sie durch deren Schwerkraft angezogen und es entwickelt sich bei ihrer Verdichtung eine Wärme, die sich bis zum Glühen steigert. Eine besondere Form sind die **Feuerkugeln**. Sie sind größer und zerplagen zuweilen raketenartig. Die in ihnen glühenden, sehr stark eisenhaltigen Massen fallen oft zur Erde nieder und werden dann Meteorsteine genannt.

Jeder der Planeten wird von einem oder mehreren Monden begleitet. Erde und Neptun haben je 1, Mars 2, Uranus 4, Jupiter 5, Saturn sogar 8 Monde und 3 leuchtende Ringe.

Der Gendarm.

Von W. von Reherich.

Der Mann, dess' Brust von Menschenliebe voll
Sich kalt verschließen muß, der spät und frühe
Für Bürgerruhe wirkt und Landeswohl,
Ob ihm dafür kein Dank der Menge blühe;
Der, von Gefahr umstellt und von Verrat,
Auf dunklen Wegen schreitet ohne Zagen
Und stündlich muß das Leben opfernd wagen,
Der übet mehr als eine Heldentat!

Er, welcher trotz der Elemente Macht
Die Bahn der Pflicht verfolgt und unver-
droffen
Die Hütte selbst in finst'rer Nacht bewacht,
Die ungern sich am Tag ihm aufgeschlossen;
Der in den Staub das Raubgewürme trat,
Das heimlich durch die Einsamkeit geschlichen,
Um nagend an der Wohlfahrt Baum zu
frieren,
Der übet mehr als eine Heldentat!

Und seht ihr ihn, den wackeren Gendarm,
In Flammen stürzen und die Flut durchheilen,
Den Kranken stützen und ein Kind am Arm
Die letzte Habe mit dem Elend teilen;
Und seht ihr ihn verstreuen die stille Saat
Der Segenordnung, die allein beglückt,
Dann denket, wenn ihn auch kein Lorbeer
schmückt:
Er übet mehr als eine Heldentat!

Verwaltungskunde.

Beaussichtigung von Bauten. Die Beaufsichtigung der Bauausführung erfolgt durch die Baupolizeibehörde und ist insbesondere auf die Beobachtung der Bauvorschriften, die Einhaltung des genehmigten Bauprojektes (Bauvorlagen), die Verwendung geeigneter und vorchriftsmäßiger Baustoffe und die Beachtung der zum Arbeiterschutz im Bausewerb ergangenen Bestimmungen zu richten. Eingehende Revisionen der Bauausführung finden regelmäßig bei der Rohbaunahme und der Gebrauchsabnahme statt. Die Rohbaunahme hat zu erfolgen, sobald ein Bau in seinen Mauern und Eisenkonstruktionen sowie in Dachdeckung und Balkendecke vollendet ist (DVB. 38, 347). Der Gebrauchsabnahme

unterliegen nur Gebäude, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind; sie darf in der Regel nicht früher als sechs Monate nach der Rohbaunahme erfolgen. Bei Reichs- und Staatsbauten, einschließlich der Bauten der Militärverwaltung, bei Bauten des Ministeriums des Maj. Hauses sowie bei Bauten, die unter der Anleitung von Reichs- oder Staatsbaubeamten für Gemeinden, Korporationen usw. ausgeführt werden, z. B. Schulbauten, hat die Rohbau- und Gebrauchsabnahme (Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten und des Ministers des Innern vom 7. April 1899) nur bei wichtigeren, umfangreicheren Bauten stattzufinden und sich nicht auf Konstruktion und Material zu erstrecken, sich vielmehr auf die Prüfung zu beschränken, ob den bau- und feuerpolizeilichen Vorschriften genügt ist. Vor Erteilung des Gebrauchsabnahmebescheides dürfen Räume, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, nicht in Benutzung genommen werden (DVB. 13, 389; PrVB. 10, 12; 12 S. 28, 210).

(Dr. v. Bitters' Handwörterbuch der Preussischen Verwaltung.)

Rechtsprüche.

In drei Jahren mußt du klagen
Oder den Schaden selber tragen.

Der Anspruch auf Erlass des aus einer unerlaubten Handlung entstandenen Schadens verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Verletzte von dem Schaden und der Person des Erlasspflichtigen Kenntnis erlangte. (Hauptst. in 30 Jahren. DVB. s. 652.)
(Dr. Lohr: Neue deutsche Rechtsprüche.)

Weltbürger-Abc.

Messalina, Gemahlin des Kaisers Claudius, Tochter des Marcus Valerius Messalla Barbatus, berüchtigt durch ihre maßlosen sinnlichen Ausschweifungen, die selbst in der damaligen sittenlosen Zeit unerhört waren, und durch die Intrigen und Verfolgungen, mit denen sie alle besetzte, die ihr im Weg waren. Als sie sich anlegte in Abwesenheit ihres Gemahls mit ihrem Günstling Gaius Silius öffentlich vermahnte, wohl um nach Vereinerung des Claudius sich mit dem neuen Gatten der Herrschaft zu bemächtigen, erwirkten des Kaisers Freigelassene Narcissus und Pallas 48 n. Chr. einen Befehl zu ihrer Hinrichtung, den sie sofort ausführen ließen. Sie hatte Claudius zwei Kinder. Octavia und Britannicus, geboren.

Rundschau.

Der Uhrkalender. Wer wäre wohl noch nicht in die Lage gekommen, sich schnell darüber orientieren zu wollen, auf welchen Tag des gegenwärtigen Jahres dieses oder jenes Datum fällt. Nun verfügt man nicht zu jeder Zeit über einen Kalender, dessen Herbeischaffung auch mitunter unbequem ist. Daher dürfte es manchem willkommen sein, schnell und sicher ein gewünschtes Datum zu finden, und zwar an der Hand der Tagesnummern, welche leicht zum Jahreskalender eingerichtet werden kann. Die zwölf Stundennummern gelten als Vertreter der

12 Monate, also I für Januar, II für Februar, IV für April usw. Nun seien wie, etwa mit roter Tinte, unter die betreffenden Stundenbezugs Monatsziffern die Anzahl derjenigen Wochentage, welche vom Sonntag an bis zum Anfang des betr. Monats verstrichen sind, also für das Jahr 1908 wie folgt: unter

I II III IV V VI VII VIII IX X XI XII
8 6 — 3 5 1 8 6 2 4 — 2

(rote Zahlen). Unter III (März) und unter XI (Nov.) befindet sich keine (rote) Ziffer, sondern ein Strich, da diese beiden Monate mit dem Sonntag beginnen. Um nun den Wochentag zu finden, addiert man die (rote) Wochenziffer zu der gesuchten Datumziffer, dividiert durch 7, dann ergibt der Rest den Wochentag. Die Erklärung mag ja im Augenblick etwas umständlich erscheinen, jedoch ist die Sache in der Praxis höchst einfach, wie einige Beispiele zeigen werden: Auf welchen Tag fällt der 28. Februar? Unter Stundenzahl II (Febr.) befindet sich die rote Zahl 6, hierzu die 28 addiert, ergibt 34, diese durch 7 dividiert, ergibt einen Rest von 6, also ist der sechste Wochentag (d. i. Freitag) der gesuchte Tag und der 28. Februar fällt auf einen Freitag. Auf welchen Tag fällt der 27. Dezember? Zu dieser 27 die rote Dez. (XII) Ziffer 2 addiert, ergibt 29 und durch 7 dividiert einen Rest von 1, also ist der 27. Dez. der erste Wochentag = Sonntag. Ergibt die Addition ein durch 7 ohne Rest aufgehendes Resultat (also 7, 14, 21, 28, 35) wie z. B. am 20. Februar (35), dann ist der gesuchte Wochentag stets der Sonnabend. Natürlich sind die „roten“ Zahlen in jedem Jahre zu verändern.

Allerlei Rat.

Dartnädiger Schnupfen wird vertrieben durch Nasenausspülungen mit stark verdünntem Zitronensaft.

Als **unschädliches Abführmittel** hat sich die Quebrachotinktur bewährt. Man vermischt davon 10 Gramm mit 20 Gramm Wasser und nimmt decimal täglich einen Teelöffel voll ein.

Ein **gutes, die Eierproduktion förderndes Winterfutter** ist hellbraun angeröstete Gerste. Sie ist vor dem Ausstreuen etwas anzuwärmen.

Eine **hohe Torfstreu im Geflügelstall** hält nicht nur warm, sondern erleichtert auch die Arbeit des Ausmistens. Der Dünger kann den ganzen Winter durch liegen bleiben; er braucht nur ab und zu durchgehakt zu werden, damit er sich nicht unter den Stängeln aufstapelt. Auch trockenes Laub, mit Torfstreu vermengt, erfüllt den gleichen Zweck. Werden Stroh und Dörfel, die ebenfalls warm halten, als Einstreu benutzt, so ist häufig zu reinigen; auch bei Ausstreuen von trockenem Sand muß letzteres geschehen.

Entfernung des Rostes von polierten Stahlgegenständen. Die Rostflecken werden vorerst erweicht, indem man sie mit Olivenöl überstreicht und die Fleckstich mehrere Tage darauf läßt. Dann werden mit einem Stück hartem Holz und Schmirgel oder Tripel

die schadhafte Stellen abgerieben und hierauf vom Öl und aller Unreinlichkeit gesäubert. Nach dieser Reinigung reibt man die Flecken wieder mit Schmirgel und Weinessig ab, zuletzt auch noch mit feinem Meisenpulver und Leder.

Ein **Hektograph**, das ist ein Apparat zur Vervielfältigung von Schriftstücken, läßt sich in einfacher Weise und ohne große Kosten herstellen: Zunächst läßt man sich von einem Altpapier einen Blechkasten von 4 Ztm. Höhe und einer Breite und Länge, die der Größe der später herzustellen den Abzüge entspricht, anfertigen. Zweckmäßig ist es, für diesen Kasten auch gleich einen Deckel machen zu lassen. Sodann geht man an die Anfertigung der Kalkmasse. Zu diesem Zwecke läßt man 170 Gr. zerkleinerte Gelatine in 400 Gr. Wasser einen Tag quellen, mischt 1410 Gr. Glycerin zu und erhitzt die Masse im Wasserbade, bis sie vollständig gleichmäßig geworden ist. Nachdem man noch 2 Gr. Salzsäure, die mit der gleichen Menge Wasser sein zerrieben worden ist, zugefügt hat, kann die warme Mischung langsam in den Blechkasten gegossen werden. Es dauert mehrere Stunden, bis die Masse vollständig erstarrt und der Apparat gebrauchsfähig ist. Um nun Abzüge herstellen zu können, müssen die betreffenden Schriftstücke mit Hektographentinte geschrieben sein. Als Schreibpapier ist ein glattes und gutes Papier zu benutzen. Die Schriftzüge trägt man mit einer nicht zu spitzen Feder möglichst deutlich auf und läßt sie eintrocknen. Dann wird das Schriftstück auf die Hektographenmasse gelegt, mit Hilfe einer Rolle oder eines Luches angedrückt und 5 Minuten liegen gelassen. Nach dieser Zeit hebt man das Blatt vorsichtig in der Weise ab, daß man zunächst die eine, dann die andere Ecke emporhebt und das Blatt darauf vorsichtig abzieht. Nun werden die Hektographischen Abzüge gemacht, indem die Briefbogen auf die Gelatinemasse gelegt und gleich wieder entfernt werden. In der Regel sind die ersten Abzüge so kräftig, daß sie sich nicht verwenden lassen. Nach beendeter Arbeit muß die Platte mit einem Schwamm unter Zuhilfenahme warmen Wassers gereinigt werden.

Auflösung der Rätselcode aus Nr. 22.

Lösung des Wärdelrätsels:
Bomhertzige Samoriter.

Lösung des Zahlenrätsels:

W
Gan
Lanne
Dau line
Reine
Juu

Lösung der Gleichung.
Aerballen.

(a Karpen, b Faltel, c Riß, d Kissen.)
Lösung des Alphabetschen Rätsels:

Woll — Wote.

Lösung des Anagramms:
Weich, Glisch, Wale, Citer, Uir, Woter, Wille, Wote
Rebholder.

Lösung des Gleichungs:
Bogen.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 24. — 29. Februar 1908. — Seite 558/581. — 5. Jahrgang.

März						
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31

Verleger:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Verein der Soldaten-
freunde, G. B.“ und an der „Kameradschaft, Wahlvereins-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

April						
.	.	.	1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25
26	27	28	29	30	.	.

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Buchhändler wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linkestraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Befellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die Spalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des
Dienstes in Verbindung mit Widerstand
gegen die Staatsgewalt, Waffengebrauch
und Notwehr 559

Allerhöchster Erlass vom 14. 1. 08 betreffend
die Anrechnung der Jahre 1905, 1906
und 1907 als Kriegsjahre aus Anlaß des
Aufstandes in Deutsch-Ostafrika . . . 563
Aus den Parlamenten 563
Ein neues Reichsbeschuldengesetz (Schluß) 564
Erlebtes und Erfahrenes 566
Preisentscheidungen 566

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht 567
II. Kammergericht 567
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht 568
IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht 568
V. Landgericht Bochum 568
VI. Schöffengericht Berlin-Mitte . . . 568
VII. Schöffengericht Frankfurt a. M. . . 568

Personalveränderungen 565
Ehrentafel 569
Verschiedenes 570
Bücherschau 570
Ausfunkei 570
Familiennachrichten 575

II. Der Polizeihund.

Prüfungen 576
Die Polizeihundbewegung 578
Polizeihundbewegung — Zuchtvereine . . 579

III. Haus und Herd.

Die Röntgenstrahlen 580
Gendarmeriepatronen 581
Rechtsprechungsörter 581
Weltbürger-Abc. 581
Allerlei Rat 581

Batzenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 25. Februar 1908 abgeschlossen worden.

Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes in Verbindung mit Widerstand gegen die Staatsgewalt, Waffengebrauch und Notwehr*).

Von Oberst a. D. v. den Brinken, vormalig Kommandeur der Gendarmerschule Wöhlau.

(Fortsetzung.)

(Rathschuß verboten.)

2. Die sachliche Zuständigkeit hat zur unerlässlichen Voraussetzung,

a) daß das Einschreiten des Gendarmen sich auf einem Gebiet bewegt, auf welchem die Polizei überhaupt zuständig ist;

b) daß der Gendarm bei seinem Einschreiten die ihm in den Gesetzen gezogenen Schranken und vorgeschriebenen Formlichkeiten wohl beachtet und sich nicht leichtfertig über sie hinwegsetzt.

Die Erfordernisse zu b) sind in der DV. ausführlich und erschöpfend erläutert, so daß es irgend welcher Zusätze hierzu kaum bedarf. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß der Gendarm sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befindet, wenn er eine Festnahme vornimmt, der die gesetzlichen Voraussetzungen fehlen, wenn er eine Durchsuchung ohne die vorgeschriebene Ermächtigung zwangsweise durchführt oder gegen eine Person diejenigen Zwangsmittel anwendet, die nur gegen Gefangene zulässig sind, ohne daß er sie vorher in aller Form zu seinem Gefangenen erklärt hat usw.

Schwieriger ist das Erfordernis zu a) zu behandeln; denn danach ist die sachliche Zuständigkeit des Gendarmen so mannigfaltig wie die Aufgabe der Polizei überhaupt und von seinen Ausnahmen durchbrochen. Sie konnte daher in dem engen Rahmen einer Dienstvorschrift nur andeutungsweise behandelt werden und bedarf, will man zum vollen Verständnis ihres Wesens gelangen, noch einer eingehenden Erörterung.

Die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und zur Abwendung der dem Publikum oder einzelnen Mitgliedern desselben bevorstehenden Gefahr zu treffen, ist das Amt der Polizei.

(Allgem. Landrecht § 10, 21, 17, Teil II.)

Dieser Satz aus dem Allgemeinen Landrecht, jenes im 18. Jahrhundert unter Friedrich dem Großen ausgearbeiteten Gesetzbuches, welches auch durch die neuere Gesetzgebung (Bürgerliches Gesetzbuch) noch nicht in allen seinen Teilen aufgehoben worden ist, hat noch heute nichts von seiner Bedeutung verloren und bildet nach wie vor die Grundlage für jede polizeiliche

Tätigkeit, mithin auch für die sachliche Zuständigkeit des Gendarmen.

Infolge der im Anfang des 19. Jahrhunderts durchgeführten grundsätzlichen Trennung der Rechtsprechung von der Verwaltung zerfällt indessen auch die Polizei in zwei voneinander streng zu trennende Teile mit ganz verschiedenen Befugnissen und Pflichten. Die Rechtsprechung bedarf einer Polizei überhaupt nur, insofern sie sich damit beschäftigt, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung strafbare Handlungen zu ahnden (Strafrechtspflege), nicht aber insofern sie ihre Aufgabe darin findet, Privatstreitigkeiten der Staatsbürger untereinander durch richterliche Entscheidung zu schlichten (bürgerliche Rechtspflege). Die letztere ist somit für die Polizei gänzlich ohne Bedeutung und liegt vollkommen außerhalb der sachlichen Zuständigkeit des Gendarmen. Bei der Strafrechtspflege dagegen fällt der Polizei und damit auch der Gendarmerie die Aufgabe zu, bereits begangene strafbare Handlungen zu erforschen, den Täter zu ermitteln und ihn dem Strafrichter zur Aburteilung zuzuführen.*)

Man nennt diese Tätigkeit die gerichtliche Polizei. Sie tritt ein, sobald der Verdacht einer bereits begangenen strafbaren Handlung begründet ist, und wird geleitet von der bei jedem Gericht neben diesem fungierenden Staatsanwaltschaft (Amtsanwalt beim Amtsgericht, Erster Staatsanwalt beim Landgericht, Oberstaatsanwalt beim Oberlandesgericht, Reichsanwalt beim Reichsgericht, in höchster Instanz vom preussischen Justizminister und in Bezug auf das Reichsgericht von dem Staatssekretär des Reichsjustizamtes. Für den Gendarmen kommt in

*) Als wichtigste Gesetze kommen für die Strafrechtspflege das Reichs- u. Straf-Gesetzbuch und die Reichs-Kleinprozeßordnung in Betracht, von denen das erstere diejenigen Einzelfälle freilegt, welche den Täter treffen sollen, das letztere diejenigen Formen bestimmt, unter welchen der Strafprozeß sich abspielen soll, und unter anderem auch die Rechte und Pflichten festlegt, welche den an dem Strafprozeß beteiligten Beamten, insbesondere auch den Polizei- und Sicherheitsbeamten zustehen und obliegen. In ähnlicher Weise bildet für die bürgerliche Rechtspflege das Bürgerliche Gesetzbuch die Grundlage für die Rechtsprechung, während die Zivilprozeßordnung die Formen des bürgerlichen Prozeßes bestimmt und die Rechte und Pflichten der beteiligten Beamten regelt, zu denen aber die Polizei- und Sicherheitsbeamten nicht gehören. Das Gerichtsverfassungsgesetz endlich regelt im wesentlichen die Organisation und Zuständigkeit der einzelnen Gerichte.

*) Falls die nachfolgenden für den Gendarmen so wichtigen Bestimmungen bei dem einzelnen nach irgendwelcher Zweifel übrig lassen sollten, so ist der Beförderer bereit, solche durch Beantwortung entsprechender an die Schriftleitung zu richtender Fragen in der Kunstfertigkeit zu klären.

weiter Linie der Erste Staatsanwalt bei dem Landgericht in Betracht, der bei allen erfindlichen Sachen in Tätigkeit tritt, da der in der Regel nicht juristisch vorgebildete Staatsanwalt beim Amtsgericht nur nach seinen Anweisungen arbeitet.

Für Ausübung der gerichtlichen Polizei stehen der Staatsanwaltschaft seine eigenen, ihr speziell unterstellten Organe zur Verfügung; sie ist vielmehr auf diejenigen Polizeibeamten mit angewiesen, welche den Verwaltungsbehörden unterstellt sind, d. h. auf die Ortspolizeibehörden (Bürgermeister, Amtmänner, Distriktskommissare, Amtsvorsteher), die Ortsbehörden und die staatlichen und kommunalen Polizei- und Sicherheitsbeamten (Gendarmen, Schutzleute, Postbeamte, kommunale Polizeibeamte usw.). Dabei übt die Staatsanwaltschaft eine Disziplinar-gewalt über diese Beamten nur insoweit aus, als denselben die besonderen Rechte der Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft ausdrücklich zuerkannt sind, was bei den preussischen Gendarmen bekanntlich nicht der Fall ist.

Im Gegensatz zu den Aufgaben der gerichtlichen Polizei steht diejenige der Verwaltungs-polizei, welche von den Ortspolizeibehörden, den Landräten, den Regierungspräsidenten, den Oberpräsidenten und in höchster Instanz im wesentlichen von dem Minister des Innern, für einzelne Zweige aber auch von anderen Ministern ausgeübt wird (so ein Teil der Gewerbepolizei von dem Handelsminister, die Jagd-, Forst- und Fischereipolizei von dem Minister für Landwirtschaft, die Bau- und Eisenbahnpolizei von dem Minister für öffentliche Arbeiten usw.). Sie beschäftigt sich damit, strafbaren Handlungen und deren Fortsetzungen, aber auch Unglücksfällen und Gefahren aller Art vorzubeugen und bei schon eingetretenen Unglücksfällen die Folgen zu beseitigen, den Betroffenen hilfreiche Hand zu leisten und den vorher bestandenen Zustand nach Möglichkeit wiederherzustellen, oder mit anderen Worten ausgedrückt: für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Ruhe Sorge zu tragen, Personen und das Eigentum zu schützen.

Während die Rechte und Pflichten des Gendarmen auf dem Gebiete der gerichtlichen Polizei in verhältnismäßig wenigen Paragraphen der Reichsstrafprozeßordnung vollständig enthalten und in der Dienstvorschrift erschöpfend behandelt sind, ist seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Verwaltungs-polizei eine so mannigfache und ausgedehnte, daß eine gleiche Zusammenstellung seiner Rechte und Pflichten im einzelnen auf diesem Gebiete ausgeschlossen er-

scheint. Naturgemäß bleibt hier seinem pflichtmäßigen Ermessen ein viel weiterer Spielraum und die Ausübung seiner Rechte ist nicht wie bei der gerichtlichen Polizei von der Einholung besonderer Ermächtigungen im einzelnen Falle abhängig. Die Dienstvorschrift stellt denn auch für die Handhabung der Verwaltungspolizei nur allgemeine Grundsätze auf und macht die Anwendung von Zwangsmitteln insbesondere davon abhängig, daß ein dringendes öffentliches Interesse vorliegt oder eine gegenwärtige Gefahr für Leben, Gesundheit oder Eigentum vorhanden ist.

Wesentlich erleichtert wird dem Gendarmen die Handhabung der Verwaltungspolizei durch die zu Recht bestehenden Polizeigesetze und zahlreichen Polizeiverordnungen, welche, den örtlichen Verhältnissen angepaßt, bis ins einzelne gehende Vorschriften für das Verhalten des Publikums auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen und an anderen öffentlichen Orten anstellen und sämtlich gleichfalls den Zweck verfolgen, Störungen der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit, Unglücksfällen und Gefahren aller Art sowie auch strafbaren Handlungen vorzubeugen.

Insofern diese Gesetze und Verordnungen auch Strafbestimmungen enthalten, gelangen wir hier auf ein zwischen der gerichtlichen und der Verwaltungspolizei liegendes Gebiet, auf welchem die Grenzlinie sehr zu ziehen schwierig ist. Da aber die angedrohten Strafen zunächst regelmäßig in Geldstrafen bestehen, welche von der Verwaltungsbehörde verhängt werden können, und richterliche Entscheidung erst dann eintritt, wenn der Verurteilte Widerspruch erhebt, so rechnen wir die dem Gendarmen obliegende Verfolgung derartiger Übertretungen richtiger und besser zu der Ausübung der Verwaltungs-polizei.* Denn während der Richter lediglich nach dem Buchstaben des Gesetzes ohne Ansehen der Person zu urteilen gezwungen ist und beispielsweise einen tatsächlich vorliegenden Diebstahl zwar den Umständen nach milde beurteilen, aber doch nicht aus Gründen der Zweckmäßigkeit unbefristet lassen kann, ist der Verwaltungsbeamte sehr wohl in der Lage, solchen Zweckmäßigkeitsgründen Rechnung zu tragen und die Handhabung einer Polizeiverordnung danach einzurichten; denn die letzteren verfolgen nicht wie die übrigen Strafgesetze den Zweck, den verbrecherischen Willen zu bestrafen oder dem Täter für eine begangene Raub-lässigkeit und den dadurch bereits angerichteten Schaden (z. B. fahrlässige Brandstiftung) eine entsprechende Buße aufzuerlegen, sondern

*) Nach der größte Teil der im Reichsstrafprozeßbuch enthaltenen „Aberteilungen“ trägt demselben Charakter.

lediglich den, gewisse an sich vollkommen harmlose Handlungen, die aber in ihren Folgen unter Umständen die öffentliche Ordnung oder Ruhe, die Sicherheit von Personen oder Eigentum gefährden könnten, zu verhindern und so derartigen Störungen vorzubeugen. Der Verwaltungsbeamte kann also eine Polizeiverordnung streng oder milde handhaben, je nachdem eine solche Störung nach den obwaltenden Umständen dringend zu befürchten ist oder nicht; er kann eine Verurteilung aus Zweckmäßigkeitsgründen unterlassen!

Daraus ergibt sich, daß auch der Gendarm sich bei Handhabung der Polizeiverordnungen von ähnlichen Gesichtspunkten leiten lassen dürfen; nur darf er sich dabei niemals in Widerspruch mit der zuständigen Behörde setzen und vor allen Dingen niemals persönlichen, sondern immer nur sachlichen Gründen Raum gewähren. So braucht er einen Wagenlenker, der sich auf der Rückfahrt verspätet hat und auf einsamer Straße seiner Wohnung zustrebt, nicht gleich anzuzeigen, weil er trotz inzwischen eingetretener Schummerstunde keine Laterne brennt, und ein Fremder, der aus Versehen einen verbotenen Weg betreten hat und, darauf aufmerksam gemacht, sich höflich entschuldigt, ist mit gleicher Höflichkeit auf den richtigen Weg zu führen, nicht aber anzuzeigen. Etwas anderes ist es selbstverständlich, wenn der Betreffende sich weigert, den Weg zu verlassen, oder wenn durch die von ihm begangene Übertretung bereits ein Schaden angerichtet ist oder ein solcher unmittelbar zu befürchten steht.

Für die Anwendung von Zwangsmitteln in Ausübung der Verwaltungspolizei ist das dringende öffentliche Interesse oder die gegenwärtige Gefahr für Leben, Gesundheit oder Eigentum maßgebend. Wenn zwei Personen sich in ihrer Wohnung oder auf der Straße zanken und beschimpfen, so geht das die Polizei mangels jeglichen öffentlichen Interesses nicht das geringste an. Wird aber der Lärm so laut, daß eine Menschenansammlung die Folge ist oder die öffentliche Ruhe, namentlich des Nachts, gestört wird, so setzt die Zuständigkeit der Verwaltungspolizei ein. Ist ein Weg, ein Platz auf Anordnung der Polizeibehörde aus irgendeinem Grunde für einen bestimmten Zeitpunkt abgesperrt, so verlangt es das dringende öffentliche Interesse, daß dieses Verbot — wenn notwendig, durch Zwangsmittel — unbedingt durchgeführt wird. Fährt ein dem Gendarmen persönlich bekannter Radfahrer in der Dunkelheit auf einsamer Landstraße ohne Laterne an ihm vorbei, so genügt eine Anzeige. Ein solches Anhalten ist gar nicht erforderlich; ein höflicher Zuruf genügt.

Denn das dringende öffentliche Interesse erfordert nicht, daß der Radfahrer nunmehr seinen Weg zu Fuß fortsetzt. Ein Anhalten ist nur erforderlich, wenn entweder die Persönlichkeit festgestellt werden muß oder die Straße so belebt ist, daß eine gegenwärtige Gefahr für Leben und Gesundheit als vorliegend erachtet werden kann.*)

Vor allen Dingen hüte sich der Gendarm vor der Aufschauung, seine Würde, sein Ansehen erforderlich zu machen, daß jedermann siehe, halte, sich beuge und ihm unbedingt gehorche, auch dann, wenn ein öffentliches Interesse augenblicklich gar nicht vorliegt. Nicht seine Würde, sein Ansehen kommt in erster Linie in Frage, sondern allein das öffentliche Interesse! Seine Würde und sein Ansehen wird zudem bei weitem am besten gewahrt, wenn er sich in allen seinen dienstlichen Handlungen lediglich und allein von diesem Interesse leiten läßt und seine Person zunächst gänzlich in den Hintergrund stellt!

Aus dem Gesagten geht hervor, daß der § 346 StGB., welcher lautet:

„Ein Beamter, welcher vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafverfolgung oder bei Vollstreckung der Strafe mitgewirkt hat, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, wenn er in der That, jemand der geistlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt.“

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat ein.“ für diejenigen Übertretungen, welche zunächst durch polizeiliche Strafverfügung geahndet werden können, nicht ohne weiteres anwendbar ist. Er könnte mit Bezug auf diese nur dann in Betracht kommen, wenn der Polizei- und Sicherheitsbeamte**) sich bei Unterlassung einer solchen Anzeige, entgegen dem öffentlichen Interesse, von anderen als rein sachlichen Beweggründen leiten ließe. Darum sei hier nochmals hervorgehoben: Nicht darauf kommt es an, daß der Gendarm möglichst viele kleinliche polizeiliche Anzeigen in seinem Tagebuche nachweist, sondern darauf, daß er seinen Dienstbezirk durch das Gewicht seiner Persönlichkeit in Ordnung hält und dieses Ziel mit einer möglichst geringen Zahl derartiger Anzeigen erreicht, so-

*) Ein solches Anhalten muß übrigens vorzüglich geübt werden; denn Widerstand gegen die Zwangsmaßnahme liegt nur dann vor, wenn dem Täter nachgewiesen werden kann, daß er den Gendarmen absichtlich angerannt hat, nicht aber, wenn lediglich der Gendarm der angreifende Teil war. Es sind Fälle bekannt, in welchen der Gendarm durch den Zusammenstoß invalide wurde, ohne daß der Radfahrer wegen Widerstand bestraft werden konnte.

**) Für den Gendarm, der zu den Personen des Sabotageverbandes gehört, kommt der Abschnitt XXVIII StGB. überhaupt nicht in Betracht; er kann also wegen Unterlassung einer Anzeige nur gemäß § 92 des StGB., also wegen Ungehorsams, bestraft werden.

wie besonders daraus, daß Verbrechen und Vergehen nicht ungepünkt bleiben und so die Bevölkerung sich eines wirksamen Schutzes durch ihn erfreut! —

Von besonderer Wichtigkeit für die Handhabung der gerichtlichen sowohl wie auch der Verwaltungspolizei, namentlich aber der ersteren, ist der § 50 StGB., welcher lautet:

Wenn jemand bei Begehung einer Strafbaren Handlung das Vorhandensein von Tatsachständen nicht kannte, welche zum gesetzlichen Tatbestand gehören oder die Strafbarkeit erhöhen, so sind ihm diese Umstände nicht zuzurechnen.

Bei der Bestrafung fahrlässig begangener Handlungen gilt diese Bestimmung nur insoweit, als die Unkenntnis selbst nicht durch Fahrlässigkeit verschuldet ist.

D. h. mit anderen Worten: Unkenntnis der Strafgesetze und der für den Gendarm bestehenden Dienstvorschriften schützt zwar niemals vor Strafe, wohl aber ein entschuldigendes Irrtum in bezug auf das im gerade vorliegenden Falle tatsächliche Vorhandensein derjenigen Umstände, welche erforderlich sind, um eine Handlung zu einer Strafbaren zu machen.*)

Jeder Mensch ist dem Irrtum unterworfen. So kann auch der Gendarm bei seinem dienstlichen Einschreiten einen „tatsächlichen Irrtum“, einen Mißgriff begehen, ohne daß die Rechtmäßigkeit seines Einschreitens dadurch beeinträchtigt würde, ohne daß er sich eines Mißbrauchs der Dienstgewalt, eines widerrechtlichen Waffengebrauchs u. dgl. m. schuldig gemacht hätte. Es kommt nur darauf an, daß der Irrtum nicht auf Unkenntnis der Strafgesetze usw. beruht, daß der Gendarm nach bestem Wissen pflichtmäßig ermesen hatte.

Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes ist also nicht davon abhängig, daß er bei seinem Einschreiten stets das Richtige trifft, daß z. B. ein von ihm gefaßter Verdacht sich als richtig erweist, sondern davon, daß sein Einschreiten, daß der Verdacht begründet war, d. h. daß er nach Lage der näheren Umstände einen solchen Entschluß, einen solchen Verdacht trotz pflichtmäßigen Ermessens fassen konnte und mußte, daß er mithin im guten Glauben gehandelt hat und jede Fahrlässigkeit ausgeschlossen ist. Unter solchen Voraussetzungen ist auch der Unschuldige verpflichtet, sich den Zwangsmitteln des Gendarmen zu fügen. Er befindet sich beim tätlichen Widerstand nicht in der Notwehr, sondern wird wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt bestraft.

*) Entschuldigend ist auch die Unkenntnis eines Rechtsgrundlages auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts, nicht aber auf demjenigen des Strafrechts. Daraus folgt auch wieder, daß der Gendarm die Grundzüge des Strafrechts (§§ 1–100) im wesentlichen beherrschen muß (vgl. Karl Haub, Handb. 1. Teil), daß dagegen das bürgerliche Recht (Bürgerliches Gesetzbuch) ganz außerhalb seines Geschäftskreises liegt.

Andererseits genügt unter Umständen schon das geringfügigste Einschreiten ohne vernünftige Überlegung, ohne pflichtmäßiges Ermessen, den Gendarmen ins Unrecht zu setzen, die Rechtmäßigkeit der Ausübung seines Dienstes auszuschließen und ihn in eine höchst peinliche Lage zu bringen. Denn er hat nicht das Recht, irgend jemand in seiner Eigenschaft als Polizei- und Sicherheitsbeamter auch nur dienstlich anzureden, ihn nach Namen, Stand und Wohnort, nach dem Zweck seiner Anwesenheit, dem Ziel seines Weges usw. zu fragen, wenn eine solche Frage nicht im öffentlichen Interesse aus polizeilichen Gründen geboten ist. Gerade derartige überflüssige Fragen haben in ihren weiteren Folgen schon oft genug die allerpeinlichsten Situationen für den Gendarmen herbeigeführt und ihn in schweren Nachteil versetzt. Kein freier Staatsbürger, der sich durch sein Verhalten nicht verächtlich gemacht, hat es nötig, sich eine derartige Kontrolle seines Handelns durch Polizei- und Sicherheitsbeamte gefallen zu lassen, und einer Beschwerde gegen solche Belästigung wird der Erfolg nicht verweigert werden können. —

Bei allen außerordentlichen Dienstleistungen (Befehlen der Vorgesetzten oder Ansuchen der Staatsanwaltschaften, Gerichte oder Ortspolizeibehörden) haftet nach Ziffer 131 der Dienstvorschrift die aufsuchende Behörde für die Recht- und Zweckmäßigkeit des Beforderten, der Gendarm bleibt nur für die pünktliche und gewissenhafte Ausführung verantwortlich. Er kann also in solchen Fällen niemals wegen einer etwa begangenen Ungefehltheit bestraft werden, falls er sich streng innerhalb des Rahmens des Befehls oder des Ansuchens gehalten hat. Dennoch besteht ein Unterschied zwischen dem Befehl eines Vorgesetzten, dem Ansuchen einer Staatsanwaltschaft oder eines Gerichts einerseits und dem Ansuchen der Ortspolizeibehörden andererseits. Denn das Recht, direkte Ansuchen an den Gendarmen zu richten, ist ihnen gemäß §§ 123 DB. ausdrücklich auf „vollstetliche Angelegenheiten“ beschränkt. Zwar ist der Gendarm verpflichtet, nach derartigen Ansuchen auszuführen, ohne sie auf ihre Recht- und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Er kann aber im Zweifelsfalle vor der Ausführung die Entscheidung der Zivildienstbehörde einholen oder, wenn dies rechtzeitig nicht möglich ist, nachträglich dieser Behörde berichten.

Diese Bestimmung ist für den Gendarmen von außerordentlicher Wichtigkeit; denn sie gibt ihm indirekt das Recht, das Ansuchen einer Ortspolizeibehörde im mer in darauf hin zu prüfen, ob dasselbe etwa eine offenbare Ungefehltheit (Eingriff in Privatfreiheiten durch Anwendung von Zwangsmitteln) von ihm verlangt. Derartige

wird dort, wo diese Behörde durch geschulte und erfahrene Polizeibeamte (Bürgermeister, Amtmänner, Distriktskommissare) vertreten sind, allerdings im allgemeinen ebensoviele zu befürchten sein wie bei Vorgesetzten, Staatsanwälten und Richtern. Wo aber ein junger, unerfahrener Amtsvorsteher im Ehrenamt die Polizei handhabt, ist es, wie auch die Erfahrung genügend lehrt, ganz gewiß nicht ausgeschlossen. Dazu kommt, daß das Reichsgericht sich voll auf den Standpunkt gestellt hat, der Polizei- und Sicherheitsbeamte (Gendarmen), welcher auf Befehl eines Vorgesetzten handle, befinde sich stets in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes, und derjenige, der einem solchen Beamten tätlichen Widerstand leiste, sei diesbezüglich zu bestrafen, selbst dann, wenn die dem Gendarmen befohlene Diensthandlung nach Ansicht des Gerichts der gesetzlichen Grundlage entbehre; daß aber dieser Grundsatz von den Gerichten nicht gleichmäßig auch auf diejenigen Diensthandlungen übertragen wird, welche der Gendarm auf Ansuchen der Ortspolizeibehörden vornimmt. Denn die Vertreter der Ortspolizeibehörden sind eben nicht Vorgesetzte des Gendarmen und das Gericht wird jedenfalls dann die Rechtmäßigkeit der Ausführung des Dienstes von seiten des Gendarmen nicht anerkennen, wenn das An-

suchen etwas offenbar Ungeheuerliches von ihm verlangt und er selbst sich über die Ungeheuerlichkeit des Zwangsmittels (es handelt sich immer nur um solche; denn mit Rat und Tat zur Seite stehen soll der Gendarm den Inassen seines Dienstbezirks, unter Umständen auch aus eigenem Antriebe selbst in Privatfreigleiten, und kann es erst recht auf Ansuchen der Behörde) nicht im Zweifel befunden hat.

In holdem Falle wird der Gendarm also — wenn er sein Ansehen nicht schwer schädigen will — gut tun, unter allen Umständen vor der Ausführung von seinem Recht der Anfrage bei der vorgesetzten Zivildienstbehörde Gebrauch zu machen. Denn Zeit hierzu ist, wenn es sich lediglich darum handelt, eine offensbare Ungeheuerlichkeit zu unterlassen, unter allen Umständen und stets vorhanden. Abgesehen wird sich wohl meist ein solcher Fall am einfachsten und kürzesten unter der Hand durch eine angemessene Rücksprache mit dem betreffenden Amtsvorsteher erledigen lassen. Treibt der Gendarm hierbei, wie es seine Stellung der Ortspolizeibehörde gegenüber unbedingt erfordert, tatlos und bescheiden auf, so wird es ihm auch meist gelingen müssen, den Amtsvorsteher von einer etwaigen offensbaren Ungeheuerlichkeit zu überzeugen und ihn zur Zuträdnahme des Ansuchens zu bewegen.

(Fortsetzung folgt)

Allerhöchster Erlass

vom 14. 1. 08, betreffend die Anrechnung der Jahre 1905, 1906 und 1907 als Kriegsjahre aus Anlaß des Aufstandes in Deutsch-Ostafrika.

Ich bestimme im Anschluß an meine Ordre vom 30. Januar 1907:

1. Der Anfang August 1905 ausgebrochene Aufstand in Deutsch-Ostafrika ist mit dem 18. Februar 1907 als beendet anzusehen.

2. Als Kriegsteilnehmer sind diejenigen Deutschen anzusehen, welche während der Dauer des Aufstandes

a) an einem Gefecht teilgenommen haben,

b) in den Aufstandsgebieten Dar-es-Salaam, Rohoro, Kilwa, Lindi, Songea, Ruwanganburg, Mahenge, Iringa, Mpapua, Morogoro, Moshi und Mwanja mindestens einen Monat in fortlaufender Zeit militärische Verwendungen gefunden haben.

3. Jedes der Jahre 1905, 1906 und 1907 ist als Kriegsjahr anzurechnen, sofern die Voraussetzungen unter 2a oder 2b in jedem dieser Jahre zutreffen. Hat die Beteiligung in den Jahren 1905 und 1906 beziehungsweise 1906 und 1907 zusammen mindestens einen Monat in fortlaufender Zeit betragen, so ist dasjenige Jahr, in welches die längere Beteiligung fällt, als ein Kriegsjahr anzurechnen, sofern keines der beiden Jahre bereits sonst als Kriegsjahr zu erhöhtem Ansehn kommt.

Berlin, den 14. Januar 1908.

Wilhelm.

Fürst von Bülow.

Aus den Parlamenten.

Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Besoldungsdenkmal. Die Budgetkommission des Deutschen Reichstages befahte sich mit der Anrechnungsfähigkeit der Militärdienstzeit. Man kam zu dem Ergebnis, daß der Reichsanwalt zu ersuchen sei, zu veranlassen, daß gemäß der Resolution des Reichstages vom Jahre 1906 ein entsprechender Teil der Militärdienstzeit spätestens vom Jahre 1909 an auf das Besoldungsdenkmal angerechnet wird. Ferner wird eine wesentliche Einschränkung der Einstellung von Militärämtern als Diätäre gefordert.

Rachstehender Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Zahlung der Beamtenbesoldung und des Gnadenvierteljahrs, ist dem Abgeordnetenhaus zugegangen:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

§ 1. Die unmittelbaren Staatsbeamten, welche eine etatsmäßige Stelle bekleiden, erhalten ihre Besoldung, soweit sie ihnen in festen Barbezügen zusteht, aus der Staatskasse vierteljährlich im Voraus.

§ 2. Hinterläßt ein unmittelbarer Staatsbeamter, welcher eine etatsmäßige Stelle bekleidete, eine Witwe oder eheliche oder legitimierte Nachkommen, so wird die volle Besoldung des Verstorbenen noch für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate (Gnadenvierteljahr) unter Anrechnung der vor dem Tode fällig gewordenen Besoldungs-

teile gewährt. An wen das Gnadenvierteljahr zu gewähren ist, bestimmt der Verwaltungschef oder die von ihm bezeichnete Behörde.

In gleicher Weise kann den Hinterbliebenen eines unmittelbaren Staatsbeamten, welcher eine etatsmäßige Stelle nicht bekleidete, aber zur Vorfriedigung eines dauernden Bedürfnisses und nicht nur ausbittungsweise beschäftigt war, das Gnadenvierteljahr von den ihm in festen monatlichen oder vierteljährlichen Beträgen zustehenden Dienstentlohnungen gewährt werden.

§ 3. Das Gnadenvierteljahr kann von dem Verwaltungschef oder der von ihm bezeichneten Behörde auch dann gewährt werden, wenn der Verstorbene Verwandte der aufsteigenden Linie, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Ernährer er ganz oder überwiegend gewesen ist, in Bedürftigkeit hinterläßt, oder wenn und soweit der Nachlaß nicht ausreicht, um die Kosten der letzten Krankheit und der Beerdigung zu decken.

§ 4. In dem Genuße der Dienstwohnung, die von einem der in § 2 genannten Beamten bewohnt war, ist die hinterbliebene Familie nach Ablauf des Sterbemonats noch drei fernere Monate zu belassen.

Hinterläßt der Beamte keine Familie, so ist denjenigen, auf welche sein Nachlaß übergeht, eine vom Todestage an zu rechnende dreißigtägige Frist zur Räumung der Dienstwohnung zu gewähren.

In jedem Falle müssen Arbeits- und Sitzungszimmer sowie sonstige für den amtlichen Gebrauch bestimmte Räumlichkeiten sofort geräumt werden.

Sobald das dienstliche Interesse es ausnahmsweise erfordert, ist die ganze Dienstwohnung auf Anordnung des Verwaltungschefs bereits vor Ablauf der in Abs. 1 und 2 genannten Zeiten gegen Gewährung voller Entschädigung für die Beschaffung eines anderweitigen angemessenen Unterkommens zu räumen. Der Betrag der Entschädigung wird von dem Verwaltungschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister endgültig festgesetzt.

§ 5. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden auch auf die zur Disposition stehenden Beamten und Bartgeldempfänger sowie auf deren Hinterbliebene Anwendung.

§ 6. Außer Kraft treten:

1. das Gesetz vom 6. Februar 1881, betreffend die Zahlung der Beamtengehälter und Bestimmungen über das Gnadenquartal (Gesetzsamml. S. 17),

2. die Kabinettsorder vom 27. April 1816 wegen der den Hinterbliebenen königlicher Beamten zu bewilligenden Gnaden- und Sterbequartale (Gesetzsamml. S. 134),

3. die Kabinettsorder vom 15. November 1819, daß auf die nach dem Tode eines Beamten geschehenen allgemeinen Gnadenbewilligungen die Gläubiger keine Ansprüche haben sollen (Gesetzsamml. 1820 S. 45).

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.

Ein neues Reichsviehseuchengesetz.

Von Königl. Polizeiaffessor W. Mohrenberg, Magdeburg.

(Schluß.)

(Nachdruck verboten.)

Die bisher zulässigen Maßregeln zum Schutze gegen eine besondere Seuchengefahr haben in dem Entwurf mehrfach eine Ergänzung und Verschärfung erfahren. Neu ist hier die Ersetzung des Begriffs „der Seuchengefahr ausgelegte Tiere“ durch den weitergehenden „für die Seuche empfängliche Tiere“. Auch hier liegt der Grund für die Neuerung in Gerichtsentscheidungen, die der geltenden Fassung eine zu enge und für die Veterinärpolizei unbrauchbare Auslegung gaben. Von den neu zugelassenen Schutzmaßnahmen sind zu erwähnen: Beschränkungen des Personenverkehrs innerhalb der Räumlichkeiten, in denen sich derartige (d. h. seuchenkrank, verdächtige und empfängliche) Tiere befinden“, das Verbot, die Kadaver abgeforderten, bewachter oder polizeilich beobachteter Tiere ohne polizeiliche Genehmigung zu öffnen oder zu beseitigen, und das Verbot oder die Beschränkung des Handels mit Tieren im Umherziehen. Die bisher schon zulässige Desinfektion der Ställe, des Düngers, der Gerätschaften usw. und der Personen, die mit seuchenkranken oder verdächtigen Tieren in Berührung gekommen sind, ist ausgedehnt auf die Zulässigkeit der Desinfektion der Tiere selbst. Die Viehmärkte können nicht nur ein-

gestellt, sondern auch bloß beschränkt werden; das gleiche gilt — neu — für die Jahr- und Wochenmärkte, die Körnungen und Viehversteigerungen. Es kann eine amtstierärztliche, nicht nur — wie bisher — tierärztliche Untersuchung der am Seuchenort oder in dessen Umgegend vorhandenen für die Seuche empfänglichen Tiere angeordnet werden.

In dem Abschnitte, der die Vorschriften über die Bekämpfung der einzelnen der Anzeigepflicht unterliegenden Seuchen enthält, haben insbesondere die notwendigen Grundzüge für die Bekämpfung derjenigen Seuchen Aufnahme gefunden, für die die Anzeigepflicht gesetzlich neu vorgesehen ist. Am wichtigsten ist hier wieder die Erweiterung der polizeilichen Anordnungsbezugnis der Tötung kranker und verdächtigter Vießbestände. Sie ist erweitert beim Rind, insofern als früher in den Fällen, wo „die beschleunigte Unterdrückung der Seuche im öffentlichen Interesse erforderlich ist“, die Tötung nur auf Antrag des Besitzers erfolgen durfte, jetzt aber auch ohne solchen Antrag zulässig ist. Sie ist neu eingeführt bei der Maul- und Klauenseuche, der Schweinepeste und Schweinepest, der Geflügelcholera, der Nüßnerpest und bei den gefährlichen Formen der Tuberkulose.

Der Abschnitt sodann, welcher die „besonderen Vorschriften für Viehhöfe und Schlachthöfe einschließlic öffentlicher Schlachthäuser“ bringt, ist, wie bereits diese Überschrift im Gegenfatz zu der bisherigen „besondere Vorschriften für Schlachtviehhöfe und öffentliche Schlachthäuser“ besagt, wesentlich durch die Ausdehnung der dort enthaltenen Vorschriften auf die bei Erlaß des jetzigen Gesetzes wohl kaum vorhandenen Magerviehhöfe, die ausschließlich oder überwiegend dem Zucht- und Ruckviehhandel dienen. Soweit daher in diesen Bestimmungen bisher vom „Schlachtvieh“ die Rede war, heißt es jetzt folgerichtig kurz „Vieh“, nur der Schlachtungszwang ist auf „Schlachtvieh“ beschränkt geblieben, „weil er nur für solches, nicht auch für Zucht- und Ruckvieh verantworte werden kann.“ Um unnötige wirtschaftliche Schädigungen zu vermeiden, ist hier eine Sperrung der Viehhöfe und Schlachthöfe auch nur „teilweise“ vorgesehen.

Der die „Entschädigung für Viehverluste“ behandelnde Abschnitt hat naturgemäß, entsprechend der verschärften Viehseuchenbekämpfungsbefugnis der zuständigen Behörden, um unbillige Schädigungen der Viehbesitzer zu vermeiden, wesentliche Veränderungen erfahren müssen. Eine Entschädigungspflicht ist z. B. neu vorgesehen für die infolge einer polizeilich angeordneten Impfung jeder Art (nicht nur bei Lungenseucheimpfung wie bisher) eingegangenen Tiere, und zwar schon dann, wenn ein ursächlicher Zusammenhang des Eingehens mit der Impfung nur anzunehmen ist. Sie ist neu vorzusehen für Tiere, „die nach rechtzeitig erstatteter Anzeige an Mox oder Lungenseuche gefallen sind, wenn die Voraussetzungen gegeben waren, unter denen die polizeiliche Anordnung der Tötung erfolgen muß.“ Es soll durch diese Erweiterung der bisherigen Vorschrift der Anreiz zur rechtzeitigen Anzeige dieser beiden Seuchen erhöht werden. Sie ist endlich hier (also reichsgesetzlich) vorgesehen für an Milzbrand oder Rauschbrand gefallene Rinder und Pferde, und zwar unabhängig von einer erstatteten Anzeige. Für an dieser Seuche eingegangenes Wild und Rinder soll eine bisher schon bestehende landesgesetzliche Entschädigungspflicht bestehen bleiben. Die zu gewährende Entschädigung selbst soll (auch nach dem Entwurf) nun auch hinsichtlich der für eine Entschädigung neu in Betracht kommenden Seuchen sowie hinsichtlich der neu hinzutretenden Fälle der Entschädigung für Impfverlust nach dem gemeinen Wert des Tieres ohne Rücksicht auf den durch die Krankheit oder die Impfung bedingten Minderwert bemessen werden. Nur bei der Tuberkulose soll aus Gründen praktischer finanzieller und seuchenpolizeilicher Natur der durch die Krankheit verursachte Minderwert mitberücksichtigt werden. Endlich ist die bisher schon bestehende und auch im Entwurf vorgesehene Beschän-

kung der Entschädigung auf einen Teilbetrag nicht für die an Maul- und Klauenseuche erkrankten Tiere vorgeschlagen. Für Geflügelcholera und Hühnerpest wird eine Entschädigung nicht gewährt.

Neu festgelegt sind die Ausschlussfristen für den Fall der Einführung von Tieren aus dem Auslande. Sie sind nach der praktisch und wissenschaftlich festgestellten längsten Dauer des Inkubationsstadiums bemessen: bei Milzbrand, Rauschbrand, Maul- und Klauenseuche auf 14 Tage, bei der Schweineseuche und Schweinepest auf 180 Tage und bei der Tuberkulose auf 270 Tage.

Bei den „Strafvorschriften“ des Entwurfs ist wesentlich deren anschießender Charakter. Während nämlich die Strafen des Gesetzes von 80/94 — nur Geld- oder Haftstrafen — nur dann zur Anwendung kommen sollen, „sofern nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist“, und in ihrer Ergänzung das StGB. (in § 328) für wissenschaftliche Verletzungen der hierher gehörigen Art Gefängnisstrafe androht, sieht der Entwurf ohne jeden Hinweis auf andere gesetzliche Bestimmungen für alle vorfälligen Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Vorschriften selbst sowie für einige andere bestimmte Fälle grundsätzlich Gefängnisstrafe vor. Es scheiden damit diejenigen gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Anordnungen, welche die Abwehr oder Unterdrückung der in § 1 des Entwurfs bezeichneten Viehseuchen zum Gegenstande haben, aus dem Geltungsbereich des § 328 StGB. aus. Dieser Paragraph behält damit seine Bedeutung nur noch für die Verletzungen, die auf einem von dem Viehseuchengesetz nicht berührten Gebiet des Veterinärwesens liegen (z. B. Rinderpestgesetz v. 7. 4. 89).

Von den „Schlußbestimmungen“ ist wesentlich die, welche eine Anzeigepflicht „über das Vorhandensein, den Ab- und Zugang oder über Ortsveränderungen von Tieren“ oder über einzelne veterinärpolizeilich interessierende (in dem Entwurf aufgeführte) „Betriebe, Unternehmungen und Veranstaltungen“ vorzieht, sowie die Bestimmung über die Wirkung von Beschwerden des Besitzers gegen veterinärpolizeiliche Anordnungen.

Wird der Entwurf ohne erhebliche Änderungen zum Gesetz erhoben und wird dann das Gesetz seitens der berufenen Organe, vor allem seitens der Polizei und der beamteten Tierärzte in dem Geiste durchgeführt, von dem es, wie gezeigt, durchweg durchdrungen ist, nämlich in dem einer gerechten und verständigen Abwägung des hier meist erheblichen materiellen Interesses des einzelnen gegenüber den unangeheuren oftmals auf dem Spiele stehenden Interessen der allgemeinen Volkswohlfaht und des Volkswohlstandes, so wird es dem Vaterland zum Segen gereichen.

Preisauschreiben.

Um das, was einzelne Kameraden erjinnen und erarbeiten mußten, was sie durch den Dienst erfahren durften, der Allgemeinheit und so dem Dienst nutzbar zu machen, eröffnen wir hiermit einen Wettbewerb für die besten

Darstellungen interessanter Ermittlungsfälle.

Der Umfang der Darstellungen soll die Zahl von 2000 Silben nicht übersteigen. Nebenständliches ist fortzulassen; dafür ist Wert zu legen auf die klare Darstellung der von beiden Seiten erforschten und angewandten Listen.

Die Arbeiten müssen bis zum 1. Mai d. Js. an uns eingekandt werden; sie sollen keine Unterschrift, sondern an deren Stelle ein Kennwort tragen. Die genaue Adresse des Einsenders ist der Arbeit in einem verschlossenen, mit dem gleichen Kennwort versehenen Briefumschlag beizufügen.

Wir setzen folgende Preise aus:

- | | |
|---------------|---------|
| 1 Preis zu | 50 Mark |
| 2 Preise „ je | 30 „ |
| 3 „ „ | 20 „ |
| 4 „ „ | 10 „ |

Die preisgekrönten Arbeiten gehen in das Eigentum des Verlags über. Wir behalten uns das Recht vor, nicht preisgekrönte Arbeiten gegen das übliche Honorar zum Abdruck zu bringen.

„Der Gendarm“

Verlag und Schriftleitung,
Berlin W. 9, Linstr. 11.

Erlebtes und Erfahrenes.

Strahnenräuber.

Von Kamerad b. W. Griesenferl
in Neuenbürg.

Es war am 1. April 1897, etwa 7½ Uhr vormittags, als ich mich auf dem Wege zur Verberge in meinem damaligen Standort Raheburg befand, um eine Revision vorzunehmen. Als ich den Weg zur Hälfte zurückgelegt hatte, kam mir ein unbekannter Mann entgegen, der mir auffällig erschien, weil er die linke Hand nordwärts verbunden hatte.

Auf näheres Befragen nach der Ursache der Verletzung legitimierte er sich als der Arbeiter Sch., zuletzt in Lübed. Er machte dann die Mitteilung, daß er am gestrigen Nachmittage von zwei fremden Bahnarbeitern, die sich ihm in der Verberge angeschlossen hätten, nach dem Forstort D. verschleppt worden sei unter der Angabe, daß sie beim Bahnbau Arbeit nehmen wollten. Als sie nun

in D. angekommen seien, hätten ihn plötzlich seine beiden Begleiter auf der dortigen Landstraße überfallen, niedergeworfen und seines Portemonnaies mit etwa 30 Mark Inhalt unter Anwendung von Gewalt beraubt. Der eine der Täter habe ihm hierbei mit einem Messer die Verletzung an der linken Hand beigebracht; beide Täter hätten in verloschener Nacht auf einer Verberge in Raheburg übernachtet.

Ich stellte hierauf so schnell als möglich den Tatbestand fest und ließ mir eine genaue Beschreibung der Täter geben, wozu Sch. auch instande war. Alsdann ging ich mit Sch. nach der Verberge und stellte dort Ermittlungen nach dem Verbleib der Täter an. Ich konnte zunächst feststellen, daß die beiden Beschriebenen dort übernachtet hätten; auch gelang es mir, die Namen derselben mit Hilfe des Verbergswirtes aus dem Fremdenbuch zu ermitteln. Es waren zwei polnische Bahnarbeiter, Adalbert R. und Franz G. Von diesen hatte R., wie ich feststellen konnte, am Abend vorher in der Gaststube ein Schnapsglas fallen lassen, welches, da er am Nachmittage fast gar kein Geld besessen hatte, unzweifelhaft von dem geraubten Gelde herrührte. Sch. hatte auch bekundet, daß unter dem ihm geraubten Gelde sich ein Schnapsglas befunden hatte; als Zeugen hierfür konnte ich die Schweltern des Verbergswirtes namhaft machen.

Die Täter hatten sich, wie ich ermittelte, mit Tagesanbruch in der Richtung nach dem Dorfe E. zu entfernt. Der Arbeiter Sch. wurde nun mit der Anweisung entlassen, sich nach der Polizeiverwaltung zu begeben behufs seiner Aufnahme ins Krankenhaus, während ich selbst sofort zu Pferde die Verfolgung der Täter aufnahm, um so schnell als möglich deren Festnahme zu bewirken. Nachdem ich in kurzer Zeit das Dorf E. erreicht hatte, konnte ich dort feststellen, daß die Beschriebenen vor etwa einer halben Stunde E. verlassen und ihren Weg über R. nach D. genommen hätten. Die Verfolgung wurde darauf fortgesetzt; schon nach Zurüdlegung von etwa 4 km bemerkte ich aus der Ferne an der im Bau begriffenen Eisenbahn vier Männer. Bei näherem Herantommen konnte ich bereits mit ziemlicher Sicherheit erkennen, daß die von Sch. gegebene Beschreibung auf zwei der Männer zuträfe.

Es gelang mir nun, die Verdächtigen gerade einzuholen, als sie die Landstraße Raheburg-Wölln überschreiten wollten, über welche die neue Eisenbahn Elbesloe-Dagenow führt. Ich hielt die Verdächtigen sofort an und forderte ihre Legitationspapiere; da nun auch die Namen stimmten, so erfolgte ihre vorläufige Festnahme wegen dringenden Verdachts des Strahnenraubes. Nachdem beide Gefangene einer Revision nach Geld und gefährlichen Werkzeugen unterzogen worden waren, fand die Festlegung derselben statt, um

einem etwaigen Fluchtversuch vorzubeugen. Die beiden Gefangenen wurden nun nach dem etwa 5 km entfernten Gerichtsgefängnis in Rastenburg transportiert und dort mit schriftlicher Anzeige an das Amtsgericht abgeliefert, worauf dieselben in Untersuchungshaft genommen wurden.

Die Bahnarbeiter A. und G. hatten sich daher wegen dieser Straftat am 21. Juni 1897 vor dem Schwurgericht in Altona zu verantworten. A. räumte in der Verhandlung die Tat ein; mit G. mußte sich das Gericht durch einen Dolmetscher verständigen, weil er der deutschen Sprache nicht mächtig war. Die Ge-

schworenen bejahten bei A. die Schuldfrage unter Zubilligung mildernder Umstände, verneinten sie dagegen bei G., weil er ein sehr beschränkter Mensch war. A. wurde darauf vom Gericht zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt, auch wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 3½ Jahr Gefängnis gegen A. beantragt und in seiner Rede der Anerkennung Ausdruck gegeben über die schnelle Ermittlung und Festnahme der Täter und die dabei bewiesene Umsicht. Kurze Zeit darauf erhielt ich laut Übergabebefehl eine Verlobigung.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unseren Sonderberichterstellern geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Unterschlagung. Anvertrauen gestohlener Sachen. Die höhere Strafe wegen Unterschlagung anvertrauter Sachen dient einem verstärkten Schutze des Eigentums gegen Gefährdung durch Veruntreuung. Auch wenn ein Nichteigentümer die Sache zu Zwecken, die dem Rechte des Eigentümers nicht zuwiderlaufen, einer anderen Person anvertraut, wird durch Veruntreuung das Recht des Eigentümers verletzt. Wird dagegen eine gestohlene Sache einem anderen zur Aufbewahrung für den Fehler übergeben, dann gilt sie nicht als für den Eigentümer zur Aufbewahrung anvertraut. — Entsch. II StrSen. RG. vom 18. Juni 1907, II 308/07. — Bd. 40, 222. — St.

Deutsches Reich. Strafantrag. Unterschrift. Ein im Auftrage eines Strafantragsberechtigten mit dessen Namen von einem anderen unterschriebener Strafantrag genügt den Anforderungen des § 156 Abs. 2 der StrProC. Zu dem Strafantrage gehört zwar eine Unterschrift, aber nur in dem Sinne, daß dadurch über die Person, von der die Erklärung ausgeht, und über die Vollständigkeit der Erklärung kein Zweifel obwalten darf. — Entsch. 5 StrSen. RG. vom 24. September 1907, V. 379/07. — St.

Deutsches Reich. Erpressungsversuch. Ein Hausdiener, der Reisegepäck eines Reisenden einbehält, um ihn zur Tringeldzahlung zu veranlassen, begeht einen Erpressungsversuch besonders dann, wenn der Reisende das Gepäck nicht so lange entbehren kann, bis er seinen Anspruch auf Freigabe gerichtlich geltend machen kann. — Entsch. III. StrSen. RG. vom 7. Oktober 1907, III 415/07. — St.

II. Kammergericht.

Preußen. Vorfott. Die Vorfottposten haben der Aufforderung eines Wendarmerie-

Wachmeisters, die Strafe, in der eine hofnotierte Wirtschaft liegt, zu verlassen, Folge zu leisten, wenn eine Polizeiberordnung den Sicherheitsbeamten die Befugnis erteilt, die zur Erhaltung der Sicherheit und Ruhe auf öffentlicher Strafe erforderlichen Anordnungen zu treffen. Versteht ist die Ansicht, daß sich jeder aus dem Publikum Belästigungen gefallen lassen müsse, die zur Durchführung des Vorfotts notwendig seien. Das Recht der Allgemeinheit auf Benutzung der Strafe kann dadurch nicht beeinträchtigt werden, daß eine Anzahl Personen es für angezeigt hält, durch Vorfott bestimmte Gewerbetreibende ihren Sonderwünschen willfährig zu machen. Das unbefchränkte Recht auf Durchführung eines Vorfotts würde zu ungeheuerlichen Folgen führen. — Entsch. I. StrSen. RG. vom 28. November 1907, I S. 1098/07. — St.

***Preußen. Aukauf von Minderjährigen; Hehlerei.** Neben dem Hehlereiparagrafen finden auch Bestimmungen von Polizeiberordnungen Anwendung, die das Ankaufen von Waren von Minderjährigen verbieten. — Entsch. I. StrSen. RG. vom 6. Januar 1908 in Sachen Schoppe-Gesellschaft.

E. v. R.

Preußen. Veranstaltung einer Lotterie und Beteiligung an einer nichtpreussischen Lotterie. Nach § 286 StGB. ist zu bestrafen, wer eine Lotterie ohne Erlaubnis veranstaltet, sei es in Preußen oder außerhalb. Eine gleichzeitige Anwendung des preussischen Lotteriegesezes ist ausgeschlossen. — Entsch. I. StrSen. RG. vom 18. September 1907, I S. 288/07. — St.

Preußen. Rechtsbeizorger. Die Verpflichtung auf Grund der Ziffer 7 der MinAnw. vom 28. November 1901, Schriftstücke in die Geschäftsbücher einzutragen, erstreckt sich auch auf solche Schriftstücke, die ein Rechtsbeizorger aus eigener Entschlieung zur Erledigung eines Geschäftsauftrages anfertigt. — Entsch. I. StrSen. RG. vom 6. Juni 1907, I S. 472/07. — St.

Deutsches Reich. Mauselein ohne Anweisung als Glückspiel. Glückspiele sind Spiele, bei welchen, wenn auch nicht ausschließlich,

doch vorwiegend der Zufall den Ausschlag gibt, und bei welchem die Einsätze einen Vermögenswert haben. Dies trifft auf ein mit Einsätzen von 20 \mathfrak{A} bis 2 \mathfrak{M} gespieltes Kartenspiel ohne Abzwang zu. Der Kartengeber hat, wenn er es ablehnt, das Spiel zu eröffnen, auf seinen Einsatz zu verzichten. Die Entscheidung über den Verlust dieses Einsatzes wird wesentlich von dem Wert der gegebenen und der als Trumpf umgelegten Karte, mithin vom Zufall bestimmt. Da jeder zum Kartengeben gelangt, unterliegt jeder der Gefahr, durch diesen Zufall seinen Einsatz zu verlieren. Die Aussicht auf Gewinn vermehrt oder verringert sich durch den Wert der zugekauften Karten. Da die Karten verdeckt zugekauft werden, ist auch hierbei der Zufall wesentlich bestimmend. Auch ohne Abzwang ist daher das Kartenspiel ein Glückspiel. — Entsch. 2. StrSen. RG. vom 1. November 1907, 2. S. 536/07. — St.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Preußen. Umfang der Wirtschaftserlaubnis. Wenn eine Gastwirtschaftserlaubnis für ein Gebäude erteilt wird, darf daraufhin der Konzeptionsinhaber nicht jeden ihm zum erscheinenden Raum seines Hotelgebäudes zum Schankraum einrichten, sondern nur die in der Konzeptionszeichnung als Schankräume bezeichneten Zimmer. Andernfalls könnte in jedem noch so ungeeigneten Raum des Hauses der Schank ausgeübt werden. Wegen eines Ausschank in neu hinzunehmenden Räumen kann mit polizeilichen Verfügungen vorgegangen werden; allerdings ist die Androhung einer Geldstrafe nach dem Grundsatze ne bis in idem*) unzulässig, da das Gesetz selbst in § 147 Ziffer 1 GewO. den nicht genehmigten Ausschank mit Strafe bedroht. — Entsch. III. Sen. OVG. vom 18. April 1907, III 878. — St.

Preußen. Konflikt. Wirtschaftsverbot an Beamte. Ein Dienstvorschrift ist befohlen, den ihm unterstellten Beamten auf Grund der Disziplin den Besuch bestimmter Wirtschaften zu verbieten. Die Schadenersatzklage eines Wirts wegen Schädigung in seinem Gewerbebetriebe durch ein solches Verbot ist daher unzulässig, das gerichtliche Klageverfahren einzustellen. — Entsch. I. Sen. OVG. vom 21. Januar 1905 in Sachen des Schankwirts Kleon in Wietzen gegen den Weisheitsdirektor von Engel daselbst. — E. v. O.

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Glückspiel. Pokern. Unter Glückspiel versteht man ein Spiel, dessen Ausgang wesentlich, d. h. allein oder hauptsächlich, vom Zufall abhängt; dabei ist es gleichgültig, ob neben dem Zufall noch andere Umstände, wie das Maß der Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit der Mitspieler von

Einfluß sind. Daß das Pokern ein Glückspiel in diesem Sinne ist, ist einwandfrei festzustellen, auch vom Reichsgericht.*) Wer als Inhaber einer öffentlichen Wirtschaft das Pokern nicht nur gestattet, d. h. sein wirksames Mittel, z. B. durch Begnabung der Karten anzuwenden, um das Spiel zu verhindern, macht sich strafbar, um so mehr, wenn er selbst die Karten dazu liefert. Ob der Wirt die Spielregeln kennt, ist gleichgültig. — Entsch. BayObLG. vom 8. Juli 1907. — St. 7, 398. — St.

V. Landgericht Bochum.

Deutsches Reich. Schießapparat als Glückspiel. Die Schießapparate, durch derenäufe Geldstücke in Gewinn- und Verlustschießer gesammelt werden, sind als Glückspielautomaten anzusehen.**) — Entsch. StrS. VGH. Bochum vom 17. Dezember 1907. — St.

VI. Schöffengericht Berlin-Mitte.

Deutsches Reich. Umfang der Gastwirtschaftserlaubnis. Ein Gastwirt, der sonst für seinen Privatgebrauch vorbehaltene, in der Genehmigung nicht eingetragene Zimmer zur Fremdenbeherbergung benutzt, macht sich nach §§ 33, 147¹ GewO. strafbar. Sein Einwand, er habe sich bei Übernahme der Gastwirtschaft über den Inhalt und Umfang der Erlaubnis nicht unterrichtet, ist strafrechtlich unerheblich. — Entsch. SchG. Berlin-Mitte Abt. 140 vom 3. Dezember 1907 in Sachen Penno Simon-Berlin, 140 G. 190/07. — St.

VII. Schöffengericht Frankfurt a. M.

Preußen. Kinematographenvorstellung als Schaustellung.*)** Kinematographenvorstellungen sind als Schaustellungen im Sinne der Polizeiverordnung über die äußere Heilhaltung der Sonn- und Feiertage vom 23. September 1896 für den Regierungsbezirk Wiesbaden anzusehen und daher während des Gottesdienstes verboten. — Entsch. des SchG. Frankfurt a. M. vom 11. Januar 1908. — Rg.

Personalveränderungen.

Eggert, Hauptmann und Kompanie-Chef im Inf.-Regt. Nr. 138, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension und der Aussicht auf Anstellung in der

*) Entsch. vom 11. Juni 1906. — Jur. Wochr. 789 Das Recht 1913. —

**) Im entgegengekehrten Sinne hat das Landgericht Gießen und das Landgericht Berlin I entschieden.

Die Schriftleitung.

***) Nach dem Wortlaut der Polizeiverordnung, die an Sonn- und Feiertagen zur Zeit des Gottesdienstes „öffentliche Ausstellungen, Schaustellungen, Züge, und sonstige Ausstellungen“ verbietet, ist die Entscheidung zweifellos richtig. Siehe es, wie in § 31 GewO. statt „Schaustellungen“ „Schaustellungen von Personen“, dann wäre es denkbar. Das OVG. — Entsch. vom 11. 6. 00; Str. Wst. XLIII. 304 — versteht unter „Schaustellung von Personen“ die Vorführung von „Menschen in Natur.“

Die Schriftleitung

*) Rgl. Entsch. OVG. V. 278.

Gendarmarie zur Disposition gestellt und zum Bezirks-Offizier beim Landwehr-Bezirk Siegen ernannt.

Frlr. v. Wittenhorst-Sonsfeld, Hauptmann J. D. und Bezirks-Offizier beim Landwehr-Bezirk Rendsburg, die Aussicht auf Anstellung in der Gendarmarie erteilt.

2. Brigade.

Hr. a. Pr. Ruge, Rummelsburg, am 18. 2. 08 zur Truppe zurück.

3. Brigade.

b. G. a. Pr. Verno, Neubabelsberg, am 29. 2. 08 zur Truppe zurück.

5. Brigade.

Hr. Schmidt VII, Argentan, am 14. 12. 07 nach Plonowo b. Rones, Kr. Hohenfalsa, fndrt. — Hr. Wepel, Ehmeine, am 1. 1. 08 nach Goplo Ww. b. Kruschwitz fndrt. — b. B. Schmidt VIII, Kruschwitz, am 1. 1. 08 nach Kruschwitz Amt fndrt. — b. B. Rühr, Strelno, am 28. 12. 07 nach Bojezewice b. Markowig, Bez. Bromberg, fndrt. — Hr. Staminsh, Kamienie, am 21. 12. 07 zur 12. Brigade nach Seeheim b. Hohenlisch (B.-Pr.) fndrt. — b. B. Schönteucht, Birnbaum, am 28. 10. 07 nach Fischtegel fndrt., am 28. 12. 07 vom Amdo. zur — Hr. Sindermann, Wachbarie, am 8. 10. 07 nach Probste b. Kruschwitz fndrt., am 22. 1. 08 vom Amdo. zur. — b. G. a. Pr. Raberg, Dufschit, am 1. 2. 08 nach Baranow, Bez. Posen, verlegt. — b. B. Stieper, Baranow, am 1. 2. 08 nach Dufschit, Bez. Posen, verlegt. — Hr. Wojciechowski, Bromberg, wohnt in Schwedenhöhe, — b. B. Pinf, Kowitzsch, wohnt in Wilhelmgrund bei Kowitzsch. — b. B. Wanthen, Bromberg, wohnt in Pringenthal. — b. B. Rugerl, Bromberg, wohnt in Pringenthal. — Hr. Schaade, Bromberg, wohnt in Schleusenau. — Hr. Wegner, Bromberg, wohnt in Schrötterdorf bei Bromberg. — Sgt. (Ob.) Wendt, Fußart. Regt. 11, am 15. 2. 08 in Wietlichin als Hr. a. Pr. eingestellt.

6. Brigade.

b. G. a. Pr. Skosfalka, Goblant, am 1. 3. 08 zum Truppenteil zurück. — b. B. Hoffmann XIV, Hr. Lufowig, am 1. 3. 07 ohne Gehalt beurlaubt als Stat.-Aspir. in Lüben (Schlef.), scheidet am 1. 3. 08 aus.

7. Brigade.

Hr. Schmielecki, Gombuch b. Warow, am 8. 2. 08 an Magen-Geschwüren gestorben. — b. B. Bender, Khaus, am 1. 4. 07 ohne Geh. als Lokameister-Aspirant in Ostrowo beurlaubt, scheidet am 1. 3. 08 aus.

8. Brigade.

b. B. Schaffrath, Kaiserseich, am 15. 3. 08 ohne Geh. als Polizei-Wachmeister in Elberfeld beurlaubt. — b. B. Hoffmann VIII, Kori, scheidet am 1. 3. 08 aus.

10. Brigade.

Hr. Kapfe, Meppen, am 1. 3. 07 o. Geh. beurl., scheidet am 1. 3. 08 ohne Penf. aus — Hr. Carlstedt, Lathen, am 1. 4. 08 penf.

11. Brigade.

Hr. Schmolz, Cassel, am 1. 9. 07 als Kanzlei-Hilfsarbeiter bei der Zentralverwaltung

der Landeshauptmannschaft in Dessen zu Cassel o. Geh. beurl., scheidet am 1. 3. 08 ohne Penf. aus. — Hr. Schmidt XI, Kronhausen, am 1. 6. 07 o. Geh. beurl., scheidet am 1. 3. 08 aus.

12. Brigade.

Hr. Schweinert, Ehmeine, am 25. 1. 08 nach Plonowo b. Jelen, Kr. Brien HPr., fndrt., trat am 8. 2. 08 vom Amdo. zur. — Hr. Radtke, Lößlau, am 14. 1. 08 nach Reumünsterberg, Weichselhoff-Stanal, fndrt., trat am 8. 2. 08 vom Amdo. zur. — Hr. Wlandzun, Bogutken, am 25. 1. 08 nach Welschwig bei Rosenburg HPr fndrt., trat am 8. 2. 08 vom Amdo. zur. — Hr. Irdan, Barchau, am 25. 1. 08 nach Gollub fndrt., trat am 8. 2. 08 vom Amdo. zur. — Hr. Dreher, Reuhof, am 28. 12. 07 nach Hohenlinden b. Strassburg HPr. fndrt., trat am 8. 2. 08 vom Amdo. zur. — Hr. Kroll, Stahlberg, am 19. 1. 08 nach Tienhof fndrt., trat am 8. 2. 08 vom Amdo. zur. — b. B. Naay, Neugolz, am 1. 9. 07 als Grenzaufseher nach Ottloschinn o. Geh. beurl., scheidet am 1. 3. 08 ohne Penf. aus.

Brigade Kfz.-Korps.

Hr. Rehle, Die (Seille), am 1. 3. 08 von Die nach Chambray vers. — Hr. Klein, Jallaucourt, am 1. 3. 08 von Jallaucourt nach Nördlingen. Lotbr., vers. — i. Hr. Seiffert, Nördlingen, Lotbr., trat am 20. 2. 08 zur Truppe zurück. — b. B. Werner, Oberehnheim, am 11. 2. 08 verstorben. — Rizefeldweibel Feders v. 8. Wirt. Inf. 126 Großherzog Friedrich von Baden am 1. 3. 08 als i. Hr. nach Jallaucourt zur 6monatigen Probefriedenleistung einberufen. — Rizewachmeister Schlonsfeld vom 3. Schlef. Drag. 16 am 1. 3. 08 als i. b. G. nach Oberehnheim zur Probefriedenleistung einberufen.

Chrentafel.

Sein 25 jähriges Dienstjubiläum als Gendarm beging am 13. Oktober 1907 Kamerad Fußgendarmeriewachmeister Reinhardt, Standort Greiffenberg in Schlesien (16. Brigade), aus welcher Veranlassung auf jenen Tag die monatliche Dienstversammlung verlegt war. Nach deren Beendigung erhielt der Jubilar von den Kameraden des Berritts einen geschmackvollen Rahmen mit dem Bild jedes einzelnen. — Kamerad Reinhardt wurde am 5. 10. 51 zu Pillau in Ostpreußen geboren und trat am 5. 11. 72 beim Brandenburgischen Feldartillerie-Regiment Nr. 3 ein. Im März 1875 zum Unteroffizier und im Januar 1880 zum Sergeanten befördert, trat er am 16. 10. 82 als berittener Gendarm zur 6. Gendarmarie-Brigade, Station Rengersdorf O. über. Am 1. 12. 85 wurde er zur Fuhrmannschaft versetzt und hatte bis 1. 4. 96 Altgubardsdorf, Kr. Rautan, bis 1. 4. 99 Riedelsdorf, Kr. Landesbut, und seit 1. 4. 99 Greiffenberg als Station. Er ist im Besiz der Zentenarmedaille, des Allgemeinen Ehrenzeichens und der Dienstauszeichnung 1. Klasse. Leider ist Kamerad Reinhardt

aus gesundheitlichen Rücksichten gezwungen, seinen so lange ausgeübten ehrenvollen Beruf aufzugeben, und scheidet voraussichtlich am 1. 5. 08 aus.

Das 40jährige Dienstjubiläum beging am 3. Februar d. J. Kamerad Fußgendarmierwachmeister Geige in Zellerfeld (10. Brigade). Er wurde am 22. 8. 50 zu Wiltenbruch, Kreis Greifenhagen in Pommern, geboren und trat am 3. 2. 68 als Freiwilliger beim Infanterie-Regiment Nr. 50 in Posen ein. Im Feldzug 1870/71 focht er mit Auszeichnung in der Schlacht bei Wörth und wurde bei einem Bajonettangriff verwundet;



vor Paris erhielt er dann für die von ihm bewiesene Tapferkeit das Eiserne Kreuz 2. Kl. Im Jahre 1871 wurde er zum Unteroffizier und 1874 zum Sergeanten befördert; seit 1878 gehört er der 10. Gendarmierbrigade an. Von Orden und Ehrenzeichen besitzt Kamerad Geige außer dem Eisernen Kreuz 2. Klasse die Kriegsdenkmünze 1870/71, die Dienstauszeichnung 1. Klasse, die Erinnerungsmedaille und das Allgemeine Ehrenzeichen.

Verschiedenes.

Zur Einstellung von Schiffsjungen. Zahlreiche Anfragen an das Kommando des Schiffsjungen-Schulschiffs „König Wilhelm“, ob denn in diesem Jahre zu Ostern keine Schiffsjungen eingestellt würden, lassen erkennen, daß die zum ersten Male im letzten

Jahre erfolgte Verbsteinstellung vielfach nur als eine vorübergehende Maßnahme angesehen wird. Demgegenüber wird nochmals darauf hingewiesen, daß seit dem letzten Jahre eine Änderung der Schiffsjungeneinstellung in Kraft getreten ist in der Art, daß die Einstellung nicht mehr wie bisher im Frühjahr, sondern im Herbst, und zwar im Monat Oktober jeden Jahres erfolgt.

Die Anmeldungen zum Eintritt sind bis zum 1. August persönlich bei dem Kommandeur des Landwehrbezirks der Heimat oder bei dem Kommando der Schiffsjungendivision in Friedrichsdorf anzubringen. Auf die vielen Vorteile und die günstigen Ansichten der Schiffsjungenlaufbahn ist schon zu wiederholten Malen hingewiesen worden.

Bücherschau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Erste Hilfe bei Unfällen mit kurzem Überblick über Improvisation. Von Dr. Leopold Weinbuch. München, Verlag des „Illustrierten ärztlichen Handbuchs“.

Ein vorzügliches Buch für diejenigen, die sich durch Selbststudium eine eingehende Kenntnis auf diesem Gebiet der ersten Hilfeleistungen aneignen wollen.

Die Länder und Staaten der Erde 1908. Geographisch-statistisches Handbuch. Zugleich kleines Hof- und Staatshandbuch der Welt. Von Hermann Hilger. Leipzig, Hermann Hilger Verlag.

Grundriß der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche. Von Graf Hue de Grais, Wirkl. Geh. Oberregierungsrat, Königl. Regierungspräsidenten a. D. Berlin, Verlag von Julius Springer. Preis kart. 1.— M.

Einer besonderen Empfehlung bedarf das Buch nicht. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß bereits die 9. Auflage erschienen ist.

Ausfunftei.

Berichtigung. Auf Seite 235 d. J. muß es in der dem Kam. O.W. L. in L. erteilten Auskunft anstatt „§ 360 Ziff. 14 StrGB.“ heißen: „§ 286 RStrGB“.

Kam. F.W. H. in K. Umfang des Jagdrechts. Auf Seite 122 des Gendarmier-Kalenders ist in § 1 unter a hinter „Dachse“ das Wort „Rüsch“ durch ein Versehen des Setzers ausgelassen. Die Rüsch gehören zu den jagdbaren Tieren. Nr. 761. — G.-ch.

Kam. F.W. A. Tagelöhner usw. Die Rangerhöhung der Ober-Wachmeister und Gendarmen hat einen Einfluß auf die diesen zustehenden Tagelöhner und Reisekosten nicht geübt. Diese sind bestimmt durch die Verordnung, betr. die den Mitgliedern der Landgendarmarie bei Dienststreifen zustehenden

Vergütungen vom 1. April 1874, Gefessammlung Seite 131, und den zu dieser ergangenen Änderungen vom 1. November 1876, Gefessammlung Seite 459, vom 14. Oktober 1881, Gefessammlung Seite 339, vom 11. Mai 1898, Gefessammlung Seite 103, und vom 29. Februar 1904, Gefessammlung Seite 127. G.

Kam. FW. W. in H. Unentgeltliche Jagdscheine. Unsere auf Seite 550 dieses Jahres erteilte Auskunft beruht auf einem Irrtum; denn der unentgeltlich erteilte Jagdschein genügt nur dann nicht, wenn der Inhaber die Jagd auf eigenem oder gepachtetem Grund und Boden oder auf solchen Grundstücken ausüben will, auf welchen von dem Jagdscheininhaber außerhalb seines Dienstbezirks die Jagd gepachtet worden ist. Für alle übrigen Fälle, wo der Inhaber eines unentgeltlich erteilten Jagdscheins die Jagd ausüben will, genügt dieser, also auch dann, wenn er von einem fremden Jagdherrn eingeladen oder zur Unterstützung seines Jagdpersonals gebeten worden ist. Vgl. Gendarmen-Ratender Seite 145, § 133 und Seite 142 Nr. 3.

Nr. 382. — G.

An Kam. FW. F. in R. (Oberelsass). Gehaltsregelung in Elsass-Lothringen. Neben den im „Gendarm“ auf Seite 539 aufgeführten Gehältern der Gendarmen und Oberwachmeister werden in den Reichslanden Wohnungsgeldzuschüsse nicht gewährt. Der preussische Gendarm hat 1400 bis 1900 M Gehalt und daneben ein durchschnittliches (ruhegehaltsfähiges) Wohnungsgeld von 189 M, der preussische Oberwachmeister ein Gehalt von 1700–2400 M und ein Durchschnittswohnungsgeld von 325 M. Unter Abrundung der Wohnungsgeldbeträge 189 auf 200 und 325 auf 330 M kommen dann die reichslandschen Gehälter heraus. Nr. 799a. — St.

Kam. GWachtm. D. in G. 1. Vorzugsberechtigung. Vorzugsberechtigt sind alle Militär-Anwärter mit mindestens 3jähriger Militärdienstzeit, welche den Unteroffiziergrad besitzen. Die aus der Schutzmannschaft hervorgehenden vorzugsberechtigten Militär-Anwärter müssen die 3jährige Militärdienstzeit schon beim Beginn des Probejahres als Schutzmann beendet haben.

2. Einkommen während der Ausbildungszeit im Eisenbahndienst. Während der Ausbildungszeit wird das Einkommen der Eisenbahnaspiranten gewährt ohne Rücksicht darauf, ob Anwärter bei der Schutzmannschaft schon ein höheres Dienst-einkommen bezogen hat. Bei der Anstellung als Assistent erst wird das Besoldungsdienstalter so festgesetzt, daß das Gehalt hinter dem zu diesem Zeitpunkt bei der Schutzmannschaft erzielten Gehalt nicht zurückbleibt. Hierzu tritt dann der höhere Wohnungsgeldzuschuß für mittlere Beamte. Es findet daher während der Aspiranten- und Diätarzeit eine Einkommenseinnahme statt. Nr. 581. — R. u.

Kam. G. Kr. in G. Überwachung von Versammlungen. Sie sind zur Überwachung der Gewerkschaftsversammlung im Sinne des § 4 Ges. v. 11. 3. 1850 beauftragt. Es steht Ihnen somit nach demselben Paragrafen ein angemessener Platz zu, das ist ein solcher, von dem aus Sie die Versammlung gut übersehen und die Redner gut hören können. Das Dausrecht steht in einer solchen Versammlung dem Vri und nebenher auch noch dem Einberufener oder Vorsitzenden, und wenn diese das Lokal gemietet haben, nur diesen zu. Wenn es im Lokal dunkel oder gar finster wird, dann haben Sie in jedem Falle den Vorsitzenden zu eruchen, das Anzünden von Licht zu veranlassen und, wenn er das nicht tut, ihm zu eröffnen, daß Sie in diesen Fälle die Versammlung auflösen müßten, da es Ihnen im Finstern nicht möglich ist, die Versammlung ordnungsgemäß zu überwachen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Sie schon mit der Androhung dieses Zwangsmittels Ihren Zweck erreichen werden. Sollte dies aber wider Erwarten nicht der Fall sein, dann haben Sie die Versammlung aufzulösen, und diese Maßregel in ihrem Bericht mit § 10 A. L. R. zu begründen, wonach Sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit in der Versammlung aufrecht zu erhalten haben, dies aber in einem mit Menschen besetzten, finsternen Lokal nicht möglich ist. Der Fall liegt so einfach, daß ihn der Gesetzgeber nicht besonders angeführt hat in der Voraussetzung, daß eine Versammlung in ihrem eigenen Interesse im richtigen Augenblicke wird Licht machen lassen, weil sie ja im Finstern viel schlechter oder gar nicht verhandeln kann.

Nr. 287. — Vi.

Kam. GW. B. in Z. Abzeichen für Abschiedete beim Tragen der Regimentsuniform. Ausgeschiedene Unteroffiziere, welche die Erlaubnis zum Anlegen der Regimentsuniform erhalten haben, tragen letztere entweder mit denjenigen Unterscheidungszeichen, welche bei ihrem Abschieden vorgeschrieben waren oder nach Maßgabe etwaiger neuer Vorschriften mit nachfolgenden Abweichungen: 1. Das Seitengewehr unter dem Waffenrock an dem Leibriemen bezw. Koppel ihrer bisherigen Dienststellung (in diesem Falle also als Vizefeldwebel, jedoch falls zu letzterer das Überarmkoppel gehörte, an dem für Offiziere vorgeschriebenen Leibriemen mit dem Trage- und Schleppriemen des Überarmkoppels; 2. am unteren Rande der Schulterklappen eine Borte von schwarzem und weißem Wolln nach dem Muster der für die verabschiedeten Offiziere vorgeschriebenen schwarz-silbernen Epaulettentresse. In Ausübung eines bürgerlichen Berufs darf die Militäruniform nicht angelegt werden. —

Nr. 272. — Pa.

Kam. Y. in Y. 1. Feilbieten von Glücksspielautomaten auf Grund einer Legitimationskarte. Auf Grund des § 44 Abs. 3 HGB kann ein mit einer Legitimationskarte versehener Reisender niemals Waren feilbieten, sondern immer nur Waren aufkaufen oder Bekellungen auf Waren aussuchen, und zwar darf das

erstere nur bei Kaufleuten oder solchen Personen, welche die Waren produzieren, das letztere aber ohne vorgängige ausdrückliche Aufforderung nur bei Kaufleuten in deren Geschäftsräumen oder bei solchen Personen geschehen, in deren Geschäftsbetrieb Waren der angebotenen Art Verwendung finden. Es fragt sich nun, ob das Aufstellen eines Automaten zur Probe in einem Gasthause als ein Feilbieten oder als ein Auffuchen von Bestimmungen anzusehen ist. Wir geben zunächst ohne weiteres zu, daß man auf den ersten Blick wohl geneigt sein kann, ein „Feilbieten“ unter einer solchen Tätigkeit zu verstehen; dennoch kommen wir durch folgende Erwägungen zu dem Schluß, daß die geschilderte Tätigkeit nicht unter die in § 55 Ziffer 1—4 RGO. aufgeführten fällt und mithin unter der Voraussetzung kein Wandergewerbebetrieb vorliegt, daß alle übrigen gesetzlichen Erfordernisse des § 44 RGO. vorhanden sind, also insbesondere eine gewerbliche Niederlassung nachgewiesen werden kann, in deren Interesse das Geschäft abgeschlossen wird. Stellen wir einmal die Frage umgekehrt: Wie müßte der Reisende sich verhalten, um innerhalb der Grenzen des § 44 RGO. Bestimmungen auf Waren aufzulegen und sich dabei eines Feilbietens der Waren im Sinne des § 55 Ziffer 1—4 RGO. gänzlich zu enthalten? — Wenn die Ware in Automaten besteht, so kann das Mitführen von Mustern und Proben doch immer nur so ausgeführt werden, daß ein vollständiges Exemplar eines solchen Automaten mitgeführt wird. Ein Feilbieten im Sinne des § 55 Ziffer 1 RGO. setzt doch voraus, daß der Handel von Anfang bis zu Ende in eigener Person (nicht schriftlich) betrieben wird, d. h. die Absicht des Händlers muß darauf gerichtet sein, das Geschäft sofort an Ort und Stelle zum Abschluß zu bringen, also entweder den Automaten zu verkaufen oder ihn wieder mitzunehmen. Davon ist aber nach ihrer Darstellung nicht die Rede; der Reisende läßt vielmehr den Automaten zur Probe stehen und wartet nun eine Bestellung ab. Würde er, um diese Bestellung auszuführen, den Probeautomaten zurücknehmen und demnächst einen eben solchen Automaten neu liefern, so wären alle gesetzlichen Erfordernisse des § 44 ganz zweifellos und buchstäblich erfüllt. So weit braucht man aber offenbar nicht zu gehen; denn eine solche Forderung wäre ganz unflau- und zwecklos und kann daher nicht im Sinne des Gesetzes liegen, wenn man sie auch seinem Wortlaute nach „vielleicht“ (1) aufstellen könnte. Der Reisende kann also, wenn er sich innerhalb der Grenzen des § 44 halten will, gar nicht an-

ders handeln, als er gehandelt hat. Wollte man in seinem Tun einen Wandergewerbebetrieb erblicken, so wäre eine Tätigkeit, wie sie im § 44 RGO. doch ausdrücklich ohne Wandergewerbebescheinigung gestattet ist, mit Automaten und ähnlichen Artfellen überhaupt nicht mehr möglich. Aus diesen Gründen erblicken wir in dem Aufstellen des Automaten zur Probe behufs ev. späteren Verkaufs kein Feilbieten, sondern lediglich ein Auffuchen von Bestimmungen, und zwar bei einer Person (dem Gastwirt), in dessen Geschäftsbetrieb Waren der angebotenen Art Verwendung finden. Der betreffende Reisende bedarf mithin hierzu keines Wandergewerbebescheins; die Legitimationskarte genügt, vorausgesetzt, daß er selbst eine gewerbliche Niederlassung besitzt oder im Auftrage einer solchen reist. Wenn nun der Reisende in der Zwischenzeit den Automaten auf seine eigene Rechnung in Tätigkeit setzt und den Gewinn einsteckt, so ist auch darin ein Wandergewerbe keineswegs zu erblicken; denn er betreibt ja das Gewerbe nicht in eigener Person, sondern durch einen Beauftragten und es macht keinen Unterschied, ob er zu diesem Zweck einen Verkäufer anstellt oder einen Automaten aufstellt. Es handelt sich in folchem Falle nicht etwa um ein Wanderlager, sondern um eine gewerbliche Niederlassung außerhalb des Wohnorts,¹⁾ die lediglich der Anmeldung bedarf. So hat der II. Senat des Sächsischen OVG. unter dem 4. Juni 03 entschieden, daß ein Wandergewerbebetrieb nicht vorliegt, wenn ein von außerhalb eingeführtes Warenlager durch einen am Verkaufsort wohnhaften Beauftragten feilgeboten wird, da eine Stellvertretung im Wandergewerbe ausgeschlossen ist. Außerdem besagt die Ausführungsanweisung zur Gewerbeordnung v. 1. 5. 04 unter Nr. 125 ausdrücklich, daß die selbsttätigen Verkaufsapparate (Automaten), mittels deren Konfitüren, Zigaretten, Streichhölzer und ähnliche Waren abgesetzt werden, als offene Verkaufsstellen im Sinne des § 41a RGO. anzusehen sind, woraus sich gleichfalls ergibt, daß diese Art des Betriebes unter das stehende Gewerbe fällt.

¹⁾ Unter einer „gewerblichen Niederlassung“ ist nach § 42 Abs. 2 RGO. ein zu dauerndem Gebrauch eingerichtetes, beständig oder doch in regelmäßiger Wiederkehr von dem Gewerbetreibenden für den Betrieb seines Gewerbes benutzter Lokal zu verstehen. Dagegen haben die Anforderungen an den Begriff eines „Lokals“ nicht zu hoch zu stellen sind, geht unter anderem aus der OStRG. vom 4. 7. 77 hervor, welche im Hinblick auf § 31 Ziffer 2 RGO. verlangt, daß der Auszubildende „Lokal“ nicht einmal unbedingt einen geschlossenen Raum voraussetzt, sondern jede „Ortslichkeit“ umschließt, also auch die Straße. Jedemfalls werden also durch den Automaten selbst die gesetzlichen Anforderungen, welche an eine gewerbliche Niederlassung zu stellen sind, vollkommen erfüllt (vgl. von den Hr. D. nicht St. d. RGO. S. 14).

Handelt es sich nun freilich um einen Glückspielautomaten, so besteht das stehende Gewerbe, welches der Agent betreibt, in dem Verankerten öffentlichen Auspielungen, welches nach § 286 RStGB. der obrigkeitlichen Erlaubnis bedarf; denn die RGE. v. 22. 9. 96 hat ausdrücklich in der Aufstellung eines Würfelsautomaten in einem Schanklokal eine solche Verankertung erteilt. Die Frage, welche Behörde berechtigt ist, die obrigkeitliche Erlaubnis zu erteilen, ist übrigens für die Strafbarkeit des Verankertalters ganz unerheblich. Ist die Erlaubnis tatsächlich von einer dazu nicht berechtigten Behörde erteilt worden, so liegt ein entschuldbarer tatsächlicher Irrtum des Täters vor (RGE. v. 15. 2. 95); denn man kann nicht von ihm verlangen, daß er über die Zuständigkeit der Behörden orientiert ist. Ein solcher entschuldbarer tatsächlicher Irrtum liegt dagegen nicht vor, wenn der Verankertalter der Meinung war, er brauche keine Erlaubnis (RGE. v. 25. 9. 80); denn Unkenntnis der Strafgesetze schützt nicht vor Strafe. übriges unterliegt die Berechtigung der zuständigen Behörde zur Erteilung der Erlaubnis nicht der Prüfung des Richters (RGE. v. 20. 5. 93); die Ortspolizeibehörde hat aber das Recht, Auspielungen geringfügiger Gegenstände zu genehmigen. Wenn Sie also, entgegen der Ansicht des Schöffengerichts, die eigene Ansicht aufstellen, daß dies nur der Oberpräsident könne, es aber verschmähen, diese Ihre Ansicht zu begreifen, so vermögen auch wir nicht hierauf näher einzugehen. Schließlich bemerken wir noch zu dieser Frage, daß das Auspielen von Werten im Wandergewerbe gemäß § 56c Abs. 1 überhaupt verboten ist; Ausnahmen dürfen indessen auch dort bereits von der Ortspolizeibehörde zugelassen werden. (Vgl. Erf. Nr. 137—139 u. v. den Wrt. E. wickl. West. d. RG. C. 49.)

2. Inwieweit ist im Nachweis eines stehenden Gewerbes der Nachweis eines dazu geeigneten Lokals (gewerbliche Niederlassung) erforderlich? Das Gesetz versteht unter dem stehenden Gewerbebetrieb (§ 14 RG. C.) einen solchen, der von dem festen Stützpunkt des Wohnortes oder einer außerhalb des letzteren gelegenen gewerblichen Niederlassung (vgl. Ann. zu Nr. 1) aus geleitet wird. Hiernach braucht der Gewerbetreibende für das an seinem Wohnort betriebene Gewerbe eine gewerbliche Niederlassung nur für diejenigen Gewerbe nachzuweisen, für welche ein solcher Nachweis im Gesetz selbst ausdrücklich verlangt wird. Zu diesen gehört das Gewerbe eines Agenten und Kommissionärs aber nicht. — Soll das Gewerbe an einem anderen Orte, also außerhalb des Wohnortes betrieben werden, so ist

außer der Anzeige der Nachweis einer gewerblichen Niederlassung am Orte des Gewerbebetriebes in jedem Falle erforderlich. Zum stehenden Gewerbebetrieb gehört im übrigen auch außerhalb des Gemeinbezirks des Wohnortes oder der gewerblichen Niederlassung des Gewerbetreibenden jede gewerbliche Tätigkeit, welche nicht unter die Siffern 1—4 des § 55 RG. C. fällt. Es ist dies insbesondere die gesamte gewerbliche Tätigkeit der Geschäftsvermittler (Agenten), welche einen Gewinn nur in Form von Provision oder Agentenlohn suchen (RG. Entsch. v. 5. 1. 88). Nun sind wir allerdings mit Ihnen der Ansicht, daß ein Agent, welcher unter Mitführung von Automaten Bestellungen auf diese aufsucht, nicht mehr ein reines Agenten- und Kommissionärgeschäft betreibt, sondern — je nachdem er die Erfordernisse des § 44 RG. C. erfüllt oder nicht — entweder den Handlungsreisenden zuzurechnen ist, für welche eine Legitimationskarte genügt, oder den Hausierern, welche einen Wandergewerbebescheinigung haben müssen. Sie sagen: S. bezieht die Automaten von verschiedenen Firmen (das wäre unerheblich!) und verkauft sie auf eigene Rechnung weiter (darauf kommt es an). Wesentlich für die von Ihnen gestellte Frage ist es aber vor allen Dingen, ob er wirklich das Risiko ganz allein trägt oder ob die Sache nicht vielleicht in der Weise betrieben wird, daß er die Automaten erst bezahlt, nachdem sie verkauft sind, daß ein bestimmter Teil des Erlöses vertragsmäßig in seine Tasche fließt und daß er solche Automaten, welche er nicht los werden kann (was indessen bei dem geschilderten Verfahren selten vorkommen wird) der Firma zurückgibt. Ein derartiger Betrieb würde u. E. ein Zwischending zwischen der Tätigkeit eines Agenten und derjenigen eines Handlungsreisenden darstellen, jedenfalls aber durch eine Legitimationskarte gedeckt sein. Denn die vom Gesetz verlangte gewerbliche Niederlassung würde durch diejenigen Firmen dargestellt, in deren Interesse der Agent die Automaten vertreibt. Auch wenn er schon vor dem Verkauf den Wert der Automaten der Firma gewissermaßen als Kaution hinterlegen müßte, so würde sich hieran nicht viel ändern, wenn er nur das Risiko nicht allein zu tragen hat. Aufst dagegen der Agent die Automaten wirklich allein auf sein Risiko auf, so daß die Firma nach abgeschlossenen Geschäft nichts mehr mit ihm abzurechnen hat, und zieht er nun mit diesen Automaten, die lediglich sein Eigentum darstellen, in der geschilderten Weise im Lande umher, so bedarf er u. E. eines Wandergewerbebescheins; denn eine solche Tätigkeit ist durch die An-

meldung eines Agentur- und Kommissionsgeschäftes ohne gewerbliche Niederlassung nicht mehr gedeckt.

3. Gewerbebetrießes auf vorgängige Bestellung. Zuständigkeit der Verwaltungsbereichen gegenüber den Gerichten. Die Kammergerichtsentscheidung vom 9. 7. 94 besagt: Ein Gewerbetreibender, welcher an einem Orte außerhalb des Gemeindebezirks seiner gewerblichen Niederlassung auf vorherige Bestellung eine Dampfsechsdemmaschine behufs Holzerleinerung aufstellt, demnächst aber auch anderen Einwohnern des Ortes auf deren Ansuchen Holz gegen Entgelt zerleinert, betreibt das Gewerbe im Umherziehen; denn eine derartige Aufforderung nach dem Interesse des Gewerbetreibenden gilt nicht als vorgängige Bestellung. — Wir halten diese Entscheidung für unbedenklich, durchaus sachgemäß und gerecht im Interesse der kleineren am Orte befindlichen Gewerbetreibenden. Indessen sind die Verwaltungsbehörden an derartige höchstgerichtliche Entscheidungen keineswegs gebunden, sondern haben ganz selbstständig nach eigenem pflichtmäßigen Ermessen zu befinden. Können sie die von ihnen für notwendig gehaltenen Bestrafungen bei den Gerichten nicht durchsetzen, so werden sie sich freilich im Interesse ihrer eigenen Autorität entweder der Ansicht der Gerichte fügen oder eine Änderung des Wortlautes des betreffenden Gesetzes herbeiführen müssen. Im umgekehrten Falle tritt ein solcher Widerspruch zunächst nicht in die Erscheinung, weil die Gerichte keine Veranlassung finden, sich mit der Sache zu beschäftigen.

Für die Tätigkeit der Gendarmen in Ausübung der Verwaltungspolizei ist jedenfalls die Ansicht der Verwaltungsbehörden allein maßgebend. Eine höhere Entscheidung könnte nur durch die kleinen Gewerbetreibenden am Orte, welche sich geschädigt fühlen, in Form einer Beschwerde herbeigeführt werden. Indessen ist dies selbstredend lediglich Sache dieser Gewerbetreibenden selbst. —

Die von Ihnen aus eigenen Mitteln beschafften Handbücher und Kalender können sich dagegen selbstverständlich immer nur auf die höchstgerichtlichen Entscheidungen stützen, da diese allein einen festen Anhalt für die Auslegung der Gesetze gewähren, während die jeweiligen Ansichten der verschiedenen Verwaltungsbehörden einen solchen nicht darbieten können und auch nicht in weiteren Kreisen bekannt werden. Durch einen einzelnen von Ihnen festgestellten Widerspruch verlieren die Handbücher und Kalender ihren Wert für Sie keineswegs; denn die darin enthaltenen Vele-

hrungen befähigen Sie zu selbständigem Handeln, solange sie besondere Anweisung nicht erhalten haben. Wird Ihnen eine abweichende Ansicht Ihrer vorgelegten Zivilbehörde bekannt, so ist eben von diesem Moment an die letztere für Sie maßgebend. Daraus können Schwierigkeiten für Sie durchaus nicht entstehen; denn Ihre Aufgabe besteht nicht darin, die Gesetze selbstständig auszuliegen, sondern im Sinne Ihrer Vorgesetzten als deren Organ zu handeln. Die Vorlage an den Präsidium wird daran auch nichts ändern; denn die Militärorgane sind nicht dazu berufen, den Gesetzesauslegungen der zuständigen Zivilorgane entgegenzutreten, und wir glauben nicht, daß die Angelegenheit auf diesem Wege zur Entscheidung des Herrn Ministers gelangen wird. Endlich würde auch durch die Lieferung einer Reichsgewerbeordnung auf Kosten des Staates an sämtliche Gendarmen wenig geändert werden; denn die recht schwierige Auslegung dieses umfangreichen Gesetzes mit seinen vielen Ausführungsbestimmungen würde doch immer zunächst Sache der Verwaltungsbehörden bleiben. Der Gendarm würde sich aber in diesem schwierigen Gesetz, welches nur zum kleinsten Teil Bedeutung für seine praktische Tätigkeit hat, kaum zurechtfinden. Es ist daher für ihn bei weitem praktischer, wenn er sich nach wie vor an diejenigen Handbücher hält, welche bemüht sind, ihm dasjenige, was er aus der Gewerbeordnung wissen muß, mundgerecht und verständlich zu machen. —

In Ihrem letzten Schreiben vom 8. 1. 08 bemerken wir übrigens noch, daß eine Entscheidung der Regierung, welche nicht von dem Regierungspräsidenten selbst, sondern von seinem Vertreter oder dem betreffenden Dezernenten unterschrieben ist, selbstverständlich volle Gültigkeit besitzt. Nicht alle Entscheidungen der Regierung gehen von dem Regierungspräsidenten persönlich aus; vielmehr ist die erstere nach dem Grundsatz der Arbeitsteilung eingerichtet und eine große Zahl von Entscheidungen ist abhängig von der Abstimmung im Regierungskollegium. In gewisse Angelegenheiten persönlich einzugreifen, hat sogar der Regierungspräsident nur in eiligen und dringenden Fällen das Recht. Es ist also gänzlich unerschuldet von Ihnen, daß Sie die Entscheidungen, welche nicht von dem Regierungspräsidenten persönlich unterschrieben sind, gewissermaßen beanstanden. Sollen Sie sich über die Organisation des preussischen Staates, insbesondere seiner Verwaltung näher orientieren, so empfehlen wir Ihnen zu diesem Zweck das Werk „*den Preußen. Verfassung und Verwaltung des Deutschen Reiches und des preussischen Staa-*

te", 2. Auflage, das durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen ist.

Nr. 406. — R. V.

Kam. G. Wachtm. L. in L. Ist der Wondarm berechtigt oder verpflichtet, ein öffentliches Lokal zu betreten, um in diesem auf Ersuchen des Beleidigten den Namen des Beleidigers festzustellen? Diese Frage muß von Fall zu Fall nach der Sachlage beurteilt werden. Im Einzelfalle kann sich eine solche Verpflichtung sehr wohl ergeben, ja sie wird sogar meist vorhanden sein. Der Wondarm hat in solchem Falle, d. i. wenn dem Beleidigten selbst die Namensfeststellung nicht möglich ist, diesen zu unterstützen und gemäß § 161 St. P. O. den Tatbestand festzustellen und ist dabei zweifellos befugt, wenn nötig, das Lokal zu betreten, um seinen Zweck zu erreichen. Von Hausfriedensbruch kann so lange keine Rede sein, als sich der Wondarm in Verfolgung dieses Zweckes befindet. Er hat aber die Pflicht, unparteiisch vorzugehen und seine Feststellungen sachgemäß vorzunehmen. — In dem der Anfrage zugrunde liegenden Falle hat der Wondarm aber nicht ganz einwandfrei gehandelt. Er mußte bei den beiden jungen Leuten, ehe er sich in ihren Dienst stellte, doch die Ursachen der ihnen angeblich zugefügten Beleidigung feststellen und die Richtigkeit dieser Angaben durch angemessene Nachfrage beim Wirt nachprüfen. Hier hätte er erfahren, daß die beiden Herren groben Unfug verübt hatten und deshalb ganz rechtmäßig aus dem Lokal vertrieben waren. Nach dieser Feststellung wäre ihm die Situation sofort klar gewesen, daß er nämlich die Namen dieser Herren festzustellen hatte, um sie zur Anzeige zu bringen, und zwar unter Namhaftmachung der Herren A., B. und C. als Zeugen. Letztere hätten ihm, wenn er so vorgegangen wäre, ganz sicher ihre Namen genannt und er war dabei noch immer in der Lage, auch den angeblich Beleidigten den Namen des Beleidigers mitzuteilen, damit sie, wenn sie dies noch beabsichtigten, den Weg der Privatklage beschreiten konnten. Wenn die Sache vor das Gericht kommt, dann ist es bei dem wenig geschickten Vorgehen des Wondarms immerhin möglich, wenn auch nicht gerade sehr wahrscheinlich, daß man zu der Entscheidung kommt, der Wondarm habe sich nicht in rechtmäßiger Dienstausübung befunden, und dann läge allerdings auch Hausfriedensbruch vor, da er auf Aufforderung des Wirtes das Lokal nicht verlassen hat. Es ist jedoch eher anzunehmen, daß dahin entschieden wird, daß sich der Wondarm in gutem Glauben befunden habe, als er sich bemühte, dem Unterstützungsersuchen zweier Herren, die erklärten, beleidigt worden zu sein, nachzukommen. Schließlich wird auch die Qualität des Lokals und der Ruf des Wirtes Berücksichtigung finden müssen, so daß sich die Anglegenheit von hier aus nicht mit Sicherheit beantworten läßt, dies vielmehr nach genauer Feststellung aller in Frage kommenden Um-

stände der tatsächlichen Beurteilung der zuständigen Behörden oder des Gerichts überlassen bleiben muß.

Nr. 308. — W.

Kam. G. W. S. in A. Sonntagsheiligung und Sonntagsruhe im Schankgewerbe. Sie müssen zunächst zwischen Sonntagsheiligung und Sonntagsruhe unterscheiden. Die in den §§ 105 a ff. St. P. O. ergangenen Vorschriften über die Sonntagsruhe finden nach § 105 i St. P. O. auf das Schankgewerbe überhaupt keine Anwendung. Wohl aber unterliegt der Schankwirt den Vorschriften einer Polizeiverordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Festtage. Die Sonntagsruhevorschriften sind Arbeiterschutzvorschriften; sie enthalten das Verbot der Beschäftigung von Angestellten an Sonn- und Festtagen, die Sonntagsheiligungsvorschriften sind zum Schutze der äußeren Anstalt gegen Störungen. Fast durchweg enthalten diese die Bestimmung, daß alle öffentlich bemerkbaren gewerblichen Arbeiten zu unterbleiben haben. Öffentlich bemerkbar ist nun der Wirtschaftsbetrieb — Ausschank oder Verkauf von Getränken — in offenen Wirtschaftsgärten, in Vorgärten oder in Räumen, deren Fenster und Türen nicht verhängt sind. Enthält aber die Polizeiverordnung die Bestimmung, daß den Gast- und Schankwirten der Ausschank an Sonn- und Festtagen während des ganzen Tages gestattet ist, dann würde damit auch der öffentlich bemerkbare Betrieb gestattet sein und zwar auch während der Gottesdienststunden. Nicht zum Wirtschaftsbetrieb, sondern zum Handelsgewerbe gehört der Verkauf von Wein und Bier in Flaschen. Er ist also nur an den für das Handelsgewerbe freigegebenen Stunden gestattet. Noch weiter geht die von uns in Nr. 12 dieses Jahrgangs gebrachte Entsch. des O. O. G. Eöln vom 21. 8. 07. Sie rechnet je den Verkauf über die Straße zum Handelsgewerbe. Nr. 320 a. — t. —

An Kam. G. W. C. in Z. Feiertagsabenden an Schankgästen. Nach § 345 St. P. O. machen sich die Gäste strafbar, die nach Feiertagsabenden durch Wirt, Wirtstellvertreter oder Polizeibeamten verweilen. Auch der Wondarm ist berechtigt, die Gäste zum Fortgehen aufzufordern. (Vgl. die Auskunft an Kam. H. G. N. in N. in „Wondarm“, Jahrg. 11, 471.) Nr. 375 a. — n.

Kam. b. W. V. in S. Reparaturen in Dienstwohnungen. Nach § 14 a des Regulativs über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten vom 27. 10. 1880 (R. V. L. 1880 Seite 261) obliegt dem Wohnungsinhaber die Erhaltung der Verplattung in den Fenstern. Wenn also bei Mietung Ihrer Wohnung nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, müssen Sie die Scheiben bezahlen. Nr. 396. — R.

Familiennachrichten.

Verstorben: der 12jähr. Sohn des Kam. W. M. Richter in Poslau an Genickstarre.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.
Nr. 24. Verantwortl. Schriftsteller: Fritz Gerschbach zu Berlin W. 9. 1907/08.

Prüfungen.

Stellstand ist höchstakt!

In der letzten Nummer des „Polizeihund“ machte ich (B. G.-L.) Vorschläge, wie künftighin Polizeihundprüfungen zu beurteilen seien. Diese Vorschläge will ich nun noch erweitern.

In dem betreffenden Artikel sagte ich, daß Polizeihundprüfungen von jetzt an nur noch streng festgelegten Grundsätzen abge-

teilt werden und diese Riesenarbeit, hatten wir künftighin zweierlei Prüfungen ab!

In Prüfung I zeigt sich der Hund fertig in allen Gehorsamsübungen und dem Verfolgen frischer Spuren, mit einem Wort: als Polizeihund; in der Prüfung II aber wird er in diesen Dingen gar nicht mehr geprüft, sondern hier stellt er sich als fertiger „Kriminalhund“ vor.

In allen Provinzen bilden sich in den größeren Städten und ihrer Umgebung



Polizeihund: Bruno v. Sichelgarten, Schäferhund. Besitzer: Polizeiverwaltung Hagen i. W.

halten werden sollten, da nur auf diese Weise die Polizeihundfrage gehoben und tüchtige Dressureure herangebildet werden könnten, während die Regierungen bei einer einheitlichen und streng durchgeführten Prüfungsordnung sich gewiß immer wohlwollender zur Sache selbst stellen würden.

Gehen wir nun noch einen Schritt weiter! Es ist jedem Polizeimann klar, daß auf Prüfungen, wie sie bis jetzt veranstaltet wurden, die genaue Prüfung jedes Hundes eine Unmöglichkeit ist, oder man muß diese Prüfungen eben auf 3—4 Tage ausdehnen.

Zweigevereine des P.H.V. und diese nehmen die Prüfung I selbst in die Hand, prüfen aber nur die Hunde ihrer Mitglieder. Um nun auch das Benutzen der Prüflinge einheitlich streng zu ermöglichen, wird zu jeder Prüfung I vom Hauptverein des P.H.V. ein Richter beordert; den zweiten aber stellt der betreffende Zweigverein, selbstverständlich in Absereinkunft mit dem Hauptverein. Hier werden den Hunden neben den erzielten Preisen nun folgende Prädikate erteilt: brauchbarer Polizeihund, gut arbeitender Polizeihund und sehr gut ar-

beiden der Polizeihund. Nur Hunde, welche ein solches Prädikat haben, dürfen an der Prüfung II, welche der Hauptverein abhält, teilnehmen.

Auf diese Weise wird sich der Polizeihundverein bald über ganz Deutschland ausbreiten, wird aber dennoch gleichmäßig arbeiten, weil der Hauptverein dirigiert und bei den Prüfungen der Zweigvereine stets durch seine Richter vertreten ist.

Vor jeder ersten Prüfung hat der Besitzer nachzuweisen, daß sein Hund rasseecht ist, und auch hier fügt der Richter eine kurze Note über das Aussehen des Hundes dem „Prüfungsprädikat“ bei.

Die Kosten der Prüfung I werden nur ganz geringe sein und bald wird es keine Polizeiverwaltung mehr geben, welche Hunde ankauft, ohne daß diese vorher die Prüfung des P.H.V. bestanden haben. Und von derartig geprüften Hunden wird dann gezüchtet, da ist ein guter Polizeihundstamm bald geschaffen. Noch möchte ich warnen, daß von Hunden mit zu feinem Gliederbau gezüchtet wird. Starknochige, kräftige, edle Figuren müssen nach und nach sich stetig vererben; dahin muß getrebt werden.

Zu dieser Bemerkung veranlaßte mich die letzte Hundeausstellung in Charlottenburg. Dort sah ich z. B. einen Dobermann und Wirehafterrier von überfeinem Knochenbau und Haar mit dem ersten Preise ausgezeichnet. Aus solch feingliedrigen Klippes züchtet man keine Gebrauchshunde für den Polizeidienst; das sind nur Luxus Hunde für das Wohnzimmer. Der Schäferhundmann aber mag versuchen, kurze, straffe Rüden zu züchten und die Rüden mehr auszugleichen, um so den Hauptfehler der Schäferhunde zu beseitigen.

Doch nun zur Prüfung zurück! Die Zweigvereine halten nach Bedarf die Prüfungen I ab und prüfen in folgenden Fächern:

1. Leinenführigkeit,
2. Folgen bei Fuß,
3. Ablegen und Bewachen eines Gegenstandes,
4. Auf Befehl anhaltend Laut geben,
5. Meldung überbringen auf mindestens 500 m,
6. Apportieren, auch über Hindernisse, mit 8 Pfund schwerem Bod., Verlorensuchen usw. und Tragen eines bis 16 Pfund schweren Gegenstandes,
7. Springen über eine 1,50 m hohe Bretterwand und Oede,
8. Rebieren und andauernd Verbellen des gefundenen Strolches,
9. Transportieren des Verbrechers und Vertheidigen des Führers ohne Befehl, wenn der Verbrecher sich an demselben vergreift,
10. Gesamtappell, vor allem am Verbrecher,
11. Schußfestigkeit,

12. Apportieren aus dem Wasser.

Es muß durchaus scharf gerichtet werden; jeder Hund ohne durchaus feststehenden Appell kommt eben zur nächsten Prüfung weiter. Es können die Vorschläge in Nr. 1) des „Polizeihund“ schon eine gute Unterlage dafür abgeben. Überall gleichmäßig streng gerecht und ausführlich abgehaltene Prüfungen I bilden dann die Grundlage für einen guten, gleichmäßigen Polizeihundstamm. Die Klasse selbst ist gleichgültig, die bekannten und bisher bewährten drei Klassen genügen vollkommen. Nur ist darauf zu achten, daß, wie oben gesagt, kräftige, edle, starknochige Tiere mit gutem, kurzem Rücken und straffem, dichtem Haar benützt werden und daß der Richter in dem erteilten Diplom auch den Hund kurz auf Schönheit und Körperformen beurteilt und dessen Stodmaß angibt.

Beamte, welche den eigenen Hund selbst dressiert, vorgeführt und einen Preis erworben haben — auch der gelieferte Diensthund ist eingeschlossen — erhalten eine besondere Anerkennung.

Die Prüfung II, welche vom Hauptverein des P.H.V. nach Bedarf abgehalten und nur von Hunden besichtigt werden darf, welche sich in der Prüfung I bereits eins der erwähnten Prädikate geholt haben, erstreckt sich auf folgende Fächer:

1. Bewachen von Gefangenen bei der Arbeit und auf dem Transport, Verfolgen der fliehenden ohne Befehl und Stellen derselben.
2. Transportieren des Verbrechers; der Hund, unangeleint, nimmt ohne Befehl heimlich weggeworfene Gegenstände auf.
3. Verfolgen eines aus der Zelle entsprungenen Gefangenen. Der Hund nimmt in der Zelle gehörig Witterung, arbeitet an der Leine die ca. 6 Stunden alte Spur aus und findet den Flüchtling versteckt an einem geeigneten Ort.
4. Ausarbeiten einer 6 Stunden alten Spur an der Leine, nach Verleichen eines Gegenstandes, welcher ebenso lange Zeit vom Verbrecher nicht mehr getragen wurde, vom Tatort an über belebte Plätze und Straßen 2—3 km weit bis in ein Haus, eine Scheune oder einen Stall. Der Verbrecher muß dort versteckt sein und gefunden werden. Unterwegs hat der Verbrecher drei Gegenstände verloren, welche der Hund finden muß. — Arbeitet ein Hund jedoch die Spuren von 3 und 4 unangeleint so ruhig aus, daß sein Führer und die Richter im ruhigen Schritt folgen können, so ist diese Leistung der Arbeit an der Leine vorzuziehen.
5. Suchen eines ca. 6 Stunden vorher versteckten Gegenstandes in einem Hause unter der Dielung, Estrich usw. oder in Scheuern, Ställen und Schauern nach Verleichen eines Kleidungsstückes.
6. Schützen des Führers zur Nachtzeit beim Betreten von dunklen Räumen.

7. Wasserarbeit. Netten eines Ertrinkenden.

Die Fähigkeit, Prüfung II mit Glanz zu bestehen, hat jeder Hund unserer drei Polizeihundrassen, wenn er nur über eine gute und tüchtig geübte Nase verfügen kann. Allerdings so „ganz von selbst“ macht solche Arbeit kein Hund; so weit sind wir noch nicht vorgeschritten. Einen Hund zum fermem Kriminalhund auszubilden, erfordert viele ehrliche Arbeit und Geduld, aber jeder Dresseur wird mir zugeben, daß ich nur verlange, was ein Polizei- und Kriminalhund leisten kann und auch leisten muß, wenn er dem Polizeibeamten auf seinem verantwortungsvollen Posten ein guter Gehilfe sein und dabei das große Publikum nicht belästigen soll.

Wilibald.

Die Polizeihundbewegung.

Herr v. Otto, der Herausgeber der kynologischen Zeitschrift „Hundesport und Jagd“, bringt in Nr. 52 vom 27. Dezember 1907 einen längeren Artikel über „Die Vorführung von Polizeihunden am 11. November 1907 in Gr. Lichtersfelde vor Sr. K. u. K. Hoheit dem Kronprinzen, dem Minister des Innern und dem Polizeipräsidenten“. Einzelne Ausführungen v. Ottos sind auch für den Polizeihundmann von Interesse; deshalb hoffen wir unseren Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir die betreffenden Stellen nachstehend zum Abdruck bringen:

„Man muß die Tätigkeit und das Wirken des vierbeinigen Polizeigehilfen selbst kennen und nicht nur vom Hörensagen und aus Schilderungen, um es nur einigermaßen zu würdigen. Es wäre weit gefehlt, lediglich den persönlichen Schützer und Wächter für den Polizisten in ihm zu erblicken. Es gibt unter ihnen wahre *Gelbentunde* der Kriminal- und Ordnungspolizei, Tiere, die ihren Beruf ganz erfüllt, sich voll echter Arbeitsfreude herandrängen, in ihrem Wirken mit mehr Pflichteser aufgehen, als viele Menschen. Wir stehen noch im Anfang einer Bewegung, nach einigen Jahren dieser *Gebrauchshundzucht* mit den intelligentesten und bestveranlagten Rassehunden, deren gleichmäßige Vererbung in langjähriger Durchzüchtung innerhalb ihrer Rassen verbürgt ist, wird man erstaunt sein über die Dressurfähigkeit, natürliche Anlagen, Arbeitswilligkeit, Intelligenz, ja sogar Denbvermögen, die sich aus denselben Hunden herausholen lassen, die man an gleicher Stelle, wo sie jetzt dienen, mit Kette und Maulkorb gleich halbwildem Bestien in Schranken halten zu müssen glaubte. Warum soll nicht auch der Hund, der Lebensweise, Nahrung, Wohnung, selber auch schon die Krankheiten teilt und im Polizeidienst mit dem Beruf innig verknüpft ist, in geistiger Beziehung dem Erzieher näherkommen, dem er in rein körper-

lichen Fähigkeiten und Sinnesanlagen weit überlegen ist? Wir stehen vor interessanten Vererbungsproblemen und Aufschlüssen, welche uns bislang nicht zuteil wurden, weil die diesbezüglichen Versuche durch Tier-Generationen hindurch fehlten, weil die Wagnervorstellung eines dualistischen Seins den Tieren die sogenannte Seele absperrte. In diesem Sinne hat auch jeder Jäger und namentlich Züchter von Jagdhunden das lebhafteste Interesse an der Entwicklung der Polizeihundbewegung, von deren Entwicklungsfähigkeit uns der höchstveranlagte englische kleine Gebrauchshund, Spaniel, einen schwachen Begriff zu geben vermag. Für Polizeibehörden bietet der Polizeihund selbstverständlich ganz anderes Interesse: erhöhte Sicherheit, Schutz der Beamten, Vorbeuge, Verhütung von Missetätern, nächtliche Suchen usw.

Endlich kommt für die Bedeutung der ganzen Polizeihundfrage noch ein weiterer sehr wichtiger Faktor hinzu: sie löst die Kriegs- und Sanitätsfrage. Woßl werden einzelne solche Hunde gehalten und geführt, wo gerade junge Begeisterung und Verständnis vorhanden, doch woher im Kriegsfall eine Masse von dressierten Hunden nehmen? Aus der Zahl der Polizei- und hauptsächlich der Gendarm- und Grenzwachthunde, die selbständig in Arbeit gehalten, im Absuchen des Geländes geübt sind.

Also Grund genug nach jeder Richtung, der jungen Bewegung vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden, sie durch Anregung in Sportkreisen zu fördern . . .

Für Massenzüchtung und kynologische Bestrebungen bedeutet der Erfolg dieser Vorführung einen außerordentlichen Triumph; sie hat drei nahezu gleichwertige Massen, jede von Eigenart und Schönheit, ausgestattet mit Intelligenz, Dressurfähigkeit und vortrefflichen Anlagen, präsentiert, an denen nur noch ausgefeilt und durch Führung sowie Züchtung auf Geistesanlagen nachgeholfen werden muß.

Unwillkürlich drängt sich nach der technischen Seite ein Vergleich der Polizeihundbewegung mit den Veranstaltungen des Verbandes für Prüfung von Gebrauchshunden zur Jagd auf; innerhalb weniger Jahre hat die Massenzüchtung einen vortrefflichen Arbeitshund ohne große Mittel und Institute, ohne Tausende von Mitarbeitern, entlosten Streit und Polemik, Verbände und Partespaltungen, ohne seltsame neue Kreuzungen erzielt. Die Polizeihundbewegung hat drei fertige Massen und sogar Luxusschläge gewählt, und dabei zeigt sich selbst bei sehr hohen Ansprüchen an die Rasse, daß es weniger auf feine Nuancen in Güte ankomme, als auf das Verständnis und den Willen, diese richtig zu gebrauchen, daß der Arbeitseifer und die Energie des hochgezüchteten Vollblutes allein den Ausgangspunkt bilden kann. Andererseits soll auch die Polizeihundbewegung von jener für den Gebrauchshund

teinen, vor allem die Kleinkinderkrankheiten solcher Bewegungen vermeiden, das Temperament der Vorlämpfer zügeln, jeden Zwist zwischen den schaffenden Zuchtvereinen und den ausgefallenden Korporationen für Dressurprüfungen und Verwendung ausschalten. Heute noch von keinem Umfang, sollten die Differenzen im Keim erstickt werden, ehe sie zu einer ernsthaften Gefahr werden."

Herr v. Otto hat also die sehr anerkennenswerte Absicht, zwischen dem P. H. V. und den Zuchtvereinen vermittelnd zu wirken. Wir wünschen ihm viel Glück auf den Weg; an dem guten Willen dürfte es auf beiden Seiten nicht fehlen.

Polizeihundbewegung — Zuchtvereine.

In den Annalen der Polizeihundgeschichte ist der 11. November 1907 mit goldenen Lettern eingetragen. Ward doch an diesem Tage dem „Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden“ (Sip. Sagen i. W.) die hohe Ehre zuteil, sechs ausgebildete Polizeihunde dem Kronprinzen in Berlin vorzuführen. — Diesem großen Erfolge gibt der Umstand ganz besondere Bedeutung, daß Sr. Kaiserliche Hoheit, die augenblicklich im Ministerium beschäftigt ist, sich auch einen Einblick in diesen neuen Dienstzweig verschaffen wollte.

Der Polizeihund hat die öffentliche Anerkennung errungen. Der Gedanke eilt der Zeit voraus und er mag nicht als zu früh bezeichnet werden, wenn er dem Polizeihund große Zukunft verkündet und ihn an Bedeutung über den Jagdhund stellt! — Verwunderte und lächelnde Gesichter! Doch man bedenke: Mag das Weidwerk der edelste Sport sein auf Erden, mag die höchste Aufgabe des Jagdhundes darin liegen, das krankgeschossene Wild vor dem Lubetode zu bewahren: der Polizeihund dient noch höheren Zwecken. Er ist ein Hüter des Gesetzes, ein Entlarver der Verbrecher, er ist oft ein Retter der Menschen.

Zwei Akedales, zwei deutsche Schäferhunde, zwei Dobermannpinscher zeigten ihre guten Leistungen vor dem Kronprinzen. Leicht kann jedermann hieraus die Schlüsse ziehen. Sie sagen uns, daß der Polizeihund-Verein dem Deutschen Reich drei Rassen als zum Polizeidienst geeignet bezeichnet hat. Daran gibt es nichts mehr zu rütteln. Drei Rassen rangen um die Siegespalme und im ersten Entscheidungslauf ist sie allen dreien ausgefallen. Akedale, Schäferhund und Dobermann-Beute, leicht euch die Hand, leinet von euch ist unterlegen! Schwer war es bisher für den Polizeihund-Verein, sich

mit drei Freunden zurechtzufinden, von denen jeder meinte, der beste zu sein. Nun wißt ihr, daß ihr ihm alle drei gleich gute Freunde sein müßt. Das größte Hindernis ist hinweggeräumt, das den Bau der Brücke unterbrach, die so trefflich dazu bestimmt ist, „Dandel und Wandel“ zu vermitteln — zwischen ihm und den Zuchtvereinen. Freilich es gibt noch mehr der Schwierigkeiten. Gegenseite schufen die besonderen Fragen, die sich naturgemäß in den Vordergrund drängen mußten. Die Zucht, die Dressur! Anfangs hatte jeder nur für das ihm zunächst liegende volles Verständnis. Doch eine gewaltige Kraft beginnt die Gegenseite zu mildern, ja sie zu einem Stoff zu verschmelzen. Die Kraft heißt Ererbung. Der Züchter formt den Körper, der Dressur bildet den Geist. Beide helfen beitragen, die für den Polizeihund erforderlichen körperlichen und geistigen Eigenschaften durch Ererbung festzulegen, beide arbeiten dem einen Ziel entgegen: Erziehung geborener Polizeihunde. Fürwahr, dies Ziel ist wert des Brückenbaues!

Wie verlautet, wird der „Polizeihund-Verein“ in Zukunft gelegentlich der Dressurprüfungen die Hunde auch auf körperliche Tauglichkeit und Schönheit richten. Da läßt die erste Gelegenheit zu einer guten Verbindung geben. In gemeinsamer Anerkennung stellen beide Vereine einen Richter auf, der aber, wenn irgend möglich, aus Polizeihundtreibern zu wählen ist. Der Jäger sieht seinen Jagdhund am liebsten von Jägern gerichtet. Analog der Führer eines Polizeihundes.

Nur nicht auf Ausstellungen allein angewiesen zu sein, ist diese Maßnahme, während der Dressurprüfungen auch den Körper zu richten, ins Auge gefaßt. Den Beamten kann es nicht zugemutet werden, die teuren Kosten für eine Ausstellung zu tragen, um für ihre Hunde die Eintragung in das Polizeihund-Zuchtreister zu ermöglichen. Das Verständnis für Zuchtfragen wird auch so geweckt. Eine weitere Verbindung würde der Entschluß der Zuchtvereine bedeuten, in Zukunft den Hunden von Polizeibeamten gebührende Eintragung in die Stammbücher zu gewähren, und daraus hervorgehend, der Entschluß des Polizeihund-Vereins, nur eingetragene Hunde zu seinen Prüfungen zuzulassen. Da erstere über die Eintragung wachen, haben sie Gewähr, daß nur reinerzassiges Material in Dienst gestellt werden kann; gleichzeitig interessieren sie den Beamten für sich und damit für die Zucht und Verbreitung ihrer Rasse.

Unter Wille zur Tat wird sicherlich auf beiden Seiten vorhanden sein.

M o s t, Königl. Polizeikommissar.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 24.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Die Röntgenstrahlen.

Von Oberlehrer Dr. Hugo Scheffler.

Ein geriebener Federhalter aus Hartgummi erlangt die Fähigkeit, kleine Papierstückchen anzuziehen; er wird elektrisch. Diese allgemein bekannte Eigenschaft teilt er mit sehr vielen Körpern; aber der elektrische Zustand läßt doch Verschiedenheiten erkennen.

Wird ein mit Tuch geriebener Hartgummistab an einem Faden frei schwebend aufgehängt und ein zweiter elektrisch gemachter Hartgummistab genähert, so wird der bewegliche abgestoßen, bei Annäherung eines mit Seide geriebenen Glasstabes dagegen angezogen.

Das gewählte Beispiel — eins unter vielen — zeigt uns, daß zwei verschiedene elektrische Zustände bestehen, die wir positiv und negativ nennen, eine Bezeichnung für eine immer noch recht dunkle Sache.

Berühren sich positive und negative Körper, so geht die Elektrizität ganz oder teilweise verloren; sie „gleicht sich aus“. Je stärker elektrisch jedoch die Körper geladen sind, desto weniger ist für den Ausgleich direkte Berührung erforderlich; die Entladung findet schon aus geringeren oder größeren Entfernungen in Gestalt von elektrischen Funken statt.

Das grandiosste Beispiel für die Entladung zwischen der negativen Elektrizität einer Gewitterwolke und der positiven der Erde ist der Blitz, der Luftstreden bis zu 1,7 km durchbricht; doch sind auch die Entladungen elektrischer Maschinen, die indessen Entfernungen von mehr als einem halben Meter kaum durchbrechen können, allgemein bekannt.

Nun läßt sich aber die Weglänge, auf der der Elektrizitätsausgleich stattfindet, ganz bedeutend steigern, wenn man ihn in verbündeten Gasen stattfinden läßt. Man hat zu diesem Zwecke Glasröhren (die nach ihrem Hersteller, dem Bonner Fabrikanten Geissler, Geisslerische Röhren heißen) mit verschiedenen verbündeten Gasen (Luft, Wasserstoff, Sauerstoff, Kohlenoxyd usw.) gefüllt und an den Enden durch eingesmolzene Platinspitzen die metallische Verbindung aus dem Röhreninnern nach außen hergestellt. Wird alsdann die eine Platinspitze außen mit dem positiven und die andere mit dem negativen Ende (Pol) einer elektrischen Maschine (Influenzmaschine oder Funkeninduktor) verbunden, dann findet je nach dem Grade der Verdünnung auch durch meterlange Röhren zwischen den beiden Spitzen ein stiller, d. h. unhörbarer Ausgleich statt, der die verschiedenen Gase in verschiedenen Farben aufleuchten läßt. Von Naturerscheinungen führt man

das Nordlicht auf elektrische Entladungen in großen Höhen, wo die Luft schon stark verdünnt ist, zurück.

Wird so viel Gas aus der Röhre gepumpt, daß nur noch $\frac{1}{1000}$ der unter gewöhnlichen Umständen vorhandenen Menge vorhanden ist, so zeigt sich, wenn der Inhalt Luft ist, daß von der mit dem positiven Pole der Maschine verbundenen Spitze, der Anode, rötliches Licht ausstrahlt, welches die Röhre anfüllt; dagegen erscheint die mit dem negativen Pole verbundene Spitze, die Kathode, blau umsäumt. Dieser Zustand ändert sich bei größerer Verdünnung allmählich in der Weise, daß bei $\frac{1}{10000}$ des ursprünglichen Inhalts das rötliche Lichtband geschwächt und durch einen größeren dunklen Raum von der Kathode abgetrennt ist.

Bei noch größerer Verdünnung ($\frac{1}{100000}$), wie sie in den Hittorfschen Röhren erzielt wird, verschwindet das Anodenlicht ganz und nur von der Kathode strahlt ein bläuliches Licht, das Kathodenlicht, aus, welches nicht mehr wie vorher den Weg zur Anode wählt, sondern senkrecht zur Kathodenfläche steht. Wird z. B. die vorher als Spitze angegebildete Kathode in einen kleinen, kugelförmig gekrümmten Hohlspiegel umgewandelt, dann schneiden sich alle Kathodenstrahlen im Fokalmittelpunkt. Da, wo sie dann weiter auf die entgegengesetzte Glaswand auftreffen, bringen sie grüne Fluoreszenz, d. h. ein Leuchten hervor. Da man die Kathodenstrahlen durch einen Magneten von ihrem Wege ablenken kann, hat man es hierbei mit Massenteilchen zu tun, nicht wie bei gewöhnlichen Lichtstrahlen mit einer Bewegung. Die nähere Untersuchung hat ergeben, daß diese Massenteilchen, die Elektronen, winzig klein sind gegen die Größe der chemischen Atome.

Nun hat Prof. Röntgen entdeckt, daß von der Stelle der Glaswand aus, wo die Kathodenstrahlen auftreffen, weitere unsichtbare Strahlen ausgehen, die durch Holz, Leder und andere sonst undurchsichtige Körper hindurchgehen und dadurch sichtbar werden, daß sie gewisse Stoffe zum hellen Aufleuchten (Fluoreszieren) bringen.

Man braucht zur Herstellung der Röntgenstrahlen einen Funkeninduktor, eine Röntgenröhre, die mit sehr stark verdünnter Luft angefüllt ist und eine spitze Anode sowie eine kugelförmig gekrümmte Kathode besitzt, endlich einen Fluoreszenzschirm. Die Röntgenröhre wird mit den Polen des Induktors verbunden und erstreckt auf der Glaswand, die der Kathode gegenüberliegt, in grünlichem Licht. Dann wird der Schirm (der mit Variumpatinschwarz bestrichen ist) in einiger Entfernung von der Röntgenröhre aufgestellt und der zu durchleuchtende Gegenstand (Hand, Portemonnaie) zwischen Röhre

und Schirm gebracht. Die Röntgenstrahlen durchdringen die genannten Dinge und lassen in dem auf dem Schirm erzeugten Schattenbild die verschieden dichten Teile, also etwa Fleisch- und Knochenstücke der Hand oder Fremdkörper darin, z. B. eine eingedrungene Kugel, deutlich erkennen. Hieraus beruht die enorme Wichtigkeit der Röntgenstrahlen für die Heilkunde zur Durchleuchtung des menschlichen Körpers. Da die Röntgenstrahlen auch die photographische Platte beeinflussen, so kann man die Schattenbilder sogar photographisch festhalten.

Die weitere Verwendung der Röntgenstrahlen, z. B. ihre Benutzung zum Töten von Haarwurzeln, also zum Entfernen von Haaren an Stellen, wo sie unerwünscht sind, soll hier bloß noch gestreift werden.

Gendarmierpatrouille.

Von Ludwig B o w i t s c h.

Wenn die Sonne hervor aus den Wolken bricht
Und sein Laut noch im Laub mag sich regen,
Begrüßen wir freudig das dämmernde Licht
Und schreiten dem Morgen entgegen!

Wenn die Sonne müd' ihren Lauf vollbracht
Und matt nur der Sterne Gefolge:

Wir scheuen uns nicht vor den Geistern der Nacht
Und schreiten durchs schweigende Dunkel!

Wenn ins Hagelgischen die Windsbraut tost
Und den Fels der Frost reißt in Splitter,
Wir zagen nimmer vor Blitz und Frost
Und schreiten durch Eis und Gewitter!

Und drückt auch zuweil die Ermattung groß —
Eins erhebt und stärkt uns im Wandern:
Dieweil wir walten so ruhelos,
Schlafen ruhig und sorglos die andern!

Rechtspruchwörter.

Wer eine Forderung an dich hat,
Dem leistest du in deiner Stadt.
Geld aber send' auf deine Gefahr
Ihm stets nach seinem Comptoir.

Wenn nichts Besonderes ausgemacht ist, so hat die Leistung an dem Orte zu erfolgen, an dem der Schuldner zur Zeit der Entstehung des Schuldverhältnisses seinen Wohnsitz oder seine Geschäftsbetriebsstätte hatte.

— 2. Absatz, § 209.

Geld oder hat der Schuldner — ohne daß dadurch am Erfüllungsort im vorbestimmten Sinne etwas geändert würde — auf seine Gefahr u. d. Kosten dem Gläubiger an dessen Wohnsitz u. d. Abrechnungsstelle.

(Dr. Lohr: Neue deutsche Rechtspruchwörter.)

Weltbürger-Abe.

Die Titel „Dom“ und „Don“ lehren aus Anlaß der furchtbaren Ereignisse in Portugal jetzt in den Zeitungen beständig wieder. Dom vom lateinischen dominus (Herr), ist ein Titel, den man in Frankreich ursprünglich den Königen aus dem Hause der Karolinger, später allen Ordensmönchen gab, die

sich für adlig hielten, wie Benediktinern, Kartäusern u. a. In Portugal war „Dom“ Ehrentitel der sogenannten Titulados (Adligen mit Titeln), den man wie das spanische „Don“ vor den Taufnamen setzte. Jetzt ist es allgemeiner Titel der höheren Klassen; die weibliche Form ist „Dona“.

Don, ebenfalls vom lateinischen dominus (Herr), war in Spanien ursprünglich Titel der Könige und Prinzen sowie des hohen Adels, wurde dann für dem Staat geleistete Dienste verliehen und ist jetzt Titel aller Personen der gebildeten Klassen. In Italien kam der Titel „Don“ ursprünglich nur dem Papst, später auch den Bischöfen und Äbten zu; schließlich verblieb er den Mönchen und gegenwärtig führen ihn noch alle Priester. Die weibliche Form ist spanisch „Dona“ (gesprochen donna), italienisch „Donna“.

Allerlei Rat.

Räuchern. Die verschiedenen Methoden des Schnellräucherns haben bis jetzt wenig Befall gefunden; im allgemeinen bleibt man dabei, Fleisch, Wurst usw. in der Räucherlampe mit wirlichem Rauch zu räuchern. Von besonderer Wichtigkeit ist das für die Erzeugung des Rauches verwendete Material. Es darf hierzu nur sog. hartes Holz gebrannt werden. Am meisten geschätzt ist Buchenholz und Eichenholz, auch Birkenholz und Birkenrinde sind zweckmäßig, während Kadelhölzer völlig ungeeignet sind, weil sie dem Fleisch einen terpeninartigen Beigeschmack verleihen.

Gestockene Eier und Äpfel müssen, sobald man den Schaden bemerkt, künstlich zum Auf-tauen gebracht werden. Man darf dazu niemals warmes Wasser nehmen, sondern nur kaltes, denn man etwas gewöhnliches Kochsalz beifügt. Auf ein Liter Wasser rechnet man eine halbe Tasse Salz. In dieses Wasser legt man die Eier oder Äpfel und stellt dieselben in ein mäßig warmes Zimmer. Nach zwei bis drei Stunden schüttelt man ein Ei leicht zwischen zwei Fingern. Wenn man dabei einen leise gluckenden Ton wahrnimmt, so ist das Ei wieder zu benutzen. Sobald die Äpfel aufgetaut sind, geben sie bei einem sanften Druck etwas nach. Ebe die Äpfel geschält werden, wäscht man sie nochmals mit kaltem Wasser und reibt sie mit einem trockenen Tuche ab, damit die daraus bereiteten Speisen nicht salzig schmecken. Jedemfalls müssen Eier und Äpfel so bald als möglich verbraucht werden.

Beim Ankauf von Aketylenlaternen ist es von Wichtigkeit, darauf zu sehen, daß Flamme und Reflektor möglichst weit voneinander entfernt sind. Ferner bedenke man, daß sich Reflektoren aus Aluminium besser halten als solche mit Nickelüberzug. Infolge der Hitze wird nämlich der Nickelüberzug angegriffen und verrußt.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 25. — 14. März 1908. — Seite 582/605. — 5. Jahrgang.

März						
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30	31		

Herausgeber:
Robert Gersbach,
Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Verein der Soldaten-
freunde, E. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. b. H.“
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

April						
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	1	2	3	4	5

„Der Gendarm“ erscheint vierteljährlich.
Alle Bänder werden mit der Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Linienstraße 11.

Bezugspreis
für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzelne Nummern 80 Pf.

Bestellungen
nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühr:
die Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenaussagen und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes in Verbindung mit Widerstand gegen die Staatsgewalt, Waffengebrauch und Notwehr (Fortsetzung)	583
Gesetz betreffend Bestrafung der Majestäts- beleidigung. Vom 17. 2. 08	587
Verf. des Staatssekr. des Reichs. vom 22. 2. 08. Zulassung der Militärantwörter zu den Diätarstellen des mittleren Post- und Telegraphendienstes	587
Aus den Parlamenten	587
Die Gendarmerie im preussischen Abgeord- nethause	588

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht	595
II. Kammergericht	595
III. Preussisches Oberverwaltungsgericht	595
IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht	595
V. Oberlandesgericht Köln	596
VI. Landgericht Neuwied	596

Polizeibericht	596
Personalveränderungen	596
Bücherschau	598
Auskunft	598

II. Der Polizeihund.

Rein Hund macht alles von selbst	600
Rasenarbeit	601
Polizeihunde im Dienst	601
Merke!	602
Polizeihundprüfung des P.H.V. am 14. und 15. März zu Hamburg	603
Verein zur Förderung der Zucht und Ver- wendung von Polizeihunden P.H.V., Sitz Hagen i. B.	603

III. Haus und Herd.

Das Radium	604
Das Gendarmenlied	604
Merke! Rat	605
Rätselle	605

Satzungenliste. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 11. März 1908 abgeschlossen worden.

Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes in Verbindung mit Widerstand gegen die Staatsgewalt, Waffengebrauch und Nothwehr*).

Von Oberst a. D. v. den Brinden, vormalig Kommandeur der Gendarmerschule Woblaw.
(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Eine Anzahl von praktischen Beispielen möge das bisher über die sachliche Zuständigkeit Ausgeführte erläutern:

A. Grenzen der sachlichen Zuständigkeit überhaupt.

a) In Ausübung der gerichtlichen Polizei.)

Einmischung in Privatfreiheiten — Selbsthilfe. In dem Dienstbezirk eines Gendarmen findet der Bau einer Eisenbahn statt, an welchem sowohl inländische wie ausländische Arbeiter, namentlich Italiener, beschäftigt sind. Der Bau naht seinem Ende; die ausländischen Arbeiter sollen entlassen werden. Es ist der letzte Löhnungstag kurz vor der Entlassung; die Italiener rüsten sich, sofort nach der Löhnung in die Heimat zurückzukehren; der Zug steht bereits in unmittelbarer Nähe des Löhnungsplatzes bereit. Da kommt ein dem Gendarmen als braver, ordentlicher Mann bekannter inländischer Arbeiter zu ihm und klagt, der Italiener R. R. sei ihm schon seit einem halben Jahr 10 Mark schuldig, die er trotz aller Verstrickungen von einem Löhnungstag zum anderen nicht wieder erlangen könne. Jetzt sei die letzte Gelegenheit; wenn er jetzt sein Geld nicht erhalte, dann reise der Schuldner nach Italien ab und er werde es niemals zurückbekommen. Er (der Gendarm) möge ihm dazu behilflich sein; er möge dem Italiener nach der Löhnung die 10 Mark abnehmen und sie ihm geben. Der Gendarm lehnt ab und verweist den Gläubiger an das bürgerliche Gericht, weil der Verdacht einer strafbaren Handlung fehlt; denn das Fahren von Geld und die Nichtinnehaltung des gegebenen Versprechens der Rückzahlung am nächsten Löhnungstage ist an sich nicht strafbar. Es bleibt nur der Klagezug bei dem bürgerlichen Gericht übrig; dazu ist aber keine Zeit, es ist höchste Gefahr im Verzuge! Auf

*) Falls die nachfolgenden für den Gendarmen so wichtigen Erwiderungen bei dem einzelnen noch gegenwärtig übersehen werden sollten, so ist der Leser ersucht, solche durch Beantwortung entsprechender an die Schriftleitung zu richtender Zeilen in der Rubrik zu führen.

1) Es sei hier die Bemerkung noch nachgeholt, daß Strafanträge wegen Verleumdungen und einfacher Körperverletzungen auf dem Wege der Privatklage durch den Richter ohne Mitwirkung der Staatsanwaltschaft abhängig zu machen sind. Es handelt sich dabei um einen Strafprozeß, der sich zwar vor dem Richter, aber unter den Formen des Zivilprozesses abspielt, bei dem beide Parteien durch Rechtsanwälte vertreten sind, während der Staat als solcher ein Interesse an dem Ausgang der Sache nicht nimmt, der Staatsanwalt daher unbeteiligt bleibt. Daraus folgt, daß auch der Gendarm solche Straftaten, obwohl sie in das Gebiet des Strafrechts fallen, als Privatstrafsachen anzusehen und jede Mitwirkung bei Verfolgung der Sache abzulehnen darf. Nur wenn die öffentliche Ruhe gefährdet wird, handelt es sich nach dem Gebiete der Verwaltungszuständigkeit entsprechend ein.

welche Weise kommt der Gläubiger zu seinem Geld? Das bürgerliche Gesetzbuch hat diesen Fall vorgesehen indem es dem Gläubiger das Recht der Selbsthilfe (einer Art Nothwehr auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts) gewährt und in seinen §§ 229—231 folgendes bestimmt:

§ 229. Wer zum Zweck der Selbsthilfe eine Sache wegnimmt, tötet oder beschädigt oder wer zum Zwecke der Selbsthilfe einen Verpflichteten, welcher der That verdächtig ist, festnimmt oder den Widerstand des Verpflichteten gegen eine Handlung, die dieser zu dulden verpflichtet ist, bezieht, handelt nicht widerrechtlich, wenn obige Handlung nicht rechtzeitig zu erlangen ist und ohne sofortiges Eingreifen die Gefahr besteht, daß die Verwirklichung des Anspruchs verzögert oder vollständig unmöglich werde.

§ 230. Die Selbsthilfe darf nicht weiter gehen, als zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist.

Im Falle der Wegnahme von Sachen ist, sofern nicht Zwangsverhaftung erfolgt wird, der bürgerliche Arrest zu beantragen. Im Falle der Festnahme des Verpflichteten ist, sofern er nicht wieder in Freiheit gesetzt wird, der persönliche Sicherheitsarrest bei dem Amtsgericht zu beantragen, in dessen Bezirk die Festnahme erfolgt ist; der Verpflichtete ist unter Zugriff dem Gericht vorzuführen. Wird der Arrestantrag verzögert oder abgelehnt, so hat die Abgabe der wegggenommenen Sachen und die Festsetzung des festgenommenen unter Zugriff zu erfolgen.

§ 231. Wer eine der im § 229 bezeichneten Handlungen in derartigen Fällen vornimmt, daß die für den Ausschluß der Widerrechtlichkeit erforderlichen Voraussetzungen vorhanden seien, ist dem anderen Theile zum Schadenersatz verpflichtet, auch wenn der Irrthum nicht auf Fahrlässigkeit beruht.

Hiernach kann also der Gläubiger dem ihm zur Rückzahlung der 10 Mark verpflichteten Italiener diese Summe sogleich nach der Löhnung gewaltsam fortnehmen oder er kann ihn, um seine Abreise zu verhindern, festnehmen. Im ersten Falle ist er verpflichtet, die 10 M sofort dem bürgerlichen Richter abzuliefern und dessen weitere Hilfe in Anspruch zu nehmen, in letzterem Falle den festgenommenen unverzüglich dem bürgerlichen Richter vorzuführen.

Mit diesen Rechten weiß indessen der Gläubiger nicht viel anzufangen; denn der Italiener ist ihm vielleicht an Körperkraft überlegen. Zudem ist unangenehm, daß des ersten Genossen ihm beistehen, der Gläubiger also dem längeren ziehen wird. Zwar ist jeder Mann berechtigt, dem in rechtmäßiger Ausübung der Selbsthilfe befindlichen Gläubiger beizustehen; hierzu will sich aber niemand bereit finden. Denn einerseits besteht die Gefahr, daß sich aus solchem Einschreiten eine blutige Schlägerei mit den Italienern entwickeln werde, andererseits bleibt ein jeder, der dem Gläubiger beisteht, dem Schuldner zum

*) Unter „obligatorischer Hilfe“ kann hier selbstverständlich immer nur die Hilfe desjenigen Oberrichters verstanden werden, welche gegebenenfalls zuständig ist. Das ist aber der Verwalter eines bürgerlichen Rechts nicht die Polizei, sondern der bürgerliche Richter.

vollen Schadenersatz, auch für die verzögerte Abreise, verpflichtet, sobald die Berechtigung der Forderung richterlicherseits nicht anerkannt wird, auch dann, wenn die Gilt im besten Glauben geleistet wurde und den Feller der Vorwurf der Fahrlässigkeit nicht trifft, vielmehr ein tatsächlicher Irrtum vorlag; denn ein solcher hebt die Verantwortung auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts keineswegs auf.

Wie jedermann wäre ja auch der Gendarm an sich berechtigt, dem Gläubiger in Ausübung des Rechts der Selbsthilfe beizustehen; indessen lehnt er verständigerweise aus denselben Gründen ab. Denn er würde sich hier in eine Privatthätigkeit einmischen und die Rechte als Polizei- und Sicherheitsbeamter würden ihm nicht zur Seite stehen, d. h. er würde sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befinden, und der ihm geleistete lästliche Widerstand mithin nicht als solcher strafbar sein. Die Ausübung des ihm an sich zustehenden allgemeinen Menschenrechtes würde ihn mithin in eine außerordentlich schwierige Lage bringen. Seine Stellung als Polizei- und Sicherheitsbeamter verlangt es daher gebieterisch, daß er jede Mitwirkung in einer Angelegenheit ablehnt, die lediglich auf dem Gebiet der bürgerlichen Rechtspflege liegt und daher seiner dienstlichen Mitwirkung durchaus entgegen ist.*)

In dem Bestreben, dem ihm als glaubwürdig bekannten Gläubiger zu helfen, fragt

*) Wenn daher Polizei-Kommissar G. Eiden in seinem sonst sehr vortheilhaften Polizei-Zeichen-Vergleich 1903 auf S. 152/53 ausführt, daß die durch die Strafprozessordnung geregelte vorläufige Festnahme durch § 229 StGB. erweitert sein dürfte, so erscheint eine solche Annahme entliehen irrig. Strafverfügungen und bürgerliche Rechtspflege sind zwei vollkommen voneinander getrennte Gebiete, die sich gegenseitig ausschließen und daher niemals ergangen können. Die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches sind für die Polizei- und Sicherheitsbeamten als solche durchaus nicht maßgebend; denn die letzteren haben mit der bürgerlichen Rechtspflege nicht das mindeste zu tun. Dagegen verdienen die Ausföhrungen Eiden's auf S. 152 seines Vergleichen volle Beachtung, daß das Einschreiten der Polizei- und Sicherheitsbeamten in solchen Fällen unbedenklich sei, wo neben der Beilegung eines bürgerlichen Rechts eine wenn auch nach § 4 geringfügige strafbare Handlung (Abstreitung einer Falschverrechnung u. dgl.) vorliegt. Nur muß alsdann ein solches Einschreiten allein durch diese letztere begründet sein. Das Einschreiten eines Gendarmen würde also in obigem Beispiel sofort gesetzlich begründet sein, wenn sich tatsächlich aus Anlaß der von dem Gläubiger verlangten Selbsthilfe eine öffentliche Beleidigung (Belästigung) zu entwickeln drohte, der sich nur durch die Festnahme der Hauptbeteiligten, des Schuldners sowohl wie des Gläubigers, vorbeugen ließe. Ist der Gendarm nicht zutüchtig zu entscheiden, auf welcher Seite das Recht liegt, so kann er doch den Schuldigen zur Rückkehrhaltung der öffentlichen Ruhe, den Unschuldigen, gegen den sich die Wut des andern richtet, zu seiner eigenen Sicherheit festnehmen. Es wird dann Sache derjenigen Behörde sein, an welche die Festgenommenen abgeliefert werden, den Streit entweder gütlich zu schlichten oder die Gilt des bürgerlichen Richters zu vermitteln. Der Gendarm war dann zwar nicht auf dem Gebiete der gerichtlichen, wohl aber auf demjenigen der Verwaltungspolizei deßhalb Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zuständig.

er ihn nun weitet, weshalb er denn dem fremden Italiener das Geld geborgt habe, und weshalb er so leichtgläubig gewesen sei. Nun klagt ihm der Mann, der Italiener habe ihn „schmähtlich hintergangen“, er habe ihm von einem reichen Verwandten erzählt, der ihm regelmäßigen Zuzufuß sende und es ihm ermöglichen werde, die Schuld schon nach acht Tagen zurückzahlen. Das sei aber alles erlogen gewesen; denn er habe bestimmt in Erfahrung gebracht, daß der Italiener während des ganzen Halbjahrs keinen Pfennig geschickt erhalten habe, und von seinen Landsleuten werde R. R. seitdem mit dem angeblichen reichen Onkel gekänfelt.

Jetzt ist die Sachlage vollkommen verändert. Es besteht der dringende Verdacht des Betruges, begangen durch Vorpiegelung falscher Tatsachen, und der Gendarm ist berechtigt, zur vorläufigen Festnahme zu schreiten, falls ein Zweifel an den Aussagen des Gläubigers nicht obswaltet, oder die letzteren durch evtl. noch weiter angustellende Ermittlungen bestätigt werden. (Vergl. Erf. strafb. Landl. S. 115 ff.).

Tatsächlicher Irrtum. In dem vorstehenden Beispiel hätte sich der Gendarm bei der Festnahme des Italieners wegen dringenden Verdachts des Betruges auch dann in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befunden, wenn sich später herausgestellt hätte, daß die Voraussetzungen des Betruges nicht vorlagen, weil der Schuldner tatsächlich die Hoffnung hegen konnte, Geld geschickt zu erhalten, wenn sich diese Hoffnung dann später auch als trügerisch erwieseln hätte.

Derselbe „tatsächliche Irrtum“ spielt häufig auch dann eine gewichtige Rolle, wenn zwar von Anfang an kein Zweifel obswaltet, daß eine strafbare Handlung begangen wurde, die gerichtliche Polizei also zuständig war, wenn es sich aber darum handelt, den unbekannten Täter zu ermitteln. Zum Beispiel: Der Gendarm wird frühmorgens in einem Ort seines Dienstbezirks gerufen, weil dort in der Nacht ein Einbruchsdiebstahl vorgekommen ist. Er begibt sich schleunigst an Ort und Stelle und überlegt unterwegs, wer die Tat wohl begangen haben könnte. Dabei denkt er unwillkürlich an den unter Polizeiaufsicht stehenden Peler R. R., dem er dergleichen am ehesten zutraut. Dieser Gedanke stellt eine Vermutung dar, die ihn noch zu keinerlei Einschreiten gegen R. R. berechtigt. Am Tatort angelangt, stellt er den Tatbestand fest und findet dortselbst Fußspuren von eigentümlicher Wesenheit, die er sicherstellt. Der herbeigerufene Schuhmacher des Dorfes (es kommt nur einer in Betracht) erkennt an diesen Fußspuren die Sohlen des R. R. wieder, die er vor kurzem mit Fieken versehen hat. Außerdem stellt der Gendarm durch Hausgenossen und Nachbarn fest, daß R. R. in der Nacht das Haus verlassen hat und außerhalb dessen gesehen worden ist. Jetzt

verdichtet sich die vorher gehegte Vermutung zu einem begründeten Verdacht, welcher die Vornahme einer Durchsuchung mit Ermächtigung des nächst erreichbaren zuständigen Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft rechtfertigt. Bei dieser wird zwar keiner der gestohlenen Gegenstände, wohl aber werden die Stiefel gefunden, welche in die sichergestellten Fußspuren paßten. Trotz des Zeugnis des Beschuldigten und trotz seiner Versicherung, daß er diese Stiefel in der fraglichen Nacht gar nicht angehabt habe, kommen jetzt mehrere Umstände zusammen, welche die Tat wahrscheinlich machen. Es liegt mithin ein dringender Verdacht vor und der Gendarm schreitet, da auch Verdunkelungsgefahr durch Beiseiteschaffung der noch nicht vorgefundenen gestohlenen Gegenstände und Gefahr im Verzuge obwaltet, zur Festnahme und Fesselung des ihm heftigen Widerstand leistenden Verdächtigen, nachdem er ihn durch Waffengebrauch gefügig gemacht hat.

Im Laufe der Unteruchung stellt es sich heraus, daß der Festgenommene an der Tat unschuldig, daß er seine Wohnung zu ganz anderen Zwecken verlassen hat und daß seine Abwesenheit von einem Hausgenossen benutzt worden ist, um seine Stiefel anzuziehen und mit ihnen den Einbruchdiebstahl auszuführen. Das gegen ihn eingeleitete Verfahren wegen schweren Diebstahls wird also eingestellt, dasjenige wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt aber fortgesetzt, weil der Gendarm sich in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befand, als er die Festnahme vornahm. Es erfolgt auch Verurteilung wegen dieses Vergehens, denn der Verdächtige war trotz seiner Unschuld verurteilt, sich dem Gendarmen zu fügen. Indessen werden dem Schuldigen mildernde Umstände zuerkannt, weil er sich zu dem Widerstand in dem Gefühl seiner tatsächlichen Unschuld hat hinreißen lassen. Wäre dagegen der Gendarm ohne die geschilderten Verdachtsmomente auf die bloße Vermutung und vielleicht auf ein unbestimmtes Gerücht hin, daß der Betreffende in der Nähe der Tatstelle gesehen worden sei, zur Festnahme geschritten, so hätte ihn mit Recht der Vorwurf der Fahrlässigkeit getroffen. Der Festgenommene wäre wegen des Widerstandes nicht bestraft worden, weil der Gendarm sich bei der Festnahme nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befunden hätte. Letzterer hätte unter Umständen sogar wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung und rechtswidrigen Waffengebrauchs zur Verantwortung gezogen werden können.

Mangelnde Rechtmäßigkeit der Ausübung des Dienstes trotz Ansuchens oder Ermächtigung der Orts-Polizeibehörde. — 1. Beispiel: Eine Zuderfabrik steht mit einem Wasserwege in unmittelbarer Verbindung, auf welchem der fertige Zuder verfrachtet wird. An dem Wasserwege hält ein Unternehmer zu diesem Zwecke eingerichtete Rähne zum Vermieten an die Interessenten bereit.

Dieser Unternehmer gerät mit einem seiner Mieter in Streit und kündigt ihm den auf längere Zeit vermieteten Rahn. Mieter nimmt die Kündigung, weil nach seiner Ansicht zu spät erfolgt, nicht an und verfrachtet ruhig weiter, nachdem er sich den unbeachtet daliegenden Rahn, den Vermieter an sich genommen hatte, zurückgeholt. Vermieter wendet sich an den örtlich zuständigen Gendarmen und verlangt die Beschlagnahme des Rahns. Der Gendarm lehnt mit Recht ab, weil keine strafbare Handlung, sondern lediglich ein von dem bürgerlicher Richter zu entscheidender Rechtsstreit vorliege. Nun wendet sich der Vermieter an den Amtsvorsteher; dieser ersucht den Gendarmen, den Rahn zu beschlagnahmen und ihn dem Vermieter auszuhändigen. Daraufhin begibt sich der Gendarm an Ort und Stelle und kommt hinzu, als der Rahn bereits zu $\frac{1}{4}$ mit Zuder beladen ist. Da zu einer Anfrage an die Zivildienstbehörde keine Zeit zu sein scheint, so verbietet er das Weiterbeladen und beschlagnahmt den Rahn. Die beim Einladen des Zuders tätigen Steuerbeamten entrüsten sich über das Auftreten des Gendarmen und fordern die Arbeiter auf, sich an das Verbot nicht zu halten, sondern ruhig weiterzuladen. Jetzt stellt der Gendarm sich mit gezogenem Säbel auf die Brücke und droht jeden niederzuschlagen, der es wagen sollte, den Rahn gewaltsam zu betreten. Er setzt seinen Willen mit Waffengewalt durch und liefert den Rahn an den Vermieter ab. Darauf stellt er Strafantrag gegen die Arbeiter wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und reicht Beschwerde über die Steuerbeamten wegen Anstiftung dazu ein; die Steuerbeamten erheben Beschwerde gegen den Gendarmen. Die Vorgesetzten veranlassen den Gendarmen zur Zurücknahme des Strafantrags, weil er sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befunden hat, und belehren ihn dahin, daß er vor Ausführung des ungeschehenen Ansuchens bei der Zivildienstbehörde hätte anfragen müssen. Die Steuerbeamten werden von ihrer vorgesetzten Behörde über das Ungehörige ihres Verhaltens, der Amtsvorsteher von der Zivildienstbehörde über das offenbar Ungeheßliche seines Ansuchens belehrt.

2. Beispiel: Ein Ehepaar lebt in Unfrieden; die Frau hat Scheidungslage gegen ihren dem Trunke ergebenen Ehemann eingereicht, beschließt aber noch vor der gerichtlichen Entscheidung die gemeinsame Wohnung zu verlassen und die ihr gehörigen Sachen — ein Bett, eine Kommode und eine Lampe — mitzunehmen. Der Ehemann hindert sie gewaltsam an der Mitnahme der Sachen. Die Frau wendet sich an den Gendarmen und bittet ihn um seinen Beistand. Der Gendarm lehnt mit Recht ab, weil es sich lediglich um einen von dem bürgerlichen Richter zu entscheidenden Privatstreit handle, und er daher nicht sachlich zuständig sei. Zwang anzuwenden. Die Frau läuft zum Amtsvor-

steher und dieser richtet ein schriftliches Ansuchen an den Gendarmen, dem Ehemann Bett, Kommode und Lampe abzunehmen und diese Gegenstände der Ehefrau abzugeben. Der Gendarm führt nunmehr das Ansuchen aus, stößt auf den heftigsten Widerstand des Ehemanns, nimmt ihn schließlich fest und liefert ihn an die Ortspolizeibehörde ab. Auf dem Wege dorthin läuft das ganze Dorf zusammen und nimmt Partei für den Gemahregelten, so daß der Gendarm in die allerschwierigste Lage kommt. Die Anzeige des Gendarmen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt hat zur Folge, daß der Angeklagte in allen Instanzen freigesprochen wird, weil der Gendarm sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befunden habe. Insbesondere führt die höchste Instanz, das Oberlandesgericht, aus, der Gendarm sei nicht verpflichtet gewesen, das Ansuchen ohne weiteres auszuführen, weil der Amtsvorsteher nicht sein Vorgefahreter sei. Wohl sei er nach der Kreisordnung für die östlichen Provinzen vom 13. 12. 1872 und 19. 3. 1881 verpflichtet, die Ansuchen des Amtsvorstehers in polizeilichen Angelegenheiten auszuführen, ohne sie auf ihre Recht- und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Hier aber habe gar keine polizeiliche Angelegenheit vorgelegen; es sei ihm vielmehr eine ungesegnete Einmischung in Privatstreitigkeiten zugemutet worden. Auch sei sich der Gendarm der Ungeseglichkeit seines Handelns wohl bewußt gewesen; das gehe deutlich daraus hervor, daß er das direkte Ansuchen der Ehefrau mit derselben Begründung abgelehnt habe. —

Der Gendarm wird zwar nicht bestraft, weil er durch das Ansuchen des Amtsvorstehers gedeckt war; indessen hat sein Ansehen durch den ganzen Vorfall sowie namentlich auch durch die öffentliche Gerichtsverhandlung derartig gelitten, daß seine Versetzung erforderlich wird; der Amtsvorsteher erhält eine nachdrückliche Verwarnung. Hätte der Gendarm den ihm offenstehenden oben näher bezeichneten Weg eingeschlagen, so wäre viel unliebsames Ruffachen verhindert und sein Ansehen gewahrt worden.

3. Beispiel: Mutter und Tochter, die sich keines besonderen Rufes erfreuen, kommen zu einem Kolonialwarenhändler und machen dort einen größeren Einkauf auf Rechnung mit dem Versprechen, am nächsten Quartalsersten Zahlung zu leisten. Der Händler erklärt sich damit einverstanden und liefert die gekauften Waren ins Haus. Nachträglich erfährt er, daß die neuen Kundinnen sich in keinen guten Vermögensverhältnissen befinden; er wird stutzig und bereut es, ihnen Kredit gewährt zu haben. Statt nun den vereinbarten Zahlungstermin abzuwarten und alsdann, falls keine Zahlung erfolgte, den Weg des bürgerlichen Rechtsstreits zu betreten, wendet er sich an den Gendarmen mit dem Ansuchen, die gelieferten Sachen zu be-

schlagnahmen und ihm zurückzugeben. Der Gendarm lehnt ab, weil die sachliche Zuständigkeit fehle, da der Verdacht einer strafbaren Handlung nicht vorliege. (Betrug ist ausgeschlossen, weil die beiden Käuferinnen es streng vermieden haben, irgendwelche Angaben über ihre Vermögensverhältnisse zu machen, sondern lediglich versprochen haben, am nächsten Quartalsersten zu zahlen. Von Vorspiegelung falscher Tatsachen kann also keine Rede sein, ebenso wenig aber auch von dem arglistigen Verschweigen wahrer Tatsachen; denn so schlecht sind ihre Vermögensverhältnisse nicht, daß die Möglichkeit der rechtzeitigen Zahlung ausgeschlossen gewesen wäre.) Auf weitere Vorstellungen des Händlers sagt indessen der Gendarm seine Mitwirkung zu, wenn jener ihm ein Ansuchen des Amtsvorstehers zur Vornahme einer Durchsuchung und Beschlagnahme verschaffe. Dann trage der Amtsvorsteher die Verantwortung und ihm könne nichts passieren (!).

Darauf begibt sich der Händler zu dem Amtsvorsteher und sagt, er komme im Auftrag des Gendarmen, der ihn um die Ermächtigung zur Vornahme einer Durchsuchung und Beschlagnahme der entnommenen Waren bei den beiden Frauen bitten lasse. Der Amtsvorsteher gibt die Ermächtigung bzw. das Ansuchen schriftlich in dem Betrauten, daß der Gendarm die Gefährlichkeit geprüft habe. Nun schreitet der Gendarm zur Ausführung; er überwindet den heftigen Widerstand der beiden Frauen, beschlagnahmt die vorgefundenen Waren und händigt sie dem Händler aus; darauf erstattet er Anzeige wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Frauen werden freigesprochen, weil der Gendarm sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Dienstes befunden habe, als er die Durchsuchung und Beschlagnahme vornahm. In doppelter Beziehung habe er gefehlt; denn erstens lag der Verdacht einer bestimmten, bereits begangenen strafbaren Handlung durchaus nicht vor; es fehlte also für eine Handlung der gerichtlichen Polizei von vornherein die sachliche Zuständigkeit. Selbst wenn man aber annehmen wollte und könnte, daß der Gendarm den Verdacht des Betruges für gegeben erachtet und insoweit in gutem Glauben gehandelt habe, so hätte er doch die in Rede stehenden Waren immer nur als Beweisstücke für diese strafbare Handlung, falls sie wirklich als solche für die Untersuchung von Bedeutung sein konnten, bei vorhandener Gefahr im Verzuge beschlagnahmen dürfen und sie alsdann der Ortspolizeibehörde behufs Weitergabe an den Richter abliefern müssen; denn unter keinen Umständen hat die Polizei das Recht, eine förmliche Beschlagnahme lediglich im Interesse des Geschädigten vorzunehmen. Von dem Gericht wird das ganze Verhalten des Gendarmen in den Urteilsgründen entsprechend gekennzeichnet; dennoch ist er durch die Er-

mächtigung bzw. das Ansuchen des Amtsvorstehers insoweit gedeht, daß er gerichtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Es erfolgt aber eine empfindliche Disziplinarbestrafung, weil nicht er von dem Amtsvorsteher zu der Ungefehrlichkeit verleitet, sondern dieser von ihm zum mindesten in ganz außerordentlich schlüssiger Weise irregeführt worden ist. Denn bevor der General die Ermächtigung zu einer

Durchführung oder Befehlsgabe von einem Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft einholt, hat er selbst pflichtmäßig zu erwägen, ob alle gesetzlichen Voraussetzungen für dieselbe vorliegen, und bleibt seinen Vorgesetzten für die Gefährlichkeit der Diensthandlung verantwortlich. (Schluß folgt.)

Gesetze und Verordnungen.

Gesetz, betreffend die Bestrafung der Majestätsbeleidigung. Vom 17. Februar 1908.
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:
Für die Verfolgung und Bestrafung der in den §§ 95, 97, 99, 101 des Strafgesetzbuchs bezeichneten Vergehen gelten nachstehende Vorschriften: Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99, 101 strafbar, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Überlegung begangen wird. Sind in den Fällen der §§ 95, 97, 99 mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe oder die Festungshaft bis auf eine Woche ermäßigt werden. Im Falle des § 95 kann neben der Gefängnisstrafe auf Verlust der bekleideten öffentlichen Ämter erkannt werden. Die Verfolgung verjährt in sechs Monaten. Ist die Strafbarkeit nach Abs. 2 ausgeschlossen, so finden die Vorschriften des vierzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuchs Anwendung. Unkundlich unter unserer Höchstsignierten handschriftlichen Unterschrift und beigebruderten Kaiserlichen Insignel. Gegeben Berlin im Schloß, den 17. Februar 1908.

R. G. B. 25.

(L. S.) Wilhelm.
Fürst von Bülow.

Zulassung der Militärantenwärter zu den Diätar- (Hilfsarbeiter-) Stellen des mittleren Post- und Telegraphendienstes. Verfügung des Herrn Staatssekretärs des Reichs-Post-Amtes vom 22. Februar 1908.

Vom 1. April 1908 ab werden den Militärantenwärttern neben den etatsmäßigen Stellen auch die Diätar- (Hilfsarbeiter-) Stellen des mittleren Post- und Telegraphendienstes zugänglich gemacht. Ihr Anteil an den Hilfsarbeiterstellen wird auf ein Viertel festgesetzt.

Die „Vorschriften über die Annahme und Anstellung von Antenwärttern für die mittlere Laufbahn im Reichs-Post- und Telegraphendienst“ vom 1. Januar 1900 (Amtsblatt des R. P. A. Nr. 1 Anl. 1) bleiben unverändert. Militärantenwärtter, die die Assistentenprüfung bestanden haben, werden vom Tage nach Ablauf der Probezeit zu Post- oder Telegraphenassistenten ernannt und zunächst als Diätare beschäftigt. Die Diätare werden nach dem Dienstalter etatsmäßig angestellt, sobald etatsmäßige Stellen verfügbar sind.

Am 1. April 1908 werden in die offenen, für Militärantenwärtter bestimmten etatsmäßigen Assistenten- und Postverwalterstellen die Militärantenwärtter noch wie bisher unmittelbar einberufen. Nach Besetzung dieser Stellen haben die Militärantenwärtter ihre Laufbahn in einer diätarischen Stelle zu beginnen. Unbeschadet dieser grundsätzlichen Verpflichtung soll jedoch das Hinüberdrücken der für diätarische Stellen einberufenen, in der Probezeitleistung begriffenen Antenwärtter in offene etatsmäßige Stellen oder die unmittelbare Zulassung von Militärantenwärttern zu den etatsmäßigen Stellen immer dann eintreten, wenn die Zahl der zivilberufungsberechtigten Diätare zur Besetzung der offenen, den Militärantenwärttern zugewiesenen etatsmäßigen Stellen nicht ausreicht.

Die Vergütung für die in diätarischen Stellen Beschäftigten Militärantenwärtter wird vorläufig auf 1320 bis 1500 M. jährlich, nach dem Dienstalter steigend, festgelegt; ihre anderweitige Bemessung bei der Neuregelung der Beamtenbesoldungen bleibt vorbehalten.

Außer in die offenen etatsmäßigen Stellen werden zum 1. April 1908 Militärantenwärtter für diätarische Stellen einberufen werden.

(Aus der Zeitschrift „Die Zivilversorgung“, Berlin W. 9.)

Aus den Parlamenten.

Zum Staatsangehörigkeitsgesetz ist dem Reichstag folgender Antrag ausgegangen: Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, baldigt dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen zur Abänderung des Gesetzes vom 1. Juni 1870 über den Erwerb und Verlust der deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit und in demselben

- die Vorschriften über den Verlust der Staats- und Reichsangehörigkeit dahin abzuändern, daß ein Deutscher diese Rechte in der Regel nicht gegen seinen Willen verlieren kann, insbesondere daß die Bestimmungen des § 21 des genannten Gesetzes über den Verlust dieser Rechte durch zehnjährigen Aufenthalt im Auslande aufgehoben werden;
- der Wiedererwerb der Reichsangehörigkeit seitens früherer deutscher Reichsangehöriger und die Naturalisation von Nachkommen von Deutschen erleichtert wird.

Die Gendarmerie im preussischen Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung.

Montag, den 2. März 1908.

Präsident v. Kröcher: Die Tit. 1, 2, 3 und 4 des Kap. 93 und Tit. 10 des Kap. 28 des Extraordinariums sind bewilligt.

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Baensch-Schmidtlein.

Baensch-Schmidtlein, Abgeordneter (freis.): Ich möchte mir die Bitte an den Herrn Präsidenten erlauben, sämtliche Titel des Kap. 94 und außerdem vom Kap. 28 des Extraordinariums die Tit. 11 und 12 gemeinsam zur Besprechung zu stellen, wie es auch in früheren Jahren gewesen ist, weil sich auf diese Weise die Reihe der Redner wahrscheinlich verringern würde.

Präsident v. Kröcher: Widerspruch gegen diesen Antrag erhebt sich nicht; ich eröffne also die Besprechung über Kap. 94, Tit. 1, 2, 3, 4, 5, 6a, 6, 7, 8, 8a, 8b, 9, 10 und 11 und über die Tit. 11 und 12 des Kap. 28.

Das Wort hat der Herr Berichterstatter.

v. Arnim-Jülschom, Berichterstatter (kons.): Meine Herren, in der Budgetkommission ist seitens des Berichterstatters zum Ausdruck gebracht worden, daß für die Gendarmen mehr Wohnungen beschafft werden müßten, als dies bisher der Fall sei. Es sind ja in den letzten Jahren schon Dienstwohnungen in größerer Anzahl beschafft worden, und das ist auch weiter in Aussicht genommen. Aber namentlich in den industriellen Gebieten und in den gemischtprädigen Bezirken ist das Bedürfnis zur Schaffung von Dienstwohnungen so groß, daß noch auf anderen Wegen als bisher abgeholfen werden muß. Es wurde in Anregung gebracht, durch Vermittlung der Landräte auf die Gemeinden einzuwirken, den Gendarmen Wohnungen gegen eine billige Miete zu beschaffen. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Abhängigkeit des Gendarmen, wenn er sich selbst eine Wohnung mietet, seinen Vermietern und vielleicht auch noch anderen gegenüber größer ist, als wenn er in völliger Unabhängigkeit entweder eine staatl. hergestellten Dienstwohnung oder eine von der Wohngemeinde ihm gestellte Wohnung inne hat. Es ist allerdings in der Kommission zum Ausdruck gebracht worden, daß es sehr erwünscht wäre, daß in dieser Richtung seitens der Staatsregierung durch Vermittlung der Landräte auf die Gemeinden hingewirkt würde.

Dann wurde hervorgehoben, daß es unerwünscht sei, daß, wenn in industriellen Gegenden plötzlich Unruhen ausbrechen, aus anderen Gegenden Abkommandierungen in einem erheblichen Umfange erfolgen. Bekanntlich sind ja, als die Unruhen im Industriegebiet des Ruhrbeziers ausbrachen, Abkommandierungen in sehr erheblichem Umfange vorgenommen worden, und zwar zum Nachteil

der dann von Gendarmen entbliebenen Gegenden.

Der Herr Minister hat anerkannt, daß der Herr Finanzminister in den letzten Jahren ansehnliche Mittel bereitgestellt hätte, um für Uebervachtmeister und Gendarmen Dienstwohnungen zu bezahlen. Was die erwähnten Abkommandierungen anbetreffe, so seien dieselben zwar unbequem, aber, soweit er wisse, hätten sich dadurch wirklich große Mißstände doch nicht ergeben.

Der Herr Berichterstatter hat dann noch angeregt, daß die in dem Tit. 11 Kap. 28 des Extraordinariums aufgeführten außerordentlichen Zuwendungen an Gendarmenmännschaften eigentlich in das Ordinarium zu überführen wären. Die Gendarmen bekommen bekanntlich bei ihrem Austritt eine außerordentliche Zuwendung von 1000 M.

Demgegenüber hat die königliche Staatsregierung durch einen Regierungskommissar erklären lassen, daß künftig nur beabsichtigt sei, daß diejenigen, die am 1. April 1903 und nachher im Militär- und Gendarmenriedienst zusammengerechnet 18 Dienstjahre vollendet haben würden, diese Summe von 1000 M erhalten sollten, daß aber bei denjenigen Gendarmen, bei denen diese Voraussetzungen nicht zuträfen, die Verhältnisse anders wären. Aber um den etwa 3000 Mann, um die es sich hier handelte, die entsprechenden Summen zuzuweisen, beabsichtige man, in die künftigen Etats diese Summen in einzelnen Raten einzustellen und damit dem berechtigten Bedürfnisse Abhilfe zu verschaffen.

Ich beantrage namens der Budgetkommission, alle Titel, die der Herr Präsident zur Debatte gestellt hat, zu bewilligen.

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Baensch-Schmidtlein.

Baensch-Schmidtlein, Abgeordneter (freis.): Ich möchte zunächst mein Bedauern ausdrücken, daß heute nicht an dieser Stelle der langjährige Deputierter erscheinen kann, weil er durch schwere Krankheit verhindert ist, der Wirkliche Geheim Oberregierungsrat Dr. Lindig, dessen ungemeines Wohlwollen für das Korps der Landgendarmen ich jedes Jahr zu erkennen Gelegenheit gehabt habe, und der in der Tat auch eine ganze Anzahl von den Wünschen, die wir Jahr für Jahr hier vorgetragen haben, hat in Erfüllung geben lassen.

Meine Herren, da die Gehaltsfrage hier vollständig ausscheidet, so kann ich mit dem Rest der übrig gebliebenen Wünsche meine Rede beginnen; und Sie werden allerdings eine große Anzahl alter Bekannter unter diesen Wünschen wieder vorfinden, deren Er-

füllung durchzusetzen bis jetzt noch nicht möglich war.

In erster Reihe möchte ich mir eine Anfrage an das Ministerium gestatten, nämlich wie es eigentlich mit der sogenannten Dienstwohnung bezw. dem Dienstzimmer aussieht. Es liegen mir hier aus allen Teilen der preussischen Monarchie eine große Anzahl von Schreiben, von Wünschen, von Gesuchen in dieser Richtung vor, die natürlich nicht von Gendarmen geschrieben sind, weil ja denen verboten ist, sich mit den Abgeordneten zu unterhalten, sondern von guten Freunden, Verwandten, Schwägern und ähnlichen Leuten, — in denen immer wieder darauf hingewiesen wird, daß es eine Härte sei, ein Dienstzimmer in ihrer Wohnung ganz allein für den Dienst halten zu müssen, ein Zimmer, das vollständig aus dem Gebrauch der Familie ausscheidet, ein Zimmer, in dem auch nur die Utensilien des Dienstes aufbewahrt werden dürfen, das jederzeit der Kontrolle des Offiziers und des Oberwachtmeisters untersteht, für das aber der Gendarm, sobald er nicht angemietet ist, doch die Miete mit aufzubringen hat, ebenso wie die Kosten für Beleuchtung und Reinigung. Und das spielt mitunter eine große Rolle. Denn wer die Verhältnisse auf dem Lande kennt, der weiß, daß jemand, dem irgendetwas mal etwas zugestoßen oder der verletzt worden ist, zu dem Gendarm kommt und sagt: helfen Sie mir! Er muß verbunden werden, die Wohnung muß gereinigt werden usw. Nun ist mir mitgeteilt worden, daß ein Erlaß ins Land gegangen ist, wonach es nicht notwendig wäre, daß die Gendarmen ein eigenes Dienstzimmer halten. Meine Herren, das ist mir vollständig neu. Bis jetzt sind alle Mitteilungen, die mir in dieser Beziehung geworden sind, dem gerade entgegengesetzt, und es wäre außerordentlich wichtig, wenn seitens des Ministeriums eine Erklärung abgegeben würde, daß dieser Erlaß in der Tat ergangen ist.

Bei den Dienstaufwandsgeldern, die die Gendarmen jetzt beziehen, hat sich herausgestellt, daß sie bei den heutigen Umständen auch nicht mehr zureichen. Dazu kommen die Mehrausgaben, die ich bereits erwähnte, für die Dienstwohnung, für Beleuchtung, Heizung usw., so daß es ein langjähriger Wunsch des gesamten Aufwandes immer gewesen ist, eine Erhöhung dieser Dienstaufwandsentschädigung eintreten zu lassen und sie gleichzeitig für pensionsfähig zu erklären. (Sehr richtig! rechts.) Das ist ein so alter Wunsch, daß ich mich wirklich freuen würde, wenn man endlich einmal seitens des Ministeriums ihm energisch näher treten würde.

Dreizehntage werden auch Gendarmen ohne jede Entschädigung zu Dienstleistungen kommandiert, bei denen sie direkte Ausgaben haben, in seinem Verhältnis zu ihrer

Dienstaufwandsentschädigung stehen. Ich weise auf Fälle hin, wo bei Schwurgerichtsverhandlungen in einzelnen Kreisen der Monarchie — mir sind darüber Mitteilungen von auswärts zugekommen — die Gendarmen 7, 10, auch 14 Tage lang den Dienst im Schwurgerichtsgelände ohne jede Entschädigung zu versehen hatten (hört, hört! rechts), weil die städtische Polizei nicht in der Lage war, dem Andrang des Publikums gehörig entgegenzutreten. Detartige Schwurgerichtsverhandlungen haben, sobald sie spät in die Nacht hinein gehen, gewöhnlich nur eine Mittagspause von einer Stunde. Die Gendarmen, die dorthin kommandiert sind, waren nicht in der Lage, nach Hause zu gehen, um dort ihr Mittagbrot einzunehmen, mußten sich infolgedessen in den nächsten Wirtschaften daselbst beschaffen und bekamen dafür nicht einen Pfennig. Ich meine, da der Dienst für die Gendarmen gerade an solchen Tagen so ungemein anstrengend ist und eine große Alluratesse dem andringenden Publikum gegenüber erfordert, so müßte vielleicht einmal seitens des Ministeriums dem Herrn Justizminister gegenüber eine Anregung gegeben werden, daß für solche außerordentlichen Dienstleistungen, wogu Gendarmerie herangezogen wird, sie auch seitens der Justizverwaltung eine Entschädigung bekommt. (Sehr richtig! rechts.)

Die Stellung des Gendarmen ist im Laufe der Jahre so selbständig geworden, daß sie in keinem Verhältnis mehr zu der Stellung des Unterbeamten sich befindet. Wohl aus diesem Grunde mit ist durch Allerhöchsten Erlaß vom 17. Mai 1906 ihnen die Stellung bezw. der Rang zwischen den subalternen Beamten und den Unterbeamten eingeräumt worden, aber die Tagelöhner beziehen sie noch fortwährend in der Form für die Unterbeamten. Ich glaube doch, daß es wichtig wäre, wenn eine Änderung des betreffenden Paragraphen eintritt, und daß, da die Unterbeamten bis jetzt 4 M bekommen, die Oberwachtmeister 8 M, ihnen als Tagelöhner eine Summe von 6 M bewilligt werden könnte. (Sehr richtig! rechts.)

Ferner ein langjähriger Wunsch der Gendarmerie ist es — ich habe eigentlich in jedem Jahre darauf hingewiesen, da es doch unmäßig ist, daß jeder Wachtmeister, mag er auch noch so beschäftigt sein, zu einem Oberwachtmeister ernannt werden kann, daß man den Leuten nach 21jähriger Dienstzeit den Rang des Oberwachtmeisters zweiten Grades verleihen möge, womit sie ohne weiteres wie die Oberwachtmeister in den Rang und die Stellung der Subalternbeamten hineinkommen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn nun gesagt wird, daß die Disziplin darunter leiden würde, weil sie dieselbe Stellung haben wie die Oberwachtmeister, so glaube ich, bei dem Verhalten unseres ganzen Elitkorps der Gen-

darmerie, daß das unmöglich vorkommen kann; (sehr richtig! rechts.) Die Gendarmen sind so geschult durch ihren langjährigen Dienst, daß sie immer wissen, was Order parieren heißt, und daß sie immer den höheren Rang des Oberwachmeisters anerkennen werden. Man könnte einen Ausweg vielleicht darin finden, daß man der Uniform des Oberwachmeisters noch durch irgend ein äußeres Abzeichen Ausdruck gibt, so daß der Oberwachmeister zweiter Klasse, der nach 21jähriger Tätigkeit in diese Stelle hineinwächst, auch äußerlich im ersten Augenblick zu unterscheiden sein würde. Sie können mir nachempfinden, daß dadurch auch der Abwanderung der Gendarmmerie in andere Verufe ein Gegenstand entgegengekehrt werden würde; denn diese Abwanderung in andere besser besoldete Stellungen ist jetzt immer noch sehr stark, weil beim besten Willen und beim besten Können der Wachmeister nicht in der Lage ist, Oberwachmeister zu werden; das bleibt nur dem allerkleinsten Teile — Sie brauchen nur den Etat nachzusehen — übrig. Da wiederhole ich den alten Wunsch, immer mehr und mehr Oberwachmeister aus der Infanterie zu befördern. Ich weiß und habe auch im Ministerium gehört, daß sich dieses Institut vorzüglich bewährt hat. Ich gebe zu, daß manche von den Herren Landräten des Deklorns wegen lieber einen berittenen Oberwachmeister haben möchten, daß das aber für uns kein Grund sein kann, diejenigen, die dazu berufen sind, die durch ihre Fähigkeit und Tüchtigkeit geeignet wären, solche Stellung zu bekleiden, auszuschließen. (Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Berichterstatter hat mir zu Herzen gehende Worte gesprochen über die Wohnungsfrage der Gendarmen, Ich trete ihm überall bei. Es ist heute noch eine große Härte, daß die Gendarmen, soweit sie noch nicht angemietet sind oder eigene Wohnungen haben, auch bei dem Entgegenkommen der Behörden durch Mietsbeihilfen doch noch einen Teil ihres Gehaltes für die Wohnungen ausgeben müssen. (Sehr richtig! rechts.) Ich persönlich kann in meinem Bezirk nicht klagen, da sämtliche Gendarmen bereits angemietet sind; aber ich glaube, nur der dritte Teil in der ganzen Monarchie genießt heute diese Vergünstigungen, und es wäre dringend notwendig, daß alle Gendarmen auf denselben Fuß gestellt würden, bezw. daß, solange die Anmietung oder der Bau von Wohnungen für die gesamte Gendarmmerie nicht durchgeführt werden kann, die Mietsbeihilfen den übrig gebliebenen Gendarmen in der Höhe gewährt würden, wie sie gegenwärtig von ihrem Gehalt ausgeben. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe mich gefreut, zu sehen, daß jetzt wieder im Etat ein großer Betrag für Neubauten eingelegt ist. Angenehm ist es mir, zu sehen, daß man niemals den Gedanken

gehabt hat, einen Oberwachmeister mit zwei Wachmeistern in ein gemeinsames Gebäude zu setzen. Wenn sich auch der Oberwachmeister mit den Wachmeistern vorzüglich verträgt und die Autorität die erste Rolle spielt, — bei den Frauen ist es viel schlimmer. (Weiterkeit.) Da kommt das Ansehen der Frau Oberwachmeister gegenüber der Frau Wachmeister in eine ganz bedenkliche Höhe hinein.

Meine Herren, den alten Wunsch von uns, die Dienstprämie möge den Gendarmen eher zukommen als bisher, hat ja der Herr Berichterstatter auch erwähnt. Ich gebe gern die Schwierigkeiten zu, die bis jetzt auf diesem Gebiete vorgekommen sind, hoffe aber nach den Besprechungen, die ich in den letzten Jahren auch mit den betreffenden Herren im Ministerium geführt habe, daß bis zum Jahre 1912 ein vollständiger Ausgleich herbeigeführt werden kann, was für die betroffenen Gendarmen selbstverständlich von großer Bedeutung sein möchte.

Nun habe ich einen Wunsch zu wiederholen, auch einen sehr alten und sehr gerechtfertigten Wunsch, wie bekanntlich alle meine Wünsche sind (Weiterkeit), von dessen Erfüllung ich aber bis jetzt noch nichts gehört habe. Meine Herren, früher war jeder Gendarm, der eine Dienststelle auf der Eisenbahn unternahm, im Recht, sich dazu eine Militärsfahrkarte zu lösen. Das ist naturgemäß; die Leute sind doch Militärs. Dieses Recht ist ihnen vor einer Reihe von Jahren genommen worden; wahrscheinlich wollte die Eisenbahn größere Überschüsse liefern (Weiterkeit). Das muß aus der Welt geschafft werden; die Gendarmen müssen wieder, wenn sie in Uniform als volle Militärs auftreten, das Recht auf eine Militärsfahrkarte haben, um ihre Reisen zurückzulegen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ich mich nicht irre und wenn meine Hoffnung mich nicht täuscht, werde ich vielleicht noch heute eine wohlwollende Erklärung des Herrn Ministers auf diesen Wunsch hören.

Meine Herren, eine andere Frage, die nicht speziell unseren Minister angeht, sondern den Obersten aller Gendarmen, die ich aber naturgemäß hier vorbringen muß, weil sich ein anderer Titel nicht findet, ist eine Reorganisation auf dem Gebiete der heutigen Uniform. Wenn die Gendarmmerie den Wunsch äußert, in Zukunft Schnürschuhe zu tragen, so ist das ein gerechtfertigter Wunsch. Denn heutzutage werden die Gendarmen in den meisten Fällen doch bereits mit Fahrrädern ausgestattet, und ich frage eben von ihnen, der gleich mir ein Radfahrer ist, ob es nicht sehr schwer ist, mit langen Schnürstiefeln aus dem Sattel zu steigen und herumzukrampeln. (Sehr richtig!) Besonders bei der Verfolgung von Verbrechern, oder um schnell von einem Ort zum andern zu kommen, ist es dringend notwendig, eine andere Fuß-

bekleidung zu schaffen, und da ist der Schnürschuh das einzig Gegebene.

Ebenso würde sich das Tragen von braunen Handschuhen empfehlen; denn das ewige Waschen der weißen bekommt man auch einmal satt, und da das bei der Armee eingeführt ist, warum nicht auch bei der Gendarmmerie? — Herr Kollege Schulze-Pelsum ruft mir zu: sehr richtig! Es ist ja auch viel billiger, also wiederum eine Ersparnis für die Frau Wachtmeisterin. Daß bei Einführung einer sachgemäßen Uniform in der Armee auch in der Landgendarmmerie eine Reform stattfinden wird, erachte ich für selbstverständlich.

Mit dem Meldewesen ist heutzutage auch noch ein Unstand verbunden, der doch sehr bedenklich ist, und zwar betrifft das das Stedbriefwesen, wie es bisher gehandhabt worden ist. Ich möchte mir hier ein paar Zeilen vorzulesen gestatten, die ich für ganz zu treffend erachte. Es wird mir darüber geschrieben:

Das Stedbriefwesen ist dringend reformbedürftig. Die Gendarmen erhalten mit dem Amtsblatt der königlichen Regierung jedesmal ein Stedbriefregister (Anlage). Alle acht Tage erscheint ein neues, und am Jahresschluß sind etwa 250 bis 300 Namen darin enthalten. Zwei Jahrgänge davon führt der Gendarm stets bei sich, die anderen Jahrgänge werden vernichtet. Diese sollten 10 Jahre lang aufbewahrt werden. Ferner sollten die Register alle Namen der im Deutschen Reiche Verfolgten enthalten, anstatt der einigen Namen von Leuten aus der Gegend, wo die Tat geschah. Es müßte also ein sogenanntes Zentralfledbriefregister herausgegeben werden.

Ich trete dieser Anregung völlig bei; denn es pflegt nicht immer der Fall einzutreten, daß ein Verbrecher gerade in dem Kreise bleibt, wo er das Verbrechen begangen hat. In den meisten Fällen wird er es für richtig halten, diesen Teil der Monarchie zu verlassen und sich nach einem anderen zu begeben, und da ist es wichtig, daß die Gendarmen überall in der Lage sind, derartige Register vor sich zu haben, und es wird leicht in vielen Fällen möglich sein, derartiger Verbrecher auch habhaft zu werden. (Sehr richtig!) Ferner wird gewünscht, daß das bisherige Tagebuch in Wegfall kommt; es würde da ein Aufenthaltsbuch genügen. Denn darin werden Sie alle mit mir einverstanden sein, daß das Schreibwerk für die Gendarmmerie möglichst auf den allerkleinsten Raum beschränkt werden muß (sehr richtig!); denn sonst ist dieses Korps nicht in der Lage, die Pflichten zu erfüllen, die man von ihm verlangt. Der Gendarm gehört nicht in seine Wohnung und nicht an den Schreibtisch, sondern in die Öffentlichkeit. Es ist heutzutage im ganzen preussischen Staat

nach der Fall, daß, wenn der Gendarm mit seiner Fledelhande kommt, eigentlich „alles sofort in Ordnung ist“; denn die Autorität des Gendarmen ist, Gott zu Dank, noch hervorragend. So kann es nur bleiben, wenn er in der Lage ist, seinen Dienst jederzeit zu versehen und nicht durch langweilige Schreibernerei daran verhindert wird.

Ein weiterer alter Wunsch von mir, den ich jedes Jahr beinahe vorgebracht habe, ist der, daß die abgetragenen Kleider nicht mehr an irgend ein großes altes abgetragenes Kleidergeschäft (Heiterkeit) nach Berlin verkauft werden für einen Lumpenpreis, sondern daß es den Gendarmen und ihren Frauen überlassen bleiben möge, ob sie für ihre Nachkommen noch Kleider daraus machen können. (Sehr richtig!) Und da spreche ich dem Herrn Minister meinen vollsten Dank dafür aus, daß es unter seiner Regierung jetzt möglich gewesen ist, diesen langjährigen Wunsch zu erfüllen. Ich lann dem Herrn Minister versichern, daß es in allen Kreisen der Gendarmen mit großer Freude aufgegriffen werden wird, daß nunmehr dem alten Zustand ein Ende gemacht wird, und daß die Gendarmen jetzt in den Besitz dieser abgetragenen Kleider für ihre Familie kommen können.

Weitere Wünsche, die ich nur kurz streifen will, sind die, doch ihnen einmal einen freien Sonntag oder einen freien Tag im Monat zu geben, damit sie in der Lage sind, ohne die Eineigung des Dienstes mit ihren Familien sich als Menschen fühlen zu können, daß auch ihre Kirchzeit geregelt wird, so daß sie bei der schweren Verantwortung ihres Dienstes darin eine kleine Aufbesserung erfahren. (Sehr richtig!) Vor Jahren hat ein alter Schulfreund von mir, der Kollege v. Klipping, der selbst lange Jahre Landrat gewesen ist, mir mitgeteilt, daß er das in seinem Kreise ohne weiteres gemacht habe. Wenn es dort gegangen ist, nehme ich an, daß das überall durchzuführen ist, und ich würde mich freuen, auf diesem Gebiete beruhigende Mitteilungen seitens des Ministeriums zu erhalten. (Sehr gut!)

Aber so sehr es mich freut, daß die Vakanzen auf eine verhältnismäßig kleine Zahl zurückgegangen sind — in diesem Jahr nur 21 —, so muß ich doch dringend fordern, daß sowohl bei Auswahl der Offiziere wie der Mannschaften mit der äußersten Gewissenhaftigkeit vorgegangen werden möge. (Sehr richtig!) Ich meine, die Männer, die in die Gendarmmerie als Offiziere und Mannschaften eintreten, können gar nicht gut genug sein. (Sehr richtig!) Die Anforderungen, die an dieses Elitkorps gestellt werden, sind so groß, daß man mit denjenigen, die in irgendeiner Weise sich veründigen, in irgendeiner Weise Anstoß geben, nicht allzulange fadelt, sondern daß man versucht, sie recht bald aus diesem Elitkorps herauszubekommen, was nur zum

Ruhen der Gendarmerie beitragen kann. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß auf diesem Gebiete noch manches anders sein könnte, und hoffe, daß es der Initiative der Behörden gelingen wird, auch hier noch bedeutende Veränderungen herbeizuführen.

Nun, meine Herren, bin ich für heute am Ende meiner Wünsche. Ich erlaube mir, den beiden hohen Gebietern des Korps der Landgendarmerie diesen Frühlingsstrauch von Wünschen, den ich ihnen heute gewunden habe, mit der Bitte zu überreichen, daß sie möglichst alle diese Wünsche in Erfüllung gehen lassen.

Da andererseits es heute nicht gestattet sein kann, über die Gehaltsfragen zu sprechen, so möchte ich doch die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, auch ins Land hinaus einen Warnungsruf ertönen zu lassen, daß man nicht ungemessenen Forderungen sich hingibt, deren Erfüllung absolut unmöglich ist. (Sehr richtig! rechts.) Denn, meine Herren, wir sind alle — und das werden die Namen der Herren und die Fraktionen, die sie vertreten, in ihren nachfolgenden Äußerungen zeigen — uns voll bewußt, daß wir alles einsehen müssen, um dem Korps der Landgendarmerie die Stellung auch äußerlich durch Gehalt zu verschaffen, die ihm gebührt, und wir werden nie auf diesem Gebiete müde werden. (Sehr richtig! rechts.) Aber ungemessene Forderungen zu erfüllen, ist undenkbar, und man soll doch nicht glauben, daß gleichzeitig mit der Einbringung des Beamtenbesoldungsgesetzes nun plötzlich eine Flut von Goldstücken und ein goldener Regen auf ganz Preußen niedergehen würde. (Weiterkeit!) und auf diese Weise ganz enorme Forderungen erfüllt werden könnten. Ich darf aber zum Schluß meinerseits doch den Wunsch aussprechen, daß der Antrag, den ich mir im vorigen Jahre erlaubt habe mit Hilfe meiner politischen Freunde zu stellen, und dem sich auch die übrigen Herren des Hauses angeschlossen haben, doch bei der Vorlegung des Beamtenbesoldungsgesetzes in Erfüllung gehen möchte. (Allseitiger Beifall.)

Präsident v. Reicher: Das Wort hat der Abgeordnete Schulze-Weikum.

Schulze-Weikum, Abgeordneter (kons.): Meine Herren, der Herr Vortredner hat bereits so viel für die Gendarmen getan, daß mir fast nichts zu tun mehr übrig bleibt. Ich bin wirklich außerstande, den außerordentlich sorgfältig zusammengestellten Blumenstrauch von Wünschen, den der Herr Vortredner den Herren Chef der Gendarmerie überreicht hat, noch irgendwie zu vergrößern. Aber ich muß doch mit einigen Worten auf einige Ausführungen eingehen, die der Herr Vortredner vorhin gemacht hat.

Da ist zunächst die Wohnungsfrage. Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß nicht nur für die Gendarmen in den gemischtsprachigen Landesteilen und in den Industriebezirken Dienstwohnungen zu be-

schaffen sind, sondern auch in den übrigen Landesteilen; denn eine gute, gesunde Dienstwohnung erhöht die Dienstfreudigkeit des Gendarmen und veranlaßt ihn, länger im Dienst zu bleiben. (Sehr richtig! rechts.)

Nun hat der Herr Vortredner schon auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die daraus entstehen, wenn die Gendarmen selber als Richter auftreten, und hat empfohlen, daß die Gemeinden als Vermittler eintreten möchten. Meine Herren, das hat aber manchmal seine Schwierigkeiten; denn die Gemeinden weigern sich, sie wollen keinen Gendarmen im Orte haben; und die Staatsregierung hat auch nicht immer die nötigen Mittel zur Verfügung, um selbst eine Wohnung zu bauen, wenn Rietswohnungen nicht zu haben sind. Ich möchte mir da einen Vorschlag erlauben: daß die Staatsregierung es einmal versuchen möchte, wie es die Post macht. Die Post gewinnt Unternehmer, garantiert diesen für eine bestimmte Dauer von Jahren so und so viel Prozente der Baukosten, und das Reich mietet dann von diesen Unternehmern die Häuser. Vielleicht wäre es möglich, auch auf diesem Wege bessere Wohnungsverhältnisse für die Gendarmen zu schaffen.

Meine Herren, die Wohnungen selbst müssen den örtlichen Verhältnissen angemessen sein, sie müssen möglichst einen Garten haben, müssen, soweit berittene Gendarmen in Frage kommen, selbstverständlich einen Pferdestall haben. Aber in vielen Gegenden ist auch ein Kuhstall für die Gendarmen nötig; denn es besteht vielfach der Aberglaube, daß die Kühe, von denen Milch an die Gendarmen geliefert wird, aufhören, Milch zu geben. (Weiterkeit!), und die Gendarmen und ihre Angehörigen können dann keine Milch bekommen. Woher die guten Kühe nun wissen, daß gerade ihre Milch an die Gendarmen geliefert wird, und warum sie ihren Betrieb dann einstellen. (Weiterkeit!), das zu ergründen ist mir nicht möglich gewesen. Tatsächlich besteht aber dieser Aberglaube in vielen Gegenden, und die Gendarmen kommen dadurch in Verlegenheit. Es muß ferner für gute Frauen gesorgt werden, damit die Gendarmen ihr Wasser nicht so weit zu holen haben. Endlich muß vorausgesetzt werden — und das möchte ich ganz besonders unterstreichen —, daß aus Sparmaßregeln nichts für die Gendarmen erbauten Wohnungen nicht eher bezogen werden, als bis sie vollständig trocken sind.

Der Herr Vortredner hat dann auch die Dienstaufwandsentschädigung berührt, die auch nach meiner Ansicht dringend der Verbesserung bedürftig ist. Die gegenwärtigen Sätze stammen aus dem Jahre 1878, sind also gerade 30 Jahre alt und für die heutigen Verhältnisse vollständig unzulänglich. Die Dienstaufwandsentschädigung beträgt für den verrentierten Oberwachmeister 384 M., für den Oberwachmeister zu Fuß 500 M. und für den

gewöhnlichen Gendarm 192 M. Ich glaube, man müßte so weit gehen, daß man den berittenen und den Fußbohrerwachmeister auf 600 M setzte und die Dienstaufsichtsbefähigung der anderen Gendarmen auf mindestens 300 M.

Dann habe ich noch einen weiteren sehr wichtigen Punkt zu besprechen. Das ist die Frage der Pferdebeschaffung. Es ist bekannt, daß die meisten Gendarmen als Reiter von schwerem Gewicht anzusprechen sind (Weiterleit), und dem muß bei der Pferdebeschaffung Rechnung getragen werden. Es kommen daher auch nur Pferde für den Ankauf in Frage, die jahrelang schweres und schwerstes Gewicht zu tragen geeignet sind. Wie steht es nun mit den Ankaufspreisen? Bestimmungsgemäß darf nur unter ganz besonderen Verhältnissen der Ankaufspreis 900 bis 1000 M übersteigen; wenn es der Fall ist, muß der gezahlte Mehrpreis in einem besonderen Bericht begründet werden.

Nun wird zunächst zu fragen sein: welche Klassen von Pferden kommen beim Ankauf für die Gendarmrie in Frage? Ganz normale Pferde werden selten zum Angebot gelangen; sie sind für die Armee, die besser zahlenden Händler, die fremden Kavallerie, z. B. Sachsen und Bayern, wohl erswinglich, für die nach Bedarf auch innerhalb der stillen Handelszeit laufenden Gendarmrie-Kommissionen aber nicht zu haben. Es kommt hinzu, daß das für den Gendarmen angekaufte Pferd sofort in Gebrauch genommen werden muß; sogenannte junge und alte Remonten kann die Gendarmrie in ihrem Etat nicht haben; es werden daher meist nur volljährige Pferde angekauft werden können.

Nun sind auch die gekauften Pferde meist solche mit verstelltem Gebäude. Selten kommt mal ein normales Pferd zum Angebot; es sind das güste Stuten, die den Augen der Händler entgangen sind, oder solche Pferde, die zur Zeit der Reisen der Remontekommissionen krank waren. Letztere sind aber meist wahre Schmerzenskinder für die Gendarmrie, da man ihnen die Nachwehen der Krankheit nicht ansieht und die Vorgeschichte, warum sie der Remontekommission nicht vorgestellt sind, meist nicht bekannt, sondern dem Gendarmen, der kaufen will, mit großem Geschick verheimlicht wird. Könnte nun die Gendarmrie einen höheren Preis zahlen, so würde sie auch an die Pferde höhere Ansprüche stellen können, und hierin geht das Interesse der Züchter, der Verkäufer Hand in Hand mit dem der Gendarmen. (Abgeordneter Voensch-Schmidtlein: Sehr richtig!) Und zwar sind es die Gendarmen selbst, die leiden, wenn das Pferd nicht einschlägt. Denn abgesehen davon, daß der berittene Gendarm, wenn sein Pferd lahm oder schlapp oder krank wird, zu Fuß seinen Dienst tun muß, so ist es ihm unter Umständen ja auch gestattet, einen Wagen zu

benutzen — aber das darf er nur auf eigene Kosten; denn er ist ja Pferdebesitzer geworden. (Geierleit.)

Das Pferd wird von dem Gendarmen auf Abschlag gekauft; er erhält monatlich 12,50 M Remontegelder; diese fließen in die Remontelasse, welche den Vorschuß zum Ankauf hergibt. Bei einem Pferdepreis von 900 bis 1000 M ist ein Zeitraum von 6 bis 7 Jahren erforderlich, um diesen Vorschuß abzutragen; das ist ausreichend, wenn das Pferd so lange oder noch länger vorhält. Normale Pferde halten sicher länger aus; die meisten Gendarmrie-Pferde sind aber nicht normal gebaut. Tritt nun ein Pferdeverlust ein, so ist zu unterscheiden zwischen unverschuldetem Verlust, durch den Dienst hervorgerufen, — hier tritt der Staat ein; zweitens zwischen unverschuldetem Verlust außerhalb des Dienstes — hier tritt die Unterstützungslasse ein, gebildet aus Abzügen der Gendarmen von monatlich 30 A pro Kopf; es kommt dann drittens in Frage verschuldeten Verlust — hier muß der Gendarm selbstverständlich den Verlust tragen; und endlich kommt in Frage der Verlust durch vorzeitige Abnutzung — und hier kann Ersatz auf dem Wege des Gesuchs an die Vorgesetzten eintreten; und gerade diese Pferde sind die, welche den Gendarmen die allermeisten Schmerzen verursachen. Es dürfte deshalb sofort klar sein, daß ein Gendarm, der nicht recht Sinn für Pferdepflege und Pferdewartung hat, dauernd Vorschuß von der Remontelasse hat. Daher ist jetzt schon die Einrichtung getroffen, daß jeder neuereitende Gendarm drei Jahre lang monatlich 6 M Gehaltsabzug an die Remontelasse abführt. Hat er bei Schluß seiner Dienstzeit noch immer Schulden bei der Remontelasse — zum Beispiel 1360 M —, so trägt er davon nur 360 M; der Rest der Schulden wird zuungunsten der Remontelasse niedergeschlagen, was für manche Brigadelasse einen immerhin schweren Verlust bedeutet. Aber immerhin ist der Gendarm der Gefahr ausgesetzt, 360 M bei der Beschaffung des Pferdes einzubüßen. Tatsächlich kommt es wenig vor, daß ein Gendarm mit Vorschuß in der Remontelasse abgeht. Das ist aber allein zu danken dem einsichtsvollen Verhalten der Gendarmrieoffiziere. Wird bemerkt, daß ein Gendarm ein gutes Pferd schlecht reitet, so wird ihm auf dem Wege der vernünftigen Vorstellung klar gemacht, daß er eventuell Verlust haben kann; er wird überzeugt, daß er gut tut, mit einem Kameraden zu tauschen, der ein besserer Reiter ist. Das setzt voraus, daß der Offizier ein wohlwollendes Herz für seine Untergebenen hat, was ja meist der Fall ist, aber auch, daß der Gendarm wirklich Vertrauen zu der wohlwollenden Gesinnung seines Vorgesetzten hat, was nicht immer der Fall ist. Immerhin bleibt bei der Erörterung dieser Verhältnisse ein Rest von Mißbehagen übrig, daß die gezahlten Re-

montegelber sehr gering bemessen sind, daß sie nicht ausreichen für normale Preise, daß sie für das verlangte Pferdegebäude an sich zu gering sind und bei den zurzeit hohen Pferdepreisen als ganz ungenügend bezeichnet werden müssen.

Nun leben aber die Gendarmen in allen Gegenden des preussischen Staates. Läßt sich zum Beispiel in Ostpreußen noch immer ein volljähriges Pferd für 600 bis 1000 M schaffen bei eifrigem Reiten der Offiziere, so ist das in andern Teilen der Monarchie, sicherlich im Westen, nicht möglich, und diese Schwierigkeit der Pferdebeschaffung führt oft dazu, daß sich berittene Gendarmen zur Fußgendarmerie versetzen lassen. Wir sind mehrere derartige Fälle bekannt.

Damit in engstem Zusammenhang steht die Abfindung der Offiziere der Gendarmerie. Gerade eifriges Reiten auf dem flachen Lande, abseits von der Eisenbahn, sichert dem Offizier eine gute Kenntnis von brauchbaren Pferden. Es müßte daher dem Gendarmereioffizier gerade für seinen Zweck ein ganz besonders gutes Fuhrwerk zur Verfügung stehen. Aber wie steht es damit? Der Offizier bekommt monatlich für 2 Pferde zweimal 15 M = 30 M und 2 mal 43 M 33 $\frac{1}{2}$ = 86 $\frac{1}{2}$ M Foutagevergütung. Stallveris gibt es gar nicht, aber auch kein Servis für das Fuhrwerk, ja nicht einmal einen Pfennig für Anschaffung und Unterhaltung des Wagens. Sind die Foutagepreise sehr niedrig, so kann er unter günstigen Umständen monatlich etwa 7 bis 8 M für sein Fuhrwerk rechnen. Aber der Verschlag der Pferde kostet jetzt allein schon zwischen 16 und 20 M. Diese Abfindung ist also ganz ungenügend; zum Beispiel erhält der Pferdewormusterungskommissar für Fuhrwerk jährlich 1800 M, der Gendarmereioffizier nur 1400 M; außerdem bekommt der Pferdewormusterungskommissar für den ersten Anlauf von Pferd und Wagen einen Vorschuß von 3000 M, der Gendarmereioffizier bekommt nichts. Und nun das Beste: der Pferdewormusterungskommissar darf, sobald seine Reisezeit vorüber ist, sein ganzes Fuhrwerk verkaufen und bezieht das Pferdsgeld und die Rationen in Geld weiter. Sobald der Gendarmereioffizier ein Pferd durch Tod verliert, so bekommt er nicht nur keinen Ersatz, sondern er verliert vom gleichen Tage ab auch noch die Pferdeabzugsgelder von 15 M monatlich sowie die Rationen. Meine Herren, ich glaube, das sind doch auch Zustände, in denen unzweifelhaft Abhilfe geschaffen werden muß.

Nun komme ich noch zu einem dritten Punkt, das ist die Vermehrung der Gendarmerie, die ja auch schon von dem Herrn Reichertsatter berührt worden ist. Ich habe ja auch schon in früheren Jahren darauf wiederholt hingewiesen, daß wir nicht genügend Gendarmen im Lande haben. Während in anderen Bundesstaaten bei einer Bevölkerung von rund 33 Millionen Einwohnern 5670 Gen-

darmen vorhanden sind, von denen auf Bayern mit 6515 000 Einwohnern allein 2855 entfallen, haben wir in Preußen mit 37 $\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern nur eine Stärke von 5525 Mann und 2486 Pferden. Von dieser Stärke gehen noch ungefähr 400 Gendarmen ab, die sich auf der Gendarmerschule, jedoch in etatsmäßiger Stellung befinden, und etwa 200, die zum Zivildienst abkommandiert sind.

Meine Herren, das ist ganz entschieden zu wenig, und eine Vermehrung ist dringend notwendig. Ganz besonders ist das bei dem Bergarbeiterstreik im Jahre 1905 hervorgetreten. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung waren nach dem Ausstandsgebiete aus der 2., 3., 4., 7., 8., 9., 10. und 11. Brigade rund 870 Mann bei einer Etatsstärke von 3407 Mann abkommandiert. Aber diese Abkommandierungen reichten nicht aus; denn außer den Gendarmen waren noch ungefähr 400 Schupleute aus Berlin, Magdeburg und Hannover herangezogen. Ich bin mit meinen politischen Freunden der Ansicht, daß es nicht angeht, ganze Landesteile wochenlang von jeglicher Gendarmerie zu entblößen. Meine Herren, das war bei einem partiellen Streik; was wird erst geschehen, wenn wir zum Beispiel — der Fall ist doch auch möglich — nicht nur im Ruhrkohlenrevier, sondern auch im Drausohlenggebiet und in Oberschlesien Streik bekommen oder gar ein Generalsstreik eintreten sollte.

Das alles weist doch darauf hin, daß wir dringend einer Vermehrung der Gendarmerie bedürfen, und die Zeiten dafür sind sehr günstig. Die Zahl der Balancen ist, wie wir vorher gehört haben, sehr gering. Anwärter sind genug vorhanden, weil sich die Gehaltsaufbesserungen der letzten Jahre schon fühlbar gemacht haben und weil neue Steigerungen der Einkünfte der Gendarmen in Aussicht stehen. Schwierig ist die Schaffung des Ersatzes nur bei uns im Ruhrkohlenrevier, weil, abgesehen von den Teuerungszulagen, die Gendarmen vielfach Polizeidienste verrichten müssen, die eigentlich von den Polizeiorganen der Gemeinden wahrgenommen werden müßten. Jedenfalls möchte ich an den Herrn Minister die dringende Bitte richten, daß er die Gendarmen, die jetzt durch die Einführung der königlichen Polizei in verschiedenen Kreisen des Ruhrreviers frei werden, in diesem Revier lassen und auf die anderen Kreise verteilen möchte.

Meine Herren, alles in allem kann ich mich aber den letzten Worten des Herrn Vorredners anschließen. Wir halten unsere Gendarmerie für eine Elitetruppe, auf die wir gerechten Anlaß haben stolz zu sein, und was geschehen kann, um diese Elitetruppe auf ihrer Höhe zu erhalten und ihr den schweren Dienst zu erleichtern, das, meine Herren, wird auch von meinen politischen Freunden geschehen. (Bevao! echts.) (Schluß folgt.)

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erlkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erlkenntnisse und Beschlüsse, die uns von unserm Sonderberichterstatter geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

I. Reichsgericht.

Preußen. Reiseloosen und Tagegelde. Eintritt der Rückreise. Als Grundsatz ist in Nr. B 7 Abs. 1 der Ausf. Vorschr. des Staatsministeriums vom 11. 11. 03 zum Reiseloosengesetz festgesetzt: „Die Weiter- oder Rückreise, namentlich bei kürzeren Reisewegen, ist nach beendeter Dienstgeschäftsleistung noch an demselben Tage anzutreten. Wie das Wort „möglichst“ andeutet, ist unter billiger Berücksichtigung der Umstände zu ermessen, ob eine Reiselegenheit, die für den Beamten noch physisch möglich ist, auch benutzt werden muß, insbesondere ob er dabei die körperlichen Bedürfnisse (nach Speise und Trank) noch ausreichend befriedigen und die nötigen Reisevorbereitungen noch ohne Übereilung treffen konnte. Eine weitere Beschränkung liegt in dem Zusatz „namentlich bei kürzeren Reisewegen“ nicht. Es ist also, wenn möglich, auch eine längere als zweistündige Reise zurückzulegen, denn Nr. 7 Abs. 2 der Ausf. Vorschr. findet nur auf den dort erwähnten besonderen Fall Anwendung. — Entsch. III. Zivilsen. RG. vom 24. September 1907, III 85/07. — St.

Deutsches Reich. Nummerschilder für Fahrräder als öffentliche Urkunden. Die Kennzeichnung des Fahrrades durch das Nummerschild bildet nicht ihren Selbstzweck, sondern das Mittel zur Kennzeichnung des Radinhabers, des Fahrers. In der Fahrradbezeichnung ist ein Mittel zur Feststellung der Person des Fahrers geschaffen, um der Schwierigkeit zu begegnen, die durch die Schnelligkeit der Fortbewegung der Radfahrer bedingt wird. Erreicht wird dieses Ziel durch Verbindung der Radbezeichnung mit der polizeilichen Eintragung der ausgegebenen Nummer. Nummer und polizeiliche Liste sind beides Urkunden zum Beweise dafür, daß ein mit einem bestimmten Nummerschild versehenes Rad von einer bestimmten aus der Liste ersichtlichen Person benutzt wird. Die Nummern sind nicht bloße Unterscheidungszeichen. Sie sind vielmehr öffentliche Urkunden, da sie von einer öffentlichen Behörde in den Grenzen ihrer Zuständigkeit ausgegeben werden. Daß die Nummern fabrikmäßig auf Vorrat hergestellt werden, ist rechtlich ohne jede Bedeutung. Die Fälschung des Nummerschildes ist somit Fälschung einer öffentlichen Urkunde. — Entsch. III. Str. Sen. RG. vom 11. Mai 1907 — III 202/07 — Wb. 40, 169. — St.

II. Kammergericht.

***Preußen. Gefindevermieter.** Rechtsgültig ist das Verbot des Preussischen Handelsministers an Stellungsvermittler und Gefindevermieter, Gast- und Schankwirtschaft, den Handel mit Branntwein, Gebrauchs- und Verzehrbgegenständen zu betreiben. Ob ein solches Verbot zum Ruin ganzer Existenzen führe, hat der Richter nicht zu entscheiden; Erwägungen nach dieser Richtung hin kann nur der Minister selbst anstellen. Zu den Gebrauchsgegenständen gehören auch Kämme und Taschentücher. — Entsch. 1. Str. S. RG. vom 7. Februar 1908 in Sachen Niederichs-Vodum. — C. v. K.

Deutsches Reich. Haftung der Ehefrau des Wirts wegen einer Polizeistundenüberschreitung. Ist eine Ehefrau zur Leitung des Schankbetriebes während der Abwesenheit des Mannes bestellt, so ist aus § 151 Gew.O. zu folgern, daß sie auch für Polizeistundenüberschreitungen verantwortlich zu machen ist. Eine polizeiliche Vorschrift im Sinne des § 151 Gew.O. ist auch der § 365 StGB. — Entsch. 1. Str. S. RG. vom 31. Januar 1908 in Sachen Frau Schmidt-Wagdeburg. — St.

***Deutsches Reich. Wandergewerbebeschein.** Feilsarmee. Der Waren im Umherziehen für einen anderen verkauft, um für diesen einen Gewinn zu erzielen, bedarf eines Wandergewerbebescheins. Gleichgültig ist, für welche Zwecke der andere den Gewinn verwenden will. Dies gilt auch für das Feilbieten des Kriegsruß der Feilsarmee im Umherziehen. — Entsch. 1. Str. Sen. RG. vom 30. Januar 1908 in Sachen Dickschäfer-Nachen. — C. v. K.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

***Preußen. Vereinsfiliale.** Die Filiale eines Vereins, die mit eigenen Besugnissen ausgestattet ist, unter eigener Leitung steht und sich auf einen bestimmten, örtlich abgegrenzten Bezirk erstreckt, ist als selbständiger Verein im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen. — Entsch. OVG. vom 18. Februar 1908 in Sachen Haberecht-Langenbielan. — C. v. O.

IV. Bayerisches Oberstes Landesgericht.

Deutsches Reich. Gewerbsmäßige Unzucht. Eine Frauensperson, welche neben einem bevorzugten Liebhaber, der sie ausfällt, Monate lang einer größeren nicht abgegrenzten und unbestimmten Anzahl von Herren gegen Bezahlung sich preisgibt, um dadurch einen dauernden Erwerb zu erzielen, treibt gewerbsmäßige Unzucht. Ob die Entlohnung jeweils in barem Gelde oder in geldwerten Gegenständen besteht, ist gleichgültig. Auch ein gelegentliches Auftreten als Tänzerin schließt die gewerbsmäßige Unzucht nicht aus, da die Tangkunst dann nur als Vorwand ge-

braucht wird, unter dem das Gewerbe eines Freudenmädchens ungestraft ausgeübt werden könnte. — Entsch. BayObLd. vom 4. Juli 1907, St. 7, 895. — St.

V. Oberlandesgericht Gln.

Deutsches Reich. Gesangsvorträge. Ein Wirt, der gelegentlich der Aufführungen einer Konzerthalle von einzelnen oder allen ihrer Mitglieder Lieder unter Klavierbegleitung singen läßt, bedarf hierzu der Genehmigung aus § 33 a GewO. — Entsch. StrS. OLG. Gln vom 1. Februar 1908 gegen einen Wirt in Bonn. — St.

VI. Landgericht Neuwied.

Preußen. Polizeistunde in Bahnhofswirtschaften. Auf Bahnhofswirtschaften finden die Bestimmungen über die Polizeistunde soweit Anwendung, als es sich um den Verkehr nichtreisender Gäste handelt. — Entsch. StrS. LG. Neuwied vom 19. Februar 1908 in Sachen des Bahnhofswirts zu Altenkirchen-Westertwald. St.

Polizeibericht.

Verwaltung Strafverfolgungs-Ersuchen nordamerikanischer Behörden. Amerikanische Behörden ersuchen häufig um Ermittlung und Festnahme wegen einer Straftat, die in dem Auslieferungsvertrage vom 16. Juni 1852 nicht vorgesehen ist. Diesem Ersuchen ist nur insoweit stattzugeben, als Nachforschungen nach dem Verfolgten anzustellen sind; Festnahme darf nicht erfolgen. Aber die Ermittlung des Gesuchten ist, wie durch Min.-Erl. vom 31. Dezember 1907 (RM. i. V. 12) angeordnet ist, an den Minister des Innern zu berichten.

Der Nummernzwang für Radfahrer ist durch eine am 1. Januar 1908 in Kraft getretene Bezirkspolizeiverordnung in den Reichslanden aufgehoben worden. Es genügt in Zukunft als Ausweis die Führung einer Radfahrkarte.

Geheimmittel. Der Berliner Polizeipräsident warnt vor den unter der Bezeichnung „Bisnerbin“, „Lebathin“ und „Blut-Salznahrung Menascin“ angepriesenen unerbildlich teuren Mitteln, denen die in den Anlindigungen beigelegten Wirkungen keineswegs innewohnen.

Gegen das Waffentragen. Eine Einschränkung des Rechtes, Waffen und Munition zu verkaufen, hält die „Post“ für geboten, um die Revolverhändler auf den Straßen, die Morde und Selbstmorde zu verringern. Als geradezu unhaltbar erklärt das Blatt es mit Recht, daß jeder Kowboy, jeder entsprungene Fürsorgezögling bei jedem Althändler Wordinstrumente erhalten kann; durch eine Einschränkung des Waffenhandels werde auch ein wirksamer Schutz der Polizeimannschaften erzielt werden.

Turnunterricht bei der Bayerischen Gendarmerie. Das Bayerische Ministerium des Innern hat bei der Gendarmerie den Turnunterricht eingeführt; er wird durch einen geprüften Turnlehrer an die zur Gendarmerie abgehenden Mannschaften erteilt. Wöchentlich finden vier Stunden statt; es wird insbesondere auf solche Übungen Wert gelegt, die geeignet sind, den Schüter für seinen späteren Beruf gewandt zu machen, vor allem im Einholen und Festhalten von Gefangenen und im Kieerringen und Festhalten eines Gegners am Boden.

Gegen Gendarmenbeleidigung wurde der erst 23 jährige Sitzbalteur des sozialdemokratischen Halleischen Volksbundes Leopoldt zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Sozialdemokratisches Schikanieren der Polizei durch Sozialdemokraten. Eine unglaubliche Minderkeit verübte die Solinger „Genossen“. Nach dem preussischen Vereinsgesetz sind Unterbrechungen einer angemeldeten Versammlung bis zur Dauer einer Stunde zulässig. Man unterbricht nun die polizeilich überwachten Demonstrations-Versammlungen fortgesetzt um 55 Minuten, damit die überwachenden Beamten nicht zur Ruhe kommen. Wir sind gespannt, wem die Sache auf die Dauer zuerst langweilig werden wird.

Personalveränderungen.

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben dem Hauptmann v. Rastow in der 9. Gend-Brig. die Erlaubnis zur Anlegung des Ehrenkreuzes 3. Klasse des fürstlich Schaumburg-Steppischen Hausordens zu erteilen geruht.

Sonstige Veränderungen.

1. Brigade.

b. B. Siemens II, Willkallen, am 1. 8. 08 als OB. a. Pr. nach Willa OB. vers. Die Bezeichnung II fällt fort. — b. B. Sandmann, Küssen, am 1. 8. 08 nach Willkallen vers. — b. B. Goroth, Jnsferburg, am 1. 8. 08 nach Dildaden, Kr. Jnsferburg, vers. (wohnt vorläufig noch in Jnsferburg). — b. B. Wirsching, Dildaden, Kr. Jnsferburg, am 1. 8. 08 nach Jnsferburg vers. — b. G. a. Pr. Reimer, Willkallen, wird am 1. 8. 08 für Küssen und designiert. — R. Dangel, Koblöjen, B. Tiffit, am 28. 1. 08 nach Kattischken lndrt. — b. B. Fiehl, Würgersdorf, B. Weblau, am 1. 2. 08 nach Allenberg lndrt. — R. Wrolich, M. Darguizen b. Loddinchen, am 1. 2. 08 nach Schirwindt lndrt. — b. B. Klaw, Osterode OB. am 9. 2. 08 nach Liebenmühl lndrt. — R. Schmöle, Willa I, am 12. 2. 08 nach Rolleben (Gut) lndrt. — b. B. Plume, Kellowen b. Saded, Kr. Reidenburg, am 15. 2. 08 nach Jedwabno lndrt. — R. Gracich, Zimmerbude, am 1. 1. 08 Lisdalschaalen lndrt., trat am 29. 1. 08 vom Amdo. zur. — R. Stolzberg I, Wallendorf, am 3. 12. 07 nach Scharnau, Kr. Reidenburg, lndrt., trat am 31. 1. 08 vom Amdo. zur. — R.

Litsche, Buchwalde b. Osterode OPr., am 21. 12. 07 nach Canienen fmdrt., trat am 31. 1. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Schmolzki, Wilkau 1, am 13. 12. 07 nach Steinbeck b. Gutsenfeld fmdrt., trat am 1. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Böhm II, Mählen OPr., am 26. 12. 07 nach Losjainen, Sr. Nijfel, fmdrt., trat am 1. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Blomte, Marcinowen b. Kallinowen, am 26. 11. 07 nach Zwajchten b. Kallinowen fmdrt., trat am 1. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Kiebel, Broedszen, am 11. 12. 07 nach Schillingen bei Sodargen, Sr. Gialupönen, fmdrt., trat am 1. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Haase, Willfallen, am 3. 1. 08 nach Schirwindt fmdrt., trat am 1. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Petrik, Jumbzen b. Verzijchten, am 7. 12. 07 nach Bratzen b. Ruidsdorf fmdrt., trat am 2. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Ransching, Vorjannnen, am 3. 11. 07 nach Stögen bei Wisjanigen fmdrt., trat am 4. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Glinka, Napierten b. Bialutten, am 15. 12. 07 nach Vorderdorf b. Soldan OPr. fmdrt., trat am 5. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Wach III, Gr. Lattana, am 21. 12. 07 nach Thalunjen b. Lnd fmdrt., trat am 5. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Sonuerey, Eichholz bei Lichtenfeld, am 17. 11. 07 nach Honigbaum b. Schuppenbeil fmdrt., trat am 5. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Janzon I, Königsberg Pr., am 2. 1. 08 nach Correhne b. Potwunden (Sr. Königsberg Pr.) fmdrt., trat am 6. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Stein, Wischniewen, am 12. 12. 07 nach Kollschinken b. Kallinowen fmdrt., trat am 6. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **b. B.** Heims, Gerbanen, am 3. 12. 07 nach Dietrichsdorf, Sr. Gerbanen, fmdrt., trat am 7. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **b. B.** Grzeski, Goldap, am 15. 12. 07 nach Vablen b. Zielasken fmdrt., trat am 8. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Klein I, Marienfelde, am 1. 11. 07 nach Liebenmühl fmdrt., trat am 9. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Kahlfeld, Girichfeld OPr., am 21. 12. 07 nach Weudritten b. Quednar fmdrt., trat am 12. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Kieselbach, Mierunsten, am 1. 12. 07 nach Fußlowen b. Mierunsten fmdrt., trat am 12. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Jähle, Wormditt, am 17. 12. 07 nach Bögen b. Darnan fmdrt., trat am 12. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Klumbies, Baranowen b. Gr. Dantheim, Sr. Ortelsburg, am 2. 1. 08 nach Wittinen (Domäne) b. Lnd fmdrt., trat am 14. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Stombrowski, Lnd, am 23. 12. 07 nach Sacken b. Neuenhof, Sr. Lnd, fmdrt., trat am 15. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Hoepfner, Altenstein, am 21. 12. 07 nach Mischienen bei Soldan OPr. fmdrt., trat am 15. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Lemle I, Königsberg, am 18. 12. 07 nach Gytshienen b. Wislaschaalen fmdrt., trat am 16. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Pauluhn, Ertelen, am 9. 1. 08 nach Praßlantzen b. Gittichmen fmdrt., trat am 21. 2. 08 vom Kmbo. zur.

3. Brigade.

FZB. Steffen, Weihenfee, am 24. 2. 08 nach Berlin zum Corpsstab der Landgenbarnerie fmdrt.

4. Brigade.

FZB. Ernst, Burgörner, am 8. 1. 08 nach Ermsleben fmdrt., trat am 1. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Knopf, Prester, j. 12. Brigade, Lemberg, fmdrt., ist vom 4. 2. 08 ab nach Langenau WPr. fmdrt. — **FZB.** Laurentz, Löderburg, j. 12. Brig. nach Gr. Wudjan fmdrt., ist vom 6. 2. 08 ab nach Rosgau, Sr. Rosenburg WPr. fmdrt. — **FZB.** Raczowski, Samersleben, führt jetzt den Namen „Raschner“.

5. Brigade.

FZB. Wernede, Wudzilowo, am 17. 1. 08 nach Sieralowo b. Stralkowo fmdrt. — **FZB.** Jänide, Kornath, am 17. 1. 08 nach Ciošna (Gut) b. Stralkowo fmdrt. — **WZB.** Mittelfeld, Rentomischel, am 1. 3. 08 zur Schule Einbed fmdrt. — **FZB.** Schmidt VIII, Argenan, am 14. 12. 07 nach Plontowo b. Roned, Sr. Hohensalza, fmdrt., trat am 27. 1. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Kaminiski, Kaminiec, am 21. 12. 07 j. 12. Brig. nach Seeheim b. Hohenkirch WPr. fmdrt., trat am 14. 2. 08 vom Kmbo. zur.

6. Brigade.

b. B. Jafob, Dtsch.-Vissa, am 1. 3. 08 nach Kostenblut vers. — **b. B.** Deil, Kostenblut, am 1. 3. 08 nach Dtsch.-Vissa vers. — **b. B.** Schriebeleit, Schomburg, am 1. 3. 08 nach Siemianowij bei Lantahütte vers. — **b. B.** Reide, Siemianowij, am 1. 3. 08 nach Schomburg vers.

7. Brigade.

H. F. Vended, Hhaus, am 1. 3. 08 nach Gronau Wf. (Blauerbrück) vers. — **FZB.** Prause, Berne, am 1. 2. 08 nach Altenbockum Seehe Prinz von Preußen vers. — **b. B.** Grünwald, Hopsten, am 15. 2. 08 nach Breden Wg. Münster fmdrt. — **FZB.** Gaale, Somborn, am 1. 12. 07 nach Altenbockum Seehe Prinz von Preußen fmdrt., trat am 1. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Stodlamp, Westercappeln, am 20. 12. 07 nach Ammeloe b. Breden, Wg. Münster, fmdrt., trat am 15. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Wildt, Harfswintel, am 15. 1. 08 nach Breden, Wg. Münster, fmdrt., trat am 21. 2. 08 vom Kmbo. zur.

8. Brigade.

Feldw. Janitz, Inf.-Regt. 160, am 1. 3. 08 als Fußgenbarn und Brigade-Schreiber in Pfaffenborn, Sr. Coblenz, eingestellt. — **FZB.** Strass, Derichlag, am 1. 3. 08 nach Haisel b. Hergenrath, Sr. Eupen, versetzt. — **FZB.** Schmidt XVI, j. 3t. Forbach, am 13. 2. 08 nach Straß b. Köhlischeid fmdrt. — **FZB.** Förster II, Wiesdorf, am 17. 2. 08 nach Willingen, Kreis Rees, fmdrt. — **FZB.** Reich II, j. 3t. Haaren, am 27. 2. 08 nach Willich b. Hüdelhoven, Sr. Ertelenz, fmdrt. — **FZB.** Stephany, j. 3t. Haaren, am 17. 2. 08 nach Willich b. Hüdelhoven, Sr. Ertelenz, fmdrt. — **FZB.** Zimmer I, Dürwiß, am 27. 2. 08 nach Willich b. Hüdelhoven, Sr. Ertelenz, fmdrt. — **FZB.** Schneider II, Emsdorf, am 15. 2. 08 nach Hostenbach, Saar, fmdrt. — **b. B.** Thiesen, Moers, am 28. 12. 07 nach Bettentamp b. Capellen, Sr. Moers, fmdrt., trat am 5. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **b. B.** Probst, Moers, am 28. 12. 07 nach Bettentamp b. Capellen, Sr. Moers, fmdrt., trat am 5. 2. 08 vom Kmbo. zur. — **FZB.** Braun, Hidenhoven, am 18. 10. 07 nach Longenerbusch b. Herbesthal

Imdrt., trat am 12. 2. 08 vom Kmdo. zur. — *H. Hartmann, Schleibsch.*, am 24. 9. 07 nach Müllingen, *Mr. Rees, Imdrt.*, trat am 18. 2. 08 vom Kmdo. zur. — *H. W. Krombe, Bous*, am 25. 12. 07 nach Döstenbach, *Saart, Imdrt.*, trat am 20. 2. 08 vom Kmdo. zurück.

11. Brigade.

H. W. Hoff, Marburg, am 21. 2. 08 nach Mehlen b. Bildungen Imdrt. — *H. W. Rammel, Hochheim*, am 1. 2. 08 nach Röhenheim, *Mr. Wiesbaden Imdrt.* — *H. W. Gundlach, Sandershausen*, am 21. 2. 08 nach Wega b. Bildungen Imdrt. — *H. W. Prinz, Goos*, am 22. 1. 08 nach Wega b. Bildungen, *Fürstentum Waldeck, Imdrt.*, am 21. 2. 08 vom Kmdo. zur. — *H. W. Trott, Marburg*, am 22. 1. 08 nach Mehlen b. Bildungen, *Fürstentum Waldeck, Imdrt.*, am 21. 2. 08 vom Kmdo. zur. — *H. W. Pienert, Eronberg*, am 1. 1. 08 nach Herborn, *Mr. Dill Imdrt.*, am 29. 2. 08 vom Kmdo. zur.

12. Brigade.

H. W. Brause, Liebenau, am 1. 3. 08 nach Tüchel vers. — *b. W. Gescheffe, Wandau*, am 20. 2. 08 nach Bartzeln bei Großtroum, *Mr. Marienwerder Imdrt.* — *H. W. Borm, Elawoschin*, am 14. 2. 08 nach Stalle b. Pölsche Imdrt. — *b. W. Scheffski, Sandhof*, am 27. 2. 08 nach Kaminte bei Marienburg *WPr. Imdrt.* — *H. W. Rabatowski, Vandesburg*, am 21. 2. 08 nach Braunsvalde Imdrt. — *H. W. Binder, Elbing*, am 23. 1. 08 nach Fürstena u. Mr. Elbing Imdrt., trat am 18. 2. 08 vom Kmdo. zur. — *H. W. Tschner, Rheden*, am 14. 1. 08 nach Schwet Mr. Graudenz Imdrt., trat am 18. 2. 08 vom Kmdo. zur. — *H. W. Leitzke, Kielau*, am 25. 1. 08 nach Fürstena u. Mr. Elbing Imdrt., am 18. 2. 08 vom Kmdo. zur. — *H. W. Krendt, Modder*, am 20. 1. 08 nach Wortschin b. Ostaszewo, *Mr. Thorn Imdrt.*, am 18. 2. 08 vom Kmdo. zur. — *H. W. Radloff, Altmark*, am 20. 12. 07 nach Gr. Plauth *WPr. Imdrt.*, am 28. 2. 08 vom Kmdo. zur.

Brigade Elsaß-Lothringen.

1. *H. Schweinmann, Ottingen*, am 1. 3. 08 p. Truppe zur. — *Ergt. Wittkowski v. 2. Lothr. Inf.-Regt. 131* am 1. 3. 08 als *H. W. nach Ottingen* zur 6monat. Probefriedm. einber. — *b. W. Krieg, Rodrbach*, am 1. 4. 08 nach Agondange vers. — *b. W. Schlach, Agondange*, am 1. 4. 08 nach Rodrbach vers. — *b. W. Schiefelbein, Trullingen*, am 1. 4. 08 nach Erstein vers. — *b. W. Frischmeyer, Erstein*, am 1. 4. 08 nach Trullingen vers.

Bücherschau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Unser Erbrecht in gemeinverständlicher Darstellung von Prof. Dr. jur. Franz Verhöf. Stuttgart, Ernst Feinrich W. o. r. b. Preis 3.— M.

Das leichtverständlich geschriebene Buch umfaßt das gesamte jetzt geltende Erbrecht.

Die I. Abteilung behandelt die Erbfolge: erbrechtliche Grundbegriffe (§§ 2—6), die gesetzliche Erbfolge (§§ 7—14), Errichtung und Aufhebung von Testamenten (§§ 15—23), die testamentarischen Verfügungen im allgemeinen (§§ 24—28), Erbsetzung und Ausschluß von der gesetzlichen Erbfolge (§§ 29—34), Vermächtnisse und Auflagen (§§ 35—44), gemeinschaftliche Testamente (§§ 45—49), Erbverträge und andere Verträge über den Nachlaß (§§ 50—59), Pflichtteilsrecht (§§ 60—72), Anfechtung (§§ 73—76). — Die II. Abteilung behandelt die Erbschaft: Erwerb (§§ 77—85), Regulierung (§§ 86—94), Haftung des Erben (§§ 95—101), Testamentvollstrecker (§§ 102 bis 108), Nachbarschaft (§§ 109—116), Erbschaftsanspruch (§§ 117—121), Erbschaftsloß (§§ 122—124), Erbschaftsteuer (§§ 125—133).

Ausfunftei.

Kam. v. G. W. J. in N. 1. Freilassung eines Gefangenen von Seiten des Amtsvorstehers. Der Gendarm hat die Aufgabe, die Ortspolizeibehörden auf dem Lande zu unterstützen, er ist also in diesem Sinne ihr Organ und soll sich mit ihren Anordnungen nicht in Widerspruch setzen. Daraus folgt, daß wohl der Gendarm in seinen Maßnahmen bis zu einem gewissen Grade abhängig von den Anordnungen der Ortspolizeibehörde ist, nicht aber diese letztere von den Maßnahmen des Gendarmen. Führt also der Gendarm eine von ihm vorläufig festgenommene Person der Ortspolizeibehörde beauftragt weiterer Vorführung vor den Richter zu, so wird die Ortspolizeibehörde zu prüfen haben, ob sie die Festnahme für gesetzlich begründet erachtet kann oder nicht und in letzterem Falle zur Freilassung des Gefangenen schreiben. Hält der Gendarm nach pflichtmäßigem Ermessen diese Freilassung für einen groben Mißgriff und den Fluchtverdacht für dringend (es muß ja bekanntlich Gefahr im Verzuge hinzukommen), so hat er zweifellos das Recht, den Freigelassenen wieder festzunehmen und ihn nunmehr selbst dem außerhalb seines Bezirks stationierten Richter vorzuführen. Der Umstand, daß der Richter den Gefangenen behielt und einen Datschell ausstellte, spricht anscheinend dafür, daß Ihre Maßnahme berechtigt war, obgleich dadurch allerdings noch nicht der Beweis geliefert ist, daß wirklich Gefahr im Verzuge obwaltete und keine Zeit gewesen wäre, den Datschell des Richters schriftlich einzuholen. Von dieser Frage wird es aber abhängig sein, ob der Richter die Notwendigkeit der Überführung durch sie anerkennt und Ihnen daher die gesetzlichen Reisefloßen und Tagegelde zubilligt oder nicht. Wir raten Ihnen über den ganzen Vorgang sowohl der Zivilbehörde als auch auf dem militärischen Dienstwege

zu berichten und dabei die Bitte auszusprechen, Ihnen zur Erlangung der Reisekosten und Tagegelde beihilflich zu sein. Wird Ihr Verhalten von Ihren Vorgesetzten gebilligt, so wird dieser letzteren Bitte auch sicher entsprochen werden. Voraussetzung hierfür ist natürlich, daß der Richter die Zahlung der Gelder Ihnen gegenüber zunächst abgelehnt hat, was aus Ihrer Fragestellung nicht klar hervorgeht.

2. Eine Tanzschule als geschlossene Gesellschaft. Ob eine Tanzschule auf dem Lande eine geschlossene Gesellschaft bildet und infolgedessen der Anmeldung nicht bedarf, hängt lediglich davon ab, ob sie einen in sich abgeschlossenen Personenkreis darstellt und ob sie ihre Tanzübungen in einem Raume abhält, der nur den Mitgliedern der Tanzschule und den von diesen etwa eingeführten Gästen zugänglich ist. Treffen diese Voraussetzungen zu, so genießt die Tanzschule, wie jede andere Vereinigung, alle Rechte einer geschlossenen Gesellschaft. Bildet die Einrichtung einer „Tanzschule“ aber nur einen Vorwand zur Umgehung der Gesetze, dient sie in Wahrheit nur dem Zweck, der ländlichen Bevölkerung das Vergnügen des Tanzes unabhängig von jeder polizeilichen Genehmigung zu ermöglichen, wird also una und alt und jedermann, der Lust zur Teilnahme zeigt und etwa eine Kleinigkeit bezahlt, als Gast eingeführt, gestaltet sich also tatsächlich die sogenannte „Tanzschule“ zu einem öffentlichen Tanzvergnügen, so muß gegen einen derartigen Anflug eingeschritten werden. Sie können dies nur dadurch tun, daß Sie der Ortspolizei bzw. der Bürodienstbehörde über den Vorgang berichten. Denn unmittelbaren Zwang anzuwenden haben Sie bekanntlich auf dem Gebiete der Verwaltungspolizei nur dann das Recht, wenn der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit durch das Tanzvergnügen etwa eine eine gegenwärtige Gefahr droht.

3. Hirtenhändler der Räder, Fleischer und anderer Gewerbetreibender. Paragraph 15a Abs. 1 R.O.G. lautet wörtlich:

Gewerbetreibende, die einen offenen Laden haben oder Gast- oder Schankwirtschaft betreiben, sind verpflichtet, ihren Familiennamen mit mindestens einem außerordentlichen Vornamen an der Außen- oder am Eingange des Ladens oder der Wirtschaft in deutlich lesbaren Schrift anzubringen.

Da mit Sicherheit anzunehmen ist, daß Räder und Fleischer auch einen offenen Laden haben, so trifft diese Geschäftsstelle für diejenigen Fälle, welche Sie im Auge haben, offenbar zu.

Rr. 393. — R. B.

Kam. b. W. N. in S. Pensionsbezug beim Abtritt in den Kommunaldienst. Unsere Auskunft Nr. 209 auf Seite 454 der Nummer 19 für 1907 gilt auch für den Abtritt pensionierter Gendarmen in den Kommunal-

dienst. Auch in solchem Fall ruht nach § 27 des Pensionsgesetzes die Pension insoweit, als der Betrag des im Kommunaldienst bezogenen Dienst Einkommens unter Zuzurechnung der Pension den Betrag des von dem Gendarmen vor der Pensionierung bezogenen Dienst Einkommens übersteigt. Wenn der im Kommunaldienst angestellte pensionierte Gendarm aus seiner Stelle wieder ausscheidet, ohne dann sich eine Pension erdient zu haben, so wird ihm seine frühere Gendarmerie-Pension ohne Rücksicht auf die Kommunaldienstzeit voll wiederbewährt. Wenn der Gendarm sich indessen im Kommunaldienst eine Pension erdient hat, so wird ihm neben dieser neuen Pension die im Gendarmeriedienst erdiente Pension nur bis zur Erreichung desjenigen Pensionsbetrages gezahlt, der sich für die Gesamtdienstzeit (also unter Zuzurechnung der Kommunaldienstzeit) aus dem der Festsetzung der alten Pension zugrunde gelegten Einkommen ergibt. (§ 28 Pensionsgesetz.) Das gleiche gilt, wenn ein pensionierter Gendarm im Reichs- oder Staatsdienst eine Pension erdient. In Stellen des unmittelbaren preussischen Staatsdienstes, die an sich zur Pension berechtigen, wird der Anspruch auf Gewährung einer nach dem neuen Dienst Einkommens und auf Grund der vorliegenden Dienstzeit berechneten Pension nur erteilt, wenn die neu hinzutretende Dienstzeit wenigstens ein Jahr betragen hat. (§ 28 Pensionsgesetz.)

Rr. 389. — R.

Kam. FW. R. in H. Paradeanzug. Nach dem Dienstbuch Nr. 1, Hff. 102 gehört zum Paradeanzug außer den Stücken für den Dienstanzug der Helmbusch mit Zubehör. Zum Dienstanzug gehört aber zweifellos das Dienstseitengewehr. Wenn nun in Nr. 1, Ziffer 109 c zum Kirchgang innerhalb des Standortes am Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers und Königs Paradeanzug ausdrücklich vorgeschrieben ist, so muß unseres Erachtens nach Lage der Bestimmungen bei dieser Gelegenheit auch das Dienstseitengewehr getragen werden.

Rr. 735. — R.

Kam. b. W. S. in M. Tagebuchführung. In der W. ist auf Seite 120 unter Ziffer 12 bestimmt, daß der Gendarm in Abschnitt II Spalte 5 des Tagebuchs anzugeben hat, wann er der Ortspolizeibehörde Kenntnis von seiner Anwesenheit gegeben hat. Aus der Ziffer 124 der W., auf welche hingewiesen ist, geht nach unserer Ansicht klar hervor, daß es sich hier nur um die außerhalb des Standortes der Gendarmen befindlichen Ortspolizeibehörden handeln kann. Rücksprachen mit den Ortspolizeibehörden im Standort werden u. E. nur in Spalte 7 des Tagebuchs zu erläutern sein.

Rr. 391. — R.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Wunderrass“ — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Jagen i. B.

Nr. 25.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Gerzbach zu Berlin W. 9.

1907/08.

Mein Hund macht alles von selbst!

Unter diesem Stichwort bringt „Unser Jagdhund“ einen interessanten Artikel von Herrn Sanitätsrat Dr. Weise, der mir allem Dresseur wie aus der Seele geschrieben ist und den Nagel auf den Kopf trifft.

Was bei dem Jagdhund zutrifft, trifft auch bei dem Polizeihund zu, da an beide Hunde doch fast dieselben Anforderungen gestellt werden und fast dieselbe Arbeit von ihnen verlangt wird. Beides sind Gebrauchshunde; der Jagdhund hat zu gehorchen und seinen Herrn mit seinen Sinnen und seiner Arbeit zu unterstützen und genau daselbe soll doch der Polizeihund auch tun! Der Jagdhund, allen voran der schon recht dünn gefärbte Schweishund, verfolgt mit seiner Nase die Spuren und Fährten des Wildes, letzterer immer die ein und desselben Stüdes, bis er es erreicht und gefunden oder zu Stande gebracht, damit also den Aufenthaltsort des Stüdes festzustellen hat.

Der Polizeihund hat den Aufenthalt des Verbrechers zu entdecken, er hat in der Nacht die Schlafstube des Gefinbels mit seiner Nase zu finden, hat die kalte, alte Spur des Verbrechers vom Tatort an zu verfolgen, auszuarbeiten und dadurch ebenfalls dessen Aufenthaltsort zu ermitteln und diesen dem Polizeibeamten, seinem Dienstherren, zu zeigen. Und — solche Arbeit soll ein Hund von selbst leisten ohne streng durchgeführte Parforcedressur? Nein, meine Herren, so weit sind unsere Hunde jetzt denn doch noch nicht; so weit werden sie vielleicht erst im künftigen Jahrhundert sein. Wer behauptet: sein Hund mache alles von selbst, der dokumentiert damit nur, daß er noch nie einen fern dressierten besten hat.

Doch lassen wir jetzt einen Auszug aus dem oben angeführten Artikel folgen:

„Die Lebensart des „Alles von selbst machens“ läuft doch schließlich auf einen vollenbenden Gegensatz zu unseren Anschauungen über die Notwendigkeit der zielbewußten Dressur hinaus. In anderes Deutsch übersetzt, lautet sie mit einer gewissen Überlegenheit: mein Hund braucht keinen Dressur! Bei näherer Überlegung dürfte man sich aber sagen müssen, daß auch bei dieser unumgänglichen, angeborenen Grundtante des leistungsfähigen Jagdhundes, der Nase, das von mir angesprochene Prinzip des „Alles von selbst machens“ nur scheinbar richtig sein kann. Ich will davon absehen, hier näher auf die neuerdings aufgestellte Theorie weiter einzugehen, daß der Hund überhaupt nicht von selbst vor-

stehe, sondern auf die tausendfach beobachtete Tatsache hinweisen, daß es nicht allein darauf ankommt, daß der Jagdhund eine vorzügliche Nase hat, sondern daß er sie auch unter den verschiedensten Umständen sojgemäß zu gebrauchen versteht. Das aber kann ihm als zuverlässige Leistungsfähigkeit nur zielbewußte Dressur und Führung des Lehrmeisters beibringen. Nur außerordentlich seltene Ausnahmen werden es sein, bei denen der Jagdhund von selbst zweckmäßig seine Nase bald hoch, bald tief gebraucht.

Ob sich solche Zufallsengel von leistungsfähigen Jagdhunden sicher vererben, möchte denn doch billig bezweifelt werden. Ich möchte hieran gleich die Erörterung über die Pässion schließen. Es gibt ja natürlich bei den Hunden ebenso wie sonst bei allererzähltesten Temperamente; die Pässion kann indessen in fast allen Fällen da, wo sie nicht genügend vorhanden ist, gewendet und zur vollen Kraft entwickelt, andererseits aber bei nach dieser Richtung hin natürlich veranlagten Hunden unterdrückt werden. Was der Hund aber nur ausnahmsweise von selbst machen kann, das ist, seine Pässion im rechten Moment zu äugeln. Hierzu muß ihm die Lehrszeit bei einem verständigen Dressur und Führer verheßen. Auch hier läßt also das Prinzip des „Von selbst machens“ im Stich.

Ich komme nun zum Appell. Nach meiner festesten Überzeugung besitzt nur der Hund einen festesten Appell, der eine zielbewußte Parforcedressur durchgemacht hat; ein Appell, wie ihn Schokhündchen ja den geliebten Herrinnen gegenüber zeigen, ist gerade so wertlos wie der Appell eines Jagdhundes, der nur gehorcht, wenn sein Herr mit der Antie hinter ihm steht, sonst aber lediglich seinen eigenen Willen kennt. . . .

Prüfung auf Schweisharbeit. Hier muß bekanntlich der Hund mit tiefer Nase arbeiten, was er nur selten von selbst tut. Von selbst morliert kaum ein deutscher Vorsteherhund einen Tropfen Schweish; er muß ihm gezeigt und seine Bedeutung durch die ganze Art der Führungsdressur klar gemacht werden. So allein kann er zu einer vielseitigen, oft heterogenen Gebrauchsfähigkeit seiner Nase gelangen. Ich muß hier an das Totenmachen als Lehrmittel zum Zweck erinnern. Der verständige Dressur wird zu Anfang eine kurze Schleppe mit leicht auffindbaren Schweishstellen wählen. Dann geht er mit seinem Jögling an Riemen langsam los, weist ihn aber fortwährend auf den Erdboden; der Hund, der überhaupt Nase hat,

nimmt baldigt die Witterung auf, und kurz vor der ersten Schweißstelle läßt der Dresseur ihn dann machen, zeigt ihm den Schweiß usw. Dieses Townmachen in solchem Moment, da eben beim Hunde, seiner ursprünglichen Raubtiernatur gemäß, die Passion zur ich möchte sagen Explosion kommen muß, ist lediglich eine Folge des Appells."

Nasensarbeit.

Ich frisch die Spur
In Feld und Aue,
Trag hoch die Nase, mein Hund!
Über aller Fährte
Stübele an der Erde!

Die vornehmste Arbeit des Gebrauchshundes im Polizeidienst ist und bleibt die Nasensarbeit, durch die er zum berechtigten, beliebten und von dem Abschaum der Menschheit gefürchteten Gehilfen des Polizeibeamten wird. Trotzdem schon viel über diese Arbeit geschrieben wurde, möchte ich doch einmal alle Fälle kurz zusammenstellen, wo der Hund seine Nase zu gebrauchen und wo er mit hoher, wo er mit tiefer Nase zu suchen hat.

Es ist mir schon oft aufgefallen, daß der eine verlangt, der Hund hat bei dieser Arbeit mit tiefer Nase zu suchen, der andere aber behauptet, nein, hier ist nur die Suche mit hoher Nase angebracht. So las ich z. B. den Prospekt der Prüfung, welche der Verein für Deutsche Schäferhunde in Karlsdorf abhielt. Hier wurde in Aufgabe 9 "Verlorensuchen" und 10 "Folgen auf der Spur des Führers" verlangt, daß der Hund mit der Nase am Fußboden, also mit "tiefer Nase" suchen soll. Ich begreife ein solches Verlangen nicht und die Ausarbeitung dieses Prospektes muß sehr flüchtig erfolgt sein; denn sonst konnte diesem Verein von Privatleuten, die doch sonst in Zucht sachen recht Nettes leisten, so etwas nicht passieren. — Um recht deutlich zu sein, will ich anführen und begründen, wo der Hund mit hoher und wo er mit tiefer Nase zu arbeiten hat.

Mit hoher Nase kann der Hund alle Arbeiten ausführen, welche ich in dem Artikel "Prüfungen" unter Beschreibung der "Prüfung I" ausführte. Ich sage kann, halte es aber außerdem für noch vorteilhafter für den Hund, wenn er bei dem Folgen auf frischen Spuren mit ziemlich hoher Nase sucht; denn für die Hundsnase ist es eine Spielerei, der frischen Spur zu folgen. Die Witterung haftet noch an den Gräsern und Sträuchern; der Hund kommt dabei viel rascher vorwärts und erledigt insolge dessen seine Aufgabe schneller. Bei "Verlorensuchen" aber darf er sogar nur mit hoher Nase suchen; denn hier hat er meist keiner Spur zu folgen, sondern er sucht einen weit wegverworfenen Gegenstand und bekommt jedenfalls von diesem viel eher Witterung bei hoher als bei tiefer Suche. — Also die Nasensar-

beit: Meldungüberbringen, Verlorensuchen, Revieren und Folgen auf der frischen Spur führt der Hund am besten mit hoher Nase aus.

Ganz anders aber sind die Arbeiten des Hundes, welche bei der Prüfung zum Kriminalhund mit Nr. 3 und 4 bezeichnet sind, zu behandeln. Auf der alten Spur, welche nur noch am Erdboden selbst haftet, da Tau, Regen und Wind schon jede Witterung von Grashalmen usw. fortnehmen, muß der Hund seine Nase sozusagen direkt in die Spur bohren, wenn er diese gut ausarbeiten will. Hier würde die hohe Suche gänzlich versagen, der Hund würde faheln und selbst mit der besten Nase könnte nichts ausgerichtet werden; hier ist die Suche mit tiefer Nase allein berechtigt und am Platz.

Sache des Dresseurs ist es, seinen Hund dahin zu bringen, daß er frische Spuren mit hoher Nase und alte mit tiefer Nase ausarbeitet. Wie er dies seinem Liebling beibringen kann, darüber will ich einmal später plaudern. Und dies, meine Herren, geschieht nicht vom grünen Tisch aus; das sollen Früchte vom grünen Baum der Praxis sein. Willibald.

Polizeihunde im Dienst.

Der Polizeihund Bruno von Sichelgarten, geworfen am 3. Mai 1906 nach Holland von Karl aus Wina von Klostermannsfeld, ist seit März 1907 im Besitz der Polizei-Verwaltung Dagen. Bruno tut seinen Dienst in einem Augenblick mit einer ziemlich unruhigen Arbeiterbevölkerung und hat schon vorzügliche Dienste geleistet.

Bei einem am 27. März stattgehabten Menschenauflauf schützte er seinen Führer in der besten Weise vor Angriffen angetrunkenen tauschlusterigen Personen und konnten die Haupttrabelführer festgenommen werden.

Am 10. Juni wurden 2 Italiener, welche erhebliche Aufrührungen verübten und beim Herannahen des Polizeibeamten wegliefen, von Bruno gestellt und festgehalten, bis ihre Festnahme erfolgen konnte.

Am 12. Juli 1907 zertrümmerten 2 Personen eine Gaslaterne, liefen durch einige Straßen und verstedten sich in einer Torburgfahrt. Bruno hatte das Geräusch gehört und, auf die Fährte geseht, stöberte er die Abeltäter auf, so daß ihre Festnahme bewerkstelligt werden konnte.

In der Nacht vom 19. auf den 20. Juli 1907, einer regnerischen und kalten Nacht, fand Bruno in einer Wiese ungefähr 80 m vom Wege entfernt eine betrunkenen Person, welche sich zum Schlafen dorthin gelegt hatte.

Am 3. September 1907 stellte er einen Radfahrer, welcher ohne Kaskenbeleuchtung über den Bürgersteig fuhr und auf die Kasken eines Polizeibeamten nicht abhielt.

Gelegentlich einer Schlägerei in der Düppelstraße rüdte eine Person Bruno mit dem Messer zuleibe. Wie der Mib machte Bruno einen Wogen und sah in die Waden seines Angreifers, diesen zu Woben werfend. Durch den Führer Brunos wurde die Person entwaſſnet. Auch die Festnahme der übrigen Beteiligten konnte nun ohne weiteres erfolgen. Bei einer Festnahme eines gefährlichen Wurschen wurde dieser von seinen Kumpanen dem Beamten entriſſen und drangen nun alle Personen auf den Beamten ein. Im selben Augenblick griff Bruno ein und verteilte seinen Führer derart, daß sämtliche Personen im Augenblick am Boden lagen und nunmehr festgenommen werden konnten.

Bruno ist ein in jeder Beziehung tüchtiger, aufmerksamer und unermüdlicher Polizeihund, welcher sich zum Straßendienst vorzüglich eignet.

Allerlei.

Deutsche Polizeihunde am russischen Kaiserhofe. Obwohl die russische Polizei bisher zum Teil nur geringe Erfolge mit den Polizeihunden erzielt, hat sich die Sicherheitspolizei am russischen Kaiserhofe doch entschlossen, Polizeihunde aus Deutschland zu beschaffen, weil das Terrain in der Umgebung der kaiserlichen Residenzen wegen des vielfach vorhandenen Unterholzes nicht von Menschen abgesehen werden kann. Auf unseren Vorschlag sandte die russische Regierung im November v. Js. einen höheren Beamten der Sicherheitspolizei am kaiserl. Russischen Hofe, Herrn E. Aspholm, nach Deutschland, der sich mit der Dressur und Führung von Polizeihunden vertraut machen und von ihm selbst gesehene und geprüfte Hunde anlaufen sollte. Der Beamte hat dann auch unter Leitung des Vorsitzenden des „Vereins zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden“ in Dagen, Reheim, Lüdenscheid, Iserlohn, Wetter, Meiderich, Hamborn und Duisburg praktische Studien gemacht und sechs Polizeihunde (zwei deutsche Schäferhunde, zwei Dobermannpinscher und zwei Airedalerviers) nach Rußland mitgenommen. Der Polizeihundverein hat sich nicht nur bemüht, den russischen Beamten in die Dressur und Führung der Tiere einzuführen, sondern auch für den preiswerten Ankauf der gelieferten leistungsfähigen Hunde Sorge getragen.

Die kurländische Ritterschaft wird auch Polizeihunde einführen. Auf unseren Vorschlag sandte der Reichsgraf Baron K. v. Raben in Talsen, Kurland, den Landgendarmen Schnepeter nach Hamborn, wo er vom Polizeifergeanten Spahn mit Dressur von Polizeihunden vertraut gemacht wird. Der Ankauf mehrerer Hunde ist in Aussicht genommen. Schnepeter wird auch die Ham-

burger Polizeiprüfung des P.H.V. besuchen. Herr Baron v. Raben, seine beiden Weibchen und der Landgendarm Schnepeter erwarben die Mitgliedschaft des P.H.V.

Die Vorführung von Polizeihunden des Vereins für deutsche Schäferhunde am 2. Februar in Karlsdorf. Der Verein für deutsche Schäferhunde (S.V.) hatte dem Berliner Polizeipräsidenten eine Anzahl Hunde kostenlos überwieſen. Jetzt präſentierte der S.V. die Rechnung, indem er begehrte, daß die Hunde auf einer von ihm in Karlsdorf zu veranstaltenden Prüfung vorgeführt würden. Diesem Verlangen konnte sich die Verwaltung nicht gut entziehen, und so kam es, daß die Berliner Diensthunde auch von einem Direktor einer höheren Mädchenschule geprüft wurden, von dem wohl niemand verlangen und annehmen wird, daß er den Polizeidienst und seine Anforderungen kennt.

Warum überhaupt bei einer Vorführung Richter tätig sein müssen, ist uns unklar. Bei dieser Vorführung in Karlsdorf, wo keine Preise erteilt wurden, richteten drei Richter neun Hunde!

Dem S.V. gehören auch viele Polizeibeamte an, deren Schäferhunde Hervorragendes leisten. Trotzdem werden bei allen Veranstaltungen, denen der Vorstand des S.V. nahesteht, „Pan“ und „Siegfried“ als nominierende Hunde vorgeführt. Das ist entschieden ein Unrecht gegen die vielen Beamten und auch ein Unrecht gegen die Gesamtheit der Schäferhunde. „Pan“ ist fraglos ein hervorragender Polizeihund — er hat es auf den Prüfungen des P.H.V. wiederholt bewiesen, er zeigte es auch in Karlsdorf; „Siegfried“ ist es nicht. Er versagte bei der Arbeit am Verbrecher vollkommen; der Führer führte den Hund mit der Peitsche vor, und als letzterer vom Verbrecher nicht abzubringen war, besaß er eine tüchtige Tracht Prügel. Solche Sachen bringen den Polizeihund in Mißkredit; sie wirken abschreckend, aber nicht werdend.

Interessant war die Arbeit der übrigen Hunde; der Prüfungsplatz eignete sich für diese Zwecke hervorragend. Wenn die Prüfung selbst teilweise mißlang, so lag das wohl an der Leitung, die in den Händen des Herrn Dr. med. Schen lag und — versagte.

Da die maßgebenden Stellen sich über den derzeitigen Stand des Polizeihundwesens erst vor kurzer Zeit bei der Vorführung des P.H.V. in Groß-Lichterfelde unterrichtet hatten, war in Karlsdorf weder einer der Herren Vortragenden Mäte noch der Herren Polizeipräsidenten oder Abteilungschefs erschienen. Seine Erzählung der Herr Chef der Landgendarmerei wohnte der Prüfung mit seinen beiden Adjutanten bei; außerdem waren einige Polizeioffiziere und ca. 300 Zivilpersonen — darunter sehr viele Damen

— anwesend. Herr Polizeimajor Klein, dem die Berliner Polizeihunde unterstellt sind, war mit als Richter tätig.

Zweigverein der Bürgermeisterei Hamburg des P. H. V. Am 4. Februar wurde für die Bürgermeisterei ein Zweigverein gegründet, zu dessen Vorsitzendem der Polizei-Inspektor Arnold gewählt wurde. Es traten dem Verein 35 Mitglieder bei, inzwischen ist die Mitgliederzahl auf 65 gestiegen. Am 16. d. M. wurden die Hamburger Polizeihunde dem Gemeinderat, den Mitgliedern des Zweigvereins und anderen Gästen vorgestellt.

In **Kachen** sind augenblicklich 18 Polizeihunde vorhanden, die nach den vom dortigen Herrn Polizeipräsidenten aufgestellten Grundsätzen ausgebildet werden. Hiernach finden unter Leitung einer Kommission, bestehend aus 1 Kommissar und 1 Wachtmeister, wöchentlich Übungsstunden statt.

Ein „Zweigverein **Keddinghausen Süd**“ des P. H. V. hat sich am 15. Februar gebildet, dem sofort 15 Mitglieder beigetreten sind. Der Vorsitz wurde dem Volksw. Johnen übertragen.

In **Düsseldorf** wurde ein Zweigverein des P. H. V. gegründet. Als Vorsitzender wurde Volksw. Dörke gewählt. Die Stadt hat an drei verschiedenen Punkten Übungsplätze mit dem erforderlichen Übungsmaterial angelegt.

Kassensoller. In Nr. 2 vom 15. 1. 08 der „Ztg. des Vereins für deutsche Schäferhunde“ finden wir das schöne Wort „ein am Dobermann-Koller leidender Schupmann“. Daraufhin hat ihr „Hundesport und Jagd“, Herausgeber v. Otto, Bensheim, folgendes ins Stammbuch geschrieben:

Schlechtes Beispiel verdirbt gute Sitten. Wie es scheint, lernen auch manchmal die Herren von den Hunden; so duldet bekanntlich der Schäferhund fremde Hunde nicht bei seinen Lämmlein, hütet diese mit Überreifer und bricht zu, wenn sich jemand seinem Wirkungsgebiet nähert. Wir nehmen es mit Humor auf, wenn die Schäferhundleute daselbe tun, und wollten wir uns einer Geschmackslosigkeit schuldig machen, so würden wir als Retonkrutsche sagen, daß jene am Schäferhundkoller leiden. Wer nämlich am Dobermann hängt, und das sind nicht eben wenige, da im Jahre 1907 890 Dobermannpünke ausgestellt wurden, der leidet laut Mitteilungen des SV. am Dobermannkoller, ein hübsch geprägtes Wort. Ein Airedalefreund schlägt uns vor, darauf damit zu antworten, daß wir ehemalige Schäferhundfreunde und alle, die jene Rasse vom Hören sagen kennen, auffordern, uns Schandtatzen von deutschen Schäferhunden zu berichten, um sie dann bei passender und unpassender Gelegenheit unter Verallgemeinerung auf die ganze Rasse vom Westen zu geben. Wir wollen das Ansehen mit gut geübelter Ent-

rüstung zurück. Das Weizen ist nur dem Schäferhund im Dienst bei offenkundigem Ungehorsam erlaubt; unter kynologischen heißt es „leben und leben lassen“, nicht „leben und Leben verbittern“.

Lady — Bosco. Am Tage der Vorführung von Polizeihunden vor dem Kronprinzen in Groß-Lichterfelde durfte sich „Lady v. Rebeim“ der „Lady v. Schmidthorst“ vermählen. Kürzlich brachte nun „Lady“ 4,6 prächtige Welpen zur Welt. Zwei sind eingegangen, die übrigen werden von einer Amme aufgezogen. Im Alter von zehn Wochen sollen die Welpen abgegeben werden. Da nach den Anlagen und Leistungen der Eltern aus dem Wurf nur Gutes zu erwarten ist, wird rege Nachfrage nach den Welpen sein.

Polizeihundprüfung, des P. H. V.

am 14. und 15. März d. J. zu Hamburg.

Protokoll:

Herr Senator und Polizeiherr Dr. Schröder.
Ehren-Ausschuß:

Die Herren Senator Dr. Schröder, Hamburg, Senator Sander, Hamburg, Polizeidirektor Dr. Roscher, Hamburg, Rat Dr. Stärken, Vorstand der Kriminalpolizei, Hamburg; Kautenberg, Rat bei den Landherrenschaften Hamburg; Polizeihauptmann Geseefeld, Major a. D. Hamburg; Kriminal-Inspektor Hirsch, Hamburg; Oberbürgermeister Dr. Zeitenborn, Altona; Polizei-Inspektor Kläber, Hauptmann a. D. Altona; Bürgermeister Dr. Lange, Bergedorf; Polizei-Inspektor Schuerer, Einfeld; Polizei-Inspektor Torpe, Duisburg; Geheimter Regierungsrat Landrat v. Goeßchen, Harburg; Geheimter Regierungsrat Landrat Dr. Scheiff, Pinneberg; Landrat v. Bonin, Wandsbek; Oberbürgermeister Rauch, Wandsbek; Polizeichef Stadtrat Steen, Wandsbek.

Der Hamburger Senat hat je 2 silberne und bronzene Staatsmedaillen bewilligt. Ungefähr 40 weitere Ehrenpreise sind bereits gestiftet. Der Prüfungsplatz liegt in der Nähe des Dammtorbahnhofes, Ecke Rothenbaum-Chaussee und Binderstraße. Die Prüfung beginnt am 14. März, 9 Uhr vormittags.

Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden P. H. V. Sitz Hagen i. W.

Neue Mitglieder.

Polizeibehörde Hamburg; Dr. Roscher, Polizeidirektor; Dr. Stärken, Rat; Geseefeld, Major; Hirsch, Kriminal-Inspektor, sämtlich in Hamburg; Stadt Gronau i. B.; Ziegler, Polizeikommissar, Hauptmann d. L. i. Baden-Baden; Polizeidirektion Harburg; Polizeiverwaltung Jserlohn; Polizeiverwaltung Barmen; Landherrenschaft Bergedorf; Polizeiverwaltung M. Gladbach.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 25.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Das Radium.

Von Oberlehrer Dr. Hugo Scheffler.

(Nachdruck verboten.)

Durch einen Zufall wurde in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine der merkwürdigsten Entdeckungen gemacht, die eine Zeitlang sogar das eine Grundgesetz der Physik, das Gesetz von der Erhaltung der Energie, umzustößen schien.

In dem Laboratorium des Physikers Becquerel (bedeutend) befand sich längere Zeit ein Stück Uranpechblende, eines aus dem böhmischen Abhang des Erzgebirges vorkommenden Minerals, in der Nähe einer verschlossenen photographischen Kassette mit eingelegtem lichtempfindlichen Papier, auf der ein Schlüssel lag. Der Film zeigte einen schwachen Abdruck des Schlüssels; Wiederholungen des Experiments ließen zweifellos erkennen (1896), daß von der Pechblende Strahlen ausgingen, welche das Holz der Kassette durchdrangen und das Schattenbild des darauf liegenden Gegenstandes auf dem lichtempfindlichen Papier hervorbrachten.

Eifrig wurde nun nach dem Bestandteil unfres Minerals gesucht, dem diese merkwürdigen Strahlen, die zu Ehren des Entdeckers Becquerelstrahlen heißen, zukämen. In streng folgerichtigem Vorgehen gelang es dem Ehepaar Curie in Paris — Herr Curie ist im verfloßenen Jahre beim Überspringen des Strahndammes von einem Lastwagen überfahren und getötet worden — diesen Stoff aufzufinden. Nach den Wegen, welche die Chemie kennen lehrt, trennten sie die schon bekannten Stoffe ab und erhielten einen immer stärker wirkenden Rest, aus dem sich schließlich eine winzig kleine Menge eines neuen chemischen Grundstoffes herstellen ließ. Nach seiner Fähigkeit, Strahlen auszusenden, gewissermaßen unsichtbare Lichtstrahlen, welche sich wie diefe geradlinig ausbreiten und die photographische Platte beeinflussen, nannten sie es Radium (Radium = Strahl).

Jetzt ist von allen, die den Wunderstoff nach ihren ersten Entdeckern hergestellt haben, zusammen noch kein ganzes Gramm fabriziert worden. Es gehören gewaltige Mengen Uranpechblende dazu; ein Gramm Radium würde eine Million Mark kosten.

Die vom Radium ausgehenden Strahlen durchdringen alle Gegenstände; man bewahrt die hergestellten winzigen Mengen in dicken Bleitafeln auf. Würde die Substanz längere Zeit in den Kleidern getragen, so würden die von ihr ausgehenden Strahlen selbst durch die Bleihülle hindurch durch ihre Einwirkung auf den menschlichen Körper den Tod des Trägers herbeiführen; auch bei großer Vorsicht hat der Experimentator unter den üblen Wirkungen der Radiumstrahlen auf die Haut zu leiden.

Und nun etwas Wunderbares: Man weiß zwar, daß viele Stoffe im Dunkeln leuchten,

also Strahlen ausenden, phosphoreszieren, aber Vorausgesetzt ist, daß sie vorher am Tageslicht die Sonnenstrahlen gewissermaßen eingefogen haben. Radium kann man aber monatelang im Dunkeln aufbewahren, ohne daß es eine sichtbare Einbuße an seiner Strahlungsenergie erlitte. Woher kommt diese Energie, die das nach allgemeiner Kenntnis nirgends im Weltall Energie, also etwa Bewegung oder Wärme oder Elektrizität aus dem Nichts entsteht?

Auch hierüber ist Klarheit geschaffen worden. — Das Radium schendet bei seiner Strahlung ein Gas ab, die Emanation, das der Physiker Ramsay in eine gasförmige Koble einschloß und durch den elektrischen Strom in einen anderen Stoff verwandeln konnte, der schon früher bekannt geworden war, das Helium. Die Menge des abgegebenen Gases ist so gering, daß erst nach 3000 Jahren die Strahlungsenergie auf den dritten Teil herabgemindert sein würde. Mein Wunder also, daß bei der verhältnismäßig geringen Zeit, in der bisher mit den Radiummengen gearbeitet worden ist, noch niemals ein merkbarer Gewichtsverlust beobachtet wurde. Er ist jedoch vorhanden und damit ist die Quelle der Energiestrahlung des Radiums ermittelt, so wunderbar auch dem Geiste des Menschen erscheinen möge, daß so winzige Mengen Substanz so verhältnismäßig große Wirkungen hervorgerufen können.

Radiumstrahlen bringen ebenso wie die Röntgenstrahlen einen Fluoreszenzschirm zum Ausleuchten, so daß in einem dunklen Zimmer die Strahlung sichtbar gemacht werden kann.

Man hat in der weiteren Verfolgung der beim Radium gemachten Entdeckungen an sehr vielen Stellen der Erde Radioaktivität, also Wirksamkeit auf Grund von vorhandenem Radium aufgefunden und vermutet, daß das Radium stets einige Grade wärmer ist als die Umgebung, daß sogar die Eigenwärme von Erde und Sonne von Radiumsergenen herührt. Neuerdings sucht man die Radioaktivität in der Heilkunst zu verwenden.

Das Gendarmenlied.

Von R. Dirsch.

Es pfeifen die Stugeln, es brechen hervor
Die Störer des Friedens, das Räubergeziht;
Sie haften in Höhlen, im Busch und im Rohr;
Erreichte das Schwert sie, das rächende, nicht?
Wer greift sie, die Frevler, wer bändigt den
Schwarm?
Wer wagte sein Leben? — es ist ein
Gendarm!

In Flammen die Hütte, die einsame, steht,
Es proßelt und raffelt — und Hilfe so fern —
O hört, wie nach Rettung es himmelan flieht!
Ein jeder wohl hülfle da gern, wie gern!

Doch, wer rettet, wer löst? Daß Gott sich
erbarm'!

In stürzenden Ballen — es ist ein Gendarm!

Am Kreuzweg, da wimmert ein hungerndes
Kind,

Es hat keine Heimat, sie stießen es fort;

Wer sättigt das Würmchen, wer hilft da ge-
schwind?

Bernahm denn kein Ohr sein ersterbendes
Wort?

Blickt um! jener Mann mit dem Kind auf
dem Arm,

Der Pfleger des Knaben — es ist ein
Gendarm!

Wohl senkte die Nacht sich mit nährendem Ruh,
Sie lagert auf Städten, auf Bergen, im Tal;

Es schlossen auch längst aller Augen sich zu,
Die Sterne nur wachen mit traulichem Strahl,

Doch, wer noch mit ihnen, stets frisch, ohne
Darm,

Indessen ihr schlummert? — es ist der
Gendarm!

Im Handeln, im Randeln, wie stark und so
schön!

Wie schlicht und doch mannhaft in Sturm und
Gefahr!

Des Abaters Blick folgt ihm nach aus den
Böhen,

Ihn schüben die Engel hellleuchtend und klar,
Und Liebe, sie flücht in das Nachtgebet warm

Auch ein „Vaterunser“ mit für den Gendarm!

Merkei Rat.

Kartoffelsalat. Nicht mehligte Kartoffeln werden gelocht, noch heiß geschält und in folgende vorher bereitete und warm gestellte Sauce geschnitten: 3 Löffel Essig, eine zerschnittene Zwiebel und etwas Salz werden mit 10 Löffel kochendem Wasser oder Fleischbrühe übergossen und gut verrührt. Sind die Kartoffelscheiben damit vermischt, doch so, daß sie nicht zerbröckelt sind, so gießt man $\frac{1}{4}$ Liter dicke saure Sahne hinzu und mengt noch einmal gut durch.

Das Vundreiben der Hände beim Waschen läßt sich dadurch vermeiden, daß man vor dem Waschen die obere Handfläche mit einer schwachen Lösung Schellad in Spiritus einreibt.

Selbstbereiten von Fleckseife. Gute flüssige Fleckseife kann man selbst bereiten, indem man gute Hausseife schabt, in Flaschen füllt und Galmiasgeist darüber gießt. Man schüttelt die Flasche tüchtig und lasse sie verlockt stehen. Wenn sich die Seife aufgelöst hat, verdünnt man die Mischung durch weiteres Aufgießen von Galmiasgeist, bis sie Stupbide hat. Dann reibt man die Flecken damit ein und wäscht sie mit lauwarmem Wasser nach.

Rätsele.

Bilderrätzel.



Scharade.

Das Erste, da draußen, wird gut gepflegt.
Damit es uns wieder Augen trägt.
Die beiden andern dienen zum Schneiden.
Ich ließ heut' einen Ganzen kommen
Auf's Erste, um zu meinem Frommen
In einem Grenzstreit zu entscheiden.

Füllrätzel.



1. wichtige Triebkraft
2. ausländische Selbstorte
3. Rufe
4. Haustier
5. Gestalt der griech. Sage
6. Metall
7. flüchtige Niederschrift

In die erste und letzte senkrechte Reihe sind die aus je 7 Buchstaben bestehenden Namen einer deutschen und einer italienischen Stadt, die in ihrer Eigennart oft miteinander verglichen werden, zu setzen. Die leeren Felder der wahren Reihen sind durch die in den Wörtern

Amputation, Asiat, Ei, Rebe

enthaltenen Buchstaben auszufüllen, so daß Hauptwörter von der beigefügten Bedeutung entstehen.

Gleichklang.

Der Reiter trägt's zu Pier und Wehr.
Belommt's das Roß, nützt es nicht mehr.

Tauschrätzel.

Es bringt dem Ohre Hochgenuß.
Am Meere liegt's mit anderm Fuß.

Der Gendarm.

Zeitschrift für die Mitglieder der
Königlich Preussischen und reichsländischen Gendarmerie, mit den Beilagen
Der Polizeihund und Haus und Herd.

Nr. 26. — 28. März 1908. — Seite 606/629. — 5. Jahrgang.

April						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	1	2	3	4	5

Verantwortlicher:

Robert Gersbach,

Direktor am „Kaiser-Wilhelm-Denkmal, Verein der Soldaten-
freunde, G. B.“ und an der „Kameradschaft, Wohlfahrts-
gesellschaft m. B. B.“

Berlin W. 9, Zinkstraße 11.

Mai						
S	M	D	M	D	F	S
1	2	3	4	5	6	7
8	9	10	11	12	13	14
15	16	17	18	19	20	21
22	23	24	25	26	27	28
29	30	31	1	2	3	4

„Der Gendarm“ erscheint vierzehntäglich.
Für Subskriptionen wird die Zeitschrift am Jahresabschluss
auch gebunden geliefert.

Briefe und sonstige Sendungen sind stets zu richten an
die Geschäftsstelle des „Gendarm“,
Berlin W. 9, Zinkstraße 11.

Bezugspreis

für jedes Vierteljahr 1,50 M.
Einzelne Nummern 30 Pf.

Bestellungen

nimmt jede Postanstalt,
jede Buchhandlung sowie die
Geschäftsstelle entgegen.

Anzeigengebühren

die Zeilspalte. Zeile für Geschäfts-
und vermischte Anzeigen 50 Pf.,
für Stellenangebote und -gesuche
25 Pf.

Inhaltsverzeichnis.

I. Hauptblatt.

Max von den Brincken, Oberst und Brigadier
der Landgendarmerie a. D., weiland Kom-
mandeur der Gendarmerieschule Woblan
(Mit Bild) 607

Die Rechtmäßigkeit der Ausübung des
Dienstes in Verbindung mit Widerstand
gegen die Staatsgewalt, Waffengebrauch
und Notwehr (Schluß des I. Teils) . . . 608

Die Gendarmerie im preussischen Abgeord-
netenhause (Schluß) 611

Aus den Parlamenten 617

Erkenntnisse und Beschlüsse.

I. Reichsgericht 617

II. Kammergericht 618

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht 618

IV. Oberlandesgericht Dresden . . . 619

V. Landgericht Osnabrück 619

Polizeibericht 619
Personalveränderungen 620
Bücherschau 622
Auskunft 622

II. Der Polizeihund.

Was ist bei Anschaffung eines jungen
Polizeihundes zu beachten? 624
Hamburg 626
Briefkasten 627

III. Haus und Herd.

Das Lied vom braven Gendarm . . . 628
Der Bundesrat 628
Rechtspruchwörter 629
Rundschau 629
Allerlei Rat 629
Auflösung der Rätselade aus Nr. 25 . . 629

Stellennachweis. — Anzeigen.

Diese Nummer ist am 25. März 1908 abgeschlossen worden.

Max von den Brinden,

Oberst und Brigadier der Landgendarmarie a. D., weisand Kommandeur der Gendarmerschule Böhlaus.

Hermann Dietrich Max von den Brinden wurde am 23. Januar 1851 in Münster i. W. geboren; er ist ein Sohn des in Potsdam verstorbenen Wirklichen Geheimen Oberfinanzrats von den Brinden und seiner Gemahlin, geb. von Ragner. Seit dem 11. Juni 1881 ist Max von den Brinden mit Marie Art verheiratet. Der einzige dieser Ehe entstammende, am 9. Dezember 1883 geborene Sohn Ernst gehört zurzeit dem 1. Großherzoglich Hessischen Infanterie-Regiment Nr. 115 in Darmstadt an.

Max von den Brinden erhielt den ersten Unterricht im elterlichen Hause und besuchte dann das humanistische Gymnasium in Königsberg i. Pr. Am 1. April 1869 trat er in das 3. Thüringische Infanterie-Regiment Nr. 71 ein, machte in diesem den Feldzug 1870/71 mit und nahm an den Schlachten bei Beaumont und Sedan, an den Gefechten bei Bierreffette und Epinay und an der Belagerung von Paris teil. Am 1. April 1887 wurde er als Hauptmann und Kompanie-Chef in das neu errichtete Infanterie-Regiment Nr. 137 versetzt. Durch seinen Gesundheitszustand wurde von den Brinden 1889 veranlaßt, seinen Abschied zu erbitten, der ihm im Dezember jenes Jahres mit der gesetzlichen Pension und der Aussicht auf Anstellung im Gendarmenstande höchst bewilligt wurde.

Am 1. April 1891 wurde der damalige Hauptmann a. D. v. den Brinden als Distrikts-offizier der Landgendarmarie in Ratibor wieder angestellt und am 1. Juli 1893 in gleicher Eigenschaft nach Allenstein versetzt. Im Mai 1899 erfolgte dann seine Ernennung zum Kommandeur einer im Osten der Monarchie (Böhlaus) zu errichtenden Gendarmerschule und damit die Berufung in einen Wirkungskreis, für den er geradezu geboren war.

v. d. Brinden hatte sich durch Selbstunterricht eine ungewöhnlich gute Kenntnis des Verwaltungs- und Strafrechts sowie der Verwaltungsorganisation angeeignet. Da er nun ein geborener Pädagoge war und durch seine Selbststudien die Schwierigkeiten genau kannte, die der Richter beim Eindringen in

die Gehege usw. zu überwinden hat, so war es ihm möglich, mustergültige Grundlagen für den Unterricht der Gendarmen zu schaffen. Was er auf diesem Gebiet geleistet hat, ist nicht nur der Gendarmarie zufließen gekommen, sondern auch die heutigen Volksschulen sind indirekt durch ihn, und zwar sehr wesentlich, beeinflusst worden.

Aus dieser Zeit stammen auch seine Bücher:

„Erforschung strafbarer Handlungen“, „Verfassung und Verwaltung des Deutschen Reiches und des Preussischen Staates“ und „Die wichtigsten Bestimmungen der Reichsgemeindeordnung“. Bücher, die hervorragende Lehrmittel für den Richterjuristen sind. Oberst v. den Brinden hat seinerzeit auch den ersten Entwurf zu der jetzigen Dienstvorschrift für die Landgendarmarie verfaßt.

Im Mai 1904 erfolgte die Ernennung von den Brinden zum Brigadier in Münster, von wo er 1906 in gleicher Eigenschaft nach Koblenz überfiedelte.

Von den Brinden hat niemals Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand genommen; er ging auf in den Aufgaben seiner Stellung und seiner fachschriftstellerischen Tätigkeit. Das rächte sich; um seine Gesundheit nicht vollständig zu untergraben, sah er sich im Januar 1908 genötigt, seinen Abschied zu erbitten. Oberst von den Brinden ist Ritter des Roten Adler-Ordens 4. Klasse und des Kronen-Ordens 3. Klasse.

Zeit der am 1. April 1903 erfolgten Begründung der Zeitschrift „Der Gendarm“ ist Oberst von den Brinden deren hervorstechendster Mitarbeiter gewesen und wird es auch in Zukunft bleiben, so daß sein reiches Wissen und seine vielseitigen Erfahrungen auch ferner dem königlichen Dienst und dem von ihm geliebten Gendarmenstande nützlich werden.

Es waren große Schwierigkeiten, die von den Brinden zu überwinden hatte, um solche hervorragender Kenner der Gesehe und Bestimmungen zu werden. Seine Begeisterung für die Aufgabe, seine eiserne Willenskraft halfen ihm sie überwinden und berechtigten ihn zu dem schneidigen Wahlspruch:

Durch!

Red. Gröschel.



Max von den Brinden.

fremden Frauensperson aus dem Eisenbahn-
abteil aussteigt und sich in die Stadt begibt.
Er vermutet, daß die beiden in unsittlichen
Beziehungen zueinander stehen, hat hierfür
auch ganz bestimmte Anhaltspunkte und trifft
mit diesem Verdacht tatsächlich das Richtige.
Er warnt den ersten Gastwirt des Ortes mit
Erfolg, das Paar aufzunehmen, geht dem
letzteren nach und ermittelt, daß sie in einem
anderen Gasthause Aufnahme gefunden haben.
Er begibt sich dorthin und klärt den Gastwirt
über die Natur des von ihm beherbergten
Paares auf; dieser weigert sich, die Gäste,
welche aus ihrem Zimmer Abendbrot essen,
hinauszulassen. Darauf begehrt der Gen-
darm Einlass, der ihm nach längerem Wider-
streben schließlich auf sein Drängen gewährt
wird; der Gendarm stellt die Persönlichkeit
der Frauensperson fest und macht ihr Vor-
haltungen über ihr Benehmen. Jetzt fordert
der Herr den Gendarmen energisch auf, das
Zimmer zu verlassen, indem er sein Aus-
recht geltend macht. Zu seinem Glück leistet
der Gendarm, dem sein Vorgehen nun doch
allmählich bedenklich erscheint, Folge und er-
statet am anderen Morgen Bericht über den
ganzen Vorgang an die Zivilbehörde. Der
betroffene Herr erhebt Beschwerde bei den
Militärvorgesetzten und erhält Recht;
denn der Gendarm hat lediglich das öffent-
liche Interesse zu wahren und kann daher
zur Wahrung der Sittlichkeit mit Zwangs-
maßnahmen (Eindringen in einen Privatraum
und Feststellung der Persönlichkeit) nur dann
vorgehen, wenn die öffentliche Sittlich-
keit dringend gefährdet erscheint, wie
solches durch Vornahme unsittlicher Han-
dlungen auf der Straße oder in öffentlichen,
jedermann zugänglichen Räumen oder durch
den öffentlichen Verkauf unsittlicher Schriften
usw. der Fall sein würde. Im übrigen ist
es nicht seine Sache, sich um den Lebens-
wandel seiner Mitmenschen zu kümmern,
solange der Verdacht einer strafbaren
Handlung nicht vorliegt; denn ihm liegt nicht
das Amt eines Moralpredigers und Sitten-
richters ob, sondern lediglich dasjenige, dafür
Sorge zu tragen, daß Störungen der
öffentlichen Ordnung, zu welcher auch
die Sittlichkeit gehört, verhindert und
öffentliches Argernis durch derartige
Handlungen vermieden werde. Hielt er es
überhaupt für erforderlich, in dieser Angelegen-
heit etwas zu tun, so konnte das höchstens
durch einen gegen den Gastwirt gerichteten
Bericht an die Zivilbehörde geschehen,
weil dieser durch die Aufnahme des Paares
der Unsittlichkeit Vorlauf geleistet habe; er
mußte sich aber jedes Zwangsmittels streng-
stens enthalten. —

B) Grenzen der Zuständigkeit zwischen gericht-
licher und Verwaltungspolizei.

Es ist für den Gendarmen von der aller-
größten Wichtigkeit, sich gegebenenfalls stets
vollkommen klar darüber zu sein, auf Grund

welcher gesetzlichen Bestimmungen er
einschreitet und ob er sich im Augenblick der An-
wendung von Zwangsmitteln in Ausübung
der gerichtlichen oder der Verwaltungspolizei
befindet. Beide Gebiete greifen in der Praxis
natürlich vielfach ineinander und oft sind die
Vorbedingungen für beide gleichzeitig ge-
geben. Aber einerseits sind die Befugnisse,
welche dem Gendarmen auf beiden Gebieten
zustehen, nicht die gleichen, andererseits kommt
er häufig genug in die Lage, die Anwendung
eines Zwangsmittels vor dem Strafrichter
gesetzlich zu begründen, und oft hängt die
Frage, ob er sich in der rechtmäßigen Aus-
übung seines Dienstes befinden habe und ob
daher der Angeklagte des Widerstands gegen
die Staatsgewalt schuldig sei, lediglich davon
ab, daß diese Begründung eine richtige ist.

Folgendes Beispiel erscheint besonders
gerianet, das Ineinandergreifen und gegen-
seitige Ergänzen der Rechte, welche dem Gen-
darmen in Ausübung der gerichtlichen und
in Ausübung der Verwaltungspolizei zu-
stehen, klarzulegen und die Grenze zwischen
beiden Gebieten scharf zu ziehen:

Ein Gendarm kommt hinzu, wie eine
Krügelei auf offener Straße im besten
Gange ist. Einer der Beteiligten zieht so-
eben ein Messer aus der Tasche. Noch ehe
er indessen irgend jemand damit bedrohen
kann, springt der Gendarm dazwischen und
entzieht ihm das Messer. — Es handelt sich
hier um die Anwendung eines Zwangsmittels
auf dem Gebiete der Verwaltungspolizei, um
eine polizeiliche Beschlagnahme; denn
sie erfolgt bei gegenwärtiger Gefahr
für Leben und Gesundheit lediglich zu dem
Zweck, einer gefährlichen Körperverletzung
(§ 223 a StGB.) vorzubeugen. Aller-
dings stellt der § 367^a StGB. schon den-
jenigen unter Strafe, der sich bei einer Schlä-
gerei eines Messers usw. bedient, und dieser
Paragraph trifft hier zu. Indessen behandelt
dieser letztere Paragraph eine Übertretung,
welche zunächst durch Polizeistrafverfügung
geahndet werden kann. Das beschlagnahmte
Messer wird daher an die Ortspolizeibehörde
abgeliefert und diese verfügt endgültig dar-
über, d. h. sie zieht dasselbe ein, wenn es sich
als verbotene Waffe darstellt; sie gibt
es dem Eigentümer zurück, nachdem derselbe
die gegen ihn verfügte Polizeistraf bezahlt
hat, falls es sich um ein einfaches Taschen-
messer handelt; sie liefert es an den Richter
erst ab, wenn der Verurteilte gegen die Polizei-
strafverfügung Widerspruch erhebt und rich-
terliche Entscheidung beantragt.

Anders liegt der Fall, wenn der Gendarm
erst hinzukommt, nachdem der betreffende
Messerheld seinen Gegner bereits ge-
stochen hat. Letzterer liegt blutend und
ohnmächtig am Boden; eine Anzahl anderer
Personen umringt den Wütenden, um ihm
das Messer zu entreißen. Dieser setzt sich
zur Wehr und holt soeben zum Stöße aus;

der Gendarm springt dazwischen und entreißt ihm das Messer. Auch jetzt handelt es sich um eine polizeiliche Beschlagnahme auf dem Gebiete der Verwaltungspolizei; denn sie geschah, um der immer noch gegenwärtigen Gefahr, um der Fortsetzung der strafbaren Handlung vorzubeugen. Anderseits tritt aber nun auch die gerichtliche Polizei in Tätigkeit; denn der Täter steht in dem Verdacht, ein Verbrechen begangen zu haben, und wird daher vorläufig festzunehmen sein. Das Messer, welches der Gendarm polizeilich beschlagnahmt (zur förmlichen Beschlagnahme hätte er der Ermächtigung bedurft), liefert er an die Ortspolizeibehörde ab. Diese beschlagnahmt es förmlich und sendet es als Beweisstück an den Richter.

Zwar kann der Gendarm im Augenblick keineswegs feststellen, wie schwer die strafbare Handlung ist, welche der Täter begangen hat; denn die Aussagen der Umstehenden widersprechen sich vollständig. Es kann eine gefährliche Körperverletzung (§ 223a StGB.), eine schwere Körperverletzung (§ 224 StGB.), eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgang (§ 226 StGB.), ein Totschlag (§ 212 StGB.) sein, es kann auch ein Mord (§ 211 StGB.) vorliegen. Das alles werden die näheren Umstände in Verbindung mit dem Ausgang, den die Verwundung nimmt, ergeben und kann erst durch die gerichtliche Untersuchung festgestellt werden. Unter Umständen kann der Täter sogar vollkommen unschuldig sein; denn er kann in der Notwehr gehandelt haben. Alle diese Erwägungen sind aber im Augenblick für das Handeln des Gendarmen gar nicht maßgebend; denn jedenfalls steht der Täter in dem dringenden Verdacht, ein Verbrechen begangen zu haben, und diese Erwägung ist für den Gendarmen ausschlaggebend. Er schreitet also zur vorläufigen Festnahme des ihm unbekannten Täters.

Angenommen, der Täter wirft das blutige Messer, als er den Gendarmen erblickt, auf die Straße und entspringt. Was kann der Gendarm jetzt (abgesehen von der Verfolgung des Flüchtling) mit dem Messer machen? Zu einer polizeilichen Beschlagnahme ist keine Veranlassung mehr, da die gegenwärtige Gefahr vorüber ist. Das Messer muß als Beweisstück förmlich beschlagnahmt werden; dazu bedarf der Gendarm der Ermächtigung. Aber es liegt herrenlos umher und befindet sich in niemandes Gewahrsam. Die Strafprozeßordnung gestattet dem Gendarmen in solchem Falle, das Messer aus eigener Dienstbefugnis vorläufig in Verwahrung zu nehmen. Er liefert es an die Ortspolizeibehörde ab; diese beschlagnahmt es förmlich und sendet es an den Richter.

Angenommen, der Täter läuft, als er den Gendarmen erblickt, noch ehe dieser ihm das Messer entreißen kann, mit dem blutigen Messer davon. Der Gendarm verfolgt

ihn auf unmittelbarer Spur (vgl. Auskunftsl. I. §. 477 ff.); der Täter läuft in ein Haus. Der Gendarm folgt ihm nach und wendet zu diesem Zweck nötigenfalls äußerste Gewalt an, indem er Türen und Fenster einschlägt, und jedem, der sich ihm in der Absicht, ihn aufzuhalten, in den Weg stellt, niederstößt. Jetzt steht er dem Täter in der Stube gegenüber; dieser tritt ihm ruhig, keineswegs in drohender Haltung, entgegen, immer noch das inzwischen zugeklappte Messer in der Hand haltend, weist sich durch glaubwürdige Personen als der Tischlermeister A. aus, der von gutem Ruf, vollkommen einwandfrei ist, und hier in seinem eigenen Hause seine Werkstatt hat. Er erklärt dem Gendarmen, daß er lediglich in der Notwehr gehandelt habe, daß er sich selbst dem Gericht stellen und das Messer abliefern werde; dann fordert er den Gendarmen auf, seine Wohnung zu verlassen.

Damit kann sich indessen der Gendarm nicht einverstanden erklären. Zwar kommt er zu dem Entschluß, von einer vorläufigen Festnahme abzusehen; denn wenn auch Ähnlichkeit nicht besonders nachgewiesen zu werden braucht, da der Täter im Verdacht steht, ein Verbrechen begangen zu haben, so fehlt es doch an dem fernerem Erfordernis der Gefahr im Verzuge. Jedenfalls muß er aber das Messer haben! Die Voraussetzung an einer polizeilichen Beschlagnahme liegt nicht vor; denn die gegenwärtige Gefahr ist vorüber, es erscheint ganz ausgeschlossen, daß der vollkommen ruhig gewordene Mann jetzt noch jemand stechen werde. Zur Vornahme einer förmlichen Beschlagnahme bedarf es der Ermächtigung eines Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft; eine solche ist aber augenblicklich schwer zu erlangen. Unterdessen könnte der Täter das Messer beiseite schaffen, reinigen und die Verwundung des Stüdes vermindern.

Als dieser daher trotz aller Vorstellungen des Gendarmen bei seiner Weigerung, das Messer freiwillig herauszugeben, beharrt, schreitet letzterer dennoch zur vorläufigen Festnahme, begründet dieselbe aber nicht mehr mit Ähnlichkeitsverdacht, sondern neben dem dringenden Verdacht mit Verdunklungsgefahr, indem er mit Bezug auf die letztere auch Gefahr im Verzuge ohne weiteres annimmt. Jetzt ist er auch berechtigt, dem Täter das Messer abzunehmen; denn die Gegenstände, welche ein Gefangener bei sich führt, gehen in den Gewahrsam des Gendarmen über, ohne daß es einer förmlichen Beschlagnahme bedarf. Er legt also den gezogenen Säbel dem Täter mit den Worten auf die Schulter „Sie sind mein Gefangener“ und greift gleichzeitig mit der anderen Hand nach dem Messer. Als der Gesangene Widerstand leistet, bricht er diesen durch energischen Waffengebrauch, fesselt ihn und sichert ihn nebst Messer an die Orts-

polizeibehörde ab. Diese beschlagnahmt das Messer förmlich, sendet es dem Richter, entläßt aber den Gefangenen, weil auch sie mit Bezug auf den Mordverdacht eine Gefahr im Verzuge nicht für vorliegend erachtet, die Verdunkelungsgefahr aber vorüber ist.

Angenommen, der Täter hätte das Messer in dem Augenblick, als der Gendarm ihm in der Stube gegenübertrat, bereits hinter irgend ein Möbel geworfen, also versteckt und weigerte

sich energisch, dasselbe herauszugeben, so bliebe nur übrig, eine Durchsuchung vorzunehmen und hierzu die Ermächtigung des nächstreichbaren zuständigen Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft eingeholen, bis dahin aber die Wohnung sorgfältig zu bewachen oder bewachen zu lassen. Denn die Zeitnahme führt jetzt nicht zum Ziele, weil der Gendarm durch sie weder das Messer bekommt noch die Verdunkelungsgefahr beseitigt.

(II. Teil folgt.)

Die Gendarmerie im preussischen Abgeordnetenhaus.

42. Sitzung.

Montag, den 2. März 1908.

(Schluß)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Strauß (Dawillen).

Strauß (Dawillen), Abgeordneter (kons.): Meine Herren, der Herr Minister hat dem Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg eine Untersuchung zugesagt, inwieweit Gendarmen sich bei den Wahlen agitatorisch beteiligt haben. Ich freue mich darüber, daß der Herr Minister diese Untersuchung führen will, möchte aber meinerseits diese Bitte noch dahin erweitern, der Herr Minister möge auch mit den anderen Herren Ministern in Verbindung treten und diese veranlassen, eine Untersuchung darüber einzuleiten, inwieweit die ihnen nachgeordneten Beamten sich an den Wahlen öffentlich und agitatorisch beteiligt haben. Was einem Beamtenstande als Mafel angerechnet wird, darf für einen anderen nicht als Zierde gelten. Ich glaube, bei diesen Untersuchungen wird sich herausstellen, daß die Gendarmerie vielleicht der einzige Beamtenstand gewesen ist, der sich nicht agitatorisch zu den Wahlen hergegeben hat, allerdings auch nicht zur nationalliberalen Agitation in meinem Wahlkreis Remel-Heydekrug.

Die Wünsche, die hier bereits von den Herren Abgeordneten Ransch-Schmidlein und Schulze-Pelkm vorgetragen sind, sind mehr oder weniger auch diejenigen, die ich zu meinen eigenen machen muß; ich kann mir aber ersparen, sie hier zu wiederholen. Ich möchte nur Gelegenheit nehmen, den Herrn Minister zu bitten, die Bauzeichnungen für die Wohnungen der Landgendarmeriehauptmeister und -oberwachtmeister einer schleunigen Umänderung unterziehen zu wollen, und zwar so schleunig, daß die im Etat vorgesehenen Neubauten nicht mehr nach den bisherigen Zeichnungen ausgeführt werden. Im vorigen Etat waren unter anderem 11 560 M für den Bau eines Wohnhauses für einen Gendarmeriehauptmeister zu Fuß in Laugallen im Kreise Remel ausgeworfen. Der Preis für den Landewerb war dabei ganz minimal, weil bedauerlicherweise nur eine völlig unzureichende Landfläche erworben wurde. Im all-

gemeinen sollte man darauf halten, jene Beamten wirtschaftlich derart unabhängig zu stellen, daß sie sich nicht jedes höchsten Grüntraum von außerhalb besorgen müssen, sondern daß sie instande sind, einige Kartoffeln zu bauen und sich ein Schwein zu halten. Bei dem ganzen Bau müßte natürlich auch auf diese wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden; diese Beamten müßten wenigstens $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ ha Land zugewiesen erhalten, damit sie sich in ihren Dorfgemeinden wirtschaftlich selbständig hinstellen können.

Es liegt mir fern, an der Höhe der ausgeworfenen Summe irgendwie etwas anzusetzen zu wollen. Für 12 000 M bant man aber in meiner Gegend in Preußen — und, ich glaube, auch sonst überall — auf dem flachen Lande schon ein ganz gutes Wohnhaus mit mindestens sechs bis acht guten großen Wohnräumen, und es reicht das Geld auch noch dazu, um Stallgebäude extra für eine kleine Wirtschaft herzurichten.

Als ich nun im vorigen Jahre in meiner Eigenschaft als Amtsvorsteher jene Bauzeichnung für Laugallen vorgelegt erhielt, da war ich — ich kann wohl sagen — deprimiert. Man wollte Wohnhaus und Stall unter einem Dache bauen, nur durch eine Brandmauer getrennt. In dem für die Wohnräume vorgesehenen Teil des Hauses waren außer einer Amtsstube eine Küche und zwei ganz kleine Stuben, eigentlich nur Kammern, vorgesehen, dann noch eine Giebelstube. Unmittelbar hinter der Brandmauer war in gieblender Harmonie die Speisekammer und der Stall — der zugleich den Hühner- und den Schweinestall abgeben sollte —, der Abort und die Waschküche. Als ich mich darüber wunderte und sagte, es wäre doch eigentlich ein Haus in dieser Einrichtung unbewohnbar, da wurde mir geantwortet, es wäre in der Brandmauer noch eine eiserne Tür vorgesehen. Als ich weiterhin das Bedenken äußerte, daß diese Tür den Kampf gegen die verschiedenen üblen Gerüche auch nicht erfolgreich würde bestehen können, wurde gesagt, man wolle die Waschküche an die Stelle des Schweinestalles legen.

Das war das, was ich zuguterletzt im Interesse des Beamten erreichen konnte. Es liegt mir fern, mich als denjenigen aufzuspielen, der hier reformbringend für eine andere Zeichnung auftreten will; aber so viel wieb man mir wohl zugeben müssen, daß das Wohl, das für jenen Bau in dieser Weise ausgeworfen war, ziemlich weggelassen war. So wieb man einen Beamten finden, der gern in eine derartige Wohnung hineingeht, und wenn er gezwungen wird, doet hineinzuzeben, dann kann nur seine Dienstreuekeit darunter leiden, wenn er mit solchen Unannehmlichkeiten in der Wohnung zu tun hat. Ich kann daher den Herrn Minister nur dringend bitten, nach jener Bauzeichnung keinen Bau mehr ausführen zu lassen.

Durch die Lebenswürdigkeit des Herrn Deputierten habe ich einen klüglichen Einblitt tun können in eine veränderte Bauzeichnung, die größere Wohnräume ermöglicht; aber auch hierbei denkt man daran, den Stall, wie früher, durch eine Brandmauer getrennt an das Wohnhaus heranzubauen mit Rücksicht auf schlechtes Wetter, so daß es den Beamten jederzeit ermöglicht ist, schnell hineinzukommen, ohne dem Wetter ausgesetzt zu sein; diese kleine Bequemlichkeit schenkt sich jedes Beamte gern, wenn er nicht gezwungen wird, die Tische aus den Ställen in den Wohnräumen ständig ertragen zu müssen. (Sehr richtig!)

Ich kann daher nur nochmals betonen — ich glaube, ich tue es im Einverständnis mit allen Beteiligten —, daß es den Beamten sicher eine große Freude sein würde, zu hören, daß man von dieser Bauzeichnung für die Folge Abstand nehmen will.

Präsident v. Stöcker: Das Doet hat der Abgeordnete Dr. Wiemer.

Dr. Wiemer, Abgeordneter (freis. V.-P.): Der Herr Vorredner hat im Eingange des Rede von der agitativen Tätigkeit der Beamten bei den Wahlen gesprochen und die Enthaltsamkeit der Gendarmen in dieser Beziehung dazu in Gegensatz gebracht. Ich weis nicht, welche besondere Erwägung den Herrn Vorredner dazu veranlaßt hat. Jedenfalls möchte ich ansprechen, daß, meiner Ansicht nach, den Beamten die Betätigung ihrer staatsbürgerlichen Rechte auch bei den Wahlen nicht oeffenbar werden darf. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Wenn ich auch mit dem ersten Redner aus dem Hause, dem Abgeordneten Paensch-Schmidtlein, anerkenne, daß die alljährlichen Verhandlungen über Gendarmeriefragen ab und zu einen Erfolg gezeitigt haben, so bleibt doch sicher noch vieles zu wünschen übrig. Auch der diesjährige Etat hat eine Veneuerung gebracht: Verrichten zu den Kosten des Aufschlags in Höhe von 30 M. Es ist nicht viel, aber es ist immerhin eine Verringerung der verrichteten Gendarmen, die bisher die Kosten

aus eigenen Mitteln bestreiten mußten, und es wird damit ein Ausgleich gegenüber den Fußgängerarmen geschaffen, die solche Kosten nicht haben.

Von den Wünschen, die sonst bestehen, bleiben aber noch genug übrig, und ich glaube mit den Herrn Vorrednern, daß viele dieser Wünsche durchaus berechtigt sind. Auch ich gehe selbstverständlich auf die Gehaltsfrage nicht ein; das wird zu entscheiden haben, wenn die Verbesserungsvorlage eingebracht ist. Die Meinung, die der Herr Abgeordnete Paensch-Schmidtlein ausgesprochen hat, die Beamten sollten nicht allzu große Hoffnungen auf die Verbesserungsvorlage setzen, mag ja in gewissem Sinne berechtigt sein; aber auf der anderen Seite möchte ich den Wunsch aussprechen, daß die berechtigten Forderungen der Gendarmen bei der in Aussicht stehenden Gehaltsverbesserung ausreichende Berücksichtigung finden mögen. (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Dann werden wir auch auf die Frage der Dienstaufwandsentschädigungen und ihrer Zurechnung zum pensionsfähigen Gehalt zu sprechen kommen.

Ich will jetzt noch einiges den Ausführungen des Herrn Vorredners hinzufügen, noch einige Mängel der Veranschlagung dem Herrn Abgeordneten Paensch-Schmidtlein den Herrn Gendarmen überreicht hat.

Auch neuerdings sind mir Klagen über die ungleichmäßige Verteilung der Stellenzulagen eingegangen. Sie wissen ja, es sind verschiedene, die auch bei anderen Beamtenkategorien vorhanden sind und die sich gegen das System der Stellenzulagen richten. Es erhalten junge, unbeeheiratete Gendarmen solche Zulagen, während alte Leute mit Familie sie nicht bekommen; diese Zulagen werden zu sehr in das Gemische der vorgesetzten Behörde gestellt (sehr richtig! bei den Freisinnigen); und mir scheint eine Änderung nicht nur bei den Gendarmen, sondern auch sonst sehr erwünscht zu sein. Es würde richtiger sein, Teuerungszulagen zu gewähren unter Berücksichtigung der in den einzelnen Bezirken herrschenden Teuerungserhältnisse.

Mir scheint auch der Wunsch der verrichteten Gendarmen und Oberwachmeister auf Änderung einiger Bestimmungen über die Pferdehaltung berechtigt. Der Herr Abgeordnete Schulze-Pellum hat ja die Schwierigkeiten der Pferdebeschaffung bereits ausreichend hervorgehoben; ich kann mir hinzufügen, daß mir die Erhöhung des Montepotes von 150 auf 200 M. wie sie vielfach gewünscht wird, nicht unbedeutend erscheinen würde, da die Pferdepreise ja im allgemeinen in die Höhe gegangen sind und auch sonst Schwierigkeiten bei der Pferdebeschaffung bestehen.

Auch der Wunsch dürfte zu erwägen sein, die Rückzahlung der abgezogenen Gehaltsbeiträge zum Remontefonds in Höhe von 800 M eintreten zu lassen. Einer der Herren Vorredner hat diese Einrichtung bereits erwähnt. Es läßt sich nicht recht begründen, daß den Gendarmen solche Abzüge vom Gehalt für die Beschaffung von Dienstpferden gemacht werden; mit dem gleichen Rechte könnte man auch von den Maschinenführern der Eisenbahnen solche Abzüge für Beschaffung besserer Maschinen verlangen. Zum mindesten müßte eine Verzinsung dieser Beiträge eintreten, falls man diese 300 M als eine Art Kaution ansieht, die der Staat in Händen hat.

Es dürfte auch berechtigt sein, wenn für außergewöhnliche Dienstleistungen, die besondere Aufwendungen von Seiten der Beamten erfordern, eine Entschädigung gewährt wird; zum Beispiel wenn Artz- und Obererkrankungsfälle außerhalb des Standortes 6 bis 8 Tage dauern, müßte doch eigentlich den Oberwachmeister, die dabei sein müssen, eine Entschädigung gewährt werden, was heute nicht der Fall ist. Es wäre nicht unbillig, daß sie Tagelöhner erhielten, etwa wie in Randovergeiten, bei 3 Tagen und 2 Nächten. (Zuruf.) Die Gendarmen bekommen sie, die Oberwachmeister nicht.

Die Umzugskosten der Prohibiten werden als unzureichend bezeichnet. Sie werden nach dem Militärtarif berechnet, und es macht die Berechnung oft nur ein Drittel dessen aus, was der Umzug kostet. Die Leute, die Gendarmen werden wollen, fürchten sich vor diesen Kosten, die gleich zu Anfang Anlaß zu Schulden geben.

Was die Wohnungsfrage angeht, so kann ich nur unterstützen, was von den Vorrednern ausgesprochen ist. Ich jetzt, nach allem, was bereits geschehen ist, bleibt diese Frage ein sehr schwieriges Kapitel. In der Kommission sind darüber sehr eingehende Ausführungen gemacht worden. Im allgemeinen billige ich es, daß Dienstwohnungen gewährt werden, weil es zweifellos für den Gendarmen in sehr vielen Gegenden außerordentlich schwer ist, geeignete Wohnungen zu finden, und weil es nicht erwünscht ist, die Gendarmen in Abhängigkeit zu bringen von den Vermietern. Aber es bestehen auch Klagen über die von dem Staat gebauten Dienstwohnungen. Wenn ich den Herrn Vorredner, der zumißt nach der rechten Seite sprach, richtig verstanden habe, so hat auch er Klagen über Dienstwohnungen vorgebracht. Sie sind vielfach zu klein gebaut, sind auch oft feucht und weisen andere Mängel auf. In der Regel sind sie nur für Gendarmen mit Frau und 2 Kindern berechnet, und wenn mehr Kinder kommen, reicht die Wohnung nicht aus. Es wird mir gesagt, daß dann eine Verletzung im Interesse des Dienstes erfolge, wenn die Wohnung sich als nicht ausreichend erweist. Ich würde das,

falls es zutreffen sollte, nicht gerade für sehr richtig halten; denn es ist doch nicht angezeigt, einen Beamten, der in einem Bezirk sich eingelebt hat, aus einem solchen Grunde zu verjagen; auch die Gendarmerie ist nicht in der Lage, dem Storch eine Maximalarbeitszeit vorzuschreiben. (Weiterkeit.)

Mit dem ersten Herrn Vorredner halte ich es für notwendig, daß die Gendarmen einen Dienstraum haben; das ist unbedingt erforderlich. Aber für die Anschaffung eines solchen Dienstraumes sollte doch eine besondere Entschädigung für Miete und Heizung gewährt werden; andere Beamte, die im Bureau arbeiten, haben doch auch keine besonderen Ausgaben für Miete und Heizung des Dienstraumes.

Die Anregung, die in der Kommission gegeben ist, daß die Gemeinden Wohnungen zu einem angemessenen Preise den Gendarmen überlassen sollten, läßt sich erwidern, und ich kann sie auch unterstützen, fürchte allerdings, daß nicht viele Gemeinden dazu bereit sein werden, zumal wenn sie, wie in der Kommission gesagt worden ist, dabei Einbußen erleiden sollten.

Von den Herren Vorrednern ist bereits von der Erhöhung der Rangstellung der Gendarmen gesprochen worden. Ich glaube, daß der Wunsch wohl berechtigt ist in Rücksicht auf die schwere und verantwortungsvolle Diensttätigkeit, die die Gendarmen auszuüben haben. Ich will in dieser Beziehung weitere Ausführungen nicht machen; ich beziehe mich auf das, was heute und bei früheren Verhandlungen hier wiederholt gesagt worden ist. Die Anforderungen, die an diese Beamten gestellt werden, sind ständig im Wachsen, weil die gesetzlichen Bestimmungen und die Verordnungen sich ständig mehrten, namentlich auf dem Gebiete des gewerblichen Lebens, und die Arbeiten und Amtsbefugnisse der ausführenden Organe damit immer umfangreicher werden.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch mir die Behandlung der Gendarmen durch die Vorgesetzten. Da bestehen mancherlei Klagen, und ich kann nicht sagen, daß sie immer unberechtigt sind.

Meine Herren, die Zwitterstellung, in der sich die Gendarmen einmal befinden, indem sie teils Beamte, teils Soldaten sind, legt ihnen mehr Pflichten auf als anderen Beamten, während sie die Vorteile als Soldaten nicht genießen. Für jede Kleinigkeit zum Beispiel kann Arreststrafe verhängt werden. Ich halte den Wunsch für berechtigt, diese Arreststrafe nach Möglichkeit einzuschränken. (Sehr richtig! links.)

Es sollte den Gendarmen auch allgemein gestattet werden, in Zivil auf Urlaub zu fahren; heute ist erst eine besondere Erlaubnis dazu erforderlich. Auch sollte in einigen Fällen

der Oberwachtmeister in der Lage sein, bis zu 48 Stunden Urlaub zu erteilen.

Wenn die berechtigten Wünsche der Beamtenchaft, die man doch wahrlich nicht als unbefriedigten ansehen kann, namentlich, wenn man sie mit den Forderungen anderer Beamtenkategorien vergleicht, erfüllt werden, und wenn für eine gerechte und humane Behandlung der Beamten gesorgt wird, so wird es auch gelingen, den Beamtenmangel völlig zu beseitigen, und es wird gelingen, das Korps in seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten. Ich kann nur den Herren Vorrednern zustimmen, die ausgeführt haben, daß wir den größten Wert legen müssen auf eine tüchtige und leistungsfähige Gendarmenorganisation, die pflichtgetreu mitwirkt an der Ausführung der Staatsgesetze. (Bravo! links.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Wamhoff.

Wamhoff, Abgeordneter (nat.-lib.): Meine Herren, schon in früheren Jahren sind auch von meinen politischen Freunden in bezug auf die Gendarmen hier Wünsche vorgetragen worden, die nach unserm Urteil voll und ganz als berechtigt gelten konnten. Auch in diesem Jahre möchte ich einiges hinzufügen. Allerdings ist der Strauß ja schon ziemlich voll, und der Herr Kollege Wiener hat nun auch noch ein paar Sträuchlein Bergheimeinnicht eingeflochten, daß es mir schwer wird, noch eine Lücke zu entdecken. Herr Kollege Baensch-Schmidlein hat so viel vorweggenommen, daß, als ich vorhin während seiner Rede auf der rechten Seite stand, einer von den als Redner bezeichneten Herren sagte: ja, der Mann nimmt mir ja alles weg. Was soll nun aber derjenige noch vortragen, der an fünfter Stelle steht! (Zuruf rechts: Vergißt!)!

Meine Herren, im großen und ganzen kann auch ich erklären, daß ich den Ausführungen der verschiedenen Kollegen und namentlich des Herren Kollegen Baensch-Schmidlein zustimme. Ich habe aber noch einige kleine Wünsche hinzuzufügen. Den einen Wunsch hat eben der Herr Vorredner schon angedeutet — und wenn ich recht gehört habe, so hat der Herr Kollege Baensch-Schmidlein das auch schon hervorgehoben —: das ist die Erlaubnis zum Tragen von Zivilkleidung beim Urlaub. Soweit ich unterrichtet bin, ist zum Tragen der Zivilkleidung die Erlaubnis der Brigade erforderlich, und diese Erlaubnis wird nicht überall erteilt.

Dann kann auch ich nur meine Freude darüber aussprechen, daß die Staatsregierung mit dem Bau von Dienstwohnungen energischer vorgeht. Ich möchte da noch etwas betonen, was ich schon früher in der Budgetkommission gesagt habe, daß bei dem Anlauf der Grundstücke nicht allein auf den Erwerb des Baugrundstückes Rücksicht zu nehmen ist, sondern vor allem auf einen etwas größeren Garten. Für die Gendarmen, die auf dem Lande

wohnen, ist die Beschaffung von Gemüse oft recht schwierig und deshalb ein Gartengrundstück sehr erwünscht.

Wir alle, meine Herren, hier im Hause sind überzeugt von der verantwortungsvollen Stellung der Gendarmen und von den großen Ansprüchen, die an ihre Kaltblütigkeit und ihren Mut oftmals gestellt werden. Wir haben deshalb alle Ursache, die Verußfreudigkeit der Gendarmen zu fördern; und das tun wir, indem wir ihren gerechten und billigen Wünschen entgegenkommen. Nachdem wir diese Wünsche hier vorgetragen haben, wird es nun Sache der Regierung sein, sie zu erfüllen. (Bravo! links.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Hammer.

Hammer, Abgeordneter (kons.): Meine Herren, ich unterstehe auf das wärmste die von den Herren Rednern vorgetragene Wünsche, wie ich es ja schon Jahr für Jahr getan habe; aber ich möchte nicht als sechster Redner die sechste ähnliche Rede halten. Deshalb verzichte ich auf alle weiteren Ausführungen, indem ich hoffe, daß der Herr Minister diesen braven Beamten nach Möglichkeit helfen wird.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Busch.

Busch, Abgeordneter (Zentr.): Der Herr Kollege Hammer war in der glücklichen Lage, daß zwei Fraktionskollegen von ihm zu der Sache geredet hatten, was bei mir nicht der Fall ist. Ich möchte deshalb die Wünsche meiner Fraktion in aller Kürze zum Ausdruck bringen.

Mit den Wünschen, die der Herr Kollege Baensch-Schmidlein, der seit Jahren die Interessen der Gendarmen so warmherzig in diesem hohen Hause vertritt, vortrug, erklären auch wir uns durchweg einverstanden, namentlich bezüglich der Wohnungsfrage, mehr aber noch hinsichtlich der Forderung, daß auch den Gendarmen mindestens ein freier Sonntag im Monat gewährt wird. Es sind doch unhaltbare Zustände, daß von sämtlichen Beamtenkategorien der Gendarm allein nicht in der Lage sein soll, Sonntags seinen religiösen Pflichten nachzukommen, daß der Gendarm nicht einen Sonntag sich seiner Familie widmen kann. Wenn hier und da ein wohlwollender Landrat dazu übergegangen ist, aus eigenem Ermessen den Gendarmen einen freien Sonntag zu gewähren, verdient das gewiß alle Anerkennung; aber ich meine, die vorgesetzte Behörde muß es den Landräten zur Pflicht machen, daß auch der königlich preussische Gendarm seinem Vergott Sonntags den Tribut darbringen kann, wie es seiner Dergangsmeinung entspricht. Nach dieser Richtung verbiere ich der königlichen Staatsregierung, daß wir jedes Jahr diese Klage im Hause wiederholen werden, bis Wandel geschaffen ist. Was den anderen Staatsbeamten recht ist auf dem Gebiete der

Sonntagsruhe, muß auch dem Gendarm billig sein. Bei der bevorstehenden Gehaltsregulierung dürfen wir hoffen, daß die Wünsche, die von den Herren Vordemern bezüglich der Gendarmen geäußert worden sind, realisiert werden. (Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Külle.

Külle, Abgeordneter (b. keiner Frakt.): Meine Herren, ich schließe mich alldem, was in diesem hohen Hause zugunsten der Gendarmen vorgetragen ist, aus vollem Herzen an; ich möchte nur noch auf einzelne Punkte besonders hinweisen.

Zunächst möchte ich den Herrn Minister bitten, daß er darüber eine Enquete veranstaltet, was die Gendarmen von ihrem Gehalt auszubeden müssen, um ihren Dienst ordnungsmäßig versehen zu können. Mir ist bekannt, daß einzelne Gendarmen von ihrem Gehalt 150 bis 200 M für den Dienst auszugeben haben. Ich gebe zu, daß bei uns im Darz die Verhältnisse besonders liegen. Die Gendarmen müssen bei den hohen Schnelagen häufig Nächte unterwegs sein und haben dann auch noch ohne die besonderen Zehrungskosten auf ihre Kosten zu logieren. Wenn zum Beispiel Schneefeste bei uns abgehalten werden, zu denen Tausende aus aller Welt zusammenkommen und kaum noch Platz in den Gasthäusern zu finden ist, muß der Gendarm für sein schweres Geld Unterkunft suchen und Getränke und Speisen teuer bezahlen. Wenn eine Ermittlung darüber stattfindet, was die Gendarmen jährlich für Dienstzwecke aus ihrer Tasche zu zweckentsprechenden Wahrnehmungen des Dienstes aufwenden müssen, dann wird man die Dienstauswandsgeelder gerechter bemessen können als bisher.

Dann bedaure ich, daß wegen der Erhöhung von Gehaltszulagen an Gendarmen die Teuerungszulagen, speziell im Darz, weggefallen sind. Wenn der Herr Minister nachforscht, wird er finden, daß bei uns die Lebensmittel durchschnittlich 22 % teurer sind als an dem Sitz der königlichen Regierung in Stideseim; Gemüse und Eib sind 50 bis 100 % teurer. Deshalb lag meines Erachtens kein genügender Anlaß vor, daß wegen der allgemeinen Gehaltsanforderungen den Gendarmen unter diesen abnormen Verhältnissen die Teuerungszulagen genommen wurden.

Mit dem Herrn Kollegen Vacsch-Schmidlein bedaure ich ferner, daß den Gendarmen die Militärartee entzogen ist; nach meinem Dafürhalten — und wer als Beamter in enger Verbindung mit der Gendarmerie steht, kann es am besten beurteilen — ist der Gendarm immer im Dienst, und deshalb muß ihm die Militärartee gewährt werden. Ich weiß zum Beispiel, daß Oberwachtmeister zwecks Wahrnehmung von Amtshandlungen die meisten Fahrten auf ihre Kosten machen müssen, um im Interesse des

Staates bei der Anflutung von Straßfällen zu nützen. Das ist sehr bedauerlich!

Zum Schluß habe ich den Wunsch, daß die Gendarmen den Förstern in bezug auf Rang und Gehalt gleich bewertet werden mögen. Die Gendarmen werden jetzt auf den Gendarmerschulen derartig weiter ausgebildet, daß sie den Förstern gleichgestellt zu werden verdienen!

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Herr Minister.

v. Nolte, Minister des Innern: Meine Herren, um im Wilde zu bleiben, darf ich für den großen Strauß von Frühlingwünschen, der mir bezüglich der Landgendarmerie überreicht ist, mit der Generalanleihe meines Wohlwollens für diese Beamten antworten, deren Bedeutung ich nach meinen Dienst-erfahrungen durchaus zu würdigen und zu schätzen weiß.

Meine Herren, ich glaube, Herr Abgeordneter Vacsch-Schmidlein war es, der angeregt hatte, Dienstzimmer vorzusehen für die Gendarmen. (Widerspruch.) Von einer Seite wurde jedenfalls dieser Wunsch laut. (Abgeordneter Vacsch-Schmidlein: Abschaffen!) Damit bin ich durchaus einverstanden! Ich habe das zu meinem Bedauern falsch verstanden; ich meine, daß der Gendarm nicht ins Bureau gehört, sondern in seinen Bezirk (Zustimmung), und ich möchte in dieser Richtung forschen, auf die Gestaltung der Beamtenwohnungen weiter einzutreffen.

Es sind sodann die Stellenzulagen erwähnt, die einzelnen Gendarmen gewährt werden. Es werden augenblicklich an 830 Gendarmen Stellenzulagen gewährt im Betrage von 150 bis 200 M. Im wesentlichen gehen diese Stellenzulagen in die Industriebezirke, die erfahrungsmäßig die größten Ansprüche an die wirtschaftliche Existenz dieser Beamten stellen. Insofern haben — und das entspricht einem aus diesem hohen Hause geäußerten Wunsch — diese Stellenzulagen die Eigenschaft von Teuerungszulagen.

Die Verneuerung der Gendarmen, die auch ich allerdings als durchaus notwendig hinstelle, nimmt ihren gewiesenen allmählichen Fortgang dank des Entgegenkommens des Finanzministers. Der diesjährige Etat weist 55 neue Stellen auf.

Ich komme nun zu einem Spezialwunsch, der aber bestimmt von Herrn Vacsch-Schmidlein ausgesprochen ist, das ist die Wiederherstellung der Militärartee für die Gendarmerie. Sie sind 1900 abgeschafft. Auch hier befinde ich mich mit seinen Wünschen in Übereinstimmung und kann dies auch bezüglich des Herrn Chefs der Landgendarmerie ansprechen. Ich bin gern bereit, die nötigen Schritte zur Wiedereinführung zu tun, wenigstens den Versuch zu machen, den Herrn Eisenbahnminister zur Zustimmung zu bewegen. (Bravo!)

Es wurde dann von einer Seite geäußert, es sei wünschenswert, den Dirantaufwand der Gendarmen pensionsfähig zu machen. Das wäre ein Bruch mit allen Grundgesetzen der Staats- und gesetzlichen Bestimmungen, die wir in Preußen haben. Da kann ich kein Entgegenkommen in Aussicht stellen.

Wenn ich zu den Gendarmenwohnungen übergehe, so ist, glaube ich, schon mitgeteilt, daß wir augenblicklich darüber her sind, einen Normalentwurf für Gendarmenwohnungen anzufertigen, und ich bin gern bereit, die hier angeregte Frage zu prüfen, ob es möglich und angezeigt ist, für Stallgebäude als besondere Gebäude neben den Wohnhäusern Platz zu schaffen. Das läßt sich ja nicht verkennen, daß durch eine solche Bauweise die Kosten größer werden. Aber ich meine, daß diese Frage doch, im Gegensatz zu einer festen Saablone für sämtliche Teile der Monarchie, nur unter Rücksicht auf örtliche Verhältnisse zu entscheiden ist. Eine gewisse Bewegungsfreiheit in der Richtung zu erhalten, indem mir durchaus erwünscht ist zu sein, und ich werde mich dahin bemühen. (Bravo! rechts.)

Was dann im übrigen die Wohnungsverhältnisse der Gendarmen anbetrifft, so ist in jeder Beziehung durch den Etat vorgesehen, daß größere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Der Fonds Kap. 94 Tit. 8, aus welchem unter andern auch Mietbeihilfen an solche Gendarmen gezahlt werden, deren Wohnungsgeldanspruch im Mißverhältnis zu der zu zahlenden Miete steht, ist nicht unerheblich erhöht worden, damit solche Mietbeihilfen in Zukunft in erweitertem Umfang gewährt werden können.

Dann ist bei dem Fonds Kap. 94 Tit. 9 für Neuammietung von Gendarmenwohnungen als Dienstwohnungen im Jahre 1908 ein Posten von 130 000 M neu eingestellt worden. Ich möchte bitten, dabei zu berücksichtigen, daß von 5480 zur Zeit vorhandenen Oberwachtmeistern und Gendarmen 1674, also annähernd ein Drittel, sich im Genusse staatlicher Dienstwohnungen befinden, was sehr erfreulich ist. Ebenso ist auch im Extraordinarium — ich will das nur erwähnen, ohne über diesen Titel sprechen zu wollen — in Kapitel 25 Titel 12 für den Neubau bzw. Ankauf von Dienstwohnungen für Oberwachtmeister und Gendarmen der Betrag von 402 862 M gegenüber 286 000 M im Jahre 1907 neu eingestellt.

Daraus ist zu ersehen, daß unter Mitwirkung des Herrn Finanzministers zu meiner Freude auf dem betretenen Wege planmäßig weiter gegangen werden kann. (Beifall.)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Wiemer.

Dr. Wiemer, Abgeordneter (freij. V.-B.): Meine Herren, die Ausführungen des Herrn Ministers erfüllen mich insofern mit Genugtuung, als er sich nicht darauf beschränkt hat, das übliche Wohlwollen für die Gendarmen auszusprechen, sondern bereits einige bestimmte Zusagen gegenüber den aus dem Hause geäußerten Wünschen erteilt hat. Ich hoffe, daß er auch die übrigen Wünsche wohlwollend prüfen und ihnen gegenüber Entgegenkommen beweisen wird, soweit das nach seinem pflichtmäßigen Ermessen irgend möglich ist.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort ist nicht weiter verlangt; die Besprechung ist geschlossen. Ich stelle fest, daß die Titel 1, 2, 3, 4, 5, 6a, 6, 7, 8, 9a, 9b, 9, 10, und 11 des Kap. 94 vom Hause bewilligt sind, daß weiter aus den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben in Kap. 28 die Tit. 11 und 12 bewilligt sind.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Paensch-Schmidtstein.

Paensch-Schmidtstein, Abgeordneter, (freisonj.): Herr Kollege Wiemer hat in seiner ersten Rede erklärt, ich hätte am Schlusse der meinigen gesagt: die Beamten würden ihre Hoffnungen nicht zu hoch spannen. Das war ein Irrtum des Herrn Kollegen Wiemer; ich habe nur gesagt: die Beamten möchten ihre Forderungen nicht zu hoch spannen, und das ist ein wesentlicher Unterschied. (Sehr richtig! rechts.) Mir liegt z. B. hier ein Schreiben vor, worin ein Gendarmenfreund verlangt, daß sie auf 3000 M Gehalt kommen. Da für früher 1000 M bezogen und im vorigen Jahr auf 1900 M aufgebessert worden sind, so würde das natürlich nicht möglich sein. Am Schlusse meiner Rede habe ich auch ausdrücklich erklärt, daß meine politischen Freunde nach wie vor für die berechtigten Forderungen der Gendarmen eintreten würden, was Herr Abgeordneter Schulz-Bellum ja auch bestätigt hat. Herr Kollege Wiemer hat dankenswerterweise nachher mir erklärt, daß ihm in dieser Beziehung ein Irrtum passiert sei.

Dem Herrn Minister will ich noch kurz erwidern, daß ich allerdings gleich im Eingang meiner Rede gewünscht habe, daß die Gendarmen in Dienstzimmer halten sollen, und daß ich geglaubt habe, es ist bereits eine Verfügung in diesem Sinne ergangen. Mein Wunsch ist also auch gerade der des Herrn Ministers, und ich hoffe nun um so mehr, daß er in allerzürgester Zeit in Erfüllung gehen wird.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Wir gehen über zu Kap. 94. Ich eröffne die Besprechung über Titel 1 — 2, — 3, — 4, — 5, — 6, — 6a, — 6b, — schließe die Besprechung und stelle die Bewilligung dieser Titel durch das Haus fest.

Aus den Parlamenten.

Der dem Hause der Abgeordneten zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Verleht ein unmittelbarer Staatsbeamter in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt vorsätzlich oder fahrlässig die ihm eine Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die im § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmte Verantwortlichkeit an Stelle des Beamten den Staat.

Die Verantwortlichkeit des Staates ist ausgeschlossen bei solchen Amtshandlungen, für welche der Beamte Gebühren von den Beteiligten zu beziehen hat.

§ 2. Wird der Staat auf Grund der Vorschrift des § 1 in Anspruch genommen, so finden auf die Feststellung, ob der Beamte sich einer Überschreitung seiner Amtsbefugnisse oder der Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht hat, die für den Fall der Verfolgung des Beamten geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

§ 3. Der Staat kann von dem Beamten Ersatz des Schadens verlangen, den er durch die im § 1 bestimmte Verantwortlichkeit erleidet. Der Ersatzenspruch verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Ersatzenspruch des Dritten diesem gegenüber von dem Staate anerkannt oder dem Staate gegenüber rechtskräftig festgestellt ist.

§ 4. Die Vorschriften der §§ 1 bis 3 finden entsprechende Anwendung:

1) auf die für den Dienst eines Kommunalverbandes angestellten Beamten mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Staates der Kommunalverband tritt;

2) auf die Lehrer und die Lehrerinnen eines Schulverbandes mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Staates der Schulverband tritt.

Einem Kommunalverbande stehen gleich die Amtsbezirke, die Amtsbezirke und die zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten gebildeten Zweigverbände.

Einem Schulverbande stehen gleich die öffentlichen höheren Lehranstalten, die Schulsozialitäten sowie die sonstigen zur Unterhaltung von öffentlichen Unterrichtsanstalten verpflichteten Verbände und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

Straf- und Verwaltungsrecht und Strafprozeß.

Erkenntnisse und Beschlüsse.

Die mit einem Stern bezeichneten Erkenntnisse und Beschlüsse, die aus von unsrer Sonderdruckerei geliefert sind, dürfen ohne unsere Zustimmung nicht zum Abdruck gebracht werden. Die Schriftleitung.

1. Reichsgericht.

Deutsches Reich. Waffengebrauch. Der durch den Waffengebrauch eines Beamten Beschädigte hat nicht die Widerrechtlichkeit des Waffengebrauchs zu beweisen, sondern der

§ 5. Die Vorschrift des § 6 des Gesetzes über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen vom 11. Mai 1842 (Gesetzsamml. S. 102) gilt auch für die den Beteiligten nach diesem Gesetze zustehenden Rechte.

§ 6. Soweit durch Reichsgesetze oder Landesgesetze für bestimmte Fälle eine Haftung des Staates oder der Kommunalverbände über den in jenen Gesetzen bestimmten Umfang hinaus ausgeschlossen ist, finden die Vorschriften dieses Gesetzes keine Anwendung.

§ 7. Den Angehörigen eines ausländischen Staates steht ein Ersatzenspruch auf Grund dieses Gesetzes nur insoweit zu, als nach einer in der Preussischen Gesetzsammlung enthaltenen Bekanntmachung des Staatsministeriums durch die Gesetzgebung des ausländischen Staates oder durch Staatsvertrag der Gegenleistung verbürgt ist.

Strafrechtliche Behandlung jugendlicher Personen. Der dem Abgeordnetenhaus zugegangene Antrag: Die Königlich-Preussische Staatsregierung zu ersuchen,

1. im Bundesrat für die schleunige Einbringung eines Gesetzentwurfs über das Strafrecht, das Strafverfahren und den Strafvollzug in Beziehung auf jugendliche Personen einzutreten,

2. „bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes die bereits angestellten Verordnungen, auf dem Boden des bestehenden Rechts im Wege der Verwaltung und der Geschäftsbearbeitung das Strafverfahren gegen jugendliche Personen in einer ihrer Eigenart entsprechenden Weise zu gestalten, nach Möglichkeit zu fördern und zu verallgemeinern“ ist von der Justizkommission des Hauses durch beraten worden. Die Justizkommission schlägt vor:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die Königlich-Preussische Staatsregierung zu ersuchen,

1. im Bundesrat für eine Reform der Vorschriften über das Strafrecht, das Strafverfahren und den Strafvollzug in Beziehung auf jugendliche Personen einzutreten;

2. „nach Möglichkeit zu versuchen, auf dem Boden des bestehenden Rechts im Wege der Verwaltung das Strafverfahren gegen jugendliche Personen in einer den bereits angestellten Verordnungen entsprechenden Weise auszugestalten.“

Singvögelschutz. Dem Reichstage ist eine Petition des Obergenarmen Albin Langhammer in Nachhülz (Saßhen) zugegangen, die das Halten gejagener Singvögel verboten oder doch eine bestimmte Größe des Netzes vorgeschrieben wissen will.

Beamte*) hat den Nachweis zu erbringen, daß ein die Widerrechtlichkeit ausschließender besonderer Umstand, insbesondere Notwehr, vorlag. — Entsch. III Ziv. R. O. vom 18. Januar 1907, III 182, O. — St.

*) Das RG. hat seine frühere entgegenge setzte Ansicht (vgl. Entsch. vom 19. Oktober 1904, Ziv. Rechtsprech. S. 745 R. 15) ausdrücklich aufgegeben.

Deutsches Reich. Fälschung eines Militärpasses als Urkundenfälschung. Wer seinen Militärpaß durch Eintragung einer nicht erlangten militärischen Charge fälscht, um damit den Nachweis zu führen, daß er den Anforderungen für eine bestimmte Beamtenstelle (es handelte sich um die ausgeschriebene Stelle eines Polizeiferganten) genüge, begeht nicht nur eine Übertretung des § 368 StGB. (Fälschung eines Legitimationspapiers), sondern eine Urkundenfälschung i. S. § 267 StGB. Denn mag er auch zunächst bei der Fälschung lediglich im allgemeinen eine Fälschung seiner wirtschaftlichen Lebensstellung im Auge gehabt haben, so hat er doch den gefälschten Militärpaß nicht „zum Zwecke seines besseren Fortkommens“, sondern zum Zwecke der Bewerbung um eine bestimmte amtliche Stellung der Polizeibehörde vorgelegt. Er hat dadurch, daß er sich als zum Unteroffizier befördert bezeichnete, in die Rechte der Militärbehörden eingegriffen, denen die Verfügung zur Beförderung beigelegt ist. Er hat sich auch einen Rang angemahnt, mit dessen Besitz bestimmte private und öffentliche Rechte verknüpft sind. Endlich hat er auch in die Rechte der Anstellungsbehörde durch Täuschung über seinen militärischen Rang eingegriffen. — Entsch. V. StrSen. RG. vom 20. September 1907. — St.

Deutsches Reich. Selbsthilfe. Überführungsakkt. Wer einem anderen eine Sache eigenmächtig wegnimmt, um sie als Überführungsakkt wegen einer unmittelbar zuvor von dem Besizer verübten strafbaren Handlung bei der Polizeibehörde niederzulegen, verstoßt nicht gegen das Verbot der Eigenmacht des § 358 BGB., da in der Verfügung, eine auf frischer Tat betroffene Person festzunehmen, (§ 127 StrPO.) auch das Recht enthalten ist, ihm Überführungsakkte abzunehmen. (So RG. Entsch. in Straff. VIII, 288, Rechtsp. d. RG. in Straff. V, 194). — Entsch. RG. vom 29. November 1906, Entsch. RG. in Jiv. S. 64, 385. — St.

II. Kammergericht.

Preußen. Führung des Titels Auktionskommissar. Das vom preussischen Handelsminister auf Grund des § 38 GewO. erlassene Verbot des Titels Auktionskommissar für die Verkäufertreuer ist gültig und hat rückwirkende Kraft auch auf solche Verkäufertreuer, denen früher dieser Titel von der Regierung verliehen worden ist. Auch ist der Titel Auktionskommissar ein Titel im Sinne des § 360 StGB. — Entsch. I StrSen. RG. vom 6. Februar 1908. — St.

Deutsches Reich. Mittagspause der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen. Ein Geschäftsinhaber hat seine Angestellten während der im § 130c GewO. vorgeschriebenen Mittagspause von jeder geschäftlichen Tätigkeit zu entbinden. Ist

der Angestellte Filialleiter und kann für seine Vertretung während der Mittagspause nicht gesorgt werden, dann muß die Verkaufsstelle vorübergehend geschlossen werden. Der Geschäftsherr muß etwas tun, damit der Gehilfe pp. sein Mittagessen in Ruhe einnehmen kann. Die Bestimmung des § 130c ist zum Wohle der wirtschaftlich schwachen Personen erlassen und zwingender Natur. Abmachungen, die ihre Anwendung ausschließen oder beschränken, sind unzulässig. — Entsch. I. StrSen. RG. vom 20. Februar 1908 gegen einen Inhaber von Konjunkturgeschäften in Berlin. — St.

Preußen. Rechtsbeisitzer. Ein Rechtsbeisitzer muß auch solche Schriftstücke, die er nicht selbst niederschreibt, sondern dem Ratstuchenden in die Feder diktirt, mit seinem Namen, seiner Wohnung (Geschäftslokal) und der laufenden Nummer des Auftrages im Geschäftsbuch (Preuß. MinVorscr. vom 28. 11. 01 Ziffer 7) versehen. Die Anwesenheit der Ausführung steht der Gewerbetätigkeit nicht entgegen. — Entsch. I. StrSen. RG. vom 18. April 1907, i. S. 237/07. — St.

Preußen. Aufstellen von Karussells, Schieß-, Schau- und Verkaufsbuden. Rechtsgültig ist eine Polizeiverordnung,*) die das Aufstellen von Karussells, Schieß-, Schau- und Verkaufsbuden bei Fiermesien, Schützenfesten und jeder anderen Gelegenheit auf und an den dem öffentlichen Verkehr dienenden Wegen, Straßen und Plätzen von einer ortspolizeilichen Genehmigung abhängig macht. Diese Vorschrift bezweckt die Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs; sie behandelt nicht einen durch § 33b GewO. geregelten Gegenstand. Die Gewerbeordnung spricht nur von der persönlichen Zulassung zu Straßengewerben. — Entsch. I. StrSen. RG. vom 8. Juli 1907, i. S. 621/07. — St.

III. Preussisches Oberverwaltungsgericht.

Preußen. Ausweisungandrohung gegen ausländische polnische Arbeiter. Einem russischen Polen, der in Vohagen-Rummelsburg als Vergolder beschäftigt war, wurde die Ausweisung aus dem preussischen Staatsgebiet angedroht, falls er nicht in einem landwirtschaftlichen Betriebe Stellung suchte. Diese Androhung enthält keine selbständige polizeiliche Auflage im Sinne des § 127 VGG.; die Anforderung, eine landwirtschaftliche Stellung anzunehmen, enthält kein mit Zwangsmitteln durchzusetzendes Gebot, sondern nur die Mitteilung der Bedingung, unter der die Ausweisung vermieden werden könnte. Wegen die Ausweisung selbst steht einem Ausländer nach dem Landesverwaltungsgefeh § 130 Abs. 3 kein Klagerecht zu; also kann ihm auch gegen die Mitteilung der Bedingung,

*) Polizeiverordnung der Polizeiverwaltung zu Gollingen vom 4. Juni 1905.

unter der er die Ausweisung vermeiden könnte, ein Alagerecht nicht zuerkannt werden. — Entsch. OLG. vom 28. Februar 1908 in Sachen des Vergolders Krenkow zu Kopenhagen-Kummelsburg gegen den Regierungspräsidenten zu Völsdam. — St.

*Preußen. Polizeistundenverordnung. Die Polizeibehörde ist befugt, eine Dinauschiebung der Polizeistunde nach ihrem pflichtgemäßen Ermessen zu gewähren oder abzulehnen und zwar auch ohne Angabe von Gründen. Eine Willkür oder Schilane kann in dem Umstande, daß andere in der Nähe gelegene Lokale eine spätere Polizeistunde haben, nicht gefunden werden, da die Frage, ob eine weitere Ausdehnung des Nachtbetriebes in einer Wirtschaft zugelassen ist, lediglich mit Rücksicht auf die Art des dortigen Betriebes nach dem Ermessen der Polizeibehörde zu beurteilen ist. — Rechtsfr. Vorbes. III. Sen. OLG. III 1878 vom 6. Januar 1908. — St.

Preußen. Polnische Straßennamen. Die Bezeichnung der Straßen eines Ortes mit Namen und der einzelnen Grundstücke mit Nummern dient nicht lediglich zur Erleichterung des öffentlichen Straßenverkehrs. Die einzelnen Wohngebäude sollen dadurch auch näher bezeichnet werden. Dies ist bei dem Zusammenleben einer größeren Anzahl von Menschen an einem Orte für den amtlichen, gewerblichen und geselligen Verkehr eine unentbehrliche Voraussetzung. Die Bezeichnung erfolgt daher durch die Polizeibehörde im öffentlichen Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Wie die Bezeichnung äußerlich kundgegeben wird — durch Straßenschilder an den Ecken, durch Nummerchilder an den Häusern — hat ausschließlich die Polizeibehörde zu bestimmen. Man wird in diese Befugnis der Polizei zwar noch nicht dadurch eingegriffen, wenn jemand die amtliche Straßen- und Nummerbezeichnung lediglich wiederholt, wohl aber verstößt es gegen die öffentliche Ordnung, wenn eine andere Bezeichnung gewählt wird; unzulässig ist daher die Anbringung polnischer Straßenschilder. — Entsch. I. Sen. OLG. vom 28. Februar 1908 gegen einen Schuhmacher in Wolfstein. — St.

IV. Oberlandesgericht Dresden.

Deutsches Reich. Mausein in Glückspiel. Nach den Feststellungen beteiligten sich 4–5 Personen. Der Kartengeber, der bei jedem Spiel wechselte, setzte in die Kasse einen Einsatz von 20 M., gab von dem aus 32 Blättern bestehenden Spiele Karten, jedem Mitspieler zunächst zwei Karten, deckte die folgende als Trumpf auf und gab jedem noch zwei Karten. Jedem Spieler stand nun frei, zu „mauseln“, d. h. allein gegen die übrigen etwaigen Mitspieler zu spielen. Diese konn-

ten sich am Spiel beteiligen oder passen. Der mitgespielte, hatte das Recht, von den ihm zugewiesenen 4 Karten einzelne oder alle fortzulegen und an deren Stelle andere von dem unverteilt gebliebenen Reite verdeckt abzugeben. Bei dem nunmehr beginnenden Spiel entschied die Zahl der Stiche über den Anteil am Gewinn, der aus dem Bestande der Kasse ausgezahlt wurde. Wer seinen Stich machte, mußte einen dem Einsatz gleichkommenden Betrag in die Kasse zahlen. Der „Kaufschler“ mußte auf seine Karten mindestens zwei Stiche machen, sonst verlor er einen gleichen Betrag. Pächten alle Spieler, so strich der Kartengeber den Einsatz ein und der nächste gab Karten. Dieses Spiel teilt dem Zufalle eine Hauptrolle zu. Der Wirt, der es in seinen Räumen duldet, macht sich nach § 285 StrGB. auch dann strafbar, wenn er es für erlaubt gehalten hat. — Entsch. OLG. Dresden vom 26. Juli 1906, Annalen 28, 122. — St.

V. Landgericht Conarbrück.

Preußen. Streifenpostenheben. Qualifikationsrecht oder Straßenzugübertragung. Eine Polizeiverordnung, die vorschreibt, daß den Anordnungen der Polizeibeamten, die zum Zweck der Sicherheit, Bequemlichkeit und Ruhe des öffentlichen Straßenverkehrs getroffen werden, vorbehaltlich der Befehlsverweigerung, unbedingt Folge zu geben sei, findet auch auf Streifenposten Anwendung, die durch ihr Verhalten (Anreden Arbeitswilliger) den freien Verkehr auf der Straße behindern. Das Qualifikationsrecht des § 152 GewO. steht der Strafbarkeit des Nichtfolgeleistens nicht entgegen. Die Polizeibehörde kann mit dem Einschreiten nicht warten, bis Anstände entstanden sind; sie hat das Recht und die Pflicht, vorbeugende Maßnahmen zu treffen. — Entsch. Str. u. LG. Conarbrück vom 12. Februar 1908. — St.

Polizeibericht.

Verwaltung. Feuerpolizei in Weßfalen. Nachdem, durch Albrecht Klaben vom 11. Juni 1907 ermächtigt, die zuständigen Minister die Allgemeine Feuerpolizei-Ordnung für die Provinz Weßfalen vom 30. November 1841 und ihre Nachträge aufgehoben haben, hat der Oberpräsident zu Münster am 25. November 1907 eine neue Polizeiverordnung betreffend das Feuerlöschwesen in der Provinz Weßfalen, eine Anweisung zur Ausführung der Bestimmungen über das Feuerlöschwesen, eine Polizeiverordnung betreffend Verhütung von Feuergefahr und eine Ausführungsanweisung zu § 18 dieser Verordnung (über die ortspolizeiliche Feuerchau) erlassen.

Über den Verkauf und das Tragen von Waffen hat der Landrat des Kreises Weßfensfeld am 28. September v. J. eine Polizei-

Verordnung mit nachstehenden Bestimmungen erlassen:

§ 1. Das Führen von Schlagringen, sogenannten Totschlagern (Papierstöden, Gummischläuchen, Striden oder Riemen, die mit Metall beschwert sind), ist verboten.

§ 2. Schusswaffen jeder Art, Patronen, Dolche, Dolchmesser und Jagdbänder dürfen nur an den rechtmäßigen Inhaber eines Waffenscheines (§ 1) und gegen seine Vorzeigung verkauft werden. Ausgenommen hiervon ist der Verkauf von Waffen und Munition, welche zur Ausübung der Jagd dienen, an solche Personen, die einen für sie gültigen Jagdschein vorzeigen. Die Verkäufer der gedachten Waffen haben ein Buch zu führen, in welches unter fortlaufender Nummer in jedem einzelnen Falle das Datum des Verkaufs, die Stückzahl und Art der verkauften Waffen, der Name, Stand und Wohnort des Käufers, sowie Nummer und Datum des Waffenscheines einzutragen sind. Das Buch muß dauerhaft gebunden und mit fortlaufenden Seitenzahlen versehen sein. Bevor es in Gebrauch genommen wird, ist es von der Ortspolizeibehörde unter Beglaubigung der Seitenzahl abzutempeln. In dem Buche dürfen weder Notizen vorgenommen noch Eintragungen unleserlich gemacht werden; auch darf es ohne Genehmigung der Ortspolizeibehörde weder ganz noch teilweise vernichtet werden. Es ist der Ortspolizeibehörde und dem Landrat und deren Beauftragten auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

§ 3. Das Führen von Hieb-, Stich- oder Schusswaffen ist verboten. Ausnahmen von diesem Verbot finden statt:

- a) für Personen, welche Kraft ihres Amtes oder Berufs zur Führung von Waffen berechtigt sind, in Betreff der letzteren;
- b) für die Mitglieder von Vereinen, welchen die Befugnis, Waffen zu tragen, beewohnt, in dem Umfange dieser Befugnis;
- c) auf die Überbringer von Waffen im gewerblichen Verlehrs;
- d) für Personen, die einen für sie ausgestellten Jagdschein bei sich haben, in Betreff der zur Ausübung der Jagd dienenden Waffen;
- e) für Personen, welche einen für sie ausgestellten Waffenschein bei sich führen, in Betreff der in demselben bezeichneten Waffen.

§ 4. Ein Waffenschein darf nur dann erteilt werden, wenn das Bedürfnis des Nachsuchenden zur Führung einer Schuss- oder Stichwaffe von der zuständigen Behörde anerkannt wird. Er darf nur durch auszuverlässigen Personen im Alter von mehr als 21 Jahren und auch solchen nur widerruflich jedesmal auf ein Jahr ausgestellt werden. Unabhängig zur Erteilung eines Waffenscheines ist der Landrat. Die Erteilung des Waffenscheines erfolgt gebührenfrei.

§ 5. Wird die Erteilung des Waffenscheines widerrufen, so ist er sofort an die-

jenige Behörde zurückgegeben, welche ihn ausgestellt hat. Geht dies nicht, so kann unbeschadet der verwirkten Strafe der Widerruf öffentlich bekannt gemacht werden. Der Widerruf erfolgt schriftlich oder zu Protokoll der Behörde, welche ihn ausgesprochen hat.

§ 6. Der Waffenschein darf anderen Personen nicht zur Benutzung überlassen werden.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Geldstrafen bis zu 30 M., im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft geahndet, sofern nicht nach den Strafgesetzen eine schwerere Strafe eintritt.

Von einem Personenzuge überfahren und auf der Stelle getötet wurde auf dem Bahnhof zu Pijia nam. W. W. Enkel aus Dupietwo, 5. Brigade.

Personalveränderungen.

Seine Majestät der König haben Allerhöchste geruht, dem Obersten Lehr. Brigadier der 11. Gendarmerie-Brigade, die Erlaubnis zur Anlegung des kaiserlich-königlichen Verdienstkreuzes zweiter Klasse zu erteilen.

Seine Majestät der König haben Allerhöchste geruht, den Major v. Angen, Kommandeur der Gendarmerieschule Einber., und den Hauptmann v. Treschow, Distrikts-Offizier in der 1. Gendarmerie-Brigade, zu Ehrenrittern des Johanniter-Ordens zu ernennen.

Des Königs Majestät haben mittels Allerhöchsten Erlasses vom 2. März d. Js. zu verleihen geruht: das Allgemeine Ehrenzeichen: dem Fußgendarmerie-Wachtmeister Koch in Götting, der 3. Brig., dem Fußgendarmerie-Wachtmeister Pohl VII in Deutsch-Wulke, und dem berittenen Gendarmerie-Wachtmeister Hering in Neudorf, beide in der 6. Brig., den Fußgendarmerie-Wachtmeistern Hill in Hohenlimburg, Terweite in Voerde, Wolter in Berne, sowie dem Oberwachtmeister zu Fuß Mahnhold in Ahnold, sämtlich in der 7. Brig., dem Fußgendarmerie-Wachtmeister Schmidt XI in Völsingen, 8. Brig., dem berittenen Gendarmerie-Wachtmeister Oster in Rendsburg, 9. Brig., dem Fußgendarmerie-Wachtmeister Hauke in Buchholz, 10. Brig., dem berittenen Gendarmerie-Wachtmeister Jilorsky in Marienberg und dem Fußgendarmerie-Wachtmeister Salzer in Griesheim, beide in der 11. Brig.

Sonstige Veränderungen.

1. Brigade.

b. B. Klingner, Vorsteher, am 1. 4. 08 nach Kominten (Jagdschloß) vers. — b. B. Glapp, Reidenburg C. Pr., am 1. 4. 08 als R. B. nach Reichenbach vers. — b. B. Schwarz II,

Gr. Lappinen b. Lappinen, vom 1. 2. 08 bis 26. 3. 08 nach Gr. Eisägirren b. Eisägirren fmdrt. — **23. Rattan**, Prawdyßen am 8. 3. 08 gestorben.

2. Brigade.

1. a. Pr. Kupfer, Stolzenhagen, am 1. 3. 08 als **H. a. Pr.** nach Mummelsburg Komm. veri. — **b. W. Kott**, Belgard Veri. am 5. 2. 08 zur 12. Brig. nach Wittenburg **Pr. Vriefen** fmdrt. — **b. W. Nischlow**, Kößlin, am 5. 2. 08 zur 12. Brig. nach Hellingswalde **Pr. Rosen-berg** **Pr. fmdrt.** — **13. W. Helt**, Schwanowke, am 5. 2. 08 zur 12. Brig. nach Kadavist **Pr. Vriefen** **Pr. fmdrt.** — **b. G. a. Pr. Rabde**, Putnam, am 1. 4. 08 zur Truppe zur.

3. Brigade.

13. Richter II, Lichtenberg 2 b. Berlin, am 1. 4. 08 als Kriminalschutzmann bei der Polizei-Verwaltung in Lichtenberg ohne Geh. beurl. — **b. W. Krüger II**, Briezen, am 1. 4. 08 als Ober-Aufsicher bei der Vandarmen- und Korrigenden-Anstalt in Prenzlau ohne Geh. beurl. — **13. Sgumin**, Stenzich, am 1. 4. 07 als Postanwärter beim Postamt 4 in Breslau ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 08 ohne Pension aus. — **b. W. Hein**, Grunewald **Pr. Berlin**, wohnt in Paulsborn b. Zehlendorf (Wannseebahn).

4. Brigade.

13. Kaeche, Preiter, am 1. 9. 07 ohne Geh. beurl., scheidet am 1. 3. 08 aus. — **13. a. Pr. Preisside**, Tuerfurt, am 1. 4. 08 zum Oberwachmeister ernannt. — **13. Döbel**, Briezen **Pr. Stendal**, am 1. 4. 08 als Postanwärter Postamt 3 Magdeburg ohne Geh. beurl. — **13. Köhler III**, Zerichow, am 14. 3. 08 an Lungem- und Halssternbrustluse gestorben. — **1. a. Pr. Heistermann**, Rehdorf, am 7. 3. 08 zur Truppe jurid. — **1. a. Pr. Neuenhof**, Treissen, am 20. 2. 08 zur Truppe jurid.

5. Brigade.

13. a. Pr. Niebert, Strelmo, am 1. 4. 08 zum Oberwachmeister ernannt. — **b. W. Treßler II**, Wolfstein **Pr. Wöfen**, am 1. 4. 08 o. Geh. beurl. als Post-Ann. Zirkel **13. Wöfen**. — **13. Hubel**, Dopienoo, am 13. 3. 08 gestorben, von einem Eisenbahnzug überfahren.

6. Brigade.

b. W. Wagner I, Obernigl, am 10. 3. 08 nach Hünern, **Pr. Trebnitz** (Schlef.) fmdrt. — **13. starwinski**, Grünkau, am 11. 3. 08 nach Rothenbach (Schlef.) fmdrt. — **b. W. Muebel**, Rieder-Langseifersdorf, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Postanwärter in Trebnitz, scheidet am 1. 4. 08 o. Pension aus. — **13. Müde III**, Lewin, am 14. 3. 08 an chronisch. Nierentum- und Janderkrankheit verstorben.

7. Brigade.

13. a. Pr. Raude, Dagen (Westf.), am 1. 4. 08 zum Oberwachmeister ernannt. — **b. W. Hofmann III**, Bohnhof Nauzel, am 1. 4. 08 o. Geh. beurl. als Postanwärter in Menge, **Pr. Dortmund**. — **13. Ziegler II**, Ennigerloß, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Postanwärter in Vortrob **Pr. Münster**, scheidet am 1. 4. 08

o. Penf. aus. — **b. W. Wendt**, Dortmund, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Postanwärter in Berl **Pr. Arnberg**, scheidet am 1. 4. 08 o. Penf. aus. — **13. Kloth**, Allagen **Pr. Arnberg**, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Postanwärter in Damm, scheidet 1. 4. 08 o. Penf. aus. — **13. Dente**, Jümmert, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Stationsaspirant in Geseberg-Nord, scheidet am 1. 4. 08 o. Penf. aus.

8. Brigade.

13. Jura, Böttgen, am 1. 4. 08 o. Geh. beurl. als Stationsaspirant bei der Eisenbahn-direktion Elberfeld. — **13. Trinks**, Kran, am 1. 4. 07 o. Geh. beurl. als Postanwärter nach Zaalfeld (Saale), scheidet am 1. 4. 08 o. Penf. aus.

9. Brigade.

13. Thiel, Zaarstedt, b. Scholderup, am 1. 4. 08 als Postanwärter nach Tönning, **13. D. Thiel**, o. Geh. beurl. — **b. W. Arndt**, Vinneberg, am 1. 4. 08 als Postanwärter nach Breez, **13. D. Thiel**, o. Geh. beurl.

10. Brigade.

b. W. Thiele, Werthe, am 1. 4. 08 nach Sögel, als **13. verlegt**. — **13. Dirichthausen**, Achendorf, am 1. 4. 08 als Postanwärter nach Cherode a. N., o. Geh. beurl. — **13. Kobl I**, Sögel, am 1. 4. 08 als Postanwärter nach Soltau **13. Hannover**, o. Geh. beurl. — **13. Kines**, Achendorf, am 1. 4. 08 als Postanwärter nach Salzgitter, **13. Braunschweig**, o. Geh. beurl. — **13. Ernst**, Sörger, am 1. 4. 07 als Postanwärter nach Warenb., o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 08 o. Pension aus. — **13. Kees**, Langwedel **Pr. Bremen**, am 1. 4. 07 als Postanwärter nach Esle **13. Bremen**, o. Geh. beurl., scheidet am 1. 4. 08 o. Pension aus.

11. Brigade.

13. Weststein, Neubäuel, am 20. 8. 07 nach Hartenrod fmdrt., am 26. 9. 07 vom Rndo. zur. — **13. u. Brig.-Schreiber**, Kämpfer, Cassel, am 1. 4. 08 als Manglei-Diätar b. d. Prov.-Stener-Direktion in Cassel, o. Geh. beurl. — **13. Diefenbach**, Sayfeld, am 1. 4. 08 als Postanwärter nach Dortmund, o. Geh. beurl.

12. Brigade.

b. W. Gneiser, Lubnia b. Pruf., am 1. 6. 07 als Lademeister-Aspirant nach Schneidemühl, o. Geh. beurl., scheidet am 1. 3. 08 o. Pension aus. — **13. Vort**, Eulm, am 27. 2. 08 an Magenkrebs und Gehirnschlag gestorben.

Brigade Elfaß-Lotbringen.

Zengsfeldwebel d. L. Kenter, zuletzt beim **Art.-Dep. Oldenburg**, am 1. 4. 08 als **H. a. Pr.** auf Probe nach **Pr. zur Probefeldleistung** einberufen. — **Feldwebel** und **Garnisonverwaltungsaspirant** Jedamski, zuletzt in **Prusig**, am 1. 4. 08 als **H. a. Pr.** auf Probe nach **Pr. Knapolsk**, **Pr. Knapolsk**, zur Probefeldleistung einberufen. — **13. Dagen**, **Pr. Knapolsk**, am 1. 4. 08 nach **Kreuzwald** veri. — **13. Koth**, **Pr. Knapolsk**, am 1. 4. 08 nach **Pr. Knapolsk** veri. — **13. Wartner**, **Kreuzwald**, am 1. 4. 08 nach **Pr. Knapolsk** veri. — **13. Hermann**, **Pr. Knapolsk**, vom 10. 3. 08 bis 1. 4. 08 nach **Kreuzwald**

ludert. und am 1. 4. 08 als b. H. dahin vers. — R. H. Witter II, Pfist am 1. 4. 08 o. Geh. beurl. — b. H. Kammmer, Gravelotte, scheidet am 31. 3. 08 aus. — b. H. Frischmeyer, Erstein, Versetzung nach Trüdingen zum 1. 4. 08 wird zurückgenommen. — b. H. Schiefelbein, Trüdingen, Versetzung nach Erstein zum 1. 4. 08 wird zurückgenommen. — Int. O. H. Herrmann in Metz (Van St. Marlin), Post Devoant-les-Ponts, als O. H. bestätigt. — R. H. storkt in Zorbach am 1. 4. 08 penf.

Bücherchau.

Alle hier besprochenen Bücher usw. sind durch unsere Buchhandelsabteilung zu beziehen.

Selbstunterricht im Richtigsprechen durch mündliche Übung. Lehr- und Übungsbuch für Deutsche und Ausländer, um ohne Lehrer richtig deutsch sprechen und schreiben zu lernen. Von R. Jopp, Rdt. Lehrer in Berlin. Verlag der Kameradschaft, Wohlfahrts-Gesellschaft m. b. H., Berlin W. 9, Limbstraße 11. Preis geb. 3 M.

Richtig sprechen lernt der Deutsche nicht durch das Auswendiglernen der grammatischen Regeln, sondern nur durch eine tausendfältige praktische Anwendung dieser Regeln; richtig sprechen ist eben eine Sache der Übung. Wer in einer Umgebung herangewachsen ist, in der kein richtiges Hochdeutsch gesprochen wird, lernt letzteres trotz des besten Schulunterrichts nicht. Die Regeln der deutschen Sprachlehre müssen durch Übung in Fleiß und Mut übergeben. Für solche Zwecke gab es bisher kein Buch, und das war schlimm für alle, die gern ihre deutschsprachlichen Kenntnisse vervollkommen wollten. Dem Verfasser des vorliegenden Lehrbuches ist es nun gelungen, ein Buch zu schaffen, mit dem jeder sich selbst unterrichten und seine Fortschritte selbst prüfen kann. 10 000 Übungen bietet der Verfasser, die jeder, je nachdem er Zeit hat, durcharbeiten und so oft wiederholen kann, bis er sich durch Selbstkontrolle davon überzeugt, daß er sie ganz sicher beherrscht. Auch für Mütter, die sich im Deutschen nicht ganz sicher fühlen, ihren Kindern aber behilflich sein möchten, die deutsche Sprache gründlich zu erlernen, eignet sich das Buch als Hilfsmittel. Nebenbei bildet das Buch ein über alle Zweifelsfälle schnell und sicher Auskunft gebendes Nachschlagewerk. Aus allen diesen Gründen darf man das Buch ohne Übertreibung einen deutschsprachlichen **S a u s s a h e** nennen.

Minneinsprache. Lexikon der Gauner-, Dirnen- und Landstreicher Sprache. Von H a n s C s i w a l d. Berlin, H a r m o n i e, Verlags-Gesellschaft für Literatur und Kunst.

Der bekannte Verfasser hat unter Auscheidung alles wissenschaftlichen Beiwerks die wichtigsten Ausdrücke, die in Verbrecher- und Landstreicherkreisen üblich sind, zusammengestellt; das Buch ist praktisch.

Normal-Wirtschafts-Pläne. Ein praktisches Handbuch für Hausfrauen und alle, die die es werden wollen. Herausgegeben vom Verein Frauen-Erwerb, E. B., Berlin, Bureau Verlag. Preis 1 M., Eliteausgabe 3 M.

Zu allen Zeiten ist es vielen Hausfrauen nicht leicht gewesen, mit einem gegebenen Einkommen den Ansprüchen gerecht zu werden. Bei den jetzigen hohen Preisen für alle Bedürfnisse ist diese Frage noch schwerer geworden; darum muß man es mit Dank begrüßen, daß der Verein Frauen-Erwerb mit seinem Buch einen Anhalt geschaffen hat, wie in den verschiedensten Lebenslagen das Einkommen auf die einzelnen Bedürfnisgruppen verteilt werden muß.

Auskunftei.

Kam. O. W. P. in P. Geschäftsvermittlungen sind mit der Stellung eines **Gendarmen** unvereinbar. Die „*Sarras-Fahrrad-Industrie Württemberg*“ hat Ihnen in einem gedruckten, als vertraulich bezeichneten Schreiben das Anerbieten gemacht, die Vertretung der von der genannten Firma hergestellten Fahrräder zu übernehmen, und hat sich ferner bereit erklärt, um die Einführung der „*Sarras-Fahrräder*“ zu erleichtern, Ihnen oder einem Ihrer Freunde ein **Kellmerad** zu einem billigen Ausnahmepreise zu liefern. Nur den Fall, daß Sie von diesem Anerbieten keinen Gebrauch machen, bittet Sie die Firma um **Rambastmachung** eines Herrn, welcher an Ihrer Stelle die Vertretung übernehmen könnte. In dem Rundschreiben heißt es wörtlich: „Wir stehen auf diese Art mit einer großen Anzahl Herren aus fast allen Gesellschaftskreisen seit Jahren in angenehmer Verbindung.“ Sie übersenden uns dankenswerterweise das Ihnen zugegangene Schreiben der „*Sarras-Fahrradwerke*“ im Original. Die **Zinschrift** spricht für sich selbst; wir brauchen ihr nichts hinzuzufügen und hoffen, daß keiner der anderen Kameraden, denen, wie wir hören, das gleiche Schreiben zugegangen ist, es mit seiner Stellung vereinbar hält, eine derartige „**angenehme**“ Geschäftsverbindung einzugehen.“

Rt. 775. — 8.

Kam. F. N. Y. u. a. Gehaltsverhöhung und rückwirkende Kraft derselben. Die Vertreter der Regierung haben im Abgeordnetenhaus Erklärungen dahin abgegeben, daß die Beamtenbesoldungsvorlage mit Rücksicht auf die Finanzverhältnisse des Reiches bis zum Herbst dieses Jahres verschoben werden mußte, daß die Besoldungserhöhungen aber eintretendenfalls sicher rückwirkende Kraft vom 1. April d. J. ab erhalten sollten, und zwar auch für die nach dem 1. April d. J. in den Ruhestand getretenen Beamten. Sie können also u. E. mit Sicherheit darauf rechnen, daß im Fall Ihrer Pensionierung zum 1. Mai oder später Ihre Pension nach den höheren Besoldungsstufen berechnet oder später hiernach anders festgesetzt werden wird.

Rt. 773 F.

Kam. FW. S. in L. 1. Verbot des Schlittschuhlaufens und Schlittensfahrens in den Dorfstrecken. Daß ein Ortsdiener sich herausnehmen sollte, aus eigenem Antriebe ohne obrigkeitlichen Auftrag durch öffentlichen Austruf mittels einer Schelle anzukündigen: „Das Schlittschuhlaufen und Schlittensfahren im Dorf ist verboten; die Straßen sind zu streuen“, erscheint uns so ungeheuerlich, daß wir darnach nicht zu glauben vermögen. In in der Provinz Preußen-Kassau die Gemeindevorsteher gleichzeitig die Ortspolizei ausüben, so ist es übrigens eine Kleinigkeit für Sie, den Sachverhalt sofort an Ort und Stelle durch Mißsprache mit dem Gemeindevorsteher festzustellen und ev. gegen den Ortsdiener vorzugehen. Zweifellos hat die Ortspolizeibehörde das Recht, falls das Schlittschuhlaufen und Schlittensfahren mit Handschlitten in den Dorfstrecken zu einer öffentlichen Gefahr zu werden droht, dagegen durch Polizeiverordnung einzuschreiten und Übertretungen derselben auf Grund des § 100, 102 StGB. durch Strafvorsagung zu ahnden. Der oben mitgeteilte Wortlaut des Verbots überschreitet aber u. E. die der Ortspolizeibehörde gezogenen Grenzen, da er nicht nur die durch Zwickereien verursachte Störung der öffentlichen Sicherheit und Anstandslosigkeit treffen, sondern auch seinerseits störend in den öffentlichen Verkehr eingreifen würde. Denn die durch ein Dorf führenden öffentlichen Straßen dienen diesem letzteren und eine Ortspolizeibehörde kann nicht das Recht haben, zu verbieten, daß dieser Verkehr im Winter bei vorhandener Schlittenbahnen durch Schlitten ungestört erhalten wird. Der Wortlaut der Verordnung müßte also so gefaßt werden, daß er sich lediglich gegen das den Verkehr erschwerende Schlittschuhlaufen und Schlittensfahren mit kleinen Handschlitten der Schuljungen richtet, welches nicht zum Zwecke des Verkehrs, sondern lediglich zu einer Unzucht dient, für welche die öffentlichen Straßen in der Tat nicht da sind.

Auch das allgemeine Gebot des Streuens erscheint kaum angängig; denn die Anwohner können doch nur angehalten werden, die Vorkerriegung bzw. vor ihren Häusern zu streuen, während die Instandhaltung der Straße selbst Sache der Gemeinde ist. Indessen mag beides in engen Dorfstrecken oft nicht auseinander zu halten sein. Jedenfalls erscheint es uns aber nicht angebracht und zulässig, die dem Verkehr dienenden öffentlichen Straßen in einer Art zu bestreuen, daß der Verkehr mit Schlitten unmöglich gemacht wird. Eine Mißsprache mit der Ortspolizeibehörde wird hier jedenfalls Klarheit schaffen und auch bei Ihnen jeden Zweifel darüber heben, inwiefern Sie die Ortspolizeibehörde bei Durchführung der ansgestellten Verordnung zu unterstützen haben. Rätigenfalls können wir Ihnen nur raten, mündlich oder schriftlich der Ratsdiensthörbe zu berichten, die denn sicherlich das Erforderliche veranlassen wird.

2. Rechnet ein Ortsdiener, der nebenbei Hausarbeit ist und Gemeindevorarbeiten gegen Stundenlohn verrichtet, zu den im Ziffer 128 Abs. 3 der St. gemeinten Beamten? Die Frage ist unbedingt zu bejahen; es sind hier alle Beamten im weitesten Sinne zu verstehen. § 359 StGB. erläutert diesen Begriff. Ein Ortsdiener, der in rechtmäßiger Ausübung seines Dienstes einschreitet, rechnet ja auch zu den Polizei- und Sicherheitsbeamten und steht unter dem Schutz des § 113 StGB.

3. Begriff einer öffentlichen Tanzlustbarkeit. Eine öffentliche Tanzlustbarkeit liegt vor, wenn ein unbegrenzter, in sich nicht durch gemeinsame Beziehungen verbundener Personenkreis sich diesem Vergnügen hingibt und jedermann daran teilzunehmen gestattet ist. Es ist dabei nicht erforderlich, daß die Tanzlustbarkeit vorher geplant und besondere Vorbereitungen dazu getroffen worden sind. Auch dann, wenn z. B. eine geschlossene Gesellschaft auf einer Landpartie in ein Gasthaus einkehrt und zufällig angeregt durch einen Musikautomaten, zum Tanz übergeht, dergestalt, daß sich daraus ein öffentliches Tanzvergnügen entwickelt, an dem jedermann teilnehmen kann, welches also in dem nach wie vor jedermann zugänglichen öffentlichen Gastlokal stattfindet, fällt ein solches Vergnügen unter den Begriff einer öffentlichen Tanzlustbarkeit, welche der polizeilichen Genehmigung bedarf. Indessen muß man sich hüten, einen solchen Begriff vis in jede äußerste Konsequenz zu verfolgen, da derartige fälschlich fälschlich wirkt und berechtigten Widerspruch herausfordert. Wenn einige lustige Gäste mit dem Schenkmädchen in einem öffentlichen Schenke ein paar Male und einem Musikautomaten herumspinnen, so ist ein solcher harmloser Ausdruck lustiger Stimmung noch nicht gleich als öffentliche Tanzlustbarkeit aufzufassen. Mag auch der Begriff der Öffentlichkeit vorhanden sein, so fehlt u. E. doch derjenige der „Lustbarkeit“, welcher voraussetzt, daß tatsächlich ein größerer Personenkreis sich dauernd diesem Vergnügen hingibt. Wir glauben nicht, daß Sie eine Ortspolizeibehörde finden werden, welche den von Ihnen geschilderten Vorgang als „öffentliche Tanzlustbarkeit“ anzusehen und dementsprechend einzuschreiten geneigt sein wird, zumal durch denselben diejenigen Gefahren nicht heraufbeschworen werden, denen zu begegnen der Zweck derjenigen Verordnungen ist, welche die Abhaltung öffentlicher Tanzlustbarkeiten von polizeilicher Genehmigung abhängig machen.

Der Polizeihund.

Zeitschrift zur Förderung der Zucht, Dressur und Verwendung von Hunden im öffentlichen Sicherheitsdienst.
Beilage der Zeitschriften „Die Polizei“ — „Der Gendarm“. — Organ des Vereins zur Förderung
der Zucht und Verwendung von Polizeihunden (P. H. V.) zu Hagen i. W.

Nr. 26.

Verantwortl. Schriftleiter: Fritz Werbach zu Berlin W. 9.

1907/08.

Was ist bei Anschaffung eines jungen Polizeihundes zu beachten?

Es besteht wohl heute bei niemand mehr ein Zweifel daran, daß nur der Rassehund für unsere Zwecke zu gebrauchen ist. Ein Mischling kann „für seine Person“ ein ganz vorzüglicher Hund sein; ja, er kann besser sein als ein noch so braver Mischhund, aber das ist Zufall. Der Mischling ist ein Zufallsprodukt, und vom Zufall wollen wir unsere ernste Sache doch wohl nicht abhängig machen. Zur Entstehung des Bastards haben

spieliges, schweres, an Geduld, Gelbdeut und Verstand des Züchters die höchsten Anforderungen stellendes Beginnen. Es genügt für den Polizeibeamten nicht, sich einen Airedale anzuschaffen, auch wenn der Hund noch so vorzüglicher Abstammung ist und selbst den besten Charakter besitzt.

Der Bau des Körpers muß die Möglichkeit bieten, daß der Hund seine geistigen Fähigkeiten und Charaktereigenschaften auch noch Junich entfaltete; der Körper darf dem Geiste nicht hinderlich sein, sondern muß im Gegenteil die Verwertung der Geistes-



Momentbild von der Hamburger Prüfung.

1. Senator und Polizeiherr Hr. Schröder. 2. Hr. Insp. Hirsch. 3. Oberleutnant v. Waldow. 4. Polizeidirektor Dr. Hofker. 5. Pol. Insp. Meyer. 6. Chorleutnant Siegel.

die sowohl der äußeren Form als dem Charakter nach verschiedenartigsten Individuen ihr Teilchen beigetragen; wer kann sagen, ob er nun gerade die Eigenschaften seiner Vorfahren weiter vereint, die wir zum Polizeidienst gebrauchen können, und nicht die ungeeigneten, uns hinderlichen. Wir wollen mit unserer Sache, mit der Zucht vorankommen, die Polizeihundstade immer weiter bilden, immer mehr vervollkommen.

Es ist indessen auch verständlich, daß nun noch lange nicht jeder Mischhund für den Polizeidienst geeignet ist. Wir kennen zwar die Eigenschaften, die der Rasse eigentümlich sind, aber ebenso, wie es schwächliche Menschen, Krüppel und Athleten gibt, fallen auch die Angehörigen einer Hunderrasse nicht alle aus, wie über einen Stamm gesprochen. Wenn das der Fall wäre, dann wäre Züchten leicht und nicht ein so undankbares, kost-

und Charaktereigenschaften nicht nur ermöglichen, sondern, soviel es geht, erleichtern.

Versehen wir uns nun einmal in die Lage eines solchen Beamten, der dazu übergeben will, Diensthunde zu verwenden, und sehen wir einmal zu, was er beachten muß, damit Mißerfolge ausbleiben.

Drei Klassen sind es heute bei uns eigentlich nur noch, die zum Polizeidienst Verwendung finden: der Airedale, der Schäferhund und der Dobermann. Für diese Klassen gibt es Spezialklubs; diese haben alle eine ihre Rasse behandelnde Proschüre herausgegeben, die kostenlos erhältlich ist oder doch für wenige Pfennige erworben werden kann. Die Bilder der Proschüren machen uns mit den besten Tieren der Rasse bekannt; das gewöhnlich beiliegende Mitgliederverzeichnis gibt uns an, wo wir eventuell Züchter guter

Hunde zu suchen haben, von denen wir unseren Hund beziehen können.

Aber auch nach den Bildern und den Rassekennzeichen wird sich mancher nur ein ungefähres Bild der Rasse machen können; er möchte nun auch erst die Hunde selbst kennen lernen. In allen Gegenden des Landes haben wir heute zahlreiche Hunde-Ausstellungen; auch unsere Rassen sind da zahlreich vertreten, und so haben wir leichte Gelegenheit, nicht nur ein Bild, sondern auch den Hund selbst, sein wirkliches Aussehen und sein Wesen kennen zu lernen. Züchter und Kenner der Rasse sind zahlreich zur Stelle und werden sich gern bereit finden, uns die Hunde zu zeigen. Haben wir uns noch nicht zu einer Rasse entschlossen, so geben Polizeihundprüfungen, die ja heute auch nichts Seltenes mehr sind, über die Beschäftigung der Hunde bei der einen oder andern Polizeiverwaltung im Dienste uns eine Handhabe zur Beurteilung des Gebrauchswertes der Tiere und die Möglichkeit, uns nunmehr für eine bestimmte Rasse zu entscheiden. Für die Zucht ist das Beste eben gerade gut genug, und einzelne Tiere haben eine ganz besondere Fähigkeit, bestimmte Formen, bestimmte Eigenschaften zu vererben.

Wenn wir einen Schäferhund kaufen, ohne uns um seine Abstammung zu kümmern, auch wenn wir sicher sind, einen durchaus rassereinen Hund zu haben, wissen wir doch nicht, ob der Hund, der vielleicht durch übertriebene Inzucht degeneriert ist, sich nicht zu einem handscheuen, nervösen, aufgeregten, für uns ganz unbrauchbaren Tier entwickelt. Räßige Inzucht ist beim Hunde nicht nur nicht schädlich, sondern zur Festlegung oder Verbesserung bestimmter Formen und Qualitäten sogar notwendig.

Der Polizeihundmann muß die praktischen Gründe für die bestimmte Formung seiner Rasse beachten; die ästhetischen Gründe kann er mehr oder weniger unbeachtet lassen, wenn er will. Es kommt für Polizeizwecke nicht darauf an, ob der Hund schön ist, ob er ein graues, ein gelbes Auge hat, ob er einen weißen Brustfleck, helle Nägel an den Beinen, etwas mehr oder weniger starken Stirnanfatz hat, die Rute hoch oder niedrig trägt und dergleichen mehr. Für den Polizeihund kommt es nur darauf an, Fehler zu vermeiden, die ihn in seinem Gebrauchswert herabsetzen.

Hat der angehende Polizeihundmann sich vergewissert, daß der Hund, den er zu erwerben wünscht, nach Eltern und weiterer Abstammung für seinen Zweck geeignetes Blut führt, so muß eine eingehende Prüfung der äußeren Erscheinung des Hundes ergeben, ob der Hund das halten kann, was der Stammbaum verspricht.

Zunächst prüfen wir die äußere Erscheinung. Wie groß der Hund, seiner Rasse entsprechend, sein soll, wissen wir aus den

Rassekennzeichen. Wir wählen hiernach weder einen abnorm großen Hund — denn der ist meist plump, unbeholfen und wenig leistungsfähig — noch einen zu kleinen, also zurückgebliebenen, krüppelhaften Hund. Der mittelgroße, normal entwickelte, gesunde Hund ist immer der leistungsfähigste. Wir beachten das Weien und Gebaren des Hundes, ob er lebhaftesten Temperaments oder idyllisch und schläfrig ist, ob er einen intelligenten Eindrud macht, scheu und versälagen oder nur mißtrauisch gegen Fremde ist, ob er gesund, vor allem nicht haut- oder flaupektant ist, nicht fortwährend den Kopf schief hält oder ihn schüttelt, was besonders bei schlappohrigen Hunden auf eine Ohrentrankheit schließen läßt. Am besten kann man ein Tier natürlich in dessen heimischen Verhältnissen beurteilen; wo ein Hund, besonders ein unterwachsenes, junges Tier, fremd ist, gibt er sich nicht so, wie er von Natur aus ist.

Oft kann man hören, daß man einen scharfen Hund oder einen so veranlagten daran erkennen kann, daß der Nacken (Saumen) mehr oder weniger schwarz sei. Das ist natürlich ein ebenso großer Unsinn, wie man oft allgemein hören kann, daß der Tadel frumme Beine, die Bulldogge Spalt Nase haben müsse.

Sagt uns so also die allgemeine Erscheinung des Tieres zu, dann erst gehen wir an die Prüfung der Einzelteile. Wir beginnen mit dem Kopf. Ob der Schädel etwas breiter ist als wünschenswert, braucht uns für unseren Zweck nicht zu berühren; dagegen vergewissern wir uns, ob Augen und Ohren gesund sind, die Augen auch nicht zu viel Bindehaut zeigen, besonders aber, ob das Gebiß normal und gesund ist. Die Zähne eines gesunden Gebisses müssen stark, unzerleht und schneeweiß sein, besonders bei jüngeren Tieren, der Unterkiefer darf weder vorstehen noch so viel hinter dem Oberkiefer zurückbleiben, daß sich zwischen den Schneidezähnen des Ober- und Unterkiefers eine Lücke findet. Die Schneidezähne (vorn zwischen den Fangzähnen) müssen entweder aufeinander passen oder die des Unterkiefers sich an der Rückseite der Schneidezähne des Oberkiefers reiben. Das Gebiß ist die Waffe des Hundes; ihm müssen wir daher besondere Beachtung schenken.

Nächstem beachten wir die Behaarung. Bei allen Polizeihunden muß das Haar reichlich dicht und warm sein. Man sehe da besonders darauf, daß auch die Bauchseite genügenden Schutz hat durch eine dedeckende Behaarung. Ein Haar, durch welches die Haut durchschimmert, ist in jedem Falle ungenügend. Die Behaarung unserer zum Polizeidienst gebrauchten Hunde besteht aus einer feinen, dichten Unterwolle und einem längeren Deckhaar. Nur wenn die Unterwolle reichlich und dicht vorhanden ist, hat der Hund genügenden Schutz gegen Witterungseinflüsse, das Deck-

haar allein wärmt und schützt nicht. Man sehe also besonders auf reichliches Vorhandensein eines guten Unterhaares. Die Farbe des Haares ist ziemlich gleichgültig für unsere Zwecke. Die Rassen, die wir als Polizeihunde benutzen, sind schwarz oder doch unscheinbar von Farbe, so daß sie bei Nacht kaum zu sehen sind.

Besonderes Augenmerk ist auch auf den Knochenbau zu richten. Die Knochen müssen stark und fest, nicht schwammig fein oder auswüchsig und Austreibungen, besonders an den Gelenken, zeigen, was auf Rhachitis (englische Krankheit) hindeutet. Der Rücken muß gerade und stark, in der Kreuzgegend breit und kräftig sein. Ob der Rücken etwas mehr oder weniger lang ist, ist bedeutungslos, wenn nur die Rückenlinie kurz ist.

Die Brust muß den Lungen guten Spielraum gewähren, der Rippenkorb gut gewölbt und tief hinabreichend sein. Die Ausbildung der Brust richtet sich allerdings sehr nach dem Alter des Hundes. Von allen Körperteilen bildet sich die Brust besonders bei Tieren, die wenig Bewegung haben, oft am langsamsten aus, bei Hündinnen kommt die richtige Brusttiefe gewöhnlich erst nach dem ersten Wurf. Eine gut ausgebildete Brust muß von der Seite gesehen etwa 1 bis 1½ Finger breit unter den Ellenbogen hinabreichen. Die Schulter muß gut schräg gestellt und lang, dabei frei in der Bewegung und nicht zu sehr bepackt, der Ellenbogen gut anliegend sein, so daß man, von vorn betrachtet, die Ellenbogenknöchel nicht sieht. Die Läufe müssen gerade, trocken, d. h. fehnig, ohne Fleischballast und mit gut geschlossenen kurzen Foten versehen sein. Eine schlechte Fote kann den besten Hund unbrauchbar machen. Zwischen die gespreizten Beinen, die an sich schon dem Hund das Laufen erschweren, setzen sich im Sommer Rasse und Schmutz, die dort leicht Entzündungen hervorrufen, im Winter Eis und Schnee fest und behindern den Hund. Besonderer Wert ist auf eine gut gewinkelte, kräftige Hinterhand zu legen. Ein Hund, der laufen und springen soll, bedarf dazu gerade einer kräftigen Hinterhand; sie ist viel wichtiger als eine gute Vorderhand.

Ein sicheres Rezept zum Erwerb eines tadellosen Hundes konnte ich natürlich hier auf dem wenigen mir zur Verfügung stehenden Raum nicht geben. Ich konnte nur auf die hauptsächlichsten Merkmale hinweisen, die man bei Beurteilung des Tieres zu beachten hat. Es handelt sich für uns ja auch nur um ein normal gebautes, den Anforderungen des Polizeidienstes genügendes Tier.

Der P. H. V. hat eine Nachweistelle verkäuflicher Hunde eingerichtet; ich würde vorschlagen, daß diese Nachweistelle sich eines Formulars bediente, das vom Verkäufer ausgefüllt wird und etwaigen Reklamenten im Original oder in Abschrift zugefandt wird.

Das Formular könnte auf der ersten Seite ein Stammbaumschema enthalten, die Rückseite enthielte eine Beschreibung des verkauften Hundes nach folgenden Rubriken:

Rasse Geflecht
Eingetriggert Buch
Name des Hundes
Geworfen am
Genauere Adresse des Verkäufers in
Stammbaum.

Ausgezeichnet am
Nähe einer Felschmelzung, Buchs pp.
Temperament, Charakter
Wöche (Schulterhöhe, Bandmaß)
Knochenbau
Färbung
Ruf: a) Obren, Kugen
b) Gehör
Brustumfang
Rücken
Läufe und Foten
Hinterhand
Gesundheitsstand (es ist anzugeben ob, wann und an welchen Krankheiten das Tier gelitten hat)

Sie die Wichtigkeit:

Hiernach könnte sich jeder leicht über die Hunde, die er zu laufen wünscht, orientieren, und die Nachweistelle hätte ein möglichst bequemes und schnelles Verfahren zur Erleichterung ihrer Aufgabe.

Hamburg.

Die Hamburger Pferderennen erfreuen sich in der Sportwelt eines großen Rufes; sie sind stets für den ganzen Pferdesport ein „Ereignis“. Es hat nun den Anschein, daß auch die Hamburger Polizeihundprüfungen zu ganz besonderem Ruf gelangen werden; denn die erste Polizeihundprüfung in Hamburg, die am 14. und 15. März vom Verein zur Förderung der Zucht und Verwendung von Polizeihunden veranstaltet wurde, ist die größte gewesen, die bisher im In- und Auslande stattfand. 56 Polizeihunde waren zu dieser Prüfung angemeldet; ein schöner, großer Erfolg, den der P. H. V. der Unterstützung des Protoktells der Prüfung, Herrn Senators und Polizeiherrn Dr. Schröder, und den Herren des Ehrenauschusses in erster Linie verdankt. Vier Staatsmedaillen hatte der Hamburger Senat den Richtern zur Verfügung gestellt und 300 M in bar hat er dem P. H. V. zur Unterstützung seiner Ziele überwiesen. Auf der Hamburger Polizeihundprüfung konnten daher zum erstenmal, seit Polizeihundprüfungen veranstaltet werden, Staatsmedaillen vergeben werden. Hamburger, Altonaer, Bergeborser, Wandbeker und Harburger Bürger hatten gewetteifert, die schönsten und wertvollsten Ehrenpreise zu stiften.

Die Vorbereitungen zu der Prüfung leitete der I. Vorsitzende des Hamburger Zweigvereins des P. H. V., Herr Kriminalinspektor Hirsch. Als Prüfungsleiter war der I. Vorsitzende des P. H. V., Herr Polizei-

inspektor Meyer-Hagen tätig; das Richteramt übten die Herren Polizeinspektoren Hanke-Meiderich, Polizeikommissar Kappe-Meheim und Polizeikommissar Müller-Wetter aus. Zeitweise traten die Herren Polizeinspektor Meyer-Hagen und Polizeikommissar Tappesath-Meiderich als Ersatzrichter ein.

Obwohl das Wetter für die Prüfung sehr ungünstig war, erschienen bereits am Vormittag des ersten Prüfungstages fast sämtliche Herren des Ehrenausschusses. Der Protoktor der Prüfung, Senator und Polizeiherr Dr. Schröder, eröffnete um 11 Uhr die Hundeaussstellung, verweilte lange Zeit auf dem Prüfungsplatz und verfolgte mit Herrn Polizeidirektor Dr. Moser mit großem Interesse die Arbeit der Hunde. Von nah und fern waren die Herren herbeigeeilt, sich persönlich von der Arbeit der Polizeihunde zu überzeugen. Es würde zu weit führen, wollte man sie alle namhaft machen. Erwähnt seien nur die Herren Polizeinspektoren Brin-



Hamburger Staatsmedaille für die Polizeihundprüfung. Landsberg a. M., Geyger-Schneidemühl, Hauptmann Kläber-Altona, Lemke-Dönnbrück, Meyer-Essen, v. Sillich-Sarburg a. E., Schrader-Dessau, Polizeikommissare Richter-Bremen und Most-Saarbrücken. Das Ausland war vertreten durch die Herren Polizeidirektor Jergens-Arhus, Polizeiasistent Hauerbach-Arhus, Polizeiasistent Jörgeßen-Stovengen, Chef der Kriminalpolizei Gregus-Riga, v. Heppner-Riga. Aus Kiel war der Brigadier der 9. Gendarmerie-Brigade, Herr Oberstleutnant v. Waldow, und sein Distriktsassistent, Herr Oberstleutnant Siegel, anwesend. Es ist erfreulich, daß man in Gendarmeriekreisen dem Polizeihund immer mehr Interesse entgegenbringt!

Es schien unmöglich, sämtliche Hunde in zwei Tagen zu prüfen; da aber verschiedene Führer sich durch das schlechte Wetter hatten abhalten lassen, ihre Hunde vorzuführen, gelang es den Richtern, die Niesenarbeit in zwei Tagen zu bewältigen, so daß sie am dritten Tage ihr Urteil fällen konnten. Über die Arbeit der Hunde, ihre Führung, die Fehler, die gemacht wurden, die Fortschritte in der Dressur werden die Richter berichten.

In der offenen Klasse erhielten: den I. Preis und die silberne Staatsmedaille die Airedalehündin „Laby v. Schmidtthorff“ mit 98 Punkten, Führer R. Neumann; den II. Preis und die silberne Staatsmedaille die Schäferhündin „Gilly v. d. Schanze“ mit 91 Punkten, Führer Schumann-Schmalenbach-Hagen; den III. Preis und die bronzene Staatsmedaille der Dobermannrübde „Kurt v. d. Mark“ mit 88 Punkten, Führer Schumann-Goerß-Islerlohn; den IV. Preis die Schäferhündin „Hege von Osterdeich“ mit 87 Punkten, Führer Kriminalschutzmänn Vöttcher-Eöln; den V. Preis und die bronzene Staatsmedaille die Schäferhündin „Wanda“ mit 87 Punkten; Führer Polizeiergeant Spahn-Schmidtthorff.

In der begrenzten Klasse erhielten: den I. Preis der Schäferhundrübde „Zell v. d. Höf“ mit 86 Punkten, Führer Schumann-Goerß-Islerlohn; den II. Preis die Dobermannhündin „Lotte“ mit 78 Punkten, Führer Schumann-Mumm-Lübeck; den III. Preis der Dobermannrübde „Jappy v. Hammaburg“ mit 63 Punkten, Führer Schumann-Krüger VI.-Hamburg. — Die Polizeihunde „Laby v. Schmidtthorff“, „Gilly v. d. Schanze“ und „Wanda“ wurden im November d. J. in Groß-Lichterfelde S. M. S. dem Kronprinzen vorgeführt.

Wer der Hamburger Prüfung beigewohnt hat, wird zu der Überzeugung gekommen sein, daß die Hündin dem Rüden als Polizeihund vorzuziehen ist und daß keiner bestimmten Rasse der Vorzug gegeben werden kann. Die Vertreter der drei Klassen haben gleich gut oder schlecht gearbeitet. Die Rassefrage ist daher in der Polizeihundbewegung gelöst, nur noch nicht die Führerfrage.

Fritz Gersbach.

Briefkasten.

Kam. O. W. K. in G. Haftpflichtversicherung des P. H. V. Die Versicherungsgesellschaft tritt für sämtliche Schadenersatzansprüche ein, die in einer Fahrlässigkeit des Hundehalters ihren Grund haben, also auch dann, wenn der Schutzmänn in fahrlässiger Weise dienstinstruktionswidrig gehandelt hat. Ein vorsätzlicher Verstoß gegen die Dienstinstruktion kann dagegen nie ersatzpflichtig machen.

Die Herbeiführung eines Schadens im Notstande macht niemanden ersatzpflichtig (§ 228 S. 1 BGB.); denn, da es sich um eine „nicht widerrechtliche“ Tat handelt, kommt der allgemeine Haftpflicht-Paragraf (§ 228 BGB.) nicht in Frage, der ja nur eine widerrechtliche Handlung voraussetzt. Dagegen wird die nach § 228 S. 2 BGB. statuierte Ersatzpflicht dann von der Versicherungsgesellschaft übernommen, sofern es sich um eine fahrlässigerweise herbeigeführte („verklundete“) Gefahr handelt. F. G.

Haus und Herd.

Zeitschrift für belehrende Unterhaltung und Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Nr. 26.

Beilage zu der Zeitschrift „Der Gendarm“.

1907/08.

Das Lied vom braven Gendarm.

Von Johann Gabriel Seidl,
dem Dichter der österreichischen Volkslyrik.

Wo Mann für Mann an Wert sich gleicht,
Wer nennt den Besten aus der Zahl?
Wo Tat die Tat an Glanz erreicht,
Wer träge da gerechte Wahl?
Drum alle in einem laut und warm
Lobpreise mein Lied vom braven Gendarm!

Von Regengüssen angeschwellt,
Braust fürchterlich der Strom vorbei,
Sein Brausen aber übergellt
Auf einmal gräßlich Angstgeschrei.
Ein Weib stürzt vor in verzweifelter Hast,
Ihr Kind hat der tobende Schwall erscholt.

Halt ein, unfelig Weib, halt ein!
Wend' ab dein Winterangstgesicht;
Im Mitleid bitte Weß' und Stein,
Auf Menschenhilfe rechne nicht!
Und dennoch wirst in den schäumenden Bach
Ein menschlich Wesen dem Kinde sich nach.

Bei Gott! ein wahrer Kampfgeßell,
Doch wacker kämpft die Flut mit ihm;
Sie packt ihn fest, sie wälzt ihn schnell
Mit höh'nend wildem Ungetüm.
Der fremdem Leben zur Rettung sich bot,
Raum laßt er sein eignes zurück vom Tod.

Und arme Kind ist's nun getan!
Noch taucht sein Köpfchen auf, sein Arm,
Und nun — ha, sieh! wer stürzt heran?
Was will der mutige Gendarm?
Die Waffen, die hemmenben, schleudert er weg,
In den Strudel springt er vom schwankenden Steg.

Sein Arm, erst Muder gen die Flut,
Zum Anker ward er schon dem Kind;
Hüterwacht, der steht in Gottes Gut,
Der ist für Schrecken taub und blind!
Und möcht' ihm ermüden auch Fuß und Hand,
Den träge sein mutiges Herz ans Land.

Gelungen ist die schöne Tat,
Er reicht das Kind der Mutter dar;
Sie weiß nicht, doch sie's lebend hat,
Sie wüß' ihm Dank für's tote gar.
Doch nein, es atmet, es regt sich schon!
Das ist wohl des Retters herrlichster Lohn.

Die Mutter läßt er, frohbewußt,
Mit ihrem Glücke nun allein;
Doch nicht in der und jener Brust
Mag solche Tat begraben sein.
Sie gleicht dem bei'seiden verdeckten Licht;
Dem forschenden Auge entgeht sie nicht.

Und solch ein forschend Aug' ist wach,
Dem nichts entgeht, was brav und gut,
Das segnend auf dem Daimenbach
Wie auf dem Walmorgiebel ruht.
So senkt sich der Sonne wärmender Strahl
Befruchtend hinein ins verborgenste Tal.

Ein Mann im schlichten Jägerkleid,
Stark wie ein jugendlicher Mars,
Kommt an und fragt und hört Bescheid:
„Ein wackerer Gendarm, der war's!“
„Den wackern Gendarmen, man bring' ihn mit!“
„Glück auf, Gendarm! — Dein Kaiser ist hier!“

Der Mann in schlichter Jägertracht,
Dein Herr und Kaiser ist der Mann!
Er hat gehört, was du vollbracht,
Er spricht mit mildem Wort dich an
Und er hängt die Rettungsmedaille am Band
An die Brust dir mit seiner eigenen Hand.

Heil ihm! Das ist der wahre Sporn:
Auf rasche Tat der rasche Preis!
So wird der Lohn zum Samen Korn,
Das wurzelnd treibet Reis auf Reis,
Bis die Phalanx sich schließet Stamm an
Stamm,
Zur kräftigen Wehre, zum schirmenden Damm.

Wo Stamm für Stamm an Kraft sich gleicht,
Wer nennt die Besten aus der Zahl?
Wo Tat die Tat an Glanz erreicht,
Wer träge da gerechte Wahl?
Drum alle in einem laut und warm
Lobpreise mein Lied vom braven Gendarm!

Der Bundesrat.

Der Bundesrat ist die staatliche Vertretung der Mitglieder des Bundes, in ihm verkörpert sich die souveräne Gewalt des Reiches, er bildet die Regierung des Reiches, bei welcher der föderative Charakter des Reiches streng gewahrt ist. Dementsprechend steht ihm allein die Entscheidung über die dem Reichstag zu machenden Vorlagen zu; nach Rathgabe seiner Vorschlässe werden die erforderlichen Vorlagen im Namen des Kaisers an den Reichstag gebracht. Die Reichsgesetzgebung wird durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt. Die Übereinstimmung beider Versammlungen ist zu einem Reichsgesetz erforderlich und ausreichend. Die Präsidialmacht Preußen hat in bezug auf die Gesetzgebung keine besonderen Rechte; nur bei Gesetzesvorschlägen über das Militärwesen, die Kriegsmarine, sowie über Zölle und Verbrauchsabgaben gibt bei Meinungsverschiedenheiten im Bundesrat die

Präsidialstimme den Ausschlag, wenn sie sich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen ausspricht. Als weitere Tätigkeiten sind dem Bundesrat zugewiesen: die Entschliebung über die von dem Reichstag gefassten Beschlüsse, über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas anderes bestimmt ist, und über Mängel, welche bei Ausführung der Reichsgesetze oder der vorerwähnten Vorschriften oder Einrichtungen hervortreten; die Zustimmung zur Erklärung eines Krieges, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt; ingleichen die Zustimmung zu bestimmten völkerrechtlichen Verträgen; ferner die Beschlufsfassung über die Auflösung des Reichstages unter Zustimmung des Kaisers; die Beschlufsfassung über die Exekution gegen Bundesmitglieder, wenn dieselben ihre verfassungsmäßigen Pflichten nicht erfüllen. Über die Verwendung aller Einnahmen des Reiches ist durch den Reichskanzler dem Bundesrat und dem Reichstag zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen. Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, werden auf Anrufen des einen Teiles von dem Bundesrat erledigt; desgleichen sind Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, auf Anrufen eines Teiles von dem Bundesrate gütlich auszugleichen oder, wenn dies nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen. Endlich hat der Bundesrat Beschlüssen über Justizverweigerung in einem Bundesstaat Abhilfe zu verschaffen.

Rechtspruchwörter.

Nahmst du der Braut die Frauenehre,
Das Franzengeld billig ihr gewähre!

Hat eine unbescholtene Verlobte ihrem Verlobten den Beischlaf gestattet, so kann sie eine billige Entschädigung in Geld verlangen, wenn jener ohne wichtigen Grund zurücktritt. *Rechtsw.* § 1300.

(Dr. Lobe: Neue deutsche Rechtspruchwörter.)

Rundschau.

Sam Zigarrenbrand. Jeder Raucher schätzt einen langen Brand an seiner Zigarre. Welcher Art ist nun der Vorgang des Rauchprozesses, der hier erst zum rechten Genuß verhilft? Zünden wir uns eine Zigarre an! Durch die von Zeit zu Zeit von uns wiederholten Züge glimmt sie bis zu ihrer gänzlichen Verzebrung zu Asche ruhig fort. Von der Porosität der entziehenden Kohle hängt der jeweilig länger anhaltende Brand der Zigarre ab. Eine Zigarre, welche Rauchpausen von zwei bis drei Minuten gestattet, gehört in bezug auf Brandfähigkeit zu den besten ihrer

Art; die Eigenschaft dagegen, jede halbe Minute bei Nichtbedienung zu erlöschen, haben die schlechten Sorten, die nur auf „hohen Bergen“ zu rauchen sind. Der Rauchprozeß erreicht den höchsten Grad von Feinheit in den Zigarren der Savanna. Sie haben die gleiche Bedeutung wie die unerreichbaren Wunderschätze unserer großen Rheinweine; das Bedürfnis der Zungen, sowohl wie der Nasennerven wird in vollständigster Weise befriedigt.

Merlei Rat.

Um in der Speiseröhre stengegebliebene Körper wie Gräten, Knochen, Nadeln zu entfernen, empfiehlt es sich, eine Portion Sauerkraut oder Kartoffeln zu verzehren. Das Kraut sowohl wie die Kartoffeln hüllen den Gegenstand ein und nehmen ihn mit, so daß er in den Magen gelangt. Zuweilen genügt das Verschlucken einiger Eßlöfel Olivenöl, damit der fremde Körper aus der schlüpfrig gemachten Speiseröhre in den Magen hinabgleitet.

Wegen Brandwunden verwende man sofort geriebene rohe Kartoffel, wodurch der Schmerz sogleich gestillt wird und das lästige Blasenziehen verhindert wird. Öfteres Wiederholen durch frisches Auflegen der Kartoffel ist sehr zu empfehlen.

Rassessenen entfernt man durch Waschen mit Seife und Wasser. Kann man den Flecken damit nicht entfernen, so wasche man ihn in starkem Salzwasser aus. Auf ein Liter Wasser nimmt man 50 Gramm Salz. Bei Milchlässe bestreiche man die Stellen mit Glycerin. Nach dem Aufstreichen wäscht man die Stellen mit lauwarmem Wasser und plättet sie sogleich auf der linken Seite.

Putznadeln sollten immer nach dem Gebrauch in ein Kissen gesteckt werden, das auf dem Korridor neben dem Spiegel seinen Platz findet. Es muß etwas größer sein als ein gewöhnliches Nadelkissen, damit die längeren Nadeln gut darin Platz finden. Eine Füllung von Feilspänen ist sehr angebracht; sie verhindert ein Rosten der Nadeln.

Auflösung der Rätselade aus Nr. 25.

Lösung des Bilderrätsels:
Schiffsanker.

Lösung der Scharade:
Feldmesser.

Lösung des Fallrätsels:
Dresden — Florenz.

D a m p f
R u b e l
E r a t o
S t i e r
D e a n o
E i s e n
N o t i z

Lösung des Gleichrätsels:
Roller.

Lösung des Taufrätsels:
Sang, Sand.



